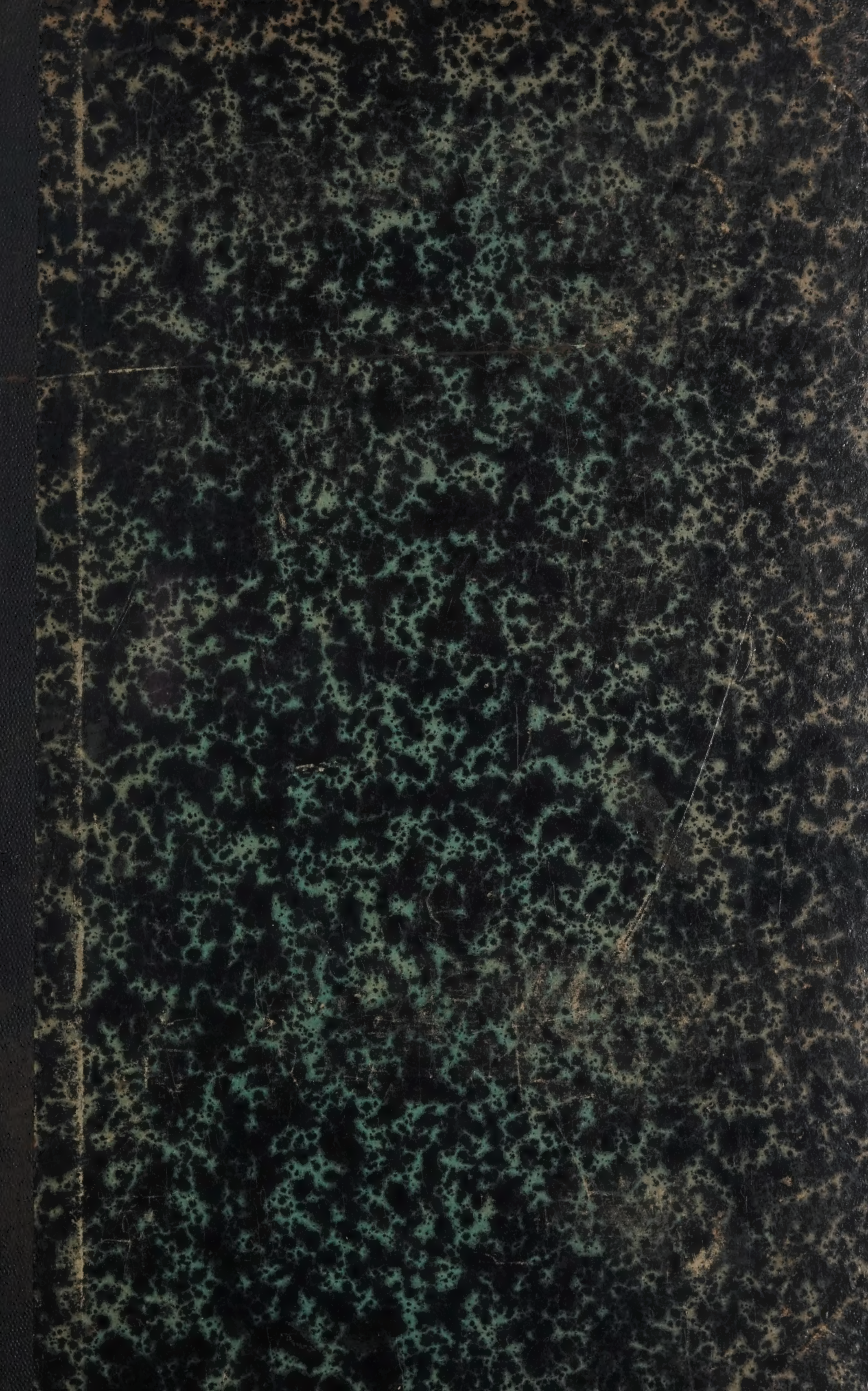




Die Neue Zeit.

Revue des geistigen und öffentlichen Lebens.

Unter ständiger Mitarbeiterschaft

von

A. Bebel, E. Bernstein, Fr. Engels, P. Lafargue, W. Liebknecht,
Fr. Mehring, M. Schippel, F. A. Sorge u. A.

redigirt

von

Karl Kautsky.

Elfter Jahrgang. Zweiter Band.



Stuttgart.
Verlag von J. H. W. Dietz.
1893.

Druck von J. H. W. Dietz in Stuttgart.

Inhalts-Verzeichniß.

Abhandlungen.

Literarische Rundschau.

Notizen.

Feuilleton.



Nr. 28. XI. Jahrgang, II. Band. 1892-93.

Im Wechsel der Zeiten.

Berlin, 28. März 1893.

Den Machern des parlamentarischen Ahlwardt-Skandals dürfte heute schon etwas unheimlich in ihrem untadeligen Gemüthe sein. Sie können sich keiner Selbsttäuschung mehr darüber hingeben, daß sie einen klatschenden Schlag ins Wasser geführt haben, daß Ahlwardt so munter, wie die zahllosen Enten, die er ausbrütet, auf den Fluthen schwimmt, in denen er begraben werden sollte. Die Zeiten ändern sich und die Menschen mit ihnen und ach! die schönen Tage, wo der bürgerliche Parlamentarismus seine Komödien ungestraft und gar noch bewundert von allem Volke spielen konnte, sind für immer dahin.

Unter einem gewissen Gesichtspunkte könnte man sein tragikomisches Schicksal bedauern. Denn der bürgerliche Parlamentarismus ist ein historischer Fortschritt gegenüber dem Absolutismus, dem Feudalismus, dem Militarismus und ganz gewiß auch dem Antisemitismus. Aber man bringt es zu keinem rechten Mitleid mit der gefallenen Größe. Hat doch die deutsche Spielart des bürgerlichen Parlamentarismus niemals Gedanken, Worte oder Thaten gezeitigt, von denen die Massen des Volkes auch nur in bedingtem Sinne sagen konnten: sie gefallen mir. Sie war immer eine verkrüppelte Zwerggestalt, duckmäuserig gegen den Absolutismus, Feudalismus, Militarismus, großmäulig gegen das Volk. Und nachdem sie eben das schäbige Gaukelspiel der Debatte über den Zukunftsstaat aufgeführt und sich als Sieger über den Sozialismus aufgespielt hatte, sollen wir da trauern, daß sie ihre Unfähigkeit zu einer „That" selbst an einem Ahlwardt erproben muß und über den armseligsten aller Demagogen, die sich je auf deutscher Erde getummelt haben, lang auf die Nase gefallen ist?

Nein, das wäre eine wehleidige Sentimentalität, deren wir uns doch lieber nicht schuldig machen wollen. Die enttäuschten Komödienspieler möchten jetzt gern die sozialdemokratische Partei als Vorspann benutzen, um wieder auf den Damm zu kommen. So krebst Herr Eugen Richter mit der Thatsache herum, daß Bebel im Seniorenkonvent des Reichstags die Heldenthaten des Herrn Ahlwardt so scharf und besser beurtheilt habe, wie keiner sonst. Und es versteht sich, daß Bebel den Mönch so unerbittlich kritisirt hat wie den Rabbi. Aber Herr Richter ist sehr auf dem Holzwege, wenn er durch diesen plumpen Köder die klassenbewußten Arbeiter, denen er sonst lieber heute als morgen den Nagel ins Gehirn

treiben möchte, dazu verlocken will, ihm aus der tausendmal verdienten Patsche zu helfen. Die Arbeiterpartei nimmt die Dinge wie sie sind, und sie kann es nur als einen erfreulichen Fortschritt betrachten, wenn der bürgerliche Parlamentarismus, mit dem sie selbst längst abgerechnet hat, nun auch in der kleinbürgerlichen Welt allen Kredit zu verlieren beginnt. Käme er unschuldig zu diesem Malheur, so könnte man vielleicht ein menschlich Rühren empfinden, aber so! Ein blindes Huhn findet auch wohl mal ein Korn, und es war gar nicht so uneben, als Ahlwardt neulich im Reichstage sagte: Ihr nennt mich einen Abschaum der Menschheit; nun wohl, aber was für eine Sorte Politik müßt ihr dann getrieben haben, wenn die Wähler mir mehr glauben, als euch.

Stürmischer Zuruf empfing den „moralisch Hingerichteten," als er am vorigen Mittwoch aus dem Reichstagssaale auf die Straße trat; stürmischer Zuruf empfing ihn am Abend desselben Tages in Spandau; stürmischer Zuruf begleitet ihn nach dem unverdächtigen Zeugniß seiner Todtfeinde jetzt, da er wie ein Triumphator seinen Wahlkreis bereist. Herr Eugen Richter aber sitzt auf dem Dache wie ein Greis, der sich nicht zu helfen weiß. Alle seine Minen hat er springen lassen, aber auch das greuliche Schimpfkonzert, das die ihm dienstwillige Presse tagelang gegen Ahlwardt aufspielen mußte, ist ebenso wirkungslos verpufft, wie die parlamentarische Komödie, der es aufhelfen sollte. Es ist unsagbar, was die Blätter des hiesigen kapitalistischen Klüngels, „Vossische Zeitung," „Nationalzeitung," „Berliner Tageblatt," „Volkszeitung" und nicht zuletzt „Freisinnige Zeitung," an den schmutzigsten Fischweiberausdrücken nach Ahlwardt geschleudert haben; aus einem Artikel von noch nicht fünfzig Zeilen, wie er uns gerade unter die Finger läuft, notiren wir: Miasmen des Ahlwardtismus, ekle Gehässigkeit, niederträchtige Frage, elende Gemeinheit, christlich-germanische Wüste, Lumpen, rüder Ton, Reichsknote, freche Anrempelung, läppisches Vergnügen, öde Geistesarmuth, ganze Armseligkeit, ordinärster Ahlwardtismus, erbärmliche Verlogenheit, Preßbajazzos und so mit Grazie weiter. Das ist die Sprache der Organe, welche die „Bildung" und „Vornehmheit" in ausschließliche Generalpacht genommen haben. Hilft aber Alles nichts. Die kleinbürgerlichen Wählerkreise antworten einfach: „Flucht und schimpft, so viel ihr wollt, und weist dem Ahlwardt so viel Lügen nach, wie ihr könnt. Der Mann glaubt wenigstens an seine Sache, und so glauben wir ihm zehnmal mehr als euch, die ihr im Dienste des ausbeuterischen Kapitalismus uns seit Jahrzehnten die Haut über die Ohren gezogen habt und auch ferner noch zu ziehen trachtet." Gegenüber dieser kaltblütigen Verachtung versagen alle noch so feierlichen Beschwörungsformeln. Die Lektion ist bitter, aber mehr als ein verdienter Lohn für zwanzigjährigen Lug und Trug ist sie dennoch nicht.

Die Zeiten ändern sich und die Menschen mit ihnen. An dem Tage von Ahlwardt's sogenannter „moralischer Hinrichtung" waren ziemlich genau zwanzig Jahre verflossen, seit Lasker sich als moralischer Henker über faule und über feudale Gründer aufthat. Damals wußte der bürgerliche Parlamentarismus, der niemals ein grand oseur war, doch noch den grand poseur zu spielen. Alle Welt lag vor dem modernen Cato auf den Knien; der einzige Zweifler an diesem Ueberschwange moralischer Herrlichkeit, der Leipziger „Volksstaat," wurde dafür in alle Tiefen der Hölle verflucht. Sogar der alte Kaiser Wilhelm, der sonst den bürgerlichen Parlamentarismus nicht liebte und die im Dezember 1870 durch Eis, Schnee und Koth zu ihm stampfende Kaiserdeputation des Norddeutschen Reichstags in Versailles mit der spöttischen Bemerkung empfing: „Ei, da verdanke ich ja dem Herrn Lasker eine rechte Ehre," ließ sich diesmal

imponiren. Aber mit der Niedersetzung der bekannten Untersuchungskommission nahm die kapitalistische Intrigue, deren bewußtes oder unbewußtes Werkzeug Lasker gewesen war, einen unerwarteten und für ihre geheimen Urheber sehr unerwünschten Umfang an, und nun begann jener jahre- und jahrzehntelange Schwindel, der die infamsten Gaunereien in den gleißenden Heldenmantel edler Kulturthaten hüllte und Leute, die mit dem Aermel das Zuchthaus gestreift hatten, vorausgesetzt, daß sie sich zur kapitalistisch-liberalen Richtung bekannten, zu den „Edelsten und Besten" der Nation stempelte.

Wenn dies Deutsch-Panama so lange einen so glücklichen Fortgang nahm, wenn die bürgerlichen Schriftsteller, die sich dagegen auflehnten, die Rudolf Meyer, die Glagau, die Perrot, trotz alles Geistes und Wissens ins Exil wandern oder sterben und verderben mußten, so lag der wahre Grund der beschämenden Thatsache in der Gimpelei der kleinbürgerlichen Massen. Zwar spuckte in ihren Knochen schon während der siebenziger Jahre eine dumpfe Ahnung, daß sie unter dem Messer des Kapitalismus geliefert seien. Aber diese Ahnung war noch nicht stark genug, um die kurzsichtige Beschränktheit ihrer Klassenpolitik zu durchbrechen, wozu dann als zwar nicht entscheidendes, aber doch auch nicht ganz bedeutungsloses Beiwerk kam, daß in den siebenziger Jahren die älteren und gewissenhafteren Führer der Fortschrittspartei, der kleinbürgerlichen Partei par excellence, die Waldeck, Hoverbeck, Ziegler starben und Herr Eugen Richter das Heft in die Hand bekam, der als gewiegter Hausknecht des Kapitalismus die kleinbürgerlichen Klassen unbedenklich im Interesse der „patriotischen Geldmächte" einseifte.

Der allzu dauerhafte Erfolg, den er dabei hatte, macht es vielleicht verzeihlich, daß er sich heutzutage noch ein ähnliches Entrüstungsscherzchen leisten zu dürfen glaubte, wie Lasker vor zwanzig Jahren. Aber verrechnet hat sich der gefeierte Kalkulator deshalb nicht weniger. Wäre er mehr als ein Kalkulator, so hätte er auch wohl nicht die handgreifliche Thatsache übersehen, daß zwei Jahrzehnte ökonomischer Entwicklung ein Ding sind, das in jeder politischen Rechnung berücksichtigt sein will. Dem Kapitalismus ist noch niemals der Vorwurf gemacht worden, daß er ein träger Geselle ist, und in einem so langen Zeitraum hat er ein hübsches Stück Maulwurfsarbeit verrichtet. Das Kleinbürgerthum weiß heute aus schmerzlichsten Erfahrungen am eigenen Leibe, woran es mit diesem Wohlthäter ist. Es läßt sich so leicht nicht mehr betölpeln. Und abermals erklärt die ökonomische Entwicklung, was vom ideologischen Standpunkt aus ganz unerklärlich wäre, daß nämlich die kleinbürgerlichen Massen, die vor anderthalb Jahrzehnten anständige und gebildete Schriftsteller, wie Rudolf Meyer, Glagau, Perrot in die Wüste sandten, sich heute an einen Hanswurst, wie Ahlwardt, krampfhaft klammern. Damals dachten sie noch vom Großkapital, was der junge Lessing als Hauspoet der „Vossischen Zeitung" einmal auf den alten Fritz gereimt hat:

Den fernen Orient peitschen Deine Ruthen,
Uns, Vater, zeigst Du sie von fern.

Heute, wo das Kleinbürgerthum unter den Ruthen des väterlichen Gönners ächzt und stöhnt, läuft es jedem Charlatan nach, der es von dieser egyptischen Plage zu befreien verspricht.

So ist denn dem Herrn Eugen Richter die moralische Probe auf sein kapitalistisches Exempel gänzlich mißglückt, in einer wahrhaft überraschenden, wie wir gerne gestehen, auch uns überraschenden Weise. Wir hatten kaum zu hoffen gewagt, daß der Kapitalismus als Rattenfänger von Hameln in der kleinbürgerlichen Welt so gründlich abgewirthschaftet hat, wie die letzten acht Tage gezeigt haben. Aber um so nothwendiger ist es, daß die schlaue Spekulation des Herrn

Richter auf den großherzigen Abscheu der Arbeiterklasse vor der antisemitischen Rassenhetze nicht gelingt. Ueber Ahlwardt und seine antisemitische Agitation besteht unter den klassenbewußten Arbeitern längst keine Meinungsverschiedenheit mehr; Ahlwardt ist sozusagen der letzte Strohhalm, mit dem die kleinbürgerlichen Elemente sich noch eine Hütte auf dem Boden der heutigen Gesellschaft erbauen möchten; sobald diese Einbildung von Sterbenden zerronnen ist — und wie bald muß sie zerronnen sein! — genügt ein summarischer Fußtritt der Arbeiter, die ganze Ahlwardterei auf den Kehricht zu schleudern. Aber gerade deshalb dürfen wir über dem antisemitischen Mönch den kapitalistischen Rabbi nicht vergessen, dürfen wir nicht den Aufklärungsprozeß des Kleinbürgerthums über den Kapitalismus hintanhalten. Der kapitalistische Schelm wird dadurch nicht besser, daß er den antisemitischen Schelm erzeugt hat. Das proletarische Interesse geht allein dahin, mit der ganzen holden Schelmenfamilie aufzuräumen und nur darauf zu achten, daß die Ausrottung des Sohnes so wenig dem Vater, wie die Ausrottung des Vaters dem Sohne irgend einen Gewinn bringt.

Die Zeiten ändern sich und die Menschen mit ihnen. Im Laufe von zwanzig Jahren ist aus einem kapitalistisch versimpelten Kleinbürgerthum eine rabiate Klasse von Revoluzern geworden und aus gar manchem Pfiffikus des Kapitalismus ein ganz dummer Teufel. Und im Wechsel der Zeiten werden wir noch weit Erfreulicheres erleben, wenn wir uns ihre richtige Erkenntniß nur nicht durch sentimentale Anwandlungen trüben lassen.

Klassengegensätze bei den Juden.

Von **Max Zetterbaum.**

I. Die Juden in Westeuropa.

Bei keinem Stamme soll das Solidaritätsgefühl so entwickelt sein, wie bei den Juden. Der Ruf „Acheni bne jisruel“, Meine Brüder, Kinder Israels, schallt durch Jahrhunderte und Jahrtausende in jeder Brandung der Völkergeschicke und hält den Stamm in allen Stürmen irdischer Begebenheiten aufrecht. Trotz unzähliger Verfolgungen, qualvoller Marter und namenlosen Elends im Wandel der Zeiten steht Israel heute, strahlender und mächtiger denn je, in ungebrochener Kraft; seine Söhne sind Minister und Generale, Finanzbarone und Chefredakteure, Großindustrielle und Professoren. Als eine mystische Einheit, unfaßbar und unerklärlich stellt sich das Judenthum den Anti- und Philosemiten dar. Den Einen sind die Juden die Ursache des Weltelends und der Weltennoth, die Parasiten am Organismus des Volkes, die Inhaber des Reichthums, die Beherrscher der Regierungen, zugleich Ausbeuter, Betrüger, Kindermörder und aller menschlichen Moral bar; den Andern erscheinen die Juden als das wahrhaft auserwählte Volk, erhaben an Verstand und Herzensreinheit, Philantropen und Denker, Träger der geschichtlichen Mission, die Segnungen der Kultur und Gesittung unter allen Völkern des Erdballs auszubreiten.

Beide, Philo- und Antisemiten, sehen im Judenthum etwas Spezielles, etwas Uebernatürliches, von den Gesetzen der Entwicklung Unabhängiges, beide nehmen an, die Juden bestimmen den Gang und das Wesen der gesellschaftlichen Verhältnisse, und nicht die gesellschaftlichen Verhältnisse bestimmen das Wesen und die Entwicklung der Juden: beide Anschauungen sind Zerrbilder zweier Seiten einer Entwicklung, der Entwicklung des Kapitalismus.

Das Kapital im Mittelalter war vorzüglich kaufmännisches und Leihkapital. Inhaber desselben, namentlich des letzteren, waren zum großen Theil Juden. Es spielte anfangs in den damaligen Verhältnissen eine untergeordnete Rolle. Das Grundeigenthum, das Land — darauf Adel und Bauern — herrschte vor, mit ihm die Naturalwirthschaft; in den spärlichen Städten sind, außer städtischen Grundbesitzern, Handwerker und Kaufleute in Zünfte gegliedert. Mit der Zunahme der Waarenproduktion wird die Macht des Kapitals immer fühlbarer, es beginnt die Geldwirthschaft mit ihren Wirkungen. Es ist bezeichnend, daß die Judenverfolgungen im Mittelalter in größerem Maße erst während der Kreuzzüge auftreten, in der Folge anwachsen und bis zur vollständigen ökonomischen Ueberwindung des Mittelalters im 17. Jahrhunderte dauern; sie erscheinen zu Zeiten, da die Zersetzung der wirthschaftlichen Grundformen des Mittelalters durch das Kapital die alten Bande löst und eine Fülle von sozialer Noth und Verelendung erzeugt. Es wirken dabei wesentlich auch ideologische Momente mit, Reflexe der wirthschaftlichen Zustände des Mittelalters. Im Mittelalter ist das Stammesbewußtsein noch sehr rege, wer nicht zum Stamme gehört, ist fremd und rechtlos, und da erscheint das Kapital im Besitze eines fremden Stammes, dem sein Ritus das Zusammenleben mit Andersgläubigen verbietet, abgesondert in Gebräuchen und Sitten. Im Mittelalter befinden sich die christlichen Völker noch im Werdeprozesse der Zivilisation, sind sie noch Halbbarbaren; Herzoge können nicht lesen, Alle sind mit religiösen Wahnvorstellungen erfüllt. Ihnen gegenüber erscheinen die Juden, mit ihrer tausendjährigen Geschichte, einem reinen Monotheismus, der Kenntniß des Lesens und Schreibens, als eine höhere, fremde, geistige Macht; und diese fremde Religionsmacht, welche das Christenthum überragte und einst den Heiland gekreuzigt hatte, war im Besitze des Kapitals. Die nachtheiligen Wirkungen des Kapitals legten die damaligen kritiklosen Menschen, die nicht die einfachsten wissenschaftlichen Begriffe bilden konten, nicht dem Kapitale, sondern seinen wunderlichen, abgesonderten, unverständlichen Besitzern zur Last. Der Haß der Schuldner gegen fremde Gläubiger, die entstehende christliche Kaufmannschaft, die einen gefährlichen Konkurrenten beseitigen wollte, Zunft und Adel, welche die zersetzende Macht des Kapitals fühlten, schürten die Leidenschaften und hetzten das hungrige Volk.

Als aber die Industrie aufblühte, die Kapitalsmächte sich entfalteten, die wirthschaftlichen Formen des Mittelalters schwanden, rücken die Kapitalien besitzenden Juden in eine günstigere Lage. In Italien erfreuten sie sich schon im Mittelalter in den handels- und industriereichen Städten einer einflußreichen Stellung. Im 16. und 17. Jahrhundert war es zuerst das aufblühende Holland, wo die Juden Menschenrechte und Duldung genossen. Sie waren Besitzer von Palästen, Theilnehmer an den ost- und westindischen Kompagnien, sie leiteten Bankgeschäfte, hatten das Wechselgeschäft inne und betrieben hauptsächlich Handel mit Diamanten, Kochenille, Indigo, Wein und Oel. Das lutherische Hamburg, das Katholiken und Kalvinern den Aufenthalt in seinen Mauern verbot, gestattete ihn trotz des Eiferns der Geistlichkeit den Juden; zwölf jüdische Kapitalisten waren Hauptgründer der Bank von Hamburg und Juden legten den Grund zu seinem überseeischen Großhandel. Die bürgerliche Revolution Englands öffnete ihnen die Thore dieses Landes, reiche jüdische Kapitalisten nehmen ihren Aufenthalt in London: ein holländischer Jude, Isak Snasso, schießt Wilhelm dem Oranier zu seinem Zuge nach England unverzinslich die damals hohe Summe von zwei Millionen holländischer Gulden vor. Pereire baut in Amsterdam ein Waisenhaus um 500 000 Gulden. Aehnlich war die Lage der Juden in Italien. Simon

Luzzato aus dem 16. Jahrhunderte berichtet: In Venedig vermitteln die Juden den Handel mit dem Orient, sie bringen der Republik jährlich 250 000 Dukaten ein, sie sind Eigenthümer großer Fabriken und beschäftigen 4000 Arbeiter. Im 18. Jahrhundert erzählt Mirabeau Aehnliches von Deutschland. Die Juden seien die einzigen Großkaufleute und Fabrikanten in den preußischen Staaten! Juden waren die ersten Millionäre Berlins.

Die französische Revolution räumt unter mächtigem Dröhnen alle mittelalterlichen Schranken weg. Das Kapital, die Bourgeoisie, hat gesiegt. Es erfolgt eine Entfesselung aller wirthschaftlichen Kräfte, die Einführung neuer großartiger Produktionsmethoden und eine ungeheuere Vermehrung und Anhäufung der Kapitalien, zugleich auch die vollständige Gleichstellung der Juden. Diese letzteren traten auch in den sich entspinnenden wirthschaftlichen Konkurrenzkampf ein; viele von ihnen hatten größere Kapitalien, und die Atmosphäre, in der sie lebten, die jahrhundertelange Tradition im Geldwesen, die darauf abzielende Erziehung und die Beweglichkeit ihres Wesens verlieh den jüdischen Kapitalisten unter den konkurrirenden Bourgeois eine hervorragende Stellung, erwarb ihnen große Reichthümer. In Westeuropa gehören daher die Juden in überwiegender Anzahl zur Bourgeoisie. Ihre Gesammtzahl ist jedoch eine geringe: Frankreich zählt 50 000 Juden, Großbritannien und Irland 46 000, Italien 40 000, die Schweiz 7000.

Das ist die eine Seite der Entwicklung des Judenthums. Hand in Hand mit dieser materiellen Entwicklung geht eine geistige, aus der ersteren entstanden und mit ihr zusammenhängend. Die Juden waren aus Zwang Stadtbewohner. In der Stadt sind die Produktionsmittel angehäuft, Handel und Industrie blüht, Alles was den Menschen umgiebt, ist sein Werk, der Mensch herrscht über die Natur, Intelligenz und Gesittung und alle Werke des Geistes haben hier ihre Stätte. Zu den Erzeugnissen der Kultur haben daher auch die Juden, alle ausschließlich Städter, ihren verhältnißmäßigen Prozentsatz geliefert. Hiezu kam der Reichthum, der den Juden erlaubte, mit Muße sich der Pflege von Kunst und Wissenschaft zu widmen, dem einzigen Felde, wo es ihnen halbwegs möglich war, Freude und Auszeichnung zu finden. Von weittragender Bedeutung für die Entwicklung ihres Geistes war ein anderes psychologisches Moment. Die fortwährenden Verfolgungen senkten in das Gemüth eines jeden Juden einen Keim von Schwermuth, erfüllte seine Brust mit qualvoller Unsicherheit und mit dem Gefühl unsagbaren Leids. Diese Thatsache zeigt sogar die Entwicklung des jüdischen Ritus. Der Versöhnungstag war in alten Zeiten ein Tag der Gottesverehrung, aber auch des Vergnügens gewesen, wo auf blumigen Auen Mädchen und Jünglinge an heiteren Tänzen und lachenden Gesängen sich ergötzten und um einander warben, während im Mittelalter dieser Tag ein Tag der Sühne, der Buße und Kasteiung wurde, an dem aus dumpfen, qualmigen Synagogen markerschütternde Gesänge von schaurigem Ernste ertönten. Das Leiden ist die beste Schule des Geistes und des Herzens, ist der Lebensnerv aller Moral und ihm allein offenbart sich die Wirklichkeit der Dinge in ihrer Nacktheit. Das Leiden machte aus den Juden tiefsinnige Menschen und tiefsinnig und schwermüthig klingt mitunter der Judenwitz, das Lachen geht in Schluchzen über und aus dem sprudelnden Kelch der Freude blinkt manchmal eine helle Thräne herben Schmerzes.

Unter derartigen für die Entwicklung des Geistes günstigen Bedingungen und mit solchen psychischen Eigenthümlichkeiten ausgestattet, mußten sie zehn Jahrhunderte lang einen Kampf um ihr Leben und ihre Kapitalien führen, einen Kampf, zu dem erst spät als Bundesgenosse das ganze Kapital, die gesammte christ-

liche Bourgeoisie hinzutrat. Durch die Anschauungen des Mittelalters — das Produkt und der geistige Reflex der ökonomischen Zustände — zur schmachvollsten Erniedrigung und Bedrückung verurtheilt, mußten die Juden nicht nur gegen die herrschenden Stände, sondern gegen das ganze ökonomische und geistige Gerüste des Mittelalters ankämpfen. Weil ihr Kultus und ihr Glauben geschändet wurde, kämpften sie für Duldung und Gedankenfreiheit; weil sie nur durch Zerstörung des tausendjährigen Aberglaubens eine Besserung ihrer sozialen Lage erlangen konnten, stritten sie für freie Forschung und freie Kritik, und weil ihnen die elementarsten Rechte als Mensch und Bürger vorenthalten wurden, wurden sie begeisterte Herolde des freien Menschenthums. Sie waren in das Rad der fortschreitenden Geschichte eingeflochten: Revolution bedeutete für sie Leben und Reichthum, der bisherige Zustand Bedrückung, mitunter Tod. — Ausschließlich Städter, reich, aus Interesse schon Revolutionäre, mußten sie die Entwicklung des Geistes mächtig fördern. Das ist die zweite Seite der Entwicklung.

Wenn nun das Kapital die Verhältnisse revolutionirt, Elend, Noth, Kummer häuft, das Kleingewerbe proletarisirt und den Grund und Boden vom Kapital abhängig macht, erklären Zünftler und Grundadel, die nur die erste Seite der Entwicklung betrachten, die Schuld dieser Zustände liege an den Juden, den Vertretern des Kapitalismus und der schrankenlosen, wirthschaftlichen Freiheit: sie sehen im Rückschritt zum Mittelalter, in der Unterdrückung des Großbetriebes, der Herstellung aller mittelalterlichen Beschränkungen ihr Heil. Ein lächerliches Beginnen. Sie müßten die Maschinen, alle die modernen Produktionskräfte und die tausende dadurch geschaffenen Verhältnisse einer gewaltigen, neuen Welt ins Nichts verschwinden machen.

Die Philosemiten anderseits, die ausschließlich nur die zweite Seite der Entwicklung beobachten, ahnend oder wissend, daß die Erklärung der Menschenrechte, die Gleichstellung aller Staatsbürger vor dem Gesetze und andern Freiheiten das Ergebniß des ringenden Kapitalismus sind und daß damit die Gleichstellung der Juden zusammenhänge, meinen, Kapitalismus und der Fortschritt seien für ewige Zeiten identisch, erklären jeden Angriff auf Kapitalismus und kapitalistische Juden — und deren giebt es viele — als rückschrittlich, als eine Eingebung von Judenhaß und Verfolgungssucht, folglich als unmoralisch, und vertheidigen unter der Maske der gekränkten Menschenrechte die schamlosesten, ausbeuterischen Gelüste.

Beide, Anti- und Philosemiten, sind Feinde der Entwicklung. Die Ersteren wollen die Zustände der Vergangenheit wieder herstellen, die Andern die der Gegenwart verewigen; insofern sind die ersteren mehr reaktionär, wenn sie auch im Bestreben, das Gegenwärtige zu ändern, scheinbar umstürzlerisch im Fordern und Gebahren thun, die Andern streng konservativ, wenn sie auch den Mund von Freiheitsphrasen vollnehmen. Die Philosemiten insbesondere vergessen, daß in Folge der vollständigen Gleichstellung der Juden diese keine Ausnahmestellung mehr einnehmen, und daß von nun an im Großen und Ganzen Jeder, ob Jude oder nicht, die Interessen seiner Klasse vertritt, daß daher die kapitalistischen Juden überwiegend das Interesse des Kapitals, welches gegenwärtig fortschrittsfeindlich und fortschrittshemmend ist, vertreten.

An dem Tage, an dem die ökonomischen Bedingungen für Zünftler und Grundbesitzer einerseits, für jüdische Kapitalisten andererseits aufgehoben sein werden, wird der leidige und lächerliche Streit um die ökonomische Bedeutung der Juden ganz verschwinden, werden Philosemitismus und Antisemitismus in die historische Rumpelkammer gehören.

II. Die Juden in Osteuropa.

a. Aeltere Entwicklung.

Andere Bedingungen schufen andere Juden. Zwischen der Oder und dem Don, innerhalb der Grenzen des alten Königreiches Polen, welches drei Nationen, die der feurigen Polen, der harten Lithauer und der melodiereichen Ruthenen umfaßte, leben heute 4½ Millionen Juden, die überwiegende Anzahl der auf dem Erdballe verstreuten Stammesgenossen, größtentheils starr an ihren alten Gebräuchen haltend, theilweise noch im Besitze der hebräischen Sprache, wunderlich geartet und eigenthümlich ausgebildet. Es sind dies die polnischen Juden, in ihren langen Kleidern aus Atlas oder Seide, in ihrer sammtnen Pelzmütze und den Schläfenlocken ein fossiles Stück Mittelalter, das in die Neuzeit hineinragt und langsam aber sicher abbröckelt und verwittert.

Im elften Jahrhundert, als die Judenverfolgungen in Deutschland begannen, siedelten sich in Polen eine größere Anzahl deutscher Juden an; jede neue Verfolgung brachte neue Schaaren von Ansiedlern. Ihr Loos, ihre Entwicklung und ihr Beruf waren die aller andern Juden damaliger Zeit. Geld leihen war ihre Beschäftigung; sonst war ihnen nur der Großhandel gestattet. In Lemberg z. B. durften sie nur mit Tuch, Viehhäuten, Wachs und Ochsen, deren Zahl nicht 2000 übersteigen durfte, handeln. Auch in Polen kamen in größeren Städten Judenverfolgungen vor.

Bis dahin war die Entwicklung Polens eine normale; es gelangte zu einer großartigen, mittelalterlichen Blüthe: Mathematik, Scholastik und der beginnende Humanismus erfreuten sich großer Pflege. Da traten im öffentlichen Leben Polens Ereignisse ein, die einen entscheidenden und maßgebenden Einfluß auf die Entwicklung Polens und die Gestaltung der polnischen Juden in allen Beziehungen des Lebens ausübten. Im 15. Jahrhundert, zu einer Zeit, als in allen Staaten Europas der politische und soziale Schwerpunkt von dem Lande, dem Sitze des Adels, in die Städte, den Sitz des Bürgerthums, der beginnenden stehenden Heere und des Kapitals überging, erringt in Polen der reiche und mächtige Adel die Oberherrschaft und eignet sich alle Macht an. Er vernichtet alle Privilegien der Bürgerschaft. Die Städte verlieren das Recht der Vertretung am Reichstage, die Städtebürger dürfen vom Jahr 1496 an keine Ländereien erwerben und müssen die erworbenen sofort verkaufen, sie werden ferner von allen Domkapiteln und höheren geistlichen Würden ausgeschlossen. In der Stadt siedelt man Juden an, die Schlachta (der Adel) überträgt ihnen städtische Grundstücke, Häuser unter Vorrechten, wie sie kein Bürger hatte. Alle Keime von Industrie und Handel werden erstickt. In Städten wie Krakau, Posen, Plozk und vielen andern sinkt im Laufe eines Jahrhunderts die Einwohnerzahl bis auf wenige Tausende herab. Die Juden besetzen die Städte und diese verlieren vollständig ihre Selbständigkeit, sind nichts als Marktplätze für den Landadel und der Sitz einiger spärlichen Behörden, führen kein selbständiges geistiges oder ökonomisches Leben, sondern sind in Allem vom Landadel abhängig.

Zu den Aufgaben der städtischen Juden gehörte natürlich auch die Gewährung von Kredit. Der Kredit, den die Juden in Westeuropa gewährten, war größtentheils Produktivkredit, diente zur Vermehrung des Kapitals und der Unternehmungen, hob den Nationalreichthum; in Polen war er Konsumtivkredit der engsten Art, diente zur Befriedigung der persönlichen Bedürfnisse, und da die Höhe des Zinsfußes 120 Prozent betrug, verarmten die Einwohner. Bedeutungsvoller jedoch wird die Rolle der Juden durch die Entwicklung der ländlichen Verhältnisse.

Bis zur Zeit Kasimirs des Jagellonen lebten die Bauern unter erträglichen Daseinsbedingungen. Im Jahre 1496 untersagte man ihnen das Tragen besserer Kleider; der Reichstag zu Piotrkow im Jahre 1503 verbietet die Freizügigkeit; jeder Bauer, der außerhalb seines Wohnortes in der Stadt oder auf dem Lande angehalten wird, muß dem Ergreifer einen Monat Dienste leisten und dann zurückgestellt werden. Der Reichstag zu Radom beraubt die Bauern des Klagerechtes und unterstellt sie der Gerichtsbarkeit des Edelmannes; dieser hat ohne Verantwortung das Recht über Leben und Tod. Der Reichstag vom Jahre 1521 fesselt die Bauern endgiltig an die Scholle: die brutalste Leibeigenschaft, raffinirter und grausamer als alle Sklaverei, tritt ein.

Der Adel, gewöhnt an das Schwert und an die öffentlichen Angelegenheiten großen Stils, müßig, prunksüchtig und verschwenderisch, hatte keine Zeit und keine Fähigkeit das Volk selbst auszupressen, dessen Arbeit für sich zu verwerthen und über ihm in allen möglichen wirthschaftlichen Beziehungen direkt die Herrschaft auszuüben. Er verwendete dazu die Juden. Die Juden, überall verfolgt und bedrückt, wurden in Polen, wenn auch nothgedrungen, die Verfolger und harten Bedrücker des polnischen und ruthenischen Volkes. Die rechtliche Form der Uebertragung dieser Macht an die Juden war das Pachtverhältniß. Der Adel übergab ihnen Alles in Pacht, von der Schänke bis zur Kirche; Juden waren Propinationspächter* und Pächter der königlichen Zölle. Auf Geheiß des Edelmannes verstand der Jude bei seinem beweglichen Wesen Alles auszunützen, überall hineinzuschauen und seine Zudringlichkeit drangsalirte und chikanirte die armen Unterthanen. Der Adel kümmerte sich nicht im Geringsten um die Wirthschaft, weder um seine private, noch um die des Staates; er verkaufte Polen allen fremden Mächten, zertrümmerte die Gerichtshöfe, peitschte die Richter, trank, focht, revoltirte — und bezog die Rente. Aber da der Adel den Staat bildete und sich polnische Nation nannte, sich alle Regalien und die königlichen Güter aneignete, mußte er auch die spärlichen Bedürfnisse des Staates, d. i. der äußeren Organisation seiner Klasse, befriedigen. Der Pachtschilling, den die Juden zahlten, mußte also hinreichen, alle Lasten des Staates zu tragen und alle Bedürfnisse eines zahlreichen und üppigen Adels zu befriedigen. Daneben aber wollten die Juden auch sich selbst bereichern.

Um diese Summen bei den damaligen dürftigen Geldverhältnissen zu erlangen, ließen sie sich die unerhörtesten gröbsten Missethaten zu Schulden kommen. Die Pächter hatten das Propinationsrecht inne: nun zeichnete sich aber der polnische und ruthenische Bauer im Gegensatze zu dem Adel und den Städtern durch eine merkwürdige Nüchternheit aus, eine Thatsache, die alle Historiker des 16. Jahrhunderts besonders hervorheben. Um Einkünfte zu haben, zwangen die Propinationspächter die Bauernfamilien ein bestimmtes, großes Maß von Branntwein jährlich zu kaufen. Die Widerstrebenden wurden gestraft. Einmal im Besitze des Branntweins tranken sie denselben und durch jahrhundertelange Gewöhnung ist der Schnaps das Lieblingsgetränk der polnischen und ruthenischen Bauern geworden; tausende und abertausende Familien sind an Säuferei zu Grunde gegangen, unzählige Verbrechen und Schandthaten wurden im Rausche verübt, das Volk ist physisch und moralisch entartet.**

* Propination = das Recht, Bier zu brauen und Schnaps zu brennen.

** In der letzten Zeit ist unter den Bauern eine Temperenzbewegung in Bezug auf Schnaps entstanden. Viele Bauern jedoch, die dem Geistlichen beim Kreuz geschworen haben, „kein Gläschen Branntwein“ mehr zu trinken, lassen sich in den Schänken Teller mit Branntwein vorsetzen und schlürfen ihn mit Löffeln. Auf diese Weise umgehen sie den Schwur.

Die Juden waren sogar die Pächter der Dorfkirchen. Sollte ein Kind die Taufe, eine Leiche die Einweihung empfangen, war hoher Festtag und strömte die Landbevölkerung in die Kirche, dann fand sie oft die Pforten gesperrt, sie mußte zuerst dem Pächter die rückständige Abgabe entrichten, um die Gnade der Gottheit in inbrünstigem Gebete erflehen zu dürfen. Alle Einnahmen wurden in Pachtform erhoben und bei allen Erhebungen kamen Mißbräuche und Ausbeutung vor. Im Laufe der Jahrhunderte drängten den Juden die faktischen Zustände die Meinung auf, das polnische und ruthenische Volk, die Bauern, seien eine niedere, inferiore Rasse, geschaffen zu dienen und geprügelt zu werden, Wesen niederer Gattung.

Diese ökonomischen Grundlagen erzeugten auch ein entsprechendes Geistesleben; die Ausbeutung und Unterdrückung in der Wirklichkeit mußten theoretisch gerechtfertigt werden. Der Geist konstatirte blos die Thatsachen des Lebens und verarbeitete sie. Das Studium des Talmud, der Quelle des jüdischen mittelalterlichen Wissens, erfreute sich daher in Polen einer großen Beliebtheit, nicht um der kernigen, gedankenreichen Sprüche wegen, die darin enthalten sind, sondern weil man das Bedürfniß hatte, bei der Erörterung von Rechtsstreitigkeiten im Disputiren zu glänzen, das Unrecht als Recht zu beweisen, die Begriffe unnatürlich zu haarspalten und die Wahrheit zu verdrehen. Einfachheit und Ehrlichkeit verschwanden aus dem Leben und aus der Lehre; Ueberlistung und Betrügerei waren die Hauptziele der Erklärung, und jeder Rabbiner schrieb seinen Kommentar zum Talmud, voll der pfiffigsten Einfälle wie auch der albernsten Vorstellungen. Wie bei dem Disputiren derjenige als der Fähigere, Begabtere und Bessere galt, der die Wahrheit auf den Kopf stellte, so genoß auch derjenige die allgemeine Hochachtung und moralische Werthschätzung, welcher rücksichtsloser die Ausbeutung betrieb und größere Reichthümer zusammenscharrte.

Indessen trat im öffentlichen Leben Polens eine Erschütterung ein, welche das Bündniß der Juden mit dem Adel befestigte und bestimmend auf die Gestaltung der Zukunft einwirkte. Die Ruthenen, die Einwohner der Ukraine, nicht im Stande, die täglichen, qualvollen Foltern der Pächter und Gutsherrn zu ertragen, erhoben sich unter Führung Chmielnizki's, dem der polnische Starost sein schönes Weib und all' sein Gut aus reiner Willkür genommen, und durchzogen sengend, brennend und mordend im Jahre 1645 die Ukraina, Polen, Rothrußland. Unter die Opfer ihres Hasses gehörten auch die Juden. Die Kosaken liebten es, einen katholischen Geistlichen, einen Edelmann, einen Juden und einen Hund in der eben aufgezählten Reihenfolge miteinander aufzuhängen, ein Beweis, daß die Bewegung eine soziale und keine konfessionelle oder nationale war. In jeder einzelnen Stadt wurden die Juden zu Tausenden getödtet, und gegen 600 000 Juden sollen damals das Leben verloren haben. Der später blutig niedergedrückte Aufstand vernichtete viele Juden, trieb viele Talmudgelehrte fort, verminderte die Zahl der reichen Zollpächter und vermehrte ansehnlich die Zahl der mittleren Schankpächter, Mäkler und anderen Kleinausbeuter. Das geistige Niveau der polnischen Juden wurde dadurch erheblich herabgedrückt.

Gleichzeitig damit entwickelt sich bei den Juden eine interessante, soziologische Thatsache. Je wüthender sie ausbeuten, desto mehr wächst bei ihnen die Orthodoxie, desto starrer klammern sie sich an den äußerlichen Ritus, desto intoleranter werden sie, desto abgeschlossener. Auf ihren eigenen Kreis beschränkt, behalten sie sogar die Tracht und die aus Deutschland herübergebrachte Sprache als integrirende Theile des Judenthums mit hartnäckiger Zähigkeit bei. Und sie haben es in der Orthodoxie zu einer großen Vollkommenheit gebracht. Das kleinste Vergehen gegen eine Ritualvorschrift oder die mindeste Außerachtlassung

einer solchen oder irgend einer lächerlichen Aeußerlichkeit plagte und folterte ihr Gewissen monatelang, während die Bedrückung und die Thränen und die grenzenlose Verzweiflung des armen Volkes in ihnen nicht die mindeste Gefühlsregung oder das leiseste Zucken erweckten; im Gegentheil, der größere Ausbeuter galt als der fähigere und bessere Mensch. Größere Ausbeutung ging mit größerer Orthodoxie parallel, eine natürliche Erscheinung, wenn man bedenkt, daß sie unbewußt ihr Gewissen täuschen mußten und daß der freie Gedanke sowohl der Ausbeutung als auch der Orthodoxie zuwiderläuft. Diese Masse von Kleinausbeutern, mit ihrem nüchternen, räuberischen Thun, alles Wissens, auch des Talmudwissens bar, mit ihrer moralischen Verherrlichung der Ausbeutung und des Müssigganges mußten eine ihrer ökonomischen Thätigkeit entsprechende geistige Form suchen, worin sie wenigstens Erregung der Einbildungskraft und Freude des Gemüthes fanden.

Sie fanden diese im Chassidismus; Religion, Ausbeutung und Erregung sind darin innig verflochten. Israel Baatschem (geb. 1698, gest. 1759) in Kuty unweit Kolomea geboren, ist der Begründer dieser Sekte. Er hatte Visionen, heilte durch Wunderkräuter und betete inbrünstig. Ohne talmudische Kenntnisse, erklärte er das Gebet für das Wesentliche, verlangte Extase und Inbrunst, dabei das Klatschen in die Hände, Schreien und körperliche Bewegung als Ausdruck derselben. Die Sekte jedoch organisirt und ihr feste Regeln gegeben zu haben, ist das Verdienst von Beer von Mizriz, dem Stammvater der Rabbi von Sadagora.* Er kleidete sich in weißen Atlas, war stets heiter und verrichtete Wunderkuren. Er war der erste Zaddik. Diese Zaddiks, die Wunderrabbis, sind souveräne Herrscher von Gottes Gnaden über ihre Gläubigen und unfehlbar im Denken und Thun; sie stehen in näherem Verkehr mit der Gottheit und haben die Macht, Kranke zu heilen, Arme reich zu machen, Unglück abzuwenden und die Zukunft vorauszusehen. Eine besondere Fertigkeit besitzt der Zaddik im Teufelaustreiben: bis heute üben verschiedene Wunderrabbis diese Kunst. Alte und junge hysterische Weiber pilgern zu ihnen, um sich durch ihre Sprüche den Teufel austreiben zu lassen. Ebenso verleihen diese Wunderthäter Blinden das Augenlicht, sie verhelfen kinderlosen Frauen zu Nachkommen u. s. w. An hohen Feiertagen wallfahren zu einem solchen Rabbi, wie einst zum Tempel nach Jerusalem, Tausende Juden, um ihm Geschenke zu geben, seinen Rath einzuholen und seinen Anblick zu genießen: in früheren Zeiten unternahmen auch abergläubische christliche Magnaten solche Wallfahrten. Diese Rabbis, von denen manche in märchenhaftem Luxus leben, erfüllten einst eine wichtige ökonomische Funktion: Sie wachten darüber, daß nicht ein Jude dem andern die Dorfschenke und mit dieser den auszubeutenden Rayon wegnehme, wiesen einem Jeden einen bestimmten Bezirk an, unterhielten an ihrem Hofe Hunderte armer Juden, waren Rathgeber und Vermittler. Eine Menge von Büchern und Broschüren erzählt die Unzahl von Wundern dieser Rabbis. Ein Beispiel für viele. Rabbi Leib Suris pflegte Freitag nach 12 Uhr Mittags im Fluge von Galizien nach Wien sich zu begeben, um den Kaiser Josef den Zweiten, der sehr schlecht den Juden gegenüber gewesen sein soll, durchzupeitschen. Er war Allen unsichtbar und nur der mißhandelte Kaiser sah ihn. Fliegend kehrte Leib Suris zurück, um Freitag Abends vor Sabbathanbruch zu Hause zu sein. Aehnlicher Geschichten, die unbedingten Glauben

* Während obiges niedergeschrieben wurde, kam zu dem Verfasser ein strikender Talesweber und erzählte, daß der Wunderrabbi von Bojan, ein Nachkomme des Beer von Mizriz, den Fabrikanten erklärt habe, sie mögen eher mit Christen als mit jüdischen Arbeitern, die Sozialisten sind, arbeiten. Die Sozialisten seien ärger — habe er gesagt — als die Antisemiten. Dieser Rabbi besitzt wahrscheinlich ein jährliches Einkommen von über 50 000 Gulden.

finden, giebt es viele. Rachsucht und Verfolgung Andersgläubiger sind die Kennzeichen dieser Sekte. Das bloße Lesen deutscher Bücher war bis in die Mitte dieses Jahrhunderts bei ihnen streng verboten und zog Verfolgungen nach sich. Und dieser Chassidim giebt es heute noch Hunderttausende mit den von Generation auf Generation vererbten Vorstellungen und Empfindungen.

Indessen machte sich unter den polnischen Juden schon in früheren Zeiten eine Scheidung in Klassen bemerkbar: eine verhältnißmäßig geringe Anzahl bereicherte sich vom Schweiße der armen Bauern, und indem sie bei dem Adel die Rolle von Vermittlern spielten, wurden sie gleichsam die Aristokratie unter den Juden und schauten mit Verachtung auf die ärmeren Glaubensgenossen herab, welche in Armuth und Finsterniß lebten und den Reichen, den Machthabern, die mehr Macht und Geld hatten, blind folgten.

Dieser Gegensatz, der Gegensatz zwischen jüdischen Reichen und jüdischen Armen, bestand schon zur Zeit der Theilung Polens. Als Galizien unter die Botmäßigkeit Oesterreichs kam, wurden die Juden dort vielen Beschränkungen unterworfen und sie mußten dem Staate viele demüthigende Judensteuern zahlen. Der österreichische Staat verpachtete diese Steuern und die Pächter dieser die jüdische Religion und die Menschenwürde entwürdigenden Steuern waren Juden selbst, selbstverständlich die damalige jüdische Bourgeoisie. Die Art und Weise, wie diese die Steuern von den armen Juden eintrieben, übersteigt alle möglichen Vorstellungen, höhnt einfach die primitivsten Grundsätze der Moral. Eine solche Steuer war zum Beispiel die Lichtpacht. Die Juden waren verpflichtet eine Steuer dafür zu zahlen, daß sie am Freitag und Samstag mehr als zwei Kerzen brannten, eine hohe Steuer zahlte man für die Hochzeitkerzen u. s. w. Die Pächter schickten nun ihre jüdischen Häscher in die Häuser der armen, jüdischen Bevölkerung, und diese Schergen verübten dort förmliche Grausamkeiten. Nicht nur, daß sie den armen Juden Freitag Vorabends die für die Sabbathfeier bestimmte Nahrung wegnahmen, sie pfändeten sogar die am Feuerherde noch kochende Maisgrütze, und wenn die Eltern vor ihnen aus dem Hause flohen, zogen sie den Kindern die Hemdchen aus und ließ sie im harten, kalten Winter nackt auf dem Lehmboden liegen. Als die Aufhebung dieser Steuer erfolgte, erstürmte in Kolomea die Bevölkerung das Haus eines solchen Schergen, plünderte es, und einige Jahre später warfen die Armen bei seinem Leichenbegängniß Fleisch um seine Bahre, so daß Hunde sie umkreisten und ihm das letzte Geleite gaben; in Kuty wurden die Pächter mit Theer angestrichen und gepeitscht.

Ebenso war es mit dem Militärdienste. Jede Judengemeinde war verpflichtet eine gewisse kontingentirte Anzahl Militärfähiger zu liefern. Die Bourgeoisie, die der Militärpflicht sich entziehen wollte, kaufte um einen Spottpreis eine Anzahl armer jüdischer Jünglinge, die in Vertretung der gesunden Individuen der reichen Klasse die Militärpflicht leisteten. Noch heute, zur Zeit der allgemeinen Militärpflicht liegen die Dinge in dieser Beziehung unverändert. Die jüdische Bourgeoisie versteht noch heute ihre gut genährten, robusten Söhne, die nie arbeiten, von dieser Pflicht zu befreien, und selten ist ein Fall bekannt, daß der Sohn eines Reichen, wenn es auch genug starke und breitgewachsene unter ihnen giebt, die dreijährige Militärpflicht geleistet hätte. Die Bourgeoisie betrachtet jeden solchen starken Bengel als ein „zartes und edles Kind,“ welches die Beschwerden des Dienstes nicht ertragen würde. Zur Armee kommen daher die armen, abgehärmten Söhne des jüdischen Volkes, Arbeiter, Ernährer ihrer Eltern und Familien.

Wie in diesen Dingen, verhält sich die jüdische Bourgeoisie auch in allen anderen.

(Schluß folgt.)

Die Leiden des jungen Dramatikers.

Von **P. Lorenz.**

„Theaterstücke schreiben kommt gleich nach dem Pferdestehlen!“ Diese neue These stelle ich auf über Euch, dramendichtende, junge Kollegen!

„Ehemals war es ein Paradox, doch nun bestätigt es die Zeit.“

Shakespeare sagt es zwar nicht vom Stücke schreiben, denn er lebte zu einer glücklicheren Zeit, wo der dramatische Schriftsteller nicht erst zum tantièmefreien Klassiker oder tantièmedurstigen Kritiker avanciren mußte, um die Kinder seiner Muse auf den weltbedeutenden Brettern sich herumtummeln zu sehen. Doch wäre der alte Engländer als unser Zeitgenosse Bürger des jungen deutschen Reiches gewesen, so würde er sicherlich meine neue These bestätigt haben. Mag sein, daß er trotzdem Romeo und Lear, Macbeth und Othello geschrieben hätte, da dem Seidenwurm das Spinnen, der Katze das Mausen und dem geborenen Dramatiker das Stückeschreiben zu verbieten, selbst den Alles vermögenden modernen Theaterleitern noch nicht gelungen ist. Doch zum „Gespieltwerden“ hätte der alte britische Kollege es sicherlich nicht bringen können, weder auf Hof- noch Privatbühnen, weder in den Groß- noch Kleinstädten, — und vor Allem nicht in der deutschen Reichshauptstadt, in dem weit und breit als Theaterstätte allerersten Ranges berühmten Spreeathen, in der Schlaraffensprache „Berolina,“ zu gut deutsch einfach Berlin genannt.

Ja, der Kollege Shakespeare kann sich glücklich preisen, zu einer Zeit gelebt zu haben, wo die Fürsten noch ihre eigenen Intendanten waren und die dichtenden Schauspieler zu Theaterdirektoren beriefen, dem jetzt als veraltet erklärten Grundsatz folgend, daß ein Schuster am Ende doch am meisten vom Stiefelmachen verstehen muß. In diesen „veralteten“ Zeiten gab es auch keine Dramaturgen, die ihre Berechtigung über Anderer Dichtungen abzuurtheilen, aus der löblichen Thatsache schöpften, daß sie selbst niemals irgend etwas gedichtet haben. Da gab es keine persönlich dichtenden oder dichtenden Freunden mit Leib und Seele verschriebenen Zeitungskritiker, die die Bühnen für sich oder befreundete Dichter mit Beschlag belegen, wenn nicht mit Originalarbeiten, so doch mit Uebersetzungen oder Bearbeitungen aus allen lebenden und todten Sprachen. Da gab es nicht Direktoren, die in der peinlichen Lage waren, die Nummer 6666 auf das ihnen zuletzt eingereichte Manuskript zu schreiben und, diese erfreuliche Ausgiebigkeit des vorhandenen Materials einmal konstatirt, sich nunmehr für berechtigt zu halten, kein einziges der 6666 eingelieferten Manuskripte jemals mit eigenen Händen zu öffnen, mit eigenen Augen zu überfliegen und mit eigenen Gedanken zu beurtheilen. Da gab es vor Allem keine Rücksichten nach oben und nach unten, nach rechts und nach links, nach dem Publikum und der Presse, nach der Sittenpolizei, nach den Rassenfragen, nach den Klassengegensätzen, nach der — nach dem . . . und sonst noch recht schönen, klugen und namentlich zahlreichen Dingen.

Ach, diese Rücksichten! — Damit beginnen die Leiden des jungen Dramatikers.

„Vergessen Sie nicht, junger Mann, daß wir Rücksichten zu nehmen haben,“ predigen dem dramatischen Anfänger salbungsvoll und wohlwollend die verschiedenen Herrn Theaterdirektoren, d. h. wenn dieser Anfänger bereits bekannt genug ist, um zur Ehre eines direktorialen Zwiegespräches zugelassen zu werden. Selbstverständlich will er Rücksichten nehmen, der junge Vorwitzige, der in Anwesenheit des allmächtigen Kunstpächters den Schnabel zu öffnen sich erdreistet. Er begreift, daß man Rücksichten nehmen muß auf die Wahrheit der Handlung,

auf die Echtheit der Typen, auf das Zutreffende der Satire und spitzt schon die Ohren, um die Belehrungen des kunstsinnigen Bühnenleiters andächtig anzuhören, in heiligem Eifer bereit, jeden Rathschlag des „erfahrenen Mannes," der ja gewöhnlich „auch Dichter" ist, zu befolgen.

Doch es ist nicht leicht, allen Anforderungen der modernen Mäcene gerecht zu werden. Schon beim Kapitel der „Rücksichten" stocke ich, — wer hilft mir weiter fort? — Ich bin gewiß kein Feind der Rücksichten. Im Leben sind sie eine schöne Sache. Aber wenn man beim Stückeschreiben auf jedes Wort aufpassen muß, damit es nicht etwa die Sittlichkeit oder die Ehe, oder die weibliche Keuschheit verletze, wenn man die hohe Beamtenschaft, das herrliche Militär und die edle Aristokratie nur um Gotteswillen sich nichts Unedles oder einfach Komisches zu Schulden kommen lassen darf, wenn man kein Wort des Tadels, ja selbst der Kritik gegen die zur Zeit als maßgebend geltende Religion, Moral, die Tugend und das Judenthum sagen soll, wenn man weder die soziale, noch die Frauen- oder die Börsenfrage zu erörtern sich erdreisten darf, wenn man außerdem jeden allzu „peinlichen" Konflikt, jede „nervenaufregende" Szene streng vermeiden muß, keine „unsympathischen" Charaktere und keine „böswillige" Satire verwenden darf, — ja zum Donnerwetter, da möchte ich denn sehen, ob selbst Shakespeare, Goethe, Schiller oder Molière unter solchen Umständen ein Theaterstück überhaupt zuwege gebracht hätten.

Die Herren Moser und Paul Lindau haben es eine Zeit lang gekonnt, und die Herren Lubliner und Blumenthal können es auch jetzt noch. Wohl bekomm's! — Staunend betrachte ich diese Geschicklichkeit und gestehe demüthig: Zu der Größe dieser großen Dichter vermag sich eben nicht Jeder aufzuschwingen. Namentlich vermag es der arme Dramatiker nicht, der unmodern und kleinlich genug ist, um sich ernstlich einzubilden, daß die Bühne immer noch ein Bild des Lebens ist, und daß man ein Volk nach seiner Literatur beurtheilen kann. Mögen solche Ansichten bei den talglichtfressenden Barbaren Rußlands gelten oder bei den in Grund und Boden verfaulten sittenlosen Franzosen — doch bei uns tugendhaften Deutschen darf sich in die Bühnenliteratur beileibe nichts Lebenswahres einschmuggeln, schon aus purem Patriotismus nicht. Es könnte am Ende den neidischen Fremden offenbaren, daß in unserem hochzivilisirten, sittsamen Vaterlande manches gerade so gut und so schlecht bestellt ist, wie bei den talglichtfressenden russischen Barbaren oder den in Grund und Boden verdorbenen, sittenlosen Parisern.

O, unsere Theaterdirektoren sind unendlich patriotische Menschen! Wenn man ihnen glauben sollte, so ist unsere schöne, deutsche Heimath das reine Tugendreich, ein Schlaraffenland ohne gleichen. Dieser Idealismus der Bühnenherrscher ist gewiß sehr rührend, wenn er nur für uns ärmste Dramatiker nicht gar so unbequem wäre!

„Aber Liebster, Bester, — Sie schildern da ein junges Mädchen, das der Liebe entsagt — und sogar des Geldes wegen! Ich bitte Sie! — Um schnödes Geld wird doch kein Weib seine Herzensgefühle verkaufen! — Das ist doch ein Ding der Unmöglichkeit!" ruft ganz entrüstet ein bühnenleitender Idealist, der unter seinen weiblichen Untergebenen gleich ein Dutzend aufzählen könnte, die nicht nur ihren Herzensgefühlen, sondern noch manchen andern Dingen tagtäglich in wiederholten Ausgaben und coram publico zu entsagen pflegen!

„Um Gotteswillen, Verehrtester, kommen Sie mir nicht wieder mit einem Problem! Erstens kennen wir diese Fragen alle schon aus Zeitungen und Broschüren und zweitens giebts in Deutschland glücklicherweise gar keine Frauenfrage, von

der Sie mir da was vorerzählen!" belehrt mich herablassenden Tones ein Anderer an demselben Tage, wo die Petition um Zulassung der Frauen zu den Universitätskursen im Reiche zirkulirt, wo die Kellnerinnen, Mäntelnäherinnen und sonstige Frauenkorporationen täglich Versammlungen abhalten, wo sogar schon die Familienblätter spezielle Rubriken für „Frauenfrage" und „Frauenerwerb" eröffnen.

Das zarte Gefühl eines dritten Direktors ist wiederum durch den „unfeinen" Ton verletzt, in dem „Schwestern, junge, gebildete Mädchen" untereinander verkehren. „Muß denn Ihre Heldin ihren Angehörigen die Opfer vorwerfen, die sie gebracht hat? — Damit verdunkelt sie ja ihren Edelmuth vollständig. Im Leben mag ja solche Inkonsequenz vorkommen, doch auf der Bühne ist ein solcher Widerspruch unzulässig. Das Publikum kann diese Charakterkomplikation nicht verstehen und wird irre geführt!" —

Köstlich sind auch die Forderungen, um jeden Preis einen versöhnenden Schluß herbeizuführen, und wenn ihm die ganze Tendenz des Stückes widerspricht, die Rathschläge, alle unsympathischen Szenen zu „mildern," Alles, was „Länge macht," d. h. was zur Charakterisirung oder zur Motivirung dient, zu streichen 2c. in infinitum.

Die zartfühlenden Direktoren sind überhaupt die gefährlichsten. Sie finden keine Handlung „rein und keusch" genug, keinen Charakter, der nicht etwas „sympathischer" gehalten werden könnte, keinen Dialog, der nicht doch am Ende „verletzend" wirken würde.

„Verzeihen Sie mir das harte Wort, mein lieber Freund," sagte mir einst ein solcher zartfühlender Bühnenleiter, „aber ich finde es doch etwas roh, was Sie Ihre Heldin da sagen lassen. Eine Mutter kann ihre Tochter nicht so schlecht behandeln und vor allen Dingen kann sie ihr nicht solch' unliebenswürdige Dinge über den Vater sagen — das giebt es doch — wenigstens in guter Gesellschaft — gar nicht." Vergeblich zeigt man solch' zarten Seelen die Lokal- und Gerichtsberichte der Tagesblätter, wo die gröbsten Kindermißhandlungen täglich verzeichnet sind. Vergeblich erinnert man sie an wohlbekannte Fälle, wo noch ganz andere Auseinandersetzungen zwischen Eheleuten täglich stattfinden in Gegenwart erwachsener und nicht erwachsener Kinder. Ja, im Leben kann so was natürlich vorkommen, aber die Bühne kann nicht streng genug bewahrt werden vor solcher Lebenswahrheit, welche die zarten Gemüther der Besucher aufregen und verderben könnte. Daß dieselben zarten Gemüther sich tagtäglich beim Morgenkaffee an den wahrheitsgetreuen Schilderungen obenerwähnter Gerichtsverhandlungen, Zuhälterschlägereien und sonstigen Sensationen gütlich thun, ändert die Sachlage nicht im geringsten. Wie es scheint, können die zarten Gemüther beim Sonnenschein im stillen Kämmerlein Manches verdauen, was am Abend, in großer Gesellschaft auf der Bühne vorgetragen, sie schamroth machen müßte!

Noch schwieriger wie in den Detailkritiken sind die Herren Direktoren bei der Stoffwahl. Wer sie da befriedigen könnte, der müßte schon die Quadratur des Zirkels gefunden haben! Es wird immer etwas „Neues" verlangt, mit der Bedingung aber, daß dieses Neue schon hundertmal dagewesen sein müsse. Denn es giebt kaum einen häufigeren Abweisungsgrund, als die Ausdrücke: „Zu ungewohnt, — unser Publikum dürfte es gar nicht verstehen, — die Besucher sind an solche originelle Probleme nicht gewöhnt," und dergleichen Phrasen mehr. Also keine Probleme! Beileibe nichts, was in den Zuschauern auch nur den Schein eines Gedankens erwecken wollte. Was aber sonst? „Man kann doch nicht immer wieder Stücke blos über die ebenso geistreiche, wie neue Frage, ob Hans seine Grete kriegt, schreiben?"

„Warum denn nicht, Verehrtester,“ antwortet mir auf diesen Verzweiflungsruf ein neugebackener Kunsttempelpascha. „Schließlich bleibt diese Frage doch die allerinteressanteste. Ob der Hans die Grete kriegt, ist die einzige Thatsache, an der alle Theaterbesucher zu allen Zeiten Antheil genommen haben und Antheil nehmen werden.“

„Aber, Herr Direktor, Sie sehen doch, daß seit nahezu drei Jahren alle Stücke, die dieses geistreiche Problem nach verschiedenen Systemen zu lösen suchen, unweigerlich abfallen. Es beweist doch — —“

„Es beweist nichts, Verehrtester, als daß die abgefallenen Stücke schlecht gemacht waren. Bringen Sie mir ein gutes Stück auf dieses Thema, und Sie werden den Erfolg sehen, den es haben wird. Da habe ich z. B. soeben ein Lustspiel angenommen, das — —“

Wie viele Titel habe ich schon als Schluß solcher Reden gehört, die alle als Beispiel eines guten Stückes gerühmt wurden. Nun, die gute Hälfte der rühmlichen Beispiele schlafen bereits den Schlaf der Gerechten nach dem obligaten Durchfalle. Die andern erwarten denselben, denn das Publikum sagt nicht umsonst: „Das Stück ist angenommen, folglich ... muß es nichts taugen.“ Doch die Theaterdirektoren scheinen die einzigen Menschen zu sein, die selbst der Schaden nicht klug macht. Sie fahren fort, die durchfallsreifen Komödien anzunehmen und von deren „Feinheit und Liebenswürdigkeit“ entzückt zu sein — bis zur Première wenigstens.

Trotz all' den eben geschilderten Leiden nimmt der junge Dramatiker, der über seine Stücke bereits diskutiren kann, eine bedeutend bevorzugtere Stellung ein, als die meisten anderen. Seine Werke werden doch wenigstens gelesen, während die Stücke der bedeutenden Mehrheit, ohne aufgemacht zu werden, mit der gedruckten Abweisung die Retourreise unternehmen müssen. Freilich hat der Vorzug, gelesen zu werden, auch seine Gefahren. Es soll schon vorgekommen sein, daß einem der auch dichtenden Dramaturgen oder Bühnenleiter die gelesene Dichtung einen glücklichen Einfall „suggerirt“ hatte, so daß der zurückgewiesene Autor plötzlich seine Situationen oder Figuren in einem fremden Drama herumlaufen sehen mußte. Aber es giebt keine Vortheile ohne Schattenseiten, darum muß Jeder sich glücklich preisen, wenn er gelesen wird. Wie wenige unter den unbekannten Dramatikern können sich dessen rühmen! Gewöhnlich bekommt man das eingereichte Stück in derselben Verpackung zurück, in der man es eingeschickt hat. Oft sogar unaufgeschnitten, wenn es gedruckt war, oder mit zusammengeklebten Seiten, wenn man neugierig genug war, durch diesen Kniff die Wahrheit über das „to be or not to be“ — gelesen oder nicht gelesen — ganz sicher erfahren zu wollen. Ich für mein Theil bewahre in meinem Abweisungsmuseum ein Manuskript auf, das zweiundzwanzig deutsche Bühnen bereist hat, darunter auch alle Berliner Theater, ohne nur bis zur dritten Seite umgeblättert worden zu sein. Was jedoch nicht gehindert hat, daß ich von einem Drittel der Herren Dramaturgen eine „motivirte“ Ablehnung erhielt. Das naive, dafür aber um so offenherzigere Bekenntniß eines — übrigens reizenden und liebenswürdigen — Freundes, der nicht ahnen konnte, daß er zu dem Verfasser eines von ihm, kraft seiner dramaturgischen Allmacht abgewiesenen, Opus sprach, belehrte mich allerdings über die Art, wie solche „Motivirungen“ gemacht werden.

„Ich konnte doch das rothgebundene Ding nicht lesen! — Erstens war's so dick“ — (ich Unglücklicher hatte nur die eine Seite des Papiers beschreiben lassen) — „zweitens befanden sich vier Börsenagenten in dem Personenverzeichniß, und drittens spielte der erste Akt in einer Küche. Nicht wahr, lieber Freund,

Sie begreifen, daß alles das vollständig genügte, um die Sache als unmöglich zu charakterisiren!“

Ich lächelte und sagte: „Aber selbstverständlich, cher ami!“

Es liegt mir nichts ferner, als die armen Direktoren, die in der peinlichen Lage sind, Nr. 6666 auf das zuletzt eingereichte Manuskript schreiben zu lassen, der Faulheit zu beschuldigen. Schließlich sind sie auch Menschen und sind nicht verpflichtet, ihre ganze, oft recht knappe freie Zeit zum Lesen meistens schlechter Stücke zu verwenden, was kein besonderes Vergnügen ist. Ich weiß es aus Erfahrung von jener Zeit, wo ich aus persönlicher Freundschaft und unoffiziell das Amt eines Provinzdramaturgen ausübte. Von den Direktoren kann man also keine Aufmerksamkeit für jeden unbekannten Autor fordern, doch die Herrn Dramaturgen, die eigentlich dafür bezahlt werden und nichts Anderes zu thun haben, sollten sich doch gefälligst überlegen, daß sie mit einer Frivolität ohne gleichen über schwere Arbeit, oft über das Lebensziel vieler Menschen aburtheilen, und sich diese Vertrauensaufgabe nicht allzu leicht machen. Sie brauchen sich nicht gleich als Märtyrer darzustellen, wie das Herr Schönfeld sogar öffentlich in der „Frankfurter Zeitung“ gethan hat. Schließlich ist die Aufgabe eines Lehrers, der sein Lebtag Schulhefte zu korrigiren hat oder eines statistischen Beamten noch weniger angenehm oder anregend. Freilich, über Pflichterfüllung herrschen in der Theaterwelt, sowie in allen damit zusammenhängenden Kreisen, oft gar seltsame Begriffe.

Darüber, wie seltsam solche Begriffe sind, wird man sich erst klar, wenn man das phänomenale Glück gehabt hat, ein Stück wirklich und wahrhaftig angenommen zu sehen, was für einen unbekannten und protektionslosen Autor fast ebenso wahrscheinlich ist, wie etwa das große Loos zu gewinnen.

Lieber, junger Kollege! An dem Tage, wo Du dem Bühnenleiter, der Dir zum erstenmal das Zauberwörtchen: „Angenommen!“ zuruft, an den Hals springen möchtest, folge meinem Rath und halte Dich weit zurück. Warte mit dem an den Hals springen, bis die Première Deines angenommenen Werkes erst vorbei ist. Bis dahin wird sich Dein Umarmungsenthusiasmus schon von selbst bedeutend abkühlen.

„Ihr Stück wird die erste Novität der nächsten Saison sein,“ sagt der reizende, liebe, gute, edle Direktor, der es natürlich zum mindesten „allerliebst,“ gewöhnlich aber „vortrefflich“ oder gar „großartig“ findet. „Die Rollen sind bereits ausgeschrieben, die Proben beginnen morgen oder haben schon gestern begonnen.“

Der Dramatiker schwimmt in Lust und Wonne und zählt die Stunden, die ihn noch von dem großen Tage trennen. Es sind ja nur noch so wenige. Da plötzlich wird das Stück verschoben. „Eine plötzliche Repertoirestörung,“ — der Herr *** ist krank geworden — die Rücksicht auf den alten Dichter X., dem unser Theater so viele Erfolge verdankt“ — diese oder ähnliche Phrasen des „reizenden“ Theaterleiters melden Dir das Mißgeschick an. Und solche Meldungen wiederholen sich so oft, bis der allerletzte Termin des Kontraktes oder der Schluß der Saison da ist. Menschen, die zum Verfolgungswahn neigen, fangen bei solchen „unvorhergesehenen Zufällen“ an, von allerlei dunklen Komplotten zu phantasiren. Der Eine behauptet, die erste „Repertoirestörung“ geschah merkwürdigerweise gerade zwei Tage nachdem seine Gattin mit der Frau Direktorin sich öffentlich gezankt hatte; der Andere erinnert sich, daß er knapp vor der Erkrankung des Herrn *** seine kritische Stellung an einer der Tageszeitungen aufgeben mußte. Ich für mein Theil bin ein alter unverbesserlicher Optimist

und glaube niemals, daß einer meiner Mitmenschen, namentlich aber ein Theaterleiter, etwas Unredliches oder Ungerechtes thun könnte. Ich bin fest überzeugt, daß der reizende Direktor ebenso verzweifelt ist über die Nothwendigkeit der Verschiebungen meines Stückes, wie ich selbst und daß, wenn er am anderen Morgen nach der seit Monaten verschobenen Première mich auf die „einstimmig abfälligen“ Kritiken gütigst aufmerksam macht, es nur in der freundlichen Absicht geschieht, den jungen, zur Selbsttäuschung neigenden Autor vor Größenwahn zu bewahren.

Mit den Kritiken nach der Première schließen die Leiden des modernen Dramatikers endlich ab! Freilich, diese letzte Station ist vielleicht auch die bitterste.

Auf das große Premièrenabschlachten — denn abgeschlachtet wird jeder unbekannte Autor, der nicht zu speziellen Redaktionsfreunden gehört — das ist nun mal so Sitte in der bürgerlichen Presse — folgen kleine, liebenswürdige Notizchen: „Das Stück des Herrn ** wird vermuthlich bald vom Repertoire verschwinden, — oder ist schon abgesetzt — da das Haus bei der dritten Vorstellung zu Dreiviertel leer war.“ — Daß das Haus erst nach den liebenswürdigen, „wahrheitsgetreuen“ Kritiken leer wurde, kann das immer noch zeitungsgläubige Publikum natürlich nicht erkennen. Muß doch der Autor selbst, der das Lachen der Zuschauer bei der Première gehört und die Hervorrufe gezählt hat, sich für verrückt halten, nachdem ihm zwanzig Zeitungen schwarz auf weiß beweisen, daß die Zuschauer gegähnt haben, und die Hervorrufe nur in seiner Einbildung stattfanden.

„Der Autor ist eben immer befangen. Er hört doppelt und vertauscht Gähnen mit Lachen und Pfeifen mit Bravorufen!“ antwortet man auf solche Richtigstellungen. Ein Kritiker ist jedenfalls berechtigt, dem Leser das mitzutheilen, was er gefunden hat. Er hatte nun mal die Empfindung, daß das Publikum sich langweilte und der Saal leer war. Er hat seine Empfindung drucken lassen — wer kann es ihm übelnehmen. Selbst wenn die Kassenrapporte dieser Empfindung siegreich widersprechen, so ist er eben nur ein Mensch und kann sich täuschen, wie jeder Andere, — selbstverständlich aber täuschte er sich ohne böswillige Absicht. Gerade so unparteiisch und gerecht, wie er sich in manchem Anderen still „täuscht,“ indem er zweifellos abgelehnte Novitäten gewisser, den privaten Zeitungsanforderungen entsprechender Dichter, stets für große Erfolge ausgiebt.

Glaube mir, junger Kollege, schließe Dich ja einem Kritikerkreis an, — dann wirst Du mindestens einige Zeitungen für Dich haben. Kümmerst Du Dich aber um nichts, als um Deine Arbeit, lebst Du ruhig und einsam in Deinem Winkel, dann wundere Dich nicht, wenn alle Welt gegen Dich ist. Das wäre noch schöner, wenn man wildfremden Menschen erlauben wollte, festen Fuß auf dem Theater zu fassen. Was sollten dann die vielen, den verschiedenen Redaktionen befreundeten und verwandten Uebersetzer und Bearbeiter anfangen, die für ihre Elaborate stets Abnehmer finden, so lange wenigstens, als sie das „kritische Kunstbein mit Grazie und Eleganz schwingen?“ — Es ist doch merkwürdig, wie belebend das kritische Amt auf das „dichterische“ Talent wirkt.

Man müßte ein dickes Buch schreiben, wenn man das Kapitel der Leiden eines Dramatikers gründlich erschöpfen wollte! Doch ich glaube, mit dieser kleinen Skizze genug gethan zu haben, um die jüngeren Kollegen vor diesem Weg zu warnen, über dessen Eingang man schreiben sollte: „Lasciate ogni speranza!“ Wie schwer es ist, Jahre lang auf einen glücklichen Zufall zu warten und inzwischen sein bischen Können in harter Brotarbeit zu verzetteln, seine junge Begeisterung in trüber Freudelosigkeit verglimmen zu sehen, — das kann nur der verstehen, der es selbst durchgemacht hat. Wir haben's eben am allerschwersten, wir armen Dramatiker, selbst unter den Tintenkulis am schwersten. Ein Maler

oder ein Bildhauer braucht keine besondere Protektion und Hilfe, um sein Werk dem Publikum zu zeigen; ein Schauspieler, der in einer Stadt keine Rollen kriegt, kann es immerhin mit einem andern Engagement versuchen; ein Novellist, ja, selbst ein Lyriker findet hin und wieder einen Verleger, der bereit ist — namentlich, wenn er kein Honorar zu zahlen braucht — seine Werke dem Publikum vorzuführen. Ein Dramatiker jedoch ist mit gebundenen Händen fremder Laune überliefert. Welche Zeitung wird ein Theaterstück veröffentlichen, wenn es nicht von einem ihrer Mitarbeiter verfaßt ist? Welcher Verleger wird es drucken? Und selbst wenn sich ein solches Wunderexemplar finden sollte, wer wirds dann lesen, — oder gar besprechen? Ja, wer kann es überhaupt beurtheilen, da ja gerade die bühnenwirksamsten Stücke beim Lesen so gut wie keinen Eindruck machen! — So grämt und quält man sich ab, macht- und hilflos und — neidvoll! Ja, ich scheue es nicht zu gestehen, — wir kennen ihn, den „hirnzerfressenden Neid,“ — wir Aermsten, denen man keine Möglichkeit giebt, Beweise ihres Könnens zu liefern. Nicht der niedrige Neid gegen Jeden, der mehr kann als wir selbst, verzehrt uns, — ach nein! — es ist ja eine Erleichterung, von wirklichem Talent überflügelt zu werden, — das findet man natürlich und gerecht und murrt nicht dagegen. — Aber tagtäglich zu sehen, wie sich die Unfähigkeit aufbläht, und die gemeine Intrigue über unsere Köpfe hinwegschreitet, tagtäglich die durchgefallenen Werke zu zählen, deren Autoren trotzdem immer wieder gespielt und für „große Dichter“ erklärt werden, — das ist bitter!

Am bittersten aber ist die Hoffnungslosigkeit dieses Zustandes, der so lange dauern wird, als seine Ursachen dauern, so lange als das Theater und die Presse kapitalistische Privatunternehmungen zu Ausbeutungszwecken sind.

Eine Theaterreform setzt voraus eine Gesellschaftsreform.

Professoren als Geschichtschreiber.

Von Wilhelm Blos.

Die Geschichtschreibung der herrschenden Klassen weist noch immer die alte, trostlose Oede auf. So dick und so vielbändig auch die Werke sind, die da geliefert werden — fast nirgends ist ein wirklich neuer Gesichtspunkt gewonnen worden. Im Ganzen und Großen ist man dort, wo man die gesammte Wissenschaft und Gelehrsamkeit in Erbpacht genommen haben will, so rückständig geblieben, daß die Geschichtschreibung sich noch immer mit dem Gegensatz zwischen der katholischen, resp. ultramontanen, und der protestantischen, resp. liberalen Weltanschauung abquält.

So rückständig diese beiden Richtungen aber gegenüber der wirklich modernen, der materialistischen Geschichtsauffassung, erscheinen, so verschieden sind ihre Leistungen. Wenn man auch, wie wir, Ultramontanismus und Liberalismus gleichmäßig verwirft, so muß man doch den ultramontanen Historikern das Zugeständniß machen, daß ihre Arbeiten tiefer angelegt und besser ausgeführt sind, als diejenigen ihrer liberalen Antipoden. Döllinger und Jörg haben sehr gründliche Arbeiten über die Reformationszeit geliefert, und sind Beide von Janssen noch übertroffen worden. Der Letztere hat ein sozialökonomisches Material von staunenswerthem Umfang beigebracht, eine Leistung, mit der sich ein protestantisch-liberales Geschichtswerk auch nicht entfernt messen kann. Die ultramontanen Historiker haben freilich das von ihnen aufgewendete Material unredlich verwendet. Wenn

sie aber Jemand zur Rechenschaft ziehen will, so ist dazu Niemand weniger berechtigt, als der Lobhudlerchor der protestantischen Historiker, der aus der Geschichtswissenschaft eine große Weihrauchwolke für die Gewaltmenschen aller Art gemacht hat. Die besseren liberalen Geschichtschreiber aus dem vorigen Jahrhundert, die bahnbrechend gewirkt und die Geschichte erst aus dem Rohen herausgearbeitet haben, sind heute veraltet. Wenn wir aber einige wenige und vereinzelte Erscheinungen ausnehmen, so stehen die liberal-protestantischen Geschichtschreiber unserer Zeit weit hinter jenen Historikern zurück. So engherzig war keiner von ihnen wie unsere nationalliberalen Professoren, welche ihr Jahrhundert glauben machen wollen, die Weltgeschichte habe durch Jahrtausende nur Vorarbeiten für „den größten Staatsmann aller Zeiten," für den Fürsten Bismarck besorgt, damit dieser seinen Bureaukraten- und Soldatenstaat habe errichten können. Was dieser Art von liberaler Professoralgeschichtschreibung besonders eigen ist, das ist eine unbedingte und kindische Verherrlichung alles Militärischen. Ein Husar, der ein halbes Dutzend Franzosen niedergehauen, ein Scharfschütze, der eben so viele „erlegt" hat, erregt bei diesem Menschenschlag mehr Begeisterung, als die himmelstürmenden Gedanken erleuchtetster Geister. Man lese z. B. die Schilderungen des Krieges von 1813, die aus der Feder solcher Professoren geflossen sind, und man wird finden, daß die Episoden aus den Schlachten von Großbeeren und von Dennewitz, wo es sich um das Schädeleinschlagen mit Kolben handelt, mit einem gewissen schmatzenden Behagen geschildert sind. Man glaubt, das dumpfe Krachen der Franzosenschädel zu vernehmen.

Solche Dinge bilden die Höhepunkte dieser ärmlichen Art von Geschichtschreibung. Wer nicht Kannibale genug ist, um an „zerschmetterten" Franzosenschädeln ein Vergnügen zu finden, der wird aus dieser Literatur, die außerordentlich zahlreich ist und Deutschland wie mit einem wüsten Schlamme bedeckt, absolut nichts schöpfen können, was irgendwie von Belang wäre. In fast allen diesen Werken findet man nur eine öde Aufzählung der Ereignisse, ausstaffirt mit dem kümmerlichen Flitterkram „patriotischer" Phrasen. Fast nirgends ein tieferes Eindringen in den Stoff; fast nirgends auch nur der Versuch, die soziale Struktur der politischen Erscheinungen zu erforschen und dadurch Ursachen und Wirkungen im Lauf der Dinge zu erkennen und zu würdigen. Die Schwächen der rein pragmatischen Darstellung treten unverhüllt zu Tage. Eine Ausnahme macht vielleicht Heinrich von Sybel, der in seiner „Geschichte der Revolutionszeit" auch den ökonomischen Untergrund der französischen Gesellschaft sondirt hat. Aber er verdirbt sein ursprüngliches Verdienst durch falsche und willkürliche Schlußfolgerungen.

Man kann sich leicht denken, welche Behandlung die deutsche Volksbewegung von 1848 von diesem Professorenthum erfahren hat. Gewisse Lakaienseelen überschlugen sich förmlich bei dieser Gelegenheit; sie wollten sich nach dem Scheitern der Bewegung bei den reaktionären Gewalten beliebt machen und beschimpften die deutsche Erhebung. So z. B. der bekannte Häusser, der für sein Bischen blassen Liberalismus, das er während der Revolution aufgewendet, Verzeihung erwerben wollte durch ein gehässiges, mit Verleumdungen gespicktes Pamphlet gegen die Erhebung von 1849 in Baden. Der bekannte Zöpfl that auch ein Uebriges, indem er eine Abhandlung über den historischen Götz von Berlichingen 1849 herausgab. Er stempelte diesen elenden Raubritter und Volksverräther, den schon Maximilian I. als einen „Heckenreiter" schimpflich geächtet hatte, zu einem Helden stolzester Art und nahm die Gelegenheit wahr, mit den Revolutionären von 1525 auch die von 1848 in kläglichster Weise anzukläffen.

Unter diesen Umständen konnte man nicht erwarten, daß die deutsche Erhebung von 1848 in dem großen Geschichtswerke von Oncken („Allgemeine Geschichte in Einzeldarstellungen") eine wirkliche historische Würdigung erfahren werde. Herr Oncken selbst ist ein Typus jenes nationalliberalen Professorenthums, das seine öden Tiraden gegen Franzosen, Ultramontane, Demokraten und Sozialisten immer noch für duftige Blüthen deutschen Geisteslebens ausgiebt, und seine Mitarbeiter sind fast alle von demselben Schlage. Unter den „Einzeldarstellungen" befinden sich darum auch nur wenige von tieferem Gehalt; die meisten bewegen sich innerhalb der Grenzen, die wir vorhin bezeichnet haben.

Die Schilderung der Erhebung von 1848 hat für das Oncken'sche Sammelwerk der sächsische Professor Theodor Flathe übernommen. In einem stattlichen Bande schildert er „das Zeitalter der Restauration und Revolution, 1815—1851.* So wie in den Blättern gewisse Vorfälle unter der bezeichnenden Spitzmarke „Sächsische Justiz" erscheinen und damit für Jedermann hinlänglich gekennzeichnet sind, so könnte man mit dem Titel „Sächsische Geschichtsprofessoren" auch die Geschichtschreiber vom Schlage des Herrn Flathe für die weite Oeffentlichkeit genügend kenntlich machen. So bequem wollen wir aber doch nicht sein und wollen auf die Sache eingehen. Wir haben es mit einem Meisterwerk der Professorenoberflächlichkeit und des Professorendünkels zu thun. Die scheinbar stolze Haltung, welche dieses Gelehrtenthum annimmt, kann uns gar nicht imponiren. Wenn ein Historiker sich bemüht, wie es hier der Fall ist, das Volk als einen maßgebenden, ja nur mitwirkenden Faktor aus der Geschichte zu streichen und die herrschenden Klassen, die Fürsten, die Militärs, die Bureaukraten, die Gelehrten, die Pfaffen und die Geldsäcke als die alleinigen Träger der Menschheitsentwicklung hinzustellen, so kann in unserer Epoche der vorgeschrittenen Weltanschauung dergleichen Unterfangen nicht beanspruchen, ernst genommen zu werden. Man will auf das Volk mit zürnender und strafender Miene herabblicken, während man mit dem demuthsvollen Augenaufschlag des wohlbetreßten Dieners zu den Thronen und Palästen emporschielt. Wir kennen diese Pose des deutschen Professorenthums, die uns den Spott der ganzen Kulturwelt eintrug, als dies Element im Jahre 1848 in den historischen Vordergrund zu treten wagte. Herrn Flathe in dieser Pose zu schauen ist nicht unergötzlich; er hat manchen Meister seiner Zunft übertroffen. An der Stelle nämlich, wo er auf das bekannte Versprechen des Königs Friedrich Wilhelm III. von Preußen, „eine Volksrepräsentation zu bilden," zu sprechen kommt, fährt er los gegen die „Uebelgesinnten," welche nach den Freiheitskriegen die Erfüllung dieses Versprechens verlangten. „In den alten Provinzen," sagt er, „war nicht einmal das Volk in der Stimmung, das Band weihevoller Pietät, das es mit seinem Könige, seinem Führer und Haupte in den Tagen gemeinsam getragenen Unglücks wie gemeinsam erkämpften Ruhmes verknüpfte, zu entheiligen!" — Also die Forderung, ein feierliches Versprechen einzulösen, „entheiligt" nach Flathe das Verhältniß zwischen Fürst und Volk! Es giebt einen Fanatismus in der Demuth; hier ist er!

Solcher Sprüche könnten wir noch eine schöne Auswahl vorführen. Wir lassen es bei dem einen bewenden und wollen sehen, wie der große Meißener Professor unser armes deutsches Volk dafür abstraft, daß es 1848 wagte, sich aus der Nacht seines Elends zu erheben.

---

* Das Flathe'sche Werk ist schon 1883 erschienen; wir kommen sonach mit unserer Besprechung eigentlich etwas spät. Indessen doch wohl nicht zu spät, denn es dürfte jederzeit nützlich sein, gegen die Mißhandlungen, welche die gute Dame Historia von dem nationalliberalen Professorenthum zu erdulden hat, einzuschreiten.

Mit der Untersuchung der ökonomischen Zustände, welche die Triebfedern für die politische Erhebung von 1848 bildeten, belastet sich Herr Flathe nicht allzusehr. Man hat das in der That auch nicht nöthig, wenn man die Geschichte nur als eine Reihe von mehr oder minder guten Regierungsakten betrachtet, gegen die sich die Völker zuweilen in frevelhaftem Uebermuth auflehnen. Darum genügen Herrn Flathe 34 Zeilen, um sich mit den ökonomischen Vorbedingungen der Revolution abzufinden. Und wie abzufinden! Er spricht von einem „demokratisirenden Ausgleich," der sich in den vierziger Jahren in Sitten, Gebräuchen und Anschauungen vollzogen habe, und erklärt dies so:

„Der Dampf beförderte die Armen so schnell wie die Reichen, Volksunterricht und Lektüre befähigten zwar nicht, aber verleiteten die Niederen zu selbständigerem Urtheile; selbst in der Kleidung machte die wohlfeilere Produktion den Standesunterschied weniger fühlbar."

Angesichts solcher Leistungen kann man dem Preußenkönig Friedrich Wilhelm I. nicht mehr böse darüber sein, daß er zwei Professoren zwang, in mit Hasen bestickten Gewändern über das Thema, „daß die Gelehrten Salbader seien," zu disputiren.

Bei einer solchen Unkenntniß der Ursachen der Revolution muß die Beurtheilung dieser selbst um so schiefer ausfallen. Die Beschreibung der Märzstürme, der Erhebungen von Wien und Berlin liest sich denn auch, als ob nur der blinde Zufall gewaltet und nicht eine von Paris ausgehende mächtige Bewegung ganz Mitteleuropa erschüttert habe. In der Berliner Märzrevolution ist nach Flathe nichts Anderes geschehen, als daß der „Volkstrieb" durch „die Eitelkeit der Demagogen, die politische Unreife der Menge und durch die Nahrungslosigkeit des Arbeiterstandes" auf Abwege geführt worden ist. Weiter heißt es, daß der König während der Barrikadenschlacht „brannte, dem Blutvergießen Einhalt zu thun; selbst die Nachrichten von den Fortschritten seiner Truppen zerrissen ihm die Seele." Endlich läßt der Herr Professor die Truppen „siegreich" abziehen!

Solche Behauptungen wagt man einem millionenköpfigen Publikum als „Geschichte" vorzu—legen!

In den Beschlüssen des Vorparlaments erblickt Flathe „unverfälscht monarchische Volksgesinnung"; der Verrath Mathy's an seinem Freund Fickler wird als „mannhafte Eigenmächtigkeit" bezeichnet; Herwegh's Flucht in die Schweiz ist „unrühmlich," während Louis Philipp, Metternich, der Papst und andere Fürstlichkeiten, welche damals flüchtig wurden, ihm als Märtyrer erscheinen; bezüglich des bei Kandern gefallenen Generals Gagern wird die alte Verleumdung aufgewärmt, derselbe sei „vor dem eigentlichen Kampfe erschossen" worden. Heinrich v. Gagern, der den Reichskarren von 1848 so gründlich verfahren hat, wird mit — Luther verglichen.

Nach Flathe gab es nur eine einzige Möglichkeit, Deutschland zu helfen; nämlich die Reichsgewalt an die Krone Preußen zu übertragen. Und von dem Träger dieser Krone sagt er: „Seine Seele erlag unter der Unwahrheit, in die er gerathen war." — An dem Erzherzog Johann hat er natürlich auszusetzen, daß er ein — Oesterreicher war! — Die Dame Historia nimmt sich, wie man sieht, manchmal recht sonderbar aus, wenn man ihr das mausegraue Gewand des Nationalliberalismus zwangsweise überwirft.

Sonach beurtheilt der Herr Professor die ganze Erhebung von dem Gesichtspunkte aus, daß die Deutschen 1848 „nicht reif" gewesen seien, weil sie die „preußische Spitze" nicht wollten, die ihnen Bismarck nach 1866 mit seinen Bayonetten aufzwingen mußte. Darum kann Herr Flathe auch nichts Besonderes

darin finden, daß Preußen bei Beginn des Kampfes in Schleswig-Holstein in Kopenhagen ankündigen ließ, es wolle Schleswig-Holstein vor der Republik bewahren; Herr Flathe rechnet es Preußen als Verdienst an, daß es die schleswig-holsteinische Erhebung nicht „in den demokratischen Strudel versinken“ ließ.

Uebrigens erkennt Herr Flathe merkwürdiger Weise an, daß das Frankfurter Parlament mit seinen endlosen Debatten über die Grundrechte seine kostbare Zeit verloren und damit die Volksbewegung zum Erlahmen gebracht habe. Das überrascht insofern, als andere historische Professoren das endlose Geschwätz der Konstitutionellen des Frankfurter Parlaments als ein großartiges Verdienst darzustellen pflegen. Der vor einigen Jahren verstorbene Kanzler Rümelin von Tübingen, ein Führer der Erbkaiserlichen in Frankfurt, bezeichnet in seiner nachgelassenen Selbstbiographie Jeden als „politischen Grünschnabel,“ der sich zu behaupten erdreistet, das Frankfurter Parlament hätte seine beste Zeit verschwatzt. Was soll man aber Anderes von diesen vertrockneten Herzen verlangen? Auch an den schönsten Märztagen wußten diese Menschen nichts Besseres zu thun, als vor den Stufen der Throne um einen Gnadenblick zu flehen, und Flathe bezeichnet den herrlichen Aufschwung des deutschen Volkes, die Märzbegeisterung, als „wüsten Revolutionstaumel.“ Es gelingt diesem Professor nicht einmal, sich zu entrüsten, wenn er die Brutalitäten schildert, die der Zar Nikolaus in Polen und den Ostseeprovinzen verüben ließ, um dort alle revolutionären Regungen zu ersticken.

In dem gleichen Tone geht es weiter: „Revolutionsschwindel“ — „blutlechzende Rotte“ — „Ruchlosigkeiten und freche Dreistigkeit der Linken“ — „radikale Schreier“ — „unfertige Knaben“ — „zuchtlose Masse“ — dies sind die Ausdrücke, mit denen der Professor Flathe über die Träger der Revolution von 1848, über Demokratie, Volk, überhaupt über Alles herfällt, was die bürgerliche Freiheit von unten auf schaffen und sich nicht mit den allergnädigsten „Bewilligungen“ begnügen wollte. Der Mann thut sehr wichtig und sieht sein Schreibpult ohne Zweifel als eine Art Richterstuhl der Weltgeschichte an.

Dabei hat er kein Wort des Tadels für die brutale Hinschlachtung Robert Blum's, kein Wort des Tadels für die Standgerichte in Baden; nur das blutige Schreckensregiment Haynau's in Ungarn bewegt ihn zu einigen tadelnden Worten.

Interessant ist das Fazit, das er aus der ganzen Verfassungsbewegung zieht. „Jene scheinbar verlorene Arbeit in der Paulskirche,“ sagt er, „war nothwendig, um eine nüchterne Erfassung der wirklichen Verhältnisse zur Reife zu bringen, um die Unmöglichkeit einer deutschen Einheit mit Oesterreich, um als den einzig denkbaren Einheitsstifter Preußen jedem Auge, das überhaupt sehen wollte, darzuthun.“

So hatte also auch das Frankfurter Parlament keine andere Bestimmung von der Vorsehung erhalten, als die Blut- und Eisenrolle Bismarck's vorzubereiten! Tief gedacht und eines nationalliberalen Professors vollkommen würdig!

So suchen diese Kathederdespoten das Werk fortzusetzen, an dem ihre Vorläufer seit Jahrhunderten gearbeitet. Sie erdreisten sich, das Volk als eine verächtliche, dumme Masse zu bezeichnen, und haben es nur zu loben, wo es sich servil zeigt. Aus dem ganzen Gewühl der Weltgeschichte ragen nach der Darstellung dieser famosen „Gelehrten“ nur einige Gewaltmenschen hervor, deren Verherrlichung sie als „Patriotismus“ und „Geschichtswissenschaft“ bezeichnen. Und dabei setzt diese Art von „Geschichtswissenschaft“ Deutschland unerhört herab, indem sie unser Volk als eine von „Verführern“ geleitete Hammelheerde vor der ganzen Welt beschimpft.

Literarische Rundschau.

Grundriß der politischen Oekonomie. Von Dr. Eugen v. Philippovich, Professor an der Universität Freiburg. I. Band: Allgemeine Volkswirthschaftslehre. Freiburg i. B. und Leipzig 1893, Mohr. gr. 8°, 347 S. Preis 8 Mark.

Dieser neueste Grundriß der politischen Oekonomie will in erster Linie den Zweck verfolgen, „den durch die reiche Spezialliteratur der letzten Jahrzehnte auf diesem Gebiete erreichten Fortschritt in einer zusammenfassenden einheitlichen Darstellung des Wesentlichen zum Ausdruck zu bringen.“ Das ist dem Verfasser wohl auch ganz gut gelungen, wenn man unter Literatur die offizielle bürgerliche versteht. Aber andererseits ist es einer derartigen „Zusammenfassung“ gegenüber ganz unmöglich, ihren Standpunkt in kurzen Zügen zu kennzeichnen. Wir möchten, um eine Vorstellung des Inhalts zu wecken, fast sagen: wem das Schönberg'sche Handbuch zu dick und zu theuer ist, der kaufe sich den Philippovich'schen Grundriß; dieser bietet fast Alles zwar viel kürzer, aber ebenso gut, und — äußerlich wenigstens — einheitlicher; ja er bietet noch dazu einen sehr willkommenen Einblick in die heute so viel gepriesenen Errungenschaften der Menger'schen Schule, die bei Schönberg weiter keine Rolle spielt, zu der Herr v. Philippovich aber sehr neigt.

Leider hat er damit auch die Neigung übernommen, ganz unfruchtbare Tüfteleien und Silbenstechereien für sachlich wichtige Unterscheidungen zu halten und vor lauter einzelnen Bäumen niemals mehr einen ganzen Wald, vor lauter Einzelerscheinungen niemals mehr ein einheitliches Grundgesetz zu sehen.

Wir greifen hierfür zwei Beispiele aus dem Buche heraus.

So wird die Abtheilung „Produktion und Erwerb“ mit einer Unterscheidung zwischen „technischer“ und „wirthschaftlicher“ Produktion eröffnet und es wird dann des Längeren erwogen, ob die Produktion „Werthe“ erzeugt oder nicht. „Die Produktion ist zwar stets auf die Gütererzeugung gerichtet, allein der Charakter des Produktes als eines *Gutes* wird *nicht* im Produktionsprozeß entschieden.... Daraus ergiebt sich von selbst, daß in der Produktion *auch nicht Werthe* erzeugt werden. Der Werth ist das Ergebniß der Beziehungen der Menschen zu den Gütern und setzt daher voraus, daß das Produkt Güterqualität erlangt hat, er ist aber nicht von dieser allein bedingt, sondern von einer Anzahl wechselnder Momente — dem Versorgungszustande, der Bedürfnißstärke, der Menge der Begehrenden u. s. w. — abhängig, so daß noch weniger als die *Güterqualität* der *Werth* als durch die Produktion geschaffen angesehen werden kann.... Nur von einem *Streben* und einer dadurch bedingten *Richtung* der Produktion auf Erzielung eines Güter- und Wertherfolges, nicht von einer unmittelbaren Güter- oder Werthschaffung kann man sprechen. — Die Anschauung, daß in der Produktion selbst eine Güter- und Wertherzeugung vorliegt, beruht auf einer Antezipation dessen, was als Ergebniß einer klugen Berechnung des Erfolges mit Rücksicht auf den Guts- und Werthcharakter des Produktes erwartet wird. Nach jener Auffassung wäre nur die wirthschaftlich geglückte Produktion überhaupt Produktion, eine Unterstellung, die sich in der Wirklichkeit keinen Augenblick aufrecht erhalten läßt. Oder hat der Unternehmer, der nicht auf seine Kosten gekommen ist oder dessen Waaren unverkäuflich sind, nicht produzirt? Er hat produzirt, aber falsch spekulirt.“ — Bisher drückte man das, immer im engsten Anschluß an die wirklichen Vorgänge, so aus, daß der Produktionsprozeß von Waaren zugleich Arbeits- und Werthbildungsprozeß sei, daß aber allerdings auf die Werthbildung in der Produktion dann noch die Realisirung des Werthes, die Verwandlung aus Waarenform in Geldform in der Zirkulation folgen müsse und daß hier dem Waarenbesitzer noch allerlei Abenteuer bevorstehen können, die vielleicht sehr zu seiner Enttäuschung ausschlagen. Der kapitalistische Produzent, für den mit Recht sein ganzes Kapital — innerhalb der Zirkulations-, aber ebenso auch innerhalb der Produktionssphäre — nichts ist wie ein „prozessirender Werth,“ wird nun durch die neue Unterscheidung gleichsam in zwei Hälften getheilt; innerhalb der Produktion erzeugt er keine Werthe, aber innerhalb der Zirkulation realisirt er welche. Der innerste Zusammenhang zwischen Produktion und Zirkulation,

zwischen Produktionskosten und Preisen, jede wirkliche Erkenntniß des „Verwerthungs“-prozesses des Kapitals, der eben nur aus dem Werthbildungsprozeß in der Produktion zu begreifen ist, geht so verloren.

Dies als Beispiel der Unterscheidungen, wie man sie heute macht.

Bei der Werththeorie zeigt sich natürlich am meisten der hilflose Eklektizismus der offiziellen Wissenschaft, der durch die neuesten Zuthaten der österreichischen Schule noch rathloser geworden ist. Nur in der Preisbildung, erfahren wir, kann der objektive Tauschwerth verfolgt werden. Auf die Preisbildung aber wirken außer dem wirthschaftlichen Interesse noch Sitte, altruistische Regungen, Irrthum, Täuschung, thatsächlicher und rechtlicher Zwang. „Im Anschlusse an v. Böhm-Bawerk scheiden wir die folgenden Preisbestimmungsgründe: 1) die Zahl der Kauflustigen, 2) die Menge der von ihnen begehrten Waaren, 3) die Werthschätzung der Kauflustigen für die Waare, 4) die Werthschätzung des Preisgutes (des Geldes) durch die Kauflustigen, 5) die Zahl der Verkaufslustigen, 6) die Menge der von ihnen ausgebotenen Waarenmengen, 7) die Größe der Werthschätzung der Verkäufer für ihre Waaren, 8) die Werthschätzung des Preisgutes durch die Verkäufer.“ Auch für die „beliebig herstellbaren Güter“ kommt man so zu keiner rechten Regelmäßigkeit, denn das „Produktionskostengesetz“ erleidet viele, wohlnummerirte Beschränkungen. „Die Preise der Kostengüter regeln sich dann in der Weise, daß die Produzenten als Käufer der Kostengüter den Preis, den sie zu bewilligen geneigt sind, abhängig machen von den Werthschätzungen der Konsumenten, wie sie ihnen in bekannten Preisen der Produkte oder in Vermuthungen entgegentreten. Die Verkäufer der Kostengüter haben ihrerseits ihre Produktionskosten als den zu erzielenden Minimalpreis im Auge, ohne ihn aber als letzte Grenze festhalten zu können, wenn sich ihnen nicht für ihre eigenen Gebrauchszwecke eine Verwendungsgelegenheit nach dem Kostenwerth ergiebt, so daß sie bei einem Sinken der Preise unter die Kosten die Kostengüter vom Markte zurückziehen. Dies ist aber in den meisten Fällen nicht möglich. . . . Der Preis der Kostengüter wird dann in derselben Weise, wie oben bei beiderseitigem Wettbetrieb gezeigt wurde, bestimmt durch das Preisgebot des schwächsten Kaufwerbers, bei dessen Nachfrage eine Ausgleichung zwischen dem verkaufsfähigen Angebote und der kauffähigen Nachfrage erzielt wird. Das heißt: die Höhe der aufwendbaren Produktionskosten wird regulirt durch den vorhandenen Vorrath von Kostengütern und die Werthschätzung (Bedürfnißstärke und Zahlungsfähigkeit) der schwächsten Konsumentenklasse, für deren Befriedigung die Produktion aus dem gegebenen Kostengüteraufwand bestimmt ist.“ Das heißt ein gesellschaftliches Gesetz! Vorher geht es beim „subjektiven“ Werth noch verwirrender zu; hier zeigt sich auch der „Grenznutzen“ in seiner ganzen Bedeutung. — Allen diesen Irrgängen der gelehrten Kurzsichtigkeit nachgehen, hieße eine Kritik der heute herrschenden Nationalökonomie schreiben. Wir begnügen uns also mit diesen Hinweisen zur Kennzeichnung des theoretischen Standpunktes unseres Verfassers.

Sonst hat aber das Buch in seiner knappen, nüchtern klaren Schreibweise, in seiner fleißigen Heranziehung der Literatur, auch in seiner Objektivität gegen die sozialistische Wissenschaft entschiedene Vorzüge. Auch für Nachschlagezwecke ist der Grundriß sehr brauchbar in seiner Eintheilung, in seinen kurzen Mittheilungen statistischer Belege, mit seinen reichhaltigen Literaturangaben für jede Spezialfrage. Auch bloße „Zusammenstellungen“ sind ja heute unentbehrlich. —ms.

Notizen.

Taine. Unser treffliches Bruderorgan „Le Socialiste“ in Paris veröffentlicht in seiner Nummer vom 19. März einen höchst beachtenswerthen Artikel über Taine, aus der Feder des unseren Lesern bereits durch mehrere Beiträge bekannten Genossen Bernard, der uns den bürgerlichen Historiker besser zu charakterisiren scheint, als irgend einer der Nachrufe in der Presse, die uns zu Gesicht gekommen. Wir

geben ihn daher in Folgendem wieder: Kaum ist Renan todt, so ist schon wieder ein großer Schriftsteller und großer Mann, eine Leuchte der Bourgeoisie gestorben. „Die Todten reiten schnell“ in Zeiten des Untergangs von Rassen und des Niedergangs von Klassen.

Renan und Taine waren ausgesprochene Feinde der sozialistischen Bewegung, und trotz alledem haben ihr beide genützt. Unfreiwillig haben sie dieselbe durch ihre Schriften gefördert und sind sie in ihrer Weise für die soziale Revolution propagandistisch thätig gewesen.

Nehmen wir Taine als Beispiel für diese unsere Behauptung.

Sogar innerhalb der sozialistischen Arbeiter ist es Mode, ihm die brutale Art und Weise vorzuwerfen, mit welcher er die Bourgeoisrevolution des vergangenen Jahrhunderts behandelt hat. Denn mag man ein noch so überzeugter Sozialist sein, man hat das Gehirn mehr oder weniger umnebelt von den Weihrauchdüften, welche gespendet wurden den vierzehn Armeen und den Bataillonen der Freiwilligen, welche in Holzschuhen nach der Mosel marschirten. Dies der Grund, weshalb wir uns stets, trotz nachträglicher besserer Einsicht, etwas verletzt fühlen, wenn die französische Revolution angegriffen wird.

Wer hatte uns indessen vor Taine ihren Ursprung gezeigt? War es etwa Louis Blanc mit seiner abgöttischen Verehrung für Robespierre oder auch der „blendende“ Michelet? Wohl hatte Avenel auf diesen Ursprung hingewiesen, allein er blieb dem großen Publikum unbekannt, und es handelt sich ja gerade in erster Linie darum, dem großen Publikum Aufklärung zu bringen.

Taine war es, welcher zuerst in Frankreich zwei große historische Wahrheiten aufdeckte. Erstens legte er das klar, was wir als eigentliche Grundlage des Feudalismus und des Mittelalters bezeichnen können. Er stellte nämlich die Theorie auf von den gegenseitigen Dienstleistungen, welche den Feudalherrn mit dem Gemeinen (vilain) verbanden. Bemerkt muß hier noch werden, daß der letzteren Bezeichnung früher nicht die verächtliche Bedeutung von heutzutage anhaftete.

Durch diese seine Theorie brach Taine offen und nachdrücklich mit allen liberal angehauchten Deklamationen gegen die Knechtschaft und das Elend des Mittelalters. Wie sehr viele Urkunden (in der Normandie, Bourgogne z. B.) beweisen, haben diese Knechtschaft und dieses Elend gar nicht bestanden, wenigstens nicht in der Zeit vor dem hundertjährigen Krieg zwischen Frankreich und England.

In seinem Werke: „Die Entstehung des zeitgenössischen Frankreichs“ („L'Origine de la France Contemporaine“) stellte Taine diese Theorie auf. Sie überraschte zuerst, bezauberte dann durch ihre Eigenartigkeit, wurde aber schließlich von den klug vorsichtigen Geistern der Bourgeoisie als das erkannt, was sie ihrem ganzen Wesen nach war, nämlich als durch und durch umstürzlerisch und revolutionär.

In der That, es war leicht, die sich aus ihr ergebende Schlußfolgerung zu ziehen. Die Bevorrechteten früherer Zeiten hatten ihre Existenzberechtigung einzig und allein gehabt auf Grund geleisteter Dienste; sie verloren ihre Privilegien, als sie ihren Dienstleistungen nicht mehr nachkamen. Wenden wir diesen Grundsatz auf die Bourgeoisie an, so könnte auch für diese einst der Tag kommen, an dem sie Rechenschaft über ihre Dienstleistungen abzulegen hat.

Wir zweifeln sehr, daß Taine selbst ahnte, welche furchtbaren Schlußfolgerungen sich aus seiner Theorie für die Klasse ergeben, der er selbst angehörte. Durch die innere, zwingende Logik seiner Methode mußte er eben zu seiner Theorie gelangen.

Die zweite grundlegende Wahrheit, welche Taine aufdeckte, war bis dahin im Dunkel geblieben oder auch sorgfältigst verhüllt worden, man hatte sie nicht hinter der flammenden Begeisterung Michelet's gesucht. Diese Wahrheit war aber keine andere, als daß der Vers der Carmagnole „Krieg den Schlössern, Friede den Hütten,“ während der großen Revolution buchstäblich genommen worden war.

Die ersten Jahre der Revolution, welche man uns als Zeiten des Parlamentirens und der Gesetzmäßigkeit schildert, sind eigentlich nur eine Jacquerie (Aufstand der französischen Bauern) gewesen. Die Emigranten wurden buchstäblich aus Frank-

reich hinaus getrieben, ihre Schlösser wurden niedergebrannt,* ihre Besitzungen geplündert. Aber, wird man hier einwenden, diese Thatsachen sind einfach auf Rechnung der bäuerlichen Massen zu setzen, welche durch lange Jahre der Knechtschaft und des Elends zur höchsten, wilden Verzweiflung getrieben worden waren.

Gewiß ist an dieser Behauptung etwas Wahres, allein wer leitete die Bewegung, wenn er sich gleich stellte, als ob er keine Ahnung von ihr hätte? Waren es nicht die nämlichen Elemente, welche man später als „die schwarze Bande" bezeichnete?

Ohne die bäuerliche Jacquerie hätten die Herren Bourgeois nicht so bequem in den Besitz der Nationalgüter gelangen können, wie dies Avenel nachgewiesen hat. Die damaligen Besitzer von Grund und Boden mußten erschreckt und vertrieben werden.

Erst später erkannten Saint-Just und andere aufrichtige Revolutionäre, für wen sie die Kastanien aus dem Feuer geholt hatten, nämlich für die neue Bourgeoisklasse!

Taine hat nun nachgewiesen, daß die allerheiligste französische Revolution zu ihrer Grundlage nichts anderes hatte, als Plünderung und klipp und klare Expropriation. Diesen Nachweis zu führen, das hieß der Bourgeoisie den nämlichen Dienst erweisen, als wenn man den Ursprung des Vermögens eines Parvenus aufgedeckt hätte.

Mit welchem Recht konnte die Bourgeoisie noch gegen die „Theiler," die Kommunisten deklamiren? Deshalb wurde auch Taine nacheinander von allen Parteien als ein gefährlicher Geist erachtet, und wenn er nicht die verkörperte Methode gewesen wäre, so würde er sich selbst zum Schweigen verurtheilt haben.

Wir haben hier kurz die beiden großen Dienste angedeutet, welche der eben Verblichene der sozialistischen Bewegung erwiesen hat. In Anbetracht des Schadens, den er der Bourgeoisie zugefügt hat und seines unleugbaren Talents kann ihm viel verziehen werden.

Er und Renan sind, wie wir Eingangs bemerkten, zwei große Zerstörer.

Der sanfte, süßliche Verfasser des „Lebens Jesu" hat nicht wenig zur Schwächung der Klasse der Bourgeoisie beigetragen, welche er ohne Ruh und Rast mit seinen verweichlichenden Schriften bedachte.

Taine hat noch mehr gethan. Dieser „verstopfte" Geist, wie ihn Vallés nannte, hat seine Generation nicht zur Wissenschaft geführt, sondern zu deren Parodie, der positivistischen Methode. Indem er die Geister sich in diese Sackgasse verrennen ließ, hat er ihnen jeden Horizont verschlossen, und während Renan die Bourgeoisie für immer entmannte, hat Taine das Werk vervollständigt und besiegelt, indem er sie ihrer Waffen beraubte.

Was ist der natürliche Weizenpreis? Im westlichen Kanada erhielten die Farmer diesen Winter ca. 45 Cents pro Bushel, als der Weizen, in England ausgeladen, pro Quarter 30 Shillings oder pro Bushel 90 Cents kostete. Die Handelsunkosten betrugen also genau so viel, als der Preis auf der dem Farmer nächsten Station, aber dieser Preis wird allgemein als zu niedrig angesehen. Unter 50 Cents pro Bushel wird auf die Dauer der selbstarbeitende Bauer ihn nicht liefern können, wir wollen annehmen, und das trifft zu, für 55 Cents könne er es thun. Dazu kommen Spesen bis an einen europäischen Markt ca. 45 Cents, so daß sich der natürliche Preis des Weizens in einem atlantischen Hafen auf 1 Dollar pro Bushel (27 Kilo) oder pro Meterzentner auf 3,70 Dollar = 15,5 Mark stellen würde. So theuer ist der unverzollte nun nicht. Aber dies ist ungefähr der gegenwärtige Preis des zollgeschützten Weizens in Deutschland. Derselbe ist gerade doppelt so groß wie jener, bei dem der westamerikanische Bauer würde bestehen können, d. h. der halbe gegenwärtige Preis des Weizens in Deutschland bildet Grundrente. — Da braucht man doch kaum die Grundsteuer zu erlassen! Natürlich weiß ich recht gut, daß ohne eine vollständige soziale Umwälzung, der ich das Wort nicht rede, die Grundrente

---

* Diese bürgerliche Schreckensherrschaft war weit furchtbarer als die Schreckensherrschaft von 1793.

nicht beseitigt werden kann und selbst wenn dies geschähe, man doch in Europa für lange Zeit den Weizen nicht mit so wenig Aufwand an menschlicher Arbeit, also zu so niedrigem Werth, würde produziren können, als in Amerika. Dazu gehörte eine andere Bodenaus- und Vertheilung und ein höherer standard of life der europäischen Landleute. Beides kann aber durch Reformgesetze gefördert werden. Geschieht es nicht, so wird allerdings eine Umwälzung stattfinden. Denn nicht Naturgesetze verursachen, daß der Weizen in Deutschland doppelt so theuer ist, als er „werth" ist, sondern überkommene menschliche Einrichtungen und Gesetze, welche abänderbar sind. So grobe Abweichungen im Preise, verursacht durch diese Gesetze, von der Normale des Werthes läßt sich keine Nationalwirthschaft auf die Dauer gefallen. Die Politik des Mittelalters hat sich bestrebt, den Waaren den „gerechten Preis" zu verschaffen, d. h. jenen, der sich mit dem Werth, der in ihnen verkörperten Arbeit, deckt, und davon blieb noch im späteren Recht — wie er sich auch schon früher fand — der Grundsatz, daß jeder Kaufkontrakt, bei dem der Preis den Werth um die Hälfte überstieg, null und nichtig war. Nun, wir zahlen einen Weizenpreis, der den Werth nicht um 50, sondern um 100 Prozent übersteigt. Die Konservativen sollten sich an unser historisches Recht erinnern. Ich muß sagen, daß unsere heutige Wirthschaft damit in Widerspruch steht. Man soll nicht sagen, unsere Arbeiter würden, auch wenn ihnen die Bedingungen geboten wären, unter denen sie in Amerika Besitzer der Produktivfonds geworden sind, das nicht leisten können, was jene leisten: Was die Ausgestoßenen der europäischen Arbeiter und ihre Nachkommen in Amerika leisten, das können bei ähnlichem standard of life ihre Ahnen, unsere Landleute, auch leisten.

Es ist nun keineswegs blos die soziale Ungerechtigkeit, sondern wichtiger ist ihre wirthschaftliche Folge, die hierbei in Betracht kommt. Wenn, Eins ins Andere gerechnet, der europäische Arbeiter für die zwei nothwendigsten Lebensmittel, Fleisch* und Getreide, zwei Drittel bis zum Doppelten mehr bezahlt, als sie werth sind und als der amerikanische Arbeiter bezahlt, so wird er, wenn er denselben Lohn erhielte wie jener, und jener ebenso frugal lebte wie dieser, mindestens zwei Drittel des hierfür ausgegebenen Geldes weniger für Industrieerzeugnisse ausgeben können. Das verschiedene Verhältniß in dieser Beziehung erklärt meiner Ansicht nach mehr als die etwa höheren Industrieschutzzölle Amerikas den Aufschwung der dortigen und den Niedergang unserer Industrie, und an diesem Umstande wird es liegen, daß ein solches Mißverhältniß unserer Preise sich nicht dauernd wird aufrecht erhalten lassen! Den auswärtigen Markt für Industriewaaren verlieren wir mehr und mehr und können dagegen fast nichts thun, den inneren verkrüppeln wir durch jene hohen Lebensmittelpreise. Ehe aber die Industrie zu Grunde geht, wird sie kämpfen, und der einzige Punkt und Platz, auf dem sie es mit Erfolg kann, liegt auf dem Gebiet der Preisbildung für Lebensmittel, welche künstlich in Europa, sogar mit der laesio enormis, aufrecht erhalten wird. Die gesammte Industrie aber, Fabrikanten und Arbeiter, haben mehr wirthschaftliche Macht und politischen Einfluß, wenn sie ihn gebrauchen wollen, als die paar tausend deutschen Großgrundbesitzer, denn die Bauern können auch bei niedrigen Preisen, bei sonst vernünftigen Institutionen, existiren, wie es die amerikanischen thun. Und man wolle sich erinnern, daß die meisten englischen Bauern zu Grunde gegangen sind in der Periode der höchsten englischen agrarischen Schutzzölle und der höchsten Lebensmittelpreise, die England, seit es ein Staat ist, gehabt hat. Bei sinkender Industrie die Lebensmittelpreise künstlich steigern, ist eine Stupidität, auf die das „Volk der Denker" einmal nicht stolz sein wird.

Dr. Rudolf Meyer.

Der größte Abnehmer indischer Baumwolle ist schon seit Jahren nicht mehr England, sondern Deutschland.

Der fortwährende Rückgang der Zufuhr nach England hat früher mitunter abenteuerliche Kommentare hervorgerufen. Die Liverpooler Händler klagten die, oft

* Vgl. Heft 23 dieses Jahrgangs, S. 734, die Notiz: „Was ist der natürliche Preis des Fleisches."

geradezu betrügerische Qualitätsverschlechterung als Ursache an; die Times of India (zitirt Economist 15. August 1891) beschuldigte wiederum die Liverpooler Börse, daß sie die Lieferungsqualitäten in sinnloser Weise festgesetzt habe, und daß sie durch ihre Schiedssprüche: welche Waare den Lieferbedingungen entspreche und welche nicht, sowohl die Lieferanten in Bombay wie die Kunden auf dem Kontinent abschrecke, mit ihr in Verbindung zu bleiben. „Daher begannen die Spinner außerhalb Englands sich lieber an die Bremischen Schiedssprüche zu halten, und jedes Jahr wird mehr und mehr indische Baumwolle der Prüfung unparteiischer Sachverständiger in dieser deutschen Stadt unterworfen, zur Beruhigung der Exporteure in Bombay. Der Handel in Liverpool mag die Lektion beherzigen."

Das kann wohl als nebensächliches Moment mitgewirkt haben, die Hauptursachen der großen Umwandlung sind aber: einmal die stetig wachsende Unabhängigkeit der kontinentalen Staaten von der Vermittlung Englands, so daß die indische Baumwolle, die früher erst von England aus den Kontinent erreichte, jetzt direkt nach Hamburg, Triest, Antwerpen, Havre, Genua verfrachtet wird — vor Allem jedoch der qualitativ veränderte Bedarf der englischen Spinnerei. Die indische Baumwollenindustrie hat das Spinnen von groben Baumwollgarnen für den Export nach dem fernen Osten, wie es früher in Lancashire üblich war, sehr beschränkt. England produzirt daher, durch seine geschulten Arbeiter und seine außerordentlich vervollkommneten Maschinen unterstützt, mit Vorliebe feinere Nummern, wozu sich die langstapelige amerikanische und egyptische, nicht aber die kurze indische Baumwolle eignet. Auf dem Kontinent dagegen finden grobe Nummern für den Bedarf der ärmeren Massen noch immer guten Absatz (siehe Bericht des östereichischen Konsuls in Bombay für das Jahr 1891, Handelsmuseum 9. Juni 1892).

So finden wir denn folgende Ziffern für den Export Bombays nach Europa. Es gingen:

In der Saison endend 30. Juni	Nach dem Vereinigten Königreich (Großbritannien und Irland) Ballen	Nach dem Kontinent Ballen	Insgesammt nach Europa Ballen
1881/82	828 000	694 000	1 522 000
1882/83	513 000	822 000	1 335 000
1883/84	577 000	719 000	1 296 000
1884/85	267 000	524 000	791 000
1885/86	321 000	687 000	1 008 000
1886/87	397 000	750 000	1 147 000
1887/88	234 000	659 000	893 000
1888/89	386 000	900 000	1 286 000
1889/90	370 000	1 118 000	1 488 000
1890/91	115 000	955 000	1 070 000
1891/92	72 000	832 000	904 000

Zu Beginn des vorigen Jahrzehnts überwog also die englische Einfuhr noch beträchtlich die kontinentale, heute hat letztere mitunter schon den zehnfachen Betrag der ersteren überstiegen. — Nimmt wan zu der angegebenen Ausfuhr Bombays nach Europa (1891/92 904 000 Ballen) noch die 203 000 Ballen hinzu, die nach indischen, japanesischen und anderen Häfen im Osten gingen, so ergiebt sich eine Gesammtausfuhr Bombays von 1 107 000 Ballen, von denen 75 Prozent nach dem europäischen Festlande, 18½ nach den Häfen des Ostens und nur 6½ Prozent nach England bestimmt waren.

Mit weiterer Hinzurechnung der Baumwollausfuhr der andern indischen Häfen kommt man auf 1 367 000 exportirte Ballen, von denen 70,9 Prozent nach dem Festlande, 17,9 Prozent nach den Häfen des Ostens und nur noch 11,2 Prozent nach England gingen.

Hamburg (es bezeichnet in der indischen Statistik offenbar die Gesammtheit aller norddeutschen Häfen) steht im Bezug weitaus an erster Stelle mit 219 606 Ballen. Es folgen dann Triest mit 165 931, Antwerpen mit 143 486, Havre mit 109 738, Genua mit 108 366 Ballen, erst dann kommt Liverpool mit 105 113. Aus den norddeutschen Häfen geht allerdings auch Baumwolle nach Böhmen, andererseits ist aber ein beträchtlicher Theil der Einfuhr in Antwerpen, Triest und Genua für den Westen und Süden Deutschlands bestimmt, so daß ganz zweifellos Deutschland von allen europäischen Staaten heute der erste Konsument indischer Baumwolle ist.

—ms.

Feuilleton.

Lilith.

Novelle von **A. v. Perfall.**

I.

Es war nach der großen Pause, die Redoute hatte ihren Höhepunkt erreicht, unten im Saale tanzte man Française. Die bunten Reihen wallten wein- und lusttrunken auf und ab, trotz der absichtlichen und unabsichtlichen Unplanmäßigkeiten der Paare, rythmisch beseelt, gelenkt von der Kraft, glücklicher Hingebung der Liebe, peinigender Leidenschaft, schamloser Frechheit des Lasters, Anmuth der Jugend, Lächerlichkeit eines lüsternen Alters, alle Schranken verachtenden Leichtsinnes und geschäftsmäßiger, wohlberechneter Routine, neben plattem, aus der Rolle gefallenem eckigem Spießbürgerthum — das alles vereinigt sich da unten in einer schweren, heißen Wolke gefälschter Wohlgerüche, menschlichen Athems, aufgefegten, im elektrischen Lichte sein glitzendes Spiel treibenden Staubes.

Der schwarze Domino herrschte vor, seine Vorzüge gegenüber dem übrigen Kram mit falschen Spitzen und Borten waren zu sehr in die Augen springend. Er machte die talentloseste Trägerin zu einem schwülen Geheimniß, hetzte die lodernde Phantasie der Männer und ließ die bloßen Nacken und Arme in einem verklärten Lichte erscheinen, die Fehler und Schwächen durch den Prunk des Kontrastes tödtend.

Demeter Melander saß allein in der großen Mittelloge ober dem Orchester. Halbgeleerte Champagnerflaschen auf dem gedeckten Tische, Austernschalen, zerkrümmelte Konfitüren, Mandelschalen, Rosenblätter, die sich darauf herumtrieben, ein mit schneeweißem Pelz besetzter Ueberwurf zeugten, daß er sich eben noch in Gesellschaft befunden. Dieselbe schien ihn nicht sonderlich erheitert zu haben, Abspannung, Müdigkeit, Ueberdruß lag in den vornehmen Zügen, in der nachlässigen Haltung des in tadelloser Balltoilette gekleideten jungen Mannes, zugleich jedoch befreite ihn der intensive Ausdruck seiner dunklen Augen, die sinnend über das Gewirre hinschweiften, von dem häßlichen Verdachte seines Beobachters, einen früh verwelkten blasirten „Modernen“ vor sich zu haben. Eine gewisse Souverainität lag darin, vielleicht gemischt mit Verdruß über seine Umgebung, sein Hiersein.

Diese lärmenden Orgien des Karnevals, dieses Knistern, Schleifen, Flüstern, Schreien, Lachen, Fächerwehen, Augenblitzen, das bunte Farbenspiel, die brausende Musik, das fieberhafte Schwanken und Zittern des ganzen Raumes, der Luft, erweckte ihm phantastische Träume, nach welchen er sich sehnte. Er sah nicht die kindische Masse, er hörte nicht ihre schalen Witze, er sah nur das Un-

sichtbare, die Idee des Ganzen, die sich dann allmälig in einem zweiten Gesicht verdichtete, und eine den Künstler in ihm herausfordernde Form annahm. Das Ringen nach diesem sonderbaren Sehen ermattete ihn und er mußte eilen; war der Tanz vorüber, füllte sich wieder der Tisch und die Gesichte verschwanden. — Nicht die Wirklichkeit an sich hatte für ihn ein Interesse, sondern nur was hinter ihr steckte, und da das Wesen der Dinge das grelle Licht scheut, liebte er die Dämmerstunde, mit ihren sich lösenden Kontouren und ihrer stummen Sprache.

Was er jetzt sah? — das nüchterne elektrische Licht störte ihn — einen Dämon, der mit seinen Fledermausfittigen über der Menge schwebt und mit Geißelhieben sie anspornt zu wildem Reigen? — Kleine Kobolde, die mit Amoretten sich balgten im Dunstmeer? — Die falschen und die echten Schwüre? — Oder öffnet sich das Haus und stürmt im tollen Wirbel Alles der fröhlichen Walpurgis zu, den mondbeschienenen Klippen, den Weiden froher Lust, den spuckhaften Höhlen und Schluchten des Brocken!?

Die Musik verstummt plötzlich, erneutes Gelächter, Geschrei erfüllt den Saal. „Das zischt und quirlt, das zecht und plappert“ und da ist wirklich Mephisto, an der Spitze der dichtgedrängten Meute! Da steigt er herauf! Die rothe Hahnenfeder schwankt über dem lustigen Volke!

Demeter hätte der verbrauchten Maske keine besondere Beachtung geschenkt, wenn sie nicht zufällig seinen Gedankenkreis berührte.

Am Arm des Rothen hing ein Domino in schwarzem Damast, sie trug zwei rothe niedliche Hörnchen auf dem Kopfe. Der edelgewölbte schneeweiße Nacken erhob sich stolz über alle ringsumher. Die herrlichen Linien des nackten Armes auf dem rothen Mantel des Begleiters hätten einen Baudry begeistert.

Wer war das? Demeter wunderte sich über die Neuheit dieser Erscheinung, sie konnte noch nicht lange aufgetaucht sein in der Hauptstadt — oder wenigstens nicht an solchem Ort.

Er interessirte sich unwillkürlich dafür, so wenig das seine Art war. Was ihn gemäß seiner Anlage am Weibe reizte, war in diesen Räumen selten zu finden.

Mephisto ging der Galerie entlang auf ihn zu. Er erkannte ihn, es war ein Kollege, und bewunderte seine Geschmacklosigkeit, in diesem ausgeliehenen, abgeschlissenen Kostüme unter diesem Volke zu erscheinen. — Wie kam denn dieser Mensch zu diesem Weibe?!

Er stand auf und verließ die Loge, so mußte das Paar dicht an ihm vorbei. Mephisto grinste abgeschmackt wie ein schlechter Schauspieler, als er Demeter erkannte.

„Betrachte sie genau, ‚Lilith‘ ist das!“ flüsterte er ihm zu.

„Wer?“ fragte Demeter.

„Adam's erste Frau.“

„Nimm' Dich in Acht vor ihrem schönen Haar,
Vor diesem Schmuck, mit dem sie einzig prangt,
Wenn sie damit den jungen Mann erlangt,
So läßt sie ihn so bald nicht wieder fahren“

erwiderte Mephisto textgewandt.

Demeter war betroffen, das Zitat genügte seiner raschen Phantasie. Mystische Walspurgisluft zuckte um den Alabasternacken und unter dem mit schwarzer Gaze überzogenen Drahthelm, welcher das Haupt der Dame anstatt der üblichen Kapuze bedeckte, erblickte er eine wirklich auffallende Haarfülle, tiefschwarz, bläulich

leuchtend; und zwei dunkle Augen ruhten auf ihm, deren Gluth der durchsichtige Stoff eher erhöhte als schwächte.

„Darf ich Sie um die erste Tour bitten, schöne Lilith?"

Es war zum ersten Male, daß er an diesem Ort eine Tänzerin wählte.

Lilith warf einen fragenden Blick auf Mephisto, welcher mit einem grotesken Kompliment seine Erlaubniß ertheilte.

„Ein Kollege, Lilith, und was für einer, kann ihn Dir nur empfehlen! Aber nimm Dich in Acht, Demetrius!"

Mit diesen Worten verschwand er im Gedränge.

Sie ließen Melander fast bereuen, die Dame angesprochen zu haben. Doch schon lag der herrliche Arm in dem seinen.

„Maler also? Wie mich das freut."

„Freue Dich nicht zu früh, schöne Lilith, nicht alle Maler sind Mephistos," entgegnete Demeter, sich zum Scherze zwingend.

„Eifersüchtig also? Auf diesen armen Teufel — Du?"

Der Ausdruck, mit dem sie das „Du" sprach, schmeichelte Demeter zu seinem eigenen Verdruß.

„Dankbarkeit, weiter nichts."

„Dankbarkeit?" fragte er betroffen, „für was?"

„Ja, das ist eine lange traurige Geschichte, aber es ist so. Er empfahl mich Herrn Luschin." Sie nannte den ersten Namen der hauptstädtischen Kunstwelt.

Demeter stutzte. „Herrn Luschin?"

Herr Luschin war ein Lebemann.

Er zog seinen Arm zurück. Unter dem Flor unterschied er edle Züge, — dieser blühende Nacken — dieser Blick — nirgends las er die grauenhafte Schrift des Lasters.

„Wozu empfohlen?" wagte er die Frage.

Sie lachte arglos auf. „Du bist aber drollig — oder bist Du gar kein Maler? Wozu? Als Modell! Als Lilith! Ich heiße ja doch nicht Lilith, ich bin ja eine gute Christin, ein Marienkind sogar. — Warum entziehst Du mir denn Deinen Arm? Ja so — ich vergaß — aber wie das so kam — übrigens wenn Du Dein Engagement bereust —." Sie trat zurück.

Die Naivität ihrer Worte verwirrte Demeter, das Ganze war wohl ein Maskenscherz, den sich diese Dame mit ihm erlaubte; er ging darauf ein.

„Im Gegentheil, ich bin unendlich neugierig, zu hören, wie das so kam, Lilith mit dem schönen Haar," sagte er, ihren Arm ergreifend und seinen Blick unter die Maske senkend. „Suchen wir ein stilles Plätzchen und dann erzähle."

„Wenn Du willst, es ist zwar eine sehr alte Geschichte."

„Aus Deinem schönen Mund wird sie den Reiz der Neuheit gewinnen."

Demeter ließ sich eine kleine Seitenloge öffnen, obwohl er wußte, daß seine frühere Gesellschaft, die nebenan das Gelage fortsetzte, mit diesem neuen Zuwachs sehr einverstanden sein würde, es regte sich in ihm schon etwas Geiz, der sonst gewiß nicht seine Eigenschaft war. Er war neugierig, wie seine Schöne den gewagten Scherz zur Lösung brachte; an das Modell glaubte er nicht, er kannte dieses Völkchen zur Genüge. Das war ja seine Qual, diese erbärmliche Aushilfe, die seinen Pinsel lähmte, die ihn lieber ganz verzichten ließ auf die Darstellung weiblicher Schöne. — Der Kellner brachte den Sekt, unten begann von Neuem der Tanz, sie dachten Beide nicht an das Engagement. (Fortsetzung folgt.)

Für die Redaktion verantwortlich: Georg Baßler in Stuttgart.



Nr. 29. XI. Jahrgang, II. Band. 1892-93.

Opfer der Verhältnisse.

⚡ Berlin, 5. April 1893.

Mit Recht nannte ein Arbeiterblatt kürzlich den gegenwärtigen Reichskanzler ein Opfer der Verhältnisse. Ein Gentleman durch und durch, gänzlich frei von den boshaften, eigennützigen, kleinlichen und rachsüchtigen Charakterzügen seines Vorgängers, nicht minder frei von jenem penetranten Mißdufte der Korruption, der dem Namen Bismarck für Mit- und Nachwelt unvertilgbar anhaftet, wird er doch je länger je mehr durch den Zwang der Verhältnisse auf bismärckische Bahnen getrieben. Er vertritt den Militarismus in feinerer, geschickterer und schließlich auch ehrlicherer Diplomatie, als der Kraftstoffel der Faschingswahlen von 1887, aber es laufen ihm dabei mancherlei Stücklein unter, deren sich Bismarck, wie viel das immer sagen will, nicht zu schämen haben würde.

Ein solches Stücklein war der „kalte Wasserstrahl," den das offiziöse Hauptblatt kürzlich nach Paris senden mußte. Das „Berliner Tageblatt" hatte aus irgend einem andern Organ eine der französischen Regierung unbequeme Panamanotiz stibitzt, ohne zu zitiren; die Pariser Machthaber aber, die merkwürdiger Weise das Klatsch- und Sensationsblatt des Herrn Mosse für eine politische Zeitung zu halten scheinen, sahen nicht merkwürdiger Weise in dem Pariser Korrespondenten dieses Blattes den Frevler und wiesen ihn aus — gleichfalls nicht merkwürdiger Weise, denn ob die Bourgeoisie in einer Monarchie oder einer Republik herrscht, ist ohne Einfluß auf ihre Unterdrückungswuth. Obendrein soll der ausgewiesene Korrespondent, beiläufig ein Journalist von höchst fragwürdigem Rufe, bei seiner Abreise von Paris in mehr oder minder unangenehmer Weise von dem Pöbel in Seidenhüten belästigt worden sein. Diese Thatsache ist gewiß höchst betrübend, doch hat sie zum Glücke den von ihr Betroffenen nicht weiter geschädigt; ja, sie wird von ihm mit bewunderswerthem Geschick zu einer höheren Staffel auf der Leiter seines irdischen Glückes verarbeitet. Denn wenn Herr Mosse schon an und für sich den willkommenen Zwischenfall als heftige Quartalsreklame ausbeutete, so lesen wir eben im „Berliner Tageblatt" ein Feuilleton des Ausgewiesenen selbst, wonach er in einem komfortablen Zimmer des Hotels Kaiserhof haust, von dem „Klange der Charfreitagsglocken" oder so ähnlich sein hoffentlich christliches Gemüth tief erschüttern läßt und übrigens den verfolgten Märtyrer mit so ausgezeichneten Attituden spielt, daß die kapitalistischen

Verleger von Bourgeoiszeitungen um allen Verstand gekommen sein müßten, wenn sie diesem brauchbaren Manne nicht bald zu höheren Ehren und Würden verhülfen.

Nun sind wir selbstverständlich Patrioten genug, um es vollständig zu billigen, wenn die deutsche Regierung in Paris eine Genugthuung für die unsern Kompatrioten zugefügte Unbill verlangen sollte. Ausweisungen sind immer eine brutale Sache, und die Mißhandlungen Ausgewiesener, mögen sie verübt werden, an wem, und mögen sie ausgehen, von wem sie wollen, sind immer eine Nichtswürdigkeit. Darüber ist weiter nicht zu streiten. Aber dagegen kommt unser beschränkter Unterthanenverstand nicht mit, wenn die Regierung wegen der willkommenen Quartalsreklame für Herrn Mosse und dessen die Treppe hinaufgeworfenen Korrespondenten einen „kalten Wasserstrahl," das heißt eine Drohnote im Stile des Herrn Bismarck in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" gegen das „wilde" Frankreich richtet. Wir sind nämlich der unmaßgeblichen, aber deshalb keineswegs unbegründeten Meinung, daß kein europäischer Staat — ausschließlich Rußlands, aber einschließlich Oesterreichs — so geringen Anlaß zu moralischer Entrüstung über Ausweisungen hat, als gerade das Deutsche Reich. Es sind erst einige Wochen ins Land gegangen, seit die hiesige Polizei eine Anzahl Russen auf die nichtigsten Vorwände hin auswies, darunter Männer, die tagaus tagein in verzehrender Thätigkeit auf der Königlichen Bibliothek den anstrengendsten wissenschaftlichen Arbeiten oblagen und wirklich sehr viel nützlichere Mitglieder jeder zivilisirten Gesellschaft waren, als Sammler von Tartarennachrichten für irgend ein beiläufiges Klatsch- und Sensationsblatt nur immer sein können. Mit diesem frischen Schmutz am Stecken hätte Herr Pindter seinen berufsmäßig großen Mund gegen das „wilde" Frankreich wirklich nicht gar so gewaltig aufreißen sollen.

Und wenn das schon am grünen Holze der Aera Caprivi geschah, so brauchen wir nicht erst an alles das zu erinnern, was am dürren Holze der Aera Bismarck geschehen ist, unter deren „weltgeschichtlichen" Leistungen ja die Lösung der hohen „Kulturaufgabe" obenan stand, nicht etwa nur Ausländer, sondern Landeskinder — Jesuiten, Polen, Sozialdemokraten bunt durcheinander — zu Hunderten und Tausenden über die Reichsgrenzen in Elend, Noth und Tod zu jagen. Auf Grund so barbarischer Rohheiten den „Herkules des Jahrhunderts," oder nach Windthorsts zutreffendem Wort: an der Spitze von zwei Millionen Bayonetten den „Genialen" zu spielen, mochte eines komischen Bramarbas ganz würdig sein, aber es ist bedauerlich, daß auch unter einem Reichskanzler, der ein anständiger Mann ist, die offiziöse Presse das Gleichniß von dem französischen Splitter und dem deutschen Balken in gar so unbeschämter Weise illustriren darf. Es ist um so bedauerlicher, als Herr Pindter mit seinen tölpelhaften Grobheiten gegen Frankreich doch eben nur den deutschen Philister einzuseifen gedenkt. Denn erstens soll der „kalte Wasserstrahl" Stimmung für die Militärvorlage machen und zweitens ist er schon zwanzig Stunden, ehe er die offiziöse Spritze verließ, von der hiesigen Börse für Spekulationszwecke verwerthet worden. Woher ihr diese prophetische Wissenschaft kam? Herr Pindter weiß es nicht und wäscht seine Hände in Unschuld. Aber welche Ironie des Schicksals! Die französische Regierung weist einen deutschen Korrespondenten aus, weil sie ihm eine Notiz über Französisch-Panama zuschreibt, und erkennt damit wider Willen ihr Panama an. Die deutsche Regierung aber rächt die ihrem Landesangehörigen zugefügte Unbill durch einen Drohartikel, dessen mysteriöse Ausbeutung für Börsenzwecke wider den Willen seiner Urheber zu einem unwiderleglichen Zeugnisse für Deutsch-Panama wird. Die herrschenden Klassen diesseits und jenseits der Vogesen sollten

daraus wieder einmal lernen, daß pharisäische Entrüstung hüben wie drüben zu einer Waare geworden ist, so zerbrechlich wie Glas und sehr vorsichtig zu handhaben, wenn man sich an ihren Scherben nicht blutige Finger holen will.

So ist Herr v. Caprivi denn wirklich ein Opfer der Verhältnisse, und diese Erkenntniß bildete den wehmüthigen Kehrreim der bewegten Klagen, die Herr Theodor Barth, der freisinnige Reichstagsabgeordnete, vor ein paar Tagen zu dem Interviewer eines Wiener Blattes angestimmt hat. Herr Barth meinte etwa, wie der selige Kultusminister v. Mühler: Rechter Hand, linker Hand, alles vertauscht! Wir Freisinnigen finden den gegenwärtigen Reichskanzler vortrefflich und möchten ihn für unser Leben gern im Amte behalten, aber unsere dummen Wähler haben den Militarismus übersatt und so zwingen sie uns, ihn um ein paar Dutzend Bataillone mehr oder weniger, auf die es prinzipiell doch gar nicht ankäme, eine unversöhnliche Opposition zu machen. Dagegen alles was soziale Reaktion heißt, sehnt sich nach den bismärckischen Fleischtöpfen zurück und möchte Caprivi lieber heut als morgen um die Ecke bringen, aber von wegen der Militärvorlage steht es wie eine Mauer hinter ihm. Das ist die verkehrte Welt. In einer so schiefen und unnatürlichen Situation wird ehrlichen Leuten die Politik gänzlich verleidet; dafür kommen die politischen Geschäftemacher und Spekulanten auf. Deren Weizen blüht wie nie. Aber eine Hilfe dagegen giebt es noch, nämlich den Sozialismus, den unter den gegenwärtigen Verhältnissen von freisinniger Seite zu bekämpfen, eine wahrhaft polizeiwidrige Dummheit ist. Läuft sich die sozialdemokratische Partei ja auch je länger je mehr die utopistischen Hörner ab und wird sie doch handgreiflich zu einer radikalen Volkspartei, die uns allein noch retten kann.

So Herr Barth, dessen diplomatisch-staatsmännischen Stil wir uns nur erlaubt haben, ein wenig ins Deutliche und Kurze zu ziehen. Herr Barth verhält sich zu dem Generalgewaltigen der freisinnigen Partei ungefähr ebenso, wie Caprivi zu Bismarck. In feinerer, geschickterer und schließlich auch ehrlicherer Weise, als das Kraftgenie, das die Spar-Agnes und die Strampel-Annie geboren hat, vertritt er die Interessen der freihhändlerischen Bourgeoisie. Seine „Nation" ist ebenso das anständigste und geistreichste Blatt dieser Richtung, wie die „Freisinnige Zeitung" das geistloseste und unanständigste. Natürlich sind die sanften Liebesblicke, die Herr Barth der Sozialdemokratie zuwirft, nicht die Blüthen eines weichen und zärtlichen Gemüths. Herr Barth ist vielmehr nur ein kaltblütiger und kluger Rechner. Er sieht ein, daß es ein selbstmörderischer Wahnsinn war, als die freisinnige Reichstagsfraktion mitten in einem entscheidenden Kampfe mit dem Militarismus den klassenbewußten Arbeitern ihren bösen Willen in der nackten Ohnmacht der Zukunftsstaats-Debatte so herrlich offenbarte; er weiß, daß die deutsche Bourgeoisie die politischen Rechte, die ihr historisch zustehen, nicht anders mehr als durch die Hilfe der Arbeiterklasse erwerben kann. In alledem ist er Herrn Eugen Richter sehr überlegen. Aber ebenso wie Caprivi wird er ein Opfer der Verhältnisse. Er muß schließlich doch tanzen, wie der Generalgewaltige des Freisinns pfeift. Denn wie Herr v. Caprivi nicht gegen die Konsequenzen des Militärstaats aufkommen kann, so kommt Herr Barth nicht auf gegen die Konsequenzen der übergescheidten Bourgeoispolitik, der es grundsätzlich in der That niemals darauf angekommen ist, mit dem Militärstaat um ein paar Dutzend Bataillone mehr oder weniger auf Tod und Leben anzubinden. Bismarck und Richter sind die Todtengräber der Sachen, welche sie vertreten, darin haben Caprivi und Barth ganz Recht. Aber gerade als Todtengräber sind sie in einer unaufhaltsam untergehenden Gesellschaft die richtigen Männer an ihren Plätzen, während bessere und

klügere Leute, die mitten im Modergeruche noch Frühlingswehen und Knospendurchbruch in sich verspüren, Opfer der Verhältnisse werden.

Und ein solches Opfer würde die Arbeiterklasse auch werden, wenn sie ihre Utopien aufgeben und zu einer radikalen Volkspartei auf dem Boden der heutigen Zustände werden wollte. Denn gerade aus ihren Utopien, das heißt: aus ihrer Einsicht in den ökonomischen Zersetzungsprozeß der bürgerlichen Gesellschaft schöpft sie die Kraft, welche ihren Angriff unwiderstehlich und ihren Widerstand unüberwindlich macht. Und wenn Herr Barth freilich darin Recht hat, daß der Sozialismus die einzige Hilfe bietet gegen die von ihm so beredt geschilderte Verkehrtheit der heutigen Welt, so ist sein Wort doch in einem ganz andern Sinne wahr, als er selbst meint, die Arbeiterklasse wirft ihr kostbares Erbtheil nicht in eine rettungslose Konkursmasse.

Klassengegensätze bei den Juden.

Von **Max Zetterbaum.**

(Schluß.)

b. Kapitalistische Entwicklung.

So groß auch die sozialen Gegensätze gediehen sein mochten, die gemeinsame Bedrückung überbrückte sie. Dazu kam, daß früher die jüdische Bourgeoisie die einzige Quelle ihres Reichthums im Wucher fand, ihr Reichthum selbst mäßig blieb und unter den Juden ein noch starker Mittelstand vertreten war. Dagegen bewirkte der Einzug des Kapitalismus in Galizien eine mächtige Entwicklung der jüdischen Bourgeoisie und eine vollständige Proletarisirung des Mittelstandes, eine scharfe, sichtbare Scheidung in zwei Klassen: in jüdische Bourgeoisie und jüdisches Proletariat, zugleich eine beispiellose Verelendung und Verblödung der jüdischen Massen.

Die Eisenbahn eröffnete Galizien dem Weltmarkt: alle Bodenprodukte, alle Lebensmittel, welche früher im Lande geblieben waren, wurden nun in steigenderer Anzahl ausgeführt: die Preise der Lebensmittel stiegen enorm, ums drei- und vierfache und noch höher; andererseits erfolgte eine rasche Einfuhr von Industrieerzeugnissen aus industriellen Ländern, welche das Land überflutheten, die Preise der Handwerkserzeugnisse senkten und eine Fülle von Arbeitskräften überflüssig machten. Die erste Thatsache schuf die Kapitalistenklasse, die zweite das Proletariat.

Alle Diejenigen, welche den Export der Lebensmittel vermittelten, den Absatz und den Aufkauf konzentrirten, erwarben sich Reichthümer, während die Tausende kleiner Makler und Fruchthändler Proletarier wurden. Den Großhändlern schließen sich an Diejenigen, welche in diesem wenig industriellen Lande Fabriken haben und die Steuerpächter. Einen Haupttheil der indirekten Staatssteuern bildet nämlich in Oesterreich die Verzehrungssteuer auf alle möglichen Konsumartikel, auf Fleisch, Bier, Branntwein u. s. w.: die Haupteinnahmsquelle der Stadtgemeinden bilden ihre Zuschläge zu diesen Steuern. Die staatliche und die Gemeindesteuer wird nun verpachtet, und zwar in Folge der Konkurrenz der Kapitalisten um einen hohen Preis, und die Pächter wollen nicht nur ihren Pachtschilling hereinbringen, sie müssen auch standesgemäß leben, luxuriös sich einrichten, ihre Töchter reich verheirathen und Kapitalien ansammeln. Sie haben das Monopol und sie schrauben daher die Preise der nothwendigsten Nahrungsmittel unnatürlich in die Höhe und berauben Tausende jüdischer Proletarier wochenlang des Genusses von Fleisch. Den Steuerpächtern, die fast ausschließlich Juden sind, schließen sich die jüdischen Grundbesitzer an. Sie bilden

in Galizien dreizehn Prozent unter ihren Klassengenossen, während die Juden nur elf Prozent der Bevölkerung ausmachen. Seitdem nämlich im Jahre 1868 den Juden die Erwerbung von Grundbesitz gestattet wurde, verstanden es die reicheren jüdischen Schankpächter und Landwucherer, die Bauern, deren Lage eine immer prekärere wurde, auf die unbarmherzigste Weise mittelst kleiner Schulden gerichtlich zu expropriiren, und durch Expropriation von dreißig bis fünfzig Bauern entstand ein neuer Gutsbesitz. Außerdem legten alle größeren Wucherer nach Aufhebung der Wucherfreiheit, der Sicherheit wegen, ihr Kapital mit Vorliebe in Grundbesitz oder in Häusern an; ebenso thaten es die Gläubiger verschuldeter Edelleute, denen diese letzteren Grund und Boden abtreten mußten. Außer den genannten Kapitalisten gehören zur jüdischen Bourgeoisie in Galizien noch reiche Waarenhandlungsbesitzer, die Beamten der Kreditanstalten, größere Makler und Agenten, sowie endlich als erste Gilde, als ihr Stolz und ihre Blüthe, die jüdischen Advokaten, Aerzte und die wenigen Staatsbeamten. Diese Vertreter der jüdischen Intelligenz sind in überwiegender Anzahl aus dem Volke hervorgegangen, haben aber dann der Existenz wegen oder um auf eine leichte Weise ein Vermögen zu erwerben, eheliche Verbindungen mit Töchtern der Bourgeoisie geschlossen, und sie eben werden in der Folge die lautesten Wortführer der Bourgeoisinteressen. Die Demoralisation bei Eingehung dieser Ehen hat einen hohen Grad erreicht und ist ein interessantes soziologisches Faktum. Die Eheschließung ist nichts anderes als der Kauf einer Waare; nach Alter, Stufe, Stellung, „besserer oder ärgerer Abkunft“ sind im Voraus die Preise der Mitgift genau normirt: und wenn der junge Arzt oder Konzipient oder Advokat den Preis akzeptirt, ist das Geschäft abgeschlossen; es thut nichts, daß das Paar sich früher gar nicht gesehen und nicht gekannt hat.

Die gesammte studirende jüdische Jugend Galiziens sieht in einer guten Mitgift das letzte Ziel ihres Strebens und ihres Studiums; der technische Ausdruck, der naiv gebraucht wird, ist „sich theuer oder billig zu verkaufen.“ Die heirathsfähigen Bourgeoistöchter empfangen selbstverständlich „höhere Bildung,“ d. i. sie lesen Familienromane, sprechen schlecht französisch und spielen Klavier.

Die erwähnten Doktoren kennen keine unnöthigen Ideale; ihr Streben beschränkt sich auf das Erlangen eines schönen Meublements und eines Gemeinderathssitzes in einer galizischen Provinzstadt. Sie sind im Ganzen und Großen eine verächtliche Gesellschaft von lächerlichem Stolze; nur die Fähigeren unter ihnen pflegen in der Jugend Bourgeoisideale, damit sie, nachdem sie eine höhere Stufe erstiegen, eine größere Mitgift erlangen.

Der Kapitalbesitz, der Reichthum, verleiht der jüdischen Bourgeoisie ihre dominirende Stellung unter ihren Glaubensgenossen, sichert ihr über diese eine unbedingte Herrschaft. Die jüdische Bourgeoisie trachtet den bisherigen Zustand und die bisherige Entwicklung zu erhalten. Sobald sie sich einmal Macht und Reichthum angeeignet hat, sucht sie sorgfältig das Volk in Elend und Finsterniß zu erhalten und zu dem Zwecke unterstützt sie überall die konservativen Parteien. Die Unterstützung extrem konservativer oder reaktionärer Parteien ist das Geheimniß alles Handelns und aller Thätigkeit der jüdischen Bourgeoisie in Galizien. Sie wendet hierzu alle Mittel an; wo es nothwendig ist, entfacht sie den jüdischen Chauvinismus ins Ungemessene; wo ein Jude ihr unbequem wird, verfolgt sie ihn aufs Aergste: bald enthusiasmirt sie sich scheinbar für die Freiheit, bald, was häufiger geschieht, vernichtet sie deren sprießende Keime. Die jüdische Bourgeoisie und die christliche Bureaukratie sind immer im innigsten Bunde, diese hilft jener, wo sie kann. Die Bourgeoisie weiß, daß die letzte Stunde ihrer

Herrschaft geschlagen hat, wenn die arbeitenden Klassen verschiedener Nationalitäten und Konfessionen gegen Adel und Bourgeoisie sich vereinigen. Diese Vereinigung zu hintertreiben, die breiten Massen des jüdischen Volkes fern von andern Nationalitäten und in Abhängung von ihr zu erhalten, ist die Hauptaufgabe der jüdischen Bourgeoisie. Dabei kommt ihr die Unwissenheit ihrer Gegner zu statten. Diese letzteren kennen die Gestaltung der Klassen unter den Juden nicht, für das Handeln der Bourgeoisie machen sie alle Juden verantwortlich, was den Bourgeois Gelegenheit giebt, sich auf die Vertheidiger „des Gesammtjudenthums“ herauszuspielen. Die armen Juden sehen dann in den mächtigen Reichen ihre natürlichen Beschützer und schließen sich noch mehr von den Christen ab. In dieser Absonderung beruht das Geheimniß der Macht der jüdischen Bourgeoisie. Durch Schürung des religiösen und Rassenfanatismus wendet sie den Geist des ungebildeten Menschen von den realen Lebensfragen ab, indeß sie ihm gleichzeitig sein tägliches Brot wegnimmt.

Alle diese Eigenschaften sind der jüdischen Bourgeoisie mit der aller andern Nationen in den wesentlichen Grundzügen gemein. Aber eine Eigenschaft ist wahrscheinlich der jüdischen Bourgeoisie allein (? die Red.) eigenthümlich: die offene Verachtung des jüdischen Volkes, der Arbeiterklasse. Sie betrachtet sich als eine Aristokratie von besserem Blut und mit seltener Geringschätzung schaut sie auf das Volk herab; sie nennt sich die „bessere“ Klasse, die „feineren“ Leute, im Gegensatz zu dem „einfachen,“ „ordinären“ Volke. Die jüdischen Handwerker und Lohnarbeiter, in der Regel die ehrlichsten und edelsten Menschen, voll naiver Treuherzigkeit, erscheinen der Bourgeoisie als Lumpen, als Pöbel, als Vieh, und aus dem Munde eines jeden Bourgeois kann man ähnliche Ansichten hören; hingegen erfreut sich der infamste Wucherer und im Allgemeinen jeder Nichtarbeiter (Jargon-Ausdruck „prostak“) allgemeiner Hochachtung.

Proletarier gab es unter den Juden schon in früheren Zeiten. Die polnische Konstitution vom Jahre 1577, die für die Juden eine Kopfsteuer in der Höhe eines Guldens jährlich bestimmt, befreit ausdrücklich die jüdischen Bettler von derselben. Unter den Juden selbst bildeten sich Handwerker aus, welche für ihre Glaubensgenossen die den täglichen Bedürfnissen entsprechenden Erzeugnisse verfertigten. Sie lebten in ihrem Kreise gleichsam in einem Zustande freiwilliger Armuth und Mißachtung, aber in den damaligen Zeiten war hinlänglich für ihre Ernährung gesorgt. Erst der eindringende Kapitalismus schuf ein riesiges, massenhaftes Proletariat. Die Einfuhr fremder billiger Waaren bewirkte einen gewaltigen Preissturz, machte viele Handwerker überflüssig, arbeitslos und gab sie dem Hunger preis. Gleichzeitig erschwerte die plötzliche Steigerung der Lebensmittelpreise die Daseinsbedingungen und zugleich wuchs die Bevölkerung absolut an Zahl immer mehr; es vermehrten sich jährlich die Schaaren der Lebenden und Arbeitsuchenden, während im Lande selbst keine Industrie sich entwickelt hatte. Unter den gegenwärtigen politischen Bedingungen, so lange Galizien ein Kronland Oesterreichs bleibt, ein Schutzzoll daher gegenüber den industriellen Ländern Oesterreichs eine Unmöglichkeit ist, wird die Entwicklung einer Großindustrie daselbst stets nur schwer vor sich gehen. Zugleich spielt sich andauernd der gewöhnliche ökonomische Prozeß ab, der Zuzug der ländlichen Bevölkerung in die Städte. Und alle die riesigen Menschenmassen, die Arbeit suchen und keine finden, die leben müssen, weil sie den Trieb dazu haben, und nicht können, weil ihnen die Mittel fehlen, verkommen in grenzenlosem Elend, verblöden in dieser beispiellosen Stille des ökonomischen und geistigen Lebens und sinken unter das Niveau des gewöhnlichen Menschen in materieller und moralischer Beziehung. Aber sie

liefern im Bedarfsfalle den Bourgeois billige Arbeitskräfte. Das Proletariat in den Städten besteht nun der Mehrzahl nach aus Juden.*

Ein Bourgeois- und Regierungsstatistiker, Herr Szczepanowski, hat ausgerechnet, daß in Galizien ein Arbeiter die Hälfte der durchschnittlichen Leistungskraft eines europäischen Arbeiters besitze und ein Viertel dessen verzehre, was ein Mensch zur Erhaltung seiner Gesundheit verzehren muß. Jährlich sterben 50000 Menschen am Hungertyphus. Am entsetzlichsten jedoch ist das Judenelend. Als zu Ende der siebziger Jahre der Thronfolger von Oesterreich, Kronprinz Rudolf, England und London besuchte, beschloß man ihm das Merkwürdigste zu zeigen, was London besitze; als solches zeigte man ihm nicht den Hafen, nicht die City, nicht Westminster, man zeigte ihm das Ostende. Drei Tage trieben sie sich, der Prinz von Wales, der Kronprinz von Oesterreich, der Polizeipräsident von London und all' das Gefolge in diesem Weltviertel des Jammers herum. In einer Volksküche wohnten sie dem Mittagessen bei; Allen entrangen sich Ausrufe des Staunens und Entsetzens über die Kost, die Kleidung und das Aussehen dieser ärmlichen, elenden Menschen. Da rief der Nationalökonom Karl Menger — so erzählte er mir — den Prinzen und dem Gefolge zu: „Meine Herren, die Leute, die Sie hier sehen, sind Gentlemen; wenn Sie Elend sehen wollen, wirkliches, starres, grausiges Elend, so gehen Sie in das Judenviertel nach Krakau." Und er sprach die Wahrheit. Der Strom der kapitalistischen Entwicklung hat in Galizien Bilder von Elend und Verkümmerung hervorgebracht, wie sie in Europa sonst nicht zu finden sind, hat Typen von Menschen und Lebensgewohnheiten geschaffen, welche alle Schilderungen der kühnsten Pessimisten in Schatten stellen. Blasse, magere, abgehärmte Menschen, die Kleider zerrissen und die Fetzen nachhängend oder zusammengenäht, gewöhnlich verschmiert mit Talg, Kalk oder anderen Stoffen, oft mit Theer bestrichen, das ist das gewöhnliche Aeußere eines jüdischen Proletars. Die Weiber, in den dreißiger Jahren schon stark gealtert, mit gelbem, hartem Teint, ein Gesicht voll Runzeln, gebückt, in ärmlichen, abgetragenen Kleidern, lassen die Spuren einstiger Jugendfrische nicht mehr erkennen. Und solche Menschen mit solchem Aussehen, Hunderte an Hunderte, Tausende an Tausende gereiht wohnen in übertünchten, unregelmäßigen Lehmhütten, die vom Geschrei schmutziger Kinder und den tausenden qualvollen Sorgen ums tägliche Brot erfüllt werden. Die Gassen, welche aus diesen Häusern gebildet werden, bieten einen einzigen Anblick dar. Die Häuser haben vielfach keine Aborte und keinen Hofraum: aller Mist und aller Unrath kommt daher auf die Straßen und in die Gräben und in vielen Gassen schlängelt sich durch deren Mitte hindurch im Sommer, bei einer Hitze, die Bäche austrocknen macht, stets ein grünschimmernder, stinkender Bach. In den Hütten wohnen in einzelnen schmalen Zimmerchen mitunter Familien mit acht Kindern. Kein Wunder, daß Krankheiten aller Art, Skrophulose, Augenkrankheiten und Lungensucht u. s. w. furchtbar hausen, daß die Sterblichkeit, deren Durchschnitt im ganzen Lande 32 pro Mille beträgt, bei den jüdischen Proletariern gegen 60 pro Mille erreicht.** Die Lebenshaltung ist die niedrigste: während der Woche Kartoffeln, Mais, Brot und Zwiebel, Alles spärlich, Alles abgerechnet und abgewogen, und nur am Samstag ziert Fleisch niederer Gattung den Tisch.

---

* In manchen Theilen Rußlands sind die Verhältnisse ebenso wie in Galizien, von dem ich hier spreche. Wilna zählt auf 130000 Einwohner 95000 Juden, davon 75000 jüdische Handwerker und Arbeiter. In Odessa sind die Hälfte der Dockarbeiter Juden.

** In England und in der Schweiz ist die Sterblichkeit von je 1000 Einwohnern, die Wohnungen mit vier Zimmern bewohnen, 16 bis 17 pro Mille, von je 1000, die in Wohnungen mit einem Zimmer wohnen, 22 bis 23 pro Mille.

Unter den Arbeitern verdient in erster Reihe die volle Aufmerksamkeit der jüdische Handwerker. Während in allen Provinzstädten die christlichen Gewerbetreibenden größtentheils einen angesehenen Kundenkreis haben, bürgerlich sich ernähren und eine soziale Stellung als „geachtete Handwerker" und Zunftmeister einnehmen, sind bei den Juden in jeder Branche zwei bis drei Handwerker, welche bei sich die reicheren Kunden konzentriren, während die Hunderte ihrer Genossen nichts mehr als kümmerliche Sitzgesellen (Hausindustrielle) sind, die es als Glück betrachten, von einem Kaufmann Arbeit zu bekommen. Das jährliche Einkommen eines solchen Handwerkers kann auf 100 bis 200 Gulden beziffert werden. Er wohnt in einem Zimmerchen, wenn er zu den Besseren und Reicheren gehört in einem Zimmer sammt Küche, die zugleich als Werkstätte, Kinderstube und Schlafstätte, mitunter auch für die Gesellen dienen. Er ist von Natur heiter, aber in allen weltlichen Fragen unwissend; staatliche und kulturelle Fragen existiren für ihn nicht, und erst in neuerer Zeit beginnt ein Erwachen. Alle Arten des Handwerks sind da vertreten: Tischler und Schlosser, Schmiede und Klempner, Maurer und Zimmerleute, Wattaerzeuger und Kistentischler, Drechsler und Schuhmacher und dergleichen, und in allen diesen Handwerken ist im Verhältniß zum Bedarf eine Ueberfülle an Arbeitskräften vorhanden, so daß die Konkurrenz unter den Handwerkern die Preise ebenso herabdrückt, wie die Konkurrenz der auswärtigen Fabrikate. Um des Verdienstes willen kennt er keine Gefahr, der er sich nicht aussetzen, keine Arbeitszeit, zu der er sich nicht verstehen würde. Kleinmeister, die drei oder vier Gesellen beschäftigen und ausbeuten, die Häuser besitzen, leben kümmerlich und in Sorgen und wandern gern bei irgend einer sich darbietenden Gelegenheit nach Amerika aus. Dort werden sie Fabrikarbeiter, und schicken in das Heimathland Berichte über die glänzende Lage, in der sie sich befinden, über den Wohlstand, den sie genießen.

Neben den Handwerkern, den Kleinmeistern, kommen die Lohnarbeiter in Betracht. Sie sind äußerst zahlreich und in allen möglichen Beschäftigungsarten thätig. Der durchschnittliche Tagelohn beträgt 55—60 Kreuzer. Sie sind auch Grubenarbeiter; in Borystaw, in den Erdwachsgruben, befanden sich früher 2000, jetzt gegen 1000 jüdische Grubenarbeiter, die zwölf Stunden ununterbrochen tief unter der Erde arbeiten; die Behandlung ist die denkbar schlechteste. Ferner sind in Galizien die Lohnkutscher, Transportarbeiter, Lastträger und Wasserführer Juden. Die Lohnkutscher empfangen einen wöchentlichen Lohn von drei Gulden. Die Transportarbeiter und Lastträger verrichten schwere Arbeiten, die einen breiten Rücken und muskulöse Kraft erfordern; die stärkeren unter den Proletariern, von Jugend an daran gewöhnt, widmen sich dieser Beschäftigung. Sehr zahlreich ist die weibliche Arbeiterschaft. Zahlreich sind die jüdischen Dienstmädchen. Dann werden jüdische Mädchen gerne ihrer Billigkeit wegen in allen Fabriken und Werkstätten verwendet. In den Kerzenfabriken ist das Personal ausschließlich weiblich. Junge jüdische Mädchen zwischen 16 und 18 Jahren arbeiten zeitweise ununterbrochen 33 von je 36 Stunden und verdienen für je 12 Stunden 30 bis 40 Kreuzer. Das Loos dieser Mädchen ist jedoch ein beneidenswerthes gegenüber dem anderer. Mädchen, die beim Federschleißen beschäftigt sind, haben einen Tagelohn von 10 bis 20 Kreuzern. Ebenso traurig ist die Lage derjenigen Mädchen, die von den Bohnenexporteuren zum Auslesen und Reinigen der Bohnen verwendet werden. Bei einem Tagelohn von 15 bis 20 Kreuzern sitzen sie zu 20—30 an der Zahl, in engen Stübchen zusammengepfercht, Körper an Körper, bis 9 Uhr Abends in eine undurchdringliche Staubwolke gehüllt, aus der mitunter ein heiseres Lachen oder ein trockener Husten herauszittert.

Auch qualifizirte Fabrikarbeiter kommen vor: als solche z. B. sind die Talesweber (die Weber der jüdischen Gebetsmäntel) und die Borstensortirer anzusehen. Beide Gewerbe verwenden nur jüdische Arbeiter, in beiden ist der Gegensatz zwischen Unternehmern und Arbeitern bis zum persönlichen Hasse zugespitzt. Der Großbetrieb gewährt bessere hygienische Vorrichtungen und arbeitet auch mit älteren Arbeitern, der Kleinbetrieb sperrt die Arbeiter in kleine, dumpfe Räume ein, wo auf fünf Quadratmeter sechs Webstühle stehen, und verwendet vornehmlich junge Arbeitskräfte. Die kleinen Fabrikanten nehmen Lehrlinge auf, lassen sich 25 Gulden Lehrgeld entrichten und entlassen die Lehrlinge nach einem halben Jahre, um mit anderen ebenso vorzugehen. Im Talesgewerbe zu Kolomea wollte es die Ironie des Schicksals, daß größtentheils diejenigen älteren Arbeiter von den jugendlichen verdrängt und aufs Pflaster geworfen wurden, welche eben diese Lehrlinge hinter ihre Webstühle zur Lehre aufgenommen hatten. Der Lohn der älteren richtet sich daher nach dem Lohne der jugendlichen Arbeiter: je mehr Lehrlinge gezüchtet werden, desto mehr sinkt der Lohn. Die Arbeiter hatten Gelegenheit, noch eine interessante Thatsache zu beobachten. Je mehr die Ergiebigkeit ihrer Arbeit wuchs, desto tiefer sank der Lohn. Vor zehn Jahren verfertigte ein Arbeiter wöchentlich 20 Tücher à 40 Kreuzer, verdiente daher 8 Gulden, jetzt verfertigt einer 50 bis 60 Tücher à 8 Kreuzer, verdient daher 4 Gulden bis 4 Gulden 80 Kreuzer. Ferner sind sich die Arbeiter der Thatsache bewußt, daß kürzere Arbeitszeit höheren Lohn bedingt und umgekehrt. Doch sind sie zu egoistisch, um die richtigen Konsequenzen dieser erkannten Thatsachen zu ziehen, und nur die kapitalistische Ausbeutung und der ökonomische Produktionsprozeß, der sie Alle zusammenschmiedet und das Wohl und Wehe des Einen von dem des Andern abhängen läßt, ist im Stande, eine gewisse Einigkeit unter ihnen hervorzubringen. Im Lohnkampfe greifen sie, wie so viele andere Arbeiterschichten beim Beginn ihres Eintretens in den Klassenkampf, zu allen Mitteln, zu Gewaltthätigkeiten, Plünderungen, zum Zerschneiden fertiggestellter Gewebe, zur Zerstörung der Arbeitsinstrumente.

Proletarier besonderer Art sind die Beschäftigungslosen, die Deklassirten. Die Wellen des Kapitalismus haben sie an den Strand geworfen. Sie sind Makler, treiben alle möglichen Gewerbe, sind Heirathsvermittler, Zeugen bei Notaren u. s. w. Man sagt von diesen Leuten, daß sie „von der Luft leben.“ Die fähigeren und weniger frommen unter den Deklassirten ergreifen andere lohnendere Beschäftigungen: sie leben von Schmuggel, Diebstahl, Hehlerei, Kuppelei, ja sie betreiben einen schwunghaften Handel mit Mädchen, die sie in die Prostitutionshäuser des Orients abliefern und für die sie per Stück 50 Lire erhalten. Auf diese Weise werden viele jüdische Mädchen ihren Eltern entführt und in die schmachvollste Sklaverei mit ruhigem Blute von jüdischen Kupplern verkauft. Man sieht, nicht minder als die „arischen“ stellen auch die jüdischen Proletariertöchter ihr Kontingent, und semitische wie antisemitische Wüstlinge schwelgen mit Behagen in den Reizen dieser armen Geschöpfe.

Zum Proletariat gehören ferner die kleinen Krämer, die auf dem Lande wohnenden armen Juden und die Bettler. In Ermangelung einer andern Beschäftigung wendet ein jüdischer junger Mann die paar Gulden der Mitgift seiner Frau zur Anlegung eines Kramladens an; der Laden, den er innehat, ist oft nur einen halben Meter breit und der reine Ertrag beläuft sich auf 3 bis 4 Gulden wöchentlich. Die auf dem Lande wohnenden Juden, nicht im Stande von dem Ertrage des Stückchens Grund, das sie innehaben, zu leben, müssen zur Feldarbeit greifen, seitdem der Bauer zu pfiffig geworden ist und sich nicht mehr ausbeuten lassen

will, und in den Dörfern der Bukowina arbeiten arme Juden zusammen mit Bauern als Taglöhner bei der Ernte oder finden anderweitige ländliche Beschäftigung am gutsherrlichen Hofe. Zu Bettlern werden diejenigen, denen die Arbeit keinen Verdienst abgeworfen, die beschäftigungslos sind und nicht im Stande waren, „von der Luft zu leben,“ wie man sagt. Ihre Zahl ist Legion; nicht nur Greise und Wittwen, auch Männer in der Vollkraft der Jahre ergreifen nothgedrungen den Bettelstab und erreichen damit oft ein besseres Einkommen, als bei der mühevollsten, redlichsten Arbeit. Sie erhalten nicht nur sich, sondern schicken ihren Familien Geldsummen zu.

Dieses aus verschiedenen Elementen bunt zusammengewürfelte Proletariat, dem blos das Elend und die Abstammung gemeinsam ist, zeichnet sich durch drei Eigenschaften aus: beispiellose Bedürfnißlosigkeit, tiefe Religiosität und horrende Unwissenheit. Die Lebenshaltung ist eine sehr niedrige; die Ausdauer und Zähigkeit im Ertragen von Hunger eine sehr hohe; von Brot und Zwiebeln leben sie wochenlang. Und dieses Elend, diese Bedürfnißlosigkeit wird schon den Kindern eingeimpft. In der Schule des Baron Hirsch in Kolomea wurde den Kindern, die sich sämmtlich aus der Proletarierklasse rekrutiren, im Winter einmal täglich eine warme Suppe mit Brot verabreicht; viele Kinder begnügten sich aus eigenem Antriebe mit dem Schüsselchen Suppe und brachten das Brot ihren hungernden Geschwistern nach Hause mit. An einem Feiertage ein Glas Bier zu trinken, heißt bei dem jüdischen Proletarier Luxus treiben, und nur auf einer Hochzeit nimmt er die Gelegenheit wahr, sich an Braten, Fischen und Bier gütlich zu thun. Ein Zeichen dieser Bedürfnißlosigkeit ist der völlige Mangel an Selbstmördern unter den jüdischen Proletariern, ebenso der Mangel an Trinkern.

Religiosität ist das zweite Kennzeichen der jüdischen Proletarier im Allgemeinen. Wenn auch die Handwerksmeister und Gesellen in letzterer Zeit europäische Kleidung anlegen, sind doch die Fabrikarbeiter streng orthodox, viele von ihnen fanatische Chassidim. Die Religion ist übrigens die einzige Institution, die dem jüdischen Proletarier Freude gewährt; sie giebt ihm Ruhetage, an welchen er in seinen seidenen Lumpen behaglich der Ruhe und des Schlafes genießt, sie setzt ihm bei Tische eine bessere Speise — Fleisch — vor, sie zwingt ihn, wenigstens zweimal des Jahres das Haus zu reinigen und zu scheuern, aber sie ist es auch, welche ihn in die Macht der Bourgeoisie ausliefert, welche ihn an dem Fortschritt hindert, welche ihn von den übrigen nichtjüdischen Proletariern trennt. Damit im Zusammenhange steht die naturgesetzliche Anschauung der gesellschaftlichen Verhältnisse. Wie der Sonne Lauf und der Sterne Gang nach ewigen Gesetzen unwandelbar sich vollzieht, so bildet für diese Proletarier auch das Elend eine unvermeidliche Heimsuchung mancher Menschen, die „kein Glück haben,“ während die Andern, „die Glück haben,“ denen die Vorsehung ihr Wohlwollen zugewendet, in Reichthümern schwelgen und in ewigem Sonnenschein sich baden. Sie klagen wohl über ihr Loos, doch nie murren sie darüber — und ein Glas Bier macht sie weich, sentimental und versöhnt sie vollends mit der bestehenden Weltordnung. Dem Glauben an die Aenderung der gesellschaftlichen Institutionen, insbesondere in Bezug auf ihre Lage, steht die Masse noch fern. Bei einigen vorgeschrittenen Elementen verbindet sich diese Resignation mit abenteuerlichen Vorstellungen über die Lage und Macht der Arbeiter in Westeuropa: aber zu der großen Mehrheit der jüdischen Proletarier ist die Kunde von Sozialdemokratie und Sozialismus entweder gar nicht, oder nur dunkel gelangt. Doch wenn sie den heimathlichen versumpften Boden verlassen und in Amerika in die Reihen des dortigen Proletariats eintreten, werden sie ausgezeichnete und muthige Vorkämpfer der Sozial-

demokratie, musterhafte Gewerkschaftler. Ein großes sozialdemokratisches, die Prinzipien des wissenschaftlichen Sozialismus vertretendes Organ, „die jüdische Arbeiterzeitung“ in deutsch-jüdischem Jargon, erscheint wöchentlich in New-York und in zahlreichen Vereinigungen und Versammlungen werden mit großer Wärme die Grundsätze des Sozialismus gepredigt. Die Strikes sind unter den jüdischen Arbeitern in Amerika an der Tagesordnung; vor zwei Jahren standen 9000 polnisch-jüdische Arbeiter (Schneider) in einem Lohnkampfe gegen ihre Ausbeuter, welche ihre Union zertrümmern wollten. Nach 14 Wochen endete der Kampf mit dem Siege der Arbeiterschaft. Ebenso wohnen seit der russischen Judenverfolgung gegen 20 000 jüdische Arbeiter in London, die durch Strikes in die Arbeiterbewegung hineingerissen wurden. Sie haben ihren Verein, und jüdische Marxisten redigiren in London ebenfalls in deutsch-jüdischem Jargon die vortreffliche Monatsschrift „Freie Welt.“ Doch auch im Mutterlande beginnt der Sozialismus unter den Arbeitern Wurzeln zu schlagen. Die vor drei Jahren entstandene sozialdemokratische Partei in Galizien zählt in Lemberg hunderte jüdischer Arbeiter zu ihren Anhängern; Stanislau hat einen besonderen sozialistischen Arbeiterverein „Jad Hachsukn“ (starke Hand) und jüdische Arbeiter sprechen in zahlreichen Versammlungen im Sinne des Sozialismus. Kolomea folgt nach. Der große Talesweberstrike hat die Bourgeoisie und die Arbeiter aufgerüttelt und die zahlreichen eingelaufenen Unterstützungen überzeugten die jüdischen Arbeiter, daß die Macht und Internationalität der Sozialdemokratie eine reale sei, daß der nichtjüdische Arbeiter der Bruder, der jüdische Kapitalist der Feind des jüdischen Proletariers sei. Der Klassengegensatz zwischen den Juden, den jüdischen Ausbeutern einerseits, den jüdischen Ausgebeuteten andererseits, ist hier zum ersten Mal zum Ausdruck gekommen: die Sozialdemokratie wird trachten, ihn überall aufzudecken und zum Bewußtsein der Arbeiter zu bringen. Die Sozialdemokratie erfüllt damit zugleich eine kulturelle Mission: sie erhebt die armen, versklavten Geschöpfe aus den Niederungen der Verkommenheit, Verblödung und Verthierung in die lichten Höhen des freien Gedankens, stellt ihre Menschenwürde und ihre Menschenrechte her und rüstet sie mit Waffen aus, um die Herrschaft des ultrareaktionären polnischen Adels und die der jüdischen Bourgeoisie, der verlogensten und ekelhaftesten aller Bourgeoisien, zu brechen und eine schönere, bessere und gerechtere Gesellschaftsordnung anzubahnen. Daß dem so sei, dafür wird die fernere ökonomische Entwicklung sorgen.

Konservative Zukunftspläne zur Ersetzung des allgemeinen und gleichen Wahlrechts.*

Alle Parteien, welche die Interessen der besitzenden Klassen vertreten, also alle mit Ausnahme der Sozialdemokraten, erblicken in dem allgemeinen und gleichen Reichstagswahlrecht den unangenehmsten und ärgerlichsten Bestandtheil der Bismarck'schen politischen Hinterlassenschaft, und zwar mit Nothwendigkeit. Denn die Ausbeutung der Besitzlosen durch die Besitzenden kann nur noch so lange bestehen, als es letzteren gelingt, die ersteren in der ihnen anerzogenen politischen Unwissenheit und der daraus hervorgehenden politischen Gleichgiltigkeit zu erhalten. Dies wird aber außerordentlich erschwert durch die lebhafte und

* Wegen Raummangel verspätet.

öffentliche Agitation, welche das allgemeine und gleiche Wahlrecht nothwendig mit sich bringt.

Das Anwachsen der Sozialdemokratie und daneben des Antisemitismus steigert in allen Parteien die Abneigung gegen dieses Wahlrecht und reift den Wunsch nach seiner Beseitigung.

Der Umstand, daß der Verfasser dieser Abhandlung das Schicksal vieler sozialdemokratischen Schriftsteller zu theilen hatte, in einer staatlichen Anstalt die nicht gerade angenehme Muße eines unfreiwilligen Tusculums zu genießen, brachte es mit sich, daß er Monate lang auf eine konservative Zeitung als einzige politische Lektüre angewiesen war; dadurch war aber auch die Möglichkeit, in den innersten Gedankenkreis der konservativen Politiker einzudringen, erleichtert. Die so gewonnenen Einblicke ins gegnerische Lager mögen hier, sofern sie eine geplante Beseitigung des Reichstagswahlrechts ergeben, dargelegt werden.

Nicht alle konservativen Parteiführer sprechen sich über die moralische Berechtigung, mit welcher sie die bevorrechtete Herrschaftsstellung des Grundadels begründen, in so dankenswerther Offenheit aus, wie dies kürzlich bei der Wahlrechtsdebatte im preußischen Abgeordnetenhause der Graf von Limburg-Stirum that, indem er die Thatsache, daß er allein in seinem Wahlbezirk die beiden Wahlmänner der ersten Wählerklasse ernenne, als einen ganz selbstverständlichen Ausfluß der übermächtigen sozialen Stellung bezeichnete, welche er als Großgrundbesitzer in seinem heimathlichen Bezirke einnehme. Würde man dem Herrn Grafen die Frage vorgelegt haben, welchen persönlichen Fähigkeiten er seinen durch Umfang und Werth hervorragenden Grundbesitz verdanke, so hätte er der Wahrheit gemäß nichts anderes erwidern können, als daß der Zufall der Geburt gerade ihn als Erben eines Majorats habe zur Welt kommen lassen.

Daß aber die Reinheit des Stammbaumes in der modernen Zeit gewaltig an allgemeinem Ansehen eingebüßt hat und daß sie allein nicht im Stande ist, die Ansprüche des Adels gegen den demokratischen Grundsatz von der natürlichen Gleichberechtigung aller Menschen mit dauerndem Erfolg zu begründen, hat den geistigen Führern der modernen Konservativen, einem Stahl und einem Riehl, die Nothwendigkeit nahe gelegt, noch nach andern Stützen für die bevorrechtete Stellung des Adels im Staatswesen Umschau zu halten. Sie waren klug genug, um einzusehen, daß es nicht mehr angängig sei, die politische Herrschaft als alleinigen Beuteantheil für den Großgrundbesitzer in Anspruch zu nehmen, und räumten deshalb der Bourgeoisie eine Theilnahme an der Ausbeutung der Massen ein. Um aber dem Grundadel den Löwenantheil zu sichern, soll die Theilnahme des Volkes an der politischen Gesetzgebung und Verwaltung nach Berufsständen geregelt werden. Die Scheidung und politische Absonderung nach Berufsständen knüpft direkt an die soziale Entwicklung an und manche der Gründe, welche jene konservativen Schriftsteller für diese Gliederung des Volkes gegenüber einer geographischen Kreiseintheilung anführen, sind beachtenswerth. Aber bei ihnen kommt der aristokratische Pferdefuß sofort darin zum Vorschein, daß die innere Organisation jeder Berufsklasse so beschaffen sein soll, daß immer den Großen über die Kleinen die Vorherrschaft zufällt.

Im Anschluß an diese, von ihren älteren Führern gelehrte ständische Gliederung des Volkes haben sich die jetzigen Führer der Konservativen daran gemacht, staatliche Einrichtungen vorzubereiten, mittelst deren später eine ihnen genehme Aenderung des Reichstagswahlrechts vorgenommen werden kann. Die Umrisse dieses Planes hat unsers Wissens der Hofprediger Stöcker bald nach Gründung seines Berliner christlich-sozialen Vereins zuerst veröffentlicht, indem

er in einer seiner Programmreden die Schaffung großer Wahlkörperschaften, nach den Berufsarten gesondert, empfahl; danach sollten die Landleute, die Kaufleute, die Handwerker, die Industriellen — diese wieder nach den Hauptzweigen der Bergbau-, Eisen-, Holz-, Textilindustrie u. s. f. in Abtheilungen gegliedert — die Lohnarbeiter, die gelehrten Berufe, die Beamten in sich abgeschlossene Wählerklassen bilden, und jeder Klasse sollte eine ihrer Bedeutung für die Gesammtheit entsprechende Zahl von Reichstagssitzen zugetheilt werden.

Denselben Plan fanden wir im Anfang des vorigen Jahrzehnts in einer Broschüre des Legationsrathes a. D. v. Hirschfeld, welcher als konservativer Reichstagskandidat zu jener Zeit im Großherzogthum Mecklenburg-Schwerin mehrfach kandidirte, des nähern dargelegt. Auch er will verschiedene Wählerklassen nach den Berufen bilden, und da er in der Landwirthschaft die Grundlage des staatlichen Gedeihens erblickt, so sollen die Reichstagssitze derartig vertheilt werden, daß den Grundbesitzern eine entscheidende Stellung eingeräumt wird. Es mag erwähnt sein, daß die mecklenburgischen Konservativen schon einmal nach einem ähnlichen Systeme Reichstagswahlen vorgenommen haben; als nämlich 1867 zum ersten Male zum Norddeutschen Reichstage gewählt ward, waren von der großherzoglichen Regierung die auf das Land entfallenen sechs Wahlkreise nicht nach geographischer Eintheilung gebildet, sondern man hatte eine ständische Dreitheilung des Landes, nämlich ritterschaftliche Güter, großherzoglichen Domanialbesitz und Städte, hierbei zu Grunde gelegt und dementsprechend aus allen Rittergütern zwei Wahlkreise, aus dem Domanium ebenfalls zwei Wahlkreise und auch aus den Städten zwei Wahlkreise zusammengesetzt. Diese „ständische" Wahlkreisgeometrie ward den mecklenburgischen Junkern allerdings bald durch Reichsgesetz verlegt, nach welchem bekanntlich die Wahlkreise geographisch abgerundete Gebiete sein müssen.

Gemeinsam ist sowohl dem Stöcker'schen wie dem Hirschfeld'schen Plane eine derartige Umformung des jetzigen allgemeinen und gleichen Wahlrechts, daß dessen Wirkung nach demokratischer Richtung hin vollständig lahm gelegt wird. In der That ist dasselbe nichts weiter als ein politisches Spielzeug, wenn von vornherein die Zahl der Abgeordneten gesetzlich feststeht, welche auf die besitzlosen Lohnarbeiter entfallen, und es sich bei der Wahl selbst nur noch darum handelt, welche Personen diese Abgeordnetensitze einnehmen sollen.

Verschiedene Anzeichen sprechen dafür, daß diese Pläne in weiteren Kreisen der konservativen Partei Anklang gefunden haben, daß es gelungen ist, die Regierung für dieselben zu interessiren und daß in aller Stille die vorbereitenden Schritte gemacht werden, um die Grundlagen dieser neuen Wahleintheilung zu schaffen.

Sofern die ländlichen Berufskreise in Frage kommen, muß diese Grundlage, um den vom Adel ins Auge gefaßten Erfolg zu gewährleisten, in einer Organisation bestehen, welche sowohl die Großgrundbesitzer wie auch die bäuerlichen Kleinbesitzer umfaßt. Denn bildeten beide Besitzgruppen getrennte Wahlkörper, so ist es ganz zweifellos, daß die Vertreter des Bauernstandes durchaus nicht immer mit denen des Großgrundbesitzes übereinstimmen würden. Man denke z. B. nur an die Wild- und an die Jagdfrage. Wer Gelegenheit hatte als Beobachter, vielleicht als Berichterstatter, den Vereinsversammlungen kleinerer Landwirthe beizuwohnen, wird sicher die Erfahrung gemacht haben, daß eine bemerkenswerthe Beklemmung, gleichsam ein Alp, sich auf die Anwesenden lagerte, sobald einmal ein „großer Herr," sei es ein Regierungsbeamter oder ein Großgrundbesitzer der Gegend, als Gast oder als Redner bei den Verhandlungen zugegen war. Selten hört man während dessen Anwesenheit eine ungezwungene Meinungs-

äußerung und leicht wird es einem solchen Redner, den ihm genehmen Beschluß zu erzielen. Zwar macht sich dann nachträglich der Aerger der kleinen Grundbesitzer oft in kräftigen Ausdrücken Luft. Aber so lange der persönliche Einfluß des Adligen sich geltend macht, so lange leisten sie ihm Gefolgschaft, und zwar um so willfähriger, je machtvoller dessen Besitzstellung ist. Dies wissen die Großgrundbesitzer sehr gut; und daher glauben sie sich eines Theiles der bäuerlichen Stimmen versichert halten zu dürfen, wenn nur dafür gesorgt wird, daß in den Wahlkörpern die öffentliche Abstimmung der Bauern durch benachbarte Gutsbesitzer kontrolirt werde.

Daß die Vereine der kleinen Landwirthe nicht ohne äußeren Zwang zur Interessengefolgschaft des Großbesitzerthums veranlaßt werden können, sondern sich wohl bewußt sind, eigenartige Interessen zu vertreten, geht schon aus der Thatsache hervor, daß die freie Entwicklung in allen preußischen Provinzen sowohl wie in den meisten übrigen Bundesstaaten für den Großgrundbesitz und für den Kleinbesitz gesonderte wirthschaftliche Organisationen hervorgebracht hat. Zuerst entstanden die Vereine der Großgrundbesitzer und erst in neuerer Zeit haben sich die Bauern hier und da auch ihre landwirthschaftlichen Vereine gegründet, was doch nur daraus zu erklären ist, daß sie die speziellen Interessen des kleinen Landwirthes nicht durch jene Vereine der großen Besitzer hinreichend wahrgenommen erachteten. Beide Vereinsgruppen haben in Preußen, wie auch ähnlich in andern Bundesstaaten, in sogenannten Zentralvereinen, deren in jeder Provinz durchschnittlich einer vorhanden, sich eine gemeinsame Spitze gegeben; Delegirte dieser provinziellen Zentralvereine sind es, welche zusammen mit vom preußischen Landwirthschaftsminister ernannten Regierungsvertretern das alljährlich einmal in Berlin tagende preußische Landes-Oekonomiekollegium bilden.

Es ist also thatsächlich im weitaus größten Theile des Reiches eine vollständig entwickelte wirthschaftliche Organisation der landwirthschaftlichen Berufskreise vorhanden und es kann im Ernst gar keine Rede davon sein, daß es der deutschen Landwirthschaft an den nöthigen Organen fehle, um die Regierung über die angeblichen „Nothstände“ und über deren Abhilfe ausreichend zu unterrichten. Wenn nun trotzdem eine lebhafte Agitation betrieben wird, um die vorhandene Vereinsbildung durch eine neue zu ersetzen, so muß dies für jeden Beobachter unserer öffentlichen Verhältnisse eine auffällige Erscheinung sein, welche die Frage nach den eigentlichen, zur Zeit offenbar noch verborgen gehaltenen Triebfedern geradezu herausfordert. Um zu einer aufklärenden Antwort zu gelangen, muß diese Agitation etwas näher ins Auge gefaßt werden.

Das preußische Landes-Oekonomiekollegium trat zu seiner jüngsten Sitzungsperiode am 15. November v. Js. in Berlin zusammen. Den weitaus größten Theil der Verhandlungen füllte der zweite Punkt der Tagesordnung aus, welcher lautete: Die Errichtung von Landwirthschaftskammern. Aus der Debatte sowohl wie aus der Abstimmung, welche, wie vorweg bemerkt sein mag, mit sechzehn gegen zehn Stimmen die Errichtung dieser Kammern befürwortete, ist am bemerkenswerthesten der Umstand, daß die Redner, welche gegen die Errichtung sprachen, sämmtlich wirkliche Landwirthe waren, und daß für die Landwirthschaftskammern, außer zwei Gutsbesitzern, nur die Vertreter des Ministers eintraten. Ohne die letzteren acht, welche bis auf einen einzigen Landmann, aus Regierungsräthen oder Professoren der Landwirthschafts- und Forstakademien bestanden, wäre das Ergebniß der Abstimmung auch das entgegengesetzte gewesen. Denn von den Delegirten der Zentralvereine stimmten zehn mit „nein“ und nur acht mit „ja“.

Ist es hiernach schon klar, daß die Landwirthschaftskammern weit mehr einer politischen Absicht als der Befriedigung eines wirthschaftlichen Bedürfnisses dienen sollen, so wird dies noch deutlicher aus dem Hauptinhalt der einzelnen Reden zu Tage treten.

Als einleitender Berichterstatter eröffnete der Generalsekretär, Oekonomierath Dr. v. Mendel, die Debatte; er meinte, die Landwirthschaft könne den täglich steigenden Anforderungen nur gerecht werden, wenn sie sich eine berufenere Vertretung als die bisherige schaffe. Es gebe gegenwärtig in Preußen 18 landwirthschaftliche Zentralvereine mit 1200 Einzelvereinen, die eine Mitgliederzahl von 157 000 umfaßten; aber man könne keineswegs sagen, daß die landwirthschaftlichen Vereine die berufene Vertretung der Landwirthschaft seien. In der Provinz Sachsen gebe es z. B. 58 639 landwirthschaftliche Betriebe — der Redner zitirte anscheinend die Ergebnisse der amtlichen Berufsstatistik und diese führt bekanntlich jeden Handwerker einer kleinen Landstadt, der einen Theil seiner Kartoffeln selbst baut, als Inhaber eines landwirthschaftlichen Betriebes auf — der Zentralverein der Provinz zähle aber nur 14 000 Mitglieder. Aehnlich sei es in allen andern Provinzen. Die Landwirthschaft solle dem Beispiel der Großindustrie und des Handels folgen und sich Landwirthschaftskammern errichten. Nicht blos die technischen Fortschritte auf landwirthschaftlichem Gebiet, ganz besonders auch die gesammten politischen Verhältnisse erheischten eine berufene Vertretung der Landwirthschaft. Durch sie könnten z. B. die Landwirthe am leichtesten auf die Art des Getreidehandels an der Börse Einfluß erlangen; aber auch der s o z i a l d e m o k r a t i s c h e n A g i t a t i o n a u f d e m L a n d e werde am wirksamsten durch eine Landwirthschaftskammer, welche die Landwirthe in ihrer Gesammtheit gewissermaßen zwinge, sich als Landwirthe zu organisiren, gesteuert werden können; und wie nothwendig dies sei, lehre schon die Thatsache, daß es bereits sozialdemokratische Gemeindevorsteher (!) gebe. Wenn jeder Landwirth gesetzlich verpflichtet sei, zu der Landwirthschaftskammer, zu deren Zusammensetzung ihm das Wahlrecht zustehe, einen Beitrag zu leisten, dann werde auch eine allgemeine Betheiligung der Landwirthe an den landwirthschaftlichen Bestrebungen stattfinden. Er zweifle nicht, daß die Regierung der Errichtung der Landwirthschaftskammern in jeder Beziehung Vorschub leisten werde.

Trotz des Eifers, mit dem der Referent sich bemüht hatte, den rothen Schrecken vor der Sozialdemokratie zu erwecken und obwohl er aufs lebhafteste unterstützt ward von dem Oberregierungsrath Dr. Thiel, wie von den Geheimen Regierungsräthen Dr. Dünkelberg und Dr. Märker, ließ sich die Mehrheit der Mitglieder des Landes-Oekonomiekollegiums, so weit sie Vertreter der landwirthschaftlichen Zentralvereine waren, nicht so leicht für die neue Organisation begeistern, von der sie wohl erfuhren, daß sie ihnen und allen Landleuten Beitragssteuern auferlegen würde, in deren tiefere politische Bedeutung sie aber offenbar noch nicht hinlänglich eingeweiht waren. Der Vertreter der westfälischen Grundbesitzer, Freiherr v. Hövel, sprach sich ganz entschieden gegen Landwirthschaftskammern aus, indem er die finanzielle Mehrbelastung in den Vordergrund stellte; unterstützt ward er in der Vertheidigung der bisherigen Vereinsorganisationen von Rednern aus Ostpreußen, Posen und Schlesien, also gerade von Vertretern der hauptsächlich Ackerbau treibenden Provinzen. Am energischsten bekämpfte der Vorsitzende des rheinländischen Zentralvereins, Rittergutsbesitzer v. Remberg-Flamersheim, den Antrag, indem er die Verdienste der bestehenden Vereine um die Hebung der Landwirthschaft darlegte und es ausdrücklich eine Gefahr nannte, daß mit der Errichtung von Landwirthschaftskammern die bisherige sachliche Erörterung land-

wirthschaftlicher Fragen nach seiner Ueberzeugung aus den Versammlungen verschwinden und dafür letztere ein Tummelplatz für Parteipolitik werden würden.

Von den aktiven Landwirthen des Kollegiums sprach sich als einziger ohne jeden Vorbehalt für die Landwirthschaftskammern der Vorsitzende der Pommerschen ökonomischen Gesellschaft, Rittergutsbesitzer von Below-Saleske, aus und zwar lediglich von politischen Gesichtspunkten ausgehend. Er könne nicht anders, als die Frage, ob die Kammern im Interesse der Landwirthschaft liegen, mit aller Bestimmtheit bejahen. Er sei der Meinung, daß man von den Gegnern stets lernen könne. Und wenn man sehe, wie die Vertreter des mobilen Kapitals, die Handelsherren, sich überall maßgebenden Einfluß zu verschaffen suchen, dann werde man von der Nothwendigkeit von Landwirthschaftskammern überzeugt sein. Die Landwirthe wären längst schon von den Vertretern des mobilen Kapitals erdrückt, wenn die Regierung nicht den Landwirthen helfend zur Seite getreten wäre. „Sagen wir es doch offen heraus“ — so rief in höchst dankenswerther Offenheit ein anerkannter Führer der pommerschen Junker, vergl. den betreffenden Bericht im konservativen „Reichsboten,“ 2. Beilage, Nr. 271 vom 18. November 1892 — „was wäre aus den landwirthschaftlichen Interessen geworden, wenn bei den politischen Wahlen die Landräthe uns nicht vielfach Hebeammendienste geleistet hätten.“ Wenn heute eine Handelskammer an die Regierung mit irgend einer Forderung herantrete, dann könne dieselbe sagen: sie spreche im Namen der Kaufmannschaft ihres Bezirkes. Den landwirthschaftlichen Zentralvereinen könne man aber antworten: wer seid Ihr, Ihr seid doch nicht die Vertreter der Landwirthschaft! Um diesem Uebelstande abzuhelfen, befürworte er dringend die Annahme des Antrages.

Außer diesen Hauptrednern betheiligten sich an der Debatte noch in ablehnendem Sinne die Gutsbesitzer Reich (Ostpreußen), von Röder (Schlesien), Seydel (Ostpreußen), Landesökonomierath Kennemann (Posen). Es sind die Namen dieser Personen mit guter Absicht hier angeführt. Denn sie lassen Jeden, der im öffentlichen Leben erfahren ist, es sofort erkennen, daß die Befürworter der geplanten Organisation lediglich Personen waren, welche entweder mit der preußischen Regierung oder mit den Führern der konservativen Partei die engsten und direktesten Beziehungen unterhalten; daß dagegen die Bekämpfer des Planes ihre Ansichten vom rein landwirthschaftlichen Standpunkt aus wohl sehr gut begründet haben mögen, aber nicht in der Lage sind, ihre Informationen über die allgemeinen politischen Fragen aus erster Hand zu beziehen.

Die Debatte endete mit der Annahme einer Resolution, deren wichtigste Punkte in folgenden Sätzen enthalten sind: „I. Es ist dringend wünschenswerth, daß im Wege der Gesetzgebung die Möglichkeit eröffnet werde, den landwirthschaftlichen Zentralvereinen auf ihren Antrag eine Organisation und Zuständigkeit ähnlich derjenigen der Handelskammern zu verleihen. — II. Für diese Gesetzgebung empfiehlt das Landes-Oekonomiekollegium von nachfolgenden grundlegenden Gesichtspunkten auszugehen: 1) unter Landwirthschaftskammern ist eine solche staatlich anerkannte Gesammtvertretung der Land- und Forstwirthe eines bestimmten Bezirkes verstanden, welche aus Wahlen hervorgegangen dazu berufen ist, bei allen landwirthschaftlichen Gesetzen gehört zu werden, die Gesammtinteressen der Land- und Forstwirthe ihres Bezirks zu vertreten und durch zweckentsprechende Einrichtungen zu fördern. . . . 3) Die Umwandlung eines bestehenden Zentralvereins in eine Kammer darf nur auf Antrag des ersteren geschehen. . . . 4) Die Mitglieder der Landwirthschaftskammern werden gewählt. Die Wahl ist eine direkte. Jeder Landwirth, welchem durch das Statut eine Beitragspflicht auferlegt wird,

ist vorbehaltlich der in analogen Fällen üblichen Ausnahmen, passiv wählbar und berechtigt, bei den Wahlen mindestens eine Stimme zu führen.“ — Ob die Anzahl der Stimmen, welche den einzelnen Betrieben zuertheilt werden sollen, sich nach dem Umfang des Betriebes oder nach der Höhe der Grundsteuer zu richten habe, ob die Wahl eine geheime oder eine öffentliche sein solle, diese Fragen wurden in der Debatte nur gestreift und deren Erörterung einer zukünftigen Zeit vorbehalten.

Wenn aus den vorstehend mitgetheilten Verhandlungen des preußischen Landes-Oekonomiekollegiums unzweideutig hervorgeht, daß die berufenen Kenner des bestehenden landwirthschaftlichen Vereinswesens von einer grundsätzlichen Aenderung desselben, von einer Umwandlung der freien Vereinsthätigkeit in Zwangsorganisationen nichts wissen wollen, und daß in genannter Körperschaft sich die Mehrheit der aktiven Landleute gegen die von konservativen Parteiführern und von den Regierungsvertretern in Vorschlag gebrachten Landwirthschaftskammern erklärte, — so ist es uns ganz unzweifelhaft, daß mit diesen Kammern noch etwas anderes geplant wird, als lediglich eine Hilfe für die „nothleidende“ Landwirthschaft. Beneficia non obtruduntur — Wohlthaten werden nicht aufgedrungen — ist ein ebenso altes wie bewährtes Sprichwort; und wie verkehrt und geradezu unverständlich müßte es erscheinen, wenn die Regierung den Großgrundbesitzern, ihren treuesten Anhängern, zur Verbesserung der Lage eine Organisation aufzwingen wollte, von der jene gar nichts wissen wollen! Wir kommen deshalb zu dem Ergebniß, die Landwirthschaftskammern sollen noch zu einem ganz andern Zweck benutzt werden, als lediglich der wirthschaftlichen Organisation der Landwirthschaft zu dienen. Und dieser Zweck ist nach unserer Ueberzeugung darin zu suchen, daß man in diesen Landwirthschaftskammern die Cadres zu den politischen Heeresmassen aufrichten will, mittelst denen die Besitzlosen auf dem Lande von den Besitzern des Grund und Bodens niedergedrückt werden sollen.

Wir haben in diesen Landwirthschaftskammern nur einen Theil, allerdings einen sehr hervorragenden, eines umfassenden politischen Organisationsplanes zu erblicken. Es ist darauf abgesehen, die gesammten besitzenden Elemente, also alle, denen an der Sicherung des heute geltenden Eigenthumsrechtes in Folge ihrer persönlichen sozialen Verhältnisse gelegen sein muß, zu großen politischen Körperschaften zusammenzuschweißen, welche befähigt wären, als geschlossenes Ganze dem Proletariat entgegenzutreten. Und um diese Körperschaften nicht nur wegen des in ihnen vereinigten Besitzes umfänglich und imponirend erscheinen zu lassen, will man ihnen auch dadurch zu Ansehen verhelfen, daß man ihre Mitgliederzahl nach Möglichkeit ausdehnt. Nichts anderes ist es, als politische Klugheit, wenn wir den pommerschen Junker sich abmühen sehen, die kleinen Käthner und Bauern, über die er sich im Innersten seiner Denkungsart ja bergehoch erhaben dünkt, in die gleiche Interessengemeinschaft mit dem Grundadel hineinzuziehen.

Bestärkt werden wir in dieser Ueberzeugung, wenn wir sehen, daß auch noch auf einem andern sozialen Gebiet, wie in der Landwirthschaft, ganz dieselben politischen Schachzüge von den konservativen Strategen gemacht werden. Wie hat nicht seit Jahrzehnten die konservative Presse den Befähigungsnachweis und die Zwangsinnung als unfehlbares Allheilmittel für des Handwerks Aengste und Nöthe empfohlen! Umsomehr waren wir überrascht, als wir im „Reichsboten,“ einem anerkannt führenden konservativen Blatte, das kirchlich wie politisch auf der äußersten Rechten steht, seit einigen Monaten, anfangs schüchtern und kaum zwischen den Zeilen bemerkbar, dann immer offener und häufiger es ausgesprochen fanden, daß möglicherweise auch der Befähigungsnachweis nicht dazu ausreichen würde,

das Publikum zu veranlassen, bei dem kleinen Handwerker lieber zu kaufen als in den Verkaufshallen des Großkapitals, daß also mit diesem Befähigungsnachweis das Hauptleiden des Handwerks, Mangel an gewinnbringender Kundschaft schwerlich abbestellt werden könne; dazu gehöre eine ganz andere Organisation des gewerblichen Lebens und um eine solche, dem Liberalismus zum Trotze, durchzuführen, sei eine staatliche Organisation des gesammten Handwerks in sogenannten Gewerbekammern die unerläßliche Voraussetzung.

Es ist also derselbe politische Grundgedanke, der die Urheber der Landwirthschaftskammern und der Gewerbekammern erfüllt. Und wenn man diesem Grundgedanken ein wenig nachgeht, so wird man zu dem Ergebniß geführt, daß in ihm eine zielbewußte (? d. Red.) Entwicklung der von Stahl und Riehl entworfenen Skizzen eines aristokratisch-reaktionären Staatswesens sich offenbart. Auch die Methode zur Durchführung dieser Pläne ist in beiden Fällen fast genau dieselbe. Wie der Landwirthschaftsminister seinen Kommissaren befiehlt, den Plan zu den Landwirthschaftskammern im Oekonomiekollegium gegen den unzweifelhaft lediglich auf gründlicher Sachkunde beruhenden Widerspruch der Großgrundbesitzer durchzudrücken, so tritt der Staatssekretär von Bötticher den Führern der Zünftler und den Befürwortern des Befähigungsnachweises im Reichstage mit dem Hinweis auf zu errichtende Gewerbekammern entgegen. Man hat durch Jahre hindurch seitens der Regierung Alles aufgeboten, um die Anforderungen des Grundbesitzes und des Handwerks an staatliche Unterstützung zu erwecken und immer mehr zu steigern. Jetzt wo die Landwirthe und die Handwerker mit bestimmten Wünschen herantreten, verspricht ihnen die Regierung Erfüllung aller Hoffnungen, aber unter der Bedingung, daß der von ihr empfohlene politische Organisationsplan genehmigt werde.

Die Sozialdemokratie hat natürlich keine Ursache, über diese gegnerischen Veranstaltungen zu erschrecken. Sie schenkt ihnen ihre Beachtung, nicht weil sie diese Pläne fürchtet, sondern weil es im politischen Kampfe zweckmäßig ist, möglichst eingehend die Positionen der Gegner zu erkunden.

Daß wir Sozialdemokraten auf dem Wege zu unserem Ziele alle Besitzenden als Gegner uns gegenüber finden werden, haben wir von Anfang an gewußt. Wenn also innerhalb der gegnerischen Parteien der Versuch gemacht wird, durch eine politische Organisation unsere Gegner so zu gruppiren, daß sie noch besser als bisher als „eine reaktionäre Masse“ zur politischen Geltung gelangen können, so ermessen wir hieran am besten und nicht ohne Genugthuung den Eindruck, welchen unsere Fortschritte in den Reihen der Besitzenden gemacht haben.

Schweigen heißt die Losung.

Studie über das Reporterthum von **Bernard.**

In Frankreich wie in Deutschland wird die Armee der Sozialisten bei ihrem Fortmarsch zwar nicht etwa aufgehalten, wohl aber in unangenehm langweiliger Weise belästigt durch den Schwarm jenes absonderlichen Geschmeißes, welches das allerjüngste Fäulnißprodukt des sozialen Körpers ist, den es vertheidigt. Es ist kein müßiges Beginnen, diese Eintagsfliegen einen Augenblick zu beobachten.

In diesem Behufe wollen wir einen Blick auf die uns geläufigsten französischen Verhältnisse werfen. In Frankreich wie in Deutschland schenkte die leichtere Presse

lange dem Sozialismus keine Beachtung. Er war damals noch ohnmächtig oder galt wenigstens als ohnmächtig, und so interessirte man sich nicht für ihn.

Pünktlich um 3 Uhr erhielt man seinen „Temps," man schnitt ihn auf und schlürfte seinen Kaffee zwischen pikanten Anekdötchen und der gebotenen Talmi-Literatur. Das Gleiche gilt von dem „Figaro" und sehr vielen anderen Zeitungen, ehe Herr Jacques St. Cère auftrat.

In Köln, der „heiligen Stadt," wo die Albert Wolf wie die Pilze emporschießen und gedeihen, herangewachsen und erzogen, offenbarte Herr Jacques St. Cère (wir wollen nicht so indiskret sein, nach dem Namen seines Stammes zu forschen) dem staunenden Frankreich, daß es einen internationalen Sozialismus gäbe. Hier und da gab er Schilderungen und Anekdötchen über die Höfe von Kaisern und Königen, mit denen er — wie männiglich bekannt — auf dem Fuße vertrautester Freundschaft lebt, und die sich, wie ebenso männiglich bekannt, ein Vergnügen und eine Ehre daraus machen, ihn zur Familientafel zu ziehen. Seine stets aus „bester Quelle" stammenden, durchaus „authentischen" Mittheilungen wetteiferten im Punkte ungeheuerlichster Phantasterei mit dem ungeheuerlichen phantastischen „Mumpitz" der Verfasserin von „Paienne,"* die im engen Freundeskreise den Kosenamen „Die Japanesin Madamadam" führt.

Wie Musset singt:

„Das Jahrhundert, das ihn sah, nennt sich seinetwegen groß."

Das internationale Reporterthum war gegründet, und Jacques St. Cère sah sich bald überflügelt — er verdiente es mit Recht — von einer sonderbaren, ungemein vielseitigen, durchaus slawischen Persönlichkeit, welche die Phantasie so weit trieb, sich „Theodor de Wyzewa" zu nennen. Der betreffende Herr ist ein höchst eigenthümliches Gemisch von einem geriebenen donischen Kosaken und einem naiven Eingeborenen von Montmartre.** Seine Bücher spiegeln diese Mischung seines Wesens wieder. Dank der kosakischen Durchtriebenheit hat er es soweit gebracht, daß er auf der ersten Seite des „Figaro" zum Wort kommt, während ihm die montmartrische Naivetät eingeredet hat, daß er etwas vom Sozialismus verstehe, und dieser Ueberzeugung froh wird er eines Tages auch sterben, natürlich „bedauert von seinen Freunden."

Er hat ganz Europa und obendrein noch Galizien bereist, und er hat sich mit einer solchen Macht der Einbildung vorgestellt, daß er die hervorragendsten Persönlichkeiten der sozialistischen Bewegung „interviewt" habe, daß er dies zuletzt sogar dem Chefredakteur seiner Zeitung einredete — und dieser besitzt doch den Geist eines französirten Belgiers. Mehr noch — er hat dies sogar den Deutschen eingeredet, die sein Buch kauften und übersetzten.

Der Brüsseler Kongreß sah Herrn Wyzewa am Werke, und Herr Wyzewa richtete mit einem einzigen Blick diesen Kongreß. Er sah nur Domela, und dieser kann sich nun damit trösten, die Billigung eines besonders dicken Griechen*** und eines besonders feinen Slaven erhalten zu haben.

---

* „Paienne" (Heidin), einer der langweiligsten Romane, zu denen je die französische Sprache mißbraucht worden ist, hat die bekannte Madame Adam, Herausgeberin der „Nouvelle Revue," zur Verfasserin. A. d. Uebersetzers.

** Vorstadt von Paris.

*** Gemeint ist Argyriadès, der Herausgeber und Chefredakteur der „Question Sociale" in Marseille, der ein naturalisirter Grieche ist. Argyriadès, welcher ein guter Mensch, aber schlechter Musikant ist und die deutsche sozialistische Bewegung gar nicht kennt, ergriff bekanntlich für Domela Nieuwenhuis Partei. A. d. Uebersetzers.

In Deutschland hat er nichts gesehen, als Millionen von „Unabhängigen.“ Die Anstrengungen und die Abfassung seines Buches haben Herrn Wyzewa erschöpft und er tröstet sich nun mit Nietzsche und Tolstoi.

Eine letzte Verkörperung von Jacques St. Cère tritt uns in der Person des Herrn Huret entgegen. Dieser verfolgt Schäffle bis in seine letzten Verschanzungen und betreibt als Spezialität, was man im Journalisten-Jargon die „Enquête“ nennt. Er war in Roubaix* und ist von dort, seinem eigenen Eingeständniß nach, verblüfft zurückgekommen. Seine Verblüfftheit zeigt, daß er noch eine gewisse Aufrichtigkeit besitzt, während Wyzewa seine tiefe Unwissenheit bezüglich der sozialistischen Theorien und ihrer Träger unter einer dreifachen Erzschicht verbarg und sein Buch wie die einfachste Sache der Welt sozusagen aus dem Aermel schüttelte.

Wollte man in Deutschland Leute finden, die auf der Höhe dieser französischen Reporter ständen, so müßte man sich an einen Paul Lindau halten. Leider beschäftigt sich aber dieser nur mit „Belletristik.“**

* *
*

Man braucht sich nicht den Kopf damit zu zerbrechen, den Ursprung dieser Reporter zu suchen; wie gewisse Bazillen in faulenden Substanzen gedeihen, so werden gewisse Journalisten durch die Fäulniß der kapitalistischen Gesellschaft erzeugt. Wir wollen hier nur auf die Haltung zu sprechen kommen, die unseres Erachtens die Sozialisten im Falle eines Interviews beobachten sollen. Diese Haltung ist sehr einfach, wir haben sie in unserem Titel gekennzeichnet. Schweigen heißt die Losung in einem solchen Falle.

Welchen Nutzen kann es für einen Sozialisten haben, einem Reporter, etwa des „Figaro,“ seine Theorien und seine Taktik zu erklären? Im ersten Augenblick sollte man ja glauben, daß er die Gelegenheit ausnützen könnte und ausnützen müßte, seine Ideen durch eine sehr gelesene Zeitung vor die weiteste Oeffentlichkeit zu bringen. Allein erstens, und zwar sowohl a priori wie a posteriori

---

* Roubaix hat einen sozialistischen Gemeinderath, welcher an die Verwirklichung des Munizipalprogramms der sozialistischen Arbeiterpartei gegangen ist. Er beschloß unter Anderem die Abschaffung des Polizeibudgets — der Beschluß ward von der Regierung annullirt — eine veränderte Miethssteuer, so daß die Inhaber kleiner Wohnungen entlastet, die größerer Wohnungen dagegen mehr zur Besteuerung herangezogen werden, er gründete Schulkantinen 2c. Natürlich großes Entsetzen der französischen Bourgeoisie über diese „Diktatur des Proletariats.“ A. d. Uebersetzers.

** Wir haben auch in Deutschland, respektive Oesterreich, keinen Mangel an der Sorte. Die neueste Blüthe des interviewenden Reporterthums ist, wie wir aus uns unmittelbar vor dem Druck zugehenden Mittheilungen entnehmen, Herr Hermann Bahr, der gegenwärtig Berlin unsicher macht, um sich dort an verschiedene Politiker wie Dr. Barth, Ahlwardt 2c. anzubiedern und aus ihnen Zeilenhonorare zu schlagen. Wie rasch doch Gründeutschland, das sich so himmelstürmend geberdet, seinen ordinären Kern enthüllt!

Auf das Interview dieses Herrn mit Dr. Theodor Barth wird in dem Spitzenartikel dieses Heftes Bezug genommen. Herr Dr. Barth erklärt jetzt, der Bericht des Reporters stehe „zum Theil in direktem Widerspruch zu seinen seit Jahren öffentlich dokumentirten Anschauungen,“ ist also in diesem Theil erfunden und zwar geistlos erfunden. Diese Erfahrung bildet einen trefflichen Beleg zu den Ausführungen des vorliegenden Artikels. Was Mehring in seinem Spitzenartikel in Anknüpfung an das Interview über Dr. Barth sagt, wird durch dessen Dementi kaum berührt. Mehring bezog sich auf Theile des Berichts, die ganz dem Gedankengang entsprechen, den Dr. Barth in der „Nation“ zum Ausdruck bringt. Die Redaktion.

berichtet ein Reporter nie, was ihm von einem Sozialisten gesagt worden ist. Wenn er klug genug ist (allerdings ein seltener Fall), um zu begreifen, welchen Schaden die dargelegten Theorien der Partei zufügen können, in deren Sold er steht, so wird er sich angelegen sein lassen, ihren Sinn mehr oder weniger geschickt zu entstellen. Seit den Tagen Figaros kennt man die Wichtigkeit eines Kommas und der Stelle, wo es steht. Wenn der interviewte Sozialist am Tage nach dem Interview die Zeitung liest, so bemerkt er, daß sein Gedanke entstellt wiedergegeben ist, und wenn er zu den naiven Gemüthern zählt (es giebt Beispiele hierfür), so verlangt er, daß das Blatt eine Berichtigung bringt. Dieses beeilt sich auch, seinen Wunsch zu erfüllen, aber drei oder vier Tage post festum, wenn Niemand mehr weiß, um was es sich eigentlich handelte. Die beabsichtigte Wirkung aber ist erzielt worden, und bis zu seinem Tode wird man dem unglücklichen Opfer des Interviews zwischen die Beine Sätze werfen, die er nie gesagt hat. Eine anmuthende Aussicht!

Es kommt jedoch auch vor — und zwar ist dieser Fall der häufigere — daß der Reporter die sozialistischen Ideen gar nicht versteht. In diesem Falle gilt das Wort unseres Genossen J. Guesde: „Es ist nicht unsere Aufgabe, die Journalisten zu unterrichten.“ Denn wie Agamemnon in der „Schönen Helena“ sagt: „Das ist eine Arbeit, die immer wieder von vorn angefangen werden muß.“

Sogar die klügeren Reporter erfassen von dieser oder jener Theorie nichts als eine ungefähre Ahnung des Schadens, den sie ihrer Partei zufügen kann. Deren völlige Tragweite zu begreifen, ist ihnen ganz unmöglich. Wollte man also diesen armen irrenden Seelen aus purer Menschenfreundlichkeit antworten, um ihren Durst nach Aufklärung und Belehrung zu stillen, so bliebe sogar dies ein nutzloses Beginnen.

Für die Partei der internationalen Sozialdemokratie kommt jedoch hier noch eine andere, höhere Frage in Betracht, eine Frage der Taktik und Disziplin, die sich nicht nur bezieht auf das Reporterthum, sondern auch auf die Berichterstattung über die nationalen und internationalen Kongresse.

Wir lasen vor nicht langer Zeit, daß bei dem letzten Strike zu Carmaux die Genossen Calvignac, Baudin und Duc-Quercy die Vertreter der „Agence Havas“ und der „Agence Dalziel“ gezwungen haben, ihre Nachrichten „direkt aus ihren Händen zu empfangen.“ Wenn dem so war, so können wir unsere Genossen nur beglückwünschen, daß sie die Energie besessen haben, der bürgerlichen Presse zu trotzen. Wenn die Reporter von uns über die sozialistischen Theorien und die Vorgänge im sozialistischen Lager unterrichtet werden wollen, so mögen sie sich unseren Bedingungen unterwerfen und vollständig berichten, was wir ihnen diktiren. Gehen sie nicht auf diese Forderung ein, so mögen sie ihre Erkundigungen einziehen, wo es ihnen beliebt.

Nun könnte man gegen diese Auffassung einwenden: „Die abgeblitzten Reporter werden euch verleumden, sie werden die abscheulichsten Gerüchte über euch verbreiten.“ Allein legen sie sich in dieser Beziehung gegenwärtig den geringsten Zwang an?

Endlich ist noch zu beachten, daß bei Interviews oft Fragen in Betracht kommen, die durchaus nicht vor der großen Oeffentlichkeit behandelt werden dürfen. Mögen die Herren Bourgeois darüber denken, was ihnen beliebt. Unsere Wahrheit ist nicht ihre Wahrheit, unsere Verhältnisse sind nicht die ihrigen. Organisiren wir uns, schwätzen wir nicht! Die Reporter und Bourgeois werden die Wahrheit immer noch früh genug — für ihre werthen Personen — erfahren.

Berliner Theater.

Berlin, 4. April 1893.

Nach der sehr dürftigen Ausbeute dieses Winters an neuen und nun gar erfolgreichen Theaterstücken brachte das Osterfest noch zwei dramatische Werke auf die hiesige Bühne, denen ein lärmender Ruf vorangegangen war. Im Blasen der Reklametrompete sind die Neuesten ja so gewandt und unbedenklich, wie die ergrautesten Postillone des Thespiskarrens. Für eines der beiden Stücke hatte sogar die Polizei die Liebenswürdigkeit gehabt, kräftig ins Horn zu stoßen; es war von ihr Anfangs verboten und erst durch ein erfolgreiches Verwaltungsstreitverfahren ihrer sorgenden Obhut entrissen worden. Leider rechtfertigte sich das günstige Vorurtheil nicht, das ein polizeiliches Verbot immer erweckt; gerade dies Stück erwies sich als eine vollkommene Nichtigkeit, obschon es einen erlauchten Namen der jüngsten Dichterschule an der Stirne trug, während das andere in seiner pseudonym erscheinenden Verfasserin wenigstens einen gebildeten, wenngleich der dramatischen Begabung entbehrenden Geist erkennen ließ.

Dies andere Stück hieß „Dämmerung," war ein Schauspiel in fünf Aufzügen und wurde von dem Verein Freie Bühne am 30. März auf dem Neuen Theater zur Darstellung gebracht. Nach einem von Ibsen gewählten Namen nannte sich der Dichter Ernst Rosmer; die hiesigen Tagesblätter haben inzwischen mit rührender Uebereinstimmung verrathen, daß hinter dem männlichen Pseudonym eine Dame aus München steckt, die Gattin des Rechtsanwalts Bernstein. Wenn es doch einmal beschlossene Sache war, nach der ersten Vorstellung, die wohl die einzige bleiben wird, den Schleier zu lüften, so scheint uns die Wahl eines Pseudonyms ein etwas veralteter Kniff einer so revolutionären Erscheinung zu sein, wie die Freie Bühne der Herren Brahm und Jonas vorstellen will. Gerade gegenüber der hiesigen Bourgeoiskritik kann die Wahl eines Pseudonyms ein sehr gerechtfertigter Akt der Vorsicht sein, und übrigens steht es ganz in dem Belieben eines Bühnendichters, ob er sich nennen will oder nicht. Aber in diesem Falle hatte der Dichter oder die Dichterin von der Kliquenkritik nichts zu befürchten, und da sie sich doch in dem Glanze ihres jungen Ruhms zu sonnen gedachte, so stand das geheimnißvolle Krebsen mit ihrem Pseudonym in rechtem Mißklange mit der vielberufenen „Naturwahrheit" der naturalistischen Schule.

Nach ihrem Schauspiele zu urtheilen, ist Frau Bernstein eine Anhängerin und Verehrerin von Ibsen, und man kann ihr gern bescheinigen, daß sie den norwegischen Dichter mit emsigem Fleiße studirt hat. Sogar mit zu emsigem Fleiße, denn wenn der moderne Dramatiker aus Ibsen viel lernen kann, so soll er ihn nur beileibe nicht nachahmen wollen. Ibsen läßt sich nicht oder doch nur so nachahmen, wie ein knorriger und kräftiger Baum, dessen Wurzeln eine mächtige Erdscholle umklammern und dessen Wipfel im Winde raunen und rauschen, mit größerer oder geringerer Kunst auf die Leinwand übertragen werden kann. Ibsen's dramatische Kraft liegt in seinen Gestalten, die immer lebendige Menschen sind, auch wo sie aufhören, vernünftige Menschen zu sein; nachschaffen lassen sie sich nicht und nachzeichnen höchstens in dünnen, einseitigen, schattenhaften Umrissen. Und solche Bilder, nicht aber Gestalten, giebt uns Frau Bernstein in ihrem Schauspiele. Wo keine Gestalten sind, kann nun aber auch keine Handlung sein, und es ist in der That erstaunlich, wie wenig Ballast die Dichterin ihrem auf dem weiten Meere der Rede schwankenden Schifflein mit auf die Fahrt gegeben hat.

Ein Vater, eine Tochter, ein weiblicher Arzt: das sind die drei Hauptpersonen des Schauspiels, denn ein paar Dienstboten und ein nach der landesüblichen Schablone gezeichneter Naturbursche laufen nur nebenher. Der Vater, ein genialer Musiker, hat seine Berufsthätigkeit aufgegeben, um ganz seiner augenkranken Tochter zu leben, einem hysterischen Bourgeois-Backfische, den wir äußerlich mit gut beobachteter, wenn auch auf die Dauer abstoßender Naturwahrheit hantiren, aber keineswegs aus den sozialen Bedingungen seines Milieu erwachsen sehen. Ein weiblicher Arzt lindert die Augenkrankheit und rückt dem Vater mit allerlei verfänglichen Fragen über ihre

etwaige Entstehung auf den Leib, aber nachdem die Dichterin uns ein paar Akte hindurch auf ein Lazarethmelodrama nach dem tristen, aber nicht tragischen Vererbungsmotive vorbereitet hat, läßt sie diesen Faden plötzlich fallen, und der verdächtige Vater entpuppt sich in Goethe's Mann von fünfzig Jahren, der in holder Leidenschaft zu dem weiblichen Arzt entbrennt und inbrünstige Gegenliebe findet. Der Bourgeois-Backfisch will aber nach der Art solcher Frauenzimmer seinen Alten ganz für sich allein haben; aus wüthender Aufregung über die drohende Stiefmutter erblindet er wirklich, und nun entwickelt der Vater, den wir ein paar Akte hindurch in so schnödem Verdachte gehabt haben, eine übermenschliche Entsagung, indem er seiner viel verständigeren Geliebten den Laufpaß giebt und zu Ehren seines hysterischen Backfisches in der „Dämmerung,“ will sagen, allein mit seiner blinden Tochter weiter leben will.

Mag nun aber auch die Wahl eines so dünnen und ungenießbaren Stoffs für die dramatische Begabung der Dichterin kein günstiges Zeugniß ablegen, so wäre es ungerecht, zu verkennen, daß es immerhin eine gescheidte Frau war, die trotz alledem drei lange Theaterstunden hindurch das Publikum leidlich zusammenhielt, unterstützt freilich auch durch eine ganz vortreffliche Darstellung, namentlich der drei Hauptrollen. Wir hoffen, wenn auch wohl auf der Bühne, so doch in der Literatur nicht zum letzten Male von Frau Bernstein gehört zu haben. Sie hat wirklich Manches zu sagen und hat es in dem Dialog ihres Schauspiels auch in hübscher, resoluter, tapferer Weise gesagt, und wenn sie sich nun dankbareren Stoffen, als der heutzutage wirklich schon etwas fossil gewordenen Menschenspezies der hysterischen Bourgeois-Backfische, zuwenden wollte, so dürfen wir ihren ferneren literarischen Arbeiten mit Interesse entgegensehen.

Sehr unerfreulich von dieser jedenfalls denkenden und ernst strebenden Frau stach ein jüngstes Genie des deutschen Naturalismus ab, nämlich Herr Otto Erich Hartleben, der am Mittage des Ostersonntags, eines wundervollen Frühlingstages, im Lessing-Theater mit seiner „Hanna Jagert,“ einer sogenannten „Komödie“ in drei Aufzügen, zum Worte kam. Herr Hartleben gehört zu jenen Bourgeois-Knaben, die sich in ihres Sinnes fürwitziger Thorheit an die sozialdemokratische Partei heranzuwerfen versuchen, und wenn ihnen hier keine Extrawurst gebraten wird, sich durch die straffe Disziplin der Arbeiterklasse in ihrer „genialen Individualität“ bedroht fühlen und sich schleunigst zu „höheren Gesichtspunkten entwickeln,“ das heißt, um das Ding beim rechten Namen zu nennen, reumüthig zu dem alten Troge der kapitalistischen Schlagworte zurückkehren, von den sonstigen Wiederkäuern im manchesterlichen Stalle nur dadurch unterschieden, daß ihre Hörner mit ein paar bunten Bändern aus des armen, irrsinnigen Nietzsche Raritätenkasten geschmückt sind. Hierzuland läuft jetzt eine ganze Heerde solcher Genies umher; sie machen alles unsicher, Drama und Lyrik, Kunst und Kritik, neuerdings sogar auch die Politik, wo sie die Bismärckischen Pindtereien, die in den glücklicheren Tagen der deutschen Bourgeoisie noch als das Gegentheil von Genie galten, mit wahrhaft genialem Selbstbewußtsein wiederkäuen.

Einer aus dieser Schaar ist Herr Hartleben, und was er den Räsonneur seiner „Komödie“ beispielsweise im dritten Akt über das Ausleben der Individualität sagen läßt, das könnte Wort für Wort in das erste beste manchesterliche A B C-Buch übergehen, ohne im Entferntesten aufzufallen. Mit Recht aber hat der Dichter jetzt sich nicht für wichtig genug gehalten, um seine Geistes- und Seelenkämpfe, sein heldenhaftes Losringen aus der dumpfen Nichtigkeit der proletarischen Masse in die heiteren Höhen der genialen Individualität zu dramatisiren; er überträgt diesen geistreichen Prozeß auf ein Frauenzimmer, das er in grober Spekulation auf die Skandalsucht mit einem, aus der Arbeiterinnenbewegung bekannten Namen tauft. „Hanna Jagert“ sagt sich von ihrem aus langjähriger Haft zurückkehrenden Geliebten los, weil sie inzwischen durch einen reichen Fabrikbesitzer darüber belehrt ist, daß nur auf einem „schmutzigen Wege“ zum sozialdemokratischen Ziele zu gelangen sei, für welche geistreiche Enthüllung sie sich dem Biedermanne mit „Leib und Seele ergeben hat.“ Nach diesem

Bekenntniß wirft sie ihr sozialdemokratisch gesinnter Vater, der vom Dichter natürlich als ein Possenreißer niedersten Kalibers gezeichnet wird, aus dem Hause, worauf jener Fabrikbesitzer ihr ein Kinderkonfektions-Geschäft einrichtet. Aus der energischen Ausbeutung von Proletarierinnen schlägt die hoffnungsvolle Person so viel Mehrwerth, daß sie ihrem Leib- und Seelen-Mann seine Vorschüsse zurückzahlen kann; sie kündigt ihm zugleich oder hat ihm schon vorher zwar nicht die Freundschaft, aber doch die Liebe gekündigt. Darnach macht sie, ihr Fabrikbesitzer und selbst ihre Dienerin sich einen ganzen — glücklicher Weise den letzten — Akt lang über einen albernen Anbeter von reichen Baron lustig, bis sie diesem schließlich zu seiner höchsten Beseligung erklärt, daß sie sich nun doch, trotz äußersten Widerstrebens, entschließen müsse, „gnädige Frau“ zu werden, da sie sich von ihm, nämlich dem albernen Baron, Mutter fühle.

Herr Hartleben und seine Muse mögen uns verzeihen, wenn wir in diesem kurzen Abriß nicht alle ihre „genialen“ Motive erschöpft oder wenn wir sie gar mißverstanden haben sollten. Wir müßten dann um mildernde Umstände auf Kosten unseres allzu massenhaften und Heerden-verthierten Verstandes bitten, der in dieser famosen „Komödie“ wirklich keine Spur von psychologischer Entwicklung, sondern neben dem aufrichtigen Bemühen, die politisch organisirte Arbeiterklasse nach der Methode des urkomischen Bendix zu verhöhnen, nur das wirrste Durcheinandergerede zu entdecken wußte. Störend genug summten uns auch während der Vorstellung Platen's Verse in den Ohren:

> Schneemännern gleichen solcherlei Komödienverfasser,
> Karrikaturen sind sie heut, und morgen sind sie Wasser.

Leider mißlang auch der letzte Versuch, uns an der „historischen“ Grundlage dieser großartigen Dichtung über ihren eigentlichen Sinn aufzuklären. Da Herr Hartleben einmal den feinen Geschmack gehabt hat, durch den Namen seiner Heldin dies „Historische“ an den Haaren vor die Oeffentlichkeit zu zerren, so kann und muß man ja davon sprechen. Das Kurze und Lange an der Geschichte ist nun dies, daß eine Proletarierin, die sich in der Arbeiterinnenbewegung durch Beredtsamkeit und Eifer hervorgethan hatte, ihrem wegen sogenannter „politischer“ Vergehen zu mehrjähriger Gefängnißstrafe verurtheilten Geliebten während seiner Haft um eines andern Proletariers willen untreu wurde und darüber allen Kredit bei ihren Genossinnen so gründlich verlor, daß sie sich ins Ausland rettete. Dieses in Schuld und Sühne menschliche und menschlich ergreifende Schicksal hat Herr Hartleben in die geniale Individualität seiner Hanna Jagert verpopanzt, die als Genie und Individuum sich mit der herben Keuschheit einer Jungfrau von Orleans vor der Berührung jedes Proletariers sichert, aber gegenüber adligen und bürgerlichen Geldprotzen stets in horizontaler Bereitwilligkeit schwebt. Und da entrüstet sich diese Gesellschaft noch, wenn man mal von ihren „geilen Halluzinationen“ über die Arbeiterklasse spricht.

Weshalb die Polizei den ach! so wohlgesinnten Schmarrn des Herrn Hartleben mit ihrem Interdikt belegt hat, gehört zu den Räthseln der Theaterzensur. Und nicht viel begreiflicher ist es, weshalb das Lessing-Theater ihm seine Pforten geöffnet hat. Eher ist es schon verständlich, daß diese Bühne sich nur in der schamhaften Stille, die ein leuchtender Lenzmittag in Theaterräumen erzeugt, mit der Scharteke hervorwagte und ihre besten Kräfte vorsandte, um sie einigermaßen herauszuhauen. Der Kopf bei Kopf erschienene Musenhof am Müggelsee ließ es denn auch an dröhnenden Beifallssalven nicht fehlen. Was uns anbetrifft, so flüchten wir vor dieser gründeutschen Genialität gern zur bürgerlichen Romantik der Sudermann und Fulda, die sich doch offen zur Bourgeoisie bekennen und daneben in ihrer Art dramatische Talente sind, was für unsern banausischen Heerdenthier-Geschmack am Ende auch nicht zu verachten ist, so gründlich immer die genialen Individualitäten diesen peinlichen Erdenrest zu entbehren und demgemäß zu verachten gewohnt sind.

F. Mehring.

Literarische Rundschau.

Thomas Kirkup, **A History of Socialism** London und Edinburgh, Adam und Charles Black, 1892. VI. und 301 S.

Wenn es auch nicht richtig ist, daß, wie verschiedentlich behauptet worden ist, der Sozialismus heute in England mehr Anhänger in den Reihen der bürgerlichen Klassen als in denen der Arbeiterklasse zählt, so ist doch unbestreitbar, daß ein erheblich größerer Prozentsatz seiner Anhängerschaft zur Zeit in England den Ersteren angehört als in den Industriestaaten des Festlandes. Namentlich unter den Angehörigen der literarischen und öffentlichen Berufe — den professional classes, wie die Engländer sich ausdrücken, hat die sozialistische Propaganda namhafte Erfolge aufzuweisen. Aerzte und Lehrer, Geistliche und Advokaten, Schauspieler und Literaten, die sich zum Sozialismus bekennen, sowie der sozialistischen Studenten giebt es eine verhältnißmäßig großer Zahl, während in der eigentlichen Arbeiterbewegung die Sozialisten nur erst eine allerdings stetig zunehmende Minderheit bilden.

Es liegt auf der Hand, daß unter diesen Umständen der Sozialismus selbst in seinen literarischen Publikationen eine entsprechende Färbung annimmt. Während die sozialdemokratischen Arbeiterblätter ein kümmerliches Dasein führen, nimmt die für die bürgerlichen Klassen berechnete Literatur des Sozialismus immer mehr zu. Sobald dieselbe darüber hinausgeht, die sozialen Zustände der Gegenwart zu kennzeichnen, treten in ihr vorwiegend zwei Tendenzen zu Tage: entweder den Sozialismus dem Publikum, an das man sich nun einmal wendet, blos in möglichst konvenabler Form zu präsentiren oder aber ihn überhaupt für die Bedürfnisse dieses Publikums zuzustutzen. Die Wirkung ist in beiden Fällen ziemlich dieselbe: ein von allen Ecken und Härten „gereinigter," d. h. friedlich-gemüthlicher Allerweltssozialismus — vom deutschen Kathedersozialismus nur dadurch unterschieden, daß er, der allgemeinen politischen und sozialen Entwicklung Englands entsprechend, nicht nach dem Polizeistaat schielt, überhaupt meist entschieden demokratisch auftritt.

Auch Herr Kirkup ist Anhänger eines solchen, „vom Materialismus und den revolutionären, absoluten und abstrakten Elementen gereinigten Sozialismus" (S. 227). Von diesem Standpunkt aus behandelt er die Geschichte des modernen Sozialismus, und wir fügen gern hinzu, im Großen und Ganzen mit mehr Verständniß als die meisten zeitgenössischen Geschichtschreiber des Sozialismus, und namentlich mit jenem Billigkeitssinn, den die Engländer mit so großem Stolz als ein auszeichnendes Merkmal ihres Volksgeistes bezeichnen und der in der That uns im englischen Volksleben oft angenehm berührt. Was man z. B. im gründlichen Deutschland gar nicht verstehen zu wollen scheint, nämlich die Jugendarbeiten der Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus von den Früchten ihrer gereifteren Studien zu unterscheiden, ist für Herrn Kirkup eine selbstverständliche Sache. Desgleichen wird er den Utopisten dadurch gerecht, daß er über dem phantastischen Auf- und Ausputz ihrer Systeme die werthvollen thatsächlichen Feststellungen und praktischen Vorschläge, die wir ihnen verdanken, nicht vergißt. So schreibt er von dem vielgeschmähten Fourier: „Und doch sind seine Werke voller Anregung und Belehrung und entschädigen den Sozialökonomen reichlich für die auf ihr Studium verwandte Mühe. Seine Kritik des bestehenden Systems, der Verschwendung, Anarchie und Immoralität desselben ist genial, auf scharfe Untersuchung gestützt und oft höchst überzeugend. Auch in seinen positiven Vorschlägen findet man viele, die von höchst verständiger und weittragender Voraussicht in die künftigen Gestaltungen des menschlichen Fortschritts zeugen. Sehr bemerkenswerth sind die Garantien, mit denen er die lokale und individuelle Freiheit sicherzustellen sucht. Die (fourieristische) Phalanx war auf der einen Seite groß genug, alle Vortheile wissenschaftlicher Produktion und mannigfaltigen Gemeinlebens zu sichern, auf der andern Seite war sie bestimmt, dem Schaden der Zentralisation, des Staatsdespotismus, des falschen Patriotismus und der nationalen Eitelkeit entgegenzuwirken." Auch bei Behandlung der Internationale und der Pariser Kommune

zeigt sich Herr Kirkup bemüht, das Unwesentliche vom Wesentlichen zu trennen und die vertretenen Standpunkte richtig zum Ausdruck zu bringen. „Es kann schwerlich aufrechterhalten werden," schreibt er mit Bezug auf die Spaltung in der Internationalen, „daß Marx für eine starke zentralisirende Autorität eintrat, da jedoch seine Ansichten und Methoden den Anarchisten naturgemäß durchaus zuwider waren, war ein Bruch unvermeidlich."

Aus diesen und ähnlichen Sätzen muß man jedoch nicht schließen, daß Herr Kirkup nicht auch über Marx-Engels sein Sprüchlein zu sagen hätte. Natürlich hat er das, ebenso wie über Lassalle oder Rodbertus. Indeß wir unterscheiden zwischen der geübten Kritik und der Darstellung des zu beurtheilenden Standpunktes. Die Erstere mag ausfallen wie sie will, so lange der Letztere richtig wiedergegeben, werden wir sie, wie sie auch ausfällt, als Meinungsäußerung selbst dann noch respektiren, wenn wir uns veranlaßt sehen, sie energisch zu bekämpfen. Und, wie gesagt, im Ganzen hat sich Herr Kirkup redlich bemüht, die Ideen der Vertreter des wissenschaftlichen Sozialismus sachgetreu darzustellen; wo seine Schilderung vorbeitrifft, haben wir es offenbar mit wirklichen Irrthümern, bezw. Mißverständnissen zu thun. So z. B. wenn er davon spricht, daß Marx sich getäuscht habe, als er — im vorletzten Kapitel des ersten Bandes des „Kapital" schrieb, daß mit der fortschreitenden Konzentration des Kapitals und der Abnahme der Zahl der Kapitalmagnaten „die Masse des Elends, des Drucks, der Knechtung, der Degradation und der Ausbeutung der Arbeiterklasse" wachse, wo doch im Gegentheil „die Thatsachen, vereint mit dem, was sich vernünftigerweise erwarten läßt, klar anzeigen, daß die Demokratie, von der die soziale Entwicklung der Zukunft abhängt, sich durch eine wachsende intellektuelle, moralische und politische Fähigkeit und zunehmende Freiheit und ökonomische Verbesserung auszeichnet," Dinge, welche „sie nur noch eifriger und fähiger macht für den weiteren Fortschritt und die großen Aufgaben, die noch vor ihr liegen." (S. 285—86.) Hier übersieht Herr Kirkup daß Marx an der zitirten Stelle nur die allgemeine Tendenz der Kapitalsentwicklung charakterisirt, aber keineswegs damit behauptet hat, daß sich die Sache in Wirklichkeit bis aufs letzte Tüpfelchen und für alle Schichten der Arbeiterklassen gleichmäßig so abspielen wird oder muß, vielmehr anerkannt hat, daß durch Gegenaktion von Arbeiterklasse und Gesetzgebung der Uebergang gemildert werden kann. Im Uebrigen hat die kapitalistische Entwicklung ihr letztes Wort noch nicht gesprochen, und wenn es uns auch fern liegt, zu bestreiten, daß einzelne Kategorien von Arbeitern bis zu einem gewissen Grade an dem steigenden Reichthum der kapitalistischen Aera Antheil genommen, so ist dieser Antheil doch so bescheiden, daß er gegenüber dem Druck und der ökonomischen Knechtung, die auf der großen Masse lasten, und der Unsicherheit der Lage selbst dieser begünstigsten Arbeiterkategorien gar nicht ins Gewicht fällt.

Eingehender in eine Kritik der Kirkup'schen Kritik einzutreten, sehen wir uns nicht veranlaßt. Es genügt uns, sie im Allgemeinen zu charakterisiren. Mit Bezug auf den Inhalt des Buches sei noch hinzugefügt, daß Herr Kirkup nach einer kurzen Einleitung, in der er ausführt, daß und warum er die Geschichte des Sozialismus ausschließlich auf das 19. Jahrhundert, das Jahrhundert der modernen Industrie und der durch die französische Revolution bewirkten politischen Entwicklung, beschränkt, nacheinander die drei großen Utopisten, dann Louis Blanc, Proudhon, Lassalle, Rodbertus, Karl Marx, die Internationale, den Anarchismus und die neueren, gemäßigtsozialistischen Richtungen behandelt. Ein besonderes Kapitel ist dem Thema „der Sozialismus und die Entwicklungstheorie" gewidmet. Artikel, die der Verfasser über einige dieser Gegenstände für die „Encyclopaedie Britannica" geschrieben, hat er mit Bewilligung der Verleger jenes Sammelwerkes seinem Buch zum Theil einverleibt. Für eine wirkliche Geschichte des Sozialismus ist dasselbe unserer Ansicht nach doch etwas zu summarisch gehalten, aber als Absicht einer solchen kann sich seine Arbeit unter ihresgleichen wohl sehen lassen. Ed. B.

Notizen.

Zur Lebenshaltung der deutschen Arbeiter. In Nummer 20 des vorigen Bandes dieser Zeitschrift hat H. Lux S. 637 ff. das Wurm'sche Buch „Die Lebenshaltung der deutschen Arbeiter“ besprochen und dabei dem Verfasser ein kleines Unrecht zugefügt. Es sei mir als unbetheiligten Dritten gestattet, dies Unrecht durch eine kurze Bemerkung wieder gut zu machen. Von dem Wurm'schen „Normalbudget“ sagt H. Lux in seiner Besprechung: „. . . ein ohne bestimmte Tendenz geführtes Wirthschaftsbuch . . . enthält in seinen rohen Angaben sozialstatistisch werthvolleres Material, als ein noch so elegant ausgerechnetes Normalbudget, dem man das künstlich Gemachte auf den ersten Blick ansieht.“ Hier stellt Lux das beschreibende Haushaltungsbudget (Wirthschaftsbuch) und das Wurm'sche Normalbudget als zwei Dinge, die demselben Zwecke dienen sollen, vergleichend nebeneinander, und darin liegt ein Irrthum. Das Wurm'sche Normalbudget will gar nicht mit dem Wirthschaftsbuch konkurriren; Wurm weiß vielmehr, wie aus seiner Schrift hervorgeht, recht gut, daß die beschreibende Darstellung der Lebenshaltung der Arbeiter nur mittelst genau geführter Wirthschaftsbücher erfolgen kann. Sein „Normalbudget“ dient ganz andern Zwecken, nämlich der Möglichkeit, „einheitliche, vergleichbare und nicht auf willkürlichen Annahmen beruhende Anhaltspunkte zur Bestimmung des Realwerths der Löhne zu schaffen“ (Wurm, S. 106). Das Normalbudget dient also der Abstraktion und muß durch Berechnung gefunden werden; das Wirthschaftsbuch dient der Beschreibung und kann nur durch sorgfältige Einzeleintragungen geführt werden; es bildet auf diese Weise eine Vorarbeit für das Normalbudget, das aber außerdem noch physiologische Feststellungen benutzt. Wenn die letzteren, also die Wissenschaft, eine höhere Lebenshaltung, als diejenige der meisten deutschen Arbeiter, als nothwendig ergeben, so kann doch nicht davon die Rede sein, daß nur „Arbeiter-Aristokraten“ beim Normalbudget zum Worte kämen. Umgekehrt: mit Hilfe aller wissenschaftlichen Hilfsmittel soll die Ueberzeugung immer allgemeiner verbreitet werden, daß die Masse einer wesentlichen Hebung ihrer Lebenshaltung bedarf, weil ihre Reallöhne nicht die Möglichkeit einer normalen Ernährung gestatten. Die Tendenz des Wurm'schen Normalbudgets ist also durchaus antiaristokratisch, und die Gewerkschaften sollten sich recht lebhaft an der Berechnung und Einsendung solcher Normalbudgets betheiligen.

Frankfurt a. M. — Max Quarck.

Die Einwanderung setzt sich heute in den Vereinigten Staaten aus ganz andern Bevölkerungselementen zusammen, wie vor dem Bürgerkriege. Diese Verschiebung hat wesentlich mit beigetragen zu dem Umschlag der öffentlichen Meinung, der in dem Ruf nach Absperrungsmaßregeln immer deutlicher zu Tage tritt. Die folgenden Mittheilungen, die wir einer Abhandlung von John Hawks Noble (The Immigration Question, Political Science Quarterly, Juni 1892) entnehmen, mögen ungefähr ein Bild der Entwicklung geben.

Seit 1820 hat die Einwanderung über 16 Millionen Menschen der Union zugeführt; etwa 27 des gleichzeitigen gesammten Bevölkerungszuwachses von 50 Millionen mögen aus dieser Einwanderung und ihrer Nachkommenschaft stammen. Bis zum Anfang der sechziger Jahre bildeten hauptsächlich Deutschland, Irland und Großbritannien die Quellen dieses Zustromes. Da er meist Männer und Frauen im kräftigsten und produktivsten Lebensalter zuführte und weite Ländergebiete im fernen Westen noch der Besiedelung harrten, so übte er einen ungeheuren, in jeder Beziehung fördernden Einfluß auf den Aufschwung der jungen Riesenrepublik. Die Einwanderer waren zudem in Rasse und Sprache den älteren Bewohnern verwandt und assimilirten sich leicht.

Als die Stockung, die während des Bürgerkriegs eintrat, überwunden war wuchs die Einwanderung zu bisher noch nie gekannter Höhe an: über die Hälfte aller Einwanderer seit 1820 fällt auf die Zeit nach dem Bürgerkrieg. Aber die

enorme Verbilligung des Land- und Seeverkehrs, deren eine Wirkung in dem stärkeren Wanderstrom sich zeigt, hat auch noch andere Folgen hervorgerufen: die Einwanderung ist in ihrer Qualität rasch zurückgegangen; ein immer größerer Bruchtheil wird von halbverpauperten, von „ungelernten" Arbeitern mit niedrigster Lebenshaltung gebildet. Die Bevölkerungen von Oesterreich-Ungarn, Rußland, Polen*, Italien gerathen immer mehr in Bewegung; noch vor zwanzig Jahren machten sie sich in den Einwanderungszahlen kaum bemerkbar, heute stellen sie von der halben Million jährlich etwa ein Drittel. Mit jedem Jahre schreitet diese Verschiebung rascher vorwärts.

Einige charakteristische Merkmale der Einwanderung sind zwar dieselben geblieben; es wandern heute noch 61,1 Prozent männliche und 38,9 Prozent weibliche Personen zu; die Zuwanderer stehen meist im leistungsfähigsten Alter, nur 21,4 Prozent sind unter 15 Jahren, dagegen 68,1 Prozent zwischen 15 und 40, 10,5 Prozent über 40 Jahre. Nur 47,4 Prozent (meist Frauen und Kinder) haben keinen, nur 2,2 Prozent keinen anzugebenden Beruf. Aber von den übrigen 50,4 (bezw. 52,6) Prozent sind heute nur ½ Prozent liberalen Berufen angehörig und 10,3 Prozent gelernte Arbeiter; 39,6 Prozent sind „ungelernte" Arbeiter. Volle vier Fünftel der Erwerbsthätigen stehen also wahrscheinlich auf einer ziemlich niedrigen Stufe der Lebenshaltung. Ein unglücklicher Zufall macht viele von ihnen sofort zu Paupers und Verbrechern; sie drücken die Löhne mehr wie früher; bei den Wahlen sind sie eine unberechenbare und doch nicht zu ignorirende Masse. Wollte man von den jetzigen Einwanderern verlangen, daß sie wenigstens ihre eigene Sprache lesen und schreiben können, so würde man nach einer, freilich wohl stark übertreibenden Schätzung zurückzuweisen haben: von den Polen, Italienern und Ungarn 75 Prozent, hingegen von den Iren nur 3, den Engländern nur 2, den Deutschen ¹⁄₁₀ Prozent.

Die Vereinigten Staaten haben heute für Neukolonisationen lange nicht mehr den Bedarf an Farmern wie früher. Sie haben in ihren Städten und Industriebezirken eine industrielle Reservearmee, die für alle Perioden des Geschäftsaufschwunges mehr wie genügend ist. Jede Einwanderung in der heutigen Höhe würde jetzt anders wirken und darum anders empfunden werden wie noch vor einem Menschenalter. In der heutigen Zusammensetzung muß sie vollends Vielen unerträglich erscheinen. — ms.

Feuilleton.

Lilith.

Novelle von **A. v. Perfall.**

(Fortsetzung.)

„Ich werde Sie enttäuschen," begann Lilith, „Sie erwarten einen pikanten Roman und ich biete Ihnen nichts als nackte, öde Wahrheit, eine Alltagsgeschichte. Warum ich sie Ihnen dann erzähle? Weil Sie mir Ihren Arm entzogen haben. Das habe ich nicht verdient."

„Ich bin bereits jetzt davon überzeugt," entgegnete Demeter, „und thue herzlich Abbitte. Der Mephisto war daran schuld — seine tölpelhafte Ausdrucksweise —"

„Gleichviel! Ich möchte nicht — Also — Es war einmal —"

„Stoßen wir zuerst an, schöne Märchenerzählerin, selbst ein Märchen —"

Die Gläser klirrten ganz leise, verschämt, eine kleine Hand hob die Maske, ein Purpurmund erschien — wollüstig stürzten sich die aus dem Kelche aufsteigenden Perlen in den holden Abgrund, in dem es schneeweiß aufblitzte.

---

* Diese Scheidung macht die amerikanische Statistik.

„Es war einmal — nein — es stand einmal ein kleines Mädchen vor der Leiche seiner Mutter. Sehr passend der Anfang, nicht wahr, als Text zu dem Strauß'schen Walzer. Sie sehen, ich kann nicht erzählen."

Sie lachte gezwungen auf, die Augen senkten sich, es blitzte etwas in dem feinen Gazenetze —

„Nur zu! Nur zu! Ich bitte Sie darum."

Demeter preßte ihre Hand. Er hörte nicht mehr das Getöse des Parterres, nicht die rauschende Musik. „Es stand einmal ein kleines Mädchen vor der Leiche seiner Mutter," wiederholte er.

„Seinem Einzigen und Allem auf der Welt," fuhr Lilith fort. „Die Mutter war sehr arm, das kleine Mädchen wußte nicht von was sie lebte, es fragte auch nie darnach, es wußte überhaupt nicht was arm sei, es wußte nicht, daß es auch Menschen gebe, die nicht hungern, die nicht frieren und glaubte, es müßte wohl so sein. Das Mädchen trocknete seine Thränen mit seinen langen Haaren. In all' den kleinen, finsteren Straßen umher, war kein solches Haar zu sehen. Die Mutter pflegte dieses Haar wie ein Kleinod, sie konnte sich nicht satt sehen daran und jeden Abend küßte sie es. An diesem Tag aber war es ungekämmt, um das Mädchen herum stritten sich Männer und Frauen, der Streit galt ihm, wer es übernehmen soll; zuletzt fiel sie einer häßlichen Frau zu, die sie mürrisch an sich riß. Ein Mann griff dem Mädchen in das lange Haar und hob es auf.

„‚Das ist allein die Kost werth,' rief er lachend und Alle lachten mit, auch die Frau — meine Pflegemutter. Langweilig, nicht wahr, bei Sekt und Musik? Doch jetzt gehts schon rascher. — Lassen wir den Märchenton. — Mein Leben von da ab können Sie sich denken, die alte Leier, nur anstatt viel Liebe, viel Haß und Rohheit. Das Haar stach der Alten in die Augen, die Worte des Mannes von damals gingen ihr nicht aus dem Kopfe. Eines Tages kam sie mit einer großen Scheere: sie hinderten mich nur an der Arbeit und ich verlöre zu viel Zeit damit! Das letztere konnte ich selbst nicht leugnen. Ich liebte das schöne Haar, mein einziges Erbtheil und pflegte es wie die Mutter gethan.

„Ich wehrte mich wie eine junge Katze, floh aus dem Hause, auf die Straße, in die Stadt, planlos, meine Zöpfe hielt ich krampfhaft auf der Brust zusammen.

„Die Leute blickten erstaunt auf mich — das Haar! ‚Die könnte sich sehen lassen!' hörte ich in meinen Ohren. Ich hungerte, ich hatte kein Obdach, ich wagte nicht zu betteln.

„Zurück zur Alten! Um keinen Preis. Sie hätte mich wohl todt geschlagen. So kam der dritte Tag. Der leere Magen schmerzte mich, da trat ich vor die Auslage eines Friseurladens. Ein wächsener Damenkopf lächelte mich an, schwere schwarze Zöpfe hingen daran. Jetzt wußte ich was die Alte wollte, was der Mann damals meinte. —

„Das Blut schoß mir in das Gesicht, ich fühlte keinen Schmerz mehr und lief davon.

„Doch nach nur einer Stunde kam ich wieder — ich mußte Brot haben um jeden Preis, der Hunger meldete sich wieder. Ich sah meine schönen Zöpfe noch einmal an, streichelte sie, weinte darauf, gedachte der Mutter, dann trat ich ein und bot sie dem Friseur an. Er wollte mich davon jagen, nannte mich eine Streunerin, die das Geld wohl vernaschen wolle, da erzählte ich ihm Alles, wie ich geflohen um mein Haar zu retten, wie mich der Hunger getrieben es ihm jetzt anzubieten. Er fragte mich, ob ich arbeiten wolle, damit ließe sich ja auch Geld verdienen. Er habe gerade ein Aushilfsmädchen nöthig. Ich küßte ihm

die Hand, meine Zöpfe waren gerettet, ich blieb bei dem Friseur. — Es war meine glücklichste Zeit! — Sie werden lachen, mich für recht albern halten.

„Er benützte mich mehr als Haubenstock denn als Magd, er trieb Abgötterei mit meinem Haar, er probirte damit alles Erdenkliche. Er hielt sich für einen Künstler und war unerschöpflich in seinen Erfindungen, zeigte seine Meisterwerke seinen Kundinnen, ließ Photographien davon machen und ausstellen, er wurde berühmt durch mich! Er konnte mich nicht mehr entbehren. Die kostbarsten Essenzen und Wohlgerüche verschwendete er an mich. Ich wurde eitel, stolz auf mein Haar, meinen einzigen Besitz. Es wuchs und wuchs, ich konnte mich darein hüllen wie in einen Mantel. Herr du Rose hütete mich mit Eifersucht, ich lebte wie in einem Kloster und war zufrieden damit. Drei Jahre vergingen so, nach dem was ich durchgemacht, mußte ich mich glücklich fühlen. Ich litt keinen Mangel, mußte nicht hungern und frieren, erhielt gute Kleider und gute Worte. Darüber vergaß ich ganz was ich geworden, eine Puppe, ein Haubenstock! Die vielen Wohlgerüche, die scharfen Essenzen, die ständige Hitze in dem engen, den ganzen Tag mit Gas beleuchteten Raume, wirkten einschläfernd, verdummend auf mich. Ich blieb ein Kind ohne es zu bemerken, daß ich indeß zum Weibe heranwuchs. Eines Tages eilte ich, obwohl es mir streng verboten, mit aufgelöstem Haar in das Zimmer der Herrentoilette um etwas zu holen. Ich vermuthete es leer, Herr M., der Mephisto, saß darinnen unter dem Rasirmesser.

„Es hätte ihm fast seine Kehle gekostet, so groß war sein Erstaunen. Ich floh, doch zu spät, ich war entdeckt. Zwei Tage darauf kam Herr du Rose ganz verzweifelt nach Hause. Herr Luschin hatte ihn dringend gebeten, er möge mich für einige Sitzungen ihm abtreten.

„Ich verstand Anfangs gar nicht, was das heißen sollte.

„‚Gemalt sollst Du werden, das heißt Dein Haar, Dein göttliches Haar, das mir gehört, ja wohl mir — sonst Niemanden und jetzt soll es die ganze Welt sehen, jeder Laffe, und wenn es einmal der Luschin gemalt, dann wird es jeder Andere wollen! So ein Haar ist aber nicht zum Malen geschaffen worden, sondern zum Kämmen, das ist auch eine Kunst. Daran bist nur Du schuld, Undankbare, wie oft habe ich Dir verboten, mit aufgelösten Haaren Dich zu zeigen? Ich wußte es ja, wie es kommen würde, und das Unglück ist, ich muß nachgeben, ich kann dem Luschin es nicht verweigern, er würde erst recht Lärm machen, ‚ein Verbrechen an der Kunst,‘ würde es heißen, das kann ich mir doch nicht nachsagen lassen.‘

„Da hätten Sie mich sehen sollen! Ich war Feuer und Flamme, ich sah mein bisheriges Leben in seiner ganzen Erbärmlichkeit. Die langen Sitzungen, dieses blöde Spiegelgaffen, die öde Langeweile bei du Rose, und ich sollte gemalt werden wie eine berühmte große Künstlerin, mein Haar verewigt, Tausende sollten sich an seinem Anblick erfreuen, aus dem Atelier des Herrn du Rose in das des berühmten Luschin, dessen Namen ich oft gelesen, gehört, das war ein Triumph, eine Freude! Ich vergaß darüber fast den Dank, welchen ich du Rose schuldig war. Herr Luschin kam — zum ersten Male in meinem Leben entfaltete ich mein Haar vor einem Manne. Herr Luschin war entzückt, begeistert! Den andern Tag kam ich zur Sitzung, natürlich mit Herrn du Rose, er wich nicht von meiner Seite. Seit der Zeit, es sind jetzt drei Monate, gehe ich wöchentlich zwei Mal zu Herrn Luschin.“

„Immer noch mit Herrn du Rose?“ fragte Demeter.

„Das nicht.“ — Lilith führte den Kelch zum Munde. „Herr du Rose hätte nicht die Zeit dazu.“

„Und Herr Luschin malt Sie immer noch so, wie in der ersten Sitzung, wo Herr du Rose — drei Monate lang — als Lilith, Adams erste Frau?"

„Gerade so, mit aufgelöstem Haar im weißen Florgewande — so etwa." Sie hob den Arm und beugte den Kopf zurück.

Demeter achtete scheinbar nicht darauf, nur die Zigarrette glimmte leidenschaftlich auf.

„Herr du Rose ist jedenfalls ein Ehrenmann und sie sind ihm wirklich Dank schuldig, ein zweiter Vater — Sie leben doch noch bei ihm?"

„Gewiß, ich werde ihn auch nicht freiwillig verlassen, ich liebe ihn wie einen Vater."

„Und fügt er sich in die neue Ordnung, in die fortgesetzten Sitzungen des Herrn Luschin, der Herr du Rose? Auf so lange hatte er doch sicherlich nicht gerechnet."

„Freilich nicht." Lilith lachte. Die Schwermuth, welche aus ihrer Erzählung sprach, war sichtlich verflogen. „Es könnte auch wirklich schon längst beendet sein, das Bild. Sie sind ja selbst Künstler und wissen ja — Herr Luschin liebt Gesellschaft, da geht es oft recht lustig zu — wir malen oft gar nicht —"

Demeter lachte nicht über das drollige „wir."

„Und glauben Sie, daß du Rose einverstanden wäre mit diesem Lustighergehen, wie Sie es nennen, mit der Gesellschaft?" Es sprach unverkennbarer Verdruß aus diesen Worten.

Lilith sah erstaunt auf.

„Sind Sie aber streng und Sie wollen ein Maler sein? Sie wären im Stande und verriethen mich an du Rose, daß ich auf der Redoute war — Gott im Himmel, das gäbe etwas! — Man ist doch auch jung — und nicht einmal ein bischen das Leben genießen, oder ist das nur für die Herren? Ich will nicht meine ganze Jugend vertrauern in der langweiligen Friseurbude. Sind Sie komisch!"

Demeter sprang auf und warf verdrossen die Zigarrette weg.

„Ja, ja, Sie haben recht, ich bin wirklich komisch, aber wissen Sie, Ihre Erzählung da von Ihrer Mutter, Ihrem Elend — der wackere du Rose — na ja —"

Er stampfte mit dem Fuße, schnalzte leise mit dem Finger und beugte sich über Lilith. „Ich bin ein langweiliger Träumer. Trinken wir eines, das ist besser."

Lilith stieß an, sie blickte mit einem sonderbar erstaunten Blick auf zu dem jungen Manne.

„Hat Sie das wirklich interessirt? Meine Mutter? — Mein Elend?"

„Mehr — tief bewegt! — Ich bewundere Sie, ich verehre Sie — ich wünsche Ihnen alles Gute — und darum —"

Demeter schwieg, eine leise Falte zeigte sich auf seiner klaren Stirne, er betrachtete die Nägel an seiner kleinen weißen Hand.

„Darum?"

„Nichts! Nichts! Sie haben ja das Alles wohl schon öfters erzählt, auch bei Luschin in der lustigen Gesellschaft."

Ein bitterer Ton klang aus den Worten.

„Das ist nicht wahr. Niemand habe ich es je erzählt als Ihnen, weil — weil mich auch noch Niemand verachtet hat, wie Sie. Das muß wohl der Grund sein, sonst weiß ich selbst nicht wie ich dazu kam. Sind Sie denn auch wirklich Maler?

„Wirklich! Wenn auch kein so lustiger wie Herr Luschin, in meinem Atelier würden Sie es sehr langweilig finden.“

„Na deshalb.“

„Sie wollten? Wirklich, Sie wollten?“ Demeter sprach mit Eifer.

„Ihnen sitzen, warum nicht? Gerade Ihnen nicht? Aber Herr du Rose — er dürfte nichts davon wissen.“

„Sie könnten ja sagen, Sie gingen zu Herrn Luschin,“ bemerkte Demeter rasch.

„Habe ich Sie? Den braven Mann belügen, den Rath geben Sie, strenger Mann!“

Lilith drohte lachend mit dem Fächer.

Demeter erröthete. „Ich, Sie haben recht, ich werde selbst zu ihm gehen. Mein Name wird Ihnen nicht unbekannt sein, Demeter Melander,“ stellte er sich vor.

„Melander? Den Namen hörte ich schon bei Luschin.“

„Der verrückte Melander. Ja, ich bin nicht beliebt bei diesen Herren.“

Der Tanz war beendet, Mephisto, gefolgt von einigen Herren, spürte auf der Galerie umher nach seiner früheren Begleiterin, eben hatte er sie im Schatten der Loge entdeckt, er eilte mit seinem Gefolge darauf zu.

„Sprechen Sie nichts von unserer Abmachung, ich bitte Sie darum,“ flüsterte Demeter, welcher sie kommen sah, Lilith zu.

In dem Augenblick stürmten sie schon lärmend herein.

„Lilith! Meerweibchen! Melusine! Wo steckst Du denn? Ah, sieh da, Herr Demetrius! Auch schon auf der Fährte?“

Die jungen Herren, offenbar die lustige Gesellschaft des Herrn Luschin, umringte das Paar.

Melander fügte sich klug den Umständen und erwiderte die Scherze, die auf ihn regneten, mit Humor, der Lilith veranlaßte, auch ihre Zurückhaltung aufzugeben und in den lustigen Ton mit einzustimmen. Der Champagner knallte, Mephisto riß schale Witze, auf die Niemand hörte. Lilith genoß mit sichtlichem Wohlbehagen die Huldigungen, die ihr wurden.

Als die Musik von Neuem begann und einer der Herren ihr den Arm bot, um in den Saal zu gehen, bemerkte sie erst, daß Melander verschwunden war. Sie empfand ein schmerzliches Gefühl, als ob sie etwas Unrechtes thue, als ob sie nicht mehr hierher gehöre. Sie dachte an du Rose, dem sie vorgelogen, sie sei bei Herrn Luschin eingeladen diesen Abend, — an ihre Mutter, an die Szene vor dem Sarge, die sie ihm erzählt, sonst noch keinem Menschen auf der Welt. Nach der Tour bat sie Mephisto, sie nach Hause zu führen, sie fühle sich unwohl, alles Zureden ihrer Verehrer half nichts.

In ihrem Stübchen angekommen, löste sie ihre Haarfluth, sie fiel bis auf den Boden, umhüllte die blendenden Schultern, den edlen Leib. Lange stand sie vor dem Spiegel und spielte mit den Fingern in ihren leuchtenden Wellen. Wie sagt der Mephisto:

„Nimm Dich in Acht vor ihrem schönen Haar,
Vor diesem Schmuck, mit dem sie einzig prangt,
Wenn sie damit den jungen Mann erlangt,
So läßt sie ihn so bald nicht wieder fahren.“

Ein heißer Strom huschte über ihren Leib, das Haar knisterte und leuchtete wie noch nie.

(Fortsetzung folgt.)

Für die Redaktion verantwortlich: Georg Baßler in Stuttgart.



Nr. 30. XI. Jahrgang, II. Band. 1892-93.

Bürgerliche Demokratie.

♂ Berlin, 12. April 1893.

Vor acht Tagen erwähnten wir an dieser Stelle einige Aeußerungen, die der freisinnige Führer Theodor Barth zu einem österreichischen Interviewer, wie sich inzwischen herausgestellt hat, dem famosen Herrn Hermann Bahr, über die augenblickliche politische Lage im Deutschen Reiche gemacht hat. Herr Barth hat inzwischen den ihm in den Mund gelegten Ansichten ein Dementi entgegengesetzt und dadurch unsere Voraussage bestätigt, daß er sich dem Korporalstocke seines Intimus Eugen Richter doch wieder beugen müsse und werde. Etwas anderes geht aus dem Dementi nicht hervor, das einen allgemeinen und lahmen Widerspruch gegen Ausführungen erhebt, die Herr Barth, in allerdings viel zurückhaltenderer Form, wiederholt schon in der „Nation" gemacht hat, was namentlich von den an dieser Stelle erwähnten Sätzen gilt.

An den Zwischenfall hat sich nun noch eine weitere Erörterung geknüpft, durch einen Anstoß des „Vorwärts," der Herrn Barth wegen dessen ganz verständigen Ansichten über die Sozialdemokratie einen bürgerlichen Demokraten genannt und hypothetisch davon gesprochen hatte, daß bürgerliche und soziale Demokratie ein Stück Weges zusammengehen könnten. Hierdurch waren einige freisinnige Gemüthsmenschen auf den ausgezeichneten Vorschlag verfallen, daß Freisinn und Sozialdemokratie für die etwa bevorstehenden Neuwahlen ein Bündniß schließen sollten. Zwar hat sich der „Vorwärts" beeilt, das absichtliche oder unabsichtliche Mißverständniß seiner Worte, das diese tollkühne Idee veranlaßt hat, entschieden zurückzuweisen, aber die Sache verdient wohl eine etwas nähere Beleuchtung. Es kommt ja nicht alle Tage vor, daß ein Bankerotteur, der von den Almosen eines Millionärs lebt, diesem eine gemeinsame Finanzoperation vorschlägt, und wenn es einmal vorkommt, so lohnt es sich schon, einen so eigenthümlichen Fall von Geistesverwirrung ein wenig näher unter die Lupe zu nehmen.

In der That — die Todesangst gerade vor den sozialen Schichten, die in andern Völkern die Stützen der bürgerlichen Demokratie sind, flößt der sogenannten „bürgerlichen Demokratie" des Freisinns die lebhafte Sehnsucht nach den rettenden Armen der sozialen Demokratie ein. Auch von sozialistischer Seite hat man wohl nach Analogie der englischen und französischen Verhältnisse gemeint,

Deutschland werde noch einmal eine Epoche der bürgerlichen Demokratie erleben, allein von einer Hand voll Ideologen in Nord- und einigen versprengten Wahlkreisen in Süddeutschland abgesehen, haben wir hierzulande nie eine bürgerliche Demokratie gehabt, und nachdem die antisemitische Agitation sich zu einer Massenbewegung entwickelt hat, ist auch die letzte Aussicht verschwunden, daß wir je eine haben werden. So weit Deutschland von der Mitte des sechzehnten bis zur Mitte des neunzehnten Jahrhunderts ökonomisch hinter England und Frankreich zurückgeblieben ist, mit so schnellen Schritten hat es seit fünfzig Jahren diesen Vorsprung eingeholt, und es ist dabei mit Siebenmeilenstiefeln über die Epoche der bürgerlichen Demokratie weggeschritten, die in England und Frankreich bestanden hat oder noch besteht.

Die bürgerliche Demokratie als solche hat ihre Stütze in den kleinbürgerlichen Elementen; ein freier Bauernstand, ein kräftig entwickeltes Städtewesen sind ihre Voraussetzungen. Aber in Deutschland gab es bis tief in dies Jahrhundert hinein weder den einen, noch das andere, namentlich nicht in Norddeutschland. Hier schmachtete die bäuerliche Bevölkerung in der drückendsten Leibeigenschaft und Hörigkeit, deren letzte Spuren noch nicht einmal heute beseitigt sind, und die norddeutschen Städte waren bis auf ein paar Handelsplätze an der Nord- und Ostsee entweder die kümmerlichsten Philisternester oder aber Garnison- und Residenzstädte, auf denen der fürstliche Despotismus mit bleierner Gewalt lastete. In Süddeutschland mochten die Dinge in beiden Beziehungen etwas besser stehen, wie sich denn hier ja auch ein Schatten der bürgerlichen Demokratie entwickelt hat. Aber im Allgemeinen waren ihre sozialen Elemente erst kümmerlich ausgewachsen, als ihr die Revolution von 1848 den politischen Boden bereitete, und was noch entscheidender war: kaum schickten sich die Kleinbürger an, auf dem politischen Schauplatz zu erscheinen, als hinter ihnen auch schon die Großbürger erschienen. Am Ende der vierziger Jahre begann Deutschland auf ökonomischem Gebiete Fortschritte zu machen, die für seine Verhältnisse unerhört waren und die durch Hebung von Industrie und Handel, durch Entwicklung von Eisenbahnen, Telegraphen, ozeanischer Dampfschifffahrt in zwanzig Jahren mehr leisteten, als sonst ein Jahrhundert leisten mochte.

Die innere Geschichte des deutschen und namentlich des preußischen Liberalismus ist denn auch seit 1848 ein fortwährender Kampf der groß- und kleinbürgerlichen Elemente gewesen. Aber in diesem Kampfe siegten die Großbürger immer über die Kleinbürger; mit andern Worten: alle Ansätze zu einer bürgerlichen Demokratie werden vom konstitutionellen Liberalismus erstickt, verschlungen, verwischt. Die in der preußischen Nationalversammlung von 1848 zahlreich vertretenen Bauern waren für die liberale Bourgeoisie nur eine Zielscheibe des Spotts, und vorsichtiger zwar, aber fast noch ärger trieb es eben diese Bourgeoisie mit den Handwerkern, als Schulze-Delitzsch seine kleinbürgerliche Agitation begann. Schulze's Wirkungskreis bewegte sich fast ausschließlich unter kleinen Gewerbetreibenden und Handwerkern, wobei ihm die gewöhnlichen Verhältnisse eines von der Industrie wenig berührten Landstädtchens maßgebend waren. Schulze war kein großer Geist, aber so weit sein Verständniß reichte, hatte er viel Schick und Takt, die Dinge praktisch anzufassen. In seinen Licht- und Schattenseiten war er ein kleinbürgerlicher und also auch ein kleinbürgerlich beschränkter Reformer. Lange Jahre hindurch wußte er vom kleinbürgerlichen Standpunkt aus die verheerenden Wirkungen der großkapitalistischen Entwicklung trefflich zu kritisiren, und die großbürgerlichen Elemente waren Anfangs durchaus nicht gut auf ihn zu sprechen. Indessen auf dem ersten Volkswirthschaftlichen Kongreß, 1858 in

Gotha, gelang es den großkapitalistischen Literaten, den wohlmeinenden, aber beschränkten und nach Art der kleinbürgerlichen Größen zu selbstgefälliger Eitelkeit neigenden Mann vollständig einzuwickeln. Die Schlaumeier schlugen so zwei Fliegen mit einer Klappe. Denn wie die Großbürger hinter den Kleinbürgern erschienen waren, so erschienen nunmehr hinter den Großbürgern die Proletarier, und indem man Schulze seiner kleinbürgerlichen, durchaus nicht verdienstlosen Agitation entfremdete, machte man ihn zum Arbeiterheiland und Drachentödter des Sozialismus, was ihn bekanntlich in die schiefste und für ihn verhängnißvollste Position gebracht hat.

Nicht zum wenigsten die innere Reibung ihrer groß- und kleinbürgerlichen Elemente legte die Fortschrittspartei in dem preußischen Verfassungskonflikte lahm. Im Jahre 1866 schien sich dann wenigstens eine reinliche Scheidung zu vollziehen, aber leider war diese Scheidung nur nach einer Seite hin reinlich. Im Nationalliberalismus war das Großkapital und seine literarisch-parlamentarische Garde unter sich, doch in der alten Fortschrittspartei tobte der alte Kampf ununterbrochen weiter, und gemäß der ökonomischen Entwicklung immer zu Ungunsten der kleinbürgerlichen Elemente. Wie weit er heute gediehen ist, zeigt die einfache Thatsache, daß der maßgebendste Führer des Freisinns und der gewissenloseste Satellit des Großkapitals sich in derselben Person vereinen. Die kleinbürgerlichen Elemente sind dabei vollständig unter die Räder gekommen. Die Bauern ebenso, wie die Handwerker, obwohl die fortschrittlich-freisinnige Partei bei der politischen Organisation der bäuerlichen Massen doch nicht durch den sich immer mehr zuspitzenden Interessengegensatz zwischen dem großen Kapitale und den städtischen Kleinbürgern behindert gewesen wäre. Sie brauchte nur den Klassenkampf zwischen Bauer und Junker spielen zu lassen, und wenn sie es einmal that, hat sie, sogar noch in den letzten Jahren, die ländlichen Hochburgen des Feudalismus mit stürmender Hand genommen. Aber diesen Luxus durfte sie sich nur bei gelegentlichen Ersatzwahlen gönnen; bei den allgemeinen Wahlen muß sie, ebenso wie in Parlament und Presse, aus bebender Angst vor dem rothen Gespenst jeden Klassenkampf verleugnen, und so hat sie die Bauern verrathen, wie die Handwerker.

Nun ist das deutsche Kleinbürgerthum seit Jahrhunderten nichts weniger als verwöhnt worden, und es kann manchen Puff vertragen, aber schließlich hat auch sein langer Geduldsfaden ein Ende, und wenn es jetzt, wo der Kleinbesitz in einem mit Händen zu greifenden ökonomischen Prozeß von dem Großbesitze verschlungen wird, von der Partei, die seine natürliche Schützerin sein sollte, nur mit der schönen Redensart eingeseift wird, so sei nun einmal die „beste der Welten“ und eine bessere gebe es nimmermehr, so kann man sich nicht sehr verwundern, wenn es nun endlich rabiat wird und sich verzweifelt in die antisemitischen Büsche schlägt als seine letzte, sei es noch so trügerische Zuflucht auf dem Boden der bürgerlichen Gesellschaft. Damit ist aber nicht sowohl die letzte Möglichkeit — denn die hat es längst nicht mehr gegeben —, als vielmehr der letzte Schein einer Möglichkeit erloschen, daß wir in Deutschland noch eine Epoche der bürgerlichen Demokratie erleben. Denn aus dem Antisemitismus giebt es nur noch ein Vorwärts in die soziale, aber kein Rückwärts in die bürgerliche Demokratie. Diese sehr durchsichtige Sachlage erklärt es, daß der Freisinn in seiner ohnmächtigen Wuth gegenüber dem Antisemitismus nicht mehr zu denken, zu handeln, ja nicht einmal mehr zu sprechen, sondern nur noch zu lallen und zu stammeln weiß. Herr Hermann Bahr, der augenblicklich den Allerwelts-Interviewer spielt, ist auch bei Herrn Mommsen gewesen und hat von ihm folgende

Auskunft über den Antisemitismus erhalten: „Sie täuschen sich, wenn Sie glauben, daß man da überhaupt mit Vernunft etwas machen kann. Ich habe das früher auch gemeint und immer und immer wieder gegen die ungeheure Schmach protestirt, welche Antisemitismus heißt. Aber es nützt nichts. Es ist Alles umsonst. Was ich Ihnen sagen kann, das sind doch immer nur Gründe, logische und sittliche Argumente. Darauf hört doch kein Antisemit. Die hören nur auf den eigenen Haß und den eigenen Neid, auf die schändlichsten Instinkte. Alles Andere ist ihnen gleich. Gegen Vernunft, Recht und Sitte sind sie taub. Man kann nicht auf sie wirken. Gegen den Pöbel giebt es keinen Schutz — ob es nun der Pöbel auf der Straße oder der Pöbel im Salon ist, das macht keinen Unterschied. Kanaille ist Kanaille, und der Antisemitismus ist die Gesinnung der Kanaille. Er ist wie eine schauerliche Epidemie, wie die Cholera. Man kann ihn weder erklären noch heilen." So lallt und stammelt ein freisinniger Führer, der daneben, wie viel sich sonst immer gegen die Methode seiner Geschichtsforschung mag einwenden lassen, doch in der ersten Reihe der bürgerlichen Historiker steht und also wissen sollte, daß jede Massenbewegung, wie subjektiv unvernünftig sie sich geberden mag, immer ihre objektiv vernünftigen Ursachen hat.

Aber wenn Herr Mommsen einen letzten Strohhalm der Rettung darin erblickt, daß die „geistigen Edelleute aller Länder und Völker," die österreichische Aristokratie voran, eine feierliche Erklärung gegen den Antisemitismus erlassen sollen, so ist dieser glorreiche Einfall noch viel sinnreicher, als wenn freisinnige Gemüthsmenschen unter der Maske der „bürgerlichen Demokratie" nach einem Wahlbündniß zwischen Freisinn und Sozialdemokratie schreien. Schon das einfachste Schamgefühl sollte ihnen solche Faseleien verbieten. Im Jahre 1887 wurde der Reichstag wegen der freisinnig-ultramontanen-sozialdemokratischen Opposition gegen eine Militärvorlage aufgelöst. In den neuen Wahlen gewannen die Sozialdemokraten, hielten sich die Ultramontanen, wurden die Freisinnigen zerschmettert. Aber in den Hauptwahlen erhielt Herr Bismarck trotz des ungeheuerlichen Volksbetrugs, den er inszenirt hatte, seine Mameluckenmehrheit noch nicht. In den Stichwahlen thaten deshalb die sozialdemokratischen Wähler, was unter den gegebenen Umständen ihre politische Pflicht war und hieben die freisinnigen Kandidaten heraus, wo es in ihrer Macht stand. Dagegen verriethen die freisinnigen Wähler, auch wo es in ihrer Macht gestanden hätte, den sozialdemokratischen Kandidaten den Sieg zu verschaffen, ihre politische Pflicht und hämmerten dem Herrn Bismarck die ersehnte Kartellmehrheit zurecht. Bilden sich die freisinnigen Gemüthsmenschen wirklich ein, daß diese Dinge schon vergessen sind?

Morgen tritt der Reichstag wieder zusammen, und es ist möglich, daß wir binnen wenigen Wochen vor neuen Wahlen stehen. Ueber ihren Ausfall wollen wir uns nicht in Konjekturen ergehen, aber dies Eine ist sicher. In den entsprechenden Stichwahlen werden die freisinnigen Wähler wieder den Sozialismus an den Absolutismus, Feudalismus und Militarismus verrathen, während die sozialdemokratischen Wähler in dem Freisinn zwar sonst nichts Erhebendes, aber doch immer noch verwendbares Kanonenfutter gegen den Absolutismus, Feudalismus und Militarismus erblicken werden. Unter solchen Umständen bedeutet der Vorschlag zu einem Wahlbündniß zwischen Freisinn und Sozialdemokratie aber wirklich nichts Anderes, als daß ein Bankerotteur, der von den Almosen eines Millionärs lebt, diesem eine gemeinsame Finanzoperation vorschlägt.

Eine Naturgeschichte des politischen Verbrechers.

Von Karl Kautsky.

Schon vor mehr als einem halben Jahrhundert wies Quetelet nach, daß die Zahl und Art der Verbrechen in engstem Zusammenhange mit der Organisation der Gesellschaft stehe, daß das Verbrechen ein Produkt der gesellschaftlichen Verhältnisse sei. Alle Thatsachen, die seitdem bekannt geworden sind, haben beigetragen, diese Ansicht Quetelets zu bestätigen. Sie haben ihn nur insoweit korrigirt, als sie zeigten, daß die Gesellschaft nicht so starr sei, als er annahm. Die gesellschaftlichen Verhältnisse sind in stetem Flusse, steter Entwicklung begriffen, und im Zusammenhang damit zeigt auch die Zahl bestimmter Verbrechen theils ein periodisches Auf- und Absteigen, theils ein stetiges Fortschreiten nach der einen oder andern Seite hin.*

Es ist nicht sehr schmeichelhaft für die bürgerliche Wissenschaft, daß lange nachdem diese Entdeckung gemacht und fest begründet worden ist, eine Lehre auftauchen und sich breit machen kann, welche ganz wie vor Zeiten die Ursache des Verbrechens in der Person des Verbrechers sucht. Der Unterschied zwischen dieser modernsten und der alten naiven Anschauung liegt blos darin, daß die eine idealistisch die Ursache des Verbrechens in der schwarzen Seele des Verbrechers zu finden glaubte, welche den Bösewicht am Bösen Freude finden ließ, indeß die moderne Auffassung, dem wissenschaftlichen Fortschritt entsprechend, naturwissenschaftlich, materialistisch sich geberdet und die leibliche Konstitution des Verbrechers für seine Missethaten verantwortlich macht.

Diese Schule giebt sich die größte Mühe, die Verbrechernatur zu erforschen; aber sie unternimmt nichts, die Natur des Verbrechens klar zu machen. Sie weiß uns die Kennzeichen des Verbrechers genau herzuzählen, aber auf die Frage nach den Kennzeichen des Verbrechens bleibt sie uns die Antwort schuldig. Sie untersucht und mißt Gehirn, Unterkiefer, Extremitäten 2c. des Mörders, aber sie läßt uns im Ungewissen darüber, wer als Mörder anzusehen ist oder nicht.

Und doch ist die Beantwortung dieser Frage nicht so einfach, als es auf den ersten Blick aussieht. Die Antwort fällt zu verschiedenen Zeiten und bei verschiedenen Klassen sehr verschieden aus.

Der Bourgeois betrachtet als eigentlichen Mörder nur den Raubmörder, den armen Teufel, der, oft durch die Noth gedrängt, seine physische Uebermacht dazu benutzt, einem Besitzenden das Lebenslicht auszublasen, um in den Besitz seiner Habe zu gelangen. Dieser Mörder ist der verruchteste aller Bösewichte, er verdient nichts Geringeres als die Todesstrafe. Aber derselbe Bourgeois, der so urtheilt, zollt die größte Hochachtung und Anerkennung jenem Kapitalisten, welcher seine ökonomische Uebermacht dazu benutzt, hunderte und tausende von wehrlosen Arbeitern, Frauen und Kindern in Fabriken und Gruben stündlicher Todesgefahr auszusetzen und durch Ueberarbeit in Pesthöhlen dem sichern Tode zu weihen. Im Gegentheil, der Bourgeois pflegt entrüstet über die Gefährdung der persönlichen Freiheit zu zetern, wenn der Staat einen schüchternen Versuch macht, diese Art Mord etwas einzuschränken, und er verliert kein Wort darüber, wenn ein Fabrikant das Gesetz, wo nur möglich, verletzt, um seiner Mordlust aus Habgier fröhnen zu können. Lombroso und seine Jünger würden mit Entrüstung die Zumuthung

* Vergleiche namentlich den höchst instruktiven Artikel von Paul Lafargue über „die Kriminalität in Frankreich," „Neue Zeit" 1890, S. 11 ff.

von sich weisen, die Schädel solcher Fabrikanten als Verbrecherschädel auf ihre Abnormitäten hin zu untersuchen.

Aber in den besitzlosen und wenig besitzenden Klassen gilt ein derartiger Fabrikant als ein Verbrecher; dagegen sind sie geneigt, den armen Raubmörder eher zu bedauern, als zu verdammen. Unter Umständen wird der Raubmörder für die untern Volksklassen sogar zu einer idealen Figur. Nicht bei den Arbeitern der modernen Industrie, die haben andere Ideale. Aber für Bauern, die von übermüthigen und rohen Großgrundbesitzern, Beamten und Wucherern mißhandelt und zertreten werden, und die keine Möglichkeit sehen, ihr Joch abzuwerfen, bildet oft das Räuberthum die einzig mögliche Form eines praktischen Widerstandes; der Räuberhauptmann erscheint als Kämpfer für Freiheit und Gerechtigkeit, er wird als idealer Held gepriesen.

Es ist unmöglich, ein für alle Zeiten, für alle Völker, für alle Volksschichten, für alle Verhältnisse giltiges Kriterium des Verbrechens und des Verbrechers zu geben. Derjenige, der das Verbrechen als eine soziale Erscheinung auffaßt, bedarf eines solchen Kriteriums auch nicht. Für ihn bedingen die wechselnden Verhältnisse der Menschen zu einander nicht nur die Häufigkeit und Art der Verbrechen, sondern auch den Begriff des Verbrechens. Dagegen sollte man meinen, daß das Fließende, Wechselnde in diesem Begriff eine unüberwindliche Schwierigkeit für diejenigen bieten sollte, die das Verbrechen als eine Naturerscheinung auffassen, für Lombroso und seine Jünger.

Indeß, die Herren lassen sich darüber keine grauen Haare wachsen. Sie erklären die Verbrecher für eine besondere Menschengattung, etwa so wie die Albinos oder Kretins, genus homo delinquens, im Unterschied zum genus homo sapiens; aber die Entscheidung darüber, wer zu dieser Gattung gehört, überlassen die Herren Naturforscher den — Juristen, den Gesetzgebern und Richtern. Das allgemeine Kennzeichen, an dem sie den Angehörigen der Verbrechergattung erkennen, besteht darin, daß er im Zuchthaus sitzt. Darauf beruht ihre „Naturwissenschaft!“

Indeß tritt die Absurdität dieses Verfahrens nicht ganz klar hervor, wo es sich um die Erforschung der Natur des gemeinen Verbrechers handelt. Die sozialen Verhältnisse in den modernen Kulturstaaten sind so übereinstimmende, daß im Allgemeinen die Anschauungen über die Verbrechen überall dieselben sind. Und die große Mehrzahl der gemeinen Verbrechen fällt einer einzigen Bevölkerungsschicht zur Last — der Schicht der Deklassirten, die sich von allen andern Klassen scharf scheidet. Außerhalb dieser Bevölkerungsschicht sind daher in der gesammten Gesellschaft eines Landes der modernen Kultur die Begriffe von gemeinen Verbrechen in vielen wesentlichen Punkten übereinstimmend. Die Verbrecherklasse aber lebt unter so abnormen, degenerirenden Verhältnissen, daß man von vornherein annehmen kann, daß abnorme, entartete Individuen in ihr in größerem Maße vorkommen, als in der Masse der Bevölkerung. Es ist nicht ausgeschlossen, daß eine Art Verbrechertypus wirklich besteht — freilich wäre dieser Typus nicht die Ursache der Verbrechen, sondern eine Wirkung derselben Ursachen, die den Deklassirten zum Verbrecher machen.

So gering und fragwürdig die Resultate auch sind, die Lombroso und seine Schüler bisher erzielt haben, und so wenig sie zu den kühnen Schlüssen berechtigen, welche diese Herren daraus gezogen haben, so ist es doch möglich, daß trotz der Absurdität der Voraussetzungen, von denen sie ausgehen, ihre Forschungen einmal dahin führen, unser Wissen zu bereichern.

Dagegen ist ein solches Resultat von vornherein ausgeschlossen bei dem neuesten Versuche, den Lombroso gemacht, politische Verbrechen zu einer Naturerscheinung zu stempeln und als solche zu beobachten.

Der Begriff des gemeinen Verbrechens entspringt sozialen Verhältnissen, der des politischen dagegen, wie schon der Name sagt, politischen. Die politischen Formen sind aber in der Regel nicht ebenso bildsam, wie die ökonomischen. Sie sind starrer, spröder. Ihre Entwicklung vollzieht sich oft sprunghaft, durch Katastrophen.

Die Produktivkräfte, welche die kapitalistische Produktionsweise entfesselt, sind so riesenhaft, daß ihrem nivellirenden Einfluß gegenüber überall, wo die gleiche kapitalistische Produktion herrscht, alle jene Unterschiede immer mehr zurücktreten, welche ehedem die Technik, das ökonomische und gesellschaftliche Leben aufs tiefste beeinflußt haben, wie die Unterschiede des Klimas, der Bodengestaltung, der geographischen Lage, der Rasse, der historischen Traditionen. Es wird das soziale Leben der modernen Kulturnationen, damit aber auch der Begriff des gemeinen Verbrechens, wie schon oben erwähnt, immer gleichförmiger.

In der Politik, im Staatsleben dagegen sind alle die eben erwähnten unterscheidenden Elemente noch in voller Wirksamkeit. Ja, man kann vielleicht sagen, daß noch nie in der Geschichte eine Reihe von Staaten bestanden hat, die, ökonomisch auf wesentlich gleicher Höhe stehend, politisch so große Unterschiede aufzuweisen gehabt hätten, als die modernen Kulturstaaten. Der Ursache dieser Erscheinung nachzuforschen, ist hier nicht der Ort. Es genüge hier zu konstatiren, daß sie besteht. Dem entsprechend gibt es nichts mannigfaltigeres und wechselnderes, als den Begriff des politischen Verbrechens in Europa. Während es in der Schweiz fast unmöglich ist, ein politisches Verbrechen zu begehen, wenn man nicht zu bewaffnetem Aufruhr greift — und selbst dies Verbrechen wird als politisches gering geachtet, wie die letzte Revolution im Tessin beweist — ist in Rußland Beschäftigung mit innerer Politik überhaupt schon ein politisches Verbrechen, und bestehe sie nur im Lesen eines politischen Buches.

Und ebenso mannigfaltig und wechselnd wie der Begriff des politischen Verbrechens sind die Klassen, denen die politischen Verbrecher entstammen. Seit dem Aufkommen des modernen Staates im 16. und 17. Jahrhundert ist jede der bestehenden Gesellschaftsklassen ein oder mehreremal in einem oder mehreren der europäischen Staaten in der Opposition zur Staatsgewalt gewesen, das heißt, zu der Klasse, welche diese Gewalt gerade inne hatte. Die Opposition ist es aber, die den politischen Verbrecher liefert. Nicht nur Arbeiter und Kleinbürger, nein, auch Bauern, wie die der Vendée, primitive Hirten, wie die Dalmatiens, der Adel, z. B. in Polen, Ungarn und Schweden, ja selbst Fürstenhäuser, wie das von Rußland, haben politische Verbrecher geliefert. Hört eine Klasse auf oppositionell zu sein, gelangt sie selbst zur Herrschaft, dann hört sie in der Regel auch auf, politische Verbrecher zu erzeugen. Gar mancher ihrer Vorkämpfer wird dann aus denselben Gründen, die ihn ehedem zum politischen Verbrecher gemacht, nun zum konservativen Staatsmann. 1850, als die schwarzgelbe Armee die Selbstständigkeit Ungarns niedergeworfen hatte, wurde Graf Andrassy als Rebell gehängt, allerdings nur in effigie, da auch die Oesterreicher keinen hängen, bevor sie ihn haben. Nach 1866, als die Ungarn den schwarzgelben Zentralismus niedergeworfen hatten, erhob ihr Sieg denselben Andrassy zum Ministerpräsidenten.

Angesichts dieses steten und oft extremen Wechsels der Begriffe des politischen Verbrechens und des politischen Verbrechers erschien uns der Versuch, den Lombroso in seinem neuesten Buch machte,* in derselben Weise, wie er früher eine Anthropologie

* **Der politische Verbrecher und die Revolutionen** in anthropologischer, juristischer und staatswissenschaftlicher Beziehung von C. Lombroso und R. Laschi. Unter

des gemeinen Verbrechers geliefert hatte, eine Anthropologie des politischen Verbrechers zu geben, von vornherein zur Unfruchtbarkeit verdammt. Dennoch gingen wir mit Interesse an die Lektüre des Werkes, da eine neue Auffassung eines Phänomens, auch wenn sie verfehlt ist, doch in der Regel, wenn von einem denkenden Gelehrten vorgetragen, neue Gesichtspunkte eröffnet oder neue Thatsachen zur Kenntniß bringt.

Wir fanden uns aber diesmal sehr enttäuscht. Lombroso hat sich die Arbeit so einfach als möglich gemacht, er hat sich an den alten Satz gehalten:

„Denn eben wo Begriffe fehlen,
Da stellt ein Wort zu rechter Zeit sich ein."

Lombrosos Gedankengang ist in Kurzem folgender: In der ganzen Menschheit herrscht das Gesetz der Trägheit, der Haß gegen das Neue. Die „Menge", sagt er mit Nordau, „ist immer konservativ." Wenn wir nun sehen, „daß in der organischen, der Menschenwelt, der Fortschritt nur langsam und gegen heftige Reibungen an äußeren und inneren Widerständen von der Stelle kommt und daß der Mensch und die Gesellschaft instinktiv am Alten hängen, sind wir gezwungen, den Schluß zu machen, daß Fortschrittsbestrebungen, die sich mit zu brüsken und heftigen Mitteln äußern, nicht physiologisch sind; daß, wenn sie manchmal für eine unterdrückte Minorität unvermeidlich sind, sie vom juristischen Standpunkt aus antisoziale Thaten und Verbrechen sind" (S. 39, 40). „Wir wollen den anthropologischen Begriff des politischen Verbrechens . . . . so definiren: Jedes gewaltsame Attentat gegen den politischen, religiösen, sozialen 2c. Misoneismus (Haß des Neuen) der Mehrheit, die ihm entsprechende Regierungsform und ihre offiziellen Repräsentanten" (S. 46).

Diese gewaltsamen Angriffe sind Aufstände und Attentate.

Lombroso sagt also: der Haß gegen das Neue ist der Natur des Menschen entsprechend, ist physiologisch. Die Liebe zum Neuen widerspricht seiner Natur, ist abnorm, ist krankhaft, pathologisch; und wird diese krankhafte Neigung übermächtig, dann erzeugt sie gewaltsame Ausbrüche der von ihr behafteten Individuen, welche auf diese Weise zu politischen Verbrechern werden. Die Ursache der politischen Verbrechen liegt also in krankhaften Abnormitäten des Individuums.

Die Grundlage dieser Schlußfolgerung ist der Satz, daß der Haß gegen das Neue der Natur des Menschen entspreche, so daß die Liebe zum Neuen etwas Unnatürliches sein müsse. Diese Grundlage des ganzen Buches, der ganzen Theorie, wird aber gestützt — einzig und allein durch ein Wort — allerdings ein griechisches Wort. Lombroso nennt die Abneigung gegen das Neue Misoneismus und die Liebe zum Neuen Philoneismus. Was braucht es auch mehr? Ist eine Erscheinung nicht bereits wissenschaftlich ergründet, wenn man einen griechischen oder lateinischen Namen für sie fabrizirt hat?*

Doch geben wir der Wahrheit die Ehre: bringt Lombroso nicht auf dreißig Seiten eine Fülle von Thatsachen vor, die beweisen, daß der Misoneismus wirklich besteht?

Das ist richtig, aber alle diese Thatsachen beweisen — soweit sie überhaupt etwas beweisen — etwas, was noch Niemand eingefallen ist zu leugnen: daß die Menschen vielfach am Alten festhalten. Aber darum handelt es sich gar nicht. Was Lombroso erforschen soll, ist nicht das Vorkommen des „Misoneismus,"

Mitwirkung der Verfasser deutsch herausgegeben von Dr. H. Kurella. Hamburg, Verlagsanstalt und Druckerei, Aktiengesellschaft, vorm. J. F. Richter. 2 Bände, mit 9 Tafeln, 16 Mk.

* Dem Mitarbeiter eines unserer Parteiblätter haben diese Namen in der That so imponirt, daß er sich veranlaßt fühlte, in einem besondern Artikel die Entdeckung des Misoneismus und Philoneismus als eine wissenschaftliche That zu preisen.

sondern dessen Ursachen. Darüber aber läßt Lombroso nur gelegentlich ein paar Worte fallen. „Für die große Mehrheit der Menschen ist der Misoneismus ein Naturgesetz, sie scheuen das Neue, weil ihr Gehirn bei plötzlichen, außerhalb seines Bereichs liegenden Uebergängen ein schmerzliches Mißbehagen empfindet“ (S. 8).

Eine Erläuterung und Begründung dieses „Naturgesetzes“ zu geben, fällt Lombroso nicht ein, man müßte denn ein paar feuilletonistische Bemerkungen, die er aus Max Nordaus Paradoxen zitirt, dafür halten. Und das nennt man im letzten Jahrzehnt des neunzehnten Jahrhunderts Wissenschaft!

Aber Lombrosos Anschauung ist nicht blos gänzlich unbegründet, sie ist auch unbegreiflich. Es ist geradezu unverständlich, wie ein Mitglied der modernen Bourgeoisie und obendrein ein Italiener dazu kommen konnte.

Ein Blick auf die moderne Produktionsweise zeigt, daß sie in steter Umwälzung begriffen ist. Die Bourgeoisie entfaltet namentlich in technischer und kommerzieller Hinsicht einen förmlichen Durst nach dem Neuen. Kein Tag ohne eine neue Erfindung, eine neue Entdeckung, ohne zahllose Experimente und Versuche, um die eben gemachten Erfindungen und Entdeckungen zu überholen. Am fühlbarsten für die gesammte Bevölkerung eines Staates äußert sich diese Jagd nach dem Neuen auf militärischem Gebiet, aber sie herrscht auf allen Gebieten moderner Thätigkeit. Aus der Sphäre der ökonomischen Produktion überträgt sich diese rastlose Neuerungssucht auch auf die Gebiete wissenschaftlicher und künstlerischer Produktion. Nie war die Originalitätshascherei, die Sucht, originell zu sein um jeden Preis, wenn's nicht anders geht, auch ohne zureichenden Grund, auch auf Kosten der Wahrheit und des guten Geschmacks, verbreiteter als heutzutage: Lombrosos eigene Hypothesen und ihr Erfolg sind ein Ergebniß dieser Sucht.

Aber dieselben Kapitalisten, Staatsmänner, Soldaten, Gelehrten, Literaten und Künstler, die sich so revolutionär auf den Gebieten ihrer Produktionen erweisen, können dabei die verbohrtesten Konservativen in der Politik sein und sind es bekanntlich auch in der Regel. Denn sie haben durch politische Neuerungen nichts oder nicht viel zu gewinnen, sehr viel dagegen zu verlieren. Wie will Lombroso das erklären? Will er vielleicht das politische Denken besonderen Gehirnpartien zuweisen und uns weißmachen, es sei eben ein Naturgesetz, daß bei Bourgeoisgehirnen die politischen Partien misoneistisch, die andern Partien philoneistisch veranlagt sind?

Umgekehrt wie bei den Bourgeois steht es mit Kleinbürgern und Kleinbauern. Diese Klassen besitzen nicht die Mittel, sich die neuen Errungenschaften der Kultur anzueignen; ihre Existenz beruht darauf, daß die alten Produktionsverhältnisse unverändert fortdauern. Im Allgemeinen sind daher diese Klassen misoneistisch gesinnt. Aber ihre Stellung in der Gesellschaft wird immer unerträglicher, so sehr, daß sie trotz ihres allgemeinen Misoneismus oft den Drang empfinden, eine soziale und politische Umwälzung möge, allerdings wo möglich unter Erhaltung ihrer Produktionsweisen, ihnen die Lasten abwälzen, die sie bedrücken und fast erdrücken. So finden wir nicht selten Kleinbürger und Kleinbauern politisch philoneistisch gesinnt. Sollen wir annehmen, daß bei diesen Klassen die Gehirnpartien umgekehrt wie bei den Bourgeois veranlagt sind? Und soll es ein Naturgesetz sein, daß diese umgekehrte Veranlagung auf besondere Klassen zu besonderen Zeiten beschränkt ist?

Nur eine Klasse gibt es in der modernen Gesellschaft, die im Sinne Lombrosos einheitlich organisirte Gehirne besitzt: das Proletariat, wenigstens dort, wo die Verhältnisse weit genug vorgeschritten sind, daß es in der kapitalistischen Produktion die Vorbedingung seiner Befreiung erblickt, so daß ihm nicht mehr

die Maschine als sein Todfeind erscheint. Aber dessen Gehirne sind nicht völlig misoneistisch, sondern völlig philoneistisch.

Man sieht, in der heutigen Gesellschaft ist die Zahl derjenigen äußerst gering, die nicht in der einen oder andern Weise philoneistisch gestimmt sind. Wollte also ein Naturforscher wirklich in der Weise Lombrosos den Versuch machen, die Stimmungen, welche unsere Gesellschaft beherrschen, auf Naturgesetze zurückzuführen, dann hätte er doch eher darauf verfallen müssen, den Philoneismus, den Drang nach Neuem als eine normale Eigenthümlichkeit des menschlichen Organismus, und den Misoneismus, die Abneigung gegen alles Neue, als eine krankhafte Abnormität aufzufassen. Das wäre wissenschaftlich eine ebenso unberechtigte Generalisation gewesen wie die umgekehrte Behauptung Lombrosos, aber man hätte es begreifen können. Lombrosos „Theorie" ist im Zeitalter der Elektrizität eine Absurdität.

Und die Absurdität ist um so größer, wenn sie in Italien ausgeheckt worden ist, dem Lande, dessen staatliche Einheit nichts ist als ein Produkt fortgesetzter politischer Verbrechen, Verbrechen, die unter dem Beifall der großen Masse der Bevölkerung begangen wurden und die sich gegen eine Herrschaft richteten, welche nicht in dem Misoneismus der Mehrheit des Volkes wurzelte, sondern sich blos auf die Bajonette von Söldnern stützte. Es hat in Italien politische Verbrecher gegeben, mit denen sich jeder Italiener solidarisch fühlte: Und ein Italiener — und noch dazu ein liberaler! — bringt die Theorie auf, das politische Verbrechen sei stets nur von einer Minderheit abnorm veranlagter Individuen getragen!

Aber selbst wenn die Annahme richtig wäre, daß der Misoneismus in der Natur des Menschen liege, wäre mit dieser Erkenntniß zur Erforschung der Natur des politischen Verbrechens noch sehr wenig gethan. Diese Erkenntniß konnte höchstens dann von Bedeutung werden, wenn es sich darum handelte, die Revolution als eine pathologische Erscheinung, den Revolutionär als ein abnormes Individuum aufzufassen. Darum handelt es sich jedoch bei Lombroso nicht. Er will nicht das Wesen einer bestimmten politischen Richtung erforschen, sondern das Wesen einer bestimmten Form, in der sich unter bestimmten Umständen politische Bestrebungen äußern. In dieser Form können sich aber die verschiedensten Bestrebungen äußern und haben sich geäußert, nicht blos philoneistische, sondern auch misoneistische.

Lombroso nennt den Aufruhr ein politisches Verbrechen. Nun, der Aufstand in der Vendée war sehr misoneistischer Natur, nicht minder die Erhebung des ultramontanen Sonderbundes 1847 in der Schweiz. Und die beiden Aufstände in Dalmatien 1869 und 1881 waren auch höchst misoneistischer Natur: sie entsprangen dem Widerstand gegen Neuerungen, die mit dem Wesen des modernen Staates nothwendig verbunden sind, und denen die Bewohner der Bocche di Cattaro unterworfen werden sollten: der Steuerpflicht und der Wehrpflicht.

Von andern Aufständen wieder kann man sagen, daß sie neben philoneistischen auch misoneistische Elemente enthalten, (wenn man diese vagen Ausdrücke überhaupt gebrauchen will): so die zahlreichen Insurrektionen in Polen und Ungarn.

Endlich gibt es Aufstände, in denen sich weder philoneistische noch misoneistische Elemente finden, die weder für noch gegen größere Neuerungen sich erheben, sondern die veranlaßt werden durch einfache Streitigkeiten einzelner Bevölkerungsklassen untereinander, z. B. zwischen Bauern und Steuereinnehmern, zwischen Zivil und Militär u. s. w. Die Zahl derartiger „Rebellionen," die nur größere Kravalle sind, die aber nach Lombroso zu den Aufständen, also den politischen Verbrechen gehören, ist ziemlich groß in der Türkei, Rußland, Spanien 2c.

Und erst die Attentate! Vielleicht auf jedes philoneistische Attentat kommt ein misoneistisches, von Ravaillac und Anckarström bis J. Booth und Kullmann.

Und giebt es nicht auch gegen Fürsten und sonstige Staatsoberhäupter gerichtete Attentate, die weder philoneistischen noch misoneistischen Charakter tragen?

Die Anwälte der russischen Regierung erklären gern, daß sich sehr oft politische Verbrechen mit gemeinen vermengen, daß bei einem politischen Verbrechen oft nicht Rücksichten auf die Allgemeinheit, sondern persönliche Rücksichten maßgebend sind. In der That, sie müssen es wissen. Wenn Peter der Große seinen Sohn Alexei zu Tode peitschen ließ, blos aus unbestimmtem Mißtrauen, dieser könne ihm einmal gefährlich werden, wenn Katharina II. aus dem gleichen Grund ihren Gemahl Peter in der barbarischsten Weise erdrosseln ließ, so ist es sicher schwer, diese Verbrechen als blos politische aufzufassen.

Ueberhaupt kann das Autokratenthum ein politisches Verbrechen kaum begehen. Jedes Verbrechen aus Politik, dessen es sich schuldig macht — und keine Klasse hat zahlreichere und größere Verbrechen begangen, als die der absoluten Fürsten — ist fast nothwendigerweise ein gemeines, das heißt ein aus persönlichen, selbstischen Absichten unternommenes, da ja der Staat und die Person des Autokraten sich decken. Sollte das der Grund sein, warum Lombroso in seinem Buche die politischen Verbrechen der Fürsten nur sehr, sehr flüchtig streift?

Die Auseinandersetzungen Lombrosos, mit denen wir uns bisher beschäftigt haben, finden sich alle im ersten Kapitel seiner Schrift. So schlecht begründet diese Auseinandersetzungen auch sind, so wenig sie das Wesen des politischen Verbrechens erhellen, so stehen sie doch hoch über dem Inhalt der folgenden Kapitel. Im ersten Kapitel ist doch ein bestimmter Gedankengang klar verfolgbar. Was der Rest des Buches bringt, ist ein verworrenes Sammelsurium kritiklos zusammengelesener und unverdaut wiedergegebener Mittheilungen über Aufstände, Rebellen und Attentate, meist Mittheilungen aus zweiter und dritter Hand — und was für fragwürdigen Händen, wie Maxime du Camp, Zacher und ähnlichen streng objektiven Autoren.

Es ist eine recht bunte Gallerie politischer Verbrecher, die da vor uns aufmarschiren, um alle in einen Topf geworfen zu werden, Götz von Berlichingen und Rochefort, Johann Most und Savonarola, Tschernischewsky und Stellmacher, Rienzi und Hödel, Mirabeau und Passanante — wie verschieden auch ihre Ziele waren, ihre Mittel, die Zeiten und Klassen, denen sie entstammten, sie waren politische Verbrecher und müssen sich's daher gefallen lassen, auf ihre Abnormitäten hin untersucht zu werden. Wer sucht, der findet, und Lombroso ist so bald von einem Fund zufrieden gestellt! Nur einige Pröbchen seiner Methode: „Es genügt in der That ein Blick auf die Porträts Einiger, um, auch wenn man nicht Spezialist ist, den Geisteskranken zu erkennen. Man sehe z. B. wie der Typus des Schwachsinnigen mit der kleinen, zurückfliegenden Stirn, den struppigen Haaren und dem asymmetrischen Gesicht bei Cavalier und Marat (!!) ausgeprägt ist und ebenso bei Louise Michel mit ihrem Mannsgesicht, ihrer hydrocephalischen Stirn, den aufgerissenen Augen (!!). Bei Cola di Rienzi tritt nichts Abnormes hervor bis auf das angewachsene Ohrläppchen (!), aber die Historiker erwähnen alle sein phantastisches (für uns auf Größenwahn deutendes) Lächeln." (II. S. 4.)

„Louise Michel hat die Physiognomie einer Irren: enorme Nase und Kinnlade, männliches Aussehen" (II. S. 39). „Danton läßt Degenerationszeichen erkennen: er hatte eine aufgestülpte Nase und vorspringende Backenknochen" (II S. 61). Und so geht es fort. Also hütet Euch, struppige Haare zu haben, eine große oder eine aufgestülpte Nase, vorspringende Backenknochen oder angewachsene Ohrläppchen, hütet Euch, die Augen aufzureißen oder phantastisch zu lächeln: Jedes

dieser Merkmale stempelt Euch zu Schwachsinnigen, Irren, Entarteten — vorausgesetzt natürlich, daß Ihr politische Verbrecher seid.

Geradezu grotesk werden Lombrosos Ausführungen, wenn er auf die Sozialdemokratie zu sprechen kommt. So betrachtet er z. B. „die Internationale als Inbegriff aller eine soziale Revolution anstrebenden politischen Sekten, die sich von der Londoner kommunistischen Vereinigung aus über ganz Europa verbreitete und während eines Zeitraums von kaum dreißig Jahren unzählige Gesellschaften und Verbindungen ins Leben rief, so in England die International Labour Union und Socialdemocratic Federation (1869); in Deutschland die auf dem Kongreß von Eisenach (1869) gegründete und damals 155 486 Mitglieder zählende sozialdemokratische Arbeiterpartei mit ihren Verzweigungen bis in den Anarchismus Hasselmanns und Mosts; die Kommunarden von 1870, die Kooperativisten, Kollektivisten und Kommunisten, die sich in Frankreich in das weite Gebiet des Sozialismus theilen, bis auf die Féderation jurassienne 2c.

„Die Internationale beging die Greuel der Kommune, veranlaßte die Ermordung Prims und die Plünderung von Decazeville 2c.“ (I S. 179.)

Solchen Blödsinn — es giebt kein anderes Wort dafür — schreibt ein moderner Gelehrter, der das Wesen des politischen Verbrechens ergründen wollte! Man weiß da nicht, wo die Lüge aufhört und die Unwissenheit beginnt. Um nur Einiges zu berichtigen: Die Internationale hat nicht dreißig Jahre, sondern nur ein Jahrzehnt lang bestanden, die Socialdemocratic Federation bildete sich anfangs der achtziger Jahre, lange nachdem die „Internationale“ in England aufgehört hatte zu existiren; Hasselmann war nie Mitglied der Eisenacher Partei, und nie hat sich die deutsche Sozialdemokratie je in den Anarchismus irgend welcher Leute „verzweigt.“ Most und Hasselmann haben, so lange sie in Deutschland waren, sich nie anarchistisch geäußert. Die Féderation jurassienne war nicht eine französische, sondern eine schweizerische sozialistische Organisation; nicht von der Internationale, sondern gegen diese von den Bakunisten gegründet; die Internationale hat nicht die „Greuel“ der Kommune begangen; sie beherrschte nicht die Kommune, und als es in Paris zu Greueln kam — Greueln namentlich von Seiten der Versailler — war in Paris nicht nur nicht die „Internationale,“ sondern auch nicht mehr die Kommune maßgebend. An der Ermordung Prims, dessen Mörder man heute noch nicht kennt, und der angeblichen Plünderung von Decazeville hatte die „Internationale“ ungefähr eben so viel Antheil, wie am Buche des Herrn Lombroso.

Diese Proben dürften genügen. Es ist uns selten ein oberflächlicheres und leichtfertigeres Machwerk unter die Augen gekommen, als das in Rede stehende Werk Lombrosos. Angesichts dieser „exakten“ Methode des „Forschers“ Lombroso wundern wir uns nicht mehr, daß er auf den Spiritismus gekommen ist.

Aber, so unglaublich es scheinen mag, Lombroso ist noch übertroffen worden. Zur Zeit, da wir Vorliegendes schreiben, läuft folgende Notiz durch die Presse:

Politischer Irrsinn. Professor v. Krafft-Ebing in Wien hat der Neu-Auflage seines Lehrbuches der gerichtlichen Psychopathologie ein neues Kapitel eingefügt, das sich mit Paranoia politica, dem politischen Irrsinne, beschäftigt. Darin finden sich folgende Ausführungen: „In der Geschichte wie in der Gegenwart stößt man massenhaft auf Persönlichkeiten, die, unzufrieden mit den sozialen Einrichtungen, sich berufen fühlen, die Welt zu verbessern oder wenigstens etwas Neues an die Stelle des Alten zu setzen. Viele dieser abnormen Menschen verbleiben zeitlebens auf der Stufe abnormer Weltverbesserer und politischer Kannegießer, aber diese Stufe ist die Vorstufe zu einer schweren unheilbaren geistigen Krankheit, der Paranoia expansiva. Leicht geschieht es solchen Individuen, daß sie unter der sug-

gestiven Wirkung anderer oder unter dem Einflusse aufgeregter Zeiten den Rest ihrer Besonnenheit verlieren. Dann fühlen sie sich getrieben, im Sinne ihrer Ideen handelnd aufzutreten. Sie erscheinen in der Rolle von Volkstribunen, Leitern von Aufständen, als Stifter von politischen Parteien, von Sekten, und machen sich und andere unglücklich. Bemerkenswerth ist, daß solche Volkstribunen, Demagogen und Umsturzmänner in Zeiten hochgehender Gemüthserregung die Massen mit sich fortreißen, durch ihre Beredsamkeit, Originalität und Exzentrizität fesseln, durch ihren wahnsinnigen Fanatismus, der dann vielleicht durch „Inspiration" erregt ist, entflammen können. . . . Schließlich verfallen derartige Unglückliche dem vollkommenen Größenwahn und, falls sie einige Zeit zur Macht gelangen, erscheinen sie ihrer degenerativen Natur gemäß als Tyrannen. . . . Die forensische Bedeutung dieser Kategorie von „luciden" Irren ist äußerst groß. Nicht genug, daß sie ihre Mitmenschen verhetzen, Rassen- und Klassenhaß entfachen, die Grundpfeiler der sozialen Ordnung untergraben, Akte des Fanatismus in Gestalt von Dynamitattentaten begehen, gelangen sie in ihrer wahnsinnigen Verblendung nicht selten dazu, in dem Mord des Staatsoberhauptes eine Verwirklichung ihrer Umsturzgedanken zu erkennen und ihn auszuführen."

So der Herr Professor von Krafft-Ebing, für den die bürgerliche Presse noch mehr Reklame macht, als für Lombroso. Mit diesem hat er die „exakte naturwissenschaftliche Methode" gemein, die da glaubt, eine Erscheinung als eine naturgesetzliche zu erweisen, wenn sie ihr einen lateinischen oder griechischen Namen giebt. Hantirt Lombroso mit Misoneismus und Philoneismus, so Krafft-Ebing mit Paranoia (Irrsinn) politica und expansiva. Aber der österreichische Professor übertrumpft den italienischen. Dieser hatte blos den politischen Verbrecher für ein abnormes Wesen erklärt, jener stempelt schon den politischen Kannegießer dazu, der „unzufrieden ist mit den sozialen Einrichtungen." Diejenigen der politischen Kritiker aber, die nicht blos die Faust im Sacke machen, sondern sich „getrieben fühlen, im Sinne ihrer Ideen handelnd aufzutreten," leiden an einer „schweren unheilbaren Krankheit," an einer besondern Form des Irrsinns.

Aber damit ist der österreichische Professor noch nicht zufrieden. Lombroso hatte den politischen Verbrecher für einen abnormen Menschen erklärt, ohne ihn damit zu verurtheilen. Krafft-Ebing denunzirt den oppositionellen Politiker als einen gemeingefährlichen Irren, der aller Schandthaten fähig, also bei Zeiten unschädlich zu machen ist! Fürwahr, der Herr Professor ist es werth, k. k. Hofrath zu werden.

Neu ist freilich die Behauptung dieses Gelehrten nicht. Daß derjenige, der sich nicht blos um seine eigenen Angelegenheiten, sondern auch um die Angelegenheiten der Gesammtheit kümmert, daß derjenige, der nicht vor den Machthabern kriecht und um ihre Gunst buhlt, daß derjenige, der sich gegen das Unrecht aufbäumt und mit allen Kräften daran arbeitet, es zu vernichten: daß ein solcher Mensch ein Narr ist, hat das bürgerliche Philisterium seit jeher behauptet. Aber es behauptete das früher nur im vertrautesten Kreise. Die Zahl und das Ansehen der Idealisten in der Bourgeoisie war zu groß, als daß diese sich nicht geschämt hätte, derartige Anschauungen offen zu bekennen. Sie kamen ihr selbst, wenn auch richtig, so doch gemein und charakterlos vor.

Heute, hundert Jahre nach der großen Revolution, sind wir so weit, daß die Leuchten der bürgerlichen Wissenschaft aus dieser ehedem streng verborgen gehaltenen Philisteranschauung wissenschaftliche Lehren machen, die sie öffentlich vortragen, und daß sie darob von der bürgerlichen gelehrten und nicht gelehrten Welt bewundert und gepriesen werden.

Welcher Fortschritt!

Sozialzustände und Gewerbe-Inspektion im Königreich Sachsen.

Von Dr. **Max Quarck.**

Zweierlei Material über die Sozialzustände im Königreich Sachsen, im klassischen Lande deutscher Industriebourgeoisie, enthalten jedes Mal die „Jahresberichte der Königlich Sächsischen Gewerbeinspektoren," auch die für 1892, die soeben erschienen sind und eine zwanzigjährige Thätigkeit der sächsischen Gewerbeaufsicht abschließen (Dresden, F. Lommatzsch [A. Schröer], 1893, VIII und 345 Seiten). Zunächst das exakte Material einer nach mannigfachen Experimenten* seit 1888 ziemlich zuverlässigen, jahresperiodischen Fabrikarbeiterzählung; sodann die berichtsmäßig mitgetheilten, leider ziemlich ärmlichen Beobachtungen der Aufsichtsbeamten. Beide Materialiensammlungen stehen so gut wie unvermittelt nebeneinander. Keinem einzigen der Gewerbeinspektoren fällt es ein, etwa auch nur für seinen engeren Bezirk Rückblicke zu werfen auf die Arbeiterzählungen früherer Jahre, sie zu vergleichen mit den Ergebnissen des letzten Jahres und aus der Verschiedenheit der Resultate für einzelne Gewerbegruppen oder Arbeiterkategorien sozialpolitische Schlüsse zu ziehen, die von seinen sonstigen Beobachtungen bestätigt oder widerlegt werden. Keine Spur von dieser so naheliegenden Nutzbarmachung der an sich außerordentlich verdienstvollen sächsischen Jahreszählung der Fabrikarbeiter findet man in den Berichten der Beamten. Dieselben kennen immer nur die Ziffern der letzten Zählung, führen sie nochmals im Text an oder auch nicht an und vermeiden geflissentlich jedes Eingehen auf die inneren Zusammenhänge der Entwicklung, welche zuverlässige Zahlenreihen aus mehreren Jahren aufdecken. Gerade so, wie die preußische Gewerbeinspektion nicht für die sächsische, die sächsische nicht für die bayerische, die bayerische nicht für die badische und umgekehrt existirt, gerade so existirt innerhalb Sachsens die wichtige Fabrikarbeiterzählung seit 1888, also seit nunmehr fünf Jahren, nicht für die sozialpolitische Auffassung der Aufsichtsbeamten.

Der gewissenhafte Leser des sächsischen Berichtslandes, der dem Werth der fortlaufenden Arbeiterstatistik eine höhere Schätzung entgegenbringt, als die königlich sächsischen Beamten, muß also die Bearbeitung und Benutzung des statistischen Materials selbst in die Hand nehmen. Er darf sich auch nicht dadurch zurückschrecken lassen, daß es dem Beamten, der den Band im Ministerium des Innern zusammenstellt, gar nicht einfällt, die Vergleichszahlen aus den Vorjahren mitzutheilen. Auch dieses Material muß mühsam aus den früheren Bänden hergeholt und neben das neue für 1892 gestellt werden. Und nun kann die eigentliche Verwerthung erst beginnen. Sie ergiebt zuerst bezüglich der sächsischen Fabrikanlagen, daß im Allgemeinen seit 1888 bis in das Vorjahr eine fortwährende Ausdehnung der Produktion stattgefunden und die Zahl der Anlagen von 12 931 auf 13 806 gestiegen ist; in diesen Generalziffern verbirgt sich eine Abnahme der Betriebe beim Nahrungs- und Genußmittel-, sowie dem Bekleidungs- und Reinigungsgewerbe; im Uebrigen verzeichnen alle Gewerbegruppen auch im Einzelnen eine konstante Ausdehnung, mit welcher Hand in Hand geht das regelrechte Umsichgreifen der kapitalistischen Entwicklung nach dem maschinellen Großbetrieb: eine Abnahme der Betriebe ohne Motoren, und eine ständige Zunahme der Anlagen mit Motoren, namentlich mit Dampfbetrieb; selbst die der Zahl ihrer

* Vergl. das Nähere hierzu in meinem Aufsatz Sozialpol. Zentralblatt, I. Jahrgang Nr. 15.

Anlagen nach im Rückgange befindliche Bekleidungs- und Reinigungsindustrie verdoppelte beinahe ihre Anlagen mit „sonstigen Motoren“ von 1888 auf 1892. Die Dampfbetriebe überhaupt wuchsen von 4571 auf 5301, die Anlagen mit sonstigen Motoren von 4784 auf 5139, während die Betriebe ohne Motoren von 3576 auf 3366 zurückgingen. Im Einzelnen nahmen besonders die Industrie der Steine und Erden, sowie die Holz- und Schnitzstoffe, Beides bisher maschinell zurückgebliebenere Gewerbe, die nun auch in den Bannkreis der kapitalistischen Entwicklung gezogen werden, an dem Aufschwung des Dampfbetriebes Theil. Nach der bürgerlichen Fabel müßte nun dieser Aufschwung auch der „ganzen Arbeiterbevölkerung“ „zu Gute“ gekommen sein; die Arbeitsgelegenheit müßte sich mindestens um die sieben Prozent seit 1888 vermehrt haben, um welche die Zahl der Fabrikbetriebe wuchs. Leider steht es in der Wirklichkeit anders! Während sich die Produktivität äußerlich ausdehnte, verringerte die kapitalistische Arbeitsverfassung die Verdienstgelegenheit für den erwachsenen Arbeiter! Es ist dies eines der bezeichnendsten Ergebnisse einer sorgfältigen Vergleichung der jährlichen sächsischen Arbeiterzählungen seit 1888. Die Krisis seit 1890 hat ihre Schuldigkeit — gegenüber den Arbeitern gethan. Nachdem die Ziffer der erwachsenen männlichen Arbeiter von 1890 auf 1891 beinahe konstant geblieben war, d. h. nur geringfügig von 220 706 auf 222 716 zugenommen hatte, erfolgte 1891 auf 1892 der positive Rückgang auf 221 083 Köpfe, von 30 401 auf 28 087 Köpfe bei den jugendlichen Arbeitern — triumphirend ging aus dieser kapitalistischen Krisis nur die billige Arbeitskraft der Frau hervor: ihre Verwendung stieg unbeirrt in den fünf Jahren von 1888 bis 1892 von 92 134 auf 97 878 und 105 472 und 107 756 und 110 222 im letzten Jahre — sie ist dorthin vorgedrungen, wo der Mann weichen mußte! Die Ziffer der erwachsenen Frauen mit 70 607 überragt bereits die der erwachsenen Männer (60 861) um rund 10 000 Köpfe in der sächsischen Textilindustrie; sie stieg in der Maschinenindustrie, während die Zahl der männlichen erwachseren Arbeiter abnahm; sie nahm in den polygraphischen Gewerben weit stärker zu als diejenige der Männer. Auch in der Klasse der jugendlichen Arbeiter hat das Mädchen trotz des Zurückgehens der allgemeinen Gesammtziffer den Knaben geschlagen in der chemischen Industrie, der Industrie der Heiz- und Leuchtstoffe und der Textilindustrie — und so klein die Ziffern sind, die bei den erstgenannten Gewerben in Betracht kommen, so bezeichnend ist ihre Verschiebung in dem einzigen Jahre von 1891 bis 1892. Nur die kindliche Arbeit hat den Vorschriften der neuen Gewerbeordnung weichen müssen, welche die dreizehnjährigen Kinder nur dann zur industriellen Beschäftigung zuläßt, wenn sie nicht mehr schulpflichtig sind. Da aber die sächsische Schulpflicht die dreizehnjährigen Kinder voll erfaßt, so mußte hier, selbst wenn die neue Vorschrift nur lax durchgeführt wurde, worüber weiter unten zu sprechen sein wird, eine namhafte Reduktion der Ziffer eintreten. Eigentlich durften nur diejenigen Kinder übrig bleiben, welche bereits vor Verkündigung der Gewerbenovelle, also vor dem 1. Juni 1891, in gewerblichen Anlagen beschäftigt waren und für welche die Uebergangsbestimmungen (Artikel 9) den früheren Zustand bis 1. April 1894 in Kraft lassen. Hoffentlich sind die 5244 Kinder (3461 männliche, 1783 weibliche), welche 1892 noch in Sachsen industriell beschäftigt wurden, nur noch solche Personen, auf welche jene Uebergangsbestimmung zutrifft; Ende 1894 müßte dann die Ausnutzung der Kinderarbeit aus Sachsen vollständig verschwunden sein — wenn nicht manches Andere wäre, auf das weiter unten einzugehen sein wird. Ihren Höhepunkt hatte die industrielle Kinderausbeutung in Sachsen 1890 erreicht, wo nicht weniger als 12 448 solcher jungen Wesen in Fabriken frohndeten.

Die Textilindustrie, sowie die Industrie der Nahrungs- und Genußmittel (Zigarren) und Bekleidung und Reinigung waren die Hauptkonsumenten der kindlichen Kraft und sind es mit der Industrie der Steine und Erden, die 1892 mehr wie je wie für Frauenarbeit so auch für Kinderarbeit eine relativ große Vorliebe zeigte, auch im letzten Jahre geblieben.

Frei vom Ballast der Kenntniß aller dieser wichtigen Verschiebungen sind nun die erzählenden Berichte der Gewerbeinspektoren, zu denen wir jetzt gelangen. Sonst würde ihre Form und ihr Inhalt ein anderer sein. Die sächsische Regierung hat ja im Berichtsjahr die Gewerbeaufsicht wenigstens extensiv verbessern wollen. Sie hat die Zahl der Bezirke von sieben auf dreizehn erhöht, in dem sie aus den alten großen Bezirken Dresden, Chemnitz, Zwickau, Leipzig, Bautzen, Meißen und Plauen i. V. die neuen Freiberg, Annaberg, Aue, Wurzen, Döbeln und Zittau absonderte, sodaß jetzt jeder Bezirk nur zwei Amtshauptmannschaften umfaßt, mit Ausnahme des Dresdener, der noch deren drei hat. Die Zahl der Aufsichtsbeamten ist zwar nicht dieser Vermehrung der Bezirke entsprechend, aber doch von vierundzwanzig auf dreißig erhöht worden. Nebenbei: welche Gesichtspunkte bei dieser Neuorganisation maßgebend waren, daß die Beamten eine neue Instruktion erhielten, welche Qualifikation man von den neu angestellten verlangte — darüber schweigt sich der Berichtsband absolut aus; nur wer das Register der Aufsichtsbezirke mit dem vorjährigen aufmerksam vergleicht, kann die äußerlichen Veränderungen konstatiren! Die Neuorganisation hat auch zweifellos eine größere Intensität der Gewerbeaufsicht herbeigeführt: im Jahre 1891 betrug der höchste Prozentsatz der revidirten Betriebe, den ein Beamter erreichte (Zwickau), 74,20, während 1892 der Prozentsatz in den Bezirken Zwickau, Annaberg und Aue auf 80,93, 81,17 und 85,11 stieg, und eine Revisionsziffer von 19,41 Prozent der Betriebe, wie sie im Jahre 1891 unglaublicher Weise der Bezirk Meißen zu verzeichnen hatte, überhaupt nicht mehr vorkam, sondern 40,15 Prozent (allerdings wiederum in Meißen!) die Minimalziffer bildete. Noch zuverlässiger ist ja die Ausmessung nach Prozenten der in den Bezirken vorhandenen Arbeiter, die von den Revisionen betroffen wurden: hier marschirte wiederum der Zwickauer Inspektor an der Spitze, der die Arbeitsverhältnisse von 96,96 Prozent der in seinem Bezirk überhaupt vorhandenen Arbeiter revidirte; dann kommt Aue mit 92,23, Annaberg mit 84,04, Chemnitz mit 83,08, Leipzig mit 81,2 Prozent, Döbeln mit der Minimalziffer von 55,76 Prozent, während 1891 die Maximalziffer im Bezirk Bautzen 86,71 betrug und in Meißen der Satz auf 42,14 Prozent herunterging. Hoffentlich macht diese im Jahre 1892 hervorgetretene Verallgemeinerung der Aufsichtsintensität immer weitere Fortschritte. Und der Verkehr mit den Arbeitern, der doch der einzig sozialpolitisch befruchtende für die Beamten ist, ebenfalls! Hier sah es 1892 noch recht windig aus. Einzelne Inspektoren sind so aufrichtig, von einem solchen Verkehr gar nichts zu erwähnen. Andere geben Ziffern an, die von einer auffallend geringen Fühlung mit der Arbeiterwelt zeugen: so erschienen auf dem Bureau der Inspektion zu Chemnitz Arbeiter in zehn Fällen, zu Plauen in acht Fällen (außerdem sieben schriftliche Arbeitereingaben) und zu Wurzen in drei Fällen — damit sind die zahlenmäßigen Angaben erschöpft! Ein einziger Beamter, der Zwickauer, berichtet von „ziemlich regem" Verkehr auch mit Arbeitern, bei welchem dieselben „meist Beschwerden über Lohnfragen und Arbeitsordnungen vorbrachten." Vielfach stecken eben die sächsischen Inspektoren noch in den Uranfängen der Vorurtheile gegen den Verkehr mit Arbeitern, was sich in den schnurrigsten Dingen äußert und dies, trotzdem die sächsische Gewerbeinspektion als älteste in Deutschland seit

Anfang der siebziger Jahre besteht! Der so leicht erklärliche Umstand, daß sich Arbeiter schriftlich und anonym oder mit angenommenen Namen an die Aufsichtsstelle wenden, erscheint den Beamten für Zwickau und Zittau noch immer sehr befremdlich; der letztere erledigt eine Reihe von schriftlichen Eingaben der Arbeiter, welche „zum Theil schwerwiegende Anklagen enthielten,“ in seinem Bericht einfach mit den Worten „stark übertrieben und unbeachtlich,“ ohne das geringste Materielle aus den Eingaben mitzutheilen und als wenn ihm von Unternehmern noch keine „stark übertriebenen“ Klagen zu Ohr gekommen wären. Der Inspektor für Aue findet sich vollends mit dem naiven Troste ab, daß Gesuche der Arbeiter um Vermittlung der Inspektion in besonderen Fällen nicht eingegangen seien, „da die Beziehungen zwischen Unternehmern und Arbeitern des Bezirks im Allgemeinen recht befriedigende sind.“ Deshalb „konnte ein Verkehr mit den Arbeitern nur bei Gelegenheit der amtlichen Revisionen stattfinden.“ Würde dieser neue Herr Inspektor im neuen Bezirk Aue (Sagasser ist sein Name und er war bisher in Zwickau Assistent) den Bericht seines älteren Kollegen Siebdrat in Dresden nachschlagen, der sich gar keiner überflüssigen Beliebtheit bei den dortigen Arbeitern erfreut, so könnte er doch erfahren, daß sich die „Arbeiter, so lange sie mit anderen zusammen sind“ (namentlich bei Revisionen mit Betriebsbeamten und in der Fabrik!), „nicht getrauen, ein offenes Wort mit dem Revisionsbeamten zu sprechen“; der Dresdener Beamte hat deshalb nur bei Unfallverhandlungen bisher einen „direkten mündlichen Verkehr mit Arbeitern, wie er sonst selten vorkommt,“ erzielt. Wenn also der neue Inspektor von Aue hinzulernt, daß der kapitalistische Terrorismus in der Fabrik, unter dem die Arbeiter stehen, auch bei Revisionen den richtigen Verkehr hindern muß, so bemüht er sich vielleicht in Zukunft mehr, mit den Arbeitern in anderer Weise Fühlung zu erhalten. Bezeichnend ist freilich in dieser Richtung, daß *kein einziger der sächsischen Beamten die an mehreren Orten entstandenen Arbeiterkommissionen erwähnt*, welche den Verkehr der Arbeiter mit dem Inspektor vermitteln wollen; der neueste badische Bericht begrüßt bekanntlich diese Einrichtung unbefangen und warm. Glauben die sächsischen Beamten, mit alledem das Vertrauen der Arbeiter gewinnen zu können, oder kommt es ihnen auf dasselbe überhaupt nicht an? Sonstige Eigenthümlichkeiten ihrer Berichterstattung lassen leider beinahe das Letztere vermuthen. Wiederholt begegnet man auch in der Form der Berichte Wendungen, die beweisen, daß die Aufsichtsbeamten es gar nicht für nöthig halten, sich um eine gründliche Orientirung in wichtigen Dingen zu bemühen. Von den Preisen der Arbeiterwohnungen sagt der Chemnitzer Inspektor, daß sie zurückgegangen sein „dürften,“ und von einem Strike berichtet der Döbelner Beamte, daß vermittelnde Bemühungen bisher ohne Erfolg geblieben sein „sollen.“ Ja, haben denn die Inspektoren nicht die Pflicht, für ihre Berichterstattung über die Mittheilung bloßer Gerüchte hinauszugehen? Der Dresdener Beamte erzählt auch von einem Strike, der bald zu Ende gegangen sein „dürfte“!! Derselbe Beamte giebt schwere Anklagen eines Fabrikbesitzers gegen die Sittlichkeit weiblicher Arbeiter wieder und begnügt sich hinzuzufügen: „Diese Schilderung würde, wenn sie zutreffend wäre, die Zustände ... nicht gerade vortheilhaft beleuchten.“ Ja, hatte denn der Inspektor nicht die verdammte Pflicht und Schuldigkeit, *ganz genau zu prüfen*, ob die Schilderung „zutreffend wäre?“ Ein anderer Fall aus Chemnitz. Ein entlassener Arbeiter behauptet, vom Unternehmer an jedem Sonntag zur Arbeit *gezwungen* worden zu sein. Der Inspektor stellt fest, daß jeder der vier Arbeiter der Fabrik „an jedem vierten Sonntag in der Dauer von vier Stunden beschäftigt worden war.“ Und damit basta! Die behauptete Un-

gesetzlichkeit, der Zwang zur Sonntagsarbeit, wird gar nicht erörtert! Oder soll sie nur zwischen den Zeilen zugestanden werden, was ebenso unzulässig wäre?? Solche Beispiele ließen sich noch mehrfach anführen. Endlich sind die Mittheilungen über die Beschäftigungsweise der Frauen und Kinder, über den Inhalt der gesetzlich neu eingeführten Arbeitsordnungen, über welchen die badische Inspektion für das gleiche Jahr eine so hochinteressante Studie lieferte, über die Ausnahmebewilligungen bezüglich der Frauenarbeit, über die jede Zusammenstellung fehlt (sogar die demnächst zu besprechenden bayerischen Berichte enthalten eine solche!), und nicht zum Letzten über die „wirthschaftlichen und sittlichen Zustände der Arbeiterbevölkerung“ (Abschnitt V jedes Berichtes) außerordentlich dürftig und ärmlich. In letzterer Hinsicht schießt der auch durch seine Inspektionsziffern nicht sehr berühmte Meißener Beamte den Vogel ab, indem er jene „Zustände“ für seinen Bezirk durch — sechzehn Druckzeilen erledigt, die über einen — Speisesaal, eine Badeanstalt und eine — Fabrikschule mit Bibliothek und Sparkasse berichten. Die Schuld an diesen unerträglichen Mängeln der Inspektion und ihrer Berichterstattung mag mit an der Ueberlastung der Beamten durch die Dampfkesselrevision liegen, die im Berichtsjahre zusammen nicht weniger als 10 541 Amtshandlungen nöthig machte, sowie an der höchst unzureichenden Unterstützung der Gewerbeinspektion durch die Polizeibehörden namentlich des flachen Landes, über die ausdrücklich vom Chemnitzer, Plauener und Auer Beamten geklagt wird, vom ersteren mit den offenbar ironisch gehaltenen Worten: „Wie bisher, so enthielten sich die meisten Polizeibehörden auch im Berichtsjahre der Mitwirkung bei der Ueberwachung der Beschäftigung jugendlicher Arbeiter.“ Aber auch die Vertiefung der eigentlichen Gewerbeaufsicht, die nach nunmehr zwanzigjährigem Bestehen wohl etwas Besseres leisten könnte, als schematische Jahresberichte ohne sozialpolitischen Zusammenhang, läßt noch sehr zu wünschen übrig, und wenn diese Zeilen Veranlassung dazu gäben, die wichtige Angelegenheit von den angedeuteten Gesichtspunkten aus unter Hinweis auf die Erfolge der badischen Aufsicht im sächsischen Landtage zur Sprache zu bringen, so hätten sie der Sache gedient.

An eine kurze Zusammenfassung des sachlichen Inhalts der neuesten sächsischen Inspektorenberichte läßt sich nach alledem zum Schluß nur unter der Voraussetzung gehen, daß das Zusammenzufassende lediglich als der tausendste Theil, und zwar oft in stark subjektiv gefärbter Darstellung Desjenigen gilt, was wirklich im Jahre 1892 als Berichtsstoff vorhanden war.

Die Einführung der neuen reichsgesetzlichen Beschränkungen der Frauen- und Kinderarbeit beherrschte beinahe das gesammte sozialpolitische Gesichtsfeld der Unternehmer und Inspektoren im Berichtsjahre, trotz der Geringfügigkeit des Schutzes, den sie brachte (elfstündiger Maximalarbeitstag und Verbot der Nachtarbeit für Frauen, Verbot der Arbeit von Kindern unter vierzehn Jahren). Soweit die Wirkung der neuen Bestimmungen in der Arbeiterzahl zum Ausdruck kommt, ist sie schon an der Hand der Statistik besprochen. Hier wären einige textliche Illustrationen nachzutragen. Wenn ihrer nur viele vorhanden wären! Das fortgesetzte Vordringen der Frauenarbeit ist ja keinem der Beamten als soziales Phänomen, das für ganz Sachsen gilt, zum Bewußtsein gekommen, und so fehlt denn auch jeder Kommentar zu demselben. Mag sein, daß die erstaunlich große Anzahl von Ausnahmebewilligungen für Frauenarbeit, die jeder Bericht erwähnt, eine Art äußerliche Erklärung mit bietet. Die „unpassende“ Beschäftigung einer Frau wird, soweit wir sehen können, in einem einzigen Falle vom Inspektor in Bautzen erwähnt; dort hatte man einer — schwachsinnigen Frau die Bedienung einer ganzen — Lohmühle übertragen! Heiliger Profit, zu welchen

Extravaganzen verleitest Du Deine Anbeter! Unter der noch immer sehr schlechten Beschaffenheit zahlreicher Arbeitsräume, die im Abschnitt III c. der Berichte stellenweise sehr eingehend geschildert wird, litten natürlich sehr oft Arbeiterinnen mit; umgekehrt scheint sich vielfach sehr bald die Arbeitszeit der Männer der vorgeschriebenen elfstündigen der Frauen angepaßt zu haben. Immerhin stellte der Beamte für Annaberg noch eine größere Anzahl von Fabriken fest, die über elf und bis über dreizehn (!) Stunden arbeiteten. Vermuthlich handelt es sich um Mühlen, Holzschneidereien, Papierfabriken und Brauereien, in denen auch die Inspektoren für Wurzen und Zittau längere Arbeitsschichten antrafen. Der Wurzener Beamte tröstet sich damit, daß „die in Mahlmühlen und Papierfabriken für das in regelmäßigen Tag- und Nachtschichten arbeitende Personal übliche zwölfstündige Arbeitszeit von den letzteren (!?) nicht als eine übermäßige Anstrengung empfunden zu werden scheint.“ Dies „dürfte“ dadurch zu „erklären“ sein, „daß in den fraglichen Betrieben die Thätigkeit desselben (sic!) zumeist in der Ueberwachung der maschinellen Einrichtungen, nicht aber in der Verrichtung andauernder schwerer Arbeit besteht.“ Daß es eine Forderung der allgemeinen Kultur ist, einen Menschen nicht alltäglich zwölf Stunden lang an einen und denselben dumpf und stumpf machenden Arbeitsort gebannt zu sehen, davon scheint sich der Beamte für Wurzen noch nicht überzeugt zu haben. Wenn die Abkürzung der Frauenarbeit doch wenigstens theilweise schon von günstigem Einfluß auf die Dauer der Männerarbeit war, so scheint dagegen der Verdienst der Frauen in der Krisenzeit des Berichtsjahres auf ein noch tieferes Niveau gedrückt worden zu sein, als er es jemals zuvor hatte. Denn der Beamte für Plauen hebt Jahreslöhne für Frauen von 790, 660, 655 und 590 Mark in Textilfabriken, der Dresdener Inspektor einen Wochenlohn von 20 Mark für völlig ausgebildete Setzerinnen (!!) als besonders beachtenswerth heraus. Angaben über das, was darunter liegt, fehlen bezeichnender Weise. Nur zwei Daten lassen uns einen Blick in grauenhafte Lohnverhältnisse weiblicher Arbeiter thun: ein Wochenverdienst von 15 Mark bei zehnstündiger täglicher Arbeitszeit für Schneiderinnen in einer Dresdener Damenschneiderei, also 25 Pfennig für die Stunde dieser körperlich ruinirenden Beschäftigung; und 8 Mark 50 Pfennig Wochenlohn einer 59jährigen Frau, die im Leipziger Bezirk „bei der Wartung des Ziegelbrennofens mit einem männlichen Arbeiter Tag- und Nachtschicht wechselte und . . . im Stande war, sich und ihren erblindeten Ehemann zu ernähren. . . .“ Jeder Zusatz würde den Eindruck dieses Jammerbildes abschwächen! Die Männerlöhne, über welche der Berichtsband ebenso zerstreute und zusammenhangslose Angaben macht, sind folgende. In Chemnitz mußten sich bei der Strumpffabrikation „häufig erwachsene Männer mit einem Wochenlohn von 10 Mark begnügen.“ Dieselben Sätze, 10—12 Mark, in den Plauener Baumwollwebereien! Merkt man da nicht auch schon bezüglich des Lohnes das siegreiche Vordringen der Frauenarbeit? Es handelt sich ja um die Textilindustrie, wo sie bereits überwiegt! Aus Emaillirwerken, in die sie eben erst eindringt, werden noch „Durchschnitts“-Wochenverdienste für Männer von 20 Mark (Döbeln), für Former in Meißener Eisengießereien noch Wochenlöhne von 21 bis 33 Mark (?), für „eine“ Plauener Bleicherei, Färberei- und Appreturanstalt, also auch für eine Anlage der Textilindustrie, Jahreslöhne von 760 bis 1000 Mark angegeben. Nach höheren Löhnen sucht man im ganzen Berichtsband vergeblich. Sind auch diese Sätze sicher vor dem Druck der noch unorganisirten weiblichen Konkurrenz, oder gewähren sie auch jetzt noch irgendwelche Lebensbehaglichkeit neben der Fristung des animalischen Lebens? Diese Fragen wird Niemand bejahen wollen. Aber freilich, um die Sittlichkeit der

sächsischen Arbeiterbevölkerung hat sich der Dresdener Beamte, wie wir oben schon sahen, in Folge einer Unternehmerklage gesorgt, die er zu kontroliren nicht einmal der Mühe werth hielt. Fürchtete der Beamte etwa, auf noch tiefere Lohnsätze zu stoßen, als auf die 15 Mark-Wochenlöhne der Dresdener Schneiderinnen und ihren Zusammenhang mit der Prostitution? Vorläufig ist der sächsische Berichtsband noch völlig rein von solchen kompromittirenden Untersuchungen; wenn sie aber doch einmal ein Inspektor anzufassen für nöthig halten sollte, so beachtet er vielleicht nebenbei auch die Leichtigkeit der sittlichen Begriffe in Unternehmerkreisen und in ihrem Verhalten zu den Arbeitern; die Mittheilung des Leipziger Beamten über die skandalöse Beschäftigung von Arbeiterinnen und Kindern bei der Herstellung von Präservativs, die S. 81 des Berichtsbandes nachzulesen ist und zu einer schleunigen Verschärfung der Bekanntmachung des Reichskanzlers vom 21. Juli 1888, die Gummifabriken betreffend, führen sollte, liefert ihm einigen Stoff hierzu.

Ebenso, wie die Durchführung der Bestimmungen über Frauenarbeit durch die zahllosen Ausnahmebewilligungen, so wird die Einführung des Verbots der Kinderbeschäftigung durch die Thatsache hinreichend illustrirt, daß die Inspektoren in nicht weniger als sieben Fällen sogar noch Kinder von unter 12 Jahren, deren Beschäftigung bereits nach der Gewerbeordnung des norddeutschen Bundes verboten war, in sächsischen Fabriken und im Jahre des Heils 1892 beschäftigt vorfanden. Die Schuldigen waren ein Spinnereibesitzer im Bezirk Zwickau, ein Ziegeleibesitzer und ein Zigarrenfabrikant im Bezirke Leipzig, zwei Stickereibesitzer im Bezirk Plauen, ein Holzwaarenfabrikant im Bezirk Freiberg und ein Brauereibesitzer im Bezirk Döbeln; eine wackere Siebenzahl von sächsischen Musterunternehmern! Wenn also das alte Verbot bis heute noch nicht von der Gesammtheit der Unternehmer geachtet wird — wie mag es mit der Beobachtung des neuen aussehen! An offenen Uebertretungen der Vorschriften über Beschäftigung kindlicher und jugendlicher Arbeiter stellten die Inspektoren ja bereits nicht weniger als 3400 (gegen 1118 im Vorjahre!) fest; aber wie viele versteckte deuten sie noch an! Aus Dresden, Chemnitz und Aue melden die Beamten, daß „sich das Bestreben der (sonst so loyalen!) Unternehmer bemerklich machte, ihren Anlagen möglichst den Stempel des handwerksmäßigen Betriebes aufzudrücken, um den auf den Fabrikbetrieb bezüglichen Bestimmungen der Gewerbeordnung aus dem Wege zu gehen.“ Andere knapsen an den vorgeschriebenen Pausen möglichst viel ab (S. 58, 59), um für den Arbeitstag etwas Mehrarbeit herauszuschlagen, noch Andere „wollen durch Entfernung und Verleihung einer Anzahl ihrer Maschinen an die Hausindustrie ihre Betriebe des Charakters einer Fabrik entkleiden“ (Leipzig S. 31, Döbeln 216), oder verlegen wenigstens die gesammte Kinderarbeit in die Hausindustrie, wie aus Zwickau so klassisch berichtet wird: „in einer Tuchpantoffelfabrik, in welcher im Jahre 1891 62 Kinder im Alter von 12 bis 14 Jahren beschäftigt waren, wurde jetzt kein Kind mehr angetroffen. Dieselben arbeiten jetzt zu Hause und holen sich die Rohstoffe entweder selbst, oder sie werden ihnen durch größere Geschwister zugeführt“ (S. 58, ähnlich in Freiberg S. 160). Die angebliche „Unkenntniß“ der Unternehmer von den neuen Schutzbestimmungen, über die einige der Herren Inspektoren ganz ernsthaft berichten, vervollständigt dieses liebliche Bild eines „Uebergangs“-Zustandes, bei dem sich unter Beiseitelassung aller Loyalitätsrücksichten der Unternehmerprofit einfach in offenen und versteckten Konflikt mit dem Gesetz begiebt und dadurch tüchtig an der Zerstörung des letzten Scheins von Respekt mitarbeitet, den er von den Arbeitern verlangt. Ueber das Ganze aber breitet der bürgerliche Staat schützend seine Fittiche; seine Organe, die sonst bei der Strafabmessung nicht streng genug über jede Unkenntniß

des Gesetzes hinweggehen können, erschöpfen sich hier in höflichen „Warnungen" und „Vorstellungen," „sehen von Strafen ab" und der „unwissende" Unternehmer lacht sich ins Fäustchen. Kein Wort braucht wohl verloren zu werden über die „Klagen der Arbeiter" bezüglich der neuen Schutzbestimmungen, welche eine Reihe von Inspektoren wiedergeben zu müssen glauben. Wüßten die betreffenden Arbeitergruppen, daß ihre kurzsichtigen Aeußerungen über die Beschränkung der Frauen- und Kinderarbeit, die ja immerhin aus dem augenblicklichen Einnahmeverlust der Leute erklärlich sind, benutzt werden würden, um in amtlichen Gewerbeinspektoren-Berichten für das Interesse der Unternehmer Stimmung zu machen, so hätten sie sich ihre Worte wohl mehr überlegt. Seltsam ist es jedenfalls, daß von Belehrungen der Inspektoren an die Arbeiter über die allgemein kulturelle Bedeutung auch der kleinsten Arbeiterschutzvorschrift kein Wort im ganzen Berichtsbande enthalten ist. Die sächsischen Behörden sind doch sonst nicht sparsam in gesetzlichen Belehrungen „nach unten"; die Inspektoren „belehrten" auch sehr vielfach die Unternehmer über die neuen Bestimmungen; es bleiben eben nur diejenigen Belehrungen aus, die in einem der Schutzgesetzgebung freundlichen Sinne hätten lauten müssen, aus dem ganz einfachen Grunde, weil den sächsischen Behörden das von den Schutzbestimmungen schmerzhaft berührte Unternehmerthum weit näher steht, als die Arbeiterschaft. Das ist des Räthsels Lösung. Uebrigens möchten keine übertriebenen Vorstellungen von den „Reklamationen" der Arbeiter aufkommen; wir haben die Angelegenheit hauptsächlich wegen ihrer symptomatischen Bedeutung etwas ausführlicher besprochen; thatsächlich handelt es um etwa ein halbes Dutzend Berichtsstellen aus ganz Sachsen, und unorganisirte Frauen, sowie von Fabrikanten zu „Eingaben" gepreßte Arbeiter spielen offenbar die Hauptpersonen als Beschwerdeführer. Auch fehlten natürlich aus der klassenbewußten sächsischen Arbeiterbevölkerung die Gegenstimmen nicht, wie denn z. B. nach dem Bericht für Plauen es dortige Arbeiter „freudig begrüßten, daß der willkürlichen, oft übermäßigen Verlängerung der Arbeitszeit für Arbeiterinnen ein Riegel vorgeschoben worden ist."

So schließt die sozialpolitische Bilanz der sächsischen Gewerbeinspektion auch für 1892 vielleicht nach Außen mit einigen Erfolgen bezüglich größerer Intensität, aber nach Innen ohne jeden namhaften Gewinn oder Fortschritt ab. Das ist um so betrübender, als auch die wirthschaftliche Lage der Arbeiter nachträglich aus den Berichten als eine vielfach von direkter Nothlage beherrschte erscheint, so daß unsere Voraussage in Heft 23, IX. Jahrgang I. Band, durchaus bestätigt wird: die sozialpolitischen Unterbehörden strafen nachträglich die leichtfertige Ableugnung des Nothstandes im letzten Winter, die sich die oberste Reichsstelle vor versammeltem Parlamente leistet, in der grausamsten Weise Lügen. Unter andern Verhältnissen wäre daraus vielleicht etwas mehr Aufmerksamkeit und Liebe für die Gewerbeinspektion von Oben zu erhoffen. Wie die Verhältnisse jetzt liegen, aber wohl kaum. Und Wörishoffer's läßt man in Sachsen so bald noch nicht ins Amt kommen!

Ein Anwalt für nationale Trusts.

Von **Eduard Bernstein.**

Die Apologie der Großindustrie, welche Herr v. Schulze-Gävernitz in dem jüngst an dieser Stelle besprochenen Buch „Der Großbetrieb" angestimmt hat, war in der Hauptsache auf den Freihandel gestimmt. Nicht minder energisch, als es dort geschehen, wird das Lob der Großindustrie als Mutter der sozialen Erlösung in einer noch etwas früher als die Schulze-Gävernitz'sche Schrift erschienenen

Abhandlung gesungen, die ebenfalls einen jüngeren Oekonomen, Herrn Dr. Hermann Losch in Stuttgart, zum Verfasser hat, aber im Unterschied zur ersteren stark schutzzöllnerisch gefärbt ist. Dieser Gegensatz allein würde natürlich nicht genügen, uns nun doch zu einer ausführlicheren Besprechung der Losch'schen Arbeit zu veranlassen, wäre dieselbe weiter nichts als eine mit arbeiterfreundlichen Redensarten gespickte schutzzöllnerische Streitschrift. Aber das Buch „Nationale Produktion und nationale Berufsgliederung"* ist zwar unzweifelhaft eine Polemik gegen die Rückkehr des deutschen Reiches zum entschiedenen Freihandel, aber er zieht Themata in die Diskussion, deren Erörterung ungleich interessanter ist, als die der wirklich schon zum Ueberdruß abgehandelten Frage, ob der Schutzzoll oder der Freihandel unter den gegenwärtigen Verhältnissen für Deutschland das kleinere Uebel sei. Denn etwas Besseres, als daß sie das Letztere seien, weiß Herr Dr. Losch den bestehenden Schutzzöllen auch nicht nachzusagen.

Unser Autor ist offenbar kein Schutzzöllner im Sinne der schlesischen und rheinisch-westphälischen Industrie-Magnaten, denen der „Schutz der nationalen Arbeit" nur das Mittel ist, um unter dem Motto „Nach uns die Sintfluth" schamlosen Raubbau an der Arbeitskraft der Nation zu treiben. Er ist als Süddeutscher mit einem Tropfen demokratischen Oels ausgestattet und spricht es wenigstens offen aus, daß es sich für ihn nicht um Schutz des kleinen Handwerkers oder des kleinen Bauern handelt, sondern im Gegentheil darum, der mit den Kleinbetrieben verbundenen zwecklosen — oder vielmehr schädlichen — Vergeudung von Produktivkräften möglichst schnell ein Ende zu machen. Ohne die höchste Entwicklung der Technik und Produktivität der Arbeit kein Heil für die nationale Produktion und für die Nation der Produzenten — die Arbeiter.

Weitaus die größere Hälfte des Losch'schen Buches ist dem ziffermäßigen Nachweis gewidmet, welche enorme Verschwendung von Arbeitskräften die in Deutschland noch bestehende Zersplitterung der Industrie bedeutet. Er hat sich die Mühe genommen und auf Grund der Berufsstatistik von 1882 und der zu ermittelnden Zahlen über die jährliche Gesammtproduktion bezw. den Bedarf der verschiedenen gewerblichen und landwirthschaftlichen Erzeugnisse in Deutschland auszurechnen, wie viel Arbeitskräfte, bezw. Arbeitsstunden in den wichtigsten Betriebsgruppen hätten gespart werden können, wenn die Produktion statt in so und so viel großen, mittleren und kleinen Etablissements ausschließlich in Etablissements von der höchsten, zur Zeit gegebenen Leistungsfähigkeit vorgenommen worden wäre. Von der höchsten ist eigentlich schon zuviel gesagt, da Herr Losch meist nur den Durchschnitt der in Deutschland thatsächlich verwirklichten höchsten Leistungsfähigkeit in Anrechnung bringt, dieser aber oft ganz erheblich hinter dem anderwärts — vor Allem in Amerika — Erreichten und noch mehr hinter dem Erreichbaren zurückbleibt. Aber selbst bei seinen sehr mäßigen Abschätzungen gelangt Herr Losch dazu, für rund 10 930 000 im Jahre 1892 in Industrie und Landwirthschaft beschäftigte Personen eine Quote von rund 2 420 000 oder 22 Prozent „ersparbaren" Arbeitskräften rechnerisch nachzuweisen. Auf Grund dieses Resultates stellt er sodann folgende drei Thesen auf:

„I. Die durchschnittliche Arbeitszeit in den bearbeiteten Berufen kann, wenn sie thatsächlich 12 Stunden beträgt, auf 9,3 Stunden vermindert werden, ohne daß die Zahl und die Qualität der erzeugten Waaren sich verändern würde."

„II. Die nationale Waarenmasse kann, bei gleichbleibender Arbeitszeit, unter Zugrundelegung der jetzigen Technik, um 29 (wohl nur ein Druckfehler für 22)

* Leipzig, Duncker und Humblot. XII. 324 Seiten. 6 Mark.

Prozent in den bearbeiteten Berufen vermehrt werden, was eine Einkommenssteigerung für die Nation als solche um den gleichen Betrag bedeuten würde."

„III. Die Durchführung des zehnstündigen Arbeitstages für mindestens 11 000 000 volle Arbeitskräfte und in Ansehung der übrigen Verhältnisse hiermit für die gesammte deutsche Arbeiterbevölkerung und zwar bei gleichzeitiger mäßiger durchschnittlicher Lohnerhöhung ist gesichert, aber nur unter der Voraussetzung einer technisch auf voller Höhe der Zeit stehenden Betriebsorganisation mit nationaler Grundlage." („Nationale Produktion &c." S. 267.)

Die meisten unserer Leser werden diese „Thesen" nicht ohne ein Gefühl der Enttäuschung vernehmen. Wie, nur der zehnstündige Arbeitstag soll bei all den obigen Voraussetzungen „gesichert" sein? Wo bleibt da der achtstündige Arbeitstag, und wo die verschiedentlich von Sozialisten gehörte Behauptung, bei entsprechender Organisirung der Produktion genüge ein drei- oder vierstündiger Arbeitstag, die Gesellschaft so reichlich mit Produkten aller Art auszustatten, daß im Durchschnitt auf jeden Einzelnen ein doppeltes und dreifaches Quantum von Lebens- und Genußmitteln entfalle als heute? Wenn die Rechnung des Herrn Losch richtig ist, dann wären wir ja noch unabsehbar weit von dieser Möglichkeit entfernt, und selbst der achtstündige Arbeitstag Zukunftsmusik?

Nun, die Berechnung des Herrn Losch ist in der That nicht richtig. Wir haben schon oben bemerkt, daß sie keineswegs überall die höchste, bereits erreichte Produktivität in Ansatz bringt, sondern oft nur einen Durchschnittssatz der größeren Fabrikations-Etablissements. Ferner nimmt Losch unterschiedslos Geschäftsinhaber, Geschäftsleiter, Aufseher &c. mit den Arbeitern in eine Rubrik und reduzirt ihre Zahl im gleichen Verhältniß zur Zahl der wirklichen Arbeiter, was in sehr vielen Fällen entschieden zu wenig ist. Nur in ganz kleinen Betrieben, die im Großen und Ganzen mit der Hausarbeit zusammenfallen, ist der Meister zugleich Arbeiter, sobald er aber mehrere Arbeiter „beschäftigt," hört er erst auf, Vollarbeiter und dann überhaupt Arbeiter zu sein. Mit der Konzentration der Betriebe reduzirt sich daher die Zahl dieser „Meister" in viel stärkerem Verhältniß als die der Arbeiter, welche in der Berufsstatistik schon jetzt als Gehilfen und Arbeiter figuriren. Und ganz fehlerhaft ist es, wenn Herr Losch ersparbare Arbeitskräfte und ersparbare Arbeitsstunden als Gegenstände behandelt, von denen der eine schlechtweg so und so viele Einheiten oder Bruchtheile des andern darstellt, gemessen an der gegebenen durchschnittlichen Arbeitszeit. So liegen die Dinge in der großen Mehrheit der Fälle gar nicht mehr; in den kleinen und mittleren Betrieben herrscht heute die längste Arbeitszeit, während in den Riesenbetrieben, die Losch als Muster technischer Leistungsfähigkeit anführt, der zehnstündige Arbeitstag die Regel bilden dürfte. Die 22 Prozent Arbeitskräfte, die mit der allseitigen Steigerung der Technik frei würden — thatsächlich ist der Prozentsatz aber ein größerer — wären, in Arbeitsstunden übersetzt, nicht vom allgemeinen Durchschnitt, sondern vom Durchschnitt der leistungsfähigsten, technisch entwickeltsten Geschäfte in Abzug zu bringen. So kommen wir, in allem übrigen die heutige Gesellschaft mit ihren Arbeit vergeudenden Konkurrenzkämpfen, Geschäftsstockungen &c. vorausgesetzt, trotz alledem zum achtstündigen Arbeitstag, und eventuell auch darüber hinaus.

Nach Herrn Losch hat nun aber, vergleiche den — bei ihm doppelt — unterstrichenen Schlußsatz seiner dritten These, die Steigerung der Technik und die Konzentration der Betriebe der Verkürzung des Arbeitstages vorauszugehen, sind die beiden Ersten die unerläßliche Vorbedingung der Letzteren. „Kein Arbeiterschutzgesetz," schreibt er an anderer Stelle, „wirkt auf das Verhältniß der Arbeiter

zu der Technik lösend ein; man kann im Gegentheile nachweisen, daß diese Gesetzgebung eine direkte Begünstigung des technisch überlegenen Betriebes nach sich zieht, ohne den Arbeiter vor den anderweitigen Folgen einer derartigen Begünstigung zu schützen. Hat nicht das englische Volk längst ein besseres Arbeiterschutzgesetz als das deutsche, und findet man irgendwo mehr Paupers als in London oder Irland? Man hüte sich also, sich selbst und Anderen Sand in die Augen zu streuen. Nur eine neuzeitliche, zunächst nationalsoziale Produktionstechnik, die über der Stufe der gegenwärtigen Leistungen und Leistungsfähigkeiten steht, wäre im Stande, sichere und dauernde Abhilfe zu bringen.“ (S. 20 a. a. O.)

Wenn das heißen soll, daß die Arbeiter alle Maßregeln, welche direkt auf die Züchtung von Großfabrikanten abzielen, unterstützen, aber die Verkürzung des Arbeitstages als quasi von selbst eintretendes Resultat dieser Züchtung abwarten sollen, so kann dieser Anschauung nicht entschieden genug entgegengetreten werden. So richtig es ist, daß kein Arbeiterschutzgesetz an sich bereits die Frage der Technik für den Arbeiter aufhebt, so richtig ist es andererseits, daß noch überall die Arbeiterschutzgesetzgebung — um den von Dr. Losch gewählten Ausdruck zu gebrauchen — lösend auf die Technik eingewirkt hat. Gilt es also, für Deutschland, wie Herr Losch weiter schreibt, „alle rückständigen Elemente mit vollem Bewußtsein und rücksichtsloser Thatkraft möglichst rasch nachzuentwickeln“ (S. 21), so liegt um so mehr Anlaß für die Arbeiter vor, die Frage der gesetzlichen Verkürzung des Arbeitstages im Vordergrund zu halten. Indeß ist es nicht einmal die Technik und die mit ihr verbundene Oekonomie allein, was bei der Bestimmung des Arbeitertages in Betracht kommt, auch bei gleich entwickelter Technik sind durch zweckmäßige Eintheilung und Anordnung größere oder geringere Ersparungen an Arbeitszeit möglich, so daß auch aus diesem Grunde die Vertröstung auf den Tag der durchgeführten großindustriellen Entwicklung hinfällig wird. Dies natürlich mit der einschränkenden Anerkennung, daß die vorgeschrittenere Technik selbverständlich um so größere Verkürzung des Arbeitstages möglich macht.

Sind wir jedoch nicht geneigt, die übertriebenen Folgerungen, die Herr Losch aus der vielfach noch vorhandenen Rückständigkeit der Produktion in Deutschland zieht, zu unterschreiben, so sind wir doch nicht so in „nebelhaften“ Vorstellungen befangen, daß wir die Thatsache dieser Rückständigkeit selbst ignoriren wollten, wie Herr Losch auf S. 268 der Sozialdemokratie unterstellt. Er meint, dieselbe müßte, wenn sie heute die parlamentarische Herrschaft in die Hand bekäme, an der obigen, von ihr ignorirten Thatsache „sofort mit ihrem jetzigen Programm unfehlbar zerschellen,“ wobei ihm freilich, da sein Buch 1891 verfaßt wurde, das alte Gothaer Programm der Partei vorgeschwebt zu haben scheint. Das Schicksal dieses Programms wird ihn inzwischen überzeugt haben, daß die Partei, je mehr sie sich dem von ihm angezeigten Ziele nähert, was indeß nicht ohne gleichzeitige Entwicklung der thatsächlichen Verhältnisse im Sinne der Sozialdemokratie geschieht, um so mehr auch ihren Blick für die konkreten Thatsachen schärft.

Die Thatsache, daß die industrielle Entwicklung in Deutschland nur erst zu einem Theil auf der Höhe der Zeit sich befindet, bleibt also unbestritten. Wie will Herr Dr. Losch nun dem abhelfen? Er hat nicht das Vertrauen des Herrn v. Schulze-Gävernitz in die selbstthätig regulirende Kraft der Weltmarkt-Konkurrenz und will daher von einem Bruch mit dem System der Schutzzölle nicht viel wissen; „wir stehen,“ schreibt er, „weder so sehr in den Anfängen der Industrie, daß wir *nur* schützen müßten, noch sind wir so überlegen, daß wir nur *ganz* frei

alles ein- und ausgehen lassen könnten" (S. 295). Was noth thut ist vielmehr die „planmäßige Umgestaltung" der Produktionsverhältnisse durch das Mittel und unter der Kontrole „national-ökonomischer Trusts," die an die Stelle der heutigen privat-ökonomischen Trusts treten sollen. Der national-ökonomische Trust ist eine Kombination, bestehend aus den Unternehmer- und Arbeiterverbänden der einzelnen Berufszweige. Ueber die Zweckmäßigkeit dieser Verbände selbst sei jede Diskussion heute überflüssig, sie seien als Produkt der ökonomischen Nothwendigkeit entstanden und vermehrten sich zusehends, ob man sie gutheiße oder nicht. Je mehr aber die Verhältnisse sich entwickelten, um so mehr stelle sich heraus, daß der treibende Gegensatz, um den es sich dabei in erster Linie handelt, weniger der soziale Gegensatz zwischen Unternehmern und Gehilfen sei, als der ökonomisch-technische Gegensatz zwischen den Betriebsformen. Deutlich zeige sich dies im Buchdruckergewerbe, wo die kleinen und mittleren Druckereien sich als die geschworenen Feinde der von den Vertretern der großen Druckereien im Verein mit den organisirten Arbeitern behufs Schaffung gesunder Verhältnisse getroffenen Vereinbarungen erwiesen, durch Lehrlingszüchterei und ähnliche Auskunftsmittel die ärgste Schmutzkonkurrenz betrieben.

Herr Losch drückt sich nun nicht ganz unzweideutig darüber aus, wie der „nationale Trust" in diesen „Kampf zwischen den Betriebsformen" eingreifen soll, aber indirekt läßt sich aus seinen hierauf bezüglichen Ausführungen folgern, daß die amerikanische Methode, die leistungsunfähigen Geschäfte, wo man sie nicht anders „aufsaugen" kann, auf irgend eine konvenable Weise auszukaufen, ihm als nachahmungswerthes Beispiel erscheint. Dabei soll aber jeder einzelne Trust unter genauer Kontrole der Oeffentlichkeit, d. h. der „anderen Unternehmer- und Arbeiterverbände" (S. 299) stehen. So aufgefaßt, sei der „national-ökonomische Trust" „die Zunft der Zukunft." Die Bewirthschaftung des Grund und Bodens müßte der Kontrole und zum Theil auch den direkten Anordnungen eines landwirthschaftlichen nationalen Kulturraths unterworfen werden. Inwieweit hier „die Besitzverhältnisse sich dem nationalen Nutzen entgegenstemmen wollten, müßten sie eingeschränkt werden." Ob dies auch für die Industrie gelten soll, ist wiederum aus dem Buch nicht deutlich zu ersehen. Ein sehr beifällig kommentirtes Zitat aus der Zahn'schen Abhandlung über die Verhältnisse im Buchdruckergewerbe läßt vermuthen, daß die dortige Bemerkung, Konzentration der Betriebe sei nicht gleichbedeutend mit Konzentration der Vermögen, da die größten Druckereien heute schon Aktiengesellschaften gehörten, die Frage auch für Herrn Dr. Losch erledige. Es will uns aber scheinen, als ob es gerade Herrn Losch nicht an Gelegenheit fehlte, sich zu überzeugen, daß die Idee der Dezentralisation der Vermögen durch das Mittel der Aktiengesellschaften eine arge Mythe ist.

Indeß es liegt uns mehr daran, den Ideengang seiner Schrift hier darzulegen als seine Vorschläge zu kritisiren. Für den Politiker des Tages sind sie „Zukunftsmusik," als solche aber nur in Einzelnheiten und der Art und Weise ihrer Motivirung neu. Interessanter als sie ist der symptomatische Charakter der Schrift als Ganzes genommen. Von einem Manne herrührend, der als der Privatsekretär eines der reichsten süddeutschen Industriellen — des Kommerzienraths und nationalliberalen Abgeordneten Siegle-Stuttgart — dem praktischen Geschäftsleben sehr nahe steht, ist sie zweifelsohne ein bemerkenswerthes Zeichen der Zeit. Sie ist ein drastisches Zeugniß mehr dafür, wie den intelligenteren Kreisen des deutschen Bürgerthums das Vertrauen in die Lebenskraft seiner politischen und ökonomischen Institutionen rapide abhanden kommt, sie ist das

halb bewußt und halb unbewußt ausgesprochene Bekenntniß, daß die Lage, in welche Deutschland durch die Politik seiner herrschenden Klassen gebracht worden ist, immer mehr eine unhaltbare wird, und daß es ohne einen totalen und radikalen Bruch mit der ganzen bisherigen Regierungspraxis einfach nicht mehr geht. Ein Bewunderer Bismarck's, als den Herr Losch sich zu erkennen giebt, bricht den Stab über das doch gerade durch Bismarck's Gewaltpolitik so maßlos geförderte Wachsthum des Militarismus und jammert über Deutschlands Stellung zu den Kulturnationen; ein Schutzzöllner erklärt Deutschlands zoll- und handelspolitische Situation für so verfahren, daß sie durch rein zollpolitische Maßregeln gar nicht mehr ins Geleise gebracht werden kann.

Was ist in der That das treibende Motiv für Herrn Losch's merkwürdiges Pronunciamento zu Gunsten der möglichst schnellen direkten und planmäßigen Zentralisirung der Industrien Deutschlands in eine Anzahl von national geleiteten Riesenbetrieben? Die Furcht — und wir fügen hinzu die sehr berechtigte Furcht — vor Amerika und den aufkommenden Industriestaaten oder -Reichen der neuen Welt. Er sieht den Moment herannahen, wo Europa und vor Allem gerade Deutschland von der Konkurrenz derselben auf den außereuropäischen Märkten erdrückt und selbst auf den heimischen Märkten von ihnen bedroht wird, und er sieht ein, daß es lächerlich wäre, von einer Erhöhung der Schutzzölle Hilfe dagegen zu erwarten. Er wagt blos nicht, die Oeffnung der bestehenden Zollschranken zu befürworten und die doch lange genug geschützte deutsche Industrie im freien Wettbewerb mit der anderer Länder ihre Konkurrenzfähigkeit erweisen zu lassen. Warum aber diese für einen nationalgesinnten Deutschen so beschämende Verzagtheit? Weil Herr Losch sieht, wie der Alp des M i l i t a r i s m u s, der auf Deutschland lastet, es in steigendem Maße seiner geistigen und ökonomischen Spannkraft beraubt. In wie hohem Grade aber die Thatsache dieses Druckes die Frucht des feudal-bourgeoisen Regierungssystems ist, wie es von Bismarck mit Hilfe des Nationalliberalismus in Deutschland zwei Jahrzehnte lang ausgeübt wurde und unterm „Neuen Kurs“ noch munter fortwuchert, braucht hier nicht besonders dargelegt zu werden. Freilich, auch in Amerika, in Australien herrscht die Bourgeoisie, und wir sind die Letzten, die dortigen Zustände für Muster sozialer Vollkommenheit anzusehen, aber in jenen Ländern herrscht die Bourgeoisie wenigstens nach modernen Prinzipien und entfaltet alle ihre Kräfte nach der Seite hin, wo ihre eigentliche historische Aufgabe liegt, der Seite der industriellen Entwicklung, während die Bourgeoisie Deutschlands das halbe Mittelalter noch mit sich herumschleppt. Kein Wunder, daß ihr der Athem schon ausgeht, wo jene noch mit voller Lungenkraft ihr Geschäft versieht.

„Der wirthschaftliche Kampf zwischen Nordamerika — vielleicht bald ganz Amerika — und Europa beruht nur zum Theil auf Vortheilen Amerikas, welche die alten Kulturländer Europas nicht besitzen, nämlich auf noch herrenlosen oder öffentlichen Ländereien. V i e l m e h r a l s d i e s e V o r t h e i l e h a b e n w i r z u f ü r c h t e n d i e g e i s t i g e B e w e g u n g i n N o r d a m e r i k a, die alle wissenschaftlichen und technischen Errungenschaften unseres Jahrhunderts in den Dienst der heimischen Landwirthschaft stellt. Noch steht die geistige Kraft, die Pflege der Wissenschaft in Europa höher als in Nordamerika. Aber was wir erringen auf diesem Gebiet, das dient nur dazu, unsere Kriegswaffen zu vervollkommnen und den landwirthschaftlichen Fortschritt aufzuhalten. . . . Europa steht an der Schwelle einer Kriegsepoche, die wahrscheinlich die Kultur von Jahrhunderten vernichten wird. Dieser Zustand von Selbstvernichtung, der furchtbare Aufwand von Kraft, um die Schrecknisse eines allgemeinen Völkerkrieges so lange wie möglich hinaus-

zuschieben, das macht es Europa so schwer, die Konkurrenz des freien und jugendkräftigen Amerikas zu ertragen, das seine ganze Kraft verwendet zu bürgerlicher Arbeit und zum Fortschritt der menschlichen Kultur. Wir haben in Europa mit jenen Faktoren einer gefährlichen Kulturepoche zu rechnen. Keine Macht der Welt scheint den Kulturniedergang des alten Europas aufhalten, das Aufsteigen des jungen Amerikas hindern zu können. Das Einzige, was die geistigen Führer der europäischen Völker noch thun können, ist: alle Errungenschaften der Wissenschaft, insbesondere der Naturwissenschaft, in den Dienst der wirthschaftlichen Produktion zu stellen, um durch die sparsamste Ausnutzung der Naturkräfte die furchtbaren Lasten des bewaffneten Friedens erträglich zu machen."

So heißt es in einem 1890 in Tübingen erschienenen Werk über die amerikanische Landwirthschaft, verfaßt auf Grund einer Studienreise in den Vereinigten Staaten von Professor Martin Wilkins. Herr Losch leitet diese Ausführungen, die er als „vorzüglich" bezeichnet, und denen er wünscht, daß sie und ähnliche Stimmen dahin dringen mögen, „wo über die Geschicke der westeuropäischen Völker entschieden wird" (S. 16) mit folgendem Räsonnement ein, das unserer Ansicht nicht minder werth ist, weithin gehört zu werden:

„Es handelt sich nicht mehr um das ‚europäische Gleichgewicht,' sondern um das ‚planetare' Gleichgewicht. Die früher das Interesse der europäischen Staaten beherrschenden innereuropäischen Einzelfragen, Dynastien- und Nationalitätenkämpfe sind freilich noch ebenso da wie ehedem, ihre thatsächliche quantitative Bedeutung ist vielleicht sogar noch gestiegen; aber sie beginnen doch allmälig vergleichsweise zusammenzuschrumpfen dem großen wirthschaftlichen Welttheilskampfe gegenüber, der zwischen der alten und neuen Welt ausgekämpft werden wird.

„Auch die größte Differenz zwischen den mitteleuropäischen Einzelstaaten müßte unbedingt beigelegt werden, wo es sich um gemeinsame Nothwehr Amerika und Rußland gegenüber handelt. So fängt denn auch die europäische Kriegsbereitschaft an, das Gegentheil von dem thatsächlich zu bewirken, was ihr eingebildeter Zweck ist, nämlich materielle Sicherung der Existenz dieser Völker im Kampfe ums Dasein. Niemand wird freilich angesichts der Verwicklung europäischer Macht und Staatenverhältnisse sagen wollen, daß eine allgemeine Abrüstung sofort möglich oder unbedingt nöthig sei. Aber unbedingt nöthig ist es, daß die öffentliche Meinung in Mitteleuropa darüber sich gar keinen Täuschungen hingiebt, daß die europäische Kriegsbereitschaft der Einzelstaaten unter sich selbst zu einer Existenznebenfrage zu werden beginnt, daß dieselbe, der Verschiebung der Weltverhältnisse folgend, sich umgestalten müßte zu einer gemeinsamen, zunächst (!!) wirthschaftlichen Kriegsbereitschaft dem jungen Produktionsriesen Nordamerika gegenüber!" (S. 14.)

Das ist 1891 geschrieben, als noch kein Mensch etwas davon wußte, daß die Reichsregierung so bald mit einer neuen und obendrein so schweren Mehrforderung für das Heer herausrücken werde. Aber darum ist es sicher mit allen seinen Wenns und Abers nur um so passender als Kommentar zu derselben. Uebrigens läßt es Herr Losch nicht daran fehlen, diese Wenns und Abers selbsthändig zu widerlegen. Wie er die wirthschaftlichen Nachtheile der industriellen Rückständigkeit Deutschlands ziffermäßig berechnet, so ist er auch alsbald bei der Hand, die Doppelbelastung, welche die Kriegsbereitschaft für Deutschlands Industrie und Landwirthschaft bedeutet, dem Leser rechnerisch vor Augen zu führen. Während von 1871—1888 in den Vereinigten Staaten die Ausgaben für Heer und Marine pro Kopf der Bevölkerung von 5,98 Mark auf 3,8 Mark gefallen sind, sind die des Mitteleuropäers in derselben Zeit von 8,66 Mark

auf 10,8 Mark und daneben trotz sinkenden Zinsfußes auch die Ausgabe für die Staatsschulden gestiegen, die letzteren in Amerika dagegen noch rapider gefallen. Den Ausfall aber an Produktwerthen, den die Erhaltung der stehenden Heere für Mitteleuropa bedeutet, berechnet Herr Losch mit rund vier Milliarden Mark im Jahr. Wie viel geistige und moralische Kraft der Militarismus lahmlegt, läßt sich natürlich nicht in Zahlen ausdrücken, aber die Staaten der Neuen Welt deduziren es dem alten Europa jeden Tag deutlicher vor.

„Kleine Feindschaften beim Herannahen großer Gefahren festzuhalten und dadurch zu unvermeidlicher Selbstvernichtung werden zu lassen, das ist das Zeichen kleiner Geister und schwacher, in Auflösung begriffener Individuen und Völker“ (S. 18), ruft Herr Losch am Ende dieser Betrachtung aus. Nun, wer ist es denn, der diese „kleinen Feindschaften“ Europas festhält, und wenn es darüber zum Vernichtungskriege „bis aufs Weißbluten“ kommen sollte? Wer hat die Frage, die die Völker Westeuropas zu immer neuen Opfern für den Moloch des Militarismus nöthigt, für ein Noli me tangere erklärt, jeden Gedanken an eine andere Regelung derselben als die jetzige als Hochverrath verpönt? Wer anders als derselbe Bismarck, den Herr Losch in einem Athemzug mit dem von ihm verehrten Friedrich List als einen der großen Geister Deutschlands bezeichnet und als Beispiel hinstellt? Und wer hat ihm mehr zugejubelt als die Parteien, die sich die deutsch-nationalen nennen, und denen Herr Losch, wenn nicht formell so doch geistig angehört? Und Leute, die in der politischen Frage sich so durch und durch als Kleingeister gezeigt, nicht im Stande, mit den halbmittelalterlichen Vorurtheilen des Eroberungsrechts zu brechen, sollten in ökonomischer Hinsicht sich zu einer Reformpolitik, wie sie Herr Losch vorschlägt, aufschwingen wollen oder können? Das glaubt er wohl selbst nicht. Die Gefahren, die er signalisirt, sehen sie sicherlich auch — wer sieht sie heute nicht? — aber zu den Maßnahmen, die allein im Stande wären, sie abzuwenden, entschließen sie sich nicht. Hieße es doch, auf ihre Klassenvorrechte verzichten, ein System aufgeben, an dem ihre ganze Klassenherrlichkeit hängt.

Friedrich Engels hat in seinen Artikeln im „Vorwärts“ über die Abrüstungsfrage überzeugend nachgewiesen, daß jetzt der Moment wäre, wo Deutschland ohne Gefahr für seine militärische Sicherheit die Initiative in dieser Frage ergreifen könnte. Aber der Moment wird verpaßt werden. Der Zopf oder der Rattenkönig von Zöpfen, der Deutschland im Nacken hängt, erlaubt ihm seine Benutzung nicht. Wie die Bourgeoisie sich an ihre formellen Herrschaftstitel klammert und nicht von ihnen läßt — man vergleiche die famose Wahlreform in Preußen —, so die Bureaukratie, so das Agrarierthum, so die Monarchie von Gottesgnaden. Der Militärstaat würde sich ja selbst negiren, wenn er auf das göttliche Recht des Schwertes verzichtete.

So bleibt das Buch des Herrn Losch lediglich ein Symptom der gegenwärtigen wirthschaftlichen und politischen Lage Deutschlands, ein unbeachteter Nothschrei eines selbst noch in allerhand Halbheiten stecken Gebliebenen gegen die Halbheit unserer Tage. In der That, wie er in politischer Hinsicht sich scheut, die Konsequenzen seiner Vordersätze offen auszusprechen, so geht Herr Losch auch bei seinen ökonomischen Untersuchungen nie der Sache ganz auf den Grund. Er hat ein offenes Auge für die Thatsachen, und so weit er sich an diese hält, ist sein Buch lesenswerth und bietet allerhand des Interessanten. Aber so bald er auf theoretische Fragen zu sprechen kommt, wird er oft recht oberflächlich. Er wirft der Sozialdemokratie ihre Abstraktionen vor. Statt uns in eine Polemik mit ihm einzulassen, hier nur eine Bemerkung.

„Der wissenschaftliche Sozialismus,“ schreibt er am Schluß, „hat sich in eine abstrakte Kritik des ‚industriellen Produktionsprozesses der kapitalistischen Aera‘, in eine nebelhafte Internationalität verrannt,“ aber ist es nur ein zufälliges Zusammentreffen, daß dieser selbe Sozialismus nicht nur, wie Losch selbst sagt, „der lebendigste Arm der theoretischen Nationalökonomie,“ sondern auch der kräftigste Faktor im öffentlichen Leben Deutschlands ist?

Notizen.

Die unbefleckte Empfängniß. Von verschiedenen Freunden unseres Blattes sind wir darauf aufmerksam gemacht worden, daß in dem Artikel von Lafargue in der Nummer 27 der „Neuen Zeit“ das Wort „unbefleckte Empfängniß“ falsch angewendet werde, da es nicht die Mutterschaft einer Jungfrau bedeute, die es in dem Artikel bedeuten soll.

Seinem Wortsinne nach ist der Ausdruck in diesem Zusammenhange keineswegs unrichtig angewendet. Das Wort „Empfängniß“ wird gebraucht sowohl mit subjektivem, wie mit objektivem Genitiv (Sanders, Wörterbuch der deutschen Sprache). Die Empfängniß Mariä kann sowohl bezeichnen, daß Maria empfangen wurde, wie auch, daß sie empfangen hat.

Die katholische Kirche versteht unter der Empfängniß Mariä allerdings nur das erstere Ereigniß. Im kirchlichen Sinne sagt also das Wort „unbefleckte Empfängniß Mariä“ nicht, daß die Mutter Jesu während und nach der Empfängniß ihres Sohnes Jungfrau geblieben ist, sondern daß sie unbefleckt, ohne Erbsünde empfangen worden ist, aber in gewöhnlicher, fleischlicher Umarmung. Dieses letztere Dogma ist viel später entstanden als die Legende von der Jungferngeburt Christi und hat viele katholische Theologen veranlaßt, sich die Erforschung der Geheimnisse der Zeugung und Empfängniß besonders angelegen sein zu lassen. Und sie haben auf diesen Gebieten Entdeckungen gemacht, von denen sich unsere Mediziner nichts träumen lassen.

Sie haben herausgefunden, daß der Vorgang der Empfängniß aus mehreren Momenten besteht, die, wenn nicht der Zeit, so doch „wenigstens der Natur“ nach auseinanderfallen. Nur einem dieser Momente der Zeugung Mariä kommt das Privilegium der Unbeflecktheit zu, die andern sind ebenso sündhaft, wie dergleichen Momente zu sein pflegen.

„Vor Allem ist daher gar keine Rede,“ heißt es in Wetzer und Welter's Kirchenlexikon, 2. Aufl. 1886, Artikel „Empfängniß,“ „von der Unbeflecktheit der Eltern im Augenblicke der ehelichen Verbindung (conceptio activa, besser generativa genannt). Aber auch das Empfangenwerden (conceptio passiva) des Kindes läßt sich nicht schlechthin als Subjekt des Privilegiums betrachten. Denn wenn man dabei an diejenige conceptio passiva denkt, welche unmittelbar Produkt und Inhalt der Verbindung der Zeugungsprinzipien ist (conceptio seminis, s. carnis, auch conceptio inchoata personae) und der Zeit oder wenigstens der Natur nach der Eingießung der vernünftigen Seele vorausgeht, so schließt dieselbe noch keineswegs die Person Mariä in sich ein. Auf jeden Fall kann das Privilegium nur derjenigen passiven Empfängniß zukommen, welche von den späteren Theologen conceptio passiva adaequata et consummata, von den älteren Vertheidigern der Lehre conceptio germinis (im Gegensatz zur conceptio seminis) und conceptio spiritualis oder personalis, zuweilen auch vitalis oder animalis (im Gegensatz zur conceptio carnis) genannt wurde und mit der nativitas personae in utero zusammenfällt“ u. s. w.

Welcher Aufwand an lateinischen Worten! Aber wir glauben selbst, daß die deutsche Sprache nicht ausreichend wäre zur Erörterung der Frage, wann und wie die bereits befruchtete, mit Leben begabte Eizelle im Körper der Mutter auch noch

mit einer selbständigen unsterblichen Seele begabt wird, ein übersinnlicher Vorgang, der durch ein so grobsinnliches Ding, wie eine Samenzelle, herbeigeführt wird.

Mit der unbefleckten Empfängniß, um die es sich im Sinne der eben zitirten Ausführungen handelt, hat die Untersuchung Lafargue's selbstverständlich nichts zu thun.

Der Fleischkonsum in Paris hat sich seit fünf Jahren nicht gehoben, er ist eher zurückgegangen, trotz der gleichzeitigen Zunahme der Bevölkerung, er hat also relativ abgenommen. Es betrug der Konsum von Fleisch aller Arten Millionen Kilogramm:

1887	1888	1889	1890	1891
185	186	193	180	185

Den Aufschwung 1889 bewirkte die Weltausstellung.

1891 war genau genommen, der Fleischkonsum noch geringer als 1887. In letzterem Jahre betrug er 184 922 376, 1891 dagegen 184 847 654 Kilogramm.

Bekanntlich ist auch in verschiedenen Städten Deutschlands und Oesterreichs in letzter Zeit ein Rückgang des Fleischkonsums konstatirt worden. Was sagt Herr Professor Julius Wolf dazu?

Feuilleton.

Lilith.

Novelle von **K. v. Perfall.**

(Fortsetzung.)

II.

Demeter Melander zog vergeblich seine Erfahrung zu Rathe, er kam zu keiner klaren Ueberzeugung betreffs seiner neuen Bekanntschaft. Entweder war sie Wild, das arglos in die Netze ging, mit welchen man sie von allen Seiten umstellte, oder Jägerin, die selbst ihre Netze stellte und er das auserkorene Wild.

Ihre Erzählung trug den Stempel der Wahrheit und veranlaßte ihn zur ersten Annahme. Ihr Benehmen nach Eintritt seiner Kollegen machte ihn mißtrauisch. Die Freiheit desselben verdroß ihn, obwohl es natürlich, ungezwungen war und mehr dem natürlichen Bedürfniß nach Heiterkeit und Lebenslust entsprungen zu sein schien, als einer frivolen, leichten Denkungsart.

Warum verdroß es ihn überhaupt? — Das war für ihn ein bedenkliches Symptom. — Auf einer Redoute! Ein unbekannter hübscher Domino, der eine unglaubliche Geschichte erzählte! Stand er denn noch in den Jünglingsschuhen? Als er in seine Wohnung kam, war er fest entschlossen, morgen nicht zu dem Friseur zu gehen, Luschin sollte sein Modell für sich behalten, er konnte es ja momentan gar nicht verwenden, mit einem Werk beschäftigt, das seine ganze Kraft in Anspruch nahm.

Als er sich früh morgens vor seine Staffelei begab, machte er sich bittere Vorwürfe, der Arbeitsgeist fehlte ihm, er war zerstreut. Das kommt von diesem Nachtschwärmen. Was hatte er auf einer Redoute zu thun? Anstatt an seiner Meer-Idylle zu arbeiten, kritzelte er alle möglichen Figuren auf den Rand, das hatte er noch nie gethan, und was für Figuren! Einen eleganten Domino. Ein Weib, das sich in sein langes Haar hüllt, wie man es in Zeitungsannoncen

sieht; einen Mephisto! Das war doch zu dumm! Er warf die Kohle weg, zog seinen Pelz an und eilte ins Freie. Der Tag ist doch verloren.

Eine Stunde später fand er sich vor dem Friseurladen des Herrn du Rose. Die wächserne Frau lachte mit den langen Zöpfen, sah ihn mit starren, erstaunten Augen an, wie vor Jahren das kleine hungernde Mädchen, und wie dieses ging er zwei Mal daran vorüber, bis er plötzlich eintrat, er mußte sich ohnehin rasiren lassen. Ein junger Mensch machte sich über ihn her, er las die Abonnentenzettel, welche im Spiegel steckten, besah die bunten Reklamen an der Wand. Odalisken mit rosarother Haut, Aphroditen im Strahlenglanz der aufgehenden Sonne, einen Flacon haltend, plötzlich blieb sein Auge an einer derselben haften. — Ein nacktes Weib stand triumphirend auf einem Globus, sie hüllte die vollen Formen in ihr schwarzes Haar, welches noch die halbe Kugel bedeckte — Exzelsior stand darunter. Hinter einer wohlverschlossenen Portière hörte man leises Flüstern, das Hantiren mit Kämmen, Bürsten und Brenneisen.

„Das Damenkabinett," flüsterte der Gehilfe, auf einen fragenden Blick seines Kunden. „Der Herr studirt."

Demeter fühlte eine heftige Erregung.

Lilith war nebenan, er blickte auf Exzelsior und horchte gespannt auf jeden Ton nebenan. Ein Duft wie aus einem Treibhaus drang heraus. Das war die ermattende, jede Kraft lösende Atmosphäre, von der Lilith sprach.

„Kann ich Herrn du Rose einen Augenblick sprechen?" fragte er den Gehilfen.

„Gleich, mein Herr, den Augenblick," ließ sich eine Stimme hinter dem Vorhange vernehmen.

Demeter war noch unschlüssig, ob er nicht nach irgend etwas Anderm fragen sollte — ein Stuhl wurde gerückt, ein Kleid rauschte, — du Rose trat heraus, die Falten des Vorhanges sorgfältig hinter sich schließend.

Ein magerer, schlanker Mann mit tadellos gedrehtem Schnurrbarte, üppigem, gerade emporstehendem, schneeweißem Haupthaar, kleinen weibischen Zügen und apfelrothen Wangen.

„Mit was kann ich Ihnen dienen?"

„Mein Name wird Ihnen wohl bekannt sein, Maler Demeter Melander."

„Melander! Gewiß! Wäre nicht übel, Demeter Melander." Du Rose verbeugte sich galant.

„Es handelt sich um einen großen Gefallen, den Sie mir erweisen können. — Sie haben eine Dame im Geschäft —" Herr du Rose räusperte sich, auf der kleinen Stirne erschienen Fältchen — „mit seltem schönen Haar, ein Kollege hat es mir verrathen — wenn Sie mir nur einige Sitzungen gestatten würden, ich würde mich in irgend einer Weise erkenntlich zeigen — es ist so schwer — Fräulein Lilith —"

„Lilith! Wer ist Lilith?" fragte du Rose mit strengem Ausdruck, den man diesem Gesichte gar nicht zugetraut hätte.

Demeter fühlte, daß er eine Dummheit gemacht.

„Pardon, ich habe den Namen vergessen, Fräulein —"

„Marie heißt sie. Fräulein Marie ist kein Modell, Fräulein Marie will sich in meinem Geschäfte ausbilden, Fräulein Marie ist ein braves, unverdorbenes Mädchen, allerdings mit einem Haar, das nicht nur schwer, wie Sie eben bemerkten, sondern überhaupt nicht zu finden ist." Du Rose glühte jetzt, die weiße Mähne zitterte. „Ich glaube nicht, daß die Dame — zu Ihren Zwecken würde ja auch falsches genügen, ich habe die schönsten Muster." Mit einem Sprunge war er

auf einer kleinen Stellage, riß zwei Kartons aus einem Fache, öffnete sie und hielt Demeter mit einem leuchtenden Blick Frauenhaare in allen Längen und Farben entgegen, schüttelte sie, warf sie sich mit einer raschen Bewegung malerisch über die Schulter. „Da thut es ja irgend ein Modell, das läßt sich täuschend arrangiren, steht jederzeit zur Verfügung.“

Demeter mußte trotz seines Verdrusses lachen. „Warum haben Sie dieses Auskunftsmittel nicht auch Herrn Luschin angerathen?“

Du Rose wurde sichtlich verlegen. „Das ist nicht von Herrn Luschin, ich bat ihn dringend, darüber zu schweigen — Sie wissen ja selbst, ein junges Mädchen schadet sich damit — einmal kann man ja gefällig sein, ausnahmsweise — Fräulein Marie wird selbst nicht —“

Du Rose blieb die Rede stecken, ein schwerer blonder Zopf entglitt seinen Händen, unter der geöffneten Portière stand Marie, in einen weißen Pudermantel gehüllt. Eine künstlerisch geflochtene schwere Krone schmückte ihr Haupt, während der reiche Ueberfluß, geschmeidig, sammtweich, wie ein dichter Schleier herabfloß über den weißen Mantel. Herr du Rose war offenbar in seinem Meisterwerke gestört worden. Ein schalkhaftes Lächeln gab ihr etwas kindliches, gegen welches das tiefe, träumerische Auge, über welches die dunklen Schatten der Haarfluth lagen, einen starken Kontrast bildeten. Die Formen gereifter Weiblichkeit von gestern erschienen jetzt unter dieser dunklen Fülle zart, sprossend.

Demeter war überrascht, begeistert. „Wild, nicht Jägerin!“ zuckte es unwillkürlich in ihm auf, er vergaß auf du Rose, er hätte auch auf die Vorsicht vergessen, wenn ihn nicht ein warnender Blick getroffen hätte.

„Ich darf Sie malen? Nicht wahr, ich darf?“

Dem Mädchen entging der Eindruck nicht, den sie auf Demeter machte, sie empfand eine innere Befriedigung, eine süße Rache für seinen Verdacht gestern Abend.

„Wenn Herr du Rose es erlaubt.“

„Er erlaubt es aber nicht, er bietet mir seine Zöpfe an für Sie, für Sie Li . . .,“ er verbesserte sich rasch, „Fräulein Marie.“

Das Mädchen lachte. „Nun, Herr du Rose, was sagen Sie dazu?“

Der Friseur packte zornig sein Haar ein und klappte die Deckel zu.

„Was soll ich dazu sagen, meine Tochter bist Du nicht. Wenn Du meine Tochter wärest, abschneiden thäte ich Dir sie lieber, Deine Haare — Du hast ja Deinen freien Willen — Du kannst ja ganz gehen zu den Herren Malern — wirst schon sehen, wie weit Du kommst damit. — Bitte, mein Herr, wenn Fräulein Marie will, mir soll's recht sein.“

Damit stürmte er mit einem wüthenden Griff in die weiße Mähne durch die Portière ab.

„Lassen Sie ihn nur, in einer Stunde ist er wieder beruhigt. Liegt Ihnen denn wirklich so viel daran? Er hat am Ende nicht Unrecht, Herr du Rose. Ich fühle das selbst.“ Sie schlug die Augen nieder und erröthete auffallend.

Demeter war entzückt davon.

„Alles liegt mir daran und ich verspreche Ihnen, daß Sie das bei mir nicht fühlen sollen. Also Morgen, nicht wahr, um neun Uhr und bringen Sie es ins Reine mit Herrn du Rose, er meint es doch recht gut mit Ihnen.“

Sie reichte ihm die Hand, eine Strähne Haare verwickelte sich darin, sie fühlte sich an wie das frische Gespinnst der Seidenraupe. (Fortsetzung folgt.)

Für die Redaktion verantwortlich: Georg Baßler in Stuttgart.



Nr. 31. XI. Jahrgang, II. Band. 1892-93.

Das Maifest des Proletariats.

↗ Berlin, 19. April 1893.

Da das Weltfest der Arbeit zum vierten Male wiederkehrt, mit Hand und Herz und Mund begrüßt, so weit das Proletariat in stolzer Kraft sich aufbäumt gegen das verwitternde Joch des Kapitals, ist es gewaltiger noch emporgeschossen und seine Krone wölbt sich mit vollerem Laube über den Erdkreis. Eine junge schöne Esche von dreißig Fuß Höhe und dabei so gerade, wie nur je ein Pfeil war, den ein englischer Freisasse auf seinen Bogen legte: so schilderte Dickens in Barnaby Rudge den Maibaum, der vor hundert Jahren vor einem englischen Hause stand, aber er meint, in alten Tagen hätte sich der Maibaum noch viel kräftigerer Verhältnisse erfreut. Viel kräftigerer Verhältnisse, und doch war dieser alte Maibaum ein dünnes Zweiglein, verglichen mit dem neuen Maibaum, den das moderne Proletariat gepflanzt hat. Er hält den Erdball mit anderer Kraft umklammert, als die Weltesche der germanischen Göttersagen ihn hielt.

Nicht ohne Grund lenkt sich der Blick an dem Maienfeste des Proletariats immer wieder auf die Feste der Vorzeit. Aus uralten, aber niemals völlig erloschenen Empfindungen und Erinnerungen heraus ist die Wahl des proletarischen Festtags gerade auf den ersten Mai gefallen. Indem sich die Vorgeschichte der Menschheit ihrem Ende nähert, kehrt sie zu ihrem Anfange zurück. Sie hat sich vollzogen in Kreisen, die sich spiralförmig aufwärts wanden, bis der Endpunkt gerade über den Ausgangspunkt zu liegen kommt. Vor einem Jahre warfen wir an dieser Stelle einen Blick auf einen dieser Kreise; wir sahen, daß der erste Mai auf höherer und weiterer Stufenleiter wieder ein Tag der Unterdrückten geworden ist, wie er es vor tausend und mehr Jahren war. Aber die Kette der Zeiten läßt sich rück- und vorwärts noch weiter verfolgen, und das Maienfest der sozialistischen Gesellschaft wird auf höherer und weiterer Stufenleiter dasselbe sein, was der Maitag der Urzeit war.

Die alten Natur- und Volksreligionen vermittelten dem Menschen das Verständniß der Natur, so lange es keine Naturwissenschaft gab. Wenn der Mensch das Wirken der Naturgewalten nicht als gesetzmäßig begreifen kann, so empfindet er es als willkürlich, und als Schlüssel zu ihrem Räthsel hat er nur den Vergleich mit seinem eigenen Wesen. Nach seinem Bilde schuf er seine

Götter; er vergötterte die Kräfte der Natur, indem er sie vermenschlichte. Und sie alle der Reihe nach so, wie er ihnen am ehesten unterworfen war: im Mittelpunkte der ältesten germanischen Götter, der Wanen, steht die Erde, von deren Früchten und Wurzeln der wilde Mensch in seinen ersten Anfängen sich nährte, die alte Erdmutter Hel, die Verhohlene, Verborgene, von der alles Dasein ausgeht und zu der alle Kraft zurückkehrt, die Göttin des erwachenden und erbleichenden Lebens. Aber neben der Erde empfindet der erwachende Mensch bald seine Abhängigkeit von Wasser, Feuer, Luft. Sie alle weisen zum Himmel und neben die Götterdynastie der Wanen tritt die Götterdynastie der Asen: Wotan, der Gott der alles durchdringenden Luft, Donar, dessen Hammerwurf sich im Donnerkeile des Blitzes kündet, Tius, der herrschende Allnährer, der Himmel selbst.

Die älteren Wanen waren weiblichen, die jüngeren Asen männlichen Geschlechts, und langsam, aber unaufhaltsam verschwinden die Wanen vor den Asen. Mit einer fein und fest begründeten Hypothese sieht Lamprecht, der bedeutendste bürgerliche Geschichtsforscher der deutschen Gegenwart, in seiner Deutschen Geschichte in dieser Umwälzung der altgermanischen Mythologie die erste große Revolution des menschlichen Geschlechts, die Umwälzung vom Vater- zum Mutterrechte, sich wiederspiegeln. Das Symbol des verborgen gebärenden Erdenschoßes verliert seine Kraft, und seine Embleme, die Thiere und Pflanzen des Sumpfes, die Binsen und Schlangen, die Schwäne und Sumpfvögel verschwinden; heute hat sich ein letzter Rest dieser ältesten germanischen Mythologie nur noch in dem holden Glauben unserer Kinderwelt an die schöpferische Mission des Klapperstorchs erhalten. Doch darf man sich diesen Sieg der Asen über die Wanen nicht als einen leichten und schnellen Erfolg vorstellen. Er war ein so langwieriger, schwieriger und weitläufiger Prozeß, wie der Sieg des Vaterrechts über das Mutterrecht. Lange nachdem Wotan und Donar schon dem Christengotte zu weichen begonnen, entwachsen die großen, tragischen Konflikte unserer Volksepen, wie Lamprecht gleichfalls in vortrefflicher Weise nachgewiesen hat, noch dem Boden, auf dem Mutter- und Vaterrecht in jahrtausendlangem Kampfe mit einander rangen. Wie die griechische Sage von Orest das Problem eines Pflichtenkampfes zwischen Vater- und Mutterliebe behandelt, so schlägt das Nibelungenlied den großen Ton des Widerstreits zwischen Geschwister- und Gattenliebe an. Die Brüder Krimhildens, der Uoten Kinder, wie sie bezeichnender Weise nach ihrer Mutter im Liede heißen, haben Siegfried ermorden lassen und ihre Schwester um des Gatten Morgengabe, den Nibelungenhort, betrogen; über dem Rachegang für ihren Gemahl scheut Krimhild nicht den Untergang ihrer Brüder. Aber das Lied, selbst in der uns aus so später Zeit, wie dem achten Jahrhundert unserer Zeitrechnung erhaltenen Fassung, stellt sich noch nicht auf die Seite Krimhildens; es beharrt auf der alten Anschauung der Vorzeit von der näheren gegenseitigen Verpflichtung der Geschwister gegenüber der ehelichen Verbindung der Gatten; ihm ist Krimhild eine Teufelinne, und Hildebrand, der sie erschlägt, vollstreckt an ihr ein gerechtes Gericht. Erst in der Nibelungen Klage, die aus dem zwölften Jahrhundert stammt, sind die sittlichen Anschauungen des Vaterrechts zum vollständigen Durchbruche gelangt. Ihr gilt der Untergang der Nibelungen als gerechte Strafe für den Raub des Hortes, und Krimhild ist nach des Dichters Meinung rein vor Gott, weil sie Gattentreue hält.

Wenn nun aber die germanische Göttersage, so wenig wie die griechische oder sonst eine Mythologie, ein ideelles, zwecklos im Genuß seines eigenen Daseins sich ergehendes Traumbild war, wenn sie, wie alle Religion, ökonomische Entwicklungskämpfe wiederspiegelte und somit eine folgerichtige Entwicklung hatte, so

war sie doch immer eine Natur- und Volksreligion, die dem unter durchsichtigen und einfachen Verhältnissen produzirenden Menschen einzig das Verständniß der Natur vermittelte. Hieraus ergab sich ihr Charakter. Sie war duldsam, denn es konnte ihren Bekennern höchst gleichgiltig sein, ob andere Menschen und Völker sich das Verständniß der Natur in anderer oder in derselben Weise vermittelten. Sie war heiter und lebensfroh, wie alle kräftigen Naturvölker sind; neben den freundlichen Mächten des Daseins, den Asen wie Wanen, traten die Riesen als Verkörperungen der schrecklichen Naturkräfte durchaus in den Hintergrund. Sie band durch keine sittlichen und sozialen Vorschriften, denn die erwuchsen dem Menschen der Vorzeit aus seinen Verpflichtungen gegen Geschlecht und Stamm, Familie und Volk. In alledem unterschieden sich die alten Natur- und Volksreligionen grundtief von den sozialen Massen- und Weltreligionen, die den durch die entstehende Waarenproduktion in undurchsichtige und verwickelte Produktionsverhältnisse gekommenen Menschen ein Verständniß der sozialen Mächte zu vermitteln suchen. Sie sind unduldsam, denn unter religiöser Verkleidung bergen sie die, um mit Marx zu sprechen, „heftigsten, kleinlichsten und gehässigsten Leidenschaften der menschlichen Brust, die Furien des Privatinteresses.“ Sie sind düster und lebensscheu, denn sie werden bestimmt durch die Empfindung und Stimmung von Massen, die, mehr oder minder unabhängig von ihrem persönlichen Thun und Lassen, zum willenlosen Spielball sinnlos heimtückischer Schicksalsmächte geworden zu sein glauben, denen der Glaube an den Teufel somit ein dringenderes Herzensbedürfniß geworden ist, als der Glaube an Gott. Sie binden den Menschen durch eine Unzahl sittlicher und sozialer Vorschriften, weil sie so der sozialen Mächte sich bemächtigen zu können glauben. Aber bei alledem sind die sozialen Massen- und Weltreligionen die Ideologien einer höheren Produktionsweise.

Eine solche Massen- und Weltreligion war das Christenthum. Als Vertreterin der römischen Produktionsweise, die in all ihrem Verfalle doch noch immer weit der barbarischen Produktionsweise der erobernden Germanen überlegen war, siegte es über die nordische Mythologie. Aber der Kampf, in dem sich eine verkommene Zivilisation und ein jugendkräftiges Barbarenthum gegenüberstanden, war schwer, und Jahrhunderte lang schwankte die Schale des Sieges. Mit entsetzlicher Grausamkeit wüthete die römisch-christliche, in heldenhaften Kämpfen widerstand die germanisch-heidnische Produktionsweise. Der religiös-symbolische Gegensatz des Kampfes spiegelt sich am treffendsten an dem ersten Maitage wieder: in dem Gegensatze des heiteren und lichten Maifestes, das die heidnischen Germanen feierten, zu der wahnsinnigen und wüsten Orgie der Walpurgisnacht, welche die römischen Priester ersannen. Und wenn der Sieg unvermeidlich der höheren Produktionsweise zufallen mußte, so war es doch kein vollständiger Sieg. Große Theile der germanischen Göttersage gingen, nothdürftig verkleidet, in den Glauben der römischen Kirche über, und so lange im Mittelalter die Naturalwirthschaft weitaus überwog, hatte der lebensfrohe und lustige Katholizismus dieser Zeit mehr gemein mit der heidnischen Natur- und Volksreligion, als mit den menschen- und weltscheuen Anfängen des Christenthums im römischen Weltreiche.

Erst als die mittelalterliche Naturalwirthschaft mehr und mehr der modernen Geld- und Industriewirthschaft unterlag, als die Produktionsverhältnisse wieder undurchsichtiger und verwickelter wurden, spiegelte sich diese Wandlung in dem aszetischen, finsteren, strengen Charakter wieder, den die protestantischen Richtungen innerhalb der christlichen Kirche annahmen. Aber diesmal nahm die Waarenproduktion ihren unaufhaltsamen, ihren mächtig anwachsenden Aufschwung, und je mehr sie sich die Erde unterwarf, um so mehr entschleierten sich die Geheim-

nisse der Natur. Mit der Naturwissenschaft wurde die natürliche Religion ein für immer überwundener Standpunkt. Indessen damit nicht genug: je mehr die Waarenproduktion die alles beherrschende Form des materiellen Produktionsprozesses wurde, um so mehr entschleierten sich die Geheimnisse des gesellschaftlichen Lebensprozesses. Vor der Gesellschaftswissenschaft sinkt mehr und mehr die soziale Religion dahin. Sie ist noch nicht verschwunden, denn, um noch einmal Marx zu zitiren: „Der religiöse Widerschein der wirklichen Welt kann überhaupt nur verschwinden, sobald die Verhältnisse des praktischen Werktagslebens den Menschen tagtäglich durchsichtig vernünftige Beziehungen zu einander und zur Natur darstellen." So weit sind wir noch nicht, aber wir werden so weit sein, wenn der gesellschaftliche Lebensprozeß unter der bewußten, planmäßigen Kontrole frei vergesellschafteter Menschen steht.

Träger dieser Erkenntniß ist das moderne Proletariat, und in seinem Maifeste findet sie nicht einen religiösen, aber einen symbolischen Ausdruck. Das Proletariat erneuert den Maitag der Vorzeit, aber auf höherer und weiterer Stufenleiter. Es verleugnet die religiösen Feste der langen und qualvollen Entwicklungsgeschichte, die zwischen damals und heute liegt, in bewußtem Proteste, aber die wissenschaftlichen Ergebnisse dieser Geschichte hält es in fester Hand. Es feiert seinen Maitag nicht in religiöser Ahnung, sondern in klarer Erkenntniß. Es ist duldsam, denn es weiß, daß in der immer wachsenden Klarheit der ökonomischen Entwicklung die Religion mehr und mehr zur individuellen Schrulle herabsinkt und also im verwegensten Sinne des Worts Privatsache wird. Es ist heiter und lebensfroh, denn es fühlt sich als Gebieter über alle dunkeln Mächte der Natur und der Gesellschaft. Und wenn es, wie seine heidnischen Vorfahren, seine sittlichen und sozialen Gebote nicht aus religiösen Vorschriften schöpft, so doch auch nicht mehr aus der Verpflichtung gegen Geschlecht und Stamm, gegen Familie und Volk, sondern aus der Verpflichtung gegen seine Klasse, deren Sache die Sache der gesammten Menschheit umfaßt.

So verhält sich das Maienfest des Proletariats zum Maitage der Vorzeit, wie das Gemeineigenthum der sozialistischen Gesellschaft zum Gemeineigenthum der Gens. Es steht in einem tiefen, weltgeschichtlichen Zusammenhange, und dieser Tag der Verheißung trägt in sich selbst die Gewähr, daß er ein Tag der Erfüllung werden wird.

Der erste Mai und der Militarismus.

Während der erste Mai auch diesmal wieder die unerschütterliche, stetig wachsende Einmüthigkeit der Arbeiter aller Länder bekunden wird, steht Deutschland vor der Entscheidung, ob es abermals das Signal zu einer allgemeinen halsbrechenden Wettjagd nach einem noch vollkommeneren System gegenseitiger Menschen- und Wohlstandsvernichtung geben soll. Denn Niemand zweifelt daran, daß die, wenn zunächst auch nur grundsätzliche, Billigung des Verdy-Caprivi'schen Planes an allen Ecken und Enden Europas wie ein gefahrkündendes Feuerzeichen wirken und überall neue Tausende und Zehntausende der produktiven Thätigkeit entreißen wird.

Preußen-Deutschland marschirt sonst nicht an der Spitze der Nationen, auf militärischem Gebiete jedoch ist es seit der Roon'schen Armeevermehrung und nach den überraschenden Erfolgen auf den Schlachtfeldern Böhmens und Frankreichs

tonangebend geworden. Und alle Folgen des Militarismus, welche seit einem Menschenalter der ganzen bürgerlichen Gesellschaft des festländischen Europas eine so eigenartige und wahrlich nicht anziehende Physiognomie geben, treten nirgends in so frappanter Schärfe und mit so überwältigender Wucht hervor wie in dem einstigen Lande der Denker und Dichter.

Unser Militärsystem — die militärische Verfassung, wie sie heute die Bourgeoisie erstreben muß und gar nicht anders erstreben kann, um sich nach außen unüberwindlich und doch zugleich nach innen sicher zu fühlen — ruht auf dem unbegrenzten Uebergewicht des leitenden Apparates über die einverleibte, in den Kasernen und auf den Exerzierplätzen gedrillte Masse. Um jederzeit gegen das rivalisirende Ausland die Millionenheere bereit zu haben, ohne welche heute eine kontinentale Großmacht undenkbar ist, sieht sich die Bourgeoisie gezwungen, möglichst das ganze Volk mit den Waffen vertraut zu machen. Ein Volk in Waffen kann aber, wenn es sonst dazu reif ist, mit einem Schlage jede Herrschaft einer begünstigten Minorität von sich abschütteln; gefügiges Werkzeug innerhalb der heutigen Klassenordnung wird es nur so lange bleiben, wie seine formirten Reihen niemals eigenen Willen und eigenes Leben gewinnen, nur so lange, wie Leben und Bewegung der ganzen furchtbaren Organisation ausschließlich von einem besonderen, vom Leben der Masse möglichst losgelösten Zentrum ausgehen, dem die Schaaren der „Dienenden" in blindem Kadavergehorsam unterworfen sind.

Nicht die Sicherung nach außen zwingt zu dieser Art von Disziplin, denn große siegreiche Kriege sind in Zukunft nur noch unter einer Entflammung der Volksleidenschaften denkbar, die Alles erfassen und mit sich fortreißen müßte, daß dagegen das bischen Disziplin in seinem Einfluß vollständig verschwinden würde. Auch die Gefechtsweise ist durch das moderne Schnellfeuer derart umgestaltet, daß vor dem Feinde kein Befehlshaber mehr, wie früher, seine Leute „in der Hand behält"; der einzelne Mann muß durch seine Findigkeit und Beweglichkeit ersetzen, was die Truppe an Geschlossenheit und Einheitlichkeit verliert. Aber die alte Form der militärischen Disziplin, für Kriegszwecke nicht nur überflüssig, sondern sogar zum Hemmniß der vollen moralischen Kraftentfaltung der Truppen geworden, ist heute um so unentbehrlicher für die innere Politik der Bourgeoisie, deren Götterdämmerung hereinbrechen würde, wenn der Sklave, den sie bewaffnen mußte, sich als den Herrn der organisirten Gewalt zu fühlen begänne. Je mehr die allgemeine gesellschaftliche Entwicklung sein Selbstgefühl und seinen Unabhängigkeitssinn weckt und stärkt, desto mehr muß ihm der militärische Drill diese gefährlichen Geister auszutreiben suchen. Sind die Väter bereits unzuverlässig geworden, so sollen im Nothfall immer noch die Söhne bereit sein, für die Erhaltung der alten Ordnung auf die Väter zu schießen.

So sind wir denn ganz folgerichtig mit vollem Dampfe in einen Zustand hineingetrieben, den eigentlich Jedermann als eine unerträgliche Qual, als eine beschämende Barbarei empfindet, den abzuändern jedoch für die herrschenden Klassen zur Unmöglichkeit geworden ist. Diese, durch unversöhnliche Interessenkonflikte von einander geschieden, überbieten sich in den einzelnen Ländern in Rüstungen, um in der letzten Instanz für alle Streitfragen, beim Appell an Pulver und Blei, jederzeit über den Gegner obsiegen zu können. Je gefürchteter die Elemente sind, welche die Bourgeoisie in ihre Armeen einreihen muß, je unheimlicher ihr bei diesem selbstmörderischen Beginnen zu Muthe wird, desto eherner werden die Klammern, mit denen sie das alte, auseinanderstrebende Gefüge zusammen zu halten sucht.

Selbst dem Bürgerthum ist seine eigenste Schöpfung längst über den Kopf gewachsen. Mit ihrem Wachsthum hat sich das trotzige Selbstbewußtsein der „Armee“ bis zum schwindelnden Souveränitätsdünkel und Größenwahn gesteigert, so daß sie heute dem Bürgerthum gegenübersteht wie Gottvater dem armen Erdenwurm: Ich bin der Herr dein Gott, du sollst keine andern Götter haben neben mir. Sie kennt keine Rücksichten mehr auf sonstige Interessen und wenn sie noch so bedeutsam wären. Menschen und Steuern und Anleihen sind nur noch für sie da; das ganze gesellschaftliche Leben soll sich nur noch nach ihren Bedürfnissen gestalten; alle Kulturbestrebungen verkümmern, weil sie alle Lebenskraft verzehrt. Die ungeheuerlichsten Finanzprojekte jagen einander, um den Armeebedarf zu befriedigen. Große Zweige der wirthschaftlichen Thätigkeit werden dem Privatkapital entzogen, um ganz den Zwecken der Armeeverwaltung dienstbar zu werden. In allen Bureaus und Werkstätten der Staaten und Gemeinden wimmelt es von bevorzugten Offizieren und versorgungsberechtigten Feldwebeln und Unteroffizieren. Auch wo der Soldat wieder ganz in das gewöhnliche bürgerliche Erwerbsleben untertaucht, halten Militär- und Kriegervereine die alte militärische Tradition aufrecht; bei allen Wahlen und öffentlichen Bewegungen sind diese Massen nichts wie Militärs, ein besonderer Staat im bürgerlichen Staate. Alle bürgerlichen Parteien werden periodisch durch Militärfragen auseinander gesprengt; alle Ansätze zur Abschüttelung der unwürdigen Reste feudaler Bevormundung scheitern so. Wenn Heine vor einem halben Jahrhundert einmal schrieb: Es giebt keine Nationen mehr, es giebt nur noch Parteien — so könnte man heute fast meinen: Es giebt keine bürgerlichen Parteien mehr, der übermächtige Militarismus hat ihnen allen das Rückgrat gebrochen und alle Lebens- und Schaffensfreude von ihnen genommen. Man bäumt sich wohl hie und da im ersten Augenblick noch auf gegen die Maßlosigkeit der militärischen Forderungen, aber man hat längst das Gefühl verloren, daß man auf die Dauer widerstehen könne.

Der Arbeiterklasse winkt auch hier eine Aufgabe, die sie allein zu lösen befähigt ist; und wenn augenblicklich gerade die deutsche Sozialdemokratie dem Todfeind jedes innern Fortschrittes wieder Auge in Auge gegenübersteht, so ist das mehr wie ein bloßer Zufall. Wie die deutsche Arbeiterklasse in der vordersten Reihe des internationalen Klassenkampfes ficht, so ist ihr auch der Kampf gegen den Militarismus in erster Linie zugefallen. Von Deutschland aus hat er seinen Siegeszug um den Kontinent angetreten; in Deutschland hat er die höchste Staffel seiner Macht erreicht, hat er die Bourgeoisie am tiefsten unter sein Joch gebeugt. Er mag hier vielleicht nicht die drohendste Form nach außen hin angenommen haben; nach innen zu, in seiner Mißachtung alles höheren Kulturstrebens, in seinem ingrimmigen Kampf gegen alle freieren Volksregungen, in seiner Degradirung des wehrhaften Mannes zum willenlosen Werkzeug einer von der herrschenden Klasse selbst wieder abgesonderten Kaste, mit einem Worte: in seiner „Erziehung“ des bewaffneten Volkes zu einer ehernen Phalanx gegen die vorwärtstreibenden Elemente des Volkes, vor allem gegen das sozialistische Proletariat — in alledem ist der Militarismus in Deutschland am weitesten entwickelt.

Mit ihrem äußerlichen Anschwellen erfahren freilich auch unsere Armeen eine innere Umbildung; gefeit gegen innere Zersetzung waren sie nur so lange, als sie ihr Rekrutenmaterial noch vorwiegend aus den zurückgebliebensten landwirthschaftlichen Distrikten schöpfen konnten. Das ist längst vorbei und die Garnisonstädte sind heute selbst für die größte Unschuld vom Lande eine gefährliche Umgebung. Aber ehe diese innere Umbildung stärker zur Geltung kommt, kann sich das politische Leben Deutschlands längst an dieser klaffenden Wunde

verblutet haben. Wenn es sich frei ausschwingen soll, so muß es vor allem diese eherne Fessel von sich abstreifen.

Am ersten Mai demonstriren die Proletarier aller Länder für ihre gemeinsamen Forderungen in der Gegenwart, für ihre gemeinsamen Ziele in der Zukunft. Aber sie demonstriren zugleich für die besonderen Aufgaben, welche ihnen aus ihrer besonderen Lage erwachsen. Unsere Brüder in Oesterreich verlangen an diesem Tage nicht nur den Achtstundentag, sondern auch die mächtigste politische Agitationswaffe, welche ihnen noch immer vorenthalten ist: das allgemeine Stimmrecht. Das deutsche Proletariat wird bei seinem Maienfeste nicht nur dessen gedenken, was in allen sozialistischen Arbeiterprogrammen, auch jenseits des Kanals und jenseits des Ozeans wiederkehrt. Es wird zugleich bekunden, daß es bereit ist, mit seiner ganzen unverwüstlichen Kraft die Fehde gegen den Militarismus aufzunehmen, vor dem alle andern Klassen sich muthlos ducken, selbst wenn sie ihn innerlich verwünschen und hassen. Wir fürchten nicht, daß er jemals den Sieg der Arbeiterklasse werde vereiteln können, aber wir müssen wünschen, daß Deutschland und Europa von den Katastrophen verschont bleiben mögen, die er heraufzubeschwören droht, Katastrophen, die auf das Grauenhafteste das Erbe verwüsten würden, dessen Besitz dem Proletariat bereits winkt.

Die Feier des 1. Mai ist eine Heerschau, sie ist auch eine Kriegserklärung. Und unser vornehmster Kriegsruf an diesem Tage muß lauten: Krieg dem Kriege.

Noch Einiges über Ethik.

Die Diskussion, zu welcher der Artikel Mehring's über „Allerlei Ethik" in der Nr. 9 dieses Jahrgangs der „Neuen Zeit" den Anstoß gegeben, scheint sich nicht so bald beruhigen zu wollen. Nach Professor Dr. Tönnies hat Dr. Paul Barth in Pernerstorfer's „Deutschen Worten" das Wort ergriffen. Und Professor Tönnies sendet uns nun direkt eine Erwiderung gegen Mehring, die wir in Folgendem veröffentlichen. Sie lautet:

Löbl. Redaktion der „Neuen Zeit" in Stuttgart.

Geehrte Redaktion! Auf die Notiz „Ethik und Klassenkampf," womit Herr Mehring in Nr. 22 der „Neuen Zeit" mich abgewehrt hat, bitte ich noch einige berichtigende Worte entgegnen zu dürfen. Daß ich so spät darum bitte, ist nur durch zufällige Umstände verschuldet.

Wenn nach Marx und Engels, denen Herr Mehring beipflichtet, die Ethik „etwas in der Politik und sogar in der Oekonomie zu suchen hat," so spricht das ja nicht gegen mich, sondern für mich und für die ethischen Gesellschaften, die sich Pflege der Ethik angelegen sein lassen, und vielleicht — ob sie nun ausschließlich „aus den bürgerlichen Klassen und Parteien sich rekrutiren" oder wie mir scheint und wie ich hoffe, nicht ausschließlich — auf diesem Wege zu einem besseren Verständniß, zu einem reineren Urtheile über Probleme der Politik und der Oekonomie gelangen, also auch über den Klassenkampf, den sie schon dadurch ethisiren, daß sie das Ringen der Arbeiterklasse als ein sittlich berechtigtes erkennen und anerkennen; besonders aber durch Förderung der Kenntniß von Thatsachen des sozialen Lebens.

„Es ist ein großer Irrthum," schreibt Herr Mehring, „wenn Sie sagen, Marx habe als Politiker nie mit dem gerechnet, was Sie Sentiment nennen." In Wahrheit habe ich gesagt: „Mit ihm (Marx) stimme ich überein, wenn ich erkläre, daß der Politiker nicht in erster Linie mit dem Sentiment, und mit der Ethik nicht, so weit sie auf Sentiment beruht, zu thun habe; daß also der Sinn der Gerechtigkeit und die sittliche Entrüstung zwar Thatsachen sein können, mit denen gerechnet,

die auch gebilligt werden mögen; ohne daß sie aber für die Erwägungen des Politikers ein entscheidendes Moment darstellen. Dieser muß in erster Linie nicht Moralist, sondern Oekonomist sein. . . ."

Herr Mehring will seinen Satz aufrecht erhalten, daß es über den im Klassenkampfe entwickelten Gegensätzen bürgerlicher und proletarischer Oekonomie, Politik und Moral keine „Ethik" als höhere Instanz gebe, sondern nur ein Entweder — Oder gelte: „bürgerliche oder proletarische Moral." Es hat hiernach den Anschein, daß Herr Mehring, der ohne Zweifel ebenso wie ich die „Kritik der politischen Oekonomie" als eine große wissenschaftliche Leistung und als im Wesentlichen richtig ansieht, dennoch das darin enthaltene System nur als proletarische Oekonomie und nicht als eine höhere Instanz über den Gegensätzen gelten läßt, wie sie etwa als Vulgärökonomie und utopischer Sozialismus vorliegen. Dann ist meine Schätzung dessen, was Marx vollbracht hat, eine viel höhere. Marx selber („Kapital" I[4], p. XIII) bemerkt: „Die eigenthümliche historische Entwicklung der deutschen Gesellschaft schloß . . . jede originelle Fortbildung der ‚bürgerlichen Oekonomie' aus, aber nicht deren — Kritik. Soweit solche Kritik überhaupt eine Klasse vertritt, kann sie nur die Klasse vertreten, deren geschichtlicher Beruf die Umwälzung der kapitalistischen Produktionsweise und die schließliche Abschaffung der Klassen ist — das Proletariat." Die politische Oekonomie, und mithin die Kritik der bürgerlichen Oekonomie, ist in erster Linie und unbedingter Weise — Wissenschaft; und nur in bedingter Weise vertritt sie eine Klasse; dies ist ihr nicht essentiell, sondern accidentiell. — Wie, wenn wir nun unter dem Zeichen einer wissenschaftlichen Ethik ständen? wenn auch diese sich heute als Kritik der bürgerlichen Ethik bethätigen würde? wenn auch diese Kritik, „soweit sie überhaupt eine Klasse vertritt," das Proletariat vertreten würde? Würde sie nicht gleichwohl als Wissenschaft über den Parteien, als Gedankensystem über den Leidenschaften verharren müssen? Ich zweifle in der That nicht, daß Pflege der wissenschaftlichen Ethik in viel höherem Maße dem Proletariat zu gute kommen wird als der Bourgeoisie, und daß insonderheit der Begriff der „Gerechtigkeit" eine Waffe ist, deren Schärfe alle diejenigen fühlen müssen, die den Begriff der ökonomischen Nothwendigkeit nicht verstehen können. — Aber Herr Mehring hat sich in den Kopf gesetzt, daß die Gesellschaft für ethische Kultur selber „bürgerliche Partei" sei. Ich solle die Probe aufs Exempel machen. Ich solle — fordert er — öffentlich als Begründer jener Gesellschaft erklären, daß vom ethischen Standpunkte aus die neuliche Zukunftsstaats-Debatte der bürgerlichen Parteien im Reichstage ein unwürdiger, die Wähler nasführender Humbug war. Ich werde dann sehen, wie meine Gesellschaft in alle vier Windrichtungen auseinander stiebe. — Herr Mehring scheint die Tragweite dessen, was ich erklären mag, mit Unrecht für so groß zu halten. Ich glaube, daß ich in Privatgesprächen viel stärkere Ausdrücke über jene Debatte gebraucht habe. Daß sie aber ein die Wähler nasführender Humbug war, kann ich nicht behaupten, da ich die Absichten ihrer Leiter nicht kenne, und vor einer Verdächtigung von Beweggründen mich zu hüten pflege. Näher hat mir gelegen, vom intellektuellen als vom ethischen Standpunkte über die Sache zu urtheilen, und zu sagen, daß sie eine mich keineswegs überraschende Laienhaftigkeit parlamentarischer Führer und ihres Publikums in Bezug auf politische und philosophische Probleme ersten Ranges dokumentarisch dargethan hat. Sie hat mich erinnert an die Schöppenstedter, als sie über das Zukunftsfuhrwerk, die Eisenbahn, beriethen. Jeden Abend werde der Hirte den Schienenweg mit seinen Schafen passiren müssen. Wenigstens ein Schaf in jeder Woche werde das Opfer der Neuerung sein. Macht 52 Schafe im Jahr. Ein schönes Zukunfsfuhrwerk. Alle Parteien im Schöppenstedter Rathhause klatschten dem Redner Beifall. — Soll ich aber als Ethiker urtheilen? So mache ich zunächst den Irrthum solchen Leuten, die sich als Wissende geberden, und als solche sich wählen lassen, zum Vorwurfe. „Irren ist menschlich; aber im Irrthume verharren ist teuflisch," sagt ein altes Wort und meint offenbar: wenn die Gelegenheit zur besseren Belehrung offen steht. Und dies ist denn doch in Bezug auf die Bedeutung der Sozialdemokratie und den Zukunftsstaat reichlich während der letzten beiden Jahrzehnte der Fall ge-

wesen. Ferner trug der Vorgang den Charakter eines Ueberfalles, wobei die große Mehrheit auf eine kleine Minderheit losschlug. Es war eine unedle Art des Kampfes und eine ungerechte, es war, wie Herr Liebknecht richtig bemerkte, eine Unschicklichkeit, und wie ich hinzufüge, von so grober Art, wie man eben nur gegen die Sozialdemokratie, die gewerbsmäßigen Aufreizer, sich herausnehmen mag. „Wer frägt euch nach eurem Zukunftsstaat?" hätte man den Herren entgegenwerfen dürfen. „Wollt ihr etwa lügen, daß ihr mit dem gegenwärtigen Staate zufrieden seid, ihr Ritter vom verschuldeten Großgrundbesitz? Oder seid ihr plötzlich zu dessen Verehrer emporgewachsen, ihr Advokaten der römischen Kirche und Vertheidiger der alten feudalen Ordnungen, die der moderne Staat so unsanft zertrümmert hat? — In Wahrheit seid ihr Alle nur über einen Punkt einig, und nur sofern er dafür Gewähr leistet, betet ihr den heutigen Staat an: das ist die Heiligkeit des Zinses und des Unternehmergewinnes, und vergesset gern, daß alle eure alten Autoritäten deren Genuß als ‚das schändliche Laster des Wuchers' gebrandmarkt haben."

Ich habe Herrn Mehring den Gefallen thun wollen, mein Urtheil über diese Sache auszusprechen; die von ihm erwartete Folge wird nicht eintreten; oder erwartet er sie nur davon, daß ich seine Ausdrücke wiedergeben sollte? Diesen Gefallen kann ich ihm zwar nicht thun, aber als ich es zuerst las, stimmte es mich heiter, daß ein einsichtiger Mann meinen konnte, ich würde Bedenken tragen, diese Zukunftsstaatsdebatte als einen unwürdigen, die Wähler nasführenden Humbug zu bezeichnen.

Warum kommt aber Herr Mehring auf Paul Barth zurück? Er nennt ihn den Champion der Deutschen Gesellschaft für ethische Kultur. Um Vergebung. Herr Barth hat durchaus in eigenem Namen geredet, war — damals noch — nicht einmal Mitglied dieser Gesellschaft, und gab seinen Dissens in Betreff eines Hauptpunktes ausdrücklich kund. Es wäre unsere Pflicht gewesen, Marx und die sozialdemokratische Presse gegen Barth's „Schmähungen" zu vertheidigen? Ich denke nicht. Es fehlt doch Marx nicht an gewandten Anhängern und Vertheidigern außerhalb unseres Kreises? Ich denke, für jeden Kenner ist die „Stunde journalistischen Leichtsinns" durch sich selber gerichtet; vielleicht schon dadurch, daß sie in der witzigen „Zukunft" steht. Herr Barth gehört zu jenen Verehrern des Rodbertus, die gegen Marx eine — ich weiß nicht ob rein sachliche — Abneigung hegen. Da ich Herrn Barth seit vielen Jahren persönlich kenne, so weiß ich, daß es mir nicht gelingen wird, seine Meinungen zu verbessern, ich weiß aber auch, daß die Redlichkeit seiner Denkungsart über allem Zweifel steht.

Daß die Gesellschaft für ethische Kultur dasselbe wolle, wie der Kathedersozialismus, ist ein starkes Mißverständniß. Wie tief sich unser Zeitalter in den Wald der Politik verritten hat, zeigt sich eben darin, daß so Wenige bereit sind, eine Bestrebung, die auf Ethik allein gerichtet ist, auch nur zu verstehen. Und doch ist sie ihrer Natur nach geeignet, die Menschen tiefer zu ergreifen, als irgend eine politische Ueberzeugung, geschweige denn als ein Klasseninteresse es vermag; zumal jene mächtige Hälfte der Menschheit: die Frauen. Noch ist der Beamtenstaat nicht alleinherrschend. Wir haben noch Gebiete des Privatlebens und des Gemeindelebens, in denen der politische Mensch fast nichts, und der ethische Mensch fast alles bedeutet.

Als Kenner Lessing's liebt Herr Mehring, dessen Geist zu beschwören. Es bestehe das Verhältniß: Deutsche Gesellschaft für Ethische Kultur : Sozialdemokratie = Moses Mendelssohn : Lessing. Und doch ist gerade Lessing das leuchtende Exempel einer gar nicht politischen, einer ganz und gar ethischen Persönlichkeit, und dessen, was eine solche vermag. Was giebt Herrn Mehring ein Recht, zu behaupten, die ethische Gesellschaft werde, gleich Moses Mendelssohn, nicht über ethisirende Gemeinplätze hinauskommen, und nie zu einer „Ethik des Lebenskampfes" durchdringen, oder — was ich schon für ein Großes halten würde — diese Ethik ermuthigen und befördern können?

Daß eine wirkliche ethische Kultur durch Umgestaltung unserer Gesellschaft, also durch eine neue Eigenthumsordnung bedingt sei, habe ich selber am ersten Tage unserer konstituirenden Versammlung ausgesprochen. Gleichwie aber durch Entwick-

lung bestehender Gesetze ein materieller Fortschritt der Arbeiterklasse und somit der gesammten Volkswirthschaft möglich ist, so kann auch in dem höchst unsittlichen Zustande einer kapitalistisch-verrottenden Gesellschaft, durch Erkenntniß und entschlossenen Willen ein ethischer Fortschritt stattfinden, am leichtesten derjenigen Schichten des Volkes, die noch in der produktiven Arbeit eine gesunde Basis normaler Charakterbethätigung besitzen. Predigten über die Ethik des Klassenkampfes — welcher Klassenkampf doch nur Einzelnen Gelegenheit zur Entfaltung männlicher Tugenden giebt — (als ob der Klassenkampf die Ethik selber wäre) werden allerdings solchen Fortschritt nicht befördern.

Kiel, den 11. April 1893. Ferdinand Tönnies.

Gleichzeitig mit dieser Einsendung erhielten wir eine Entgegnung Mehring's auf den oben erwähnten Artikel von Dr. Barth in den „Deutschen Worten." Mehring schreibt:

Ethik und kein Ende. Die Herren von der Deutschen Gesellschaft für ethische Kultur, die Frieden und Versöhnung in unsere öffentlichen Kämpfe zu bringen gedenken, gehören für ihr Theil jedenfalls zu den streitbarsten Männern der Gegenwart. In meiner Antwort an Herrn Professor Tönnies — Nr. 22 der „Neuen Zeit" — hatte ich erwähnt, daß jene Gesellschaft die Schmähungen ihres Champions Paul Barth über Marx und die sozialdemokratische Presse nicht gerügt habe und in demselben Absatze hinzugefügt, daß die Arbeiterklasse nicht gern das einseitige Objekt einer „ethischen" Erziehungskunst werde sein wollen, besonders nicht, wenn Herr Paul Barth das Schulmeisterlein spiele. Diese harmlose Bemerkung „zwingt" Herrn Barth die Feder in die Hand, um ein „ernstes Wort" mit mir zu reden, ein Wort, das leider noch viel länger, als ernst ausgefallen ist, denn es umfaßt vierzehn Seiten in den „Deutschen Worten." Am Schlusse seiner Philippika „verlangt" Herr Barth von mir „Aufklärung" über seine „besondere" Ungeeignetheit zum ethischen Schulmeisterlein für Arbeiter, denn — man höre! — diese Bemerkung „klinge" so, als ob in seiner Vergangenheit etwas wäre, was ihn mehr als jeden andern in Mißkredit den Arbeitern gegenüber gebracht hätte. Ja, wenn diese Sorte von Polemik die „Ethisirung" und „Veredlung" der öffentlichen Kämpfe bedeuten soll, dann können wir noch weit kommen. Unter Vorbehalt meines Rechts, auf eine solche Anrempelung überhaupt nicht zu antworten, will ich ausnahmsweise Herrn Barth die „verlangte" Auskunft dahin geben, daß ich ihn für „besonders" ungeeignet zu einem „ethischen Schulmeisterlein" für Arbeiter halte, weil er in einem Organe der Bismärckischen Bourgeoisie die ganze Lebensarbeit von Marx — denn die beruht auf dem historischen Materialismus — auf „Stunden journalistischen Leichtsinns" zurückführt und weil er, wie ich heute hinzufügen kann, in den „Deutschen Worten" sich zu sagen erlaubt, daß Engels solche Thatsachen, die sich der materialistischen Geschichtsauffassung in den Weg stellen, „sorgfältig ignorire und übersehe." Die Arbeiter halten Marx und Engels zwar nicht für „göttliche, unfehlbare Denker," wie Herr Barth mit einer Anleihe bei dem Sprachschatze der Bourgeoispresse sagt, aber sie haben allerdings eine viel zu hohe Achtung vor der im Interesse des Proletariats vollbrachten Lebensarbeit dieser Männer, um in deren leichtfertiger Beschimpfung etwas von Ethik zu entdecken.

Ferner „erwartet" Herr Barth, daß ich die „Verdächtigung seiner Motive," die ich in meinem Aufsatze „Allerlei Ethik" — Nr. 9 der „Neuen Zeit" — ausgesprochen haben soll, „in aller Form zurücknehme." Herr Barth hatte nämlich als die Grundlage der Moral in allen Völkern und zu allen Zeiten das „Interesse der Gemeinschaft" genannt, und ich habe darauf erwidert, er wähle den verschwommenen Ausdruck: Gemeinschaft, um ihm in seinen weiteren Räsonnements den heutigen kapitalistischen Staat als die Instanz unterzuschieben, nach deren Interessen die Gebote der Moral sich regeln sollen. Herr Barth meint nun, nach meiner Meinung hätte er wohl „Gesellschaft" sagen sollen und hält mir dann an der Hand von L. v. Stein und Tönnies einen gelehrten Vortrag über den Unterschied von „Gemeinschaft" und

„Gesellschaft." Ist es ihm mit diesem Vortrage ernst, und nach der Leichenbittermiene, die er dabei aufsteckt, muß ich es wohl annehmen, so will ich gern einräumen, daß ich sein Herz unterschätzt habe, weil ich seinen Geist überschätzte.

Gegen das Wort: Gemeinschaft habe ich natürlich nichts einzuwenden, aber wenn das „Interesse der Gemeinschaft" die Grundlage der Moral sein soll, dann habe ich das Recht, klaren Bescheid darüber zu verlangen, welche Gemeinschaft Herr Barth meint. Soweit Stein und Tönnies das Wort zu einem bestimmten Begriffe der wissenschaftlichen Terminologie machen wollen, fassen sie es in sozialem Sinne auf; Herr Barth legt ihm dagegen in seinen ethischen Räsonnements „stillschweigend" einen politischen Sinn unter. Im Klassenstaate decken sich aber die Interessen der politischen Gemeinschaft, des Staats, mit den Interessen der sozialen Gemeinschaft, der Klasse, schlechthin nur für die herrschenden, keineswegs für die beherrschten Klassen, und unbesehen das Interesse der staatlichen Gemeinschaft als die Grundlage der Moral proklamiren, heißt einfach, die Unterdrückungsinteressen der herrschenden Klassen „ethisiren" und „veredlen." Ich sage: „schlechthin" und „unbesehen," denn gewisse staatliche Interessen können sehr wohl auch für die beherrschten Klassen gelten, ja es kann vorkommen, daß diese Klassen Interessen der staatlichen Gemeinschaft energischer vertreten, als die herrschenden, wie die deutsche Arbeiterklasse beispielsweise die staatlichen Interessen des Reichs gegenüber dem zarischen Despotismus viel rückhaltloser gewahrt hat, als Herr Bismarck und seine Junkersippe. Aber immer besteht ein mehr oder minder großer Unterschied zwischen den Interessen der politischen und der sozialen Gemeinschaft, worin beherrschte Klassen leben, und deshalb ist es ein ungeheuerliches Quidproquo, das „Interesse der Gemeinschaft" als die ewige Grundlage der Moral hinzustellen und die Gemeinschaft dann als staatliche Gemeinschaft vorauszusetzen.

Von dieser Voraussetzung aus behauptete Herr Barth, immer habe es als Pflicht gegolten, den vaterländischen Boden auch über das gesetzlich erzwingbare Maß hinaus gegen Angriffe zu vertheidigen. Das bestritt ich unter Hinweis darauf, daß die geistigen Vorkämpfer des deutschen Bürgerthums im achtzehnten Jahrhundert von dieser Pflicht nicht einmal eine blasse Ahnung gehabt hätten, daß Fichte beispielsweise in einem Briefe geradezu das erobernde Eindringen der Franzosen in Deutschland gewünscht habe. Herr Barth monirt zunächst, daß der Adressat dieses Briefes Reinhold geheißen habe, nicht Reinhard, wie durch einen Druckfehler in Nr. 9 d. Bl. angegeben war. Das ist richtig, aber ein paar Seiten weiter spricht Herr Barth von „Feuerbach's berühmtem Aberwitze: Was der Mensch ißt, das ist er," und ich sollte meinen, daß ein Dozent der Philosophie, der nicht einmal Feuerbach und Moleschott auseinander halten kann, ein bischen „ethisches" Mitleid mit der schlechten Handschrift eines Mitmenschen haben sollte. Zur Sache selbst meint Herr Barth, jenen Brief habe Fichte in einer augenblicklichen, bitteren Stimmung geschrieben; später habe „die Demüthigung des Staats, in dem er lebte," ihm die kernhaften „Reden an die deutsche Nation" eingegeben. Ja, aber weiß denn Herr Barth nicht, wie derbe der „Idealist Lassalle," dessen „grund- und maßlose Herunterreißung" durch Marx er so sehr bejammert, jene Juliane auf die Finger geklopft hat, die Fichte zum preußischen Patrioten „herunterreißen" wollten? Fichte erstrebte ein „wahrhaftes Reich des Rechts, wie es noch nie in der Welt erschienen ist, in aller der Begeisterung für Freiheit des Bürgers, die wir in der alten Welt erblicken, ohne Aufopferung der Mehrzahl der Menschen als Sklaven, ohne welche die alten Staaten nicht bestehen konnten," und deshalb bekämpfte er den napoleonischen Despotismus, wie den habsburgischen, hohenzollernschen, wettinischen oder wittelsbachischen. Aber die „Demüthigung des Staats, in dem er lebte," war ihm dabei so gleichgiltig, daß er die Deutschen „Thoren" nannte, für den Fall, daß sie das Joch des französischen Weltdespoten abwürfen, um sich wieder das Joch eines deutschen Theildespoten aufzuladen, und daß er ausdrücklich sagte, wenn man nicht im Auge behielte, was Deutschland zu werden habe, „so läge nicht so viel daran, ob ein französischer Marschall, wie Bernadotte, an dem wenigstens früher begeisternde Bilder der Frei-

heit vorübergegangen sind, oder ein deutscher aufgeblasener Edelmann ohne Sitten und mit Rohheit und frechem Uebermuthe über einen Theil von Deutschland gebiete." Von einer moralischen Pflicht, den vaterländischen Boden im Sinne des Herrn Barth gegen Angriffe zu vertheidigen, hatte Fichte im Jahre 1813 so wenig eine blasse Ahnung, wie im Jahre 1799.

Herr Barth sagt nun weiter, außer dem „sehr unglücklich gewählten Zeugen" Fichte würde ich keinen dafür finden, daß die Vertheidigung des Vaterlandes unsern Klassikern nicht als moralische Pflicht gegolten habe. Keinen, Herr Barth? Aber gleich auf den ersten Anhieb ein halbes Dutzend, wenn es Ihnen sonst beliebt. Daß Lessing die Liebe zum Vaterlande recht gerne entbehrte, werden Sie ja wohl wissen; Kant huldigte mitten im siebenjährigen Kriege als Bürger von Königsberg der Zarin und dozirte fünf Jahre ruhig an der russifizirten Universität; Klopstock und Herder sind — suchen Sie nur im Archive des Kriegsministeriums nach! — in den preußischen Militärlisten als „unsichere Kantonisten" verzeichnet; Schiller erklomm als desertirter Militärmedikus den Gipfel des Parnaß und Goethe spottete noch 1813 über den Freiwilligen Theodor Körner, der „über das gesetzlich erzwingbare Maß hinaus" den vaterländischen Boden vertheidigte. Alle sechs waren also höchst unmoralische Kerle, nämlich nach der famosen Moraltheorie des Herrn Barth. Aber zu so unsinnigen Konsequenzen kommt man, wenn man mit so verschwommenen Redensarten, wie dem Interesse der Gemeinschaft als der Grundlage ewiger Moralgebote operirt. Im letzten Grunde bestimmt sich die Stellung unserer Klassiker zu Nation, Vaterland, Weltbürgerthum, über welche die ideologischen Literarhistoriker ganze Bibliotheken zusammengeschrieben haben ohne das geringste haltbare Ergebniß, durch den Widerstreit ihrer *sozialen* Gemeinschaft, der bürgerlichen Klasse, mit ihrer *politischen* Gemeinschaft, dem absolutistisch-feudalen Staat, und man muß die einzelnen Phasen dieses Widerstreits genau untersuchen, um klar zu erkennen, wann, weshalb, inwieweit die Fichte, Lessing, Schiller, Goethe „national" oder „kosmopolitisch" dachten. Das ist freilich nur möglich an der Hand der materialistischen Geschichtsuntersuchung, die Herr Barth mit einer so ausbündigen Abneigung beehrt.

Seiner Versicherung indeß, daß er kein *bewußter* Ideologe des Kapitalismus sei, will ich um so lieber glauben, als die Fülle der „ethischen" Rathschläge, womit er die sozialdemokratische Presse von Neuem in den „Deutschen Worten" überschüttete, in der That nur einem äußerst naiven Gemüthe entspringen kann. Mir fehlt hier der Raum, sie alle zu durchmustern; ich beschränke mich auf einen, der die andern gleich mit kennzeichnen mag. Herr Barth würde eine „Ethisirung" des proletarischen Klassenkampfes darin erblicken, daß die sozialdemokratische Presse nicht mehr „alle Vergehungen gegen die bestehenden Gesetze und die dafür erkannten Strafen von Zeit zu Zeit in einer stehenden Rubrik registrirte"; er findet durch solche Vergehungen die „Achtung vor dem Gesetze" geschädigt und in den Strafregistern würde er nur dann einen Sinn entdecken können, „wenn man eine parteipädagogische Ermahnung der Genossen daran knüpfen wollte, solche Uebertretungen, die der Partei nichts nützen, aber dem Einzelnen schaden, künftig zu meiden." Ja, diese „Ethisirung" des proletarischen Klassenkampfes könnte dem Kapitalismus schon passen, obschon sie ein wahrer Hohn auf jede „ethische Kultur" wäre, denn aus „Achtung" vor den politischen Kautschukparagraphen des deutschen Strafgesetzbuchs alle solche „Vergehungen" zu meiden, die nach der althergebrachten, Herrn Barth ja aus den „Strafregistern" bekannten Justiz des Klassenstaats gerichtlich geahndet werden *können*, hieße auf den letzten Rest von Preß-, Vereins- und jeder sonstigen Freiheit einer gesitteten Nation verzichten. Ganz anders steht es mit der Frage des Herrn Barth, wo man heutzutage in der sozialdemokratischen Presse ein ernsthaftes Wort gegen die unnöthigen Ausschreitungen der Genossen, wie Gotteslästerungen ꝛc. finde? Wo, Herr Barth? Ueberall, wo solche Ausschreitungen etwa noch vorkommen. So hatte vor einiger Zeit ein sozialdemokratischer Arbeiter im Inseratentheile eines Provinzblattes die Geburt eines Sohnes in zwar nicht „gotteslästerlicher," aber möglichst geschmackloser Weise angezeigt und war dafür wegen „Gotteslästerung" zu einer

Woche Gefängniß verurtheilt worden. Der „Vorwärts“ theilte die gerichtliche Verhandlung mit und fügte die „parteipädagogische Ermahnung“ hinzu, die Genossen möchten auf solche „unnöthigen Ausschreitungen“ verzichten. Darauf wurde der Redakteur wegen „Gotteslästerung“ angeklagt und zu — vier Monaten Gefängniß verurtheilt unter der Begründung, daß er die Abmahnung nur hinzugefügt habe, um die „Gotteslästerung“ nochmals an den Mann zu bringen. Vielleicht sieht Herr Barth nunmehr ein, daß es unter mehr als einem Gesichtspunkte für das Proletariat schwierig ist, zur „ethischen Kultur“ der bürgerlichen Gesellschaft vorzudringen.

Was er sonst auf seinen vierzehn Seiten vorbringt, bestätigt aufs Neue den von ihm schon in seiner Habilitationsschrift geführten Beweis, daß er den historischen Materialismus nicht versteht. Herr Barth wird sagen: das ist wieder „unbewiesen hingeschleudert,“ indessen wenn er sich nur noch eine kurze Zeit gedulden will, so wird er den Beweis in einem Anhange zu der demnächst erscheinenden Buch-Ausgabe meiner „Lessing-Legende“ geführt finden. Seine neuesten Ausführungen über diesen Punkt enthalten nichts, was ich nicht schon vorher in meiner Kritik berücksichtigt hätte.

Berlin, den 11. April 1893. F. Mehring.

* * *

Wir wissen zur Stunde, da wir vorliegende Zeilen schreiben, noch nicht, ob Mehring die Absicht hat, die Diskussion weiter fortzuführen und Professor Tönnies zu erwidern. Zum großen Theil würde diese Erwiderung allerdings nichts sein, als eine Aufhellung von Mißverständnissen. Es ist merkwürdig, wie schlecht Mehring von seinen Gegnern in dieser Frage verstanden worden ist, obgleich er sich so klar und deutlich als nur möglich ausgedrückt hat.

Mehring sagte, im Kathedersozialismus habe die Deutsche Gesellschaft für ethische Kultur „ein Vorbild ihres Glücks und ihres Endes.“ Professor Tönnies erwidert darauf in seiner oben abgedruckten Einsendung: „daß die Gesellschaft für ethische Kultur dasselbe wolle, wie der Kathedersozialismus, ist ein starkes Mißverständniß.“

Allerdings, ein starkes Mißverständniß, aber nicht auf Seite Mehring's.

Wir wissen, wie gesagt, nicht, ob Mehring die Absicht hat, sich noch einmal auf die etwas undankbare Aufgabe einzulassen, Mißverständnisse aufzuhellen, die bei aufmerksamem Lesen seiner früheren Ausführungen nicht hätten entstehen können.

Wir hoffen indeß, ihm in keiner Weise vorzugreifen, wenn wir uns ebenfalls an einer Debatte betheiligen, die von ihrem Beginn an unser lebhaftestes Interesse erregt hat.

Vor Allem ganz kurz eine Auseinandersetzung in eigener Sache.

Herr Dr. Barth beklagt sich in seinem bereits mehrfach erwähnten Artikel in den „Deutschen Worten“ über die Redaktion der „Neuen Zeit“:

„Gegen eine greifbare Entstellung,“ schreibt er, „die Herr Mehring begangen hatte, sandte ich an die Redaktion der ‚Neuen Zeit‘ eine Berichtigung ein, die auch in Nr. 14 derselben abgedruckt wurde, aber mit einem Zusatze des Herrn Redakteurs, der nur so viel aus meinem Aufsatz zitirte, daß ich den Lesern der ‚Neuen Zeit‘ im schlimmsten Lichte erscheinen mußte, nämlich, daß ich gesagt hätte, die sozialdemokratische Presse habe in Folge der Herrschaft der Marxischen materialistischen Geschichtstheorie ‚nur ein höhnisches Lächeln für jede sittliche Idee.‘ Daß ich auf derselben Seite erklärt hatte, die Praxis der sozialdemokratischen Presse stehe im Allgemeinen thurmhoch über derjenigen der liberalen, nur die Theorie der Moral sei ihr abhanden gekommen, wurde dabei verschwiegen. Ich hatte keine Lust, auf diese freundliche Zitirmethode zu reagiren, zumal schon meine erste Berichtigung nur widerwillig aufgenommen worden war.“ (A. a. O. S. 238.)

Das heißt, mit andern Worten, Herr Dr. Barth wirft mir vor, ich hätte seine Ausführungen gefälscht, ihn dadurch in das „schlimmste Licht“ gestellt, und ihm die Lust benommen, mit der „Neuen Zeit“ noch weiterhin sich einzulassen.

Wie verhielt sich dagegen die Sache in Wirklichkeit? Am 14. Dezember vorigen Jahres sandte mir Herr Dr. Barth eine sogenannte Berichtigung einiger Ausführungen im Spitzenartikel von Nr. 9 der „Neuen Zeit,“ eine Berichtigung, die fast nichts enthielt, als Schmähungen des Verfassers dieses Artikels, Mehring. Ich strich selbstverständlich die beleidigenden Stellen und machte einen Zusatz zu der Berichtigung, in dem ich meine Verwunderung darüber aussprach, daß Herr Dr. Barth, der so heftig herübergeschossen, das Hinüberschießen so schlecht vertrage.

Die ganze Notiz — die Berichtigung sammt dem Zusatz — ließ ich absetzen und sandte einen Abzug davon an den Herrn Doktor mit einem Begleitbrief, in dem ich die Gründe der Streichungen auseinandersetzte und fragte, ob er wünsche, daß die Berichtigung in dieser Form, in der sie allerdings meiner Ansicht nach kaum einen Zweck habe, erscheine. In seiner Antwort vom 21. Dezember dankte Herr Dr. Barth für mein „Entgegenkommen und die Mühe, die Sie der ganzen Angelegenheit gewidmet haben“ und bat mich, seine Berichtigung im nächsten Hefte abzudrucken, hinzufügend: „Sie ist, **auch in Ihrer Fassung,** mir keineswegs werthlos.“

Daraufhin erschien denn auch die Berichtigung in der von Herrn Dr. Barth approbirten Form im Heft 14.

Wenn der Herr Doktor jetzt nach dem Druck in moralische Entrüstung geräth und findet, seine Berichtigung sei nur „widerwillig aufgenommen worden,“ indeß er vor dem Druck für mein Entgegenkommen dankte; wenn er nach dem Druck erklärt, meine „Zitirmethode“ sei geeignet gewesen, ihn bei den Lesern im schlimmsten Lichte erscheinen zu lassen, während er vor dem Druck fand, seine Berichtigung sei auch in meiner Fassung für ihn keineswegs werthlos, so zeugt das jedenfalls — wir wollen nachsichtig sein und sagen — von sehr schlechtem Gedächtniß.

Nach diesem Pröbchen ethischer Praxis nun noch einige Bemerkungen über die Theorie der Ethik.

In der Moral sind zweierlei Elemente zu unterscheiden: Die moralischen Anschauungen und Forderungen einerseits, die moralischen Kräfte andererseits.

Keine Gesellschaft kann bestehen, ohne daß ihre Mitglieder Rücksichten der mannigfachsten Art auf einander nehmen, sich bestimmte Beschränkungen zu Gunsten ihrer Genossen auflegen.

Die Kraft aber, welche diese Rücksichten und Beschränkungen zur Geltung bringt, geht nicht von der Gesellschaft aus, sondern liegt im einzelnen Individuum, in dessen Trieben, Neigungen und Bedürfnissen. Dadurch unterscheidet sich die Moral vom Recht, dessen Forderungen durch die Kraft der Gesellschaft dem Einzelnen aufgezwungen werden.

Das Bestehen einer Gesellschaft setzt bereits das Vorhandensein sozialer Triebe, Neigungen und Bedürfnisse bei ihren Mitgliedern voraus. Je nach den Existenzbedingungen der Mitglieder werden aber diese sozialen Kräfte die Tendenz haben, schwächer oder stärker zu werden. Der Kampf ums Dasein hat diese Kräfte entwickelt, indem Gesellschaften, deren Mitglieder nicht genug Disziplin, Opfermuth und Hingebung an die Gemeinschaft hatten, eher die Aussicht hatten, zu Grunde zu gehen als Gesellschaften, deren Mitglieder reich an diesen Eigenschaften waren. Dieselben sind zu Instinkten geworden, die sich seit hunderttausenden von Jahren in der Menschheit vererben. Sie werden verstärkt, wenn die Existenzbedingungen solche sind, daß das Individuum zu seiner Erhaltung und seinem Fortkommen auf den festen Zusammenhang mit seinen Genossen angewiesen ist; sie werden die Tendenz haben, zu schwinden dort, wo die Existenzbedingungen das Individuum

darauf hinweisen, auf Kosten seiner Genossen und im Kampf gegen sie sein Fortkommen zu suchen.

Die Höhe der sozialen oder moralischen Kräfte ist daher unter verschiedenen gesellschaftlichen Verhältnissen verschieden; das Wesen dieser Kräfte ist aber stets in den Hauptpunkten das gleiche. Insofern kann man von ewigen Grundlagen der Moral sprechen.

Aber die Ethiker unterscheiden in der Regel nicht zwischen den Kräften und den Forderungen der Moral, und meinen, weil sie jene überall so ziemlich in gleicher Weise wiederfinden, müßte es ihnen auch gelingen, die Forderungen der Moral auf einige allgemeine Grundprinzipien zurückführen zu können. Aber diese allgemeinen Grundsätze haben sich bisher, bei Lichte besehen, entweder als keineswegs allgemein entpuppt, oder sie sind nichts als Gemeinplätze der unbestimmtesten Art, die deswegen allgemein anwendbar sind, weil sie die verschiedensten Bedeutungen zulassen.

Die moralischen Forderungen und Anschauungen, die innerhalb jeder Gesellschaft oder Gemeinschaft das Verhalten ihrer Mitglieder zu einander und zur Gemeinschaft bestimmen, hängen ab von den bestimmten Existenzbedingungen dieser Gesellschaft; da jedoch die gesellschaftlichen Verhältnisse sich ununterbrochen ändern, sind sie stetem Wechsel unterworfen. Aber nicht nur das. Je komplizirter die menschliche Gesellschaft wird, desto komplizirter gestalten sich auch die moralischen Anschauungen, die in ihr herrschen, und je größer die Gegensätze innerhalb der Gesellschaft, desto widerspruchsvoller diese Anschauungen und Forderungen.

Schon bei den primitiven Völkern finden wir innerhalb der „Gemeinschaft," dem Stamm, eine Arbeitstheilung zwischen Mann und Weib. Der Frau fällt der Haushalt, sowie die Aufziehung der Kinder zu, dem Manne Jagd und Krieg. Jede Gemeinschaft zerfällt demnach wieder in zwei Gemeinschaften, in die der Weiber und die der Männer, von denen jede ihre besonderen Funktionen und Interessen hat; und so ist die früheste ethische Erscheinung, die uns auffällt, die, daß es zwei Arten von Moral giebt, eine für die Männer und eine für die Weiber.

Seitdem hat die Arbeitstheilung und haben die Klassengegensätze enorme Fortschritte gemacht; der heutige Mensch ist Mitglied der verschiedensten Gemeinschaften geworden: einer besonderen Familie, Gemeinde, Klasse, Partei, eines Staates, einer Nation — die sich nicht immer mit dem Staate deckt — oft noch einer besonderen Religion. Jede dieser Gemeinschaften erzeugt ihrem besonderen, durch die bestehenden materiellen Verhältnisse bedingten, Charakter gemäß ihre besonderen Rechte und Pflichten, die sehr oft in Widerspruch zu einander gerathen. Je gewissenhafter, moralischer ein Mensch, das heißt, je stärker in ihm die sozialen Instinkte thätig sind, desto schärfer wird er die Widersprüche in der Moral empfinden, die aus den sozialen Widersprüchen erwachsen. Welcher pflichtgetreue Mensch hätte noch nie einen Konflikt durchzumachen gehabt zwischen den Pflichten gegenüber seiner Familie und denen gegenüber seiner Partei und Klasse — um nur den einen, wahrscheinlich häufigsten der moralischen Konflikte von heute hervorzuheben. Wo bleiben da die ewigen Normen des sittlichen Verhaltens, welche Herr Dr. Barth mit solcher Leichtigkeit aus dem „Interesse der Gemeinschaft" ableitet?

Nichts pedantischer und unfruchtbarer, als die in stetem Flusse befindlichen und in Widersprüchen sich bewegenden moralischen Anschauungen, die nur im Zusammenhange mit dem gesammten Leben der Gesellschaft begriffen werden, die nur in diesem Leben und durch dieses Leben wirksam sein können, auf starre, todte Formeln reduziren zu wollen, die man wohl deswegen ewige nennt, weil sie bisher

noch niemals in unbedingter Geltung gewesen sind und die jede Wirkung auf die Gesellschaft verlieren, sobald man sie aus ihr heraushebt, um sie über dieselbe zu stellen.

Herr Dr. Barth nennt als zwei solcher „allen Epochen gemeinsamen ethischen Forderungen" die der Wahrhaftigkeit und die der Vertheidigung des vaterländischen Bodens. Was er bezüglich letzterer gegen Mehring vorgebracht hat, widerlegt dieser bereits in seiner oben mitgetheilten Erwiderung auf das Schlagendste. Wir können es uns indeß nicht versagen, seine Bemerkungen über die Zeit unserer Klassiker durch einige Worte über frühere Jahrhunderte zu ergänzen. Da frägt sich's vor Allem, was Dr. Barth unter „vaterländischem Boden" eigentlich versteht. Im klassischen Alterthum bestand für die Sklaven, meist auch für die Proletarier keine sittliche Verpflichtung zur Vertheidigung des Landes, das sie bewohnten; ebensowenig kannten diese Verpflichtung die Bauern im Mittelalter, nachdem der Heerbann durch das Ritterheer abgelöst worden war, und in der neueren Zeit unter dem Regime der Werbearmeen.

Erst seit der französischen Revolution beginnt die allgemeine Wehrpflicht in das Recht und das sittliche Bewußtsein überzugehen; erst seitdem werden die ausgebeuteten Klassen bewaffnet. Was Herrn Dr. Barth als eine „allen Epochen gemeinsame ethische Forderung erscheint," ist eine solche nur in den Zeiten des Urkommunismus und des modernen Militärstaats. Sie fehlt in den dazwischen liegenden Epochen.

Aber selbst heute gilt sie nicht unbedingt, sondern nur für jene Männer, welche von Staatswegen in Uniform gesteckt werden. Für das bürgerliche Bewußtsein wenigstens erscheint es höchst unsittlich, ohne staatlich anerkannte Uniform das Vaterland zu vertheidigen. Die Franktireurs während des deutsch-französischen Krieges wurden als Banditen betrachtet und behandelt unter dem Beifallsgejohle des ganzen sittlichen Deutschland — ausgenommen die Sozialdemokraten —, und Herr Dr. Barth dürfte in der Gesellschaft für ethische Kultur wenige Mitglieder finden, die ihm zugestehen werden, daß die Pariser im Mai 1871 einer sittlichen Pflicht genügten, als sie den „vaterländischen Boden" gegen die eindringenden Versailler Söldner aufs Verzweifeltste vertheidigten. Wir nehmen natürlich an, daß Dr. Barth, seinen sittlichen Grundsätzen getreu, diese sittliche Verpflichtung der Pariser Kommunards anerkennt.

Nicht besser als mit der Pflicht der Vertheidigung des vaterländischen Bodens steht es mit der Pflicht der Wahrhaftigkeit. Eine unbedingte Verpflichtung dazu hat es überhaupt nie gegeben und giebt es auch heute nicht. Sollte der allerdings nicht wahrscheinliche Fall eintreten, daß Dr. Barth, sagen wir mit einem Sohn nach Dahomeh verschlagen wird, so dürfte er kaum zögern, wenn nicht sein Leben, so doch das seines Sohnes durch eine Nothlüge zu retten, etwa die, daß derselbe ein Kind des großen Geistes sei. Und wenn heute ein lieber Verwandter oder Freund unheilbar auf dem Krankenbette liegt, so wird er es wohl für eine überflüssige Grausamkeit halten, ihm die Wahrheit zu sagen. Es können Umstände eintreten, wo die Lüge geradezu zu einer sittlichen Pflicht wird.

Dem Feinde gegenüber hat die Lüge stets erlaubt, oft für geboten gegolten. Wo man auch dem Feinde gegenüber Wahrhaftigkeit verlangt, da entspringt diese Forderung jedenfalls nicht den „Interessen der Gemeinschaft," mit denen sie nichts zu thun hat, sondern dem Gefühl der eigenen Kraft, welche die Lüge als die Waffe des Feigen und Schwachen verachtet. Sie entspringt jener Mannhaftigkeit (virtus), in der die Alten den Inbegriff der Tugend sahen.

Diesem Kraftgefühl, der Siegesgewißheit, dem Bewußtsein der Unüberwindlichkeit der eigenen Sache schreiben wir es auch in erster Linie zu, daß das

Proletariat jede Art von Lüge verschmäht, wo immer es Gelegenheit hat, in offenem Kampfe sich mit seinen Feinden zu messen. Aber freilich dort, wo eine übermächtige Staatsgewalt oder Kapitalistengewalt ihm jede Möglichkeit eines offenen Kampfes versperrt, wo sie es vor die Alternative stellt: entweder Aufgeben des Kampfes oder heimliche Fortführung des Kampfes unter Irreführung seiner Gegner, da hat es stets ohne Zaudern das letztere gewählt. So in Deutschland nach den beiden Attentaten auf den alten Kaiser, als viele Fabrikanten von ihren Arbeitern die Erklärung forderten, sie seien keine Sozialdemokraten. So in Rußland, wo es für eine Parteipflicht gilt, die Behörden des Zaren in Parteisachen zu überlisten und zu betrügen. In diesen Fällen wird gelogen im Interesse der Gesammtheit, also, selbst mit dem Maßstabe des Herrn Dr. Barth gemessen, aus höchst sittlichen Motiven.

Wir wollen nicht leugnen, daß die Wahrhaftigkeit unter bestimmten, sehr wechselnden Umständen, in allen Epochen als eine sittliche Pflicht galt. Aber mit demselben Recht kann man behaupten, daß zu allen Zeiten das Lügen unter bestimmten Umständen eine sittliche Pflicht war. Will man also die Forderung der Wahrhaftigkeit zu einer der „ewigen Wahrheiten“ der Moral erheben, dann gehört zu diesen Wahrheiten auch die Forderung der Lügenhaftigkeit.

Mit den „ewigen Wahrheiten“ der Moral sieht es also recht windig aus.

Aber wenn wir auch keine ewigen Wahrheiten in der Moral ebensowenig wie auf einem andern Gebiet des gesellschaftlichen Lebens anerkennen können, so wollen wir damit nicht sagen, daß eine wissenschaftliche Erforschung der Gesetze der Moral unmöglich oder unnütz sei. Wenn jedoch die Herren Professor Tönnies und Dr. Barth Mehring gegenüber behaupten, daß es keine bürgerliche und keine proletarische Wissenschaft gebe, daß die Wissenschaft für Alle gleich sei, daß es daher auch eine wissenschaftliche Moral geben könne, die über den Klassengegensätzen stehe, so machen sie sich eines argen logischen Fehlers schuldig.

Sicherlich giebt es keine bürgerliche, ebensowenig wie eine proletarische Wissenschaft; es kann in einer Wissenschaft verschiedene Standpunkte geben, und der eine kann fruchtbarer sein als der andere; aber die einmal gewonnenen Ergebnisse der Wissenschaft gelten für Alle. Die Gesetze, welche die wissenschaftliche Untersuchung der Moral zu Tage fördert, sind daher für die Proletarier ebenso giltig, wie für die Bourgeois. Aber seit wann kann die Wissenschaft von der Moral die Moral selbst sein? Die wissenschaftliche Erforschung der Moral macht diese ebensowenig zu einer Wissenschaft, als etwa die Physik aus der Natur eine Wissenschaft macht.

Diesem quid pro quo entspricht ein zweites: die Gesetze, welche die Moralwissenschaft findet, werden gleichgesetzt den Forderungen der Moral. Aber wissenschaftliche Gesetze sind nicht juristische Gesetze. Ein wissenschaftliches Gesetz enthält keine Forderung, sondern die Konstatirung und Erklärung von Thatsachen. Als ein Gesetz der Moralwissenschaft kann man z. B. die Konstatirung der Thatsache bezeichnen, daß die Anschauungen über die Verhältnisse der Geschlechter zu einander in einer bestimmten Gesellschaft theilweise bedingt werden durch die in ihr herrschenden Formen der Haushaltung. Die moralischen Forderungen dagegen, welche die Verhältnisse der Geschlechter zu einander regeln, z. B. die Forderung der Keuschheit unter bestimmten Umständen, sind nicht Ergebnisse der Moralwissenschaft, sondern deren Gegenstand.*

---

* Wenn man von Forderungen der Wissenschaft spricht, so ist das, genau genommen, nicht richtig. Die Wissenschaft stellt keine Forderungen an die Menschen, sondern diese

Die allgemein giltigen Gesetze der Moralwissenschaft sagen gerade, daß die Forderungen der Moral stets nur bedingte sind; die über dem Klassengegensatz von Bourgeoisie und Proletariat stehende Wissenschaft beweist, daß dieser Klassengegensatz besteht, und daß jede dieser Schichten ihre besondere Moral hat.

Die Wissenschaft von der Moral heißt Ethik, mitunter versteht man darunter auch die Moral selbst, wie die Wirthschaft und die Wissenschaft von der Wirthschaft beide Oekonomie heißen. Diese Gleichheit der Bezeichnungen erleichtert jene Verwechslung der Begriffe, auf welcher der Glaube der Anhänger der „ethischen Kultur“ an eine über den sozialen Gegensätzen schwebende Moral beruht. Der Fehler wird sofort klar, wenn wir deutsch reden. Eine „wissenschaftliche Ethik“ — das klingt nicht übel; aber von einer „wissenschaftlichen Sittlichkeit“ zu sprechen, wirkt sicher höchst komisch.

Eine wissenschaftliche Sittlichkeit, das ist eine nicht aus dem Leben der Gesellschaft geborene, sondern von Gelehrten künstlich erzeugte Sittlichkeit, ein Homunculus, der gleich dem Uebermenschen Nietzsche's nur in Hörsälen, Schreibstuben und Salons, die man sorgfältig vor der rauhen Luft der Außenwelt verwahrt hat, mühsam sein Leben fristen kann, der aber auf der Straße beim ersten Sturm zu Grunde geht.

Je mehr die Moralwissenschaft sich entwickelt, desto entschiedener muß sie der Idee einer wissenschaftlichen Moral entgegen treten. Das Stadium dieser Idee in der Ethik entspricht ungefähr dem der Utopie im Sozialismus.

Auch wir erwarten das Kommen einer neuen Moral; aber ihre Forderungen werden nicht aus den Spekulationen der Philosophen erwachsen, sondern aus den neuen Bedürfnissen einer neuen Gesellschaft, einer Gesellschaft, in der die Klassenunterschiede aufhören, womit zum erstenmal seit dem Auftauchen der ursprünglichsten Arbeits- und Klassentheilung die Vorbedingungen zur Bildung einer einheitlichen, widerspruchslosen Moral gegeben sind. Ihre Kraft wird diese neue Moral jedoch nicht aus den Ermahnungen von Moralpredigern schöpfen, sondern aus der Gemeinsamkeit der Interessen aller Mitglieder der Gesellschaft. Aber nicht erst der Sieg, auch schon der Kampf bringt uns einen neuen Aufschwung der Moral.

Eine der Wurzeln der Siegesgewißheit der Sozialdemokratie liegt in ihrer Ueberzeugung, daß das Proletariat in einer sittlichen Hebung begriffen ist, die herrschenden Klassen in einem sittlichen Niedergange. Aber freilich, von M o r a l p r e d i g t e n oder gar von der Erfindung einer neuen Moral erwarten wir diese Hebung nicht. Wir sind der Ueberzeugung, und die Thatsachen bestätigen sie, daß die Daseinsbedingungen des Proletariats die Tendenz haben, die sozialen Instinkte, Neigungen und Bedürfnisse in ihm zu stärken, indeß die Daseinsbedingungen seiner Gegner in entgegengesetzter Weise wirksam sind. Die Bedingungen, unter denen die Proletarier leben, arbeiten, für eine Verbesserung ihrer Lage kämpfen, drängen sie zum engsten Zusammenschluß, drängen sie dazu, immer mehr die Interessen der Gesammtheit ihrer Genossen mit ihren eigenen persönlichen Interessen zu identifiziren; sie züchten förmlich in ihnen Hingebung an die gemeinsame Sache, Disziplin, Selbstverleugnung, Opfermuth.

Die Daseinsbedingungen des Proletariats drängen es aber auch dazu, sich der ganzen bestehenden Gesellschaft feindlich entgegenzustellen. Als unterste Schicht

---

stellen Forderungen an die Wissenschaft, welche ihnen die Bedingungen sagt, unter denen ihre Forderungen erfüllt werden können. Nicht die Hygiene verlangt es, daß Hamburg eine gesunde Stadt sei; die Hamburger verlangen es. Die Hygiene sagt uns blos, ob und unter welchen Umständen Hamburg gesund gemacht werden könne.

der bestehenden Gesellschaft kann es sich von der Last der Ausbeutung, die auf ihm ruht, nur dadurch befreien, daß es diese ganze Gesellschaft umstürzt. Darum fühlt sich das Proletaritat als der Vorkämpfer aller Unterdrückten, der ganzen ausgebeuteten Menschheit, darum ist es aber auch seit seinem Bestehen stets die revolutionärste Klasse gewesen in der Gesellschaft — anfangs aus bloßem Instinkt, der nach und nach durch die klare Einsicht nicht verdrängt, sondern verstärkt wurde. Das Proletariat ist diejenige Klasse, welche die weitesten und kühnsten Ziele hat: wenn der Proletarier weniger als ein Anderer für persönliche Erfolge kämpft, mehr als ein Anderer für die einer umfassenden Gemeinschaft, so kämpft er auch weniger als ein Anderer für Augenblickserfolge, mehr als ein Anderer für große Ziele, deren Erreichung er vielleicht nicht erleben wird, die für ihn nur Ideale sind.

Diese Kämpfe für unpersönliche Zwecke, für eine große Gemeinschaft, für hohe Ideale, diese Kämpfe sind es, die das Proletariat moralisch immer höher heben, indeß seine Gegner in der Jagd nach persönlichen Augenblickserfolgen moralisch immer mehr versumpfen.

Damit wollen wir nicht sagen, daß der Proletarier als solcher dem Bourgeois bereits moralisch überlegen ist. Unter den Daseinsbedingungen des Proletariers giebt es nicht nur erhebende, es giebt auch niederdrückende Momente in großer Zahl und die letzteren machen sich in der Entwicklung des Proletariats eher geltend als die ersteren. Wo aber eine Proletarierschicht einmal eingetreten ist in den Klassenkampf, da werden bald mit Naturnothwendigkeit die niederdrückenden durch die erhebenden Momente überwunden, da beginnt die sittliche Wiedergeburt des Proletariats.

Indem die Sozialdemokratie den Klassenkampf des Proletariats fördert und regelt, indem sie ihm hohe Ideale — und das ist nur ein anderes Wort für revolutionäre Ziele — setzt, thut sie unendlich mehr zur Hebung der Sittlichkeit, als alle Gesellschaften für ethische Kultur zusammengenommen.

Was soll angesichts dieser kraftvollen Quellen einer neuen, lebenswarmen Moral noch das schwindsüchtige Gespenst der „wissenschaftlichen,“ über den Klassen und Parteien stehenden Sittlichkeit?

Indessen, wenn wir auch die Erwartungen der Anhänger der Gesellschaft für ethische Kultur für trügerische halten, so stehen wir doch ihren Bestrebungen nicht ohne Sympathien gegenüber, wie bereits Mehring in dem Artikel ausgeführt hat, von dem die Diskussion ihren Ausgang genommen.

Wohl halten wir die Mittel, welche diese Gesellschaft zur Anwendung bringen will, für wenig wirksam, aber ihr Ziel ist doch ein löbliches. In der Praxis reduzirt sich die Propagirung einer über den Klassen stehenden Ethik auf die Ethisirung des Klassenkampfes, das heißt, auf dessen Befreiung von allen unnützen Rohheiten und Ausschreitungen. In diesem Ziel begegnet sich die Gesellschaft für ethische Kultur vollkommen mit der Sozialdemokratie. Diese zählt zu ihren Aufgaben auch jene, das Proletariat mit den wirksamsten und die wenigsten Opfer heischenden Methoden des Klassenkampfes vertraut zu machen; sie bringt den Proletariern Selbstachtung und Kraftbewußtsein bei; durch alles das bewirkt sie, daß das Proletariat seine Kämpfe in den möglichst „ethischen“ Formen führt.

Freilich, so weit darf die „Ethisirung“ nicht gehen, daß sie unsern Waffen jede Schärfe nimmt, auch darf man von uns nicht die altjüngferliche Prüderie des Herrn Dr. Barth verlangen, der der „Neuen Zeit“ vorwirft, daß sie ihren Lesern zu wenig die Pflichten der Mäßigkeit und Keuschheit einprägt, und Bebel anklagt,

er habe lästerlicher Weise im Reichstage — Heine zitirt. Vielleicht veranlassen diese furchtbaren Anklagen den nächsten Parteitag, Herrn Dr. Barth zum Keuschheitskommissarius über die sozialdemokratische Presse zu ernennen und mit der Veröffentlichung einer sorgfältig zensurirten Klassikerausgabe für höhere Töchter und sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete zu betrauen.

Aber wie weit die Sozialdemokratie in der „Ethisirung" des Klassenkampfes auch gehen mag, sie findet eine starke Schranke ihres Wirkens in ihren Gegnern. Diese sind bisher die Mächtigeren, und nicht wir, sondern sie bestimmen die Schlachtfelder und die Waffen des Klassenkampfes. Sie hindern, wo sie nur können, jede Organisirung, jede Aufklärung der Massen; sie betrachten jene Arbeiter als ihre größten Feinde, die sich selbst achten und auf die Achtung der Andern Anspruch machen; sie sind bestrebt, durch Mißhandlungen aller Art die Arbeiter herabzuwürdigen zu charakterlosen Kreaturen und sie gleichzeitig zu provoziren zu zwecklosen, aber nur zu wohl verständlichen Ausbrüchen des Hasses und der Verzweiflung. Will die Gesellschaft für ethische Kultur den Klassenkampf ethisiren, dann muß sie vor Allem trachten, in den Reihen der Bourgeoisie, aus der ihre Anhänger sich ja rekrutiren, auf eine Besserung der Gesinnung hinzuarbeiten.

Daß die Herren Bourgeois auch lernen können, haben sie in England bewiesen, wo sie sich bereits vielfach dazu verstanden haben, mit den Arbeitern auf dem Fuße der Gleichheit in anständiger Weise zu verkehren. Freilich, es waren nicht Gesellschaften für ethische Kultur, die den Klassenkampf in dieser Weise ethisirten; das wurde vielmehr bewirkt durch die Erfolge der Arbeiter. Die Arbeiter werden in der Regel nur dort anständig behandelt, wo sie die Macht haben, ihre Ausbeuter zu anständigem Benehmen zu zwingen. Im Klassenkampf erziehen die Arbeiter nicht nur sich selbst, sondern auch ihre Herren und bringen ihnen Anstand und Sitte bei.

Wir würden uns sehr freuen, wenn die Gesellschaft für ethische Kultur wirklich die Absicht haben sollte, der deutschen Arbeiterklasse einen Theil dieser ebenso mühevollen wie unerquicklichen Erziehungsarbeit abzunehmen und wir würden jeden Erfolg auf diesem Gebiet mit Freuden begrüßen.

Es ist das zwar eine bescheidenere Aufgabe als die, eine wissenschaftliche Ethik, die über der Gesellschaft steht, zu schaffen und zur Geltung zu bringen, aber in dieser Beschränkung ist die Aufgabe der Gesellschaft für ethische Kultur vielleicht wenigstens einigermaßen lösbar — und jeder Erfolg wäre ein Gewinn für alle Betheiligten. Für diejenigen bürgerlichen Freunde der Arbeiterklasse, welche nicht das Zeug dazu haben, die viel wirksamere Methode der Betheiligung an den Kämpfen des Proletariats anzuwenden, öffnet sich da ein zwar kleines und kleinliches, aber möglicherweise nicht ganz nutzloses Feld der Bethätigung ihrer Freundschaft.

Indeß der Worte haben wir genug gehört, die Herren mögen uns nun endlich einmal Thaten zeigen. Seitdem die Gesellschaft für ethische Kultur besteht, sind in Deutschland zahlreiche, höchst unethische Ausschreitungen von bürgerlicher Seite in Klassenkämpfen vorgekommen: wir erinnern an den letzten Kohlengräberstrike. Wir haben nichts davon gehört, daß die Gesellschaft sich auch nur zu einem schüchternen Protest dagegen aufgeschwungen hätte. So lange es beim ethischen Gerede bleibt, müssen die Herren Ethiker sich gefallen lassen, daß wir auch nach möglichster Beschränkung ihrer Aufgabe immer noch erklären:

„Die Botschaft hör' ich wohl, allein mir fehlt der Glaube."

Literarische Rundschau.

Conrad Bornhak, **Das deutsche Arbeiterrecht.** Systematisch dargestellt. (Separatabdruck aus den „Annalen des Deutschen Reichs.“ 1892.) München und Leipzig, G. Hirth's Verlag 1892. Groß 8°, 190 Seiten. 3 Mark.

Die Schrift bietet hauptsächlich eine sehr übersichtlich gruppirte und eingehende Darstellung der deutschen Innungs-, Arbeiterversicherungs- und Arbeiterschutz-Gesetzgebung, immer durch einen Rückblick auf die einzelnen Stufen der früheren Entwicklung eingeleitet.

Bei der Arbeiterversicherung (S. 56—147) wendet sich der Verfasser besonders ausführlich auch den Streitpunkten der juristischen Theorie zu: ist die Arbeiterversicherung eine privatrechtliche oder eine öffentlichrechtliche, beruht sie auf einem Vertrage oder unmittelbar auf dem Gesetze, ist sie wirkliche Versicherung oder staatliche Fürsorge? — sind die Versicherungsinstitute öffentlichrechtliche Korporationen oder, wie die freien Hilfskassen, ihrer „ganzen rechtlichen Struktur nach“ Personen des Privatrechts, obwohl dem Staate zur Erfüllung ihrer Zwecke verpflichtet? — besteht das Versicherungsverhältniß unmittelbar kraft Gesetzes oder Statuts, einfach durch Vorhandensein der gesetzlichen Voraussetzungen, oder kommt es erst durch die Willensübereinstimmung beider Theile, also durch Vertrag, zu Stande? Diese und ähnliche Fragen haben bereits ihre Literatur hervorgerufen; sie haben ja auch für die subtilere Handhabung und Auslegung der Gesetze ihre Bedeutung. Mit einiger Gewaltsamkeit wird so ziemlich Alles in dem üblichen Fächerwerk der Jurisprudenz untergebracht, bis auf einige, in dieser Weise unauflösliche „Anomalien.“

Von besonderem Interesse ist an der Schrift der allgemeine einleitende Abschnitt: die arbeitenden Klassen und die Staats- und Gesellschaftsordnung (S. 1—44). Professor Bornhak giebt sich hier als ein in das Juristische übersetzter Kathedersozialist. Spricht der kathedersozialistische Oekonom mit großem Behagen von der Zurückdrängung der freien Privatproduktion und von der immer wachsenden Ausdehnung der Zwangs-Gemeinwirthschaft, von dem traurigen Ende des laisser faire für die Individuen und dem fröhlichen Gedeihen des Staatseingreifens, gleichviel, zu wessen Nutzen oder Schaden — so freut sich unser Jurist der vermeintlichen Thatsache, daß das „privatrechtliche“ Kontraktverhältniß überall durchlöchert wird und das „öffentlichrechtliche“ Prinzip Triumphe feiert. Auch hier führt diese ganz schiefe Auffassung schließlich zu politischen Unglaublichkeiten. So weit geht Bornhak allerdings nicht wie Adolf Wagner, den die Begeisterung für die „anti-individualistische,“ „sozialistische“ Zwangsgemeinwirthschaft schließlich dahin brachte, in der Eisenbahnverstaatlichung und dem Tabaksmonopol die Höhepunkte der gesellschaftlichen Entwicklung zu erblicken. Aber seltsam berührt es bei Bornhak bereits, wie er die freien Organisationen der Arbeiter, in erster Linie also die Gewerkschaften, sehr von oben herab beurtheilt — zu den Zwangsverbänden hingegen, in erster Linie also zu den Versicherungsorganisationen der Unfall-, Kranken- und Invaliditätsgesetzgebung bewundernd emporsieht.

„Durch diese neuen Schöpfungen wird das bestehende individualistische Staatswesen durchbrochen. Wieder erstehen, allerdings zunächst nur in schwachen Ansätzen, intermediäre soziale Bildungen zwischen dem Staate und dem einzelnen Individuum. Es sind nicht aus der Gesellschaft selbst durch die Gemeinsamkeit des Berufs organisch erwachsene und im Laufe der Zeit durch feste gewohnheitsrechtliche Ordnungen geregelte Verbindungen, wie die sozialen Gemeinschaften des Mittelalters es waren, die Arbeitervereine der neuesten Zeit es sind. Nicht das Individuum verbindet, bildet den Ausgangspunkt, sondern der Staat. Aber eben um deswillen, weil diese neuen, die individualistische Ordnung durchbrechenden Bildungen keine organischen, aus den freien Kräften der Gesellschaft erwachsenen sind, erscheinen sie dauerhafter als Gilden, Innungen und Gewerkvereine. Denn als eine Schöpfung des Staates, der seinem Wesen nach allen Klassen der Ge-

sellschaft gleichmäßig gerecht werden soll, müssen sie einen Schutz der schwächeren Klassen der Gesellschaft bilden und deren Existenz sichern, aber nicht die anderer Gesellschaftsklassen gefährden. Jede aus der Gesellschaft selbst hervorgegangene Bildung hat dagegen nach der Abwehr und Sicherung die natürliche Tendenz zur Exklusivität und Klassenherrschaft. Allerdings verdrängt mit der sozialen Reform allmälig wieder eine soziale Staats- und Rechtsbildung die individualistische, aber diese soziale Bildung ist im Gegensatze zu früheren Epochen keine organische, sondern eine vom Staate bewußt gewollte" (S. 43). In diesen Sätzen kommt der Standpunkt und die Logik des Verfassers wohl am drastischsten zum Ausdruck.

Nun tritt aber der hier vorausgesetzte Musterstaat — dem gegenüber die ganze menschliche Gesellschaft nur ein Auswuchs und dazu da scheint, ihm seine Schöpfungen zu verpfuschen — nur unter zwei Voraussetzungen ins Leben: wenn neben einer politisch einflußreichen Arbeiterbewegung eine starke Monarchie besteht. Das sei bei den Germanen der Fall, während die Romanen unheilbar am Parlamentarismus dahinsiechen.

„Die strengste Verwirklichung der konstitutionellen Prinzipien durch den Parlamentarismus hat das Königthum zu einem wesenlosen Schemen herabgewürdigt. Die in der Volksvertretung allmächtige Bourgeoisie ist aber zu Selbstbeschränkungen und Konzessionen, welche dem Arbeitgeber irgend welche Opfer im Interesse der Arbeiter auferlegen, ihrer Natur nach außer Stande.... Das ausschlaggebende Moment der ganzen parlamentarischen Politik bleibt der eigene Geldbeutel.... Der parlamentarische Staat ist also durch seine Verfassung und Verwaltung zu jeder ernstlichen Sozialreform an sich unfähig und treibt der sozialen Revolution entgegen.... Vermöge ihrer historischen Bedeutung und ihrer staatsrechtlichen Stellung war gerade die deutsche Monarchie berufen, die Aera der sozialen Reform in Europa zu eröffnen.... Die Monarchie von oben, die mit dem allgemeinen Stimmrecht versehenen arbeitenden Klassen von unten drängen, zwar aus verschiedenen Motiven, aber nach derselben Richtung hin, zur sozialen Reform und zwingen die widerstrebenden Mittelklassen zu Konzessionen und Opfern. Der Staat, in dem die selbstständige historische Monarchie sich erhalten und gleichzeitig das allgemeine Stimmrecht Eingang gefunden hat, bietet daher den günstigsten Boden für die sozialen Reformbestrebungen, während umgekehrt in dem parlamentarischen Bourgeoisstaate ein solcher überhaupt nicht vorhanden ist.... In den parlamentarischen Staaten ist auch die auswärtige Politik, wie das Staatswesen überhaupt, von den Interessen der Bourgeoisie beherrscht. Diese läßt sich aber in ihrer Herrschaft über die Arbeiter auch durch internationalen Vertrag keine Schranken auferlegen und vereitelt damit jedes, in die Freiheit des Arbeitgebers irgendwie erheblich eingreifende Abkommen. So ist denn auch die Berliner Arbeiterkonferenz von 1890 im Wesentlichen resultatlos verlaufen. Insofern wirkt der öffentliche Rechtszustand der parlamentarischen Staaten auch auf die monarchischen Staaten zurück und zieht der sozialpolitischen Reformthätigkeit derselben Schranken." Kurzum, der Parlamentarismus ist an allem schuld: daran, daß die romanischen Staaten überhaupt nicht wollen und daß die germanischen nicht recht können. Doch schließt der Herr Professor des Staatsrechts diese trübe politische Betrachtung mit der tröstlichen Versicherung, es liege „nicht außerhalb des Bereichs der Möglichkeit, daß unter günstigeren Konjunkturen der allgemeinen Politik die monarchischen Staaten einmal durch ihre Macht die parlamentarischen zum Abschlusse tief eingreifender internationaler Arbeiterverträge nöthigen und so durch die auswärtige Politik die innere bestimmen."

So spiegelt sich die Welt im Kopfe eines Kathedersozialisten. —ms.

Leopold Caro, **Die Judenfrage eine ethische Frage.** Leipzig 1892, Fr. Wilh. Grunow.

Herr Caro, der Nachkomme eines der bedeutendsten Talmudisten, ist christlich-sozial. Die Ursache des Antisemitismus liegt für ihn in dem unsittlichen jüdischen

Erwerbsleben, und dieses ist wiederum eine Folge der Skepsis und der Irreligiosität der gebildeten Juden. Man sieht — ein altes Thema mit nichts weniger als neuen Variationen. „Trotzdem," meint Caro, „hat es von jeher Juden gegeben, die ein warmes Herz für ihre Mitmenschen hatten und von der christlichen Sittlichkeit tief durchdrungen waren, wenn sie sich auch scheuten, die Quelle ihrer Erkenntniß zu gestehen." Nach dem Verfasser scheint die christliche Ethik einfach vom Himmel heruntergefallen zu sein. Und doch ist sie ein Niederschlag des ökonomischen und geistigen Lebens vorchristlicher Elemente, unter andern auch des Judenthums. Caro und Genossen würden vielleicht erschrecken, wenn wir behaupteten und — wenn es nöthig werden sollte — auch den Beweis führten, daß die Elemente der christlichen Ethik vollständig — im Talmud enthalten sind. Allerdings sind auch die Elemente der antiken, bornirtnationalen Ethik in dieser viel umstrittenen Enzyklopädie enthalten — und es wäre philosemitisch, dies leugnen zu wollen — aber es ist unhistorisch, von einer dem Judenthum fremden christlichen Moral zu sprechen. — Auf S. 26 sagt der Verfasser: „An der Hand der Kriminalstatistik gelangt man zu dem unerfreulichen Schlusse, daß die Juden überall zu den Verbrechen aus Gewinnsucht ein weit über ihr Verhältniß zur Gesammtbevölkerung hinausgehendes Kontingent liefern." — Dies trifft indeß für das Deutsche Reich durchaus nicht zu. Nach Ausweis der amtlichen Kriminalstatistik für das Jahr 1888 wurden verurtheilt wegen Verbrechen und Vergehen gegen das Vermögen 151 222 Christen, 1281 Juden; im Jahre 1889 164 144 Christen, 1356 Juden. Das Verhältniß stellt sich demnach wie 120 : 1, während nach der letzten Volkszählung schon auf 82 Christen 1 Jude entfällt. Das kleine Büchlein Caro's weist sonst noch verhältnißmäßig viele historische und nationalökonomische Schnitzer auf. Es ist daher begreiflich, daß Caro dem „revolutionären Sozialismus" jede Berechtigung abspricht und daß er von der gesammten rechts stehenden Presse als Mustersemite hingestellt wird.

M. Beer.

Notizen.

Zur Statistik der zwangsweise veräußerten landwirthschaftlichen Anwesen in Bayern. Nach den Mittheilungen der Zeitschrift des Bayerischen Statistischen Bureaus, Jahrg. 1882—1892, wurden in Bayern zwangsweise veräußert:

Jahr	Zahl der versteigerten landwirthschaftlichen Anwesen	Gesammtfläche in Hektar	Hektar pro Anwesen
1880	3739	30 059	8,0
1881	2739	21 252	7,7
1882	2071	15 665	7,6
1883	1803	12 696	7,0
1884	1506	11 017	7,3
1885	1318	11 457	8,7
1886	1348	8 582	6,4
1887	1111	7 935	7,1
1888	1514	10 483	6,9
1889	1632	11 052	6,8
1890	1198	7 971,33	6,7
1891	921	7 281,93	7,9

Dieses auf den ersten Blick so verblüffende Resultat, welches die Meinung erwecken kann, daß die hohen Zölle auf die landwirthschaftlichen Produkte, der Verschuldung, also auch den zwangsweisen Veräußerungen der kleinen landwirthschaftlichen Anwesen entgegen wirkten, verändert gänzlich sein Gesicht, wenn wir die Vertheilung der zwangsweise veräußerten Anwesen auf den kleinen, mittleren und den Großbesitz in Betracht ziehen.

Es wurden der Zwangsveräußerung unterstellt:

Jahr	Kleine Anwesen bis 10 Hektar	Mittlere Anwesen 10—100 Hektar	Große Anwesen über 100 Hektar	
1880	75,7 Prozent	22,0 Prozent	0,3 Prozent	sämmtlicher Anwesen
1881	75,6 =	24,2 =	0,2 =	= =
1882	78,8 =	21,0 =	0,2 =	= =
1883	80,7 =	19,2 =	0,1 =	= =
1884	78,9 =	21,0 =	0,07 =	= =
1885	80,9 =	18,7 =	0,4 =	= =
1886	83,8 =	16,0 =	0,2 =	= =
1887	80,5 =	19,4 =	0,1 =	= =
1888	81,5 =	18,4 =	0,1 =	= =
1889	81,9 =	17,9 =	0,2 =	= =
1890	80,6 =	19,4 =	— =	= =
1891	80,4 =	19,3 =	0,3 =	= =

Diese Tabelle beweist, daß die Lage des Kleinbesitzes im Verhältniß zum mittleren und dem Großgrundbesitz sich verschlechtert hat, indem von den zwangsweise veräußerten Anwesen die des Kleinbesitzes im Jahre 1880 drei Viertel, im Jahre 1891 dagegen schon vier Fünftel ausmachten.

Daraus ist schon zur Genüge ersichtlich, daß nicht der kleine Bauer den Nutzen aus den hohen Lebensmittelzöllen zieht; daß die Gesammtzahl der zwangsveräußerten landwirthschaftlichen Anwesen nicht zu-, sondern abgenommen hat, beweist nichts, da diese Erscheinung der Ursache zugeschrieben werden muß, daß in Folge der Erhöhung der Grund- und Bodenpreise die kleinen Anwesen von ihren Besitzern rechtzeitig, ohne die Zwangsveräußerung zu erwarten, verkauft wurden.

Interessant ist ferner die Tabelle, die nachzuweisen versucht, in welcher Weise die Zwangsveräußerungen der landwirthschaftlichen Anwesen von der Ausübung eines gewerblichen Nebenberufs abhängig sind.

Es betrug nämlich:

Jahr	Zahl der veräußerten landwirthschaftlichen Anwesen	Davon übten die früheren Besitzer einen Nebenberuf aus	Hatten keinen Nebenberuf
1881	2739	1301	1438
1882	2071	1009	1062
1883	1803	991	912
1884	1506	817	689
1885	1318	620	698
1886	1348	749	599
1887	1111	584	527
1888	1514	741	773
1889	1632	824	808
1890	1198	582	616
1891	921	491	430

Wie aus der Tabelle ersichtlich ist, betrug die Zahl derjenigen Besitzer der zwangsweise veräußerten Anwesen, die einen gewerblichen Nebenberuf ausübten, fast durchweg die Hälfte der sämmtlichen Besitzer der veräußerten Anwesen.

Eine bestimmte Neigung zu Gunsten der einen oder der andern Kategorie von Besitzern kann nicht konstatirt werden.

Zum Schluß wollen wir noch hervorheben, daß die interessanteste Frage: „wer die veräußerten Anwesen erworben hat?" von der Statistik gar nicht berührt wird. Es wäre unserer Meinung nach doch sehr interessant zu wissen, ob die veräußerten Anwesen in den Besitz des Klein-, Mittel- oder Großgrundbesitzes übergegangen sind? Was meint dazu die Redaktion der Zeitschrift des Bayerischen Statistischen Bureaus?

J. S.

Die „Zentralisation des Kapitals im deutschen Eisenhüttengewerbe.“ Einige interessante Mittheilungen über diesen Gegenstand bietet die Inaugural-Dissertation zur Erlangung der Doktorwürde, die im vorigen Jahre von Herrn Ludwig Sinzheimer der Staatswirthschaftlichen Fakultät der Münchener Universität vorgelegt wurde.*

Auf der Seite 31 theilt der Verfasser folgende Tabelle mit. Es betrug:

Jahr	Anzahl der Hochofenwerke	Jährl. Gesammtproduktion aller Hochofenwerke Zentner	Jährl. Produktion eines Werkes Zentner
1866	303	20 939 070	69 105
1869	203	28 260 588	139 214
1870	188	27 822 471	147 992
1871	213	31 273 645	146 824
1872	211	39 767 895	181 588
1873**	244	44 811 492	183 654
1874	219	38 125 251	174 088
1875	194	40 587 783	209 215
1876	166	36 926 906	222 451
1877	143	38 694 511	270 592
1878	134	42 952 828	320 544

Demnach sank die Zahl der Hochöfen um 56 Prozent. Dagegen stieg die Gesammtproduktion von 20 Millionen Zentner auf 42 Millionen, das heißt um mehr als 100 Prozent, die durchschnittliche Produktion eines Werkes von 69 auf 320 Tausend Zentner, das heißt um mehr als um das 4½fache. Und dies Alles in einem kurzen Zeitraum *von nur zwölf Jahren.*

Was die Größe und Umfang der Hochöfen selbst betrifft, so theilt der Verfasser mit, daß während im Jahre 1865 noch Hochöfen von 10,67 Meter Höhe gebaut wurden, im Jahre 1869 schon solche von 17,26 Meter Höhe, im Jahre 1875 schon solche von 20 Meter Höhe vorhanden waren, so daß der Inhalt der Hochöfen von 170 Kubikmeter im Jahre 1870/71 auf 400 Kubikmeter in späteren Jahren gewachsen ist.

In Bezug auf die tägliche Produktion eines Hochofens theilt der Verfasser für Rheinland-Westfalen mit, daß während im Jahre 1873 daselbst ein Hochofen höchstens 60 000 Kilogramm täglich zu liefern im Stande war, im Jahre 1878, also *in fünf Jahren* schon Hochöfen vorhanden waren, die täglich 130 000 Kilogramm, *das heißt mehr als das Doppelte* lieferten.

Diesem rapiden Wachsthum der Betriebe gemäß wuchs auch das Anlagekapital, so daß nach den Berechnungen des Verfassers das Anlagekapital zum Bau eines Hochofens schon damals sich auf etwa 950 000 Mark belief, eine Thatsache, die vollauf die Behauptung des Verfassers bestätigt, daß „*die Konkurrenz auf dem Gebiete der Roheisenproduktion demgemäß vorwiegend ein Kampf der Großbetriebe unter einander ist, und zwar ein Kampf, in dem, wie ein Rückblick auf die technische Entwicklung ergiebt, die technischen Vortheile auf Seite des größeren Betriebes liegen.*“

Und nun wollen wir zu den Vortheilen (!?), die dieser rapide technische Fortschritt den Arbeitern gebracht hat, übergehen. Diese Vortheile sind gut charakterisirt durch die folgenden Worte des Verfassers, daß in Folge des technischen Fortschrittes bei der Beschickung der Hochöfen: „*an Stelle der äußerst geschickten Arbeiter*

---

* „Der volkswirthschaftliche Charakter der technischen Entwicklung des deutschen Eisenhüttengewerbes 1865 bis 1878.“ Inaugural-Dissertation von Ludwig Sinzheimer. München 1892.

** Vom Jahre 1873 ab Elsaß-Lothringen inbegriffen.

ungelernte Arbeiter treten können,"* was mit andern Worten gesagt, nichts anderes bedeutet, als daß in Folge der technischen Verbesserungen die Löhne erniedrigt werden konnten.

Sehr interessant ist ferner die Mittheilung, die sich auf der Seite 34 der zitirten Dissertation befindet und die wir zum Schluß bringen wollen, aus welcher Mittheilung es mit einer wunderbaren Schärfe hervorgeht, wie die Arbeiter durch den technischen Fortschritt im Rahmen der kapitalistischen Gesellschaft zu einfachen Arbeitsthieren degradirt werden.

„Sie (die Arbeiter) haben nur zu lernen, um mit dem uns begleitenden schlesischen Ingenieur zu reden," schreibt Herr Sinzheimer, „wie man es hier oben aushalten kann, wo die Gluthhitze und die Dämpfe des Hochofens den Gichtern (Arbeiter, die an der Gicht des Hochofens arbeiten) ins Gesicht blasen, während ein scharfer Wind von der russischen Grenze her weht und kein Schutzdach vor Schnee und Regen schützt."

Ein Kommentar zu diesen Worten ist überflüssig. J. S.

Die Selbstmorde in Budapest. In dem ungarischen medizinischen Fachblatt „Gyógyászas" publizirte vor Kurzem der Assistent des hiesigen gerichtsärztlichen Institutes die Selbstmordstatistik der letzten sechzehn Jahre in Budapest. Dieselbe verdient um so mehr Beachtung, weil Budapest in der Selbstmordstatistik an dritter Stelle unter den europäischen Großstädten kommt, hauptsächlich aber darum, weil der Autor den Versuch macht, die Ursachen des Selbstmordes zu eruiren.

Es starben in Budapest durch Selbstmord im Jahre:

1874	84	Männer	und	16	Frauen.	Zusammen	100	Menschen.
1875	77	=	=	26	=	=	103	=
1876	105	=	=	20	=	=	125	=
1877	107	=	=	24	=	=	131	=
1878	59	=	=	35	=	=	94	=
1879	74	=	=	30	=	=	104	=
1880	98	=	=	36	=	=	134	=
1881	106	=	=	40	=	=	146	=
1882	104	=	=	36	=	=	140	=
1883	96	=	=	37	=	=	133	=
1884	129	=	=	35	=	=	164	=
1885	127	=	=	41	=	=	168	=
1886	114	=	=	47	=	=	161	=
1887	173	=	=	43	=	=	216	=
1890	166	=	=	64	=	=	230	=
1891	140	=	=	45	=	=	185	=

Von den Jahren 1888 und 1889 fehlen die statistischen Angaben.

Aus dieser Tabelle zieht der Autor folgende Schlüsse:

„Aus dem geht hervor, daß auch in Budapest wie jeder andern Großstadt die Zahl der Selbstmorde, im Verhältniß stehend zur Entwicklung der Stadt, fortwährend zunimmt; nur in einem oder dem andern Jahr tritt eine geringe, kaum in Betracht kommende Verringerung ein. Eine bedeutende Abnahme pflegt gewöhnlich sich in Kriegsjahren einzustellen, wie wir es in den Jahren 1878 und 1879 in der Zeit der bosnischen Okkupation sehen, weil ein beträchtlicher Theil gerade jener Volkselemente, welche das Gros zu den Selbstmördern liefern, namentlich die Männer im Alter von 20 bis 40 Jahren, durch den Krieg in Anspruch genommen werden. ... Dieselben Erfahrungen wurden im Jahre 1866 im österreichisch-preußischen, und im Jahre 1870—71 im preußisch-französischen Krieg in den betreffenden Staaten gemacht, wie

---

* Vergl. Dissertation Seite 33.

es deren statistische Ausweise bezeugen.* ... In Zeiten von großen Epidemien nimmt die Zahl der Selbstmorde gleichfalls ab, weil die epidemischen Krankheiten, regelmäßig in den Spuren des Elends schreitend, sich gerade aus den Reihen derjenigen die Opfer holen, aus welchen so viele Selbstmörder hervorgehen. Das Elend ist aber die Ursache der meisten Selbstmorde. Das ist die Erklärung des Umstandes, daß im Jahre 1886, als die asiatische Cholera in Budapest wüthete, die Zahl der Selbstmorde nicht nur nicht gestiegen ist, sondern im Verhältniß zum Vorjahre noch um ein Geringes gefallen ist.

„Es ist wahrscheinlich, daß wenn das Jahr 1886 kein Epidemiejahr gewesen wäre, die Zahl der Selbstmorde gerade so gestiegen sein würde, wie in den vorhergehenden Jahren und dann würde die Zunahme im Jahre 1887 nicht so auffallend groß sein."

Hier macht der Autor die Bemerkung, daß auch während der letzten Epidemie die Zahl der Selbstmorde abgenommen hat.

„Daß im Jahre 1891, in welchem weder Krieg war, noch eine größere Epidemie die Bevölkerung heimsuchte, dennoch eine größere Abnahme sich bemerkbar machte, das, glaube ich, ist durch eine soziale Neuerung verursacht worden, nämlich durch die Sonntagsruhe, welche in der zweiten Hälfte des Jahres 1891 eingeführt wurde.

„Die meisten Selbstmörder nämlich rekrutiren sich aus der Klasse der Industriearbeiter. — Durch die Sonntagsruhe ist die Lage des Arbeiters in Vielem verbessert worden. — Der ihm zu Theil gewordene Ruhetag in der Woche, an welchem er ausruhen kann, setzt ihn eher in Stand, die Last des Lebens zu ertragen, und neue Kräfte zum Kampf ums Dasein zu sammeln. Durch die Sonntagsfeier wird das Familienleben inniger gestaltet. Auch der Trunksucht wird einigermaßen durch die Sonntagsruhe ein Damm gesetzt, weil der Arbeiter genug freie Zeit gewinnt, er kann die Schönheiten der Natur genießen, er kann auch genug geistige Zerstreuung suchen, er vertrinkt nicht schon am Samstag Abend auf einmal den ganzen Wochenlohn, indeß seine Familie im Elend bleibt, wie es früher vorkam, als ihm von den Freuden des Lebens nichts zu Theil wurde; begann doch für ihn am Sonntag von neuem die mühsame Arbeit. — Mit einem Wort, die Sonntagsruhe ist eine derartig heilsame Gesellschaftsreform, daß sie sich auch auf diesem Gebiete geltend macht."

Untersuchen wir die Zahl der Selbstmörder im Verhältniß zur Gesammtbevölkerung, dann finden wir:

Es entfielen Selbstmorde:

	Auf 10000 Männer	Auf 10000 Frauen	Auf 10000 Einwohner überhaupt
Im Jahre 1890	7,0	2,5	4,7
" " 1891	5,9	1,8	3,8

In den vorangegangenen Jahren kamen auf je 10 000 Einwohner Selbstmorde:

Jahr		Jahr	
1874	3,4	1881	4,1
1875	3,5	1882	3,8
1876	4,2	1883	3,6
1877	4,3	1884	3,6
1878	3,0	1885	4,3
1879	3,1	1886	4,1
1880	3,8	1887	4,4

Die Durchschnitts-Verhältnißzahl der letzten fünfzehn Jahre ist 4,14.

„Die meisten Selbstmörder gehen aus der Klasse der Industriearbeiter hervor, nachher folgen die Taglöhner und Dienstboten. — In der Mittelklasse rekrutiren sich

* Im Krieg sind die Soldatenmißhandlungen seltener, der Soldat ist mehr Mensch und weniger willenlose Maschine. Die Schrecken des Krieges sind für ihn weniger furchtbar als die der „Disziplin" im Frieden. Bekannt ist der Ausspruch jenes Offiziers, der nach dem Friedensschlusse zu seiner Kompagnie sagte: „Jetzt hat der Spaß mit dem Kriege ein Ende, jetzt fängt das ernste Friedensleben wieder an." Die Red.

die Selbstmörder zumeist aus der Kaufmannswelt, sie werden gewöhnlich durch zerrüttete finanzielle Verhältnisse in den Tod getrieben.

„Soweit sich die Ursachen der Selbstmorde eruiren ließen, standen obenan zerrüttete finanzielle Verhältnisse, Elend, Geldverluste. Liebesgram steht erst an zweiter Stelle. Eine beträchtliche Anzahl der Selbstmörder rekrutirt sich aus Kranken, namentlich Geisteskranken und Trinkern."

Diese Folgerungen sind nicht ganz neu, stellenweise sogar sehr anfechtbar, aber sie erscheinen uns doch in jeder Weise höchst bemerkenswerth, als ein weiterer Beitrag zu der alten Lehre, daß die Gesellschaft es ist, welche den Selbstmörder ebenso schafft, wie den Mörder. Dr. Josef Schwarz.

Feuilleton.

Lilith.

Novelle von **A. v. Perfall.**

(Fortsetzung.)

Was wollte er eigentlich? Sonst suchte er ein Modell zu seiner Idee, jetzt war es umgekehrt. Veranlaßte ihn dazu nur der Neid, der Aerger über den ihm unsympathischen Luschin und seiner Freunde? Wollte er ihnen etwa nur das Wild abjagen? Oder war es warmes Interesse, Mitleid mit dem schönen, noch reinen Mädchen, das er dem Verderben entgegen eilen sah? Dann wäre es ja besser gewesen, den du Rose aufmerksam zu machen auf die Gefahr, welcher sein Schützling bei Luschin ausgesetzt war bei der ganzen Modellgeschichte, als sie noch weiter drein verstricken. Er sah sie vor sich stehen im weißen Gewande, umwallt von ihrem kostbaren Schmuck, — dann drängte sich wieder das häßliche, freche Bild vor mit dem Exzelsior — das war doch zu geschmacklos! Und doch — wenn das möglich wäre! Diese ganze aufspringende göttliche Weiblichkeit keusch gehüllt in diesen Zaubermantel! Vielleicht hat sie ihn doch angelogen und Luschin — — pfui, das ist ein häßlicher Verdacht!

So vor sich hinträumend saß er schon eine Stunde vor neun Uhr an seiner Staffelei. — Sein seelisches Unbehagen wuchs, das Ganze erschien ihm wie ein leichtfertiges Abenteuer, das nur störend wirken könne auf sein Schaffen. Er war weit davon entfernt, ein leichtfertiges Leben für genial, oder gar, was nur zu häufig geschieht, es für die Folge einer starken künstlerischen Individualität zu halten.

Da klopfte es schüchtern; es war ihr wohl selbst nicht ganz geheuer. Lilith trat ein.

Demeter ging ihr entgegen, als empfange er hohen Besuch.

„Fräulein Marie."

„Was, Fräulein Marie! Warum nennen Sie mich nicht mehr Lilith, das gefällt mir viel besser. Es klingt so langweilig — Marie — so aus der dunklen Gasse heraus, wovon ich Ihnen neulich erzählte."

Demeter war unangenehm berührt. Lilith war ein Modellname, die ganze Frivolität des Luschin'schen Kreises lag darin. Er vermied es jetzt absichtlich, um von Anfang an ihre gegenseitige Stellung zu fixiren. Die Arglose ahnte nicht, was alles in diesem Spitznamen „Lilith" lag, sie hätte ihn ja doch nicht verstanden, und Aufklärung wäre in diesem Falle schlimmer als Unwissenheit.

„Wenn Sie darauf bestehen — so fangen wir an —.“ Er stockte und betrachtete sie lange. „Lilith!“

„So wie ich da bin? Ich habe mein Hauskleid an. — Ich wußte ja nicht, — ich dachte gar nicht daran.“ Sie knöpfte ein einfaches dunkles Jäckchen auf.

Demeter schien zerstreut, unschlüssig. Er sah ihre schlanke Gestalt hinab, welcher ein dünnes abgetragenes, schmuckloses Kleid nur zu statten kam, dann im Atelier herum, als suche er etwas.

„Thut nichts, thut nichts, ich brauche ja nur Ihr herrliches Haar. Hier setzen Sie sich einmal auf dieses Sopha — so — und jetzt lösen Sie es, ganz einfach, wie zufällig lassen Sie es frei wallen.“

Lilith schien das schon im Griff zu haben, sie zog lächelnd eine Nadel heraus, da stürzte es herab in unbändiger Fülle über das Kleid, die türkischen Polster und ringelte sich am Boden fort, ein Bündel Schlangen. Ein schwüler Duft stieg auf, das schöne Antlitz erbleichte in den dunklen Schatten, die Augen schlossen sich einen Augenblick wollüstig, die rothen Lippen standen leise offen — Demeter sah starr auf Lilith — das war's!

„Wenn Sie so bleiben könnten —“

Da schlug sie die Augen auf. „Wie denn?“

„Die Augen geschlossen, die Lippen etwas geöffnet.“

„Hatte ich wirklich die Augen geschlossen? Sonderbar, das weiß ich gar nicht,“ sagte sie.

„Eben weil Sie es nicht wußten, wirkte es so.“

„Also schlafend? Das ist drollig.“

„Das war kein Schlaf, im Gegentheil ‚Erwachen,‘ wenn Sie es so nennen wollen. — Versetzen Sie sich in die ‚Empfindung‘, die Sie eben hatten. Versuchen Sie es nur.“

„Das kann ich nicht, ich kann sie ja selbst nicht nennen, aber ich habe sie stets, wenn ich mein Haar löse.“

„Versuchen Sie es doch,“ erwiderte erregt Demeter, vor die aufgespannte Leinwand tretend, die Kohle ergreifend. „Schließen Sie die Augen, überlassen Sie sich ganz sich selbst, denken Sie an gar nichts.“

Lilith schloß die Augen, sie mußte lachen, es kam ihr unendlich komisch vor.

Demeter erzürnte sich. „Lilith, ich bitte Sie —“

Sie strich mit der Fläche der Hand über ihr Haar und lehnte den Kopf auf das Polster. Die Züge beruhigten sich mehr, wieder öffnete sich der zierliche Mund und ein wonniges sinnliches Lächeln spielte jetzt um die geschlossenen dicht bewimperten Lider.

Die Leinwand vor Demeter blieb unberührt, er sog nur das Bild in sich mit aller Kraft. Eine Viertelstunde verging so, da sprang Lilith auf, verwirrt um sich blickend.

„Jetzt habe ich wirklich geschlafen. Wohl nicht lange?“ Da trat sie vor die Leinwand. „Ja, Sie haben ja gar nicht gearbeitet — kein Härchen.“

„Viel! Alles, Lilith!“ entgegnete Demeter. „Setzen Sie sich nur wieder.“

„Wieder mit geschlossenen Augen? Das ist aber langweilig. Geniren Sie denn meine Augen? Bei Herrn Luschin kann ich sie gar nicht weit genug aufmachen.“

„Für mich öffnen sie sich am weitesten, wenn sie geschlossen sind. Nur ein kleines Stündchen, dann plaudern wir.“

„Nun in Gottes Namen, aber arbeiten, hören Sie.“ Sie lehnte sich zurück und schloß wieder die Augen.

„Unheimlich, Herr Melander, sehr unheimlich! Wenn ich das gewußt hätte! Man kommt doch nicht um zu schlafen — vor Ihnen — wenn du Rose das wüßte! Ich muß erröthen, ich schäme mich, das ist mir bei Herrn Luschin nicht begegnet. Er erzählte immer so drollige Sachen, aber Sie, Sie sehen Einen so durch und durch — wie jetzt, ich fürchte Ihren Blick, ohne ihn zu sehen. — Ich kann nicht — um Alles nicht — so nicht!“

Sie sprang jäh auf. Der Schlangenbündel am Boden entrollte sich und züngelte zu ihren Füßen. Sie verbarg ihr glühendes Antlitz in den Händen.

„Sie quälen mich, wollen Sie das?“ Demeter trat zu ihr und löste ihre Hände. „Sie sind ein Kind, ein eigensinniges. Fürchten Sie sich denn vor mir?“

Lilith wandte sich und sah ihn unter Thränen an. „Nein, wie sollte ich? Wäre ich denn hergekommen? Aber ich fühle, daß es doch nicht recht ist, daß ich hergekommen, daß ich gehen muß, gleich gehen muß.“

„Und warum fühlten Sie das nicht bei Herrn Luschin?“ fragte Demeter.

Das Haar Lilith's streifte sein Gesicht, fiel über seine Schulter, ein heißer Strom ging von ihr aus. War es Zorn über die Störung, der Widerstand des Mädchens oder ihr Mißtrauen, der ihm das Blut so wild zu Haupte jagte?

„Das weiß ich nicht,“ erwiderte das Mädchen, mit einem ängstlichen Ausdruck im Gesicht. „Ich weiß nur, daß ich plötzlich begreife, wie recht Herr du Rose hat — wie recht Sie hatten, mir Ihren Arm zu entziehen, als ich Ihnen sagte —“

„Fräulein Marie.“ Seine Stimme war bewegt, und sie verlangte nicht mehr, Lilith genannt zu werden.

„Ich bitte Sie, bleiben Sie und thuen Sie meinen Willen, nur eine Stunde noch; dann brauchen Sie nicht mehr zu kommen, wenn es Ihnen wirklich so schwer fällt — gerade bei mir.“

„Das ist ja nicht wahr! — Im Gegentheil — das heißt — nur nicht so, ich muß sehen können — sonst — ich kann Ihnen das nicht erklären, ich verstehe es selbst nicht — —. Aber wenn Sie es denn durchaus wollen — für einmal — so kommen Sie, rasch — ich werde mich nicht mehr rühren.“

Demeter drückte dankbar ihre Hand.

Lilith lag regungslos, nur eine wechselnde Röthe, welche von den geschlossenen Augen auszustrahlen schien auf die bleichen Wangen über den schneeweißen Hals, die wogende Brust, zeugte von der Beunruhigung, unter der sie litt. Demeter arbeitete im Fieber, jede Minute war kostbar. Kein Laut der Außenwelt drang in den Raum.

Demeter aber rang vergeblich nach Ruhe, seine Seele war aufgewühlt von einem ihm fremden Sturm, es wollte ihm nicht gelingen, in das Geheimniß vor ihm einzudringen, das durch diese transparenten Lider schimmerte. Er sah nur immer Lilith, hörte ihre Stimme, fühlte ihren Blick, den Duft ihres Haares, er war ihr schon zu nahe getreten, sie war ihm bereits zu persönlich geworden, die Abstraktion wollte nicht mehr gelingen. — Das blaue Geäder des herrlichen Halses, die weiße schmale Hand, die marmorn auftauchte aus der dunklen Pracht, die sie rings umfloß, der kleine zierliche Fuß fesselte seinen Blick. — Er empörte sich über sich selbst, er bewunderte ihr Zartgefühl, welches sie die Gefahr ahnen ließ — ihr Erröthen. — Ein Gedanke kam ihm, dieses herrliche Geschöpf in seiner ganzen unschuldigen Pracht malen zu können, diese edle Formen keusch

hindurchschimmernd durch den köstlichen Mantel, dieser Elfenbeinglanz in den blauen Schatten. — Er wehrte sich dagegen, er prüfte mißtrauisch den Gedanken auf seine Reinheit und fand ihn rein, gerade diese Bekleidung wirkte lüstern, ließ ihn über das Stoffliche nicht emporkommen, störte die Reinheit seines Empfindens. — Vor ihm lag ein Weib, nicht das Weib. — Der Gedanke wuchs während der Arbeit, wurde zum glühenden Wunsch, zum künstlerischen Drang.

Sie würde ein solches Ansinnen gewiß mit Entrüstung zurückweisen und selbst wenn sie ihn gewährte — er fühlte, daß er die Gunst nicht annehmen würde — das war sonderbar! Warum gerade von ihr nicht? Was brachte in diesem Fall den Künstler zum Schweigen? Der Mensch? — der Gedanke an die gefährlichen Folgen — die Geschichte, die sie ihm erzählt, von der Mutter im Sarge — oder der Mann? — der Mann, der ihr schon zu nahe stand.

Er sprang auf, er konnte nicht mehr arbeiten. Lilith hörte es nicht, sie schlummerte wohl. — Er schlich sich leise zu ihr, beugte sich über sie. — Sie war bezaubernd schön, das feine Geäder an den Schläfen, der leise zuckende Mund verwirrten ihn, er berührte ihr Haar — da schlug sie die Augen auf. — — Demeter küßte die schwellenden Lippen. Sie stieß ihn zurück, verbarg ihr Antlitz in der Hand. Demeter wendete sich ab, beschämt, zerknirscht.

„Gehen Sie, Fräulein Marie, kommen Sie nie mehr wieder, gehen Sie zu Luschin, Sie sind dort besser aufgehoben.“ Dann wandte er sich um und sah ihre Thränen.

„Es geschieht mir recht,“ schluchzte sie, „ganz recht.“

„Nein, gehen Sie nicht, Sie dürfen nicht gehen.“

Er kniete vor ihr und ergriff ihre sich sträubenden Hände. „Ich liebe Sie ja, Marie, ich wäre ein Schurke in meinen Augen, wenn ich Sie nicht liebte, wenn ich Ihr Vertrauen, Ihre Hingabe erbärmlich mißbraucht hätte. — Halten Sie mich für einen Schurken, der Sie in die Falle gelockt? Sprechen Sie, Marie!“

„Nein, dafür halte ich Sie nicht, aber Sie sind ein Künstler, rasch entflammt und ich — ich bin nichts als ein wehrloses armes dummes Mädchen —.“

„Eine Göttin für mich in diesem Augenblick, wenn Sie mir verzeihen! Marie, sei mein! Ganz mein! Lasse Dich nicht ängstigen von dem plötzlichen Aufwallen einer Leidenschaft. Ja, es ist wahr, vor einer Stunde wußte ich noch nicht, daß ich Dich liebe — ich liebte noch nie, aber ich wußte, daß es einmal so kommen würde, gerade so, wie ein Blitz! Ich liebe Dich mit den Augen, ja, aber Herz und Auge sind bei mir eins. — Kannst Du meine Liebe nicht erwidern, dann gehe, gehe fort und für immer. Dann ist dieser Raum eine Gefahr für Dich. Erwiderst Du sie aber, dann verlasse ihn nie mehr, mache ihn zum Tempel Deiner Schönheit.“

Demeter glühte, er ging auf in dieser plötzlichen Leidenschaft wie in einem Werke, seine Worte glichen seinen Farben. Marie zitterte in ihrem Innersten, unsägliche Angst ergriff sie. Wie sollte sie in diesem Tumult der Seele unterscheiden zwischen Lüge und Wahrheit? — Hatte sie nicht gefürchtet, daß ein solcher Sturm nahe, auf dem Weg hierher? Hatte sie nicht davon geträumt in jener Ballnacht? und doch war sie gekommen. Warum fühlte sie so heiß seinen Blick eben jetzt mit geschlossenen Augen? — Nur einen Augenblick dauerte dieses Schwanken, dann stürzte sich eine Wolke von Seligkeit über sie, unter der sie zu ersticken drohte, die alles übrige verhüllte und sie sank an seine Brust.

„Ich bleibe — ja, ich bleibe!“ stammelte sie.

Dann senkte sich das heilige Schweigen über Beide, es war Nacht um Demeter und durch das ihn umwallende Haar flimmerten große Sterne. — —

Ein häßlicher Sonnenstrahl weckte sie, der durch die Nacht drang, sie standen wieder auf der harten Erde. Vor Marie traten wieder die Bilder der Wirklichkeit — du Rose, sein Kabinet mit der heißen, parfümgeschwängerten Luft, in der sie herangewachsen, Luschin und seine Tafelrunde — und es war ihr, als habe sie all' das nur geträumt — aber vor ihr stand Demeter, sein Blick ruhte noch immer verzückt auf ihr. Da war kein zu sich kommen, kein Bedenken, kein Zweifel zu lesen. — Oder hat wirklich nur ihre Schönheit ihn bezaubert, ihr Haar? —

„Wenn sie damit den jungen Mann erlangt
So läßt sie ihn so bald nicht wieder fahren —"

tönte es ihr wieder in die Ohren. So blickten sie sich schweigend mit widerstreitenden Gefühlen an.

„Du gehst also nicht mehr zu Luschin?" begann Demeter.

„Und Herr du Rose?"

„Mit Herrn du Rose werde ich sprechen, er hat keinen Anspruch auf Dich, Du allein hast über Deine Hand zu verfügen."

Marie zuckte zusammen. „Ueber meine Hand? Du wolltest mich — Du?"

„Heirathen, was sonst?" Ueber Demeters Stirne zog eine Wolke. „Was sonst?" fragte er noch einmal in einem sonderbaren Tone.

„Ja, was sonst — ich weiß es nicht, daran dachte ich nicht. Aber mein Gott, das ist ja nicht möglich, ich bin ja so unwissend, so gar nicht — Ihre Frau, Herr Melander — Lilith!"

„Marie! Nenne nie mehr diesen Namen! — Unwissend! In Deinen Augen liegt alle Weisheit, in Deinen dunklen Lockenringen will ich sie suchen."

Er umfaßte sie wieder leidenschaftlich.

„Das ist's ja, was ich fürchte, meine Schönheit, mein Haar bethört Dich. Sage mir, liebtest Du mich auch, wenn ich häßlich wäre? Wenn ich dieses Haar nicht hätte?"

„Als ob der Körper etwas Zufälliges wäre, das Auge nicht die Sprache der Seelen. — Können wir Geister lieben? Nein — nur Geister, die sich in Körpern uns offenbaren."

„Es wird wohl so sein, wie Du sagst, ach, ich glaube Dir ja so gerne, aber jetzt muß ich gehen, übermorgen komme ich wieder, dann sind wir ruhiger, vernünftiger. Dann machst Du das Bild fertig, jetzt ängstigt mich ja Dein Blick nicht mehr, jetzt könnte ich stundenlang so liegen mit geschlossenen Augen, um von unserm Glück zu träumen — und dann — dann wirst Du vielleicht einsehen" — sie senkte den Blick und ihre Lippe zuckte — „daß es doch nicht geht —"

„Ja, ich male das Bild fertig, es soll mein bestes werden, ein Kunstwerk! — Das Geheimniß!" sagte Demeter gedankenvoll, er hatte ihre letzten Worte ganz überhört.

„Also auf übermorgen, Marie, du Rose überlasse nur mir, sprich vor der Hand nicht darüber, es ist besser."

Marie fühlte, daß er etwas unausgesprochen ließ, um Alles hätte sie gerne darnach gefragt, sie wagte es nicht. Vielleicht war es schon ein Zweifel und sie wollte einen Tag glücklich sein.

(Fortsetzung folgt.)

Für die Redaktion verantwortlich: Georg Baßler in Stuttgart.



Nr. 32. XI. Jahrgang, II. Band. 1892-93.

Jesuitisches.

⸗ Berlin, 26. April 1893.

Irgend ein dunkler Ehrenmann aus dem westfälischen Junkerthum, ein Graf Hoensbroech, hat sich veranlaßt gesehen, aus dem Orden der Jesuiten auszutreten, nachdem er ihm dreizehn Jahre angehört hatte, und die Beweggründe seines welterschütternden Entschlusses in den „Preußischen Jahrbüchern" der Mit- und Nachwelt kundzuthun. Diese Monatsschrift, die bisher den Anspruch erhob, für ein ernsthaftes Organ zu gelten, beutet die Ehre der neuen Mitarbeiterschaft mit so ohrzerreißenden Tamtamschlägen der Reklame aus, daß Herr Mosse noch etwas davon lernen könnte, und die „Vossische Zeitung" salbadert von der „ungeheuren That," die der Ex-Jesuit vollbracht habe. Auch sonst ist Graf Hoensbroech der Held des Tages für die liberale Presse, die das durchbohrende Gefühl ihrer schwächlichen Halbheiten in allen ernsten Fragen der Politik durch ein bischen Kulturpaukerei betäuben zu wollen scheint. Seltsamer Weise findet sie dabei eine unfreiwillige Bundesgenossin an der ultramontanen Presse, die auch eine wirksame Reklame für den Grafen Hoensbroech macht, indem sie ihm geistige Erkrankung und dergleichen schöne Dinge mehr nachredet. Hat die Fusangelei und was daran hängt, der „Germania" denn wirklich so das Konzept verrückt, daß sie verlernt hat, sanft zu sein wie die Tauben und klug wie die Schlangen, daß sie gegen das heitere Zwischenspiel der Hoensbroechiade mit den zweischneidigen Waffen ins Feld rückt, die die ultramontane Diplomatie sonst doch nur da anwendet, wo für sie wirklich Matthäi am Letzten ist?

Wer den Aufsatz des Grafen Hoensbroech in der Erwartung liest, ähnliche Dinge aufgetischt zu erhalten, wie Ex-Jesuiten des siebzehnten Jahrhunderts, etwa Peter Jarriges oder der Herausgeber der Monita secreta, ihrer Zeit veröffentlicht haben, der wird schwer enttäuscht sein. Der Verfasser erhebt nur bewegliche Klage darüber, daß die stramme Disziplin des Jesuitenordens ihn bis zu einem gewissen Grade in seiner junkerlichen Individualität und in seinem junkerlichen Patriotismus bedrängt habe, was für ihn ja außerordentlich schmerzlich sein mag, für die sonstige Menschheit aber wirklich überaus gleichgiltig ist. Von der gänzlichen Bedeutungslosigkeit des Aufsatzes kann man sich schon daraus einen Begriff machen, daß er im Wesentlichen so, wie er jetzt in den „Preußischen Jahrbüchern" vorliegt, vor Monaten im Feuilleton der „Kreuz-Zeitung" ver-

öffentlicht worden ist, ohne daß damals ein Hahn darnach krähte; nun, da der Name eines westfälischen Junkers darunter steht, ist der Pudel für die freisinnigen Kulturpauker zum Elephanten aufgeschwollen. Anzuerkennen ist immerhin, daß einzelnen liberalen Blättern der winzige Niederschlag der fürchterlichen Reklame doch unbehaglich ist; es geht ihnen namentlich gegen den Strich, daß Graf Hoensbroech uns die Jesuiten gar noch als dumme Kerle aufreden will. Das gefällt zwar sehr den Gelehrten der „Vossischen Zeitung," weil sie sich wider alles Verhoffen auf einmal in berühmter Gesellschaft zu befinden glauben, aber die „National-Zeitung" kraut sich bedenklich hinter den Ohren und deutet verständlich an, daß ihr dieser Scherz des gräflichen Ex-Jesuiten doch eigentlich über den Spaß geht.

Im Uebrigen ist die Vorstellung der liberalen Kulturpauker, als ob der Jesuitismus gewissermaßen die Quintessenz des religiösen Fanatismus sei, ja eine vollkommene Luftspiegelung. Kautsky hat in seiner Schrift über Thomas More eingehend nachgewiesen, daß der Jesuitismus in seiner Entstehung der innerlich etwas herabgekommene, seiner geistigen Selbständigkeit beraubte, in den Dienst der Kirche gepreßte und stramm organisirte Humanismus war. Im Jesuitismus reformirte sich die katholische Kirche und stellte sich im Gegensatze zu ihrer bisherigen feudalen Basis auf die Grundlage, auf der die Gesellschaft vom sechzehnten bis ins achtzehnte Jahrhundert beruhte. Der Jesuitismus war die der kapitalistischen Produktionsweise entsprechendste Form der katholischen Kirche, und er paßte sich nicht nur dieser Produktionsweise an, sondern er nahm sie auch in seinen Dienst. Die Jesuiten wurden die größte Handelsgesellschaft, die ihre Kontore in allen Theilen der Welt hatte; sie waren die ersten, welche erkannten, wie gut der Missionär als Handlungsreisender verwendbar sei und so weiter. Man lese das Nähere bei Kautsky nach! Oder wenn man vor dem sozialistischen Pentagramma scheut, so kann man auch aus einem so gut bürgerlichen und obendrein allbekannten Geschichtswerke, wie Ranke's Geschichte der Päpste, sehr wohl lernen, daß der Jesuitismus und der Protestantismus aus gemeinsamer Wurzel entsprossen sind. Luther's und Loyola's Redekämpfe glichen sich wie ein Ei dem andern; was einzelnen Jesuiten in Sachen des Tyrannenmordes, des Kadavergehorsams, der laxen, geschlechtlichen Moral nachgeredet worden ist, das findet sich auch, mindestens ebenso scharf oder gar noch schärfer bei Luther und sonstigen protestantischen Kirchenvätern. Gegen die Tagedieberei der alten Mönchsorden kehrte sich Loyola ebenso wie Luther; er verwarf ebenso das Uebermaß der religiösen Uebungen. Und daß für die „Freiheit des Christmenschen" im Jesuitenorden noch ein wenig besser gesorgt war, als unter den von Luther mit der landesbischöflichen Gewalt bekleideten Duodezdespoten, das kann man wenigstens insofern auch aus Ranke lernen, als er sehr richtig hervorhebt, daß der Jesuitenorden neben seiner strammen Disziplin die „individuelle Entwicklung nicht allein begünstigte, sondern forderte." Der Unterschied war nur, daß Luther ein deutscher Mönch, Loyola ein spanischer Soldat war, daß Luther seine Kirche in dem „alten Dorfe" Wittenberg, wie er selbst sagte: in termino civilitatis, an der Grenze der Zivilisation gründete, Loyola seinen Orden aber in Rom, dem Mittelpunkte der damaligen Zivilisation. Der römische Jesuitismus überflügelte unendlich den deutschen Protestantismus, und in der besonderen Wuth der protestantischen Richtungen gerade gegen den Jesuitenorden steckt nichts als der zehrende Neid bankerotter Krämer gegen einen immer noch zahlungsfähigen Großkaufmann.

In seinen großen Tagen wußte das europäische und insbesondere das deutsche Bürgerthum auch sehr gut, daß der Jesuitismus nicht die überlebteste,

sondern die modernste Form des Katholizismus sei, und es trat überall für ihn ein, wo er von feudal-rückständigen Elementen innerhalb und außerhalb der katholischen Kirche bedrängt wurde. Bayle und Voltaire, von denen jener in der ersten, dieser in der zweiten Hälfte des achtzehnten Jahrhunderts der für die europäische Aufklärung einflußreichste Schriftsteller war, verleugneten sogar ausdrücklich die witzigste Streitschrift, die je gegen den Jesuitismus erschienen ist: Blaise Pascals Lettres Provinciales. Und wenn der Domkapitular Moufang die Aufhebung des Jesuitenordens, zu der Papst Clemens XIV. durch die bourbonischen, in feudaler Fäulniß verkommenen Höfe gedrängt wurde, im deutschen Reichstage einen „Bockstreich" nannte, so konnte er sich auf keinen schlechteren Gewährsmann als Lessing berufen, wie denn bekanntlich auch Goethe die „Jesuitenschnoperei" als das alberne Gebahren des allerseichtesten Aufklärichts gebrandmarkt hat.

Es versteht sich, daß wir mit diesen historischen Richtigstellungen nicht etwa eine Lanze für den Jesuitenorden brechen wollen. Er ist in religiöser Verkleidung eine kapitalistische Organisation, und so ist seine Geschichte, wie die Geschichte des Kapitalismus überhaupt, mit Blut und Thränen geschrieben. Wir haben nur keine Neigung, uns den Teufel durch Beelzebub vertreiben zu lassen. Wie pechrabenschwarz immer der jesuitische Mohr sein mag, so schimmert er doch sehr stark ins Weißliche, wenn man ihn neben zwei andere historische Erscheinungen stellt; nämlich erstens neben den preußischen Militarismus und zweitens neben den kapitalistischen Liberalismus, der gegenwärtig leider noch in Deutschland das große Wort führen darf. Als der Jesuitenpater Faulhaber in Glatz einem friderizianischen Söldner in der Beichte gesagt hatte, das Desertiren sei zwar eine sehr große Sünde, aber allerdings keine Sünde, die niemals vergeben werden könne, da ließ der Philosoph von Sanssouci diesen Jesuiten ohne Verhör und Urtheil an den Spionengalgen hängen, was jedenfalls von einer außerordentlich zarten Schonung der „individuellen Entwicklung" zeugte. Und wenn der General Albedyll es kürzlich eine elende Gemeinheit oder so ähnlich genannt hat, daß deutsche Staatsbürger nach Ableistung ihrer militärischen Dienstpflicht die ihnen in der Kaserne widerfahrene „Verkümmerung ihrer Individualität" an die große Glocke hängen, so stellt diese Auffassung der Dinge die „ungeheure That" des Grafen Hoensbroech doch in ein eigenthümliches Licht. Wie nun gar die kapitalistisch-liberale Presse, soweit ihre Macht reicht, jede nicht platt vor dem Moloch des Kapitalismus auf dem Bauche liegende „Individualität" durch Boykotten, Hungerpeitschen, Falschschwören, kurzum durch Mittel zu „verkümmern" weiß, denen man eine ganz unverdiente Ehre anthun würde, wenn man sie im landläufigen Schimpfsinne des Worts „jesuitisch" nennen würde, das ist zu bekannt, als daß wir darüber viele Worte zu verlieren brauchten.

Neben seinem allgemeinen Zwecke, die schlotternden Glieder des kapitalistischen Liberalismus einmal wieder in einem ungefährlichen Kriegstanze zu üben, hat der mit dem Aufsatze des Grafen Hoensbroech getriebene Humbug noch den besonderen, Stimmung gegen den ultramontanen Antrag auf Beseitigung des deutschen Jesuitengesetzes zu machen. Bekanntlich ist dieser „Bockstreich" ein Erbstück der Aera Bismarck, die ihren „welthistorischen" Beruf nicht anders erfüllen konnte, als indem sie alle Dummheiten machte, die menschenmöglicher Weise irgend gemacht werden konnten, die Zentrumspartei erfüllt nur eine Pflicht der Dankbarkeit mit ihrem Antrage, denn wenn die katholische Kirche im kapitalistischen Zeitalter noch eine Macht geblieben ist, so verdankt sie es allein dem Jesuitismus. Daneben wird auch die sozialdemokratische Fraktion für den ultramontanen Antrag stimmen,

als grundsätzliche Gegnerin aller Ausnahme- und Proskriptionsgesetze, wie auch als Bewahrerin aller wirklich großen Ueberlieferungen des deutschen Bürgerthums. Als Zeugniß gegen den Antrag möchten nun gern die liberalen Kulturpauker die „verkümmerte Individualität" des Grafen Hoensbroech auf den Tisch des Hauses niederlegen. Gelingt es ihnen, das Jesuitengesetz aufrechtzuerhalten, so wird freilich nichts bewiesen sein, als daß die liberalen Jesuiten — aus guten Gründen — die Konkurrenz der römischen Jesuiten fürchten.

Abgesehen von ihrer Stellung zu den grundsätzlichen Fragen, die dabei mit ins Spiel kommen, steht die Arbeiterklasse dem Streite der liberalen und der römischen Jesuiten als der lachende Dritte und dann freilich auch als der lachende Erbe gegenüber. Der Jesuitismus ist eine ideologische Form des Kapitalismus, und mit der materiellen Grundlage wird auch der geistige Ueberbau dahinsinken. Der Kampf gegen den, gleichviel in welcher ideologischen Verkleidung steckenden, Kapitalismus ist der bittere Ernst, dagegen ist es nur ein Possenspiel, wenn sich die jesuitischen Ideologen des Kapitalismus am Vorabend des gemeinsamen Untergangs noch den Luxus eines inneren Krieges gönnen. Grotesker kann sich dies Possenspiel denn allerdings wohl nicht darstellen, als darin, daß der liberale Jesuitismus im Löwenfell eines Freiheits- und Kulturhelden den römischen Jesuitismus anfällt.

Werth und Preis.

Eine Antwort an Herrn Hugo Landé von **Conrad Schmidt.**

In Nummer 19 und 20 der „Neuen Zeit" veröffentlichte Herr Landé eine Polemik gegen meinen (Nr. 3 und 4 der „Neuen Zeit") erschienenen Aufsatz: „Die Durchschnittsprofitrate und das Marx'sche Werthgesetz," die sich auch mit meiner einige Jahre früher erschienenen, denselben Gegenstand abhandelnden Schrift an einzelnen Stellen beschäftigt. Das Resultat der Prüfung war ein für mich geradezu vernichtendes: „Furchtbare," aber „völlig überflüssige Gedankenanstrengung." — Schmidt hat sich „die ganze Schwierigkeit, deren Ueberwindung ihm so unendliche Mühe bereitet, selbst geschaffen, einzig und allein durch eine zu enge Auffassung des Werthgesetzes" und „durch Mißverständniß der von ihm zitirten Stellen von Marx." — Er hat „das Werthgesetz . . . zur bloßen Dekoration degradirt." — Schmidt hat „den Weg zur Lösung von Grund aus verfehlt" u. s. w.; ich brauche die Liste wohl nicht zu vervollständigen. Wie Engels am Schlusse seiner im „Handwörterbuch der Staatswissenschaften" erschienenen Marxbiographie erklärt, wird Band III des „Kapital," der auch das Problem der Profitnivellirung zu lösen hat, noch im Laufe dieses Jahres herauskommen. Ob und inwiefern die Kritik und der eigene „ökonomische Versuch" des Herrn Landé berechtigt ist, wird sich ja dann nach der Publikation der Marx'schen Lösung leicht beurtheilen lassen. Einstweilen nur Folgendes zur Erwiderung.

Die Strenge, mit welcher Herr Landé seines kritischen Richteramtes waltet, hindert ihn nicht, sich selbst, wo er die Meinungen des Angeklagten interpretiren will, bedenkliche poetische Lizenzen zu gestatten. So überraschte es mich z. B. nicht wenig, von ihm zu hören, daß ich auch in jener obenerwähnten Schrift die Profitnivellirung aus ständiger Ueber- resp. Unterproduktion ableite. Herr Landé wird in dem ganzen Büchlein vergebens auch nur nach einer Wendung suchen, die sich in diesem Sinne deuten ließe. Nach dieser Interpretation, die für die Frage selbst übrigens bedeutungslos bleibt, konnte es mich auch nicht mehr

wundern, daß er aus der Profitratenformel, die in jener Schrift entwickelt wurde, folgern will: ich hätte übersehen, „daß die Mehrwerthspaltungen, daß Rente und Profit des Handels-, Leih- und Bildungskapitals das industrielle Kapital individuell treffen," . . . „nicht aber irgendwo in den Wolken, vom Gesammtmehrwerth aus, eintreten."

Der Einwand ist mir unverständlich geblieben. Daß die Mehrwerthabsplitterungen die einzelnen Kapitalisten treffen, ist mir natürlich nirgends eingefallen, zu bestreiten, wie sich Jeder, der die betreffenden Abschnitte noch einmal durchsieht, überzeugen kann. Der nationale jährliche Gesammtmehrwerth existirt nur in der Form aller individuellen Einzel-Mehrwerthe. Die nichtindustriellen Kapitalisten können sich also Mehrwerth nur aneignen, indem sie sich an die einzelnen, Mehrwerth erzeugenden industriellen Kapitalisten halten und deren Beute theilen. Wenn aber die Erhöhung der Produktionskosten aus Grundrente, Handels- und Leihkapital die einzelnen industriellen Kapitalisten — und diese individuell verschieden — trifft, hat das etwa zur Folge, daß diese verschiedene Belastung eine Nivellirung des Durchschnittsprofits in und zwischen den einzelnen Branchen zu hindern vermag? Im Gegentheil, die Nivellirung ist Thatsache, sie bildet ja eben das zu erklärende Phänomen. Existirt also eine gleiche Durchschnittsprofitrate, und wird andererseits der Mehrwerth außer von den industriellen, noch von andern Kapitalistenklassen eingeheimst, so kann der auf die Gesammtheit der Industriellen als Profit entfallende Mehrwerth nur gleich der Differenz des Gesammtmehrwerths und der ihnen durch Erhöhung der Produktionskosten entzogenen Mehrwerthmasse sein, so daß die auf das industrielle Gesammtkapital berechnete Profitrate (und damit die Durchschnittsprofitrate) sich als das Verhältniß dieser Differenz und des vorgeschossenen nationalen Gesammtkapitals darstellt. Herr Landé wird nicht bestreiten, daß die Einbuße an Mehrwerth, welche die einzelnen Kapitalisten individuell trifft, sich in einer Einbuße des auf die Gesammtheit der Industriellen entfallenden Mehrwerthantheils wiederspiegeln muß. Er wird nicht leugnen, daß trotz des individuell verschiedenen Tributs, der in verschiedenen Unternehmungen und Branchen an die nichtindustriellen Mehrwerthaneigner entrichtet wird, dennoch eine gleiche von jenen Tributverschiedenheiten unabhängige Durchschnittsprofitrate für das industrielle Kapital bestehen muß, und daß sich in der Größe dieser Durchschnittsprofitrate jene Einbuße, welche der auf die Gesammtheit der Industriellen entfallende Mehrwerth erleidet, wiederspiegeln muß. Und diesen Zusammenhang eben und nichts anderes versucht jene Formel, die ihm solchen Anstoß erregt, auszudrücken.

Was liest aber Herr Landé aus ihr heraus? Ich hätte übersehen, daß der Produktpreis, welcher dem einzelnen industriellen Kapitalisten zufällt, einen Mehrwerththeil einschließe, aus dem, ganz abgesehen vom Kapitalgewinn, „die Rente des benützten Bodens, der Profit des benützten Leih-, Handels- und Bildungskapitals gedeckt werden muß." Was sage ich aber anders, wenn ich durchgehends den „durch das industrielle Kapital exploitirten Mehrwerth als die gemeinsame Quelle aller dieser (d. h. der arbeitslosen) Einkommensarten" erkläre (S. 95 der Schrift) und ausdrücklich (S. 101) hervorhebe, daß „diese Mehrwerthabschöpfungen nicht beliebig durch Preiserhöhungen der Industriellen rückgängig gemacht werden" können, daß „der Preis des industriellen Gesammtproduktes also unverändert bleibe."* In § 7 (S. 97 ff.) ist an einem komplizirteren

* Jene von mir behauptete Erhöhung der Produktionskosten durch Rente, Zins und Handelsgewinn, von welcher bei Entwicklung der Profitratenformel die Rede ist, unter-

Falle (Steigerung des Arbeitslohnes durch Grundrente) der Vorgang solcher, den Produktionspreis nicht erhöhenden Mehrwerthabschöpfungen noch näher erörtert worden.

— — Schlimmer aber ist es, und ich wende mich damit dem positiven Theile der Landé'schen Arbeit zu, wenn der Verfasser dieselbe Lizenz, die er kleinen Leuten gegenüber anwendet, auch Marx gegenüber für angebracht zu halten scheint. So erklärt er die von mir zitirten Stellen, aus denen ich folgere, daß Marx eine Divergenz von Preisen und Werthen annehme, einfach für „mißverstanden." Marx habe zeigen wollen, „daß in seinem Beispiel die Divergenz nur Schein, thatsächlich aber Identität von Preis und Werth besteht." Und weiter: „Wenn er (Marx) dann die Möglichkeit der Inkongruenz unterstellt, so denkt er eben nur an Ausnahmefälle, die wohl möglich sind, die Herr Schmidt aber nicht berührt hat." Mit einem Wort: Mein Mißverständniß beruht nach Herrn Landé darauf, Marx die Ansicht zu unterstellen, daß Durchschnittspreise und Werthe nicht zusammenfallen. Nun und was sagt Marx selbst darüber? Der Kapitalist müßte „sich das Problem der Kapitalbildung so stellen: Wie kann Kapital entstehen bei der Regelung der Preise durch den Durchschnittspreis, d. h. in letzter Instanz durch den Werth der Waare? Ich sage ‚in letzter Instanz', weil die Durchschnittspreise nicht direkt mit den Werthgrößen der Waaren, wie A. Smith, Ricardo u. s. w. glauben, zusammenfallen." („Kapital," 2. Aufl. S. 151.) Sollte sich Marx hier am Ende selbst mißverstanden haben?

Die gleiche „Freiheit" zeigt sich in Landé's allgemeiner Auffassung des Werthgesetzes. Marx — und das ist eines der auffälligsten Unterscheidungsmerkmale zwischen ihm und der englischen Oekonomie — leitet das Werthgesetz nicht psychologisch, aus dem Wollen der Waarenverkäufer und Käufer, aus den Verhältnissen der Konkurrenz ab. Er kommt zur Aufstellung dieses Gesetzes auf einem durchaus andern Wege, der auf den ersten Blick als Umweg erscheinen muß. Das Austauschverhältniß zweier Waaren, so schließt er, bedeutet ihre mathematische Gleichsetzung. Gleichgesetzt aber können sie nur werden in Hinsicht auf das ihnen wirklich Gemeinsame, also nur als Verkörperungen abstrakt menschlicher Arbeitszeit, als Werthe. Sein Werthgesetz ist nichts anderes als das Gesetz, wonach sich die Werthgröße der Waaren und damit ideell* ihr gegenseitiges Austauschverhältniß bestimmen läßt.

Herr Landé, der das Werthgesetz (und zwar auch hierin als Ausleger von Marx auftretend) sofort psychologisch begründet, wird sich bei Marx nach einer solchen Begründung vergebens umsehen. Warum? Weil die Konkurrenz, der Kampf der Käufer und Verkäufer, es bewirkt, daß neben der Werthgröße der Waare sich ebenso auch das Mehr oder Minder ihrer jeweiligen Austauschbarkeit im Preise ausdrückt. Die Konkurrenz ist also nicht die Macht, welche das ideelle Werthverhältniß der Waaren unmittelbar, sondern die dieses Verhältniß, modifizirt durch den jeweilig größeren oder geringeren Grad der Waarenaustauschbarkeit,

---

scheidet sich mithin prinzipiell von der gewöhnlichen Ansicht, die diese Einnahmen aus Preisaufschlägen erklärt, welche die ganze Produktmasse über ihren Werth hinaus ins Unbestimmte vertheuern. Die Erhöhung der Produktionskosten, welche durch Mehrwerthabschöpfungen vermittelt wird, vertheuert die ganze Masse des gesellschaftlichen Produktes nicht, sondern vertheilt nur den Gelderlös daraus, welcher sonst den industriellen Kapitalisten allein zugefallen wäre, anders, insofern sie auch die übrigen Kapitalistenklassen an ihm partizipiren läßt.

* Ideell, d. h. hier unter Abstraktion der dieses Austauschverhältniß jeweilig modifizirenden konkreten Marktkonjunktur. Darüber später.

realisirt. Nachweisen, daß auf Grund der Konkurrenz die Waarenpreise sich in bestimmter Weise normiren müssen, heißt also bei weitem noch nicht nachweisen, daß sie sich direkt und unmittelbar nach dem Werthgesetz richten, daß die Preise wirklich die in den Waaren enthaltenen Quanten abstrakt menschlicher Durchschnittsarbeit repräsentiren, ihnen äquivalent sind. Alles, was Herr Landé positiv vorbringt, um das unmittelbare Zusammenfallen der wirklichen Preisbildung und des Werthgesetzes auf seine Art zu begründen, beruht in letzter Linie, wie mir scheint, auf der fortwährenden Verwechslung dieser beiden Momente. Herr Landé übersieht durchgehends, daß die Mehrwerthspaltungen, mit Hilfe deren er sich jene Kongruenz darzustellen bemüht, selbst erst auf Grundlage der Konkurrenz zu erklären sind, daß aber ihre Erklärung aus der Konkurrenz noch lange nicht ihre Erklärung aus dem Werthgesetze bedeutet; kurz, daß Preisbildungen, die der Konkurrenz entsprechen, darum der durch das Werthgesetz bestimmten Werthgröße der Waaren durchaus noch nicht unmittelbar zu entsprechen brauchen.

So versteht es sich bei freier Konkurrenz allerdings von selbst, daß die Preise landwirthschaftlicher Produkte sich nach dem Arbeitsaufwand, der auf der letzten noch angebauten Bodenklasse zu ihrer Herstellung nothwendig war, richten müssen, daß also die auf besserem Boden arbeitenden Landwirthe, die dasselbe Produktquantum mit geringerem Arbeitsaufwand herstellen, bei Verkauf ihrer Ernte ein Extraeinkommen, Grundrente, beziehen, deren kapitalisirter Betrag den Preis ihres Bodens ausmacht. Herr Landé sucht die Geltung dieses Ricardo'schen Gesetzes auch für die Industrie nachzuweisen* und resumirt dann: „Auf die Waarenwerthe und Preise kann all' dies keinerlei Einfluß haben; diese werden ausschließlich nach dem Werthgesetze durch die in den Waaren krystallisirte gesellschaftlich nothwendige Arbeitszeit bestimmt und zwar ohne Ausnahme.“ Und weshalb? Weil der Preis eines Bodenprodukts ein Aequivalent derjenigen Arbeitszeit darstelle, die auf der letzten Bodenklasse zur Herstellung desselben nothwendig war. Man sieht hier wieder die — Freiheit der Auslegung. Das Marx'sche Werthgesetz bestimmt den Werth der Waaren durch die zu ihrer Produktion gesellschaftlich nothwendige Arbeitszeit. „Die einzelne Waare, setzt Marx ausdrücklich hinzu, gilt hier überhaupt als Durchschnittsexemplar ihrer Art.“ Nun bewirkt allerdings die Konkurrenz, daß in der Landwirthschaft der Preis sich nicht nach der gesellschaftlich, d. h. im Durchschnitt nothwendigen Arbeitszeit, sondern vielmehr nach der unter den relativ ungünstigsten Naturbedingungen nothwendigen Arbeitszeit richtet. Herr Landé aber, statt den offen-

---

* Während übrigens in der Landwirthschaft Bodenqualität und Lage eines Grundstücks für die Grundrente desselben entscheidend sind, hängt diese in der Industrie fast ausschließlich von der Lage, d. h. den Verkehrsbedingungen ab. Dort wirken die Differenzen der Naturkraft und der gesellschaftlichen Bedingungen, hier die letzteren allein. Das ist ein wesentlicher Unterschied zwischen beiden Arten der Rente. Nun ist die industrielle, auf der Konkurrenz sich gründende, alle aus der Lagendifferenz erwachsenden Extravortheile monopolisirende Grundrente gewiß ein wichtiger Faktor für die Erklärung der Profitnivellirung innerhalb der einzelnen Branchen. Allein auch hier gilt, daß, was der Konkurrenz entspricht, darum noch nicht unmittelbar dem Werthgesetze zu entsprechen braucht. Vor allem aber: das Grundproblem ist nicht die (relativ einfache) Profitnivellirung innerhalb, sondern zwischen den verschiedenen Branchen, deren typische Durchschnittsunternehmungen bei gleichem Kapitalvorschuß ungleiche Mengen variablen Kapitals anwenden und folglich ungleiche Mehrwerthquanten erzeugen. Hierfür versagt indeß jene Erklärung aus den Differenzen der industriellen Grundrente so gut wie ganz.

baren Widerspruch zwischen den Wirkungen der Konkurrenz und dem Werthgesetz, soferne dies als ein unmittelbares Regulirungsgesetz der Preise aufgefaßt wird, zu konstatiren — behauptet die Uebereinstimmung beider*, als ob, was der Konkurrenz, darum auch unmittelbar schon dem Werthgesetze entsprechen müßte. Marx hat jedenfalls eine derartige Kongruenz nicht angenommen; das geht deutlich daraus hervor, daß er in „Zur Kritik der politischen Oekonomie" unter den Widersprüchen, an welchen die Ricardo'sche Werthlehre scheiterte, als vierten und letzten Punkt das Problem der Grundrente anführt. Und doch hatte Herr Ricardo die Nothwendigkeit der Grundrente aus der Konkurrenz bereits völlig erwiesen. Aber der Widerspruch gegen die Werththeorie war damit, offenbar auch nach Marxens Urtheil, nicht beseitigt worden. Der Umstand, daß Landé, wie wir sahen, den Widerspruch leugnet und das unmittelbare Zusammenfallen der Bodenproduktpreise und Werthe behauptet, ändert an dieser Thatsache nichts.

Ganz in demselben Sinne wird die zweite Hauptspaltung des Mehrwerthes, der Handelsgewinn, von unserem Kritiker interpretirt. Daß das Handelskapital an dem von den industriellen Kapitalien exploitirten Mehrwerth partizipirt, ist nur möglich, wenn der Preis, zu welchem der Industrielle sein Jahresprodukt an die Händler losschlägt, jenem nur einen Theil des wirklich geförderten Mehrwerthes in Geldform ersetzt, so daß der Händler einen Theil des „Mehrproduktes" unentgeltlich empfängt und aus der Realisation desselben bei weiterem Verkauf Gewinn beziehen kann. In der That, der Händler nimmt ja dem Industriellen einen Theil seiner Funktionen ab und muß, da er hierzu Kapital gebraucht, nach Maßgabe des vorgeschossenen Kapitals gleich dem Industriellen am Gewinn betheiligt werden. Soweit hat Herr Landé recht. Der Grund aber, aus welchem diese Betheiligung und damit die weitere Spaltung des Mehrwerths eintreten muß, ist offenbar die Konkurrenz und nicht das Werthgesetz. Vielmehr treten hier Widersprüche gegen dasselbe auf. Erstens verkauft ja eben in diesem Falle der Industrielle sein Produkt, insofern er nicht den vollen Mehrwerth erzielt, unter dem Werthe, und zweitens folgt aus der Thatsache, daß aus dem äquivalentlos angeeigneten Mehrwerth der Gewinn des Händlers fließt, absolut nicht, wie Herr Landé stillschweigend annimmt, daß dieser den ganzen Mehrwerth und nur ihn im Preise realisirt, so daß die vom Händler (apropos dem

* Nachdem Herr Landé den Werth der Waaren nicht durch die zu ihrer Produktion gesellschaftlich nothwendige, sondern durch die unter den relativ ungünstigsten Naturbedingungen nothwendige Arbeitszeit bestimmt hat, ist es allerdings nur konsequent, wenn er weiterhin je nach der Qualität des Bodens und der Gunst der Lage eine „unendliche Verschiedenheit der Mehrwerthraten" annimmt. — Herr Stiebeling in seinem eben erschienenen Schriftchen „Das Problem der Durchschnittsprofitrate" (New York) thut das Gleiche, indessen ohne Begründung. Wie wenig dieser Herr zu dem hochfahrenden Tone, den er anzuschlagen liebt, berechtigt ist, zeigt unter Anderm die Stelle seines „Nachtrages" (S. 18), wo er nach Herunterkanzelung eines amerikanischen Gegners wörtlich Folgendes erklärt: „Dem Werthgesetz entsprechend hat die Fabrik mit dem höheren variabeln Kapital eine niedrigere und die mit dem niedrigeren variabeln Kapital eine höhere Mehrwerthrate." Ausdrücklich hervorgehobene Voraussetzung ist dabei, daß die Fabriken mit dem gleichen Gesammtkapital gleich lange arbeiten und gleich rentabel sind. Der Stiebeling'sche Satz, der den Ausgangspunkt einer längeren Erörterung bildet, läßt sich an Mißverstand nicht leicht überbieten. „Mehrwerthrate" nennt Marx bekanntlich das Verhältniß des produzirten Mehrwerths zum aufgewandten variablen Kapital, ein Verhältniß, das bei gleicher Durchschnittstechnik, Arbeits-Intensität, -Zeit und -Lohn nothwendig für alle Branchen gleich sein muß, wie immer auch variabler und konstanter Kapitaltheil sich zu einander stellt. Es bleibt also absolut unklar, was Herr Stiebeling „entsprechend dem Werthgesetze" sich hier unter „Mehrwerthrate" gedacht haben mag.

(Engros- oder Detailhändler?) normirten Waarenpreise mit den Werthen zusammenfallen. Landé behauptet das aber und fügt hinzu: hierin könne eine Verletzung des Werthgesetzes nicht gefunden werden, denn dieses behandele nur den Austausch zwischen Produzenten und Konsumenten; die Preisbestimmung zwischen Kapitalist und Händler sei „gar kein eigentlicher Austausch, sondern nur eine Theilung der Funktionen des Reproduktionsprozesses desselben Kapitals, ein Internum, mit welchem das Werthgesetz nichts zu thun hat." Wenn Herr Landé eine neue, extra für Produzent und Konsument bestimmte Werththeorie aufstellen wollte, so blieb ihm das natürlich unbenommen, nur glaube ich allerdings, daß diese Hypothese, zwischen Produzenten und Konsumenten würden die Waaren zu ihrem Werthe ausgetauscht, zu etwas peinlichen Widersprüchen gegen die Erfahrung führen würde. Wogegen aber Protest eingelegt werden muß, ist, daß diese Fassung des Werthgesetzes (die sich durch die Landé'sche Ableitung desselben aus der Konkurrenz erklärt), daß diese Fassung, sage ich, der Marx'schen Fassung, die von solchen Einschränkungen absolut nichts weiß, untergeschoben werde. Nebenbei bemerkt, wenn „das Werthgesetz nur den Austausch zwischen Produzenten und Konsumenten behandelt," dann hat es doch wohl auch für den Lohnkontrakt der Arbeiter, der gleichfalls nicht zwischen Produzenten und Konsumenten stattfindet, keine Geltung. Bekanntlich ist aber gerade der Nachweis, daß der Lohn (vorbehaltlich der durch die wirkliche Marktkonjunktur herbeigeführten Modifikationen), dem Werthgesetze unterworfen sei, eine der wichtigsten Ausführungen im Marx'schen „Kapital."

Um noch einmal zu wiederholen: Die Mehrwerthabschöpfungen der Handelskapitalisten und Grundbesitzer können natürlich nicht „vom Gesammtmehrwerth aus," sondern nur aus dem Mehrwerth der industriellen Einzelkapitale stattfinden, aber ihren Erklärungsgrund haben diese Abschöpfungen nicht im Werthgesetze selbst, vielmehr in den Verhältnissen der Konkurrenz, welche die Realisirung des Werthgesetzes innerhalb der wirklichen Waarenzirkulation wesentlich modifiziren.

Auf den letzten Seiten streift Herr Landé den eigentlichen Kern des Profitratenproblems, die Frage, wie sich die Gleichheit des Durchschnittsprofits in den verschiedenen Branchen ohne Verletzung des Werthgesetzes vielmehr auf Grundlage desselben erklären lasse, während andererseits doch die produzirten Mehrwerthmengen — gleich großer Kapitalvorschuß vorausgesetzt — je nach der größeren oder geringeren Umschlagsgeschwindigkeit und je nach der Zusammensetzung des Kapitals aus variabelm und konstantem differiren müssen. Aus der Beobachtung, daß einige Produktionszweige mit sehr rascher Umschlagsgeschwindigkeit auf große Inanspruchnahme der „Hilfe des Handelsstandes und der Gunst der Lage angewiesen sind," schließt er, daß ihr in Folge der schnelleren Zirkulation gesteigerter Mehrwerthgewinn durch die starken Abschöpfungen von Handelsgewinn und Grundrente auf das Durchschnittsniveau gebracht werde. Und dies, so meint er, sei die Regel: Je schneller die Zirkulation in einer Branche, um so höher stelle sich der an Grundrente und Handelsgewinn zu entrichtende Tribut. Hätte Landé auch mit dieser völlig unbewiesenen Annahme recht, so würde sich immerhin nach dem oben Ausgeführten die Profitnivellirung als eine Wirkung der Konkurrenzverhältnisse, nicht aber unmittelbar des Werthgesetzes darstellen. Die Aufgabe, welche Herr Landé lösen wollte, bliebe also auch in diesem Falle ungelöst.

Die andere Erscheinung, daß in den verschiedenen Branchen gleiche Kapitale, ob sie einen größeren oder kleineren variabeln (also Mehrwerth erzeugenden) Bestandtheil haben, dennoch im Durchschnitt gleichen Profit beziehen, wird ebenso summarisch abgethan. Die Ausgleichung, meint Landé, werde herbeigeführt dadurch,

daß je größer der variable Kapitaltheil, um so schlechter der Betrieb (Kleinhandwerk), respektive um so größer die Ueberproduktion (Hausindustrie) sei. Beides wirke auf Senkung der sonst anormal hohen Profite. Herr Landé scheint übersehen zu haben, daß man bei dieser allgemeinen Frage von Kleinbetrieb und Hausindustrie als sekundären Momenten zu abstrahiren hat. Je nach der technischen Entwicklung wird in den durchschnittlichen typischen Großbetrieben der verschiedenen Branchen das Verhältniß von variabelm und konstantem Kapital und damit die von gleichen Kapitalien in den verschiedenen Branchen erzeugte Mehrwerthmenge durchaus divergiren. Dennoch sind die Profite gleich. Wie können sie ohne Verletzung des Werthgesetzes gleich sein? Das ist auch hier die Grundfrage, die dadurch wahrlich nicht gelöst wird, daß Herr Landé ganz nebenher bemerkt, „etwa noch verbleibende kleine Differenzen würden durch Ueber- resp. Unterproduktion und die daraus resultirenden Preisverschiebungen beseitigt." „Jene etwa noch verbleibenden kleinen Differenzen," um die handelt es sich ja gerade in erster Reihe. Die Erklärung dieser ist nach der von Engels gegebenen und von Herrn Landé akzeptirten Formulirung des Problems das prinzipiell entscheidende. Indem Herr Landé hier sich auf die preismodifizirenden Wirkungen der Konkurrenz beruft, giebt er seine eigene Auffassung des Werthgesetzes, wonach dieses die Preise *unmittelbar*, ohne modifizirendes Eingreifen der Konkurrenz, bestimmt, in dem entscheidenden Punkte selbst völlig preis. Trotz interessanter Detailausführungen (z. B. über die profitnivellirende Wirkung und Daseinsweise der industriellen Grundrente) erscheint mir also bis auf Weiteres der ökonomische Versuch des Herrn Landé nicht sonderlich überzeugend. (Schluß folgt.)

Eine Gesammtausgabe von Albert Dulk's Dramen.

Von Dulk weiß man heute nicht viel mehr, als daß er biblische Dramen und freidenkerische Werke geschrieben, daß er eine Zeit lang als Einsiedler im Sinaigebirge gelebt, den Bodensee überschwommen und seinen theoretischen Kampf gegen die Einehe durch eine lebenslange bigamische Praxis besiegelt hat.

Wenn nun in diesen Wochen eine erste Gesammtausgabe* der Dramen Dulk's — herausgegeben von Ernst Ziel — im Erscheinen begriffen ist und damit die Erzeugnisse des eigenartigen Poeten der Vergessenheit entrissen werden, so dürfte das Unternehmen in weiteren Kreisen mit derjenigen Genugthuung aufgenommen werden, die immer empfunden werden sollte, wo zu früh Verschollenes aufs Neue ans Licht tritt.

Ueber Dulk's äußeres Leben möge hier nur erwähnt werden, daß er am 19. Juni 1819 in Königsberg i. Pr. geboren wurde und seine Tage zuerst in seiner Vaterstadt, dann zu Chaulin in der Schweiz, darauf in Stuttgart und endlich in Untertürkheim am Neckar verlebte. Er starb am 29. Oktober 1884 plötzlich am Herzschlage auf dem Bahnhofe zu Stuttgart. Neben seiner dichterischen und philosophischen Thätigkeit lief all sein Leben lang die politische hin; der Weg, den er auf diesem Gebiete durchlaufen, nahm seinen Ausgangspunkt vom ostpreußischen Liberalismus und Rationalismus, der zur Zeit von Dulk's Geburt in der Pregelstadt bereits hohe Wogen schlug, und führte den rastlos ringenden Mann über die Brücke der bürgerlichen Demokratie zur Sozialdemokratie, welcher er während der letzten zehn Jahre seines Lebens leidenschaftlich anhing. An-

* Albert Dulk's Sämmtliche Dramen. Erste Gesammtausgabe. (Stuttgart, J. H. W. Dietz.)

knüpfend an die soeben erwähnte Neuausgabe von des Dichters sämmtlichen Dramen, wollen wir uns im Nachstehenden weder mit Dulk, dem Philosophen, noch mit Dulk, dem Politiker, beschäftigen. Wir wollen hier nur den Dramatiker unsern Lesern in Kürze kennzeichnen und geben zu diesem Zwecke dem Herausgeber der „Dramen" das Wort.

„Das Leben der deutschen Bühnendichtung," so entwirft Ernst Ziel in seiner Einleitung zu dem dreibändigen Werke den zeitgeschichtlichen Hintergrund, auf dem sich Dulk's dramatisches Schaffen entwickelte, „befand sich damals in einem Stadium vielversprechender Um- und Neubildungen, in einem Zustande des Gährens und Kochens. In der Politik stand der Geist einer volksfeindlichen Bevormundung der Kleinen durch die Großen am Ruder, und als man mehr und mehr inne ward, daß dieser Geist auch die Literatur durch und durch infizirt hatte und sich dort überall durch eine offenkundige oder maskirte Propaganda für den Absolutismus fühlbar machte, als eine süßliche Bigotterie und Sentimentalität, eine seichte Liebedienerei und Streberei die Prosa wie die Poesie überall verwässerte und verphilisterte, da erhob sich ganz Deutschland entlang, im Norden wie im Süden, gegen diese Verknechtung und Versumpfung unseres Schriftthums eine gesunde Opposition freier und starker Geister: Heinrich Heine wurde ihr lyrischer, Christian Dietrich Grabbe ihr dramatischer Herold, und diesen Meistern schloß sich eine resolute Schaar talentvoller Gesellen rüstig an. In die weiche und schwammige Masse der durch die oberen Gesellschaftsschichten vorsätzlich genährten literarischen Empfindsamkeit schleuderten sie, Meister und Gesellen, die Brandraketen ihres oft zynischen Witzes, als ob es in dem Preußen des Herrn v. Rochow und den sonstigen wohlbevormundeten deutschen Ländern und Ländchen gar keine Zensur und Polizei gäbe; mit den kalten Sturzbädern ihrer Satire fuhren sie den Anwälten des privilegirten Geschmacks in die wohlfrisirten Haare, daß ein Wolfgang Menzel und Theodor Hell höchst verdrießliche Gesichter aufsetzten; hofräthlichen Anmaßungen aber und pastörlichen Beschränktheiten setzten sie kühn und keck die blitzende Fronte freier Gedanken entgegen, daß Gentz und seine Satelliten schier erschrocken von ihren Kanzleisesseln purzelten.

Shakespeare war der Gott, zu dem diese Kraftdramatiker Grabbe'scher Kouleur beteten, der unglückliche Heinrich v. Kleist ihr irdischer Schutzpatron, dem sie nacheiferten. Im Gegensatz zu den Romantikern wollten sie, was den Inhalt betrifft, die Kunst mit dem realen Leben und einem gewissen Materialismus des Denkens erfüllen. Die Form aber wollten sie — wieder im Gegensatz zu den Romantikern — aller Weichlichkeit entkleiden und lieber dem Hyperoriginellen die ganze Hand als der konventionellen Phrase auch nur den kleinen Finger darreichen. Politisch und religiös huldigten sie meistens radikalen Anschauungen; ästhetisch predigten sie die Emanzipation von Klassizität und Epigonenthum; sie spiegelten mit Vorliebe den geistigen und sittlichen Inhalt ihrer Zeit wieder; das psychologische Problem interessirte sie vor Allem; nichts haßten sie so sehr wie die Schablone. Aber ihre Eigenart schlug leicht ins Bizarre, ihre Begeisterung ins Vulkanische, ihr Reformdrang ins Explosive, ihr Skeptizismus in Form-, ihre Freiheitsliebe in Zügellosigkeit über.

Den Reigen dieser stürmerischen und drängerischen Dramatik eröffnete Meister Grabbe mit seinem blutigen „Herzog Theodor von Gothland" (1827); ihm folgte sein titanischer „Don Juan und Faust" (1829), sein wuchtiger „Napoleon" (1830), sein herber „Hannibal" (1835) und seine glühende „Hermannsschlacht" (1838). In der offenen Bahn schritten dem Genie von Detmold auf dem Fuße nach Georg Büchner mit seinem exzentrischen „Dantons Tod"

(1835) und Friedrich Hebbel mit seiner heroischen „Judith“ (1841). Da war auf einmal in der durch Kotzebue's Frivolitäten und die Gespenstergruseleien der Schicksalstragöden verpesteten Luft ein Neues und Ungeahntes: dichterische Initiative, Mark, Charakter, Energie des Stils, große Anschauungen in einer kleinen Zeit, der klirrende Schritt von Titanen — unter Zwergen.

Sie reinigten mit ihrem gewitterhaft hereinbrausenden poetischen Radikalismus die literarische Zeitatmosphäre, diese Stürmer und Dränger aus Grabbe'schem Blut, und schufen so den ihnen nachfolgenden jungdeutschen Dichtern, einem Gutzkow, einem Laube u. A. was ihnen selbst im Ganzen versagt war: die Möglichkeit zu Erzeugnissen nicht nur von dramatischer, sondern auch von wahrhaft bühnlicher, weil realer Lebenskraft.

Als ausgehend von den Anregungen dieser kraftvoll oppositionellen Dramatik der dreißiger Jahre muß man die erste dramatische Dichtung Dulk's, seinen „Orla“ (1844), betrachten, wenn man ihn im Zusammenhange mit seiner Zeit, seinem Geiste wie seinem Tone nach verstehen will. Der in das Gewand nicht immer korrekter Jamben gekleidete „Orla“ trägt durchaus das Gepräge eines noch unausgereiften Jugendwerkes. Statt die dramatische Handlung energisch zu verdichten und zu pointiren, verzettelt er dieselbe in eine oft allzu bunte Szenenfolge. Und nicht viel besser als mit der Komposition steht es mit den Charakteren, welche ihrer Mehrzahl nach nichts sind als Typen, und nicht einmal immer das: sie sind oft nur Marionetten. Aber sie werden der ausgesprochenen Absicht des Dichters gerecht: „nichts als die ganze Welt seiner Anschauungen zu geben.“ Liebe und Freiheit, diese Ideale jeder echten Jugendlichkeit, führen im „Orla“ — er versetzt uns in die Zeit unmittelbar vor und nach der französischen Julirevolution — einzig das Wort, und thun sie es, was konkrete Voraussetzungen und reale Ziele betrifft, in der ersten größeren Hälfte der Dichtung auch noch in einer gewissen unzulänglichen Allgemeinheit und Verschwommenheit, so wendet sich doch in der zweiten Hälfte das Blatt: da erfüllt sich der „Orla“ mehr und mehr mit einem realeren Inhalte, indem er eine sehr konkrete Menschheitsaufgabe, die politische und religiöse Freiheitspropaganda, zu seinem Gegenstande macht, um mit einem brillant beleuchteten und für die damalige Zeit höchst aktuellen Tableau abzuschließen: mit dem Frankfurter Attentat vom 3. April 1833.

Seiner poetischen Klangfarbe nach läßt der „Orla“ die Anlehnung an die oben gekennzeichnete Grabbe'sche Schule nirgends verkennen. Aber es tönen noch andere Klänge aus ihm heraus: namentlich sind zwei Vorbilder unverkennbar: die altspanische Mantel- und Degenkomödie, also Calderon und seine Schule, und die neudeutsche Kothurn- und Deklamationstragödie, also Raupach und seine Pfadfolger. Auf ihren Inhalt angesehen, erweist sich die Dichtung dagegen als eine Wiederholung des in jenen Jahren philosophischer und sozialer Gährung so oft gemachten Versuchs, den Sensualismus mit dem Spiritualismus, den Kultus des Gefühls mit dem des Gedankens zu verbinden oder — um sachlich zu sprechen — Don Juan mit Faust in eines zu verschmelzen. Einstweilen freilich behauptet in der Gedankenwelt des jungen Poeten noch die Liebe den Vorrang vor der Philosophie: noch interessirt ihn Don Juan mehr als Faust.

Interessant ist es, zu sehen, wie Dulk, der Denker, seinen Schatten bereits vorauswirft in diesem Erstlingswerke Dulk's, des Dichters. Der „Orla“ hat in dieser Beziehung einen geradezu dokumentarischen Werth für die Beurtheilung des Entwicklungsweges, den Dulk nahm. Ja, Alles in Allem betrachtet, darf man den „Orla“ als das Programm der gesammten nachfolgenden literarischen Thätigkeit Dulk's bezeichnen: denn alle Saiten, die in seinen späteren Werken

tönen, schlägt der Dichter schon hier präludirend an: der Liebe Lust und Leid, des Geistes Sturm und Drang, die Frage nach Gott und Ewigkeit und den Kampf um Freiheit und Vaterland.

Das zweite Drama Dulk's ist „Lea" (1848), in dessen Mittelpunkt die Gestalt des Juden Süß steht, jenes halb schurkischen, halb chevaleresken württembergischen Staatsmannes des achtzehnten Jahrhunderts, der für seine Zeit so bezeichnend ist. Eine bloße Reproduktion der bekannten historischen Novelle Wilhelm Hauff's, lehnt das Drama sich in seiner ersten Hälfte fast sklavisch an sein novellistisches Vorbild an: Szene für Szene folgt es diesem in Komposition und Diktion, in letzterer Beziehung — es ist zum Theil in Prosa geschrieben — oft bis zur wörtlichen Wiedergabe des Originaltextes. Erst in der zweiten Hälfte bereichert Dulk den gegebenen Stoff durch eigene Zuthaten. Was die Charaktere betrifft, so fehlt es ihnen durchaus an dramatischer Kraft und Geschlossenheit, ein Mangel, der zu einem nicht geringen Theil auf Rechnung des absolut novellistischen Stoffes zu setzen ist. Eine Gestalt überdies, welche, wie diejenige des Dulk'schen Süß, in einer unerquicklichen Mitte schwebt zwischen dem Intriguanten und dem Helden, wird vermöge dieser Zwitterhaftigkeit ihres Wesens dramatisch stets eher deprimirend-beunruhigend als erhebend-beruhigend wirken. Nicht, wie er es gethan, durfte der Dichter in der aufsteigenden Handlung einseitig den hartherzigen und wucherischen Glücksritter, in der sinkenden aber ebenso einseitig den vom Schicksal schwer gestraften tragischen Helden markiren — seine Aufgabe war es, eine psychologische und zugleich dramatische d. h. eine ideale Ausgleichung dieser beiden Pole im Wesen seines Helden — denn Süß ist der Held des Stückes, nicht seine Schwester Lea — zu finden, ein Weg auf dem er folgerichtig — wenn auch nicht streng historisch — zu einer stärkeren Ausprägung des Süß als eines überzeugten Vorkämpfers der Judenemanzipation gelangen mußte.

So viel über „Lea."

Dulk's drittes Drama „Jesus der Christ" (1855 geschrieben, 1865 veröffentlicht) lehnt sich der Form nach an das Oberammergausche Passionsspiel an. Mit ihm erklimmt der Dichter die Höhe seiner künstlerischen Entwicklung. „Jesus der Christ" gehört zu den merkwürdigsten Erzeugnissen unserer poetischen Literatur. In der Erklärung der Wunder Jesu — um hier gleich die beiden Brennpunkte des Dramas herauszukehren — schlägt der Dichter den rationalistischen, in der Erfassung der geistigen Natur Jesu aber den psychologischen Weg ein. Was zunächst die Wunder des Galiläers betrifft, so leitet Dulk beispielsweise die Empfängniß Mariä aus einer intimen Berührung der Schlafenden durch den Essäer Joseph von Arimathia her, während er das Wunder selbst in der schwärmerisch überspannten Phantasie der „Muttergottes" vorgehen läßt; so macht er uns ferner die Auferstehung als das Erwachen aus einer durch den soeben genannten Joseph von Arimathia, der ein Arzt war, herbeigeführten Betäubung am Kreuze, die Himmelfahrt aber als eine durch Wolkengebilde und Sonnenstrahlen hervorgerufene optische Erscheinung begreiflich. Auf die Möglichkeit dieser Erscheinung hatte den Dichter seine eigene Wahrnehmung hingeführt. Mehrmals nämlich hatte er auf dem Rigi und sonstigen Bergen der Schweiz, je nach dem Stand der Sonne, seine eigene Gestalt in den Wolken gesehen, Erscheinungen, die nebenbei bemerkt, auch sonst, z. B. auf dem Brocken, wahrgenommen worden und Anlaß zu wissenschaftlichen Erklärungen wie zu Gespenstersagen gegeben haben. Das also löste dem Poeten das biblische Räthsel von der Himmelfahrt Jesu auf völlig natürliche Weise. Werden uns in dem Dulk'schen Drama die Wunder somit aus physikalischen Vorgängen heraus, also rationalistisch, verwahr-

scheinlicht, so erklärt uns der Dichter das innere Wesen Jesu durch den Hinweis auf einen menschheitsentwicklungsgeschichtlichen Prozeß, und zwar in der Weise, daß er Jesus gleichsam als einen Uebergangsmenschen oder als den ersten Menschen einer neuen Zeit hinstellt, als Einen, in welchem der Geist einer bis dahin ungeahnten Menschheitsperiode zuerst zum Durchbruch kommt. Dieser neue Geist aber in Jesu fällt sogleich in einen Irrthum über sich selbst, welcher darin besteht, daß dieser Geist, gerade weil er neu und abweichend ist von allen bisher gewohnten Denkformen — daß eben darum dieser Geist sich für ein Uebernatürliches und Ueberirdisches hält. Aus diesem Irrthum resultirt nach Dulk die Ueberspannung des Selbstgefühls in Jesu, aus dieser Ueberspannung aber folgerichtig die Selbstvergöttlichung des Menschensohnes.

Mit großer Feinheit legt Dulk den inneren Werdegang des Nazareners dar. Der Gedanke, daß er der Messias sei, fällt zuerst in Jesu Seele, als im sechsten Auftritt der ersten Handlung die Empörung des jüdischen Volkes darüber ausbricht, daß die Römer ihre Adler — Götzenbilder, wie die Juden meinten — auf den Stätten Jerusalems aufpflanzen und das Volk die Rettung einzig vom Messias erwartet, der gerade jetzt, in der Noth, erscheinen müsse und werde. Schon in der nächsten Handlung verkündet er dem Johannes, dem Täufer, den Messias, indem er ihm in Extase erklärt: Jehovah sei in ihm. Von diesem ersten Entwicklungsstadium der Messiasidee in Jesu an bis zu dessen letztem tragischen Ende — welche Kette feiner psychologischer Deduktionen, welche genialen Tiefblicke in die Seele des Galiläers!

Jesus ging nach Dulk unter an der tragischen Schuld: das politische Element nicht aufgenommen zu haben in den Plan seines Lebens, sich nicht an die Spitze der jüdischen Revolutionspartei gestellt zu haben. Dieses von Jesus verschmähte politische Element vertritt in dem Drama Judas Ischarioth, der mannhafte Widerpart des weich gearteten Nazareners, der, kein Verräther im Sinne der Bibel, sondern ein beherzter Patriot, ihm gegenübersteht, wie das Vollbringen dem Wollen, wie das Wagen dem Wägen, wie die That dem Gedanken. Ein Joab will Judas dem Jesus sein, und dessen Essäertifteleien will er durch beherztes Handeln realisiren. Neben dem edelmilden Jesus dieser dämonisch feurige Judas — wahrlich! in diesem Vis-à-vis ist ein Gegensatz von höchster poetischer Wirkung. Und neben dem Judas wiederum dessen Geliebte, die zugleich liebreizende und gewaltige Maria Magdalena, ein Bild eigenartig bestrickender Weiblichkeit — in der That! in diesem Gegenüber ist abermals ein Kontrast von seltenem psychologischen Reiz.

Das Drama „Jesus der Christ,“ in welchem Vers und Prosa wechseln und zu dessen schönsten Stellen die von visionärem Zauber erfüllte Erzählung der Maria von der Empfängniß Jesu, die glanzvoll ausgestattete Himmelfahrt und die von einer mächtigen Naturlyrik und Natursymbolik durchsponnene Sterbeszene des Judas im Felsenthale Hinnom gehören — dieses unvergleichliche Drama mit seinen fragmentarisch skizzirten Situationen und gigantisch wuchernden Bildern, mit seinen grell kolorirten Charakteren als Trägern einer chaotisch gährenden Ideenwelt — ohne Frage ist es eine der gedankenvollsten Schöpfungen unserer Literatur, und fast könnte man es eine metaphysische Tragödie nennen.

Die Anregung zu seinem „Jesus“ hatte Dulk gelegentlich seines Aufenthalts im Orient empfangen. Durch den Orient angeregt ist auch das vierte Drama unseres Dichters: „Simson.“ Dieses (1859) hat mit dem „Jesus“ das gluthvolle Kolorit des Morgenlandes gemein. Im Aufbau der Handlung ist es viel konziser als jenes Passionsspiel und geradezu ein Muster in der dramatischen Technik. Ist dort große Massen-, so ist hier tiefe Einzelwirkung. Aber

geistig gemessen, erreicht der „Simson" nicht ganz die kosmische Höhe des „Jesus." Der „Simson," in Jamben geschrieben, klingt lebhaft an Heinrich von Kleist's „Penthesilea" an. Abgesehen vom Tonkolorit, d. h. von der leidenschaftlichen Empfindung und großartigen Dialektik, welche die Sprache beider Dramen durchglüht, sind es zwei Punkte, auf welche vor Allem die Parallele sich stützen kann: der kulturhistorische Hintergrund — bei Kleist der Kampf des Hellenenthums mit dem Barbarenthum, bei Dulk der Kampf des Judenthums mit dem Heidenthum — und das erotische Problem. Was dieses letztere betrifft, so kann man beide Dramen als großartige Verherrlichungen der Liebe bezeichnen: in beiden ist es eine sich mit elementarer Gewalt bekundende Herzensleidenschaft, getragen von zwei Liebenden, die durch die politische Weltlage zu Feinden prädestinirt sind und in diesem Widerstreit untergehen — in beiden Dramen ist es vorwiegend die sinnliche Seite der Liebe, die den Ausgangs- und Kernpunkt des Problems bildet, und wahrlich! mit dem Aufgebot einer Fülle von poetischen Mitteln, die nicht nur der Schönheit, sondern auch der Wahrheit vollauf gerecht werden — und hier wäre ein weiterer Vergleichspunkt zu konstatiren — wird bei Kleist wie bei Dulk die sinnliche Liebe in die Sphäre des Geistes und des Herzens emporgehoben.

Der antike Stoff, wie er uns im Buch der Richter, Kapitel 13—17, überliefert wird, tritt im „Simson" in den Dienst einer rein menschlichen Idee, und zwar der Idee, daß Demuth und selbstlose Liebe höher sind als alles ehrgeizige Wollen und Thun. Ruhmsucht, Glaubenseifer, fanatische Vaterlandsliebe begegnen sich hier, zweimal vereint, in zwei durch Religion und Nationalität geschiedenen Personen, in der Person Simsons, des Hebräers, einerseits, in derjenigen Delilahs, der Philistäerin, andererseits. Zwei Selbstnaturen, wie aus Erz gegossen, Beide stolz und unentwegbar, Beide starr und schroff, Beide groß in ihren Instinkten und dämonisch in der Leidenschaft der Liebe, Beide sich hassen wollend und sich lieben müssend — er, echt judäisch, ein religiös erhitzter Schwarmgeist voll brutaler Thatenlust, aber ohne Falsch und Hehl, sie eine ekstatische Natur voll der Gluth und Ueppigkeit, aber auch voll der Tücke und Arglist der Asiatin — so stehen sie sich, Verblendung und Schuld verhängnißvoll verkettend, im Widerstreit der Triebe gegenüber, bis Schuld und Streit in einem tragischen Untergange Beider endet, aber auch in Reinigung und liebender Versöhnung der streitenden Gemüther.

Die beiden letzten Dramen Dulk's sind „Konrad der Zweite" (1867) und „Willa" (1875). Das erstgenannte Werk, welches aus zwei Theilen — „König Konrad" und „Kaiser Konrad" — besteht und im Blankvers geschrieben ist, bekundet in der Charakteristik der handelnden Personen und der Zeit wie in einzelnen Szenen eine entschiedene Mächtigkeit des Wurfs und des dramatischen Vortrags und weiß eine reiche Fülle geschichtlicher Einzelheiten mit poetischem Takt dichterisch zu verwenden, aber es läßt die Einheitlichkeit des Styls empfindlich vermissen: es hebt stark realistisch an, um verschwommen idealistisch auszuklingen. Die Handlung sodann leidet an einer epischen Breite, welche mit lauter Bei- und Nebenwerk den Sturm und Drang der Bewegung hemmt, die tragische Höhe und dramatische Gipfelung aber nicht aufkommen läßt. Der Dichter stand den Schwächen seines „Konrad" keineswegs blind gegenüber, und eine Tilgung derselben gehörte zu den Aufgaben, die er sich für spätere Jahre aufgespart hatte. Er ist leider nicht mehr dazu gekommen, diese Absicht auszuführen.

Kann die Kritik dem „Konrad" Dulk's nur ein bedingungsweises Lob zu Theil werden lassen, so darf sie der „Willa" gegenüber das ganze Füllhorn ihrer Anerkennung öffnen. Das in Prosa abgefaßte liebenswürdige Schauspiel ist eine Schöpfung von seltener Anmuth. Mag auch die Notiz auf dem Titelblatt:

„Zeit: 864 unter Ludwig dem Deutschen“ den modernen Leser einigermaßen verblüffen, Dulk ist kein deutscher Professor, der vom Katheder herab dozirt und uns den Staub der Bibliotheken zu athmen giebt. Nicht einmal ein historisches Drama — geschweige denn ein professorliches — hat er uns schreiben wollen. Es ist vielmehr eine seelisch fein angelegte und graziös gewobene dramatische Liebesgeschichte, fast möchte man sagen: eine Idylle, die Dulk uns hier bietet, eine Dichtung, bei der es uns vor lauter ästhetischem Wohlbehagen gar nicht in den Sinn kommt, nach ihrer geschichtlichen Legitimation zu fragen. Neu ist der Grundgedanke der „Willa“ nicht, aber er ist hier neu gewendet und gefügt und legt sich in dieser neuen Fügung dem Leser warm ans Herz und bedeutsam in die Seele: echte und wahre Liebe — so etwa könnte man den Grundgedanken der „Willa“ formuliren — setzt sich über alle kleinlichen Klassenunterschiede hinweg und triumphirt zuletzt vermöge ihrer innern Wahrheit. Das Schauspiel „Willa,“ welches uns die Liebe des jungen Prinzen Brun, des Gründers von Braunschweig, zu Willa, der Tochter des einfachen Edelmanns Ordulf, schildert, vereinigt in sich die Vorzüge des „Simson“ mit denen des „Konrad“: mit ersterem hat es die scharfe und doch anmuthige Linie der Komposition und den feinen psychologischen Zug, mit letzterem das prägnante Zeitkolorit und die Strenge und Fülle des historischen Details gemein. In der Gestaltung der hier geschilderten zarten Seelenverhältnisse zeigt Dulk den ganzen Adel und die ganze Tiefe seines Poetenherzens. Und wie frisch und markig, wie stahlscharf und krystallklar ist die Diktion des Stückes, in diesem Punkt einzig dem „Simson“ vergleichbar! Wie fein gedacht die Grundidee, wie zart nüancirt ihre Durchführung! Wie warm empfunden, wie strotzend von Lebensfülle das Ganze! Diese „Willa“ gehört unstreitig zu dem Schönsten und Vollendetsten, das Dulk jemals geschaffen hat.

Eine Neuausgabe der Dramen Dulk's kann heute eine aktuelle Bedeutung kaum in Anspruch nehmen; denn die politischen und religiösen Tendenzen, für welche diese Dramen eintreten, sind zum großen Theil Tendenzen der Vergangenheit, die Kunstanschauungen aber, aus denen sie erwachsen, sind keine modernen. Das Interesse, das sie anzurufen vermögen, ist daher vorwiegend ein literarhistorisches, und bei der unverdienten Vergessenheit, welche über diese Dichtungen hereingebrochen, kommt eine Neuausgabe derselben einer Ausgrabung aus den Todtengrüften der Literaturgeschichte gleich.“

Soweit der Herausgeber der Dulk'schen Dramen!

Die Neuausgabe — sie ist die erste Gesammtausgabe der Dulk'schen Dramen überhaupt — wird drei Bände umfassen, von denen der erste außer der im Obigen auszugsweise wiedergegebenen einleitenden Skizze des Herausgebers „Orla“ und „Lea,“ der zweite „Jesus der Christ“ und „Simson,“ der dritte „Konrad der Zweite“ und „Willa“ enthalten werden. Der erste Band ist in diesen Wochen zur Ausgabe gelangt.

Briefe aus England.

London, den 24. April 1893.

Welchen Werth haben parlamentarische Debatten? Die Gladstoneaner brachen Freitag Nacht in lauten Jubel aus, als nach vierzehntägiger Debatte die zweite Lesung der Homerulebill mit 43 Stimmen Mehrheit — genau der Stärke der beiden Gruppirungen entsprechend — durchging, und die Konservativen erklären darauf in Presse und Versammlungen, keinen Augenblick an diesem

Ausgang gezweifelt zu haben. Aber, meinte am Sonnabend auf einem Bankett der Herzog von Devonshire — als Marquis von Hartington vordem Kollege Gladstone's und nach der Spaltung erst Führer der liberalen Unionisten im Haus der Gemeinen und jetzt im Haus der Lords — aber sei man für eine Reise auf den Mond um einen Schritt vorwärts gekommen, wenn man den Thurm der St. Paulskirche erklettert habe? Nehmen wir an, der edle Herzog, von dem das Witzwort geht, daß er bei seinen eigenen Reden zu gähnen pflege, habe Recht, Homerule sei so unerreichbar wie der Mond, wozu dann die vierzehn Tage langer Reden gegen eine Abstimmung, die noch gar nichts entscheidet? Denn in der That, erst die Spezialberathung muß zeigen, ob sich die so bunt zusammengesetzte Mehrheit mit Bezug auf die Einzelnheiten der Bill so vollständig wird einigen können, um mit geeinter Front sie dem Haus der Lords gegenüber vertreten zu können. Im Hause war Niemand zu überzeugen, der einzige Liberale, der schwankend wurde und bis zuletzt mit der Absicht umging, gegen die zweite Lesung von Homerule zu stimmen, war der alte W. Saunders, ein wohlmeinender, wenn auch vielleicht etwas konfuser Demokrat, dem es gegen seine Ueberzeugung ging, zur Schaffung einer zweiten, auf Grund eines Zensus zu wählenden Kammer in Irland die Hand zu bieten. In letzter Stunde gelang es aber Burns und Michael Davitt, ihn mit dem Hinweis darauf, daß auch sie und viele Andere gegen die Zensuskammer seien und in der Spezialberathung entsprechend sprechen und stimmen würden, von seinem Vorhaben abzubringen, und so hatten die Konservativen nicht einmal das Vergnügen, von der äußersten Linken her, der Gladstone's Bill nicht weit genug geht, Zuzug zu erhalten.* Selbst die Parnelliten stimmten wie ein Mann für die zweite Lesung. Welchen Zweck hatte also die ganze Rederei?

Es giebt nichts an sich absurderes als so ein parlamentarisches Redegefecht. Es ist, als ob zwei Gruppen miteinander disputirten, von denen jede eine andere Sprache spricht und keine die Sprache der andern, sondern nur einzelne Worte und Gesten versteht. Jede Partei erklärt das, was sie vorbringt, für gewichtige Argumente und die Antworten der Gegner für leere Redensarten. Der Form nach spricht man zu den Gegnern, thatsächlich aber für die eigenen Leute und das Publikum draußen. Das hat wohl auch seinen Werth, ob es aber nothwendig war, vierzehn Tage darauf zu verwenden und eine Reihe wichtiger, ihrer Inangriffnahme harrender Reformen dafür auf die lange Bank zu schieben, ist eine andere Frage. Vom Standpunkt der Konservativen ist es ja eine durch die Situation diktirte Taktik, die Session zu einer möglichst unfruchtbaren zu gestalten, aber wenn auch die Konservativen den Vorwand für die Zeitvertrödelung lieferten, indem sie darauf bestanden, in aller Breite und Ausführlichkeit, von allen Seiten und aus dem Munde aller ihrer Wortführer die Homerulebill durchzuhecheln, so hätte bei energischem Widerstand Seitens des Ministeriums den Herren das Spiel erheblich verkürzt werden können. Statt dessen zeigte sich Gladstone in diesem Punkte geradezu auffallend nachgiebig, so daß man zur Vermuthung gelangt, auch dem Alten sei die Verschleppung nicht unangenehm. Wieso? Nun, darauf giebt Hamlet die Antwort: Haushaltungskunst, Horatio, Haushaltungskunst. Die liberale Regierung hat bei Beginn der Session eine Anzahl Reform-

* Für die mit dem parlamentarischen Geschäftsgang Englands unbekannten Leser die Bemerkung, daß die Bewilligung der zweiten Lesung praktisch der Ueberweisung zur Kommissionsberathung gleichkommt. Nur daß in England sich für diese das ganze Haus als Kommission bezw. Komitee konstituirt. Es gilt dann eine andere Geschäftsordnung und der Vorsitz geht vom „Sprecher" an den Vorsitzenden für die Komitees über.

bills eingebracht und andere angekündigt, die in radikalen und Arbeiterkreisen einen gewissen Enthusiasmus erregten, aber diese Reformen dürfen nicht zu schnell Gesetz werden, damit, falls es über Homerule doch zur Auflösung kommt, noch genug davon übrig sind, um die nöthige Begleitung fürs nächste Wahlprogramm abzugeben. Giebt aber die Partei ihren Reformschatz vorzeitig aus, so muß sie sich zu neuen politischen und wirthschaftlichen Zugeständnissen an die Arbeiter entschließen, um diese für ihre Wiederwahl zu interessiren, und darüber könnte sie leicht einen weiteren Theil ihrer bürgerlichen Gefolgschaft verlieren. Es liegt also nicht nur im Interesse der Konservativen, daß die parlamentarische Maschine nicht zu schnell arbeitet, um so erwünschter daher, wenn diese tölpelhaft genug sind, den Vorwand für etliche Verschiebungen und Verschleppungen zu liefern. So etwas mitzunehmen und Kapital daraus zu schlagen, ist parlamentarische Strategie. Auch für „das Volk, den großen Lümmel," fällt etwas dabei ab. Es darf, damit ihm die Zeit nicht lange wird, sich den Genuß der im Parlament gehaltenen langen Reden gönnen.

So stehen die Dinge, und wir können sie wohl kritisiren, aber es liegt vorderhand nicht in der Macht der Sozialisten, sie zu ändern. Um das zu können, müssen sie selbst erst politische Macht werden und im Stande sein, auf das Parlament einen starken Druck auszuüben. Sie sind auf dem Wege dazu, die Agitation macht erfreuliche Fortschritte, aber es ist ein großes Ziel, und es sind Schwierigkeiten zu überwinden, die man von der Ferne her nur zu leicht unterschätzt.

Ein Bild von den Hindernissen, mit denen das Zustandebringen einer aktionsfähigen sozialistischen Arbeiterpartei hier zu kämpfen hat, gewährt die Lektüre der in den letzten Wochen in der „Workman's Times" veröffentlichten Enthüllungen über die Champion-Barry Intrigue. Sie zeigen, wie zwei Leute, der eine, Champion, ein gewandter, aber unskrupulöser sozialistischer Agitator und Literat, der andere, Maltman Barry, ein noch weniger skrupulöser sozialistelnder Tory-Agent, durch alle Mittel der unter den plausibelsten Vorwänden angebotenen Bestechung sich der einflußreicheren sozialistischen Arbeiter zu versichern gesucht haben, um vermittelst dieser die aufkommende unabhängige Arbeiterpartei zu ihrem je nachdem auszuspielenden Werkzeug zu gestalten. Das ist ihnen nun nicht geglückt, ihre Anerbieten wurden vielfach abgelehnt und schließlich auch das Mißtrauen mancher derjenigen geweckt, die ihnen ursprünglich vertraut hatten. Seitdem nun gar die beiden Verbündeten in ihrem Blatt dem „Labour Elector" die Revolvertaktik eingeschlagen haben, unter dem Motto: nemo me impune lacessit, Jedem, der sich gegen sie erklärt, mit Veröffentlichung von ihn vernichtenden Dokumenten zu drohen, kann man sagen, daß sie ihr Spiel vollends verloren haben. Denn sie haben in ihrer Ueberschlauheit vergessen, daß sie auf diese Wese Jeden verdächtig machten, der sich jetzt noch für sie erklärt. Aber die ganze Angelegenheit hat der jungen Partei bedeutenden Schaden zugefügt. Sie hat sie allen möglichen Verdächtigungen ausgesetzt, hat Mißtrauen gegen sie gesät und Mißtrauen in ihren eigenen Reihen geweckt, und das ist für eine neue Partei das Schlimmste, was ihr passiren kann. Wie lange hat nicht die Sozialdemokratische Federation darunter gelitten, daß Hyndman sich 1885 von Champion zu dem Manöver herumkriegen ließ, mit Torygeld in zwei Wahlkreisen den liberalen Kandidaten Arbeiterkandidaten gegenüberzustellen. Es wird große Anstrengungen und sehr einmüthiges Handeln erfordern, bis die üble Wirkung dieser häßlichen Affäre ganz überwunden sein wird; schlimm genug, daß sie überhaupt die Ausbreitung der Partei für einen Moment unterbrechen konnte. Was den Champion-

Barry das Spiel so ungemein erleichterte und manchen, sonst durchaus verständigen Sozialisten bewog, sich mit ihnen einzulassen, ist die Thatsache, daß die Mehrheit der sich politisch bethätigenden Arbeiter heute mit den Liberalen und Radikalen geht und es daher vor Allem geboten erscheint, das Geschoß der sozialistischen Angriffe gegen diese Parteien zu richten. Sicher ist es eine der Hauptaufgaben der sozialistischen Agitation, den Bourgeois- oder Mischcharakter dieser Parteien und ihre Halbheiten und Spiegelfechtereien bloszulegen, aber das kann in anderer Weise geschehen, als daß man, wie es im „Labour Elector“ geschah, die Tories als Gentlemen und die Liberalen als Heuchler hinstellt, die Sünden dieser als Ausfluß ihrer Schlechtigkeit brandmarkte, die der Tories aber als Folge bloßer Bornirtheit — man kann sagen, direkt beschönigt. Die Tories verfügen allerdings immer noch über einen Grundstock von Vertretern, die, um mit dem verstorbenen Geheimrath Wagener zu reden, entweder Ochsen von Geburt oder Ochsen aus Prinzip sind, aber Bornirtheit und Gradheit sind zwei sehr verschiedene Eigenschaften, die Erstere schließt die Fähigkeit raffinirter Verstellung, bezw. Heuchelei keineswegs aus, und man muß ein halbes Menschenalter geschlafen haben, um den Standpunkt noch aufrecht erhalten zu können, daß die Arbeiter von den Tories in irgend einer Hinsicht Besseres zu gewärtigen haben als von den Liberalen. Selbst was die Tories in früheren Jahren für die Arbeiter gethan, haben sie in neun von zehn Fällen nur mit großem Widerstreben und unter dem Druck von Führern gethan, die es, wie der verstorbene Disraeli-Beaconsfield, in der Kunst der Heuchelei mit den glattesten Demagogen aufnahmen, die ihnen die Liberalen nur entgegenzustellen vermochten. Beiläufig ist das Thema „Reformer wider Willen“ ein in der Geschichte des Parlamentarismus so oft — und zwar hüben und drüben — wiederholtes, daß es einen sehr hübschen Band abgäbe, wenn sich Jemand die Mühe nehmen und die Fälle zusammenstellen wollte, wo die bürgerlichen Parteien von ihren Führern gezwungen wurden, dem Parteiintereße zu Liebe irgend eine ihnen sonst gar nicht angenehme Reform ins Programm aufzunehmen. Und wo stünden wir heute, wenn der Parlamentarismus nicht wenigstens diese Wirkung hätte? Es ist daher lächerlich, bei der Abwägung der bürgerlichen Parteien die Frage der Heuchelei überhaupt ins Spiel zu bringen. Heucheln thun sie Alle; wie die ganzen Formen des gesellschaftlichen Verkehrs der Gegenwart auf unwahren Voraussetzungen beruhen, so nicht zum mindesten die großen politischen Parteibildungen, und die Kritik hat daher bei dem Wesen, der Zusammensetzung und den wirklich treibenden Kräften der Parteien einzusetzen, nicht aber bei den vorausgesetzten moralischen Qualitäten dieses oder jenes Führers und dieses oder jenes Bruchtheils der ausbeutenden Klassen.

Ich will den Gegenstand hier nicht weiter theoretisch verfolgen, sondern mich lieber an konkrete Vorkommnisse halten.

Während der langen Debatten über die Homerulebill war nicht das letzte Argument, welches die Tories und Unionisten gegen die Bill ins Feld schickten, die angeblich durch dieselbe bedrohte Glaubensfreiheit der protestantischen Minderheit in Irland. Alle Hinweise auf die Thatsache, daß die katholischen Irländer sich bisher in religiösen Fragen stets toleranter gezeigt haben, als ihre protestantischen Landsleute, kamen dagegen nicht auf. Entweder hörte man sie gar nicht — nach der bewährten, Eingangs erwähnten Praxis — oder man gab zur Antwort, das werde sich eben ändern, wenn die Katholiken vermittelst Homerule das Heft in die Hand bekämen. Nun wohl, zur selben Zeit, wo im Parlament die Konservativen so die Ritter der bedrohten Glaubensfreiheit spielten, zeigten ihre

Gesinnungsgenossen im Londoner Schoolboard (Schulrath), was sie in der Praxis unter Religionsfreiheit verstehen. Bei den letzten Schulrathswahlen siegten, dank der Zersplitterung unter den vorgeschrittenen Parteien und der Zugkraft, welche das von ihnen ausgegebene Motto „Sparsamkeit" auf die Masse der Philister ausübte, die Konservativen. Daß sie die Sparsamkeit auf Kosten des Unterrichts praktizirten, will ich noch gar nicht besonders hervorheben; denn darauf mußte man von Anfang an gefaßt sein. Aber damit nicht genug. Bisher war der Religionsunterricht in den Londoner Gemeindeschulen (Board Schools) auf Grund eines im Jahre 1871 abgeschlossenen Kompromisses undogmatisch — „undenominational" — d. h. die Lehrer hatten sich auf diejenigen Lehren zu beschränken, welche von keiner der verschiedenen christlichen Religionsgemeinschaften bestritten werden. Das ist weit entfernt, ein zufriedenstellender Zustand zu sein, denn es läßt noch immer zu, daß den Kindern Dinge gelehrt werden, die vor der kritischen Untersuchung nicht Stand halten. Aber es kam doch in der Praxis oft genug auf eine Beschränkung auf die sogenannten christlichen Morallehren mit rationalistischer Anwendung derselben auf die Gegenwart hinaus. Vielfach ertheilten die Lehrer den Religionsunterricht nach Art der Unitarier, die bekanntlich die Gottheit Christi ausschließen. Diesem Greuel vor dem Herrn mußte gesteuert werden, und so haben denn die Herren von der Mehrheit des Schulraths den Beschluß durchgedrückt, daß den Lehrern Anweisung zu geben sei, jedesmal, wenn im Religionsunterricht Stellen vorkommen, wo von Christus die Rede ist, „den Kindern ausdrücklich zu lehren, daß Christus Gott sei, und ihnen die Lehre von der heiligen Dreieinigkeit so verständlich zu machen, wie es ihrer Auffassungsgabe entspricht." Das ist die konservative Glaubensfreiheit.

In Ulster selbst, oder vielmehr in denjenigen Distrikten Ulsters, wo die Protestanten dominiren, vor Allem in Belfast, haben die Konservativen und Unionisten durch ihre Hetzagitation einen solchen Fanatismus gegen die katholische Bevölkerung zu Stande gebracht, daß die Annahme der zweiten Lesung der Homerulebill zum Signal für eine brutale Terrorisirung derselben geworden ist. Seit ein paar Tagen ist Belfast der Schauplatz wüster Gewaltszenen, und es ist sehr zu bedauern, daß es zum großen Theil verhetzte protestantische Arbeiter sind, die sich dazu hergeben, das Spiel der Landlords und der „loyalen" Beamtenaristokratie zu spielen. Dies gilt namentlich von den Arbeitern der steinreichen Schiffsbaufirma Harland und Wolff, deren beide Chefs als Mitglieder der Partei für „Eigenthum und Gesetz" Belfast im Parlament vertreten. Auf der Schiffswerft dieser Herren arbeiteten bis jetzt gegen 600 bis 700 irische Katholiken, während die große Mehrheit der Arbeiter — etwa 6000 — Protestanten, meist schottischer Herkunft sind. Diese protestantische Mehrheit hat nun gestern mit wahrhaft empörender Rohheit die katholische Minderheit vom Bauplatz vertrieben. Das Spiel war abgekartet und vielleicht schon von langer Hand geplant. Zu der vorvorige Woche in Belfast abgehaltenen großen Antihomeruler-Demonstration wurden Arbeiterexkursionen von Newcastle, Glasgow &c. her ins Werk gesetzt, angeblich, um den dortigen Arbeitern Gelegenheit zu geben, sich vom Stand der Dinge in Ulster zu überzeugen — hat man da schon die Präliminarien angeknüpft, um für die auszutreibenden Katholiken englische und schottische Arbeiter in genügender Zahl zur Verfügung zu haben? Wie dem sei, Thatsache ist, daß die Lokalbehörden von Belfast, alles natürlich Protestanten — in Belfast wird kein Katholik zu irgend einem Amte zugelassen — nicht die geringsten Vorkehrungen trafen, die katholischen Arbeiter vor Brutalitäten zu schützen, obwohl

der Beschluß der protestantischen Arbeiter von Harland und Wolff schon am Sonnabend vorher publik war.

So sehr aber die Letzteren zu tadeln sind, die Verantwortung für ihre Ausschreitungen und Gewaltthätigkeiten liegt natürlich bei den edlen Lords und Gemeinen, die, vom Marquis von Salisbury angefangen bis zum Neffen desselben, Herrn Arthur Balfour, seit Monaten in unzähligen Variationen die Parole proklamiren: „Ulster will fight and Ulster will be right" — Ulster wird kämpfen und Ulster wird im Recht sein. Seit Langem hat die Geschichte kein so drastisches Beispiel von der Aufreizung zur Gewalt — zur „Auflehnung gegen tyrannische Parlamentsbeschlüsse," um ein Wort des Marquis von Salisbury zu wiederholen — durch die regierenden Klassen erlebt, als es dieser Feldzug gegen die Gewährung eines eigenen irischen Landesparlaments darbietet. Am besten hat es Michael Davitt in seiner, übrigens auch sonst vorzüglichen Rede gekennzeichnet, die er in der Sitzung vom 11. April zu Gunsten der Homerulevorlage hielt. „Wenn der ehrenwerthe Herr Recht hat," sagte er unter Bezugnahme auf die am Samstag vorher von Herrn Balfour in Belfast gepredigte Lehre von der Berechtigung des gewaltsamen Widerstands gegen Parlamentsbeschlüsse — „so ist mir Jemand eine sehr anständige Abbitte für neun Jahre und zwei Monate Gefängnißleben schuldig." Das war, wie die ganze Davitt'sche Rede, sehr maßvoll gesprochen, und doch machte es gerade in Folge der ruhigen und unprätentiösen Art, wie es gesprochen wurde, selbst auf die Konservativen einen Augenblick Eindruck. Aber natürlich nur einen Augenblick. Im nächsten Moment wurde wieder in der alten Weise fortgefahren. Nicht Versöhnung, sondern Kampf liegt in ihrem Interesse, und je mehr es ihnen gelingt, die Rassen- und Religionsgegensätze zu schüren, um so größer die Chance, recht bald wieder an die Regierung zu kommen. Nichts wäre ihnen erwünschter, als wenn die irischen Katholiken, die ja ohnehin lebhaften Temperaments sind, auf die fortgesetzten Provokationen in der von Rechtswegen gebührenden Weise antworten wollten. Aber zum Glück sind die Irländer gewitzigt genug, sich nicht provoziren zu lassen.

Nein, nur ein Snob oder Schlimmeres kann in einem Arbeiterblatt die Tories als die größeren Gentlemen erklären. Und um noch einmal den „Labour Elector" zu erwähnen, so sei zur weiteren Charakteristik dieses Blattes hinzugefügt, daß es sich auch durch seine gehässigen Angriffe gegen die Irländer vor allen Arbeiterblättern unvortheilhaft auszeichnet. Die Irländer haben ihre Fehler wie andere, und sie, bezw. ihre Führer haben wiederholt wegen ihrer Indifferenz gegen die moderne Arbeiterbewegung Anlaß zur Kritik gegeben, aber in letzter Zeit ist es auch darin besser geworden, zum Theil gerade dank dem Einfluß von Michael Davitt; im „Labour Elector" dagegen werden die Irländer nur als eine Bande von verkommenen Individuen behandelt, kein Toryblatt hat sich gemeiner gegen sie ausgedrückt, als dieses vorgeblich sozialistische Organ, das übrigens auch gegen die ausländischen Arbeiter hetzt. Indeß dürfte es wohl die längste Zeit existirt haben.

Was ich vorher über die Furcht der Liberalen, sich mit ihren Reformen zu überstürzen, sagte, wird durch das heut vom Schatzkanzler Harcourt im Haus eingebrachte Budget bestätigt. Ursprünglich hatte es geheißen, dieses Budget werde ein weiteres Beweisstück für den demokratischen Reformeifer des neuen Kabinets liefern, den Vorschlag einer progressiven Einkommenssteuer, einer progressiven, einschneidenden und mit allen Privilegien brechenden Erbschaftssteuer und noch andere schöne Dinge enthalten. Aber nichts von alledem ist eingetreten. Herr Harcourt erklärt, diese Reformen wohl in Angriff genommen zu haben, aber für

diesmal sei die Zeit zu kurz gewesen, er würde das nächste Mal damit aufwarten. Darüber große Verstimmung in den Reihen der Radikalen, die ihren Wählern die glänzendsten Versprechungen gemacht, und großer, mit Schadenfreude untermischter Jubel in den Reihen der Konservativen. Neben der taktischen Erwägung, daß man die Wähler nicht verwöhnen darf, ist es zweifelsohne auch die Rücksicht auf die vorläufig noch bei der Partei gebliebenen Whigs, die Herrn Harcourt, der selbst einer der Whigs des neuen Kabinets ist, Zurückhaltung in der Steuerreform diktirte.

In eine recht verzwickte Lage hat der Dockstrike in Hull die liberale Partei gebracht. Der bedeutendste der Unternehmer, gegen die der Strike sich richtet, ist liberaler Abgeordneter, und als mehrfacher Millionär sicher auch Finanzier der Partei. Der Strike dreht sich aber um eine Frage, die ohne Staatshilfe in Form von Militär kaum im Sinne der Unternehmer gelöst werden dürfte: die Frage der „freien“ Arbeiter. Freie Arbeiter bedeutet formell nicht der Union der Arbeiter angehörige, thatsächlich aber, wie die Frage jetzt steht, den Schiffs- und Docksherren mit Leib und Seele verschriebene Arbeiter. Es wäre nun Heuchelei, zu behaupten, daß die englischen Gewerkschaftler, insbesondere die Hafenarbeiter, lediglich die Mittel freundschaftlicher Ueberredung anwenden, um ihre Kollegen zum Beitritt in ihre Unions zu bewegen. Nein, sie wenden einen recht energischen Druck dahin aus, und sie können auch gar nicht anders, wollen sie mit ihren Unions überhaupt etwas erreichen. Der „freie“ Arbeiter ist ihnen ein Verräther, ein Feind der gemeinsamen Sache. Der Import „freier“ Arbeiter in Hull ist daher von ihnen mit Maßregeln beantwortet worden, die denselben das Arbeiten auf die Dauer nothwendigerweise hätte verleiden müssen, und so verlangten denn die Unternehmer und das ihnen ergebene Huller Friedensrichterkollegium, das die überwachende Polizeibehörde bildet, militärischen Schutz. Derselbe wurde ihnen genehmigt, rief aber in der Arbeiterschaft lauten Protest wach. So ist die Regierung in der fatalen Position, entweder es mit den Arbeitern oder den zu ihr haltenden Unternehmern oder, wegen ihrer schwankenden Haltung, mit Beiden zu verderben. Sie hat sich riesige Mühe gegeben, einen Kompromiß zwischen den Strikenden zu Stande zu bringen, einen Augenblick schien es auch, als ob es ihr gelingen sollte. Seitdem aber haben sich die Verhandlungen wieder zerschlagen, und es kann sehr leicht zu neuen heftigen Zusammenstößen kommen. Und selbst wenn der Riß hier noch einmal überkleistert wird, zeigt der Vorfall doch deutlich, daß die liberale Partei als die Mischpartei, die sie jetzt ist, unmöglich noch lange fortbestehen kann. In der einen oder andern Weise wird der Bruch unvermeidlich — es fragt sich nur, ob es das nächste Mal wieder ein Stück rechter oder der ganze linke Flügel ist, der abbricht. Einstweilen bröckelt es auf beiden Seiten.

Der italienische Bank-Skandal.

Von **Adam Maurizio**.

Am 6. Mai 1892 kommen nach dem Fall des gemäßigten Rudini, Giolitti und seine Freunde ans Ruder. Der neue Premier findet eine feindliche Kammer und löst sie auf, nachdem er ihr die Erlaubniß zur provisorischen Geschäftsführung abgerungen hat. Am 6. November 1892 veranstaltet er die neuen Wahlen, und verschafft sich (durch eine auch in Italien vorher nicht geübte Beeinflussung der Wähler) eine große Mehrheit. Mit Hilfe der Präfekten und der Polizei gelingt es ihm 300 „ministerielle Kandidaten“

als gewählt in die Kammer zu bringen. Die neue Kammer empfängt er am Eröffnungstage mit vier königlichen Dekreten, welche einigen wichtigen Punkten seines Programms Gesetzeskraft verleihen. Ueber diese Reformen sollte die Kammer aber erst diskutiren. Die Dekrete riefen eine allgemeine Verblüffung hervor, da sie einen frechen Verfassungsbruch statuirten. Bevor noch die Kammer zusammentrat, machte sich also Giolitti der Umstoßung aller Garantien schuldig, unter deren Schutz sie ihre Berathungen vollzieht. Aber weder aus der Kammer noch aus dem Lande erscholl ein Protest. Der Präsident Zanardelli wagte den Volksvertretern vor der Abstimmung mit dem in Italien bei solchen Gelegenheiten nie fehlenden Zynismus einen albernen Witz zu bieten über die größere Leichtigkeit der Aussprache eines Si als eines No — und es finden sich wirklich nur 11 verlorene Gegenstimmen. Giolitti's nächster Schritt ist die Stärkung des Senats durch 80 neue Mitglieder, in zwei Portionen zu je 40 Mann, worunter ein Zuccaro-Floresta, früherer Offizier in Diensten des Königreichs Neapel glorreichen Andenkens, d. h. ein ehemaliger Polizeispitzel der Revolutionszeit, und Tanlongo, Direktor der Banca Romana, den Giolitti selbst etwa zwei Wochen später verhaften lassen muß. Der Senat protestirt und sein Protest betrifft nicht nur diese zwei Kollegen, denn unter den Neuernannten findet sich eine ganze Reihe gleicher Qualität, und giebt dann schließlich kleinlaut bei.

Von den Reformplänen Giolitti's, seinen Monopolen auf Petrol, Alkohol und Spielkarten, wollen wir nicht sprechen, ebensowenig von den vier Dekreten. Wohl aber von seiner bisherigen Hauptheldenthat, der Verlängerung des Emissionsrechtes der Banken. Es war wohl aus Dankbarkeit für die Mithilfe der Banken bei den Wahlen, daß er unter gegebenen Umständen, nämlich angesichts des skandalösen ungesetzlichen Treibens der Emissionsbanken, eine Verlängerung dieses Rechtes auf sechs Jahre verlangte. Nun bricht der Sturm los (20. Dezember 1892), veranlaßt durch die Verlesung eines Theiles der Dokumente Alvisis in der Kammer. Im Jahre 1889 war unter dem Präsidium des Senators Alvisi eine Enquête über die Banca Romana veranstaltet worden, deren Resultate geheim zu halten die Regierung für gut fand. Jetzt interpellirte darüber der radikale Deputirte Dr. Napoleone Colajanni.* Giolitti leugnet die Wahrheit der Anklage, die er als auf der Gasse aufgelesen bezeichnet, muß jedoch den Antrag auf Verlängerung des Bankprivilegiums für sechs Jahre zurückziehen, und verlangt nun eine solche für sechs Monate, die er dann, als der Skandal sich durch kein Leugnen abwenden läßt, auf drei Monate reduzirt (bis Ende März 1893). Er hat die Enquête Alvisi's „weder gesehen noch gelesen," der Mann des Provisoriums, der zur Zeit ihrer Thätigkeit Minister des Staatsschatzes gewesen war. Die von Colajanni beantragte parlamentarische Enquête war ihm zu gefährlich und er setzte unter dem Jubel der Kammer eine Regierungskommission ein, welche ihre Arbeiten über alle italienischen Emissionsinstitute erstrecken soll. Die Kommission ist von einer für die Regierung natürlich höchst

---

* Die Enquête Alvisi wurde seitdem von mehreren Zeitungen publizirt. Ihre Angaben betreffen die Zustände der Banca Romana vor 1889. Die Handkasse des Kassirs (des jetzt verhafteten Barons Lazzaroni) enthielt 56 Millionen zur freien illegalen Verfügung desselben. Die vorgeschriebene Kontrole der Depots wurde seit fünf Jahren nicht mehr angestellt. Es fehlten Schuldscheine für größere Summen, so ein vom Prinzen Julius Torlonia ausgestellter Wechsel über vier Millionen. Alvisi fand gefälschte Banknoten, d. h. zwei Serien mit gleichen Nummern und Serienzeichen versehener Emissionen. Die Ausweise über die Zirkulation waren gefälscht. Bei der Verleihung herrschte die reinste Willkür. Das Kontokorrent war von Wechseln auf lange Sicht beschwert, worunter solche vom Bankdirektor selbst; unter diesem Posten figuriren auch die an Deputirte jedes Jahr ausgefolgten Schweigegelder. Die Enquête Alvisi besagt, daß sich die Bank zu Schulden kommen ließ: Immobilisirung des Kapitals, Ueberschreiten des Maximums der Emission, Fälschung von Banknoten, „überhaupt völligen Bruch mit gesunden Finanzgrundsätzen." — Im Ganzen eigneten sich die Ehrenmänner der Bank blos 135 Millionen an, obgleich sie allein seit 1889 300 Millionen hätten stehlen können, fügten die offiziösen Blätter beschwichtigend hinzu.

unschädlichen Zusammensetzung. Inzwischen ließ er Tanlongo verhaften, da dieser, durch einen Theil der Presse hart angegriffen, mit Veröffentlichung von Namen drohte. Auch die Regierungs-Enquête bot Giolitti keine Garantie der Vertuschung der Angelegenheit, und er suchte eine Verschmelzung der bedrohten Bank mit der Nationalbank zu bewirken. Die letztere sollte die Schulden der Romana übernehmen und dem Skandal so ein Ende machen. Die Vorarbeiten für die Fusion der beiden Banken paralysirten die Thätigkeit der Kommission. Die Fusion selbst wurde ihrerseits wieder überholt durch die eigenen Zustände der Bank, welche den Ausfall der Romana decken sollte. Die Nationalbank, das größte Emissionsinstitut Italiens, befindet sich in einer noch schlimmeren Lage als die verkrachte Romana. Da also dies Mittel unzureichend, half sich Giolitti mit der Vereinigung von drei Banken, indem er zu den zwei genannten diejenige von Neapel beifügte. Den Höhepunkt der absichtlich hervorgerufenen Konfusion erreichte er mit seinem letzten Plan: „Vereinigung aller Emissionsbanken zu einer einzigen."

Die erwähnte Regierungskommission hat seitdem ihre Untersuchung beendigt, so daß es Giolitti möglich war, die Resultate derselben am 20. März der Kammer vorzulegen. Dies geschah auf folgende Weise. In einem dicken Band ließ er die Resultate der einzelnen Untersuchungen drucken und an die Deputirten vertheilen. Die Namen politischer Persönlichkeiten, welche mit den Banken allerlei schmutzige Geschäfte hatten, behielt er für sich und sagte: in diesem versiegelten Packet befindet sich ein Bericht über die Wechsel der Deputirten, überhaupt über die Politik der Banken; in schuldiger Hochachtung für unsere parlamentarischen Institutionen will ich ihn der Oeffentlichkeit nicht preisgeben, sondern einem kleinen Komite zur Begutachtung vorlegen. Die Kammer gab die verlangten fünf Mann dazu her, vermied es aber wohlweislich, Colajanni zu wählen. Diese Kritiker werden der Kammer einen rosigen Bericht vorlegen. — Das große Publikum erfährt aus allen diesen Berichten und Unterberichten so gut wie gar nichts über den wahren Sachverhalt. Nachdem nun die Kammer zu Allem ihre Zustimmung ertheilt hat, rückt Giolitti mit einem neuen Plan hervor. Er legt der Kammer einen Gesetzentwurf vor, der den Banken auf 20 Jahre das Emissionsrecht zuspricht. Das heißt weitere Aufrechterhaltung des heutigen Zustandes, der die Unterstützung aller politischen Abmachungen zwischen der Regierung und dem Parlament durch die Notenfabriken möglich macht. In seinem wohlverstandenen Interesse wird das Parlament das Gesetz annehmen, denn dieses Parlament zittert vor Veröffentlichung der Namen, die der einstweilen mundtodt gemachte Tanlongo für die öffentliche Gerichtsverhandlung bewahrt. Der wahre Beschützer der „parlamentarischen Institutionen" ist nur Giolitti. „Viele, die für das Ministerium stimmten, hätten für dasselbe nicht stimmen sollen, wenn die Sprache der Oeffentlichkeit hier zum Zeugniß der Wahrheit angerufen werden soll. Es giebt also zwei Gewissen, eines für die Straße, ein anderes für die Aula des Parlaments," sagte Colajanni in seiner Anklage. Die Kammer läßt die schlimmsten Vorwürfe der „öffentlichen Meinung" über sich ergehen und stimmt mit ausdauernder Begeisterung für Giolitti.

Und sie hat ihre guten Gründe. So ziemlich alle fortschrittlichen Gruppen des Parlaments hatten ihre Stipendiaten bei den Banken. Im Ganzen sollen 145 Deputirte Gelder empfangen haben. Die Zeitungen stellen den Gemäßigten Arbib neben den kleinen Sohn des großen Vaters Menotti Garibaldi und den Kooperativisten Maffèi. Die römischen Deputirten Barzilai (der in 24 Stunden eine Häutung aus einem Irredentisten in einen Monarchisten durchmachte) und Antonelli sollen ebenfalls von der Gesellschaft sein. Ein Exdeputirter Narducci machte mit Tanlongo gemeinsame Geschäfte und stahl sechs Millionen, ein anderer hatte auf eine Besitzung im Werthe von höchstens 200 000 Franken eine Summe von fünf Millionen geliehen u. s. f. Alle Premierminister (mit alleiniger Ausnahme Rudini's) von 1876 bis heute, drei der jetzigen Minister werden angeklagt. Auch Crispi, der Anstalten machte, das jetzige Kabinet zu stürzen, mußte sich zurückziehen, da die Beweise, die gegen ihn vorgebracht werden, schwerwiegender Natur sind; außer seiner Verbindung mit den

Banken ist nun auch eine solche mit dem vom Panama-Skandal bekannten Cornelius Herz gegen ihn geltend gemacht worden. Er ließ sich von diesem für eine Ordensverleihung 50 000 Franken im Voraus zahlen.

Dank der Geschicklichkeit Giolitti's, des provisorischen Werkzeugs der italienischen Bourgeoisie, bleibt es bei dem Eldorado der herrschenden Radikalen: Es bleibt bei der unkontrolirten Ausgabe von Banknoten, der Unterstützung aller politischen Machenschaft durch die Protektion der Geldleute und den finanziellen Erleichterungen persönlicher Natur. Aber trotzdem steht die Abdankung der „Demokratie“ in Italien in kurzer Zeit bevor. So lange die liberale Bourgeoisie zu schwach war, um die nationale Einheit und den zentralistischen Ausbau zu vollenden, mußte sie die ihr feindlichen Elemente beschwichtigen, das Kleinbürgerthum, welches der eigentliche Gründer des Einheitsstaates war, sich dauernd durch Konzessionen gewinnen, und später, als die Zahl der Deklassirten wuchs, sich die Mehrheit im Parlamente kaufen.

Die eigentliche meist uneingestandene Bedeutung der Bankkrise besteht in dem endgiltigen Sturz eines Theils der Radikalen von ihrer dominirenden Stellung, besteht in der Konsolidirung der Herrschaft der Bourgeoisie. In dieser neuen Phase des modernen Italiens wird das Proletariat die Vertretung seiner Klasseninteressen, wenn auch erst nach manchen bitteren Erfahrungen sich sichern können.

Berliner Theater.

Berlin, den 25. April 1893.

Die hiesige Bühnenwelt pflegt im Allgemeinen mit Ostern ihre Jahresernte abzuschließen, was darnach kommt, ist gewöhnlich nicht mehr als eine dürftige Aehrenlese. In diesem Jahre sind ihr aber ein paar starke Erfolge noch nach dem Frühlingsfest zugefallen: im Lessing-Theater wurde am 22. d. M. Anzengruber's hinterlassenes Volksstück „Brave Leut' vom Grund“ und den Tag darauf im Residenz-Theater Max Halbe's Liebesdrama „Jugend“ unter lebhaftem Beifall gespielt.

Das Stück von Anzengruber ist, um es in trockener Kürze zu sagen, ein Brosamen, der vom Tisch eines Reichen gefallen ist. Legt man einen strengen kritischen Maßstab an, so muß man vielleicht selbst sagen, daß es Anzengruber's nicht ganz würdig ist. Er hat es der Geistinger auf den Leib geschrieben, die es übrigens nie gespielt hat; in seinen drei Abtheilungen schildert das Stück ohne dramatische Entwicklung und selbst ohne inneren psychologischen Zusammenhang, wie ein braves Bürgerkind aus dem Alsergrund sich als Mädchen, als Frau und nach einem halben Menschenalter auch noch als Mutter gar gescheidt zu benehmen weiß. Aber ganz verleugnet sich Anzengruber auch in dieser Spielerei nicht, und ein Dichter von seiner Bedeutung kann ein bischen übertriebene Pietät schon vertragen. Mit dem Lessing-Theater möchten wir um die Aufführung der „Braven Leut' vom Grund“ um so weniger rechten, als dieser Bühne das Verdienst gebührt, Anzengruber für Berlin gerettet zu haben; waren wir hierzulande doch noch in den siebziger Jahren so weit zurück in der Barbarei, daß ein Berliner Theater Anzengruber's „Ledigen Hof“ und sein geniales Meisterstück „Die Kreuzelschreiber,“ beide grausam verstümmelt, in einen Theaterabend zusammenpferchte.

Der Erfolg der „Braven Leut' vom Grund“ steht und fällt mit der Darstellung der Hauptrolle, und die war in den Händen von Jenny Groß, einer geborenen Wienerin, allerbestens aufgehoben. Einen kaum minder trefflichen Partner hatte sie an Franz Schönfeld, der auch von der Donau an die Spree gewandert ist, und überhaupt kam es der Vorstellung sehr zu gut, daß unter den Schauspielern des Lessing-Theaters das österreichische Element stark vertreten ist. Doch der Hauptgrund des überraschend starken Erfolges, den das Stück fand, war wohl seine — Harmlosigkeit, an die das Premiere-Publikum bei Anzengruber nicht gerade gewöhnt ist. Das war alles so bequem, einfach und gemüthlich; weshalb hat dieser querköpfige

Poet denn nicht immer so niedliche Sächelchen geschrieben? Dann hätte er als tantièmenfroher Mann durchs Leben wandeln können, dann hätte er sich nicht mit halben Erfolgen oder gar ganzen Mißerfolgen all sein Lebtag zu plagen brauchen, um verhältnißmäßig früh in verbitterter Stimmung zu sterben.

Ja, weshalb nicht? Vor einer Reihe von Jahren veröffentlichte Julius Duboc einen trefflichen Aufsatz über Anzengruber, worin er den Bann zu brechen suchte, der über Anzengruber's dichterischem Schaffen lag. Er kommt in diesem Aufsatze auch auf Reuter zu sprechen, dem neben Anzengruber bedeutendsten Dichter, den das deutsche Kleinbürgerthum im letzten Menschenalter erzeugt hat und führt etwa aus, daß Reuter's Dichtung durch die eigenthümlich schwerfällige Beschaffenheit des Bodens, worauf sie erwachsen sei, etwas gleichsam von Moor- und Torfgeruch anhafte, der zwar nicht den Norddeutschen, aber den Süddeutschen widerstehe, während in dem Preise von würzigem Alpenrosenduft und reiner Gebirgsluft alle Herzen und Sinne übereinstimmten. Der österreichische Bauer Anzengruber sei ja auch ein Bauer mit allem Bauernzubehör, aber es stecke doch gleichzeitig ein spirituelleres Element in ihm, das dem prosaischen Naturell der Bewohner unseres norddeutschen Flachlandes abgehe. Damit war Herr Duboc auf einer ganz richtigen Spur, aber er hörte die Glocken mehr läuten, als daß er sah, wo sie hingen, und so machte er das Räthsel, das er gerne lösen wollte, nämlich Anzengruber's Verkennung, erst recht unlösbar. Denn wenn dem so war, wie er sagte, so war es doch vollends unverständlich, weshalb der Dichter Reuter einen so viel unbestritteneren Erfolg hatte, als der Dichter Anzengruber.

In Wirklichkeit lag der Unterschied nicht in der Natur, sondern in der Kultur. Der deutsche Süden hat eine ältere und reichere Kultur, als der deutsche Norden. Anzengruber's Steinklopferhannes und Wurzelsepp — von den weiblichen Gestalten beider Dichter nun gar zu schweigen — waren Geschöpfe höherer Kultur, als Jung-Jochen und Entspekter Bräsig, und so haben jene allerlei vertrackte Grillen im Kopfe, von denen diese nichts ahnen. Mit anderen Worten: von den beiden Elementen, die im Kleinbürgerthum stecken, vertrat Anzengruber mehr das Rebellische, dem Proletariat sich Zuneigende, Reuter aber mehr das Duckmäuserige, mit den herrschenden Klassen sich Abfindende, und deshalb schloß die zahlungsfähige Bourgeoisie Reuter in ihr Herz, während sie über das Mißtrauen gegen Anzengruber nie völlig hinauskam. Es versteht sich, daß wir hier von den Dichtern, nicht von den Personen sprechen. Im Grunde seines Herzens blieb Reuter ja sehr lange der alte Demagoge, und in seinen dichterischen Anfängen unternahm er ja auch einmal mit Kein Hüsung einen tapferen Anlauf gegen die feudale Barbarei. Aber als Dichter stand er in einem niedrigeren Kulturkreise, als Anzengruber, und dieser wäre nie eines so geschmacklos patriotischen Angriffs auf Heine's Dichterruhm fähig gewesen, wie ihn sich Reuter in dem Uebermuthe seiner größten Erfolge erlaubte.

Auf dem Wege über Reuter kommen wir von Anzengruber am schnellsten zu Halbe, einem jungen Poeten, der seine sozialen Stoffe aus der westpreußischen Weichselniederung holt und nicht zuletzt auch das ostelbische Landproletariat schildert. Es ist wesentlich dasselbe Proletariat, das Reuter vor sich hatte — wesentlich, nicht ganz, denn in Mecklenburg und Vorpommern fehlt die katholische und polnische Nuance, die in Westpreußen mitspielt — aber bei Halbe schaut dies Proletariat doch schon aus ganz anderen Augen, wie bei Reuter. Reuter's Landproletarier getröstet sich des Glaubens, daß alles so sei, „as dat Ledder is," während Halbe's Landproletarier doch schon überlegt, „wat hei dorbi dhaun kann." Man vergleiche einmal die Landarbeiterszenen in Reuter's „Stromtid" mit den Landarbeiterszenen in Halbe's „Eisgang," und man hat ein viel anschaulicheres Bild von der sozialen Entwicklung des ostelbischen Landproletariats vor sich, als die weitläufige Enquete des Vereins für Sozialpolitik irgend geben kann. Wir wurden zuerst auf Herrn Halbe aufmerksam, als die Freie Volksbühne vor Jahr und Tag seinen „Eisgang" aufführte — unter lebhaftem Beifall des Arbeiterpublikums, unter einem bösartigen Hagelwetter der Bourgeoiskritik. Ein grobes Tendenzstück, eine Ausgeburt des

blutigsten Dilettantismus, ein Gemengsel, eine Schmieralie und Selbstpersiflage, eine Zusammenstoppelung — so tönt es in den „vornehmsten" Organen wild durcheinander. Dieser außergewöhnliche Paroxysmus veranlaßt uns zu der logischen Schlußfolgerung, daß hier ein außergewöhnliches Talent todtgeschlagen werden sollte, und als Herr Halbe seinen „Eisgang" im Drucke erscheinen ließ, fanden wir unsere Voraussicht durchaus bestätigt. Um etwaigen Mißverständnissen vorzubeugen, wollen wir übrigens beiläufig bemerken, daß Herr Halbe seit dem vorigen Herbste zu den Gegnern der Freien Volksbühne gehört; er hat sich auf die Seite der bourgeoisen „Volkspädagogik" geschlagen und ist, wenn wir nicht irren, Schriftführer der Neuen Freien Volksbühne.

Hilflos treibend in dem Eisgang, den sein „Eisgang" in der Bourgeoisie-Kritik entfesselt hatte, ließ Herr Halbe in dem damaligen Vereinsblättchen der Freien Volksbühne ein gar rührendes Klagelied erschallen. Wir geben einige Sätze daraus wieder, da sich in ihnen die arge Betroffenheit des harmlosen Poeten, der so plötzlich unter die Räuber gefallen war, sehr hübsch wiederspiegelt, nicht minder aber auch seine liebenswürdige Bescheidenheit und sein ernstes Streben. Herr Halbe also schrieb: „Ich bin sehr traurig geworden, als ich das alles las. Ach, wir hatten uns unsern Weg auf dieser Erde anders vorgestellt, mein ‚Eisgang' und ich! Ein Stück Leben hatten wir beim Schopf nehmen und hinstellen wollen, wie wir es gefunden hatten in unseren Erinnerungen und Beobachtungen. Das Schicksal eines Mannes, welcher hergekommen war von einer alten, morschen Klasse und den Weg gesucht zu neuer Hoffnung und Jugend, aber inmitten des Pfades stehen geblieben, weil seine Kraft versagt, aufgebraucht von seinen Vorfahren und nun zerdrückt zwischen den beiden Mächten Vergangenheit und Zukunft. Als nothwendige Ergänzung zu dieser Mittelpunktsgestalt aber mußte das Geschlecht von gestern gezeigt werden, von welchem der junge Mann herkam, und auf der andern Seite das Geschlecht von morgen, welches er *suchte* und welches noch nicht vorhanden war, dort wo er es suchte! Denn die *Landarbeiter* waren zurückgeblieben in einer Knechtschaft von Jahrhunderten, und *nicht an einem Tage* war die Versäumniß ganzer Geschlechter gutzumachen. Darum riefen sie noch dem Kaiser Hurrah, und der Lehrer Spirk konnte kein besseres Agitationsmittel für ihre unaufgeklärten Köpfe finden, als die Berufung auf den Kaiser. Aber wenn wir den eifrigen Landagitator einmal wieder zu sprechen kriegen, so wird er uns, hoff' ich, *bessere* Kunde vermelden können. Hugo Tetzlaff aber verstand die Erkenntniß von der *augenblicklichen* Unreife seiner Mitmenschen nicht. So suchte und fand er den Tod beim ‚Eisgang.' Dieser verheerende Eisgang ist natürlich nicht als ein zufälliges, äußerliches, bedeutungsloses Ereigniß aufzufassen. Er hängt vielmehr mit der Handlung organisch zusammen, ja er drückt sinnbildlich den Grundgedanken des Dramas aus. Die Verwüstungen, welche der Strom anrichtet, sind die Ergebnisse derselben Verwahrlosung, die sich im Volke bereits so grausig und schier unheilbar bekundet hat. Vergebens versucht die Obrigkeit, den gefährlichen Strom zu reguliren. Als der Frühling die winterlichen Ketten sprengt, schwellen die Wasser unheimlich an, zerreißen mit elementarer Gewalt die Dämme, und — ‚der Strom hat ein neues Bett.' Hugo Tetzlaff aber, der Sohn eines Uebergangszeitalters, ist in den Wogen versunken." Soweit Herr Halbe über seinen „Eisgang."

Nun läßt sich nicht behaupten, daß der Dichter das Problem, das er sich gesteckt hatte, bis auf den letzten Rest gelöst hat. Namentlich sein Held Tetzlaff ist ein ganz interessanter, psychologischer Versuch, aber keine soziale Wirklichkeit. Er ist kein Faktum, sondern eine Hypothes'. Mindestens in den ostelbischen Landschaften, wo wir heimisch sind — und sie sind Herrn Halbe's Heimath benachbart — haben wir noch keinen Junker oder Junkergenossen getroffen, der den Glauben an sein soziales Recht verloren und vor dem endlich erwachten, in seinem Kerne so unendlich berechtigten und in seiner äußeren Form oft so verschrobenen Klassenkampfe des ländlichen Proletariats die Flinte ins Korn geworfen hätte. Diese Sorte ist aus gröberem und härterem Stoffe gebacken, aus dem Stoffe, aus dem Halbe eine Nebenfigur seines „Eisgangs," den Onkel Leidigkeit, plastisch genug zu gestalten gewußt

hat. Aber was diesem Stücke Halbe's eine sehr hervorragende Bedeutung giebt, das ist die ganz wundervolle Schärfe und Sicherheit, womit er das ländliche Proletariat in dem heutigen Zustande seiner sozialen Gährung zu treffen gewußt hat. So wie er diese Knechte und Mägde, diese Hirten und Tagelöhner schildert, so sind sie wirklich; unreif und unverständig, bald kindisch trotzend, bald muthlos verzagend, aber in all ihrer Unreife und all ihrem Unverstande doch die Träger des für eine wahrhaft menschliche Kultur entscheidendsten Emanzipationskampfs. Und mit echt dichterischen Mitteln löst Halbe die Aufgabe, ohne jede aufdringliche Tendenz unter der krausen Oberfläche dieses Kampfes seinen tiefen und wahren Sinn durchscheinen zu lassen. Diese Szenen stehen ganz auf der Höhe von Hauptmann's „Webern," ja insofern ist mit ihnen noch mehr geleistet, als Halbe sozusagen aus wilder Wurzel geschaffen hat, während für Hauptmann doch viel literarische Vorarbeit gethan war.

In Halbe's „Jugend," dem „Liebesdrama" in drei Akten, das vorgestern im Residenz-Theater aufgeführt wurde, bekamen wir nun den eifrigen Landagitator Spirk nicht wieder zu sprechen. Doch soll mit der Feststellung dieser Thatsache nicht der geringste Tadel ausgesprochen sein. Die Behauptung des Herrn Brahm, daß die Aesthetiker des Sozialismus immer Karl Marx in fünf Akten dramatisirt sehen wollten, ist ja nichts als eine abgeschmackte Finte, die durch die kühle Abweisung heißen Liebeswerbens erklärt und am Ende auch entschuldigt werden mag. Wir wollen uns allerdings nicht den scheußlichen Abfall der Bourgeoiswirthschaft als ein neu entdecktes Golkonda dramatischer Schätze aufreden lassen. Aber wir sind gern zufrieden, wenn die bürgerlichen Dramatiker uns echtes, ursprüngliches Menschenleben vorführen, und falls sie solch Leben noch in bürgerlichen Kreisen finden, um so besser für sie und um nichts schlechter für uns. Halbe's „Jugend" wandelt in den Geleisen von Shakespeare's Romeo und Julia, um an einen größten, und von Grillparzer's Hero, um an einen noch großen Vorgänger zu erinnern. Aber sie ist eine vollkommen selbständige Dichtung, dem Dichter wiederum erwachsen aus seinem heimathlichen Boden; in einem katholischen Pfarrhause der polnisch-westpreußischen Grenze spielt sich das heiße und glückliche Liebeswerben zwischen zwei blutjungen Geschöpfen ab, einer Nichte des Pfarrers und einem angehenden Studentlein, das sich, den Kopf voll hochfliegender Pläne, eben zum ersten Ausfluge in die weite Welt, zum Besuche der Universität Heidelberg rüstet. Mit glücklichem Griffe hat Halbe die Liebesleidenschaft einmal aus all den konventionellen Schranken gelöst, die ihr in der bürgerlichen Gesellschaft gezogen sind, und auch darin bewährt er sich als der geborene Dramatiker, daß erst auf der Bühne seine Gestalten volles Leben gewinnen und seine Handlung jene lebenswarme Stimmung, die uns über manche Mängel der Komposition und wohl auch einmal über eine gewagte Voraussetzung hinwegträgt. Die Achillesferse des Dramas ist sein Schluß: der Tod der kleinen Heldin am Morgen nach der Liebesnacht, der Tod nicht durch eine tragische Verkettung von Handlungen, sondern durch einen plumpen und thörichten Zufall. Und die bürgerliche Presse hat ja so recht, wenn sie darauf herumreitet. Aber giebt es nicht noch mildernde Umstände für den Dichter? Sollte er vielleicht sein Drama mit der Perspektive schließen, daß seine in all ihrer naiven Sinnlichkeit so wunderlieblichen Annuschka hinfort ihre Tage als verschollenes Individuum mit einem unehelichen Kinde weiter schleppt? Oder etwa mit der andern Perspektive, daß der in all seiner unfertigen Ungeberdigkeit so liebenswürdige Schlingel Hans nach fünfzehn Jahren — denn eher ließen es die preußischen Examina, Wartestationen und Anfangsgehälter nicht zu — als verphilistirter Amtsrichter oder Oberlehrer wiederkehrte, um sich mit seiner angejahrten Jugendliebe und dem inzwischen schon recht abgewachsenen Söhnlein oder Töchterlein einen sogenannten „häuslichen Herd," will sagen die Hölle auf Erden zu gründen? Eine wirkliche Tragik liegt in dem Tode der Heldin schon deshalb nicht, weil nach allen menschlichen und natürlichen Begriffen nicht abzusehen ist, weshalb ihr „Fehltritt" denn überhaupt einen tragischen Ausgang verlangt. Aber was soll so ein armes Poetlein unter den heutigen Verhältnissen machen? Eine bessere Lösung dramatischer Liebeskonflikte, als die bürgerliche Gesellschaft mit

ihrem sich immer mehr zu einem sinnlosen Zerrbilde gestaltenden Liebesleben der Geschlechter zuläßt, kann er ihr schließlich doch nicht liefern.

Für die hiesigen Theaterzustände war es bezeichnend, daß die Direktion des Residenz-Theaters mit der „Jugend," die bei anderen Bühnen erfolglos angeklopft hatte, nur in einer Mittagsvorstellung vorzukommen wagte. Aber sie hatte wenigstens alles Mögliche für eine gute Besetzung und Inszenirung gethan; namentlich das Liebespaar fand durch Rudolf Rittner und Vilma v. Mayburg eine ausgezeichnete Darstellung. Der Erfolg beim Premiere-Publikum wurde auch hier nicht zuletzt durch die — im Sinne der Bourgeoisie — Harmlosigkeit des Dramas verursacht. Ganz geheuerlich ist freilich der bürgerlichen Kritik angesichts einer so konventionswidrigen Liebesgeschichte noch immer nicht, aber ihre „vornehmen" Organe sind doch gnädig genug, dem Dichter zu versichern, daß er schon poussirt werden würde, wenn er nur nicht wieder auf solche Dummheiten, wie den „Eisgang," zurückkäme.

Herr Halbe tritt somit in die dritte und schwerste Station der dornenvollen Laufbahn, die ein echter Dramatiker in der heutigen Gesellschaft zu wandeln hat. Mit seinen Erstlingswerken „Emporkömmling" und „Freie Liebe" hat er die erste Station des Todtgeschwiegen-, mit dem „Eisgang" die zweite Station des Todtgeschlagenwerdens überwunden. Mit der „Jugend" segelt sein Schifflein nun auch in die Meerenge, worin noch Gerhart Hauptmann's Schifflein schwankt: in jenen Strudel, wo hüben die Reklamen der Naturalistenklique Brahm-Schlenther, drüben das freisinnige Plaidoyer des Herrn Grelling auf bourgeoise Gesinnungstüchtigkeit droht. Hoffen wir, daß Halbe und Hauptmann bald die hohe See gewinnen! Denn sie sind wirklich junge Priester aus Genieland, und Halbe steht mindestens ebenbürtig neben Hauptmann. F. Mehring.

Feuilleton.

Lilith.

Novelle von **A. v. Perfall.**

(Fortsetzung.)

Demeter verachtete jene leichtfertige Auffassung der Kunst, die jede plötzliche Aufwallung, jede verliebte Spielerei entschuldigte, er war sich vollbewußt, daß nur einer reinen Phantasie, einem von den Fesseln grober Sinnlichkeit befreiten Geist das Reich des Schönen sich öffne. Er empörte sich über sich selbst, über seine innere Unruhe, er fürchtete einen künstlerischen schlimmen Defekt erlitten zu haben. Nach dem Kusse verachtete er sich — da kam er plötzlich zur Erkenntniß, das war kein Defekt, leichtfertige Aufwallung des Blutes, das war Liebe, wie er sie noch nie empfunden, begeisterte Liebe, das war ihm Beruhigung und Rechtfertigung.

Daß die Liebe bei ihm so plötzlich kam, das machte ihn nicht mißtrauisch, ebensowenig die Warnung Mariens, die Schönheit habe ihn bethört, das Haar! Das war auch so, das leugnete er sich gar nicht, aber für ihn deckte sich Erscheinung und Wesen, jede Haarlocke war für ihn beseelt, in dem feinen Aederchen am schneeigen Halse pochte die Seele, und aus diesen dunklen unergründlichen Augen strömte sie aus auf ihn, in geheimnißvoller Sympathie.

Was kümmerte ihn die Welt und ihr Naserümpfen, Demeter Melander heirathet eine Friseuse! — Ungebildet, sagte sie, lächerliches Stichwort für Dummköpfe — um so besser, er wird ihr Bildner sein. — Arm! Er war wohlhabend. — Er erwog Alles, er gab sich sogar alle Mühe, nüchtern zu denken. Er hatte

das Junggesellenleben satt, er stand allein in der Welt, ohne Freunde, durch seine Schuld vielleicht, er suchte keine; seine extreme Richtung vereinzelte ihn, so sehr man sich andererseits für ihn interessirte. Es hätte ihn nicht viel gekostet, mitten in der Welt zu stehen, umschwärmt von Schmeichlern und Bewunderern, doch er fürchtete für seine Phantasiewelt, sie liebte nicht den Lärm und die Menge. Jetzt erstand ihm eine Gefährtin, die er behutsam einführen wird, die er die Sprache, die Zeichen dieses Landes lehren wird und sie wird ihn rasch verstehen, das las er in ihrem ganzen feurigen Wesen, in ihren Augen — in ihrem Haar — ja, auch in ihrem Haar.

Den andern Tag war er vollständig geklärt und nahe daran, Marie selbst aufzusuchen; mit du Rose offen zu reden, alles glatt zu machen. — Er betrachtete lächelnd das Stammeln seines Stiftes von gestern auf der Staffelei, doch allmälig verschwand sein Lächeln, sein Auge nahm einen fremdartigen Ausdruck an, es leuchtete nicht mehr, es sah fast wie erblindet aus. Wie mechanisch griff er nach dem Pinsel und begann zu malen, ein Farbenchaos, nur ihm verständlich, abgehackte Worte, sich vordrängende, überstürzende Melodien, ein wildes Tasten mit der Seele, Ringen mit dem Ausdruck, bald Kraftüberfülle, bald schmerzlicher Mangel — Qual und Wonne des schaffenden Genies. — Da tönten Schritte die Treppe herauf — der kam zur unrechten Zeit, wer es auch sei, jetzt gestört werden, war empörend. — Ein Kleid rauschte, vielleicht ein Modell, das sich anbieten wollte. — Er stampfte zornig mit dem Fuße und blickte auf die Thüre — sie wurde jäh aufgerissen — es war Marie!

An die Stelle des Unmuthes trat stürmische Freude. Die Sehnsucht trieb sie her, gerade jetzt, wo er dürstete nach ihr! —

Er eilte ihr entgegen, da fiel ihm erst ihr verstörtes Wesen, ihre Hast auf. Sie rang nach Athem, sie wich seinem Blicke aus, unter dem Ueberwurf schimmerte ein weißes Gewand.

„Woher so eilig, Marie? So erregt?“

„Von Luschin.“ Sie war außer sich. „Verachte mich, verstoße mich, ich komme von Luschin. Herr du Rose zwang mich dazu, ich dachte — das letzte Mal und ging. — Oh es geschieht mir recht, ganz recht — aber Du mußt es erfahren, ich bin es Dir schuldig —. Er hat mich tödtlich beleidigt, entehrt. — Ich saß ihm wie sonst, in dem weißen Gewande, da stellte er an mich ein Verlangen — oh ich kann es nicht aussprechen, so schändlich, so gemein. ‚Lilith trägt kein weißes Gewand,‘ sagte er lachend. ‚Wir kennen uns ja jetzt lange genug — Sie sind ja kein Kind.‘ —

„Ich war empört und wollte ohne Erwiderung gehen, da hielt er mich mit Gewalt zurück, lachte mich aus — einem Mädchen, das einmal so weit gegangen, sei es mit der Ziererei nicht ernst. Er wurde zudringlich, ich entfloh wie ich war — zu Dir. Die Scham hätte mich sonst getödtet.“ Sie sank ermattet auf den Divan und weinte.

Die Entrüstung, die Demeter empfand, wurde gedämpft durch die Befriedigung über ihr energisches Vorgehen, ihr Bedürfniß, bei ihm Schutz und Rettung vor sich selbst zu suchen — er sah darin den Höhepunkt der Liebe. Anderseits war jedes Wort für ihn ein Stachel. Welche Gedanken erfüllten ihn denn eben ganz, als Marie eintrat? Welches glühende Verlangen? Dasselbe, welches Luschin — nein, nicht dasselbe, er hatte es lange genug sorgfältig geprüft, es war rein, ohne Makel und er liebte sie, sie gehörte ihm mit Leib und Seele seit gestern — er durfte verlangen, sie mußte gewähren, wenn sie ihn liebte; der Künstler in ihm beherrschte den Mann, den Geliebten.

„Beruhige Dich, Marie," sagte er, ihren Hut abnehmend, sie von ihrem Mantel befreiend.

Sie war im weißen, antiken Gewande, der stolze Nacken, die tadellosen Arme waren entblößt.

„Du hast den Angriff ja muthig abgeschlagen, Deine Ehre gewahrt, für die Unverschämtheit des Herrn Luschin kannst Du nicht. Ich warnte Dich nicht umsonst — das Verlangen an und für sich ist ja nach meinen Begriffen nicht entehrend, auch nicht die Gewährung."

Marie fuhr entsetzt auf und blickte stumm auf den Geliebten. „Das sagst Du?!"

„Ich muß es sagen als Künstler. Es handelt sich nur darum, von wem es gestellt, wem es gewährt wird. — Ich will nicht minder offen sein als Du. — So höre, Marie — auch Du mußt es wissen — in dem Augenblick wo Du hereintratest, hatte ich denselben glühenden Wunsch, ich habe ihn, er erfüllt meine Seele."

„Demeter!" Marie sprang auf und tödtliches Entsetzen, qualvoller Schmerz lag in ihren Zügen. Wo sie Schutz gehofft, drohte ihr ein neuer Angriff.

„Höre mich zu Ende. Ich glaubte ihn hegen zu dürfen als Dein Geliebter, als Dein künftiger Gatte, der Dir angehören will mit Leib und Seele. Als herrlichstes Opfer der höchsten Liebe betrachtete ich seine Erfüllung, als eine Hingabe, heilig wie jede andere. — Der Wunsch war so rein wie Du selbst, ich schwöre es Dir. — Die größten Meisterwerke verdanken der Liebe ihre Entstehung. Paola Borghese saß Canova, die edelste Frau erwies Raphael diese Gunst, Rubens Ideal weiblicher Schönheit war Helene Fourment. Warum sollst Du es nicht Deinem Geliebten sein? Was hat das mit dem verächtlich käuflichen Preisgeben zu thun, welches Luschin fordert?"

Demeter glühte vor Begeisterung und Liebe. Es war ihm heiliger Ernst, er vergaß in seiner Gluth, in seinem geheimen Zorn über ein in diesem Augenblick kleinliches, falsches Schamgefühl, wie rücksichtslos der Zeitpunkt gewählt war, dem geängstigten, noch unter dem Eindruck der eben erlittenen Schmach stehenden Mädchen gegenüber.

Marie litt qualvoll, die Worte des Geliebten brausten verworren in ihrem Gehirn, sie hörte nur eines heraus, den ihr unfaßbaren, frevelhaften Wunsch — aus seinem Munde — entsetzlich! Und dabei flammte es so überirdisch auf in seinem Auge, er schien ihr noch nie so schön, so liebenswerth! — Konnte er eine Sünde verlangen, mit diesem Blick? Etwas Entehrendes? Und doch sträubte sich in ihr alles gegen sein Verlangen. Er sprach, als Dein Geliebter darf ich es fordern — in ihr sprach es, gerade als Dein Geliebter darf er es nicht fordern.

Ein wilder Haß stieg in ihr auf gegen sich selbst, gegen diesen Körper, gegen dieses Haar — das Haar! Ja, darin liegt wohl der unglückliche Zauber! Ihr ganzes Leben bestimmte es, es bannte sie Jahre lang in die Stube des Herrn du Rose, in ein ihr schon längst verwerflich erscheinendes Traumleben, es brachte sie zu Luschin an den Rand der Schmach. — Dieser Mann rettete sie davor, er liebte sie, da unterlag er auch dem höllischen Zauber, der ausging von ihm — das Alles dachte sie, während Demeter sie umdrängte. Scheu wie ein flüchtiges Reh sah sie auf ihn aus dem Haarwald, den sie mit den Fingern zerwühlte. Dann flocht sie die weißen Hände ineinander, preßte sie zwischen die Knie und starrte auf den Boden. — „Ich verstehe von all' dem nichts, ich sagte es Dir ja, ich bin so ungebildet, so albern, ich weiß nur eines" — ihre Stimme klang gebrochen.

Plötzlich erhob sie sich. „Bestehst Du darauf, Demeter? heute?“ fragte sie unvermittelt.

„Darauf bestehen! heute!“ Demeter machte eine ärgerliche Bewegung. „Das kann ich natürlich nicht. Ich dachte nur, die Liebe zu mir würde im Stande sein, dieses Opfer zu vollbringen, wenn Du nicht selbst Dich auf den hohen Standpunkt erheben kannst, den diese Frauen einst einnahmen, von denen ich Dir eben erzählte.“ Er zuckte mit den Achseln.

Marie sank ordentlich in sich zusammen, sie schloß einen Augenblick die Augen, wie wir bei einem plötzlich großen Schmerz zu thun pflegen. Demeter schien nicht darauf zu achten, er lief erregt umher. „Oh, nie mehr wird sie wiederkommen, diese Stimmung! Wenn Du das wüßtest, begriffest — Dich dazu erheben könntest!“ —

Da erhob sie sich, der gelöste Ueberwurf fiel zu Boden, sie stand in der weißen Tunik plötzlich vor Demeter ... Etwas Drohendes lag in ihrer ganzen Haltung, ihrem Blick.

„Gut, so will ich mich denn erheben,“ sie lachte fast höhnisch, kreuzte die Arme über den bloßen Hals und sah ängstlich im Raume umher.

Demeter erschrak einen Augenblick über die plötzliche Wendung, dann erfaßte ihn wieder die Begeisterung für das Werk, von dem er erfüllt war. Er wußte, was Marie suchte, er hob eine schwere indische Portière. Man blickte in ein kleines dämmeriges Kabinet.

Marie trat darauf zu. Demeter erfaßte ein Gefühl der Reue, der Einsicht in den grausamen Frevel, vor dem die Kunst sich schaudernd abwendet, als er sie hineintreten sah, das weiße Opfer.

Er ließ die Portière fallen und umschloß sie mit seinen Armen. „Du bist ein Engel, mein guter Genius.“ Sie sah ihn noch einmal mit einer flehenden Bitte im Auge an, er wollte sie nicht verstehen. — Sie trat unter die Portière. „Deine Lilith,“ sagte sie schwermüthig. Die Portière fiel hinter ihr zu.

Demeter stutzte, das Wort berührte ihn unangenehm. Sie verstand ihn nicht, dann durfte sie das Opfer nicht bringen, dann war es eine Schmach, die er ewig auf ihrer Stirne geschrieben sehen wird, auf der Stirne seines Weibes; doch die Liebe reinigt ja Alles — that sie es nicht aus Liebe, aus unaussprechlicher Liebe zu ihm? — Er lauschte auf das leiseste Geräusch hinter dem Vorhange, er fühlte das qualvolle Ringen hinter ihm. — War die künstlerische That, die bevorstand, auch all’ das werth? Oder war es eine frevelhafte Ueberschätzung seiner selbst, ein Künstlerwahn, den er bitter bereuen würde, wenn es geschehen? Sie sollte sein Weib werden — hatte er das auch bedacht? Die Mutter seiner Kinder? — Oder war es ihm gar nicht Ernst damit — dann beging er einen gemeinen Betrug — mehr — einen Seelenmord!

Also war es ihm Ernst und — trotzdem! — Er erinnerte sich plötzlich an Alle, die schon dieses Kabinet betreten, er sah ihre kalten theilnahmslosen Gesichtszüge, er hörte ihr freches Lachen — die ganze entsetzliche Schaar zog an ihm vorüber! Diese traurige Soldtruppe der Kunst zog an ihm vorüber, verschwand hinter der Portière und den Schluß — den Schluß bildete Marie! die reine frische Knospe, sein Weib!

„Marie! Marie!“ rief er. „Laß es, komm! Ich will nicht!“

Keine Antwort, nur ein klirrender Ton war hörbar. Er trat vor die Portière. „Marie!“ flüsterte er voll Angst. „Antworte doch! Ich wollte Dich ja nur auf die Probe stellen!“

(Schluß folgt.)

Für die Redaktion verantwortlich: Georg Baßler in Stuttgart.



Nr. 33. XI. Jahrgang, II. Band. 1892-93.

Sauve qui peut!

↗ Berlin, 3. Mai 1893.

Einer parlamentarischen Situation, wie der gegenwärtig im Reichstage herrschenden, können sich die bekannten „ältesten Leute“ nicht erinnern. Niemand weiß, wie die heute begonnene zweite Lesung der Militärvorlage enden wird, aber jeder weiß, daß, ob die Entscheidung nun so oder so falle, das Rollen der Würfel gelenkt wird nicht durch grundsätzliche und sachliche Erwägungen, sondern durch die kleinlichsten Leidenschaften, von denen eine Hand voll bürgerlicher Mandatsjäger hinüber und herüber getrieben wird. Mit Recht darf die Arbeiterpresse auf die Nemesis hinweisen, die denselben bürgerlichen Parlamentarismus, der sich in der abgeschmackten Zukunftsstaatsdebatte vor ein paar Monaten als den überlegenen Richter des Sozialismus aufspielen wollte, jetzt ein so klägliches Schauspiel aufführen läßt, daß der Ekel auch den letzten Funken des Mitleids ersticken muß.

Seitdem der sechsmonatliche Froschmäusekrieg um die Militärvorlage tobt, haben wir an dieser Stelle von Zeit zu Zeit auf seine einzelnen Phasen hingewiesen. Von Zeit zu Zeit — denn diese einzelnen Phasen sahen nicht lieblich genug aus und waren auch nicht interessant genug, um all zu lange oder all zu oft dabei zu verweilen. Das Leitmotiv war immer dasselbe: feiger Gedanken bängliches Schwanken. Hier die Angst vor den Wählern, die mit einer seit lange nicht gewohnten Entschiedenheit die Verwerfung der Militärvorlage verlangen, dort die Angst vor der Regierung, die in Militärfragen so verteufelt wenig mit sich spaßen läßt und schließlich mit der unendlichen Vermehrung des herrlichen Kriegsheeres ja doch nur die Geschäfte des Geldsacks gegen den „inneren Feind“ führt oder mindestens zu führen beabsichtigt. Das war die Lage jenes Mannes aus Syrerland, der in der Mitte eines Brunnens sich krampfhaft anklammert an ein bischen Strauchwerk, dessen Wurzeln von einem Mäuslein eifrig abgenagt werden, während am Rande des Brunnens ein Leu mit gähnendem Rachen lauert und in der Tiefe ein Krokodil gleichfalls mit gähnendem Rachen. Der Leu ist die Regierung, das Krokodil die Wählerschaft und unter dem Mäuslein mag man die mit unheimlicher Eile abrinnende Zeit des fünfjährigen Mandats verstehen.

Eine Zeit lang ging man ernsthaft mit dem Plane um, den Wählern ein Schnippchen zu schlagen, durch Ablehnung der Militärvorlage die Auflösung des

Reichstags herbeizuführen, in dem Wahlkampfe die allzeit unentwegten Freisinnigen oder Ultramontanen zu spielen, nach erfolgter Neuwahl aber die Militärforderungen der Regierung zu bewilligen, also etwa die Taktik zu wiederholen, welche das Zentrum im Jahre 1887 beobachtet hat. Man hätte dann eine Galgenfrist von fünf Jahren gehabt, ehe man den Wählern wieder vor die Augen zu treten brauchte, und man rechnete darauf, daß sich in einem halben Jahrzehnt viel vergeben und vergessen ließe. Im Vertrauen auf diesen Plan legte man sich mit großen und tönenden Worten allzu fest, und dazu kam, daß der gegenwärtige Reichskanzler die sorgsam führende Vaterhand ganz vermissen ließ. Herr v. Caprivi beobachtete zwar eine viel geschicktere Taktik, als sein Vorgänger je beobachtet hat, indem er nicht mit dem Kürassierstiefel stampfte, sondern den bürgerlichen Parlamentarismus in sich selbst verbrodeln ließ, aber er verstand es nicht, die Suppe vom Feuer zu nehmen, als sie gar war, und auch er legte sich mit großen und tönenden Worten allzu fest. Nun, da die lange verschleppte Entscheidung sich nicht länger verschleppen läßt und das Gespenst der Neuwahlen mit seinen nur allzu schrecklichen Schrecken vor ihnen steht, bekommen sie es überall mit der Angst, und die glorreiche Entscheidungsschlacht um die Militärvorlage leitet sich damit ein, womit nichts weniger als glorreiche Niederlagen sonst zu enden pflegen, mit einem allgemeinen Sauve qui peut!

Zwischen den beiden Regimentern der bürgerlichen Opposition, die in offener Schlachtreihe anfangen die Waffen von sich zu werfen, noch ehe der erste Schuß gefallen ist, besteht freilich ein gewisser Unterschied. Um der Billigkeit willen muß anerkannt werden, daß die ultramontane Fraktion doch etwas bessere Manneszucht zu halten versteht, als die freisinnige. Bei ihr beschränken sich die Ausreißer auf einige Junker, die man an den Fingern einer oder schlimmsten Falls beider Hände abzählen kann; das Gros der Partei hält einstweilen zusammen. Wir möchten zwar Niemandem rathen, die Opposition dieses Gros gegen die Militärvorlage als eine Brücke zu betrachten, auf die sicher zu treten wäre; nicht nur kann in der letzten Minute noch mancher Stein von dem wackelnden Thurm abbröckeln, nicht nur kann geistlicher Einfluß die priesterlichen Elemente des Zentrums umstimmen — der Fürstbischof Kopp hat ja seit lange mit großer Sicherheit prophezeit, es werde zu keiner Auflösung des Reichstags kommen —, sondern vor allem: es besteht nicht die geringste Bürgschaft dafür, daß die ultramontane Partei nach erfolgten Neuwahlen nicht das Spiel von 1887 wiederholt. Aber es ist nicht ohne Interesse zu sehen, wie eine Partei, die in ihrer besondern Weise einen Prinzipienkampf mit Ausdauer und Muth durchzukämpfen gewußt hat, auch in ihrem Verfalle nicht jede Haltung verliert, wie sie sich wenigstens darüber klar bleibt, daß die Fusangeleien und sonstigen Meutereien im Schooß ihrer Wähler nicht durch verdoppelte Feigheit, sondern nur durch verdoppelte, sei es nun scheinbare oder wirkliche Festigkeit, beschworen werden können.

Ein ungleich kläglicheres Schauspiel bietet die Ausreißerei in den freisinnigen Reihen. An dieser Partei rächt es sich bitter, daß sie niemals einen Prinzipienkampf folgerichtig durchzuführen verstanden hat. Und was ihrer traurigen Selbstauflösung etwa noch zur Entschuldigung angeführt werden könnte, daß sie nämlich größere Sorge als jede andere bürgerliche Partei vor neuen Wahlen haben muß, das wird ihr gerade zur schwersten Anklage. Im Antisemitismus und im Sozialismus stehen ihre gehäuften Sünden am Kleinbürgerthum und an der Arbeiterklasse wider sie auf, und wenn die nagende Gewissensangst darüber einen Theil der Partei, der beiläufig viel größer ist, als er bisher sich offen gemeldet hat, zum Kuhhandel in der Militärfrage treibt, so verzichtet sie dadurch auf die letzten

Chancen eines Wahlsieges, der mehr bedeutet, als daß sie an der Krücke der Stichwahlen wieder in den Reichstag zurückhumpelt. Die Dinge liegen so einfach und klar, daß die Verblendung der freisinnigen Kompromiß-Elemente ganz unbegreiflich sein würde, wenn sie sich nicht doch halbwegs erklärte durch den — Ahlwardt-Spektakel. Dies Memento mori überwinden die zagen Herzen des Freisinns nicht; so kräftig sie auf der Leiche des antisemitischen Demagogen herumtrampeln, so kräftig schüttelt sie selbst das Grauen vor dem Gespenste, das diesem todten Leibe entflohen ist, und lieber entmannen sie sich selbst, als daß sie sich an einen Wahlkampf wagen, worin ungleich anständigere und geschicktere Leute als Ahlwardt mit dem Kapitalismus Auge um Auge und Zahn um Zahn abrechnen würden.

Lasse sich Niemand durch den fürchterlichen Lärm über das „moralische Gericht" täuschen, das den Ahlwardt vernichtet hat! Hat man den windigsten Patron, der je in unserem öffentlichen Leben aufgetreten ist, wegen einigen blödsinnigen Behauptungen, die kein ernsthafter Mensch auch nur einen Augenblick ernsthaft genommen hat, mittelst eines äußerst feierlichen und umständlichen Verfahrens todtgeschlagen — und ob er wirklich todtgeschlagen ist, muß sich auch noch erst ausweisen —, so mögen die bei aller geschäftsmäßigen Pfiffigkeit beschränkten Geister der „Freisinnigen Zeitung" darin eine epochemachende Heldenthat sehen. Aber die gebildeteren Köpfe des kapitalistischen Liberalismus — und man darf nicht übersehen, daß, alles in allem und von Ausnahmen auf beiden Seiten abgesehen, die politisch schwächlicheren zugleich die gebildeteren Elemente des Freisinns sind — besitzen keineswegs diese naive Selbstgenügsamkeit. Sie sehen denn doch den Dingen einigermaßen auf den Grund, und unzurechnungsfähiger Tölpel wie Ahlwardt ist, sagen sie unter sich vor der ganzen Ahlwardtiade: der Schuß ging dicht an unserem Rücken vorbei!

Es gehört ja auch eine politische Naivetät sondergleichen dazu, aus der feierlichen Feststellung des Todtenrichters v. Cuny, daß Ahlwardt die Anklagen Rudolf Meyers gegen die von der Aera Bismarck der kapitalistischen Gründerwirthschaft erwiesenen, sagen wir Gefälligkeiten, in ganz sinnloser Weise verdreht habe, nur das beseligende Wonnegefühl zu saugen: Ha, da ist dem Ahlwardt eine neue Lüge nachgewiesen! Ob der Lügner Ahlwardt einmal mehr oder weniger gelogen hat, dürfte den Wählern überaus gleichgiltig sein, dagegen möchte es sie doch wohl interessiren, ob die Anklagen Rudolf Meyers begründet gewesen sind, und über diese, historisch wie politisch nicht unwichtige Frage hat sich Todtenrichter v. Cuny als verständiger und vorsichtiger Vertreter des kapitalistischen Liberalismus nicht mit einem Sterbenswörtlein verbreitet. Oder wenn ein so unanfechtbarer Mann, wie der Staatssekretär Maltzahn, es nicht für seine Person, aber für die Aera Bismarck als korrekt vertheidigte, daß die mit dem Blute der deutschen Soldaten erworbenen Gelder desselben Reichs, das seit einem Menschenalter nicht über die kümmerlichsten Anfänge einer Arbeiterschutzgesetzgebung hinausgekommen ist, mit vollen Händen an große Gründerfirmen verliehen wurden, um angeblich oder wirklich bedrohte „Kapitalien" zu retten — sollten da nicht querköpfige Wähler auf den nachdenklichen Einfall gerathen: War das wirklich korrekt? Würde ein englischer Lord der Schatzkammer, der englischen Bankiers, die etwa die Reading-Eisenbahn „saniren" wollten, um „englisches Kapital zu retten", eine Million Pfund Sterling liehe, mit dem Hosenbandorden dekorirt oder nach Newgate spedirt werden? Oder wenn Herr v. Bennigsen auf eine persönliche Verdächtigung Ahlwardts den wallenden Mantel seiner würdevollen Beredsamkeit in prächtige Falten schlug und das „tief empörte" Haus einen Gießbach anmuthiger Kosenamen, wie Lump, Schuft und so weiter

auf Ahlwardt herabrieseln ließ — könnte da nicht ein vorwitziger Wähler auf die vertrackte Frage verfallen: Ja, verehrter Herr v. Bennigsen, daß Sie persönlich Trinkgelder genommen haben, hat ja noch kein zurechnungsfähiger Mensch behauptet, und wenn Ahlwardt es behauptet, so brauchen Sie sich darum weiter keine grauen Haare wachsen zu lassen. Aber wollten Sie uns nunmehr nach sechzehn Jahren nicht vielleicht einige Auskunft darüber geben, weshalb Sie als Mitgründer der Hannover-Altenbekener Bahn mit keiner Wimper zuckten, als Ihr Parteigenosse Lasker dem preußischen Abgeordnetenhause vorgaukelte, die nähere Aufklärung über den bei jener Bahn gemachten Gründergewinn habe in der Eisenbahn-Untersuchungskommission nicht herbeigeführt werden können, weil der kundige Zeuge Adickes, der beiläufig als nationalliberaler Landtagsabgeordneter neben Ihnen und Lasker saß, „unfindbar“ gewesen sei?

Wir könnten diese Litanei noch bogenlang fortsetzen, aber jeder einigermaßen unterrichtete Leser, der die Ahlwardt-Debatten unter diesem Gesichtspunkte mustert, kann sich selbst seinen Vers darauf machen. Es ist ja eitel Humbug, wenn die kapitalistische Presse, soweit sie über das Niveau der Freisinnigen Zeitung emporragt, vor lauter Beseligung über die Ahlwardt-Komödie nur so schmatzt. Blut hat sie dabei geschwitzt, sie und noch mehr ihre Hintermänner, und weil die klügeren Elemente der freisinnigen Partei sehr gut wissen, daß in dem Ahlwardt, falls er denn wirklich todtgeschlagen sein sollte, nur ein höchst beiläufiges Item beseitigt ist, deshalb fürchten sie die Auflösung des Reichstages und suchen ihr zu entgehen, selbst auf die Gefahr hin, daß ihre Ausreißerei in der Militärfrage die Neuwahlen möglicher Weise gar nicht einmal verhindert, aber sie, falls sie doch stattfinden, vollends verderblich für den kapitalistischen Liberalismus machen muß.

Wie nun die Entscheidung fallen wird, ist heute völlig ungewiß. Gegenüber dem Sauve qui peut! der angstgepeitschten Seelen, die in den bürgerlichen Oppositionsparteien durch einander wirbeln, versagt jede politische oder psychologische Wahrscheinlichkeitsrechnung. Und hier wäre sie um so überflüssiger, als die Sache längst entschieden sein wird, wenn diese Zeilen das Licht der Oeffentlichkeit erblicken.

Die jüngste „Verfassung“ in Deutschland.

Von **E. Adler.**

I.

Die Verfassung des deutschen Reiches läßt bekanntlich eben so viel Wünschen Raum, wie die verschiedenen Landesverfassungen in Deutschland. Trotzdem dürfte noch lange nicht jeder Leser der „Neuen Zeit“ wissen, daß sie auch formell darin mangelhaft ist, daß in Abschnitt I, Artikel 1 bei der Aufzählung der das Bundesgebiet bildenden Staaten ein Staat völlig übergangen worden ist. Der betreffende Artikel beginnt:

> Das Bundesgebiet besteht aus den Staaten Preußen mit Lauenburg, Bayern, Sachsen, Württemberg, Baden, Hessen, Mecklenburg-Schwerin, Sachsen-Weimar, Mecklenburg-Strelitz, Oldenburg u. s. w.

In dieser Aufzählung ist gewissenhaft darauf Rücksicht genommen, daß zwischen Preußen und Lauenburg Personalunion bestand,* d. h. daß der König

* Ist 1876 aufgehoben worden.

des Staates Preußen zugleich der Herzog des Staates Lauenburg war, aber bei Mecklenburg-Strelitz fehlt der Zusatz „mit Ratzeburg", obgleich der Großherzog von Mecklenburg-Strelitz Fürst von Ratzeburg ist, d. h. obgleich zwischen Mecklenburg-Strelitz und Ratzeburg ebenfalls eine Personalunion bestand und sogar heute noch besteht. Dieser formelle Fehler der Reichsverfassung, die Thatsache, daß in dem Reigen der vielen deutschen Vaterländer eins ausgelassen ist, hat seinen Grund. Bereits in den letzten Zeilen seiner lesenswerthen Arbeit über die mecklenburgische Verfassung* hat Schippel eine Andeutung über die seltsamen Ratzeburger Verhältnisse gemacht. Unsere Aufgabe soll es heute sein, diesen Zuständen etwas näher zu treten und ein Bild aus dem Deutschland des neunzehnten Jahrhunderts zu skizziren, das sicherlich ebenso viel Staunen erregen wird wie die Bilder Schippel's.

Im Norden Deutschlands an der Ostseeküste, den Lübeckern, Preußen und Mecklenburg-Schwerinern benachbart und mehr als zwanzig Meilen vom Lande Mecklenburg-Strelitz entfernt, liegt das Fürstenthum Ratzeburg. Von der Stadt Ratzeburg gehören zu diesem 6¼ Quadratmeilen großen Lande nur der Dom, einige kirchliche bezw. für Schulzwecke bestimmte Gebäude und 26 Privathäuser, im Ganzen mit über 200 Personen. Da das Fürstenthum mit einer solchen rudimentären Hauptstadt nicht zufrieden sein wollte, hat man die hauptstädtischen Ehren auf die fast 3000 Einwohner zählende Stadt Schönberg übertragen. Der Haupttheil der etwa 16 000 Köpfe zählenden Bevölkerung wohnt auf dem Lande, das in fünf Voigteien eingetheilt ist. Der Menschenschlag, der dieses Land bewohnt, ist von zähem Rechtsgefühl und lebhaftem Freiheitsdrang erfüllt, Eigenschaften, die ebenso von seinen Vorfahren, den westfälischen Kriegern Heinrichs des Löwen, herstammen, wie die stattlichen Gestalten, das blonde Haar und die blauen Augen, welche hier die Landeskinder zeigen. Die Bauernhöfe sind sehr stattlich und fast alle mit einem nach westfälischer Art errichteten, Ställe, Wirthschafts- und Wohnräume umfassenden mächtigen Gebäude besetzt, das mit dem Giebel nach der Straße zeigt. Die Erbfolge auf den Bauerngütern ist die altwestfälische, bei der das Gut nie getheilt wird und die jüngeren Kinder mit einer Abfindungssumme bedacht werden. Das Schulzenamt in den Dorfgemeinden ist erblich.

Im Jahre 1142 ward in dem ehemaligen Polabenlande** die Grafschaft Ratzeburg gebildet, die damals das heutige Fürstenthum und den nördlichen Theil des heutigen Lauenburg umfaßte. 1150 wurde in der Stadt Ratzeburg das Bisthum Ratzeburg errichtet, dessen Inhaber im Laufe der Jahre die ganze Grafschaft in ihren Besitz zogen und als Bischöfe von Ratzeburg auf dem Reichstage Sitz und Stimme erlangten. Als nach dem dreißigjährigen Kriege so manches Bisthum sein Ende nahm, wurde auch Ratzeburg säkularisirt, d. h. eine Beute der Fürsten, welche ja zu diesem Zwecke die Reformation begünstigt hatten.

Mit der Säkularisirung beginnt die Leidensgeschichte der Ratzeburger. Zunächst wurde das Ländchen getheilt. Einen Theil schlug man, um den Herzog von Lauenburg zu befriedigen, zu dessen schmalen Besitz. Der Rest des Bisthums Ratzeburg wurde ebenso wie das Bisthum Schwerin an die Mecklenburger Herzöge gegeben, um sie dafür zu entschädigen, daß sie den Schweden hatten Wismar

* „Neue Zeit," Jahrg. X, Nr. 47, 48, 49.

** Mit dem Namen Polaben bezeichnete man die in Norddeutschland westlich von der Oder, dem Bober und dem Erzgebirge zu beiden Seiten der Elbe wohnenden slavischen Völker. Sie wurden in einem erbitterten, fast vier Jahrhunderte dauernden Kampf von den Sachsen nach und nach unterworfen. Unter Heinrich dem Löwen endete dieser Kampf, das Land der Polaben wurde germanisirt. Die Redaktion.

und die in der Ostsee gelegene Insel Poel abtreten müssen. Beide Bisthümer wurden lehnbare Fürstenthümer und erst dadurch, daß der Strelitzer Herzog sich den Fürstenhut von Ratzeburg aufsetzen durfte, erhielt er Sitz und Stimme im Reichstag, die ihm sein Strelitz nicht gab.

Dankbarkeit ist eine schöne Tugend, aber selbst Fürsten üben sie nicht immer. Statt den Ratzeburgern besondere Rechte zu bescheren, als Dank dafür, daß der Strelitzer Herzog nun auch auf dem Reichstage erscheinen konnte, versuchte dieser, die Ratzeburger Bauern nach dem Rezept, das in Mecklenburg so schön geholfen hatte, unfrei zu machen. Die Ratzeburger aber hatten von ihren wanderlustigen westfälischen Vorfahren noch genug Fürstentrotz im Leibe, um sich das Joch der Hörigkeit vom Halse zu halten. Dem Herzoge nützte List und Gewalt nichts, und als er allzu dringend wurde, wählten die Bauern einige Schulzen und sandten diese mit schwerer Klage an das Reichskammergericht. Das gefiel dem Fürsten gar nicht, er hielt das für Rebellion und erklärte die ans Gericht gesandten Schulzen für vogelfrei. Jeder hätte sie nun zur größeren Ehre von Mecklenburg-Strelitz, wo er sie traf, todtschlagen können. Glücklicherweise fand sich Niemand, der den wackeren Männern diesen Lohn gab, so daß sie Zeit hatten, das kurzweilige Verfahren beim seligen Reichskammergericht abzuwarten und nach dem Verlauf einiger Jahre mit erstrittenem siegreichen Urtheil unter dem Schutz von Reichsherolden heimzuziehen. Seit jener Zeit bis auf den heutigen Tag sind die Beziehungen zwischen dem Strelitzer Hause und den Ratzeburgern nicht besser geworden. Auch das Oberlandesgericht in Rostock weiß von einem Prozeß zu berichten, den die wehrhaften Bauern gegen ihren Landesherrn angestrengt hatten.

Bis zum Anfang dieses Jahrhunderts brachte das Land keine Erträge, als diese aber kamen, versuchte der Strelitzer Hof sofort den Beweis, daß ihm alle Erträge des Landes gehörten, weil Ratzeburg nichts als „Tafelgut" oder „Kabinetsamt" des Großherzogs sei. Diese Ausdrücke würden das Land als Privateigenthum des Fürsten hinstellen und, wie es servile mecklenburgische Staatsrechtslehrer auch thun, das Bestehen der Personalunion zwischen Strelitz und Ratzeburg nicht anerkennen. Dem widerspricht aber manches. So ist Ratzeburg seinerzeit dem Herzog von Strelitz ausdrücklich als „lehnbares Fürstenthum" übergeben worden, so besaß es die Reichsstandschaft, ein Recht, das nur einem selbständigen Staat zukommen konnte, und endlich, was hätte das alte Ratzeburg als „Tafelgut" bedeutet, wo es doch keine Erträge gebracht hatte? Der verstorbene Advokat Kindler, der unermüdliche Vorkämpfer der Ratzeburger, beruft sich ferner auf die Bundesakte von 1813, nach der Ratzeburg ein selbständiges Land sei, dem eine Verfassung zustehe; er führt außerdem die Thatsache an, daß die Bauerngüter, anders als in Mecklenburg, freies Eigenthum seien. Im Jahre 1848 habe man Ratzeburg als ein selbständiges Land anerkannt, indem die Regierung ausdrücklich zugegeben habe, daß sie abgesehen von einigen Pachthöfen, sogenannten Hausgütern, die für den Hofstaat zahlen sollen, kein Recht auf die Landeseinkünfte besitze. Wäre dem aber anders, so hätte der Großherzog aus den reinen Ueberschüssen des Landes auch alle Landeskosten zu bestreiten. Dies geschähe aber nicht. Um dem Unrecht, was hier vorliege, endlich einmal zu steuern, forderte Kindler und mit ihm das ganze Land mit winzigen Ausnahmen eine Verfassung.

Sehen wir einmal zu, worin das den Ratzeburgern zugefügte Unrecht in der Hauptsache besteht. Die Ueberschüsse aus den Domänen, Pachthöfen und Forsten des Landes im Betrage von etwa 450 000 Mark im Jahre fließen nach Strelitz, ohne daß man dort irgend welche Miene macht, die Landeslasten und

Landeskosten daraus zu bestreiten. Letztere werden durch Steuern und Kontributionen zusammen gebracht. Dies ist aber von Rechtswegen erst zulässig, wenn die 450 000 Mark jährlich für Landeszwecke verbraucht worden sind.

Ein dritter Beschwerdepunkt liegt bei der sogenannten Kriegs- und Militärsteuer. Sie wurde im Jahre 1824 eingeführt, um aus ihren Erträgen das Heereskontingent für den deutschen Bund zu erhalten. Diese Steuer wurde 1839 um 25 Prozent erhöht, um gleichzeitig die Mittel für Chausseebauten zu gewinnen. Wenn man davon absieht, daß der Fürst überhaupt kein Recht hatte, diese Steuer auszuschreiben, bevor die jährlichen Ueberschüsse zu Landeszwecken verwendet waren, bleibt bei dieser Last noch ein weiteres Unrecht. Die Ratzeburger Militärsteuer wird gar nicht mehr für Heereszwecke verwendet, sondern an ihre Stelle traten, ohne daß sie beseitigt wurde, die Erträge von Eingangszöllen, der Brausteuer, der Branntweinbesteuerung, der Salzbesteuerung und ähnlicher Abgaben, die gerade in Ratzeburg sehr viel abwerfen. Nach allgemeiner Ansicht bringen die Ratzeburger ihre Militärlasten auf diese Art dreifach auf!

Ein anderer Beschwerdepunkt trifft den Verkaufsstempel, den sogenannten „Zehnten“ und „Zahlschilling“. Wer im Fürstenthum ein Grundstück verkauft, muß 16¼ Prozent Verkaufssteuer geben. Nur den Bürgern der Stadt Schönberg, die nicht Ackerbau treiben, ist es gelungen, diese schwere, Handel und Wandel hemmende Last abzulösen. Weitere Versuche in dieser Hinsicht blieben erfolglos.

Wiederum eine seltsame Geschichte ist die vom Chausseebaufond. Es galt seiner Zeit 3¼ Meile Chaussee zu bauen. Für diesen Zweck bewilligten: das Fürstenthum selbst 120 000 Mark, die mecklenburgischen Stände aus dem „Landkasten“ 45 000 Mark und die Stadt Lübeck 36 000 Mark als Darlehen. Um dies Geld und etwaige Mehrkosten zu bezahlen, wurden Anleihen mit 3 bezw. 3½ Prozent aufgenommen. Als nun mehr Geld einging, als für den Chausseebau nöthig war, trug die Regierung mit den Mitteln der Chausseebauanleihe alte fünfprozentige Schulden des Landes Strelitz ab. Für die Ratzeburger hat das die Folge gehabt, daß sie 1870, statt schon schuldenfreie Chausseen zu besitzen, noch 29 400 Mark Schulden auf den Chausseen hatten, die bei einer Tilgung bis 1874 an Amortisation und Zinsen noch jährlich 9600 Mark kosten sollten. Man sieht, wie weit eine unverantwortliche Regierung führen kann und wie nothwendig für Ratzeburg eine Verfassung war. Nach langem Drängen und Kämpfen erreichte denn Advokat Kindler, daß eine Verfassung kam. Aber was für eine!

II.

Nach Gründung des Norddeutschen Bundes hofften die Ratzeburger lebhafter als zuvor auf eine Verfassung. Was sie erstrebten, sollte ja nicht der Verfassung der größeren deutschen Staaten auf ein Haar gleichen, aber sie wollten doch ein Landesgrundgesetz, welches die Verwendung der im Lande aufkommenden Gelder zu Gunsten des Fürstenthumes sicherte und den Einwohnern sowohl das Recht gab, über die Besteuerung des Volkes und die Verwendung der Beträge Beschluß zu fassen, als auch über die Ausführung dieser Beschlüsse Rechenschaft zu verlangen. Dieses wahrhaft bescheidene Streben kam nun in Petitionen an Reichstag und Bundesrath zum Ausdruck. Kindler wies besonders darauf hin, daß Ratzeburg als selbständiges Fürstenthum, als ein unter ganz andern Verhältnissen als Strelitz wirthschaftendes Land und durch seine große räumliche Entfernung von Strelitz berechtigt sei, zum mindesten eine Verfassung in dem oben umrissenen Sinne zu verlangen. Selbst der Bundesrath sah dies ein. Er veranlaßte am 28. Oktober 1867 den Vertreter von Mecklenburg-Strelitz zu einer Erklärung

über die Ratzeburger Verfassungsfrage und faßte dann einen den Antragstellern günstigen Beschluß. Die Erklärung des Bevollmächtigten erkennt nicht an, daß Artikel 13 der Bundesakte dem Lande Ratzeburg eine Verfassung zusage, da

„aber nichts den Absichten und Wünschen Seiner Königlichen Hoheit ferner liegt, als in dem nach altem Rechte und guten Ueberlieferungen verwalteten Lande und dessen loyaler . . . Bevölkerung Zweifel über Rechts- und Verfassungsfragen Raum gewinnen zu lassen,"

so will die Regierung trotzdem eine Landesvertretung einführen, die den Anforderungen des Artikel 13 der Bundesakte genügt. — Der Bundesrath, dessen Mitglieder wohl wußten, daß Verfassungen versprechen noch nicht Verfassungen geben heißt, beschloß aber seinerseits,

„der großherzoglichen Regierung anheim zu geben, der Verfassungslosigkeit im Fürstenthum Ratzeburg ein Ende zu machen."

Das Recht zu diesem Beschlusse, der in Mecklenburg arg verschnupfte, in Ratzeburg aber große Hoffnungen wachrief, läßt sich aus Artikel 76 Absatz 2 der Verfassung des deutschen Reiches herleiten. Hier heißt es:

„Verfassungsstreitigkeiten in solchen Bundesstaaten, in deren Verfassung nicht eine Behörde zur Entscheidung solcher Streitigkeiten bestimmt ist, hat auf Anrufen eines Theiles der Bundesrath gütlich auszugleichen oder, wenn das nicht gelingt, im Wege der Reichsgesetzgebung zur Erledigung zu bringen."

Der Bundesrath hat hier einen Präzedenzfall geschaffen, der für die weitere Entwicklung der Ratzeburger, sowie der Mecklenburger Verfassungsfragen von Bedeutung ist. Der Bundesrath that aber noch mehr; als im Jahre 1867 so wenig wie im Anfang 1868 etwas von der Erfüllung des Verfassungsversprechens laut wurde, trat er auf Kindler's Veranlassung dem mecklenburgischen Bevollmächtigten noch einmal näher und dieser erklärte in der Sitzung des Bundesrathes vom 29. April 1868:

„Daß die großherzoglich-mecklenburgisch-strelitzsche Regierung nach wie vor bereit sei, eine Landesvertretung in dem Fürstenthum Ratzeburg einzuführen, zu welchem Ende bereits die nöthigen Einleitungen getroffen seien, welche jedoch bei der Kürze der Zeit und bei der Wichtigkeit des Gegenstandes noch nicht haben zum Abschluß gebracht werden können."

Wir haben hier ein deutliches und verheißungsvolles Versprechen einer wirklichen Verfassung. Aber parturiunt montes nascetur ridiculus mus; am 6. November 1869, also nach im Ganzen zwei Jahre dauernder Vorbereitung erschien eine Verordnung des Großherzogs, die sich als Verfassung des Fürstenthums Ratzeburg bezeichnet, aber nichts weniger als eine Verfassung ist, ja selbst mit den sonst in Deutschland beliebten Scheinverfassungen keine Aehnlichkeit hat.

III.

Nach den üblichen Titel- und Würdenbezeichnungen des Großherzogs beginnt die Verordnung wie folgt:

„Nachdem wir beschlossen haben, um die Wünsche Unserer getreuen Unterthanen des Fürstenthums Ratzeburg so weit zu erfüllen, als solches unter Wahrung Unserer landesherrlichen, domanialen und hoheitlichen Rechte und der Verhältnisse des Fürstenthums als integrirenden Theils Unseres Großherzogthums thunlich ist, diesem Unserem Fürstenthum eine Verfassung zu verleihen, so verordnen Wir unter Vorbehalt derjenigen Abänderungen, welche in der Folge etwa ein näherer Anschluß des Fürstenthums an die Verfassung der übrigen Mecklenburgischen Lande erforderlich machen könnte, hierdurch folgendes."

Dieser interessante Eingang lehrt zunächst, daß der Großherzog sich nicht für verpflichtet hält, den Ratzeburgern eine Verfassung zu sichern, er thut es nicht aus Rechtsgefühl, sondern „um Wünsche zu erfüllen“. Obgleich die Verfassung gerade deshalb berechtigt ist, weil Ratzeburg ein selbständiges Land ist, bezeichnet die Einleitung es als „integrirenden Theil unseres Großherzogthums“ natürlich mit Unrecht, denn sonst hätte der Bundesrath kein Recht gehabt, für Ratzeburg eine Verfassung zu fordern und die Regierung keinen Anlaß genommen, eine solche wenigstens scheinbar zu gewähren. Der Großherzog übersieht endlich, daß eine Verfassung immer der Zustimmung beider Theile bedarf und verordnet diese Verfassung ohne weiteres. Endlich aber ist bemerkenswerth, daß die ganze Verfassung auf einseitige Kündigung berechnet ist, denn der „Vorbehalt“ sagt klipp und klar, wenn „Wir“ wollen, hört diese Verfassung wieder auf. Dieser seltsamen Einleitung entspricht denn auch der Inhalt der sogenannten „Verfassung“.

Die Paragraphen 1, 2 und 3 setzen eine Landesvertretung ein. Die Mitglieder derselben sind:

1. die Besitzer der drei im Lande gelegenen Allodialgüter, das heißt drei mecklenburgische Adlige, die kein Interesse an der Verwaltung des Landes haben, aber in Folge ihrer Abhängigkeit vom Großherzog stets geneigt sein werden, in dessen Sinne zu stimmen.

2. Drei Pastoren des Landes, welche die Synode aus ihrer Mitte für diesen Zweck zu wählen hat. Da die Geistlichkeit im Fürstenthum Ratzeburg nicht von den Gemeinden erwählt, sondern unmittelbar vom Fürsten eingesetzt wird, ist ihre mangelnde Befähigung als Volksvertreter ohne weiteres erwiesen.

3. Drei Domanialpächter, welche von den Pächtern der großherzoglichen Meiereien und Mühlen zu erwählen sind. Da diese Leute von den Behörden jedesmal aus den drei Meistbietenden gewählt werden, ist es klar, daß man sich abhängigere Volksvertreter als sie nicht denken kann.

4. Ein Magistratsmitglied der Stadt Schönberg, ebenfalls ein von der Regierung eingesetzter Beamter.

5. Zwei Bürger der Stadt Schönberg, welche die Hausbesitzer aus ihrer Mitte zu wählen haben.

6. Neun Vertreter der Bauernschaften, deren jeder jedoch ein in seinem Wahlbezirk angesessener Bauer sein muß.

Gar nicht vertreten in dem Landtage sind die Bürger, welche keine Häuser besitzen, die Lehrer und Beamten und etwa 4000 Arbeiter, Miethsleute ꝛc. in Stadt und Land. Als wirklich unabhängige Vertreter sind nur die neun Bauern und die zwei Bürger zu betrachten. Da das Schulwesen im Lande sehr im Argen liegt, so ist es den Bauern sehr unangenehm, daß sie in jeder Voigtei nur dort ansässige Bauern wählen dürfen. Ebenso wird auch von den Bauern die Nichtbeachtung der Miethsleute und Arbeiter sehr beklagt, da sie oft mit diesen verwandt sind und sie grundsätzlich für das gleiche Recht aller Ratzeburger einstehen.

Diäten oder sonstige Entschädigungen giebt es, wie § 4 uns belehrt, nicht. Die Versammlung der Vertreter wird alle sechs Jahre neu gewählt und soll in der Regel im Februar jedes Jahres zusammentreten. Den Vorsitz in der Versammlung führt regelmäßig ein großherzoglicher Beamter, in der Regel der Landvoigt selbst. Der Landtag darf nicht mitwirken bei der Gesetzgebung für den Norddeutschen Bund, Angelegenheiten des ganzen Großherzogthums und bei kirchlichen Angelegenheiten. Seine Zustimmung ist erforderlich bei Abänderung der bestehenden oder Auflegung neuer Auflagen, wenn diese nicht etwa für das ganze Groß=

herzogthum erlassen werden. Man sieht, durch dieses „wenn“ verliert das schwache Zustimmungsrecht des Landtags noch die letzte Bedeutung. Endlich soll die Vertretung mitwirken dürfen beim Armenwesen, Bauwesen, Militärwesen, Schulwesen nach der äußeren Seite und beim Versicherungswesen. Bei anderen Gegenständen kann nach § 8 die Regierung das „Erachten“ der Landesvertretung einholen, wenn es ihr paßt, ohne daß sie sich darum zu kümmern braucht.

Wir hatten weiter oben berührt, daß die Ueberschüsse des Landes sowie der Erträge sämmtlicher Steuern bisher nach Strelitz geflossen waren. Auch diese sogenannte Verfassung ändert daran nichts Wesentliches. Zunächst hat die Vertretung gar kein Recht, zu irgend einer Steuersache eigene Anträge zu stellen, sie kann also gar nicht die Aufhebung irgend einer unrechtmäßigen Einrichtung, wie z. B. die der Militärsteuer, durchsetzen oder auch nur anbahnen. Das Interessanteste aber ist, daß auch diese sogenannte Verfassung den Ratzeburgern *keine Einsicht in die finanziellen Verhältnisse* gestattet. Alles was bisher erhoben wurde, wird weiter erhoben und wandert nach Strelitz. Nur bei der Militär- und Chausseesteuer macht die Regierung eine Ausnahme, sie stellt ³/₄ dessen, was diese Hebungen jährlich bringen, als Landesfonds zur Verfügung der Vertretung. Gleichzeitig aber wälzt sie sich einen Theil der bisher von ihr getragenen geringen Lasten ab und bestimmt, daß diese von jetzt ab aus dem Landesfonds zu decken seien.

Sehen wir uns dies Verfahren näher an. Zum Landesfonds giebt die Regierung jährlich 27 600 Mark, d. h. ³/₄ des Ertrages der Militär- und Chausseesteuer. Von dieser Summe sollte nun die Landesvertretung im Jahre 1870 verwenden 18 600 Mark für den Unterhalt der Chausseen, 1800 Mark zum Abtrag und zur Verzinsung der Chausseebauschuld, 2100 Mark als Zuschuß zu den Schullehrergehältern und den Rest von 15 000 Mark als Zuschuß für einen Krankenhausbau, für den der Fürst die einmalige Rate von 30 000 Mark ausgeworfen hat.

Wie Kindler ausführt, war der Neubau eines Krankenhauses nöthig, denn in dem alten Krankenhause des Landes konnten Gesunde krank werden, aber wenn der Fürst jährlich 450 000 Mark aus den Ueberschüssen erhält, wenn das Dom-Aerarium 450 000 Mark Vermögen besitzt, warum bauen diese beiden nicht das Krankenhaus und lassen dem Landesfonds das Geld für andere Zwecke?

Andere Zwecke zeigen sich genug. Nirgendswo ist die Lage der Schulen so traurig wie hier. Ein großer Theil der 50 Landschullehrer konnte 1870, wenn er Wohnung, Dienstland und Nebeneinkünfte hoch anschlug, sein Einkommen auf nicht mehr als 300 Mark beziffern. Im ganzen Lande herrscht Wohnungsnoth und da veraltete Gesetze den Hauseignern jede Lust nehmen, Miether aufzunehmen, so sind die zahlreichen Obdachlosen zur Auswanderung genöthigt. Die Bevölkerung verringerte sich daher von 1880 bis 1885 um mehr als 500 Köpfe. Einrichtungen zur Aufnahme dieser Obdachlosen sind es, für die die Ratzeburger den Landesfonds gern verwendet sähen, bessere Besoldung der Schullehrer ist es, die sie damit ins Werk setzen möchten, wenn sie könnten wie sie wollten. Daß sie dies aber nicht können, daran trägt die „Verfassung“ die Schuld.

Die „Verfassung“ bestimmt weiter, daß die Vertretung, auch wenn der Landesfonds nicht reicht, zum Nutzen des Landes unter Vorbehalt höherer Genehmigung Ausgaben bewilligen darf. Zur Deckung dieser Ausgaben wird aber nichts von den 450 000 Mark gegeben, sondern *neue Steuern* dürfen allein das Mittel sein, das Land glücklicher zu machen. Dann wird der Vertretung noch gestattet, nach Art der Handels- und Gewerbekammern über Förderung von

Ackerbau, Handel und Gewerbe zu berathen und Anträge zu stellen. Zum Schluß wird für die Entscheidung von Verfassungsstreitigkeiten zwischen der Regierung und der Vertretung das höchste Gericht in Mecklenburg für kompetent erklärt, damit in Zukunft der Bundesrath nicht mehr mitreden kann.

Wie unsere Leser sehen, ist dieses jüngste Kind im Reigen der deutschen Verfassungen durchaus nicht geeignet, den Glauben an den Beruf der mecklenburgischen Regierung für volksthümliche Gesetze zu erhöhen. Wir kommen nun dazu, die Schicksale dieser „Verfassung“ zu verfolgen.

IV.

Obgleich die Verfassung die Einberufung der Landesvertretung jedesmal für Februar bestimmt, wurde im ersten Jahre eine Ausnahme gemacht. Der Landtag wurde auf den 10. Juni 1870 einberufen. In dem Berufungsschreiben wurden die Vertreter zugleich angewiesen, ihr eventuelles Nichterscheinen vorher anzuzeigen. Hierauf sandten acht von den neun Vertretern der Bauern und die zwei Vertreter der Bürger ein Schreiben an den Landvoigt, in dem sie ihr Nichterscheinen anzeigten und erklärten:

1. Die Verordnung vom 6. November 1869 gebe überhaupt keine Landesvertretung, wie sie im Bundesrath zugesichert sei.
2. Besondere Fehler seien die Begünstigung der Domanialpächter und der Pastoren, sowie der Ausschluß aller Nichthauswirthe vom Wahlrecht, d. h. die Rechtlosmachung von 3/4 der Bevölkerung.
3. Eine wirkliche Verfassung müßte gewähren:
   a) volles Gesetzgebungsrecht für das Fürstenthum in Erlaß neuer und Aufhebung alter Gesetze und Verordnungen.
   b) Das Recht, vollständige Rechnungslegung zu fordern, das Recht, alle Einnahmen und Ausgaben zu bestimmen, sowie das Recht, ungesetzliche Einnahmen zu beseitigen.
   c) Das Recht der Beschwerde über die sämmtlichen Theile der Verwaltung.
4. So lange diese Punkte nicht in der Landesverfassung festgelegt wären, könnten die Unterzeichner nicht in der einberufenen Versammlung mitwirken.

Zu der Versammlung der Landesvertretung erschienen thatsächlich nur zwei Pastoren, zwei Domanialpächter und das Schönberger Magistratsmitglied, zusammen fünf Personen. Diese gingen unverrichteter Dinge wieder nach Hause, da nach § 6 der „Verfassung“ zur Beschlußfähigkeit die Hälfte der Mitglieder anwesend sein muß.

Wähler und Deputirte wandten sich beschwerdeführend an den Bundesrath und dieser erwiderte mit Zurückweisung der Petitionen, daß eine Verfassungsstreitigkeit im Sinne des Art. 76 der Bundesverfassung nicht vorliege, denn der Vertreter von Strelitz habe erklärt, die Regiernng werde von ihren Rechten, d. h. von dem Vorbehalt keinen Gebrauch machen, und die Verfassung sei giltig.

Kindler bemerkt hierzu: „Hiernach bleibt es unverständlich, wie der hohe Bundesrath jetzt die Anwendbarkeit des Artikels 76 der Reichsverfassung leugnen will, da doch nur die Anwendung desselben Artikels ihn zu seinem Beschlusse vom 28. Oktober 1867 geführt hat.“ Er sagt weiterhin: „Bei solchen Widersprüchen konnte um so mehr erwartet werden, daß der Bundesrath nicht unterlassen hätte, dem Reichstage die Sache vorzulegen, da demselben die Mitwirkung zur Erledigung von Verfassungsstreitigkeiten laut des mehrerwähnten § 76 zukommt. Und nun gar müssen die Hauptbetheiligten, nämlich die Bevölkerung des Fürstenthums Ratzeburg, es sich ruhig gefallen lassen, was über sie verhängt wird,

gleichviel ob dies nach allgemeinem deutschen Sprachgebrauch eine wirkliche Landesvertretung und Landesverfassung ist oder nicht einmal den Namen davon verdient? Dann wären wir ja wieder glücklich beim alten Bundestag, bei dessen Auslegung des Artikel 13 der Bundesakte und bei dessen steter Unfähigkeitserklärung, für das Recht des deutschen Volkes einzutreten, angekommen."

Im November 1870 wandte sich Kindler nunmehr wieder an den Reichstag, den die Angelegenheit früher bereits mehrfach beschäftigt hatte, und erreichte nur, daß die Petitionskommission den Uebergang zur Tagesordnung empfahl. Spätere Petitionen hatten auch keinen Erfolg und so blieb alles beim Alten.

Die Ratzeburger aber haben darum den Muth nicht sinken lassen. In jedem Jahr wird die Landesvertretung einberufen und in jedem Jahr bleibt sie in Folge des passiven Widerstandes beschlußunfähig. Das Ergebniß hiervon ist, daß wie die Ratzeburger sich tröstend sagen: es wenigstens nicht schlimmer werden kann. Im Uebrigen aber hat dieser Verfassungsstreit so sehr zur Aufklärung der Bevölkerung beigetragen, daß bereits im Februar 1890 die Sozialdemokratie im Fürstenthum Ratzeburg die meisten und die konservative Partei die wenigsten Stimmen erhielt.

Was wir in den vorstehenden Zeilen schilderten, ist allerdings nur ein Sturm im Glase Wasser, aber es ist doch überaus lehrreich darin, daß es zeigt, welche Berücksichtigung Volksrechte im vielgerühmten neuen Reich finden. Wo in Deutschland noch Reste des Feudalismus bestehen, wird die Bourgeoisie zu ihrer Beseitigung immer nur dann den Hebel ansetzen, wenn sie hofft, etwas für das kapitalistische Wirthschaftssystem zu erringen. Für Ratzeburg glaubt sie zu solcher Hoffnung keinen Anlaß zu haben und darum bleibt alles beim Alten.

Die Rentengütergesetze in Preußen.

Von Dr. **Rudolf Meyer.***

I.

Am 9. Oktober 1807 erschien das bekannte Edikt, nach welchem am Martinitag 1810 alle Erbunterthänigkeit in Preußen aufhören sollte: „Nach diesem Tage giebt es nur freie Leute, bei denen aber, wie sich von selbst versteht, alle Verbindlichkeiten, die ihnen als freien Leuten vermöge des Besitzes eines Grundstückes oder vermöge eines besonderen Vertrages obliegen, in Kraft bleiben."

Das für die Gutsherren wichtigste Problem: durch wen jetzt nach Aufhebung des Zwangsgesindedienstes und nach der voraussichtlichen Aufhebung der Frohnden ihre Güter bearbeitet werden sollten, das heißt, wie an Stelle des Frohnarbeiters ein freier Arbeiter geschaffen werden könnte, war von ihnen selbst schon 1807 während der dem Edikt voraufgehenden Verhandlungen gelöst: sie wollten die Bauern so weit wie möglich legen und an Stelle der Bauern Büdner setzen, welche auf die Arbeit bei dem Gutsherrn angewiesen waren. An die Stelle des juristischen Zwanges sollte der ökonomische treten.

Das entsprach nicht den Absichten des Staates. Aus militärischen Gründen hatte sich der preußische Staat schon früher bis zu einem gewissen Grad der Bauern annehmen müssen, und seit Friedrich Wilhelm I. und Friedrich II. hinderten

---

* Auf Wunsch des Verfassers konstatiren wir, daß vorliegender Artikel schon im November vorigen Jahres in unserem Besitze war und nur wegen zu großen Stoffandranges erst jetzt zur Veröffentlichung gelangt. D. Red.

Verordnungen das Bauernlegen einigermaßen. Und das gegenwärtige Edikt hatte ja den Zweck, die Volkskraft zu stärken, nicht, sie noch mehr zu schwächen.

Andererseits freilich wollte man Alles vermeiden, was den Bestand der Rittergüter schädigte; denn der angesessene Adel war der bedeutendste und wichtigste Stand des Staates.

Man half sich durch ein Kompromiß. Der Bauernstand wurde getheilt in den spannfähigen, und den, der nur Handdienste geleistet hatte, und während man die erste Kategorie zu freien Eigenthümern machte, leitete man gleichzeitig den Prozeß ein, durch welchen die zweite zu freien Proletariern wurde. In den Jahren 1808—1816 wurden die alten friderizianischen Gesetze abgeschafft, und gleichzeitig 1811 und 1816 die Regulirungsgesetze erlassen, welche den seit Martini 1810 persönlich freien Bauern möglich machten, ihr bisheriges mit Diensten belastetes Eigenthum durch Abtreten von der Hälfte bis einem Drittel des Landes oder durch Geldzahlungen in freies Eigenthum zu verwandeln. Unter „Bauern“ werden aber (Deklaration von 1816, nach dem Befreiungskrieg!) nur die „spannfähigen Bauern“ verstanden. So bleiben die kleinen Bauern vollständig in die Willkür der Grundherren gestellt, die Spanndienste der Großen wurden abgelöst; durchaus nicht zum Nachtheil der Gutsherren, welche sich das Spannvieh jetzt selbst hielten. Thaer rechnet, daß ein Arbeitstag mit eigenem Gespann gleich drei Arbeitstagen mit frohndendem Gespann sei.

Durch die Ablösungen hat sich das gutsherrliche Areal vergrößert, und die alten Handfröhner reichen nunmehr nicht mehr aus; es müssen neue Arbeiter zugezogen werden. Dieselben erhalten eine Kathe mit etwas Land zur Nutznießung, aber nun nicht mehr, wie früher auf Lebenszeit, sondern nur für die Dauer des Arbeitskontrakts. Die Gutsherren befürchteten, daß sie durch eine spätere Weiterentwicklung der Gesetzgebung ihre Stelle sonst als Eigenthum erhalten könnten. Auch die alten lassitischen Handfröhner werden allmälig in derartige Insten verwandelt, sodaß, als im Jahre 1850 auch die spannlosen Lassiten für regulirbar erklärt wurden, hier nicht viel mehr zu reguliren war, das hatten die Gutsherren bereits besorgt. — Knapp, „Die Landarbeiter in Knechtschaft und Freiheit“, sagt: „Und die gefürchtete Reform trat im Jahre 1850 wirklich ein: alle, auch die kleinen, spannlosen Lassiten wurden da für regulirbar erklärt, sie konnten dienstfreie Eigenthümer werden. Die Maßregel war gut, kam aber ein wenig spät — denn in der Hauptsache waren sie inzwischen Insten geworden, und auf Insten bezog sich auch die Maßregel von 1850 nicht.“

Mit dieser rechtlichen Wandlung geht eine ökonomische Hand in Hand.

Der nicht spannfähige Lassit, der ökonomische Vorfahr des jetzigen Insten, hatte seine Kuh, sein Schwein, seinen Acker, sein Haus, und da trieb er noch seine eigene Landwirthschaft. Aber der Kapitalismus hat den besitzlosen Arbeiter, den Proletarier nöthig, der keinen ökonomischen Rückhalt hat und deshalb gänzlich abhängig vom Kapital ist, und der mit Leichtigkeit überallhin verschoben werden kann. Und macht schon der Umstand, daß er nur einen einjährigen Kontrakt hat, eine eigene Wirthschaft des Insten prekär, so verbietet sie ihm auch das Interesse des Grundbesitzers, der seinen Mann ganz und auf Gnade und Ungnade haben will.

Somit haben wir als Resultat der Stein-Hardenberg'schen Gesetzgebung die Expropriation des kleinen, nicht spannfähigen Bauern und sein Herabdrücken auf eine niedrigere, erst jetzt geschaffene Kategorie. Das antagonistische Interesse der beiden Klassen, das früher unter gemüthlicheren patriarchalischen Formen verborgen war, wurde durch diesen Eingriff in Rechte, die ebenso „wohlerworben“

waren, wie die Rechte der spannfähigen Bauern, unverhüllt und scharf zum Ausdruck gebracht, und man fühlt auf beiden Seiten, daß man sich feindlich gegenübersteht. Sehr bezeichnend für diesen neuen Zustand der Dinge ist ein Ausspruch eines sonst den Arbeitern so wohlwollend gegenüberstehenden Gutsbesitzers wie v. Thünen aus dem Jahre 1848: „Die Idee, den Tagelöhnern auf den Gütern ihre Wohnung eigenthümlich zu übergeben, ist ja wohl aufgegeben. Dies hieße zwischen zwei vielleicht feindselig gegeneinander gesinnten Personen, die in steter Berührung mit einander bleiben, eine unlösliche Ehe schließen.“

Die Entwicklung geht aber noch weiter, nachdem sich seit 1848 die Industrien auf den großen Gütern entwickeln. Jetzt möchte der Grundbesitzer das Land möglichst vollständig von den Menschen klären, hauptsächlich unverheirathetes Gesinde auf dem Hof halten und im Uebrigen nur Saisonarbeiter anwenden. Das geschieht, indem er den Leuten kein Obdach giebt. Reuter's „Kein Hüsung“ ist ein Bild aus jener Zeit. Er wälzt dadurch die Armen- und Lohnlasten von sich ab, und auf die bäuerlichen Gemeinden, von denen er seine Arbeiter bezieht, und hat im Lohn nur die Reproduktionskosten der Arbeitskraft des einzelnen Arbeiters zu bezahlen, nicht die Reproduktion der Arbeiterklasse. Ganz ebenso ist aus diesen Gründen die Sachsengängerei den Gütern des Westens vortheilhaft, weil sie die Arbeitskraft der Sachsengänger im Sommer haben, und der Osten die Armen- und Unterstützungslast.

Von Mecklenburg, wo dieser Prozeß schon früher vor sich gegangen war — dort wurde nur die Leibeigenschaft aufgehoben, dem Bauern aber sein Grundstück nicht als Eigenthum gegeben, auch dem spannfähigen nicht — schrieb schon E. M. Arndt: „Man sieht fast nichts als große Güter und Schlösser. Manches Kirchspiel hat nur noch ein halbes oder ganzes Dutzend adeliger Güter und oft kein einziges Dorf. Da stehen die Rittergüter mit fünf oder sechs Katen umher, wo die Tagelöhnerfamilien wohnen, welche häufig jedes Jahr in ein anderes Kirchspiel ziehen, so daß mancher Pfarrer keine andern bleibenden Beichtkinder hat, als den Besitzer oder Pächter der großen Güter.“ Und Freiherr v. Stein sagte: „Die Wohnung des mecklenburgischen Edelmannes, der seine Bauern legt, kommt mir vor, wie die Höhle eines Raubthieres, das alles um sich verödet und sich mit der Stille des Grabes umgiebt.“

Den Uebergang in Preußen schildert Meitzen, „Der Boden und die landwirthschaftlichen Verhältnisse des preußischen Staats“, Bd. III, 1872 sehr treffend mit wenigen Worten: „Die sich stark verbreitenden Arbeiterfamilien bilden ein neues Element in der Dorfgemeinde. Bis tief in unser Jahrhundert war in der Regel bei allen großen gutsherrlichen Wirthschaften innerhalb der von ihnen abhängigen Gemeinden durch die Pflicht zu Hand- und Spanndiensten für die nöthigen Arbeitskräfte so weit örtlich gesorgt, daß in jedem Dorfe neben dem üblich gehaltenen Gesinde und neben den Familienmitgliedern der angesessenen Wirthe eine sehr geringe Zahl eingemietheter Tagelöhner für das vorhandene, wenn auch steigende Bedürfniß genügte. Dies änderte sich einschneidender erst seit 1850. Das Reallasten-Ablösungsgesetz war mehr die nothwendige Form als die innere Ursache.... Die vom Tagelohn lebenden Arbeiter der Landwirthschaft vermehrten sich allein in den Jahren 1858 bis 1861 von 398 920 männlichen und 367 222 weiblichen Personen auf 574 937 männliche und 500 532 weibliche.“

Das Ziel der Gutsbesitzer war erreicht: sie hatten ein Ackerbauproletariat geschaffen.

Das geht so bis Ende der sechziger Jahre. Aber Ende der sechziger Jahre tritt nunmehr eine merkwürdige Erscheinung ein, die man gewiß nicht vorausgesehen hatte: die Grundbesitzer hatten sich die Leute zu gründlich vom Halse geschafft, es entsteht jetzt Arbeitermangel, die sogenannte ländliche Arbeiterfrage, das heißt die Frage, wie die Grundbesitzer Arbeiter bekommen können.

Der Werth des Grundstücks wird aus der Rente berechnet, er ist die kapitalisirte Rente. Unter allerhand Anderem geht in die Rente auch das Minus an Lohn ein, welches die Arbeiter unter dem für ihren Unterhalt und ihre Reproduktion als Klasse Nothwendigen erhalten; in Annoncen von Gutsverkäufen kann man den billigen Arbeitslohn oft neben dem guten Boden und der Lage an der Bahnstation aufgeführt sehen. Ist dieses kapitalisirte Minus bei der Uebernahme einmal berechnet, so kann der Besitzer natürlich nicht mehr, ohne sich zu ruiniren, höhere Löhne zahlen; das wäre ganz dasselbe, als ob man ihm ein Stück seines Bodens wegnehmen wollte. Da die Arbeiterklasse das zur Reproduktion nöthige nicht bekommt, so reproduzirt sie sich natürlich in solchen Gegenden nicht, und der Grundbesitzer hat nicht genug Arbeiter mehr. Wer irgend kann, wandert nach Amerika, die Uebrigen wenden sich den industriellen Bezirken zu. Ueberhaupt haben Latifundien erfahrungsgemäß nie ihre Arbeiter reproduziren können. So war es schon im alten Rom, wo der Latifundienbetrieb unrentabel wurde, als nicht mehr die Kriege und die kilikischen Seeräuber die billigen Sklaven lieferten und die Sklaven gezüchtet werden mußten, und so ist es heute in unserem Osten.*

So macht sich denn nothwendig eine rückläufige Bewegung geltend: mit dem freien Arbeiter geht es nicht mehr; man muß ihn wieder binden, ihm ein Stück Land geben,** etwa von einem Hektar, von dem er einen Theil seines Unterhaltes bestreitet, das ihm aber nicht so viel liefert, daß er ganz davon existiren kann; so ist er gezwungen, bei dem Gutsbesitzer zu arbeiten; sein Lohn braucht aber nicht seinen ganzen Lebensunterhalt zu bestreiten, sondern nur einen Theil, das Supplement zu dem, was ihm seine Stelle liefert. Das ist „der grundbesitzende Arbeiter mit Heimathsliebe und Opferwilligkeit" (Bericht der vom mecklenburgischen patriotischen Verein ernannten Kommission zur Berathung über die Verhältnisse der ländlichen Arbeiterklassen &c., Schwerin 1873, S. 77).

Das erste Anzeichen der rückläufigen Bewegung finden wir schon in einem Gesetz von 1845. Nach Meitzen a. a. O. I, 422 gestattete dasselbe „sogar die neue Begründung unablöslicher Reallasten, indem es erklärte, daß die nach den bisherigen Vorschriften den Besitzern von Erbpachts-, Zins- oder Erbzinsgütern zustehende Befugniß, die auf diesen Grundstücken ruhenden festen Geld- oder Getreideabgaben durch Kapital abzulösen, fortan durch Vertrag ausgeschlossen und beschränkt werden könne, und daß diese Bestimmung sowohl auf schon bestehende Abgaben dieser Art, als auf solche Anwendung finde, welche künftig

---

* Ein Agrarier klagt 1872 in einer Broschüre „Ein Wort zur Landwirthschaftspolitik": „Die Emigration, die ruinirt uns, und materiell vermögen wir es nicht, amerikanische Bedingungen zu gewähren. Das milde deutsche Herz ist das Einzige, was, abgesehen von gesetzlicher Hilfe (nämlich Auswanderungsverbote), den harten Geldstücken der eisigen Yankees noch einigermaßen die Waage halten kann."

** Sombart 1886 in der Generalversammlung des „Vereins für Sozialpolitik": „Wenn wir 1811, wo man die Bauern emanzipirte, auch Tagelöhner- und Gärtnerstellen ihren Bewohnern zu eigen gegeben hätte, so hätten wir einen besitzenden Arbeiterstand." Damit vergleiche man den Ausspruch von v. Thünen von 1848. Sombart und Thünen sind beide Praktiker.

bedungen werden." Hier handelte es sich wohl hauptsächlich darum, entlegenere Stücke, deren Bebauung durch den Besitzer selbst wegen der Entfernung unrentabel war, zu fruktifiziren. Man sieht aber: das ist im Wesentlichen unser gegenwärtiges Rentengütergesetz. Das Gesetz wurde 1848 wieder mit fortgefegt. Gleichfalls erfolglos blieb in Mecklenburg eine Verordnung von 1868, wonach jeder Besitzer zwei Prozent seines Gutsareals zu Erbzinsstellen weggeben konnte; die noch gültige Hypothekenordnung von 1848 erlaubt dort sogar die Auflegung von Diensten auf Grundstücke. Das „milde deutsche Herz" hindert die Leute jedoch nicht, diesem Glück auszuweichen, und mit dem Gelde, für das sie sich in Mecklenburg in die Leibeigenschaft kaufen würden, sich in Amerika einen freien Besitz zu gründen.

Ein Vorschlag von Rodbertus vom Anfang der siebziger Jahre geht in ähnlicher Richtung: „Die Freiheit des Grundeigenthums ist noch weiter dahin auszudehnen, daß den Grundbesitzern wieder gestattet wird, freieigenthümliche Hofstellen anzusetzen, deren Käufer die Verpflichtung übernehmen, davon eine bestimmte Anzahl von Arbeitstagen an ein bestimmtes Gut durch beliebige Dienstboten zu leisten. Nur so werden große Güter, und namentlich die norddeutschen Latifundien nutzbarer gemacht und wird der Strom der uns so nachtheiligen Auswanderung gehemmt. Andererseits greift jeder Dienstbotenkontrakt, der Jahre lang die Dienste von einer bestimmten Person stipulirt, mehr in die persönliche Freiheit ein, als solche Verpflichtung thun würde."

Von der „Berliner Konferenz ländlicher Arbeitgeber" 1872 wurde mit allen gegen zwei Stimmen ein von mir und Schumacher eingebrachter Antrag angenommen, wonach die Ministerien von Preußen und Mecklenburg ersucht werden, „Schritte zu thun, welche den ländlichen Arbeitern die Erwerbung eines kleinen Grundeigenthums ermöglichen und thunlichst erleichtern. Hierzu gehört . . . eine neue Ordnung der Hypothekengesetzgebung, welche den Erwerb kleinen Grundeigenthums auch weniger bemittelten Personen in der Weise gestattet, daß an Stelle der üblichen Kapitalschuld die Eintragung der Restkaufgelder für Grund und Boden nebst Baulichkeiten in Form von Renten und Leistungen erfolgen darf." Von denselben Antragstellern erging dann auch ein gleichfalls angenommener Antrag auf einen Normalarbeitstag für die ländlichen Arbeiter.

Hervorzuheben ist, daß damals die Grundrente noch allgemein im Steigen begriffen war und man nicht ahnen konnte, daß sie so bald eine entgegengesetzte Bewegung nehmen würde. Bei steigender Rente mußte aber der Rentengütler schließlich gänzlich freier Besitzer werden, die Maßregel war damals also sehr human. Bei fallender Grundrente, und wenn der Rentengutskäufer beim Ankauf außerdem noch übers Ohr gehauen wird, geräth er natürlich immer mehr in die Abhängigkeit hinein.

Ganz bewußt und unverhüllt vertritt Meitzen in dem bereits zitirten Werk von 1872 das Großgrundbesitzer-Interesse in der Frage, und bei ihm haben wir bereits alle wesentlichen Punkte, die uns bei dem Rentengütergesetz aufstoßen werden: nicht eine Maßregel zur sozialen Hebung eines großen Theils unserer Bevölkerung, sondern ein Mittel, billige und tüchtige Arbeitskräfte für den Grundbesitzer zu verschaffen. Er sagt: „Unzweifelhaft das wünschenswertheste Arbeiterverhältniß bleibt das eines auf Tagelohn angewiesenen angesessenen Wirthes. Man wirft zwar ein, daß er in der Zeit der drängendsten Arbeit auf seinem eigenen Felde beschäftigt sei; dies ist aber bei einem zweckmäßigen Größenverhältniß der Stellen nicht in ausgedehntem Maße der Fall und

kommt jedenfalls den großen wirthschaftlichen Vortheilen gegenüber nicht in Betracht, welche die Angesessenheit des Arbeiters bietet. Es giebt keinen billigeren, besonneneren und willigeren, auch keinen durch eigene Erfahrung besser ausgerüsteten ländlichen Arbeiter. Er ist am Orte gebunden und auf seine Nachbarn angewiesen, hat an seinem Besitz eine Beihilfe und an seinem Heimwesen einen Halt für seine Sittlichkeit und seine hausväterliche Pflichterfüllung; er dient, aber er ist ein Mann in der Gemeinde und setzt nicht gern deren Achtung aufs Spiel. Zugleich hat es jeder größere Besitzer in der Hand, dem steigenden Bedürfniß und der mangelnden Konkurrenz durch Ansetzung einiger neuer Wirthschaften abzuhelfen."

Freilich, nichts auf Erden ist vollkommen, und so muß denn Meitzen gestehen, daß „mit der allzugroßen Häufung solcher kleinen Wirthe wegen ihrer Unbeweglichkeit fast mehr schlimme Unzuträglichkeiten entstehen, als mit der der losen Tagelöhner." Allein, wenn man keine losen Tagelöhner bekommen kann, dann bleibt eben nichts weiter übrig, als dieses sonst „wünschenswertheste Arbeiterverhältniß".

Neben der Entwicklung der „ländlichen Arbeiterfrage" läuft noch eine zweite Entwicklung, welche schließlich in demselben praktischen Versuche mündet: die Vernichtung des ländlichen Mittelstandes, des alten Rittergutsbesitzerstandes, welcher sich neben dem Latifundium nicht mehr halten kann. Namentlich seit Mitte der achtziger Jahre, wo trotz der Kornzölle die Grundrente immer mehr sinkt, ist seine Lage vielfach unhaltbar geworden. Der Bauer übersteht eine solche Krise viel besser, desto besser, je kleiner seine Stelle ist: er schränkt sich eben ein; der Rittergutsbesitzer dagegen muß seine Löhne weiterbezahlen. So beträgt nach einer in 42 typischen Amtsdistrikten aufgenommenen Statistik in der preußischen Monarchie mit Ausnahme der Rheinprovinz, die Verschuldung des Großgrundbesitzes das 28fache, die der Bauern und Kossäthen nur das 18fache des Grundsteuerreinertrages. Den Latifundien schadet die Krise auch nicht, den großen Kapitalien dienen alle Dinge zum Besten. Der Stand der eigentlichen Rittergutsbesitzer ist im Aussterben begriffen, und es handelt sich für die Einzelnen lediglich um die Frage, wie dieser Tod vor sich gehen soll.

Nun ist es eine erfahrungsgemäße Thatsache, daß der kleine Wirth mehr für ein Gut zahlt, wie der große. Nach einer Statistik der preußischen Regierung aus der Mitte der achtziger Jahre betrug der Preis des Großgrundbesitzes das 52fache des Grundsteuerreinertrages, der Bauerngüter das 65fache und der Kossäthenwirthschaften das 78fache. Das ist das Verhältniß 4 : 5 : 6. Der Grund ist sehr einfach: der kleinere Mann lebt billiger und faßt Alles, was er über den nothdürftigsten Lebensunterhalt von seinem Gut erhält, als Rente auf, die dann kapitalisirt den Preis des Gutes ausmacht. Es ist nicht etwa pro Hektar ein höherer Ertrag, den er herauswirthschaftet. Der Ertrag pro Hektar ist auf dem Großgrundbesitz höher, als auf dem kleinen; es ist seine Entbehrung, welche, kapitalisirt, den Preis steigert. Hier erzeugt wirklich Entbehrung das Kapital. Sombart sagt: „Die wirthschaftliche Frage will ich deswegen betonen, weil hier gerade noch Kontroversen herrschen, weil man glaubt, der Großgrundbesitzer sei geeigneter, sei qualifizirter, mehr und besser zu produziren, als der kleine Wirth. Meine Herren, ich gebe das in absoluten Zahlen zu; das beweisen die jährlichen Erntetabellen, die beispielsweise im Herbst, wo sie von den landwirthschaftlichen Vereinen, vorzugsweise von den Großgrundbesitzern aufgestellt werden, eine größere Produktion pro Hektar zeigen, als im Frühjahr, wenn die gesammte Ernte auch der kleinen Grundbesitzer

hinzutritt; ferner ist in den Provinzen, wo der Großgrundbesitz vorherrscht, gegenüber denjenigen, wo das Umgekehrte der Fall ist, eben stets pro Hektar mehr produzirt worden: aber auf der andern Seite läßt sich doch nicht verkennen, daß durch Sparsamkeit, geringere Ansprüche an das Leben der kleine Grundbesitzer mindestens ebenso prästationsfähig, in Zeiten der Krisis vielleicht noch leistungsfähiger ist und auch bleiben wird, als der Großgrundbesitz."

Wenn also der Rittergutsbesitzer einmal gezwungen ist, zu verkaufen, so ist es vortheilhafter für ihn, wenn das Gut zerschlagen und an Bauern und Kossäthen verkauft wird, als an den Latifundienbesitzer! — Man sieht, daß das Gesetz der Kapitalskonzentration hier anders wirkt, als in der Industrie! Der Grund ist, daß in der landwirthschaftlichen Produktion nicht, wie in der industriellen, alles Produkt Waare wird, sondern ein großer Theil dem unmittelbaren Konsum des Produzenten dient.

Daß man auf die Idee der Rentengüter auch für diesen Fall kommen mußte, ist klar: man ermöglichte dadurch selbst dem Tagelöhner und Gärtner den Erwerb, da er ja nur eine geringe Summe anzuzahlen braucht, erweiterte also den Markt für die Waare Grundbesitz. Außerdem aber ist durch den Rentenkontrakt die Möglichkeit gegeben, dem Käufer das Gut noch viel theurer anzuhängen, als er sonst fortgekommen wäre, da sich der ungebildete Käufer selten genau berechnet, wie theuer ihm denn das Gut eigentlich kommt, sondern sich durch die niedrige Anzahlung und die kleinen Rentenzahlen verblenden läßt. Es ist dieselbe psychologische Thatsache auf Seiten des Käufers, die wir bei den Abzahlungsgeschäften beobachten können.

Man sieht: es sind zwei Momente in dem Prinzip des Rentenguts auseinander zu halten: die Möglichkeit für den Großgrundbesitzer, sich billige Arbeiter zu verschaffen; und die Möglichkeit für den untergehenden mittleren Grundbesitzer, gut zu verkaufen.

Ueber die Konsequenzen soll man sich keinen Täuschungen hingeben: es handelt sich um eine neue Leibeigenschaft, und zwar um eine Leibeigenschaft der schlimmsten Art. Das können alle die sentimentalen und patriotischen Phrasen nicht verdecken. Sombart in dem bereits zitirten Verhandlungsbericht des „Vereins für Sozialpolitik" von 1886 sagt zwar: „es ist ja eigentlich die Erbpacht, nur daß kein Obereigenthum hergestellt wird: damit sind wir alle einverstanden, daß dies ein überwundener Standpunkt sein muß." Aber was ist es denn anders, als Obereigenthum, wenn in dem Kontrakt — wir werden das Gesetz noch näher betrachten — bestimmt werden kann, daß der Rentengutsbesitzer nur an eine dem Rentenberechtigten genehme Person verkaufen darf? Und daß der Besitzer, wenn er eine solche Person nicht findet, auf dem Gut bleiben muß, soll er nicht sein ausgezahltes Geld verlieren, was ist das anders, als die glebae adscriptio? Höchstens mit dem Unterschied, daß der alte Adskriptiarier nur rechtlich gebunden war, also ausreißen konnte, der moderne aber ökonomisch, also auch nicht einmal das Mittel der Flucht hat, wenn er nicht sein kleines Vermögen verlieren will. Ferner, der Besitzer einer kleinen Stelle, die zu der ersten Kategorie zählt, welche das Gesetz schaffen soll, ist gezwungen, bei dem Großgrundbesitzer zu arbeiten, da ihn seine Stelle nicht ernähren kann. Natürlich hat er keine Wahl, er muß immer bei dem Einen bleiben, denn er kann nicht stundenweit auf Arbeit zu einem andern Gutsbesitzer wandern. Wie Meitzen es so schön darlegt, hat der Grundbesitzer es in der Hand, durch Ansetzung neuer Wirthschaften eine genügende Konkurrenz zu schaffen; er muß also für einen niedrigen Lohn schaffen. Was ist der Unterschied von den alten Frohnden? Doch nur der, daß der Gutsbesitzer etwas Geld

zahlt. Nun, auch die alten Frohndner erhielten meistens von der Herrschaft eine Kleinigkeit, wenn auch in natura. Der wesentliche Unterschied ist nur der, daß der alte Frohndner seine Arbeit bequem und nachlässig trieb, der moderne sich bis aufs Aeußerste anstrengen muß, denn bei Jenem trieb nur die Peitsche, bei Diesem treibt die Noth. Und was die zweite Kategorie betrifft: Es liegt in der Natur der Sache, daß die Käufer oft einen leoninischen Vertrag eingehen. Wir werden später an wirklichen Kontrakten den Beweis führen, daß die Sache thatsächlich sich so verhält. Der Käufer kauft nicht bloß das Gut; in dem Mehr, was er über die kapitalisirte eigentliche Rente zu verzinsen sich verpflichtet, überliefert er dem Verkäufer ohne Gegenleistung einen Theil seiner Arbeitskraft als Eigenthum, und in dem Mehr, was er über die eigentliche Rente bezahlt, verzinst er ihm dieses Eigenthum. Seine Persönlichkeit ist nicht dem Rentengutsempfänger eigen, aber ein Theil seiner Arbeitskraft.

Die ganze Prozedur hat eine überraschende Aehnlichkeit mit der Umwandlung der römischen Sklavenwirthschaft in die Kolonenwirthschaft. Aus dem Kolonen war mehr Werth herauszuholen, wie aus dem Sklaven; ebenso ist es bei dem Rentengütler und dem freien Arbeiter. Dient beim freien Arbeiter als Hebel, den Mehrwerth aus ihm herauszuziehen, die Besitzlosigkeit, so dient beim Rentengütler der Besitz als Hebel, noch mehr Mehrwerth aus ihm herauszubekommen. Der alte Frohnpflichtige ist nicht Herr seiner Arbeitskraft; deshalb ist seine Arbeit nicht produktiv genug, denn er hat ja kein Interesse daran, daß sie produktiv sei. Der freie Arbeiter ist Herr seiner Arbeitskraft, und deshalb ist sie produktiver; denn sonst kann er sie nicht verkaufen, und von ihrem Verkauf muß er ja leben. Aber durch die Konkurrenz Amerikas und der Industriedistrikte mit höheren Arbeitslöhnen wird der Grundbesitzer gezwungen, ihm höhere Löhne zu zahlen, wenn er ihn fesseln will. Der neue Leibeigene, der Rentengütler, vereinigt beide Vorzüge und vermeidet die Nachtheile: seine Arbeitskraft gehört dem Verkäufer, dem er sie verpfändet hat, und er ist an die Scholle gebunden; und sie ist noch produktiver, als die des freien Arbeiters, weil sie erstens durch den drohenden Hunger angestachelt wird — wenn es bloß eine Arbeiterstelle ist; oder durch den drohenden Verlust des angezahlten Kapitals, im Fall einer größeren Stelle; zweitens aber ja nicht bloß durch den Lohn allein reproduzirt zu werden braucht, sondern einen Theil ihrer Reproduktionskosten durch die Arbeit auf der eigenen Stelle bestreitet. Und wir werden ja wohl die Tage jener alten Frohnden wieder erleben, wo der Frohndner sechs Tage bei dem Gutsherrn arbeitete, und am Sonntag und in den mondhellen Nächten bei sich auf seinem eigenen Stück. Wenn etwas den Menschen zu größeren Anstrengungen treiben kann, wie der Hunger, so ist es, namentlich bei unserer landhungrigen Landbevölkerung, das Phantom des Besitzes. In der Rente zahlt der Bethörte im Falle zu theuren Ankaufs ein gut Stück Geld mit, das er sonst als Arbeitslohn bekommen hätte.

Und das hat noch weitere Folgen für die allgemeine Volkswirthschaft.

Dieser Rentengütler, der vielleicht alles abgeben muß, außer dem nothdürftigsten Lebensunterhalt, ist natürlich kein Konsument für Industrieartikel. Die Bedürfnißlosigkeit und Bescheidenheit dieses Mannes wird mit Rührung anerkannt; und gewiß ist diese „verdammte Bedürfnißlosigkeit" eine wirkliche Tugend; sie ist sehr altruistisch, denn sie nützt andern, den Verkäufern. Aber wenn nun wieder eine solche verkrüppelte, verelendete Klasse geschaffen wird, wo soll dann der innere Markt für unsere Industriewaaren herkommen? Je mehr der auswärtige abgeschnitten wird, desto wichtiger wird er; und wenn er verengert wird,

so ist die nothwendige Folge ein Rückgang der Industriebevölkerung, und die Folge davon natürlich wieder ein Rückgang der agrikolen Bevölkerung, welche jene ernährt hat. Dann giebt es aber weniger Soldaten — vielleicht ist das ein Grund, der Eindruck macht.

Auf die Dauer werden aber auch die Verkäufer, die jetzigen Rittergutsbesitzer, nichts von der Sache haben. Die Abschiedsgabe, die der Staat ihnen reichen will, wird oft dem Güterschlächter und Kapitalisten zu gute kommen. Sie fühlen das übrigens selbst. v. Riepenhausen sagte bei der Berathung der „Steuer- und Wirthschaftsreformer“ — welchen schönen Namen sich die Agrarier beigelegt haben — am 26. Februar 1890: „Das Gesetz bietet die Möglichkeit, auf die Dauer den Bauer zu einem Zinsknecht des Kapitals zu machen. . . . Bieten sie nun durch das Rentengut, in der Form, wie es die Regierung eingebracht hat, die Möglichkeit für den Kapitalisten, eine sichere Geldanlage mehr zu schaffen, so fürchte ich, wird nach Eintritt der Katastrophe, nach dem Massenverkauf der Rittergüter, wie wir ihn schon einmal in Preußen in diesem Jahrhundert zu beklagen gehabt haben, das Großkapital in Form von Aktiengesellschaften vielfach an die Stelle der Rittergutsbesitzer treten, um seinerseits Rentengüter einzurichten. . . . Das Gesetz bietet die Hand, auf die Dauer den Bauern von dem Kapitalisten abhängig zu machen, und das ist meiner Ansicht nach unrichtig.“ — Dem Bauern ist es natürlich ganz gleichgiltig, ob sein Ausbeuter sich Cohn oder Itzig nennt oder von X und von Y. — Der alte Lichtenberg stellte einmal die Aufgabe, eine Salbe zu erfinden, mit der man die Bauern einschmierte, sodaß man sie im Juni scheeren könnte. Das Rentengütergesetz ist die letzte Schur, welche die Rittergutsbesitzer vornehmen. Nach ihnen kommen andere Scheerer.

(Fortsetzung folgt.)

Werth und Preis.

Eine Antwort an Herrn Hugo Landé von **Conrad Schmidt.**

(Schluß.)

— — Ohne auf eine Erwiderung der kleineren, mehr beiläufig gegen mich erhobenen Einwürfe Landé's einzugehen, will ich hier zum Schlusse versuchen, den Grundgedanken meines in der „Neuen Zeit“ veröffentlichten Aufsatzes noch einmal — und zwar in modifizirter und, wie ich hoffe, klarerer Form — darzulegen. Es ist das gleichzeitig eine Antwort auf den Landé'schen Vorwurf, daß meine Auffassung das Werthgesetz „innerlich zur Bedeutungslosigkeit, zur einfachen Dekoration degradirt.“

An der bereits in jenem Aufsatze zitirten Stelle sagt Marx u. A.: „Die Werthgröße der Waare drückt ein nothwendiges, ihrem Bildungsprozeß immanentes Verhältniß zur gesellschaftlichen Arbeitszeit aus. Mit der Verwandlung der Werthgröße in Preis erscheint dies nothwendige Verhältniß als Austauschverhältniß einer Waare mit der außer ihr existirenden Geldwaare. In diesem Verhältniß kann sich aber ebensowohl die Werthgröße der Waare ausdrücken, als das Mehr oder Minder, worin sie unter gegebenen Umständen veräußerlich ist. Die Möglichkeit quantitativer Inkongruenz zwischen Preis und Werthgröße, oder der Abweichung des Preises von der Werthgröße liegt also in der Preisform selbst.“

Es folgt daraus, daß wenn durch ihre Preisnormirung eine Waare einem bestimmten Geldquantum auf dem Markte gleichgesetzt wird, diese Gleichung, wenn man Waare wie Geldquantum in bloße Quanten abstrakt menschlicher Arbeitszeit,

in Werthe, auflöst, als irrational erscheint. Denn thatsächlich fallen die Marktpreise (nach Marx auch die Durchschnittspreise) mit den Werthen nicht zusammen, das in den Waaren und das in dem dafür gezahlten Geldpreis enthaltene Arbeitsquantum weichen von einander ab. Es ist mithin nicht:

Werth der Waare = Werth ihres Geldpreises, oder kurz = Preis, sondern:

Werth der Waare . $\frac{1}{x}$ = Preis.

$\frac{1}{x}$ giebt hier den Bruch an, mit welchem ich den Waarenwerth zu multipliziren hätte, wenn er dem dafür gezahlten Preise wirklich gleichwerthig sein soll. Da nun je nach der Marktkonjunktur die Preise bald über die Werthgröße der Waaren hinaus steigen, bald unter sie herabgehen können, ist $\frac{1}{x}$ (von den Durchschnittspreisen wird hier noch abgesehen) eine durchaus schwankende, für die verschiedenen Waaren sich jeweilig verschieden stellende Größe. Es fragt sich, ob *auf Grund des Werthgesetzes* eine Möglichkeit besteht, die Faktoren, durch welche die Größe von $\frac{1}{x}$ bestimmt wird, zu erfassen?

Hat Marx recht, drückt sich im Preise neben der Werthgröße der Waare nur noch „das Mehr oder Minder, worin sie unter gegebenen Umständen veräußerlich ist," aus, so muß offenbar $\frac{1}{x}$ diesem „Mehr oder Minder," der jeweiligen Austauschbarkeit der Waare entsprechen; $\frac{1}{x}$ würde dann immer den *Grad ihrer jeweiligen Austauschbarkeit* angeben. Nur scheint es auf den ersten Blick widersinnig, eine Eigenschaft, wie die größere oder geringere Austauschbarkeit der Waare, exakt messen und durch einen Bruch ausdrücken zu wollen. Die Möglichkeit einer solchen Messung bietet indeß das Werthgesetz, Nachfrage und Angebot lassen sich auf Grund desselben als bloße Quanten abstrakt menschlicher Arbeitszeit, die Nachfrage in Geld-, das Angebot in Waarenform verkörpert, darstellen (vergl. die betreffenden Ausführungen meines Aufsatzes „Neue Zeit," S. 115 und 116). Die Austauschbarkeit einer Waare, „das Mehr oder Minder, worin sie unter den gegebenen Umständen veräußerlich ist," wird aber, schon die Vulgärökonomie weiß das, durch das Verhältniß von Nachfrage und Angebot bedingt. Was sie nicht weiß und kennt, ist das Werthgesetz und die durch dasselbe gegebene Möglichkeit, Nachfrage wie Angebot in *kommensurable* Größen aufzulösen. Das Verhältniß zweier kommensurabeln Größen wird aber durch einen Bruch angegeben, und ich behaupte, daß dieser Bruch, welcher die jeweilige Proportion von Nachfrage und Angebot für eine Waarenart ausdrückt, gleichzeitig „das Mehr oder Minder," worin Waarenexemplare einer Gattung „unter den gegebenen Umständen veräußerlich" sind, mit einem Wort, die jeweilige „Austauschbarkeit" solcher Waaren, dem *Grade* nach, angiebt.

Die Gleichung:

Werth einer Waare · $\frac{1}{x}$ = Preis

bestimmt sich also näher dahin:

Werth einer Waaare · $\frac{\text{Gesammtnachfrage nach Waaren dieser Art}}{\text{Gesammtangebot von Waaren dieser Art}}$ = Preis.

Daß diese Bestimmung von $\frac{1}{x}$ richtig ist, lehrt folgende Erwägung: Längere

Absatzperioden in Betracht gezogen, drückt sich auf einem Marktgebiet die Größe der Gesammtnachfrage nach Waaren einer Art in der für die angebotene Waarenmenge gezahlten Preissumme, die Größe des Gesammtangebotes im Werthe der verkauften Waarenmenge aus (siehe „Neue Zeit," S. 113 und 114). Diese Größen in die Gleichung eingestellt, erhält man:

$$\text{Werth einer Waare} \cdot \frac{\text{Preissumme der verkauften Waarenmenge}}{\text{Werth der verkauften Waarenmenge}} = \text{Preis.}$$

Oder:

$$\frac{\text{Preis der Waare}}{\text{Werth der Waare}} = \frac{\text{Preissumme der verkauften Waarenmenge}}{\text{Werth der verkauften Waarenmenge.}}$$

Die Probe bestätigt die Richtigkeit des Ansatzes, denn da in einer gegebenen Absatzperiode alle Waarenexemplare zu einem gewissen durchschnittlichen Preissatz verkauft werden, divergirt natürlich der Preis der einzelnen Waare von ihrem Werthe nicht mehr noch weniger als die für die verkaufte Waarenmenge (dieser Art) überhaupt gezahlte Preissumme vom Werth derselben abweicht. Das Resultat, zu welchem uns die Rechnung führt, stimmt also augenscheinlich mit der Wirklichkeit überein. Die Bestimmung von $\frac{1}{x}$ als der jeweiligen Proportion von Nachfrage und Angebot bestätigt sich.

Die Thatsache aber, daß im Preise nicht die Werthgröße einer Waare allein, sondern das Multipel aus ihr und dem Grade ihrer jeweiligen Austauschbarkeit (letzterer bestimmt durch das Verhältniß von Nachfrage und Angebot) sich ausdrückt, diese Thatsache stellt keinen Widerspruch gegen das Werthgesetz dar. Denn dieses determinirt, wie schon der Name sagt, unmittelbar nur die Werthgröße der Waaren, der Preis aber — und Marx hat an der zitirten Stelle das ausdrücklich hervorgehoben — kann ein adäquater Ausdruck dieser nach dem Werthgesetz bestimmten Werthgröße der Waaren sein, aber er muß es nicht sein. Wie wenig ferner diese Erklärung des Preises das Werthgesetz „zur bloßen Dekoration degradirt," ist daraus ersichtlich, daß die neben der Werthgröße hier in Betracht kommende „Austauschbarkeit" der Waaren sich ja selbst wieder nur auf Grund des Werthgesetzes bestimmen läßt.

Die Erscheinung, daß in allen Branchen die dauernden Durchschnittspreise sich derart stellen, daß bei gleich großem Kapitalvorschuß in allen Branchen durchschnittlich gleiche Profite gewonnen werden, deutet, wie schon in dem Aufsatze des längeren ausgeführt wurde, auf eine tiefgehende und andauernde Abweichung der Durchschnittspreise von den Werthen hin, eine Abweichung, die für die verschiedenen Branchen verschieden ist. Es fragt sich, ob diese dauernden und tiefen Divergenzen in analoger Weise wie die bisher behandelten aus $\frac{1}{x}$, d. h. dem Verhältniß von Nachfrage und Angebot (das dann allerdings für die verschiedenen Branchen dauernd verschieden sein müßte) erklärt werden können. Gelänge das, so wäre damit das Problem der Profitnivellirung, welches sich auf das Problem der Preisdivergenzen reduzirte, „ohne Verletzung des Werthgesetzes, vielmehr auf Grundlage desselben" anscheinend gelöst.

Wollte Herr Landé kritisiren, so hätte er sich meines Erachtens zuerst gegen diesen von mir unternommenen Versuch richten und die Gründe eingehend entwickeln müssen, warum er denselben für mißglückt hält. Ich habe nämlich die Annahme, daß das dauernde Durchschnittsverhältniß von Nachfrage und Angebot $\left(\text{unser } \frac{1}{x}\right)$ in den verschiedenen Branchen verschieden sei und daß die Abweichung

der Preise vom Werthe dieser Verschiedenheit entspreche, dort nicht „völlig beweislos“, wie Herr Landé behauptet, aufgestellt, sondern gestützt auf eingehende Erwägungen (siehe „Neue Zeit“ S. 119—122), die mir die Berechtigung dieser Annahme zwingend darzuthun schienen. Es ist nicht meine Schuld, wenn Herr Landé gerade hier, statt zu kritisiren, einfach zensirt hat.

— — Ist meine Ansicht über das Wesen der Preisbildung richtig, so müssen sich, wie auch Herr Landé bemerkt, gleichfalls die übrigen Arten des arbeitslosen Einkommens jener Grundauffassung gemäß ableiten lassen. Ich wies in dem Aufsatze selbst auf die Bodenrente hin und äußerte meine Meinung, daß die „Extradivergenz der Preise und Werthe, aus der die Bodenrente fließt“, in analoger Weise wie die Preisdivergenzen, durch welche die industrielle Durchschnittsprofitrate bedingt wird, ohne Verletzung des Werthgesetzes, vielmehr auf Grundlage desselben erklärt werden könnte. Machen wir hier noch kurz mit dieser wichtigsten Mehrwerthspaltung, der landwirthschaftlichen Grundrente, die Probe:

Die Summe aller Bodenprodukte wird, Herr Landé betonte das selbst, zu einem Preise verkauft, der ihre Herstellungskosten auf der relativ schlechtesten Bodenklasse ersetzt. Bei freier Konkurrenz ist das nicht anders möglich. Werden sie aber zu diesem Preise verkauft, so folgt, wenn man am Marx'schen Werthgesetze keine Korrekturen anbringt, daß die für die Gesammtheit der Bodenprodukte gezahlte Preissumme einen Werth repräsentirt, der größer ist als der in eben dieser Produktmasse verkörperte Werth. Denn die Käufer zahlen den Arbeitsaufwand, welchen das Gesammtprodukt, wäre es völlig auf der schlechten Bodenklasse hergestellt, normaler Weise gekostet haben würde,* thatsächlich aber repräsentirt dasselbe, weil zum großen Theile auf besseren Bodenklassen hergestellt, einen geringeren Arbeitsaufwand, also auch einen geringeren Werth. Es fragt sich mithin, warum die auf Grund der Konkurrenz nothwendige, den Werth übersteigende Preisnormirung der Bodenprodukte („Extradivergenz der Preise und Werthe“) keinen Widerspruch gegen das Werthgesetz bedeutet. Deduzirt man, wie Herr Landé, aus dem Werthgesetze die nothwendige Identität von Preis und Werth, so erscheint dies Preisphänomen entweder als offenbare Verletzung des Werthgesetzes, oder man muß, wie gesagt, an dem Marx'schen Werthgesetze eine „Korrektur“ vornehmen, welche dem Wesen desselben durchaus widerstreitet. Wir sahen, daß Herr Landé das letztere wählte, er half sich, indem er den Werth, den Marx durch die gesellschaftlich nothwendige Arbeitszeit bestimmt, durch die auf der jeweilig schlechtesten Bodenklasse nothwendige Arbeitszeit determinirt sein ließ, und zwar, wie es scheint, ganz ohne Bewußtsein, daß und wie er hier korrigirte.

Nach der von mir vertretenen Auffassung wäre nun diese Steigerung der Bodenproduktenpreise über den Werth nur dann mit dem Werthgesetze in Einklang zu bringen und mittelbar aus ihm heraus zu verstehen, wenn sich herausstellte, daß der Divergenz der landwirthschaftlichen Produktpreise und Werthe eine gleiche Divergenz der Nachfrage nach landwirthschaftlichen Produkten

---

* Es wird hierbei der Einfachheit wegen die nicht ganz richtige Voraussetzung gemacht, als sei der natürliche Preis, der Produktionskosten und Durchschnittsprofit den Anbauern der schlechtesten Bodenklasse einbringt, immer ein genaues Aequivalent des von ihnen verwendeten Arbeitsaufwandes. Ebenso wird der Einfachheit wegen von der spezifischen Verschiedenheit der Bodenprodukte abgesehen und die Gesammtheit derselben als eine Masse homogener Waarenexemplare betrachtet. Für die allgemeine Theorie der Grundrente kommt jene Verschiedenheit der Sorten des Bodenprodukts thatsächlich nicht in Betracht.

und ihres Angebotes dauernd entspricht. In diesem Falle würde nämlich das Abweichen der Preise und Werthe auf einer entsprechenden Abweichung der Nachfrage vom Angebote beruhen; $\frac{1}{x}$, der zweite Faktor, der ohne Verletzung des Werthgesetzes neben der Werthgröße in den Preisen zum Ausdruck kommt, wäre dann der theoretische Erklärungs- und Rechtfertigungsgrund für die den Werth übersteigende Höhe der Bodenproduktpreise.

Unterstellen wir, daß die jährliche nationale Nachfrage nach Bodenprodukten sich in einer Geldsumme darstelle, die einen Werth von 100 Milliarden Arbeitsstunden repräsentirt. Wenn nun die pro Jahr erzeugte Gesammtsumme landwirthschaftlicher Produkte den gleichen Werth darstellt, also in 100 Milliarden Arbeitsstunden erzeugt sein würde, was wäre die Folge? Da Nachfrage und Angebot sich decken, müßten die Preise der Bodenprodukte mit dem Werth derselben zusammenfallen. Da sich indessen der Werth des Gesammtprodukts nach der auf allen — guten, wie schlechten — Bodenklassen aufgewandten Arbeitszeit der Werth einer Produkteinheit sich also nach der zu ihrer Herstellung im Durchschnitt aufgewandten Arbeitszeit richtet, können die Produzenten der schlechtesten Bodenklassen unter solchen Verhältnissen, wo Nachfrage und Angebot, mithin auch Preis und Werth der Bodenprodukte, sich decken, nicht mehr bestehen. Sie würden beim Verkaufe weniger als ihren Arbeitsaufwand ersetzt bekommen, mithin auf die Dauer nicht weiter produziren können. Es muß folglich, wenn die Gesellschaft dasselbe Quantum Bodenprodukt pro Jahr weiterhin konsumiren will, die Nachfrage über das Angebot hinaus gesteigert werden. Braucht die Gesellschaft Bodenprodukte im Werth von 100 Milliarden Arbeitsstunden, so wird die nachfragende Geldsumme sich nicht auf einen Werth von 100, sondern von 140—150—160 Milliarden, kurz auf einen Werth von so viel Stunden belaufen müssen, als zur Herstellung des Gesammtproduktes nöthig wäre, falls dieses überhaupt nur auf der schlechtesten Bodenklasse angebaut würde. Nur wenn die Nachfrage in dieser Weise das Angebot übersteigt, können sich die Preise derart normiren, daß die am ungünstigsten gestellten Produzenten ihren Arbeitsaufwand vergütet erhalten und (was zur Herstellung des gesellschaftlichen Gesammtbedarfes absolut nothwendig ist) ihre Produktion fortsetzen. Die besser gestellten beziehen dann beim Verkauf ihrer Produkte natürlich eine größere Werthmenge als ihnen die Herstellung ihrer Waare gekostet hat: eben die Grundrente.

Wenn also die landwirthschaftlichen Preise den Werth übersteigen, so findet diese Divergenz ihre Ergänzung und theoretische Begründung darin, daß bei freier Konkurrenz die Nachfrage nach landwirthschaftlichen Produkten nothwendig immer größer ist, als das Angebot derselben. Und nur in dem Maße, als die Nachfrage das Angebot übersteigt, können die Bodenproduktpreise über den Werth dieser Produkte hinausgehen. Wie in der Industrie läßt sich also auch in der Landwirthschaft das Abweichen der Preise gegenüber dem Werthe auf eine entsprechende Divergenz im Verhältniß von Nachfrage und Angebot zurückführen. Auch hier gründet sich diese Abweichung auf das Mehr oder Minder, worin die Waare austauschbar ist, auf jenen zweiten Faktor (wir hatten ihn $\frac{1}{x}$ genannt und seine Größe durch das Verhältniß von Nachfrage und Angebot bestimmt), welcher neben der Werthgröße der Waare im Preise zum Ausdruck kommt.

Daß der Preiserhöhung über den Werth eine ebensolche Erhöhung der Nachfrage über das Angebot *wirklich* entspricht, geht am klarsten aus folgender

Erwägung hervor: Die in einer längern Absatzperiode für das landwirthschaftliche Gesammtprodukt gezahlte Preissumme repräsentirt die Größe der betreffenden Nachfrage (d. h. des in Geldform nachfragenden Werthes), der Werth des verkauften Gesammtproduktes dagegen die Größe des Angebotes (d. h. des in landwirthschaftlicher Waarenform angebotenen Werthes). Jene Preissumme nun stellt, weil sie die ganze nationale Grundrente einschließt, zweifellos einen größeren Werth als das dafür gekaufte landwirthschaftliche Gesammtprodukt dar. Wenn also der Preis der landwirthschaftlichen Produkteinheit (wie es nicht anders sein kann) den Werth derselben um den gleichen Prozentsatz übersteigt, als die Preissumme des landwirthschaftlichen Gesammtproduktes den Werth des Gesammtproduktes übersteigt, so muß — da durch die Preissumme die Größe der Nachfrage, durch den Werth des verkauften Gesammtprodukts die Größe des Angebotes repräsentirt wird — dem Plus des Bodenproduktpreises gegenüber dem Bodenproduktwerth nothwendig ein ebensolches Plus der Bodenprodukt-Nachfrage gegenüber dem Angebot von Bodenprodukt entsprechen.

Man sieht, jene in meinem Aufsatz vertretene Preistheorie hat auch für das Grundrentenproblem, für Marxens Frage, wie „der Preis bloßer Naturkräfte" (d. h. in erster Reihe der nach der kapitalisirten Grundrente sich berechnende Bodenpreis) mit dem Werthgesetze, und zwar dem nicht korrigirten, in Einklang zu bringen sei, eine bestimmte Lösung. Ob die richtige, eine annähernd richtige, oder, wie Herr Landé meint, eine „durchaus verfehlte", wird sich, wie alles übrige, erst nach der Publikation des III. Bandes klar entscheiden lassen.

Zürich, 9. März.

Literarische Rundschau.

Herbert Spencer, **Von der Freiheit zur Gebundenheit.** Vom Verfasser genehmigte Uebersetzung durch Dr. Wilhelm Bode. Berlin, Leonhard Simion.

Es geht Herrn Herbert Spencer wie dem Tischlermeister Anton in Hebbel's „Maria Magdalena": er versteht die Welt nicht mehr. Ehedem die Leuchte des bürgerlichen Radikalismus und von den starren Anhängern des Bestehenden als veritabler Umstürzler angesehen, sieht er sich jetzt auf einer Linie mit jenen, während auf der Linken sich immer mehr Elemente gegen ihn wenden, der Sozialismus täglich neue Anhänger wirbt und den bürgerlichen Radikalismus je länger, je mehr mit seinen Ideen infizirt. Statt jedoch zu begreifen, daß er stehen geblieben und so zum Reaktionär geworden ist, klagt er den neuen Geist der Reaktion an und jammert in Magazinartikeln und Büchervorreden über die Rückwendung vom System der Freiheit zum System der Gebundenheit. Einen solchen Jammerartikel in des Wortes vollster Bedeutung hat nun Herr W. Bode ins Deutsche übertragen und, wie aus dem Umschlag des vorliegenden Heftchens zu ersehen, zunächst im „Arbeiterfreund" zum Abdruck gebracht. „Das find' ich gut, denn da gehört er hin", wird man Goethe variiren dürfen. In einem Organ, dessen Wohlwollen für die Arbeiterklasse nicht weiter geht, als die Interessen des Kapitalismus erlauben, ist Herrn Spencer's Jeremiade am rechten Platze.

Ihre Quintessenz besteht in dem oft wiederholten Hinweis auf die Beamtenherrschaft, die Tyrannei der Mehrheiten und ähnliche Schrecken, die der Sozialismus mit sich zu bringen drohe. Eine Probe dafür liefern nach Herrn Spencer u. A. die Verhältnisse und das Verhalten der englischen Gewerkschaften. Die Mitglieder klagten über die Drahtzieherei ihrer Vorstände und folgten doch blind den von ihnen ausgegebenen Parolen. Dabei achteten sie die Freiheit ihrer Nebenmenschen so wenig, daß sie, wo sie die Macht haben, mit „diktatorischer Frechheit" den Unternehmern vorschreiben, keinen Arbeiter zu beschäftigen, der nicht zu ihrer Union gehört rc. Herr Spencer vergißt, daß diese Gepflogenheiten der englischen Gewerkschaften nichts mit dem Sozialismus, desto mehr aber mit dem urwohlthätigen „Kampf ums Da-

sein“ zu thun haben, auf dessen Rechnung doch die Macht und jenachdem die Diktatur der Führer zu setzen ist. Wo die Arbeiter keine Führer mehr brauchen, hat auch diese Diktatur bald ein Ende. Und ähnlich mit der Tyrannei der Mehrheiten. Die Mehrheit hört auf, eine Bedrohung der Freiheit zu sein, je mehr die Motive der Herrschaft von Klasse über Klasse und damit die Parteien als dauernde Verbindungen in Wegfall kommen.

Sehr betrübt ist Herr Herbert Spencer darüber, daß die englische liberale Partei die Freiheit so wenig achtet, daß sie diejenigen als Abtrünnige brandmarkt, die ihrer Ueberzeugung treugeblieben sind und nicht mit Gladstone die Wandlung zu Homerule mitgemacht haben. Er sieht darin gleichfalls blinde Unterwerfung unter den Willen des Führers, der von Rechtswegen nur das Mundstück der Partei sein sollte, und die Preisgabe des Rechts des eigenen Urtheils, das doch die Wurzel des Liberalismus sei. Aber was der große Gelehrte der Evolutionstheorie nicht sieht, ist, daß Parteien lebendige Organismen sind und das Bedürfniß der Evolution haben, und daß die große Masse der Liberalen Gladstone folgte, weil seine Schwenkung viel zeitgemäßer war, als das starre Festhalten an dem Versuch, die von fünf Sechsteln der irischen Wähler aufgestellte und festgehaltene Forderung des Rechts der Selbstverwaltung noch länger zurückzuweisen.

In einer jüngst erschienenen Schrift wirft Herr Henry George Spencer vor, er bewege sich nur noch in den Salons der Reichen und habe in Folge dessen jedes Gefühl und Verständniß für die Demokratie und die Bedürfnisse der Volksmasse verloren. Von Freunden und näheren Bekannten Spencer's ist das mit der Bemerkung zurückgewiesen worden, Spencer führe das eingezogenste Leben von der Welt; wenn er sein Studirzimmer verlasse, so suche er alles Andere eher auf, als große Gesellschaften. Gut, und nach unserer Ansicht hätte gerade Herr George wohl daran gethan, auf die Verdächtigung, die er in den Vorwurf einschloß, zu verzichten. Aber es braucht doch solcher Gründe nicht, um Spencer's jetzige Stellungnahme zu erklären. Er ist der erste nicht, der ein Held des Fortschritts schien, als Stagnation um ihn herum herrschte, und dem es schwindelte, als die Welt um ihn herum in Bewegung gerieth. Sie bewegt sich in anderer Richtung, als wie er ihr vorgezeichnet, und das verträgt er nicht. Wenn er sich nun krampfhaft bemüht, der Welt zu beweisen, daß sie einen falschen Weg eingeschlagen hat, und jedesmal nur beweist, daß er ein Stück weiter hinter seiner Zeit zurückgeblieben, so mag sich der Erfinder der einzigen Grundsteuer das zur Lehre nehmen — wir bedauern Herrn Spencer mehr, als wir uns über ihn zu entrüsten vermögen. —eb.

Notizen.

Arbeiterzustände in Japan. Japan hat sich wirthschaftlich so rasch nach abendländischem Vorbild umgestaltet, daß es heute bereits einzelne Exportindustrien besitzt, die in Ostasien und auch in Amerika der europäischen Ausfuhr Konkurrenz machen. Anscheinend sind gerade diese Produktionszweige die Sitze der schlimmsten Arbeiterausbeutung geworden.

Einiges darüber erfahren wir aus einem Bericht der amerikanischen Missionsleitung in Japan (American Board of Missions). Danach hätte — wir folgen hier dem Auszug der „Times“, Wochenausgabe vom 25. November 1892 — der japanische Arbeiter im Allgemeinen noch vielfach die Gewohnheiten der Vergangenheit: er macht es sich bequem, fängt spät an, liebt lange Pausen und bringt nicht viel fertig. „Aber übermäßige Arbeit herrscht in den kleinen Fabriken und in den Dörfern, wo die sogenannten Hausindustrien betrieben werden. Im Nordosten der Joshu-Provinz giebt es Städte, wo man Tausende von Arbeitern findet, die gruppenweise zu 20 bis 40 beim Spinnen und Weben thätig sind. Nach einem japanischen Statistiker wirken diese Arbeiter oft von Morgengrauen bis nach zehn Uhr Nachts; Leute, die in enger Fühlung mit ihnen leben, geben die durchschnittliche tägliche Arbeitszeit nicht niedriger wie siebzehn Stunden an; in Zeiten besonderen Bedarfes werden selbst diese Stunden noch überschritten. Die Wirkung dieser maß-

losen Anspannung ist, daß in solchen gewerblichen Orten selten Arbeiter von mehr wie dreißig Jahren zu erblicken sind, gleichviel ob Mann oder Weib. Wenn sie der Tod nicht ereilt, werden sie durch nervöse Störungen aller Art arbeitsunfähig. Dieses Uebel, das in Japan nicht (?) neu ist, wurde durch die rapide Ausdehnung des Exportes wesentlich verschärft. Wahrscheinlich nimmt es die schlimmsten Formen in der Seidenindustrie an. Es tritt nicht nur in den Spinn- und Webfabriken auf, sondern auch in vielen tausenden über ganz Japan verstreuten Familien, in denen Taschentücher für die Ausfuhr gesäumt und gestickt werden.* In einigen der entlegeneren Provinzen sind winzige drei sen (drei Sen = 1½ Pence = 12½ Pfennige) alles, was eine rüstige Frau den Tag über verdienen kann. Man meint, daß die Regierung Willens ist, alles zu thun, was die öffentliche Meinung zum Schutze dieser überbürdeten Männer und Weiber verlangen könnte. Jedoch fürchtet man, daß die öffentliche Meinung noch nicht für die arbeitenden Klassen gewonnen ist. — Ein Einsender in der „Japan Post" bemerkt bei der Besprechung dieses Berichtes, daß man ruhig behaupten dürfte: Arbeit von solcher dauernder Anspannung sei ein kennzeichnender Zug der neuen Zivilisation in Japan. Beim Sticken und Säumen von Taschentüchern sieht man junge Mädchen von Morgengrauen bis spät in die Nacht hinein thätig. Sie sitzen zusammengepfercht, gewöhnlich in sehr ungesunder Umgebung und immer bei ungenügender Beleuchtung. Die Zündhölzchenherstellung ist ein anderer Erwerbszweig, der ähnliche Beispiele liefert. Es ist festgestellt, daß Kinder in Zündhölzchenwerkstätten von drei Uhr Morgens bis sieben Uhr Abends, mit nur zwei halbstündigen Pausen arbeiten." — So weit die „Times".

Ueber die zuletzt erwähnte Zündhölzchenproduktion liegen jetzt einige weitere Mittheilungen vor, wohl dadurch veranlaßt, daß die Japaner überall in Ostasien mit ihrem Produkt das europäische verdrängen. „Von allen Industrien — schreibt der englische Konsul in Tokio (zitirt „Handelsmuseum", 22. September 1892) — welche in Japan in Nachahmung der ausländischen eingeführt wurden, ist die Zündhölzchenfabrikation die erfolgreichste. . . . 80 Prozent des Exportes gehen nach Hongkong, nach China 17 Prozent und der Rest findet in Korea und Britisch-Indien, theilweise auch in den Vereinigten Staaten Absatz." Neben den Schweden und Norwegern fühlen sich auch die Oesterreicher schwer geschädigt, weil die Japanesen schon so europäisirt sind, daß sie die österreichischen Schutzmarken und Etiketten mit größter Gewissensruhe nachahmen. Dagegen ist zunächst nicht viel auszurichten, da Japan nur seine heimischen Marken und Muster schützt. Wie wir nun den Lancashirer Baumwollindustriellen verschiedene Angaben über die Arbeit in den indischen Textilfabriken verdanken, so erfahren wir jetzt aus einem österreichischen Konsulatsbericht Einiges über die Lage der japanischen Zündhölzchenarbeiter (Die Zündholz-Industrie in Japan, Yokohama November 1892, Gustav R. v. Kreitner, k. und k. Generalkonsul, abgedruckt im „Handelsmuseum" vom 12. Januar 1893).

Die Zündholz„faktoreien" in Osaka und Kobe sollen etwa 20 000 Arbeitern Brot geben. Etwa 12,7 Millionen Groß Streichhölzer wurden 1891 hergestellt, davon nicht ganz 4,7 Millionen für den Inlandsverbrauch. Früher war die Herstellung von Hölzchen mit Phosphorköpfen wegen Feuergefahr verboten — auch die japanischen Arbeitsgebäude sind meist aus Holz. Jetzt werden gerade die Phosphorhölzchen massenhaft produzirt und besonders nach China ausgeführt. Die Chemikalien, außer dem Schwefel, bezieht man noch aus Europa und Amerika; das Holz, auch für die Schachteln, liefert das Inland spottbillig; ebenso fabriziren die Japaner bereits ihr Strohpapier, Strohpappendeckel und Deckpapier für die Umhüllungen; sie verfertigen ihre und ebenso die „ausländischen" Etiketten selber und benutzen als Klebestoff ihren Reiskleister, so daß auch indirekt das Ausland hier sehr wenig Antheil hat.

Die zuzurichtenden Hölzchen werden theils in den Faktoreien erzeugt, theils (wohl hausindustriell?) in den gewöhnlich in Gebirgsgegenden gelegenen Orten, in deren Nähe die Weiden und Tannen gedeihen und deren Bewohner die Hölzchen

* Es handelt sich hier offenbar um die Seidentücher, die in ganz beträchtlichen Mengen nach Amerika, auch nach Europa gehen.

spottbillig liefern. „Der Preis eines Bundes, enthaltend 2000 Hölzchen, ist, wenn der Besteller das Holzmaterial beigestellt hat, loco Tokio blos ein Cent" (vier Pfennig).

Mädchen und Kindern fällt nun das Aufreihen der mit einem Bindfaden zusammengehaltenen Hölzerbündchen zu. „Wie in einer dicht gedrängten Kinderschule sitzen vor langgestreckten, schmalen Tischen auf ebenso langen, niedrigen Bänken Schulter an Schulter, je nach der Größe der Faktorei, hundert und mehrere hundert kleiner Mädchen in 15—20 Köpfe zählenden Reihen. Jedes Mädchen hat einen Holzrahmen von etwa 35 Zentimeter-Gevierte vor sich aufrecht stehen, dessen oberes Rahmenbrettchen abgehoben ist. Der Rahmen dient zur Aufnahme von linealartigen Brettchen, die der Länge nach senkrecht in ca. 55—60 Rinnchen zur Einlage von ebensoviel Hölzchen (Inhalt einer Zündhölzchenschachtel) eingetheilt sind. Die Aufgabe der Mädchen ist, die ihnen in den oben erwähnten Bunden ausgefolgten Hölzchen mit bewunderungswürdiger Fingerfertigkeit in die Rinnchen der successive aufeinander zu schichtenden linealen Brettchen so zu vertheilen, daß, wenn der Rahmen ausgefüllt ist, die Enden der Zündhölzchen an dessen beiden Seitenflächen in gleicher Höhe nagelartig hervorragen. — In einem nebenan befindlichen Raume steht ein kleiner Ofen, auf welchem in einem Kochbehälter das Bad aus geschmolzenem Paraffin und Schwefel für die Köpfe der Zündhölzchen zubereitet wird. Aus einer verschließbaren Pippe fließt diese dünne Mischung aus dem Kochbehälter in ein viereckiges, seichtes Blechreservoir, und der bedienende männliche Arbeiter taucht die Köpfe der aus dem Holzrahmen hervorragenden Hölzchen gleichmäßig in die grünglitzernde Flüssigkeit, worauf ein anderer Arbeiter den Holzrahmen in Empfang nimmt und seitwärts aufschichtet. Die Zündhölzchen werden hierauf in einer gewöhnlich im Hauptgebäude des Etablissements errichteten Hitzekammer rasch getrocknet, erhalten sodann den Zündkopf durch Eintauchen ihres vorher präparirten Endes in die Reibmasse aus chlorsaurem und doppeltchromsaurem Kali, Schwefel, Kohle, Braunstein, Glaspulver 2c., gelangen nochmals in die Trockenkammer und werden schließlich in die Schachteln verpackt, was durch reihenweise Abhebung der linealartigen Brettchen aus dem Rahmen und Abstreifen der in den Rinnchen befindlichen Zündhölzchen in die fertigen Schachteln geschieht." — Hauptsächlich werden Mädchen in diesen Gifthöhlen beschäftigt, „in Gesellschaft weniger Knaben, welch' letztere aber nur im zartesten Alter von etwa 6—12 Jahren beschäftigt werden. Diese Jugend hockt oder sitzt mit möglichst ökonomischer Ausnützung des vorhandenen Raumes in Reihen, dann wieder gruppenweise oder vereinzelt auf niedrigen Stühlen oder langen Bänken vor den Arbeitstischen mit den nothwendigen Arbeitsbehelfen, wird während der Arbeit von einem erwachsenen, männlichen Arbeitsaufseher beaufsichtigt und zeigt nur Sinn für die Arbeit, welche mit unglaublicher nervöser Fingerfertigkeit von Statten geht."

Der Stücklohn ist es, der auch hier seine Wunder thut; die Bezahlung geschieht nach der Anzahl der verarbeiteten Zündhölzchenbunde Ueber den Lohn der sechs- bis zwölfjährigen Knaben erfahren wir von dem Konsul nichts. Die Mädchen sollen 3½ bis 12 Cents (14 bis 48 Pfennig) verdienen; männliche Arbeiter 6 bis 18 Cents. Nur der Aufseher bringt es auf etwa eine Mark täglich. „In vielen Faktoreien wird Tag und Nacht gearbeitet."

Die Erzeugung der Holzschachteln für die Verpackung der Sicherheitszündhölzchen wird wiederum hausindustriell betrieben. Der Auftraggeber liefert die Holzblättchen und -streifen, das Papier zum Ueberkleben, die Etiketten. Der Arbeiter erhält für 1000 fertige Schachteln bei der Ablieferung 7 bis 8 Cents, das sind — den Trade-Dollar zu 4,40 Mark gerechnet — etwa 31 bis 35 Pfennig.

Noch vor wenigen Jahrzehnten bot Japan, mit seiner rein feudalen Organisation des Grundeigenthums und seiner entwickelten Kleinbauernwirthschaft, „ein viel treueres Bild des europäischen Mittelalters als unsere sämmtlichen, meist von bürgerlichen Vorurtheilen diktirten Geschichtsbücher" (Marx). Heute reproduzirt es bereits die scheußlichsten Uebergangszustände zur kapitalistischen Großproduktion. —ms.

Feuilleton.

Lilith.

Novelle von **A. v. Perfall.**

(Schluß.)

Leises Weinen drang heraus, da riß er den Vorhang auf und prallte entsetzt zurück. — Auf dem kleinen Divan vor der Toilette saß Marie, bleich, starr wie der Tod, die Hände zwischen die Knie gepreßt, das weiße Gewand war geöffnet und zeigte eine Marmorbrust — der Hals schien entsetzlich lang und dünn — das Antlitz ganz verändert — die Haarfluth fehlte, mißförmige Stumpen hingen in die Stirne, umkränzten den entblößten Nacken. Vor ihr auf dem Teppich, von bläulichen Lichtern beschienen, welche durch die bemalten Fenster fielen, lag „der Schmuck, mit dem sie einzig prangte," ein leuchtendes Bündel züngelnder Schlangen in anmuthigen Windungen. — Ihr Auge war bewegungslos darauf gerichtet, zu ihren Füßen lag eine Scheere.

„Da liegt der böse Zauber — jetzt bist Du frei, Demeter," flüsterte sie. Dann legte sie die beiden Hände um den entblößten Hals, ein Zittern überlief den edlen Leib wie vor Frost.

Demeter stürzte zu ihren Füßen und sah mit Grauen empor zu dem verstümmelten Haupte.

„Hörtest Du mich denn nicht, Marie? Es war ja ein Verbrechen, was ich verlangte, reiner Wahnsinn! — Und er hat Dich angesteckt, der Wahnsinn — o wie entsetzlich! Marie sieh' mich nicht so starr an, ich wollte ja nur Deine Liebe erproben."

Sie schüttelte bitter lächelnd das Haupt.

„Du irrst, Demeter, das war keine Probe, es war Dein voller Ernst und immer wieder hättest Du das Entsetzliche von mir verlangt. Da — da —." Sie wies auf das schwarze Bündel. „Da liegt jetzt mein ganzes Unglück — Deine ganze Liebe. — Jetzt verlangst Du nicht mehr nach mir, Du nicht und Luschin nicht und Niemand, Niemand." Ein irres Leuchten zuckte auf in ihren Augen und fieberhafte Röthe zog sich der Stirn entlang.

„Wahnsinn! Alles Wahnsinn, Marie!" rief jetzt Demeter. „Gott, mir wird angst um Dich! Die Aufregung ermattet Dich ganz! Mehr wie je verlange ich von Dir — Deine Liebe — Deine Hand! Nicht dort am Boden, hier in Deinem reinen Herzen liegt der Zauber — nie warst Du schöner, nie begehrenswerther als jetzt."

Sie schüttelte mit müdem Lächeln den Kopf. „Du bist gut, unendlich gut, Demeter, aber — Du irrst Dich — es kommt nicht wieder —."

Mit einem entsetzlichen Aufschrei sank sie rückwärts zu Boden. Ihr Gesicht war nicht bleich, eine hektische Röthe fluthete über die Wangen, über die Stirne. Demeter rief vergebens ihren Namen, die Aufregung, die Scham, der Schmerz hatte ihr Gehirn zerrüttet. Diese Verstümmelung war ja schon eine That des Wahnsinns. Er legte sie auf das Ruhebett, das verschnittene Haar starrte ungefüge nach allen Seiten und verlieh ihr einen grauenhaften Ausdruck.

Demeter sandte die Dienerin zu einem befreundeten Arzt, hob das schwere Haar vom Boden, küßte es und verschloß es in den Schrank; dann kniete er vor Marie und flüsterte zu ihr unverständliche Worte. Ihre Stirne zog sich in Falten und die Lippen bebten, die Hände tasteten um den entblößten

Hals, um die Brust, als suchten sie vergebens etwas. Die Pulse flogen in wildem Fieber.

Der Arzt kam und machte ein bedenkliches Gesicht. „Das Mädchen —"

„Meine Braut," unterbrach ihn rasch Demeter.

„Ihre Braut?" wiederholte in fragendem Tone der Arzt mit einem sonderbaren Blick, der Demeter in die innerste Seele drang, in dem Kabinet sich umsehend.

„Ihre Braut muß sich hochgradig erregt haben, wohl an und für sich eine etwas sensible Natur. Sie fiebert stark, vor allem ist Ruhe nöthig."

An einen Transport zu du Rose war nicht zu denken. Er schrieb dem Friseur einige Zeilen, er möge sich zu ihm bemühen, es handle sich um Marie. In seiner Angst und Sorge dachte er gar nicht an die schlimme Stellung, die er diesem gegenüber einnahm.

Marie wurde in das Gastzimmer Demeters gebettet, ohne zur vollen Besinnung zu kommen. Ihre Augenlider schienen entzündet und angeschwollen, der Kopf glühte und der schmerzlichen Verzerrung ihrer Züge nach litt sie trotz der Bewußtlosigkeit heftige Schmerzen. — Da ließ sich du Rose melden. Jetzt erst empfand Demeter das schmachvolle seiner Lage. Wie sollte er diesem Mann begegnen, seine gerechten Vorwürfe abweisen? Er schien ihm jetzt gar nicht mehr so unbedeutend.

„Fräulein Marie ist plötzlich bei mir erkrankt," begann er, „sie darf nach Ausspruch des Arztes, der eben bei ihr ist, das Haus nicht verlassen."

„Das heißt, Marie soll bei Ihnen bleiben! Das wird in keinem Falle statthaft sein," entgegnete sehr ernst du Rose.

„Sie werden es gewiß eher statthaft finden, wenn Sie hören, daß Fräulein Marie seit gestern meine Verlobte ist," fuhr Demeter fort.

„Plötzlich bei Ihnen erkrankt, seit gestern verlobt — Sie werden begreifen, daß mir das etwas zu viel ist, mein Herr. Vor Allem möchte ich Sie denn doch bitten, mich zu der Kranken zu führen, um sie persönlich —"

„Das ist leider unmöglich," Demeter pflanzte sich energisch vor du Rose auf, „da der Arzt völlige Ruhe befiehlt."

„Mir wollen Sie verbieten, mir, ihrem zweiten Vater? Herr Melander, es ist etwas nicht richtig dabei, Marie ist nicht ohne Schutz, merken Sie sich das."

„Sie bedarf von nun an keines Schutzes als des meinen," entgegnete erzürnt Demeter.

„Na, das wollen wir doch sehen — Marie! Marie!" schrie jetzt du Rose, daß es von den Wänden gellte.

Der Arzt kam wüthend aus dem Nebenzimmer. „Wollen Sie das arme Geschöpf tödten? Wer ist denn dieser Schreier?"

„Dieser Schreier ist der Herr du Rose, der für dieses Geschöpf, welches dieser Herr erst zum ‚armen' gemacht, seit zehn Jahren sorgt wie ein Vater," entgegnete du Rose schäumend vor Wuth.

Da ertönte in dem Zimmer nebenan ein Aufschrei.

„Lassen Sie ihn lieber hinein, als daß er hier so herumlärmt," sagte der Arzt zu Demeter.

Du Rose wartete die Erlaubniß der Beiden gar nicht lange ab, sondern eilte dem Schrei zu in das Nebenzimmer. Demeter und der Arzt folgten ihm.

Du Rose ließ Hut und Stock fallen vor dem Anblick, der ihm ward! Das war ja nicht möglich, dieses königliche Haar, das er abgöttisch verehrte, dieses Wunder der Schöpfung, an dem er unzähligemal seine Kunst geübt — fort! fort! bis auf diese häßliche Stumpen! Er wollte vorgehen, darnach greifen.

Er sah doch die gewohnte Bewegung ihrer Hände, der Arzt und Demeter hielten ihn zurück. Er sah sie um Aufschluß flehend an.

„Marie selbst hat es gethan in einem unbegreiflichen Anfall. Sie wird Ihnen einmal Alles erzählen," flüsterte Demeter ihm zu.

„In einem unbegreiflichen Anfall," wiederholte er. „Bei Ihnen? hier? — Sehr unbegreiflich, Herr Melander." Du Rose erhob sich jetzt drohend vor dem Maler. Die weiße Perücke sträubte sich in die Höhe. „Sie sind schlechter als ein Mörder, wenn Sie daran schuld sind."

Du Rose verließ auf Zureden das Zimmer.

„Wo haben Sie das Haar?" fragte er Demeter.

„Ich habe es sorgfältig aufbewahrt."

„Das Haar Mariens, mein Haar, was wollen Sie denn damit?"

„Was will man mit dem Haar seiner Braut!" entgegnete Demeter schwermüthig.

„Ihrer Braut!" Du Rose lachte auf. „Aus lauter Vergnügen über diese Brautschaft hat sie sich die Haare abgeschnitten, diese Haare! Ich sage Ihnen, geben Sie mir gutwillig das Haar, es ist mein Eigenthum; ich habe es redlich verdient um Marie."

„Und ich werde Ihnen redlich seinen Werth entschädigen. Jetzt lassen Sie mich," entgegnete Demeter.

„Ich will aber keine Entschädigung, ich will das Haar, das Sie mir gestohlen — ja gestohlen —"

„Das bekommen Sie nie, so lange ich lebe."

Es lag etwas in Demeters Stimme und Aussehen, was du Rose jedes weitere Drängen für jetzt nutzlos erscheinen ließ — mit einem drohenden „wir sehen uns wieder, Herr Melander," entfernte er sich.

* * *

Drei Tage waren vergangen, die mächtige seelische Erschütterung Mariens, vielleicht noch unterstützt von der Flucht aus den Ateliers Luschin's im leichten Gewande bei rauhem Wetter, hatte zu einer Gehirnhautentzündung geführt, die das Aeußerste in kurzer Zeit befürchten ließ. — Das Fieber hatte dieses blühende Weib verzehrt, wie glühende Kohlen brannten die großen Augen in dem jetzt durchsichtigen Antlitz, die Hände schienen transparent, das Bewußtsein kam und schwand, hob sich wie eine sturmgepeitschte Woge, die einen kurzen Blick gewährt in ihr krystallenes Innere, dann wieder zurücksinkt in das endlose schwarze Meer.

Demeter saß Tag und Nacht auf der Lauer nach diesen Augenblicken, dann war alles Leid vergessen. Sie sprachen von der Zukunft, von ihrem Glück, er flehte unzählige Male um Verzeihung und sie verzieh unzählige Male, nannte ihn ihren Gatten, ihren Gott. Das Haar werde auch wieder wachsen, wenn auch nicht mehr so lang, und sie werden einst lachen über den Scherz. Dann kam wieder der wahnsinnige Kopfschmerz! Jeder Lichtstrahl war ein Dolchstich, jede leise Berührung ein Brand, das glühende pochende Gehirn verzerrte die Bilder und Vorstellungen zu entsetzlichen Fratzen. — Die böse Pflegemutter stand drohend vor ihr, du Rose drosselte sie mit ihrem eigenen Haar, Luschin riß ihr das Gewand vom Leibe.

Der Arzt schüttelte bedenklich den Kopf, als er Abends die Kranke besuchte. Der Puls war bedeutend gesunken, das Erbrechen hatte seit Vormittag völlig aufgehört, eine unheimliche Aufregung hatte die Kranke erfaßt, welche jetzt aus den weißen Kissen herausglühte wie eine Rose. Die Augen rollten unstät

hin und her und nur die große Schwäche hielt den, einen heißen Athem ausströmenden Körper nieder.

Demeter fragte nicht, er wußte, was bevorstand, seine Ruhe verbarg dem Arzte nicht den Sturm, der in ihm wühlte. Dieser kannte die keineswegs kräftige, durch die intensive Arbeitsart stark angegriffene Natur des Malers.

„Sie sind nicht viel besser daran, als Ihre Braut," sagte er rücksichtslos. „Ziehen Sie sich zurück, ich sende Ihnen eine barmherzige Schwester zur Pflege."

„Nur diese Nacht noch," bat er.

„Eben um diese Nacht könnte es sich handeln," meinte der Arzt, als er ging.

Marie lachte verschmitzt und winkte Demeter, als die Thüre hinter dem Arzte sich schloß. Von neuer Hoffnung erfüllt trat er zu ihr.

„Da sieh her," sagte sie, „er hat es gar nicht gemerkt, wie das Haar wieder gewachsen ist." Dabei strich sie mit den durchsichtigen Händen über die weiße Decke hinab. „Jetzt male mich, aber rasch, rasch, sonst verbiete ich es Dir."

Demeter fühlte einen heftigen Schmerz in der Herzgegend. Er kniete vor ihr, es war der Schmerz des nahen Abschieds. Diese Bewegung der Hände war so unendlich traurig — da blitzte ein Gedanke in ihm auf.

Er eilte hinaus. Marie lächelte ihm ermunternd zu. „Aber rasch, rasch," flüsterte sie. In einigen Minuten war er wieder zurück mit Staffelei und Palette und einem Bündel Haare; Marie schien zu schlummern. Dann schlich er leise an ihr Bett mit dem abgeschnittenen Haar, und ließ es frei herabrollen zu beiden Seiten des glühenden Antlitzes, über die leise sich hebende Brust, über die weiße Decke. Niemand hätte den Betrug geahnt. Dann trat er zurück zur Staffelei und begann.

Gegen ein Uhr weckte die dienende Frau ein dumpfer Fall, trotz des Verbots ihres Herrn trat sie vor die Thüre des Krankenzimmers und horchte. Sie vernahm deutlich die röchelnden Athemzüge Mariens, und zog sich zurück.

Als der Arzt den andern Morgen die Thüre verschlossen fand und nach langem vergeblichen Pochen und Rufen gewaltsam öffnete, fand man Demeter Melander am Boden auf dem Rücken liegen an der Leiche Mariens. In seinen verkrampften, auf das Herz gepreßten Händen war langes schwarzes Frauenhaar verwickelt, welches seinen Körper wie eine zerfetzte Trauerfahne bedeckte. In der Mitte des Zimmers lagen Staffelei, Palette und Pinsel auf dem Boden. Das begonnene Bild verrieth eine fieberhaft erregte Pinselführung. Es waren die krampfhaften letzten Zuckungen einer verzweifelten Künstlerseele.

Wer sie sah, begriff den Tod Melander's.

Die große Wachsbüste im Auslagefenster des Friseur du Rose trug einige Wochen darauf einen neuen, noch nie gesehenen Haarschmuck, Damen und Herren drängten sich flüsternd davor.

Coiffure à la Lilith blieb die herrschende Mode der Saison.

Briefkasten der Redaktion.

G. L. München. Bildungsanstalten der von Ihnen bezeichneten Art giebt es im Deutschen Reiche nicht. Die Bedingungen der Zulassung sind an den verschiedenen Universitäten der Schweiz verschieden. In Bern wird ein Mädchen unseres Wissens ohne Weiteres zum Studium zugelassen. In Zürich wird die Absolvirung einer Mittelschule oder das Bestehen einer — beiläufig gesagt, sehr leichten — Prüfung gefordert. Aehnlich wie in Zürich sind die Bedingungen in Paris. Wegen der näheren Bedingungen müssen Sie sich an die betreffenden Universitäten selbst wenden.

Für die Redaktion verantwortlich: Georg Baßler in Stuttgart.



Nr. 34. XI. Jahrgang, II. Band. 1892-93.

Kapitalismus und Militarismus.

↗ Berlin, 10. Mai 1893.

In der wilden Flucht vor dem gefürchteten Zusammenstoße ist es nun doch zu diesem Zusammenstoße gekommen: schneller als der eilende Fuß die bürgerlichen Freiheitshelden von dannen trug, stürmte das Verhängniß hinter ihnen her. Es war so etwas wie eine Schicksalstragödie, in der ein sinnloser Zufall entscheidet; eine halbe Stunde ehe der Reichskanzler die kaiserliche Ordre verlas, die den Reichstag auflöste, konnte man nach vernünftiger Berechnung zehn gegen eins wetten, daß ein Kompromiß in der Militärfrage gelingen würde. Aber die Vernunft hatte eben in dieser Tragikomödie nichts mitzusprechen. Nichts oder doch nur sehr wenig. Denn zur Ehre des bürgerlichen Parlamentarismus mag man wohl noch annehmen dürfen, daß ein plötzlich aufwallendes Gefühl des Ekels vor dem häßlichen Schacher nicht unwesentlich dazu beigetragen hat, durch den Schluß der tagelang ohne sachlichen Zweck fortgesponnenen Debatten allen weiteren Kompromißverhandlungen den Boden zu entziehen.

Die althergebrachte Floskel: die Entscheidung liegt nunmehr bei den Wählern, hat diesmal einen tieferen als den landläufigen Sinn, worin sie gewöhnlich gebraucht wird. Die Angst vor den Wählern ist im letzten Grunde das entscheidende Moment gewesen, das trotz alledem die Kompromißverhandlungen zum Scheitern gebracht hat; es ist ein erster Erfolg, den die Wähler über die Gewählten, die gequälten und unterdrückten Massen über die tönenden Heldenspieler der parlamentarischen Komödie davon getragen haben, und es fragt sich nunmehr, ob sie aus diesem ersten Erfolge die nöthigen Konsequenzen ziehen, ob sie bereit und fähig sein werden, die Lasten und Mühen auf sich zu nehmen, die ein bis aufs Messer mit dem Militarismus geführter Kampf nach sich ziehen muß. Von den klassenbewußten Arbeitern versteht sich das von selbst, aber die Masse, die in der Krisis des bürgerlichen Parlamentarismus das zunächst entscheidende Wort hat, ist die Masse der bürgerlichen Wähler. Sie steht unter dem dumpfen Gefühle, daß es so nicht weiter geht, aber es handelt sich darum, ob sie eine klare Erkenntniß davon hat, wie es dann überhaupt weiter gehen kann und soll.

Die bürgerlichen Parteien treten mehr oder minder zerrüttet in den Wahlkampf ein, und am zerrüttetsten die Partei, der nach historischem Rechte der Vorkampf gegen den Militarismus gebührt. Man sagt hier dem alten Virchow

das geflügelte Wort nach, zweimal habe er die zerschmetternde Niederlage des Liberalismus im Kampfe mit dem Militarismus erlebt, und zum dritten Male möchte er seine müden Knochen nicht auf die hoffnungslose Wahlstatt schleppen. Wir glauben nicht, daß Virchow so gesprochen hat, denn dazu ist er viel zu sehr politischer Illusionär, aber wenn nicht wahr, so ist das ihm nachgesagte Wort gut erfunden. Wer nicht erst seit heut' oder gestern die politische Entwicklung der bürgerlichen Klassen beobachtet hat, wird mit wahrem Entsetzen den Anfang der freisinnigen Wahlagitation bemerkt und sich der Einsicht nicht verschlossen haben, daß wenn die Sache so weiter geht, keine Lorbeeren, sondern gründliche Schläge als Lohn dieses Feldzugs winken. Bernstein hat einmal irgendwo die Freisinnigen die Bourbonen des deutschen Parteilebens genannt, die nichts lernten und nichts vergäßen, aber ein schlagenderer Beweis für diese Auffassung ist vielleicht noch niemals geliefert worden, als gegenwärtig, wo die freisinnige Wahlagitation mit dem abgestandenen Gerede von dem „sturmerprobten" Führer Eugen Richter und der „wieder entrollten Fahne des altbewährten Fortschritts" eröffnet wird.

So weit ein Einzelner ein gerüttelt und geschüttelt Maß der Schuld an dem moralisch-politischen Krache der freisinnigen Partei trägt, ist es der „Sturmerprobte". Wenn Ziegler schon die ehemalige Fortschrittspartei eine „olla potrida der Prinzipien" schalt, so hat Eugen Richter den Mischmasch vollends zu einem ungenießbaren Kohl gemacht, als er vor zehn Jahren in erster Reihe, wie er sich dessen selbst gerühmt hat, die Fusion betrieb und heimlich hinter dem Rücken der Wähler durchsetzte aus höfischer Rücksicht auf die Wünsche des Kronprinzen. Den Protest, den die damals noch vorhandenen spärlichen Reste bürgerlicher Demokratie gegen diesen Verrath erhoben, schlug der „Sturmerprobte" mit den ihm geläufigen persönlichen Schmähungen nieder, und wer noch neun Jahre zurückdenken kann, wird mit hoher Befriedigung über das praktisch erreichbare Maß menschlicher Charakterwürde in den gegenwärtigen Proklamationen des Herrn Eugen Richter zur Rechtfertigung seiner Sezession bis aufs Tipfelchen über dem i genau dieselben Gründe angeführt finden, die, als sie zur Bekämpfung seiner Fusion von bürgerlich demokratischer Seite vorgebracht wurden, nach seiner glaubwürdigen Versicherung nur der „hämischen Nörgelsucht eitler Demagogen", der „unbefriedigten Eitelkeit gewisser Zeitungsschreiber" u. s. w. entsprangen. Sein neunjähriges Lug- und Trugspiel hat der „Sturmerprobte" dann würdig damit gekrönt, daß er bis in die allerletzten Tage des aufgelösten Reichstags hinein öffentlich die vollkommene Einigkeit der freisinnigen Partei bis auf einen oder allerhöchstens zwei Abtrünnige beschwor, während schon die Spatzen auf den Dächern pfiffen, wie es in Wirklichkeit mit dieser Einigkeit bestellt war.

Cavour pflegte zu sagen, in der Politik sei nichts abgeschmackter als der Groll, und wenn Herr Eugen Richter wirklich einen ernsthaften Kampf mit dem Militarismus beginnen, wenn er auch nur, um im Phrasenstile der hiesigen Bourgeoisphilister zu sprechen, die „wieder entrollte Fahne des altbewährten Fortschritts" schwingen wollte, so würden wir uns nicht bei den Sünden seiner Vergangenheit aufhalten, sondern es der historischen Forschung überlassen, festzustellen, wo er denn eigentlich „Stürme erprobt" hat, da er doch selbst so kleine „Stürme", wie Preßprozesse, fürchtet und sich stets hinter Strohmänner von Redakteuren verschanzt, wie er denn auch sonst durch die splendide Dankbarkeit des Großkapitals aller irdischen „Stürme" enthoben worden ist. Indessen da Herr Eugen Richter die Wahlagitation mit einem gehässigen Ausfall auf die Sozialdemokratie eröffnet hat, da er die Partei, auf deren ihm als ein Almosen der Großmuth gewährte

Stichwahlhilfe er spekulirt, an Gemeingefährlichkeit mit den reaktionären Parteien auf dieselbe Stufe stellt, beiläufig in holdem Einklange mit dem biedern Volksparteiler Payer, so wäre es ein Verbrechen, den Wählern zu verschweigen, was sie nach solchen Proben von diesem Manne zu hoffen haben. Er will bleiben, was er bisher gewesen ist, ein Diener und Helfer des Großkapitals, und unter dieser Voraussetzung haben die Wähler von ihm in Sachen des Militarismus nichts zu erwarten, als Verrath.

Schon vor acht Tagen erwähnten wir beiläufig an dieser Stelle, daß die von der Militärfrage umgefallenen Elemente des Freisinns, im Allgemeinen und von Ausnahmen auf beiden Seiten abgesehen, die gebildeteren und einsichtigeren Träger des kapitalistischen Liberalismus seien. Das ist kein Zufall, sondern die Sache hat ihren logischen Zusammenhang. Der deutsche Kapitalismus ist nicht durch eigene Kraft zur politischen Herrschaft gelangt, sondern durch seine Preisgabe an den preußischen Militarismus, dem er alle seine Prinzipien opferte, um dafür eine Förderung all seiner Interessen zu erlangen. Der Kapitalismus ist dadurch abhängig geworden vom Militarismus, und diese Abhängigkeit ist in demselben Maße gewachsen, in welchem der Kapitalismus durch die anschwellende Arbeiterbewegung entnervt und geschwächt worden ist. Darüber sind sich die klügeren Anhänger des kapitalistischen Liberalismus vollkommen klar, und zwar nach der einen wie nach der andern Richtung hin. Während Herr Eugen Richter vor wenigen Monaten erst durch seine wunderherrliche Beredtsamkeit gegen den sozialistischen „Zukunftsstaat“ den stürmischen Beifall aller Reaktionsparteien entfesselte — daher vielleicht der „Sturmerprobte“? —, sagte Herr Theodor Barth Jedem, der es hören wollte, das sei ja der reine Humbug und die sozialdemokratische Partei bilde noch den einzigen Wall gegen das Ueberschäumen der Reaktion, und während jetzt Herr Eugen Richter zugleich den Kapitalismus retten und den Militarismus vernichten will, sagen die Barth und Genossen ganz offen: vom kapitalistischen Standpunkte aus läßt sich der Militarismus nicht brechen, und wer für uns ist, der muß auch für den Militarismus sein. Man mag es diesen Politikern zum bittersten Vorwurfe machen, daß sie auch erst nach langem Hängen und Würgen klaren Wein eingeschenkt haben, und wir haben in dieser Beziehung gewiß kein Blatt vor den Mund genommen, aber insofern verdienen sie alles Lob, als sie jetzt wenigstens keinen Wähler mehr täuschen, als Jeder weiß, woran er mit ihnen ist.

Ganz anders liegt die Sache mit Herrn Eugen Richter, dessen „sturmerprobte Prinzipientreue“ nichts ist als ein Feigenblatt für den Mangel an Ehrlichkeit und Einsicht, der ihn von den gebildeten Vertretern des kapitalistischen Liberalismus auszeichnet. Mit Angriffen auf die Gemeingefährlichkeit der Arbeiterpartei den gegenwärtigen Wahlkampf eröffnen, ist eine Täuschung der Wähler, die nicht früh und nicht scharf genug als solche angenagelt werden kann — zur Warnung für diejenigen bürgerlichen Wähler, die wirklich noch einen letzten Versuch machen wollen, auf dem Boden der heutigen Gesellschaft mit dem Militarismus fertig zu werden. Ohne die Hilfe der Arbeiterklasse ist jeder Versuch dieser Art eine unnütze Kraft- und Zeitverschwendung. Um es noch einmal zu sagen: der Kapitalismus ist ohnmächtig gegen den Militarismus nach der ganzen historischen und politischen Entwicklung, wie sie sich in Deutschland bisher vollzogen hat, und wer den Wählern das Gegentheil sagt, der will sie ebenso nasführen, wie die Barth und Genossen ihnen wenigstens klaren Wein einschenken. Mag sein, daß langjährige Gewöhnung der bürgerlichen Wählermassen an die Flunkereien der kapitalistischen Soldschreiber Herrn Eugen Richter

noch einmal auf die Beine hilft. Mag sein auch, daß er in den Stichwahlen die von ihm heimlich ersehnte Unterstützung der proletarischen Wählermassen findet, denn die Arbeiter sind in ihren politischen Kämpfen ohne persönliche Rankünе, und ihr glorreicher „Vernichter“ ist ihnen immer noch gut genug, als Futter für Pulver verknallt zu werden. Aber wenn die Entscheidung in der Militärfrage noch jemals in die Hände des „Sturmerprobten“ gelangen sollte, so wird er die Interessen der ausgebeuteten und unterdrückten Massen ebenso an den Kapitalismus und damit auch an den Militarismus verrathen, wie er im Jahre 1884, als die Entscheidung über das Sozialistengesetz in seiner Hand lag, seine Getreuen „abkommandirte“. Wähler, die sich darüber noch genauer unterrichten wollen, mögen nur die „Freisinnige Zeitung“ studiren: dies Gewimmere darüber, daß sie „Räuber und Mörder“ gescholten wird, während sie doch nicht gar so viel weniger angeboten habe, als der Antrag Huene anbiete, diese byzantinischen Anekdötlein über den Aufenthalt des Kaisers in Rom, die anmuthig abwechseln mit den Huldigungs-Telegrammen an den „Sturmerprobten“, dies sehnsüchtige Liebesgirren um den Ausreißer Baumbach, der einmal im Reichstage die gesetzliche Regelung der industriellen Kinderarbeit mit dem trefflichen Argument bekämpfte, daß die Hohenzollernkinder ja auch ein Handwerk lernen müßten —, genug, Dies und Anderes kann jeden Wähler darüber belehren, was er von einem allzeit getreuen Diener des Kapitalismus zu erwarten hat, falls die Wahl eines neuen Reichstags mit oppositioneller Mehrheit die Dinge auf des Messers Schneide treiben sollte.

Bürgerliche Wähler, denen es wirklich nach einem gründlichen Gange mit dem Militarismus gelüstet, haben einen ganz sicheren Weg, zu ihrem Ziele zu kommen, indem sie für die sozialdemokratischen Kandidaten stimmen. Geht ihnen das aber wider den Strich, und wir möchten ihnen nicht gerne etwas Unbilliges zumuthen, so mögen sie sich wenigstens von der entwürdigenden Vormundschaft des ihrer Masse todtfeindlichen Kapitalismus befreien und aus ihrer eigenen Mitte den ersten Besten in den Reichstag schicken, von dem sie wissen, daß er zu allen Forderungen des Militarismus Nein, Nein und abermals Nein sagen wird. Mit einem solchen Vertreter würden sie zehnmal mehr erreichen, als mit dem „Sturmerprobten“, und wenn sie den einfachsten ihrer Nachbarn wählten, so würde er vor dem Heldengefolge der Hermes und Knörcke noch immer als ein wahrer Solon an Beredtsamkeit und Weisheit hervorleuchten.

Die Rentengütergesetze in Preußen.

Von Dr. **Rudolf Meyer.**

(Fortsetzung.)

II.

Der erste Versuch mit dem Rentenprinzip wurde durch das Gesetz vom 26. April 1886 gemacht. Wie immer bei solchen Sachen, mußte der Staat vorangehen und erst probiren, ob die Sache ging. Es handelte sich um die Ansiedelungen in Westpreußen und Posen, und wurden damals chauvinistische Motive vorgeschoben, deren sich Bismarck ja zu bedienen verstand. Daß sie eben bloß vorgeschoben waren, geht aus der Thatsache hervor, daß von den 133 Gütern, welche von 1886 bis 1891 angekauft wurden, nur 32 Bauerngüter waren. Wenn man das polnische Element zurückdrängen wollte, so hätte man doch natürlich mehr Bauerngüter gekauft. Unter den 19 Gütern, die 1891 gekauft wurden, wurden drei von deutschen Gutsbesitzern gekauft.

Die Güter wurden notorisch hoch bezahlt. 1888 kaufte man für das 75fache des Grundsteuer-Reinertrages und 11 Prozent höher, als die landschaftliche Taxe, 1891 für das 73fache und 5½ Prozent höher, als die landschaftliche Taxe. Nach Meitzen war der gewöhnliche Kaufpreis in den 70er Jahren das 50—60fache, seit dem Rückgang ist er nur noch das 40—50fache — für große Güter. Für kleine Güter ist, wie wir bereits sahen, aus den angeführten Gründen der Preis höher. Wir werden diese Zahlen im Gedächtniß behalten, wenn wir später sehen, wie die Grundbesitzer an ihre Rentengütler verkaufen.

Die englischen Landlords wird man gewiß nicht als Muster der Nächstenliebe gegen ihre irischen Pächter hinstellen. Auf Grund der Bill von 1881 können die irischen Pächter seit 1885 durch Vermittlung des Staates ihren Grundherrn Land abkaufen. Von 1885—91 hatte die Landkommission bereits über 7 Millionen Pfund Sterling zum Ankauf bewilligt. Nun, 1880 galt der 18fache Betrag der Pachtsumme als Kaufpreis, 1890 bloß noch der 16,7fache. Trotzdem machen die Landlords noch ein gutes Geschäft bei der Sache. Durch die sinkende Grundrente werden ihre Güter von Jahr zu Jahr mehr entwerthet; sie werden sie jetzt zu einem anständigen Preis los, kaufen sich damit Güter in Amerika, wo die Grundrente steigt, und machen von Amerika aus den jetzigen Besitzern ihrer früheren Güter Konkurrenz. In 49 Jahren soll der Staat sein Geld von den neuen irischen Besitzern zurückhaben, und es ist noch fraglich, ob der Staat bei der Transaktion nicht hineinfällt, oder ob sich die neuen Besitzer halten werden — natürlich unter den denkbar kümmerlichsten Umständen.

Jedenfalls sind die besitzenden Klassen in England weitsichtig; sie übertheuern ihre Leute nicht sofort, sondern wissen genau, wie weit sie gehen dürfen, um nicht das ganze Geschäft zu gefährden; und so begnügen sie sich mit dem 16,7fachen Betrag der Pachtsumme; das ist, wenn man die Pachtsumme gleich der Hälfte des Grundsteuer-Reinertrags annimmt, das 8½fache des Grundsteuer-Reinertrags.

Untersuchen wir nun das Rentengutsgesetz selbst.

Eigentlich haben wir es mit zwei Gesetzen zu thun, das eine vom 27. Juni 1890, das andere vom 7. Juli 1891. Indessen ist das zweite lediglich Ausführungs- und Hilfsgesetz.

Der erste Absatz des § 1 des ersten Gesetzes lautet:

„Die eigenthümliche Uebertragung eines Grundstücks gegen Uebernahme einer festen Geldrente (Rentengut), deren Ablösbarkeit von der Zustimmung beider Theile abhängig gemacht wird, ist zulässig."

Was die „Zustimmung beider Theile" zu besagen hat, lehrt § 10 des zweiten Gesetzes. Es heißt dort: „Auf Antrag des Rentenberechtigten kann die Uebernahme des nur mit Zustimmung beider Theile ablösbaren Theils der Rente auf die Rentenbank erfolgen, wenn . . ." Folgen die nöthigen Sicherheitsklauseln für die Rentenbank. Und weiter: „Auf Verlangen des Staates ist diese Rente in eine gemäß den Bestimmungen des Gesetzes zu berechnende Rentenbankrente umzuwandeln", d. h., nach dem Kommentar des Dr. Andersen „Also der Staat entscheidet über die Ablösbarkeit der Restrente des Verpflichteten, der sonst dieselbe Rente, wie bisher dem Berechtigten, jetzt der Rentenbank zu zahlen hat."

Mit andern Worten: Nur der Rentengütler ist gebunden, der Verkäufer kann jeden Augenblick, wenn er will, von der Bank sein Kapital bekommen, und dann kann die Rente nicht gegen den Willen des Rentengütlers abgelöst werden.

Wir hatten zwei Kategorien von Rentengütlern unterschieden: die einen, welche billige Arbeitskräfte liefern sollen, und die andern, welche die parzellirten

Rittergüter kaufen sollen. Es ist klar, daß bei den ersten der Rentenberechtigte natürlich selten in die Ablösung einwilligen wird, weil er sonst den Rentengütler aus der Hand giebt. „Einige Baarmittel, mindestens eine baare Anzahlung, werden immer zu fordern sein ... ganz unbemittelte Leute ... sollen überhaupt nicht angesetzt werden.“ (Kommentar zu § 1 des zweiten Gesetzes, zit. Ministerial-Erlaß vom 16. November 1891.) Außerdem hat der Rentengütler vielleicht schon den ablösbaren Theil der Rente abbezahlt — der Verkäufer braucht ja nur einen kleinen Bruchtheil als unablösbar zu stipuliren, je kleiner, je besser; die Ansiedlungskommission in Posen setzt $^{1}/_{10}$ fest — hat also sein Geld festsitzen. Nun sagen ihm die Zustände nicht mehr zu. Der Verkäufer hat den klugen Rath Meitzen's befolgt und der „mangelnden Konkurrenz durch Ansetzung einiger neuer Wirthschaften abgeholfen“. Schließlich findet der Rentengütler denn auch Einen, der ebenso unklug ist, wie er damals war, als er das Rentengut auf sich nahm, und der ihm die Sache abkaufen will. Er geht mit dem Mann zu dem Rentenempfänger und theilt ihm mit, daß er an Jenen verkaufen will. Aber da weist ihn dieser lächelnd auf einen Kontrakt, in welchem, wie in den Kontrakten der Ansiedelungskommission „das Verbot der Veräußerung an ihm nicht genehme Personen“ enthalten ist. Und wenn der Betreffende ein guter Arbeiter ist, so wird der faktische, nicht rechtliche Obereigenthümer sich ihn natürlich nicht entkommen lassen. Will der Mann nicht sein ganzes kleines Vermögen verlieren, das er in sein Rentengut gesteckt hat, so muß er bleiben. Oder er erbietet sich etwa, dem Rentenempfänger einen Theil des Verkaufspreises zu überlassen. So kann Letzterer eine Steuer auf den Besitzwechsel legen, wie es im Mittelalter der Grundherr bekanntlich that. Der Kommentator meint freilich, „unablösbare Renten sind nicht etwa ein Erforderniß des Rentenguts überhaupt, und werden in der Praxis wenig vorkommen“. Indessen die von ihm selbst zitirte Praxis der Ansiedelungskommission in Posen und Westpreußen beweist ja bereits das Gegentheil. Und „billigere, besonnenere und willigere Arbeiter“ zu schaffen, ist ja gerade der eine Zweck des Gesetzes.

Gelegentlich des Gründungsschwindels Anfang der siebziger Jahre sagte Minister Delbrück, „die Regierung kann Leute nicht schützen, die ihr Geld los sein wollen“. Seitdem hat man, wie man behauptet, andere Ansichten über die Aufgabe der Regierung bekommen, und heute, wo sich der Staat auf seine „Pflichten gegen die wirthschaftlich Schwachen“ besonnen hat, würde man einen solchen Ausspruch nicht mehr hören. Wollte sie in unserem Fall nach der veränderten Gesinnung handeln, so müßte sie das ganze Geschäft in die Hand nehmen, um Uebervortheilungen zu verhüten.

§ 7 des zweiten Gesetzes lautet: „Die Generalkommission hat den Antrag auf Ablösung der Rente oder auf Gewährung eines Darlehens so weit zurückzuweisen: ... 2) als nicht für die zu übernehmende Rentenbankrente die gehörige Sicherheit vorhanden ist.“ Der Kommentator setzt dazu: „Die Sicherheit ... ist festzustellen durch die Bewerthung des Rentenguts: der 25 fache Betrag der Rentenbankrente ... darf nicht übersteigen

a. den dreißigfachen Betrag des Grundsteuer-Reinertrags nebst halbem Feuerkassenwerth der Gebäude ... oder

b. den $^{3}/_{4}$ Werth der „Liegenschaften“, der Grund und Boden nebst Gebäuden.“

In der bereits zitirten Rede erzählt Sombart von einer Parzellirung, die er vorgenommen hat, und man muß zugestehen, in anständiger Absicht, ohne die Leute zu schädigen; da betrug der Kaufpreis das 34 fache des Grundsteuer-Reinertrags. Das stimmt ziemlich mit den oben angeführten Zahlen. Hier wäre

also eine Sicherheit für die Rentenbank da, und die Ablösung könnte durch sie stattfinden. Wie aber, wenn der Verkäufer, wie zu erwarten ist, die Unerfahrenheit des Käufers ausnützt? Der Kommentator meint selbst S. 27 ... „Osten unserer Monarchie, wo der Verkaufswerth der Güter den 30fachen Katastralreinertrag vielfach nahezu über das Doppelte übersteigen dürfte“, und glaubt daher, daß die Bewerthung am besten nicht nach dem Grundsteuer-Reinertrag oder der landschaftlichen Taxe, sondern durch die in den §§ 8 und 9 des zweiten Gesetzes vorgesehene „besondere Taxe“ erfolgen werde — wo natürlich dem schon oben erwähnten Umstand Rechnung getragen werden kann, daß der kleine Besitzer wegen seiner „Bedürfnißlosigkeit“ einen größeren „Reinertrag“ erzielt, mit anderen Worten, wo man einen Theil der Arbeitskraft des Käufers mit „bewerthen“ kann.

Aber auch das ist noch nicht Alles. „Ueber die Frage, ‚wann‘ die Bewerthung erfolgen soll, hat der Gesetzgeber Besonderes nicht bestimmt“ (Kommentar Seite 27). Der Verkäufer kann also ganz ruhig verkaufen und Kontrakte machen. Stellt es sich nachher heraus, daß „der Kaufpreis den für die staatliche Sicherheit ausgemittelten ganzen Abschätzungspreis noch übersteigt“, so „würde die staatliche Mitwirkung versagt bezw. zurückgezogen werden“, das heißt die Rentenbank nimmt die Sache nicht an, der Käufer hat sein ganzes Geld hergegeben und hat ein Gut mit einer übermäßigen Rente auf dem Halse.

Derartige Mißbräuche könnten nur vermieden werden, wenn der Staat sich die ganze Vermittlung vorbehielte. Allein § 12 des zweiten Gesetzes sagt nur, „die Begründung des Rentenguts kann auf Antrag eines Betheiligten durch Vermittlung der Generalkommission erfolgen“. Kann und muß nicht. Die Engländer, wie wir sahen, überließen so etwas nicht den betheiligten Privaten.

Wir sehen, die erste Kategorie der Rentengütler, jene mit einem oder zwei Hektar, welche auf „Nebenerwerb“ angewiesen sind, das heißt die Arbeiter, können in eine der Hörigkeit sich nähernde Situation gebracht werden. Die Rentengütler überhaupt, also auch die zweite Kategorie, die wirklichen Bauern, können beim Ankauf übervortheilt werden, das sieht selbst der Kommentator schon voraus, und zwar so, daß sie zu schwerer Arbeit gezwungen sind, um ihre Rente aufzubringen. Denn wenn sie sie nicht aufbringen, so findet die Subhastation statt, und der Aermste ist um sein angezahltes Geld ganz oder zum größten Theil gekommen. Das ist das, was man sich unter dem „germanischen Rentenprinzip“ denkt, eine Daumschraube, die noch fester angezogen werden kann, wie die böse Hypothek.

Es kommt noch dazu (Kommentar Seite 5): „Dem Rentengutsnehmer ist gesetzlich nicht verwehrt, auf das Grundstück nach seiner Einrichtung als Rentengut hinter der Rente in Zukunft noch Hypothekenschulden aufzunehmen.“ Das heißt: wenn sich der Mann wirklich durch fortgesetzteste Quälerei herausgearbeitet hat und er stirbt, so nimmt der Nachfolger, um die Miterben auszuzahlen, Hypotheken auf und hat nun wieder sein ganzes Leben zu schaffen, um die Hypotheken abzuzahlen, damit sein Sohn die Sisyphusarbeit von neuem übernimmt. Wenn hinter dem Gerede vom Schaffen eines unabhängigen und starken Bauernstandes wirklich etwas steckte, so hätte man die Unverschuldbarkeit des Gutes bestimmt. Der Mann hat außer der alten Geißel des Hypothekenzinses auch noch den neuen Skorpion der Rente.

In § 2 des ersten Gesetzes ist bestimmt, daß statt der Geldrente eine feste Abgabe in Körnern stipulirt werden kann. Wenn das in die Kontrakte aufgenommen wird, so ist das für den Rentengütler günstig, denn dann hat er nicht die Folgen der sinkenden Grundrente allein zu tragen. Indessen wird es sich

ja zeigen, ob dieses „kann“ nicht blos eine Verzierung des Gesetzes auf dem Papier ist. Im Interesse der Verkäufer liegt die Benutzung dieses Paragraphen vorläufig nicht.

Eine beachtenswerthe Kritik des Gesetzes findet sich in einer Schrift, die bereits siebzehn Jahre vor ihm erschienen ist: „Die soziale Frage auf dem platten Lande“ von Ferd. Knauer, Berlin 1873. Knauer, Selfmademan und schlichter, vernünftiger Mann, Grundbesitzer und Zuckerrübenbauer in der Nähe von Halle, und die ganze Frage natürlich vom Standpunkt des Grundbesitzers aus betrachtend — er will S. 127 die Tagelöhner „dem Einfluß der besitzlosen städtischen Sozialdemokratie entziehen, ja, sogar in den Bataillonen unserer besitzenden Arbeiter uns eine Macht gegen das Herandrängen der besitzlosen Menge erziehen“ — Knauer also schreibt über das System eines Herrn Neumann-Posegnik in Ostpreußen, welcher nach „fünfzehnjähriger treuer Dienstzeit den Mann ansiedeln will, wonach der Angesiedelte noch sechs Jahre Pächter und zehn Jahre amortisirender Grundbesitzer bleibt“, Folgendes: „Zwei davon haben schon freiwillig auf das Glück verzichtet, nach langen Jahren der Noth freie Herren zu werden, diese Freiheit aber vorerst und auf lange Jahre durch ein völliges Sklaventhum zu erkaufen ... die Pacht ist zwar billig, aber Sklave ist der Pächter dennoch, denn er darf keine fremden Personen in sein Haus aufnehmen, darf sich kein Pferd halten 2c. 2c., widrigenfalls er ohne Richterspruch exmittirt wird.... Also sechs Jahre als Pächter und zehn Jahre als nomineller Besitzer ist der Arbeiter, der auf diese Lockspeise eingeht, der entschiedenste Sklave seines vermeintlichen Wohlthäters.... In Mittel- und Westdeutschland ... würden sich unter keinen Umständen kluge Arbeiter finden, die auf solchen oder ähnlichen Vertrag eingingen. Ein paar weniger Kluge ließen sich vielleicht finden, und diese dann zum warnenden Beispiel für die Andern.... Sind die Verträge so bindend, wie in Posegnik, so machen sie die Arbeiter nicht frei, sondern zu Hörigen, und schädigen somit beide Kontrahenten.“ Knauer selbst ermunterte seine Arbeiter zum Sparen und erleichterte ihnen dann den Erwerb eines gänzlich freien Besitzes. Daß er auch seine Rechnung dabei fand, ist klar, aber es geschah in unter den nun einmal bestehenden Umständen nicht illoyaler Weise. Was würde der biedere Knauer zu unserem Rentengütergesetz gesagt haben!

Ende des Jahres 1885 beschäftigte sich das preußische Landesökonomiekollegium mit der Frage, und auch hier tauchte (Bericht der „Freisinnigen Zeitung“ vom 13. November 1885) das Bedenken auf, „welches, sofern man als Rentengüter nur Arbeiterstellen errichten wolle, aus der dadurch gegebenen Möglichkeit der Konstituirung neuer Hörigkeitsverhältnisse entstehen könne“, und der Minister Lucius mußte erklären: „Auf keinen Fall sei es gerechtfertigt, in der Vorlage die Anbahnung einer feudalen Maßregel zu sehen.“

Man sollte meinen, daß die Leute die Falle merken würden, die ihnen gestellt werden kann. Allein das Betrübende bei diesem Feldzugsplan ist, daß bei ihm auf alle die Instinkte gerechnet wird, welche den Menschen an seine Heimath fesseln. Das Zitat aus Meitzen zeigt, wie man sogar das Ehrgefühl der Menschen kapitalisiren kann; hier ist es der Trieb des Arbeiters zur Heimath, der, in blanke Goldstücke umgesetzt, in dem Geldschrank seines Grundherrn wieder erscheinen kann — eine Metamorphose, von der sich selbst ein Ovid nichts hat träumen lassen.

Eine Bekanntmachung der Generalkommission für Preußen und Posen, d. d. 24. Februar 1892, verlangt, daß Jemand, der ein Rentengut erwerben

will, mindestens 25 bis 30 Mark pro Morgen der Rentengutsfläche eigenes Vermögen haben muß, für die ersten Anschaffungen u. dergl. 1 Acre in Amerika ist = 1,6 Morgen, 25 Mark pro Morgen sind also 40 Mark pro Acre = zirka 10 Dollar. Für 2 bis 4 Dollar kauft man ein Acre im Westen von Amerika; eine Farm mit Gebäuden, Vieh und Geräth kauft man für 8 bis 10 Dollar per Acre in Westkanada! Für die Summe, welche als nothwendig für die ersten Einrichtungen angenommen wird, kann der Arbeiter in Amerika also ein freies Besitzthum erwerben.

Aber die Spekulation auf die Heimathsliebe ist nicht fehlgeschlagen. Die Leute ziehen es vor, sich in die Rentnerei hineinzukaufen, wenn sie nur in ihrem Lande bleiben können, dessen Boden schon ihre Väter mit ihrem Schweiße gedüngt haben, und von dessen Ertrag schon ihre Väter oft nur so viel erhielten, als ihre Herren ihnen geben mußten, damit ihre Hörigen nicht ausstarben. Der „Reichsanzeiger" vom 3. Mai 1892 berichtet, daß „... die Mitwirkung der Behörde zur Begründung von Rentengütern ... in einem Maße ... angerufen sei, welches jede Voraussetzung übersteigt". Anträge auf Errichtung von Rentengütern (durch Gutsbesitzer, die parzelliren wollen) wurden eingereicht bis zum 15. März 1892 in Ost- und Westpreußen und in Posen im Ganzen 461; die Grundstücke umfassen ein Areal von zusammen 89 459 Hektar, es sind also Güter von durchschnittlich zirka 200 Hektar, die in Frage kommen. An Bewerbern haben sich gemeldet: in Ostpreußen 1140, in Westpreußen 33, in Posen 56, zusammen 1239. In diesen Zahlenangaben sind jedoch „nur solche Bewerber enthalten, welche den Besitz eines zur Uebernahme eines Rentenguts unbedingt erforderlichen Baarvermögens behauptet haben"; und daß die Zahlen aus Westpreußen und Ostpreußen so klein sind, erklärt sich nach dem amtlichen Bericht daraus, daß „nach den gemachten Erfahrungen Rentengutsgeber und -Nehmer sich in den genannten Provinzen meist direkt unter einander über den Verkauf der einzelnen Rentengüter verständigen". Also die ungeheure Zahl von 1239 Bewerbern, die sich in höchstens dreiviertel Jahren gefunden hat, umfaßte nur einen Theil der wirklichen Bewerbungen!

Am interessantesten ist jedoch folgende Bemerkung: „So haben zahlreiche aus den östlichen Provinzen stammende Personen, welche gegenwärtig in den westphälischen Bergwerksdistrikten arbeiten, den Wunsch kundgegeben, sich durch Erwerb eines Rentenguts wiederum in ihrer früheren Heimath ansässig zu machen." Die Absicht der Rentengüter erfüllt sich also glänzend: nicht nur fesselt man die ansässigen Arbeiter, mon lockt auch solche, welche bereits fortgewandert waren, wieder zurück! Das würde auch ganz löblich sein, wenn die Angelockten dadurch ihre Position verbesserten. Möglich ist dies auch, aber das Gesetz hätte das Gegentheil wenigstens verhüten sollen.

Unsere Agrarier hatten sich bis jetzt immer, wo es nicht anders ging, mit polnischen Arbeitern beholfen und dadurch alte germanische Landstriche sehr wirksam zu polonisiren begonnen. Diese friedlichen Eroberungszüge des Polenthums erstreckten sich bis in die — Pfalz! In der letzten Zeit beginnen Klagen, daß selbst die Polen zu theuer werden. Jetzt hat man das Problem gelöst! Jetzt braucht man sich keine Sorgen weiter zu machen. Selbst die Polen waren oft Sozialdemokraten. Auch die Sozialdemokratie braucht man nicht mehr zu fürchten. Die Wunderwirkungen des Rentenguts machen Alles gut. Ja, das ist wirklich jene Lichtenberg'sche Wundersalbe! (Schluß folgt.)

Die Ergebnisse der Gewerbeaufsicht in Bayern und Württemberg für 1892.

Von Dr. **Max Quarck.**

Wenn in jedem Jahr der badische und sächsische Gewerbeinspektoren-Bericht erschienen und besprochen ist (letzteres geschah für 1892 in den Nummern 23 und 30 des laufenden Jahrgangs dieser Zeitschrift), dann bleibt leider immer nicht mehr viel Bemerkenswerthes von der deutschen Gewerbeinspektion zu berichten, so wenig werthvoll sind gewöhnlich die später erscheinenden Referate der Aufsichtsbeamten aus anderen Staaten, Preußen eingeschlossen, wenn es nicht etwa endlich im Vorjahre eine gewaltige Anstrengung gemacht hat, was abzuwarten bleibt. Bis jetzt liegen nach dem badischen und sächsischen lediglich die bayerischen und württembergischen Berichte für 1892 als dritte und vierte in der zeitlichen Reihenfolge vor. Wegen ihres sachlich sehr bescheidenen Inhalts läßt sich ihre Besprechung leicht auf geringem Raume vereinigen. Dabei wird die fortlaufende Nebeneinanderstellung bayerischer und württembergischer Berichtsart eine drastische Illustration der bundesstaatlichen Zerfahrenheit unserer deutschen Gewerbeinspektion liefern.

Der bayerische Berichtsband erscheint als selbständiges Buch seit 1880 (bei Theodor Ackermann) in München, der württembergische erst seit 1886 als bloße Beilage zum „Gewerbeblatt aus Württemberg". Der erstere wird um so theurer und kostet dieses Jahr ganze 4.80 Mark, ein Preis, der für Arbeiter ganz unerschwinglich ist und auch in gar keinem Verhältniß zum Werthe steht; der letztere ist eigentlich nur Abonnenten des „Gewerbeblattes" und „Staatsanzeigers" zugänglich, wie theuer oder billig er sonst abgegeben wird, ist nicht bekannt. Ueber organisatorische Aenderungen in der Gewerbeaufsicht während des Berichtsjahres schweigen sich beide Veröffentlichungen gründlich aus, indem sie Nichts als den einfachen Abdruck des Wortlauts der Einzelberichte bringen; und doch wurden 1892 in Bayern vier neue Inspektoren zu den bisherigen vier angestellt, die Bezirke wurden neu eingetheilt und eine neue Dienstinstruktion erlassen, und das Letztere geschah auch in Württemberg — wer sich aber die Gewerbeinspektion nicht zum Spezialstudium macht und die Vorgänge in den zahlreichen deutschen Einzelstaaten mit der äußersten Aufmerksamkeit verfolgt, erfährt darüber aus den amtlichen Berichtsbändchen kein Sterbenswort. In der württembergischen Drucksache sind wenigstens die Namen der Gewerbeinspektoren angegeben, wenn auch nicht ihre wahre Adresse; die bayerische Veröffentlichung dagegen zeichnet sich dieses Jahr durch die kuriose Neuerung aus, daß sie Namen und Adressen der Einzelinspektoren, die bis 1891 unter jedem Bericht standen, gänzlich wegläßt. Die Arbeiter mögen sich die Adresse anderswo suchen! Der bayerische Bericht bringt über jeden Bezirk ausführliche arbeiterstatistische Tabellen. Aber so großen Raum dieselben äußerlich einnehmen, so geringen Werth haben sie innerlich. Sie betreffen nämlich nur diejenigen Gewerbebetriebe, welche der Aufsichtsbeamte im Berichtsjahr gerade *revidirt* hat, nicht die überhaupt im Bezirk vorhandenen; die Stärke der verschiedenen Arbeiterkategorien in den zufällig revidirten Betrieben ist aber doch ebenfalls eine mehr oder weniger zufällige, und Vergleiche mit den statistischen Feststellungen der Vorjahre sind deshalb nicht möglich, weil jedes Jahr *andere* Betriebe inspizirt werden — nur der Gewerbeinspektor für Niederbayern sagt S. 37 des Berichtsbandes, daß 1892 „die gleichen Betriebe mit weiblichen Arbeitskräften wie im Jahre 1891 einer Visitation unterzogen

wurden", aber auch er benützt diesen Umstand nicht statistisch richtig, weil er für 1891 jugendliche und erwachsene Arbeiterinnen zusammenzieht. Im Uebrigen besitzt das weitläufige Tabellenwerk aus den acht bayerischen Bezirken, das nebenbei nicht einmal für das ganze Königreich zusammengestellt ist, sehr geringen sozialpolitischen Werth, und die Inspektoren beginnen dies auch endlich einzusehen. Der Beamte für die Pfalz sagt S. 60, daß „ein Vergleich mit dem Vorjahre keinen sicheren Schluß bieten könne, da in keinem der beiden Jahre sämmtliche Fabriken inspizirt werden", und derjenige für Oberfranken äußert S. 118 noch deutlicher: „Ueber Zu- und Abnahme der Arbeiterzahlen in den Betrieben sind wegen der großen Verschiedenheit der Zahl der revidirten Betriebe gegen die Vorjahre noch keine statistischen Erhebungen gemacht worden." Wann wird die Ueberzeugung, daß es mit der bisherigen statistischen Schlamperei nicht fortgehen kann, endlich in das königlich bayerische Staatsministerium des Innern durchdringen? Daneben äußert sich in den Berichten der Inspektoren andererseits eine statistische Scheu, die ganz unbegründet ist. Der oberfränkische Inspektor meint, nun auch sagen zu müssen, daß über Zu- und Abnahme der jugendlichen Arbeiter „noch keine zuverlässigen Angaben gemacht werden konnten". Darin irrt er nun wieder. Die jugendlichen Arbeiter werden seit längerer Zeit schon vollständig alle zwei Jahre erhoben; diese 1892er Ergebnisse sind also, wenn man sich auf die fabrikmäßigen Betriebe beschränkt, recht gut mit denjenigen von 1890, 1888 u. s. w. vergleichbar. So tappt die Arbeitsstatistik der bayerischen Gewerbeinspektion vollständig im Dunkeln — und gerade das laufende Jahr hätte sich so gut zu einer endlichen Umkehr geeignet. Auf Grund der Gewerbenovelle hat man nämlich begonnen, die weiblichen und jugendlichen Arbeiter alljährlich zu erheben. Wie leicht wäre es gewesen, die erwachsenen männlichen gleich mit festzustellen und so den Grund zu einer vollständigen Arbeiterstatistik zu legen, wie es Baden gethan hat und Sachsen schon seit langem thut. Für die bayerische Regierung heißt es also: was nicht in den Akten ist, ist nicht vorhanden, und was in der Gewerbenovelle nicht vorgeschrieben wird, schenken wir uns! Hier möge die bayerische Arbeiterschaft einsetzen, um durch Presse und Landtagsvertreter Wandel zu schaffen. In Württemberg ist es freilich genau so und für die dortigen Arbeiter gilt also derselbe Hinweis. Schätzungsweise, mit „zirka" geben einzelne bayerische und beide württembergische Beamte die Gesammtarbeiterzahl ihrer Bezirke an, die beiden Letzteren mit „zirka" 52 700 und „zirka" 36 495, also mit „zirka" 89 195 für ganz Württemberg. Bei dieser Sachlage ist natürlich auch die Wirksamkeit der Inspektion kaum zu kontroliren. Mit großer Mühe kann man sich aus dem bayerischen Berichtsband zusammen suchen, daß 1892 inspizirt wurden:

im	I.	Bezirk	auf	1450	vorhandene	Betriebe	867
„	II.	„	„	?	„	„	618
„	III.	„	„	894	„	„	519
„	IV.	„	„	?	„	„	477
„	V.	„	„	1320	„	„	374 (erst im Mai begonnen)
„	VI.	„	„	zirka 1000	„	„	747 (mit Assistenten)
„	VII.	„	„	?	„	„	476
„	VIII.	„	„	?	„	„	411
						zusammen	4489 inspizirte Betriebe.

Also 4489 inspizirte Betriebe, während die für die Hälfte der Bezirke als überhaupt vorhanden nachgewiesenen schon über 3800 ausmachen. Selbst nach der „Reorganisation" der Gewerbeaufsicht werden demnach in Bayern

höchstens 50 Prozent der unter Aufsicht stehenden Betriebe inspizirt. Ein wenig erhebendes Ergebniß, das aber doch den Mangel jeder amtlichen Nachweisung über die Intensität der Inspektion nicht erklären dürfte. In Württemberg ist offene Auskunft gegeben, und hier steht es auch etwas besser. Im Neckar- und Jagstkreis wurden auf 1556 vorhandene Betriebe 1093, im Donau- und Schwarzwaldkreis auf 1725 doch 1161 Anlagen, also insgesammt auf 3281 der Aufsicht unterstellte Betriebe 2254 oder zirka 70 Prozent revidirt. Und dabei sind die württembergischen Inspektoren noch mit der leidigen Aufsicht über die Dampfkessel nach berühmten sächsischen und preußischen Mustern belastet, während die bayerischen Beamten glücklicherweise damit verschont wurden und desto mehr in der sozialen Aufsicht leisten könnten. Der Beamte für Oberpfalz und Regensburg behauptet auch, der Verkehr mit den Arbeitern des Bezirks habe „nichts zu wünschen übrig gelassen", und derjenige für Mittelfranken sagt mit Berufung auf sechs ganze Fälle, die Beziehungen zu den Arbeitern seien „unmerklich reger" geworden. Aber im Uebrigen stehen die bayerischen Beamten den Arbeitern nach wie vor so gut als fremd gegenüber, und sie werden das Vertrauen derselben auch schwerlich gewinnen, wenn sie so verfahren, wie der Inspektor für Schwaben und Neuburg. Derselbe erklärt Seite 208 des Berichtes: „Bei Besprechungen mit Arbeitern kam es vor, daß der Tagelohn viel niedriger angegeben wurde, als die Lohnliste nachwies. Aus welchen Gründen diese unwahren Angaben gemacht wurden, ist nicht klar geworden." Dieser Beamte scheint die Unternehmerangabe a priori als absolut wahr und jede abweichende Arbeiterauskunft, die sich wahrscheinlich durch Abzüge oder andere Umstände bei näherer, kontradiktorischer Nachforschung schnell „klar" machen läßt, für „unwahr" zu halten. Dieser Standpunkt muß von den Inspektoren aufgegeben werden, wenn sie wirkliche Behüter der Arbeiterschutz-Gesetzgebung darstellen wollen. Uebrigens glaubt auch die Inspektion des zweiten württembergischen Bezirkes versichern zu müssen, er werde „unter allen Umständen jegliche Störung des guten Einvernehmens zwischen Arbeitgebern und Arbeitern, wie solche allenfalls aus der Förderung eines einseitigen (!!) Verkehrs zwischen den Arbeitern und ihm entstehen könnte, sorgsam vermeiden", und dies, trotzdem er festgestellt hat, daß die Verbindung mit den Arbeitern bitter nothwendig ist. Die Arbeiterausschüsse der einzelnen Fabriken sollen diesem Manne des juste milieu in der Gewerbeinspektion als Mittel zur Unterbindung der tödtlichen Verlegenheit dienen, in welcher er sich befindet; wir sind auf seine Erfahrungen mit denselben gespannt. Der Beamte des ersten württembergischen Bezirks sagt über seinen Verkehr mit den Vertrauensmännern der Arbeiter, daß ihm dieselben von August bis Dezember „nur vier Beschwerden" übermittelt hätten. Er sollte daraus entnehmen, wie vorsichtig diese Vertrauensmänner ihres Amtes walten. Uebrigens scheint es, als wenn er (vergl. S. 12) ganz richtig der Entwicklung freier Fachvereine, deren zunehmende Ausdehnung er feststellt, mehr Aufmerksamkeit schenkte, als lahmen Fabrikausschüssen. Dieser Inspektor sagt auch aus Anlaß einer Kritik der Unthätigkeit der Ortspolizeibehörden, die mit Ausnahme einiger Städte in ganz Bayern und Württemberg so gut wie ganz versagte, daß die Arbeiter in dieser Hinsicht mehr leisteten, „indem sie vorgekommene Verfehlungen persönlich und auch in ihrer Presse öfters zur Anzeige brachten". Hier werden die „Leistungen" der Arbeiter im Interesse der Gesetze direkt höher gewerthet, als diejenigen der Ortspolizeibehörden — möchten sich dies die Gewerkschaften aller Orten als wirksame Aufmunterung dienen lassen. Freilich reicht ihr Einfluß nur soweit, daß sie für die Bekanntgabe der Ungesetzlichkeiten sorgen können; die Ahndung derselben liegt

beim Inspektor, der auch in Bayern und Württemberg keine Exekutive hat und sehr oft geneigt ist, an „Unkenntniß" von den bestehenden Vorschriften bei den Unternehmern zu glauben und zunächst höchst liebevoll mit „Mahnungen" vorzugehen, statt Anzeige zu machen und die volle Schärfe des Gesetzes gegen Leute zur Geltung zu bringen, die in demselben Bescheid wissen müssen. Die ganze Inspektion des Jahres 1892 bestand in Bayern und Württemberg zur Hauptsache aus einem fortwährenden „mahnenden" Verkehr der Beamten mit den Unternehmern; wie viel Ungesetzliches mag bei dieser Zahmheit ganz unbeachtet geblieben sein! Allmälig ringt sich ja die Erkenntniß bei den Beamten durch, daß sie mit dem Vertrauen auf den guten Willen der Unternehmer auf die Länge der Zeit nicht durchkommen. Wenigstens äußern zwei bayerische Inspektoren, der für Mittelfranken sowie der für Schwaben und Neuburg, daß die Beiziehung der Polizei gewöhnlich allein rasche Beseitigung aufgefundener Mißstände garantire. Wie lange wird es noch dauern, bis die Inspektoren selbst diejenige Polizeigewalt wieder bekommen, die ihnen im Reichsgesetz längst zugesprochen, auf dem kalten Weg der Verordnung aber ganz willkürlich wieder entzogen ist?

Das Wichtige im Aeußern der bayerischen und badischen Gewerbeinspektion ist damit zur Genüge beleuchtet. Es erklärt im Voraus die Dürftigkeit der Berichte bezüglich der Arbeiterzustände selbst. Immerhin besteht auch hierin noch ein kleiner gradueller Unterschied: die bayerische Inspektion bleibt meist ganz an der Oberfläche der Dinge, die württembergische dringt wenigstens etwas tiefer ein. Hier ist wahrscheinlich die bis jetzt ganz zufällige persönliche Qualifikation der Beamten von Einfluß.

Hüben wie drüben erscheint das Berichtsjahr als ein wirthschaftliches Krisenjahr erster Ordnung. Seine Entwicklung trägt den ausgeprägtesten kapitalistischen Stempel: Aufsaugung der kleinen Betriebe durch die großen einerseits, Nothstand und Beschäftigungslosigkeit für die Arbeiter andererseits. In Mittelfranken errichten die Unternehmer der Metallschlägerei und Broncewaarenfabrikation eine gemeinschaftliche Verkaufsstelle, nachdem der Einzelverkauf nur Preisunterbietungen gezeitigt hat, in Nürnberg vereinigen sich die Pinselfabriken und in Nürnberg und Fürth zwei Schuhfabriken zu einer großen Aktiengesellschaft. Im württembergischen Neckar- und Jagstkreis „sind die kleinen Gerbereien mehr und mehr im Verschwinden und die größeren sehen sich genöthigt, sich enger zusammenzuschließen". Schuhwaarenfabriken verschmolzen sich zu einheitlichem Betrieb, in der Nahrungs- und Genußmittelindustrie „werden die kleineren Betriebe nach und nach unterdrückt und von den großen aufgesogen"; ebenso „ist im Kleingewerbe ein Aufsaugungsprozeß immer mehr zu beobachten". Im Schwarzwaldkreis und seiner Uhrenindustrie blühten die Großbetriebe, die kleinen gingen ein; die bayerischen wie württembergischen Inspektoren sind darin einig, daß die Großbetriebe überall, bezüglich der Löhne, des Arbeiterschutzes, der Unfallverhütung und Arbeiterversicherung weit mehr leisten können als die kleinen. So gebiert die kapitalistische Wirthschaftsordnung den kollektivistischen Betrieb aus ihrem eigenen Schoße, während sich ihre blinden Auguren noch den Kopf über den sozialistischen Zukunftsstaat zerbrechen! Freilich macht der fortschreitende Großbetrieb zusammen mit dem Tiefstand der „Geschäfte" vorläufig Tausende von Arbeitern brotlos; das verschuldet eben die kapitalistische Leitung. Die bayerischen und württembergischen Inspektoren geben, und hier sind sie sogar offener als ihre sächsischen und badischen Kollegen, erschütternde Andeutungen von dem Arbeiterelend, welches das Jahr 1892 trotz Herrn v. Bötticher sah. Aus München heißt es, daß „die Zahl der zeitweise Beschäftigungslosen zumal bei Eintritt des Winters eine größere als in

den Vorjahren gewesen“ sei, aus der Pfalz wird von „einer großen Zahl Arbeitsloser“ berichtet („daß unter solchen Umständen auch mancher Arbeiter zu weniger lohnenden und ungewohnten Arbeitsleistungen greifen mußte, ist erklärlich“); für Oberpfalz und Regensburg wird „eine Abnahme der Gesammtarbeiterzahl“ konstatirt, in Mittelfranken wurden „Entlassungen, Beschränkung des Verdienstes durch verkürzte Arbeitszeit und Herabsetzung der Arbeitslöhne nicht selten beobachtet“; aus Schwaben und Neuburg schreibt der Beamte: „Es wurde die Wahrnehmung gemacht, daß Morgens am Eingange größerer Fabriken sich massenhaft beschäftigungslose Arbeiter ansammeln“, die aber nur zum geringsten Theile ihren Zweck erreichten, da viele Fabriken schon durch Anschläge an den Eingängen jedes Arbeitsangebot ablehnten. Die zahlreichen Berichtsstellen über erhebliche Schmälerung des Verdienstes noch beschäftigter Arbeiter, Einschränkung der Lebenshaltung, Zunahme des Pferdefleischkonsums u. s. w., seien gar nicht einzeln erwähnt. In Württemberg war es ja genau dasselbe: „es ist nicht zu leugnen, daß besonders in den größeren Städten im Winter die Zahl der Arbeitslosen eine nicht unbedeutende ist . . . es kann also wohl ein Nothstand angenommen werden“, schreibt der Beamte des Neckar- und Jagstkreises, und der des Donau- und Schwarzwaldkreises fügt hinzu: „Diejenigen Arbeiter, deren Verdienst bei dem herannahenden Winter immer mehr zusammenschmolz und mitunter ganz aufhörte, geriethen geradezu in eine Nothlage“. In offenes Deutsch übersetzt heißt dies: es gab eine Menge solcher nothleidenden Arbeiterfamilien. Die freisinnige Spartheorie versagte hier vollständig, und selbst Herr v. Böttiche̲r mit seiner Ableugnung eines „außerordentlichen Nothstandes“ dürfte am Ende noch vor diesen amtlichen Schilderungen erröthen. Angesichts dieser überwältigenden Allgemeinnoth sollen die zahlreichen Notizen über Lohnabzüge im Einzelnen, auch ungesetzliche, über mehrere Fälle von Truckunfug in Bayern und Württemberg, sowie über unglaublich lange Lohnfristen, die namentlich noch in den ländlichen und Waldindustriegegenden beider Länder „üblich“ sind, für diese Besprechung zurückgestellt bleiben. Nur an die zahlreichen Angaben über traurige Wohnungsverhältnisse der bayerischen und württembergischen Arbeiter sei noch erinnert. Daß die Schlafstätten für Arbeiter auf Ziegeleien und Mühlen eher Ställen als menschlichen Wohnungen ähneln, bezeugen die Beamten für die bayerischen Bezirke Pfalz, Unterfranken und Aschaffenburg. Da die Unternehmer sehr oft die Aborte für Arbeiter bei ihren Werkstellen noch nicht einmal ordnungsgemäß herzustellen für nöthig halten, was sollen sie sich um menschliche Wohnstätten für dieselben kümmern! Aber auch die Miethwohnungen der Arbeiter in Städten und Ortschaften stehen in beiden Ländern oft tief unter der Kulturstufe des neunzehnten Jahrhunderts. In München krassirt das Aftervermiethen „auch bei den kleinsten Wohnungen mit nur einem heizbaren Zimmer“ stark. Die Besichtigung von Wohnungen niederbayerischer Glasschleifer hinterließ bei den Beamten „den Eindruck einer auch sittlich niederer stehenden Arbeiterklasse“ (im Verhältniß zu den Glasmachern). Der Inspektor hätte übrigens gut gethan, statt dieser die Arbeiter verdächtigenden Wendung eine recht genaue Schilderung der Wohnungen und der Umstände zu geben, die ihre Beschaffenheit bedingen. Aus Unterfranken und Aschaffenburg heißt es: „Die Wohnungsverhältnisse für Arbeiter sind in den größeren Städten nicht gut. Selbsthilfe der Arbeiter ist hier ein Ding der Unmöglichkeit“ — was wir gerne glauben, ohne zu hoffen, daß Staat und Gemeinden in Bayern und anderswo so bald etwas thun, wäre es auch nur zur Schaffung eines kümmerlichen Wohnungspolizeigesetzes, wie in Hessen. Für ein solches Gesetz plaidirt der württembergische Inspektor des Neckar- und Jagstkreises; fand er doch neben

den „angenehmen Wohnungen“ der „regelmäßig“ beschäftigten Arbeiter, daß „alleinstehende Arbeiter und Fabrikarbeiterinnen, welche keine regelmäßigen Erwerbsquellen finden, unter solch' elenden Verhältnissen wohnen, daß diese nicht häufig schlimmer gedacht werden können. Die Räume schützen oft nicht genügend vor den Unbilden der Witterung und es ist von einem guten warmen Bett vielfach keine Rede“. Das Schlimme bei dieser sonderbaren Art der Berichterstattung der Herren Inspektoren ist uns immer, daß man nie weiß, wie viele Arbeiter „regelmäßig“ oder „unregelmäßig“ beschäftigt sind und demgemäß unter dem geschilderten Nothstand leiden. Dasselbe gilt für die den Donau- und Schwarzwaldkreis betreffende Berichtsstelle, nach der „beim Bau neuer Häuser (für die Arbeiterbevölkerung) mehr wie früher darauf gesehen wird, daß die Wohnungen wenigstens ein bescheidenes (!) Maß häuslicher Behaglichkeit zu bieten vermögen. In größeren Städten und dicht bevölkerten Industrieorten bleibt in dieser Hinsicht noch viel zu thun übrig“. Da sich die Arbeiterbevölkerung immer mehr nach den Städten konzentrirt und es mit der „regelmäßigen“ Beschäftigung bei der Mehrzahl windig aussieht, so leidet wohl der überwiegende Theil der bayerischen und württembergischen Arbeiter unter durchaus unzulänglichen Wohnungsverhältnissen. Noth in der Fabrik, Noth zu Hause — das ist also das Fazit dieses Abschnittes!

(Schluß folgt.)

Die Parteien und die Militärfrage.

Von **Max Schippel.**

Die Mehrheit des eben zu seinen Vätern versammelten Parlamentes wurde 1890 unter dem Feldgeschrei gewählt: gegen das Kartell, gegen die Steigerung der Militärlasten! Die erste, allererste That desselben gleichen Reichstages war die Erhöhung der Friedenspräsenz um 18½ tausend Mann, der fortdauernden Kosten dafür um etwa 18 Millionen Mark jährlich, der einmaligen sofortigen Ausgaben um 40 Millionen.

Es ist gut, heute daran zu erinnern, denn zunächst werden die Dinge nicht viel anders verlaufen wie vor drei Jahren. Vielleicht — selbst das halten wir nicht für unbedingt ausgemacht — vielleicht wird die nächste parlamentarische Majorität seitens der Wähler wieder mit dem Auftrage nach Berlin geschickt werden, dem uferlosen Militärenthusiasmus „ein kräftiges Halt zuzurufen“. Sicher jedoch wird alsdann dieselbe Majorität, sofort nach den Wahlen, an das Bewilligen gehen — ohne Enthusiasmus zwar, aber dadurch wird die Sache weder billiger noch angenehmer für das Volk. Und so sehr die bürgerliche Opposition gegen die letzte Militärvorlage das in Abrede stellen und sich selber in Illusionen wiegen mag, so richtig ist es, daß nur zwei Parteien ruhig und getrosten Muthes die Entwicklung an sich herankommen lassen können: die Sozialdemokratie und die preußische Regierung.

Der Graf v. Caprivi mag durch seine Behandlung der politischen Parteien sein persönliches Ansehen gerade nicht erhöht haben, er mag sogar als erstes Opfer einer sich anbahnenden Verständigung zwischen Parlament und Regierung fallen — die preußisch-deutsche Militärverwaltung kann heute schon mit einer Vermehrung des Rekrutenkontingents um allermindestens 25 000 Mann rechnen. Denn so weit ging selbst der Abgeordnete Richter in seinem Antrage, der den Standpunkt der freisinnigen Opposition formulirte; und die ultramontane Opposition hat sich durch die Anträge Lieber-Preysing noch

darüber hinaus verpflichtet. Eine so rapide Steigerung der Zahl der jährlich Ausgehobenen, wie sie selbst die Angebote der bürgerlichen Opposition enthalten, hat seit der Gründung des Reiches noch niemals stattgefunden. Die Kriegsstärke Deutschlands würde dadurch um mehrere hunderttausend Köpfe wachsen.

Weiter haben sich beide Flügel der bürgerlichen Opposition verbindlich gemacht, alle Voraussetzungen für die raschere Ausbildung der Mannschaften zu erfüllen. Auch das läuft auf einen ganz bedeutenden Zuwachs an Offizieren und Unteroffizieren, auf ein ganz erkleckliches Mehr an sachlichen Anlagen und Einrichtungen hinaus, sodaß nur der verblendetste militärische Hochmuth und Kamaschengeist diese Zugeständnisse wie eine Art parlamentarischen Erpressungsversuches dauernd zurückweisen könnte. Noch vor drei Jahren würde Herr Richter eine solche Konzession weit von sich gewiesen, die Regierung aber sich dazu gratulirt haben.

Nun verlangt die freisinnige Partei allerdings als Gegenleistung dafür die dauernde, gesetzliche, verfassungsmäßige Sicherstellung der zweijährigen Dienstzeit der Fußtruppen durch Abänderung des betreffenden Verfassungsparagraphen, welcher eine dreijährige Dienstzeit bei der Fahne vorschreibt. § 59 der Reichsverfassung lautet bekanntlich: „Jeder wehrfähige Deutsche gehört sieben Jahre lang, in der Regel vom vollendeten 20. bis zum beginnenden 28. Lebensjahre dem stehenden Heere — und zwar die ersten drei Jahre bei den Fahnen, die letzten vier Jahre in der Reserve — die folgenden fünf Lebensjahre der Landwehr ersten Aufgebotes und sodann bis zum 31. März desjenigen Kalenderjahres, in welchem das neunundddreißigste Lebensjahr vollendet wird, der Landwehr zweiten Aufgebotes an." Die Regierungsvorlage schlug (in § 1, Absatz 2, Satz 2) vor, in dieser Beziehung folgende Aenderung zu treffen:

> „Der Durchschnittsstärke liegt die Voraussetzung zu Grunde, daß die Mannschaften der Fußtruppen im Allgemeinen zu einem zweijährigen aktiven Dienst bei der Fahne herangezogen werden" —

und in der Begründung war dies weiter dahin erklärt, daß „unter gewöhnlichen Verhältnissen sämmtliche Mannschaften der Fußtruppen nach Ablauf einer zweijährigen Dienstzeit zur Disposition beurlaubt und während des dritten Jahres zum Dienst nicht wieder herangezogen werden" sollten. Die rechtliche Stellung der Mannschaften des dritten Jahrganges wäre hiernach eine sehr prekäre geblieben, weil die zweijährige Dienstzeit nur „im Allgemeinen" zugesagt war und der Dispositionsurlauber, im Gegensatz zum Reservisten, einschneidenden Beschränkungen in seiner Bewegungsfreiheit unterworfen ist: jeder Wechsel seines Aufenthaltsortes ist von der Genehmigung des Bezirkskommandos abhängig. Der Abgeordnete Richter beantragte daher in der Kommission (und derselbe Antrag kehrte dann bei der zweiten Berathung im Plenum unter dem Namen Althaus wieder):

> „Der erste Satz des Artikels 59 der Verfassung des Deutschen Reiches vom 16. April 1871 erhält mit dem 1. Oktober 1893 folgende Fassung:
>
> Jeder wehrfähige Deutsche gehört sieben Jahre lang .... dem stehenden Heere an — und zwar bei den Fußtruppen die ersten zwei Jahre, bei den übrigen Truppengattungen die ersten drei Jahre bei den Fahnen, die letzten fünf bezw. vier Jahre in der Reserve."

Die Opposition im Zentrum war auch hier noch bescheidener, wie die auf der Linken; sie begnügte sich, die zweijährige Dienstzeit für die Periode der

diesmaligen Präsenzfeststellung, nach dem Antrag Preysing auf fünf Jahre, festzulegen. Artikel II beginnt hier: „Für die Zeit vom 1. Oktober 1893 bis zum 30. September 1898 treten bezüglich der aktiven Dienstpflicht folgende Bestimmungen in Kraft: § 1. Während der Dauer der aktiven Dienstpflicht sind die Mannschaften der Kavallerie und der reitenden Artillerie die ersten drei, alle übrigen Mannschaften die ersten zwei Jahre zum ununterbrochenen Dienst bei der Fahne verpflichtet." Weiter war das Zentrum bereit, während des dritten Jahres dem Manne eine Art Mittelstellung zwischen dem freieren Reservisten und dem gebundeneren Dispositionsurlauber zuzuweisen, um bei politischen Verwickelungen eine geräuschlose Einziehung des dritten Jahrgangs, ohne förmliche Mobilmachung, zu erleichtern. „Im Falle nothwendiger Verstärkungen — heißt es in dem Antrag Preysing weiter — können auf Anordnung des Kaisers die zur Reserve zu entlassenden Mannschaften im aktiven Dienst zurückbehalten werden. . . . Mannschaften, welche nach einer zweijährigen aktiven Dienstzeit zur Reserve entlassen worden sind, kann im ersten Jahre ihrer Reservepflicht die Erlaubniß zur Auswanderung auch in der Zeit, in welcher sie zum aktiven Dienst nicht einberufen sind, verweigert werden."

Das ist das Minimum, das die Regierung auch nach den größten Wahlmißerfolgen jeden Tag erlangen kann. Bisher hat sie diese Vorschläge freilich als ganz unannehmbar bezeichnet, aber doch nur, weil sie weitergehende Pläne durchzudrücken hoffte. Die Konservativen haben in der Kommission pflichtschuldigst die Zentrumsanträge zu Fall gebracht, weil die Regierung diese nicht akzeptirte; in dem Augenblick, wo die Regierung dies thut, werden auch die Konservativen dafür zu haben sein. Bis zu dieser untersten Grenze ist also der Militärverwaltung ihr Gewinn — unseres Erachtens ein ganz enormer Gewinn — sicher verbürgt. Auf dem Spiele steht für sie bei den Wahlen nur, was zwischen dieser Grenze und dem Antrag Huene liegt, der bekanntlich über das freisinnige Angebot hinaus nicht nur die Umwandlung der 17 500 Ersatzreservisten (mit bisher fünfmonatlicher Dienstzeit) in Zweijährigdienende, sondern weiter noch ein jährliches Mehr von 11 000 Rekruten präsentirt. Daß die Regierung auf die Möglichkeit eines solchen Gewinnes hin das Spiel wagt, ist von ihrem Standpunkt aus um so begreiflicher, als sie dabei zunächst weiter nichts einsetzt wie das politische Renommé eines Generals, der sich durch einige gewandte Ministerkollegen bereits aus dem Amt eines preußischen Ministerpräsidenten hinausmanöveriren ließ und dem auch als Reichskanzler schon öfter das letzte Stündlein zu schlagen schien. Die Regierung nimmt insoweit eine durchaus günstige Position ein; sie kann auf militärischem Gebiete selbst dann nur gewinnen, wenn die bürgerliche Opposition ausschlaggebend wiederkehrt.

Die bürgerlichen Parteien hingegen, die regierungsfreundlichen wie die oppositionellen, sehen alle der Wahlentscheidung mit einer peinigenden Unsicherheit entgegen. Sonst gab es keine stärkeren Trümpfe in den Händen der Konservativen und Nationalliberalen wie den Appell an die Furcht und den Chauvinismus der Kleinbauern und Kleinbürger. Heute, inmitten einer schleichenden wirthschaftlichen Krisis, unter dem lähmenden Drucke eines dumpfen Pessimismus ist, bei halbwegs ehrlichem Spiel, weder eine Panik noch ein patriotischer Enthusiasmus anzufachen, welche die bürgerlichen Massen mit fortreißen könnten. Auf der andern Seite fehlt auch der bürgerlichen Opposition jede innere Freudigkeit und Spannkraft zu einem frischen, fröhlichen Wahlfeldzug. Um den vielgeschmähten Militarismus energisch zu bekämpfen, ist sie ihm bereits viel zu weit entgegengekommen. Um in üblicher Weise ihre Gegner im vollen Brustton der Entrüstung als Volks-

verräther brandmarken zu können, hat sie der kommenden Judasse viel zu viel in den eigenen Reihen. Als Herr Richter das halbe Dutzend freisinniger Militärfrommer abzuschütteln suchte, ging die halbe Fraktion mit ihnen. Diese ewigen Sezessionisten haben sich damit zwar ihrerseits noch nicht zum Antrag Huene bekehrt und bekannt, der heute zugleich den Standpunkt der verbündeten Regierungen bezeichnet. Aber wenn ihr Gefühl für „politische Duldsamkeit“ es nicht einmal erlaubt, mit Anhängern des Huene'schen Antrages die engere Parteifreundschaft zu lösen, wo will man dann den Muth herholen, vor den wählenden Massen jeden Freund des Huene'schen Kompromisses als Todfeind zu bekämpfen? Das Zentrum hat sich seine Aktionsfähigkeit besser gewahrt, aber außer in Süddeutschland, wo das Donnern gegen den Militarismus zugleich der immer wieder auflebenden Abneigung gegen die preußische Hegemonie schmeichelt, wird auch das Zentrum den Kampf gegen die Armeevermehrung nur schwach führen können, nachdem namhafte Zentrumsführer diese Vermehrung mit dem Einsatz ihrer ganzen politischen Stellung befürwortet haben. Und wenn für die Wahlen die Tonart Lieber stärker hervortritt, so schließt das nicht im entferntesten aus, daß nach den Wahlen die Ballestrem-Huene, auch die nicht gewählten, wieder den Ton angeben. Aehnlich ging es 1890 auch, und Dr. Lieber ist noch lange kein Dr. Windthorst.

So werden, mit Ausnahme der Sozialdemokratie, alle größeren Parteien froh sein, wenn die Qual der Wahl vorüber ist, und als gebrannte Kinder werden sie jeden, auch den erbärmlichsten Friedensschluß mit dem Militärabsolutismus weniger fürchten wie das Feuer eines neuen Konfliktes und einer darauf folgenden neuen Wahl.

Ueber den äußeren Ausgang der nächsten Wahlen für die einzelnen Parteien wollen wir weiter nicht prophezeien. Aber selbst wenn die bürgerliche Opposition wesentlich verstärkt zurückkehren sollte, werden dann sofort die moralischen Niederlagen im Parlamente für sie beginnen.

Allein die Sozialdemokratie wird sich nicht nur durch die Wahlen gewaltig heben. Sie wird gerade dann ihre größten moralischen Triumphe feiern, wenn die bürgerlichen Parteien sammt und sonders an den Klippen des Militarismus Schiffbruch leiden.

Literarische Rundschau.

Handwörterbuch der Staatswissenschaften, herausgegeben von Prof. Conrad-Halle, Lexis-Göttingen, Elster-Breslau, Löning-Halle. Jena, Gustav Fischer. — Bisher erschienen 26 Lieferungen (5 Bände und 2 Lieferungen) à 3 Mark. Artikel: Abbau—Reichard.

Deutschland ist heute wohl der günstigste Ort, eine zusammenfassende Uebersicht dessen zu schaffen, was gegenwärtig als Staatswissenschaften offiziell bezeichnet und betrieben wird.

Kein anderes europäisches Land hat in so kurzer Zeit, in so abgekürztem Verfahren so große politische und wirthschaftliche Umwälzungen erfahren, wie Deutschland in den letzten dreißig Jahren. In keinem andern Lande hat daher auch das plötzliche Herandrängen wichtiger, zum Theil auch ganz neuer politischer und wirthschaftlicher Aufgaben, der Kontrast von Gegenwart und eben noch durchlebter Vergangenheit die allgemeine Aufmerksamkeit derartig gefesselt, das Bedürfniß nach Orientirung auf den verschiedensten Gebieten derart geweckt, die Diskussion und die Forschung derartig belebt. Die „Staatswissenschaften“ zeigen gerade hier eine ganz außergewöhnliche Regsamkeit und Betriebsamkeit, weil im ganzen öffentlichen Leben Deutschlands die Bedürfnisse und Anregungen des Tages ganz außerordentliche waren.

Die Gründung des Norddeutschen Bundes und des Deutschen Reiches, die nähere Ausgestaltung der Beziehungen der Einzelstaaten zum Bunde, die — man möchte sagen: seit der Indemnitätsertheilung ewig latenten — Konflikte zwischen dem Militärabsolutismus und der Volksvertretung haben die Erörterung grundlegender Verfassungsfragen niemals zur Ruhe kommen lassen. Wie sehr unsere Finanzwissenschaft sich an den neuen Reichsfinanzproblemen emporgerankt hat, an dem rapid anschwellenden Bedarf des Reiches und der bald damit verbundenen abenteuerlichen Projektenmacherei — das weiß Jeder, der einmal in die traurige Nothwendigkeit versetzt wurde, die diversen „Finanzwissenschaften“ unserer Theoretiker und Praktiker durchzuarbeiten. England mit seiner trotz aller Reformen ruhigen und stetigen Finanzentwicklung besaß bis vor Kurzem überhaupt noch kein besonderes Lehrbuch der Finanzwissenschaft; Frankreich mit dem kolossalen Bedarf seines zentralisirten Staates war hier lange Zeit tonangebend; nun fließt in Deutschland am meisten gelehrter Schweiß, um „die wachsende Ausdehnung der Staatsthätigkeit“ als ewiges Gesetz und jeden neuen Aderlaß am Steuerzahler als Ausfluß der ewigen Gerechtigkeit zu erweisen. Unsere Münz- und Bankreform hat eine Literatur erzeugt, die sich, was die Quantität anbelangt, ruhig mit der englischen Literatur während und nach der Suspension der Baarzahlungen im Anfange des Jahrhunderts messen kann. Bestimmte Fragen der „Gewerbeordnung“ haben kaum irgendwo eine so große Rolle gespielt wie in Deutschland, wo man mit einem Schlage einheitlich regeln mußte, was bisher einige Dutzend Einzelstaaten je nach ihrer besonderen Entwicklung und Lage besonders geordnet hatten, und wo ein außergewöhnlich starkes Kleingewerbe immer von neuem gegen die Lebensbedingungen der Großindustrie Sturm zu laufen versuchte. Selbst unsere gewerbe*geschichtlichen* Forschungen sind hierdurch wesentlich mit befördert worden. Dazu kam, daß auf deutschem Boden die politisch stärkste Arbeiterbewegung, die einflußreichste Vertretung des wissenschaftlichen Sozialismus erstand, so daß in der deutschen offiziellen Wissenschaft auch „die soziale Frage“ bald einen viel breiteren Raum einnahm wie anderwärts; der Katheder- und Staatssozialismus hat von Preußen-Deutschland aus sogar eine Art von Triumphzug durch die übrigen europäischen Länder angetreten, die nach einander alle, mehr oder weniger, in die Lage kamen, nur noch mit starkem Staatseingreifen und starker Staatshilfe einen glatten Fortgang ihrer Geschäfte ermöglichen zu können.

So ist in Deutschland auf den mannigfachsten Gebieten der „Staatswissenschaften“ mit besonderer Emsigkeit gearbeitet worden; man hat hier die älteren Forschungen am eifrigsten ausgegraben, gesichtet und aufgeputzt, man hat manches Neue hinzugefügt. Staatswissenschaftliche, besonders volkswirthschaftliche Zeitschriften und Sammelwerke bestehen nirgends in ähnlichem Umfange. Auch für eine encyklopädische Zusammenfassung waren daher gerade hier die geschulten Kräfte und alle Vorarbeiten am reichlichsten und leichtesten zur Hand. Für ein solches Unternehmen sind ferner Conrad und Lexis zweifellos ein paar tüchtige Organisatoren und Leiter, und so ist das „Handwörterbuch“ unseres Erachtens weitaus das beste und reichhaltigste Nachschlagewerk für alle wirthschaftlich-politischen Tagesfragen und die bevorzugten Parthien unserer Universitäts-Staatswissenschaft geworden. Say's vollendetes französisches und *Palgrave's* im Erscheinen begriffenes englisches Wörterbuch können sich auch nicht entfernt mit dem deutschen messen.

Damit wollen wir natürlich nicht gesagt haben, daß alle Parthien gleichmäßig behandelt seien; einzelne sind arg vernachlässigt, andere, selbst für die heutige Tagespolitik wichtige, ganz unter den Tisch gefallen. Die späteren Bände haben auch im Allgemeinen dem Anfang an Größe der Anlage nicht mehr entsprochen; je mehr das Unternehmen zum Abschluß drängt, desto größer werden die Lücken und desto kleiner wird der Maßstab der Ausführung des Behandelten. Das sind Mängel, wie sie bei einer ersten Auflage leicht erklärlich, vielfach unvermeidlich sind. So weit sie für den heutigen Stand und für den moralischen Muth der offiziellen bürgerlichen Wissenschaft bezeichnend sind, denken wir nach Beendigung des Ganzen ausführlicher darauf einzugehen.

Heute möchten wir nur die Redaktionen unserer Parteiblätter, die Vereine, alle in der Parteibewegung Thätigen auf das reiche Material aufmerksam machen, das sie in dem „Handwörterbuch" finden. Zusammenstellungen z. B. wie die über die Arbeiterversicherung und ihre Organisationen, über den Arbeiterschutz, die Gewerkschaftsbewegung, die Bauernbefreiung, immer nach den verschiedenen Ländern gesondert behandelt, sind nirgends so reichhaltig geboten. Aehnliches gilt für die Behandlung der Geld-, Steuer- und Bankfragen, des Aktienwesens, der Handels- und Kolonialpolitik, einzelner Zweige der Statistik. Fast alle deutschen und viele ausländische Spezialisten sind hier herangezogen worden, für einige Fragen auch Parteigenossen, so Dr. Schönlank für die Geschichte der Gesellenvereine, Friedrich Engels für die Biographie von Karl Marx.

Sehr werthvoll ist auch, daß für alle bekannteren staatswissenschaftlichen Autoren, bis auf die jüngste Gegenwart herab, ein Verzeichniß aller ihrer selbständigen Schriften, ja womöglich aller ihrer Aufsätze und Beiträge in Zeitschriften und Sammelwerken beigefügt ist. Leider haben es aber hier die Bearbeiter (meist Leiter hervorragender staatswissenschaftlicher Bibliotheken) sehr oft für nöthig befunden, die Schriften nicht nur aufzuführen, sondern auch durch allerlei kritische Randglossen zu kennzeichnen, und da es ihnen selbstverständlich gar nicht möglich war, die Autoren und Schriften alle zu kennen, so sind gerade diese Stellen meist nicht nur trivial und nichtssagend, sondern zuweilen sogar von unwiderstehlicher, wenn auch unfreiwilliger Komik. Auch darüber später einmal. —ms.

Handbuch der politischen Oekonomie. Herausgegeben von Prof. Dr. Gustav Schönberg. Bd. 1, 790 Seiten. Preis (ungeb.) 15 Mark — Bd. 2, 1128 Seiten, 21 Mark — Bd. 3, 1164 Seiten 23,40 Mark.

Das Handbuch ist eine Sammlung von Monographien über einzelne volkswirthschaftliche Gebiete, ohne einheitlichen Charakter, den man jedoch weniger vermißt, weil das, was man wohl Volkswirthschaftspolitik nennt, etwa neun Zehntel des Werkes einnimmt und die Theorie sehr kurz (und, fügen wir gleich hinzu), sehr schlecht wegkommt. Was Neumann über Grundbegriffe und Preis, Schönberg über die Grundlagen der Volkswirthschaft, Scheel über Kommunismus und Sozialismus, Mithoff über die Vertheilung schreiben, ist unter aller Kritik. Dafür ist der dritte Band mit seiner Darstellung der Finanzwissenschaft und Verwaltungslehre von Reitzenstein, Geffcken, Helferich, Löning u. s. w. kaum entbehrlich, und Aehnliches gilt auch von Darstellungen wie die von Sax über die Verkehrsmittel, von Nasse über Münz- und Bankwesen, von v. Goltz, Meitzen, Conrad, Helferich über Land- und Forstwirthschaft, von Lexis über den Handel, von Schenkel über den Bergbau. Schönberg selbst hat zur Geschichte der gewerblichen Verfassung Beachtenswerthes beigetragen.

So ist für Informationszwecke neben dem Conrad-Lexis'schen Handwörterbuch mit seiner durch die Anlage gebotenen größeren Zersplitterung des Stoffes das Schönberg'sche Handbuch mit seiner mehr systematischen Darstellung wohl zu empfehlen. —ms.

Dr. Kuno Frankenstein, **Die deutsche Fabrikinspektion,** ihre Thätigkeit im Jahre 1890 und ihre Reform. (Separatabdruck aus den „Annalen des Deutschen Reiches." 1892.) München und Leipzig, G. Hirth's Verlag 1892. Groß 8°, 72 S. Preis Mark 1,50.

Die Schrift bietet zunächst (S. 1—56) eine fleißige und gründliche Darstellung des wesentlichen Inhaltes der von den einzelnen Staaten (Preußen, Sachsen, Bayern, Baden, Württemberg, Hessen und Schwarzburg-Rudolstadt) veröffentlichten Fabrikinspektorenberichte für 1890 und der im Reichsamt des Innern aus allen Einzelberichten hergestellten Bearbeitung. Letztere beurtheilt auch Dr. Frankenstein durchaus nicht günstig:

„Kann man auch nicht behaupten, daß dieser Bericht nach einer bestimmten Tendenz gearbeitet sei, so wird man doch nach aufmerksamer Durchsicht der Ueber-

zeugung Ausdruck geben müssen, daß der Bericht die Aeußerungen der einzelnen Beamten nicht immer vollständig und zutreffend wiedergiebt, ja, daß er den Anforderungen überhaupt nicht entspricht, die bezüglich der ganzen Art und Weise der Darstellung an die Abfassung eines Generalberichtes zu stellen sind.... Um... (über die Thätigkeit der Ortspolizeibehörden) Klarheit zu gewinnen, empfiehlt es sich, nicht auf die im Reichsamt des Innern zusammengestellten „Amtlichen Mittheilungen“ zurückzugreifen, sondern aus der Quelle der Originalberichte zu schöpfen. In letzterem Falle erhält man ein wesentlich anderes Bild als im ersteren.“

Zum Schlusse (S. 56—72) unterwirft der Verfasser die ganze Einrichtung der Fabrikinspektion, wie sie sich bei uns gestaltet hat, einer eingehenden Kritik, aus der wir das Folgende hervorheben:

Nach der letzten Gewerbeordnungs-Reform sind eine ganze Reihe neuer Bestimmungen zum Schutze der Arbeiter zu beobachten; ferner erstreckt sich die Aufsicht nicht mehr blos auf Fabriken und fabrikähnliche Betriebe, sondern auf Werkstätten aller möglichen Art. Dadurch ist der Wirkungskreis der Beamten derart erweitert, daß wahrscheinlich überall die wirklichen Leistungen noch mehr wie bisher hinter den gestellten Aufgaben zurückbleiben werden. Preußen ist zwar eben dabei, die Zahl seiner Beamten von 29 (im Jahre 1890) auf 163 zu erhöhen. Aber nach Inkrafttreten der neuen Schutzbestimmungen sind in Preußen 450 000 gewerbliche Anlagen der Inspektion zu unterziehen; weiter soll den Inspektoren nunmehr auch die Kesselrevision übertragen werden — so daß selbst nach der Umgestaltung Preußen hinter dem Sachsen von 1890 zurückstehen wird. Und auch in Sachsen ließ, trotz der geringeren Ansprüche der bisherigen Gesetzgebung, die Fabrikinspektion noch immer viel zu wünschen übrig: von den aufsichtspflichtigen Betrieben des Königreichs wurden in den Jahren 1886—90 im Durchschnitt nur 48 Prozent jährlich (1890: 51 Prozent) revidirt.

„Aus allen unseren Ausführungen dürfte wohl hervorgehen, daß durch eine Reorganisation der Fabrikinspektion, wie sie zur Zeit in Preußen in der Durchführung begriffen ist, nichts gebessert wird. Ueberdies ist Preußen auch nicht Deutschland, und wir haben keinerlei Garantie, daß die andern Staaten — etwa Bayern ausgenommen — dem Beispiele Preußens wenigstens insoweit folgen werden, als sie durch eine Vermehrung der Aufsichtsbeamten eine wirksame Ausführung der zahlreichen neuen und veränderten Bestimmungen des Arbeiterschutzgesetzes zu erreichen suchen. — Aber in der Vermehrung der Beamtenzahl allein liegt unseres Erachtens auch nicht das Entscheidende. Wir glauben vielmehr, daß es einer durchgreifenden Umgestaltung der gesammten Organisation der Fabrikinspektion überhaupt bedürfen wird, wenn nicht sehr viele Bestimmungen des Arbeiterschutzgesetzes nur auf dem Papiere stehen und unwirksam bleiben sollen.“

Einmal müsse mit der ortspolizeilichen Revisionsthätigkeit gründlich aufgeräumt werden, die für die Durchführung der Arbeiterschutzbestimmungen noch immer in erster Linie in Frage komme:

„§ 139b der Gewerbenovelle vom 1. Juni 1891 will, wie seither so auch in Zukunft die ordentlichen Polizeibehörden neben den von den Landesregierungen anzustellenden Beamten mit der Gewerbeaufsicht betrauen. Nun hat sich aber zur Genüge gezeigt, daß die Polizeibehörden mit wenigen Ausnahmen weder Lust noch Liebe haben, ihre Pflichten als Aufsichtsorgane in gewissenhafter Weise zu erfüllen, daß sie durchaus nicht sachverständig sind, um die Arbeiterschutzbestimmungen im Sinne des Gesetzes und zum Wohle der Arbeiter auszuführen, und daß sie auch nur zu oft mehr auf die Interessen der Unternehmer, als der Arbeiter und des öffentlichen Wohls Rücksicht nehmen. Dazu kommt noch, daß die überwachende oder vermittelnde Polizei weder den Unternehmern genehm ist, noch das Vertrauen der Arbeiter besitzt. Auch heißt es die Bedeutung der Gewerbeaufsicht unterschätzen, wenn man sie zu einer reinen Polizeisache macht. Aus allen diesen Gründen wollen wir den Polizeibehörden überhaupt keine Aufgaben und keine Befugnisse bezüglich der Durchführung der Arbeiterschutzbestimmungen zugewiesen wissen. Wir sind der Ansicht,

daß es am zweckmäßigsten sei, die Aufsicht über die Ausführung der Bestimmungen der §§ 105a, 105b Abs. 1, 105c bis 105h, 120b, 120c, 120d, 120e, 134 bis 139a der Gewerbenovelle vom 1. Juni 1891 ausschließlich in die Hände besonderer Beamten — Gewerbeinspektoren — zu legen und diesen Beamten ... das Recht zu geben, jeder Zeit Unternehmer, Betriebsbeamte und Arbeiter ihrer Bezirke zu vernehmen und polizeiliche Mandate zu erlassen.... Die den Polizeibehörden gegebene Befugniß, für einzelne Anlagen die Ausführung derjenigen Maßnahmen anzuordnen, die zur Duchführung der Grundsätze der neuen §§ 120a und 120c (zum Schutze gegen Unfälle, gegen Gefährdung der Gesundheit, der Sittlichkeit) erforderlich und nach Beschaffenheit der Anlage ausführbar erscheinen, muß aber geradezu in Erstaunen setzen. Jedermann, der die Schwierigkeiten der einschlägigen Fragen kennt und weiß, wie durchaus unwissend die meisten Polizeibehörden in technischen Dingen sind, wird diese Regelung der Aufsichtsverhältnisse nicht verstehen. Es liegt uns fern, den betreffenden Behörden hier einen Vorwurf machen zu wollen, wir geben vielmehr gern zu, daß eine gründliche technische und sanitäre Bildung von den Polizeibeamten, namentlich auf dem Lande und in kleineren Städten, gar nicht verlangt werden kann. Allein, gerade auf dem Lande und in kleineren Städten hat eine große Zahl der bedeutendsten Fabrikbetriebe ihren Sitz, und diese Thatsache hätte bei Ordnung der Gewerbeaufsicht in Betracht gezogen werden müssen. Industrielle Kreise haben die Befürchtung ausgesprochen, daß die Bestimmungen der §§ 120a—120c endlose Plackereien und schwere Schädigungen der Industrie zur Folge haben würden, da übelwollende oder übereifrige Polizeibeamte alles Mögliche aus diesen Paragraphen herausdeuten könnten. Wir glauben dagegen, daß diese Bestimmungen eher auf dem Papier stehen bleiben und daß in Folge dessen die Arbeiter den Nachtheil haben werden."

Auch nach oben hin sind nach Dr. Frankenstein die Fabrikinspektoren viel zu abhängig und unselbständig, viel zu sehr bloße unmaßgebliche „Sachverständige und Berather."

Ferner sei es ganz falsch, wie jetzt wieder in Preußen, vorwiegend Techniker für die Aufsichtsführung zu wählen. Besonders sei das ärztliche Element viel mehr zu berücksichtigen, denn solche Schäden, auf die der Arzt am meisten achte (ungenügende Luftzufuhr, übermäßig hohe oder niedrige Temperatur, Mängel der Beleuchtung, die Einwirkungen verschiedener Staubarten, chemischer Gifte, unathembarer Gase und krankheitserzeugender Organismen) seien für die Arbeiter viel verhängnißvoller, wie schlecht umgitterte Maschinen und ähnliche Gefahren, die dem Techniker besonders auffallen. Frankenstein fordert daher, „den Erlaß und die Ueberwachung der gewerbehygienischen Vorschriften in die Hände besonders vorgebildeter Aerzte oder Techniker zu legen. Auch insofern dürfte das zweckmäßig sein, als namentlich Gewerbeärzte nicht nur die am meisten geeigneten Berather der höheren Verwaltungsbehörden in gewerbehygienischen Angelegenheiten, sondern auch die geeigneten Personen wären, denen laufende Aufnahmen einer Reihe von wichtigen sozial- und medizinalstatistischen Daten (z. B. der Krankheits- und Sterblichkeitsursachen) als Aufgabe überwiesen, Untersuchungen über die körperliche Entwicklung der Arbeiter zur Pflicht gemacht werden könnten u. s. w. Einer derartigen Thätigkeit aber würde ein reiches Material, gleich wichtig für die medizinische, wie für die sozialen Wissenschaften, und bedeutungsvoll für Maßnahmen der Gesetzgebung und Verwaltung, entsprießen."*

Innerhalb der Gewerbeaufsichtsbehörde für jeden Bezirk sei daher eine Arbeitstheilung zwischen koordinirten Beamten verschiedenen Bildungsganges oder zwischen Gewerberath und Assistenten wünschenswerth. Auch sei es wünschenswerth, diesen

* Auch Marx hat bekanntlich in seiner Programmkritik Aerzte als Inspektoren verlangt. Siehe auch „Neue Zeit", 9. Jahrg., 2. Band, S. 383 über die Buchdruckerkrankheiten. Der Statistiker derselben, Dr. Albrecht, bemerkt: „Wenn wir die durch gewerbliche Krankheiten hervorgebrachten Schädigungen an Leben und Gesundheit mit der Gefährdung der arbeitenden Bevölkerung durch Betriebsunfälle vergleichen, so ist unverkennbar, daß letztere in ihrer Bedeutung gegen erstere erheblich in den Hintergrund treten."

Bezirksbehörden immer ein Personal unterzuordnen, das „lediglich die Ausführung genau begrenzter Vorschriften, Gebote oder Verbote zu überwachen hätte. Ein Personal von Unterbeamten hat der Staat da geschaffen, wo fiskalische Interessen in Frage kommen, wo es sich z. B. um Durchführung der Zollgesetzgebung oder um Verwaltung der indirekten Steuern handelt. Ebenso wichtig und gerechtfertigt ist unserer Ansicht nach ein Eingreifen des Staates, wo das Interesse einer so großen Zahl seiner Angehörigen wie der der arbeitenden Klassen auf dem Spiele steht. Es unterliegt keinem Zweifel, daß binnen einer verhältnißmäßig kurzen Frist eine genügende Zahl von geeigneten Personen für den unteren Gewerbeaufsichtsdienst herangebildet werden kann, und es wird sich namentlich auch empfehlen, tüchtige Arbeiter, die das Vertrauen ihrer Genossen wie ihrer Arbeitgeber gewonnen haben, zu Unterbeamten zu machen.“ — Weiter sei eine einheitlichere Ausgestaltung der Aufsicht im Reiche nöthig, die Kompetenz der Landesregierungen zu beschränken.

Alle Erwartungen, die man auf die Arbeiterschutzbestimmungen setzen könne, würden fehlschlagen, „wenn die Gewerbeaufsicht in dem gleichen Zustande wie heute bestehen bleibt. Das hätte man sich eindringlicher vor Augen führen, man hätte bedenken sollen, daß es nicht allein nutzlos, sondern vor Allem unklug wäre und der Würde des Staates nicht entspräche, wenn Bestimmungen in ein Arbeiterschutzgesetz aufgenommen würden, für deren Durchführung im Sinne des Gesetzgebers und zum Wohle der Arbeiter keine ausreichende Garantie vorhanden wäre. So lange die Gewerbeaufsicht so mangelhaft organisirt bleibt, wie heute, so lange wird trotz der anerkennenswerthen Thätigkeit der einzelnen Inspektionsbeamten der Arbeiterschutz größtentheils nur auf dem Papiere stehen.“ —ms.

Dr. Karl Oldenberg, **Der Kellnerberuf.** Eine soziale Studie. Leipzig, Duncker und Humblot.

Diese Schrift ist nicht allein für die direkt daran Betheiligten — Kellner und Wirthe — geschrieben, sondern dürfte auch für das große Publikum, welches ja täglich mit dem Kellnerberuf in Berührung kommt, von größerem Interesse sein. Dem Wirthshausbesucher als Trinkgeldgeber kann die ökonomische Lage des ihm servirenden Gastwirthsgehilfen durchaus nicht gleichgiltig sein. Das Wesen, besser gesagt das Unwesen des Trinkgeldes hat dahin geführt, daß der Gast, Konsument dem Wirth gegenüber, gleichzeitig die Rolle des Lohngebers dem Kellner gegenüber eingenommen hat.

„Nach alter Erfahrung ist oft ein außerhalb des Fachs Stehender am ehesten befähigt, Standesverhältnisse unparteiisch zu schildern und unter größere Gesichtspunkte zu ordnen, zumal wenn er schon die soziale Lage anderer Berufsstände kennen gelernt und durchdacht hat.“ Dieser Erfahrungssatz bewährt sich ziemlich gut bei dem Verfasser. Im Kapitel „Trinkgeld“ beweist er, wie sehr ers verstanden hat, sich in den Kellnerberuf hinein zu denken, als ob er selbst „von der Pike auf gedient hätte.“ In trefflicher Weise schildert er die schiefe Lage, in welche der Trinkgeldjäger gegenüber dem Gast, gegenüber seinem Arbeitgeber und hauptsächlich auch seinen Berufsgenossen gegenüber gebracht wird.

Im ersten Kapitel wird „der Kellnerstand in Zahlen“ behandelt. Wichtig für unsern Leserkreis ist aus diesem namentlich zu erfahren, daß der Verfasser die Zahl der Kellner im deutschen Reich auf nahezu 60 000 schätzt. Die Konzentration des Kapitals hat auch im gastwirthschaftlichen Gewerbe einen riesenhaften Fortschritt genommen. Im Jahre 1880 kamen in Berlin auf je 1000 Arbeitgeber 3268 Angestellte, im Jahre 1885 aber nicht weniger als 8660. In keinem Stande giebt es weniger Ehen als unter den Gastwirthsgehilfen. Im Jahre 1882 waren der Berufsstatistik zu Folge nur 9928 Ehemänner und 609 Witwer, dagegen 47 241 Junggesellen unter den Kellnern vorhanden. Unter den Kellnern im Alter von 15 bis 30 Jahren waren nur 62,3 vom Tausend verheirathet, unter den Erwerbsthätigen männlichen Geschlechts überhaupt in diesem Alter dagegen 202,1 pro Tausend.

Diese langwierige Junggesellenschaft schreibt Herr Dr. Oldenberg mit Recht der „Unstetigkeit“ und „Unhäuslichkeit“ des Kellnerlebens zu. Die lange Arbeitszeit,

das Schlafen im Hause des „Dienstherrn“, lassen an ein Familienleben nicht denken. Auf der andern Seite nehmen die gastwirthschaftlichen Betriebe mehr und mehr an Umfang zu, so daß der unbemittelte Kellner mit fortschreitendem Alter in eine immer verzweifeltere Lage geräth. Von unten schieben junge Elemente — die von den Wirthen ihrer Biegsamkeit und Fügsamkeit wegen stets bevorzugt werden — nach, oben nimmt die Etablirungsgelegenheit stetig ab.

In den folgenden Kapiteln beleuchtet der Verfasser eingehend die Arbeitszeit, die Verköstigung und Wohnung, den Lohn und die Abzüge von dem letzteren, der überhaupt nur gegeben scheint, um die Besteuerung des Kellners besser durchführen zu können. Das weitaus wichtigste Kapitel ist das vom „Trinkgeld,“ dessen „Unheil stiftende Wirkungen“ nach der psychologischen Seite liegen. Hierbei müssen wir dem Verfasser aber einiges rektifiziren. So ist es ein Irrthum anzunehmen, der Kellner könne „im Durchschnitt“ so viel sparen, um sich ein kleines Etablissement anzukaufen. Ausnahmen kommen nicht in Betracht, es ist — wohlverstanden — vom Durchschnittskellner die Rede, und dieser wird, wenn wir seine Lehrzeit, sowie einige Jahre, die er im Auslande zur Erlernung fremder Sprachen zubringt, in Anrechnung bringen, mindestens 21 bis 22 Jahre alt, ehe er an die „richtige Stelle“ gehen kann, wo er leidlich verdient. Nun läßt aber der Verfasser aus dem Auge, daß der Kellner, der in einer sogenannten „guten Stellung“ sich befindet, in Bälde gesundheitlich so herabgekommen ist, daß er quittiren muß, um sich zu erholen. So geht es auch den Saisonkellnern, die für einige Monate in Badeorten oft ganz unmenschliches leisten, um etwas mehr zu verdienen. Noch einige Jahre mit wechselndem Erfolg — vorausgesetzt, daß die Militärbehörde nicht dazwischen kömmt und — unser Kellner ist alt geworden.

Die Kritik der bestehenden Verhältnisse ist im Ganzen genommen immerhin eine treffliche zu nennen, dagegen trifft der Herr Doktor mit seinen „Reformvorschlägen“ weniger das Richtige. Er macht z. B. den Vorschlag, das Trinkgeld durch „Gewinnbetheiligung“ abzulösen; diese würde aber psychologisch und ökonomisch ganz dieselben Schäden nach sich ziehen als das erstere. Der Kellner würde nach wie vor in seinem Kollegen seinen Feind, seinen Konkurrenten erblicken, der ihm sucht Gäste wegzuschnappen, um damit einen größeren Umsatz und „Gewinnbetheiligung“ zu erzielen. Er wird aus demselben Grunde freiwillig, d. h. weil seine Existenz es so bedingt, die Arbeitsleistung zweier Menschen übernehmen. Der Wirth wird so zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen, er wird genau wie durch das Trinkgeld ein gefügiges, stets in seinem „eignen (?!) Interesse“ zu den größten Leistungen bereites Personal erhalten.

Erst wenn das Trinkgeld durch eine feste Besoldung ersetzt ist, wird der Kellner gleich dem Industriearbeiter seine Kollegen als Leidensgefährten betrachten, wird er sich mit ihnen solidarisch fühlen, und erst dann wird er thatkräftig für Verbesserung seiner Lage eintreten. Der Verfasser giebt zu, daß mit den „Fortschritten des Kapitalismus die Lebenslänglichkeit des Kellnerberufs“ allgemeiner werde. Die nothwendige Folge davon ist das Umsichgreifen des sozialdemokratischen Elements in seinen Reihen.

Alles in allem können wir mit der Broschüre sehr zufrieden sein und wollen nicht unterlassen, sie jedem Genossen, jedem, der mit Sozialpolitik sich befaßt, zu empfehlen. Ist auch der Verfasser weit entfernt, unsere politischen Anschauungen zu theilen, so kann er als Nationalökonom doch nicht umhin, die Unrichtigkeit der faden Phrase von der „Gemeinsamkeit der Interessen“ zwischen Arbeitgeber und Arbeiter anzuerkennen. Den Beweis dafür, daß man beiden Theilen nicht dienen kann, muß er ja schon selbst empfinden durch die mißfälligen Aeußerungen der Prinzipalpresse über seine Broschüre, trotzdem er an verschiedenen Stellen sehr auf die Seite der Prinzipale neigt.

Um so weniger scheuen wir uns, ihm unsere Anerkennung im Allgemeinen auszusprechen, selbst auf die Gefahr hin, daß es ihm unangenehm wäre, von sozialdemokratischer Seite belobt zu werden. Hugo Pötzsch-Berlin.

Notizen.

Der Getreidebau Englands ist noch immer stark im Rückgang. Nach der jüngst herausgekommenen Landwirthschaftlichen Statistik für 1892 sind in dem abgelaufenen Jahre in Großbritannien 157 000 Acres Land weniger unter dem Pflug gewesen als das Jahr zuvor. Diese Zahl wäre an sich nicht groß, aber sie ist nur ein einzelnes Glied einer ununterbrochenen Reihe von Rückgangszahlen. Seit 1882 sind auf diese Weise rund eine Million Acres außer Anbau gekommen, und dies, nachdem bereits von 1872 bis 1882 eine gleiche Fläche dem Pflug entzogen worden. Der Löwenantheil dieses Rückgangs fällt natürlich auf den Weizenbau. 1882 waren in Großbritannien noch über 3 Millionen Acres unter Weizenkultur, 1882 dagegen nur noch 2 200 000 Acres. Allerdings ist auch in derselben Zeit der Weizenpreis von 45 Shillinge auf 30 Shillinge pro Quarter (1 Quarter beträgt etwas weniger als 3 Hektoliter) gefallen. Auch die Gerste weist sehr starken Rückgang sowohl in Bezug auf Anbau als auf den Marktpreis auf; nur der Hafer hat, bei relativ geringerem Preisrückgang, ein Plus im Anbau zu verzeichnen.

Der größte Theil dieser dem Körnerbau entzogenen Anbaufläche ist in Viehweide verwandelt worden. Bringt man die Landstellen von unter einem Acker Umfang in Abzug, so ist genau die Hälfte des kultivirten Bodens von Großbritannien — über 16 Millionen Acres — beständiges Weideland. Daneben sind aber noch 5 Millionen Acres dem Anbau von Gras, Klee und andern Futterkräutern und etwa 2 Millionen Acres dem Anbau von Futterrüben gewidmet.

Aber auch die Vieh- und Meierei-Wirthschaft hat mit einer immer stärker auftretenden auswärtigen Konkurrenz zu rechnen. 1872 wurden für 10 Millionen Pfund Sterling Fleisch in England eingeführt, 1892 dagegen, bei durchschnittlich um 30 Prozent niedrigeren Preisen, für 29 Millionen Pfund Sterling. Butter und Margarine weisen für dieselbe Zeit einen Mehrimport von 9 Millionen Pfund Sterling, Eier einen solchen von über 2 Millionen Pfund Sterling im Werth auf. Kein Wunder, daß die Landlords da nach Schutz für die Landwirthschaft schreien, ganz besonders diejenigen, deren landwirthschaftliche Thätigkeit im Einstreichen der Renten besteht. Nur 14 Prozent des kultivirten Bodens von Großbritannien werden von den Eigenthümern selbst bewirthschaftet, 86 Prozent dagegen von Pächtern.

Indeß es ist nicht viel Hoffnung vorhanden, das englische Volk zur Selbstbesteuerung im Interesse von Rentenempfängern zu bewegen, und so verlegt man sich in der Zwischenzeit darauf, neue Objekte rentabler Bodenbewirthung auszukundschaften. Nachdem vor einigen Jahren Gladstone den Kleinpächtern gerathen, Beeren und Kleinfrüchte zum Einmachen zu ziehen, und die Produktion von Eingemachtem in der That einen nicht unbedeutenden Aufschwung genommen, wobei ihr der von Reichswegen verbilligte deutsche Zucker vortrefflich zu Statten kam, ist man jetzt — da die Beerenkultur natürlich nicht „fluscht" — darauf gekommen, auch den Zucker daheim zu produziren. Mannigfache neuerdings angestellte Versuche haben ergeben, daß das englische Klima sich sehr gut zum Anbau der Zuckerrübe eignet; die Rüben wiesen im Durchschnitt einen stärkeren Zuckergehalt auf als der Durchschnitt der festländischen Zuckerrüben. Herr Ernst Clarke, der Sekretär der „Royal Agricultural Society," empfiehlt daher den englischen Landwirthen eindringlich, und die namhaftesten landwirthschaftlichen Fachblätter unterstützen ihn darin, sich auf die Kultur der Runkelrübe zu werfen. Der Jahresverbrauch des Vereinigten Königreichs an Zucker beträgt 1½ Millionen Tonnen im Werthe von etwa 25 Millionen Pfund Sterling, das wäre also ein Produkt, dessen Erzeugung den Rückgang der Getreideproduktion wettmachen könnte.

Ob die Engländer in der That die Konkurrenz mit den zum Theil immer noch subventionirten auswärtigen Zuckerproduzenten werden aufnehmen können, bleibt abzuwarten. Gelingt es ihnen, dann verliert Deutschland — oder sagen wir lieber, die deutschen Zuckermagnaten — den Hauptabnehmer im Auslande, eine Eventualität, die namentlich für den Osten Deutschlands von weittragender sozialer Bedeutung werden kann. —en.

Feuilleton.

Die sozialen Zustände im römischen Reich vor dem Einfall der Barbaren.

Von Dr. Paul Ernst.

I.

Es ist gewiß eines der merkwürdigsten Probleme für den Historiker: der Sturz des römischen Reiches mit seiner hohen Zivilisation, seinen Millionen von Einwohnern durch Barbaren, welche an Zahl, Intelligenz, und zunächst doch auch an wirklicher Kriegskunst und Kriegstechnik den Römern weit nachstanden, und höchstens durch höhere physische Kräfte der Einzelnen und durch jene Art von Sittlichkeit, welche die Rohheit begleitet, überlegen waren.

Die Lösung des Problems liegt im letzten Grunde in der sozialen Evolution, welche den alten Staat sprengte. Sie war von einem Fäulnißprozeß begleitet, der die Augen der meisten Beobachter allein auf sich zu ziehen pflegt; aber wie ein Samenkorn in der Erde verfault, damit der Keim sich entwickeln kann, so umgiebt diese Fäulniß der römischen Gesellschaft auch den Keim einer neuen Gesellschaft: der modernen. Die Barbaren haben der alten Gesellschaft nur frisches Blut zugeführt; sie haben das, was am alten Staat nicht haltbar war, zerschlagen; aus den Trümmern haben sie neue Staaten entwickelt; aber sie haben diese Trümmer nicht anorganisch zusammengesetzt, und wir können eine fortlaufende Entwicklung von der alten Roma bis auf die Gegenwart verfolgen.

Wir irren oft bei der Betrachtung der alten Geschichte, indem wir unsere gegenwärtigen, ökonomischen, sozialen und politischen Zustände dem Alterthum unterschieben. Wir finden im Alterthum Monarchien und Republiken; und denken uns dabei Monarchien und Republiken, wie wir sie heute vor uns sehen; wir finden soziale Gegensätze und denken an die sozialen Kämpfe, die wir gegenwärtig erleben; wir finden eine nationale Produktion, und denken, daß sie der unsrigen geglichen haben müsse; und doch ist das im Alterthum alles ganz etwas Anderes gewesen, als heute.

Studiren wir die nationale Produktion der Gegenwart, so fällt uns sofort ein scheinbar wirres Netz wirthschaftlicher Beziehungen der einzelnen Gesellschaftsglieder auf. Viel aufdringlicher, als die Produktion des Lebensunterhalts, macht sich seine Zirkulation bemerkbar. Fast Niemand produzirt das, was er gebraucht, und fast Niemand gebraucht das, was er produzirt; und noch seltener besitzt Jemand das, was er produzirt und produzirt er das, was er besitzt. Es wirbeln vor unsern Augen die Produkte als Waaren umher, vom Einen zum Andern, bis sie ihre Bestimmung erreichen.

Bei näherem Zusehen finden wir, daß diese Zirkulation durch zweierlei Umstände bedingt wird: durch die Lohnarbeit und die Trennung von Industrie und Landwirthschaft.

Die Thatsache der Lohnarbeit hat zur Folge, daß das vom Arbeiter fertig gestellte Produkt in dem Besitz der Kapitalisten bleibt; daß der Arbeiter für seine Arbeit Lohn in Geld erhält; und daß er für dieses Geld den Kapitalisten wieder diejenigen Produkte abkaufen muß, welche er zu seinem Lebensunterhalt nöthig

hat. Die Thatsache der Trennung von Industrie und Landwirthschaft hat zur Folge, daß die industriellen Kapitalisten die Rohstoffe, welche sie zur Fabrikation nöthig haben, für Geld von den Landwirthen kaufen müssen, und daß diese umgekehrt, was sie von Fabrikaten gebrauchen, für Geld von den industriellen Kapitalisten erhalten.

Offenbar würde eine Oekonomie, bei welcher die Arbeiter nicht Geld, sondern einen direkten Antheil am Produkt erhalten, und bei welcher Landwirthschaft und Industrie nicht getrennt sind, sondern derselbe Mann die Rohstoffe produziren und sie auch verarbeiten läßt, würde eine solche Oekonomie, die so durchgreifend verschieden ist von der gegenwärtigen, auch alle andern Verhältnisse ganz anders gestalten müssen.

Das ist nun in der antiken Wirthschaft der Fall. Die Arbeiter sind Sklaven, erhalten also kein Geld, mit welchem sie ihre Lebensbedürfnisse einkaufen, sondern bekommen ihre Lebensbedürfnisse in natura in Gestalt des Sklavenfutters, der Bekleidung, und der Wohnung im Sklavenzwinger. Außerdem ist der antike Wirth zwar Grundbesitzer und läßt den Boden durch seine Sklaven anbauen; aber er läßt auch die Produkte durch andere Sklaven weiter verarbeiten, ist also gleichzeitig Fabrikant. Seine Sklaven ackern, mähen und dreschen; sie müllern und backen Brot für ihn und die Sklaven. Sie hüten die Schafe, scheeren sie, reinigen die Wolle, spinnen und weben für ihn und die Sklaven. Alle seine Bedürfnisse werden durch seine Sklaven befriedigt, selbst seine musikalischen, künstlerischen und literarischen. Sein Haushalt, sein „Oikos" stellt eine geschlossene Wirthschaft dar, die alles hervorbringt, was sie gebraucht, in völliger Autarkie existirt, und aus der nur das Ueberflüssige, was in ihr nicht verzehrt werden kann, herauswandert, Waare wird, und gegen Geld verkauft wird, wofür man das Wenige kauft, das nicht im Haushalt produzirt werden kann.

Die meiste Aehnlichkeit hat diese Wirthschaft mit einer Bauernwirthschaft alten Stils, wo der Bauer mit seinen Söhnen auf dem Felde arbeitet und die Frau mit den Töchtern das Brot backt, spinnt, webt und schneidert, und wo im ganzen Jahre nur wenig Geld ins Haus kommt und aus dem Haus geht. Und aus der Bauernwirthschaft ist dieser antike Oikos auch entstanden.*

Welche Form des Staates wird nun dieser Wirthschaftsform entsprechen?

Die politische Organisation der Völker auf der Oberstufe der Barbarei ist demokratisch, und wo wir Könige finden, sind das nicht Monarchen in unserem Sinn, sondern eine religiöse Kategorie. Der alte rex der Römer, der sich ja auch rudimentär im rex sacrificulus erhalten hat, ist im Wesentlichen nichts als

---

* Die Schilderung des Oikos ist nach Rodbertus, welcher in seinen Arbeiten zur römischen Wirthschaftsgeschichte in Hildebrandt's Jahrbüchern das scharfsinnigste und gründlichste über die antike Wirthschaft geschrieben hat. Im Detail ist freilich Vieles veraltet, auch hat er oft über das Ziel hinausgeschossen und allzugewagt konstruirt; so seine Annahme, auf der er die Entstehung des Kolonats gründet, daß eine allgemeine Periode der Latifundienwirthschaft abgelöst worden sei durch eine allgemeine Periode der Kleinwirthschaft, was schwer vorstellbar ist und sich nicht aus den Quellen belegen läßt; so seine Schilderung der Italischen Landwirthschaft als Wirthschaft des ersten Thünen'schen Kreises u. a. m. Im Großen und Ganzen aber stehen die Schriften weit über den gänzlich unzulänglichen und durch völlige Unkenntniß der Verfasser in Verwaltungslehre, Nationalökonomie und Politik überhaupt nur als bloße, noch dazu mangelhafte Materialiensammlungen zu betrachtenden Büchern der deutschen Philologen wie Marquardt u. a., sowie über so leichtfertigen Arbeiten wie Dureau de la Malles bekanntes Buch. Ich verdanke Rodbertus auch im Folgenden noch Manches.

das. Eine Monarchie in unserem Sinn kann sich auf dieser Stufe nur in Ländern entwickeln, welche aus geographischen Gründen eine wirkliche Zentralmacht und das Zusammenfassen der Gemeinden in einen Einheitsstaat nöthig machen: das sind die Länder der großen Ströme, wie Aegypten und Babylon, wo die Zentralgewalt die Bewässerung zu leiten hat. Ueberall anderswo genügt die Zusammenfassung in die Gemeinde; der Mittelpunkt ist die ummauerte Stadt, in welcher die Wohnhäuser liegen, und welche von den Feldern umgeben ist — die Polis. Die gesetzgebende Gewalt besteht naturgemäß aus den erwachsenen Hausvätern, den Vorständen der Oiken, die vollziehende Gewalt aus den von diesen Hausvätern gewählten Männern, welchen die Regierung auf eine bestimmte Zeit übertragen ist, wie bei den Griechen und Römern, oder die sie schon halb geerbt haben, wie wir das anderwärts finden. Gehalt wird natürlich nicht gezahlt, da ja an Jeden einmal die Reihe kommen kann, eine Beamtung zu verwalten. Hat der Staat etwas nöthig, so kommen alle Bürger gleichmäßig nach ihrer Fähigkeit dafür auf: sie repariren die Mauer, resp. lassen sie durch ihre Sklaven repariren, bauen die Tempel, ziehen in den Krieg. Während der moderne Bürger Steuern in Geld zahlt, hat also der antike Lieferungen zu machen und Dienste zu leisten, und Geld wird verhältnißmäßig wenig von ihm verlangt. Er kann auch nur Naturallieferungen und Dienste an den Staat leisten, denn bei seiner Wirthschaft ist ja das baare Geld knapp; und andererseits ist auch von dem Oikos in seiner Autarkie, wenn sich ihm der Staat mit Geld in der Hand nahte, nur wenig zu verkaufen.

Der tiefere Grund dieser politischen Organisation ist die Gentilgenossenschaft. Um nicht zu weit auszuholen, muß das hier jedoch vernachlässigt werden. Nur die Definition, welche Fustel de Coulanges giebt, möge hier noch wiederholt werden: „ein föderativer Geschlechterstaat, welcher auf ursprünglich autonomen Gruppen sich aufbaut“.

So paßt die politische Form der Polis zu der ökonomischen des Oikos und zu dem das politische mit dem ökonomischen Gebiet verbindenden Finanzwesen.

Es ist bekannt, daß der römische Bauer ruinirt wurde. Nicht durch den Freihandel, wie man oft glaubt; ganz abgesehen davon, daß der Freihandel mit Getreide der „Landwirthschaft“ noch nie geschadet hat, wurde der römische Bauer schon deshalb nicht davon berührt, weil, wie wir sahen, die Wirthschaft autarkisch war, und es deshalb dem Bauern ganz gleich sein konnte, was das Getreide kostete: er verkaufte ja nichts. Wenn in der Zeit der höchsten wirthschaftlichen Blüthe Columella lehrt, daß für ein Gut die Nähe einer großen Heerstraße wegen der Einquartierung und der Vagabondage unliebsam sei, so beweist das doch deutlich, daß die Landwirthschaft nicht auf die Waarenproduktion angewiesen war. Heute ist es umgekehrt das Wünschenswertheste, wenn das Gut an einem Verkehrsweg, jetzt Eisenbahn, liegt. Die bekanntlich auch von Mommsen verfochtene Ansicht, daß der Freihandel die römischen Bauern ruinirt habe, welche von den Agrariern mit bewundernswürdiger Zähigkeit immer wieder im Reichstag den Freisinnigen vorgehalten wird, beruht auf einer der vielen unstatthaften Uebertragungen moderner Verhältnisse auf das Alterthum. In Wirklichkeit wurde der römische Bauer ruinirt durch die zu großen Ansprüche, welche der Kriegsdienst an ihn stellte, der ihm nur die ohnehin für den Bauern werthlose Zeit des Winters übrig ließ, und durch die daraus folgende Verschuldung. In den Provinzen alter Kultur wird dieser soziale Prozeß zum größten Theil schon beendet gewesen sein, als sie an Rom kamen; in Provinzen, denen die Römer erst die Kultur brachten, wie Gallien, hatte bereits der einheimische Clan-Adel aufgeräumt.

Der Ruin des Bauernstandes hatte zur Folge, daß sich zunächst Großgrundbesitz, später dann Latifundien bildeten. Der bäuerliche Oikos verschwindet, und es entwickeln sich immer größere Oiken. Dem proletarisirten Bauern bleibt keine Existenzmöglichkeit. Es giebt nur Oikenherren und Sklaven. Diese bilden verschieden große Bevölkerungskomplexe, außer denen kein Raum ist. Der Bauer muß entweder verhungern, oder sich auf Staatskosten ernähren lassen. So verschwindet nothwendig die latinische Bevölkerung, wie Schnee vor der Sonne; die zunächst nothgedrungene Unthätigkeit und das zunächst dem vertriebenen Bauern gespendete Korn verändert den Charakter des unteren Volkes: die Quiriten werden ein faules, bettelhaftes Gesindel. Da sich übrigens das römische Proletariat nicht vermehrte, es lebte meist ehelos, so kann man sich vorstellen, daß schließlich in dieser verkommenen Gesellschaft wenig latinisches Blut mehr floß; die Ergänzung kam durch die Freigelassenen. Uebrigens vermehrten sich auch die höheren Stände nicht. Unwirthschaftlichkeit, welche die Vornehmen deklassirte; geschlechtliche Ausschweifungen, die Abneigung der Frauen, Kinder zu gebären und die deshalb häufige Abortion, die Päderastie, das System der Erbschleicherei, welches dem Reichen alle Vortheile der Familie gewährte ohne ihre Nachtheile, das Zweikindersystem, und endlich die Verwüstungen, welche die Habsucht mancher Kaiser unter den reichen Geschlechtern durch Todesurtheile anrichtete, bewirkten den Rückgang auch der besser gestellten Klasse. Auch hier mußte die Freilassung die Lücken ausfüllen. Oft zitirt ist die Stelle des Tacitus, Ann. 13, 27: „diese Klasse (der Freigelassenen) ist weit verbreitet; aus ihr ergänzen sich die Tribus, Dekurien, die Kandidaten für die zivilen und geistlichen Aemter, auch die sich aus der Stadt rekrutirenden Kohorten und der größte Theil der Ritter und Senatoren."

Das Wort des Plinius ist bekannt: die Latifundien haben Rom zu Grunde gerichtet, und jetzt beginnen sie ihr Zerstörungswerk auch in den Provinzen.

Und in der That ist hier der Prozeß ganz der nämliche, wie in Rom. Nur mit dem Unterschied, daß hier theilweise bereits vorgearbeitet war, theilweise in Folge der Eroberung sich gleich Latifundien bildeten. Ein Theil der Flur wurde den Besiegten nämlich weggenommen, und dieser wurde in vielen Fällen von römischen großen Herren okkupirt. Die etwa noch vorhandenen Bauernstücke fielen dann nach dem einfachen Gesetz der Schwere dem Latifundium zu. Die Latifundienbesitzer wucherten ihre kleinen Nachbarn entweder aus, oder vertrieben sie mit Gewalt, oder wendeten irgend eins jener andern zahllosen Mittel an, welche dem Großen gegen den Kleinen zur Verfügung stehen. Um die als Bauern angesetzten Veteranen vor der Austreibung zu schützen, entwickelte man zuletzt sogar eine Art Lehenssystem. Da die beständig neu angesiedelten Veteranen doch immer wieder aufgesaugt wurden, gab man ihnen schließlich, wohl seit Septimius Severus, das Land nicht als freies Eigenthum, sondern nur zur Nutznießung, die sie sich dadurch erhalten mußten, daß ihre Söhne wieder Kriegsdienste thaten. Offenbar war dadurch das Land der Betreffenden vor der Verhypothekirung geschützt.

Freilich dürfen wir, wie wir überhaupt vorsichtig mit der Uebertragung moderner Zustände auf das Alterthum sein müssen, die Konzentration der Kapitalien und das Wachsen des Großkapitals nicht mit solcher Schnelligkeit vor sich gehend erwarten wie heutzutage. Im Alterthum wird das Produkt nur ausnahmsweise Waare, die Konkurrenz spielt also im wirthschaftlichen Leben fast gar keine Rolle. Die Ursache der Vergrößerung der Betriebe und des Ruins der kleinen Unternehmungen heute ist, daß die kleine Unternehmung nicht mit der großen konkurriren kann. Allein schon die frappante Thatsache, daß das Alterthum in der Produktion fast gar keine Maschinen kennt, zeigt, daß dieser Grund für das Alterthum nicht

ausreichend ist. Nicht die Konkurrenz ruinirt hier, sondern der Zins*, und zwar nicht wegen seiner uns heute exorbitant erscheinenden Höhe; die Produktivität des Kapitals war damals auch entsprechend größer, weil die Profite des Fabrikanten, Händlers, Rohstoffhändlers und Pächters, und die Grundrente sämmtlich in eine Hand flossen und einem Kapital zu gute kamen, dem Oikenkapital**; sondern weil der Zins seiner Natur nach für den kleinen landwirthschaftlichen Betrieb stets ruinirend sein muß, auf der Landwirthschaft sich aber der ganze Oikos aufbaute. Immerhin ging der Prozeß langsamer vor sich, wie er heute gehen würde, und so ist es möglich — zumal durch die Kaiser immer wieder neue Bauern angesetzt worden — daß sich freie Bauern in manchen Provinzen, wie z. B. Gallien, bis in die letzten Zeiten halten. Aber diese Klasse bestimmt nicht die wirthschaftliche Entwicklung, kann auch wenig zahlreich gewesen sein, und kann natürlich bei einer summarischen Betrachtung, wie die vorliegende, nicht in Frage kommen. Es ist genau der Fall der heutigen Bauern, die doch relativ unendlich viel zahlreicher sein müssen, wie die Bauern im alten Rom: sie sind ohne jeden Einfluß; die demagogische Bauernfreundlichkeit unserer Agrarier wird man doch nicht rechnen, und selbst eine solche Demagogie war ja damals nicht nöthig.

Und wie der Ruin der kleinen Besitzer, so hat auch die Vergrößerung der großen Vermögen langsamer vor sich gehen müssen. Heute liegt es im Wesen der Produktion begründet, daß die Reproduktion der Einzelkapitalien auf immer erweiterter Stufenleiter stattfinden muß, die Expansion der produktiven Kräfte drängt auf Vergrößerung der Kapitalien. Im Alterthum bestand dieser ökonomische Grund nicht, sondern nur ein psychologisches Motiv konnte „Entsagung", Akkumu-

---

* Der Zins hat also im Alterthum eine ganz andere sozialpolitische Bedeutung, ähnlich wie noch im Mittelalter. Das muß man übrigens festhalten, wenn man die kanonischen Wucherverbote verstehen will, die sonst ganz unrichtig beurtheilt werden.

** Gegen die Art und Weise, wie der Verfasser hier das Wort „Kapital" gebraucht, ließe sich manches sagen. Er wendet es an im Sinne der gewöhnlichen bürgerlichen Oekonomie, die Kapital für gleichbedeutend erklärt mit Produktionsmittel, und zwar faßt er den Begriff soweit, daß er auch den Grund und Boden zum Kapital rechnet. Dabei geht aber die historische Bestimmtheit verloren. Die eigenen Ausführungen des Verfassers zeigen, daß das moderne Kapital grundverschieden ist von dem, was er Oikenkapital nennt. Zwei verschiedene Erscheinungen mit gleichem Namen zu bezeichnen, erscheint uns aber sehr geeignet, Mißverständnisse zu befördern. Das moderne Kapital ist Mehrwerth, heckender Werth, es ist eine Waare, die (zunächst in der Waarenproduktion) so angewendet wird, daß sie ihren Anwender in den Besitz von Mehrwerth setzt. Die Betriebsmittel des „Oikos" waren keine Waaren (abgesehen von den Sklaven, die in der bäuerlichen Wirthschaft keine Rolle spielen); sie wurden im „Oikos" für den „Oikos" erzeugt und dienten, wie oben bereits gezeigt worden, im Wesentlichen zur Erzeugung nicht von Waaren zum Verkauf, von Waarenwerthen, sondern von Gebrauchswerthen zum Selbstgebrauch. Von Mehrwerth konnte man also nicht sprechen, ebensowenig von Profiten und Grundrente. Wenn der Zins den „Oikos" ruinirte, so kam dies gerade daher, weil dieser kein kapitalistischer Betrieb war, keinen Profit abwarf. Der Bauer ging zu Grunde, weil er die Schuldenzinsen in Geld zahlen mußte, indeß bei der vorwiegenden Naturalwirthschaft Geldeinnahmen bei ihm selten und stets sehr knapp waren.

Jeder Autor hat selbstverständlich das Recht, seine Terminologie nach Belieben zu wählen und wir fühlen uns nicht befugt, sie unsern Anschauungen entsprechend zu ändern. Da aber die Bezeichnung „Kapital", und nicht blos hier, sondern auch noch später in der Abhandlung abweichend von der historischen Bestimmtheit gebraucht wird, die Marx dem Wort gegeben hat, glauben wir doch, um Mißverständnissen vorzubeugen, darauf hinweisen zu müssen, daß die Terminologie des Verfassers in diesem Punkte nicht die in unserer Literatur gebräuchliche ist. Die Redaktion.

lation von zuschüssigem Kapital und damit Vergrößerung der „Unternehmung" — das Wort paßt gar nicht auf die antiken Zustände — verursachen.

In Italien war es zunächst der Kriegsdienst gewesen, welcher, indem er die Bauern wirthschaftlich zurückbrachte, sie zum Hypothekenentleihen nöthigte. Auch die inneren Kriege wirkten mit. Kriege können die Volksvermehrung günstig beeinflussen; 1790 hatte Frankreich 26 1/3 Millionen Einwohner, 1806, als die Gebeine der Franzosen in allen Ländern der Welt bleichten, 29 Millionen. Aber Kriege wirken nur dann so, wenn sie den Reichthum der Einzelnen vermehren, wozu Hauptbedingung ist, daß sie auswärts geführt werden. Innere Kriege zerstören den Reichthum und damit die Existenzmöglichkeit der Völker. Fünfzehn Jahre lang war Hannibal in Italien gewesen; hundert Jahre später war der furchtbare Bundesgenossenkrieg, und dann die weiteren Bürgerkriege. Solche Kriege ruiniren den Bauern, machen das Land öde und bereiten es zum Latifundienbesitz vor.

Neben dem Zins wirkte für den Ruin der kleinen Besitzer wenigstens stellenweise ein zweites Moment, das ich vielleicht am besten mit den Worten Liebig's (Agrikulturchemie, 7. Auflage, S. 123), der zum ersten Mal darauf hingewiesen hat, wiedergebe: „Nach einer Reihe von Jahren nimmt die Ertragsfähigkeit der Aecker ab; sie liefern weniger Korn wie vorher, und die Zahl der kornverzehrenden Individuen nimmt zu. Die Folge davon ist, daß die Ausfuhr sich vermindert; sehr bald wird die Grenze erreicht, wo sie aufhört. Noch vor diesem Zeitpunkt tritt eine Güterzersplitterung ein; der rohe Raub bildet sich aus zur Kunst des Raubes; nach einer weiteren Reihe von Jahren treten in diesem Lande die umgekehrten Erscheinungen ein, der kleine Bauer ist unvermögend, sich auf seinem Besitz zu behaupten, weil er ihm durch die steigende Abnahme der Erträge seiner Felder seinen und seiner Familie Unterhalt nicht mehr abgewinnen kann. Während sonst zwanzig Acker hierzu genug waren, sind jetzt vierzig Acker hierzu nöthig; er verkauft sein Feld und wandert mit dem Rest seiner Habe aus oder er verkommt und wird Taglöhner bei einem großen Landbesitzer; dieser führt die intensive Feldwirthschaft ein, er vermindert die Zahl seiner Kornfelder und vermehrt die Futterfelder, die ihm den fehlenden Mist für seine Kornfelder liefern müssen. In dieser Weise schrumpfen seine Kornfelder immer mehr und zuletzt sein Besitz zu einer großen Viehweide ein. Große Flächen Land fallen in die Hände einer kleinen Anzahl von Besitzern."

Es liegt in der Natur der geschichtlichen Entwicklung, daß nicht ein Moment allein wirkt; es kommen ihrer viele zusammen, und auch die durch die Raubwirthschaft verursachte Abnahme der Bodenerträge hat gewiß mitgewirkt. Gewiß aber nicht in dem Maße, wie Liebig annimmt. Er stellt ein Zitat aus Cato einem andern aus Columella gegenüber, woraus allerdings hervorgeht, daß in der Zwischenzeit eine solche Abnahme bereits eingetreten sei. Aber in Italien war die Latifundienbildung schon zur Zeit des Augustus vollendet, sie wird also im Wesentlichen durch das erste Moment bestimmt gewesen sein. Uebergang zur Weidewirthschaft braucht zudem nicht Folge von abnehmendem Bodenertrag zu sein. Das Getreide kam nach Rom theils umsonst, theils für billigen Preis. Nun erscheint sogar im modernen England, das doch keine Tribute bezieht, welche die Preise für das einheimische Getreide weit unter die Produktionskosten drücken müssen, die Weidewirthschaft den Besitzern größeren Reingewinn zu versprechen als der Kornbau; wie viel mehr erst in Rom. Dabei muß man bedenken, daß zu Schiff damals weder Fleisch (außer Salzfleisch), noch Vieh importirt werden konnte, Fleisch also im Vergleich zu Getreide hoch im Preise stehen mußte. In der weiteren Ent-

fernung von Rom wurden also vermuthlich aus diesem Grunde die Aecker in Weiden verwandelt. In der Nähe Roms dagegen herrschte Gartenkultur und wurde Gemüse produzirt. Wenn Heisterbergk in einer Schrift über das Colonat das bekannte Zitat „ut tota Italia panarium videatur“ als Uebertreibung bezeichnet, dann mag er Recht haben; für die Ländereien vor den Thoren der Stadt aber hatte das Wort Giltigkeit. Und hier ist auch der Vorwurf des Raubbaus, welchen Liebig der römischen Landwirthschaft macht, unrichtig. Aus der bekannten Anekdote mit dem „non olet“ wissen wir, daß in Rom eine Urinsteuer bestand. Das war eine Steuer, welche die Mercatores, welche mit Urin handelten, zu erlegen hatten. Nun verwendet man den menschlichen Urin zwar oft in der Fabrikation, z. B. gegenwärtig in der Weberei, meines Wissens auch in der Maroquinfabrikation; man kann sich doch aber kaum denken, daß das so viel ausgemacht hätte, um den Urin überhaupt als mögliches Steuerobjekt erscheinen zu lassen. Er muß doch in der Landwirthschaft verwendet worden sein, und natürlich, da eine solche Waare keine hohen Transportkosten tragen kann, in der Nähe der Stadt von den Gemüsebauern. — Das Gemüse war in Rom übrigens auch so theuer, daß die Armen es nicht kaufen konnten. Wie die Sache in der Umgegend von Rom gewesen ist, wird sie auch bei den andern großen Städten Italiens gewesen sein; und da nach dem Zeugniß des Tertullian die noch zu erwähnende Caracalla'sche Reform, welche den Provinzialen das Bürgerrecht gab, in den großen Provinzstädten auch Kornvertheuerungen zur Folge hatte, wird sich auch dort der Zustand ähnlich gestaltet haben.* (Fortsetzung folgt.)

* Natürlich macht die Thatsache, daß der menschliche Urin Handelsartikel war und demnach vermuthlich zur Düngung verwendet wurde, keine Widerlegung der Ansicht von Liebig aus. Eine derartige Düngung fand doch wohl nur in der nächsten Nähe der Städte statt. Daß im Allgemeinen Raubwirthschaft am Boden getrieben wurde, hängt mit der politischen Form der alten Gesellschaft zusammen. Die ländliche Verfassung der Germanen bewirkte, daß die menschlichen Exkremente da blieben, wo die menschliche Nahrung produzirt wurde; die städtische Verfassung der Antike, wo der Bürger mit der familia urbana in einer Stadt wohnte, bewirkte, daß ein großer Theil der menschlichen Exkremente nicht wieder auf das Land kam.

Briefkasten.

M. B. und Andern. Daß im „Lexikon deutscher Zitate“ und ähnlichen Kompilationen Ludwig Feuerbach als Urheber des geflügelten Worts: der Mensch ist, was er ißt, angeführt wird, glauben wir Ihnen gern. Aber auf dergleichen Eselsbrücken für den „gebildeten“ Bourgeois lassen sich doch nicht wissenschaftliche Streitfragen austragen. Feuerbach rezensirte Moleschott's „Lehre der Nahrungsmittel“ im Jahre 1850 in den „Blättern für literarische Unterhaltung“ und erläuterte ein längeres wörtliches Zitat aus Moleschott durch die Sätze: „Wollt ihr das Volk bessern, so gebt ihm statt Deklamationen gegen die Sünde bessere Speisen. Der Mensch ist, was er ißt.“ Deshalb theilte Feuerbach aber keineswegs grundsätzlich die Anschauungen des abstrakt naturwissenschaftlichen Materialismus, dem er „rückwärts zustimmte, aber nicht vorwärts“, und den historischen Materialismus von Marx mit „Feuerbach's berühmtem Aberwitze: der Mensch ist, was er ißt“, lächerlich machen zu wollen, heißt Feuerbach mit Moleschott in einen Topf werfen und obendrein auch noch Marx mit Feuerbach und mit Moleschott. Für den „gebildeten“ Bourgeois mögen sie alle drei „Materialisten“ sein und damit basta! Aber wer öffentlich philosophiren will, soll doch unterscheiden können, namentlich seitdem Engels in seiner klassischen Schrift über Feuerbach diese Unterschiede klargelegt hat. F. M.

Für die Redaktion verantwortlich: Georg Baßler in Stuttgart.



Nr. 35. XI. Jahrgang, II. Band. 1892-93.

Der ganze Apfel.

⨯ Berlin, 17. Mai 1893.

Die gegenwärtige Wahlbewegung ist die verworrenste, die Deutschland seit der Einführung des allgemeinen Wahlrechts erlebt hat. Mit einziger Ausnahme der Sozialdemokratie, die einen klaren Weg zu einem klaren Ziele verfolgt, irren alle Parteien in der Runde. Bei allen weichen die geheimen Zwecke mehr oder weniger von dem ab, was sie nach ihren öffentlichen Kundgebungen zu verfolgen behaupten, und unter demselben Schlagworte birgt sich oft ein sehr verschiedener Sinn. Die Forderung, daß die Wähler ihr ausschließliches Augenmerk auf die Militärvorlage richten sollen, geht gleichmäßig von sehr ehrlichen und von sehr unehrlichen Leuten aus und ebenso die entgegengesetzte Behauptung, der Antrag Huene sei verhältnißmäßig eine Nebensache, verglichen nämlich mit alledem, was sonst bei den Wahlen auf dem Spiele stände. Jede dieser Behauptungen hat ihren guten Sinn, aber jede wird auch gebraucht, um ein verrätherisches Spiel zu verdecken. Selten in der Geschichte mag es in so weitem Umfange, wie gegenwärtig, wahr gewesen sein, daß es nicht immer dasselbe ist, wenn zwei dasselbe sagen.

In eigenthümlicher Weise wird diese eigenthümliche Verwirrung durch den Brief des Prinzen Albrecht von Preußen beleuchtet, den der „Vorwärts" vor einigen Tagen veröffentlicht hat. An seiner Echtheit konnte von vornherein wegen seiner originellen Grammatik und Stilistik kein Zweifel bestehen; ein Fälscher, der etwa den „Vorwärts" zu düpiren versucht hätte, würde durch eine andere Form und Sprache den Ursprung des Schreibens in so hohen Kreisen glaubhafter zu machen versucht haben. Eher hätte aus dem Inhalte des Briefes ein Zweifel an seiner Echtheit hergeleitet werden können. Denn welche versöhnende Wirkung sollte ein freundliches Zusammentreffen zwischen dem Kaiser und Bismarck auf einen Wahlkampf haben, in dessen einleitenden Stadien Bismarck eine dem Kaiser so feindliche, ja so gehässige Haltung eingenommen hat? Hatte er doch schon vor Monaten der Welt durch eines seiner willigen Sprachrohre verkünden lassen, daß er für die Vertretung der zweijährigen Dienstzeit unter keinen Umständen zu haben sei, denn eine Erhöhung der Präsenzstärke sei ihm dafür kein genügendes Aequivalent, und hatte der „kurbrandenburgische Vasall" sich doch sogar zu der Aeußerung verstiegen, „daß Fürst Bismarck jedes Experiment mit unserem in

Schlachten erprobten Heere nicht günstiger betrachtet, als die Versuche eines neugierigen Kindes, das an der blanken Weihnachtsuhr so lange herumbohrt, bis sie entzwei ist“. Nach dieser, auch sonst vielfach bekundeten Opposition Bismarck's gegen die Militärvorlage hätte es freilich als das Werk eines Fälschers angesehen werden können, daß der Regent von Braunschweig von der Anwesenheit Bismarck's bei einer höfischen Festlichkeit in Görlitz sich eine moralisch überwältigende Wirkung zu Gunsten der Militärvorlage versprach. Aber da der Brief des Prinzen wirklich echt war und von keiner Seite ein Versuch gemacht worden ist, seine Echtheit zu bestreiten, so mußte um so tiefer der Eindruck haften, daß es sich in dem Wahlkampfe noch um ganz andere Dinge handle, als um die Militärvorlage.

Verstärkt wurde dieser Eindruck durch den geradezu wüthenden Ausfall, den die „Kreuz-Zeitung“ wegen der Veröffentlichung des prinzlichen Briefes auf den „Vorwärts“ machte. Zum Moralpredigen hat gerade sie geringeren Anlaß, als irgend ein anderes deutsches Blatt, seitdem ihr Protektor Manteuffel in der Mitte der fünfziger Jahre durch den Polizeispitzel Techen dem Kabinetsrath Niebuhr und dem General Gerlach ihre geheimsten Papiere stehlen ließ, von andern Dingen ganz zu geschweigen. Auch pflegt sich die „Kreuz-Zeitung“ bei Moralpredigten, die nicht mehr als Moralpredigten sein sollen, einer gewissen salbungsvollen Milde in Ton und Wort zu bedienen, und ihr maßloser Ausfall gegen den „Vorwärts“ pfiff aus einem ganz anderen Loch. Es war ein Schrei der Wuth, der sich ihren innersten Eingeweiden entrang. Ein Schrei der Enttäuschung darüber, daß ein grelles Licht plötzlich auf dunkle Machenschaften fiel, die sich eben greifbar zu gestalten begannen. Ein Mann der „Kreuz-Zeitung“, der Klosterprobst v. Witzleben, hatte dem Prinzen Albrecht den Gedanken einer Versöhnung zwischen dem Kaiser und Bismarck apportirt, und wie lieb ihr dieser Gedanke war, zeigte die „Kreuz-Zeitung“ durch ihren Schmerz über seine vorzeitige Enthüllung. Wie aber kam sie dazu, so zärtlich zu empfinden für das Schicksal der Militärvorlage? Hatten sie und die Ihren doch erst nach langem Murren und Zögern in den sauren Apfel gebissen, theilte doch das ganze Junkerthum die Ansicht des Junkers Bismarck, daß ein kleineres Heer mit dreijähriger Dienstzeit einem größeren Heere mit zweijähriger Dienstzeit vorzuziehen sei und hat diese Ansicht von der Sache doch auch gar viel für sich vom Standpunkte der Junkerklasse, die sich als die im preußisch-deutschen Reiche herrschende Klasse über ihre Interessen sehr klar ist und die sich durch Scharnhorst'sche Gedanken oder ähnliches Brimborium nicht darüber verblenden läßt, daß die junkerliche Offizierskaste in einem um so größeren Heere mit um so geringerer Dienstzeit einen um so geringeren Spielraum hat. Was wir an dieser Stelle einmal vor Monaten als die Vernunft der Unvernunft kennzeichneten, nämlich daß der Militarismus in demselben Maße, worin er ungeheuerlich anwächst, sich auch innerlich abwirthschaftet, das ist für die Junker die Unvernunft der Vernunft. Jenes kostbare dritte Dienstjahr, das nach dem Zeugniß des alten Kaisers Wilhelm den Soldaten erst zum Soldaten macht, das heißt ihm das bürgerliche Denken und Empfinden unheilbar zerrüttet, geben sie nicht leichten Kaufes her.

Trotz alledem aber ist es nicht allzu räthselhaft, weshalb die Junker sich mit solchem Feuereifer in das Zeug legen, um durch die Versöhnung des Kaisers mit Bismarck einen patriotisch-romantischen Zauberschein um den Wahlkampf zu verbreiten. Dreist und gottesfürchtig, wie sie sind, sehen sie in der allgemeinen Verwirrung eine verlockende Gelegenheit, im Trüben zu fischen, und was gar keinen Sinn hat, wenn es der Rettung der Militärvorlage dienen soll, das hat einen

sehr guten Sinn, wenn es für die Vernichtung des Systems Caprivi berechnet ist. Es ist vielleicht allzu schmeichelhaft für die dilettantische Politik des neuen Kurses, sie ein System zu nennen, aber die frommen Junker denken mit der Bibel: Wer nicht mit uns ist, der ist wider uns, und was der Neue Kurs aus der Hinterlassenschaft der Aera Bismarck an allzu unsauberem Inventar weggeräumt hat, das betrachten sie als einen gotteslästerlichen Eingriff in ihres Wesens tiefste Wesenheit. Sie schleppen die „alte Raketenkiste“ aus Friedrichsruh nicht heran, um die Militärvorlage durch ein bengalisches Feuer zu beleuchten, sondern um den gegenwärtigen Reichskanzler in die Luft zu sprengen, und man kann dieser politischen Intrigue das Lob einer gewissen Schlauheit nicht versagen. Alles was den Grafen Caprivi zwar nicht zum großen Staatsmann, aber zum Gentleman macht, wäre ins Gesicht geschlagen, wenn der alte Sünder von Friedrichsruh wieder als restaurirter Vaterlandsretter auftauchte, und wohl hätten die Korybanten der Grundrente wie des Kapitalprofits allen Anlaß, sich in jubelndem Reigen um das Gespenst zu schwingen, das aus einer in Jammer und Schmutz versunkenen Welt wiederkehrte. Die politische Restauration des Mannes, der das Sozialistengesetz verewigen wollte und der am Ende seines „genialen“ Lateins nach einem passenden General für eine von ihm zu provozirende Straßenschlacht suchte, wäre das Signal für alle im Herzen der sozialen Reaktion gährende Gelüste, und es käme sehr wenig darauf an, ob irgend ein Bismärckling oder Bismarck selbst noch einmal in Person das Ruder ergriffe. Denn die politische Bedeutung dieses Mannes hat nie in irgend einer „Genialität“, sondern nur darin gelegen, daß er allezeit bereit war, den brutalsten Büttel der Ausbeutung und Unterdrückung zu spielen. Und solcher verzweifelt einfachen Dinge, wie die Knebelung der arbeitenden Klassen durch ein polizeiliches Schandgesetz oder die Beschneidung des allgemeinen Wahlrechts durch die Kuponscheere besorgt irgend ein beiläufiger Junker aus der Altmark oder aus Hinterpommern ebenso gut, wie der „Geniale“.

Auf dieses Spiel hinter den Kulissen hat die Veröffentlichung des „Vorwärts“ die allgemeine Aufmerksamkeit gelenkt, sehr zum Verdrusse des Geldprotzenthums in Stadt und Land, aber eben deshalb zur Freude aller ehrlichen Leute. Es ist die bekannte Taktik ertappter Spitzbuben, hinter dem, der sie ertappt hat, drein zu schreien: Haltet den Dieb! Damit werden sie aber Niemand täuschen und dies Bewußtsein stachelt ihre Wuth um so mehr an. Wir hätten fast geschrieben: ihre ohnmächtige Wuth, aber leider — so weit sind wir noch nicht. Man darf den Brief des Prinzen Albrecht so wenig über-, wie unterschätzen. Er ist nicht, wenigstens nicht so weit es auf die Antriebe und Zwecke der den Schreiber des Briefes inspirirenden Personen ankömmt, die harmlose Aufwallung eines in Liebe für Bismarck bewegten Herzens, aber er ist auch nicht die ausschließliche Verkörperung einer großen Haupt- und Staatsaktion. Er ist vielmehr eine einzelne Masche in einem großen Netze. Es liegt nicht gar so viel an dieser einzelnen Masche, aber sie giebt verhängnißvolle Kunde von dem großen Netze, das gewissermaßen durch die politische Entwicklung selbst gewoben worden ist und zwar so fest, daß es noch ganz bleibt, ob auch diese oder jene Masche zerreißt. Die gesammte innere Lage, die Haltlosigkeit und Schwäche der gegenwärtigen Regierung nicht minder als die innere Zerrüttung der bürgerlichen Opposition fordert alle entschlossenen Kräfte der sozialen Reaktion zu einem großen Schlage heraus. Die Gelegenheit ist so günstig, wie sie lange nicht gewesen ist und vielleicht nie wieder sein wird, und das wissen die Organe des Junker- und Pfaffenthums, die „Kreuz-Zeitung“ und der „Reichsbote“, das

wissen die Organe des großkapitalistischen Geldprotzenthums, die „Kölnische Zeitung“ und die „National-Zeitung“ sehr gut, wenn sie die Militärvorlage, wenn sie die Sicherung des Vaterlandes zum ausschließlichen Ziel des Wahlkampfes machen, wenn sie mit dem Lärm der patriotischen Werbetrommel eine Mameluckenmehrheit zusammenlocken wollen, die das allgemeine Wahlrecht vernichtet oder doch verstümmelt, die ein neues Schandgesetz zur Knechtung der arbeitenden Klassen bewilligt.

Wenn dem aber so ist, wie dann erklären, daß auch manche ehrlichen Leute sich ausschließlich in die Militärvorlage verbeißen, daß viele unehrliche Kumpane gerade im Gegensatze zur „Kölnischen“ und „Kreuz-Zeitung“ nicht müde werden zu erklären, auf die Militärvorlage käme nichts oder wenig an, aber die ganze freiheitliche Zukunft des Reichs stände bei diesem Wahlkampf auf dem Spiele. Die Sache liegt einfacher, als sie auf den ersten Blick zu liegen scheint. Der Militarismus ist das Rückgrat aller Reaktion, nicht weniger und auch nicht mehr. Es ist eine verhängnißvolle Illusion, sich einzubilden, daß man mit dem Militarismus zugleich alle Reaktion ausrotten könne, und es ist ein unfeines Spiel, sich oder Andern vorzuspiegeln, als könne man irgend welcher Reaktion an den dürren Leib, ehe man dem Militarismus den Kopf vor die Füße gelegt hat. Nicht um ein Entweder—Oder handelt es sich, sondern um ein Sowohl—Als auch. Die Opposition gegen die Militärvorlage ist der Hebel, womit man den lastenden Felsblock der Reaktion umwälzen kann und soll. Ohne diesen Hebel kann man den Felsblock nicht einen Zoll von der Stelle rücken, aber mit diesem Hebel in der Luft einherzufahren, statt ihn an der richtigen Stelle anzusetzen, heißt auch nur mit einer Stange gegen ein Heer von Spießen demonstriren.

Während die bürgerlichen Parteien in einem so seltsamen Dilemma einhertaumeln, hat die Arbeiterpartei längst begriffen, worauf es in diesem Wahlkampf ankommt. Sie wird den ganzen Apfel verspeisen und nicht blos an seiner einen oder seiner andern Hälfte herumknabbern. Sie steht allein, und bis zur letzten Stichwahl wird sie Haß und Heimtücke, Vergewaltigung und Verrath am eigenen Leibe zu erproben haben. Aber in ihrer Einsamkeit liegt auch ihre Größe und Stärke, liegt die ungetrübte Reinheit ihrer Prinzipien, die ungeschmälerte Energie ihres Kampfes. Und die Arbeiterklasse ist zum Heile des Volkes schon eine politische Macht. Zwei Millionen Stimmen und mehr, hinter deren jeder nicht ein behäbiger, bei schäumendem Sekt und tönenden Toasten Gut und Blut für das Vaterland opfernde Philister, sondern ein klassenbewußter Arbeiter steht, das heißt ein Brennusschwert in die Wagschale werfen, bei dessen Klirren den Säbelhelden des Militarismus wie den Staatsstreichhelden der Reaktion bange um ihre Gottähnlichkeit werden wird.

Das Schlagwort und der Antisemitismus.

Von **Eduard Bernstein.**

Drei Schriften, die sich mit der Judenfrage oder, wenn man will, der sogenannten Judenfrage beschäftigen, liegen mir zur Besprechung vor. Nach der auch in der sozialistischen Presse stark eingebürgerten Terminologie wären sie kurzer Hand dahin zu charakterisiren, daß zwei von ihnen antisemitisch sind, die dritte dagegen entschieden philosemitisch. Mir will aber diese Gegenüberstellung nicht recht in den Kopf, und theils um die Gründe meiner abweichenden Ansicht

zu entwickeln, theils weil es mir auch sonst zeitgemäß erscheint, habe ich mich entschlossen, mit der Besprechung der drei Schriften die Darlegung einiger Gesichtspunkte zu verbinden, die meiner Ansicht nach bei der Beurtheilung des Antisemitismus und im Kampf mit demselben nicht immer genügend berücksichtigt werden.

Zwei der Schriften, sagte ich oben, seien als antisemitisch zu charakterisiren. Aber sie selbst unterscheiden sich bereits wesentlich von einander. Die eine, „Die Juden und die deutsche Kriminalstatistik"* betitelt, ist eine Materialiensammlung für das Arsenal des Antisemitismus, ohne daß der Verfasser — W. Giese — positive Vorschläge entwickelte; die zweite ist eine Wiedergabe aller möglichen, den Juden von den Antisemiten nachgesagten Schlechtigkeiten zur größeren Ehre des (katholisch) christlichen Staates. Die Schrift „Jüdisches Erwerbsleben, Skizzen aus dem sozialen Leben der Gegenwart. Von Dr. Robert Waldhausen" (Passau, Rudolf Abt) polemisirt sogar gegen den Antisemitismus, der die Judenfrage als Rassenfrage behandelt, und erblickt das Heil in der Reorganisation der Gesellschaft auf Grundlage der „christlichen Gesellschaftswissenschaft", aber ihre Angriffe auf die Juden unterscheiden sich nicht von denen der Rassen-Antisemiten, und über die positive Gesellschaftsreform erfahren wir wenig mehr, als daß der Staat seinen Kredit von privaten Geldinstituten unabhängig machen muß, denn „erst damit würde die Quelle der sonst nie versiegenden Auswüchse verstopft". Außerdem sollen die Juden weder höhere Beamte, noch Soldaten, noch Lehrer 2c. werden, noch christliche Dienstboten halten dürfen. „Die christlichen Völker müssen wieder für Gesellschaft und Staat die christliche Grundlage legen und müssen dem Judenthum jene Schranken anweisen, welche die Weisheit von 1800 Jahren geschaffen hat" (S. 81).

Den Beweis für die Verderbtheit und Verderblichkeit jüdischen Erwerbslebens — worunter hier das Erwerbsleben der Juden zu verstehen ist — hat sich Herr Waldhausen ungemein leicht gemacht. Was er irgendwo an judenfeindlichen Behauptungen und Erzählungen gefunden, das hat er ohne Wahl und ohne Prüfung zusammengestoppelt, um es für seine These zu verwenden, daß die Juden und der Liberalismus die Urheber allen Uebels sind, das heut in der Welt besteht. Auch die elementarsten Anforderungen an Thatsächlichkeit oder selbst nur an Wahrscheinlichkeit werden unberücksichtigt gelassen. Wenn es wirklich ein Grundsatz „jüdischen Erwerbslebens" ist, die Qualität der Quantität und dem groben Effekt zu opfern, so ist die Schrift des Herrn Waldhausen in der That ein Beweis von der Ansteckungskraft bösen Beispiels, so sehr ist sie nach dem Motto „die Menge muß es bringen" gearbeitet. Quellen oder Belege für seine Angaben beizubringen, fällt Herrn Waldhausen nicht ein, der oberflächlichste Wiener Judenliterat könnte nicht gewissenloser arbeiten. Er zitirt z. B. eine angebliche Belehrung der „Alliance Israelite" — dieselbe spielt bei den Antisemiten die gleiche Rolle, die die Freimaurerei bei den Katholiken und der Jesuitenorden bei den Protestanten spielen: die des Gruselthieres —, worin Anweisungen über die für nothwendig erklärte Ueberführung des Grundbesitzes 2c. „in die Hand Israels" ertheilt werden. Ein plumperes Machwerk wie diese „Belehrung" ist uns noch kaum zu Gesicht gekommen, jede Zeile verräth die Hand des Fälschers und den Zweck der Fälschung: die Ablenkung der gegen die Privilegien des feudalen Großgrundbesitzes gerichteten Angriffe. So heißt es am Schluß dieser „Belehrung": „Unter dem Vorwande, die ärmere Klasse und die Arbeit erleichtern (!) zu wollen,

* Leipzig, Fr. W. Grunow.

müssen in Staat und Kommunen die Steuern und Lasten auf den Grundbesitz allein gelegt werden. Ist der Grund und Boden in unseren Händen, so muß die Mühe der Pächter und Arbeiter — ihn zehnfachen Zins für uns bringen lassen.“ „In diesem Schlußsatze“, setzt Herr Waldhausen hinzu, „ist wieder die ganze Unsittlichkeit jüdischer Erwerbsart ausgesprochen. Der Jude erwirbt Grund und Boden nicht, um ihn zu pflegen und der Gesammtheit nützlich zu machen, er will nur ausbeuten und Wucherprozente gewinnen.“ Der christlich-arische Grundbesitzer in den Städten scheint die Baustellen um einen Gotteslohn zu verkaufen, der Großgrundbesitzer auf dem Lande im Schweiße seines Angesichts hinter dem Pflug einherzumarschiren. Uebrigens scheint, wie der ganz sinnlose Gebrauch des Wortes „erleichtern“ zeigt, die Originalfälschung in französischer Sprache verübt zu sein. Der Urgermane, der sie ins Deutsche übertrug, kennt nicht einmal den Geist seiner eigenen Sprache.

Natürlich beruhen nicht alle Angaben des Buches auf nackten Fälschungen. Meist sind es vielmehr Uebertreibungen und einseitige Schilderungen, die das Material des Schwarzgemäldes abgeben müssen. Wo der Jude nicht direkt als der Uebelthäter auftritt, wird ihm die Rolle des Verführers zugeschrieben. „Wenn Söhne reicher Familien auf Abwege gerathen, so geht man selten irre, wenn man in Judenkreisen den Verführer sucht.“ (S. 15.) In Surinam, Holländisch Guyana, werden die Negersklaven bis aufs Blut ausgesogen, Vertheuerung der Lebensmittel durch Ringbildung und Wucher sind dort an der Tagesordnung, die holländischen Beamten sind machtlos dagegen. „Das ist wieder einmal ein Beispiel, wessen die Juden fähig sind, dort, wo sie die Macht haben.“ (S. 16.) Worin besteht aber der Beweis, daß die Juden in Surinam „die Macht“ haben? In der Behauptung, daß von den 270 Besitzenden in Surinam die Juden „ungefähr die Hälfte“ bilden. Und wie steht es mit der anderen, stärkeren und besseren Hälfte? Davon schweigt des Sängers Höflichkeit. Wer aber nur ein wenig die Geschichte der holländischen Kolonien kennt, weiß auch, daß die Mynheers das Aussaugen der Eingebornen und das Bestechen der Beamten in schamlosester Weise getrieben haben — lange ehe Juden dieses edle Geschäft mit ihnen theilen konnten. In Ungarn ist „vom Obergespan bis zum Dorfnotar alles dem Juden zinspflichtig und dienstbar“, war es „noch vor einem Jahrzehnt einfach unmöglich, gegen einen Juden Recht zu erlangen“. (S. 54.) Waren die Herren Ober- und Untergespane Ungarns unmündige, unerfahrene, hilflose Geschöpfe? Nein, sie waren Angehörige der privilegirten Klassen, mit fast unbegrenzten Vollmachten ausgestattet, in guter ökonomischer Stellung. Waren sie Helfershelfer jüdischer Wucherer, dann waren sie noch schlechter als jene, denn sie mißbrauchten ihr Amt und traten ihre Pflicht mit Füßen, und würden es auch ohne diese „Verführer“ gethan haben. Kurz, wie so viele antisemitische Pamphlete verwandelt sich auch das Pamphlet des Herrn Waldhausen unter der Hand aus einer Anklage gegen die Juden zu einer solchen gegen die Christen, und zwar in weit höherem Maße als der Verfasser selbst es beabsichtigt. Wer es ohne Voreingenommenheit durchliest, muß bei nur einigermaßen gesundem Urtheil zu dem Resultat kommen, daß die Juden unmöglich all das Unheil, das er ihnen zuschreibt, hätten anrichten können, wenn sie nicht mit geistig und moralisch total verlotterten Völkerschaften zu thun gehabt hätten — notabene, wenn er die Schilderungen selbst für thatsächlich nimmt.

Weniger offen heraus, aber mit ungleich geschickterer Auswahl ist die Schrift des Herrn W. Giese abgefaßt. Sie will statistisch nachweisen, in welchem Verhältniß die jüdische Bevölkerung an gewissen Vergehen und Verbrechen partizipirt,

und die sich daraus ergebenden Folgerungen feststellen. Das ist unzweifelhaft ein soliderer Boden als die Allgemeinheiten des Herrn Waldhausen. Auch ist Herr Giese vorsichtig genug, einige Einwände zu berücksichtigen, die gegen früher erschienene ähnliche Schriften antisemitischer Tendenz erhoben wurden. Es ist z. B. eine unbestreitbare Thatsache, daß die Juden einen weit größeren Prozentsatz an Angeklagten und Verurtheilten wegen Eigenthumsvergehen, Diebstahl und Sachbeschädigung ausgenommen, stellen als ihr Verhältniß zur nichtjüdischen Bevölkerung beträgt. Daraus allein wäre aber ein Schluß auf die geringere Achtung der Juden vor dem Eigenthum Anderer nicht zulässig, weil die Juden auch in weit höherem Prozentsatz als die Nichtjuden dem Handelsberuf angehören, bei dem viele der hierher gehörigen Vergehen in überwiegender Zahl vorkommen. Nimmt man z. B. die rohen Zahlen der wegen Betrugs Verurtheilten, so entfallen für die Jahre 1882 bis 1889 auf je 100 000 strafmündige Personen:

Bei Nichtjuden 304,0
 „ Juden 673,1

d. h. auf je 9 nichtjüdische 20 jüdische des Betrugs überführte Personen. Von der gesammten handeltreibenden Bevölkerung jedoch, auf die die Masse der Betrugsfälle entfallen, und die zu neun Zehntel aus Nichtjuden besteht, kamen in demselben Zeitraum auf je 100 000 Strafmündige 634,9 wegen Betrugs Verurtheilte.* Das läßt das Verhältniß des Antheils der Juden am Delikt des Betruges bedeutend geringer erscheinen. Bei dem Delikt der Unterschlagung stellt sich das Verhältniß so:

Gesammtkriminalität des Handelsstandes 640,2 auf 100 000 Strafmündige
Kriminalität der Juden . . . . 309,0 „ 100 000 „

Beim Delikt des Bankerotts:

Gesammtkriminalität der Handeltreibenden 122,8 auf 100 000 Strafmündige
Kriminalität der Juden . . . . 236,9 „ 100 000 „

Es wurden demnach verurtheilt wegen Bankerotts etwa zwei Juden auf je einen Handeltreibenden überhaupt, wegen Unterschlagung je ein Jude auf zwei Handeltreibende, während beim Betrug das Verhältniß so ziemlich 1 : 1 ist.

Auch diese Reduktion giebt noch kein genaues Bild des wirklichen Verhältnisses der beiderseitigen Verurtheilten, aber sie nähert es derselben jedenfalls bedeutend mehr als das aus der ersten Zahl sich ergebende Bild.

Aber, kann man einwenden, und Herr Giese verfehlt denn auch nicht, dies zu thun, ist es nicht schon bezeichnend genug für die Juden, daß sie sich mit Vorliebe einen Beruf wählen, der eine so unverhältnißmäßig große Zahl von Betrügern stellt? Darauf kommen wir weiter unten zurück. Erwähnt sei dagegen, daß Herr Giese noch eine Betrachtung anstellt, wie sich beim Betrugsvergehen speziell die Kriminalität der handeltreibenden Juden zu der der gesammten handeltreibenden Bevölkerung verhält, und hier zu dem für die Juden wiederum ungünstigeren Resultat von 1,442 : 1, bezw. 7 : 5 kommt. Indeß stützt er sich dabei auf nicht ganz unanfechtbare Annahmen, so daß diese Proportion nur als eine Schätzung gelten kann. Aber selbst angenommen, sie sei richtig, so bleibt die Proportion von 7 : 5, einen so großen Vorwurf gegen die Juden sie auch zunächst einschließt, doch weit hinter den Darstellungen zurück, wie sie die Antisemiten gewöhnlich in Presse und Versammlungen geben.

---

* Da ich im Augenblick die deutsche Kriminalstatistik nicht zur Hand habe, so nehme ich die Zahlen, wie ich sie bei Giese selbst finde.

Ein absolut treffendes Bild giebt aber die Berechnung des Herrn Giese, selbst seine Annahme als richtig vorausgesetzt, auch noch nicht. Die Kriminalität ist nicht die gleiche in Stadt und Land, sie ist auch nicht die gleiche in allen Provinzen. Ebenso vertheilt sich die jüdische Bevölkerung ziemlich ungleich. Eine wirklich auf Ermittelung der Wahrheit gerichtete statistische Untersuchung hätte auch dies und noch verschiedene andere Umstände zu berücksichtigen gehabt. Daß es Herrn Giese aber nicht auf die Wahrheit, sondern nur auf die Anhäufung tendenziös zu verwerthenden Materials ankommt, zeigen seine Kommentare, die ausschließlich die für die Juden ungünstigste Lesart enthalten.

So z. B. bei der Statistik der Freisprechungen. Die Thatsache, daß mehr Juden als Nichtjuden freigesprochen werden, ist Herrn Giese lediglich ein Beweis für die größere Verschlagenheit, Gewissenlosigkeit 2c. der Juden. Denn im Allgemeinen werde bei den Anklagen so vorsichtig verfahren, daß das Volksgefühl Recht habe, wenn es Jeden, der in Betrugssachen 2c. mit dem Strafrichter in Berührung komme, für gerichtet halte, auch wenn er schließlich freigesprochen werde. Nun, es ist zum Theil richtig und berechtigt, jede unbedingte Auslegung des größeren Prozentsatzes freigesprochener Juden zu Gunsten derselben als voreilig abzulehnen. Aber alle Freigesprochenen mit dem Brandmal der moralischen Schuld zu behaften, ist einfach lächerlich. Man braucht nur die Gepflogenheiten und Tendenzen eines großen Theils der in den siebziger Jahren ausgebildeten Staatsanwälte in Betracht zu ziehen, um die ganze Bodenlosigkeit dieser Behauptung einzusehen.

Eine verhältnißmäßig sehr viel stärkere Betheiligung als die Nichtjuden stellen die Juden bei den Herausforderungen zum Zweikampf. Bei jenen kommen auf je 100 000 Strafmündige 2,7 verurtheilte Herausforderer, bei den Juden 14,7, das heißt 5,44 : 1. Für uns sagen diese Zahlen weder etwas für noch gegen die Juden, nach antisemitischer Logik wären sie ein Beweis größeren Muthes. Nein, sagt Herr Giese. Die weitaus größere Zahl der verurtheilten Juden — 70,6 Prozent — standen im Alter von unter 25, weitere 17,9 Prozent waren zwischen 25 und 30 Jahren. „Es handelt sich also ganz überwiegend um die meist sehr ungefährliche Spielerei der studentischen Mensur“; ob aber bei den Nichtjuden die Paukwuth mit dem Alter zunimmt, sagt er nicht.

Um übrigens das christlich germanische Gemüth des Herrn Giese von der ihm doch offenbar recht peinlichen Vorstellung zu befreien, daß diese Zweikampfstatistik immerhin die jüdische Jugend als größere Raufbolde erscheinen läßt als die nichtjüdische, so sei hier ebenfalls daran erinnert, daß die Juden vorwiegend der städtischen Bevölkerung und den bürgerlichen Klassen angehören, in Folge dessen auch ein weit größerer Prozentsatz von Juden die Universitäten besucht, als im Verhältniß Nichtjuden studiren. Berücksichtigt man das und noch verschiedene andere, hier zu weit ablenkende Umstände, so verschwindet aller Glanz, der aus Anlaß der Gleichung 14,7 : 2,7 auf das Haupt Israels fallen könnte wie Schnee vor der Sonne.

Aber freilich, würde Herr Giese überall Beruf und Klasse berücksichtigen, so würde das Schicksal des Zerschmelzens fast seine ganze Statistik der „jüdischen Delikte“ ereilen. Darum läßt er es bei den paar obigen Beispielen aus der Statistik der Kriminalität des Handels bewenden.

Eine auch in unseren Augen sehr schwerwiegende Anklage ist die, daß die Juden einen fast neunmal höheren Prozentsatz von Verurtheilten wegen Verletzung der Vorschriften über Beschäftigung von Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeitern stellen sollen, als die Nichtjuden. Dieses Resultat ergiebt sich, wenn

man mit Herrn Giese rechnet: jedesmal so und so viel strafmündige Bevölkerung und so und so viel Verurtheilte macht so und so viel Prozent. Thatsächlich sind nun von strafmündigen Juden der vierte, von strafmündigen Nichtjuden aber erst der zehnte Theil selbständige Gewerbetreibende, Betriebsleiter ꝛc. in Handel und Industrie. Ferner sind unter den nahezu 3 Millionen Nichtjuden, die auf im Ganzen 105 000 Juden in diese Kategorie fallen, die große Masse kleine Hausindustrielle ꝛc., die mit den betreffenden Vorschriften der Gewerbeordnung gar nichts zu thun haben. Im Ganzen wurden 1562 Nichtjuden und 171 Juden wegen des fraglichen Delikts verurtheilt, nach unserer Ansicht genau 171 Juden mehr als sein dürften. Aber der Prozentsatz der verurtheilten jüdischen und nichtjüdischen Unternehmer wird sich so ziemlich ausgleichen. Nach Herrn Giese dagegen sind die 171 Verurtheilungen von Juden ein Beweis, daß „das Judenthum sich recht hartnäckig gegen Befolgung der Anordnungen sträubt, welche die Bevölkerung im öffentlichen Interesse zum Schutz ihrer arbeitenden Mitglieder getroffen hat“.

„Fleißig am Werk“ sind nach ihm ferner die Juden auf dem Gebiet der Nahrungsmittelverfälschung ꝛc. Viermal mehr Juden seien hier verurtheilt als Deutsche. Folgt die Mahnung an die „deutschen Hausfrauen“, beim Einkaufen von Nahrungsmitteln jüdische Geschäfte zu meiden. Thatsächlich kommen auf 3743 wegen dieses Vergehens verurtheilte Nichtjuden 89 Juden, im Verhältnisse von 40 : 1. Das Verhältniß selbständiger handeltreibender Nichtjuden zu Juden ist kaum 10 : 1. Was nach Giese'scher Logik die Hnusfrauen veranlassen müßte, nichtjüdische Geschäfte zu meiden. Aber es sind auch hier noch andere Verhältnisse in Betracht zu ziehen, bevor man sagen könnte, auf welcher Seite die Wage tiefer sinkt.

Diese Proben werden zur Beurtheilung des Werthes der Giese'schen statistischen „Untersuchung“, die bei den Wahlen sicher ausgespielt werden wird, genügen.

Die dritte Schrift, die wir zu besprechen haben, hat zum Verfasser Herrn Dr. Walter Pohlmann, Oberlehrer am Kgl. Gymnasium zu Neuwied, und betitelt sich „Das Judenthum und sein Recht“.* Wie wir Eingangs bemerkten, würde sie unter die Kategorie der „philosemitischen“ Schriften fallen, wie diese Bezeichnung für gewöhnlich heute gebraucht wird.

Was heißt aber philosemitisch? Wir wollen bei Aufwerfung dieser Frage die Thatsache ganz unberücksichtigt lassen, daß bei Weitem nicht alle Semiten Juden und nicht alle Juden semitischer Herkunft sind, sondern Jude und Semit als gleichbedeutend behandeln. Insofern wäre also philosemitisch mit judenfreundlich zu übersetzen. Das ist aber ein sehr vieldeutiges Wort. Es kann etwas sehr Legitimes bezeichnen, lediglich eine gewisse Sympathie mit den Juden, die weder eine Verurtheilung notorischer Fehler, noch Zurückweisung etwaiger Ueberhebungen derselben ausschließt. Es kann aber auch heißen: Liebedienerei vor dem kapitalistischen Geldjudenthum, Unterstützung eines jüdischen Chauvinismus, Beschönigung von Juden begangenen Unrechts, von Juden entwickelter häßlicher Eigenschaften. In diesem letzteren Sinne wird es denn auch gelegentlich als Schlagwort in der sozialistischen Presse gebraucht, und an sich wäre gewiß nichts dagegen einzuwenden. Aber es ist mehr noch ein Schlagwort der Antisemiten, die es gegen Jedermann anwenden, der nicht in ihre unbedingte Verdonnerung der Juden und in ihre Forderung auf Entrechtung der Juden einstimmt, und dies läßt es mir fraglich erscheinen, ob es wohlgethan ist, ihm durch die obige Anwendung einc gewisse Legitimation auf den Weg zu geben. Ich möchte dies namentlich den Genossen zu überlegen geben, die aus einem sonst

* Leipzig und Neuwied, Heuser's Verlag.

sehr anerkennenswerthen Beweggrunde gerade am häufigsten mit Erklärungen gegen den „Philosemitismus“ zur Hand sind — nämlich den Genossen jüdischer Abstammung, die es, gerade weil sie selbst jüdischer Herkunft sind, für ihre besondere Pflicht halten, die Partei von jedem Verdacht der Begünstigung jüdischer Interessen frei zu halten. Ich achte dieses Bestreben, aber ich meine, man kann es besser und wirksamer bekräftigen, als durch Applikation eines so mannigfacher Auslegung fähigen Schlagwortes, das die Antisemiten in ganz anderem Sinne gebrauchen als die Sozialdemokraten. Das dem Antisemitismus entgegengesetzte Extrem wäre etwa Pansemitismus, wie der Panslavismus das der Slavenfeindschaft. So entschiedene Gegner des Ersteren wir sind, so sehr wissen wir uns von Letzterer frei.

Die Stärke unserer Partei beruht in der Schärfe ihrer Erkenntniß der sozialen Zusammenhänge, in ihrer Einsicht in die Ursachen und die Natur der Uebel, unter denen die Masse des Volkes heute leidet. Die Stärke des Antisemitismus ist die Unklarheit, Unbestimmtheit, Selbsttäuschung über die Natur dieser Uebel. In diesem Sinne hat man ein anderes Schlagwort auf ihn angewendet, ihn „den Sozialismus des dummen Kerls“ genannt, und in diesem Sinne auch mit Recht. Bei den Massen des Volkes wird der Antisemitismus nur da Anhang gewinnen, wo die Sozialdemokratie noch nicht Licht in die Köpfe gebracht hat oder wo noch — wie bei Kleinbauern und Kleinbürgern — das falsch verstandene Interesse den Blick trübt. Er ist das Zwischenglied, das sich zwischen den Sozialismus und die reaktionären Parteien schiebt — scheinbar als Damm gegen den Ersteren, thatsächlich als Vorstufe für denselben. Aber Vorstufe in etwas anderem Sinne, wie der kleinbürgerliche Radikalismus, dessen nach rechts gekehrtes Gegenstück er vielmehr bildet, weshalb er, selbst wo er demokratisch auftritt, schneller als dieser bereit ist, mit irgend einer Fraktion der reaktionären Klassen zu paktiren.

Denn der Antisemitismus ist nicht nur der Sozialismus des dummen Kerls, er ist zugleich der Rettungsstrick des bedrohten Privilegiums. Einerseits kokettiren die alten ständisch privilegirten Klassen mit ihm, bezw. die Klassen, die sich nach dem Privilegium des ständischen Staates zurücksehnen, dasselbe in irgend einer Weise wiederherstellen wollen, als da sind Junker, Klerus, Innungsschwärmer, andererseits die Mitglieder der „liberalen“ Berufe: Lehrer, namentlich Gymnasiallehrer, Literaten, Beamte 2c., denen die Ueberproduktion an Gebildeten die jüdische Konkurrenz doppelt unangenehm macht. Daher die Ausbreitung des Antisemitismus, daher aber auch seine beständigen inneren Zerwürfnisse. Der Junker und der Geistliche haben kein spezielles Interesse daran, den Juden außer Landes zu treiben, nicht der Jude schlechtweg, sondern der liberale oder radikale Jude ist ihnen ein Greuel vor dem Herrn. Dem Lehrer, Beamten 2c. ist dagegen absolut nicht geholfen, wenn der Jude durch die Taufe und politische „Loyalität“ Gleichberechtigung mit ihm erkaufen kann. Beide Richtungen würden indeß nur einander neutralisiren, wenn nicht als drittes und stärkstes Kontingent eben die Bauern und Kleinbürger da wären. Diese drückt freilich der Schuh an einer ganz andern Stelle, ihnen ist der Jude nicht als Person, sondern als Repräsentant einer Produktionsmethode vom Uebel. Im Juden bekämpfen sie je nachdem Geldwirthschaft, modernen Handel und große Industrie, der Kleinbürger eventuell auch — den modernen Proletarier. Sie sind mit der Gegenwart unzufrieden, sie blicken mit Unbehagen in die Zukunft und mit wehmüthiger Sehnsucht in die Vergangenheit, sie sind daher das Element, welches der Antisemit braucht, und sie sind die Klasse, die, so lange sie noch in Selbsttäuschungen lebt, ihn braucht, zumal wenn derselbe sich in ein demokratisch-oppositionelles Gewand kleidet. Und obwohl dem

Wesen nach durch und durch reaktionär, denn sein Ziel ist unter allen Umständen die Aufhebung des Prinzips der zivilen Gleichberechtigung, dieses Ausgangspunkts der gesellschaftlichen Fortentwicklung, kann er dies um so leichter, als die heutigen Regierungen viel zu eng mit der kapitalistischen Bourgeoisie liirt sind, um auch nur ein theures Glied derselben fallen zu lassen, und er mindestens der Form nach sich außer antijüdisch auch zugleich antikapitalistisch geberden muß.

Die merkwürdige Erscheinung, daß alle Blosstellungen antisemitischer Führer ihnen bei ihren Anhängern lange Zeit hindurch kaum irgend welchen Schaden thun, findet auf diese Weise ihre sehr natürliche Erklärung. Dieselben folgen ihnen, weil jene so Opposition machen, wie es ihrem Gefühl zur Zeit am meisten entspricht. Das unbestimmte Empfinden braucht den lautesten, den lärmendsten Ausdruck für seine Geltendmachung. Wer nicht weiß, was er will, sondern nur, was er nicht will, möchte die Welt zusammenschmeißen; wer kein klares sachliches Ziel vor Augen hat, fühlt das Bedürfniß, sich an Personen zu halten, Personen zu attackiren, in Personen die Ursachen aller Uebel zu erblicken. Den Antisemiten ihrerseits ist der persönliche Kampf, die persönliche Verdächtigung die nothwendige Form des Kampfes, weil sie es ihnen am besten ermöglicht, den innern Widerspruch ihrer Agitation zu verdecken. Daher sind sie unausgesetzt und mit dem Instinkt der Selbsterhaltung darauf aus, Skandal aufzuspüren. Aber die geschäftlichen Beziehungen der bürgerlichen Gesellschaft sind so in einander verwoben, daß keine gegen Juden gerichtete Anklage großen Stils möglich ist, ohne nicht zugleich massenhaft Nichtjuden in Mitleidenschaft zu ziehen. Auf diese Weise werden die antisemitischen Agitatoren immer mehr aus der scheinbaren in die thatsächliche Opposition gedrängt, und wo sie anfangs nur verleugnet wurden, schließlich wirklich verfolgt. Mit der Verfolgung aber wächst naturgemäß ihre Popularität bei ihrem Publikum. Es sieht nicht auf die Fehler der Verfolgten, sondern auf die der Verfolger. Der verfolgte Antisemitismus ist zeitweilig der Sozialdemokratie gegenüber der stärkste, aber innerlich der widerstandsunfähigste Gegner. Er muß entweder zu Kreuze kriechen, und dann verlassen ihn die Massen, oder er muß die Konsequenz der Verfolgungen ziehen und die Solidarität der Ausbeuter *aller* Konfessionen anerkennen, und dann direkt für die Sozialdemokratie arbeiten.

Je prinzipieller sich die Sozialdemokratie den Schlagworten der Antisemiten gegenüberstellt, je mehr sie die Ziellosigkeit, das reaktionäre Wesen des Antisemitismus bloslegt, um so weniger hat sie nothwendig, in das Kreuzige der liberalen Bourgeoisie über die *Personen* der Verfolgten einzustimmen. Kein Zweifel, es ist oft schwer, an die persönliche Ehrenhaftigkeit, an die Lauterkeit der Motive der Betreffenden zu glauben. Wer aufrichtig Gegner der Ausbeutung und Korruption ist, bekämpft sie in jeder Gestalt und nicht nur, wo sie von den Bekennern einer Konfession, den Abkömmlingen irgend einer Rasse verübt sind, er macht auch nicht Hunderttausende für die Fehler oder Vergehen Einzelner verantwortlich. Aber alles zur rechten Zeit und am rechten Ort, und auch in der rechten Weise. Argumente der zahlungsfähigen Moral z. B. können wir durchaus denen überlassen, die in letzter Instanz doch wiederum auf einem kapitalistischen Ast mit den Ahlwardt's und den Liebermann's von Sonnenberg sitzen.

Um aber zum „Philosemiten“ Pohlmann zurückzukehren. Sein Buch ist eine Vertheidigung der Juden gegen die Angriffe der Antisemiten und enthält als solche sehr vieles Richtige. Ob es aber irgend einen Proselyten machen wird, ist sehr zu bezweifeln. Dazu ist es viel zu pathetisch, viel zu einseitig geschrieben. Herr Pohlmann sieht nur das den Juden im Laufe der Jahrhunderte zugefügte

Unrecht, und sieht in ihren Fehlern nur die Folgen dieses Unrechts. Selbst so weit das Letztere der Fall und so richtig es ferner ist, daß die den Juden nachgewiesenen Fehler in anderer Form sich bei Nichtjuden auch finden, daß der „scheinbar biedere deutsche Bauer nur zu oft alte Eier für frische verkauft und Wasser unter die Milch gießt“ (S. 36), so führt das nicht über die Thatsache hinweg, daß in der That sich gewisse unangenehme Eigenschaften bei den Juden häufiger vorfinden, als bei Nichtjuden, wenn auch nicht in dem von den Antisemiten angegebenen Verhältniß. Und der Hinweis auf die „Ehrenschuld“, welche die Deutschen durch frühere Verfolgungen der Juden diesen gegenüber auf sich geladen, ist um so weniger geeignet, den Antisemiten gegenüber Eindruck zu machen, als nach deren Katechismus diese Verfolgungen eben auch nur durch die Schlechtigkeit der Juden provozirt waren. Mit solchen Argumenten dreht man sich im Kreise. Thatsächlich steht die Sache so: die Juden vertraten lange Zeit und vertreten im östlichen Europa heute vielfach noch eine höhere ökonomische Entwicklung als die Masse des Volkes. Nicht in Folge phänomenaler Begabung oder besonderer raffinirter Verstandesentwicklung, sondern theils in Folge ihrer Herkunft aus entwickelteren Ländern, theils weil ihre gesetzliche Stellung, ihre Ausschließung aus den anerkanntesten und verbreitetsten Beschäftigungszweigen sie zwang, Agenten des entwickelteren Handels, der Geldwirthschaft zu werden. Vielfach wurden sie auf diese Weise zu Hebeln des Fortschritts, aber so schön das Wort im Allgemeinen klingt, im Einzelnen wirkt diese Rolle keineswegs immer vortheilhaft auf die Betheiligten. Die Juden erreichten vielfach eine relativ hohe ökonomische Uebermacht über die breite Volksmasse und diese Uebermacht mußte sich um so einseitiger und drückender als Herrschaft des Geldsacks geltend machen, als sie im krassen Widerspruch stand zu der sozial-rechtlichen Stellung der Juden. Zwischen ihnen und der Volksmasse gab es lange Zeit keine Solidarität, sondern einen doppelten Gegensatz, und es hieße nicht Schönfärberei, sondern recht zwecklose Schönfärberei treiben, wollte man leugnen, daß die Juden ihre ökonomische Ueberlegenheit häufig genug zum Schaden der Personen ausübten, mit denen sie zu thun hatten, sowie daß viele der geübten Praktiken sich lange unter ihnen fortvererbten, als jede historische Berechtigung derselben fortgefallen war. Daß die Juden im Mittelalter nicht Bauern und Handwerker werden konnten, ist bekannt. Als aber endlich die gesetzlichen Schranken, die ihnen dies verwehrten, fielen, war es für eine starke freiwillige Betheiligung der Juden an diesen Berufen zu spät. Selbst der städtische Industriearbeiter eignet sich sehr schlecht zum Landarbeiter, wie sollte es erst der meist im Handel erzogene Jude. Und das Handwerk? Nun, das hat gerade um die Zeit, wo es dem Juden eröffnet wurde, aufgehört, seinen Mann sorgenfrei zu nähren. So ist der Jude vorwiegend Handeltreibender oder hat sich modernen Berufen zugewendet, nicht aus moralischer Verderbtheit — eher könnte man noch mit einem gewissen Recht sagen, aus physischer Verdorbenheit, aber auch dies trifft nur bedingt zu — sondern unter dem Einfluß von Verhältnissen, über die er keine Macht besaß. Der beste Beweis ist das wachsende Zuströmen Angehöriger aller Gesellschaftsklassen in diese Berufe. Die Berufswahl ist keine so freie, wie Herr Giese unterstellt. Und welcher „Arier“ oder Deutsche erwählt sich, wenn er nicht muß, den Beruf des Landarbeiters oder des Proletariers der Industrie?

Aber ist mit der formellen Emanzipation der Juden das Motiv, das sie den „produktiven“ Berufen zuwenden könnte, nicht in vollem Maße wirksam geworden, so ist doch jede Entschuldigung für eine Absonderung, für eine spezielle jüdische Solidarität gegenüber Nichtjuden, für eine Stammes- oder Rassenmoral im Ver-

kehr von Juden mit Nichtjuden in Wegfall gekommen, und wo sich derartiges noch vorfindet, kann es nicht energisch genug bekämpft werden. Daß es ganz verschwunden gewesen sei, als der Antisemitismus ins Leben trat, wird Niemand behaupten, aber daß es stark im Verschwinden begriffen war, dafür liegen Hunderte von Beweisen vor. Angeblich und vielfach wohl auch vermeintlich gegen diese Eigenschaften der Juden gerichtet, ist der Antisemitismus thatsächlich das geeignetste Mittel, da, wo es überhaupt möglich ist, sie wieder zurückzuentwickeln, sie von Neuem zu entfachen. Und hier hat seine Kritik vor Allem einzusetzen. Er ist das allerverkehrteste Heilmittel gerade für die Uebel, gegen die er sich wendet. Wir haben oben gesehen, wie wenig der Handel „moralisirt" würde, wenn heute sämmtliche Juden aus demselben entfernt würden. Ebenso wenig würde der Ueberhandnahme des Handels damit Einhalt gethan. Die freien Berufe würden in kurzer Zeit von Neuem überfüllt sein, wenn man sie jedem Juden verschlösse, wie sie in Ländern überfüllt sind, wo die Konkurrenz der Juden absolut keine Rolle spielt. Und so in allen Zweigen der Berufsthätigkeit. Den schlagendsten Beweis liefern die beiden Berufszweige, die heute noch ein Monopol der „Nichtjuden" sind: die Verwaltungs- und die militärische Karrière.

Jeder Einsichtige muß sich das selbst sagen, und die literarischen Wortführer des Antisemitismus wissen es auch ganz gut. Aber sie kümmert nicht das Morgen, es handelt sich darum, heute eine unangenehme Konkurrenz sich vom Halse zu halten. Dem Bauer und Handwerker wäre aber auch nicht einmal heute geholfen, dem Arbeiter sogar direkt geschadet. Denn der Antisemitismus ist nicht durchzuführen ohne Schaffung von Monopolen, Ausnahmegesetzen, Beschränkungen der Bewegungsfreiheit, die vor allem auf die Lage der Proletarier zurückwirken würden. Die Sozialdemokratie will Beseitigung der Ausbeutung in jeder Gestalt und allgemeine Arbeitspflicht — der Antisemitismus, der nur die Ausbeuterei monopolisiren will, ist, wenn er der Sozialismus des dummen Kerls ist, zugleich der Betrug am „dummen Kerl".

Die Rentengütergesetze in Preußen.

Von Dr. **Rudolf Meyer.**

(Fortsetzung.)

III.

Betrachten wir nunmehr nach den allgemeinen Erörterungen einige wirkliche Verträge und sehen wir, inwiefern in ihnen die Klauseln des Gesetzes ausgenutzt sind.

Zunächst der Vertrag der Ansiedlungskommission.

Hier werden wir nicht jene speziellen Uebervortheilungen zu vermuthen haben, weil hier der Staat der Verkäufer ist. Die Bedingungen, durch welche der Käufer in stetiger Abhängigkeit gehalten werden kann, finden wir jedoch hier auch; nicht im direkt eigennützigen Zweck, den der Staat ja nicht haben kann, sondern theils wegen der Germanisirung, theils um durch beständige Bevormundung die wirthschaftliche Sicherheit des Gutes garantirt zu haben.

Es ist schon erwähnt, daß die Ansiedlungskommission zehn Prozent der Rente als unkündbar stipulirt. Durch dieses Mittel hat sie den Mann beständig in der Hand.

§ 7 des Vertrags lautet: „Der Erwerber der Stelle unterwirft sich und seine Besitznachfolger ... einer Verfügungsbeschränkung dahin, daß der Eigenthümer der Stelle ... nicht befugt ist, das Grundstück zu zertheilen oder Theile desselben abzuveräußern, daß auch das Eigenthum der ganzen Stelle

im Wege der Veräußerung nicht an andere Personen übertragen werden darf als an solche, welche hierfür die ausdrückliche Genehmigung seitens der Ansiedlungskommission ... erlangt haben." § 8: Der Erwerber der Stelle und seine Nachfolger sind verpflichtet, auf derselben zu wohnen und deren Bewirthschaftung selbst zu führen, so weit ihnen nicht vom Fiskus gestattet wird, die Bewirthschaftung durch einen von demselben genehmigten Stellvertreter oder Pächter führen zu lassen." Werden diese Pflichten verletzt, „insbesondere also auch für den Fall eines solchen Wechsels durch **Erbgang**, steht dem Fiskus das Recht des Wiederkaufs . . . zu". Mit andern Worten: der Besitzer unterwirft sich und seine Nachkommen der Kontrole des Staates, und wenn etwa ein Nachkomme nicht „genehm" ist, so kann er aus seinem Eigenthum getrieben werden! Und „nicht genehm" kann, das muß man festhalten, die Bedeutung haben, „nicht regierungstreu". Man hat es hier in der Hand, im Wege Rechtens die Leute für oppositionelle Stimmenabgabe bei Todesfällen durch Verjagung von ihrem Besitz zu bestrafen! Wahrhaft unerhört ist es doch, daß der Sohn nicht vom Vater den Hof erben darf, auf dem die Regierung etwa nur noch ein Zehntel des Preises zu stehen hat, wenn es der Regierung nicht gefällt.

Ferner, derselbe Rentenbauer, der 90 Prozent des Preises bezahlt hat und die restirenden 10 Prozent nicht zahlen darf, muß Jahr ein, Jahr aus auf dem Hof leben, so alle seine Nachkommen, d. h. je einer in jeder Generation, auch wenn er unfähig zur Landwirthschaft ist, aber fähig zu etwas Anderem, so lange es die Regierung nicht erlaubt, daß er verkauft. Im Falle er weggeht, kann die Regierung „wiederkaufen".

Es ist bekannt, wie man das Aufkaufen von Gütern und Parzelliren in kleine Stücke nennt: Güterschlachten. Dieses Güterschlachten wird durch das neue Rentengütergesetz sehr erleichtert. Erstens wird durch die Möglichkeit des Rentenkaufs die Zahl der Reflektanten auf kleine Güter vergrößert, zweitens wird es dadurch, daß drei Viertel des Taxwerths von der Rentenbank angenommen werden, insofern gefahrloser gemacht, als der Güterschlächter dadurch gleich drei Viertel des Taxwerths in Rentenbriefen erhält, welche so gut wie baares Geld sind. Nimmt man an, daß der Käufer ein Viertel anzahlt, so bleibt prekär nur die Summe, welche über den Taxwerth hinausgeht und, wenn nicht gleichfalls von dem Käufer baar bezahlt, in eine Privatrente verwandelt wird. Bezahlt der Mann nicht, und kommt das Gut zur Subhastation, so muß erst das Geld der Rentenbank gedeckt sein; da der Mann inzwischen amortisirt hat, so ist das nicht mehr drei Viertel des Taxwerths. Dann kommt die Privatrente. Also, selbst der Theil des Kaufpreises, der den wirklichen Taxpreis überschreitet, und um den der Verkäufer den Käufer wahrscheinlich übertheuerte, ist noch gedeckt.

Kein Wunder, wenn sich die Güterschlächter jetzt auf dies Geschäft stürzen. Die „Schlesische Zeitung" vom 13. August 1891 meldet: „Die Förderung deutscher Ansiedlungen in Posen und Westpreußen lassen sich außer der Ansiedlungskommission vielfach auch Private angelegen sein." Es wird dann von einem „Agenten" erzählt, welcher ein „Bureau" eingerichtet, bereits vier Güter ausgeschlachtet hat und eben mit vier andern Gütern beschäftigt ist. Da der Mann mit der Ansiedlungskommission konkurriren muß, so kann er die Leute nicht allzusehr über das Ohr hauen. Und da er doch kein Interesse daran haben kann, die Leute durch die Klausel der Unkündbarkeit eines Rententheils in der Gewalt zu behalten, sondern nur ein Geschäft machen will, so werden die Käufer entschieden besser thun, wenn sie sich an den Güterschlächter wenden, statt daß sie

sich und ihre Nachkommen der preußischen Regierung und ihrer Rentenkommission ausliefern.

Indessen, wie schon gesagt, die vollen Konsequenzen des Gesetzes werden wir erst finden, wenn wir Kontrakte untersuchen, welche zwischen privaten Verkäufern und den Rentengutskäufern geschlossen sind.

Einen interessanten Paragraphen finden wir in dem Normalkontrakt, welchen die Generalkommission in Bromberg ausgearbeitet hat.

§ 6a lautet: „Käufer verpflichtet sich dem Verkäufer und dessen Besitznachfolgern jährlich auf Erfordern an zehn Tagen Handarbeit entweder selbst zu leisten oder durch einen tüchtigen Arbeiter leisten zu lassen, welche Verkäufer je nach Bedürfniß in die Heu-, Getreide- oder Kartoffelernte verlegen darf, und an welchen sich Käufer oder dessen Ersatzmann jeder ihm aufgetragenen landwirthschaftlichen Arbeit als Mähen, Laden, Einfahren ꝛc. zu unterziehen hat. Rechtswidrige Weigerung hat eine Konventionalstrafe von drei Mark zur Folge. Verkäufer verpflichtet sich dagegen, an Lohn dem Käufer oder dessen Ersatzmann 1,50 Mark pro Tag nebst Beköstigung zu gewähren.“ (An Stelle von 1,50 Mark kann auch gesetzt werden „den ortsüblichen Tagelohn“ oder „einen Akkordlohn“).

Das ist eine neue Einführung der Grundlasten, welche seit 1810—1850 aufgehoben wurden!

In § 7a behält sich der Verkäufer das Vorkaufsrecht vor. Jeder Weiterverkauf muß ihm oder seinem Besitznachfolger angezeigt werden, und er erklärt dann innerhalb vier Wochen, ob er von seinem Vorkaufsrecht Gebrauch machen will.

Es liegen dem Verfasser nun vier wirkliche Kontrakte vor. Dieselben können freilich nicht als typisch gelten; sie sind durch besondere Umstände in seine Hand gekommen und also auch nicht etwa als besonders ungünstig ausgesucht. Es ist zweifellos, daß bei mehr Material sich noch viel mehr ungünstige Umstände herausstellen würden. Wie schon nachgewiesen, ist der Käufer, der dem Verkäufer naturgemäß an Bildung und Gewandtheit nachsteht, dem Andern gegenüber im Nachtheil und kann unter Umständen zu allem Möglichen verpflichtet werden. Wenigstens schützt ihn das Gesetz nicht davor, was es doch thun sollte.

Im Kontrakt A läßt sich das Verhältniß des Kaufpreises zu dem Grundsteuer-Reinertrag leider nicht feststellen. Bezeichnend ist nur Folgendes: Zur Sicherung bewilligten diejenigen Erwerber, die bereits eigenthümlich Grundstücke besitzen, die Eintragung von Vermerken auf den Grundbuchblättern ihrer alten Grundstücke, wodurch der zu gewährenden Rentenbankrente das Vorrecht vor späteren Eintragungen in Abtheilung II oder III gewährt wird; mit andern Worten: die Leute müssen ihre übrigen, bereits freien Grundstücke mit hypothekiren!

Im Kontrakt B finden wir, daß nach der vorläufigen Grundsteuerfortschreibung die verkaufte Parzelle mit $2^{86}/_{100}$ Thaler Reinertrag zur Grundsteuer zu veranlagen ist, die Größe des Rentenguts wird auf 1,0426 Hektar angegeben. Der Verkäufer empfängt 600 Mark in baar und 625 Mark in Rentenbriefen, die der Käufer mit einer Rente von 23,14 Mark verzinsen muß. Das macht 1225 Mark, oder pro Hektar 1174 Mark, oder den 136fachen Grundsteuer-Reinertrag! Es sind da nicht etwa Gebäude und dergleichen mit eingerechnet, sondern ausdrücklich blos die 1,0426 Hektar Land.

Im Falle C ist nicht der Grundsteuer-Reinertrag, sondern der landschaftliche Taxwerth angegeben. Die Landschaftstaxe von 1885 schlägt den Bodenwerth des gesammten Gutes von 118,85 Hektar auf 55 873 Mark an, also pro Hektar 469 Mark, oder pro Morgen 117,25 Mark. Es heißt dann, daß

die landschaftliche Taxe für das Rentengüterbildungs-Verfahren nicht zu Grunde zu legen sei, sondern eine besondere Taxe aufzunehmen, weil .... gerade in dieser Sache der künftige Mehrwerth durch die Bebauung der Parzellen mit abgeschätzt werden muß, da nur möglichst kleine Parzellen gebildet werden sollen. Das ist eine Illustration zu dem oben Gesagten, wo nachgewiesen wird, daß der wirkliche Ertrag, der Bruttoertrag, von kleinen Gütern zwar kleiner ist, als von großen, der Reinertrag aber größer, weil der Bebauer seinen Arbeitslohn mit zum Ertrag schlägt. — Es heißt dann, daß gerade möglichst kleine Stellen für Bahn- und Fabrikarbeiter gegründet werden können, indem diese Arbeiter kleine Rentengüter erwerben, bebauen, das Land durch ihre Familie bestellen — so kann auch die bis jetzt noch nicht ausgebeutete Familie noch ausgebeutet werden — und sie selbst als Arbeiter bei der Bahn weiter fungiren. Es wird dann darauf hingewiesen, daß die Rente nicht viel mehr beträgt, als der Miethzins, den der Mann jetzt in der Stadt zahlt; dafür hat er aber jetzt 3—4 Kilometer zu laufen, wie gleichfalls angegeben wird, hin und zurück also 6—8 Kilometer, also netto 1 1/2 Stunden. Früher konnte der Arbeiter sich das Mittagessen von der Frau bringen lassen, was jetzt gleichfalls erschwert ist. Wie der Provokant mittheilt, haben sich bereits 30 Fabrikarbeiter gemeldet, welche Rentengüter übernehmen wollen. Er erklärt, er werde überhaupt nur gegen Rente verkaufen und hofft, eine Rente von 9—12 Mark pro Morgen zu erzielen. Die landschaftliche Taxe war 117,25 Mark pro Morgen. Die Rente von 9 Mark kapitalisirt ergiebt 214 Mark, die von 12 Mark ergiebt 284 Mark. Der Mann hofft also um fast das Doppelte, respektive 2 1/2 fache des Werthes zu verkaufen — allerdings ein Motiv überhaupt nur gegen Rente zu verkaufen. Es heißt dann: Der Preis ist sehr hoch und kann, wenn man den landwirthschaftlichen Werth des Bodens allein in Rechnung zieht, nach gutachtlicher Ansicht des Sachkommissars der Erwerber die Rente aus dem Boden schwer decken. Da aber voraussichtlich viele Fabrikarbeiter, welche in X. auf Arbeit gehen, als Käufer auftreten werden, deren Familien Gemüse und Hackfrüchte für den Bedarf und den Markt in X. bauen könnten, so werden sich, wenn es gestattet wird, unter das Maß von acht Morgen, vielleicht bis vier Morgen herunter zu gehen, Stellen bilden lassen, aus denen nur eine Rente gezahlt wird, die den Miethspreisen in der Stadt für Arbeiterwohnungen gleich kommt.

Der Gutsbesitzer verkauft also das Rentengut nicht zu dem Werthe, den es wirklich hat, sondern zu einem viel höheren, den es vielleicht durch besondern Fleiß der Familie des Käufers bekommen kann — ist das der „gerechte Preis" des Mittelalters und des kanonischen Rechts?

Die Spekulation auf den industriellen Arbeiter, die wir im Falle C finden, ist eine ganz neue Erscheinung.

In der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" vom 16. Juli 1892 finden wir eine interessante Beleuchtung dieser Seite des Rentenguts:

„Abgesehen von der allgemeinen sozialpolitischen Bedeutung, welche der Errichtung zahlreicher landwirthschaftlicher Betriebe in der Form des Rentenguts beiwohnt, scheint das letztere auch eine sozialpolitisch nicht unwesentliche Bedeutung für die Ansässigmachung industrieller Arbeiterschaften zu gewinnen. So ist der Plan in der Vorbereitung, ein in unmittelbarer Nähe einer Fabrikstadt der Ostprovinzen an der Bahn belegenes größeres Gut mit hierzu geeignetem Boden in der Weise zu Rentengütern auszuthun, daß letztere aus geeigneten Baustellen für Familienwohnungen der in der Stadt beschäftigten Arbeiter, Gärten und entsprechendem Ackerland bestehen. Bei der Ausarbeitung des Planes ergab

sich, daß es möglich sein wird, den Arbeitern ein solches, mit den erforderlichen Wohn- und Wirthschaftsgebäuden besetztes Rentengut für eine Rente zugänglich zu machen, welche den Miethspreis der städtischen zum Theil recht wenig günstigen Wohnungen der Arbeiter wenig übersteigt."

Da ist gleich von dem „Ansässigmachen industrieller Arbeiterschaften" die Rede.

Gewiß kann das Elend des Landarbeiters furchtbar werden, der durch einen Rentenbesitz an die Scholle gefesselt wird. Aber noch furchtbarer würde das Elend des industriellen Arbeiters sein. Gleich ist beiden, daß der Lohn auf ein bis jetzt unerhörtes Minimum gedrückt werden kann. Aber zu diesem Lohnminimum findet der Rentengütler auf dem Land doch wenigstens immer Arbeit, der ansässige städtische Arbeiter aber, wenn die Verhältnisse ungünstig sind, nicht. Die Besitzlosigkeit erlaubt dem Proletarier wenigstens, hinzuziehen, wo er Arbeit findet, wenn er seine Arbeit verloren hat. Der an die Scholle Gefesselte muß verkommen oder das, was er auf den Besitz anzahlte, verlieren, denn in Zeit einer Krisis werden viele Leidensgenossen in der Lage sein, wegziehen zu müssen, und wo sollen da die Käufer herkommen — und können sie, werden sie dem Rentenberechtigten genehm sein? Naturgemäß ist der Mann auch politisch abhängig, denn da er sich nicht anderswohin wenden kann, wenn er gemaßregelt wird, so darf er sich nicht bewegen.

Naive Gemüther, wie Herr v. Bodelschwingh, der ein wirklich weichherziger und äußerst wohlwollender Mann ist, mochten auf dem evangelisch-sozialen Kongreß in Berlin 1890 schwärmen: „Es ist ein liebliches, lichtes Zukunftsbild, das sich vor meinem Auge aufthut. An Stelle der himmelhohen Hinterhäuser in den engen Gassen der Großstädte, in welchen unzählige Kindlein aus der Welt gehen, ohne je den blauen Himmel und das Licht der Sonne gesehen zu haben, in welchen eine Fülle leiblichen und geistigen Ansteckungsstoffs sich häuft, verbitterte Menschen ohne Gott und ohne Hoffnung ihr Leben führen, und an zeitlichen und niedrigen Ergötzungen der Sünde sich entschädigen, die noch weniger Erquickung gewähren, als die eintönige, ja trostlose Tagesarbeit, sehe ich in einem Umkreise von 1—2 Meilen um die Großstädte her Tausende und Abertausende freundlicher kleiner Häuser, jedes höchstens für zwei Familien ausreichend, jedes womöglich von dem andern verschieden in Stil und Bauart, dorfartig gruppirt, mit blumigen Vorgärten und stattlichen Gemüsegärten versehen, im Schmuck blühender Obstbäume, an schattigen Alleen gelegen, die zu den Eisenbahnhalteplätzen führen . . ."

Mir scheint, der Verkäufer im Falle C dachte nicht so idyllisch, wie Herr v. Bodelschwingh, er rechnete recht praktisch, daß er 2½ mal mehr für sein Land bekommen würde, als es ihm werth ist. — Bleibt noch übrig Dokument D.

Wir haben bereits die prophetischen Klagen des Herrn v. Riepenhausen bei den „Steuer- und Wirthschaftsreformern" vernommen, daß auch das Rentengutsgesetz schließlich doch von den „Kapitalisten" werde ausgebeutet werden. Der Reisepfennig, den man dem abziehenden adeligen oder nichtadeligen Rittergutsbesitzer in die Hand drücken will, werde schließlich doch von den „Juden" eingestrichen werden! Diese Semiten!

In der That zeigt uns denn auch Dokument D als Provokanten einen Mann, dessen Vorfahren zwar auch im gelobten Land waren, aber nicht als Kreuzritter. Der Mann ist noch dazu Bankier!

Das zu parzellirende Gut enthält 2476 Hektar mit 17 224 Thaler Reinertrag. Bei dem Gut befindet sich ein Vorwerk, das ca. 5 Kilometer von dem

eigentlichen Gut entfernt ist, 402 Hektar faßt, und offenbar nicht mit Nutzen vom Gut aus bewirthschaftet werden kann. Es sollen aus ihm ca. 37 Stellen mit je ca. 40 Morgen Land und 10 Morgen Wiesen, die vom Hauptgut genommen werden, geschaffen werden. Ein erheblicher Theil ist bereits im Voraus verkauft. Es soll die Privatrente nur dann ablösbar sein, wenn der Rentengutsnehmer damit einverstanden ist. Der Preis für das Gut von 40—50 Morgen Acker und Wiese beträgt ca. 9000 Mark, wovon 1500 Mark baar, das andere in Rente zu zahlen ist. Es ist gerechnet: 40 Morgen Acker à 100 Mark = 4000 Mark; 10 Morgen Wiese à 120 Mark = 1200 Mark. Der normirte Preis, heißt es, ist nicht zu hoch gegriffen, wenn gleich derselbe nicht niedrig ist. Sachkommissar schätzt den Ackerbodenwerth per Morgen auf nur 75 Mark. Das ist der Vertreter der Regierung.

Die Kolonie, welche auf dem Vorwerk angesiedelt wird, muß aus dem Gutsverband ausscheiden — natürlich, damit der Verkäufer keine Schul- und Armenlasten hat — und mit der angrenzenden Dorfgemeinde vereinigt werden, damit d i e s e sie mitzutragen hat!

Hatten wir bei Beispiel C ein Exempel für die Gründung von Arbeiterstellen, so haben wir hier ein Beispiel der andern Kategorie, wo kleine Bauerngüter geschaffen werden, und wo das Motiv nicht ist, billige Arbeitskräfte zu erhalten, sondern ein unvortheilhaft zu bewirthschaftendes Vorwerk zu höherem Preis zu verkaufen, als es werth ist. Daher auch das Entgegenkommen an die Käufer, daß die Privatrente nur mit ihrer Einwilligung ablösbar sein soll.

Leider stehen mir nicht mehr Dokumente zur Verfügung; in die benutzten habe ich nur durch einen günstigen Zufall Einblick erlangt. Sie getreu zu benutzen kann keine Indiskretion sein, da ich keine Namen nenne. Jedenfalls bietet das Wenige, was mitgetheilt werden konnte, schon genügende Beweise für das weiter oben Angeführte. Erinnern wir uns, daß nach Meitzen vor ca. 30 Jahren das 50fache des Grundsteuer-Reinertrags der Preis für ein Gut war und daß seitdem der Preis der Güter erheblich gefallen ist. In dem einen der produzirten Fälle muß der Käufer das 136fache bezahlen, das heißt wahrscheinlich das Dreifache des wirklichen heutigen Werths! Die Ansiedelungs-Kommission zahlte im letzten Jahre bei ihren Ankäufen 5½ Prozent mehr als die landschaftliche Taxe; in einem andern unserer Fälle „hofft" der Verkäufer das 2—2½fache der Taxe zu bekommen, und hat zu diesem Preis auch schon Reflektanten! In den beiden andern Fällen läßt sich das Verhältniß des den Leuten abgenommenen Preises zu dem wirklichen leider nicht konstatiren, weil in dem einen Fall in dem Dokument der Grundsteuer-Reinertrag nicht angegeben ist, im zweiten nur der Grundsteuer-Reinertrag für das ganze Gut und nicht für das zu verkaufende Vorwerk. Aber auch hier schätzt der Sachverständige den Werth um 25 Prozent niedriger, als der wirkliche Kaufpreis ist. — Wir haben ferner die Klauseln gesehen, welche die Käufer und ihre Nachkommen zu Frohnarbeit verpflichten, und die Klauseln, welche sie in ewiger Abhängigkeit von der Willkür ihrer Herrschaft halten. Die mittelalterliche Erbpacht war günstiger, denn da konnte man doch wenigstens nicht den Erben vom Gut fortjagen.

Hätte ich noch mehr Dokumente auftreiben können, so wären wahrscheinlich noch schlimmere Dinge zu Tage gekommen. So habe ich glaubhaft von einem Geschäft gehört, bei dem der Rentengütler das 142fache des Grundsteuer-Reinertrags als Rente zu zahlen übernahm. Nichts ist ja so erfinderisch, wie die Habsucht, und der sind hier keinerlei Fesseln angelegt. (Schluß folgt.)

Die Ergebnisse der Gewerbeaufsicht in Bayern und Württemberg für 1892.

Von Dr. **Max Quarck.**

(Schluß.)

Ein erbauliches Bild bilden die fortwährenden Kämpfe zwischen Inspektoren, Unternehmern und Arbeitern wegen Durchführung der kärglichen Schutzbestimmungen der Gewerbenovelle für jugendliche und weibliche Arbeiter, die sich im Berichtsjahre abspielten. Nur abtrotzen ließen sich in sehr vielen Fällen die Unternehmer Dasjenige, was sie nach dem Gesetz als die loyalen Bürger, als welche sie sich immer hinstellen, aus Eigenem hätten anordnen müssen. Und da die Arbeiter durch die stetig drohende Beschäftigungslosigkeit, die Aufsichtsbeamten aber durch ihre Machtlosigkeit und ihre zahme Dienstinstruktion zu fortwährenden Zugeständnissen veranlaßt waren, so triumphirte auch in Bayern und Württemberg wie in Sachsen das Unternehmerinteresse. Wo ihm die Abkürzung der Arbeitszeit für Frauen und der Ausschluß jugendlicher Arbeiter wegen der Geschäftsstille gelegen kam, da wurden die neuen Schutzmaßnahmen „leicht" durchgeführt; wo der Profit für das Festhalten an der bisherigen Ausnutzungsart sprach, wurde dieselbe nach Möglichkeit entgegen dem Gesetz beibehalten.* Bezüglich der kindlichen Arbeiter befanden sich ja außerdem die bayerischen Unternehmer in der günstigsten Lage. Die Gewerbenovelle führt das Verbot der Beschäftigung kindlicher Arbeiter unter 14 Jahren nur dort ein, wo diese Kinder noch schulpflichtig sind; und unter der gesegneten bayerischen Schulgesetzgebung geht ja die Schulpflicht in diesem frommen Staate durchschnittlich nur bis zum 13. Jahre. So erklären sich die Ziffern der nachfolgenden Uebersicht**; es wurden beschäftigt in fabrikmäßigen Anlagen

im Jahre	Bayerns						Württembergs					
	jugendliche Arbeiter			kindliche Arbeiter			jugendliche Arbeiter			kindliche Arbeiter		
	männl.	weibl.	zus.	männl.	weibl.	zus.	männl.	weibl.	zus.	männl.	weibl.	zus.
1888	7 526	4 217	11 743	1 229	368	1 597	4 265	4 657	8 922	190	172	362
1890	9 057	5 703	14 760	1 590	550	2 140	5 168	4 708	9 876	249	129	378
1892	10 115	5 304	15 419	1 239	403	1 642	5 552	4 878	10 430	130	97	227

Die Kinderarbeit hat danach in Bayern zu einem weit geringeren Prozentsatze abgenommen, als in Württemberg; sie ist überhaupt im Verhältniß zur jugendlichen fünf Mal so weit verbreitet, als im Nachbarlande. In Bayern nahm die Zahl der Fabriken mit jugendlichen Arbeitern von 1890 auf 1892 von 2155 auf 2487, in Württemberg allerdings ebenfalls von 1100 auf 1325 zu. Nunmehr kann man auch übersehen, daß 1892 in den drei großen süddeutschen Staaten Bayern, Württemberg und Baden zusammen nicht weniger als 36 736 junge Leute von 14—16 Jahren und noch immer 2462 Kinder von 12—13 Jahren industriell ausgebeutet wurden; von den letztgenannten kommen, wie man sieht, zwei Drittel auf Bayern. Das ist keine rühmliche Eigenthüm-

* Man kann aus Bayern ca. 1700 festgestellte Uebertretungen gegen die neuen Vorschriften zusammenzählen.

** Zusammengestellt aus den bayerischen Berichtsbänden für 1888, 1890 und 1892 und S. 6 und 34 des württembergischen Berichts für 1892; die offizielle Berichterstattung kennt eine solche Uebersicht nicht!

lichkeit! Im Uebrigen aber stehen sich die Unternehmer in den blau-weißen und in den schwarz-rothen Grenzpfählen in puncto Ausbeutungssucht ganz gleich. Genau wie im bayerischen Bezirk Oberpfalz und Regensburg, wo „eine Maschinenfabrik, welche bislang nie junge Leute unter 14 Jahren beschäftigte, vier Knaben wie die übrigen Arbeiter 9½ Stunden (!!) täglich, einige Wochen lang (!) beschäftigte“, genau so stellte der württembergische Inspektor des Donau- und Schwarzwaldkreises fest, daß Dutzende von Kindern nicht blos 9 und 9½, nein, bis zu 12 Stunden täglich statt die gesetzliche Zeit von 6 Stunden abgerackert wurden. Die ungesetzliche Beschäftigung von Kindern unter 13 Jahren hatten, wenn wir die Berichte vollständig übersehen, dagegen nur bayerische Unternehmer mehrfach fertiggebracht. Rührend muthet die Uebereinstimmung an, mit welcher die bayerischen und württembergischen Beamten gleich ihren sächsischen Kollegen die Unternehmerklagen über die „Verwilderung“ derjenigen Kinder zu den ihrigen machen, die nicht mehr schulpflichtig sind, das 13. Lebensjahr erreicht haben und doch nur 6 Stunden ausgenutzt werden dürfen. Daß württembergische Beamte diese Klage ebenfalls anstimmen, zeigt, daß auch hier Schulentlassungen vor dem 14. Jahre nicht selten sind und daß die schwächliche Vorschrift der Gewerbenovelle bezüglich der Kinderarbeit selbst für Staaten mit ausgedehnter Schulpflicht als der bayerischen durchaus nicht genügt; auch außerhalb Bayerns werden in Folge dessen Kinder von 13 Jahren noch vielfach in Fabriken ausgenutzt werden, sei es auch nur in der letzten Hälfte des 13. Jahres und „nur“ 6 Stunden täglich. Einstweilen jammern freilich Inspektoren und Unternehmer um die Wette sogar nach der Gestattung einer zehnstündigen täglichen Beschäftigung für diese armen Wesen, die sie nun wenigstens gleich den jugendlichen Arbeitern behandeln möchten, nachdem die Ausbeutung zwölfjähriger abgeschnitten ist. Die Beamten der bayerischen Bezirke Pfalz, Unterfranken und Aschaffenburg, sowie Schwaben und Neuburg geben sich zur Kolportage dieser „christlichen“ Wünsche her, ohne nur mit einem Wort im Interesse des jetzigen gesetzlichen Zustandes Stellung gegen dieselben zu nehmen; der letztgenannte Beamte hält sogar ein förmliches Plaidoyer für die Ausdehnung der Ausbeutungsfreiheit in folgenden beweglichen Sätzen: „Man muß unwillkürlich die Frage aufwerfen, was soll aus den Kindern der Arbeiter werden, die (nämlich die Arbeiter) den ganzen Tag an die Werkstatt gebunden sind und in Folge dessen in keiner Weise eine Aufsicht über ihre Kinder führen können? Es entgeht den Eltern auch der wenn auch noch so kleine Verdienst der Kinder, die nun der Straße preisgegeben sind. Recht hart ist namentlich der Winter für solche verdrängte Kinder, die zu Hause meist am kalten Ofen sitzen müssen. Dieses Ausschließen der Kinder von der Arbeit ist im Interesse der Sittlichkeit zu beklagen.“ Ein Beamter, der solche Ansichten äußert, ist mit der Aufsicht über den Arbeiterschutz betraut! Er plaidirt für die „Sittlichkeit“ und nimmt dabei keinen Anstoß daran, Eltern auf den „wenn auch noch so kleinen Verdienst“ ihrer Kinder zu verweisen; er stellt die Sache so dar, als wenn *nur* die Ausbeutung in der Fabrik die Kinder von der Verwilderung auf der Straße retten könnte und scheint sich zu dem Gedanken, daß Gemeinden und Staat durch Erweiterung der Volksschule für solche Arbeiterkinder weit besser als Fabrikanten sorgen können, in seinem ganzen Leben noch nicht aufgeschwungen zu haben. Da muß man sagen, daß die beiden württembergischen Beamten doch etwas weniger oberflächlich urtheilen. Derjenige für den Donau- und Schwarzwaldkreis verfällt allerdings beinahe ebenfalls in die flache Betrachtungsweise seines bayerischen Kollegen (S. 37), findet sich aber dann wieder auf den rechten Weg und verlangt mit dem Beamten für den Neckar- und Jagstkreis die Ausdehnung der Schulpflicht

bis zum 14. Jahre in allen Fällen (nebenbei noch ein sehr beschränktes Bildungsprogramm; von der obligatorischen Fortbildungsschule für die höheren Altersstufen will man in Württemberg noch immer nicht viel wissen!). Der württembergische Beamte fügt hinzu, daß es auch den Schulinspektoren bereits unverkennbar ist, wie rasch das gänzliche Verbot der Beschäftigung 12jähriger Kinder deren Zerstreuung und Abspannung in der Schule beseitigt hat. Daß man sich sogar seitens der größeren Unternehmer darauf besinnt, welchen Nutzen die Produktion aus einer guten Schul- und Fachbildung der jugendlichen Arbeiter ziehen kann, dafür bringen die bayerischen Berichte ein halbes Dutzend Belege. Freilich theilen sie gleichzeitig nach den neuen Beobachtungen der Beamten aus dem Handwerk (mechanische Werkstätten und Tischlereien in der Pfalz, in Nürnberg, Unterfranken und Aschaffenburg) krasse Fälle einseitigster Lehrlingsausnutzung mit. Aus Ober- und Niederbayern verlautet außerdem, daß auf Ziegeleien noch vielfach eine ungesetzliche Beschäftigung junger (italienischer) Leute stattfindet, für welche der Unternehmer gewöhnlich die Verantwortung auf den italienischen Ziegelmeister und Akkordanten abzuwälzen suche. Man weiß ja seit Langem, daß auf den Ziegeleien nicht blos in Bayern die schauerlichsten Mißstände herrschen. Wer aber gehofft hat, daß die am 27. April d. J. erlassene Verordnung des Reichskanzlers, die Beschäftigung von Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeitern auf Ziegeleien betreffend, einen wirksamen Spezialschutz für diese Arbeiterkategorien bringen werde, der ist wieder einmal gründlich enttäuscht worden. Diese neue Bekanntmachung verbietet zwar die Beschäftigung jener beiden Kategorien bei der Gewinnung und dem Transport des Rohmaterials, beim Befeuern und Bedienen der Oefen, sowie die Beschäftigung von Arbeiterinnen bei der Handformerei (mit Ausnahmen!), aber wohlweislich erst vom 1. Januar 1894 ab und vorläufig nur bis zum 1. Januar 1898; andererseits aber gestattet sie statt der 10 bezw. 11stündigen eine 12stündige Arbeitszeit, und zwar von halb 5 Uhr Morgens bis 9 Uhr Abends, und dies sofort vom 27. April d. J. ab. Das nennt man im Deutschen Reiche Spezialschutz für Ziegeleiarbeiter! Die erwachsenen männlichen Beschäftigten sind ganz leer ausgegangen.

Das letzte Kapitel des neuen Arbeiterschutzes, die Beschränkung der Frauenarbeit, ist bezüglich seiner Durchführung in Bayern und Württemberg noch rascher geschildert. Auf Grund der neuen Bestimmungen muß, wie schon erwähnt, jetzt wenigstens alljährlich eine vollständige Zählung der weiblichen Arbeiterinnen stattfinden. Dieselbe ergab in Bayern 50 104 (1881 erst 25 537) Köpfe, und zwar 18 292 im Alter von 16 bis 21, und 31 812 im Alter von über 21 Jahren; in Württemberg 27 719 Köpfe, davon 12 156 in der jüngeren und 15 563 in der älteren Klasse. Da Baden zur gleichen Zeit 35 598 erwachsene Arbeiterinnen zählte, schaffen in den drei größten süddeutschen Staaten nicht weniger als 113 421 erwachsene Frauen und Mädchen in Fabriken, beinahe die Hälfte davon in Bayern, und zwar in Württemberg und Baden vorwiegend in der Textilindustrie, in Bayern jedoch auch in anderen Gewerben. Der Inspektor für die bayerische Pfalz meint, daß „ein erhöhtes Zuströmen des weiblichen Geschlechts in die Fabriken unverkennbar sei“ und berichtet von einem Ersatz der männlichen durch weibliche Setzer in einer Buchdruckerei als einer „völlig neuen Erscheinung“. Die männlichen Setzer hatten einen Verdienst von 20—24 Mark pro Woche, die weiblichen erhalten nur 5—12 Mark, ihre Leistungen seien aber auch viel geringer. Der oberfränkische Inspektor fand „in einer Wäschefabrik und in einer Zigarrenfabrik fast ausschließlich weibliche Arbeiter verwendet“. Dem mittelfränkischen Beamten ist die anormale Zunahme der Arbeiterinnen in den

chromolithographischen Anstalten Nürnbergs aufgefallen, die auf Verbesserungen in der Technik zurückzuführen zu sein scheint. Andere Inspektoren berichten vom Gleichbleiben der Beschäftigungsziffer, nur der Münchener von einem Rückgang. Der elfstündige Maximalarbeitstag und das Verbot der Nachtarbeit hätten sich im Allgemeinen „leicht eingeführt“ — das Geschäft lag eben ohnedies darnieder, und wo der Unternehmer an der ausgedehnten Frauenarbeit festhalten wollte, wurden ihm ja die weitgehendsten Ausnahmen bereitwilligst ertheilt; so z. B. an Buchdruckereien zur Nachtbeschäftigung von Frauen, wo nicht die mindeste Nothwendigkeit dazu vorlag, in Oberfranken an 70 Prozent der vorhandenen Appreturanstalten. Im Ganzen mag Bayern (eine amtliche Addition liegt natürlich nicht vor!) Ausnahmen für 5500 Betriebstage und 6200 Arbeiterinnen bewilligt haben. Auch hier machen sich die bayerischen Inspektoren vielfach kritiklos zu Kolporteuren des Unternehmerjammers über die neuen Vorschriften (S. 56, 63, 65, 117, 123/124 des Berichtsbandes), während ihnen doch näheres Zusehen die Einsicht so nahe gelegt hätte, daß bisher eben ein ganz sträflicher Mißbrauch mit der Ausdehnung der Frauenarbeit getrieben worden war. Die eine Mittheilung des pfälzischen Inspektors, daß die Kammgarnspinnerei Kaiserslautern durch die Nachtarbeit der Frauen bisher eine auf 3½ Millionen Mark veranschlagte Erweiterung ihrer Anlage „ersparte“, die sie nun doch ausführen muß, redet Bände. Und auch hier dokumentiren die württembergischen Beamten eine etwas höhere sozialpolitische Einsicht. Inspektor Berner hat zwar auch kein Wort der Kritik für den Heißhunger der Bijouteriefabrikanten nach Frauenarbeit und für die Eingabe, welche Württemberg und Baden im Interesse dieser Herren beim Bundesrath wegen Gestattung einer dreizehnstündigen Arbeitszeit eingereicht haben — aber er deutet doch wenigstens an, daß sich der Wegfall der Nachtarbeit der Frauen recht gut „durch bessere maschinelle Einrichtungen“ und Beschäftigung von Männern ausgleichen läßt. Noch sachkundiger äußert sich Inspektor Hochstetter; er hebt doch endlich „als einen Vorzug der zehnstündigen Arbeitszeit außer der befriedigenden Quantität besonders auch die erzielte bessere Qualität der Waare“ nach der Aussage eines „hervorragenden Fabrikanten“ hervor und betont, was für uns noch wichtiger ist, daß „der Vortheil gleichmäßigerer Beschäftigung für den Betriebsunternehmer wie für den Arbeiter in die Augen springt“; das Publikum aber werde in dieser Hinsicht seine Wünsche den neuen Verhältnissen anpassen müssen. Das ist doch endlich einmal sozialpolitisches Wasser, freilich auch nur Wasser, in der Wüste der beiden Berichtsbände! Was die Arbeiterinnen selbst betrifft, so äußerten sie sich in mehreren bayerischen Bezirken „durchaus nicht unzufrieden“ über die Beschränkung ihrer Arbeitszeit, selbst da, wo ihnen aus Anlaß derselben vom Verdienst abgeknapst wurde, und das kam nicht selten vor, wenn auch der gegentheilige Fall berichtet wird. Wie thurmhoch über den profitgierigen Unternehmern stehen diese Arbeiterinnen, die einen Lohnverlust gern im Interesse eines Kulturfortschrittes in den Kauf nehmen! Aeußerst oberflächlich ist auch die Bemerkung des bayerischen Beamten für Unterfranken und Aschaffenburg, der aus den Berichten seiner Kollegen (z. B. S. 58 und 153) sehen könnte, daß die Frauen mehrfach zu ganz unpassenden Arbeiten verwendet werden: „Blasses Aussehen und unentwickelter Körperbau dürfte wohl mehr auf Rechnung unvortheilhafter Ernährungsweise, auf ungünstige Wohnungsverhältnisse und anstrengende Arbeiten außer der Fabrik oder Fortsetzung der Fabrikarbeit zu Hause gestellt werden.“ Als wenn die unvortheilhafte Ernährungsweise u. s. w. nicht zum überwiegenden Theile direkte Folge der elenden Lohnarbeit wäre, zu der Eltern und Kinder verdammt sind! Die „Fortsetzung der Fabrikarbeit zu Hause“, also eine Ver-

stärkung der Hausindustrie durch die neuen Vorschriften, wird übrigens wie von den bayerischen und sächsischen, so auch von den württembergischen Beamten gemeldet. Hier hat das Gesetz künftig zu allererst beschränkend einzugreifen.

Mehr als diese dürftigen Brocken aus den neuesten Berichten der bayerischen und württembergischen Aufsichtsbeamten herauszulesen, dürfte selbst dem eifrigsten Sammler kaum möglich sein. Er müßte denn Freude an dem undankbaren Beginnen haben, die äußerst flüchtigen Bemerkungen der Inspektoren über die neuen Arbeitsordnungen zusammenzustellen, die auch nicht entfernt an die gründliche und sachliche Darstellung des badischen Beamten reichen, oder die zerstreuten und systemlosen Angaben über Löhne, Arbeitszeit, Kündigungsfristen, Arbeitsräume, Unfälle und vor Allem Wohlfahrtseinrichtungen sammeln wollen, die jeder Beamte nach Belieben und persönlicher Neigung macht. Nur Eines sei aus diesem Kunterbunt hier noch festgehalten, und mit dieser Mittheilung wollen wir schließen. Bezüglich der Unfallhäufigkeit hat der bayerische Beamte für Schwaben und Neuburg durch eine eigene Ermittlung festgestellt, daß die meisten Unfälle in der zweiten Hälfte der Woche vorgekommen sind, weil „in Folge der geisttödtenden Wochenarbeit“ die physischen und psychischen Kräfte der Arbeiter nachlassen. Kann es ein eindringlicheres Plaidoyer geben zu Gunsten einer Verkürzung der Arbeitszeit?

Literarische Rundschau.

Otto Wittelshöfer, **Ueber das Verhältniß von Konsumtion und Kapitalisation in der modernen Wirthschaft.** Vortrag, gehalten in der am 12. Januar 1891 abgehaltenen Plenarversammlung deutscher Volkswirthe. Separatabdruck aus den Mittheilungen der Gesellschaft österreichischer Volkswirthe.

Von der Produktenmasse, welche in einem Lande in einem gegebenen Zeitraum hergestellt wird, geht unter heutigen Verhältnissen ein Theil in den endgiltigen Verbrauch ein, wird verzehrt oder für persönliche Bedürfnisse verbraucht, während ein anderer Theil zu weiterer gewinnbringender Verwendung angehäuft, kapitalisirt wird. Die Produktion selbst geschieht bereits im Hinblick auf diese doppelte Art der Vernutzung, es werden Gegenstände des persönlichen Gebrauchs — „Konsumtionsgüter“ nennt sie der Verfasser — und Gegenstände, die zu werbender Verwerthung dienen, — „Kapitalgüter“ — hergestellt. Das Verhältniß, in dem dies geschieht, wird bestimmt durch die Eigenthumsverhältnisse und die Produktivität der Arbeit; je mehr die letztere steigt, um so mehr werden unter der Herrschaft des Privateigenthums Kapitalgüter hergestellt, erstens weil das Einkommen der großen Masse, der Arbeiter, nicht mit der Produktivität der Arbeit Schritt hält, dieselben vielmehr mit einem Lohn abgefunden werden, der geringer ist als der Werth des Produkts ihrer Arbeit, und weil zweitens die Preise der Konsumtionsgüter nicht im Verhältniß der Zunahme der Produktivität der Arbeit fallen, vor Allem nicht die der nothwendigsten Konsumtionsgüter, die als „Produkte von Monopolkapitalien: Nahrung aus dem Boden, Wohnung auf dem Boden“, heute vielmehr relativ im Preise steigen. Die „Kapitalgüter“ ihrerseits dagegen, namentlich soweit sie in industriellen Hilfsmitteln bestehen, haben beständig die Tendenz, im Werthe zu sinken, sei es in Folge von Verbesserungen der Produktionsmethoden, sei es in Folge der Aufdeckung neuer Produktionsgebiete und neuer Befriedigungsmittel. Je stärker diese Bewegung, um so stärker die Tendenz in den Reihen der Kapitalbesitzer zur Erwerbung von „Rechten“ an Stelle der wirklichen Kapitalgütererzeugung, von öffentlichen und privaten Schuldtiteln, Hypothekenbriefen 2c. Eine derartige Geldforderung, deren Ziffer (Kapitalhöhe und Zinssatz) auf längere Zeit unabänderlich festgestellt zu werden pflegt, und die Repräsentant von Gütern sein soll, die der Schuldner in die Hand bekommen hat, befähigt ihren Inhaber, um so mehr Kapitalgüter zu kaufen, je mehr diese Güter im Werthe sinken. Mit andern

Worten: „die Werthbewegung der sogenannten Geldkapitalien steht in geradem Gegensatz zu der Werthbewegung der von ihnen repräsentirten Güterkapitalien, ausgenommen, wenn letztere einen Monopolcharakter haben, wie Grund und Boden." Es giebt aber auch „Geldkapitalien, welche entstehen und bestehen, ohne daß ihnen irgend ein Güterkapital zu Grunde liegt", kurz dasjenige, was gemeinhin „Bildung von Kapital" genannt wird, ist „nicht identisch mit jener gepriesenen Entwicklung unseres wirthschaftlichen Güterdaseins".

Stagnirt die Wirthschaft eines Landes, so daß sich für Kapitalgüter keine oder nur sehr ungenügend Abnehmer finden, so geht man ins Ausland, exportirt Waaren und später Geld. Dies ist der Zustand der höchststehenden Kulturnationen Europas, „die nahe Zukunft der anderen Kulturstaaten Europas". Schleuderischer Export, der Ruf nach Kolonien, die unsere Kraft und unsere Produkte absorbiren, niedrige Eigenkonsumtion bei blendendem Reichthum in Form von Forderungen ohne wirkliche Grundlage, Ueberkapitalisirung in fingirten Werthen, das sind die Ergebnisse dieses Wirthschaftsprozesses.

Das Bild wird verdeckt durch irreführende Ziffern, von denen wir beständig hören, durch die Hinweise auf das gestiegene Einkommen der Arbeiter, auf das Fallen des Zinsfußes, auf das Sinken der Preise vieler Gegenstände des Verbrauchs, Ziffern, die jedoch nur absolute Bewegungen zeigen, ohne Zusammenhang mit dem gesammten Wirthschaftsleben, mit den sich vollziehenden ökonomisch-technischen Veränderungen. Den letzteren gegenüber verschwinden jene Ziffern zur Bedeutungslosigkeit. Der Preisrückgang müßte in Wirklichkeit noch ein um ein vielfaches größerer sein, und wird nur dadurch aufgehalten, daß die Produktion sich darauf wirft, statt in erhöhtem Maße Konsumtionsgüter für die eigenen thätigen Gesellschaftsmitglieder, in allen möglichen Formen Substrate für Kapitalisirung herzustellen, in welche Kategorie u. A. auch solche Konsumtionsgüter gehören, die für den Export bestimmt sind. Eine kolossale Verschwendung in Bezug auf die disponiblen Produktivkräfte findet statt: sie werden ungenügend ausgenutzt und soweit sie ausgenutzt werden, im steigenden Maße für Zwecke ausgenutzt, welche dahin treiben, die erzeugten Produkte unterwerthig auf den Weltmarkt zu werfen. Auf diese Weise wird auch der Mehrwerth des Arbeitsprodukts über den Arbeitslohn in steigendem Maße verschwendet, fortgesetzte Entwerthung von Kapitalgütern, immer wieder nothwendig werdende Verschleuderung von Waaren an Luxuskonsumenten, Kapitalisten und das Ausland, reißen ihn den Unternehmern aus der Hand. „Jene Hungerlöhne des Arbeiters, jene Sorgen des landwirthschaftlichen und industriellen Unternehmers um seinen Gewinn und damit um seine Existenz, jenes Zittern des Kapitalisten vor der Reduktion seines Zinseinkommens, sind schließlich Kinder einer uud derselben Ursache. Der gemeinsame Feind liegt in der furchtbaren Verschwendung, welche wir treiben, eine Verschwendung, neben welcher die volle Entwicklung unserer Kräfte naturgemäß ausgeschlossen ist."

Bedarf es zur Abhilfe dieser Situation einer Aenderung unserer Wirthschaftsordnung von Grund auf? Diese Frage ist nicht eine solche politischer Künstelei, ihre Lösung wird nicht in Kabinetten und Parlamenten, Aemtern und Versammlungen gefunden, sie hängt nicht davon ab, was dem Einzelnen gerecht scheint oder nicht — „sie wird bedingt davon, ob wir ökonomisch fähig sind, zu einer höheren Ordnung überzugehen, ob unsere kulturelle, technische und ökonomische Entwicklung uns die Mittel an die Hand giebt, jene Ordnung dauernd aufrecht zu erhalten." Um aber darüber klar zu werden, was die gesellschaftliche Arbeit zu leisten und welchen Theil seines Terrains der Kapitalismus noch zu behaupten vermag, dazu genügt es nicht, das thatsächlich Bestehende festzustellen, es muß versucht werden, zu erforschen, was unter andern Voraussetzungen möglich wäre. In der Werkstatt der abstrakten Wissenschaft sei nüchtern das Idealbild der möglichen Produktion und Konsumtion anzufertigen, das Götzenbild des allmächtigen Tauschwerths auf seinen innern Gehalt zu prüfen, zu erkennen, daß „die Preiserscheinungen des täglichen Lebens Produkte der Einkommensgestaltung und ihrer Voraussetzung, der bestehenden Wirth-

schaftsorganisation, und nicht des ökonomischen und technischen Fortschritts sind." Möge, wenn die theoretische Oekonomie die Bearbeitung dieses Forschungsgebietes übernommen, „an die Stelle einer Wirthschaftslehre der Kapitalisirung eine in der reichen Konsumtion kulminirende Lehre treten."

Dies, wo es möglich war, in des Verfassers eigenen Worten der Inhalt des uns als Broschüre vorliegenden Vortrages. Wir sind nicht in allen Punkten mit demselben einverstanden, wir sind vor allen Dingen der Ansicht, daß der Verfasser den Einfluß der Konsumtionsverhältnisse in der gegenwärtigen Gesellschaft auf die Zerstörung von Werthen und die Vergeudung von Produktivkräften insofern überschätzt, daß er zu einseitig ihm zuschreibt, was vielmehr Folge des wilden Konkurrenzkampfes und der dadurch bewirkten Planlosigkeit in der Produktion ist. Jedenfalls wird dieser Punkt bei ihm nicht so gewürdigt, wie es unserer Ansicht nach unbeschadet der Oekonomie des Vortrages hätte geschehen müssen. Ebenso hätten wir beim auswärtigen Handel neben dem Export auch dem Import gern ein Wort gewidmet gesehen, denn es giebt heute kein Kulturland, das nur Geldtitel und nicht auch Waaren importirt, und ferner ist es unseres Erachtens nicht richtig, zu sagen, daß die „Preiserscheinungen des täglichen Lebens" — allerdings ein etwas unbestimmter Begriff — „Produkte der Einkommensgestaltung 2c. und nicht des ökonomischen und technischen Fortschritts sind". Der Preis drückt ein gesellschaftliches Verhältniß, beziehungsweise gesellschaftliche Verhältnisse aus, aber der ökonomische und technische Fortschritt spielt denn doch eine viel zu große Rolle bei der Preisbildung, als daß man ihn kurzweg mit einem „und nicht" bei Seite schieben könnte.

Auch die Einleitungssätze des Vortrages, in denen nach einer Skizzirung der wichtigsten bisherigen Methoden der ökonomischen Untersuchung, für eine neben den andern Forschungsmethoden auszubildende rein abstrakte Richtung plädirt wird, sind nach unserer Ansicht nicht ganz frei von thatsächlichen Irrthümern. Um nur ein Beispiel herauszugreifen, so glaubt der Verfasser John Stuart Mill als Oekonom dahin charakterisiren zu müssen, daß er von ihm sagt, er habe seine Grundsätze der politischen Oekonomie mit der Erklärung begonnen, daß der Gegenstand dieser Wissenschaft das Vermögen sei — „also nicht das Wirthschaftsleben des Volkes"! Mill denke „nur an die Vermögensbewegungen" und interessire sich für andere Wirthschaftsvorgänge nur insofern, als sie auf jene zurückwirken. Thatsächlich ist Mill, welches immer sonst seine Fehler, von diesem Vorwurf freizusprechen. Derselbe gründet sich wohl nur auf die von Soetbeer, dem deutschen Uebersetzer Mill's, beliebte Uebersetzung des Wortes Wealth mit Vermögen. Indessen Wealth ist ein viel umfassenderer Begriff als Vermögen, das mehr an bestimmtes verfügbares Besitzthum erinnert, als wie das englische Wort an allgemeinen Wohlstand. Außerdem beginnt zwar Mill die Einleitung seines Werkes mit der oben zitirten Bemerkung, schließt sie aber nach einer Untersuchung des Begriffes Wealth mit dem Satze: „Die Gesetze der Gütererzeugung und Gütervertheilung und einige der daraus abzuleitenden praktischen Folgerungen sind der Gegenstand des vorliegenden Werkes." Das mag auch noch eine zu enge Abgrenzung sein, aber ist keine solche, die zur Konsequenz hat, daß „derjenige, der kein Vermögen hat, außerhalb dieser Volkswirthschaft steht". Wenn vielmehr bei Mill Sätze vorkommen, die auf diese Auffassung hinauslaufen, so ist dies im Gegentheil Folge seiner beständigen Inkonsequenzen.

Trotz dieser Meinungsverschiedenheiten müssen wir jedoch sagen, daß uns die Lektüre des Wittelshöfer'schen Schriftchens großen Genuß bereitet hat. Nicht nur wegen seiner Tendenz, obwohl es sicherlich ein ermuthigendes Zeichen der Zeit ist, daß solche Vorträge heute in bürgerlichen gelehrten Gesellschaften gehalten werden, sondern auch wegen sehr hervorragender innerer Vorzüge. Lichtvolle Darstellung, konsequente Entwicklung und anregende Behandlung des ihm zu Grunde liegenden Gegenstandes tragen gemeinsam dazu bei, daß selbst derjenige sie mit Frucht liest, dem die Schlußfolgerungen des Verfassers nichts Neues sind. E. B.

Notizen.

Die Verschuldung des Grundbesitzes in Baden. In einer der letzten Nummern der „Neuen Zeit“ steht nach den amtlichen Ergebnissen der Erhebungen über die Lage der Landwirthschaft in Baden eine Uebersicht über die Verschuldung des Grundbesitzes in neun Gemeinden dieses Landes. Im Ganzen wurden damals in 37 Gemeinden Erhebungen angestellt, dieselben möglichst optimistisch verarbeitet und der Oeffentlichkeit übergeben. Die Verschuldung wurde nach dem Güterwerth berechnet, während sie auf dem Besitzer nach der Rentabilität seines Grundstückes lastet. Auf der letzten Versammlung des Vereins für Sozialpolitik wurde die Verschuldung des Bauernstandes auch besprochen, aber man ging sehr oberflächlich über den Punkt hinweg, gab eine zunehmende Verschuldung zu, verschloß sich aber der Thatsache, daß der bäuerliche Kleingrundbesitz, namentlich in Südwestdeutschland, schon ganz und gar überschuldet ist. Hier nur für die Gemeinden Königsbach und Dittwar der Beweis. Der Schätzungswerth der Güter in der Gemeinde Königsbach beträgt 1 543 500 Mark, ihre Verschuldung 689 561 Mark, also anscheinend nur 44 Prozent des Werthes. Aber der Reinertrag der Güter schwankt zwischen 0,77 und 0,72 Prozent, 0,75 als Mittel ist schon gut gerechnet, er beträgt also etwa 11 500 Mark jährlich. Die Schuldzinsen dagegen, zu nur 4 Prozent gerechnet, erfordern über 27 500 Mark. — Die Belastung beträgt also nicht die Hälfte, sondern mehr als das *Doppelte* des Ertrags, nicht 44, sondern 238 Prozent. Das kann man wohl eine entschiedene Ueberschuldung nennen.

Für Dittwar stellt sich das Verhältniß noch ungünstiger. Der angebliche Werth der Güter beträgt 549 410 Mark, die Schuldsumme 223 251 Mark, also 40 Prozent des Werthes. Der Reinertrag der Güter aber macht nur 0,5 Prozent aus, also rund 2700 Mark. Die Schuldzinsen dagegen erfordern mindestens 8900 Mark, die Belastung beträgt in dieser Gemeinde also in Wirklichkeit nicht 40 Prozent, sondern 325 Prozent, mehr als das *Dreifache* des Ertrags.

In ähnlicher Weise gestaltet sich das Resultat durchweg in den übrigen, der Erhebung unterlegenen Gemeinden. Der Güterpreis ist eben heutzutage im Vergleiche zu der Rentabilität namentlich für kleine Komplexe ein enorm hoher, und berechnet man danach die Verschuldung, so kommt man zu einem verhältnißmäßig rosigen Resultat. Aber in Wirklichkeit hat der Bauer die Last seiner Schuld an der Rentabilität seines Gutes zu messen und aus dieser Rechnung ergiebt sich (und es liegen dafür Rechnungen aus Baden, Württemberg und den Rheinlanden vor), daß der Bauer der Sklave seiner Hypothekengläubiger ist, für die er nicht etwa nur die Grundrente, sondern einen großen Theil des nackten Arbeitsverdienstes zu opfern hat.

R. *Calwer* in Braunschweig.

Feuilleton.

Die sozialen Zustände im römischen Reich vor dem Einfall der Barbaren.

Von Dr. **Paul Ernst.**

(Fortsetzung.)

Daß der fallende Bodenertrag in den Provinzen öfters eine wichtigere Ursache der Güterzentralisation gewesen sein mag, kann man wohl vermuthen. Natürlich muß man sich auch hier hüten, die Dinge zu uniform zu betrachten. Griechenland und Kleinasien standen da anders da, wie Spanien und Gallien; dort war der Boden schon Jahrhunderte lang ausgesaugt, hier wurde er theilweise erst gerodet. Aegypten mit seinem Nilschlamm nahm überhaupt eine Sonderstellung ein u. s. f.

Noch Etwas ist zu bemerken. Der Uebergang zur Weidewirthschaft, der sich jetzt in England vollzieht, ist zum großen Theil auch durch die gesteigerten Ansprüche der ländlichen Arbeiter verursacht; die Lohnausgabe wird beim Getreidebau zu hoch und wohl deshalb die wenig Arbeitskräfte erfordernde Weidewirthschaft vortheilhafter. Auch dieses Moment hat seine Analogie. Wir werden noch sehen, daß in dem zweihundertjährigen Frieden von Augustus bis zu den Antoninen die Quellen der Sklavenzufuhr verstopft wurden und dadurch die Arbeitskraft rar wurde. Späterhin werden wir das als einen der wahrscheinlichen Gründe für die Entwicklung des Colonats kennen lernen, es kann aber auch Grund gewesen sein für Ausbreitung der Weidewirthschaft. Es klingt freilich sonderbar, daß derselbe Grund Erweiterung des Latifundienbetriebes und der Kleinwirthschaft erklären soll. Aber da muß man wieder den Einfluß der Steuer erwägen: wo Getreide an den Staat geliefert werden mußte, konnte man das Ackerland natürlich nicht in Weide verwandeln, sondern mußte sich den Umständen entsprechend anders einrichten.

Um übrigens Mißverständnisse zu vermeiden: es ist immer angenommen, daß, wo Latifundienbetrieb (und die Weidewirthschaft ist mit Vortheil nur auf den Latifundien möglich) rentabler ist, wie Kleinbetrieb, auch immer der Kleinbesitz verschwindet und sich Latifundienbesitz bildet. Umgekehrt hat Latifundienbesitz durchaus nicht nothwendig Latifundienbetrieb zur Folge, sondern kann auch bei Kleinbetrieb existiren.

Als Ursachen der Güterkonzentration ergeben sich darnach: der Hypothekarzins, welcher den Kleinbesitzer ruinirt; die Abnahme der Ertragfähigkeit des Bodens, welche den Kleinbetrieb und damit den Kleinbesitz unmöglich macht; und die unter Umständen größere Profitabilität des Latifundienbetriebs, welche latifundienbildend wirkt. Letzteres jedoch stets nur „unter Umständen"; „unter Umständen", nämlich wo kein so günstiger Absatz für Fleisch war und wo Getreide als Steuer von dem Land entrichtet werden mußte, brauchte der Latifundienbesitz nicht Latifundienbetrieb zu verursachen; und als die Sklaven theuer wurden, entwickelte sich hier sogar das Colonat und der Kleinbetrieb.

Jedenfalls entstanden ungeheure Güterkomplexe. Die halbe Provinz Afrika, welche das heutige Tunis, Tripolis und die algierische Provinz Constantine umfaßte und viel höher kultivirt war wie jetzt, gehörte, wie wir aus der bekannten Anekdote wissen, unter Nero sechs Personen. Von derselben Provinz Afrika erzählt Frontin: „Dort haben Privatleute Okkupationsgüter (saltus, eigentlich „Waldgüter", welche sich in den entlegeneren Distrikten befanden, da man die näheren natürlich nicht der Okkupation überließ), welche nicht kleiner sind, als das Territorium einer Stadtgemeinde (Polis); ja, viele sind noch weit größer." — Wie unsere modernen Latifundienbesitzer Dörfer und einzelne Bauernstellen „gelegt" haben, so wurden damals ganze Städte gelegt. Nach Strabo z. B. Collatia, Antumnae, Fidenae, Labicon. Während heute die Kapitalkonzentration bis zu einem gewissen Punkte die Bevölkerung vermehrt, mußte sie im Alterthum auf jeden Fall die Bevölkerung vermindern — die freie Bevölkerung natürlich, die ja allein gerechnet wurde. Man kann sich nach diesen paar Daten eine Vorstellung davon machen, zu welchen Dimensionen ein solcher Oikos wachsen konnte. Und noch in diesen Zeiten hatte der Oikos seine alte Autarkie. Petronius (Satir. 38) sagt von einem solchen Oikenbesitzer: „du mußt nicht etwa glauben, daß er etwas kauft, bei ihm wird alles im Oikos produzirt".

Auch die Gegenwart hat große Kapitalisten, vielleicht mehr und größere wie das Alterthum. Aber könnte Jemand den Ausspruch des Petronius etwa auf unseren Jay Gould oder Rothschild oder sonstigen Krösus der Gegenwart anwenden? Bei uns muß im Gegentheil, je größer das Kapital ist, der Kapitalist

desto mehr kaufen. Wenn die Frau eines Schnittwaarenhändlers ein seidenes Kleid haben will, so kann ihr Mann das von einem Stück abschneiden, das er im Laden hat. Aber die Frau eines Lyoner Seidenfabrikanten muß in ein Geschäft gehen, wenn sie ein Kleid haben will. Bei uns wird das Produkt als Waare für den Markt geschaffen, im Alterthum als Gebrauchsmittel für den Herrn. Die Konzentration des Kapitals, die bei uns erscheinen kann als Konzentration des Geldkapitals, wie bei einem Rothschild, des in der Industrie angelegten, wie bei einem Krupp, des Bodens, wie bei einem Herzog von Ratibor, die konnte im Alterthum nur eine Form haben: gleichzeitige Konzentration des Bodens, der Sklaven und des Baargeldes in einer Hand. Das antike Latifundium ist mehr wie das moderne: es ist nicht blos konzentrirter Grundbesitz; der Grundbesitz ist bei ihm nur die Unterlage der Wirthschaft.

Natürlich mußte sich bei so veränderten sozialen Zuständen zunächst die Staatsform ändern. Athen war daran zu Grunde gegangen, daß ihm eine solche Aenderung nicht möglich war. Es gab nun Arme und Reiche — beachten wir den Unterschied von heute, wo es Arbeiter und Kapitalisten giebt; die Arbeiter, als Sklaven, fallen eben in der antiken Politik völlig aus — und rechtlich hatten die Armen bei der Regierung ebenso viel zu sagen wie die Reichen. Sie waren aber in der Mehrzahl, und dazu durch Müssiggang, Elend und Geschenke korrumpirt. Wenn es den Reichen nun nicht gelang, durch Gewalt oder Bestechungen die Armen in der Volksversammlung unschädlich zu machen, so faßten diese Beschlüsse, welche für die Reichen verderblich wurden; und da das Gesindel natürlich gar kein Interesse am Staat hatte, nützten die Opfer, welche die Reichen bringen mußten, noch nicht einmal dem Staat. Die Reichen wurden mit Lasten belegt, welche ihr Vermögen ruinirten, und statt Flotten zu bauen und Söldner zu werben — denn zum eigenen Kriegsdienst war das Volk auch hier bereits außer Stande — vergeudete man das Geld für Schauspiele und Geldspenden an das Volk.* Es wird dann gesagt, die Demokratie habe Athen zu Grunde gerichtet; nicht die Demokratie ist es gewesen, denn unter demokratischer Verfassung ist ja Athen groß geworden; sondern die Inkongruenz zwischen sozialer und politischer Verfassung. Eine wahre Demokratie ist nur möglich bei sozialer Gleichheit der Bürger; und wo wir noch jetzt treffliche demokratische Formen sehen, in den Urkantonen der Schweiz, ist die soziale Gleichheit die Ursache.

In Rom war das Ende anders. Hier wurde die Demokratie durch den Zäsarismus abgelöst. Die Stütze des Zäsarismus war das stehende Heer. Die Aufgabe des Zäsaren war, die Reichen vor den Armen zu schützen; und so groß war die Gefahr, welche von Seiten der Armen drohte, daß sich die Kaiser sogar erlauben konnten, mit dem Henkerbeil unter den Reichen zu wüthen — die einzige Antwort war die Verschwörung, nicht die Revolution.

Als zum ersten Mal das Heer in die römischen Parteistreitigkeiten eingriff und das Schwert den Knüppel des „Volks" verdrängte, schritt die politische Entwicklung Roms über den Endpunkt hinaus, den die Entwicklung Athens erhalten hatte; daß die Soldaten nicht mehr entlassen wurden, sondern ein stehendes Heer eingeführt wurde, war nur die natürliche Konsequenz. Und wenn es auch der Stolz des Römers, komödienhaft wie immer in dieser Zeit, nicht leiden wollte, daß sich die Uniform in der Stadt zeigte, und die Prätorianer in der Toga umhergehen mußten, wenn sie in der Stadt waren, das Faktum, daß der wirkliche Herr der Soldat war, blieb doch unbestreitbar.

---

* Cf. Boeckh, Staatshaushalt der Athener, Band II, Kap. 13 und öfters.

Wie das im geschichtlichen Leben immer so ist, daß die Uebergänge langsam sind, trat die Soldatenherrschaft nicht gleich in ihrer grassesten Gestalt auf. Noch die Antonine konnten die Fiktion aufrecht erhalten, daß eigentlich der Senat die Kaiser einsetzte. Aber als Septimius Severus auf dem Sterbebett zu seinem Sohne sagte: „Sorgt für die Soldaten, die Andern aber verachtet"; als Caracalla zu den Soldaten sagte: „Ich regiere nur in eurem Interesse, meine Schätze gehören Euch so gut wie mir"; und als er sogar ausrief: „Es darf keine reichen Leute geben, blos ich darf reich sein, um die Soldaten bezahlen zu können"; da konnte sich doch Niemand mehr Täuschungen über die wirklichen Herrscher Roms hingeben. Es verschlägt nichts, wenn das eine oder andere dieser Dikta auch apokryph sein sollte: sie bezeichnen jedenfalls die Situation.

Aber der Soldat, der nunmehrige Herrscher Roms, war nicht mehr das, was er früher gewesen war. Der römische Bürger von früher existirte ja nicht mehr. Es gab die wenigen Reichen und eine Anzahl verkommenes Gesindel; hier und da, in der Bürgerbevölkerung mancher Provinzen, mochten sich ja noch Bauern und kleine Gutsbesitzer halten; aber das waren Ausnahmen, sie gehörten einer untergehenden Klasse an, und waren natürlich mit Mißmuth gegen die bestehende Ordnung der Dinge erfüllt. Der Soldat der „guten alten Zeit" schlug sich mit Begeisterung für sein Vaterland und kehrte dann an seinen Pflug zurück. Dieser Soldat war ausgestorben. Und so sind die Römer denn schon früh genöthigt, zunächst Provinzialen, die noch nicht römische Bürger waren, und dann gar Barbaren in die Legionen aufzunehmen.

Daß die Römer in den späteren Zeiten fast ausschließlich Germanen in den Legionen hatten, ist ja allgemein bekannt. Aber schon in der frühen Kaiserzeit finden wir sie vor.

Ein tüchtiges Heer ist nur dann möglich, wenn sich die große Masse des Volkes, aus dem es sich ja rekrutiren soll, sich sozial wohl fühlt. So weit war man zu Anfang des Kaiserreiches denn doch noch nicht gekommen, daß nicht an sich tüchtige Rekruten hätten vorhanden sein können. Aber die Leute wollten sich nicht schlagen für einen Staat, in dem es ihnen nicht gut ging. Gewiß war die Zeit der Kaiser bis etwa zum Jahr 200 im Allgemeinen eine Zeit wirthschaftlicher Blüthe. Ein Freihandelsgebiet von einer Größe, wie wir es seitdem nicht mehr gesehen haben, Sicherheit des Eigenthums, Ruhe außen und innen, eine intelligente Gesetzgebung, das alles waren Vorbedingungen zu einer solchen Blüthe, wie sie sonst nie vereinigt waren. Nur daß es eine Blüthe auf Kosten des Volkes war, welches von seiner Existenz vertrieben wurde und verkam. Und sollte der Bauer an die Grenze ziehen, um die Geldsäcke der Reichen zu vertheidigen, die ihn aus seinem Hof auswucherten? Lieber ging er in das Gebirge und wurde Bandit.

Der Sold der Legionssoldaten war bedeutend und hätte gewiß Manchen anlocken können. Er betrug seit Zäsar jährlich 225 Denare (196 Mark), und außerdem erhielt der Mann monatlich zwei Drittel Medimnen Getreide, das sind vier Modien, später erhielt er sogar fünf Modien. Ein Sklave, der nur von Getreide lebte, erhielt monatlich ebenso viel. Bei der Mäßigkeit des Südländers war mit dem Getreide also der größte Theil des Nahrungsbedürfnisses zu bestreiten. Domitian erhöhte den Sold auf 300 Denare (261 Mark). Unter den späteren Kaisern wurden dann auch noch die Waffen unentgeltlich geliefert. Septimius Severus und später Caracalla haben den Sold noch weiter erhöht.

Um uns eine Vorstellung von der Höhe des Soldes zu machen, müssen wir natürlich die Kaufkraft des Geldes im Alterthum kennen.

Eine solche Untersuchung hat bis jetzt noch zu keinem befriedigenden Resultat geführt, da wir zu wenige Preisnotizen aus dem Alterthum erhalten haben, und

in Folge dessen schwanken die Ansichten darüber außerordentlich. Eine ungefähre Vorstellung können wir uns aus Folgendem machen:

Strabo erzählt uns, daß zu des Polybios Zeit in dem reichsten spanischen Silberbergwerk „40 000 Arbeiter dem römischen Volk täglich 25 000 Denare lieferten". Demnach produzirte ein Arbeiter im Jahr etwa 17 Pfund Silber.

Man kann ruhig annehmen, daß er heute mindestens das Zehnfache produzirt, nicht weil wir reichere Minen hätten, sondern weil die Arbeit produktiver geworden ist durch Anwendung von Fördermaschinen, Bohrmaschinen, Sprengmitteln, bessere Verhüttung u. s. f.

Nun wird der Werth einer Waare, also auch der des Silbers, bestimmt durch das Quantum menschlicher Arbeit, welche zu ihrer Herstellung nöthig ist. Steckt im Silber zehnmal mehr Arbeit, so ist es auch zehnmal mehr werth. Es würden also den 126 Mark heute 1260, den 261 heute 2610 Mark entsprechen.

Aber die antike Arbeit war nicht nur im Bergwerk weniger produktiv wie die moderne, sondern auch in andern Dingen. Nur in der Landwirthschaft wird die Produktivität ungefähr die gleiche gewesen sein, Fabrikate aber mußten theurer sein. Kaufte man also nur die einfachen Lebensmittel, so kam man mit dem Sold sehr weit.

Abgesehen von der Kleidung, dem Zelt und den Waffen wird nun wohl der antike Soldat keine großen Bedürfnisse nach Industrieartikeln gehabt haben. Dazu kommt, daß man im Alterthum überhaupt viel einfacher lebte, wie wir modernen Menschen; auch heute noch sind ja die Südländer viel frugaler wie wir. Wir dürfen aber nicht vergessen, daß die uns überlieferten, zum Theil auch rhetorisch übertriebenen Berichte nur von außerordentlichen Gelegenheiten oder von dem Prunk der Reichen erzählen, deren es danach eine verhältnißmäßig viel kleinere Anzahl gab wie heute — Cicero zählt (de off. II, 21) nur 2000, „qui rem haberent" — und die, entsprechend den anders gearteten Verhältnissen der antiken Volkswirthschaft, im Verhältniß zu ihrem Vermögen mehr Prunk machten, als ein heutiger Großkapitalist. Außerdem war der antike Luxus solider wie der moderne. Der meiste Luxus wurde in den Gebäuden entfaltet; Statuen, Schalen &c. wurden Jahrhunderte lang aufbewahrt; wenn nun auch die Anschaffungskosten solcher Gegenstände höher waren, wie die einer modernen Einrichtung, so kam ein solcher Luxus auf die Dauer doch billiger, wie der moderne, der alle paar Jahre erneuert wird. Gegen das Gastmahl des Trimalchio muß man etwa den Speisezettel halten, den uns Plinius (Ep. I, 15) mittheilt: „Jeder Gast erhielt seine Schüssel mit Salat, drei Schnecken, zwei Eier, einen Kuchen, honigsüßen und mit Schnee gekühlten Wein, andalusische Oliven, und dazu gab es noch Kürbisse, Schalotten und andere schöne Sachen." Man darf nie vergessen, daß die Apicius und Vitellius in einem der Unmäßigkeit so gefährlichen Klima immer nur Ausnahmen bilden konnten.

Was nun die Gegenstände positiv gekostet haben, darüber herrscht große Uneinigkeit, da, wie schon erwähnt, nur ältere Preisangaben erhalten sind, und diese meistens nicht für normale Verhältnisse gelten; und auch deren Deutung ist schwankend. So liest aus einem Edikt Diokletian's als Preis für ein Pfund frisches Schweinefleisch: Dureau de la Malle 30 Pfennig, Mommsen 1,44 Mark und Jacob gar 12 Mark.

Einige unzweifelhaft sichere Angaben mögen jedoch eine einigermaßen richtige Anschauung geben.

Nach Seneca (Ep. 6, 18) konnte zur Zeit des Nero ein Philosoph bei sehr frugalem Leben mit einer halben Sesterze (11 Pfennig) den Tag existiren. Ein Origines, der täglich 4 Obolen (50 Pfennig) verbraucht, gilt als Verschwender.

Nach Seneca (Ep. 63) ist der Lohn eines Schauspielers, der zwar Sklave ist, aber große Rollen spielt, 5 Modii Korn und 5 Denare, täglich also außer dem Korn 14 Pfennig. Zur Zeit des Polybius (allerdings noch in der Zeit der Republik) kostete in Oberitalien der sizilische Medimnos Weizen (ca. 54 Liter) 4 Obolen (50 Pfennig). Nach Juraschek ist gegenwärtig der durchschnittliche Preis eines Hektoliters Weizen etwas über 10 Mark, also das Zehnfache. Der Medimnos Gerste kostete 2 Obolen (25 Pfennig) — heute der Hektoliter 6 ½ Mark. Der Metretes (40 Liter) Wein kostete 2 Obolen (25 Pfennig). Für die ganze Pension forderte ein Wirth 2½ Pfennig pro Tag. In Lusitanien kostete ein fettes Schwein 5 Drachmen (3,60 Mark); ein mäßiges Zicklein eine Obole (12 Pfennig); ein Hase eine Obole; ein Lamm 3—4 Obolen (36—48 Pfennig); ein Schaf 2 Drachmen (1,44 Mark); ein Zugochse 10 Drachmen (7,20 Mark); ein Kalb 5 Drachmen (3,60 Mark); ein Talent (28 Kilo) Feigen 3 Obolen (36 Pfennig); Wildpret hatte im Allgemeinen keinen Werth, sondern wurde zugegeben.

Man sieht, daß bei solchen Preisen der Sold des römischen Legionars sehr bedeutend war. Und außer dem Sold erhielt er noch Antrittsgeschenke von neuen Kaisern; in Zeiten, wo alle paar Monate ein neuer Kaiser von den Soldaten aufgestellt wurde, machte auch das viel aus. Nach Ablauf der Dienstzeit bekam er ein Entlassungsgeschenk, welches zur Zeit des Augustus 3000 Denare (2610 Mark) betrug, von Caligula zwar auf die Hälfte reduzirt, dann aber von Caracalla wieder auf 5000 Denare (4350 Mark) erhöht wurde. Dazu noch die Beute, welche früher an das Aerarium geliefert werden mußte, jedoch in den dynastischen Kriegen natürlich den Soldaten blieb.

Mit dem steigenden Werth des Geldes stieg natürlich der Werth des Soldes auch noch. Zwar wurden die Münzen mit der Zeit leichter ausgeprägt, verloren also an Kaufkraft wenigstens zum Theil, was sie durch die Werthsteigerung des Metalls gewonnen hatten. Ein neronischer Denar hat nach heutigem Silberpreis 51 Pfennig Werth, ein Denar des Severus nur 30 Pfennig; ein Aureus des Augustus 21 Mark 75 Pfennig, des Diokletian 15 Mark 25 Pfennig. Der Verlust der Goldmünze ist also nicht so stark wie der der Silbermünze, und in Gold wurde der Sold gezahlt.

Allerdings war die Dienstzeit lang, gesetzlich 20, in Wirklichkeit 25, oft sogar 30 Jahre. Aber in der späteren Zeit hatten sich die Soldaten den Dienst schon sehr bequem gemacht; seit Ende des dritten Jahrhunderts bauten sie keine Brücken und Straßen mehr. Vagetius erzählt uns, daß sie nicht einmal mehr die alten verschanzten Lager herrichten konnten; selbst die Waffen wurden leichter; Gratian mußte ihnen erlauben, Panzer und Helm abzulegen. Caracalla hatte ihnen zum ersten Male gestattet, sich in den Städten und Dörfern einzuquartiren, und später wurde das überhaupt allgemeiner Gebrauch. Während sie früher nur im Konkubinat hatten leben dürfen, wurde ihnen seit Septimius Severus die Ehe erlaubt, und nachdem durch die konstantinische Heeresreform die Legionen in kleinere Theile zerlegt waren und diese dauernd in den Provinzstädten wohnten und die Ripenses, die an der Grenze stationirten Soldaten, gleichfalls fest angesiedelt waren, fehlte ihnen thatsächlich gar nichts an ihrer Bequemlichkeit. Natürlich fühlten sie sich in den Garnisonsstädten als die Herren; „gegen die Bürger waren die Soldaten frech und räuberisch, aber gegen die Feinde feig und mattherzig", sagt Ammianus Marcellinus.

Trotz alledem wollten sich keine ordentlichen Leute für den Kriegsdienst finden. Unter Augustus war das stehende Heer etwa 300 000, kurz vor dem Zusammenbruch 650 000 Mann stark; das Deutsche Reich erhält 500 000 Mann;

da der römische Soldat 25 Jahre unter den Waffen stand, der deutsche nur 2½ Jahre, so hätte doch die Rekrutirung in dem ungeheuern Reich an sich keine Schwierigkeiten machen können.

Augustus hielt die Bürger noch aus Mißtrauen vom Waffendienst fern. In der berühmten Konseilsitzung läßt Dio Cassius den Mäcenas sagen, man müsse die Bürger entwaffnen und möglichst die Armen und Ruinirten einstellen, die sonst leicht zu Räubern würden.

Und schon Tiberius muß (Tacit. Ann. 4, 4) im Senat erklären, „daß an bessern Freiwilligen Mangel sei, und daß man deshalb allerhand Gesindel und Vagabunden nehmen müsse“. Die nach der Niederlage des Varus vorgenommenen Aushebungen hatten solchen Schrecken verbreitet, daß die Pflichtigen sich sogar in den Sklavenzwingern verborgen hatten.

Auf den Ausweg, Barbaren einzustellen, mußte man unter diesen Umständen schon früh kommen. In der ersten Zeit ging man da auch noch mit einer gewissen Ordnung vor. Die Legion, welche ungefähr 6000 Mann zählte, hatte noch ebensoviel Auxiliartruppen neben sich. Die Legionen ergänzen sich nun theoretisch aus der Bürgerbevölkerung, wenn auch nur, wie Aristides in seinem Enkomion Romes berichtet, aus der Bürgerbevölkerung der Provinzen; die Auxiliarkohorten dagegen beziehen ihre Rekruten aus der Grenzbevölkerung, die theilweise noch barbarisch ist; so behalten (Tacit. Hist. 2, 89) sie sogar die barbarische Tracht und Bewaffnung bei. In den Auxiliartruppen wurden die Barbaren etwas romanisirt, und aus diesen Leuten, die dann das Bürgerrecht erhielten, ergänzten sich in Wirklichkeit die Legionen zum großen Theil.

(Fortsetzung folgt.)

Briefkasten der Redaktion.

An unsere Leser. Professor Tönnies bemerkte in seiner Einsendung im Heft 31 der „Neuen Zeit“ Mehring gegenüber: „Daß die Gesellschaft für ethische Kultur dasselbe wolle, wie der Kathedersozialismus, ist ein starkes Mißverständniß.“ Wir hatten daraufhin erklärt, Mehring habe das gar nicht behauptet, das Mißverständniß liege auf Seiten des Professor Tönnies, aber wir hatten der Kürze wegen unterlassen, den ganzen Passus zu zitiren, den Professor Tönnies im Auge hatte, und blos einen Satz daraus mitgetheilt, auf den es unseres Erachtens im Wesentlichen ankam. Professor Tönnies behauptet nun in einer Zuschrift an uns, auf den ganzen Passus, nicht auf den von uns daraus zitirten Satz komme es an, und dieser Passus sage dasselbe, was er gesagt. Er erklärt ferner in seiner Zuschrift, es wäre ihm daran gelegen, wenn wir unsere Leser mit dem Thatbestand bekannt machten, da er nicht vor ihnen als schlecht lesender Kritiker stehen möchte. Der beanstandete Passus lautet: „Was die deutsche Gesellschaft für ethische Kultur will, ist ja nichts Neues; beispielsweise im Kathedersozialismus hat sie ein Vorbild ihres Glücks und ihres Endes. Und man kann noch viel weiter zurückgehen. Jene Gesellschaft verhält sich zur deutschen Sozialdemokratie etwa ebenso, wie Moses Mendelssohn zu Lessing.“ Unseres Erachtens wird hier nicht gesagt, die Gesellschaft für ethische Kultur wolle dasselbe, wie der Kathedersozialismus; sie wird nur mit ihm verglichen, so wie später mit Mendelssohn. Wir müssen es natürlich unseren Lesern überlassen, ob sie die Tönnies'sche Deutung der unseren vorziehen wollen.

Druckfehlerberichtigung. In Heft 34 haben sich in den Artikel von Dr. Max Quarck einige sinnstörende Druckfehler eingeschlichen. Auf S. 202 Z. 16 von oben muß es heißen: „wird immer theurer“, statt „umso theurer“. Z. 32 von oben: „nähere Adresse“, statt „wahre Adresse“. Endlich S. 207 Z. 7 von oben: „nur immer, statt „uns immer“.

Für die Redaktion verantwortlich: Georg Baßler in Stuttgart.



Nr. 36. XI. Jahrgang, II. Band. 1892-93.

Aus dem Wahlkampfe.

↗ Berlin, 24. Mai 1893.

Nach langem Harren und Zögern ist die ultramontane Partei endlich mit ihrem Wahlaufruf ans Tageslicht gekommen; leider darf man von ihm nicht sagen: der letzte, aber nicht der schlechteste. Er mag am Ende nicht viel schlechter sein, als die sonst von den bürgerlichen Parteien erlassenen Wahlaufrufe, aber von dem „Thurme" des Zentrums, dem vielberühmten, war doch etwas Anderes zu erwarten, als dies Hin- und Herfackeln mit Redensarten, in dem sich das Hin- und Herwackeln des „Thurmes" selbst allzugetreulich wiederspiegelt. Der Ultramontanismus ist eben auch in den Auflösungsprozeß getreten, dem die ökonomische Entwicklung der Gegenwart alle bürgerlichen Parteien mit eherner Gewalt unterwirft; die in ihrer Art rühmliche Vergangenheit des Zentrums schließt diesen Prozeß nicht aus, sondern verlangsamt und verzögert ihn höchstens, wodurch er nur um so qualvoller und am letzten Ende denn freilich auch um so gründlicher wird.

Schon die ungewöhnliche Länge und ebenso der ungewöhnlich schlechte Stil des ultramontanen Wahlaufrufs legt sprechendes Zeugniß dafür ab, eine wie mühsame Zangengeburt er gewesen ist. Man darf sich dadurch nicht täuschen lassen, daß er den „Widerstand gegen die Militärvorlage Caprivi und den Antrag Huene" als „Feldzeichen des Zentrums in der Wahlschlacht" aufwirft. Die schärfste Kritik dieser feierlichen Ankündigung giebt die trockene Thatsache, daß die schlesischen Ultramontanen auf einer Versammlung ihrer Vertrauensmänner beschlossen haben, sich dem Wahlaufrufe der Gesammtfraktion anzuschließen, aber ihren Kandidaten in der Abstimmung über die Militärvorlage freie Hand zu lassen. Dies heißt den Fahneneid in der sinnreichen Weise umgestalten, daß der Rekrut schwört, bei der Fahne zu bleiben oder sie auch, falls es ihm sonst beliebt, zu verlassen. Aber das Lob einer gewissen Ehrlichkeit darf man den schlesischen Ultramontanen nicht vorenthalten. Sie spielen von vornherein mit offener Karte, während man übel berathen sein würde, wenn man die Trümpfe des ultramontanen Wahlaufrufs gegen den Militarismus sofort als wirkliche Stiche einschätzen wollte. Ein halbes Dutzend Jahre ist keine so lange Frist, daß schon vergessen sein könnte, wie das ganze Zentrum nach den Neuwahlen von 1887 in der Militärfrage umfiel.

Am ehesten kann man sich noch auf die Entschiedenheit verlassen, womit das Zentrum am allgemeinen Wahlrecht festzuhalten verspricht. Und diese Sätze des ultramontanen Wahlaufrufs wollen wir keineswegs unterschätzen. Es ist zwar unrichtig, wenn das allgemeine Wahlrecht zu den „von unseren verdienten Vorkämpfern mühsam errungenen Gerechtsamen des deutschen Volkes“ gerechnet wird; die Reichensperger, Mallinckrodt, Windthorst haben das allgemeine Wahlrecht für die ultramontanen Zwecke geschickt zu benutzen verstanden, aber errungen haben sie es nicht und am allerwenigsten „mühsam“; der absolutistisch-feudale Jurist Windthorst neigte ebenso zu einer ständischen, wie die liberalen Juristen Reichensperger zu einer plutokratischen Klassenvertretung neigten. Allein wie dem immer sei — unter den bürgerlichen Parteien bietet der Ultramontanismus die verhältnißmäßig stärksten Bürgschaften für die Erhaltung des allgemeinen Wahlrechts, denn er wurzelt verhältnißmäßig noch am tiefsten in den Massen und verdankt deshalb diesem Wahlrechte seine größten Erfolge. Nur freilich hängt auch hier Ursache und Wirkung untrennbar zusammen; in dem Maße, in dem die Massen den Ultramontanismus verlassen, wird sich der Ultramontanismus vom allgemeinen Wahlrecht abwenden, und was der ultramontane Wahlaufruf über die Steuer- und Wirthschaftspolitik des Zentrums zu sagen hat, das läßt mit nahezu authentischer Genauigkeit den Zeitpunkt berechnen, wo es mit der dem Zentrum bisher noch verbliebenen Herrschaft über die Massen Matthäi am Letzten sein wird.

Mit Redensarten von „gemeinnützigen Ausgaben“, „weiser Sparsamkeit“ und „entschlossener Reform der Reichsfinanz- und Steuerwirthschaft“ lockt man heutzutage keinen Hund mehr hinter dem Ofen hervor. Die Massen wollen wissen, und das ist ihr gutes Recht, ob ihnen fort und fort das Schwergewicht aller Steuerlasten auf den Nacken gewälzt werden soll. In unserer Zeit gedeihen die „genialen Diplomaten“ schlecht; so viel früher Windthorst aufzustehen verstand, als Bismarck, so wurde er schließlich mit der brutalen Unterdrückungspolitik dieses „Genialen“ doch nur fertig, weil er an seinem Theile „genial“ genug war, der brutalen Ausbeutungspolitik Bismarck's die beträchtlichsten Zugeständnisse zu machen. An diesem Krebsschaden siecht das Zentrum langsam dahin, und insofern ist es gewiß unrichtig, die zerfahrene Zentrumspolitik der letzten Jahre auf die Kleinheit der Geister zu schieben, die nach Windthorst gekommen sind. Sie löffeln nur aus, was er eingebrockt hat oder, um auch ihm nicht zu viel zu thun, was er einbrocken mußte, wenn er unter den gegebenen Umständen den Kampf mit Bismarck zu einem für ihn siegreichen Ende führen wollte. Die feudale Grundfarbe des Ultramontanismus kann sich niemals vollständig verleugnen und wie sie in dem Friedensschlusse zwischen Bismarck und Windthorst durchschlug, so schlägt sie auch in dem Kriegsrufe durch, mit dem Herr Lieber gegen Caprivi in die Wahlschlacht zieht. Trotz aller Phrasen über „thunlichste Verminderung“ und „gerechtere Vertheilung“ der Steuerlast und auch trotz des aus partikularistischen Gründen ehrlichen Protestes gegen Monopole hält das Zentrum an der ausbeuterischen Steuer-, Wirthschafts- und Zollpolitik des Systems Bismarck fest. Sein Wahlaufruf rühmt sich dieser Politik, indem er ganz nach bismärckischer Methode der Ausbeutungsgier des feudalen Großgrundbesitzes und des liberalen Großkapitals die „Interessen der vaterländischen Produktion in Landwirthschaft und Industrie“ unterschiebt; ja, er verschleiert nur dürftig die Absicht des Zentrums, dem deutsch-russischen Handelsvertrage, der die Ernährung der deutschen Volksmassen in gewisser Hinsicht zu erleichtern verspricht, ein Bein zu stellen. Das ist aber der sicherste Weg, sich die Massen vollends zu entfremden. Der Hunger

ist nicht nur der beste Koch, sondern auch der beste Lehrmeister, und er unterrichtet die dem Ultramontanismus noch anhänglichen Massen vortrefflich über die „Wahnlehren des Sozialismus", gegen die der ultramontane Wahlaufruf sein Pulver vergebens verknallt.

Vor allen sonstigen Wahlkämpfen zeichnet sich die gegenwärtige Wahlbewegung dadurch aus, daß die Parteien der bürgerlichen Opposition innerlich gespalten in sie eingetreten sind, aber ihre hauptsächlichste Kraft darein setzen, den aller Welt vor Augen liegenden Bruch den Wählern möglichst zu verschleiern. In der Frage, wegen deren der Reichstag aufgelöst worden ist, sind Liberalismus und Ultramontanismus auseinander gefallen; während aber in beiden Parteien der eine Theil rechts und der andere Theil links abschwenkt, sind beide Theile in beiden Parteien einig zu sagen: Laßt euch nicht durch den Augenschein täuschen, lieben Wähler; es sieht zwar so aus, als ob wir nach entgegengesetzten Himmelsstrichen auseinander gehen, aber im Grunde sind wir ganz einig, und es macht nichts aus, ob ihr die von uns wählt, die nach links, oder die, welche nach rechts gehen. Man kann mit einigem Grunde behaupten, daß eine solche Wahlpolitik bisher noch nicht dagewesen ist, und die armen Wähler, denen auf diese Weise zugemuthet wird, Schwarz für Weiß und Weiß für Schwarz anzusehen, können Einem in der Seele leid thun. Um so mehr, als sie an dieser Konfusion ganz unschuldig sind. Sehr richtig führt Herr Theodor Barth in der „Nation" aus, daß die Militärvorlage, wenn sie sofort nach ihrer Veröffentlichung zum Gegenstand eines Plebiszits gemacht worden wäre, spurlos weggeschwemmt sein würde; die Wählermassen waren sich über ihr Interesse und damit auch über das Gemeininteresse vollkommen klar, und nur ihre parlamentarischen Vertreter haben jene künstliche Unklarheit geschaffen, worin der Militarismus seine Sache schon halb gewonnen hat.

Man kann eigentlich nicht sagen, daß er diesmal seinen Gegnern das Spiel besonders schwer macht. Sei es persönlicher Anstand, sei es politische Schwäche, sei es jene wunderliche Mischung von beidem, die den Neuen Kurs überhaupt kennzeichnet: im Ganzen und Großen läßt sich für preußisch-deutsche Verhältnisse über einen unmäßigen, von der Regierung ausgeübten Wahldruck nicht klagen. Wir müssen freilich sehr darum bitten, die mannigfachen Klauseln dieser Behauptung nicht zu übersehen; im Einzelnen und namentlich gegenüber der Arbeiterklasse kommt noch genug und mehr als genug vor, was in kultivirteren Ländern, als unser Vaterland zu sein sich rühmen kann, Stürme der Entrüstung entfesseln würde. Aber in wohl abgemessener Beschränkung muß man allerdings anerkennen, daß Caprivi den bureaukratisch-polizeilichen Wahlapparat nicht mit demselben Hochdruck arbeiten läßt, wie seiner Zeit Bismarck ihn arbeiten ließ; wenn beispielsweise der „Reichs-Anzeiger" in sanfter Weise von fern darauf hindeutet, daß die Kosten der neuen Militärlast durch eine „wirksamere Besteuerung des Luxus" gedeckt werden könnten, so nimmt sich dieser unschöne Versuch, eine Illusion in den Köpfen der arbeitenden Klassen hervorzurufen, doch noch immer ziemlich harmlos aus, verglichen mit den plumpen und frechen Wahllügen, womit das System Bismarck zu arbeiten pflegte. Namentlich die freisinnigen Wähler sollten rechtzeitig bedenken, daß ihnen diesmal im Fall einer Niederlage nicht einmal, wie im Jahre 1887, die damals schon fadenscheinige, aber doch thatsächlich wenigstens noch zutreffende Ausrede einer „beispiellosen und unerhörten Wahlbeeinflussung" bleibt. Sie vor Allem haben den dringendsten Anlaß, ihren parlamentarischen Vertretern gehörig auf die Finger zu sehen; jener Herr Baumbach, dessen Heldengestalt wir schon vor vierzehn Tagen an dieser Stelle mit einer kritischen Be-

merkung streiften, hat die ihm von Herrn Eugen Richter schriftlich bescheinigte „Tapferkeit des Herzens“ in seiner Affäre mit dem französischen Botschafter durch eine Blamage bekräftigt, die in der Geschichte aller Wahlkämpfe ihres Gleichen vergebens sucht.

Nach dem bisherigen Gange der Dinge kann man sich je länger je weniger der Erkenntniß verschließen, daß alle Ehre, aber auch alle Last, alle Last, aber auch alle Ehre dieser Wahlen auf die Schultern der Arbeiterklasse fallen wird. Sie allein kann den Bataillonen des Militarismus eine unerschütterliche Phalanx entgegenstellen. Zwei Millionen Stimmzettel gegen die zwei Millionen Bayonnette, das scheint ein ungleiches Spiel zu sein, und es ist auch ein ungleiches Spiel, wenn hinter jedem Stimmzettel nicht ein Mann, sondern eine Memme steht. Aber unter den klassenbewußten Arbeitern giebt es keine Memmen; sie sind Männer und wissen, was sie wollen, und Männer haben auf die Dauer immer gewonnenes Spiel gegenüber den Bayonnetten. Je schwächlicher sich der Kampf gegen den Militarismus in den bürgerlichen Klassen gestaltet hat, um so mehr muß und wird die Arbeiterklasse ihre letzte Fiber für den siegreichen Austrag dieses Kampfes anspannen. Und in dieser Beziehung eröffnet der Wahlkampf unausgesetzt die erfreulichsten Aussichten.

Etwas Erzählungsliteratur.

Besprochen von **Ed. Bernstein.**

Gust. Heinr. Schneideck, Im Osten Berlins. Ein sozialistischer Roman. Leipzig, W. Friedrich.

Gustav Landauer, Der Todesprediger. Roman. Leipzig und Dresden, Heinrich Minden.

Anna Croissant-Rust, Feierabend und andere Münchener Geschichten. München, Dr. E. Albert & Cie.

Franz Wolff, Welke Blätter. Novellen. Mit Randzeichnungen von Leopold Burger. Leipzig, Oswald Mutze.

Altmodisches und Modernes, Tendenziöses und nur der anregenden Unterhaltung Bestimmtes bieten die vier Bände dar, die der schier unerschöpfliche Strom der Erzählungsliteratur auf unserem Büchertisch abgelagert.

Eine Tendenzdichtung, und zugleich ein altmodisches — o wie altmodisches — Literaturprodukt ist der „Im Osten Berlins“ betitelte Roman des Herrn Gustav Heinrich Schneideck. Schon der Kunstgriff, ein gegen den Sozialismus gerichtetes Machwerk als sozialistisch zu bezeichnen, entbehrt des Reizes der Neuheit, und dasselbe ist der Fall mit der Art, wie im vorliegenden Roman der Sozialismus ad absurdum geführt wird. Die Figuren, die Handlung, die Charakteristik — alles ist unzählige Male schon dagewesen, und wenn nicht hier und da ein moderner Name vorkäme, und etwas moderne Verhältnisse berührt würden, so könnte man meinen, „Im Osten Berlins“ sei vor mindestens dreißig Jahren geschrieben und jetzt unverändert neu aufgelegt worden. Für ein Produkt der vorigen Generation hätte die naive Behandlungsart des Sozialismus wenigstens noch eine Art Entschuldigung; für ein Produkt von heute ist sie ein Beweis, daß Herr Schneideck mit absolut unzureichender Ausrüstung an sein Werk gegangen ist.

Man denke. Tobias Mayborn, ein in den Vierzigern stehender Junggeselle, der in Berlin groß geworden ist, lange Jahre Notarschreiber und dann Hauslehrer war, mitten im Volke lebt und sich die mit diesen Voraussetzungen aufs

Schönste übereinstimmende Welt- und Menschenkenntniß eines Robinson erworben hat, läßt sich, durch eine Erbschaft zu Geld gekommen, von Jordan, dem Redakteur der sozialdemokratischen „Volksstimme“ in Berlin, überreden, mit demselben gemeinsam ein „sozialistisches Arbeiterheim“ zu gründen, das im Kleinen ein annäherndes Bild des sozialistischen Zukunftsstaats abgeben und „die bekannten drei Bebel'schen Bedingungen“: möglichst gleichmäßigen Kräfteaufwand erfordernde, möglichst angenehme und Abwechslung bietende und möglichst ergiebige Arbeit, zur Geltung bringen soll. Ganze 21, sage und schreibe einundzwanzig Sozialisten werden auserwählt, in dem mit Mayborn's Geld errichteten Gebäude das von Mayborn finanzirte Unternehmen ins Werk zu setzen. Und nicht blos zum Spaß. Jordan, einem unheimlich leidenschaftlichen, von tiefem Haß gegen den heutigen Staat und die heutige Gesellschaft erfüllten Menschen, ist es — im Jahre 1891! — vollständiger Ernst mit diesem Projekt, „sein höchster Ehrgeiz bestand darin, daß vielleicht der Kultusminister und der Minister des Innern einer Einladung Folge leisteten, um diese sozialistische Schöpfung in Augenschein zu nehmen!!“ Natürlich kracht die Geschichte mit Glanz zusammen. Aber nicht an der unglaublich verkehrten Einrichtung des Ganzen, auch nicht einmal an den verständigerweise zu begründenden menschlichen Fehlern der Insassen des Heims, sondern an der unsäglichen Dummheit, Faulheit und Schlechtigkeit dieser. Sie sind entweder Idioten oder Lumpen und allesammt Bestien. Auch nicht für einen Moment entwickeln sie etwas vom Eifer des Enthusiasten, von Anfang an verlegen sie sich aufs Schmarotzen, vergeuden Arbeitsmaterial, statt überhaupt etwas Ordentliches zu arbeiten, und als endlich die ganze Geschichte aus dem Leim geht, da wird nicht der intellektuelle Urheber des verpfuschten Plans, sondern der wohlthätige, in seiner Energielosigkeit nie eines bösen Wortes fähige Mayborn von ihnen mit Steinwürfen bedacht. Mit gleich bestialischer Sinnlosigkeit wüthen die von der Sozialdemokratie zu einem allgemeinen Strike aufgestachelten Arbeiter des Ostens von Berlin gegen die Arbeiter und die Gebäude eines Fabrikanten, der zu den Lichtgestalten des Romans gehört, weil diese letzteren Arbeiter, da es ihnen durchaus nach Wunsch geht, nicht mitstriken wollen. Einen menschlichen Arbeiter lernen wir in dem „sozialistischen“ Roman überhaupt nicht kennen. Die Exemplare, die uns vorgeführt werden, gehören entweder in die Kategorie der Schurken, sind halbe Louis oder richtige Schwachköpfe. Ein solcher ist z. B. der von seinem brutalen Nebenbuhler, Hermann Rößler, bei der Bewerbung um eine weibliche Figur des Romans ausgestochene Arbeiter Robert Funk. Von diesem Repräsentanten des guten nichtstrikenden Proletariers heißt es einmal mit unfreiwilliger Ironie, als ihn ein für Mayborn bestimmter Stein an den Schädel trifft, derselbe sei „glücklicherweise dick genug gewesen, um dadurch keinen weiteren Schaden zu erleiden“. Als sodann am Schluß Robert zum Weihnachtsmahl bei den Helden des Romans zugezogen wird, spielt er den richtigen Hans Taps, der von anderer Leute Schüsseln ißt und bei der Unterhaltung stummer Zeuge bleibt, bis er schließlich zu schnarchen beginnt.

Es ist aber weniger berechnete Absicht des Verfassers, daß die Arbeiter bei ihm eine so schäbige Rolle spielen, als vielmehr eine Folge seiner totalen Unfähigkeit, die moderne Arbeiterbewegung zu begreifen, ganz zu schweigen vom Sozialismus, den er schwerlich anders, als aus dritter oder vierter Hand kennt. Den oben bereits als eine der Lichtfiguren des Romans bezeichneten Fabrikanten Hildebrecht läßt er sogar erklären, daß solch ein stumpf in sein Loos ergebener Proletarier, wie Robert Funk, der die Dinge fatalistisch nimmt, wie sie sind, ohne über die Möglichkeit einer Aenderung zum Besseren nachzudenken, nicht nach seinem

Geschmack sei, der Arbeiter solle denken, statt wie ein Thier dahinzuleben. Aber entweder hat Herr Schneideck nicht begriffen, daß in einen Roman, der sich mit der modernsten aller Fragen beschäftigt, typische Repräsentanten der vorwärtsstrebenden Elemente der Arbeiterklasse hineingehören oder er fühlte sich nicht im Stande, einen solchen zu zeichnen und ihm einen Platz in der Gegenüberstellung der Personen anzuweisen. Eine Ahnung, daß hier eine Lücke auszufüllen war, muß er gehabt haben, denn er setzt den bösen oder verkommenen Sozialisten einen vom Sozialismus derselben abwendig Gewordenen, einen Bekehrten gegenüber, der sich immer noch einen „Sozialisten im besten Sinne des Wortes" nennt. Indeß dieser bekehrte nichtsozialistische Sozialist ist kein Arbeiter, sondern — ein Handwerksmeister, dessen geistiger Horizont sich dadurch am besten charakterisirt, daß er einem ihm bekannten jungen Mädchen, seiner späteren Braut, abräth, Bebel's Buch „Die Frau und der Sozialismus" zu lesen, nicht wegen der Tendenz, sondern weil es — „nicht für jede Frau geschrieben" sei. Damit ist die sozialpolitische Einsicht des Herrn Schneideck zur Genüge bezeichnet.

Mit Bezug auf die Form der Darstellung ist zu bemerken, daß Herr Schneideck, wie er in der Vorrede versichert, bei der Schilderung der sozialen Verhältnisse der niederen Klassen sich bestrebt hat, keine Schönfärberei zu treiben, daß er aber „dem Unflat der Zolaisten" aus dem Wege gegangen sei. Er betrachte es für keinen Vorzug, für einen Naturalisten gehalten zu werden. Das wird ihm nun auch schwerlich passiren; er hat zwar, wie wir gesehen haben, das mit der Schule Zola's gemein, daß er nur geistig oder moralisch tiefstehende Arbeiter kennt, aber von der scharfen Analyse des Elends, die man bei Zola und dessen besseren Schülern findet, ist auch kein Hauch eines Ansatzes bei ihm zu spüren. Hier und da macht er dagegen Versuche, es Charles Dickens nachzuthun, den er im Vorwort den Naturalisten gegenüber hervorhebt. Aber nur einmal, bei der Schilderung des Wohlthätigkeitsbesuchs der Direktorin Meyer-Trost im Proletarierhaus, bringt er es zu einer schwachen Nachahmung des großen englischen Humoristen. Und wie selbst hier das Motiv ein abgenutztes ist, so fehlt es ihm durchgängig an jener Originalität, Schärfe der Charakterisirung und Unerschöpflichkeit der Bilder, die Dickens auszeichnen. Sein Humor ist fast immer platt, sein Witz kraftlos und keine seiner Figuren athmet eigenes Leben. Für kleine Skizzen mag das Talent des Herrn Schneideck ausreichen, für einen Roman und obendrein einen sozialen Zeitroman fehlt ihm einstweilen noch so ziemlich Alles.

* * *

Läßt sich in dem Roman des Herrn Schneideck die tastende Hand des Anfängers, der sich seiner Anfängerschaft bewußt ist, nicht verkennen, so kann man dies nicht von dem Roman „Der Todesprediger" sagen, der ebenfalls einen jüngeren Literaten, Herrn Gustav Landauer, zum Verfasser hat. Von einem Bewußtsein der Anfängerschaft ist da nicht viel zu spüren. Der Einfluß verschiedener Meister, o ja. Aber Herr Landauer versteht es, den Eindruck der Schülerschaft zu verwischen, und nur die verblüffende Sicherheit, mit der er über Alles und Jedes aburtheilt, verräth die Jugend des Verfassers — es ist die Sicherheit des Kraftgenies, dessen Genie vor Allem im Glauben an seine Kraft besteht, und oft genug nur in diesem Glauben.

„Der Todesprediger" ist ein Tendenzroman, sogar ein sozialistischer Tendenzroman. Aber wie der Maurermeister Dornstedt bei Schneideck, so ist auch der Rentier und Landgerichtsrath a. D. Karl Starkblom, der Held Landauer's, Sozialist im besten Sinne des Wortes, nämlich kein Sozialist im Sinne der

deutschen Sozialdemokratie. Er ist, wie der Verfasser des Romans, „Unabhängiger“. Fern sei es von uns, das bekritteln zu wollen. Läßt Schneideck seinen Maurermeister von den „Alten“, den Bebel und Liebknecht, sagen, daß sie, „wie Doktor Bruno Wille zutreffend erklärte, bisher nichts gethan haben, die Arbeiter aus Herdenthieren, die blindlings einigen Führern folgen, zu selbständig denkenden Menschen heranzubilden“, warum soll Landauer seinen Rentier nicht das vernichtende Urtheil über ebendieselben Personen abgeben lassen, daß sie „ja ganz gewöhnliche Menschen“ sind, „nicht unbegabt, aber ganz gewöhnlich“. Tel maître tel valet. Wie der Dichter, so sein Held. Wenigstens im Tendenzroman. So ist's immer gewesen, und ein Hundsfott, wer's anders macht.

Ungewöhnlich, wie man es sich nur wünschen mag, ist nun sicherlich der besagte Held Karl Starkblom. Er ist der Sohn eines ursprünglich wohlhabenden Schuhmachermeisters und hat erst Philosophie studiren wollen. Da, noch ehe er das Gymnasium absolvirt, bemerkt er, daß es mit dem Wohlstand des Vaters, der sich dem Trunk ergeben, bergab geht und beschließt, Jurisprudenz zu studiren. Jetzt giebt er alles Philosophiren auf und ist nur Jurist, will aber nicht mitansehen, wie sich bei seinen Freunden ebenfalls die Wendung zum bürgerlichen Beruf vollzog; was er, soweit es ihn betraf, heroisch nannte, kam ihm bei allen Andern verächtlich vor. Später würde schon wieder der Philosoph in ihm erwachen. Er dient sein Jahr ab und untersagt sich während dieser Zeit „jede geistige Thätigkeit“, ist „nur Soldat“. Dann wird er Rechtspraktikant, Amtsrichter, heirathet als solcher ein Mädchen, mit dem er 14 Jahre heimlich verlobt war, ist relativ glücklich mit ihr. Aber zwei Kinder, die sie ihm schenkt, sterben kurz nach der Geburt, und bei der Geburt des dritten sterben Mutter und Kind und lassen ihn, der inzwischen Landgerichtsrath geworden, allein zurück. Ist er so in die Lage versetzt, für Niemand sorgen zu müssen, so gelangt er außerdem auch noch in den Besitz einer bedeutenden Erbschaft und nimmt daher seinen Abschied, um nun ganz seinen Neigungen nach sich beschäftigen zu können. Er bezieht eine kleine Villa am Fuß des Schwarzwalds und — philosophirt, philosophirt, philosophirt über den Zweck des Lebens, bis er sich einen vollendeten Ekel an Welt und Menschen anphilosophirt hat.

Einen Augenblick freilich wird er zu der Annahme verleitet, daß es nur die bürgerliche Welt sei, die ihn anekle. Er kommt in dem der Villa zunächst liegenden Städtchen mit Sozialisten zusammen, obendrein mit prinzipientreuen antiparlamentarischen Sozialisten. Er hatte zwar in jugendlicher Begeisterung schon als Student „manche sozialistische Schriften, darunter das Hauptwerk von Karl Marx, ziemlich gründlich studirt“ (S. 56), aber er oder der Autor haben das mittlerweile verschwitzt, denn wie er nun in die Versammlung der in jener glücklichen Stadt die große Mehrheit der Sozialisten bildenden Antiparlamentarischen geht, hat er „nichts studirt über soziale Zustände und materialistische Geschichtsauffassung“ und ist „nichts als Willfährigkeit und fruchtbarer Boden“. Ob es Folge dieser Bereitwilligkeit war oder ein potenzirter Rückfall in die oben berührte Gedächtnißschwäche, erfahren wir nicht, aber unserem Philosophen entgeht der Widerspruch, in den sich der Redner des Abends, Mathias Buvolski, versetzt, wenn er in derselben Rede erst erklärt: „wir wollen nicht flicken an der heutigen Welt, um sie erträglicher zu machen, nein, wir wollen sie unerträglich machen, um sie rascher ihrem Tode entgegenzutreiben“ (S. 82) und S. 85: „Ist die freie“ — nämlich die gewerkschaftliche — „Organisation stark genug, dann kann jede einzelne Gruppe im Kampf um die vorläufige (!) Besserung der Lebensbedingungen, um Verkürzung der Arbeitszeit, um Erhöhung

des Lohns auf die Unterstützung aller andern rechnen und dem Kapital die Spitze bieten.“ Gleich der Versammlung, die die Rede Buvolski's mit „Beifallssturm“ aufnimmt, ist auch er hingerissen und wird für eine kurze Zeit „ein leidenschaftlicher Anhänger und Verkünder des Sozialismus“ — im Landauer'schen Sinne, selbstverständlich. Aber bald kommt er dahinter, daß der Sozialismus im Grunde nur einen Aufschub für die Frage nach dem tieferen Zweck des Lebens bedeutet, während die Antwort bereits gegeben sei: das Leben ist zwecklos, und statt seine Mühen und Enttäuschungen auf sich zu nehmen, statt die Zeit vorzubereiten, wo die Menschheit an langer Weile sterben müßte, können die Menschen nichts Besseres thun, als den ganzen Plunder wegzuwerfen und freiwillig zu sterben. Und Starkblom wird zum „Todesprediger“.

Er erläßt zwei Sendschreiben. Im ersten sagt er sich vom Sozialismus los und predigt den großen, allgemeinen selbstgewählten Tod, den „Selbsttod“. Diejenigen, die sich zu seiner Ansicht bekehren, sollen sich ihm anschließen und eine Schaar des Todes bilden. Der Wunsch, eine große Gemeinde zu bilden, die Freude, die der Gedanke an den Tod in ihm erwecke, lasse ihn für jetzt auf die freiwillige Beendigung seines eigenen Lebens verzichten, aber er verspreche, seine Lehre durch die That zu bekräftigen und rufe schon jetzt: es lebe der Tod! Dieses erste Sendschreiben bleibt erfolglos, und ihm folgt nach einiger Zeit ein zweites, worin Starkblom erklärt, er müsse wohl zu früh gekommen sein und er suche daher nur noch einen Menschen, der ihn liebe und mit ihm sterben wolle, und worin er eine phantastische Vision schildert, beruhend auf der Annahme, daß seine Lehre gesiegt habe, ein allgemeines Selbsttödten eingetreten sei und zuletzt er selbst mit der Schaar seiner Jünger sich in den Fluthen des Rheins ersäuft.

Indeß auch der eine Mit-Selbsttödter kommt nicht. Statt seiner kommt ein Weib, ihn zum Leben zurückzukuriren. Ein jüngerer Bruder Starkblom's, Johann, der als junger Bursche davongelaufen ist und als verschollen galt, hat in Paris Karls „Sendschreiben“ gelesen, und auf seine Veranlassung geht seine Freundin und Geliebte, Marguerite, zu Karl, um ihn, ohne sich zunächst zu erkennen zu geben, zu retten. Johann, der ein höchst bewegtes Leben hinter sich hat, ist absoluter Skeptiker oder, wenn man will, Nihilist. Er anerkennt nichts, als seine Triebe, Neigungen, Launen, und weil es ihm Spaß macht und die Leute ihm einen Augenblick imponiren, betheiligt er sich an den Aktionen der Pariser Anarchisten. Dabei ist er jedoch, nach der Behauptung Marguerites, persönlich „ein so herzensguter Mensch“. Marguerite ist zwar auch ohne Vorurtheile, aber nicht ohne Gesinnung und weiches Empfinden. Sie kommt zu Karl, sieht, siegt und — wird besiegt, d. h. Karl verliebt sich, wie Johann vorausgesehen, in Marguerite, und diese, was Johann nicht für unmöglich hielt, aber doch riskiren zu können glaubt, in Karl. „Wir hatten doch eigentlich nur geistige Gemeinschaft“, erklärt sie Johann bei der freundschaftlichen Auseinandersetzung, daß sie nun seines Bruders Weib zu bleiben gedenke; seit sie Karl kenne, sei sie zur Erkenntniß gekommen, daß es Menschenpaare giebt, bei denen geistige und körperliche Gemeinschaft sozusagen „organisch zusammenhängen“. Hans oder Johann kann darauf nichts Stichhaltiges erwidern und zieht vorerst wieder in die Weite, Karl und Marguerite aber bleiben zusammen, und den Schluß des Buches macht wieder ein Pamphlet Karls, „Utopien“ betitelt und „meiner Frau und dem kommenden Kinde gewidmet“. Es ist eine Philippika wider die Christen, die ihrem Bekenntniß zuwider genießen, wo Andere leiden, und eine Absage an die bis an die Grenze des Begriffs und der Logik gehenden eiskalten Skeptiker. Karl Starkblom hat von Marguerite gelernt, zu leben und glücklich zu sein, auch ohne

einen Vernunftgrund dafür angeben zu können, und ist nun wieder mit dem Sozialismus ausgesöhnt, dem er von jetzt ab ein Apostel sein wird.

Eine trübe Perspektive für den Sozialismus. Indeß darf man wohl hoffen, daß die gute Marguerite ihren trotz oder auch wegen seiner Kapuzinaden urlangweiligen Gatten bald überdrüssig bekommen, und er, wenn sie ihr Bündel geschnürt — sich das Leben nehmen? o nein, das ist bei ihm nicht zu erwarten — aber vielleicht wieder ein drittes Sendschreiben zu Ehren des großen Todes in die Welt schicken wird. Und so weiter.

Vergebens versucht Herr Landauer, diesen modernen Faust — denn auf einen solchen läuft der Roman hinaus — dem Leser sympathisch zu machen. Von Anfang an ist der Kerl ein moralischer Protz, und er bleibt ein solcher bis zum Ende. Ekel, Ekel, Ekel, das bekommen wir in unzähliger Wiederholung von ihm zu hören, aber wenn sein Ekel nicht der pharisäischen Hochmuths wäre, so müßte der Mann zu allererst sich über sich selbst ekeln. Was ist er besser, wie seine Mitmenschen? Kein Jota. Er philosophirt ein bischen mehr oder ein bischen anders wie sie, das ist alles. Ist das aber ein Grund zur pathetischen Verdammung, zum fortgesetzten Ausspeien und Auskotzen vor seiner Mitwelt — ein paar Anarchisten und Halbanarchisten ausgenommen?

Und was ist die „Philosophie" vom Ganzen? Faust-Starkblom lernt durch sein Gretchen — hier ist sogar der Name beibehalten, wenn auch, dem veränderten Charakter der Trägerin entsprechend, in anderer Aussprache — inkonsequent zu sein, zu genießen, ohne jedesmal nach einem höheren Zweck dabei zu verlangen. Sehr schön — und die betreffende, dem gegenseitigen Verlieben Marguerites und Karls vorangehende Lektion praktischer Weltweisheit ist jedenfalls eine der besseren, wenn nicht die beste Partie des Buches — aber weder ist diese Weisheit neu, noch ist sie sehr erhaben. Sie ist ein Verzicht, ein Kompromiß mit den ungelösten Problemen, und ein im ersten Kapitel vorgeführter Jugendfreund Karls, Robert Wanghaus, der aus einem „kühnen, phantasievollen", mit Karl philosophirenden Knaben ein dicker, selbstzufriedener, ideenloser Bourgeois geworden, predigt so ziemlich dieselbe Weisheit, „nur mit ein bischen andern Worten". Er sagt „Gott", wo Marguerite „Natur und Umstände" sagt. Wanghaus-Wagner ist ein Philister geworden, und Marguerite, ein von Karl hingeworfenes Wort akzeptirend, sagt, man müsse ein „Philister ohne Vorurtheile", ein „idealer Philister" sein.

Da ein Philister nach landläufigen Begriffen ein Mensch mit Vorurtheilen, ein Mensch ohne Ideale, ein prosaisches Subjekt ist, so ist das eigentlich ein rechter Widerspruch, aber das Kraftgenie verbindet wie das Saufgenie einen andern Begriff mit dem Wort, und hier steht es, wie wir gesehen, für einen Menschen, der sich nicht schämt, zu leben und glücklich zu sein, auch wenn er nicht weiß, warum.

Ist das die „Freiheit", die es zu predigen gilt? Genußmensch ohne Vorurtheile sein? Kein Zweifel, eine für die Verdauung sehr gesunde Lehre, und Faust-Starkblom, der bei seiner Todesphilosophie wohl gut gegessen und getrunken, aber offenbar herzlich schlecht verdaut hat, wird nun vielleicht nicht mehr über Hämorrhoiden — moralische natürlich — zu klagen haben. Aber was sonst? Warten wir ab, sagt Marguerite. Seien wir neugierig, interessiren wir uns für das, was kommen mag. Es wird vielleicht etwas Falsches sein, aber das macht nichts. Etwas Großes, Unerhörtes liegt in der Luft. Leben wir, um es zu erleben.

Auch schön. War die erste Aufforderung an den Grübler, so ist diese an den oder die Blasirten gerichtet. Etwas Nieerhörtes zu erleben, das muß ja selbst den übersättigtsten Ende des Jahrhundertsmenschen reizen und mit der Langweile des Lebens aussöhnen.

Den Rest sagt das Schlußmanifest Karls. „Ihr sollt bekennen“, wird den Führern der Völker, „ihr sollt nüchtern sein“ und „ihr sollt warm sein“ den Denkern und Träumern zugerufen. Faust-Starkblom selbst ist, wie sich das für einen so großen Mann schickt, „auf keine Partei und keine Formel eingeschworen“, aber er ist ein Mensch unter Menschen, er will die sich vom Bürgerthum Abwendenden und die Zigeuner der bürgerlichen Welt für die Sache des Proletariats gewinnen, dem Proletariat aber die Freiheit bringen — nicht die ökonomische, die es sich selbst erringen werde, sondern „die Freiheit des Einzelnen, der kühn und unbesorgt allem entgegenblickt“. Er schwankt nicht mehr von einem zum andern, er fühlt in sich die Gegensätze vereint, „widerspruchsvoll ist nur das Wort, nicht das Leben“.

Wer's glaubt wird selig. Oder er wird nun gerade Pessimist. Denn wenn das Leben nicht widerspruchsvoll ist, dann gehen wir doch erst recht der allgemeinen Langeweile, der moralischen Fettsucht entgegen. Lassen wir das jedoch, und betrachten wir Starkblom-Faust's Imperative. Wahr sein, nüchtern sein, warm sein — alles sehr nette Sachen. Aber das kann man in jeder Kinderfibel lesen, in jeder — Morallehre. „Es sagen's aller Orten“, nur vielleicht in etwas weniger aufgeblasener Sprache. Ist es, in Verbindung mit Marguerites Lehre, die rechte Antwort auf die gestellte Frage? Nein, es ist nur ein Ausweichen. Unser Faust wurde Todesprediger, weil er den Zweck von Welt und Leben nicht finden konnte. Darüber setzt die schönste Genußtheorie und auch die schönste Moral nicht hinweg. Auch Starkblom's Sozialismus nicht, denn der ist hier zufällig. Starkblom könnte mit Marguerites Weisheit und seinem „wahr, nüchtern, warm“ auch Manchestermann, Christlichsozialer und wer weiß was noch sein.

Die Antwort ist vielmehr, daß wir die Frage nach dem Zweck des Lebens nur dadurch lösen können und nur so lange können, als wir im Stande sind, unserem Leben selbst einen Zweck zu verleihen. Das Suchen nach einem *gegebenen* Zweck des Lebens führt direkt zum Theismus; wer diesen nicht akzeptirt, wer es versucht, ausschließlich auf dem Wege der Vernunft eine Lösung zu finden, muß nothwendig scheitern. Die Fragestellung schließt von vornherein eine übersinnliche Antwort ein, und so muß denn auch Marguerite, da sie erstere nicht abweist, sondern blos den Zeitpunkt der Beantwortung hinausschiebt, Starkblom auf irgend ein „brennendes Neues, das überwältigt, einen neuen dauerhaften Aberglauben, eine neue Religion“ vertrösten. Das klingt mit einmal furchtbar mystisch, so realistisch es gemeint ist, aber wir haben solche Ausflüchte nicht nöthig. Noch ist die Menschheit im Stande, sich selbst Zwecke zu setzen, und kein Mensch vermag zu sagen, daß oder wann sie einmal dazu nicht mehr im Stande sein werde. Es hat also auch noch Niemand einen Grund, sich wegen Mangel an einem Zweck seiner Gattungsexistenz das Leben zu nehmen.

Damit genug. Wir sind vielleicht schon zu weitläufig geworden, aber es lag uns daran, unser Urtheil über das Landauer'sche Buch nicht blos mitzutheilen, sondern auch zu *begründen*. Der politische Gegensatz darf nicht so weit gehen, das nicht auch beim Gegner anzuerkennen, was wirklich anzuerkennen ist. Landauer's Roman ist Tendenzroman, und war daher zuerst in Bezug auf die Vertretung der Tendenz zu beurtheilen. Im Weitern aber, wenn es auch fast durchgängig Lesefrüchte sind, die Landauer in den philosophischen Exkursen und den Gesprächen bietet, wenn wir hier Schopenhauer, Hartmann, Mainländer — der Letztere predigte bekanntlich nicht nur den Tod, sondern hatte auch die Konsequenz, voranzugehen in der Praktizirung des freiwilligen Todes — dort Vischer, Nietzsche, die Russen 2c. aus dem erzählenden Theil der Schrift heraushören, so

läßt sich doch ein gewisses literarisches Talent in der Behandlung mancher Theile des Romans nicht verkennen. Wir deuteten schon auf die Bekehrung des Todespredigers durch Marguerite hin. Warum diese ein Weib von „schier übermenschlicher Größe“ sein muß, können wir zwar nicht recht einsehen — soll sie auch äußerlich den Gegensatz zu Goethe's Gretchen darstellen? was doch recht kleinlich wäre — aber in ihrem Auftreten hat sie nichts Unmenschliches und auch — wir schreiben dieses Wort mit einigem Zögern nieder — nichts Unweibliches. Daß sie so schnell sich dem Bruder ihres bisherigen Geliebten hingiebt, geschieht in Uebereinstimmung mit ihrer vorher entwickelten und vom Letzteren getheilten Lebensauffassung. Sie ist jedenfalls die sympathischste Person des Romans. Sie ist lebensfähig und bringt Leben, wo sie auftritt. Die Liebesszenen zwischen ihr und Karl Starkblom sind wohlgelungen. Ganz verfehlt ist dagegen der Versuch, den Zyniker Johann Starkblom in ein relativ günstiges Licht zu stellen. Ein Mensch, der zum Spaß, also ohne auch nur die Zwecke der Anarchisten zu theilen, mit diesen Bomben fabrizirt, und blos aufhört, weil ihm die Geschichte „langweilig“ wird und die Leute ihm nicht mehr „imponiren“, der Lust hat, irgend eine als besonders wohlwollend bekannte Persönlichkeit umzubringen, blos um die übrigen Menschen zu foppen — ein solcher Mensch ist eine Kanaille, deren Verkommenheit dadurch nicht gemildert wird, daß eine zugleich stark entwickelte Indolenz es bei ihm nicht immer zur That kommen läßt. Wie sich eine sonst klug urtheilende und weich empfindende Person, als welche Marguerite erscheint, mit ihm einlassen konnte, ist, ebenso wie ihre Liebe zu seinem moralisirenden Bruder Karl, Geheimniß des Verfassers.

Der Gedanke, einen Faust der Gegenwart zu schreiben, und das Verhältniß von Faust zu Gretchen dahin zu verändern, daß dem modernisirten Ersteren ein im Verkehr mit Revolutionären zu freier Auffassung seiner gesellschaftlichen Stellung gelangtes Weib entgegentritt, ist an sich kein übler. Aber zur Durchführung gehört etwas mehr als jugendliche Keckheit, die sich in Paradoxen gefällt, und ein gewisses formelles Darstellungstalent.

Dieses Talent haben ja eine ganze Masse der jungen Literaten, die heut „unabhängige Sozialdemokraten“ spielen. An den anerkannten Größen der Roman-, Essay- ꝛc. Literatur haben sie sich gebildet, und mit belletristischen Vorstellungen erfüllt, treten sie an die moderne Arbeiterbewegung heran, fangen einige Schlagworte derselben auf und legen sie sich in ihrem Sinne zurecht. Aber der wirkliche Kampf, wie er heut geführt wird, bedingt durch die gegebenen Verhältnisse, stimmt schlecht mit den Anforderungen der Belletristik. Was läßt sich mit einem Arbeiterschutzgesetz literarisch anfangen? Was mit einer Rede über den Schutz des Wahlrechtes? Kein Wunder, daß die Herrschaften die erste Gelegenheit ergriffen, in einer Sonderbewegung ihrem künstlerischen Bedürfniß bessere Genugthuung zu verschaffen! Denken wir nicht schlechter von ihnen als sie es verdienen. Sie folgten dem Zuge ihres Herzens, dem Gebot der Selbsterhaltung. Als Literaten mußten sie das Außergewöhnliche suchen. Das „Ungewöhnliche“ — welche beherrschende Rolle spielt es in allen ihren Emanationen, welche Rolle auch in diesem Roman.

Aber darüber mögen sich die Herren nicht täuschen, der Schritt über die wirklich kämpfende Arbeiterpartei hinaus zur imaginären Kampfpartei ist nur der erste Schritt auf dem Rückweg zur Bourgeoisie. Noch ist es nicht die Arbeiterklasse, noch ist es die Bourgeoisie, die das Publikum der literarischen Feinschmecker stellt. Und das Publikum erzieht seine Lieferanten. Es sind kaum zwei Jahre her, da zog Herr Landauer in dieser Zeitschrift mit heiligem Eifer wider diejenigen

los, die in der Jetztzeit die Kunst um der Kunst willen pflegen wollten. Die Kunst brauche Ruhe, das Motto der Zeit aber sei: Kampf. Das war überschwänglich, aber eine begreifliche Ueberschwänglichkeit der Jugend. Nun ist er selbst unter die Künstler gegangen. Freilich zunächst mit einem gegen die formellen Regeln der Kunst schier absichtlich verstoßenden Tendenzwerk. Aber hier und da zeigt sich in demselben doch schon deutlich genug die Neigung, dem literarischen Effekt die Sache zu opfern. Wie sticht z. B. das Haschen nach schreienden Kontrasten gegen die einfache Darstellungsweise in Tscherníschewsky's „Was nun?" ab, an das „Der Todesprediger" ebenfalls erinnert. Und Tscherníschewsky mußte dabei noch oft zur Bildersprache seine Zuflucht nehmen, um die Zensur zu täuschen.

Herr Landauer hat denn auch seinen Mentor gefunden, der ihn in den Spalten eines bürgerlichen Blattes als hervorragendes literarisches Talent verkündet und wohlwollend den Wunsch äußert, er möge die Tendenz fallen lassen und dazu gelangen, Künstler um der Kunst willen zu sein. Wird er ihm Folge leisten?

* * *

Ohne tendenziöse Reflexionen, wie überhaupt frei von Deklamationen, sind die vier Erzählungen der Frau Anna Croissant-Rust gehalten, deren erste und bedeutendste den Titel „Feierabend" führt. Aber sie sind darum nicht ohne jede Tendenz. Es sind Bilder, die eine eigene und eindringliche Sprache sprechen. Da wird nicht gepredigt und nicht polemisirt, da wird keine überlegene Miene aufgesetzt und nicht theoretisirt — da wird nur gezeigt: sieh hier — ecce homo — und ziehe selbst die Moral. Und ein trauriger Leser, der die Moral nicht versteht.

„Feierabend" erzählt die Leidensgeschichte einer Angehörigen der so ziemlich tiefststehenden Schicht des Münchener Proletariats. Wie ihr ökonomisch-soziales, so ist auch das moralische Niveau der Steinträgerin Kathl nur ein niedriges. Sie ist eine Person, die an sich in keiner Weise interessirt, sondern eher abstößt. Sie ist weder jung noch schön, weder hingebend gefühlvoll noch intelligent oder wissensbegierig. Sie ist ohne Streben und ihre Manieren sind durchaus nicht einladend. Sie ist auch kein Opfer raffinirter Verführung, obwohl sie ein uneheliches Kind hat. Sie hat sich ihrem Schatz, dem Peter, mit dem sie im gleichen Dienst stand, hingegeben, und mit ihm ist sie, als ihre Schwangerschaft sichtbar wird und es zu einer Szene zwischen ihnen kommt, außer Dienst gejagt worden. Ursache der Szene ist Peters brutaler Egoismus, aber da ihr Zustand den Anlaß bot, ist nach seiner Logik sie die Schuldige. Dann hat sie das Kind bekommen und ist, noch schwach und hustend, mit Peter taglöhnern gegangen. Von ihrem dürftigen Lohn erhält sie sich und das Kind, und wo er kann, nimmt Peter ihr noch Geld ab. Er ist ein junger stattlicher Kerl, dem die Mädel nachschauen, sie ist abgerackert, brustleidend und vor der Zeit gealtert. So fängt er an, sich mit Andern abzugeben. Damit hebt die Erzählung an. Und nun sehen wir das arme Weib einen verzweifelten Kampf mit der bitteren Noth und verzehrenden Eifersucht kämpfen, sehen wir sie unter der Gemeinheit Peters und der gedankenlosen Rohheit ihrer Umgebung langsam und qualvoll zusammenbrechen. Es spricht für das große Talent der Verfasserin, daß es ihr gelingt, für Kathl, an der nichts idealisirt ist, nicht ihre Liebe zu Peter, nicht ihre Eigenschaft als Mutter, das höchste Mitleid in uns zu erwecken, uns bis zum Schluß in athemloser Spannung über ihr Schicksal zu erhalten. Nichts wird gesagt, um Kathls Mangel an Liebe für ihr Kind zu entschuldigen, aber aus ihren grausamen Lebensverhältnissen heraus lernen wir ihn von selbst begreifen. Wenn sie sich

an Peter anzuklammern sucht, ist es mehr Egoismus als Liebe, aber es ist der Egoismus der Selbsterhaltung. Ohne Rückhalt an ihn ist sie in ihrer jammervollen Lage verloren. Und sie wird von ihm immer und immer wieder zurückgestoßen, bis sie, nachdem das Kind bereits vorher an ungenügender Pflege gestorben, in den Fluthen eines Baches den erlösenden Tod — „Feierabend“ — findet. Aber nicht als Selbstmörderin. Sie ist bereits Todeskandidatin, als sie beim Versuch, aus dem Bach Wasser zu schöpfen, das Glück hat, zu ertrinken.

Es ist ein niederdrückendes Bild, niederdrückend das geschilderte Einzelschicksal, niederdrückend die ganze Atmosphäre, in der die Tragödie spielt. Kaum ein Lichtblick, der sie vorübergehend erhellt. Die Männer roh und selbstsüchtig, die Weiber nicht viel besser — namentlich nicht, so lange sie jung und kinderlos sind. Als Frauen leiden sie doppelt, unter der Brutalität ihrer Lebensbedingungen, und unter der Brutalität ihrer Männer oder „Liebhaber“. Zweifaches Lastvieh führen sie ein Dasein, das aus einer Kette von Entbehrungen und Mißhandlungen besteht. Und doch sehen wir sie sich zu diesem Eheleben drängen und es in der Auffassung ertragen, es müsse im Großen und Ganzen so sein. Nie kommt ihnen der Gedanke, daß es anders sein könnte, anders sein müßte.

Kein Zweifel, das Bild ist einseitig. Frau Croissant-Rust ist bei Zola in die Schule gegangen und hat auch viel von ihm gelernt. Aber wie der französische Naturalist den verkommenen, moralisch tiefstehenden Arbeiter als den Typus des Arbeiters schildert, so hat auch sie ihre Typen nur aus dieser Schicht des Proletariats entnommen. Alles ist öde, versumpft, verthiert. Das ist jedoch zum Glück nicht das Proletariat. Aber ist das Bild einseitig, so ist es darum nicht unwahr. Solcher Arbeiter giebt es leider noch viele, wer nicht Gelegenheit hat, sie sonst kennen zu lernen, kann sich aus den Gerichtsverhandlungen von ihrem Dasein überzeugen. Sie sind da und unter normalen Verhältnissen sind sie sogar eine staatserhaltende Kraft; sie gehen in keine sozialdemokratischen Versammlungen, und betrachten die heutige Ordnung der Dinge als unumstößlich. Wären sie nicht, wo wäre diese Ordnung der Dinge?

Der bürgerliche Schriftsteller zeichnet heute mit Vorliebe diese Arbeiter, denn nicht nur sind sie die physischen Stützen der Herrschaft der Bourgeosie, sie geben ihr auch eine gewisse moralische Rechtfertigung. Ist Frau Croissant-Rust Bourgeoise genug, bewußt oder unbewußt, in diesem Sinne zu wirken? Schade dann um ihr Talent. Aber in den andern Skizzen sind Stellen, die Besseres erhoffen lassen. Ihr Protest ist fast immer ein Protest ihres Geschlechts, aber schon dadurch, daß sie auch dieses nicht idealisirt, zeigt sie, daß ihr Gesichtskreis ein weiterer ist als der einer bloßen Frauenrechtlerin.

Frau Croissant-Rust, sagten wir, hat sich an Zola und dessen Schule gebildet. Aber sie entwickelt daneben ihre Eigenart, und nicht zum Nachtheil ihrer Skizzen. Sie schildert lebhaft dramatisch, läßt mehr erleben als sie beschreibt. Das ist bekanntlich bei Zola nicht der Fall. Auch hat sie mehr Humor als Zola. Aber es wäre lächerlich, sie deshalb schon, wie es der dem Buch beiliegende Reklamezettel der Buchhandlung* thut, über Zola zu stellen.

---

* In dem Reklamezettel heißt es auch: „Diese poetische Stimmung — in der Erzählung „Feierabend“ — liegt wie ein feiner Duft auf allen Szenen dieser Tragödie des Elends, gleichsam wie eine poetische Gloriole der Armuth.“ Der Reklamejargon hat uns an Vieles gewöhnt, und wenn die Firma Dr. E. Albert & Cie. es für gut hält, den „Feierabend“ einen „Arbeiterroman im grandiosesten Sinne des Wortes“ zu nennen, so ist das ihre Sache. Wir sind eben anderer Ansicht, erheben andere Ansprüche an einen solchen. Aber die wirklich mit erschütternder Kraft von der Verfasserin gegebene Darstellung der

Sie ist unzweifelhaft ein bedeutendes Talent. Indeß so trefflich sie zu schildern, so kräftig sie zu zeichnen vermag, schöpferische Ideen, wie man sie bei Zola findet, weisen ihre Erzählungen nicht auf. Wir sprechen damit keinen Vorwurf aus, denn Erzählungen sind keine Romane, wir wollen nur, indem wir anerkennen, was Frau Croissant-Rust ist, hinzufügen, was sie nicht, oder vielleicht besser, noch nicht ist.

* * *

Liest man, wie wir, nach den Erzählungen der Frau Croissant-Rust die „Welken Blätter" des Herrn Franz Wolff, so fühlt man sich geneigt, den Titel dieser Novellensammlung in anderer Weise auszulegen als er gemeint ist. Wie „Märchen aus alten Zeiten" muthen die Wolff'schen Novellen uns an. Solch' harmlose, allen bewegenden Fragen der Zeit entrückte, ganz individuelle Schicksale behandelnde Erzählungen lasen wir vor hundert — nein, so lange ist's noch nicht her, aber viele, viele Blätter sind verwelkt, seit wir uns von Stifter's „Studien", von Auerbach's „Dorfgeschichten" rühren und erheitern ließen. Nun setzt uns ein junger Landsmann des Ersteren eine Sammlung „welker Blätter" vor, deren jedes in der Weise der genannten und gleichgearteten Schriftsteller das Schicksal eines Menschenlebens erzählt. Harmlose Melancholie, harmloser Humor, selbst als bloße Unterhaltungslektüre will es uns nicht mehr genügen.

In ihrem Genre aber sind die Novellen keineswegs schlecht geschrieben. Manch' hübsche Idee enthalten sie, und wenn die Bilder der Menschen, von denen sie erzählen, auch sämmtlich säuberlich retouchirt sind, so entbehren sie doch nicht charakteristischer Züge. Hier und da wird sogar ein Versuchchen gemacht, einen wirklichen Konflikt zu behandeln. So in der Erzählung „Ein Hollunderblatt", die den inneren Kampf eines plötzlich das Bedürfniß nach Liebe empfindenden gläubigen katholischen Geistlichen behandelt. Aber Herr Wolff will Allen zur Lust und Niemand zum Leide schreiben, und so kommt rechtzeitig ein Gewittersturm und bringt den Konflikt zu einem Ende, gegen das selbst das heilige Konzil nichts einwenden kann. Und in ähnlicher Weise endet die Erzählung „Lindenblatt", die zwei Jugendfreunde als Soldaten in feindlich sich gegenüberstehende Heere führt, höchst traurig für die Betheiligten, aber höchst unanstößig für den Militarismus.

Wer anspruchslosen Herzensgeschichten und Stimmungsbildern gern eine Stunde widmet, wird bei Franz Wolff seine Rechnung finden.

Die Finanzen des Reiches.

Von **Max Schippel.**

Es giebt Leute, welche des gerade nicht sehr fröhlichen Glaubens sind: nach dem bevorstehenden Abschluß der preußischen Steuerreform sei die bewährte Kraft des Herrn Dr. Miquel — andernfalls auch der weniger bewährte Urheber der lex Huene — zu einer Plusmacherei großen Stiles im Reiche berufen.

Jedenfalls herrscht auf allen Seiten Uebereinstimmung darüber, daß die drei B (Branntwein-, Brau- und Börsensteuer) des gegenwärtigen Schatzsekretärs das „Reichsfinanzproblem" so wenig lösen werden, wie die berühmteren drei F

---

moralischen und physischen Elendsatmosphäre der Armuth eine „poetische Gloriole der Armuth" zu nennen — das könnte Einen veranlassen, das Buch in die Ecke des Zimmers oder gleich auf den Misthaufen zu schleudern. Es ist infam.

die Landfrage in Irland-Großbritannien. Es giebt sogar sehr Viele, die unsern Etat als den eines angehenden Bankerotteurs betrachten, und zweifellos werden wir auf diesem Gebiete bald vor einem ähnlichen Wendepunkt stehen, wie nach der Mitte der siebziger Jahre.

Wie damals für das Reich und die Einzelstaaten die Jahre lange finanzielle Beihilfe aus den Milliarden, so droht nunmehr der Ueberweisungssegen auf die Neige zu gehen; das Reich würde sogar längst schon zu sehr, sehr tiefen Griffen in die Kassen der Einzelstaaten genöthigt gewesen sein, wenn es nicht wie ein konservativer Grandseigneur oder wie ein antisemitischer Rektor lustig darauf los geborgt hätte, um stetig sich wiederholende Ausgaben damit zu bestreiten.

Von dem Standpunkte aus, daß für jährlich regelmäßig wiederkehrende Ausgaben auch regelmäßig jährlich wiederkehrende Einnahmen verfügbar sein müssen, ist ein großer Theil unserer ganz enormen letztjährigen Anleihen einfach als Defizitschuld zu bezeichnen. Mit ihnen hat man Jahr für Jahr ein Loch zugestopft, das eigentlich schon seit Jahren durch neue Steuerzuflüsse auszufüllen gewesen wäre. Aber diese versteckte Defizitwirthschaft des Herrn v. Maltzahn kann ebensowenig ewig fortgehen, wie ehedem die des Herrn Camphausen; und wir fürchten, das deutsche Volk wird den kommenden Umschwung ebenso theuer bezahlen müssen, wie den nunmehr überstandenen jener Zeit.

Damals regte sich bekanntlich das Bedürfniß nach einer Vermehrung der Reichssteuern zunächst bei den Einzelstaaten. Diese schreckten nicht nur vor einer Steigerung ihrer Matrikularbeiträge zurück, die nach dem Versiegen der Milliarden und bei dem raschen Wachsthum des Reichsbedarfs unheimliche Dimensionen anzunehmen drohten. Sie wollten, anstatt an das Reich zu zahlen, sogar vom Reiche empfangen, um sich und ihre Gemeinden aus den finanziellen Verlegenheiten zu retten, die, längst schon latent, durch die damalige Wirthschaftskrisis, durch den Rückgang der staatlichen Einnahmen aus Eisenbahnen, Bergwerken, Hütten, Domänen, durch das Anschwellen der kommunalen Armenetats, einen akuten Charakter angenommen hatten.

Fürst Bismarck war ganz dazu geeignet, diese Situation zum Ausgang eines großen Steuerbeutezugs zu machen. Entwicklung der selbständigen Reichseinnahmen heißt Entwicklung der indirekten Steuern und Zölle, die dem Reiche vorbehalten sind; und der Mann, der schon 1875 geäußert hatte:

> „Das Ideal, nach dem ich strebe, ist, möglichst ausschließlich durch indirekte Steuern den Staatsbedarf aufzubringen",

war natürlich sofort dabei, nicht nur die Matrikularleistungen und insoweit also die direkten Aufbringungen der Einzelstaaten für das Reich zu beseitigen; er war ebenso entschlossen, durch Ueberweisungen an die Einzelstaaten Bresche zu legen in die direkte Besteuerung für einzelstaatliche Zwecke. Neben dem allgemeinen Großbourgeoisinstinkt trieb ihn dabei das Streben, das parlamentarische Bewilligungsrecht möglichst inhaltslos zu machen und die Einzelstaaten als „Kostnehmer" möglichst eng an das Reich als „Kostgeber" zu fesseln, während ihnen sonst das Reich nur als fordernder lästiger Gläubiger gegenüber gestanden hätte.

Es ist bekannt, wie der damalige Reichskanzler für seine Pläne Bundesgenossen zu schaffen und zu finden wußte. Als Schutzzöllner war er nicht nur der Vertreter des Reichsfiskus, sondern auch der Führer aller Grundbesitzer und Fabrikanten, die nach rentableren Preisen lechzten. Den Gemeinden und Gemeindeverbänden verhieß er Ueberlassung von Staats-, Grund- und Gebäudesteuern, dem blinden Steuerhödur in der Gemeinde Aufhebung des Schulgeldes, im Staate Beseitigung mindestens der Klassensteuer. Den staatlichen Finanzverwaltungen

versprach er, die so gerissenen Lücken durch fette Antheile an den Reichszöllen und Verbrauchssteuern mehr wie auszufüllen. Schon im Februar 1878 ließ er die Motive zur Tabaksteuer-Vorlage sagen: „Gegenüber der von Jahr zu Jahr schwieriger werdenden Lage erscheint es geboten, die Aufgabe der Finanzpolitik des Reiches dahin zu stellen, daß durch Vermehrung der eigenen Einnahmen desselben aus den ihm zur Verfügung stehenden Verbrauchssteuern nicht nur sein gegenwärtiger Mehrbedarf gedeckt, sondern auch eine Entwicklung eingeleitet werde, welche eine Entlastung der Budgets der Einzelstaaten auf die Dauer herbeiführt, so daß es den letzteren dadurch ermöglicht wird, drückende (das heißt: direkte, d. V.) Steuern zu beseitigen, bezw. zu ermäßigen, oder, wenn sie dies für angezeigt halten, einzelne dazu geeignete Steuern den Provinzen, Kreisen oder Gemeinden ganz oder theilweise zu überlassen." — Am 26. Februar äußerte der Reichskanzler selber in einer Rede: „Sie wissen von mir, daß ich ein Gegner der direkten, ein Freund der indirekten Steuern bin, daß ich auf diesem Gebiet eine umfassende Reform anstrebe, die das Reich aus arm, was es jetzt ist, wirklich reich macht. Mein Ideal ist nicht ein Reich, das vor den Thüren der Einzelstaaten seine Matrikularbeiträge einsammeln muß, sondern ein Reich, welches, da es die Hauptquelle guter Finanzen, die indirekten Steuern unter Verschluß hält, an alle Partikularstaaten im Stande wäre, herauszuzahlen." Dementsprechend wurde auch, freilich etwas weniger resolut, auf der Heidelberger Ministerkonferenz (vom 5. bis 8. August 1878) beschlossen: „Die Versammlung spricht einmüthig die Ueberzeugung aus, daß das System der indirekten Besteuerung in Deutschland weiter auszubilden sei zu dem Zwecke, um einerseits das Reich in den Besitz der zur vollen Deckung seiner Ausgaben erforderlichen eigenen Einnahmen zu setzen, und andererseits den Einzelstaaten die Möglichkeit zu gewähren, auf dem Gebiete der direkten Staats- und Gemeindebesteuerung eine Mehrbelastung fern zu halten und gegebenen Falles die wünschenswerthen Erleichterungen eintreten zu lassen." Und in dem Bismarck'schen Dezemberbrief an den Bundesrath war es rund herausgesagt: „In erster Linie steht für mich das Interesse der finanziellen Reform: Verminderung der direkten Steuerlast durch Vermehrung der auf indirekten Abgaben beruhenden Einnahmen des Reichs."

Das Programm ist in dieser Weise niemals zur Durchführung gelangt, obwohl Fürst Bismarck nach den Attentaten alle Minen seiner Demogogie springen ließ. Die Zolltarifrevision war zwar durch die agrarisch-industrielle Koalition glatt durchzudrücken; aber an der Reform der Verbrauchssteuern waren die Interessen der maßgebenden Parteien viel weniger betheiligt; vielfach widerstrebten sie sogar den Regierungsplänen. Auch wuchs Schritt vor Schritt mit dem Fortgange der Steuerreform der Bedarf des Reiches, sodaß er stets wieder aufzehrte, was sonst vielleicht für die Einzelstaaten übrig geblieben wäre. 1882 und 1886 nahm die Reichsregierung durch die Tabak- und Branntweinmonopol-Vorlagen nochmals zwei starke Anläufe zur Erreichung des ganzen Zieles; beide Male vergebens. Die Ueberweisungen des Reiches an die Bundesstaaten stiegen zwar zwischen 1879/80 und 1887/88 von 8 Millionen Mark auf 38,2, 68,0, 83,5, 85,5, 105,0, 115,8, 137,1 176,3. Gleichzeitig zeigen jedoch die Matrikularleistungen der Bundesstaaten an das Reich folgende Zahlen: 89,4, 81,7, 103,3, 103,7, 92,7, 84,4, 122,4, 139,2, 186,9 Millionen Mark — sodaß es (mit Ausnahme des Jahres 1884/85, welches den Einzelstaaten 20,6 Millionen zurückließ) bis dahin nur gelungen war, die Zuschüsse der Staaten an das Reich zu vermindern und zwar von 81,4 Millionen im Jahre 1879/80 auf 7,2 Millionen im Jahre 1883/84 und dann gar auf 2,1 Millionen 1886/87. Doch 1887/88

haben die Bundesstaaten schon wieder 10,6 Millionen mehr zu zahlen wie sie empfangen. Erst der Kartellreichstag von 1887 schuf durch seine Zoll-, Branntwein- und Zuckersteuerreform wirklich beträchtliche Ueberschüsse für die Einzelstaaten: 1888/89 58,4, 1889/90 126,9 Millionen. Doch wie gewonnen, so zerronnen; 1891/92 bezw. 1892/93 vermochte das Reich die Finanzen der Gliederstaaten nur noch mit 14,8 bezw. 30,2 Millionen zu unterstützen. Der Etatsentwurf für 1893/94 berechnet aber bereits die Ueberweisungen mit nur 349,2 Millionen, fordert hingegen an Matrikularbeiträgen 355,7 Millionen; er macht also nicht nur allen Beihilfen ein Ende, sondern beginnt bereits wieder, Löcher in die Einzelstaatsfinanzen zu reißen; er beseitigt die finanziellen Verlegenheiten für das Reich, indem er sie den Einzelstaaten zuschiebt. Und auch wenn kein neues Militärgesetz zu Stande käme, so würde, lediglich in Konsequenz der bisherigen Militär- und Marineeinrichtungen, der Zuschuß der Staaten an das Reich rasch wieder bis an die 80 Millionen ansteigen, mit denen die Bismarck'sche Fiskalreform begann. Und genau wie damals würden die rapid wachsenden Ansprüche des Reiches an die Gliederstaaten zusammentreffen mit einem raschen Kräfteverfall der Einzelstaatsfinanzen in Folge der gegenwärtigen Wirthschaftskrisis. Hat doch der Staatshaushalt in Preußen für 1891/92 mit einem Defizit von 40 Millionen abgeschlossen, hauptsächlich in Folge der ungünstigen Gestaltung der Eisenbahneinnahmen.

Das große Loch ist also wieder da. Es ist da, selbst wenn die Einzelstaaten mit ihren direkten Steuern sich darauf einrichten wollten, ohne Zuschüsse aus den indirekten Einnahmen des Reiches auszukommen — was die Großbourgeoisie gewiß nicht wünschen wird. Das Loch ist da, selbst wenn Herr v. Maltzahn mit seinen drei B-steuern die Kosten der neuen Militärvorlage decken könnte. Es ist da, obwohl seit 1878/79 die Nettoeinnahmen des Reiches aus Zöllen und Steuern um 398 Millionen Mark gewachsen sind. Denn es betrugen in Millionen Mark:

	1878/79	1893/94
Zölle	101,1	341,1
Tabaksteuer	0,8	10,9
Zuckersteuer	41,0	66,4
Salzsteuer	35,4	41,9
Branntweinsteuer	37,5	117,8
Brausteuer	15,0	24,7
Aversen, Stempel 2c.	10,9	36,6
Summa	241,7	639,4

Das Loch wäre sogar schon seit langen Jahren hervorgetreten, wenn wir uns nicht daran gewöhnt hätten, das Schuldenmachen als eine immer stärker steigerungsfähige Einnahmequelle anzusehen. Bis zum Jahre 1876 war das milliardengesegnete Reich noch vollkommen schuldenfrei. Alsdann wuchsen die verzinslichen Reichsschulden wie folgt:

Jahr	Kapitalschuld Millionen Mark	Jahr	Kapitalschuld Millionen Mark
31. März 1877	16	31. März 1886	440
31. März 1878	72	31. März 1887	486
31. März 1879	139	31. März 1888	721
31. März 1880	218	31. März 1889	884
31. März 1881	268	31. März 1890	1118
31. März 1882	319	31. März 1891	1318
31. März 1883	349	15. November 1891	1524
31. März 1884	373	15. November 1892	1697
31. März 1885	410		

Darüber hinaus sind bereits Anleihekredite bewilligt (zum Theil unterdeß auch bereits realisirt) von 270 Millionen Mark, sodaß seit 1886/87 die Reichsschuld — von den 120 Millionen unverzinslicher Kassenscheine abgesehen — angeschwollen ist von etwa 450—500 Millionen Mark auf 1967 Millionen, um rund $1\frac{1}{2}$ Milliarden. Von dem Reichsgesammtbedarf (die Ueberweisungen eingeschlossen) deckten wir durch Anleihen:

Vor der Bismarck'schen Reform		Zwischen 1880 und 1887		Seit dem Kartellreichstag	
1872—1875	0 Prozent	1880/81	9,1 Prozent	1887/88	26,6 Prozent
1876/77	2,4 "	1881/82	8,5 "	1888/89	16,4 "
1877/78	9,1 "	1882/83	5,0 "	1889/90	21,7 "
1878/79	8,1 "	1883/84	4,2 "	1890/91	13,0 "
1879/80	14,1 "	1884/85	6,2 "	1891/92	24,8 "
		1885/86	4,9 "	1892/93	12,1 "
		1886/87	6,8 "	1893/94	13,2 "

Zahlen können gar nicht beredter sein!* Zuerst beginnt die verschleierte Defizit- und offene Borgwirthschaft am Ende der siebziger Jahre: die Milliarden sind verflogen, die ordentlichen Einnahmen aus Steuern und Zöllen bleiben stationär, die Matrikularumlagen erhöht man nicht gern, der Pump beginnt zu blühen, bis er 14 Prozent des gesammten Bedarfs deckt. Von 1880 ab macht sich der Einfluß der Bismarck'schen Tarif- und Steuerreform geltend; die ordentlichen Einnahmen reichen wieder immer mehr aus, die Anleihen werden immer weniger in Anspruch genommen, die Bourgeoisie hat „solide Finanzen", wenn auch ausschließlich auf Kosten der armen Masse. Von 1887/88 ab jedoch, seit den großen Armee- und Marineerweiterungen und Bewaffnungsumwälzungen, knickt auch dieses System trotz aller seiner Skrupellosigkeit hilflos zusammen, wir stecken in Wahrheit schon seit Jahren im Defizit und verbergen es nur durch ein ununterbrochenes Schuldenmachen von geradezu skandalösem Umfange. Wollten wir die Anleihedeckung mit dem wirklichen Bedarf des Reiches (also mit dem Gesammtbedarf minus Ueberweisungen) vergleichen — was eigentlich viel zutreffender wäre — so würden wir finden, daß das Reich 1890/91 18,1 Prozent, 1892/93 17 Prozent, 1893/94 18,2 Prozent, 1887/88 und 1889/90 aber fast genau ein Drittel seines Bedarfes durch Schuldenmachen aufbrachte!

Das Loch in den Reichsfinanzen ist also seit Jahren schon da. Es ist, die „Bedürfnisse" des Reichs und der subventionsbedürftigen und nunmehr auch subventionsgewöhnten Einzelstaaten zusammengerechnet, viel größer wie zur Zeit des Bismarck'schen Dezemberbriefes.

Wer wird der kommende Reformer sein?

Und welche Steuerschröpfköpfe wird er dem armen Michel ansetzen, wenn die Wahlen eine günstige Majorität schaffen!

Die Rentengütergesetze in Preußen.

Von Dr. **Rudolf Meyer**.

(Schluß.)

Da die Vereinigten Staaten die Einwanderung einschränken werden, die Industrie auch Ueberschuß an Arbeitern hat, ist zu befürchten, daß sich immer zahlreicher Leute finden werden, welche sich in diese moderne Hörigkeit begeben, wie das in der Zeit der Merowinger der Fall war: Sie werden doch bei harter

* Man vergleiche unsere Notiz in der „Neuen Zeit" X, 1, S. 439 ff.: Unsere Reichsfinanzentwicklung.

Arbeit Kartoffeln und Kohl haben, und bei ihrer Freiheit sind sie dem Verhungern ausgesetzt. Die „Konjunktur“ begünstigt also das Unternehmen.

Sofern man es auch als eine Waffe gegen die Sozialdemokratie bezeichnet hat, wird es das Gegentheil werden. Die Rentengutskolonien werden zuerst auf dem Lande dieser Partei zufallen, wenn sie dem aus Furcht vielleicht auch nicht bei den Wahlen Ausdruck geben. Für die Nachbargüter werden diese Kolonien eine solche Schädigung sein, wie die von Friedrich II. geschaffenen es stets waren. Die Kolonisten konnten von ihrem schlechten und zu geringen Land nicht leben und wilddiebten, raubten und stahlen die Gegend meilenweit ab, die Kartoffeln aus dem Acker, die Garben vom Felde, das Schaf aus dem Stall. Die wahren Strauchdiebe! Nicht das heimliche „Diebsgelüst“, sondern Hunger und Noth machte sie zu einer Landplage. Dergleichen wird man nun zahlreiche schaffen.

Ueber eine ähnliche Maßregel der englischen Regierung stand 1891 Folgendes in einer Zeitung:

„Das landwirthschaftliche Amt hat den Grafschaftsräthen eine Darstellung und Erläuterung des in diesem Jahre erlassenen Kleinstättengesetzes zugehen lassen mit der Aufforderung, für jede Grafschaft einen Ausschuß zur Entgegennahme von Anträgen für den Ankauf oder die Pachtnahme von Kleinstätten zu errichten. Als Kleinstätte gilt ein Gut von mehr als einem Acre (40 Ar) und nicht über 50 Acres (20 Hektare). Der Grafschaftsausschuß hat das Recht, Land anzukaufen, um dasselbe in Pacht zu geben oder zu verkaufen, sowie die auf den erworbenen Grundstücken stehenden Gebäude umbauen oder neue Gebäude errichten zu lassen. Ein Zwangsrecht zum Ankaufe von Land besitzt der Ausschuß nicht. Jedem Grafschaftswähler steht das Recht zu, beim Grafschaftsrathe ein Gesuch um Schaffung von Kleinstätten einzureichen, worauf das Gesuch an den Kleinstättenausschuß zur Begutachtung geht. Bejaht der Grafschaftsrath die Bedürfnißfrage, so hat er sich nach Grundstücken umzusehen, die auf dem Wege der freien Vereinbarung zu erwerben sind. Nach der Erwerbung wird das Grundstück gemäß den Bestimmungen des Gesetzes von 1875 über den Besitzwechsel eingetragen. Jeder Grafschaftsrath hat das Recht, dem Ausschusse Bedingungen für die Ausführung des Kleinstättengesetzes vorzuschreiben und auf den vom Ausschusse erworbenen Grundstücken Arbeiten, wie Be- und Entwässerung, Wege-Anlagen u. s. w. anzuordnen. Beim Wiederverkaufe an Private ist dem Kaufpreise der Kostenbetrag der Meliorations- und anderen Arbeiten im Verhältnisse zum Flächeninhalte der einzelnen Kleinstätten zuzuschlagen. Eine wichtige Bestimmung des Gesetzes ist die, daß beim Ableben des Inhabers die Kleinstätte ungetheilt an die Person übertragen werden muß, und zwar an ein Familienmitglied; dadurch wird das Gut ein für alle Mal zur Heimstätte.“

Für Irland besteht eine königliche Kommission zur Seßhaftmachung der Pächter. Dort so wenig wie in England überläßt man das Geschäft Privaten. Das sollte auch in Preußen nicht der Fall sein. Nach dem bisherigen Recht mag Jedermann parzelliren, verkaufen, verpachten, wie er will. Wer aber dieses neue Recht benutzen will, der soll es nur durch Vermittlung der Generalkommission thun dürfen und die soll verpflichtet werden, Grundstücke an Rentengütler nicht zu höherem Preise zu verkaufen, als es dem Werth entspricht, welchen sie haben, und nicht dem, den der Verkäufer durch seine Arbeit ihnen einmal vielleicht verleihen wird. Diese Kontrakte müßten der freien Uebereinkunft im öffentlichen Interesse entzogen werden, welches allein ja diese neue Art von Gesetzgebung entschuldigen kann.

Bedingungen zur Erhaltung der wirthschaftlichen Integrität der neuen Höfe und gegen Neuverschuldung sind bisher nicht einmal genug gestellt worden. Ver-

fügungsbeschränkungen aber sind durchaus unnöthig und unstatthaft. Das Verbot, gegen den Willen des Verkäufers den ganzen Preis auszuzahlen, ist eine Ungeheuerlichkeit, die kein Gesetzbuch der Welt kennt. Sie und die Verfügungsbeschränkungen sind nur durch die wohlbedachte Absicht zu erklären, eine neue, auf ökonomischem Zwang beruhende Hörigkeit zu schaffen. Herr Dr. Max Weber hat in einem lesenswerthen Buch über römisches Agrarwesen darauf aufmerksam gemacht, daß in der mittleren Kaiserzeit die Latifundienbesitzer arbeitslose Leute von der Regierung zugewiesen bekamen, die sie als Colonen gegen Natural- oder Geldrente oder Dienste ansetzen mußten. Bald übertrug dann der Staat an die Possessoren Polizei und Gerichtsbarkeit über diese und fesselte sie endlich an die Scholle: Die „freien" Arbeiter waren Leibeigene geworden. Caveant tribuni plebis!

Bei so offenbarem, man kann nicht sagen Mißbrauch, sondern klugem Gebrauch aller Rechte, die das neue Gesetz ihnen verleiht, seitens der Verkäufer, sollte die Regierung veranlaßt werden, in Berlin auf dem Bureau des Landtages alljährlich eine Kopie sämmtlicher Kontrakte zu allgemeiner Einsicht aufzulegen, die auf Grund des neuen Gesetzes gemacht sind.

Die Rentengutsgesetzgebung stammt noch aus der Bismarck'schen Periode und es ist doch interessant, darauf hinzuweisen, daß hier ein ähnlicher Fall vorliegt, wie bei der Fruktifizirung St. Simonistischer Ideen, die dem Volk zu Gute kommen sollten, durch die Finanzunternehmungen der Pereires, die von den Großkapitalisten ausgebeutet wurden.

Die Idee der Rentengutsgesetzgebung stammt von Rodbertus und wurde zuerst mir, dann von mir dem Geheimen Rath Wagener mitgetheilt, später aber, und noch zu Rodbertus' Lebzeiten, von Wagener und mir und zwar theilweise im Gegensatz zu Rodbertus weiter entwickelt. Durch Wagener ist sie in den Bismarck'schen Regierungskreis gedrungen und von diesem wieder verändert worden und hat endlich die oben gekennzeichnete gesetzliche Gestalt gewonnen.

Rodbertus hatte das mittelalterliche Rentensystem, das die Kirche in Deutschland eingeführt hatte, um die Kapitalien der Klöster rentabel zu machen und das seit 1525 von der Kurie gebilligt war, studirt und wollte es an die Stelle der ursprünglich von Griechenland nach Rom gekommenen und erst in den Städten Deutschlands, dann auch auf dem Lande eingeführten Kapitalhypothek setzen, und zwar für alle Landgüter, große und kleine. Er ging von der Voraussetzung aus, daß die Grundrente noch lange steigen werde. Das System bewährt sich aber auch, wenn sie stabil bleibt. Daß sie fallen würde, befürchtete ich, und dann mußte das System den Grundbesitzerstand schädigen. Ich schrieb schon vor 1873 in der „Berliner Revue" über die drohende amerikanische Konkurrenz. Rodbertus aber beruhigte mich, indem er mir schrieb — das ist auch irgendwo gedruckt —, die Vereinigten Staaten würden in drei oder mehr Militärstaaten zerfallen und uns keine Konkurrenz machen können. Der weit jüngere Schüler fügte sich.

Lassen wir das System in seiner Anwendung auf Großgrundbesitz außer Betracht und sehen wir, wie es bei loyaler Anwendung für kleinen Besitz wirken würde:

Es ist, wie oben gesagt, konstatirt, daß Großgrundbesitz zum 52fachen, bäuerlicher zum 65fachen, kleinster zum 78fachen Grundsteuerreinertrag verkauft wird, also sich erfahrungsmäßig in dieser Weise verwerthet.

Die beiden letzteren Besitzkategorien werden auf Grund des Rentengesetzes aus der ersten gebildet. Fassen wir die letztere allein ins Auge, durch die „grundbesitzende Arbeiter" geschaffen werden sollen.

Eine Regierungsbehörde sollte das Geschäft machen und Private nicht. Heute ist das fakultativ. Nennen wir sie das „Amt".

Das Amt kauft also Großgrundbesitz zu seinem aktuellen Werth, den wir, wie oben gesagt, zum 52fachen Grundsteuerertrag annehmen wollen, und verkauft ihn zum selben Preise an den Rentler. Hat das Amt Meliorationen und Baulichkeiten unternommen, so gehen sie zum Selbstkostenpreise an den Rentler über. Dieser zahlt dem Amt drei Prozent Rente von diesem Kaufpreise. Genau so, wie es unser Plan war, handelt die Ansiedlungskommission, also ganz korrekt. Nur daß sie, was wir gar nicht gekannt haben, und hätten wir eine solche Idee gekannt, aufs Aeußerste gemißbilligt hätten, die Verfügungs- und Abzahlungsfreiheit des Käufers beschränkt.

Nehmen wir der Einfachheit wegen an, das Amt macht keine Meliorationen, bezahlt für a Hektare 1000 Mark und verkauft diese a Hektare an den Rentler für 1000 Mark wieder, für die er jährlich 30 Mark Rente zu zahlen hat und über dies hinaus also amortisiren kann, nicht zwangsweise etwa 1 oder ½ Prozent jährlich, sondern, wie Rodbertus ausdrücklich wollte, in beliebigen Raten, zu beliebigen Terminen — wenn er eben Geld hat — und bis zur vollen Tilgung, nach der er volle freie Verfügung erhält.

Der verkaufende Rittergutsbesitzer hat im Osten Preußens, wenn er bis zum vollen Werth verschuldet war, mindestens 4½ Prozent Zinsen zahlen müssen. Ist der von ihm erzielte Preis ein g e r e c h t e r gewesen, so haben ihm die a Hektare mindestens diese Zinsen, also 45 Mark jährliche Rente getragen, und dies war das 52fache des Grundsteuerreinertrages. Durch seine Arbeit steigert der neue Rentler den Ertrag auf das 78fache, das heißt auf ca. 70 Mark. Er zahlt aber nur 30 Mark jährlich Rente an das Amt, so bleibt ihm ein Ueberschuß von 40 Mark, den er verbrauchen oder zur Amortisation verwenden kann. Wenn er diese 40 Mark jährlich zur Amortisation verwendet, so ist er am Ende des neunzehnten Jahres schuldenfrei, wenn die Grundrente stabil blieb. Stieg sie, dann wird er weit früher schuldenfrei, und das hoffte Rodbertus.

Für Bauerngüter verlangsamt sich die Amortisationsfrist im Verhältniß von 78 zu 65. Aber auch Rentenbauern ist unter obigen Voraussetzungen, bei rationeller Wirthschaft, es möglich, sich in verhältnißmäßig kurzer Zeit schuldenfrei zu machen, wenn ihnen nicht gestattet ist, das Gut bei Verkauf oder Erbgang neu zu verschulden. Jüngere Söhne können aber ihrerseits neue Rentengüter annehmen. Töchter, an die Eigenschaften guter Hausfrauen gewöhnt, finden einen Mann, wenn sie liebenswürdig sind. Wer ein solches Gut kaufen will, soll's voll bezahlen. Für Meliorationskredit, der sich selbst amortisirt, wenn er vernünftig verwendet wird, sollte eine Staatsmeliorationsbank sorgen.

So weit waren Wagener und ich mit Rodbertus einig. Wagener fügte etwas hinzu. Im „Emanzipationskampf des vierten Standes" Band I, Schluß, findet sich eine kurze Stelle, es solle der altdeutsche Zusammenhang zwischen Grundbesitz und Wehrpflicht wieder hergestellt werden. Im Einverständniß mit Wagener, der hofft, diese Reform selbst als Chef eines Staatsamts hierfür durchzuführen, habe ich damals den Plan nicht weiter entwickelt und Rodbertus kannte ihn auch nicht. Das ist recht gut gewesen, sonst würden die Schöpfer des Rentengesetzes ihn auch wahrscheinlich verdorben angewandt haben.

Damals bestand der Invalidenfonds schon. Invalide bekamen Pension und Unteroffiziere wie Offiziere nach längerer Dienstzeit auch: Wagener wollte ihnen die Option lassen, ob sie diese Jahresgeldpensionen, wie damals und jetzt, weiter beziehen oder sich dieselbe kapitalisirt auszahlen und Rentengüter annehmen wollten. Für Gemeine mit kleiner Pension hätten Kossäthenstellen, für Unteroffiziere und Subalternoffiziere mit mittlerer Pension Bauerngüter, für höhere Offiziere kleine Rittergüter geschaffen werden können. Besaß der Gemeine eigenes

Kapital außer seiner kapitalisirten Pension, so hätte er ein Bauerngut erhalten können, ein Unteroffizier im selben Falle ein kleines Rittergut. Seine kapitalisirte Pension und eventuell sein eigenes Kapital konnte er zur Anschaffung der häuslichen Einrichtung und, wenn es reichte, zu einer Baaranzahlung benutzen. — Ich habe in Ungarn mit konservativen Politikern ähnliche Fragen in den achtziger Jahren und bis 1892 besprochen und ein theilweise hierher gehöriges Programm in dem Buche „Heimstätten- und andere soziale Gesetze" mitgetheilt, auch ein mit österreichischen Konservativen vereinbartes. — Die Ungarn wollen jetzt ein entsprechendes Gesetz machen und darin soll auch die Schaffung kleiner Rittergüter, um die dortigen Latifundien zu verkleinern, vorgesehen werden; vorsichtiger Weise sollen diese Güter zunächst an geeignete Personen verpachtet werden.

Dies würde Rodbertus, wenn Wagener es ihm mitgetheilt hätte, wohl gebilligt haben. Aber Wagener und ich gingen gemeinsam weiter: Im „Emanzipationskampf" habe ich mitgetheilt, daß Wagener wie v. Ketteler die Produktivassoziation für Industriearbeiter mittelst Staatsvorschuß einführen wollten und werde darauf in einem hoffentlich bald herauskommenden Buche „Der Kapitalismus fin de siècle" zurückkommen. Dies System wollten wir, mit Benutzung des Rentensystems, auch auf Grundbesitz und Landwirthschaft ausdehnen. Dazu würde Rodbertus seine Zustimmung verweigert haben, weil er ein Gegner der Produktivassoziation an sich war, da sie, wie er meinte, neues Korporationseigenthum schaffen werde, und dieses hielt er für die schlechteste aller Eigenthumsarten. Deshalb verschwiegen wir ihm diesen weiteren Plan.

Derselbe war doch sehr einfach! Nehmen wir an, eine Anzahl von ländlichen Arbeitern oder Militärinvaliden, die Pensionsanspruch haben, die gesund und arbeitstüchtig sind und kein Verbrechen begangen haben, auch nicht als notorische Faulpelze oder Trinker bekannt sind, haben sozialistische Ideen und die Neigung, sie praktisch auszuführen. Der Staat kauft ein Rittergut in der Subhastation und überläßt es gegen drei Prozent Rente zum Kaufpreis an eine solche Anzahl von Arbeitern, die für dessen Bestellung genügen, eröffnet ihnen Betriebskredit und giebt ihnen das Recht, einen Wirthschaftsleiter zu wählen, der eine nachgewiesene technische Ausbildung besitzt, überwacht aber, so lange die Produktivassoziation ihm noch Kapital schuldet, die wirthschaftliche Gebahrung, später nicht. Dies Verfahren ist ökonomischer, als das Rittergut in eine Anzahl Bauern- und Kossäthenhöfe zu theilen, weil man auf jedem neue Wohn- und Wirthschaftsgebäude aufführen muß. Das Rittergut, welches die Assoziation übernimmt, hat in der Regel alle Baulichkeiten, auch Arbeiterwohnungen und Beamtenwohnungen und ein großes Herrenhaus, in dem ältere Genossen neben dem Verwalter wohnen können. Der Rittergutsbesitzer mußte den Preis derselben mit ca. 4 1/2 Prozent verzinst erhalten, er hat standesgemäße Ausgaben, die mindestens auch ein Prozent wegnehmen. Die Assoziation spart beide Posten über drei Prozent, also jährlich ca. 1 1/2 Prozent oder mehr. Ihre Mitglieder haben Interesse an ihrer Arbeit, die Arbeiter des Rittergutsbesitzers hatten keines, sie arbeiten also sorgsamer und fleißiger. Es ist klar, sie können schnell ihre Schuld amortisiren und doch mehr Einkommen beziehen, als jene Arbeiter Lohn erhielten. Dem verkaufenden Rittergutsbesitzer aber ist es gleichgiltig, ob das Gut von einer Assoziation oder einem Latifundienbesitzer gekauft wird, und der Staat verliert nichts dabei, befriedigt aber jene Arbeiter, die nach solcher Produktionsweise verlangen.

Das würde auch auf Lohn und Behandlung der landwirthschaftlichen Arbeiter auf den in Privatbesitz bleibenden Gütern einen bessernden Einfluß haben und noch andere gute Folgen, auf die ich nicht eingehen will.

Die „Kreuzzeitung“ warf unserm Kreise vor, daß wir so unfähig seien, nicht einmal mit neuen sozialen Abstraktionen hervorzutreten. Wir haben das als ein hohes Lob, allerdings aus einem sehr einfältigen Munde, angesehen. Vor 25 Jahren habe ich im Kreise Arnswalde, dessen Landrath der bekannte v. Meyer war, zwei Güter gekannt, die nominell einem bürgerlichen Gutsbesitzer gehörten, dessen Namen ich vergessen habe, thatsächlich aber ihm und allen anderen Bewohnern gemeinsam waren. Die Leute bildeten eine eigene religiöse Sekte von Kommunisten, deren Benennung mir auch entfallen ist. Sie lebten abgeschlossen für sich, verkehrten nur geschäftlich mit der Welt und genossen den Ruf des Wohlstandes und vollkommener geschäftlicher Zuverlässigkeit. Sie lieferten in der Mark Brandenburg selbst ein Beispiel für die Ausführbarkeit der landwirthschaftlichen Produktivassoziation.

Ich glaube Angesichts des Mißbrauches, der von der Bismarck-Lucius'schen Regierung mit unseren Ideen getrieben worden ist — wo ist denn der Geheimrath, der vor zwanzig und mehr Jahren notorisch sie entwickelt hätte? — und der in der Ausführung des Rentengesetzes damit noch jetzt von verkaufenden Gutsbesitzern getrieben wird, diese Ideen meiner verstorbenen Lehrer und Freunde und zum Theil meine eignen, vor meinem Tode in ihrer Reinheit herstellen und dem Urtheil des Volkes, auch in seinen unteren Schichten, anheim geben zu müssen. Möge das Letztere uns mit so viel herzlichem Wohlwollen behandeln, als wir für dasselbe fühlten. Und vielleicht kann es doch noch Nutzen von dieser „Enthüllung“ ziehen, die ich der „Entlarvung“ einiger großen Ausbeuter und politischen Gründer vorziehe, an der ich mich schon seit meiner Flucht aus Deutschland nicht mehr betheiligt habe. Das, was ich oben über unsere Pläne mitgetheilt habe, war wirklich Staatssozialismus, aber man kann anderes nicht verlangen von Rodbertus, Wagener und R. Meyer.

Notizen.

Zum Kapitel „Zentralisation des Kapitals“. Einen sehr interessanten Beitrag zu dem Kapitel „der Verdrängung der Kleinbetriebe durch den Großbetrieb“ bietet die Statistik der Berg- und Hüttenwerke Bayerns, die sich in den älteren Jahrgängen der „Zeitschrift des kgl. bayerischen statistischen Bureaus“ befindet.

Deren Mittheilungen zufolge betrug die Zahl der Stein- und Braunkohlenbergwerke und ihre Produktion:

Jahr	Zahl der Werke	Gesammte Produktion in 1000 Zollzentnern	Geldwerth der gesammten Produkte in 1000 Gulden	Zahl der Arbeiter
1859/60 . . .	204	5181	1140	2879
1861	181	5300	1187	2703
1862	180	5335	1163	2515
1863	181	5831	1154	2756
1864	175	6068	1306	2887
1865	164	7054	1695	2822
1866	172	6893	1596	2728
1867	171	7160	1662	2583
1868	172	7367	1577	2620

Während also die Zahl der Werke in einem Zeitraum von nur zehn Jahren sich um fast volle sechzehn Prozent verminderte, stieg die gesammte Produktion von 5181 auf 7367 Tausend Zollzentner, also um über **42 Prozent**, der Geldwerth der gewonnenen Produkte von 1140 auf 1577 Tausend Gulden, also um **39 Prozent**.

Die Durchschnittsproduktion eines Werkes ist von etwa 25 000 Zollzentner im Jahre 1859/60 auf 42 000 Zollzentner im Jahre 1868, also um 68 Prozent, der Geld-

werth der Produktion eines Durchschnittsbergwerks von etwa 5½ Tausend Gulden auf 9000 Gulden, also um 60 Prozent gestiegen.

Eine noch größere Bedeutung gewinnen die von uns mitgetheilten Zahlen, wenn wir uns die Mühe geben werden, die Leistungen eines Arbeiters für einzelne Jahre zu berechnen.

Es ergiebt sich hierbei, daß die Durchschnittsleistung eines Arbeiters betrug:

Im Jahre		Geldwerth pro Arbeiter
1859/60	1800 Zollzentner	396 Gulden
1861	1961 "	439 "
1862	2121 "	463 "
1863	2116 "	419 "
1864	2102 "	453 "
1865	2500 "	601 "
1866	2527 "	575 "
1867	2772 "	644 "
1868	2812 "	602 "

also eine Steigerung der Durchschnittsleistung eines Arbeiters um **56 Prozent**, die Steigerung des Geldwerthes derselben um **52 Prozent**. In welche Taschen der Gewinn aus dieser riesig raschen Zunahme der Produktivität der Arbeit geflossen ist, wird nicht schwer zu bestimmen sein, wenn wir die Thatsache konstatiren, daß die Erhöhung der Löhne weit hinter der Steigerung der Leistungen zurückgeblieben ist.

Aber nicht allein bei den Kohlenbergwerken hat in Bayern in diesem kurzen Zeitraum eine rasche Zentralisation des Kapitals stattgefunden.

In einem bedeutend stärker ausgeprägten Maße trat diese Erscheinung bei der Eisenerzgewinnung und bei der Herstellung von Roheisen zu Tage.

Es betrug:

Jahr	Zahl der Eisenerzgruben	Gesammte Produktion in 1000 Zollzentnern	Geldwerth der gesammten Produkte in 1000 Gulden	Zahl der Arbeiter
1859/60	351	1287	249	1070
1861	326	1147	217	814
1862	279	1032	186	844
1863	259	1263	229	869
1864	238	1454	254	838
1865	249	1547	258	768
1866	241	1455	224	643
1867	232	1986	282	770
1868	220	1839	271	810

Während hier die Zahl der Eisenerzgruben von 351 auf 220 sank, also um 37 Prozent abgenommen hat, stieg die Gesammtproduktion von 1287 auf 1839 Tausend Zollzentner, also um etwa 42 Prozent, so daß die Durchschnittsproduktion einer Grube von etwa 3700 Zollzentner auf etwa 8400 Zollzentner, das heißt um fast volle **130 Prozent** zugenommen hat. Berechnen wir nun auch hier die Durchschnittsleistungen eines Arbeiters für einzelne Jahre, so stellt sich heraus, daß die Durchschnittsleistungen und ihr Geldwerth betrugen:

Jahr	Pro Arbeiter	Geldwerth
1859/60	1203 Zollzentner	233 Gulden
1861	1410 "	267 "
1862	1224 "	221 "
1863	1454 "	264 "
1864	1736 "	304 "
1865	2015 "	337 "
1866	2264 "	349 "
1867	2580 "	367 "
1868	2271 "	336 "

also eine Zunahme der Leistungen von **80 Prozent**, das heißt eine Steigerung der Produktivität der Arbeit, welche diejenige, die wir bei den Stein- und Braunkohlenbergwerken konstatirten, noch weit übertrifft.

Was endlich die Hütten für Roheisengewinnung betrifft, so betrug:

Jahr	Die Zahl der Hütten	Gesammte Produktion in 1000 Zollzentnern	Werth in 1000 Gulden	Zahl der Arbeiter
1859/60	84	566	1723	1886
1861	84	584	1769	1410
1862	84	600	1688	1409
1863	80	543	1523	1646
1864	77	614	1592	1394
1865	75	710	1829	1170
1866	64	729	1967	1213
1867	44	690	1815	1414
1868	42	879	2188	1421

Während hier die Zahl der Werke sich um **die volle Hälfte** verminderte, stieg die gesammte Produktion von 566 auf 879 Tausend Zollzentner, also um **55 Prozent**, sodaß die Durchschnittsproduktion eines Werkes von etwa 7000 Zollzentner im Jahre 1859/60 auf über 20 000 Zollzentner im Jahre 1868 zugenommen, sich also fast verdreifacht hat.

Berechnen wir auch hier die Leistungen eines Arbeiters, so ergiebt sich, daß auf einen Arbeiter im Jahre 1859/60 etwa 300 Zollzentner, im Jahre 1868 etwa 620 Zollzentner entfallen, das heißt, daß die Produktivität der Arbeit um mehr als **100 Prozent** zugenommen hat.

Dies sind die Erscheinungen, die sich in dem so kurzen Zeitraum von zehn Jahren in Bayern abgespielt haben. J. S.

Feuilleton.

Die sozialen Zustände im römischen Reich vor dem Einfall der Barbaren.

Von Dr. **Paul Ernst**.

(Fortsetzung.)

Im Jahre 69 sind schon die Soldaten des Vitellius großentheils Germanen, und ebenso sind die Vespasianer stark mit Barbaren vermischt; namentlich hatte Vespasian viele Illyrier, welche nach Dio Cassius die ausgesprochene Absicht hegten, „Italien zu plündern“. Schon im ersten Jahrhundert raufen sich also die Barbaren um das römische Reich, während die Römer selbst ruhig zusehen.

Geradezu skandalös sind die Maßregeln, zu denen Marc Aurel im Jahr 167 gezwungen wurde, zu einer Zeit, wo das römische Reich wirthschaftlich auf seiner höchsten Höhe stand. Er mußte sogar Sklaven und Gladiatoren in das Heer einreihen, Straßenräuber aus den Apenninen anwerben und die Landstraßen von den so nöthigen Polizeisoldaten entblößen. Daß ihnen der Kaiser die Gladiatoren nahm, empörte die Römer so, daß sie beinahe Revolution gemacht hätten. „Er gönnt uns kein Vergnügen,“ hieß es, „er will uns zwingen, zu philosophiren.“

Unter Commodus läßt sich ein Senator von der Uebernahme eines Amtes entbinden, weil er dann hätte an die Spitze der Truppen treten müssen. Dreißig Jahre später befreit Caracalla die Senatoren überhaupt von so unbequemen

Verpflichtungen; fünfzig Jahre später, Mitte des dritten Jahrhunderts, verbietet Gallienus ihnen den Kriegsdienst; und schließlich verbietet Ende des dritten Jahrhunderts Diocletian auch den Decurionen, welche in den Provinzstädten das waren, was die Senatoren in Rom, auf ihren eigenen Wunsch den Kriegsdienst. Diese Entwicklung hat gerade hundert Jahre gedauert.

In den dynastischen Kriegen, namentlich in der ersten Hälfte des dritten Jahrhunderts, waren die Soldaten furchtbar verwildert. Wie alle Söldner hatten sie keine Lust zu kämpfen, und ihre Kriegsthaten bestanden hauptsächlich in der Verheerung des Landes. Es beginnt die Zeit, wo die Kriege mit Gold geführt werden, und wo die Gegner gegenseitig ihre Soldaten durch Bestechung zum Abfall verlocken. „In dieser Zeit begann die Entartung der Soldaten. Von jetzt an zeigten sie eine unersättliche schmachvolle Habsucht und die größte Mißachtung gegen die Kaiser." (Herodian.) Für ein Antrittsgeschenk riefen sie jeden Beliebigen zum Kaiser aus, um ihn nach ein paar Wochen wieder zu verlassen. Seitdem Caracalla das Bürgerrecht an alle Provinzialen verliehen hatte, tauchten überall Provinzial-Kaiser auf, und die Soldaten machten mit ihnen gute Geschäfte. In Wirklichkeit sind diese Kaiser nichts weiter wie Condottieri. Weder sie hatten ein Interesse am Reich, noch die Soldaten, die ja theils Barbaren, theils der Abschaum des Volkes waren. Derselbe Grund, der den dreißigjährigen Krieg so furchtbar gemacht hat, wirkte auch hier: die Soldaten gehörten nicht zum Volk; sie schlugen sich für den, der sie am besten bezahlte und am ungestörtesten plündern ließ.

Auch nachdem sich die Zustände wieder konsolidirt hatten, konnte das Heer diesen Charakter nicht mehr verleugnen. Zum wirklichen Kampf haben solche Söldnerheere natürlich auch gegen auswärtige Feinde keine Lust. Ammianus Marcellinus erzählt einmal, wie eine Legion vor einer kleinen armenischen Reiterabtheilung die Flucht ergriff. Bezeichnend genug ist es ja schon, daß sie ihre Helme und Harnische aufgaben.

Es ist erwähnt, wie in der ersten Zeit der Kaiser die Aufnahme der Barbaren in das Heer stattfand. Seit Ende des dritten Jahrhunderts machte man solche Umstände nicht mehr. Man steckte die Barbaren ohne Weiteres in die Legionen. So Probus auf einen Schlag 16 000 Germanen. Zur Zeit des Theodosius schließlich müssen die Heere fast nur aus Barbaren bestanden haben. Das Militärmaß betrug damals 1,665 Meter — eine Höhe, welche die Südländer überhaupt nur sehr selten erreichen; bei uns ist das Maß 1,54 Meter. Die Heerführer sogar, nachdem den vornehmen Römern der Kriegsdienst verboten war, werden Germanen; seit dem dritten Jahrhundert finden wir, daß die bedeutenden Generale fast sämmtlich germanische Namen tragen — ein Beweis übrigens auch dafür, daß sich die Barbaren nicht mehr so leicht assimilirten wie früher, wo sie lateinische Namen annahmen.

Auf diese Weise war das Soldatenhandwerk, einst der Stolz des Volkes, in die tiefste Verachtung gesunken. „Der Kriegsdienst wird von den Vornehmeren als schmutzig und unschicklich verworfen", sagt ein Zeitgenosse. Die Soldaten wurden durch eine tätowirte Marke gezeichnet, wie man Sklaven zeichnete; sogar die Aushebung war ein „schmutziges Amt". Was früher eine beklagte Thatsache war, treffen wir im Codex Theodosianus als Gesetz: Vagabunden wurden ins Heer gesteckt. Die Rekruten bezeichnete man als „corpora", nicht als „Mann", sondern als „Körper".

Endlich, als der Diocletianische Beamtenstaat fertig ausgestaltet war, macht sich die Beamtenkorruption auch im Heerwesen geltend. So soll nach Agathias

unter Justinian I. das Reichsheer statt aus 650000 Mann, die auf dem Papier standen, nur aus 150000 Mann bestanden haben.

Zu der sonstigen Verkommenheit der Soldaten muß man noch rechnen, daß seit der Constantinischen Reform das Heer eigentlich ja nicht besser war, wie eine gewöhnliche Miliz. Die Soldaten, verheirathet, in kleineren Abtheilungen in den Städten oder an der Grenze angesiedelt, zum Theil auch noch bürgerliche Geschäfte treibend, bildeten doch kein eigentliches stehendes Heer mehr.

Jene Zersplitterung der Legionen in kleine, lokal getrennte Abtheilungen war nöthig, um der Soldateska die Herrschaft zu entreißen — an ihre Stelle trat die Herrschaft der Bureaukratie; aber sie hat auch die letzte Spur des kriegerischen Geistes verweht. Unter Theodorich wird „Romanus" in der Bedeutung von „Zivilperson" gebraucht.

Nun hatten in früheren Zeiten die Reichsangehörigen selbst noch eine Miliz aufstellen können. So lange die Selbständigkeit der Munizipien bestand, scheint es in den Provinzialstädten auch eine Bürgermiliz gegeben zu haben. Aber offenbar hat die Proletarisirung des Volkes auch in den Provinzen diese Institution vernichtet: die Reichen wurden vermuthlich zu bequem, und den Armen die Waffen in die Hand zu geben, erschien zu gefährlich. Wenigstens wurde von den Kaisern den Bürgern das Tragen der Waffen verboten; im Jahr 364 erneuerten Valentinian I. und Valens dieses Verbot, das schon länger bestand.

Daß Unruhen aus sozialen Gründen stattfanden, erfahren wir gelegentlich. In Gallien hören wir von dem furchtbaren Aufstand der Bagauden, Haufen von ruinirten Bauern, Colonen und Sklaven, welche sogar die Stadt Autun eroberten und furchtbare Verheerungen anrichteten. Die Sage hat sich ihrer angenommen und diese Jacquerie mit wunderbaren Erzählungen übersponnen. Wir hören ferner von einer christlichen Sekte der Circumcellionen, welche die Sklaven befreite, die Schuldbücher vernichtete und ähnliche Beweise ihres Charakters als soziale Revolutionspartei gab. Solche Notizen könnte man noch mehr finden.

Natürlich haben es die Kaiser nicht an Versuchen fehlen lassen, den Uebeln im Heerwesen abzuhelfen. Freilich konnten sie nicht die soziale Evolution zurückhalten, und so hatten ihre Versuche entweder gar keinen Erfolg oder schlugen gar zum Verderben für das Reich aus.

Seit Nerva taucht der Gedanke auf, die waffenfähige Bevölkerung dadurch zu vermehren, daß man für die Erziehung der Kinder sorgt. So beginnt Trajan mit den Alimentationsstiftungen, wie Plinius sich ausdrückt: „Die Knaben werden auf Kosten des Staates aufgezogen; sie sollen ihm im Krieg eine Stütze, im Frieden ein Schmuck sein." Wenn diese Kinder erwachsen waren, standen sie aber vor derselben sozialen Misère, wie alle andern.

Die Ansiedelung der Barbaren sollte gleichfalls einen tüchtigen Kriegerstamm schaffen. Schon seit Augustus setzte man Germanen als Colonen an. So lange diese Versuche nicht in zu großem Maßstabe geschahen, waren sie wenigstens ungefährlich, denn damals wurden die Barbaren dann wenigstens romanisirt — um schließlich unter demselben Joch zu seufzen, welches schon der alten Bevölkerung den Kriegsdienst unsympathisch machte. Später trug diese Politik sogar mit zum Untergang des Reiches bei; die Barbaren, die es überflutheten, richteten sich nach der römischen Einquartierungsordnung ein: man hatte ihnen also nur gezeigt, wie sie es zu machen hatten, um sich auch gegen den Willen der Reichsregierung im Reich niederzulassen. — Fehlgeschlagen sind ebenso alle Versuche, durch Ansetzung von Veteranen einen neuen Bauernstand zu schaffen.

Fassen wir zusammen: die soziale Evolution hatte die Klasse der freien Bürger dezimirt und den größten Theil der Uebrigbleibenden proletarisirt. In

Folge dessen war man für die Armee auf Gesindel und Barbaren angewiesen. Da das Heer der eigentliche Herr war, so wurde es um so zuchtloser, ruinirte das Land und war doch unzuverlässig gegenüber dem Feind. Der letzte Rest von Tüchtigkeit ging verloren, als Constantin durch die lokale Vertheilung ihm seine Herrschaft raubte: es wurde zu einer schlechten Miliz.

II.

Bis auf Augustus wurden die Provinzen als Domänen des römischen Volkes angesehen. Mit Augustus beginnt der Wendepunkt: man beginnt den Provinzen mehr Rechte einzuräumen; und wenn es auch noch nicht gleich möglich ist, allen Provinzialen das römische Bürgerrecht zu ertheilen, da ja sonst das Reich auseinanderfiele, so fängt doch die langsame Entwicklung an, welche unter Caracalla durch die allgemeine Bürgerrechtsertheilung und unter Diocletian durch die Einbeziehung auch des italiänischen Bodens in die Tributpflichtigkeit abgeschlossen wurde. Das nächste Motiv Caracalla's war, bezeichnend genug, ein finanzpolitisches gewesen. In den Provinzen gab es die Kopfsteuer, welche, da sie auch von den Sklaven erhoben wurde, eine Art Vermögenssteuer war, und den Bodentribut, welcher auf dem Boden real lastete. Diese Lasten konnten nicht leicht erhöht werden. Nachdem die Provinzialen jedoch römische Bürger geworden waren, mußte zwar der Bodentribut weiter gezahlt werden, statt der Kopfsteuer bezahlten sie jedoch jetzt den Bürgertribut, der vom Kaiser, dem Erben der alten Volksversammlung, willkürlich erhöht werden konnte. Aber auch ohne die finanzielle Misère drängte die Entwicklung auf die Gleichstellung der Provinzialen.

Die Staatsform der Polis war unhaltbar geworden aus sozialen Gründen; sie wurde auch unhaltbar aus geographischen Gründen. Die Voraussetzung war immer, daß die Bürger auf dem Marktplatz zusammenkommen konnten. Schon während der Republik, als man den sämmtlichen Italiänern das Bürgerrecht gab, war die Form der Polis gesprengt. Augustus versuchte, die Italiäner zu Hause abstimmen und das Resultat nach Rom melden zu lassen. Das mochte ein Nothbehelf sein, mit dem sich für Italien auskommen ließ; aber als die ganze Welt das Bürgerrecht erhielt, wurden die Entfernungen doch zu groß.

Bis auf Diocletian war nun immer noch die Fiktion der Republik gewahrt geblieben; der erste wirkliche Monarch in unserem Sinn ist Diocletian — er hat die Konsequenzen der Reform Caracalla's gezogen. Zwischen Caracalla und Diocletian liegt die Zeit der wüsten Soldatenherrschaft und der Provinzial-Kaiser, der sogenannten dreißig Tyrannen. Das Provinzial-Kaiserthum, das heißt die Zersplitterung des Reichs in nationale Staaten — oder das Diocletianische Kaiserthum, das heißt die einheitliche Regierung des Reichs durch eine Bureaukratie, das waren die zwei Möglichkeiten, die nach Caracalla's Reform vorhanden waren. Der Gedanke der Einheit und des Beamtenstaates siegte: schon war das selbständige Leben in den Provinzen durch die soziale Evolution zu sehr erstorben, die Provinzial-Kaiser wurden wesentlich durch die zuchtlose Soldateska gehalten. Und außerdem war die Gefahr der Barbaren vorhanden, welche in dieser Zeit die furchtbarsten Einfälle machten und bis tief in das Reich hinein Mord und Brand trugen; in dieser Zeit war es, wo die Städte ihre Mauern wieder errichteten, die sie in dem Frieden langer Jahrhunderte hatten verfallen lassen. Nur eine Konzentration der Kräfte der Kulturmenschheit in einer Hand schien noch retten zu können: das war der Grund zur Wahl des Claudius Gothicus, dessen Aufgabe dann Diocletian übernommen hat.

Aber nun machte sich die Dissonanz bemerkbar: der Beamtenstaat hat zur Voraussetzung vollständige Geldwirthschaft; dazu stand die im Wesentlichen noch bestehende Oikenwirthschaft im Gegensatz. Im Finanzwesen, dem Band zwischen dem politischen und ökonomischen Leben, kam der Gegensatz zum Ausdruck. Die Reichsangehörigen wurden durch den ungeheuren Steuerdruck ruinirt. Im westlichen Theil des Reichs war an sich noch mehr frisches Leben, namentlich in Gallien und Spanien, weil diese Länder am spätesten in die Zivilisation eingedrungen und noch nicht so sozial zersetzt waren. Nachdem diese Länder durch die Barbaren frisches Blut erhalten hatten, wurde die unpassende Form gesprengt, es entwickelten sich die kleineren Staaten mit feudaler Organisation; und aus geographischen Gründen fiel hier das Schwergewicht auf Gallien — die Lokalität, wo die Geschichte spielt, verändert sich definitiv; angebahnt war die Veränderung schon seit Diocletian. Im Osten, wo die Geldwirthschaft vermuthlich doch schon weitere Fortschritte gemacht hatte, die Dissonanz also nicht so schreiend, und wo die Kraft des Volkes bereits gänzlich gebrochen war, konnte sich der Diocletianische Staat halten. Und hier bildete sich ein merkwürdiger stationärer Zustand heraus. Erst ein Jahrtausend nach dem Sturz des weströmischen Reichs stürzte auch das oströmische.

Die Reform Caracalla's mußte natürlich nicht nur die Regierung, sondern auch die Verwaltung verändern. Eine Veränderung der Verwaltung war aber auch durch andere Gründe geboten.

Bis gegen das Ende des zweiten Jahrhunderts waren die Provinzstädte im Wesentlichen autonom gewesen. Wir müssen uns erinnern, daß auch die Provinzen nach dem Prinzip der Polis konstituirt sind; wo das noch nicht der Fall ist, geschieht es so, wie wir das z. B. in Spanien beobachten können. Jede Provinz zerfällt also in eine Anzahl Stadtbezirke. Die Verpflichtung dieser Städte gegen Rom besteht darin, daß sie ihren Bodentribut und ihre Kopfsteuer zahlen, und außerdem haben sie nicht das Recht über Krieg und Frieden. Im Uebrigen sind sie autonom. (Natürlich können hier nicht die kleinen Unterschiede berücksichtigt werden.) Sie haben ihre Volksversammlung, ihren Senat, ganz wie Rom; hier wird über die Gemeindesteuern verfügt; hier wird Gericht gehalten, hier wird Alles gethan, was in Rom auch, nur hohe Politik kann natürlich nicht getrieben werden.

Plutarch (Praec. polit. 10) schildert diese Selbständigkeit in einer bitteren Diatribe über die „Knechtschaft" seines Vaterlandes, die uns von unserem modernen Standpunkt aus natürlich unbegreiflich sein würde: „Die Zeit ist vorüber, wo die Hellenen selbständig in Kriege eintreten, Bündnisse schließen, große Unternehmungen wagen durften. Es ist Euch jetzt noch vergönnt, Eure öffentliche Laufbahn damit zu beginnen, daß Ihr vor dem Volksgericht Zivilprozesse führt, daß Ihr Euch gegen Mißbräuche wendet und den Schwachen Eure Unterstützung leiht. Ihr könnt auch die Verpachtung der Einkünfte und die Verwaltung der Häfen und Märkte überwachen, oder ein Amt bei der städtischen Polizei übernehmen. Vielleicht bietet sich auch Gelegenheit, Verhandlungen mit einer Nachbarstadt oder einem der befreundeten Fürsten innerhalb des Reichs zu führen, und im reiferen Alter blüht Euch wohl die Aussicht, als Botschafter für Eure Stadt an den Kaiser geschickt, oder mit der höchsten Beamtung in Eurer Gemeinde, oder auch an der Spitze des Landtags der Provinz betraut zu werden. Nur dürft Ihr, gleichviel zu welcher Stellung Ihr auch zu Hause gelangt, niemals vergessen, daß die Tage für immer vorüber sind, wo Perikles, wenn er sich mit dem Feldherrnmantel schmückte, zu sich

selber sprach: Bedenke, Sohn des Xanthippus, daß die Männer, denen Du gebieten sollst, freie Männer, daß sie Hellenen sind."

Wir hatten schon früher gelegentlich Athens gefunden, daß die Hauptursache seines Untergangs die gesinnungslose Liederlichkeit der proletarisirten Mehrheit der Volksversammlung gewesen war. Dasselbe Schauspiel wie in Athen wird sich auch in andern Städten wiederholt haben, und es macht zunächst natürlich keinen Unterschied, ob die Stadt noch ihre politische Selbstständigkeit hat oder nicht, da ja auch in den Städten der römischen Provinzen die Verwaltung nach den Befehlen der Volksversammlung geschehen mußte. Nur daß hier außerhalb der Stadt noch eine Macht existirte, welche in diesen Prozeß eingreifen konnte: der Kaiser. Und als es so weit gekommen war, griffen die Kaiser denn auch ein. Schon Augustus hatte verschiedenen italischen Gemeinden Kuratoren gesetzt, welche ihre Wirthschaft beaufsichtigten sollten. Dasselbe erfahren wir von Trajan, welcher in Kleinasien Kuratoren einführte; die dortigen Städte hatten sogar Schulden kontrahirt und so die Nachwelt belastet. Derartige „Staatsschulden" bedeuteten damals etwas ganz anderes wie heute. Heute dienen sie dazu, gewisse Lasten von den Besitzenden auf die Besitzlosen abzuwälzen: so große Beträge kann man nicht auf einmal von den Besitzlosen eintreiben, sie müssen also von den Besitzenden aufgebracht werden. Indem man eine Schuld kontrahirt, vertheilt man die Ausgabe auf eine Reihe von Jahren und kann sie nun in kleinen Raten durch Erträgnisse aus indirekten Steuern bestreiten, welche ja von den Besitzlosen getragen werden. Im Alterthum aber trug fast nur der Besitz Steuern, durch Schulden antizipirte man also die Steuererträge, ohne neue Steuerquellen zu eröffnen. Das ist der Grund, weshalb Staatsschulden im Alterthum so selten sind: sie wären zu ruinirend gewesen. Ueberdies stand bei der Omnipotenz des antiken Staates dem Staat das Vermögen seiner Bürger zur diskretionären Verfügung; er brauchte von ihnen nicht zu leihen, sondern konnte nehmen.

Die Unwirthschaftlichkeit der Gemeinden war also der eine Grund, weshalb die Kaiser in ihre Autonomie eingreifen mußten.

Ein anderer Grund, der wenigstens die Volksversammlungen in den Städten absterben ließ, hatte die gleiche Ursache wie jener. Mit der Kapitalskonzentration wurde die Zahl der Bürger, welche die munizipalen Aemter übernehmen konnten, immer kleiner. Wir wissen Alle aus Rom, daß diese Aemter sehr kostspielig waren: nicht nur gab es für sie kein Gehalt, sondern der Beamte mußte auch auf seine Kosten Bauten aufführen, Reparaturen machen lassen, Spiele geben, Korn und Geldgeschenke vertheilen u. s. f. So lange eine größere Zahl von Bewerbern für diese Aemter vorhanden war, hatte natürlich die Wahl der Beamten durch die Volksversammlung einen Sinn. Als zuletzt aber kaum so viel Leute da waren, als überhaupt für die Aemter nöthig waren, wurde die Wahl zwecklos. Allmälig, mit der Verarmung des Volkes, mehrten sich die Lasten der Aemter; mit der allgemeinen Verarmung, auch der Reichen, in Folge der Unruhen, der großen Krankheiten, der Steuern, der allgemeinen Unsicherheit von Handel und Wandel, des Ruins der Colonen, wurden ihnen subjektiv die Lasten gleichfalls drückender, und sie suchten sich nun um die Munizipalämter zu drücken, die sie früher so eifrig erstrebt hatten. Von jetzt ab müssen sie zur Uebernahme gezwungen werden, ja, die Aemter werden sogar erblich, und Niemand, der die Verpflichtung hat, kann sich ihr entziehen. Die Decurionen (die Mitglieder des Stadtraths, der Curie) machten alle möglichen Versuche, zu entkommen: sie traten in den Klerus ein, sie gingen in Klöster, sie flüchteten und führten ein elendes Leben in der Wildniß, sie

verheiratheten sich mit einer Sklavin, um dadurch zur Uebernahme des Ehrenamtes unfähig zu werden, sie verschenkten ihre Güter zum Theil an die Kirche, so daß sie nicht mehr so viel behielten, wie zum Eintritt in die Curie an Vermögen verlangt wurde, ja, so sehr der Kriegsdienst verabscheut wurde, er war doch dem Decurionat vorzuziehen, und die Pflichtigen ließen sich in die Legionen einreihen; so sehr die Colonen gedrückt waren, und so arg zu dem materiellen Druck noch ihre persönliche Unfreiheit war, sogar das Colonat schien eine Zufluchtstätte zu bieten. Alles half nichts. Die Flüchtigen wurden mit Gewalt zurückgeschleppt, es wurde gesetzlich verboten, daß ein zum Decurionat Verpflichteter in den Dienst der Kirche trat, auch die Entehrung war kein Hinderniß mehr; ja, man machte sogar Ehelose zur Strafe zu Decurionen: Feiglinge, welche sich durch Verstümmelung dem Kriegsdienst entziehen wollten, Priester, die man wegen schlechten Lebenswandels aus dem Amt gejagt hatte, und so fort. Endlich verheiratheten sich die Decurionen nicht mehr, um den auf ihnen lastenden Fluch nicht zu übertragen: „weil sie die Curie um ihre Körper betrügen wollten, erfanden sie das allerruchloseste Mittel, sich der legitimen Ehe zu enthalten". Ihre Erbschaft wurde geflohen als wenn sie verpestet wäre, denn mit ihren Besitzungen erbte man auch das Decurionat. Diese Entwicklung des geachtetsten Standes im römischen Reich ist vielleicht das bezeichnendste Merkmal des furchtbaren Niedergangs. Aber sie steht durchaus nicht im Gegensatz zu den staatsrechtlichen Anschauungen des Alterthums und weist keine direkte Neubildung auf. Es ist die einfache Konsequenz der Omnipotenz des antiken Staates, die hier gezogen wird, und die an sich von der alten aristokratischen Regierung vor Augustus ebenso hätte gezogen werden können, wie von den Kaisern. Einer der grundlegenden Unterschiede des feudalen Staates vom antiken ist, daß ihm diese Omnipotenz mangelt. — Eine kurze Anmerkung: der absolute Eigenthumsbegriff der Gegenwart ist bekanntlich mit Rezeption des römischen Rechts entwickelt, und namentlich von konservativer und klerikaler Seite wird diesem römischen Recht in die Schuhe geschoben, daß es dadurch an den sozialen Uebeln der Gegenwart schuld sei. Aber im Alterthum war zu dem absoluten Eigenthum die Staatsomnipotenz das Correlat, und die armen Curialen haben wahrhaftig nicht viel Freude von ihrem römischen Eigenthumsbegriff gehabt. Heute, wo die Staatsomnipotenz nicht mehr existirt, ist auch dieser antike Eigenthumsbegriff natürlich ganz etwas anderes geworden. Was man bei Rezeption des römischen Rechts aus diesem Recht nahm, war nicht das, was wirklich darin stand, sondern was man hineinlas, es hat nur eine Ideologie abgegeben. —

Eine solche Entwicklung kann natürlich nicht überall gleichzeitig gewesen sein. Im römischen Reich gab es Länder, welche ihre Geschichte schon hinter sich hatten, wie Griechenland und Kleinasien, und Länder, welchen die Römer überhaupt erst die Kultur brachten, wie Spanien und Gallien und zum Theil Afrika. Athen war schon zur Zeit von Horaz verödet; zur Zeit der Antonine hatte es nach der Berechnung Dumont's nur 12 000 Seelen; Delos, einst ein blühender Handelsplatz, war zur Zeit des Pausanias fast wüst. Plutarch klagt, daß ganz Achaja jetzt keine 3000 Hopliten auftreiben könne. Aber gleichzeitig hören wir in Spanien beständig von neuen Städtegründungen; und fast ein Jahrhundert nach Plutarch's Klage über die Entvölkerung Griechenlands kann Tertullian in Afrika anerkennen, daß früher unkultivirte Strecken bevölkert werden: „Die Einöden sind in fruchtbare Landgüter umgewandelt; wo einst Wälder standen, geht jetzt der Pflug der Bauern, und die früher kahle Felsenlandschaft bedeckt sich mit jungen Saaten; überall verschwinden die Sümpfe, und die Viehherden

brauchen nicht mehr vor wilden Thieren sich zu fürchten; es giebt keine unheimlich drohenden Inseln, keine grausenerregenden Klippen mehr, überall finden wir menschliche Wohnungen, überall eine rührige Bevölkerung, Alles ist mit Städten bedeckt und voller Leben" (de anima 30). Ja, selbst noch zur Zeit Diocletian's finden wir (Panegyr. veter. III, 15) eine Stelle: „Der Ackerbau verdoppelt sich, wo einst Wälder waren, steht jetzt Saat." Bei aller Uebertreibung, die man natürlich annehmen muß, wird doch eine solche Behauptung jedenfalls irgend wie begründet sein.

(Fortsetzung folgt.)

Briefkasten.

E. F. Stettin. Für Ihren Hinweis auf den Artikel des Dr. Holsch in Nr. 18 der „Gartenlaube" dieses Jahres über den Jesuitenstaat in Paraguay besten Dank. Ich kann jedoch nicht finden, daß zwischen den Thatsachen, die ich vorbringe und den von Holsch mitgetheilten ein Widerspruch besteht. Dieser ist nur in unserer Auffassung und Darstellung der Thatsachen zu finden.

Wir beide erwähnen den gleichen Krieg, der von 1750—55 währte. Der Unterschied ist nur der, daß ich in meinen Ausführungen S. 691 und 693 das größte Gewicht auf diesen Kampf lege, indeß Herr Dr. Holsch darüber mit den Worten hinwegschlüpft: „Die Jesuiten ließen es auf einen Krieg gegen Portugal ankommen". Ich füge aber auch hinzu, daß dieser Krieg, der mit der Niederlage der Indianer und Jesuiten endete und das Land heillos verwüstete, die Kraft des Jesuitenstaates gebrochen hat. Als dann 1768 die Jesuiten in Paraguay wie in den andern spanischen Besitzungen überfallen und ausgewiesen wurden, sahen sich die Indianer ganz einfach außer Stande, sich zu wehren. Das Land war in Folge des Krieges von 1750—55 eine Einöde, die besten Reduktionen waren aufgehoben, ihre Einwohner zerstreut. Und das Bindeglied des Staates hatten die Jesuiten gebildet. Sobald dieses wegfiel, waren die einzelnen Indianergemeinden zusammenhanglos geworden und gänzlich unfähig, sich zu einem einheitlichen Widerstande zu sammeln. Diese Zusammenhangslosigkeit der einzelnen Gemeinden ist nicht eine Wirkung der Jesuitenherrschaft, sondern eine Eigenthümlichkeit der Kulturstufe, auf der die Guaranis standen. Alles das erklärt, warum die Indianer, die dreizehn Jahre vorher wie die Löwen gekämpft hatten, jetzt der spanischen Macht gegenüber kaum einen Widerstand wagten. Aus diesem Mangel an Widerstand zu schließen, der Jesuitenstaat hätte die Indianer zu Menschen niederer Ordnung ohne Bewußtsein und Willen herabgedrückt, dazu liegt nicht die mindeste Berechtigung vor.

Die kriegerische Uebung und Tüchtigkeit der Paraguay-Indianer wird wohl auch Dr. Holsch nicht leugnen wollen. Er beruft sich öfter auf Gothein und den Abbé Raynal. Beide bezeugen diese Tüchtigkeit. „Die Bewohner des Jesuitenstaates", sagt der letztere, „waren die geübtesten Soldaten der neuen Welt. . . . Sie fochten mit jenem Fanatismus, der die Märtyrer des Christenthums auf das Blutgerüst führte und der so viele Szepter durch die Anhänger Odins (die Germanen) und Mahomets zerschlug." (Raynal, Philosophische und politische Geschichte der Besitzungen und des Handels der Europäer in beiden Indien. 8. Buch, 16. Kap.)

Uebrigens hätte Dr. Holsch bei Raynal auch die Behauptung finden können, daß die Jesuiten bei der Einrichtung ihres Staates „die Grundsätze zu Grunde legten, welche die Inkas bei der Regierung ihres Reichs, und bei ihren Eroberungen befolgt hatten". Ein ganzes Kapitel, das 14., ist der näheren Ausführung dieses Satzes gewidmet. Von der Gothein'schen Hypothese, die Dr. Holsch wie so manche andere auch akzeptirt, daß der Jesuitenstaat ein sozialistisches Experiment und zwar nach dem von Campanella gegebenen Muster gewesen sei, wußte Raynal, der Zeitgenosse des Jesuitenstaates, nichts — ebenso wenig wie die Jesuiten. Diese Entdeckung verdanken wir dem Sozialistenhaß und der Klugmeierei deutscher Professoren.

K. Kautsky.

Für die Redaktion verantwortlich: Georg Baßler in Stuttgart.



Nr. 37. XI. Jahrgang, II. Band. 1892-93.

Der Gang der Wahlen.

☍ Berlin, 31. Mai 1893.

Vom Tage der Reichstagsauflösung trennt uns bereits eine längere Frist, als vom Tage der Neuwahl, und wenn die nächsten zwei Wochen nicht noch ganz besondere Ueberraschungen bringen, so muß man sagen, daß die Wahlbewegung die an sie geknüpften Erwartungen vollkommen enttäuscht hat. Sie sollte nach allgemeiner Annahme die wildeste werden, die das Deutsche Reich bisher erlebt hat; thatsächlich ist sie die stillste geworden, die unter der Herrschaft des allgemeinen Wahlrechts jemals stattgefunden hat. Namentlich mit dem Lärm der Neuwahlen nach den Reichstagsauflösungen von 1878 und 1887 läßt sich die diesmalige Agitation nicht entfernt vergleichen. Es geht in ihr ziemlich gemüthlich und ruhig, ja fast ein wenig schläfrig zu, und wenn nicht die sozialdemokratische Partei der Hecht wäre, der einiges Leben in den Karpfenteich brächte, so würde es augenblicklich im Deutschen Reiche nicht viel anders aussehen, wie sonst in beginnender Sommerszeit.

Ueber die Gründe dieser Thatsache wird man sich schneller einigen, als über die Schlüsse, die aus ihr zu ziehen sind. Der dilettantische Anstand oder der anständige Dilettantismus der Reichsregierung einer-, die innere Zersetzung aller bürgerlichen Parteien andererseits bestimmen den ruhigen und selbst matten Verlauf des Wahlkampfs. Das System Caprivi verschwendet ungeheure Massen von Makulatur, um den Wählern zu beweisen, daß Franzosen und Russen das Deutsche Reich verspeisen werden, wenn die Militärvorlage nicht angenommen wird, aber es verschmäht die Wahlpuffs des System Bismarck, jene gewissenlosen und unanständigen Mittel, die den feigen Philister bis auf den Tod erschrecken konnten, aber die jedem ehrlichen Wähler sozusagen den letzten Blutstropfen aufstürmen mußten. Man soll den Tag nicht vor dem Abend loben, und wir sind noch keineswegs sicher vor den Wahlkoups der letzten Stunde, aber so weit es auf den bisherigen thatsächlichen Verlauf der Dinge ankommt, ist er nach der abwiegelnden Seite hin nicht wenig durch die für preußisch-deutsche Verhältnisse ziemlich reservirte Haltung der Regierung beeinflußt worden.

Weit stärker aber wirkt nach der gleichen Richtung hin die innere Zersetzung der bürgerlichen Parteien. Sie prägt diesem Wahlkampfe das ihn von seinen Vorläufern am schärfsten unterscheidende Merkmal auf. Ein Heer, das

in steter Sorge schwebt, ob es nicht plötzlich von diesem oder jenem Flügel verlassen wird, kann keinen frischen und fröhlichen Kampf führen; Niemand, der ängstlich darnach schielen muß, ob ihn der Freund nicht mitten im Kampfe preisgiebt, kann dem Feinde furchtlos ins Weiße des Auges sehen. Für die beiden bürgerlichen Oppositionsparteien wird diese schwierige Lage noch in eigenthümlicher Weise dadurch erschwert, daß sie es nicht einmal mit ihren ausgeschiedenen Elementen zu einer reinlichen Scheidung bringen können. Die feindlichen Brüder des Freisinns wagen das Tischtuch nicht völlig zwischen sich zu zerschneiden; in den „großen Grundfragen des Liberalismus“ sind sie „noch immer einig“; in einer ganzen Reihe von Wahlkreisen sollen die Wähler, die keinen Kompromiß in der Militärfrage wollen, für Kandidaten stimmen, die einem solchen Kompromiß geneigt sind, und umgekehrt. Ueber die sonstigen Schönheiten dieser Politik wollen wir uns hier nicht verbreiten; so viel liegt auf der Hand, daß sie durchaus nicht geeignet ist, Feuer und Schwung in die Wahlbewegung zu bringen.

Auch das Zentrum scheitert an der Aufgabe, den Pelz zu waschen, ohne ihn naß zu machen. Doch bringt es die größere und, soweit es auf die grundsätzliche Austragung des kirchenpolitischen Konflikts ankommt, rühmlichere Vergangenheit dieser Partei mit sich, daß sich ihre Auseinandersetzung in etwas ernsteren Formen vollzieht. Wie viel sich sonst immer gegen den Wahlaufruf des Zentrums einwenden läßt, so hat er doch noch oppositionelle Elektrizität genug entwickelt, um die reaktionärsten Elemente aus der Partei zu schleudern. Das Pronunziamento des schlesischen und westfälischen Junkerthums ist an und für sich mehr ein Glück als ein Unglück für das Zentrum. Huene und Schorlemer-Alst, des Grafen Matuschka zu geschweigen, sind die Leute nicht, um deren Verlust eine große Partei Trauer anzulegen brauchte. Herr v. Huene hat seinen parlamentarisch-politischen Ruf überhaupt erst durch die Handlangerdienste erlangt, die er den volksausbeuterischen Gelüsten des Systems Bismarck leistete, und Herr v. Schorlemer-Alst hat sich zwar schon im Kulturkampfe seine Sporen geholt, aber, wie Jeder weiß, der den damaligen Personen und Verhältnissen einigermaßen nahestand, in einer sehr sekundären, an die Thätigkeit der Mallinckrodt, Reichensperger und Windthorst nicht entfernt heranreichenden Stellung. Freilich — und das sollte die „Germania“, die jetzt in derber Kritik der Huene und Schorlemer oder gar des jungen, aber nicht klugen Grafen Matuschka ihr Müthchen kühlt, nicht übersehen — diese und andere ultramontane Junker verdanken ihren sehr usurpirten Ruf zumeist der unbeschämten Reklame, welche die Zentrumspresse, und nicht zuletzt die „demokratische“, für den „katholischen Adel“ als die erlesenste Blüthe der deutschen Nation gemacht hat.

Doch, wie gesagt, an sich wäre die schlesische und westfälische Adelsrevolte für das Zentrum schon zu ertragen, wenn die Partei mit diesen abgesprengten Trümmern nur zugleich ihren feudalen Grundcharakter absprengen könnte, dessen verhängnißvolle Wirkungen ihr seit Monaten schon durch die Fusangelei und jetzt in noch viel fühlbarerer Weise durch die bayerische „Bauernrevolte“ klar gemacht worden. Das sind Dinge, über die unendlich viel schwerer fortzukommen ist, als über den von der „Germania“ verspotteten „Wind“, den einige Junker machen, weil ihre ausbeuterischen Gelüste noch nicht einmal in der bisherigen Zentrumspolitik die gehörige Befriedigung gefunden haben. Die feudale Grundfarbe des Zentrums ist nicht wegzuwischen, ja auch nicht mehr mit irgend welchem Erfolge zu verhüllen, und wenn ihr in dem Wahlaufrufe des Zentrums ein breiter Raum gelassen werden mußte, so hat Herr Lieber, der „demokratische“ Führer des Ultramontanismus noch zum Ueberflusse erklärt, daß er auf den katho-

lischen Adel nichts kommen lassen werde. Wenn das die Antwort auf die Rebellion der bayerischen Bauern sein soll, so wäre diese Rebellion in Permanenz erklärt. Zwar scheinen die bayerischen Bauern mehr vom Preußen-, als vom Adelshaß beseelt zu sein, doch steht es mit diesem Preußenhaß ungefähr so wie mit dem Judenhasse der ostelbischen Bauern. Ungefähr, wenn auch nicht ganz so. Wir möchten nicht sagen, daß der bäuerliche Juden- oder Preußenhaß berechtigte Empfindungen seien; wir möchten auch nicht sagen, daß der Preußenhaß unschöner als der Judenhaß oder der Judenhaß unwürdiger als der Preußenhaß sei. Der Vergleichspunkt liegt darin, daß die soziale Rebellion sich beim bayerischen Bauern zunächst im Hasse des Preußen, beim ostelbischen Bauern im Hasse des Juden bekundet. Das Eine wie das Andere erklärt sich aus der Verschiedenheit der historischen Entwicklung, aber von diesem Gesichtspunkte aus läßt sich nicht leugnen, daß der Haß des bayerischen Bauern gegen den Preußen als den Träger des auf feudaler Grundlage erwachsenen Militarismus eine intelligentere Empfindung ist, als der Haß des ostelbischen Bauern gegen den Juden als den Träger des Kapitalismus. Mit dem Preußenhaß kann der katholische Feudalismus nicht so krebsen, wie der protestantische Feudalismus — vorläufig — noch mit dem Judenhaß krebsen kann, und so läßt die bayerische Bauernrevolte den Thurm des Zentrums bis in seine Grundvesten erbeben.

Inzwischen fangen aber auch schon die protestantischen Feudalen an, sich mit der zweischneidigen Waffe des Antisemitismus in die Finger zu schneiden, und ihre Hoffnung, mit diesem Tomahawk eine längst nicht mehr gewöhnte Fülle von Skalpen zu erbeuten, hat sich in dem bisherigen Wahlkampfe nicht erfüllt. Vergebens weist die „Kreuz-Zeitung" mit blendender Beredtsamkeit nach, daß die antisemitischen Wähler für die konservativen Kandidaten stimmen müßten, seitdem die konservative Partei den Antisemitismus oder doch seine „berechtigten" Forderungen unter ihre Flügel genommen habe, und vergebens erklärt der „Reichsbote" mit seinem heiligen Eifer, daß aller Antisemitismus, der nicht nach der Pfeife der Junker und Pfaffen tanze, selbst nur „jüdische Mache" sei. Es scheint nicht, daß der Antisemitismus diesen Rattenfängern von Hameln ein geneigtes Ohr schenkt, und das wäre dann ja wohl die erste Spur von Vernunft, die sich in der Unvernunft geltend zu machen beginnt. Die Konservativen, die mit den antisemitischen Schlagworten eine Massenbewegung auf die Beine zu bringen gedachten, müssen sich den Mund wischen. Dies ist aber nicht das einzige Hinderniß ihres Wahlkampfs. Auch sie sind nicht, und ebenso wenig die Nationalliberalen, mit rechtem Herzen bei der Sache, so lange das System Caprivi am Ruder ist, das nun einmal bei allen sonstigen Schwächen die wilde Profitgier des Systems Bismarck nicht theilt. Die Kartellstimmung von 1887 will nicht aufkommen; was gilt den feudalen Junkern und den kapitalistischen Kommerzienräthen viel ein Wahlfeldzug pro gloria et patria, der nicht gleichzeitig ein Beutezug gegen die letzten Pfennige in den Taschen der arbeitenden Klassen ist? Im Grunde ihres Herzens würden sie eine Niederlage der Regierung lieber sehen, als ihren Sieg, denn erst dann wüchse ihre Aussicht, Caprivi durch Bismarck oder sonst einen Handlanger der brutalsten Ausbeutung und Unterdrückung zu verdrängen.

Diese Zustände innerhalb der bürgerlichen Parteien erklären den trägen Verlauf des Wahlkampfs. Aber wir sagten schon, daß die Gründe der auffallenden und unerwarteten Erscheinung leichter zu erkennen seien, als ihre Folgen. Hierüber ließe sich erst urtheilen, wenn man übersehen könnte, ob und in wie weit die Wählermassen innerhalb der bürgerlichen Parteien sich von den altgewohnten „Führern" zu emanzipiren und auf eigene Faust den Kampf mit dem Militarismus

aufzunehmen geneigt sind. Die Preßorgane der bürgerlichen Parteien geben darüber keinen erschöpfenden Aufschluß; in ihnen spiegeln sich weit mehr die Ansichten und Stimmungen der „Führer“, als der Wähler wieder. Auf der einen Seite spricht Vieles dafür, daß breiten Massen der bürgerlichen Bevölkerung die Augen überzugehen beginnen, daß die Militärvorlage der dicke Tropfen gewesen ist, der den Eimer zum Ueberlaufen gebracht hat; auf der andern Seite muß man mit dem langjährigen Schlendrian und jener politischen Unzuverlässigkeit rechnen, die nun schon so oft und in so verhängnißvoller Weise namentlich in den kleinbürgerlichen Schichten der Bevölkerung hervorgetreten ist. Das Beste hoffen, aber auf das Schlimmste gefaßt sein: ein anderes Programm giebt es noch nicht gegenüber der Wahlbewegung, so weit sie sich in der bürgerlichen Bevölkerung abspinnt.

Um so erfreulicher tritt der proletarische Wahlkampf von Tage zu Tage hervor. Wie einer in der Weltgeschichte aufsteigenden Bewegung sich alle Dinge zum Besten kehren müssen, so kommt der etwas matte Gang der Wahlbewegung der Arbeiterklasse gerade gelegen, um ihre politische Ueberlegenheit über alle bürgerlichen Parteien zu zeigen. Seit 1878, seit einem halben Menschenalter, mußte sie in allen Wahlschlachten um ihr Dasein ringen, und wenn sie in diesem heißen Kriege ihre letzte Fiber anspannte, so that sie, was Ehre und Pflicht, aber auch was Sein oder Nichtsein geboten. In dem gegenwärtigen Kampfe darf sie zeigen, daß die Gebote der politischen Ehre und Pflicht für ihre Wähler nicht minder dringend sind, weil sie nicht mehr von der Nothwendigkeit, das nackte Leben zu sichern, so unterstützt werden wie früher. Alle die tausend Bedenken und Rücksichten, welche die bürgerlichen Parteien lähmen, berühren die sozialdemokratische Partei nicht mit einem Hauche. In geschlossenen Reihen entfaltet sie ihre Bataillone, gleich fertig zum Angriff wie zum Widerstande: ein „Verwalter des Schlachtfeldes“, wie er noch in keiner Wahlschlacht jemals gesehen worden ist. Die Arbeiterklasse ist die Reserve, die den schwankenden Schaaren der bürgerlichen Opposition erst Halt und Nachdruck giebt, die dem lüsternen Begehren der feudal-kapitalistischen Reaktion erst Furcht und Sorge einflößt, und die, ob die Würfel nun so oder so fallen, das Schlachtfeld behaupten wird.

Die internationale Bedeutung des Wahlkampfes in Deutschland.

Von **Eduard Bernstein.**

Daß ein Wahlkampf, bei dem die Frage des Militarismus eine so große Rolle spielt, wie bei dem gegenwärtig in Deutschland geführten, das übrige Europa nicht kalt lassen würde, war vorauszusehen. Nationale Verhetzungen und zollpolitische Absperrungsmaßregeln haben zwar zur Folge gehabt, daß die Entwicklung des internationalen Verkehrs nicht überall mit der Entwicklung der Verkehrsmittel, und, vor allem, der Verkehrsmöglichkeiten gleichen Schritt hielt, aber sie haben eben auch nur ihren Fortgang verlangsamen, nicht aber ihn verhindern können. So sehr ist trotz aller Gegenarbeit feindseliger Faktoren der internationale Verkehr gestiegen, so sehr sind die internationalen Zusammenhänge engere geworden, daß fast auf allen Gebieten des sozialen und politischen Lebens jede nachhaltige Bewegung in dem einen Lande ihren Nachhall in den übrigen Ländern

findet. Keine technische Neuerung, die nicht sofort international eingeführt würde, keine tiefergreifende wirthschaftliche Institution, die nicht in der einen oder andern Weise überall nachgeahmt würde — nie war der Zug nach internationaler Gleichförmigkeit des gesellschaftlichen Lebens so stark als in unserer Zeit der künstlichen Steigerung nationaler Gegensätze.

International ist nun vor allen Dingen auch der Militarismus. Es klingt parador, zu sagen, daß der Militarismus in seiner Internationalität heute die „wahren Wurzeln seiner Kraft“ besitzt, aber gerade, daß man die Sache so parador ausdrücken kann, ohne dabei nur um eines Haares Breite von der strengsten Wirklichkeit abzuweichen, zeigt den Widersinn des ganzen Verhältnisses. Als nationale Institution würde der Militarismus in seiner heutigen Gestalt und mit seinen heutigen Ansprüchen von keinem der auf entwickelter Kulturstufe stehenden Volke ertragen werden, nur seine Internationalität hält ihn über Wasser und ermöglicht ihm, immer neue Knospen anzusetzen. Es ist auch keine Uebertreibung, noch einen Schritt weiter zu gehen und von einer internationalen Solidarität des Militarismus zu sprechen. Im Großen und Ganzen ist ja wohl für Europa die Zeit vorbei, wo das Kriegerthum ein Handwerk war und Anführer wie Soldaten sich für Lohn an Jeden verdangen, der gerade einen Feldzug zu führen hatte, unbekümmert gegen wen und gegen was es ging, wenn dieses Verdingen auch in gewissem Umfange immer noch vorkommt. Und so wäre es geschmacklose Uebertreibung, mit Bezug auf die heutigen Repräsentanten des Militarismus von einem internationalen Landsknechtsthum zu sprechen. Aber so vortreffliche Patrioten z. B. die Herren von Kaltenborn und Miribel in ihrer Art sein mögen, als Vertreter militärischer Einrichtungen haben sie in sehr vielen Punkten durchaus solidarische — ich möchte sagen, zunftmäßig gemeinsame Interessen, ob sie sich nun jedesmal darüber Rechenschaft geben oder nicht. Jeder wünscht und muß wünschen, die Armee, die er vertritt, auf der Höhe militärischer Vollkommenheit zu sehen, wie er dieselbe gerade versteht, und im gleichen Ideenkreise herangebildet, werden wohl beide in dieser Hinsicht so ziemlich den gleichen Standpunkt einnehmen. So daß man also möglicherweise gar nicht weit fehl greift, wenn man die Vermuthung ausspricht, daß die neue Militärvorlage der deutschen Reichsregierung in den Kreisen französischer Heerführer günstigere Aufnahme gefunden haben mag, als im deutschen Volke, und die Ersteren im Stillen lebhaft die Annahme der Vorlage wünschen, um alsdann daheim mit einer entsprechenden Vorlage herausrücken zu können. Jeder Beruf entwickelt eigene Ideenverbindungen, und der des Militärs sicher nicht zum Wenigsten.

Aber obwohl diese idiosynkratische oder subjektivistische Seite der Frage ein durchaus nicht zu unterschätzender Faktor ist, ist sie doch bei alledem eine sekundäre Erscheinung, der Reflex der Solidarität in den Dingen. Die Herrschaft des Militarismus in dem einen Lande rechtfertigt und bedingt unter den gegebenen Verhältnissen seine Herrschaft in so und so viel andern Ländern. Der deutsche Militarismus stützt den französischen, gegen den er die vermeintliche Gegenwehr bildet, und desgleichen umgekehrt.

Das ist im Grunde der Sache nichts Neues — wer könnte überhaupt über den Militarismus Neues sagen? — aber man kann die Thatsache der Solidarität des Militarismus hüben und drüben gar nicht scharf und drastisch genug zum Ausdruck bringen.

Für die Vertreter der Regierungs- und Militärparteien ist es eine stehende Phrase, daß wer hüben ihren Forderungen für den Moloch des Militarismus Widerstand leistet, dadurch von selbst die Geschäfte der Vertreter des Militarismus

drüben besorgt. Nichts aber kann falscher sein als das. Wer hüben eine Forderung bewilligt, bewilligt mit dem gleichen Athemzuge eine Forderung drüben, wer hüben eine Mehrforderung abschlägt, schlägt damit zugleich auch drüben eine solche ab. Nicht die Vertreter des Militarismus, nicht die Kriegsparteien des Auslandes haben gejubelt, als der deutsche Reichstag die Militärvorlage verwarf, sondern es waren auch im Auslande die Anhänger des Friedens, die Gegner der Kriegs- und Militärparteien, die diesen Akt mit aufrichtigem Beifall begrüßten. Ihre Widerstandskraft gegen ähnliche Zumuthungen daheim wurde unendlich gestärkt, und der Sache des Friedens auf diese Weise ein großer Dienst geleistet. Wenn die nationalen und patriotischen Anwälte der Regierungsvorlage mit ihren Drohungen Recht gehabt hätten, so hätte die Ablehnung der Vorlage eigentlich sofort die Kriegserklärung von Seiten Frankreichs und Rußlands wider Deutschland zur Folge haben müssen. Aber nichts dergleichen ist eingetreten und nichts dergleichen wird eintreten.

Obwohl es nicht die Militär- und Kriegsfrage allein ist, die auf den Völkern lastet, und obwohl sie für den Wahlkampf in Deutschland durchaus nicht allein ins Gewicht fällt, ist sie es doch, die für die internationale Bedeutung der diesmaligen Wahlen im Vordergrund des Interesses steht. Ein Sieg der entschiedenen und zuverlässigen Gegner der Vermehrung der Heereslast, vor allem ein Machtzuwachs der Sozialdemokratie wäre eine Friedensdemonstration von großartigster Wirkung, der sich keine noch so kriegslustige Partei des Auslandes entziehen könnte. Und sie wäre mehr als das. Sie würde Deutschland weitherum Sympathien erobern, wo es heute mit Mißtrauen und Abneigung betrachtet wird.

Denn man mag nun sagen, was man will, Thatsache ist, daß fast überall im Auslande Deutschland, d. h. die deutsche Reichspolitik, für den gegenwärtigen Stand der Dinge in Europa verantwortlich gemacht wird. Deutschland gilt als das Land des Militarismus vor allem, und damit oder dadurch als der eigentliche beständige Bedroher des Friedens. Und man hat gut reden, daß Deutschland nur rüste, um den Frieden zu erhalten. Einmal ist diese fortgesetzte Rüstung, die die Andern zwingt, es Deutschland nachzumachen, gewissermaßen selbst schon eine Art Kriegsführung — ich weiß nicht, ob der Ausdruck schon gebraucht worden ist, aber man könnte sagen, es ist die kalte Kriegsführung. Es wird nicht geschossen, aber es wird geschröpft. Dann jedoch weiß nachgerade Jeder, daß diese Schröpfung, die gleich dem japanesischen Harakiri in der Weise vor sich geht, daß jede Nation sich selbst die Blutpumpe ansetzt und dadurch die andere veranlaßt, es ihr nachzumachen, kraft innerer Logik dazu treibt, in einem günstigen Moment über den gerade ungünstiger situirten Gegner herzufallen.

Ganz offen wird dies in der vor drei Jahren anonym erschienenen Broschüre „Videant consules" ausgesprochen, und es als der größte Fehler bezeichnet, daß 1887, wo einen Augenblick Deutschland militärisch wesentlich besser dagestanden habe als Frankreich, die damals in Deutschland maßgebenden Personen sich nicht zu einem „tapferen Entschluß" aufschwingen mochten, dessen Nothwendigkeit auch Moltke und der Kronprinz Friedrich Wilhelm verfochten hätten — man beachte wohl, auch der später von den Liberalen als Träger der Friedensidee verherrlichte Friedrich III.! Indirekt deutet der Verfasser auf den verstorbenen Kaiser Wilhelm I. hin, als die für diese Unterlassungssünde verantwortliche Persönlichkeit, und es ist ja bekannt, daß der Genannte aus verschiedenen Gründen in seinem Alter nicht noch einen neuen Krieg provoziren wollte. Daß aber der Anonymus nicht blos vom Hörensagen erzählt, sondern ein wirklich „Eingeweihter" ist, zeigt

der ganze sonstige Inhalt seiner Broschüre. Geschrieben, um die Unzulänglichkeit der damals — 1890 — verlangten Heeresverstärkung darzuthun, enthält sie bereits in allen wesentlichen Punkten die Grundzüge der jetzt zur Diskussion stehenden Militärvorlage. Da ich noch nirgends anderswo auf diesen Hinweis gestoßen, so folge hier ein Satz aus der Broschüre als Beleg. Auf Seite 54 heißt es:

„Um das (die Vermehrung der Zahl ausgebildeter Mannschaften und die Verbesserung der Ausbildung nämlich) zu erreichen, führe man — da wir nun einmal durch das Septennat gebunden sind — zunächst das System der Dispositionsbeurlaubung bis zu seiner äußersten Konsequenz durch, und entlasse die ganzen Jahrgänge nach zweijähriger Dienstzeit. Es ist das um so mehr zu empfehlen, als einerseits bei dem jetzigen Verfahren doch nur die weniger brauchbaren Leute das dritte Jahr dienen, in welchem die Ausbildung gerade dieser Klasse von Leuten verhältnißmäßig wenig gefördert wird.

„An Stelle dieser Leute aber überweise man die Ersatzreserve 1. Klasse und sonst überschießende wehrfähige Leute dem stehenden Heer, und ziehe die zweite Klasse Ersatzreserve zu einer Ausbildung heran — nicht wie sie heute die erste Klasse Ersatzreserve erhält, sondern zu einer solchen, die wirklich — wie das in Frankreich der Fall ist — die Garantie gewährt für eine gewisse militärische Brauchbarkeit.

„Auch für den Zweck dieser Ausbildung würde die geforderte Aufstellung von Friedenskadres für die Landwehrbataillone von wesentlichem Vortheil sein, denn in ihnen wäre das berufene Ausbildungsmaterial gegeben."

Das ist 1890 geschrieben, und wenn man diese und andere Stellen der Broschüre liest, kann man sich des Gedankens nicht entschlagen, in ihr den Schlüssel für manche seitdem vollzogene Veränderungen in der Heeresleitung und den betreffenden Ministerien zu besitzen, eine Art militärpolitischer Programmbroschüre, deren Gesichtspunkte seitdem die Oberhand gewonnen haben. Jedenfalls ist der Verfasser das Mundstück einer starken Partei im höheren Offizierkorps, die man als die „Kriegspartei" bezeichnen könnte. Damit sollen die betreffenden Herren nicht als besonders blutdürstige Ungeheuer hingestellt sein, die den Krieg um seiner selbst willen wollen, persönlich mögen viele von ihnen so human denken, wie man nur immer will, sie ziehen eben nur in ihrer Art die Konsequenzen der gegebenen Situation, mit einer gewissen rücksichtslosen, aber darum noch keineswegs übertriebenen Logik. Wenn es nicht in der Natur der Dinge läge, so würde der Verfasser der Broschüre sich sehr wohl gehütet, es als ein Stück Landesverrath betrachtet haben, urbi et orbi zu gestehen, daß es eine Partei in den leitenden Kreisen Deutschlands giebt, die es für geboten hält, sobald Deutschland Frankreich militärisch überholt hat, „zielbewußt den Krieg herbeizuführen" (57), oder dem soeben ernannten Reichskanzler Caprivi nachzusagen, er habe sich früher mehrfach dahin geäußert, „daß es höchste Zeit für Deutschland sei, mit dem Schwerte klare Bahn zu schaffen" (S. 58). Er wußte, daß seine Broschüre auch im Ausland gelesen und — benutzt werden würde, aber dies hielt ihn so wenig ab, die Karten auf den Tisch zu legen, wie sich die Kriegspartei in Frankreich in ähnlichem Falle genirt hat oder geniren wird, gleiche Erklärungen abzugeben. Die Militärparteien hüben und drüben arbeiten einander ganz bewußt in die Hände — aus Fachidiosynkrasie. Jede weiß, daß sie die andere ja doch nicht täuschen kann, daß dieselbe vom Handwerk so viel versteht, wie sie selbst, daß es gar nicht auf die Worte ankommt, sondern auf die That oder die Thaten, d. h. die Steigerung und Vermehrung der militärischen Kräfte. Die heutigen Rüstungen haben nur einen Sinn, wenn man den Krieg für unvermeidlich hält, daß aber

diejenigen, die ihn für unvermeidlich halten, thöricht handeln, wenn sie sich eine alle Chancen des Erfolgs bietende Situation entgehen lassen, ist vom militärischen Standpunkt aus unbestreitbar. Womit indeß noch keineswegs gesagt sein soll, daß die Herren Militärs jedesmal Recht haben, wenn sie vermeinen, die meisten Trümpfe in der Hand zu haben.

Man gebe sich also gar keinen Täuschungen darüber hin, daß etwa die geplante Vermehrung des Armeebestandes in Deutschland im übrigen Europa als eine Verstärkung der Friedensgarantien betrachtet werde. Nein, die Fachmänner wissen, was sie zu bedeuten hat, und in weiten Kreisen der Volksmassen weiß man es auch. Und was immer die Folgen der Annahme der Vorlage sein werden, vorausgesetzt, daß dieselbe zur Annahme gelangen sollte — ich will sogar das Zugeständniß machen und sagen, was immer nach Annahme der Vorlage in Bezug auf die Frage von Krieg und Frieden geschehen wird, ob es auch selbst nur post hoc und nicht propter hoc, nur hinterher und nicht verursacht durch sie geschieht, das Odium der Verantwortung dafür wird doch auf Deutschland zurückfallen. Und wenn die Herren Militärparteiler das unterschätzen zu können glauben, so giebt es denn doch noch genug Leute in Deutschland, die sich dafür bedanken, immer von Neuem in den Ruf der Bedroher des Friedens und der Freiheit in Europa zu gelangen, für die die Sympathie der Kulturvölker mehr Werth hat als der Ruhm, das vermilitarisirteste Volk der Welt zu sein, das Volk, das sich in Allem von anderen Völkern überflügeln läßt,* um nur die meisten Soldaten, die meisten Gewehre und die meisten Kanonen aufweisen zu können.

Uebrigens ist diese Sympathie keineswegs nur ein moralischer Faktor. Nehmen wir z. B. England, das mir am nächsten liegt. Englands Verhalten kann im Falle eines Krieges zwischen Zweibund und Dreibund von entscheidendem Einfluß sein. Aber in England ist keine Politik möglich, die die Volksmasse gegen sich hat. In unserer demokratischen Epoche sind dem Spiel der Kabinetsabmachungen Grenzen gesteckt, über die hinaus es einfach versagt. Weiter. In Oesterreich und Italien sind große Volkstheile dem Dreibund direkt feindlich, andere sehr laue Freunde und nur eine Minderheit ihm günstig gestimmt. Es kommt also sehr viel darauf an, welcher der beiden äußeren Flügel die Mehrheit, beziehungsweise das moralische Uebergewicht erhält, das ihn befähigt, die große indifferente Masse mit sich fortzureißen, und es ist nicht schwer, sich vorzustellen, in welcher Richtung die Annahme der neuen Militärvorlage hier wirken würde.

Sicher ist, daß wenn Deutschland die Militärschraube schärfer anzieht, Frankreich dies auch thun wird. Man sage nicht, daß ihm das Menschenmaterial dazu fehle. Noch sind seine äußersten Hilfsquellen nicht erschöpft, und eventuell wird es den Ausfall auf andere Weise zu decken suchen. Es muß es, um auch nicht einmal den Schein der Erschöpfung auf sich zu laden. Eine etwaige

---

* Man vergleiche z. B. den enormen Aufschwung, den das Volksschulwesen in England seit 1870 genommen hat, mit dem Schneckengang desselben in Deutschland. Im Jahre 1891 wurden in England und Wales allein, theils aus Reichs-, theils aus Gemeinde- und Stiftungsfonds, rund 117 Millionen Mark für Elementarschulen aufgewendet. Dazu kamen noch 29 Millionen Mark Einnahmen aus erhobenem Schulgeld. Im Laufe des Jahres 1891 wurde alsdann das neue Schulgesetz geschaffen, wonach der Staat, beziehungsweise das Reich Zuschüsse behufs gänzlicher Abschaffung des Schulgeldes gewährt, und das Budget für 1892/93 weist denn auch unter der Rubrik Unterrichtswesen 2c. ein Mehr von gegen 32 Millionen Mark auf. Daneben werden immer mehr Sekundarschulen, technische Volksinstitute 2c. ins Leben gerufen — kurz, es wird Alles aufgeboten, das früher Versäumte nachzuholen und das Unterrichtswesen in jeder Hinsicht auf der Höhe der Zeit zu halten.

Opposition wäre aussichtslos, sobald in Deutschland sich eine Mehrheit für die Regierungsvorlage gefunden. Und nach Frankreich kommen die anderen Mächte. Ueberall wird es heißen: mehr Mannschaften, mehr Geld. Bildet man sich ein, daß dies den Dreibund populärer machen, die Sympathien für Deutschland stärken wird?

Ich habe es früher einmal ausgesprochen und wiederhole es: was immer die Fehler der Franzosen sind, als das Volk, das die Aera der politischen Freiheit in Europa eingeläutet, verrottete Regierungssysteme und Regierungen über den Haufen geworfen hat und die modernste Form der politischen Verfassung vertritt, genießen sie bei den meisten Völkern noch immer große Sympathien. Wir Deutsche wurden eine Zeit lang hochgeschätzt als das Volk der Ideen, der Wissenschaftlichkeit par excellence. Das ist heut nicht mehr der Fall, Deutschland hat noch seine Spezialitäten, aber es nimmt keine Ausnahmestellung in Bezug auf Wissenschaftspflege mehr ein. Dafür haben wir den Ruf, eine Nation von Soldaten zu sein, den Alp des heutigen Militarismus über Europa heraufbeschworen zu haben. Die Aera Bismarck hat unseren Namen weithin verhaßt gemacht, man staunte den Mann an und verachtete die Nation, die sich von ihm tyrannisiren ließ — sein Ruhm war die Schmach Deutschlands. Als er gestürzt wurde, athmete man überall auf. Man glaubte, auch sein System sei gestürzt, es werde eine freiere Aera anbrechen. Der Fall des Sozialistengesetzes, die ersten Schritte in Bezug auf den Arbeiterschutz, die neuen Handelsverträge wurden als Symptome in dieser Richtung ausgelegt. Aber es ist bei den paar Symptomen geblieben, und nun kommt die neue Forderung für den Kriegsmoloch und steigert die Enttäuschung zur gründlichsten Verstimmung.

Mit der gespanntesten Aufmerksamkeit sieht man daher im Ausland dem Ausgang des Wahlkampfes entgegen. Wird die Opposition siegen? Wie stark wird die Sozialdemokratie in den Reichstag einziehen? Das ist die Frage, die man überall hört. Und noch einmal, es ist lächerlich, zu behaupten, die Feinde Deutschlands wünschten die Niederlage der Regierungsparteien. Alle Gegner des Krieges, alle Feinde nationaler Verhetzungen, Alle, die für freundschaftliche Beziehungen der Kulturnationen zu einander, für Förderung der Freiheit und Wohlfahrt aller Völker sind, wünschen sie.

Folgten z. B. die Engländer blos ihrem nationalen Egoismus, so könnten sie nichts sehnlicher wünschen als den Sieg der Militärpartei in Deutschland. Nicht nur, daß sie bei der Spannung zwischen den Mächten auf dem Festlande den lachenden Dritten spielen würden, sie würden auch eine recht unangenehme Konkurrenz los. Denn das untersieht keinem Zweifel, daß die erste Wirkung der neuen Militärlast eine weitere Schwächung der Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie auf dem Weltmarkte sein würde.

Gerade diejenigen, die nicht auf so engherzigem Standpunkt stehen, wünschen einen Sieg der Opposition, und groß ist die Sympathie mit der Sozialdemokratie, denn alle Welt weiß, daß sie die entschiedenste Friedenspartei ist. Und hier möchte ich Eines einflechten. Man kann die jetzige Militärfrage nicht von der Frage Elsaß-Lothringen trennen, beziehungsweise von der Debatte über die Frage dieser Provinzen. Und da stellt es sich immer deutlicher heraus, welch großen Dienst diejenigen unserer Genossen der Sache des deutschen Volkes geleistet, die im Jahre 1871 gegen die gewaltsame Annexion und für das Recht der Selbstbestimmung der Völker ihre Stimme erhoben haben. Daß es in Deutschland eine Partei giebt, die, wo Alles vom Kriegsjubel berauscht war, so mannhaft die Fahne des Rechts hochhielt, und daß diese Partei heute die numerisch stärkste in Deutschland

ist, das ist eine Waffe nicht in den Händen der Feinde, sondern in den Händen der Freunde des deutschen Volkes, in den Händen derer, die die Feinde der Kriegsparteien des Auslandes sind. Unsere Genossen können damals die ganze Tragweite ihres Protestes kaum übersehen haben, aber wir sehen es jetzt vor uns, wie ungeheuer zeitgemäß es damals war, kühn und unerschütterlich einen „unzeitgemäßen" Standpunkt zu vertreten.

Daß die Sozialdemokraten des Auslandes mit ganz besonderem Interesse dem Resultat des Wahlkampfes entgegensehen und auf einen glänzenden Sieg der deutschen Sozialdemokratie hoffen, der nicht verfehlen kann, auch ihrer Agitationsthätigkeit zu Gute zu kommen, ist zu selbstverständlich, als daß wir dabei besonders zu verweilen brauchten. Von ihnen war das nicht anders zu erwarten. Aber, wie gesagt, auch sehr viele Sozialisten oder besser Nochnichtsozialisten werden diesmal mit besonderem Interesse in den Wahlberichten nach den Mittheilungen über die Stimmenzahlen der Sozialdemokratie suchen.

Es ist sicher übertrieben zu sagen, daß der heutige Militarismus das nothwendige Produkt des Kapitalismus, von ihm untrennbar sei. Der Kapitalismus existirt, auch wo dieser Militarismus nicht vorhanden ist. Er braucht Soldaten, um eventuell das Volk niederzuhalten, aber er braucht dazu kein stehendes Heer mit einer Friedenspräsenzstärke von über einer halben Million Menschen. Man thut also meines Erachtens diesem Militarismus, dem wir heute gegenüber stehen, zu viel Ehre an, wenn man ihn als einen organischen Zwillingsbruder des Kapitalismus hinstellt, der doch mit all seinen Auswüchsen wenigstens eine nothwendige Durchgangsstufe im Entwicklungsgange der Gesellschaft ist. Aber trotzdem es somit theoretisch denkbar wäre, selbst auf dem Boden der bestehenden Gesellschaftsordnung dem Militarismus ernsthaft zu Leibe zu gehen, sehen wir, daß nicht eine einzige der die kapitalistische Gesellschaftsordnung anerkennenden Parteien dies thut, nicht eine einzige ihn grundsätzlich und konsequent bekämpft. Die Einen haben nicht den Willen und die Andern nicht den Muth dazu. Entschuldigen wir den bösen Willen der Einen und den mangelnden Muth der Andern nicht dadurch, daß wir ihnen das Zugeständniß machen, daß ihre herrliche Gesellschaftsordnung von dem Bestande eines herrlichen Heeres abhängt. Gegen Sozialdemokraten hilft keine Million Soldaten, aber die Sozialdemokratie ist, wie die Dinge in Deutschland liegen, die einzige Partei, die den Willen und den Muth hat, dem Militarismus an den Leib zu gehen, und die ihn auch besiegen wird.

Die Konservativen und der Antisemitismus.

Von **Max Schippel.**

Die Stellungnahme der Konservativen zu dem Antisemitismus wechselt, je nachdem der Wind mehr von oben oder von unten weht. Vor dem Reichskanzler die Verwahrung gegen den Radau-Antisemitismus — vor den Bauern auf Tivoli die Hochs aufs Ahlwardt. Im Parlamente „staatsmännisch" wie Herr v. Mirbach-Sorquitten — im Lande draußen „demagogisch" wie Herr Ullrich-Chemnitz. Einzelne der konservativen Kapazitäten vereinigen sogar Entrüstung und Begeisterung in demselben Busen, wie die Höhle des Aeolus alle Winde. So Herr v. Frege, der im Reichstage gelegentlich der „Hoffnung" Ausdruck giebt, die antisemitische „Sturzwelle" werde sich rasch „verlaufen" und der dann wieder seine Kongreßlandwirthe gegen die „Judenjungen" hetzt, die an der Produktenbörse die Preise verderben. Oder wie Herr v. Friesen, der in Sachsen den Antisemitismus hoffähig machen half und der nun wie ein alttestamentarischer Prophet Klagelieder über ihn anstimmt, weil der

struppige Geselle, sowie er sich stark fühlte, sofort daran ging, seinen Gönner mit unangenehmen Resolutionen zu bombardiren, und endlich gar dazu beitrug, ihm in seinem angestammten Wahlkreis den Stuhl vor die Thüre zu setzen.

Auf die Bedeutung, welche der Antisemitismus für die konservative Bewegung, erst in den großen Städten, dann immer mehr in der Provinz, gewonnen hat, wollen wir heute nicht weiter eingehen. Die Gründer- und Krachjahre der Industrie, die bald schleichende, bald akute Krisis der Landwirthschaft haben ihm überall, ganz anders wie früher, den Boden bereitet. Denn geistig zehrt er nur von dem und käut er unermüdlich wieder, was schon zur Zeit des Kampfes um die Judenemanzipation bis zum Ueberdruß häufig wiederholt wurde. Dieselbe Weise klingt auch später noch lange durch die ganze konservative Publizistik, wenigstens die Altpreußens, hindurch, bis die Gründung des Norddeutschen Bundes und des Deutschen Reiches auf ein Jahrzehnt diese Anklagen und Warnungen in den Hintergrund drängte.

Wer diesen alten Antisemitismus kennen lernen will, der findet in der politischen Literatur jener Tage manche gute Zusammenfassung alles ostelbisch-junkerlichen Ingrimms gegen die inferiore Rasse, die dem Landadel längst wirthschaftlich und geistig über den Kopf gewachsen war und ihm im öffentlichen Leben überall — — gesellschaftlich, literarisch, politisch — als trefflicher Minirer gegenüber stand. Das Konzentrirteste bietet vielleicht die bekannte Enzyklopädie des preußischen konservativen Wissens, das geistig ebenso dürftige wie politisch-historisch lehrreiche Wagener'sche „Staats- und Gesellschaftslexikon" (im 3. Band, 1862, Seite 599—692 unter „Judenthum").

Einige Zitate werden zeigen, wie sehr die Blüthe des preußischen Konservativismus von jeher dem Radau-Antisemitismus zuneigte.

Seit der Ausbreitung des Christenthums ist nach unserer Quelle dem Judenthum die „Rolle der wühlenden, untergrabenden und profitirenden Opposition vorbehalten" gewesen. Jeder revolutionäre Sündenfall der Menschheit ist, wenn auch nicht seit Adams und Abrahams, so doch seit Christi Zeiten durch Juden und „Judengenossen" herbeigeführt worden — auch diese Bezeichnung verwendet der preußische Enzyklopädist bereits. Im alten Rom „förderten die Juden die mannigfachen Revolutionen durch ihre Hetzereien unter dem hauptstädtischen Pöbel", und nicht minder war die Bewegung von 1848, „der Aufstand der Mittelmäßigkeit gegen das historische Deutschland", ein spottschlechtes Judenmachwerk; ja, „es ist uns keine Profanation, wenn die Kaisermacherei ein jüdisches Geschäft genannt wird." Man sieht: in dem Tone, in dem heute die Jungen über die bismarck-liberale Aera des Reiches zwitschern, haben ihnen dereinst schon die Alten über den „Völkerfrühling" vorgesungen. „Der Aerger der natürlichen und antiken Seele über ihre Entthronung — heißt es zur Begründung — schuf einen prinzipiellen Revolutionszustand und erhob den Groll und die Verbitterung zu einer weltgeschichtlichen Macht. In der Empörung des alten Adam und des adamitischen Menschen gegen die Wiedergeburt und den neuen Menschen . . . gingen die Juden voran." „Gleich profitirend betheiligten sie sich an der neueren Aufklärung, endlich an der Revolution, und noch in diesem Augenblick jubeln sie den Unruhen in Polen, Ungarn, Italien zu, sehen sie ihren Trost im revolutionären Frankreich und begrüßen in den Erschütterungen der christlichen Weltordnung die Geburtswehen ihrer messianischen Zeit und die sicheren Vorboten ihrer Weltherrschaft." Wie heute die „Alliance Israélite", wenn sie die Sozialdemokratie mit Börsengeldern großzieht! „Wir haben . . . die wohlüberlegte, in den Jahrhunderten der talmudistischen Entwicklung (bis zum Schluß des sechsten Jahrhunderts n. Chr.) langsam destillirte und formulirte Bosheit und Verstandesgemeinheit einer Rasse vor uns, die einer neuen Welt, von der sie sich überflügelt sah, die sie aber nicht mehr verstehen und fassen konnte und in die sie nicht eingehen wollte, den Hochmuth und die Rachsucht ihres Blutes entgegenstellte." Denn, heißt es wiederum an einer anderen Stelle, zwar „gute Rechner", bleiben die Juden doch „ewig Idioten".

Aber nicht nur ihr Trachten, auch ihr Dichten war böse von jeher. „Und wenn man uns alle Judendichter bis auf die neuesten Dramatiker der Berliner

Vorstadt- und Hoftheater herzählte, so würden wir keinen deutschen Dichter unter ihnen finden können. Das grinsende Auszannen der Romantik, womit sich Heine einen Spaß gemacht hat, Börne's hektisches Rasen und Putschen, eines Karl Beck psalmodirendes Aufstandsgeheul, eines Titus Ulrich gleich psalmodirendes Stöhnen nach dem reinen Menschenthum — dieses Alles bis zu der patriotischen Effekthascherei der jetzigen jüdischen Theaterstücke und der Verherrlichung des edlen Juden auf Kosten des Christen können wir nicht deutsch nennen." Die Juden, erfahren wir dann nach Voigt, hätten „noch kein eigentliches Genie, keinen wahrhaft großen Mann aufzuweisen; alle ihre Talente und Kenntnisse drehten sich um Ränke, Kniffe und Pfiffe, mit einem Worte, sie hätten alle nur einen Judenverstand."

„So herrschbegierig der Jude ist, so kann er doch kein wirklicher Herr sein, nicht einmal einen Herrn agiren. . . . Ueberhaupt kann der Jude kein gnädiger Herr sein, die Jüdin keine gnädige Frau. . . . Im herrschaftlichen Verhältniß ist der Jude entweder brutal und hartherzig oder unachtsam und kindisch-nachgiebig, die Jüdin gegen weibliche Dienstboten prätentiös oder cynisch-vertraut. Mit diesem Wechseln zwischen Härte und nachlässigem Gehenlassen macht der Jude das herrschaftliche Verhältniß verächtlich; Gesinde, welches in jüdischem Hauswesen gedient hat, hat daher den Respekt vor der Herrschaft verloren und wird sich nur mit Mühe wieder in ein christliches Dienstverhältniß gewöhnen können." „So wenig endlich, wie es einen jüdischen Herrn geben kann, giebt es einen jüdischen Diener — in beiden, im Herrn und Diener, lebt derselbe Kitzel des Herrseinwollens. Juden können nicht zusammenarbeiten; es fehlt ihnen die Mitte, die sie vereinigen könnte. Eine jüdische Werkstatt ist unter solchen Umständen ein Ding der Unmöglichkeit; würde man das Ding versuchen, so würde nur eine zankende Judenschule herauskommen. Der Jude arbeitet daher entweder allein, oder in größeren Unternehmungen, zu denen er lebendiger Werkzeuge bedarf, mit christlichen Geldarbeitern. Man hat noch nicht von Fabriken gehört, in denen unter einem jüdischen Herrn jüdische Arbeiter ständen; für das neue (will ungefähr sagen: kapitalistische) Herrenverhältniß zu den Arbeitern ist gerade der Jude wegen seiner Unfähigkeit zum amtlichen (etwa: feudalen) Herrenthum der rechte Mann." Die Juden achten „die christliche Gesellschaft überhaupt für nichts weiter als für einen Weidegrund, der für sie zur Abgrasung bestimmt ist und auf dem sie, je nachdem ein Platz nach dem andern erschöpft ist, ihr Zelt bald hier bald dort aufschlagen. Auch der verbrecherische Kriegszustand, in welchem dieses Parasitenthum seine List und unruhige Betriebsamkeit mit der Gewalt und roher Grausamkeit verbindet und unserer Gesellschaft auf dem Wege des kriminellen Unrechts beizukommen sucht, ist der Ausfluß derselben Grundanschauung von seinem Verhältniß zu uns, die ihm seine Ausbeutung der Gesellschaft als eine nationale That erscheinen läßt." Auch hier also schon die Beschuldigung, daß dem Juden jede Schädigung des Christen, selbst die verbrecherische, als Verdienst erscheine. Und auch hier wird dem Juden ein besonderer Hang zum Verbrechen zugeschrieben. „Zeugt es für eine edle Natur, wenn die Juden dort, wo das Schlechte sich sammelt, sich begierig einfinden und das Schlechte noch schlechter machen? Bringt es ihnen besondere Ehre, wenn ein neuerer britischer Philanthrop, der den Dieben und Spitzbuben Londons ein gründliches Studium gewidmet hat, erklärt, daß diese zu dem, was sie sind, erst durch die Juden von Petticoatlane gemacht werden, die ihnen die gestohlenen Sachen abkaufen und somit Gelegenheit geben, das Gestohlene sofort zu verwerthen? . . . In Posen kam 1858 ein Jude auf 19 Einwohner und ein Verbrechen auf 1955, in Pommern ein Jude auf 110 und ein Verbrechen auf 2747. Es soll damit nicht gesagt sein, daß diese Ueberzahl von bestraften Verbrechen durch Juden begangen seien. Der Jude hält sich hinter der Fronte und ist entweder nur intellektueller Urheber oder auch nur durch seine eigenthümliche Stellung im Verkehr. . . . Sie haben zwei Synagogen in Lissabon, beide sind klein und schmutzig, besonders die eine, in der die Versammlung Mann für Mann nur aus Dieben besteht. Diese elenden Wesen übertreten ohne Bedenklichkeit die ewigen Gebote ihres Schöpfers, aber sie mögen nichts von dem Thiere,

das ungespaltene Klauen, oder von dem Fische der keine Schuppen hat, genießen. .. Unter der niederländischen aus 205 Individuen bestehenden Räuberbande befanden sich 112 Juden. Nach aktenmäßigem Bericht waren die feigsten und grausamsten Angehörigen der Schinderhannes'schen Bande gleichfalls Juden ... Wenn der Talmud uns den Juden gegenüber alles Eigenthumsrecht abspricht und diesen ausschließlich und allein das Eroberungsrecht über die ganze Erde zuerkennt, handeln dann die jüdischen Einbrecher, Räubergesellschaften und Diebesbanden, von deren Unthaten die Chronik der letzten drei Jahrhunderte voll ist und die sich noch neuerlich den Weg in das königliche Schloß zu Berlin zu öffnen wußten, ganz und gar im Widerspruch mit ihren talmudischen Satzungen? Machen sie nicht in ihren Angriffen auf das Gut der Christen, wenn auch in einer etwas irregulären Weise, das Obereigenthumsrecht geltend, welches der Talmud ihrem Stamm und Blut über den Besitz der Völker zuweist?"

„Leib und Seele des Juden sind von den unseren total verschieden. . . . Das Jungenhafte, welches vom Jugendlichen sehr verschieden ist, bildet den Typus des Juden. . . . Wir wissen zu genau, daß der Jude ewig ein Junger bleiben wird, höchstens ein alter Knabe sein kann. . . . Die Juden sind schon in der Jugend untüchtig und empfangen einen siechen Körper mit verdorbenem Blute bereits durch die Geburt. . . . Der Jude kann nicht fest und sicher stehen; es fehlt ihm gleichsam der innere leibliche und seelische Ständer. Sein Fuß ist meistens ein Plattfuß; sein ganzes Untergestell ist in dem unteren Theil, wie beim Neger, meistens schwach und fehlerhaft ausgebildet und oben unrichtig an den Oberleib angefügt; das frühe und übermäßige Anschwellen der Hüften bei den Frauen hat gleichfalls nur bei den Negerinnen eine Analogie; dem Rücken fehlt die Festigkeit des Grats, und er ist schon vorzeitig gekrümmt; der übergroße Wulst des Hinterhauptes, der Sitz der Affekte, schiebt den Kopf nach vorwärts und macht demselben eine würdige aufrechte Haltung unmöglich; das Feuer des Auges ist unruhig und stechend, ohne Stätigkeit und durchdringende Kraft; die Nase, meistens schmal und in ihrer Wurzel auf eine große, gewöhnlich ins Uebermäßige gehende Ausbiegung angelegt, hat statt der Spitze eine zurückgehende und umgebogene Kuppe, eine Eigenheit, die nur dem Juden angehört, bei keinem seiner stammverwandten Brüder in der arabischen Wüste sich vorfindet und das Bild eines Wesens vollendet, welches bei aller Sucht, in die Welt einzugreifen, ihr nicht sicher und frei entgegentreten kann. Nehmen wir zu jenen Eigenthümlichkeiten noch die dicke, fettige Haut und das entzündliche, meistens krankhaft affizirte Blut, so sehen wir im Juden einen weißen Neger vor uns, dem aber die physische Arbeitskraft und robuste Natur des Schwarzen fehlt, und dem dieser Mangel durch ein Gehirn ersetzt wird, dessen Größe und Thätigkeitstrieb ihn den kaukasischen Völkerstämmen annähert. Die gütige Natur hat dem Juden zu dieser Leibeskonstitution eine außerordentliche Selbstzufriedenheit beigegeben; er ist, wie sein provozirend anfragendes Lächeln beim Einhergehen auf der Straße und beim Eintritt in eine Gesellschaft beweist, stolz auf seine natürliche Mitgift und der eitelste Erdensohn. Um so stolzer ist er auf seinen Leib, da die Schlaffheit und Arbeitsunfähigkeit desselben ihn vor den Mühen und Anstrengungen anderer Völker bewahrt und auf die Geschäfte der Spekulation gewiesen hat. Seinen zur Arbeit untüchtigen Leib betrachtet er als seinen Adelsbrief. Weil er ernten muß, wo er nicht gearbeitet hat, hält er sich für den geborenen Aristokraten und geht mit seinem Leibe unter dem Christenvolk (als eine Art großer Herr) beständig im Negligé einher. Der Christ giebt etwas auf seinen Leib. Seine von Einbildung und Eitelkeit himmelweit entfernte Selbstgewißheit drückt sich in der Gehaltenheit seiner Erscheinung, im Maß und in der Würde seines Auftretens, in der Sicherheit seiner Spannkraft und in der Beherrschung derselben aus. Am Juden dagegen ist Alles zerfahren und unordentlich. Seine Leibeshaltung ist schlaff und lâche und zugleich unruhig, schläfrig und quecksilbern, matt und zugleich dissolut, interesselos und doch ausfahrend und zugreifend, unbehilflich wackelnd und wieder sich überstürzend. Selbst die Jüdinnen kommen bei aller Putzsucht über das Saloppe

und Schludernde nicht hinaus. Der Christ ist für die Verklärung des Leibes und läßt Seele und Gemüth in diesem erscheinen; der Jude behandelt seinen Leib wie einen Nothbehelf, den man eben braucht, wie einen Nagel, an dem einmal das Ich hängen muß und an dem es je nach den Stößen der Affekte und Leidenschaften unstät hin und herfährt. Die Werthschätzung, mit welcher der Christ den Leib als seine Heimath und den Tempel Gottes behandelt, drückt er auch in der Pflege seiner Kleidung aus; wie seine Seele den Leib durchleuchtet, so soll auch der Bau seines Leibes, dieses Gottes-Kunstwerk, im Kleid sich darstellen. Dem Juden dagegen ist, trotz aller Eitelkeit und Ziererei, die Kleidung nur eine Hülle, ein Schlafrock, ein Sack und es ist ein charakteristisches Kennzeichen der Verjüdelung der Christen, daß sie von den Juden sich die orientalische saloppe Tracht haben importiren lassen. Einen Hut — das Zeichen der Freiheit — kann der Jude endlich gar nicht tragen, er schwebt immer nach hinten, wohin ihn die Affektenwulst des Hinterhauptes zieht, während der Vorderkopf nach vorn herunterfällt. Der Jude ist kein aufrechtes Wesen. . . . Der unstäte Parasit, der er in der ganzen Welt ist, ist er auch in seinem Leibe. Er hat nicht einmal eine eigene und heimathliche Sprache. . . . Sein Sprachorgan theilt die Fehler seiner ganzen Leibeshaltung: es ist schlaff und wieder plötzlich dahinschießend, schlottrig und mit Gewalt ausfahrend, im Lispeln und Anstoßen der Zunge stockend und plötzlich wieder schleudernd; die Versuche dieses Organs im Deutschen und die Abwechslung zwischen zögerndem Tattern und pfeilschnellem Dahinschießen, in welchem ganze Sätze fast mit Einem Stück der Zunge hingeworfen werden, können wir kein Deutsch nennen, so wenig wir Gehversuche auf dem Glatteis mit abwechselndem Ausgleiten ein Schreiten heißen können."

„Mit derselben profanen Rohheit und Gemüthslosigkeit, mit welcher der Jude seine Leibeshaltung und die Sprache behandelt, benimmt er sich gegen den Staat, in dem er sich gerade zufällig befindet. Die Ehre der Person, des Amts, der Genossenschaft, des Staats ist ihm gleichgiltig und ein fremdes Ding; freilich kann er nur auf den Gedanken kommen, die Zulassung zu Amtsfunktionen und zur Volksvertretung zu fordern. . . . Wenn wir etwas verlangen, so ist es nur das Eine, daß er die Ideale unserer Jugend, Ehre, Glauben, Treue nicht mehr angrinse. . . Doch mag er aufhören wollen oder nicht, wir werden mit seinem Grinsen schon fertig werden. Wir nähern uns der Zeit des Abschlusses. Die Zeit der Gährung und Verwirrung, in der er auf den Gedanken kommen konnte, daß wir ihm unsere Ideale zur Profanirung überließen, wird nicht mehr so lange dauern, als sie bis jetzt gewährt hat. Wir treten in unser Mannesalter, in welchem die Ideale, von denen er glaubte, daß wir sie ihm zur Unterhaltung und Genugthuung auf den Kehrichthausen der Geschichte geworfen haben, in unser Fleisch und Blut verwandelt sein und in weltlicher Wirklicheit die Welt durchdringen werden. Wir werden dann mit den Juden nicht mehr viel zu verhandeln haben und sein Geheimniß, jetzt schon weltbekannt, wird so vulgär sein, daß sich Niemand mehr damit befassen wird. Wir brauchen dann sein Inneres nicht mehr zu erklären und er wird Ruhe haben. Er ist dann, was er ist, und man wird sich nicht mehr darüber aufhalten."

Mit dieser etwas dunklen Offenbarung seien diese Erinnerungen geschlossen, die, für den preußischen Konservativismus an sich schon charakteristisch, in unserer antisemitischen Zeit besonders lehrreich sind.

Einige Streiflichter auf die Lage der Gymnasiallehrer.

Von **L. Scherer.**

Auf den Gymnasiallehrer, namentlich den Geschichte dozirenden, werden heute bekanntlich große Hoffnungen gesetzt. Er soll kräftig miteingreifen in den Kampf gegen die Sozialdemokratie, er soll den heranwachsenden Söhnen der Bourgeoisie nicht nur die richtige Sorte Patriotismus einbläuen, sondern ihnen auch die Irrlehren der Sozialdemokratie auseinandersetzen und ihnen Anleitung geben in der Widerlegung dieser Irrlehren.

In welcher Weise flößt man aber den Gymnasiallehrern die nöthige Begeisterung für diesen so hohen Beruf ein? Wir wollen es versuchen, einige Streiflichter auf ihre Lage zu werfen.

Zunächst wollen wir uns mit einer scheinbar ziemlich unwichtigen Sache beschäftigen, die aber für die Gymnasiallehrer zur Zeit eine brennende Frage bildet. Vor Kurzem erschien in der „Kölnischen Zeitung“ eine anscheinend offiziöse Mittheilung, die bei aller Kürze über preußische Sozialpolitik „Bände redet“.

„Bei den Bestrebungen der Lehrer an höheren Schulen, in Gehalt und Rang verbessert zu werden, war, wie man sich erinnern wird, auch vielfach von dem Pensions- und Privat-Unterrichtswesen die Rede. Nachdem nun das Einkommen der Lehrer vermehrt ist, stellt das Kultusministerium schärfere Maßregeln in Aussicht. Der außeramtliche Nebenerwerb der Lehrer durch Ertheilen von Privatstunden oder durch Halten von Pensionären wird nicht mehr gewünscht oder vielmehr nicht mehr gestattet. Ausnahmen sollen nur in ganz dringenden Fällen, nach Krankheit eines Schülers, oder nach anderen Störungen gemacht werden. Besonders die fest angestellten Lehrer sollen sich nicht mit Privatunterricht beschäftigen, so daß sie verhindert sind, Vertretungen zu übernehmen oder sonst für ihre Berufsarbeiten abgestumpft werden.“

Nach dieser Notiz muß ein unbefangener Leser denken, der preußische Gymnasiallehrer habe bisher ein Ausbeuter-Privilegium besessen, ähnlich wie der Universitätsprofessor der Medizin, der aus seiner Privatpraxis ein zehnmal höheres Einkommen zieht, als aus seinem gut bezahlten Amt. Es sieht so aus, als ob die Lehrer an höheren Schulen aus lauter Geldgier nach einem möglichst großen Nebenerwerb durch Ertheilung von Nachhilfe- und Privatunterricht und durch das Halten von Pensionären aus den „besseren Ständen“ streben, selbst nachdem ein einsichtsvoller Kultusminister ihnen durch Vermehrung ihres Amtseinkommens ein standesgemäßes Auskommen gesichert hat. Es soll so aussehen, als ob das Kultusministerium nun mit Recht darauf hinweist, daß, wer vom Staat reichlich zu essen bekommt, auch für den Staat reichlich arbeiten soll, nicht nur durch die normalen Unterrichtsstunden, Konferenzen, Prüfungen, Durchsicht der Schülerarbeiten u. s. w., sondern auch durch Ueberstunden, wenn Vertretungen zu übernehmen sind. Es sieht so aus, als habe die hohe Behörde die Pflicht, darüber zu wachen, daß der Lehrer nun nicht mehr durch private Ueberarbeit im Dienst des Kapitalismus, durch die Privatunterrichts-Hausindustrie „für seine Berufsarbeiten abgestumpft“ werde.

Die Lehrer an höheren Schulen wissen indeß recht gut, daß die Erhöhung ihrer Gehälter eine klägliche ist; sie haben sogar den Mannesmuth, das öffentlich auszusprechen. Dennoch hat die große Mehrheit keine prinzipiellen Bedenken gegen eine äußerste Beschränkung und Beaufsichtigung des Privatunterricht-Erwerbs, weil sie eine „Hebung“ des Berufs und seines Ansehens davon erhofft. Wer Reserveoffizier ist und seine Lebensgefährtin nur aus den „ersten Kreisen“ nehmen will, beansprucht vom „Staat“ den Rang der Räthe vierter bis zweiter Klasse mit den entsprechenden Einnahmen, und verspricht als Gegenleistung wirksamste Bekämpfung des sozialistischen Giftes. Die kleinbürgerliche Minorität der Lehrer aber ist in derselben Lage, wie das Handwerk. Jeder weiß, daß es ihm schlecht geht, Jeder räsonnirt ins Blaue hinein und Keiner sucht nach den Wurzeln des Uebels.

Wo diese liegen, wollen wir an der Hand einiger Zahlen nachweisen, die den Haushaltungsetat eines achtunddreißigjährigen Gymnasiallehrers darstellen. Der Mann hat seit elf Jahren Anstellung und Gehalt; er fing mit 1800 Mark Einkommen als Hilfslehrer an und heirathete gleich im Alter von siebenundzwanzig Jahren, weil seine Mutter mit ihm zusammenziehen und 2100 Mark zur Haushaltung beisteuern konnte. Mittlerweile ist das Amtseinkommen auf 3900 Mark gestiegen, und das Gesammteinkommen der Familie, die jetzt aus der Mutter, dem Ehepaar, fünf Kindern im Alter von zehn bis drei Jahren und zwei Dienstmädchen, also aus zehn Personen besteht, beträgt 6000 Mark.

Zu den Ausgaben für das Jahr 1892 sind einige erläuternde Bemerkungen zu machen. Man wohnt in einer mitteldeutschen Stadt von unter 100 000 Einwohnern, wo

die Lebensmittel und Dienstbotenlöhne lange nicht so billig sind, wie etwa in Schlesien oder Preußen. Die Stadt erhebt indirekte Steuern, wie Schlachtsteuer und Biersteuer.

Unser Lehrer wohnt vor der Stadt, um für eine geräumige Wohnung von sechs Zimmern und Zubehör nicht eine allzuhohe Miethe zu bezahlen und den Luxus eines Gartens beim Hause zu genießen.

Die alte Mutter und der nicht besonders kräftige Mann vertragen keine grobe Kost. Auch aus allgemeinen hygienischen Gründen gönnt sich die Familie eine reichliche Fleischnahrung mit entsprechendem Verbrauch von Butter, Milch, Gemüse und dergleichen, während verhältnißmäßig wenig von Brot und Kartoffeln gebraucht wird. Die ständigen Dienstboten und Personen, die zeitweilig im Hause arbeiten, wie eine Waschfrau oder Flickerin, erhalten dieselbe Kost, wie die Familie im engeren Sinne.

Folgend verzeichnen wir die Ausgabeposten:

Posten	Betrag	
Wohnung	900	Mk.
Fleisch, Fleisch- und Wurstwaaren	850	„
Brot und Bäckerwaaren	380	„
Milch (175 Liter zu 20 Pfennig)	350	„
Butter (190 Pfund zu 120 Pfennig im Mittel)	230	„
Eier	180	„
Gemüse, Obst, Kartoffeln	250	„
Kolonialwaaren (einschließlich Petroleum)	650	„
Wasser (20 Mark), Bier (140 Mark), Wein (40 Mark)	200	„
Kleidung	380	„
Löhne für die Dienstmädchen, Nätherinnen 2c. (einschließlich Ausgaben für Versicherung und übliche Geschenke)	370	„
Arzt und Apothekerwaaren	120	„
Unterricht und Schulbücher für die Kinder	370	„
Kohlen, sonstiges Feuerungsmaterial, Schornsteinreinigung, Reparaturen an Oefen	300	„
Zigarren und Tabak	70	„
Bücher und Zeitungen	90	„
Vereine und „Wohlthätigkeit“	50	„
Ausflüge und Vergnügungen	80	„
Sonstige Ausgaben (für Instandhaltung der Möbel, Ersatz von Geschirr, Feuerversicherung)	180	„
Summa	6000	Mk.

Da ist also das ganze Einkommen der Mutter und des Mannes draufgegangen. Um Steuern entrichten, während der großen Ferien eine kleine Reise machen und für eine Lebensversicherung zahlen zu können, mußte Privatunterricht ertheilt werden.

Das Fortfallen dieses Nebenerwerbs würde somit eine Veränderung der Lebenshaltung nothwendig machen. Durch Einschränkung des Verbrauchs an Fleisch, Milch, Butter und Eiern müßten einige hundert Mark „erspart“ werden; der Mann müßte sich das Rauchen und das tägliche Glas Bier abgewöhnen, die Frau die Arbeitslast eines Dienstmädchens sich und dem anderen Dienstmädchen aufladen — um des Lebens Nothdurft bestreiten zu können.

Immerhin könnte die Familie noch ohne Noth existiren. Nicht, weil das Amtseinkommen des Mannes „nun vermehrt“ ist, sondern weil der Zuschuß der alten Mutter zur Haushaltung ein recht beträchtlicher ist, da er mehr als ein Drittel des Gesammteinkommens der Familie beträgt. Wie diese mit 3900 Mark sich „standesgemäß“ einrichten könnte, wenn die gute Mutter nicht da wäre — das wissen wir nicht, und die Herren Sozialpolitiker und Geheimräthe auch nicht. Ehe und Familie sind heutzutage ein Luxus, den sich selbst ein Beamter von Rang und Gehalt eines Gymnasiallehrers nur schwer erlauben kann, wenn er lediglich auf sein Amtseinkommen angewiesen ist.

Die Hurrahpatrioten und Sozialistenfresser unter den Gymnasiallehrern suchen dieser Unannehmlichkeit zu entgehen, indem sie mit der Verheirathung so lange warten, bis ihnen ihre Stellung erlaubt, nach einer „guten Partie“ Umschau zu halten. Und

die ehrlichen Ideologen, die in dem höheren Lehrerstande immer noch vertreten sind, lassen sich vorreden, der übermäßige Andrang zum Lehrerberuf sei die eine, die bureaukratische Auffassung, daß die Verwaltungs- und Justizbeamten bei einer allgemeinen Aufbesserung der Beamtengehälter den Vorrang haben müssen, die andere Ursache der unbefriedigenden Verhältnisse. Der Ideologe, hundertmal enttäuscht, wenn die wohlwollende Regierung endlich einmal den Beutel zog und für ihn nur Rechenpfennige herauskamen, vertraut dennoch immer den Versprechungen für die Zukunft und bleibt militärfromm. Schließlich bekehrt er sich zum Neu-Malthusianismus und studirt „die Mittel zur Verhütung der Konzeption", zumal die Beschränkung der Kinderzahl auch von den vorgesetzten Behörden oft als ein Mittel zur Hebung sozialer Uebelstände betrachtet zu werden scheint. Als vor einiger Zeit ein Beamter einen hohen Vorgesetzten um Verleihung einer besseren Stelle bat und darauf aufmerksam machte, daß er vier Kinder zu erziehen habe, antwortete der Herr Geheimrath im naivsten Ton mit der Frage: „Warum haben Sie so viele Kinder?" Wir können leider nicht statistisch nachweisen, daß der Gymnasiallehrer fin de siècle nur selten sich den Luxus des Proletariats erlaubt und den Segensspruch des Herrn Pastors bei der Trauung: „Sein Weib wird sein wie ein fruchtbarer Oelbaum" Wirklichkeit werden läßt. Aber die Zahlen, die wir von einzelnen Lehranstalten mittheilen können, reden deutlich genug.

Der Vater der Spar-Agnes wird freilich nicht zugeben, daß ein Mann, der im 27. Lebensjahre 1800 Mark, im 38. sogar 3900 Mark Arbeitseinkommen bezieht, sich als Proletarier fühlen und den Ordnungsparteien entfremden kann. Nun wohl, wir erwarten einen zahlenmäßigen Nachweis, daß und wie man mit einem solchen Einkommen eine Familie begründen und „standesgemäß" unterhalten kann. Aber Zahlen müssen es sein; keine Phrasen und allgemeine Redensarten, besonders aber keine Spar-Romane können die Thatsache widerlegen, daß nicht allein die Lehrer, sondern alle Beamten des Staats, die gleiche Gehaltsverhältnisse haben wie unsre Lehrer, entweder zum Nebenerwerb im Dienst des Kapitalismus oder zu einer Herabdrückung ihrer Lebenshaltung unter das bürgerliche Durchschnittsmaß gezwungen werden, wenn mit dem Gehalt allein die Bedürfnisse einer Familie zu befriedigen sind.

Es sieht so aus, als würden die bürgerliche Gesellschaft und ihre Vertretung, der Staat, diese Thatsache anerkennen, oder ihr instinktiv Rechnung tragen, da dieser systematisch vorgeht mit Maßregeln, welche dem höheren Lehrerstande und dem Beamtenheer alle jene Elemente fernzuhalten geeignet sind, die dereinst blos auf ihr Diensteinkommen angewiesen wären, namentlich die Söhne des Kleinbürgerthums. Dahin gehört die Erhöhung der Schulgelder an höheren Schulen und der Kosten des Universitätsstudiums, die Verlängerung der Ausbildungszeit, die Verschärfung der Staatsprüfungen, die Ausdehnung der Probedienstzeit und die Verwendung als Hilfsarbeiter. Wer für den bürgerlichen Staat geistig arbeiten will, muß eine Reihe von Jahren vom Mitgebrachten leben können, und deswegen ist die Begünstigung der besitzenden Klassen durch solche Maßregeln ebenso „natürlich", wie die Furcht vor einem studirten Proletariat, womit man den Ausschluß der Söhne des Kleinbürgerthums von den höheren Bildungsanstalten beschönigt.

Und der Erfolg davon? Auf der einen Seite wird ein Sicherheitsventil der steigenden Unzufriedenheit im versinkenden Kleinbürgerthum verstopft, auf der anderen Seite wird das höhere Beamtenthum und die höhere Lehrerschaft korrumpirt, da, neben der „Gesinnungstüchtigkeit" immer mehr nicht die persönliche Befähigung, sondern die Länge des Geldbeutels Vorbedingung der Karrière wird. Neben den bevorzugten Elementen, in denen die Unfähigkeit sich immer breiter macht, finden sich aber immer noch zahlreiche Beamte und Lehrer, die, blos auf ihr Diensteinkommen angewiesen, stets an der Schwelle der Noth stehen und sich immer mehr mit Verbitterung erfüllen.

Und diese Elemente sollen berufen sein, der Sozialdemokratie in den Schulen den Boden abzugraben?

Wir sehen ruhig unserer Unterwühlung entgegen.

Literarische Rundschau.

Gustav Dullo, Berliner Plakate des Jahres 1848. Zürich 1893, Verlags-Magazin (J. Schabelitz).

Ein interessantes Schriftchen, obwohl der Inhalt nicht ganz dem entspricht, was der Titel erwarten läßt. Nicht eine Sammlung Berliner Plakate des „tollen Jahres" mit dem dazu gehörigen Kommentar findet der Leser, sondern eine Erzählung der Ereignisse jenes Jahres, illustrirt durch Auszüge aus Plakaten, die damals eine sehr bedeutende Rolle spielten. Ohne Einsicht in diese Plakate könnte eine gute Geschichte der Märztage und der folgenden Ereignisse in Berlin gar nicht geschrieben werden.

Daß der Verfasser die Plakate, die ihm vorlagen, nicht vollinhaltlich gebrauchte, sondern nur Auszüge von ihnen giebt, können wir Alles in Allem nur billigen. Im Einzelnen hätten wir dagegen hier und da doch etwas mehr als nur einige gleichgiltige Einleitungssätze gewünscht. Ferner hätte eine übersichtlichere Anordnung des Materials nichts geschadet. Dadurch, daß die Auszüge in den Text aufgenommen sind, weiß man oft nicht, ob man es mit einem bloßen Referat oder der eigenen Ansicht des Verfassers zu thun hat. Ueberhaupt würde die Schrift durch größere Uebersichtlichkeit und Lebendigkeit nur gewinnen. Die Erzählung verfällt zuweilen gar zu sehr ins Trockene.

Der eigene Standpunkt des Verfassers ist der eines gemäßigten bürgerlichen Demokraten, so daß wir recht oft Anlaß hätten, gegen seine Urtheile zu polemisiren. Und selbst von seinem eigenen Standpunkt findet er manchmal nicht die rechten Worte zur Kennzeichnung der Manöver der Reaktion und der Intriguen des Hofes gegen die Märzrevolution. Indeß die Erzählung der Ereignisse ist im Ganzen so objektiv wie nur möglich. Und so können wir es dem Leser selbst überlassen, sich mit dem Verfasser in den Punkten, wo derselbe sein eigenes Urtheil eingelegt, auseinanderzusetzen. —eb.

Otto Wichers von Gogh, Das Elend der deutschen Schauspieler. Zürich, Cäsar Schmidt, 1893.

In lebhaften Farben und mit beredter Entrüstung schildert der Verfasser die bis zur Rechtlosigkeit abhängige Stellung, welche die Schauspieler — einige „Sterne" und „lebenslänglich Angestellte" ausgenommen — den Bühnenleitungen gegenüber heute einnehmen. In der That ist der Ausdruck „elend" hier nicht übertrieben, und in der übergroßen Mehrheit der Fälle kann man nicht einmal von einem glänzenden Elend sprechen. Höchstens wäre der Ausdruck lackirtes Elend gerechtfertigt, denn man glaube nicht, daß der Schauspieler sich nur für die Vorstellung auf der Bühne zu schminken hat. Nein, auch außerhalb der Bühne muß er sich schminken, da aber immer gleich den ganzen Menschen. Wehe dem Schauspieler, der nicht in der Lage ist, zu „repräsentiren".

Die Masse der Schauspieler wird spottschlecht bezahlt, spottschlecht vor Allem dafür, daß ihr Erwerb ein so unsicherer ist. Sie sind auf dem Gebiet der freien Künste die „Saisonarbeiter". Aber die Masse der industriellen Saisonarbeiter hat wenigstens während der Saison Aussicht Erwerb zu finden, ist's nicht heute, so morgen, ist's nicht in diesem, so in einem andern Unternehmen. Anders beim Schauspieler. Während jeder Fabrikant nur so viel Arbeiter einstellt als er jeweilig braucht, engagirt der Theaterdirektor beim Beginn der Saison fast doppelt so viel Personal als er braucht. Dann wird Probe gespielt und es beginnt das Ausrangiren. Aber nicht nach dem Grade der Tüchtigkeit. Das ist nur die keinen Betheiligten mehr täuschende — Schminke der Prozedur. Vielmehr nach der Mindestforderung, oder zum Behufe des Herabdrückens der Gagen. Wer ausrangirt wird, hat eine ganze Saison, unter Umständen seine ganze Karrière verloren. Da ist's denn kein Wunder, daß ein gegenseitiges Unterbieten schmählichster Art stattfindet — oft im Stillen, hinter dem Rücken der Andern, oft aber auch am hellen lichten Tage.

Indeß das ist nachgerade weithin bekannt, und desgleichen auch die ganze Natur der „Korsarenbriefe“, wie nach dem Verfasser in der Schauspielerwelt die Theaterkontrakte heißen. Für die den Schauspieler vollends entrechtenden Hausordnungen hat er die Bezeichnung Kriegsartikel, und wer an der Berechtigung dieses Vergleiches zweifelt, dem können wir nur rathen, sich das auch sonst lesenswerthe Schriftchen des Herrn Wichers von Gogh zu kaufen und das dort mitgetheilte Musterexemplar einer solchen Hausordnung nachzulesen. Er wird dann wahrscheinlich etwas wie Sehnsucht nach dem Königreich Stumm empfinden.

Aber wie dieser Misère abhelfen? Der Verfasser räth den Schauspielern, sich ein Muster an den Arbeitern zu nehmen und es auf dem Wege der Organisation zu versuchen. Nun besteht allerdings heute schon so etwas wie eine Organisation der darstellenden Künstler in der Genossenschaft deutscher Bühnenangehöriger, aber das ist in der Hauptsache nichts als eine Unterstützungskasse, die obendrein ganz von den mit den Verhältnissen zufriedenen „Großen“ geleitet wird und diesen ganz ungerechte Vortheile gewährt. Nein, die Organisation, wie sie dem Verfasser vorschwebt, soll im Geiste der modernen Arbeiterbewegung geleitet werden, mit andern Worten Kampfesorganisation sein. Vermöge ihrer Organisation soll dann den modernen Sklavenhändlern, Theateragenten genannt, das Handwerk gelegt und die Diktatur der Theaterdirektoren gebrochen werden. An Stelle des Absolutismus der Letzteren soll kollegialische Berathung und Abstimmung über Wahl der Stücke, Rollenbesetzung &c. &c. stattfinden. So würde mit der ökonomischen und sozialen Hebung des Schauspielerstandes auch wieder eine Hebung der Kunst selbst sich anbahnen, an die Stelle der heut allmächtig herrschenden Schablone wieder freie künstlerische Individualität stattfinden.

Wir können dazu nur sagen, daß die Idee an sich gewiß sehr schön ist und alle Anerkennung verdient, daß wir sie aber für unausführbar halten. Jede Organisation braucht Zeit zu ihrer Entfaltung und ehe ein Verband mit Zielen, wie der Verfasser sie darlegt, Zeit gehabt hätte, die zur leidlichen Widerstandsfähigkeit erforderliche Zahl von Mitgliedern zu gewinnen, würde er von den Direktionen, kraft der übermächtigen Stellung, die dieselben heute einnehmen, erdrückt, zu Tode geboykottet worden sein. Der Verfasser vergißt, was er an einer Stelle seiner Schrift selbst über die Klassenscheidung unter den Schauspielern sagt, und selbst da spricht er nur von der Scheidung nach der Stellung im Beruf, dem Rollenfach, der Bezahlung. Es giebt aber noch eine zweite Scheidung, die in Betracht zu ziehen ist, und das ist die nach der *Klasse*, aus der sich die einzelnen Schauspieler rekrutiren. In jeder Hinsicht stellt die Schauspielerwelt eine *gemischte* Gesellschaft dar, und das Bischen Korpsgeist oder „Comment“ dem Publikum gegenüber, was sie entwickelt hat, und das der Verfasser mit Recht verwirft, ist die einzige Solidarität, die sie *als Ganzes* zu entwickeln fähig ist. Die Natur seiner Beschäftigung, seiner Berufsthätigkeit verhindert den Schauspieler, diese Eigenschaft in derjenigen Form und mit derjenigen Hartnäckigkeit zu entwickeln, wie sie beim Proletarier der Industrie zu finden ist. Der Schauspielerberuf ist, wir sprechen das ohne beleidigende Absicht aus, ein prostituirender Beruf, der Schauspieler kann sich nicht von dem Erzeugniß seiner Kunst trennen, er stellt sich mit ihm aus, und das kann nicht anders wie moralisch auf ihn zurückwirken. Menschlich denken wir daher sehr milde über viele Fehler, die man den Schauspielern nachsagt und auch häufig genug bei ihnen findet. Sie sind die Frucht des Berufs und dem Individuum nur sehr bedingt zur Last zu legen. Und eine Frucht des Berufs ist auch die Unfähigkeit, einen gemeinsamen Kampf gegen das Unternehmerthum zu führen. Will man aber einen solchen Versuch machen, dann wäre es nach unserer Ansicht praktischer, zunächst einmal zuzusehen, ob man nicht doch die bestehende Organisation zu reorganisiren im Stande ist. Hier müßte jedenfalls zuerst die Sonde angelegt werden, auf welche Betheiligung in den Kreisen der Kollegen zu rechnen wäre.

Wir für unseren Theil glauben jedoch, daß die Lösung der Frage in einer andern Richtung zu suchen ist. Wir sind der Meinung, daß die Tage des Berufsschauspielerthums überhaupt gezählt sind, daß die Bühne der Zukunft eine grund-

verschiedene Organisation von der heutigen haben, und dann allerdings vieles und mehr verwirklichen wird, als was Herr Wichers von Gogh als Kampfesziel in Aussicht stellt. Inzwischen empfiehlt es sich, darauf hinzuwirken, daß von Seiten der städtischen &c. Verwaltungen die Verpachtung städtischer Theater und die Verleihung von Subventionen an Theater &c. an Bedingungen geknüpft werden, die die Schauspieler wenigstens vor den schlimmsten Praktiken wucherischer Ausbeutung schützen und ihnen einen Schutz gegen Willkür sichern. In dieser Hinsicht könnte bei der großen Zahl der subventionirten Theater immerhin etwas Besserung geschaffen werden, und das Eindringen von Arbeitervertretern in die städtischen &c. Vertretungskörper bietet die Gewähr, daß die Stimme der Unterdrückten des Theaters dort verständnißvolle Hörer finden wird. Ed. B.

Joh. Ad. Herzog, Die Schule und ihr Aufbau auf natürlicher Grundlage. Zürich, Cäsar Schmidt.

Diese Schrift eines schweizerischen Pädagogen ist anfänglich etwas zurückhaltend aufgenommen worden, erregt aber nunmehr in Fachkreisen immer größeres Aufsehen. Das bedeutsame Werk verdient auch die Beachtung aller Laien, denen das Gedeihen der Schule am Herzen liegt. In allgemein verständlicher, von spezifisch fachmännischem Beiwerk losgelöster Sprache geschrieben, weist es mit unerbittlicher Schärfe die fundamentalen Schäden in der Struktur unseres Schulwesens nach und gelangt zu gründlichen Reformvorschlägen, welche wegen ihres einschneidenden Radikalismus bei ängstlichen Gemüthern wohl ein leichtes Schauern erwecken mögen, dagegen auf alle diejenigen, welche vernünftig und vorurtheilslos zu denken vermögen, ohne Zweifel einen nachhaltigen Eindruck machen.

Der Verfasser verlangt vor Allem, daß die Jugend in erster Linie eine gemeinsame, allgemein menschliche, und erst an diese angegliedert die nöthige Fachbildung erhalte. Mit der unsinnigen Gedächtnißüberlastung sei aufzuräumen, nicht auf Vielwissen sei hinzuarbeiten, sondern auf Entwicklung der menschlichen Anlagen, auf das Können. Es seien aber alle menschlichen Anlagen in gleicher Weise zu pflegen, neben dem Verstande seien auch Gemüth und Phantasie zu entwickeln. Nicht nur dem Wahren, sondern auch dem Guten und Schönen müsse der Mensch entgegenstreben, nach allen drei Richtungen sei die Jugend zu bilden und daher auch ethischer und ästhetischer Unterricht in den Lehrplan einzufügen. Mit der geistigen Pflege sei auch die physische nicht zu vernachlässigen. Nur durch eine solche allseitige Bildung der intellektuellen und physischen Anlagen könne eine wirklich harmonische Jugenderziehung erzielt werden, welche die nothwendige Voraussetzung eines vernünftigen, gerechten und gesunden Zustandes und Fortschrittes der Gesellschaft sein müsse. Dies Ziel sei nur zu erreichen, wenn eine gemeinsame Schule für Alle geschaffen werde, welche sich nach oben zu verjünge, um den sich angliedernden Fachschulen für die Spezialstudien Raum zu schaffen. Dadurch erhalten die Gebildeten aller Berufsarten einen gemeinsamen Kern wahrhaft humaner Bildung, der sie miteinander verbinde, ein intensives, gemeinsames geistiges Leben schaffe, was für das Wohl und Gedeihen der Gesellschaft von eminentem Werthe wäre. Von besonderem Interesse ist die Forderung, es sei als allgemeines Lehrfach die Einführung der Jugend in die Staatslehre zu schaffen, ein besseres Verständniß des Volkes für's Staatsleben müßte von den heilsamsten Folgen sein. Die geistvolle Begründung und nähere Ausführung dieses Postulates verdient die Beachtung aller freiheitlich gesinnten Politiker. Der Autor schreibt hierbei den reaktionären und volksfeindlichen Elementen einige Wahrheiten ins Stammbuch, die jeden Freidenkenden mit Freude erfüllen.

Es ist uns natürlich nicht möglich zu untersuchen, ob die Herzog'schen Reformvorschläge nicht in diesen oder jenen Punkten etwas zu optimistisch ausgefallen seien. Sicher ist es, daß sie an die Lehrer sehr hohe Anforderungen stellen; einseitige Fachgelehrte könnten an dieser Idealschule nicht wirken; sondern nur Männer von umfassender allgemeiner Bildung und bedeutender Intelligenz. Hand in Hand mit der Schulreform wird eine gründliche Sozialreform, eine Hebung der Lage der Lehrer — und auch der Schüler — gehen müssen, soll jene möglich sein. J. Fischer.

Notizen.

Die Profitrate. Wir ertheilen in dieser Sache nochmals dem Genossen Landé das Wort und erwarten, daß die Diskussion damit zu ihrem Abschlusse kommt. Landé schreibt:

Sehr geehrter Herr Redakteur!

Sie würden mich außerordentlich verbinden, wenn Sie mir in meiner Sache contra C. Schmidt, da die Urtheilspublikation (mit Bd. III des „Kapital") doch noch eine Zeit lang auf sich warten lassen dürfte, auf die Klagebeantwortung und Widerklage des Gegners einige Worte der Replik gestatten wollten. Für angemessene Kürze sorgen die gegenwärtigen Zeitläufte, die ja theoretischen Erörterungen nicht allzu günstig sind. Also:

1) C. Schmidt behauptet, ich würde in seinem Buche vergeblich nach einer Wendung suchen, die sich dahin deuten ließe, daß er schon dort die Profitnivellirung auf ständige Ueber-, bezw. Unterproduktion zurückgeführt habe. Nun sagt er in seinem Buche S. 53: „Der Einzelne kennt weder Σm noch $\Sigma (c + v)$ und denkt nur daran, den eigenen Profit möglichst hoch hinauf zu schrauben; aber indem das Alle thun, muß sich eben der Gewinnsatz im Großen und Ganzen nivelliren. Dieser nivellirte Gewinnsatz ergiebt sich also rein mechanisch und ganz unbeabsichtigt als bloße Resultante aller einzelnen kapitalistischen Gewinnbestrebungen." Und S. 109: „Alle diese Differenzen (des Gewinnes und der Durchschnittsprofitrate im Einzelnen) müssen sich jedoch wieder bald ausgleichen, weil die Konkurrenz, wo der Gewinn ein überdurchschnittlicher ist, das Angebot erhöht, dagegen es vermindert, wo die Gewinne unter den Durchschnitt fallen." Diese Wendungen ließen sich doch wohl ungefähr so deuten, wie ich sie aufgefaßt habe. Behauptet C. Schmidt, die Sache sich damals anders vorgestellt zu haben, so will ich das natürlich nicht entfernt bestreiten; nur wäre ich begierig zu hören, wie?

2) C. Schmidt weist meinen Vorwurf, er habe übersehen, „daß der Produktpreis, welcher den *einzelnen* industriellen Kapitalisten zufällt, einen Mehrwerththeil einschließt, aus dem, ganz abgesehen vom Kapitalprofit, die Rente des benützten Bodens, der Profit des benützten Leih-, Handels- und Bildungskapitals gedeckt werden muß," mit Entrüstung zurück; ihm ist dieser Einwand unverständlich geblieben. Letzteres beweisen allerdings schlagend die zwei Zitate, die er (S. 133 am Ende) zu seiner Rechtfertigung anführt; denn in beiden ist nur vom industriellen Gesammtkapital, von *den* Industriellen, nicht aber vom industriellen Einzelkapital, von *dem* Industriellen die Rede, worauf es mir gerade allein ankommt. Um C. Schmidt vielleicht doch verständlich zu werden, bitte ich ihn nachzulesen, was er „Neue Zeit" Nr. 3 S. 70 ausführt. Dort heißt es: „Gleiche Kapitale müssen . . . ungleiche Mehrwerthmengen produziren. Wären nun die Preise . . . den . . . Werthen gleich, so erhielten alle Kapitalisten . . . den verausgabten Kapitalwerth plus Mehrwerth . . . *unverkürzt in Geldform zurück. Und da der Ueberschuß des Preises über den verausgabten Kapitalwerth den Geldprofit des Kapitalisten bildet*, so wäre beim Zusammenfallen der Preise und Werthe der Geldprofit . . . je nach der Menge des produzirten Mehrwerths . . . verschieden. Die Erfahrung zeigt aber, daß . . . gleiche Kapitale . . . gleichen Geldprofit bringen. Und das ist offenbar nur möglich, wenn die . . . Durchschnittspreise statt mit den Werthen zusammenzufallen, von diesen abweichen." Diese Sätze bilden die Grundlage der gesammten Schmidtschen Beweisführung; auf das hier gewonnene Resultat, die Nothwendigkeit der Divergenz von Preisen und Werthen, wird immer wieder zurückgegriffen. Und dieses Resultat wird dadurch gewonnen, daß C. Schmidt mit dürren Worten unterstellt, daß der gesammte Produktpreis dem industriellen Einzelkapitalisten zufällt, daß der gesammte Mehrwerth in Geldform seinen Profit bildet; zu diesem Resultat gelangt C. Schmidt nur dadurch, daß er übersieht, wie ich ihm vorgeworfen, daß die Mehrwerthspaltungen das industrielle Kapital individuell und möglicher Weise individuell sehr verschieden treffen.

3) Nachdem nun aber C. Schmidt einmal auf Grund dieser völlig unzutreffenden Voraussetzung von der Nothwendigkeit der Divergenz von Werth und Preis durchdrungen war — eine Ansicht, die dadurch um keinen Deut an Richtigkeit gewinnt, daß C. Schmidt sie an verschiedenen Stellen „theoretisch“ auf eine aus der gleichen unrichtigen Prämisse gefolgerte entsprechende Divergenz von Angebot und Nachfrage stützt — mußte er naturgemäß zu einer der meinigen diametral entgegengesetzten Auffassung des Werthgesetzes gelangen.

In dieser Beziehung sei nur konstatirt, daß allerdings meiner Auffassung nach das Werthgesetz nicht, wie C. Schmidt annimmt, „nur die Werthgröße der Waare und damit ideell ihr gegenseitiges Austauschverhältniß bestimmen“, im Uebrigen aber ständig mit den realen Verhältnissen der Konkurrenz in Konflikt gerathen will, sondern daß dieses ökonomische Gesetz — wie die Naturgesetze aus den realen Vorgängen der Natur, wie die grammatischen Gesetze aus dem realen Sprachgebrauch — so aus den realen Verhältnissen des Wirthschaftslebens, d. h. der Konkurrenz abstrahirt ist, deshalb mit ihnen im Einklang steht und die realen Austauschverhältnisse der Waaren regelt. Ist es auch richtig, daß was aus der Konkurrenz folgt, noch nicht „direkt und unmittelbar“ aus dem Werthgesetz folgt, so besteht doch nirgends die Aufgabe, eine Thatsache, wie die Profitnivellirung, „direkt und unmittelbar“ aus dem Werthgesetz abzuleiten, vielmehr kommt es allein darauf an, nachzuweisen, daß diese Thatsache, wie jedes andere reale Ergebniß der Konkurrenz, mit dem Werthgesetz in Einklang steht. Und wenn C. Schmidt glaubt, dagegen Protest erheben zu müssen, daß meine Auffassung des Werthgesetzes, die nach seinem eigenen Zugeständniß den Verhältnissen der Konkurrenz entspricht, der Marx'schen Fassung untergeschoben werde, so weiß ich nicht, ob ihm Marx für diese Rettung besonders Dank wissen würde.

4) Im Einzelnen nur noch Folgendes:

a. Gegenüber der Behauptung des C. Schmidt, ich gäbe meinen Standpunkt an entscheidender Stelle auf, indem ich mich auf die preismodifizirende Wirkung der Konkurrenz berufe, brauche ich wohl nur darauf hinzuweisen, daß nach meiner Auffassung den Preisverschiebungen durch die Konkurrenz, d. h. durch Wechsel in Angebot und Nachfrage, gleiche Werthsverschiebungen entsprechen, daß somit von einem Widerspruch gar keine Rede sein kann. Hier liegt eben Alles in der Begriffsbestimmung der „gesellschaftlich nothwendigen“ Arbeitszeit, für welche C. Schmidt — natürlich ohne Marx zu korrigiren — die „durchschnittlich nothwendige“ einsetzt.

b. Wenn ich das Werthgesetz nur für den Austausch zwischen Produzenten und Konsumenten gelten lasse, so hat dies seine genügende Begründung in meinem, selbst von C. Schmidt als richtig anerkannten Nachweis, daß der Händler nur der Gehilfe des Produzenten ist. Apropos, daß nur der Detaillist derjenige ist, der mit den Konsumenten verkehrt, sollte auch C. Schmidt wissen, ebenso, daß Arbeiter und Unternehmer auch von Marx als Produzenten, bezw. Konsumenten der Waare Arbeitskraft bezeichnet werden. Und damit genug.

Ihr ganz ergebener

Elberfeld, den 25. Mai 1893. Landé.

Preisausschreiben. Zum Sommerfest der „Freien Volksbühne“, das der Verein zur Feier seines dreijährigen Bestehens am 23. Juli in Scheinholz b. Berlin veranstaltet, wird ein Festspiel unter folgenden Bedingungen ausgeschrieben: 1) Das Festspiel soll etwa 20—30 Minuten in Anspruch nehmen. 2) Die Zahl der darstellenden Personen soll sechs nicht überschreiten, indessen kann in dem Stück ein Chor mitwirken. 3) Das Stück ist mit einem Motto zu versehen und das Motto ist auf einem geschlossenen Kouvert, das den Namen des Verfassers enthält, zu wiederholen. 4) Die Stücke sind an Julius Türk, Bureau des Vereins, Berlin SW., Solmstraße 24 zu senden. 5) Das Preisrichteramt haben übernommen die Herren: Schriftsteller Gustav Lichtenstein, Schriftsteller und Tonkünstler Ernst Otto Nodnagel, Schriftsteller Robert Schweichel. 6) Das von dem Preisrichterkollegium zur Auf-

führung geeignet befundene Stück wird vom Verein mit 100 Mark, das zweitbeste mit 50 Mark prämiirt; ist keines der eingesandten Stücke zur Aufführung geeignet, so wird das beste mit 50 Mark, das zweitbeste mit 25 Mark prämiirt.

Julius Türk,
Vorstandsmitglied der „Freien Volksbühne“.

Feuilleton.

Die sozialen Zustände im römischen Reich vor dem Einfall der Barbaren.

Von Dr. **Paul Ernst.**

(Fortsetzung.)

Wie im Einzelnen der Prozeß vor sich gegangen ist, daß die Volksversammlungen in den Städten abstarben und die kaiserlichen Beamten immer mehr Einfluß auch auf die städtische Verwaltung erhielten, ist nicht zu kontroliren. Wir sind in diesen Dingen ja überhaupt auf wenige Bruchstücke und eine ihnen sich anschließende Kombination angewiesen. Wie aus den Briefen des Plinius hervorgeht, bestand schon zur Zeit der Antonine eine außerordentliche Zentralisation der Verwaltung. Wenn Plinius aus Kleinasien beim Kaiser anfragt, ob ein Graben bei einer Stadt überwölbt werden soll, so erinnert das doch ganz an die Schilderung in Tocqueville's „Ancien régime“, wo erzählt wird, daß wegen einer eingestürzten Kirchhofsmauer erst in Paris angefragt werden muß.

Die Caracalla'sche Reform hatte alle Reichsangehörigen gleich gemacht, indem sie ihnen das Bürgerrecht verlieh. Dieser juristische Moment kam noch zu dem materiellen hinzu; und so konnten denn Diocletian und seine Nachfolger durch Organisirung oder Ausgestaltung einer Bureaukratie die Dinge in die entsprechenden Formen bringen. Natürlich hat Diocletian auch diese Formen nicht gänzlich neu geschaffen, wie ja überhaupt die Entwicklung der Institutionen nicht das Werk eines Einzigen oder das Produkt weniger Jahre sein kann. Für alle Einzelheiten des Diocletianischen Reformwerkes sind schon Anknüpfungspunkte vorhanden: für die Hierarchie der Titel, die Entwicklung der Bureaukratie, die Trennung von Heer und Verwaltung, die Erblichkeit namentlich der städtischen Aemter, die Theilung des Reichs und die Regierung vom Palais aus.

Schon unter Septimius Severus ist das Decurionat erblich und ist ein Zwang zu einer Uebernahme vorhanden; schon nach Ulpian sollen flüchtige Decurionen zurückgeführt werden, um ihre Aemter zu übernehmen. Gleichfalls unter Septimius Severus gilt schon der Grundsatz: „Nichts in der Provinz darf ohne Mitwirkung des Statthalters geschehen.“ Schon lange wurden die Finanzen der Städte thatsächlich von den kaiserlichen Kuratoren verwaltet, bedurften die städtischen Polizeibeamten der Genehmigung des kaiserlichen Statthalters, hatte die städtische Gerichtsbarkeit in Wirklichkeit nur noch Kompetenzen für Bagatellsachen, mußte der Statthalter die Erlaubniß zu Bauten geben.

Auch die Steuerreform ist theils Weiterbildung, theils nur Vereinfachung; Vereinfachung mit dem Erfolg, daß von jetzt ab das Anziehen der Steuerschraube ganz mechanisch erfolgen konnte.

Der alte Bodentribut muß außerordentlich verwirrt und unklar gewesen sein. Diocletian theilte Alles in Steuerhufen, Einheiten von demselben Werth,

nicht von derselben Größe. Der Werth war 1000 Goldstücke. Außerdem war der Boden in verschiedene Klassen eingetheilt. Die Steuerhufe betrug eine Anzahl Morgen von dieser Klasse, oder eine andere Anzahl Morgen von jener Klasse u. s. f. Außerdem wurde noch die Kopfsteuer der Sklaven für das Land beibehalten; da zu einem gewissen Vermögen ein gewisser Komplex Land, und zu diesem eine gewisse Anzahl Sklaven oder Colonen gehörte, die einander ziemlich gleichwerthig waren, so war das eine Art Vermögenssteuer. Für die Städte wurde jedoch die Kopfsteuer aufgehoben. Hier gab es nur Fabriksklaven, die bei sehr fortgeschrittener Arbeitstheilung nicht gleichwerthig waren, wie die Ackerbausklaven. Die Steuer, welche Diocletian hier einführte, war etwas Aehnliches, wie unsere heutige Gewerbesteuer.

Die vom Boden erhobene Steuer ist die capitatio terrena, die Kopfsteuer die capitatio humana, die „Gewerbesteuer" lustralis collatio. Wir werden nachher sehen, daß die ersten beiden Steuern großentheils in Naturalien und Leistungen bestanden; bezeichnend ist daher ein anderer Name der dritten Steuer: Chrysargyrum. Sie wurde in Geld bezahlt. Wir werden sehen, daß die Auflösung der Oikos begann; diese letzte Steuer war schon nicht mehr eine Steuer aus dem alten Oikos, sondern von einer Absplitterung; hier wurde schon nicht mehr für den autarkischen Oikos, sondern für den Markt produzirt, hier gab es also bereits Geld. Wie leicht und einfach bei dieser Neuorganisation des Finanzwesens die Steuern vermehrt werden konnten, zeigt uns Themistios, nach welchem sie unter Constantin und seinen Söhnen, in einem Zeitraum von vierzig Jahren, verdoppelt waren.

Die enorme Steigerung der Steuern wird zwar einerseits verursacht durch die steigenden Ausgaben des Staates an sich; hauptsächlich aber durch die Inkongruenz zwischen den ökonomischen und politischen Zuständen: bei einer Volkswirthschaft, welche zum großen Theil auf ein Naturalsteuer- und Lieferungssystem angewiesen ist, macht die Erhebung und Verwendung der Abgaben eben bedeutend mehr Ausgaben, als bei reiner Geldwirthschaft, muß sie sogar das Vielfache des endlichen reinen Steuerertrags betragen; und zweitens muß sich hier, da eine Kontrole absolut unmöglich ist, eine furchtbare Beamtenkorruption entwickeln.

Um den naturalwirthschaftlichen Charakter der römischen Staatswirthschaft kennen zu lernen, werden wir am besten die Posten des Ausgabeetats durchsehen. Sie sind nach Marquardt zusammengestellt:

Zunächst der Etat des Kultus. Die Erhaltung der Tempelgebäude wird aus dem Aerarium bestritten. Die großen Priesterämter sind nicht mit Gehalt verbunden, sondern Ehrenstellen; die gewöhnlichen Priester, welche das Amt berufsmäßig treiben, sind besoldete Staatsbeamte; desgleichen die Diener; die nöthigen Sklaven werden aus der familia publica gestellt. Die Besoldung besteht entweder aus den Revenüen eines dem Betreffenden beim Amtsantritt überwiesenen Kapitals, welches nach seinem Tod wieder an den Staat fällt, um wieder verliehen zu werden, theils in direktem Gehalt. Im ersten Fall haben wir es offenbar mit keinem Etatposten zu thun: das ist eine Pfründe, welche der Staat verleiht. Im zweiten Fall haben wir unter „Gehalt" nicht Geldgehalt zu verstehen; wir werden später an einem Beispiel studiren können, wie der größte Theil eines Beamtengehalts in Naturalien besteht. Die Kultushandlungen werden aus einer Arca, einer Kasse, bestritten, die auf Landbesitz und laufenden Einnahmen, Sporteln, Geschenken &c. basirt ist. Außerdem hatte der Staat für von ihm veranstaltete Opfer und Spiele zu zahlen.

Man muß jedoch im Auge behalten, daß ein großer, vermuthlich der größte Theil der Tempel von Privaten gegründet war; die Erhaltung dieser fiel den

Nachkommen der Begründer zur Last. Aber auch sonst wurde die Unterhaltung von Tempeln oft Privaten übertragen. Das ist also ein verschwindend kleiner Posten.

Die Ausgaben für Unterricht, die sich überhaupt erst bei den späteren Kaisern finden, sind gleichfalls sehr gering. Der größte Theil der öffentlichen Lehrer wird von der Kommune erhalten, die natürlich wieder hauptsächlich Naturalbesoldung gewährt. Die griechischen und lateinischen Rhetoren in Rom erhalten unter Vespasian 100 000 Sesterzen. Das Museum in Alexandrien wurde gleichfalls vom Fiskus erhalten. Sonst wurden nur noch gelegentlich, mehr auf dem Gnadenwege, vom Staat Gehalte ausgezahlt; häufig waren Immunitäten für die Gelehrten. — Man muß bedenken, daß eine unserer heutigen Volksschule entsprechende Einrichtung bei herrschender Sklaverei nicht existiren konnte, daß die Rhetoren und Philosophen, die höheren Lehrer, von ihren Schülern selbst sehr anständig bezahlt wurden, und daß viele Lehrer Sklaven waren.

Einen bedeutenden Posten machte das Bauwesen aus. Der geschilderten Staatsform der Polis entsprechend, fiel auch das, was heute zur Kommunalverwaltung der Hauptstadt ressortiren würde, der Staatsverwaltung zu. Unter den Kaisern fallen die Bauten in Rom und die Straßenbauten in Italien dem Aerarium zur Last, die Straßenbauten und die Bauten in den Provinzialstädten den Provinzialfonds und den Kommunalkassen. Außerdem pflegten reiche Bürger aus ihren Mitteln freiwillig öffentliche Gebäude herstellen zu lassen, oder durch Ueberlassung von Material und Sklaven zu der Herstellung beizutragen, oder ihre Instandhaltung zu übernehmen. So wurde die Stadtmauer Herculanums von einem einzigen Bürger gebaut.

Je später wir kommen, desto weniger sehen wir auch bei diesem Posten die bei herrschender Geldwirthschaft natürliche Prozedur, daß die Werke zur Herstellung an Unternehmer gegeben werden, welche mit Geld bezahlt werden; sondern wir finden überall einzelne Korporationen, deren Verpflichtung es ist, die betreffenden Leistungen zu übernehmen. Es findet hier eine gesellschaftliche Arbeitstheilung statt. Eigentlich ist Jeder verpflichtet, bei solchen Gelegenheiten mit zu arbeiten; bei feierlichen Anlässen, wo archaische Sitten immer hervortreten, geschieht das wenigstens noch rudimentär und halb symbolisch; so hilft Vespasian beim Abräumen des Schuttes des verbrannten Jupitertempels auf dem Kapitol und trägt dabei selbst Steine fort. Indem nun die eine Korporation diese Leistung übernimmt, vielleicht die Marktplätze mit Sand zu versorgen, die andere jene, vielleicht den Mörtel zu den Bauten zu liefern, oder die Spanndienste für die zu transportirenden Steine zu leisten, erwirkt sich eine jede die Befreiung von allen oder einigen andern Leistungen. Diese Korporationen und Kollegien darf man nicht, wie das fast stets geschieht, als „Zünfte“ bezeichnen. Es sind Vereinigungen von Besitzenden und Proletariern zum Zweck gewisser Leistungen an Staat oder Gemeinde, die von den Sklaven der Besitzenden und den Proletariern gemeinschaftlich besorgt werden. Mehr bedeuten sie nicht.

Man sieht, daß unter Umständen auf diese Weise die öffentlichen Bauten mit wenig Geld errichtet werden konnten.

Die bedeutendste Geldausgabe machte das Heer erforderlich. Indessen was der Staat an Korn, Waffen, Zelten und Uniformen lieferte, kaufte er selbst nicht, sondern erhielt er als Naturaltribut. Trotzdem ist die jährlich für Sold, außerdem für Antrittsgeschenke und dergleichen aufzubringende Summe Geld sehr beträchtlich.

Bedeutend sind auch die Verwaltungskosten. Bei einem so ungeheuren Reich mußte die administrative Konzentration nicht nur proportional mehr Beamte nöthig machen, sondern sogar progressiv mehr, wie in einem kleineren modernen

Staat. Außerdem macht ein größtentheils auf Naturalwirthschaft ruhendes Finanz- und Verwaltungssystem überhaupt mehr Beamte nöthig, wie ein auf Geldwirthschaft ruhendes: statt einer Kasse hat man hier Speicher, und es leuchtet ein, daß bei Führung einer Kasse ein Einzelner eine fast unbegrenzte Menge von Werthen kontroliren und verwalten kann, indem er sie in die verschiedenen Bücher überträgt, bei Verwaltung eines Speichers aber die Menge der Werthe eng begrenzt ist, über die ein Mann Rechenschaft geben kann. Mit der Zeit entwickelte sich deshalb eine ungeheure Bureaukratie, wie Lactanz de mort. persecut. 7 sagt: „die Zahl derer, die von den Steuern lebten, war größer geworden wie die derer, welche sie bezahlten, so daß die Colonen durch den furchtbaren Steuerdruck ruinirt wurden und die Aecker wüst blieben — und, um das Elend allgemein zu machen, wurden die Provinzen noch einmal in Departements getheilt, und eine Unmenge Beamten und Bureaus lasteten auf den einzelnen Kreisen, ja fast schon den Gemeinden."

Diese Beamten wurden nun zum größten Theil in Naturalien bezahlt, und erhielten nur eine verhältnißmäßig geringe Summe Geld; das Gehalt zerfällt in „salarium, vertis, argentum, ministria." So erhielt z. B. der spätere Kaiser Claudius, als er noch Legionstribun war, von Valerian folgendes jährliche Gehalt angesetzt, das übrigens ausnahmsweise hoch war: 3000 Modii Weizen, 6000 Modii Gerste, 2000 Pfund Speck, 3500 Sextaren (Schoppen) alten Wein, 3500 Sextaren Oel erster und 500 zweiter Qualität, 20 Modii Salz, 150 Pfund Wachs, hinlänglich Heu, Spreu, Essig und grünes Gemüse, 300 Zeltfelle, Pferde, Maulesel, Kameele, Montur- und Armaturstücke, Gewänder, Feuerungsmaterial, Sklaven, darunter zwei Frauenzimmer als Konkubinen, Tafel- und Kochgeschirr und 50 Pfund Silber, 150 „Philippd'ors" und eine Summe Kupfergeld. (Daß auch zwei Konkubinen geliefert wurden, dürfte am meisten verwundern; auch Lampridius nennt, indem er den Gehalt gewisser Beamten aufzählt, unter Maulthieren, Pferden, Kleidern u. s. w. „singulas concubinas, quod sine his esse non possent".) Aehnliche Notizen finden sich noch öfters. Oft wurde das Gehalt direkt auf die Lieferungspflichtigen angewiesen; das geschah schon unter Nero, unter den späteren Kaisern nahm dieses System, das viele Kosten für Magazinirung und Transport sparte, immer mehr zu.

Die Kornvertheilungen, welche gleichfalls einen starken Ausgabeposten im Budget einnehmen, gehen gänzlich ohne Vermittlung des Geldes vor sich. Die Provinzen Aegypten und Afrika haben als einen Theil ihrer Steuer das Korn für die Hauptstadt zu liefern. Der Transport wurde von dem corpus naviculariorum besorgt, Schifferleute aus Alexandria, welche für diese Leistung Befreiung von sonstigen Abgaben genossen; selbst die Vertheilung, resp. der Verkauf wurde durch Korporationen besorgt, und als später statt des Getreides Brot vertheilt wurde, besorgte eine Korporation das Backen.

Die Geschenke wurden zum Theil gleichfalls in Natura, zum Theil in Geld gegeben. Da der Staat, außer dem Getreide und den sonstigen Nahrungsmitteln, welche er umsonst weggab, auch viel verkaufte, so kam das Geld, das er als Spende ausgegeben hatte, bald wieder an ihn zurück.

Die Alimentationen gehen das Etat nichts an, da sie auf Stiftungen fundirt waren, welche die Kaiser ein für alle Mal gemacht hatten. So gab Trajan das Stiftungskapital zu billigem Zins auf Hypotheken.

In Geld wurden auch die Zahlungen an die Barbaren geleistet. Diese Zahlungen waren während der letzten Zeiten so allgemein, daß sogar die doch kaum mehr wie als Räuber gefährlichen Sarazenen ihre jährliche Pension bekamen.

Als letzter Posten kommt noch der Verbrauch des Kaisers, der zwar eigentlich von seinem eigenen Vermögen leben sollte, in Wirklichkeit aber, da er ja unbeschränkt über einen großen Theil der Staatseinkünfte verfügte, auch diese für seine privaten Bedürfnisse verwenden konnte.

Das sind die sämmtlichen Ausgaben des Staates. Man sieht, daß eigentlich nur ein Theil des Soldes und der Beamtengehälter und die Subventionen an die Barbaren in Geld gezahlt wurde, das Uebrige aber im Wesentlichen durch Naturallieferungen und Leistungen der Steuerpflichtigen bestritten werden mußte.

Man muß nun aber nicht annehmen, daß dieses Geld alles direkt von den Steuerzahlern kam. Ein großer Theil der Naturalsteuern wurde versilbert; so der Theil des Getreides, der nicht zur unentgeltlichen Vertheilung bestimmt war, und mit dem hieraus gelösten Geld wurden natürlich die Bedürfnisse mitbestritten.

Es wird uns, aus unsern ganz andern Verhältnissen heraus, schwer, ein solches System uns vorzustellen, zumal manche Züge uns an moderne Geldherrschaft erinnern. Augustus theilte einzelnen Senatoren Landstraßen zu, die sie auf ihre Kosten ausbessern und erhalten sollen. In Campanien bestand ein Theil des Tributs in Schweinen; diese wurden von den Gutsbesitzern an ein Kollegium geliefert, welches sie nach Rom transportirte. Dort wurden sie von dem Schlächterkollegium geschlachtet und das Fleisch an das Volk verkauft oder vertheilt. Alle diese Lieferungen und Leistungen geschehen in Anrechnung auf die Steuer. Sogar eine Korporation der Garköche und Kneipwirthe existirte. Die Post, welche von Augustus eingesetzt war (übrigens nur den Dienst der Verwaltung besorgte), mußte von den an der Poststraße liegenden Gemeinden erhalten werden, welche die nöthigen Hand- und Spanndienste zu leisten hatten. Während die Leistungen früher von Fall zu Fall eintraten, scheint Hadrian sie in bestimmte Grenzen gebracht zu haben. Trotz verschiedener Versuche, die Kosten auf den Fiskus zu übernehmen, mußten die Gemeinden doch bis zuletzt die Dienste thun, die wie alle derartigen munera schließlich so drückend geworden waren, daß Aurelius Victor im vierten Jahrhundert sagen konnte: „Der Geiz und der Uebermuth der Neueren hat dieses ursprünglich nützliche Munus (Dienst) in ein Verderben für das römische Reich verwandelt."

Wenn wir indessen etwas Aehnliches, wie das Lieferungs- und Leistungssystem an Stelle von Geldsteuern in der Wirklichkeit beobachten wollen, so brauchen wir selbst heute noch gar nicht weit zu suchen. Noch vor dreißig Jahren war auf den Dörfern bei uns die Gemeindesteuer in Geld nur sehr selten; was nöthig war, wurde von den Gemeindemitgliedern direkt besorgt; und zwar wurden die nothwendigen Arbeiten bei den Aermeren von den Leuten selbst, bei den Reicheren durch die Arbeiter gemacht. Daß Geldsteuern bezahlt werden und die nöthigen Arbeiten von mit diesem Geld bezahlten Arbeitern geschehen, ist noch heute durchaus nicht allgemein durchgedrungen.

Um zu sehen, wie durch dieses Lieferungs- und Leistungssystem die Steuern drückend gemacht wurden, wollen wir einmal einen Augenblick die Lieferung eines Quantums Getreide betrachten.

Bei Geldwirthschaft würde der Steuerpflichtige sein Getreide verkaufen und den Geldbetrag an die Steuerempfangstelle schicken; diese liefert das Geld mit anderm an die Zentralstelle, von dieser geht es an die einzelnen Punkte, wo es ausgegeben werden soll. Das Geld reist, und durch seine Reise spart es die Reise des Getreides. Damals dagegen mußte der Steuerzahler das Getreide vom Produktionsort her beim Magazin anfahren, und andere Pflichtige mußten es vom Magazin an seinen Konsumtionsort bringen. Nehmen wir an, daß der Zentner Weizen heute in Deutsch-

land 9 Mark kostet. Der Transport per Fuhrwerk auf einer guten Chaussee kostet heute pro Meile und Zentner 10 Pfennig. Nun waren damals mit Ausnahme der großen Heerstraßen die Wege schlecht, wir müssen also, wenn wir moderne Wagen annehmen, 15 Pfennig rechnen. Aber auch die Wagen waren damals ungeeigneter gebaut. Nach einem Gesetz Constantins soll die schwerste Last, die auf einem vierrädrigen Fuhrwerk mit acht Pferden gezogen wurde, nur 326 Kilo sein, 40 Kilo pro Pferd. Heute ziehen zwei Pferde gewöhnlich eine Fuhre von 20 Meterzentner, können aber auch 30 ziehen, das Pferd also 10—15 Meterzentner, also mindestens das Fünfundzwanzigfache des antiken Pferdes. Fünfundzwanzigmal 15 Pfennig macht 3,75 Mark. Eine Fahrt von noch nicht 2 ½ Meilen verdoppelte also bereits den Werth der Steuer. Und da man doch nicht überall Magazine bauen konnte, so vervielfachte sich die Steuer durch die einfache Thatsache, daß sie Naturalsteuer war. Wie es mit dem Korn ging, ging es auch mit den andern Produkten. — Es ist allerdings nicht in Rechnung gezogen, daß das antike Pferd von viel kleinerer Rasse war, wie das moderne, also die Kosten der Anschaffung und des Futters nicht so hoch waren. Allein, selbst wenn wir in Anbetracht dessen die Verdoppelung des Steuerwerths erst nach vier Meilen annehmen, so bleibt doch die Thatsache immer bestehen, daß bei der antiken Steuer das Vielfache der modernen Geldsteuer nöthig war, um für den Staat denselben Effekt hervorzubringen.

Nun kommt noch dazu, daß ein Gutsbesitzer doch sein Fuhrwerk auch noch zu andern Zwecken nöthig hat. Fällt eine solche Lieferung in eine Zeit, wo er das Fuhrwerk nicht entbehren kann, etwa in die Bestellzeit oder mitten zwischen die Ernte, so kann das sogar sein Ruin sein. Der Staat richtet sich natürlich nicht darnach, wann der Mann am leichtesten liefern kann, die Bureaukratie pflegt für solche Erwägungen überhaupt unzugänglich zu sein.

Man sieht auch, wie hier schon die Möglichkeit der Beamtenkorruption eintritt. Wenn der Beamte chikaniren will, so kann er die Leute thatsächlich unglücklich machen, ohne daß er Etwas riskirt. Bestechungen werden also mit Naturnothwendigkeit stattfinden; hat die Beamtenkorruption einmal erst angefangen, so nimmt sie reißend zu und ist auf keine Weise zu verhindern. (Fortsetzung folgt.)

Seenoth-Gelübde.

Erzählung aus dem Volksleben in den Scheeren von **August Strindberg.**

Autorisirte Uebertragung von Erich Holm.

Vestmann, der auf der Insel Nedergärd daheim, war mit einem Schooner nach Norwegen gegangen und sogar bis zu den Lofoten hinaufgekommen. Dort hatte er Walfischfänger angetroffen und von ihnen Einiges über den Fang der Wale mittelst Harpunen erfahren. Als er nun wieder auf seiner Insel war, kam ihm der Gedanke, die erworbenen Kenntnisse auf den heimischen Seehundsfang anzuwenden, der in Folge des Büchsengeknalles, welches die furchtsamen Thiere fortscheuchte, sich in steter Abnahme befand.

Zu diesem Zwecke manipulirte er in folgender, nicht allzu wohl erwogener Weise, deren weder von ihm noch sonst von Jemandem vorauszusehendes Resultat ein Abenteuer war, von dem noch heute in den Scheeren die Sage geht.

Eines Abends, im Nachfrühling, setzte sich Vestmann in einen Kahn, nahm seinen Jungen mit und begab sich nach den äußeren Scheeren, woselbst die See-

hunde ans Land zu gehen, und sich zu sonnen pflegten. Um die merkwürdige Jagd zu betreiben, führte er einen Otterhaken mit, der sonst zum Ausnehmen von Ottern aus den Bergspalten diente, nun aber nach Walfischfängermanier vorn an einer laufenden Winde befestigt worden war. Wie Vestmann an die scheuen Thiere herankommen wollte, um sie mit der Pseudoharpune zu fassen zu kriegen, das wußte weder er noch sonst wer, aber wem Unheil beschieden, meinten seine Freunde, der könnte getrost in Wassertonnen Netze auslegen. Der Feldzugsplan war indeß in der Weise entworfen worden, daß der Bursche sich vom Lande her mit der Büchse heranschleichen sollte, während Vestmann den Kahn behutsam zwischen die Eisschollen lenkte, um den fliehenden Thieren, die auf dem holprigen, dem Strande vorgelagerten Treibeise nicht sehr schnell vorwärts kommen konnten, aufzulauern.

Nun hatte er den Burschen knapp vor Sonnenuntergang ans Land gesetzt, er selbst aber steuerte, die Ruderblätter mit Wollstrümpfen umwickelt, um keinen Lärm zu machen, ein weißes Hemd über den Kleidern, um möglichst unsichtbar zu sein, eifrig vorwärts. Im Schutze der Riffe und des Packeises arbeitete er sich unterhalb der Küste hin, bis wo eine Bresche die Stelle bezeichnete, an welcher die Thiere ans Land gegangen waren, und aller Wahrscheinlichkeit nach, da eine Wake nirgends zu sehen war, auch wieder ins Wasser mußten.

Vestmann saß dort, mit dem hoch gehobenen Haken zum Wurfe ausholend, im Hinterhalte, und zwar eine so lange Zeit, daß es ihn in den Fingerspitzen zu frieren begann, und ihm Zweifel aufstiegen, ob die alte Manier mit der Lothbüchse nicht doch die einfachere wäre. Daß sich die Robben dort befänden, darüber konnten nicht zweierlei Meinungen herrschen, er hörte ja auch ihr Bellen, ob sie aber den Weg ins Wasser gerade durch diese hohle Gasse nehmen würden, das war die große Frage.

Knall! ertönte es plötzlich auf dem Lande hinter den Fichten. Es pfiff in der Luft und Sqvtt! wiederhallte es in der See. Hierauf ein Pusten und Niesen, dann ein Patschen auf dem Eise, wie wenn nackte Menschen über einen Estrich sprängen.

Ehe Vestmann sich nur im Kleinsten darüber Rechenschaft zu geben vermochte, wie albern im Grunde genommen die ganze Veranstaltung sei, steckte ein zottiges Thier den Kopf durch die Bresche, richtete sich in die Höhe und stürzte ins Wasser, hatte aber auch richtig schon den Stachel im Fleische. In einem Hui rollte sich die Leine von der Winde ab, das Boot erhielt einen Ruck, daß der Jäger hinten im Boote der Länge nach auf den Boden hintaumelte, und fort gings mit gutem Gang dem Meere zu.

Das war ein Ritt!

Vestmann fand es anfangs neu und lustig, so dahin zu jagen. Er dachte, was das für eine prächtige Jagdgeschichte abgeben würde, und war überzeugt, die Beute in seiner Hand zu haben. Nur daß die Felseninseln gar so vorbeitanzten, sein Häuschen ihm aus den Augen verschwand!

Adieu einstweilen, — rief er, nach dem Strande hinüber. — Komme bald wieder!

Es riß und zerrte an dem Boote. Doch eine Gefahr schien ihm vorläufig nicht vorhanden, zum Mindesten nicht eher, als bis sie die letzten Felsen hinter sich ließen, das Land aus dem Gesichte verloren. Hier war die See etwas bewegter, und die Sonne schien untergegangen, denn da draußen breitete sich's, wie eine schwarze, runde Scheibe.

— Geht's noch lange so fort, so kappe ich im schlimmsten Falle die Leine, dachte Vestmann.

Und weiter ging's. Doch nun fing der Kahn immer heftiger zu schlingern an. Die Wogen wälzten sich wider denselben, und schon war sein Schnabel unter Wasser. — Ein Stückchen noch! — dachte Vestmann, der seine sichere Beute ungern aufgab, und den so schönen Anfang kein so schmähliches Ende nehmen lassen mochte.

Immer höher ging die See, und die Sterne entzündeten sich am Firmamente. Noch konnte er indeß das vorn im Boote liegende Beil unterscheiden, das für den Fall er zu weit hinaustrieb, seine Hoffnung bildete.

— Nur zu Alter. Bist mir doch müd über kurz oder lang, oder ich müßte Dich schlecht kennen! — murmelte der frierende Jäger, der gerne die Ruder geregt hätte, um sich zu erwärmen.

Im nämlichen Augenblicke fühlte er seine Füße naß werden.

— D'ran denn, — kommandirte er sich selbst, stand auf, um das Beil zu nehmen und die Leine abzuhauen, saß aber sofort wieder auf dem Boden, denn sowie er sich nur von seinem Platze rührte, zog die Robbe den Schnabel des Kahns in die Tiefe.

Nach einigen fruchtlosen Versuchen, nach vorne hinüber zu kriechen, erkannte er die Nothwendigkeit, ruhig an Ort und Stelle zu bleiben. Er war nun einmal in der Gewalt des Thieres, und nur von dessen Laune hing es ab, ob er zu Grunde gehen, ob er glücklich zu den Seinen heimkehren sollte.

Nun hatte es aufgehört, ihm lustig vorzukommen, und ein stiller Ernst senkte sich auf das beklommene Gemüth des Jägers.

Um jedoch seinen gesunkenen Muth etwas zu heben, griff er nach einem Ruder und legte es achter des Bootes aus, sich einbildend, er steuere. Das aber that er nicht, das that das Thier, und zwar geradenwegs in die offene See hinaus.

— Komm ich hier mit heiler Haut davon, so hol mich der ....

Die Robbe machte einige gewaltsame Schwenkungen, und der Fluch brach in der Mitte ab, denn das Ruder mußte eingezogen, es mußte die Schöpfkelle zur Hand genommen werden, um das Wasser aus dem Boot zu schaffen.

Als es ausgeschöpft war, legte Vestmann das Ruder neuerdings aus und fühlte sich sofort beruhigter, ganz als ob er thatsächlich säße und steuerte.

Allein die Sterne waren nun erloschen. Ein feiner Regenschauer fiel vermischt mit Schnee, und bald sah Vestmann, von allen Seiten von grauem Nebel umschlossen, die Axt nicht mehr. Und vorwärts ging es, immer vorwärts, der Wind aber schien umgeschlagen zu haben, denn der Anprall der Wogen kam jetzt halbseits. Und mehr und mehr schien er umzuschlagen.

Jetzt wurde es Vestmann angst und bange. Er dachte, die Schöpfkelle handhabend, an Weib und Kind, an Haus und Hof und alles Geräthe und endlich an die Ewigkeit, in die er nun sicher und bestimmt eingehen würde, dachte daran, daß er schon nicht in der Kirche gewesen sei — ja wie viele Jahre, dessen erinnerte er sich gar nicht mehr — seit dem Cholerajahr aber war's — nicht bei der Beichte! — Da, jetzt scharrte das Boot leewärts an das Treibeis! Herr Jesus! Ich armes sündiges Menschenkind! Alles miteinander war vergessen.... Vater unser, der Du bist in dem Himmel ... Dein Wille geschehe, so im Himmel ... nein, so war's nicht....

Diese langen Stunden, und so viele! Wahrhaftig, bis Aland brauchte man nicht länger bei dem Winde: Kam aber das Treibeis hinter ihn her, so wurde er bis hinunter nach Gotland oder in die finnische Bucht hinein verschlagen, wenn er nicht vorher längst erfroren war.

Er kauerte auf den Boden des Kahns nieder, um einigermaßen vor den kalten Windstößen geschützt zu sein, und als er auf den Knien lag, da wußte er mit einem Male das ganze Vater-Unser, das er wohl an die zwanzig Male betete. So oft er aber zum Amen kam, machte er mit dem Taschenmesser einen Einschnitt in den Bootrand. Und nun er den Schall seiner Stimme vernahm, ward ihm leichter ums Herz. Ihm war, als spräche er mit Jemanden, als spräche Jemand zu ihm. Die Worte weckten die Erinnerung an eine in der Kirche versammelte Menge, die er nun vor sich sah, tröstend, zurechtweisend. Die Gelingarner erblickte er darunter, mit denen er jüngst hinausgefahren, sich Schmiedekohle aus der gesunkenen Brigg zu holen, was wohl nicht so ganz in der Ordnung war, doch noch hingehen mochte, — auch sah er dort — da zerrte es wieder an der Leine. Herr Jesus, Sohn Gottes, wenn ich diesmal dem Tod entrinne, so gelobe ich, so wahr Gott lebt, einen neuen Kronleuchter mit sieben Zinken aus reinem Silber — mein ganzes väterliches Erbe ist's — für die Kirche — reines Silber —. Der Herr segne und behüte uns. Der Herr lasse uns sein Antlitz leuchten und sei uns gnädig. . . .

Durch den Nebel schimmerte in gerader Richtung vor ihm ein Licht, ein großes, aber schmutzig trübes, wie das einer Hornlaterne. — Der Hangörer Leuchtthurm an der Nyländischen Küste! — dachte Vestmann. — Hab' mirs wohl gedacht, daß wir unsere zwölf Stunden unterwegs sind, das dauert ja, als wär's eine Woche, eine ganze Woche!

Nun knirschte es wieder unter dem Kahne, der sich plötzlich festrannte, daß Vestmann der Länge nach hinflog, worauf tiefe Stille um ihn eintrat.

Wie weit es bis zum Leuchtthurm, nach ungefährer Berechnung, noch sein mochte? Seine anderthalb Meilen! Jetzt konnte er aber weder vor- noch rückwärts. Das war schlimmer als Alles, denn sowie er sich rührte, drohte das Boot umzukippen.

Da war nichts zu machen, wo er saß, saß er. Jeden Augenblick erwartete er die Sonne aufgehen, den Tag im Osten dämmern zu sehen. Und er fror und flehte zu Gott und gelobte und schwor die theuersten Eide hinsichtlich des silbernen Kronleuchters, der zweihundert Rigsdaler kosten und punzirt sein sollte. Und siebenarmig sollte er sein und Manschetten oben an den Hältern haben, und an einem buntfarbigen Seile hängen, und alle Menschen, die ihn sähen, die sollen sagen: Seht das Weihgeschenk, das Vestmann vom Nedergärd zu spenden gelobt, als ihn Gott Anno 1859 so huldreich aus schwerer Noth errettete. Gott stand ihm so huldreich und gnadenvoll bei, wiederholte er ein über das andere Mal, bis er sich's schließlich selber glaubte und in überströmender Dankbarkeit für den gnadenreichen Beistand die ersten Worte von „Lob und Preis und Dank Dir, Gott in Deinen Höhen“ betete. Gott war ihm beigestanden, das stand fest, nachdem ja doch der Luster dort hing und die Leute sagten, sagen würden, noch hatten sie es nicht gesagt — nun erlosch das Leuchtfeuer. . . . Herr Jesus! der Du über die Wasser schrittst und ihnen gebotest, sich zu legen! — Jetzt legten sie sich auch, sie hatten sich gelegt, vor einer geraumen Weile schon, denn sterbensruhig war's ringsum, was um so merkwürdiger, als die See hier gar so tobte und so schauerlich hohe Wellen just erst schlug, heißt das gestern. Jetzt würde es ja bald Tag sein, es mußte bald Tag sein, nachdem er so sakramentarisch fror und so hungrig war! Aber nun würde er bald einen warmen Kaffee bekommen, sobald nur das Lootsenboot herauskam, wie es wohl der Schiffe halber mußte, die draußen auf der Räumte gekreuzt hatten und bei Sonnenuntergang einlaufen sollten. Aber warum, zum T . . . . ., um Alles in der Welt, sie nur gerade jetzt

das Leuchtfeuer verlöscht hatten! Vielleicht weil es schon tagte, obgleich noch nichts von einer Dämmerung zu merken war. Ja, das war's, gewiß, wofern die russische Regierung nicht ein anderes Reglement für ihre Leuchtthürme hatte. Aber freilich war dem so! Jetzt erinnerte er sich dessen, dunkel wie im Traume. Die Russen, die hatten ja auch einen andern Almanach mit altem Stil. Ja, sieh, das war des Pudels Kern, der alte Stil, der um dreizehn Tage voraus oder zurück ist, was so ziemlich einerlei blieb, kam es doch nur auf den Zeitunterschied an, der auch richtig vorhanden war, wie würden sonst die Schiffe immer um eine Stunde später ankommen, als es telegraphirt worden. Und eben deshalb löschte man auch das Feuerzeichen eine Stunde vor Sonnenaufgang, der also binnen einer Stunde erfolgen würde. Jetzt wußte er's auch, warum ihn so entsetzlich fror. Alle Leute, die einmal an Wechselfieber gelitten, hatten, ehe die Sonne aufging, solche Schüttelfröste. Aber wie stille sich das Thier verhielt! Es zerrte ja gar nicht mehr an der Winde. Am Ende hatte es sich losgerissen und war fort! Er mußte doch 'mal nachsehen, denn so unnütz hier zu liegen war des T . . . .

Vestmann starrte nach vorn und sah ein dunkles, unförmliches Etwas wie einen großen Haufen Takelwerk sich aus dem dichten Nebel heben.

Himmel Herrgott! Wenn das die russische Flotte ist, so erschießt man mich als Spion, oder schickt mich nach Sibirien. Und so viele, wie ihrer sind! 's ist ja ein förmlicher Wald!

Er erhob sich und bog die Knie gerade. Das Boot neigte sich nun mehr nach den Seiten, tauchte jedoch nicht mit dem Schnabel unter. Er kletterte vorsichtig über die Schwellen nach vorne, sah die Leine wie einen Telegraphendraht gespannt, sah Fußspuren, schlug mit dem Absatz wider einen Stein . . . er war am Lande! Und dort stand ein Fichtenwald!

— Bist Du's, Vater! — scholl eine greinende bekannte Stimme von einem Wachholderbusch herüber.

— Ludde! Was der Teufel, Du bist hier? —

— Hab schon gar nicht mehr gewußt, Vater, was mit Euch geschehen ist?

Vestmann rieb sich die Augen: Hör 'mal, weißt Du vielleicht, wie viel es an der Zeit ist?

— Es muß schon mindestens auf acht gehen. Ihr wart 'ne gute Stunde weg und drüber. Jetzt habt Ihr aber auch das Vieh bei Euch!

Am Strande lag das Thier, im Rücken den Otterstachel, todt, verblutet, nachdem es einen Abstecher in die offene See gemacht hatte, jedoch des Wogenganges halber umgekehrt war.

Noch heutigen Tags erzählt man sich in den Scheeren von dem Abenteuer, das nächst der Sage von der Seeschlange das wunderbarste ist, wovon man weit und breit gehört hat. Und wer es nicht glauben mag, der gehe nur in die Kirche von Nedergärd und besehe sich den kleinen Kronleuchter, der unter dem Orgelchore aufgehängt ist, zu ewiglichem Angedenken an die huldreiche Errettung des vormaligen Kronlootsen Vestmann aus höchst ungewöhnlicher Seenoth, da er im Angesichte des Todes dem Herrn, zur Erbauung und zum Frommen der christlichen Versammlung, besagten Zinnleuchter zu stiften gelobte.

Briefkasten.

Ignaz. Den Brief mit 20 Mark haben wir erhalten, den Inhalt dem Wahlfonds zugeführt. Wegen der 40 Mark sind Nachforschungen eingeleitet. Besten Gruß! K. K.

Für die Redaktion verantwortlich: Georg Baßler in Stuttgart.



Nr. 38. XI. Jahrgang, II. Band. 1892-93.

Ein verdienter Erfolg.

↗ Berlin, 7. Juni 1893.

In der bürgerlichen Presse beginnt es gemach zu tagen, und ihre ehrlicheren Organe suchen sich jetzt schon mit dem Gedanken abzufinden, daß die Sozialdemokratie den moralischen und politischen Sieg in dem Wahlkampfe davontragen werde. Je näher der Wahltag heranrückt, um so mehr häufen sich die Zeichen, daß die Arbeiterpartei das Vertrauen aller nothleidenden Massen in ungleich höherem Maße gewonnen hat, als ihre Gegner je befürchtet haben und sie selbst vielleicht gehofft haben mag. Die bürgerlichen Blätter, die heute schon diese Thatsache ins Auge fassen, thun es zwar mit innerlichem Widerstreben und mit heißem Bemühen, der ihnen so verhaßten Aussicht möglichst viel abzudingen, aber gerade dadurch bekunden sie, wie sehr ihnen das Feuer auf den Nägeln brennt.

Und wie über die Maßen dürftig sind die Gründe, womit sie sich trotz alledem trösten möchten! All die alten, lahmen Gäule, die nun schon so oft auf der Rennbahn des bürgerlichen Selbstbewußtseins sich getummelt haben, werden von Neuem von der Krippe gerissen, an der sie allen Anspruch hätten, ruhig ihren Gnadenhafer zu verzehren. Die Sozialdemokratie soll ihr Programm in den Silberschrank gestellt haben und in „demagogischer" Weise die Wähler gegen die neue „Blutsteuer" aufhetzen! Das Eine ist gelogen wie das Andere — ja, weshalb überzeugt denn die bürgerliche Presse nicht die Wähler von der Heilsamkeit und Nothwendigkeit der „Blutsteuer", dieselben Wähler, die doch so „verständig" sind, nichts vom „Zukunftsstaat" wissen zu wollen? So oder so — wenn die Wähler mehr können, als Kirschen essen, und über den im Hirn der bürgerlichen Presse spukenden „Zukunftsstaat" so genau unterrichtet sind, daß sie mit unüberwindlichem Abscheu auf ihn blicken, dann muß es doch ein Leichtes sein, sie zu überzeugen, daß sie nicht Gut und Blut genug an die Erhaltung ihres kostbaren Gegenwartsstaats setzen können. Oder aber sie finden, daß ihnen der Gegenwartsstaat mehr zumuthet, als sie ertragen können, und dann wird es wohl erst keiner „Demagogie" bedürfen, sie in hellen Haufen dem Lager der Sozialdemokratie zuzutreiben — trotz des „Zukunftsstaats" und aller Greuel, die ihm angedichtet werden.

Nicht minder windig steht es um den andern Trost, wonach die sozialdemokratischen Wähler in ihrer großen Masse aus „Mitläufern" bestehen sollen. Was für erleuchtete Staatsmänner sind dagegen die Wähler der bürgerlichen Parteien, die sich vorspiegeln lassen, daß die Franzosen und Russen kommen, wenn die Militärvorlage nicht angenommen wird, oder daß die Kosten der Heeresverstärkung aus Luxussteuern auf die reiche Bevölkerung aufgebracht werden können oder auch nur sollen! Doch Scherz bei Seite, so wenig ernsthaft jener famose Trost eigentlich zu nehmen ist. Man kann willig zugeben, daß von den zwei oder drei Millionen Wählern, die in acht Tagen für die sozialdemokratischen Kandidaten stimmen werden, auch nicht einer einen Plan des „Zukunftsstaats" fix und fertig in der Tasche hat, und man braucht nicht zu bestreiten, daß sich manches Zehn-, manches Hunderttausend darunter befinden wird, dem die sozialdemokratischen Grundsätze einstweilen mehr oder minder schleierhaft sind. Wenn nur einzusehen wäre, was damit der Sozialdemokratie geschadet oder ihren Gegnern genützt würde! Aus Kindern werden Leute und aus „Mitläufern" hieb- und stichfeste Sozialdemokraten. Stimmen die „Mitläufer" erst für sozialdemokratische Kandidaten, dann ist der erste Schritt gethan, der bekanntlich der schwerste ist, und alles Uebrige findet sich. Dieser ganze Trost in Thränen hätte dann einen ungefähren Sinn, wenn die bürgerliche Welt irgend welche Aussicht hätte, die „Mitläufer" wieder einzufangen. Aber mit der schönen Verheißung „sozialer Reformen", selbst wenn es mit deren Möglichkeit besser bestellt wäre, als es ist, bethört sie höchstens noch die, die nicht alle werden; wüßten die im Sumpfe des Kapitalismus versinkenden Wählermassen nicht schon aus der tausendfältigen Erfahrung von zwanzig Jahren, daß nichts dahinter steckt, als allerlei Luftspiegelung, so würden sie sich die Sache am Ende noch einmal angesehen haben, ehe sie „mitliefen".

Doch es hieße den leeren Redensarten, womit die bürgerliche Presse den Stoß der ihrer Welt drohenden Niederlage im Voraus abzuschwächen sucht, allzu große Ehre anthun, wenn wir sie allzu ausführlich beleuchten wollten. Für den thatsächlichen Gang der Dinge haben dergleichen Seifenblasen so geringes Gewicht, wie die Verhandlung des Reichstages über den „Zukunftsstaat" für die „Vernichtung" der Sozialdemokratie hatte. Die Wählermassen, deren Widerstand es im letzten Grunde bewirkte, daß der vorige Reichstag doch keine Mehrheit für die Militärvorlage aufbrachte, handeln durchaus konsequent und logisch, auch von ihrem einstweilen noch mehr oder minder bürgerlichen Standpunkt aus, wenn sie sich der sozialdemokratischen Partei zuwenden, als der einzigen, in deren Hand das politische Erbe des deutschen Bürgerthums sicher aufgehoben ist. Die Spuren schrecken, und die bürgerliche Opposition, die über den ersten, nach langem Ach und Krach noch gelungenen Widerstandsversuchen völlig aus dem Leime gegangen ist, flößt den Wählern kein Vertrauen mehr ein, die dem Militarismus wirklich an Kopf und Kragen wollen. Wie sollte sie auch nach den Erfahrungen des Wahlkampfes? Nicht nur mehren sich sogar in dem „demokratischen" Flügel der bürgerlichen Oppositionsparteien die Kandidaten, die sich „freie Hand" zur löblichen Unterwerfung unter den Militarismus vorbehalten, sondern auch die in ihrer Weise obstinatesten Elemente dieser Parteien wagen es nicht, dem Militarismus als solchen den Handschuh offen hinzuwerfen, sondern gehen ihm auch noch um den Bart, indem sie mit patriotischer Entrüstung darlegen, daß sie im Grunde ja gar nicht so viel weniger böten, als der Antrag Huene verlange, und so weiter.

In der ganzen Wahlbewegung ist von bürgerlicher Seite nur eine Kundgebung erschienen, die sich auf der Höhe dessen hält, was die bürgerlichen Klassen

bei einem ernsten Zusammenstoße mit dem Militarismus leisten müßten. Wir meinen die eben erschienene Schrift: „Der Militarismus im Deutschen Reiche. Eine Anklageschrift von einem deutschen Historiker.“ Obwohl wir den Verfasser nicht kennen, so zweifeln wir doch nicht an der Echtheit der Flagge, die er führt. In der bürgerlichen Geschichtswissenschaft macht sich schon seit einiger Zeit eine wachsende Opposition gegen die gewerbsmäßige Fälschung der Geschichte geltend, wie sie von den im preußisch-deutschen Reiche patentirten Historikern betrieben, und nicht am wenigsten zu Ehren des borussischen Militarismus betrieben wird. Ihren Anstoß hat diese Opposition von der anschwellenden Arbeiterbewegung erhalten, ihrem Wesen nach kann sie sich freilich nicht vom bürgerlichen Boden losreißen, und so sucht sie ihr Heil in einer Wiederbelebung des bürgerlichen Idealismus. Selbst wenn die „Anklageschrift“ gegen den Militarismus von keinem „Historiker“ verfaßt wäre, so würde sie mehr ins historische, als ins politische Gebiet einschlagen, denn der bürgerliche Idealismus, von dem sie beseelt ist, gehört einer Vergangenheit an, die nimmermehr wiederkehrt. Aber sie ist in der That wohl, soweit Form und Inhalt einen Schluß auf den Verfasser zulassen, von einem deutschen Historiker verfaßt und obendrein von einem fähigen Historiker. Ihre Methode, die Dinge auf ihren inneren Zusammenhang zu untersuchen und die historisch gewordenen Gegensätze mit prinzipieller Schärfe gegen einander zu stellen, gehört zu den Leistungen, deren die politischen Schriftsteller der bürgerlichen Welt längst nicht mehr fähig sind.

Was in dieser Schrift nun dargelegt ist über den furchtbaren Hohn, den der preußisch-deutsche Militarismus auf den Begriff der modernen Kultur darstellt, über die Barbarei des Militarismus in der Armee, über die verseuchende Einwirkung des Militarismus auf die bürgerliche Gesellschaft und den Geist des Volks, über die moralische Zerrüttung von Gesetzgebung, Rechtspflege und Verwaltung durch den Militarismus — das trifft alles den Nagel auf den Kopf, nicht sowohl vom Standpunkt des Sozialismus aus, der unter voller Anerkennung dieser konkreten Erscheinungen sie doch noch auf einen tieferen und weiteren Zusammenhang zurückführen würde, als vom Standpunkte des bürgerlichen Klassen- und Rechtsbewußtseins aus. Der „deutsche Historiker“ macht seinen Lesern denn auch kein Hehl daraus, daß dem Militarismus nichts abzubetteln oder abzuschmeicheln, sondern nur etwas abzuzwingen ist; er nennt alles Kompromisseln — allzu höflich — eine „merkwürdige Verblendung“ und schließt seine Schrift mit den Worten: „Wohl möglich, daß man den Liberalen, die sich unter das Joch des Militarismus gebeugt haben, zum Dank einige Brosamen hinwirft. Aber was kann das bedeuten gegen die Stärkung des militärischen Geistes und gegen die Schwächung der bürgerlichen Widerstandskraft! Die Zustände, die man mit uns beklagt, die ganze rücksichtslose Härte in der Armee, die Durchsetzung unserer bürgerlichen Gesellschaft mit militärischen Vorurtheilen, die Ueberhebung des Beamtenthums und die Zwangsmaßregeln der Gesetzgebung und Verwaltung, die ganze Vernachlässigung dessen, was uns der Kulturfortschritt bedeutet: alles das ist doch nur die natürliche und unausbleibliche Folge, die sich aus dem Parallelogramm der Kräfte des Militarismus einerseits und der freien bürgerlichen Gesinnung andererseits ergiebt. Und nun glaubt man, dies mathematische Ergebniß ändern zu können, indem man den Militarismus stärkt, die bürgerliche Widerstandskraft schwächt, „aber gleichsam auf magnetischem Wege, durch freundliche Vorstellungen, die von Hemmungen mehr als je befreite Kraft einladet, doch nicht dem ihr inne wohnenden Triebe zu folgen, sondern gütigst nach der andern Seite von der bisherigen Diagonale abzubiegen. Wie verkennt man

doch damit das Wesen des Militarismus! Der Militarismus ist hart, und nur vor fremder Härte hat er Respekt, nur durch Härte kann man ihm etwas abgewinnen. Wer sich vor ihm beugt und dann auf gnädige Behandlung hofft, wird vor den Triumphwagen gespannt, um später geopfert zu werden.“ Nichts kann bündiger und schlüssiger sein, als diese Logik; sie ist wie eine reife Frucht, die vom Baume der historischen Erkenntniß nur gestreift zu werden braucht, aber nichts kann auch gewisser sein, als daß der „deutsche Historiker“ ein einsamer Prediger in der bürgerlichen Wüste bleiben werde.

Keine bürgerliche Partei, auch die Freisinnige Volkspartei nicht, steht auf dem Standpunkte, daß sie den Militarismus bekämpfte um des Militarismus willen. Die Zeiten sind längst dahin, da Hoverbeck erklärte, die bürgerlichen Klassen, zu deren wackersten Führern er gehörte, sollten sich keine grauen Haare wachsen lassen um den Kampf gegen die Sozialdemokratie; ihre Ehre und ihre Pflicht sei der frische und fröhliche Krieg mit dem Militarismus. Das war doch noch ein Bekenntniß, das sich hören ließ; jede lebenskräftige und selbstbewußte Klasse wird tausendmal mehr darum sorgen, daß sie den Posten, den ihr die historische Entwicklung anweist, mit Ehren und mit Erfolg behauptet, als darum, ob sie auch einmal einer entwickelteren Klasse wird weichen müssen. Aber das sind, wie gesagt, vergangene Zeiten. Der heutige Liberalismus in all seinen Schattirungen verträgt sich lieber mit dem Militarismus, als mit dem Sozialismus, und einen Krieg bis aufs Messer wagt er der Barbarei nicht zu machen, in deren Arme er sich schließlich zu retten hofft vor der steigenden Gesittung, die seine Profite gefährdet. Der „deutsche Historiker“ hat den Rickert und Genossen gut seine unanfechtbare Taktik predigen; sie antworten einfach: ja, lieber Freund, was du da sagst, ist sehr richtig, aber den harten Krieg, den du verlangst, können und wollen wir alle dem Militarismus nicht machen, wir nicht und unsere feindlichen Brüder vom linken Flügel auch nicht. Und ist der Profit nicht ganz klar, wenn wir uns willig unter das Joch des Militarismus drücken, um die paar Brosamen zu schnappen, die wir auch nach deiner Ansicht für diesen Fall kriegen werden, während jene mit ihrem bischen mehr Stänkerei weder den Militarismus bezwingen, noch auch nur einen Brocken davon tragen werden?

An dieser trostlosen Sachlage wird der „deutsche Historiker“ mit seinen beredten und noch so wahren Worten nichts ändern. Sie aber ist es, welche die bürgerlichen Wählermassen, die es auf einen ernsten Gang mit dem Militarismus ankommen lassen wollen, in so dichten Schaaren zur sozialdemokratischen Partei treibt. Mögen die betrübten Lohgerber der bürgerlichen Parteien den davon schwimmenden Fellen noch so jämmerlich nachklagen: es ist ein Abschied auf Nimmerwiedersehen. Oder mögen sie noch so sehr über die „Mitläufer“ schelten, welche die sozialdemokratische Partei angeblich zu einem „wüsten Konglomerate aller Unzufriedenen“ machen sollen: sie täuschen damit Niemanden. Es ist doppelt schmeichelhaft für die Arbeiterklasse, wenn die lebenslustigen Elemente der bürgerlichen Klassen sich zu ihr flüchten, weil sie allein noch einen unerschütterlichen Wall gegen die feudale, polizeiliche und militaristische Reaktion bildet. Und diesen verdienten Erfolg einer allezeit prinzipientreuen Politik können die abgeschmackten Späße der kapitalistischen Blätter nicht verkleinern.

P. L. Lawroff.*

Am 14. Juni dieses Jahres feiert ein Veteran des revolutionären Sozialismus, Peter Lawrowitsch Lawroff, seinen siebzigsten Geburtstag. Während voller drei Jahrzehnte steht P. L. Lawroff im Dienste der russischen, revolutionären, sozialistischen Bewegung.

P. L. Lawroff stammt aus einer wohlhabenden russischen Adelsfamilie und genoß in seiner Jugend eine militärische Erziehung. Schon früh erwarb er sich große Fachkenntnisse und wurde schon mit seinem 21. Lebensjahre zum Lehrer für höhere Mathematik an der staatlichen Artillerieschule ernannt. Später dozirte er, im Range eines Obersten, in der Petersburger Kriegsakademie und in andern militärischen Anstalten. Mehrere wissenschaftliche Abhandlungen, die er während dieser Zeit veröffentlicht hat, sichern ihm eine geachtete Stellung in den Fachkreisen. Doch schon in Kurzem führten ihn seine umfassenden geschichtlichen und ideologischen Studien weit über die engen Kreise der Militärwissenschaften hinaus. Er veröffentlichte in russischen Zeitschriften eine Reihe Arbeiten auf dem Gebiete der Kulturgeschichte, sämmtlich gekennzeichnet durch äußerst gründliches, rücksichtsloses Forschen. Gleichzeitig kam er in Verkehr mit Tschernischewsky, Michailoff und andern Vorkämpfern des revolutionären Sozialismus in Rußland. Er entfaltete eine energische literarische Thätigkeit, aber seine sozialistische Gesinnung und sein Verkehr mit der revolutionären Jugend machten ihn der russischen Regierung unbequem und sie suchte sich seiner zu entledigen. Er wurde in einen politischen Prozeß verwickelt und, ohne richterlichen Spruch, auf administrativem Wege im Jahre 1866 nach einem entlegenen Dörfchen im Gouvernement Wologda, einer der rauhesten Gegenden des europäischen Rußlands verbannt. Von hier aus schrieb er nun seine berühmten „Historischen Briefe". Zunächst in Gestalt von Korrespondenzen in einer Wochenschrift erschienen, wurden sie im Jahre 1870 als Buch herausgegeben (zweite Ausgabe Genf 1892). Dieses Buch geht in seiner Tendenz darauf hinaus, zu beweisen, daß es eine Pflicht des intelligenten Menschen ist, mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln für den kulturellen Fortschritt, für die Entlastung des arbeitenden Volkes und die Ermöglichung einer freien kulturellen Entfaltung seines Lebens einzutreten. Die Wirkung war eine gewaltige. Die revolutionäre Jugend fand in diesem Buche eines mit kolossalen Kenntnissen ausgerüsteten Geistes dasjenige, wozu sie dem Gefühl nach hinneigte, mit philosophischem Tiefsinn als ein Postulat der Wissenschaft nachgewiesen. Bald wurden die „Historischen Briefe" zum Evangelium des russischen Revolutionärs.

In dem Dörfchen in Wologda war P. L. Lawroff völlig von politischer Thätigkeit abgeschlossen. Das wurde ihm unerträglich. Nach drei Jahren Verbannung flüchtete er nach dem Ausland. Er erschien im März 1870 in Paris, wo er auch das Kommunejahr verbrachte. 1872 ging er nach Zürich und übernahm die Redaktion des eben gegründeten „Wperiod" („Vorwärts"). Der „Wperiod" war eine der sozialistischen Propaganda dienende Zeitung. Ihr Sozialismus war in den allgemeinen Fragen vollkommen der der „Internationale". Der „Wperiod" suchte vor allem Aufklärung über die sozialistischen Ideen und die Aufgaben des Sozialismus in Rußland zu schaffen. In der „Aufklärung" sah er auch das

* Da ein größerer Artikel über Lawroff, der uns in Aussicht gestellt worden, nicht eingetroffen ist, müssen wir unsere Leser bitten, sich mit vorliegenden Zeilen zu begnügen. Vielleicht finden wir später Gelegenheit, Lawroff's Wirken und seine Bedeutung für die revolutionäre Bewegung Rußlands eingehender zu schildern. Die Redaktion.

hauptsächliche Kampfmittel der russischen Sozialisten. Nachdem der „Wperiod“ im Jahre 1876 eingegangen war, gab Lawroff noch ein Jahr hindurch eine unregelmäßig erscheinende Zeitschrift desselben Namens heraus (im Ganzen fünf Bücher).

Als dann im Jahre 1883 der „Wjestnik Narodnoi Woli“ („Bote des Volkswillens“), das wissenschaftliche Organ der ruhmreichen „Narodnaja Wolja“ gegründet wurde, wurde P. L. Lawroff der Redakteur desselben. Der „Wjestnik Narodnoi Woli“ ging im Jahre 1887 ein.

Diese ausgedehnte Thätigkeit für die im Ausland erscheinende russische revolutionäre, sozialistische Literatur, eine Thätigkeit, die außerdem noch in einer Anzahl von selbständigen Broschüren ihren Ausdruck fand, hinderte aber P. L. Lawroff nicht, auch durch Vermittelung der in Rußland selbst unter preßpolizeilicher Obhut erscheinenden demokratischen Presse für den revolutionären Sozialismus Propaganda zu machen. Freilich wurde dies für ihn je länger desto schwieriger, weil schon das bloße Bekanntwerden seiner Mitarbeiterschaft den betreffenden Zeitschriften preßpolizeiliche Drangsalirungen zuzog.

Auch vertrat P. L. Lawroff vielfach in Wort und Schrift die russische sozialistische Bewegung dem Auslande gegenüber.

Gleichzeitig aber arbeitete er fortwährend mit unablässigem Eifer wissenschaftlich, trieb die ausgedehntesten Studien und bereitete ein großes, wissenschaftliches Werk vor, sein Lebenswerk, das unter dem Titel: „Versuch einer Geschichte der Gedankenarbeit der Neuzeit“ im Jahre 1888 zu erscheinen begann und auf fünf Bände, jeder mit ungefähr 50 Bogen, berechnet ist. Dieses enzyklopädische Werk ist durch und durch sozialistisch, so verschiedenartige Gebiete es auch berührt.

Jetzt lebt P. L. Lawroff in Paris, hauptsächlich mit der Herausgabe seines großen Werkes beschäftigt. Doch versäumte er es noch nie, in jedem Moment, wo es das Interesse der sozialistischen Bewegung in Rußland forderte, derselben seine Feder, seine wissenschaftliche Arbeitskraft zur Verfügung zu stellen.

P. L. Lawroff ist anerkanntermaßen einer der gelehrtesten Männer unseres Jahrhunderts. Als Charakter wird er von Jedem geehrt. Die schlimmsten Entbehrungen und Enttäuschungen vermochten noch nie seine Zuversicht und seine Hingebung zur Sache des Volkes auch nur zu trüben. Ruhig und fest steht er auf seinem Posten und thut seine Pflicht schon Jahrzehnte hindurch. Sein ganzes Denken, Wollen, Streben, sein wissenschaftliches Schaffen, sein Leben in jedem einzelnen Athemzuge war und bleibt der Befreiung des arbeitenden Volkes geweiht. P. L. Lawroff gehört zu den treuesten Vorkämpfern des revolutionären Sozialismus.

Vereint mit den Jüngern des Sozialismus in Rußland feiert der Sozialismus der ganzen Welt in brüderlicher Solidarität das siebzigjährige Jubiläum dieses hochherzigen, erleuchteten Geistes! Ign.

Brief aus Amerika.

Von **F. A. Sorge.**

New York, April 1893.

In den letzten Mittheilungen aus den Vereinigten Staaten („Buffalo und Tennessee“, „Neue Zeit“, Heft 8 u. 9 dieses Jahrgangs) wurde darauf hingewiesen, daß die Bannerträger der bürgerlichen Parteien dieses Landes in ihren Annahmeschreiben (gelegentlich der Präsidentschaftswahl) der bedeutsamen Vorgänge des Jahres in Arbeiterkreisen mit keinem Worte erwähnten, daß die Vertreter

des Bürgerthums das nicht für nöthig erachteten. Die bürgerliche Republik, nach Marx in den Vereinigten Staaten „die konservative Lebensform der bürgerlichen Gesellschaft“, erkennt keine Klassenunterschiede an, sie leugnet dieselben und schweigt sie womöglich todt, bis — der Klassenkampf entbrennt, dessen erste Regungen sie dann entweder brutal niederschlägt oder durch Palliative und Phrasengeklingel unschädlich zu machen sucht. Beispiele davon liefert die Geschichte des verflossenen Jahres sehr reichlich.

Sucht das Bürgerthum sich und den Philister auf diese Weise der Arbeiterbewegung zu erwehren oder darüber hinwegzutäuschen, so weiß es doch sehr wohl, daß die Arbeiter große politische Macht als Stimmgeber und spezielle Interessen haben, und damit die Arbeiter ihrer Klassenlage und ihrer politischen Macht nicht zu klar bewußt werden, gaukelt ihnen das Bürgerthum vor, wie gut sie es unter der Herrschaft dieser oder jener bürgerlichen Partei haben, wie herrlich wohl es um sie bestellt sei. Presse, Prediger und Beamte wetteifern mit einander in der Verdrehung und Fälschung von Thatsachen und Berichten.

Was die europäischen „Staatsmänner“ an Schönfärberei und dergleichen in dem letzten Menschenalter geleistet, ist bekannt, aber ihre Leistungen verblassen vor denen der amerikanischen Zensusbeamten, Statistiker und — Präsidenten. Die Gladstone, Morley, Bismarck, Leon Say, Plener und Konsorten sind Stümper gegen unseren Porter (Zensussuperintendent), Peck (Arbeitsstatistiker) und Harrison (Präsident der Vereinigten Staaten).

Die Unheil verkündenden Ereignisse von Homestead, Coeur d'Alène, Buffalo, Tennessee u. s. w. mußten verwischt, die tobenden Gewässer besänftigt werden durch das Oel der offiziellen Schönfärber und Redner. Es lag Gefahr im Verzug, und siehe! das wegen seiner Saumseligkeit sonst wohlbekannte Zensusbureau raffte sich auf und veröffentlichte und versandte mitten in der Wahlbewegung Zensusbulletins über die Statistik der Industrie (Statistics of Manufacture) einer großen Anzahl der bedeutendsten Städte des Landes, worin es das enorme Wachsthum der Industrie und — des Arbeitslohns nachwies oder nachzuweisen versuchte. Auf die Zunahme des Arbeitslohns wurde ganz speziell hingewiesen („decided relative increase in the amount paid in wages“), die je nach den besonderen Ortsverhältnissen von 20 bis 60 Prozent betragen sollte.

Dem Zensusmann Porter folgte der Arbeitsstatistiker des Staates New York, Peck, der im September letzten Jahres eine Art Summarium seines Jahresberichts für 1891 veröffentlichte, eines Berichts, der erst im Januar 1893 der Legislatur zu unterbreiten war. In diesem Auszuge zieht Peck unter Anderem die folgenden Schlüsse: „1. . . . . 2. Im Ganzen (in the aggregate) und in der Regel, mit geringen Ausnahmen, ist das in der Industrie angelegte Kapital in höherem Grade gewachsen, als die Zahl der beschäftigten ‚Hände‘; 3. auf der andern Seite ist die Gesammtsumme der gezahlten Arbeitslöhne in höherem Maße gewachsen, als die Zahl der ‚Hände‘, und es waren daher die Durchschnittslöhne 1890 höher als 1880 . . .; in der Stadt New York betrug der jährliche Durchschnittslohn 1890 653 Dollars gegen 427 Dollars im Jahre 1880, eine Zunahme von 52,93 Prozent; 4. die Zahl der industriellen Arbeiter (persons employed in manufacture) wuchs schneller als die Bevölkerung . . .; 5. der Gesammtwerth der Produkte in den Werken (Fabriken 2c.) ist nicht gewachsen im Verhältniß zu dem Wachsthum sowohl des angelegten Kapitals wie der Anzahl der beschäftigten ‚Hände‘, obwohl, soviel wir wissen . . ., die Quantität der Produkte in höherem Grade gewachsen sein muß, als der Betrag des angelegten Kapitals und die Zahl der beschäftigten Arbeiter.“

Begreiflicher Weise machten diese Angaben Aufsehen. Die Republikaner jubelten, die Demokraten fluchten und bemühten sich, die erwähnten Berichte zu widerlegen*, hatten aber kaum genügend Zeit dazu. Der Zensusmann hatte sich auch etwas dagegen geschützt durch die folgende, dem eigentlichen Berichte vorausgeschickte, Bemerkung: „Die in diesem Bulletin enthaltenen Angaben sind vorläufige (preliminary) und der Modifikation für den endgiltigen Bericht unterworfen, und unbefangene Kritik (fair critisism) und Empfehlungen sind daher erbeten im Hinblick auf etwa nöthig erscheinende Revision und Korrektur." — Die Angaben des New Yorker Arbeitsstatistikers Peck, eines unzufriedenen Demokraten, wurden von den Republikanern weidlich ausgebeutet auf ihren Plakaten und in ihren Versammlungen, und auf Peck entlud sich der ganze Zorn der demokratischen Politiker in echt amerikanischer Weise. Der Wahlausschuß der demokratischen Partei forderte von Peck Einsicht in die Belege für seine Angaben und als Peck diese Einsicht und die Herausgabe der Belege verweigerte, wurde gerichtliche Klage gegen ihn erhoben. Vor Gericht bestritt Peck, daß diese Belege öffentliches Eigenthum seien und erlangte durch Advokatenkniffe die Vertagung der Gerichtsverhandlungen bis nach der Wahl. Verschiedene Personen behaupteten und wollten beweisen, daß die Belege auf Peck's Anordnung verbrannt worden seien, indessen, acht Tage nach der Wahl entschied der Richter, daß Peck nicht strafwürdig sei, denn das Gesetz zur Errichtung des Bureaus bestimme keinen Platz zur Aufbewahrung von Dokumenten und Schriftstücken, und beauftrage auch den Beamten nicht, einen solchen Platz zu beschaffen, auch verpflichte das Gesetz den Beamten nicht, irgend welche statistische Arbeiten zu verwahren, außer denen, welche in seinem Jahresbericht an die Legislatur enthalten seien.

Peck und Porter hatten umsonst gearbeitet, wie das Resultat der Präsidentenwahl bewies, aber ihr guter Wille wurde anerkannt, ihre zweifelhaften Angaben verwerthet und ihre Leistungen himmelhoch überboten durch den damaligen, nicht wieder erwählten Präsidenten der Vereinigten Staaten, Herrn Harrison, der in seiner letzten Jahresbotschaft an den Kongreß, am 6. Dezember 1892, Folgendes zum Besten gab:

„... Mit großer Befriedigung kann ich sagen, daß die, Handel und Industrie berührenden allgemeinen Zustände der Vereinigten Staaten im höchsten Grade günstige sind. Ein Vergleich mit den günstigsten Zeiträumen der Geschichte des Landes wird, glaube ich, zeigen, daß ein so hoher Grad von Wohlstand (prosperity) und so allgemeiner Genuß von Bequemlichkeiten des Lebens (comforts of life) unserem Volke nie vorher zu Theil geworden ist."

Er zitirt dann die Totalsummen der Zensusbulletins über Fabrikstatistik in 75 bedeutenden Städten des Landes und fügt hinzu:

„Das Einkommen von Löhnen zeigt nicht blos eine Zunahme der Gesammtsumme, sondern eine Zunahme per Kopf von 386 Dollars im Jahre 1880 auf 547 Dollars im Jahre 1890, oder 41,71 Prozent."

Von den Sparbankeinlagen sagt er:

„Man nimmt an, daß 90 Prozent dieser Einlagen die Ersparnisse von Lohnarbeitern sind (of wages earners)."

Er sagt ferner:

„Nie vorher war Arbeit so reichlich (abundant) oder waren Löhne so hoch, ob man sie am Geldwerth oder an ihrer Kaufkraft messe",

---

* Nicht aus Gegnerschaft gegen die kapitalistische Ausbeutung, sondern deshalb, weil diese Angaben das Schutzzollregime der Republikaner glorifizirten. Die Redaktion.

und schließt diesen Gegenstand mit:

„Wenn Leute unzufrieden mit ihrem Zustande hier sind, wenn sie glauben, daß Löhne und Preise, die Frucht ehrlicher Arbeit, ungenügend (inadequate) sind, sollten sie wohl bedenken, daß es kein Land der Welt giebt, wo diese, ihnen drückend erscheinenden Zustände nicht als höchst günstige betrachtet werden würden. Der englische Ackerbauer (agriculturist) würde mit Vergnügen seinen Arbeitsertrag gegen den des amerikanischen Farmers vertauschen, und die Arbeiter in Manchester (England) ihre Löhne mit denen ihrer Fachgenossen in Fall River (Amerika).“

Der höchste Beamte des Landes zitirt Berichte, welche das Zensusbureau selbst als „vorläufige und der Modifikation unterworfen“ bezeichnet, und er giebt Zahlen aus Peck's Arbeit, deren Belege vorzulegen Letzterer sich weigert oder bei Seite geschafft hat. Die Bemerkungen über Sparkasseneinlagen und über die Lage der Arbeiter in Manchester und Fall River sind meistens schon vor zwanzig Jahren in den Berichten des statistischen Arbeitsbureaus von Massachusets gründlich widerlegt worden (und die beiden damaligen Beamten des Bureaus, Oliver und M'Neill, wurden gerade deshalb ihrer Stellen entsetzt). Der Vergleich zwischen den englischen und amerikanischen Ackerbauern wird Lügen gestraft durch die Tausende verlassener, öde stehender Farmen (Ackergüter) in den Neu-England-Staaten allein, sowie durch die drohende Bewegung der Kleinbauern im Westen und Süden der Vereinigten Staaten. Das Stärkste aber leistet der Präsident der Vereinigten Staaten in seinen überschwenglichen Anpreisungen des Wohlstands und der Prosperität des Landes und des Arbeitsmarktes im Jahre der Bewegungen von Homestead, Coeur d'Alène, Buffalo, Tennessee ꝛc. Wenn man der Angabe des Präsidenten Glauben schenkt, so muß es den Arbeitern der genannten und anderer Plätze zu wohl ergangen sein, so müssen sie aus reinem Uebermuth Kämpfe heraufbeschworen, Leib und Leben, Brot und Freiheit freventlich aufs Spiel gesetzt haben!!

* * *

An die Schilderung der Ereignisse in Tennessee ꝛc. und der von den Arbeitern erlittenen Niederlagen wurde seiner Zeit die Bemerkung geknüpft, daß selbst diese Niederlagen zum Heil der Arbeiterbewegung ausschlagen könnten, wenn die großen Arbeiterverbände daraus eine Lehre ziehen und sich einander nähern würden zu gemeinsamem Vorgehen. Große Hoffnungen wurden deshalb gesetzt auf die im November und Dezember 1892 stattfindenden Jahreskonventionen der Arbeitsritter (K. of L.) und der Amerikanischen Arbeiterföderation (A. F. L.). Diese Hoffnungen wurden zu Schanden.

Die Konvention der Arbeitsritter trat zusammen am 15. November in St. Louis und das offizielle Organ der Arbeitsritter sandte in seiner letzten Nummer vor dem Zusammentritt der Konvention, am 10. November, einen eiskalten Strahl auf die vorerwähnten Hoffnungen mit folgenden Worten: „In früheren Sitzungen ist viel Zeit und Nachdenken den Versuchen gewidmet worden, ein Mittel zu entdecken, wodurch andere, in der Hauptsache (mainly) gleiche Ziele mit uns verfolgende Körper zu bewegen wären, sich unfreundlichen und gar oft thatsächlich feindseligen Verfahrens gegen uns zu enthalten. Es ist der Mühe werth zu überlegen, ob Zeit und Nachdenken in dieser Richtung nicht geradezu vergeudet worden sind.“ — Der Generalwerkmeister des Ordens, Herr T. V. Powderly, geht in seiner Jahresbotschaft an die Konvention noch weiter, schickt aber einige diplomatische Redensarten voraus: „ . . . Es ist Thatsache, daß es zu viel Arbeiterorganisationen giebt, die um die Hegemonie kämpfen. . . . Die

Tendenz der Arbeiterbewegung scheint auf die Isolirung gerichtet zu sein, während das Streben der gegnerischen Macht, des Kapitals, auf Konzentration gerichtet ist.... Es sollte etwas gethan werden, um das Uebel zu beseitigen.... Eine freundliche Hand sollte Allen, die da arbeiten, entgegengestreckt werden ..."; dann fährt er fort: „Es ist kein Grund vorhanden, weshalb nicht jeder Zweig der Arbeit unter das Banner dieses Ordens eingereiht werden könnte" u. s. w.... An einer späteren Stelle sagt er dann: „Wir sollten uns bemühen, andern industriellen Verbänden näher zu treten und als einen Schritt in dieser Richtung empfehle ich, daß wir künftig zu gleicher Zeit und am gleichen Orte uns versammeln mit der Farmerallianz" — d. h. mit der kleinbäuerlichen Organisation des Westens und Südens. Im Uebrigen widmet der Mann viel Raum und Worte der Ballotreform, d. h. der Reinhaltung des Stimmkastens, dem Referendum und der Einwanderung.

Ueber die Einwanderungsfrage sagt er unter Anderem, daß er schon vor sechs Jahren für die Beschränkung der Einwanderung eingetreten und seitdem dahin gekommen sei, noch strengeren Ausschluß der Einwanderer zu verlangen. Er fährt dann fort: „Wir mögen Gesetze zur Verkürzung der Arbeitszeit in jedem Staate durchsetzen, Lohnskalen im ganzen Lande aufstellen, Schutzzölle bis zum vollständigen Verbot der Einfuhr fremder Industrieerzeugnisse erlassen, aber, so lange die Fluth der Einwanderung sich in ununterbrochenem Strome ergießt, ist die Verkürzung der Arbeitszeit illusorisch, die Lohnskala unsicher, und giebt es keinen Schutz für amerikanische Arbeit, der den Zustand des amerikanischen Arbeiters erhebe über den seines, unter Jahrhunderte langer monarchischer Mißwirthschaft lebenden Bruders. Euer Generalwerkmeister scheut sich nicht, zu sagen, daß er für den gänzlichen Ausschluß aller Einwanderer ist, die bei ihrer Landung nicht genügende Mittel zu ihrem Unterhalt (self-sustaining) besitzen."

Die „Annäherung an andere Arbeiterorganisationen" erhält eine ganz besondere Illustration durch die Empfehlung des Generalwerkmeisters, daß der Kartellvertrag zwischen den Bergarbeitern beider Richtungen, der offenen und geheimen, aufgehoben werde, ein Vertrag, der mehrere Jahre Gutes gewirkt hatte.

Die Konvention überwies die Auflösung des erwähnten Kartells in etwas modifizirter Form dem Vollziehungsausschuß, lehnte nach heftiger Debatte eine Kriegserklärung gegen die Amerikanische Arbeiterföderation (A. F. L.) ab, verordnete die Einführung einer gewissen Art des Referendums in die Verwaltung des Ordens, verwarf den Ausschluß von bezahlten Politikern aus Ordensämtern, genehmigte die Errichtung von Arbeitsritter-Kadettenkorps (10 bis 18 jährige Kinder von Mitgliedern), empfahl die Anschaffung einer Art Uniform für die Arbeitsritter, hob den Boykott gegen die dritte Avenue-Eisenbahn in New York auf und erklärte den Boykott über die zweite Avenuebahn daselbst. Beschlüsse wurden noch gefaßt gegen die Pinkertons, für ein volksthümlicheres Milizsystem, gegen das Schwitzsystem, für Initiative und Referendum, für freie Silberprägung und gegen die Einwanderung von Personen, die nicht Subsistenzmittel für ein Jahr besitzen. Ferner wurde beschlossen, das kostspielige Ordensgebäude in Philadelphia zu verkaufen und eventuell den Sitz der Verwaltung zu verlegen. Powderly wurde, wiewohl nicht ohne Opposition, wieder zum Generalwerkmeister erwählt.

Der zweite große Verband, die Amerikanische Arbeiterföderation (A. F. L.), hielt seine Jahreskonvention vom 12. bis 17. Dezember in Philadelphia ab. 89 Delegirte waren anwesend, die 67 verschiedene Organisationen und 229 800 Mit-

glieder vertraten. Der wohl ausgearbeitete Jahresbericht (Botschaft) des Präsidenten Gompers gab eine gedrängte Uebersicht der hervorragenden Ereignisse des Jahres (Homestead, Coeur d'Alène, Buffalo, Tennessee) und betonte die Zunahme kapitalistischer Uebergriffe. Als Gegenmittel wurde nur die Stärkung und Ausbreitung der Organisationen empfohlen und gegen den Mißbrauch der Miliz die Reorganisation derselben auf volksthümlicher Basis. Der Bericht wendet sich gegen unbeschränkte Einwanderung, gegen das Verfahren der Arbeitsritter, betreffend Herstellung besseren Einverständnisses mit der Amerikanischen Arbeiterföderation, gegen Schließung der Weltausstellung zu Chicago an Sonntagen und befürwortete neue Vorstöße zur Erlangung des Achtstundentages 2c. — Die Berichte des Sekretärs und des Schatzmeisters zeigten eine Jahreseinnahme von 25 990,87 Dollars und Ausgaben von 18 324,69 Dollars, Kassenbestand von 7666,18 Dollars.

Von den Beschlüssen der Konvention sind erwähnenswerth: Den Ausständigen in Homestead wurden tausend Dollars, denen in Coeur d'Alène fünfhundert und denen in Tennessee ebenfalls fünfhundert Dollars Unterstützung bewilligt, und Urabstimmung angeordnet über die Schaffung einer Kriegskasse von fünfmalhunderttausend Dollars. Beschlüsse wurden gefaßt gegen die sogenannte Philanthropie der jüdischen Hilfsgesellschaften und des Baron Hirsch-Fonds, für die Begnadigung von Fielden, Schwab und Neve, für die Expropriation der Eisenbahnen und Transportgesellschaften, für Frauenstimmrecht, für direkte Gesetzgebung, für Schulzwang und für eine lebhafte Aufklärungs- und Propaganda-Kampagne. Eine Anzahl von Boykotts wurden erklärt, Beschlußfassung über unabhängige politische Thätigkeit abgelehnt, die alten Beamten wieder erwählt und die nächste Konvention auf den 11. Dezember 1893 nach Chicago einberufen.

Von einer gegenseitigen Annäherung dieser großen Verbände war auf beiden Seiten keine Rede. Einige Phrasen von Brüderlichkeit und dergleichen figuriren auf allen für die Oeffentlichkeit bestimmten Dokumenten, aber den Worten folgen keine Werke, so daß man beinahe glauben dürfte, daß die Tagesereignisse, die Bedrückungen, Entbehrungen und Mißhandlungen der Arbeiter spurlos an den Arbeiterorganisationen vorüber gegangen seien, wenn nicht eine ganze Reihe von Vorgängen des verflossenen Jahres in auffälliger Weise das Gegentheil bezeugten und unverkennbare Ausflüsse eines sehr lebhaften Solidaritätsgefühls unter den Arbeitern wären. Daß den Führern und Beamten der Verbände der größte Theil der Schuld an den Zwistigkeiten zuzuschreiben ist, geht ziemlich klar daraus hervor.

* * *

Die Legislatur des Staates New York hatte in ihrer Session von 1892 ein Gesetz gegen das sogenannte sweating system, gegen die Schwitzbuden, erlassen und auch die Legislatur von Massachusets hatte Maßregeln zur Beseitigung oder Beschränkung der schreiendsten Uebelstände in der ausgedehnten Hausindustrie getroffen. Von Boston aus wurde eine besonders lebhafte Agitation gegen das erwähnte System betrieben, aber als der Fabrikinspektor des Staates New York um Ausführung des Gesetzes angegangen wurde, erklärte der Herr, daß sein Bureau keine Ermächtigung habe, das Gesetz durchzuführen; das Gesetz sage, der Bürgermeister dürfe oder möge (the Mayor may) Beamte zur Durchführung des Gesetzes ernennen, sage aber nicht, welcher Bürgermeister, und es seien keine Mittel angewiesen zur Besoldung dieser Beamten. Auch würde das Gesetz wahrscheinlich als verfassungswidrig erklärt werden.

Auf dem letzten Kongreß der dem Verein für Sozialpolitik in Deutschland ungefähr entsprechenden „Social Science Association“ zu Saratoga, New York, im September letzten Jahres machte der derzeitige Chef des Statistischen Arbeitsbureaus von Massachusets, H. S. Wadlin, folgende Angaben über das Schwitzsystem, besonders in Massachusets: „Das System käme hauptsächlich zur Anwendung in der Bekleidungsindustrie, deren Jahresprodukte einen Werth von fünfundzwanzig Millionen Dollars besäßen, wovon neunzig Prozent unter dem Schwitzsystem hergestellt würden. Die Hälfte davon liefere Boston, ein Sechstel New York (?), ein Viertel Maine, den Rest New Hampshire und New Jersey. Die Quantität der von Bostoner Unternehmern nach New York zur Fertigstellung gesandten Arbeit nehme stetig zu. Personen ausländischer Abstammung bilden die große Mehrzahl der Arbeiter. Von 1147 zur Enquête gezogenen Personen seien 448 Juden, 249 Amerikaner, 215 Italiener, 16 Irländer, 13 Portugiesen und 6 Deutsche gewesen. Unter den Kontraktoren (Faktoren) selbst seien die Juden vorwiegend, denn 931 Arbeiter der vorerwähnten Zahl werden von jüdischen Kontraktoren beschäftigt. . . . . . Um Profit zu machen, gebe der Kontraktor gewissen Leuten (das heißt den Subkontraktoren) anstatt Lohn einen bestimmten Prozentsatz von der ihren Sklaven abgerungenen täglichen Arbeitsleistung. In vielen Fällen herrsche Stückarbeit, Arbeitszeit komme nicht in Betracht (hours of labor are disregarded), und die Arbeiterfamilie esse, schlafe und arbeite in demselben Raume, so daß der Unternehmer die Miethe für Werkstelle spare und sich nicht um Fabrikregeln (Gesetze) zu kümmern brauche. In New York sei das Schwitzsystem nicht über die Anfangsstadien hinaus (?) und stehe weit hinter der Entwicklung desselben in Massachusets zurück.“ — Gegenüber dieser seiner eigenen Schilderung der Begleitzustände des Systems sagt Herr Wadlin an einer andern Stelle seines Vortrags: „Das Kontraktsystem an sich ist nicht so anstößig, die begleitenden Uebel treten nur ein, wenn gewissenlose (unscrupulous) Kontraktoren die Arbeit zu unzureichenden Löhnen (under living wages) übernehmen.“ — Ja, ja, das bürgerliche Gewissen erzeugt die Gewissenlosigkeit der Kontraktoren. Auch die Gesetzesliebe, die Achtung vor dem Gesetze (law-abiding) ist eine der schönen Eigenschaften, womit sich die amerikanischen Bürger brüsten, und wird prächtig illustrirt z. B. dadurch, daß Anfang September letzten Jahres in einer einzigen Fabrik New Yorks vierundzwanzig Kinder unter dem gesetzlichen Alter vorgefunden wurden.

Im Herbst 1892 fanden noch verschiedene große Ausstände statt, so der Bergarbeiter im Weichkohlenrevier in der Nähe Pittsburghs, der Mäntelmacher in Brooklyn (New York) und der Bauarbeiter in der Stadt New York. Der erstgenannte Ausstand wurde nach langer Dauer durch einen magern Vergleich beendigt, der zweite in ähnlicher Weise, der dritte schloß mit einer Niederlage der mächtigen Bauarbeiterorganisation der Stadt New York.

New Orleans, die große Handelsstadt an der Mündung des Mississippi, war der Schauplatz eines interessanten Kampfes, die Versuchsstation des — Generalstrikes, des allgemeinen Ausstandes. Wie das Gefühl der Solidarität dort frühzeitig rege war, ist an anderer Stelle schon geschildert worden. Das Werk der Organisation der Arbeiter ohne Unterschied von Nationalität, Hautfarbe, Sprache und Geschlecht war in New Orleans in hohem Grade gelungen, so daß im Frühjahr 1892 der Gewerkschaftsrath der Stadt (die Versammlung von Delegirten der Gewerkschaften) einundsechzig (61) verschiedene Gewerke umfaßte und eifrig bemüht war, Vortheile in Arbeitsbedingungen, Löhnen und Arbeitszeit zu erringen, vor Allem aber, soviel als möglich sämmtliche Angehörige jedes

Arbeitszweigs in den betreffenden Organisationen zu vereinigen. Das Präsidentenwahljahr schien besondere Aussicht auf Erfolg zu bieten. Die Arbeiter in den großen Lagerhäusern und die Kärrner der Frachtwagen verlangten von den Unternehmern, daß nur Mitglieder der Gewerkschaft angestellt würden, und als die Unternehmer, meistens große Handelsfirmen, die Forderung abschlugen, schritten die Arbeiter am 24. Oktober zum Ausstand. Der Gewerkschaftsrath machte gemeinsame Sache mit den Arbeitern und erklärte, um die Unternehmer mürbe zu machen, einige Tage später den allgemeinen Ausstand, den Generalstrike. Mit Ausnahme gewisser Arbeiter in dem Baumwollversandt feierten denn auch fast sämmtliche Arbeiter der Stadt und der bürgerlichen Gemüther bemächtigte sich eine unbeschreibliche Angst. Gern hätten die Bourgeois drein geschlagen, aber — der Arbeiter waren zu viel, und am 9. November war Präsidentenwahl. Gouverneur, Bürgermeister und Polizeichef steckten zwar die Köpfe zusammen, getrauten sich indessen nichts zu thun, bis der Wahlakt vorüber war. Am Tage nach der Wahl hingegen wurde die Miliz schleunigst aufgeboten, die Ausständigen eingeschüchtert und in respektvoller Entfernung gehalten, die Strikebrecher (scabs) herbeigezogen, und der Ausstand war zu Ende, die „Ordnung" wieder hergestellt.

Am 20. November wurde der Ausstand zu Homestead von den Beamten der Eisen- und Stahlarbeiter-Association als beendigt erklärt, nach einer Dauer von mehr als zwanzig Wochen. Mit dem Ende des Ausstandes begannen aber erst recht die gerichtlichen Verfolgungen und Prozesse gegen die Theilnehmer daran, so daß im Dezember die Zahl der in Untersuchung befindlichen, in Haft und unter Bürgschaft gestellten Arbeiter ungefähr zweihundert betrug. Ein Richter des obersten Gerichtshofs von Pennsylvanien, dem die Anklagen wegen Aufruhr, Brandstiftung, Mord und dergleichen zu leicht und ungenügend erschienen, stieg von seinem hohen Sitze herunter, nahm den Platz eines simpeln Friedensrichters ein (wozu er gesetzlich berechtigt war) und verkündigte die neue Botschaft: daß die Ausständigen von Homestead durch ihren denkwürdigen Kampf Hochverrath (treason against the state) begangen hätten. Die Verdienste des Mannes wurden belohnt, denn kurze Zeit nachher legte er sein Amt nieder, um eine glänzend salarirte Stellung bei einem Eisenbahnkonsortium zu übernehmen. Der erste Mordprozeß gegen einen der Ausständigen, Namens Critchlow, schloß am 23. November damit, daß die Geschwornen den Angeklagten zum großen, unverhehlten Mißvergnügen des präsidirenden Richters freisprachen. Antizipirend sei mitgetheilt, daß der später stattfindende Mordprozeß gegen H. O'Donnell, einen der Führer der Homestead-Leute, ebenfalls mit Freisprechung endete. Gleicherweise wurden aber auch die brutalen Milizoffiziere, die den Milizsoldaten Jems gefoltert hatten, freigesprochen. Das bürgerliche Gewissen erscheint manchmal unberechenbar.

Schon Ende September waren vier Mitglieder der Coeur d'Alène-Bergarbeiter zu Freiheitsstrafen von fünfzehn Monaten bis zu zwei Jahren verurtheilt worden wegen Verschwörung, legten aber Berufung ein an das Obergericht der Vereinigten Staaten. Am 16. November wurde das Kriegsrecht (martial law), das heißt der Belagerungszustand aufgehoben, in welchem Coeur d'Alène sich seit viereinhalb Monaten befunden hatte.

Hochverrath und Belagerungszustand — klingt das nicht recht anheimelnd für die deutschen Arbeiter?

Die Weltanschauung Henrik Ibsen's.

Von R. Saitschik (Bern).

I.

Ibsen's Schwester erzählt von einer Unterhaltung, die sie mit ihrem Bruder in seiner Jugend hatte. Es war auf einem Spaziergang. Er erklärte ihr, daß er das Größte und Vollkommenste von Allem, was an Größe und Klarheit erreichbar ist, zu erreichen wünsche. — Und wenn du es dann erreicht hast, was willst du dann? fragte sie. — Dann will ich sterben, antwortete er.

Diese Antwort des jungen Ibsen ist insofern von Interesse, als sie seine spätere Weltanschauung kennzeichnet. Ibsen ist ein entschieden energischer Charakter, der das Leben von der ernsten Seite auffaßt, von dem Menschen ein tiefes sittliches Bewußtsein verlangt und der Natur ohne Scheu und Furcht gerade in die Augen schaut. Ein energischer Charakter wie Ibsen fordert vor Allem von dem Menschen rückhaltslose Wahrheitsliebe, er versteht nicht, daß man Dinge nicht beim rechten Namen nennen kann und tritt an unsere Gesellschaft mit jener Kühnheit der selbständigen Weltanschauung heran, die einen eigenen Maßstab an Lebenserscheinungen anlegt, das Leben umgestalten will und im Besitze selbständiger Mittel dieser Umgestaltung sich befindet. — Der Forderung Lessing's, „Kunst und Natur sei auf der Bühne Eines nur", hat Ibsen einen eigenthümlichen, individualistischen Anstrich verliehen.

Der Begriff Natur aber schließt für ihn auch alle Erscheinungen unserer von der Natur abweichenden Kultur ein, denn auch die letztere ist ein Naturprodukt, das heißt ein Produkt des von der Natur erzeugten und auf sie zurückwirkenden Geistes. — In dieser Prämisse, daß Natur und Kultur eine im weiten Sinne des Wortes bestehende Einheit bilden, wurzelt die ganze Lebensanschauung Ibsen's. Ibsen ist der konsequente Determinist, er beobachtet und studirt die Erscheinungen des gesellschaftlichen Lebens, jede Erscheinung ist, als solche, eine Nothwendigkeit in einer unendlichen Reihe anderer Nothwendigkeiten. Unser ganzes Leben ist ja das Leben eines Ameisenhaufens, das vom Fuße des Wanderers in einem Nu zerstört und vernichtet wird, es hat keinen Bezug auf einen bewußten Zweck. Ibsen bedauert auch nicht diese Zwecklosigkeit, weinen und seufzen kann er nicht. Er ist ein energischer Mann, der sich so in den Begriff der Nothwendigkeit hineingelebt hat, daß er selbst in der Zwecklosigkeit eine Art Zweck findet. Er ist keine Weltschmerznatur, die über das Leben als Leidenserscheinung klagt, er kennt keine Verzweiflung und keinen Zweifel; der Zweifel ist ihm zur Gewißheit und die Verzweiflung zur bewußten Resignation geworden. Seine eigene subjektive Welt ist geschlossen, äußerst individualistisch, abgegrenzt von der Außenwelt, wo Leidenschaften toben, Begierden die Seele beherrschen und Verderben auf den Menschen lauert. Die einzige Macht, in der Ibsen das Wesen des Glückes erblickt — ist Energie. Die Energie ist ihm eine positive Kraft, die eine ganze Welt zu bilden im Stande ist. Nicht die abstrakte Liebe zur Menschheit, wie sie als Grundlage der Weltanschauung Tolstoi's erscheint, sondern das energische von keiner leidenden Reflexion angesteckte Sichgeltendmachen der individuellen Persönlichkeit ist die Grundlage der Anschauungen Ibsen's auf dem Gebiete des politischen und sozialen Lebens.

Schon in seiner frühen Jugend hatte Ibsen Gelegenheit zu erfahren, daß es Hungernde und Elende giebt, die von der Gesellschaft im Namen des Glückes weniger Auserwählter verstoßen und bedrängt werden, und fühlte in sich den Drang, denjenigen in Schutz zu nehmen,

Wer nicht in der Gäste Zahl
Weilen darf beim Lebensmahl,
Muß zuschauend draußen bleiben,
Kalt vom Sturm der Nacht durchweht,
Auf der Straße, wo er steht
Vor den hellen Fensterscheiben.

Er will, daß die Verstoßenen der Gesellschaft zur Einsicht kommen, daß jedes Indididuum eine mit bewußter Existenz begabte Welt ist, daß das Individuum im Namen seiner unbeschränkten Freiheit das angeborene Recht hat, sich dieselbe zu erobern. Der Mensch soll nur zu diesem Bewußtsein kommen, aus diesem geistigen Kampfe kann die freie Individualität als Siegerin hervorgehen. Das heilige Kleinod der Menschheit ist die individuelle Freiheit, in ihr liegt das Ziel und der Selbstzweck des Menschenlebens. Das Leben ist ein Krieg „mit den Mächten in unserem Herzen und Hirn". Es ist kein indifferenter Kampf ums Dasein im Namen des kalten Verstandes, auch das Herz hat seine Forderungen, und das normalentwickelte Gefühl ist kein egoistisches Gefühl, auch der Altruismus ist in der menschlichen Natur begründet. Mit dem Hirn allein können wir keinen Krieg gegen die Mächte auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens führen. Der Mensch muß eine ganze Persönlichkeit sein, nicht nur das Gefühl, auch der Verstand muß persönlich werden, Alles im individuellen Menschenleben muß seinen ungehemmten Entwicklungsgang nehmen. Um diese Freiheit zu erreichen, muß der Mensch mit dem ausgeprägten Freiheitssinne seine ganze Persönlichkeit, alle seine Kräfte einsetzen. — Die Religion Ibsen's ist die absolute Freiheit der Persönlichkeit. Nicht Quietismus, sondern aktives, vom bewußten Willen geleitetes Auftreten ist ihm das Prinzip des menschlichen Handelns: wenn dieses Auftreten auf die individuelle von einem Altruismus bedingte Freiheit Bezug hat, dann ist es die Durchführung eines ethischen, sittlichen Prinzips. Ibsen ist Determinist in seiner Weltanschauung, allein der Determinismus ist noch kein indifferenter Quietismus; man kann Determinist und dabei kampflustig sein, dabei das Leben, wie es nun einmal gegeben ist, von der aktiven Seite auffassen.

Ibsen machte früher auch den Versuch in die Tiefen der Natur zu dringen, er wähnte in dieser dunklen Tiefe seine verzehrende Sehnsucht, sein Leid stillen zu können:

„Geister sollten Wahrheit künden,
Lebensräthsels Lösung finden."

Er hat tief über das Leben nachgedacht, es quälten ihn die Fragen nach dem Endziele des menschlichen Daseins und nicht umsonst beklagte er sich:

„Noch hat keiner mir erklärt,
Was so heiß im Innern gährt;
Noch kein Licht mir angezündet,
Das die Tiefe mir ergründet.
War's ein Irrthum? Führt zum Licht
Auch der Weg der Tiefe nicht?
Ach, mein Aug' ist mir geblendet,
Wenn es auf zum Licht sich wendet."

Auch Ibsen war wahrscheinlich einmal im Leben, wie jeder tiefe, mit Ernst an die „verdammten" Probleme herantretende Mensch, mit sich entzweit, sehnsüchtig nach Ruhe ringend. Allein Ibsen hat auch in den dunklen Tiefen, wo er die „Ruh' von Ewigkeit" finden zu können glaubte, keine Ruhe gefunden; er ist zur Ansicht gekommen, daß von dorther kein Heil ersprießen kann, daß dort der verschwommene Mystizismus herrscht, der den Menschen seines individuellen

Bewußtseins beraubt und den Verstand in ewige Nacht einlullt. Und nun will Ibsen in seinem eigenen Bewußtsein Ruhe finden. Um ihn herrscht „tiefe finstre Nacht“, er weiß, daß er sie nicht durchdringen kann und hat nun die frühere Sehnsucht nach absoluter, allgemeiner Wahrheit aufgegeben, er kennt nur den individuellen Menschen mit der individuellen Wahrheit, an die Stelle der früheren Sehnsucht trat eine andere Sehnsucht.

„Ja, des Sängers Brust ist wie im Frühling ein Baum,
Die Adern fassen die gährenden Säfte kaum;
Es steigt hinauf und strebt
In die Zweig' und Blätter und bebt,
Und wird zum lauten Gesang und spricht:
Des Lebensräthsels Lösung: Die Sehnsucht zum Licht.“

Und darin liegt eben der Unterschied zwischen der Lebensschauung Ibsen's und derjenigen Tolstoi's. Ibsen sehnt sich nach absolutem Lichte, Tolstoi wähnt im absoluten Liebesdunkel das Erkenntnißlicht zu finden, der Eine konstruirt seine individualistische Weltanschauung, indem er aus der Welt der Thatsachen eine eigene Welt des Denkens errichtet, der Andere konstruirt aus der ungeregelten, auf mystischen Gefühlen basirenden inneren Gedankenwelt die Welt der Thatsachen. Ibsen gelangt daher zu einem ausgeprägten Individualismus. Er will das absolute Licht, das heißt auch absolute Freiheit, denn

„Nur in der Freiheit gedeiht der Geist,
Nur im Frühling die Vögel singen.“

Den Begriff der Gesellschaft, als einer Macht, die mit der Wucht der öffentlichen Meinung auf dem Individuum lastet, analysirt Ibsen mit der zersetzenden Kritik, die seiner energischen Natur eigen ist. Er kann sich in die Vorstellungen der Gesellschaft und des Staates nicht recht schicken. Unsere ganze Kultur, wie sie sich in den alten, ausgetretenen Geleisen bewegt, trägt nichts zur Entwicklung des selbständigen individuellen Strebens bei, sie sieht vielmehr hauptsächlich darauf ab, die individuellen Neigungen, das Selbstbewußte der Originalität zu unterdrücken und mit den Füßen zu treten. Was ist nach Ibsen das Individuum für die Gesellschaft? Eine Null, die in ihrer Rechnung eine ganz untergeordnete oder überhaupt gar keine Bedeutung spielt. Was soll aber das Individuum sein? Alles. Nicht nur eine Welt für sich, mehr, eine ganze Welt, die einzige Welt, die es überhaupt giebt. Für Ibsen giebt es keinen gesellschaftlichen Organismus, nur das Individuum, das bewußte Individuum ist das Organische, der Staat ist ein rein mechanisches Aggregat und wird nur so lange bestehen, bis die absolute individuelle Freiheit als Hauptprinzip des Lebens die Gemüther durchdringen wird. Ibsen appellirt nicht an das Recht; er ist der Ansicht, daß allen unsern Begriffen des Rechtes lauter Lüge zu Grunde liegt.

„Recht? Wo gilt das noch als echt?
Heutzutag' wird schlecht und recht
Alles durch die Macht bestimmt.“

Allein er vertraut in die Nemesis der Geschichte. Jede antikulturelle Phase der menschlichen Entwicklung trägt in sich die Keime der Vernichtung und Auflösung.

„Noch giebt es ein unbeugsames Gericht,
Das die Lüge vernichtet, doch nur,
Wenn die Schlange satt die Schale zerbricht,
Und die Zeit sich verzerrt in schmerzender Gicht
Zur eigenen Karrikatur . . . .

Erst wenn die Schlange die Schale zerbricht,
Kommt der Sturz der Mauern in Frag';
Erst wenn das „System" sich verzerrt in Gicht,
Erst dann hält die Rache ein strafend Gericht
Am letzten Lügentag . . ."

Ibsen glaubt an das „strafende Gericht am letzten Lügentag", genauer, er ist überzeugt, daß es kommen wird, denn die Merkmale seines künftigen Erscheinens liegen schon jetzt klar auf der Hand, vor unseren Augen findet ja schon der Auflösungsprozeß der alten, auf brutale Gewalt und nicht auf individuelles Bewußtsein sich stützenden Kultur statt. Allein Ibsen sieht nicht nur eine soziale, ökonomische Revolution voraus, in der Zukunft erblickt er die Revolution des Menschengeistes. In einem Briefe an Georg Brandes schreibt er: „All das, wovon wir bis zum heutigen Tage leben, sind ja doch nur Brosamen vom Revolutionstisch des vorigen Jahrhunderts, und diese Kost ist nun lange genug wiedergekäut worden. Die Begriffe verlangen nach einem neuen Inhalt und einer neuen Erklärung. Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit sind nicht mehr dieselben Dinge, die sie in den Tagen der seligen Guillotine waren. Das eben wollen die Politiker nicht verstehen, und deshalb hasse ich sie. Die Menschen wollen nur Sonderrevolutionen, nur Revolutionen im Aeußerlichen, im Politischen. Aber das sind lauter Lappalien. Um was es sich handelt, ist eine Revolution des Menschengeistes." — Ibsen ist ein entschiedener Gegner der Staatsidee, er will das Individuum frei von den Fesseln des Staates sehen, seiner selbständigen Entwicklung überlassen. Die Staatsidee ist eine Idee der Sklaverei, der Staat ist ebenso ein Götzenbegriff wie die Kirche und das Kapital. „Der Staat, schreibt er, ist der Fluch des Individuums. Womit ist Preußens Staatsstärke erkauft? Mit dem Aufgehen des Einzelnen im politischen und geographischen Begriff. Der Kellner ist der beste Soldat. — Der Staat muß fort! Bei dieser Revolution werde ich sein. Man untergrabe den Staatsbegriff, man stelle die Freiwilligkeit und das geistig Verwandte als das einzig Entscheidende für eine Vereinigung auf, das ist der Beginn zu einer Freiheit, die etwas werth ist." Daß diese Idee Ibsen's einen gesunden Kern in sich trägt, ist nicht zu bezweifeln, wohl aber, ob sie in der Gegenwart schon eine lebensfähige Bedeutung beanspruchen kann.*

II.

Ibsen will, daß unser gesellschaftliches Leben umgestaltet werde, denn unsere sozialen wie auch geistigen Zustände sind „auf der Lüge pestschwangerem Grunde gebaut". Wir gehen einer neuen Zukunft entgegen, die neue Ideale aufstellen und verwirklichen wird, grundverschieden von denen der heuchlerischen Gegenwart; die Zukunft wird mit der Vergangenheit entschieden brechen und den Archimedespunkt des ganzen gesellschaftlichen Lebens auf ein ganz neues Gebiet versetzen — auf das Gebiet des unbeschränkten Individualismus. Ibsen ist energisch in seinem Wollen und in der konsequenten Durchführung seiner Ideen. In seiner idealistischen Weltanschauung unterscheidet er sich dadurch wesentlich von Tolstoi, daß dem letzteren Alles — Geist ist und die Materie nichts als eine Manifestation des unendlichen Geistes, während Ibsen die Materie dem Geiste für gleichberechtigt

* Der Begriff des „gesunden Kerns" ist ein etwas unbestimmter; will der Herr Verfasser damit sagen, daß Ibsen's Standpunkt dem unseren sehr nahe stehe, dann können wir ihm nicht beistimmen. Ibsen's Individualismus begegnet sich mit dem Stirner's und hat wohl Antheil an dem modernen Literatenanarchismus der Mackay und Konsorten, er steht in diametralem Widerspruch zu den Grundsätzen der Sozialdemokratie. Die Redaktion.

hält; die Materie entwickelt sich nach eigenen Gesetzen, die wir ebenso befolgen müssen, wie diejenigen des Geistes. Das hindert aber nicht, daß die Materie, in eine höhere Phase ihrer Evolution eintretend, neue, vom Geiste beeinflußte Formen annehmen kann. Entschiedener Anhänger der Perfektibilitätstheorie Darwin's will er nicht zugeben, daß die Lüge, auf die sich unsere gegenwärtige Gesellschaft stützt, auch in der zukünftigen Gesellschaftsform vererbt aufkommen wird; er glaubt vielmehr, daß die Lüge ganz ausgerottet werden könne und an ihre Stelle die Wahrheit treten werde, mit neuen Gegensätzen verbunden, ganz verschieden von denjenigen der Gegenwart. Und indem Ibsen es glaubt, vertraut er auch in die Macht und die Willensstärke des Individuums, der besseren, „vereinsamten" Naturen, von denen er einmal bemerkt: „Der stärkste Mann in der Welt ist der, welcher am einsamsten steht." — Wenn unter den erdrückenden Formen der gegenwärtigen Gesellschaft doch energische Naturen auftreten können, unter denen nur wenige von der Idee des Altruismus sich hinreißen lassen, die meisten aber ihre Fähigkeiten und ihre Kräfte im Dienste des egoistischen Strebens nach Macht verbrauchen, so könnten dieselben Thätigkeiten, Energien und Kräfte, richtiger angewendet und anders geleitet, das menschliche Leben vertiefen, befriedigender gestalten und den geistigen Regungen im Menschen größeren Raum gewähren. Wenn die Gesellschaft andere, ausgedehntere und einen tieferen Inhalt in sich schließende Formen annehmen wird, wird auch das Leben des einzelnen Individuums zufriedener und moralischer sich gestalten können. Beseitigen wir die Ursachen, die dem Menschen den Anschein geben, als ob er noch der Freiheit unwürdig wäre, und er wird sich der Freiheit würdig erweisen.

„Was ist so trefflich eingelullt,

— läßt Ibsen seinen Brand sagen —

Gewiegt in schweigende Geduld,
Ich weck' es auf, ich hab's versprochen!
Seht euch nur um, kaum eine Spur
Von der granit'nen Felsnatur!
So hat die geist'ge Hungerkur
Des Volkes beste Kraft gebrochen.
Ihr zapfet ihm das warme Blut,
Ihr nahmt ihm Will' und Kraft und Muth.
In Stümpfchen ist nur noch zu sehn,
Was erzgegossen sollte stehn.
Doch führt ein Schrei uns noch zum Sieg,
Der donnernd euch betäubet: ‚Krieg'!"

Freiheit und Brüderlichkeit müssen die leitenden Ideen der Zukunft werden. Diese zwei Begriffe genügen vollständig, um die geschichtliche Entwicklung der Menschheit auf neue Bahnen zu lenken, sie können auch den Begriff der Gleichheit überflüssig machen, denn in der Natur giebt es bekanntlich keine Gleichheit. In sozial-ökonomischer Hinsicht mag sie nothwendig erscheinen, in geistiger Hinsicht kann sie sich nicht behaupten. Es spricht aus Ibsen die vereinsamte Natur des Geistesaristokraten. Dieser Begriff ist es, der Ibsen zu einem weitgehenden Individualismus führt und von Jugend auf mit dämonischer Macht umstrickt hat, denn als zwanzigjähriger Apothekerjüngling in dem norwegischen Städtchen Grimstadt war er schon der begeisterte Apostel der Freiheitsidee und er mag wohl sich selbst gemeint haben, als er in dem damals verfaßten Drama „Catilina" einen Mann schildern wollte,

„Der warm erfaßt der Freiheit Sache,
Ein Feind von Jedermann, der Unrecht thut,
Ein Freund für Unterdrückte und für Schwache —
Die Macht zu stürzen voller Lust und Muth."

Schon in diesem seinem Erstlingswerke betritt Ibsen den Weg, auf dem er bahnbrechend wirken sollte. Catilina ist für ihn nicht der aufrührerische Wüstling, als welcher er uns von Sallust und Cicero geschildert wird, sondern das willensschwache Produkt der damaligen politischen und sozialen Verhältnisse Roms, und Ibsen wollte in diesem Drama eine Parallele zwischen den damaligen Zuständen Roms und denjenigen der europäischen Gegenwart führen. Catilina erscheint als edles aber schwaches Kind seiner Zeit. Er ist der Vertreter des revolutionären Elements der Verfallzeit Roms. Eine Zeit, in der die alten Formen sich auflösen und keine neuen ihren Platz einnehmen, vermag nicht ganze Menschen und Charaktere aus einem Gusse hervorzubringen. Die Zeit steckt mit ihrem verpesteten Hauch ihre Kinder an. Daher kann auch der Ibsen'sche Catilina die ihn begeisternden Wünsche nicht in Erfüllung bringen; der Wille, dieser Brennpunkt aller Regungen und Thaten im Menschen, ist bei ihm gebrochen, er ist willenskrank. Er krankt an der Halbheit, an der Unzufriedenheit, an dem Zwiespalte des Wunsches und des Vermögens, denselben zu verwirklichen, und daher tragen alle seine Thaten den Keim der Auflösung, des Gegensatzes zu dem Gewollten und Geplanten.

„Dichten — sich selber richten mit unbefangener Stirn" — darin besteht die Aufgabe der Literatur für Ibsen. Er bricht mit den alten Schablonen der Kunst, deren Aufgabe darin bestand, die Wirklichkeit zu verhüllen und zu verheimlichen. Er will, daß die Kunst auf das Leben zurückwirke und dasselbe in seiner ganzen unverhüllten Wahrheit zum Gegenstande ihrer Darstellung wähle. Dadurch kann sie ihre Grenzen erweitern, ihre Aufgaben vermannigfaltigen und ihren Zweck der Umgestaltung des Lebens zuwenden. Ibsen tritt an die äußere Welt mit einem stark ausgeprägten Sinn für das Wirkliche. Der beständige Kampf, der das Leben in allen seinen Erscheinungen und Formen kennzeichnet, bildet den leitenden Gedanken, den er auf verschiedene Weise dramatisch zum Ausdruck bringt. Da Ibsen in den Motiven des menschlichen Handelns einen Ausfluß der anregenden Wirklichkeit erblickt, d. h. den Menschen als Produkt gesellschaftlicher Zustände betrachtet, und, da das Leben, wie es heute auf Kampf begründet ist, Schatten und Nachtseiten in weit größerem Maße aufweist, wie Lichtseiten, so muß er nothwendigerweise öfters als Dichter des Düsteren auftreten. Ihm ist die Idee an und für sich die höchste und vollkommenste Schönheit, er kennt keine ästhetischen Prinzipien der Kunst und ist nicht gewohnt, seine Eigenthümlichkeit den Forderungen der Kunsttheorie unterzuordnen; der selbständige Weg, den Ibsen im Drama bahnt, führt ihn dahin, wohin er von seiner Eigenart geleitet wird. — Das Menschenleben ist ihm keine Erscheinung der Natur, die an selbstzufriedener Schönheit reich ist, es ist vielmehr öfters düster und empörend in seinen Formen. Allein in der Auffassung des Lebens ist Ibsen, wie es oben bemerkt wurde, kein Pessimist, der aus Verzweiflung über manche Lebenserscheinungen das Leben im Allgemeinen für vernunftwidrig erklärt; der Ibsen'sche Pessimismus erstreckt sich nur auf die Phase der Geschichtsentwicklung, die wir jetzt durchmachen. Wäre Ibsen, aufrichtig wie er ist, wirklich Pessimist, so könnte er sich auf dem Gebiete des Dramas nicht behaupten.

Der Weltschmerz, dessen Merkmal sich in tiefem Fühlen manifestirt, führt den Dichter zur sehnsuchtsvollen Lyrik, zum Ergusse schmerzlicher Gefühle oder, wie wir es in den Dichtungen Hieronymus Lorm's und Dranmor's sehen,

schmerzlicher Gedanken in dichterischer Form, nicht aber zur dramatischen Gestaltung der Lebenserscheinungen.

Das Drama ist seiner Natur nach objektiv, es verlangt von dem Dichter nur Form, den Inhalt findet es im Leben vor; man muß einen Gefallen an dem Leben haben, um Dramen zu schaffen, in denen sich die Lebensthatsachen objektiv und naturtreu wiederspiegeln. Man muß in seiner Weltanschauung mit sich eins sein, alle Seelenkräfte in einer zusammenfassenden und aktiv in die Mitte des Lebens führenden Richtung anspannen, um dramatische Kollisionen so aufzufassen, daß sie keinen subjektiven Anstrich des lyrischen Gefühles aufweisen können.

Ibsen besitzt eine feine Beobachtungsgabe. Es genügt ihm, einige Lebenserscheinungen kennen zu lernen, um auf Grund seines synthetischen Wirklichkeitssinnes aus ihnen ein einheitliches Ganzes zu konstruiren. Das psychologische Moment in seinem Talente ist stark ausgeprägt. Noch ehe er zu den Gesellschaftsdramen überging, hat er schon in seinen ersten Versuchen, in den historischen Dramen, wie „Catilina", „Frau Inger von Oestrot", „Nordische Heerfahrt" („Krieger auf Helgoland") und „Die Kronprätendenten", Seelenstimmungen und psychische Kollisionen mit meisterhafter Realität und mit feinem Verständniß für die verwickelten, das Bewußte mit dem Unbewußten ineinander verschlingenden Motive und psychischen Zustände entworfen. — An Ibsen's Schaffen sehen wir das sich entwickelnde Heranreifen der Grundideen, die seine Weltanschauung kennzeichnen. Anfangs zurückhaltend und vorsichtig hervortretend, gewinnen sie in seinen späteren Dramen ausgeprägtere und stärkere Formen. In „Kaiser und Galiläer", „Brand" und „Peer Gynt" gewinnt schon seine Weltanschauung einen Ausdruck, der, weiter entwickelt, in seinen Gesellschaftsdramen uns in abschließender Form entgegentritt. Von Jugend auf in einen Gegensatz zu seiner Umgebung gestellt, von seinem grüblerischen Naturell zum Nachdenken, zur kritischen Analyse und Reflexion geleitet, geschlossen und mit Nachdruck einen das Gemüth beherrschenden Gedanken verfolgend, fing er sehr früh an, sich Fragen zuzuwenden, die er später in seinen Werken dramatisch aufzuwerfen und zu beantworten suchte. Das grüblerische Naturell, das das Merkmal seines Charakters von Kindheit an war, mußte Ibsen, unter Mitwirkung der Verhältnisse, in denen er sich bewegte, zum Gedankendichter machen. Der energisch-reale Sinn, der ihn schon in seinen Jünglingsjahren auszeichnete, wies ihn auf das Leben in den gesellschaftlichen und sozialen Beziehungen hin. Alles zusammen mußte ihn zum Dichter des Lebensdramas heranziehen.

Zu „Die Nationalisirung der Gesundheitspflege."

Der am Schluß des Artikels „Die Nationalisirung der Gesundheitspflege" (Nr. 23 der „Neuen Zeit", XI. Jahrgang) angedeutete Wunsch, von einem ärztlichen Leser Ihrer Zeitschrift einiges über den in Frage stehenden Gegenstand zu hören, veranlaßt mich zu diesen Zeilen.

Es ist kein Zweifel, daß zu einer Zeit, wo eine Vergesellschaftung aller Thätigkeit und aller Betriebe durchgeführt ist, auch eine Nationalisirung der Gesundheitspflege ebenso selbstverständlich als einfach durchführbar sein wird, auf welchem Standpunkte die Wissenschaft dann auch stehen, wie weitgehende Forderungen sie dann auch stellen mag. Ob, wie einer meiner Freunde behauptet, nach Beseitigung aller sozialen Uebel, die aus dem Boden der heutigen Produktionsform emporwuchern, ob dann auch alle oder doch die meisten Krankheiten von selbst verschwunden sein werden, oder ob selbst dann noch die einschneidendsten Maßregeln nothwendig sein

werden, um die Gesammtheit oder Theile derselben vor Krankheit zu schützen, jedenfalls werden dann keine Schwierigkeiten mehr bestehen, alles, was der Stand der medizinischen Erkenntniß verlangt und ermöglicht, auch in die Wirklichkeit zu übersetzen.

Hier aber handelt es sich augenscheinlich und ausdrücklich um einen Vorschlag, dessen Ausführung sich an die heute bestehenden Verhältnisse mindestens anzulehnen hätte, und da ist es wohl am Platze, meine abweichende Meinung zu äußern.

Es ist sicherlich im höchsten Grade wünschenswerth und zu erstreben, daß ebenso wie z. B. die Rechtspflege, auch die Gesundheitspflege zentralisirt werde. Das hat man ja u. A. auch im Sommer 1892 in Deutschland gesehen, als die Cholera in Hamburg herrschte und die verschiedenen deutschen Städte auf mehr oder weniger abenteuerliche Weise sich gegen den unheimlichen Gast zu schützen suchten; die blinde Angst, mit welcher die unzweckmäßigsten Maßregeln ergriffen wurden, hat — als ein Beispiel statt vieler — gezeigt, wie wenig oft die in jedem einzelnen Falle dazu berufenen Personen geeignet waren, das wirklich Nothwendige und Zweckentsprechende herauszufinden, während dieselben Leute bei zweckmäßiger Direktive von einem Zentralpunkte aus höchst wahrscheinlich ganz brauchbare Organe gewesen sein würden. Denn eine ihrer Aufgabe in jeder Hinsicht gewachsene Zentrale hätte alles Ueberflüssige und darum Schädliche unterlassen, ohne deswegen den wirklichen Schutz des öffentlichen Wohls darum im Geringsten zu vernachlässigen.

Während aber das Vorhandensein einer Zentralstelle für die Leitung der Gesundheitsverhältnisse heutzutage nahezu eine unabweisliche Forderung darstellt, ist es doch sehr fraglich, ob als solche das (wenn auch nach Herrn Ellis reformirte) Krankenhaus „in innigem Zusammenhange mit den sich immer mehr vermehrenden Sanitätsorganisationen des Landes" empfehlenswerth sein würde. — Die medizinische Thätigkeit zerfällt in zwei Hauptabtheilungen, die Behandlung und die Verhütung von Krankheiten. Sehen wir zu, in welcher Weise das Krankenhaus diesen beiden Aufgaben gerecht zu werden vermag.

Heutzutage (!) liegen allerdings für mehr als die Hälfte aller Menschen die Verhältnisse derartig, daß im Erkrankungsfalle ein gut eingerichtetes Krankenhaus für sie ein geeigneterer Aufenthaltsort ist und ihnen größere Chancen für ihre Genesung gewährt als ihre Privatwohnung.

Es sei auch zugegeben, daß für alle Menschen, die sich einem größeren chirurgischen Eingriff unterziehen müssen, ein Krankenhaus, eingerichtet nach allen Forderungen der modernen Chirurgie, dem Privathause vorzuziehen ist. Für den Rest aller Kranken und Krankheiten aber ist unter günstigen oder selbst mäßigen äußeren Verhältnissen keine Spitalbehandlung beziehungsweise -Pflege im Stande, so Ausgezeichnetes zu leisten, wie eine sachgemäße und vernünftige Pflege im Hause, von Seiten zärtlicher Angehöriger. Es ist geradezu unmöglich, in einem öffentlichen Krankenhause jedem einzelnen Patienten die Sorgfalt und Pflege angedeihen zu lassen, wie er sie — immer von dem günstiger gestellten Theil der Kranken gesprochen! — zu Hause erfährt. Und die bisherige Lebensweise des Patienten, seine Charakter- und Gemüthsanlage, seine Neigungen u. s. w. verdienen in so zahlreichen Fällen eine so eingehende, individualisirende Berücksichtigung bei der Aufstellung des Heilplans,* daß am besten Leute, denen der Patient genau bekannt ist, als Aerzte und Pflegepersonen in Anwendung kommen. Man darf ebensowenig den psychischen Effekt, den die bloße Trennung des Kranken von seiner Familie hervorbringt, unterschätzen — auch in Bezug auf das Zustandekommen der Genesung! — als die Grausamkeit, der Familie ein Mitglied in krankem Zustande zu entführen, abgesehen selbstverständlich von den Fällen, wo eine ansteckende oder gewisse Geisteskrankheiten eine Krankenhaus-

* Ich möchte mich grade dagegen wenden, daß der Betrieb der Medizin, einer Wissenschaft, ohne Weiteres nach den gleichen Gesichtspunkten wie der eines industriellen Etablissements beurtheilt, beziehungsweise eingerichtet werde. Wenn wohl allgemein anerkannt ist, daß das erste Erforderniß für eine wirklich gedeihliche ärztliche Thätigkeit ist, streng und gewissenhaft zu individualisiren, so wird man auch zugeben müssen, daß höchstens für die ökonomische Seite der Frage, keineswegs aber für die ärztliche ein solcher Vergleich statthaft ist.

behandlung unbedingt verlangen, oder überhaupt die äußeren Verhältnisse sie nothwendig machen. In solchen Fällen beugt man sich wohl einer zwingenden Nothwendigkeit, aber ohne solche kann man von keinem Menschen verlangen, daß er sich von einem seiner Lieben trenne, der sich in schwerer Krankheit und Gefahr befindet. Und gerade solche Fälle würden doch in erster Linie dem Krankenhause angewiesen werden müssen. (Leichtere Fälle würden naturgemäß der ambulatorischen Behandlung, das heißt der Behandlung über die Straße, also in der Sprechstunde oder Poliklinik, zufallen, wenn schon die ärztliche Thätigkeit in der Wohnung des Patienten nicht stattfinden soll*; und die Fälle, in denen der Patient seinen Berufsgeschäften mehr oder weniger ungestört nachgehen kann, gleichwohl aber einer Behandlung bedarf, sind die bei weitem zahlreichsten.) So würde in zahlreichen Fällen, — gewiß mehr als ein Drittel aller, — die Krankenhausbehandlung theils aus psychischen und noch mehr aus rein sachlichen Gründen keine bessere, sondern eine schlechtere Prognose für die Genesung gewähren als bisher, und eine entsprechende Maßregel würde also für einen so beträchtlichen Theil der Kranken eine Verschlechterung bedeuten, was doch keineswegs beabsichtigt sein kann.

Dabei habe ich immer noch die — technisch und sanitär — günstigsten und besteingerichteten Spitäler Deutschlands im Sinne, deren Zahl eine überaus beschränkte ist. Die meisten Krankenhäuser, vor allem die städtischen, suchen aus finanziellen Gründen an Arzt- und Wartepersonal möglichst zu sparen, wodurch sowohl deren Quantität als besonders Qualität weit hinter dem Erforderlichen zurückbleibt; namentlich das Material, aus dem das Wartepersonal besteht, ist (wegen der niedrigen Löhne) durchaus nicht für dies wichtige Amt genügend vorgebildet. Ebenfalls an dem Geldpunkte scheitern oft die verschiedenen Verbesserungspläne, die der eine oder andere ärztliche Leiter zum Wohle der Kranken durchgeführt wissen möchte. Ausnahmen bilden gewöhnlich nur die Universitätskrankenhäuser, denen man, ihrer wissenschaftlichen und Lehrzwecke halber, ihre oftmals ganz riesigen Defizite bald mehr bald weniger bereitwillig durchgehen läßt. Und es ist nicht abzusehen, wie in diesem Punkte — daß die ungeheure Mehrzahl der Krankenhäuser auf einem weit niedrigeren Niveau als die wenigen Musteranstalten der Zeit steht — Wandel geschaffen werden soll, so lange auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens (von einem abgesehen) die Sparsamkeit das erste Prinzip sein und bleiben muß; da begnügt man sich eben mit dem Allernothwendigsten, und wenn im Laufe der Zeit irgend eine Neuerung, die Geld kostet, immer unabweislicher erforderlich wird, so bedarf es der größten und oft wiederholten Bemühungen, um sie endlich einzuführen. Damit soll natürlich nur gesagt sein, daß und warum die Krankenhausbehandlung, so lange verschiedene Klassen existiren, nur für die ärmsten der Kranken eine Verbesserung gegen die häusliche Pflege bedeutet, während der gesammte Mittelstand im eigenen Heim besser daran ist als im Spital.

So glaube ich gezeigt zu haben, wie das Krankenhaus unter den heutigen Verhältnissen selbst seine spezielle Funktion, die Heilung von Krankheiten, nicht vollkommen, ja nicht einmal so gut wie in zahlreichen Fällen häuslicher Behandlung und Pflege zu erfüllen vermag. Nun bezieht sich aber die Gesundheitspflege nicht nur auf die Wiederherstellung, sondern sehr wesentlich auch auf den Schutz der Gesundheit, das heißt ihre Aufgabe ist nicht nur die Heilung, sondern auch die Verhütung von Krankheiten. Und diesem Theil der Gesundheitspflege kann naturgemäß

* Es geht aus dem Referate nicht hervor, ob Herr Ellis auch für die obligatorische Krankenhauspflege eintritt, es ist jedoch höchst wahrscheinlich, weil, um die Krankenhäuser wirklich zu Zentren der medizinischen Thätigkeit zu machen, gesetzgeberische Maßnahmen nöthig wären, die den Krankenhäusern ein vollkommenes Uebergewicht über jede andere Heilthätigkeit gäben, daß alle andern verkümmern müßten und dann dem leidenden Theile der Menschheit nichts anderes übrig bliebe, als in das Krankenhaus zu gehen. Wenn freilich für die große Mehrheit der Kranken nicht anders zufriedenstellende Bedingungen zu schaffen wären, so gäbe es keine große Wahl und die Minderheit müßte darauf verzichten, ihre Wünsche berücksichtigt zu sehen; aber so liegt meiner Ansicht nach die Sache nicht.

das Spital noch weit weniger dienen! Der Spitalarzt sieht den Kranken allein, losgelöst von seiner Umgebung, er hat keinen Ueberblick, oft keine Vorstellungen von den Verhältnissen, unter denen der Patient für gewöhnlich existirt, von seinen Arbeitsbedingungen, von den zahllosen Dingen, die als Krankheiten verursachende oder begünstigende Momente aufzufassen wären. Zwar erzählt der Kranke oder einer seiner Angehörigen fast immer irgend einen, gewöhnlich höchst belanglosen, Umstand, den er für seine Erkrankung verantwortlich macht, aber es leuchtet ein, daß diese „anamnestischen" Angaben verschwindend selten einen wissenschaftlichen Werth haben. Der Arzt kann diese Angaben nicht einmal für den Heilplan in jedem speziellen Falle verwerthen, geschweige denn daraus Schlüsse auf die Ursachen der betreffenden Krankheit im Allgemeinen ziehen. Der Privatarzt dagegen, der den Kranken in seiner gewöhnlichen Umgebung sieht, der mehr oder weniger genau die Einzelheiten seiner Lebensführung und Thätigkeit überblicken kann, der im Privathause oft diesen oder jenen bedeutungsvollen Umstand bemerkt, den von fünfzig Kranken neunundvierzig gar nicht erwähnen, weil sie ihn für völlig bedeutungslos halten, dieser kann schon eher hier oder dort einen glücklichen Griff thun, der ihm über die Entstehung einer Krankheit und ihre Ursachen Aufschluß oder wenigstens gewisse Anhaltspunkte gewährt. Ganz besonders günstig in dieser Beziehung sind die Hausärzte gestellt, sie kennen die Lebensweise, den bisherigen Gesundheitszustand, den Entwicklungsgang des einzelnen Klienten, die sanitären Verhältnisse seiner Familie, seiner Umgebung, kurz sie sind bei eintretender Erkrankung am besten unterrichtet über die ungemein wichtigen Hilfskräfte, die ihnen der Organismus des Patienten an die Hand giebt, und werden schon in jedem einzelnen Erkrankungsfalle allen ärztlichen Konkurrenten gegenüber einen weit günstigeren Stand haben. Aber noch viel mehr! Sie werden die erfolgreichste vorbeugende Thätigkeit entfalten können; z. B. die Disposition zu zahlreichen Krankheiten ist erblich, die Aufgabe des Hausarztes ist es, in solchem Falle auf die Beseitigung der Disposition sein Augenmerk zu richten, mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln darauf hinzuwirken, daß dieser Disposition entgegen gearbeitet werde, oder daß der damit Behaftete nach Möglichkeit gewisse Faktoren vermeide, die erfahrungsgemäß in seinem Falle leicht die betreffende Krankheit „zum Ausbruch kommen lassen", oder wie es richtiger hieße, den Einbruch, nämlich in den dazu disponirten Organismus, begünstigen. Es ist natürlich, daß nicht alle Aerzte auf diesem Gebiete gleich Gutes leisten, und so lange nicht die Befähigung, sondern der Geldbeutel die Berufswahl bestimmen, so lange werden in den Leistungen der einzelnen Aerzte die größten Unterschiede zu Tage treten. Aber es giebt doch genug kritisch veranlagte, gut beobachtende Aerzte, daß man sich von einer gut organisirten hausärztlichen Thätigkeit die allergrößten Fortschritte in der Erkenntniß von den Ursachen der Krankheiten versprechen dürfte. Allerdings dürfte die Institution der Hausärzte nicht auf die wohlhabendsten Klassen beschränkt sein wie heutzutage, sondern die großen Massen und sie vorzugsweise müßten daran theilnehmen können, denn nur aus großen Zahlen lassen sich allgemein giltige Gesichtspunkte ableiten. Dazu wäre denn in erster Linie nothwendig, daß Jedermann unentgeltlich ärztliche Hilfe zu verlangen hätte, was wiederum zur Voraussetzung hätte, daß sämmtliche Aerzte vom Staate angestellt und besoldet würden. Meiner Ansicht nach muß die Gesundheitspflege zunächst im Privathause wurzeln, wenn sie ihrer wichtigsten Aufgabe, — das ist der Schutz, nicht die Wiederherstellung der Gesundheit! — gerecht werden soll.

Nun wird vielleicht eingewendet werden, daß man beide Institutionen, das Zentralkrankenhaus und den Hausarzt, neben einander bestehen lassen könnte; das ist aber meiner Ansicht nach — wie schon oben angedeutet — nicht gut möglich. Höchst wahrscheinlich würde das zentralisirte Krankenhaus die in seinem Wirkungsgebiete befindlichen Aerzte schneller oder langsamer entweder erdrücken oder aufsaugen, wie man in großen Städten, schon heute bei der freien Konkurrenz, bis zu einem gewissen Grade angedeutet findet.

Das Publikum geht doch nur ins Spital, beziehungsweise in dessen poliklinische Sprechstunde, wenn es sich krank fühlt; tüchtige, nicht mit Arbeit überlastete Haus-

ärzte aber können unter Umständen sehr häufig das Auftreten der Krankheit überhaupt verhüten.

So meine ich, daß der Schwerpunkt der ärztlichen Thätigkeit in den „Hausarzt" zu verlegen ist, einmal wegen der vorbeugenden Thätigkeit in den einzelnen Fällen, dann wegen der wissenschaftlichen Erforschung der Krankheitsursachen im Speziellen wie im Allgemeinen. Wenn heute die Hausärzte diese letztere Aufgabe noch mangelhafter als die erstere lösen, so liegt das meiner Ansicht nach zum Theil daran, daß nur die Wohlhabendsten einen Hausarzt halten können, zum Theil daran, daß die meisten Aerzte überhaupt diesem wichtigeren Zweige ihres Berufes sehr gleichgiltig gegenüberstehen, weil dabei für sie wie für den einzelnen Kranken nicht so viel herauskomme, schließlich auch daran, daß sie keine Zeit dazu haben oder zu haben glauben. Meiner Ansicht nach ist in dem Kapitel von der Aetiologie — ich meine damit die Endursachen! — der Krankheiten noch so viel jungfräulicher Boden, weil die Forschung vorwiegend auf Krankenhaus und Laboratorium beschränkt ist. Der Hausarzt der Zukunft aber ist, wie ich meine, gerade zur Ausfüllung dieser klaffenden Lücke berufen, wenn er nämlich nicht mehr durch den Egoismus materieller Interessen oder sonstige Gründe sich veranlaßt fühlen wird, das Hauptgewicht seiner Thätigkeit auf die „Therapie" zu legen.

Selbstverständlich will ich nicht, daß die Krankenhäuser verschwinden sollen; sie sind heute und auf lange hinaus unentbehrlich. Aber sie sollen ihre Stellung als, wenn auch integrirende, so doch nur nebengeordnete Faktoren in der Gesundheitspflege haben, nicht zu Zentren der gesammten medizinischen Thätigkeit werden.

Es versteht sich am Rande, daß auch ich einer möglichsten Vervollkommnung der Krankenhäuser das Wort rede, also die weitestgehenden Verbesserungen in technischer Hinsicht ebenso wünsche, wie in ihrer sozialen Stellung, so daß die unentgeltliche Krankenhausbehandlung gleichermaßen wie die — man gestatte den Vergleich — unentgeltliche Rechtspflege als etwas Selbstverständliches und nicht mehr als etwas Beschämendes oder gar Entehrendes angesehen werden kann. Es soll der Hausarzt in jedem Falle, wo er es aus irgend welchen Gründen für rationell und nothwendig hält, den Patienten dem Krankenhaus überweisen können, ähnlich wie es heute schon in tausenden von Fällen durch die Kassenärzte geschieht. Wie schon jetzt das Gesetz die Arbeiter zwingt, in gesunden Tagen ihre Kassenärzte zu besolden und Krankenunterstützungsgelder anzusammeln, was ihnen dann in Krankheiten zu statten kommt, warum sollte es nicht möglich sein, die Gesammtheit in ähnlicher Weise zur Sorge um ihre Gesundheitsverhältnisse zu verpflichten! Eine Ausgabe, die sich wahrlich rentiren würde, da bei zweckmäßiger und konsequenter Durchführung der besprochenen Maßregeln eine ungeheure Menge von vorübergehender oder dauernder Arbeitsunfähigkeit verschwinden würde.

So gut wie der Staat, also die Gesammtheit, schon heute zahlreiche Aerzte, wenn auch relativ nur wenige, anstellt und besoldet, so könnte er auch alle Aerzte zu seinen Beamten machen; er wird dies müssen, wenn er will, daß die ärztliche Thätigkeit nicht mehr im Dienst von Privatinteressen steht, sondern das allgemeine Wohl und die Besserung der gesammten Gesundheitsverhältnisse zur alleinigen Norm erhalte.

Ein Reichsgesundheitsrath, der nicht blos aus Aerzten und Verwaltungsbeamten bestünde, sondern ebensogut Techniker, Fabrikbesitzer, Arbeiter der verschiedensten Berufe zu Mitgliedern hätte, müßte die oberste Zentralstelle für die Gesundheitspflege werden. Seine wissenschaftlichen Organe müßten, neben entsprechend dirigirten Krankenhäusern, genügend zahlreiche Hausärzte sein, ebenso wie die Krankenbehandlung im Speziellen jedem dieser beiden Faktoren an seinem Orte zugewiesen sein müßte. Beide Theile müßten, unter Kontrole der Zentrale, einander in die Hände arbeiten; die Forschung im Laboratorium bedarf ebensowohl der Unterstützung durch den wissenschaftlich thätigen Hausarzt, wie die Pflege im Privathause jederzeit durch das Krankenhaus muß ersetzt werden können. Keiner dieser beiden Faktoren darf dominiren, wenn er nicht den andern total beseitigen soll, und beide sind doch,

wie ich gezeigt zu haben glaube, nothwendig, um der Gesundheitspflege wirklich große Fortschritte zu ermöglichen.

Nachbemerkung. Durch die Freundlichkeit des Herrn Redakteurs dieser Zeitschrift ist mir nachträglich dessen Aufsatz „Medizinisches“ (in Nr. 21 der „Neuen Zeit“, Jahrgang 1891/92) zugänglich geworden. Manches darin berührt sich mit meinen obigen Ausführungen, so ist z. B. die Verstaatlichung sämmtlicher Krankenhäuser direkt aus dem, was ich über die des ärztlichen Berufs überhaupt gesagt habe, zu folgern; über andere Dinge wieder bin ich, wie man leicht bemerken wird, abweichender Meinung. Jedenfalls bin ich weit davon entfernt, gegen irgend Jemand zu polemisiren, der im Großen und Ganzen dasselbe Ziel im Auge hat wie ich; ich wollte eben nur meine Ansicht über den zur Diskussion stehenden Gegenstand aussprechen, in der Ueberzeugung, daß dieselbe einige Zustimmung finden wird. Die schließliche Lösung der Frage bleibt ja doch der, im voraus nicht zu übersehenden, Entwicklung der gesammten Verhältnisse vorbehalten. Dr. B.

Literarische Rundschau.

Wilhelm Weigand, Friedrich Nietzsche. Ein psychologischer Versuch. München, G. Franz'sche Hofbuchhandlung. 116 S. gr. 8⁰.

Friedrich Nietzsche, der mit all seinen Abgeschmacktheiten und Manierirtheiten doch eine bemerkenswerthe zeitgeschichtliche Erscheinung ist, ist bisher in diesen Blättern immer nur beiläufig behandelt worden. Und es möchte vielleicht zweifelhaft erscheinen, ob es einen Zweck habe, sich eingehender mit ihm zu beschäftigen. Denn heute hat gegen den Nietzscheanismus sowohl wie gegen den Antinietzscheanismus bereits die Reaktion eingesetzt — der Prediger des „Uebermenschen“ wird weniger laut und unbedingt angepriesen, aber auch weniger erbittert bekämpft. Indeß trotzdem unsere schnelllebige Zeit sich nicht lange über Dinge erregt, die keine direkte Beziehung zu den sie beschäftigenden materiellen Fragen haben, ist die Diskussion über Nietzsche doch eben nur eine ruhigere geworden, nicht aber verstummt, dauert der Einfluß des Mannes immer noch fort. Daher wäre es vielleicht doch angebracht, das Versäumte nachzuholen und „den Fall Nietzsche“ einmal vom Standpunkt der sozialdemokratischen Kritik zu untersuchen, d. h. nicht blos Urtheile mitzutheilen, sondern sie auch zu begründen. Ein Anfang dazu ist von Mehring in dem Schlußkapitel von „Kapital und Presse“ gemacht worden, wo Mehring zwar nur eine Seite des Nietzscheanismus behandelt, dies aber in einer Weise, die als Probe gelten kann — um von einem Kollegen nicht mehr zu sagen — wie fruchtbar und anregend gerade eine vom Standpunkt der Sozialdemokratie, bezw. der ihr zu Grunde liegenden Geschichtsauffassung angestellte Untersuchung der sozial-philosophischen Schriften Nietzsche's und ihres Einflusses sich gestalten müßte. In dieser Ansicht, die sich mir beim Erscheinen der genannten Mehring'schen Schrift sofort aufgedrängt, bin ich durch die vorliegende Arbeit des Herrn Weigand nur noch bestärkt worden.

Herr Weigand ist oder bestrebt sich zu sein, was man einen literarischen Aristokraten nennen könnte. Es liegt ein gewisser vornehmer Ton über seiner Schrift. Sie ist reich an feinen Beobachtungen, aber frei von aller Effekthascherei, ihre ruhige, den Eindruck des Gesuchten durchaus vermeidende und doch immer fesselnde Darstellungsweise erinnert an die besten Essayisten der Franzosen, an denen Herr Weigand sich wohl auch in erster Reihe gebildet hat. Wie im Titel, so ist auch im Inhalt jede Marktschreierei ausgeschlossen; was der Verfasser zu sagen hat, das theilt er ohne Paukenschlag und Trompetenton mit, in gewählter und doch nicht gezierter, gleichmäßig fließender und doch pointenreicher Darstellung. Aber so gern ich alle diese Vorzüge anerkenne, so sehr ich sie gegenüber den Affektirtheiten der Modeschriftstellerei des Tages, dem Prunke mit absichtlichen Verletzungen des literarischen Geschmacks, der Sucht nach barocken Vergleichen und Zusammenstellungen, die tiefsinnig sein sollen, aber oft genug nur die Gedankenarmuth des Verfassers

durchblicken lassen, der affektirten Blasirtheit und dem blasirten Kultus erkünstelter Affekte — kurz, gegenüber dem literarischen Gigerlthum unserer Zeit zu schätzen weiß, so kann ich doch nicht sagen, daß die Arbeit des Herrn Weigand mich befriedigt hätte. Mit ihrer Beschränkung auf die Untersuchung der literarischen und schlechthin kulturgeschichtlichen Einflüsse, die auf Nietzsche wirkten, ist sie doch wiederum sehr einseitig. Zunächst wird die allgemeine oder menschliche Persönlichkeit Nietzsche's viel zu stiefmütterlich behandelt. Um den Schriftsteller beurtheilen zu können, zumal einen so subjektivistischen Schriftsteller wie Nietzsche, müssen wir mehr über den Menschen erfahren, als Herr Weigand mittheilt. Oder, da er Leser voraussetzt, die die Lebensschicksale Nietzsche's kennen, so will ich lieber sagen, es muß die Rückwirkung von Lebensschicksalen 2c. auf die literarische Persönlichteit Nietzsche's mehr in die Untersuchung gezogen werden, als es bei Weigand geschieht. Es wird, und sicher mit Recht, darauf Bezug genommen, daß Nietzsche einem Geschlecht polnischer Schlachzizen entstammt — sein Urgroßvater, dessen Familienname Nietzki (polnisch: Niecki) war, mußte wegen Theilnahme an einer Verschwörung im Jahre 1715 nach Deutschland flüchten — daß der Vater Nietzsche's Geistlicher war und daß Nietzsche schon sehr früh in ein ehrenvolles Amt berufen wurde — er war mit 25 Jahren Professor in Basel — schon sehr früh Gelegenheit fand, mit hervorragenden Männern zu verkehren. Die Thatsache, daß Nietzsche, der unbedingter Anhänger der Vererbungstheorie war, sich „als den Sprossen adeliger Menschen empfand“, im Auge, darf Herr Weigand es aussprechen, daß es sicher im Hinblick auf seine eigenen Vorfahren war, wenn Jener in „Jenseits von Gut und Böse“ schreibt:

> „Es ist aus der Seele eines Menschen nicht wegzuwischen, was seine Vorfahren am liebsten und beständigsten gethan haben: ob sie etwa emsige Sparer waren und Zubehör eines Schreibtisches und Geldkastens, bescheiden und bürgerlich in ihren Begierden, bescheiden auch in ihren Tugenden; oder ob sie ans Befehlen von früh bis spät gewöhnt lebten, rauhen Vergnügungen hold und daneben vielleicht noch rauheren Pflichten und Verantwortungen; oder ob sie endlich alte Vorrechte der Geburt und des Besitzes irgendwann einmal geopfert haben, um ganz ihrem Glauben — ihrem „Gotte“ — zu leben; als die Menschen eines unerbittlichen und zarten Gewissens, welches vor jeder Vermittlung erröthet. Es ist gar nicht möglich, daß ein Mensch **nicht** die Eigenschaften und Vorlieben seiner Eltern und Altvordern im Leibe habe, was auch der Augenschein dagegen sagen mag. Dies ist das Problem der Rasse. Gesetzt, man kennt Einiges von den Eltern, so ist ein Schluß auf das Kind erlaubt.“

Indeß solche Ich-Naturen wie Nietzsche vollziehen ihre geistigen Wandlungen meist unter direkteren Einflüssen als eine genealogische Reminiszenz, und es wäre vielmehr zu erklären, was Nietzsche dazu trieb, aus dieser heraus eine ganze Rassen- und Moraltheorie zu konstruiren. Aber trotz dem Ansatz zu einer solchen Erklärung bleibt Weigand uns dieselbe doch schuldig, und zwar schuldig, ohne auch nur einen Schritt über die Bezugnahme auf den rein literarischen Bildungsgang Nietzsche's hinaus zu machen. Es sind immer nur sehr allgemeine **Kultureinflüsse**, nie spezielle **Zeiteindrücke**, auf die Bezug genommen wird. Wenn z. B. Weigand den Zeitpunkt näher skizziren will, an dem Nietzsche „am Leben der deutschen Kultur genießend Antheil nehmen durfte“, so bleibt er, nach einem kleinen Anlauf, eben diese Zeit zu schildern, sofort im rein Literarhistorischen stecken, sagt allerhand Geistreiches über den Hellenenkultus aus der Epoche der Wende des Jahrhunderts, die doch aber nicht die Epoche des werdenden Nietzsche ist, und läßt im weiteren Verlauf den Gegenstand ganz fallen. Die Psychologie des Schriftstellers besteht lediglich aus einer Schilderung seines eigenen geistigen Lebens und aus der — mir übrigens durchaus nicht vollständig erscheinenden — Aufzählung und theilweisen Charakteristik der **literarischen** Persönlichkeiten, die entscheidenden Einfluß auf ihn ausgeübt haben. Ereignisse, die Kämpfe der Zeit, die politischen, ökonomischen und sozialen Phänomene, die sich in der Zeit seiner Entwicklung und seiner Wandlungen abspielen, und die mindestens doch **auch**, meiner Ansicht nach aber **vielleicht am meisten** ihn

beeinflußt haben, blieben ganz unberücksichtigt. Es ist, als ob er, der wirklichen Welt entrückt, nur in einer artistisch-literarischen Welt gelebt hätte, in einer Bibliothek oder in einem Klub auserlesener Denker und Schriftsteller, an dessen Eingangsthür die Worte stehen: „Hier darf nur über Literatur gesprochen werden. Jede Anspielung auf Politik und sonstiges öffentliches Leben wird mit sofortiger Ausstoßung bestraft." So wird denn Nietzsche nur als geistiger Repräsentant einer späten Ueberkultur dargestellt, der er gewiß ist, aber das Wort läßt viele Deutungen zu, und die spezifische Bestimmung der Epoche, deren Produkt der Mann ist, geht dabei verloren.

Herr Weigand spricht im Schlußabschnitt seiner Studie von der „offenbaren Einseitigkeit der Marx'schen Geschichtstheorie, wie sie berufene und unberufene Verkünder noch immer in plebejisch aufdringlicher Weise als allein giltig festhalten" (S. 107). Wir schenken dem Goetheaner das Wort „plebejisch", aber wollen ihm doch bemerken, daß das Einseitige der Marx-Engels'schen Geschichtsauffassung lediglich die Deutung ist, die ihr von „berufenen und unberufenen" Kritikern gegeben wird, nicht aber sie selbst, die weit entfernt, Schablone zu dogmatischer Geschichtsauslegung sein zu wollen, hauptsächlich Methode der Untersuchung und Erforschung geschichtlicher Erscheinungen sein will, die die Würdigung ideologischer Faktoren weder ausschließt, noch dieselben als durchaus nebensächlich behandelt, sondern nur bei ihnen nicht stehen bleibt, in der Erkenntniß, daß diese ideologischen Faktoren und ihr Einfluß doch selbst wiederum der Erklärung bedürfen, die vor allen Dingen sich nicht mit Schlagworten wie „Kultur" abfinden läßt, weil die Kultur immer nur einen Zustand, nicht aber die Bewegung anzeigt, auf die es ankommt. Insofern sie die Einseitigkeiten der ideologischen Geschichtsschreibung zurückweist, beansprucht sie freilich „Alleingiltigkeit", aber keineswegs beansprucht sie die Alleingiltigkeit materieller bezw. ökonomischer Faktoren. Wenn also Herr Weigand dem obigen Satz die Bemerkung folgen läßt: „Freilich muß man gleich beifügen, daß Nietzsche's Auffassung der Weltgeschichte ebenso einseitig ist, wie die materialistische Geschichtstheorie", so muß ich diesen Vergleich entschieden zurückweisen. Er wäre nicht einmal richtig, auch wenn die Marx'sche Theorie in dem Sinne einseitig wäre, wie sie gewöhnlich von den Gegnern dargestellt wird. Nietzsche's Behandlung der Geschichte ist nicht einseitig, sondern total verschroben, voller willkürlicher Konstruktionen zu Gunsten eines idealen Steckenpferdes, einer Manie.

Und darum ist es auch eine ganz falsche Annahme, wenn Herr Weigand meint, daß die Sozialdemokratie durch Nietzsche „wohl manchen werthvollen Anhänger verloren haben mag". Wer sich durch Nietzsche etwa bekehren ließ, der war schon verloren, an dem war also nichts zu verlieren. Thatsächlich hat Nietzsche mit seiner Lehre von den „Heerdenthieren" nur einigen Malkontenten einen schicklichen Vorwand oder ein bequemes Schlagwort zur Rechtfertigung ihrer Trennung von der großen kämpfenden Partei geliefert. Wären die paar „Unabhängigen" durch Nietzsche bekehrt worden, so hätten sie sich überhaupt vom Sozialismus abwenden müssen. Sie griffen das Schlagwort auf, ohne sich den Sinn, den es beim „maßlosesten der Individualisten" hat, zu eigen zu machen, ohne aufzuhören, „Heerdenthiere" im Sinne Nietzsche's zu sein. Für ihn wären sie nur ein Mittelglied zwischen den sozialdemokratischen „Tölpeln" und den anarchistischen „Hunden", deren „autonome Heerde" ihm nicht minder verhaßt und verächtlich war, als die von den Sozialisten erstrebte kommunistische Gesellschaft. Er predigte nur den Herren-Anarchismus, den Anarchismus von Herrschern.

Es ist indeß nicht möglich, im Rahmen dieser Besprechung auf Nietzsche selbst einzugehen, zumal mit der Anführung einzelner Sätze oder Schlußfolgerungen aus seinen Schriften doch nur ein Zerrbild des Mannes gegeben wäre: in seinen Fragen und nicht in seinen Antworten liegt, soweit ich urtheilen kann, seine Bedeutung. Das meint wohl auch Herr Weigand, wenn er ihn einen „großen Anreger" nennt. Und wer sich damit zufrieden giebt, die literarische Physiognomie dieses Anregers kennen zu lernen, in ihrem Zusammenhang mit gewissen Literaturgrößen der vorhergegangenen Generationen, dem glaube ich, trotz der obigen Einschränkungen, die

Weigand'sche Schrift empfehlen zu können. Wo Herr Weigand zu Hause ist, und das ist er im Sozialismus freilich nicht, den er denn auch nur ganz beiläufig streift, da ist er selbst ein guter Kritiker, und man genießt seine Kritik um so lieber, als sie ihren Autor als einen durchgebildeten und wenigstens auf seinem Gebiet vorurtheilsfreien Schriftsteller erscheinen läßt. Ed. B.

Alfred Cleß, **Ein Zukunftsbild der Menschheit.** Zürich 1893, Verlagsmagazin. 20 S.

Der Verfasser, der sich vornehmlich auf Schiller und den Philosophen Chr. Krause stützt, versucht in allgemeinen Umrissen ein Bild der Grundsätze zu geben, nach denen in einer besseren Zukunft die als ein „freies natürliches Ganzes" konstituirte Menschheit ihr Dasein einrichten wird. Seine Schilderung läuft auf einen Gesellschaftszustand hinaus, in dem zwischen Gesammtheit und Individuum absolute Freiwilligkeit herrscht, der Einzelne, wenn er Lust hat, völlig für sich leben kann und „selbst an seine Kinder keine Ansprüche für die Gesellschaft zu machen" bedacht, wo aber andererseits Grund und Boden „der Gesammtheit i. e. jedem Einzelnen (!) gehört", die Gesammtheit das Recht hat, wo sie es für angezeigt findet, gemeinsam für das Ganze thätig zu sein, da dies die persönliche Freiheit nicht in Frage stelle. Jeder bethätigt sich in dem, wozu er Lust und den Beruf in sich fühlt, worin er Sachverständniß besitzt — das sich auf ein Minimum reduzirende Geschäft der „Verwaltung", das sich „auf die Hand schriebe", wird „in die Hände derer gelegt, die sich dieser ehrenden Mühe unterziehen wollen". Große Einfachheit in Sitten und Genüssen wird herrschen, „Einfachheit mit Sauberkeit gepaart", alle werden Vegetarianer sein, und nur, wo die Allgemeinheit in Frage kommt, wird ein gewisser Luxus herrschen.

Wir sehen uns nicht veranlaßt, dieses Zukunftsbild zu kritisiren. Der Verfasser selbst erklärt, daß er den größten Theil seiner Ausführungen „nur mit widerstrebendem Herzen" gebe, weil er einerseits sich dadurch, daß er konkret werde, „gewissermaßen an der Herrlichkeit des seinerzeitigen Zustandes zu versündigen" glaube, andererseits sich „im Allgemeinen für unfähig halte", den „für uns heute kaum mehr als solchen erscheinenden Traum" ins Einzelne auszumalen, und ihm auch wieder das Einzelne „zu unbedeutend" erscheine (S. 10 und 11). So wollen wir die Versündigung nicht dadurch noch steigern, daß wir die dem Konkreten sich nähernden Ausführungen der Schrift aus dem „Schlamm der Gegenwart heraus" zur Debatte stellen, sondern begnügen uns, die Hoffnung auszudrücken, daß sein andächtiges Schwärmen für das ihm vorschwebende Zukunftsideal, das er, wie es scheint, in einer andern Schrift individualistischen Kommunismus nennt, Herrn Cleß nicht verhindert, in der Gegenwart gut zu handeln, d. h. mit Energie für die politischen, sozialen und ökonomischen Interessen der Arbeiterklasse thätig zu sein. Seine souveräne Erhabenheit über diese miserable Gegenwart läßt in dieser Hinsicht einige Befürchtungen zu. —hn.

Feuilleton.

Die sozialen Zustände im römischen Reich vor dem Einfall der Barbaren.

Von Dr. **Paul Ernst.**

(Fortsetzung.)

Kennan in seinen Aufsätzen über Sibirien erzählt einmal: „Eine andere gute Gelegenheit, die Bauern zu plündern, ist den Polizeibeamten durch die lästige ‚Arbeitsschuldigkeit' (Robot) gegeben, wonach jeder jährlich zu einigen Tagen Arbeit für Straßenbau verpflichtet ist. Anstatt den Bauer nun in der Nähe seines Dorfs die Arbeit verrichten zu lassen, schickt ihn der Isprawnik nach einer Entfernung von hundert Kilometer; gern erkauft er sich dann die Erlaubniß,

nächst seinem Ort arbeiten zu dürfen. Bleibt er aber hartköpfig, so befiehlt ihm der Isprawnik, nicht eher fortzugehen, bis er die Arbeit besichtigt habe. Und so geschieht es, daß zuweilen hundert Leute ein, zwei Wochen lang an der Straße lagern müssen, obgleich ihre Arbeit schon längst beendet ist."

Gleiche Ursachen, gleiche Folgen. Die Beamtenkorruption und die durch sie verursachte Ueberlastung der Leute wird man in solchen Verhältnissen überall finden.

Je schlechter die Zeiten wurden: die inneren Kriege vor dem Regierungsantritt von Claudius II. und die Verwüstungen durch Barbareneinfälle große Kosten und große Steuerausfälle verursachten, gleichzeitig die Bureaukratie, ihrer Natur nach, auch zunahm, desto schwerer wurde die Steuerlast.

Schon zur Zeit der Antonine hören wir oft beim Regierungsantritt der Kaiser, daß sie rückständige Steuerverschreibungen verbrannt haben. Also schon um diese Zeit war der Steuerdruck so schwer, daß die Kraft der Steuerpflichtigen versagte. Nun wurde im römischen Reich der Steuerbetrag kontingentirt, und die Steuergemeinden waren für ihr Kontingent solidarisch haftbar. Wenn also ein Steuerpflichtiger nicht zahlen konnte, so mußten seine Mitbürger die Steuer für ihn aufbringen. Trotzdem finden wir schon in so früher Zeit jene enormen Steuerrückstände.

Bei dieser solidarischen Haftbarkeit aller Steuerpflichtigen schwoll die Steuerlawine natürlich von Jahr zu Jahr an. Nachdem diejenigen ruinirt waren, welche die Steuer bisher nicht hatten bezahlen können, wurden auch die ruinirt, welche noch ihren Verpflichtungen nachgekommen waren, da sie ja jetzt nicht nur ihre eigenen Lasten, sondern auch die Lasten Anderer tragen mußten.

Unter solchen Umständen wird der Landwirth zum Raubbau gezwungen. Um den Staat zufrieden zu stellen, gab ihm der Mann alles, was er entbehren und was er nicht entbehren konnte; er ließ die Wasserleitungen verfallen, holzte rücksichtslos die Wälder ab — beides Hauptursache des Untergangs der Provinz Afrika — vernachlässigte die Düngung, und spornte den Boden zu den äußersten Anstrengungen an.

In vielen Provinzen machte sich schon so die Erschöpfung des Bodens geltend. Bereits Columella klagte ja, „Andere meinen, der Boden sei durch allzugroße Fruchtbarkeit der vorigen Zeiten erschöpft oder kraftlos geworden". Das war die natürliche Folge des Raubbaus, welcher schon früher getrieben wurde und als der eigentlich normale Zustand der Landwirthschaft gilt. Von dieser Kalamität wird hauptsächlich Italien, Griechenland und das Kleinasien der alten Kultur getroffen worden sein; die andere, allgemeine Kalamität kam dazu.

So konnten die Bewohner des Reichs den Ansprüchen, welche an sie gestellt wurden, immer weniger genügen.

Schon unter Pertinax (193) finden wir herrenloses Land, das wegen der Steuern von den Besitzern verlassen und wüst liegt. Der Kaiser überläßt es Jedem, der es will, und bewilligt noch zehn Jahre Steuerfreiheit — eine Maßregel, wie wir sie in Deutschland nach den Verwüstungen des dreißigjährigen Krieges in den mitgenommenen Gegenden finden. Aus der Zeit des Caracalla (211 bis 217) erfahren wir ein Gesetz, welches die Subhastation der Grundstücke wegen des Steuerrückstands regulirt; und seitdem begegnen wir häufigen Notizen der Art. Da sich keine freiwilligen Abnehmer finden, so werden zunächst die Dekurionen gezwungen, das verlassene Land zu übernehmen und die Steuern zu bezahlen, und als auch ihre Kräfte nachlassen, wird seit Constantin das Wüstland allen steuerfähigen Bürgern nach dem Verhältniß ihres bisherigen Besitzes zuertheilt. In dem fruchtbaren Campanien, das noch von keinem Einfall der Barbaren heimgesucht war, lagen unter Honorius 120 000 Hektare, der achte Theil des Landes, wüst. „Unheilbare Wunden hat der Steuerdruck den Provinzen geschlagen, er

hat sie verpaupert“, sagt Ammianus Marcellinus. „Man hat oft Mühe, die Plätze wieder zu finden, wo früher blühende Städte standen“, erzählt Zosimus. „Die Güter kosten weit mehr, als sie einbringen, und die Eigenthümer, durch stete, erfolglose Arbeit ermüdet, lassen ihre Aecker endlich im Stich“, klagt Eumenius. Das sind Beispiele für die Zustände im Osten und im Westen.

Dabei wurden die Steuern mit einer furchtbaren Härte eingetrieben. Ein Edikt Constantin's bestimmt, die Schuldner des Fiskus sollten nicht durch zu harte Haft oder durch Folterqualen mißhandelt werden. Man kann sich vorstellen, wie die Praxis demnach sein mußte. Bischof Mensurius von Karthago erzählt, daß viele solche Schuldner des Fiskus sich zum Martyrium drängten, weil sie ja doch sterben müßten. Trotz des Constantinischen Edikts erfahren wir aus Ammianus Marcellinus, daß Valentinian I. noch Schuldner des Fiskus hinrichten ließ. Natürlich werden auch andere Bestimmungen nicht gehalten sein, welche die Härte der Steuer mildern sollten, wie das Edikt Constantin's, welches verbot, während der Erntezeit Spanndienste zu verlangen. Naturgemäß bewirkte die Entvölkerung des Landes auch eine Entvölkerung der Städte. In Alexandria, das keinen Krieg gesehen hatte, übertraf die Zahl der Personen vom 14.—80. Lebensjahre, die zur Zeit des Gallienus in die Alimentarmatrikel eingetragen waren, nicht die Zahl der Leute vom 40.—70. Jahr, die früher notirt waren. Die Aussetzungen der Kinder nahmen reißend zu. Und während unter den Antoninen ein Gesetz gegeben war, daß ein einmal Freigeborener jeden Augenblick seine Freiheit wieder annehmen könne, mußte Constantin die ausgesetzten Kinder denen, die sie aufziehen würden, als Sklaven zusprechen, da sie sonst Niemand angenommen hätte. Wir finden jetzt die antike Gesellschaft selbst in die Barbarei zurücksinkend; die Sitten werden wilder und roher; an Stelle einer vielleicht nicht sehr tiefen, aber doch immer rationellen Moralphilosophie in den gebildeten Kreisen tritt religiöser Aberglaube und das rohe Christenthum jener Zeit; die Kunst geht reißend bergab, wie man an dem Constantinsbogen in Rom sehen kann, wo die dem Trajansbogen entnommenen Reliefs mit ihrer Eleganz und Feinheit gegen die plumpen Figuren der Constantinischen Zeit abstechen. Bildung und Kunst haben eben den Wohlstand als Voraussetzung, und wo der Wohlstand bergab geht, geht es auch mit ihnen bergab.

Die Dokumente für die Beamtenkorruption nehmen reißend zu. Constantin verfügt einmal: „Ich will, daß endlich die räuberischen Hände der Beamten von ihrer frevelhaften Thätigkeit ablassen; geschieht das nicht, so werde ich sie mit der Schärfe des Schwertes schlagen.“ Theodosius I. erließ in einem einzigen Jahre neun Gesetze gegen betrügerische Beamte. Noch vorher hatte Valentinian I. das Amt der defensores für die Städte einrichten müssen, „Volksanwälte“ gegen die Beamten und Richter, bei denen man sich gegen die Räubereien und Erpressungen beschweren konnte. Aber die Betroffenen wagten keine Beschwerden, da sie eben vollständig auf die Gnade der Bureaukratie angewiesen waren. Aus der Zeit Justinian's erfahren wir gar, daß die Stellen gekauft wurden, wodurch die Korruption natürlich in ein System gebracht wird. Die Quellen sind ungemein reichhaltig an Einzelheiten über diese verschiedenen Arten der Brandschatzungen.

Nur eine von den vielen Korruptionsgeschichten soll hier mitgetheilt werden, die sich noch dazu unter dem Regiment des eisernen Valentinian ereignete. In Afrika war seit Kaiser Constantius die Beamtenkorruption zu einer furchtbaren Höhe gestiegen, hauptsächlich durch den Grafen Romanus, den militärischen Oberbefehlshaber der Provinz. Seine Erpressungen stiegen ins Ungeheure. Die Soldaten, denen er den Sold nicht auszahlte, plünderten dafür die Einwohner

mit den Mauren um die Wette. Als die Einwohner um Schutz gegen die Maureneinfälle baten, forderte er eine solche ungeheure Summe von ihnen, daß sie sie nicht erschwingen konnten, und die Mauren setzten ihre Plünderungszüge weiter fort. Mit großer Mühe und vielen Geldkosten gelang es den Bürgern, dem Kaiser eine Klage vor die Ohren zu bringen. Zur Untersuchung wurde ein gewisser Palladius nach Afrika geschickt; Romanus bestach ihn, und er richtete die günstigsten Berichte an den Hof. Die Bürger selbst wurden durch Drohungen derart eingeschüchtert, daß sie ihre Abgesandten, welche die Klage vor den Kaiser gebracht hatten, desavouirten. Diese wurden als Verleumder hingerichtet, desgleichen sollte zwei Andern, welche dem Palladius die Wahrheit geschildert hatten, die Zunge ausgerissen werden. Die Einfälle und Verheerungen der Mauren wurden immer schlimmer. Unter den Mauren stand ein Usurpator auf, welcher die Provinz den Römern entreißen wollte; und so schwer die Hand der Mauren auf den Provinzialen lag, sie war immer noch leichter, als die des Romanus. Die Städte öffneten dem Mauren ihre Thore, ein großer Theil der Bevölkerung erklärte sich für ihn, in hellen Haufen gingen die Soldaten zu ihm über. Der Graf Theodosius wurde geschickt und schlug den Feind; die Betrügereien des Romanus wurden entdeckt, die kleineren Diebe wurden hingerichtet, aber den Romanus ließ Valentinian leben. Dafür gelang es den Gönnern des Romanus, Theodosius zu verdächtigen und dessen Hinrichtung zu erwirken. Die späteren Untersuchungen, welche die furchtbarsten Thaten ans Licht brachten, wurden einfach todtgeschwiegen.

So, wie in diesem Fall, ging es in vielen andern Fällen auch; direkt die Beamtenkorruption hat ja dann auch jene letzte Katastrophe verursacht, die Schlacht bei Adrianopel, mit der das Reich eigentlich schon vernichtet ist.

Dabei konnte dieser so kostspielige Staat nicht einmal seinen polizeilichen Aufgaben nachkommen. Räuberschaaren verwüsteten das Land; sogar die Umgebung Roms machten sie derart unsicher, daß die Verbindungen oft unterbrochen waren.

Ist es da zu verwundern, wenn Salvian die Gothen, Franken und Hunnen den Römern als Vorbild vorhält, und wenn die überall unfreien, in erblicher Knechtschaft geborenen Leute, die nicht einmal ihren Lebensunterhalt erwerben konnten, zu den Barbaren flohen, oder die Barbaren ins Land riefen und ihnen selbst die Wege zeigten?

Zu Allem kam noch ein Umstand, der zwar in den Quellen nicht so nachzuweisen ist — solche Dinge pflegen die Aufmerksamkeit nicht auf sich zu lenken — aber doch von außerordentlichem Einfluß auf die Beschleunigung des Niedergangs gewesen sein muß: die Steigerung des Geldwerths.

Hier können großentheils nur Vermuthungen aufgestellt werden, die aber in der unveränderlichen Natur ökonomischer Gesetze begründet sind.

Die Silberproduktion nahm stark ab, desgleichen muß mit der barbarischen Ueberfluthung die Goldproduktion zurückgegangen sein. Die passive Handelsbilanz gegen Arabien und Indien zog große Mengen Silber dorthin, zur Zeit des Plinius jährlich hundert Millionen Sesterzen (zweiundzwanzig Millionen Mark). Durch die Soldzahlungen und die Pensionen an barbarische Völker ging viel Metall zu den Barbaren, das dort als Schatz aufgespeichert und in Gräbern verborgen wurde. In den unruhigen Zeitläuften wurde im Lande selbst viel Metall vergraben, das nachher zum Theil nicht wieder aus der Erde kam. So verminderten sich die Zirkulationsmittel. Zu gleicher Zeit verlangsamte die allgemeine Unsicherheit die Zirkulation des Metalls und erforderte die noch zu schildernde Zersetzung des Oikos mehr Zirkulationsmittel. Das Alles mußte zur

Folge haben, daß der Werth des Geldes stieg. Um dem Mangel an Zirkulationsmitteln abzuhelfen, untersagte schon Aurelian, Gold zu Mobilien und Kleidern zu verwenden. Aus der Zeit Gratians erfahren wir (Symmachus, Epist. X, 42) direkt, daß die Kaufkraft des Goldes gestiegen ist; was er gleichzeitig von der Vermehrung des Goldes berichtet, beruht natürlich auf einem Irrthum von seiner Seite; es war darnach in weniger Händen.

Der Werthsteigerung der Metalle wirkten allerdings die Münzverschlechterungen entgegen. Aber gerade wegen der Münzverschlechterungen — übrigens auch aus andern Gründen noch — betrachtete man das Geld damals als bloße Waare. Man kontrahirte also in der Regel nicht auf eine gewisse Summe Denare überhaupt, sondern auf eine gewisse Summe Denare einer bestimmten Prägung; zuweilen sogar auf Gewichtseinheiten der edlen Metalle.

Wenn nun Jemand, so lange das Metall noch niedrigeren Werth hatte, eine Schuld kontrahirt hatte, so wuchs die Schuld mit dem steigenden Metallwerth, und dieses Wachsen wurde nicht gehindert durch die Münzverschlechterung.

Denken wir uns nun den Grundbesitzer jener Zeit, welcher eine Hypothek auf einem Gut hat. Der Werth der Hypothek steigt wegen des steigenden Metallwerthes, der Werth des Gutes fällt aus demselben Grund. Die Zinsen nehmen einen immer größeren Theil des Ertrages weg. Nun bestand bekanntlich vollkommen freie Verschuldbarkeit; und wenn wir moderne Verhältnisse auf die antiken hier übertragen dürfen, so war im Durchschnitt der größte Theil des Werthes der Güter (zu dem übrigens auch das Inventar, also auch die Sklaven gehören) verpfändet. Die Werthsteigerung des Metalls mußte also den Ruin der Grundbesitzer herbeiführen und parallel der Steigerung der Steuerlast wirken.

Schon im heutigen Staat sind solche Krisen des Grundbesitzes verhängnißvoll und können den Staat bis in seine Grundvesten erschüttern. Wie viel mehr im Alterthum, wo Industrie und Grundbesitz in einer Hand vereinigt sind, die Industrie also in unmittelbare Mitleidenschaft gezogen wird.

Die moderne Zeit wird eingeleitet durch die reichen Ausbeuten der deutschen Silberbergwerke, namentlich seit man die bergmännische und hüttenmännische Technik vervollkommnet hatte, und durch das Einströmen des amerikanischen Silbers; die daraus folgende Preisrevolution hat den mittelalterlichen Institutionen den Gnadenstoß gegeben. Die Preisrevolution am Ausgang des römischen Reichs muß ähnliche Wirkungen gehabt haben. Daneben laufen noch verhältnißmäßig geringfügigere Ereignisse. So die Verschleuderung des Tempelguts, welche mit Konstantin anfängt. Ueber die Wirkungen dieser Verschleuderungen wissen wir nichts, können sie uns aber nach den Wirkungen, welche die Verschleuderung des Kirchengutes in der Reformationszeit hatte, vorstellen. (Fortsetzung folgt.)

Briefkasten.

G. K., Hamburg. Die Vogt'sche Weltgeschichte haben wir noch nicht zu Gesicht bekommen, wir können daher kein Urtheil über sie fällen. Nach seiner „Welt- und Lebensanschauung für das Volk", die eben erscheint, zu urtheilen, versucht Vogt es allerdings, sich auf den Boden der materialistischen Geschichtsauffassung zu stellen. Aber der Versuch ist nicht sehr gelungen, das materialistische Prinzip ist nicht konsequent durchgeführt. Wo es geht, lehnt er sich an Marx und Engels an. Wo er das nicht kann, bewegt er sich in den Geleisen alter Geschichtsauffassungen. Er liebt es, sich auf Engels zu berufen, macht aber die Gewaltstheorie zum Schlüssel der gesellschaftlichen Entwicklung, eine Theorie, die gerade Engels widerlegt hat (in „Dühring's Umwälzung der Wissenschaft", 2. Abschnitt, Kapitel 2, 3 und 4).

Für die Redaktion verantwortlich: Georg Baßler in Stuttgart.



Nr. 39. XI. Jahrgang, II. Band. 1892-93.

Eigenbrödler.

Berlin, 14. Juni 1893.

Morgen fallen die Würfel in dem Wahlkampfe, und wenn diese Blätter in die Hände ihrer Leser gelangen, wird jenes Morgen längst zu einem Gestern und Ehegestern geworden sein. So verbieten sich von selbst alle Betrachtungen über den Ausfall der Wahl, die an und für sich schon keinen besonderen Werth haben. Außer der einen Thatsache, über die Alle einig sind, daß nämlich die Arbeiterklasse die Lorbeeren dieses Feldzugs davontragen wird, giebt es nichts Sicheres, und jene Gewißheit wie diese Ungewißheit fließt aus demselben Grunde. Nur die Sozialdemokratie und keine andere Partei sonst hat eine Wahlpolitik von prinzipieller Klarheit und Schärfe getrieben: so läßt sich wohl erkennen, daß ihr der Siegespreis zufallen muß, aber wie sich der Wirrwarr in der bürgerlichen Welt entwirren wird, das ist heute noch ein völliges Räthsel.

Ein merkwürdiges Beispiel für die Zerfahrenheit des bürgerlichen Parteiwesens hat in den letzten Tagen der erbitterte Kampf der hiesigen Freisinnspresse gegen Herrn v. Egidy geliefert. Unsere Leser werden durch die Tagesblätter gelegentlich von diesem seltsamen Kauz erfahren haben; ehedem Oberstlieutenant in einem sächsischen Kavallerieregiment, will er durch ein „gereinigtes Christenthum“ oder so etwas Aehnliches die untergehende Menschheit erretten. In einer harmlosen, wohlmeinenden und höchst verworrenen, von ihm als „Ernste Gedanken“ getauften Schrift hat er sein Programm entwickelt, und diese Schrift hat einen buchhändlerischen Bomben-Erfolg gehabt. Sie ist in ziemlich ebenso viel Auflagen erschienen, wie Herrn Langbehn's „Rembrandt als Erzieher“. Die für deutsche Verhältnisse ungeheure Verbreitung des einen wie des andern Pamphlets kennzeichnet unsere Bourgeoisie ebenso, wie der Stoßseufzer Viktor Hehn's, eines Schriftstellers von feinster Bildung und reichstem Wissen: „Wenn ein Buch nicht der gerade herrschenden Moderichtung entspricht, wenn der Verleger nicht reichlich Zwanzig-Markstücke aufwendet, um Ausrufer und Anpreiser zu dingen, wenn Kameradschaft und literarische gegenseitige Lobesassekuranz nicht zu Hilfe kommt — dann könnten es die sieben Weisen zusammen verfaßt und alle neun Musen inspirirt haben, es geht doch klanglos unter, von Keinem gewürdigt oder auch nur bemerkt.“ Je richtiger diese melancholische Auffassung im Allgemeinen ist, um so schärfer wird sie im Besonderen dadurch beleuchtet,

daß literarische Eigenbrödeleien, wie Egidy's schwärmerisches Salbadern und Langbehn's geistreichelnder Widersinn auch ohne die unsauberen Mittel des kapitalistischen Büchervertriebs zu Lieblingsbüchern der Bourgeoisie werden.

Aber als weiland kühner Reitersmann hat sich Herr v. Egidy noch weiter verstiegen und ganz auf eigene Faust seine Kandidatur im ersten hiesigen Reichstagswahlkreise aufgestellt. Er verlangt, daß die Wähler seinem reinen Charakter vertrauen sollen, und um dies zarte Verhältniß nicht zu trüben, enthält er ihnen mit großer Energie jede Auskunft darüber vor, wie er sich im Reichstage zu den konkreten Fragen der Gesetzgebung, vor allem zur Militärvorlage stellen wird. Er will auf sein ehrliches Gesicht gewählt sein und auf weiter gar nichts. Man konnte es nun gewiß den freisinnigen Blättern nicht verdenken, wenn sie diese wunderbare Kandidatur bei ihrem ersten Auftauchen mit mehr oder minder guten Witzen als ein heiteres Zwischenspiel in ernster Zeit behandelten, aber — und das ist die merkwürdige Seite der Sache — heute ist Herr v. Egidy für sie ein sehr ernster Gegner geworden, auf den sie alle Morgens wie Abends mit vollen Breitseiten feuern. Sie fürchten ihn, und es kommt wenig darauf an, ob sie ihn mit Recht oder mit Unrecht fürchten. Die Thatsache, daß sie ihn fürchten, daß sie Dutzende von fulminanten Leitartikeln gegen ihn schleudern, ist das Entscheidende. Sie würden sich hüten, ihre schwersten Batterien gegen den einsamen Don Quixote spielen zu lassen, wenn sie nicht triftigen Grund zu der Annahme hätten, daß seine fahrende Ritterschaft wachsende Schaaren von ihren eigenen Anhängern anlockt.

Herr v. Egidy ist nicht der Einzige seiner Art, und bis zu den Gegnern des Impfzwangs haben sich alle möglichen Eigenbrödeleien in dieser Wahlbewegung selbständig zu konstituiren gesucht. Sie pfeifen alle die Melodie, die ihnen von Herrn Miquel und noch höher hinauf vorgepfiffen worden ist, die Melodie von der unheilvollen Erkrankung des politischen Parteiwesens, das sich unrettbar ins Grab schleppe. Und es handelt sich dabei in der That nicht allein um das äußerliche Nachbeten eines Schlagworts, sondern um eine Empfindung, die überall in der bürgerlichen Welt verbreitet ist. Nur täuscht man sich über ihre inneren Gründe und ihren wirklichen Zusammenhang. Wären die Parteien nichts als Erzeugnisse menschlicher Ueberlegung, so ließen sich kranke Parteien freilich mehr oder minder leicht kuriren, oder, falls denn wirklich Hopfen und Malz an ihnen verloren wäre, durch gesunde Parteien ersetzen. Aber in Wirklichkeit sind die Parteien nicht menschliche Geistesprodukte, die je nachdem besser oder schlechter hergestellt werden können, sondern sie sind die politischen Organisationen von Klassen, und um die Parteien steht es gut oder schlecht, je nachdem es gut oder schlecht um die Klassen steht, die von den Parteien vertreten werden. Mit den bürgerlichen Parteien geht es bergab, weil es mit der bürgerlichen Welt bergab geht, und wer die bürgerlichen Parteien wieder in die Höhe bringen will, der muß zunächst die bürgerliche Welt in die Höhe bringen. Anders geht es schon nicht mit der berühmten Reorganisation des bürgerlichen Parteiwesens, denn außer Herrn von Münchhausen hat sich noch Niemand an seinem Zopfe aus dem Sumpfe zu ziehen versucht.

Solche Münchhausen sind die Herren von Egidy und Genossen. Sie bilden sich ein, durch individuelle Schrullen das erkrankte Parteileben heilen zu können, aber sie selbst sind, namentlich wo sie massenhaft aufwuchern und einen gewissen Anhang finden, nichts anderes als die Symptome einer unheilbaren Zersetzung. Im Gegensatze zu denjenigen bürgerlichen Elementen, denen die Noth der Zeit ökonomische Dialektik eingepaukt hat und denen also der Weg ins proletarische

Lager als der einzig mögliche Fortschritt erscheint, stellen die Eigenbrödler den beschränkt-bockbeinigen Widerstand des dumpfen, imbecillen Interesses gegen die bessere, intellektuelle Einsicht dar. Sie möchten wohl, aber sie wollen nicht. Es thut nichts zur Sache, daß sie sich selbst anstellen, als ob es umgekehrt mit ihnen bestellt sei, daß sie so thun, als ob sie das in der Gesellschaft vorhandene Quantum an Charakter und Geist in Generalpacht genommen, als ob nirgends als bei ihnen der lauterste Wille und die reinste Uneigennützigkeit zu finden sei. Gerade dies Klappern gehört zu ihrem besonderen Handwerke, und wenn ihre selbstgefällige Eitelkeit zunächst auch unter manchen ideologischen Hüllen verborgen sein mag, so bricht sie über kurz oder lang doch in den unerfreulichsten Formen hervor, die namentlich auch an der öffentlichen Agitation des Herrn v. Egidy beobachtet werden kann. Vom sozialistischen Standpunkt aus liegt durchaus kein Anlaß vor, mit solchen Eigenbrödlern viel Federlesens zu machen; sie gehören zu den Schädlingen der Politik und, wo sie sich in einem sumpfigen Untergrunde rasch vermehren, zu den gemeingefährlichen Schädlingen, die nicht gründlich genug ausgerottet werden können. Aber um so mehr sind sie auch höchst eigenthümliche Kennzeichen eines unaufhaltsamen Fäulnißprozesses, und der immer heftigere Kampf, den die bürgerlichen Parteiorganisationen mit den Eigenbrödlern führen müssen, bezeugt auf der einen Seite ebenso den rettungslosen Verfall dieser Parteien, wie auf der andern Seite der Uebergang aller noch gesunden bürgerlichen Elemente ins sozialdemokratische Lager diesen Verfall bezeugt.

Wie aber immer morgen der Ausfall der Wahlen sein wird, dieser 15. Juni wird einen denkwürdigen Platz in den Jahrbüchern des Deutschen Reichs behaupten. Mag die bürgerliche Klasse sich noch einmal aufraffen oder aber auf eine Stufe der Erniedrigung sinken, von der es keinen Wiederaufschwung mehr giebt: in dem einen wie in dem andern Falle wird sie von der Arbeiterklasse überflügelt werden, und dieser Klasse wird fortan die Führung der deutschen Politik gebühren. Ihr wird die entscheidende Stimme gehören, auch dann, wenn noch einmal versucht werden sollte, diese Stimme gewaltsam zu ersticken. Zweifellos spielt man in gewissen „maßgebenden Regionen" mit dem Gedanken, das allgemeine Wahlrecht anzutasten, falls der Moloch Militarismus seinen Willen nicht durchsetzen sollte; die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" kündigt es verblümt, die „Kreuz-Zeitung" unverblümt an. Indessen der morgige Tag wird die leichtfertigen Frevler belehren, daß sie die ganze Herrlichkeit des neuen Deutschen Reichs lieber gleich an den Meistbietenden verschachern könnten, ehe sie dem allgemeinen Wahlrecht ein Haar krümmen.

Möglich, daß sie es dennoch versuchen, denn noch ist es das unabänderliche Schicksal aller überlebten Klassen gewesen, die eigenen Todtengräber zu spielen. Aber dann wird ihr böses Gewissen und die Angst vor den heterogenen Massen des Volks erst recht ihre eigensüchtige Politik bestimmen, und ob sie sich ängstlich die Augen verbinden, die Heersäulen des Proletariats, in deren Waffen sich die Sonne des 15. Juni gespiegelt hat, werden nicht weniger rüstig kämpfen, nicht weniger schnell von Etappe zu Etappe zum glorreichen Siege fortschreiten. Was die Arbeiterklasse morgen erobern wird, das kann ihr keine Macht der Welt wieder entreißen; zum ersten Male umklammert sie mit ehernen Armen das ganze Reich, und als Partei legt sie den Boden, auf dem sich wieder ein Ganzes erheben kann.

In allem das Gegenspiel der Bourgeoisie, hat das Proletariat mit keinen Eigenbrödlern, mit keinen Eigenbrödeleien zu kämpfen. Seit dem Gothaer Vereinigungskongresse war die sommerliche Jahreszeit regelmäßig von dem Lärm der bürgerlichen Presse über die „Spaltungen" der Sozialdemokratie erfüllt;

nun, in diesem Hochsommer quittirt die Nemesis den blöden Schwätzern gründlich ihr blödes Geschwätz. Während die Arbeiterklasse mit einer noch niemals dagewesenen Disziplin und Sicherheit ihren Aufmarsch zu dem Wahltage vollzieht, müssen die bürgerlichen Parteien sich in tragikomischem Krakehl mit ihren Eigenbrödlern herumschlagen; sie müssen sich mit krampfhafter Anstrengung die eigenen Marodeure vom Halse halten, während das feindliche Heer sie mit fliegenden Fahnen und klingendem Spiele von allen Seiten umzingelt.

Diesem Heere, der Proletariermasse, gegenüber sind die bürgerlichen Parteien denn freilich selbst nur Eigenbrödler und ihre pomphaften Programme nur Eigenbrödeleien, bestimmt, die Ausbeutung und Unterdrückung der großen Mehrzahl durch die kleine Minderzahl mit biedermännischen Redensarten und tönenden Schlagworten zu verdecken. Nun, auch in diese Pauke wird der morgige Tag ein großes Loch schlagen, und das wird nicht sein kleinstes Verdienst sein.

Der Untergang des adeligen Großgrundbesitzes in Rußland.

In einer Zeit, die offenbar von einer ausgeprägten agrarischen Interessenpolitik stark beeinflußt wird, einer Politik, welche die fortgesetzt dem Großgrundbesitz von Staatswegen gewährten Konzessionen und Liebesgaben mit der „Noth der Landwirthschaft, des Grundpfeilers eines Kulturstaates" begründet, verlohnt es sich wohl der Mühe, einen Blick zu werfen auf das Land, wo schon seit Dezennien Zustände herrschen, die den Idealen unserer Agrarier entsprechen, und an der Hand statistischer Daten zu erörtern, wohin ein solches System führt. Kein anderes Land kann einem junkerlichen Herzen so zusagen, wie Rußland. Was immer die Konservativen aller Farben in ihrem Innersten sich nur wünschen mögen, dem russischen Adel steht es vollauf zur Verfügung: ein in der neueren Geschichte beispielloser Absolutismus, der nolens volens dem „edlen Adel" jeden Willen thut; ein Militärstand und eine Bureaukratie, für welche „die Stützen des Vaterlandes" gar nicht Sprößlinge genug liefern können, um alle Stellen zu besetzen; ein Antisemitismus, der in seiner Grausamkeit nur etwa den mittelalterlichen spanischen Judenverfolgungen nachsteht. . . . Und doch geht er unaufhaltsam zu Grunde, der „Blagorodnoje Dworjanstwo" (der edle Adel). Auf Grund amtlicher Daten läßt sich mathematisch nachweisen, in welchem Zeitraum der Hauptfaktor der Adelsmacht, der adelige Grundbesitz, — verschwunden und mit ihm der ganze Einfluß des Adels vernichtet sein wird.

Im Folgenden sollen einige diesbezügliche statistische Ergebnisse angeführt werden, und zwar erstrecken sich die Betrachtungen nur auf das europäische Rußland, wo eine, ganz erbärmliche, Statistik noch möglich ist, wohingegen im Kaukasus und im asiatischen Rußland, einige Handelsstädte ausgenommen, weder von Volkswirthschaft überhaupt, noch von volkswirthschaftlicher Statistik die Rede sein kann.

Das Jahr 1861 ist eines der bedeutungsvollsten in der russischen Geschichte: in ihm, dem Reformjahre, wird in Rußland die Leibeigenschaft aufgehoben, nachdem sie in Westeuropa schon im vorigen oder spätestens am Anfange dieses Jahrhunderts aufgehört hatte. Der freigelassene Leibeigene erhielt ein Stückchen Landes, welches ihm zum Theil von der Regierung, zum Theil von der früheren Herrschaft, auf Grund des Abzahlungssystems (Wikup), überlassen wurde, wobei

die Regierung durch eigens dazu eingerichtete Anstalten die Vermittlung zwischen dem Bauernthum und dem Adel übernahm.

Bis zum Jahre 1861 gehörte fast sämmtliches europäisch-russisches Gebiet, mit seinen 344,6 Millionen Deßjatinen* dem Staate und dem Adel. Kleinbesitzern (zufällig freigelassenen Bauern und einer nicht unerheblichen Zahl von Kolonisten) gehörten nur 6,2 Millionen Deßjatinen, oder 1,8 Prozent, dem Staate gehörten 233,4 Millionen Deßjatinen, oder 67,6 Prozent, und den Gutsbesitzern 105 Millionen Deßjatinen, oder 30,6 Prozent des ganzen Territoriums. Trotz eines so kolossalen Besitzthums an Land und Leibeigenen und eines ganz patriarchalischen Wirthschaftssystems gelang es den Großgrundbesitzern doch nicht, ihr Besitzthum schuldenfrei zu erhalten und zwar machten sie ihre ersten Anleihen — beim Staate. Die Gewährung von „Unterstützungen an adelige Gutsbesitzer“ beginnt schon unter der Zarin Elisabeth (1741—61). Die immer absolutistischer werdende Romanow'sche Dynastie zog die Klasse des „edlen Adels“ groß. „Es erscheinen fortgesetzt gnädige Manifeste, durch welche dem edlen Adel die Zuschüsse vergrößert, die Zinsen verkleinert, oder gar die Schulden für eine bestimmte Periode erlassen werden, zur Hebung seines Wohlstandes. Die Regierung sieht zwar, daß ihre Privilegien für nichts weniger als nützliche Zwecke verwendet werden, vielmehr zur Entwicklung des Luxus, der Verschwendung beitragen und so zu neuen Schulden verführen, allein sie „beschwichtiget“ den Adel, gewährt ihm neue Privilegien und neue Summen in der Hoffnung, daß dies zum letzten Mal geschieht und zur Hebung der Agrikultur und Entwicklung der Industrie beitragen wird“.** Als nach Beendigung des Krimkriegs (1854/55) der junge und hoffnungsvolle Zar Alexander II. die Staatsgeschäfte einer wirklich strengen Revision unterwerfen ließ, wurde auch eine Kommission gebildet, welche feststellen sollte, wie viel die adeligen Gutsbesitzer dem Staate schuldeten und in welchem Maße die Schulden anwüchsen. Es zeigte sich, daß in den drei Jahren von 1856—58 die Schuldenlast des großen Grundbesitzes um 27 356 673 Rubel, jährlich also um 9 118 879 Rubel zugenommen hatte. Es waren schon im Jahre 1859 von sämmtlichen 111 693 bewohnten Gütern 44 166 oder 39,54 Prozent und 7 107 184 Leibeigene bei der Reichsbank verpfändet, der die adeligen Gutsbesitzer, trotz allen Privilegien und Schuldenerlassen, netto 425 503 061 Rubel schuldeten.*** Angesichts dieser erschreckenden Zahlen wurde auf Allerhöchsten Befehl, im Jahre 1860, die Beleihung des Großgrundbesitzes von sämmtlichen Reichskreditanstalten eingestellt.

Wie schon erwähnt, erhielten die Gutsbesitzer für die freigelassenen Leibeigenen und das an diese abgegangene Land eine Entschädigung, den sog. Wikup, Auskaufsgelder, welche ihnen von der Regierung ausgezahlt und dann von den Bauern als Nebensteuer erhoben wurden. So zahlte die Reichsbank den Gutsbesitzern in den ersten zehn Jahren nach der Reform 26 Millionen jährlich aus und im Jahre 1870 auf einmal 493 801 064 Rubel, von welcher Summe jedoch 230 706 412 Rubel zur Tilgung ihrer Schulden zurückbehalten wurden, so daß sie nur 263 094 652 Rubel in einmaliger Lieferung erhalten haben.† Das war aber nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Das allgemeine Geldbedürfniß der Agrarier rief nach einander zwei kolossale Privatinstitute für Bodenkredit ins Leben: im Jahre 1864 die „Chersoner Landwirthschaftsbank“ und 1866 die „Gesellschaft für Bodenkredit“.

* Eine Deßjatine ist etwas mehr als ein Hektar.

** Sterbinowitz, Ueber Bodenkredit.

*** Revue des Ministeriums des Innern 1860.

† Jahrbuch des Finanzministeriums 1870, II. Lieferung.

Nach drei-, resp. fünfjähriger Thätigkeit dieser Geschäfte waren schon in vierzig Gouvernements Europäisch-Rußlands 1228 Güter, mit 2 119 565 Deßjatinen, bei ihnen verpfändet und mit 26 656 830 Rubel Schulden belastet. Da aber diese Institute ihre Geschäfte nur mit äußerster Vorsicht ausübten (so beliehen sie z. B. nur 50 Prozent vom abgeschätzten Werthe des Guts), so steigerte sich das adelige Geldbedürfniß wieder, und das Kapital ließ nicht lange auf sich warten. Im Jahre 1870/71 werden in rascher Folge elf neue Bodenkredit-Aktiengesellschaften gegründet und entfalten sofort eine wahrhaft verblüffende Thätigkeit. 1875 schuldet man ihnen schon 79 980 120 Rubel, 4 109 911 Deßjatinen sind bei ihnen verpfändet, was jedoch nicht verhindert, daß bei der „Chersoner Bank" neue 1408 Schuldner ihre 1 352 817 Deßjatinen mit 26 850 151 Rubel, und bei der „Gesellschaft für Bodenkredit" noch 3624 Gutsbesitzer ihre 4 429 460 Deßjatinen mit 104 878 838 Rubel belasten.*

In den folgenden Jahren wächst die Schuldenlast immer rapider an, wie aus folgender Tabelle (entnommen aus den „Mittheilungen des russischen Zentralkomites für Statistik", „Jahrbuch des Finanzministeriums 1882, XII. Lieferung" und „Sammlung statistischer Berichte, den Bodenkredit betreffend". St. Petersburg 1887) ersichtlich wird.

Im Jahre	Zahl der verschuldeten Güter	Enthaltend Deßjatinen	Prozentsatz vom gesammten Privat-Bodenbesitz Prozent	Schuldenlast rund Mill. Rubel	Durchschnittsgröße des Pfandobjektes Deßjatinen	Mittlere Darlehen pro Deßjatine Rubel
1870	1 128	2 119 565	—	27	1726	12,58
1875	10 805	12 001 753	14,39	105	1112	19,84
1880	18 799	18 672 432	20,47	413	993	22,09
1885 **	25 017	28 859 580	25,05	521	914	22,78
1890 **	41 119	31 705 066	34,77	770	771	24,29

Während also die jährliche Zunahme der Schulden vor der Befreiung der Leibeigenen 9 118 879 Rubel beträgt, ist sie in den zwanzig Jahren von 1870 bis 1890 rund 39 Millionen Rubel. Noch frappanter tritt dies hervor, sobald man die Schuldenzunahme innerhalb jedes Abschnittes von fünf Jahren betrachtet. Danach ergiebt sich:

Jahr	Zunahme der Schulden während fünf Jahren	Zunahme der Schulden jährlich im Durchschnitt rund
1870—75	78 Mill. Rubel	16 Mill. Rubel
1875—80	174 „ „	35 „ „
1880—85	108 „ „	22 „ „
1885—90	249 „ „	50 „ „

Aus dieser Tabelle geht auch hervor, mit welchem Erfolge die neue, 1886/87 gegründete „Adelsbank" arbeitete, jene große Schöpfung des großen Finanzministers Wischnegradski, des Popensohnes, die das Junkerthum mit seiner nichtjunkerlichen Abstammung versöhnen sollte und zu deren Gunsten er mit seiner letzten inneren Anleihe die Nation um mehrere hundert Millionen förmlich beraubte. Während das Anwachsen der Schuldenlast in den Jahren 1880—85 in etwas langsamerem Tempo vor sich geht, nimmt es in den letzten Jahren einen noch nie dagewesenen Aufschwung, wiewohl es andererseits nicht zu verkennen ist, daß die scheinbare Abnahme in dem vorhergehenden Zeitabschnitt auch wesentlich von den hohen Getreidepreisen und der ungewöhnlichen Getreideausfuhr, welche 1877—79 stattfand, bedingt wurde.

* * *

* Schigatschew, nach dem Bankbericht berechnet.

** Die „Adelsbank" hinzugekommen.

Bisher sind lediglich die „offiziellen“ Schulden berücksichtigt worden, Anleihen, welche die Gutsbesitzer in den von der Regierung besonders begünstigten Geldinstituten oder in genehmigten Aktiengesellschaften aufgenommen haben. Schon hierdurch ist arithmetisch mehr als ein Drittel (34,77 Prozent) des gesammten Privatgüterbesitzes belastet — arithmetisch — denn thatsächlich drückt diese Schuldenlast auf mehr als die Hälfte dieses Besitzthumes, da gerade die reichsten, ihrer hohen Fruchtbarkeit wegen berühmten Landstriche, die sogenannten Schitnizas (Kornkammern) Rußlands am meisten belastet sind. Es sind dies die Gouvernements: Cherson mit einer Verschuldung von 65 Prozent seines Privatgrundbesitzes, Bessarabien mit 61,8, Jekaterinoslaw mit 57, Pensa mit 56,5, Podolien mit 55,5, Charkow mit 51,5, Tambow mit 50,9, Kiew mit 50,6, Orlow mit 50,4, Simbirsk mit 49,1, Tula mit 48,1, Kasan mit 48, Saratow mit 47,7 Prozent.*

Dazu kommen nun noch die bei Privatkapitalisten erhobenen Anleihen, über welche selbstverständlich keine statistische Daten vorliegen, deren Höhe man aber ungefähr aus einigen andern Angaben berechnen kann. Von den Anleihen, welche die Gutsbesitzer bei der „Adelsbank“ in den Jahren 1886—89 gemacht haben, gingen 18 953 260 Rubel für Rechnung der „Privat“-Schulden ab. In den Jahren 1887—89 wurde von derselben Bank 661 Gutsbesitzern (mit 518 872 Deßjatinen) die Erlaubniß ertheilt, auf ihre Güter zweite und dritte Hypotheken bei Privatkapitalisten aufzunehmen.** Von den Summen, welche die Gutsbesitzer zu derselben Zeit von der „Bauernbodenbank“ für an Bauerngemeinden verkauften Boden bekommen hatten, wurden 5 306 125 Rubel oder 8,5 Prozent des ganzen Betrages zur Auszahlung von Privatschulden mit Beschlag belegt. Den deutlichsten Beweis für die Größe dieser Schulden liefert aber das merkwürdige Verhältniß zwischen den von den Bodenkreditinstituten zur Subhastation angemeldeten Gütern und den wirklich subhastirten. Im Jahre 1888/89 wurden von der „Gesellschaft für Bodenkredit“ und der „Chersoner Bank“ 3178 Güter zum Verkaufe bestimmt, verkauft aber nur 48. Die entsprechenden Zahlen bei vier Aktiengesellschaften, für dasselbe Jahr, sind 2120 bezw. 53. Das heißt mit andern Worten, die Gutsbesitzer wissen im letzten Moment die Subhastation dadurch hinauszuschieben, daß sie von einem Wucherer auf hohe Zinsen Geld aufnehmen und die zürnende Bank beschwichtigen — bis zum nächsten Termin; oder das Gut wird unter der Hand verkauft und die Schuld auf den Käufer übertragen.

Der russische Statistiker Smirnoff berechnet auf Grund amtlicher Berichte, die im Jahr 1888 kontrahirten „Privat“-Schulden der Gutsbesitzer auf 36 039 020 Rubel. Er zieht seine Folgerungen aus den Notariats-Arresten, welche von Privatkapitalisten auf Güter auferlegt wurden, die unsicherste Quelle, die es giebt; die genannte Zahl ist viel zu niedrig, zumal sie sich auf das Jahr 1888, das fruchtbarste in letzterer Zeit, bezieht.

Erwägt man nun, daß in einem so fruchtbaren Jahre und bei der Existenz der „Adelsbank“ mit ihren außerordentlich mäßigen Verleihungsbedingungen die Summe der Privatschulden um mehr als 36 Millionen Rubel steigen konnte, so erscheint es als unzweifelhaft, daß in den vorangegangenen, minder fruchtbaren Jahren, wo nur die „Kreditgesellschaften“ und die „Aktienbanken“ mit ihren viel strengeren Bedingungen existirten, diese Summe bedeutend höher sein mußte, als angegeben.

Wir können im günstigsten Fall annehmen, daß die „Privat“-Schulden den „offiziellen“ mindestens gleich sind. In diesem Fall beliefen sich im Jahre

* Schigatschew, Die Schulden der Gutsbesitzer.

** Bericht dieser Bank 1886—89.

1890 die Gesammtschulden der russischen Großgrundbesitzer auf 1540 Millionen Rubel. Hierzu kommen noch 15 Millionen Rubel Schulden an „Städtische Kreditanstalten"* und 9 Millionen Rubel Schulden an die Reichsbank auf Sola-Wechsel,** so wächst die Zahl auf 1564 Millionen Rubel. Dies macht auf 1 Deßjatine des privaten Bodenbesitzes (90 Millionen Deßjatinen) eine Schuldenlast von 17,38 Rubel, und wenn hierfür durchweg nur 7 Prozent Bankzinsen angenommen werden (für die Hälfte der Schulden sind sie mindestens doppelt so groß), so drückt auf jede Deßjatine jährlich eine Zinsenlast von 1,21 Rubel. Der durchschnittliche Kaufpreis einer Deßjatine Land im europäischen Rußland war nun im Jahre 1882: 26,41 Rubel und 1887: 34,57 Rubel.*** Angenommen sogar, daß der Preis in den nächsten Jahren 1888/89 in demselben Maße stieg, was thatsächlich bei Weitem nicht der Fall ist, so betrug er im Jahre 1890: 37,83 Rubel, was, bei einem Reingewinn von 5 Prozent in der landwirthschaftlichen Produktion Rußlands, 1,89 Rubel, nach Abrechnung der 64 Prozent des Gewinnes betragenden Zinsen, 0,68 Rubel freier Einnahmen pro Deßjatine ergiebt. Nun ist aber die Durchschnittsgröße eines Rittergutes in Rußland, nach Angaben des Zentral-Komites für Statistik, = 638 Deßjatinen, so daß die jährlichen normalen Einnahmen eines adeligen russischen Gutsbesitzers aus seinem Boden durchschnittlich 434 Rubel betragen! Um so größer sind die außergewöhnlichen Einnahmen.

Um die Summen, welche dem russischen Adel im Jahre 1890 zur Verfügung standen, zu vervollständigen, muß noch erwähnt werden, daß er in diesem Jahre von der Reichsbank 570 Millionen Rubel für Rechnung des „Wikup" (Abzahlungsgelder) und von der Bauern-Bodenbank für freiwillig an Bauern verkaufte Güter 62 Millionen Rubel erhalten hat, — wozu noch die größte, aber für das Land schädlichste Einnahmequelle, die Einnahme aus der Abholzung der Wälder, welche in Rußland geradezu scham- und erbarmungslos betrieben wird, hinzukommt.

* * *

Wozu die von den Großgrundbesitzern theils hypothekarisch aufgenommenen, theils direkt aus dem Staatssäckel als „Liebesgaben" erhaltenen kolossalen Summen verausgabt werden, das läßt sich nur vermuthen, nachweisen läßt sich, wozu sie nicht verwendet sind. — Die Klagen über die „Noth der Landwirthschaft" sind in Rußland, wie überall anderswo, ebenso alt wie der Großgrundbesitz. Die schon erwähnte Kommission schreibt jedoch, im Jahre 1859, in ihrem Berichte an Alexander II: „Die Gouvernements, welche von Mißernten u. s. w. am wenigsten gelitten haben, und zu den reichsten und fruchtbarsten des Reiches gezählt werden dürfen, sind viel schlechtere Schuldner, als die ärmeren. Im Allgemeinen hat sich herausgestellt, daß die größere oder kleinere Anhäufung von Schulden direkt proportional ist der größeren oder kleineren Zahl von Privilegien, Begünstigungen, Unterstützungen und sonstigen Liebesgaben, welche den verschiedenen Gouvernements zu verschiedenen Zeiten zu Theil wurden." Am meisten verschuldet waren vor der Reform, also zur Zeit, wo die Zahl der Leibeigenen die Norm für den Reichthum abgab, die Zentral-Gouvernements des Moskauer Rayons, wo die Leibeigenschaft am härtesten war, wohingegen nach der Reform die Höhe der Schuldenlast von der Güte des Bodens abhängt: von 1860—70 zwischen den Zentral- und Grenzgouvernements schwankend, rückt das Maximum

* Schigatschew, Die Schulden der Gutsbesitzer.

** „Journal für Finanzen, Industrie und Handel" 1890 Nr. 2.

*** Lieferungen des Zentral-Komites für Statistik 1889, Nr. 11.

der Schuldenlast immer mehr an die fruchtbarsten Gebiete heran und fällt schließlich, wie wir gesehen haben, mit seiner ganzen Wucht auf das russische Eldorado, das Gebiet der schwarzen Erde.

Die im Jahre 1871 eingesetzte „Kommission im Ministerium der Domänen zur Erforschung der gegenwärtigen Lage der Agrikultur und der landwirthschaftlichen Industrie in Rußland" schreibt in ihrem Berichte (Petersburg 1874, Band I): „Rußland besitzt nur ein ungeheures Naturalvermögen, welches durchweg mit den primitivsten Mitteln, ohne jedwede kapitalistische Unterlage, bearbeitet wird. Die Bewirthschaftung ist überall unzulänglich, ja größtentheils kann von einer Bewirthschaftung überhaupt gar nicht die Rede sein. Das adelige Gut wird mit dem Inventar der Bauern bewirthschaftet oder wird gegen Geld oder Naturalabgaben an Bauern verpachtet. Durch solche Wirthschaft wird der Boden bis zum äußersten ausgenutzt und entkräftet, die Viehzucht sinkt, die Gebäude werden ruinirt, die Ernten lohnen nicht mehr die auf sie verwendete Arbeit und die ganze Landwirthschaft wird zwecklos für die Gesellschaft und eine unangenehme Last für den Besitzer."

Und im Jahre 1890 berichtet eine russische Autorität, Herr Blioch, welcher im Auftrage der sogenannten Plewe-Kommission (in Folge des Sinkens der Preise der Landwirthschaftsprodukte) den Zustand der Landwirthschaft untersuchte, unter Anderem: „Keinen Fortschritt hat die russische Agrikultur in den letzten fünfundzwanzig Jahren zu verzeichnen, sondern im Gegentheil läßt sich der Rückgang nicht verkennen. Die fortwährend steigende Getreideausfuhr beweist hier nichts: nicht von der steigenden Produktivität des Bodens, sondern von der Inangriffnahme neuer, bisher unter dem Pfluge nicht gewesener Parzellen und von der äußersten Ausbeutung des Bodens rührt die Zunahme der Ausfuhr her! Fest steht die Thatsache, daß der Boden immer ärmer, die Zahl der großen adeligen Güter immer kleiner wird und die Ernten unter dem Einflusse der ausbeuterischen Mißwirthschaft immer geringer ausfallen. . . . Ebenso nimmt die Viehzucht rasch ab, und die Schuldenlast drückt auf den Bodenbesitz immer stärker."*

Weiterhin sind folgende Betrachtungen des Herrn Schigatschew beachtenswerth: Während überall als Minimum für das Betriebskapital (todtes und lebendiges Inventar) 50 Rubel pro Deßjatine angenommen wird (27,34 für Werkzeuge und Maschinen, 22,66 für Arbeitsvieh) und in Rußland, in den etlichen verhältnißmäßig gut organisirten Gütern, sich dasselbe auf 52,45 Rubel (27,45 für Werkzeuge und Maschinen und 25 für Arbeitsvieh) beläuft, entspricht der wirkliche Bestand des Inventars in den adeligen Gütern nicht einmal den minimalsten Forderungen des russischen Agronomen, Professor Ludogowski, welcher für rein landwirthschaftliche Zwecke (ohne Nebenindustrie) in Rußland 26 Prozent des Bodenwerthes als Betriebskapital fordert, was bei der durchschnittlichen Abschätzung der Güter in der „Adelsbank" (60,45 Rubel) 15,72 Rubel pro Deßjatine betrüge. In Wirklichkeit aber befanden sich auf 3024 bei der „Adelsbank" verpfändeten Gütern (3 316 988 Deßjatinen), nach den Berichten dieser Bank von 1886—88:

Pferde	67 013	im Werthe von	3 433 322 Rubel
Ochsen	37 503	= = =	1 876 450 =
anderes Vieh (Kühe, Schweine u. A.)			8 684 073 =

und auf 2682 ebensolcher Güter mit 3 020 601 Deßjatinen befand sich im Jahre 1889 todtes Inventar für 5 893 841 Rubel, das ergiebt also pro Deßjatine 1,6 Rubel für Arbeitsvieh und 1,95 Rubel für Werkzeuge und Maschinen!

* Blioch, Meliorationskredit, St. Petersburg 1890.

Unter solchen Umständen wird natürlich die Landwirthschaft dem „Landwirthe" zur Last und er entledigt sich derselben bei der ersten besten Möglichkeit. Die Immobilien sind in Rußland nur noch dem Namen nach solche, in Wirklichkeit sind sie Waaren, die in raschem Tempo sich von Hand zu Hand bewegen. Der russische Boden geht mit außerordentlicher Schnelligkeit vom Adel zum Kaufmannsstande und dem Bauernthum über. Der Uebergang des adeligen Besitzes in andere Hände stellt sich folgendermaßen dar:

	Der adelige Besitz hat abgenommen um	Es hat zugenommen: der kaufmännische	der bäuerliche Besitz um
Im Gouv. Tambow in 20 Jahren	306 340 Deßj.	194 791 Deßj.	82 476 Deßj.
= = Moskau = 10 =	147 990 =	98 252 =	40 620 =
= = Poltawa = 10 =	80 463 =	11 999 =	37 882 =

Aehnliche Daten, in vielen Distrikten für den Adel noch ungünstiger, liegen aus allen Theilen des Reiches vor, und ist es aus dem bisher Gesagten ersichtlich und in Rußland als feststehende Thatsache angenommen, daß das Verhältniß sich von Jahr zu Jahr mehr zu Ungunsten des Adels verschieben muß. Die gänzliche Auflösung des adeligen Bodenbesitzes in Rußland ist nur noch eine Frage weniger Jahrzehnte. Bei diesem Prozesse trägt allerdings auch das Privatkapital nicht unerhebliche Schäden davon: die Güter werden höchstens für 65 Prozent des abgeschätzten Werthes verkauft (kein Wunder, da die „Adelsbank" sie gewöhnlich anderthalb mal so hoch schätzt, als sie wirklich werth sind) und der Erlös deckt nicht einmal die Bankschulden, die selbstverständlich immer vorangehen.

Aber auch dem ganzen Lande erwachsen große Schäden aus diesem „Abwirthschaften" des Adels: die Aussaugung des Bodens, die Entwaldung des Landes und die ganze Korruption, welche in Rußland hauptsächlich in Folge der Adelswirthschaft herrscht, das sind Dinge, welche die „Stützen des Vaterlandes" am wenigsten treffen. Das russische Volk jedoch muß die Folgen dieser Mißstände theuer bezahlen. Indeß ist das eine Uebergangsstufe zu einer andern, besseren Zeit, welche hoffentlich nicht lange mehr auf sich warten läßt. Wie mächtig schreitet der Geist der neuen Zeit voran, dem ganzen reaktionären Flickwerk zum Trotz, auch da wo die Reaktion scheinbar allein und selbstherrlich das Ruder in Händen hat! S.

Die Ergebnisse der Einkommensteuer-Abschätzungen im Königreich Sachsen.

Von **Dr. H. Lux.***

Mangels einer statistischen Nachweisung des wirklichen Einkommens nach seiner Höhe und seinen Quellen, die einzig und allein, bei gleichzeitiger Nachweisung der Waarenproduktion, einen Einblick in die verwickelten Beziehungen zwischen Arbeitsleistung und Arbeitsentgelt und in die wirkliche Lebenshaltung des Volkes gestatten würde, ist der Sozialstatistiker leider noch immer auf die statistischen Nachweisungen der Einkommensteuer-Abschätzungen angewiesen. Die Auswerthung dieser Ergebnisse kann natürlich immer nur als Nothbehelf angesehen werden, denn es liegt ganz in der Natur der Sache, daß die Einkommensteuerverhältnisse wegen der zahllosen Unkorrektheiten, Hinterziehungen 2c. bei der

* Wegen Raummangels erheblich verspätet. Die Redaktion.

Einschätzung nur ein verschwommenes Bild von den wirklichen Einkommensverhältnissen eines Landes zu geben vermögen, dazu kommt noch, daß diese Einschätzungen ausschließlich finanzpolitischen Zwecken dienen, sozialpolitische Schlußfolgerungen daraus nur auf indirektem Wege gezogen werden können.

Wo dazu noch, wie dies bis zum 1. April 1892 in Preußen der Fall war, ein Deklarationszwang nicht vorhanden ist, und dadurch von vornherein dem Betruge Thor und Thür geöffnet wird, die gezahlten Einkommensteuern also auch nicht im Entferntesten dem wirklichen Einkommen entsprechen, ist die Einkommensteuernachweisung für sozialpolitische Zwecke vollkommen werthlos. Wie umsichtig dann auch die Arbeiten über die preußischen Einkommensverhältnisse angelegt sind — wir haben hier vor Allem die Arbeiten Soetbeers im Auge — so kranken sie doch alle an dem unheilbaren Uebel der mangelhaften Grundlage.

Weit geeigneter für sozialpolitische Forschungen sind die Einschätzungsergebnisse in denjenigen Ländern, in denen eine gesetzliche Deklarationspflicht vorhanden ist, und auf falsche Deklarationen hohe Strafen gesetzt sind. Vor allem ist es in Deutschland das Königreich Sachsen, welches sich eines für die Sicherheit der Einschätzungen relativ brauchbaren Einkommensteuergesetzes erfreut. In seinen Hauptbestimmungen datirt dieses Gesetz vom 22. Dezember 1874 und wurde am 2. Juli 1878 revidirt und erweitert. Vom Jahre 1879 an sind also die Ergebnisse der Einkommensteuer-Einschätzungen mit den späteren Resultaten vergleichbar.

Im Heft I und II der Zeitschrift der königlich sächsischen statistischen Bureaus, Jahrgang 1891, versucht nun dessen Direktor, Dr. Viktor Böhmert, die Ergebnisse der Steuereinschätzungen von 1875 (resp. 1879) bis 1890 für sozialpolitische Zwecke zu verwerthen. Aber — ganz abgesehen von einigen Geschmacklosigkeiten, wie die Folgende, die in eine wissenschaftliche Abhandlung nicht hineingehört: „In einer Zeit tiefer sozialer Gährung ist es doppelt nöthig, daß die von Gott verordnete Obrigkeit als berufene Hüterin der Gerechtigkeit, Ordnung und Fürsorge für die Schwachen, Alles vermeidet, was als Mehrbelastung der Bedürftigen zu Gunsten der Reichen erscheinen kann" — ist bei aller wissenschaftlichen Strenge die Arbeit doch tendenziös darauf hin zugespitzt, die unverkennbare Zunahme des Durchschnittseinkommens, sowie das Aufrücken einer größeren Zahl von Zensiten der niedrigsten Steuerklassen in höhere dahin auszulegen, als ob eine stetige Besserung der Lebenshaltung der großen Masse der Bevölkerung zu konstatiren wäre. Die „Leipziger Zeitung" und das „Leipziger Tageblatt" und nach ihnen eine ganze Reihe von bürgerlichen Blättern, die sich keine Mühe verdrießen lassen, nachzuweisen, daß die soziale Frage eigentlich nur eine Erfindung der Sozialdemokratie sei, haben sich denn auch sofort auf diese Bearbeitung gestürzt und nach ihrer Art sozialpolitische Konsequenzen gezogen. „Der Gesammteindruck der sächsischen Einkommensteuer-Statistik in volkswirthschaftlicher Beziehung — heißt es dort — ist ein sehr günstiger, das durchschnittlich auf den Kopf der Bevölkerung entfallende Einkommen hat sich gegen das Vorjahr erheblich erhöht" . . . . und: — „sie zeigt im Allgemeinen das erfolgreiche Bestreben der unteren Klassen in höhere aufzurücken." —

Die Aufgabe der folgenden Untersuchung soll es nun sein, einmal diese Behauptungen kritisch zu würdigen und zweitens zu versuchen, die Entwicklung der Einkommensverhältnisse von 1879 bis 1890, so weit sich diese aus den Einschätzungsergebnissen ermitteln läßt, darzulegen.

Nach dem Gesetz vom 2. Juli 1878 beginnt die Verpflichtung zur Selbstdeklaration bereits bei einem Einkommen von 1600 Mark, Steuern werden bereits

von einem Einkommen von 300 Mark an erhoben. Die Steuer beträgt bei dem in Klassen abgestuften Einkommen von 5400 Mark an drei Prozent; gleichzeitig ist das Prinzip der Degression nach unten gewahrt und die Steuer fällt hier bis auf einen Satz von ungefähr ein Viertel Prozent bei dem niedrigsten Einkommen von 300 Mark.

Die Hauptergebnisse der sächsischen Einkommensverhältnisse stellen sich nun durch folgende Zahlen dar:

Jahr	Zahl der eingeschätzten Personen	Einkommen in Mark (nach Abzug der Schuldzinsen)
1875	971 886	1017 580 784
1877	999 217	948 372 943
1878	1010 959	927 472 650
1879	1088 002	959 442 075
1880	1119 546	982 451 967
1882	1162 694	1058 778 851
1884	1213 188	1140 977 502
1886	1267 866	1236 610 569
1888	1327 771	1337 624 568
1890	1404 069	1495 910 639*

Wenn man die Entwicklung in dem ganzen Zeitraume von 1875 bis 1890 näher prüft und als Ausgangspunkt das Jahr 1875 annimmt, so zeigt sich in Betreff der Bevölkerung, der eingeschätzten Personen und des Gesammteinkommens (nach Abzug der Schuldzinsen) folgende Zunahme resp. Abnahme. Es betrug absolut:

	1875	1880	1890
Bevölkerung	2 760 586	2 972 805	3 502 684
Zahl der Eingeschätzten . .	971 886	1 119 546	1 404 069
Gesammteinkommen . . .	1017 580 784	982 451 967	1495 910 639

Nimmt man den Stand des Jahres 1875 als Ausgangspunkt der Vergleichung zu 100, so ergiebt sich Folgendes:

	1875	1880	1890
Bevölkerung	100	107,7	126,9
Zahl der Eingeschätzten . .	100	115,2	144,5
Gesammteinkommen . . .	100	96,6	147,0.

Hierbei ist noch zu berücksichtigen, daß das Einkommensteuergesetz von 1878 weiter geht als das 1874, indem es auch diejenigen Personen im Alter von sechzehn bis achtzehn Jahren, welche einen die unterste Steuerklasse (300—400 Mark Einkommen) übersteigenden Erwerb haben, zur Steuer mit heranzieht, während früher Personen unter achtzehn Jahren mit einem Einkommen bis zu 500 Mark steuerfrei waren.

In dieser Zusammenfassung sind physische und juristische Personen noch nicht von einander getrennt. Es ist aber keinesfalls zulässig, bei einer Untersuchung, die sich auf die Lebenshaltung der einzelnen Gesellschaftsschichten erstreckt, physische und juristische Personen einfach mit einander zu vermischen. Zu den letzteren gehören Ortsgemeinden, Aktiengesellschaften, Korporationen, liegende Erb-

* Die Gesammtmasse der Einkommen nimmt also von 1875 bis 1876 ab, von da an steigt sie wieder. 1878 und 1879 hatte die wirthschaftliche Depression ihren tiefsten Stand erreicht, im Jahre 1890 war die auf diese Depression folgende Periode der Prosperität auf ihrem Höhepunkt angelangt. Eine Vergleichung des Standes von 1879 und von 1890 wird daher schon aus diesem Grunde immer Resultate geben, die günstiger sind, als der wirkliche Gang der allgemeinen Entwicklung. Die Redaktion.

schaften, also alles Institutionen, deren Einkommen in letzter Linie wieder einzelnen physischen Personen zu gute kommt. Das Einkommen von Aktiengesellschaften z. B. wird einmal als Reingewinn derselben besteuert und das zweite Mal bei den Dividendenempfängern, die aus Dividenden ihr Einkommen ziehen. Das Gesammtbild wird also durch diese doppelte Aufführung der gleichen Einkommenziffer an zwei verschiedenen Stellen wesentlich modifizirt. Weiterhin ist aber das Einkommen der juristischen Personen für die Beurtheilung der kapitalistischen Entwicklung, des Zusammenfließens von Riesenkapitalien in immer weniger Hände durchaus irrelevant. — Es sind deshalb in der folgenden Zusammenstellung, in welcher das Einkommen nach den verschiedenen Klassen der Steuerzahlen gruppirt ist, lediglich die physischen Zensiten, die sich — beiläufig bemerkt — zur gesammten Bevölkerung 1879 wie 1 : 2,6; 1890 wie 1 : 2,5 verhalten, berücksichtigt worden.

Anzahl und eingeschätztes Einkommen der (physischen) Zensiten Sachsens in den Jahren 1879 und 1890.

Tabelle I.

Jahr	Steuerklasse	Steuerstufen Mark	Zensiten	Prozent	Zunahme	Zunahme in Prozent seit 1879	Eingeschätztes Einkommen Mark	Prozent	Durchschnitts-Einkommen in Mark	Zunahme d. Durchschnittseinkomm. in Proz. seit 1879
1879	0	steuerfrei unter 300 Mk.	77 060	7,11			16 443 743	1,77	212,73	
1890			74 918	5,36	—3 142	—3,03	17 600 060	1,22	234,98	10,44
1879	1—2	300—500	481 691	44,40			193 115 023	20,79	400,97	
1890			468 535	43,40	—13 156	—2,73	196 017 203	13,56	418,36	4,33
1879	3—5	500—800	269 935	24,88			171 192 006	18,44	634,31	
1890			400 891	28,66	130 956	48,51	260 825 067	18,05	650,61	2,57
1879	6—7	800—1100	96 826	8,93			91 068 852	9,81	940,52	
1890			201 285	14,40	104 459	107,88	190 881 139	13,21	948,31	0,82
1879	8—12	1100—2200	102 947	9,49			155 691 265	16,78	1512,30	
1890			167 215	11,95	64 268	62,44	249 810 990	17,28	1493,95	—1,88
1879	**0—12**	**—2200**	**1028 459**	**94,81**			**627 410 889**	**67,59**	**611,91**	
1890			**1312 844**	**93,87**	**284 385**	**27,65**	**915 134 459**	**63,33**	**697,09**	**13,90**
1879	13—18	2200—4800	40 514	3,47			125 583 442	13,52	3097,28	
1890			59 379	4,24	18 865	46,56	194 256 429	12,76	3271,47	5,62
1879	19—23	4800—9600	10 857	1,00			70 555 526	7,60	6496,36	
1890			16 615	1,19	5 798	53,02	108 585 148	7,51	6533,34	0,57
1879	24—32	9600—26000	4 091	0,38			59 361 133	6,39	14510,17	
1890			7 711	0,55	3 620	88,46	113 140 803	7,83	14672,65	1,12
1879	33—273	über 26000	830	0,07			45 581 523	4,90	54917,49	
1890			2 137	0,15	1 307	169,52	123 925 277	8,58	57943,51	5,50
1879	**13—273**	über **2200**	**56 292**	**5,19**			**301 081 624**	**32,41**	**5347,81**	
1890			**85 842**	**6,13**	**29 550**	**52,49**	**529 827 658**	**36 67**	**6175,38**	**15,47**
1879	0—273	steuerfreies bis höchstes Einkommen	1084 751	100			928 492 513	100	855,95	
1890			1398 686	100	313 935	28,9	1444 962 117	100	1033,09	20,7
			Bevölkerungszunahme			19,95				

Zu der vorstehenden Tabelle sind zunächst einige technische Bemerkungen zu machen. Die Zahlen derselben konnten nämlich nur zum Theil den statistischen Nachweisungen direkt entnommen werden. Während nämlich der Jahrgang 1891 der genannten Zeitschrift das Einkommen der physischen Zensiten getrennt von dem der juristischen nachweist, enthält der Jahrgang 1879 diese Trennung nicht,

wir sind demzufolge gezwungen gewesen, das Einkommen der physischen Zensiten (die letzteren sind ausdrücklich nachgewiesen) für 1879 approximativ zu berechnen. Die Berechnung geschah in der Weise, daß für die einzelnen Gruppen der Steuerklassen das Durchschnittseinkommen der physischen und juristischen Zensiten zusammen ermittelt und das erhaltene Durchschnittseinkommen mit der Zahl der physischen Zensiten multiplizirt wurde; — die Resultate finden sich in Spalte 8 der Tabelle, nur die Hauptsumme der für 1879 geltenden Einkommennachweisungen ist den statistischen Nachweisungen entnommen. Eine Kontrolrechnung in derselben Weise mit dem Einkommen der physischen und juristischen Zensiten für 1890 angestellt ergab, daß der durch diese Berechnungsart begangene Fehler durchaus ohne Belang für das Resultat ist. Nur für die letzte Gruppe von der 33. Steuerklasse an ergab es sich, daß in Folge des hier vorhandenen Ueberwiegens von juristischen Zensiten diese Annäherungsrechnung nicht zulässig ist; es wurden deshalb hier mit den einzelnen Klassen gesondert dieselben Berechnungen vorgenommen, wie vorher mit den größeren Gruppen. Da, wie schon erwähnt, die Gesammtsumme des eingeschätzten Einkommens der physischen Zensiten nachgewiesen ist, so war hier eine ausreichende Kontrole möglich, die dann auch ergab, daß auch diese Methode ein brauchbares Resultat liefert. — Die für 1879 berechneten Zahlen können also unbedenklich zur Vergleichung mit den für 1890 statistisch nachgewiesenen Zahlen herangezogen werden.

Aus der Tabelle I, die wir als Grundlage für unsere ganze Betrachtung ansehen können, sind sofort eine Reihe bedeutsamer Folgerungen zu ziehen.

Das Durchschnittseinkommen des einzelnen Zensiten ist von 855,95 Mark auf 1033,09 Mark, d. h. um 20,7 Prozent gestiegen. Auf den Kopf der Bevölkerung kommen also im Durchschnitt

1879 . . . 329,21 Mark,
1890 . . . 413,24 „

An das Durchschnittseinkommen reichen

1879 ca. 78 Prozent der Zensiten,
1890 „ 80 „ „ „

noch nicht heran*, würden also bei der schematischen Vertheilung des Einkommens, wie sie bekanntlich, wenn man der Autorität Eugen Richter's vertrauen darf, die sozialistische Gesellschaft als Ideal plant, ihre Lebenslage ganz erheblich verbessern.

Schon die Thatsache, daß sich die Zahl der Zensiten, welche noch nicht an das Durchschnittseinkommen heranreichen, von 1879 bis 1890 von 79 auf 80 Prozent aller Zensiten vermehrt hat, deutet darauf hin, daß die Erhöhung des Durchschnittseinkommens in erster Linie auf das Konto derjenigen zu setzen ist, welche ein höheres als das Durchschnittseinkommen aufweisen.

Betrachtet man ein Einkommen von 2200 Mark für den Zensiten, oder von 880 Mark auf den Kopf der Bevölkerung als gerade ausreichend, um die physiologisch und hygienisch nothwendigen Bedürfnisse und die bescheidensten Luxusbedürfnisse — wozu wir auch die geistige Kost rechnen wollen — zu befriedigen, also als Existenzminimum,** so sehen wir aus Tabelle I, daß

1879: 94,81 Prozent,
1890: 93,87 „

---

* Diese Zahlen sind durch Interpolation berechnet.

** Vergl. das sozialpolitische Handbuch des Verfassers, Berlin „Vorwärts“ 1892, Seite 51.

der Zensiten ein Einkommen aufweisen, das sich noch unterhalb des Existenzminimums bewegt. Nur 0,94 Prozent der Zensiten von 1879 war es also 1890 gelungen, aus diesem Proletarierdasein herauszukommen, womit freilich noch nicht gesagt ist, daß dieses Aufsteigen in eine höhere Vermögensklasse mit einer wesentlichen Verbesserung der Lebenshaltung verbunden sein muß. Die Vermehrung der Zensiten um 28,9 Prozent, während die Bevölkerungszunahme nur 19,95 Prozent beträgt, deutet direkt darauf hin, daß rigorosere Einschätzungen diese Aenderung hervorgebracht haben, und andererseits kann schon eine ganz geringfügige Zunahme des Einkommens diese fast belanglose Verschiebung zu Gunsten der Besitzlosen — so kann man füglich denjenigen Theil der Bevölkerung nennen, der es knapp bis zum Existenzminimum gebracht hat — verursacht haben. Es handelt sich ja im Ganzen nur um ca. 10300 Zensiten, und betrug die Vermehrung der Zensiten in den Klassen mit 2200—3300 Mark Einkommen doch allein schon 12399. (Die durchschnittliche Vermehrung von 28,9 Prozent würde nur 7789 ergeben.)

Das Charakteristische der angeführten Tabelle ist ja gerade das unverhältnißmäßige Ueberwiegen der Zensiten mit niederen Einkommen über diejenigen mit höheren Einkommen, während relativ betrachtet beim Einkommen gerade das Umgekehrte zu beobachten ist. Während die Zensiten mit einem geringeren Einkommen als 2200 Mark

1879:

94,81 Proz. aller Zensiten ausmachen, betrug ihr Gesammteinkommen doch nur 67,59 Proz.,

1890:

93,87 Proz. aller Zensiten ausmachen, betrug ihr Gesammteinkommen doch nur 63,33 Proz.

des ganzen Volkseinkommens. Das Entgegengesetzte findet bei denen statt, die ein höheres Einkommen als 2200 Mark aufweisen.

1879 haben 5,19 Proz. aller Zensiten 32,41 Proz. des gesammten Volkseinkommens,
1890 " 6,13 " " " 36,67 " " " "

Während für jeden der ersten Zensiten das Durchschnittseinkommen nur um 85,17 Mark von 611,91 auf 697,09 Mark stieg, also um 13,90 Prozent, vermehrte sich das Durchschnittseinkommen der letzteren um volle 827,57 Mark, indem es von 5347,81 Mark auf 6175,38 Mark, d. h. um 15,47 Prozent stieg. Hieraus allein schon ist die Tendenz der Entwicklung der Eigenthumsverhältnisse zu konstatiren.

Läßt man nun auch ganz außer Acht, daß, wie die Erfahrung jeden Augenblick lehrt, wirklich richtig nur die ärmeren Klassen mit ihrem leicht zu eruirenden Einkommen eingeschätzt sind, während die reicheren Klassen fast durchweg zu niedrig eingeschätzt sind, daß also in den statistischen Nachweisungen für die reicheren Klassen gar nicht der volle Betrag ihrer Einkommenssteigerung zum Ausdruck kommt, so ist aus den angeführten Daten doch schon zu erkennen, daß sich, relativ betrachtet, trotz der absoluten Steigerung des Durchschnittseinkommens, die Lebenshaltung der ärmeren Klassen keineswegs gebessert hat. Auf die relative Besserung der Lebenshaltung im Vergleich zu den Besitzenden aber kommt es allein an, wie Fr. A. Lange* bereits so überzeugend nachgewiesen hat, wenn die Besitzlosen die Last ihrer sozialen Inferiorität nicht immer drückender empfinden sollen.

Es wird aber noch die Frage zu beantworten sein, ob denn die Vermehrung des Durchschnittseinkommens auch nur einer absoluten Verbesserung der Lebenshaltung entspricht. Der Bearbeiter der sächsischen Einkommensstatistik, Dr. V. Böhmert,

* Fr. A. Lange, Die Arbeiterfrage. IV. Auflage. Winterthur 1879, S. 8 ff.

scheint dies anzunehmen, wenn er ausführt, daß erst seit Ende 1890 „in Folge der Erschwerung des Exports der sächsischen Industrieprodukte nach verschiedenen Ländern, insbesondere nach Amerika, und in Folge der mit Arbeitslosigkeit verbundenen Theuerung der unentbehrlichsten Lebensmittel wieder Störungen in der Wohlstandsentwicklung bemerkbar" geworden sind, aber Böhmert bringt nur Belege dafür herbei, daß von 1871—1875 eine wesentliche (absolute) Verbesserung der durchschnittlichen Lebenshaltung vorhanden war.

Um die Lebenshaltung beurtheilen zu können, müssen die Preise und Verbrauchsquanta der wichtigsten Lebensmittel, die Wohnungsverhältnisse und Wohnungsmiethen, die Frequenz der Eheschließungen, Geburten und Sterbefälle, die durchschnittliche Lebensdauer und die Morbilität bekannt sein, und zwar nicht blos zu einzelnen Zeitpunkten, sondern in ihrem Verlauf durch einen längeren Zeitraum hindurch wegen der Beharrungstendenz der einzelnen Faktoren in ihren sozialen Wirkungen. Freilich liegt auch hier gleich die Schwierigkeit der ganzen Untersuchung, denn bei dem mangelhaften Stand unserer Sozialstatistik sind wir durchaus nicht in der Lage, die einzelnen wirksamen Faktoren ihrer Intensität nach mit Sicherheit zu ermitteln.

Gleich bei den Ernährungsverhältnissen springt ein sehr bedenklicher Mangel in die Augen, insofern der Fleischkonsum statistisch nicht nachgewiesen wird. Nur die Schlachthausberichte geben einigen Anhalt für den Umfang derselben.

Nach Dr. V. Böhmert betrug der jährliche Verbrauch an Rindfleisch und Schweinefleisch auf den Kopf der sächsischen Bevölkerung:

1871	1875	1879	1890
49,4	59,6	?	69,2 Pfund.

Der Fleischkonsum hat also in den ersten fünf Jahren, entsprechend dem wirthschaftlichen Aufschwung während dieser Periode, sehr rasch, in der darauf folgenden fünfzehnjährigen Periode aber nur sehr mäßig zugenommen. Wenn es aber erlaubt ist, von einer einzelnen Stadt rückwärts auf das ganze Land zu schließen, so steht der Fleischkonsum von 69,2 Pfund per Kopf im Jahre 1890 bereits auf dem absteigenden Aste der Konsumtionskurve. Nach den Leipziger Schlachthausberichten* nämlich betrug der Konsum an Rindfleisch und Schweinefleisch per Kopf der Bevölkerung:

1888	1889	1890
118,56	107,12	88,76 Pfund,

wenn also schon für Leipzig, in welcher Stadt auch das Proletariat eine weitaus höhere Lebenshaltung hat, als im Durchschnitt in Deutschland, der Rückgang des Fleischkonsums so eklatant ist, so dürfte es wohl kaum einen Fehlschluß bedeuten, wenn diese Abnahme auch für ganz Sachsen im Allgemeinen angenommen wird. — Leider steht uns für Sachsen keine Nachweisung der durchschnittlichen Fleischpreise zur Verfügung, mit Hilfe deren unsere Behauptung kontrolirt werden könnte, unbedenklich aber können die für Preußen geltenden Durchschnittspreise zum Vergleich herangezogen werden, denn schon die geographische Lage Sachsens macht es wahrscheinlich, daß für den sächsischen Handel die mittleren Preise Preußens Geltung haben dürften. Der Preis für ein Kilogramm betrug nun in Preußen (in Pfennig):

	1879	1880	1881	1882	1883	1884	1885	1886	1887	1888	1889	1890
Rindfleisch . .	115	114	114	116	120	120	119	117	113	112	117	126
Schweinefleisch .	115	122	128	128	128	120	120	119	115	114	128	139

* Vergl. „Leipziger Tageblatt" Nr. 151 vom 23. März 1892.

Mit Ausnahme der Jahre 1887 und 1888 — den guten Erntejahren — ist also eine stetige und zugleich auch recht beträchtliche Erhöhung der Durchschnittspreise zu konstatiren. Besonders das Jahr 1890 tritt 1879 gegenüber außerordentlich ungünstig in Erscheinung.

Ganz analog stellt sich der Konsum an Brotfrucht. In ganz Deutschland betrug der Konsum per Kopf und Jahr im Durchschnitt der Jahre 1880/81 bis 1884/85: 184,97 Kilo, in den vier folgenden Jahren 1885/86 bis 1889/90 aber nur noch 176,08 Kilo und in den Jahren des exorbitanten Schutzzolles von 50 Mark für den Doppelzentner gesondert betrachtet:

1887/88	192,32 Kilogramm
1888/89	170,24 „
1889/90	162,35 „

(Das zur rationellen Ernährung nothwendige Minimum beträgt bekanntlich nach Engel: 183,21 Kilo per Kopf und Jahr.)

Wenn die angeführten Zahlen auch nur für Deutschland im Allgemeinen gelten, so ist doch a priori vorauszusetzen, daß in Sachsen eine ganz analoge rückläufige Tendenz im Konsum von Brotfrucht in Erscheinung getreten sein wird. Auch hier sollen wieder die Preise von Weizen, Roggen und Kartoffeln, wie sie für Preußen im Durchschnitt galten, zum Vergleich herangezogen werden. Es kosteten 1000 Kilogramm in Mark:

	1879	1880	1881	1882	1883	1884	1885	1886	1887	1888	1889	1890
Weizen .	196	219	220	208	185	173	162	157	164	174	183	192
Roggen .	144	193	202	161	147	147	143	134	125	135	156	170
Kartoffeln	61,5	65	57	49,5	61,5	49	46	41	46	51,5	52,5	49,5.

Die Hauptbrotfrucht Deutschlands und auch Sachsens, nämlich Roggen, weist also ebenfalls für 1890, wenn man das Jahr 1880 außer Acht läßt, ein Maximum der Preislage auf, und da nur die Kartoffeln von dieser ungünstigen Preiskonstellation nicht mit beeinflußt sind, so ist leicht zu errathen, wodurch das oben nachgewiesene Manko des Konsums an Brotfrucht ersetzt worden ist.

Der Rückgang in dem Konsum der nothwendigsten Lebensmittel weist aber allein schon zur Genüge nach, daß die Erhöhung des Durchschnittseinkommens die gleichzeitige Preissteigerung der Lebensmittel für die Besitzlosen nicht zu paralysiren vermochte.

Auch die Wohnungsverhältnisse haben sich von 1879 bis 1890 absolut verschlechtert. In Sachsen kamen 1880: 7,8, 1885: 11,2, 1890: 10,8 Einwohner auf eine bewohnte Baulichkeit*, daß also, da die besitzlosen Klassen den überwiegenden Theil der Bevölkerung ausmachen, und es im Wesen der Durchschnittszahlen liegt, vor die erbärmlichsten Fälle die besseren wie Potemkin'sche Kulissen vorzuschieben, auch in dieser Beziehung die Erhöhung des Durchschnittseinkommens für die Zensiten mit einem Einkommen bis zu 2200 Mark, eine Verbesserung der Lebenshaltung nicht zu konstatiren ist.

Es wird also nur noch die Frage zu erledigen sein, ob nicht die andern oben angeführten gesellschaftlichen Momente auf eine absolute Besserung der Lebenshaltung schließen lassen. Wir stellen zunächst die Frequenz der Eheschließungen, Geburten und Sterbefälle, auf 1000 der Bevölkerung bezogen, in der folgenden kleinen Tabelle zusammen:

---

* „Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich", III, 1, VIII, 1, und „Vierteljahrshefte zur Statistik des Deutschen Reiches", Jahrgang 1892, Heft II.

Auf 1000 Köpfe der mittleren Bevölkerung in Sachsen* kommen

	Eheschließungen		Geborene		davon Prozent Uneheliche		Gestorbene	
1879	8,50	**7,49**	44,04	**40,37**	12,69	**8,85**	29,16	**27,14**
1880	8,66	**7,48**	43,42	**39,12**	12,71	**9,00**	31,18	**27,52**
1881	8,64	**7,46**	43,38	**38,48**	12,85	**9,06**	29,54	**26,91**
1882	—	**7,7**	—	**38,7**	—	**9,3**	—	**27,2**
1883	8,91	**7,70**	43,05	**38,6**	12,85	**9,22**	30,85	**27,39**
1884	9,24	**7,83**	44,13	**38,73**	13,24	**9,51**	31,95	**27,46**
1885	9,26	**7,89**	43,62	**38,51**	13,08	**9,47**	30,31	**27,16**
1886	9,31	**7,90**	44,22	**38,52**	12,98	**9,47**	31,64	**27,64**
1887	9,27	**7,80**	43,84	**38,40**	12,89	**9,43**	28,77	**25,67**
1888	9,17	**7,84**	44,05	**38,07**	12,62	**9,28**	27,93	**25,19**
1889	9,45	**8,03**	44,00	**37,90**	12,61	**9,28**	28,34	**25,13.**

In ihren Hauptzügen deutet diese Tabelle darauf hin, daß wenigstens keine Verschlechterung der Lebenshaltung der großen Massen zu konstatiren ist, eher eine kleine Wendung zum Besseren. Aber einmal verschwindet diese kleine Besserung doch sofort, wenn man beachtet, daß bei einer Erhöhung des Durchschnittseinkommens um 20,7 Prozent eine weit größere Verbesserung der Lebenshaltung zu erwarten gewesen wäre, und dann darf nicht übersehen werden, daß den genannten sozialen Beziehungen ihrer ganzen Natur nach eine gewisse Stabilität eigen ist, und daß Variationen mit absoluter Sicherheit erst in größeren Zeitintervallen markant werden.

Für die Morbidität und die Veränderung der durchschnittlichen Lebensdauer stehen uns leider statistische Nachweisungen nicht zur Verfügung; aber die angeführten Daten reichen zur Beurtheilung dafür bereits aus, daß für die besitzlosen Klassen die Erhöhung des durchschnittlichen Einkommens eine Verbesserung der Lebenshaltung nicht im Gefolge hatte und die Erhöhung des Durchschnittseinkommens der Besitzlosen nur als eine Folgeerscheinung der allseitigen Vertheuerung der Lebensbedürfnisse aufzufassen ist.

Was nun die Ergebnisse der Tabelle I im Einzelnen anbetrifft, so sind aus derselben zunächst interessante Erscheinungen abzulesen: — Bis zu 500 Mark Einkommen ist eine Abnahme der Zensiten zu konstatiren. Es heißt dies nichts anderes, als daß die Grenze des Existenzminimums allmälig in die Höhe rückt, und daß für diejenigen Klassen, welche so weit hinter dem Existenzminimum zurückbleiben wie die Zensiten der untersten Steuerklassen, bei durchschnittlich steigendem Existenzminimum jener Zustand stumpfer Resignation eintritt, der den raschen Tod, das Asyl im Zuchthaus oder Gefängniß dem langsamen und darum um so qualvolleren Dahinsiechen vorzieht. Wird ein solcher Zustand chronisch, so ist der Unternehmer gezwungen, um überhaupt noch Arbeiter zu erhalten, die Durchschnittslöhne zu erhöhen, und daher die Abnahme der Zensiten der untersten Steuerklassen.

Die nothwendige Konsequenz dieser Abnahme der Zensiten der untersten Klassen ist dann natürlich eine Vermehrung der Zensiten höherer Klassen. So sehen wir denn auch sofort in den nächsthöheren Klassen (von 500—800 Mark Einkommen) ein sprungweises Anwachsen der Zensiten um 48 Prozent; in den Gruppen von 800—1100 Mark Einkommen eine Zunahme um 107,88 Prozent; während in der nächsten Gruppe, 1100—2200 Mark, schon wieder eine langsamere Vermehrung, nämlich nur um 62,44 Prozent zu bemerken ist.

---

* Die auf Deutschland bezogenen Zahlen sind in fetten Ziffern beigesetzt.

Bei den Einkommen über 2200 Mark ist dann zunächst noch ein weiteres Zurückgehen der prozentualen Vermehrung der Zensiten, dann aber, von 4800 Mark Einkommen an, ein rasches Ansteigen der Zunahme zu bemerken. — Beachten wir, daß das erste Maximum der Zunahme der Zensiten bei der sechsten bis siebenten Klasse liegt, also bei einem Einkommen von 800—1100 Mark, und daß einschließlich dieser Gruppe die Zensiten der unteren Klassen

1879: 85,32 Prozent
1890: 81,92 Prozent

aller Zensiten ausmachen, so deutet diese Thatsache darauf hin, daß unter den gegenwärtigen Verhältnissen ca. 1100 Mark die Grenze sind, welche die Lohnarbeiter und die kleinen Gewerbsinhaber — denn deren Zahl stimmt mit den eben genannten Prozentzahlen ungefähr überein* — nur in Ausnahmefällen zu überschreiten in der Lage sind. 800—1100 Mark Einkommen sind in der That der stabile Punkt, um welchen das Einkommen der Lohnarbeiter von heut herumoszillirt. — Von 4800 Mark Einkommen sodann, d. h. von einem Einkommen, welches schon einem recht beträchtlichen Geschäftsumsatz entspricht (mindestens 100 000 Mark, ohne Einrechnung von Beamtengehältern), wo also bereits der technische und geschäftliche Großbetrieb beginnt, bemerken wir die rasche Zunahme derjenigen Zensiten, in deren Händen das Kapital sich zu konzentriren bestimmt ist — wir sehen denn auch, daß je höher das durchschnittliche Einkommen ist, um so größer die Chancen des Gelingens werden.

Interessant ist auch die Variation des Durchschnittseinkommens in dem betrachteten Zeitabschnitt. Der Uebergang aus einer Vermögensklasse in eine andere geht natürlich in der Weise vor sich, daß successive das Durchschnittseinkommen zunimmt. Aus den angeführten Gründen wird deshalb auch, je erbärmlicher das Durchschnittseinkommen ist, dieses in um so stärkerem prozentualen Verhältnisse wachsen. So sehen wir, wie von dem Einkommen an, welches wir vorher als die Grenze bezeichneten, über welche hinaus der Lohnarbeiter nur in Ausnahmefällen zu gelangen vermag (800—1100 Mark), bis zu dem geringsten Einkommen hinunter, das Durchschnittseinkommen allmälig zunimmt von 0,82 Prozent bei 800—1100 Mark bis zu 10,44 Prozent bei dem steuerfreien Einkommen. Daß in der 8.—12. Steuerklasse (Einkommen von 1100—2200 Mark) seit 1879 eine prozentuale Verringerung des Durchschnittseinkommens zu verzeichnen ist, deutet, stetigen Verlauf der Entwicklung vorausgesetzt, darauf hin, daß bei etwa 1500 Mark weder eine Zunahme noch eine Abnahme des Durchschnittseinkommens stattgehabt haben wird.** 1500 Mark erscheint also als die obere

* In Deutschland machen nach der Berufszählung vom 5. Juni 1882 die Lohnarbeiter, Dienstboten, Landwirthe mit einem Besitzthum bis zu zwei Hektar und Kleingewerbetreibende, welche nicht mehr als fünf Gehilfen beschäftigen, rund 82,5 Prozent aller Erwerbthätigen aus. (Nicht berücksichtigt sind hierbei die 1,9 Millionen Familien — und zugleich Haushaltungsangehörige der die Landwirthschaft vollständig Treibenden, welche zum überwiegenden Theil in der Landwirthschaft erwerbsthätig sind, aber bei den Einkommensnachweisungen nicht in Betracht kommen, mit diesen würde sich die angeführte Zahl auf rund 90 Prozent aller Erwerbsthätigen — das Militär ausgeschlossen — erhöhen.)

** Aus den Steuertabellen ergiebt sich

in der VIII. Steuerstufe ein Durchschnittseinkommen	1879:	1150 Mark
	1890:	1190 „
„ „ IX. „ „ „ „	1879:	1327 „
	1890:	1336 „
„ „ X. „ „ „ „	1879:	1504 „
	1890:	1510 „

Oszillationsgrenze des Einkommens der Lohnarbeiter; wenn dann auch für die Klassen 8—12 doch noch eine Zunahme der Zensiten um 62,44 Prozent vorhanden ist — es handelt sich hier auch ausschließlich um Proletarier —, so steht dem doch gegenüber, daß einmal die Zensiten dieser Gruppe 1890 nur 11,95 Prozent aller Zensiten ausmachen, und dann, daß hier, wie bemerkt, ein merkliches Abnehmen des Durchschnittseinkommens eingetreten ist.

Auf der andern Seite ist zwar eine prozentuale Zunahme der Zensiten in immer steigender Folge zu beobachten; aber das Durchschnittseinkommen weist in seiner Variation ein eigenthümliches, schwankendes Verhalten auf; es beginnen eben hier bereits die Unsicherheiten in den Einschätzungen sich geltend zu machen. Während in der ersten Hauptgruppe, in den Steuerklassen 0—12 eine Steuerdefraudation nur schwer möglich ist, wird sie um so leichter, je höher das Einkommen ist, denn die hohen Einkommen sind fast ausschließlich arbeitsloses Einkommen, wobei die sichere Ermittlung des wirklichen Einkommens so gut wie ausgeschlossen ist — (die Gruppen mit 2200—4800 Mark Einkommen gehören hierunter noch nicht, sie umfassen wohl hauptsächlich Beamte, Hausbesitzer, überhaupt den sogenannten Mittelstand).

Von der 19. Klasse bis zur 23. nimmt die Zahl der Zensiten weiter prozentualisch stark zu, das Durchschnittseinkommen zwar ebenfalls, aber ungleich schwächer als vorher. Es ist dies wohl daraus zu erklären, daß die Vermehrung der Zensiten dieser Klasse hauptsächlich dadurch geschah, daß Zensiten mit einem Durchschnittseinkommen von weniger als 6496,36 Mark resp. 6533,34 Mark in die höhere Klasse aufrückten. Von der 19. Klasse an, die bis zur höchsten Klasse

1879:

1,45 Proz. aller Zensiten mit 18,90 Proz. des gesammten versteuerten Einkommens,

1890:

1,89 Proz. aller Zensiten mit 23,92 Proz. des gesammten versteuerten Einkommens,

ausmachen, ist dann eine vollständige Parallelität in dem Anwachsen der Zensiten und des Durchschnittseinkommens zu bemerken. Beachtet man aber, daß bei dem Schematismus der ganzen Berechnung eine solche Parallelität in der Bewegung beider Zahlenreihen nur dann möglich ist, wenn bei der rapiden Zunahme der Zensiten ein beschleunigtes Anwachsen des Einkommens stattfindet, so läßt auch diese Thatsache einen Rückschluß auf die rasche Akkumulation des Kapitals zu.

15 778 Zensiten mit einem Einkommen von mehr als 4800 Mark waren 1879 vorhanden, bis 1890 hatten sich diese um 16 725, also um 106,05 Prozent vermehrt; da die gleichzeitige Bevölkerungszunahme aber nur 19,95 Prozent beträgt, und die Thatsachen dagegen sprechen, daß die besitzenden Klassen eine stärkere natürliche Vermehrung aufweisen als die besitzlosen, so ist diese gewaltige Zunahme einmal wohl durch rigorosere Einschätzungen, die sich auch auf Familienglieder mit selbständigem Einkommen bezog, zurückzuführen, in ihrer Hauptsache aber doch zweifelsohne auf das Aufsteigen eines überwiegenden Theiles dieser 16725 Zensiten aus niederen Klassen.

Hierdurch wäre dann allerdings die Möglichkeit dargethan, „daß es nur der nöthigen Anstrengung, Strebsamkeit, des Fleißes bedürfe, um es zu etwas zu bringen“, welche Ansicht von der Volksmeinung platt genug getreten ist, aber, und das ist der springende Punkt: diese vom Glück ausnehmend begünstigten 16 725 Zensiten machen selbst nur 1,19 Prozent aller Zensiten aus, also nur einen verschwindenden Bruchtheil der Bevölkerung. Wäre man in der Lage, zu ermitteln, wie viele von diesen in Folge strengerer Einschätzung aufgestiegen sind,

so würden diese Zahlen noch wesentlich bescheidener ausgefallen sein. Diesem bescheidenen Prozentsatz der Bevölkerung allein war es also gelungen, ein Einkommen zu erlangen, das über 4800 Mark hinausgeht und ein menschenwürdiges Dasein garantirt.

1,22 Prozent der Zensiten im Jahre 1879,
1,41 " " " " " 1890

erfreuten sich eines Einkommens von 3300—4800 Mark, das als knapp ausreichend für eine noch recht bescheidene Lebenshaltung bezeichnet werden muß. Die überwältigende Majorität dagegen

97,06 Prozent der Zensiten im Jahre 1879,
96,70 " " " " " 1890

mußten sich mit einem mehr oder weniger elenden Proletarierdasein abfinden, und haben keine Hoffnung, anders als durch das Spiel des Zufalls aus dieser Lebenslage herauszukommen.

Das ist zwar kein neues Ergebniß, aber es ist doch wieder eine Bestätigung der sozialdemokratischen Anschauungen, die dadurch nicht an Werth verliert, daß die „von Gott gewollte Obrigkeit", wie Herr Dr. V. Böhmert sich ausdrückt, selbst diese Bestätigung liefert. — Die vorhin ermittelten 1,19 Prozent aller Zensiten, resp. 1,89 Prozent (alle diejenigen, welche über 4800 Mark Einkommen aufweisen) sind es, um derentwillen die kapitalistische Wirthschaftsweise erhalten bleiben muß, damit den 0,7 Prozent der Genuß des Alten, damit den 1,19 Prozent die Chance des Aufsteigens zum Wohlleben gewahrt bleibe! Für diese Wenigen der Genuß des Lebens, für die unheimliche Mehrheit des Volkes Noth, Elend, Lasten in jeder Form!

Literarische Rundschau.

Simon Deploige, Le Referendum en Suisse. Bruxelles, Société belge de librairie, 16 rue Treurenberg, 1892. XXV, 190 S.

Die empfehlenswertheste Geschichte des Referendums und der Initiative in der Schweiz ist wohl Curti's „Geschichte der schweizerischen Volksgesetzgebung". Vorliegende Arbeit erscheint uns als eine nützliche Ergänzung der Curti'schen Arbeit. Diese ist vom demokratischen und schweizerischen Standpunkt geschrieben. Herr Deploige ist ein Belgier und ein Anhänger des bürgerlichen, parlamentarischen Systems. Aber er hat sich eifrig bemüht, die schweizerischen Volksrechte zu studiren, er hat zahlreiches und höchst wichtiges Material zusammengetragen und sein Standpunkt wird mindestens jenen Demokraten nicht stören, der die Curti'sche Arbeit bereits kennt. Wer beim Studium der schweizerischen Volksrechte über Curti hinausgehen will, ohne doch die gesammte Literatur darüber studiren zu wollen, dem können wir das Buch des Herrn Deploige empfehlen.

Dr. Anton Menger, Das Recht auf den vollen Arbeitsertrag. Zweite verbesserte Auflage. Stuttgart, Cotta'sche Buchhandlung. VI, 178 Seiten.

Die erste Auflage dieser Schrift ist bereits im Jahrgang 1887 der „N. Z.", in dem Artikel „Juristen-Sozialismus" S. 49 ff. eingehend besprochen worden. Die zweite „verbesserte" Auflage ist in allen wesentlichen Punkten gleichlautend mit der ersten, wir haben daher unserer Kritik nichts hinzuzufügen. Herrn Professor Menger ist jeder seiner Ausfälle gegen Marx und Engels so sehr ans Herz gewachsen, daß er sogar jene Stelle seiner Schrift aus der ersten Auflage wörtlich wiederholt, wo er den Beiden vorwirft, daß sie das „Fundamentalwerk des englischen Sozialismus seit vierzig Jahren *falsch zitiren*, indem sie das erste Erscheinen desselben in das Jahr 1827 setzen". Entsetzlich! Das Buch war 1824 erschienen, Marx aber verschrieb sich in seinen Exzerpten und setzt

1827 statt 1824. Und das nennt Professor Menger hartnäckigerweise auch jetzt noch falsch zitiren, nachdem er auf das Alberne dieses Vorwurfs bereits 1887 aufmerksam gemacht worden war. Dagegen hat er den Schnitzer, den er selbst begangen — er hatte Engels zum Uebersetzer des „Elend der Philosophie“ gemacht — auf die Korrektur in der „Neuen Zeit“ hin wohl verbessert. Das Menger'sche Werk „Das bürgerliche Recht und die besitzlosen Volksklassen“ hat manchen Parteigenossen bestochen, weil es viele arbeiterfreundliche Redensarten macht. Es ist sogar jüngst als Beweis dafür angeführt worden, daß Menger sich seit seinem „Recht auf den vollen Arbeitsertrag“ fortentwickelt habe. Wer die zweite Auflage dieses Buches mit seiner ersten vergleicht, wird gestehen müssen, daß Professor Menger in jeder Beziehung der alte geblieben ist. K. K.

Notizen.

Die militärischen Fachleute. Wenn den Anhängern der Regierung bei der Vertheidigung ihrer Militärvorlagen der Faden ausgeht, klammern sie sich als an einen letzten Rettungsanker an das Argument: In Kriegsangelegenheiten dürfen nur Militärs dreinreden. Der Zivilist als Laie versteht vom Kriegswesen gar nichts, er muß also das Maul halten und zahlen, was der Kriegsminister verlangt.

Sieht man sich aber die militärische Literatur an, so bemerkt man, daß nirgends größere Uneinigkeit herrscht über das was nothwendig ist oder nicht, als gerade in den Kreisen der Fachleute. Ein Pröbchen davon giebt ein Artikel in der „Gegenwart“, betitelt: „Die Kavallerie keine fechtende Waffe mehr“, von „einem deutschen Stabsoffizier“. Er führt aus, daß die Vervollkommnung der Feuerwaffen für die Zukunft der Kavallerie „geradezu verhängnißvoll geworden“ sei. Die Schlachtenkavallerie dürfte ihre Rolle im Wesentlichen ausgespielt haben. Manche Militärs seien freilich anderer Meinung. „Auch unser ritterlicher Kaiser scheint von der Anschauung durchdrungen, daß der Schlachtenkavallerie noch große Aufgaben warten, denn er hat ja sämmtliche Reitergattungen mit der Lanze ausgerüstet, deren Bedeutung doch nur beim geschlossenen Einreiten der Massen zu Tage zu treten vermag, deren Beigabe dagegen bei den sonstigen vielfachen Aufgaben der Kavallerie als ein sehr *wesentliches Hinderniß* betrachtet werden muß.“ Dieser Anschauung entsprach auch die Neuformation, welcher die Kavallerie 1890 unterzogen wurde. Die sogenannte Divisionskavallerie wurde aufgehoben. „Für den Kriegsfall und die größeren Truppenübungen theilte man jetzt nicht mehr den Infanterie-Divisionen Kavallerie-Regimenter, sondern den Armeekorps Kavallerie-Brigaden zu und stellte die übrig bleibende Kavallerie in selbständige Divisionen zusammen. . . . Der Grundgedanke hiebei war: *Alle Kavallerie ist Schlachtenkavallerie.*“ Aber was man 1890 neu geschaffen, wurde 1892 wieder umgeworfen: „Die vor einem Monat erschienenen Deckblätter von 1892 stellen nun die Divisions-Kavallerie wieder her und schaffen die Korps-Kavallerie wieder ab, die glücklich zwei Jahre in Kraft gewesen war. Ein bessere Illustration zu dem alten Wahrspruch: „die Kriegskunst ist veränderlich“, kann nicht gedacht werden. Es kommt aber noch ganz anders. Die Divisions-Kavallerie hat künftighin als ihre fast *ausschließliche Aufgabe* die *Aufklärung*. . . . Es soll künftig jeder selbständig auftretende Truppentheil, auch während des Gefechtes, Reiter zugetheilt erhalten, „bis zum Bataillon herab.“ Dies bedingt eine hochgradige Verzettelung der Kavallerie. . . . . Man wird überhaupt niemals mehr soviel Divisions-Kavallerie zusammen haben, um eine größere Attaque ausführen zu können. Die Divisions-Kavallerie, 43 Kavallerie-Regimenter von 93, also „nahezu die Hälfte der Kavallerie kann im Kriege nicht mehr als fechtende Waffe gelten, führt mithin nicht nur die Lanze als Hinderniß mit, *sondern verschwendet eine Unmasse Zeit*, um die Führung derselben zu erlernen. Und welche Forderungen stellt man heute in dieser Hinsicht? Das Reglement von 1812 schrieb den Ulanen nur *vier* Stiche mit der Lanze vor. . . . . Die Vorschrift von 1891 schreibt nicht weniger als *sechszehn* Stiche und *sieben andere*

Gewandheitsübungen vor. Neuerfindungen im Umgang mit dieser Waffe werden bei den ausbildenden Offizieren gern gesehen.“ Und das Alles ist für die Katz!

So der „deutsche Stabsoffizier“, also ein Fachmann. Da die Logik bisher glücklicherweise noch nicht ein Privilegium der Offiziere ist, können auch wir Laien uns einen Vers darauf machen. Thatsächlich wird heute nirgends mehr experimentirt und herumgetastet, als auf dem Gebiete des Kriegswesens, auf keinem Gebiete herrscht unter den „Fachleuten“ mehr Uneinigkeit und Zerfahrenheit, wie gerade hier, was auch kein Wunder ist, da sie mit lauter unerprobten Waffen und Werkzeugen zu hantiren haben.

Nur auf einem Gebiete sind die Herren Militärs völlig einig, auf einem, von dem sie — als Militärs — nichts verstehen: dem ökonomischen. Darüber, daß das Volk heidenmäßig viel Geld hat und sich ein Vergnügen daraus machen muß, alle ihre kostspieligen Experimente zu bezahlen: darüber herrscht nur eine Stimme unter ihnen.

Auf diesem Gebiete sind aber die „Zivilisten“ die Fachleute.

Frauen- und Kinderarbeit im indischen Bergbau. Ende Mai ist ein Blaubuch erschienen, das eine Korrespondenz zwischen dem englischen Staatsministerium für Ostindien und der indischen Regierung über die Frage enthält, ob die Frauen- und Kinderarbeit in den Bergwerken Indiens gesetzlich zu regeln und einzuschränken sei oder nicht. Der kapitalistische Betrieb der Bergwerksindustrie ist in Ostindien noch sehr jung, aber der Kapitalismus zeigt dort dieselbe Gier nach Weiber- und Kinderfleisch, wie in Europa. Von 31 471 Personen, die in den Bergwerken Indiens unter der Erde beschäftigt werden, sind 12 268, also fast zwei Fünftel, Frauen und Kinder, und es haben sich bereits arge Mißstände im Gefolge dieser Beschäftigung eingestellt. Trotzdem kam die indische Regierung zu dem Schlusse, ein gesetzlicher Schutz der Frauen und Kinder sei weder nothwendig noch wünschenswerth. Das Gedeihen der noch so jungen Bergwerksindustrie würde empfindlich geschädigt werden, wenn der Staat sich etwas um das Gedeihen ihrer Arbeiter kümmern würde. Es bleibt also vorläufig beim Alten.

Feuilleton.

Die sozialen Zustände im römischen Reich vor dem Einfall der Barbaren.

Von Dr. **Paul Ernst.**

(Schluß statt Fortsetzung.)

III.

Aus der Freiheit des antiken Staatslebens hatte sich der antike Despotismus entwickelt; aus der Polis das Weltreich; aus der Autonomie der kleinsten Bestandtheile die straffste administrative Zentralisation.

Am wunderlichsten erscheint uns der Uebergang aus der Freiheit in den Despotismus, und doch ist er eigentlich der am leichtesten verständliche. Zu der Freiheit des antiken Staatsbürgers ist die Omnipotenz des Staates das Korrelat. Aber die Bürger regieren selbst, und die Verwaltung wird durch jährlich aus ihrer Mitte gewählte Beamte geleitet. In dem Augenblick, wo diese alte Selbstregierung und Selbstverwaltung abstirbt, und der Staat selbständig neben die Bürger tritt, tritt der Despotismus ein.* Der Kaiser ist der Erbe der Volks-

* In den germanischen Staaten des Mittelalters treffen wir die Staatsomnipotenz und seine Hauptkonsequenz, die diskretionäre Befugniß zur Auflegung der Steuern, nicht; das ist eins der Momente der Weiterentwicklung über die Antike hinaus. Ursache ist wieder, daß die germanische Verfassung ländlich, die antike städtisch ist. Indem wegen der räumlichen Trennung

versammlung, seine Würde besteht in der Anhäufung der alten republikanischen Aemter. Diese Anschauung treffen wir rudimentär noch bis tief in die byzantinische Geschichte hinein. Aber während sie sich immer mehr verliert, wird eine andere Anschauung immer stärker: der orientalische Herrscherbegriff. Die ersten greifbaren Spuren finden wir bei Diokletian; die Anknüpfung findet offenbar statt bei der althergebrachten Apotheose der Kaiser; schon vor Diokletian finden wir auf Münzen Kaiserbilder mit der Strahlenkrone des Sonnengotts, unter dem die Gebildeteren sich darnach „die Gottheit“ dachten; in Byzanz hat sich daraus der Heiligenschein entwickelt.

Das Wesentliche der orientalischen Herrscherbegriffe ist die Identifizirung von Herrscher und Gott; der König ist der Fetisch des Gottes. Die Anschauung ist uralt und findet sich auf der ganzen Erde verbreitet, ist jedoch bei den europäischen Völkern überwunden. Der Gottherrscher residirt in der Hofburg, dem profanen Auge unnahbar, umgeben von Eunuchen und Hofschranzen, und die eigentliche Regierung und Verwaltung wird von Andern geführt, von wem und wie, das richtet sich natürlich nach den Verhältnissen: von einem Feudaladel, von Beamten; sie besteht in der Sorge für die Wasserleitungen, für Magazine in Nothjahren, dem Eintreiben der Steuern, und natürlich in der Leitung der auswärtigen Politik. Das Volk ist meistens in der alten Gentilverfassung organisirt und lebt kommunistisch. Das ist der allgemeine Typus dieser orientalischen Monarchien, in denen die Gesellschaft in einem stationären Zustand lebt. Durch Eroberung kann eine neue Herrenkaste geschaffen werden, welche den Herrscher und die Aristokratie umfaßt; durch Serailverschwörungen kann ein anderer Herrscher an die Spitze des Staates treten — das bewirkt aber keine Veränderung der Zustände. Nur wenn, wie das die Engländer in Indien gethan haben, Eingriffe in die alten Eigenthumsverhältnisse stattfinden und dadurch soziale Gegensätze in der unter der Herrscherkaste ruhenden Gesellschaft geschaffen werden, wird der stationäre Zustand zur Unmöglichkeit und beginnt die Entwicklung wieder, die eben fast immer das Resultat sozialer Klassenkämpfe ist.

Mit Diokletian war die antike Gesellschaft dahin gekommen, daß die Vorbedingungen zum asiatischen Despotismus geschaffen waren.

Der soziale Gegensatz, welcher bis dahin die antike Geschichte bestimmt hatte, war der zwischen Arm und Reich gewesen. Die Sklaven waren nicht in

---

die Familienvorstände nicht so häufig zusammenkommen können, nimmt hier das Königthum eine andere Entwicklung. In der Antike bleibt es auf rein religiöse Bedeutung beschränkt und wird schließlich bloßes Rudiment; bei den Germanen übernimmt es Regierungsfunktionen. So existiren bei den Germanen zwei konkurrirende Gewalten: die von Zeit zu Zeit, in den Monaten, wo die Ackerbestellung die Entfernung des Mannes erlaubte, zusammentretende Volksversammlung, und der immer funktionirende König. Das verhinderte die Entwicklung der Staatsallmacht. Außerdem fällt in der antiken Polis Staat und Gemeinde in Eins zusammen, im mittelalterlichen Staat aber nicht. Staatsverwaltung und Gemeindeverwaltung sind hier getrennt. Es wird aber der Unterschied zwischen der ländlichen Verfassung der Germanen und der städtischen der Antiken verursacht durch die verschiedenartigen Bedingungen zur Erhaltung des Lebensunterhalts. Die Germanen waren zum größten Theil auf die Schweinezucht angewiesen und betrieben nebenher einen geringfügigen sehr extensiven Ackerbau; die Schweine mußten sich in den Wäldern mästen. Das bewirkte, daß die einzelnen Haushaltungen in größerer räumlicher Getrenntheit leben mußten. In der Antike finden wir sehr intensiven Feldbau. Olive, Weinstock und Korn sind die Hauptlebensmittel; bei der bestehenden sehr intensiven Hackkultur, und da Olive und Weinstock zwischen dem Korn wuchsen, war da ein sehr kleiner Raum für die einzelne Haushaltung nöthig und ward die Entstehung der Polis ermöglicht.

Frage gekommen. Die neue Zeit kündigt sich schon dadurch an, daß jetzt ein anderer Gegensatz entsteht: die honestiores und humiliores. Die honestiores sind die Reichen und die Beamten, die humiliores die Armen und die Sklaven.

Die ganze Zeit bis zum Ende des Reichs wird bezeichnet durch eine langsame Hebung der Lage der Sklaven, durch ein langsames Sinken der Lage der armen Freien, bis zu dem Punkt, wo beide Klassen zusammengefaßt werden als „humiliores“. Die Bewegung geht noch über das römische Reich hinaus in das fränkische Reich: auch der fränkische Gemeinfreie sinkt. Das Resultat ist der Hörige, der höher steht als der Sklave und niedriger als der Freie.

Indem das Decurionat erblich wird, zu dem nur die Reichen gezwungen sind, bildet sich aus der Klasse eine Kaste. Der Anlaß zur allgemeinen Kastenbildung auch im Orient ist aber der Abschluß der oberen Klasse; ist sie Kaste geworden, so erstarrt auch die untere Klasse. Wir sahen, wie die Erblichkeit des Decurionats das nothwendige Produkt der Verhältnisse war. Aber nicht nur das Decurionat ist erblich; die Kolonen sind ebenso gebunden, da auch sie nur durch Zwang zu halten sind; ein Theil der Soldaten, ein Theil der städtischen freien Arbeiter, ein großer Theil der Sklaven, alle sind theils aus direkt finanzpolitischen Gründen, theils überhaupt zum Zweck der Aufrechterhaltung der nationalen Wirthschaft in solche Lage gebannt. Die Kasteneintheilung ist also auf das genaueste spezialisirt.

In dieser Form hat die antike Gesellschaft in Byzanz noch tausend Jahre weiter gelebt, fast noch einmal so viel Zeit, wie seit dem Beginn Roms verflossen waren. Sie war in einen stationären Zustand gerathen, nachdem zwei große Reformen stattgefunden hatten: die solidarische Haftbarkeit der Gemeinden für ihr Steuerkontingent war beseitigt, und damit ein Hauptmotiv zum allgemeinen Ruin; und es war eine Bauernschutzgesetzgebung gegeben, unter der sich vermöge der gleichen Erbtheilung der Großgrundbesitz in Bauernbesitz auflöste und sich sogar wieder ein dörfliches Leben entwickelte.*

Für uns hat natürlich die Entwicklung, welche zum feudalen Mittelalter und von da zur Neuzeit führt, mehr Interesse, als die, übrigens auch noch fast unerforschte Entwicklung zum Byzantinismus.

Wir erinnern uns der Schilderung des antiken Oikos, welcher Rohproduktion, Fabrikation und den eventuellen Verkauf der Produkte umfaßte. Wir sehen im

* Trotzdem wird man die merkwürdige Existenz des byzantinischen Reiches nicht begreifen, wenn man nicht bedenkt, daß eine ungemein starke slavische Kolonisation in ihm stattgefunden hat. Nachdem die Germanen aus dem Osten verschwunden waren, drängten die Slaven nach, und eroberten friedlich, mit Pflug und Spaten, die leeren Länder. So scheinen sie auch ins byzantinische Reich gekommen zu sein. Sie hatten noch primitivere Organisationen wie die Germanen, und wenn man nach den Trümmern, welche unter der türkischen Herrschaft erhalten sind, schließen darf, behielten sie ihre alte gentilizische Organisation und den Agrarkommunismus bei. So wurden ähnliche Verhältnisse geschaffen wie in dem konservativen China. Wie dort neun Zehntel aller Administration in den Händen der Familie liegt, so wird sie hier in der Gens gelegen haben, und der zentralisirte Beamtenstaat hat keine Gelegenheit, sich von einer verderblichen Seite zu zeigen und ruinirend und auflösend zu wirken, sondern er faßt die in die autonomen Wirthschafts- und Verwaltungseinheiten zerstreuten Kräfte in einer Hand zusammen, und hemmt, wenn es in seinem Interesse liegt, die soziale Zersetzung durch Gesetze. Eine solche Kombination hat offenbar eine lange, unveränderte Lebensdauer zu erwarten: von außen kann sie nicht zerstört werden, da eine geschlossene kriegerische Macht möglich ist, und von innen nicht, da Elemente der Zersetzung nicht vorhanden sind, und, wenn vorhanden, unterdrückt werden.

Mittelalter die drei wirthschaftlichen Thätigkeiten getrennt. Die Anfänge der Trennung finden schon im Alterthum statt.

Zunächst splittert sich das Handelskapital vom Oikos ab. Den Stand der „Mercatores“, Kaufleute, finden wir schon frühzeitig. Aus dem Handelskapital hat sich am Ende des Mittelalters dann das industrielle Großkapital der Gegenwart entwickelt. Rohproduktion und Fabrikation trennen sich im Alterthum wenigstens lokal, der von einander unabhängige Bauern- und Handwerkerstand findet sich erst im Mittelalter.

Weshalb sich das Handelskapital loslöst und selbständig auftritt, kann man sich vielleicht plausibel erklären; aber bei dem Mangel jeder positiven Unterlage würde man doch nur auf die reine Konstruktion hinauskommen. Nehmen wir die Thatsache als Thatsache hin.

Sehr auf Konstruktion und Vermuthung sind wir auch bei dem Zweiten angewiesen.

Wir müssen natürlich immer im Auge haben, daß das, was über die antike Wirthschaft gesagt wird, nur im Großen und Ganzen gilt. So wie er beschrieben, hat natürlich der Oikos nie existiert; es gab auch immer noch freie Arbeiter neben Sklaven,* Bauern neben Latifundienbesitzern u. s. f. Auch in der Gegenwart ist es ja nicht die eine Wirthschaftsform, welche ausschließlich herrscht. Trotzdem sagen wir, daß die Gegenwart der Großkapitalismus beherrscht; und in diesem Sinn können wir auch sagen, daß die alte Welt die Oikenwirthschaft beherrscht.

Außerdem dürfen wir die klimatischen Unterschiede im römischen Reich nicht vergessen. In Afrika und Aegypten fällt die Hauptarbeit auf dem Lande in einen viel kürzeren Zeitraum, wie in Gallien. Die verschiedenartige Kultur verschiedenartiger Pflanzen bedingt natürlich eine ganz andere Organisation der Arbeit, macht Kleinbetrieb oder Großbetrieb, Sklaven- oder Kolonenwirthschaft erwünschter u. s. f. Endlich muß man auch die verschiedene Kulturhöhe der Länder beachten.

Aber es fehlt uns an Daten, um ins Spezielle zu gehen. Wir müssen froh sein, wenn wir die allgemeinsten Züge der damaligen Wirthschaftsbilder entdecken können.

---

* Interessant ist es, daß die freien Arbeiter namentlich zu gefährlichen und gesundheitschädlichen Arbeiten verwendet wurden: sie kosteten ja nichts, und wenn sie starben, war das kein Kapitalverlust. — Ihre Klasse ergänzte sich immer wieder aus den Freilassungen. Der Freigelassene und die erste Generation nach ihm standen in einem engen Verhältniß zu den Herrn, und sind fast als Hörige anzusprechen; von der zweiten Generation ab verschwindet das Band. Dadurch tauchte die Familie des Freigelassenen in das allgemeine Heer des Proletariats unter, dessen Kennzeichen es war, daß es sich nicht vermehrte. Die Karrière des Trimalchio war natürlich nicht das Allgemeine. Nach Cicero konnte ein tüchtiger Sklave sich nach acht Jahren loskaufen, so viel hatte er sich „vom Leibe abgespart“. Für das Geld konnte sich der Besitzer einen neuen Sklaven kaufen, und außerdem behielt er den alten als quasi Hörigen; in der republikanischen Zeit hatte er auch noch politische Vortheile, da die Freigelassenen ja römische Bürger wurden, und in der Volksversammlung natürlich für ihn stimmen mußten. Auch ohne Loskaufen seitens der Sklaven war es oft profitabel, den Mann freizulassen, da er dann mehr Profit abwerfen konnte; im Fall von „Undankbarkeit“, d. h. wann er die Erwartungen nicht erfüllte, konnte der Besitzer die Freilassung immer wieder zurücknehmen.

Die Vorgänge in den letzten Zeiten der Republik sind nur zu verstehen, wenn man daran denkt, daß die „Bürger“, welche auf einander mit Knüppeln losgingen, ja zum größten Theil in irgendwelcher Abhängigkeit von den großen Familien waren. Wenn man diese wirklichen Zustände betrachtet, so wirken die Deklamationen der Stoiker und sonstiger Doktrinäre über die alte römische Freiheit noch komischer, wie sie so schon thun; und diesen Deklamationen glauben die Historiker theilweise noch heute!

Die nächstliegende Art der Landwirthschaft mit Sklaven wird die sein, daß man die Leute in einzelnen Trupps unter Aufsicht auf dem Acker arbeiten läßt. Da die Römer Ende der Republik die Sklaven als Vieh betrachteten und auch so behandelten, so mußte man sich gegen die Flucht schützen, indem man sie fesselte.

Nun wird die Arbeit solcher Leute sehr wenig werth sein. Es ist eine durch vielfältige Erfahrung bestätigte Thatsache, daß die Arbeit desto schlechter ist, je schlechter es dem Arbeiter geht; die Ueberlegenheit der amerikanischen Landwirthschaft über die deutsche beruht zum großen Theil darauf, daß in Amerika bessere Löhne gezahlt werden. Speziell in dem Fall der Römer kam noch dazu, daß diese eine Kultur hatten, welche scharfe Aufmerksamkeit des Arbeiters und ein selbständiges Denken bei ihnen beansprucht. Endlich noch war in Italien wenigstens, vielleicht auch in manchen Provinzen, Sitte, die Obstbäume und Weinstöcke auf die Felder zu pflanzen. Bei böswilliger oder nachlässiger Arbeit während des Pflügens mußten da leicht die Wurzeln verletzt werden, wodurch natürlich dem Besitzer großer Schaden entstehen konnte.

Außerdem hörten mit Ende der Republik auf etwa 200 Jahre die Kriege auf, welche Sklaven lieferten, und auch den Piraten, welche bekanntlich viele Sklaven verkauften, war das Handwerk damals gelegt. Die Sklaven mußten also gezüchtet werden. Nun vermehrt sich eine Sklavenbevölkerung recht langsam, und die Aufzucht von Sklaven kommt sehr theuer.

Als weiteres Moment kommt dazu, daß schon Ende der Republik der Landbau den Römern als „schmutzig und unanständig“ erschien. Der Besitzer bekümmerte sich nicht selbst um die Wirthschaft, sondern ließ die Leitung durch aus dem Sklavenstand genommene Verwalter besorgen. So lange nun der Herr selbst den Betrieb leitet, sind die Sklaven gegen die schlimmsten Quälereien durch das eigene Interesse der Herren geschützt, für den sie ja eben so Kapital sind, wie heute für einen Gutsbesitzer der Viehstand. Die Unmenschlichkeiten, die uns aus den amerikanischen Kolonien berichtet werden, fanden fast ausschließlich auf von Verwaltern geleiteten Gütern statt. Zu der Neigung auf Grausamkeit und Bedrückung, die sich bei solchen Leuten ausbildet, mußte im Alterthum noch die geschlechtliche Lüsternheit kommen, die auf den Kolonien wenigstens dadurch etwas gezügelt wurde, daß die Sklaven dort anderer Rasse waren.

Alles das wirkte zusammen, um es als das eigene Interesse der Herren erscheinen zu lassen, das Loos der Sklaven überhaupt besser zu stellen. Nur einmal hören wir in der Zeit von Augustus bis zum Ausgang der Antonine von einem Sklavenkrieg, und zwar wieder in Sizilien, wo die Behandlung der Sklaven immer die unmenschlichste gewesen war. Sonstige soziale Unruhen finden sich nur in der letzten Zeit, Ausgang des vierten und Anfang des fünften Jahrhunderts, und zeigen Sklaven und Freie vereinigt, ein Beweis, daß die Ursache der Unzufriedenheit nicht die Lage der Sklaven als Sklaven war, sondern der allgemeine soziale Druck. Auch positive Zeugnisse haben wir. Man nahm dem Landsklaven die Ketten ab. Der jüngere Plinius erzählt, daß für seine Zeit in Oberitalien Niemand mehr in Ketten arbeiten ließ. Man hatte eingesehen, daß es auch auf den guten Willen der Sklaven ankam und suchte ihnen Interesse für ihre Arbeit durch bessere Behandlung einzuflößen. Das geht namentlich aus Columella hervor.

Parallel ging eine allgemeine Milderung der Sitten. Die Philosophie war der Lieblingssport der gebildeten Welt geworden, und die Philosophen aller Schattirungen verkündeten einstimmig, daß die Sklaven von Natur ganz dasselbe seien, wie die Freien. In Griechenland, wo man sich, seitdem man keine Helden

mehr hervorbrachte, damit tröstete, daß man die „Weisen“ kultivirte, bildeten sich diese Anschauungen aus und wurden dann nach Rom übertragen, teilweise gerade durch Sklaven, welche etwa wie Epiklet stolz darauf waren, daß sie „in Ketten frei“ waren. Die humanere Gesinnung machte sich in der Gesetzgebung bemerkbar, namentlich unter den Antoninen: beim Verkauf der Sklaven sollten die Familienbande respektirt werden; Sklavinnen in Bordelle und Sklaven für die Arena zu verkaufen ist nur nach Ermächtigung seitens der Beamten gestattet; die Sklaven können gegen Mißhandlung der Herren klagen; das Recht auf Leben und Tod der Sklaven wird den Herren entzogen u. s. f. Eine bedeutsame Wandlung: der Sklave ist nicht mehr Vermögensstück, sondern er hat selbständige Rechte. — Seit Konstantin wird die Gesetzgebung den Sklaven wieder weniger günstig. Aber das entspricht der allgemeinen Verrohung jener Zeit. Auch das Christenthum wirkte in mancher Hinsicht mildernd auf das Loos der Sklaven; diesen Einfluß darf man freilich nicht zu hoch anschlagen, er pflegt stark überschätzt zu werden.

Halten wir neben diese Gesetze, daß seit dem vierten Jahrhundert auch die armen Freien gefoltert werden konnten, so haben wir zwei markante Züge aus jenem Prozeß der Ausgleichung zwischen Sklaven und Armen, welcher oben skizzirt ist.

Noch auf einem dritten Wege kam eine Hebung des Sklavenstandes: durch die glebae adscriptio.

Beim Hypothekenverkehr wurde nicht nur der Boden verhypothezirt, sondern auch das Inventar, inklusive der Sklaven. In entlegeneren Gegenden, wo der Boden billig war, und später, als die Steuern ziemlich den ganzen Reinertrag des Bodens wegnahmen, mußte der Sklavenstand der Güter den größten Theil des landwirschaftlichen Kapitals ausmachen. Die verpfändeten Sklaven wurden natürlich in dem Hypothekeninstrument verzeichnet und waren, solange die Hypothek nicht zurückgezahlt war, unlöslich mit dem Gut verbunden. Da bei dem herrschenden freien Verkehr in Kauf, Verkauf, Verpfändung, Verpachtung 2c. der Güter, der größte Theil der Güter mit Hypotheken belastet gewesen sein muß, so war damit der größte Theil der Sklaven an die Scholle gefesselt. Das bedeutete eine Besserung im Loos der Sklaven. Der Sklavenstamm eines Gutes war durch langes Zusammenleben unter einander verwandt, so hatten sich tausend kleine menschliche Beziehungen herausgebildet auch zu den Beamten und zur Herrschaft; ein näheres Verhältniß zu dem Boden wurde geschaffen, und so fort.

Aus steuerpolitischen Gründen beschäftigte sich nun auch das öffentliche Recht mit der Sache. Die Bebauung des Bodens war nur dann garantirt, wenn Sklaven auf ihm gehalten wurden. Um dem Steuerdruck auszuweichen, gab Mancher vielleicht seinen Boden überhaupt auf, ließ ihn wüst liegen, und verkaufte die Sklaven. Außerdem kam durch den freien Verkehr mit den Landsklaven Unordnung in die Steuerregister, da ja die Landsklaven Kopfsteuer zu zahlen hatten. So wird zuerst 327 verboten, Landsklaven aus der Provinz, dann unter Valens und Valentinian 367, sie vom Gut zu verkaufen. Die Landsklaven sind jetzt definitiv an die Scholle gebunden.

Aber noch auf eine andere Entwicklung drängten die Verhältnisse.

Die Vortheile des Großbetriebs in der römischen Landwirthschaft können nicht groß gewesen sein. Ueberhaupt hat ja der Großbetrieb in der Landwirthschaft seine Grenzen; wenn das Areal, welches die Wirthschaftseinheit bildet, zu groß wird, so geht ja viel Arbeitskraft durch die nothwendig werdenden Wege der Arbeiter verloren. Nun hatte man im Alterthum bekanntlich keine Maschinen, welche die Kooperation großer Menschenmassen nöthig gemacht hätten. Der einzige Vortheil des Großbetriebs war demnach der, daß eine intelligente Leitung der

landwirthschaftlichen Arbeit vorhanden war. Wenn man die großen Güter in Parzellen theilte, diese Parzellen mit dem nöthigen Wirthschaftsinventar versah, und auf diese Stellen Sklaven setzte, denen man die Art der Wirthschaft vorschreiben konnte, so ersparte man offenbar den Verlust an Arbeitskraft, welcher durch die Wege entstand und vereinigte doch die Vorzüge damit, welche eine intelligente Leitung der Wirthschaft darbot. Außerdem aber, und das ist das Wichtigste, erhielten jetzt die Sklaven ein starkes Interesse an ihrer Arbeit; sie waren bis zu einem gewissen Grade frei und selbständig, und wurden durch die Freude an einer freien Arbeit angetrieben, nicht durch die Sklavenpeitsche. Das muß auch günstig auf die Familienverhältnisse gewirkt haben, und solche Leute müssen mehr Kinder gehabt haben, wie die Sklaven im Sklavenzwinger; die Reproduktion des Sklavenstammes kam also den Herren billiger.

Allerdings waren diese Leute ebenso der Willkür ihrer Herren unterworfen, wie jeder andere Sklave. Von dem Ertrag der Stelle mußte der Mann und seine Familie sich nähren, das Uebrige mußte er dem Herrn abliefern, meistens in natura. Der Herr konnte so viel von ihm verlangen, daß er von der Last erdrückt wurde, konnte willkürlich die Abgabe steigern, konnte ihm sein Erworbenes nehmen — kurz, der Sklave hatte keinerlei Recht. Aber er wurde geschützt durch das eigene Interesse des Herrn; denn wenn es ihm allzu schlecht ging, so wurde er natürlich immer leistungsunfähiger; und dieser Schutz wird bis in die Zeiten des allgemeinen sozialen Drucks durch die Bureaukratie und die Steuern gedauert haben.

Diese so auf Parzellen gesetzte Sklaven sind die Kolonen. Ein Pendant dazu haben wir bei den Handwerkssklaven; auch diesen gab man oft eine gewisse Selbständigkeit, ließ sie für sich arbeiten und forderte nur den Ueberschuß des Ertrags für den Herrn.

Neben den Sklavenkolonen gab es noch freie Kolonen. Zum Theil werden diese aus der Zeit stammen, wo die Römer die Eroberungen gemacht und Land konfiszirt hatten; die alten Bebauer des Landes blieben vermuthlich auf ihrer Stelle sitzen und zahlten einen Theil des Ertrags als Pacht. Vielleicht ist man durch Uebertragung dieser Institution auf die Idee des Sklavenkolonats gekommen. Später siedelte man Barbaren als Kolonen an, die gleichfalls persönlich frei waren. Auch gaben freie Bauern, welche sich hier und da noch gehalten hatten, in den schweren Zeiten des fünften Jahrhunderts ihre Stelle als Eigenthum an einen großen Besitzer und blieben als Kolonen auf ihr sitzen. Sie erkauften sich dadurch den Schutz des großen Herrn. Endlich, nachdem, wie wir sehen werden, die Kolonen gesetzlich an die Scholle gebunden waren, erhielten viele Sklavenkolonen die Freiheit: sie konnten ja ihre Stelle doch nicht verlassen, und wenn sie frei waren, brauchten die Herren keine Kopfsteuer für sie zu bezahlen. Das wurde dann später verboten.

Aus denselben steuerpolitischen Gründen, wie die Sklaven, wurden auch die Kolonen, Sklavenkolonen und freie Kolonen an die Scholle gebunden.

Wir sehen, wie sich Gebundenheit und Erblichkeit überall im römischen Reich entwickeln, in den höchsten Schichten der Gesellschaft, wie in den tiefsten.

Da die Sklaven gegenüber den besitzlosen Freien doch die ungeheure Majorität waren, so kann man die geschilderte Entwicklung als ein Aufsteigen der unteren Klasse bezeichnen.* Das Aufsteigen wurde gehemmt durch die Steuerentwicklung.

* Dabei muß man immer unterscheiden zwischen der juristischen Form und den thatsächlichen Zuständen. Im Mittelalter hat der Grundherr als Gerichtsherr das Recht über Leben und Tod seiner Hörigen, während schon die Antonine den Sklavenbesitzern dieses Recht, welches hier aus dem Besitz geflossen war, genommen hatten. Dem Mann war es natürlich

Wir sehen wieder, wie die Inkongruenz zwischen politischer und ökonomischer Gestalt des Reiches, welche den ungeheuren Steuerdruck verursacht hat, der Grund zu seinem Untergang gewesen ist.

In ihrer Noth suchten die Possessoren natürlich die Steuerlast auf die unter ihnen stehende Klasse abzuwälzen, und wie am Acker Raubbau getrieben wurde, so wurde auch am Kolonenstand Raubbau getrieben. Da der Staat einsah, daß auf diese Weise die Steuerquelle schließlich ganz verschüttet werden mußte, so gab er eine Schutzgesetzgebung für die Kolonen; das geschieht seit Konstantin. So soll den Sklavenkolonen seit 325 ein Klagerecht gegen die Herren gewährt werden, falls diese mehr Pacht verlangen, wie früher. Die Grundsteuern sollen nicht von den Kolonen eingezogen werden. Die Naturalpacht darf nicht in Geldpacht verwandelt werden, u. a. m.

Diese Gesetze haben natürlich keinen Erfolg gehabt; da die Steuern über die Kraft des Volkes hinausgingen, so mußten sie eben schließlich auch das Volk ruiniren. Deshalb sehnen sich die Kolonen nach den Barbaren, rufen sie selbst ins Land und gehen zu ihnen über; so kamen 40000 Kolonen in Italien zu Alarich. Die Wohlthat, welche die Barbaren dem Volk angedeihen ließen, bestand lediglich darin, daß sie einen unhaltbaren Staat zerschlugen und dadurch die Leute von der blutsaugenden Bureaukratie befreiten; weiter haben sie nichts gethan; da sie noch in den Anschauungen des gentilizischen Staates staken, so habilitirten sie sich als Volk, welches neben und zwischen dem alten Volk wohnte, mit ihm aber nichts zu thun hatte. Positives haben sie also zunächst der alten Gesellschaft nicht gebracht. Aber daß sie jenen unhaltbaren Staat zerschlugen, war genug, um ihnen die begeisterte Hingebung der alten Völker zu sichern.

Indem die Landbausklaven an die Scholle gefesselt waren, konnten sie natürlich nicht in die Stadt kommen. In der Stadt aber wohnten die Possessoren; diese, da sie die Reichen bildeten, waren zum Dienst in der Curie verpflichtet, und, wie wir früher sahen, genau so an den Boden gebunden, wie die Ackerbausklaven; sie durften nicht auf längere Zeit die Stadt verlassen. Da sie nun auf diese Weise die Rohproduktion nicht mehr beaufsichtigen konnten, so suchten sie wenigstens die Fabrikation unter den Augen zu behalten, sie zogen die Fabrikationssklaven zu sich in die Stadt; auf dem Land wurde jetzt der Rohstoff produzirt, in der Stadt wurde er verarbeitet. Damit beginnt der ökonomische Unterschied zwischen Stadt und Land, der unsere moderne Wirthschaft beherrscht.

Die Sklaven arbeiten theils in Fabriken, theils selbständig; und auch freie Arbeiter arbeiten neben ihnen. Es ist schon darauf hingedeutet, daß die für Erfüllung der Leistungen an Staat und Gemeinde organisirten Kollegien nicht etwas ähnliches sind, wie die Zünfte. Aber trotzdem findet sich der Ursprung der Zünfte in dieser Zeit, in den collegia tenuiorum. Für die unteren Klassen

---

egal, ob er von seiner Herrschaft hingerichtet wurde, weil diese über ihn Gerichtsbarkeit hatte, oder weil er ihr Besitzobjekt war; in Wirklichkeit hat in beiden Fällen nur das eigene Interesse des Besitzers resp. Grundherrn ihn geschützt. Praktisch ist also ein Rückgang gegen die Zeit der Antonine vorhanden. Der moderne freie Arbeiter steht sich in vieler Hinsicht praktisch schlechter, wie der Sklave; der Sklave als Vermögensstück war doch immer seines Unterhalts sicher, während der moderne Arbeiter stets die Möglichkeit des Hungertodes vor Augen hat. Bei einer voraussichtlich tödlichen Krankheit wurde der Sklave allerdings ausgesetzt; der moderne Arbeiter geht aber schon zu Grunde bei einer nur langwierigen Krankheit. Aber indem der Arbeiter formal immer höher gestellt wurde, ist eine wichtigste Bedingung zu seiner endlichen völligen thatsächlichen Emanzipation gegeben; ganz abgesehen davon, daß die allmälige formale Hebung ihm doch auch geistige Güter verschafft hat.

existirte Assoziationsfreiheit, jedoch durfte man immer nur einem Verein angehören. Nun waren in der arbeitenden Bevölkerung damals Sterbekassen sehr beliebt; die Mitglieder kamen monatlich einmal zusammen und aßen mit einander, hatten einen speziellen Gott — aus dem bei den Zünften später der Zunftheilige geworden ist — und besprachen, wie das so kommt, vermuthlich auch noch andere Dinge, als bloße Kassenangelegenheiten. Da man nur in einem derartigen Verein sein konnte, so erscheint es natürlich, daß Jeder sich in eine Kasse aufnehmen ließ, wo er bereits Leute seines Gewerks traf. Derartige „collegia tenuiorum" enthielten Sklaven und freie Arbeiter zusammen. Da die Fabrikationssklaven keine Kopfsteuer zahlten, so muß sich der Unterschied zwischen ihnen und den Freien sehr verwischt haben. Durch die gemeinsamen Kulthandlungen wurden diese Gesellschaften in den unruhigen Zeiten zusammengehalten, und aus ihnen entwickelten sich später die Zünfte.

So sehen wir die alte Gesellschaft aus sich selbst heraus bereits in jener Umbildung begriffen, welche sich nach der Eroberung des Reiches fortsetzte, und wir sehen auch den Grund, der eine gewaltsame Revolution, das Zerschlagen der alten Staatsform, nöthig machte und die stille Evolution nicht ausreichen ließ.

Natürlich sind noch eine Menge anderer Momente dazu gekommen. Eins der wichtigsten war die bereits seit Jahrhunderten fortgesetzte friedliche Ansiedlung von Germanen im römischen Reich. Schon Augustus beginnt damit, und unter den späteren Kaisern nehmen diese Ansiedlungen immer zu. Die Germanen kamen in das Reich als Sklaven durch die großen Kriege; „fast keine Familie war, die nicht einen gothischen Sklaven gehabt hätte", erzählt in der freilich übertreibenden Weise seiner Zeit ein Schriftsteller Ausgangs des vierten Jahrhunderts. Kriegsgefangene wurden auch als Kolonen angesiedelt, nicht nur als Sklavenkolonen, sondern auch als freie Kolonen. Der Rhetor Eumenes sagt: „Jetzt ackert für mich der Chamave und Friese! Er, der plündernd durch unsere Lande streifte, bestellt, von der Arbeit schmutzig, den Boden; er treibt auf unsere Wochenmärkte Vieh zum Verkauf, und der barbarische Landmann macht das Getreide billiger. Ja, wenn er zur Aushebung berufen wird, eilt er herbei, wird durch Disziplin gebändigt, mit Schlägen gezüchtigt, und rühmt sich freudig, daß er nun unter dem Namen eines Soldaten dienen kann." Auch freiwillig kamen Germanenschaaren und ließen sich als Kolonen ansetzen. Zum Theil wurden die Leute von einander getrennt und auf verschiedene Güter gegeben; zum Theil müssen sie aber auch zusammengeblieben sein und haben vielleicht markgenossenschaftlich einen ihnen angewiesenen verlassenen Distrikt, der als Privateigenthum des Kaisers galt, angebaut. Markomannen, die Marc Aurel bei Ravenna angesiedelt hatte, wollten die Stadt plündern; eine Horde Franken, die am schwarzen Meer saßen, machte einen Raubzug die asiatische Küste entlang durch das mittelländische Meer, dann durch die Meerenge von Gibraltar die spanische und gallische Küste entlang, bis sie nach Germanien kamen. Das setzt doch voraus, daß die Leute zusammen saßen. Eine andere Art, die Germanen anzusiedeln, war nach dem System der Militärgrenzen; so saßen die Läten; und endlich räumte man ganzen Stämmen ein Land ein, das sie unter römischer Oberhoheit, aber unter eigenen Gesetzen und eigener Regierung bewohnten. Sie waren nur verpflichtet, Rekruten zu stellen.

Uns erscheint eine solche Art, die schlimmsten Feinde des Reichs ins Reich selbst zu ziehen, sehr bedenklich. Allein man muß nicht vergessen, daß die Germanen, mochten sie auch von der römischen Zivilisation schon Manches gelernt haben, doch noch nicht so weit waren, daß sie ein Nationalitätsbewußtsein gehabt hätten. So lange es ihnen im Reiche gut ging, kämpften sie treu für die Römer gegen

ihre Brüder. Erst als auch sie trotz ihrer in den meisten Fällen den Provinzialen überlegenen Stellung den sozialen Druck zu sehr fühlten, wurden sie gefährlich. Sonst war die einzige Gefahr, daß sie in der ersten Zeit sich leicht zu Räubereien entschlossen. Daß aber später die germanische Invasion durch diese überall zerstreuten Germanen erleichtert wurde, ist gewiß. Wir finden ein Gesetz, welches den Sklaven das barbarische Kostüm verbietet; es kann nur in der Furcht seinen Ursprung haben, ihre Konspirationen unter einander und mit den Feinden zu erleichtern.

Nun blieben die Germanen jedoch nicht in der untergeordneten Stellung von Kolonen und Bauern. Wir sahen schon, wie im letzten Jahrhundert des Reichs die Generale fast nur Germanen sind. Aber auch im Zivildienst finden wir die Germanen die Römer verdrängen. Unter Constantius schon wird geklagt, daß er als Lehrer und Rathgeber keine Gebildeten und Philosophen, sondern Barbaren und Eunuchen habe. Seit Merobaudes, dem Premierminister Gratians, reißt die Reihe der germanischen Minister fast nicht mehr ab, und unter diesen Franken, Vandalen und Gothen finden wir großartige Staatsmänner. Wie immer finden wir die Bureaukratie unfähig, Staatsmänner hervorzubringen, und da die römische Verwaltung bureaukratisch geworden war, so war den alten Herrschern der Welt die Fähigkeit des Herrschens verloren gegangen, und sie mußten diese Aufgabe an Männer abtreten, die vielleicht nur nothdürftig lesen und schreiben konnten, aber bei der einheimischen demokratischen Verfassung staatsmännische Gaben erworben hatten.

Und die alte Kultur hatte bereits alles Selbstbewußtsein verloren. Gratian kleidete sich in barbarische Tracht; das germanische Kostüm mußte Anfang des fünften Jahrhunderts in Rom den Bürgern verboten werden.

Man ist in Verlegenheit, auf welches Jahr man eigentlich den Untergang des weströmischen Reichs fixiren soll: eine solche Fixirung ist eben unmöglich. Wie die Natur, so macht auch die Geschichte keinen Sprung. Man darf nur nicht mit den Augen auf der Oberfläche des geschichtlichen Lebens bleiben. Von unten herauf wächst alles geschichtliche Leben. Die Verfassung des Staates ist wichtiger wie die einzelne „historische Persönlichkeit“, die Verwaltung ist wichtiger wie die Verfassung, und das soziale Leben ist wichtiger wie die Verwaltung. Zum weitaus größten Theil ist es die soziale Evolution, welche die Geschichte vorwärts treibt, und die geht ihren ruhigen und steten Gang, mag es auch in den höheren Regionen des Volkslebens stürmen und ungewittern — diese Stürme sind ja fast stets verursacht dadurch, daß die Entwicklung der übrigen Mächte des Staatslebens nicht gleichen Schritt gehalten haben mit der sozialen Evolution. Nichts weiter ist auch die Völkerwanderung und die Zertrümmerung des antiken Staats.

Briefkasten.

J. H., Bukarest. Wir sind auf theologischem Gebiete nicht zu Hause, können Ihnen daher aus eigener Erfahrung kein Ihren Zwecken dienliches Werk nennen. Von sachkundiger Seite werden uns genannt:

Oschwald, „Die Apokryphen in der Bibel“, 1853. — Keerl, „Die Apokryphenfrage“, 1855. — Fritzsche und Grimm, „Exegetisches Handbuch zu den Apokryphen des alten Testaments, 1860. — Keil, „Lehrbuch der historisch-kritischen Einleitung in die kanonischen und apokryphischen Schriften des alten Testaments“, 1873, und endlich als neuestes und angeblich bestes Werk auf diesem Gebiet Strack und Zockler, „Die Apokryphen des alten Testaments“, 1891.

Für die Redaktion verantwortlich: Georg Baßler in Stuttgart.



Nr. 40. XI. Jahrgang, II. Band. 1892-93.

Das erste Wahlergebniß.

↗ Berlin, 21. Juni 1893.

Fast in der Hälfte der Reichstagswahlkreise hat der 15. Juni noch keine endgiltige Entscheidung gebracht; das Wahlergebniß läßt sich einstweilen nur erst zur Hälfte übersehen. Aber es ist seine lehrreichere und wichtigere Hälfte. Bei der geringen Bedeutung des deutschen Parlamentarismus kommt nicht so sehr viel darauf an, welche der bürgerlichen Parteien in dem Schacher der Stichwahlen die anderen am gründlichsten über das Ohr hauen wird. Dagegen erfüllt bei den Hauptwahlen das allgemeine Stimmrecht seine weltgeschichtliche Aufgabe, und diesmal hat es so deutlich gesprochen, daß sein Verdikt nicht mißverstanden werden kann, im Allgemeinen auch nicht mißverstanden worden ist. Man ist überall darin einig, daß die entscheidenden Kennzeichen des ersten Wahlganges sind: ein glänzender Erfolg der Sozialdemokratie, die nahezu vollständige Zerschmetterung der freisinnigen Partei und ein nicht unbedeutendes Anschwellen des Antisemitismus. Aus dem Politischen ins Soziale übersetzt heißt das: ein neuer und mächtiger Aufschwung der Arbeiterklasse, eine trostlose Niederlage der Bourgeoisie gerade in ihrem verhältnißmäßig politisch noch entschiedensten Flügel und eine fortschreitende Auflösung des Kleinbürgerthums, des letzten Ankers, an dem das Schifflein des vielberühmten Gegenwartsstaats vor den sozialen Sturmwinden treibt.

Ueber das erfreulichste der drei Symptome können wir uns am kürzesten fassen. Wir haben schon wiederholt die historische Bedeutung dieser Wahlschlacht als einer glorreichen Heerschau des Proletariats hervorgehoben. Alle Hoffnungen, die vernünftiger Weise in dieser Beziehung gehegt werden durften, sind nicht nur erfüllt, sondern noch übertroffen worden. Das Proletariat hat zwei und mehr Millionen Stimmen als sein Brennusschwert in die Wagschale geworfen. Und so tapfer und unerschütterlich hat es den Kampf geführt, daß seine Gegner einstweilen noch zu verdutzt sind, um seinen Erfolg zu bemäkeln. Einstweilen noch, denn schließlich müssen sie ja bei ihrer vollkommenen Hilflosigkeit zu dem altbewährten Mittelchen greifen, das was sie nicht aus der Welt schaffen können, aus der Welt zu lügen. Aber es will schon etwas bedeuten, daß sie unter der Wucht der sozialdemokratischen Wahlstimmen der Wahrheit wenigstens vorläufig die Ehre geben, daß sie den verhaßten Todfeinden die Lorbeeren dieser Schlacht nicht abstreiten. Nur hier und da munkeln sie etwas davon, daß dem großen

Gewinne auch kleine Einbußen, dem allgemeinen Zuwachs an Stimmen auch örtliche Verluste gegenüberstehen. Weil die Thatsache richtig ist, muß sie von der Selbstkritik, die sich für die sozialdemokratische Partei schickt, anerkannt werden, doch sollten sich die Gegner hüten, all zu unvorsichtig mit dieser etwas zerbrechlichen Waare umzugehen. Wir wollen gar nicht einmal ein besonderes Gewicht darauf legen, daß wo ein sozialdemokratisches Mandat verloren gegangen ist, wie in Bremen, oder wo eins ernsthaft bedroht wird, wie in Halle, diese Erfolge der bürgerlichen Welt nur durch ihre politische Selbstentmannung, nur dadurch erzielt wurden, daß vom Agrarier bis zum Freisinn, vom Juden bis zum Judenfresser alle „Edelsten und Besten" ihre „heiligsten Ueberzeugungen" preisgegeben und sich in einen charakterlosen Ordnungsbrei aufgelöst haben, der sich noch einmal der frisch heranbrausenden Welle quer in den Weg legt. Aber die örtliche Fluktuation der sozialdemokratischen Wählerstimmen spiegelt nur allzu getreu eine besonders anmuthige Seite der bürgerlichen Gesellschaft wieder: nämlich das nomadenhafte Dasein, das den Proletariern in ihrem mütterlichen Schooße beschieden ist, und damit sollten die Herren Ordnungsparteiler in ihrem eigenen Interesse nicht allzuviel Staat machen.

In schärfstem Gegensatze zu und doch in untrennbarem ursächlichen Zusammenhange mit dem sozialdemokratischen Wahlerfolge steht die freisinnige Wahlniederlage. Treitschke sagt irgendwo, es sei eine leidige Pflicht des politischen Publizisten, manchmal zu reden, wo er schweigen, und manchmal zu schweigen, wo er reden möchte. In diesem einen Punkte wenigstens hat der borussische Historiker nicht so ganz unrecht, und so lange der Wahlkampf tobte, war es eine leidige Pflicht, in Sachen der freisinnigen Partei zu verschweigen, was man jetzt ohne Verdacht eines Treppenwitzes in die Worte des borussischen Poeten kleiden mag:

Ich wußte wohl: es mußte so verlaufen,
Das Glück war niemals mit den Hohenstaufen.

Wir wissen wirklich nicht, ob wir jener leidigen Pflicht während des Wahlkampfes in vollem Umfange gerecht geworden sind; die freisinnigen Thorheiten waren eben gar zu groß, als daß Einem schließlich nicht doch manchmal die Galle hätte überlaufen sollen. Aber jedenfalls — wenn damals Schweigen Pflicht war, so ist heute mindestens ebenso sehr Reden Pflicht, und es wäre geradezu ein Verbrechen, jetzt noch mit der Wahrheit hinter dem Berge zu halten und zu verschweigen, daß es im günstigsten Falle eine wohlwollende Illusion war, anzunehmen, der verflossene Reichstag sei wegen des unerschütterlichen Widerstandes der bürgerlichen Opposition gegen den Militarismus aufgelöst worden, und diese Opposition habe in dem Wahlkampfe einen Gang auf Leben und Tod mit Moloch machen wollen. Das ist ja Alles nicht wahr. Bei einigem taktischen Geschick der Regierung hätte sie auch von dem vorigen Reichstage die Militärvorlage oder mindestens den Antrag Huene bewilligt erhalten, und eine Opposition, die von vornherein in den Wahlkampf mit der wehleidigen Versicherung zog, gar so sehr viel weniger, als Huene, habe sie dem Militarismus ja auch nicht geboten, eine Opposition, die mitten in der schwebenden Krisis die Affenkomödie der Zukunftsstaats-Debatte aufführte und den zuverlässigsten Gegnern des Militarismus zum höchsten Gaudium seiner fanatischen Satelliten die lächerlichsten Kapriolen schnitt. Genug, eine Opposition, die so ziemlich jeden Bockstreich machte, den zu machen irgend in ihrer Macht lag, war von vornherein geliefert. Richtig ist, daß sich auch in den bürgerlichen Massen eine starke Strömung gegen den Militarismus zeigte, aber wenn Herr Eugen Richter mit seinem kalkulatorischen

Scharfsinn herausrechnet, daß die Wählerstimmen ein überwältigendes Plebiszit gegen die Militärvorlage ergäben, so merkt der gute Mann gar nicht, welch flammendes Brandmal er sich dadurch auf seine eigene Stirn drückt. Denn wenn sich in einem Wahlkampf eine unwiderstehliche Strömung gegen den Militarismus geltend macht und doch in demselben Wahlkampf gerade diejenige Partei, der nach allem historischen und politischen Rechte der Vorkampf gegen den Militarismus gebührt, den kläglichsten Schiffbruch leidet, so hat sie damit einen Urtheilsspruch erwirkt, dem gegenüber aller Hohn und Spott der reaktionären Parteien über Herrn Richter wie eitel Lobgesang tönt.

In diesen Hohn und Spott einzustimmen, liegt uns so fern, daß wir den Vater der Spar-Agnes, wäre sein persönliches und politisches Knotenthum nicht gar so widerwärtig, eher bemitleiden möchten. Es ist ja auch nur die übliche bürgerliche Beschränktheit, in der Person eines sogenannten „Parteiführers“ das eigentliche Uebel zu sehen. Jede Partei hat die Führer, die sie verdient, und wenn ihre Führer die personifizirte politische Unfähigkeit sind, so trägt die Schuld daran eben die Partei. Wie immer damit es in andern Ländern stehen mag, in Deutschland ist die Bourgeoisie auf den Militarismus angewiesen, denn nur dadurch, daß sie 1866 in die preußischen Bayonnette abgedankt hat, ist sie zu politischer Macht gekommen. Wenn sich der Kapitalismus gegen den Militarismus empören will, so bedeutet das einfach die Empörung eines Geschöpfs gegen seinen Schöpfer. In dieser Logik sind die Barth und Genossen allerdings den Richter und Genossen über, wie wir schon einmal hervorgehoben haben, und so traurig diese Logik sein mag, so ist sie doch noch immer Logik, die als solche ihren Preis verdient und auch erhalten hat. Denn die Barth und Genossen haben wenigstens ein paar Wahlsitze gerettet, während die Richter und Genossen in keinem einzigen Wahlkreise durchgedrungen sind. Im letzten Grunde erklären sich die unausgesetzten Niederlagen des Freisinns in seinem Kampfe mit Moloch daraus, daß der Kapitalismus sich vom Militarismus nicht unabhängig machen kann und vor Allem auch nicht unabhängig machen will. Wollte er wirklich ernsthaft mit dem unversöhnlichsten Gegner aller Kultur anbinden, so war ihm der einzige Weg zu diesem Ziele durch ein ehrliches Bündniß ad hoc mit dem Sozialismus gewiesen. Aber zu gleicher Zeit sich als „Vernichter“ des Militarismus und des Sozialismus aufzuspielen, das war eine politische Hanswursterei, die durch die allerzerschmetterndste Niederlage gerade gerecht genug gesühnt worden ist.

Wahlniederlagen können wieder eingebracht werden, aber die Aussicht, daß die politische Vertretung der Bourgeoisie jemals den eben erhaltenen Schlag verwinden wird, ist gleich Null. Es ist nicht einmal der gewichtigste Grund für diese Auffassung, daß die freisinnige Presse einen wahrhaft beispiellosen Stumpfsinn in den Betrachtungen über das Jena ihrer Partei bekundet. Statt ehrlich zu sagen: Ja, wir haben schmähliche Schläge erhalten, aber wir haben sie verdient und wollen uns bessern! schnüffelt sie nach irgendwelchen Zufälligkeiten herum, die ihr Unglück herbeigeführt haben sollen, stülpt sie den Karren vermufften Kehrichts über die Heranzüchtung der Sozialdemokratie durch Bismarck abermals auf öffentlichem Markt aus und ergeht sich in homerischen Scheltreden untereinander über die welt- und zwerchfellerschütternde Frage, wer ein glorreicherer „Parteiführer“ sei, Herr Eugen Richter oder Herr Rudolf Mosse. Das Allermindeste, was man von der freisinnigen Partei erwarten müßte, wenn sie noch ein bischen Ehre aus der verlorenen Schlacht retten wollte, wäre doch, daß sie für die Stichwahlen die Parole ausgäbe: Gegen den Militarismus quand même! Aber auch das thut sie nicht. Herr Eugen Richter ist viel zu sehr gefühl-

voller Gemüthsmensch, um den Gewissen seiner Bewunderer einen solchen Zwang anzuthun. Als kapitalistischer Pfiffikus kalkulirt er über die Stichwahlen so: die Sozialdemokraten gebrauchen einiges Futter für Pulver gegen eine etwaige Kartellmehrheit, und dazu werden ich und meine Myrmidonen ihnen wohl noch gut genug sein; die Reaktionäre aller Farben aber werden dem berühmten Verfasser der „Sozialdemokratischen Zukunftsbilder“ doch immer gegen die Sozialdemokratie durchhelfen. Nun, wenigstens liefert diese famose Rechnung nach der einen wie nach der anderen Seite die tröstliche Gewißheit, daß die Nemesis in unseren Tagen verzweifelt flinke Beine hat. Just ein halbes Jahr, nachdem Herr Richter unter dem tosenden Gejohle der bürgerlichen Reichstagsmehrheit zum „Vernichter“ der Sozialdemokratie proklamirt wurde, wird er in demselben Reichstagssaal mit einem wie Schnee an der Sonne geschmolzenen Häuflein einziehen, durch ein bescheidenes Hinterpförtlein und unter einer Helotenfahne, auf der mit breiten Buchstaben geschrieben steht: Von Gnaden der Sozialdemokratie!

Doch, wie gesagt, die Unbelehrbarkeit der freisinnigen Partei ist noch nicht einmal das gewichtigste Zeugniß für die Unaufhaltsamkeit ihres Untergangs. Mehr noch fällt in dieser Beziehung der relative Erfolg ins Gewicht, den die Antisemiten im Wahlkampfe davongetragen haben. Damit verläßt die kleinbürgerliche Kerntruppe die freisinnigen Fahnen, und dieser Verlust ist nicht wieder einzubringen. Mit einem Haufen von Großkapitalisten, die schließlich ihre Rechnung doch noch immer besser in dem konservativ-nationalliberalen Kartell finden, läßt sich auf die Dauer keine „Volkspartei“ bilden und keine „Volkspolitik“ machen. Ueberraschend ist auch der verhältnißmäßige Wahlerfolg des Antisemitismus nicht; an dieser Stelle brauchen wir nicht einmal eingehend seine Gründe darzulegen, da wir seit Jahr und Tag sie oft genug entwickelt und den historisch-objektiven Boden dargelegt haben, in dem subjektiv so fragwürdige Erscheinungen, wie Ahlwardt, trotz alledem wurzeln. Es ist eben auch ein Stückchen Nemesis, daß während Herr Richter überhaupt nur zu einer zweifelhaften Stichwahl gelangt ist, der von ihm so vernichtend „vernichtete“ Ahlwardt seinen alten Wahlkreis sofort wieder gewonnen hat und noch obendrein in einem für ihn aussichtsreichen Wahlkreise zur Stichwahl steht. Wir können auch hier nur unser ceterum censeo wiederholen: so lange die großkapitalistische Korruption in der freisinnigen Partei eine begeisterte Vorkämpferin hat, so lange ist Ahlwardt für sie unüberwindlich. Sie hat mehrere Jahre Zeit gehabt, sich zu überlegen, wie sie die soziale Rebellion des Kleinbürgerthums dämpfen könnte, aber da sie dem Antisemitismus nichts anderes entgegenzusetzen wußte, als einen outrirten Philosemitismus, so forderte sie das Schicksal heraus, das sie nunmehr ereilt hat.

Freund Bernstein hat jüngst in der „Neuen Zeit“ gegen den Gebrauch des Wortes Philosemitismus in der sozialistischen Presse seine Bedenken geäußert, Bedenken, deren Berechtigung wir nicht verkennen, wie wir Bernstein's prinzipielle Auffassung der anti-philosemitischen Frage vollends unterschreiben. Die Frage ist nur, wie dann jene ideologische Hülle, in welche die großkapitalistische Korruption sich noch zu guter Letzt zu kleiden sucht, treffender genannt werden kann. Wäre der Philosemitismus des Freisinns eine ideologische Bewegung, so würden wir vor ihr noch alle Achtung haben, aber daß er dies nicht ist, sondern eben nur eine widerliche Maske, geht wie aus vielem Andern auch daraus hervor, daß alle die philosemitischen Helden, selbst mit den Mitteln gerichtlicher Falscheide, die Thatsache zu verklären gesucht haben, daß ein jüdischer Redakteur der „Vossischen Zeitung“ allein wegen seines Judenthums von dem Besitzer dieses Blattes auf das Pflaster geworfen wurde. Eine ärgere Brutalität hat der deutsche

Antisemitismus vielleicht überhaupt nicht auf dem Kerbholze, und doch hat sie die lebhafte Unterstützung des freisinnigen Philosemitismus erhalten. Diesen Philosemitismus, der nichts als die letzte ideologische Verkleidung des ausbeuterischen Kapitalismus darstellt, rücksichtslos zu brandmarken, ist doch wohl recht eigentlich die Aufgabe der sozialistischen Presse, wenn sie auch immer streng darauf zu achten hat, daß sie unter Philosemitismus ganz etwas Anderes versteht, als die antisemitische Presse. Die Möglichkeit einer Mißdeutung in dieser Beziehung ist, darin hat Bernstein vollständig recht, durchaus zu vermeiden; sie ist ebenso sehr zu vermeiden, wie die Möglichkeit einer Mißdeutung, die dadurch hervorgerufen wird, daß, selbstverständlich nicht von Bernstein, aber sonst wohl gelegentlich von sozialistischer Seite in Parlament und Presse der Antisemitismus mit Gedanken und Redewendungen bekämpft worden ist, die ebenso gut von einem freisinnigen Redner oder in einer freisinnigen Zeitung hätten geäußert werden können. Das kann unter Umständen viel größere Verwirrung stiften, als der Gebrauch des ja allerdings mehrdeutigen Worts Philosemitismus schlimmsten Falls stiften kann.

Vom sozialistischen Standpunkt aus ist das relative Anwachsen des Antisemitismus zweifellos ein Fortschritt der historisch-ökonomischen Entwicklung. Es bedeutet die fortschreitende Sozialisirung des politischen Kampfes, die Entkräftung der kapitalistischen Parteien und nicht zuletzt auch die Ueberwindung des Antisemitismus selbst. Denn von ihm als einer in sich unklaren und widerspruchsvollen Bewegung gilt in der That, was dem Sozialismus oft sehr irrthümlicher Weise nachgeredet worden ist: je mehr er sich ausbreitet, um so mehr muß er in sich zusammenklappen und die einstweilen von ihm gebundenen Kräfte in die sozialistische Bewegung entlassen. Diese Todten reiten in der That sehr schnell. Derselbe Ahlwardt, der vor sieben Monaten von den Junkern in den Reichstag gelootst wurde, um ihnen als Sturmbock zu dienen, donnert jetzt in seinen Wahlflugblättern gegen „Jude und Junker“ und hat mit dieser Parole einen glänzenden Wahlsieg über seinen Protektor von gestern, den junkerlichen Landrath des Kreises Arnswalde-Friedeberg, davongetragen.

So viel über die wesentlichsten Kennzeichen der Hauptwahlen. Um das Ergebniß der Stichwahlen findet augenblicklich der grauen-, um nicht zu sagen gaunerhafteste Schacher zwischen den bürgerlichen Parteien statt. Einzig die Arbeiterschaft nimmt auch hier eine klare und prinzipientreue Stellung ein. Auf ihr beruht die einzige, aber auch starke Hoffnung, daß uns wenigstens eine Kartellmehrheit erspart bleiben wird, nachdem es durch die selbstverschuldete Niederlage der bürgerlichen Opposition im ersten Wahlgang zur überschwänglichsten Illusion geworden ist, von dem neuen Reichstag einen festen Widerstand gegen den Militarismus zu erwarten.

Der wildgewordene Kleinbürger und Bauer und die Wahlen.

In dem Augenblick, in dem wir dies schreiben, stehen überall die Stichwahlen vor der Thür. Diese erst werden die Zersetzung der alten bürgerlichen Parteien in ihrer ganzen Tiefe enthüllen.

Als parlamentarische Fraktionen müssen die Freisinnigen und das Zentrum in erster Linie die Bildung einer von fremder Unterstützung unabhängigen Kartellmehrheit im Reichstage zu verhüten suchen und sie könnten das nur, wenn sie

gegebenen Falles immer die Stichwahlunterstützung eines Sozialdemokraten derjenigen eines Nationalliberalen oder Konservativen vorziehen. Ob aber die Wähler dieser Parteien gewillt sind, auf solchen Wegen zu folgen, ja ob die Parteileitungen den Wählern ein solches Vorgehen überhaupt werden anrathen dürfen, ohne sich sofort von den Massen auf das Schimpflichste desavouirt zu sehen — darüber heute Vermuthungen zu äußern, verlohnt sich nicht, weil die Thatsachen selber gesprochen haben werden, wenn diese Zeilen den Leser erreichen. Erst nach dem 24. Juni wird die symptomatische Bedeutung der letzten Wahlen, das unaufhaltsame Zurückweichen des bürgerlichen Liberalismus vor dem Militärabsolutismus oben und der Sozialdemokratie unten, richtig zu schätzen sein. Heute beschränken wir uns daher auf die Hervorhebung einiger anderer Merkmale und Ergebnisse des Wahlkampfes, die für die kommenden parlamentarischen Entscheidungen zwar weniger von Belang sind, um so mehr jedoch für die Erkenntniß wichtiger Volksströmungen der Gegenwart.

Charakteristisch für die letzten Wahlen ist vor Allem die Rolle, welche dabei der untergehende gewerbliche und landwirthschaftliche Mittelstand gespielt hat. Die überraschenden antisemitischen Erfolge gegen die Konservativen in Sachsen, die zahlreichen Meutereien im Zentrumslager, besonders Bayerns, sind schlagende Beweise dafür, daß jetzt endlich auch solche Bevölkerungsschichten in selbständige Bewegung gekommen sind, die sich bisher theilnahmlos bescheiden damit begnügten, für andere Interessen und Parteien Spalier zu bilden, wenn diese sich zum Einzug in das Parlament anschickten.

Diese jetzt in Fluß gerathenen Elemente standen bisher wohl auf der tiefsten Stufe der politischen Schulung und Bildung. Keine nachhaltige politische Agitation erreichte sie; sie waren wenig an politische Lektüre und Diskussion gewöhnt; nur am Wahltag traten sie in Aktion; das Amtsblatt, der Pfarrer, der Großfabrikant oder Großgrundbesitzer gab ihnen dabei das Losungswort. Sie waren militärfromm, loyal und patriotisch, das beste Material für eine Hurrahmajorität. Nun hat sie die Noth sich regen gelehrt, zunächst in roher, kindisch unbeholfener Art, aber überall doch schon in G e g e n s a t z zu ihren ehemaligen Führern und Vertrauensmännern. Der Riß in den alten Parteien liegt offen zu Tage und er ist viel größer, als man noch vor wenigen Wochen ahnte.

Die Antisemiten im Königreich Sachsen und die aufsässigen katholischen Bauern in Bayern liefern die besten Belege hierfür.

In Sachsen sind so ziemlich alle alten Kartellkonservativen — von der Firma Friesen, Ackermann und Schwiegersohn — an die Luft gesetzt worden, und zwar von den Sozialdemokraten auf der einen und den Antisemiten auf der anderen Seite. Die Friesen und Ackermann warfen in richtiger Erkenntniß der Lage schon vor der Wahl die Flinte ins Korn. Herr Dr. Mehnert war vorwitziger und bestand darauf, sich erst eine Niederlage zu holen; in seinem Kreise kämpft nunmehr der Antisemit in Stichwahl mit dem Sozialisten. Nur Dr. v. Frege hat sein Mandat aus den Trümmern der sächsischen konservativen Herrlichkeit gerettet; er hat aber auch dem Antisemitismus reichlich von den Schätzen seiner Beredtsamkeit geopfert.

Wir wiesen schon früher einmal darauf hin,* daß Sachsen ungewöhnlich wenig Juden, aber im Augenblick außerordentlich viel Antisemiten besitzt. Die kleinen Beamten, die Kleinbauern, die selbständigen Handwerker stellen hier wie anderwärts ihr beträchtliches Kontingent zum antisemitischen Heerbann. Vor Allem

---

* Siehe „Neue Zeit“, 11. Jahrgang, 1. Band, Nr. 2.

aber folgt hier der Antisemitismus den alten hausindustriellen Strichen. Hier befindet sich meistens die frühere Organisation mit ihren vielen Zwischengliedern von kleinen Ausbeutern zwischen dem großen Kapital und den bloßen Lohnarbeitern im vollsten Verfall. Die Fabriken räumen mit den kleinen Meistern auf, die noch ein paar Gehilfen sitzen hatten; die größere Zentralisation im Handel, im Aufkauf und Vertrieb merzt die vielen Agenten, Faktore und Verleger aus. Ein großes Sterben geht durch diese Industrien und alle zusammenbrechenden kleinbürgerlichen Existenzen — früher oft genug den betrügerischesten und rücksichtslosesten Ausbeutungspraktiken huldigend und als kleine Verleger die Geißel ihrer Untergebenen — schreien jetzt auf gegen das „Kapital", das ihnen in der Gestalt des auch hier rasch vordringenden Juden verkörpert erscheint, wie dem Adam sein Unglück in der Gestalt der Schlange. Dieser politische Köhlerglaube mag den religiösen noch an Naivetät übertreffen, aber er beweist doch, daß es zu Ende geht mit der idyllischen Zeit, wo der Kleinbürger noch gar nicht vom Baume der politischen Unzufriedenheit gegessen hatte. Sein Sündenfall hat begonnen und die Konservativen haben ihn mit der Vertreibung aus ihren Wahlsitzen büßen müssen. In Hessen unter den ausgewucherten verzweifelten Kleinbauern ging es schon seit Jahren so und es frägt sich nur, wie lange sich dieser Gährungs- und Umbildungsprozeß noch in den alten Schläuchen des Antisemitismus wird vollziehen können. In Berlin ist dieses Durchgangsstadium im Großen und Ganzen überwunden; hier ist der Antisemitismus bereits mehr eine ästhetisch-gesellschaftliche Schrulle und Flegelei wie eine politische Macht. Auch in den Provinzen wird diese Entwicklung eintreffen und die Liebermann von Sonnenberg rechts und die Böckel links werden sich dann erst recht als treffliche Minirer für die Zersprengung der alten Parteien und das Wachsthum der Sozialdemokratie erwiesen haben.

Aehnlich bedeutsam ist das oppositionelle Erwachen der bayerischen Bauern. Natürlich wollen wir auch hier durchaus nicht behaupten, daß es heute schon gute Früchte getragen hätte. Im Gegentheil, auch hier ist vorwiegend die Unzufriedenheit zunächst eine blind-reaktionäre. Der wachsende Druck der Militärlast spiegelt sich vorläufig nur in einer gesteigerten Abneigung gegen Preußen wieder, die steigende agrarische Noth in einer verstärkten Auflehnung gegen jede liberalere Wirthschaftspolitik. Aber auch hier gerathen Massen in selbständige Bewegung, die bisher nur auf das Kommando des Geistlichen und ähnlicher politischer Rathgeber sich rührten; und die neue Bewegung stellt sich auch hier sofort in Gegensatz zu der alten Führung. Sie verlangt „Säuberung" von den „Adeligen und Soldatisch-Gouvernementalen"; die Scheidung der bisher zusammengehaltenen Elemente der Zentrumspartei hat begonnen und sie enthält einen kräftigen Anstoß zur politischen Revolutionirung der Bauernmassen. Die Loyalitäts- und Ergebenheitsbetheuerungen haben aufgehört; man wettert gegen die Regierung, man kokettirt mit der Sozialdemokratie. Sogar vom „Bund der Landwirthe" wollten diese Bauern nichts wissen, weil er ihnen zu militärfromm ist, und dieser Zug gegen den Militarismus war so stark, daß selbst konservative Parteitage im Süden, so in Nürnberg, sich nicht rückhaltlos für die Bewilligung der Regierungsforderungen zu erklären wagten. Das Nein! des Zentrums zur Militärvorlage im Reichstag ist wesentlich durch die Angst vor diesen Bauern erzwungen worden, denen das Zentrum ein Drittel seiner Berliner Mandate und seine Herrschaft im bayerischen Landtag verdankt. Trotzdem wuchs der Groll gegen die Fraktion, wenn diese auch äußerlich ihren Bestand so leidlich erhalten hat. „Unsere Bauern — hieß es in einer Münchener Korrespondenz der „Nationalzeitung" — sind so miß-

trauisch geworden, daß sie sogar im Zentrum des Zentrums, in Niederbayern, wo der Pfarrer seit Dezennien allein die Wahlen macht, von dieser Partei, die doch wahrlich immer mit Begeisterung für Getreide- und Viehzölle ins Zeug ging, nichts mehr wissen wollen. Die Versammlung in Straubing vom 19. März ist als Unglückstag in den Annalen der bayerischen Zentrumspartei verzeichnet, schlimmer noch als der Tag von Kelheim, wo Dr. Sigl (bei der früheren Nachwahl) beinahe gesiegt hätte. Los vom Zentrum! war die Parole der stockklerikalen Bauern, die ihren Landtagsabgeordneten und verschiedenen geistlichen Herren beinahe handgreifliche Proben niederbayerischen Kraftgefühls gegeben hätten, so daß sich die Parteipresse heute noch nicht vor schmerzlicher Entrüstung fassen kann. . . . . Handel und Großindustrie sind (diesen Bauern) Schmarotzer am Marke des Volkes. Nichts ist gegenwärtig populärer in klerikalen Versammlungen, als Tiraden gegen das „wucherische Kapital", gegen weitere Handelsverträge. . . . . Die gesammte liberale Gesetzgebung, auf der die inneren Zustände des Reiches aufgebaut sind, wird geschmäht und verdammt. Die Zentrumspartei, die sich laut gegen Ausnahmegesetze jeder Art erklärt und mit Feuereifer die Rückberufung der Jesuiten und Redemptoristen als Wiedereinsetzung der Orden in den Normalstand betreibt, fordert in Einem Athem besondere Maßnahmen gegen die Juden, deren staatsbürgerliche Gleichberechtigung sie eingeschränkt wissen will, um den antisemitischen Neigungen der Menge zu schmeicheln."

Das Zentrum hat seinen alten Bestand nochmals gerettet, indem es — der Noth gehorchend, nicht dem eignen Trieb — die Militärenthusiasten vom Schlage der Huene und Matuschka abschüttelte und sich vor den Bauern und Kleinbürgern mehr denn je als Hort des Mittelstandes aufspielte. Die Konservativen in den ländlichen Bezirken haben sich dadurch geholfen, daß sie mittelst des Bundes der Landwirthe die bäuerlichen Elemente nochmals eng an sich fesselten. In den städtisch-hausindustriellen Bezirken haben sie vielfach — in Sachsen, aber auch im Westen Deutschlands — an Boden verloren gegen die Antisemiten, trotz der schärferen Betonung der Judenfrage seit dem Tivoliprogramm. Selbst die alte verkrachte Innungsbewegung suchte sich in letzter Stunde durch die Gründung einer besonderen „Mittelstandspartei" von der konservativ-klerikalen Führung loszulösen. Ueberall ist so unter den Kleinbürgern und Bauern der Mißmuth gegen die alten Parteien in rapidem Wachsen. Auch das weiteste Entgegenkommen der Führer gegen die Strebungen und Vorurtheile dieser Wählermassen kann auf die Dauer den Mißmuth nicht mehr dämpfen, denn er wurzelt in Wirthschaftszuständen, gegen die alle Kunst der alten Parteien und der Regierungen ohnmächtig ist. Diese Wählermasse wagt noch nicht entschlossen mit der Vergangenheit zu brechen, weil sie an dieselbe noch durch die tausend Bande ihres kleinen Besitzes gefesselt ist. Aber sie glaubt auch nicht mehr an die alten Götter; täglich und stündlich wird ihr Vertrauen auf die Heilsamkeit der alten Ordnung und die Ehrlichkeit der alten Führer mehr und mehr erschüttert. Ein Ahlwardt braucht ihr nichts zu beweisen; ihre Stimmung ist so, daß sie den herrschenden Personen und Parteien gegenüber ohne Weiteres jede Schlechtigkeit als glaubwürdig hinnimmt. An Stelle ihres alten Parteiglaubens ist vorläufig eine tolle, bodenlose Sektirerei getreten, ein Hoffen auf alle möglichen Wunderkuren und Quacksalbereien. Aber wie rasch wird auch dieser Wahn verflogen sein und wer weiß, welchen Zuwachs schon bei den nächsten Wahlen die Sozialdemokratie durch diese wildgewordenen Kleinbürger und Bauern erfahren wird

—ms.

Zur Geschichte der Volksrechte.

Die Wirkungen des Referendums.

Von Theodor Curti.

Mit der schweizerischen Staatseinrichtung des Referendums beschäftigen sich mehr und mehr auch die Politiker anderer Staaten: Sollen sie dieses Volksrecht unter ihre eigenen Institutionen aufnehmen? Die Organisation der Demokratie ist seit der französischen Revolution die Aufgabe der Politik geworden, und nur zu wahrscheinlich muß man es finden, daß für diese Organisation das Referendum ein Instrument abgeben könne. Aber sofort werden Einwände erhoben, von denen der wichtigste der ist, daß das gepriesene schweizerische Vorbild ein Vorbild in Wahrheit nicht sei; man bestreitet, daß das Referendum dem Fortschritt diene und stellt es als eine kulturfeindliche Macht hin.

Dagegen nun dürfte, ähnlich wie die Pilatusfrage: Was ist Wahrheit? die Frage aufgeworfen werden: Was ist Fortschritt? was ist Kultur? Beide sind kaum die ehernen Stäbe, an denen wir den Werth einer politischen Einrichtung messen können; denn allzu verschiedene Meinungen herrschen über diese Begriffe. Wir sind versucht zu behaupten, daß ein besserer Maßstab die geschichtliche Folgerichtigkeit sei, mit welcher sich eine Staatsinstitution entwickelt hat, und da ließe sich denn zum Lobe des Referendums sagen, daß es derselben keineswegs ermangelt. Nichts ist natürlicher, als die Fortentwicklung früherer schweizerischer Volksrechte zum Referendum. Und ebenso natürlich wird es Vielen erscheinen, daß auch in andern Ländern der Antheil des Volkes an der Regierung, wie er durch vermehrte Rechte der Landstände oder Parlamente, durch indirektes und allgemeines Wahlrecht im Laufe der Zeit ausgedehnt worden ist, noch eine größere Ausdehnung erfahren soll, die aber nicht anders als durch die Einführung des Referendums erreicht werden kann. Jedoch, wir bewegen uns damit in einer Betrachtungsweise, die Gefahr läuft, als blos theoretische verpönt zu werden, obwohl nichts thatsächlicher ist, als die Geschichte, und nichts zwingender, als ihre Logik.

Schlagen wir also einen andern Weg ein!

Um den Streit zu entscheiden, ob das Referendum gut sei oder böse, mag einfach sein Wandel schlicht erzählt werden. Daraus kann sich dann Jedermann ein Urtheil bilden. Ich erwarte nicht, daß dieses bei Allen das gleiche sein werde, wohl aber bin ich überzeugt, daß die Darstellung der wirklichen Verhältnisse dazu dient, eine Menge irriger Vorstellungen zu berichtigen.

* * *

Das schweizerische Referendum ist weit älteren Ursprungs, als die Meisten glauben. Volksabstimmungen über die bedeutendsten Unternehmungen des Staates kannte die Schweiz schon in den ersten Jahrhunderten ihres Bestandes, und zwar nicht blos in der Form von Landsgemeinden — wie sie in den kleinen Kantonen als Fortsetzung der germanischen Rechts- und Volkstage heimisch waren, — sondern auch als Volksbefragungen in größeren Kantonen. Sodann haben in unserem Jahrhundert eine Reihe von Abstimmungen des Schweizervolkes über Verfassungsentwürfe stattgefunden, lange bevor das Referendum seine heutige Bekanntheit erlangt hat. Außerhalb der schweizerischen Grenzen schenkt man ihm mehr Aufmerksamkeit, seit der Kanton Zürich am Ende der sechziger Jahre aus einem repräsentativen in ein rein-demokratisches Staatswesen sich verwandelte und die

neue Verfassung der Eidgenossenschaft vom Jahre 1874 die Bundesgesetze der Volksversammlung unterstellt.

Das Verfassungsreferendum ist sowohl im Bunde als in den Kantonen — dort für die Bundesverfassung, hier für jede einzelne Kantonsverfassung — obligatorisch: es muß jeweilen der Verfassungsentwurf, welchen die Vertretung ausgearbeitet hat, an die Volksabstimmung gebracht werden und erlangt Geltung nur durch die Zustimmung der Volksmehrheit. Für kantonale Verfassungen schreibt die Bundesverfassung vor, daß der Bund ihre „Gewährleistung nur insofern übernimmt“, als sie „vom Volke angenommen worden sind“. Das Gesetzesreferendum hingegen ist im Bunde fakultativ und in den Kantonen, in denen es besteht, entweder fakultativ in den einen und obligatorisch in den andern oder gleichzeitig bei Gesetzesmaterien von ungleicher Tragweite das Eine oder das Andere. Wo das fakultative Referendum eingesetzt ist, kann eine bestimmte Anzahl von Bürgern die Abstimmung über die Entwürfe der Räthe veranlassen. Es sagt die Bundesverfassung: „Für Bundesgesetze und Bundesbeschlüsse ist die Zustimmung beider Räthe (der Bundesversammlung) erforderlich. Bundesgesetze, sowie allgemein verbindliche Bundesbeschlüsse, die nicht dringlicher Natur sind, sollen überdies dem Volke zur Annahme oder Verwerfung vorgelegt werden, wenn es von 30 000 stimmberechtigten Schweizerbürgern oder von acht Kantonen verlangt wird“, während beispielsweise die züricherische Kantonsverfassung das obligatorische Referendum nicht blos für die Verfassung kennt, sondern der Volksabstimmung, welche „alljährlich zwei Mal, im Frühjahr und im Herbst, stattfindet“, ohne Weiteres „alle Verfassungsänderungen, Gesetze und Konkordate (Abkommen zwischen Kantonen) zu unterstellen sind“. Zu dem Verfassungs- und dem Gesetzesreferendum kommt als dritte Art die Initiative, oder sagen wir: das Initiativreferendum hinzu. In den meisten Schweizerkantonen nämlich haben die Bürger das Recht, sobald sie dafür in bestimmter Zahl vorhanden sind, die Aenderung der Kantonsverfassung zu begehren oder Gesetze vorzuschlagen, und im Bunde können 50 000 Bürger eine gänzliche oder theilweise Revision der Bundesverfassung fordern. In diesen Fällen handelt es sich also um Verfassungs- oder Gesetzesvorlagen, welche das Volk selbst macht und die Räthe zur Abstimmung bringen müssen.

Es ist jedoch kaum nöthig, daß wir bei diesen Unterscheidungen lange verweilen. Die Erzählung der Vorgänge selbst wird mehr als jede Dogmatik zum Verständnisse der Einrichtung des Referendums beitragen.

* * *

Die Verfassungen und Gesetze, welche dem Volksentscheide unterstellt worden sind, seit im Jahre 1831 der Kanton St. Gallen mit dem fakultativen Referendum, welches damals Veto hieß, einen Einbruch in das Repräsentativsystem gemacht hat, zählen nach vielen Hunderten. Wir werden also hier nur von einem Theile derselben reden können und beschränken uns auf die Referendumsabstimmungen in der Eidgenossenschaft. Doch sind wir festzustellen in der Lage, daß auch die Kantone, welche das Referendum einführten, es nicht wieder abgeschafft haben; daß dort die Theilnahmslosigkeit der Bürger an den Abstimmungen, die seine Gegner prophezeiten, in dem ziemlich langen Zeitraum, während dessen das Referendum schon angewendet wird, nur höchst selten eingetreten ist, und daß die kantonalen Stimm- und Wahlkörper nicht die Neigung zeigten, den Wirkungskreis des Referendums einzuengen, wohl aber diejenige, ihn auszudehnen. Gerade bei St. Gallen, welches den Reigen begonnen hat, ist bemerkenswerth, daß jede Verfassungsrevision diesem Rechte eine erweiterte Form gab.

* * *

Im Bunde sind mehrere ganze Verfassungen und einzelne Verfassungsartikel zur Volksabstimmung gelangt.

Zum ersten Male war es im Jahre 1802, daß das Verfassungsreferendum zur Anwendung kam, ohne daß übrigens die als angenommen erklärte Verfassung, welche vom 20. Mai des genannten Jahres datirt, sich zu behaupten vermochte. 72 000 Bürger hatten mit Ja, 92 000 mit Nein gestimmt und die 167 000 Enthaltungen waren den Ja beigezählt worden.

Der Verfassungsentwurf von 1833 unterlag in der Volksabstimmung.

Dagegen wurde die Bundesverfassung von 1848 von der Mehrheit des Volkes wie der Stände (Kantone oder Halbkantone) angenommen. Doch ist dabei nicht in allen Kantonen, wie heute, individuell abgestimmt worden. In dem Resultate der 145 584 Ja gegen 54 320 Nein fehlen die Stimmziffern von neun Kantonen. Die Tagsatzung erklärte, daß 15½ Stände mit einer Bevölkerung von 1 897 887 Seelen das Verfassungswerk angenommen und 6½ Stände mit einer Bevölkerung von 292 371 Seelen dasselbe verworfen habe.

In den sechziger Jahren nahm sodann eine Revisionsbewegung ihren Anfang, deren Resultat die Verfassung von 1874 ist. Gegenüber Bestrebungen, die auf eine Totalrevision gerichtet waren, beschränkte sich die Bundesversammlung darauf, im Jahre 1866 nur eine Anzahl Verfassungsartikel abzuändern und die sogenannten neun Revisionspunkte zur Volksabstimmung zu bringen. Da wurden sieben Punkte von den neun sowohl von der Mehrheit des Volkes als von derjenigen der Stände verworfen, ein weiterer fand wohl die Volks-, nicht aber die Ständemehrheit, und nur einer wurde angenommen. Das war der neue Verfassungsartikel, welcher die israelitischen und die naturalisirten Schweizerbürger den übrigen bezüglich des Niederlassungsrechtes und in der Gesetzgebung gleichstellte. Dafür also entschied sich der Billigkeitssinn der Volksmehrheit, während sonst konservative und radikale Elemente die Revision, welche ihnen zu weit oder nicht weit genug ging, zu Falle bringen wollten. Das Jahr 1872 brachte dann den Entwurf einer revidirten Bundesverfassung. Doch auch diese wurde verworfen — mit 261 072 gegen 255 609 Volks- und 13 gegen 9 Standesstimmen. Sie hatte es nicht verstanden, die zentralistischen und föderalistischen Anschauungen ins Gleichgewicht zu setzen. Solches geschah nun in dem zweiten Verfassungsentwurf, welcher das Datum des 19. April 1874 trägt und noch heute, wenn auch in einigen Artikeln verändert, Giltigkeit hat. 340 199 gegen 198 013 Bürger und 14½ gegen 7½ Stände haben ihn angenommen. Daß eine so überwiegende Mehrheit zustimmte, verschaffte der Verfassung auch größeres Ansehen und längeren Bestand, als gemeiniglich Verfassungen erlangten, welche gegen den Volkswillen ins Leben gerufen werden.

Die vom Schweizervolke selber gutgeheißenen Verfassungen von 1848 und 1874 sind in der That diejenigen, welche einzig populär wurden, Perioden des Friedens herbeiführten und während mehr als vier Jahrzehnten stetigen Fortschritts nicht von Rückschlägen gefolgt waren. Den Verfassungen der Helvetik, der Mediation und der Restauration, die unter Einflüssen des französischen Direktoriums, Napoleons und des Wiener Kongresses zu Stande kamen und sozusagen oktroirt wurden, läßt sich Gleiches nicht nachrühmen. Die beiden ersteren vermochten sich trotz vieler Vorzüge nicht zu behaupten, weil sie nicht aus dem Volksgeiste geboren waren; die dritte aber, ein Aristokratenwerk, enthielt die Keime langer Wirren, häufiger Aufstände und des Bürgerkrieges, worin es, längst morsch, endlich zusammenbrach.

* * *

Unter der Herrschaft der Bundesverfassung von 1874 sind von der Bundesversammlung bis zu dieser Stunde — im März 1893 — acht Aenderungen von einzelnen Verfassungsartikeln vorgenommen und 154 Gesetzesvorlagen ausgearbeitet worden. Jene mußten dem Referendum unterstellt werden; gegen diese konnte das Volk Einsprache erheben. Aber in den letzteren 154 Fällen wurde das Referendum nur gegen 19 Bundesgesetze und -beschlüsse ergriffen und wiederholt sind hiebei mehrere Vorlagen an demselben Tage zur Abstimmung gebracht worden. Die Abstimmung über die gesammte Bundesverfassung vom Jahre 1874 inbegriffen, ist das Schweizervolk in 18 Jahren zwanzigmal zur Urne gegangen, um sein Souveränitätsrecht auszuüben.

War das zu viel? War es zu wenig?

Ich will zugeben, daß einige Vorlagen der Räthe, die verworfen worden sind, verdient hätten, unbehelligt zu bleiben; aber ich möchte beifügen, daß andere, die nicht zur Abstimmung gezogen wurden, vielleicht verdient hätten, verworfen zu werden.

Jedenfalls kann man nicht behaupten, daß von dem Bundesreferendum ein übermäßiger oder gar ein muthwilliger Gebrauch gemacht worden sei und daß derselbe die Bürger außerordentlich belästigt habe.

Freilich war die Theilnahme nicht bei jeder Abstimmung und in allen Kantonen — die einen haben Stimmzwang, die andern nicht — gleich lebendig. Nach einer Statistik, welche sich auf die Abstimmungen der Jahre 1879—1891 erstreckt, betrugen die Stimmenden durchschnittlich 63,2 Prozent oder, wenn man die ungiltigen und leeren (unbeschriebenen) Stimmzettel abzieht, 58,5 Prozent der Stimmberechtigten; einmal kamen nur etwas über 40 Prozent, einmal fast 80 Prozent zur Urne.

Und wenn die Referendumsvorlagen und die Abstimmungstage verhältnißmäßig selten gewesen sind, so erscheint am wenigsten groß die Ziffer der verworfenen Vorlagen, welche 15 beträgt, wovon wiederum mehrere, von den Räthen abgeändert, das zweite oder dritte Mal in der Volksabstimmung angenommen wurden.

Summa: Bei 162 Vorlagen der Bundesversammlung kam das obligatorische Referendum 8 Mal zur Anwendung, das fakultative, welches gegen 154 Vorlagen begehrt werden konnte, 19 Mal. Von sämmtlichen 27 zur Abstimmung gebrachten Vorlagen wurden 12 angenommen, 15 verworfen.

* * *

Am 23. Mai 1875 hatte das Schweizervolk sowohl über einen Entwurf zu entscheiden, welcher die politische Stimmberechtigung anders regeln wollte, als über das Zivilehegesetz, oder wie die amtliche Bezeichnung lautete: „Bundesgesetz betreffend die Feststellung und Beurkundung des Zivilstandes und die Ehe." Das Stimmrechtsgesetz wurde mit 207 263 gegen 202 583 Stimmen verworfen, das Zivilehegesetz hingegen mit 213 199 gegen 205 069 Stimmen angenommen. Noch einmal erfolgte, wie gleich hier angefügt sein mag, eine Abstimmung in der Frage des Stimmrechts am 21. Oktober 1877; aber auch der zweite Entwurf scheiterte, und zwar mit der größeren Mehrheit von 213 230 Verwerfenden gegen nur 131 557 Annehmende.

Zur Stunde noch bestehen große Schwierigkeiten, das Stimmrecht durch die ganze Schweiz einheitlich zu ordnen und deshalb kann jenes zweimalige Mißlingen eines derartigen Versuchs nicht wunder nehmen. Sehr verschieden sind in den Kantonen die Wahlsitten, und das, was sich durch eine lange Gewohnheit eingelebt hat, halten Viele für das Beste, was es geben könne. Ungleich hauptsächlich ist die Auffassung von den Folgen der Schuldbetreibung und des Kon-

kurses für die Stimmfähigkeit, so daß in den romanischen Kantonen die Bürger das Stimmrecht behielten, während es in deutschen Kantonen, wenn sie ins Falliment gerathen waren, ihnen entzogen wurde. Ungleich auch die Anschauung der Bürger und zumal der Parteiführer von der Zweckmäßigkeit der obligatorischen Stimmabgabe und ihrem Einfluß auf die Stärke der einzelnen Parteien.

Gewiß wäre die Verbesserung der Stimmrechtsverhältnisse durch ein neues Gesetz wünschenswerth gewesen; es läßt sich jedoch allen bestehenden Mängeln zum Trotze sagen, daß das Stimmrecht des Schweizerbürgers auch in dem Umfange und der Art, wie es vorhanden ist, dasjenige der Bürger aller andern Länder übertrifft. Die Räthe selbst haben sich in ihren Entwürfen von manchen engen Ansichten nicht frei machen können; sie sind vor grundsätzlichen Lösungen vielleicht nur zu sehr zurückgeschreckt. Mittlerweile aber brachte die Vereinheitlichung der Schuldbetreibung und des Konkurses immerhin auch mehr Gleichmäßigkeit in die Stimmrechtsverhältnisse und wir dürfen nach den zweien, welche das Ziel verfehlten, auf das Gelingen eines dritten größeren Wurfes hoffen.

Bedeutsam — in der That viel bedeutsamer als die Verwerfung des Stimmrechtsgesetzes — war die Annahme des Zivilstandsgesetzes. Dieses Gesetz hat in allen Kantonen, deren Gesetzgebungen hierin sehr verschieden und zum Theil sehr zurückgeblieben waren, die Zivilehe obligatorisch gemacht; es befreite die Eheschließung von den polizeilichen und ökonomischen Hindernissen und ermöglichte auf dem ganzen Gebiete der Eidgenossenschaft die Ehescheidung. Nicht weniger als 106 560 Stimmberechtigte hatten Einsprache gegen den Entwurf erhoben, ein heftiger Kampf wurde gegen denselben entfesselt, selbst der Papst — Pius IX. — betheiligte sich an demselben mit einer Enzyklika und auch ein Theil der reformirten Geistlichkeit bewegte Himmel und Erde; dennoch fiel der Volksentscheid bejahend aus.

Klein allerdings war der Unterschied zwischen der Mehrheit und der Minderheit, welcher rund nur 8000 Stimmen betrug. Der Vorgang aber lehrt hierdurch gerade, welche Beständigkeit das Referendum einem Gesetze zu geben vermag. Einmal angenommen, und wenn auch nur mit kleiner Mehrheit, ist dasselbe schwer zu erschüttern. Man hat dem Zivilgesetz zwar allerlei Schlimmes nachgesagt; seine Verbrechen erweisen sich indessen bei gerechter Würdigung blos als Fehler der Ausführung, die religiöse Ehe wurde durch die obligatorische Zivilehe nicht gehindert, die Zahl der unehelichen Kinder hat in Folge der größeren Ehefreiheit merklich abgenommen und das Gesetz wird heute auch von vielen ehemaligen Gegnern nicht mehr als eine sittliche Gefahr, wohl aber als ein Hort der persönlichen Freiheit angesehen. Daß die Streitigkeiten in Ehesachen zwischen der Kirche und dem Staat aufgehört haben, empfinden die Meisten als einen Gewinn. In den bald zwanzig Jahren seiner Dauer wurde das Gesetz nie ernstlich in Frage gestellt.

* * *

In einem gewissen Zusammenhange stehen mehrere Entwürfe von Gesetzen und Verfassungsänderungen, die zu verschiedener Zeit dem Referendum unterstellt worden sind und sich sämmtlich auf das Banknotenwesen bezogen.

Ein Banknotengesetz ist am 23. April 1876 vom Volke mit 193 253 gegen 120 068 Stimmen zurückgewiesen worden, theils weil es Gegner hatte, welche die Regelung der Ausgabe von Banknoten durch die Bundesgesetzgebung als einen Eingriff in ihre weitgehende Bankfreiheit oder in die Rechte der Kantone ansahen, theils aus dem entgegengesetzten Grunde, daß das Gesetz den Anhängern strengerer Festsetzungen über den Banknotenverkehr oder eines Notenmonopols der Eidgenossenschaft nicht genügte.

In den Jahren 1879 und 1880 sammelten darauf die Monopolfreunde über 52 000 Unterschriften zur Anbahnung einer Revision der Bundesverfassung, welche die Ausgabe von Banknoten durch den Bund zum Zweck hatte. Sie beabsichtigten die Einführung des Banknotenmonopols und die Errichtung einer Staatsbank des Bundes. Aber während sie verlangten, daß das Volk sich nur über die Aenderung eines einzelnen Verfassungsartikels — desjenigen, welcher sagte, daß der Bund keinerlei Monopol für die Ausgabe von Banknoten aufstellen dürfe — aussprechen soll, behauptete die Bundesversammlung, ein solches Recht theilweiser Verfassungsrevision gebe es für das Volk nicht, sondern blos für sie, die Vertretung; Revisionen der Gesammtverfassung freilich sei eine Zahl von 50 000 Bürgern zu fordern berechtigt. Umsonst beriefen sich die Initianten auf die Protokolle der konstituirenden Tagsatzung von 1847 und auf staatsrechtliche Autoritäten. Die Bundesversammlung fragte Volk und Stände an, ob sie die ganze Verfassung einer Revision unterwerfen wollten und diese Frage nun verneinte am 31. Oktober 1880 das Volk mit 260 126 gegen 121 099, die Stände mit 17½ gegen 4½ Stimmen. Die Befürchtung war wachgerufen worden, daß bei einer Totalrevision verschiedene Verfassungsartikel angefochten und heftige Parteikämpfe erzeugt würden, und diese Befürchtung wollte das Parlament sich zu Nutzen machen. Es hoffte mit der Anfrage auf Totalrevision den verneinenden Entscheid eher zu bewirken und durch diesen die Bewegung aufzuhalten, welche es als eine demokratische und soziale verpönte.

Nach der Niederlage der Monopolfreunde sollte der zweite Entwurf eines Banknotengesetzes die öffentliche Meinung beschwichtigen; denn allzu offenkundig waren durch die Initiativbewegung für Jedermann die Mängel und Gefahren des bestehenden Banknotenwesens geworden. Dieser Entwurf erlangte denn auch Gesetzeskraft, da die Monopolpartei einen Referendumsfeldzug, welcher ihr das Monopol doch nicht bringen konnte, was ja nur durch eine Totalrevision der Verfassung möglich war, nicht unternehmen mochte. Allein im Laufe der Zeit hat sich ihre Voraussage von der Unzulänglichkeit und den schlimmen Folgen des Gesetzes vollständig bestätigt. „Die Sünde kommt mit dem Gesetz“, hatte Pfarrer Bitzius, der Sohn des Jeremias Gotthelf, als Mitglied des Ständeraths prophezeit.

Die Bundesversammlung selbst erklärte sich zuletzt sowohl für das Banknotenmonopol als auch für die Volksinitiative zur Partialrevision. Sie arbeitete zwei Vorlagen aus, von denen die eine am 5. Juli 1891, die andere am 18. Oktober 1891 zur Abstimmung kam und die chronologisch erste — über die Initiative — mit 183 029 gegen 120 599 Volks- und 18 gegen 4 Standesstimmen, die zweite — über das Banknotenmonopol — mit 231 578 gegen 158 615 Volks- und 14 gegen 8 Standesstimmen angenommen wurde.

Die beiden Postulate, welche die Demokratie einst mit einander gestellt hatte, sind also, nachdem die Parlamentsparteien zu später Einsicht gekommen, auch fast gleichzeitig verwirklicht worden.

* * *

Eine der wichtigsten Abstimmungen war diejenige über das Fabrikgesetz, welche am 21. Oktober 1877 stattfand. Ihr ist eine gewaltige Agitation vorausgegangen, in welcher selbst Arbeiter, dem ökonomischen Drucke folgend und die Bedeutung einer gesetzlichen Regelung der Arbeitsverhältnisse in den Fabriken noch nicht erfassend, gegen den Entwurf Stellung genommen haben. Durch den Eifer der organisirten Arbeiter jedoch, mit denen die zahlreichen Demokraten und Radikalen, sowie vereinzelte Liberale und in manchen Kantonen die konservativen

Katholiken zusammengingen, erhielt die Vorlage die Mehrheit von 181 204 Stimmen gegen 170 857, und auch hier hat sich wie beim Zivilehegesetz gezeigt, wie schwer es ist, ein vom Volke gutgeheißenes Gesetz nachher anzufechten. Nur schüchterne Versuche dieser Art sind beim Fabrikgesetz gemacht worden. Obwohl dasselbe neben einer Reihe anderer Bestimmungen des Arbeiterschutzes auch den elfstündigen Normalarbeitstag einführte, der zuerst auf großen Widerstand stieß, hat es sich behauptet, bewährt, und seine Fortentwicklung, nicht seine Abschaffung wird jetzt gefordert.

Auch ist dieses Gesetz selbst für andere Länder dadurch bedeutsam geworden, daß es die Bewegung für eine internationale Regelung der Arbeiterverhältnisse hervorrief und in der Schweiz mehreren anderen Gesetzen über Arbeiterschutz die Bahn ebnete.

* * *

Einige andere Abstimmungen brauchen wir nur kurz zu erwähnen.

Zweimal kamen Gesetzesvorlagen über den Militärpflichtersatz zur Volksabstimmung, weil ein großer Theil der Bürger weder mit dem Prinzip, daß, wer nicht Militärdienst thue, als Ersatz dafür eine besondere Steuer zu zahlen habe, einverstanden war, noch die Veranlagung dieser Steuer, wie der Entwurf sie vornahm, billigte. Es haben 156 157 Stimmen die erste Vorlage angenommen, 184 894 sie verworfen; die zweite Vorlage fand 170 223 annehmende und 181 383 verwerfende Stimmen. Einen dritten Entwurf hat das Volk stillschweigend gutgeheißen, indem es das Referendum gegen denselben nicht ergriff.

Zweimal auch wurde der Erfindungs- oder Patentschutz der Volksabstimmung unterworfen und hierbei handelte es sich um eine Verfassungsänderung; es kam also auch das Ständevotum zur Geltung. Das erste Mal haben 156 658 gegen 141 616 stimmberechtigte Bürger und 14½ gegen 7½ Stände eine Vorlage verworfen, das zweite Mal 203 506 gegen 57 862 und 20½ gegen 1½ Stände eine andere Vorlage genehmigt. Diese zweite Vorlage trug denjenigen Industrien Rechnung, welche vorher, weil sie sich geschädigt glaubten, die Einführung des Erfindungsschutzes bekämpft hatten.

Das Gesetz über die Subventionirung von Alpenbahnen ist am 19. Januar 1879 an die Volksabstimmung gezogen worden und hat die Zustimmung von 278 731 Stimmenden gegen 115 571 gefunden. Durch dasselbe wurde der Fortgang des Gotthard-Unternehmens gesichert; die Räthe haben aber darin für den Bau einer östlichen und einer westlichen Alpenbahn eine gleich hohe Subvention in Aussicht gestellt, da sonst die Annahme des Gesetzes in der Volksabstimmung nicht wahrscheinlich war. Das Referendum verhinderte im voraus die Uebervortheilung der Ost- und West- durch die Mittelschweiz.

Verworfen hat das Volk ein Epidemiengesetz, und zwar mit der außerordentlichen Mehrheit von 254 340 gegen 68 027 Stimmen, weil dasselbe ohne Noth den Impfzwang, der in den meisten Kantonen bestand, aber nicht überall und besonders nicht bei den Militärimpfungen geschickt ausgeübt wurde, zu einer eidgenössischen Vorschrift machen wollte, dabei aber den Gebrauch der Thierlymphe für die Impfung vorzuschreiben unterließ. Die Verwerfung des Gesetzes, weit davon entfernt, ein Kulturrückschritt zu sein, hatte die gute Folge, daß die Kantone seitdem die Impfung, wo sie nicht obligatorisch ist, erleichterten und durch gemeinsame Beschaffung genügender Thierlymphe vor Ansteckungsgefahr bewahrten.

Ein einheitliches Schuldbetreibungs- und Konkursgesetz an Stelle der kantonalen hat 244 317 gegen 217 921 Stimmen auf sich vereinigt und trat somit in Kraft.

Ebenso behauptete sich in der Volksabstimmung eine Verfassungsänderung, welche dem Bunde die gesetzgeberische Kompetenz zur Einführung der Unfall- und Krankenversicherung gab. 283 228 gegen 92 200 Stimmberechtigte und 20 1/2 gegen 1 1/2 Standesstimmen haben sie gutgeheißen.

Mit 220 004 gegen 158 934 Stimmen ist ferner ein Zolltarifgesetz angenommen worden. Die Annehmenden setzten sich aus Schutzzöllnern und Kampfzöllnern zusammen, die Minderheit aus den Freihändlern und denjenigen Kampfzöllnern, welche in dem bestehenden Tarif eine genügend scharfe Waffe gegen die Schutzzollpolitik der Nachbarstaaten erblickten.

* * *

Alle soeben erwähnten Referendumsvorlagen machten nachher wenig mehr von sich reden. Die öffentliche Meinung hat sich rasch mit ihrer Annahme oder Verwerfung zufrieden gegeben. Getheilter hingegen blieb das Urtheil über den Werth von einigen andern Abstimmungen.

Hierher zähle ich zunächst die theilweise Verfassungsrevision vom 18. Mai 1879, durch welche das Verbot der Todesstrafe, das die Bundesverfassung im Jahre 1874 in sich aufgenommen hatte, aufgehoben wurde. Ein grausiger Mord empörte die Bevölkerung und machte den Ruf nach dem Richtschwert erschallen. Petitionen wurden der Bundesversammlung eingereicht. Da beantragte diese die theilweise Verfassungsänderung, weil sie in übertriebener Besorgniß die Meinung gehegt hatte, daß sonst eine Volksinitiative gegen das gesammte Verfassungswerk vom Jahre 1874, welches ein Kompromiß der Parteien war, dessen Fall herbeiführen konnte. Das Abstimmungsresultat lehrte bald, daß das Volk die humane Bestimmung aufrecht erhalten hätte, wenn seine parlamentarischen Vertreter nicht selber den Muth verloren. Die Aufhebung des Artikels und Verbotes erfolgte mit nicht einmal 20 000 Stimmen Mehrheit. Es haben 200 485 Bürger und 14 Stände mit Ja, 181 588 Bürger und 8 Stände mit Nein gestimmt. Immerhin bedeutete dieser Vorgang nun keineswegs die Wiedereinführung der Todesstrafe in den Kantonen; jeder Kanton, der nicht bei dem Verbot bleiben wollte, mußte erst die Kantonsverfassung ändern und nur eine kleine Zahl von Kantonen haben dies gethan. Erwägt man auch, daß viele andere Staaten die Todesstrafe besitzen, ohne den Versuch ihrer Abschaffung zu machen, so mögen der Schweiz die über 180 000 Bürger, welche sich gegen dieselbe erklärten, sowie die Thatsache, daß nur wenige Kantone sie wieder eingeführt haben, zur Ehre gereichen.

In jedem Falle ist die Schuld des Abstimmungsresultates nicht dem Referendum allein beizumessen; dieses bejahte einen Vorschlag des Parlaments.

Ebenso wenig würde es gerecht sein, aus der Verwerfung des Gesetzes, welches den Schulartikel der Bundesverfassung ausführen sollte, einen ungünstigen Schluß auf die Wirksamkeit des Referendums zu ziehen. Das Gesetz sagte nicht deutlich, wie die geforderte Ausführung zu geschehen habe; daß es einen „Schulsekretär“ des Bundes in Aussicht nahm, wurde als eine rein bureaukratische Maßnahme angesehen, und im Uebrigen mißtraute die Bevölkerung den Absichten der Urheber des Artikels, welche die „Kulturkämpfer“ ex professo waren. Sie wollten keinen Sprung ins Dunkle thun. Nur aus der Verstimmung, welche die Vorlage auch bei einer Menge Freisinniger erzeugte, kann man sich ihre Niederlage erklären, die am 26. November 1882 erfolgte, dem „Konenditag“, wie die Konservativen sich überschwänglich zu sagen gewöhnten, als käme der Sieg einem Schlachtensiege der alten Eidgenossen gleich. 180 995 Unterschriften hatten die Bestimmungen gefordert; 172 010 Stimmberechtigte schrieben Ja und 318 139 Nein.

Nicht viel später — den 11. Mai 1884 — sind vier Entwürfe zur Abstimmung gekommen und sämmtlich verworfen worden. 93 046 Unterschriften hatten gegen alle zugleich das Referendum begehrt und dieser Umstand schon deutet bei der Ungleichartigkeit des Inhalts der vier Bundesgesetze und -beschlüsse an, daß ihre Gegner nicht sowohl die einzelnen Vorlagen bekämpfen, als eine Obstruktion ins Werk setzen wollten. Sie warfen der herrschenden Partei vor, daß sie aus der Zurückweisung des Schulsekretärs nicht die rechte Lehre gezogen habe, ausschließlich regiere und das Recht der Minderheiten mißachte. Die Vorlagen hatten erstens eine Aenderung in der Organisation des Justizdepartements, nämlich die Anstellung eines „Justizsekretärs" zum Zwecke; zweitens eine Herabsetzung der Patenttaxen von Handelsreisenden; drittens eine Ergänzung des Bundesstrafrechts, wonach der Bundesrath in gewissen Fällen (in andern Fällen ist diese Gerichtsbarkeit bereits eidgenössisch) politische Prozesse den kantonalen Gerichten entziehen und den eidgenössischen zuweisen konnte, und viertens eine Erhöhung des Kredits für die Gesandtschaft in Washington um 10 000 Franken. Das Bedürfniß einer Vermehrung im Personal des Justizdepartements stand außer Zweifel; hingegen ließ sich darüber streiten, ob die Bundesversammlung mit ihren neuen Anordnungen über die Patenttaxen der Handelsreisenden das Richtige getroffen habe, und was die Gesandtschaft von Washington betrifft, muß bemerkt werden, daß die Nothwendigkeit der Einsetzung einer solchen, welche nicht lange zuvor erfolgt ist, nicht allgemein zugegeben war. Am meisten übrigens drehte sich der Kampf um den dritten Punkt, den sogenannten „Stabio-Artikel". Man forderte die Ergänzung des Bundesstrafrechts, wie man sagte, um gleichen Vorkommnissen wie bei dem Prozeß von Stabio im Kanton Tessin (dem zweiten oder großen Stabio-Prozeß) im voraus zu begegnen und die unbefangeneren Richter der Eidgenossenschaft an die Stelle der befangeneren kantonalen treten zu lassen. Die Erwähnung dieses Beispiels war aber wenig geeignet, die konservative Partei für die Sache einzunehmen, da sie einen Tadel gegen die damalige konservative Regierung von Tessin enthielt, und sie war auch nicht ganz glücklich; denn der Prozeß hatte mit einer Freisprechung aller Angeklagten geendet, die, mit Ausnahme eines derselben, Liberale waren. Auch von nicht konservativer Seite sodann ist die Bestimmung des Entwurfs angegriffen worden, welche dem Bundesrathe, mithin einer politischen Behörde, und nicht dem Bundesgerichte die Befugniß ertheilte, über die gerichtliche Zugehörigkeit des Falles zu entscheiden.

Die Ergebnisse der Abstimmung waren folgende: Justizsekretär: 149 729 Ja, 214 916 Nein; Patenttaxen: 174 195 Ja, 189 550 Nein; Ergänzung des Bundesstrafrechts: 159 068 Ja, 202 773 Nein; Kredit für die Gesandtschaft in Washington: 137 824 Ja, 219 728 Nein.

Man kann nicht sagen, daß deswegen dem Lande Schaden erwachsen sei. Vielleicht darf ich sogar die Meinung äußern, obwohl ich mehrere der Anfragen bejaht habe, daß wir aus ihrem Schicksal einigen Nutzen zogen. Für das Justizdepartement und die Gesandtschaft in Washington gab es andere Mittel der Hilfe. Auch reifte in Folge der Abstimmung die Ueberzeugung, daß die Anstellungs- und Besoldungsverhältnisse der Beamten durch organische Gesetze und nicht in Einzelfällen geordnet werden sollten. Die Frage der Patenttaxen ist seitdem gesetzgeberisch erledigt worden, ohne im Volke Widerspruch zu finden, und vermuthlich würde auch der „Stabio-Artikel", in vervollkommneterer Fassung vorgelegt, jetzt, da die Erinnerung an seinen Ursprung verwischt ist, unbestritten bleiben oder in einer Abstimmung durchdringen.

Eine Zeitschrift der französischen Schweiz brach nach den vierfachen Nein in den Ruf aus: „Jamais la Suisse n'a été témoin d'une aussi extraordinaire votation!“ In der That, diese Abstimmung hat etwas Außerordentliches! Aber sie war nichts Unverständliches und nichts Unverständiges. Wenn in der Monarchie ein Parlament das Ministerium bei der Gelegenheit eines großen oder kleinen Budgetpostens stürzen darf, warum sollte ein republikanisches Volk nicht durch Zurückweisung eines Gesetzes den Behörden wenigstens seine Unzufriedenheit aussprechen dürfen? Die Tadler des Volkes messen mit ungleicher Elle.

Einigermaßen erinnert ein zweiter Vorgang an diesen ersten. Auch das Pensionsgesetz — so genannt, weil es für die Bundesbeamten Pensionen einführen wollte — ist verworfen worden und zwar mit der ungewöhnlich großen Mehrheit von 353 977 gegen 91 851 Stimmen. Seine Absicht war eine lobenswerthe; doch unterließ es, für die Pensionirung genauere Normen aufzustellen und machte dieselbe zu sehr von dem Willen der Behörde abhängig. In einem Lande, welches die Pensionen nur in sehr beschränktem Umfange kennt, erregt das Gesetz vor Allem Anstoß durch seine Neuheit, und weil die Bundesverwaltung nicht populär ist, wollte man derselben keine Benefizien gewähren, deren sich die kantonalen und Gemeindebeamten nicht erfreuen. Instinktiv fühlen weite Bevölkerungsschichten, daß die Administration des Bundes, da sie durch die Zentralisation der Gesetzgebung fortwährend ausgedehnt wird und immer neue Machtbefugnisse erhält, einer Umgestaltung bedarf. Man gebraucht, um den Mißstand zu bezeichnen, das Wort „Bureaukratie“, — und so machte sich denn die Abneigung in dem Sturm gegen das Pensionsgesetz Luft. Die Verwaltungsreform allein, welche gegenwärtig auf der politischen Tagesordnung steht, nachdem der Bundesrath nur allzulange auf sie warten ließ, kann da Wandel schaffen. Sie wird uns ähnliche Niederlagen ersparen. Was aber die Pensionirung anbetrifft, so kann dieselbe auch, wie Gegner des Gesetzes hervorgehoben haben, in Verbindung mit der staatlichen Versicherung und dann zugleich für alle, nicht blos für die Bundesbeamten, verwirklicht werden.

Auch das Gesetz, welches den Rückkauf der schweizerischen Zentralbahn bewerkstelligen sollte, hat die Zustimmung des Souveräns nicht gefunden; es wurde gegen dasselbe von 91 698 Bürgern das Referendum angerufen und die Vorlage mit 289 406 gegen 130 729 Stimmen verworfen. Der durchschlagende Verwerfungsgrund war der zu hohe Preis, welchen man für diesen Kauf aus freier Hand, den ein Syndikat der Börse vermitteln wollte, zu zahlen habe. Daß die finanziellen Erwartungen, welche sich an das Kaufsprojekt knüpften (natürlich ist die Frage des Rückkaufs nicht blos eine kaufmännische), nicht in Erfüllung gegangen wären, hat das Sinken der Rendite des Bahnnetzes mittlerweile allerdings dargethan.

* * *

Ich mache die Liste der Referendumsabstimmungen vollzählig, wenn ich zum Schlusse noch der sogenannten Alkoholrevision und des Alkoholmonopols gedenke. Mit der ersteren ist die Aenderung der Bundesverfassung gemeint, welche die Einführung einer Alkoholsteuer möglich machte, mit dem letzteren die Monopolform, welche dieser Steuer gegeben wurde. Das Schweizervolk beschloß am 25. Oktober 1885 die Revision der Verfassung mit 230 250 gegen 157 463 Stimmen und nahm am 15. Mai 1887 das ausführende Gesetz mit 267 122 gegen 138 496 Stimmen an. Letzteres geschah in dem Zeitpunkt, da im Deutschen Reichstag das Alkoholmonopol vollständig scheiterte; die beiden Monopole hatten auch fast nur den Namen gemein. Finanzpolitiker anderer Staaten machen dem

schweizerischen Alkoholmonopol einzig den Vorwurf, welchen wir für einen großen Vorzug desselben halten, daß es nicht fiskalisch genug sei. Dennoch konnten mittelst der Einnahmen, die es den Kantonen bringt und die jährlich etwa 6 Millionen Franken betragen, 3½ Millionen Ohmgelder (Steuern auf Wein, Bier und Obstwein) und Oktrois abgeschafft werden. Ein Zehntel der Einnahmen — über eine halbe Million Franken — findet Verwendung im Kampfe gegen den Alkoholismus. Die Gewinne der Spritspekulanten macht heute der Staat und die weit über tausend Brennherde, welche die Mittelschweiz mit der Schnapspest infizirten, sind verschwunden.

* * *

Nach diesen thatsächlichen Angaben, neben welchen, wie ich glaube, mein persönliches Urtheil nur die zweite Stelle einnahm, dürften Viele aus den Wirkungen des Referendums auf seine Berechtigung zurückschließen. Dasselbe erfüllt unmöglich die Wünsche eines Jeden, aber gleichwohl ist in der Schweiz keine politische Partei und Gruppe mehr zu finden, die es zu beseitigen wünschte. Alle erblicken darin einen Schutz gegen Vergewaltigung — einen Damm gegen Bureaukratenthum und Korruption — einen höchsten Rechtsschutz. Ist das für die Institution, welche einst so bestritten war und als eine Landesgefahr bezeichnet wurde, nicht ein mächtiges Zeugniß?

Man hat dem Referendum übel nachgeredet, daß es bejahend oder verneinend entscheide, je nachdem das Volk gerade in guter oder schlechter Laune sei. Die Geschichte der Abstimmungen lehrt indessen, mit wie viel Bewußtsein die Gesetzesvorlagen genehmigt oder abgelehnt wurden. Selbst wo über mehrere Vorlagen am gleichen Tage abzustimmen war, und auch bei jener vierfachen Verwerfung von obstruktionistischer Tendenz erkennen wir aus der Verschiedenheit der Ziffern die Selbständigkeit der Stimmenden in der Beurtheilung der einzelnen Fragen. Klein war die Stimmendifferenz bei den Patenttaxen, erheblich größer beim „Stabio-Artikel“ und bedeutender noch bei den zwei übrigen Gegenständen. Aehnlich verhielt es sich mit andern Vorlagen, welche gleichzeitig zur Abstimmung gebracht worden sind und nur einmal, als das Zivilehegesetz und ein Stimmrechtsgesetz miteinander dem Referendum unterstellt wurden, waren die Zahlen nahezu dieselben; hier jedoch lieferten sich auf beiden Punkten die gleichen politischen Parteikoalitionen die Schlacht.

Unrichtig ist ebenso, daß die schweizerischen Bürger von den Referendumsabstimmungen ermüdet worden und mit der Zeit gegen dieselben gleichgiltig geworden seien. Die Betheiligung war eine sehr ungleiche; ihre Prozentziffern bewegen sich aber nicht in absteigender Linie. Klein sind diejenigen vom 10. Juli 1887, wo zum zweiten Male über den Erfindungsschutz abgestimmt, und vom 5. Juli 1891, an welchem Tage die Initiative für Partialrevisionen angenommen wurde; hier stimmten, die ungiltigen und leeren Zettel abgerechnet, nur 40,4 und 46,4 Prozent. Doch erklärt sich das leicht: die Annahme der Vorlage jener ersten Abstimmung betrachtete man im Voraus als gesichert und bei der zweiten Abstimmung enthielten sich viele Radikale und Liberale, welche für die Neuerung nicht eingenommen waren, sie aber auch nicht bekämpfen mochten. Einmal war die Ziffer auf 77,2 Prozent angestiegen, dann sank sie und erhob sich nachher wieder bis zu 69,9 Prozent. Noch zwei Vorlagen aus dem Jahre 1891 zeigen 59,6 und 63,8 Prozent.

Vielmehr darf man an dem Referendum Eigenschaften rühmen, welche nicht genug geschätzt werden können.

Es ist für das Volk eine politische Schule und dadurch ein Kulturelement. Wo es waltet, beschäftigen sich alle Bevölkerungsklassen mit dem Staate und seinen Aufgaben; sie nehmen politische Kenntnisse in sich auf und erheben sich von niederen zu höheren Anschauungen. Die Verbesserung des Unterrichtswesens selbst geht mit der Uebung der Volksgesetzgebung Hand in Hand und häufig hat man in der Schweiz vermehrte Ausgaben für die Volks- und Fortbildungsschulen deshalb bewilligt, weil dem Bürger, welcher über die Gesetze abstimmt, reichere Mittel der Bildung beschafft werden müßten. Freilich wird mir da eingewendet: So gebt ihm doch diese Mittel zuvor und dann führt das Referendum ein! Aber die ganze Frage ist nicht blos eine Bildungsfrage, sondern auch eine Interessenfrage. Das Volk unseres Zeitalters will sich nicht bescheiden, eine misera contribuens plebs zu sein. Es will nicht warten, bis man es für reif hält, größere Rechte nützlich zu gebrauchen. Es fühlt wohl, daß ihm diese Reife noch gar lange nicht zuerkannt würde und daß der Eifer, ihm die nöthige Vorbildung angedeihen zu lassen, kein großer wäre. Desto besser, daß es seine Rechte ergreift und nachher diese selber dazu führen, es so unterrichtet und geschult, so ökonomisch unabhängig und geistig frei zu machen, wie es dies sonst nicht geworden wäre!

Vor Allem aber hat sich das Referendum für die Gesetzgebung und für das gesammte Staatsleben dadurch fruchtbar erwiesen, daß es auf dieselben der öffentlichen Meinung und dem allgemeinen Willen einen größeren Einfluß verschaffte, sind doch die Räthe nur zu sehr geneigt, wo sie eigenmächtig handeln können, zu einem besonderen Stande, zu einer Kaste zu werden, die anstatt der allgemeinen Interessen Sonderinteressen pflegt. Die Volksabstimmungen rufen den Abgeordneten ihre Pflichten ins Gedächtniß zurück; sie ermahnen sie, wieder „Fühlung mit dem Volke" zu suchen, wie einst schweizerische Politiker nach einem stark verneinenden Volksentscheide sich ausdrückten. Schon Burke meinte: „Wenn Regierung und Volk entzweit sind, hat die Regierung gewöhnlich Unrecht" — und wenigstens unsere schweizerische Erfahrung ließ uns selten den Ausfall der Referendumsabstimmungen bedauern. Bald zwölf Jahre gehöre ich dem Nationalrath an und bin überzeugt, daß das Referendum nur wenig Gutes, was wir thun wollten, gehindert, wohl aber manches Böse schon dadurch, daß es warnend vor uns stand, verhütet hat.

Zur Bevölkerungsfrage in Frankreich.

Von **Paul Lafargue.**

Nach der offiziellen Statistik war 1890 in Frankreich die Zahl der Verstorbenen um 38 446 größer als die der Geborenen.

Dieser beträchtliche Ueberschuß von Todesfällen über die Geburten war zu verzeichnen unmittelbar nach der Weltausstellung, in einer Zeit der wirthschaftlichen Prosperität der Nation und mitten im tiefsten Frieden. Diese Thatsache war einzig in ihrer Art.

Allerdings war gerade im Jahre 1890 die Sterblichkeit eine ungewöhnlich hohe, und dies in Folge der zahlreichen Opfer, welche die Influenza gefordert hatte. Die Zahl der Todesfälle belief sich in diesem Jahre auf 876 000, während sie in dem Jahrzehnt 1881—1890 im Mittel 841 000 betragen hatte, so daß sie die durchschnittliche Sterblichkeitsziffer um 35 400 überstieg. Aber selbst die zehnjährige Durchschnittsziffer der Todesfälle übertrifft die der Geburten um etwa 3000.

Die Abnahme der französischen Bevölkerung ist also nicht allein die Folge einer Epidemie.

Es fragt sich nun, ob wir es mit einer ausnahmsweisen Erscheinung zu thun haben, welche sich nicht wiederholen wird, oder ob im Gegentheil diese Erscheinung nicht auf Grund des stetigen Rückganges des jährlichen Zuwachses der französischen Bevölkerung zu erwarten war. Sehen wir zu, wie es sich damit verhält.

I.
Das Wachsthum der französischen Bevölkerung von 1821—1891.

Die Volkszählung von 1821 ist die erste, welche begründeten Anspruch auf Genauigkeit erheben kann. Nimmt man sie als Ausgangspunkt einer Vergleichung, dann ergiebt sich, daß die Zunahme der Bevölkerung von 1831 an immer geringer wird, und daß diese sinkende Zunahme nur für die Jahre 1861 bis 1870 und 1872—1880 eine leichte Steigerung erfährt.

Das Wachsthum der Bevölkerung betrug:

1821—1830	2 000 000	Einwohner
1831—1840	1 670 000	"
1841—1850	1 553 000	"
1851—1860	934 000	"
1861—1870	1 033 000	"
1872—1880	1 300 000	"
1881—1890	670 000	"

Es sind bei obigen Zahlen nicht in Anrechnung gebracht die 669 000 Einwohner, welche Frankreich in dem Dezennium 1851—1860 der Einverleibung von Savoyen und Nizza zu verdanken hat; ebenso sind die 2 000 000 Köpfe nicht eingerechnet, die 1870/71 verloren gingen (Abtretung Elsaß-Lothringens 1 597 000, Ueberschuß der Todesfälle 493 000). Man sieht also, daß die Bevölkerung von 1821—1830 um 200 000 Köpfe jährlich wuchs, während sie von 1881—1890 pro Jahr nur um 67 000 Köpfe zunahm.

Außerdem entspricht die letztere Ziffer noch nicht einmal den thatsächlichen Verhältnissen, weil sie das Mittel aus einem Jahrzehnt bezeichnet. Theilt man die betreffende Periode in zwei Abschnitte zu je fünf Jahren, so erhält man folgende Zahlen: Die Zunahme der Bevölkerung

von 1881—1886 (4 Jahre 5 Monate) beträgt . .	547 855	Köpfe
" 1886—1890 (4 " 10 ") " . .	124 909	"

Hieraus ergiebt sich eine jährliche Bevölkerungszunahme

für die Zeit von 1881—1886 um durchschnittlich . .	123 558	Köpfe
" " " " 1886—1890 " " . .	25 836	"

Nun betrug aber die Zahl der in Frankreich wohnhaften Ausländer im Jahre 1891 1 101 798. Zieht man die Ausländer ab, die sich in dem Jahrzehnt 1881—1891 jährlich im Durchschnitt um 10 000 vermehrten, so zeigt sich, daß die eingeborene Bevölkerung von 1886—1891 nur um ungefähr 15 000 Köpfe jährlich zugenommen hat.

Und nun zeigen die statistischen Erhebungen von 1890, wie oben angeführt, gar einen Ueberschuß der Todesfälle über die Geburten.

Zahl der Todesfälle im Jahre 1890	876 505
" " Geburten " " 1890	838 059
Unterschied	38 446

Seit 1831 macht sich also ein fortwährender Rückgang in der Zunahme der einheimischen Bevölkerung geltend, ein Rückgang, welcher zum Theil durch fremde Einwanderung (hauptsächlich von Belgiern, Italienern, Deutschen) aus-

geglichen wurde.* Im Jahre 1890 tritt nicht mehr ein Stillstand der Bevölkerungszunahme zu Tage, sondern eine Abnahme.

II.
Das Wachsthum der Bevölkerung von 1881—1891.

Um die Erscheinung, welche wir soeben konstatirt haben, zu erklären, müssen wir genau zergliedern, welches das Wachsthum der Bevölkerung in dem Dezennium 1881—1890 war.

Tabelle I.

Jahr	Bevölkerung	Geburten	Todesfälle	Jährliche Bevölkerungszunahme pro 1000 Einwohner
1881	37 672 048	937 057	828 828	+ 2,9
1882	—	935 566	833 539	+ 2,5
1883	—	937 944	841 141	+ 2,5
1884	—	927 758	858 784	+ 1,7
1885	—	924 558	836 897	+ 1,9
1886	38 218 903	912 838	860 222	+ 1,3
1887	—	899 333	842 797	+ 1,5
1888	—	882 639	837 867	+ 1,2
1889	—	880 579	794 933	+ 2,5
1890	—	838 059	876 505	— 1,1
1891	38 343 812	Die Zahlen über die Bevölkerungszunahme im Jahre 1891 sind noch nicht veröffentlicht.		

Von 1881 bis 1890 findet, abgesehen von einer Zunahme im Jahre 1883, eine fortwährende Abnahme der Geburten statt; von 937 057 im Jahre 1881 fallen sie auf 838 059 im Jahre 1890. Dagegen nimmt die Zahl der Todesfälle beständig zu, mit Ausnahme der Jahre 1887, 1888 und 1889. Während des Dezenniums beträgt das jährliche Mittel der Todesfälle 841 151, und von 1886 an wird diese Durchschnittszahl überschritten. Eine Ausnahme ist nur zu verzeichnen für die beiden Jahre 1888 und 1889, in welchen die Weltausstellung vorbereitet wurde und stattfand.

Von 1884 an nimmt die Zahl der Geburten mehr oder weniger rasch ab.

Im Jahre 1884 verringert sie sich um	10 186
= = 1885 = = = = ...	3 200
= = 1886 = = = = ...	11 720
= = 1887 = = = = ...	13 505
= = 1888 = = = = ...	16 706
= = 1889 = = = = ...	2 050
= = 1890 = = = = ...	4 520

Von 1884—1890 hat die Zahl der Geburten jährlich durchschnittlich um 8840 abgenommen. Doch muß bemerkt werden, daß die Abnahme in den Jahren 1889 und 1890 im Vergleich zu den vorausgehenden Jahren eine geringe war, obgleich sie 1890 doppelt soviel betrug als 1889.

Man wäre also zu der Annahme berechtigt, daß der Aufschwung, welchen Industrie und Handel aus Anlaß der Weltausstellung genommen, einen gewissen Wohlstand der Bevölkerung zur Folge hatte, der seinen Ausdruck findet in einer

* Es lebten Ausländer in Frankreich 1876: 801 754, 1881: 1 001 090, 1886: 1 126 531, 1891: 1 101 798. Ihrer Nationalität nach vertheilten sich im Jahre 1886 die Ausländer wie folgt: Belgier 482 000, Italiener 264 000, Deutsche 100 000, Spanier 79 000, Schweizer 78 000, Holländer 37 000, Engländer 36 000, andere Nationalitäten 25 000.

Abnahme der Sterblichkeit während der Jahre 1888 und 1889, und in einem Stocken der Abnahme der Geburten 1889 und 1890. Die Kinder, welche im Jahre 1889 gezeugt wurden, kamen im Jahre 1890 zur Welt, als der zeitweilige, von der Weltausstellung herbeigeführte Wohlstand verschwunden war, wie dies auch die außerordentlich hohe Zahl der Sterbefälle dieses Jahres zu beweisen scheint, welche das jährliche Mittel aus dem Dezennium 1881/90 um 35 374 übersteigt.

Wenn man nun die fünfte Rubrik der Tabelle genauer betrachtet, welche das Wachsthum der Bevölkerung pro 1000 Einwohner angiebt, so findet man, daß dieses Wachsthum bis 1887 ziemlich rasch abnimmt. Von diesem Jahre an, in welchem man rüstig an die Vorbereitungen zur Ausstellung ging, tritt wieder eine Zunahme ein, die bis 1889 anhält. 1890 ist plötzlich die Zunahme wieder eine geringere, und es erfolgt nicht nur kein Ueberschuß der Geburten über die Todesfälle, sondern umgekehrt eine absolute Abnahme der Bevölkerung um 1,1 pro Tausend.

Betrachten wir nun die Geburts- und Sterblichkeitsziffern der Periode von 1881—1890 etwas genauer:

Tabelle II.

Zahl der Geburten und Todesfälle von 1881—1890.

Jahr	Geburten	Todesfälle	Zunahme durch Ueberschuß der Geburten über die Todesfälle	Geburten auf 1000 Einwohner	Todesfälle auf 1000 Einwohner
1881	937 057	828 828	+ 108 229	24,9	22,0
1882	935 566	883 539	+ 97 027	24,8	22,3
1883	937 944	841 141	+ 96 803	24,8	22,3
1884	927 758	858 784	+ 78 974	24,5	22,0
1885	924 558	837 897	+ 87 661	24,1	22,2
1886	912 838	860 222	+ 52 616	23,8	22,5
1887	899 333	842 797	+ 56 636	23,5	22,0
1888	882 639	837 867	+ 44 772	23,09	21,9
1889	880 579	794 933	+ 85 646	23,09	20,5
1890	838 059	876 505	— 38 446	21,8	22,9

Die Bevölkerungszunahme auf Grund eines Ueberschusses der Geburten über die Todesfälle wird immer geringer, mit Ausnahme der Jahre 1885 und 1889. Rührt diese Abnahme her von der Verringerung der Geburten oder von einem Steigen der Todesfälle oder von beiden Ursachen zugleich?

Die Geburten nehmen von 1883 an regelmäßig ab, während die Sterblichkeit von Jahr zu Jahr schwankt, bald steigt, bald fällt. Die Abnahme des Ueberschusses von Geburten über die Todesfälle wird einzig und allein verursacht durch einen anhaltenden Rückgang der Geburtsziffer.

Vergleicht man die Zahl der Geburten und Todesfälle im Verhältniß zur Einwohnerzahl, so tritt diese Thatsache noch klarer zu Tage.

Die Zahl der Geburten, die auf je 1000 Einwohner entfällt, nimmt jedes Jahr ab, von 24,9 im Jahre 1881 sinkt sie auf 21,8 im Jahre 1890. Die Zahl der Todesfälle auf je 1000 Einwohner schwankt dagegen um das jährliche Mittel von 22,06 ‰, sie übersteigt dasselbe in 5 Jahren (1882, 1883, 1885, 1886, 1890) und sinkt in gleichfalls 5 Jahren unter den Durchschnitt (1881, 1884, 1887, 1888, 1889).

Die Abnahme der Geburten ist also die wichtige Erscheinung, welche den Rückgang der Bevölkerungszahl bedingt.

* * *

Die seltsame Erscheinung einer Abnahme der Geburten, welche in Frankreich für das Steigen der Bevölkerungsziffer ausschlaggebend ist, beschränkt sich übrigens nicht auf dieses Land allein, sie tritt in gleicher Weise in allen Ländern Europas zu Tage.

Tabelle III.

Zahl der Geburten, welche in den verschiedenen Staaten Europas auf je 1000 Einwohner fallen.

	1879	1880	1881	1882	1883	1884	1885	1886
Irland	25,2	24,7	24,5	24,1	23,6	24,0	23,5	23,3
Schottland	34,3	33,6	33,7	33,3	32,5	33,4	32,3	32,4
England und Wales . .	34,7	34,2	33,9	33,7	33,3	33,3	32,5	32,4
Niederlande	36,6	35,5	35,0	35,3	34,3	34,9	34,4	34,6
Belgien	31,5	31,1	31,4	31,2	30,5	30,5	29,9	29,6
Frankreich	25,0	24,5	24,9	24,8	24,8	24,8	24,2	23,9
Deutsches Reich	38,9	37,6	37,0	37,2	36,6	37,2	37,2	37,1
Preußen	39,2	37,7	36,8	37,4	36,9	37,4	37,2	37,7
Schweiz	30,5	29,6	29,8	28,9	28,5	28,3	27,2	27,8
Oesterreich	39,2	37,7	38,7	38,9	38,2	38,4	37,2	38,0
Ungarn	45,0	43,0	42,9	43,8	44,6	45,3	44,5	45,0
Spanien	36,4	36,0	37,7	36,7	36,6	37,1	?	?
Italien	37,6	33,6	38,7	37,1	37,1	38,7	38,1	36,4
Schweden	30,5	29,4	29,1	29,4	28,7	30,7	29,4	29,8
Norwegen	32,0	30,7	30,1	30,9	30,9	31,7	31,3	30,9
Dänemark	32,0	31,8	32,3	32,4	31,8	33,4	32,6	32,6

Die vorstehende Tabelle zeigt, wie die Geburtsziffer in allen Staaten Europas abnimmt, auch dort, wo man dies am wenigsten vermuthen sollte. Die Thatsache tritt besonders scharf hervor, wenn man die Zahl der Geburten von 1879 und die Geburtsziffern von 1890 in jedem dieser Länder nebeneinander stellt. Wir beginnen mit den Ländern, in denen der Rückgang am bedeutendsten ist.

Tabelle IV.

Zahl der Geburten im Jahre 1879 und im Jahre 1890, auf je 1000 Einwohner berechnet.

Staaten	Geburtsziffer		Rückgang der Geburten pro 1000 Einwohner
	1879	1890	
England und Wales . .	34,7	30,2	4,5
Schottland	34,3	30,2	4,3
Schweiz	30,5	26,6	3,9
Niederlande	36,6	32,9	3,7
Deutsches Reich . . .	38,9	35,7	3,2
Frankreich	25,9	21,8	3,2
Belgien	31,5	28,7	2,8
Schweden	30,5	27,7	2,8
Preußen	39,2	36,6	2,6
Oesterreich	39,2	36,7	2,5
Norwegen	32,0	30,7	2,0
Ungarn	45,0	43,7	2,0
Irland	25,2	22,3	1,9
Italien	37,6	35,9	1,7
Dänemark	32,0	30,6	1,4

Frankreich, welches zusammen mit Irland die niedrigste Geburtsziffer aufweist, nimmt wie das Deutsche Reich in Bezug auf den prozentualen Rückgang der Geburten erst den fünften Platz ein, während England und Schottland an erster Stelle stehen.

Theilt man die Periode von 1879 bis 1890, anstatt daß man die beiden Endjahre miteinander vergleicht, in zwei Gruppen zu je 6 Jahren, und berechnet man die jährliche Durchschnittszahl der Geburten, so erhält man die untenstehende Reihenfolge:

Tabelle V.
Unterschied der durchschnittlichen jährlichen Geburtsziffern in den Jahren 1879—84 und 1885—90 auf je 1000 Einwohner berechnet.

Staaten	Geburtsziffer		Rückgang der Zahl der Geburten
	1879—84	**1885—90**	
England und Wales . .	33,6	31,4	— 2,2
Schottland	33,4	31,2	— 2,2
Belgien	31,0	29,3	— 1,7
Schweiz	29,2	27,5	— 1,7
Frankreich	24,7	23,2	— 1,5
Niederlande	35,2	33,7	— 1,5
Irland.	24,3	22,9	— 1,4
Deutsches Reich . . .	37,4	36,6	— 0,8
Oesterreich	38,5	37,7	— 0,8
Norwegen	31,4	30,9	— 0,5
Dänemark	32,3	31,8	— 0,5
Schweden.	29,5	29,1	— 0,4
Preußen	37,5	37,2	— 0,3
Ungarn	44,1	43,9	— 0,2
Italien	37,0	37,2	+ 0,2

Die Staaten, deren industrielle und kommerzielle Entwicklung am weitesten fortgeschritten ist, nehmen auch bei dieser Vergleichung in Bezug auf den Rückgang ihrer Bevölkerung die erste Stelle ein; eine Ausnahme macht Irland, welches zwar Ackerbau treibt, wo sich aber der Rückgang in der Zahl der Geburten durch die Auswanderung erklärt, welche die Bevölkerung jedes Jahr verringert. Die Länder, welche wie Ungarn und Italien mehr Ackerbau als Industrie betreiben, kommen an letzter Stelle, Italien hat sogar eine Zunahme der Geburten von 0,2 pro 1000 Einwohner aufzuweisen.

Die Fruchtbarkeit der europäischen Bevölkerung nimmt also ab, und zwar um so auffälliger, je höher die Entwicklung ist, welche die kapitalistische Industrie und der kapitalistische Handel in einem Lande erreicht hat.

Die entgegengesetzte Erscheinung zeigt sich bei den barbarischen Völkern. Bei ihnen ist die Fruchtbarkeit eine so starke, daß sich die Bevölkerung außerordentlich rasch vermehrt und der Ueberschuß gezwungen ist, auszuwandern. Dank dieser Eigenthümlichkeit konnte sich die Erde bevölkern.

Das Wachsthum der Bevölkerung auf der Insel Java und dem zu ihr gehörigen Inselchen Madura, wo das Land Gemeingut ist und von den Dorfgemeinden gemeinschaftlich bebaut wird, konnte so genau verfolgt werden, daß man sich nach den vorliegenden Zahlen eine Vorstellung davon machen kann, wie groß die Fruchtbarkeit der barbarischen Völker ist. Die Bevölkerung von Java und Madura wurde zur Zeit, als die Engländer den Holländern beide Inseln zurückgeben mußten, nämlich 1816 auf 4 615 000 Einwohner geschätzt, 1830 auf

6 838 000, 1849 auf 9 584 000, 1869 auf 15 573 000, 1880 auf 19 540 000, 1886 auf 21 997 000 Einwohner.

Die erste vollständige Zählung der Bevölkerung fand im Jahre 1880 statt, und von da bis 1886 hat sich die Bevölkerung um 2 457 000 vermehrt oder um 12,5 Prozent.*

(Schluß folgt.)

Notizen.

Zur Morbiditätsstatistik in den Bayerischen Heilanstalten, nach Mittheilungen der Zeitschrift des Bayerischen statistischen Bureaus, redigirt von deren Vorstand Carl Rasp. Jahrgänge 1882—1892.

Die Statistik unterscheidet drei Arten von Krankenanstalten:

a) Oeffentliche Krankenhäuser,
b) Privatkrankenanstalten,
c) Krankenabtheilungen in den Strafanstalten.

Was die öffentlichen Krankenhäuser, in welchen fast 93 Prozent sämmtlicher Kranken verpflegt wurden, betrifft, so betrug ihre Zahl und Frequenz:

Jahr	Zahl der öffentl. Krankenhäuser	Zahl der Betten	Zugang männliche	Zugang weibliche
1881	382	10 708	50 468	28 527
1882	382	10 791	50 990	29 780
1883	387	10 948	51 682	31 098
1884	387	11 151	51 640	31 992
1885	389	11 402	52 189	31 912
1886	389	11 596	52 376	32 304
1887	388	12 433	55 290	33 843
1888	387	12 876	59 092	35 469
1889	387	13 258	60 579	37 290
1890	393	13 690	66 395	41 034
1891	407	14 257	65 751	40 578
Zunahme in Prozent	6,5	33,5	30	42

Aus diesen Zahlen ist leicht zu ersehen, daß das Anwachsen der Zahl der Kranken bedeutend schneller vor sich ging, als dasjenige der Bevölkerung.

Während nämlich die Bevölkerung

von 5 284 778 im Jahre 1880
auf 5 594 982 im Jahre 1890,

also nur um etwa 6 Prozent zugenommen hat, stieg die Zahl der männlichen Kranken um 30, die der weiblichen sogar um 42 Prozent.**

* Die europäische Bevölkerung Javas (mit Einschluß der Personen, welche sich den Europäern assimilirt haben, wie besonders eingeborene Frauen), welche im Jahre 1887 50 792 Köpfe betrug, fast ausschließlich in Ostindien geborene Holländer (40,074), weist ebenso wie die eingeborene Bevölkerung eine außerordentliche Fruchtbarkeit auf. Die Zahl ihrer Geburten, die allerdings im Rückgang begriffen ist, übersteigt diejenige der europäischen Staaten ganz bedeutend.

Jahr	Zahl der Geburten auf je 1000 Einwohner	Zahl der Todesfälle auf je 1000 Einwohner	Ueberschuß der Geburten über die Todesfälle
1882	57,8	50,6	7,2
1883	56,1	49,9	6,2
1884	56,4	36,4	20,0
1885	54,1	36,6	17,5
1886	53,6	32,8	20,8

** Der Einfachheit halber nehmen wir hier an, daß der Zuwachs der Bevölkerung sich auf beide Geschlechter gleich vertheilt und daß keine bedeutende Schwankungen in der Zusammensetzung der Bevölkerung nach Geschlechtern stattgefunden haben.

Diese rasche Zunahme von Kranken kann aber nicht ohne weiteres als Beweis für die größere Kränklichkeit der Bevölkerung gelten. Es giebt nämlich, abgesehen von dem Auftreten der Epidemien, noch eine große Menge von Nebenursachen, wie zum Beispiel: Ungenügende Anzahl von Betten in den Krankenhäusern, die Verminderung des Wohlstandes der Bevölkerung, die die häusliche Kur unmöglich macht, die Vernachlässigung von weniger gefährlichen Krankheiten, das Mißtrauen gegen die Behandlung der Kranken in den Spitälern, das Mißtrauen gegen die Aerzte überhaupt, das Streben, gewisse Krankheiten, besonders die geschlechtlichen, im Geheimen zu halten 2c. 2c., die auf die Zahl der Kranken in den Spitälern einen bedeutenden Einfluß ausüben können.

Es muß aber konstatirt werden, daß die meisten dieser Nebenursachen, wie das Mißtrauen, die Vernachlässigung und das Streben, gewisse Krankheiten im Geheimen zu halten, sich von Jahr zu Jahr vermindern; an ihre Stelle tritt ein mehr oder weniger großes Vertrauen zur Wissenschaft und die Erkenntniß, wie gefährlich das Geheimhalten und Vernachlässigung der Krankheiten werden können, so daß, wenn thatsächlich auch keine größere Kränklichkeit der Bevölkerung konstatirt werden könnte, diese Nebenursachen schon an und für sich im Stande wären, ein mehr oder weniger schnelles Anwachsen der Zahl der Personen, die sich zum Zweck der Heilung in die Krankenhäuser begeben, zu verursachen.

Um die Fehlerquellen, die sich aus diesen Nebenursachen ergeben, möglichst zu beseitigen, wollen wir bei unseren Betrachtungen das Hauptgewicht nicht auf die jährlichen Zahlen, sondern auf die Durchschnittszahlen, die für die Perioden 1881/86 und 1887/91 von uns berechnet sind, legen.

Es betrug demnach:

Jahr	Zahl der öffentl. Krankenhäuser	Zahl der Betten	Zugang männlich	Zugang weiblich	Betten pro Anstalt
1881/86	386	11 099	51 557	30 902	29
1887/91	392	13 305	61 421	37 643	34
Zunahme in Prozent	1,5	20	19	21,6	17

Die Zunahme fällt bei dieser Berechnungsart geringer aus, aber diese Resultate sind viel zuverlässiger. Sie können, unserer Ansicht nach, mit gewisser Vorsicht gebraucht, als ein guter Maßstab für die Zunahme der Morbidität der gesammten Bevölkerung Bayerns gelten.

Im Gegensatz zu der raschen Zunahme der Betten in den öffentlichen Krankenhäusern sank die Zahl derselben in den Privatkrankenanstalten

von 573 in 18 Anstalten in den Jahren 1881/86
auf 536 „ 19 „ „ „ „ 1887/91,

während die Zahl der Kranken auch hier

von 1529 männlichen und 1115 weiblichen in den Jahren 1881/86
auf 1958 männliche „ 1171 weibliche „ „ „ 1887/91,

also bei den männlichen Kranken um 28, bei den weiblichen um 5½ Prozent zugenommen hat.

Was endlich die Krankenabtheilungen in den Strafanstalten betrifft, so blieb ihre Zahl unverändert; dagegen stieg die Zahl der Betten

von 621 in 18 Anstalten in den Jahren 1881/86
auf 648 „ 18 „ „ „ „ 1887/91,

während die Zahl der Kranken im Gegensatz zu den öffentlichen und Privatkrankenanstalten

von 3958 männlichen und 1314 weiblichen in den Jahren 1881/86
auf 3787 männliche „ 1021 weibliche „ „ „ 1887/91

gesunken ist.

Bevor wir die Besprechung dieses Theiles der Abhandlung schließen, wollen wir noch die interessante Thatsache konstatiren, daß, während die durchschnittliche Zahl der Verpflegungstage in den öffentlichen Krankenhäusern und in den Krankenabtheilungen für Strafgefangene zugenommen hat, dieselbe in den Privatkrankenanstalten besonders bei den männlichen Kranken sehr bedeutend abnahm, was aus der folgenden Tabelle leicht zu ersehen ist:

Auf einen Kranken kommen Verpflegungstage in:

Jahr	Oeffentl. Krankenhäusern männlich	weiblich	Privatkrankenanstalten männlich	weiblich	Krankenanstalten für Gefangene männlich	weiblich
1881	15,9	19,3	33,9	32,3	21,4	15,1
1882	15,9	19,1	31,3	33,3	20,1	14,1
1883	16,1	18,5	28,3	23,6	21,6	15,1
1884	16,0	19,1	27,4	32,0	20,9	14,8
1885	16,2	19,3	26,5	34,9	22,7	15,1
1886	16,3	19,4	23,9	30,1	24,5	18,2
1887	16,7	19,6	26,5	33,1	21,3	18,3
1888	16,6	19,7	25,2	38,8	22,1	18,6
1889	16,7	19,8	24,1	33,4	21,0	18,6
1890	16,2	18,9	26,0	31,4	18,9	16,3
1891	17,2	19,9	24,8	29,7	23,1	19,1.

Welchen Ursachen diese Erscheinung ihr Auftreten verdankt — der Zunahme der schweren Krankheiten in den öffentlichen Krankenhäusern oder der sorgfältigeren Behandlung der Kranken, ist schwer zu beantworten, da die Statistik keine genügende Anhaltspunkte dafür bietet.

Was die einzelnen Krankheiten, an welchen die verpflegten Personen litten, betrifft, so können wir hier selbstverständlich nur diejenigen in Betracht ziehen, bei denen die Zahl von Krankheitsfällen uns wenigstens die Sicherheit bieten kann, daß die Diagnosefehler nur unbedeutend ins Gewicht fallen.

Von diesen zahlreich vertretenen Krankheiten ging ein Theil, wie zum Beispiel Krätze 2c. 2c., bedeutend zurück; dagegen stieg rasch die Zahl der Erkrankungen an solchen Krankheiten, die als Folge der schlechten und feuchten Wohnung, ungenügender Kleidung, schlechter Nahrung und Ueberarbeitung betrachtet werden müssen, wie das zum Beispiel der akute Gelenkrheumatismus, die Blutarmuth, Tuberkulosis, die Muskeln- und Sehnenkrankheiten 2c. 2c. sind.

So stieg zum Beispiel die Durchschnittszahl der jährlich behandelten Kranken*, die litten an:

Jahr	Akutem Gelenkrheumatismus männlich	weiblich	Tuberkulosis männlich	weiblich	Blutarmuth männlich	weiblich
1881/86	1208	1035	356	172	93	923
1887/91	1410	1142	659	266	107	1548
Zunahme in Prozenten	16,5	11	85	56	15	68

Was hier besonders interessant erscheint, das ist neben der riesig raschen Zunahme der Tuberkelkranken die rasche Zunahme der an Blutarmuth leidenden Frauen. Während die Zahl der Männer, die an dieser Krankheit litten, im Allgemeinen sehr unbedeutend war und unbedeutend blieb, stieg die Zahl der weiblichen Kranken um volle 68 Prozent, welche Erscheinung unserer Meinung nach theilweise dem späteren Heirathen, hauptsächlich aber den elenden Löhnen und der überlangen Arbeitszeit, unter welchen die als Näherinnen, Kellnerinnen 2c. 2c. beschäftigten Frauen zu leiden haben, zugeschrieben werden muß.

Als eine Bestätigung unserer Behauptung dient die Thatsache, daß neben der raschen Zunahme der an Blutarmuth leidenden Frauen eine noch raschere Zunahme der mit Gonorrhöe und Gebärmutterkrankheiten behafteten zu beobachten war. Es betrug nämlich die Zahl der jährlich an Gonorrhöe leidenden in den öffentlichen Krankenhäusern:

---

* Wir ziehen hier nur die in den öffentlichen Krankenhäusern verpflegten Personen in Betracht. Wir halten uns hierzu um so mehr berechtigt, als:

a) Die Zahl der in den Privat- und Gefängnißkrankenanstalten verpflegten Personen zusammen kaum sieben Prozent sämmtlicher in den Krankenanstalten behandelten Personen ausmacht;

b) in den Privatkrankenanstalten verhältnißmäßig wohlhabendere Schichten der Bevölkerung, die für uns weniger in Betracht kommen, verpflegt werden;

c) in den Gefängnißkrankenanstalten noch eine Reihe von Nebenursachen auftritt, die spezifische Krankheiten hervorruft.

Jahr	Männer	Frauen
1881/86	868	214
1887/91	1044	466
Zunahme in Prozenten	20	118

eine Erscheinung, die ohne jeden Zweifel neben der Hauptursache, der rasch um sich greifenden Prostitution, als Nebenursache die schärfere sittenpolizeiliche Kontrole der Prostituirten haben muß.

Was die rasche Zunahme der an den Gebärmutterkrankheiten leidenden Frauen betrifft, so betrug die Zahl der Krankheitsfälle:

Jahr	Kranke	Jahr	Kranke	Jahr	Kranke
1881	585	1887	907	1881/86	729
1882	679	1888	1055	1886/91	1008
1883	695	1889	935	Zunahme in Proz.	38
1884	788	1890	1105		
1885	769	1891	1039		
1886	856	Zunahme in Proz.	78		

was wohl im bedeutenden Theile der Fälle dem raschen Umsichgreifen der Maschinenarbeit und der Hineinziehung der Frau in die Industrie zugeschrieben werden muß.

Und nun zu den Krankheiten, als deren Hauptursache die Ueberarbeitung genannt werden kann. Es betrug die jährliche Durchschnittszahl der Kranken an:

Jahr	Schwindsucht		Knochen und Knochenhautkrankheiten		Gelenkkrankheiten	
	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich
1881/86	1576	613	553	310	711	525
1887/91	1673	716	699	410	887	637
Zunahme in Proz.	6	17	26,5	32	25	21

Jahr	Muskeln- und Sehnenkrankheiten		Quetschungen und Zerreißungen	
	männlich	weiblich	männlich	weiblich
1881/86	1617	818	3120	585
1887/91	2320	1161	3993	760
Zunahme in Prozent	43	42	28	30

alles Thatsachen, die ohne Weiteres auf ein rasches Umsichgreifen der Maschinenarbeit hinweisen und für die Nothwendigkeit einer wirksamen Arbeiterschutzgesetzgebung Zeugniß ablegen.

Weitere Schlußfolgerungen aus dem uns zur Verfügung stehenden, ziffermäßigen Material zu ziehen, halten wir, da uns die nöthigen medizinischen Kenntnisse fehlen, nicht für rathsam. Wir empfehlen aber das interessante Material über diesen Gegenstand, welches die Zeitschrift des Bayerischen statistischen Bureaus enthält, einem Arzt zum Studium, wobei wir dem Bayerischen statistischen Bureau selbst den Vorwurf nicht ersparen können, daß es durch Vermeidung von Rekapitulationen die Bearbeitung des von ihm veröffentlichten Materials sehr erschwert hat. J. S.

Feuilleton.

Zwei Schachteln einen Soldo.

Von J. M. Palmarini.

(Autorisirte Uebersetzung von F. Häny.)

Ein Herr, der gerade vorbeiging, warf einen Zigarrenstummel weg. Pippo stand auf, las ihn aus dem Koth auf, putzte ihn am Aermel ab und steckte ihn in die Tasche.

„Du rauchst?" fragte lächelnd das kleinere Mädchen und zog den durchlöcherten Shawl fester zu.

„Natürlich rauche ich, ich stopf ihn in die Pfeife!“ antwortete der Junge, ganz verwundert über diese Frage.

Es kam Jemand des Weges.

„Zwei Schachteln einen Soldo,* Wachsstreichhölzer, Wachsstreichhölzer“, rief Pippo und streckte dem Vorübergehenden die große, zerfetzte Kartonschachtel entgegen, in der er seine Waare trug.

Jener ging vorbei, ohne sich umzusehen.

In der Nähe schlug es halb zwölf. Es schneite nicht mehr. Das feine Schneegestöber, das den ganzen Tag angehalten, hatte die Straßen durchweicht. Jetzt gefroren sie wieder beim Hauche des eisigen Nordwinds. Der Korso war verlassen, einzelne Nachtschwärmer strichen den Mauern entlang oder es flog von Zeit zu Zeit ein Wagen mit zwei feurigen Augen daher. Die Laternen warfen lange, gespenstische Schattenstreifen auf die Straße und der Lichtschein spiegelte sich in den Pfützen. Der Wind jagte wilde Wolkenmassen vor sich hin, so daß plötzlich auf Augenblicke aus leichten Nebeln der Mond herniederschaute.

Die beiden Kinder saßen auf den Treppenstufen eines vornehmen Magazins in der Nähe des Café Venezia eng aneinander geschmiegt, mit der großen Zündholzschachtel auf den Knien.

Pippo war mager und klein, wie alle rhachitischen Kinder von unbestimmbarem Alter. In dem harten schmutzigen Gesicht traten die Augen kaum hervor, dagegen um so deutlicher die eckigen Backenknochen. Ein elender, runder Tuchhut bedeckte seine Stirne.

Auch Nena war mager und klein. Unter dem durchlöcherten Kopftuch hervor schauten ein Paar gute, blaue Augen; die kurze, gerade Nase und der große Mund waren ganz blau vor Kälte und ein Büschel dicker, schwarzer Haare fiel ungeordnet auf die Stirne.

Sie schwiegen beide. Es war ihnen wohl zu Muth, sich so eng zusammenkauern zu können. Namentlich Nena war ganz glückselig. Fest schaute sie auf das elektrische Licht im Café drüben und in ihren Augen lag ein trauriges Lächeln, als ob die Hoffnung auf ein unsägliches Glück sie durchzittere.

Pippo, die Hände in den Hosentaschen, verfolgte mit müdem Blick das Kommen und Verschwinden des Mondes.

„Oh, der Hunger!“ — rief er plötzlich.

Besorgt wandte sie sich zu ihm.

„Ich bin auch so hungrig — aber hier ist Brot.“

Sie zog aus der weiten Tasche des Baumwollrockes ein Stück, brach es entzwei und gab den größeren Theil Pippo. Er nahm es, ohne sie auch nur anzusehen, biß tüchtig hinein und schaute wieder zum Mond auf.

„Was siehst Du denn?“ fragte das kleine Mädchen, mit den großen, blauen Augen seinem Blick folgend.

„Sieh, wie der Mond sich jeden Augenblick versteckt! wie rasch er geht!“

Nun schauten beide in die Höhe.

Ein geheimnißvolles Gefühl von Beklommenheit überkam unbewußt das kleine Mädchen. Wie war doch der Himmel so hoch, wie weit! Da waren so viele Wolken und immer hatten noch mehr Platz. Vom Himmel kam der Schnee, die Kälte, der Regen, der Hagel und da standen erst noch die Sterne. Man hatte ihr einst gesagt, daß jeder Stern das Nestchen eines Engels sei. Ja, und die Engel müssen nicht frieren und Hunger leiden und Niemand schlägt sie, wenn

* Ein Fünfcentimesstück.

sie nach Hause kommen und nicht vierzig Schachteln Zündhölzchen verkauft haben. Warum war sie nicht auch ein Engel? Die Kinder, die sterben, werden doch Engel; warum war sie nicht gestorben? Sie hatte Niemanden auf der Welt. Ihre Mutter war gestorben, als sie zwei Jahre alt war. Tante Gigia, die einzige Verwandte, hatte sie freilich aufgenommen, konnte sie aber nicht mehr leiden, seit das Kind ihre Liebschaft mit dem großen Kutscher, dem Freund des Onkels, bemerkt hatte.

Wie solch eine Liebschaft wohl sein mochte? Warum konnte sie nicht auch eine haben? Ach, wenn nur irgend Jemand sie lieb gehabt hätte!

Als sie Pippo anschaute, kam ihr ein glücklicher Gedanke.

„Pippo", fragte sie, ihn sanft ansehend, „hast Du auch schon einen Schatz gehabt?"

Der Schlingel schaute sie überrascht an und unter dem Einfluß der Weichheit, die über ihr lag, lächelte er.

„Ja, einmal, aber ich habe sie sitzen lassen."

„Warum?"

„Warum?" die hatte mich nicht recht lieb, sie steckte immer bei einem Andern."

Die Augen des Knaben belebten sich und ein wilder Haß blitzte darin auf.

Nach einem kurzen Schweigen sagte sie endlich zögernd und doch entschieden:

„Und wenn ich Dich nun lieb hätte?"

„Du?" Pippo riß die Augen auf und schaute sie mit ganz neuem Interesse an.

Der kleine Zündholzverkäufer, dessen ganzes Leben sich auf der Straße, inmitten der häßlichsten Szenen, der gemeinsten Kameraden, abgespielt hatte, war durch und durch verdorben und von vornherein jeder niedrigen Regung preisgegeben. Er hielt sich für einen Mann und daher entsprach es seiner Würde, eine Liebschaft zu haben. Er hatte vergebens versucht, ein vierzehnjähriges Mädchen an sich zu ziehen, eben die, von der er gesagt, daß er sie habe sitzen lassen, aber sie wollte nichts von ihm wissen, weil sie schon einen Andern liebte.

Pippo war oft mit der kleinen Nena zusammen, aber er hatte nie daran gedacht, daß sie sein Schatz sein könnte, und der plötzliche Vorschlag hatte ihn überrascht. Er musterte sie einen Augenblick, wie um zu prüfen, ob sie schön genug sei für ihn. Und sie gefiel ihm so, daß er lachend sagte:

„Du hast mich also gern?"

„Wenn Du mich nur gern hast!"

„Aber Du bist ja noch ein Knirps!"

„Warum sagst Du das? Ich bin volle elf Jahre alt und Marietta, die ein wenig jünger ist, hat eine Liebschaft mit Guercio. Kennst Du ihn?"

Die eigenartige Weichheit, mit der das Kind sprach, erregte die lüsternen Wünsche des Gassenjungen; nochmals schaute er sie an und heftete seine Blicke besonders auf ihren Busen, als ob dessen Vorhandensein ihre Liebesfähigkeit darthun sollte. Und er fand, wie es bei der abnormen Entwicklung schwacher Organismen oft der Fall ist, daß sich eine sanfte Wölbung unter dem Shawl bemerkbar machte. Da umschloß er mit einem Arm ihren zarten Leib, während sie ganz erfüllt von einer nie gekannten Wonne, und dem Vorbild ihrer Tante mit dem Kutscher folgend, einen Kuß auf die schmutzige Wange ihres Liebhabers drückte.

So blieben sie einige Zeit. Ihr Köpfchen ruhte an seiner Schulter und eine unendliche Glückseligkeit durchströmte das arme Kind. Sie fror nicht mehr,

dachte nicht mehr an die Zündhölzer, nicht mehr an die grausame Tante. Es erschien ihr so neu und süß, Jemanden lieb zu haben, da sich doch keine Seele je um sie gekümmert, daß ihr in einer Aufwallung unklarer Hoffnungen das Leben doch schön dünkte.

„Höre“, sagte er zu ihr mit lachenden Augen, „wenn wir einige Soldi haben, legen wir sie zusammen und gehen dann Sonntag vors Thor, dort essen wir etwas, wie regelrechte Verlobte. Vor der Porta San Giovanni, weißt Du, da gehen viele Leute, wir verkaufen unsere Waare. Wer weiß, ob uns dann nicht noch Jemand etwas schenkt? In einer Wirthschaft kaufen wir Essen und suchen dann ein verstecktes Plätzchen.“

Auch Pippo fühlte ein neues, seltsames Wohlbehagen.

Sie fest an sich drückend, empfand er die Wärme des armseligen Körperchens, das er beim ersten Ausflug aufs Land auszukosten gedachte, und vergaß die Kälte und den Hunger. Das war ihm die Hauptsache. Er zog eine schmutzige Pfeife aus der Tasche, stopfte den Stummel hinein, nahm ein Wachskerzchen und zündete sie an. Eine weiche Rauchwolke bedeckte das Gesicht des Kindes, welches trocken hustete. Sie schämte sich aber dieses Hustens, als ob sie zu empfindlich wäre und entschuldigte sich:

„Es ist mir nur in den Hals gekommen, sonst macht mir der Rauch gewiß nichts.“

Ohne ihr zu antworten that Pippo einen mächtigen Zug aus seiner Pfeife.

„Wann gehst Du heim?“ fragte er plötzlich.

„So gegen ein Uhr. Die Tante ist bis dann in der Wirthschaft an der Sistebrücke, wenn ich sie abhole, gehen wir zusammen nach Hause. Bevor sie sich niederlegt, zählt sie die Schachteln, wenn ich nicht vierzig verkaufte, so prügelt sie mich im Rausch. Sie wirft mir vor, ich wolle nicht arbeiten, ich spiele statt Zündhölzer zu verkaufen, und ganz gewiß thue ich das nicht, ganz gewiß nicht, Dir würde ich's ja sagen, wenn ich's thäte.“ Und ihre Augen füllten sich mit Thränen.

„Was kam ich machen?“ fuhr sie fort und trocknete mit dem Handrücken die Augen, „wenn Niemand kaufen will, kann ich doch nichts dafür.“

„Wie viel hast Du heute verkauft?“

„Heute ging's gut, zweiundvierzig.“

„Ah!“

„Und dann hat mir eine Dame einen halben Franken gegeben.“

„Also hast Du einunddreißig Soldi? Das ist gar nicht möglich?“

Das Mädchen, stolz auf seinen Gewinn und erfreut, seine Geschicklichkeit als Verkäuferin zu beweisen, zog einen Sack mit Soldis aus der Tasche, und dazwischen glänzte ein halber Franken. Freudig zeigte sie den Schatz.

Pippos Augen funkelten, er preßte die Lippen fest aufeinander, packte plötzlich das Sümmchen Geld, entriß es der Hand des Kindes und verschwand wie ein Windhund.

Nena athmete nicht, noch hielt sie die Hand offen ausgestreckt und schaute mit starrem Blick nach der Richtung, wo Pippo verschwunden war.

Dann kam sie wieder zu sich. Sie dachte nicht an das verlorene Geld, nicht an die Prügel, sie verbarg das Gesicht in beide Hände und weinte still vor sich hin.

„Niemand, gar Niemand hat mich lieb“, dachte sie.

Für die Redaktion verantwortlich: Georg Baßler in Stuttgart.



Nr. 41. XI. Jahrgang, II. Band. 1892-93.

Das zweite Wahlergebniß.

♂ Berlin, 28. Juni 1893.

Das Ergebniß der Stichwahlen ist heute bis auf ein viertel Dutzend Kreise bekannt. Zu den 24 im ersten Wahlgange eroberten Mandaten hat es der sozialdemokratischen Partei noch 20 weitere gebracht, so daß ihre parlamentarische Fraktion sich auf 44 Köpfe belaufen wird. Von ihren alten Sitzen hat die Partei 30 behauptet und 6 verloren, dazu 14 neue gewonnen. Der Gewinn im Ganzen beträgt also 8 Sitze.

Ueber die verhältnißmäßige Geringfügigkeit dieses Zuwachses war von vornherein kein Zweifel. Wie von jeher, hat sich auch in diesen Stichwahlen die bürgerliche Opposition als politisch völlig unzuverlässig gewiesen; nicht überall, aber doch ganz überwiegend ballte sich in allen Kreisen, wo sozialdemokratische Kandidaten stechen mußten, die „reaktionäre Masse" zusammen, und die „unentwegten", die „ganzen und vollen" Gegner des Militarismus stimmten in holder Gemeinschaft mit Molochs allezeit getreuem Anhange das Proletariat nieder, das allein einen sturmfesten Wall gegen die militaristische Hochfluth bildet. Ein neuer Zug in dem alten Verrathe war höchstens, daß auch Theile der süddeutschen Volkspartei sich daran betheiligten. Weshalb solche politischen Kindsköpfe, um den denkbar höflichsten Ausdruck anzuwenden, denn überhaupt mit dem Militarismus anbinden, ist ihr Geheimniß. Politik ist kein Kindersüßen, wie der alte Ziegler zu sagen pflegte, und wer sich davor scheut, in der Stichwahl für einen † † † Sozialdemokraten zu stimmen, der sollte lieber nicht auf den heiteren Einfall gerathen, ein in seiner Art so grotesk-großartiges Ungethüm, wie den modernen Militarismus, am Barte zu zupfen.

Aber, wie gesagt, die feige Fahnenflucht der bürgerlichen Opposition in ihrer Masse war vorauszusehen, namentlich nach den Erfahrungen von 1887, und vielleicht hat es nie, wieviel das immer sagen will, eine zwecklosere Verschwendung von Papier und Druckerschwärze gegeben, als wenn jetzt noch in der bürgerlichen Presse weitläufig berechnet wird, ob der Gesammtausfall der Wahlen eine Mehrheit für oder gegen den Antrag Huene ergeben hat. Als ob die freisinnigen und ultramontanen und volksparteilichen Angstmeier es nach dieser Wahlschlacht noch einmal zu einer Reichstagsauflösung kommen lassen würden! Nein, insoweit hat die Regierung ihr Spiel gewonnen, für diesmal und auch wohl für

immer, so lange es noch eine bürgerliche Welt giebt. Die Akten der konstitutionellen Militärkonflikte sind geschlossen, Dank dem Kapitalismus, der denn doch nicht über den eigenen Schatten springen konnte und noch viel weniger darüber springen wollte.

Aber wenigstens eine Kartellmehrheit ist dem Reichstag ferngehalten worden, Dank dem Sozialismus, Dank der ruhigen und, wäre das Wort nicht zu verrufen, würden wir sagen: staatsmännischen Besonnenheit des Proletariats, das trotz alledem in die Bresche trat, welche durch die Desertion der bürgerlichen Opposition gerissen wurde. Unbekümmert um den Stichwahlhandel der bürgerlichen Parteien, voll stolzer Verachtung dieses schachernden Trödelmarktes haben die sozialdemokratischen Wähler ihren „Vernichter“ und seine zersprengten Trümmer, soweit an ihnen lag, noch einmal herausgehauen: nicht um seiner schönen Augen willen, nicht aus sentimentaler Großmuth, sondern weil sie dies Kanonenfutter noch brauchen im Interesse der Arbeiterklasse. Die Kartellbrüder müssen sich den Mund wischen, der ihnen schon so begehrlich wässerte. Das ist der beträchtliche Unterschied zwischen 1887 und 1893. Niederlage und Verrath der bürgerlichen Opposition waren damals wie heute dieselben, oder wenn der Verrath diesmal vielleicht nicht überall ganz so groß war, so war die Niederlage um so größer, aber die sozialdemokratische Partei ist in den sechs Jahren so stark geworden, daß sie die äußerste Gefahr abwenden und ihre ungefährlicheren Gegner als verlorene Vorhut in die Plätze werfen konnte, deren Gewinn die gefährlichsten Feinde der Massen zu Herren des Schlachtfeldes gemacht haben würde.

Angesichts dieser strategischen und taktischen Ueberlegenheit kommt nicht so sehr viel darauf an, ob die Partei ein Dutzend Mandate mehr oder weniger erobert hat. Im Momente mag sich tapferer Kämpfer ein bitteres Gefühl bemächtigen, wenn ihnen der verdiente Preis rühmlicher Anstrengungen durch irgend einen albernen Zufall oder Schlimmeres entgeht, und in der nicht unbeträchtlichen Reihe von Wahlkreisen, wo sich im letzten Augenblick noch ein Minus von wenigen Stimmen zu Ungunsten des sozialdemokratischen Kandidaten ergeben hat, dürfte sich eher Schlimmeres als ein alberner Zufall herausstellen; über die reichstreue Wahlstimmen-Arithmetik werden ja die Wahlprüfungen das Weitere feststellen. Bei ruhiger Ueberlegung wird sich aber schnell die Einsicht geltend machen, daß es so, wie es gekommen ist, am Ende doch noch besser war, als wenn es anders gekommen wäre. Wenn das revolutionäre Proletariat niemals auf den Wegen des bürgerlichen Parlamentarismus seine Ziele erreichen kann, und wenn die famose Wahlkreis-Geometrie des Deutschen Reichs, sowie der unaufhörliche Prinzipienverrath der „reaktionären Masse“ es ein- für allemal unmöglich macht, daß die Sozialdemokratie eine ihrer Stimmenzahl entsprechende Vertretung im Reichstag findet, so ist es offenbar eine Frage dritten Ranges, ob sie 44 oder 55 oder auch nur 33 Reichstagsmandate besitzt. Was sie auf dem Gebiete des bürgerlichen Parlamentarismus zu leisten hat, kann sie so oder so leisten, und wenn ihr die „reaktionäre Masse“ durch ihre widernatürlichen Wahlbündnisse bemerklich machen will, daß sie auf jenem Gebiete gar nichts zu suchen hat, so mag sie diese Lehre mit dem bekannten Körnlein Salzes dankbar annehmen. In der That hat diese Wahlschlacht den Werth des bürgerlichen Parlamentarismus für die Arbeiterklasse auf das denkbar tiefste Maß herabgedrückt, indem sie der bürgerlichen Opposition gründlich das Gelüste ausgetrieben hat, sich mit dem Militarismus zu messen. Der Reichstag hat für das Proletariat nunmehr kaum noch eine andere Bedeutung, als die noch bestehenden Volksrechte zu vertheidigen und ein gewisses äußerstes Maß von Reaktion abzuwehren, und diesen Zweck erreicht die Sozialdemokratie ebenso gut oder noch besser, wenn sie eine bürger-

liche Miethstruppe, wie den Freisinn, in ihrer Pension unterhält, als wenn sie einen unverhältnißmäßig großen Theil ihrer besten Kräfte in der verhältnißmäßig unfruchtbaren Parlamentsthätigkeit festlegt.

Diese Seite der Sache liegt so klar, daß die Gegner sich wohlweislich hüten, von dem geringen Zuwachse der sozialdemokratischen Reichstagsmandate als von einem „Mißerfolge" der Partei zu sprechen. Dagegen beginnen sie gewaltigen Lärm darüber zu erheben, daß die sozialdemokratische Stimmenziffer nicht jene zwei Millionen erreicht zu haben scheint, auf die in der Partei vielfach gerechnet worden ist. Wir sagen: scheint, denn es wäre sehr voreilig, die 1 800 000 Stimmen, welche die Offiziösen herausrechnen, ohne Weiteres für baare Münze zu nehmen. Aber allerdings darf man heute schon vermuthen, daß die Zahl hinter der erhofften runden Summe um ein mehr oder minder Erhebliches zurückbleiben wird. Und darin könnte man am ehesten noch einen gewissen Nackenschlag für die Partei erblicken. Indessen je klarer jene ziffermäßige Thatsache sich herauszustellen beginnt, um so klarer wird auch der unvergleichliche Eifer, womit die klassenbewußte Arbeiterschaft überall in Deutschland ins Feuer dieser Wahlen gegangen ist, die eiserne Geduld, womit sie die schwersten ihr in den Weg geworfenen Hindernisse überwunden, die unerschöpfliche Masse von Kraft, die sie willig an ihr großes Ziel gesetzt hat. Ist in dieser Beziehung auch nicht der leiseste Grund zur Klage oder zum Tadel vorhanden, so mag man sich trösten, daß jene Hoffnung auf zwei Millionen Stimmen ein Sporn einer so beispiellosen Tapferkeit war und somit ruhig zerfallen kann, nachdem sie ihren Dienst gethan hatte. Es sind zwei ganz verschiedene Dinge, einen Sieg zu erhoffen und eine Niederlage zu erleiden, oder aber auf einen Sieg zu rechnen und ihn nicht ganz so groß zu gewinnen, wie man gehofft hatte. Man spottet über die preußischen Bramarbasse von Jena, aber man hat allen Respekt vor Blücher, der bei Ligny nicht Alles erreichte, was er wollte, um zwei Tage darauf bei Waterloo um so gründlicher zu siegen.

In unseren Tagen ist es je nachdem sehr leicht oder sehr schwer, zu prophezeien. Es ist sehr leicht, wenn man sich an die Dinge im Ganzen, sehr schwer, wenn man sich an die Dinge im Einzelnen hält. Das gilt namentlich auch von den eben abgeschlossenen Wahlen. Sie haben im Ganzen das offenbart, was die Arbeiterklasse mit klarer Erkenntniß gehofft und alle andern Klassen in dumpfer Sorge befürchtet hatten: die helle Auflösung der bürgerlichen Gesellschaft. Aber im Einzelnen haben sie vielfach das bekannte Wort bewährt, daß die Dinge immer anders zu kommen pflegen, als die klügsten Leute sich vorstellen. Weder ist die Wahlbewegung so stürmisch gewesen, noch die Wahlbetheiligung so stark, wie allgemein erwartet wurde; weder hofften die Kartellbrüder von dem dumpfen Grollen der Massen über die unerträglich wachsende Militärlast einen Zuwachs von einigen zwanzig Sitzen, noch auch ahnte der glorreiche „Vernichter" der Sozialdemokratie, als er sich in den Wahlstrudel stürzte, daß er daraus nur auftauchen würde, um fortan als Großpensionär der „vernichteten" Partei ein bescheidenes politisches Dasein zu fristen. In einem gewissen, wenn auch sehr besonderen Sinne hat die sozialdemokratische Partei an dem allgemeinen Loose theilgenommen. Sie hat sich nicht verrechnet in der Zuversicht auf die unaufhaltsame Zerrüttung der bürgerlichen Gesellschaft, aber sie hat voll ebenso berechtigter wie glühender Ungeduld das Tempo dieses Auflösungsprozesses über- oder, wenn man so will, auch unterschätzt.

Ein bürgerlich-demokratisches Blatt schrieb vor einigen Tagen, bei einem Vergleiche der sozialdemokratischen und der antisemitischen Stimmen ergebe sich,

daß viele „Mitläufer“ von der Sozialdemokratie zum Antisemitismus übergegangen seien. Das heißt die wirkliche Lage der Dinge mit der berufenen Philistermischung von Angst und Hoffnung verkennen. Dagegen sagte ein namenloser sächsischer Handwerksmeister vor einigen Wochen zu einem sozialdemokratischen Reichstagskandidaten: Ihr sagt ja selbst, daß Ihr uns nicht helfen könnt, aber die Antisemiten wollen uns helfen, und so wollen wir es denn mal erst mit diesen probiren. Das heißt den Nagel auf den Kopf treffen, und selten mag der innerste Kern der antisemitischen Bewegung durch ein so kurzes Wort so schlagend beleuchtet worden sein. Insofern haben die Arbeiter das Tempo, in dem sich der Auflösungsprozeß der bürgerlichen Gesellschaft vollzieht, einigermaßen überschätzt, als sie den Uebergang des durch den Kapitalismus ruinirten Bauern- und Kleinbürgerthums gleich ins sozialdemokratische Lager erwarteten. Denn so schnell reiten diese Todten nicht, aber dafür nur um so schneller. Denn thatsächlich ist jene Ueberschätzung des Tempos vielmehr eine Unterschätzung. Wären die ruinirten Bauern und Kleinbürger mit all ihren verworrenen Einbildungen sofort zur Sozialdemokratie übergetreten, so hätte diese Partei eine sehr harte Nuß zu knacken gehabt, und es steht zu befürchten, daß sie ihnen mit allen theoretischen Belehrungen lange nicht so schnell ökonomische Dialektik eingepaukt haben würde, wie ihnen der Antisemitismus mit seiner praktischen Leistungsfähigkeit einpauken wird. In dieser Beziehung, wenn auch in keiner andern, kann man der antisemitischen Demagogie alles Vertrauen schenken, und wir dürfen von ihr sagen, was Voltaire von Gott sagte: gäbe es sie nicht, man müßte sie erfinden. Von den ruinirten Bauern und Kleinbürgern aber gilt das Wort des Wallensteinischen Kürassiers:

> Schad' um die Leut'! Sind sonst wackre Brüder!
> Aber das denkt wie ein Seifensieder.

Nun, wir brauchen nicht darum zu sorgen, daß alle Seife, welche diese Seifensieder liefern, von den antisemitischen Schaumschlägern verbraucht sein wird, ehe denn fünf Jahre ins Land gehen.

So bekräftigen die Einzelheiten, in denen die Wahlen nicht gehalten haben mögen, was sie versprachen, ihr Gesammtergebniß: die helle Auflösung der bürgerlichen Gesellschaft. Und demgemäß ist in der bürgerlichen Welt eitel Heulen und Zähneklappern. Nicht nur bei den Freisinnigen, deren schwere Niederlage, nicht nur bei den Ultramontanen, deren empfindliche Schlappe am Ende jene morose Stimmung erklären würde:

> Dieweil mein Fäßlein trübe rinnt,
> Die Welt geht auf die Neige.

Sondern auch bei den Kartellbrüdern, die wider alles Verhoffen an zwei Dutzend neue Mandate aus dem Glückstopfe gezogen haben. Das Siegeslied bleibt ihnen in der Kehle stecken, derweil ihnen das antisemitische Gift im Leibe rumort. Die Konservativen haben mit ihrem famosen Tivoliprogramm eine Reihe alter Wahlkreise an den Antisemitismus abgestoßen, um eine größere Reihe neuer Wahlkreise für den Antisemitismus zu trainiren, und sogar in der nationalliberalen Hochburg Leipzig haben sich die „Edelsten und Besten“ nur dadurch gerettet, daß sie sich durch das kaudinische Joch des Antisemitismus peitschen ließen. Und die Regierung, die ihren Siegespreis in der Tasche hat, steht mit ihrem dilettantischen Wohlwollen gegenüber allen bürgerlichen Parteien — denn den Kampf gegen die Arbeiterklasse hat der neue Kurs gerade auch in den Wahlen

trotz aller anständigeren Formen nicht weniger verbissen geführt, als der alte Kurs — vollends rathlos inmitten der entfesselten Fluthen. . . .

Lebte Albert Lange noch, er würde das Gesammtergebniß der Wahlen, nur noch mit ungleich schärferem Nachdrucke und nur noch mit ungleich größerem Rechte, in dieselben Worte kleiden, womit er einst das Gegacker über die manchmal beschwerlichen Umwege des proletarischen Emanzipationskampfes abfertigte: „Der ganze Schauplatz, sammt der Stellung der Parteien auf demselben, sammt der öffentlichen Meinung und sammt den Gegenständen, um die es sich handelt, hat sich in der Richtung der Sozialdemokratie verschoben."

Einige Wahllehren.

Bei Parlamentsauflösungen, wie wir sie in Deutschland gewöhnt sind, handelt es sich vielfach nicht unmittelbar um eine Kräftemessung zwischen allgemeinen Grundrichtungen der Politik, sondern um die Entscheidung einer bestimmten, gerade in den Vordergrund geschobenen Frage, der gegenüber die Gegensätze innerhalb jeder Partei mitunter größer sind, wie die zwischen den verschiedenen maßgebenden Parteigruppen. Das Ergebniß eines unter solchen Verhältnissen geführten Wahlkampfes ist dann meistens ein viel schlechterer Gradmesser für die allgemeine Parteientwicklung wie bei Wahlen nach dem regelrechten Ablauf einer Legislaturperiode, bei denen die gesammte Parteipolitik der vorangegangenen Jahre zur Beurtheilung steht.

In gewissem Sinne wird dies auch durch die letzten Wahlen bestätigt. In der Stellung zur Armeeorganisation scheiden sich im Grunde die bürgerlichen Parteien unter einander weniger wie die einzelnen Bestandtheile jeder dieser Parteien. Unter den Konservativen fanden sich genug Elemente, die selbst den nur theilweisen Uebergang zur zweijährigen Dienstzeit ingrimmig bekämpften. In der freisinnigen Partei, bis in den Richter'schen Flügel hinein, staunte man mitunter die Grundlage der neuen Heeresorganisation wie eine große liberale Errungenschaft an; nur über die „Quantitätsfrage" stritt man. In der Zentrumsfraktion wären die schlummernden Differenzen noch ganz anders hervorgebrochen, wenn man nicht das Bedürfniß gefühlt hätte, durch ein vorläufiges, möglichst einstimmiges Nein! das Zentrum für den Reichstag nochmals als ausschlaggebenden, für den bayerischen Landtag als herrschenden Parteiverband zu retten, dessen parlamentarische Bundesgenossenschaft für die Regierungen nothwendig bleiben und darum theuer zu erkaufen sein sollte. Wenn dieses Ziel erreicht ist, wird man hier auch auf die Einstimmigkeit verzichten und Niemandem mehr wegen eines kräftigen Ja! den Stuhl vor die Thüre setzen.

Unter diesen Umständen mußte eine Wahl, die sich lediglich um die Militärvorlage drehen sollte, eine heillose Konfusion unter den bürgerlichen Parteien schaffen. In der That ist auch nach dem 15. Juni unser Parteiwirrwarr noch schlimmer wie früher geworden; aber es ist überaus bezeichnend, daß nicht die Militärfragen, die äußerlich im Mittelpunkte des Wahlkampfes standen, für die eingetretenen Parteiverschiebungen und Parteiabsplitterungen ausschlaggebend waren, sondern fast ausschließlich wirthschaftliche Strömungen und Interessengegensätze viel allgemeinerer Art. Ueber die Nothwendigkeit oder Entbehrlichkeit einer abermaligen Militärvermehrung hat man geredet, und für oder gegen Antisemitismus, agrarischen Schutz und ähnliches hat man sich in bürgerlich-bäuerlichen Kreisen entschieden. Mit den sengenden und mordenden Kosaken hat

die handelsvertragsfreundliche Regierung den Bauern gedroht und gegen den russischen Handelsvertrag haben die regierungsfreundlichen Bauern gestimmt.

Bei den Konservativen zeigt sich dieses Hervordrängen der wirthschaftlich-sozialen Bestrebungen in den Städten und mehr industriellen Bezirken in dem jähen Auflodern des Antisemitismus, auf dem Lande in einer scharfen Zuspitzung der agrarischen und antisemitischen Richtung der Partei. Nicht die Kreuzzeitungsritter von der dreijährigen Dienstzeit, sondern die Tivoliprogramme des Bundes der Brotvertheuerer und des Hammerstein-Stöcker'schen Flügels der Konservativen haben laute Erfolge errungen, wenn man auch Herrn Stöcker in Siegen als einen stillen Mann hinausgetragen hat. Im Zentrum trat die halbverkleisterte Spaltung in der Militärfrage mit jedem Tage mehr als ein viel tieferer Gegensatz, zwischen dem Großgrundbesitz und der katholischen Bauernschaft, hervor; die Vertreter der katholischen Bourgeoisie waren es, die für die Wahlen den Parteizusammenhalt nochmals ermöglichten, indem sie der Reichstagsfraktion das vorläufige Nein abnöthigten. Und freisinnige Publizisten sprechen es heute schon offen aus, die furchtbare Niederlage ihrer Partei im letzten Wahlkampfe rühre wesentlich daher, daß das freisinnige, nichts wie freihändlerische Wirthschaftsprogramm keine starke Interessenschicht mehr hinter sich habe. Der Arbeiter ist heute sozialistisch, der Kleinbürger antisemitisch-zünftlerisch oder auch schon sozialistisch, der Kleinbauer agrarisch. Das Großkapital aber ist auch nicht mehr „manchesterlich“, es braucht und mißbraucht überall die „Staatshilfe“, die Staatshilfe für das einheimische Kapital und gegen die einheimische Arbeit und das ausländische Kapital. Ein rein manchesterliches Programm sammelt heute nur noch zeitweilig die versprengten Elemente um sich, die durch das bourgeoisstaatliche Eingreifen, durch vermeidliche Fehler und unvermeidlich mit in den Kauf zu nehmende Folgen der herrschenden Wirthschaftspolitik gerade einmal verletzt sind, auch wenn diese „positive“ Wirthschaftspolitik im Allgemeinen den Großbourgeoisinteressen entspricht. Aber diese zeitweilig unzufriedenen und verletzten Elemente wechseln und sind unzuverlässig; gestern zeterten sie mit der „Nation“ und der „Freihandelskorrespondenz“ über den „Staatssozialismus“, der alle natürlichen Wirthschaftsbeziehungen verwirre und auf den Kopf stelle — weil sie gerade schlecht dabei abschnitten; und heute schreien sie selber nach Staatssubventionen für Schiffahrt und Handel und morgen nach fetten Staatsanleihen und Verstaatlichungsaktionen für die Börse. Der alte manchesterliche Liberalismus, Jahrzehnte hindurch der Vorkämpfer der mächtigsten Bourgeoisinteressen, hat heute wirthschaftlich Niemandem mehr etwas zu bieten; und die letzten Wahlen werden ihm zur Genüge bewiesen haben, eine wie geringe Anziehungskraft für die Wählermassen rein politische Forderungen noch haben — ganz abgesehen davon, daß auch hier die Sozialdemokratie überall als überlegener Konkurrent auftritt und jeden Wettbewerb aus dem Felde schlägt.

Doch ist auch die Zunahme der sozialdemokratischen Stimmen sicherlich nur zu einem ganz winzigen Bruchtheil daraus zu erklären, daß allein die Sozialdemokratie den Militarismus prinzipiell befehdete. Denn gerade in den politisch *höher* entwickelten Bezirken, in denen man für einen solchen Standpunkt am meisten Verständniß voraussetzen könnte, ist die Sozialdemokratie in ihrer Stimmenzahl im Durchschnitt *langsam* gewachsen; in manchen solcher Kreise hat sie sogar einen kleinen Stimmenrückgang seit 1890 erfahren. Hier ist eben die Zeit der ersten Schneeschmelze und Frühjahrsfluth ein für alle Mal vorüber; der Strom der Entwicklung ist für normale Zeiten in ruhigeren Fluß gekommen, wenn er auch bei einer gesellschaftlichen Katastrophe jeden Augenblick wieder jäh anschwellen kann. Und bei einer ungünstigen Wahlparole kann hier der zeitweilige *Verlust*

an unzuverlässigen früheren Mitläufern sogar den normalen Stimmenzuwachs im Kerne der Partei überwiegen. 1890, bei der großen, allseitigen Abrechnung mit dem überall verhaßten Kartell, haben wir zweifellos eine ungewöhnliche große Zahl solcher Mitläufer in unseren Reihen gehabt. Diesmal war die ganze Situation dafür wenig geeignet, gerade in den Städten und Industriebezirken. Diesmal kann daher die Sozialdemokratie hier viel weniger auf einen großen Stimmenaufschwung hinweisen wie in den weniger entwickelten und agitatorisch bisher weniger erschlossenen Gebieten. Und gerade dieser Aufschwung ist um so beachtenswerther, als die Gegner an diesen Stellen den Kampf noch in einer Weise führen konnten und in der That auch überall führten, wie sie anderwärts nur in den schlimmsten Jahren der Sozialistenhetze und des Attentatsschreckens üblich war und heute anderwärts kaum noch möglich ist. Es wäre lehrreich und vielleicht auch zur Vorbereitung für die nächsten Wahlen wichtig, wenn seitens unserer Partei die in den rückständigeren Gegenden allerorts gratis vertheilten Flugschriften und Flugblätter der Gegner über die Sozialdemokratie gesammelt und entsprechend verarbeitet werden könnten. Hier ist schier Unglaubliches geleistet worden, und wenn gerade hier die Sozialdemokratie im Sturmschritt vorgerückt ist, so ist dadurch zwar weniger ihr parlamentarischer, um so unschätzbarer ihr moralischer Einfluß im Lande gestiegen.

Die wirthschaftlich und politisch weniger entwickelten Distrikte sind heute noch für die Gegner die Rückendeckung bei einem etwaigen neuen Vorstoß gegen die Sozialdemokratie in der Art von 1878. Hier kann allenfalls noch nach dem altbekannten konservativen Rezept der rothe Lappen geschwungen werden, bis der blinde Hödur von Wähler meint, er habe den Widerschein brennender Städte und Ortschaften vor Augen. Hier kann ein wagehalsiger Gesellschaftsretter allenfalls noch die Freiwilligen zu einer Knüppelgarde gegen die Sozialdemokratie werben und aufbieten. Die ersten Breschen in *diesem* Wall sind darum heute werthvollere Bürgschaften unseres endlichen Sieges, wie anderwärts die schon gefallenen Mauern.

Und für unsere Genossen wird es in den nächsten Jahren eine der wichtigsten Aufgaben sein, diese überall gewonnenen Stützpunkte für die Eroberung des Landes nirgends eingehen zu lassen, sondern ganz energisch weiter zu vermehren und zu befestigen. Alle schweren und leichten Waffen der Partei, Presse, Versammlungen, Vereine müssen gerade hier unablässig in Thätigkeit sein, um das glücklich Errungene festzuhalten und weiter auszubauen.

Manches städtische Kräftereservoir haben wir bis auf die letzte Neige ausgeschöpft. Auf dem Lande, in den Provinzen harren noch ungeahnt mächtige Erzschichten der Erschließung. Die letzten Wahlen haben überall die Zugänge dazu aufgedeckt. Lassen wir diese nicht wieder verfallen! —ms.

Zur Bevölkerungsfrage in Frankreich.

Von **Paul Lafargue**.

(Schluß.)

III.

Bevölkerung und Reichthum.

Wenn die Zahl der Geburten in Frankreich abnimmt, so nimmt dagegen der Reichthum zu.

Seit 1820 hat der Getreidebau stetig zugenommen. Der Ernteertrag und die Menge des konsumirten Getreides sind gleicherweise ununterbrochen gestiegen.

Tabelle VI.

Perioden	Größe der Bodenfläche, welche jährlich mit Weizen bestellt wurde (Hektare)	Mittlerer Jahresertrag (Hektoliter)	Ueberschuß des Imports über den Export (Hektoliter)	Verbraucht wurden (Hektoliter)
	Millionen	Millionen	Millionen	Millionen
1821—30	4,9	53,3	0,4	58,7
1831—40	5,3	68,4	0,5	68,9
1841—50	5,8	81,0	0,6	81,6
1851—60	6,5	89,0	1,9	90,9
1861—71	6,9	98,3	3,3	101,6
1872—81	6,9	100,2	10,7	110,9
1882—90	7,0	109,0	9,9	118,6

Die Getreideproduktion ist also von 1821—90 um 102 Prozent gestiegen. Der mittlere Ertrag eines Hektars, der in der ersten Periode 1821—30 11 Hektoliter 9 Liter betrug, hat sich in der letzten Periode 1882—90 auf 15 Hektoliter 6 Liter gehoben.

Sowohl die Ausdehnung der bebauten Fläche wie die Intensität der Kultur und die Höhe des Ernteertrags haben also zugenommen. Auch in Bezug auf das Vermahlen des Getreides ist ein Fortschritt zu verzeichnen, wodurch sich die Quantität und die Qualität des Mehles sichtlich gehoben haben.

Während der Periode von 1820 bis 1890 dehnte sich der Anbau der Kartoffel, der im Jahre 1815 noch verhältnißmäßig neu war, über ganz Frankreich aus. Der mittlere Jahresertrag an Kartoffeln ist von 40 Millionen Zentnern im Jahre 1820 auf 106 Millionen Zentner in der Periode von 1882—90 gestiegen oder um 158 Prozent.

Die Menge des Zucht- und Schlachtviehs hat, mit Ausnahme der Schafe, ebenfalls zugenommen.

Jahr	Rinder	Schafe	Schweine
	Millionen	Millionen	Millionen
1820	9,7	28,9	4,9
1840	11,7	32,1	4,9
1862	12,8	29,5	6,0
1882	12,9	23,8	7,1
1887	13,4	22,8	5,9
1891	13,6	21,8	6,1

Die Rinder haben von 1820 bis 1891 um 40 Prozent zugenommen, die Schweine um 24 Prozent, während sich die Schafe um 24 Prozent verringerten.

Fische wurden in größeren Mengen als früher auf die Binnenmärkte gebracht. Die Statistik des Fischfangs ist nicht vollständig genug, um die Zunahme des Verbrauchs von Fischen genau verfolgen zu können. Wenn man nach der Zahl der beim Fischfang beschäftigten Mannschaften urtheilen will, so ist der Stockfischfang entweder stationär geblieben oder sogar zurückgegangen. Beim Stockfischfang waren nämlich von 1833 bis 1835 durchschnittlich 10—11 000 Leute beschäftigt, von 1867—69 12—14 000 und von 1885—87 nur 12 000. Man muß jedoch berücksichtigen, daß der größere Tonnengehalt der Schiffe eine Ersparniß an Personal ermöglichte. Für den Häringsfang ist ein steigender Ertrag zu verzeichnen. 1837 wurden 13 180 Tonnen Häringe eingebracht, 1887 dagegen 46 465. Die Küstenfischerei hat gleichfalls zugenommen, die hierbei ver-

wendeten Schiffe repräsentirten 1853 50 539 Tonnen Gehalt und hatten 35 360 Köpfe Bemannung, im Jahre 1869 war ihr Gehalt auf 69 240 Tonnen und ihre Bemannung auf 40 100 Leute gestiegen, im Jahre 1887 auf 87 992 Tonnen und 46 337 Leute.

Der Verbrauch von Kolonialwaaren und Getränken hat zugenommen. Der Verbrauch an Zucker belief sich jährlich von 1820—22 auf 42 000 Tonnen, von 1885—87 auf 432 000 Tonnen, was eine Steigerung um 929 Prozent bedeutet.

An Kaffee wurden jährlich verbraucht von 1820—22 8100 Tonnen, von 1885—87 53 000 Tonnen. Die Zunahme beträgt 562 Prozent.

Kakao wurden jährlich konsumirt von 1820—22 688 000 Tonnen, von von 1885—87 1 230 000 Tonnen. Der Verbrauch von Kakao ist also um 1669 Prozent gestiegen.

Von dem steigenden Weinkonsum geben folgende Zahlen Zeugniß. Der Verbrauch von Wein betrug jährlich von 1830—32 14 Millionen Hektoliter, von 1885—1887 35 Millionen Hektoliter. Die Zunahme stellt sich auf 150 Prozent.

Bier: 1830—32 2 800 000 Hektoliter, 1885—87 8 300 000 Hektoliter. Zunahme: 198 Prozent.

Apfel- und Birnenwein: 1830—32 7 900 000 Hektoliter, 1885—87 13 700 000 Hektoliter. Zunahme 73 Prozent.

Alkohol und Liqueure: 1830—32 603 000 Hektoliter, 1885—87 1 766 009 Hektoliter. Zunahme: 225 Prozent.

Die industrielle Produktion entwickelte sich gewaltig. Zur Charakterisirung ihrer steigenden fortschrittlichen Entwicklung ziehen wir nur die Produktion von Steinkohlen, Eisen und Stahl an.

Produktion und Import von Steinkohlen: 1820—22 1 800 000 Tonnen, 1885—87 30 300 000 Tonnen. Zunahme: 1583 Prozent.

Produktion und Import von Gußeisen: 1820—22 131 000 Tonnen, 1885—87 1 694 000 Tonnen. Zunahme: 1193 Prozent.

Produktion und Import von Stahl: 1830—32 5 600 000 Tonnen, 1885 bis 1887 464 000 000 Tonnen. Zunahme 8185 Prozent.

Die mächtige Entwicklung der modernen Großindustrie bemißt man vielleicht genauer nach der Zahl der verwendeten Dampfmaschinen, als nach den Mengen von Eisen und Kohle, die zu ihrem Aufbau und ihrem Betrieb nöthig sind. Seit Kurzem hat der Dampf für gewisse Zwecke in der Elektrizität einen Nebenbuhler gefunden. Allerdings erzeugt der Dampf in den meisten Fällen die Elektrizität, aber die hydraulischen Motore spielen bereits eine hervorragende Rolle und werden sie in Zukunft noch weit mehr spielen.

Wir lassen an dieser Stelle nur Angaben folgen über die Zunahme der Dampfmaschinen.

Die Zahl der in Industrie und Landwirthschaft verwendeten Dampfmaschinen betrug mit Einschluß der Lokomotiven und Dampfboote: 1842 2882, 1887 135 748. Nach Pferdekräften berechnet repräsentirten sie deren im Jahre 1842 58 000, 1887 8 853 000.

Ein Mensch kann im günstigsten Falle in zehn Stunden nur eine Arbeit von 220 000 Kilogrammmetern leisten oder von 22 000 Kilogrammmetern pro Stunde. Eine Dampfmaschine von einer Pferdekraft kann zwölfmal so viel leisten, nämlich 270 000 Kilogrammmeter pro Stunde. Eine Pferdekraft kann also die Arbeit von 12 Menschen verrichten. Die Minenverwaltung hält die Arbeitsleistung einer Pferdekraft für gleichwerthig mit der von 21 Handarbeitern. Wir werden uns jedoch an die zuerst angeführte Ziffer halten, obgleich sie hinter der

Wirklichkeit zurückbleibt. Wenn man die Zahl der Pferdekräfte der Dampfmaschinen mit 12 multiplizirt, so erhält man also annähernd die Zahl der Handarbeiter, deren Arbeit sie verrichten.

Sie beträgt 8 853 000 × 12 = 106 236 000.

Im Jahre 1887 besaß also das kapitalistische Frankreich 106 236 000 eiserne Sklaven. Nach der Volkszählung von 1886 betrug die Zahl der Einwohner 38 218 903, so daß auf jeden Einwohner 2,78 eiserne Sklaven kamen, die für ihn arbeiten konnten, auf eine Familie von 5 Köpfen entfielen 14 eiserne Sklaven.

* *
*

Der Betrag der jährlichen Erbschaften und Schenkungen, wie er sich auf Grund der Erklärungen der Steuerpflichtigen stellt, bildet trotz der üblichen Hinterziehungen den zuverlässigsten Maßstab für die Höhe des unbeweglichen und sogar des beweglichen Vermögens.

Nach dem bekannten englischen Statistiker Giffen braucht man nur den Betrag der Erbschaften und Schenkungen mit 40 zu multipliziren, um annähernd den Reichthum einer Nation berechnen zu können, andere Statistiker schlagen als Multiplikator die Zahl 50 vor. Alle stimmen darin überein, daß man die Gesammtsumme der Erbschaften als den genauesten Maßstab betrachten könne, um das Nationalvermögen eines Volkes annähernd abzuschätzen.

Betrag der Erbschaften und Schenkungen:

1825	1 600 Millionen Francs
1830	1 916 " "
1835	2 059 " "
1840	2 216 " "
1850	2 684 " "
1860	3 526 " "
1869	4 567 " "
1880	6 382 " "
1890	6 748 " "

Es betrugen die Erbschaften und Schenkungen im Durchschnitt jährlich:

von 1850—1870	3 674 Millionen Francs
" 1870—1890	5 906 " "

Multiplizirt man diese Summen mit der von Giffen vorgeschlagenen Zahl, so stellt sich das Nationalvermögen Frankreichs während der angegebenen beiden Perioden

1850—1870	annähernd auf	3 674 × 40 = 146 960 Millionen Francs
1870—1890	" "	5 906 × 40 = 236 240 " "

Von 1870 bis 1890, also in einem Zeitraum von 20 Jahren, hat sich das Nationalvermögen Frankreichs um 60 Prozent vermehrt.

Während aber die Existenz- und Produktionsmittel zunehmen, und von dem Nationalvermögen das Gleiche gilt, hat die Zahl der Geburten abgenommen.

Dieselbe Beobachtung kann man in den übrigen kapitalistischen Staaten Europas machen.

IV.

Das angebliche Malthus'sche Gesetz.

Als am Ende des vorigen Jahrhunderts in England, während einer Zeit großen nationalen Elends, die kapitalistische Produktion sich zu entwickeln anfing, stellte der protestantische Geistliche Malthus sein bekanntes Bevölkerungsgesetz auf. Nach diesem Gesetz sollten die Lebensmittel die Tendenz haben, in arithmetischer Progression zu wachsen, die Bevölkerung dagegen in geometrischer Progression.

In einem Artikel über „Habsucht und Verschwendung", der im „Inquirer" veröffentlicht wurde, maß Godwin den Reichen und der gesellschaftlichen Organisation die Schuld bei an dem Elend der Menschheit. Malthus, der ein würdiger Vertreter der Religion war, welche das Elend für etwas Ewiges erklärt, und der den Mächtigen des Tages seine Reverenz erweisen wollte, beeilte sich, dem revolutionären Schriftsteller zu antworten und zu beweisen, „daß der große Irrthum Godwin's, welcher sein ganzes Buch beherrscht, darin besteht, daß er die menschlichen Einrichtungen für alle Laster und alle Uebelstände verantwortlich macht, welche die Gesellschaft beunruhigen. In Wirklichkeit liegen die Dinge so, daß die Uebel, welche durch die menschlichen Einrichtungen bedingt und die zum Theil nur zu fühlbar sind, als leicht und nebensächlich angesehen werden können, im Vergleich mit denen, die ihre Ursachen in den Naturgesetzen haben". Es erübrigt also nur, sich dem Rathschluß der Vorsehung zu unterwerfen, und „der Mensch, der in einer Welt geboren wird, die bereits besetzt ist, der hat, wenn ihn seine Familie nicht ernähren oder die Gesellschaft seine Arbeit nicht verwerthen kann, nicht das geringste Recht, irgend einen Antheil an den vorhandenen Lebensmitteln zu beanspruchen, und er ist überflüssig auf der Erde. An der großen Tafel der Natur ist für ihn nicht gedeckt. Die Natur gebietet ihm, davonzugehen und zögert nicht, diesen ihren Befehl selbst an ihm zu vollstrecken."

Als der Sykophant Malthus sein Bevölkerungsgesetz aufstellte, gab es in keinem Land eine irgendwie zuverlässige Statistik. Er hatte also keine positiven Thatsachen, auf die er sein Gesetz gründen konnte, was jedoch die bürgerliche Nationalökonomie nicht abhielt, es unbesehen als Evangelium anzunehmen. John Stuart Mill erklärte, daß die Malthus'schen Sätze als Axiome betrachtet werden könnten, als Sätze, die eines Beweises nicht bedürfen.

In Frankreich hielt J. Garnier zwar nicht an den beiden Progressionen fest, aber er gelangte zu dem Schlusse, „daß die Theorie von Malthus wahr sei, wenn auch nicht genau in ihrer Formel, so doch wenigstens ihrem allgemeinen Sinne nach".

In Deutschland nahm Roscher das allgemeine Prinzip des Malthus'schen Gesetzes an, obgleich durch gute Oekonomie und vernünftige Ordnung die Rohprodukte mehr als in blos arithmetischer Progression wachsen könnten. Hegewisch, der deutsche Uebersetzer der Malthus'schen Abhandlung, erklärte dessen Gesetz für eine Offenbarung der moralischen Ordnung, die man mit der Entdeckung der physikalischen Gesetze des Weltalls durch Newton vergleichen könne.

Indessen noch ehe man sich auf Statistiken zu berufen vermochte, hätte man Malthus erwidern können, daß wenn die Menschheit sich auch in geometrischer Progression vermehrt, die Thiere, von denen sie sich nährt, und die Pflanzen, von welchen diese ihrerseits leben, noch rascher zunehmen. Aber die Nationalökonomen waren zu glücklich, sich auf dieses Gesetz berufen zu können und dachten nicht daran, es ernsthaft zu prüfen: erklärte es doch alles Elend, welches eine Folge der kapitalistischen Produktion ist.

Heute besitzen wir positive statistische Untersuchungen, welche beweisen, daß das Malthus'sche Gesetz falsch ist; trotzdem halten es die bürgerlichen Nationalökonomen mit einigen Modifikationen aufrecht.

In keinem Lande hat man Thatsachen beobachtet, welche den Malthus'schen Satz von den beiden Progressionen auch nur annähernd rechtfertigten; gerade das Gegentheil konnte man wahrnehmen. Ueberall wachsen Existenzmittel und Nationalreichthum rascher als die Bevölkerung. Weiter oben haben wir die Zahlen über das ungewöhnliche Wachsthum der javanesischen Bevölkerung angegeben, die sich

von 1816 bis 1886 vervierfachte, allein der auswärtige Handel der Insel hat von 1850 bis 1886 um mehr als das Vierfache zugenommen.

Die Nationalökonomen des achtzehnten Jahrhunderts glaubten, daß die Zunahme der Bevölkerung im Verhältniß stehe zu der Zunahme der Lebensmittel, und so empfahl Quesnay in seiner kategorischen Manier: „man soll sein Augenmerk weniger auf das Wachsthum der Bevölkerung, als auf die Zunahme des Einkommens richten". Mirabeau, der Vater, erklärte in seinem „Menschenfreund": „Die Menge der Lebensmittel bedingt die Zahl der Bevölkerung, die Menschen vermehren sich wie die Ratten, wenn sie den nöthigen Unterhalt haben."

Selbst so gefaßt, ist das Bevölkerungsgesetz nicht richtig, wenigstens nicht in der kapitalistischen Gesellschaft, da ja bei uns die Zahl der Geburten, das ausschlaggebende Moment, in dem Maße abnimmt, als die Existenz- und Produktionsmittel wachsen.

Vauban war der Ansicht, daß jeder Erwachsene eine Kraft darstelle, die fähig wäre, durch ihre Arbeit den Reichthum zu schaffen, der für den Lebensunterhalt ihres Trägers nothwendig sei. Man hätte sich also, im Gegensatz zu der Meinung Quesnay's, um die Zahl der Bevölkerung und nicht um die Größe des Einkommens zu kümmern, da ja der Zunahme der Bevölkerung mit Nothwendigkeit auch ein Steigen des Einkommens entsprechen müsse. Auf diesen Grundsatz war die Sklaverei begründet. Der Herr nahm Sklaven, ehe er daran dachte, wie er diesen Existenzmittel beschaffen wolle. Sie hatten eben die Aufgabe, sich durch ihre Arbeit zu ernähren und außerdem ihren Herrn noch Einkünfte zu erarbeiten.

Unter dem kapitalistischen Regime gilt das Gegentheil des Malthus'schen Gesetzes. Die Zahl der Geburten nimmt mit dem Anwachsen der Unterhaltsmittel ab. Die Statistik von Paris beweist das schlagend.

Die niedrigste Zahl der Geburten beobachtet man im Allgemeinen in den reichsten Arrondissements der Stadt; sie beträgt kaum 22 pro Tausend in den Vierteln des Louvre, der Börse, der Oper, sie fällt auf 17 in dem Arrondissement von Passy, und in dem verschwenderischsten Viertel von Paris, den Champs Elysées, beträgt sie gar nur 16,4 pro Tausend. Dagegen steigt die Zahl der Geburten auf 30 pro Tausend in den Vierteln von Popincourt, Gobelins, Vaugirard und Buttes Chaumont und sie erreicht 38,8 in dem Viertel des Observatoriums. Alle die genannten Stadttheile werden von der armen Bevölkerung bewohnt.

Die Gesellschaft hat an dem Tische des Lebens für die Reichen gedeckt, aber die Natur hindert sie, die Gelegenheit auszunutzen.

Jede Gesellschaftsform hat ihr eigenes Bevölkerungsgesetz; das der kapitalistischen Gesellschaft ist noch nicht gefunden.

Lohnformen und Preis der Arbeit.

Von **Max Schippel.**

I.

Bei der Diskussion über die „Stückarbeit" (Jahrgang X, 2. Band, und XI, 1. Band der „Neuen-Zeit") ist an einer Reihe von Beispielen gezeigt worden, wie gewisse scheinbar ganz äußerliche und darum gleichgiltige Methoden der Lohnberechnung — wie nach der fertiggestellten Produktmenge anstatt nach der aufgewendeten Arbeitszeit — dazu dienen können, die Arbeitslast zu steigern und

den Lohn zu drücken. Die Lohnform wird zu einem Mittel, den Preis der Arbeit zu senken, das heißt: mehr unbezahlte Arbeit aus dem Arbeiter verfügbar zu machen.

Schon darum — denn sie erstrecken ihre Wirkungen auch nach mancher andern Richtung hin — hätten die vielgestaltigen Formen des Arbeitslohns längst eine eingehendere Untersuchung ihrer Ausgestaltung in der Praxis, ihrer Ausbreitung in verschiedenen Produktionszweigen und ihrer Wirkung unter verschiedenen Umständen verdient. Bis jetzt ist dafür nur wenig geschehen.

Am meisten, so weit unsere Kenntniß reicht, in den Vereinigten Staaten, wo die größere Schwierigkeit der Beschaffung und Festhaltung der Arbeitskräfte das höhere Niveau der Löhne naturgemäß das Kapital zu einer besonderen Findigkeit auch auf dem Gebiete der Lohnformen getrieben hat. Aus den arbeitsstatistischen Werken der Union dürfte sich noch das verhältnißmäßig reichhaltigste Material für unsere Frage gewinnen lassen; manche Abschnitte sind hier sogar eigens der Beschreibung und Empfehlung bestimmter Lohnkünsteleien, neuerdings besonders der Gewinnbetheiligung der Arbeiter, gewidmet. — Ueber letztere liegen allerdings auch bei uns mehrere Zusammenstellungen vor. Und endlich sind in Verbindung mit der letzten Pariser Weltaussstellung einige hierher gehörige Thatsachen auf Kongressen und in Berichten zur Mittheilung gelangt.

Im Großen und Ganzen aber gelten heute wie vor einem Vierteljahrhundert die Worte, mit denen Marx das 18. Kapitel seines „Kapitals“ eröffnet: „Der Arbeitslohn nimmt selbst wieder sehr mannigfaltige Formen an, ein Umstand, nicht erkennbar aus den ökonomischen Kompendien, die in ihrer brutalen Interessirtheit für den Stoff jeden Formunterschied vernachlässigen.“ „Eine Darstellung aller dieser Formen — fährt Marx fort — gehört jedoch in die spezielle Lehre von der Lohnarbeit, also nicht in dies Werk. Dagegen sind die zwei herrschenden Grundformen hier kurz zu entwickeln“ — und daran reiht sich alsdann eine Analyse des Zeit- und des Stücklohnes, die noch heute nicht nur unübertroffen, sondern überhaupt das Einzige ist, was wissenschaftlich Werthvolles über die Bedeutung der Formen des Lohnes gesagt worden ist.

Vor Kurzem hat nun David F. Schloß — den wir bereits vor einiger Zeit erwähnten — den Versuch gemacht, die „Methoden der Lohnzahlung“ ausführlicher darzustellen.* Er geht dabei zwar von den gewöhnlichen bürgerlichen Anschauungen über den Lohn und die Bestimmungsgründe seiner Höhe aus. Aber er ist human, ein „Arbeiterfreund“; er will nicht — wie er sich gern ausdrückt — daß der Arbeiter für einen Sixpence-Lohn eine Achtpence-Arbeit verrichte, oder für eine richtige Sixpence-Arbeit nur vier Pence Lohn erhalte; er ist für einen „gerechten“ und nicht blos für einen billigen Lohn. Er bemüht sich, unparteiisch zu sein, und da er gern die Thatsachen selber sprechen läßt, so sind seine Mittheilungen, die nicht nur auf Berichten, sondern vielfach auf persönlicher Anschauung beruhen, meistens von Werth.

Wir versuchen darum, sie kurz wiederzugeben, in anderer Ausdrucksweise und nach anderen Gesichtspunkten geordnet.

Vorher jedoch bitten wir den Leser, um jedem möglichen Mißverständnisse vorzubeugen, sich nach Marx das Folgende in die Erinnerung zurückzurufen.

* * *

---

* Methods of Industrial Remuneration. London 1892. — Wir gaben in der „Literarischen Rundschau“, XI. Jahrg., I. Bd., S. 316, eine kurze Uebersicht über den Plan des Buches.

Der Werth der Arbeitskraft ist gleich deren Erhaltungskosten; er ist gegeben durch das, was der Arbeiter zum eigenen Leben und zur Heranziehung des nöthigen Nachwuchses von Arbeitskräften bedarf; der Preis, zu dem sich die Arbeiter verkaufen, wird bestimmt durch das, was sie unbedingt brauchen, nicht durch das, was sie schaffen. Was sie in einem bestimmten Land, zu einer bestimmten Periode unbedingt täglich brauchen, stellt vielleicht einen Werth von fünf Mark oder fünf Arbeitsstunden dar — was sie schaffen, einen Werth von zehn Mark oder zehn Arbeitsstunden.

An der Oberfläche der Praxis des Arbeitsmarktes und der Produktion sieht dieser ökonomische Grundzusammenhang natürlich wesentlich anders aus; er braucht den Betheiligten gar nicht zum Bewußtsein zu kommen. Dem Kapitalisten drängt sich vielleicht als Ergebniß aller seiner ökonomischen „Studien“ nur die Wahrnehmung auf, daß er für höchstens fünf Mark Lohn mindestens zehn Stunden Arbeit erlangen kann — und dem Arbeiter andererseits, daß höchstens zehn Arbeitsstunden mindestens fünf Mark „werth“ sind. Der Lohn, einzig die Herstellungskosten der verkauften Arbeitskraft ausdrückend, wird so zu einem Scheinäquivalent der Arbeitsleistungen beim Konsum der Kraft durch den Kapitalisten. Fünf Mark, fünf Arbeitsstunden repräsentirend, werden scheinbar den zehn gelieferten Arbeitsstunden gleich. Die Arbeit, aus der alle Werthe erst sich ableiten, erhält so selber einen Werth, man gelangt zu einem Preis der Arbeit, zu einer Geldsumme als Aequivalent für ein bestimmtes Quantum lebendiger Arbeit, zu einem Preis der Arbeitsstunde, der in unserem Beispiel fünfzig Pfennig betragen würde, während die Stunde Arbeit einen Werth von zwei Mal fünfzig Pfennig bildet: nämlich den Wiedererſatz des Lohnes und einen, in unserem Falle gleich großen, Mehrwerth.

Ein gleiches Quantum Arbeit bildet weiter denselben Werth. Wird es nunmehr niedriger bezahlt, sinkt der Preis der Arbeitsstunde, so bleibt eine größere Differenz als Ueberschuß für das Kapital. Bildet eine Arbeitsstunde weiter einen Werth von einer Mark, sinkt aber der Preis derselben von 50 auf 40 Pfennig, so steigt der Mehrwerth von 50 auf 60 Pfennig, das variable (für Lohn ausgelegte) Kapital verwerthet sich nicht mehr zu 100 Prozent (50 Lohn, 50 Mehrwerth), sondern zu 150 Prozent (40 Lohn, 60 Mehrwerth).

Man sieht, welches Interesse das Kapital hat, den Preis der Arbeit zu senken.

Und scheinbar kann dabei sogar das Interesse des Arbeiters gefördert werden, denn es ist klar, daß der Tages- oder Wochenlohn steigen kann, während dasselbe Quantum Arbeit immer niedriger gelohnt wird.

So in unserem Beispiel, wenn der Arbeiter 15 Stunden täglich von Anfang bis Ende mit der gleichen Anspannung wie früher arbeitete und dafür 6 Mark erhielte. Der Preis der Arbeitsstunde wäre dann von 50 auf 40 Pfennig gesunken, der Tagelohn wäre trotzdem von 5 auf 6 Mark, der täglich neugebildete Produktwerth freilich von 10 auf 15 Mark gestiegen, die Masse des Mehrwerthes von 5 auf 9 Mark, die Rate des Mehrwerthes von 100 auf 150 Prozent. — Oder auch, die tägliche Stundenzahl kann gleich bleiben, der Tageslohn gleichzeitig wachsen und das Kapital doch seinen Zweck erreichen: ein bestimmtes Arbeitsquantum zu niedrigerem Preise zu erlangen — wenn die Intensität der Arbeit entsprechend emporgetrieben wird. Leistet der Arbeiter durch abnorme Anspannung seiner Kraft in 10 Stunden dasselbe Arbeitsquantum wie früher in 20 Stunden, so mag sein Tageslohn sich von 5 auf 6 Mark erhöhen oder gar auf 8 Mark emporschnellen: der Preis für das Quantum Arbeit, das früher

in 1, jetzt in 1/2 Stunde von ihm geliefert wurde, ist dennoch von 50 auf 30 oder 40 Pfennig gesunken, um 20 oder gar 40 Prozent herabgedrückt.

Die meisten der besonders beliebten Lohnformen spekuliren auf diese Möglichkeit, das Einkommen des Arbeiters — wenigstens vorübergehend — zu erhöhen, während der Preis der Arbeit sinkt und damit die Rate des Mehrwerthes steigt.

Beim Stücklohn ist das bereits allgemein erkannt. Er mag sich bei seiner Einführung zunächst nur als eine einfache Umrechnung des bisherigen Zeitlohnes geben. Wenn unser Arbeiter während der zehnstündigen Arbeit 10 Stücke eines Machwerkes lieferte, so mag man ihm im Anfang, wie früher pro Stunde so jetzt pro Stück, 50 Pfennig zahlen. Aber sowie die Arbeiter allgemeiner mehr zu verdienen scheinen, sei es durch Verlängerung der Arbeitszeit, sei es durch Steigerung der Intensität ihrer Arbeit während der gleichen Stunden, wird sich das Niveau der Grundlage ihrer Lohnberechnung senken. Sie mögen dann noch 6 Mark verdienen, während sie 15 Stück liefern, oder auch 8 Mark, während sie 20 Stück fertig stellen, das gleiche Quantum Arbeit holt man jetzt für 40 statt für 50 Pfennig aus ihnen heraus. Aber oft tritt an die Stelle der ursprünglichen Steigerung des Gesammteinkommens sogar eine Herabdrückung desselben. Dieselbe Zahl von Arbeitskräften stellt auf dem Arbeitsmarkte eine viel größere Zufuhr von Arbeit dar; das Ueberangebot drückt den Gesammtlohn vielleicht unter die bloßen Unterhaltungskosten herab, trotz Vermehrung der Arbeitslast.

Aber schon der Zeitlohn, wie er heute vielfach üblich ist: nicht mehr zu festen Tages- und Wochen-Gesammtbeträgen abgerundet, sondern in seiner Wochensumme genau nach Stunden bemessen, ist vielfach — blos durch diese seine, zunächst scheinbar gleichgiltige, besondere Form — ein Mittel, die Löhne zu reduziren. Bei einem Jahresgehalt wirken die stillen Wochen, die Tage und Stunden gänzlicher Beschäftigungslosigkeit nicht einkommenvermindernd; bei Arbeitern, die der Kapitalist festzuhalten wünscht oder die sich ihrer Haut zu wehren wissen, trifft das in ähnlicher Weise auch beim Zeitlohn zu. Hingegen, um mit Marx zu reden, „wird der Stundenlohn in der Weise fixirt, daß der Kapitalist sich nicht zur Zahlung eines Tage- oder Wochenlohnes verpflichtet, sondern nur zur Zahlung der Arbeitsstunden, während deren es ihm beliebt, den Arbeiter zu beschäftigen, so kann er ihn unter der Zeit beschäftigen, die der Schätzung des Stundenlohnes oder der Maßeinheit für den Preis der Arbeit ursprünglich zu Grunde liegt.“ Bei der Festsetzung des Stundenlohnes ging man vielleicht von der Annahme aus, daß das Jahr 300 Arbeitstage zu je 10 Stunden umfasse; der Stundenlohn stellte sich daher auf 1/3000 des Jahreswerthes der Arbeitskraft. Nun ergeben sich thatsächlich vielleicht nur 200 Arbeitstage zu je 10 Stunden, oder auch 100 Arbeitstage zu 14 Stunden (= 1400 Stunden) in der Saisonzeit und dann noch 100 Tage zu 4 (= 400) und 100 Tage zu 2 (= 200) Stunden. In beiden Fällen erhält der Arbeiter nur 2000 statt 3000 Stunden jährlich bezahlt, und da mit 3000 erst der nothwendige Jahresbedarf gedeckt, der wirkliche Jahreswerth der Arbeitskraft bezahlt war, so ist hier — wesentlich erleichtert durch die besondere Form des (Zeit-) Stundenlohnes — der Lohn auf zwei Drittel des Werthes der Arbeitskraft herabgebracht. „Der Kapitalist kann jetzt ein bestimmtes Quantum Mehrarbeit aus dem Arbeiter herausschlagen, ohne ihm die zu seiner Selbsterhaltung nothwendige Arbeitszeit einzuräumen. Er kann jede Regelmäßigkeit der Beschäftigung vernichten und ganz nach Bequemlichkeit, Willkür und augenblicklichem Interesse die ungeheuerste Ueberarbeit mit relativer oder gänzlicher Arbeitslosigkeit abwechseln lassen. Er kann, unter dem Vorwand, den „normalen Preis der Arbeit“ zu zahlen, den Arbeitstag, ohne irgend entsprechende

Kompensation für den Arbeiter, anormal verlängern. Daher der durchaus rationelle Aufstand (1860) der im Baufach beschäftigten Londoner Arbeiter gegen den Versuch der Kapitalisten, diesen Stundenlohn aufzuherrschen."

Aber — so widerspruchsvoll es klingen mag — nicht nur durch Verminderung der Jahresarbeitsstunden, sondern auch durch deren Vermehrung oder durch anormale Steigerung der Arbeitsstunden an einzelnen Tagen und bei besonderen Gelegenheiten kann der Kapitalist den Lohn unter den Werth der Arbeitskraft herabbringen, obwohl er denselben nominellen Stundenlohn fortzahlt. Wird nämlich die tägliche Arbeitszeit über eine gewisse Dauer hinaus verlängert, so wächst der Verschleiß der Arbeitskraft viel rascher als in den Stunden der normalen Arbeitsdauer, der Kräfteersatz für die „Ueberstunden" erfordert eine außergewöhnlich hohe Summe, wenn er überhaupt möglich ist und die Ueberarbeit nicht trotz aller Mehrzufuhr von Nahrung und Erfrischungsmitteln Gesundheit und Lebenskraft der Arbeiter untergräbt. Der gleiche Preis der Arbeitsstunde entspricht also von einer gewissen Grenze ab durchaus nicht mehr den Reproduktionskosten, dem Werth der Arbeitskraft. Selbst wenn der Preis der Ueberstunde höher wie der normale Stundenpreis angesetzt wird, kann die Erhöhung noch immer hinter dem Mehrverzehr von Lebenskraft zurückbleiben; oft genug wird das ganze Lohnniveau derart herabgehen, daß der normale Lohn für die regelmäßigen Arbeitsstunden plus Extralohn für die Ueberstunden nichts oder wenig mehr ergiebt wie den ursprünglichen Normaljahreslohn. Dann ist nicht nur der Preis der Arbeit gesunken, weil für dieselbe oder eine nicht entsprechend gestiegene Bezahlung ein größeres Arbeitsquantum geliefert wird — sondern der Preis des Arbeitstages ist meist auch unter den Tageswerth der Arbeitskraft gefallen: der Arbeiter kann aus seinem Lohn seine Arbeitskraft nicht mehr in normaler Weise erhalten, er zehrt sie rascher als sonst durch Ueberarbeit auf.

Beim Stücklohn machen sich nun alle die Umstände viel wirksamer geltend, welche zu einer fortgesetzten Herabdrückung des Preises der Arbeit führen, während sie vielleicht gleichzeitig dem Arbeiter das lockende Bild einer Steigerung des Gesammtlohnes vorgaukeln. Der Stücklohn wirkt leicht auf Verlängerung der Arbeitszeit hin, weil mit der wachsenden Produktlieferung der Lohn wächst. Der Stücklohn ermöglicht eine willkürliche Verkürzung, Unterbrechung und wieder maßlose Ausdehnung der Arbeitszeit, ganz nach Belieben des Unternehmers; er kann dadurch ganz direkt ein Sinken des jährlichen Lohnes herbeiführen. Doch das vollbringt schließlich der Zeitlohn auch. Der Stücklohn vermag jedoch noch manches, was der Zeitlohn nicht kann. Für den Zeitlohn, der jede Arbeitsstunde gleich vergütet, ist die Intensität der Arbeit zunächst gleichgiltig; Intensitätssteigerung wird hier nicht schon durch die Lohnform, sondern durch andere Umstände dem Arbeiter aufgezwungen: durch die ganze Gestaltung des Produktionsprozesses, durch das nothwendige prompte Hand-in-Hand-arbeiten bei der Manufaktur, durch den rascheren Gang und den erweiterten Umfang der zu bedienenden Maschinerie in der Fabrik, durch den Antrieb seitens des Vorarbeiters und Aufsehers. Wie jeder richtige Preuße seinen Gendarmen, hat der Akkordarbeiter dagegen selber seinen Arbeitstreiber in der Brust; sein eigenes Interesse spornt ihn, in der Stunde möglichst viel zu schaffen. Der Stücklohn, der bei der gelieferten Menge eine bestimmte Güte verlangt, fordert ferner geradezu zu fortwährender Bemängelung des Produktes und so zu fortwährenden Lohnabzügen heraus, die allerdings bei der Zeitlohnzahlung auch üblich geworden sind. Der Stücklohn splittert die Arbeiter viel mehr wie der Zeitlohn auseinander in sehr verschieden bezahlte

Schichten, die anscheinend auch verschiedene Interessen haben; er hat also die Tendenz zur Steigerung der Arbeitsausbeutung, während er den geschlossenen Widerstand der Arbeiter zu verringern strebt. Hier treibt die bloße Form des Lohnes, die Methode der Lohnberechnung und Lohnzahlung auf eine ganze Reihe von dem Kapital wohlgefälligen Wirkungen hin, die man sonst auf andern Wegen zu erreichen sucht und die dann immer umständlich und oft kostspielig für das Kapital sind.

Wir brauchen das Alles nur anzudeuten, weil es bei der Diskussion über den Stücklohn in diesen Blättern zur Genüge betont worden ist. Doch sei es gestattet, für die Wirkungen der Stücklohnzahlung einige Beispiele aus Schloß anzuführen.

„Bei Arbeitern in einer Schuhfabrik, mit Sohlenaufnähen beschäftigt, ergab sich eine Verdoppelung ihrer Leistungen, als man sie auf Stücklohn setzte. — In einer Bicyclefabrik trat mir die gesteigerte Thätigkeit der Arbeiter bei Stücklohn recht eindrucksvoll entgegen, da ich von fünf Löthheerden drei kalt und unbenutzt stehen sah — ein befremdender Anblick, da viel zu thun war und Alles emsig hantirte. Die Erklärung war, daß für die Leute kürzlich der Stücklohn eingeführt worden war und daß nun zwei Mann dasselbe Quantum Arbeit leisteten wie früher fünf Mann bei Zeitlohn. — Ich habe bei meinen Feststellungen, die zu zahlreich sind, um sie alle mitzutheilen, gefunden, daß die Arbeitsmehrleistung durch Einführung des Stücklohns dreißig bis fünfzig Prozent betrug. — Ein hierher gehöriges Beispiel verdient noch besondere Erwähnung. Ein Mann war auf einer Schiffswerft damit beschäftigt, „washers“ mit Hilfe einer Bohrmaschine zu machen; ein Besucher . . . frug ihn, wieviel er pro Tag schaffe. Die Antwort war: Jetzt, wo ich auf Stücklohn bin, etwa das Doppelte wie gewöhnlich früher bei Taglohn. Ich weiß, es ist unrecht. Ich nehme einem Andern die Arbeit weg.“ — Ueber die Wirkung der Mehrleistung auf den Lohn weiß Schloß hier nichts mitzutheilen. Aber man achte auf die „Ersparniß“ an Arbeitsmitteln bei der Bicyclefabrikation. Und ähnlich meldet Schloß von den Schuhmachern: daß man nunmehr nur vier Maschinen gebraucht habe, um etwa dieselbe Leistung zu erzielen, zu der vorher beim Zeitlohn sieben Maschinen da sein mußten. Selbst wenn der Stücklöhner also für die doppelte Leistung dauernd den doppelten Lohn erhielte, würde das Kapital von der größeren Arbeitsintensität profitiren, da ja auch andere Auslagen (für Gebäude, Licht ꝛc.) relativ abnehmen, wenn eine Mehrproduktion nicht entsprechend mehr Arbeiter erfordert.

Ein paar Beispiele für die Ueberanstrengung beim Stücklohn! „Lord Brassey belegt sie durch das Beispiel der Sklaven, die als Kaffeeträger in Brasilien verwendet werden. Sie haben Säcke voll Kaffee im Gewicht von zwei bis drei (engl.) Zentnern zu schleppen, auf ihrem Kopf, die großen Speicher aus und ein, von den Speichern nach dem Schiffe. Sie schleppen diese ungeheuren Lasten oft drei- bis vierhundert Yards. Sie sind unter den Sklaven Brasiliens die kräftigsten; sie werden nach der geleisteten Arbeit bezahlt. Sie arbeiten mit der höchsten Anstrengung, um so rasch als möglich eine Summe zu erwerben, mit der sie sich freikaufen können, und sie erreichen den Betrag auch gewöhnlich in drei bis vier Jahren. Aber sie sind eine kurzlebige Rasse, und in ihrer Angst und Gier, zu ihrem Ziel zu kommen, opfern sie oft ihre Gesundheit durch Ueberanspannung, obwohl sie gut genährt sind mit Büchsen- und Pökelfleisch vom Laplata und mit großen Mengen mehlhaltiger Speisen. — Will man den Umfang der schädlichen Anspannung, die mit der Stücklöhnung verbunden ist, richtig schätzen, so muß man nicht nur die körperliche Strapaze in Betracht ziehen,

sondern auch die geistige Anstrengung und Qual. Man nehme den Mann, den ich Schrauben machen sah; er bediente mit Hilfe eines Knaben zwei Maschinen, während er, als er noch auf Zeitlohn stand, niemals dazu bereit gewesen wäre, mehr als eine Maschine zu versehen. Es steht außer Frage, daß die Nervenanstrengung hierbei .... oft beträchtlich ist."

Auch über die unbezahlte „Wartezeit" beim Stücklohn bringt Schloß einige Angaben. „In einem mir bekannten Falle waren die Weber der Wollbranche, die nach dem Stück bezahlt wurden, oft ohne fortlaufende Arbeit und Bezahlung — eine Behandlung, über die sie sich mit Bitterkeit beklagten." In einer Bandweberei war man vom Stücklohn wieder zum Zeitlohn zurückgekehrt. „Bevor der Weber seine Thätigkeit beginnen kann, muß der Stuhl von Arbeitern einer andern Abtheilung zugerichtet werden, und während das geschieht, steht der Weber gezwungen müßig. Man konnte sich über einen Stücklohn nicht verständigen, der jede Ungerechtigkeit gegen die Arbeiter ausgeschlossen hätte, die so ohne eigene Schuld oft nichts zu thun hatten; man ging daher zum Zeitlohn über, der wöchentlich bezahlt wurde, ohne Abzug für die Tage und Stunden des Feierns." — Schloß fügt aber gleich hinzu, daß auch der Zeitlohn — ohne Verbürgung eines festen Wochenbetrages, nach einzelnen Stunden berechnet — solche Lohnverkürzungen ermöglicht. „In vielen Fällen wird man finden, daß wenn Leute auf Wochenarbeit angenommen sind und nominell in Wochenlohn stehen, sie doch thatsächlich nach den Stunden bezahlt werden, unter Berechnung nur der wirklich der Arbeit gewidmeten Stunden. Wo die Produktion leidlich regelmäßig ist, da mag in einem gut geleiteten Geschäfte wohl auch eine ununterbrochene Thätigkeit leidlich aufrecht erhalten werden, so daß die Arbeiter in der Regel ihren nominellen Wochenlohn nahezu voll erlangen. Andererseits, in den Geschäftszweigen mit periodischer Flauheit, besonders in den Saisongewerben, werden die Arbeiter oft lange von einem Auftrag zum andern hingehalten; und da für diese Zwischenzeiträume erzwungenen Feierns nichts bezahlt wird, so fallen die Wochenlöhne thatsächlich tief unter den Betrag, zu dem sie angesetzt waren."

* * *

Den Stücklohn, so vortheilhaft er für das Kapital ist, kann man nicht überall anwenden. Er reicht auch in seinem Anwendungsgebiet nicht immer aus, das für das Kapital denkbar günstigste Verhältniß zwischen bezahlter und unbezahlter Arbeitsleistung zu erreichen. Auch solchen Unannehmlichkeiten, wie dem leichten und häufigen Stellenwechsel der Arbeiter, ihrer Geneigtheit zu Lohnkämpfen, sucht das Kapital durch die Methode der Lohnberechnung und Lohnzahlung entgegen zu arbeiten. Andere Mittel hierzu kosten meistens Geld; die kunstvolle Löhnungsmethode soll zugleich noch ein Erkleckliches abwerfen und so das Angenehme mit dem Nützlichen verbinden.

Die Grundformen des Zeit- und des Stücklohnes kehren dabei fast immer wieder, aber auf das Mannigfachste variirt. Doch läuft dabei die ganze Kunst meist auf Eines hinaus: man theilt den Lohn in einen festen und einen veränderlichen, beweglichen Bestandtheil. Der feste Bestandtheil entspricht dem gewöhnlichen Zeit- oder Stücklohn; er braucht zunächst nicht niedriger bemessen zu sein wie sonst; im Anfang wäre das sogar ein Fehler. Der bewegliche Theil dient dazu, die Arbeitswuth auf das Aeußerste anzustacheln; er richtet sich bald nach der Beschleunigung der Arbeit, bald nach dem gesammten Jahresgewinn des Geschäftes, nach der Reduzirung gewisser Ausgaben und nach vielen sonstigen Umständen. Fast immer giebt der Arbeiter für ihn ein viel größeres Quantum

Arbeit hin, als es, nach dem früheren normalen Preis gemessen, seinem Betrag entspricht; der Durchschnittspreis der Arbeit sinkt also fast immer dabei. Oft sinkt dann durch den gesteigerten Wettbewerb der Arbeiter sogar der Gesammtlohn, nur die vermehrte Arbeitslast verringert sich nicht wieder. Oft giebt noch dazu der Arbeiter seine Freiheit der Bewegung und Organisation dabei preis.

Diese raffinirteren Lohnformen werden wir in einem folgenden Artikel behandeln.

Die Lage der Landarbeiter in Russisch-Polen.

Von **Dr. Sophie Daszynska.**

Die Verhältnisse der ländlichen Bevölkerung unterliegen unzweifelhaft keiner geringeren Zersetzung ihrer bisherigen Formen als diejenigen der industriellen. Wenn uns aber der Umschwung von Klein- zur Großindustrie genügend belehren kann, daß man nur in längerer Zeit und im allgemeinen Verlaufe die beständige Konzentrationstendenz des Kapitals verfolgen und konstatiren darf, und daß jeder Tag Abschweifungen von dieser Entwicklungslinie bringt, so ist das in der Landwirthschaft in einem weit größeren Maße der Fall. Hier wie dort greifen Gesetzgebung, Widerstand und Kampf der Interessirten selbst, welche das Bestehende erhalten wollen, ein und gestalten das Gesetz der Entwicklung zu einem sozialen, also von gesellschaftlichen Eingriffen abhängigen, von einem Naturgesetze verschiedenen. Trotzdem vollzieht sich unaufhaltsam der Umschwung, der Uebergang von den alten Formen der Naturalwirthschaft zur kapitalistischen sammt dem sie begleitenden sozialen Produkt, dem Proletarier.

Man dürfte erwarten, daß in einem Lande wie Russisch-Polen, wo die Leibeigenschaft erst vor neunundzwanzig Jahren aufgehoben wurde, und die ländliche Bevölkerung erst dann Besitz an Grund und Boden erhielt, der Bauernbesitz so vertheilt sei, daß die Landproletarier einen äußerst geringen Theil der ländlichen Bevölkerung bilden. Die Thatsachen werden uns aber ganz andere Verhältnisse aufweisen. Der Bauernstand ist keineswegs solid und geschlossen und die Verhältnisse der ländlichen Bevölkerung gestalten sich kaum günstiger, als diejenigen der Fabrikarbeiter. Der Hauptunterschied zwischen beiden ist hier der, daß der Landarbeiter im Freien arbeitet, allerdings bei ungeheuer langer Arbeitszeit, aber ohne an die intensive Bewegung der Maschine gebunden zu sein, und deshalb seine Arbeitskraft nicht in dem Maße wie der Fabrikarbeiter abnutzt. Aber sein standard of life ist noch niedriger und primitiver, als derjenige einer industriellen Bevölkerung, die in der Stadt wenigstens einigermaßen sich den Gewohnheiten der übrigen Einwohner anpaßt. Das ist auch ein Grund, weshalb das Elend des Landarbeiters weniger in die Augen fällt, als das des Fabrikarbeiters, wenn es auch nicht geringer ist.

Die Reform vom Jahre 1864 (Aufhebung der Leibeigenschaft) fand die Bauern persönlich frei, d. h. sie standen seit dem Anfang des Jahrhunderts (seit 1807) in keiner direkten Abhängigkeit von den Gutsbesitzern mehr in Bezug auf die Freiheit der Uebersiedelung, der Heirath und der Gerichte. Die Gutsbesitzer waren damals auch jeder Verantwortung für das Leben und Wohl ihrer Unterthanen enthoben worden. Die moralische Verpflichtung, welche doch bis zu einem gewissen Grade den Großgrundbesitz zwang, seine Bauern vor dem Hungertod zu schützen, verschwand und eine massenhafte Einziehung bäuerlicher Parzellen

begann. Da der Gutsbesitzer zum Gemeindevorsteher gewählt wurde, was als selbstverständlich galt, waren seiner Willkür keine Schranken gesetzt, und die Verarmung der Bauern gab sie dem größten Elend preis.

Allerdings machte das Gesetz vom Jahre 1846 dieser Praxis ein Ende. Ohne sich um jene Bauern zu kümmern, welche ihres Besitzes schon enthoben waren, hinderte es wenigstens den weiteren Fortgang der Expropriation der Bauern. Der bestehende status quo wurde zur Grundlage genommen und der ganze Grund und Boden, welchen Bauern unter irgend einem Rechtstitel bewirthschafteten, wurde der Gutsverwaltung entzogen und die Erhaltung des bäuerlichen Besitzstandes empfohlen. Auch wurde den Gutsbesitzern verboten, die Frohndienste und Abgaben der Bauern zu steigern. Den Verwaltungsorganen war streng geboten, den Bauern Schutz zu gewähren und alle ungesetzlichen Abgaben abzuschaffen.

Die Reform von 1864, welche dem Bauer den Besitz des von ihm bewirthschafteten Grundbesitzes sichern und dessen Abzahlung regeln sollte, nahm den erheblich reduzirten Besitzstand der Bauern zur Grundlage, den sie vorfand. Da darf man sich nicht wundern, daß sich die Zahl der bäuerlichen Besitzungen seit dieser Zeit vergrößert hat, was den heutigen Verhältnissen den Schein giebt, als bedeuteten sie ein Aufsteigen der bäuerlichen Bevölkerung.

Während die ganze Anbaufläche im Lande circa 15 Millionen Morgen im Jahre 1864 (nach dem Kataster von 1858) betrug, steigt diese Zahl im Jahr 1887 auf über 20½ Millionen, und der bäuerliche Besitz verdoppelt sich fast, nämlich von 4 408 860 Morgen auf 8 570 133. Demnach ist er nicht nur absolut, sondern auch im Verhältniß zur gesammten angebauten Fläche gestiegen. Im Jahre 1858 bildete er 33,9 Prozent derselben, 1887 41,6 Prozent. Diese Steigerung kann allerdings als Demokratisirung des Grundbesitzes aufgefaßt werden und ist leicht durch die Unfälle politischer Natur, die dem Wohlstand des polnischen Großgrundbesitzes arge Wunden schlugen, zu erklären. Bedenkt man aber die obenerwähnte ganz elende Lage des Bauernstandes unmittelbar vor der Reform, dann wird das günstige Bild, welches die obigen Zahlen erwarten lassen, etwas abgeschwächt.

34,3 Prozent der ganzen ländlichen Bevölkerung, d. h. von 2½ Millionen 864 637, waren im Jahre 1864 besitzlose Proletarier. Die Reform hat also keineswegs die ganze ländliche Bevölkerung umfaßt, da über ein Drittel derselben von ihr unberücksichtigt blieb. Aus dieser hat sich seit dieser Zeit auch ein großer Theil der Fabrikbevölkerung rekrutirt, da in Polen ebenso wie überall der Zug vom Lande in die Städte und Fabrikorte ein sehr starker ist. Die Ziffer der besitzlosen Landproletarier, die allerdings eine schwankende ist, läßt sich heute für das ganze Land zahlenmäßig nicht bestimmen. An der Lohnarbeit nehmen jedoch neben den besitzlosen auch die unteren Kategorien des besitzenden Bauernstandes Theil. Ohne Zweifel sind an ihr alle Eigenthümer von Wirthschaften unter drei Morgen Fläche sammt ihren Familien betheiligt. Solcher Wirthschaften rechnet man in Polen 58 935; auch die Einwohner der größeren Höfe bis zu 20 Morgen können zum großen Theil zur Lohnarbeiterschaft gerechnet werden. Ein Kenner unserer heimischen Landwirthschaft (Herr Ludwig Górski) berechnet, daß erst eine Wirthschaft von 20 Morgen eine Bauernfamilie ohne andern Nebenerwerb ernähren kann, als einen für die Bedürfnisse der Wirthschaft selbst sorgender Familienfleiß. Solcher unselbständiger Bauernwirthschaften unter 20 Morgen zählt man in Polen 464 801, und nur 145 614 selbständige, welche eine Fläche von 20 bis 60 Morgen bewirthschaften, also von der

offiziellen Nationalökonomie als gesunder, kräftiger Bauernstand, als Stütze der Gesellschaft und Moral genannt werden können.

Aber auch diese größeren Höfe wirthschaften nicht rationell. Die Bauernwirthschaften produziren durchgehends weniger und schlechteres Getreide, als der Großgrundbesitz, und der Mangel an Betriebskapital, sowie an nöthiger Fachbildung hemmt ihre Entwicklung. Jede kleine Ersparniß, die aus Mangel an entsprechenden Kreditinstituten zum Ankauf einer Parzelle verwendet wird, könnte oft mit weit größerem Nutzen den Ackergeräthen und der Bewirthschaftung zugewendet werden. Von 1884 bis auf 1866 wurden von über zwanzigtausend Bauern Parzellen von großen Gütern, zusammen eine Fläche von 369 279 Morgen, angekauft. Käufer ist hier jedoch nicht der besitzlose Proletarier, sondern der reiche Bauer, denn auch unter den Bauern, was sehr bezeichnend ist, bildet sich eine Kapitalistenklasse. In der Provinz Suwalki, für die eine amtliche statistische Enquete über die Löhne und Lebenshaltung der Bauernbevölkerung besteht, ist als Ursache des zahlreichen und sich mehrenden ländlichen Proletariats die Entstehung von Bauernkapitalisten bezeichnet. Die Reichen ziehen die Gütchen der Tagelöhner an sich, wenn diese die Wucherzinsen nicht mehr zahlen können, oder sie kaufen sie aus freier Hand, so daß der Grundbesitz einzelner Bauern manchmal bis auf 300 Morgen anwächst. Dieselbe Enquete bemerkt, daß, was die Enteignung der Bauern vom Grund und Boden betrifft, der jüdische Wucherer weniger gefährlich ist, als der Bauernkapitalist.

Dort also, wo genaue Untersuchungen durchgeführt worden sind, zeigt sich, daß die Zahl der ländlichen Proletarier zunimmt, trotzdem gleichzeitig Bauern Land ankaufen. In der Provinz Suwalki kommen auf je tausend Köpfe der ländlichen Bevölkerung 145 Besitzlose, und unter den Bauernwirthschaften sind 20,4 Prozent solche, die eine Fläche von unter drei Morgen bewirthschaften, deren Besitzer also auch zum Proletariat gerechnet werden dürfen.

Wenn wir also von Landarbeitern sprechen, so sind darunter nicht vereinzelte zufällig verarmte Individuen zu verstehen, sondern die allerzahlreichste Klasse der Landbewohner.

Unter den ländlichen Arbeitern in Polen müssen drei Kategorien unterschieden werden. Die eigentlichen Tagelöhner, deren Lohn, in Geld berechnet, je nach der Jahreszeit, dem Geschlecht und Alter wechselt. Diese rekrutiren sich aus den besitzlosen Leuten, die eine Kammer irgendwo im Dorfe gemiethet und sogar ihren Namen (komornicy von komora, Kammer) davon erhalten haben, und aus denjenigen, deren Hof zu klein ist, um die Familie zu ernähren.* Auf dem Gute ist dieser Theil der Arbeiter ein seiner Zahl und Zusammensetzung nach sehr wechselnder; in der Erntezeit, wenn die Nachfrage größer und die Löhne höher, erscheinen ihrer am meisten. Auch findet man unter den Arbeitern oft solche, denen man leicht ansieht, daß sie dem städtischen Elemente entstammen und nur ganz zufällig zu ländlichen Arbeiten verwendet worden sind.

Einen beständigeren Arbeiterstock liefert das Gesinde, Männer und Frauen, die entweder auf Bauernhöfen als Mitarbeiter an der Feldarbeit, oder von Großgrundbesitzern zur Bestellung der Wirthschaft verwendet werden. Diese werden pro Jahr entlohnt, und erhalten neben dem Gehalte in Geld Kost, Wohnung und manchmal auch einige Kleidung, oder gar ein Stück Feld, wo sie Hanf und

* Die komornicy wohnen manchmal bei den wohlhabenden Bauern, für die sie zwei Tage in der Woche arbeiten. Auf diese Weise bezahlen sie die Wohnung. Das ist z. B. in der Provinz Kalisch Sitte.

Flachs bauen können, um sich daraus Garn für Kleidungsstücke zu spinnen. Selbstverständlich erhalten letzteres nur Frauen in Gegenden, die von großen Städten entfernt sind und bis jetzt eine Art Naturalwirthschaft betreiben. Diese Kategorie Arbeiter muß auf den Bauernhöfen schwerer arbeiten, als auf den Rittergütern, da sie auch allerlei persönliche Dienste thun müssen und mehr überwacht werden. Auch ist hier keine Arbeitszeit bestimmt und die Länge des Arbeitstages im Winter und Sommer bis aufs Aeußerste ausgedehnt. Dafür wird jedoch der Arbeiter zur Familie gerechnet, genießt mit ihr dieselbe Kost und empfindet weniger seine soziale Zurücksetzung, da sein Herr gleichzeitig und gleich intensiv mit ihm arbeitet.

Auf den Rittergütern bewohnt das Gesinde gewöhnlich Räume, in denen recht wenig für seine Bequemlichkeit gesorgt ist. Die Kost ist, wenn auch sehr einfach, nicht schlechter als die einer Bauernfamilie, da letztere jeden Pfennig aufs Sorgfältigste spart. Die gewöhnliche Kost, hier wie dort, bildet am Morgen eine Suppe, am häufigsten eine Brühe aus Rüben oder Kohl, da diese Suppen überhaupt in unserem Lande sehr beliebt sind, und dazu Kartoffeln oder Brot. Zu Mittag werden zwei Speisen gegeben, meistens vegetabilische, unter denen die Kartoffel wieder eine sehr große Rolle spielt. Fleisch wird gewöhnlich zweimal die Woche gegessen, Speck erscheint fast jeden Tag. Am Abend wird wieder eine Suppe oder Milch mit Kartoffeln und Brot verabreicht. Auch bei dieser einfachen Kost wird noch hie und da gespart, es giebt z. B. Wirthschaften und sogar ganze Gegenden, wo das Gesinde nur einmal in der Woche Fleisch bekommt, oder wo mit Milch gespart wird; im Allgemeinen bildet aber die hier beschriebene Kost die Regel.

Als dritte Arbeiterkategorie müssen die sogenannten parobcy betrachtet werden, die den Inst- oder Dienstleuten in Norddeutschland entsprechen. Diese werden in der Regel nur auf Rittergütern verwendet, sehr selten auch von den wohlhabenden Bauern, da sie verheirathet sind, eine besondere Wohnung und Haushaltung haben müssen. Eine sehr verbreitete Sitte ist es, daß diese Dienstleute noch einen oder zwei Arbeiter respektive Arbeiterinnen als Gesinde miethen müssen, damit der Gutsherr einen immer anwesenden Stock von Taglöhnern zur Hand habe. Dafür verpflichtet er sich, diesen Arbeitern während des ganzen Jahres Arbeit zu liefern, deren Lohn dem Dienstmann zukommt, da der Arbeiter um einen festen Gehalt dient. Die Wohnung der Dienstleute besteht mitunter aus einem Zimmer für jede Familie sammt Gesinde. Das muß als günstiger Fall bezeichnet werden; es giebt Gegenden, in denen zwei Familien sich mit einem Raume begnügen müssen. Ein Zimmer sammt einer Kammer ist ein Luxus, den man nur den Aufsehern oder dem herrschaftlichen Kutscher gewährt. Weniger typisch als die Wohnung ist die Ernährung. Der Instmann erhält von der Herrschaft ein Stück Feld, ein Drittel oder einen halben Morgen, für den Anbau von Kartoffeln; daneben werden ihm Roggen, selten Weizen und Buchweizen, Speck, manchmal auch Fleisch geliefert. Die Quantität dieser Produkte, welche die fertige Kost des Gesindes vertreten sollen, ist ziemlich verschieden. In der Provinz Suwalki, für die uns bestimmte Daten zur Verfügung stehen, bekommt ein Dienstmann durchschnittlich 12½ Scheffel* Getreide verschiedener Art im Jahre, daneben einen halben Morgen Acker für Kartoffeln, und in manchen Gegenden auch ein Stück Gartenland. Daneben Fleisch und eine Kuh. Die Lieferung von Brennholz ist selten eine bestimmte, es muß aber damit sorgfältig

---

* 1 polnischer Scheffel = etwa 2 preußischen Scheffeln.

gespart werden und Reisig wird von der Frau fleißig zusammengebracht. Auch sind hier die Wohnungsverhältnisse sehr dürftig, da in einem Raume zwei Familien wohnen müssen.

In einem mir genau bekannten Gute neben Warschau, dessen Verhältnisse für die Umgebung der Hauptstadt als typisch gelten können, besteht die Naturallieferung aus 13 Scheffeln Getreide (5 Scheffel Roggen, 1 Scheffel Erbsen, 6 Scheffel Gerste und 1 Scheffel Hafer). Das gleiche ist der Fall in der Provinz Lublin und, wie oben gezeigt, weichen die Verhältnisse von Suwalki auch nicht viel davon ab. Nur die Größe des Kartoffelackers ist verschieden. So erhält der Dienstmann in der Nähe von Warschau nur ein Drittel Morgen für Kartoffeln und zwei Ackerbeete als Gartenland. Die Nähe der großen Stadt verleiht aber diesem Stückchen Land mehr Werth, als ein größeres Stück anderswo hätte. Dabei ist der Milchverkauf (es ist jedem Dienstmann erlaubt, eine Kuh zu halten) sehr einträglich. Die Milch wird jeden Tag von der Frau in die Stadt getragen und dort verkauft, die Familie genießt keinen Tropfen davon, dafür ist der Gebrauch von Thee, der gewiß eher als ein Genußmittel, denn als Nahrungsmittel gelten kann, sehr verbreitet. Die Wohnungsverhältnisse sind nicht übel, die Reinlichkeit größer als in entlegenen Ortschaften und die Leute fühlen sich selbst zufrieden.

Wie wir gesehen haben, macht der Naturallohn einen großen Theil des Einkommens bei den zwei letzten Kategorien der ländlichen Arbeiter aus; dem entsprechend ist die Entlohnung in Geld eine ganz minimale. Ueberhaupt begnügt sich der polnische Bauer, sogar der wohlhabende, mit so geringen Geldsummen als Entlohnung seiner Arbeiten, daß ein an Geldwirthschaft und hohe Preise gewöhnter Mensch, sogar mit mäßigen persönlichen Ansprüchen, es kaum für möglich halten kann.

Der Gehalt des landwirthschaftlichen Gesindes beträgt jährlich 40 Rubel (ein Rubel etwas über 2 Mark) für den Mann und 35 für die Frau, in der Nähe der Hauptstadt, in entlegeneren Provinzen ist er niedriger; so erhält z. B. in der Provinz Suwalki der Knecht 29 Rubel, die Magd 16. Derselbe Unterschied wiederholt sich auch bei den Dienstleuten. Hier beträgt der Gehalt in Geld in der Nähe von Warschau 27 Rubel, in der Provinz Lublin 25, und in der Provinz Suwalki nur 20 Rubel. Die Niedrigkeit des Lohns in letzterer Provinz muß man wahrscheinlich der Entfernung von jeder großen Stadt und dem Fehlen jeglicher Fabrikindustrie in dieser ganzen Gegend zuschreiben.

Was das Gesinde betrifft, so haben wir gesehen, daß sich stets ein Unterschied des Gehalts zwischen Mann und Frau herausstellte; denselben Unterschied beobachtet man in der Vertheilung und Berechnung der Kost und sogar der Kleidung. So wird in der Provinz Suwalki die Kost eines Mannes auf 36,8 Rubel jährlich, die einer Frau nur auf 24,9 berechnet, die Kleidung des ersteren auf 12—14, die der letzteren auf 11 Rubel. Der Unterschied zwischen Mann und Frau ist größer dort, wo die Löhne höher, er ist geringer, wo sie niedriger sind. Wenn wir einzelne Distrikte statt einer ganzen Provinz betrachten, schwankt dieser Unterschied sogar zwischen 40 und 14 Prozent.

Unsere Untersuchung hat gezeigt, daß die im Jahreslohn stehenden Arbeiter auf eine einfache, fast primitive Lebensweise angewiesen sind, daß ihre Kost beinahe eine vegetarische zu nennen ist, daß sie alle Genußmittel entbehren müssen, da der Gehalt doch zu niedrig ist, um ihnen deren Anschaffung zu erlauben. Um so mehr darf man annehmen, daß sie sich wenigstens das billigste und naheliegendste Genußmittel, den Schnaps, nicht versagen. Die Thatsachen bestätigen

leider diese Annahme. Da die ländlichen Arbeiter entweder gar nicht oder nur sehr wenig gebildet sind und dabei als Besitzlose keinen Antheil an Gemeindeversammlungen und Angelegenheiten der Gemeinde haben, so ist ihr geistiges Leben auf Null reduzirt. Ihre Bildung beschränkt sich auf eine oberflächliche Kenntniß der Geheimnisse des Lesens und Schreibens. Sehr wenige können und wollen ein anderes Buch als das Gebetbuch gebrauchen, weil ihnen das Lesen von andern Büchern zu schwer fällt. Die junge Generation, die jetzt mehr in die Schulen geschickt wird, weil das Bedürfniß nach Bildung immer allgemeiner empfunden wird, ist schon besser daran; der Fortschritt geht aber langsam vor sich. Wir müssen jedoch bedenken, daß die Klasse der ständigen Arbeiter sich aus den besten ländlichen Arbeitern rekrutirt, daß sie vor Elend im Winter und Sommer geschützt sind, und wenigstens ein Heim, so ärmlich es auch sein mag, besitzen. Viel schlimmer ist die Lage der Taglöhner, welche in den Jahreszeiten, wo wenige Landarbeiten verrichtet werden, sich einer andern Arbeit zuwenden, oder betteln gehen müssen, denn ihre Löhne sind so gering, daß sie blos bei ununterbrochener Arbeit ihr Leben fristen können.

Was die Bezahlung der Taglöhner betrifft, so muß hier ein Unterschied gemacht werden zwischen Winter und Sommer und zwischen männlicher und weiblicher Arbeit. Die Lohnsätze variiren auch in den verschiedenen Provinzen. Die besten Löhne werden dort gezahlt, wo die Fabrikindustrie am meisten entwickelt ist, also in der Provinz Kalisch, neben dem industriellen Zentrum Lodz und Umgebung. Dort erhält ein männlicher Arbeiter ohne Kost 35—65 Kopeken,* eine Arbeiterin 20—50 Kopeken. Das sind aber auch die höchsten Löhne im ganzen Lande. Sogar in der Nähe von Warschau erhebt sich der Lohn eines männlichen erwachsenen Arbeiters selten über 50 Kopeken für den Tag. Im Winter aber wird der Arbeitstag nur mit 20 und 15 Kopeken bezahlt. Auch in der Provinz Suwalki wird der männliche Arbeitstag während der Ernte höchstens auf 50 Kopeken gerechnet. Im Winter fällt er auf 22, und der weibliche Lohn schwankt im Jahre zwischen 34 und 16 Kopeken.

Zu diesen Löhnen sind die ländlichen Lohnarbeiter verurtheilt, nicht nur die besitzlosen, sondern auch die zahlreiche Klasse derjenigen, die unter drei Morgen Acker haben und kein Gespann halten können. Letztere sind im Vergleich mit den ersteren, was Wohnung und Lebenshaltung betrifft, mehr gesichert, sie sind jedoch an die Scholle gefesselt und können nur in der Nähe ihres Gütchens Erwerb suchen. Wohlhabendere Bauern und sogenannte Kolonisten übernehmen jene Arbeiten, zu denen ein Gespann nöthig ist und die weit besser entlohnt werden. Ein Mann mit einem Gespann kann je nach der Jahreszeit und Gegend 0,90—1,50 Rubel pro Tag verdienen. Zur eigentlichen Arbeiterklasse kann jedoch diese Bauernkategorie nicht gerechnet werden.

Die Länge des Arbeitstages ist unbestimmt. Die Arbeit dauert so lange wie der Tag, mit Pausen in einer Gesammtlänge von 1—2 Stunden für Mittag und Frühstück, beträgt also im Sommer 12—14 Stunden, im Winter 10—12. Von einer Verkürzung der Arbeitszeit, oder irgend welcher Aenderung der sonstigen Arbeitsbedingungen kann nur gelegentlich für ein Gut oder eine Gegend gesprochen werden, und solches geschieht unter dem Druck der Verhältnisse, wie z. B. Arbeitermangel oder zu starkem Angebot von Arbeiterhänden. Von einer Einwirkung der Arbeiterklasse selbst kann hier gar nicht die Rede sein. Am Leben der Bauerngemeinde, welche die Angelegenheiten ihrer Schule, ihrer Verwaltung, der

* Ein Rubel, ungefähr gleich zwei Mark, enthält 100 Kopeken.

gemeinsamen Wälder und Weiden und einiges andere selbst besorgen darf, nehmen nur diejenigen Bauern Theil, welche einen Hof mit über drei Morgen Acker besitzen; die eigentliche ländliche Arbeiterklasse ist also vom Versammlungs- und Berathungsrecht in Gemeindeangelegenheiten ausgeschlossen. Jede andere Versammlung und Verständigung über die Regelung der Arbeitsbedingungen ist ihr ebenso, wie den Fabrikarbeitern, gesetzlich untersagt, auch ist sie zu wenig entwickelt und selbstbewußt, um die Vortheile irgend welcher gemeinsamen Aktion würdigen zu können.

Unsere kurze Uebersicht, die keinen Anspruch auf Exaktheit erheben darf, schon aus Mangel an umfassendem und einheitlichem Material, hat doch bewiesen, daß die Verhältnisse der ländlichen Arbeiterbevölkerung ihrem Wesen nach denjenigen der Fabrikarbeiter, nicht der kleinen Grundbesitzer entsprechen. Hier wie dort finden wir eine besitzlose Arbeitermasse, die auf den Verkauf ihrer Arbeitskraft angewiesen ist, von der Hand in den Mund lebt und unter der übermäßig langen Arbeitszeit und den niedrigen Löhnen verkommt. Die Verhältnisse sind nur viel weniger typisch, als in der Fabrikindustrie, die Uebergänge zwischen dem Landproletarier und dem wohlhabenden Bauer zahlreicher und der kapitalistische Charakter der Wirthschaft noch nicht ausgebildet. Dieser Unterschied aber zwischen Industrie und Ackerbau wiederholt sich in allen Kulturländern.

Feuilleton.

Antip Meregin.

Eine Skizze aus dem russischen Dorfleben.

Von **P. F.** Deutsch von **Reg. Fürst.**

Tief innen im Herzen Rußlands in einem kleinem Dorfe wurde ich geboren, dort wuchs ich heran und verheirathete mich. Meine Heirath war eine sehr unglückliche; denn nach zweijähriger Ehe war mein Mann beim Rekrutenaufgebot an der Reihe und mußte Soldat werden. All unser Bitten und Weinen änderte nichts an der Sache, man lieferte ihn aus und führte ihn nach der Stadt.

Nun brach eine schwere Zeit für mich im Hause der Schwiegereltern an, weil nur der Schwiegervater und Schwager mir gewogen waren, die Weiber jedoch mich nicht leiden mochten. Ich weiß nicht, weshalb sie mich nicht liebten. Hier arbeitete ich ihnen zu wenig, dort aß ich ihnen zu viel, bald machte ich dieses, bald jenes nicht recht. Sobald der Vater vom Hofe ging, fuhr Alles auf mich los, in des Alten Gegenwart indessen wagte sich Niemand an mich heran. Nicht, daß er mich so außerordentlich geliebt hätte, aber er duldete nicht, daß man mir Unrecht that. Zum Unglück starb er, als mein Mann kaum ein halbes Jahr gedient hatte, und nun machten mir die Weiber das Leben in ihrem Hause unerträglich.

So beschloß ich denn, in die nächste große Stadt zu ziehen, um mich dort zu vermiethen. Ich packte meine Sachen und verließ das Dorf. Am dritten Tage fand ich Stellung bei einem Beamten, und nachdem ich drei Jahre in seinem Haushalt gewirthschaftet hatte, gelangte die Nachricht vom Tode meines Mannes

zu mir. Trotzdem ich noch jung war, nicht ganz fünfundzwanzig Jahre alt, schlug ich alle weiteren Anträge aus und blieb ledig. Dreißig Jahre verlebte ich so im Dienste fremder Menschen, da fingen meine Kräfte an nachzulassen und schwere Arbeit wollte mir nicht mehr von der Hand. Was sollte ich nun noch in der Stadt?

Ich kehrte nach meinem Heimathdorfe zurück, wo mich der reiche Bauer Antip Meregin miethete, bei dem ich anderthalb Jahre verblieb. Jetzt habe ich ihn und das Dorf abermals verlassen, aber ein schwerer Stein liegt auf meinem Herzen, und tiefe Trauer erfüllt meine Seele.

Antip ist ein Verwandter von mir, nicht sehr nahe, aber doch immer verwandt.

„Weshalb wohnst Du bei fremden Leuten?“ fragte er mich. „Komm zu mir, pflege meine Enkelchen, dafür wirst Du Dein Auskommen haben und Deiner Seele soll gedacht werden, wenn Du stirbst.“

Da überlegte ich nicht weiter und nahm sein Anerbieten an, trotzdem es mir innerlich widerstrebte; denn ich fürchtete mich vor Antip. Munkelte man doch gar von ihm, daß er sich auf die Zauberei verstände. Seine Familie bestand aus zwei erwachsenen Söhnen — einer mit zwei, der andere mit drei Kindern — und einem ledigen Sohne, den man während meiner Anwesenheit auf dem Hofe verheirathete. Antip war ein Fünfziger, nicht über Mittelgröße, aber breitschulterig und stark wie ein Stier. Sein Weib, Jegorowna, paßte in keiner Beziehung zu ihm. Die schwache, sieche Alte, die weder mähen noch ernten konnte, und mühsam umherschlenderte, hörte man kaum im Hause, während Alle Antip, mit seiner bösen, finstern Gemüthsart, wie das Feuer scheuten, obgleich er nicht oft schlug und auch nicht zu viel trank. Die Söhne behandelte er nicht besser, als Miethsknechte und Tagelöhner, nur mit dem jüngsten ging er ein wenig freundlicher um, doch durfte auch dieser ihm nicht widersprechen. Vor kurzem hatte er ihm eine reiche Braut ausgewählt — wie hat man sie nur in des Bauern Haus geben können? Ich begreife es nicht! Gewiß hat er die Leute verzaubert; oder fühlten sie sich geehrt, weil Antip der Reichste und Mächtigste im Dorf war? Ein ausgedehntes Ackerland nannte er sein eigen, außerdem züchtete er Bienen, trieb im Winter Handel mit Vieh und Getreide, verstand die Heilkunst, kurirte die Thiere und besprach das Blut. In jüngeren Jahren war das Letztere sein Hauptgewerbe, mit dem zunehmenden Reichthum aber stellte er es ein. Indessen galt er noch immer für einen Hexenmeister, da Jedermann wußte, daß er noch vielerlei Kräuter und Salben aufbewahrte.

Im Herbst, als er in Gary sein Vieh verhandelte, hielt er für Wassili unter den reichen Mädchen dort Umschau, und kurz hinterher schickte er ihn mit der Mutter und den Brüdern zum Verlöbniß. Wassili hatte die ihm bestimmte Braut noch nicht gesehen, er fuhr aber gern zur Brautwerbung, weil die Mädchen von Gary die schönsten und ansehnlichsten weit im Umkreise waren, zu spinnen und weben und sich zu putzen verstanden und meistens in seidenem Sarafan vor den Altar traten.

Wassili kehrte fröhlich und glückstrahlend heim, erzählte mir, wie lieb die Barbara, seine Zukünftige, sei und zeigte mir lachend ihr Geschenk, ein schönes, buntes Tuch. Das Mädchen hatte es Allen angethan.

Wie ungeduldig wartete ich, bis man die Hochzeit feierte und Barbara zu uns brachte. Ich gewann sie alsdann lieb wie ein eigenes Kind.

Nur selten findet man bei uns im Bauernstand eine solche Dirne, groß von Wuchs, weiß und frisch, mit lebhaften Augen und blondem Haar. Täglich

guckte sie in den Spiegel. Das Kopftuch saß stets wie festgenäht, der Sarafan war fein und das Hemd weiß. Niemals sah man sie schmutzig oder zerrissen. Dabei war sie arbeitsam und zu allem geschickt, lustig und gesprächig; den ganzen Tag hörte ihr lustiges Geschwätz nicht auf, über welches selbst die ältere Schwägerin, so mürrisch sie war, oft lachen mußte. Selbst Antip wurde ein Anderer, spaßte zuweilen mit Barbara und zog Wassili auf, daß er, ein so ungeschickter Lümmel, solch stattliches Weib besäße. Barbara aber liebte ihren Mann innig und weinte sich fast die Augen aus, wenn ihn Geschäfte auf einige Tage vom Hofe riefen.

So ging's eine geraume Zeit. Ach, wenn die Macht des Bösen nicht wäre! — Antip begann wieder wie ein Thier auszusehen, und Barbara ängstigte sich vor ihm und wich ihm sichtbar aus. Ihr helles Lachen klang nicht mehr durch das Haus, und ihr Plaudern verstummte in seiner Gegenwart. Es gab viel schwere Arbeit zu der Zeit, an welcher auch Barbara, ohne Rücksicht auf ihren damaligen Zustand, theilnehmen mußte.

Wassili war auf eine Woche fortgefahren, um Vieh einzukaufen. Nach dem Ilyntage war gerade die rechte Zeit für einen guten Handel; denn zur Erntezeit fehlt es gewöhnlich den Bauern an Geld, weshalb sie sich freuen, wenn Käufer kommen und sehr billig verkaufen.

Das Vieh bleibt dann in den meisten Fällen noch bis zum Herbst beim bisherigen Besitzer.

Antip verstand seinen Vortheil aufs Beste, wußte die Nothlage der Bauern raffinirt auszunutzen und wurde selbst immer reicher. Es war das erste Mal, daß er Wassili zum Einkauf schickte, sonst besorgte er das Geschäft allein. Den älteren Söhnen, die nichts gelernt hatten und nur gemeine Arbeit verrichten konnten, vertraute er nichts an, Wassili jedoch verstand zu lesen, rechnen und schreiben und war, wie sein Vater, ein tüchtiger Geschäftsmann.

Barbara begleitete ihren Mann eine Strecke weit. Als sie zurückkam, sagte sie zu mir:

„Das Herz drückt mich, Mütterchen, es ist nicht zum Guten."

„Das ist nur die Bangigkeit und Langeweile ohne den Mann", suchte ich sie zu beruhigen.

„Weißt Du, Mütterchen, ich habe Angst, allein im Wohnhause zu schlafen, ich komme zu Dir."

„Hör' auf, Täubchen, woher die Angst? Bete zu den Heiligen, dann wirst schon schlafen; bei mir lassen Dich die Mücken nicht ruhen."

Wir schliefen Alle in verschiedenen Ecken. Einige lagen mit den Kindern in der Wohnstube, Jegorowna schlief auf der andern Seite des Hauses, über den Flur fort, und Barbara mit dem Manne im Flur selbst, woselbst ihr Bett mit dem Vorhang, als Schutz gegen die Mücken, stand. Antip hatte sein Lager in der Vorrathskammer, einem kleinen Zimmer neben Jegorownas, das auch sein Geld und seine Werthsachen barg.

Ich überredete Barbara zum Schlafengehen und legte mich dann ebenfalls zur Ruhe nieder. Wie lange ich geschlafen haben mochte, weiß ich nicht, da wurde plötzlich die Thür aufgerissen und Barbara stürzte, bleich und zitternd, mit zerzaustem Haare und nur mit dem Hemd bekleidet, in meine Stube.

„Ach, mein Mütterchen", rief sie auf meine angstvolle Frage, indem sie sich weinend auf die Ofenbank warf, „mein Unglück ist gekommen, wohin soll ich mich verstecken?"

Ich glaubte nicht anders, als daß ihre schwere Stunde herannahe, aber sie schluchzte verzweifelt: „Nicht das, nicht das", und zerraufte sich das Haar. Voll Erstaunen und Mitleid sah ich sie an, ohne ihr indessen helfen zu können, da kein Wort mir die Ursache ihrer Aufregung verrieth. Nachdem sie sich ausgeweint hatte und ruhiger geworden war, legte sie sich zu mir, doch nicht, bevor ich auf ihre dringende Bitte die Thür verschlossen hatte.

Gewiß hat sie geträumt, dachte ich. Der Böse sucht sich ja mit Vorliebe des Nachts junge Frauen auf, führt sie an einen verrufenen Ort, und dann bringen sie, infolge des Schrecks, häufig todte Kinder zur Welt. Gott beschütze sie. Ich machte das Zeichen des Kreuzes über Thüren und Fenster und verfiel bald in einen festen Schlaf.

Auch am nächsten Morgen sprach sich Barbara nicht aus. Sobald sie angekleidet war, ging sie mit den Weibern aufs Feld. Spät am Abend erst sah ich sie wieder. Sie saß, während das Abendessen bereitet wurde, niedergeschlagen auf der Treppe.

Antip trat aus der Stube und schüttelte sie an der Schulter.

„Sieh, wie nachdenklich Du dasitzest. Fehlt Dir der Mann zum Zeitvertreib?" (Bei uns Bauern werden derbe Späße gemacht.)

„Laß mich", sagte sie, und ein Zug des Ekels und Abscheus zeigte sich auf ihrem schönen Gesicht. Sie stand auf und ging in das Wohnhaus.

Die Nacht brachte sie wieder bei mir zu, ohne daß wir durch irgend etwas in unserer Ruhe gestört wurden.

Den andern Tag blieb Barbara zu Hause um Brot zu backen, da Jegorowna unwohl war. Antip hatte am Bienenstock zu thun. Er war ein tüchtiger Bienenzüchter und gewann einige Pud* Honig jährlich, und doch prügelte er die Knaben bald, weil sie um ein wenig Honig baten. Heute saß wieder einmal der Satan in ihm. Jegorowna schalt er eine alte Schlumpsliese, mich machte er herunter, daß ich auf anderer Leute Brot faul geworden wäre, und Barbara schien er mit seinen wüthenden Blicken aufspießen zu wollen.

„Was ist mit dem Bauern los, daß er sich so bost?" flüsterte ich ihr zu.

„Der Teufel kennt ihn!" rief sie heftig.

Das Brot war gebacken, und Barbara sollte jetzt, auf Antips Geheiß, den Arbeitern ihr Essen aufs Feld tragen. Ich sah ihr vom Hofthor aus noch ein Weilchen nach und bemerkte ganz verwundert, wie Antip seine Bienenstöcke verließ und ihr in eiligem Laufe nachlief. „Gewiß hatte er noch einen Auftrag zu geben", fiel mir dann ein, doch wartete ich mit großer Unruhe auf ihre Heimkehr.

Sie sah sehr elend aus und konnte sich kaum auf den Beinen halten. Als Alle zur Ruhe gegangen waren, setzte sie sich zu mir auf die Bank, lehnte den Kopf an meine Schulter und murmelte leise vor sich hin:

„Wenn nur Wassili daheim wäre, o, dann wäre Alles gut."

„Was soll Dir der Wassili? Das ist keine Männersache."

„O, Du weißt nichts, Mütterchen."

„Sieh mal an, was Ihr klug seid, Du und Dein Wassili," sagte ich beleidigt.

„Das nicht, Du verstehst mich nicht — ich meine den Schwiegervater — ich kann's nicht mehr aushalten vor ihm." Und dann kam erst leise und abgebrochen, darauf immer fließender und leidenschaftlicher eine schreckliche Beichte

* Pud = 40 Pfund.

von ihren Lippen, so entsetzlich, daß ich, nachdem Barbara mit einem krampfhaften Aufschluchzen ihre Rede geendigt hatte, wie gelähmt dasaß.

O, der Bösewicht, der Bösewicht! Was hat er sich da in den Kopf gesetzt! Und sie kann nichts thun, die Arme, um ihn abzuschütteln; nur eine Andeutung zu Wassili, und der Alte tödtet sie beide. Hat er ihr doch schon gedroht, daß er sie verhexen oder vergiften wird. Und heute — jetzt entsann ich mich, wie er ihr auf dem Felde nachgelaufen war.

Einige Stunde später ruhte ein zartes Knäbchen an Barbaras Seite, und als ich am Morgen Antip über den Hof gehen sah, beglückwünschte ich ihn zu dem neuen Enkel.

Vielleicht lenkten die Heiligen doch noch seinen Sinn zum Guten.

„Solch' ein Gut haben wir in Menge", antwortete er mir, goß aber doch ein Glas voll Schnaps und befahl mir, es der Barbara zu geben, damit sie sich Kraft trinke. Sie goß es heimlich an die Erde und bat mich, dem Alten zu sagen, sie hätte getrunken.

„Dann ist's gut," sagte er finster. „Laßt sie nun gut ausschlafen und kocht ihr Quirlthee. Dann mag sie sich einen oder zwei Tage ausruhen, aber darauf geht's wieder an die Arbeit. Wir müssen hintereinander die Ernte in die Scheunen bringen."

Denselben Tag wurden zwei fremde Arbeiter angenommen, und Alle gingen aufs Feld, Antip mit ihnen.

Ich hielt mich den ganzen Tag bei Barbara auf, und mußte ich einmal auf kurze Zeit hinaus, dann schickte ich gleich die achtjährige Dunka, Antips Enkelin, zu ihr, da man bei uns stets die Wöchnerinnen im Badehaus unterbringt, in einem sogenannten „unreinen" Raum, in dem sie nie allein gelassen werden dürfen. Jegorowna indessen hatte viel in der Küche zu schaffen; sie bereitete Alles zur Taufe vor, welche schon am folgenden Tage gefeiert werden sollte, weil dieser ein Sonntag war und auf solche Art kein Arbeitstag verloren ging.

Unter den zahlreichen Gästen, die sich's bei der vortrefflichen Bewirthung des reichen Antip wohl sein ließen, that sich unser Küster besonders hervor. Er war zu jener Zeit ein Wittwer, trank gern ein Gläschen über den Durst, liebte Spaß mit jungen Weibern und schwatzte unaufhörlich.

Zur Taufe kam auch Barbara in die Wohnstube und saß während der heiligen Handlung in der Ecke hinter einem Vorhang. Und doch entdeckte sie dort der „Langhaarige", wie man den Küster im Dorfe zu nennen pflegte und schnatterte in sie hinein.

„Du bist nicht mager geworden, junge Frau, bist weich und zart wie ein Pfirsich, trotz des Söhnchens, das Du uns geschenkt." Und dabei versuchte er, ihre Wange zu streicheln. Antip aber stand da und rollte wüthend die Augen, weil der Küster mit Barbara zu scherzen wagte, die endlich einen unbewachten Augenblick abpaßte, um sich wieder ins Badehäuschen zurückzuschleichen. Dort war es wenigstens ruhig, und sie saß allein.

Wir jedoch — Jegorowna und ich — waren sehr ungehalten auf den Langhaarigen.

„Daß Du den Pips auf die Zunge bekommst", sagte ich zu ihm. „Was guckst Du immer auf das Weib?"

Und es war richtig, sein böser Blick hatte es ihr angethan. Dieselbe Nacht bekam sie furchtbare Hitze, rief fortwährend nach Wassili und wollte immer hinauslaufen. Ich schloß die ganze Nacht kein Auge. Am Morgen klagte sie über

Schmerzen im Körper. So verstrichen zwei unruhige Tage. Antip begann zu schelten, daß sie sich verzärtele und nicht an die Arbeit wolle.

Als er sah, daß sie wieder im Bette blieb, blickte er sie wie ein wildes Thier an und schrie:

„Mit dem Kirchendiener kannst Du spaßen, aber die Feldarbeit wird Dir zu schwer! Ich kenne Eure Schliche. Was hat er hier immer am Hinterhause herumzulungern?“

Weiß Gott, wo er ihn gesehen hatte! Der Küster hatte vielleicht die Witwe hinten besucht, die so gutes Bier braute, Barbara aber wollte keinen Schimpf auf sich ruhen lassen.

„Gott sei Dir Richter“, gab sie Antip zur Antwort, kleidete sich hinter der Bettgardine an und jagte den Bäuerinnen, die schon eine Strecke voraus waren, in vollem Laufe nach aufs Feld.

Todtmüde, kaum fähig sich auf den Beinen zu halten, kam sie Abends von der Arbeit. Sie wollte weder essen, noch trinken, nur ins Bad gehen, denn nach unserer Ansicht giebt es gegen alle Krankheiten nur ein Mittel, und das ist ein warmes Bad. Auf ihre Aufforderung an mich, mit ihr zu kommen, meinte Antip, das ginge nicht. Er habe kein Kleingeld im Hause, um die Arbeiter zu bezahlen, und ich müsse jenseits des Flusses bei einem Bauern Kupfermünze für ihn wechseln. Dabei hatte er, wie ich genau wußte, mehr als einen Beutel voll in seiner Kammer stehen.

Barbara hörte, wohin mich der Alte schickte und setzte sich auf die Treppe, um mich zu erwarten, ging jedoch ins Badehaus, als Antip ihr sagte, daß sie Dunka mitnehmen könnte, wenn sie Angst hätte, allein zu bleiben. Wie sehr ich mich auch beeilte, so nahm mein Gang doch eine geraume Zeit in Anspruch. Waren doch meine Beine nicht mehr jung und flink, wie ehedem, auch mochte ich wohl ein Weilchen bei den Weibern verplaudert haben. Sie sprachen noch viel von der Taufe und bedauerten allesammt die arme Barbara.

Inzwischen war es ganz dunkel geworden. Ich fand Antip noch auf dem Hofe vor und überreichte ihm das Geld. Er gebot mir, es ins Wohnhaus zu tragen und folgte mir auf dem Fuße; dann hielt er mich noch zurück, bis er das ganze Kupfergeld durchgezählt hatte. Aber dann eilte ich nach dem Badegemach, um Barbara beizustehen, doch als ich die Thür desselben öffnen wollte, gelang mir dies zu meinem Erstaunen nicht. Ich tastete im Dunkeln an der Pforte entlang und stieß auf einen Holzscheit, der von außen gegen die Thür gelegt war. Nachdem ich ihn bei Seite geworfen hatte, trat ich in die Badestube ein, aber wer beschreibt mein Entsetzen, als ich Barbara regungslos am Boden liegen sah, das Gesicht nach dem Ausgang zu gerichtet. Ich hob sie empor, rüttelte sie, rief sie beim Namen, Alles vergebens. Auch im Vorraum, wohin ich sie der frischeren Luft wegen mit Mühe geschleppt hatte, kam sie nicht zu sich. Nun zündete ich einen Spahn an, um ihr ins Gesicht zu leuchten. Oh, Grauen! Die Arme war längst todt! Weit standen ihr die Augen offen, das Gesicht war ganz schwarz und an der linken Schläfe bemerkte ich eine große Beule. Gewiß hatte sie der Dunst betäubt, der auch mich beim Eintritt in die Badestube fast benommen, und sie war beim Fallen gegen die Ofenkante geschlagen. Was war das nun für ein schlechter Geruch gewesen, wie von Bilsenkraut und einer andern giftigen Pflanze?

Als peitschten die Furien mich, so stürzte ich aus dem Hause, aus voller Kehle schreiend. Das ganze Gebäude widerhallte von meinem Geheul. „Was

ist der Alten?" riefen Alle. Ich aber schluchzte nur: „Ein Unglück, Ihr Lieben, ein großes Unglück! Die Barbara ist todt!"

Antip sprang aus seiner Kammer, Alle stürzten aus dem Bette und liefen mir nach ins Badehaus. Man bespritzte die Unglückliche mit Wasser und stellte allerhand Belebungsversuche mit ihr an, indessen sie war und blieb todt. Ein Arzt hätte sie vielleicht noch gerettet, doch in unserem Dorfe gab es keinen, und der Barbier wohnte auch zwölf Werst weiter. Wo wird aber ein russischer Bauer erst zwölf Werst nach einem Medizinmann schicken!

Antip machte gleich eine Meldung an den Gemeindeältesten, und nachdem dieser die Leiche besichtigt hatte, stellte er eine Wache auf, und setzte den Isprawnik (das Haupt der Landpolizei) und den Arzt von dem Geschehenen in Kenntniß.

Wir aber wunderten uns insgesammt, wie es möglich war, daß sie von Kohlendunst erstickt sein konnte. War doch gegen Abend, als Jegorowna und ich die Kinder badeten, keine Spur von Qualm gewesen, alles Holz im Ofen rein ausgebrannt.

„Vom Dunst ist sie nicht gestorben", sagte ich.

Da brüllte mich Antip mit furchtbarer Stimme an: „Wovon denn, Weib? Gewiß hast Du den Ofen nicht gut abgewartet. Auch auf Deinen früheren Stellen hat man oft über Deine Faulheit geklagt. Du hast die Frau getödtet und rede noch einen Ton, dann sitzest Du fest. Mein Wort gilt, nicht Deines. Ich habe die Macht." Und dabei schlug er an seine Tasche, daß die Silberrubel nur so gegen einander flogen. Ja, er hatte die Macht.

„Weshalb war aber die Thür von außen mit einem Scheit Holz versperrt?" wollte ich noch fragen, schwieg jedoch, da der Bauer zu schrecklich aussah in seinem Zorne. Die ganze Familie zitterte vor ihm; die Kinder versteckten sich in allen Ecken. Den nächsten Tag erkundigte ich mich bei Dunka, weshalb sie gestern nicht in der Badestube bei Barbara geblieben wäre?

„Das Großväterchen hat mir's verboten, hat mit der Faust gedroht."

Freilich, dem Großvater wagte das Kind nicht zu widersprechen, da nicht einmal die Erwachsenen in seiner Gegenwart laut redeten.

Bald war das Gerücht von Barbaras Tode im ganzen Dorfe herum. Unsere Weiber heulten den ganzen Tag, und ich ging umher, wie eine Verstörte. Der Wassili kam mir nicht aus dem Sinn. Was sollte ich ihm von alledem erzählen? Erst spät am Abende des dritten Tages langten der Arzt und der Isprawnik an, um die Leiche der Sektion vorzunehmen, aber weil es schon zu dunkel war, warteten sie bis zum andern Morgen. Vor dem Verhör, das mit uns angestellt werden sollte, ließ Antip uns Alle vor sich kommen und unterwies uns, was wir auszusagen hätten. Mir befahl er, nichts extra zu schwatzen, sonst würde ich mir meinen Kopf herunter reden, wobei er mich durchbohrend und drohend ansah, daß mir die Seele in die Ferse fuhr, und mich eine entsetzliche Furcht um mein erbärmliches bischen Leben befiel. Trotzdem ich es nur in gemeiner Arbeit und unter fremden Leuten zubrachte, wollte ich es doch nicht verlieren, und noch dazu auf solche Weise, als Unschuldige — für einen Verbrecher. Denn er war der Mörder, Antip und kein Anderer. Mit tausend schrecklichen Zeichen war es in sein Gesicht gegraben. Und mich sollte man köpfen und ihn leben lassen? Warum? Weil die Silberrubel in seiner Tasche so klapperten? Hatte er nicht gesagt, daß er die Macht hätte? Und wenn ich hundertmal schreien würde: „Mörder! Verruchter Möder!" so würde er an seine Tasche schlagen, daß der Isprawnik sein Gehör verlöre. Deshalb sagte ich nichts von Allem, was ich wußte. Die ganze Wahrheit verschwieg ich beim Verhör.

Gerade während sie die Leiche unter den Händen hatten, fuhr Wassili zum Hofthor herein. Schon auf dem Wege hatte er das Schreckliche erfahren. Als er uns fragte, ob es denn wahr wäre, stürzten wir ihm heulend entgegen. Jegorowna fiel ihm um den Hals, ich umklammerte seine Knie, er aber riß sich los und schrie, daß man ihm Barbara zeigen solle. Kaum konnten ihn vier Bauern halten. Wie er tobte, wie er weinte und sich mit den Händen das Haar zerraufte! Wie er sich vor Gram und Verzweiflung auf den Boden hinwarf! Gott behüte! Alle Bauern, die um ihn standen, schluchzten laut, und die Weiber erst — es läßt sich nicht schildern.

Viel später erst, nachdem die Untersuchung des Arztes zu Ende, und Barbara schon zum Begräbniß angekleidet war, führte man Wassili an ihre Bahre. Als er sie, die er gesund, in blühender Schönheit verlassen, so grauenhaft entstellt mit dem schwarzen Gesicht und der Beule an der Seite, im Sarge liegen sah, da fiel er besinnungslos zur Erde nieder, und nur mit vieler Mühe konnte er wieder ins Bewußtsein zurückgerufen werden.

„Der Tod sei durch Kohlendunst verursacht“, hieß es, und der Isprawnik wie der Arzt machten sich über uns her und schimpften und fluchten über unsere Nachlässigkeit. Das Schreien hörte erst auf, als Antip dem Isprawnik etwas in die Hand drückte.

Gleich nach der Vesper ward Barbara in die Gruft gesenkt. Wie öde erschien mir das Haus ohne sie, die dessen lachende Sonne gewesen war. Ich dachte, Wassili würde mich über alle Vorkommnisse während seiner Abwesenheit ausfragen, jedoch kein Wort kam über seine Lippen. Um ihn von seinen trüben Gedanken abzulenken, zeigten wir ihm den kleinen Wania, sein Söhnchen, auf das er nur eine Weile schweigend hinabblickte und es dann wieder fortzutragen befahl.

Ich verließ Antips Haus noch im Laufe desselben Jahres, mir graute in seiner Nähe. Noch einmal rieth er mir unter schrecklichen Drohungen an, meine Zunge unter den Zähnen zu halten. Den Wassili hatte er schon wieder mit einem andern Weibe versehen, einem Mädchen aus der Nachbarschaft. Die zweite Frau war mit Barbara nicht im Entferntesten zu vergleichen. Wenn Letztere sich putzte, sah sie aus wie eine Dame, sie aber war und blieb immer ein Bauernsack, und ihre zänkische Gemüthsart machte sie im ganzen Dorfe verhaßt. Wassili begann stark zu trinken, trennte sich bald darauf von seinem Vater, und ich hörte später, daß er in großer Armuth lebte. Barbaras Söhnchen, ein schwaches Ding, legte ich noch vor meinem Scheiden in sein letztes Bettchen; es hatte seine arme Mutter nicht lange überlebt.

Weil mich die Reue um mein jämmerliches Verhalten gar zu sehr plagte, ging ich zum Popen und legte eine offene Beichte ab. Hätte er mir seinen Beistand zugesichert, dann hätte ich vielleicht eine Anzeige beim Gericht erstattet, wie konnte ich das aber nur erwarten? Hatte nicht Antip erst kürzlich der Kirche ein reiches Geldgeschenk, nebst einer prächtigen Altardecke verliehen? So kam ich denn schön an bei dem Popen, und eine arge Sünderin schalt er mich, daß ich auf sinnlose Vermuthungen hin einen gottesfürchtigen und so reichen Mann ins Gerede bringen wollte. „Ob mich nicht mein eigenes böses Gewissen dazu triebe“, fragte er und legte mir dann als Kirchenbuße hundert Kniebeugungen auf. Ich solle viel beten, fleißig das Gotteshaus besuchen und bis an mein Ende kein Fleisch mehr essen, damit Gott mir verzeihe — mir Sünderin.

Für die Redaktion verantwortlich: Georg Baßler in Stuttgart.



Nr. 42. XI. Jahrgang, II. Band. 1892-93.

Der neue Reichstag.

↗ Berlin, 5. Juli 1893.

Die gestrige Eröffnung des neuen Reichstags bot nichts Bemerkenswerthes. Die Thronrede umschrieb die innere Lage mit den üblichen Redewendungen und Sophismen, und auch das nur, soweit es auf die Militärvorlage ankam. Die Herabminderung der gouvernementalen Forderungen auf das Maß des Antrags Huene wurde natürlich in ein möglichst blendendes Licht zu rücken gesucht und ebenso natürlich wurde über die Deckungsfrage mit möglichst wohlwollenden Worten möglichst wenig gesagt. Was auch sollte die Regierung sonst thun? Sie weiß so gut wie irgendwer, daß sich eine jährliche Mehrausgabe von sechzig Millionen Mark und darüber nicht durch eine „stärkere Belastung der stärkeren Schultern" aufbringen läßt oder wie die schönen Schlagworte der militärfreundlichen Demagogie sonst noch lauten; sie wird dem Reichstage gern ebenso unverbindliche wie wohllautende Schaumschlägereien über dies peinliche Thema gestatten und sich auf Wunsch auch gern daran betheiligen, vorausgesetzt, daß zunächst ihre militärischen Forderungen bewilligt werden. Aber beschaffen wird sie die Deckung für „das ehrliche Werk zum Wohle des Vaterlandes" nur dadurch, daß sie die Lebenshaltung der Volksmassen noch tiefer herabdrückt.

Man muß die Dinge nehmen wie sie sind. Von dem Reichstage verlangen, daß er sich erst in der Deckungsfrage die nöthige Sicherheit schaffen soll, ehe er die Militärvorlage bewilligt, hieße ihm mehr zumuthen, als er leisten wird und am Ende auch leisten kann. Die Gewählten können nicht über den Schatten der Wähler springen. Die Mehrheit, die im Reichstage für die Militärvorlage vorhanden ist, hat keine gebundene Marschroute, dem Moloch nur dann gefällig zu sein, wenn er seine schweren Tatzen auf die besitzenden statt auf die besitzlosen Klassen legt, und sich aus eigenem Antriebe ins eigene Fleisch zu schneiden, haben die Krupp und Stumm nebst ihren feudalen und kapitalistischen Gevattern gar keine Anlage. Nach der Stimmung, die heute im neuen Reichstage herrschte, wird die Militärvorlage im Sturmschritt angenommen werden, und es ist wohl möglich, daß sich die offiziösen Berechnungen, welche diese Session des Reichstags auf nur zwei Wochen berechnen, als richtig erweisen. Die bürgerliche Presse macht sich zwar immer noch das spatzenhafte Vergnügen, in allerlei phantastischen Rechnungen darüber zu spintisiren, ob die Militärvorlage nicht doch

noch abgelehnt werden dürfte, könnte, möchte, würde. Aber alle diese Auguren wissen ebenso gut wie wir, daß sie angenommen werden wird, und wenn der neue Reichstag sein erstes Harikiri möglichst kurz und stramm vollzieht, so wüßten wir nicht, was vom sozialistischen Standpunkt aus viel dagegen einzuwenden wäre. Wir haben uns den ganzen vorigen Winter mit der taktischen Illusion herumschlagen müssen, als ob von den bürgerlichen Klassen möglicherweise doch noch ein ernsthafter Widerstand gegen den Militarismus zu erwarten sei. Heute ist diese Illusion auch für taktische Zwecke zerstört, und wenn die monatelange Ausschußberathung der Militärvorlage im vorigen Reichstage schon eine schwach verhüllte Komödie war, so würde sie im neuen Reichstage eine unverhüllte Posse vorstellen oder etwa eine Kulisse, hinter der sich etwelche freisinnigen und ultramontanen „Staatsmänner“ für den Umfall kostümirten, den sie demnächst auf offener Szene vollziehen werden.

Die Volksmassen haben von dem neuen Reichstage so wenig zu erwarten, wie von dem alten. Ueber diese Sachlage darf man sich dadurch nicht täuschen lassen, daß sich das System Caprivi mit der Auflösung des Reichstages trotz seines Erfolges in der Militärvorlage einigermaßen in die Nesseln gelegt hat, daß die gegenwärtige Regierung durch das Ergebniß der Neuwahlen bis zu einem gewissen Grade erschüttert ist. Graf Caprivi hat den Fehler begangen, nicht mit dem vorigen Reichstage den Kuhhandel in der Militärfrage abzuschließen, was bei einiger diplomatischer Geschicklichkeit sehr wohl möglich gewesen wäre, und er wird diesen Fehler mehr oder minder schwer, vielleicht sogar mit seiner politischen Existenz büßen müssen. Bei der Zerbrechlichkeit der bürgerlichen Gesellschaft macht man überflüssige Kraftproben mit ihr nicht straflos, und diese Gesellschaft wird das abstoßende Bild ihres inneren Zerfalls, das die Wahlen enthüllt haben, dem nicht vergessen, der es unnöthiger Weise aufgedeckt hat. Aber sieht man selbst davon ab und beschränkt man sich auf das Gebiet der bürgerlichen Parlamentspolitik, so hat das System Caprivi durch die Niederlage der freisinnigen Partei doch einen Nackenschlag erhalten, den es schwer verwinden wird.

Gerade was den gegenwärtigen Reichskanzler vortheilhaft von seinem Vorgänger unterscheidet, die anständige und uneigennützige Gesinnung, die sich in den öffentlichen Angelegenheiten noch von anderen Antrieben leiten läßt, als von eigensüchtiger Klassenselbstsucht, macht ihn den „Werthe schaffenden Ständen“, wie die Bismarckpresse ergötzlicher Weise nach einem aus Friedrichsruh gekommenen Stichworte den raubsüchtigen Feudalismus und Kapitalismus nennt, so überaus verhaßt. Namentlich die Junker sind einem Reichskanzler, der „keinen Ar und keinen Halm“ sein eigen nennt und keine „Werthe schafft“, weil er kein Landproletariat mit der schonungslosen Gründlichkeit ausbeutet, die auf den bismärckischen Latifundien heimisch ist, seit lange aufsässig. Ihnen gegenüber gab die freisinnige Partei dem leitenden Staatsmanne eine gewisse Stütze im Parlament, nicht freilich sowohl deshalb, weil er persönlich kein Ausbeuter ist, was in ihren Augen auch wohl eher ein Fehler wäre, als weil er nicht so ausschließlich wie Bismarck im Dienste der ausbeuterischen Junkerinteressen steht, und bei seinem beschränkten Sozialistenhaß doch immer die nöthige Gewähr für genügende Wahrung der allen Ausbeutern gemeinsamen Interessen bietet. In den Katzbalgereien des bürgerlichen Parlamentarismus wird das System Caprivi somit fortan einen schwierigeren Stand haben, als bisher.

Aber aus dieser Lage ergiebt sich auch schon, daß die Volksmassen von dem neuen Reichstage noch weniger oder, wenn das allzu optimistisch von dem alten Reichstage gesprochen sein sollte, mindestens ebenso wenig wie von diesem

zu erwarten haben. Die Verschiebung der gesammten Lage zu Gunsten der Sozialdemokratie verzerrt sich in dem Hohlspiegel des bürgerlichen Parlamentarismus in eine Verschiebung der Lage zu Gunsten der Reaktion. Das Vorwärts im Volke wird zu einem Rückwärts in der Volksvertretung. Die Stichwahlen haben gezeigt, daß die bürgerlichen Klassen die widernatürlichsten Wahlbündnisse nicht scheuen, wenn es eine Heimtücke gegen die Arbeiterklasse gilt, daß Schaf und Schakal sich zärtlich umhalsen, sobald sie das Brüllen des Löwen hören. Und ebenso wird es in dem neuen Reichstage gehen. Wie sie es schon in den Stichwahlen von Erfurt, Pirna, Stralsund und von anderen Wahlkreisen gethan haben, werden sogar Antisemiten und Freisinnige einen gemeinsamen Kriegstanz gegen die Sozialdemokratie anheben, sobald einmal die Gefahr drohen sollte, daß ein wirklicher Vortheil für die Arbeiterklasse abfiele. Sich hierüber zu täuschen, hat gar keinen Zweck, und die einzige Hoffnung, die wir von unserem Standpunkt aus auf den neuen Reichstag setzen dürfen, ist die, daß er als das Produkt eines vorgeschritteneren Zersetzungsprozesses seinerseits kräftiger diesen Zersetzungsprozeß fördern wird, als sein Vorgänger.

Hierzu ist denn auch alle Aussicht vorhanden bei der etwas ominösen Zahl von dreizehn Fraktionen und Fraktiönchen, die er außer der sozialdemokratischen Partei zählt. Die „neuen Männer", von denen die bürgerlichen Blätter so viel zu schwatzen wissen, werden es auch nicht thun, so wenig wie es die „alten bewährten Kräfte" gethan haben. Ist der Personenkultus an und für sich schon abgeschmackt, so ist er es doppelt und dreifach auf dem Gebiete des bürgerlichen Parlamentarismus. Alle die „großen Sitzungen", die „schneidigen Parlamentarier", die „glänzenden Reden" haben eine höchst ephemere Bedeutung, und diese Bedeutung wird noch gewaltig sinken, seitdem mit dem Wahlergebniß des 15. Juni die Aera der bürgerlich-konstitutionellen Militärkonflikte endgiltig abgeschlossen worden ist. Erklärt doch selbst der preußische Hofhistoriograph von Treitschke das Nebeneinanderbestehen eines unbeschränkten Militarismus und eines Parlaments von wirklicher Bedeutung für völlig unvereinbare Dinge! Wie wenig schon der vorige Reichstag den Volksmassen zu imponiren gewußt hat, beweist der triumphirende Wiedereinzug des Herrn Ahlwardt in die Volksvertretung; der neue Reichstag, der damit beginnt, Molochs kaudinisches Joch zu passiren, wird sich noch viel geringerer moralischer Erfolge zu rühmen haben. Wem soll es auch imponiren, wenn sich dreizehn bürgerliche Fraktionen und Fraktiönchen in einem wilden Kampfe um die Beute raufen und nur dann „wie ein Mann Schulter an Schulter" stehen, wenn die einzige Partei, die sich der Ausbeutung der Massen widersetzt, allen Beutezügen einen Riegel vorschieben will?

Von sozialistischer Seite ist der Werth des bürgerlichen Parlamentarismus nie überschätzt worden, und am wenigsten wird er jetzt überschätzt werden. Sie benutzt ihn einfach als eine Handhabe mehr, die Arbeiterklasse politisch zu sammeln und zu schulen, ihr das bischen vorhandenen Rechts zu sichern und neue Lasten abzuwehren, zuletzt, aber nicht am letzten, den Zersetzungsprozeß der bürgerlichen Gesellschaft zu fördern, indem sie den bürgerlichen Parlamentarismus durch die unerbittliche Logik der proletarischen Forderungen zersetzt. So haben die klassenbewußten Arbeiter in den letzten Wahlen eine Heerschau gehalten, wie nie zuvor; so haben sie in den Stichwahlen mit einer den entwickeltsten Elementen der bürgerlichen Klassen weit überlegenen Einsicht den Sieg einer Kartellmehrheit verhindert; so wird ihnen der neue Reichstag die reichlichste Gelegenheit bieten, den bürgerlichen Parlamentarismus ad absurdum zu führen und immer klarer den proletarischen Sozialismus als das rettende Banner der Völker aufzupflanzen.

Mehr von dem neuen Reichstage zu erwarten, wäre ungerecht. Aber wenn er in der Zersetzung der bürgerlichen Gesellschaft auch nur das leistet, was die buntscheckige Masse seiner dreizehn Fraktionen und Fraktiönchen zu leisten verspricht, so wird das schon eine ganz achtbare Leistung sein. Die Aussicht, daß einmal die Mehrheit eines bürgerlichen Parlaments, und bestände sie selbst aus klassenbewußten Arbeitern, der sozialistischen Gesellschaft die Bahn brechen könnte, ist jenes Messer, dem der Griff wie die Klinge fehlt. Erst wenn der Glaube der Massen an den bürgerlichen Parlamentarismus ganz erstorben ist, öffnet sich der Weg in die Zukunft, und alle Anzeichen müßten trügen, wenn der neue Reichstag in dieser Beziehung nicht ein besserer Pfadfinder und Wegbereiter werden sollte, als alle seine Vorgänger zusammengenommen.

Lohnformen und Preis der Arbeit.

Von **Max Schippel.**

II.

Das „Prämiensystem bei der Arbeitszahlung“ (the Premium Plan of Paying for Labour) — unter diesem Titel hielt Herr F. A. Halsey im Juni 1891 einen Vortrag vor der American Society of Mechanical Engineers,* von dem wir hier ausgehen, weil er offen heraussagt, worauf es dem Unternehmer bei jeder Lohnkünstelei in erster Linie ankommen muß.

Setzen wir, um den Plan des Herrn Halsey klarzustellen, voraus, daß die Arbeiter im Zeitlohn beschäftigt werden, täglich etwa 10 Stunden, während deren sie jeder 10 Stück eines Machwerkes fertigstellen. Der Tagelohn betrage wieder 5 Mark, pro Stunde (oder pro Stück) 50 Pfennig. Man bietet nun dem Arbeiter „als Zuschlag zu seinem gewöhnlichen Tagelohn für jede Stunde, welche er für seine alte Tagesleistung *weniger* braucht, eine Prämie, und zwar niedriger wie den Stundenlohn. Daß man die Stundenprämie geringer läßt, wie den Stundenlohn, ist der Eckstein, auf dem alle Verdienste (merits) dieses Systems ruhen.“

Man rühmt natürlich in allererster Reihe die Verdienste um den Arbeiter. Leistet dieser jetzt im Laufe des Tages das Doppelte, so erhält er nicht nur den alten festgesetzten Tagelohn, also 5 Mark, weiter, sondern für jede ersparte Stunde noch eine Prämie, sagen wir: die Hälfte des alten Stundenlohnes, 25 Pfennig. Früher hätte er zu seinem Machwerk 2 Tage, gleich 20 Stunden, gebraucht; nunmehr braucht er nur noch 1 Tag, gleich 10 Stunden. Er hat also 10 Stunden „erspart“ und erhält dafür zu seinen 5 Mark Tagelohn noch 10mal 25 Pfennig, gleich $2\frac{1}{2}$ Mark, hinzu — zusammen also $7\frac{1}{2}$ Mark. Sein Tagelohn ist um die Hälfte gewachsen. Wie edel!

Aber Du hast doch verruchte Nutzanwendungen im Kopf, lieber Halsey! Der Arbeiter leistet jetzt durch abnorme Anstrengung in 10 Stunden 20 Stunden Arbeit. Für 20 Stunden erhält er jetzt $7\frac{1}{2}$ Mark, d. h. also pro Stunde $37\frac{1}{2}$ Pfennig, statt 50 Pfennig wie früher. Der *Preis seiner Arbeit*, die Bezahlung für das gleiche Quantum Arbeit, hat sich mithin *um 25 Prozent erniedrigt*.

Und nun blicken wir einmal auf die andere Seite. Das Kapital erhielt früher — wie wir auch hier annehmen wollen — einen Produktwerth von 10 Mark

---

* Abgedruckt in der amerikanischen Railway Review, 11. Juli 1891, im englischen Engineering, 25. September 1891, bei Schloß S. 55 ff.

pro Tag und Arbeiter; es „verdiente“ also 5 Mark täglich pro Arbeiter. Es erhält jetzt bei doppelter Produktlieferung einen Produktwerth von 20 Mark, zahlt dafür 7½ Mark Lohn, sein Verdienst ist also von 5 auf 12½ Mark gestiegen. Sein variables (für Lohn verausgabtes) Kapital von 5 Mark verwerthete sich früher mit 5 Mark, also 100 Prozent. Sein variables Kapital von 7½ Mark verwerthet sich jetzt mit 12½ Mark, also 166⅔ Prozent. Wie erfreulich!

Je geringer der Zuschlag für die ersparte Stunde, desto größer die Verdienste dieses Systems um das Kapital. Berechnete man dem Arbeiter 10 statt 25 Pfennig Prämie, so erhielte er in unserem Beispiele 6 statt früher 5 Mark, das Kapital jedoch 14 statt 5 Mark; die Lohnauslage von 6 Mark verwerthete sich jetzt mit 233⅓ Prozent.

Wenn das Kapital demnach auch immer bei dieser Einrichtung profitirt, selbst wenn es die Prämie mit 49 (ja mit 50) Pfennig ansetzen würde — so wird es doch den beweglichen Theil des Lohnes möglichst minimal zu halten suchen: bis der Punkt erreicht ist, wo der Arbeiter die weitere Strapazirung aufgiebt, weil das Mißverhältniß des täglichen Mehrverdienstes zur täglichen Mehrleistung schlagend hervortritt. Bei einer Prämie von nur 10 Pfennig pro Stunde schafft der Arbeiter vielleicht sehr wenig mehr wie früher, so daß trotz der viel höheren Rate des Mehrwerthes doch nicht dieselbe Mehrwerthmasse aus ihm herauszuholen ist wie bei 25 Pfennig Prämie und Verdoppelung der Arbeitsleistung. Das Kapital muß dann vielleicht mit 166⅔ Prozent und 12½ Mark sich begnügen und den Lohn von 5 auf 7½ Mark erhöhen; es kann den Preis der Arbeit nur um ein Viertel herabdrücken.

Auch hierüber ist Herr Halsey ganz offen: „Wäre die Prämie weniger wie 25 Pfennig pro Stunde,* so würde die Reduzirung des Preises der Arbeitsstunde freilich größer und das Mehreinkommen des Arbeiters geringer sein. Andererseits würde der Arbeiter einen schwächeren Ansporn haben, und es würden nicht so viel Stunden erspart (das heißt: unter dem bisher normalen Preis bezahlt!) werden. Die Leistung wäre am Ende geringer und so das Reinergebniß schlechter für Unternehmer“ — und für Arbeiter, fügt Herr Halsey hinzu. „So erhebt sich unvermeidlich die Frage: Was soll der Satz der Prämie sein? Nur der gesunde, praktische Menschenverstand kann im einzelnen Falle entscheiden. Bei manchen Arten der Arbeit ist ein Wachsthum der Leistungen begleitet von einem entsprechenden Wachsthum der Muskelanstrengung, und wo die Arbeit schon anstrengend ist, wird man mit der Prämie liberal sein müssen, um Erfolge zu erzielen. Bei andern Arten der Arbeit verlangt die Steigerung der Produktion nur (!) aufmerksamere und flinkere Bedienung, eine Erhöhung der Handfertigkeit und die Vermeidung zweckloser Unterbrechungen. In solchem Falle wird eine mäßige Prämie genügen. Wollte der Unternehmer aber versuchen, voll Gier die Zitrone zu sehr auszupressen (attempt to be greedy and squeeze the lemon too dry), so würde er seinen Zweck nur schädigen, weil beim Angebot verschwindend geringer Prämien der Arbeiter es nicht für der Mühe werth erachten wird, sich für eine so kleine Belohnung abzuplacken; die erwartete Steigerung des Produktes wird nicht eintreten. Andererseits, bietet der Unternehmer eine zu hohe Prämie, so wird er für dasselbe Werk zwar weniger wie früher bezahlen, aber doch mehr, als nöthig ist. . . . Die Vortheile sind so groß, daß jede Haarspalterei über die Höhe der Prämie unnütz ist.“

---

* Halsey gebraucht andere Ziffern; wir bleiben der Einfachheit wegen bei unserem Beispiel.

Weiter ist nach Herrn Halsey dieses System in einfachster Weise anzuwenden; die vielleicht befürchtete Komplizirung der Abrechnung brauche nicht einzutreten; amerikanische Erfahrungen bewiesen dies. Er theilt auch Arbeitskartenformulare mit, welche die Abrechnung und Buchführung erleichtern sollen; auf der Rückseite derselben ist die verführerische Ankündigung zu lesen: „Nach früherer Erfahrung wird diese Arbeit .... Stunden erfordern. Wird sie in kürzerer Zeit abgeliefert, so zahlen wir eine Prämie von .... Cents für jede ersparte Stunde.“ Besonders eigne sich dieses System auch zur Gesammtabrechnung mit ganzen Arbeitergruppen über ihr gemeinsames Produkt.

Im Maschinenbau sollen Prämien in England oft zur Anwendung kommen. Die Arbeiter, die bestimmte Theile oder Artikel anfertigen, erhalten einen festen Zeitlohn garantirt, mit der weiteren Bestimmung, daß jedes Quantum, das sie über eine gewisse Menge hinaus liefern, einen besonderen Zuschlag zum Zeitlohn herbeiführen soll. „Es mag bemerkt werden — fügt Schloß charakteristisch hinzu — daß mir in einem Falle ein Grund genannt wurde, der zweifellos noch oft zutreffen wird: die Einführung dieses Systems sei aus dem Wunsche der Unternehmer zu erklären, die Arbeiter zu einem hohen Grad der Arbeitshast anzutreiben, während man doch den Uebergang zum einfachen Stücklohn vermeiden wollte — denn viele Maschinenbauer, besonders die Mitglieder der Gewerkschaft, haben eine große Abneigung gegen den Stücklohn.“

Ganze Gruppen und Departements werden in ähnlicher Weise bei einer großen englischen Schiffs- und Maschinenbaufirma (the Thames Ironworks) abgelohnt. Der leitende Direktor, Herr A. F. Hills, nennt das „das Gute-Kameradschaftssystem“, the Good Fellowship Scheme. Hier verkleidet die Prämie den nackten Gruppenstücklohn, der — wir kommen später darauf zurück — meistens schlimmer ist wie die gewöhnliche Stücklohnzahlung an den Einzelarbeiter. Die Gruppe erhält hier die Arbeit zugewiesen; jedes Mitglied bezieht Woche für Woche seinen bestimmten Zeitlohn; zum Schluß des Monats aber wird das gemeinsame Machwerk nach einem bestimmten Maßstab abgeschätzt; der Betrag, um den diese Schätzung die gezahlte Zeitlohnsumme übersteigt, wird als Prämie vertheilt. — Ueber die Wirkungen dieses Systems theilt Schloß nichts mit; man wird sie — im Allgemeinen natürlich — ebenso wie in unserem ersten Beispiel annehmen dürfen. Der festgesetzte gleichbleibende Zeitlohn drückt zunächst einen immer geringeren festen Preis der Arbeit aus, weil die Intensität der Arbeit durch die Hoffnung auf die Prämie und durch den eifersüchtigen Antrieb der Gruppenglieder untereinander wächst. Wenn wir, um immer in unserem Beispiel zu bleiben, die Monatsproduktion der Gruppen auf Tagesleistungen der Individuen zurückführen, so bleibt der Stundenlohn vielleicht weiter 50 Pfennig, aber da das Machwerk — wie früher in einem ganzen, so jetzt, sagen wir: in einem halben Tag fertiggestellt wird, so ist der feste Lohn dafür doch von einem Tagelohn auf einen Halbtagslohn, von 5 auf 2½ Mark herabgeglitten. Wenn nun der Unternehmer das Machwerk selbst mit 3½ Mark taxirt, so fällt allerdings eine Prämie von 1 Mark pro halben, von 2 Mark pro ganzen Tag ab, der Arbeiter bringt es von 5 auf 7 Mark täglich, schafft aber auch statt zehn 20 Mark Werth. Der Unternehmer zahlt also, trotz fortgesetzt gleichen Tagelohnes, bei gleichem Produktempfang immer weniger Zeitlohn, weil der Arbeiter immer weniger Zeit braucht; einen Theil der eingesteckten Lohndifferenz spendet der Unternehmer dann als Prämie zum weiteren Ansporn des Fleißes! Das ist das ganze Geheimniß dabei. Beim Stücklohn würde es sich ganz offen in einer rasch abwärts gleitenden Lohnskala zeigen; hier verschleiert der stetig gleichbleibende Zeitlohn die stetig wachsende Ausbeutung;

die Prämie, die im Monat auf eine ganz runde Summe für die Gruppe anwachsen kann, läßt den Unternehmer womöglich noch als Wohlthäter erscheinen.

Eine amerikanische Firma, weltberühmt durch ihre Eisenfabrikate: die Yale and Towne Manufacturing Company in Stamford, Connecticut, hat das noch sinnreicher durchgeführt und Herr Henry R. Towne selber hat seine Einrichtung des Langen und Breiten beschrieben und empfohlen.* Im slang dieses Herrn zu reden, besteht der „Schlüssel" des Systems darin, „jedem Mitglied der Organisation einen Antheil an demjenigen Theil des Profitfonds zuzubilligen, der von seiner individuellen Anstrengung und Geschicklichkeit abhängt oder abhängen kann." Der Unternehmer soll sich etwa folgendermaßen an seine Arbeiter wenden: „Ich habe im Voraus die (vermeintlichen) Kosten eures Produkts taxirt, was Arbeit, Hilfsstoffe, Rohmaterialien und andere Punkte anbelangt, auf die ihr Einfluß habt. Ich werde es nun wagen, ein System durchzuführen und auch dafür zu zahlen, wonach die (wirklichen) Produktionskosten bezüglich dieser selben Punkte periodisch festgestellt werden sollen, und bin bereit, unter euch einen Theil — nur den Rest behalte ich für mich — des Gewinns oder der Reduktion der Kosten zu vertheilen, die ihr erzielen mögt, sei es durch verstärkte Wirksamkeit eurer Arbeit oder durch größere Sparsamkeit im Materialienverbrauch oder durch beides. Dabei soll dieses Arrangement nicht etwa eure Lohnsätze alteriren." Es werden also für ein Departement und bestimmte Arbeitsaufträge alle Kosten genau abgeschätzt: Arbeitslohn, Rohmaterialien, Hilfsstoffe, Abnutzung der Geräthe und Werkzeuge, mechanische Kraft, Licht, Wasser, Reparaturen, Aufsicht, Schreibarbeit; was sich bei der schließlichen Produktablieferung als „erspart" herausstellt, kriegt zur Hälfte der Unternehmer, zur Hälfte die Gruppe — von welcher Hälfte aber wieder der Vormann (Werkführer, Aufseher) einen Löwenantheil erhält: Herr Towne schlägt $^1/_5$—$^1/_3$ der Gruppenprämie für ihn vor. Die Arbeiter theilen die übrigen, sagen wir 35 Prozent ihrer „Ersparniß" nach ihren Löhnen. 1887 hatte die Firma 300, 1890 bereits 500 Arbeiter mit diesem System beglückt, dessen Vortheil für den Unternehmer auf der Hand liegt. Und daß dieser Vortheil nicht blos auf Materialien- und Aufsichtsminderverbrauch, sondern ganz wesentlich auf intensiverer Arbeit beruht — auf zuschüssigen Arbeitsquanten, von deren üblichem Preis Herr Towne 50 Prozent für sich und 15 Prozent für seine Treiber einsteckt — das beweisen die weiteren Aeußerungen. Das System fing sofort mit einer Prellerei an; man setzte bei den verschiedenen Gruppen die Produktionskosten gleich 10 bis 20, in einem Falle sogar 30 Prozent gegen die bisherige Höhe herab; man erniedrigte also, wenn man es so ausdrücken darf, den Gruppenakkord um ebenso viel. „Die Ergebnisse haben die Reduktionen gerechtfertigt", meinte Herr Towne kaltblütig; das heißt: die Arbeiter haben ein entsprechendes Quantum Arbeit, das früher bezahlt wurde, gratis geleistet. Und weiter heißt es: „Wenn während einer abgelaufenen Periode die Produktionskosten bedeutend heruntergebracht sind (was Herrn Towne schon immer zur Hälfte zugute kam), so wird der Unternehmer wahrscheinlich, obwohl es nicht immer der klügste Kurs ist, die Kontraktpreise entsprechend reduziren." Die gesteigerte Anspannung der Arbeiter würde also bei der nächsten Neuregelung als normal verlangt werden, nur für die abermalige Steigerung träte eine Prämie, natürlich wieder vorübergehend, in Kraft. Und was verlangt der Arbeiterfreund dafür noch? Im Anhang findet sich bei Schloß das „Statut" der Aktiengesellschaft abgedruckt. Diesem

* Abgedruckt im sechsten Jahresbericht des arbeitsstatistischen Bureaus von Connecticut (für 1890), Seite 227—241, — bei Schloß Seite 76 ff. Auszug.

zufolge werden die Prämien erst dreißig Tage nach dem Ablaufe des Kontraktjahres ausgezahlt, so daß der Arbeiter auf dreizehn Monate an das Etablissement gefesselt ist. Und dann heißt es unter „Conditions“, daß alle Ansprüche verloren gehen, wenn der Arbeiter wegen seines Betragens oder seiner Unfähigkeit entlassen wird, „oder wenn er sich mit Andern irgendwie vereint, so daß die Beziehungen zwischen der Gesellschaft und ihren Arbeitern gestört oder berührt (disturbed or affected) werden.“ „Diese Bestimmung — fügt das Statut im Tone eines Biedermannes dazu — beschränkt in keiner Weise das Recht jedes Arbeiters, über seinen eigenen Lohnsatz durch den Werkführer mit der Gesellschaft zu unterhandeln“!! Nach dem zu den vorigen Beispielen Bemerkten genügt es, diesen Humbug einfach beschreibend vorzuführen.*

Die East and West India Dock Company theilte in ähnlicher Weise brüderlich mit den Dockers. Vor der Sweating-Kommission setzte ein Zeuge das so auseinander: „Es werden die Normalkosten pro Tonne festgestellt; sagen wir, daß das Löschen einer Ladung 6 Pence pro Tonne kostet. . . . Werden nun infolge von Oekonomie oder härterer Arbeit die Kosten 5½ Pence pro Tonne, so wäre das eine Ersparniß von einem halben Penny; dieser halbe Penny würde mit der Zahl der . . . . gelöschten Tonnen multiplizirt werden und — — 25 Prozent des Ergebnisses würden dem Arbeitsstab eingehändigt werden, so daß die Dockgesellschaft 75 Prozent eines gewissen Betrages gespart hätte.“

In Rheims fand Schloß Arbeiter, welche den Wein auf Flaschen füllen, im Bezug eines festen Taglohnes von 5 Frank; wurde mehr wie eine gewisse Zahl von Flaschen geliefert, so erhielt der Mann einen Zuschlag von 1 Frank. — Lehrlinge werden oft zum Fleiß erzogen, „indem man ihnen zu ihrem geringen festen Lohn einen Zuschlag verspricht, der davon abhängt, wie sie ihre besten Kräfte einsetzen. . . . In manchen Fällen steht diese Extrabelohnung . . . nicht im Verhältniß zur Leistung, wird jedoch einbehalten, wenn das Leistungsquantum unbefriedigend ist.“ Aus seinen Erfahrungen schließt unser Gewährsmann, daß die Extraleistung der jüngeren Kräfte sich dadurch oft ganz außerordentlich hob. Die preparers in einer Wollspinnerei arbeiteten in Gruppen von je vier Weibern; der feste Wochenlohn betrug für jedes Mitglied 11 Schilling 1 Penny. Ueberschritt die Wochenleistung der Gruppe ein bestimmtes Quantum, so begann die Prämienlöhnung. Aus den Büchern war ersichtlich, daß in der Vorwoche die Gruppe A 6 Schilling, die Gruppe E und J 5 Schilling, die Gruppe L nichts an Prämien verdient hatte. — In der Ordnung einer Papiermühle in Devonshire heißt es: „Ein Tonnengeld wird in Zukunft gezahlt werden für alles (in Klammer: gute!) Papier, das monatlich über 108 Tonnen produzirt wird; wenn in einem Monat die angefertigte Gewichtsmenge unter 108 Tonnen bleibt, so wird das Defizit auf den folgenden Monat angerechnet.“ — Aehnlich in einer Streichholz- und Lichterfabrik, wo charakteristischer Weise die Hauptarbeiterin der Gruppe 15 Schilling pro Woche Zeitlohn erhielt und für jedes „drum“ über 11 hinaus einen Extraschilling; für jedes der ersten 11 also immer $^{15}/_{11}$, für jedes

* Die Gesellschaft betreibt ihn mit einem gewissen Raffinement. So hängt sie Monat für Monat eine Abrechnung aus, in der jede Gruppe studiren kann, wie ihre Prämien monatlich steigen oder auch vorübergehend unter das alte Niveau zurückfallen, und zwar spezifizirt nach dem Materialienverbrauch, der Werkzeugvernutzung u. s. w. Wenn die Arbeiter wirklich so blöde sind, wie Herr Towne sie voraussetzt, so läßt sich denken, welche Spionage und Wetttreiberei entfesselt wird, um Verluste wieder einzuholen, wenn irgend einmal ungewöhnlich viel Material verbraucht ist oder sonst eine größere Belastung der Ausgabenseite stattgefunden hat.

der weiteren $^{11}/_{11}$ Schilling. Herr Schloß nennt das dann nach Leroy-Beaulieu „progressive“ Löhne! — Die Agricultural and Horticultural Association machte mit ihrer Oelkuchenherstellung schlechte Geschäfte. Sie mußte also aus den Arbeitern an der Presse mehr herausschlagen. Sie setzte demnach bestimmte Zeitlöhne fest und eine normale Minimalleistung. „Nachdem diese Grenze überschritten ist, erhalten die Leute (es handelt sich um Gruppen, bestehend aus dem Presser, Hilfspresser und zwei Burschen) eine Prämie von 1 Schilling 6 Pence pro Tonne für die nächsten 3 Tonnen, von da ab gar $2^1/_2$ Schilling pro Tonne. . . . Als die Prämie eingeführt war, stieg in der ersten Woche das Ausbringen an der Presse — es war damals nur eine vorhanden — von 26 Tonnen auf 31, nach sechs Monaten war das Ausbringen 52, nach zehn Monaten 57 Tonnen, und diese Höhe ist seitdem aufrecht erhalten worden. . . . Die zweite Presse, die vor einem Jahr hinzutrat, begann mit einem Ausbringen von 48 Tonnen, produzirt jetzt jedoch über 76 Tonnen die Woche. Der leitende Direktor, Herr E. O. Greening, konstatirte, daß die Männer und Burschen ihre Löhne im Durchschnitt von 1 Pfd. Sterling 0 Schilling 7 Pence auf 1 Pfd. Sterling 6 Schilling 8 Pence (etwa von 20,60 auf 26,70 Mark) gesteigert und für die Assoziation einen Verlust in einen Profit umgewandelt hätten.“ — Dieselbe Gesellschaft machte ein ähnliches Experiment mit ihren Bureauarbeitern. Wenn die office-Ausgaben unter 3 Prozent der Verkaufssummen fielen, sollten Zuschläge zu den Gehältern eintreten: von 5 Prozent, wenn die Ausgaben auf $2^3/_4$ Prozent herabgebracht würden; von 10 Prozent bei $2^1/_2$ u. s. f. „Das System wirkt wunderbar. Die Bureauarbeiter . . . strengen sich nicht nur auf das Aeußerste an, die Ausgaben zu vermindern, sie haben sogar aus eigenem Antrieb sinnreiche Anordnungen zur Steigerung des Umsatzes erfunden.“ Auch hier ist der Mechanismus des Systems sehr einfach, obwohl uns nähere Angaben fehlen. Kommt auf einen Angestellten vielleicht täglich ein Waarenumsatz von 300 Mark, während der Gehilfe monatlich ein Gehalt von 100 Mark bezieht, so ist 1 Prozent des Umsatzes gleich 90 Prozent des Gehaltes. Wird im Verhältniß zum Umsatz $^1/_4$ Prozent „gespart“, so sind das im Verhältniß zum Gehalt $^{90}/_4 = 22^1/_2$ Prozent. Da kann man ruhigen Gewissens dem Arbeiter 5 Prozent abtreten. Die Mehrarbeit wird dann wahrscheinlich weit über 5 Prozent betragen; sie wird sich besonders darin zeigen, daß für den Mehrumsatz nicht entsprechend mehr Arbeitskräfte angestellt werden; die Kaufleute selber werden sich dagegen sträuben, um durch Reduktion der Kosten des kaufmännischen Departements ihre Prämie zu vermehren.

Daß auch die geringe Gesammtlohnerhöhung, die trotz Sinkens des Preises der Arbeit eintreten kann, meist wieder verloren geht, legen die Erfahrungen beim Stücklohn und allgemeine Erwägungen nahe, auch wenn direkte Beweise hierfür bei dem mangelhaften Untersuchungsmaterial fehlen. Die Trades Unionisten beurtheilen das „Bonus-“(Prämien-)System auch dementsprechend. So äußerte Herr Holmes, der Präsident der Burnley Baumwollweber-Gewerkschaft, vor der Labour Commission: die Arbeiter würden durch die Hoffnung auf eine Prämie angespornt, bis zur höchsten Leistungsfähigkeit zu produziren; der Unternehmer stelle so fest, welches die äußerste Geschwindigkeit beim Weben sei, und finge dann an, alle diejenigen zu entlassen, welchen bei diesem Geschwindschritt der Athem ausginge. Für die Wollindustrie liegt ein ähnliches Zeugniß vor. Herr Drew äußerte sich im November 1891 vor derselben Kommission: sowie die Unternehmer durch das Bonussystem beim Weber die erreichbar höchste Geschwindigkeit „entdeckt“ hätten, fingen sie an, am Stücklohn zu „nibbeln“, das heißt den „Lohnstandard“ —

den Preis der Arbeit — herabzusetzen. — Bei einer solchen Spekulation könnte natürlich der Unternehmer im Anfang auch Prämien zahlen, bei denen er zunächst nichts gewinnt, sogar direkt verliert.

Die Extrazahlungen im Verhältniß zum Umsatz, die wir oben in einem Beispiel anführten, kommen bekanntlich oft bei Reisenden und Ladenverkäufern vor. Häufig nähert sich hier die Prämienlöhnung schon der Betheiligung am Geschäftsgewinn. — Erwähnen wollen wir hier ferner noch die zahlreichen Prämien für Materialersparniß: beim Zugspersonal der Eisenbahnen z. B. fast immer für Kohlen- und Schmieröl-Minderverbrauch. Einzelne unserer Beispiele schlossen diese Art von Prämien schon mit ein. Der Grundgedanke ist hier einfach, daß der Arbeiter durch größere Sorgfalt dem Kapital wesentliche Auslagen von konstantem Kapital „erspart“ und daß das Kapital von dieser freiwerdenden Summe einen geringen Bruchtheil an den Arbeiter abtritt. Das schließt wieder nicht aus, daß der verringerte Verbrauch von Rohmaterialien und Hilfsstoffen, die geringere Vernutzung von Arbeitsmitteln bald als normal gilt und dann ohne Prämienzahlung vom Arbeiter gefordert wird; entweder sinkt der normale Lohn oder er steigt nicht, wie es sonst geschehen wäre — dann mag die Prämie nominell bleiben; oder die Prämie verschwindet. Der Vortheil für das Kapital bleibt aber meistens auch dann, wenn die Prämie sich nicht derartig in blauen Dunst auflöst.

Ein geradezu scheußlicher Auswuchs ist es, wenn in einzelnen Werkstätten Prämien ausgesetzt werden für diejenigen Arbeiter, die in der Woche das Meiste geleistet haben. Ein solches allgemeines Wettrennen um einen Mehrarbeits-Ehrenpreis setzt voraus, daß sich in den Arbeitern noch keinerlei Selbstgefühl regt. Kinder und Frauen scheinen es daher hauptsächlich zu sein, die gelegentlich diesem System unterworfen werden. So fand es Schloß in einer großen Telegraphenbauanstalt.

Schließlich zeigen uns freilich die bezahlten „Treiber“ und „Renner“, die ihre Nebenarbeiter mit sich fortreißen sollen, dasselbe System, nur gleichsam auf den Kopf gestellt. Dort gipfelt die allgemeine Wettjagd in der preisgekrönten Spitze; hier zwingt die gutbezahlte Spitze die Mitarbeiter zu seiner Leistungshöhe empor.

(Schluß folgt.)

Der Sozialismus in Frankreich während der großen Revolution.*

Von **C. Hugo.**

II. Die Wahlen zu den Generalständen und ihre Literatur.

Am 8. August 1788 verkündete Brienne die Berufung der Generalstände auf den 1. Mai 1789. Damit beginnt eine Zeit, die bis zur Beendigung der Wahlen sich erstreckend, zu den interessantesten Perioden der ganzen Revolution gehört. Eine Fluth von Schriften ergießt sich über das Land, in denen nicht nur

---

* Literatur: Chassin, Le Génie de la Révolution. Paris 1863. — Chassin, Les élections et les cahiers de Paris en 1789, vol. I—IV. Paris 1884. — E. Levasseur, Histoire des classes ouvrières en France. Paris 1867. — Die reichhaltige Sammlung von Broschüren und Pamphleten des Britischen Museums. — Für die Wahlen in Lyon und die Geschichte der Seidenindustrie: Beaulieu, Histoire de Lyon, 1837, und Histoire du commerce, de l'industrie et des fabriques de Lyon, 1838. — Montfalcon, Histoire de Lyon, 1847; besonders das von Chassin in dem Génie de la Révolution I abgedruckte Memoire der Seidenarbeiter.

die Geschichte der Generalstände, die ihnen zu gebende Form, der Wahlmodus, sondern auch das Verhältniß der Gewalten des Königs und des Volkes von allen Gesichtspunkten aus behandelt wird. Indeß tritt im Lauf der Debatte die historische Auffassung, die Kontinuität zu wahren und an die Generalstände von 1614 anzuknüpfen, mehr und mehr in den Hintergrund und die philosophische, naturrechtliche gewinnt die Oberhand. Es sind nicht mehr historische Dokumente, sondern naturrechtlich-vernünftige Gründe, mit denen man die Zahl der Deputirten im Verhältniß zur Bevölkerung und ihre Vertheilung auf die drei Stände zu bestimmen sucht.

Die Theorie der Contrat social hat gesiegt und mit ihr die Lehre von der Souveränetät des Volkes. Eine seltene Einstimmigkeit herrscht unter den Publizisten darüber, daß ohne die Einwilligung des Volkes es keine legitime Regierung geben kann, daß diese Einwilligung nicht einmal für Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft gegeben ist, sondern einer fortgesetzten, periodischen oder permanenten Erneuerung durch die Repräsentanten des Landes zwecks Ueberwachung und Leitung der öffentlichen Angelegenheiten bedarf. Indem Mably die Gleichheit als die nothwendige Bedingung der Freiheit hinstellt, erkennt er nicht nur jedem Bürger das Recht zu, sondern erklärt es sogar für die erste Pflicht eines jeden, selbst auf die Gefahr eines Bürgerkrieges hin, für die Einrichtung einer solchen Regierungsform thätig zu sein, die am geeignetsten ist, das Glück der Gesammtheit herbeizuführen. Wenn also die Nation, die in den Generalständen verkörpert erscheint, zusammentritt, ist sie durch keine bereits bestehende Konstitution gebunden und durchaus frei in ihren Beschlüssen. Ihr Wille braucht nur zu erscheinen und jedes Recht hört auf vor ihr, als der Quelle und dem obersten Herrn alles positiven Rechts, zu existiren (Sieyès). Andererseits können aber auch die Generalstände, obschon in ihrer gesetzgeberischen Thätigkeit nur durch die Naturrechte beschränkt, keine unveränderliche Konstitution, auf die die Zukunft verpflichtet wäre, beschließen.

Wie aber wird diese Nationalversammlung, der man sogar das Recht zuschreibt, ohne die Zustimmung des Königs zusammenzutreten und die daher auch nicht von ihm aufgelöst werden kann, wie wird diese Nationalversammlung, von der die Geschicke Frankreichs abhängen, zusammengesetzt sein? Werden die drei Stände gesondert tagen? Wie wird die Wahl der Deputirten stattfinden?

In der Beantwortung der ersten Frage herrscht gleichfalls unter den Vertretern des Fortschritts seltene Einstimmigkeit. Das System einer einzigen Versammlung, in der die Repräsentanten des dritten Standes denen des Adels und der Geistlichkeit an Zahl wenigstens gleich sind, trägt den Sieg über andere Vorschläge, wie Tagung gesondert nach Ständen, oder in zwei Kammern nach dem Vorbild des englischen Parlaments und des amerikanischen Kongresses und Senates, davon und wird nicht allein von den Publizisten, sondern auch von den Munizipalitäten, den Gemeinden, den Korporationen, kurz von allen Theilen Frankreichs verlangt.

Aber diese große Einstimmigkeit macht Halt bei der Frage, durch wen sollen die Deputirten erwählt werden. Hier erscheint der Bourgeoischarakter der Revolution, der nachher in der Konstitution von 1791 mit ihrem Zensus und der Proklamation der Heiligkeit des Eigenthums als eines Naturrechtes klar zu Tage tritt. Bereits während der Vorbereitung der Wahlen zeigt sich, daß der sogenannte dritte Stand kein organisches Ganze mit gemeinsamen Interessen, sondern ein sehr heterogenes Gemisch ist.* Ein „vierter Stand"** scheidet sich

* K. Kautsky, Die Klassengegensätze während der französischen Revolution. N. Z. 1889.
** Cahier du quatrième ordre, celui des pauvres journaliers, infirmes, indigents etc.

bereits von ihm, das Proletariat, das eigene Interessen hat und dem namentlich die Heiligkeit des Eigenthums nicht so ans Herz gewachsen ist, wie dem dritten Stand, den besitzenden Bourgeois. Die Eintheilung der Nation in die drei Stände ist überhaupt nur noch eine historische Reliquie, überholt durch die ökonomische Entwicklung Frankreichs im 18. Jahrhundert und bestimmt, beim ersten Angriff zu verschwinden. Es giebt thatsächlich nur noch zwei Klassen, die Besitzenden und die Nichtbesitzenden;* und die erstere ist es, die die letztere in dem Kampf mit dem Feudalismus um die Macht und die Herrschaft benützt, so weit sie kann, dann aber durch die politische Setzung des Eigenthums von allen Rechten auszuschließen sucht.

Vor dem Erscheinen des königlichen Wahlreglements vom 24. Januar 1789 denkt Niemand an eine allgemeine, direkte Wahl der Deputirten. Erst im Februar 1789 proklamirt Mirabeau in einem Brief an Cerutti das Prinzip: In einem freien Lande muß jedes Individuum Wähler und wahlfähig sein, während er früher behauptet hatte: Nichts sei nothwendiger für die Freiheit der Wahlen, als daß allein diejenigen daran theilnähmen, welche den Beweis eines permanenten Interesses liefern könnten. Denn die Individuen, welche nichts besäßen, ließen sich während der Wahlen leicht bestechen. Sie auszuschließen sei das einzige Mittel, ihnen die Begierde einzuflößen, aus ihrer Armuth herauszukommen. Es kann uns nicht wundern bei Voltaire zu lesen, daß die, welche weder Ländereien noch Häuser besitzen, keine berathende Stimme im Staat haben können, ebensowenig wie ein bezahlter Kommis das Recht, den Handel seiner Branche zu regeln; aber auch Condorcet, den man oft als Vorläufer des Sozialismus bezeichnet, behauptet, daß Niemand die bürgerlichen Rechte zum Vortheil der Gesellschaft ausüben könne, welcher nicht ein seinen Lebensunterhalt sicherndes Einkommen besitzt. Er versteht es nicht, wie man die Geschicke der Wiedergeburt der Nation von dem Zufall einer Abstimmung abhängig machen kann, die von den seit vierzehnhundert Jahren durch brutale Gewalt versklavten, durch Aberglauben verdorbenen Massen vorgenommen wird.

In Uebereinstimmung mit diesen Berichten wurde in der Dauphiné nach einem von der vorbereitenden Versammlung zu Romans verfaßten und vom König gebilligten Plan die Fähigkeit, Deputirter des dritten Standes zu werden, an das freie Verfügungsrecht über Liegenschaften in den Arrondissements und Zahlung einer Steuer von 50, in einigen Bezirken 25 Livres geknüpft, da man fürchtete, daß die errungene Freiheit durch die unwissenden, leicht verführten und verblendeten, bäuerlichen Massen gefährdet würde. Ferner suchte man in dieser Provinz die Pächter während der Dauer ihres Pachtes vom Stimmrecht auszuschließen, um den Einfluß des Adels und der Geistlichkeit zu brechen!

Von ganz anderen Beweggründen geleitet, erließ das Ministerium am 24. Januar 1789 einen die Wahlen regelnden Erlaß. Derselbe geheime Gedanke, der einen Bürger in einem Brief an die drei Stände der Dauphiné** dem dritten Stand zurufen ließ: Wie! Ihr habt die Rechte des Volkes gefordert und Ihr schließt das Volk aus! Ihr klagt uns (die Aristokraten) an, daß wir Eure Rechte usurpirt haben und Ihr, Eigenthümer und Bourgeois, usurpirt die der Bauern und Handwerker!, derselbe Gedanke, durch das allgemeine Wahlrecht und die Stupidität der bäuerlichen Bevölkerung die alten Privilegien zu retten, war es auch, der die Regierung bei der Abfassung ihres Reglements leitete.

* Lambert, Cahier des pauvres.
** Lettre d'un citoyen aux trois ordres du Dauphiné.

In der Meinung, daß die Unkenntniß des Lesens den Bauern von der geistigen Bewegung des Jahrhunderts ausgeschlossen, daß er noch unangesteckt sei von der Pest der Souveränetät des Volkes und der natürlichen Menschenrechte, trägt sie kein Bedenken, das Wahlrecht jedem Franzosen, der über 25 Jahre alt, im Besitz eines Domizils ist und auf der Steuerliste steht, zuzuerkennen. So wurden die Pächter der Geistlichkeit und des Adels, ja sogar die Leibeigenen, welche außer den herrschaftlichen Lasten königliche Grundsteuer trugen, Wähler und wahlfähig, ausgeschlossen dagegen die Handarbeiter und Tagelöhner ohne Eigenthum und die nicht inkorporirten Handwerker der Städte, welche keine Gewerbesteuer zahlten. Das städtische Proletariat war rechtlos. Diese schreiende Ungerechtigkeit ist der Anlaß, in Folge dessen das Klassenbewußtsein sich in ihm zu regen beginnt und es begreift, daß an die Stelle der ständischen Gliederung eine neue nach Klassen getreten ist, welche die Besitzlosen den Besitzenden entgegenstellt und unterwirft. Da das Proletariat mit Ausnahme von Paris und Lyon wenig zahlreich war, nur wenige freie Arbeiter aber in den königlichen Steuerlisten standen, die meistens also von der Theilnahme an den Wahlen ausgeschlossen waren, so ist es fast selbstverständlich, daß wir in den Cahiers* des dritten Standes selbst wenig von den Klagen des Proletariats hören. Nur in Paris und Lyon, wo hier wie dort in Folge der großen Industrie größere Arbeitermassen sich angesammelt haben, kann man sagen, daß das Klassenbewußtsein zum Ausdruck kam. Die Schilderung der Wahlen in Lyon und Paris, soweit in ihnen sozialistische Momente oder eine besondere Arbeiterpolitik zum Ausdruck kommen, wird daher der Hauptgegenstand dieses Artikels sein.

Durch das spezielle Wahlreglement vom 13. April 1789 für Paris wurde die Wählerschaft des dritten Standes beschränkt auf die in Paris ansässigen Bürger, welche mehr als 25 Jahre alt, im Besitz eines Amtes, eines Grades einer Fakultät waren oder endlich eine Kopfsteuer von mindestens sechs Livres zahlten. Damit hatte man aus Furcht vor dem intelligenten, arbeitenden Volk von Paris das Proletariat mit einem Schlage seines wesentlichsten Bürgerrechtes beraubt und den dritten Stand auf eine kleine Zahl Privilegirter und Besitzender beschränkt. Diese systematische Ausschließung der Arbeiter erweckte natürlich Haß und Erbitterung in ihren Reihen. Da nun bei der während der Wahlen herrschenden Preßfreiheit — waren doch durch einen Paragraphen des Reglements zwei Briefkasten, einer im Hotel de Ville, ein anderer in einem Saale des Châtelet zur speziellen Aufnahme privater Cahiers und Doléances eingerichtet worden — es möglich war, daß Alles, was die Gemüther bewegte, ungehindert zum Ausdruck kam, so wird denn auch dieser Ausschluß der Menge in einer großen Zahl von Broschüren aufs Schärfste kritisirt.

In der Menge (multitude), sagt eine Broschüre, besteht im Wesentlichen die menschliche Gattung; für sie sind die Gesetze gemacht. Durch ihre Stimmen müssen daher auch die Gesetze sanktionirt werden. Die Beamten wissen sehr gut, weshalb sie dieselbe von der Kenntniß der Geschäfte ausschließen; aber die guten Bürger haben ihre Gründe, sie darin unterrichtet zu sehen. Die Vernunft will, daß hundert Arbeiter mehr werth sind, als ein reicher Eigenthümer, und wenn es gerecht ist, daß die Eigenthümer einen vernünftigen Einfluß auf die Regierung haben, weil sie ein so wichtiger und starker Theil des Staates sind, so ist es

---

* Nach mittelalterlichem Brauch gab bei den Wahlen zu den Generalständen jedes Wahlkollegium seinem Abgeordneten besondere Aufträge und Beschwerden (doléances) mit, zusammengefaßt in einem Heft (Cahier). Die Redaktion.

von einer revoltirenden Ungerechtigkeit, daß man nur sie befragt und die einfachen und nützlichen Menschen mit Verachtung zurückstößt, von deren Schweiß sie leben, deren Arbeit ihren Luxus unterhält und ihr Vermögen vergrößert, ohne daß sie in einem gerechten Verhältniß einen Theil dessen beziehen, was sie demselben hinzufügen. Das Reglement schließt aber einen großen Theil der wahrhaft sozialen Klasse, die Handwerker ohne Vermögen, von der Wählerschaft aus, und nimmt dagegen in dieselbe alle die antisozialen Klassen, die Leute des Königs, die Prinzen, die adeligen Herren, alle Helfershelfer einer willkürlichen Autorität bis zu den Agenten der Polizei auf.*

Die Arbeiter erkennen die große Wichtigkeit, von der es für sie ist, durch Leute ihrer Klasse, ihrer Gewerke in den Generalständen vertreten zu sein. „Warum", so heißt es in der Petition von 150 000 Arbeitern und Handwerkern, „warum sind in dem Augenblicke, wo das Vaterland seine Arme seinen Kindern öffnet, 150 000 nützliche Bürger von ihnen ausgeschlossen? Aus den Distrikts- und allgemeinen Versammlungen ausgeschlossen, werden wir es auch von den Generalständen sein. Unsere Klagen, unsere Ansprüche werden weder gehört, noch diskutirt werden. Kaum können wir unter den 400 Wählern vier oder fünf Personen entdecken, die unsere Bedürfnisse und unser Elend kennen und daran Interesse nehmen. Hier in Paris aber giebt es eine große Industrie; tausende von Menschen, ignorirt von der Gesellschaft, üben zu deren Nutzen ihre hunderterlei verschiedenen Talente aus und weihen sich oft durch die Art ihres Berufes selbst einem frühen Tode. Während die einen sich des Sonnenlichtes berauben, um die Stoffe aus den Eingeweiden der Erde hervorzuholen, aus denen ihr eure Tempel baut, reinigen andere, eingeschlossen in mephitische Kanäle, die Luft, die ihr athmet, Dank ihrem Muth und weit mehr noch ihrer Unwissenheit. Andere bereiten die Metalle, Salze und Säuren, setzen sich pestilenzialischen Ausdünstungen aus und vernichten so ihre Existenz. Glaubt ihr, daß ein Schüler des Plato und Demosthenes sich plötzlich in einen Metallgießer, Ziseleur, Schlosser, Zimmermann, Marmorarbeiter, Dachdecker 2c., kurz in einen von uns verwandeln könne, die wir unsere besonderen Uebel und Mühen haben? Kann der Gelehrte, der Literat unsere Bedürfnisse würdigen und jenem erlauchten Tribunal verdolmetschen, wo alle gerechte Ansprüchen untersucht werden sollen? Wohlan denn, es handle für uns bei dieser, vielleicht einzigen Gelegenheit, wo sein Muth und seine Kenntnisse so nothwendig sind; ein Mann, der mit uns an diesen ermüdenden Arbeiten theilgenommen und die Ungerechtigkeiten und Quälereien, denen wir ausgesetzt sind, kennen gelernt hat." Und noch später, als die Wahlen beendet sind, wird in einer an die Generalstände gerichteten Broschüre, Doléances du pauvre peuple, geklagt, daß das Proletariat nicht in ihnen vertreten ist. „Wir haben gesehen, daß die Repräsentanten, welche die Generalstände bilden werden, nur aus denen bestehen, welche im Besitze der „propriétés conventionelles" sind. Wir, das arme Volk, die Handwerker und Arbeiter, ohne jedes Eigenthum oder vielmehr, nur im Besitz dessen, was uns die Natur gegeben hat, gehören zwar auch zum dritten Stand, aber unter den Repräsentanten, welche gewählt worden sind, giebt es keinen von unserer Klasse; und es scheint, daß Alles nur zu Gunsten der Reichen und Eigenthümer geschehen ist! Alle diese Eigenthümer, welche man im Verhältniß zu uns reich nennen kann, werden sich zwar ein Vergnügen daraus machen, Patrone und Schutzherren der Armen zu sein, da es die Religion und Moral ihnen zur Pflicht

* Élection des députés de la ville et vicomté de Paris aux États généraux.

macht; aber, fügt der Verfasser hinzu, wir könnten gänzlich vergessen werden, wenn wir nicht unsere Bedürfnisse und Wünsche wenigstens auseinandersetzten."

Bei dieser Ausschließung der großen Masse der Arbeiter und Handwerker sind die primären Wahlversammlungen der armen Distrikte sehr wenig zahlreich. So nahmen an der des Distrikts Saint-Laurent nur 51 Wähler Theil, die es für ihre Pflicht hielten, sich nur mit dem Elend ihrer von den Wahlen ausgeschlossenen Mitbürger zu beschäftigen und Heilmittel für dasselbe zu suchen. Es sind besonders die Distrikte St. Laurent, St. Joseph, Aux Petits-Augustins, Aux Jacobins-Saint-Honoré, in denen man gegen den Ausschluß der Arbeiter protestirt und erklärt, von ihnen mit der Vertretung ihrer Interessen beauftragt zu sein. Die dort verfaßten Cahiers enthalten, wie die von Saint Laurent und Aux Jacobins, wenig oder kein Wort über die Politik, sondern nur Forderungen sozialer Art, wie Reduktion des Brotpreises, Verwaltung der Lebensmittel durch vom Volk erwählte Beamte, die den Preis des Getreides und des Mehles festsetzen sollen. In einem anderen Cahier wird den Wählern und durch sie den Deputirten vorgeschrieben, den Generalständen alle die Einrichtungen zu empfehlen, durch welche den Arbeitern eine solche Existenz möglich gemacht wird, wie sie ihre Lage und die Menschlichkeit gebietet. Wenn aber auch das Proletariat, so von den Wahlversammlungen ausgeschlossen, in ihnen weder protestiren, noch seinen Klagen in der Mehrzahl der hier abgefaßten Cahiers Ausdruck geben konnte, so gewährte doch andererseits die große Preßfreiheit vor und während der Wahlen seinen Angehörigen und den Freunden seiner Sache die Möglichkeit, in Broschüren ihre Stimme zu erheben, sein Elend zu schildern und Reformen, die ihm zu Gute kommen, zu verlangen. In ihnen sehen wir denn das Verständniß der wirklichen Klassenverhältnisse aufdämmern, die an Stelle der ökonomisch überwundenen, nur noch durch die Trägheit der Thatsachen bestehenden Dreiständetheilung treten. Wohl hat die Kraft der alten Bräuche es noch einmal nothwendig erscheinen lassen, die Mitglieder der Nation nach Ständen zu versammeln, deren Zahl auf drei beschränkt ist. Umfassen aber diese drei Stände genau die ganze Nation? Nein! Es ist nothwendig, diese Theilung aufzuheben, da sie den Thatsachen nicht mehr entspricht, oder einen vierten Stand zu schaffen, damit endlich der Theil der Nation, der nach dem Naturrecht in gleicher Weise wie die übrigen Stände berufen ist, seine Vertretung erhalte.*

Für völlige Aufhebung der Stände spricht sich in einem sehr interessanten „Cahier des pauvres" ein gewisser Lambert aus, denn unter dieser Standeseintheilung, die in Frankreich eine dreifache, in Schweden eine vierfache ist, liegt die allein reale Eintheilung der Bürger in die zwei Klassen von Eigenthümern und Nichteigenthümern, von denen die einen Alles, die andern nichts besitzen, versteckt. — Die Generalstände, sagt er, haben die Aufgabe, eine neue Verfassung zu erlassen. Wenn sie nun dem Volk eine solche geben würden, in der der Reichthum alles, der Mensch nichts gilt, so wäre die Erfahrung der vergangenen Jahrhunderte vollständig unnütz für uns gewesen. Denn einer der verhängnißvollsten Fehler der modernen Politik ist der gewesen, daß man das Geld für die Kraft und den Nerv aller Staaten gehalten hat. Das Geld aber thut nichts und produzirt nichts. Es ist nur ein Zeichen für Dinge, und die Dinge selbst sind nur durch die Arbeit der Menschen geschaffen. Es ist also nicht das Geld, sondern die Menschen, welche die Kraft und der Nerv der Staaten sind. Eine jede vernünftige Politik hat demnach auf die Erhaltung der Menschen hinzuarbeiten.

* Cahier du quatrième ordre.

In einem Staate aber, wo der Arme für nichts gilt und wo die sozialen Einrichtungen fortfahren, eine offene Verletzung des natürlichen Rechts der zahlreichsten und arbeitsamsten Klasse der Nation zu sein, kann es keine vernünftige Sicherheit, auch nicht für die Reichen geben. Eine Besserung des Loses der Armen ist daher auch im Interesse der Reichen selbst; die Interessen der Reichen und Armen sind gemeinsame und untrennbar. In seiner Eigenschaft als ein Mitglied der Wahlversammlung des Distrikts von St. Etienne-du-Mont, und als Vater von acht Kindern, von denen sechs noch am Leben sind, alle genährt von seiner Gattin, die mit Gottes Hilfe bald einen neuen Bürger dem Staat zu schenken hofft, eintretend für die ehrbare und zahlreiche Familie, die ihn umgiebt, und für alle Armen, hat Lambert Vorschläge zur Hebung des Loses der Armen eingebracht, von denen wir die grundlegenden hier kurz anführen:

1) Wir produktiven und nützlichen Arbeiter wollen einen Vorzug vor der Luxusindustrie erhalten.

2) Der Lohn der Arbeiter soll nicht mehr in so kalter Weise nach den mörderischen Maximen eines zügellosen Luxus oder einer unersättlichen Habgier berechnet werden.

3) Die Erhaltung der arbeitsamen und nützlichen Menschen muß für die Konstitution ein nicht minder heiliger Gegenstand sein als das Eigenthum der Reichen.

4) Kein fleißiger und nützlicher Mensch soll hinfort in der ganzen Ausdehnung des Königreichs unsicher hinsichtlich seiner Existenz sein.

Dies seine vier Prinzipien, zu deren Durchführung Lambert kein anderes Mittel als eine Neuregelung der Armenpflege weiß. Man sieht, seine Vorschläge sind sehr zahm, ja er hält es noch für nothwendig zu versichern, daß es sich nicht darum handelt, den Reichen ihre Börse, sondern nur die Macht zu nehmen, ungerecht und unmenschlich gegen die fleißigen und nützlichen Menschen zu sein.

Den beiden Gedanken, daß die Erhaltung des Menschen (conservation de l'homme) die Aufgabe des Staates sei und daß dieser daher die Existenz durch Arbeit jedem Bürger sichern muß, begegnen wir in einer ganzen Reihe von Broschüren. Die nothwendige Folge dieses Rechtes, durch die Arbeit seiner Hände zu bestehen, ist die Forderung, die in einer großen Zahl von Cahiers gestellt wird, durch die Errichtung von Nationalwerkstätten in der ganzen Ausdehnung des Königreichs den Armen Arbeit zu verschaffen. Während aber diese Einrichtung meist nur als ein Theil der Armenpflege angesehen wird, sucht der Cahier des Distrikts St. Laurent dieselbe von dem Makel eines verkleideten Almosens dadurch zu befreien, daß er ausdrücklich verlangt, daß ein Jeder in dem von ihm erlernten Beruf beschäftigt werden und daß die Zahlung wenigstens zwei Drittel seines gewöhnlichen Tagelohnes sein soll.

Das Recht, durch die Arbeit seiner Hände zu existiren, ist ein Eigenthum, das vielleicht noch heiliger ist, als das erbliche Eigenthum, heißt es in dem Cahier des doléances du pauvre peuple, der uns so recht das sich bildende und zum Klassenbewußtsein erwachende Proletariat ohne Einsicht in die ökonomischen Verhältnisse und in vollster Unklarheit über seine Ziele und die Mittel die dahin führen, zeigt. Da die Arbeit von sechs Wochentagen, wie die thatsächlichen Verhältnisse beweisen, nicht ausgereicht hat, dem Arbeiter einen hinreichenden Lebensunterhalt zu sichern, so wird nicht ein höherer Lohn, sondern nur die Erlaubniß länger zu arbeiten, gefordert. „Gebt uns Arbeit, zu der uns Gott, der Schöpfer der Natur, verdammt hat. Das arme Volk fordert weiter nichts als die Erlaubniß, an Sonntagen nach dem Gottesdienst zu arbeiten und die Unterdrückung aller

andern Feste, mit Ausnahme von Ostern, Pfingsten und Weihnachten." Ein wahrer Heißhunger nach Arbeit tritt uns hier entgegen; Arbeit, so viel Stunden wie möglich; Arbeit, so viel Tage wie möglich! Man könnte glauben, die Broschüre wäre von einem profitgierigen Kapitalisten geschrieben, den die Gier, den Mehrwerth so lange wie möglich aufzusaugen, zu solchen Deklamationen veranlaßt, und nicht von einem Angehörigen des pauvre peuple.

Doch neben Pamphleten, die sich keine Sorge darüber machen, wie weit die Armuth und das Elend der Arbeiter durch die bestehende Gesellschaftsordnung bedingt ist, finden wir andere, die einen tieferen Blick in die Fügung der Gesellschaft gethan haben und vor scharfen Angriffen auf sie nicht zurückschrecken. Der Zweck der Gesellschaftskörper, sagen sie, ist nicht der Schutz des Eigenthums, sondern des Menschen. Sie sind entstanden, weil nur in ihnen das ökonomische Kraftmaximum und das Glückmaximum für die Menschen erreicht werden kann. Durch die heutzutage von der Politik ersonnenen Systeme sind aber das Eigenthum und die Reichthümer in den Händen eines kleinen Theils der Gesellschaft konzentrirt und ist eine so große Anzahl von Individuen in eine solche Lage gebracht worden, daß sie, verlassen von der Gesellschaft, durch das Elend gezwungen sind, ihre ganze Zeit, alle ihre Kräfte, selbst ihre Gesundheit für einen Lohn hinzugeben, welcher ihnen kaum das zur Nahrung nothwendige Brot liefert.* Alle Reichthümer aber entstehen nur durch die fortwährende Thätigkeit der Arbeiter, und trotzdem bestreitet man es ihnen, von den Produkten nur die jämmerlichste Subsistenz für sich vorweg zu erheben. Jeder Staat schuldet dem Manne Subsistenzmittel, Kleidung, ein Weib und ein Obdach, wofür dieser nur verpflichtet sein kann, seinen Kräften und Anlagen entsprechend zu arbeiten.**

Alle diese Broschüren sind beredt in der Schilderung des Elends, in dem der Pariser Arbeiter für gewöhnlich, ganz besonders aber im Winter 1788/89 dahin lebte. Der Mangel an Arbeit, die Strenge des Winters und die Theuerung der nothwendigsten Lebensmittel haben Verzweiflung und Tod in die Seele der Armen getragen, die schlecht und übertheuer gekleidet, mit Steuern überlastet nach 20, 30, 35 Jahren unablässiger Arbeit in derselben schlechten Lage, wie zu Beginn ihres Lebens sich befinden.*** Das Elend war entsetzlich und private Mildthätigkeit ohnmächtig. Die Zahl dieser Armen, die von „Hunger gequält, von Allem entblößt, das Wimmern der nach Brot verlangenden Kinder anzuhören haben", betrug mehr als 30—40 000 in den armen Vierteln von Paris.† Was thun, um diesem Elend abzuhelfen? Unter den in den verschiedenen Broschüren vorgeschlagenen Mitteln heben wir folgende drei, welche die wichtigsten zu sein scheinen, hervor: Befreiung von Steuern, Verwendung der geistlichen Güter zum Besten der Armen und die staatliche Regelung der Getreide- und Brotpreise. Alle Arbeiter sowohl in den Städten, wie auf dem Lande, die kein Eigenthum haben, sollen von jeder direkten Steuer befreit sein. Indirekte Steuern werden durchaus verworfen, da sie den Armen schwerer treffen, als den Reichen, und ihre Zahlung sich der direkten Wahrnehmung entzieht. Größerer Aufmerksamkeit sind die Vorschläge betreffs Regelung der Getreide- und Brotpreise werth. Famine sans disette — das war das Problem, das die Publizisten beschäftigte und was besonders der Pariser Arbeiter am eigenen Leibe zu empfinden hatte. Allgemein wird die Schuld daran den Getreidespekulanten zugeschrieben, gegen die denn auch

* Cahier du quatrième ordre.

** Parchemin en culotte.

*** Paris aujourd'hui, 1789.

† Paris aujourd'hui.

ein furchtbarer Haß in manchen Arbeiterbroschüren sich Luft macht. Zahllos sind die Mittel, die empfohlen werden, um diesem Nothstand ein Ende zu machen und mehr oder weniger weitgehendes Eingreifen des Staates wird gefordert. Am radikalsten ist hier ein gewisser Lulier, der in einem Schriftchen, Restaurant général, 1789, vollständige Konfiskation des gesammten Getreides, Aufspeicherung desselben in Staatsmagazinen, Verkauf desselben zu fixen Preisen an das Publikum und die Bäcker, und Fixirung der Brotpreise vorschlägt. „Ich weiß wohl," schreibt der Verfasser, „daß dieses Vorgehen die Freiheit und das Eigenthum angreift. Wenn man aber keine Hilfe bringt, werden beide noch mehr leiden. Das Korn ist das Eigenthum des ganzen Königreichs und wenn der, welcher sich im Besitz desselben befindet, das Recht hätte, den Preis desselben zu bestimmen, so würde er bald der Herr des Ganzen sein und damit das Recht über Tod und Leben aller Bürger erlangen. Es ist also klug, die zur Existenz der Bürger nothwendige Quantität zu besorgen, und gerecht, den Preis zu bestimmen — und augenblicklich ist es gebieterisch erfordert, den Ueberfluß an Getreide auf jede mögliche Art und Weise zurückzubringen, um die Existenz des Volkes zu sichern!"

In dieser so wichtigen Frage der Getreideversorgung des Landes sehen wir also das neue Prinzip des Laisser faire, laisser passer, das überall als das Allheilmittel auf ökonomischem Gebiete verkündet wird, bereits durchbrochen und mehr oder weniger weitgehende Intervention des Staates gefordert. Auch das andere Allheilmittel auf politischem Gebiete, die von den Generalständen neu zu schaffende Konstitution, wird bereits bezweifelt und es finden sich Leute, die mit den Gütern, die sie bringt, nicht zufrieden sind. „Was", ruft ein Patriot aus, „was wird eine weise Konstitution einem Volke, welches die Hungersnoth zu Skeletten abgemagert hat, helfen? Was wird es diesem Volke helfen, das Joch der Aristokraten abgeschüttelt zu haben, von denen ein Theil sie wenigstens genährt hat, wenn die Unmenschlichkeit der Reichen es am Elend zu Grunde gehen läßt? Es ist nicht in der Mitte der empörendsten Entblößung, wo sich die heilige Stimme der Freiheit hören läßt. Man denkt zuerst daran, zu leben, ehe man daran denkt, frei zu leben. Die Stimme der Freiheit verkündet nichts dem Herzen eines Elenden, der vor Hunger stirbt. Nährt also das Volk", damit wendet er sich an die zukünftigen Gesetzgeber, „öffnet die Börse des Reichen dem Armen, errichtet überall Werkstätten, gebt den Arbeitern das Land, um es urbar zu machen und zu bebauen — oder eure Arbeiten werden umsonst sein, weil ihr immer an eurer Seite einen fortwährenden Herd des Aufstandes und der Sklaverei haben werdet. Nährt das Volk — ihr könnt euch nicht anders vor der furchtbaren und wenig entfernten Insurrektion von 20 Millionen Armer ohne Eigenthum bewahren!"* So sucht der „Patriot" die Furcht der Reichen im Interesse der Armen zu benutzen und Konzessionen aus ihnen herauszuschlagen, durch die ein unmittelbarer Angriff noch abgekauft werden kann. An solchen Drohungen und Warnungen fehlt es überhaupt nicht, und einige weiter als ihre Mitbourgeois blickende Bourgeois halten es sogar für ihre Pflicht, im „Interesse des Gemeinwohles" auf die mit ihrem Elend sich steigernde Unzufriedenheit der Proletarier hinzuweisen und weitgehende Opfer zu verlangen, um wenigstens den größeren Theil des Eigenthums vor der Begierde der besitzlosen Barbaren zu sichern.

(Schluß folgt.)

---

* Quatre cris d'un patriot.

Die russische Handelspolitik.

Trotz seiner verzweifelten Lage im Innern bleibt Rußland nach außen hin bei seiner alten herausfordernden Haltung, und die unglückselige Entzweiung der mitteleuropäischen Staaten verschafft ihm auch immer neue Erfolge, die ganz dazu geeignet sind, seine selbstherrliche Rücksichtslosigkeit immer höher zu steigern.

Die neueste Wendung in den zollpolitischen Verhandlungen mit Deutschland hat das wieder schlagend offenbart. Man denke: die deutschen Regierungen waren, trotz des erbitterten Widerstandes der Agrarier im Lande, notorisch bereit, Rußland die wesentlichsten Einfuhrerleichterungen einzuräumen, welche die intimsten Dreibundfreunde um den Preis entsprechender Gegenzugeständnisse erkaufen mußten. Obwohl nun gerade Rußland als unser bisher größter Kornlieferant an diesen Einfuhrerleichterungen das allergrößte Interesse hat, jedenfalls ein viel größeres wie Oesterreich-Ungarn mit seinen Balkanhinterländern, läuft die jetzt beliebte Stellungnahme des Zarenreiches so ziemlich darauf hinaus, daß es seinerseits der deutschen Industrie keine Zugeständnisse zu machen, wohl aber seine heute schon prohibitiven Zölle gegen Deutschland zu erhöhen gedenkt, wenn dieses seine Zollmauern gegen Rußland nicht sofort ebenso erniedrigt, wie gegen die alten Vertragsstaaten!

Diese fröhlich zuversichtliche Unverfrorenheit erscheint doppelt verblüffend, wenn man berücksichtigt, was schon der heute geltende Tarif von 1891 für die Absperrung Rußlands gegen Westeuropa und besonders gegen Deutschland zu bedeuten hat, und wenn man die ziemlich verzweifelte heutige Situation Rußlands im Welthandel, besonders für Getreide, ins Auge faßt.

Der Zarismus hat die russische Bourgeoisie und Industrie durch Schutzzölle treibhausmäßig zum Wachsen gebracht. Die ewige Finanznoth des Staates war für die nie zufriedene Begehrlichkeit des Kapitals der beste Bundesgenosse. 1857 bis 1869 hatte auch Rußland einer gemäßigteren Zollpolitik wie früher gehuldigt: für „Orangerien" habe der Staat kein Geld, hieß es damals.* Im Laufe der siebziger Jahre kam der Umschwung zu einem strengeren Schutzzollsystem. Rußland machte damals seine Wirthschaftskrisis durch so gut wie unser verrottetes Westeuropa. Die Regierung hatte in Zinsgarantien für die massenhaft gebauten Eisenbahnen, in Darlehen an industrielle Unternehmungen ungeheure Verpflichtungen, besonders an ausländische Kapitalisten in Metallvaluta, übernommen; Anfangs 1877 stand sie vor dem türkischen Krieg, dessen Folgen und Ansprüche Niemand im Voraus ermessen konnte. Um Gold heranzuziehen und die Gläubiger betreffs der Metallzahlungen für ausländische Anleihen und andere Verbindlichkeiten zu beruhigen, wurden die Zölle vom 1. Januar 1877 ab in Gold, nicht mehr in Papier erhoben. Ende 1876 stand der russische Papierrubel etwa auf 2,45 deutsche Mark, der Goldrubel mußte mit 3,24 Mark gedeckt werden; der Goldzoll steigerte demnach die Schutzzölle allgemein um 33 Prozent. Die furchtbare Erschütterung aller finanziellen und wirthschaftlichen Verhältnisse nach dem Kriege schärfte das Verlangen des Staates nach weiteren Einnahmen, das der Industriellen nach weiteren Beihilfen. 1881 erfolgte ein Zuschlag zu den Zöllen von 10 Prozent, ein weiterer 10- und theilweise 20prozentiger Zuschlag im Jahre 1885, endlich ein fast allgemeiner zeitweiliger Zuschlag von 20 Prozent im Jahre 1890. Dazwischen laufen eine Menge vereinzelter Tariferhöhungen

---

* Ueber die Entwicklung der russischen Handelspolitik siehe besonders Wittschewsky, Verein für Sozialpolitik, Bd. 49, und die Publikationen von Matlekovits.

für Rohstoffe und Fabrikate. Der revidirte Zolltarif vom 11. Juni 1891 sollte dann alles seit den siebziger Jahren Erreichte zusammenfassen; man sah ihn allgemein als den Schlußstein des über die letzten 15 Jahre sich erstreckenden, stetig höher wachsenden schutzzöllnerischen Kunstbaues an. Früher — lesen wir bei Wittschewsky — war man mehr darauf bedacht gewesen, die Herstellung von Fabrikaten im Inlande zu befördern, ohne gleichzeitig zu einer stärkeren Verwendung der inländischen Rohmaterialien eifrig anzuspornen; der neue Zolltarif wollte auch in dieser Hinsicht Wandel schaffen; indem selbst der Import von ausländischen Rohstoffen durch höhere Zölle eingeschränkt wurde, sollten Unternehmungsgeist und Gewerbefleiß angeregt werden, die im Inlande zahlreich vorhandenen Bezugsquellen aufzusuchen, zu erweitern, auszubeuten. „Wir kennen keinen anderen Staat der Gegenwart, der in solchem Umfange wie Rußland die Züchtung industrieller Unternehmungen durch seine Zollpolitik systematisch betreibt. Der (1891er) Tarif bezeichnet die Grenze, bis zu der der extreme Schutzzoll in seinen allgemeinen Grundzügen gehen darf."

Die wichtigeren einzelnen Positionen des russischen Zolltarifs hier aufzuführen und mit den entsprechenden deutschen oder österreichischen Zöllen zu vergleichen, würde zu weit führen. Wie rücksichtslos aber die Absperrungspolitik Rußlands gegen Westeuropa ist, mag man daraus ersehen, daß 1889 z. B. die russische Einfuhr über die europäischen Grenzen von dem Werthe von 373,6 Millionen Kreditrubel eine Zolleinnahme von 136,4 Millionen, also von 36 ½ Prozent des Werthes lieferte, während Deutschland 1891 bei einer Einfuhr (im Spezialhandel und ohne Edelmetalle) von 4,15 Milliarden Mark 314,6 Millionen Zölle erhob, also noch nicht 8 Prozent — Oesterreich etwa 6 Prozent.

Natürlich kann auch diese Schutzzollpolitik auf glänzende äußere Folgen hinweisen. Das Wachsthum mancher russischen Industrien ist geradezu erstaunlich. Die Einfuhr aus den westeuropäischen Industrieländern ist ständig zurückgegangen — über die europäische Grenze von 539 Millionen Rubel Kredit im Durchschnitt des Jahrfünfts 1878—82 auf 419,1 Millionen 1883—87, und weiter auf etwa 355 Millionen 1888—90. Die entsprechende Ausfuhr Rußlands hingegen ist währenddessen gestiegen von 550,3 auf 674,2 Millionen.

Diese Ausfuhr ist vorwiegend landwirthschaftlicher Art und richtet sich nach den Industrieländern des Westens, die auf die Einfuhr von Lebensmitteln und Rohprodukten angewiesen sind. „Im Jahre 1871 entfielen auf den Export von Produkten der Land-, Forstwirthschaft und Viehzucht 87 Prozent und nur 1,15 Prozent auf Fabrikate. Im Jahre 1888 gruppirte sich die Ausfuhr wie folgt: Lebensmittel 65,7 Prozent, Rohstoffe und Halbfabrikate 30,1 Prozent, lebende Thiere 1,8 und Fabrikate 2,4 Prozent. Unter den Lebensmitteln stand nach einem fünfjährigen Durchschnitt das Getreide mit 55,3 Prozent obenan." Der Export von Getreide weist bis auf die letzten Unglücksjahre eine stetige Zunahme auf; er betrug, wenn man die durchschnittliche Exportmenge des Jahrfünfts 1867—71 gleich 100 setzt, 1872—76 134, 1877—81 189, 1882—86 209, 1887—1889 299.

In den Beziehungen zu Deutschland, dem wichtigsten Aus- und Einfuhrmarkt für Rußland, spiegelt sich dieselbe Bewegung wieder. Es betrug hier nach der russischen Statistik die Ein- und Ausfuhr Rußlands durchschnittlich jährlich

	Ausfuhr	Einfuhr
1878—82	165,4 Mill. Kreditrubel	247,7 Mill. Kreditrubel
1883—87	157,1 „ „	182,9 „ „
1888—90	182,5 „ „	120,2 „ „

Das Jahr 1891 brachte für Rußland einen jähen Umschlag. Die Hungersnoth führte zu den Ausfuhrverboten für Lebensmittel; die deutschen Handelsverträge vom Dezember erschwerten für die Zukunft dem russischen Getreide, für das die alten Zollsätze fortbestanden, den Wettbewerb mit Oesterreich und Amerika, denen gegenüber der Zoll um 30 Prozent herabgesetzt war. Nur gegen Ermäßigung von Industriezöllen sollte Rußland in den Mitgenuß der ermäßigten Getreide- und Holzzölle treten. Eine Zeit lang schien es auch, als würde Rußland zu vertragsmäßigen Konzessionen in der Richtung einer liberaleren Handelspolitik bereit sein, während es bisher in seiner autokratischen Zollpolitik stets jede Tarifbindung abgelehnt hatte. Die russische Regierung selber war es, die zuerst zu Unterhandlungen einlud.

Sie hatte auch allen Anlaß, den Fortbestand der deutschen Differentialzölle höchst bedenklich zu finden, denn die Jahre 1891/92 hatten klar gezeigt, daß sich Deutschland im Nothfall ohne allzu große Schwierigkeiten von der russischen Kornzufuhr emanzipiren könnte. Es betrug z. B. die Weizeneinfuhr nach Deutschland

	1890	1891	1892
	Tausend Meterzentner		
im Ganzen	6 726	9 053	12 962
davon aus Rußland . .	3 708	5 152	2 573
= = Verein. Staaten	520	1 435	6 362

Hier ist also Rußland, das 1890 und 1891 die Hälfte und mehr der ganzen Einfuhr lieferte, unter den Differentialzöllen auf ein Fünftel zurückgedrängt worden. Die Produktion der Vereinigten Staaten mit ihrer erstaunlichen Elastizität hat die Lücke ausgefüllt; der Weizenimport nach Deutschland hat sich hier gegen 1890 auf das zwölffache gehoben.

Aehnlich betrug die Roggeneinfuhr nach Deutschland

	1890	1891	1892
	Tausend Meterzentner		
im Ganzen	8 799	8 427	5 486
davon aus Rußland . . .	7 505	6 190	1 234
= = Verein. Staaten	209	643	1 361
= = Oesterr.-Ungarn	84	389	344
= = Türkei . . .	173	295	861

1891 brauchten wir also von 8,4 Millionen Doppelzentnern Roggen 6,2 Millionen aus Rußland, 1890 von 8,8 Millionen 7,5, 1889 von 10,6 Millionen 9,4 Millionen — 1892 hingegen von 5,5 nur 1,2 Millionen. Deutschland hat auch hier gelernt, sich aus anderen Ländern zu versorgen.

Diese Erfahrungen müssen in Petersburg wohl einen Augenblick deprimirend gewirkt haben. Nachdem die beiden Unheilsjahre 1891 und 1892 überstanden sind, scheint man jedoch, um Deutschland zu Zugeständnissen geneigt zu machen, wieder Drohungen für angebrachter zu halten wie Entgegenkommen von der eigenen Seite. Denn ein Entgegenkommen wird man wahrhaftig nicht darin sehen können, daß Rußland für die Zollherabsetzungen der deutschen Handelsverträge von 1891 das Weiterbestehen seines alten prohibitiven Tarifs zusichert. Und was kürzlich von Petersburg aus als „Begründung" eines künftigen russischen Maximal-Kampftarifes in die Welt gesandt worden ist, verräth zum Mindesten eigenthümliche Anschauungen über „das billige Prinzip der Gleichberechtigung auf dem Gebiet der internationalen Handelsbeziehungen", wie es in dem charakteristischen Schrift-

stück heißt. Bis heute, lesen wir da, habe „Rußland ruhig das Umsichgreifen des Protektionismus im Westen (!) mitangesehen.“ Sein Anspruch sei nur dahin gegangen, „daß nach dem Prinzip der Gegenseitigkeit (!) auch den russischen Waaren im Auslande dieselbe Zollbehandlung zu Theil werde, wie den entsprechenden Erzeugnissen anderer Staaten. Mit dem Jahre 1892 jedoch schlug die Zollpolitik der Westmächte eine neue Richtung ein, deren charakteristisches Merkmal hauptsächlich in der Stipulirung gegenseitiger Zollermäßigungen zu suchen ist, die sich auf eine ganze Reihe von Waarenkategorien beziehen, darunter auch auf Erzeugnisse der Landwirthschaft, welch letztere bekanntlich den größten und wichtigsten Exportzweig Rußlands bilden. Diese in einzelnen Staaten neuerdings vertragsmäßig eingeführten Minimaltarife haben keine Anwendung auf russische Erzeugnisse gefunden. Diese Umstände haben eine Abweichung von dem doch nur billigen Prinzip der Gleichberechtigung auf dem Gebiet der internationalen Handelsbeziehungen hervorgerufen.“ Die Drohung mit einem Zuschlag von 30 Prozent auf Fabrikate, von 20 Prozent auf halbverarbeitete Materialien, von 15 Prozent auf die Waaren außereuropäischer Provenienz im Transit- und Kommissionshandel europäischer Staaten nach Rußland „bezwecke doch nur eine Wiederherstellung des zu Rußlands Ungunsten erschütterten Gleichgewichts der wechselseitigen Bedingungen des europäischen Waarenaustausches“.

Daß Rußland die Zugeständnisse, die andere, uns verbündete Staaten mit Gegenkonzessionen erkauften, umsonst erhält, ist allerdings sehr „billig“. Daß es bei seinen Prohibitivzöllen unentwegt bleibt und anderen Staaten die Nichtherabsetzung der Zölle arg verdenkt, mag auch dem offiziell-russischen Gefühl von „Gerechtigkeit“ und „Wechselseitigkeit“ entsprechen.

Andrerseits wird es auch Niemanden überraschen, wenn bei uns selbst liberale Bourgeoishandelspolitiker mit einem Male den Zollkrieg gegen Rußland predigen. Soweit sie Vertreter industrieller Interessen sind, meinen sie ihrerseits den Zollkrieg ja auch ehrlich, da er ihnen zur Verbilligung des Brotkornes der Massen zugleich noch eine direkte Erweiterung des Industrieexportes erringen soll. Unsere Agrarier jedoch schüren den Konflikt gerade aus entgegengesetzter Berechnung: sie glauben, durch einen Zollkrieg unserem Hauptlieferanten für Korn und Holz auf die Dauer den Zugang zum deutschen Markt erschweren zu können; für sie heißt der Kampfpreis möglichst theueres Brot, der Industrieexport kümmert sie weiter nicht. Von der heutigen Regierung weiß kein Mensch, welche Interessen sie schließlich für ihre Handelspolitik als ausschlaggebend betrachten und ob sie ihren liberalen Handelsvertragsfeldzug nicht schließlich mit einer Kapitulation vor den Agrariern beenden wird, die für eine Regierungsmehrheit im Parlament heute unentbehrlicher sind wie je. Die Interessen der Arbeiter fallen hier ein Stück mit denen des industriellen Kapitals zusammen; nur steht für sie die Verbilligung der Lebensmittel weitaus in erster Linie. Der Sperling billigerer Lebensmittel in der Hand ist für die Arbeiter wichtiger wie auf dem Dache die Taube des minimal erweiterten Exportes, die schließlich auch nur Sperlingsgröße haben würde.

Doch wollen wir hier der Entscheidung der parlamentarischen Vertretung der deutschen Arbeiter in keiner Weise vorgreifen und begnügen uns daher heute mit dieser Skizze der Entwicklung und des Standes der Frage. —ms.

Literarische Rundschau.

Ugo Rabbeno, Professor in Bologna, **Loria's Landed System of Social Economy.** Reprinted from the Political Science Quarterly. New York, Ginn & Co. 1892.

Auf etwa 36 Druckseiten giebt der Verfasser eine Darstellung der Bodentheorie Achille Loria's in Zusammenhang mit der gesammten Wirthschaftsanschauung des genannten italienischen Oekonomen. Wir haben die ziemlich umfangreichen Werke Loria's selbst nicht zur Hand und sind daher genöthigt, uns an seinen Interpreten zu halten, glauben indeß, dies um so eher thun zu dürfen, als Herr Rabbeno sich als warmer Bewunderer Loria's zu erkennen giebt, und seine Skizze überall die Hand des Sachverständigen verräth, der das Wesentliche vom Unwesentlichen zu trennen, die entscheidenden Gesichtspunkte gebührend herauszuheben versteht.

Loria ist, wenn wir sein System zusammenfassen, Freiländler im buchstäblichen Sinne des Wortes. Alle wirthschaftlichen Uebel, unter denen die Gesellschaft heute leidet, führt er in der Hauptsache auf eine Ursache zurück: den Uebergang des Grund und Bodens in ausschließlichen Privatbesitz. Wo der Boden „frei" ist, Jedermann zur Bewirthschaftung offen steht, ist nach ihm Ausbeutung des Menschen durch den Menschen unmöglich, kann sich weder Kapitalprofit noch Zins entwickeln. Erst mit der ausschließlichen Besetzung des Bodens entwickeln sich nach einander die Kategorien, welche in ihrer Gesammtheit die kapitalistische Wirthschaft kennzeichnen; neben den Genannten vor allen Dingen die Bodenrente. In ihrer maßlosen Steigerung gipfelt das kapitalistische System, mit ihrer Beseitigung wird es enden. Es zeitigt Minimumlöhne und fortschreitende Uebervölkerung. Immer schlechterer Boden muß kultivirt werden, und immer mehr wird dadurch die Rente in die Höhe getrieben, bis sie schließlich auch den Unternehmerprofit aufsaugt, ihn unter ein Minimum reduzirt. Auf diesem Stadium der Entwicklung wird die ganze Produktion unvereinbar mit dem kapitalistischen Wirthschaftssystem, dasselbe muß beseitigt und durch ein höheres ersetzt, bezw. durch eine auf Gleichheit der Ansprüche beruhende Assoziation zwischen dem produzirenden Kapitalisten und dem Arbeiter das Band zwischen Mensch und Boden wiederhergestellt werden. Der schließliche Sieg der arbeitenden Klassen ist unvermeidlich, ihre wachsende Zahl, die im wirthschaftlichen Kampf ihre Schwäche bildet, ist im sozialen Kampf ihre Stärke und macht ihren Ansturm unwiderstehlich. „Das Endergebniß wird die Herstellung des freien Bodens und derjenigen Gesellschaftsform sein, die seine nothwendige Ergänzung bildet" (zitirt aus Loria, Analisi della Proprieta Capitalista, Torino 1889).

Der gleiche Anspruch Aller auf Land wird nicht nothwendigerweise zu individueller Bodenbewirthschaftung führen, er wird vielmehr die vorerwähnte freiwillige Assoziation auf Grundlage gleicher Ansprüche zwischen produzirenden Kapitalisten und dem einfachen Arbeiter zur Folge haben, wobei der Erstere sich des Bodenbesitzes erfreut, der Letztere, der kein Kapital hat, auf denselben verzichtet. Die Frage nach dem Warum führt zu dem Ausgangspunkt der Loria'schen Theorie zurück. Dieser ist, daß die Enthaltung des Kapitalisten von der Verzehrung seines Kapitals und die Enthaltung des Arbeiters von der — als ihm freistehend vorausgesetzten — Bewirthschaftung eines eigenen Ackers sich nicht gegen einander abschätzen lassen — „inkommensurabel" sind — und daher einander die Waage halten, in Folge dessen der Arbeiter nur dann sich dazu versteht, für den Kapitalisten statt für sich zu arbeiten, wenn dieser sich dazu versteht, ihm den gleichen Antheil an dem durch Anwendung des Kapitals — in Form von Maschinen ꝛc. — gesteigerten Ertrage des Bodens abzutreten. Wenn somit in der Freiland-Gesellschaft die Kapitalisten versuchen wollten, die Arbeiter zu zwingen, für eine geringere Belohnung zu arbeiten, als sie selbst in Anspruch nehmen, so riskirten sie, daß die Arbeiter rebelliren und unter Berufung auf ihr unveräußerliches Recht auf Land einen Theil desselben für ihren eigenen ausschließlichen Gebrauch in Anspruch nehmen. „So würde mit dieser neuen Ordnung der Dinge der lange und blutige Kampf in der Gesellschaft, das Fehlen eines sozialen Gleichgewichts, der tiefe und bedauerliche Kontrast vollständig verschwinden

und eine Aera des Friedens eingeleitet werden, in der der menschliche Gedanke, befreit von der täglichen Sorge für die materiellen Interessen, fähig sein wird, sich zu den größten und höchsten Problemen der Natur zu erheben." So Rabbeno auf S. 283—284 seiner Darstellung. (In dem Separatabzug sind die Seitenzahlen der Revue, in der der Artikel zuerst erschien, beibehalten).

Herr Rabbeno gesteht selbst zu, daß die hier entwickelten Ideen nicht übermäßig originell sind, er reklamirt aber trotzdem die Anerkennung „tiefer Originalität" für Loria auf Grund der Art, wie derselbe sie in strenger Einheitlichkeit systematisch verarbeitet und historisch begründet habe. Wir geben zu, daß dies einen solchen Anspruch rechtfertigen könnte, nach dem aber, was er in seiner Skizze hierüber mittheilt, scheint auch in dieser Hinsicht Loria's Originalität bedeutend von ihm überschätzt zu werden. Daß die ökonomischen Gesetze und Kategorien nur historische und relative Geltung haben, daß zwischen den ökonomischen Bedingungen und den politischen Einrichtungen ein ursächlicher Zusammenhang besteht, daß selbst die moralischen Eigenschaften Produkte historischer Entwicklung sind, sind weder von Loria gefundene, noch von ihm zuerst angewendete Wahrheiten. Und selbst in ihrer besonderen Anwendung ist Loria keineswegs so originell, wie es Herrn Rabbeno vorzukommen scheint. „Und als ein Resultat des Aufhörens von freiem Land entwickelt sich jener Heißhunger nach Geld, den der Oekonom gewöhnlich als untrennbar von der Natur des Menschen ansieht, den aber Loria nur als eine historische Erscheinung betrachtet", schreibt er auf Seite 273: „Mit der ersten Entwicklung der Waarenzirkulation selbst entwickelt sich die Nothwendigkeit und die Leidenschaft, das Produkt der ersten Metamorphose, die verwandelte Gestalt der Waare oder ihre Goldpuppe festzuhalten. . . . Mit der Möglichkeit, die Waare als Tauschwerth oder den Tauschwerth als Waare festzuhalten, erwacht die Goldgier", lesen wir auf Seite 111 und 113 im „Kapital" von Karl Marx. Loria eigenthümlich ist hier nur die Substituirung von „Aufhören von Frei Land" für „Entwicklung der Waarenzirkulation". Beides sind Phänomene, die in der Geschichte der meisten Kulturvölker so ziemlich zusammenfallen, das Letztere bezeichnet aber den allgemeinen ökonomischen Charakter der Epoche, das Erstere dagegen nur eine bestimmte Seite ihrer ökonomisch-rechtlichen Institutionen. Loria's Modifizirung der Marx'schen Erklärung ist eine Verschlechterung derselben.

Aehnlich steht es mit seiner Bevölkerungstheorie. Aus dem Marx'schen Satz, daß jede besondere historische Produktionsweise ihre besonderen historisch giltigen Bevölkerungsgesetze hat, macht Loria umgekehrt eine Theorie, wonach die sozialökonomische Entwicklung der Dichtigkeitsbewegung der Bevölkerung folgt. „Jedem folgenden Grade der Bevölkerungsdichtigkeit entspricht ein besonderes sozial-ökonomisches System, und in jedem Stadium entwickelt sich eine besondere Produktionsmethode, eine besondere Form des Eigenthums an Grund und Boden und ein besonderer Modus der Bodenbewirthschaftung. Aber jedes dieser Systeme hört allmälig auf, den gestiegenen Bedürfnissen zu entsprechen, und unter dem Einfluß derselben Ursache, die es ins Leben gerufen, verfällt es, um einer neuen und angemessenen ökonomischen Ordnung Platz zu machen."

Das liest sich sehr plausibel, ist aber keineswegs richtig. Wohl wiesen untergehende Produktionssysteme oft genug die Symptome relativer Uebervölkerung auf, aber diese ist durchaus nicht immer die Ursache ihres Untergangs. Länder mit annähernd gleichen Bodenverhältnissen weisen bei gleicher Bevölkerungsdichtigkeit sehr verschiedene ökonomische Einrichtungen und Produktionsverhältnisse auf, und unter Umständen hat auch schon statt relativer Uebervölkerung relative Entvölkerung den Anstoß zu bedeutungsvollen Aenderungen in Bezug auf die Produktionsmethoden gegeben. Loria's Darstellung ist die sehr einseitige Uebertreibung, bezw. Verallgemeinerung einer bedingten Wahrheit.

Das gilt aber von seiner ganzen Theorie. Wahr ist, daß „die Expropriation der Volksmasse von Grund und Boden die Grundlage der kapitalistischen Produktionsweise bilde" (Marx, Das Kapital, 1. Band, 2. Auflage, S. 798). Aber wenn, wie Marx in den Kapiteln über den Akkumulationsprozeß des Kapitals und speziell in

den Abschnitten über die sogenannte ursprüngliche Akkumulation und die moderne Kolonisationstheorie nachgewiesen hat, die kapitalistische Produktionsweise sich nicht entwickeln kann, wo sie nicht den vom Boden „freien“ Arbeiter vorfindet, so gehört eine merkwürdige Logik dazu, zu folgern, es genüge die bloße Freigabe oder Freistellung von Grund und Boden für den Arbeiter, um dem entwickelten kapitalistischen System den Garaus zu machen und die Rente aus der Welt zu schaffen. Ganz abgesehen von der Frage der Durchführbarkeit der Loria'schen, bezw. der von Loria adoptirten Idee. Wir brauchen indeß auf diesen Punkt hier nicht weiter einzutreten, da Herr Rabbeno ebenfalls mit Bezug auf ihn seine großen Zweifel äußert, und es ja sich im Grunde um eine oft widerlegte Geschichte handelt. Auch sonst liegt eine Kritik des Loria'schen Systems nicht in unserer Absicht. Worauf es uns hier ankommt, ist, zu zeigen, wie wenig Loria selbst in den Punkten originell ist, wo er seinem Interpreten am meisten imponirt zu haben scheint.

Und dazu veranlaßte uns die Bemerkung des Herrn Rabbeno bei der Aufzählung der Vorgänger Loria's, daß dessen Kritik der kapitalistischen Oekonomie „Spuren der Gedanken von Karl Marx aufzeige“. Blos Spuren und auch solche blos hierbei, nicht bei der Darstellung des Einflusses, den die Bodenvertheilung auf die Entwicklung des Kapitalismus gehabt. Danach scheint Herr Loria darüber, was er den zitirten Abschnitten des „Kapital“ entnommen, sich einer großen Diskretion befleißigt zu haben. Und das würde durchaus nicht überraschen von Seiten eines Mannes, der sich bei Lebzeiten von Marx bei diesem als dessen Schüler und Bewunderer einführte, unmittelbar nach Marx' Tode aber in der „Nuova Antologia“ Marx einen „Sophisten“ nannte, der „auf Kosten der Wahrheit bei der Negation der bestehenden Gesellschaft ankommen wollte“, und „seinen Gegnern immer mit einem zweiten Bande gedroht“ habe, den zu schreiben „ihm auch nicht einen Augenblick einfiel“, daß dieser zweite Band nur „ein pfiffiges Auskunftsmittel von Marx“ gewesen sei, womit er „wissenschaftlichen Argumenten aus dem Wege ging“. (Vergl. den Artikel von Fr. Engels im „Sozialdemokrat“ vom 17. Mai 1883.) In dieser Art ein soeben geschlossenes Grab zu besudeln, lag Originalität, in dem, was wir von Herrn Rabbeno über Loria's System und Methode der Behandlung der Bodenfrage vernehmen, vermögen wir sie nicht zu entdecken. —eb.

Otto Wichers von Gogh, **Krieg dem Kriege.** Dramatisches Zukunftsbild vom Schluß des neunzehnten Jahrhunderts. Zürich III, Sozialdemokratischer Verlag.

Wenn wir dieses Drama des Herrn Wichers von Gogh — auf dem inneren Titelblatt nennt er es „Sozialpolitisches Schauspiel“ — nur nach der Tendenz zu beurtheilen hätten, so würden wir ihm gern das Prädikat „gut“ ertheilen. Es ist ein Tendenzstück gegen Ausbeutung und Krieg, nicht nur gegen den Krieg von Nation gegen Nation, sondern gegen jede Art schädlicher Kriege — auch gegen den „Krieg“ — die Zerwürfnisse, Spaltungen 2c. — in den Reihen der Revolutionäre, und feiert in einem Nachspiel, „Nach der Revolution“ betitelt, den Sieg der Volkssache über die Parteien der Ausbeutung und Unterdrückung. Alles in Frakturzügen, mit Zuhilfenahme der üblichen melodramatischen Knalleffekte, so daß es vor einem naivempfänglichen Publikum seines Erfolgs gewiß ist. „Krieg dem Kriege“ ist ohne Frage ein wirksames Agitationsstück.

Verlangt der Verfasser aber, daß wir unser Urtheil über den geistigen Werth seines Stückes abgeben sollen, so gebietet uns die, auch einem Genossen gegenüber geltende Pflicht der rückhalllosen Offenheit, denselben als sehr gering zu bezeichnen. Es sind verbrauchte Motive, verbrauchte Verwicklungen und verbrauchte Gestalten, die den dramatischen Kern des Stückes bilden. Der erbschleichende, ränkesüchtige, in seinem Fanatismus die Scheiterhaufen zur Verbrennung der Ketzer zurücksehnende Priester — wie oft, und wie viel besser, haben wir sie schon seit Eugen Sue auf der Bühne gesehen, und wie wenig ist er der Typus des heutigen Priesters. Der mehr bornirte als böswillige Aristokrat, der mehr leichtsinnige als schlechte adelige Verführer, das unschuldige und in Folge seiner himmlischen Unschuld verführte

Mädchen aus dem Volke, der zur Volkssache übergetretene schwärmerische zweite Sohn — wie steinalt sind sie alle. Könnte sie nicht ihrem Theaterdasein nach unsere Urgroßmutter sein, die liebe Unschuld, die als Tochter eines Fabrikarbeiters, aufgewachsen in einem Fabrikort, der Verführung eines Lebemanns zum Opfer fällt, nicht aus mangelnder Weltkenntniß, nicht weil sie sich von ihm beschwatzen oder in einer schwachen Stunde überwältigen läßt, sondern weil sie keine Ahnung von geschlechtlichen Dingen hat, nicht wußte „was Menschen sind". Und daß der intrigante Priester seinen Plan, wie er des Grafen Vermögen für die Kirche ergattern will, auf einem Spaziergang seinen geistlichen Brüdern auseinandersetzt, damit der zufällig hinter dem Gebüsch liegende Sohn des Grafen es auch hören kann, wann hätten es seit Menschengedenken diese raffinirten Römlinge anders gemacht — auf dem Theater?

Es möchte vielleicht doktrinär erscheinen, an so Etwas Anstoß zu nehmen, wo doch die Tendenz des Stückes es erforderlich machte, die Gegensätze scharf hervorzukehren. Wir sind auf diesen Einwand vorbereitet, müssen ihn aber von vornherein abweisen. Denn wir wenden uns nicht dagegen, daß die Gegensätze scharf, sondern dagegen, daß sie *schief* dargestellt werden, daß die Figuren des Stückes *unwahr*, statt aus der Wirklichkeit, aus der *Bühnentradition* genommen sind. Die Tendenz darf nicht zur Handelsmarke werden, unter der ohne Widerspruch der Arbeiterklasse verdorbene geistige Nahrungsmittel geboten werden. Abfälle vom Tisch des flachen Bourgeoisliberalismus, durch den Pfeffer sozialdemokratischer Schlagworte gewürzt, sind keineswegs die Kost, welche die Arbeiter brauchen. Dadurch verdirbt man nur ihren Geschmack, fröhnt man der Gedankenlosigkeit. Pater Aurelian ist nicht der Priester, den der Arbeiter heut draußen zu bekämpfen hat, Graf von Oderberg, der hier als Junker und Fabrikant auftritt, weder der Typus des Einen noch des Andern. Daß der älteste Sohn des Grafen Roué geworden, wird durch seine Erziehung im Kloster und Kadettenhaus zu entschuldigen versucht. Wir haben nichts dagegen, wenn aber diese doch immerhin für die gewissenlose Verführung eines unschuldigen Mädchens sehr lahme Entschuldigung gleich zur Apotheose des Verführers wird, so müssen wir unsere Verwahrung dagegen einlegen. So billig thun wir's nicht. Noch sehen wir darin eine Sühne, daß der Herr Offizier auf dem Sterbebette sich bewegen läßt, mit der Einen, die ihm gerade zugeführt wird, sich standesamtlich trauen zu lassen. Das ist Bühnengerechtigkeit, die einen guten Abschluß giebt, zumal wenn noch eine Spieluhr mit „Behüt' dich Gott 2c." zu Hilfe kommt, aber sehr verkehrte Moral.

Genug. Wir heben diese Beispiele fehlerhafter Auffassung der zu behandelnden Personen so scharf hervor, weil wir glauben, daß es Herrn Wichers von Gogh an ehrlichem Willen Gutes zu leisten, nicht fehlt, und weil, einige Szenen wenigstens, trotz der angewandten groben Mittel, eine gesunde dramatische Ader in ihm erkennen lassen, die wir gern entwickelt zu sehen wünschen. Dazu ist aber vor Allem nöthig, daß er sich von der Bühnentradition emanzipirt, daß er alle die Theaterreminiszenzen, diesen Fluch des dramendichtenden Schauspielers, von sich abstreift, und versucht, auf eigenen Füßen zu stehen, Menschen zu schaffen, die natürlich, das heißt ihrer Natur entsprechend, handeln und sprechen, statt Puppen, die gedrechselte Reden halten. Und wer die Szene beim protestantischen Pfarrer, wo die Nachricht vom Kriegsschauplatz ihn trifft, schreiben konnte, der mag das wohl fertig bekommen. —eb.

Notizen.

Nationalliberale Geschichtschreibung. Eine der Säulen des professoralen Nationalliberalismus ist der bekannte Gießener Universitätsprofessor *Wilhelm Oncken*. Daß er die Sozialdemokraten in seinen Werken beschimpft, wo er nur kann, ist selbstverständlich; verwunderlich wäre nur das Gegentheil. Aber dem ehrenwerthen Herrn Professor genügt das Schimpfen nicht, um seine gute Gesinnung zu bezeugen. Ein Pröbchen davon, was ein nationalliberaler Professor aus „Patriotis-

mus“ Alles leisten kann, bietet seine Darstellung der Attentate von Hödel und Nobiling in seinem vor Jahresfrist erschienenen Werke „Das Zeitalter des Kaisers Wilhelm“. „Wir heben nur einen Satz heraus, er charakterisirt das Ganze: „Sofortige weitere Erkundigungen (nach dem Attentat) ergaben dann, daß Hödel als Agitator der anarchistischen Partei in Italien, Frankreich, der Schweiz und Spanien gereist und in Sachsen noch kurz vorher in sozialdemokratischen Versammlungen aufgetreten war“ (II, S. 632).

Ein niedliches Sätzchen, nicht wahr? Unter der „anarchistischen“ Partei ist hier nichts anderes gemeint, als die Sozialdemokratie. Den oppositionellen, demokratischen Parteien gegenüber fühlt sich der Herr Professor nicht als Historiker, sondern als Denunziant; er hat sie nicht zu kennzeichnen, sondern mit tugendhafter Entrüstung zu brandmarken. Und dazu paßt ihm das Wort „Anarchist“ sehr gut. Für Herrn Professor Oncken ist jeder, der nicht Monarchist, ein Anarchist! In demselben Band sagt er von Lassalle rühmend: „Lassalle war eben kein Anarchist, sondern ein Monarchist, kein vaterlandsloser Träumer, sondern ein strammer Preuße, kein internationaler Verschwörer, sondern ein deutschnationaler Patriot!“ (S. 637.) In seiner Geschichte des „Zeitalters der französischen Revolution“ nennt er die Jakobiner Anarchisten, da darf man sich nicht wundern, wenn er nicht von einem Sozialistengesetz spricht, sondern von einem „Schutzgesetz gegen die Anarchisten“ (S. 627), und wenn er sagt: „Der Eindruck dieses Ereignisses (des Attentats) ward verstärkt durch den unglaublichen Cynismus, mit dem die Anarchistenpresse, insbesondere der Leipziger „Vorwärts“ (!!!), die Verantwortung, wenn nicht für den Verbrecher, so doch für das Verbrechen auf die eigenen Schultern nahm“ (S. 632).

Die thatsächlichen Mittheilungen des Herrn Professors sind seiner Ausdrucksweise würdig. Das für sein patriotisches Herz so wohlthätige Dunkel, welches seine Ausdrucksweise verbreitet, wird von ihm aufs Beste ausgenützt zum Munkeln.

Jeder, der sich 1878 nur einigermaßen mit unserer Parteipresse beschäftigt hat, muß wissen, daß sie, weit entfernt, die Verantwortung für die Hödelei auf die eigenen Schultern zu nehmen, das Attentat vielmehr aus der sittlichen und physischen Verkommenheit Hödel’s erklärte, einer Verkommenheit, an der nicht die Sozialdemokratie die Schuld trug, sondern gerade jene gesellschaftlichen Verhältnisse, welche sie bekämpft.

Der Herr Professor hat sich da einer Verdrehung und Fälschung schuldig gemacht, wie sie selbst in der patriotischesten preußischen Geschichtsliteratur nur selten vorkommt.

Aber sein Eifer, die „deutsche Treue“ den sozialdemokratischen „Meuchelmördern“ gegenüber zu bethätigen, läßt ihn bei Denunziation, Verdrehung und Fälschung nicht stehen bleiben. In der That, wozu ist er denn Professor im Lande der Dichter und Denker? Er dichtet Märchen.

Wir haben gesehen, daß er Hödel als Agitator der Partei in Italien, Frankreich, der Schweiz und Spanien reisen läßt. Hier liegt keine Verdrehung, sondern eine direkte Erfindung ohne die geringste thatsächliche Unterlage vor. Die deutsche Sozialdemokratie hat nie Agitatoren nach Italien, Frankreich oder gar Spanien geschickt, und Hödel hat nur einmal die deutsche Grenze überschritten, ohne jeglichen Auftrag, ja ohne Wissen irgend eines Parteifunktionärs. Er kam aber nicht nach Italien oder Spanien, sondern nur nach Böhmisch-Leipa, das einige Stunden von der sächsischen Grenze entfernt liegt.

Zu welchem Zweck die bis nach Spanien sich erstreckende Agitationsreise Hödel’s erfunden worden ist, liegt klar zu Tage: Hödel wird dadurch zu einem hervorragenden Parteigenossen gestempelt, der zu den wichtigsten und schwierigsten Vertrauensämtern berufen wurde.

Die Perfidie der Erfindung wird nicht gemindert durch ihre Albernheit. Hödel war einundzwanzig Jahre alt, als er hingerichtet wurde, Oncken selbst nennt ihn einen „verbummelten Gassenbuben“ (S. 635) — und der soll mit zwanzig Jahren Kenntnisse besessen haben, die weit über die eines gewöhnlichen Agitators hinaus-

reichen; der idiotische Klempnergeselle soll mit zwanzig Jahren schon fließend italienisch, französisch und spanisch gesprochen haben und im Stande gewesen sein, die deutsche Sozialdemokratie im Ausland würdig zu vertreten!

Wahrhaftig, dieses Märchen ist der „deutschen Wissenschaft“ ebenso würdig, wie der „deutschen Treue“, und es charakterisirt das Publikum, das es gläubig hinnimmt, ebenso sehr als seinen Urheber.

Unmittelbar nach den Attentaten ist von gewissenlosen Strebern und sensationsdurstigen Reportern viel über unsere Partei zusammengelogen worden. Aber die frechste Lüge des tiefststehenden Denunzianten, inmitten der allgemeinen Aufregung geboren, wird überboten durch das, was ein deutscher Gelehrter vierzehn Jahre nach der That als Frucht gewissenhafter Forschungen der Oeffentlichkeit vorzulegen wagt. K. K.

Feuilleton.

Der Wunderschrank.

Vaterländische Erzählung von **Ludwig Schierk.**

I.

In dem traulichen Raume des Schlafzimmers steht ein niedriger Eisenschrank. Fürsorgliche Hand hat ihm einen Platz angewiesen, der jene Sicherheit verspricht, ohne welche ein Behältniß so kostbarer Art gar nicht gedacht werden kann: dick und gedrückt wie ein Missethäter hinter dem Strauche, hockt er zwischen den blankpolirten Seitenflächen zweier reichgezierter Ehebetten, die an der Hauptwand dieses erhabenen, teppichbelegten Gemaches aufgestellt sind.

Die tiefen, gleichmäßigen Athemzüge eines alten Menschenpaares, das hier in den Armen des Schlummergottes die Mühseligkeiten des Daseins für einige Nachtstunden zu vergessen bemüht ist, umschweben ihn, und wirre, heisere Traumeslaute, die er ab und zu vernimmt, geben ihm Kunde von einer auch im Schlafe noch vorhandenen Gedankenarbeit, die unabläßig darauf gerichtet scheint, seinen hohlen, gierigen Leib stets mit neuem Inhalte zu füllen.

Nach altfrommer Sitte blickt aus schwer vergoldetem Rahmen das Bild des hohen Mannes, der durch sein Leiden die Menschheit zu erlösen gedachte, aber an dem verbrecherischen Vorsatze scheiterte, mit jener Menschheit auch die Armuth erlösen zu wollen, auf die friedliche Gruppe.

Eine Mordwaffe neuester Erfindung blitzt blank und drohend dem Eintretenden den Entschluß der Schläfer entgegen, jeden Angriff auf das kleine eiserne Ungethüm in ihrer Mitte mit männlichem Muthe abzuweisen.

So birgt der behagliche Raum dieses Gemaches die Symbole der drei Hauptgottheiten unseres herrlichen Zeitalters: der historisch geheiligten Humanität, die — zeitgemäß ausgestaltet — vor dem Kreuze Halt macht; der befruchtenden Fluth des Geldes, aus den Adern der Welt in vier Eisenwände fürsorglich eingefangen; der männlich-soldatischen Gewalt, welche gleich dem Hammer Thors die seligen Gefilde Walhalls vor dem Einbruche zerstörender Mächte zu schützen hat.

In solch treuer Hut schläft die besitzende Menschheit den Schlaf des Gerechten. Der Zauberschrank aber war das Herz dieses vornehmen, deutschen Hauses. Aus seinen Kammern quoll Leben in das fernste Winkelchen desselben. Er speiste und nährte mit seinem Wundersafte die golddurchwirkten Tapeten der Wände, die schweren Teppiche der kostbaren Fußböden, die kunstvollen Möbel der

vielen Zimmer, die feinen, schneeweißen Leinenschätze in den ehrwürdigen Spinden der Hausfrau. Er unterhielt Leben und Kraft in den gefällig knixenden Leibern der vielen Dienstleute, welche Treppe, Flur und Küche des schönen, weiten Hauses durcheilten; er sorgte für das körperliche Gedeihen der beiden Eheleute, welche an seiner Seite jede Nacht die wirren Laute des Traumes ausstießen; und er unterschied sich obendrein von dem zähen, kränklichen Muskel, den man das Menschenherz genannt hat, durch die wundersame Eigenschaft, daß er stets gesund war und sich selbst ernährte. Ihm war auch gewissermaßen das Dasein des blassen jungen Menschen zu danken, der dem alten Ehepaare vor Schlafenszeit mit kindlicher Demuth die welken Hände küßte und von den Dienstleuten der junge Herr genannt wurde.

Die alten Leute, welche jede Nacht die wirren Laute des Traumes ausstießen, mußten dieses Kind sehr lieb haben; denn die theuersten Gegenstände trägt man auf oder unter dem Herzen, und das Bild des vornehmen deutschen Jünglings, der von den Dienstleuten der junge Herr genannt wurde, prangte über dem Eisenschranke, diesem Herzen des vornehmen deutschen Hauses.

Der außerordentlichen Vervollkommnung, zu welcher das nationale Kunstgewerbe durch die Einwirkung des vaterländischen Kapitals in unserer undankbaren Gegenwart gelangt ist, verdankte der Eisenschrank eine Einrichtung, die als ein beredtes Zeugniß der Alles durchdringenden frommen Sitte und Einfalt gelten konnte, von denen jene Gegenwart so sehr erfüllt wird: an seinem unteren Ende trug er einen Betschemel in zierlichster Arbeit. Denn selbst die stärkere Hälfte des alten Paares, das jede Nacht die wirren Laute des Traumes ausstieß, unterließ es auch in den weinschwersten Abendstunden niemals, sich für den erquickenden Genuß des Schlafes durch eines jener stimmungsvollen Gebete zu rüsten, welche von einer besonderen, so überaus nützlichen Menschenklasse eigens zu dem Zwecke erfunden werden, die individuellen Betheuerungen und Ansprüche der Menschen in eine der Gottheit genehme, allgemeine Form zu bringen.

Der Anblick des frommen Alten hatte in solchen Stunden etwas Erhabenes. Mit schwerem Körper, der unter der Last unsäglichen Leidens zu erliegen schien, ruhte er auf der soliden Stütze seines geliebten Schrankes und hob das begehrende Auge kummervoll zu dem Bilde des hohen Mannes, der die leidende Menschheit zu erlösen gedachte. Nie sah man Irdisches und Himmlisches so glücklich verbunden; fast greifbar stiegen Gedanken und Begierden von der Macht, welche die Welt regiert, empor zu der göttlichen Gestalt, welche die Schätze der Welt so gering geachtet.

Es war ein Augenblicksbild, das der trägen Feder spottet und den Maler fordert, der die Fähigkeit besitzt, die kunstsinnigen Besucher unserer vaterländischen Gallerien mit einem „betenden Geizhals“ zu entzücken.

Die kleine, klugblickende Frau, welche die schwächere Hälfte des alten Paares vorstellte, das jede Nacht die wirren Laute des Traumes ausstieß, verglich den geliebten Eisenschrank einem Bienenstocke; denn sie besaß eine überaus lehrhafte Natur und liebte es, zur Erklärung und Belebung ihrer vielfältigen Ermahnungen das Walten und Weben jener Klasse der Thierwelt heranzuziehen, welche die hohe Kultur der arischen Menschheit durch den innigen Anschluß an Haus und Hof so sehr gefördert hat.

Diese fürsorgliche, deutsche Hausfrau richtete jene Ermahnungen vorzüglich an die Dienstleute, welche Treppe, Flur und Küche des eleganten Hauses durcheilten. Sie wurde dabei von der so überaus wichtigen Erkenntniß geleitet, daß die Verkommenheit und Erziehungsbedürftigkeit der Menschen in dem Grade

zunimmt, als die Mittel ihres leiblichen Unterhaltes abnehmen. Wenn sie in den weihevollen Stunden solcher Lehrthätigkeit im abendlichen Kreise ihrer ermüdeten Mägde saß, strahlend von selbstgenügsamer Weisheit und durchdrungen von der Nützlichkeit und sozialen Bedeutung ihrer Existenz und ihrer Mittheilungen, glich sie einer vornehmen Gluckhenne, die — ihrer exotischen Abstammung einen Augenblick vergessend — sich plebejischen Küchlein zuwendet, dabei aber nicht unterläßt, die nährenden Würmer der Erde selbst zu verspeisen und jener gemeineren Brut den leiblichen Hunger mit moralischem Gegacker zu stillen.

„Von den Thieren" — pflegte sie zu sagen — „hat der Mensch Alles gelernt, und wer die Thiere genau beobachtet, macht eine Schule der Erfahrung durch, die durch nichts ersetzt werden kann!"

Zur weiteren Ausführung dieser nützlichen Gedanken machte sie gewöhnlich eine unschuldige Anleihe bei den Sätzen einer Sonntagspredigt, die der würdige Pfarrer des kleinen deutschen Städtchens einst über den Zusammenhang der Thierwelt mit dem Leben der Menschen gehalten hatte; ein Vorwurf, der die Klugheit und geschmeidige Vorsicht jenes biederen Seelenhirten in das beste Licht stellt, wenn man bedenkt, daß der beschwerliche und gefährliche Weg durch die erschreckenden Wahrheiten der Gegenwart mit Hilfe eines kleinen stimmungsvollen Spazierganges in das göttliche Reich der Natur so leicht vermieden werden kann.

Die kleine, klugblickende Frau verstand es jedoch, ihren Ausführungen eine solche Gestalt zu geben, daß sie sich besonders auf das elegante deutsche Haus zu beziehen schienen, dem sie seit dreißig Jahren vorstand; — ja sie wußte es so einzurichten, daß Jedermann glauben konnte, der würdige Pfarrer des reizenden Städtchens habe jene Predigt nur in Hinsicht ihrer Familienverhältnisse abgefaßt.

In dieser Richtung war sie ihrem frommen Gatten durchaus ebenbürtig: wie dieser die befruchtende Fluth des Geldes aus den Adern der Welt in den vier Wänden seines geliebten Eisenschrankes fürsorglich eingefangen hatte, so gelang es ihr, den vorsichtig regulirten Redestrom des würdigen Pfarrers in kleine Flaschen abzuziehen, die sie in dem moralischen Keller des eleganten Hauses sorgfältig verwahrte und aus denen sie der erziehungsbedürftigen Dienerschaft jenes Hauses gelegentlich etliche lehrreiche Tropfen kredenzte.

Der Vergleich des Eisenschrankes mit einem Bienenstocke war aber ihre *eigene* Erfindung, vielleicht auch ihre *einzige* Erfindung.

Aber diese einzige Erfindung war um so nützlicher und wichtiger, weil sie sich auf das einzige Kind dieser seltenen Frau beziehen sollte, auf den blassen, vornehmen Menschen, der von den Dienstleuten der junge Herr genannt wurde.

„Mein Kind!" — sagte sie, wenn er vor Schlafenszeit ihre welken Hände mit seinem parfümirten Schnurrbärtchen berührt hatte, — „mein Kind, was thun die Bienen vor Einbruch des Winters? Sie sammeln unablässig für jene Zeit der Ruhe und des Todes in der Natur. Kein Weg ist ihnen zu lang, keine Blüthe zu entfernt. Der Gedanke an die junge Nachkommenschaft, die sich im Lenz ein eigen Heim gründen soll, treibt sie zu Arbeit und Anstrengung. Mein Kind, auch wir haben in unseren jungen Jahren keine Mühe gescheut. Kein Weg war uns zu lang, keine Arbeit zu schwer, um Dich sicher zu stellen für Dein künftig Leben. Wir haben gesammelt, mein Kind, wir haben gesammelt!"

Der Leser hat ohne Zweifel bemerkt, mit welchem Fleiße die Sprecherin, die während ihrer Rede aufrecht im Bette zur rechten Seite des Wunderschrankes saß, die Sonntagspredigt besuchte, und darin den Einfluß wahrgenommen, den jene in unserer urtheilslosen Gegenwart so wenig gewürdigte Institution auf die

Entwicklung der Umgangssprache unserer bürgerlichen Gesellschaft täglich und stündlich ausübt.

Aber der blasse, vornehme Mensch, der von den Dienstleuten des eleganten, deutschen Hauses der junge Herr genannt wurde, kannte diese Rede seit Jahr und Tag. Er ließ sie über sich ergehen wie die Fuhrleute den Herbstregen, den sie doch nicht bannen können. Und wie jene braven Leute der Landstraße bei solchem Ungemach fröhlich mit der Peitsche knallen und des wärmenden Trunkes in der Schenke gedenken, so stieg der ergriffene Jüngling nach jenem Ergusse mütterlicher Redekunst gemach die Treppe hinab, wobei er mit den Fingern schnalzte und sich des Augenblickes freute, da er durch die Hinterthüre des eleganten, deutschen Hauses ins Freie schleichen und seine Freunde im Hotel zur „Deutschen Warte" aufsuchen werde.

Aber um diese Zeit stieß das alte Paar bereits die wirren Laute des Traumes aus.

Auch der Wunderschrank schien zu träumen. Er glaubte sich umschwärmt von den fleißigen Arbeitsbienen, die seinen hohlen, gierigen Leib gefüllt hatten.

Aber diese Arbeitsbienen trugen blaue, flatternde Kittel und Holzpantoffeln und waren, nachdem sie ihre Schätze für fremde Hand und fremden Magen gesammelt hatten, durch den altersmüden Bienenzüchter, der sein Geschäft aufließ und sich auf seinen Eisenschrank zurückzog, in die vier Winde entlassen worden.

II.

Mit siebzehn Jahren schon war er ein Mann.

In dem Lande, wo er lebte und wo der Wunderschrank seines Vaters stand, erreichte man diese Würde um so früher, je weniger man den Schweiß und das Vergnügen gemeiner Arbeit zu kosten brauchte.

An dem bedeutungsvollen Tage, der ihm die ersehnte Selbständigkeit brachte, verließ er das Familienzimmer, welches die Träume seiner Kindheit gehütet. Er bezog drei kunstgewerblich ausgestattete Wohnräume im nächsten Stockwerke. Sie waren ein Geburtstagsgeschenk des Vaters, der die Schlüssel des Wunderschrankes verwahrte. Denn in dem Lande, wo er lebte und wo jener Wunderschrank stand, machten die Eltern ihren Kindern die sonderbarsten Geschenke.

Die gebückte, hustende Frau, welche die blendende Leibwäsche des vornehmen siebzehnjährigen Herrn zu besorgen hatte, kaufte einst dem hohlwangigen, kleinen Knaben, an dessen Lager sie des Nachts, wenn sie nicht arbeitete, so oft weinte, ein rothes Holzpferdchen mit schwarzen Heidelbeeraugen.

Dies geschah an demselben Tage, da der Besitzer des Wunderschrankes seinem Sohne, der ein niedliches Gedicht von fünf Zeilen glücklich im Gedächtnisse behalten hatte, ein richtiges Pferdchen schenkte, das mit den Hufen scharrte und lustig wieherte.

Aber lebendige Pferde lenken sich nicht so leicht als rothe Holzpferdchen mit Heidelbeeraugen. Der wilde Pony warf den Reiter unter dem Halloh der Leute aufs Pflaster. Damals schrie das alte Paar, das jede Nacht die wirren Laute des Traumes ausstieß, aus dem großen, kunstgewerblichen Fenster die Hilfe des Himmels an.

Das wirkliche Pferdchen erschrak noch mehr und rannte lustig durch die Leute, die ihm gerne Platz machten.

Zu dieser Stunde saß der hohlwangige Knabe mit dem rothen Holzpferdchen auf der staubigen Straße. Denn gebückte, hustende Frauen erziehen ihre Kinder so sonderbar, daß diese den größten Theil des Tages in dem weichen Staube

zubringen müssen, der von den Rädern der vornehmen Wägen gerade hoch genug emporgewirbelt wird, um in die Fenster der niedrigen Arbeiterhäuschen einzudringen, die so unbehaglich dicht am Spazierwege stehen.

Als das wirkliche Pferdchen mit seinen hübschen Hufen heranklapperte, warf es den Knaben und das rothe Holzpferdchen in den tiefen Graben und ließ sich dann geduldig einfangen. Am Hinterhufe trug es leichte Blutspuren; da konnte man noch von Glück sagen, daß der Betteljunge mit einer leichten Stirnwunde davon kam.

Der Besitzer des Wunderschrankes schloß sein unglückliches Kind in die väterlichen Arme und verkaufte das wirkliche Pferdchen, das so viel Unheil angerichtet hatte. Die gebückte, hustende Frau ließ den Armenarzt rufen. Der gute Mann kam, putzte seine Brille, während er an dem fadenscheinigen Bettchen saß, und hielt eine lange Rede über die Pflichten der Mütter, die ihre Kinder besser beaufsichtigen sollten. Dann ging er ins nächste Haus. Dort verschrieb er einem armen Hüttenmann, der sich am Schmelzofen einen halben Arm abgebrannt hatte, eine Mischung von Kalkwasser und Baumöl und verfluchte dabei die Pest des Branntweines, die das Unglück natürlich verschuldet haben mußte.

Seit jenem Tage durfte die gebückte, hustende Frau die blendende Leibwäsche des vornehmen Knaben besorgen, der von den Dienstleuten der junge Herr genannt wurde.

Da auch die reichen Leute durch Schaden klug werden, hütete sich das alte Paar, das jede Nacht die wirren Laute des Traumes ausstieß, vor Geschenken, die dem Kinde gefährlich werden konnten.

Diesem Entschlusse dankte der siebzehnjährige Geldprinz seine eleganten Zimmer im nächsten Stockwerke.

Neben der Treppe lag der Empfangsraum, die Vorhalle der drei Heiligthümer; an der Thüre den üblichen Juniorschild aus Email. Er zeigte die stilvolle Einrichtung solcher Stuben, die Gott zu dem Zwecke erschaffen hat, wartende, besorgte Menschenkinder durch zwei Stunden auf die Folter zu spannen.

In diesen zwei Stunden konnte man sich in dem großen Spiegel besehen, der nicht ganz staubfrei war; oder an den Wandgemälden erfreuen, die irgend eine brutale Jagdszene in Oelfarbe darstellten. Die folgende Zeit entschwand in Betrachtung des kostbar gebundenen Albums, das die Bildnisse gut genährter, energisch blickender Hausfreunde enthielt, die kein Mensch kannte. Ein letzter Blick galt dem reich gezierten Ofen, der nicht geheizt war, oder dem mageren Kleiderstock, der seine dürren, polirten Arme aus einer Ecke kunstgewerblich hervorstreckte.

(Fortsetzung folgt.)

Briefkasten.

N. P., Rumänien. Auf dem gleichen prinzipiellen Boden mit der deutschen Sozialdemokratie steht nur das Wochenblatt „Le Socialiste", Paris, 73 Rue du Ruisseau. Die von Ihnen erwähnten Revuen sind eklektisch, bringen aber gute Artikel und sind lesenswerth, mit Ausnahme der „Philosophie de l'Avenir", die, höchst eintönig und langweilig, auf dem Boden einer äußerst beschränkten Sektirerei steht. Eben wird uns das Erscheinen einer neuen sozialistischen Revue, „Ère nouvelle", angezeigt; sie hat gute Mitarbeiter aufzuweisen. Mehr können wir darüber vorläufig nicht mittheilen.

Druckfehlerberichtigung. In dem Artikel von Th. Curti „Zur Geschichte der Volksrechte" muß es auf S. 394 Zeile 2 von oben heißen: „Volksabstimmung statt „Volksversammlung", und S. 400 Zeile 5 von unten „Konraditag" statt „Konenditag".

Für die Redaktion verantwortlich: Georg Baßler in Stuttgart.



Nr. 43. XI. Jahrgang, II. Band. 1892-93.

Freie Volksbühnen.

✗ Berlin, 13. Juli 1893.

Mit der Ausdehnung der Arbeiterbewegung wächst äußerlich und innerlich ihr Drang, möglichst weite Strecken des öffentlichen Lebens zu erobern, nicht nur auf ökonomischem und politischem, sondern auch auf künstlerischem und literarischem Gebiete an der Emanzipation des Proletariats zu arbeiten. Die Erscheinung ist zu begreiflich, als daß sie hier auf ihre inneren psychologischen Zusammenhänge untersucht zu werden brauchte; sie tritt auch zu klar in die Augen, als daß ihr äußerer Umfang einer besonderen Feststellung bedürfte. Was hier mit einigen Worten geprüft werden soll, ist vielmehr nur ihre Bedeutung für den proletarischen Emanzipationskampf. Es sind darüber verschiedene Ansichten innerhalb der sozialdemokratischen Partei nicht nur möglich, sondern auch vorhanden, und eine Klärung dieser Ansichten ist um so wünschenswerther, als in der klassenbewußten Arbeiterschaft mehrerer großen Städte der Drang nach der Gründung freier Volksbühnen immer stärker hervortritt. Wir knüpfen unsere Betrachtungen deshalb an dieses bezeichnendste Symptom der ganzen Erscheinung an; hier steht ein gewisses Maß praktischer Erfahrungen zur Verfügung, und was von der grundsätzlichen Bedeutung der Freien Volksbühnen für die Arbeiterbewegung gilt, das gilt ungefähr ebenso von jedem anderen Gebiete künstlerischer oder literarischer Thätigkeit, auf dem sich die klassenbewußten Arbeiter bethätigen möchten oder schon zu bethätigen versuchen.

Ueber das Verdienst, die Freien Volksbühnen erschaffen zu haben, streiten sich bekanntlich mehrere Leute herum. Wir haben weder den Beruf und die Neigung, den Schiedsrichter in diesem Streite zu spielen, schon deshalb nicht, weil die Freien Volksbühnen, soweit sie sich als lebensfähig erwiesen haben, einzig und allein der klassenbewußten Arbeiterschaft ihr Dasein verdanken. Der Gedanke, durch billige oder unentgeltliche Theatervorstellungen das Proletariat zu „bilden" und zu „beruhigen", d. h. über seine Klasseninteressen wegzutäuschen, ist sehr alt und wurde schon in den siebenziger Jahren von den verbissensten Feinden der Arbeiterklasse eifrig erörtert. Er spielte selbst keine ganz geringe Rolle in dem Schwindel des Bismärckischen Staatssozialismus. Bismarck's damaliger Oberoffiziöse, der Geheime Oberregierungsrath Hahn, orakelte in einer eigenen Schrift über das „Deutsche Theater und seine Zukunft"; seine Ausführungen

gipfelten in dem Vorschlage einer königlich preußischen Volksbühne, und vom Standpunkte der „Volkspädagogik“ gebührt ihm der Lorbeer, um den sich andere Leute so heftig gerauft haben oder noch raufen. Bei dieser Seite der Sache brauchen wir uns hier nicht weiter aufzuhalten, denn für die Leser der „Neuen Zeit“ versteht es sich von selbst, daß alle „Volkspädagogik“, die den Arbeiter mit der heutigen Gesellschaft „versöhnen“ und ihn seinem Befreiungskampfe abwendig machen will, ein Larifari ist, das nicht schnell genug mit dem Besen von der Tenne gefegt werden kann, gleichviel von wem es ausgeht.

Darüber sind sich die klassenbewußten Arbeiter auch vollkommen klar, oder wenn sie es Anfangs vielleicht nicht in vollem Maße waren, so sind sie es sich doch sehr schnell geworden. Das bewies die Energie, womit sich die Mitglieder der hiesigen Freien Volksbühne im vergangenen Herbste von allen „volkspädagogischen“ Velleitäten befreiten. Seitdem hat diese Bühne einen schnellen Aufschwung genommen; sie steht heute ganz auf eigenen Füßen, allein durch die Kraft der klassenbewußten Arbeiterschaft aufrechterhalten; und sie gedeiht in demselben Maße, in welchem die bourgeoisen „Volksunternehmungen“ dieser Art, sowohl die der anarchistischen, wie die der freisinnigen Spielart, dahinsiechen und nur durch wehmüthige Appelle an die Börsen „wohlhabender und wohlwollender Gönner“ sich noch eine Galgenfrist zu erkaufen suchen. Das Gedeihen der hiesigen Volksbühne weckt nun aber anderwärts im Reiche den Trieb der Nacheiferung, und damit tritt die Frage in ein Stadium, das ihre sachliche Erörterung in der sozialistischen Presse nothwendig oder doch wünschenswerth macht. Es würde ebenso ein Fehler sein, die neue Erscheinung allzu geringschätzig, wie allzu überschwänglich zu beurtheilen; es kommt darauf an, zu untersuchen, was sie leisten und was sie nicht leisten kann, und daraus die richtigen Schlußfolgerungen zu ziehen für die Beantwortung der Frage, ob der Trieb nach Gründung Freier Volksbühnen innerhalb der Arbeiterpartei befeuert oder gezügelt werden muß.

Von vornherein liegt auf der Hand, daß die Schaubühne für die Emanzipation der arbeitenden Klasse niemals auch nur entfernt die gleiche Bedeutung haben kann, wie sie, namentlich in Deutschland, für die Emanzipation der bürgerlichen Klasse gehabt hat. So beschränkt unser Preß- und Vereinsrecht sein, so mangelhaft auch noch das allgemeine Wahlrecht sein mag, so tritt hinter diesen Hebeln des proletarischen Emanzipationskampfs das Theater doch vollständig in den Hintergrund. Es ist ganz richtig, wenn Karl Frenzel sagt, das Jahr 1848 habe den überwältigenden Einfluß des Theaters im deutschen Volk gebrochen. Diese Ansicht eines gebildeten Bourgeoiskritikers zeugt von einer ebenso scharfen Auffassung der historischen Entwicklung, wie der preiswürdige Tiefsinn eines verkannten Genies aus Gründeutschland: die Betheiligung der Arbeiter an der sogenannten „Volksbühnen-Bewegung“ sei unendlich wichtiger, als ihre Betheiligung an der Wahlbewegung, von dem Gegentheile zeugt. In dem Emanzipationskampfe des Proletariats wird das Theater nie eine entscheidende oder auch nur besonders einflußreiche Rolle spielen; darüber können sich nur unheilbare Wirrköpfe täuschen.

Dagegen hieße es, das Kind mit dem Bade verschütten, wenn man hieraus gleich den Schluß ziehen wollte, mit den Freien Volksbühnen sei lieber ganz aufzuräumen. Energischen Charakteren liegt diese Schlußfolgerung ja im Allgemeinen nahe, und dem Parteikassier im Besonderen müßte es als eine sehr menschliche Empfindung nachgesehen werden, wenn er auf die 30 bis 40 000 Mark, mit denen der diesjährige Etat der Freien Volksbühne abschließen wird,

nicht mit ungemischtem Wohlwollen blicken würde. Es ist aber doch sehr die Frage, ob von dieser Summe auch nur 30 oder 40 Pfennig ohne die Freie Volksbühne in die Parteikasse geflossen sein würden. Denn schließlich lebt auch der eifrigste Parteimensch nicht von der Politik allein, und die Stunden der Erholung, der geistigen Auslösung und Erfrischung sind nirgends so wohl angebracht, wie im Theater. Denn in allem Wechsel der Zeiten wird der Bühne doch immer die Aufgabe bleiben, das menschliche Herz zu erheben und zu erfreuen.

Ein Wichtigeres noch kommt hinzu. Gerade die hohe Bedeutung, die das Theater für den Emanzipationskampf der bürgerlichen Klassen gehabt hat, wird vorgeschrittene Arbeiterkreise immer außerordentlich anziehen. Je mehr die Arbeiterbewegung in die Breite und namentlich in die Tiefe wächst, um so stärker wird sie darnach streben, sich die Welt des schönen Scheins wieder zu erobern, die in ihrer eigenen Vorgeschichte eine so bedeutsame Wirklichkeit gewesen ist. Dieser Trieb, der ursprünglich aus der Arbeiterklasse hervorbricht, ist unzerstörbar, und ihn zerstören wollen, würde ein gefährlicher Mißgriff sein. Die proletarische Entwicklung vollzieht sich nicht nach einer einseitigen Schablone, und das ist nicht die letzte Ursache ihrer Kraft. Neue Quellen sprudeln auf, wo Niemand sie vermuthet hätte. Man kann sie nicht verschütten; man darf nur und man muß dann freilich auch dafür sorgen, daß sie zuletzt doch wieder in den großen Strom des Kulturfortschritts münden, den die Arbeiterbewegung darstellt.

Nun ist aber der gesunde Sinn der hiesigen Arbeiter von den vielleicht überschwänglichen Hoffnungen, die bei Gründung der Freien Volksbühne hier oder dort gehegt sein mögen, längst zur nüchternen Wirklichkeit zurückgekehrt. Von den vier- oder fünftausend Mitgliedern des Vereins ist sich wohl jedes darüber klar, daß es ein Unding wäre, wenn das Proletariat auf dem Boden der bürgerlichen Gesellschaft eine neue Aera der dramatischen Kunst eröffnen wollte. Das Theater ist heute ein Monopol des Kapitals und sogar des Großkapitals; die Freien Volksbühnen sind darauf angewiesen, in denjenigen bürgerlichen Theatern zu spielen, die vorurtheilsfrei genug sind, ihnen Spielraum zu gewähren. Aber hier tritt nun ein eigenthümliches Dilemma ein. Große Theater mit guten schauspielerischen Kräften erheischen auch bei aller billigen Gesinnung ihrer Direktionen eine für Arbeitermittel schwer erschwingliche Pacht und ferner behalten sich die Direktionen aus einem Selbsterhaltungstriebe, der ihnen gar nicht zu verdenken ist, ein Vetorecht bei Feststellung des Spielplans vor; in kleinen Theatern, die wohlfeiler zu haben sind und die von dem Wohlwollen der großen Bourgeoisie weniger abhängen, lassen wieder die schauspielerischen Verhältnisse viel zu wünschen übrig. Die hiesige Volksbühne steuert zwischen der Scylla und Charybdis durch, indem sie die eine Hälfte ihrer Vorstellungen in einem großen, die andere Hälfte in einem kleineren Theater giebt, dessen schauspielerische Kräfte sie durch das Engagement von Gästen zu ergänzen sucht. Auf diese Weise ist es ihr gelungen, ihren Mitgliedern eine Reihe theils vortrefflicher, theils immer noch befriedigender Monatsvorstellungen für den Monatsbeitrag von 55 Pfennig zu geben, doch waren dabei manche Schwierigkeiten zu überwinden, die vielleicht in keiner anderen Stadt, wie Berlin, zu überwinden gewesen wären.

Noch schlagender fast spiegelt sich die Unmöglichkeit, in der sich das Proletariat befindet, eine Erneuerung der dramatischen Kunst auf dem Boden der bürgerlichen Gesellschaft herbeizuführen, in einer anderen Thatsache wieder. Giebt es ein Erzeugniß der modernen Dramatik, um dessen Willen die Gründung einer Freien Volksbühne sich verlohnte, so sind es Hauptmann's „Weber“. Nun, die Aufführung dieses Dramas ist vom Dichter selbst der Freien Volksbühne wiederholt

mit derselben Energie verboten worden, womit die Polizei die Aufführung der „Weber“ auf der bürgerlichen Bühne verboten hat. Wir sagen das nicht Herrn Hauptmann zum Trotz: er will nicht der Dramatiker des revolutionären Proletariats sein, und wenn er vor endgiltiger Austragung seines Streits mit der Polizei sein Drama nicht dem Beifall eines Arbeiterpublikums aussetzen mag, so handelt er aus Gründen, die vom bürgerlichen Standpunkt durchaus zu verstehen sind. Aber weil hier gerade gar keine persönliche Laune oder Querköpfigkeit, sondern ein ganz berechtigtes und logisches Verfahren des Dichters vorliegt, kennzeichnet die Thatsache selbst in wahrhaft drastischer Weise, wohin es mit der dramatischen Kunst in der kapitalistisch-polizistischen Gesellschaft gekommen ist.

Im Allgemeinen ist die dramatische Produktion der Gegenwart viel zu arm an guten Stücken, als daß sich von ihnen der Spielplan einer Freien Volksbühne bestreiten ließe. Unter vielen Dutzenden, die ihr eingereicht wurden, hat die hiesige Volksbühne in diesem Spieljahre nur zwei aufführen können: den „Freien Willen“ von Faber und „Andere Zeiten“ von Bader, beide mit großem Erfolge, der durch das Lästern der Bourgeoisblätter über diese „Tendenzstücke“ eine willkommene Bestätigung erhielt. Besonders Faber's treffliches Schauspiel mußte dieser Presse ein Greuel sein, denn es schilderte mit einer Ehrlichkeit und Konsequenz, die diesen jungen Dichter überhaupt in der vortheilhaftesten Weise auszeichnet, die Gewissenskonflikte, in die ein Schriftsteller, der es mit sich und seiner Sache ernst meint, innerhalb der kapitalistischen Presse gerathen muß. Bader's Schauspiel war eine sehr beachtenswerthe, wenn auch noch mannigfach unbeholfene Anfänger-Arbeit, die den ökonomisch-politischen Konflikt zwischen Bourgeoisie und Proletariat in einigen derben Kampfszenen auf die Bühne brachte. An diesem Stücke zeigte sich aber, daß die dramatischen Interessen der Arbeiter doch einer tiefern Quelle entspringen, als einem agitatorischen Bedürfniß; bei aller Anerkennung, die sie dem rühmlichen Streben des Verfassers schenkten, machten sie gar kein Hehl daraus, wie viel noch an dem Gelingen fehlte. Sonst mußte die Freie Volksbühne häufiger, als ursprünglich beabsichtigt war, auf die klassische Literatur zurückgreifen, doch ist darin wohl nicht ohne Weiteres eine ungünstige Entwicklung zu sehen. In der sogenannten „Moderne“ steckt viel vermuffte Bourgeoisfäulniß, und wenigstens wir haben nie einen Fortschritt darin gesehen, als in einer glücklicher Weise sehr vorübergehenden Zeit eine gewisse Naturalistenklique einen glücklicher Weise nur geringen Theil der Arbeiter beeinflußte, so daß diese in Goethe und Schiller Gespenster von vorgestern, dagegen in jedem unreifen Jüngling, der möglichst unverständliches Zeug in möglichst zerhackter und zerbrochener Sprache hervorzustammeln wußte, einen Deuter von Zukunftsrunen sahen. Schließlich ist der proletarische Sozialismus aus unserer klassischen Literatur erwachsen, und die Erkenntniß dieses historischen Zusammenhangs hat einen hohen Werth gerade für das Proletariat. Politik gehört gewiß nicht in die Freien Volksbühnen, aber ebensowenig jene ästhetische Seichtbeutelei, welche die dramatische Literatur aus der allgemein geschichtlichen Entwicklung löst, um sie zum Gegenstande eines geistreichelnden Subjektivismus zu machen. Stücke wie Goethe's „Egmont“ oder Calderon's „Richter von Zalamea“ liegen dem Interesse der heutigen Arbeiterklasse gewiß im Allgemeinen sehr fern, aber die kritische Analyse, die sie an der Hand des historischen Materialismus in dem Vereinsblatte der Freien Volksbühne fanden, traf bei den Mitgliedern auf ein schnelles Verständniß.

In den gezogenen Grenzen werden Freie Volksbühnen immer berechtigte und förderliche Werkzeuge des proletarischen Emanzipationskampfes sein. Und

wo sie einmal als solche bestehen, da wird der gesunde Klasseninstinkt ihrer Mitglieder stets dafür sorgen, daß sie die ihnen gesteckten Schranken nicht überschreiten, daß sie nicht in zwecklose Theaterspielereien entarten, daß sie sich nicht Aufgaben stellen, welche sie in der heutigen Gesellschaft unmöglich erfüllen können, daß sie nicht nutzlos Kräfte verzehren, die auf anderen Gebieten nützlich zu verwenden wären. Eher könnte die Gefahr drohen, daß die Bedingungen, unter denen sie heutzutage überhaupt entstehen und bestehen können, an manchen Orten verkannt würden, und deshalb schien es uns angezeigt, sie einmal auf ihre inneren Möglichkeiten und Unmöglichkeiten zu untersuchen.

Der Sozialismus in Frankreich während der großen Revolution.

Von **C. Hugo.** (Schluß.)

Im Allgemeinen haben die meisten der Verfechter des Proletariats 1789 nur einen sehr geringen Respekt vor dem Eigenthum; dasselbe erscheint ihnen der Arbeit gegenüber weniger „geheiligt" und sie scheuen sich nicht, ihm nach Gutdünken Beschränkungen und Tribute aufzuerlegen, ohne jedoch dabei soweit, wie Morelly und Mably, zu gehen und seine vollständige Abschaffung zu verlangen. Das Ackergesetz (loi agraire) spielt erst einige Jahre später eine größere Rolle. Immerhin aber fordern dasselbe schon zwei in die Periode vor den Wahlen fallende Broschüren, von denen wir die eine, Moyen d'établir une loi agraire, d'assurer la subsistance des pauvres, de reformer le Clergé et la constitution militaire, uns hier zu erwähnen begnügen, während die andere „Le Cadastre perpetuel" von Babeuf und Audiffrel einiger Worte wohl werth ist.

Das Buch beschäftigt sich damit, eine gerechte Vertheilung der „contribution unique" ausfindig zu machen. Die Gesellschaft hat zwei Aufgaben, die physische Existenz der Bürger und das Eigenthum einer jeden Person zu sichern. Um das erstere Ziel zu erreichen, bedarf es einer Personal-, um das letztere, einer Realsteuer. Ein Jeder hat im Verhältniß zu seinen Kräften und im Verhältniß zu seinem Vermögen zu steuern. Mit der Einführung des von ihnen vorgeschlagenen „Cadastre perpetuel" würde ohne Zweifel, behaupten die Verfasser, eine Verbesserung des Loses des Volkes eintreten, aber doch nur denen zu Gute kommen, die im Besitz eines wenn auch sehr bescheidenen Vermögens sind. Was die besitzlosen Klassen angeht, so muß man ihnen zunächst damit zu Hilfe kommen, daß man sie von jeder Steuer befreit. Außerdem aber verlangen die Verfasser eine Nationalkasse für Erhaltung der Armen, unentgeltliche Leistung religiöser Hilfe, des Beistandes des Arztes, des Chirurgen und des Apothekers, unentgeltliche Rechtspflege und eine bessere Erziehung. Obwohl es eigentlich nur ihre Aufgabe ist, Mittel vorzuschlagen, die auf dem Boden der bestehenden Ordnung anwendungsfähig sind, wollen die Verfasser sich doch nicht die Gelegenheit entgehen lassen, einige Blicke auf die Gesellschaftsordnung zu werfen, wie sie existiren sollte. Damit beginnt denn die Kritik der bestehenden Gesellschaft, an die sich Pläne für eine zukünftige, bessere anschließen. An die Spitze ist auch hier als Axiom gestellt, daß im Naturzustande alle Menschen gleich sind und daß man vergebens durch die Ungleichheit der Intelligenz, des Fleißes, der Thätigkeit und Kraft die Ungleichheit der Vermögen zu rechtfertigen sucht. Die sozialen Gesetze haben dagegen der Intrigue, der Schlauheit, den Ränken die Mittel gegeben, sich

des gemeinsamen Eigenthums zu bemächtigen. Außer der offenen Gewalt ist Alles erlaubt, um dem Nächsten seine Güter zu rauben. Spekulation erwirbt die Reichthümer; wer falsch kombinirt, geräth ins Elend. So hängt das Geschick der Bürger von den Launen des Zufalls ab. Lächerliche Vorurtheile übertreiben das Verdienst und die Wichtigkeit bestimmter Professionen, deren Nützlichkeit meist nur chimärisch und illusorisch ist, und lohnen sie mit großen Gehältern, während die wirklich durch ihre Arbeit nothwendigen Menschen ihren Lohn fast auf nichts reduzirt gesehen haben. Da ferner die Zahl der Arbeiter durch die Aufsaugung der kleinen Vermögen durch die großen stetig gewachsen ist, so ist ein großer Theil derselben bereits in der Lage, keine Arbeit mehr finden zu können. Wenn nun so die Mehrzahl der Menschen sich nicht nur jedes Grundbesitzes beraubt sieht, sondern auch des Mittels, durch die Arbeit ihren Unterhalt zu erwerben, was sollen sie dann thun? Man sagt: man muß das Eigenthum respektiren! Wenn aber von 24 Millionen 15 ohne jedes Eigenthum sind, weil die anderen 9 Millionen ihre Rechte auf Existenz nicht geachtet haben, sollen dann sich diese 15 Millionen dahin entscheiden, aus Liebe zu den 9 und in Anerkenntniß, daß sie sie vollständig ausgeplündert haben, Hungers zu sterben? Nein! die Erde, die gemeinsame Mutter, hätte niemals länger als auf Lebenszeit getheilt und jeder Theil unveräußerlich sein sollen, so daß das individuelle Erbtheil eines jeden Bürgers für immer gesichert gewesen wäre. Es ist nur durch Usurpation, daß einzelne Menschen mehrere Theile dieses gemeinsamen Erbgutes besitzen; daher haben auch Alle, welche im Unglück sind, das Recht, ihren Antheil zurückzuverlangen, falls der Reichthum ihnen ehrbare Hilfe verweigert. Leider, fügt Babeuf — ihm müssen wir wohl diese Einleitung zuschreiben — hinzu, sind nur wenige Nationen in die Wahrheit eingedrungen, daß die überlegene Macht ohne Zweifel auf der Seite zu finden ist, wo die Zahl der Arme die größte. So wird denn hier das Recht des Volkes nicht nur auf politische, sondern auch auf soziale Revolution proklamirt. Usurpation durch Macht geschützt, hat die Ungleichheit der Vermögen geschaffen; der Macht steht das größere Recht der größeren Macht gegenüber, und das Volk ist im Besitz derselben! —

Damit haben wir den Gedankeninhalt der interessantesten von den während der Wahlperiode in Paris erschienenen Broschüren erschöpft und wenden uns daher jetzt von Paris nach Lyon, der durch seine Industrie damals zweitwichtigsten Stadt Frankreichs. Die wichtigste Industrie der Stadt und jene, welche die größte Zahl von Arbeitern beschäftigte, war ohne Zweifel die Fabrikation von Seidenstoffen. Seit dem Erlaß des Reglements von 1667 bildeten die in ihr beschäftigten Meister und Gesellen eine Korporation, die drei verschiedene Klassen von Mitgliedern umfaßte. An der Spitze standen die „maîtres marchands fabricants“*, die Kapitalisten (1731 nur 90, 1788 410 an Zahl). Sie bildeten die sogenannte „grande fabrique“ und beschäftigten sich nur mit dem kommerziellen Vertrieb des Stoffes und dem Ankauf der Rohprodukte. Für ihre Rechnung arbeiteten die meisten der maîtres ouvriers (1788: 4202), welche in ihren Werkstätten die Fabrikation der Stoffe betrieben. Die dritte Klasse endlich bestand aus den Kompagnons (1788: 1796), die im Lohnverhältniß zu den Meistern standen. Diese drei Klassen, von denen die erste sehr reich war, die zweite dahinvegetirte, die dritte miserabel lebte oder Hungers starb, bildeten

* Ich gebrauche für die maîtres marchands die Uebersetzung Kaufleute oder Fabrikanten, für die maîtres ouvriers Meister oder Arbeiter.

die Korporation. Außerhalb derselben standen alle die mit der Vorbereitung und Färberei der Seide, der Appretirung der Stoffe u. s. f. beschäftigten ca. 40 000 Personen beiderlei Geschlechts, deren Lage noch elender war als die der Meister und Kompagnons. Die fortgesetzten Krisen, die die Seidenindustrie durchzumachen hatte: Verfall während der Religionskriege, Blüthe unter Heinrich IV., Niedergang unter Ludwig XIV., Aufblühen in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts und fast vollständiger Ruin zu Beginn der Revolution, blieben nicht ohne Einfluß auf das Verhältniß der Meister zu den Arbeitern, und häufige Lohnkämpfe bewegten die Stadt. Durch das Edikt vom 8. Mai 1731 wurde die ganze Korporation auf Gnade und Ungnade in die Hände der Kapitalisten gegeben. Es wurde nämlich den Meistern, welche für Rechnung der Kaufleute arbeiteten, verboten, mehr als vier Stühle im Gang zu halten, während diejenigen Meister, welche ihre Produkte direkt an die Konsumenten verkauften, auf zwei Stühle beschränkt wurden und ihnen außerdem weder Gesellen noch Lehrlinge zu halten erlaubt wurde. Im Besitz ihres exklusiven Privilegs hatten die Kapitalisten die Löhne so herabgedrückt, daß es dem fleißigsten Arbeiter bei dauernder Beschäftigung nicht möglich war, ein Gleichgewicht in seinem Budget zu erzielen, und jede Krankheit, jede Arbeitseinstellung ihn ruinirte. Das nicht länger mehr zu ertragende Elend trieb endlich im Jahre 1744 die Meister, Gesellen und außerhalb der Korporation stehenden Arbeiter zu einer Koalition und zum Strike. Während einer Woche befand sich Lyon in den Händen der aufständischen Seidenarbeiter, die von der Mehrheit der übrigen Gewerke der Stadt unterstützt wurden, ohne daß die geringste Ausschreitung gegen Personen oder Eigenthum begangen wurde. Der Festigkeit der Arbeiter gelang es, ihre Forderungen durchzusetzen, die hauptsächlich in einer Lohnerhöhung, gleicher Theilnahme Aller an den Wahlen der Vorsteher der Korporation und Freiheit der Meister und Façonarbeiter für eigene Rechnung zu arbeiten bestanden. Indeß wurden schon nach sechs Monaten diese Zugeständnisse wieder zurückgenommen und jeder Widerstand durch Entfaltung einer überlegenen Militärmacht im Keime erstickt und für die Zukunft durch eine fortwährend erneuerte Garnison unmöglich gemacht. Ein neuer Versuch seitens der Arbeiter, eine Aenderung des Lohntarifs im Jahre 1786 zu erzwingen, wird prompt durch das Militär unterdrückt und das Elend der Arbeiter verschärft durch eine Ordonnanz, welche zwar den alten Tarif aufhebt, weil er nicht mehr in Uebereinstimmung mit den sehr gestiegenen Getreidepreisen ist, aber die Festsetzung der neuen Preise dem freien Uebereinkommen zwischen den Marchands und den Meistern überläßt. Das Privilegium der ersteren blieb indeß bestehen, so daß alle Seidenarbeiter thatsächlich gezwungen sind, für den Vortheil dieser kleinen Körperschaft zu arbeiten. Die Mißernte in Seide im Jahre 1788 verursachte eine furchtbare Krisis. 5400 Stühle müssen feiern und 40 000 Arbeiter sind brotlos und für ihren Unterhalt auf die Mildthätigkeit angewiesen. Die Stadt Lyon ist gezwungen, um den Nothstand zu mildern 300 000 Livres zu leihen. Hohe Brotpreise und ein äußerst harter Winter kommen noch hinzu, um das Elend zu vermehren. Ein großer Theil der Meister wandert aus, ein Theil begeht Selbstmord (!); viele geben sich dazu her, für die Hälfte des bisherigen Preises zum Besten der Kapitalisten zu arbeiten; aber es bleiben immer noch 20 000 Personen über, denen private und öffentliche Mildthätigkeit vergeblich zu helfen sucht. Das war der Zustand der Lyoner Seidenarbeiter in der Zeit, als die Wahlagitation begann.

Anfangs verharren die Meister und Arbeiter in vollständiger Gleichgiltigkeit. Nur die Bourgeois halten eine vorbereitende Versammlung, in der der

kapitalistische Geist, der diese Wackeren beseelt, sich in seinem nacktesten Egoismus zeigt. Ein Herr Hugand stellt den Antrag, das Stimmrecht den erleuchtetsten Bürgern, die Grundsteuer zahlen oder eine liberale Profession ausüben — die Erleuchtung steht für diesen Edlen im direkten Verhältniß zur Größe des Geldbeutels — zu reserviren und die Arbeiter ohne Eigenthum und Erziehung davon auszuschließen. „Leider," ruft er pathetisch aus, „giebt es eine Klasse von Bürgern in unserer Stadt, deren Erziehung vernachlässigt ist, so daß es nicht möglich ist, auf ihr Verständniß für die großen Interessen der Gesellschaft (d. h. des Geldbeutels der Kaufleute) mit Sicherheit zu rechnen." Sein Antrag wurde angenommen und ein Memoire an Necker gesandt, der es aber keiner Antwort würdigte. Wie in anderen Städten hatten daher die durch das Edikt vom Jahre 1777 wieder eingerichteten 41 Korporationen in Lyon das Recht, primäre Wahlversammlungen abzuhalten und an der Bildung des Wahlkörpers des Tiers-Etat theilzunehmen. Die Seidenindustrie beschäftigte damals 14 777 Stühle und 58 500 Arbeiter, von denen aber nur ungefähr 3400 das Recht hatten, als Angehörige der Korporation an der Wahlversammlung theilzunehmen. Während aber in Paris die Korporationen der Gewerke den Arbeitern feindlich gegenüberstanden und nur ihre speziellen Interessen im Gegensatz zu der allgemein geforderten Arbeitsfreiheit verfochten, hat sich in Lyon unter dem Einfluß der Verhältnisse die Solidarität der Interessen zwischen Meistern, Kompagnons und Arbeitern ohne Titel im Gegensatz zur Herrschaft der 400 privilegirten Marchands herausgebildet. Dem entsprechend fallen denn auch die Wahlen so aus, als ob nicht nur die Meister, sondern die gesammten Arbeiter dieselben vorgenommen hätten. „Die 34 Deputirten der Korporation", so schreibt der Vorsteher der Kaufmannschaft, Tolozan de Montfort, an Necker, „gehören alle zu der Klasse der Meister, die bei der Abstimmung sich nicht um die Kaufleute gekümmert hat. Im Allgemeinen ist die Wahl dieser Abgeordneten vollständig legal, aber eine wenig angemessene. (Alle Versuche der Kaufleute die Ungiltigkeitserklärung der Wahl herbeizuführen, wie ihre Protestationen waren vergeblich.) Die Meister sind unruhige, faktiöse Geister, die ich seit der Emeute von 1786 mit besonderer Sorgfalt überwachen lasse." Ja unter diesen unruhigen und faktiösen Geistern — faktiös, weil sie sich nicht länger bis aufs Blut zum Profit der Herren Kaufleute wollen schinden lassen —, befinden sich sogar solche, die nur durch die allgemeine Amnestie dem Arm der Gerechtigkeit entgangen sind, und einer von ihnen hat sogar wegen Anfertigung und Verbreitung von Schmähschriften und aufrührerischen Pamphleten mehrere Monate im Gefängniß gesessen. Indeß hoffte der wackere Vorsteher, daß die bei der definitiven Wahl nothwendige Reduktion die Vertretung des Tiers-Etat von Lyon von diesen Schandflecken säubern wird.

Der Sieg der Arbeiter der Seidenindustrie blieb nicht ohne Einwirkung auf die übrigen Korporationen.

In den Gewerken der Buchdrucker, Posamentirer und einigen kleineren, weniger wichtigen gelingt es den Arbeitern, eigene Deputirte zu wählen. Sie sind nicht damit zufrieden, „friedfertigen Persönlichkeiten, Mitgliedern, welche eine berechtigte Achtung genießen, den Syndicis der Gewerke und den Innungsvorstehern" ihre Stimmen zu geben, sondern sie haben die Unverschämtheit gehabt, unruhigen und faktiösen Köpfen ihre Stimmen zu geben. „Les têtes étant aussi échauffées que déraisonables," haben sie in ihren Versammlungen sich mit Ansprüchen und Forderungen beschäftigt, die dem Zweck der Berufung fremd waren."

Sehen wir zu, welches diese maßlosen Forderungen, diese aufrührerischen Vorschläge sind, die den Herrn Tolozan de Montfort so in Schrecken versetzen. Eines der interessantesten Schriftstücke für die Geschichte der Arbeiterbewegung ist das Mémoire des Electeurs fabricants d'étoffes en soie de la ville de Lyon! Geschrieben mit einer wunderbaren Mäßigung, giebt es uns einen tiefen Einblick in den Gedankenkreis der Lyoner Arbeiter und ziffernmäßige Belege für das Elend, in dem sie leben.

Die Seidenindustrie, so beginnt die Schrift, der die Stadt Lyon ihren Glanz und ihre Größe verdankt, und die früher 20 000 Arbeitern eine ehrbare Existenz sicherte, ist heutzutage für sie nur der Gegenstand einer mühseligen und forcirten Arbeit, deren Ertrag zwei Dritteln nicht die Befriedigung der dringendsten Bedürfnisse des Lebens sichert. Ohne auf die anderen Ursachen einzugehen, beschränken sich die Arbeiter darauf, diejenige anzuführen, die nach ihrer Ansicht den vollständigen Ruin der Industrie nach sich ziehen wird, nämlich das Reglement von 1786, das die Lohnfestsetzung der freien Vereinbarung der Kaufleute und Arbeiter überließ. So vortheilhaft diese Maßregel unter anderen Verhältnissen sein mag, so hat sie in der Seidenindustrie von Lyon anstatt das Los der Arbeiter zu verbessern, nur ihr Elend vergrößert. Denn diese Freiheit der Lohnfestsetzung überlieferte den Arbeiter, der für seine tägliche Subsistenz gänzlich von seiner täglichen Arbeit abhängt, vollständig der Gnade des Fabrikanten, der, ohne sich zu schaden, die Fabrikation einstellen und dadurch die Arbeiter zwingen kann, sich seinen Lohnsätzen zu unterwerfen. Dadurch ist es den Fabrikanten gelungen, die Lohnsätze auf die Hälfte der früheren herabzudrücken. Was ist die Folge davon? Familienväter, ja ihre Weiber und Kinder, sind gezwungen, täglich 17—18 Stunden zu arbeiten, ohne sich durch diese Arbeit nur so viel zu erwerben, daß sie ohne die Wohlthätigkeit der Bürger bestehen könnten. Aber auch diese Einrichtung der Armenunterstützung kommt nur den Fabrikanten zu Gute, die die Preissätze um so mehr herabsetzen, als sie errathen, daß die Arbeiter von anderswoher, von der Mildthätigkeit der Bürger, das nothwendige Lohnsupplement erhalten! Ohne einen Tarif sind daher die Arbeiter ganz in den Händen der Kaufleute, für die alle Umstände günstig sind, und die unter dem Vorwand, daß das Geschäft schlecht geht, nie Zeit oder Gelegenheit finden, den Arbeiter angemessen zu lohnen. Freilich hat auch ein Tarif seine Uebelständnde, und selbst der gerechteste hört mit der Zeit auf, gerecht zu sein, da er der stetigen Steigerung der Lebensmittel nicht folgen kann. Dem kann indeß durch Abänderung des Tarifs leicht abgeholfen werden. Die Einwürfe der Kaufleute gegen einen festen Tarif, der den Arbeitern ein anständiges, wenn auch bescheidenes Auskommen sichert, besonders der Einwand, daß die Konkurrenz des Auslandes eine Erhöhung der Löhne und damit auch der Verkaufspreise der fertigen Produkte nicht gestatte, suchen die Arbeiter durch den Hinweis auf die günstigeren Produktionsbedingungen in Lyon und die Vergleichung der im Auslande gezahlten Preise mit den Lyoner Preisen zu widerlegen. Aber wenn es auch wahr wäre, rufen sie aus, daß man eine Konkurrenz mit den anderen Fabriken auszuhalten hätte, wird es dadurch gerechtfertigt, Tausende von thätigen Menschen langsam Hungers sterben zu lassen? Die Herren Kaufleute würden auf keinen Fall ein derartiges Schicksal auf sich nehmen wollen, um dadurch die Konkurrenz zu ermöglichen! Bei den geltenden Preissätzen ist es für den Arbeiter unmöglich, von dem Lohn zu leben, den er durch eine forcirte Arbeit von 18 Stunden täglich erhält. Um dies zu beweisen, stellen die Arbeiter ein Budget auf, das wir, so interessant es ist, doch hier nur verkürzt wiedergeben können.

Einnahmen.	Livres	Sol.
Der Meister hat drei Stühle; das Jahr zählt 272 Arbeitstage.		
Der erste Stuhl, getrieben durch den Meister, liefert 748 Ellen Tafft	635	16
Der zweite Stuhl, getrieben durch die Meisterin, liefert 748 Ellen Satin	635	16
Der dritte Stuhl, getrieben durch den Kompagnon, liefert 748 Ellen Tafft d'Angleterre	673	4
Total	1944	16

Ausgaben.	Livres	Sol.	Den.
Löhne	509	—	—
Miethe der Werkstatt	140	—	—
Unkosten der Unterhaltung einer Werkstatt von drei Stühlen	84	—	—
Brot für vier Personen, nämlich Meister, Frau, Geselle und Dienstbote	292	—	—
Fleisch	287	8	9
Wein	164	5	—
Licht und Heizung	160	—	—
Salz, Oel, Butter, Käse, Früchte	60	—	—
Tabak, Papier, Tinte, Federn, Kopfsteuer	57	—	—
Unterhalt der Küche, der Einrichtung, der Wäsche	55	10	—
Kleidung für Meister und Frau	138	—	—
Kosten der Niederkunft, Unterhalt zweier Kinder	272	—	—
Verlust an Arbeitstagen	42	1	3
Total	2301	8	—
Einnahme	1944	16	—
Defizit	356	12	—

Die nothwendige Folge dieses Defizits,* ohne Krankheiten und andere Schicksalsfälle in Betracht zu ziehen, muß sein, daß die Arbeiter bei den Kaufleuten, Bäckern und Schlächtern Schulden machen, die sie beim besten Willen nicht bezahlen können, so daß sie endlich gezwungen sind, den Beistand des Armenhauses in Anspruch zu nehmen. Wenn man die Seidenarbeiter nur als mechanische Werkzeuge, nothwendig bei der Seidenstoff-Fabrikation, betrachtete oder wenn man, abstrahirend von ihrer Eigenschaft als Menschen, die Unmenschlichkeit hätte, sie als Hausthiere zu betrachten, die man unterhält für die Vortheile, welche ihre Arbeit gewährt, immer müßte man ihnen doch den Unterhalt geben, da man sich sonst nur zu bald der Früchte ihrer Arbeiten beraubt sehen würde. Aber das Leben eines Arbeiters ist viel weniger geachtet. Kann also die Seidenindustrie in Lyon nur existiren, indem sie die Arbeiter dem scheußlichsten Elend preisgiebt und ihnen nicht den Lohn zahlt, den sie brauchen, um durch fleißige Arbeit (en travaillant avec assiduité) zu leben, so ist sie ein Schandfleck im Staat, den man wegwischen muß, und es ist besser, man lasse sie zu Grunde gehen.

Die Forderungen der Arbeiter sind im Wesentlichen die folgenden drei:

1) Einführung eines alle fünf Jahre zu revidirenden Tarifs,

2) Ausschluß der Frauenarbeit von dem Betrieb der Stühle und Beschränkung

---

* Ein im Jahre 1744 aufgestelltes Budget gab folgende Ziffern:

Einnahmen	1800 Livres,	— Sol.	— Den.
Ausgaben	2049 „	17 „	2 „
Defizit	249 Livres,	17 Sol.	2 Den.

derselben auf die Vorbereitung der Seide und die Bearbeitung der fertigen Stoffe,

3) Stärkung des Einflusses der Arbeiter in der Verwaltung der Korporation.

Dies im Wesentlichen der Inhalt des Memoirs, dessen Bedeutung darin liegt, daß hier die Arbeiter einer bedeutenden Industrie gegen die fast überall geforderte Freiheit der Arbeit und des Handels, die die Macht des sie tyrannisirenden Kapitals nur noch zu verstärken droht, protestiren, nicht als reaktionäre Privilegieninhaber — da sie nur das Privileg haben, bei achtzehnstündiger Arbeit langsam zu verhungern — sondern als Arbeiter, die das Recht verlangen, durch die fleißige Arbeit ihrer Hände einen ausreichenden Lebensunterhalt sich zu erwerben. Es ist ein revolutionärer Zug, der durch das Schriftstück hindurchgeht, auch bei den Wahlen in Lyon zum Vorschein kommt und diesen eine Sonderstellung in der Geschichte der Wahlen in ganz Frankreich anweist.

Briefe aus England.

London, den 10. Juli 1893.

Unter einer Entfaltung von Loyalitätsbezeugungen Seitens des großen Publikums, die fast unbegreiflich wäre, wenn man nicht ihre mannigfachen Motive kennte, ist vorigen Donnerstag die Vermählung des ältesten lebenden Sohnes des Prinzen von Wales, des Herzogs Georg von York, mit der Prinzessin Viktoria Mary von Teck erfolgt, der Tochter einer Cousine der Königin Viktoria. Die große Masse der politischen und unpolitischen Klatschblätter hat natürlich den neuen Ehebund mit dem Zauber aller möglichen Liebesromantik zu umhüllen versucht, aber dem nüchternen Auge erscheint derselbe als Produkt, wenn nicht grade der „Staatsraison“, sintemalen der Staat an der Affäre kein übermäßiges Interesse hat, so doch dynastischer Familienrücksichten. „Herzog“ Georg ist durch den vor anderthalb Jahren erfolgten Tod seines älteren Bruders Albert Viktor Anwärter auf den Thron des Vereinigten Königreichs geworden, und mit dieser Anwartschaft und den verschiedenen pekuniären 2c. Beigaben desselben hat er auch die Braut seines Bruders als Erbe übernommen. Dieselben Gründe, welche zur Verlobung seines Bruders mit einer heimischen Prinzessin führten, machten seinen Bund mit dieser jungen Dame wünschenswerth. In England geboren und auferzogen, erschien sie eine den britischen Philistern akzeptablere zukünftige Königin als die meisten der zu habenden auswärtigen Prinzessinnen. Die Zeiten sind für die der Königsfamilie Angehörigen danach, bei ihren Verbindungen das Volksvorurtheil in jeder Weise zu berücksichtigen. Dieses ist aber in England dem Import von apanagebedürftigen auswärtigen Prinzen oder Prinzessinnen durchaus nicht günstig. Zumal wenn dieselben die ominöse Fabrikmarke tragen: „Made in Germany“.

Trotzdem also nach dieser Richtung hin die Wahl der Braut dem Volke, soweit dasselbe überhaupt an solchen Dingen Antheil nimmt, wenigstens nicht antipathisch war, und Braut und Bräutigam persönlich sich sogar einer gewissen Popularität erfreuten — die Erstere auf Grund ihr nachgerühmter guter Eigenschaften, der Prinz oder Herzog durch den Eifer, mit dem er bisher seinem Beruf als Seemann oblag — ist die Ursache der Massenhaftigkeit der Loyalitätsbezeugungen doch in der Hauptsache nicht hier, sondern in der geistigen Disposition des maßgebenden Theils der Bourgeoisie zu suchen. Unzweifelhaft hat ein Theil des Volkes freiwillig und mit Bewußtsein dessen, was es that, an ihnen theil-

genommen — es wäre Thorheit, sich darüber Täuschungen hinzugeben — aber in der Hauptsache ist der Rummel von der Bourgeoisie in Szene gesetzt und mittels aller möglichen Kanäle das Volk nach und nach für ihn bearbeitet worden.

Cui bono? Zu wessen Nutzen? Das ist auf den ersten Blick nicht recht ersichtlich. Die Mitglieder des Königlichen Hauses haben, von der Königin angefangen, außer ein paar Anstellungen im persönlichen Dienste keine Aemter und außer dem Lieferantentitel keine Würden zu vergeben, sie haben auf die Regierung so gut wie gar keinen Einfluß; die Königin hat das zu thun, was das Ministerium ihr „räth", und dieses wird nach der Konstellation der Parteien im Parlament und in letzter Instanz dem Willen der Wählerschaft gebildet. Der gewöhnliche Eigennutz findet also bei dieser Liebedienerei kaum seine Rechnung. Soll man's Heuchelei nennen? War's Berechnung, das Volk durch gutes Beispiel zur Wohlgesinntheit zu veredeln, nach dem Motto: duckt es da, folgt es uns eben auch? Sicher war das Eine wie das Andere mit im Spiel, aber ausschlaggebend für diesen Kultus einer nur noch als Schein fortexistirenden Institution — denn mehr ist die Monarchie in England nicht — ist nach meinem Dafürhalten etwas Anderes gewesen: das thatsächliche, wenn auch nicht immer bewußt empfundene Bedürfniß des modernen Bourgeois, sich in etwas zu sonnen, das mehr ist wie er und ihm doch nicht gefährlich werden kann. Der konstitutionelle Gott, den sich der Bourgeois nach seinem Ebenbild geschaffen, ist schließlich doch nur eine Abstraktion, für die man sich beim besten Willen nicht begeistern kann, aber ein König oder ein zukünftiger König, der Fleisch und Blut hat, ist eine Realität, und wenn ihm die Möglichkeit, auch gelegentlich einmal zu kratzen, genommen, wenn er nichts als Repräsentant, Repräsentant und wieder Repräsentant ist, dann kann man sich mit um so volleren Zügen dem Genuß hingeben, in ihm alles, was repräsentationswürdig ist, zu verehren: die Hoheit des Gesetzes, die Größe des Reiches, den Reichthum und die Macht der Nation, die Spitze des sozialen Gebäudes und noch sonst alles Mögliche. Die Hohlheit der Verfassung dessen, was sich im speziellen Sinne die Gesellschaft nennt, ist heute kaum noch den dümmsten ihrer Angehörigen ein Geheimniß, durch alle möglichen Reizmittel suchen sie sich darüber hinwegzusetzen, und wenn sie das jeweilig neueste Rezept versucht und unzureichend gefunden haben, dann kommen sie immer wieder darauf zurück, mit sich selbst Komödie zu spielen. Solch ein Sonnen in dem Glanze einer Institution, die man selbst zum Scheinwesen herabgedrückt, der man nichts gelassen als den Titel und eine Zivilliste, solch ein Komödienspiel mit sich selbst, um einander für nichts und wieder nichts zu täuschen, das war zu neunzig Prozent dieser wahnsinnige Loyalitätswetteifer der letzten Wochen, der so weit getrieben wurde, daß man sogar in den Volksschulen und Krankenhäusern zu Geschenken für das gefürstete Brautpaar sammelte. Daneben that natürlich die Geschäftsspekulation das Ihrige und nicht zum Wenigsten die der Zeitungsfabrikanten.

Nun ist der Trubel vorüber, und daß es nur ein Rausch war, keine wirkliche, im ganzen Volk nachhallende Begeisterung, geht am besten aus der Thatsache hervor, daß er im Parlament, wo die gewählten Vertreter der Nation sitzen, so gut wie keinen Wiederhall gefunden. Keine Partei, ja, kein Vertreter hat es für angezeigt gehalten, eine Erhöhung der Zivilliste des Herzogs von York, beziehungsweise des Vaters desselben, damit dieser dem Sohne ein größeres Taschengeld aussetzen könne, zu beantragen, oder die Bewilligung eines Geldgeschenkes an die junge Herzogin in Vorschlag zu bringen, wie das früher öfters geschehen. Der Weigerung des Ministeriums, den Vermählungstag zu einem

nationalen Feiertag zu erklären, setzten nur etliche „wilde" Tories den Versuch einer Opposition entgegen, und das Parlament selbst, worunter ich nur das „Haus der Gemeinen" verstehe — „Unterhaus" sagt heute kein Mensch mehr — hielt am 6. Juli seine regelmäßige Sitzung ab. Eine drastischere Illustration zum oben Gesagten kann man sich kaum denken: draußen wälzte, drückte, schob sich eine schier unabsehbare Volksmenge durch die festlich geschmückten Hauptstraßen des inneren London und der City, und drinnen, in unmittelbarster Nähe des Trubels und Jubels, tagten die Volksvertreter, als ginge sie das alles nicht das Geringste an. Die „Nation", die jubelte, und die Nation, die sie vertreten, decken sich eben nicht.

Vielleicht wäre aber trotzdem das Parlament mehr auf den Loyalitätslärmen eingegangen, wenn nicht zwischen dem alten Gladstone und der Königin ziemliche Gespanntheit herrschte. Gute Freunde sind die Beiden wohl nie gewesen, die Königin hielt es vielmehr mit Gladstone's Rivalen Beaconsfield-Disraeli, der als vollendeter Cyniker sie besser bei ihren schwachen Seiten zu nehmen verstand, als der bis zur Verzweiflung biedermeierliche Gladstone. Jedoch ist Gladstone wiederum ein so durch und durch an den Formen und Regeln der Etikette hängender Höflichkeitskommissarius, daß er seine Souveränin wenigstens nie persönlich verletzte oder gar à la Palmerston rüpelhaft insultirte. Ein Krakehl zwischen ihm und ihr ist nur bei grundsätzlichen Meinungsverschiedenheiten über konstitutionelle Fragen möglich.

Eine solche hat nun vor einiger Zeit obgewaltet und ob oder wie sie zu Ende geführt worden, ist bis jetzt noch nicht bekannt. Sie betrifft die Frage des Einflusses des Hauses der Lords auf den Gang der parlamentarischen Geschäfte. Gladstone's Plan ist, nach Durchberathung der Homerulebill, unbekümmert um die bereits sichere sofortige Ablehnung derselben durch die Lords, eine Reihe weiterer, auf dem ministeriellen Programm stehender Bills durchzuberathen, nach Jahresfrist die Homerulebill zum zweiten Mal an die Lords zu schicken und erst nach der eventuell wiederholten Ablehnung an das Land zu appelliren. Dem soll sich die Königin mit der Erklärung widersetzen, ein solches Verfahren sei nicht konstitutionell, in einer so wichtigen Frage müsse bei Meinungsverschiedenheit zwischen beiden Häusern sofort die Entscheidung der Wähler angerufen werden. Ich gestehe nun offen, in die Geheimnisse der britischen Konstitution nicht so tief eingeweiht zu sein, um die Frage entscheiden zu können, wessen Auffassung durch beweiskräftigere Präzedenzfälle unterstützt wird, jedenfalls scheint es mir eine allen modernen Ideen ins Gesicht schlagende Anomalie zu sein, wenn die erbliche Pairskammer — die freilich an sich schon einen argen Verstoß gegen diese Ideen darstellt — das Recht haben soll, nach Laune und Belieben den Moment einer Auflösung der gewählten Kammer zu bestimmen. Daß, wenn Lords und „Gemeine" sich über ein wichtiges Gesetz absolut nicht einigen können, eine Neuwahl stattfinden muß und je nach dem Ausfall dieser die Streitfrage entschieden wird, ist bei der heutigen Vertheilung der Rechte beider Häuser unvermeidlich, aber den Moment der Auflösung zu bestimmen, das muß meines Erachtens, so lange es die Majorität der gewählten Kammer hinter sich hat, beim Ministerium liegen.

Wie dem nun aber sei, so steht soviel fest, daß die von der Königin vertretene Auffassung vortrefflich in den Plan der Tories paßt, d. h. in die von diesen im Parlament befolgte Taktik. Dieselbe besteht darin, nach Menschenmöglichkeit Obstruktion zu treiben, die Debatte über die Homerulebill so lange hinzuziehen, damit einerseits die Wähler vollends einen Ekel an der Sache bekommen und zweitens die

ganze Session zu einer fruchtlosen gestaltet, das Zustandekommen jeder anderen, von den Liberalen ihren Wählern versprochenen Reform verhindert wird. Muß das Ministerium auflösen, ehe die Wählerregistrirungsbill, die Bill zur Schaffung von Gemeinde- und Distriktsvertretungen auf dem Lande, die Reform des Haftpflichtgesetzes 2c. erledigt sind, dann sind die Chancen der Liberalen keine besonders günstigen, zumal Herr William Harcourt, der jetzige Schatzkanzler und einer der Whigs im Ministerium, den Geniestreich begangen hat, das Defizit im diesjährigen Budget, statt durch eine demokratische Reform der Steuermethode, durch die bequeme, aber die Steuerzahler sehr ungleichmäßig treffende Erhöhung der Einkommenssteuer um einen Penny pro Pfund Sterling Steuerwerth zu decken. Die gegenwärtige industrielle Depression, die in den sinkenden Ex- und Importziffern ihren beredten Ausdruck findet, wird von den Tories ebenfalls den Liberalen in die Schuhe geschoben, als die natürliche Folge der unsoliden, die Ruhe des Landes beständig störenden Politik Gladstone's. Das ist nun selbstverständlich dummes Zeug, aber der Philister ist, wenn er schlechte Geschäfte macht, immer geneigt, allerhand Zufälligkeiten dafür verantwortlich zu machen und von anderen Zufälligkeiten, irgend einem Wechsel in der Politik, Besserung zu erhoffen. Und der Philister, die Masse der Unentschiedenen, entscheidet die Wahl.

Auch die sozialistische Bewegung ist unter dem jetzigen Wahlsystem den Liberalen und Radikalen gefährlicher als den Tories, da sie naturgemäß zunächst in den Kreisen der politisch vorgeschrittensten Elemente ihr bestes Agitationsfeld findet. Da bei den Wahlen das relative Mehr entscheidet, genügt in den meisten Wahlkreisen der Abfall von einigen hundert Stimmen vom liberalen auf den sozialistischen Kandidaten, um dem Tory den Sitz zu verschaffen. Es liegt auf der Hand, daß die Sozialisten sich durch diesen Umstand in ihrem Propagandawerk nicht aufhalten lassen können, vielmehr ist es Sache der Liberalen, durch Einführung des Systems der absoluten Mehrheit das Uebel nach Möglichkeit von sich abzuwenden. Man kann sagen, daß die Einführung der Stichwahlen weit mehr im Interesse der Liberalen als der Sozialisten liegt, obwohl sie unzweifelhaft auch den letzteren zu Gute kommen würde. Sie würde dem Geschwätz von der Unterstützung der Tories, der verkappten Torykandidatur, mit dem heute fast jede sozialistische Kandidatur zu rechnen hat, und das auf viele Arbeiter den gewünschten Eindruck erzielt, ein Ende machen, zugleich aber auch der Ausnutzung der sozialistischen Agitation durch die Tories und ihre Alliirten einen Riegel vorschieben.

Daß heute die Letzteren nur zu geneigt sind, den natürlichen Gegensatz zwischen Sozialisten und Liberalen behufs Durchstechereien mit den Ersteren zu benutzen, hat die Affaire Champion-Maltman-Barry bewiesen. Bezeichnend war auch, daß der einst den Sozialisten gegenüber so hochmüthige Herr Chamberlain sich kürzlich auf der Terrasse des Parlaments in ein längeres Gespräch mit Cunninghame Graham einließ. Keir Hardie wird von der unter radikalem Gewande die Geschäfte der Tories besorgenden Presse in jeder möglichen Weise kajolirt, da seine Taktik, die Liberalen, als die Mehrheitspartei, in erster Linie zu bekämpfen, ihnen natürlich angenehmer ist, als die von Burns, der je nach der vorliegenden Frage nach rechts und links mit gleicher Kraft dreinhaut.

Mir scheint die Burns'sche Taktik entschieden die richtigere, sie bringt die großen umfassenden Gesichtspunkte der sozialdemokratischen Bewegung besser zum Ausdruck als die Hardie'sche, die zu sehr von der Auffassung der Bewegung als einer nur ökonomischen beherrscht ist. Diese unstreitig zu einseitige Auffassung

hat sich in verschiedenen Ländern gelegentlich in den Vordergrund gedrängt und dann fast immer eine bedenkliche Neigung zu Anknüpfungspunkten mit politischen Reaktionärs gezeitigt.

Vielleicht ist auch der Umstand, daß im Norden und namentlich in Schottland die Liberalen das große Wort führen, für die unter den schottischen Sozialisten überwiegende Tendenz, die Gegnerschaft gegen die Liberalen in den Vordergrund zu stellen, verantwortlich zu machen. Ich will indeß auf diesen Punkt hier nicht weiter eingehen und kehre zur Kennzeichnung der Situation im Parlament zurück.

Die Konservativen und Unionisten haben ihre Obstruktionspolitik schon von Anfang der Session an nach allen Regeln der Kunst betrieben, bei der Adreßdebatte, bei der Debatte über die erste und zweite Lesung der Homerulebill und bei allen möglichen untergeordneten Anlässen. Der Hauptschachzug wurde aber für die Spezialberathung der Homerulebill vorbehalten. In diese rückten sie mit einem halben Tausend Gegen-Anträgen ein, die zu neunundneunzig Hundertsteln gar nicht ernst gemeint waren, sondern nur den Zweck hatten, Gelegenheit zur Vertrödelung von Zeit zu bieten. Ein großer Theil der meist von den Tirailleurs der Partei gestellten Anträge war direkt unsinnig und fiel, soweit sie nicht vom Vorsitzenden — der in England sehr weitgehende Vollmachten hat — als geschäftsordnungsmäßig unzulässig erklärt wurden, bei der Abstimmung flach unter den Tisch, d. h. nicht einmal die eigenen Parteileute stimmten dafür. Die anderen zerfielen in zwei Gruppen: die, welche die Bill durch alle möglichen Beschränkungen für die Irländer unannehmbar machen, und die, welche sie durch Uebertreibungen zu Falle bringen sollten. Und über beide wurde aus Leibeskräften debattirt. Das ging mehrere Wochen lang, und Gladstone verrieth nicht die geringste Neigung, der Geschichte Einhalt zu gebieten, ging vielmehr unermüdlich und mit der ihn auszeichnenden Miene der Ehrbarkeit auf die Reden der anderen Seite ein und antwortete in meist noch längeren Reden. Schließlich wurde man in radikalen Kreisen ungeduldig, die Session zog sich immer länger hin und kein Ende, kein Resultat war abzusehen. Radikale und liberale Vereine faßten Resolutionen, in denen die Regierung aufgefordert wurde, der Debatte Grenzen zu setzen. Nach hiesigem parlamentarischen Usus entscheidet nämlich der Vorsitzende, ob es an der Zeit ist, einen Schlußantrag zur Abstimmung zu bringen, und in wichtigen Dingen stellen die Vertreter der Regierung, die zugleich Abgeordnete sind, selbst die Schlußanträge. Ob Gladstone ursprünglich eine andere Taktik im Auge hatte und nur der Pression im eigenen Lager folgte, halte ich für zweifelhaft, wahrscheinlicher scheint mir, daß der alte Schlaufuchs von Anfang an auf dieses Ziel losgesteuert — genug, nachdem die Konservativen mit ihren Debatten über die im Prinzip längst entschiedenen ersten Paragraphen der Bill sechs Wochen vertrödelt, brachte er seinen Antrag auf Anwendung der Rede-Guillotine ein. Derselbe theilt die Bill in vier Gruppen ein, die jede bis zu einem bestimmten Termin erledigt sein müssen — wenn nicht, giebt's Schlußantrag. Und trotz aller Deklamationen der Konservativen wurde die „Rede-Gouillotine“, der „Knebel-Antrag“ nach zweitägiger Debatte mit 32 Stimmen Mehrheit angenommen.

Darüber große Entrüstung in den Reihen der Konservativen. Wie im Parlament, so schreien sie in ihrer Presse und in ihren Versammlungen Zeter und Mordio über die gemeuchelte Redefreiheit. Aber man muß sich schönstens hüten, ihre Entrüstung für echt zu nehmen. Sie stünde den Leuten schlecht an, die, als sie 1887 das Zwangsgesetz gegen Irland einbrachten, schon nach der Hälfte der jetzt bei der Homeruledebatte verstrichenen Frist dieselbe Rede-Guillotine in

Anwendung brachten. Die Redefreiheit gemeuchelt! Die Herren haben Zeit genug gehabt und haben noch immer Zeit genug, am Gesetz Kritik zu üben, ihre Amendements dazu zu begründen. Aber daß die Mehrheit verpflichtet sein soll, von der Minderheit Schindluder mit sich treiben zu lassen, das ist eine seltsame Interpretation der Redefreiheit. Alles hat seine vernünftigen Grenzen, und so auch die Redefreiheit, bezw. die Freiheit der Redelänge. Sie muß mit der im Ganzen verfügbaren Zeit im Verhältniß stehen. Dies ist auch den offiziellen und offiziösen Anarchisten zu entgegnen, wenn sie im Namen der „Redefreiheit" in den Versammlungen der Sozialdemokratie die Redezeit zu monopolisiren versuchen. Das Geschrei der Tories macht übrigens wenig Effekt, namentlich in sozialistischen Kreisen und überhaupt in den Kreisen der vorgeschrittenen Arbeiter macht man den Liberalen weniger zum Vorwurf, daß sie die Redeguillotine, als daß sie sie erst jetzt zur Anwendung bringen. Man wirft ihnen vor, die Obstruktion der Tories als willkommenen Vorwand benutzt zu haben, die im Newcastler Programm der Partei versprochenen Reformen auf die lange Bank zu schieben, und dieser Vorwurf scheint mir durchaus nicht unbegründet. Die Liberalen sehen wohl ein, daß sie etwas geben müssen, möchten aber recht langsam geben, um sich nicht vor der Zeit auszugeben.

Welcher Art die Tory-Opposition ist, hat sich erst gestern wieder gezeigt. Es stand die Klausel 9 der Homerulebill zur Debatte. Die Regierung schlägt vor, die Irländer im Parlament von Westminster auch nach Einführung von Homerule vorläufig zurückzubehalten, aber in verminderter Zahl. Statt wie jetzt 103 sollen sie dann nur 80 Abgeordnete haben, was ziemlich genau dem Verhältniß der jetzigen Bevölkerung Irlands zur Reichsbevölkerung entspricht. Nun haben die Tories und ihr Alliirter Chamberlain 1886 den Vorschlag Gladstone's, die Irländer aus dem Reichsparlament zu verabschieden, als halben Reichsverrath gebrandmarkt, weiter in der ganzen Wahlagitation dem Ruf der Gladstonianer nach Beseitigung der Pluralstimmen den Ruf nach Neueintheilung der Wahlkreise und Beseitigung der Anomalie, daß Irland 103 Abgeordnete habe, gegenübergestellt. Was aber thaten sie gestern? Erst sprachen und stimmten sie für einen Antrag des Parnelliten Redmond, der die Irländer im ihrer jetzigen vollen Stärke im Parlament zurückhalten will, und nachdem derselbe gefallen, sprachen und stimmten sie mit demselben Eifer für den Antrag eines der Ihrigen, die Irländer ganz aus dem Parlament auszuschließen.

Das ist doch wirklich nur Komödie, und obendrein schlecht gespielte Komödie. So aber geht es schon seit Wochen. Hätte Gladstone es nicht sonst mit fast der ganzen Klasse der oberen Zehntausend verdorben und große, weite Kreise der Bevölkerung in Mitleidenschaft ziehende Interessenverbindungen gegen sich, worüber ein andermal, so glaube ich, könnte er sich keine bessere Opposition wünschen, als ihm zur Zeit gegenübersteht. Vor allem kann er den Himmel preisen, daß im Haus der Gemeinen ein Chamberlain, im Haus der Lords ein Salisbury die Opposition führen, von denen der eine durch seine kleinlich giftige Kampfesweise, der andere durch seine oft sehr ungeschickten Spöttereien dem Gegner die wirksamsten Angriffspunkte darbieten. Indeß auch darüber ein andermal.

Cholera und Volksernährung.

Von **Dr. R. J. Beck.**

Die unermüdlichen Forscher auf dem Gebiete der Hygiene, Professor Dr. Emmerich und Professor Dr. Jiro Tsuboi, deren Schrift „Die Natur der Schutz- und Heilsubstanz des Blutes“ in Nr. 13 dieses Jahrganges der „Neuen Zeit“ erwähnt ist, haben eine neue für die Hygiene wichtige Entdeckung gemacht, welche auch für die Volkswirthschaft von Bedeutung und Erfolg sein wird.

Wie aus einem Aufsatze in der „Münchener Medizinischen Wochenschrift“ erhellt, haben genannte Forscher nämlich durch zahlreiche systematische Untersuchungen und Beobachtungen festgestellt, daß die Choleraerkrankung eine durch die Cholerabacillen verursachte Nitritvergiftung ist. Die Cholerabacillen haben die Eigenschaft, aus Nitraten (salpetersauren Salzen, z. B. Salpeter) und in geringerem Grade auch aus kohlensaurem Ammoniak salpetrige Säure zu bilden. Das gleiche Vermögen kommt allerdings auch einer Reihe von Bakterien zu, welche für gewöhnlich im Darm des Menschen vorkommen, ohne Krankheiten zu verursachen; der Cholerabacillus besitzt es aber in 4000mal stärkerem Grade als der ihm in dieser Beziehung am nächsten stehende Spaltpilz des menschlichen Darmes.

Die Vergiftung mit salpetriger Säure (durch den Darm) ergiebt, ähnlich der Arsenikvergiftung, die gleichen Erscheinungen wie die Cholera, und da die Abspaltung der salpetrigen Säure eine Lebensthätigkeit des Cholerabacillus ist, so steht ihre Produktion im Darme im gleichen Verhältniß zur Zahl der anwesenden lebenden Bacillen, also der eingewanderten und ihrer Vermehrung. Eine andere Lebensfunktion derselben ist die Produktion von Milchsäure aus Kohlehydraten, wodurch die alkalische Reaktion des Darminhalts, welche hauptsächlich dem Zufluß der Galle zu verdanken ist und der giftigen Wirkung der abgespaltenen salpetrigen Säure entgegenwirkt, allmälig aufgehoben und im unteren Theile des Darmes eine akute Vergiftung mit salpetriger Säure ermöglicht wird.

Die Frage, woher die Nitrate im Darm kommen, beantwortet sich in sehr einfacher Weise dahin, daß sie aus der Nahrung, und zwar vorzugsweise aus dem Trinkwasser stammen.

Das Trinkwasser der Brunnen enthält überall Nitrate und zwar oft ganz bedeutende Mengen. So z. B. giebt eine Zusammenstellung von Fischer, „Chemische Technologie des Wassers“, den Gehalt städtischer Brunnen an Salpetersäure an, wonach in 1 Liter Brunnenwasser (im Maximum) gefunden wurden: in Apolda 608 Milligramm, Barmen 550, Basel 400, Berlin 358, Bern 652, Bonn 334, Darmstadt 380, Dorpat 816, Fürth 463, Hamburg 387, Hannover 476, Hildesheim 342, Karlsruhe 214, Koblenz 229, Königsberg 114, Leipzig 437, Linden 220, Magdeburg 1130, Mailand 420, Otterndorf 247, Rotenburg 13. Daneben enthielten die meisten dieser Brunnen auch noch Spuren von salpetriger Säure und Ammoniak. Besser sind in dieser Beziehung die Quellwasser, welche zu städtischen Wasserversorgungen verwendet werden. Sie enthalten meist keine Salpetersäure oder nur sehr wenig.

Hier ist also eine ganz allgemeine Quelle der Versorgung des Darmes mit Nitraten gegeben: das Trinkwasser aus Brunnen, wo es durch den menschlichen Verkehr verunreinigt wird.

Daß das Vorkommen von Nitraten im Brunnen- und Quellwasser schon lange als ein Zeichen seiner Verunreinigung, und zwar der Verunreinigung mit

faulenden thierischen Stoffen, gilt, ist wohl allgemein bekannt; neu ist aber, daß die Nitrate selbst zur Erzeugung des Giftes dienen, dessen Wirkungen im Körper die Erscheinungen der Cholera hervorrufen.

Eine andere Quelle von Nitraten sind vegetabilische Nahrungsmittel, und zwar in erster Linie die verschiedenen Rüben (auch die Rettiche), dann der Salat und alle grünen Gemüse, aber auch in geringerem Grade die Getreidearten und die Kartoffeln. Da in allen diesen Nahrungsmitteln neben den Nitraten die zur Milchsäurebildung nöthigen Kohlehydrate vorhanden sind, so ist es klar, daß ihr Genuß allein schon dem Cholerabacillus die Möglichkeit der Bildung und Freimachung von salpetriger Säure im Darm bietet, während zu dem Genuß von nitrathaltigem Brunnenwasser erst noch der Genuß von Kohlehydraten hinzukommen muß, um die gleiche Möglichkeit der Vergiftung zu bieten.

Es wird dadurch sofort begreiflich, wie es möglich ist, daß ein Mensch in seinem Koth große Mengen Cholerabacillen entleert, ohne cholerakrank zu sein. Wenn er eine von Kohlehydraten freie Nahrung — reine Fleischnahrung — genoß, mußte es so kommen, sobald er Cholerabacillen schluckte, wenn er auch gleich nitrathaltiges Wasser trank.

Anderseits ergeben sich auch ganz neue Möglichkeiten für die Erklärung heftiger Epidemien bei einer Gruppe gleichmäßig ernährter Personen, wie 1873 in der bayrischen Gefangenenanstalt Laufen am Inn und im Januar dieses Jahres in der Irrenanstalt Nietleben.

Daß eine Verschleppung der Cholerabacillen selbst durch die rigorosesten Maßregeln der Verkehrshemmung nicht verhütet werden kann, ist eine anerkannte Thatsache. „Man kann den Verkehr nie pilzdicht gestalten“, sagt Pettenkofer. Es ist also von vornherein anzunehmen, daß in Zeiten der Cholera ihre Bacillen überall hinkommen, also auch nach Laufen 1873 von München aus, nach Nietleben von Hamburg, Altona oder einem der Orte in Mecklenburg und Schleswig-Holstein, wo auch im Januar 1893 noch Cholera vorkam. Daß ihre Einschleppung nicht sofort Cholera erzeugte, konnte daher rühren, daß die Nahrung der Insassen der Anstalt nitratfrei war. Wenn nun plötzlich eine Verunreinigung des Trinkwassers mit Nitraten geschah, oder die Kost nitratreich wurde, wie z. B. durch reichlichen Genuß von Rüben, so mußte bei der gleichmäßigen Ernährung aller Insassen ein einer allgemeinen Vergiftung ähnlicher Ausbruch der Seuche eintreten.

Ob diese Erklärung gerade für die genannten Fälle zutrifft, kann hier nicht untersucht werden. Jedenfalls **kann** durch eine Verunreinigung von Speise und Trank mit Nitraten der Ausbruch einer Choleraepidemie verursacht werden und das ist für die Volksernährung von großer Wichtigkeit.

„Es ist einleuchtend“, sagen die Autoren des Aufsatzes in der „Münchener Med. Wochenschrift“, „daß die auf vegetabilische Nahrung hauptsächlich angewiesene ärmere Bevölkerung der Städte in der Regel ausschließlich oder vorzugsweise erkrankt. Unter den disponirenden Momenten spielt in der That die Nahrung die Hauptrolle und ihr Einfluß ist viel unmittelbarer und durchsichtiger, als bei anderen Infektionskrankheiten. Die meist rein vegetabilische Nahrung der armen Bevölkerung ist nicht bloß reich an Nitraten, sie bietet vielmehr gleichzeitig die Möglichkeit, daß die Cholerabacillen aus Kohlehydraten Säuren bilden, welche das Freiwerden der salpetrigen Säure und die deletäre Wirkung derselben auf das Darmepithel 2c. ermöglichen.“

Aus einer früheren Arbeit der gleichen Forscher entnahmen wir (Nr. 13 dieses Jahrgangs) die volkswirthschaftlich bedeutsame Lehre, daß eine gute

Ernährung die beste und natürlichste Waffe des menschlichen Körpers im Kampfe gegen die pathogenen Bakterien, also gegen alle Infektionskrankheiten ist; aus dieser neuen Arbeit derselben ergiebt sich die nicht minder bedeutsame Lehre, daß reichliche Fleischkost das sicherste Mittel gegen Erkrankung an Cholera ist, ja, daß Fleischkost in gewissem Sinne immun gegen Cholera macht.

Welchen Werth diese Thatsachen für die Therapie der Cholera haben, läßt sich hier ohne zu weit gehende fachmännische Erörterungen nicht ausführen. Für die Vorbeugung ist ihr Werth naheliegend und Jedermann einleuchtend; hier ist die Erfahrung der wissenschaftlichen Forschung zuvorgekommen, indem ja vor dem Genuß von Salat, Gemüsen 2c. von den Aerzten bei Choleragefahr schon längst gewarnt wurde. Diese Warnung hat aber jetzt einen greifbaren Grund erhalten.

Am wichtigsten erscheinen jedoch die Folgerungen für die Sanitätspolizei und die öffentliche Gesundheitspflege. Die Beschaffung guten, besonders nitratfreien Trinkwassers ist jetzt viel dringlicher geboten als bisher; werthlos dagegen — wenigstens für die Abwehr der Cholera — erscheint der Vorschlag, das Trinkwasser zu filtriren. Denn das Wasser ist nicht der einzige, ja nicht einmal der häufigste Verbreitungsweg der Cholerabacillen, und wird ihnen auch dieser Weg durch Filtrirung abgeschnitten, so bleiben hundert andere Wege, auf denen sie in den Darm gelangen können.

Zu dem nitratfreien Trinkwasser muß aber auch eine nitratfreie Nahrung kommen, wenn Cholerainfektion sicher verhütet werden soll.

Hoch erfreulich ist nun zu sehen, wie vor diesen Forschungsergebnissen all die ungeheuerlichen Forderungen, die an das Bestreben, „den Verkehr pilzdicht zu gestalten", angeknüpft wurden, verschwinden müssen. Denn Niemand wird noch kostspielige Maßregeln gegen die Verbreitung der Bacillen verlangen, wenn es möglich ist, den Menschen für sie unempfindlich zu machen. Und hierin liegt der hohe volkswirthschaftliche Werth dieser Entdeckung, da es trotz Aufwendung der größten Kosten noch nie gelungen ist und wohl auch nie gelingen wird, die Cholerabacillen durch Desinfektion auszurotten und ihre Verbreitung zu verhindern, während es mit Sicherheit durchführbar ist, nitratfreies Trinkwasser zu beschaffen, den Konsum nitrathaltiger Nahrungsmittel auf eine bestimmte Zeit zu unterdrücken und der gesammten Bevölkerung ebenso lange reichliche Fleischkost zu verschaffen.

Für geschlossene Anstalten sind diese Maßregeln jedenfalls leicht durchführbar und Hausepidemien wie 1854 in Zwiefalten, 1866 im Juliusspital in Würzburg, 1873 in Laufen und 1893 in Nietleben können für die Zukunft sicher verhütet oder wenigstens in ihrem Entstehen unterdrückt werden.

Aber auch für die allgemeine Vorbeugung gegen Cholera eröffnen sich jetzt ganz neue, erfreuliche Aussichten. Die Beschaffung reinen Trinkwassers ist ja schon eine alte Forderung der Hygiene; es kommt dazu jetzt die klare, unzweideutige Bestimmung, daß ein bestimmter Gehalt an Nitraten jedes Trinkwasser zum Ausschluß vom menschlichen Gebrauch verurtheilt und bei drohender Cholera selbst der geringste Gehalt an Nitraten den Ausschluß zur Folge haben muß. Das Wichtige in volkswirthschaftlicher Hinsicht ist dabei, daß der Nachweis einer bestimmten Art und Zahl von Bacillen im Wasser immer schwierig, zeitraubend und an die Kenntniß bestimmter Spezialuntersuchungsmethoden geknüpft ist, während der Nachweis von Nitraten leicht und schnell zu bewerkstelligen ist, sowie daß nitratreiches und auch bacillenführendes Wasser selbst zu Zeiten einer Epidemie als

Nutzwasser zum Waschen, Spülen u. dgl. zulässig erscheint, es also nicht der Absperrung von Brunnen und Wasserleitungen bedarf, auch nicht der Desinfektion alles Trink- und Nutzwassers durch Abkochung, sondern nur der Sorge für gutes, nitratfreies Trinkwasser. Die Einfachheit dieser Forderung würde dazu beitragen, daß in Zeiten einer Choleraepidemie das Publikum von selbst den Genuß nitrathaltigen Trinkwassers meidet und sich an das öffentlich als unschädlich bekannt gegebene nitratfreie Trinkwasser hält.

Aehnlich wird es wohl mit den nitrathaltigen vegetabilischen Nahrungsmitteln gehen. Ist einmal eine Liste derselben öffentlich bekannt gegeben und ihr Verkauf auf Märkten und in öffentlichen Verkaufsstellen verboten, so thut die Angst vor der Cholera das Uebrige, um alle diese Nahrungsmittel in Cholerazeiten vom Tische der Armen wie der Reichen auszuschließen. Es wäre aber auch darauf Bedacht zu nehmen, daß der Anbau von nitratfreien Vegetabilien gepflegt und nitrathaltige durch geeignete Kultur nitratfrei gemacht würden. Wir wissen z. B. von den Kartoffeln und von der Gerste, daß sie bei starker Düngung mit Jauche u. dgl. nitrathaltig werden, während sie in der Regel wenig oder gar keine Nitrate enthalten. Es giebt aber eine so große Reihe von nitratarmen und nitratfreien vegetabilischen Nahrungsmitteln (z. B. Obst), daß ein zeitweiliger Ausschluß der nitratreichen sehr wohl durchführbar ist und kaum als eine drückende Last empfunden würde.

Am schwierigsten erscheint auf den ersten Blick wohl die Durchführung reichlicher Fleischkost für die gesammte Bevölkerung zur Zeit der Choleragefahr, aber doch eigentlich nur wegen des Kostenpunktes. Scheut man die Kosten nicht, so ist selbst die reichliche Versorgung einer Großstadt, wie z. B. Hamburg, mit billigem Fleisch kein Ding der Unmöglichkeit, da es ja für den größten Theil der Bevölkerung genügen würde, Fleisch zu billigerem Preise als sonst zu bekommen, und nur ein kleiner Theil unentgeltlich damit zu versorgen wäre.

Im Vergleich mit den ungeheuren Kosten, welche die peinliche Ausführung einer Desinfektion macht, durch welche nur zerstört und stets mehr als nöthig zerstört wird, im Gegensatze zu der Schädigung alles Erwerbs, welche die Absperrungsmaßregeln nach sich ziehen, und im hellen Widerspruch gegen die unmenschlichen Gewaltthätigkeiten und grausamen Eingriffe in das Familienleben, welche die erzwungene Krankenhauspflege mit sich bringt, erscheint die zeitweilige reichliche Versorgung der bedrohten Bevölkerung mit billiger Fleischnahrung als ein auf Kosten der Gesammtheit gemachter Aufwand zu produktiven Zwecken, der nebenbei Handel und Gewerbe belebt und an die Stelle des Jammers und der Verzweiflung das Gefühl der Sicherheit, wohlthuender Sättigung und der Befriedigung setzt.

Was 18000 Erkrankungs- und 8000 Todesfälle für einen Verlust an Kapital und Arbeitskraft bedeuten, läßt sich nur annähernd schätzen; nimmt man dazu die Kosten der Desinfektion, des Krankentransports, der Krankenpflege, des außerordentlichen ärztlichen Dienstes*, so ergiebt sich jedenfalls eine Summe, die zur Fleischversorgung weitaus hinreichend gewesen wäre. Anderseits ist aber auch zu bedenken, wie viele Millionen Schaden der Handel Hamburgs durch die Cholerafurcht und die Absperrungsmaßregeln im vorigen Jahr erlitten hat. Und da wird man wohl behaupten dürfen, daß ein Theil von diesen zu Verlust gegangenen Millionen genügt hätte, ganz Hamburg einige Wochen lang mit

* Was der Stadt Hamburg allein 4 Millionen Mark gekostet haben soll.

billigem Fleisch zu versorgen, damit das Leben von Tausenden zu erhalten und die Seuche zum schnellen Erlöschen zu bringen.

Dr. Zadek hat in dieser Zeitschrift das wohlbegründete Verlangen ausgesprochen, man solle durch internationale Vereinbarung die Brutstätte der Cholera in Indien assaniren und dadurch sie ein- für allemal vertilgen. Es ist leider nach den bisherigen Erfahrungen über internationale Maßregeln gegen die Cholera nicht zu hoffen, daß England sich zu diesem großartigen Humanitätswerke zwingen läßt. Wir haben aber jetzt neue Maßregeln kennen gelernt, welche jeder Staat für sich anwenden kann, um die Bevölkerung vor der Cholera zu schützen, auch wenn der Cholerabacillus immer wieder von Indien nach Europa wandert. Freilich, so lange die sogenannten zivilisirten Staaten den größten Theil ihrer Ausgaben darauf verwenden, sich zur Vernichtung menschlichen Lebens tüchtig zu machen, ist zu befürchten, daß für die Erhaltung des Lebens durch Bewilligung von Mitteln für reines Trinkwasser und reichliche Fleischkost nichts mehr übrig bleibt.

Und doch hoffen wir, daß die neuen Forschungsergebnisse, die wir besprochen, so angewendet werden, daß wir vor Choleraepidemien künftig verschont bleiben. Das erste Zeichen dafür, daß diese Anwendung geschieht, wäre eine Ergänzung des Seuchengesetzes im Sinne der Maßregeln, wie sie sich aus diesen Forschungsergebnissen folgern lassen. Ohne diese Ergänzung könnten sonst leicht Diejenigen Recht behalten, welche behaupten, daß das Seuchengesetz in seiner jetzigen Gestalt zwar vexatorisch genug wirken könnte, zur Verhütung einer Choleraepidemie sich aber ebenso ungeeignet erweisen werde, wie ein Sieb zum Wassertragen.

Wie in Frankreich Wahlen gemacht werden.

Von **Gustav Köhl.**

Die politischen Tagesblätter Europas füllen schon seit Monaten, schon seit fast einem Jahre ihre Spalten mit den wunderbarsten Mittheilungen über Skandalgeschichten, falsche „Dokumente", Studentenunruhen und allerlei Charivari, das Frankreich in Angst und die Welt in erregtes Erstaunen versetzt. Was steht diesem Lande bevor, frägt man sich, dessen krasse Korruption ihm aus allen Poren quillt und ihren eklen Eiter über seine blühenden Gefilde ausgießt. Wird es an den Krankheiten, die seinen Körper durchwühlen, zu Grunde gehen, wird es sein verpestetes Blut durch eine glückliche Revolution reinigen, oder — ist es so ganz unwahrscheinlich? — wird es sich den Kraftkuren eines noch kommenden zäsarischen Doktor Eisenbart anvertrauen?

Die französische Bourgeoisie ist, bei der wirren Kopf- und Haltlosigkeit, in der sie sich befindet, zu Allem fähig. Die kurze Zeit ihrer absoluten Herrschaft seit den denkwürdigen Tagen der erdrosselten Kommune war nur ein unaufhaltsames, unaufhörliches Abwärtsrutschen auf der schiefen Ebene ihres Thronsitzes. Diese ganze Periode der Bourgeoisherrschaft, wie gleicht sie doch jener andern Periode, wo ein vom Bürgerthum eingesetzter und am Gängelbande geführter Monarch den Geschicken Frankreichs präsidirte! Es wird, wenn einst diese zweite Epoche bürgerlicher Vögteherrschaft gestürzt ist, für den Historiker eine dankbare Aufgabe sein, sie mit der Zeit des Bürgerkönigthums zu vergleichen und die fast stereotype Uebereinstimmung beider Interregna festzustellen.

Für uns genügt es, heute darauf hinzuweisen, daß zu keiner anderen Zeit der unversöhnliche Haß der Bourgeoisie gegen das Proletariat so unverhüllt, so brutal hervorgetreten ist, als damals und heute. Oh, es ist der Bourgeoisie unausstehlich, daß das Proletariat in Frankreich mehr Versammlungs- und Redefreiheit

genießt als in den Nachbarstaaten, dieses Proletariat, das die verabscheute Kommune gemacht hat und nicht länger die Orgien der Bourgeoisie mit seinem Schweiße und mit seinem Blute bezahlen will. Es ist der Bourgeoisie ein Greuel daran zu denken, daß seit dem Aderlaß der Semaine sanglante, seit den verflossenen zweiundzwanzig Jahren eine junge, kräftige Proletariergeneration herangewachsen ist, die in den Traditionen ihrer Väter lebt. Sie schnaubt Rache gegen diese neue Generation, die ihr einst gefährlich werden könnte. Darum rasch, ihr Polizeisoldaten und du, Armee, vorwärts, die Bourgeoisie hat einige „journées" nöthig, einige Tage, in denen Proletarierblut in Strömen fließt . . .

Ah, wie sie diesem Dupuy zujubelte, als er durch eine schändliche Ueberrumpelung die Arbeitsbörse schloß und die Arbeiter daraus vertrieb! Wie sie sich freute, wie sie höhnte, als die vorgeschrittenen Elemente des Volks die Nachricht mit Zähneknirschen und erregtem Herzen vernahmen! „Der kräftige und gerechte Akt des Herrn Dupuy hat die Radikalen in Wuth versetzt", schreibt der „Figaro" vom 8. Juli, „wie das ja leicht vorauszusehen war; aber ihr kluger Zorn macht sich nur in tönenden Phrasen und dickwanstigen Worten Luft. So ist also Alles vortrefflich und man kann den jetzigen Minister nur beglückwünschen, eine Maßregel ausgeführt zu haben, die schon lange nothwendig war und die schon oftmals von mehreren Staatsmännern, unter anderem von Constans, gewünscht und gepriesen worden war. Es ist zu wünschen, daß Herr Dupuy bis zum Ende dieser „Operation" die Energie bewahrt, von der er uns seit zwei Tagen Beweise geliefert hat."

Dupuy, der Todfeind des Pariser Volkes, und Constans, den Paul Lafargue einmal als die französische Duodezausgabe Bismarcks bezeichnet hat und der noch dampft von dem Blute, das er in Fourmies vergossen: das sind zwei herrliche Freunde des „Figaro". Als Dritter im Bunde fehlte nur noch Gallifet, der Würger der Kommune, und Frankreich stände unter der Herrschaft eines Triumvirates, von dem es sein Heil erwarten könnte.

In der That aber haßt der jetzige Ministerpräsident Dupuy einen Menschen noch mehr als die Arbeiterklasse und dieser Mensch ist gerade der, mit welchem ihn der „Figaro" so liebevoll verglichen hat: Constans. Constans ist der kommende Mann, der Liebling der Bourgeoisie, der „Retter" Frankreichs. Vor kurzem hatte er in Toulouse seine Wahlrede gehalten, die so geschmeidig war, daß sie den Forderungen fast aller bürgerlichen Fraktionen gerecht wurde. Dupuy durfte ihm die Antwort hierauf nicht schuldig bleiben. Aber was er zu sagen hatte, befriedigte nicht. Die Bourgeoisie ist mißtrauisch geworden in Frankreich, sie traut nicht mehr den Worten stellenjägerischer Minister, sie traut nur noch Thaten.

Es sind düstere Zeiten, die über das alte Europa hereinbrechen. Das Proletariat wird zu vollsaftig, es muß ihm zur Ader gelassen werden. Wer verstand dies aber besser als Constans, der Mörder von Fourmies? C'est Constans, qu'il nous faut, klang es aus allen reaktionären Organen beständig wie Gespenstergesang in die Ohren des Ministers, ihm seinen nahen Sturz verkündend. Dupuy mußte also eine andere, bessere, energischere Antwort geben, eine Antwort, die alle bürgerlichen Herzen vor Freude jubeln machte. Er mußte den „kommenden Mann" in den Schatten stellen und sich als ihm überlegen zeigen — im Erwürgen des Proletariats.

Etwas muß rückhaltlos anerkannt werden: Dupuy hat sich als Meister gezeigt. Er hat die Lage richtig erkannt und verstanden, daß es galt, einen Coup zu machen, der alle vorhergehenden Wahlmanöver an Großartigkeit übertreffe. In kurzer Zeit sollen die Erneuerungswahlen der Deputirtenkammer stattfinden und noch immer hatte die Regierung nichts von sich hören lassen als Worte. Was sind aber Worte in unserem kurzlebigen, vergeßlichen, tollen Zeitalter? Schon seit mehr als einem Jahre begnügen sich die bürgerlichen Parteien nicht mehr mit Worten. Sie bereiten sich durch die unglaublichsten Bocksprünge auf die Wahlen zur legislativen Versammlung vor. Zuerst, schon vor einem Jahre wurde die Panama-Komödie aufgeführt, die von den Royalisten und Antisemiten in Szene gesetzt wurde. Schon lange,

lange vor diesem Zeitpunkte war die Eiterbeule reif, die in der Geschichte der Korruption Frankreichs den Namen Panama-Skandal führen wird. Aber sorgsam und künstlich wurde sie am Aufgehen verhindert. Sie wurde gepflegt und behütet — bis zu einem Zeitpunkte, der unter dem Zeichen der Wahlen stand! Dann mit einem Rucke wurde sie zum Platzen gebracht und das entsetzte Frankreich fühlte, wie die Eiterflecke es besudelten.

Das war die Wahlpropaganda der Reaktion.

Dann, als die Kammer durch den unaufhörlichen Skandal ein halbes Jahr Arbeit versäumt hatte, bemächtigte sich ihrer ein wahres Arbeitsfieber, das viel richtiger als Wahlfieber bezeichnet werden könnte. Sie wollte den Wählern zeigen, daß sie auch arbeiten könne und daß ihre Kraft nach fünfjährigem Schlafe nicht erschöpft war. Und dabei zeigte sie sich ungemein eifrig. An einem einzigen Tage erledigte sie das Handelsbudget, stimmte dem Budget der Kolonien zu, berieth das Finanzbudget und arbeitete sich dann noch durch das Budget der Landwirthschaft durch . . . mit heißem Bemühen! An einem einzigen Tage und dazu noch im Juli stimmte diese Kammer, die wohl einzig in ihrer Art ist, über vier Budgets ab. Die armen Steuerzahler!

Am 5. Juli zeigte sich dann die Kammer auch freigebig. Aus eigener Initiative besserte sie den Gehalt einer Anzahl der unteren Postbeamten auf — in der Hoffnung, der Senat würde die dazu erforderlichen Kredite nicht gewähren, was dieser auch pflichtschuldigst ausführen wird.

Der Streich Ducret-Norton, durch welchen die Boulangisten ihre Wahlpropaganda durch die That machen wollten, mißlang. Der Streich fiel auf sie zurück. Sie gingen blind in eine Falle, die ihnen ein bis jetzt noch nicht bekannter Schlaumeier — Constans? — gelegt hatte.

Constans selbst hatte seine Wahlpropaganda in Fourmies gemacht. Seit seinem Sturze hatte er hinter den Kulissen gewühlt und nur ab und zu sah man seinen Schatten gespenstergleich über die Bühne huschen.

Und immer noch hatte die Regierung nichts gethan, was ihr das Bürgerthum zugeneigt machen konnte. Die Opportunisten in der Kammer fingen bereits zu grollen an gegen eine Regierung, die unfähig schien, für ihre Anhänger thatkräftige Propaganda zu machen und ihnen eine Wahlparole zu geben. Man hatte sich also in Dupuy getäuscht und unter der Hand sah man sich nach einem geschickteren Ministerpräsidenten um.

Da kam der Regierung ein rettender Gedanke.

Es galt, sich, wie einst der gefürchtete Constans, als „Retter Frankreichs" aufzuspielen, es galt das Gespenst einer proletarischen Revolution hervorzuzaubern, dem Bürgerthum angst und bange zu machen und dann die keimende Revolution blutig niederzuschlagen.

Ein Vorwand war schnell gefunden.

Ueber die Funktionirung der Arbeitsbörse bestand ein Gesetz vom Jahre 1884, das besagte, die Arbeitergewerkschaften könnten ihre Statuten bei der Polizeipräfektur bekannt geben, sowie Namen und Adressen ihres Vorstandes anzeigen. In diesem Falle genossen die Gewerkschaften einige Vorrechte. Mit keinem Worte jedoch sagte das Gesetz, daß die Gewerkschaften gezwungen seien, ihre Situation auf oben bezeichnete Weise zu legalisiren. Herr Dupuy wußte sich zu helfen. Vor einigen Wochen verkündigte er, daß sich alle Arbeiterorganisationen dem Gesetze von 1884 zu unterwerfen hätten, widrigenfalls sie aus der Arbeitsbörse verjagt würden. Dabei hatte er das Gesetz nach seiner Art interpretirt. Er behauptete, alle Arbeiterorganisationen seien verpflichtet, ihre Statuten und die Adresse ihrer Vorstandsmitglieder auf der Polizeipräfektur zu deponiren.

Die Gewerkschaften wehrten sich gegen diese gesetzbrecherische Gesetzesauslegung des obersten „Hüters der Gesetze". So geringfügig der ganze Streit auch war, sie hielten darauf, nicht unter Polizeiaufsicht gestellt zu sein.

So rückte der Zeitpunkt näher, an welchem der Minister seinem Machtspruche durch die Macht Nachdruck verleihen und der Bourgeoisie seine „Energie" zeigen wollte.

Die Schließung der Arbeitsbörse für die Gewerkschaften, die sich nicht unterworfen hatten — etwa die Hälfte aller der Arbeitsbörse angehörigen Syndikate — sollte an einem der ersten Tage des Juli stattfinden.

Vorher ereignete sich jedoch ein Zwischenfall, der beinahe den Schlachtenplan des jetzt in den Augen der Bourgeoisie „großen" Politikers vereitelt hätte.

Studenten erregten — aus einem Grunde, der für uns ohne Bedeutung ist — Unruhen im Quartier latin. Diese Unruhen, über welche die Bourgeoisiepresse bezeichnender Weise gar nicht nachsichtig genug urtheilen konnte, waren immerhin bedeutend genug, der Regierung zu schaffen zu machen. Sie verhinderten den Minister, seinen Plan betreffs der Arbeitsbörse zur Ausführung zu bringen, da er befürchten mußte, daß die Schließung der Arbeitsbörse Arbeiterunruhen hervorriefe, die im Verein mit den Studentenunruhen von unabsehbarer Tragweite gewesen wären.

Der Konflikt mit der Arbeitsbörse mußte also hinausgeschoben werden und aus diesem Grunde zeigte sich der kluge Minister, so lange die Unruhen im Quartier latin dauerten, der Arbeitsbörse gegenüber versöhnlich. Der Richter, sagte er, solle den Streit schlichten; dieser allein sei kompetent in der Auslegung der Gesetze.

Damit gaben sich die arglosen Arbeiter zufrieden.

Neben diesem Aergerniß brachten die Studentenunruhen dem „Retter Frankreichs" aber auch Vortheile. Sie ermöglichten ihm ein ganzes Heer in Paris zusammenzuziehen, das seiner Befehle harrte. Aber der Ministerpräsident dachte gar nicht daran, die Truppen gegen die bürgerliche Jugend und die Kiosk-Anzünder zu richten: er sparte sie auf für bessere Zwecke.

Der etwas kindische Aufruhr der studirenden Welt verlief denn auch sehr bald im Sande. Und nun ging Dupuy daran, seinen alten Plan zur Ausführung zu bringen.

Die Finte von der gerichtlichen Entscheidung war nur zu gut gelungen und hatte die Arbeiter wenn nicht gerade an die Freundschaft, so doch an die Ehrlichkeit der Regierung glauben machen. Sie waren zwar immer noch besorgt über den Ausgang des Streites, aber sie glaubten es mit einem nicht unanständigen Feinde zu thun zu haben, der nicht auf Verrath sinne. In Folge dessen ließen sie in ihrer Wachsamkeit nach.

Die Regierung jedoch schreckte nicht vor einem Wortbruche zurück. In aller Stille traf sie ihre Vorbereitungen und am Nachmittage des 6. Juli zwischen 4 und 5 Uhr überrumpelte sie in der schamlosesten Weise die zwar festungsähnliche, aber von Vertheidigern entblößte Arbeitsbörse.

Das war die Wahlpropaganda der Regierung.

Es hat jedoch den Anschein, als ob die Regierung hierbei ohne die Arbeiter gerechnet habe. Die Arbeiter sind zwar zornerfüllt über den Handstreich der „republikanischen" Regierung, aber sie dürften ihr nicht den Gefallen erweisen, auf die Straße hinabzusteigen und sich niederkartätschen zu lassen.

Die Leser der „Neuen Zeit" werden, wenn diese Zeilen erscheinen, durch die Tagespresse schon erfahren haben, welche Gegenmaßregel das Proletariat zu ergreifen gedenkt, um den Staatsstreich der Regierung zu paralysiren. Vorläufig ist Alles ruhig in der Hauptstadt. Die Arbeiter dürfen und können sich nicht rühren, denn die Stadt ist militärisch besetzt. Wenn man den Studentenunruhen gegenüber nachsichtig war, Arbeiterunruhen würde man blutig niederschlagen.

Wie dieser Klassenkampf enden wird, vermag heute noch Niemand vorauszusehen, ob aber der Wahlcoup des Herrn Dupuy besser gelingt als der der Boulangisten, ist sehr zu bezweifeln.

Literarische Rundschau.

G. Maspéro, **Aegypten und Assyrien.** Geschichtliche Erzählungen für Schule und Haus. Deutsch von D. Birnbaum. Mit 190 Abbildungen. Leipzig, B. G. Teubner. XII, 401 Seiten.

Der berühmte französische Orientalist giebt uns in vorliegendem Werke anschauliche Schilderungen des sozialen Lebens der alten Aegypter und Assyrer. Dem Charakter der Denkmäler entsprechend, die von der Vergangenheit jener Völker sprechen, stehen die Darstellungen des Hof- und Kriegslebens im Vordergrund. Darüber haben die Geschichtschreiber immer am Besten Bescheid gewußt. Aber auch das Volksleben hat Maspéro nicht außer Acht gelassen. Das Buch dürfte am Besten charakterisirt werden durch einige Stellen, die über die Lage der industriellen Arbeiter im alten Aegypten unter Ramses II. (14. Jahrhundert vor unserer Zeitrechnung) Aufschluß geben. Der Dichter singt von ihnen (Seite 6): „Ich habe den Schmied bei seiner Arbeit gesehn, am offenen Schlunde seines Ofens, — er hat Hände wie ein Krokodil und ist so schmutzig wie Fischleich. — Die verschiedenen Handwerker, welche den Meißel führen — haben sie mehr Ruhe als der Bauer? Ihr Feld ist das Holz, welches sie schnitzen, ihr Gewerbe ist das Metall: selbst in der Nacht werden sie geholt — und sie schaffen über ihr Tagwerk hinaus — sogar in der Nacht ist ihr Haus erleuchtet und sie wachen. — Der Steinmetz sucht Arbeit an allen möglichen harten Steinen. — Wenn er die Ausführung seiner Aufträge vollendet hat — und seine Hände müde sind, ruht er wohl? — Er muß von Sonnenaufgang an auf dem Bauplatz sein, — selbst wenn ihm Knie und Rücken zu brechen drohn. — Der Barbier rasirt bis tief in die Nacht. — Um etwas zu essen zu haben und bei Seite legen zu können, — muß er von Haus zu Haus eilen, — seine Kunden aufzusuchen, — er muß sich und seine beiden Hände abarbeiten, um seinen Magen zu füllen; — es gilt wie vom Honig, der allein ißt ihn, der ihn sammelt. — Der Färber: seine Hände riechen übel, — sie haben den Geruch fauler Fische, — die Augen fallen ihm zu vor Müdigkeit, — aber seine Hand rastet nicht — mit dem Ordnen der Zeuge — er verabscheut alles Tuch. — Der Schuster ist sehr unglücklich — und klagt beständig — er hat nur sein Leder zu nagen — seine Gesundheit ist die eines verendeten Fisches."

Die Arbeiter waren theils freie, selbständige Arbeiter, theils Sklaven und Frohnarbeiter. Wo diese in Massen zusammenarbeiteten, kam es nicht selten zu Strikes. Einen solchen beschreibt uns Maspéro sehr lebendig (Seite 33):

„Plötzlich erhebt sich am Ende der Straße ein großer Lärm, die Menge schiebt sich hastig auseinander, etwa einhundert schreiende, sich lebhaft bewegende, das Gesicht mit Lehm und Mörtel verschmierte Arbeiter kommen daher, drei oder vier erbärmlich aussehende Schreiber in ihrer Mitte führend. Es sind die bei den neuen Bauten des Muttempels beschäftigten Maurer; sie striken und wollen ihre Klage vor den Gaugrafen, Stadtvorsteher und obersten Leiter der königlichen Arbeiten, Psaru, bringen. Diese kleinen Aufstände sind nicht selten, die Ursache aller ist stets Hunger und Elend. Der größte Theil der Bezahlung besteht in Getreide, Durra, Oel und andern Mundvorräthen, welche von den Vorstehern gewöhnlich am ersten jeden Monats ausgetheilt werden und welche bis zum ersten nächsten Monats reichen sollen. Das jedem zugestandene Maß wäre sicherlich genügend (? siehe das Folgende! Die Redaktion), wenn es mit Sparsamkeit eingetheilt würde. Aber man spreche von Sparsamkeit, wenn die Leute von der härtesten Arbeit halb verhungert heimkehren, nachdem sie am Mittag höchstens zwei kleine Fladen genossen haben, die sie mit einem Trunk schlammigen Wassers hinunterwürgen mußten. An den ersten Tagen des Monats sättigt sich die Familie gehörig (welche Verschwendung! Heilige Spar-Agnes, hilf!), ohne die Vorräthe zu schonen, gegen die Mitte zu werden die Theile kleiner und es werden Klagen laut, in der letzten Woche herrscht Hunger und die Arbeit leidet darunter. Wenn man die amtlichen Listen der Schreiber auf den Bauplätzen durchsehen wollte oder auch nur die kleinen Täfelchen der Aufseher, so würde

man darauf am Ende jeden Monats wiederholte Unterbrechungen und manchmal Einstellung der Arbeit in Folge von Hungersnoth und Schwäche der Arbeiter verzeichnet finden.

„Am zehnten letzten Monats verließen die beim Tempel der Mut beschäftigten Maurer, da sie an Allem Noth litten, lärmend ihren Bauplatz und setzten sich hinter einer in der Nähe befindlichen, Thutmosis III. geweihten Kapelle nieder; sie sagten: „Wir haben Hunger und es sind noch achtzehn Tage bis zum nächsten Monat.“ Die Bezahlung, die sie erhielten, war sie unzureichend oder hatten sie rascher als sonst Alles aufgezehrt? Will man ihnen glauben, dann gaben ihnen die Schreiber falsches Maß und bereicherten sich, indem sie die Arbeiter bestahlen. Die Schreiber anderseits beschuldigten die armen Teufel des Leichtsinns und behaupteten, sie verschleuderten ihren Lohn, sobald sie ihn erhielten. Es wäre nicht verwunderlich, wenn beide, Schreiber und Maurer, Recht hätten. Die Unzufriedenen waren kaum vom Platze, als der Leiter der Arbeiten, von einem Polizeibeamten begleitet, einherstürzte, um mit ihnen zu unterhandeln. ‚Kehrt zurück und wir schwören Euch feierlich, Euch selbst an den Ort zu führen, wo Pharao sein wird, wenn er kommt, um die Tempelarbeiten zu besichtigen.‘ Zwei Tage später kam Pharao wirklich und der Schreiber Pentaur verfügte sich mit dem Polizeibeamten zu ihm.

„Nachdem der Fürst sie angehört hatte, geruhte er einen der Schreiber seines Gefolges und einige Priester des Tempels zur Unterredung mit den Arbeitern abzusenden. Diese brachten ihre Bitte in vortrefflichen Ausdrücken zu Gehör: Wir sind vom Hunger verfolgt, von Durst gepeinigt, wir haben keine Kleidung, kein Oel, keine Fische, kein Gemüse mehr. Sagt dies Pharao, unserem Herrn, damit man uns etwas zu leben gebe.“ Pharao, von ihrer Noth gerührt, ließ Korn unter sie vertheilen, fünfzig Säcke voll, wie behauptet wird, und diese unverhoffte Spende läßt sie das Ende des Monats ohne zu große Schwierigkeit abwarten. Die ersten Tage des Monats Epiphi verflossen ganz ruhig, aber am 15. trat wieder Mangel an Lebensmitteln ein und die Unzufriedenheit begann von Neuem. Am 16. feierte man, ebenso am 17. und 18. Am 19. früh versuchten die Arbeiter den Bauplatz zu verlassen, aber der Schreiber Pentaur, der sie überwachte, hatte im Geheimen die Wachen verdoppelt und seine Vorkehrungen so wohl getroffen, daß sie nicht aus den Thoren konnten; nun verbrachten sie den Tag, indem sie in kleinen Gruppen zusammentraten und Anschläge zettelten. Am nächsten Morgen versammelten sie sich am Fuße einer unvollendeten Mauer und sobald sie den Oberleiter der Arbeiten seine gewohnte Runde machen sahen, stürmten sie unter großem Geschrei auf ihn ein. Umsonst versuchte er, sie mit guten Worten zu beruhigen, sie wollten von nichts hören. . . . Endlich des erfolglosen Tobens müde, beschlossen sie plötzlich zum Statthalter von Theben zu gehen, um von ihm Recht zu verlangen.

„Die Entfernung vom Tempel der Mut bis zum Haus des Psaru ist nicht groß; zehn Minuten . . . und sie sind am Thore. . . . Der Thürhüter hatte bei der ersten Annäherung des Lärmens die Sicherheitsbalken vorgeschoben, aber die Thorflügel weichen unter dem mächtigen Druck von außen und die ganze erregte Schaar wälzt sich in den Hof, wo sie Aufstellung nimmt, ohne eigentlich zu wissen, was weiter thun. Da erscheint Psaru und sein Anblick allein genügt diesen, von Jugend auf an Unterwürfigkeit vor ihrem Herrn gewöhnten Leuten, Halt zu gebieten. Einer von ihnen entschließt sich endlich, das Wort zu führen, die andern stimmen ihm erst etwas zögernd zu, dann aber, als sie von der Schilderung ihres Elends ergriffen werden, wollen sie auf nichts hören, wie auch der Statthalter sie mit Versprechungen zu beschwichtigen sucht. Worte genügen ihnen nicht mehr, sie verlangen unter lautem Geschrei nach der That. ‚Wird man uns kein Korn mehr geben, als das, welches uns schon zugetheilt worden ist? Wenn nicht, rühren wir uns nicht von der Stelle.‘“ Schließlich giebt der Statthalter nach, „indem er seinem Verwalter Chamoïsit befiehlt: ‚Siehe zu, was Du an Korn in den Speichern hast und gieb diesen Leuten davon.‘ Die Masse . . . bricht in Dankesbezeugungen aus: ‚Du bist unser Vater und wir sind Deine Söhne! — Du bist der Stab, die Stütze des Greises, der Ernährer des

Kindes, der Anwalt des Elenden! Du bist die Zufluchtsstätte, welche die erwärmt, die in Theben frieren! Du bist das Brot der Betrübten, welches sich unsern Landsleuten niemals entzieht.'"

Der Strike löst sich so in Wohlgefallen auf, um sich wahrscheinlich nach einem Monat zu wiederholen.

Man sieht, die Waffe des Strikes ist nichts Neues, sie ist so alt, wie die ägyptischen Mumien: Ebenso merkwürdig, wie diese Thatsache, ist es, daß der Bourgeoisinstinkt des Herrn Maspéro sich bis auf das graue Alterthum erstreckt. Er will uns durchaus weiß machen, am Elend der ägyptischen Frohnarbeiter sei ihr Mangel an Sparsamkeit Schuld gewesen, das heißt, ihre Unsitte, sich satt zu essen, so lange die Vorräthe langten!

Man darf sich übrigens durch das Alter der hier geschilderten Zustände nicht verführen lassen, sie für urwüchsige zu halten. Das Aegypten Ramses II. ist bereits in die Periode der Zivilisation eingetreten, wir finden da technische und soziale Zustände, die sich sehr wenig von denen des heutigen China unterscheiden, eine Schreiber- und Priesterkaste, die mit den Mandarinen eine bedenkliche Aehnlichkeit hat und bereits den Beginn einer sozialen Verknöcherung zeigt. Ueber die Höhe, welche Aegypten unter Ramses II. erreicht hat, ist der spätere orientalische Despotismus nur wenig hinausgekommen — meist nur in Aeußerlichkeiten, die unter auswärtigem, europäischem Einfluß entstanden. Er konnte nicht weit darüber hinauskommen, denn die Produktionsweise, auf der er beruhte, veränderte sich nicht. Der Fellah bearbeitet seinen Acker heute noch in derselben Weise, wie es der Bauer unter Ramses II. that.

Feuilleton.

Der Wunderschrank.

(Fortsetzung.)

Vaterländische Erzählung von **Ludwig Schierk.**

In diesem behaglichen Raume pflegte der junge Mensch seine Stiefel auszuziehen. Auf leisen Sohlen trat er dann durch die hohe Thüre aus gebeiztem, vaterländischem Eichenholze in sein Arbeitszimmer. Denn in dem Lande, wo er lebte und wo der Wunderschrank seines Vaters stand, haben die Leute, welche nicht arbeiten, ein eigenes Arbeitszimmer.

Hier stand der kunstvolle Schreibtisch, der die Besucher der letzten vaterländischen Gewerbeausstellung so sehr entzückte. Er hatte eine Summe gekostet, um die man auf dem Dorfe ein kleines Bauernhaus kauft. Der Eigenthümer der berühmten Kunsttischlerei, in deren Räumen das Wunderwerk durch einen jungen, unzufriedenen Hilfsarbeiter hergestellt worden war, wurde mit dem Titel eines Hoflieferanten ausgezeichnet. Auf der Ebenholzplatte dieses Schreibtisches sitzend, erwarb sich der vornehme Herr in späteren Jahren einige Uebung im Gebrauche der langen Pfeife, die er jeden Morgen bei dem nützlichen Geschäfte rauchte, einem gezähmten Papagei durch das Vorhalten eines kleinen Spiegels, der die Sonnenstrahlen auffing, zur Verzweiflung zu bringen.

Da nach dem Geschmacke unserer kunstgewerblichen Gegenwart zur Ausstattung eines Arbeitszimmers nothwendigerweise auch Bücher gehören, so hatte der Besitzer des Wunderschrankes seine grundsätzliche Abneigung gegen Alles, was Schriftstellerei hieß, ein wenig überwinden müssen. Dieser Konzession an die herrschende Mode verdankten die reichgezierten Bände der Werke einiger unserer Schriftsteller ihr Dasein, die in Zeitläuften gelebt und geschrieben hatten, da ein

mit einer Holzbank und einer Laute möblirtes Gartenhäuschen zu bahnbrechender geistiger Arbeit noch ausreichend befunden worden war. Von der literarischen Leistungsfähigkeit moderner Dichterzimmer war überdies manch süßes Pröbchen zu sehen.

„Diese Bibliothek, mein Kind!“ — sagte der Besitzer des Wunderschrankes zu seinem Sohne, — „soll Dir die langen Winterabende verkürzen, wenn Du der Unterhaltung Deiner Eltern überdrüssig sein solltest.“

Der junge Herr merkte sich dies.

„Ich lese noch ein wenig, Papa!“ — sagte er, seinem Vater die Hand küssend, ehe er die Hinterthüre öffnete, um zu seinen Freunden in die „Deutsche Warte“ zu schleichen.

Der lange George im blauen Frack, der verdrossen im Zimmer fegte, wenn sein Herr abwesend war, warf ein Auge auf diese Bibliothek: hinter den unsterblichen Gedanken unserer nationalen Geisteshelden ruhten in sicherem Verstecke die Weinflaschen, die der treue Diener zu heimlicher Stärkung seines Leibes den Argusaugen der klugblickenden, kleinen Hausfrau glücklich entrückt hatte.

Was ein Wunderschrank zu leisten vermag, davon gab das zweite der Heiligthümer Zeugniß.

Es war ein Märchen aus dem Orient. Schwere, düstere Vorhänge hielten das prosaische Licht des vaterländischen Tages zurück, der sein Ansehen durch die leidige Thatsache längst verwirkt hat, daß er die ärmlichen Stuben der Arbeiter zuweilen so traulich erhellt. Prunkvolle Teppiche lagen in prahlerischer Dicke auf dem Boden, so daß man nicht begriff, welchem Zwecke das feine Holzgetäfel dienen sollte, das damit verhüllt wurde. Vollbusige Rollstühle hockten so kunstgewerblich unbequem umher, daß sie nur von Personen benutzt werden konnten, die in langer Uebung die Fähigkeit erworben haben, ihrem Körper jene malerische Haltung zu geben, die aus Stehen und Sitzen zusammengesetzt ist. Die feine Platte eines Riesenspiegels lugte aus einem Walde langstieliger Pflanzenbüschel hervor, die unsere sinnreiche Gegenwart aus den Herbarien afrikanischer Dorfschulen so stilvoll herzustellen versteht. Ein Narrenhaus unsinnigsten Glasströdels beschwerte einen krummbeinigen Marmortisch offenbar in der Absicht, dem armen George im blauen Fracke die wenigen Stunden, die ihm nach dem Gebrauche seiner Weinflaschen geblieben waren, gründlich zu verleiden. Ein grüner Zwerg aus Töpferthon, der beim Hauche des vaterländischen Winters diesen Wunderraum mit warmer Luft versorgte, schlüpfte in den Schatten eines chinesischen Papierschirmes, welcher mit jenem Marmortisch gute Nachbarschaft hielt.

Das Gemach war einer jener für das Allgemeinbefinden der Menschheit so überaus nothwendigen Räume, in denen sich die hilfbereiten Vertreter des vornehmen Theiles unserer Gesellschaft für zwanzig Minuten zum Zwecke eines Gespräches zusammenfinden, dessen thatsächlicher Inhalt auf den Flügeldecken eines Maikäfers niedergeschrieben werden kann.

In diesem Gemache empfing der junge Herr seine kluge Mutter, die zweimal des Tages das Bedürfniß fühlte, ihren selbständigen Sohn zu besuchen.

Der lange George im blauen Frack trug bei diesen Anlässen einen grobgeflochtenen Sorgenstuhl hinter der Gestrengen, welchen er vor den chinesischen Papierschirm stellte. So saß diese deutsche Matrone in der traulichen Wärme, die der grüne Zwerg ausströmte, bei ihrem Kinde.

George pflegte um diese Zeit seine Weinflaschen zu benutzen, da die Thüre des Salons geschlossen blieb; denn die kleine klugblickende Frau war nicht gesonnen, das Ansehen ihres Sohnes etwa dadurch zu schmälern, daß die Ermahnungen, die sie an ihn richtete, vor die Ohren der Dienstleute kamen.

In diesem Gemache empfing der junge Herr auch seine Freunde von der „Deutschen Warte“; winzige, magere Bürschchen in feinen Anzügen, welche die Resolutionen der Volksversammlungen oder die Maßnahmen des Reichsgesundheitsamtes naseweis besprachen.

Zu solcher Zeit schwebte der feine Duft kostbaren Tabakrauches durch den Raum. Aus den blauen Nebeln desselben lugten bald lockende Frauengestalten.

Denn die goldene vaterländische Jugend führt gern tiefsinnige Reden vom Tribute des Weibes.

III.

Der glücklichste aller Menschen ist doch der Schmied im Dorfe.

Da steht er im Schurzfell, die Ledermütze schief auf dem Ohr neben seiner Hölle, ein rechter König der Arbeit.

Wie er seine Eisenstäbe schiebt und wendet, wie er den Hammer sausen läßt, es geht doch Alles nur nach seinem Willen. Recht gemächlich, wie der Bürgermeister vor dem Rathstische, steht er mit breiten Beinen vor dem Amboß. Sein gehorsamer Sklave, der schielende Feuerjunge, knetet pflichtängstlich an den Bälgen. Er kann ihn ohrfeigen oder mit dem Fuße treten, er kann ein Eisenstück nach ihm werfen oder den Wasserkrug über ihn ausschütten, ganz nach Laune und Bedürfniß, wie der König den Kanzler.

Aber die Leute sind mit nichts zufrieden.

Der lange Hans, Wagen- und Hufschmied des Nelkendorfes, hat ein kleines Häuschen neben dem braunen Dorfwege. Vor der schwarzen Seitenthür, durch die man seine mächtige Gestalt beim Feuer sehen kann, stehen immer zwei oder drei Pferde, indeß die Bauern in der Schmiede sind und der Arbeit zusehen. Er sagt ihnen den Preis, schreibt ihn auch des öftern in ungefügen Zeichen mit Kreide an die lange schwarze Tafel und erwidert, wenn sie gehen, ihren Gruß sehr obenhin.

Drinnen in der reingefegten Stube sitzt sein Lenchen, das hübsche Kind, nach dem sich die Burschen die Hälse verdrehen. Blumentöpfe an den Fenstern, im Käfig zwei grünliche Dorfheckenvögel, in der Ecke der große Kachelofen ... aber der Alte flucht und wettert den ganzen Tag.

„Blasius, Du Hundsjunge, das Feuer geht aus. Du bist ein Kerl, wie mein Schulgenoß in der Stadt. Hat auch geknetet und gezogen an meinen Bälgen, daß die Hölle so lustig glühte und ließ dann doch den Brand mit Fleiß ausgehen, daß wir alle verkühlten, meine Alte und Lenchen und ich auch! O, daß ich den Heidenschädel mit seinem Banknotenkasten und seinem windigen Pomadejungen einmal unter dem Hammer da hätte! Mich aus dem Haus rumpeln lassen, daß ich in das Betteldorf mußte! Aus dem Haus, in dem das Lenchen zur Welt kam ... in dem meine arme Alte starb vor lauter Kummer und Schande!“

Dem Schmid fällt der Hammer aus der Hand. Er schlägt beide Hände vor das graubärtige Gesicht, und seine Brust keucht unter dem Drucke eines mühsam getragenen Loses.

Blasius knetet derweil an den Bälgen.

Ja, die Leute lesen nichts! Da ist der große Dorfgeschichtenschreiber, der aus dem Volke und fürs Volk geschrieben hat. Wozu all die tugendhaften Brosis, die demüthigen Barfüßele, die fleißigen Steinhauer, die philosophischen Uhrmacher, wenn sich Niemand an ihnen ein Beispiel nimmt?

Warum hat der lange Schmied nicht das lehrreiche „Edelweiß“ gelesen? „So morgens aufstehen, und da ist eine Arbeit, die wartet; das thut wohl

und hilft auf; und wenn ich feile, da feile ich mir alle nichtsnutzigen Späne aus dem Kopfe, und wenn ich hämmere, gebe ich allen schweren Gedanken einen Schlag und fort sind sie."

Ist das kein Trost für die bösen Erinnerungen des langen Hans, den sie aus seinem verschuldeten Stadthause in das Nelkendorf getrieben haben?

Sein Freund, der alte Wachtmeister, hat die liebe Noth mit dem Polterer. Der Wachtmeister Reußer wohnt gleich nebenan; denn auf den Dörfern finden sich die schönen Seelen sogleich zusammen. Die Staatsgewalt, die ihn bezahlt, hat ihm zwei Stuben gemiethet. Ueber der niedrigen Hausthüre droht das schreckliche Amtsschild: Gendarmerie-Posten-Kommando, obschon Niemand weiß, welche Armeen von dem Alten kommandirt werden.

Die Bettler und Vagabunden ducken sich hinter das Strauchwerk am Dorfbache, wenn sie vorüber müssen. Aber die Schelme haben es kaum nöthig. Der Alte marschirt mit Dienstflinte und Federhut den ganzen Tag und die halbe Nacht in der Gegend umher. Er sucht in den Schenken nach den Kartenspielern, er sucht in den Wäldern nach den Holzdieben, er sucht in den Herbergen nach arbeitslosen Handwerkern. Denn die Staatsgewalt, die ihn bezahlt, ist von Gott über ein merkwürdiges Land gesetzt. In diesem Lande sind einige Kartenspiele ein Verbrechen und das Lotteriespiel eine öffentliche Einrichtung. In diesem Lande sind die bleichen Knaben der Lohnweber, die unter der Last eines mäßigen Holzbündels den steinigen Waldweg daher keuchen, gemeine Strauchdiebe — und austernsatte Börsenleute angesehene Personen. In diesem Lande ist der arbeitslose Handwerksgesell ein gemeingefährlicher Strolch und der vornehme Müßiggänger ein Kabinetsrath.

Der alte Wachtmeister Reußer fand nicht viel.

Trat er in die Thür der rauchigen Wirthsstube, sprangen die Spieler beim Fenster in den Garten hinaus. Strich er durch den Wald, so quälte ihn sein böser Husten so sehr, daß ihn die schlauen Weberjungen noch zeitig genug hörten, um ihre Bürden in Sicherheit zu bringen. Kam er in die Herbergen, so waren die faulen, arbeitslosen Gesellen allemal Verwandte des Hauswirthes, den sie auf der Durchreise besuchten.

Der Alte lachte gutmüthig zu solchem Unfug. Jeden Monat hatte er genauen Bericht über seine Thätigkeit an den Kreisvorstand zu liefern; der Gestrenge war sehr unzufrieden.

Aber der Wachtmeister Reußer war immer sehr zufrieden. Am zufriedensten, wenn er bei dem langen Hans in der Werkstätte saß.

Der unzufriedene Schmied fluchte gewöhnlich das Blaue vom Himmel. Der alte Reußer hörte mit der größten Aufmerksamkeit zu und schloß nur zuweilen die Werkstättenthür, wenn der Hans gar zu sehr aufdrückte.

Es war immer die alte Geschichte.

„Wachtmeister, habt Ihr auch einen Schulgenoß in der Stadt, der Euch einmal das Fell über die Ohren gezogen hat; wie der Herr Thomas Seebald, der meine Haut in seinem Wunderschrank aufhob? Wir waren zwei junge Kerle, da er seines Vaters Fabrik erbte mit den vielen Leuten in Kittel und Pantoffeln, die eigentlich auch zu dem Erbe gehörten. Hat alles später zu Geld gemacht, kauft sich statt der Zeughütte einen Wunderschrank für seinen Pomadebengel. Ließ seine Leute betteln gehen; aber vor seiner Thür stand eine Affe im blauen Rock, der sie zu den Nachbarn trieb, wenn sie kamen. Sein schönes Geld war auf den Dächern der halben Stadt eingeschrieben. Lag auch an der Kette des Herrn Seebald. Denn er hatte seine Kettenhunde, die er für sich bellen ließ. Wir

standen alle auf seinen Schuldbögen. Schuster, Schneider, Tischler, Schmied, ... das ganze Handwerk saß bei ihm in der Kreide. Gevatter Schuster hämmerte sich das Knie wund, Onkel Schneider stach sich die Finger blutig, Meister Tischler hobelte Tag und Nacht, meine Hölle glühte von Früh bis Abends .... alles für den Wunderkasten. Wir hatten zwei Götter in der Stadt, den Steuerboten und den Herrn Thomas. Aber für mich wurde aus dem Herrn Thomas der Teufel. Jeden Sonntag fuhr er spazieren, den Affen im blauen Rock hinten auf. Da standen seine Kettenhunde vor den Thüren und wedelten mit dem Schweife. Aber ich blieb in der Stube. Da kommt der Herr Thomas zu mir ins Haus, grüßt mich als seinen Schulgenoß, spricht gar artig mit meiner Frau, kommt öfter; denn, Wachtmeister, meine Alte war schön wie die Mairosen! Die Lust sollte ihm vergehen. Wachtmeister, der Kerl war mein Schulgenoß, und ich hatte ihn oft unter mir, wenn wir Knaben rauften. Aber an den Tag wird er denken, und wenn er ewig lebt! Meine Alte fiel um, Blasius rief alle Heiligen an, der Herr Thomas brüllte aus Leibeskräften. Wachtmeister, ich allein sagte nichts. Zwei Tage konnt' ich meinen Hammer nicht fassen; meine Hände waren lahm geschlagen!"

„Strafgesetz, Paragraph 311, Vergehen gegen die Sicherheit des Lebens!" brummte Reußer gedankenvoll.

„Ja, ja, Sicherheit des Lebens!" sagte der Hans. „Es ging uns Allen ans Leben. Der Herr Thomas ließ mir das Haus verkaufen, meine Alte starb; nur Blasius, der alte Kerl, ging mit mir."

„Und das Lenchen?" ergänzte der Wachtmeister.

„Ach, das Lenchen!" ächzte der Schmied. „Könnt Ihr's ausdenken, Wachtmeister, die war dem Pomadebengel gut! Jetzt sitzt mir das Kind und starrt jeden Abend in die Kerze. Ihr junges Glück hab' ich mit meinen Luderfäusten auch noch zerhauen!"

Es fügte sich gut, daß der Wachtmeister etwas vertragen konnte. Denn der kummervolle Zorn des Schmiedes ergoß sich in einem gewaltigen Gallenstrome, dessen stets gleiches Rauschen jeden anderen zur Verzweiflung gebracht haben würde. Dabei hieb er mit dem Hammer frisch drauf los. Nicht selten nahmen die Hiebe eine solche Gewalt an, daß der treue Blasius ängstlich den Rücken krümmte und besorgt nach seinem Herrn schielte.

Denn für Blasius hatte der Schmied, der es gewagt, den allmächtigen Herrn Seebald aus dem Hause zu werfen, fast das Ansehen eines überirdischen Wesens erhalten. Der Junge mochte fühlen, daß vor jenen Fäusten kein Mensch mehr sicher sei.

Der alte Reußer dagegen rauchte behaglich aus seiner Holzpfeife, die er mit einem glühenden Drähtchen, das in der Esse des Schmiedes lag, von Zeit zu Zeit wieder anzündete.

Einem richtigen Gendarmerie-Wachtmeister kommt das Schicksal nur schwer bei. In den dreißig Jahren seines Dienstes hatte der Alte so viel fremdes Elend gehört, gesehen, verhütet und beklagt, daß in seinem Kopfe der Begriff des Daseins von dem des Elends nicht getrennt werden konnte.

Wer dreißig Jahre lang unter Hüttenleuten, Lohnwebern, Holzschlägern, Kohlenbrennern und Gebirgsbauern lebt, bildet sich von der Zweckmäßigkeit des Weltenbaues, sowie von dem, was die Bibelkundigen die göttliche Vorsehung nennen, allmälig ganz eigenthümliche Vorstellungen.

Das Los des Schmiedes war für ihn ein Fall mehr in der großen Beispielschule des Unglücks, ein Glied mehr in der langen Kette des Schicksals, an welcher der Teufel die Menschenkinder zur Hölle gängelt.

Dieser Engel des Polizeihimmels war überhaupt ein wunderlicher Kauz. Die Staatsgewalt, die ihn bezahlte, hatte ihn über Vagabunden, Diebe und Kartenspieler gesetzt. Er jedoch sah lieber nach Leuten, die keine Strolche waren, aber es werden konnten. Blieb dabei das Gefängniß seines Bezirkes leer, sein Herz war um so voller. Es glich darin dem Wunderschrank des Herrn Thomas Seebald; jenem Zauberkasten, der um so reicher an Inhalt wurde, je mehr sich die Taschen der armen Handwerker leerten, die seine Schuldner waren.

Vor Jahresfrist war der alte Reußer in später Abendstunde in die Schenke des Nelkendorfes getreten, nach Vagabunden und Kartenspielern zu suchen.

Draußen lag frostiger Nebel, und der braune Dorfweg zeigte jene feine Kothhülle, die das schwere Schuhwerk der Bauern so artig zu schmücken pflegt, Es war jenes behagliche Wetter, das den Handwerksburschen unserer vaterländischen Dichtung die Wahl läßt, in den Straßengräben zu erfrieren oder in den Schenken der Polizei in den Rachen zu laufen.

In der Stube qualmte eine trübselige Gesellschaft müder Hüttenleute, die um Mitternacht ihren Dienst anzutreten hatten, aus kurzen Thonpfeifen. Bei dem runden Tisch in der Mitte unternahm ein betrunkener Säufer wohl zum zehnten Male den Versuch, sich auf die Beine zu stellen. Die Lichter brannten trüb, und der Wirth schien eingeschlafen zu sein. Aber in der Ofenecke saß ein Mann, der ein Branntweinglas so grimmig umklammerte, als ob er einen Feind an der Gurgel hätte.

Der Polizeiblick des Wachtmeisters hing fünf Sekunden an dem unheimlichen Gaste. Offenbar formte dieser Graukopf Gedanken, die dem jungen Kreisrichter, der im Städtchen vor Langeweile starb, hoch willkommen sein würden, sobald sie nur erst jenen Kopf verlassen hätten. Es bedurfte kaum noch eines zweiten Blickes auf die feine Mädchengestalt nebenan, hinter der sich das schielende Gesicht eines berußten Jungen zu verbergen trachtete.

„Fremde hier?“ rief Reußer durch den Qualm.

Der Wirth in der blauen Schürze erwachte aus seinem Schläfchen, nahm das Filzkäppchen ab und wies verlegen in die Ofenecke.

„Sie wollen hier bleiben“ — sagte er. „Der Alte säuft in einem fort und guckt ins Glas, als ob er den Teufel sähe. Das Mädel und der schielende Junge, die bei ihm sitzen, haben noch kein Wörtlein geredet.“

Reußer trat an den Tisch. (Fortsetzung folgt.)

Briefkasten.

An unsere Leser. Wegen Stoffandrangs mußte der Schluß der Abhandlung von M. Schippel über „Lohnformen und Preis der Arbeit“ für das nächste Heft zurückgestellt werden.

P. R., Berlin. Wenn der Verfasser der „Schlaraffia politica“ von den Wiedertäufern in Münster schreibt, sie hätten wegen Mangels an Frauen zu halbwüchsigen Mädchen gegriffen, so richtet sich das schon dadurch, daß in Münster dreimal so viel Frauen wie Männer waren. Was den Bericht des Augenzeugen Greßbeck anbelangt, so ist derselbe eine höchst trübe Quelle. Greßbeck war nämlich derjenige Bürger von Münster, der im Verein mit einem desertirten Landsknecht die Stadt verrieth und die Belagerungstruppen des Bischofs Nachts in sie hineinführte, die sie mit Waffengewalt nicht hatten erobern können. Der Bericht dieses Lumpazius über die Wiedertäufer ist ungefähr ebenso glaubwürdig, wie der eines der Puttkamerschen „Nichtgentlemen“ über die Sozialdemokratie.

Für die Redaktion verantwortlich: Georg Baßler in Stuttgart.



Nr. 44. XI. Jahrgang, II. Band. 1892-93.

Die Reichstagssession.

↗ Berlin, 19. Juli 1893.

Gerade ein Dutzend Tage hat die erste Session des neuen Reichstags gewährt. Und wenigstens den Ruhm kann sie beanspruchen, unter ihresgleichen die kürzeste zugleich und die für das Volk kostspieligste gewesen zu sein. Jeder Tag war mit einer Vermehrung der jährlichen Reichssteuerlast um mehr als fünf Millionen Mark gezeichnet, und das mag denn wohl, wie es in dem Telegramm des Kaisers an König Stumm heißt, ein „herrlicher Sieg nach heißem Kampfe" sein. Es fragt sich nur, wem die Früchte dieses Sieges zufallen werden, und da wollen wir mit unserer Anerkennung für den Freiherrn von Stumm-Halberg auch nicht kargen. Es war ein Stück von jener Kraft, die stets das Böse will und stets das Gute schafft, als er im Reichstage für die Militärvorlage und gegen die Sozialdemokratie polterte.

Der Verlauf der Session war so traurig, wie wir ihn an dieser Stelle vorausgesehen hatten. Der Spott der bürgerlichen Oppositionsblätter über die geringe Mehrheit, die sich für die Militärvorlage ergab, die elf Stimmen mehr in zweiter und die sechzehn Stimmen mehr in dritter Lesung, will uns aber ziemlich wohlfeil erscheinen. Die Annahme des kultur- und volksfeindlichen Gesetzes war entschieden, sobald sich die bürgerliche Opposition mitten im Wahlkampfe mit den bösesten Helfershelfern des Militarismus verbündete, um Molochs grundsätzlichsten Gegnern in den Rücken zu fallen. Die Konsequenz dieser Felonie mußte gezogen werden: Das beruhte nun einmal auf einem unverbrüchlichen Gesetze der Geschichte, und wenn die Freisinnigen und ultramontanen Blätter jetzt so thun, als handle es sich um ein Zufallsmehrheit, so möchten wir uns doch lieber nicht nasführen lassen. Der Militarismus hat gesiegt, nicht durch die Güte seiner Sache, nicht auch, weil die Mehrheit der Wähler für ihn eintrat, wohl aber durch die verrätherische Fahnenflucht der bürgerlichen Opposition. Die Arbeiterklasse wäre thöricht, wenn sie sich diesen inneren Zusammenhang vertuschen und den fortschreitenden Zerfall der Bourgeoisie als einen blinden Zufall aufreden ließe. Sie allein hat das Recht, von einem „Zukunftsstaat" zu sprechen in dem Sinne, als es dem bürgerlichen Verrathe doch eben nur noch mit knapper Noth gelungen ist, dem wachsenden Grolle der Massen über den Militarismus noch einmal, und hoffentlich zum letzten Male, die Spitze abzubrechen.

Auch in der Deckungsfrage sind die Dinge so verlaufen, wie wir vor zwei Wochen an dieser Stelle annahmen. Höchstens noch schlechter, denn die einzige halbwegs „positive Garantie“, die der Reichskanzler gab, war die Versicherung, das „landwirthschaftliche Gewerbe von neuen Steuern freizulassen“, das heißt: die Reichsten der Reichen zu der neuen Steuerlast nicht heranzuziehen. Alles Andere, was er verhieß, waren wohlwollende Luftspiegelungen, in denen er genau so weit ging, als ein Minister von persönlicher Ehrlichkeit gerade noch gehen kann. Und wenn er sagte: „Ich werde fürchten müssen, den Vorwurf zu verdienen, daß ich unehrlich wäre, wenn ich jetzt eine andere Antwort geben wollte, als die, welche ich gegeben habe“, so war er ungleich ehrlicher, als die politischen Antipoden Böckel und Rickert, die in die reichskanzlerischen Schaumklöße bissen, als ob sie wirklich etwas zwischen den Zähnen hätten. Die Regierung ist in der Deckungsfrage an nichts, an gar nichts gebunden, selbst dann nicht, wenn der Reichskanzler an seinem Platze bleibt und noch viel weniger, wenn er dem junkerlichen Uebelwollen, das er durch sein neues Bekenntniß zu dem althergebrachten Steuerprivilegium des Großgrundbesitzes ein wenig beschwichtigt, aber keineswegs beseitigt hat, über kurz oder lang weichen sollte.

Besser als durch alle Reden wird die Deckungsfrage beleuchtet durch die Thatsache, daß Herr Miquel als der kommende Mann der Reichsfinanzen am politischen Horizonte erscheint. Dieser treffliche Politiker ist der geeignetste Arzt, um den Massen die Haut über die Ohren zu ziehen, mit gelinde zugreifender Hand und der wohlwollendsten Miene der Welt. Ach, wie herrlich weit haben wir es doch in unserem herrlichen Deutschland gebracht! Als der alte Fritz nach dem siebenjährigen Kriege die finanzielle Ausbeutung der blutend darniederliegenden Massen für militärische Zwecke auf einen bis dahin für unerreichbar gehaltenen Grad treiben wollte, fand er unter seinen junkerlichen Beamten keine geeigneten Werkzeuge für diesen erhabenen Zweck, und er mußte sich nach Frankreich wenden, wo er auch nur „lauter Spitzbubenzeug“ bekam. Wie hat uns seitdem die Kultur beleckt! Heute muß der Junker v. Maltzahn zwar auch aus dem Reichsschatzamte wandern, weil er den finanziellen Ansprüchen des absolutistisch-feudalen Militarismus nicht gerecht zu werden versteht, aber Moloch braucht nicht mehr in die Ferne zu schweifen, denn das Gute liegt so nah. Er findet seinen Finanzmann, und noch dazu kein „Spitzbubenzeug“, sondern einen braven, gescheidten und in jedem Betracht sehr „korrekten“ Herrn, an der Spitze desselben Liberalismus, dessen historischer Beruf es war, dem Militarismus den Kehraus zu tanzen. Daß der preußisch-deutsche Liberalismus nur *einen* „Staatsmann“ zu einem einflußreichen Ministerposten brachte und daß dieser Eine nur dadurch an die „Klinke der Gesetzgebung“ kam, daß er sich besser als irgend ein Junker darauf verstand, den Massen die finanziell-militärischen Daumschrauben anzulegen, das gehört zu jenen blutigen Ironien der Weltgeschichte, an denen ja die zerfallende Gesellschaft so reich zu sein pflegt und an denen das deutsche Reich vielleicht reicher ist, als irgend ein früheres, an innerer Zersetzung dahinsiechendes Gemeinwesen.

An einzelnen Zwischenfällen bot die Reichstagssession den Radau, den das Haus Bismarck gegen das System Caprivi schlug, weil dieses System bei all seinen unzähligen Fehlern und Schwächen sich doch von gewissen unsaubern Praktiken des gewerbsmäßigen Ausbeuterthums fern hält. Der alte Sünder in Friedrichsruh hatte das Leitmotiv schon angeschlagen, indem er auf den gegenwärtigen Reichskanzler schimpfte, weil dieser die Sozialisten als eine politische Partei behandle, statt als Räuber und Diebe, die zermalmt werden müßten, statt als Ratten im Lande, die vertilgt werden sollten. Man kann es der „Fränkischen

Tagespost“ nicht verdenken, wenn sie in diesen Ratten-Phantasien die Symptome chronischer Alkoholvergiftung erblickt; es ist im Gegentheil noch die menschlich mildeste Erklärung eines Blödsinns, durch dessen Aussprechen kein Bürgermeister von Kuhschnappel oder Mottenburg seinen staatsmännischen Ruf gefährden würde. Im Reichstage aber erwies sich der junge Sünder Herbert des alten Sünders durchaus würdig. Dieser blöde Nepote, der seiner Zeit die deutsche Diplomatie zum Gelächter von ganz Europa gemacht hat, tobte gegen die Militärvorlage, weil sie die Blutsteuer der Massen nicht noch mehr angespannt habe, und indem er lächerliche Verschwörungspläne der Sozialdemokraten erdichtete, enthüllte er als eigentlichen Zweck des „herrlichen Kriegsheers“, die arbeitenden Klassen als willenlose Objekte der Ausbeutung für den Feudalismus und Kapitalismus zu erhalten. Es war ein erbarmenswürdiger Anblick, zu sehen, wie der Sohn seines Vaters, als er das von seinem Erzeuger verfaßte Konzept ableierte, sich, aus allen Poren schwitzend, nur mit Hilfe eines Riechfläschchens auf den Beinen erhielt. Caprivi, in dem man bei aller Abneigung gegen den neuen Kurs doch immer den anständigen und reinlichen Charakter achten muß, rollte den dicken Tropf mit ein paar feinen und sichern Griffen zu einem hilflosen Klumpen zusammen und überließ ihn dann der theilnehmenden Pflege der Rechten.

Bei allen Schattenseiten hat der Sieg des Militarismus doch auch die große Lichtseite, daß er die bürgerliche Gesellschaft um so schneller ihrem Untergange entgegentreibt. Und ein glücklicher Zufall oder richtiger eine glückliche Logik fügte, daß die beiden Gruppen, die noch einmal ein friedlich-schiedliches Zusammenhausen mit dem Moloch für möglich erklärten, schon in dieser kurzen Reichstagssession vollständig abgewirthschaftet haben, obgleich oder auch weil sie das Zünglein der Wage in ihrer Hand hatten, obgleich oder auch weil formell von ihrem Ja oder Nein das Schicksal der Militärvorlage abhing. Wir meinen die um Böckel und die um Barth, oder wie man wohl sagen darf: die anti- und die philosemitische, die groß- und die kleinkapitalistische Gruppe. Das, sei es noch so beschränkte Maß von Logik, das beiden Richtungen vom bürgerlichen Standpunkt aus innewohnt, haben wir nie verkannt; weder haben wir den Antisemitismus als den Unsinn schlechthin vervehmt, noch auch bestritten, daß Herr Barth als Vorkämpfer des Kapitalismus eine immerhin schlauere Politik treibe, als Herr Richter. Um so bezeichnender ist der schnelle Zusammenbruch der Einen wie der Andern. Bei allem inneren Gegensatze der beiden Richtungen, einem Gegensatze, der mit dem Gegensatze zwischen dem großen und dem kleinen Kapital zusammenfällt, haben sie doch insofern ein gemeinsames Ziel, als sie auf dem Boden der bürgerlichen Gesellschaft sich mit dem Militarismus einrichten wollen, und demgemäß war ihre Taktik gegenüber der Militärvorlage dieselbe: die um Barth wie die um Böckel versprachen den Wählern, die Vorlage nur dann zu bewilligen, wenn die zweijährige Dienstzeit der Fußtruppen gesetzlich festgelegt und in der Deckungsfrage gesetzliche Sicherheit dafür gegeben würde, daß die neuen Steuern nicht auf die Schultern der ärmeren Bevölkerung fielen. Kalt lächelnd lehnte der Militarismus diese Garantie ab und — die um Barth wie die um Böckel stimmten trotzdem für die Militärvorlage, in wildem Wettlauf um die Gunst Molochs, sich seinem Willen unbedingt ergebend. Diese arge Täuschung hat ein gut Stück bürgerlicher Illusionen zerstört; im Wahlkreise des Herrn Barth tobt der helle Aufruhr und ebenso in den sächsischen Wahlkreisen der Antisemiten, also da, wo der Antisemitismus am schärfsten als die beginnende soziale Reaktion des Kleinbesitzes ausgeprägt ist. Unsere Hoffnung, daß sich die antisemitische Demagogie sehr schnell abwirthschaften würde, erfüllt sich über Erwarten schnell.

Wenn es ein Trost ist, im Unglücke Genossen zu haben, so können die Barth und die Böckel freilich dankbar auf ihren intimen Feind Eugen Richter blicken. Der freisinnige Parteitag erwies sich als das, als was ihn alle Kenner der freisinnigen Parteiverhältnisse von vornherein erkannt hatten: als eine sorgfältig abgekartete, aber nicht einmal geschickt ausgeführte Komödie. Verhandelt wurde bei verschlossenen Thüren, und an der Spitze seiner Ehrengarde von zweihundert durchgefallenen Reichstagskandidaten, die — ein wahrhaft pickwickischer Gedanke! — auf ihren Durchfall hin als Ehrenmitglieder mit Sitz und Stimme in den Parteitag berufen worden waren, stimmte Herr Eugen Richter alles nieder, was ein ernstes Wort in die heitere Posse zu werfen wagte. Sogar Herr Max Hirsch, der mit seinen sanften Palliativmittelchen zur Lösung der sozialen Frage angezogen kam, wurde von dem Parteihäuptling wegen solchen „Unsinns" derb gerüffelt, und die ganz bürgerlich-demokratischen Elemente, die sich aus Nord- und namentlich aus Süddeutschland in leiser Hoffnung eingefunden hatten, gingen schon vor Schluß der Berathungen, zu Niemandem ein Hehl aus ihrer Ueberzeugung machend: mit dieser Gesellschaft ist nichts mehr anzufangen, sie ist einfach fertig. Beim Festdiner (das trockene Gedeck zu fünf Mark, denn billiger thut's diese „Volkspartei" nun einmal nicht) war die alte Klique ganz unter sich und nach altehrwürdiger Parteisitte stimmten die Geschlagenen hinter ihrem Braten ihre Siegeshymne an. Herr Eugen Richter aber, der nun einmal ein Gemüthsmensch ist und vor einigen Jahren sein Erscheinen auf einem süddeutschen Parteitage von der Zusicherung abhängig machte, daß ein Kaisertoast ausgebracht würde, feierte diesmal in brünstiger Rede den Kaiser als „ersten Diener des Staats", das heißt: mit demselben Schlagworte, das der Militärabsolutismus in seiner höchsten Blüthezeit als Schiboleth erkoren hatte. In der That: diese Gesellschaft ist einfach fertig. . . .

Doch die Arbeiterklasse hat gar keinen Grund, sich darüber zu beklagen. Sie hat sich jeder Politik der Bosheit fern gehalten; sie hat sich auch auf dem Boden der heutigen Gesellschaft redlich bemüht, den Militarismus niederzuwerfen und von der Schmach der Niederlage fällt auf sie nicht der leiseste Schatten. Aber wenn es denn nun einmal anders kommen sollte, so wird sie die Situation nehmen, wie sie ihr geboten wird. Die Agonie der bürgerlichen Gesellschaft wird sich nunmehr vielleicht heftiger und schmerzlicher, aber gewiß um so schneller vollziehen. Und das ist ein gar nicht hoch genug zu schätzender Vorzug. Die Arbeiterklasse hat nun zu sorgen, daß sie der Lage gewachsen bleibt, wie immer sie sich gestalten mag, und das genügt. Reif sein, ist Alles, sagt das Dichterwort.

Die direkte Gesetzgebung durch das Volk und der Klassenkampf.

Von **Karl Kautsky**.*

Wir glauben nachgewiesen zu haben, daß in einem modernen Großstaat der Schwerpunkt der politischen Thätigkeit naturnothwendig in seinem Parlament liegt, wir glauben auch nachgewiesen zu haben, daß diese Thatsache für das Proletariat kein Unglück ist, da dieses durch seine Klassenkämpfe eine Reihe von

* Vorliegende Ausführungen bilden das letzte Kapitel einer Schrift: „Der Parlamentarismus, die Volksgesetzgebung und die Sozialdemokratie", die soeben im Verlag von

Fähigkeiten entwickelt, die es ihm ermöglichen, den Parlamentarismus seinen Zwecken dienstbar zu machen.

Die direkte Gesetzgebung durch das Volk kann nur in jenem Sinne noch in Frage kommen, in dem sie in der Schweiz bereits besteht, in welchem sie auch das Erfurter Programm der deutschen Sozialdemokratie fordert: nicht als Mittel, das Repräsentativsystem zu beseitigen, sondern nur als Mittel, es demokratischer zu gestalten, der Kontrolle der Bevölkerung mehr zu unterwerfen. Die direkte Gesetzgebung durch das Volk in diesem Sinne — Referendum und Initiative* — die allerdings passender blos direkte Antheilnahme des Volkes an der Gesetzgebung zu nennen wäre — spielt naturgemäß eine bescheidenere Rolle in der Politik als z. B. das Wahlrecht. Denn sie beläßt den Schwerpunkt der politischen Thätigkeit im Parlament, für dessen Charakter ist aber das Wahlrecht, welches seine Zusammensetzung und damit sein Wirken bestimmt, von viel größerem Einfluß, als ein Recht der Kontrolle oder Anregung, welches nur hie und da zur Geltung kommt und welches von denselben Leuten geübt wird, die bereits im Wahlakt ihren Willen kund gegeben haben.

Es bleibt uns nur noch übrig, zu untersuchen, welche Bedeutung die direkte Gesetzgebung durch das Volk in diesem bescheideneren Sinne für den Klassenkampf des Proletariats gewinnen kann.

Die radikale Demokratie alter Schule muß natürlich in der direkten Gesetzgebung — wir gebrauchen das Wort im Folgenden nur in dem eben ausgeführten engeren Sinne — unter allen Umständen als eine höchst vortheilhafte Einrichtung ansehen. Denn für sie kommt ja nur das „Volk“ in Betracht, die Macht des Volkes wird aber durch die direkte Gesetzgebung augenscheinlich auf jeden Fall gesteigert.

Für die Sozialdemokratie liegt die Sache nicht so einfach. Die Demokratie war das Kind einer Situation, in der es galt, alle Klassen der Bevölkerung gegenüber dem aristokratisch-absolutistischen Regime zusammen zu fassen. Sie konnte diese Aufgabe nur lösen durch Ignorirung der Klassengegensätze innerhalb der Volksmasse.

Die Sozialdemokratie bildet sich dort, wo das aristokratisch-absolutistische Regime gebrochen ist, aus dem Gegensatz zwischen Proletariat und Bourgeoisie, der nun naturnothwendig zu Tage tritt. Gebot der Demokratie ihre historische Aufgabe, den Klassengegensatz zwischen dem Proletariat und der Bourgeoisie zu verschleiern, so gebietet der Sozialdemokratie die ihr eigenthümliche historische Aufgabe, diesen Klassengegensatz zu enthüllen und dem Proletariat auf das Schärfste zum Bewußtsein zu bringen. Sie ist die Vertreterin der Interessen des Proletariats — das Proletariat ist aber nicht gleichbedeutend mit dem Volk. Nicht etwa, daß die Sozialdemokratie blos ausschließlich proletarische Interessen vertreten könnte. Ihre historische Aufgabe weist sie darauf hin, die gesellschaftliche Entwicklung auf allen Gebieten zu fördern, auf denen sie eingreifen kann, und die Sache aller Ausgebeuteten und Unterdrückten zu führen. Es ist auch zu erwarten, daß überall, wo die Sozialdemokratie eine mächtige, politische Partei geworden ist, Kleinbürger und Bauern sich ihr in Masse anschließen. Denn sie sind unfähig, eigene politische Parteien zu bilden, sie haben nur die Wahl, sich einer

---

J. H. W. Dietz in Stuttgart erschienen ist. Da das darin behandelte Thema auf dem kommenden internationalen Kongreß in Zürich zur Diskussion gelangen wird, erscheint uns der Abdruck dieses Kapitels sehr zeitgemäß. Die Redaktion.

* Vergl. darüber den sehr instruktiven Artikel von Th. Curti: „Zur Geschichte der Volksrechte“ im 40. Heft des laufenden Jahrgangs dieser Zeitschrift. Die Redaktion.

der Parteien der Besitzenden oder der Partei der Besitzlosen anzuschließen, und sie werden umsomehr zu dieser neigen, je mehr sie von der kapitalistischen Ausbeutung bedrängt werden, je mehr sie selbst sich als Besitzlose fühlen.

Es kann also sehr wohl einmal so weit kommen, daß die Sozialdemokratie die Mehrheit des Volkes auch in Ländern für sich gewinnt, in denen die Lohnarbeiter nicht die Majorität bilden. Aber heute sind wir noch ziemlich weit von jenem Zustand entfernt; und wie rasch wir uns auch ihm nähern mögen, das Rückgrat der Partei wird stets das kämpfende Proletariat bilden, dessen Eigenschaften werden ihren Charakter, dessen Kraft wird ihre Macht bestimmen. Bürger und Bauern sind hoch willkommen, wenn sie sich uns anschließen und mit uns marschiren, aber den Weg wird stets das Proletariat weisen.

Wenn aber nicht blos Lohnarbeiter, sondern auch Bauern und Kleinbürger — Handwerker, Zwischenhändler aller Art, kleine Beamte u. s. w. — kurzum das gesammte sogenannte „gemeine Volk“ — die Masse bilden, aus der die Sozialdemokratie ihre Anhänger rekrutirt, so bilden doch diese Klassen, mit Ausnahme der klassenbewußten Lohnarbeiter, auch Rekrutirungsgebiete für unsere Gegner; in ihrem Einfluß auf diese Klassen lag und liegt heute noch die Hauptwurzel ihrer politischen Macht.

Dem Volke politische Rechte ertheilen, heißt daher keineswegs von vornherein die Wahrung der Interessen des Proletariats oder die der gesellschaftschaftlichen Entwicklung herbeiführen. Das allgemeine Wahlrecht hat bekanntlich noch nirgends eine sozialdemokratische Majorität geliefert, es kann mitunter rückständigere Majoritäten geben, als ein Zensuswahlrecht unter sonst gleichen Umständen, es kann ein liberales Regiment beseitigen, um an seine Stelle ein konservatives oder ultramontanes zu setzen. In diesem Falle erklären die Liberalen, das Volk sei noch nicht „reif“ zur Freiheit.

Trotzdem muß das Proletariat unter allen Umständen demokratische Einrichtungen fordern, aus demselben Grunde, aus dem es, einmal zur politischen Macht gelangt, seine Klassenherrschaft nur dazu benutzen kann, aller Klassenherrschaft ein Ende zu machen. Es ist die unterste der sozialen Schichten, es kann politische Rechte nicht erlangen, wenigstens nicht in seiner Gesammtheit, wenn sie nicht Alle erlangen. Jede der andern Klassen kann unter Umständen zu einer privilegirten werden, das Proletariat nicht. Die Sozialdemokratie, die Partei des klassenbewußten Proletariats, ist darum auch die sicherste Stütze der demokratischen Bestrebungen, viel sicherer als — die Demokratie selbst.

Aber ist sie auch die entschiedenste Kämpferin für die Bestrebungen der Demokratie, so darf sie doch nicht deren Illusionen theilen. Sie muß sich dessen bewußt bleiben, daß jedes Volksrecht, das sie erringt, eine Waffe ist nicht nur für sie, sondern auch für ihre Gegner; sie muß unter Umständen darauf gefaßt sein, daß die demokratischen Errungenschaften diesen zunächst mehr nützen, als ihr selbst; allerdings nur zunächst, denn schließlich muß freilich die Einführung demokratischer Einrichtungen im Staate zum Vortheile der Sozialdemokratie ausschlagen, sie muß ihr den Kampf erleichtern und sie zum Siege führen. Das kämpfende Proletariat hat so viel Vertrauen zur gesellschaftlichen Entwicklung, so viel Vertrauen zu sich selbst, daß es keinen Kampf fürchtet, auch nicht den mit der Uebermacht; es verlangt nur nach einem Schlachtfeld, auf dem es sich frei rühren kann. Der demokratische Staat bietet dieses Schlachtfeld; dort wird der letzte Entscheidungskampf zwischen Bourgeoisie und Proletariat ausgefochten werden.

Wenn die Sozialdemokratie nicht die Illusionen der Demokratie theilt, so unterscheidet sie sich auch von dieser in dem Maßstab, den sie an die einzelnen demokratischen Einrichtungen legt. Sie fragt bei deren Beurtheilung nicht blos, ob sie die Macht des Volkes im Allgemeinen erhöhen, sondern auch ob und in wie weit sie die Macht und den Entwicklungsgang des Proletariats insbesondere beeinflussen. Von diesem Standpunkt aus legt sie besonderes Gewicht auf manche demokratische Forderungen, welche die bürgerliche Demokratie keineswegs in den Vordergrund stellt und umgekehrt. Das Koalitionsrecht bildet z. B. eine Lebensbedingung für das Proletariat, nicht aber für Kleinbürger und Bauern, am allerwenigsten für die Kapitalisten, denen es höchst unbequem ist. Die bürgerliche Demokratie hat sich daher nie mit besonderem Eifer für diese Forderung eingesetzt; die französische Revolution brachte sogar ein direktes Verbot aller Koalitionen. Dagegen bildet das Koalitionsrecht eine der ersten Forderungen des aufstrebenden Proletariats.

Wir werden uns daher bei der Frage des Referendums und der Initiative nicht mit der Versicherung begnügen dürfen, daß die Macht des Volkes dadurch erhöht werde. Wir müssen fragen: wie wird die Macht und der Entwicklungsgang des Proletariats dadurch beeinflußt? Von der Antwort auf diese Frage hängt es vor allem ab, welcher Werth der direkten Gesetzgebung durch das Volk beizulegen ist.

Wir haben gezeigt, daß das moderne Repräsentativsystem dem Bauernthum und dem Kleinbürgerthum namentlich der Landstädte nicht sehr günstig ist. Die Klassen, die im Repräsentativsystem am ehesten zur Geltung kommen, sind die des großen Besitzes — an Kapitalien oder Grund und Boden —, die Gebildeten und — unter einem demokratischen Wahlsystem — der kämpfende und der klassenbewußte Theil des industriellen Proletariats. Im Allgemeinen kann man also sagen: der Parlamentarismus begünstigt die großstädtische Bevölkerung gegenüber der ländlichen. Alle die oben genannten Volksschichten, auch z. B. die Großgrundbesitzer, die auf dem Lande wohnen, stehen zu den Großstädten in den mannigfaltigsten Beziehungen, erhalten von dort ihre Anregungen.

Aber unter den Großstädten des Landes selbst übt wieder die Hauptstadt einen besonderen Einfluß auf das Parlament. Wir haben bereits in einem früheren Kapitel darauf hingewiesen, daß die zentralisirenden Tendenzen der modernen Produktionsweise es der hauptstädtischen Bevölkerung ermöglichen, in höherem Maße als die übrige Bevölkerung des Landes die Regierung zu beeinflussen, die nothwendiger Weise ihren Sitz im ökonomischen und politischen Mittelpunkt des Landes, der Hauptstadt, hat. Aber ebenso nothwendiger Weise wie die Regierung, muß in einem parlamentarischen Lande auch das Parlament seinen Sitz in der Hauptstadt nehmen. Die mittelalterlichen gesetzgebenden Versammlungen, die Hoftage und Landstände, waren an keine bestimmte Oertlichkeit gebunden, ebensowenig wie die Regierung. Dagegen sind alle Versuche reaktionärer Regierungen in unserem Jahrhundert, das Parlament dem Einfluß der Hauptstadt zu entziehen und es in ein Landstädtchen zu verweisen, nur kurzlebige Experimente gewesen. In Frankreich mußte die reaktionäre Kammer von 1871 trotz ihrer Furcht vor dem revolutionären Paris doch fast unter seinen Kanonen verbleiben, in Versailles.

Die Beeinflussung des Parlaments durch die Hauptstadt ist höchst mannigfacher Art. In revolutionären Zeiten kann es so weit kommen, daß die Bevölkerung der Hauptstadt der Kammer ihren Willen direkt diktirt, daß diese nur das Werkzeug der hauptstädtischen Bevölkerung ist. Aber auch in den friedlichsten Zeiten wird kaum ein Abgeordneter sich den Einwirkungen der Hauptstadt völlig

entziehen können. Die Sitteneinfalt der ländlichen Deputirten mag darunter oft arg leiden; aber sicher wird ihr politischer Horizont erweitert werden.

Die direkte Gesetzgebung durch das Volk wirkt diesen Tendenzen des Parlamentarismus entgegen. Strebt dieser danach, den politischen Schwerpunkt in die großstädtische Bevölkerung zu legen, so verlegt sie ihn in die Masse der Bevölkerung, diese wohnt aber mit Ausnahme Englands heute noch überall vorwiegend auf dem flachen Lande und in den Landstädtchen. Die direkte Gesetzgebung nimmt der großstädtischen Bevölkerung ihren besonderen politischen Einfluß und unterwirft sie der Landbevölkerung.

Wir haben bereits früher gesehen, wie die bäuerliche Produktion die Menschen isolirt. Die kapitalistische Produktionsweise und der moderne Staat wirken allerdings mächtig darauf hin, durch Steuerzettel und Kriegsdienste, Eisenbahnen und Zeitungen die dörfliche Abgeschlossenheit der Bauern aufzuheben. Aber die Vermehrung der Berührungspunkte zwischen Stadt und Land bewirkt in der Regel nur, daß der Bauer seine Verödung und Vereinsamung schmerzlich empfindet. Sie erhebt ihn nicht als Bauer, sondern erweckt in ihm die Sehnsucht nach der Stadt, sie treibt alle energischen und selbständig denkenden Elemente vom Lande in die Städte und raubt jenem seine besten Kräfte. So wirkt der Aufschwung des modernen Verkehrslebens dahin, die Verödung und Vereinsamung des flachen Landes zu fördern, statt sie zu beheben.

Thatsache ist es, daß in jedem modernen Kulturlande die ländliche Bevölkerung ökonomisch und politisch die rückständigste ist; das bedeutet nicht einen Vorwurf für sie; es ist ihr Unglück, aber es ist eine Thatsache, mit der man rechnen muß. Wo und so lange sie besteht, haben wir kaum einen Grund, uns für die direkte Gesetzgebung besonders ins Zeug zu legen.

Vielleicht die vorgeschrittenste Landbevölkerung Europas ist die der Schweiz. Ein gutes Volksschulwesen, vielfach lange demokratische Gewöhnung, endlich die Zerstreuung eines großen Theils der kapitalistischen Industrien über das flache Land — zu welchem „flachen" Land allerdings auch tiefeingeschnittene Gebirgsthäler zählen — machen den schweizerischen Landmann geistig regsam und erweitern seinen Gesichtskreis. Anderseits ist der schweizerische Lohnarbeiter im Allgemeinen konservativer als die meisten seiner Genossen in Europa. Was den Bauer hebt, hält ihn zurück, die Zerstreuung der Industrie über das Land. Auch ökonomisch steht er oft noch dem Bauern sehr nahe, nennt noch ein Stückchen Land sein Eigen. Ueberdies fehlt der Schweiz eine führende Großstadt. Der Gegensatz zwischen Stadt und Land ist da also viel weniger entwickelt, als in einem modernen Großstaat. Und trotzdem schreiben viele Politiker in der Schweiz dem Referendum eine *konservative* Wirkung zu.*

---

* Sowohl Curti wie Deploige führen in ihren Werken über die direkte Gesetzgebung eine Reihe von Belegen dafür an. Bemerkenswerth erscheinen mir unter Anderem folgende Thatsachen: Die Bundesversammlung der Eidgenossenschaft, also ein Parlament, hatte 1872 einen Verfassungsentwurf ausgearbeitet, der eine Erweiterung der Volksrechte enthielt, das fakultative Referendum und die Initiative in die Verfassung aufnahm. Am 12. Mai 1872 wurde dieser Verfassungsentwurf dem Volk zur Abstimmung vorgelegt und mit 261 072 Stimmen gegen 255 609 *verworfen*. Es wurde daraufhin von einer neuen Bundesversammlung ein neuer Verfassungsentwurf ausgearbeitet, der wohl das Referendum, aber nicht mehr die Initiative enthielt, und dieser wurde 1874 mit 340 199 Stimmen gegen 198 013 angenommen. Die Parlamentarier waren demokratischer gewesen als das Volk.

Daß die Konservativen es sind, welche am liebsten das Referendum anrufen als ein Mittel, den Fortschritt der Gesetzgebung zu verlangsamen, sagt uns Deploige: „Herr

Zu dieser für das revolutionäre Proletariat nachtheiligen Wirkung gesellt sich noch eine andere.

Wir haben gesehen, daß der Parlamentarismus nothwendigerweise große, staatliche, geschlossene Parteien bedingt. Nur durch ihren Zusammenschluß zu solchen Parteien können die einzelnen Klassen im parlamentarischen Staat zur Geltung kommen. Bei den Wahlen wird die ganze wahlberechtigte Bevölkerung in die Parteikämpfe aufs Lebhafteste hineingezogen. Nicht als Individuen, sondern als Vertreter bestimmter Parteien treten die Kandidaten vor die Wähler hin, entwickeln vor ihnen ihre Parteiprogramme und fordern sie auf, zu entscheiden. In Zeiten eines verkommenden Parlamentarismus, das heißt, wenn im Parlament sich nur Parteien gegenüberstehen, die durch keine grundsätzlichen Gegensätze geschieden werden, die ihre Kämpfe nicht führen, um ihre besonderen prinzipiellen Forderungen zur Geltung zu bringen, sondern nur um zur Staatskrippe zu gelangen, da sind alle die kleinlichen Verschiedenheiten, welche die Kandidaten vor den Wählern auskramen, um sich von ihren Gegnern zu unterscheiden, freilich nur Humbug; der Wahlkampf führt nicht zur Aufklärung, sondern zur Täuschung der Wähler.

Aber ganz anders gestaltet sich der Wahlkampf dort, wo große Gegensätze einander gegenübertreten, in unserer Zeit also namentlich dort, wo die Sozialdemokratie eingreift. Sie steht in einem unüberbrückbaren Gegensatz zu allen andern Parteien, ihr Lebensinteresse gebietet ihr, diesen Gegensatz voll zur Geltung zu bringen. Wo sie auftritt, werden daher die Wahlkämpfe naturnothwendig immer mehr Kämpfe zwischen großen Prinzipien. Die Bevölkerung lernt neue Ideen kennen und wird gezwungen, sich mit ihnen zu beschäftigen. Selbst wenn hie und da weichherzige oder überschlaue Sozialdemokraten versuchen sollten, ihre revolutionären Ziele zu verbergen, so würde es ihnen nichts nützen. Die Gegner selbst würden dafür sorgen, der Bevölkerung begreiflich zu machen, daß zwischen dem sozialdemokratischen und dem bürgerlichen Kandidaten nicht nur in dem einen oder andern Nebenpunkt, sondern in der ganzen Weltanschauung die tiefsten Gegensätze bestehen.

Die Entwicklung der großen Gegensätze wirkt aber auch dahin, daß die kleinen Unterschiede, mitunter auch Gegensätze, die zwischen den verschiedenen Berufen und Schichten innerhalb derselben Klasse bestehen, die kleinen Sonderinteressen und Augenblicksinteressen hinter den großen, dauernden, allgemeinen

---

Chatelanat, gewesener Direktor des Berner statistischen Bureaus, hat eine Tabelle der Kantone angefertigt, nach ihrer mehr oder weniger ausgesprochenen Tendenz, das Referendum zu verlangen. Die katholischen (urkonservativen) Kantone stehen an der Spitze, obenan Freiburg, dann kommen Uri, Wallis, Obwalden; ihnen folgen Genf und das Waadtland. Dagegen liefern die radikalen Kantone Thurgau, Solothurn, Glarus und Zürich die wenigsten Unterschriften. Die Statistik des Herrn Chatelanat beruht nur auf einer Erfahrung von fünf Jahren, aber nach den Zahlen, die ich erhalten habe, gilt sie auch für die folgenden Jahre." Le Referendum en Suisse. Brüssel 1892, S. 102.

Während der französischen Revolution betrachteten die Girondisten das Referendum als ein Mittel, die Uebermacht der revolutionären Hauptstadt zu brechen und die Revolution zum Stillstand zu bringen. Als Ludwig XVI. zum Tode verurtheilt worden war, verlangten sie eine Volksabstimmung, weil sie überzeugt waren, den König dadurch zu retten. Die Bergpartei bekämpfte auf das Lebhafteste diesen Versuch, das Referendum als contrerevolutionäre Maßregel einzuführen.

Daher gab auch Louis Blanc seiner Streitschrift gegen die direkte Gesetzgebung, gegen Rittinghausen und Considérant, den Titel: „Plus de Girondins“ — „keine Girondisten mehr“.

Interessen zurücktreten. Fördern die parlamentarischen Kämpfe, namentlich die Wahlkämpfe, überall dort, wo sie Klassenkämpfe darstellen, die Scheidung der einzelnen Klassen von einander, so fördern sie anderseits auch das Zusammenschließen der einzelnen Elemente innerhalb jeder der kämpfenden Klassen. Sie sind ein mächtiges Mittel, das Klassenbewußtsein zu erwecken und zu stärken, ein mächtiges Mittel, die Proletarier unter einer Fahne zu vereinigen, Enthusiasmus und Begeisterung für weite Ziele in ihnen zu erwecken und sie in geschlossener Phalanx in den Kampf dafür eintreten zu lassen.

So fördert die Wahlbewegung die Scheidung der Parteien im Volke, so wird sie ein gewaltiger Hebel der Organisirung und Disziplinirung wie der Aufklärung und Propaganda. So wichtig ist diese Seite des Wahlkampfes, daß hauptsächlich deswegen die Sozialdemokratie für das allgemeine Wahlrecht in entschiedenster Weise auch in Ländern eintritt, wo das Parlament keineswegs der entscheidende Faktor ist und der Regierung gegenüber eine sehr bescheidene Rolle spielt, wo also die Möglichkeit einer positiven Beeinflussung der Gesetzgebung und Staatsverwaltung durch das Parlament sehr gering ist. Deswegen aber auch überall, wo es eine kraftvolle sozialdemokratische Bewegung giebt, welche die gesetzliche Möglichkeit hat, in die Wahlen einzugreifen, die Angst der bürgerlichen Parteien vor jedem Wahlkampf.

In entgegengesetzter Richtung wirkt die direkte Gesetzgebung durch das Volk. Hier wird die Bevölkerung nicht angerufen, über ganze umfassende Programme einer politischen und sozialen Neugestaltung abzustimmen, sondern nur über eine einzelne Maßregel, einen einzelnen Vorschlag, der überdies stets den augenblicklichen Machtverhältnissen in Staat und Gesellschaft angepaßt sein muß, wenn er ein „praktischer" sein und nicht eine bloße Demonstration bezwecken soll.

Wir haben oben gesehen, daß ein Gesetz in der Regel das Ergebniß eines Kompromisses ist. Das gilt namentlich heute, wo so viele Parteien auf der politischen Bühne auftauchen, und die alten bürgerlichen Parteien so zerklüftet sind. Aus dieser Nothwendigkeit des „Komprommisselns", die mit der gesetzgeberischen Thätigkeit verknüpft ist, haben Manche die parlamentarische Korruption abgeleitet. Wir halten das für übertrieben. In die Parlamente schicken doch die Parteien ihre scharfsichtigsten und erfahrensten Politiker; diese wissen in der Regel ganz gut, was sie thun, wenn sie einen Kompromiß abschließen; sie werden dadurch weder irregeführt, noch in ihren prinzipiellen Anschauungen erschüttert. Wenn bei Kompromissen über Gesetzesvorschläge Charakterschwäche und Grundsatzlosigkeiten zu Tage treten, dann sind sie schon vorher dagewesen. Der Kompromiß hat sie nicht erzeugt, sondern blos an den Tag gebracht.

Die Anhänger der direkten Gesetzgebung sind anderer Ansicht, aber sie vertreiben den Teufel durch Beelzebub, wenn sie die Abstimmungen über Gesetzesvorlagen dem Volk übertragen, denn das heißt doch nichts anderes, als daß sie die Ursache der Korruption aus dem Parlament ins Volk verlegen! Denn ohne Kompromisse giebt es keine Gesetzgebung; die große Masse, die nicht aus geschulten Politikern besteht, muß aber durch einen Kompromiß viel leichter verwirrt und auf Abwege gebracht werden, als die Politiker des Parlaments. Wenn der Kompromiß bei den Abstimmungen über Gesetzesvorlagen wirklich korrumpiren würde, müßte er also bei der direkten Gesetzgebung durch das Volk noch viel schädlicher wirken, als bei der Gesetzgebung durch das Parlament.

Sicher aber ist Folgendes: es giebt kaum eine praktische Forderung an die heutige Gesetzgebung, die einer einzelnen Partei besonders eigenthümlich wäre. Selbst die Sozialdemokratie weist kaum eine solche Forderung auf. Wodurch sie

sich von den andern Parteien unterscheidet, das ist die Gesammtheit ihrer praktischen Forderungen und das sind die Ziele, auf welche diese hinweisen. Der Achtstundentag z. B. ist an sich keine revolutionäre Forderung; er ist es im Rahmen des sozialdemokratischen Programms, als Mittel, die Arbeiterklasse zu heben und beizutragen zu ihrer politischen und sozialen Reife, zu ihrer Fähigkeit, das Werk der Befreiung, der sozialen Umgestaltung selbst in die Hand zu nehmen. Derselbe Achtstundentag kann eine konservative Forderung sein im Rahmen des Programms einer sozialreformerischen Partei, die sich in dem Wahne wiegt, durch Konzessionen die Arbeiterklasse mit der bestehenden Gesellschaftsordnung versöhnen zu können.

Werden also der Bevölkerung nicht ganze Partei-Programme, sondern blos einzelne gesetzgeberische Maßregeln zur Annahme oder Verwerfung vorgelegt, so führt dies naturgemäß dahin, daß alle die einzelnen Parteien, die an dieser Maßregel ein Interesse haben, so feindlich sie sich auch sonst gegenüber stehen mögen, jetzt plötzlich in derselben Richtung thätig sind, gewissermaßen Hand in Hand gehen. Glaubt man, daß die Aufklärung der großen, bisher noch indifferenten Masse dadurch erleichtert wird? Die direkte Gesetzgebung durch das Volk hat die Tendenz, die Scheidung der Bevölkerung in Parteien zu hemmen, nicht zu fördern; sie schlägt immer wieder neue Brücken zwischen den nach verschiedenen Richtungen auseinandergehenden Parteien.

Gleichzeitig wirkt sie auch dahin, die Geschlossenheit innerhalb der einzelnen Parteien zu vermindern. Was politische Parteien, namentlich wenn sie große historische Aufgaben zu erfüllen haben, wie die sozialdemokratische, zusammenhält, das sind ihre Endziele, nicht ihre augenblicklichen Forderungen, nicht die Anschauungen über das Verhalten in allen den Einzelfragen, die an die Partei herantreten. Verschiedenheiten der Einsicht, des Temperaments, der Interessen, der Ueberlieferungen u. s. w. finden sich innerhalb jeder Partei und daraus ergeben sich die mannigfachsten Meinungsverschiedenheiten. Diese Verschiedenheiten können sich aber naturgemäß nur auf manche der nächsten Aufgaben, nicht auf die letzten Ziele beziehen und nicht auf die Methode, die im Allgemeinen zu deren Erreichung zu befolgen ist. Ohne Einigkeit in diesen Punkten wäre ja eine Zusammenschließung so disparater Elemente zu einer Partei ein Unding.

Meinungsverschiedenheiten sind, wie gesagt, innerhalb einer Partei stets vorhanden, mitunter erreichen sie eine bedrohliche Höhe. Aber sie werden um so weniger leicht die Partei sprengen, je lebendiger in ihren Mitgliedern das Bewußtsein der ihnen allen gemeinsamen großen Ziele ist, die sie anstrebt, und je gewaltiger der Enthusiasmus für diese Ziele, so daß die Forderungen und Interessen des Augenblicks dahinter zurückstehen. Auch von diesem Standpunkte aus sind die Wahlkämpfe, welche in dieser Richtung aufklärend und anfeuernd wirken, für die Sozialdemokratie unschätzbar.

Die direkte Gesetzgebung hat dagegen die Tendenz, das Interesse von den allgemeinen prinzipiellen Fragen abzulenken und auf einzelne konkrete Fragen zu konzentriren. Je mehr diese Tendenz in Wirksamkeit tritt, desto mehr lockert sie den Zusammenhalt innerhalb jeder Partei, wenigstens mancher dieser Fragen gegenüber. Und die Diskussionen, welche sonst blos im Schoße der Partei sich abspielen, werden nun in die Masse der Bevölkerung getragen, in Schichten, die erst anfangen, mit der Partei Fühlung zu fassen, die wegen augenblicklicher Differenzen leicht wieder von ihr abzusplittern sind.

Die Sektirerei, die sich einseitig auf eine oder die andere Maßregel kaprizirt, kann durch die direkte Gesetzgebung gestärkt werden, nicht aber das Parteiwesen

Wäre es möglich, das Repräsentativsystem durch die direkte Volksgesetzgebung zu ersetzen, so würde das zur völligen Auflösung der Parteien führen. Dies haben ihre Anhänger selbst zugegeben, ja, als einen ihrer Vorzüge gepriesen. Zu dieser Auflösung wird es freilich nicht kommen, da ja die gänzliche Uebertragung der Gesetzgebung an das Volk nicht möglich ist. Aber auch schon das Referendum und die Initiative nach schweizerischem Muster können unter Umständen der Verschärfung der Parteigegensätze auf der einen, der Zusammenschließung und Disziplinirung der Parteien auf der anderen Seite stark entgegen wirken.

Dies liegt aber gar nicht im Interesse der Sozialdemokratie. Andere Parteien können den Reichthum oder den Einfluß einzelner ihrer Mitglieder in die Wagschale werfen. Die Sozialdemokratie kann nur zur Geltung kommen durch die vereinigte Kraft der Masse des kämpfenden Proletariats.

Es ist heute in manchen Kreisen wieder Mode geworden, über das Parteiwesen die Nase zu rümpfen. Das ist nicht neu. Der anarchistische und sonstige Literatensozialismus unserer Tage wiederholt nur, was schon vor zwei Menschenaltern die utopistischen Sozialisten, jedoch viel gründlicher und frei von der Effekthascherei und Selbstgefälligkeit jener Herren, ausgeführt hatten, was dann auch die ersten Anhänger der Idee der Volksgesetzgebung wieder betonten.*

Diese Anschauung war damals erklärlich, wo das bürgerliche Parteiwesen in der Politik ausschließlich herrschte (mit Ausnahme von England, wo die Chartistenpartei kräftig gedieh) und der Klassenkampf als der Hebel der Emanzipation des Proletariats noch nicht klar erkannt war. Sie ist widersinnig, wenn man sich auf den Standpunkt des kommunistischen Manifestes stellt.

---

* „Es ist Zeit", erklärte Considérant, „mit den Revolutionen, das heißt mit den usurpatorischen Regierungen, den Dynastien, den Parteien zu endigen. Das kann aber nur geschehen, wenn die Parteien untertauchen in die Nation. Der Kollektivwille des Volkes ist das alleinige Gesetz, welches das Volk selbst für legitim ansehen kann . . . Da wir in einer Zeit leben, wo keine Partei glauben darf, daß die andere Partei das Feld räumen und sie nicht mehr zu zerstören trachten werde, so ist es klar, daß die Gesellschaft sich für so lange in einer permanenten Revolution, in einem offenen oder latenten Krieg befinden muß, bis die demokratische Nation sich ganz mit dem Prinzip erfüllt hat und selber die Handhabung ihres Willens und die Leitung ihrer Angelegenheiten übernimmt . . . Sobald die Volksgesetzgebung vom Volk begriffen ist, stehen wir am Ende der politischen Entwicklung. . . . Die verschiedenen Arten des Sozialismus, die schon vorhanden oder im Entstehen begriffen sind, werden nicht mehr daran denken können, sich diktatorisch aufzudrängen, ihre Verwirklichung zu suchen durch eine dem gesammten nationalen Willen fremde Regierungsautorität. Sie werden also auch keine politischen Kräfte mehr abgeben, deren Tyrannei wir zu fürchten haben. Verschwunden sind die Gefahren, die ganz besonders aus der Komplikation des politischen mit dem sozialen Problem entstanden, und mit ihnen alle die Besorgnisse, alle die künstlich von den monarchischen Intriguanten aller Vaterländer ausgebeuteten Schrecken. Die verschiedenen Arten von Sozialismus oder mit anderen Worten: die verschiedenen Vorschläge zur Lösung der sozialen Frage werden mit Nothwendigkeit dazu geführt, das zu sein, was sie sein sollen: Ideen, die sich in der Nation frei entwickeln . . . . da sie nicht mehr politische Parteien sein können, welche die Macht erstreben, so werden sie Schulen werden, welche um den Besitz der Einsicht mit einander wetteifern." (La solution ou le gouvernement du peuple, S. 8 ff. zitirt bei Curti, Geschichte der schweizerischen Volksgesetzgebung, S. 204.) Unter der direkten Gesetzgebung durch das Volk wäre also eine sozialdemokratische Partei unmöglich, und noch weniger möglich die Diktatur des Proletariats. Dieses kann sich nur emanzipiren durch — Vorträge, die es dem „Volke" hält. Wir haben den ganzen Passus wiedergegeben, weil er bezeichnend ist für den Gedankengang der Anhänger der Volksgesetzgebung.

Nur als politische Partei kann die Arbeiterklasse in ihrer Gesammtheit zu einem festen, dauernden Zusammenschluß gelangen. Die rein ökonomischen Kämpfe betreffen direkt stets nur einen oder wenige Berufe, meist nur die Berufsgenossen einer beschränkten Lokalität, einer Stadt oder Provinz. Jeder dieser Kämpfe ist für sich allein noch kein Klassenkampf. Es handelt sich dabei zunächst nie um ein Interesse der gesammten Arbeiterschaft, sondern nur um ein Sonderinteresse einer bestimmten Branche. Wo die Arbeiter nicht so weit kommen, sich in einer selbständigen politischen Arbeiterpartei zu organisiren, wo sie auf ihre rein ökonomischen Organisationen, Gewerkschaften und Hilfskassen, beschränkt bleiben, da treten nur zu leicht die beruflichen Sonderinteressen in den Vordergrund, das Klassenbewußtsein wird nicht geweckt, ohne dieses ist aber ein wirklich sozialrevolutionäres Wirken unmöglich. Der Arbeiter, der sich nicht als Proletarier fühlt, sondern nur als Schriftsetzer oder Hutmacher oder Metallarbeiter, der nur Setzerinteressen oder Hutmacherinteressen oder Metallarbeiterinteressen vertritt, der kann sich dabei auf den verschiedensten Gebieten höchst radikal geberden, etwa wüthender Atheist sein, aber sein radikales Gebahren wird bloßes Kannegießern bleiben, wie das des wildgewordenen, revolutionär herumfuchtelnden Spießbürgers auch. Auf die Umgestaltung der Gesellschaft im proletarischen Sinne wird sein Thun ohne Einfluß sein.

Die Bildung und das Wirken einer besonderen Arbeiterpartei, welche für die Arbeiterklasse die politische Macht erobern will, setzt bereits in einem Theile der Arbeiterschaft ein hochentwickeltes Klassenbewußtsein voraus. Aber das Wirken dieser Arbeiterpartei ist das mächtigste Mittel, in der Masse der Arbeiterschaft das Klassenbewußtsein zu erwecken und zu fördern. Sie kennt nur Ziele und Aufgaben, welche das gesammte Proletariat betreffen, die Berufsbornirtheit, die Eifersüchteleien der einzelnen Sonderorganisationen finden in ihr keinen Raum.* Und während die rein ökonomischen Organisationen als bloße Berufsorganisationen sich nur Ziele innerhalb der heutigen Produktionsweise setzen können, muß die Arbeiterpartei als Vertreterin der Klasseninteressen des gesammten Proletariats nothwendigerweise — wenn sie nicht von vornherein auf sozialdemokratischem Boden steht — früher oder später dahin gelangen, diese Produktionsweise selbst zu bekämpfen, innerhalb welcher eine Emanzipation des Proletariats unmöglich ist. Ist der Nur-Gewerkschafter konservativ, auch wenn er sich noch so radikal geberdet, so ist jede selbständige politische Arbeiterpartei ihrem Wesen nach stets revolutionär, auch wenn sie ihrem Auftreten, ja selbst dem Bewußtsein ihrer Mitglieder nach „gemäßigt" ist.

Wir revolutionären Sozialisten haben also nicht die mindeste Ursache, zu wünschen, „die Parteien möchten in der Nation untertauchen", wie Considérant es verlangt, und insoweit die direkte Gesetzgebung durch das Volk in dieser Richtung wirksam ist, kann sie die Emanzipationsbestrebungen des Proletariats blos hemmen.

Damit soll jedoch nicht gesagt sein, daß die direkte Gesetzgebung durch das Volk (das heißt natürlich jene ihrer Formen, in der sie überhaupt realisirbar ist) unter allen Umständen in der heutigen Gesellschaft, einer Gesellschaft von Klassen- und Parteigegensätzen, verwerflich sei. Das hieße das Kind mit dem

* Wohin die Gewerkschaftsbewegung führen kann, wenn sie nicht Hand in Hand geht mit einer kraftvollen, selbständigen politischen Arbeiterbewegung, zeigt uns jetzt Amerika, wo einzelne Arbeiterorganisationen einander erbittert bekriegen und dabei unter Umständen kein Bedenken tragen, den Kapitalisten Liebesdienste zu erweisen, wenn sie dadurch der gegnerischen Arbeiterorganisation einen Schlag versetzen können.

Bade ausschütten. Unseres Erachtens folgt aus dem Ausgeführten nur, daß Referendum und Initiative nicht zu jenen demokratischen Einrichtungen gehören, die vom Proletariat im Interesse seines Emanzipationskampfes überall und unter allen Umständen gefordert werden müssen. Referendum und Initiative sind Einrichtungen, die unter Umständen ganz nützlich wirken können, wenn man auch diese Wirkungen nicht überschätzen darf, die aber unter Umständen auch großen Schaden anrichten können. Die Einführung von Referendum und Initiative ist daher nicht überall und unter allen Umständen zu erstreben, *sondern nur dort, wo gewisse Vorbedingungen erfüllt sind.*

Zu diesen Vorbedingungen rechnen wir das Fehlen des Gegensatzes von Großstadt und Land, wie das in der Schweiz annähernd der Fall, oder, was noch vortheilhafter, das Ueberwiegen der städtischen über die ländliche Bevölkerung, ein Zustand, der bisher nur in England erreicht ist.

Eine weitere Vorbedingung ist ein hochentwickeltes politisches Parteileben, das die große Masse der Bevölkerung erfaßt hat, so daß die die Parteien auflösenden und die Parteigegensätze überbrückenden Wirkungen der direkten Gesetzgebung nicht mehr zu fürchten sind.

Die wichtigste Vorbedingung ist aber das *Fehlen einer übermäßig zentralisirten, der Volksvertretung selbständig gegenüberstehenden Staatsgewalt.*

Wo eine solche vorhanden, wo der Parlamentarismus nur ein Scheinparlamentarismus ist, und das gilt heute noch für die große Mehrheit der europäischen Staaten, da kommt die Schwächung des Parlamentarismus durch die direkte Gesetzgebung nicht dem Volke, sondern der Regierung zu gut, ganz abgesehen davon, daß unter der Herrschaft einer „starken Regierung“ die direkte Gesetzgebung überhaupt nur in der Form zur Durchführung kommen könnte, daß die Berufung ans Volk blos dann erfolgt, wenn es der Regierung paßt. Unter einer derartigen Regierung, der der ganze ungeheure Apparat des modernen Staates thatsächlich bedingungslos zur Beeinflussung der Bevölkerung zu Gebote steht, müssen die eben erwähnten Schattenseiten der direkten Gesetzgebung — Bevorzugung des reaktionären flachen Landes auf Kosten der revolutionären Großstädte, Zersetzung und Verwaschung der Parteien — sich in der schlimmsten Weise äußern. Die „Volksgesetzgebung“ wird da zum „Plebiszit“, und was das bedeutet, hat uns das französische Kaiserreich gezeigt.

In bureaukratischen Militärstaaten, in denen der Regierung nur der Schatten eines Parlaments, nicht ein wirkliches Parlament gegenübersteht, haben die aufstrebenden, revolutionären Klassen nicht die Aufgabe, diesem Schatten noch den letzten Rest von Kraft zu nehmen; das wäre Selbstmord; sie besorgten damit die Geschäfte der Regierung. Ihre Aufgabe besteht vielmehr darin, den Schatten zu beleben, ihm Blut einzuflößen, ihn widerstandsfähig gegenüber der Regierung zu machen.

Wir begreifen es vollkommen, wenn die Parteigenossen in der Schweiz für die direkte Gesetzgebung aufs Lebhafteste eintreten. Nirgends sind die Vorbedingungen dafür so vollkommen entwickelt, wie in der Eidgenossenschaft. Und die augenblickliche Situation drängt sie förmlich zu dieser Thätigkeit. In der Schweiz ist eine Art Gleichgewicht der Klassen eingetreten, keine ist im Stand, für sich allein eine große Aktion zu unternehmen. Auf der anderen Seite sind unsere Schweizer Genossen so glücklich, an politischen Rechten im Wesentlichen bereits Alles zu haben, was verlangt werden kann. Wollen sie positiv wirken, wollen sie praktisch thätig sein, wollen sie sich nicht auf Agitationen und Demonstrationen beschränken,

dann können sie nicht viel Anderes thun, als an dem politischen Gebäude, das im Ganzen und Großen fertig ist, noch hie und da eine kleine Verbesserung und Verzierung anzubringen.

Aber eines schickt sich nicht für Alle. Wir Deutsche und Oesterreicher haben Anderes zu thun. Wir haben einen großen und erbitterten Kampf zu kämpfen gegen Militarismus und Absolutismus. Die Last des Kampfes fällt fast allein auf die Sozialdemokratie. Die Bourgeoisie hat längst aufgehört, im Parlament das auserwählte Werkzeug ihrer Klassenherrschaft zu sehen, das ihr unter allen Umständen sicher sei. Sie fühlt, daß es unmöglich ist, das Proletariat daraus fern zu halten, sie erkennt, daß die Stunde naht, wo das Proletariat in Oesterreich das allgemeine Wahlrecht, wo es in Deutschland mit Hilfe des allgemeinen Wahlrechts das Parlament erobert. Sie fühlt, daß sie verloren ist, wenn der Parlamentarismus zur Wahrheit wird; nicht mehr im Parlamentarismus, sondern in dessen Gegengewichten, im Militarismus und Absolutismus sucht sie ihr Heil.

In den fünfziger und sechziger Jahren, als die Bourgeoisie in den Parlamenten — so weit es solche gab — unumschränkt herrschte, konnte man glauben, der Kampf des Proletariats um die politische Herrschaft werde ein Kampf um die Entthronung des Parlamentarismus werden. Heute zeigt sich's immer mehr, daß er, wenigstens in Osteuropa, ein Kampf für den Parlamentarismus, gegen den Absolutismus und Militarismus wird.

In der That, die Bourgeoisie ist in Europa östlich vom Rhein so schwach und so feig geworden, daß es scheint, als sollte das Bureaukraten- und Säbelregiment nicht eher gebrochen werden können, als bis das Proletariat im Stande ist, die politische Macht zu erobern, als sollte der Sturz des Militärabsolutismus direkt zur Ergreifung der politischen Macht durch das Proletariat führen.

Sicher ist das eine: in Deutschland wie in Oesterreich, ja in den meisten Ländern Europas, werden jene Vorbedingungen, die zum günstigen Wirken der Volksgesetzgebung nothwendig sind, werden vor allem die erforderlichen demokratischen Einrichtungen vor dem Siege des Proletariats nicht mehr zur Wirklichkeit werden. Die Volksgesetzgebung kann vorher vielleicht in den Vereinigten Staaten, in England und in den englischen Kolonien, unter Umständen auch in Frankreich zu einer gewissen Geltung gelangen — für uns Osteuropäer gehört sie in das Inventar des „Zukunftsstaates“.

Volapük.

Ein Beitrag zum bevorstehenden internationalen sozialistischen Arbeiter-Kongreß.

Von **Eduard Bernstein.**

Es möchte vielleicht auffällig erscheinen, daß die vom Organisationskomitee des Züricher Kongresses bekannt gegebenen Anträge der verschiedenen sozialistischen Organisationen zum Kongreß in der deutschen Parteipresse kaum eine nennenswerthe Diskussion zur Folge gehabt haben — soweit ich im Stande gewesen bin, mich zu orientiren, bin ich nur auf einfache Reproduktionen der Anträge und einige kurze Bemerkungen dazu gestoßen. Diese geringe Neigung, in die Debatte einzutreten, erklärt sich jedoch aus zwei Umständen: sie ist zunächst die natürliche Folge der Inanspruchnahme durch den ununterbrochenen Kampf mit

den Gegnern, den unsere Presse in Deutschland zu führen hat, und zweitens Produkt der Thatsache, daß die Anträge fast sämmtlich Dinge betreffen, über welche sich die große Masse der Genossen in Deutschland ihr Urtheil längst gebildet haben.

Angesichts des letzteren Umstandes namentlich ist die Versuchung nicht sehr groß, an dieser Stelle die Debatte aufzunehmen. Wenn ich es trotzdem thue, so geschieht es denn auch nicht, um den Lesern der „Neuen Zeit“ auseinanderzusetzen, welche Stellung sie meiner Ansicht nach zu den einzelnen Anträgen einzunehmen hätten, sondern vielmehr, um an der Hand eines Theils der Anträge einige Betrachtungen über die Geistesströmungen anzustellen, deren Ausdruck dieselben sind. Ueber die Auffassungsweise der großen Mehrheit meiner deutschen Genossen glaube ich genügend unterrichtet zu sein, um im Voraus sagen zu können, wie ihre Abstimmung in jedem Falle lauten dürfte. Es ist kaum ein Punkt da, über den in unseren Reihen nennenswerthe Meinungsverschiedenheit herrschen wird. Aber nicht überall haben die Sozialisten die gleiche theoretische Schule durchgemacht wie wir, und nicht alle, die unsere Theoretiker anerkennen, kämpfen unter den gleichen praktischen Verhältnissen wie wir. Ein anderer Grad ökonomischer Entwicklung, eine andere Geschichte, andere politische Institutionen, andere Konstellationen der Parteien der herrschenden Klassen — das produzirt eine andere Taktik, eine andere Art der Agitation und, bei aller Gleichartigkeit der anerkannten sozialistischen Grundlehren, eine andere geistige Aneignung derselben. Ich bin gewiß nicht geneigt, den Besitz eines Meisters der Theorie wie Marx und eines Meisters der Propagirung von Gedanken wie Lassalle zu unterschätzen, aber man nehme uns Deutschen die allgemeine geschichtliche — ökonomische wie politische — Entwicklung Deutschlands in den verflossenen dreißig Jahren, den Ausgang des preußisch-österreichischen Kriegs, die Einführung des allgemeinen Wahlrechts, den deutsch-französischen Krieg mit seinen Konsequenzen in der Stellung der europäischen Staaten zu einander und im rapiden Wachsthum des Militarismus, die Expansion der deutschen Industrie in den siebziger Jahren — man nehme dies fort, und trotz Marx, Engels und Lassalle wären wir nicht die, die wir heute sind — wir würden in Ermanglung der reichen Erfahrungen, die wir gemacht, und der praktischen Anknüpfungspunkte, die sich uns darbieten, anderes aus den Schriften dieser Denker herauslesen, auf anderes den Ton legen als wir heute thun. Wie tief ein Denker seine Zeitgenossen beeinflußt, das hängt nicht nur von der Vortrefflichkeit seiner theoretischen Leistung ab, sondern von vielen äußerlichen Umständen — je nachdem diese ungünstig ausfallen, wird er entweder gar nicht gelesen, oder, soweit er gelesen wird, von den Wenigsten verstanden, und, soweit er verstanden wird, von noch wenigeren akzeptirt, resp. befolgt.

Die ökonomische Entwicklung, die in den Ländern, welche wir als Kulturstaaten bezeichnen, immer gleichartiger sich gestaltet, schafft zunächst nur das Rohmaterial für die sozialistische Bewegung; erst die sonstigen geschichtlichen — politischen 2c. — Besonderheiten geben ihr im Verein mit dem Höhegrad der wirthschaftlichen Entwicklung ihre bestimmte Form und bestimmen auch die geistigen Dispositionen der Bewegung. Ich sage, die geistigen Dispositionen, weil da natürlich immer eine ziemliche Freiheit der Spielarten bleibt. Aber wer sich überzeugen will, wie die geschichtliche Besonderheit doch wieder auf die Denkweise zurückwirkt, der mag nur z. B. einen französischen und einen deutschen Marxisten nebeneinanderstellen, oder einen französischen und einen dänischen Possibilisten 2c. Dasselbe würde ein Vergleich zwischen einem französischen und einem deutschen

oder englischen Anarchisten zeigen, obwohl doch die anarchistische Doktrin als die künstlichste, die gewaltsamste, indem sie die historische Entwicklung grundsätzlich ignorirt, die größte Homogenität aufweisen sollte.

Es ist denn auch durchaus verkehrt, die Internationalität anders zum Ausdruck bringen zu wollen, als in der allgemeinen Tendenz und in ganz bestimmten Fragen, die sich auf mindestens annähernd überall gleichartige Verhältnisse beziehen, z. B. auf die nicht überall gleichmäßig vorgeschrittene, aber doch in gleicher Richtung sich bewegende ökonomische Entwicklung, auf den Klassenkampf, die Bekämpfung des Militarismus 2c. Niemand hat dies schärfer erkannt als Marx, und die von ihm der Internationale gegebenen Statuten sind in dieser Hinsicht noch heute mustergiltig. Weit entfernt, die Internationale von einer erzwungenen Uniformität zu befreien, war die Gegenagitation Bakunin's, soweit sie nicht in dem Deutschenhaß dieses panslavistischen Romantikers wurzelte, grade ein Versuch, ihr eine solche — das anarchistisch-atheistische Glaubensdogma — aufzuoktroyiren. Es giebt ja überhaupt keine absolutistischere Lehre, als den Anarchismus. Er gilt für Alles und unter allen Umständen. Ohne Rücksicht auf die besonderen Verhältnisse schreibt er für alle Länder und alle Zeiten dieselbe Form des öffentlichen — politischen darf man ja nicht sagen — Wirkens vor, erläßt er für alle Länder und alle Zeiten dieselben Verbote mit Bezug auf die zu benutzenden Mittel der Förderung der proletarischen Interessen. Er ist darin ein echtes Produkt der Kinderjahre der sozialistischen Bewegung oder des Rückfalls in dieselbe. Im Allgemeinen ist daher seine Domäne auch dort, wo der Sozialismus noch sehr jung oder aus irgend welchen Gründen sehr schwach vertreten ist, wo seinen Bekennern die Mittel und Gelegenheit fehlen, die Volksmasse dauernd für ihre Bestrebungen zu interessiren, mit Erfolg in den Gang der Ereignisse einzugreifen. Dort muß der Sozialismus geradezu einen utopischen oder utopisirenden Charakter annehmen: man flüchtet sich aus dem Sumpf der groben Wirklichkeit in die reinen Höhen der abstrakten Konstruktion und macht aus der Noth — ein „Prinzip". Das haben wir Deutschen in der Jugendzeit unserer Bewegung ebenso gemacht, und wir wollen darum auch gar nicht so hochmüthig auf Andere herabsehen, die entweder wirklich erst in den Anfängen der Bewegung stehen oder durch die Ungunst des Geschicks zu einer übergebührlichen Verlängerung ihrer Flegel- — ach nein, das verbietet mir wohl die internationale Etikette, also sagen wir, ihrer Jugendjahre verurtheilt worden sind. Andrerseits reklamiren wir dagegen das Recht, uns nicht von wohlmeinenden Freunden Pumphosen anziehen zu lassen, blos weil sie ihnen als die Inkarnation unverfälschter sozialistischer Sittenreinheit erscheinen.

Wenn z. B. einige in den Westen der Vereinigten Staaten versprengte Sozialisten verlangen, der Kongreß solle beschließen, daß die sozialdemokratische Partei sich **niemals** durch Erwählung von staatlichen Exekutivbeamten, oder, wie es in einem der beiden, denselben Gegenstand betreffenden Anträge heißt, durch Aufstellung von Kandidaten zu dergleichen Aemtern zur Anerkennung des herrschenden Regimes herbeilassen dürfe, so mag der Antrag dem gegenwärtigen Stand der Partei in Texas, Kentucky — oder sagen wir sogar, den ganzen Vereinigten Staaten durchaus entsprechen, aber wer will behaupten, daß es „**niemals**" dort anders, daß es in allen Ländern der Welt ewig so sein wird? Es kann unter Umständen unerläßliche Pflicht der Sozialdemokratie eines Landes sein, sich in eine solche Kraftprobe mit den bürgerlichen Parteien einzulassen, und wo sie sich stark genug dazu fühlen, nehmen z. B. unsere schweizerischen Genossen schon heute an solchen Wahlen Theil. Weil „speziell hier in Amerika"

durch Theilnahme an derselben die Partei „der Bestechung, Korruption und dem Stimmenkauf ausgesetzt wird“, können unsere amerikanischen Freunde unmöglich verlangen, daß die Sozialisten der ganzen Welt für ewige Zeiten das gleiche Keuschheitsgelübde ablegen, das speziell sie heute über die Schlechtigkeit ihrer Umgebung erhebt. Im Uebrigen steht es mit der Gefahr der Korruption durch Wahlbeeinflussung ebenso wie mit der gleichfalls in der Resolution erwähnten Gefahr der Ertödtung des revolutionären Geistes durch dieselbe — sie sind nur da zu fürchten, wo die Partei und der „revolutionäre Geist“ auf schwachen Füßen stehen; wo dieselben stark sind, kann man es getrost auf diese Gefahr ankommen lassen.

Indeß wozu in die Ferne schweifen? Die Resolutionen aus dem amerikanischen Hinterlande, die doch wenigstens in den derzeitigen thatsächlichen Verhältnissen in den Vereinigten Staaten eine gewisse rationelle Erklärung finden, werden noch bedeutend übertroffen durch die Anträge, mit welchen die Sozialdemokratie aus den europäischen Niederlanden auf dem Kongreß anrückt. Die holländischen Sozialisten sind zwar sehr zartfühlende Leute, und ich fürchte, daß, indem ich mir eine Kritik ihrer Resolutionen erlaube, ich gewärtigen muß, im „Recht voor Allen“ mit einem „tollen Hunde“ verglichen zu werden — wie mir das gerade zur selben Zeit passirte, da der Redakteur des „Recht voor Allen“ in dieser Zeitschrift mir eine Vorlesung über anständige Kampfesweise hielt — aber einige Betrachtungen wird man sich wohl oder übel doch erlauben dürfen.

Die die Frage der politischen Taktik 2c. betreffende Resolution der Holländer, wie sie sich auf dem Agendabogen zum Kongreß vorfindet, lautet:

„1. Der Kongreß, in Erwägung, daß der Klassenkampf nicht durch parlamentarische Thätigkeit ausgefochten werden kann, fordert die Arbeiterparteien aller Länder auf:

a. sich der Wahlen nur als Agitationsmittel zu bedienen;
b. ihre etwaigen Vertreter nur in die Parlamente eintreten zu lassen, um dort gegen die kapitalistische Gesellschaftsordnung zu protestiren, aber nicht, um ihnen zu erlauben, sich an der parlamentarischen Arbeit zu betheiligen, indem sie Gesetzesvorschläge 2c. ausarbeiten.

2. Der Kongreß möge sich über die Bestrebungen derjenigen Sozialisten erklären, welche, indem sie grundsätzlich für eine Arbeiterschutz-Gesetzgebung agitiren, die in der bürgerlichen Gesellschaft möglich ist, aus dem Sozialismus nur eine Regelung der Lohnarbeit und nichts weiter, nur eine Art Staatssozialismus unter einer neuen Form machen wollen.

3. Der Kongreß möge prüfen, ob nicht eine Verständigung zwischen den revolutionären Sozialisten und den kommunistischen Anarchisten möglich sei.“

Wenn ich oben von einem Keuschheitsgelübde sprach, so könnte man mit Bezug auf Punkt 1 dieser Resolution von einem Gebot freiwilliger Kastration sprechen. Die Sozialdemokratie soll wählen dürfen, aber beileibe nicht in der frevelhaften Absicht, politische Machtpositionen dadurch zu erringen, beileibe nicht mit dem verwerflichen Vorhaben, eventuell die Gesetzgebungsmaschine im Interesse der Arbeiterklasse auszunutzen. Sollte sich wirklich das bei Wahlen leider zuweilen unvermeidliche Uebel ereignen, daß Sozialdemokraten das Abgeordnetenmandat erringen, so dürfen sie vielmehr, damit ihre Seele durch den Eintritt ins Parlament nicht Schaden erleidet, diesen Eintritt nicht vornehmen, ohne zuvor — ritsch-ratsch — sich des sündhaften Organs der Befruchtung entäußert zu haben. Nur wenn sie sich freiwillig zur Impotenz verurtheilen, erhalten sie die Erlaubniß, die Arbeiterklasse im Parlament zu repräsentiren. Sie dürfen protestiren — das kann bekanntlich der Kastrat auch — aber sie dürfen sich nicht einfallen lassen, ihrem Protest durch Anträge, deren sofortige Realisirbarkeit sie

beweisen können, Ausdruck zu geben. Sie dürfen protestiren gegen die kapitalistische Gesellschaftsordnung, für die Niemand individuell verantwortlich ist, die kein Mensch geschaffen hat und die kein Mensch von heut auf morgen abschaffen kann. Vielleicht erlaubt man ihnen auch noch, den Mond anzuprotestiren.

Um nicht mißverstanden oder mißgedeutet zu werden, will ich nicht unterlassen, ausdrücklich hinzuzufügen, daß ich damit die Auffassung des Wahlkampfes als eines Protestes und die Protestation im Parlament durchaus nicht verworfen oder auch nur gering geschätzt haben will. Alles zu seiner Zeit. Wogegen ich mich hier wende, ist die absolute Beschränkung auf den Protest und obendrein den Protest ins Blaue, ins Allgemeine.

Auf die Forderung des Weiheaktes folgt die Forderung des Bannfluches. Der Kongreß möge sich über die Bestrebungen derjenigen Sozialisten erklären, welche 2c. 2c. (s. oben Punkt 2) — das kann in diesem Zusammenhange nur heißen, er möge sie verurtheilen. Um Niemand Unrecht zu thun, will ich bemerken, daß wo im deutschen Texte hier „grundsätzlich“ steht, es im englischen und französischen „principally“ bezw. „principalement“ lautet. Das würde denn besser mit „hauptsächlich“ zu übersetzen sein, und damit die Lesart des ganzen Satzes eine etwas andere werden. Wer „grundsätzlich“ für Arbeiterschutzgesetze eintritt, braucht es darum noch nicht „hauptsächlich“ zu thun. In der praktischen Anwendung würde es freilich keinen großen Unterschied machen, denn wer Lust dazu verspürt, könnte auch aus dieser Resolution *jeder* Agitation für Arbeiterschutzgesetze Knüppel in den Weg werfen. In dem Augenblick, wo eine Partei die Agitation für eine bestimmte Forderung aufnimmt, wird diese für den Moment eine hauptsächliche, ob es sich nun um das allgemeine Wahlrecht oder den Achtstundentag handelt.

Wer Punkt 1 und 2 verschluckt hat, dem wird die in Punkt 3 gewünschte Verständigung keine ernsthaften Schwierigkeiten mehr bieten. Die kommunistischen Anarchisten müßten sehr diffizil sein, wenn sie nach so viel Abschwörungen nicht mit Vergnügen die Hand zum Bunde reichen würden.

Die Hauptsache ist: die Sozialdemokratie verzichtet darauf, die Interessen der Arbeiterklasse in der Gegenwart zu vertreten, sie verzichtet darauf, die Arbeiter dem Bann der bürgerlichen Parteien zu entreißen — im Gegentheil, hat sie ihnen heute von der Unwürdigkeit dieser Parteien zur Rolle der Volksanwaltschaft erzählt, so stößt sie sie morgen wieder ihnen zu, indem sie erklärt: vor der großen Revolution giebts nichts, bis dahin seht selbst, wie ihr fertig werdet; wir kümmern uns den Teufel um Haftpflicht, Fabrikgesetze 2c., wir — protestiren für Euch. Die Arbeiter müßten merkwürdige Heilige sein, wenn sie unter solchen Umständen nicht die Lust verlören, den Leuten, die so sprechen, auf die Dauer Heeresfolge zu leisten. Es wäre das beste Mittel, die Sozialdemokratie ewig auf dem Niveau einer Sekte zu erhalten.

Die Tendenz dazu ist verbreiteter, als man meint. Die Zeit der Sektirerei ist das paradiesische Zeitalter der sozialistischen Bewegung. Da ist man in Einem mit der ganzen heutigen Gesellschaft fertig, da kümmert man sich nicht um die lumpigen Fragen des Tages, da stört keine nüchterne Rücksicht auf gegebene Thatsachen den kühnen Flug der Phantasie, da löst man alle Schwierigkeiten mit einem Gedankenblitz. Wie anders, wenn die Umwandlung zur politischen Partei vollzogen ist.

„Leicht bei einander wohnen die Gedanken,
Doch hart im Raume stoßen sich die Sachen.“

Hier nimmt der Kampf recht unangenehme Formen an, er wird verirdischt, zwingt zur Beschäftigung mit grober Alltäglichkeit, scheint sich in derselben zu

verlieren, und das Ziel, das man erst so nahe vor sich sah, in immer weitere Ferne zu rücken. Was Wunder, daß gar Mancher sich immer wieder in die paradiesische Zeit der Erbauung von und an Kartenhäusern zurücksehnt, und ein Anderer wenigstens zeitweise so ein Gelüste danach verspürt. Die Anarchisterei ist zu einem sehr großen Theil das Produkt solcher Romantik. Man findet aber auch Anwandlungen davon bei Leuten, die keine Anarchisten sind. Begreiflich, wie diese Anwandlungen sind, sind sie doch zu bekämpfen, weil sie den Blick von den wirklichen Aufgaben der Partei ablenken.

Die Holländer haben noch andere Resolutionen beantragt, und eine davon lautet, der Kongreß solle den Arbeitern das Erlernen von Volapük empfehlen. Dieser Antrag, nicht von einem Individuum, sondern von der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Hollands gestellt, erschien mir auf den ersten Blick nur — sagen wir amüsant. Aber es ist doch wohl richtiger, die Leute zu verstehen, statt über sie zu lachen. Ueber den Zweck des Antrags, eine allgemeine Umgangssprache für die Arbeiter der verschiedenen Länder einzusetzen, ist natürlich kein Wort zu verlieren, ein jeder wird seine Berechtigung gern zugeben. Aber — Volapük! Was ist Volapük? Eine künstlich fabrizirte Sprache, das Werk eines begabten Sprachgelehrten, das Produkt individuellen Spintisirens und Spekulirens. Nun ist jede wirkliche Sprache ein Lebendiges, das Produkt einer langen, innerhalb eines ganzen Volkes sich vollziehenden und noch täglich sich fortspinnenden Entwicklung, erfüllt mit einem eignen Geist, den wir Sprachgeist nennen und der in jedem Volke ein anderer ist. Und wäre der Erfinder des Volapük ein Universalgenie, er kann seiner Kunstsprache kein echtes Leben, keinen Geist einhauchen, er kann nur das Rüstwerk, das Gerippe einer Sprache liefern. Liefert er nur Vokabeln, Grammatik und etwas Satzbildung, so ist damit der Zweck internationaler Verständigung noch lange nicht erreicht, wohl aber eine Quelle endloser Mißverständnisse gegeben. Man übersetze sich nur einige Sätze aus irgend einer fremden Sprache wörtlich ins Deutsche und man wird das sofort erkennen.

Aber zugegeben selbst, der Erfinder hätte das Problem gelöst und im Volapük nicht nur den todten Apparat, sondern auch den lebenden Geist einer Sprache geschaffen — was dann? dann hätte, wer Volapük lernen will, zuzunächst den Wortschatz, dann die Grammatik, dann die einfache und die komplizirte Syntax — kurz, alles zu lernen, was ihn jede andere Sprache zu lernen kostet. Und da muß ich gestehen, daß ich lieber jede andere Sprache lerne, sofern sie nur die eines Kulturvolkes ist, als Volapük. Denn mit jeder solchen Sprache eröffnet sich mir ein neuer Horizont, lerne ich eine neue Gedankenwelt kennen oder bietet sich mir wenigstens die Gelegenheit dazu.

Die holländische Sprache ist z. B. nicht gerade als besonders schön bekannt, auch ist sie die Sprache eines verhältnißmäßig kleinen Volkes, aber es sind immerhin Millionen, die sie sprechen und sicherlich hat auch sie ihre Vorzüge. Jedenfalls ist sie die Sprache eines Volkes, das eine Geschichte und Literatur hat. Und so würde ich noch lieber einen Antrag annehmen, daß alle Arbeiter „Hollandsch" lernen sollen, als sie auf Volapük zu dressiren. Denn, wie gesagt, ich glaube nicht an diese Kunstsprache.

Will man eine Weltsprache, warum nicht eine der lebenden, diejenige der lebenden wählen, die am meisten den Bedingungen einer solchen entspricht? In den Ländern moderner Entwicklung ist die englische Sprache die verbreitetste. Sie ist eine ungemein reiche und ausdrucksvolle Sprache, der Schlüssel zu einer großartigen Literatur, sie wird von über 100 Millionen Menschen gesprochen, der Arbeiter, der sie gelernt hat, ist in verschiedenen Welttheilen zu Hause — warum

also nicht die englische Sprache wählen? Die Engländer kämen dabei freilich etwas zu kurz, insofern sie von allen Andern verstanden würden, ohne diese zu verstehen, sie sind das indeß gewöhnt und würden schwerlich sehr unglücklich darüber sein.

Also warum nicht englisch, warum nicht diese Sprache, die so viele Vorbedingungen einer Weltsprache erfüllt, die heute schon von Hunderttausenden neben ihrer Muttersprache verstanden wird? Und das bringt mich zum Thema zurück.

Was Volapük in Bezug auf die Sprachenfrage, das ist die Auffassung der sozialistischen Bewegung, wie sie sich in den Resolutionen der Holländer und der ihnen Gleichgesinnten ausspricht, in Bezug auf die Frage der Aufgaben und Taktik der Sozialdemokratie. Hier wie dort dieselbe Art der Folgerungsweise. Nicht aus den wirklichen Verhältnissen heraus wird das rechte Mittel, die rechte Kampfesform zu bestimmen gesucht, sondern nach einer künstlich konstruirten Schablone. Dieser Schablone muß sich alles anpassen, alles soll Volapük lernen. Der Sozialismus ist noch immer der im Kopf konstruirte Zukunftsstaat, und da der so ganz anders konstruirt ist wie die heutige Gesellschaft, muß er von jeder Berührung mit ihr bewahrt bleiben. An die lebendigen Bedürfnisse der Arbeiterklasse anknüpfen, für die politischen, sozialen und ökonomischen Reformen eintreten, die sie braucht, die Machtmittel benutzen, welche sich dafür geeignet erweisen? Nein, das ist Versündigung. Wir dürfen nur protestiren und — Volapük lernen. Die sozialistische Gesellschaft wird nicht die Frucht sein einer Reihe von politischen, sozialen und ökonomischen Umgestaltungen, welche selbst wiederum durch die ökonomische Entwicklung bedingt und durch den auf ihr beruhenden und durch sie immer weiter getriebenen Klassenkampf produzirt werden, — nein, sie ist in der Idee schon fertig und wird eines Tages auf die verfaulte bürgerliche Gesellschaft aufgepfropft werden wie — Volapük auf die heutigen Sprachen.

Natürlich will ich damit nicht allen holländischen Sozialisten nachsagen, daß sie sich die Sache nun ganz so plump vorstellen, ich will mit dem Bilde nur die Auffassungsweise veranschaulichen. Wie diese z. B. den nun einmal anerkannten geistigen Führer der Holländer, Domela Nieuwenhuis, beherrscht, zeigt dessen schon in Paris — 1889 — gethane Aeußerung, daß, wenn die herrschenden Klassen das dort entworfene Arbeiterschutzprogramm bewilligten, der Sozialismus entwaffnet sei. (Wenn ich nicht sehr irre, brauchte er sogar noch einen schärferen Ausdruck.) Nieuwenhuis steht aber damit durchaus nicht allein. Bei fast allen vernünftiger Unterhaltung zugängigen Anarchisten habe ich die gleiche *Furcht* vor Reformen gefunden. Sie schimpfen auf Reformen, weil sie sie *fürchten*. Dieselben könnten den Arbeitern die Lust am — Volapük nehmen. Und noch einmal wiederhole ich, daß da, wo die sozialistische Bewegung jung oder aus anderen Gründen noch schwach ist, ähnliche Stimmungen sich leicht einstellen.

Ich halte es deshalb für keineswegs absolut ausgeschlossen, daß nicht die Resolution der Holländer in vielleicht etwas modifizirter Form auf dem Kongreß durchgeht*, zumal wenn die Franzosen fernbleiben. Ihre Spitze ist gegen die

---

* In der neuesten Nummer des Organs der sozialdemokratischen Federation heißt es, daß im „Recht voor Allen" vom 5. Juli den holländischen Genossen empfohlen wird, ihrer Resolution eine andere Fassung zu geben, damit die Genossen auswärts dieselbe nicht mißverstehen. Die vom „Recht voor Allen" vorgeschlagene Fassung ist in der That eine Verbesserung. Sie ist sogar nicht mehr und nicht minder als eine völlige *Umstoßung* der ursprünglichen Resolution. Denn wo es in dieser unter „a)" von den Wahlen hieß: „*nur* als Agitationsmittel", heißt es im „Recht voor Allen" „*hauptsächlich* als Agitationsmittel". Desgleichen steht unter „b)" für „nur" „*hauptsächlich*" und im Nachsatz heißt es, daß die Vertreter .... „an parlamentarischen Arbeiten soweit theilnehmen sollen, als

deutsche Sozialdemokratie gerichtet, die durch ihre großen Erfolge zwar die Bewunderung der großen Mehrheit der Sozialdemokraten aller Länder erzielt hat, aber den Anarchisten und Halbanarchisten aller Länder um so mehr ein Dorn im Auge ist. Allerhand seltsame Koalitionen sind zu gewärtigen, und darum wird es nur gut sein, wenn unsere Partei in der ihrer Stärke angemessenen Zahl in Zürich vertreten ist.

Obwohl es selbstverständlich ist, glaube ich doch zum Schluß noch bemerken zu sollen, daß die deutsche Sozialdemokratie, die die Fahne der Internationalität stets hochgehalten hat und hochhalten wird, sich von keinem Kongreß der Welt eine Taktik diktiren lassen wird, die sie nicht für die heimischen Verhältnisse angemessen hält. Sie so wenig, wie die Sozialdemokratie irgend eines Landes. Die Genossen in Deutschland würden, wenn es sein müßte, allenfalls der Internationalität zu Liebe, in den sauren Apfel beißen und ein Bischen grammatikalisches Volapük treiben. Aber sozialistisches Volapük — nimmermehr.

Indien und die Silberkrisis.

Von **Max Schippel.**

Die Dinge gehen ihren gewiesenen Weg. Aber manchem Goldwährungsenthusiasten ist dabei doch nicht recht geheuer zu Muthe, denn die Dinge laufen wesentlich anders, als man früher gedacht oder gewünscht hat.

Nachdem seit dem Ende der siebziger Jahre das Silber in seinem Werthverhältniß zum Gold enorm gesunken und zudem beständigen heftigen Schwankungen ausgesetzt ist, ist nicht nur der ganze kolossale Betrag von ehemals vollwerthigen Silbermünzen im Geldumlauf Europas und der Vereinigten Staaten zu einer Art silbernen Papiergeldes mit Zwangskurs geworden, das eines schönen Tages uneinlösbar sein könnte, sondern auch die großen Silberländer Asiens und Amerikas, heute für unseren Handel von unschätzbarer Bedeutung, stehen nunmehr Europa wie Reiche mit sinkender und schwankender Papierwährung gegenüber, während früher, bei festem Silber-Goldpreis, ihre Geldsysteme der solidesten Goldwährung vollständig gleichkamen. In Deutschland haben wir das alte Silber noch leidlich glücklich abstoßen können und doch verblieb uns neben der Reichsscheidemünze eine halbe Milliarde Mark Silberthaler mit Zwangskurs, der heute etwa hundert Prozent über ihrem inneren Gehalt steht. In Frankreich haben wir über drei Milliarden Francs Silberkurantgeld — in den Vereinigten Staaten allein in der Bundesschatzkammer beinahe eine halbe Milliarde Dollars Silber. Lediglich England besitzt die Goldwährung in der früher stets geforderten „soliden" Form: neben der Scheidemünze mit beschränkter Zahlungskraft hat es mit unbeschränkter Zahlungskraft nur *Goldmünzen*.

An die, durch die Entwerthung des überkommenen Silberbestandes gestiegene Unsolidität unserer Geldsysteme hat man sich allmälig gewöhnt: man kann das Silber nicht veräußern und man kann es andererseits — wie man mehr und mehr einsieht — nicht durch eine bimetallistische Wunderkur in seinem Werthe

---

es ihre Wähler billigen". Wenn das jetzt die Ansicht vom „Recht voor Allen" ist, dann könnten wir uns die Hände reichen, wir wären dann in der Hauptsache einig. Aber — einige Bemerkungen des ohnehin nicht sehr vertrauenerweckenden Berichterstatters der „Justice" lassen befürchten, daß die mildere Lesart „den Schalk hinter ihm" hat und nur bezweckt, gewisse Allianzen möglich zu machen. Hoffentlich täusche ich mich, aber man muß nachgerade auf alles gefaßt sein. E. B.

wieder auf die Nominalhöhe der alten Silbermünzen emporheben. Man läßt also, der Noth gehorchend, diesen Pfahl in unserem Fleische.*

Aber wenn man unsere innerlich entwertheten und im Werthe schwankenden Silbermünzen künstlich auf einem festen Goldwerth erhalten kann — läßt sich etwas Aehnliches nicht für die Münzen der eigentlichen Silberstaaten erreichen und ist dadurch mit den ewigen Valutaschwankungen, die den gegenseitigen Verkehr zwischen Gold- und Silberländern belästigen und verwirren, nicht ein Ende zu machen? Wenn der Silberdollar und das Fünffrancsstück einen festen Goldpreis haben, kann die Silberrupie ihn nicht auch erlangen und ist dadurch der Verkehr Europas mit Indien nicht auf eine ebenso feste Grundlage zu stellen wie der zwischen zwei Goldländern — auch wenn Indien vorläufig wenig Gold prägt und für die innere Zirkulation weiter fast ausschließlich Silber verwendet?

Ein Experiment in dieser Richtung unternimmt eben die britisch-indische Regierung, auf dessen währungstechnische Seite wir später, nach der Entscheidung in Amerika, zurückzukommen gedenken. Heute gehen wir kurz auf die Vorgeschichte dieses Versuches ein, der für die Zukunft des Silbers und für die ganze internationale Währungspolitik entscheidend sein wird.

Daß Indien zuerst von allen Silberländern zu Währungsreformen schreiten würde, war vorauszusehen, denn nirgends ist die Verbindung zwischen Silber- und Goldland eine so enge wie zwischen Indien und England; zur engsten Handelsverknüpfung tritt hier noch die engste politisch-finanzielle. Die englisch-indische Verwaltung, schrieben wir in Nr. 18 (Die Interessenten der Währungsfrage), „steht immer mit dem einen Bein, in ihren Einnahmen in Indien, auf einer Silberbasis, mit dem anderen aber, in ihren Zahlungen nach England, auf dem Gold. Dabei immer das finanzielle Gleichgewicht zu erhalten, fällt ihr schwerer als manchem europäischen Finanzminister. Es ist nicht so einfach, aus dem indischen Volk Jahr für Jahr so viel Silber mehr herauszupressen, um den enormen Goldverpflichtungen in England nachkommen zu können.“ Wenn 1892/93 die Rupie durchschnittlich 14,958 Pence galt, statt wie früher 24 Pence, so mußten für die Goldverpflichtungen der indischen Regierung, die sich gleichzeitig auf etwa 16½ Millionen Pfund Sterling beliefen, über 264 Millionen Rupien aufgebracht werden, also 87 Millionen Rupien mehr wie nach dem Coursstand von 1873. Jeder weitere Preissturz des Silbers hätte die finanziellen Verlegenheiten der indischen Verwaltung steigern müssen, die heute schon vor einem Defizit steht. Die Ausgaben will man nicht beschränken, die Einnahmenvermehrung stößt auf unüberwindliche Schwierigkeiten: die Salzsteuer ist schon genugsam verhaßt und man will sie für außerordentliche Zwischenfälle in Reserve halten; eine Gebührenerhöhung würde vor Allem die Justiz vertheuern, um deren Reform man sich schon heute nicht mehr herumdrücken kann; Einfuhrzölle, besonders auf Baumwollwaaren, sähe man wohl in Indien ganz gern, um so heftiger würde man sie in England zurückweisen. Gerade die wichtigsten Einnahmen, besonders die „Landtaxen“, sind überhaupt nicht steuerartig; eine willkürliche Erhöhung verbietet sich daher bei ihnen von selber, ganz abgesehen von dem Entrüstungssturm, den jede, auch jede nur nominelle Steigerung des indischen „Tributes“ unter den Eingeborenen entfesseln würde.

---

* Herr Dr. Bamberger erörtert eben in der „Nation“ (Nr. 42) die „Frage, ob wir es bei der sinkenden Währung in der That mit einer Krankheit oder mit etwas Besserem zu thun haben“ — wohl zu optimistisch. Unsere Besprechung seines Buches (Die Stichworte der Silberleute) war vor dem Erscheinen dieses Artikels geschrieben.

Die indische Regierung war somit gar nicht mehr in der Lage, dem Sinken der Rupie ruhig zusehen zu können. Ihre Interessen wiesen sie darauf hin, den Werth der Rupie zu steigern oder doch vor weiterem Herabgehen zu bewahren — um den Goldwerth ihrer Einnahmen zu steigern, oder doch festzuhalten und so dem finanziellen Schiffbruch zu entrinnen. Einzelne Vertreter dieser Interessen gingen sogar soweit, Arm in Arm mit unseren Bimetallisten in Europa und Nordamerika die „Wiederherstellung des alten Silberwerthes" zu fordern, noch in Brüssel auf der letzten Münzkonferenz.

In der indischen Bevölkerung kreuzten sich die verschiedensten Interessenströmungen.

Der großen Bank- und Handelswelt erschien vor Allem die feste Angliederung der indischen Währung an die Währung des Geldmarktes wünschenswerth. Der Weltmarkt aber kennt heute nur ein Werthmaß noch, das Gold. Aus diesen Kreisen heraus ist daher das Verlangen nach der Einführung der Goldwährung am lautesten erklungen, das besonders in der Denkschrift der Indian Currency Association vom Sommer 1892 Ausdruck fand.* Wäre nicht — heißt es da — „durch einen glücklichen Zufall der Suezkanal gerade erschlossen worden, wie die Silberentwerthung begann", und hätte nicht gleichzeitig die Entwicklung des indischen Eisenbahnnetzes begonnen, „so hätten diese Fluktuationen und diese Entwerthung den indischen Handel vollständig lähmen und das Reich in eine hoffnungslose finanzielle Unordnung und Verwirrung stürzen müssen". Das englische Kapital werde von der Anlage in Indien abgeschreckt, der „Kredit des Reiches schwer geschädigt", während für die Beamten der Regierung und für „alle Europäer mit Rupieneinkommen die Werthverminderung der Münzeinheit schwere Nothstände mit sich gebracht" habe.

Doch selbst in Bank- und Handelskreisen erhob sich Widerspruch gegen eine Politik, welche den Rupienwerth womöglich bis zum alten Goldpari steigern wollte. Die Exporteure freuten sich der Exportprämien, welche eine im Werth fallende Währung immer vorübergehend schafft. Die indisch-ostasiatischen Handelshäuser und Banken wollten mit den übrigen Silberländern auf gleichem Währungsniveau bleiben. Sie traten daher unter der verschiedensten Motivirung für das alleinseligmachende Silber ein. So heißt es in einem Manifest, das von der Hongkong and Shangai Banking Corporation und der Bank of China, Japan and the Straits unterzeichnet ist. „Der große Umfang der Goldverpflichtungen der Regierung wird oft als triftiger Grund, die freie Rupienprägung zu verlassen, angeführt. Aber wir erlauben uns einzuwenden, daß die Silberverpflichtungen des Bauernstandes zwanzigmal größer und wichtiger sind, wie die Goldverpflichtungen der Regierung, so daß, um ein kleineres Uebel zu beseitigen, ein größeres derselben Art geschaffen würde, dessen Folgen gar nicht abzusehen sind. Während der letzten zwanzig Jahre scheint für die Bauern die Schuldenlast von ihrem Drucke verloren zu haben ...."

Diese Bauernfreundlichkeit der haute banque braucht man natürlich nicht besonders ernst zu nehmen, aber wir stoßen hier in der That auf die Hauptursache, warum die Masse der Bevölkerung in Indien dem Fortbestand der alten, im Werthe sinkenden Silberwährung eher freundlich wie bedenklich gegenübersteht. Die Masse der Bevölkerung in Indien ist bäuerlich, und den indischen Bauer drücken heute vorwiegend zwei Geldausgaben: die landtax der Regierung und die Zinsen für die rapid angewachsenen Schulden. Der Bodenzins ist vielleicht

* Mitgetheilt in allen größeren englischen Blättern Ende Juli 1892.

dauernd oder doch auf 30 Jahre festgesetzt; die Schuldzinsen stellen eine feste Rupiensumme dar. Mit jeder Verminderung des Rupienwerthes sinkt nun gleichsam das spezifische Gewicht der Abgaben- und Schuldenlast: die Produktenpreise steigen und damit die Geldeinnahmen des Bauern, während die genannten Ausgaben konstant bleiben. Soweit hat die Silberentwerthung der Masse des indischen Volkes genützt und es ist kein Wunder, wenn sie ein im Werthe fallendes Edelmetall, also auch weiter das Silber, als Grundlage der Währung beibehalten sehen will.

Hinter dieser Masse steht aber die zahlreiche Klasse der Lohnarbeiter, ohne jeden oder doch ohne jeden bemerkenswerthen Landbesitz. Und diese Klasse ist durch die Silberentwerthung furchtbar geschädigt worden: ihre Löhne sind nicht entsprechend gestiegen, während viele ihrer Bedarfsartikel nur noch zu höheren Preisen einzukaufen sind.* „Die Beobachtung — lesen wir in der „Times" Anfang März 1892 — ist oft gemacht und neuerdings erst von einer anerkannten Autorität in Indien wiederholt worden, daß der gegenwärtige Nothstand, wie dies bei allen Nothständen in jüngster Zeit der Fall war, verschlimmert wurde durch die Geldentwerthung, daß, von natürlichen Ursachen abgesehen, monetäre Ursachen in Wirksamkeit waren, um die Lebensmittelpreise auf eine Höhe zu treiben, die für die landlose Arbeiterbevölkerung chronischen Nahrungsmangel bedeutet und die in schlechten Zeiten die naturgemäße Einschränkung zur gänzlichen Aushungerung steigert. Der fremde Käufer zahlt für das Getreide jetzt 15 Rupien mit seinem Goldstück, das früher nur 10 Rupien galt. Aber es ist festzustellen, daß unter den landlosen arbeitenden Klassen die Löhne nicht in dem gleichen Verhältniß gestiegen sind, daß in der That der arme Arbeiter weiter den Markt mit nur 10 Rupien betritt . . . Es ist wahrscheinlich, daß die Löhne in den Landbezirken Indiens nicht so rasch gestiegen sind, wie die Lebensmittelpreise unter dem Anreiz der entwertheten Rupie. Entsprechend haben die ländlichen Arbeiter gelitten." Der „Times"-Korrespondent meint dann noch, es sei eine wahre Wohlthat, daß dieses Landproletariat weniger von den eigentlichen Weltmarktsstapelartikeln, Weizen und Reis lebe, in deren Preis unter der Konkurrenz der fremden Märkte am raschesten die Silberentwerthung zum Ausdruck gekommen sei; dieses Proletariat lebe mehr von Hirse, Hülsenfrüchten und ähnlichen Nahrungsmitteln, die wenig von der Ausfuhr betroffen werden und die darum in ihren Preisen auch langsamer der Silberentwerthung folgen. „Aber wenn man auch diese und andere mildernde Ursachen in Rechnung zieht, so glauben doch Viele, daß die Entwerthung des Umlaufsmittels für Millionen von Familien in Britisch-Indien einen härteren Lebenskampf und ein Näherrücken der Hungersnoth bedeutet." Und in dem Bericht der Lord Herschell'schen Silberkommission heißt es soeben wieder: „Wenn der Tagelohn erfahrungsgemäß

* Die Silberentwerthung im heutigen Asien erinnert unwillkürlich an die Edelmetallentwerthung in Europa im 16. Jahrhundert. „Damals waren die Pachtkontrakte lang, oft für 99 Jahre laufend. Der fortdauernde Fall im Werth der edlen Metalle und daher des Geldes trug den Pächtern goldene Früchte. Er senkte, von allen anderen, früher erörterten Umständen abgesehen, den Arbeitslohn. Ein Bruchstück desselben wurde zum Pachtprofit geschlagen. Das fortwährende Steigen der Preise von Korn, Wolle, Fleisch, kurz sämmtlicher Agrikulturprodukte, schwellte das Geldkapital des Pächters ohne sein Zuthun, während die Grundrente, die er zu zahlen hatte, im veralteten Geldwerth kontrahirt war. So bereicherte er sich gleichzeitig auf Kosten seiner Lohnarbeiter und seiner Landlords." (Marx.) Die Entwicklung in Indien hat einige Aehnlichkeit, aber andererseits vollzieht sie sich unter ganz anderen Umständen, die ihr schließlich einen wesentlich anderen Charakter aufprägen.

(der Preissteigerung in Indien) langsamer gefolgt ist, so muß dies selbstredend zum Schaden der arbeitenden Klassen geschehen sein." — Diese Klassen hätten also eher ein Interesse an einer im Werthe steigenden Valuta; sie könnten für die Freunde der Goldwährung in den Bank- und Handelskreisen werthvolle Bundesgenossen sein, wenn sie überhaupt schon gelernt hätten, sich zu rühren. So werden ihre Interessen höchstens von Anderen vertreten, die ihre Hunger-Emeuten und -Krankheiten fürchten.

Unter dieser Interessenkonstellation hat sich der langjährige Währungskampf in Indien abgespielt. Bis in alle Ewigkeit konnte die freie Silberprägung und damit das Sinken der Rupie nicht fortdauern. Eine Steigerung des Rupienwerthes wäre der indischen Finanzverwaltung und allen Personen mit festen oder wenig steigerungsfähigen Rupieneinnahmen sicherlich sehr willkommen, auch dem arbeitenden Proletariat nützlich gewesen. Sie verbot sich aus Rücksichten auf die Bauern und die Exporteure.

Die Regierung kam daher selbst von ihrem älteren Plane, die Rupien auf 18 Pence festzusetzen und festzuhalten, zurück; sie erkennt den status quo an und will nur ein ferneres Sinken des Rupien-Goldwerthes verhindern. Die Rupien sollen durch Einschränkung der Prägung (wie ein Papiergeld mit Zwangskurs durch Quantitätsbeschränkung) künstlich auf 16 Pence (1 Schilling 4 Pence) festgehalten werden. Ohne größeren Goldbedarf würde diese hinkende Goldwährung aufrecht zu erhalten sein, weil Indien bei seiner aktiven Handelsbilanz keinen Goldabfluß zu fürchten hat, der eine Goldprämie und damit einen raschen Zusammensturz des künstlichen Gleichstandes zwischen Silber und Gold erzeugen müßte.

Vielleicht glückt dieses gewagte Experiment. Auf jeden Fall entzieht es dem weißen Metall wieder einen großen Theil, etwa ein Fünftel, seines bisherigen Absatzes. Die Münzen der Vereinigten Staaten verwendeten zuletzt jährlich etwa ein Drittel der ganzen Silberproduktion. Wenn auch sie ihre Thore vor dem Silber schließen werden — was sich demnächst entscheiden soll — welche Tiefen wird dann der Londoner Silberpreis erreichen?

Literarische Rundschau.

Ludwig Bamberger, **Die Stichworte der Silberleute.** Berlin W, Rosenbaum u. Hart. 1893. 136 Seiten.

Die Schrift ist vielleicht das Beste, was Bamberger zur Währungsfrage veröffentlicht hat. Wir empfehlen sie daher zum Studium, obwohl wir nicht mit allen Ausführungen Bamberger's übereinstimmen und auch durchaus nicht Alles für glänzend halten, was sich heute Goldwährung nennt und was sich im Gefolge der Goldwährung entwickelt: die enorme Belastung und Ueberlastung des europäisch-nordamerikanischen Geldumlaufes durch entwerthetes Silber mit unbeschränkter Zahlungskraft, durch „silbernes Papiergeld" mit Zwangskurs — und die Herabdrückung der asiatisch-amerikanischen Silberreiche zu Ländern, deren Valuta zeitweilig mehr sinkt und schwankt wie etwa der russische Papierrubel oder gar der österreichische Papiergulden. Glückt das eben versuchte englisch-indische Währungsexperiment, so werden wir vollends erst blaue Wunder erleben, was — im Gegensatz zu allem, was man sich einst darunter dachte — heute Goldwährung heißt: massenhaftester Umlauf von werthverringertem Silber mit künstlich festzuhaltendem Nominalwerth in Gold, minimalster Umlauf von wirklichem, vollwerthigem Gold. Die Währungsumwälzungen früherer Jahrhunderte degradirten auch das entthronte Metall zu bloßen „Marken", aber sie bestimmten zugleich gesetzlich die sehr niedrige Proportion, worin sie allein an Zahlungsstatt genommen

werden mußten. Heute können es die meisten Länder Europas nicht wagen, dem entthronten Metall die unbeschränkte Zahlungskraft zu nehmen, und Indien geht eben, der Noth gehorchend, dazu über, sich eine Goldwährung ohne wesentlichen Goldumlauf, mit lauter silbernen „Goldzeichen" zu schaffen. Das Alles mag unvermeidlich gewesen sein, wie wir auch glauben; aber schön ist es trotzdem nicht und unter einer Welt-Goldwährung hat man sich stets etwas ganz Anderes vorgestellt.

Die Bamberger'sche Arbeit ist eine Streitschrift gegen die bimetallistische Agitation und darum brauchte sie am Ende auf die bedenklichen Seiten der heutigen Währungszustände nicht weiter einzugehen; auch wendet sie sich vorzugsweise den deutschen Währungsverhältnissen zu, die viel weniger kritisch sind wie die Frankreichs und der lateinischen Union oder wie die der Vereinigten Staaten. Als Streitschrift ist sie inhaltlich vorzüglich und auch in ihrer Form steht sie hoch über der Fluth von sonstigen Währungsschriften. —ms.

Feuilleton.

Der Wunderschrank.

Vaterländische Erzählung von **Ludwig Schierk.**

(Fortsetzung.)

„Ihr seid der Schmied aus dem Städtchen!" — sagte er leise — „und das wird wohl Euer Kind sein. Der Schank soll bald gesperrt werden, und 's wär keine Ruhe auf dem Stroh, das Euch der Wirth auf die schmutzige Diele legt. Geht mit!"

Die Faust des Schmiedes ließ das Glas los.

„Blasius, Lenchen, auf mit Euch!" — lachte er höhnisch. „Das ist die erste Uniform, die uns beim Kragen nimmt. Landstreicherleute!"

Sie gingen mit dem Wachtmeister fort: die Uniform hatte die Landstreicher wirklich beim Kragen genommen. Der alte Reußer führte sie in seine warme Stube.

„Ihr schlaft die Nacht bei mir, Meister! Sucht auszuruhen! Morgen früh geht Euch die Sonne auf, so gut wie mir, und Ihr könnt Verstand haben, so gut wie ich. Braucht Niemand an der Kehle zu fassen! Haltet Euer Kind mit der einen Hand, mit der anderen den Arbeitshammer! Die Mordgedanken kommen Euch dann aus dem Hirn. Unsere Bauern fuhren in die Stadt zu Euch, jetzt kommt Ihr zu ihnen. Ein Schmiedfeuer kann im Dorfe auch glühen; die Knechte sparen den Weg und betrinken sich weniger. Euer Kind kömmt unter Dach, Meister! Wenn's niedriger ist: — es ist gescheiter als die Straßengräben und die Branntweinstuben. Müßt dem Mädel ein traulich Kämmerlein schaffen!"

Der Wachtmeister entsann sich nicht, jemals eine längere Rede gehalten zu haben. Aber der Schmied mit Blasius und Lenchen war wirklich im Nelkendorfe geblieben.

Neben dem Heiligthume im kunstgewerblichen Schlafzimmer des Herrn Thomas Seebald kennt nun der Leser auch einen Wunderschrank, den der alte Wachtmeister Gustav Reußer unter seiner Uniform trug.

IV.

Die historische Eigenschaft der Frau ist die Geschmeidigkeit; jene außerordentliche Fähigkeit des Körpers und Geistes, sich den gegebenen Verhältnissen anzupassen und dem Veränderten die beste Seite abzulauschen. Diese Eigenschaft hat die Frauen der Arbeiter allmälig zu der bevorzugten Stellung gesellschaftlicher

Lastthiere erhoben und die Frauen der Nichtarbeiter in die göttliche Möglichkeit versetzt, sich ihrer gesellschaftlichen Verpflichtungen bis auf jene des Empfangens und Gebärens nach und nach zu entledigen. Es kann aber keinem Zweifel unterliegen, daß es unserer erleuchteten Wissenschaft im Dienste des vaterländischen Kapitals endlich auch gelingen werde, das Herbe des letzteren Prozesses auf ein selbst den schönen Vertreterinnen dieses Kapitals erträgliches Maß zurückzuführen, ohne das Vergnügen und die Ausdehnung der ersten Funktion irgendwie empfindlich zu schmälern.

Wir wissen nicht, ob Lenchen, die Tochter des Schmiedes, die ganze Tragweite dieser Erkenntnisse empfand in den Stunden, da sie einsam in dem Stübchen saß, wo der große Kachelofen summte, und die grünschillernden Dorfheckenvögel endlich den Versuch aufgegeben hatten, sich aus dem lästigen Drahtgeflechte zu lösen, in das sie die Hand des langen Hans verwiesen.

Mit Hilfe jener nützlichen Eigenschaft der Frauen hatte sich Lenchen sogleich in die neuen Verhältnisse gefunden. Da ihr nicht verstattet war, unter dem Dache zu wohnen, das mit den Banknoten des Herrn Thomas Seebald gedeckt war, schloß sie das kleine Holzhäuschen, das der Schmied ganz insgeheim erwerben mußte, um seinem reichen Schulgenossen nicht neuerdings in die Klauen zu fallen, völlig in ihr junges Herz. Sie liebte das morsche Hüttchen mit einer Art Mitleid über sein dürftiges Aussehen und hatte sich vorgenommen, dem bescheidenen Bauwerkchen durch nichts fühlbar zu machen, daß sie darin wohnen müsse. Sie fegte die ärmlichen Dielen mit derselben Sorgfalt, die sie dem behaglicheren Boden ihrer städtischen Stube zugewendet hatte. Sie wusch jede Woche den kleinen Fensterchen das bestaubte Gesicht und sang dazu ein ergreifendes Lied von einem weißen Röslein, das in einer kalten Herbstnacht erfroren war. Es war dasselbe Lied, das Herrn Seebald junior an einem lindduftigen Sommerabende, da allen Menschen auf Erden das Herz in Liebe zerspringen wollte, veranlaßt hatte, bei dem Hause des Schmiedes stehen zu bleiben und mit Lenchen ein Gespräch anzuknüpfen von so tiefem Inhalte, daß das arme Mädchen eine Scheibe zerbrach und der junge Herr fast über einen Schubkarren stürzte, welcher der bessernden Hand des langen Hans harrte.

Herr Seebald junior trug an diesem bedeutungsvollen Tage einen feinen Korkhut auf dem lockigen Haar, und sein flottes Schnurrbärtchen strahlte im Glanze eines Sälbchens, das der Geldprinz aus Paris bezog.

Lenchen stand auf einem hölzernen Gerüste, das sie sehr kunstvoll aus alten Baustücken herzustellen pflegte, und wusch die Scheiben mit grobriechender, vaterländischer Seife. Ihre braunen Zöpfe hingen lang herab, und ihre von der Sonne verbrannten Arme gaben sich keine Mühe hübscher zu scheinen, als sie waren.

Die zwei jungen Leute standen da wie Arbeit und Müßiggang. Aber der Müßiggang lobte die Arbeit; denn Herr Seebald junior war der Sohn seiner Mutter.

„Unsere Gesellschaft, Fräulein Lenchen, muß verkommen; verkommen an der Arbeitsscheu der Frauen des reicheren Bürgerthums. Es wird Zeit, daß brave und gute Mädchen aus dem Volke durch Heirath in jene Kreise gelangen, in denen das Weib vergessen hat, sein Glück und seine Ehre am Herdfeuer zu suchen.“

Fräulein Lenchen lauschte athemlos. Die warme Sommerluft wehte harzduftig von den bewaldeten Bergen, hinter denen die Sonne zögernd hinabsank. Die müden Hüttenleute zogen heimwärts und besprachen flüsternd den Lohnabzug, der ihnen angedroht worden war. Aus der Ferne war der gröhlende Ton eines Dampfhornes zu vernehmen, der den Menschen verkündete, daß die Firma Mörwitz und Sohn für diese Nacht die Arbeit einzustellen gesonnen sei.

Aber Lenchen hörte nur die Stimme eines Vogels, der von braven Mädchen aus dem Volke sang, die in jene Kreise kommen sollten, wo das Weib vergessen hatte, sein Glück und seine Ehre am Herdfeuer zu suchen.

Konnte man es diesem armen Kinde verdenken, wenn es nun zuweilen in die abendliche Kerze starrte, die es dem Vater auf dem kleinen Tische anrichtete? Ach, die Fäuste des Schmiedes hatten das junge Glück wohl für immer zerstört!

Da das arme Lenchen für den Augenblick verhindert war, das Herdfeuer des Seebaldschen Hauses neu zu entzünden, so schürte sie um so aufmerksamer die kleine Flamme, die in dem großen Kachelofen brannte.

Der Schmied fand sich viel schwerer zurecht.

Zehnmal des Tages stieß er mit der Stirne gegen das Gebälk der niedrigen Thür und benutzte diesen Anlaß, um ein Dutzend der fürchterlichsten Verwünschungen gegen Herrn Thomas Seebald auszustoßen.

Aber ein hölzernes Dorfhäuschen gleicht einem Bettelkindchen, das sich mit braunen Händchen endlich in jedes Gemüth schmeichelt.

So konnte auch die Art, wie der lange Hans seinen Besitz vor der Oeffentlichkeit zu verheimlichen suchte, als ein Beweis der Zuneigung gelten, die er zu dem engen Hause gefaßt hatte.

„Wachtmeister!" — sagte er einst am Feierabend, der Zeit, wo die kleinen Handwerker, die ein halbverfallenes Häuschen haben, von dem Werthe dieses Besitzes besonders durchdrungen sind, — „Wachtmeister! wenn sie mich hier noch weiters auspfänden, den Hammer da sollen sie mir nicht nehmen, bis ich dem Herrn Thomas den Banknotenschädel zertrümmert habe!"

Die Besorgnisse des kampfbereiten Schmiedes waren nicht unbegründet. Denn in dem Lande, wo er lebte und wo der Wunderschrank des Herrn Thomas Seebald stand, erlaubte es das Gesetz, einem Schuldner alles zu nehmen bis auf seine Körperhaut.

Dasselbe Gesetz überhob den Schuldner des mühsamen Geschäftes, sein Eigenthum selbst auszumarkten. Diese Funktion übernahm gewöhnlich ein Mann mit einer Uniformmütze auf dem Kopfe und einer Pferdeglocke in der Hand. Er rief die Gegenstände aus, wobei er unmäßig schrie, und machte am Ende des ganzen Treibens dem Schuldner fröhlich die Mittheilung, daß für ihn nichts mehr geblieben sei. Dem Schmiede hatte er noch zugeraunt, daß von der Kette, mit der ihn Herr Thomas Seebald an seinen Wunderschrank gefesselt hatte, ein Endchen übrig geblieben wäre.

Dieser Umstand war auch dem armen Lenchen bekannt, und das gute Kind besorgte, daß der Herr Thomas auf seinem Scheine bestehen könnte.

Das Häuschen war von einer Summe gekauft worden, welche aus den Spargroschen des alten Neußer und etlichen Banknoten, die sich in einem Halstuche Lenchens gefunden hatten, wunderlich zusammengesetzt werden mußte.

Aber das scharfe Auge des Herrn Thomas Seebald war überall. Dies Auge glitt von dem geheimnißvollen Wunderschranke prüfend über die Dächer des heimathlichen Städtchens bis zu den grünen Streifen der Wälder, in deren Schutze die Esse des Schmiedes und die Wangen Lenchens glühten.

Lenchen und der Wachtmeister standen in einem sonderbaren Verhältniß zu einander.

Halb bildeten sie eine Vereinigung mit dem Bestreben, den alten Schmied für die neuen Zustände, in denen er nun leben mußte, zu erziehen. Dies Geschäft war nicht schwer; denn nach Art sanguinischer Naturen war der lange Hans jedem Einfluß zugänglich, der mit Weisheit geübt wurde. Er glich ein wenig jenen berühmten Königen, die sich für den Mittelpunkt der Welt halten, in Wahrheit

aber große Brummkäfer sind, deren Bewegungen ein geschickter Kanzler mit Hilfe eines geheimnißvollen Fadens unbemerkt zu leiten weiß.

Der Wachtmeister spielte im Reiche des Schmiedes den klugen Kanzler; Lenchen übernahm die Rolle des Fadens.

Kein geringes Hinderniß für diese staatsmännische Thätigkeit der beiden Vertrauten bildete indeß der Hochmuth des Schmiedes. Unter dem Dache, das die Banknoten aus dem Wunderschrank des Herrn Thomas Seebald so fürsorglich gedeckt hatten, dünkte er sich der vornehme Meister eines Handwerks zu sein, der gelegentlich einen geringschätzigen Seitenblick auf diejenigen seiner Nächsten thun mochte, welche ein solches Dach nicht besaßen. In dem Lande, wo er lebte und wo der Wunderschrank des Herrn Thomas Seebald stand, nannte man dies „die Würde, die der Besitz verleiht.“ In dem Maße aber, als dieser Besitz zu dem morschen Häuschen am braunen Dorfwege zusammenschrumpfte, nahm auch jene Würde ab.

Nicht aber der Stolz des Meisters. Denn er gehörte zu jenen vornehmen Menschen des deutschen Vaterlandes, die einer unserer berühmten Dichter erfunden hat....

„Ich setz' mich lieber auf die nackte Erde
Als auf den Stuhl des Bauern; trinke lieber
Aus hohler Hand als aus dem Napf des Knechts,
Und such' mir lieber Beeren für den Hunger,
Als daß ich schwelge, wo der Bettler zecht!“

Nun hat die Welt die sonderbare Gewohnheit, über die Anschauungen der berühmten Dichter und die Bedürfnisse der vornehmen Menschen achtlos hinwegzuschreiten. Im Frosthauche des heimathlichen Winters erfrieren die Beeren des Waldes, und der große Fortschritt der Gegenwart macht die Zechgelage der Bettler zu einer sehr seltenen Erscheinung.

Hier kam die Welt dem Wachtmeister zu Hilfe. Der alte Reußer war ein geschickter Regisseur. Er stellte seinen hochmuthskranken Freund mitten in das große Theater, auf dem das Lustspiel vor sich geht, das den erhabenen Inhalt unserer Zeit ausmacht. Der Schmied überzeugte sich bald, daß er in diesem Stücke dieselbe Figur spielte, wie der Bauer, dessen Stuhl er verschmähen wollte, oder der Knecht, dessen erquickenden Napf er von sich wies.

Mit der Tiefe dieser Erkenntnisse wuchs sein Haß gegen die Leute, die ihren Unterhalt aus dem nährenden Safte eines Wunderschrankes zogen, und da der Meister als überwiegend praktischer Philosoph seine allgemeinen Gefühle an einem besonderen Falle zur Geltung zu bringen liebte, war ihm Herr Thomas Seebald der erwünschte Heilige.

Er liebte ihn fast in seinem Hasse.

Auch Lenchen hatte ihren Heiligen: es war der Wachtmeister.

Das Mädchen sprach ihn heilig, nachdem es seine Geschichte gehört; eine Geschichte, die gewissermaßen eine Episode des drolligen Lustspieles bildete, das den erhabenen Inhalt unserer Zeit ausmacht.

Der alte Reußer war ein Soldatenkind. Dieser Umstand fügte es, daß ihn der Staat an seine nährende Brust nahm und über Holzdiebe, Vagabunden und Kartenspieler setzte. Der Wachtmeister stand damals im dreißigsten Jahre. Dies ist die Zeit, wo ein vernünftiger Mann daran denkt, sein Einkommen und seine Behaglichkeit dadurch zu schmälern, daß er sich verheirathet.

Indeß hatte der alte Reußer diesen Schritt nicht zu bereuen. Seine kleine Frau verstand das Kunststück, dem armseligen Haushalte das Aussehen von An-

ständigkeit und ihren dürftigen Kleidchen den Schein von Eleganz zu geben. Das Ehepaar lebte so, daß weder Bäcker noch Fleischhauer ihre nützlichen Geschäfte zu vergrößern genöthigt waren.

Da der liebe Gott solche Ehen besonders begünstigt, so wurde dem glücklichen Wachtmeister nach Jahresfrist ein Sohn geboren, den er Robert nannte. Als er zum erstenmal die Entdeckung machte, daß er graue Haare bekäme, war der Knabe so hoch gewachsen, daß an die Rolle gedacht werden mußte, die er in dem Lustspiele, das den erhabenen Inhalt unserer Zeit ausmacht, etwa übernehmen könnte.

Der Wachtmeister entschied sich für eine höhere Bedientenrolle und beschloß, seinen Sohn studiren zu lassen.

In dem Lande, wo er lebte und wo der Wunderschrank des Herrn Thomas Seebald stand, gab es in den Städten fast so viel Schulen als Schüler. In diesen Schulen war ein Ueberfluß von physikalischen, naturhistorischen und geographischen Kabineten, aus deren Schätzen die jungen Leute die Verhältnisse ihres Vaterlandes genau kennen lernten. Hatte man diese Schulen hinter sich, so galt man als befähigt, die Zauberlaute jener anheimelnden Sprache zu verstehen, von denen die vaterländischen Exerzierplätze wiederhallten. Der Zudrang wißbegieriger Jünglinge wurde in diesen Schulen dadurch auf das richtige Maß einiger zur Hälfte gefüllten Lehrsäle zurückgeführt, daß man diese Anstalten in solche Städte verlegte, wo die Söhne armer Eltern fast verhungerten.

Die kleine Frau des Wachtmeisters, die ihren Sohn nach Art armer Frauen liebte, kam auf einen sonderbaren Gedanken.

Sie erlernte das Glätten und Waschen der feinen Leinwandstücke, welche die Persönlichkeiten vornehmer Jünglinge vom Schlage des Herrn Thomas Seebald junior so überaus anziehend machen. Als sie diese nützliche Fertigkeit erworben, ließ sie ihren Mann allein und zog mit Robert in die große Stadt. Dort miethete sie eine Stube, die ein um das Wohl dieser Stadt hochverdienter Bürger aus einem Pferdestalle hervorzuzaubern wußte. An der Stelle, wo die Thiere des arischen Hauses gewöhnlich den Magen mit vaterländischem Hafer gefüllt hatten, stand das kleine Tischchen, an dem der junge Robert in einigen Jahren die Befähigung erwarb, sich dem Chef der großen, vaterländischen Firma Mörwitz und Sohn vorstellen zu dürfen, der dem fleißigen Menschen in dem Zeichensaale seiner Fabrik einen Platz anwies. Die kleine Frau verwendete während dieser Zeit ihre ganze Sorgfalt auf die feinen Leinwandstücke, mit denen die vornehmen jungen Herrn die schönen Köpfchen der blondgezöpften Bürgertöchter völlig verdrehten.

Der Wachtmeister saß allein im Nelkendorfe. Er kochte selbst sein Essen, reinigte seine Stiefel von der feinen Kothhülle, die der braune Dorfweg darauf zurückließ und brüstete sich nach zwei Monaten mit der Thatsache, daß er in einer einzigen Sommernacht seine Unterkleider mit eigener Hand zu waschen im Stande wäre.

Nach Jahren kam die kleine Frau heim. Sie fiel dem Wachtmeister um den Hals, weinte und lachte eine Stunde lang und setzte sich dann auf die hölzerne Bank neben dem Ofen.

„Franz, Dein Bart ist aber weiß geworden, und wie braun Du im Gesichte bist!“

Der Wachtmeister sagte nichts. Er sah nur auf das bleiche Gesicht vor ihm und auf die kleine, gebückte, hüstelnde Gestalt, die seine Frau sein sollte.

Als die liebe Lenzluft über die Berghalde wehte, starb sie. Der Schnee schwand aus dem Nelkendorfe, der braune Dorfweg kam wieder zum Vorschein, und die bleichen Jungen der Lohnweber keuchten wieder über die Feldsteige gegen den gräflichen Wald.

Der Wachtmeister stand an dem Grabe seiner kleinen Frau und hielt die Hand seines Sohnes krampfhaft umklammert.

Um dieselbe Zeit reichten in dem Schlosse des Landesfürsten, der den jungen Kreisrichter des Städtchens zur Bestrafung der Holzdiebe, Vagabunden und Kartenspieler eingesetzt hatte, zwei vornehme Personen in einiger Verlegenheit einander die Hände.

„Marschall!“ — sagte die eine — „es wird Ihnen kein anderer Ausweg bleiben; Sie werden die Truppen zu dem Manöver sogleich befehlen müssen. Seine Durchlaucht können die Reise nach Italien erst im Herbste antreten, da die Prinzessin Irene eben noch einigen Unterricht in der Malerei zu nehmen gedenkt, und wir haben zwei lange Monate vor uns, die ausgefüllt sein wollen. Seine Durchlaucht liebt die Jagd nicht mehr, wie Sie wissen, Marschall! und ich befinde mich in einer Verlegenheit, aus der nur Sie mich retten können!“

Der Marschall versprach dem armen Obersthofmeister, zur Erheiterung und Zerstreuung des guten Landesfürsten ein kleines Manöver der vaterländischen Truppen zu veranstalten.

Diesem Entschlusse des gefälligen Marschalls dankte es der junge Robert, daß er sein Geschäft als Zeichner der großen Firma Mörwitz und Sohn unterbrechen durfte, um in das männerbildende Feldlager einzurücken.

Es wurde ein herrliches Manöver. Die Truppen ritten siegreich durch die Felder der Bauern oder sanken ermattet in den Straßengräben zusammen. Die Offiziere schliefen unter Zelten, rauchten Zigaretten und lasen aus den Karten den Weg zu dem Dorfe, das in der Ferne gesehen wurde.

Als sich die Sache dem Ende zuneigte, erschien die Prinzessin Irene im offenen Wagen. Der Obersthofmeister fiel aus den Wolken; denn das Programm war abgewickelt. Der dienstwillige Marschall kam seinem Freunde zu Hilfe und befahl noch ein kleines Schwarmfeuer. Die Offiziere fluchten, die Mannschaften stürzten nach den Munitionswagen, und in drei Minuten knallte es aus den Kartoffelfeldern.

Die Prinzessin Irene hatte ihr Hütchen abgenommen und blickte gedankenvoll nach den kleinen Rauchwölkchen, die den Reihen der vaterländischen Truppen entstiegen. Da tönte in dem harmlosen Geknatter der Gewehre plötzlich der scharfe Knall eines vollen Schusses, und einer der jüngeren Offiziere fiel seinen Kameraden in die Arme.

Eilige Trompeten schmetterten die Einstellung des Feuers; schweißtriefende Adjutanten brachten Befehle und Meldungen; wüthende Kompagniechefs ordneten strenge Untersuchungen an; die Prinzessin Irene fragte zweimal nach dem Stande der Sache.

Man trug den Verwundeten ins Zelt; ein Arzt mit langem Schnauzbart schüttelte den Kopf; der Telegraph rief den Vater des Offiziers ins Lager.

Der alte Reußer kam.

Er saß am Lager des Sohnes und hielt seine kalte Hand krampfhaft umklammert. . . . „Robert, wirst Du auch von mir gehen?“

Der Sterbende hörte ihn nicht mehr.

Der Wachtmeister kam ins Nelkendorf zurück. Er kochte wieder sein Essen; er reinigte seine Stiefel von der feinen Kothhülle, die der braune Dorfweg darauf zurückließ; er wusch in einer einzigen Sommernacht seine Unterkleider mit eigener Hand.

(Schluß folgt.)

Berichtigung. In dem Artikel „Lohnformen“ (Heft 42) muß es Seite 458 zum Schluß heißen: „Dort gipfelt die allgemeine Wettjagd in der preisgekrönten Spitze; hier zwingt der gutbezahlte Arbeiter an der Spitze die Mitarbeiter zu seiner Leistungshöhe empor.“

Für die Redaktion verantwortlich: Georg Baßler in Stuttgart.



Nr. 45. XI. Jahrgang, II. Band. 1892-93.

Das Ende eines Demagogen.

↗ Berlin, 26. Juli 1893.

In diesen Wochen vollenden sich gerade acht Jahre, seitdem der wildeste Sturm der Stöcker-Hetze im Wasserglase der liberalen Presse tobte. Der damalige Hofprediger bestand ihn, dreist und gottesfürchtig, wie er nun einmal war, und wie er vor- und nachher noch manch anderen Sturm bestanden hat. Aber wenig mochte er damals ahnen, daß nicht einmal ein volles Jahrzehnt später die tobende Jagd seiner Gefolgschaft über ihn selbst dahinbrausen würde, ihm ohn' Erbarmen Glied für Glied zerstampfend. Diese leidige Exekution sehen wir augenblicklich jeden neuen Tag sich vollziehen, und welch' sonstige Zukunft Herr Stöcker in Kirche und Staat haben oder nicht haben mag: mit ihm als Demagogen ist es vorbei, für immer vorbei.

Und der Demagoge war sein besseres Theil, wie er denn — trotz alledem! — ein Demagoge der besseren Art war. Er besaß gesunden Mutterwitz, eine kecke Schlagfertigkeit in Gedanke und Rede, eine unverwüstliche Laune, die ihm auch durch die ärgste Bedrängniß half, einen unerschütterlichen Glauben weniger noch an seine Sache als an seine Person. Er war keineswegs jener verlogene Charakter, den die liberale Presse aus ihm machen wollte. Verlogenheit in dem feigen und verächtlichen Sinne des Wortes war ihm ganz fremd; wohl aber besaß er jenen glücklichen Leichtsinn im Behaupten und Widerrufen von Thatsachen, der nun einmal zum Wesen des Demagogen gehört, und der dann freilich von den Soldschreibern des Geldjudenthums mit äußerstem Bemühen ausgenutzt worden ist, um aus Stöcker eine Vogelscheuche der Unwahrhaftigkeit zu machen. Weit näher kamen seine Verehrer noch der Wahrheit, wenn sie ihn als einen „zweiten Luther" feierten. Manches, selbst Vieles an Stöcker, Gutes und Schlimmes, erinnert an Luther, nur mit dem einen kleinen Unterschiede, daß bei Stöcker das fehlt, was aus Luther denn doch eine historische Gestalt gemacht hat: die revolutionäre Epoche im Lebenslaufe. Und dieser Unterschied läßt sich vielleicht auf den anderen Unterschied zurückführen, daß Luther als Sohn eines Proletariers geboren wurde, Stöcker aber als Sohn eines königlich preußischen Wachtmeisters von den Halberstädter Kürassieren.

Zu den festesten Stützen der in dem preußischen Staate verkörperten Reaktion gehört das militärische und zivile sogenannte Subalternbeamtenthum. Seiner

ganzen sozialen Lage, seiner überaus ärmlichen und kärglichen Lebenshaltung nach zählt es zu den Massen, aber es ist nicht nur von ihnen getrennt, sondern sogar zu ihnen in einen feindlichen Gegensatz gebracht durch eine Menge von Vorrechten, die es zwar nicht satt, aber dafür zum Duodeztyrannen über die besitzlose Bevölkerung machen. Der arme Mann bekommt im Preußischen im Nothfalle noch sein Recht gegen den lieben Gott, aber niemals gegen den Gendarmen. Auf der anderen Seite ist aber der Subalternbeamte sklavisch dem höheren Beamtenthum unterworfen, gegen das er bei Strafe seiner sofortigen Beseitigung nicht einmal mit der Wimper zucken darf, während doch wieder, zwar nicht ihm selbst, es sei denn in ganz seltenen Ausnahmefällen, aber seinem Nachwuchse die Laufbahn in die höchsten Aemter und Ehrenstellen offen steht. Und gerade hierin liegt eine Hauptquelle der Lebenskraft, welche die fossile Ruine des preußischen Mandarinenthums in der modernen Welt noch immer erhalten hat. Bei der ganzen sozialen Lage des Subalternbeamtenthums kann es gar nicht fehlen, daß ein gut Stück proletarischer Kraft und proletarischen Trotzes, also ein starkes Maß geistiger Leistungsfähigkeit in seinem Nachwuchs erwacht, aber indem dieser Nachwuchs schon mit der Muttermilch die Verachtung der Massen einsaugt, wird sein proletarisches Solidaritätsgefühl von vornherein in jenen „proletarischen" Ehrgeiz verfälscht, der es für seine Person im Schuriegeln auch so weit bringen will, wie jenes höhere Beamtenthum, von dem seine eigene Klasse geschuriegelt wird. Wenn man die Geschichte des höheren preußischen Beamtenthums studirt, so wird man finden, daß es seine Intelligenz zum weitaus größten Theil aus seinem Nachwuchse des Subalternbeamtenthums bezieht, aus dem die bürgerlich-freiheitliche oder nun gar die proletarisch-revolutionäre Richtung so gut wie gar keinen Zufluß erhält. Bis jetzt wenigstens nicht, denn im Laufe der letzten Jahre hat die soziale Gährung freilich auch schon preußische Subalternbeamte ergriffen.

Sucht man sich auf diese Weise die sozialen Lebensbedingungen klar zu machen, unter denen Stöcker heraufgekommen ist, so wird man verstehen, weshalb er zum „zweiten Luther" nur geworden ist unter Verzicht auf das, was Luther erst zum Luther macht. Er begann mit dem Verrath an dem Proletariat, zu dem Luther doch erst nach einem revolutionären Anfange durch die Gewalt der historischen Entwicklung und nicht ohne heftiges Widerstreben gedrängt wurde. Stöcker's Ehrgeiz beschränkte sich darauf, möglichst schnell aus der Klasse der Unterdrückten in die Klasse der Unterdrücker zu gelangen. Und es glückte ihm in überraschend schneller Weise; schon in verhältnißmäßig jungen Jahren brachte er es zu der einflußreichen Stellung eines Hofpredigers in Berlin. Zum Theile spielten dabei gewiß auch jene Zufälle mit, die sich nach Albert Lange's trefflicher Darlegung immer im Leben rascher Emporkömmlinge nachweisen lassen: eine reiche Heirath machte Stöcker's Arme für die, um seinen eigenen Ausdruck zu gebrauchen, „Politik im höheren Stile" frei und als Divisionsprediger in Metz wurde er dem Feldmarschall Manteuffel bekannt, der klug genug war, die Brauchbarkeit des Mannes zu erkennen und ihn dem alten Kaiser Wilhelm zu empfehlen. Zum anderen Theile verdankte Stöcker seine glänzende Karriere aber doch wohl auch einem größeren Maße von Begabung, das ihn vor Seinesgleichen auszeichnete, oder in unserem Zusammenhange: einem größeren Maße von Kraft und Trotz, das ihm sein proletarischer Ursprung mitgegeben hatte.

Denn ein Kriecher und Streber im gemeinen Sinne des Wortes ist Stöcker nie gewesen; dies Zeugniß darf man dem Manne, dessen Ausweisung aus Berlin

unter dem kleinen Belagerungszustande einmal ernstlich erwogen worden ist, nicht versagen. Sein stramm orthodoxes Bekenntniß erklärt sich gerade aus dem strammen Grundzuge seiner Natur; unter Bismarck hatte die Orthodoxie keine goldenen Tage und wer in den siebziger Jahren nach den guten Dingen dieser Welt lüstern war, that besser daran, mit altkatholischen oder protestantenvereinlichen Schwachköpfigkeiten zu kokettiren. Ja, das erste öffentliche Auftreten Stöcker's war ein kecker Schachzug gegen Bismarck. Genau acht Tage, nachdem Bismarck mit Bennigsen in Varzin über die Bildung eines nationalliberalen Ministeriums verhandelt hatte, eröffnete Stöcker im Januar 1878 seinen Feldzug gegen die Sozialdemokratie, gegen die Sozialdemokratie namentlich als Kind des Liberalismus. Es war eine kluge Berechnung auf Herz und Kopf des achtzigjährigen Kaisers, und wie sehr sie eintraf, wie durchdrungen der Kaiser von der Bedeutsamkeit jener Haupt- und Staatsaktion war, zeigen die neuerdings veröffentlichten Briefe, die er darüber an Roon richtete. Seitdem hatte Stöcker bei dem alten Kaiser einen Stein im Brett, den selbst Bismarck niemals wegräumen konnte, aber freilich nur für seine Person. Politisch zeigte ein paar Monate nach dem Beginn der christlich-sozialen Agitation das dubiöse Attentat des Idioten Hödel, das für Bismarck ach! wie gelegen kam, der preußischen Staatsweisheit klar, daß nur junkerliche Brutalität, aber nicht pfäffische Salbung den Sozialismus „vernichten“ könne.

Aber wenn Stöcker kein Kriecher und Streber im landläufigen Sinne war, so war er nach seiner ganzen Entwicklung doch auch keineswegs der Mann, eine Politik zu treiben, die unabhängig gewesen wäre von den Interessen der ausbeutenden und unterdrückenden Klassen. Sobald das Sozialistengesetz freie Bahn geschaffen hatte für die Auspowerung der Massen nach Bismärckischen Rezepten, wußte Stöcker seine Segel schnell nach dem neuen Winde zu stellen. Es war vielleicht sein schlimmster Demagogenstreich, als er am 22. November 1880 im preußischen Abgeordnetenhause erklärte, Bismarck's „Schutzzoll“ sei dasselbe, was er in seinem christlich-sozialen Programm als „Arbeiterschutz“ gefordert und ausdrücklich noch näher als Abschaffung der Sonntagsarbeit, Einführung des Normalarbeitstages u. s. w. erläutert hatte. Der gemeingefährliche Humbug wurde nur durch den Umstand gemildert, daß Stöcker's christlich-soziales Programm nie die geringste Beachtung durch die Arbeiterklasse gefunden hatte. Es gehörte zu den Glückszufällen seiner Laufbahn, daß er bei seinem Vorstoß gegen die Sozialdemokratie gerade auf Most stieß, der sich auf einen oratorisch-spektakelhaften Wettkampf mit ihm einließ. Aber die damalige Leitung der sozialdemokratischen Partei und der gute Geschmack der hiesigen Arbeiter machten der Sache ein schnelles Ende. Bereits bei den Wahlen von 1878 ergab sich das völlige Fiasko der christlich-sozialen Agitation, ihre drei in Berlin aufgestellten Kandidaten erhielten zusammen genommen noch nicht anderthalb tausend Stimmen, und wenn Herr Stöcker sich am Ende erlauben durfte, den erleuchteten Politikern des preußischen Landtages den Hokuspokus der Identität von „Arbeiterschutz“ und „Schutzzoll“ vorzumachen, so wußte er doch recht gut, daß er den Arbeitern mit solchem dreisten Schwindel nicht kommen dürfe. Er warf sich demgemäß auf die antisemitische Agitation.

Heute fürchten wir nicht, mißverstanden zu werden, wenn wir sagen, daß er auch darin einen gewissen proletarischen Instinkt bewährte. Zu Ende der siebenziger und noch tief in die achtziger Jahre hinein machte die antisemitische Bewegung einen ganz sinnlosen und wüsten Eindruck; sie erschien als ein Wuthausbruch der dummen Geprellten über die schlauen Preller, als ein Treppenwitz,

dem Niemand eine Zukunft zu prophezeien wagte. In ihr dennoch ein historisches Symptom dauernder sozialer Noth zu erkennen, erforderte mindestens etwas mehr an sozialpolitischer Einsicht, als von der „Schmach des Jahrhunderts“ zu fabuliren, und dieser relativen Ueberlegenheit verdankte es Stöcker, daß er aus den endlosen Sturzbächen moralischer und politischer Entrüstung, die sich immer von Neuem über ihn ergossen, immer gleich wohlgemuth auftauchte. Er hatte das Glück, den Haß seiner Gegner bis zur Besinnungslosigkeit steigen zu sehen, und er beutete dieses Glück nicht ohne Verstand aus. Er hatte das Glück, das Mißfallen Bismarck's zu erregen, der ein viel zu erprobter und allezeit unentwegter Ausbeuter war, als daß ihn die partielle Opposition gegen das semitische Kapital nicht als ein frevelhaftes Attentat auf die Heiligkeit der Ausbeutung hätte verdrießen sollen. Er hatte endlich das Glück, in den anderen antisemitischen Demagogen, nicht zuletzt in dem trockenen Schleicher Adolf Wagner, Folien zu finden, von denen er sich noch immerhin glänzend abhob.

Aber auch in dieser Agitation durfte er sich nicht von den Interessen der herrschenden Klassen trennen; er durfte den ruinirten Bauern und Kleinbürgern niemals sagen: die bürgerliche Gesellschaft verschuldet euren Untergang und auf dem Boden dieser Gesellschaft giebt es für euch keine Rettung. Ja, er durfte dem untergehenden Kleinbürgerthum nicht einmal irgend ein Palliativmittelchen vorschlagen, das auch nur entfernt ins Fleisch der feudalistischen oder kapitalistischen Ausbeutung geschnitten hätte. Je klarer sich die antisemitische Bewegung über sich selbst wurde, um so mehr verlief sich die Agitation ihres Führers in haltloses und leeres Geschwätz. Seine innere Unsicherheit trat äußerlich schon darin hervor, daß der Hofprediger beim Staatsanwalt Sühne für die Schläge suchte, die der Demagoge nicht mehr abwehren konnte. Eine gerechte Strafe für diese unwürdige Taktik traf ihn dadurch, daß der von ihm bitter gekränkte Kaiser Friedrich ihn während der hundert Tage *nicht* disziplinireen ließ und ihm so den wohlfeilen Ruhm eines Märtyrerthums vorenthielt, das seinen politischen Ruf noch für einige Zeit hätte auffrischen können. Den schwersten Schlag fügte Stöcker sich dann aber selbst zu, als der neue Kurs ihn vor die Wahl stellte, sein Amt oder seine Judenhetze aufzugeben. Er klammerte sich krampfhaft an sein Amt; der „zweite Luther“ konnte auch anders. Nicht lange, und er wurde auch aus seinem Amte geworfen, so unbeklagt und unbeweint, wie er es verdient hatte. Und je klarer sich die antisemitische Bewegung als die soziale Rebellion des Kleinbesitzes herausstellte, um so schneller ging es mit dem Manne bergab . . . .

Die ihn heute viertheilen, sind seine Jünger und Schüler. Sie sind um nichts besser, vielleicht noch um einiges schlechter als er: betrogene Betrüger auch sie im besten Falle. Herr Stöcker hat ganz recht, diese, wie er in seiner geschmackvollen Sprache sagt, „Fatzkes“ zu verachten; sein proletarischer Ursprung blitzt noch einmal in ihm auf, wenn er die Sozialdemokratie als die wahre Erbin der antisemitischen Agitation proklamirt. Die „Kölnische Volkszeitung“ sieht darin eine „merkwürdige Uebereinstimmung“ zwischen Herrn Stöcker und der „Neuen Zeit“. Ja, weshalb denn „merkwürdig“? Das böse Gewissen ist eine sehr scharfe Brille, durch die Herr Stöcker wohl auch sehen mag, was wir im Lichte der sozialistischen Erkenntniß längst gesehen haben.

Der Fluch der Zivilisation.

Von **E. Belfort-Bax.** Deutsch von **Viktor Adler.**

Es ist und war stets ein Lieblingsverfahren der historischen Schule, der Buckle, Spencer 2c., auf der Thatsache nachdrücklich zu verweilen, daß die Aufmerksamkeit des erwachenden spekulativen Intellekts mehr mit den außergewöhnlichen als mit den gewöhnlichen Erscheinungen beschäftigt ist — mehr mit Meteoren, Kometen und Finsternissen, als mit den Ereignissen und dem Gange der Alltagsnatur. Aber viele Generationen sind schon zu Grabe gegangen, seit das auf den fortschreitenden Menschen nicht mehr paßt. Er hat heute ein aufmerksames Auge für die allgemeinen Naturerscheinungen (im engeren Sinne) und weiß die relativ geringere Wichtigkeit jener seltenen Vorkommnisse zu würdigen, welche den Schrecken und das Erstaunen seiner Ahnen erregten. Aber trotz dieses Wechsels der Geistesrichtung in Bezug auf die Natur, giebt es ein Gebiet der Erscheinungen, das des gesellschaftlichen Lebens und der Geschichte, in welchem die alte Richtung unbewußt beibehalten wurde. Es scheint der Beobachtung ganz entgangen zu sein, daß die landläufige Auffassung der Geschichte, sonderbarerweise selbst jener, die sich mit modernem sozialem Leben beschäftigt, genau betrachtet vornehmlich auf den Ausnahmen des Lebens — Schlachten, Mordthaten, Seuchen — beruht und daß die Regel, das Alltagsleben, in den allermeisten Fällen ganz außer Rechnung bleibt. Dieser Umstand in Verbindung mit der noch weit verbreiteten Täuschung des achtzehnten Jahrhunderts, daß aller Fortschritt sich in einer geraden Linie vollziehe, hat zu der Ueberzeugung geführt, die sich in vielen selbst ehrlichen Geistern zur Sicherheit eines Axioms festigte: der Fortschritt der Zivilisation habe die Summe des menschlichen Glücks vermehrt; das Leben unter den früheren Bedingungen sei unerträglich gewesen und die Behauptung der Sozialisten, die moderne Welt sei nicht nur nicht die bestmögliche, sondern nicht einmal die beste von allen dagewesenen, sei einfach ein wunderliches Paradoxon.

Bei Erörterung dieses Gegenstandes müssen einige Punkte in Betracht gezogen werden. Zunächst müssen wir unterscheiden zwischen dem, was ich die *dynamische* und dem, was ich die *statische* Würdigung der Geschichte zu nennen pflege. Vom dynamischen Gesichtspunkte aus wird jede einzelne historische Periode als Theil der gesammten Entwicklung der Geschichte, als bloßes Moment dieser Entwicklung betrachtet; sie wird lediglich untersucht in Bezug darauf, was ihr vorhergegangen und was ihr folgte. Bei der zweiten Betrachtungsweise, der statischen, wird die Geschichtsperiode an sich geprüft und nicht als Element eines Ganzen; sie selbst wird als unabhängiges Ganzes behandelt und mit anderen Perioden verglichen, die ihrerseits ebenso als unabhängige Ganze betrachtet werden. Wenn man den Gegenstand statisch behandelt, ist ferner im Auge zu behalten, daß die vergleichsweisen Vorzüge einer Periode über die andere nicht dadurch erwiesen werden können, daß man die Unmöglichkeit oder die schlechten Folgen davon darstellt, wenn ein Individuum plötzlich aus einer Periode in die andere versetzt werden würde und könnte; denn jedes Individuum ist eben das Produkt seines Zeitalters und der dadurch bestimmten besonderen Lebensbedingungen.

Vom dynamischen Gesichtspunkt hat die Auffassung: „was ist, ist das Beste“, eine gewisse Wahrheit für sich, jede historische Periode hat, dynamisch betrachtet, Sinn und Bedeutung für den geschichtlichen Fortschritt, sei sie auch an sich bedeutungslos. So wäre ohne den Untergang und die Auflösung der Gentilgesellschaft und ihre Entwicklung zum zivilisirten Individualismus, ein höherer

allgemeiner Kommunismus unmöglich geworden. Ja, ohne die spezifische Entwicklung der Zivilisation, wie sie durch den Kapitalismus des neunzehnten Jahrhunderts mit seiner Großindustrie gegeben ist, wäre der höhere, umfassendere, komplizirtere Kommunismus, welcher das Ideal des modernen Sozialisten ist, geradezu unfaßbar gewesen. Selbst für den Sozialisten also haben die schlechtesten und brutalsten Formen der Zivilisation ihre gute Seite. Der Fortschritt von der Gentilgesellschaft zur Zivilisation ist so in Wirklichkeit ein Fortschritt, jeder Schritt weiter ist ein Triumph und bringt uns der Verwirklichung der Hoffnungen des Menschengeschlechtes näher. In diesem Sinne stimmt der Sozialist mit dem liberalen Historiker überein. Aber hier ist auch der Punkt, auf dem er ihn erwartet. Sobald er nämlich seinen Standpunkt ändert und die Geschichte statisch betrachtet, muß er finden, daß jeder Schritt zur modernen Zivilisation ein Schritt zum Schlechteren ist. An sich betrachtet hat jeder Fortschritt der Geschichte einen positiven Verlust für das menschliche Wohlbefinden in den für das Leben wesentlichsten Punkten bedeutet, einen Verlust, der jeden positiven Gewinn in Einzelheiten weit überwog. Der Sozialist ist also, wenn er die Zivilisation statisch betrachtet, genöthigt, sie rückhaltlos ein ungemildertes Uebel zu nennen.

Der gewöhnliche Geschichtschreiber, welcher blos die seltenen Vorfälle des Lebens betrachtet und dessen normales Aussehen nicht kennt, findet überall Anzeichen des Fortschritts, wie er ihn versteht, d. h. Zeichen, daß die Gegenwart besser ist als die Vergangenheit. Im Mittelalter beobachtet er einen Zustand der Gesellschaft, in welchem das Leben vor Gewaltthat relativ wenig gesichert war, wo flagrante Akte von Grausamkeit und Ungerechtigkeit oft vorkamen, wo schreckliche Seuchen häufig einen erheblichen Theil der Bevölkerung hinrafften, wo der blutige Krieg ein gewöhnliches Vorkommniß war. Das vor Allem. Zweitens findet er die vollständige Abwesenheit von modernem Komfort und Luxus des Lebens, den Mangel von sehr vielen Dingen, welche er gewohnt ist, als nothwendig anzusehen. Er findet das Reisen schwer und gefährlich und alle Kommunikationsmittel in ihren rudimentärsten Anfängen. Im modernen Leben, freilich, sieht er nun genau das Gegentheil von alledem. Die angeführten positiven Uebel sind auf ein Minimum reduzirt oder ganz verschwunden. Das Leben ist mit einer Menge kleiner Bedürfnisse verwachsen, für deren Befriedigung die Mittel rasch zur Hand sind für diejenigen, welche sie kaufen können. Weit mehr Erregung wird gewünscht und kann auch für Geld erlangt werden; Reisen um die Welt spielen dieselbe Rolle wie früher Reisen in die nächste Provinz.

Ich denke, man kann mich nicht anklagen, die Sache ungerechterweise zu Ungunsten der modernen Zivilisation entstellt zu haben; aber Alles in Allem, was macht denn den Unterschied so groß? Viele Leute stellen sich vor, die Hungersnoth, Pestilenz, Krieg und das Heer der anderen Uebel des Mittelalters hätten sich am selben Platze innerhalb ein und derselben Woche abgespielt. Wäre diese populäre Auffassung vom Gesellschaftszustand im Mittelalter richtig, so hätte das freilich kein Menschenkind überleben können. Es ist aber Thatsache, daß es Menschenkinder ausgehalten und überlebt haben und soweit das festgestellt werden kann, war die durchschnittliche Lebensdauer des Menschen damals nicht viel geringer wie heute. Denn wenn auch, wie bisweilen behauptet wird, die Fälle von sehr hohem Alter heute häufiger sein sollten als damals, wird das mehr als ausgeglichen durch die von allen Zeugnissen bestätigte Thatsache, daß der eigentlich vorzeitige Tod, aus organischen Ursachen, ein relativ seltenes Vorkommniß war. Und wenn auch ein Häuflein bemittelter Leute heute vielleicht ein im Durchschnitt höheres Alter erreicht, als die entsprechende Anzahl Menschen im Mittelalter, so

werden dafür im neunzehnten Jahrhundert ganze Schichten unserer rastlos wachsenden städtischen Bevölkerung durch ihre Lebensbedingungen in einen vorzeitigen Tod getrieben. Der Unterschied ist, wie ich meine, der: die wohlhabenden mittleren und oberen Klassen haben die Aussicht, durchschnittlich ein oder zwei Jahre länger zu leben, als die reichen Klassen früherer Zeiten, und die Masse des Volkes ist allerdings verschont von der Furcht vor Hungersnoth, vor dem Tod durch das Schwert, sogar zum Theil von dezimirenden Epidemien und anderen Frontangriffen des gräßlichen Knochenmannes, aber sie ist davon nur befreit, um ihn im Hinterhalt lauernd zu finden in Gestalt der Sorge um das tägliche Brot, der Ueberarbeit, der schlechten und unzureichenden Nahrung, des Schmutzes, der ungesunden Wohnung &c. Der gewöhnliche Historiker sieht die außerordentlichen und schaudererregenden Plagen, Krieg, Gewaltthat, Hungersnoth, die in vergangenen Zeiten vorkamen; er geht hinweg über den Alltagsjammer, der dem modernen Leben eigenthümlich ist. Und doch ist bei der modernen Kombination von Daseinsbedingungen ein früher Tod gewiß; bei der früheren Kombination war er nur wahrscheinlich.

Nun wollen wir zwei Fälle vergleichen — einen aus der Vorzeit und einen modernen — in welchen der Ausgang derselbe ist, und wollen die Unterschiede zwischen beiden betrachten. Nehmen wir an, der moderne, städtische Handwerksmann sterbe mit vierzig Jahren; der mittelalterliche Zunftmeister werde im vierzigsten Lebensjahre getödtet. Aber der moderne Handwerker war dem Tode geweiht seit seiner Kindheit, jeder Schritt in seinem Leben war durch diesen Tod schon vergiftet; buchstäblich, so lange er lebte, war er schon im Begriffe zu sterben. Wenn nicht wirkliche Krankheit ihn bedrückte, so lastete die Anlage zur Krankheit in Form schlechter physischer Entwicklung auf ihm und machte ihn unfähig zu irgend einem Lebensgenuß, außer etwa — zum saufen. Alle seine Anlagen, die ererbten wie die erworbenen, alle streben zu demselben Ziele. Sein ganzes Leben ist ein Niedergang. Nun nehme man den mittelalterlichen Zunftmeister. Was ist sein Leben? Auch er arbeitet in seinem Gewerbe, aber unter welchen Bedingungen? Gesunde Luft, gute Nahrung, eine Arbeit, an der er Interesse hat und die seinen Stolz ausmacht, im ehrlichen Wetteifer mit Genossen, die in ähnlicher Lage sind wie er selbst, das sind die Umstände, unter welchen er gesund und glücklich lebt. Plötzlich kommt die Nachricht, daß ein feindlicher Ritter mit seinem Gefolge gegen die Stadt rücke; Alles muß zu den Waffen greifen. Die Aufregung ist eine gar nicht so unwillkommene Abwechslung in dem friedlichen Alltagsleben der Bürger, deren Nerven in dem gesunden Leben von Generationen erstarkt sind. Die Bürger machen sich auf und besetzen die Mauern. Unser vierzigjähriger Handwerker geht auf seinen Posten. Der Kampf beginnt; Bolzen, Pfeile, Wurfspieße fliegen. Im Gewühle des Kampfes wird unser Bürger getroffen und fällt; er wird nach Hause gebracht und in wenig Tagen ist er todt.

Nun trefft eure Wahl! Tod durch die Ausnahme des Blitzstrahls der mittelalterlichen Gesellschaft; Tod durch den unausweichlichen nagenden Wurm der modernen Zivilisation. Was zieht ihr vor? In dem einen Falle: ungeordnete Zustände, Unsicherheit des Lebens und des Eigenthums — kurz alle Schreckbilder des liberalen Geschichtschreibers; in dem anderen Falle: geordnete Zustände, Gesetz und Ordnung im ganzen Land und alle Segnungen der Zivilisation. Ich denke, Wenige können ehrlicher Weise schwanken, welche Antwort sie geben sollen.

Nun haben wir gerade den Fall eines Individuums vorausgesetzt, an welchem die spezifischen Uebel der mittelalterlichen Gesellschaft in der That ihr Aeußerstes thaten. Aber man muß bedenken, daß der Grad der Wahrscheinlich-

keit für jedes einzelne Individuum von einem dieser Uebel betroffen zu werden damals höchstens gleich groß, wenn nicht kleiner war, als der Grad von Wahrscheinlichkeit für jedes einzelne Individuum heutzutage ist, bei einem Eisenbahnunglück getödtet, durch eine Explosion hinweggewirbelt, in einem überversicherten Schiff ersäuft, an einer Londoner Straßenkreuzung niedergefahren, bei einer Theaterpanik zerquetscht zu werden 2c. 2c. Einer oder der Andere dieser Unglücksfälle, die dem modernen Leben eigenthümlich sind, wird tagtäglich und oft mehrere am selben Tage in den Zeitungen berichtet, und doch beeinträchtigt das Bewußtsein aller dieser Gefahren das Glück des modernen Menschen keineswegs ernstlich, trotz all seiner Nervosität. Um wieviel weniger alsdann müßte die Furcht, in der Schlacht getödtet, von Räubern angefallen zu werden oder durch Pestilenz umzukommen, den Gleichmuth des mittelalterlichen Ritters, Bauers oder Bürgers mit seinen eisernen Nerven und seinem derben Körperbau gestört haben.

Bei weitem die stärkste populäre Anklage gegen die mittelalterliche Gesellschaft zu Gunsten der modernen Zivilisation ist die von Herrn Owen Pike. In seiner „History of Crime in England“ wählte Herr Pike ein einzelnes Jahr — 1349 — und sammelte nun fleißig und sorgfältig alle Fälle von blutiger Fehde, Hausfriedensbruch, Straßenraub 2c., die er in den offiziellen Akten finden konnte. Er hat sicher sein Bestes gethan, das Mittelalter so schwarz als möglich zu malen; aber wenn man diesen Katalog der Verbrechen gelesen hat, die zerstreut über ganz England und im Verlaufe eines vollen Jahres sich ereigneten, steht man denn doch mit dem Gefühle auf, daß der beabsichtigte Eindruck nicht erzielt wurde. Was bei der Betrachtung der Verbrechen im Mittelalter als wichtigstes Moment hervortritt, ist nicht so sehr ihre Häufigkeit, als die brutale Offenheit, das unverhüllte Drauflosgehen, das sie charakterisirt. Im Ganzen wird, so denken wir, diese ungünstigste Schätzung der Verhältnisse des Mittelalters das Urtheil, welches wir soeben ausgesprochen haben, bei jedem unparteiischen Leser befestigen, daß nämlich die Chancen, daß irgend eine gegebene Person oder irgend ein gegebener Ort von diesen Uebeln betroffen werde, nicht um so viel größer waren, als es die Chancen heute sind, daß irgend eine gegebene Person oder irgend ein gegebener Ort von den andersgearteten aber, wenn auch alltäglicheren, doch nicht geringeren Uebeln betroffen werde, die dem modernen Leben anhaften. Die Menschen waren wenigstens meist kräftig und gesund, so lange bis sie von Hungersnoth, Krieg oder Seuche weggerafft wurden. Sie waren nicht gequält von der Sorge, ihre Beschäftigung zu verlieren und zu verelenden, oder von der schrecklichen Befürchtung, ihre Kinder ohne Mittel für ihre Existenz zu hinterlassen. Wenn es Niemand Anderer that, die Kirche sorgte immer für sie. Aber auch hier sind die sensationellen, ausnahmsweise vorkommenden Uebel des mittelalterlichen Lebens um so viel dramatischer, wirken um so viel mehr auf die Einbildungskraft, als die Alltäglichkeiten von zurückgebliebenem Wachsthum, Fehlen der Lebenskraft, von Handelskrisen, Strikes und Lockouts, daß bei einer allgemeinen Würdigung der beiden Perioden das eine Moment vorzugsweise in Rechnung gezogen, das andere aber fast gar nicht berücksichtigt wird.

Betrachten wir nun jenen Theil der Anklage gegen die früheren Gesellschaftsformen — immer das Mittelalter als Typus festhaltend — welcher sich auf den Mangel an Abwechslung und des Komforts bezieht, und zwar wollen wir als Beispiel das Kapitel Ortsveränderung wählen. „Dampf“, das ist das vorzüglichste materielle Symbol der modernen Zivilisation, und deren Vertheidiger führen unaufhörlich die Segnungen des freien Verkehrs und des Transports im Munde, vergleichen sie mit den beschränkten Kommunikationen früherer Zeiten

und halten sie für ein überzeugendes Argument nicht nur wegen der nunmehr größer gewordenen Fähigkeit, Wohlstand zu erwerben, sondern auch hauptsächlich wegen der Erleichterungen, welche die moderne Zeit dem Austausch, dem Verkehr, der Erziehung bietet. Nun kann gewiß kein Zweifel darüber sein, daß der Dampf es ermöglicht hat, daß heute ungeheuer viel mehr Personen große Reisen machen, als das je vorher möglich war. Aber, haben denn wirklich unsere Reisen um die Welt, die Fahrten in die entferntesten Länder für den relativ Wohlhabenden, der einige Wochen und oft nur einige Tage Muße hat, oder unsere Tagesausflüge in die verschiedenen Gegenden desselben Landes für den Minderbemittelten, der nur ein paar Stunden darauf verwenden kann — haben diese Dinge wirklich oder aber nur scheinbar die Möglichkeit vermehrt, durch den Wechsel der Szene, den Austausch der Ideen erzieherisch einzuwirken? Ich bin überzeugt, der Unterschied gegen früher ist nur ein scheinbarer; der Austausch von Ideen, welchen der Besuch eines fremden Landes bewirkt, ist nicht viel größer, als jener, den im Mittelalter eine Reise in die nächste Grafschaft zur Folge hatte.

Der Grund davon liegt klar zu Tage. Wohin das Dampfroß gedrungen ist, dorthin ist die bürgerliche Zivilisation mit jener Einförmigkeit der Lebensbedingungen, die sie auszeichnet, ebenfalls gedrungen. Wohin Euch auch die Lokomotive schleppt, sie schleppt zugleich jene Welt mit sich, die Ihr hinter Euch lassen wolltet. Dieselbe Architektur, das große Hotel, der Bahnhof, das billig hergestellte Wohnhaus, Ihr findet es wie in London, so in Paris und Berlin; dasselbe Kostüm: der Tuchrock des „Weltmarkts“, der Pariser „Schnitt“, der „runde Hut“ und der Zylinder; das Land, ganz wie zu Hause, durch die Eisenbahn mitten entzweigeschnitten, eingesäumt von Telegraphendrähten und von Rangirbahnhöfen unterbrochen; kurz, Alles möglichst genau so, wie vor Eurer Hausthür. Ihr knüpft ein Gespräch mit dem Eingeborenen an; der alte lokale Dialekt ist dahin mit der alten lokalen Tracht, Gewohnheit und Tradition, und in dem ehemaligen Bauern findet Ihr einen plumpen Nachäffer des Städters.

Das ist der Austausch, die Abwechslung im Leben, die der „Dampf“ Euch bescheert hat. Denn Niemand wird leugnen, daß eine Eisenbahn früher oder später alle diese Dinge beeinflußt. Ist also der Szenenwechsel, der Ideenaustausch, die Abwechslung heute wirklich um so viel größer als damals, als jeder Bezirk seinen eigenthümlichen Charakter hatte; seine eigenthümlichen Hügel und Thäler, noch unentstellt durch den allgegenwärtigen Erdarbeiter, seine eigenthümliche Industrie, seine eigenthümliche, charakteristische Architektur, seine Tracht aus Hausgespinnst gefertigt, seinen eigenthümlichen Dialekt, seine Eigenart im Ausdruck der ihm eigenthümlichen Gedanken, seine eigenthümlichen Gesetze und Gebräuche und seine eigenthümlichen Traditionen und Legenden? Hat der moderne großstädtische Bourgeois, der gelegentlich den Entschluß faßt, seine Alltagsumgebung zu verlassen und mit Hilfe Bädekers mit verzweifelter Energie und erheblichen Kosten seine Reise antritt — hat er, frage ich, einen gar so großen Vortheil vor seinem Ahnen im dreizehnten Jahrhundert voraus, der an jedem Sonn- und Feiertage eine Spritzfahrt in die nächste Grafschaft machen konnte und dort eine Gegend fand, deren Individualität nach sehr vielen Richtungen gänzlich verschieden war von der, die er verlassen? Für vieles Geld erkauft (oder sucht zu erkaufen) der moderne Bourgeois einen Moment der Freiheit von der öden Eintönigkeit seines Lebens; aber der Bürger des Mittelalters war frei geboren. Nach seines Tages Arbeit konnte er sich wahrscheinlich mehr wirkliche Abwechslung und Unterhaltung verschaffen, als der moderne „Stadtmensch“ während seiner ganzen Sommerreise.

Wenn wir das aber schon für den Privilegirten, den Bemittelten zugeben müssen, wie steht es erst mit dem armen Arbeiter! An jedem Feiertage wird er der Eisenbahngesellschaft tributpflichtig, die ihn in ihre Viehwagen für drei oder vier Stunden pfropft, das Alles, um einen Athemzug reiner Luft und einen Blick ins Land machen zu können, was er in früheren Zeiten durch einen Spaziergang vor seine Hausthür haben konnte. Als Landleben und Abwechslung relativ nahe waren, gab es eben kein so großes Bedürfniß, weit zu reisen. Heute reisen die Leute viel und haben wenig Abwechslung; damals reisten sie weniger und hatten mehr Abwechslung.

Es ist also klar, daß die Scheinvortheile der Zivilisation (wie sie eben sind) in diesem Falle allerdings nicht den Ausnahmen des Lebens, sondern seinem gewöhnlichen Verlaufe zu gute kommen, dafür aber auch nur dem Manne in einer ausnahmsweisen sozialen Stellung, mit einem Worte, nur den bevorzugten „Klassen" und nicht den „Massen". Und was hier deutlich wird, ist nur typisch für die große Wahrheit, daß die moderne Zivilisation im besten Falle nur für die besitzenden und privilegirten Klassen Vortheile gebracht hat, und daß sogar dieser sehr fragwürdige Vortheil nur gewonnen wurde durch unsägliche Nachtheile für die Masse des Volkes.

Ich habe das Reisen als Beispiel für den modernen Fortschritt gewählt, aber es wäre leicht zu zeigen, daß der Telegraph, die „billige" Presse rc., obwohl sie gewiß das Leben der Menschen gewaltig geändert haben, doch nicht positive Wohlthaten für sie sind; daß z. B. ohne Zweifel mindestens ebensoviel Vergnügen mit dem Anhören eines mittelalterlichen Balladensängers, der von Robin Hood erzählte, verbunden war, als heute mit der Lektüre irgend einer Zeitung oder irgend eines Groschen- oder Mark-Schauerromans.

Daß der außergewöhnlich bevorzugte Mann, der Mann der oberen und mittleren Klassen, und keineswegs der gewöhnliche Mensch, der Mann aus dem Volke der eigentlich Begünstigte bei allen jenen Vortheilen und Reformen ist, deren Lob so laut gesungen wird, wird eigenthümlich illustrirt durch die Unverletzlichkeit des modernen Staatsmanns und Bureaukraten. Es gab eine Zeit, wo ein Staatsmann, wenn er sich schlecht aufführte, einigermaßen riskirte, wenn nicht um einen Kopf kürzer gemacht, doch eingekerkert oder verbannt zu werden, jedenfalls aber sein Vermögen durch Konfiskation zu verlieren. Heute hat die Plutokratie aus der Politik ein vollständig sicheres Geschäft für sich und ihre Satelliten gemacht; das Aergste, was einem „Mann von Stellung" zustoßen kann, ist, für einige Zeit seinen Posten zu verlieren. Gewiß, es war schrecklich barbarisch, wenn ein Mitglied der leitenden Regierung, das im Verdachte stand, auf Kosten der Gerechtigkeit und des Publikums, dem er zu dienen vorgab, Ruhm, Einfluß oder Reichthum ergattert zu haben, wenn ein solcher Staatsmann wie ein gemeiner Verbrecher vor Gericht gezogen wurde. Heute freilich kommt das nicht mehr vor; selbst die Oppositionsblätter radikalster Färbung würden mit höchlichem Entsetzen auch die bloße Andeutung zurückweisen, daß irgend eine „Exzellenz" von der Regierungsbank aus irgend welchen anderen als aus den lautersten Motiven gehandelt habe, oder daß ihn irgend ein schwereres Verschulden treffe, als höchstens das eines „Rechtsirrthums". Nichtsdestoweniger, so ersprießlich gewiß dieses Arrangement dem Interesse des Regierungsgewerbes und dem der wohlhabenden Klassen, die in diesem Geschäfte eine so große Einlage gemacht haben, sein mag, nichtsdestoweniger meinen wir, daß es ohne Frage sowohl vernünftig als gerecht wäre, daß Beamte, in deren Händen sich große Befugnisse über das Wohl und Wehe ihrer Mitbürger vereinigen, auch strafrechtlich verant-

wortlich seien für ihre „Rechtsirrthümer". Kein Mensch ist gezwungen, eine so verantwortliche Stellung anzunehmen, und kein früheres Zeitalter würde ihm gestattet haben, wenn er sie einmal übernommen, sich den Folgen seiner Missethaten zu entziehen unter dem Vorwande, sie seien einem Rechtsirrthume zuzuschreiben.

Was sollen wir nunmehr sagen? Wenn die Wohlthaten des modernen Lebens an sich betrachtet hauptsächlich seine Ausnahmen betreffen und nicht seinen tagtäglichen Verlauf, sogar großentheils nur zu erreichen sind auf Kosten dieses Alltagslebens; wenn weiter diese Wohlthaten nur einer besonderen, einer privilegirten Klasse zu gute kommen und nicht der Masse der Menschen, ja sogar gerade auf Kosten der Masse der Menschen erreicht werden — sollen wir nun, wie Herr Ruskin, uns „Konservative" nennen und zurückstreben in eine unmögliche Vergangenheit, da die Gegenwart so hoffnungslos schlecht ist? Nein! und tausendmal nein! Aber lassen wir kein Mißverständniß aufkommen, vermengen wir nicht zwei verschiedene Standpunkte. Die Thatsache, daß dynamisch betrachtet der moderne Kapitalismus, mit Allem, was drum und dran hängt, mitsammt seinen Maschinen, seinen Eisenbahnen, seinem Rauche, etwas Werthvolles ist (ja, um so werthvoller, je größer seine Macht), weil er die nothwendige Vorbedingung ist für das höhere soziale Leben, welches folgen wird — diese Thatsache darf uns nicht blind machen gegen die andere Thatsache, daß das moderne Leben statisch gesehen in keinem Sinne eine Verbesserung gegen das Leben vergangener Zeiten bedeutet. Betrügen wir uns doch nicht selber, indem wir uns einreden, die Eisenbahnen an sich hätten auch nur ein Jota zur Erhöhung des menschlichen Glückes beigetragen, oder sie seien an sich etwas Anderes, als ein durch nichts gemildertes Uebel, ohne eine Spur von Ersatz durch irgend welche Vortheile. Nochmals, wenn wirklich die akuten Uebel der Vorzeit verschwunden sind, vergessen wir nicht, daß sie nur verschwunden sind, um durch die weitaus größeren chronischen Uebel der Gegenwart ersetzt zu werden. In diesem statischen Sinne nenne ich die Zivilisation einen Fluch. Ich meine, wir sollen sie klar als einen solchen erkennen. Und wenn wir das thun, so wird ein Umstand unserem Herzen Trost bieten: es gab noch nie ein Uebel, das, sobald der Mensch seiner als eines Uebels bewußt geworden, nicht schon zur Hälfte überwunden gewesen wäre. Die akuten, dramatischen Uebel des Mittelalters — Unsicherheit von Leben und Eigenthum, die Fesseln und Steuern des Feudalismus, die Mißbräuche der Kirche — vor drei Jahrhunderten füllten sie das Gesichtsfeld des Menschen aus. Denkende und voraussichtige Menschen sehen in der Ueberwindung der Uebel, die dem Upasbaume des absterbenden Feudalismus entstammten, das letzte Ziel aller menschlichen Hoffnungen. Er welkte stetig und sicher, und heute ist es schon lange her, daß man nicht einmal mehr weiß, wo er stand. Die Uebel, die Jene damals sahen, wurden überwunden; mit welchem Resultate, wissen wir heute. Wir, unseres Theils, sehen auch einen unseligen Upasbaum, der alles menschliche Streben, alles menschliche Glück vergiftet. Die Thatsache, daß wir ihn sehen, wie er ist, ist ein ernstliches Anzeichen dafür, daß seine Zerstörung naht.

Wir dürfen nicht muthlos werden, wenn wir die Größe und die Festigkeit des Gebäudes sehen, das vor uns steht. Wie wenig konnte der Mensch des sechsten Jahrhunderts, umgeben von allen äußeren Formen des römischen Lebens, daran glauben, daß das römische Kaiserreich ein Ding der Vergangenheit, und daß eine neue Welt im Begriffe sei, seinen Platz einzunehmen; wie wenig konnte der Durchschnittsmensch des sechzehnten Jahrhunderts, da alle äußeren Kennzeichen der mittelalterlichen Zivilisation aufrecht standen, daran denken, daß die Zeit der Barone und Vasallen, Ritter und Knechte in Wirklichkeit vorbei sei, und daß

eine Welt heraufsteige, in der die altehrwürdigen Symbole, Beziehungen und Gedanken des Mittelalters ihre Bedeutung verlieren würden. So sehr er es gewünscht haben mag, so unmöglich erschien es ihm.

So geht es dem Sozialisten heute. Er erkennt den großen Fluch der Bourgeoiszivilisation, die ihn von allen Seiten umgiebt. Die einzige Hoffnung, die seinen Horizont erfüllt, ist die auf Vernichtung dieses Fluchs. Und die Stärke dieser Hoffnung in ihm ist selbst jener Lichtstreifen, der das Anbrechen des Tages verkündet.

Die wirthschaftliche Entwicklung Japans bis 1868.

Von Dr. **Paul Ernst.**

Wie die gegenwärtigen gesellschaftlichen Zustände das Resultat der vergangenen sind, und wie trotz aller revolutionärer Neugestaltungen das Neue doch immer nur die logische Weiterentwicklung des Alten ist, dürfte nirgends so klar werden, als bei Betrachtung der Entwicklung Japans, welche gewissermaßen einen paradigmatischen Charakter hat.

Seit 1868 hat Japan bekanntlich die moderne Gesellschaftsorganisation acceptirt, und zwar in Folge einer Revolution. Seit dieser Zeit hat es mit wunderbarer Geschwindigkeit sich in die neuen Zustände zu schicken gewußt, und tritt schon jetzt, ein Vierteljahrhundert nachdem es die Feudalzeit verlassen hat, als sehr gefährlicher Konkurrent selbst gegen alte Industrieländer auf. So, um nur ein Beispiel anzuführen, verdrängen in Japan fabrizirte flache Metallknöpfe, welche unter dem Namen „Chinesen" im Handel gehen, und Lampenbrenner die deutschen Fabrikate in China.

Eine derartige unerhört schnelle Entwicklung vereinfacht die Betrachtung des historischen Prozesses, und zumal, wenn der Blick durch das Studium der analogen Momente in Europa geschärft ist, kann man ihn hier in der höchsten klassischen Einfachheit beobachten.

Die ersten Handelsverbindungen mit Japan hatten die Portugiesen seit Mitte des 16. Jahrhunderts. Der jährliche Umsatz soll 60—70 Tonnen Goldes betragen haben, wie Beer, Geschichte des Welthandels II, S. 128 behauptet; wohl sehr übertrieben. Die japanische Handelsbilanz war passiv; die Portugiesen importirten rohe Seide, europäisches Tuch, Wollen- und Kattunwaaren und Arzneimittel. Da in dieser Zeit die europäischen Kleiderstoffe an sich schwerlich billiger sein konnten wie die japanischen, durch die Fracht aber sehr vertheuert wurden, so darf man einen solchen Handel nicht mit dem modernen Baumwollwaarenhandel verwechseln; es hat sich wohl lediglich um Luxusartikel für die höheren Klassen gehandelt. 1631 wurden die Portugiesen wegen ihrer Missionsumtriebe für immer aus Japan vertrieben.

Ihre Erbschaft traten auch hier die Holländer an. Die romanischen Völker sind beim Kolonisiren und beim Handel in fremden Erdtheilen immer relativ anständig aufgetreten; mit den Holländern beginnt eine neue Periode in der Kolonial- und Handelsgeschichte.* Sie halfen bei den Christenverfolgungen und

* Die Spanier in Amerika haben doch versucht, die Indianer zu heben, freilich in ihrer Art, und wie sie es verstanden, durch Missionen und Scheiterhaufen. Daß hinter diesen Hebungsversuchen oft genug das Streben nach Profit stand, und die Christianisirung nur ein Euphemismus für die Versklavung der Leute war, ist nur allgemein menschlich! Die Indianer wurden als Kinder betrachtet, die ihnen vom Himmel zur Erziehung überliefert waren.

ließen sich die entehrendste Behandlung gefallen, um ihr Geschäftchen zu machen. Der alte Kampfer erzählte in seiner „Beschreibung Japans“, wie sie jährlich einmal auf das Kreuz treten mußten, wie sie auf allen Vieren vor dem Mikado kriechen mußten, welcher hinter einem Vorhang saß, vor den Vornehmen tanzen 2c. Von 1713 bis 1743 soll der japanische Handel einen jährlichen Gewinn von 5—600 000 Gulden gebracht haben, später nur noch 200 000. Da hier mit ungeheuren Gewinnsätzen gerechnet werden muß — allein aus Kupfer, das sie von Japan nach Indien brachten, sollen sie 95 Prozent gewonnen haben — so kann es sich nur um eine kleine Menge Waaren handeln. Seit 1671 war ein Verbot der Gold- und Silberausfuhr erlassen, später durfte auch nicht einmal mehr Kupfer ausgeführt werden. Das und die sonstigen Beschränkungen erklärt die Geringfügigkeit des Handels.

Seit Katharina II. suchte auch Rußland Handelsverbindungen mit Japan anzuknüpfen, aber ohne Erfolg. Nach dem englisch-chinesischen Kriege, welcher die „Oeffnung“ Chinas und die wunderlichsten Hoffnungen auf großartige Geschäfte daselbst erregte (wie Zimmermann in seiner Geschichte der preußischen Handelspolitik erzählt, trug sich sogar das damalige Preußen mit der Idee, gleich ein Schiff nach China zu schicken, um bei dem Segen ja nicht zu kurz zu kommen), kamen die Holländer auf die Idee, ihren Handel zu erweitern. König Wilhelm II. schrieb einen verbindlichen Brief an den Kaiser von Japan, auf den nach 1½ Jahren eine sehr hochmüthige Ablehnung seitens der japanischen Regierung erfolgte.

Erst einem Yankee gelang es, die Schranken zu durchbrechen. Der Kommodore Perry wurde von den Vereinigten Staaten mit drei Dampffregatten, vier Kriegsschaluppen und drei Proviantschiffen nach Japan geschickt, und wirklich glückte es seiner Unverfrorenheit, im Jahre 1854 einen Handelsvertrag mit Japan zu Stande zu bringen, der 1855 ratifizirt wurde. Nachdem einmal die Bresche gebrochen war, folgten dann Verträge mit den übrigen europäischen Staaten.

Wer in die Kolonien gehen wollte, mußte ein Sittlichkeitsattest beibringen. Und jedenfalls haben sie erreicht, daß sich aus Indianern und Spaniern neue Nationen gebildet haben. Allerdings waren die Pueblosindianer, mit denen es die Spanier ja meistens zu thun hatten, bereits auf einer höheren Stufe als die nordamerikanischen Indianer. Allein man merkt auch den Unterschied in der Behandlung der Vereinigten Staaten-Indianer und der Kanadischen. Die Franzosen versuchten die Indianer zu zivilisiren, indem sie sie zum Ackerbau zwangen, haben sich auch sehr viel mit ihnen vermischt, und zwar nicht durch flüchtigen geschlechtlichen Umgang, sondern indem sie wirklich indianische Frauen heiratheten. Und jetzt giebt es in Kanada viele Indianerdörfer, wo die Indianer durch Ackerbau ihr gutes Auskommen haben. Ich habe eine Nummer eines kanadischen Blattes zur Hand („Manitoba Free Press“ vom 13. Oktober 1892), welche über eine Provinzialausstellung landwirthschaftlicher Produkte berichtet, in der die indianischen Erzeugnisse allen Anforderungen genügten: „Es wurde allgemein anerkannt, daß die Indianer große Fortschritte gemacht hatten. . . . Brot und Butter, die von den indianischen Frauen verfertigt werden, entsprachen allen Anforderungen, Getreide, Wurzelgewächse und Gemüse waren von vorzüglichster Qualität.“ — In den Vereinigten Staaten wies man den Indianern ein Territorium zu, unterstützte sie und überließ sie im übrigen sich selbst. Wenn kein Land mehr da war, nahm man ihnen ihr Territorium weg und drängte sie weiter nach Westen in die Einöden; wollten sie sich das nicht gefallen lassen, so schoß man sie einfach todt. Nur die Irokesen haben sich halten können und haben sich sogar vermehrt: 1660 schätzte man sie auf 11 000, heute zählen sie 15 870 Personen. Trotz aller Plackereien von Seiten der Yankees haben sie es zu Etwas gebracht; der größte Theil ist Farmer und Arbeiter, und man zählte bei ihnen 1890 sogar 283 Nähmaschinen und 56 Klaviere. Trotzdem sagt das Zensusbulletin von ihnen, daß sie wahrscheinlich mit Ende des Jahrhunderts verschwunden sein werden.

Indem nun der Handel sich zwischen die alten Verhältnisse drängte, wurden diese unhaltbar: die Naturalwirthschaft und der auf ihr beruhende Feudalismus. Im Jahre 1868 fand die Revolution statt, die sich bei den eigenthümlichen politischen Zuständen Japans in die äußere Form einer Restauration kleidete: der Feudalismus wurde gestürzt und der moderne Einheitsstaat geschaffen, und durch die Verwandlung der Naturalsteuern in Geldsteuern der alten Naturalwirthschaft die Axt an die Wurzel gelegt.

Der Mikado, der sogenannte Kaiser, ist mehr eine religiöse Persönlichkeit und hatte eigentlich politische Funktionen fast gar nicht. Diese wurden von den einzelnen Landesfürsten, den Daimios ausgeübt, die wie der Kaiser selbst meistens Kinder waren und sich in der Gewalt ihrer Beamten befanden. Was an Zentralisation vorhanden war, lag in der Hand des Hausmeiers, des Shiogun (Saigun, Taikun), der aber auch nur noch eine schattenhafte Macht repräsentirte. Die Revolution wurde gemacht von einer Clique, bestehend aus den Beamten der Daimios, einem Theil des Kriegsadels, welcher auf die Beamtenstellen in dem herzustellenden Einheitsstaat spekulirte, und einem Daimio, der später an die Spitze der Geschäfte trat. Die heilige Puppe des Mikado wurde nur vorgeschoben. Er mußte erklären, daß er von nun an die Regierung in die Hand nehmen wolle, die Daimios verzichteten auf ihre Macht, der Shiogun gleichfalls, und die wirkliche Regierung kam in die Hände der Bureaukratie, die sich aus den Machern der Revolution zusammensetzte.

Wir können nun die soziale Geschichte Japans sehr weit zurückverfolgen. So einfach, wie die letzte Evolution, sind auch alle übrigen gewesen.

Die Eingeborenen Japans zerfallen in zwei Stämme, in die eigentlichen Japaner und die Ainos. Die Japaner sind als Erobervolk eingedrungen, der Sage nach um 600 v. Chr. Die Ureinwohner waren wenigstens den Ainos ähnlich, wenn sie nicht selbst Ainos waren, und die jetzigen Japaner sind aus der Vermischung des Erobervolkes mit ihnen hervorgegangen. Die noch unvermischten Ainos, nach den glaubwürdigsten Angaben 17 000, bewohnen Yezo und die Kurilen und außerdem den südlichen Theil von Sachalin.

Wie sich die Eroberer in sozialer Beziehung zunächst mit den Ureinwohnern auseinandergesetzt haben, ist gegenwärtig noch nicht festzustellen. Die Japaner erhielten erst im dritten Jahrhundert n. Chr. die Schriftsprache, ihr ältestes Geschichtswerk stammt erst von 711 und die älteste Gesetzsammlung, das Taihô Riô, von 702. Letzteres werden wir noch besprechen müssen.

Ota-Nitobe, „Ueber den japanischen Grundbesitz," S. 10 erwähnt Reste des Agrarkommunismus, welche sich in einer Provinz bis auf die Gegenwart erhalten hatten. Nach einem Zeitraum von drei bis zehn Jahren wurde das Gemeindeland (Waritsi) zusammengeworfen und von neuem aufgetheilt, während das Privatland (Miotsi) zu freien Handen des Besitzers blieb. Ota-Nitobe vergleicht die Prozedur selbst mit dem Reebningsverfahren bei uns. Uebrigens deuten noch andere Anzeichen auf die frühere Feldgemeinschaft hin. So z. B. war noch in den achtziger Jahren Gesetz, daß, wenn Jemand ein Stück Land unbebaut ließ, Jedermann es für sich bebauen konnte.

Eine eigenthümliche Entwicklung der Feldgemeinschaft stellte das „Akatsita"-System vor, das wir in der erwähnten Gesetzsammlung von 702 finden. Die betreffenden Vorschriften des Taihô Riô sind in einer Arbeit von Tarring „Land Provisions of the Taihô Riô" zusammengestellt, welche im 8. Band der Transaktions der „Asiatic society of Japan" abgedruckt ist.

Man wird nicht, wie es vielfach geschieht, dieses System als eine gesetzgeberische Reform betrachten dürfen, die womöglich aus Korea importirt ist.

Derartige Gesetze werden nicht gemacht, sondern nur aufgezeichnet, nachdem sie schon lange Geltung gehabt haben. Daß es in historischer Zeit nicht lange Geltung gehabt hat, kann nicht befremden, denn es weist selbst schon die Züge auf, welche auf eine Umwälzung der sozialen Verhältnisse hindeuten, in der natürlich auch die Besitzformen des Landes ein anderes Aussehen gewinnen. Auch daß das Gesetz nur Geltung für die dem Mikado direkt unterstehenden und in der Nähe von seiner Residenz befindlichen Theile hatte, kann nicht befremden, denn in den anderen Theilen hat sich naturgemäß die Macht der späteren Feudalherren und damit der Feudalismus eher entwickeln können.

Das Prinzip ist, daß das ganze Land als Eigenthum dem Mikado gehört, welcher den verschiedenen Bevölkerungsklassen ihr Antheil zur Nutznießung giebt.*

Jeder Japaner von über fünf Jahren hat Anspruch auf eine Hufe, so kann man „Ku-bun-den" übersetzen; die Größe beträgt für Männer 2 Tan (20 Ar; ein Tan ist 10 Ar, eigentlich 9,91), für Frauen $^2/_3$ Tan, 6 $^2/_3$ Ar (so nach der Angabe von Tarring; nach Ota-Nitobe scheint $^2/_3$ von 2 Tan, also 1 $^1/_3$ Tan, 13 $^1/_3$ Ar gemeint zu sein). Selbst Sklaven** erhalten Ku-bun-den, und zwar

---

* Das ist nicht die „asiatische Eigenthumsauffassung", wie Samter und mit ihm Ota-Nitobe meint; diese Idee findet sich überall auf gewissen Kulturstufen. Für Afrika z. B. zu vergleichen Bastian „Deutsche Expedition an die Loangoküste" I, S. 194; Amerika Waitz, Anthropologie III, S. 221. In Europa ist diese Auffassung meistens mit der dritten kompatibel. Auf ihr beruht z. B. das droit d'Aubaine der französischen Könige, und manches andere, was man als Ausfluß des Feudalismus betrachten möchte. Gustav Wasa proklamirte 1545, „daß alles nicht angebaute Land Gott, dem König und der Krone von Schweden gehört." Das ist keine „neue Theorie" (Laveleye, „Ureigenthum", deutsche Ausgabe S. 232), sondern uralt, wie das bezeichnende Rudiment „Gott" schon beweist. Für Deutschland cf. Lamprecht, Deutsche Geschichte, Bd. II, S. 83. Praktische Konsequenzen haben diese Anschauungen erst dann, wenn das Land Werth erhält durch steigende Bevölkerung und zunehmende Schwierigkeit der Rodungen, daher sie auch erst dann bemerkbar zu werden pflegen. Ihre Wurzeln aber haben sie in der Urzeit.

Parallel neben dieser ersten Anschauung geht eine andere — in dem vorliegenden Gesetz nicht ausgesprochen — daß das Land das Eigenthum der Todten sei. Das hat namentlich in China praktische Konsequenzen. Eine dritte, daß das Land dem Volk in seiner Gesammtheit gehört, ist erst späteren Ursprungs und aus der zweiten abgeleitet. (? Das scheint uns doch sehr zweifelhaft. Die uns bekannten Thatsachen weisen darauf hin, daß überall das Land ursprünglich dem Volk gehört — dem Stamm oder der Gens. Die beiden anderen hier erwähnten Anschauungen vom Grundeigenthum scheinen uns nur religiöse Maskirungen der ersteren. Die Redaktion.)

Die erste und zweite Anschauung kommen schließlich auf Eins hinaus. Der Mikado ist Mikado als Fetisch des Gottes, der ihn bewohnt; dieser Gott ist aber kein Anderer als der deifizirte Ahnherr. Nicht der Mikado als Mensch, sondern der ihn bewohnende Ahnengeist ist der Herr und Besitzer des Landes. Gerade in Japan, dessen Shintoreligion ein unverhüllter Seelenkult ist, kann man das ganz klar beobachten. So ist z. B. noch in neuerer Zeit ein verstorbener Räuber zum Gott avanzirt. Er spukte so lange, bis ihm ein „Schrein" eingerichtet wurde. Aus diesem Schrein ist jetzt ein bedeutender Tempel geworden, zu dem das Volk in Japan strömt. Es ist Kanda-Myojin in Tokio. — Rein, „Japan", Bd. I, S. 244, giebt die Genealogie des Mikado: Das Götterpaar Isanagi und Isanami schuf nicht blos die japanische Inselwelt, sondern ist auch Vorfahr des Herrschergeschlechts. Eine Tochter von ihnen ist die Sonnengöttin, ein Enkel derselben war Ninigi-no-Mikoto, den sie zur Regierung Japans vom Himmel sandte. Sein Schwert wird noch gezeigt. Sein Nachkomme ist Jimmu-Tennô, mit welchem die Zählung der Reihe der Mikados beginnt; der gegenwärtige ist der 121.

** In Korea giebt es gegenwärtig noch Sklaven. In die Sklaverei kommt man dort: 1. durch gewisse Verbrechen; die Betreffenden werden mit ihrer ganzen Familie Regierungs-

Staatssklaven ebenso viel wie die Freien; nur der Unterschied war, daß ihr als Tu-zei-den bezeichnetes Land weder verkauft noch verpachtet werden konnte. Privatsklaven erhielten $^2/_3$ Tan, $6^2/_3$ Ar. Ku-bun-den war nicht zu vererben, sondern ging nach dem Tod des Besitzers wieder an den Mikado zurück. Jedes sechste Jahr (han-nen) sollte eine neue Umtheilung stattfinden, wobei die inzwischen erledigten Stücke neu besetzt werden und die neu Zugewachsenen ein Stück erhalten. Bei der Umtheilung soll das Land in einem Stück und in der Nähe des Hauses angewiesen werden, welches nicht auf Ku-bun-den steht. Bei schlechtem Land wird das doppelte Maß gegeben. Die Kleinheit dieser Hufe beweist, daß schon damals dieselbe Gartenkultur herrschte wie jetzt. Die deutsche Hufe betrug durchschnittlich 40 Morgen = 10 Hektar, das fünfzigfache. Eine Aehnlichkeit hatte das römische heredium, das nur 2 jugera umfaßte. Allein das war doch wohl nur Hofreite, neben der der ager publicus, die Feldmark, noch genutzt wurde.

Einige Züge deuten auf das Bestehen der Hauskommunion hin. Es sind immer fünf Häuser, „united into a community“, in einer Gemeinschaft vereinigt, welche Go-ho heißt. Wenn Jemand abwanderte, so fiel das Land eigentlich an den Kaiser zurück. Wenn der Abgewanderte jedoch Verwandte bis zum fünften Grade zurückließ, welche mit ihm in einem Haushalt lebten, so erhielten diese „aus Gnade“ das Land auf zehn Jahre, während deren es dem ursprünglichen Besitzer auch reservirt wurde.

Rechnen wir die Familie zu fünf Personen, und nehmen wir an, daß sie besteht aus Mann, Frau, zwei Kindern, männlich und weiblich über fünf Jahren, und einem Kind unter fünf Jahren oder einem arbeitsunfähigen älteren Familienglied, Vater oder Mutter der Eltern, so erhalten wir für die Familie $5^1/_3$—6—$7^1/_3$ Tan ($53^1/_3$, 60, $73^1/_3$ Ar), resp. wenn die Frauen $1^1/_3$ Tan erhalten: $6^2/_3$—8—$8^2/_3$ Tan ($67^1/_3$, 80, $87^1/_3$ Ar).

Gegenwärtig ist ca. 60 Prozent der bebauten Fläche zum Reisbau verwendet, und wir können dieses Verhältniß gewiß auch in diese alte Zeit übertragen. Da das Haus nicht auf Ku-bun-den errichtet wird, Viehhaltung nicht existirt, und demgemäß für Weide keine Abzüge zu machen sind, Unland bei der gartenmäßigen Bebauung sehr wenig anzunehmen ist und die Wege, da keine Wagen und Karren verwendet werden, sehr schmal sein können, so werden wir nicht mehr als 10 Prozent für unbenützte Fläche abziehen dürfen. Die restirenden 30 Prozent werden zum Anbau von Getreide 2c. verwendet. Im ersten Fall haben wir als durchschnittliche Größe des Familienstückes $6^1/_3$, im zweiten $7^2/_3$ Tan. Von 6,3 Tan sind nach vorstehenden Annahmen 0,6 Unland, 3,86 Reisland und 1,89 Getreideland.

Nach van Buren (Labour in Japan) ist der Ertrag des Reisfeldes 30 bis 40 Bushel per Acre oder 26—35 Liter pro Ar. Nehmen wir 30 an*,

---

sklaven, die weiblichen Mitglieder werden Sklaven des Richters und seiner Leute und müssen ihren Herrn durch Prostitution Ertrag bringen; 2. durch Schulden; 3. durch Verkauf der Kinder seitens der Eltern, namentlich bei Hungersnoth; 4. durch commendatio; 5. durch Abstammung von Sklaven. Die Privatsklaven sind meist in Besitz des Feudaladels und haben dann die Stellung des römischen Colonen, zuweilen in Besitz einer Dorfgemeinde oder sie sind Postsklaven. Aehnlich dürften wir uns die Sklaverei im alten Japan denken. Cf. P. Mayet, „Ein Besuch in Korea“; W. E. Griffith, Corea, the hermit nation. New York 1882.

* Das stimmt auch mit den Zahlen der Anbaufläche und Ernteerträge. Die Anbaufläche betrug 1887 in tausend Hektar: 2660, der Ertrag in tausend Hektoliter: 72—159; das macht pro Hektar nicht ganz 30 Hektoliter.

so hat der Bauer von den 38,6 Ar Reisland 11,58 Hektoliter Reis. Liebscher, „Japans landwirthschaftliche und allgemeinwirthschaftliche Verhältnisse“, theilt S. 58 die durchschnittlichen Erträge für Winterweizen, Wintergerste und Buschbohnen in Japan mit. Sie sind pro Hektar resp. 16,56, 33,12, 16,56 Hektoliter. In welchem Verhältniß diese Früchte auf dem Rest des Landes angebaut werden, dafür giebt es keine Anhaltspunkte. Außerdem kommen ja auch noch eine Menge anderer Kulturpflanzen vor.

Reis ist die Hauptnahrungspflanze, und jeder für seinen Anbau verwendbare Boden wird für ihn benutzt. Auf den 1,89 Tan kann also kein Reis wachsen. Da wir über ihre Verwendung nichts Genaueres wissen, müssen wir sie als zur Erzeugung von Getreide benutzt annehmen, als neues Standardnahrungsmittel. Nehmen wir also Winterweizen an. 1,89 Tan geben 3,13 Hektoliter. Sonach hat der Bauer von seinem Ku-bun-den 11,58 Hektoliter Reis und 3,13 Hektoliter Weizen.

Nach Liebscher erfordert 1 Hektar Reisland in Japan 150 Arbeitstage, 1 Hektar Weizen- oder Gerstland 75—100. Das macht in unserem Fall 57,9 und 18,9 Tage, also im Ganzen 77 Tage. Und selbst wenn wir dem Umstand, daß ein so kleines Stück viel sorgfältiger und langsamer bebaut wird, Rechnung tragen, so ergiebt sich doch immer ein minimaler Betrag von Arbeitstagen, die es erfordert.

Die Reisernte betrug nach Juraschek, „Uebersichten der Weltwirthschaft“, 1887: 72 Millionen Hektoliter. Exportirt wurden in demselben Jahr für 2¼ Millionen Yen. Der Yen war 1887 = 3,19 Mark. Nehmen wir als Durchschnittspreis den Meterzentner Reis mit 20 Mark an und rechnen wir 80 Kilo = 100 Liter, so ergiebt sich eine Ausfuhr von 450 000 Hektoliter; bleiben demnach 71½ Millionen Hektoliter im Inland. Wie viel für die Aussaat nöthig ist, weiß ich nicht. Liebscher schätzt sie für Getreide überhaupt auf den 30. Theil der Ernte. Würden also noch über zwei Millionen abgehen, so daß für den Konsum 69½ Millionen Hektoliter übrig blieben.

Die japanische Bevölkerung betrug nach den Hübner'schen Tabellen 1890 etwas über 40 Millionen. So kommt also gegenwärtig auf den Kopf ein Verbrauch von nur 1,7 Hektoliter Reis; auf die Familie von fünf Köpfen ein Verbrauch von nur 5,75 Hektoliter Reis. Auf seinen Ku-bun-den dagegen hatte der Bauer 11,58 Hektoliter, und wenn man die fünfprozentige Steuer abzieht, 11 Hektoliter für den Konsum in seiner Familie.

Man rechnet auf den nothwendigen Lebensbedarf eines erwachsenen arbeitenden Mannes täglich 5 Go (0,9 Liter) Reis* oder 3,28 Hektoliter jährlich. Auch ohne auf die Details einzugehen, sieht man daraus, daß 11,58 Hektoliter Reis für die Familie von fünf Personen mehr wie genug sind; denn Frauen und Kinder brauchen ja nicht so viel. So blieben dem Ku-bun-den-Bauer die 3,13 Hektoliter Weizen (resp. Weizenwerth) für andere Bedürfnisse außer der Nahrung. Dazu kommt noch, daß der Wald Gemeineigenthum war, und daß ihm die See einen reichlichen Ertrag an Fischen abwarf. Noch jetzt ist das Land an der Küste viel bebauter, als im Innern; damals wird das Volk erst recht am Meer gewohnt haben, das durch seinen Fischreichthum bekannt ist. Die Fischnahrung ist ja in der Urzeit von viel größerer Bedeutung wie jetzt.

* Nach Rubner würden 100 Gramm Reis einem physiologischen Energiewerth von 342 Cal. haben, wenn man das Unverdaute abrechnet. 0,9 Liter sind etwa 720 Gramm; das machte 2,216 Cal. Unter Berücksichtigung des Umstandes, daß die Japaner bedeutend kleiner wie die Europäer sind, selbst bei schwerer Arbeit vollkommen ausreichend.

77 Tage hat der Mann Arbeit auf dem Feld, wenn er so stramm arbeitete, wie er heute arbeitet. 30 Tage muß er frohnden, macht 107 Tage. Jeder fünfte Tag ist Ruhetag; das macht weitere 73 Tage. So sind erst 180 Tage im Jahr ausgefüllt, und die Arbeit der Familienmitglieder ist dabei noch nicht einmal mitgerechnet. Man sieht, der altjapanische Bauer führte ein ganz behagliches Leben.

Indessen, kehren wir nach dieser etwas weitläufigen Explikation dessen, was wir uns unter Ku-bun-den zu denken haben, zu unserem Gesetz zurück.

(Schluß folgt.)

Lohnformen und Preis der Arbeit.

Von **Max Schippel**.

(Schluß.)

III.

Das Gewinnbetheiligungs-System setzt den beweglichen Theil des Lohnes in eine vorausbestimmte Beziehung zum Reingewinn des Geschäftes.

Der Bruchtheil, den die Summe der beweglichen Lohnzuschläge vom Reingewinn ausmacht, kann dabei natürlich ein ganz minimaler sein. So vertheilt eine Pariser Firma ein Prozent vom Reingewinn an die Arbeiter, und auch von diesem einen Prozent zahlt sie nur ein Drittel baar aus.*

Auch der bewegliche Zuschlag ist nichts wie Lohn. Er gehört zum Kaufpreis der Arbeitskraft, der weiter seinen bestimmten Gesetzen folgt; und er vermindert, wie wir sehen werden, den Profit des individuellen Unternehmens nicht nur nicht, sondern er soll ihn sogar gegen früher steigern. Daß man den beweglichen Lohnzuschlag erst in das Ueberschußreservoir des Geschäftes fließen läßt und dann den Profit scheinbar wieder um ihn verkürzt, hat soweit nur eine rechnerische Bedeutung. Wir haben es nur mit einer besonderen Lohnform zu thun, die als solche allerdings auch ihre besonderen Wirkungen auslöst.**

Eine wird fast immer dabei eintreten. Der Gewinn des Geschäftes wird nur in längeren Perioden, fast immer alljährlich, festgestellt. Der Arbeiter ist also gezwungen, bis zu diesem Jahrestermin in seiner Stelle auszuharren, wenn er auf seinen beweglichen Lohntheil nicht verzichten will. Oft sucht das Kapital diese Folge noch dadurch zu verstärken, daß erst nach längerer Beschäftigung die Theilnahme am Gewinn beginnt; besonders aber dadurch, daß die ganze Prämie oder ein Theil im Geschäft stehen bleiben muß. So fließen die Gewinnantheile bei einer Pariser Schriftgießerei in eine Unterstützungskasse, „vorzeitiger Austritt bewirkt Verlust des Guthabens". Die Kupferstecherei Gasté in Paris zahlt die Antheile bei einer Versicherungsgesellschaft ein; „bei vorzeitigem Austritt Verlust des Guthabens". Die Compagnie d'Assurances générales in Paris speist mit den Gewinnantheilen eine Alterskasse; „beim Uebertritt der Angestellten in ein Konkurrenzunternehmen erlöschen die Ansprüche". Weiter lesen wir in der Frommer'schen Skizze bei den dort angeführten Beispielen: „Der Arbeitswechsel ist außerordentlich gering. Der beabsichtigte Zweck: Fesselung der Arbeiter an das Gut zur Beseitigung des Arbeitermangels wurde erreicht ... Erfolg: Dauernder Arbeiterstamm .... Erfolg: Fesselung der Arbeiter an das Geschäft .... Erfolg: Dauernder Arbeiterbestand .... Erfolg: Dauernder Arbeiterbestand ....

---

* Frommer im Handwörterbuch der Staatswissenschaften IV, S. 55.

** Vergl. hierzu auch den Aufsatz von Josefine Braun im 12. Jahrgang 1886 der „Neuen Zeit", S. 447.

Erfolg: Dauernder Arbeiterbestand .... Der Hauptzweck: Vermeidung starken Arbeiterwechsels wurde erreicht." Da Frommer im Ganzen dreißig Einzelfälle bespricht und oft der Erfolg nicht bekannt war, so sind diese Urtheile gewiß charakteristisch.

Wie Kautionen, Zwangsspargelder, Betriebs-Wohlfahrtseinrichtungen können auch die in der Hand des Kapitals bleibenden beweglichen Lohntheile jederzeit als Machtmittel gegen die Arbeiter ausgespielt werden, besonders gegen den Einfluß der Gewerkschaften. „Wir sind der Meinung — heißt es ganz richtig in dem 1890er Kongreßbericht des parlamentarischen Komitees der Trades Unions — daß es stets seine Schwierigkeiten haben wird, eine feste Organisation für diejenigen Arbeiterschaften zu erzielen, bei denen das System der Lohneinbehaltungen (deferred pay), sei es in der Form der Prämien (perquisites) oder der Pensionen, herrscht." Oft bringt es das System der Gewinnbetheiligung so weit, daß die Arbeiter sich freiwillig von ihren Berufsgenossen trennen. Es ist bekannt, daß die Maler des Hauses Leclaire, von dessen Erfolgen man so viel Aufhebens macht, nicht blos an Strikes nicht theilnahmen, sondern sogar den Firmen, die durch Strike bedroht waren, aus der Verlegenheit halfen. „1876, als man die Baulichkeiten zur Pariser Ausstellung vorbereitete, stellten die dabei thätigen Maler die Arbeit ein, um höheren Lohn zu erringen, den die Unternehmer schließlich auch hätten zugestehen müssen. Die Behörden wandten sich an M. Redouly (den Direktor der Firma Leclaire) um Hilfe, dessen Arbeiter sich dem Strike nicht angeschlossen hatten. Die Maler Leclaire's arbeiteten demgemäß sechs Wochen lang, ohne Lohnerhöhung, täglich vierzehn Stunden und dazu wöchentlich zwei Nächte hindurch" (Gilman). Frommer rühmt diesen Arbeitern weiter nach, daß sie sich gegenseitig scharf überwachen und „jede Störung der Ordnung zur Anzeige bringen".

Mit dieser Seite des Systems haben wir es jedoch hier weiter nicht zu thun; und leider ist eine Erörterung der Wirkungen speziell auf den Preis der Arbeit mehr auf eine indirekte Beweisführung angewiesen. Selten läßt sich aus dem vorhandenen Material direkt feststellen, wie sehr in den in Frage kommenden Betrieben etwa die Mehrleistung angewachsen ist im Verhältniß zum erfolgten Lohnzuschlag; meist ist nicht einmal außer Zweifel, ob ein mehr wie blos scheinbarer Lohnzuschlag stattgefunden hat, oder ob nicht etwa der feste Lohntheil um den Betrag gesunken ist, den der bewegliche Lohntheil, der sogenannte Gewinntheil, aufweist. Nur die Erfolge für den Kapitalprofit sind als baare Münze zu nehmen, und aus dem Anwachsen des Profits darf man hier fast immer auf eine vermehrte Anspannung der Arbeiter schließen. Wir führen daher hierüber einige Zeugnisse an.

Zunächst der „Theoretiker" dieser Frage, Sedley Taylor, einer der Hauptschriftsteller für unser System, meint ganz offen: „Die vermehrte Thätigkeit des Arbeiters, der sorgfältigere Gebrauch der ihm anvertrauten Werkzeuge und Materialien, endlich die eintretende Möglichkeit, einen beträchtlichen Theil der Aufsichtskosten zu sparen, lassen unter dem Gewinnbetheiligungssystem Profite erreichen, die bei dem gewohnten Gang gar nicht entstehen würden. Würden diese Extraprofite ganz unter die vertheilt, deren Arbeit sie schuf, so würde sich der Unternehmer noch immer so gut stehen wie bei dem früheren Zustand. Wenn wir aber annehmen, daß er unter seine Arbeiter nur einen Theil dieses neuen Fonds (fresh fund) vertheilt und den Rest selber behält, so werden er sowohl wie die Arbeiter am Schlusse des Jahres bei dem neuen Prinzip .... ihre Rechnung finden.... Die Erwartung, daß das unmittelbare Interesse, das der Arbeiter am schließlichen Geschäftsergebniß hat, zu größeren Anstrengungen

treiben und so eine ganz neue Quelle des Profites eröffnen wird, ist die ökonomische Basis, auf der das Gewinnbetheiligungssystem ruht. . . . Der Fonds, aus dem das System seinen Surplusprofit zieht, wird geschaffen durch die gesteigerte Wirksamkeit der Arbeit, die unter seinem stimulirenden Einfluß vor sich geht" (cit. Schloß, p. 163, 193, 184). — Aehnlich Professor Nicholson in der Contemporary Review, Januar 1890: „Unter dem Anreiz des Gewinnantheils müssen die Arbeiter die zuschüssigen Profite schaffen, die sie erhalten" (cit. Schloß, p. 184). — Im Londoner „Economist" vom 14. Februar 1891 lesen wir: „Es ist die Gefahr vorhanden (?), daß man die Frage in einem halbphilanthropischen Geist auffaßt, anstatt zuzugestehen, daß die Grundlage jedes Plans der Gewinnbetheiligung das Geschäft und nichts als das Geschäft sein muß. Der Durchschnittsunternehmer wird seinen Profit nicht aus väterlichen oder mildherzigen Motiven mit den Arbeitern theilen, sondern weil er Ersatz mit Zinsen antezipirt." — Auch Schloß meint, die richtige Gewinnbetheiligung dürfe dem Unternehmer nicht einen Heller entziehen, sonst sei sie Gewinnbetheiligung plus Philanthropie.

Die Aeußerungen der unmittelbar betheiligten Unternehmer stimmen damit überein. Der Direktor der Druck- und Verlags-Aktiengesellschaft Cassell & Co. schreibt an Schloß: In Erwiderung auf Ihre Frage, welche Folgen für das Geschäft die Gewinnbetheiligung der Arbeiter gehabt habe, kann ich mit Freuden konstatiren, daß die Wirkung eine entschieden günstige gewesen ist. Das Interesse, das unsere Arbeiter an den Geschäften des Hauses nehmen, ist durch das Zusammenfallen ihrer und unserer Interessen stimulirt worden, und wir haben allen Grund, uns befriedigt zu fühlen, daß die Aktionäre von einem System profitirt haben, das ursprünglich zum Wohle der Angestellten geplant war." — Ein Fabrikant der Wollindustrie äußerte, daß seit 1886, wo er die Gewinnbetheiligung einführte, alles wie am Schnürchen ginge, „die industrielle Maschine läuft wie von selbst". — Herr T. W. Bushill schrieb 1889: „Wir begannen das Probejahr für die Gewinnbetheiligung mit sehr bescheidenen Erwartungen bezüglich direkter Erfolge. Jetzt, am Ende, können wir berichten, daß die Erwartungen weit übertroffen sind. Wir hatten auch früher kaum Ursache zu Klagen; dieses Jahr aber scheinen viele unserer Leute eine ganz neue Arbeitsspannkraft gewonnen zu haben. . . . Ersparnisse aus eigenem Antrieb, an Zeit sowohl wie Material waren zu bemerken, daneben eine fruchtbare Findigkeit in Ueberwindung von Schwierigkeiten und im Ersinnen billigerer Herstellungsarten." 1891 erklärte derselbe Bushill, er persönlich möchte nimmer zum alten Regime zurückkehren. — Die Inhaber einer großen Londoner Theelagerei (Mssrs. Brooke, Bond & Co.) urtheilten: „Unser System der Theilnahme am Gewinn wurde zuerst zum Nutzen der Arbeiter eingeführt. Das Problem war: Wie die Einkünfte der Arbeiter vermehren, ohne die Profite der Arbeitgeber zu vermindern. Die Lösung wurde gefunden in der Vermehrung des Eifers und Aufpassens, der Pünktlichkeit, der Ersparnisse an Zeit und Material, und in Identifikation der Interessen. Mit dem Ergebnisse sind wir vollständig zufrieden. Unsere Hände erfreuen sich eines ausgiebigen (substantial) Bonus (Prämie). Und wir unsrerseits haben den Vortheil, daß wir in den Händen wählerischer sein können, daß sie weniger Neigung zum Stellenwechsel haben, daß unausgesetzte persönliche Aufsicht weniger nöthig ist, und daß die Beziehungen zwischen Herren und Dienern schöner und angenehmer sind." Hier zeigte sich bei dem kaufmännischen Personal der Vortheil besonders dann, wenn Neueinstellungen in Frage kamen. Um keinen neuen Mitesser bei der Gewinnvertheilung zu haben, leisten die Gehilfen aus eigenem Antrieb das Höchste, was in ihrer Kraft steht.

Ueber den „substantiellen“ Bonus noch ein Wort. Seine absolute Größe und sein Verhältniß zum festen Lohn besagt gar nichts über seine Bedeutung für den Arbeiter. Im Gegentheil, je mehr ein Unternehmer den festen Lohntheil herabsetzt und für den Rest einen manchmal sehr zweifelhaften Wechsel auf den künftigen Gewinn ausstellt, desto prekärer zwar die ökonomische Lage des Arbeiters und desto größer noch dazu wahrscheinlich seine Arbeitsqual, desto respektabler aber der Bonus und desto höher sein Prozentantheil vom festen Lohn. Nichts leichter, wie den Bonus immer substantieller zu machen. Statt 30 Schilling wie früher bezog in einem früher von uns zitirten Beispiel (siehe: Die Produktivgenossenschaften in England) ein Kaufmann 27 Schilling fest und etwa 3 Schilling als Bonus. Das sind 10—11 Prozent „Zuschlag“ und zusammen doch kaum die alten 30 Schilling. Aus diesem Grund ist mit den verfügbaren Angaben über die Lohnvermehrung nichts anzufangen. Aber wenn Schloß, nach den erwähnten Mittheilungen über die Arbeitssteigerung, annimmt, daß der Bonus kaum jemals über 4 Prozent des Lohnes hinauswachsen werde, so ist damit zugestanden, daß bei diesem System eine bestenfalls minimale Einkommensvermehrung erkauft wird nicht nur mit einer größeren Gebundenheit, oft sogar mit der größten Korruption der Arbeiter, sondern auch mit einem beträchtlichen Sinken des Preises der Arbeit.

IV.

Auch bei der Gewinnbetheiligung fanden wir einen Umstand arbeitsteigernd wirken, dem wir bereits öfter begegnet sind: daß nämlich dem Einzelarbeiter nicht nur an der eigenen Mehrleistung ein Interesse eingeflößt wird, sondern auch daran, daß seine Nebenarbeiter sich möglichst abplacken. „Jeder Arbeiter ist unmittelbar interessirt, nicht nur sein eigenes Werk gut zu verrichten, sondern auch darauf zu sehen, daß seine Mitarbeiter ihr Werk gut thun. Jeder Mann wird so zum Aufseher gegenüber jedem anderen. Selbst die eigentlichen Aufseher werden jetzt von ihren Untergebenen überwacht. Ich kenne Arbeiter in einem Gewinnbetheiligungsgeschäft, die ihren Vormann den Geschäftsleitern wegen Vernachlässigung seiner Pflichten anzeigten.“

Beim **Gruppenlohn**, bei der Methode, mit ganzen Gruppen von Arbeitern den Lohn für eine bestimmte Gesammtleistung zu vereinbaren und zu verrechnen, wird seitens der Unternehmer stets auf diese arbeitssteigernde und kostenmindernde Wirkung der gegenseitigen Anspornung und Ueberwachung spekulirt.

Gruppenlöhne — direkt nach der Leistung bemessen wie bei den gewöhnlichen Stücklöhnen, oder von einer gewissen Grenze ab mit Zuschlägen verbunden — finden sich häufig in Bergwerken und Steinbrüchen, beim Straßen-, Kanal- und Eisenbahnbau, in der Eisenindustrie, in der Landwirthschaft. „Man hat gefunden, daß sie die Löhne der Arbeiter erhöhen, während sie die Kosten der Arbeit reduziren.“

Das letztere ist zweifellos richtig, gegen die erste Behauptung führt Schloß selber einige Beispiele an. So ist auf den königlichen Werften in England seit vier bis fünf Jahren beim Schiffsbau der Gruppenakkord überwiegend. Gruppen von 3 oder 4, 10 oder 12, ja von 390 und zuweilen von 600 und 700 Mitgliedern finden sich hier. Für eine gewisse Produktion wird ein bestimmter Preis angesetzt; während der Erledigung des Auftrages werden feste tägliche Löhne gezahlt; bei der Ablieferung ergiebt sich der Ueberschuß für die Gruppe. Je größer die Arbeitshast, desto größer der Ueberschuß und in desto kürzeren Perioden kehrt er wieder, desto größer wird also bei fortlaufendem, konstantem

Zeitlohn das Jahreseinkommen jedes Einzelnen. So rechnet vielleicht der Arbeiter. Und der Unternehmer rechnet: einmal, daß immer gewisse faux frais für Ueberwachung hinwegfallen, dann aber, daß der Abnahmepreis für das Machwerk später herabgehen wird, sowie es feststeht, daß die Gruppe regelmäßig in kürzerer Zeit damit fertig wird; der Unternehmer wird für dasselbe Arbeitsquantum dann schon den niedrigeren Lohn durchzusetzen wissen. „Man sagt, daß die Schiffe im Durchschnitt in 25 Prozent weniger Zeit und mit 25 Prozent weniger Kosten wie früher gebaut werden.“ Als die Impérieuse halb fertig war, führte man das Gruppensystem ein und „die Arbeitskosten waren 50 Prozent geringer wie bei der ersten Hälfte des Schiffes“. Schloß meint, daß doch der Gesammtlohn des Arbeiters bei dieser zweifellosen Senkung des Arbeitspreises gestiegen sei. Das mag mitunter zutreffen. Aber er fügt andererseits hinzu: „Zuweilen kommt es vor, daß die Beamten den Lohn zu weitgehend finden; in diesem Falle wird die Wochenzahlung gekürzt. . . . Das Schiff muß so billig wie möglich hergestellt werden; wenn möglich sollen die Kosten niedriger sein, als wenn das Schiff auf Privatwerften gebaut würde. Es besteht daher eine starke Versuchung, die Arbeit möglichst niedrig anzusetzen“, so daß anfangs die Leute nicht einmal immer den alten Zeitlohn verdienten. „Diese Leute arbeiteten . . . wahrscheinlich 20 Prozent intensiver wie sonst und als sie fanden, daß sie nicht einmal ihr gewohntes Einkommen hatten, entstand große Unzufriedenheit.“

Bei einem Beispiel bemerkt Schloß: „Es verdient Beachtung, daß dieses System auf Ausmerzung der weniger tüchtigen Arbeiter hindrängt. Es ist selbstverständlich das Interesse jedes Mitgliedes der Gruppe, darauf zu passen, daß alle hart arbeiten; ein unfähiger oder lässiger Arbeiter wird sofort angezeigt und entlassen.“

Der Gruppenakkord hat bei den Londoner Dockers Wunder gewirkt. „Die Exchange Telegraph Company bemerkt, daß . . . die Arbeit, deren Kosten man früher bei Tagelohn auf 1 Schilling pro Tonne berechnete, jetzt auf 3 Pence (1/4 Schilling) zu schätzen ist. Auf Kontrakt (gemeint ist unser Grubenakkord) leisten im Allgemeinen 40 Männer dasselbe Werk, das früher beim Tagelohn 100 verrichteten.“

Dazu kommt, daß der Gruppenakkord Prellereien gegen die Arbeiter erleichtert. Es handelt sich bei ihm oft um komplizirte, umfangreiche und langwierige Aufträge, deren Arbeitserforderniß im voraus schwer zu übersehen ist. Der Unternehmer drängt zu einer möglichst niedrigen Schätzung der zur Fertigstellung erheischten Arbeit. Gelingt ihm das Manöver, so steckt die Herabdrückung des Arbeitspreises schon in der Differenz zwischen der beim Kontraktabschluß vorausgesetzten und der bis zur Ablieferung schließlich aufgelaufenen Arbeitsmenge. Bei den Schiffsbauern der königlichen Werften entstanden daraus Klagen. Ebenso bei den Dockers. „Als Lohnmaßstab wurde von den Dockbeamten ein bestimmter Satz pro Tonne angenommen. Dieser Satz, multiplizirt mit der Zahl der Tonnen, welche, wie man annahm, das Schiff barg, gab den Gesammtpreis für das Löschen der Ladung. . . . Die Arbeiter konnten die Tonnenzahl bei dem Auftrag nicht feststellen und behaupteten, daß die Beamten der Gesellschaft oft den Preis auf einer falschen Basis berechnet hätten, indem sie die Tonnenzahl niedriger ansetzten, als sie in Wirklichkeit war.“ — Jedoch sind solche Praktiken auch beim Stücklohn des Einzelarbeiters nicht selten, wenn es sich um komplizirtere Arbeiten handelt, für die im voraus der Preis vereinbart wird; besonders bei Reparaturen tritt oft die Schwierigkeit und Umständlichkeit erst während der Erledigung zu Tage — die englischen Arbeiter nennen das daher das „Zahl' was du willst“-System (the pay as you please system).

V.

Wo die Arbeiter nicht zur gegenseitigen Arbeitsanspornung zu bringen sind, da muß das Aufsichtspersonal die Arbeitsleistung der Untergebenen nach Möglichkeit emportreiben, und auch die Erfüllung dieser Funktion wird von der Form der Bezahlung der Aufseher und Treiber wesentlich beeinflußt.

Oft wird daher der Vormann im Verhältniß zur Arbeitsleistung der ihm überwiesenen Gruppe oder seines Departements gezahlt. In der Baumwollindustrie ist diese Methode von jeher verbreitet gewesen. „Es war das Interesse dieser Sklaventreiber, die Kinder aufs Aeußerste abzuarbeiten, denn ihre Zahlung stand im Verhältniß zum Produktenquantum, das aus dem Kind erpreßt werden konnte. Grausamkeit war natürliche Folge.... Sie wurden zu Tode gehetzt durch Arbeitsexzesse", lesen wir (nach Fielden) bei Marx über die ersten Fabriken in Lancashire. „Die Arbeiter werden durch Arbeitsaufseher, interessirt in der Quantität des Machwerkes, dazu gehetzt, die Maschinerie in Bewegung zu halten", schreiben 1866 die Fabrikinspektoren (cit. Marx, 2. Aufl., p. 807). Nach Schloß sehen sich die Unternehmer in der Baumwollweberei meistens „gezwungen, die Aufseher (over-lookers) nicht nach der Zeit, sondern im Verhältniß zum Ausbringen ihrer Untergebenen zu zahlen". Die strikenden Londoner Dockers klagten auch bitter über den leading man, der den drei- bis vierfachen Betrag des gewöhnlichen Gruppenakkordtheiles erhielt und der so „unter dem schärfsten Anreiz stand, seine Leute bis zu einer unerträglichen Anspannung zu treiben".

Aehnlich sind die Wirkungen, nur oft noch stärker, wenn lediglich der Aufseher mit dem Unternehmer abrechnet und nach dem gelieferten Machwerk seiner Gruppe Zahlung empfängt, aus der er die Löhne der Untergebenen zu bestreiten hat. Ob letztere Stück- oder Zeitlöhne oder was sonst sind, gleichviel — der Ueberschuß des Hauptarbeiters, sein Lohn wächst, je mehr er den Preis der Arbeit drückt. Die Ausbeutung der Arbeiter durch das Kapital verwirklicht sich hier vermittelst der Ausbeutung des Arbeiters durch den Arbeiter" (Marx).

Oft wirbt dabei der Hauptarbeiter und Aufseher bereits die Mitglieder der Gruppe selber an. Seine Stellung nähert sich dann immer mehr der des „ausschweißenden" Zwischenmannes in der Hausindustrie und des gang-masters in der Landwirthschaft, nur daß in der Hausindustrie und Landwirthschaft die Zersplitterung und Hilflosigkeit der Arbeitskräfte alle Mißstände dieses Systems zur vollsten Entfaltung bringt.

* * *

Die Trades Unions thun recht, wenn sie gegen diese Methode der Arbeitssteigerung und des Lohndruckes vorgehen. Und sie sind weiter auf dem richtigen Wege, wenn sie auch die Einführung der Prämien, der Gewinnbetheiligung und ähnlicher Lohnkünsteleien von vornherein zu verhindern suchen.

Denn die nothwendige Grundlage ihres Wirkens ist, daß einem bestimmten Quantum Arbeit ein bestimmter, klar erkenntlicher Preis gegenüberstehe und daß der Arbeiter unumschränkter Herr über seinen Lohn sei, daß nichts davon im Geschäft des Unternehmers festgelegt bleibe. Nur so haben die Gewerkschaften für die erstrebte Regelung des Lohnes festen Boden unter den Füßen; nur so werden die Interessen der Arbeiter eines Gewerks nicht zersplittert und in ihrer Geltendmachung geschwächt.

Beim Stücklohn mag man darüber streiten, wie die Gewerkschaften sich dazu stellen sollen. Bei den anderen Lohnformen war von jeher das Urtheil der organisirten Arbeiter strikt ablehnend.

Literarische Rundschau.

Wir erhalten folgende Zuschrift:

Geehrter Herr!

In Nr. 42 Ihrer „Revue“ behaupten Sie, daß ich mich bei Lebzeiten von Karl Marx als dessen Schüler und Bewunderer ausgegeben und ihn nach seinem Tode kritisirt hätte. Da ich mir bewußt bin, diesen Vorwurf nicht zu verdienen, kann ich nicht umhin, Ihnen einige berichtigende Zeilen zu übersenden, die ich Sie bitte in Ihrer Zeitschrift gefälligst zu veröffentlichen.

Ich lasse die Thatsachen sprechen.

Im Monat November 1879 schrieb ich an Karl Marx:

„Hochgeehrter Herr!

Ich kenne Sie nicht persönlich; ich bin nicht ein Anhänger der kommunistischen Sozialtheorie.

Und doch erlaube ich mir, mein Buch „La rendita fondiaria e la sua elisione naturale“* Ihnen zu senden.

Warum? Aus zwei Ursachen.

Zuerst, weil ich verdanke Ihnen die richtige Methode der volkswirthschaftlichen Untersuchungen, die Methode der Analyse, die Sie zuerst in der Nationalökonomie eingeführt haben.

Zweitens weil ich verehre in Ihnen einen der größten Denker der heutigen Menschheit, den welthistorischen Mann, dessen epochemachendes und leider unvollendetes Hauptwerk, obscuris vera involvens (wie mein klassischer Mitbürger Virgil würde sagen) die herzlosen Träumereien der apologetischen Wissenschaft für immer zu Grunde gerichtet hat.“ —

Wie Sie sehen, bekannte ich mich als Bewunderer von Karl Marx, aber nicht als sein Schüler.** — Uebrigens legte ich in dem Buch über die Rente, das ich dem großen Denker als Zeichen der Hochachtung schickte, offen meine Kritik seiner Theorien vom Werth, den Maschinen und der Bevölkerung dar, sowie das Sophisma, das sich nach meiner Ansicht in derselben verbirgt. In einem späteren Aufsatz — die Werth-Theorie bei den italienischen Sozialisten 1882 — habe ich meine Kritik der Theorie, die den Werth auf die Arbeit zurückführt, ausführlicher entwickelt. — Ich habe diese Broschüre ebenfalls an Karl Marx geschickt; aber dieser große Geist war so weit entfernt, mir aus meinen Einwänden und der Schärfe, mit der ich sie darlegte, einen Vorwurf zu machen, daß er mir in einem seiner Briefe schrieb: „Ich habe, mein Herr, die höchste Meinung von Ihrem Talent, Ihren Kenntnissen und Ihrer wissenschaftlichen Zukunft“ — und sich mit der einnehmendsten Freundlichkeit für meine ökonomischen Studien interessirte.

Der 1883 in der „Nuova Antologia“ erschienene Aufsatz über Karl Marx reproduzirt nur in einer dem Publikum der Revuen zugänglicheren Form die Kritik, die ich 1879 und 1882 der Marx'schen Theorie entgegensetzte. Davon kann sich jeder überzeugen, der diesen Artikel mit den Ihnen von mir bezeichneten Schriften vergleichen will. Nur habe ich, indem ich in der sozialist'schen Werththeorie den später berühmt gewordenen Widerspruch konstatirte, an dem seitdem die Bemühungen der Herren Schmidt, Landé und wer weiß noch („et tutti quanti“) gescheitert sind, mir zu zweifeln erlaubt, daß Marx in einem späteren Werk die Lösung desselben geben

* Die Grundrente und ihre natürliche Ausmerzung. Anm. d. Red.

** Wenn man Jemand versichert, man verdanke ihm die Methode des wissenschaftlichen Arbeitens, so erklärt man sich mindestens in diesem Punkt, und er ist einer der wichtigsten bei Marx, für seinen Schüler. Im Brief des Herrn Loria an uns, der französisch gehalten ist, steht „disciple“, was allerdings auch im Sinne von „Anhänger“ gebraucht wird. Aber in der Rezension, gegen die Herr Loria sich wendet, ist nur das Wort Schüler gebraucht. Red. der „N. Z.“

könne. Niemand wäre glücklicher als ich, wenn ich mich in Bezug auf diesen Punkt getäuscht hätte, Niemand beklagt mehr als ich, konstatiren zu müssen, daß die zehn Jahre, die seit der Veröffentlichung meines Artikels verstrichen sind, ohne daß der Band von Marx erschienen wäre, in höchst bedauerlicher Weise meine Zweifel und Voraussetzungen bekräftigt haben. Möge die Zukunft, und eine nahe Zukunft, ihnen ein glänzendes Dementi ertheilen. Mit diesem aufrichtigen und heißen Wunsch habe ich die Ehre, Sie zu grüßen,

Padua, 18. Juli 1893. Achille Loria.

Auf diesen Brief können wir nur erwidern, daß es uns eben so wenig eingefallen ist, Herrn Loria einen Vorwurf daraus zu machen, daß er eine Kritik der Marx'schen Theorien nach Marx' Tode veröffentlichte, wie Marx in einer theoretischen Meinungsverschiedenheit einen Grund sah, Jemand, bei dem er aufrichtiges wissenschaftliches Streben vermuthen zu dürfen glaubte, die Ehre mündlicher und schriftlicher Unterhaltung mit ihm abzuschlagen. Noch sind wir abgeschmackt genug, im Ausdrücken des Zweifels daran, daß Marx in einem späteren Bande die in oder mit dem ersten Bande des „Kapital" aufgeworfenen Probleme werde lösen können, irgend etwas Tadelnswerthes zu erblicken. Von alledem ist in der Rezension, die Herrn Loria zu seiner Einsendung veranlaßt hat, absolut kein Wort zu finden. Was ihm dort vorgeworfen wird, und was sein Brief nicht widerlegt, ist sein höchst unanständiges literarisches Verhalten gegenüber Marx. An seiner eigenen Person hatte er, wie aus seinem Brief hervorgeht, erfahren, wie hoch Marx selbst bei Gegnern seiner Bestrebungen aufrichtiges wissenschaftliches Arbeiten würdigte, und nichtsdestoweniger nahm er keinen Anstand, gleich nach dem Tode von Marx demselben nachzusagen — doch wir lassen hier lieber Friedrich Engels reden, der Herrn Loria auf die Uebersendung des in der „Nuova Antologia" veröffentlichten Artikels am 12. Mai 1883 u. A. wie folgt antwortete:

„Ich habe Ihr Schriftchen über Karl Marx erhalten. Es steht Ihnen frei, seine Lehren Ihrer allerschärfsten Kritik zu unterwerfen und sie sogar mißzuverstehen; es steht Ihnen frei, eine Biographie von Marx zu entwerfen, die ein reines Phantasiestück ist. Was Ihnen aber nicht freisteht und was ich Ihnen nie erlauben werde, das ist, den Charakter meines todten Freundes zu verleumden.

(Hier folgt zunächst die Zurückweisung des Vorwurfs, Marx habe sich absichtlich falschen Zitirens schuldig gemacht. Dann heißt es weiter:)

„Aber das ist nur eine Lappalie verglichen mit Ihrer ‚festen und tiefen Ueberzeugung . . . daß sie alle (die Lehren von Marx) beherrscht sind von einem bewußten Sophisma'; daß Marx ‚sich nicht aufhalten ließ durch falsche Schlüsse, wohl wissend, daß sie falsch waren'; daß er ‚oftmals ein Sophist war, der auf Kosten der Wahrheit bei der Negation der bestehenden Gesellschaft ankommen wollte', und daß er, wie Lamartine sagt, ‚mit Lügen und Wahrheiten spielte, wie Kinder mit Knöcheln' . . . . .

„Welche Zwergseele gehört dazu, sich einzubilden, ein Mann wie Marx habe ‚seinen Gegnern immer mit einem zweiten Bande gedroht', den zu schreiben ihm auch nicht für einen Augenblick einfiel! daß dieser zweite Band nichts sei, als ‚ein pfiffiges Auskunftsmittel von Marx, womit er wissenschaftlichen Argumenten aus dem Wege ging'" . . . . .

Soweit der Engels'sche Brief, abgedruckt in Nr. 21 des Züricher „Sozialdemokrat", Jahrgang 1883. Von einem Forscher sagen, daß in seinen Theorien ein Sophisma stecke, ist ein Vorwurf, der höchstens seinen Ruf als Denker trifft. Höchstens, denn oft genug steckt in einem wissenschaftlichen Irrthum mehr Geist und Verstand, als in tausend gemeinplätzlichen Wahrheiten. Ganz etwas Anderes aber ist der Vorwurf des bewußten Sophisma. Der trifft den Ruf des Menschen und Denkers, der setzt beide gleichmäßig herab, brandmarkt den Menschen und den Denker als Schwindler. Um so mehr, wenn er durch den Zusatz verstärkt wird, er habe mit Lügen und Wahrheiten gespielt, „wie Kinder mit Knöcheln".

Es muß aber wohl so sein, wie Engels in seinem Brief, an die letztzitirte Liebenswürdigkeit anknüpfend, weiter schreibt: „In Italien, das ein Land alter

Zivilisation ist, kann das vielleicht als ein Kompliment gelten". Wie käme Herr Professor Loria sonst zu seinem guten Gewissen dem Andenken von Marx gegenüber! Und angesichts dieser Verschiedenheit des Standpunktes — denn wir halten den Vorwurf des Spielens mit Lügen und Wahrheiten „wie Kinder mit Knöcheln" für entehrend — glauben wir nach den obigen Feststellungen diesen Punkt verlassen zu können.

Was den aufrichtigen und heißen Wunsch des Herrn Loria anbetrifft, seine wissenschaftlichen Zweifel und Voraussichten in Bezug auf das „Kapital" recht bald dementirt zu sehen, so glauben wir ihm in Bezug darauf die beruhigendsten Versicherungen ertheilen zu können. In dem Vorwort zum zweiten Band des „Kapital", der die zehn Jahre stillen Triumphes des Herrn Loria zu unterbrechen so frei war, sind die Gründe, welche die Herausgabe der Manuskripte zum „Kapital" erschweren, von Friedrich Engels offen dargelegt, und wenn die beständige Selbstkorrektur, die Marx an seinen Arbeiten übte, auch nicht Jedermann imponiren mag, so ist sie doch eine Thatsache, an der sich nachträglich nichts ändern läßt. Genug, Engels, dessen Zeit noch durch tausend andere Dinge in Anspruch genommen wird, mag mehr Arbeit mit der Fertigstellung des dritten Bandes gehabt haben, als sich ursprünglich übersehen ließ, so viel aber ist sicher, über das Erscheinen desselben braucht sich Herr Professor Loria keine grauen Haare wachsen zu lassen. —eb.

Notizen.

Der Champagnerkonsum ist in erfreulicher Zunahme begriffen. 1844 betrug der internationale Konsum an echtem Champagner aus dem Departement der Marne 6 635 652 Flaschen, 1864 12 786 134, 1886/87 19 084 874, 1887/88 20 334 324, 1888/89 22 559 084, 1889/90 23 324 571, 1890/91 25 776 194.

Die Steigerung ist namentlich in den letzten Jahren eine rapide. Sie giebt uns die beruhigende Gewißheit, daß die Strikes und die Nothstände das Wohlleben der obersten Zehntausend noch unberührt lassen.

Die Zahl der weiblichen Studenten in Frankreich war 1892 eine bedeutende. Es waren eingeschrieben an

	den sieben medizinischen Fakultäten	der Rechtsfakultät von Paris	den naturwissenschaftlichen Fakultäten	den schönwissenschaftlichen Fakultäten	Zusammen
Französinnen . .	22	—	23	226	271
Russinnen . . .	95	1	5	11	112
Rumäninnen . .	4	—	—	4	8
Engländerinnen .	2	—	—	3	5
Serbinnen . . .	2	—	—	—	2
Bulgarinnen . .	2	—	—	—	2
Türkinnen . . .	1	—	—	—	1
Deutsche . . .	1	1	—	1	3
Amerikanerinnen .	—	—	1	2	3
Italienerinnen .	—	—	—	1	1
Schweizerinnen .	—	—	—	1	1
Zusammen . . .	129	2	29	249	419

„Landstreicher" und Bettler in Frankreich. Die Zahl Derjenigen, welche wegen Landstreicherei oder Bettelei — bei Abwesenheit jedes anderen Vergehens — vor den Richter gebracht wurden, betrug von 1861 bis 1865 im Jahr durchschnittlich 22 011, dagegen in der Zeit von 1886 bis 1890 im Jahr durchschnittlich 51 404, das heißt, sie hat sich mehr als verdoppelt. Was sagt Herr Professor J. Wolf dazu?

Feuilleton.

Der Wunderschrank.

Vaterländische Erzählung von **Ludwig Schzierk.**

(Schluß.)

V.

Im Hause des Herrn Thomas Seebald war der Tod eingekehrt.

Man hatte den unheimlichen Gast mit all dem Glanze empfangen, welcher der Würde dieses erhabenen Hauses zu entsprechen schien. Ueber dem Portale wehte eine lange Trauerfahne; denn das vaterländische Bürgerthum hat allmälig die Gewohnheit der Könige angenommen, welche durch jenes Mittel ihren geliebten Unterthanen verkünden, daß sie die Reise in eine bessere Welt anzutreten im Begriffe seien.

So erfuhren die Winde, die Vögel, die verschuldeten Handwerker in den Vorstädten die traurige Kunde, daß Herr Thomas Seebald, der Besitzer des Wunderschrankes, an einem Schlagflusse, der beliebten Todesart der Reichen, gestorben sei.

Die kunstgewerbliche Treppe des Hauses trug das Trauerkleid. Ernst und steif, wie eine zu dieser Treppe gehörige Figur, stand der lange George am Fuße derselben, um die Gäste stumm zu grüßen, welche sich voraussichtlich bald einfinden mußten. Er hatte den blauen Frack mit einem schwarzen vertauscht, und sein Antlitz zeigte einen Ausdruck, in dem sich der Schmerz um ein Verlorenes mit der Sorge um ein Zukünftiges sehr glücklich vereinigten. Geschäftige Geister eilten ab und zu. Das große Waarenmagazin des Städtchens hatte seine Vertreter hierher gesandt und bewies seine Leistungsfähigkeit durch die Thatsache, daß in zwanzig Minuten zur rascheren Erledigung der Aufträge ein elektrischer Fernsprecher hergestellt war, der das betrübte Reich des Todes mit den lachenden Räumen der vaterländischen Modewerkstätte verband.

Es klopfte, es scharrte, es flüsterte in allen Ecken.

Die Beamten einer Leichenbestattungs-Unternehmung schritten in großer Würde von Zimmer zu Zimmer, und ihr sorgfältig geordnetes und beherrschtes Gesicht, ihre leise, gemessene Sprechweise brachten bald jene Stimmung zur Geltung, welche der Majestät des Todes so gut entspricht.

Die kleine, klugblickende Hausfrau hatte ihre Thränen getrocknet. Sie saß im Gesindezimmer des schönen Wohnhauses hinter einem mäßigen Bergrücken, der aus trauernden Spitzen, schwarzen Kleiderstoffen und ähnlichen Erzeugnissen vaterländischer Leichenbestattungs-Industrie gebildet wurde. Die arme Frau nahm die Lichtseite dieses Höhenzuges in Besitz, und ihre welken, hilflosen Hände glitten über die Abhänge und in die Thäler der schwarzen Kleiderstoffe oder verirrten sich prüfend in dem verworrenen Gestrüpp der trauernden Spitzen.

Jenseits der Wasserscheide standen zwei geduldige, weibliche Figuren mit dem gesenkten Blicke geschäftlicher Hochachtung. Es waren Schneiderinnen, die das Waarenmagazin der kleinen, klugblickenden Hausfrau zu Diensten stellten. Ihre bleichen Wangen schienen in Erwartung der Nachtarbeiten, die ihnen der Todesfall unfehlbar bringen mußte, noch etwas an Farbe verloren zu haben.

Herr Thomas Seebald junior zog sich in die Gemächer des zweiten Stockwerkes zurück. Dort entledigte er sich des feinen Ueberrockes, steckte sich eine Zigarre an und nahm auf der Ebenholzplatte des kunstgewerblichen Schreibtisches Platz. Die greisenhafte Sonne des Herbstes zeichnete das Schattenkreuz des

hohen Bogenfensters auf den feinen, teppichbelegten Boden des Zimmers und bestrahlte die gleißenden Rückenschilde der kostbaren Einbände, welche die Werke der großen vaterländischen Dichter und die Weinflaschen des langen George umschlossen. Der gezähmte Papagei begann auf seinem Gestellchen bänglich hin und her zu rücken, da er seinen Herrn in dieser Stellung sah; denn der kluge Vogel merkte sich gar wohl die Stunde, in der gewöhnlich die Spiegelversuche angestellt wurden.

Allein Herr Thomas Seebald junior stand heute über allen Papageien der Welt. Seit zwölf Stunden war er Chef seines Hauses. Schon in der ersten jener flüchtigen Gefährtinnen der Menschen hatte er sich die Thatsache klar gemacht, daß er seinen Vater verloren habe und Besitzer eines Wunderschrankes geworden sei, der ihn für den Rest seines Lebens der Mühe gemeiner Arbeit völlig überhob.

Mit dieser Erkenntniß überkam ihn die Würde des Besitzes. Am frühen Morgen hatte ihm der Sachwalter seines Vaters ein Schriftstück übermittelt, in welchem der junge Kreisrichter, der im Städtchen vor Langeweile starb, seine Geneigtheit aussprach, einen verschuldeten Handwerker, der die Ketten des Hauses Seebald an Händen und Füßen trug, aus seiner Hütte herauswerfen zu helfen. Zur Vornahme dieser menschenfreundlichen Handlung bedurfte es der Genehmigung des Gläubigers. Herr Thomas Seebald junior stand also vor dem erhebenden Augenblicke, in dem er als Chef des großen Hauses seine erste Unterschrift zu leisten hatte.

Im Leben der vornehmen Leute bildet der erste Hase, die erste Unterschrift und die erste Nacht in den Armen der bezahlten Unschuld ein besonderes Ereigniß. Ueber den ersten Hasen war Herr Thomas Seebald junior bereits hinaus. Seit dem Tage, da er das Knallen eines Jagdgewehres zu ertragen vermocht hatte, war er ständiges Mitglied jener nützlichen Gesellschaft geworden, die den vaterländischen Witzblättern eine nicht zu erschöpfende Fülle menschlicher Schwachheit liefert. Die erste Nacht dankte er der Gefälligkeit eines bleichen Nähmädchens, das in der Vorstadt Tag und Nacht arbeitete, um einem gichtkranken Greise, der einst bessere Zeiten gesehen, den Weg ins Armenhaus zu sparen.

Die erste Unterschrift dankte er der Geneigtheit des jungen Kreisrichters. Herr Thomas Seebald junior besaß eine sehr deutliche Handschrift. Allein die Würde seiner gegenwärtigen Stellung, sowie das Bewußtsein, daß er als Besitzer eines Wunderschrankes nun über allen Kreisrichtern und Sachwaltern seines weiten Vaterlandes stehe, verhinderten ihn, sich bei dem Geschäfte seiner ersten Unterschrift jener klaren Zeichen zu bedienen, die das Herz seines Erziehers so oft höher schlagen ließen. Der junge Mann warf also ein feines Gewirr vornehmer Buchstaben auf das Papier und überließ es dem Scharfsinn seiner Mitbürger, sich unter dem Namen Seebald ein Kleefeld oder einen Schneeschild vorzustellen.

Dann zog er sich in seine Heiligthümer zurück und nahm auf seinem Schreibtische jene Stellung ein, in der ihn der Leser vor einer Weile gefunden hat. In diesem Augenblicke glich er der Karrikatur eines jungen Monarchen, der sein erstes Todesurtheil unterzeichnet hat.

Bei einer guten Zigarre stellen sich die guten Gedanken von selbst ein. Der junge Herr faßte den Plan, einen Theil seines Vermögens von den Dächern der Vorstädte zu lösen und einer Aktiengesellschaft zu widmen, die aus dem Schooße der großen, vaterländischen Firma Mörwitz und Sohn demnächst entspringen sollte. In den nächsten drei Minuten beschloß er, dem langen George einen braunen Leibrock mit weißen Knöpfen anzuschaffen und die Würde eines Kammerdieners zu verleihen. Unbemerkt schweiften seine beweglichen Gedanken hierauf in die Gesindestube, wo die beiden Schneiderinnen an der Arbeit saßen.

Die Jüngere hatte sehr zarte Händchen und große, furchtsame Augen; jene Augen, die er besonders liebte .... es war kein Wunder, daß sein blasses, vornehmes Gesicht in jenem rosigen Schimmer zu erglühen begann, der unsere vaterländischen Jünglinge so anziehend macht.

Durch die hastige Art, mit der George seinen jungen Herrn in diesem Augenblicke störte, rückte der arme Mensch die Möglichkeit, Kammerdiener zu werden, in weite Ferne.

Es waren Gäste angekommen, ihr Beileid auszusprechen; vornehme Personen, denen sich Herr Thomas Seebald in der ganzen Größe seines kindlichen Schmerzes zu zeigen hatte. Der Bürgermeister, der Kreisrichter, ein alter Hauptmann mit einer Kupfernase und einem lahmen Bein, der Chef der Firma Mörwitz und Sohn, der Redakteur des Lokalblattes, der Eigenthümer des Hotels zur „Deutschen Warte“ .... sie alle priesen die Tugenden des Verstorbenen in einer Art, als beabsichtigten sie, dem jungen Herrn das Material zu einer Biographie des Vaters zu liefern.

Der todte Herr Thomas lag daneben auf dem Rücken, die wachsgelben Hände friedlich gefaltet. Was sollten die Klagen seiner Freunde, die Thränen seiner Frau, die Seufzer seines Sohnes? Er war heimgegangen. Morgen werden sie ihn begraben mit all dem Pomp, den sein Wunderschrank zu zahlen vermag. Im gemessenen Schritt eines Trauermarsches wird man ihn durch die Straßen tragen, die er so oft behaglich durchwandert hat, um die Häuser zu sehen, auf denen seine Banknoten lagen. Am Grabe wird der Pfarrer eine Rede halten über das schöne Wort: „Was trauert ihr und vergehet vor Leid, da ich meinen Sohn zu mir genommen?“ — dann senken sie das in die kühle Erde, was sterblich war an Herrn Thomas Seebald dem Aelteren.

Es gab in der That eine Leichenfeier, wie sie nicht jeder Tag bringt. Die Leichenbestattungs-Unternehmung des kleinen Städtchens begründete an diesem Tage ihr Ansehen und ihren Ruf, und die vaterländische Jugend bekam zum ersten Male Gelegenheit, die launigen Uniformen zu bewundern, welche der gute Landesfürst über die Beamten seines großen Reiches kürzlich verhängt hatte.

Als die trauernden Gäste in den zahlreichen Wagen, die der Wunderschrank des Hauses Seebald beigestellt hatte, allmälig davonrollten, um ihre Uniformen auszuziehen oder das gemeine Geschäft des Werktags fortzusetzen, blieb der würdige Pfarrer allein bei dem Grabe zurück. Er entledigte sich des schweren Seidenmantels, gleich den Beamten, die ihr Staatskleid mit dem Kanzleirocke vertauschten, und schritt mürrisch durch die Gräberreihen gegen eine feuchte Ecke des Friedhofes, wo sich eine kleine, armselige Gruppe gesammelt hatte, die einen kahlen Holzsarg umstand. In drei Minuten schloß sich der grobe Lehm über der sterblichen Hülle einer kleinen, gebückten, hustenden Frau, die dem jungen Menschen, der fassungslos davonwankte, vor Jahren ein kleines Holzpferdchen mit schwarzen Heidelbeeraugen gekauft hatte, um ein freudloses Knabenleben durch einen Lichtstrahl zu erhellen.

VI.

Seit die Welt weiß, daß das Eigenthum der gute Geist unserer Gesetze ist, kann man sich das Leben ohne die nützliche Menschenklasse der bürgerlichen Sachwalter nur schwer vorstellen. Was würde aus der Institution der parlamentarischen Diners, wenn sie plötzlich der rhetorischen Sträußlein ermangelte, welche den Lesern der Morgenblätter von diesen klugen und beweglichen Händen gebunden werden! Und wo blieben unsere kunstgewerblichen, vaterländischen Hand-

werker, wenn sie ohne die gewandte Unterstützung ihrer rechtskundigen Glaubensbrüder das kleine Vorstadthäuschen räumen müßten!

Der kleine Advokat, der den Rechtssachen des Seebald'schen Hauses vorstand, jenen Rechtssachen, die von dem Geiste des Wunderschrankes beherrscht wurden, war sich seiner Würde nie mehr bewußt, als in dem Augenblicke, da er dem neuen Chef dieses Hauses zum ersten Mal im Gespräche gegenüberstand.

„Doktor!" sagte der junge Herr, „es ist mein Wunsch, daß die Sache betrieben werde. Ich finde, daß das Geld, dessen Natur die Beweglichkeit ist, in diesen Hypotheken völlig lahm liegt. Ueberdies bin ich kein Wucherer. Ich denke mich als schlichter Kaufmann an der Aktienunternehmung zu betheiligen, die der alte Mörwitz mit solchem Geschicke fördert; die Sache hat fast nationale Bedeutung. Doktor, kündigen Sie meine Hypotheken zu Neujahr! Wir geben keine weitere Frist. Geht die Sache wirklich in dem einen oder andern Fall auf einen Verkauf der Realitäten hinaus, so mag es immerhin sein. Das neue Frühjahr bringt neue Arbeit, und unser Unternehmen giebt den Leuten tausendfache Gelegenheit, der nationalen Industrie zu nützen und dabei ihr Auskommen zu finden!"

Der kleine Rechtsfreund war völlig hingerissen.

„Es ist meine Sache, Ihren Wünschen gerecht zu werden, Herr von Seebald!" bemerkte er salbungsvoll. „Die Kündigung wird sogleich erfolgen. Was befehlen Sie in der Angelegenheit des Schmiedes, der sich im Nelkendorfe wieder etablirt hat?"

„Schmiedes?"

„Ja, der grobe, lange Mensch, der sich an Ihrem Herrn Vater selig vergriff. Wir hatten damals die größte Mühe, für das verschuldete Haus einen annehmbaren Käufer zu finden. Er schuldet Ihnen noch an dreitausend Mark."

In der Erinnerung des Herrn Thomas Seebald begann es zu dämmern. Das Bild eines Sommerabends, an dem er ein braunzöpfiges Mädchen der Vorstadt der Ehre seiner Ansprache gewürdigt, stieg vor ihm auf.

„Diesen Fall, Doktor!" sagte er langsam, „will ich bedenken. Ich bitte, die Angelegenheit ruhen zu lassen!"

Dann ging er die Treppe hinab. Sein beweglicher Geist weilte sinnend auf der Reihe junger weiblicher Gestalten, welche die Erfahrung seiner letzten Jahre bereichert hatten, und allmälig erhob sich in dem Blumenflor, der seinen Kopf erfüllte, das dornige Röslein, das die Züge Lenchens, der Schmiedstochter, trug.

„George!" befahl er unter dem Portale, „mein Pferd nach Tische; ich reite heute. Allein, George!"

Am Nachmittage dieses bedeutungsvollen Tages zwang hastiger Hufschlag den langen Hans, seine Arbeit zu unterbrechen.

„Blasius, da kommt 'n Reiter über die Brücke; will das zu uns?" Der Junge knetete ruhig fort und schielte durch die Thüre, aber er fand nicht Zeit, zu antworten; denn sein Meister wurde offenbar in diesem Augenblicke verrückt.

Die Gestalt des Schmiedes schien in ihren Grundvesten erschüttert zu sein. Seine Augen traten fast über die buschigen Brauen heraus, und sein Gesicht zeigte den Ausdruck eines Raubthieres, das sich auf seine Beute stürzen will.

„Blasius," — keuchte er — „bei meiner Seligkeit, das ist der Pomadebengel!" Der Junge ließ die Bälge los und faßte seinen Meister an der Schürze. „Meister, thut den Hammer weg, den Hammer!" stotterte er in Todesangst.

Diese Worte brachten den Schmied auf die Erde zurück. Aber den Hammer gab er nicht aus der Hand; er stellte sich vor seinen Amboß und hieb in fünf Sekunden mit eben so viel Schlägen ein glühendes Eisenstück völlig in Trümmer.

Wahrscheinlich rettete dieser Vorgang dem jungen Herrn Seebald das Leben; denn mit der Tapferkeit des Thierbändigers war er eben jetzt in die Höhle des Löwen getreten. Der Schmied wurde todtenbleich, und der arme Blasius klapperte mit den Zähnen wie ein Fieberkranker.

„Guten Tag, Meister!“ — sprach jetzt eine vornehme, herablassende Stimme.

„Junger Herr!“ — klang die heisere Antwort — „thut mir den Gefallen, ins Freie zu treten, Ihr kommt da wahrhaftig vor die unrechte Schmiede!“

„Vielleicht doch vor die rechte, Meister!“ — kam es zurück — „Ihr könntet dem Sohne nachsehen, was der todte Vater verschuldet!“

„Der Herr Thomas todt?“ — lachte der Schmied — „na, dann hat mich der Teufel abgelöst und verdirbt sich an der härtesten Gaunerseele, die je in sein Loch kam, den höllischen Magen!“

„Was wagt Ihr da, Meister?“ schrie der junge Herr.

„Ihr Euer Leben, Hundesohn, dafern Ihr noch weiter Maulaffen feilhabt vor meinem Schmiedfeuer!“ brüllte der Hans.

„Das sollt Ihr mir büßen!“ klang es wieder in sehr vornehmer Zurückhaltung.

„Büßen?“ .... und in mächtigem Schwunge flog der schwere Hammer gegen die Thür. Blasius stieß einen Schrei aus. Auch der Schmied fand seinen Verstand wieder; finster starrte er nach der Richtung seines mörderischen Wurfes. Die Thüröffnung war leer, und der schwere Hammer stand aufrecht in dem harten Grund, in den er sich eingebohrt. Ueber die Dorfbrücke trabte ein schlanker Reiter mit dem Gefühle eines Menschen, der einer großen Gefahr entgangen ist.

VII.

Reiche Leute soll man nicht reizen; denn groß ist ihre Macht und zahllos das Heer der Mittel, die ihnen Gott verliehen hat.

Aber der lange Hans zählte nicht zu den Menschen, die sich über die Tiefe der vaterländischen Sprichwörter die Köpfe zerbrechen. Der alte Reußer, der die Begebenheit dieses folgenreichen Tages durch Lenchen erfuhr, betrat die Werkstätte seines Freundes in einer Haltung, die kummervoll genug aussah. Späte Rede nützt wenig, der Wachtmeister schwieg also; aber dies Schweigen war beredt genug. Der Schmied verstand die stumme Sprache.

„Wachtmeister!“ — sagte er dumpf — „jeder Mensch hat sein Geschick, das sich so oder so erfüllen muß. Mich reitet der Teufel um den Wunderkasten des Herrn Thomas so lang herum, bis mir der Athem ausgeht!“

Das Geschick des Schmiedes erfüllte sich. Als die liebe Lenzluft wieder durch das Nelkendorf wehte, erschien der Mann mit der Uniformmütze auf dem Kopfe und der Pferdeglocke in der Hand; er grüßte den Schmied wie einen alten Bekannten. Die Leute sammelten sich, und die Versteigerung begann. Man räumte die Stube aus und ließ nur den Kachelofen zurück. Auch Hämmer, Zangen und Amboß des langen Hans blieben unberührt; denn das milde Gesetz des Landes verbot, dem Schuldner das Handwerkszeug zu pfänden. So blieb dem Schmied die tröstliche Aussicht, seine Esse in den Straßengräben aufstellen zu dürfen und sein Lager in dem Schatten einer vaterländischen Eiche zu suchen.

Um das kleine Häuschen ward eine halbe Stunde länger gemarktet. Endlich gab ein Fremder den Ausschlag. Es war ein Produktenhändler aus dem Aurichsdorf. Produktenhändler sind solche Leute, welche das schönste Haus und den größten Körperumfang im Dorfe besitzen. Unter den Hüttenleuten und Lohn=

webern nehmen sie denselben Platz ein, den der Chef des Hauses Seebald im Kreise der städtischen Handwerker so gut ausfüllte. Die Leute des Nelkendorfes hatten noch keinen Produktenhändler aufzuweisen; jetzt wurden sie dieser Wohlthat theilhaftig.

Während das nützliche Geschäft dieser Versteigerung vor sich ging, machte sich der lange Hans aus dem Staube; Lenchen suchte ihn den Abend vergeblich. Das arme Kind band eine Handvoll Kleidungsstücke in ein Tüchlein und trabte nach des Wachtmeisters Hause . . . gedrückt, doch rüstig, ein Bild der heimathslosen Tüchtigkeit. Wahrscheinlich führt sie jetzt das Hauswesen des alten, einsamen Mannes, der des Trostes so gut bedurfte wie sie selbst.

Von dem Schmied erfuhr die Welt schöne Geschichten. Er hatte in der Dämmerung das Seebald'sche Haus, das er in allen Winkeln genau kannte, aufgesucht, und mit dem jungen Herrn, den er neben dem Wunderschrank allein antraf, ein Gespräch angefangen. Da dem Wüthenden bald die Wörter ausgingen, die ihm nöthig schienen, um seinen Gegner gebührend zu zeichnen, faßte er den jungen Herrn plötzlich am Halse. Nun hatte der neue Chef des Hauses Seebald in seinen mannigfachen, jugendlichen Beschäftigungen niemals die Zeit gefunden, seinen geschmeidigen Körper auf einen Ringkampf dieser Art gehörig vorzubereiten. In der nächsten Minute beschrieb er also, von der Riesenfaust des Schmiedes geschleudert, einen anmuthigen Bogen und schlug schwer gegen die scharfe Kante des eisernen Schrankes, der seinen Reichthum umschloß.

Nach solchem Wurfe erhebt man sich nicht mehr. Dem Schmiede schien eine Ahnung dieser Thatsache aufzudämmern; denn er suchte noch zur selben Stunde den jungen Kreisrichter auf und verhalf diesem würdigen Beamten zu dem Ruhme, der seine amtliche Beförderung nach sich zog.

Dann trat der Hans den Weg ins vaterländische Zuchthaus an, und somit blieb der Wunderschrank des Herrn Thomas Seebald allein als Sieger auf dem Platze.

Briefkasten.

H. S. in Bukarest. Von sozialistischen Zeitungen in England können wir Ihnen nur nennen:

„The Workman's Times", Privatunternehmen in Verbindung mit der Factory Times, Huddersfield. Wochenblatt, das von Sozialisten aller Schattirungen, namentlich auch von Mitgliedern der Independent Labour Party Artikel und Berichte bringt. Adresse: 19 Corporationstreet, Manchester. — „Justice", Organ der sozialdemokratischen Federation, Wochenblatt. Adresse: 37 A, Clerckenwell Green, London E.C. — „The Labour Elector", Organ der Gruppe Champion. Erscheint als lokales Wochenblatt in Aberdeen und als Monatsblatt in London. Adresse für letzteres: Rait, Henderson & Co., 3 Ludgate Circus, London E.C. — „The Fabian News", Offizielles Bulletin der Fabian Society. Erscheint monatlich in kleinem Format und bringt Berichte über Thätigkeit und Stand dieser Gesellschaft. Adresse: Office of the Fabian Society, 276 Strand, London W.C.

Außerdem erscheinen noch hier und da in der Provinz Wochen- und Monatsblättchen sozialistischer Tendenz, von denen aber keines mehr als lokale Bedeutung hat. Eine sozialistische Revue hat England zur Zeit nicht, dagegen bringen die von bürgerlichen Verlegern publizirten Revuen nicht selten Aufsätze aus der Feder bekannter Sozialisten. Die größte Verbreitung der obengenannten Wochenblätter hat die „Workman's Times".

Für die Redaktion verantwortlich: Georg Baßler in Stuttgart.



Nr. 46. XI. Jahrgang, II. Band. 1892-93.

Bucher und Lassalle.

↗ Berlin, 2. August 1893.

Als Lothar Bucher im Oktober vorigen Jahres gestorben war, sickerte mancherlei in die Presse über die Ungeduld und den mühsam gebändigten Unmuth, womit den verflossenen Mann das bismärckische Joch dennoch erfüllt hatte. Die Frage, wie der Freund und literarische Erbe Lassalle's so lange die Gemeinschaft mit dem schlimmsten Ausbeuter, den die zweite Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts gesehen hat, habe ertragen können, lag in der That so nahe, daß sie sich auch den stumpfen Sinnen mindestens einzelner bürgerlicher Blätter aufdrängen mußte. Die von Friedrichsruh abhängigen Federn suchten das Räthsel dadurch zu lösen, daß sie die Gesinnungsgemeinschaft zwischen Bucher und Lassalle möglichst herabzumindern suchten, aber an der für sie „maßgebenden Stelle" mochte man wohl empfinden, daß mit dem geistreichelnden Gallimathias: „Wie Heine zu Börne, so konnte später auch Lothar Bucher nicht zu Lassalle den Steg finden, denn Börne und Lassalle gehörten eben bei aller Verschiedenheit doch gemeinsam der Partei an, die an Wörter glaubt", wenig oder nichts gethan war. So hat sich denn ein anderer Prophet des Messias von Friedrichsruh, der Ritter v. Poschinger, an die Arbeit gemacht; er veröffentlicht in der „Deutschen Revue" eine Reihe von Artikeln über Lothar Bucher zur höheren Ehre Bismarck's, und diese Artikel sind interessant genug, um an dieser Stelle eine nähere Beleuchtung zu finden.

Freilich nicht eigentlich ihrer Tendenz wegen. Denn in der Lösung des psychologischen Problems Bucher-Lassalle-Bismarck bringt besagter Ritter es nicht einmal zu geistreichelndem Gallimathias, sondern hilft sich mit der plumpen Finte, womit sich sein Herr und Meister schon im Herbste von 1878 zu helfen suchte, als er von Bebel wegen des Verkehrs mit Lassalle an die Wand gedrückt wurde. Wenn Herr v. Poschinger schreibt: „Lassalle war ein liebenswürdiger Wirth, ein geistreicher, ja bahnbrechender Kopf, ein warmer Anhänger des Staatsgedankens, ein eifriger Gegner des Individualismus, ein guter preußischer Patriot und ein ausgesprochener Bewunderer Bismarck's", und wenn er dann einige hundert Zeilen weiter schreibt: „Der Punkt, der Bucher bewog, sich von Lassalle als Politiker förmlich loszusagen, war die Erkenntniß, daß letzterer offen auf den

Umsturz hinsteuerte, während der bedächtige Bucher den Boden der bestehenden Gesellschaftsordnung nicht verlassen wollte", so wäre jedes Wort, das darüber noch verloren würde, eine sündhafte Verschwendung von Papier und Druckerschwärze. Aber der gegenwärtige Besitzer von Lassalle's literarischem Nachlasse, vermuthlich Graf Hatzfeldt, hat dem Ritter v. Poschinger Einiges zur Veröffentlichung gespendet, und diese Urkunden, Briefe Bucher's an Lassalle, sind ein werthvoller Beitrag zur Geschichte von Lassalle's Agitation.

Man wolle es uns nicht als persönliche Eitelkeit auslegen, wenn wir zunächst auf die glänzende Bestätigung hinweisen, welche die psychologische Analyse von Bucher's Charakter, die wir gleich nach seinem Tode in der „Neuen Zeit" — Nr. 5 des laufenden Jahrgangs — veröffentlichten, durch jene Schriftstücke erhalten hat. Unser persönliches Verdienst dabei war nicht weit her; es beschränkte sich auf die Jedem freistehende Anwendung der historisch-materialistischen Forschungsmethode. Bei dem sehr spärlichen literarischen Material, das für unseren Zweck vorlag, suchten wir aus den sozialen Zuständen, aus denen Bucher erwachsen war und in denen er gelebt hatte, den Schlüssel zum Verständniß seines Wesens zu gewinnen, und wenn wir dabei zu dem Ergebnisse kamen: „Das Verhängniß dieses Mannes war, daß er nie in seinem Leben frei athmen, voll leben durfte; daraus erwuchs ihm jene Zaghaftigkeit des Charakters, die ihn bei der Wahl zwischen Lassalle und Bismarck auf diese Seite fallen ließ", so liegt jetzt sein schriftliches Bekenntniß vor, daß er sich von Lassalle „im Bewußtsein seiner Schwäche zurückgezogen" habe. Bucher haßte die „bestehende Gesellschaftsordnung" mindestens ebenso sehr wie Lassalle, ja insofern noch mehr, als er in gewissem Sinne ihre Nichtsnutzigkeit noch tiefer erkannte als Lassalle, und wenn er aus seiner schärferen Erkenntniß ihrer Schäden heraus die Heilmittel Lassalle's für unzulänglich hielt, so fügte er doch seiner Kritik die Worte hinzu: „Wenn Sie alle Gründe kennten, die ich habe, diese alte Weltordnung zu hassen, so würden Sie die Ueberwindung würdigen, die es mich kostet, so objektiv die Dinge anzusehen." Dieser Brief Bucher's an Lassalle war bereits im Sommer 1878 von der Gräfin Hatzfeldt in der „Berliner Freien Presse" veröffentlicht worden, und es kennzeichnet die elende Geschichtsfälschung der bismärckischen Literatenklique, daß Ritter v. Poschinger in seiner Bucher-Biographie (Ein Achtundvierziger 2, 259 ff.) den Brief zwar sonst wörtlich abdruckt, aber den angeführten Satz einfach unterschlägt, ohne auch nur die Lücke durch Punkte oder Striche anzudeuten, so daß der Leser möglichst den Eindruck gewinnen soll, als habe Bucher trotz seiner Freundschaft für Lassalle in dem lieblichen Mischmasch von Absolutismus und Militarismus, Feudalismus und Kapitalismus des bismärckischen Zeitalters die goldenen Tage der Menschheit erblickt.

Thatsächlich war Bucher namentlich in zwei Punkten der sozialen Erkenntniß Lassalle's noch voraus. Er kannte aus seiner Thätigkeit als Patrimonial-Richter die ostelbische Landbevölkerung, und so lange diese blieb, was sie war, hielt er jeden „Umsturz" für unmöglich. Dann aber hatte er das ökonomisch so wichtige Jahrzehnt von 1850 bis 1860 nicht wie Lassalle in Düsseldorf und in Berlin, sondern in London und theilweise in Paris verlebt; er kannte deshalb den modernen Großkapitalismus und das Spiel seiner immanenten Gesetze viel genauer, und er wußte, daß diese Bestie ein viel zäheres Leben hatte, als ihr luftiges Gesindel von Freihandelshausirburschen, die Lassalle immer gleich zu Dutzenden in die Pfanne hieb. In einer Denkschrift, die Bucher im November 1865 über seine ehemaligen Beziehungen zu Lassalle seinem nunmehrigen Vorgesetzten Bismarck

einzureichen hatte, sagte er: „Das Resultat der Unterredung (nämlich zwischen Bucher und Lassalle) war eine Uebereinstimmung unserer Vorstellungen von dem Wesen der Gesellschaft und dem Gange der Geschichte im Großen; sofort aber trat der alte Konflikt zwischen uns und nun in der Form hervor, daß er, von der Ideenentwicklung in der Geschichte ausgehend, die Realisirung der nächsten Phase bald, noch während seines Lebens, erwartete, während ich, ausgehend von der Betrachtung der Klassen und Gruppen, wie sie mir in einzelnen Typen erschienen, von dem natürlichen Egoismus der einen und der Trägheit der anderen einen langen Widerstand der Materie gegen den Gedanken, daher den Durchbruch neuer wirthschaftlicher Formen erst in Menschenaltern vorherzusehen glaubte." Bismarck wird davon nicht viel verstanden haben, aber die Quintessenz dessen, worin Bucher und Lassalle übereinstimmten und worin nicht, dürfte in diesen Sätzen enthalten sein.

Die Thatsache, daß Bucher was davon erkannt und in den Briefen, die er aus London in die „National-Zeitung" schrieb, sein volles Herz nicht gewahrt hatte, kostete ihm bei seiner Rückkehr in die Heimath die politische und beinahe auch die bürgerliche Existenz. Die liberale Bourgeoisie war in Deutschland viel kleiner, als in England und Frankreich, aber eben deshalb auch viel kleinlicher. Sie besaß damals schon eine boshafte und grausame Meisterschaft, den Hungerboykott über Jeden zu verhängen, der in ihrem Schoße gegen ihre Herrlichkeit zu murren wagte. Man hat es Lassalle oft zum Vorwurfe gemacht, daß er auch mit den besseren bürgerlichen Elementen, wie Waldeck und Genossen, gar zu ungenirt umgesprungen sei, aber man sollte doch nicht übersehen, daß Lassalle aus nächster Nähe beobachtete, wie diese besseren bürgerlichen Elemente, den einzigen Ziegler ausgenommen, gar nichts Entehrendes darin erblickten, daß der aus dem Exil heimkehrende Bucher eben nur noch ein dürftiges Gnadenbrot (achthundert Thaler jährlich) als ein Tintenkuli in dem Telegraphenbureau des Herrn Wolff erhielt. Sogar der Ritter v. Poschinger fühlt ein menschliches Rühren, wenn er von Bucher's Qualen in solcher Thätigkeit spricht. Er schreibt: „Wie oft klagte Bucher über diese Stellung und was noch schlimmer war, über die Färbung der Depeschen: es ist unerträglich." Der wackere Ritter hätte nur nicht vergessen sollen, zu erwähnen, daß diese „Färbung", d. h. die systematische Fälschung der Depeschen, im Auftrage und Interesse seines Messias geschah. Denn Bismarck hatte gleich nach seinem Eintritt in die Geschäfte dem Telegraphenbureau des Herrn Wolff gegen entsprechende Gegenleistung allerlei Vorrechte in der Beförderung der Depeschen verschafft, und er schilderte nur seine eigene Praxis, als er das geflügelte Wort prägte: Gelogen wie telegraphirt!

Wenn Bucher nun aber annahm, daß er um den Preis einer entwürdigenden Stellung sich wenigstens die Freiheit der Rede und Schrift gerettet habe, so sollte ihn die Hungerpeitsche der liberalen Bourgeoisie, zu deren Zierden Herr Wolff als Besitzer der „National-Zeitung" gehörte, eines Besseren belehren. Trotz aller sachlichen Bedenken gegen Lassalle's Agitation war der „Umsturz" der „bestehenden Gesellschaftsordnung" viel zu sehr Herzenssache für Bucher, als daß er sich nicht Ehren- oder, wie er es auffaßte Schandenhalber, an die Seite des von allen Seiten beschimpften Freundes hätte stellen sollen. Am 20. April 1863 schrieb er den Leipziger Arbeitern, daß die Mißhandlung Lassalle's durch die liberale Presse es „doppelt geboten" mache, „Farbe zu zeigen" und versprach ihnen einen Vortrag darüber, daß die Lehre der Manchesterschule vor der Wissenschaft, vor der Geschichte und vor der Praxis nicht bestehe. Aber bereits zehn Tage später, am 30. April, nahm er seine Zusage zurück, weil die Aeußerungen

des Bedauerns, des Tadels und der Anerkennung über die bloße Ankündigung seines Vortrags ihn nöthigten, seine Ansicht in einer Form zu entwickeln und mit einer Masse von Thatsachen zu belegen, die beide für einen Vortrag nicht geeignet seien, vielmehr eine schriftliche Darlegung erforderten, die er unter der Feder habe. Man kann den Wortlaut beider Briefe in Bernstein's Ausgabe von Lassalle's Schriften 2, 485 f. nachlesen. Indessen aus der Schrift Bucher's ist so wenig etwas geworden, wie aus seinem Vortrage, und mit der Schrift ist es ihm auch nie Ernst gewesen. Das geht unzweideutig aus einem Briefe Bucher's an Lassalle hervor, der zwischen jenen beiden nach Leipzig gerichteten Schreiben liegt und vom Ritter von Poschinger in der „Deutschen Revue" veröffentlicht wird. Er ist vom 26. April datirt und lautet:

Was ich Ihnen neulich des Abends sagte in Bezug auf —, Sie möchten es nicht wie Urquarth machen, Ihre Freunde ruiniren und dadurch zu Feinden machen, war prophetisch. Am anderen Morgen zeigte sich eine sehr ernste Verwicklung, hervorgegangen aus der Zusage, die ich dem Leipziger Arbeiterverein auf Ihr Verlangen gemacht und aus der Form, in welche ich diese Zusage gekleidet hatte, und der Wendung gegen die Berliner Presse, die ich gewählt hatte, weil es mir anständig erschien, Jemanden, mit dem man in den vier Pfählen und an seinem Herde in den freundschaftlichsten Beziehungen lebt, draußen nicht zu verleugnen, sei es auch nur durch Stillschweigen in einer Frage, in der man auf seiner Seite steht, oder, um es kürzer und platter auszudrücken, weil ich es für anständig hielt, von den vielen Prügeln, die auf Sie fielen, auch etwas abzubekommen. Die Verwicklung ist noch nicht gelöst, kann den einen oder den anderen Ausgang nehmen. Ich benutze die Gelegenheit, um Ihnen in vollständiger Gemüthsruhe einen Entschluß mitzutheilen, der, unzählige Male in mir aufgestiegen und immer niedergedrückt, während der verflossenen Nacht mit einer Klarheit und Festigkeit in meine Seele getreten ist, wie seit vielen Jahren keiner. Ich muß den Umgang mit Ihnen aufgeben. Wenn ich ihn fortsetzte, so würde ich über kurz oder lang durch Sie in Verwicklungen hineingezogen oder in Lagen versetzt werden, die mich zwängen, mich selbst in Verwicklungen zu stürzen. Statt einer Motivirung dieses Entschlusses, die Sie ja auch aus unseren mannigfachen Disputationen seit Ihrer Rückkehr aus Italien selbst entnehmen können, lassen Sie mich einfach sagen: es ist mein Instinkt. Noch weniger brauche ich Ihnen zu schreiben, wie viel mich der Entschluß kostet; ich wiederhole nur, was ich oft hinter Ihrem Rücken gesagt habe, daß ich dem Umgange mit Ihnen mehr Belehrung und Anregung verdanke, als irgend einem anderen Verhältnisse. Ich kann jetzt in voller Freundschaft von Ihnen scheiden, wie wenn ich nur eine Reise anträte; ob ich es in einigen Tagen noch könnte, weiß ich nicht. Ich überlasse Ihnen ganz, wann und wo Sie über den Gegenstand dieses Briefes sprechen wollen, ich selbst werde längere Zeit keine Nöthigung dazu haben und wenn ich endlich muß, einfach sagen: ich habe mich im Bewußtsein meiner Schwäche zurückgezogen.

Und zwei Tage darauf, am 28. April, beantwortet Bucher eine inzwischen eingetroffene, von Poschinger nicht mitgetheilte Erwiderung Lassalle's mit folgendem Satze:

.... Eine Stimme, die nie getrogen und deren Nichtbeachtung sich stets bitter gerächt hat, sagt mir, daß es Ihr Verhängniß ist, Ihre Freunde verderben zu sehen, und daß es für mich die letzte, wenn noch eine Chance ist, diesem Verhängniß zu entgehen. ....

Diese Briefe sind ein paar Steine mehr zum Schandmale der liberalen Bourgeoisie. Unter ihrer Hungerpeitsche hört man ihr Opfer jammern. Aber ein Ehrendenkmal sind diese Briefe deshalb für Bucher nicht, und man versteht

jetzt, weshalb Herr Bruno Bucher vor einiger Zeit in den „Grenzboten“ erklärte, daß er mit der Veröffentlichung des Ritters von Poschinger in der „Deutschen Revue“ nichts zu thun habe. Vielleicht sieht Herr Bruno Bucher nun auch ein, daß er nicht gut berathen war, als er im vergangenen Herbste, gleichfalls in den „Grenzboten“, eine freilich versteckte und vorsichtige Polemik gegen den Nekrolog führte, den die „Neue Zeit“ seinem verstorbenen Bruder gewidmet hatte. Sieht man in Lothar Bucher das Opfer bestimmter sozialer Zustände, in seiner revolutionären Geistesgemeinschaft mit Lassalle den gipfelnden Punkt seines Lebens und darnach in seinem Uebergang ins Bismärckische Lager einen jähen Abstieg, eine bitter-verächtliche Absage an die nichtswürdigen Praktiken der liberalen Bourgeoisie, so bleibt ein tragischer Rest, dem es schwer ist, Achtung und Sympathie zu versagen, um so schwerer, als Bucher das Bismärckische Joch wie ein büßender Trappist ertragen hat. Soll dagegen Bucher bis in sein fünfzigstes Lebensjahr im Irrgarten eines hohlen Radikalismus getaumelt und dann plötzlich vom Bismärckischen Lichte erleuchtet sein, wie es im Grunde auch sein überlebender Bruder behauptet, nun so war er ein charakterloser Schwächling, dessen gerechter Lohn es gewesen wäre, als „Perle“ unter dem Bismärckischen Gesinde zu glänzen.

Zum Glücke für Bucher's Andenken ist unsere Auffassung die richtige, und ein klassischer Zeuge dafür ist auch Lassalle. Ganz hörte die Verbindung zwischen beiden Männern nicht auf; sie haben noch Briefe gewechselt und mindestens einmal sich noch persönlich gesehen, in der Verhandlung des Hochverrathsprozesses, den der Staatsanwalt v. Schelling gegen Lassalle angestrengt hatte. Bei dieser Gelegenheit rieth Bucher dem Freunde, während der Berathung des Gerichtshofs zu entfliehen, wie er selbst in dem Steuerverweigerungsprozesse geflohen war, aber Lassalle lehnte das ängstliche Ansinnen trotz der drohenden Zuchthausstrafe mit den Worten ab: das schickt sich nicht. Auch sonst verschloß er den politischen Rathschlägen Bucher's sein Ohr, aber ein menschliches Interesse hat er ihm bewahrt, ihm bekanntlich auch noch in seinem Testament ein leider schlecht gelohntes Vertrauen bezeigt.

Ueberhaupt schlagen die Schönfärbereien, die an Bucher auf Kosten Lassalle's und zu Ehren Bismarck's verübt werden, durchaus in eine Ehrenrettung Lassalle's auf Kosten Bucher's und Bismarck's um. Was Bucher, und ähnlich Rodbertus und Ziegler, gegen Lassalle's Agitation einwandten, war vielfach berechtigt und berührte sich selbst hier und da mit der heutigen sozialistischen Auffassung, aber Lassalle sah doch tiefer, als sie Alle, wenn er meinte, daß die Zeiten sich erfüllet hätten und die Dinge reif genug geworden wären für den kräftigen Stoß der Menschenhand, der sie endlich ins Rollen brächte. Er kannte kein „Bewußtsein der Schwäche“, und „Chancen, dem Verhängniß zu entgehen“, waren für ihn überhaupt keine Begriffe. Ein ganzer Mann ist immer noch mehr, als die tausend Einzelnheiten, die ihn zusammensetzen, und selbst wenn er in allen Einzelnheiten Unrecht haben sollte, so kann er im Ganzen noch immer Recht haben. So berechtigt eine strenge Kritik Lassalle's auch und gerade vom sozialistischen Standpunkt aus ist, so trifft sie noch immer nicht jenes sein innerstes Wesen, das Marx nach Lassalle's Tode mit den Worten traf: „Er starb jung — im Kampfe — ein Achilleus“, das die deutsche Arbeiterklasse trifft, wenn sie Lassalle trotz aller Fehler und Schwächen als einen Ebenbürtigen neben Marx und Engels stellt.

Die österreichische Gewerbeinspektion im Jahre 1892.

Von **Dionys Zinner.**

Der von der österreichischen Gewerbeinspektion für das Jahr 1892 erstattete Bericht ist ein stattlicher groß Oktav-Band von 472 Seiten, der wiederum wie seine Vorgänger eine Fülle belehrenden Materials über die österreichischen Arbeiterverhältnisse enthält und dadurch eine sozialpolitische Bedeutung gewinnt, die ihm einen hervorragenden Platz in der sozialpolitischen Literatur anweist.

Der Gerechtigkeitssinn mancher Aufsichtsbeamten hat die Gewerbeinspektion zur beliebtesten, populärsten Behörde bei den Arbeitern gemacht; in fast demselben Maße hat sie sich aber auch die Ungnade der Unternehmer zugezogen, die bei der ihren Interessen dienenden Regierung wiederholt Maßregelungen von Gewerbeinspektoren durchzusetzen wußten, so erst wieder in jüngster Zeit.

Ein recht empfindlicher Mangel der österreichischen Gewerbeinspektion ist die Unzulänglichkeit der Zahl ihrer Beamten. Als 1884 diese neugeschaffene Behörde ihre Wirksamkeit begann, zählte sie neun Beamte und einen Zentral-Gewerbeinspektor; 1885 und 1886 kamen je drei weitere, zusammen sechs, 1889 ein Spezial-Gewerbeinspektor und acht Assistenten hinzu. Im Jahre 1891 wurden weitere sechs Assistenten ernannt, 1892 abermals drei und ein Inspektor, so daß mit Ende des vorigen Jahres die Gewerbeinspektion 34 Beamte umfaßte. Davon gehören 2 zum Zentral-Gewerbeinspektorat, 15 sind Gewerbeinspektoren, 1 Schifffahrts-Gewerbeinspektor, 1 Gewerbeinspektor für die öffentlichen Verkehrsanlagen in Wien und 15 Assistenten.

In den neun Jahren ihrer Wirksamkeit sind von der Gewerbeinspektion insgesammt 40 238 Betriebe mit 2 458 576 Arbeitern revidirt worden. Die österreichische Gewerbeinspektion hat auch die Kleinbetriebe zu kontrolliren; von der obgenannten Zahl waren 16 116 Kleinbetriebe. Nach den statistischen Erhebungen des Handelsministeriums im Jahre 1885 betrug die Zahl der der Gewerbeinspektion unterstellten Betriebe ca. 350 000. Es sind demnach während der neunjährigen Wirksamkeit der Gewerbeinspektion ca. 13 Prozent sämmtlicher revisionspflichtiger Betriebe besucht worden! Geht es in diesem langsamen, österreichisch-eigenthümlichen Tempo weiter, so dauert es ungefähr 70 Jahre, bis alle Betriebe *einmal* inspizirt sein werden. Das bedeutet, daß in vielen tausenden großen und kleinen Betriebsanlagen Jahre lang die gesetzwidrigsten Zustände bestehen und die Arbeiter um die bescheidenen Wohlthaten der zu ihrem Schutze geschaffenen Gesetze betrogen werden können.

Aber nicht blos, daß in den nichtrevidirten Betrieben gesetzwidrige Zustände fortbestehen können, es treten in den bereits inspizirten Betrieben neue Uebelstände auf und werden die zur Beseitigung der alten verfügten Anordnungen vielfach nicht durchgeführt, weil den Aufsichtsbeamten die Zeit mangelt, wiederholt Inspektionen vornehmen oder jeden Betrieb regelmäßig einmal im Jahre besuchen zu können.

Die Zahl der im Berichtsjahre besuchten Betriebe betrug 7700 mit 369 540 Arbeitern (gegen 6184 Betriebe mit 316 834 Arbeitern im Jahre 1891). 3458 der inspizirten Unternehmungen hatten keinen Motor. Die auf einen besuchten Betrieb entfallende durchschnittliche Arbeiterzahl beträgt 48 (gegen 52 im Vorjahre).

Der den Einzelberichten vorangestellte allgemeine Bericht des Zentral-Gewerbeinspektors Dr. Migerka ist gegenüber den früheren insofern besser, als

die Tendenz zur Beschönigung zahlreicher Mängel in der Durchführung der Arbeiterschutzgesetze weniger verfolgt ist. In den Einzelberichten selbst tritt uns der permanente Kampf der Aufsichtsbeamten und übrigen Behörden gegen das Unternehmerthum um die Durchführung der zum Schutze der Arbeiter geschaffenen Gesetze in seinem ganzen Umfange entgegen. Jede Schutzvorschrift stößt auf Widerspruch und es erstehen ihr Gegner, die zur Wahrung ihrer Despotie eine Energie und Ausdauer bekunden, welche einer besseren Sache würdig wären. Der Brünner Gewerbeinspektor macht über die von ihm gegen 189 Gewerbeinhaber gerichteten 336 Uebertretungen der Gewerbeordnung spezifische Angaben, wonach die Anzeigen betrafen: 23 die Nichtausführung der getroffenen Anordnungen, 7 die Verweigerung von Auskünften oder falsche Angaben, 28 blos scheinbar oder gar nicht ausgeführte Schutzvorkehrungen, 4 die Bedrückung im Lohne bezw. Verabfolgung von geistigen Getränken auf Rechnung des Lohnes, 32 ungesetzliche Ueberzeitarbeit, 46 ungesetzliche Sonntagsarbeit, 8 die Nichteinhaltung der Mittags- oder Mitternachtspause, 12 die Verwendung von Kindern, 15 die Verwendung von jugendlichen Hilfsarbeitern und Frauenspersonen zur Nachtzeit, 47 unrichtige Zeugnisse, Nichtausfolgung oder Fehlen von Arbeitsbüchern, mangelhafte oder fehlende Arbeitsordnungen, 42 fehlende Arbeiterverzeichnisse, 12 die Nichtversicherung der Arbeiter gegen Krankheit und Unfall, 4 nichtentsprechende Arbeitsräume, 29 schlechte Schlafstätten, 23 Mangel eines Lehrvertrages, Nichteintragung desselben in das Arbeitsbuch und Nichtanhaltung zum Besuche der Fortbildungsschule, 3 Nichtanmeldung der Arbeiter bei der Genossenschaft, 3 Nichtfreisprechung der Lehrlinge nach Ablauf der gesetzlich normirten Lehrzeit, 1 Benutzung eines Arbeitsraumes ohne behördliche Bewilligung, 1 Nichtanmeldung des Betriebes bei der Gewerbebehörde, 4 Entlassung ohne Kündigung, 1 Verwendung eines ungeprüften Heizers in einem Großbetriebe. Von diesen 336 Uebertretungen wurden 240 mit Strafen von 1 bis 200 Gulden geahndet bezw. die konstatirten Uebelstände abgestellt, bei 5 Uebertretungen wurden die betreffenden Gewerbeinhaber auf die Bestimmungen des Gesetzes aufmerksam gemacht, in 40 Fällen wurde von einer Bestrafung abgesehen, 51 Fälle harren noch der Erledigung. Wegen zu milder Bestrafung rekurrirte der Aufsichtsbeamte in mehreren Fällen an die höhere Instanz. Derselbe sagt auch, daß mehrere der Anzeigen nicht in Folge von ihm selbst gemachten Beobachtungen, sondern auf Grund von Arbeiterbeschwerden gemacht wurden. Ferner bemerkt er dazu: „Mit den obigen Anzeigen ist aber die Zahl der im Berichtsjahre zur Kenntniß gelangten Gesetzesübertretungen nicht erschöpft, denn in vielen Fällen wurden die Gewerbeinhaber nur aufgefordert, bestehende Gesetzwidrigkeiten abzustellen; war die Annahme berechtigt, daß dieser Aufforderung entsprochen werden würde, wurde von einer Anzeige abgesehen. Hierbei ist allerdings die unliebsame Beobachtung gemacht worden, daß manche Versprechungen von den Gewerbeinhabern leicht gegeben, aber nur zu rasch vergessen wurden.

„Die Gewerbebehörden waren aber auch noch in zahlreichen Fällen bemüßigt, Strafen zu verhängen, weil Uebertretungen der Gewerbeordnung von anderer Seite als vom Gewerbeinspektorat angezeigt worden sind. So hat z. B. der Gemeinderath von Brünn als Gewerbebehörde im Jahre 1892 wegen Uebertretung der Gewerbeordnung in 341, wegen Uebertretung des Krankenversicherungsgesetzes in 146 und wegen Uebertretung des Unfallversicherungsgesetzes in 58 Fällen Geld- oder Arreststrafen verhängt. Die Art und Zahl der anderweitig verhängten Strafen ist mir nicht genau bekannt, weil darüber an das Gewerbeinspektorat keine Mittheilungen gemacht werden.

„Schon den wenigen ziffermäßigen Daten ist zu entnehmen, daß eine sehr große Anzahl von Gewerbeinhabern die Gesetze höchst gering achtet. Diesen Gewerbeinhabern gegenüber sollte mit der vollen Strenge des Gesetzes vorgegangen werden, damit einerseits die Arbeiter, anderseits auch der solide Geschäftsmann gegen den aus der Gesetzesübertretung Vortheil ziehenden unsoliden geschützt werde."

Fast in allen Einzelberichten finden sich Zahlenangaben über gemachte Strafanzeigen vor und ebenso wie der Brünner befürworten noch einige andere Aufsichtsbeamte raschere Erledigung und größere Strenge bei Behandlung der von ihnen gemachten Strafanzeigen.

Die Stichprobe auf den Sinn der Unternehmer für Gesetz und Recht kann man am Besten mit der Arbeitsordnung machen. In Hunderten der im Berichtsjahre besuchten Betriebe war entweder gar keine oder eine gesetzwidrige Arbeitsordnung vorhanden. So fand der Lemberger Aufsichtsbeamte in 224 Fällen gar keine Arbeitsordnung vor; der Reichenberger in 210 Fällen keine oder gesetzwidrige, ditto der Prager in 78 und der Brünner in 57 Fällen. Aehnliche Beobachtungen finden sich fast in allen anderen Berichten verzeichnet. Nach dem Linzer Aufsichtsbeamten lassen sich die Unternehmer wohl gerne den § 82 der Gewerbeordnung, welcher die Gründe für sofortige Entlassung des Arbeiters enthält, gefallen, aber in dem § 82a, welcher die Gründe für sofortigen Austritt des Arbeiters anführt, erblicken sie „eine Erniedrigung gegenüber dem Arbeiter", eine „Rechts"-Auffassung, die der betreffende Beamte verurtheilt. Im Budweiser Aufsichtsbezirke leistete der Besitzer einer Kunstmühle fünf Jahre lang Widerstand gegen die ihm aufgetragene Einführung einer Arbeitsordnung und schließlich entzog er sich dieser Nothwendigkeit dadurch, daß er seine Arbeiterzahl auf acht reduzirte. Der Pilsener Aufsichtsbeamte berichtet, daß ein Betriebsinhaber in dem Arbeitsordnungs-Entwurfe verlangte, daß u. a. auch Lohnabzüge für Schulgeld, für Petroleum u. s. w. gemacht werden dürften. Diesem Beamten ist es gelungen, in verschiedene Arbeitsordnungen die Bestimmung hineinzubringen, daß zur Bemessung der Lohnabzüge für Schadenersatz aus Vertretern der Arbeiter und der Unternehmer Ausschüsse gebildet werden.

Was alles in die Arbeitsordnung hineinzuschmuggeln versucht wird und Grund zur Beanstandung gab, darüber berichtet der Olmützer Aufsichtsbeamte. Er fand folgende Bestimmungen: Die Verpflichtung, ein Jahr im Dienstverhältnisse zu bleiben, die Verpflichtung, ohne Entlohnung der Feuerwehr anzugehören, die Aufforderung, in der Fabrik zu übernachten, die Bestimmung, sich „stillschweigend", also mit Außerachtlassung der gesetzlich vorgeschriebenen Verlautbarung, den Bestimmungen der Arbeitsordnung zu unterwerfen, die dem Arbeiter in einem Falle auferlegte Verpflichtung, daß er die Kosten für Kehrbesen und Sand zur Reinigung der Lokale und nebstdem Lohnabzüge für Fabrikmiethe sich gefallen lasse, die Verpflichtung, unter Strafandrohung, als Angeber gegen andere Arbeiter aufzutreten, die Bestimmung, daß durch zurückgehaltene Theile des Lohnes eine Kaution aufgebracht werden müsse, welche der Unternehmer, ohne sich mit dem Arbeiter zu vergleichen oder an eine behördliche Entscheidung gebunden zu sein, in gewissen Fällen für sich verwenden kann.

In einigen Fällen wollten sich die Unternehmer Korrekturen des Aufsichtsbeamten, betreffend die Arbeitszeit, Nachtarbeit und Ruhepausen nicht gefallen lassen, da hierdurch die Arbeiter nur überflüssig „aufgeklärt" würden. Damit steht in vollster Uebereinstimmung, was der Wiener-Neustädter Gewerbeinspektor berichtet, nämlich, „daß einzelne entschlossene und sich ihrer Rechte be-

wußte Arbeiter, welche auf die Einhaltung der in der Arbeitsordnung enthaltenen Angaben Werth legen, als Unzufriedene und Stänker behandelt und bei der nächsten sich bietenden Gelegenheit ordnungsmäßig entlassen wurden."

Unter den Industriellen besteht die Ansicht, sagt der Prager Aufsichtsbeamte, daß eine Arbeitsordnung sich nicht an starre Formen binden lasse, sondern auf „freie Uebereinkunft" sich stützen müsse. „Wenn man jedoch eine nach den Ansichten solcher Eigenthümer verfaßte Arbeitsordnung liest, so sieht man bald, was unter freier Uebereinkunft verstanden wird und wie wichtig es ist, auf der Wahrung der gesetzlichen Formen zu bestehen. Einige der vorgefundenen Arbeitsordnungen gaben hiervon das beste Zeugniß, da sie so willkürlich gehalten waren, daß sie eher geeignet erschienen, Unordnung statt der ersehnten Ordnung zu schaffen." Noch charakteristischer für die Willkür und Zuchtlosigkeit der Unternehmer ist die vom Grazer Aufsichtsbeamten in mehreren Fällen gemachte Entdeckung, daß die behördlich genehmigte Arbeitsordnung in einer zweiten Auflage gedruckt wurde, wobei theils verschiedene Bestimmungen unterschlagen, theils neue, unzulässige hineingefügt wurden. Nach der für den „Hausgebrauch" hergestellten Arbeitsordnung wurde dann verfahren und die behördlich genehmigte Arbeitsordnung diente der Fabrik nur als Dekoration.

Bei dem so schlecht entwickelten Sinn der Unternehmerklasse für gesetzliche Ordnung kann es auch nicht überraschen, wenn wir aus den Einzelberichten der Aufsichtsbeamten erfahren, wie viel die Durchführung der Arbeiterschutz-Bestimmungen noch zu wünschen übrig lasse. Bezüglich der wichtigsten derselben, nämlich derjenigen über den 11stündigen Normalarbeitstag, behauptet zwar der Zentral-Gewerbeinspektor, daß derselbe in den industriellen Anlagen die Regel bildet und Abweichungen davon nur ausnahmsweise vorkommen; liest man aber die Berichte selbst, so wird man schwankend, ob nicht vielleicht eher das Gegentheil die Wahrheit sei. Die meisten Aufsichtsbeamten beginnen zwar diesen Abschnitt mit den Worten, daß die 11stündige Arbeitszeit im großen Ganzen eingehalten werde, schließen aber regelmäßig daran Mittheilungen von zahlreichen Uebertretungen dieser Gesetzesbestimmung und von behördlicher Arbeitszeit-Verlängerung. So hat der Brünner Gewerbeinspektor in der Beizerei einer Blechgeschirrfabrik eine ununterbrochene 36stündige Beschäftigung von Arbeiterinnen, eine ebensolche Arbeitszeit in Maschinenfabriken, 24stündige ununterbrochene Beschäftigung von Arbeitern in einer Spinnerei konstatirt. In einem anderen Etablissement wurde regelmäßig von 4 Uhr Morgens bis 8 Uhr Abends, in Wollspinnereien von 5 Uhr Morgens bis 8 Uhr Abends gearbeitet. Ohne anscheinend die grobe Umgehung des gesetzlichen Elfstundentages zu merken, zitirt der Zentral-Gewerbeinspektor in seinem allgemeinen Berichte aus dem Berichte des Pilsener Aufsichtsbeamten eine Egerer Schafwollwaarenfabrik, welche in den Sommermonaten in zwei 8stündigen Schichten mit doppelter Mannschaft von 4 bis 12 und von 1 bis 9 Uhr arbeiten läßt. Das heißt, der Unternehmer kann in Oesterreich bei gesetzlicher Geltung des Elfstundentages täglich 16 Stunden lang arbeiten lassen. Der Wiener Aufsichtsbeamte hat wiederholt Arbeitszeit-Ueberschreitungen um 1 bis 2 Stunden konstatirt und ferner beobachtet, daß vielfach den Arbeitern Arbeit mit nach Hause gegeben wird, wo sie dann noch stundenlang nach Fabrikfeierabend weiter arbeiten. Eine Holzwollefabrik des Klagenfurter Aufsichtsbezirkes machte monatlich 62, 67, 78 bis 92 behördlich nicht erlaubte Ueberstunden. Der Olmützer Aufsichtsbeamte sagt offen, daß er betreffs der Einhaltung der gesetzlich vorgeschriebenen Arbeitszeit keine erfreulichen Wahrnehmungen gemacht habe und sein Lemberger Amtskollege berichtet, daß in den

Steinbrüchen, Ziegeleien und Sägewerken nach Belieben gearbeitet wird und es auch in den anderen Industrien mit der Einhaltung der gesetzlichen Arbeitszeit nicht genau genommen werde.

Die gesetzwidrigen Arbeitszeit-Ueberschreitungen, welche den Behörden nicht zur Kenntniß gelangen, machen sicher das Mehrfache der Zahl der zur Anzeige gelangten Fälle aus. Und daneben wird noch sehr häufig die behördliche Erlaubniß zur Ueberzeit eingeholt, resp. gegen bloße Anmeldung drei Tage im Monat über die normalen 11 Stunden hinaus gearbeitet. Ein Färbereibesitzer verlangte Arbeitszeit-Verlängerung gleich für das ganze Jahr, und wenn er dieselbe auch nicht erhielt, so arbeiten doch die Seidenfilanden im Triester Aufsichtsbezirk mit behördlicher Erlaubniß vom 1. März bis Ende Oktober täglich 12 bis 13 und nur die restlichen 4 Monate 11 Stunden lang. Mit behördlicher Erlaubniß! Ist da auch der gesetzliche Elfstundentag die Regel?

Die Kenntniß so ausgedehnter Arbeitszeit-Verlängerungen giebt den nachstehenden Zahlen erst die richtige Bedeutung. Es wurden nämlich im Berichtsjahre im Ganzen in 638 Fällen 528 Etablissements längere Arbeitszeit bewilligt. In erster Linie figurirt die Textilindustrie mit 315, dann folgt die Maschinenindustrie mit 200, Metall- und Metallwaarenerzeugung mit 49 u. s. w. Der Dauer der Bewilligung nach gruppirte sich die Zahl der Etablissements in folgender Weise. Bis zur Dauer von 1 Woche 20, 2 Wochen 42, 3 Wochen 192, 4 Wochen 28, 5 Wochen 12, 6 Wochen 41, 7 Wochen 10, 8 Wochen 20, 9 Wochen 23, 10 Wochen 9, 11 Wochen 12, 12 Wochen 79, 13 Wochen 6, 14 Wochen 2 und darüber 22 Etablissements. Vielfach wurden Arbeiter entlassen und mit dem so verringerten Arbeiterstande mit oder ohne Bewilligung länger als 11 Stunden gearbeitet. In Kenntniß dieser Thatsachen hat der Olmützer Aufsichtsbeamte denn auch nur 3 von 31 Ueberstundengesuchen der Behörde zur Bewilligung empfohlen. Auch andere Gewerbeinspektoren haben die Abweisung von solchen Gesuchen, wenn sie mit vermehrtem Arbeitsbedürfniß begründet waren, unter Hinweis auf zahlreiche beschäftigungslose Arbeiter, empfohlen. Der Linzer Aufsichtsbeamte sagt geradezu, daß er gegen jede Ueberzeitbewilligung wegen vermehrtem Arbeitsbedürfniß sei, da ein solches sich leicht herstellen und damit auch die gesetzliche Arbeitszeit ad absurdum führen lasse.

Die Verkürzung der Arbeitszeit hat 1892 in Oesterreich wenige Fortschritte gemacht. In einer Zellulosefabrik in Gratwein bei Graz wurde ein dreimaliger Schichtwechsel zu je 8 Stunden eingeführt; in der Damenkonfektion in Brünn die 9stündige Arbeitszeit. Dagegen wird noch im Kleingewerbe sehr häufig 12, 14 bis 16 Stunden und darüber per Tag gearbeitet. Die Aufsichtsbeamten bedauern, daß ihnen das Gesetz keine Handhabe zum Einschreiten gegen solche unmenschliche Ausbeutung bietet, d. h. sie erkennen die Nothwendigkeit an, daß auch für das Kleingewerbe gesetzliche Vorschriften bezüglich der Arbeitszeit erlassen werden. Der Pilsener Gewerbeinspektor berichtet, daß in einer mechanischen Weberei- und Appreturunternehmung die Arbeitsleistung bei einer Kürzung der Arbeitszeit um eine halbe Stunde sich auf derselben Höhe erhielt und sogar eine Lohnaufbesserung von 5 bis 15 Prozent gewährt werden konnte.

So unbefriedigend wie mit der Durchführung des Elfstundentags steht es auch mit der der anderen Schutzvorschriften. Die Ruhepausen während der Arbeitszeit werden häufig dem Arbeiter gar nicht gewährt oder nur auf die nothwendigste Zeit des Essens, z. B. der Einnahme der Mittagsmahlzeit beschränkt. Ebenso wird die Sonntagsruhe in vielen Fällen umgangen. In einer Fabrik besagte die Arbeitsordnung, daß am Samstag um 5 Uhr Nachmittags Feierabend

und Lohnauszahlung sei; in Wahrheit wurde aber bis zum Sonntag Vormittag gearbeitet. Durch die weitgehende Bewilligung von Sonntagsarbeit seitens der Behörden werden übrigens die Unternehmer geradezu ermuntert, sich an die so lax gehandhabte Gesetzesbestimmung nicht allzu skrupulös zu halten. Am besten scheint es noch zu stehen mit der Beachtung der Gesetzesbestimmung, wonach Kinder vor vollendetem 14. Lebensjahre nicht in Fabriken ꝛc. beschäftigt werden dürfen. Die Aufsichtsbeamten berichten von 85 bei dieser verbotenen Arbeit betroffenen Kindern. Der Reichenberger Aufsichtsbeamte hat indeß allein 47 Strafanzeigen wegen Beschäftigung von Kindern unter dem gesetzlichen Alter erstattet. Auch die gesetzlichen Vorschriften, betreffend die Beschäftigung der jugendlichen Arbeiter, werden vielfach verletzt. Namentlich werden solche Arbeiter in zahlreichen Fällen zu Arbeiten benutzt, für die ihre Kräfte und Kenntnisse nicht ausreichen, z. B. zur Wartung der Dampfkessel. Auch zur Nachtzeit werden sie, entgegen dem Verbote, zur Arbeit angehalten. Der Assistent des Wiener-Neustädter Gewerbeinspektors besuchte auf Grund anonymer Anzeigen zur Nachtzeit eine Baumwollspinnerei. Als er den Spinnsaal betrat, erfuhr er von einigen Arbeitern, daß der Werkmeister eben bemüht sei, einen 15jährigen Aufstecker über eine am Ende des großen Arbeitsraumes gelegene Nebenstiege zu entfernen. Durch rasches Einschreiten konnte denn auch dieser gesetzwidrige Vorgang konstatirt und der betreffende Werkmeister sowie der Fabrikbesitzer der wohlverdienten Strafe zugeführt werden. Von ähnlichen Uebertretungen wissen die meisten anderen Aufsichtsbeamten ebenfalls zu berichten. Auch bezüglich der Vorschriften für Beschäftigung der Frauen, resp. des Verbots der Nachtarbeit, mußten wiederholt Uebertretungen beanstandet bezw. angezeigt werden.

In Bezug auf die hygienische Beschaffenheit der Arbeitsräume und Wohnstätten — wenn letztere von den Unternehmern den Arbeitern gestellt werden — hat die drohende Choleragefahr geradezu sozialpolitische Bedeutung erlangt. Ein Erlaß des Handelsministers trieb die Aufsichtsbeamten zu energischem Eingreifen an, so daß in manchen Augiasstall von Werkstatt oder Arbeiterwohnung oder Schlafstätte etwas Ordnung und Reinlichkeit gebracht wurde.

In schönster Blüthe steht das in allen möglichen Gestalten praktizirte Trucksystem. Blechmarken statt Geld, Waaren statt baarem Arbeitslohn, Kantinenzwang u. s. w. spielen überall noch eine große Rolle.

Ueber die Höhe der Arbeitslöhne selbst, von der in seinem 1891er Berichte der Linzer Gewerbeinspektor meint, daß auskömmliche Löhne die beste Wohlfahrtseinrichtung seien, finden sich im vorliegenden Berichte recht spärliche Angaben und auch diese nur in einigen Monographien. So in derjenigen des Reichenberger Aufsichtsbeamten über die nordböhmische Glasindustrie. Darnach verdienen die in derselben beschäftigten ca. 6000 Arbeiter und Arbeiterinnen: ein mittlerer Arbeiter nicht über 50, ein minderer etwa 30, die Primaarbeiter (etwa 5 Prozent der gesammten Arbeiterschaft) 70 bis 80 Kreuzer, höchstens 1 Gulden bei täglich 10stündiger Arbeitszeit; es wird aber oft 14 bis 15 Stunden gearbeitet. Ein Glassprenger verdiente zur Berichtszeit 24 bis 30 Kreuzer per Tag. Und dabei sind dort die Lebensmittelpreise höher als in Prag!

Der Grazer Aufsichtsbeamte beschreibt die Strohhutfabrikation in Krain und giebt folgende Arbeitslöhne an: Presser 1,20 Gulden, Färber 80, Bleicher 90, Geflechtsbürster 60 Kreuzer, Formmacher 1,30 Gulden, Auszieher 60 Kreuzer bis 1 Gulden, ebenso die Maschinennäherin, die Handnäherin 40

bis 50 Kreuzer, ebensoviel die Geflechtsnäherin, und die Appreteurin 60 Kreuzer pro Arbeitstag.

Bei der Maultrommel-Erzeugung in Oberösterreich beträgt nach dem Linzer Gewerbeinspektor der Tagesverdienst des einzelnen Arbeiters 60 bis 70 Kreuzer, „womit sich dieser sehr zufrieden erklärt“.

Bei der Strickwaaren-Erzeugung in Stannern bei Iglau beträgt nach dem Brünner Aufsichtsbeamten der Tagesverdienst für ein Dutzend Fäustlinge im Maximum 8 bis 10 und für Socken 10 bis 12 Kreuzer!

Eine recht interessante Monographie bringt im Anhang zu seinem Berichte der Lemberger Gewerbeinspektor über die zumeist mit Schuhmacherei beschäftigte Hausindustrie in der Gemeinde Witkow, deren Einwohnerschaft zur Hälfte aus Juden und zur Hälfte aus Christen besteht. Der durchschnittliche Tagelohn dieser Schuhmacher wird auf 20 Kreuzer angegeben! Bei solchen Löhnen besteht natürlich das größte Elend, das eine schlichte und drastische Darstellung erfährt.

Ueber die wirthschaftliche Lage des Kleingewerbes, seine Organisation (die Zwangsgenossenschaft) und das von ihm fast ausschließlich gepflegte Lehrlingswesen enthalten die Berichte die düstersten Schilderungen. Armuth und böser Wille sind die Dämme, an denen die meisten Anordnungen der Aufsichtsbeamten erfolglos abprallen. Die Genossenschaften, sagen mehrere Beamte offen, leisten nichts und fallen ihren Mitgliedern nur zur Last. Der Lehrling ist nur die billige Arbeitskraft, die in endloser Arbeitszeit ausgebeutet, aber nicht für den Beruf ausgebildet wird. Der gewerblichen Fortbildungsschule stehen die Kleingewerbetreibenden, die „mittelständische Stütze des Staates“, in grimmiger Feindschaft gegenüber.

Der Stolz der österreichischen Gewerbeinspektion, das Vertrauen der Arbeiter, ist ihr auch im Berichtsjahre erhalten geblieben. In 5254 Fällen (1891: 5313) haben sich die Arbeiter an die Aufsichtsbeamten gewandt. Diese Fälle betrafen nach den spezifischen Angaben in einigen Berichten alle Bestimmungen des Arbeiterschutzgesetzes, resp. deren Uebertretung seitens der Unternehmer; ferner sehr häufig die Kranken- und Unfallversicherung, sei es wegen zu hoher Lohnabzüge für Beiträge oder deren Unterschlagung seitens einiger Unternehmer oder wegen Benachtheiligung bei der Krankenunterstützung, beziehungsweise Unfallsentschädigung. Ferner betrafen diese Ansuchen auch Vermittlung bei Arbeitseinstellungen und verschiedene andere Angelegenheiten. 43 Prozent sämmtlicher Fälle waren für die Arbeiter von Erfolg begleitet.

Ohne das erfreuliche Zusammenwirken von Arbeitern und Gewerbeinspektoren stände es zweifellos mit der Durchführung des Arbeiterschutzes heute noch wesentlich schlechter, als es der Fall ist. Die Ortsbehörden bemühen sich anscheinend sehr wenig um die Ueberwachung der Arbeiterschutzgesetze und die wenigen Aufsichtsbeamten können im besten Falle nur eine relativ geringe Zahl von Gesetzesübertretungen selbst entdecken.

Neben den paar Gewerbeinspektoren sind es heute blos die Arbeiter, die sich redlich bemühen, dem zuchtlosen, anarchistischen Unternehmerthum den Sinn für Recht, Gesetz und Ordnung beizubringen — den Unternehmern und ihren Helfershelfern, den hohen und niederen Behörden.

Die wirthschaftliche Entwicklung Japans bis 1868.

Von Dr. Paul Ernst.

(Schluß.)

Schon in den Bestimmungen über Ku-bun-den finden wir Züge, welche auf den Verfall hindeuten. Man weiß nicht recht, wie man sich den „Verkauf" denken soll, welcher als möglich erwähnt ist, zumal auch wieder von einem Abwandern gesprochen wird, durch welches Ku-bun-den verfällt. Weshalb wird es der Abwandernde verfallen lassen, wenn er es verkaufen kann? Immerhin liegt hier jedenfalls schon ein auflösendes Moment.

Aber außer Ku-bun-den giebt es noch fünf andere Besitzarten von Land, und hier sehen wir schon den Feudalismus, die Ungleichheit des Besitzes, das Privateigenthum am Boden sich offen anbahnen.

I-den ist Adelsland, und wird an „Standespersonen" gegeben. Die Größen variiren zwischen 80 und 8 Cho für die verschiedenen Rangklassen; die Frauen erhalten immer $^{2}/_{3}$ von dem, was der Mann erhält. Ein Cho ist = 99,1 Ar, also etwas kleiner wie ein Hektar. Die Größen sind demnach 7,9 Hektar bis 79,2 Hektar. So sehr groß sind diese Ländereien also immer noch nicht.

Sho-ku-bun-den ist Dienstland, welches als Belohnung für Dienste gegeben wird. Es sind zwei Arten Beamte zu unterscheiden: die Zai-kiô, Beamte in der Hauptstadt, und die Zai-ge, Beamte auf dem Lande. Von den ersteren erhielten die verschiedenen Rangstufen 40—20 Cho (39,6—19,8 Hektar), von den letzteren 10—0,6 Cho (9,9—0,6 Hektar). Zu Sho-ku-bun-den gehören auch die Aecker, auf denen die Verpflichtung liegt, Kulis und Pferde für die Post zu stellen. Sie liegen den Poststraßen entlang und sind verschieden groß nach der Bedeutung der Poststraße und den daraus folgenden Lasten.

Kô-den, „Verdienstland", wird als Belohnung für dem Staat geleistete Dienste verliehen, und zwar theilweise auf ewig, theilweise nur bis zur dritten, zweiten und ersten Generation.

Shi-den, Land, das durch spezielle Bestimmung des Mikado besessen wird. Wenn in einem Distrikt (Kuni oder Koku) nicht genug Land war, so bestimmte der Mikado in einem andern Distrikt derselben Provinz, wo noch Land überflüssig existirte, das Fehlende. Daß hierzu das direkte Eingreifen des Mikado nöthig war, dürfte darauf hinweisen, daß Kuni oder Koku etwas Aehnliches wie die deutsche Mark war.

Eine Quantität Land ist für die direkten Regierungsbedürfnisse reservirt.

Onchi hieß das Land, auf dem Maulbeer- und Lackbäume gezogen wurden; dieses war unbeschränkter und ewiger Besitz der Familie und fiel nur an den Mikado zurück, wenn die Familie ausstarb.

Für Verpachtung und Verkauf ist die Zustimmung der lokalen Behörden (früher vermuthlich der Gemeinde) nöthig.

Bei Wurmfraß, Frostschaden u. s. w. fand Ermäßigung oder Erlaß der Steuern statt.

Die Steuer betrug, nach einer Anmerkung Tarrings — im Text spricht er nicht davon — 5 Prozent des Ertrages (one tan produced 50 bundles of rice, of which $2^{1}/_{2}$ bundles were paid as tax).

Außer der Steuer muß der Bauer noch 30 Tage im Jahre Frohnarbeit leisten, während welcher er jedoch unterhalten wird.

Alles in Allem machen die Bestimmungen des Gesetzes durchaus den Eindruck, daß wir es hier mit einem Niederschlag aus der Zeit zu thun haben, wo

sich die primitiven Verhältnisse bereits auflösen und der Feudalismus beginnt. Wir haben nebeneinander die alte gleiche Hufe mit beständiger Umtheilung, Privateigenthum am Boden, mit Leistungen belasteten Grund, und Adelsgrundstücke von bereits größerem Umfang. Wie wir uns die Entstehung des Adels zu denken haben, bleibt ungewiß. Einige Anzeichen weisen darauf hin, daß er sich aus Vermögensungleichheit entwickelt hat wie der irische „cow-nobleman“; indessen kann seine Entstehung auch auf die Eroberung zurückgehen. Hierüber würde noch zu forschen sein.

Genug, wir haben bereits um 700 n. Chr. eine Aristokratie mit größerem Güterbesitz als der gewöhnliche Japaner.

In den folgenden Jahrhunderten wuchsen die Verschiedenheiten des Grundbesitzes immer mehr, und die Klöster und Adeligen bildeten Latifundien — Latifundien im feudalen Sinne, wo sie ja etwas anderes sind, wie im modernen. Während heute Reichthum Macht ist, ist im Mittelalter Macht Reichthum; und das feudale Latifundium hat demnach nicht den Zweck, möglichst viel Reinertrag zu bringen, sondern möglichst viel Krieger zu ernähren. Daher, ganz wie bei uns, auch im japanischen Mittelalter die Feudalherrn Interesse an neuen Rodungen haben, welche später durch den Shiogun erschwert werden, um nicht ihre Macht zu groß werden zu lassen. Das moderne Latifundium forstet auf. Es bildet sich in dieser Zeit zwischen den Bauern und den Feudalherrn, die nunmehr entstanden sind, die Klasse der Samurai, welche eine Aehnlichkeit mit unserem niedern Adel haben. Die Bauern müssen den Feudalherrn zinsen, und von diesen werden die Samurai erhalten. Oder die Samurai erhalten die Berechtigung auf gewisse Einkünfte angewiesen oder betreiben gar selbst Wirthschaft.

Ganz wie bei uns kam der Bauernstand in den Wirren dieser Feudalzeit gänzlich unter die Herrschaft der Feudalherrn oder Daimios. Selbst die commendatio finden wir. Früher, bei der allgemeinen Gleichheit, ist eine Zentralgewalt in unserem Sinne nicht nöthig und existirt auch nicht; und es ist nicht anzunehmen, daß der Mikado dieselbe auch früher jemals besessen hat. Als nun die Feudalherrn aufkommen, empfinden die zwischen den Gebieten der Mächtigen wohnenden Bauern wegen dieses Mangels ihre Schutzlosigkeit und begeben sich unter die Herrschaft eines Daimios.

Im 12. Jahrhundert ist der Höhepunkt der mittelalterlichen Unruhen. Zwei Latifundienfamilien, die Minamoto und Taira ringen um die Herrschaft, und die Kriege dieser Zeit sind mit Recht mit den Kriegen der rothen und weißen Rose in England verglichen.

Ende des 12. Jahrhunderts konsolidirten sich die Verhältnisse, indem nach der Vernichtung der Taira die Minamoto in der Person des Yaritomo zur Herrschaft gelangten. Yaritomo wurde Majordomus unter dem Titel Shiogun, und unter seinem Regiment folgte eine Zeit der Ruhe. Er organisirte den Feudalismus und wird daher oft als sein Begründer aufgefaßt. Er vertheilte die Herrschaften an seine Familienangehörigen und Anhänger. Wer ein Grundstück besaß, welches 10 000 Koku Reis (18 390 Hektoliter) Einkommen gab, war Daimio und stand zum Mikado, d. h. in Wirklichkeit zum Shiogun, in einem ähnlichen rechtlichen Verhältniß, wie die Fürsten in Deutschland zum Kaiser vor 1648. Sie waren verpflichtet, ihrem Einkommen entsprechend Soldaten zu unterhalten, hatten die Verwaltung ihrer Herrschaft u. s. f. In den Berichten der Jesuitenmissionen werden sie als „reguli“ bezeichnet. Alle Abgaben und Einkommen verstehen sich in Reis. Die Geldeinheit ist der Ko-ku Reis.

Da es hier nur darauf ankommt, die soziale Evolution zu schildern, so können wir die weiteren politischen Wirren, die auch ziemlich uninteressant sind, übergehen.

Man kann sich denken, daß es dem Bauern, nachdem er sein altes Besitzrecht verloren hatte, schlechter ging wie früher. Er war es, der die Kosten des glänzenden Lehenssystems, die Hofhaltung der reguli, die Soldateska und die Kriege bezahlen mußte. Und diese Last war furchtbar schwer. Die drei größten Daimios hießen Ko-kus-hiu; sie bezogen resp. 1 027 000, 710 000 und 625 600 Ko-ku Reis (1 Ko-ku = 1,80 Hektoliter). Die fünfzehn folgenden bezogen 540 000—150 000 Ko-ku; dann kamen 18 Kamon, von denen jeder 200 000 bis 10 000 Ko-ku einnahm. Hierauf 90—100 Tazama mit 100 000—10 000 und 115 Fudai mit 350 000—10 000 Ko-ku. Dazu kommen noch die Einnahmen der Shiogun und des Mikado.

So stieg denn die Steuer, welche lediglich auf dem Bauern lastete, zu einer enormen Höhe. Taikosama verordnete 1595, daß die Bauern 30 Prozent des Bruttoertrages als Steuer zahlen sollten. 1716 wurde der Betrag unter den dem Shiogun direkt unterstehenden Ländereien auf 50 Prozent erhöht. Im ganzen Lande schwankte die Steuer zwischen 40 und 60, nach einigen Angaben 75 Prozent des Ertrages — immer in natura, d. h. in Reis verstanden. Solche Beträge kann man schon keine Steuern mehr nennen, das ist das einfache Mezzadria-System, das wir da vor uns haben. Und so schwankt denn auch die Auffassung der Berichterstatter: Nach den Einen haben wir es mit Erbmetayage zu thun, nach den Andern mit freiem Grundeigenthum und Steuer. In Wirklichkeit ist es ein erbliches Metayageverhältniß.

Zu Allem war der Betrag, welcher zu liefern war, nach einer früheren Bonitirung ein- für allemal festgesetzt, mochte die Ernte gut oder schlecht sein. Bei uns und unseren wechselnden Ernteerträgen wäre ein solches Verfahren einfach unmöglich; in Japan ließ es sich dadurch halten, daß das Klima in Folge der maritimen Lage ein sehr beständiges ist und daß in Folge dessen Mißernten fast nie vorkommen. Ereigneten sie sich trotzdem einmal, so erhielten die Bauern „aus Gnade“ Reis aus den Regierungsspeichern.

Trotz alledem war die Lage der Bauern immer noch nicht schlecht. Die Mezzadria wird ja von der liberalen Oekonomie sehr schlecht angesehen; es ist aber Thatsache, daß da, wo die Sitte oder anderweitige Hindernisse der Habsucht des Eigenthümers Schranken setzen, der Bauer sehr gut dabei gedeiht und eine verhältnißmäßig glückliche Existenz hat. Die beste Darstellung ihrer sozialen Folgen findet man bei Sismondi, der als Halbitaliener für das System ganz begeistert ist. Gothein, „Die Kulturentwicklung Süditaliens“, erzählt S. 254: „Wenn der italienische Eisenbahnarbeiter mit musterhaftem Fleiß und hartnäckiger Sparsamkeit im fremden Lande ein kleines Kapital erworben hat, dann kehrt er heim in sein Dorf, wo seine Vorfahren seit Jahrhunderten gesessen, und kauft sich — außer dem was er seiner Frau an Goldschmuck umhängt — in dieses Theilbauverhältniß ein, das ihm doch eigentlich nichts gewährt, als die Möglichkeit, sich einen sehr dürftigen Arbeitslohn zu erwerben.“ Diese Möglichkeit gilt eben schon sehr viel. Der Mann hat eine zwar dürftige und mühevolle, aber sichere Existenz. Es ist ja sehr wenig, was der Mensch zum Glück nöthig hat; aber unter diesem Wenigen gehört die Sicherheit, immer seinen Unterhalt zu gewinnen, zu dem Wichtigsten. Deshalb erscheint dem italienischen Arbeiter dieses Theilbauverhältniß als das Paradies, das er sich durch schwere Arbeit erkauft.

Und auch dem jetzigen japanischen Bauern wird der Zustand vor 1868 als ein verlorenes Paradies erscheinen.

Jene Naturalwirthschaft des Feudalismus ruhte auf dem Ackerbau, der von allen bei uns in Europa historischen oder noch existirenden Systemen gänzlich

verschieden ist. Die meiste Aehnlichkeit hat er mit der Gartenwirthschaft. Sein Charakteristikum ist die intensivste Anwendung menschlicher Arbeit.

Als man zuerst mit den landwirthschaftlichen Verhältnissen Japans näher bekannt wurde, schilderten Maron und Syrski dieselben als Muster für uns Europäer. Daß sie das nicht sein können, geht aus dem einfachen Umstand hervor, daß es in Japan auf den Rohertrag, bei uns auf den Reinertrag ankommt. Für kapitalistische Wirthschaft eignet sich das japanische System nicht; und gegenwärtig, wo sich der Kapitalismus in Japan entwickelt, krankt deshalb auch die japanische Landwirthschaft, und sie krankt unheilbar, allen Doktoren zum Trotz, welche sie mit Erleichterung des Kredits, Hypothekenablösung, Kolonisation von Hokkaido und dergleichen kuriren wollen.

Um wenigstens eine allgemeine Anschauung von dem japanischen System zu geben, sollen aus der Arbeit von Syrski (fachmännische Berichte über die österreichisch-ungarische Expedition nach Siam, China und Japan 1868—1871) einige Notizen produzirt werden.

Wie man auch in Italien der Mezzadria günstige Einwirkungen auf die Bildung der Bauern zuschreibt, da sie durch das System in beständigem Kontakt mit dem städtischen Besitzer bleiben, so auch in Japan. Syrski schreibt: „Indem auf diese Art den Fürsten und den andern eigentlichen Grundeigenthümern daran gelegen sein muß, daß der Bauer möglichst viel produzire, trachten sie dies theils durch entsprechende Verordnungen, und theils dadurch zu erreichen, daß sie den Bauern die nöthige Aufklärung und Anleitung durch den in ihren Diensten stehenden gebildeten Hofadel geben lassen."

Die landwirthschaftlichen Hauptgeräthe sind eine zwei Fuß lange und drei Zoll breite eiserne Hacke, mit welcher die Erde über einen Fuß tief gehackt wird; die aufgehobenen Erdklumpen werden durch Schlagen mit der Hacke zerkleinert. Zu einer oberflächlicheren Bearbeitung wird eine kürzere vierzähnige Hacke gebraucht.

Der Pflug ist von sehr primitiven Formen. Er besteht aus einem S förmig gekrümmten Holzbalken, an dessen einem Ende die Handhabe und an dessen andern Ende ein lanzettförmiges Eisenblech mit scharfen Rändern befindlich ist. In der Mitte des Balkens befindet sich eine Vorrichtung, durch welche man ein Pferd oder einen Ochsen vorspannen kann. Der Pflug wühlt nur auf, legt aber die Schollen nicht um. Da fast gar kein Vieh existirt, so findet der Pflug auch nur sehr selten Anwendung.

Das Hauptaugenmerk des japanischen Bauern ist auf die Düngung gerichtet.

Viehdung ist wegen Mangels an Vieh nicht vorhanden. Ersetzt wird er durch die menschlichen Auswurfstoffe. Außerdem liefert noch das Oedland, die Hara, Dünger, indem das Gras auf ihm abgebrannt und die Asche davon verwendet wird. Natürlich werden auch sonstige verwerthbare Materialien und Substanzen verwendet; eine größere Bedeutung hat in der Nähe der See eine kleine Fischart, welche einen zwar kostbaren, aber auch guten Dünger liefert.

Die menschlichen Auswurfstoffe werden in Abortbottichen gesammelt und alle 14 Tage von den Bauern abgeholt; auf dem Feld oder in der Nähe der Häuser befinden sich ausgemauerte Gruben oder ähnliches, in welchen die Verarbeitung der Stoffe zu Dünger erfolgt. Sie werden mit Urin, Stroh, Asche, Kräutern, Schlamm und allerlei sonstigen organischen Stoffen gemengt und alle sechs Tage einmal umgerührt. Nach zwei Monaten hat der Dünger seine richtige Beschaffenheit erhalten, wird dann mit Wasser verdünnt und in Kübeln auf das Feld gebracht.

Während bei uns nur eine einmalige Düngung stattfindet, wird dort das Düngquantum vertheilt; die Pflanzen erhalten 4—5mal während des Wachsthums. Außerdem werden sie vielfach behackt, versetzt u. s. f.

Was der Japaner so empirisch gefunden hatte und in Einfalt übte, hatte eben, als man mit seiner Wirthschaft näher bekannt wurde, in Europa der Verstand der Verständigen als das Rationellste entdeckt. Kein Wunder, daß man damals bei uns in den höchsten Enthusiasmus gerieth.

Alles in Allem ist bis 1868 die Lage des Bauern — und der Bauer ist der eigentliche Arbeiter in dieser Zeit — zwar gedrückt, aber doch immerhin noch relativ glücklich. Er ist Besitzer eines Stückchens Land, das ihm Niemand nimmt, denn er hat keine Hypotheken darauf. Er muß zwar schwer arbeiten, hat aber einen sichern Lohn für seine Arbeit, und wenn die Ernte wirklich einmal mißrathen sollte, so sorgt die Regierung für ihn. Er ist nicht von den Fortschritten der Gesellschaft ausgeschlossen, denn in Folge des naturalwirthschaftlichen Zusammenhangs ist er immer im Kontakt mit den gebildeten Klassen. — Wie viele Menschen in unserem Europa möchten sich nicht eine solche mühselige, aber doch wenigstens sorgenfreie Existenz wünschen!

Naturgemäß konnte sich diese Wirthschaft nur bei Kleinbetrieb halten, welche ja auch die dem Feudalismus adäquate Betriebsform ist. Es kommen auf den Kopf der Landbau treibenden Bevölkerung 1,726 Tan Reisland und 1,400 Tan Ackerland, zusammen 3,126 Tan. Bei fünf Personen pro Familie macht das 1,55 Cho oder etwa 1 1/2 Hektar für das durchschnittliche Gut.

Dr. Rudolf Meyer und der landwirthschaftliche Großbetrieb.

Dr. Rudolf Meyer hat in der „Neuen Zeit“ (Heft 10 und folgende dieses Jahrgangs) eine Artikelreihe über den kapitalistischen Latifundienbesitz veröffentlicht unter dem Titel: „Das nahende Ende des landwirthschaftlichen Großbetriebs“. Diese sehr beachtenswerthe Arbeit enthält eine Reihe höchst anregender Ausführungen, scheint uns aber in ihrem Grundgedanken falsch zu sein. Wir glauben, Dr. R. Meyer hat weit über das Ziel hinausgeschossen. Seine Beobachtungen mögen richtig sein, auf jeden Fall sind sie interessant — seine Beweisführung dagegen erscheint uns höchst unzureichend, ja, sie beweist etwas ganz Anderes, als was sie beweisen sollte. Die gesammte Abhandlung macht den unsicheren Eindruck einer auf ihrer Spitze balanzirenden Pyramide.

Dr. R. Meyer schrieb über den kapitalistischen Großbetrieb in der Landwirthschaft. Er prophezeit ihm ein nahes Ende. Und warum dies? Grund: Der landwirthschaftliche Großbetrieb ist nicht im Stande, mit Maschinen zu arbeiten. War man bis jetzt allgemein der Meinung, der Großbetrieb sei die eigentliche Domäne der Maschinerie, so gilt dies, nach Dr. R. Meyer, nicht für die Landwirthschaft, und am geeignetsten für die Anwendung der Maschine erscheint ihm das mittlere Bauerngut. Und die Argumentation? Diese nimmt in der ganzen, durch vier Hefte sich hinziehenden, sonst sehr inhaltreichen Abhandlung, wenn man Alles zusammenrechnet, kaum eine volle Seite ein. Sie besteht aus zwei Sätzen: einem von geringerer und einem von größerer Bedeutung. Der weniger wichtige Satz lautet: Der Großgrundbesitz verfügt nicht über Arbeiter von so hoher Qualität, wie sie beim Maschinenbetrieb nöthig sind.

„Ich muß sagen, daß ich es .... nicht einsehe, woher die Latifundienbewirthschafter die dazu (zum Maschinenbetrieb) geeigneten Arbeiter hernehmen können, selbst wenn sie dieselben hoch bezahlen wollten. Durch die bisher übliche lange Arbeitszeit und schlechte Kost .... ist der Schlag der Arbeiter im Osten so heruntergebracht worden, daß er Feldmaschinenarbeit allgemein nicht leisten kann.“ Ueber die selbstbindende Mähemaschine habe Herrn Dr. R. Meyer „ein alter Praktiker“, der schon über zwanzig Jahre herumwirthschaftet, gesagt: „Wir haben nicht die Leute, welche mit solchen Maschinen umzugehen wissen. Am besten kommen wir immer noch weg, wenn wir das Getreide mit der Sense mähen lassen“, und — „das war sein Resultat im Jahre 1892!“ fügt Dr. R. Meyer hinzu. „Der hörige Bauer, Bündner und Kossäth erzeugte noch maschinenarbeitsfähige Kinder, der Nachfolger dieser vom Rittergutsbesitzer großentheils ‚gelegten‘, ‚abgemeierten‘ Volksklassen, der Instmann, thut das nicht!“ Nun, dieses Problem der Kindererzeugung ist gewiß sehr schwierig, auf jeden Fall für das Kapital zu langwierig, und wäre die Sachlage wirklich so, wie sie Dr. R. Meyer schildert, dann stünde es sicher sehr schlimm mit den Großgrundbesitzern. Aber erstens, wenn Arbeiter und Maschine nicht zusammenpassen, was thut das Kapital? Erzeugt es einen neuen Arbeiter? Bewahre — es *schafft sich eine neue, dem Arbeiter angepaßte Maschine*. Dies ist bei Weitem leichter für das Kapital und *passender*, weil es den Exploitationsgrad der Arbeitskraft nicht mindert, sondern steigert. So hat es das Kapital auch schon mehrfach gethan. Jedoch zweitens, wir bezweifeln die Thatsache selbst, um so mehr, als uns gerade jetzt eine sehr lehrreiche Zusammenstellung vorliegt. Dr. R. Meyer wird zugeben, daß das große Zarenreich in kultureller Beziehung weit hinter Preußen zurücksteht; und was Dickköpfigkeit und Ungeschicklichkeit anbetrifft, so ist der russische Muschik noch etwas ganz Anderes, als der deutsche Landarbeiter; auch bekommt man vom trockenen Roggenbrot oder von Gras- und Rindennahrung keine übermäßigen Kräfte. Nun beachte man folgende Zahlenreihe:

An landwirthschaftlichen Maschinen wurden in Rußland eingeführt:

1869—1873 durchschnittlich pro Jahr	259 439	Pud
1874—1876 „ „ „	566 306	„
1877—1880 „ „ „	629 551	„
1881—1884 „ „ „	962 274	„
Im Jahr 1869 allein	177 750	„
„ „ 1884 „	1 026 800	„

Eine Vermehrung um das *Fünffache*, die fast ausschließlich dem Großgrundbesitz zu Gute gekommen ist. Und dies in 16 Jahren, seit dem ersten Beginn eines rationellen landwirthschaftlichen Großbetriebs in Rußland, wobei die Gutsherren das Arbeitermaterial direkt aus der Leibeigenschaft übernommen haben. Aber nicht nur die Einfuhr, sondern auch die einheimische Produktion landwirthschaftlicher Maschinen hat sich in einem hohen Grade vermehrt.

Es gab in Rußland Fabriken und Werkstätten landwirthschaftlicher Maschinen:

1862: 64, 1871: 112, 1874: 203, 1879: 340, 1885: 435.

Noch interessanter aber, als der Nachweis, daß die landwirthschaftlichen Maschinen das schlechte Arbeitermaterial nicht scheuen, ist derjenige, wie sie mit dem niedrigen Preis der Handarbeit konkurriren. Ganz Rußland in sechs Gebiete getheilt, stellten sich, wenn man die Kosten der Handarbeit = 100 setzt, dem gegenüber die Kosten der Maschinenarbeit:

	Beim Säen	Beim Ernten	Beim Dreschen	Beim Worfeln
Im nördlichen Gebiet . . .	60	49	61	50
Im Gebiet der oberen Wolga	52	50	58	45
Im Zentralgebiet	51	48	49	45
Im östlichen Gebiet	46	51	55	48
Im westlichen Gebiet . . .	54	50	50	44
Im südlichen Gebiet . . .	49	52	55	48
Durchschnitt	52	50	54	47

Weder das schlechte Arbeitermaterial, noch der niedrige Preis der Handarbeit sind nunmehr im Stande, den siegreichen Einzug des maschinellen landwirthschaftlichen Großbetriebs zu hindern.

Doch Dr. R. Meyer glaubt einen wichtigeren Grund entdeckt zu haben, weshalb der landwirthschaftliche Großbetrieb unzweckmäßig sei. Man höre.

„Das Latifundium hat nicht nur den Landarbeiterschlag maschinenarbeitsunfähig gemacht, sondern sogar auch den Grund und Boden! Viele Landwirthe klagen mit Recht: ‚Wir können die Mähemaschinen nicht zur Anwendung bringen, weil wir zu viel Lagerkorn haben.‘ Die Thatsache ist richtig, auch jene, daß Lagerkorn in Amerika im Allgemeinen so wenig vorkommt, wie die Halmkrankheit, der Rost. In unserer Welt der Kausalitäten muß das doch seinen Grund haben: Durch Dünger, namentlich künstlichen Dünger, hat man dem Boden zwar meistens das zurückgegeben, was er zur Bildung jenes Kornes bedarf, das man essen oder verkaufen will, aber nicht alles das, was er zur Halmbildung gebraucht. Die stickstoffreichen Dünger haben namentlich auf Verarmung des Bodens an solchen Salzen hingewirkt. Nun ist der Halm zu schwach geworden und kann die schwere Aehre nicht mehr tragen, er ‚legt‘ sich und kann mit der Maschine nicht geschnitten werden. . . . Daß meine Ansicht richtig ist, dafür spricht die Erfahrung, daß in derselben Gegend im selben Jahre der Bauernacker weniger Lagerkorn hervorbringt, als der Gutsacker! Der letztere ist mehr durch künstliche Dungmittel, namentlich Chilisalpeter und Ammoniaksalze, zur Ueberproduktion von Körnern gereizt und an halmbildenden Bestandtheilen, löslicher Kieselsäure 2c. ausgeraubt worden. — Der ‚schlecht‘ wirthschaftende Bauer hat seinen Acker — das klingt paradox — in Kultur gehalten.“

Zunächst die Frage: was würde damit bewiesen? Die Schädlichkeit der Latifundienwirthschaft? Unter keinen Umständen, sondern nur die Schädlichkeit der künstlichen Düngung, einer der größten Errungenschaften der modernen Landwirthschaft! Denn es folgt aus obigem Zitat klar: Man schaffe die künstliche Düngung ab, und es wird alles wieder gut, einerlei, ob Großbetrieb oder Kleinbetrieb. Deshalb sagten wir, die Argumentation des Dr. R. Meyer beweise etwas ganz Anderes, als was er beweisen wollte, d. h. in dem Falle, daß sie überhaupt etwas bewiese, denn thatsächlich beweist sie nichts. Um aber diesen Kardinalpunkt seiner Beweisführung zu widerlegen, müssen wir in unsere Kritik einige erklärende Erörterungen hineinflechten, um auch den mit der wissenschaftlichen Agrikultur unbekannten Lesern der „Neuen Zeit“ verständlich zu sein.

Der Satz, den Dr. R. Meyer aufstellt, lautet, kurz gefaßt: Der Boden wird durch künstliche Düngung seiner halmbildenden Bestandtheile beraubt, dagegen das Korn stark entwickelt, der Halm wird schwach — deshalb Lagerkorn.

Zweifelsohne hängt die Lagerung des Getreides von der Schwäche des Halms ab, — aber wovon hängt diese ab?

Es ist klar, daß die Schwäche des Halmes bedingt sein muß durch die ungenügende oder anormale Entwicklung jener seiner Theile, die ihm seine Stärke

geben. Aber was giebt den Pflanzen die Knickfestigkeit, d. i. die Fähigkeit, ihr eigenes Gewicht zu tragen, ohne sich zu biegen, und die Biegungsfestigkeit, d. i. die Widerstandsfähigkeit gegenüber äußeren Einwirkungen?

Auf diese Frage hat die Wissenschaft schon längst eine entschiedene, klare Antwort gegeben.

Zu diesem Zwecke besitzen die Pflanzen ein besonderes Gewebe, dessen Zellenbau und Vereinigungsart vorzüglich ihrer spezifischen Bestimmung im Leben der Pflanzen entsprechen. Dieses Gewebe, genannt das mechanische Gewebesystem, ist es, was den Pflanzen ihre Knick- und Biegungsfestigkeit giebt.

Die Schwäche des Halmes bei gelagertem Getreide rührt von ungenügender oder anormaler Entwicklung der Zellen dieses festigenden Gewebes her. Dies hat Ludwig Koch* durch eingehende Untersuchungen bestätigt. Vergleicht man das gelagerte mit normalem Getreide, so findet man, daß jenes eine größere Länge der unteren Halmglieder aufweist, sowie eine geringere Dicke der zugehörigen Halmwände. Hand in Hand damit geht eine Ueberverlängerung und eine schwächere Verdickung der bezüglichen Zellwände. Die Zellen zeigten sich 1,5 Mal länger, aber die Wände 1,6—2,6 Mal dünner, wie die normalen. Dabei findet man den Unterschied in der Verdickung und Längsstreckung der Zellen im untersten Halmglied ebenso stark ausgeprägt, wie in dem zweiten, in dem dritten schon weniger, im oberen ist der Unterschied kaum mehr zu konstatiren — aber gerade im ersten und zweiten Gliede bemerkt man auch gewöhnlich die Biegung des gelagerten Getreides.

Hängt nun diese anormale Bildung der Zellen wirklich von einer Erschöpfung des Bodens an halmbildenden Bestandtheilen, löslicher Kieselsäure 2c. ab? Der Boden sei „durch künstliche Dungmittel . . . zur Ueberproduktion von Körnern gereizt und an halmbildenden Bestandtheilen, löslicher Kieselsäure 2c. ausgeraubt worden“, sagt Dr. R. Meyer. Ist eine solche einseitige Ausraubung möglich? Wir behaupten, sie steht im offenbaren Widerspruche mit den anerkannten Grundsätzen der Lehre von der Pflanzenernährung.

Von sämmtlichen Nährstoffen, welche die Pflanze aus dem Boden zieht, sind hauptsächlich nur drei, Stickstoff, Kali und Phosphorsäure, in dem Boden in einer solchen ungenügenden Quantität enthalten, daß sie ihm immer vom neuen hinzugefügt werden müssen, soll seine Fruchtbarkeit erhalten bleiben. Alle anderen Nährstoffe sind, in der übergroßen Mehrzahl der Fälle, in Quantitäten vorhanden, die für jede beliebige Pflanze ausreichen. Dies ist der allgemein anerkannte Grundsatz, auf dem die ganze Düngerlehre beruht.

Vergleichen wir jetzt die chemische Zusammensetzung der Körner und des Strohes. Es enthalten auf 1000 Kilogramm:

	Wasser	Stickstoff	Kali	Natron	Kalk	Magnesia	Phosphorsäure	Schwefelsäure	Kieselsäure	Chlor
Winterweizen (Stroh)	143	**4,8**	**6,3**	0,6	2,7	1,1	**2,2**	1,1	31,0	0,8
" (Körner)	144	**20,8**	**5,2**	0,3	0,5	2,0	**7,9**	0,1	0,3	0,1
Winterroggen (Stroh)	143	**4,0**	**8,6**	0,7	3,1	1,2	**2,5**	1,6	18,8	0,8
" (Körner)	143	**11,6**	**5,8**	0,3	0,5	2,0	**8,5**	0,2	0,3	0

Wir sehen, die chemischen Bestandtheile des Halmes sind dieselben, wie die der Körner. Wenn wir ferner den Gehalt an Stickstoff, Kali und Phosphorsäure, d. h. denjenigen Substanzen, welche in ungenügenden Mengen im Boden vorhanden sind und deren Bestand durch Düngung erneuert werden

---

* Ludwig Koch, Abnorme Aenderungen wachsender Pflanzenorgane durch Beschattung.

muß, näher betrachten, so finden wir, daß gerade die Körner mehr von diesen Stoffen enthalten, als der Halm. Folglich, wenn wir durch Düngung dem Boden Nährstoffe beibringen, welche zur Bildung der Körner nöthig sind, so bringen wir dadurch eben die Stoffe hinein, welche der Halm benöthigt; und wenn man den Boden an halmbildenden Substanzen ausraubt, so raubt man ihn auch an körnerbildenden Substanzen aus — ergo, es kann keine einseitige Bodenausraubung geben.

Doch an löslicher Kieselsäure zeigt der Halm einen bedeutend größeren Gehalt, als die Körner! Aber, erstens, kann denn der Boden an Kieselsäure einseitig ausgeraubt werden? „Die Kieselsäure ist in ungeheuren Massen in der Natur verbreitet, sie bildet dem Gewichte nach den durchaus vorherrschenden Bestandtheil aller fruchtbaren Bodentheile; die Auflösung der Kieselsäure und deren Uebergang in die Pflanze wird durch den überall im Boden thätigen Verwitterungsprozeß vermittelt und auch durch die Verwesung der organischen Substanz des Stallmistes und der humusartigen Stoffe im Boden befördert. Als Bestandtheil der konzentrirten Düngemittel des Handels hat die Kieselsäure so gut wie gar keine Bedeutung."* Was die einseitige Ausraubung des Bodens an löslicher Kieselsäure durch Chilisalpeter speziell anbetrifft, so ist uns eine solche spezifische Wirkung des Chilisalpeters unbekannt, auch stünde sie im Widerspruch mit den bekannten Thatsachen des Verwitterungsprozesses. Lösliche Kieselsäure erscheint im Boden als Produkt des Verwitterungsprozesses der Kieselsäuresalze** (sog. Silicate, d. h. Verbindungen der Kieselsäure mit Kali, Kalk u. s. w.), so daß die Ausscheidung der löslichen Kieselsäure aus im Wasser unlöslichen Verbindungen undenkbar ist, ohne gleichzeitigen Uebergang auch von Kali, Kalk u. s. w. aus dem unlösbaren in den lösbaren Zustand — folglich kann man nicht von einer Ausraubung des Bodens an löslicher Kieselsäure, ohne gleichzeitige Ausraubung an anderen Nährstoffen, sprechen. Aber der Vorrath an Kieselsäure ist so immens, daß er überhaupt nicht erschöpft werden kann.

Dann aber, zweitens, was hat die Kieselsäure mit der Festigkeit des Halmes zu thun? Die früher herrschende Ansicht, daß die Festigkeit des Halmes durch den Gehalt an Kieselsäure bedingt sei, ist durch die neuesten Forschungen vollkommen über den Haufen geworfen***, besonders durch die Ergebnisse der Wasserkulturmethode, d. h. der Ernährung der Pflanzen in wässerigen Lösungen der Nährstoffe. Nur durch diese Untersuchungsmethode wurde die Wissenschaft in den Stand gesetzt, mit Exaktheit die Bedeutung der verschiedenen Nährstoffe im Leben der Pflanzen zu bestimmen. „Die Versuche mit wässeriger Lösung der Nährstoffe haben nun bewiesen, daß die Halmfrüchte überaus üppig, bis zur völligen Reife der Körner sich entwickeln können, ohne daß ihnen in der Lösung Kieselerde zur Aufnahme dargeboten wird." (Wolff, Düngerlehre.)

---

* E. Wolf, Düngerlehre.

** Senft, Gesteins- und Bodenkunde. Guido Krafft, Die Ackerbaulehre.

*** „Die früher herrschende Ansicht, daß die Kieselsäure hauptsächlich die Festigkeit der Halme bedingt, ist durch die Resultate neuer Versuche und Unternehmungen unhaltbar geworden." E. Wolff, Düngerlehre. Auch Frank in seiner „Pflanzenphysiologie" sagt: „Größere Festigkeit der Pflanze aber wird durch die Kieselsäure nicht erzielt." Wir erinnern noch an die Versuche von Isidor Pierre, der sein Feld mit Kieselsäuresalzen düngte, in dem Glauben, die Lagerung des Getreides hänge von einem Mangel an löslicher Kieselsäure ab. Die Lagerung des Getreides hat sich bei diesen Versuchen nicht nur nicht vermindert, sondern umgekehrt, sie hat sich sogar vermehrt, in Folge des größeren Gewichtes des Halmes und der Blätter, in deren Geweben sich ungeheure Mengen Kieselsäure lagerten.

Also mit der Ausraubung des Bodens an löslicher Kieselsäure ist es nichts, die lösliche Kieselsäure hat nichts zu thun mit der Festigkeit des Halmes, eine einseitige Erschöpfung des Bodens an halmbildenden Bestandtheilen ist nicht möglich — die künstliche Düngung ist ein Segen und der landwirthschaftliche Großbetrieb kann sich ruhig fortentwickeln!

Wie steht es aber mit der Thatsache, daß sich das Getreide auf dem Gutsacker in größerem Maße lagert, als auf dem Bauernacker? Ob diese Beobachtung richtig sei, können wir, da wir kein „alter Praktiker“ sind, nicht entscheiden. Zu erklären ist sie aber wohl.

Wie entsteht das Lagern des Getreides? Im Allgemeinen ist „die normale Ausbildung der mechanisch wirkenden Zellen in den oberirdischen Organen der Pflanze am auffallendsten von der Einwirkung des Lichtes abhängig, indem dieselbe bei hellster Beleuchtung am vollkommensten, bei abnehmender Helligkeit mangelhafter, in vollständiger Dunkelheit am schwächsten ausfällt. Daher rührt die ebenso schrittweise abnehmende Festigkeit der Pflanzenstengel, in je schwächerer Beleuchtung sie erwachsen sind.“* Dies ist ein allgemeines physiologisches Gesetz. Was nun im Besonderen die anormale Zellenentwicklung des lagernden Getreides anbetrifft, so haben die Forschungen Ludwig Koch's,** nämlich seine Versuche mit der künstlichen Beschattung der unteren Halmglieder, gezeigt, daß unter sonst gleichen Verhältnissen die Beschattung genau dieselbe anormale Entwicklung der Zellen bewirkt hat, wie sie an den Halmen des gelagerten Getreides beobachtet wurde. Nach Prof. Dr. Novacki wurden „die Versuche in einer Weise angestellt und durch zahlreiche Messungen unter dem Mikroskop so genau kontrollirt, daß sich gegen die Schlußfolgerungen, daß die wesentliche Ursache des Lagerns in nichts Anderem besteht, als in dem Mangel an Licht, nichts einwenden läßt.“***

Also, der Mangel an Licht. Wie kann es aber der Pflanze im freien Felde an Licht mangeln?

Die ungenügende Beleuchtung der unteren Halmglieder wird im freien Felde bedingt durch die gegenseitige Beschattung der Pflanzen selbst. Eine solche anormale Beschattung entsteht infolge einer übermäßig dichten Aussaat und einer allzu raschen und üppigen Entwicklung der Pflanzen, welche der Einwirkung des Lichtes auf die unteren Theile des Halmes nicht genügend Zeit zur vollkommenen Ausbildung dieser Halmtheile läßt; dieser Prozeß wird außerordentlich begünstigt durch feuchtwarme Witterung und konzentrirten Stickstoffdung.

Es ist nun klar, daß der mit reichlicher Aussaat versehene und gut gedüngte, besonders mit konzentrirtem Stickstoffdung (Chilisalpeter) versehene Gutsacker mit der besseren Ernte auch häufigere Lagerungen zeigen kann, als der spärlich besäete und mager gedüngte Bauernacker. Dabei sind die Bodenkunde und die Düngerlehre noch nicht so entwickelt, um präzis angeben zu können, wieviel Dungstoffe man unter gegebenen Umständen dem Boden hinzuführen darf, ohne eine Lagerung des Getreides hervorzurufen†, zumal die Witterung

* A. Frank, Lehrbuch der Pflanzenphysiologie.

** Ludwig Koch, Abnorme Aenderungen ꝛc.

*** Novacki, Anleitung zum Getreidebau.

† Vgl. A. Hildebrand, Handbuch des landwirthschaftlichen Pflanzenbaues. Paul Wagner giebt übrigens für die Halmgewächse folgende Normalgrenzen des Düngers pro Hektar:

	Minimum	Mittel	Maximum
Lösliche Phosphorsäure . . .	**30** kg	50 kg	**80** kg
Löslicher Stickstoff	**10** „	25 „	**40** „
Kali	**30** „	50 „	**100** „

Der Unterschied zwischen Minimum und Maximum beträgt also 170—300 Prozent!

sich gar nicht voraussehen läßt. Es ist also vollkommen der Praxis überlassen, sich diesbezügliche bestimmte Normen auszuarbeiten. Ein Fehler wird aber bei konzentrirtem Stickstoffdung leicht eintreten, denn der Stickstoff befördert sehr den üppigen Wuchs des Getreides, und da man hier mit kleineren Quantitäten operirt, so macht sich schon ein relativ geringer Mengenunterschied auf eine unliebsame Weise geltend. (Um dem Boden 1 Kilogramm Stickstoff beizubringen, braucht man nur 6,6 Kilogramm Chilisalpeter, währenddem man von Stallmist 200 Kilogramm zu diesem Zweck braucht.)

Woher aber die übermäßige Aussaat und die übermäßige Düngung des Gutsackers?

Des kapitalistischen Großgrundbesitzes einziges Streben geht darauf hinaus, den Jahresertrag seines Ackers möglichst zu steigern, und dies um so mehr, wenn er durch eine hohe Hypothekenschuld getrieben wird, für die ihm ja auch jährlich die Zinsen berechnet werden. Deshalb spart er nicht die Aussaat und spart nicht den Dünger. Dadurch wird eine gute Ernte erreicht, die sich aber nach Jahren, bei ungenügendem Ersatz der Nährstoffe, wenn nicht an ihm, so doch an dem letzten Käufer oder, eher noch, an dem letzten Pächter, vor Allem an der Gesellschaft, durch Ausraubung des Bodens rächt, jedoch auch alljährlich an ihm selbst — durch Lagerung des Getreides.

Der Grund liegt also nicht in der Technik der kapitalistischen Produktion, sondern in dem kapitalistischen Charakter dieser Produktion. „Und jeder Fortschritt der kapitalistischen Agrikultur ist ein Fortschritt in der Kunst . . . den Boden zu berauben, jeder Fortschritt in der Steigerung seiner Fruchtbarkeit für eine gegebene Zeitfrist zugleich ein Fortschritt im Ruin der dauernden Quellen seiner Fruchtbarkeit.“*

Dies gilt von der kapitalistischen Landwirthschaft überhaupt. Aber was den, von Dr. R. Meyer so sehr in den Vordergrund gestellten Mißstand der Lagerung des Getreides anbetrifft, so muß hier nochmals hervorgehoben werden, daß gerade dies, obwohl es vom Kapitalismus momentan begünstigt wird, doch durch eine absehbare Entwicklung der Düngerlehre auch innerhalb der kapitalistischen Wirthschaft sicher beseitigt werden kann. Und schon aus diesem Grunde allein fällt das ganze von Dr. R. Meyer darauf aufgebaute Schlußfolgerungengebäude in sich selbst zusammen. N. L.

Notizen.

Skizzen vom Schriftstellertage. Man schreibt uns darüber: Der vom 7. bis zum 15. Juli in München, der Festesstadt par excellence, abgehaltene Schriftstellertag kennzeichnete sich durch einen ununterbrochenen Festestaumel, wie er in ähnlicher Weise auf keiner dieser seit drei Jahren bestehenden, bisher der Reihe nach in Breslau, Berlin und Dresden — für das nächste Jahr ist Hamburg in Aussicht genommen — stattgefundenen Veranstaltungen zu verzeichnen war. Legt man sich aber nüchternen Sinnes die Frage vor, ob diese feuchtfröhliche Festesstimmung ihre Berechtigung hatte, so kann die Antwort nur in negativem Sinne ausfallen. Wohl hat nach der Ansicht Vieler der bayerische Thronfolger durch seine Anwesenheit und seine gediegene Ansprache dem Schriftstellertage eine höhere Weihe verliehen; gleichwohl war die Art und Weise, wie Prinz Ludwig von den Arrangeuren um das Protektorat angegangen wurde, ebenso wie die vielen, auf die Tagesordnung der

* K. Marx, Kapital I, 3a, S. 517.

feierlichen Eröffnungssitzung gesetzten Hochs auf gekrönte Häupter nicht nach Jedermanns Geschmack. Die Presse muß, wie selbst der fürstliche Redner betont, frei und ungebunden nach jeder Richtung sein. Zu dieser innerlichen Freiheit und Selbständigkeit trägt aber die nahe Berührung mit hohen Herren durchaus nicht besonders bei. Im Gegentheil. Das Antlitz so manchen Zeitungsschreibers, der in Berlin auf seine Unabhängigkeit pocht, selbst in dem Sinne der sogen. „unabhängigen Sozialisten“, strahlte vor Wonne, wenn er von Sr. kgl. Hoheit mit einer huldvollen Ansprache beehrt wurde. Auch der frühere sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Ludwig Viereck, 1884—87 Vertreter von Leipzig-Land, sonnte sich mit sichtlichem Behagen an der hoheitsvollen Leutseligkeit. Allerdings mochte so mancher „Hungerkandidat“ und „Nörgler“ sich selbst gegenüber als Rechtfertigung für sein devotes Verhalten den Grundsatz geltend machen, der Zweck heilige die Mittel. Als Zweck galt in diesem Falle die an und für sich durchaus berechtigte Gründung einer Pensionskasse, zu der man sich der Beihilfe edler Wohlthäter versichern wollte. In der That steuerte auch der Prinzregent zu besagtem Unternehmen 5000 Mark bei. Ob aber eine Pensionskasse für Schriftsteller in Angriff genommen werden darf, wenn letztere nicht im Stande sind, das Institut aus eigenen Mitteln zu unterhalten, sondern hierzu der milden Gaben aus anderen, ihr sonst fernstehenden Kreisen bedürfen, ist eine schwerlich im bejahenden Sinne zu beantwortende Frage. Wenn diejenigen Ritter vom Geiste, von denen man es am ehesten erwarten sollte, die mit Erfolg gekrönten Autoren, nicht Idealismus genug besitzen, um sich für eine so wohlthätige Schöpfung, wie es eine Pensionskasse für Invaliden der Feder ist, zu begeistern, so hat dieselbe vorläufig noch keine Existenzberechtigung. Es zeigte sich eben auf diesem Schriftstellertage wie bei allen seinen Vorgängern: man sah sehr viele, die nicht da waren, und anderseits Manchen, der gar nicht dahin gehörte, der um des Festrummels wegen hingekommen war, oder gar um sich zu spreizen und unberechtigter Weise als Vertreter der Berliner oder gar der gesammten deutschen Schriftstellerwelt aufzuspielen. Als solcher gerirte sich neben Herrn von Wildenbruch, dem ja, schon in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des „Deutschen Schriftstellerverbandes“, die Berechtigung zur Vertretung seiner Kollegen nicht abgesprochen werden kann, und dem auch hierfür — dem Verdienste seine Krone! — auf frischer That der bayerische Kronenorden zweiter Klasse zu Theil wurde, in erster Reihe Herr Dr. jur. Hugo Russak, ein Berliner Verleger, dessen literarische Publikationen, wenn er überhaupt jemals welche verbrochen hat, jedenfalls unter Ausschluß der Oeffentlichkeit erschienen sind. Das hinderte aber den betreffenden Herrn in keiner Weise, nicht blos sich, sondern auch seine Gattin und sein fünfjähriges Töchterlein, Fräulein Elly Russak, in die Präsenzliste des Schriftstellertages eintragen zu lassen und dem Prinzen Ludwig vorzustellen. Selbstverständlich trug ein derartiges Gebahren, sowie der aus Berlin mitgebrachte, in eine Phantasielivree gesteckte Lakai, von dem der Vorsitzende der „Deutschen Schriftstellergenossenschaft“ sich und die Seinigen bei dem Festdiner bedienen ließ, nicht gerade zur Erhöhung des Gefühls der Kollegialität bei. In keinem Stande sind wohl die sozialen Gegensätze schärfer ausgeprägt, als bei den Schriftstellern. Gegenüber dem vom Glück begünstigten Dramatiker und Romanschriftsteller, dessen Einnahmen nach Tausenden zählen, steht der nicht selten recht befähigte penny a liner, der sich für fünf Pfennige pro Zeile im Schweiße seines Angesichtes abmühen muß. Diesen ungeheuren Abstand zu überbrücken, nicht etwa denselben noch mehr zu verschärfen, sollte die Aufgabe der Schriftstellertage sein. Zu diesem Zwecke ist es erforderlich, daß allen Produzenten geistiger Waare die Theilnahme ermöglicht und nicht durch übermäßige Kosten erschwert werde. Weniger rauschende Vergnügungen und mehr echte, das kollegiale Gefühl gemeinsamer Interessen kennzeichnende Gemüthlichkeit sollte in Zukunft die Signatur aller schriftstellerischen Kongresse sein. Das Interesse hierfür muß in den weitesten Kreisen des „Federviehes“ geweckt werden. Nicht blos einige mit Glücksgütern gesegnete, vergnügungssüchtige und zum Vergnügen produzirende Dilettanten sollen den Ton angeben, sondern, so weit die deutsche Zunge klingt, soll, was mit der

Feder produzirt, sich alljährlich einmal zusammenfinden auf dem Boden derselben idealen und materiellen Bestrebungen in heiterer Geselligkeit zur Auffrischung für Körper und Geist. Dr. C.

Soweit die Zuschrift. Der zum Schlusse ausgesprochene Wunsch wird wohl nicht in Erfüllung gehen und es schiene uns gar nicht gut, wenn er in Erfüllung ginge. Was kann ein sozialdemokratischer Schriftsteller mit einem gegnerischen, etwa einem nationalliberalen, gemein haben? Es wäre ein schlimmes Zeichen, wenn sozialdemokratische Schriftsteller mit gegnerischen auf Grund der Gemeinsamkeit ihrer „idealen und materiellen Bestrebungen“ zusammenträten, um eine „gemüthliche Kollegialität“ zu pflegen. Es könnte der Sozialdemokratie nichts Schlimmeres passiren, als wenn ihre Schriftsteller ein besonderes „Standesbewußtsein“ entwickeln und kultiviren wollten, wodurch sie sich eins fühlten mit dem bürgerlichen Literatenthum.
Die Red.

Die deutsche Handelsmarine zeigt in ihrer Entwicklung während der letzten Jahrzehnte ein ähnliches Bild wie die englische.

Ihre Leistungsfähigkeit nimmt beständig zu. Der Netto-Raumgehalt der gesammten deutschen Seeschiffe belief sich 1871 auf 982 355 Registertons, 1892 aber auf 1 468 985; er ist also um 486 630 Registertons, oder um 50 Prozent gewachsen.

Die Zahl der Schiffe ist nicht entsprechend gestiegen, weil die Schiffe durchschnittlich immer größer werden: die kleineren werden ausrangirt, die neugebauten nehmen immer riesenhaftere Dimensionen an. Nur bis 1877 ist so die deutsche Handelsflotte auch der Zahl nach gewachsen: von 4519 Seeschiffen am 1. Januar 1871 auf 4809 im Jahre 1877. Dann schrumpft sie, erst allmälig, dann rascher, zusammen bis auf 3594 Schiffe im Jahre 1890. Hierauf tritt wieder ein geringes Wachsthum ein, auf 3653 in 1891, wogegen 1892 mit 3639 Schiffen wieder etwas zurücksteht. Von 1871 bis 1892 beträgt die gesammte Verringerung der Zahl 880, gleich 19 Prozent.

Diese Gesammtentwicklung ist aber wieder die Resultante aus zwei sehr verschiedenen Bewegungen bei den Segelschiffen einerseits und den Dampfschiffen andererseits. Die Dampfschiffe haben beständig zugenommen, die Segelschiffe nur bis 1877.

An Segelschiffen zählte man nämlich (die unter 50 Kubikmeter = 17,65 Registertons Brutto-Raumgehalt sind bei unserer Statistik stets außer Acht gelassen), 1871 4372. Die Zahl stieg zunächst beständig, um 1877 mit 4491 den Höhepunkt zu erreichen. Dann beginnt die Abnahme, in unregelmäßigen Abständen, im Allgemeinen aber immer rascher. 1892 haben wir 2698 Segelschiffe, 1674 (oder 38 Prozent) weniger wie 1871. — Auch diese Gesammtabnahme ist wieder die Resultante aus sehr verschiedenen Bewegungen innerhalb der einzelnen Größenklassen. Zugenommen haben der Zahl nach die kleinsten Segler (bis 50 Registertons), die wohl für die kürzesten Fahrten noch immer ihre Bedeutung bewahrt haben, und die allergrößten (von 800 Tons an), die allmälig für weitere Fahrten und intensiveren Verkehr den Dampfern gegenüber allein noch in Betracht kommen. Man zählte Segelschiffe:

	Bis 50 Tons Raumgehalt	50—100 Tons	100—200 Tons	800—1000 Tons*	1000—1400 Tons	1400—2000 Tons	über 2000 Tons
1872	1001	676	872	50	31	2	0
1880	1316	693	638	101	105	8	1
1886	1216	487	373	102	141	29	5
1892	1227	365	219	66	138	79	13

Man kann schon hieraus schließen, daß der Netto-Raumgehalt der Seglerflotte nicht in gleichem Maße wie die Zahl der Schiffe zurückgegangen ist. Der Raumgehalt wuchs sogar von 1871 bis 1880 von 900 361 Register-Tons auf

---

* Die Abnahme der Zahl bis 800 Tons ähnlich wie vorher.

974 943. Dann erst fängt das Sinken an, bis auf 704 274 Tons in 1892, also gegen 1871 um 196 087 Registertons oder 22 Prozent (gegenüber der Verminderung der Schiffszahl um 38 Prozent).

Die **Dampfer** der Handelsmarine haben sich, mit Ausnahme des einen Krisenjahres 1877, beständig an Zahl vermehrt, von 147 in 1871 auf 941 in 1892, also um 794 oder 540 Prozent. Auch hier wächst der Netto-Raumgehalt viel rascher: von 81 994 Registertons in 1871 auf 764 711 in 1892, also um 833 Prozent. Die Dampfer bis 800 Tons Raumgehalt nehmen gegen den Durchschnitt relativ langsam an Zahl zu, die größeren Dampfer verhältnißmäßig um so rascher. Man zählte z. B. Dampfer:

	Mit 800—1000 Tons	mit 1000—1400 Tons	mit 1400—2000 Tons	mit 2000 Tons und darüber
1873	8	10	9	24
1880	19	25	35	10
1886	39	70	61	26
1892	48	98	104	93

Der **Holzbau** ist immer mehr durch **Eisen** und **Stahl** verdrängt worden, auch bei den Seglern. Von Eisen waren 1873 38 Segler, 1892 379, trotz des Rückgangs der Gesammtzahl. Von Holz waren Dampfer 1873 10, 1880 14, 1886 10, 1892 9.

Die **Besatzung** hat sich, trotz der Zunahme des Netto-Raumgehaltes aller Schiffe um 50 Prozent, wenig verändert; man leistet mit weniger Arbeitskräften dasselbe, besonders auf den Dampfern, aber auch auf den verbesserten und vergrößerten Seglern. Die Besatzung der gesammten Handelsmarine betrug 1871 39 475, 1892 40 899 Köpfe, also nur 4 Prozent mehr. Während der Raumgehalt der Segelschiffe um 22 Prozent zurückging, nahm hier die Besatzung ab von 34 739 Köpfen in 1871 auf 17 390 in 1892, also um 50 Prozent. Entsprechend wuchs die Dampferbesatzung von 4736 auf 23 509 Mann, um 396 Prozent. — Im Jahre 1871 kam auf jedes Segelschiff im Durchschnitt eine Besatzung von 7,9, 1892 von nur 6,4 Mann — auf jedes Dampfschiff von 32,2 bezw. 24,9 Mann.

Nach **England** hat heute Deutschland in Europa weitaus die **größte** Dampferflotte. Frankreich besaß zwar 1891 1110 Dampfer (gegen 896 deutsche im Jahre 1891), dieselben faßten aber nur 499 921 Registertons (gegen 723 652 deutsche). Großbritannien mit seinen 5855 Dampfern und 5 021 764 Tons steht allerdings noch gewaltig hoch über Deutschland.

Interessant ist auch, daß **Norwegen** mit seinen vielen kleinen Fahrzeugen Deutschland noch an Gesammtfassungskraft seiner Marine (1891 1 610 005 Registertons) übertrifft. Dabei hatte Norwegen nur 338 Dampfer mit 180 141 Registertons.

—ms.

Feuilleton.

Des Pastors Elenn.

Erzählung von **August Strindberg**. Autorisirte Uebersetzung von **Erich Holm**.

Pastor Norström hatte nur sehr bescheidene Einkünfte. Theils war seine Heerde arm, theils auch begann von oben her die Aufklärung nach unten zu sickern, während von unten her der Aberglaube, die Sekte der Leser,* der Brotkirche schwere Konkurrenz machte.

Er hielt ein Paar Kühe, bestellte ein paar Morgen Landes mit Weizen und Roggen, hatte den Wald und ein eigenes Fischereirevier zu seiner Ver-

* Name einer Sekte, die dem Bibellesen huldigt und in religiöse Ekstasen verfällt.

fügung; doch da er nur eine Magd halten konnte, mußte er selber pflügen, selber fischen und selber mit dem Fischerboote zur Stadt fahren.

Im Walde durfte er für den Hausbedarf Holz nehmen, Heidelbeeren pflücken, ja auch das Jagdrecht ausüben; da er aber keinen Hund hatte, spazierte das Wild vollkommen unbehelligt darin umher. Dadurch wurde der Pfarrhofwald zu einer beliebten Wurfstätte für die Elche der Gegend, die sich oben in einem Moore fortzupflanzen pflegten. Aus der Noth aber hatte der Pastor, wenn nicht eine Tugend zu machen, so doch sich etwas Einkommen herauszuschlagen gewußt, indem er nämlich Jahr für Jahr ein Elenn erlegte. Zu mehr als einem brachte er es nicht, allein das gab doch, wenn man eins ins Andere rechnete, das Fleisch mitsammt der Haut, den Hörnern und Klauen, gut achtzig Kronen, das Blut und die Eingeweide, an denen man sich an die acht Tage delektirte, gar nicht mit einbegriffen. Es war jedoch eine unsichere Einnahme und konnte nur zu leicht in die Brüche gehen, denn ein einziger Schuß entschied, ob dies Jahr der Fleischtopf ans Feuer gesetzt oder Fischthran darin gesotten werden sollte, womit man sich in diesem Falle schadlos halten mußte. Nicht ohne Unruhe sah man demnach im Pfarrhofe den elften August herannahen.

Schon im Juli nahm man den Kühen, die im Walde weideten, die Schellen ab, und vom ersten August an durfte die Magd die Hausthiere nicht mehr zusammenrufen. Hierauf richtete der Pastor die Salzlake her und hieb Espenreiser ab, um die Kreuzwege damit auszustecken. Am letzten Sonntage des Juli aber ließ er von der Kanzel herab eine gelinde Warnung ergehen, sich keine lärmenden Besuche seines Waldes zu Schulden kommen zu lassen, und konstituirte sich dann, mit Rücksicht auf die Erdbeerweiber und Heidelbeerbuben, selbst als Waldpolizei.

Allein der „Kampf um das Elenn“ ward nicht so leicht zu siegreichem Ende geführt, und hatte er auch den ganzen Sommer seinen Elennstand gehabt, hatte er die Thiere sich auch frei unter seine Kühe und Ochsen mischen gesehen und sich derart an ihren Anblick gewöhnt, als ob sie schon in seinem Viehhofe stünden, in seinem Kochtopfe lägen, so konnte es dennoch, wenn der große Tag erschien, nur zu leicht geschehen, daß der nächstbeste unternehmende Insulaner ihm das Hochwild auf sein Gebiet hinweglockte oder es in die See trieb, wo es dann auf den Kobben Jedermanns gute Prise war.

Im Vorjahre, da war's dem Pastor ganz wunderbar gerathen. Die Elche kamen und zeigten sich gar wenig scheu, denn der Winter war hart gewesen. Bis hinter die Umzäunungen wagten sie sich vor und naschten vom Frühjahrsroggen, aber das that dem Jägerherzen des Alten nur wohl.

„Eßt ihr mein Brot, so esse ich euer Fleisch“ — sagte er zu seinem Weibe, dem es um die Gottesgabe leid that.

So war der elfte August angebrochen, und der Pastor weihte den sonnigen Tag damit ein, die Hakenbüchse mit englischem Pulver zu laden und die Kugel in den Lauf zu stecken.

Die Alte nahm das Küchenmesser unter die Schürze, den Eimer in die Hand, und so begab man sich in den Wald. Nun wurde es ein für allemal so gehalten, daß die Frau und der Pastor sich beim Gatter trennten, das Vieh, das sie an der Gangart, wie den Hasen am Lauf erkannten, zusammenläuteten, und die Frau es sodann, nachdem sie das Gatterthor weit aufgethan, mit Ho-hoo! Ho-hoo! und hop-hop-hop-hop! hereinlockte.

Es hatte mehrere Wochen ununterbrochen geregnet, so daß die Elche drinnen im Forste im Moraste gestanden waren. Indessen heiterte sich jetzt das Wetter

auf, und die Sonnenlichter spielten wie grünliche Flämmchen im Birkenhaag. Der Pastor war in den von Haselgebüsch laubenartig überwölbten Fahrweg getreten, in dessen aufgeweichten, walkigen Boden sich die Rädergeleise scharf wie Eisenbahnschienen eingeschnitten hatten; und eben wollte er nachsehen, ob das Zündhütchen von den herabfallenden Tropfen nicht feucht geworden, als er es im Gebüsch knistern hörte. Die Ohren des Pastors legten sich nach hinten, die Augen traten ihm heraus, und auf den Zehen auftretend, um sich leicht zu machen, die Achseln in die Höhe gezogen, wie um sich zu erheben und zu fliegen, schlüpfte er ins Dickicht.

Und da stand er nun, von Angesicht zu Angesicht dem Elchbullen gegenüber, der den Hals zu dem Gezweige einer Esche emporgereckt, mit der langen Oberlefze das zitternde Laub herunterholte.

Paff! — knallte der Schuß. — Das Blei drang ins Rückgrat, just an der Stelle, wo es hinein sollte. Der Koloß brach zusammen, wie wenn man aus einem Skelett die Eisenbänder entfernt, und aus war's.

Das hatte der Pastor schon so im Griff, auf den Rücken zu zielen. Gewagt war der Schuß, traf er aber, so war's ein reines Schlachten. Das Thier von einer andern Seite anzuschießen, das dünkte ihm eine rechte Narretei. Meilenweit konnte es da noch mit dem Blei im Leibe laufen.

Der Jäger mußte indeß gefunden haben, daß die Sache diesmal doch gar zu überstürzt von statten gegangen wäre, und der Schuß am Ende für die Jagdchronik des Jahres kein rechtes Thema abgeben möchte, denn er sah recht verblüfft drein, während sich das Opfer im Todeskampfe überschlug. Als jedoch Alles stille geworden, ermannt er sich, ruft die Alte, und da er nicht sofort Antwort erhält und fürchtet, das Fleisch könnte Schaden nehmen, wenn das Blut nicht abliefe, holt er sein Taschenmesser hervor und durchschneidet die Pulsader, die er umkneift, nachdem er das Blut daraus hervorspritzen gesehen. Dann ruft er aufs Neue und dreht nun die Ader, die sich wie ein Wurm in die Wunde gekrüllt, wieder auf, um nachzusehen, ob das Blut nicht geronnen.

Da kommt endlich die Frau mit dem Messer und dem Eimer.

„Ein Kerl das!" sagt der Pastor mit erkünstelter Gleichgiltigkeit.

„Das Kapitalstück, mein' ich! Und wie geschwind Du warst!"

„Hast denn die Andern gesehen?"

„O, Jesses, ja! Wie die Dragoner sind sie aufs Gatter zugestürzt gekommen, haben aber dann Kehrt gemacht und sind in die See. So hat's doch jetzt ein Ende mit dem Neid."

Und nun greift die Frau zum Messer, und der Eimer füllt sich mit dem röthesten Blute, das wie Meth schäumt, während der Pastor mit aufgeschürzten Hemdärmeln im Halse des dampfenden Thieres umherwühlt, das, später von weltlichen Leuten eingebracht, Anlaß zu einer Menge von Branntwein-Kaffees, zu einem Schmausen der Nieren und Kaldaunen, der Lunge und Leber giebt, das seine vollen acht Tage währt.

So war es im verflossenen Jahre ergangen.

Nun, den zehnten August sitzt der Pastor in der Vorlaube und putzt seine Büchse, während die Pastorin im Gärtchen Schoten aushülst.

Da knarrt es auf dem Kieswege, und des Barons Waldhüter auf Stora Sätra kommt, in der einen Hand die Mütze, in der andern eine Koppel von drei Spürhunden.

„Guten Tag, Eklund, was bringt Ihr?" grüßt Pastor Norström.

„Ja, Herr Pastor, der Herr Baron lassen sich empfehlen und fragen, ob seine königliche Hoheit nicht morgen hier im Walde auf Elche jagen könnten. Der Elennstand des Herrn Barons, der ist verwichene Nacht durch, und nun liegt der Prinz mit seinem Dampfer vor Dalarö und wartet auf die Jagd, zu der er gebeten worden.“

Der Pastor kratzte sich den Kopf, die Pfarrerin aber, welche den Vorschlag mit angehört, erwiderte:

„Das geht nicht an, Erik, hier nein zu sagen. Am besten also, Du sagst gleich ja!“

„Freilich, freilich wird es am besten sein“, stimmte der Pastor bei, und damit war die Sache im Hauptpunkte erledigt.

„Aber sag', Eklund, könnte ich mich nicht vielleicht auch an der Jagd betheiligen? Je mehr Mann, je mehr Glück“, wehrte sich der Pastor, sich so lange als möglich an seinen Fleischtopf klammernd.

„Ja, gehen thät's freilich. Aber ich will dem Herrn Pastor nur das Eine sagen, denn ich kenn' das, ob er nun mitkommt oder nicht, 's ist immer der Baron, der die Schützen aufstellt. Und da doch einmal der Prinz den Schuß haben soll, so sind die Andern nur gerad' wie zum Narren gehalten, und das kann doch kein Vergnügen sein.“

„Aber sagt einmal, Eklund“, griff jetzt die Pastorin wieder ein, „man wird doch hoffentlich bei so einer Gelegenheit nicht ganz leer ausgehen? Denn seht, es handelt sich da für uns um das Herbstfleisch, und könnt Ihr das dem Baron geschickt beibringen, soll's auch an einer kleinen Gratifikation für Euch nicht fehlen.“

„Sei still!“ mahnte der Pastor ab.

„Ja, sehen Sie, Frau Pastorin, da bin ich meiner Sache ganz gewiß, daß der Herr Pastor es nicht umsonst thun wird. Das ist doch eine alte Sache, daß gentile Leute nichts annehmen, ohne es wieder gleich zu machen, und wenn ich nicht irre, kriegte voriges Jahr der Länsmann eine goldene Uhr mit Petschaften, die an die tausend Kronen werth gewesen sein muß.“

Tausend Kronen, summte es dem Pastor im Ohr, als er nach dem Fortgehen des Hägers nachdenklich in seine Kammer trat und die Büchse an die Wand hing; tausend Kronen! zischelte es im Ohr der Pastorin, als sie in die Küche ging, die Schotenerbsen zuzusetzen. Und die goldenen Träume wuchsen und trieben ihr wechselndes Gaukelspiel, den Einbildungen schossen mächtige Mövenschwingen an, mit denen sie sich in die Lüfte erhoben, die voll Gold und Ehren hingen.

Und als man sich zu Tische gesetzt und der Pastor das dritte Gläschen Schnaps zu sich genommen, da hatte die goldene Uhr sich in ein Regalpastorat verwandelt.

„Ja, siehst Du, Karoline, die Wege des Herrn sind unergründlich“, verkündete Pastor Norström, von dem man nicht eben behaupten konnte, daß er den Namen des Herrn vergeblich auszusprechen pflege; „die man darniedergetreten, können auch leicht erhöht werden; und was meine Begabung anbelangt, wer weiß, ob es nicht blos an dem rechten Verständnisse für sie gefehlt hat. Hm!“

„Aufrichtig gesagt, sehe ich nicht ein, warum Du, Erik, nicht gerade so gut Deinen hundert Morgen Landes solltest vorstehen können, wie nur irgend einer von diesen Lesern, die ihr Lebtag keinen Pflug in der Hand gehabt haben und nichts thun, als Versammlungen besuchen.“

„Ja, ja, aber das ist wieder ein ganz anderer Standpunkt, Karoline“, unterbrach der Pastor, der eine verblümte Ausdrucksweise vorzog, „ein ganz anderer Standpunkt!“

Unterdessen war der große Tag, dem sämmtliche Bewohner der Pfarrinsel mit großer Spannung entgegensahen, herangebrochen, und gegen elf wurde das Erscheinen des königlichen Dampfers im Fjord signalisirt. Pastor Norström hatte Toilette gemacht und begab sich nun in seinem Paraderock zur Landungsbrücke hinab, die Gäste zu empfangen. Allein, schon fand er die Leser, mit dem Schullehrer an der Spitze, dort aufgestellt. Sie hatten sozusagen Wind davon bekommen, daß der Hof auf seine Art fromm wäre, und hielten sich deshalb bereit, mit etwas Carabia vom allerbesten des Stiftes aufzuwarten.

Der Dampfer aber legte nicht hier, sondern draußen bei den Fischgründen an, und unmittelbar darauf wurde ein Boot abgelassen, das geradeaus auf den schwarzgekleideten Geistlichen, den die Bemannung mit den Rudern salutirte, zusteuerte. Ein Adjutant in Marineuniform sprang nun ans Land, grüßte artig und lud den Pastor ein, an dem Frühstück an Bord, welches der Jagd vorausgehen sollte, theilzunehmen. Die letztere war nicht vor vier Uhr, der Zeit, um welche die Elennthiere den Stand verließen, anberaumt.

Der Schullehrer, der den Ankömmling für den Prinzen selbst hielt, räusperte sich, worauf Alle zugleich etwas, das ein Gesang sein sollte, anstimmten. Allein der Lieutenant gebot ihnen sofort mit der Hand Schweigen und schrie aus vollem Halse:

„Keinerlei Aufsehen am Lande, hat seine königliche Hoheit befohlen! Begreift Ihr denn nicht, daß es nicht verlautbart werden soll, wenn seine königliche Hoheit hierher kommt, um zu jagen?“

Der Chor löste sich in einen gellenden Akkord auf, der weit über die Bucht hin widerhallte und die Elche leicht in die See hätte jagen können. Wen aber der Triumph über die unbarmherzige Majorität am Strande mit Frohlocken erfüllte, das war der Pastor Norström. In seiner Eigenschaft als einer der verhältnißmäßig Aufgeklärten hatte er nämlich von der Tyrannei der Leser, denen der Kamm geschwollen war, seit sie sich von oben gestützt wähnten, gar sehr zu leiden. Die Frommen zogen nunmehr zur Landspitze hinaus, und den Dampfer mit seinen Passagieren als eine Art Bethelschiff aus ihrer Hürde betrachtend, setzten sie sich auf die Steine am Strande, um aufzupassen, was da kommen würde. Wie erbost waren da nicht die frommen Gemüther, als sie sahen, wie der „Freidenker“ Norström an einer großen Tafel Platz nahm und in Gesellschaft der Offiziere aus Schüsseln und Bouteillen bedient wurde.

„Das sind keine Kinder Gottes, die da!“ bemerkte der Schullehrer, sich an Kirchenvorstehers Anna wendend.

„Nein, wahrhaftig, das sieht man“, erwiderte Anna, indem sie an einem Grashalm saugte, um sich der Illusion, etwas Gutes zu essen, hinzugeben.

Die Pfropfen knallten und die Teller klapperten durch volle zwei Stunden. Die Kinder Gottes verloren gleichwohl nicht die Geduld. Sie bewachten entschlossen die Brücke, die der Prinz passiren mußte, um ihn zu einer Theestunde mit Gottesgelahrtheit zu bitten, einer Einladung, der er sicherlich nicht zu widerstehen vermöchte.

Als sie denn endlich die Flintenläufe im Sonnenschein blinken sahen, die Jagdkoppel klirren hörten und die Boote ausgesetzt wurden, stürzten sie auf die Brücke hinab und bildeten eine Hecke. Doch kaum waren nur die Ruder recht ins Wasser gekommen, lavirte die Eskadre um die Landspitze herum, nach der

andern Seite der Wiek hinüber und verschwand hinter dem hohen Schilf, während die auf der Brücke harrenden Gotteskinder ihrer Mißbilligung in Ausdrücken Luft machten, die nicht so sehr Glückwünsche, als ein redlich gefülltes Maß vom Gegentheile in sich faßten.

Indessen war da vorläufig nichts zu machen, und die Gruppen zerstreuten sich.

Eine Weile darauf brach der Spektakel im Pfarrhofwalde los. Hunde bellten, Signalhörner schmetterten und Schüsse krachten. Es ging wie ein Orkan vorüber, und binnen einer Stunde war Alles abgethan. Die Boote kamen hinter dem Schilf wieder zum Vorschein, und das erste derselben war mit einem gewaltigen Elchbullen belastet, dessen Hörner Laubgewinde umkränzten.

Die Gotteskinder, die nunmehr den Befehl, sich stille zu halten, für gebrochen erachteten, versammelten sich aufs Neue an der Landspitze und legten weit eher Neugierde und das Verlangen, sich bemerkbar zu machen, an den Tag, als es ihnen darum zu thun schien, Rettungsarbeiten an den Seelen zu verrichten. Und als sie nun Punschbouteillen entkorken sahen, Hurrahrufe und Signale vernahmen, erachteten sie den Augenblick zu einem Einschreiten von ihrer Seite für günstig. Der Schulmeister intonirte „Süßer Jesus", und der ganze Chor fiel unisono ein. Noch aber hatten sie nicht viele Takte gesungen, als schon die Ungläubigen auf dem Dampfer mit dem von sechs Kanonieren geblasenen Boccacciomarsche antworteten. Und nun begegneten sich Rhythmen und Harmonien, und kämpften wie Engel und Teufel in der Luft, bis das Echo der Gestade Freund und Feind in einer einzigen mächtigen Tonschwingung vermengte und hinrollend über die Fjorde, einer Woge gleich, an den fernsten Scheeren sich zu brechen und dahinzusterben. Bis zur Dämmerung währte der Zweikampf. Da endlich wurde der Pastor ans Land gesetzt, der Dampfer lichtete die Anker, ließ einige Raketen aufsteigen und war alsbald in der Dunkelheit verschwunden.

Als Pastor Norström zu seiner Alten heimkam, hatte sie Licht angezündet und erwartete ihn voll Ungeduld drinnen in der Kammer.

„Na also, was hast Du bekommen?" frug sie, ohne ihre Neugierde zu verhehlen.

„Ja, wenn ich das Alles sagen könnte", erwiderte der Pastor, der in der Erinnerung noch einmal alle die Leckerbissen der Tafel vor sich auftauchen sah. „Nierenbraten und Spargel, und — —"

„Daß Du Dir's gütlich gethan hast, während ich allein zu Hause saß, daß weiß ich schon so — —"

„Du! Ja, bist denn Du Pastor, hast Du einen Elennwald? Mitjagen kannst Du nicht, beim Jagddiner aber, da hättest Du wohl mithalten sollen, nicht?"

„Natürlich nicht, das versteht sich!"

„Ja, das ist auch nur natürlich, daß der, der kein Pastorat und keinen Elennstand hat, auch nichts bei einem Elenndiner zu schaffen hat. Siehst Du das nicht ein, Karoline? Jetzt wollen wir aber einmal nachsehen, was ich da in der Tasche mitbringe."

Karoline ließ ihre Gleichheitslogik im Stich und schob das Licht näher, neugierig, was das braune Chagrin-Etui enthalte, das der Pastor mit einem kleinen Klaps, als ob er Trumpf schlüge, auf dem Tisch deponirte.

Auf violettem Sammt lag, in einen Ausschnitt eingefügt, eine Tabaksdose, die wie der vom österlichen Meßgewande sich abhebende Kelch schimmerte.

„Gold?"

„Glaubst Du?“

Der Pastor nahm die Kostbarkeit in die Hand, drückte den Deckel auf und untersuchte, die Brille auf die Stirn hinaufschiebend, die Punze.

„Silber! —“

„Einem geschenkten Gaul soll man nicht ins Maul schauen, aber das ist doch, streng genommen, kein Geschenk — —“

„Und auch kein Gaul, aber Silber ist's“, sagte die Alte und ging, die Schnellwaage zu holen.

Sie nahm hierauf einen kleinen Behälter, in dem sie Eier zu kochen pflegte, legte das Kleinod hinein, hing Alles miteinander am Haken auf und las nun ab:

„Ja, Du, 'ne Viertel-Mark! Macht so viel, wie acht Loth, 'ne Kleinigkeit drüber. Ein hübsches Geschäft das! Weißt Du, was Du dafür bekommst?“

„Nein!“ antwortete der Pastor etwas kleinlaut.

„Zwölf Kronen, nichts mehr. Arbeit und Vergoldung werden nicht gerechnet, wenn man verkauft, nur wenn man kauft.“

Pastor Norström sah recht niedergeschlagen drein. Zwölf Kronen für das Elenn! Dabei um das ganze Vergnügen gebracht, die Aufregung, das Schlachten! Vor Allem aber kein Fleisch, keine Leber-, keine Blutwürste!

„Achtundsechzig Kronen reiner Verlust!“ — tröstete die Alte, die wenigstens die behagliche Verdauung nach dem feinen Diner, daran sie keinen Theil gehabt, nicht gestört wissen wollte. „Aber so geht's, wenn man sich mit den Großen einläßt. Kannst jetzt den ganzen Winter dasitzen und mit gesalzenem Strömling vorlieb nehmen, dafür aber Dich in der Erinnerung an Deinen Nierenbraten letzen, bis Dir das Wasser im Mund zusammenläuft. — Und das Pastorat? Was ist's mit dem?“

„Still, Karoline, still!“ ermahnte der Pastor, ging ins andere Zimmer und legte sich zu Bette.

Bei der nächsten Botenfahrt nach Dalarö ließ sich der Pastor ein Pfund Rappé kommen, um seine Dose damit zu füllen und doch wenigstens die Genugthuung zu haben, das Kleinod zu produziren. Und er schnupfte mit dem Länsmann und dem Kirchenvorsteher, mit dem Häger und dem Inspektor und wollte schließlich sogar mit dem Schullehrer schnupfen, der aber dankend ablehnte. Er schnupfe nicht.

So ging es bis nach Weihnachten fort, und manches Scheltwort mußte er von der Frau über die übel zugerichteten Taschentücher hinnehmen, als aber das Neujahr kam, da hieß es sich von der Dose trennen.

Dreizehn Kronen fünfzig erhielt er für sie. „Also ein reiner Profit von einer Krone!“ sagte er sich, als er im Stern ein kleines Frühstück zu sich nahm.

Nachher mußte er aber auch bis Ostern von nichts als Strömlingen leben! Ja, mit großen Herren ist nicht gut Kirschen essen.

Berichtigung. In dem Artikel über „Die russische Handelspolitik“ (Nr. 42) muß es zum Schlusse heißen: „Der Sperling billigerer Lebensmittel in der Hand ist wichtiger wie auf dem Dache die Taube billigeren Brotkornes und minimal erweiterten Exportes“. — In Nr. 44 („Indien und die Silberkrisis“) auf S. 536 oben: „Der großen Bank- und Handelswelt erschien vor Allem die feste Angliederung der indischen Währung an die Währung des Weltmarktes wünschenswerth“ — auf S. 535, Anmerkung: Herr Dr. Bamberger erörtert die „hinkende“ Währung.

Für die Redaktion verantwortlich: Georg Baßler in Stuttgart.



Nr. 47. XI. Jahrgang, II. Band. 1892-93.

Küster und Lehrer.

Nach vielen Enttäuschungen und Demüthigungen, erst letzthin wieder durch die Konservativen im Landtag, nun doch einmal ein „Erfolg", ein wirklicher, schwarz auf weiß beglaubigter Erfolg der preußischen Volksschullehrer: die Zeitungen berichten von einer „Verfügung des Kultusministers, wonach bei Wiederbesetzung von Lehrerstellen die niederen Küsterdienste abgetrennt werden sollen". Was in anderen Ländern längst als selbstverständlich galt, das will nun auch Preußen, das Land der Märchen vom Schulmeister von Sadowa, seinen Lehrern gewähren — natürlich ohne Ueberstürzung und radikale Aenderung, von Fall zu Fall und unter Beibehaltung der „höheren" Küsterdienste. Den Geschwindschritt kennen wir ja nur bei militärischen Evolutionen. . . .

Es sind seltsame Kulturbilder, die bei dieser Zeitungsmeldung vor unserer Erinnerung aufsteigen. Meist geben sie sich selber als Schilderungen aus alter, langentschwundener Zeit; in jeder Geschichte des Volksschulwesens können wir sie finden. Und doch lebt diese oft gegeißelte Vergangenheit auf dem Lande noch als schmachvolle Gegenwart leibhaftig neben uns; man achtet ihrer nur nicht mehr so sehr wie in der Zeit des Aufstrebens des bürgerlichen Liberalismus und der liberalen Lehrerschaft.

Unter allen möglichen Bezeichnungen war einst der Schulmeister zugleich der Kirchendiener für Dienstleistungen gewöhnlichster Art. Als Küster, Kirchner, Meßner, Glöckner, Sigrist, Opfermann oder wie man ihn auch heißen mochte, fegte er den Kirchsteg und die Kirche, säuberte er die Bänke und schmierte die Glocken; er läutete und beierte, er that allerlei Handreichungen am Altar und ging mit dem Cymbelsäckel sammelnd von Bank zu Bank. Er begleitete den Pfarrer wie ein Lakai zu den Kranken; bei Taufen, Hochzeiten und Leichen hatte er den Laufburschen und Tafeldiener zu machen. Vielfach ohne allen irdischen Lohn, der mehr dem Pfarrer zufloß, denn — schreibt noch 1854 der Pfarrer Dreising — „als Diener Jesu Christi läutet der Lehrer die Glocken, ruft die Gemeinde mit dem ehernen Munde, singt den Lob- und Bittgesang oder spielt ihn auf der Orgel; als Diener Jesu Christi bestellt er die Leute, die ihm der Pfarrer bezeichnet hat, zur Pfarre hin, trägt die Gefäße des heiligen Abendmahls und holt und reicht das Taufwasser zur heiligen Taufe dar".

Der Herr Pfarrer unterrichtet uns gleich noch weiter über die Pflichten eines richtigen „Musterküsters", die er damals bald um bloßen Gotteslohn, bald

um einige Fressalien, wie der Berliner sagt, oder um ein paar Groschen Geld zu erfüllen hatte. Am Sonnabend Abend geht er, „wie er es gewohnt ist und wie es der Anstand, auch unsere althergebrachte Landessitte erfordert, noch zu dem Kirchenpatron (also dem ersten besten Gutsherrn) herüber, um ihm die Zeit des Gottesdienstes und die Nummern der zu singenden Lieder freundlich und ehrerbietig zu melden. Der Mann, der ihn hier zu der Stelle berufen, der ihm zu Brot und Unterhalt verholfen, ist der Aufmerksamkeit und der kleinen Mühe werth.... Der Prediger kommt, unser N. (der „Filialküster" im Nachbardorf; d. V.) geht ihm freundlich entgegen, bewillkommnet ihn als einen lieben Gast, hilft ihm aus dem Wagen und nimmt ihm seine Sachen liebreich ab, so sehr er sich auch dagegen wehrt. Solches steht freilich in seiner Matrikel nicht, in seiner Herzensmatrikel aber.... Selbst da, wo der Küster als Diener der Einzelnen äußerlich erscheint, z. B. bei den Einladungen zu Taufen, Hochzeiten u. s. w., wo er gewissermaßen den Wirth macht und sonst kleine äußere Geschäfte besorgt, denkt Niemand daran, daß das eine Schande für ihn sei, sondern man will ihn, wie sich selbst und die Handlung, heben und ehren, indem man gerade ihn dazu wählt.... Er soll dann nicht vergessen, daß es eine hochwichtige und kirchliche Handlung ist und die Gäste nicht zum Essen und Trinken, sondern vorzüglich zu Gebet und Andacht eingeladen werden.... Zerschneidet er den Braten, so braucht er sich keine Schürze umzubinden, überhaupt davon nicht so viel Wesens zu machen. Wenn er Weib und Kind bei sich hat, darf's nicht nach 1. Moses 43, 34 gehen: Und dem Benjamin ward fünfmal mehr denn den Andern". Während des kirchlichen Gesanges, den der Musterküster mit seiner Stimme leitet, hat er folgende Arbeiten gelegentlich zu verrichten: „Ein laufendes Licht in Ordnung zu bringen, die wackelnde Kinderbank gerade zu rücken, einen Fremden zu einem Sitze zu weisen, ihm wohl gar ein Gesangbuch zu geben, einen Hund aus der Kirche zu entfernen.... Da müssen die Tücher gebürstet, die Stühle abgewischt, die Altar- und Kronleuchter geputzt, die Wäsche glänzend weiß, der Staub und die Spinneweben entfernt und Sand auf den rein gefegten Boden gestreut sein. Da muß keine Thüre knarren oder pfeifen, jedes Schloß schließen, jeder Riegel passen; im Winter muß auch für einen schönen, trockenen Weg nach der Kirche gesorgt sein. Uebrigens verwehrt es ihm ja Keiner, daß er sich bei den Arbeiten von Weib und Kindern dabei helfen läßt oder sich sonst geeignete Hilfe dazu anschafft". Der Musterküster kann es seinem „Weib" nie verzeihen, wenn es beim Fegen und Stäuben in der Kirche „ein Fleckchen vergessen" hat. „Er grämt sich nicht, daß er so vielerlei zu thun, auch Sonntags keine Ruhe hat, sondern es ist ihm eine wahre Freude, daß er etwas thun kann; es käme ihm sonst vor, als äße er sein Küsterbrot mit Sünden und viel zu bequem." Die „sehr winzige Entschädigung" solle den Küster nicht abhalten, das an Stelle des Beichtgeldes zu zahlende Vierzeitengeld pünktlich und gewissenhaft einzusammeln, für den Herrn Pfarrer natürlich. „Einfordern müßte der Küster dieses Geld und wenn er gar nichts dafür bekäme.... Wahrlich, es ist schwer zu begreifen, wie auch dies Geschäft dem Küster so fatal sein kann, daß er lieber einen Anderen schickt, oder sich das Geld durch die Kinder mitbringen läßt. Da er es für die Kirche thut, kann und muß er's mit Freuden thun." Leider, meint unser Pfarrer, stürben aber die „besseren, treueren, taktvolleren und folgsameren" Küster aus, mit der steigenden „Lehrerbildung" gehe die „Küsterbildung" zurück. Doch „wer selbst die Schranken muthwillig durchbricht, die der Herr unser Gott gezogen hat, der muß nothwendig in diese Schranken zurückgewiesen werden, und das macht sich freilich

nicht immer so ganz sanft". Doch scheine es jetzt (1854) wirklich besser zu werden, seit „ein frömmerer und heiliger Geist auf mehreren Seminaren weht und in den Herzen der Zöglinge gepflegt wird, wofür die Gemeinden und vorzüglich die Prediger Gott nicht demüthig und freudig genug danken können".*

So standen die Dinge in den fünfziger Jahren in Preußen. Wie stehen sie heute? Natürlich je nach den einzelnen Distrikten und Gemeinden sehr verschieden, vielfach aber noch genau so schlimm wie früher. Und wenn man das Dreising'sche Lob des alten bescheidenen Küsters und seine Bußpredigten gegen den neumodischen hochmüthigen Lehrer liest, so fällt einem unwillkürlich eine Diskussion ein, die sich vor gut zwei Jahren in der „Kreuzzeitung" zwischen einem hinterpommerschen Kantor, einem thüringischen Pastor und einem uckermärkischen sogenannten „Bauer" abspielte und die wir hier kurz wiedergeben, weil sie, schärfer wie eine lange Auseinandersetzung, die ganze Küstermisère des armen preußischen Dorfschulmeisterleins und noch mancher seiner kleinstädtischen Kollegen zum Ausdruck bringt.

Anfangs 1891 also hatte die „Kreuzzeitung" Einiges über „Lehrstand, Wehrstand und Sozialdemokratie" philosophirt und dabei den Küster-Lehrer ungefähr dem Unteroffizier gleichgestellt, in der Stellvertretung Gottes und noch in manchen anderen wichtigen Dingen. Ein hinterpommerscher Kantor aber, „ein älterer, durchaus konservativer Lehrer, der etwa 25 Jahre in einer großen Gemeinde das Kantoren-, Organisten- und Küsteramt verwaltet hat", maßte sich an, der Kreuzzeitungsgemeinde ein Licht aufstecken zu wollen, wo es doch gar nicht seines Amtes war: eben in der Küsterfrage. „Der geehrte Verfasser des betreffenden Artikels — schrieb er — scheint denn doch die derzeitigen Obliegenheiten, welche der niedere Küsterdienst dem Volksschullehrer auferlegt, sehr wenig zu kennen, sonst würde er sich wohl kaum zu einer solchen Glorifikation desselben haben hinreißen lassen.... Der Einsender ist heute noch laut der pommerschen Küsterordnung verpflichtet:

1. Reinigen der Kirche,
2. Instandhaltung der Wege auf dem Kirchhofe,
3. Befreiung der Steige von Schnee und Eis im Winter,
4. Tragen der Synodal-Kurrende zum benachbarten Pfarrorte,
5. das tägliche Morgen-, Mittag- und Abendläuten,
6. das Einläuten resp. Einbeiern sämmtlicher Sonn- und Festtage,
7. Besorgung des Geläutes an Sonn- und Festtagen auch mit allen drei Glocken gleichzeitig,
8. das regelmäßige Schmieren der Glocken,
9. das tägliche Aufziehen und Stellen der Thurmuhr,
10. das Hinausstellen der Kollektenbecken und Einsammeln der Kollekten,
11. das Einsammeln der Pröven (d. h. des Neujahrsopfers) für den Pastor,
12. das Anzünden der Altarlichter und Kronleuchter zu den bez. Gottesdiensten u. a. m.

„Daß viele dieser Dienstleistungen einen gehörigen körperlichen Kraftaufwand erfordern und sogar die Gesundheit des Lehrers zu untergraben geeignet sind, würde der Herr Verfasser des genannten Aufsatzes nicht in Abrede zu stellen wagen, wenn er einmal beobachten könnte, wie der Küster vor jeder Beichte den Thurm besteigen muß, um mit der großen Glocke die Beichte einzuläuten und sich bald darauf auf die Orgelbank zu setzen, um noch völlig erhitzt und oft

* Man vergleiche die Auszüge aus der Pfarrer Dreising'schen Schrift in Fischer's Geschichte des deutschen Volksschullehrerstandes, 2. Bd., S. 350—355.

schweißtriefend in der kalten Kirche das Beichtlied zu spielen. Wenn nun in unseren Tagen in den betreffenden Kreisen der Wunsch laut wird, die niederen Küsterdienste loszuwerden, so dürfte darin wohl keine Ueberhebung gefunden werden können, zumal wenn man in Betracht zieht, daß sämmtliche Küsterdienste nicht besonders honorirt, sondern dem Küster einfach vokationsmäßig aufgebürdet und in sein Lehrergehalt eingerechnet werden."

Darauf kam nun ein thüringischer Pastor mit einer „freundlichen Erwiderung", gnädig herablassend im Ton und um so anmaßender im Inhalt — Ehrwürden Dreising in neuester Auflage. Der „kurze und nette" Artikel des Kantors — orakelt unser Pastor — habe zweierlei übersehen: den „Begriff eines custos ecclesiae" (des Küsters, Hüters der Kirche) und „die geschichtliche Entwicklung". Zum ersten: in dem „Begriffe" eines custos liege das „Amt" der „Aufsicht". Das Amt der Aufsicht aber sei „schon durch sich selbst dem Mechanischen entzogen und auf die Stufe des Geistigen, der Ueberlegung, des planmäßigen Zurechtelegens erhoben. Von diesem Gesichtspunkte aus tritt das Amt des Küsters in dieselbe Kategorie des Geistigen, wie die übrigen Aemter, mit denen Sie geschmückt sind. Oder stimmen Sie mir hier nicht zu? Da Sie in Pommern wohnen, wird Ihnen das Amt eines Administrators von Gütern nicht unbekannt sein. Ein solcher Administrator ist mit Ihnen in dem gleichen Falle." — „Zum zweiten: die geschichtliche Entwicklung." Die Kirche sei früher dagewesen wie die Schule und darum solle der Lehrer den Küster gewissermaßen a priori achten. „Das wird auch dadurch bewiesen, daß die Ländereien, die der Lehrer jetzt in Nutznießung hat, im Großen und Ganzen Ländereien sind, die dem Lehrer nicht als Lehrer, sondern als Küster zukommen. Das Küsteramt ist gemeinhin das ursprüngliche Amt und genießt als solches alle Benefizien, die die Kirche früher hat geben können und gegeben hat." — Nun scheint der Herr Pfarrer freilich gefühlt zu haben, daß die feierliche philologisch-begriffliche Erklärung zum würdigen kirchlichen Aufsichtsbeamten den Küster nicht vor sehr unwürdigen Stiefelputzerarbeiten schützt — Rindfleisch und Pflaumen ist ein schön Gericht, Doch, meine Herrn, ich krieg's man nicht. Aber, „trotz pommerscher Küsterordnung und Observanz erlaube ich mir die ganz bescheidene Frage: Haben Sie, geehrter Herr Kantor, oder Ihre liebe Frau, die Kirche innerhalb der fünfundzwanzig Jahre jemals selbst mit eigenen Händen, auf eigenen Knieen gereinigt, das heißt, mit Wasser und Bürste gescheuert? . . . Sie werden diesen Dienst durch Ihre Schulkinder haben ausüben lassen — vermuthe ich. Dann können Sie aber auch auf dieselbe Weise noch andere Nummern Ihres Verzeichnisses verrichten lassen: Nr. 2, 3, 5, 10. Schwieriger ist schon das Läuten, zumal wenn die Glocken schwer sind. Doch auch da habe ich nur Knaben auf den Dörfern läuten sehen. Das Schmieren wird auch gern von jenen verrichtet. Ebenso die Kollektenbecken. — Auffallend ist mir Nr. 4 und 11 gewesen. Das Tragen der Synodalkurrende zum benachbarten Pfarrorte ist bei uns zu Lande unbekannt. Die Besorgung der amtlichen Schriftstücke geht auf Kosten des Adressaten oder Absenders durch die Post. Sie haben noch das billige Verfahren, wonach die Post ihre Groschen einbüßt. Sind nun in der Kurrende nicht auch Sachen, die Sie angehen? Also ist der Gang nicht auch in Ihrem Interesse ein amtlicher, oder ist er wirklich blos ein persönlicher zu Gunsten des Pfarrers? Ich vermuthe, das erstere. Dann aber ist es ein Dienst, der doch lediglich Ihrer Geldtasche zu gute kommt. Oft kommt doch solcher Gang nicht vor? Und nun zuletzt das Einsammeln der Pröven! Sammeln Sie blos für den Pastor ein? oder auch zugleich für sich? . . . . Ich gehe dann und wann zur

Stadt, schäme mich aber nicht, für den Herrn Kantor etwas mitzubringen, halte das nicht für erniedrigend. Ich muß sagen, daß es gar nicht so übel ist, die Häuser einmal besuchen zu müssen, um ein Opfer von den Leuten zu fordern für kirchliche Zwecke, das sie geben müssen! Es ist ein Band, das die Leute bindet an die Kirche! .... Einen niederen Dienst haben Sie nicht aufgeführt, vermuthlich, weil Sie ihn nicht zu leisten brauchen, das ist: das Cymbeltragen, das Einsammeln der Kirchenpfennige mit dem Klingelbeutel. Es ist das ein Dienst, der für so das ganze Menschendasein schändend gehalten worden ist, daß man ihn vieler Orten abgeschafft hat. Aber diese Abschaffung, dieses Sturmlaufen gegen den Klingelbeutel hat mir die ganze Sache verdächtig gemacht. Sollte nicht doch in dem Cymbeltragen so eine geheime Kraft verborgen liegen? Es gehört Muth zu diesem Cymbeltragen, Bekennermuth! Und diesen Muth haben nicht viele! .... Ich möchte, daß der Staat es über sich gewönne und der Kirche einen kleinen Gegendienst erwiese durch das Gebot an alle Staatsbeamten, daß sie den christlichen Gemeinden durch eigenes Thun wieder zeigen möchten, wie man, getragen von der staatlichen Würde, dennoch mit Grazie einen kleinen Handlangerdienst an der Kirche thun könne durch Ueberwindung seiner selbst in dem Cymbeltragen. Ich bin gewiß, daß manches Herz, auch Sozialdemokratenherz, der Kirche sich wieder freundlicher zuneigen dürfte."

Beim Pastor wäre unser Lehrer also schön angelaufen: zu den alten zwölf Würden soll er auch noch das Cymbelsäckel tragen.

Ein „durchaus konservativer uckermärkischer Bauer" aber — offenbar von der Sorte, welche die „Kreuzzeitung" liest und das Land beherrscht — sah sich „zu folgender Erwiderung veranlaßt": Was die Punkt 1—12 angeführten Dienstleistungen betreffe (es sind das alle Punkte der Beschwerdeliste unseres Kantors!), so „sind dieselben so lächerlich geringfügiger Natur, daß sie eigentlich als Dienstleistungen gar nicht gelten können..... Genannter Herr aus Hinterpommern muß sehr schwächlicher Konstitution sein, wenn ihn das Läuten der Beichtglocke schweißtriefend machen konnte.... Die angeführten geringen Dienstleistungen an geheiligter Stätte in der Kirche und auf dem Kirchhofe sind meiner Ansicht nach durchaus nicht im Stande, das Ansehen der Herren Lehrer zu beeinträchtigen, im Gegentheil werden dieselben dazu beitragen, dasselbe zu erhöhen. Der ländliche Arbeiter sieht fast mit Geringschätzung auf den Lehrer, weil derselbe sich nicht im Schweiße seines Angesichts körperlich quälen braucht; bemerkt der Arbeiter hingegen, wie sich der Lehrer in seinen Mußestunden dergleichen geringen körperlichen Mühen für Kirche und Schule gern und freudig unterzieht, so wird seine Achtung vor demselben viel größer sein, als wenn dazu noch ein Unterbeamter gestellt würde. — Obgleich der Verfasser obengenannten Artikels sich gleichsam mit seinen christlich-konservativen Gesinnungen brüstet, so glaubt man doch aus seinen Abhandlungen den sozial-revolutionären Pferdefuß herauszuspüren (die Vermuthung ist irrig — bemerkt die Kreuzzeitungsredaktion hierzu in Klammer — der betreffende Herr ist uns als christlich-konservativ bekannt); wenn die Herren Lehrer gegen so geringe Dienstleistungen schon Front machen, so darf man dem Arbeiter, der Jahr aus Jahr ein schwer arbeiten muß, erst recht nicht übel nehmen, wenn er sich der Sozialdemokratie in die Arme wirft. Immer habe ich gefunden, daß die Lehrer sich solchen Dingen, die ihren Neigungen entsprechen oder ihnen großen Gewinn bringen, sehr gern unterziehen, gleichviel ob ihr Ansehen dadurch beeinträchtigt wird und ihre Zeit das zuläßt oder nicht, so z. B. ist der Lehrer eines Nachbardorfes Amtssekretär für 50 Thaler für das Jahr, ein anderer Sekretär des Schulzen für 100 Mark

für das Jahr, ein dritter Fleischbeschauer für fünf Ortschaften ebenfalls bei reichem Gewinn; ein anderer war passionirter Jäger, man munkelte sogar von Wilddieberei; ein anderer pflegte in seinen Mußestunden bei Nacht und Nebel die etwas hochgelegene Mädchenkammer des Pfarrhauses zu erklimmen, um dort seinen Lüsten zu fröhnen; ein anderer überläßt häufig die Schule einem älteren Schüler zur Aufsicht und haut Holz während der Schulzeit; ein anderer pflegte selbst seine Schweine in die Nachbardörfer zum Eber zu geleiten; dergleichen weltliche Geschäfte und Neigungen untergraben doch das Ansehen der Lehrer bedeutend mehr, als so kleine Dienste an Kirche und Schule. Ein uckermärkischer Bauer."

Dieses Bild verdiente wohl, festgehalten zu werden. Denn der Lehrer und Küster auf der einen Seite, der sich mit allerlei Nebenverdienst durchschlagen muß, und auf der anderen Seite dieser Pastor und dieser „Bauer" — so wie in der geschilderten Diskussion wird sich auch in Wirklichkeit häufig genug das Verhältniß auf dem Lande in Preußen gestalten.

Und für die Misère der ländlichen kommunalen Verhältnisse ist nichts bezeichnender wie die Thatsache, daß der Staat, der heutige preußische Staat mit Herrn v. Bosse nach dem Freiherrn v. Zedlitz als Kultusminister, den Lehrer zuweilen noch gegen die orthodox-junkerlichen Gemeindevertreter schützen kann!* Vielleicht hören wir nun nach der letzten Regierungsverfügung wieder von der „Kreuzzeitung", daß dieser Kultusminister weder kalt noch warm ist, „und weil Du lau bist, will ich Dich ausspeien". —ms.

Die wirthschaftliche Entwicklung Japans seit 1868.

Von Dr. **Paul Ernst**.**

Mit dem Jahre 1868 beginnt für Japan eine neue Geschichtsperiode; es tritt aus dem Mittelalter in die Neuzeit.

Der Prozeß wird gewöhnlich so dargestellt, als wenn der Mikado sich auf seine Würde besonnen, den Shogun entlassen hätte und nun selbst regierte.

Indessen, mag er auch seit 1868 die Edikte mit seinem Namen unterschreiben, der früher nicht bekannt werden durfte, mag er auch ab und zu sich einmal in einer Equipage dem Volk zeigen, während er früher durch einen Vorhang sogar bei Audienzen vor dem Anblick des profanum vulgus geschützt war: daß eine solche heilige Puppe — der Mikado war zur Zeit des Staatsstreichs 18 Jahre alt — selbständig etwas planen oder ausführen könne, ist natürlich ausgeschlossen. Im Wesentlichen ging diese Revolution so vor sich, wie alle anderen in Japan

* Nach der preußischen Regierung sind zu den „niederen" Kirchendiensten zu rechnen: Reinigung, Lüftung und Heizung der Kirchen, Aufziehen der Kirchenuhr, Glockenläuten und Anschlagen der Betglocke, Schmieren der Orgelbälge, Aufbewahren und Reinigen der Kirchengeräthe, Auf- und Zuschließen der Kirchenthüren, Ausschmückung der Kirchen bei festlichen Gelegenheiten, Abholen und Aushängen der Gesangsnummern, Anzünden und Auslöschen der Altarkerzen, Herrichtung des Altars zum Abendmahl, Besorgen der Oblaten, des Weines und des Taufwassers, Anweisen der Plätze und Herbeischaffung von Bänken und Stühlen nach der Kirche, Aufrechterhaltung der äußeren Ordnung in und vor der Kirche und endlich das Herumtragen des Klingebeutels.

** Vgl. den Artikel über „Die wirthschaftliche Entwicklung Japans bis 1868" in Heft 45 und 46 d. Jahrg. D. Red.

vor sich gegangen sind: eine interessirte Clique wußte die Person des Mikado in die Hand zu bekommen und riß, hinter dem Strohmann stehend, die Macht an sich.

Sonach werden wir eine ganz ausgesprochene Interessenwirthschaft erwarten können, bei welcher die interessirte Clique sich auf Kosten der übrigen Klassen und namentlich des arbeitenden Volkes, aus dessen Haut ja immer die Riemen geschnitten werden, die Taschen füllt.

Im Jahre 1869 resignirten die Daimios und gaben ihre Herrschaft in die Hand des Mikado. Zum Theil waren sie Kinder, die gänzlich in der Hand ihrer Beamten waren, welche bei dem Wechsel zu profitiren hofften; zum Theil sahen sie auch wohl das Vortheilhafte der Mediatisirung ein. Ihre Einkünfte waren auf ein Zehntel der früheren vermindert; dafür hatten sie aber keine Verpflichtungen mehr, brauchten kein Heer, keine Beamten 2c. zu erhalten.* Die Einkünfte der Hofaristokratie, welche wesentlich an der Revolution betheiligt war, wurden ganz bedeutend erhöht. Die Einkünfte der Samurai wurden gleichfalls auf ein Zehntel herabgesetzt. Diese armen Teufel waren die Ersten, welche die Zeche bezahlen mußten. Sie verloren ihre frühere Beschäftigung und konnten von ihrer Pension nicht leben.** Körperliche Arbeit erlaubten ihnen ihre Standesvorurtheile nicht, und so geriethen denn Diejenigen, welche nicht in dem neuen Heer oder der Bureaukratie unterkamen, in das größte Elend. Ihre Pensionen wurden kapitalisirt und die Kapitalverschreibung ihnen in Form eines Staatsschuldscheins übergeben. Zuerst sollte derselbe unverkäuflich sein; später erlaubte man ihnen, ihn zu verkaufen, was ihnen natürlich den letzten Halt nahm; denn nun fingen sie an, vom Kapital zu leben, bis es aufgezehrt war. Es ist nicht ausgeschlossen, daß der Erlaubniß eine Spekulation seitens der Clique zu Grunde lag, denn die massenhaften Verkäufe der Papiere, welche sofort nach der Erlaubniß stattfanden, brachten sie natürlich auf einen unglaublich niedrigen Kurs. Wer damals baares Geld hatte, konnte ein gutes Geschäft machen. Die Samurais sind denn auch sehr revolutionär gegen die neue Regierung gesinnt und haben schon verschiedentlich Aufstände gemacht.

Die Ausgaben für das Heer und die Verwaltung wurden nunmehr vom Staat übernommen. Was die Daimios bei der Transaktion gewonnen haben, hat der Staat, d. h. die Steuerzahler, natürlich verloren. Und da 80 Prozent der Steuern von den Bauern aufgebracht werden, so sind sie es, welche die Kosten zu tragen haben, und sie neben den Samurai sind auch die Leidenden. Der einzige Trost für den Bauern ist, daß dieses großartige Geschenk des Staates nicht von Dauer ist; denn der Staatsbankerott ist ja doch nur noch eine Frage der Zeit. Dann werden auch die Schuldverschreibungen werthlos.

Herr Mayet scheint zu jenen Leuten zu gehören, welche Alles beweisen, was man von ihnen verlangt. So hat er 1879 in einer Abhandlung, welche als 17. Heft der „Mittheilungen der deutschen Gesellschaft für Natur- und

* Gesetze des Iyeyasu § 10 (Heft 1 der deutschen Gesellschaft Ostasiens): „Obschon es in Folge der großen Einkünfte, die die Buki beziehen, scheint, als ob dieselben in bequemen Geldverhältnissen sich befinden, muß man doch berücksichtigen, daß 10 000 Koku Einkünfte auch für 10 000 Koku Leistungen an den Staat auferlegen und damit die Auslagen für den öffentlichen Dienst bestritten werden müssen."

** Nach den Ausweisen erhalten etwa 94 Prozent der Samurai eine Rente von 100 Mark jährlich.

Völkerkunde Ostasiens“ gedruckt ist, den Nachweis geführt, daß die japanischen Finanzverhältnisse ausgezeichnet seien. Als einzige Kritik möge dienen, daß nach seiner Berechnung die japanische Staatsschuld 1905 gänzlich getilgt sein soll. Nun betrug 1879 die Schuld 375 Millionen Yen, 1890 allerdings nur 307 Millionen. Dafür ist aber der Reservefonds von 55 Millionen noch in 1882 auf Null reduzirt, und die ausgeliehenen Kapitalien, die 1882 14 Millionen betrugen, betrugen 1890 nur 1 Million. Ziehen wir das in Rechnung, so ist die Schuld noch genau eben so groß, wie sie vor elf Jahren war. Und dabei haben Konversionen höher verzinslicher Papiere in niedriger verzinsliche stattgefunden und hat man die hoch verzinslichen Schulden durch neu kontrahirte niedriger verzinsliche amortisirt.

Wie schon gesagt, werden 80 Prozent des ganzen Steuerbetrages durch die Bauern aufgebracht. Untersuchen wir also die Grundsteuer!

Die Grundsteuer wurde 1873 auf 3, seit 1877 auf 2½ Prozent vom Werth der Grundstücke festgesetzt. Außerdem hat der Bauer noch die Bezirkssteuer zu entrichten, welche 2—2½ Prozent vom Katastralwerth beträgt. Das sind 4½—5 Prozent vom Werth. Man berechnet nach Ola-Nitobe l. c. S. 41 die Nettorente zu 6 Prozent. Somit wird also fast die ganze Grundrente durch die Steuer konfiszirt. Das ist eine Verwirklichung des Flürscheim'schen Programms — ob sie die von den Bodenreformern erwarteten Folgen hat, scheint freilich sehr fraglich. Liebscher rechnet denn auch verschiedentlich aus, daß das als Kaufpreis im Ackerland angelegte Kapital keine Rente bringen kann. Das ist aber durchaus kein Trost für den Bauern. Trotzdem es keine Rente trägt, ist das Land doch nicht umsonst zu haben, wie man nach der grauen Theorie annehmen sollte.

Es wird nun interessant sein, diese gegenwärtige Steuer mit der Steuer in der Feudalzeit zu vergleichen. Letztere wurde vom Ertrage berechnet, diese vom Kapital; wir müssen also eine Umrechnung vornehmen.

Der durchschnittliche Werth wurde festgesetzt per Cho beim Reisfeld auf 531,24 Yen, beim trockenen Feld auf 206,72 Yen.

Der Bruttoertrag ergab nach der amtlichen Berechnung beim Reisfeld 11,77 Prozent vom Werth = 62,53 Yen, beim trockenen Feld 11,29 Prozent vom Werth = 23,37 Yen.

5 Prozent von 531,24 Yen sind 26,56 Yen; und von 206,72 sind es 10,34; sonach beträgt die Steuer gegenwärtig 42 und 44 Prozent des Ertrages. Wenn wir jedoch mit Le Gendre (Progressive Japan) andere Grundzahlen annehmen, so erhalten wir einen noch höheren Prozentsatz. Nach diesen Zahlen ergiebt sich als durchschnittlicher Werth der Reisernte 44,304 Yen per Cho, und nicht 62,53; danach beträgt die Steuer auf Reisland also 59 Prozent des Ertrages. Leider sind für das trockene Land die entsprechenden Zahlen nicht zu erhalten. Die letztere Angabe ist die richtigere. Da in der Feudalzeit doch in manchen Distrikten die Steuer niedriger war, so ergiebt sich, daß im Allgemeinen eine Erhöhung stattgefunden hat.

Und dazu muß jetzt die Steuer statt in natura in Geld gezahlt werden.

Die Gefahren der Geldabgabe für den Bauern sind bekannt und brauchen nicht noch einmal auseinandergesetzt zu werden. Der Bauer, welcher 59 Prozent des Bruttoertrages an einem bestimmten Termin in Geld zahlen soll, ist gezwungen, zu ungünstigen Preisen zu verkaufen, fällt dem Wucherer in die Hände — der Wucherzins beträgt hier 20—30 Prozent, sogar der Zins für

beste Hypotheken ist 15 Prozent — und wird schließlich von seiner Scholle getrieben.* Dazu kommt noch ein zweiter Umstand. In der Feudalzeit bestanden Beschränkungen gegen die übermäßige Parzellirung. In einzelnen der kleinen Staaten waren sogar Bestimmungen über das Minimum und Maximum des Bauerngutes vorhanden. Noch 1872 bestimmte ein Gesetz den Mindestumfang der theilbaren Ackerfläche auf 3,3 Ar. 1877 wurde jedoch die unbeschränkte Theilbarkeit eingeführt.

Durch die Revolution ist der Bauer zum freien Eigenthümer gemacht, jede Art von Obereigenthum ist geschwunden. Als Entgelt dafür wird er jetzt durch die Steuer und die unbeschränkte Theilbarkeit proletarisirt und dem Hypothekenwucherer in die Hände gegeben.

Ola-Nitobe bringt eine kleine Statistik, welche ein grelles Licht auf diese soziale Entwicklung wirft. Das aktive Wahlrecht zur Bezirksvertretung haben diejenigen, welche 15 Mark Steuer bezahlen, für das passive sind 30 Mark erforderlich. Nun, eine Bezirksvertretungswahlstatistik zeigt folgende Zahlen:

Jahr	Wählbare		Wahlberechtigte	
	überhaupt	in Prozenten der Einwohner	überhaupt	in Prozenten der Einwohner
1880 . .	867 192	2,44	1 513 308	4,27
1881 . .	879 347	2,43	1 809 610	5,00
1882 . .	878 840	2,41	1 784 041	4,89
1883 . .	871 762	2,38	1 718 020	4,70
1884 . .	849 244	2,27	1 682 419	4,51
1885 . .	840 965	2,24	1 637 134	4,36
1886 . .	809 880	2,13	1 531 952	4,04
1887 . .	802 975	—	1 488 107	—
1888 . .	803 795	—	1 505 183	—
1889 . .	814 022	—	1 462 183	—
1890 . .	755 412	—	1 409 510	—

Die Zahlen von 1887—1890 sind direkt aus dem Resumé statistique de Japon für 1892 genommen.

Eingeschriebene Arme gab es 1884: 6913; 1888: 14 721.

Der Katastralwerth der gesammten Ackerfläche beträgt 1200 Millionen Mark. Davon liefen 1884 69 Millionen im Handel um; das heißt, mit Ausnahme der Verkäufe bei Erbfall und anderen besonderen Gründen: die Besitzer waren ruinirt und mußten verkaufen.

1884 war der gesammte Grundbesitz mit 699 Millionen Mark Hypotheken belastet. Nach der 1885 veröffentlichten landwirthschaftlichen Enquete ist die Hypothekarverschuldung derartig, daß in ein paar Jahren der gesammte Besitz in andere Hände gekommen sein wird.

Den Umständen entsprechend ist die Nahrung der Bauern eine klägliche. Kellner (Mitth. der deutschen Gesellschaft 1887) stellt für die bäuerliche Bevölkerung folgendes Standardbudget auf:

* Die sozialpolitische Bedeutung der Steuer wird meistens nicht genügend beachtet, weil sie in der That bei uns auch meistens nicht so groß ist. In Holland hat die Steuer eine sehr große soziale Bedeutung gehabt. „... seyn die Menschen viel bequemer beständig zu arbeiten, und durch die große Aufflagen werden sie selbiges zu thun gezwungen." (Pieter de la Court, Het interest van Holland, deutsche Ausgabe Frankfurt 1665.)

1. Reis (1 Th.) und Gerste (2 Th.) zusammengekocht (Muginushi)	1200	Gramm
2. Getrockneter Rettig (Kiriboshi)	400	„
3. Wurzelgewächse (Kartoffeln 2c.)	300	„
4. Grünes Gemüse (Komalsuma)	150	„
5. Gesalzener Rettig	100	„
	2150	Gramm
6. Dünner Theeaufguß	300	Kubikzentimeter.

Nr. 2—4 waren in Miso (Sauce aus Sojabohnen, Reis, Kochsalz und Wasser) gekocht.

Nach diesem Speisezettel wurde eine Versuchsperson genährt. Ueber die täglichen Einnahmen und Ausgaben in den faeces sowie über die Verdauung der Nährstoffe stellte sich dabei Folgendes heraus:

	Trocken-Substanz	Organische Substanz	Roh-proteïn	Fett	Rohfaser	Stickstoff-freie Extraktstoffe	Asche
Verzehrt . .	523,84	495,97	70,86	11,58	17,44	396,09	27,87
Ausgeschieden	38,28	33,28	17,23	2,81	4,19	9,05	5,00
Verdaut . .	485,56	462,69	53,63	8,77	13,25	387,04	—

Nach Voit soll ein erwachsener Arbeiter von 67 Kilogramm Körpergewicht bei mittlerer Arbeit erhalten:

118 Gramm Eiweiß
56 „ Fett
500 „ Kohlehydrate.

Da der Japaner kleiner ist, so würde sich für ihn das Nothwendige stellen auf

100 Gramm Eiweiß
47 „ Fett
420 „ Kohlehydrate.

In dem Speisezettel ist nur 53,63 verdauliches Eiweiß und 8,77 Fett. Kellner selbst sagt wörtlich: „Es ist also die vegetarische Nahrung, welche von einem großen Theil des japanischen Volkes genossen wird, unzureichend zur Erhaltung eines leistungsfähigen Organismus."

Nach der Berufsstatistik von 1886 sind 71,23 Prozent der Familien im Landwirthschaftsbetrieb beschäftigt; und diese haben eine Ernährung, welche „unzureichend für die Erhaltung eines leistungsfähigen Organismus ist".

Die europäische Kultur kann stolz sein. Solche Erfolge hat sie noch nicht einmal in Europa erzielt. Es scheint, daß sich ihr Werth erhöht, wenn sie exportirt wird.

Nach der Umwälzung 1868 hat der Staat vielfach Gemeindewald annektirt und auch dadurch die Lage der Bauern verschlechtert. Wo die Bauern noch Wald haben, wird er naturgemäß devastirt, wie der Wald ja stets in Gefahr ist, wenn es den Besitzern finanziell schlecht geht. Ola-Nitobe erzählt denn auch: „Eine gewissenlose und ausgedehnte Devastirung des Waldes ist erst in neuerer Zeit, d. h. seit der Restauration aufgekommen und erst in den allerneuesten Tagen ist der Staat und das Publikum durch die gewaltigen Ueberschwemmungen und verwandte Katastrophen wieder darauf bedacht geworden, der Waldverwüstung möglichst Einhalt zu thun."

Wie sich diese Zustände weiter entwickeln werden, ist schwer vorauszusagen, da die anderen klimatischen und ethnologischen Verhältnisse Parallelen mit der europäischen Entwicklung bei allen auftauchenden Aehnlichkeiten doch immer prekär machen. Das Eine ist sicher: der Bauernstand wird ruinirt. Nun haben die herrschenden Cliquen in Japan immer den großkapitalistischen Tic und machen — natürlich immer auf Staatskosten — Versuche, amerikanische Riesenfarmen einzurichten. Wie ein Blick auf Fesca's Produktionskosten der angebauten Pflanzungen zeigt, ist die Einführung des Großgrundbesitzes ohne gründliche Aenderung aller Verhältnisse jedoch unmöglich.

Für Reis rechnet Fesca (Landwirthschaftliche Verhältnisse Japans in den „Mittheilungen", Bd. 4) folgendermaßen: „Der durchschnittliche Rohertrag pro Cho würde sich auf 54 Yen stellen .... Das Minimum der Grundrente würde 30 Yen pro Cho betragen. Rechnen wir die Staats- und Kommunalsteuern, welche etwa je 3 Prozent betragen, mit 18 Yen dazu, so sind selbst bei den gegenwärtigen billigen Preisen des Reislandes 48 Yen vom Rohertrag in Abzug zu bringen; es bleiben demnach dem Pächter für seine Arbeit, Unternehmergewinn, Düngungskosten 2c. noch 6 Yen. Wenn ich dann noch hinzufüge, daß nach Ertragsberechnungen, die ich gelegentlich zu veröffentlichen gedenke, der Werth einer Reisdüngung auf etwa 20 Yen pro Cho zu veranschlagen ist, so ergiebt sich aus dieser kurzen Betrachtung, daß der Reisbau in Japan in seiner gegenwärtigen Ausdehnung nur dadurch möglich ist, daß derselbe noch ausschließlich naturalwirthschaftlich betrieben wird; daß er aber selbst auf diesem Wege unter den gegenwärtigen Verhältnissen eine entsprechende Rentabilität nicht gewähren kann."

Wie mit dem Reis, so ist es mit den anderen Nahrungsfrüchten, und eine Rente kommt nur heraus bei den Handelsgewächsen. — Man kann sich die Sache auch so klar machen: Die ganze Grundrente wird durch die Steuern fortgenommen. Trotzdem hat das Land Werth. Das ist nur dadurch möglich, daß der japanische Bauer das Land nicht als „Grundkapital" auffaßt, welches ihm Renten bringt; sondern indem er das Land kauft, kauft er blos die Erlaubniß, auf ihm zu arbeiten, und den Betrag, den diese Erlaubniß kostet, verzinst er durch seinen Arbeitslohn. Deshalb hat auch der Bauer, wie Liebscher nachweist, ein geringeres Einkommen, wie der Arbeiter. Auch Fesca sagt: „In den meisten Fällen verhält sich die Sache so, daß der Bauer, welcher größtentheils mit seiner Familie allein die Arbeit leistet, in der That einen niedrigeren Tagelohn für seine Arbeit erhält, als er einem gemietheten Arbeiter bezahlen müßte." — Das ist übrigens auch das Geheimniß, welches der neuesten preußischen Sozialreform, dem Rentengütergesetz, zu Grunde liegt. Nun könnte man einwenden, daß ja bei dem Betrieb mit Riesenfarmen Vieh und Maschinen angewendet werden können. Indessen der Ertrag pro Hektar kann nicht mehr gesteigert werden, sondern er wird fallen beim Großbetrieb. Die Ersparniß kann nur darin beruhen, daß weniger Menschen von dem Hektar zu ernähren sind. Bei den niedrigen Löhnen einerseits, dem Umstand, daß der Reisbau schwerlich mit Maschinen betrieben werden kann, andererseits, dürfte die Ersparniß nicht sehr groß sein. Und vor Allem wäre sie doch nur ein „Extraprofit", der aufhören müßte, sobald diese Art Betrieb allgemeiner würde. Dann würde sich herausstellen, daß das Land zu theuer hat gekauft werden müssen. Man kann überhaupt als feststehend annehmen, daß der Bauer noch sehr gut existiren kann, wo der Latifundienbetrieb schon unrentabel ist. Wo also noch nicht einmal der Bauer leben kann, da ist für die Riesenfarm erst recht kein Platz. Immerhin

wäre es möglich, daß später, wenn durch eine allgemeine Krise die Landpreise fallen sollten, und wenn die Clique die Steuern von den großen Farmen abzuwälzen verstünde, sich ein Großgrundbesitz entwickelte. Viel wahrscheinlicher dürfte indessen sein, daß bei passender Gelegenheit das Volk eine Revolution macht und die sehr einfachen Maßregeln trifft, welche diese Zustände unmöglich machen. In Japan giebt die Bewirthschaftung der gleichen Fläche 50 mal so viel Menschen Arbeit und Unterhalt, wie in Preußen; und Preußen ist bekanntlich in der landwirthschaftlichen Entwicklung noch sehr weit zurück. Da bereits eine sozialistische Bewegung in Japan existirt, so dürfte die Verjagung dieser zahlreichen Menschenmasse von ihrem Grund und Boden nicht ohne bedenkliche Folgen zu praktiziren sein.

Naturgemäß verschlechtert sich die Qualität des Reises mit der schlechteren Lage des Bauern. Früher, während des Feudalismus, war durch Staatsmagazine nicht nur gesorgt, daß der Reis immer einen Standardpreis hatte, sondern der Staat hatte auch darauf geachtet, daß eine Standardqualität erzielt wurde. Nun hat Japan nicht nur eine passive Handels-, sondern auch eine passive Zahlungsbilanz. Wenn sich die nothwendige Getreideproduktion verringert oder verschlechtert, und gar noch Getreide aus dem Ausland gekauft werden muß, so wird die Lage noch bedenklicher. Sie ist jetzt schon bedenklich genug. —

(Schluß folgt.)

Beiträge zur Entwicklungsgeschichte der Großindustrie in Deutschland.

I. Die deutsche Textilindustrie in dem Zeitraum von 1846 bis 1861.

In der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts, zur Zeit Friedrich List's, zweifelten noch viele deutsche Nationalökonomen daran, daß Preußen bezw. andere Zollvereinsländer im Stande wären, sich je zu hervorragenden Industriestaaten zu entwickeln! Seit jener Zeit ist nur etwa ein halbes Jahrhundert verflossen. In diesem Zeitraum hat die deutsche Industrie Fortschritte von einer Großartigkeit gemacht, wie sie gleichzeitig vielleicht in keinem anderen Lande beobachtet worden sind. Aus einem Land mit ausgeprägt kleingewerblichem Charakter hat sich Deutschland zu einem der ersten Industriestaaten der Welt entwickelt. Wie ein rother Faden zieht sich durch seine Entwicklungsgeschichte die Verdrängung des Kleinbetriebes durch den Großbetrieb, die bald rascher, bald langsamer, bald mehr, bald weniger von Nebenerscheinungen verdunkelt, aber ununterbrochen vor sich ging. In einen Produktionszweig nach dem andern zog das Großkapital ein.

Reich an Zahlen, aber mit vielen Mängeln behaftet, ist das uns zur Verfügung stehende statistische Material, welches den Siegeszug der deutschen Großindustrie illustrirt; denn von einer auf der Höhe der wissenschaftlichen Erkenntniß stehenden und nach einheitlichen Gesichtspunkten bearbeiteten Gewerbestatistik kann in den deutschen Staaten nicht einmal jetzt, geschweige denn in der Vergangenheit, die Rede sein. Infolge der Verschiedenartigkeit der Aufnahmeart waren wir gezwungen, unsere Untersuchung in zwei Theile zu zerlegen, einen, der die Ergebnisse der Gewerbeaufnahme der Jahre 1846/47* mit derjenigen des Jahres 1861 vergleicht, und einen Theil, welcher die Gewerbezählung des

---

* In einigen Staaten des Zollvereins fand die Gewerbezählung Ende des Jahres 1846, in anderen im Anfang des Jahres 1847 statt.

Jahres 1875 mit derjenigen des Jahres 1882 in Vergleich zieht. Was die ersten zwei Gewerbeaufnahmen betrifft, so wurden beide auf eine, wenn auch recht mangelhafte, so doch, was für unsere Untersuchung von größter Bedeutung ist, wenigstens zum großen Theil ähnliche Weise ausgeführt.* Beide Male nämlich wurden sämmtliche Gewerbebetriebe der Textilindustrie in drei Klassen eingetheilt:

a) Betriebe, die der Zubereitung von Spinnstoffen dienen, — Maschinenspinnereien und Zwirnereien.
b) Gehende Webstühle, sowohl für eigene Rechnung als für Lohn (Hausindustrie).
c) Fabriken für Gewebe und Zeuge aller Art.

Bevor wir zum Vergleiche der Resultate der Gewerbezählungen übergehen, sei noch bemerkt, daß die in folgenden Darstellungen festgestellte, regelmäßig vor sich gehende Zentralisation des Kapitals, wie dieselbe in den Zahlen zum Vorschein kommen wird, in Wirklichkeit zweifelsohne bedeutend überholt wurde, weil die Gewerbeaufnahme des Jahres 1861 viel sorgfältiger als die des Jahres 1846 ausgeführt wurde, so daß 1861 bedeutend weniger Betriebe als 1846 der Zählung entgehen konnten.**

Wir sehen im Folgenden ab von den kleinen Staaten des Zollvereins, deren Gebiet und Fabrikenzahl zu gering ist, als daß sie sich zu Massenbeobachtungen eignen würden. Auch würde es zu weit führen, wollten wir jeden Produktionszweig in den einzelnen Staaten des Zollvereins einer eingehenden Untersuchung unterziehen. Um die Untersuchung nicht unnütz auszudehnen, wollen wir uns mit der Angabe der Gesammtzahl der Betriebe, Spindeln und Arbeiter in den vier größeren und industriell meist entwickelten Staaten des Zollvereins, in Preußen, Bayern, Sachsen und Baden begnügen, zu welcher Abkürzung wir uns umsomehr berechtigt fühlen, als auf diese vier Staaten damals 85 Prozent der gesammten Bevölkerung des Zollvereins entfielen.

Demnach betrug die Gesammtzahl der Streichgarnspinnereien in den vier eben genannten Staaten des Zollvereins:

Im Jahre	Zahl der Betriebe	Zahl der Spindeln	Zahl der Arbeiter
1846***	2434	524 517	27 267
1861	1486	975 984	20 398

Es verminderte sich also die Zahl der Betriebe um etwa **40** Prozent, während die Durchschnittszahl der in einem Betrieb beschäftigten Arbeiter von 11 auf 14, die Durchschnittszahl der auf einen Arbeiter entfallenden Spindeln von 19 auf 48, also mehr als um das **2½fache** gestiegen ist.

Dasselbe war in den Kammgarnspinnereien zu beobachten, deren Zahl von 301 mit 95 908 Spindeln und 2079 männlichen und 2817 weiblichen Arbeitern im Jahre 1846 auf 93 mit 182 755 Spindeln und 1898 männliche und 4330 weibliche Arbeiter im Jahre 1861, also um etwa 70 Prozent abgenommen hat, während die Durchschnittszahl der in einem Betrieb beschäftigten Arbeiter von 16 auf 67, also um mehr als das **Vierfache**, die Durchschnitts-

---

* Vergl. Engel's Abhandlung in der Zeitschrift des Preußischen Statistischen Bureaus, Jahr 1870, Seite 172.

** Nur in einer Beziehung ist die Gewerbeaufnahme des Jahres 1846 derjenigen des Jahres 1861 überlegen. Sie giebt nämlich die Zahl der in der Industrie beschäftigten Kinder unter 14 Jahren an.

*** Da die Gewerbezählung in Baden im Jahre 1847 stattfand, so sollte es eigentlich 1846/47 heißen. Der Kürze halber werden wir im Folgenden 1846 schreiben.

zahl der in einem Betrieb thätigen Spindeln von 320 auf 1970, also um mehr als das **Sechsfache** zugenommen hat. Was hier besonders interessant erscheint, das ist die Thatsache, daß während die Zahl der männlichen Arbeiter von 2079 auf 1898, also um etwa **9** Prozent sank, die Zahl der in den Kammgarnspinnereien beschäftigten Frauen stieg, von 2817 im Jahre 1846 auf 4330 im Jahre 1861, also um etwa **54** Prozent, welche Erscheinung mit der Ausbreitung der Maschinenverwendung, wie wir dies später sehen werden, in engem Zusammenhange steht.

Aehnliche Resultate weist endlich die Baumwollspinnerei auf. Es betrug hier:

Im Jahre	Zahl der Betriebe	Zahl der Spindeln	Zahl der Arbeiter männliche	weibliche	zusammen
1846	311	850 596	9 572	8 325	17 897
1861	275	1 924 219	15 645	16 689	32 334

Auch hier trat also neben einer beträchtlichen Verminderung der Zahl der Fabriken eine rasche Steigerung der Durchschnittszahl der in einem Betrieb thätigen Spindeln und Arbeiter zum Vorschein, indem die Durchschnittszahl der Arbeiter per Betrieb von 57 auf 117, also um mehr als **100** Prozent, die Durchschnittszahl der Spindeln von 2740 auf 6980, also um mehr als das **2½fache** gestiegen ist. Ferner stieg hier die Zahl der Arbeiterinnen bedeutend schneller als die der männlichen Arbeiter, indem die Zunahme der ersteren über **100** Prozent, der letzteren kaum **60** Prozent betragen hat.

Die angeführten Zahlen zeigen deutlich genug, was für riesige Fortschritte die Zentralisation des Kapitals mit ihrer Begleiterscheinung der Erhöhung der Intensität der Arbeit in diesem kurzen 15jährigen Zeitraum in der Spinnerei gemacht hat. Zur näheren Charakteristik dieses engen Zusammenhanges zwischen der Größe der Betriebe und der Leistungsfähigkeit eines Arbeiters kann folgende Zusammenstellung dienen. Es betrug in den Baumwollspinnereien:

Staat	Im Jahre 1846 die Durchschnittszahl der Spindeln per Betrieb	per Arbeiter
Preußen	1 120	30
Bayern	4 570	44
Baden	9 690	61
	Im Jahre 1861	
Preußen	5 730	51
Baden	14 100	73
Bayern	16 300	75

Je größer also der Umfang der Betriebe, desto größer war auch die Intensität der Arbeit. Im Jahre 1846 stand in beiden Beziehungen an der Spitze Baden, im Jahre 1861 Bayern.*

Wie rasch nun die Verdrängung der Kleinbetriebe durch den Großbetrieb in der Spinnerei vor sich ging, so stand ihr in dieser Beziehung die Weberei weit voraus, indem hier eine der interessantesten Begleiterscheinungen der sich entwickelnden Großindustrie, die unaufhörliche Verdrängung des Arbeiters durch die Maschine, die in der Weberei in Folge der Verdrängung der Handwebstühle

* Nur Sachsen bildet eine Ausnahme, indem daselbst trotz der Zunahme der Durchschnittszahl der Spindeln pro Betrieb von 3598 im Jahre 1846 auf 4590 im Jahre 1861 eine Abnahme der Durchschnittszahl der Spindeln pro Arbeiter von 58 im Jahre 1846 auf 52 im Jahre 1861 stattgefunden hat.

durch die mechanischen Webstühle eintrat, sehr klar beobachtet werden kann. Um einen Begriff von dieser raschen Verdrängung der Handwebstühle in den Fabriken zu geben, wollen wir die Zahl der Hand- und mechanischen Webstühle in sämmtlichen Webereifabriken Preußens, Bayerns, Sachsens und Badens für beide Gewerbezählungsjahre einander gegenüberstellen. Ihre Zahl betrug:

Staat	Im Jahre	Zahl der mechanischen Webstühle	Zahl der Handwebstühle
Preußen	1846	4 603	77 432
	1861	15 274	26 528
Bayern	1846	958	15 866
	1861	5 529	1 328
Sachsen	1846	150	3 406
	1861	6 113	7 750
Baden	1847	2 039	3 090
	1861	3 841	4 623
Zusammen . . .	1846	7 750	99 794
	1861	30 757	40 229

Während also die Gesammtzahl der mechanischen Webstühle in allen oben genannten Staaten des Zollvereins auf etwa das **Vierfache**, das heißt um **300** Prozent gestiegen ist, sank die Gesammtzahl der Handwebstühle in den Fabriken um etwa **60** Prozent. In einzelnen Staaten war die Abnahme noch bedeutender, indem die Zahl der Handwebstühle in Preußen auf etwa **ein Drittel**, in Bayern auf etwa **ein Zwölftel** der früheren Zahl gesunken ist.

Was nun die Zentralisation des Kapitals in den einzelnen Zweigen der Weberei betrifft, so wird sie durch folgende Zahlen der in Preußen in beiden Gewerbezählungsjahren vorhandenen Fabriken, ihrer Arbeiter und ihrer Webstühle charakterisirt. Es betrug daselbst:

Gewerbezweig	Im Jahre	Zahl der Fabriken	Abnahme der Fabriken in Prozent	Zahl der Arbeiter	Arbeiter per Betrieb	Zahl der Webstühle	
						Mechan.	Hand-
Tuchfabriken . .	1846	708		28 999	41	364	8 578
	1861	504	**29**	25 097	50	1 877	8 548
Fabriken für baum- und halbwollene Zeuge	1846	615		82 193	134	2 628	45 666
	1861	345	**44**	12 541	36	7 117	4 777
Fabriken für sonstige wollene und halbwollene Zeuge .	1846	294		10 117	34	716	4 110
	1861	136	**54**	8 022	59	1 826	3 988
Fabriken für leinene Zeuge	1846	217		4 135	17	15	3 128
	1861	69	**72**	2 982	43	244	1 840

In allen untersuchten Gewerbszweigen nahm die Zahl der Fabriken und Handwebstühle mehr oder weniger rasch ab. Dagegen stieg die Zahl der mechanischen Webstühle so rasch, daß zum Beispiel in der Baumwollweberei, welche bekanntlich zu den Gewerbszweigen mit einer früh entwickelten Großindustrie

gehört, jeder mechanische Webstuhl 9 Handwebstühle und 15 Arbeiter ersetzte. In Folge dieser Einbürgerung der mechanischen Webstühle sank hier die Zahl der Handwebstühle von 45 666 im Jahre 1846 auf 4777 im Jahre 1861, also auf etwa 1/10, die Zahl der Arbeiter von 82 193 im Jahre 1846 auf 12 541 im Jahre 1861, also auf etwa 1/8 der früheren Anzahl herab.

In dem kurzen Zeitraum von 15 Jahren machte demnach der technische Fortschritt allein in den Baumwollwebereien Preußens etwa **70 000** menschliche Arbeitskräfte überflüssig.

Diese Erscheinung steht nicht vereinzelt da. Man kann sie auch in anderen Staaten des Zollvereins beobachteten. So sank zum Beispiel die Zahl der Fabriken für baum- und halbbaumwollene Zeuge in Bayern von 120 Fabriken mit 20 411 Arbeitern, 954 mechanischen und **13 236** Handwebstühlen im Jahre 1846 auf 43 Fabriken mit 4016 Arbeitern, 5365 mechanischen und **205** Handwebstühlen im Jahre 1861.

Also auch hier verminderte sich die Zahl der Fabriken auf etwa 1/3 der früheren Zahl, wobei die Handwebstühle fast völlig verdrängt wurden. Auch hier wie in Preußen wurden bei dieser Gelegenheit fast 4/5 der früher in den Baumwollwebereien beschäftigten Arbeiter, etwa **16 000** Personen, aufs Pflaster geworfen.

Parallel mit dieser rapid vor sich gehenden Verminderung der Zahl der Fabriken ging eine andere höchst interessante Erscheinung, ein rasches Wachsthum der Zahl der in der Hausindustrie gehenden Webstühle, vor sich. Diese Erscheinung, die seinerzeit auch in anderen Ländern beobachtet wurde, verleitete viele Forscher zu der irrthümlichen Schlußfolgerung, daß die Großindustrie mit dem Kleinbetrieb nicht konkurriren kann, welche Schlußfolgerung sie aus der Verminderung der Zahl der Fabriken und dem raschen Wachsthum der Zahl der Hausindustriellen zogen. Daß diese Erscheinung aber nichts Anderes als eine Begleiterscheinung der Umwandlung der Manufaktur in die moderne Maschinen-Großindustrie war, das wird noch heute von vielen bürgerlichen Nationalökonomen bestritten! Indem wir die nähere Untersuchung dieser Erscheinung uns für später vorbehalten, wollen wir jetzt zum Vergleiche der in der Hausindustrie zur Zeit beider Gewerbezählungen thätigen Webstühle übergehen.

Eine Ausnahme von der allgemeinen Tendenz machte die Leinenweberei, wo die Zahl der in der Hausindustrie zur Haupt- oder Nebenbeschäftigung angewandten Webstühle, wahrscheinlich in Folge der Verdrängung der Leinwand durch die billigeren Baumwollwaaren, sich regelmäßig in allen untersuchten Staaten verminderte, wie dies aus folgender Tabelle leicht zu ersehen ist:

Staaten	Im Jahre	Als Hauptbeschäftigung		Als Nebenbeschäftigung angewandte Webstühle
		Webstühle	Personen	
Preußen	1846	45 029	50 772	278 122
	1861	42 792	42 574	263 602
Bayern	1846	29 499	32 154	8 411
	1861	22 740	23 555	7 623
Sachsen	1846	16 122	22 205	—
	1861	11 952	15 742	42
Baden	1847	12 968	12 944	2 116
	1861	10 605	10 392	25
Zusammen	1846	103 618	118 075	288 649
	1861	88 089	92 263	271 292

In den übrigen Zweigen der Hausindustrie nahm die Zahl der gehenden Webstühle in allen von mir untersuchten Staaten fast regelmäßig zu.

Es betrug nämlich die Zahl der in der Hausindustrie thätigen Webstühle und Personen:

In	Im Jahre	In Seide und Halbseide		In Baum- und Halbbaumwolle		In Wolle und Halbwolle	
		Webstühle	Personen	Webstühle	Personen	Webstühle	Personen
Preußen .	1846	16 013	24 394	64 575	74 625	22 967	31 779
	1861	30 499	33 217	77 396	77 036	33 257	36 847
Bayern . .	1846	449	534	18 869	21 225	2 797	3 410
	1861	510	586	19 141	19 446	2 480	2 880
Sachsen .	1846	2 535	3 840	17 589	44 075	10 388	14 390
	1861	205	244	27 243	35 131	17 364	27 333
Baden . .	1847	55	64	1 519	1 133	172	170
	1861	1 390	1 880	6 711	5 447	599	560
Zusammen	1846	19 052	28 832	102 552	141 258	36 324	49 859
	1861	32 604	35 887	130 491	137 060	53 700	67 620

Dieses rasche Anwachsen der hausindustriellen Betriebe muß zweifelsohne als die Folge der Verdrängung der Handwebstühle aus den Fabriken gelten, indem die Fabrikbesitzer die jetzt unverwendbar gewordenen Handwebstühle an die Hausindustriellen verkauften oder vermietheten.

In wie weit ist die Abnahme der in den Fabriken thätig angewandten Handwebstühle und Arbeiter aufgewogen worden durch die Zunahme der in der Hausindustrie beschäftigten Webstühle und Arbeiter, das heißt, wie viel brotlos gewordene Fabrikarbeiter haben in der Hausindustrie ihren Unterschlupf gefunden?

Vergleicht man zur Beantwortung dieser Frage die Zunahme der Handwebstühle in der hausindustriell betriebenen Baumwollweberei in den oben genannten vier Staaten mit der Abnahme der Handwebstühle in den Fabriken, so stellt sich heraus, daß die Hausindustrie eine Zunahme von 27 939, die Baumwollzeugfabriken eine Abnahme von 54 325 Handwebstühlen zu verzeichnen hatten. Es wurden also in diesem Zeitraum allein in der Baumwollweberei mehr als **26 000** Handwebstühle zum Stillstand gebracht. Noch bedeutender war die Zahl der durch mechanische Webstühle verdrängten Arbeiter, deren Zahl in der Baumwollweberei der vier genannten Staaten etwa **85 000** betrug.

Aehnliche Erscheinungen zeigen sich auch in anderen Zweigen der Weberei. Wir haben bereits oben gesehen, daß in der Leinenweberei die Zahl der Webstühle allein in der Hausindustrie um mehr als **15 000**, die Zahl der dabei beschäftigten Personen um mehr als **25 000** abgenommen hat. In diesen beiden Zweigen der Weberei wurden also mehr als **110 000** Personen aufs Pflaster geworfen, indem sie in ihrem bisherigen Gewerbe keine Beschäftigung mehr finden konnten.

Ein ähnliches Ueberflüssigmachen der menschlichen Arbeitskraft kann auch auf den anderen Gebieten der Weberei konstatirt werden.

Ehe wir dieses Kapitel schließen, wollen wir noch die Zahl der zu den Zeiten der beiden Gewerbezählungen in der Textilindustrie angewandten Dampfmaschinen angeben. Man zählte

In	Im Jahre	Dampf-Maschinen	Pferdekraft derselben
Preußen	1846	237	3 236
	1861	733	16 041
Bayern	1846	7	196
	1861	64	3 743
Sachsen	1846	97	1 053
	1861	374	5 696,5
Baden	1847	2	120
	1861	45	1 216
Zusammen	1846	343	4 605
	1861	1216	26 696,5

Während die Zahl der Dampfmaschinen von 343 im Jahre 1846 auf 1216 im Jahre 1861, also um 255 Prozent zugenommen hat, betrug das Wachsthum der Pferdekräfte dieser Maschinen 480 Prozent, so daß jede Dampfmaschine im Durchschnitt von 13,4 Pferdestärken im Jahre 1846 auf 21,9 Pferdestärken im Jahre 1861 gestiegen ist. Eine bessere Illustration des auf Grund anderer Beobachtungen bereits festgestellten Wachsthums des Umfanges der Betriebe kann man wohl kaum wünschen.

Die angeführten Zahlen zeigen ganz deutlich, welch riesige Fortschritte die Zentralisation des Kapitals gemacht hat, die sich in der regelmäßigen Verminderung der Zahl der Fabriken einerseits und in der Zunahme der Durchschnittszahl der auf einen Betrieb entfallenden Arbeiter, Spindeln, mechanischen Webstühle 2c. 2c. anderseits abspiegelt. Dies ist sogar der amtlichen Statistik nicht entgangen, was aus dem folgenden Satz, den wir der Gewerbestatistik Badens entnehmen, leicht ersichtlich ist:

„Im Jahre 1847 bis zum Jahre 1861 ist die Zahl der Gewerbebetriebe zurückgegangen, aber unter stetigem Steigen der Zahl der Gewerbetreibenden; in jenem Rückgange drückt sich die theilweise Verdrängung des Kleinbetriebes durch die sich entwickelnde Großindustrie aus.“*

In der That führen die hier mitgetheilten stummen Zahlen eine beredte Sprache. Sie weisen auf eine erschreckende Menge von Elend hin, auf den Ruin Tausender von selbständigen Existenzen, und diese Erscheinung ist keine ausnahmsweise. Wir gedenken in weiteren Ausführungen zu beweisen, daß auch in späteren Zeiten und in anderen Produktionszweigen Deutschlands sich derselbe Entwicklungsgang abgespielt hat. J. S.

Menschenthum und Klasseninstinkt.

Von **E. Belfort-Bax**. Deutsch von **Viktor Adler**.

Unschwer können wir heutzutage im Charakter jeden menschlichen Wesens zwei Seiten nachweisen, welche mehr oder weniger deutlich geschieden oder vermengt sind. Auf der einen Seite finden wir Freundschaft, Ergebenheit, Gutmüthigkeit, Feinfühligkeit, mit einem Worte die sozialen Eigenschaften; auf der andern Seite Jagd nach Erwerb (Habgier), Geiz, Heuchelei, Rohheit, Brutalität —

* Gewerbestatistik Badens für das Jahr 1882, Einleitung, Seite XCIV; Vergleich der Resultate der Gewerbezählung des Jahres 1847 mit denjenigen der Zählung von 1861.

die antisozialen Eigenschaften. Nun behaupten wir, daß in jedem zivilisirten Menschen diese beiden Elemente in größerem oder geringerem Ausmaße vorhanden sind; es ist nur eine Frage des Grades der Mischung. Die antisozialen Triebe gehören im Grunde jener antihumanen und prähumanen Natur an, deren Erbe der Mensch ist, und welche durch die eigentlich menschliche Natur überwunden wurden, d. h. jene Eigenschaften, welche die Einrichtung der Gentilgesellschaft bestimmten. Aber ihre gegenwärtige Form erhalten sie vom Klassenkampf und bringen ihn krystallisirt zum Ausdruck. Einzelne Ausdrücke in der That, z. B. Gemeinheit (vulgarity) in den verschiedenen Bedeutungen von Pöbelhaftigkeit, Niedrigkeit, Niederträchtigkeit entspringen der modernen Klassengesellschaft.

Die sozialen Eigenschaften hingegen sind, wie soeben gesagt, das Erbe jener menschlichen Natur, welche in den frühesten Formen der Gesellschaft die Thiernatur überwunden hat. Diese nun haben sich nur im Gegensatze und im Kampfe gegen das Klassensystem erhalten können und mußten Zoll um Zoll um ihren Boden kämpfen.

Es ist weiter klar, daß heute Jeder, insofern er zu der einen oder zu der anderen der großen modernen Klassen gehört, den Ausbeutern oder den Ausgebeuteten, den Unterdrückern oder den Unterdrückten, der Bourgeoisie oder der Arbeiterklasse, daß jeder Mensch also außer seinem Menschenthum noch ein Klassenthum besitzt. Das Klassenthum durchdringt nothwendiger Weise sein ganzes Wesen, wenn das auch nicht immer offenbar wird. Seine sozialen Eigenschaften können die Oberhand gewinnen und dauernd die antisozialen Eigenschaften und Vorurtheile, welche er von seiner Klasse ererbt hat, zurückdrängen. Oder aber, sein Klassencharakter kann seinen menschlichen Charakter vollständig aufzehren. Wie die Krebszellen im menschlichen Körper kann sein Klassenthum latent bleiben und erst bei irgend einem äußeren Anlasse aktiv werden. Es kann dann in der unerwartetsten Weise zum Ausbruch kommen. In jedem Falle schwankt der menschliche oder soziale Charakter in umgekehrtem Verhältnisse zum Klassen- oder antisozialen Charakter des Menschen. Das ist eine wichtige Thatsache; ein Mathematiker mag sich zum berühmten Manne machen, indem er sie in Kurven und Gleichungen entwickelt.

Und, wohlbemerkt: ich mache hier keinen Unterschied zu Gunsten der Arbeiterklasse als solcher. Viele Leute stellen sich die neue Gesellschaft als wesentlich dieselbe wie die heutige vor, nur mit Vertauschung der Stellung der einzelnen Klassen. Es schwebt ihnen ein konfuses Bild vor, wie ein feiner Bankier von einem rohen, gemeinen Fabrikarbeiter gehetzt wird. Sie können nicht begreifen, daß unter einem entwickelten sozialistischen System der Arbeitertypus sowohl als der Bourgeoistypus von heute ebenso ausgestorben sein wird, wie der Plesiosaurus. Aus den veränderten Verhältnissen heraus muß sich nothwendig ein neuer Typus entwickeln, der verschieden ist von allen gegenwärtig existirenden Typen, denn alle diese haben Klassenverhältnisse zur Voraussetzung. Aller Klassencharakter an sich ist schlecht. Wäre der Arbeiter eine engelgleiche Natur, so wäre der Sozialismus überflüssig. Sozialisten, welche den individuellen Charakter als das Kind gesellschaftlicher Verhältnisse begreifen, können nicht erwarten, daß eine Klasse, die bis zur Lage des Proletariats materiell herabgewürdigt ist, nicht die Spuren dieser Herabwürdigung an dem Charakter ihrer Mitglieder tragen werde. Uebrigens möge gelegentlich, obwohl es für diesen Punkt unwesentlich ist, bemerkt werden, daß wenngleich an sich der Klassencharakter des Proletariats ebenso wie der der Bourgeoisie schlecht ist, es dem ersteren doch wahrscheinlich weniger gelungen ist, die menschliche Natur zu kor-

rumpiren, als dem letzteren. Die eigenthümlichen Klasseneigenschaften im Charakter des modernen Kapitalisten können ungefähr angedeutet werden durch die Definition: Gemeinheit in einer Lösung von Heuchelei; die eigenthümlichen Klasseneigenschaften im Charakter des modernen Proletariers: Rohheit in einer Lösung von Unterwürfigkeit. Wie vollständig aber beide der Ausfluß ökonomischer Verhältnisse sind, kann sehr einfach klar gemacht werden. Man nehme sein Morgenblatt in die Hand und man wird die Illustration zu beiden in dessen Spalten finden. Sie sind Avers und Revers derselben Medaille — der modernen Zivilisation. Aber, wir wiederholen, diese Klasseneigenschaften können in einzelnen Individuen der beiden Klassen zu Gunsten der eigentlich menschlichen oder sozialen Eigenschaften auf ein Minimum reduzirt sein; oder sie können so hoch entwickelt werden, daß sie die letzteren ganz ausschließen. Der zweite Fall kann am besten an Typen illustrirt werden, die der Reihe der eigentlichen Klassenpolitiker entnommen sind. Fast jeder bürgerliche Staatsmann verkörpert das Klassenelement in seiner reinsten Form. Solche Menschen sind Klumpen von Klassenegoismus. Heuchlerische Gemeinheit hat in ihnen die Menschlichkeit völlig aufgezehrt. Das entsprechende Bild von rein proletarischem Klassenelement kann in jener Richtung der anarchistischen Partei gefunden werden, welche die „Gaunerpolitik" genannte Taktik verfolgt und von welcher ein Stellmacher oder ein Ravachol ein Typus ist. Auch hier hat das Klassenelement, eine knechtische Brutalität, der reine Blutdurst und die reine Gewinnsucht des Sklaven jede Humanität aufgesogen. Uebrigens sind das extreme Beispiele für beide Seiten. Das menschliche Leben würde offenbar ebenso unmöglich werden, wenn die ganze Bourgeoisie in lauter Bismarcks und Constans, als wenn das ganze Proletariat in lauter Stellmacher und Ravachols umgewandelt würde. Zwischen ihnen liegt die große Masse der beiden Klassen, wo Menschengefühl gegen Klassenegoismus mit wechselndem Erfolge streitet. In der Mitte beginnt sich ein Kern zu bilden. Es ist die internationale sozialistische Partei. Und gerade hier zeigt sich die große Ueberlegenheit der Arbeiterklasse als Klasse über die Bourgeoisie. In einem bedeutenden Theile der Arbeiterklasse, insbesondere auf dem europäischen Kontinent, sind die bloßen Klasseneigenschaften in hohem Ausmaße den menschlichen Eigenschaften unterlegen, obwohl die letzteren nothwendig und naturgemäß (wie wir sofort zeigen werden) die Klassenform annehmen. Das ist, der Natur der Sache nach, bei der Bourgeoisie nicht der Fall. Die Bourgeoisie als Klasse verknüpft materielle Macht und Wohlstand mit ihrer Klassenexistenz; und während die Entwicklung des Arbeiters im natürlichen Laufe der Dinge direkt zur Erhebung seines Klassengefühls zum Menschengefühl führt, wird der Bourgeois durch die analoge Entwicklung nur zu oft lediglich zu einer um so dichteren Auskleidung mit dem Firniß der Heuchelei gebracht. Der gebildete Arbeiter weiß, daß der menschliche Fortschritt mit dem Aufsteigen seiner Klasse verknüpft ist. Der gebildete Bourgeois weiß, daß der menschliche Fortschritt mit dem Niedergange, mit der Vernichtung seiner Klasse verknüpft ist; darum giebt es unter der Arbeiterklasse ganze, große Schichten, die Sozialisten sind, unter der Bourgeoisie aber nur vereinzelte Individuen.

Man kann nun die Frage aufwerfen: wenn wir das Klassenbewußtsein für jenes Element im menschlichen Charakter halten, in welchem seine schlechten und antisozialen Züge verkörpert sind, wie können wir die Betonung und Verschärfung des Klassengefühls zum Ausgangspunkt einer sozialen Wiedergeburt machen, in welcher die Klassen verschwinden sollen? Stimmt nicht die Haltung des wohlwollenden Herrn alten Stiles, der predigt: „laßt uns die Klassen ignoriren,

verkehren wir mit einander als Menschen", stimmt nicht diese Tendenz mehr mit dem überein, was wir oben gesagt haben? Wir antworten: nein; denn wir beschäftigen uns mit Thatsachen und nicht mit Phrasen. Die Klassen existiren; Ihr mögt sie ignoriren, sie bleiben trotzdem bestehen mitsammt den von ihnen erzeugten Charakteren. Wenn Ihr sie ignorirt, sie ignoriren Euch keineswegs. Daher der Unterschied zwischen dem Sozialisten und dem wohlwollenden radikalen Bourgeois in ihren jeweiligen Kreuzzügen gegen die Klassen. Der Sozialist bejaht die Form des Klassenunterschieds, wohl wissend, daß dadurch zuletzt die Realität desselben negirt wird; der radikale Bourgeois hingegen, während er ostentativ die Form des Klassenunterschieds leugnet, bejaht dessen Inhalt, dessen Realität, zum wenigsten insoferne, daß er ihn unberührt lassen will. Er glaubt, die Klasseninstinkte los werden, die Klassen selbst aber aufrechthalten zu können. Um mit den Klassen fertig zu werden, muß die besitzende und expropriirende Klasse selbst expropriirt werden, enteignet ihrer Macht zu expropriiren, d. i. enteignet jener Verfügung über die Produktionswerkzeuge, durch welche ihr Klassencharakter aufrecht erhalten wird; dann erst wird sie verschwinden zusammen mit ihrem Korrelat: der besitzlosen, der expropriirten Klasse.

Es ist nicht richtig, wie es auf den ersten Blick scheinen mag, daß das politische Klassenbewußtsein des sozialistischen Arbeiters identisch ist mit dem rein antisozialen Klassenbewußtsein des Lumpenproletariers oder des blutdürstigen Anarchisten. Das Klassenbewußtsein des Sozialisten ist davon gänzlich unterschieden. Es hat sich bereits selbst negirt; anders ausgedrückt, es ist ein menschliches Gefühl in einer Klassenverkleidung. Ziel und Endzweck des sozialistischen Arbeiters ist klar und bewußt die Vernichtung der Klassen und des Klassenelementes im Charakter. Er weiß ganz genau, daß sein Klassenthum ihn in Nachtheil setzt. Er weiß, daß die Thatsache seiner Zugehörigkeit zu einer unterdrückten Klasse ein gewaltiges Hinderniß für die Entwicklung des Besten in ihm ist; genau so, wie der der Bourgeoisie angehörende Sozialist weiß, daß seine Zugehörigkeit zur unterdrückenden Klasse gleichfalls ein Hinderniß für die Entwicklung seiner edleren Eigenschaften ist. Bloßer Klasseninstinkt, der an sich nothwendig antisozial ist, kann niemals Sozialismus ergeben. Das ist der Grund, weshalb der tiefststehende Theil des Proletariats in den meisten Fällen für die Sache des Sozialismus weniger leistet.* Seine Klasseninstinkte niedrigerer Art sind weniger fähig dazu, sich von den gröberen Elementen zu reinigen und in jenen höheren Instinkt umzuwandeln, welcher zwar den Stempel des Klassenthums an sich trägt, in seinem Wesen aber über und außerhalb der Klasse steht, welcher in dem unmittelbaren Triumph seiner Klasse nur ein Mittel sieht zur schließlichen Verwirklichung einer rein menschlichen Gesellschaft, in der die Klasse verschwunden ist. Für jene, welche von diesem Instinkte getragen sind, ist Klassenthum und Klasseninteresse identisch geworden mit Menschenthum und menschlichem Interesse. Im sozialistischen Arbeiter ist der Klasseninstinkt umgewandelt zu der Ueberzeugung, daß, wie Lassalle es ausdrückt, „er berufen ist, das Prinzip seiner Klasse zu

---

* Diese Ansicht können wir keineswegs theilen und der Autor selbst dürfte seit den Fortschritten des „neuen Unionismus" in England von ihr zurückgekommen sein. Im Gegentheile finden wir gerade in Proletarierschichten niedrigster Lebenshaltung häufig einen Grad von Aufnahmsfähigkeit für die sozialistischen Ideen in ihrer ganzen Weite und Tiefe, von welchem der durchaus nicht „sozialistisch überwundene" engherzige Klassenegoismus gewisser Arbeiteraristokratien aufs Unangenehmste absticht. Allerdings, der äußerste Grad des Elends macht stumpf und unfähig zum Aufschwung, aber ebensowohl unfähig zur Entwicklung des Klassenegoismus in seiner niedersten wie in seiner höchsten Form. Anm. d. Uebers.

erheben zum Prinzip des Zeitalters". Er weiß, daß im Augenblicke des Sieges — der Verwirklichung der Herrschaft seiner Klasse — das häßliche Bild der Klasse selbst fallen und die Gesellschaft erstehen wird. Im Kampfe ist seine Sache identisch mit der Klasse, im Triumphe mit der Menschheit.

Wir freilich, die heute leben, die wir die Abkömmlinge der Klassengesellschaft sind, die wir die Luft der Klassengesellschaft athmen, wir tragen unausrottbar das Brandmal des Klassenteufels an uns. Es ist unserem Charakter eingegraben. Selbst unter Sozialisten, wo seine gröberen Züge abgeblaßt und verkümmert sind, zeigt er sich hie und da. Dem Charakter keines Menschen, der in der Klassengesellschaft geboren ist, kann das Klassenelement ganz fremd sein. In dem besten sozialistischen Arbeiter steckt noch eine Spur von Fähigkeit zur Rohheit. Im besten sozialistischen Bourgeois steckt noch eine Spur von Fähigkeit zur Ueberhebung. Indessen, wir wissen, daß diese Dinge vorübergehen und können sie deshalb leichter nehmen.

Noch eine entschiedene und entscheidende Bejahung des Klasseninteresses und wir dürfen hoffen, das Ende der Klassen zu sehen mit ihrer heuchlerischen Gemeinheit einerseits und ihrer knechtischen Rohheit andererseits: Das Ende der Klassen und das Entstehen der Menschen.

Ein neues Gracchen-Drama.*

Von **E. Bernstein.**

Das „Wehe den Besiegten", das so oft auch in der Geschichtsüberlieferung seine verhängnißvolle Rolle gespielt, hat das Andenken der Gracchen in auffallender Weise unberührt gelassen. Die Geschichte der gracchischen Bewegung ist uns in einer Darstellung überliefert, in der die Namen der Besiegten in hellstem Lichte erstrahlen, die der Sieger dagegen dem Dunkel geweiht erscheinen. Die kleinen Schwächen und Verstöße, die den beiden Brüdern nacherzählt werden, fallen nicht ins Gewicht gegenüber den ihnen nachgerühmten Vorzügen und Verdiensten. Der Name Gracchus ist bis in die neueste Zeit sinnbildlich geblieben für die Bezeichnung eines uneigennützig-ritterlichen Volksfreundes, während der Name des 70 Jahre nach dem Tode des älteren Gracchus im Kampf gegen dieselbe Klasse, die jener erlag, gefallenen Catilina bis auf heute die Bezeichnung eines Demagogen im schlechtesten Sinne des Wortes geblieben ist.

War wirklich Catilina eine so viel unwürdigere Persönlichkeit als Tiberius Gracchus? Als ich vor Jahresfrist das Drama „Catilina" von Th. Curti für diese Zeitschrift zu besprechen hatte, drückte ich bereits meine großen Zweifel an der Glaubwürdigkeit der dem Catilina von Cicero und dessen Parteigängern nachgesagten Ungeheuerlichkeiten — die Quelle aller späteren Berichterstatter über die Persönlichkeit Catilina's — aus. Diese Zweifel gründeten sich damals vornehmlich auf eine bloße kritische Analyse und Gegenüberstellung der verschiedenen Anklagereden Cicero's gegen Catilina und der Sallustischen Darstellung der Catilinarischen Verschwörung. Indeß weiter als bis zum „nicht erwiesen" glaubte ich nicht gehen zu dürfen. Die Thatsache der allgemeinen Korruption der Epoche ließ es als wahrscheinlich erscheinen, daß diese Beschuldigungen zwar übertrieben, aber doch nicht ganz aus der Luft gegriffen waren, daß Catilina, wenn auch vielleicht nicht das moralische Ungeheuer, als das er in der Ueberlieferung dasteht, so doch mindestens eine gründlich angefaulte Persönlichkeit der untergehenden Republik war.

Verschiedene neuere Monographien über den Gegenstand, die ich seitdem gelesen, und auf die ich gelegentlich ausführlicher zurückzukommen gedenke, haben mich

* Paul Barth, Tiberius Gracchus. Trauerspiel in fünf Aufzügen. Leipzig, Karl Reißner. 1893. 116 S. kl.-8°.

jedoch überzeugt, daß wohl noch ein stärkeres Wort über Cicero's Schilderung der Persönlichkeit Catilina's gerechtfertigt ist, und man da mit gutem Fug und Recht gradheraus von schamloser Verleumdung reden darf. Schon sieben Jahre nach Catilina's Tode erzählte jener „unsägliche Schwätzer“ selbst, mit der Geistern seines Schlages eigenen Gedächtnißschwäche, daß Catilina die intime Freundschaft vieler der besten Männer Roms genossen habe, die ihn wegen der außerordentlichen guten Eigenschaften, die er anscheinend besaß, hochgeschätzt hätten. „Es gab eine Zeit“, fügt er hinzu, „wo er beinahe mir imponirte, ja, selbst mir“ — man denke, selbst dem Marcus Tullius Cicero! — „Ich hielt ihn für einen würdigen Bürger, für einen Mann, der sich in der Gesellschaft der Guten wohlfühlte, für einen treuen und zuverlässigen Freund. Sein strafbares Unternehmen war mir eine völlige Ueberraschung.“ (Rede für den Clölius Rufus.) — „Denn welches Unheil oder Verbrechen kann wohl erfunden oder ausgedacht werden, was jener nicht begangen hätte? Wo ist in ganz Italien wohl ein Giftmischer, ein Fechter, ein Straßenräuber, ein Meuchelmörder, ein Vatermörder, ein Fälscher oder Falschausleger von Testamenten, wo ein Schlemmer, ein Verschwender, ein Ehebrecher, ein übel berüchtigtes Frauenzimmer, ein Verführer der Jugend, ein durch Wollust geschändeter und verworfener Mensch zu finden, der nicht geständе, mit Catilina höchst vertraut gelebt zu haben? Wo wäre im Laufe dieser letzten Jahre wohl ein Mord ohne ihn begangen, welche ruchlose Unzucht nicht durch ihn verübt worden?“ — hatte es dagegen in der zweiten Catilinarischen Rede Cicero's geheißen.

Eine Catilinarische Rede in der That, wenn man das Wort in dem Sinne braucht, den es im Laufe der Zeit erlangt hat. Lauter infamirende Behauptungen, und nicht eine einzige bestimmte Thatsache. Wer aber im Stande ist, so plump aufzutragen, um einen politischen Gegner herunterzureißen, der verdient auch keinen Glauben, wo er bestimmte Handlungen nennt, so lange diese nicht durch zuverlässigere Gewährsmänner bekräftigt sind. Und das ist von keiner der Catilina nachgesagten Schandthaten der Fall. Bei sehr vielen läßt sich dagegen ihre totale Unwahrscheinlichkeit nachweisen. Indeß darüber ein anderes Mal. Hier genügt es, festzuhalten, daß zur Zeit Catilina's bei der Bekämpfung politischer Gegner in Rom bereits ganz andere Waffen gebraucht wurden als zur Zeit der Gracchen.

In den zwei Menschenaltern, die zwischen den beiden Bewegungen lagen, war eine völlige Revolution in den Sitten Roms vor sich gegangen. Was im vierzehnten Jahrzehnt vor unserer Zeitrechnung erst im Ansatz vorhanden war, war um das Jahr 63 bereits zur vollen Blüthe gelangt. In der ersteren Epoche überwog im öffentlichen Leben Roms noch die plumpe Offenherzigkeit eines vor Allem den Krieg und die kriegerischen Tugenden hochhaltenden Volkes, man lebte noch in den Ideen der Zeit, wo jeder Bürger Soldat war und hatte für die Ueberkultur der damaligen Griechen und das luxuriöse Leben der Großen des Orients eine gewisse bäurische Verachtung. Seitdem aber hatte man immer mehr orientalischen Luxus eingeführt und sich an den Griechen der Zeit des Verfalls geistig gebildet. Wie im damaligen Griechenland selbst, so blühte auch in Rom die Phrase, und mit der Phrase die Lüge. Das Lügen war nicht mehr eine Schande, sondern eine Kunst. Niemand aber war in dieser Hinsicht ein gelehrigerer Schüler der Griechen als gerade der biedere Marcus Tullius Cicero. Für ihn gehörten, wie er selbst schreibt, etliche Lüglein (mendaciuncuncula) zu den erforderlichen Ingredienzien einer wirksamen Rede. Und insofern kann man daher wirklich nur dem Positivisten E. S. Beesley zustimmen, wenn derselbe in Anknüpfung daran in einem Aufsatz über Catilina schreibt, daß wenn Cicero Zeitgenosse der Gracchen gewesen wäre, dieselben „sicherlich uns von der Geschichte mit dem Brandmal jedes Lasters behaftet überliefert worden wären, über das die Menschheit in höchstes Schaudern geräth“. Nur daß der Cicero, den wir kennen, im Jahre 133 vor unserer Zeitrechnung in Rom eben noch gar nicht möglich gewesen wäre.

Gelogen und falsch angeschwärzt wurde natürlich auch schon zur Zeit der Gracchen; Plutarch giebt in seiner Lebensbeschreibung der Letzteren selbst einige Bei-

spiele davon. Aber man beobachtete bei dem „Fensterscheiben-Einwerfen“, wie ein jüngst verurtheilter Antisemit einen von ihm geführten Verleumdungsfeldzug ciceronianisch umschrieb, immer noch gewisse Schranken, man legte wohl Handlungen falsch aus, schob dem Gegner verwerfliche Motive unter, war aber noch zu plump naiv, sich das Gift ganz und gar aus den Fingern zu saugen, mit dem Bürger auch den Menschen moralisch zu meucheln.

Noch mehr aber wie die immerhin sehr relative Unverdorbenheit der Epoche, kam den Gracchen die Natur des von ihnen geführten Kampfes zu Gute. Sie waren, bei all ihren Reformplänen zu Gunsten des niederen Volkes, nichts weniger als Revolutionäre. Auch in ihren heftigsten Kämpfen mit der Senatspartei kam es ihnen nicht in den Sinn, den Senat als solchen stürzen zu wollen. Im Grunde waren sie vielmehr, vor Allem Tiberius Gracchus, höchst konservative Sozialreformer; sie wollten die Sozialzustände des auf die Herrschaft über einen Theil Italiens beschränkten Rom in das der Weltherrschaft entgegenstrebende Rom hinüberretten. Nur sehr zögernd, und nur, weil die Gegner selbst ihn dazu nöthigten, entschloß sich Tiberius Gracchus zu einigen schüchternen Verstößen gegen das überlieferte Recht, im Uebrigen fiel er gerade als ein Opfer seiner formalrechtlichen Bedenklichkeiten. Desgleichen sein jüngerer Bruder Gajus. Beide sind ohne Versuch ernsthaften Widerstandes um ihr Leben gekommen, während der als Ausbund physischer und moralischer Verkommenheit ausgeschriene Catilina an der Spitze seiner Anhänger wie ein Löwe kämpfte, bis er der Uebermacht seiner Gegner erlag.

Dieser konservative Zug in der gracchischen Agitation, der sich aber aus der Zeit erklärt, in die dieselbe fällt, die relative Unentwickeltheit des neuen Klassenkampfes, die noch wesentlich altrömischen Formen der politischen Diskussionen der Epoche — das sind nach meiner Ansicht die Gründe, weshalb die Gracchen von dem Fluch, der auf den Namen besiegter Anwälte einer unterdrückten Volksklasse lastet, befreit geblieben sind. Und es kommt noch Eines hinzu. Die Gracchen mußten später die Folie abgeben für die moralische Abschätzung jeweilig auftauchender Volksführer. Um diese um so mehr herabzusetzen, mag ihnen sogar mancher hochherzige Zug nachträglich angedichtet worden sein. Ihre Geschichte wurde erst geschrieben, als die mythenbildende Kraft des Volkes Zeit gehabt hatte, sich zu bethätigen. Daß die Motive ihres Handelns durchaus nicht die unvermischter Selbstlosigkeit waren, ergiebt schon die ihnen doch im Ganzen so günstige Darstellung des Plutarch. Von der Mutter Cornelia geschürter Ehrgeiz war jedenfalls in hohem Grade mit im Spiel. Und wenn dies auch gerade kein herabsetzender Charakterzug ist, so sei es, neben der konservativen Tendenz der ganzen Bewegung, doch schon deshalb hervorgehoben, weil die tendenziöse Gegenüberstellung: hier die Gracchen als Lichtgestalten, dort Catilina als Geist der Finsterniß, dadurch erst ihre rechte Beleuchtung erhält.

Beide, die Gracchen wie Catilina, sind oft der Gegenstand dramatischer Behandlung gewesen. Vor Allem natürlich die Ersteren. Namentlich so lange man den römischen Geschichtschreibern noch ziemlich unterschiedslos glaubte, waren die Gracchen sozusagen der gegebene Stoff für alle Demokraten, die sich ihre Helden aus dem Alterthum holten. Der Catilina war schon spröder zu behandeln, aber die Gracchen konnte sich — freilich zu Ende des *vorigen* Jahrhunderts — ein Baboeuf, sie konnte sich später der harmloseste bürgerliche Demokrat, sie kann sich selbst der wohlgesinnte Liberale unserer Tage zum theoretischen Vorbild wählen. Heut' sind wir ja „alle Sozialisten“.

Der Tiberius Gracchus, den uns Herr Barth in seinem Drama vorführt, ist der der landläufigen Ueberlieferung — ein Ausbund aller möglichen edlen Eigenschaften. Im Hause der Gracchen wohnt nichts als seelische Größe, es könnte das Heim der ethischen Gesellschaft des damaligen Rom darstellen. Der Kampf zwischen den Gracchen und ihren Gegnern erscheint als ein Kampf zwischen Hochherzigkeit und Gemeinheit, Menschenliebe und Rohheit, Sittenreinheit und Korruption, zwischen dem Wahren, Guten und Schönen und der Lüge, Bosheit und Häßlichkeit — mit

einem Wort zwischen der ewigen Tugend und dem ewigen Laster. Wir sind nun durchaus nicht geneigt, die den Gracchen gegenüberstehende Senatspartei anders denn als eine Partei des Privilegiums, als die Vertreterin der Interessen und Vorurtheile der Minderheit der Mächtigen und Reichen des Erobererstaates zu betrachten, und konzediren für ihre Charakteristik alle Eigenschaften, die sich in einer solchen Partei unter den geschilderten Umständen entwickeln mußten, aber alles das läßt sich veranschaulichen, ohne daß deshalb der Kampf zwischen den Gracchen und der Senatspartei als der Ausfluß moralischer Qualitäten, bezw. als Folge moralischer Unterschiede hingestellt wird. Diese Art der Behandlung politisch-sozialer Kämpfe ist etwas gar zu antiquirt, wir verlangen vom historischen Drama heute mehr als einen in bestimmte geschichtliche Personen eingekleideten Ormuzd-Ahriman-Konflikt.

Die bis zur Verschwommenheit getriebene Idealisirung des Tiberius Gracchus und der ganzen Gracchenfamilie ist die Schwäche des Barth'schen Dramas. Tiberius handelt nicht nur von Anfang bis zu Ende wie die verkörperte Ethik, was doch schon schlimm genug ist, er überbietet seine Handlungen noch durch seine Reden. Man höre z. B. folgenden von ihm gleich im Anfang gehaltenen Monolog (die Szene ist das Atrium seines Hauses, das u. A. eine Büste Plato's und ein Standbild des Vaters des Tiberius enthält):

Gracchus: „Sei mir gegrüßt, mein Vater! Du warst ein Mann der That. Auch Dich grüße ich, Plato, Meister des Gedankens! O dürfte doch mein Leben gleich dem Deinen sein! Dein Leben war ein Leben des Gedankens, die höchste freie Lust, welche dem menschlichen Geschlecht vergönnt ist. Denn Du hast Recht, der sinnliche Genuß ist nur ein Sklave, unterworfen dem Verlangen, das ihn herbeiruft, und der Sättigung, die ihn vertreibt. Doch geistiger Genuß ist stets ein Freier, frei wie der Gedanke, nur sich selbst gehorchend! O dürfte ich aus dieser Trümmerwelt in Deine Gedankenwelt auswandern, aus dem ewigen Mangel in die Vollkommenheit, aus all' dem Stümperwerk hier zu den Mustern, die Dein Geist geschaffen hat. Nein! dieses Glück ist einem Römer nicht beschieden. Kämpfen muß ich, um in dem dürftigen, bröcklichen Stoff des Lebens die ewigen Muster nachzubilden. Glücklich bin ich, daß ich Euch Beide kenne. Kühn sind die Worte, die soeben verhallt sind. — Einen Tribunen absetzen. Es klingt wie „eine Götterstatue umwerfen!" Doch uns, den Jüngeren, o Vater, ziemt nicht mehr vorsichtige Küstenschifffahrt am Ufer der Gewohnheit und der Sitte, die Ihr Alten kraftvoll triebet. Die Zeit ist stürmisch, das Fahrzeug würde bald am Strand zerschellen. Wir müssen in das freie Meer der Möglichkeiten fahren, nicht blos den Rudern, sondern auch den Segeln trauen und den Gedanken uns als Leitstern nehmen!"

Viel ansprechender als die sentenziösen Reden des Tiberius und seiner Mutter ist der Dialog in den Szenen mit den Vertretern der Optimatenpartei, den Szenen dieser unter sich, und in den eigentlichen Volksszenen. Die treibenden Gegensätze im Volke, zwischen Bauern und Ackerbürgern auf der einen und verkommenden Städtern auf der anderen Seite, zwischen Freigeborenen und Freigelassenen, römischen Bürgern und Provinzlern sind lebendig zur Anschauung gebracht. Hier ist in der Darstellung weniger „Absicht" und daher die Wirkung um so glücklicher. Wenn die Gracchen selbst noch viel zu sehr nach der alten Schablone behandelt sind, so ist dafür anzuerkennen, daß in der Schilderung des Volkes und der demselben angewiesenen Rolle das Drama des Herrn Barth moderneren Geist athmet. Ebenso ist demselben eine geschickte Schürzung des dramatischen Knotens, Mannigfaltigkeit der Szenen, sowie eine stetig fortschreitende und im Allgemeinen auch lebendige Handlung nachzurühmen. Im Schema der Handlung weicht dagegen das Stück, wie gesagt, nicht von der althergebrachten Methode ab.

Als einer der bäuerlichen Anhänger des Tiberius Gracchus spielt ein Volsker Marcus Marius, dessen Sohn Gajus zur Zeit des Dramas als Soldat beim Heere steht, eine gewisse Rolle. Der Kenner der römischen Geschichte weiß natürlich sofort, daß er es in ihm mit dem Vater des späteren Führers der römischen Volkspartei zu thun hat. Die Hineinziehung dieses Mannes in die Handlung halten wir für keine üble Idee, sie ist nicht nur dem Zeitpunkt, sondern auch, was hier noch wich-

tiger, der Sache durchaus angepaßt. Im Bauern Marius ist die Kontinuität der anti-aristokratischen Volksbewegung in Figura repräsentirt. Nur bleibt es bei Herrn Barth wieder bei der bloßen Andeutung. Es wäre aber sehr wohl möglich gewesen, diese Kontinuität gerade in jener Figur aus dem Volke ganz unverblümt zum Ausdruck zu bringen, ohne deshalb sich der Geschmacklosigkeit theatralischer Zukunftsprophezeiungen schuldig zu machen. Nicht unhistorischer als die Vorführung des Marcus Marius überhaupt, wäre es gewesen, denselben nach der tückischen Ermordung des Tiberius Gracchus ein derbes Wort des Volkszornes und den Entschluß äußern zu lassen, den Haß gegen das Optimatenthum der jungen Generation aufs Tiefste einzuprägen. Das wäre ein kräftiger und unkonventioneller Schluß des Dramas gewesen. Aber — die deutsche Gesellschaft für ethische Kultur fordert ihr Recht, und so erhält Mutter Cornelia das Schlußwort, um das Laster zu verfluchen und pathetisch auf den „neuen Kämpfer für Gerechtigkeit“ — Gajus Gracchus — zu verweisen. Das Volk aber verschwindet mit der Ermordung des Tiberius Gracchus spurlos von der Bildfläche.

Notizen.

Das Sinken der Reallöhne in den letzten Jahren wird treffend illustrirt durch folgende, dem neuesten Bericht der Berufsgenossenschaft entnommene Zusammenstellung der Zahl der deutschen Zementfabriken und ihrer Arbeiter.

Es betrug nämlich:

Jahr	Zahl der Fabriken	Zahl der Vollarbeiter*	Gesammtsumme der Löhne in Mark**	Durchschnittlicher Jahreslohn pro Arbeiter in Mark
1890	159	19 174	14 839 656	775
1891	155	19 505	15 166 619	775
1892	154	18 040	14 077 283	779

Wir sehen also eine Abnahme der Fabriken um etwa 3 Prozent, der Arbeiter um rund 1100 = etwa 6,5 Prozent gegen das Jahr 1890 und etwa 1500 = 8,5 Prozent gegen das Jahr 1891, während die Jahres-Durchschnittslöhne fast konstant geblieben sind.

Im Gegensatz zu diesem Konstantbleiben der Löhne stiegen im Jahre 1891 die Preise fast sämmtlicher wichtigen Lebensmittel. So betrugen zum Beispiel die Großhandelspreise pro 1000 Kilogramm in Mark:***

Jahr	Roggenpreise			Weizenpreise			Kartoffelpreise† (Speisekartoffeln)	
	Breslau	Berlin	Königsberg	Breslau	Berlin	Königsberg	Berlin	Breslau
1890	166	170	151	185	195	186	36,4	34,6
1891	170	211	199	217	224	211	63,8	59,2
Zunahme in Prozent gegen das Vorjahr .	23	24	32	17	15	19	75	71

Abgesehen davon, daß im Detailverkauf die Preissteigerung gewöhnlich noch höher als in dem Engros-Verkauf ist, zeigen uns schon die obigen Zahlen, wie sehr die Reallöhne 1891 gesunken sind, wie sehr die Lebenshaltung der Arbeiter sich verschlechtert hat. Die Zahlen sprechen deutlich genug, aber nur nicht für deutsche Minister und Geheimräthe, die bekanntlich *prinzipiell* keinen Nothstand anerkennen!

J. S.

* Anrechnungspflichtige.

** Zu 300 Arbeitstagen gerechnet.

*** Vergl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich, Jahr 1892, zweite und dritte Tafel.

† Vergl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich, Seite 132.

Feuilleton.

Seemannsfrau.

Novelle von Egor Schugoy.

I.

Sie waren Nachbarskinder.

In dem kleinen Städtchen an der Nordsee, das die höhere Kultur und die Modebädergründung noch nicht beleckt hatte, erblickten der Knabe und das Mädchen das Licht der Welt, als Sprossen zweier familienreicher Nachbarhäuser, deren Gärtchen nur durch einen leichten Staketenzaun von einander getrennt waren.

In diesen Gärtchen haben sich Karl und Mathilde zuerst kennen gelernt, als das kaum kriechende Töchterchen des „Kaptän Jürgen“ dem strammen vierjährigen Buben des „Kaptän Hannes“ feierlich vorgestellt wurde. Damals trug das dunkellockige Fräulein noch kurze weiße Hemdchen und die Freiheit ihrer Bewegungen wurde durch keine lästigen Modeerfindungen gehemmt. Trotz dieses absoluten Mangels an jeder koketten Gewandung gefiel das rosige Baby dem semmelblonden, pausbackigen Jungen außerordentlich gut, so daß er sich aus eigener Machtvollkommenheit zu seinem sorgsamen Hüter und Pfleger ernannte; und da Mathildens Mutter mit ihren fünf Kindern und der großen Wirthschaft genug zu thun hatte, so wurden die treuen Dienste des freiwilligen Babyaufsehers mit dankbarem Stillschweigen anerkannt und durch öfter wiederkehrende Kuchen- und Obstgaben nach Verdienst belohnt. — Was Karls Mutter betrifft, so war sie herzlich froh, daß ihr wilder Junge ein Spielzeug gefunden hatte, an dem sein Herz so hing, daß die einfache Drohung, Mathilde nicht mehr sehen zu dürfen, ihn zu allem Möglichen bringen konnte.

So verbrachten denn die beiden Nachbarskinder ganze Tage zusammen, mit voller Zustimmung der beiden Mütter, — denn in dem Städtchen an der Nordsee war es ebenso selbstverständlich, daß nur die Mütter bei der Erziehung der Kinder in Frage kamen, wie es selbstverständlich war, daß die ewig abwesenden Väter sich „Kaptän“ titulirten — und wenn sie auch nur ein kleines Fischerboot kommandiren durften. —

So lange Mathildens Beinchen noch schwach waren, blieben die Kinder in einem der Nachbargärtchen, als aber das kleine Mädchen drei Jahre alt wurde, dann ging es durch die stillen Straßen hinaus, dem Strande zu. Dort, auf dem gelben Meeressand, war der Sammelplatz sämmtlicher Kinder des Ortes. Da wurden denn Hunderte der aufregendsten und beliebtesten Spiele getrieben: die Krevettenjagd, die Muschelsuche, das Sandgraben und das Schiffbauen wechselten mit einander, doch blieb dabei das Wasser stets die Hauptsache. — In dem kleinen Strandstädtchen drehte sich Alles und Jedes um die launenhafte, tückische See, von der Groß und Klein seine Freude und sein Leid zu erwarten hatte, und selbst die kleinsten Jungen spielten schon „Kaptän“ und sprachen von weiten Reisen, während die Mädchen derlei Pläne und Unterhaltungen ganz selbstverständlich fanden.

Nur der kleinen Mathilde wollte diese Selbstverständlichkeit in das hübsche braune Köpfchen nicht hinein. Eigensinnig behauptete das winzige Ding in seiner unbeholfenen Kindersprache, daß sie den „lieben Karl“ nicht um die Welt

aufs Meer lassen würde, weil er sonst „grade so selten zu Hause käme, wie Papa", was sie — Mathilde — „höchst langweilig" finde. Und dieser Opposition wegen erklärten sämmtliche See-Invaliden des Städtchens, die in ihren Sorgenstühlen sich die Zeit mit Klatsch und alten Reise-Erinnerungen vertrieben, den schwarzäugigen Krauskopf für „aus der Art geschlagen" — und sämmtliche Mütter fügten lächelnd hinzu, daß Mathilde ihrem zukünftigen Gatten „zu schaffen machen würde".

Daß dieser zukünftige Gatte Karl sein würde, war bereits festgestellt, als die Braut noch auf allen Vieren herumkroch und der Bräutigam die ersten Hosen tragen lernte. — Und so blieb es auch die ganze Zeit, in der die beiden Kinder in die Schule gingen und nach der Konfirmation als Erwachsene erklärt wurden. Nun aber mußte der kindliche Scherz dem Ernste des Lebens weichen und der fünfzehnjährige Junge, der „selbstverständlich" Seemann werden sollte, wie sein Vater, Großvater und seine älteren Brüder es geworden waren, mußte von der Heimath und von seiner Jugendfreundin scheiden. —

Das war Mathildens erster Kummer! — Das „aus der Art geschlagene" Seemannskind konnte die Trennung von dem Gespielen seiner Kindheit nur schwer ertragen. Mit zornigen Thränen nahm sie Abschied von Karl, der nach Hamburg abreiste, um dort von einem alten Freunde seines Vaters angemustert zu werden, und schalt ebenso heftig, als sie weinte, weil ihr lieber Freund die bevorstehende lange, lange Trennung mit der in jeder Seestadt zur anderen Natur gewordenen Ruhe als selbstverständlich betrachtete. — Monatelang ging das dreizehnjährige Kind ungeduldig herum, nur mit Unlust die häuslichen Arbeiten verrichtend und nur für die Erzählungen des Großvaters Interesse zeigend, der der Neugierigen gerne auf der alten geographischen Karte all die weiten fremden Häfen zeigte, von wo Karls seltene Briefe ankamen! —

Erst nach drei Jahren kehrte Karl in das heimathliche Städtchen zurück. Bis nach Australien war sein Segelschiff gegangen und manches Seltsame und Wunderbare hatten seine jungen Augen zu sehen bekommen, doch nichts vermochte ihn so sehr in entzückte Verwirrung zu versetzen, als der Anblick seiner nunmehr sechzehnjährigen Gespielin. Was ist nur aus dem braunen, ungelenken Backfisch geworden! — Wo waren Mathildens rothe Hände und ihre burschikosen Manieren geblieben! Sollte diese schöne, schlanke Jungfrau, die nun erröthend vor dem zum Manne gereiften Gespielen stand, in der ganzen Majestät der vollen Mädchenblüthe, sollte das wirklich sein kleiner Schützling von damals sein, den er so oft auf den Händen getragen, geprügelt und auch geküßt hatte? — —

Bei dieser letzten Vorstellung schoß eine heiße Blutwelle in Karls wettergebräuntes Gesicht und er starrte zu Boden, den Hut verwirrt herumdrehend. So standen sie wortlos nebeneinander am alten Gartenzaun, der für ihre hohen Gestalten nunmehr kein unüberwindliches Hinderniß mehr war, wie zur Zeit ihrer gemeinsamen Kindheit. Keines wagte zu reden, da Keines wußte, ob es das Andere mit dem alten vertraulichen „Du" oder in Anbetracht der unglaublichen Veränderung mit dem feierlichen „Sie" anreden sollte. Immer feuriger wurden Karls blaue Augen, während er die schöne, schlanke Gestalt des Mädchens mit den Blicken verschlang. Immer tiefer senkte sich Mathildens Köpfchen unter der Gluth dieser Blicke, bis es endlich an der Brust des alten lieben Freundes zu liegen kam, der nun, ohne viele Worte und große Auseinandersetzungen zu machen, seinen kecken, blonden Schnurrbart auf das kirschrothe Mündchen drückte und so die Prophezeiung der Stadtbasen zur Wahrheit machte, die ihn und Mathilde schon in der Wiege verlobt und verheirathet hatten.

II.

Eine kurze, berauschende Wonnewoche folgte der heimlichen Verlobung. Dem ganzen Städtchen mußte das junge Brautpaar sich zeigen und sich überall feiern lassen. Alt und Jung erdrückte das schöne Pärchen mit Sympathiebezeugungen und prophezeite ihm eine möglichst große Portion Erdenglückes. Wie im Traum ging Mathilde am Arme ihres Karl durch die Straßen, wie im Traum verlebte sie lange, selige Stunden mit ihm in dem alten, lieben Gärtchen, Alles um sich her vergessend, bis die Stunde des Erwachens kam, die den geliebten Bräutigam wieder forttrieb, damit er in der kaiserlichen Marine sein Jahr abdiene. Darauf folgte der Besuch der Steuermannsschule, dann nach Erlangung des Offizierspatentes die regelmäßigen überseeischen Reisen als zweiter und erster Offizier und endlich als Kapitän bei der großen Hamburger Afrikanischen Kompagnie.

Nur in langen Zwischenräumen konnte sich Karl bei der Braut sehen lassen. Galt es doch, durch Fleiß und Sparsamkeit die Mittel zur Gründung des zukünftigen Hausstandes zu erwerben. So erschien er stets nur auf kurze Tage in dem heimathlichen Städtchen, von der Dienstnothwendigkeit zu ewiger Eile getrieben. Fast unvermittelt mußte Mathildens jubelndes Begrüßen dem thränenreichen Abschied Platz machen. Die Eltern fanden das selbstverständlich. Keine Braut des Seestädtchens hatte es anders gehabt. Mutter und Basen, Großmutter und Nachbarinnen wußten es gar nicht anders und machten Mathilden ernsthafte Vorwürfe, wenn sie ihrem Bräutigam den Abschied zu schwer machte oder nach seiner Abreise wie ein Schatten umherwandelte.

Doch was konnten all die klugen Rathschläge und Belehrungen dem leidenschaftlichen Mädchen nützen, das mit jedem Tage deutlicher fühlte, daß es niemals die weise Ergebenheit und gelassene Ruhe der Anderen erlangen würde. In Mathildens Herz vermochte das berühmte Seemanns-„Selbstverständlich“ die glühende Sehnsucht nach dem Geliebten nicht zu tödten. Das ewige Warten kam ihr von Jahr zu Jahr unerträglicher vor und die kurzen Briefe des Verlobten steigerten nur ihren Kummer. Wohl dachte er an sie, denn sie erhielt aus jedem Hafen Nachrichten über sein Befinden, dem stets ein paar liebevolle Worte beigefügt waren, — aber das waren immer nur kurze Zeilen, die ihr nichts von seinem Gemüthsleben schilderten.

„Die Seeleute sind keine Schreibfüchse“, belehrte sie der Großvater. „Was soll er Dir schreiben, außer daß er wohl ist und an Dich denkt und dem Nebel im La Manche glücklich entwischt ist! — Das ist doch gewiß mehr als genügend!“

Doch Mathilde wollte auch das nicht begreifen. Sie hätte Alles wissen mögen, was er Monate lang auf dem Schiffe dachte, mit wem er in den vielen Hafenstädten verkehrte, wo sein Schiff mitunter mehrere Tage lang vor Anker bleiben mußte. Oft versuchte sie, die See-Invaliden auszufragen, die fast in jedem Hause zu finden waren, und welche nur allzu gern alte Reisegeschichten erzählten. Aber da hörte die arme verliebte Braut wenig Tröstendes.

„Die Frau braucht sich um das, was der Mann auf der See treibt, nicht zu kümmern“, lauteten die Orakelsprüche der gichtbrüchigen Wasserhelden. „Außerdem — was soll ein junger Mann auf dem Schiffe Besonderes treiben? — Eine Pfeife oder Zigarre rauchen — ein Glas Bier oder Grog trinken und eine Skatpartie mit dem Maschinisten oder den Passagieren — wenn's welche giebt — zu spielen, — das ist der ganze Zeitvertreib auf so einem Afrikadampfer, wie ihn Dein Karl zu befehlen hat.“

„Aber im Hafen, Großvater, — was macht er im Hafen? Sein Schiff bleibt doch in Havre zwei Tage liegen und in Lissabon und Madeira, und was

weiß ich, wo noch überall. Was macht denn der Kapitän in den Hafenstädten? Da doch die Auf- und Abnahme der Ladung Sache des ersten Offiziers ist, so hat er genug freie Zeit, — geht er da ans Land?"

Bei solch naiven Fragen spielte ein pfiffiges Lächeln um die verwitterten Züge des alten Seebären.

„Na und ob, Töchterchen! — Am Land da geht's alleweil fidel zu. Vor dreißig Jahren war ich auch mal in Lissabon, da giebt es Kneipen und Tingeltangel, sage ich Dir, daß es eine wahre Lust ist! Aber um so was braucht sich eine brave Frau nicht zu kümmern. Ein deutscher Seemann bleibt seiner Liebe treu, wenn er auch mal ein paar gelbe oder schwarze Mädel etwas nahe anguckt, — denn die gelben und schwarzen zählen selbstverständlich nicht mit."

O dieses ewige „Selbstverständlich", — wie marterte es Mathildens empfindliche Seele. Welche konfuse Vorstellungen machte sich ihr armes Köpfchen von diesen Cafés und Tingeltangels, von den schwarzen und gelben Mädchen, mit welchen ihr Karl vielleicht scherzte und zärtlich that, während sie, seine Braut, in der Entfernung um ihn vor Jammer fast vergehen mußte.

Sie schrieb einen verzweifelten Brief nach dem anderen, sprach von ihrer Sehnsucht, von der Leidenschaft, Eifersucht, die sie zerquälte und beschwor Karl flehentlich, ihr Alles, Alles von sich und seinem Leben zu erzählen, um als Antwort ganz erstaunte, wenn auch freundliche Zeilen zu bekommen mit der Bitte, „doch nicht so überspannt zu sein" und sich nichts Besonderes von ihm einzubilden. Er lebe ganz wie die anderen Kameraden, denke gewiß immer in Liebe und Treue an seine Braut, wie das bei ihrer Schönheit wohl selbstverständlich sein dürfte. — —

Im zweiten Jahre nach ihrer Verlobung vermochten sogar die kurzen Tage des Zusammenseins die arme Mathilde nicht mehr zu beglücken. Die Ueberzeugung, daß Karl sie aufrichtig lieb hatte, genügte ihr nicht, seitdem sie zu merken begann, wie grundverschieden seine Liebe von der ihrigen war. An dem seligen Abend, wo sie zum erstenmal seine Lippen auf ihrem heißen Munde gefühlt, hatte sie sich ein poesievolles Märchenbild von dem süßesten aller Gefühle gemacht. Wie Feuer ist es damals durch ihre Adern gelaufen und wie im Fieber hing sie in seligem Rausche willenlos und schwach in seinen starken Armen. Sie hätte ihm so viel sagen mögen von der Liebe, die sie in der gemeinsamen Kindheit, fast in der Wiege schon für ihn empfunden hatte, von der Sehnsucht während der langen Abwesenheiten und von dem wonnigen Schreck, mit dem sein Kuß ihre junge Seele erfüllt hatte. Den ganzen Tag hätte sie gern zärtliche Worte getauscht und, an seiner Brust ruhend, in seine schönen blauen Augen geblickt. Doch Karl setzte sich ruhig auf die Gartenbank und fing an, von praktischen Dingen zu reden, von Aussteuer und Haushalt, von seinen Ersparnissen und Zukunftsplänen, von Vaters freudiger Zustimmung und Mutters Linnenvorrath, kurz von allem Möglichen, nur nicht von der in ihr lodernden jungen Leidenschaft. Und als eine halbe Stunde später Vater Jürgen, der erst vorigen Sommer seine letzte Reise gemacht hatte und nun zu den See-Invaliden zählte, wirklich die Freude über die Verlobung seiner Jüngsten in herzlich derben Worten ausdrückte und Mutter Hannes in Sorgen um die Herrichtung des obligaten Festessens nach dem Markte lief, da schien es Mathilden, als ob eine rauhe Hand den Blüthenstaub von den Flügeln ihrer Liebe gewischt habe, und sie kam sich alt und kalt vor, während der schöne blonde Recke an ihrer Seite so ruhig über die Steuermannsschule sprach und die kurze Pfeife dazu rauchte, als ob nichts Besonderes soeben passirt wäre, als ob er nicht kurz vorher erst

draußen im silbernen Mondesschein am duftenden Rosenzaun eine bebende Mädchengestalt an die breite Brust gedrückt hätte. —

Dieser Zwiespalt blieb auch die ganzen endlosen acht Jahre bestehen, die Mathilde auf ihren Hochzeitstag warten mußte. Jedesmal, wenn sie ihren Verlobten sehen durfte — und seitdem er in der Afrikanischen Kompagnie angestellt war, geschah das zwei-, manchmal sogar dreimal jährlich — jedesmal fühlte Mathilde dasselbe peinliche Erstaunen über die ruhige Gelassenheit des Geliebten. Karl war immer gleich zärtlich und gleich aufmerksam. Nie kam er nach Hause, ohne ihr die hübschesten Sachen von der Reise mitzubringen, nie versäumte er, ihr aus den verschiedenen Häfen zu schreiben, doch das Alles geschah so einfach, so gelassen, als gelte es einer selbstverständlichen Lebensnothwendigkeit, über die Keinem in den Sinn kommt, viel Aufhebens zu machen. Er küßte sie ganz mit derselben Miene, wie er ein gutes Glas Bier trinken würde, ohne nur einen Schimmer jener Leidenschaft zu zeigen, die das arme Mädchen verzehrte, und für die er absolut kein Verständniß zu besitzen schien. Erstaunt, fast mißbilligend blickte er Mathilde an, wenn sie sich liebeglühend an seine Brust drückte, während ihre Lippen nach den seinen suchten — und fing an, von der zukünftigen Hochzeit zu sprechen und die Ersparnisse aufzuzählen, die er dafür bereits gemacht hatte. So qualvoll erschien diese kühle, ruhige Seemannsliebe dem „aus der Seemannsart gerathenen“ Mädchen, daß es beinahe aufathmete, wenn der Geliebte wieder fort war und dem Träumen von ihm nun nichts mehr im Wege stand. — Da schwelgte sie in Zärtlichkeit und Wonne, da schmiegte sie sich an seine Brust und bedeckte seine rothen Lippen mit zahllosen Küssen. Sie sprach nur von ihrem Karl, von seiner Schönheit, seiner Güte und seinem Muth, so daß ihre Freundinnen sie ob der überspannten Verliebtheit auslachten, während die älteren Frauen mißbilligend den Kopf schüttelten und die alten See-Invaliden vor sich hinbrummten: „Viel zu viel Liebe, — das kann ein richtiger Seemann gar nicht vertragen. Das muß ein schlimmes Ende nehmen.“ —

III.

Doch es nahm kein schlimmes Ende.

Als Mathilde ihren vierundzwanzigsten Geburtstag feierte, bekam sie die langersehnte Nachricht, daß Karl zu Pfingsten auf volle drei Monate nach Hause kommen würde, da sein Schiff einer gründlichen Reparatur benöthige, und daß er während dieser Zeit endlich Hochzeit halten könne! —

Das war eine Aufregung in den beiden Nachbarhäusern, ja im ganzen Städtchen. Mütter, Tanten und Basen stürzten sich bis an den Hals in die Vorbereitungen zur Vermählungsfeier, — und was gab es da nicht Alles zu thun und zu besorgen. Die ganze Aussteuer lag ja allerdings schon seit Jahren fix und fertig in Kisten und Kasten verpackt, doch da galt es, Dieses zu ändern und Jenes zu ergänzen. Allein das Durchsehen und Durchwaschen der bereits gelb gewordenen Leinwandberge nahm Tage in Anspruch. Nachbarinnen und Freundinnen wurden zu Rathe gezogen, ja sogar eine extrafeine Schneiderin aus der großen Nachbarstadt herübergeholt, um den Brautstaat fertig zu stellen, denn die „Frau Kapitän Jürgen wollte sich durchaus nicht lumpen lassen“, denn ihre „Letzte“ sollte mit allen Ehren in den Ehestand treten, und daß der alte Kaptän Hannes seinerseits dem „Jüngsten“ manches Kostbare und Nützliche zur Hochzeit verehren würde, war ja nur „selbstverständlich“.

So wurde denn Mathilde von allen Gespielinnen beglückwünscht. So prachtvoll ausgestattet in ein so köstlich eingerichtetes Haus zu treten, war ja

schon an und für sich ein großes Glück, wenn man aber bedachte, daß Mathilde dieses große Glück nach kaum achtjähriger Brautschaft widerfahren war, in einer Gegend, wo die anderen Mädchen bis zum dreißigsten und fünfunddreißigsten Jahre warten mußten, bis ihre Verlobten in den fernen Ländern genug gespart hatten, um eine Familie ernähren zu können, so mischte sich ein bischen wohlbegreiflicher Neid in die herzlichen Glückwünsche der blondzöpfigen Seemannstöchter. Bekamen doch diese schönen, lebensvollen Geschöpfe, denen die frische Gesundheit aus den rothen Backen hervorleuchtete und die jungfräulichen Busen hochwölbte, fast niemals Gelegenheit, in gleich jungen, starken Mannesarmen zu ruhen. Wie unendlich öfter kamen ihre Jugendgeliebten erst von Gicht und Rheumatismus verkrüppelt, oder als durch Trunk und Liederlichkeit halb verblödete Greise zurück. — Freilich, das war ja immer so gewesen, so lange die Leute in dem kleinen Seestädtchen sich erinnern konnten, und darum galt es auch für selbstverständlich und sie meinten, es werde und müsse immer so bleiben. Doch gab es einmal eine Ausnahme aus dem alltäglichen traurigen Loos, so wurde sie von sämmtlichen Frauen des Ortes halb freudig, halb neidisch begrüßt, wie auch Mathilde begrüßt wurde an jenem sonnigen Sonntagsmorgen, als sie am Arme ihres blonden Recken mit den gutmüthigen blauen Augen und der kraftstrotzenden Gestalt zum ersten Aufgebot in der Kirche erschien.

Ein Flüstern ging durch die Reihen der Andächtigen. „Ein schönes Paar!“ — und gleich setzten die erfahrenen Matronen hinzu: „Schade, daß die Braut gar so bleich ist!“

In der That sah Mathilde auffallend bleich aus.

„Sie hat sich bei der Aussteuerzurüstung überarbeitet!“ hieß es unter der weiblichen Stadtjugend.

„Die Brautsehnsucht zehrt auf, — wird nach der Hochzeit schon vorübergehen! — dafür lassen wir den strammen Bräutigam sorgen!“ tuschelten die alten Seebären pfiffig schmunzelnd.

Wie hätte man auch ahnen können, was dies Mädchen bewegte, in dieser geschäftigen, erwerbsfröhlichen Seestadt, unter diesen kerngesunden, gottesfürchtig erzogenen Seemenschen, die das Leben wie eine ewige Reise betrachteten, in der Liebe und Ehe nur kurze, mehr oder minder angenehme Stationen sind.

Bei keiner Klasse wirkt die Entwicklung des modernen Verkehrs und die Profitwuth der Kapitalisten so zerstörend auf das Familienleben, wie bei den Seeleuten. Die See ist die einzige, wirkliche Gattin des Seemannes geworden, ihr gehört er an, nicht etwa in wildromantischer Leidenschaft, in jenem Hangen und Bangen, von dem die für die Wirklichkeit blinden Dichter so ergreifend singen, sondern in prosaischer Vernunftehe, bei der weder von Begeisterung, noch von Bewundern, sondern lediglich nur von Vortheil und Nothwendigkeit die Rede ist. Daß auch die Braut und die Gattin diese Nothwendigkeit anerkennen, das erwartet der Seemann von seiner Auserwählten als etwas ganz „Selbstverständliches“. Seine Frau muß sich eben mit einer Vernunftehe begnügen und vom Manne nicht mehr fordern, als er ihr geben kann, — das heißt ein paar Tage der Anwesenheit jährlich, und das ewige Bangen und die Sehnsucht ihr Leben lang und oft die bitterste Noth, wenn die wirkliche Gattin, die See, ihn auf ewig in ihren kalten Wasserarmen behält.

Um so schlimmer für Diejenigen, welche sich darin nicht fügen wollen und eine wirkliche Ehe und einen wirklichen Ehemann verlangen. Man bedauert sie nicht einmal, denn man versteht einfach nicht, wie eine „Seemannsfrau“ aus der Abwesenheit ihres Mannes sich einen sonderlichen Kummer machen kann. (Fortsetzung folgt.)

Für die Redaktion verantwortlich: Georg Baßler in Stuttgart.



Nr. 48. XI. Jahrgang, II. Band. 1892-93.

Die Frankfurter Konferenz der Finanzminister.

Ein paar Wochen vor den Wahlen führten wir an dieser Stelle aus,* warum wir im Reiche, ähnlich wie 1878/79, vor einer „großen" Finanzreform ständen, vor einem Beutezuge der vereinigten Finanzleiter des Reiches und der Einzelstaaten, der sich wahrhaftig nicht mit den Maltzahn'schen Sümmchen zur Deckung der neuen Militärausgaben begnügen, sondern darüber hinaus erstreben würde:

Die Zurückgewinnung der alten, allmälig versiegten Mehrüberweisungen des Reichs an die Einzelstaaten,

und den Ersatz wenigstens eines Theiles der enormen jährlichen Anleihen für regelmäßig wiederkehrende Ausgaben durch regelrechte Steuern.

Nur der Bedarf für Militärzwecke ist vorläufig ein fest zu beziffernder (etwa 60 Millionen Mark); die beiden anderen Theilsummen des großen Wunschzettels der Finanzminister sind nach Belieben variabel, je nach dem Appetit der Einzelstaaten, die mit aus der Reichsschüssel essen wollen, und je nachdem man um des künftigen Reichskredits willen die bisherige skandalöse Anleihewirthschaft einzuschränken entschlossen ist. Je nüchterner man die ganze Sachlage ansieht, desto mehr wird man geneigt, die unglaublichsten Summen für die wahrscheinlichsten zu halten.

Die Parlamente sind in den Ferien und so haben vorläufig die Regierungen allein das Wort. Trotz der sommerlichen Abspannung sind sie auch auf das Eifrigste am Werk; der ganze Apparat der abhängigen Presse klappert seit Wochen unaufhörlich in ihrem Dienste. Und wenn die „Schraubenzieher" in Frankfurt a. M. sich auch Stillschweigen über das Ergebniß ihrer Berathungen auferlegt haben, so hat doch die Presse über die letzten Ziele der geplanten Reform alles Nöthige ausgeplaudert und gerade Herr Miquel, der spiritus rector bei allen diesen Meinungsmachereien und Konferenzen, hat seine Karten hinreichend aufgedeckt, um unsererseits heute schon ein Urtheil fällen zu können.

Was zunächst die Subventionirung der Einzelstaaten aus Reichsmitteln — das heißt also im Großen und Ganzen: die (absolute oder relative) Erleichterung der direkten Landessteuern durch Steigerung der indirekten Reichslasten anbelangt,

* „Neue Zeit" Nr. 36: Die Finanzen des Reiches.

so hat Herr Miquel seine Offiziösen darüber zwar widersprechende Angaben machen lassen; die Mittheilung aber, daß den Einzelstaaten wieder ähnliche Zuflüsse verbleiben sollen, wie sie nach 1887 eintraten, macht es ziemlich zweifellos, daß es Herr Miquel trotz gelegentlicher Anwandlungen von Bescheidenheit unter 60 Millionen nicht thun will.* Denn die Einzelstaaten wurden vom Reiche unterstützt: 1888/89 mit 58,4 Millionen Mark, 1889/90 gar mit 126,9 Millionen. Da heute in Folge des rapid gewachsenen Reichsbedarfs diese Subventionen dauernd auf den Nullpunkt, vorübergehend sogar bereits tief unter den Nullpunkt gesunken sind, so ist die ganze zukünftige Summe der Mehrüberweisungen (Ueberweisungen minus Matrikularbeiträge) durch neu zu schaffende Reichssteuern aufzutreiben.

Käme weiter der Ersatz von Anleihen durch Steuern! Hier eröffnet sich für eine Plusmacherei, die nicht etwa die Ausgaben zu beschränken, sondern lediglich die Einnahmen zu vermehren gedenkt, ein geradezu unbegrenztes Feld schöpferischer Thätigkeit. War doch der größte Theil aller unserer letztjährigen Anleihen (1890/91 176 Millionen, 1891/92 309 Millionen, 1892/93 147 Millionen, 1893/94 152 Millionen) bestimmt zur Deckung von Ausgaben, die zwar nicht regelmäßig jährlich, jedoch stets in so kurzen Zwischenräumen wiederkehren, daß zu ihrer Deckung auch regelmäßig einlaufende Einnahmen hätten verfügbar sein müssen. Die Neubewaffnung eines Heeres mag man ruhig aus Anleihen bestreiten, so lange sie nur alle 50 oder alle 30 Jahre zu erwarten steht; muß sie alle fünf oder alle drei Jahre erfolgen, so verschleiern Anleihen dafür thatsächlich nur das laufende Defizit, mit dem wir nun seit Jahren schon im Reiche wirthschaften — mögen wir den Einzelstaaten noch soviel mehr-überwiesen haben und mögen unsere Etats seit 1887 auch die verschiedensten „einmaligen“ Ausgaben buchen, die wir aus „ordentlichen“ Mitteln gedeckt haben sollen.

Diese skrupellose Pumpwirthschaft zu beseitigen, geht natürlich auch über die Kräfte des steuerfindigen Herrn Miquel weit hinaus, so lange ein heutiger Kriegsminister neben oder vielmehr über ihm sitzt. Herr Miquel ist darum gerade hier zurückhaltender und verlangt nur jährlich 1 Prozent der bisher aufgelaufenen Anleihen zur „Amortisation“. Das sind bei zwei Milliarden Schulden etwa 20 Millionen neuer Steuern.

Die Gesammtabrechnung, die Herr Miquel durch seinen Grafen v. Posadowsky dem Reichstag zuzustellen gedenkt, beliefe sich demnach mindestens auf 140 bis 150 Millionen Mark: 60 Millionen zur Deckung der Kosten der Militärvorlage, 60—70 Millionen zur Subventionirung der Einzelstaaten, 20 Millionen zu sogenannten Amortisationen.

Der letzten Forderung legen wir insofern einen besonderen Werth bei, als sie beweist, daß Herr Miquel nicht blos theure, sondern auch witzige Einfälle haben kann. Bekanntlich ist die Amortisation der Staatsschulden in manchen Kreisen populär; Herr Böckel war es, der sie im Reichstag pathetisch forderte, als das Schicksal der Militärvorlage von ihm abhing: keine Schuldentilgung,

* Die offiziösen „Berliner Politischen Nachrichten“ schrieben: „Es wird unbedingt darauf Bedacht genommen werden müssen, dasjenige Verhältniß zwischen dem Reiche und den Bundesstaaten, wenigstens annähernd, wieder herzustellen, welches bei der Reichsfinanzgestaltung von 1887 geplant war. Ein dauernder Ueberschuß der Ueberweisungen über die Matrikularumlagen von 40 Millionen Mark, wie er wohl in der Presse beziffert ist, würde dazu nicht ausreichen, derselbe vielmehr auf etwa 60 Millionen Mark zu bemessen sein.“ Hinterher versuchte Herr Schweinburg allerdings zu widerrufen, aber Freiherr v. Zedlitz-Neukirch, der Intimus des Herrn Miquel, sprach sich im „Deutschen Wochenblatt“ ganz ähnlich aus.

keine Soldaten! Er wird seinen Willen haben; Herr Miquel bittet ihn nur um 20 Millionen, um fleißig amortisiren zu können. Und Herr Miquel wird sein Wort betreffs der Amortisation besser halten, wie Herr Böckel es bezüglich der Militärvermehrung gethan hat; er wird, wo er früher vielleicht jährlich 150 Millionen Anleihen auszuschreiben gehabt hätte, gewissenhaft jedes Jahr 170 Millionen neuer Schulden aufnehmen und ebenso gewissenhaft 20 Millionen alter Schulden zurückzahlen — zum Aerger aller Börsenmakler und Kommissionäre, die so doppelte Arbeit und doppelte Kourtage und Provision haben werden. Und Herr Böckel mag sich dann wohl vor dem versammelten germanischen Volke rühmen, welchen Streich er den Juden an der Börse gespielt habe. Herr Miquel aber wird, wie im preußischen Landtag, „innerlich lächeln“ über die 20 Millionen neuer Steuern, die er zu Militär- und Marinezwecken bereit hält für den, der ihn zuerst auf den richtigen Posten zu stellen wußte und der dem Liberalismus wenigstens insoweit entgegenkam, daß er sich von ihm alle möglichen neuen Steuern machen ließ, für deren Durchbringung die preußischen Konservativen gar zu unfähig gewesen wären.

Mit den 60—70 Millionen Ueberweisungen wendet sich Herr Miquel an ein anderes dankbares Publikum: an die Einzelstaaten und alle diejenigen Parteien, die — wie das Zentrum in Bayern — ein Lebensinteresse an vollen Einzelstaatskassen haben. Er darf dabei auch der Zustimmung aller der braven Patrioten gewiß sein, denen die Steigerung der direkten Landessteuern ein Greuel scheint, weil sie hier selber mitgerupft werden, während das Reich trotz aller geplanten „Luxussteuern“ immer in erster Linie die misera plebs zum Rupfen auserwählen wird. „Das Steuerzahlen ist eine Thätigkeit, die Jeder gern dem Andern überläßt“, schrieb eben die „Kreuzzeitung“ wieder mit gewohntem Freimuth. Herr Miquel kommt den Einzelstaaten sogar soweit entgegen, daß er auf fünf oder sieben Jahre die Subvention festlegen will. Die Einzelstaaten sollen auf längere Zeit hinaus wissen, mit welchen Zuflüssen aus indirekten Reichseinnahmen sie zu rechnen haben; die Schwankungen, die heute aus den jährlich wechselnden Ueberweisungen und den jährlich festzustellenden Matrikularumlagen resultiren, sollen für sie aufhören. Was freilich nach Ablauf des Finanz-Quinquennates oder Septennates werden wird, dürfte die Finanzleitung im Reiche ruhiger abwarten können, wie die im Einzelstaate. Das Reich hat dann immer die 60—70 Millionen Mehrsteuern sicher, während es dann ganz von *seinen* Bedürfnissen abhängen wird, ob den Einzelstaaten noch die alten Zuflüsse verbleiben werden. Soweit wäre also der Gewinn für die Einzelstaaten ein zweifelhafter. Viele werden es jedoch schon für einen großen Gewinn halten, daß — wie 1879, gerade auch nach der Frankenstein'schen Klausel — diese Neuregelung des Verhältnisses von Einzelstaats- und Reichsfinanzen die Wirkung haben wird, die Ausbildung des direkten Steuersystems in den Einzelstaaten auf Jahre hinaus zu unterbinden, um in fünf oder sieben Jahren, wenn das Reich die ehemaligen Ueberweisungen für sich allein braucht, wieder die Einzelstaaten an einer Reichs-Finanzreform, das heißt an neuer Vermehrung der indirekten Steuern zu interessiren.

So hat es Herr Miquel mit der Vermehrung der indirekten Steuern noch eiliger wie vor fünfzehn Jahren der Fürst Bismarck. Selbst für die Kommunen erstrebt Herr Miquel eine weitere Ausdehnung der indirekten Lasten und damit eine Mehrbelastung derselben Volksschichten, die schon im Reiche durch Zölle und Verbrauchssteuern doppelt geschröpft werden. Dafür schüttet er ein reiches Füllhorn von Gaben über den großen Grundbesitz aus. Fürst Bismarck war Agrarier,

aber bestehende Steuern hat er so leicht nicht verschenkt, auch nicht an Inhaber von Gutsbezirken und Latifundien. Herr Miquel gab ihnen in Preußen die Staats-, Grund- und Gebäudesteuer zurück. Er schirmt sie eben wieder im Reiche durch seine Reform vor dem Angriff auf ihre Liebesgaben.

Der einst den Tag nicht erwarten konnte, wo man den Junkern die Schädel einschlagen würde, kennt heute keine schönere Lebensaufgabe, als die, ihnen die Taschen zu füllen! Der Kommunist von ehedem theilt die Steuergroschen der Aermsten unter die Reichsten aus! Der Liberale brennt darauf, den letzten Stützen des preußischen Konservativismus um jeden Preis das Leben zu verlängern! Er hat ganz das Zeug dazu, der „kommende Mann" der Kreuzzeitung zu sein. —ms.

Die Grenzen des Nutzens und Einflusses internationaler Kongresse.

Eine Würdigung des Züricher internationalen Sozialisten- und Arbeiterkongresses.

Von **E. Bernstein.**

Trotz heftigen und bisweilen sogar unerquicklich hitzigen Aufeinanderplatzens der Gegensätze hat der vom 6. bis 12. August d. J. in Zürich abgehaltene internationale Sozialisten- und Arbeiterkongreß einen durchaus befriedigenden Abschluß gefunden. Ich meine darunter natürlich nicht die begeisternde einmüthige Huldigung, die Friedrich Engels zu Theil wurde, als er im Auftrage des Bureaus die Verabschiedung des Kongresses vollzog. So tief diese Szene sich in die Herzen der Anwesenden eingegraben, so würde ihr Eindruck doch nicht hingereicht haben, die Mißstimmung zu verwischen, die sich der Theilnehmer des Kongresses bemächtigt hätte, wenn sie am Schluß des Kongresses sich hätten sagen müssen: wir sind vergebens zusammen gewesen, wir gehen unverrichteter Sache auseinander. Aber das war zum Glück durchaus nicht der Fall. Die Delegirten des Kongresses konnten mit dem befriedigenden Bewußtsein die Heimreise antreten, ein gutes Stück positiv fördernder Arbeit für die Sache des Sozialismus geleistet zu haben. Der Kongreß hat von den ihm unterbreiteten Fragen mehr zur Erledigung gebracht, als angesichts der Zeitverluste, die ihm durch die anarchistische und halbanarchistische Obstruktion verursacht wurden, erhofft werden konnte. Daß er nicht sein ganzes Pensum erledigen konnte, ist ein Schicksal, das er mit den meisten Parlamenten theilt. Und der Kongreß war ein Parlament, wie alle zukünftigen Kongresse Parlamente sein werden. Nichts thörichter, als dem anarchistischen Dogma von der Verwerflichkeit des Parlamentarismus zuliebe das Wort umgehen zu wollen.

Es wäre das um so lächerlicher, als es in Wirklichkeit gar keine fanatischeren Parlamentarier giebt, als gerade die Anarchisten und ihre „sozialrevolutionären" Freunde. Sie gerade sind es, welche die größte Lust zu Parliren an den Tag legen: reden, reden und immer wieder reden wollen. Als gegen den Schluß des Kongresses der Vorsitzende Singer in Uebereinstimmung mit vielen Delegirten vorschlug, wegen der weit vorgerückten Zeit über einige von den Kommissionen ausgearbeitete Resolutionen blos die von den Kommissionen beauftragten Referenten anzuhören und dann ohne Debatte abzustimmen, da in den Kommissionen bereits die verschiedenen Meinungen zum Ausdruck gekommen seien und man nach den vorhergegangenen Diskussionen wohl annehmen dürfe, daß jeder Delegirte seine feste Meinung über die betreffenden Punkte gebildet habe, rief

der holländische Delegirte Cornellissen wüthend aus: „Wir sind keine Stimmmaschinen." Es sollte mit Gewalt geredet werden, wo es weder nöthig war, zu erläutern — denn dies besorgten die Berichterstatter der Kommissionen — noch Aussicht war, im abweichenden Sinne zu überzeugen. Das ist Parlamentarismus der schlimmsten Art, und je eher die Arbeiterkongresse sich von dieser Art des Parlamentirens emanzipiren, um so besser.

Die moderne Arbeiterbewegung als — geschichtliche — Nachfolgerin der bürgerlich-demokratischen Bewegung hat von dieser einen Schatz von Schlagworten überliefert erhalten, den sie keineswegs ohne das Recht der Inventarisation, d. h. der genauen Prüfung, übernehmen darf. Statt dies einzusehen, verlegen sich die Anarchisten und Halbanarchisten darauf, diese Schlagworte ins Maßlose zu übertreiben. Statt ihre Vorgänger zu kritisiren, bilden sie sich ein, über sie hinauszugehen, wenn sie sie mit noch tönenderen Schlagworten übertrumpfen. Wie aber die Dogmen der bürgerlichen Demokratie an den von derselben ignorirten Klassenunterschieden, die im Schooße des „dritten Standes" herrschen, zerschellten, so die Schlagworte des Anarchismus an der von ihm ignorirten Relativität der Dinge. Die bürgerliche Demokratie bekämpfte wenigstens thatsächliche Mächte und Einrichtungen: den Feudalismus, den monarchischen Absolutismus, das staatliche und kirchliche Privilegium 2c. Der Anarchismus bekämpft in letzter Instanz nichts Wirkliches, sondern nur abstrakte Begriffe. Er bekämpft „jede Autorität" und deshalb keine, jede Gesetzgebung und deshalb kein besonderes Gesetz, so sehr dasselbe immer die Arbeiterklasse bedrücken möge, jede Abgrenzung der Machtsphäre des Individuums und darum jede Einschränkung individueller Willkür. So wird, wenn man die Rücksicht auf die zur Verfügung stehende Zeit außer Augen setzt, die Redefreiheit aus dem Recht, seine Meinung frei zu äußern, zum Recht, Andere an der Aeußerung oder Bekundung ihrer Meinung zu verhindern.

Die Zeit jeder Versammlung ist beschränkt, wenn durch gar kein anderes, so durch das einfache Naturgesetz: die menschliche Natur, die Nerven sträuben sich dagegen, mehr als ein gewisses Quantum von Reden hintereinander aufzunehmen. Unbeschränkte Redezeit ist daher schon in jeder gewöhnlichen Versammlung, wo Meinungsverschiedenheiten zum Ausdruck gebracht werden sollen, die höchste Ungerechtigkeit. Für Kongresse, und namentlich für Arbeiterkongresse, bei denen außerdem die Frage der Kosten in Betracht kommt, ist es doppelt geboten, der Rücksicht auf die verfügbare Zeit in jeder Weise Rechnung zu tragen. Wo mehrere Hundert Personen aus den entlegensten Ländern zusammen kommen zur Berathung bestimmter Fragen, ist es ein Gebot selbstverständlicher Nothwendigkeit, dafür solche Vorkehrungen zu treffen, die überhaupt ein Resultat der Berathungen möglich machen. Da aber andererseits eine ersprießliche Berathung ohne ein Minimum von Redezeit nicht möglich ist, so kommt eine zweite Nothwendigkeit hinzu: die Theilnahme an den Kongressen von gewissen Vorbedingungen abhängig zu machen.

Was können und was sollen internationale sozialistische und Arbeiterkongresse? Sie sind zunächst keine Gelehrtentage. Es handelt sich bei ihnen nicht um Feststellungen objektiver wissenschaftlicher Ergebnisse. Sie sind auch keine Konzilien, die zusammen kommen, um für alle Zeit giltige Dogmen aufzustellen. Sie sind Zusammenkünfte, um praktischen aktuellen *Forderungen* der Arbeiter und der Arbeiterparteien Ausdruck zu geben, die allgemeinen *Tendenzen* der Bewegung festzustellen und über die zweckmäßigste Art der *Geltendmachung* dieser Forderungen und Tendenzen sich zu verständigen.

Es liegt nun auf der Hand, daß es die reinste Thorheit wäre, zu diesen Kongressen solche Leute einzuladen, die mit Bezug auf die hier in Betracht

kommenden fundamentalen Fragen unter allen Umständen negative Ansichten vertreten. Schließlich können die Kämpfe für die Ziele der Arbeiterbewegung doch nur auf zwei Gebieten ausgefochten werden, auf dem politischen und dem ökonomischen. Auf jedem dieser Gebiete giebt es verschiedene Formen und Arten der Bethätigung und eine weite Reihe fördernder Maßregeln, und beide Bethätigungsgebiete bedürfen der Ergänzung durch einander. Ueber das Wie und Wo der Zweckmäßigkeit der einzelnen Maßregeln ist die Diskussion eine offene, und eine Meinungsverschiedenheit kann da kein Grund des Fernhaltens oder Fernbleibens sein. Wer aber nicht blos eine oder einige bestimmte Maßregeln, sondern die ganze weite und umfassende Kategorie der Bethätigungen verwirft, die unter den Begriff der politischen Aktion fallen, wie ihn der Züricher Kongreß definirt hat, wer auf diese Weise die aktuellen Bedürfnisse der Arbeiterklasse einem vorhergefaßten Dogma schlechtweg aufopfert, statt die Mittel der Abhilfe an der Hand von Theorie und Erfahrung zu prüfen, dessen Anwesenheit hat auf einem solchen Kongreß ebensowenig Zweck, als die des Vertreters irgend einer religiösen Verbindung von Arbeitern, bei der die Zwecke der betreffenden Religionsgemeinschaft für die Stellungnahme zu allen übrigen Fragen den Ausschlag geben.

Es ist lächerlich, hier von Intoleranz zu sprechen. Irgendwo muß für alle derartigen Zusammenkünfte eine Grenze gezogen werden, und darum zieht man sie eben so, daß die Möglichkeit eines positiven Resultats gesichert bleibt.

Die Brüsseler Vorkonferenz hat in dieser Erkenntniß die Zulassung zum Kongreß von der Zugehörigkeit zu einer Gewerkschaft und der Anerkennung der Arbeiterorganisation und der politischen Aktion abhängig gemacht. Der letzte Begriff hat sodann auf dem Kongreß selbst eine Definition erfahren, die zwar immer noch recht weit gezogen ist, die aber doch einen gemeinsamen Boden für die Diskussion der die Arbeiterbewegung betreffenden Fragen schafft. Diese Definition, die besagt, daß unter politischer Aktion die Benutzung der politischen Rechte und der Gesetzgebungsmaschinerie durch die Arbeiter bezw. die Arbeiterparteien zur Förderung der Interessen des Proletariats und der Eroberung der politischen Macht für die Arbeiterklasse zu verstehen ist, war nothwendig geworden, nachdem anarchistischerseits versucht worden war, den sonst gar nicht mißzuverstehenden Begriff nach dem Vorgang des Wolfs in der Fabel in nahezu sein Gegentheil, die grundsätzliche Nichtbenutzung des gesetzgeberischen Apparates, umzudeuten. Indem der Kongreß sie mit an Einstimmigkeit grenzender Mehrheit annahm, hat er für alle folgenden Kongresse ein sehr nützliches Präzedenz geschaffen. Die Anarchisten werden zwar versuchen, auch hier eine Hinterthür ausfindig zu machen, und sollen sich sogar schon in dieser Richtung ausgesprochen haben. Aber darauf kann man es getrost ankommen lassen. Es giebt einen Punkt, wo die Rabulistik sich selbst ins Gesicht schlägt, und wenn er diesmal schon nahezu erreicht war, als dieselben Leute, die erst gegen das Brüsseler Reglement als sie ausschließend protestirt hatten, sich mit einem Male auf dasselbe als ihr Zulassungsrecht begründend beriefen, so würde alsdann die mala fides erst recht offen zu Tage liegen. Es ist übrigens gut, festzuhalten, daß die Anarchisten und „Unabhängigen" sich unter Skandal vom Kongreß entfernten, bezw. Skandal erhoben, der ihre Entfernung nothwendig machte, als ihre Mandate noch gar nicht für ungiltig erklärt waren, sondern gerade als der Kongreß gegen die Mehrheit der Holländer und Franzosen die obige Definition angenommen hatte. Unter dem unmittelbaren Eindruck der Abstimmung war eine rabulistische Auslegung derselben eben nicht möglich. Daß der Journalist Landauer, die Studenten Molinari, Körner 2c. und der Druckereibesitzer Werner sich dabei das Vergnügen machten, dem Kongreß

wegen der Abstimmung den Titel eines Arbeiterkongresses abzusprechen, sei nur des Humors der Sache halber erwähnt. So etwas konstatirt man, aber widerlegt man nicht.

Dagegen seien einem Schlagwort, das Domela Nieuwenhuis gelegentlich dieser Angelegenheit gebrauchte, einige Worte gewidmet, weil es auch zu unserem Gegenstand gehört. Stets mit einer melodramatischen Wendung bei der Hand, meinte Nieuwenhuis, Marx müßte sich bei diesem Beschluß im Grabe umdrehen, denn das Wort „Proletarier aller Länder vereinigt Euch“ sei durch denselben zur Lüge geworden.

Nieuwenhuis thut wirklich besser, Marx in Ruhe zu lassen. Wenn ein Beschluß im Geiste dieses großen Mannes gefaßt war, so war es sicherlich der gegen den Anarchismus gerichtete. Man muß Buchstabenanbeter im schlimmsten Sinne des Wortes sein, um das Schlußwort des kommunistischen Manifestes dahin zu deuten, daß jede Vereinigung verpflichtet ist, jeden Arbeiter und jeden, der sich Arbeiter oder Sozialist nennt, unbesehen in ihre Mitte aufzunehmen. Die Absurdität dieser Theorie tritt am deutlichsten hervor, wenn man sie auf die Organe des Klassenkampfes im engeren Sinne, die Gewerkschaften, anwendet. Der Kongreß hat die Zulassung der Gewerkschaftsdelegirten von jeder Nebenbedingung unberührt gelassen und er hat gut daran gethan, auch wenn er sich dadurch dem aussetzte, daß durch das Medium der Gewerkschaften der eine oder andere Anarchist seinen Eintritt doch möglich machen könnte. Durch die Natur der Dinge ist hier dafür gesorgt, daß auch nicht annähernd ein ähnlicher Nachtheil für die Ersprießlichkeit der Berathungen zu befürchten ist, als wenn man allen anarchistischen oder unter dem Deckmantel des Anarchismus sich bildenden Schwindelgruppen Thür und Thor öffnete. Aber Gewerkschaft und Gewerkschaft ist zweierlei. In England ist es wiederholt vorgekommen, und wohl auch anderwärts schon passirt, daß das Unternehmerthum, um den Einfluß ihm lästiger Trade Unions zu brechen, Gegenunionen der Arbeiter ins Leben gerufen hat. So haben z. B. erst kürzlich die Schiffsherren gegen die Matrosen- und Heizer-Union eine Union „freier“ Arbeiter — „Free Labourers Union“ — gegründet. Trotz des schönen Namens „frei“, richtiger sogar noch: wegen desselben wird diese Union auf keinem Gewerkschaftskongreß zugelassen. Nach Nieuwenhuis wäre dies bitteres Unrecht, denn daß die Union aus Arbeitern besteht, ist nicht zu leugnen. Indeß die englischen Gewerkschafter sagen: „Arbeiter hin, Arbeiter her, wer dieser Union beitritt, schädigt die Interessen der Gesammtheit und ist daher als Feind zu betrachten. Was von jedem einzelnen blackleg, gilt auch von einer Union von blacklegs.“ Wie ein Mann würden sie jeden Kongreß verlassen, der solche Union anerkennen wollte. Die Bourgeoisiepresse nennt das Tyrannei, die Gewerkschafter aber sagen: ohne in diesem Punkt eine strenge Regel aufrecht zu erhalten, würden wir niemals etwas Rechtes durchsetzen. Gerade bei demjenigen Klassenkampf, den Anarchisten und Halbanarchisten heute als berechtigt anerkennen, fragt man nicht schlechtweg: bist Du ein Arbeiter, sondern: bist Du ein Kampfgenosse? Und was auf gewerkschaftlichem Gebiet, gilt auch auf dem Gebiet des politisch geführten Kampfes. In Ländern, wo die sozialistische Agitation sich noch im Stadium der vorbereitenden Propaganda befindet, oder von vielen getrennten Fraktionen betrieben wird, ist eine gewisse Toleranz dieser Fraktionen gegen einander als Vorstufe der Vereinigung nur wünschenswerth. Wo sich aber, wie in Deutschland, bereits eine große einheitliche sozialistische Partei gebildet hat, die einen wirklichen politischen Kampf mit der Gesammtheit aller auf dem Boden des Kapitalismus stehenden Parteien führt, kann dieselbe ebensowenig

wie die kämpfenden Gewerkschaften gegen ihre Blacklegs Toleranz üben. Wer sich ihr hemmend in den Weg stellt, ist, unter welchem Vorwand er es immer thut, ihr Feind. Die Zumuthung von Nieuwenhuis, solche Feinde, sobald sie sich nur Sozialisten nennen, als Brüder anzuerkennen, ist der reine Hohn auf das Motto: Proletarier aller Länder vereinigt Euch. Ihr Motto wäre vielmehr: Vivat hoch, es leben alle Blacklegs und alle Renegaten!*

Sehr treffend sagen Edward und Eleanore Aveling in ihrem Bericht an die „Workmens Times“, daß die Großmuth gegen die Individuen nicht auf Kosten der Gerechtigkeit gegen die Arbeiterbewegung geübt werden darf. Persönlich ist der Strikebrecher zuweilen so wenig ein Schurke, wie etwa ein von den schönen Phrasen des Anarchismus Bethörter. Die Motive seines Handelns mögen die ehrenhaftesten sein, aber die kämpfende Union kann nicht darnach fragen, sie beurtheilt ihn nicht nach den Motiven, sondern nach den Wirkungen seines Handelns. Und mutatis mutandis verfährt jede Gemeinschaft, jede berathende Körperschaft so. Die Milde des Nieuwenhuis gegen die Anarchisten wäre die höchste Ungerechtigkeit gegen die organisirten Sozialdemokraten aller Länder gewesen. Mit der Zulassung jener konnte er gleich den Ausschluß dieser beantragen. Eine ersprießliche Berathung zwischen ihnen ist ein Ding der Unmöglichkeit, und um sich mit den Anarchisten über die Richtigkeit der von ihnen vertretenen Ideen herumzustreiten, haben die Sozialdemokraten Deutschlands und der anderen Länder die Opfer nicht aufgebracht, die die Beschickung des Kongresses erheischte.

War und ist also die Abgrenzung des Kongresses in Bezug auf seine Besucher eine nothwendige Vorbedingung des Erfolges seiner Berathungen, so hat sich mir während der Debatten desselben auch die Ueberzeugung aufgedrängt, daß es wünschenswerth ist, sich für die Zukunft darüber aufzuklären, wie weit ein internationaler Kongreß verständigerweise in seinen Beschlüssen gehen darf.

Die Frage hängt bis zu einem gewissen Grade mit der der Anarchisten zusammen. Was die Zulassung dieser vor Allem unthunlich macht, ist, wie schon erwähnt, ihr Dogmatismus. Sie, die fortwährend wider das Dogma eifern, sind selbst die ärgsten Anbeter desselben. Für sie giebt es keine Geschichte, keine Entwicklung, keine Rücksicht auf den Unterschied in den Verhältnissen. Welchen Stand der Entwicklung ein Volk auch erreicht hat, unter welchen Verhältnissen auch die Arbeiter und Sozialisten eines Landes zu kämpfen haben, unterschiedslos ist der Kodex der Mittel und Wege des Anarchismus zu befolgen. Sein „Du sollst nicht wählen, Du sollst nicht in Parlamente eintreten, Du sollst nicht Gesetze befürworten ꝛc.“ gilt für alle Zeiten und alle Länder und ist deshalb auch so absolut unfruchtbar. Indeß wäre es Blindheit, zu verkennen, daß in abgeschwächter Form ein ähnlicher Dogmatismus auch vielen Sozialisten noch im Blute steckt, als Erbschaft aus der Zeit des Utopismus. Wir sind Alle etwas geneigt, aus Fragen der Zweckmäßigkeit solche des Prinzips zu machen, und was

---

* Uebrigens scheint Nieuwenhuis, nach dem, was wir auf dem Kongreß zu beobachten Gelegenheit hatten, und was uns auch von unterrichteter Seite bestätigt wurde, „at home“ — unter seinen Landsleuten — herzlich wenig von der „charity“, der Mildherzigkeit, zu üben, die er dem Kongreß predigte. Es giebt in Holland eine ziemliche Anzahl Sozialisten, die mit der Nieuwenhuis'schen Taktik durchaus nicht einverstanden sind, aber diese Opposition wird von Nieuwenhuis und seinen Leuten keineswegs nur als die in Irrthümern befangener Brüder behandelt, sondern ganz gehörig angefeindet und verdächtigt. Sollen wir das, so wenig es schön ist, wenigstens als menschlich gelten lassen, so verschone man uns mit dem Doppelspiel, auf internationalen Kongressen sich dann wieder als den Verkünder des „Liebet Eure Feinde“ zu geriren.

uns für bestimmte Verhältnisse richtig erscheint, auf alle Verhältnisse auszudehnen. Ist das nun schon für eine einzelne nationale Partei, die doch immerhin die Verhältnisse ihres Landes genau kennt, bedenklich, so um so mehr für einen internationalen Kongreß, der beschickt wird von Ländern, die auf den verschiedensten Stufen der Entwicklung stehen und eine sehr verschiedene Geschichte haben. Hier kann die Grenzlinie zwischen reinen Zweckmäßigkeitsfragen, die sich in den verschiedenen Ländern verschieden stellen, und solchen der in allen Ländern, wo überhaupt die kapitalistische Produktionsweise ihren Einzug gehalten, sich immer mehr gleichmäßig gestaltenden allgemeinen Tendenz der Bewegung nicht streng genug auseinander gehalten werden. Ob in einem Lande die Bourgeoisie praktisch Alleinherrscherin ist oder noch mit starken feudalen, kleinbürgerlichen oder kleinbäuerlichen Bevölkerungsschichten um die Herrschaft zu ringen hat, ist für die allgemeinen Ziele und die fundamentalen Forderungen der Arbeiterbewegung unwesentlich, nicht unwesentlich dagegen für die Taktik der Arbeiterparteien. Das Gleiche gilt mit Bezug auf die Frage der politischen Einrichtungen resp. des Höhestandes der politischen Entwicklung. Aus diesem Grunde scheiden meines Erachtens Fragen der Taktik aus der Reihe der auf internationalen Kongressen zu entscheidenden Fragen aus. Es ist unmöglich, eine für alle Länder gleichmäßig geltende Richtschnur aufzustellen. Was für das Eine richtig ist, kann für das Andere falsch sein, was für das Eine mit geringen Schwierigkeiten verbunden ist, für das Andere im gegebenen Moment nur mit unverhältnißmäßig großen Opfern durchzuführen sein.

Ohne prinzipiell diese Grenze zu statuiren, hat der Kongreß doch thatsächlich sie im Allgemeinen durchaus inne gehalten. Nur in wenigen Punkten sind kleine Verstöße gemacht worden, und auch diese sind meist nur formeller Natur. So ist man bei dem Beschluß über die Maifeier im Absatz II etwas weiter gegangen, als man nach dem Obigen hätte gehen dürfen, allerdings wohl nur, weil die meisten der diesem Absatz zustimmenden Delegirten sich der Tragweite desselben in seiner jetzigen Fassung nicht vollständig bewußt waren. Dieser Paragraph legt der Sozialdemokratie jedes Landes die Pflicht auf, „jeden Versuch zu unterstützen, der an einzelnen Orten und von einzelnen Organisationen“ in der Richtung der allgemeinen Arbeitsruhe gemacht wird, und Bebel hat auf dem Kongreß schon ausgeführt, daß dies unter Umständen heißen kann, die Majorität zu verpflichten, wider ihre bessere Ueberzeugung Beschlüssen einer Minorität Folge zu geben. Indeß wenn auch der genaue Wortlaut der Resolution diese Folgerung rechtfertigt, so zeigten schon die Unterbrechungen, die Bebel's hierauf bezügliche Ausführungen von den anderen Delegirten erfuhren, daß der Beschluß nicht in dieser Rigorosität gemeint war, wenigstens nicht von der Mehrheit derer, die für ihn stimmten. Wie die Verhältnisse in den meisten der für den Beschluß stimmenden Länder liegen, kann es sich da nur um eine unverbindliche agitatorische Unterstützung handeln. Leider war, Dank der Anarchistendebatten, die Zeit, als dieser Gegenstand zur Verhandlung kam, schon soweit vorgeschritten, daß er nicht so eingehend erörtert werden konnte, wie es wünschenswerth gewesen wäre, sonst würde man wahrscheinlich sich auf eine solche Fassung geeinigt haben, die jedes Mißverständniß über die den Sozialisten der einzelnen Länder auferlegten Verpflichtungen beseitigt hätte.

Ein thatsächlicher Versuch, den Sozialisten aller Länder ohne Rücksicht auf die jedesmaligen besonderen Verhältnisse eine gebundene Marschroute vorzuschreiben, wurde in der Frage der Taktik gemacht. Er ging hauptsächlich von den mit den Anarchisten sympathisirenden Holländern aus. Nach ihnen sollte die politische

Aktion unter keinen Umständen in der Form von Kompromissen und Allianzen mit anderen Parteien ausgeübt werden. Das klingt fürchterlich radikal, ist aber in Wirklichkeit die größte Absurdität. Wenn die Arbeiterpartei durch einen Kompromiß oder eine Allianz für die Arbeiter wesentliche Erleichterungen im politischen oder ökonomischen Kampf erzielen kann, wem zu Liebe handelt sie, wenn sie auf dieselben verzichtet? Dem Prinzip? Ich kenne kein Prinzip, das jede Allianz, jeden Kompromiß schlechtweg verbietet. Es kommt immer auf die Umstände und die Natur derselben an. Wir schließen im täglichen Leben tausend stille Kompromisse mit unserer Umgebung, weil sonst ein gesellschaftliches Zusammenleben geradezu unmöglich wäre — warum soll der bewußt und öffentlich geschlossene politische Kompromiß an sich schon, d. h. ohne Unterschied von Zweck und Natur, verwerflich sein? Ich kann mir tausend Fälle denken, wo das Abschließen eines politischen Kompromisses die denkbar moralischste Handlung, die höchste Pflicht ist. In keinem Lande liegen meiner Ansicht nach die Dinge so, daß nicht Möglichkeiten eintreten können, wo es für die Sozialdemokratie ein Verbrechen an sich und der Arbeiterklasse wäre, von dem Abschluß eines Kompromisses Abstand zu nehmen, wenngleich natürlich diese Möglichkeiten in den einen Ländern weniger zu erwarten sind als in den anderen. Wie anmaßend nun von den Sozialisten eines Landes, wo die Eventualität einer solchen Situation gering ist, den Sozialisten eines anderen Landes, wo sie im Gegentheil sehr naheliegend ist, zurufen zu wollen: Eure politische Aktion darf unter keinen Umständen den Vorwand für eine politische Allianz abgeben. Die Mehrheit des Kongresses hat das eingesehen, und nur solche Allianzen und Kompromisse verpönt, die „eine Schädigung unserer Prinzipien oder unserer Selbständigkeit bedingen“. Damit hat sie die Arbeiterpartei keines Landes in ihrer Aktionsfreiheit beengt, denn was sie verlangt, ist im Grunde nur die Beobachtung der Anforderungen des Selbsterhaltungsprinzips. Freiwillig und bewußt giebt schwerlich eine Partei ihre Grundsätze und ihre Selbständigkeit auf, und so ist der von der großen Mehrheit des Kongresses akzeptirte Passus vor allen Dingen eine Warnung, sich nicht von Individuen oder anderen Parteien auf das Glatteis selbstmörderischer Kompromisse 2c. verleiten zu lassen.

Aber noch einmal, bei weitem nicht jeder Kompromiß oder jede Allianz ist selbstmörderisch. Je besser organisirt und je mehr ihrer Ziele und ihres Verhältnisses zu den anderen Parteien bewußt die Arbeiterpartei, resp. die Sozialdemokratie ist, mit um so geringerer Gefahr kann sie in dieser Hinsicht vorgehen. Es ist nicht Furcht, durch Kompromisse geschädigt zu werden, was die deutsche Sozialdemokratie heute abhält, solche einzugehen, sondern die Ueberzeugung, daß sie deren nicht bedarf, daß sie von keiner der bürgerlichen Parteien Wesentliches zu erwarten hat. Sollten aber Verhältnisse eintreten, wo dies doch der Fall wäre, so würde sie sehr thöricht handeln, aus purem Doktrinarismus auf die zweckmäßigste Vertretung der von ihr verfochtenen Interessen zu verzichten. Auf mich macht das Abschwören aller Kompromisse, weil man dabei an seinen Prinzipien und seiner Selbständigkeit Schaden leiden könne, immer nur den Eindruck des Gelübdes jenes Mädchens, nicht zu tanzen, weil sie dadurch „verdorben werden“ könne. Die Tugend, die solcher Vorsichtsmaßregeln bedarf, ist gewöhnlich nicht weit her, und mit Recht betrachtet der gesunde Menschenverstand die Einsiedler aus Moralität mit sehr skeptischen Augen.

Ich will indeß auf diese Frage hier nicht weiter eingehen, sondern sie gelegentlich einer ausführlichen Erörterung unterziehen. Genug, der Kongreß hat sehr weise daran gethan, der schönen Phrase zuliebe nicht die noch schönere

Sache — die Wahrung der Interessen und Rechte der Arbeiterklasse — aufzuopfern. Ebenso hat er sehr Recht gethan, wenn er die Zusatzresolution der Holländer, Verbesserungen in der Lage der Arbeiter innerhalb der heutigen Gesellschaft nur im Sinne einer Verbesserung ihrer Kampfstellung willkommen zu heißen, platt unter den Tisch fallen ließ. Entweder war diese Resolution überflüssig, denn in letzter Instanz ist heute jede Verbesserung in der Lage der Arbeiter auch eine Verbesserung ihrer Kampfstellung — wenn sie das Letztere nicht ist, ist sie eben auch das Erstere nicht. Oder aber der Antrag verbietet, für hygienische Schutzmaßregeln, gesetzliche Verkürzung der Arbeitszeit 2c. einzutreten, weil sie sich nicht direkt auf die Kampfstellung der Arbeiter beziehen, und dann ist er die höchste Albernheit.

Merkwürdig ist es immerhin, wie gerade diejenigen, die sonst nicht genug von Wahrung des Selbstbestimmungsrechts der einzelnen Länder sprechen können, einen geradezu fanatischen Eifer entwickelten, anderen Ländern Verbote aufzuoktroiren, die meist nur der Ausfluß ihrer durch die heimische Situation bewirkten Stimmung sind.

Ein dritter Punkt, wo eine Anzahl Leute den Kongreß veranlassen wollten, über die Grenzen der Befugnisse internationaler Kongresse hinauszugreifen, war die vielbesprochene Forderung, in jedem Lande das Ausbrechen eines Krieges mit dem militärischen und ökonomischen Generalstrike zu beantworten. Vom ökonomischen Strike schweige ich, denn der tritt in Kriegsfällen gewöhnlich von selbst ein, wenn auch freilich in Gestalt allgemeiner Geschäftsstockung. Aber es war, wie zum Theil schon auf dem Kongreß betont wurde, eine merkwürdige Zumuthung von den Sozialisten eines Landes, das erstens fast ganz außerhalb der großen europäischen Verwicklungen steht, in dem die Wahrscheinlichkeit eines Krieges minim ist, und das zweitens keinen eigentlichen Militarismus hat, den Sozialisten der Länder, die in dieser Hinsicht hundertmal ungünstiger stehen als sie, eine dieselben eventuell den größten Verfolgungen blosstellende und in ihren Konsequenzen so zweischneidige Verpflichtung auferlegen zu wollen: das sah auch die übergroße Mehrheit des Kongresses ein und lehnte die betreffende, von den Holländern — worunter hier immer die von Nieuwenhuis geführte Mehrheit der holländischen Delegation verstanden ist — beantragte Resolution ab, wobei zu bemerken ist, daß unter den Ablehnenden sich sehr Viele befanden, die entweder nach Lage der Dinge in ihrer Heimath oder aus persönlichen Gründen ohne Gefahr für den Antrag hätten eintreten können, denen man also nicht vorwerfen kann, sie hätten aus Feigheit gestimmt. Andererseits ist vielleicht die beste Charakteristik des holländischen Antrages, daß auf dem von den Anarchisten arrangirten „freien" Kongreß der Vorsitzende unter ausdrücklicher Bezugnahme auf die mit einer positiven Abstimmung verbundenen Gefahren, nur negativ über sie abstimmen ließ. Gegen diese „Feigheit" fand der sonst so sittenstrenge Nieuwenhuis kein Wort der Rüge.*

---

* Beiläufig, wenn die Herrn Landauer, Werner und Kompagnie nach ihrer Ausschließung aus dem sozialistischen Kongreß einen eigenen „freien" Kongreß veranstalteten, so waren sie, obwohl nach meiner Ansicht die Sache vorher geplant war, mindestens formell in ihrem Recht. Desgleichen diejenigen, die sich ihrem Exodus anschlossen. Wenn aber Herr Nieuwenhuis und seine Freunde Tag für Tag erst an den Berathungen des eigentlichen Kongresses Theil nahmen, um dann Abends nach dem Pseudokongreß zu ziehen und mit dessen Veranstaltern um die Wette auf den Ersteren zu schimpfen, so ist das ein Betragen, für das mir der literarisch erlaubte Ausdruck fehlt. Selbst unter Banditen würde man es als unanständig bezeichnen.

So hat die übergroße Mehrheit des Kongresses fast durchgängig den richtigen Takt dafür bewiesen, was international zu postuliren ist, und was den einzelnen Nationen, bezw. den Sozialisten und organisirten Arbeitern der einzelnen Länder überlassen bleiben muß. Sie hat sich dadurch als in Wirklichkeit viel freier bewiesen, wie ihre Widersacher. Nicht wir „Marxisten", sie sind die Dogmatiker. Nicht wir sind es, die zwangsmäßig Alles in das gleiche Prokrustesbett spannen wollen, sondern jene, die beständig das Wort „frei" im Munde führen und darunter doch nur einen ganz verknöcherten Begriff verstehen. Verknöchert sich doch Alles bei ihnen. Was haben sie z. B. nicht aus dem Begriff des Klassenkampfes gemacht! Eine einseitige, stumpfsinnige Doktrin, die Alles ignorirt, was nicht Kampf der Arbeiter gegen die Kapitalisten ist. Aber die Gesellschaft besteht nicht nur aus Arbeitern und Kapitalisten, andere Klassen bestehen neben ihnen, kämpfen unter einander und mit der Bourgeoisie, und diese Kämpfe sind unter Umständen von größter Wichtigkeit für die Arbeiterklasse, weil von ihrem Ausgang je nachdem die Position der Arbeiter erheblich verbessert oder aber benachtheiligt werden kann, weil selbst die bloße Thatsache dieser Kämpfe als Hebel der Förderung der Interessen des Proletariats ausgenützt werden kann. Ich verkenne die Gefahr opportunistischen und possibilistischen Ueberschätzens der wechselnden Konstellationen und Konjunkturen des Tages durchaus nicht, und es liegt mir fern, einer schwächlichen Augenblickspolitik das Wort zu reden. Wir sollen die großen Gedanken und das Endziel unserer Bestrebungen stets vor Augen haben. Aber eine Politik, die nur den letzten Akt unseres Kampfes ins Auge faßt und was für diesen letzten Akt passen mag, für alle Verhältnisse und unter allen Umständen anwenden will, will mir absolut nicht einleuchten. Keine Kompromisse, das wird uns papageienmäßig vordeklamirt. Ich habe schon gezeigt, warum es nach meiner Ansicht in dieser Absolutheit grundfalsch ist. Aber relativ akzeptire ich es in vieler Beziehung, und vor Allem in der einen: keine Kompromisse mit der tönenden, Sinn und Verstand umnebelnden Phrase. So hat es auch der Kongreß praktisch bethätigt. Im engeren Verkehr, namentlich in den Kommissionen, hat man gelernt, sowohl die Gleichartigkeiten als auch die Verschiedenheiten in den Verhältnissen der einzelnen Länder zu würdigen und zu berücksichtigen. Von Kongreß zu Kongreß lernen die Vertreter der Arbeiter der verschiedenen Länder die Bedingungen des Kampfes ihrer Genossen anderwärts besser kennen, und die gewonnene Erkenntniß theilt sich immer weiter mit. Manche Illusion wird dadurch vielleicht zerstört, aber vieles erfahren wir dafür, was uns wieder erhebt, vieles wird uns begreiflich, was uns vorher unerklärlich schien. Ich fürchte, schon zu lang geworden zu sein und will hier abbrechen, obwohl ich zu dem zuletzt berührten Thema noch viel zu sagen hätte. Darum zum Schluß nur noch soviel. Der Kongreß hat ein weit größeres Stück der ihm überwiesenen Arbeiten erledigt, als anfangs erwartet werden durfte, und es fast durchgängig in einer Weise erledigt, die, ohne die geringste Abschwächung unseres Ziels, ohne das leiseste Nachlassen in der Energie seiner Verfolgung zu bedeuten, den festen Entschluß bekundet, sich nicht von dem Boden der realen Thatsachen abdrängen, sich zu keinen anderen Beschlüssen hindrängen zu lassen, als solchen, die wir sowohl den Willen als die Kraft haben, innezuhalten. Damit hat er sich ein würdiges Denkmal in der Geschichte der internationalen Kongresse gesetzt. Er war trotz der gegen ihn gerichteten Machinationen ein Erfolg, dessen wir uns mit vollem Herzen freuen dürfen.

Der Nord-Ostsee-Kanal.

Von **Erwin Erni.**

Wie die Eisenbahnen haben auch die großen maritimen Kanäle ursprünglich nur Friedenszwecken gedient, dem Welthandel, der Verbindung der Völker. Aber wie die Eisenbahnen werden auch die großen Kanäle heute immer mehr ein Kriegsmittel. Der Militarismus bemächtigt sich dieser Verkehrsmittel, die man früher für eminente Mittel der Friedensbewahrung hielt, und verwandelt sie in mächtige Mittel, die Zerstörungen des Kriegs zu verbreitern. Und wir haben es glücklich so weit gebracht, daß in einem Militärstaat für ein großes Kulturwerk sich nur noch dann die Mittel finden, wenn es neben Kulturzwecken auch den Zwecken des Massenmords dienen kann.

Auch der Nord-Ostsee-Kanal würde heute vielleicht noch nur auf dem Papier existiren, wenn bei ihm nicht ein wichtiges militärisches Interesse in den Vordergrund träte. Er soll einer besseren Vertheidigungsfähigkeit der deutschen Küsten dienen, indem er die Möglichkeit der Vereinigung einer Nordsee- mit einer Ostseeflotte schafft. Allerdings hat Moltke selbst in der Reichstagssitzung vom 23. Juni 1873 einer solchen Kanalverbindung nur einen bedingten Werth zuerkannt, indem er gewisse Panzerschiffe wie z. B. Prinz Friedrich Karl oder König Wilhelm als in der Ostsee gar nicht mit Erfolg verwendbar bezeichnete. Allein der Umstand, daß schon im dänischen Kriege der damals bereits bestehende Eiderkanal (Schleswig-holsteinischer Kanal) trotz seiner geringen Tiefe (ca. drei Meter) gute Dienste geleistet hat, und daß an Stelle der großen Schlachtschiffe immer mehr die weniger tief gehenden Ausfallkorvetten erhöhte Bedeutung gewinnen, verschaffte der Idee eines auch für die Kriegsmarine passirbaren Kanals immer wieder neuen Boden. Handels- und Militärinteresse schienen hierbei insofern schwer vereinbar, als das erste eine möglichst kurze Durchfahrt, also kurzen Weg und kleinste Anlagekosten verlangte, letzteres aber nach Moltke „die Ausmündung des Kanals in den Kieler Hafen“ fordern mußte, was sich aber nicht ohne sehr *bedeutende Mehrkosten* und eine *Verlängerung der Durchfahrt* ermöglichen ließ.

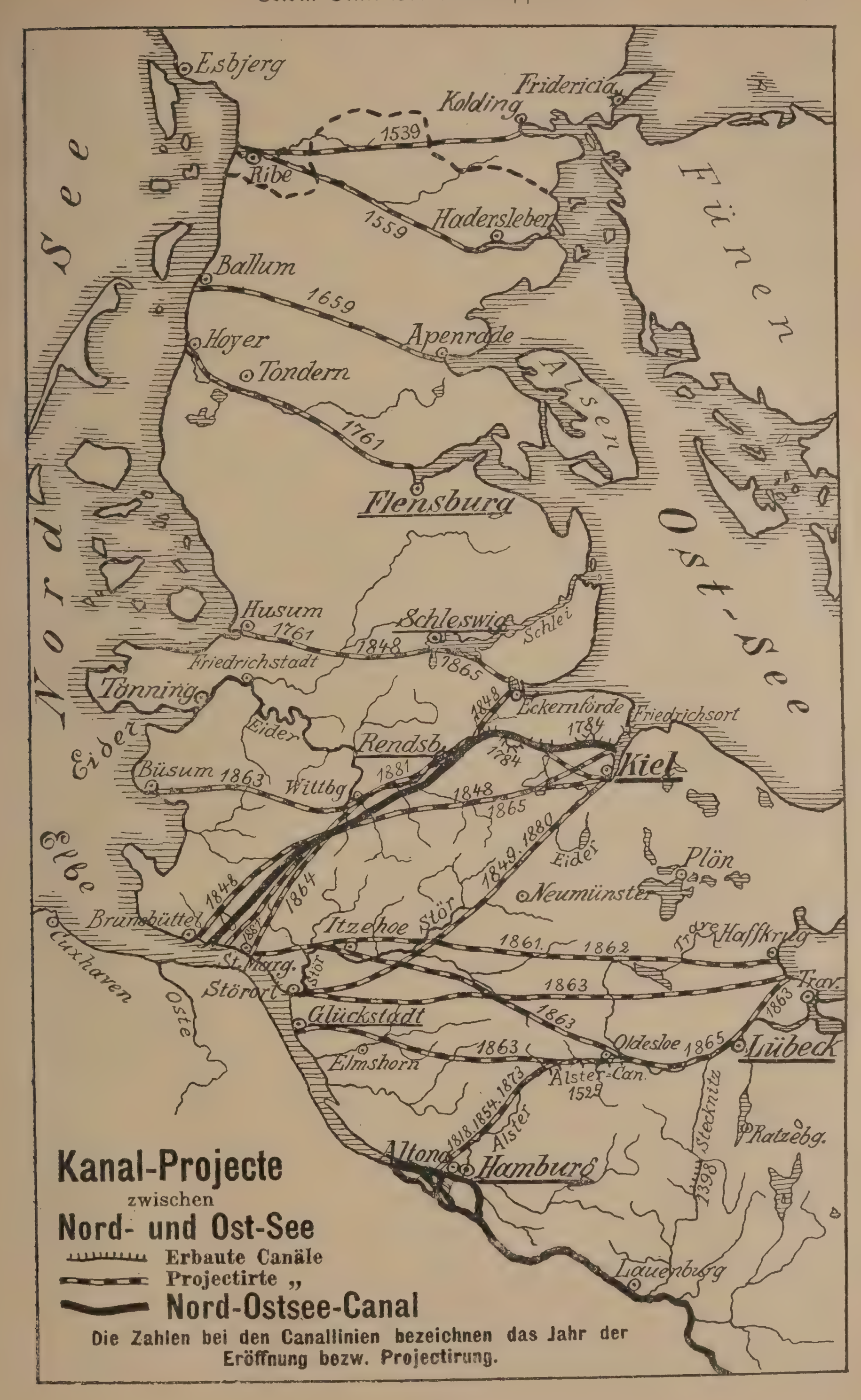
Aber der Militarismus verlangt noch mehr. Damit der Kanal im Kriegsfalle der ausschließlichen Benutzung durch die deutsche Admiralität dienen könne, erschien es zweckmäßig, zur Vermeidung internationaler und anderer Schwierigkeiten unter Ausschluß von Aktiengesellschaften den Bau und den Betrieb des Kanals zur Reichssache zu gestalten.

Die Geschichte einer schiffbaren Wasserstraße zwischen Nord- und Ostsee greift zurück bis in die Zeiten der Hansa, deren Vorort Lübeck den noch heute für Schiffe von nicht mehr als zwei Meter Tiefgang passirbaren Stäckenitz-Kanal anlegte. Durch einen Vertrag Hamburgs mit Adolf VIII. von Holstein wurde 1552 unter Beihilfe Lübecks ein Alster-Trave-Kanal geschaffen (vgl. die Karte S. 655), der aber frühzeitig bei Anlaß von Privathändeln unter den Angrenzern wieder zugeschüttet wurde. Der verschüttete Kanal gab fast drei Jahrhunderte später der Hamburger Gesellschaft „zur Förderung der Künste und nützlichen Gewerbe“ Gelegenheit zu einer Preisaufgabe betr. ein neues Projekt einer Alster-Trave-Verbindung. Die Aufgabe fand eine preisgekrönte Lösung, deren Realisirung jedoch unterblieb. Auch der spätere Plan einer Brüsseler Gesellschaft (1854), der sich mit genannter Verbindung beschäftigte, kam nicht zur Ausführung, da der dänischen Regierung die Wahl Travemündes als östlicher Ausgangspunkt nicht zusagte. Zu den ältesten

Kanalprojekten zählen ferner die unter Christian III. (1533—59) und Christian IV. (1593—1648) von Dänemark in Vorschlag gekommenen Linien. Der erste wollte Schleswig von Ripen aus durch einen Kanal in östlicher Richtung mit der Mündung Kolding oder Hadersleben durchziehen, der zweite neigte zur Ausführung eines holländischen Projekts, das eine Wasserstraße für Fahrzeuge bis zu 3 ½ Meter Tiefgang zwischen Ballum und Apenrade herstellen wollte. Beide Pläne blieben unausgeführt.

Nach dem dreißigjährigen Kriege theilte die Kanalfrage das Schicksal mancher Kulturaufgabe aus jener Zeit: sie blieb vollkommen lahmgelegt bis 1761, wo der preisgekrönte Verfasser obengenannter Hamburger Preisaufgabe, Dr. Justi, bereits mit zwei Vorschlägen vor die Oeffentlichkeit trat: Tondern-Flensburg und Husum-Schleswig-Eckernförde. Während der erste bald in den Hintergrund trat, hatte der zweite das Glück, in diesem Jahrhundert (1865) von Deichinspektor Petersen revidirt und ausgearbeitet zu werden. Dieses Petersen'sche Projekt wurde von einem Kanalkomite der drei Städte der damaligen ersten Autorität auf diesem Gebiete, dem holländischen Ingenieur T. J. Stieltjes, zur Begutachtung und Revision vorgelegt, dessen Pläne übrigens auch Projekt geblieben sind. Petersen legte eine Tiefe von 6,5 Meter, wie sie für moderne Handelsfahrzeuge hinreicht, zu Grunde. Es war ein Kanal mit stufenförmig abgetreppten Niveaus, deren Höhendifferenzen durch Schleusen überwunden werden sollten (gewöhnlicher Schleusenkanal). Die höchstgelegene Kanalstrecke (Scheitelhaltung) lag zwischen Husum und Bunstorf mit dem Spiegel drei Meter über Nordseefluth. Die Länge betrug ca. 60 Kilometer bei einer Kanalbreite im Niveau von ca. 36 Meter, in der Sohle von ca. 15 Meter. Die Linie hatte den Vorzug geringer Länge bei möglichst wenig Erdarbeiten, bot aber für die Ansegelung bei Husum erhebliche Schwierigkeiten durch die zahlreichen Sandbänke und Watten, welche der Küste auf ca. sechs Meilen sich vorlagern. Der Plan fand ebenfalls keine Verwirklichung.

Die erste, mit größeren Schiffen passirbare Nord-Ostsee-Verbindung ist 1777—85 geschaffen worden. Es war der bis jetzt bestehende, nunmehr vielfach in die Trace des im Bau befindlichen neuen Nord-Ostsee-Kanals einbezogene und daher künftig eingehende Eiderkanal (Schleswig-Holsteinischer Kanal). Er verbindet die Ober-Eider mit der Kieler Bucht, ist ebenfalls ein Schleusenkanal mit einer Scheitelhaltung zwischen Königsförde und dem Flemhuder See von ca. sieben Meter über Mittelwasser der Ostsee und damit auch über Normalwasserstand des neuen Kanals. (Letzterer liegt im Niveau von Ostseemittelwasser.) Obwohl seine geringe Tiefe (ca. drei Meter), die sechs Schleusen, die vielen und starken Krümmungen und die Wattenbildung an der Eidermündung den Verkehr mit großen Schiffen nicht gestatten, weist er doch eine sehr hohe Frequenz auf, die bei den steigenden Verkehrsverhältnissen auch für einen Nord-Ostsee-Kanal im großen Stile nur von günstiger Vorbedeutung sein kann. Bedeutsam für die weitere Entwicklung der Kanalfrage wurde das Jahr 1848. Nicht allein brachte es den Vorschlag, durch Umgestaltung des Eiderkanals und Korrektion der Eidermündung auch größeren Schiffen die Passage zu ermöglichen, sondern durch das wichtige, zu fundamentaler Bedeutung für den in Arbeit befindlichen Kanal sich gestaltende Projekt der Gebrüder Christensen: Brunsbüttel-Rendsburg-Eckernförde, deren östlichen Theil der Kieler Flottenausschuß durch die Trace Rendsburg-Kiel zu ersetzen suchte. Zum erstenmal wird bei diesem Plan, um die Wattenbildung an der schleswig-holsteinischen Westküste zu umgehen, die westliche Ausfahrt in die Elbmündung verlegt. Von



Esbjerg
Fridericia
Kolding
1539
Ribe
1559
Hadersleben
Fünen
Nord See
Ballum
1659
Hoyer
Apenrade
Tondern
Alsen
1761
Flensburg
Ost-See
Husum
1761
Schleswig
Schlei
1848
Friedrichstadt
1865
Tönning
Eckernförde
Friedrichsort
1784
Eider
Eider
Rendsb.
1784
Kiel
Büsum 1863
Wittbg
1881
1848
1865
Elbe
1849.1880
Eider
Plön
1848
1864
Neumünster
Brunsbüttel
Itzehoe
Stör
Cuxhaven
St. Marg.
1861.
1862
Trave
Haffkrug
Stör
1863
Trav.
Störort
Oste
Glückstadt
1863
1863
Oldesloe
1865
Lübeck
1863
Elmshorn
Alster-Can.
1525
1818.1854.1873
Alster
Stecknitz
Ratzebg.
Altona
Hamburg
1398
Lauenburg
Kanal-Projecte
zwischen
Nord- und Ost-See
Erbaute Canäle
Projectirte „
Nord-Ostsee-Canal
Die Zahlen bei den Canallinien bezeichnen das Jahr der Eröffnung bezw. Projectirung.

hier ging die Kanallinie in nordöstlicher Richtung bis zum südlichsten Punkte der Eider, deren rektifizirter Lauf von hier bis zur Ober-Eider als Kanalstrecke benützt werden sollte. Von Rendsburg bis Eckernförde (an der Ostseeküste) sollte der Kanal die Scheitelstrecke im Niveau der Ober-Eider (ca. 2,5 Meter über Ostseemittelwasser) erhalten. Nöthig waren drei Schleusen: Die erste an der Elbmündung zum Schutz des Kanals gegen Nordseefluth, die zweite zu Beginn der Scheitelstrecke, deren Niveau höher lag als das der korrigirten Eider, die dritte an der östlichen Ausfahrt, um das Kanalwasser vor dem Ausfließen in die Ostsee zu schützen. Das auf 10 Quadratmeilen berechnete Stromgebiet der Ober-Eider und Eiderseen sollte die zur Speisung des Kanals (18000 Schiffsdurchschleusungen jährlich waren angenommen) nöthige Wassermenge liefern. Länge des Kanals 87,5 Kilometer, Tiefe ca. 7,2 Meter bei 45 Meter Spiegelbreite und 20 Meter Breite in der Sohle.

Die politischen Konstellationen der sechziger Jahre rückten naturgemäß die strategische Bedeutung einer für die Kriegsmarine passirbaren Durchfahrt wieder in den Vordergrund und gaben nunmehr der preußischen Regierung Anlaß, sich mit dem Studium der Kanalfrage amtlich zu befassen. In ihrem Auftrag beschäftigte sich 1864 der Geh. Oberbaurath Lentze mit der Aufstellung eines Projekts zu einem Handels- und Marinekanal, das auf der Christensen'schen Trace fußend die Grundlage geworden ist für den im Bau befindlichen Nord-Ostsee-Kanal. Dagegen ist im Lentze'schen Entwurf das Prinzip des Schleusenkanals verlassen und dafür zum erstenmale dasjenige des Durchstichs zur Anwendung gelangt, d. h. einer Wasserstraße mit kontinuirlichem, durchgehends gleichem Niveau.

Den hauptsächlichsten Anforderungen, welchen ein Kanal, der für Kriegsschiffe passabel sein soll, zu genügen hat, kann eine Wasserstraße nicht entsprechen, deren abgetreppte Niveaus mittels Schleusen zu überwinden sind. Denn abgesehen von dem durch die Durchschleusungen herbeigeführten Zeitverlust, der im Kriegsfalle sehr verhängnißvoll werden und den Werth des Kanals illusorisch machen könnte, wird die Beschaffung des bei der Durchschleusung so gewaltiger Schiffskolosse zur Füllung der Schleusenkammern nothwendigen Speisewassers des Kanals um so größeren Schwierigkeiten unterliegen, je rascher die Durchschleusungen sich wiederholen und je kärglicher das zur Speisung hereinbezogene Stromgebiet z. B. in Sommern von langandauernder Trockenheit sein Wasser liefert. Andererseits verlangt im Allgemeinen der Durchstich, falls zu große Erdbewegung vermieden werden soll, eine weit größere Entwicklung (Länge) als der Schleusenkanal, der treppenförmig an jedes Gelände sich anpassend viel direkteren Linienzug gestattet, außerdem wirkt die im Durchstich herrschende leichte Strömung, abgesehen von ihrer wohlthätigen Wirkung gegen das Versanden des Kanals, hemmend auf die Fortbewegung der Fahrzeuge, die im ruhigen Fahrwasser des Schleusenkanals (horizontales Niveau) sich weit leichter fortbugsiren lassen. Uebrigens läßt sich die Strömung durch Anbringen von Endschleusen und gegenseitige Regulirung derselben in mäßigen Grenzen halten bezw. zum Zweck des Ausspülens in die entgegengesetzte Richtung umwandeln.

Das Lentze'sche Projekt, wie das der Gebr. Christensen, die Linie Brunsbüttel-(St. Margareten-)Rendsburg-Eckernförde verfolgend, war ein Durchstich mit dem normalen Niveau auf Mittelwasser der Ostsee, ließ den Kanal an der östlichen Mündung offen und schützte ihn nur an der Elbmündung gegen Ebbe und Fluth durch Schleusensysteme. Der Querschnitt zeigte, um bei Niederwasser der Ostsee den Kriegsdampfern noch die Passage zu ermöglichen, bei Normalwasser eine Tiefe von 9—9,5 Meter, eine fahrbare Breite von

67 Meter und eine Sohlenbreite von 22 Meter. Die Unter-Eider wie der Eiderkanal waren je durch eine Schleuse an den Kanal angeschlossen gedacht, dessen Länge 85 Kilometer betrug und dessen Kosten zu ca. einer Million Mark pro Kilometer veranschlagt waren.

Der in der Ausführung begriffene Entwurf gründet sich auf das Lentze'sche Projekt, zeigt jedoch wesentliche Modifikationen. Das Prinzip des Durchstichs ist beibehalten, ebenso die allgemeine Richtung der Trace von der Elbe bis zum Beginn des alten Eiderkanals. Neben der Rücksicht auf Rentabilität kamen hierbei in Betracht a) militärische, b) handelspolitische, c) landwirthschaftliche und lokale Interessen, denen bei der Ausgestaltung des Projekts Rechnung getragen werden sollte.

Der erste Punkt verlangte eine möglichst direkte, das offene Meer thunlichst vermeidende Verbindung der beiden Reichsmarinehäfen Kiel und Wilhelmshafen. Diese Rücksicht bestimmte die Wahl der Mündungen. Die westliche Ausfahrt in der Elbmündung, welche zudem frei von der an der Schleswig-Holsteinischen Küste herrschenden Wattenbildung ist, liegt etwa 500 Meter unterhalb der Lentze'schen Mündungsstelle (bei Brunsbüttel); ihre Wahl gründet sich auf die sorgfältigsten Untersuchungen hinsichtlich der Ebbe und Fluth, des Eisgangs, der Tiefen, der Richtungen des Wellenschlags u. s. f. Die östliche Ausfahrt wurde, im Gegensatz zu Lentze, bei Holtenau in der Kieler Bucht gewählt, sie bietet gegenüber der Bucht von Eckernförde den Vortheil der geschützteren Rhede, liefert aber von Rendsburg aus den Nachtheil einer weit längeren Kanalstrecke, die zudem selbst bei möglichstem Anlehnen an den bestehenden Eiderkanal durch ein ca. drei Meilen breites Hochland geführt werden muß. Hierzu tritt die bedeutende, durch den Tiefgang der mächtigen Kriegsschiffe selbst bei niederstem Kanalwasserstand noch verlangte Tiefe von mindestens 8,5 Meter, die bei den flachen Böschungen (1:2, 1:3) zu einer gewaltigen Spiegelbreite (64 Meter) führt. Der Vorschlag, nur eine für Handelsschiffe genügende Tiefe (6,5 Meter) zu wählen, zum Passiren der Kriegsschiffe jedoch durch Einlaß der Nordseefluth eine Erhöhung des Kanalniveaus um ca. 1 $^1/_2$ Meter herbeizuführen und diesen Tiefengewinn noch dadurch zu vermehren, daß die Schiffe ihren Kohlenbedarf erst nach Passiren des Kanals einzunehmen hätten, konnte keine Berücksichtigung finden, denn abgesehen von der Beeinträchtigung des strategischen Werths, den der Kanal durch die an bestimmte Zeitgrenzen gebundene Benützbarkeit durch Kriegsfahrzeuge hätte erleiden müssen, hätten die zum Schutz der anliegenden Ländereien gegen Ueberfluthung nothwendig zu errichtenden Kanaldämme die Anlagekosten erheblich vermehrt. Eine weitere militärische Forderung erstreckte sich auf die Anlage von Ausweichstellen, die in je 12 Kilometern Entfernung sich folgen, die Sohlenbreite auf 60 Meter erhöhen und bei einer Länge von je 450 Meter durch Aufnahme der Handelsschiffe dem passirenden Kriegsschiff vollkommen freie Bahn schaffen sollen. Bestimmt war ferner die Größe der Minimalradien. Die Lentze'sche Trace hatte den Nachtheil viel zu stark gekrümmter Kurven, die eine Benützung des Kanals durch Panzerschiffe nur mit Vorsicht eventuell nur bei Tage gestattet hätten. Der kleinste Radius wurde nunmehr zu 1000 Meter angenommen und zur Vermeidung eines Zwängens der Schiffe in den Krümmungen von weniger als 2500 Meter Radius eine Erbreiterung des Querschnitts angeordnet. Zwischen je zwei nach entgegengesetzten Richtungen verlaufenden Krümmungen ist stets eine Gerade eingeschaltet, deren geringste Länge mindestens 250 Meter, also ungefähr die doppelte Länge der größten Kriegsfahrzeuge beträgt. Durch geeignete Konzentration des Landverkehrs über den Kanal soll der Verkehr auf diesem selbst möglichst wenig beeinflußt werden. Falls eine feste

Brücke über den Kanal sich spannen soll, wie z. B. bei Grünenthal, so lautete die Forderung der Admiralität, um den Panzerschiffen die Passage ohne Niederlegung der Masten möglich zu machen, auf eine Lichthöhe der Brücke von mindestens 42 Meter über dem höchsten Kanalwasserstand.

Den Anforderungen des Handels stehen diese militärischen Erwägungen vielfach im Wege. Nicht allein wird die Kieler Bucht viel später eisfrei und belegt sich früher mit Eis, als die Bucht von Eckernförde, sondern auch die längere Trace, die erhebliche Querschnittsvermehrung ꝛc. wirken durch ihr höheres Anlagekapital ungünstig auf die Fracht des Kanaltransports. Um so mehr ist dafür zu sorgen, daß der Passage von Dampfern, Segelschiffen und auch von Lastschiffen, die durch Bugsiren oder Tauerei fortbewegt werden, durch eine entgegengesetzt gerichtete Strömung kein zu großer Widerstand bei ihrer Bewegung entsteht. Man sucht dies zu erreichen, indem man den Normalwasserstand im Kanal auf Mittelwasser der Ostsee legt, die zwar nicht die Erscheinungen von Ebbe und Fluth, wie alle kleineren Binnenmeere, zeigt, aber doch ein Schwanken ihres Niveaus bis zu drei Meter über und ein Meter unter dem mittleren Wasserstand aufweist. Dieser selbst liegt etwa 1½ Meter über Nordsee-Ebbe und ebensoviel unter Nordseefluth. Zur Erzielung einer möglichst geringen Strömung sind an beiden Mündungen Schleusensysteme projektirt. So lange der Ostseespiegel auf Mittelwasser bleibt oder nicht mehr als je ½ Meter über oder unter denselben tritt, bleiben die Ostseeschleusen offen. Ebenso die Elbschleusen, so lange der Kanal nach der Elbe hin entwässert wird und der Elbspiegel bei Ebbe nicht tiefer sinkt, als ½ Meter unter gewöhnlich Niedrigwasser. Die Ostseeschleusen sind demnach nur an ca. 25 Tagen jährlich zu schließen, behindern aber die Schiffahrt wenig; die Elbschleusen werden dagegen in jeder Fluthperiode (circa 12 Stunden) 8—9 Stunden lang geschlossen sein. Bei offenen Elbschleusen wirkt die ostwestliche Strömung der Bildung von Untiefen entgegen. Interessant ist hiebei die theoretisch erwiesene Folgerung, daß mit fallendem Elbwasser bei Austritt der Strömung in die Elbe den der westlichen Kanalmündung zunächst gelegenen Kanalpartien mehr Wasser entzogen wird, als den östlich hievon gelegenen, so daß, bei langsamem ziemlich horizontal bleibendem Sinken des Kanalspiegels im Osten, das Niveau im Kanal ein um so stärkeres Gefälle zeigen wird, je mehr man gegen Westen vorschreitet. In dieser Richtung würde also bei horizontaler Kanalsohle die Wassertiefe stetig sich verringern, so daß man zur Erhaltung derselben sich entschlossen hat, der Kanalsohle von Ost nach West die Form einer dreimal gebrochenen Linie von wachsendem Gefälle zu geben.

Für die fernere Ausgestaltung des Kanals waren in erster Linie die jetzigen und künftigen Frequenzzahlen zu ermitteln, deren Löwenantheil naturgemäß der Handelsmarine, und da der Dampferverkehr immer mehr die Priorität über die Segelschiffahrt erlangt, den Dampferlinien zufällt, wenigstens bezüglich der transportirten Frachten. Wie mächtig die Konkurrenz darauf drängt, im Interesse einer Herabminderung von Transportzeit, Fracht und Assekuranzprämie die Seekanäle zu benützen, lehrt der Suezkanal, dessen Reinertrag von 30 Millionen Francs pro 1890 auf 42 Millionen Francs pro 1892 gestiegen ist. Wenn nun auch der Ostseeverkehr in seinem weitaus größten Theile sich kaum über den Pas de Calais erstreckt, ein Kanal zwischen Nord- und Ostsee also vorwiegend der Binnenschiffahrt, speziell der deutschen Rhederei zu gute kommt, so zeigt ein Blick auf den Sundverkehr allein eine jährliche Frequenzzunahme von ca. 600 Schiffen, die nach Erstellung des Nord-Ostsee-Kanals nur zu einem verschwindend kleinen Bruchtheil den Weg über Skagen der neuen Straße vorziehen werden. Mit

Abrechnung letztgenannter Fahrzeuge hat man die jährlich zu erwartende Frequenz des Kanals auf ca. 9 1/2 Millionen Register-Tons berechnet. Diese Frequenz ist aber nicht gleichmäßig über die Jahres- und Tageszeiten vertheilt; für die Sommermonate ist stets eine erhebliche Verkehrszunahme zu erwarten. Außerdem ist anzunehmen, daß die Durchfahrt von Dampfern sich meist auf den Tag beschränken wird, damit sie vor Nacht noch ins offene Wasser gelangen, und daß bei günstigem Wind sich zu gleicher Zeit eine große Anzahl Segelschiffe gegen den Kanal zur Durchfahrt herandrängen wird. Alle diese Annahmen lieferten eine tägliche Maximalziffer von ca. 27 Dampfern und 30 Schleppzügen à 3—4 Segelschiffen, welche den Kanal nach einer Richtung passiren werden.

Da der normale Wasserspiegel des Kanals um ca. 7 Meter tiefer liegt, als der des bestehenden Eiderkanals, und ca. 2 1/2 Meter tiefer als der der Ober-Eider, so wird der neue Kanal zur Entwässerung des nordwestlichen Holsteins von wesentlicher Bedeutung werden. Auch für die Marschniederungen wird dies der Fall sein, sofern nur Hebevorrichtungen angebracht werden, um das Wasser dem dort höher gelegenen und durch Deiche zurückgehaltenen Kanalwasser zuzuführen. Erwähnung verdient auch die Thatsache, daß die Wiesenbesitzer an der mittleren Eider bei der ursprünglich projektirten Benützung dieses Flusses als Kanalstrecke den Wegfall der für ihren Wiesenertrag so vortheilhaften Ueberschwemmungen befürchteten und man sich demnach unter Verlassen der Lentze'schen Trace von Wittenbergen bis hinter Rendsburg zu einer kleinen Verschiebung derselben gegen Süden genöthigt sah, so daß die Eider auf dieser ganzen Strecke erhalten bleibt und beide Wasserläufe in einem mittleren Abstand von einigen Kilometern parallel verlaufen. In Rendsburg selbst befürchtete man ein Versiegen der Brunnen oder gar eine ungünstige Beeinflussung des Brunnenwassers durch das im Kanal fließende Meerwasser. Man entschied sich deshalb auch hier, abweichend vom Lentze'schen Plan, zu einer Verschiebung der Trace nach Süden (ca. ein Kilometer), ersparte hiedurch die Kosten einer städtischen Wasserleitung, kostspielige Quaibauten, der Kanal konnte frei erhalten bleiben von den Abwässern der Stadt, eine Hemmung des Kanalverkehrs durch zahlreiche Brücken, welche dem innern Verkehr Rendsburgs hätten dienen müssen, unterblieb und der baulichen Entwicklung der Stadt war freier Spielraum gelassen.

Die Kanallinie beginnt in der Nähe der Stadt Brunsbüttel, wo zwei mächtige Molen die Einfahrt bilden in einen imposanten Vorhafen von 700 Meter Länge und 100 Meter Breite, der durch zwei Schleusen von 150 Meter nutzbarer Länge und 25 Meter Lichtweite abgeschlossen ist. Die Lage der Molen ist so gerichtet, daß sie den Eisgang der Elbe möglichst wenig hemmen und daß die Fahrzeuge bei ihrer Ein- und Ausfahrt in den Hafen die Fluth- und Ebbeströmung möglichst ausnützen können; außerdem war die Richtung des Vorhafens bezw. der Schleusen so zu legen, daß der Wellendruck auf die Schleusenthore ein Minimum wird. Da die Lagerung der Molen nur den Winden von Südwesten gestattet, ihre Wellen gegen die Schleusen zu werfen, und diese Winde die geringste Wasserfläche (2,5 Kilometer) bestreichen, so ergab sich der kleinste Wellendruck bei einem Einfallswinkel des Kanals gegen die Elbe von 133 Grad. An die Schleusen schließt sich ein Binnenhafen mit Anlegeplätzen für Kriegs- und Handelsmarine, Proviant- und Kohlenschuppen, und ein Betriebshafen für Reparaturen 2c. Seine Länge beträgt ca. 1/2 Kilometer bei einer Breite von 180 Meter; trichterförmig geht er in den eigentlichen Kanal über. Der Kanal durchzieht zuerst unter Durchquerung des Kudener Sees die Burg-Kudenseeer Niederung. Durch eine kleine Abweichung der neuen Trace von der Lentze'schen wurde erreicht, daß das

Kanalprofil nicht vollständig in den dort herrschenden weichen breiigen Moorboden zu liegen kam, sondern mit den unteren Partien in festen Boden eingelassen werden konnte. Der obere Theil des Profils wurde in aufgeschüttete Sanddämme eingeschnitten, nachdem dieselben unter allmäligem Verdrängen des umgebenden fließenden Moors bei fortgesetztem Aufschütten so tief eingesunken waren, bis ihre Unterfläche den festen Boden berührte. Das Material wurde benachbarten Einschnitten entnommen und durch Rollzüge an die Schüttungsstelle befördert. Der alluviale Untergrund mit seiner ziemlich horizontalen Ausbildung lieferte auf genannter Linie eine sichere Unterlage im Gegensatz zu anderen Kanalpartien im Osten, wo ein diluvialer welliger Untergrund eine sorgfältige Beobachtung der Kanaldämme auf die Gefahr des Abrutschens nothwendig macht. Bei Burg geht der Kanal unter einem stumpfen Winkel in eine ziemlich nördliche Richtung über bis zum Thal der Giselau, nachdem er in einem mächtigen Einschnitt die vorhergehende Wasserscheide durchbrochen hat. Auf dem Rücken derselben führt, quer über den Kanal, die Eisenbahn und Chaussee von Albersdorf nach Hademarschen. Die Aufgabe, beide und zugleich noch einen Vizinalweg über den Kanal zu führen, gab den Anlaß zu einem der imposantesten Werke der Brückenbaukunst in Deutschland. Ein mächtiger sichelförmiger Bogenträger von 156 Meter Stützweite wölbt sich als der weitest gespannte Bogenträger Deutschlands quer über den Kanal, mit dem innern Scheitel hoch genug liegend, um den Kriegsdampfern die Passage unterhalb der Fahrbahn, die den Bogen horizontal durchkreuzt, ohne Umlegen der Masten zu ermöglichen. In nordöstlicher Richtung strebt nun der Kanal dem südlichsten Punkte der Eider zu, ohne denselben ganz zu erreichen, bleibt unter Beibehaltung dieser Richtung diesem Flusse ziemlich parallel, denselben stets nördlich von sich lassend und zum Schutze gegen dessen Sturmfluthen durch hohe Deiche geschützt, geht südlich von Rendsburg vorüber in die Obereider, deren Lauf eine kurze Strecke weit benützt wird. Von dort wendet sich der Kanal, unter Abschneidung der zahlreichen starken Kurven des alten Eiderkanals, dessen Lauf möglichst folgend und ein Hochland durchschneidend, in genau östlicher Richtung dem Binnenhafen bei Holtenau zu, der mit 550 Meter Länge und 80 Meter Breite den Schiffen der Kriegs- und Handelsmarine genügenden Anlegeraum bietet, ebenfalls einen Betriebshafen enthält und nach der Ostsee durch ein ähnliches Schleusensystem abgeschlossen ist, wie an der Elbmündung. Den Schleusen lagert wieder ein imposanter Außenhafen vor, dessen Molen die Ausfahrt in die Kieler Bucht vermitteln. Interessant sind, anläßlich der Erwähnung der letzten Kanalstrecke, die Vorkehrungen, welche getroffen werden mußten, um den angrenzenden Ländereien des Flemhudersees die Wohlthaten seines bewässernden Einflusses zu erhalten, nachdem dessen Wasserspiegel, der ursprünglich im Niveau des alten Eiderkanals lag und sein Wasser an diesen abgab, durch den 7 Meter tiefer liegenden Spiegel des neuen Kanals um ebensoviel gesenkt wurde. Der See wurde mit einem Ringdeich umschlossen, in welchem der Spiegel durch das zufließende Eiderwasser auf der alten Höhe erhalten wird, so daß er sein Wasser an die angeschlossenen Bewässerungskanäle abgeben kann. Das im Ueberschuß zuströmende Eiderwasser fällt über eine Stauvorrichtung 7 Meter in den gesenkten See herab und geht von dort in den Kanal.

Die Sohle des Kanals, der eine Gesammtlänge von ca. 98 Kilometern, wovon 63 Prozent in gerader Linie liegend, aufweist, zeigt ein nach Osten abnehmendes Gefälle. Das stärkste liegt zwischen Brunsbüttel und Kudensee, ein schwächeres folgt von hier bis zu Beginn der Wasserscheide bei Grünenthal, von wo es bis Rendsburg sich noch weiter verflacht; von dieser Stadt an bis

zur Ostseemündung liegt die Sohle horizontal. Bei geschlossenen Elbschleusen nimmt also die Tiefe, da das Niveau in die Horizontale übergeht, nach Westen stetig zu und beträgt selbst bei niedrigstem zulässigem Ostseewasserstand im Osten 8,5 Meter, an der westlichen Mündung über 10 Meter. Die Breite der Sohle beträgt 22 Meter, im Spiegel hat der Kanal die respektable Breite von 64 Meter. Die Kanalwand zeigt eine mehrfach gebrochene, nach unten stets flacher verlaufende gerade Linie, wobei auf eine spätere Vertiefung des Kanals um ½ Meter Rücksicht genommen ist. In der Höhe des Wasserspiegels ist als Fuß für den darüber liegenden Theil der Kanalwand ein horizontaler Streifen eingefügt, welcher den Zweck hat, durch das auf ihm ruhende Wasserpolster die Böschung vor der Wirkung der ankommenden Längswellen (Kielwellen) zu schützen. In dieser Höhe trägt die Kanalwand zu ausgiebigerem Schutze noch ein Steinpflaster oder eine Betonlage.

Außer der festen Brücke bei Grünenthal führen fünf Drehbrücken über den Kanal (drei Eisenbahnlinien und zwei Chausseen). Diese Brücken bilden in der Mitte unterstützte eiserne Fachwerkträger mit zwei gleicharmigen Hälften. Ihr Drehpunkt ruht in Brückenmitte auf einem Pfeiler, der so tief gegründet ist, daß eine spätere Kanalvertiefung ohne Schädigung des Pfeilers ausgeführt werden kann. Das Wegheben der Brücke von den Auflagern der Landpfeiler wird durch hydraulischen Druck (Druckwasser) auf den Drehzapfen bewerkstelligt, ebenso wird die Drehbewegung der Brücke durch Druckwasser erzeugt. Den kleineren Landverkehr über den Kanal vermitteln außerdem noch zahlreiche Fähren.

Die Arbeiten begannen 1887 und wurden fast überall gleichmäßig in Angriff genommen; die Fertigstellung wird auf das Jahr 1895 erwartet. Nur zweimal hat der Baubetrieb eine wesentliche Störung erfahren: Bei den Arbeiten an den Elbschleusen, deren Unternehmer den Anforderungen nicht gewachsen war, und anläßlich der langen Verhandlungen betreffend der Kanaltrace bei Rendsburg. Im Gegensatz zum Bau anderer Kanäle werden die Arbeiten sehr erleichtert durch die zahlreichen Kommunikationsmittel, die an den Kanal heranreichen. Nicht weniger als vier Eisenbahnlinien und zehn Chausseen kreuzen den Kanal; zahlreiche Wasserstraßen befinden sich in seiner Nähe.

Mit der Fertigstellung des Kanals hat das Reich einen mächtigen Faktor seiner Wehrfähigkeit geschaffen; weniger sicher ist es, ob und in wie weit die daran geknüpften handelspolitischen Hoffnungen sich realisiren werden. Wir haben gesehen, daß die Interessen des friedlichen Verkehrs beim Kanalbau zurückzutreten hatten hinter die Interessen des Kriegswesens. So dürfte es wohl auch im Kanalbetrieb gehalten werden. Auch bei dem Nord-Ostsee-Kanal spielt das Zivil dem Militär gegenüber die schäbige Rolle, die man es im ganzen Deutschen Reiche spielen läßt und die es spielen wird, so lange es sich diese Rolle gefallen läßt.

Die wirthschaftliche Entwicklung Japans seit 1868.

Von Dr. Paul Ernst.

(Schluß.)

Eine der vielen Analogien mit der europäischen Entwicklung bietet die merkantilistische Politik der Regierung. Wir finden hier alles das wieder, was wir bei dem Merkantilismus in Europa sehen, natürlich mit den kleinen Unterschieden, welche ja immer vorhanden sein werden. So existirt z. B. kein Schutzzoll, vermuthlich weil die europäischen Mächte das nicht erlauben würden. Aber dafür wirkt das Papiergeld so gut wie Schutzzoll und Ausfuhrprämie. Japan

hat eine passive Handels- und Zahlungsbilanz, produzirt aber keine edlen Metalle, wenigstens nicht in nennenswerthem Maßstab, so daß es den Ausgleich durch Metallsendungen herstellen könnte. So hat es denn, nachdem schließlich der Baarvorrath auswanderte, Papiergeld in ungeheuren Massen kreirt. Der Silberyen ist fast 4 1/2 Mark werth, der wirklich zirkulirende Papieryen gegenwärtig ca. 3 Mark. Dieser Umstand wirkt wie ein Einfuhrverbot; denn wer nicht Aussicht hat, für seine importirten Waaren wieder Waaren zu exportiren, kann natürlich nicht importiren; die japanischen Staatspapiere sind durchaus nicht so verlockend, daß man sie in Zahlung nehmen möchte, und in industrielle Unternehmungen in Japan das Geld zu stecken, ist Ausländern durch Gesetz verboten. Als Ausfuhrprämie wirkt das Papiergeld wie jede andere unterwerthige Valuta.

Fehlt der Schutzzoll, so finden wir dagegen Staatssubventionen in jeder Form, Bedrückung der Bauern zum Besten der sich entwickelnden industriellen Bourgeoisie, künstliches Züchten von Kapitalisten und dergleichen mehr.

Die Industrie entwickelt sich denn unter diesen Umständen auch sehr gut. Im Jahre 1891 gab der Verein der japanischen Baumwollspinner eine Statistik heraus, aus welcher das „Handelsmuseum“ folgende Zahlen gab: „Die Zahl der Spinnereien ist allein vom Juli 1888 bis Juni 1891 von 19 auf 30, die der Spindeln von 83 360 auf 300 499 gestiegen. Die größte Spinnerei hat 61 200 Spindeln und arbeitet mit einem eingezahlten Aktienkapital von 1 200 000 Dollars. Diese Fabrik beschäftigt 2889 Arbeiter, davon 962 männliche und 1927 weibliche. Rechnet man die im Bau begriffenen Spinnereien dazu, so gab es am 30. Juni in Japan zusammen 36 Spinnereien mit 377 970 Spindeln.“ Nach dem Resumé statistique war der Gesammtwerth der Webstoffe 1885: 711 946 Yen, 1888, drei Jahre später: 3 296 372 Yen. — Der Kulturfortschritt besteht darin, daß die Leute jetzt Kattun tragen und die Seide, die sie früher selbst verbrauchten, ins Ausland schicken.

Den gewaltigen Unterschied zwischen Japan und China merkt man, wenn man mit diesen Zahlen eine Notiz vergleicht, welche sich in einer chinesischen Korrespondenz des „Export“ von 1891 findet: „Wo immer ein Aufruhr zum Ausbruch kommt, und dies geschieht weit häufiger als man in Europa annimmt, wendet sich die Wuth der Bevölkerung gegen die Fabriken und die Telegraphenleitungen, und der chinesische Kuli, der sonst zu einem unglaublich niedrigen Tagelohn arbeitet, ist durch nichts zu bestimmen, in einer Fabrik zu einem doppelten oder dreifachen Lohn zu arbeiten. Er beansprucht den Lohn eines Europäers. Einige europäische Fabriken, deren Begründer auf die billigen chinesischen Löhne gerechnet hatten, sind in Folge dieser verfehlten Spekulationen eingegangen. Mehrfach ist auch der Fall vorgekommen, daß chinesische Mandarine oder reiche Kaufleute europäische Fabriken aufkaufen, um dann den Betrieb einzustellen, und auch der Fall ist nicht selten, daß dem Fabrikbesitzer durch fortgesetzte Intriguen der weitere Betrieb der Fabrik verleidet wurde.“

Zum großen Theile mag es mit die Furcht vor der Annexion durch China sein, was, außer den Interessen der sich bereichernden Clique, die liberale abendländische Politik Japans erzeugt hat. Auf die Dauer dürfte es sich herausstellen, daß die chinesische Politik klüger ist.

Rußland stand früher nicht gerade freundlich Japan gegenüber. Je größer aber die chinesische Gefahr wird, desto mehr möchte es sich mit Japan verbinden. In der That sind die Beiden die natürlichen Bundesgenossen. Kürzlich wurde der berufene Hitrowo nach Japan geschickt. Seine Fähigkeit zu politischen Intriguen ist ja durch die Jakobson'schen Enthüllungen glänzend bewiesen. Der

nächste Krieg, welcher ein Weltkrieg sein und alle Welttheile außer etwa Afrika in Mitleidenschaft ziehen wird, wird auf seinem ostasiatischen Schauplatz die Russen, Amerikaner und Japaner gegen China und die englischen, indischen und australischen Truppen ins Feld stellen. Japans Lage ist auf jeden Fall schlecht: siegen China und England, so wird es von China annektirt, und das japanische Volk dürfte mit diesem Wechsel sehr zufrieden sein. Siegen Rußland und die Vereinigten Staaten, so wird es von Rußland annektirt. China ist bei seiner gegenwärtigen sozialen Organisation nicht beizukommen, selbst wenn es besiegt werden sollte, und die transsibirische Bahn dürfte eher China zu gute kommen, das, wie es im Amurgebiet gezeigt hat, in ein paar Jahrzehnten Sibirien durch chinesische Auswanderer chinesisch machen kann, als Rußland, bei dessen Volk die Kolonisationsfähigkeit sehr abgenommen hat.

Man sieht, es sind schwere Gefahren, welche Japan drohen: Staatsbankerott, Revolution und Krieg. Die Japanesen werden mit der europäischen Zivilisation die Erfahrung machen, die sie wohl schon mit anderen europäischen Importen gemacht haben: sie sieht hübsch aus, hält aber nicht lange. An dem Felsen der chinesischen Zivilisation sind, wenn auch nicht fabelhafte Jahrtausende, so doch lange Jahrhunderte vorübergegangen, ohne einen tiefen Eindruck auf ihn zu machen. Die moderne europäische Kultur in Japan wird beim ersten Anprall zusammenstürzen.

Natürlich hat sich unter diesen Umständen auch der Militarismus eingestellt. 1884 zählte das Heer 149 093 Mann, 1888 schon 245 325. Das ist ja noch nichts gegen die Zahlen der europäischen Staaten. Aber eine Vermehrung des Heeres um zwei Drittel in fünf Jahren, das läßt schon auf weitere Fortschritte schließen; der gelehrige Schüler wird seine Meister auch hier einholen.

Es sind oben einige Daten über die Entwicklung der Baumwollindustrie gegeben. Was die beiden anderen Standardindustrien betrifft, so wurden 1887 produzirt (nach K. Rathgen, „Japans Volkswirthschaft und Staatshaushalt"): 15 268 Tons Eisen und 1 669 730 Tons Kohlen. Zum Vergleich füge ich die Produktion der hauptsächlichsten Staaten nach den Angaben in den betreffenden Artikeln des Conrad'schen Handwörterbuchs der Staatswissenschaften bei. Großbritannien produzirte in demselben Jahre Eisen 3 766 000 Tons, die Vereinigten Staaten 6 417 000 Tons; das Deutsche Reich 4024 Millionen Kilogramm (= 3 911 122 Tons); Oesterreich-Ungarn 704,6 Mill. Kilogr. (= 694 488 Tons); Frankreich 1568 Millionen Kilogr. (= 1 543 307 Tons); Italien (ungefähr ebenso groß wie Japan) im Jahr 1886: 12 291 000 Kilogr. (= 12 098 Tons, weniger wie Japan). Die Kohlenproduktion betrug 1887 in Großbritannien 162 120 000 Tons, Vereinigte Staaten 116 050 000, Deutschland 60 330 000, Frankreich 20 810 000; Italien 1886: 243 325 Tons.

Es würde ermüden, noch mehr Zahlen aufmarschiren zu lassen. Nur der Werth der Ein- und Ausfuhr möge noch folgen. Er betrug in Mark:

Jahr	Export	Import
1868	62 213 891	42 772 287
1870	58 172 050	134 966 550
1879/80	111 351 860	145 164 456
1890	237 700 000	343 100 000

Die Zahlen für 1890 sind aus den Hübner'schen Tabellen, die anderen aus Liebscher.

Es ist besonders hervorzuheben, daß bei dieser enormen Steigerung des Exportes die Industrieprodukte die stärkste Steigerung aufweisen, und daß bei den Importen namentlich die Maschinen immer stärkere Posten einnehmen.

Aktiengesellschaften gab es 1884: 1318 mit 34 Millionen Yen Kapital, 1888: 2611 mit 119 Millionen Yen Kapital.

Die Expropriirung und Proletarisirung der Bauern hängt in der europäischen Entwicklung auf das Engste mit der industriellen Entwicklung zusammen, indem die verjagten Bauern das erste industrielle Proletariat bilden. In Japan ist bis jetzt der Bauer noch nicht en gros von der Scholle getrieben. Aber die Bevölkerung ist so dicht, daß die Fabriken auch so Arbeiter finden dürften. Immerhin wirkt der fortgehende Ruin des Bauernstandes doch auch hier ein, indem Kinder 2c., die früher auf dem Land Beschäftigung gefunden hätten, als man noch behaglicher lebte und die Noth den Leuten noch nicht im Nacken saß, jetzt in die Fabrik wandern. Auf jeden Fall muß das Arbeiterangebot stärker sein, als es selbst von der rasenden Entwicklung der Industrie absorbirt werden kann, denn der Lohn sinkt stark.

Einige Angaben über die Bewegung des Arbeitslohns, freilich nur für die ländlichen Arbeiter, finden sich bei Ola-Nitobe. Der Arbeitslohn auf dem Lande betrug für Männer 1882: 80,1—53,1 Pfennig; 1883: 69,3—44,4; 1885: 55,8—36,0; 1886: 48,9—30,0. Und für Frauen 1882: 53,4—33,3 Pf.; 1883: 45,6—27,9; 1885: 36,3—23,1; 1886: 30,0—18,0 Pf. Das ist ein furchtbares Fallen des Lohns in ein paar Jahren. Uebrigens spricht schon die immer zunehmende Verwendung der Kartoffel als Nahrungsmittel genug.

Das scheint einer Angabe zu widersprechen, welche Fesca, „Die landwirthschaftlichen Verhältnisse Japans“ in den Mittheilungen der deutschen Gesellschaft für Ostasien, Heft 34 (1886) macht, wonach in der Kai-Provinz in den letzten zwanzig Jahren der Lohn um das 5—7fache gestiegen sei. Er giebt auch eine Tabelle an, welche das zu beweisen scheint. Diese Tabelle vergleicht die drei Jahre 1861, 1871, 1881, indem sie die Geldlöhne angiebt. Daß das kein Steigen des Reallohns ist, geht aus einer Notiz hervor, welche Syrski a. a. O. macht, in einem Buch, das 1873 gedruckt ist, aber auf Beobachtungen beruht, die 1868—1871 gesammelt sind. Es heißt S. 187: „Die Preise der bezeichneten und besonders jener zur Nahrung dienenden Bodenprodukte sind seit etwa zehn Jahren, d. i. seit der Entwicklung des Verkehrs mit dem Auslande, auf das 5—8fache gestiegen.“

Der vagste Begriff, der in dem Vorstehenden gebraucht ist, ist „die herrschende Clique“. Vor 1868 gab es drei Klassen: die Daimios, die Samurais und das Volk, Bauern und Handwerker. Gemacht wurde die Revolution von einem Theil der Samurais, des Hofadels und einem Theil der Beamten der Daimios.

Daß der Hofadel sich an einer derartigen Umwälzung so lebhaft betheiligte, hat seine leicht begreiflichen Gründe: Mit Zertrümmerung des naturalwirthschaftenden Feudalismus und der aus dieser Zertrümmerung folgenden Zentralisation wird eine Bureaukratie nöthig, die in ihren einflußreichsten Gliedern sich naturgemäß aus Denjenigen rekrutirt, die dem Hof am nächsten sind. Aus gewöhnlichen und einflußlosen Hofschranzen konnten diese Leute jetzt Minister 2c. werden und sich dabei auf Kosten des Staatssäckels bereichern.

Die Beamten der Daimios, deren Herren theilweise Kinder waren, hofften auch Vortheil zu haben, wenn sie aus Beamten eines kleinen Feudalherrn Beamten eines geldwirthschaftenden Reichs wurden, und auch von dem direkt peku-

niären Vortheil abgesehen, eröffnete sich ihrem Ehrgeiz ja jetzt eine ganz andere Karriere.

Von den Samurais hat sich nur eine kleine Gruppe an der Umwälzung betheiligt, die dann gleichfalls durch Stellen in der neuen Bureaukratie belohnt wurde. Ein Daimio stand an der Spitze und tauschte seine frühere Landesherrlichkeit gegen die Macht eines Premierministers ein.

Aus diesen Leuten besteht die Clique, die eine volksaussaugende Bureaukratie über das Volk ausgebreitet hat, deren Interessen natürlich mit den ihrigen solidarisch sind, und die sich selbst bereichert. Daß dabei auch kleine Vortheile nicht verschmäht werden, ist klar. Man sagt, daß Vermittler für Exportgeschäfte bis dreißig Prozent vom Werth der abgesetzten Waaren von den europäischen Exportfirmen erhalten; das würde Licht auf die enormen Ankäufe, theilweise ganz überflüssiger Sachen, der Regierung werfen. Eine Bourgeoisie in unserem Sinn existirt nicht, entwickelt sich aber, und naturgemäß aus diesen Elementen, denen ja der Staatssäckel zu Gebote steht.

Der Bauer wird ruinirt, auf seine Kosten geht ja der ganze Prozeß vor sich; und dem Arbeiter geht es gleichfalls schlecht, wie überall in den Anfangszeiten des Kapitalismus.

Der Hauptunterschied unserer Entwicklung ist der, daß in Europa gewöhnlich der Monarch es war, der den Kapitalismus aus fiskalischen Gründen groß zog und dabei die Bureaukratie als Werkzeug benutzte; und daß in Japan nicht der Monarch herrscht, sondern die Bureaukratie, daß hier also sie das treibende Moment darstellt, und daß nicht zur Bereicherung des Monarchen, sondern der Bureaukratie „entwickelt“ wird.

Die Kultur macht Fortschritte, unzweifelhaft. Die Samurais verkaufen ihre Schwerter, und der einstige Stolz eines heldenmüthigen Geschlechts wandert in die Kuriositätensammlungen Europas. Dafür importirt man Yankees, welche den lauschenden Plusmachern vorrechnen, wie sie noch mehr Plus machen können. Die Kriege der Feudalzeit sind vorüber, dafür hungert man den Bauern aus. Wie singt Giuseppe Giusti:

Die Donquixoterien
Aus Artus' Rittertagen —
Pah! alte Poesien,
Ganz unverbürgte Sagen!
Die Ritterschaft von heute
Zieht aus auf andre Beute.

Ihr Kampfplatz ist ein runder
Zahltisch im Börsenfelde.
Dort kämpft sie nach profunder
Taktik mit blankem Gelde,
Und schlägt sich ohn' Erbarmen
Um Schweiß und Blut der Armen.

Notizen.

Für die unverbesserliche Planlosigkeit unserer zersplitterten Privatproduktion liefert eine Mittheilung im Maiheft des landwirthschaftlichen Ministeriums zu Washington ein sehr gutes Beispiel.

Danach war in den Vereinigten Staaten alle Welt darüber einig — ob mit Recht oder Unrecht lassen wir dahingestellt — daß der ruinöse Preissturz der Baumwolle in den letzten Jahren der Ueberproduktion der Baumwollfarmer zuzuschreiben sei. Der Landwirthschaftsminister drang in seinem letzten Jahresbericht an den Präsidenten Harrison auf Einschränkung des Baumwollanbaues; alles stimmte zu, die Farmer nicht zum wenigsten; alle landwirthschaftlichen Zeitungen verbreiteten den Bericht mit seiner Aufforderung. Der Minister beauftragte weiter noch im April 1892 den Senator George von Mississippi mit einer Untersuchung der Krisis

in den Baumwollstaaten, und dieser Vertrauensmann der Regierung und der Farmer erließ im Anfang dieses Jahres ebenfalls ein Zirkular an die Pflanzer, in welchem er von Neuem die Verminderung des Baumwollenareals empfahl. „Eine Aufbesserung der damaligen, die Selbstkosten nicht mehr deckenden und die Pflanzer ruinirenden Preise sei nur durch Beschränkung des Anbaues zu erreichen. Ganz gegen alles Erwarten meldet nun der Mai-Bericht, daß am 1. Mai 85,3 Prozent des zur Baumwolle bestimmten Areals bereits bepflanzt war. Dies entspricht dem gewöhnlichen Durchschnitte von 86 Prozent fast genau.... Hiernach ist eine allgemeine Verminderung des Areals keineswegs eingetreten.... Die Mahnungen sind erfolglos geblieben, weil jeder einzelne Farmer von seinen übrigen Kollegen hoffte, daß sie den guten Rath befolgen, weniger Baumwolle bauen, und dann die Preise recht hoch steigen würden.“ —ms.

Die rasche Zunahme der Eisenbahnunfälle in den letzten Jahren und ihre Ursachen. Ein Beitrag zur Charakteristik der Beamtenfreundlichkeit und Gemeinwohlfürsorge der preußisch-deutschen Regierung.

Oft hat schon die sozialdemokratische Presse auf die in den letzten Jahren in Deutschland immer zahlreicher vorkommenden Eisenbahnunfälle hingewiesen. Der Gegenstand ist eben von einer so eminenten Bedeutung, daß die öffentliche Meinung auf ihn öfters gerichtet zu werden verdient. Von diesem Gesichtspunkte ausgehend, wollen wir mit Hilfe von amtlichen Quellen etwas mehr Licht über die Sache verbreiten.

Den Mittheilungen des Statistischen Jahrbuchs für das Deutsche Reich, Jahr 1892, zufolge betrug die Zahl der Unfälle auf den normalspurigen Eisenbahnen*:

Im Betriebsjahre	Entgleisungen	Zusammenstöße	Sonstige Unfälle
1887/88	508	249	1764
1888/89	393	251	1905
1889/90	423	304	2712
1890/91	525	372	3266

Also eine Zunahme der Entgleisungen von 3,4 Prozent dem Jahre 1887/88 und eine um 33 Prozent (!) dem Jahre 1888/89 gegenüber, sowie ein regelmäßig von Jahr zu Jahr erfolgendes Anwachsen der Zusammenstöße und sonstiger Unfälle, ersterer um **49** Prozent, letzterer um ganze **86** Prozent. — Diesem raschen Anwachsen der Unfälle, deren Gesammtzahl

von 2521	im	Jahre	1887/88
auf 2549	=	=	1888/89
= 3439	=	=	1889/90
= 4173	=	=	1890/91,

im Ganzen also um volle **65** Prozent gestiegen ist, reiht sich in würdiger Weise eine regelmäßig von Jahr zu Jahr erfolgende Zunahme der bei diesen Unfällen verunglückten Personen an. Es betrug die Zahl der Reisenden, die getödtet oder verletzt wurden:

Im Betriebsjahr	Verunglückte Reisende getödtet	verletzt	Auf 1 000 000 durchfahrene Personenkilometer Tödtungen und Verletzungen
1887/88	27	107	0,0154
1888/89	31	123	0,0167
1889/90	40	174	0,0210
1890/91	46	236	0,0252

Demnach stieg die Zahl der getödteten und verletzten Reisenden regelmäßig von Jahr zu Jahr, der ersten im Ganzen um **70** Prozent, der letzteren sogar um **120** Prozent. Auf je 1 000 000 durchfahrene Personenkilometer beträgt die Zunahme

* Mit Ausschluß des Werkstättenbetriebes.

volle **64** Prozent. Diese letztere Zunahme kommt in den Mittheilungen des kaiserlichen statistischen Amtes allerdings nicht zum Vorschein, Dank seiner Vorliebe für „runde Zahlen". Die oben gegebenen Relativzahlen der Verletzungen und Tödtungen sind von uns nach den absoluten Zahlen berechnet worden. Die Angaben des Statistischen Jahrbuchs lauten anders. Es kamen auf je 1 000 000 durchfahrene Personenkilometer bei den Reisenden Verletzungen und Tödtungen:

Im Betriebsjahr	In Wirklichkeit	Nach den Angaben des Jahrbuchs
1887/88	0,0154	0,02
1888/89	0,0167	0,02
1889/90	0,0210	0,02
1890/91	0,0252	0,03

Demnach, während auf Grund der Relativzahlen, die sich im Statistischen Jahrbuch befinden, der Schluß gezogen werden muß, daß in dem Zeitraum 1887/88 bis 1889/90 die Zahl der getödteten und verletzten Reisenden pro 1 000 000 durchfahrene Personenkilometer berechnet konstant blieb, also keine Verschlechterung zu verzeichnen ist, erhellt aus unserer Berechnung, daß die Relativzahlen regelmäßig und rasch von Jahr zu Jahr gewachsen sind, indem sie zum Beispiel

von 0,0154 pro 1 000 000 durchfahrene Personenkilometer im Jahre 1887/88
auf 0,0167 " " " " " " 1888/89,

also um etwa **8,5** Prozent und

von 0,0167 pro 1 000 000 durchfahrene Personenkilometer im Jahre 1888/89
auf 0,0210 " " " " " " 1889/90,

also um etwa **26** Prozent zugenommen haben, was eine **ungeheure Verschlechterung** bedeutet.

Und nun zu den Verunglückungen des Beamten- und Arbeiterpersonals der Eisenbahnen. Die Zahl dieser betrug:

Im Betriebsjahr	getödtet	verletzt	Auf 100 000 angestellte Beamte und Arbeiter kamen Verletzte und Getödtete
1887/88	275	1085	466
1888/89	333	1164	497
1889/90	352	2133	781
1890/91	462	2558	885

Demnach stieg die Zahl der Getödteten und Verletzten regelmäßig von Jahr zu Jahr, der ersteren im Ganzen um **68** Prozent, der letzteren um **136** Prozent. Pro 100 000 angestellte Beamte und Arbeiter berechnet, stieg die Zahl

von 456 im Jahre 1887/88
auf 885 " " 1890/91,

also um ganze **90** Prozent. Das Gleiche zeigen die Eisenbahnunfälle anderer Personen.* Es stieg die Zahl

der Getödteten	der Verletzten	im Jahre
von 161	von 142	1887/88
auf 198	auf 160	1888/89
" 214	" 175	1889/90
" 226	" 205	1890/91
Zunahme 40%	44%	

Demnach betrug die Gesammtzahl der bei Eisenbahnunfällen verletzten und getödteten Personen:

* Hier, wie überall in dieser Notiz, ohne Selbstmörder.

Im Betriebsjahr	Getödtet	Verletzt
1887/88	463	1334
1888/89	562	1447
1889/90	606	2462
1890/91	734	2999

eine regelmäßig von Jahr zu Jahr erfolgende Zunahme der Getödteten im Ganzen von **58** Prozent, der Verletzten von im Ganzen **125** Prozent, ein im wahren Sinne des Wortes **erschreckendes** Resultat.

Auf welche Ursachen dieses rapide, regelmäßig von Jahr zu Jahr erfolgende Anwachsen der Unfälle zurückgeführt werden muß, dies erhellt zur Genüge aus folgenden Zahlen, die das Beamtenpersonal der Eisenbahnen und seine Arbeitsleistungen charakterisiren. Es betrug nämlich:

das Beamtenpersonal der normalspurigen Eisenbahnen:

Im Betriebsjahre	Allgemeine Verwaltung	Bahnverwaltung	Transportverwaltung	Zusammen
1887/88	13 319	29 390	89 722	132 431
1888/89	13 159	29 188	91 479	133 826
1889/90	13 411	29 451	94 448	137 310
1890/91	13 979	29 766	100 423	144 168

die Zahl der zurückgelegten Kilometer:

Im Betriebsjahr	Personenkilometer	Tonnenkilometer	Auf eine Lokomotive berechnen sich jährlich 1000 Nutzkilometer
1887/88	8 707 769 000	18 508 610 000	21,3
1888/89	9 208 805 000	20 230 123 000	22,4
1889/90	10 172 387 000	21 851 199 000	23,4
1890/91	11 224 438 000	22 237 259 000	24,4

Während also die Zahl der zurückgelegten Personenkilometer um etwa **29** Prozent, der Tonnenkilometer um etwa **20** Prozent, diejenige der Lokomotivnutzkilometer um etwa **15** Prozent zugenommen hat, blieb die Zahl der Beamten der allgemeinen Verwaltung und der Bahnverwaltung fast konstant und nur die Zahl der Transportbeamten wurde um etwa 12 Prozent erhöht.

Demnach entfielen auf einen Eisenbahnbeamten im Durchschnitt:

Im Betriebsjahr	Zurückgelegte Personenkilometer	Zurückgelegte Tonnenkilometer
1887/88	66 000	140 000
1890/91	77 800	154 000

das bedeutet eine Zunahme der ersten um **18** Prozent, der letzten um **10** Prozent.

Zieht man dabei in Betracht, daß die höheren Beamten von der Steigerung des Verkehrs weniger als die Unterbeamten in Anspruch genommen werden, so wird das erhaltene Resultat noch mehr an Bedeutung gewinnen, indem es noch deutlicher auf eine rasche Steigerung der auf den Unterbeamten der Eisenbahnen liegenden Arbeitslast, auf eine dauernde und systematische Ueberbürdung mit Arbeit hinweist.

Diese Ueberbürdung des Beamtenpersonals der Eisenbahnen ist sehr charakteristisch für die gegenwärtige deutsche Regierungspolitik. Um einige Milliönchen für den Militarismus zu ersparen, wird hier das Leben und die Gesundheit von Tausenden Beamten und Millionen von Staatsbürgern, die auf die Benutzung der Eisenbahnen angewiesen sind, aufs Spiel gesetzt! Sache einer tüchtigen Volksvertretung wäre es, diesem **„gemeingefährlichen Treiben“** ein Ende zu machen und dafür Sorge zu tragen, daß durch Einführung eines gesetzlichen Normalarbeitstages die Ueberbürdung der Eisenbahnbeamten, welche eine große öffentliche Gefahr in sich birgt, beseitigt werde! Freilich sind wir nicht der Meinung, daß unter der Herrschaft des Militarismus dies zu erreichen wäre! Zweien Göttern zu gleicher Zeit zu dienen ist unmöglich. Nur durch die Beseitigung des gegenwärtig herrschenden Systems wird es wohl gelingen, neben einer Reihe anderer wichtiger Sozialreformen auch die Besserstellung des Unterbeamtenpersonals der Eisenbahnen durchzuführen.

J. S.

Feuilleton.

Seemannsfrau.

Novelle von Egor Schugoy.

(Fortsetzung.)

IV.

So verstand man auch Mathilde nicht, als sie am Tage vor der Hochzeit sich verzweifelt auf den Boden stürzte und nach dem erlösenden Tode rief. Erstaunt blickten sämmtliche Verwandte die Schluchzende an — was war denn so Besonderes geschehen? Vom Komptoir der Afrikanischen Schiffsgesellschaft kam die Anfrage an Kapitän Karl Hannes, ob er das Kommando der „Alice" übernehmen wollte, deren Führer plötzlich gefährlich krank wurde. Nun, das war doch eigentlich eine große Ehre und ein schönes Geschäft dazu! Die „Alice" war ja das schönste Schiff der Kompagnie, das ihrem Kapitän gute Prozente abwerfen mußte. Da hieß es natürlich rasch Ja sagen. Nur ein Narr konnte sich bedenken und nicht sofort zugreifen. Freilich mußte die „Alice" schon in fünf Tagen Hamburg verlassen, aber — du lieber Gott, — das war doch kein großes Unglück, da die Hochzeit morgen stattfinden sollte. Die Neuvermählten konnten immerhin volle drei Tage zusammen bleiben und würden sich auch nach kaum drei Monaten wiedersehen. Da war doch gewiß keine Ursache zum Schluchzen und Verzweifeln. Karls Großvater war zu seiner Zeit gezwungen gewesen, am Tage vor seiner Hochzeit abzureisen und anderthalb Jahre auf einem Segelschiffe auszubleiben — das war eine verflucht fatalere Geschichte! —

„Aber das macht's! Das Mädel ist eben verrückt, — grämt sich, als ob es eine ewige Trennung gelten sollte. Wenn sie Karl mit ihrer Ueberspanntheit nur nicht das Leben schwer machen wird!" — So urtheilten die Väter und selbst die Mütter fanden, daß Mathildens Kummer beinahe unschicklich übertrieben sei.

Im Grunde seines Herzens theilte Karl die allgemeine Meinung. Die leidenschaftliche Liebe Mathildens war seinem ruhigen Temperament stets etwas befremdlich erschienen. Schon als Kind staunte der blonde, pausbackige Junge über die eigensinnigen Launen seiner dunkeläugigen Gespielin; und dieses Erstaunen blieb auch dann bestehen, als er das nunmehr erwachsene Mädchen in seine Arme schloß. Für ihn war der Brautkuß etwas ganz Einfaches, ein nothwendiger Abschluß vollkommen klarer Verhältnisse, der Ausdruck eines fast mit der Muttermilch eingesogenen Gedankens. Daß Mathilde seine Frau sein mußte, war ja immer „selbstverständlich" gewesen, — wozu also die großen Aufregungen? Man hat sich lieb gehabt, als man Kind war, man liebt sich und heirathet sich — das ist Alles. Das kommt alle Tage vor und um die alltägliche Begebenheit so viel Aufhebens zu machen, wie Mathilde es that, kam ihm nie in den Sinn. Da hatte er doch an andere, wichtigere Dinge zu denken: der Dienst, die Prozente, die Verantwortung für so viele Menschenleben und so große Kapitalien, das konnte er doch nicht Alles vergessen, um wie ein unbeschäftigtes Dichterlein den Mond anzuseufzen. Das konnte Mathilde von einem ordentlichen Seemann gewiß nicht verlangen.

Es schmerzte ihn, wenn er sie sich grämen sah, aber wie er ihr helfen konnte, war ihm unklar. Jedenfalls fühlte er sich an ihrem Gram unschuldig, denn er liebte sie treu und ehrlich, — und es war ihm auch fatal, diese plötzliche Abreise, aber er konnte doch die Kompagnie, die ihm, dem noch nicht Dreißigjährigen, so viel Vertrauen geschenkt hat, nicht im Stiche lassen. Das müsse Mathilde doch selbst einsehen. Schließlich ginge die Sache ihn, den Mann, doch

noch viel näher an, als sie, die Frau! — Ein so schönes Weibchen drei Tage nach der Hochzeit zu verlassen, ist ja kein Spaß, namentlich wenn man so lange auf den Hochzeitstag gewartet hat — aber man kann sich deshalb doch nicht gleich aufhängen! — Geschäft bleibt Geschäft, und da man immer noch drei Tage hat, um sich zu lieben — — drei Tage ist eine hübsche Zeit, — anstatt zu weinen und sich die schönen Augen zu verderben, sollte Mathilde lieber an morgen denken, wo er sie endlich sein nennen und nach Herzenslust umarmen darf. Hatte sie sich denn nie nach diesem Tage gesehnt, liebte sie ihn denn gar nicht mehr?

Ob sie ihn liebte! — Die heiße Blutwelle, die in Mathildes bleiches Gesicht stieg, antwortete ihm besser, als lange Reden es thun konnten. Athemlos hört sie ihn sprechen. — Nie ist er wärmer und zärtlicher gewesen. Nun drückt er sie fest an sein Herz, das sie laut pochen hört — „Morgen, morgen!“ flüstert er leise, ihren Hals mit seinen Lippen berührend und unter dem warmen Hauch seines Mundes vergißt sie den Kummer des drohenden Abschieds und denkt nur noch daran, daß sie morgen vor den Altar treten müssen.

V.

Wie ein Traum vergehen die drei himmlischen Tage nach der Hochzeit, — wie ein schöner Wonnetraum voll Licht und Duft. Dann kam das Erwachen, das traurige Abschiednehmen am alten Gartenzaun, die endlosen, stillen Thränen der Einsamen und ihre bittere Verzweiflung unter den kalten, silbernen Mondstrahlen.

Das wievielte Abschiednehmen war es doch gewesen? Mathilde zählt nicht mehr die vergangenen, sie denkt nur an die zukünftigen, denn das Leben einer Seemannsgattin ist ja nichts als eine Reihe solch schwerer, thränenreicher Abschiede. — — —

VI.

Ueber ein Jahr ist vergangen, ohne daß der junge Gatte die Möglichkeit gefunden hätte, nach Hause zu kommen. Inzwischen wurde eine Wiege in Mathildens Zimmer gestellt, in der ein hübsches, kleines Mädchen Platz nahm. Draußen pfiff der kalte Nordost und breite Schneeflocken deckten die starre Erde mit einem weißen Leichentuche. Ein trauriges Lächeln spielte um den Mund der bleichen Wöchnerin. Sie dachte an den abwesenden Gatten. Wie leicht hätte sie sterben können, ohne ihn gesehen zu haben! Sie wäre beinahe gestorben, sie hat es wohl gefühlt — und fühlt es jetzt noch aus den sorgenden Blicken der beiden Großmütter heraus, aus der hochachtungsvollen Zärtlichkeit, mit der die beiden Großväter sie behandeln! Sterben, — ohne Karl noch einmal gesehen zu haben! — Der schreckliche Gedanke schnürt die Brust der Kranken zusammen und macht sie noch kränker und schwächer.

VII.

Langsam nur kann sie sich erholen. Wochen vergehen, bis sie ihr Bett verlassen kann und dann darf sie noch nicht ins Freie, wo der kalte Nordost die grauen Wellen der Nordsee zu weißem Schaum peitscht und die winterlichen Stürme sämmtliche Frauen des Ortes mit Zittern und Zagen erfüllen.

Inzwischen hat die kleine Karla bereits das Köpfchen halten gelernt und beginnt, den Großeltern zuzulächeln. Die beiden Nachbarhäuser behaupten einstimmig, daß ein so schönes und kluges Kind noch nie an dem Seestrand geboren wurde und die sich zum Kaffeeklatsch versammelnden Nachbarinnen stimmen dieser Behauptung pflichtschuldigst bei. Nur die junge Mutter kümmert sich ziemlich wenig um ihr Töchterchen. Ihre Gedanken sind bei Karl auf dem endlosen Meer, das ihr so grausam ihr Glück vorenthält. Sie begriff nicht die gesell-

schaftlichen Verhältnisse, welche sie von ihrem Gatten trennten. Nicht diese haßt sie, sondern die See. In ihr erblickt sie die schreckliche Rivalin, die ihr den Geliebten schon so oft entrissen hat und immer von Neuem entreißen wird, bis sie ihn endlich als untauglich für den Dienst erklärt und alt und gebrechlich zu seiner Frau zurückschickt. Und wer weiß, ob die tückischen grauen Wellen der armen Gattin selbst dieses späte Glück nicht mißgönnen und ihren Karl nicht früher, vielleicht schon morgen hinunterziehen in die dunkle, geheimnißvolle Tiefe, in der schon so viele Nachbarskinder begraben liegen, deren Namen wohl auf den schlichten Kreuzen der kleinen Gottesäcker eingeschnitten sind, deren junge Leiber jedoch von gierigen Fischen in den fremden Meeren verschlungen werden. —

Solche Gedanken lassen Mathilde nicht gesund werden und machen sie für Alles gleichgiltig. Selbst das Kind vermag sie nicht zu trösten. Zu lang ist ihre bräutliche Sehnsucht, zu kurz ihr Frauenglück gewesen, als daß sie nun in der Kindesliebe einen ruhigen Abschluß zu finden vermöchte. Die heiße Leidenschaft ist in ihrem Herzen nicht ausgeglüht genug, um nun naturgemäß der kühleren Mutterliebe Platz zu machen. Die Liebe zum Vater war immer noch so heftig, daß das Kind ihr gegenüber zurücktrat.

„Karl — Karl — mein Karl! — Komm, o komm zurück!“ rief sie in den immer noch wiederkehrenden Fieberanfällen, deren hartnäckige Heftigkeit die alten Eltern mit Schreck und Erstaunen erfüllte.

VIII.

Auch Karl starrte erschrocken in Mathildens tief eingesunkene dunkle Augen, als er nach anderthalbjähriger Abwesenheit zum ersten Male seine Gattin wiedersah. Bleich und abgezehrt trat ihm die junge Mutter entgegen. Es schien, als hätte ihr das prächtige rosige Kind, das sie auf ihrem Arm trug, die ganze Lebenskraft geraubt. Schön war sie immer noch, doch wie traurig sah diese Schönheit aus! — Die kraftstrotzende Juno war in eine Heilige verwandelt und nur in den unheimlich glühenden Augen loderte noch die mächtige irdische Leidenschaft zu dem geliebten Gatten, dessen Hals sie nun bitterlich weinend mit den schwachgewordenen Armen umklammerte. —

IX.

„Das kommt davon, lieber Kapitän“, sagte freundlich lächelnd der joviale, runde Doktor, der sämmtliche Kinder des Städtchens seit dreißig Jahren schon bei ihrer Geburt kennen lernte, was beinahe die einzige Leistung war, für die das kerngesunde Seevölkchen die Hilfe des Arztes in Anspruch nahm, — „das kommt davon, wenn man ein vollblütiges junges Weibchen zu viel und zu lange allein warten läßt. — Die Meisten ertragens ja ganz gut, da die besondere chemische Blutbeschaffenheit unserer Landsmänninnen durch große Leidenschaftlichkeit sich nicht auszeichnet, vermuthlich wirken die Seewasserausdünstungen beruhigend auf die Liebesnerven unserer jungen Mitbürgerinnen. Trifft es sich aber zufällig, daß hier ein Mädchen geboren wird, das zur Seemannsfrau kein Talent mit auf die Welt bringt, so muß sie an dem ewigen Hangen und Bangen — sich Sehnen und Verzehren unabänderlich kaput gehen, d. h. natürlich, wenn sie ihren Mann wirklich liebt, denn sonst — na sonst trösten sie sich mit irgend einem anderen Erdbewohner, wie z. B. die hübsche kleine Frau Kapitän Peters mit dem jungen Rechtsanwalt Eberty.“

Besorgt setzte Karl den halb geleerten Bierkrug auf den Tisch der alten Stammkneipe, die Worte des Doktors vernichteten seinen gesunden Durst. —

„Na, hören Sie mal, Doktor“, rief er beinahe unwillig. „Lassen Sie die Späße und sagen Sie mir aufrichtig, was ist das mit meiner Frau, was soll ich thun, um ihr zu helfen und was fehlt ihr eigentlich?“

„Wenn Sie das nicht selbst wissen, mein guter Karl, dann kann ich Ihnen wenig helfen“, antwortete der alte Arzt, die buschigen weißen Brauen in die Höhe ziehend, halb spöttisch, halb mitleidig. „Höchstens bin ich im Stande, Ihnen zu sagen, was unserem Thildchen körperlich noth thäte. Sie ist sehr schwach geworden in Folge der ewigen zehrenden Fieber, die Brust ist stark angegriffen, was schlimme Folgen haben kann, wenn man nicht sofort energische Maßregeln ergreift.“ —

„Aber ich will Alles thun, was ihr nützen kann“, rief Karl erschrocken. „Sie wissen ja, daß ich meine Frau herzlich lieb habe, — befehlen Sie also, kein Opfer wird mir zu schwer erscheinen. Wie kommt sie nur zu so einer Krankheit? — Sie ist doch aus einer Familie, wo Alle stets gesund waren. — Und sie hat auch selbst wie das Leben ausgesehen, als wir uns verlobten. Mein Großvater freute sich schon auf die prachtvolle Rasse, die unserem Bunde entsprießen könnte — und nun ist sie schon nach dem ersten Kinde hinfällig geworden. Es thut mir sehr weh, lieber Doktor, denn ich bin ihr wirklich gut.“ —

„Jawohl, Sie sind Ihrer Frau gut, während Mathilde Sie anbetet. Das ist es eben, was sie krank gemacht hat.“ —

Der alte Arzt schwieg plötzlich, den erstaunten Blick Karls bemerkend. Dann fuhr er fort:

„Bringen Sie Ihre Frau möglichst rasch in ein warmes Klima — nach Italien etwa oder nach Spanien. — Ich würde volle Genesung garantiren, wenn Sie dort zwei Jahre mit ihr leben könnten. Na, na, erschrecken Sie nur nicht gleich — ich weiß ja, daß es unmöglich ist — und daß Sie Ihre fünfzehn Jahre noch fahren werden.“ —

„Natürlich! — Bevor ich mich zur Ruhe setze, muß ich doch so viel erwerben, um meine Familie erhalten zu können.“ —

„Dann sorgen Sie vor Allem für die Möglichkeit, eine Familie zu haben und pflegen Sie Ihre Frau gesund. Dazu sind drei Dinge nöthig: Ruhe, Wärme und Glück — verstanden?“

„Wieso denn Glück — ist sie denn nicht glücklich? Was kann ihr denn fehlen? Sie hat ja Alles, was eine Frau glücklich machen kann: Wohlstand und Eltern, ein liebes Kind und einen treuen Mann.“ —

„Na — na, Karlchen, von Treue sollten Sie mir altem Fuchs nicht so viel vorrenommiren. Ich kenne Euch junge Seebären — hab' genug von schwarz-roth-gelben Mädchen in den Hafenkneipen gehört.“ —

„Aber das zählt doch nicht, lieber Doktor. Wenn man Monate lang allein ist und so viel Wasser zwischen Mann und Frau liegt — du lieber Gott — deshalb bleibt man doch ein treuer Ehemann und hat sein Weibchen herzlich gern! — Und was das warme Klima anbetrifft, so könnte da Rath geschafft werden. Vielleicht könnte ich Thilde nach Madeira bringen. Den Besitzer des englischen Hotels kenne ich sehr gut, Mathilde würde dort gut aufgehoben sein und könnte ruhig ihre Genesung abwarten.“

Der Doktor erklärte sich einverstanden und die wichtige Konsultation wurde geschlossen, worauf das Kneipen nun mit ruhigem Gewissen fortgesetzt werden konnte. Der Schiffsrheder erlaubte dem Kapitän Hannes, die kranke Gattin auf seinem Dampfer nach Madeira zu befördern und so fand die Reise, die von allen Betheiligten mit großem Vergnügen beschlossen war, keine Hindernisse mehr. — Das Kind blieb bei den Großeltern.

(Fortsetzung folgt.)

Für die Redaktion verantwortlich: Georg Baßler in Stuttgart.



Nr. 49. XI. Jahrgang, II. Band. 1892-93.

Organisation des Handwerks.

Neuer Gedanken kann sich der heutige Kurs gerade nicht rühmen, aber in neuen gesetzgeberischen Einfällen entwickelt er eine wahrhaft kaninchenartige Fruchtbarkeit. Kontraktbruch, Prostitution, Trunksucht, Auswanderung — unermüdlich sucht er der Menschheit ganzes Weh und Ach mit Paragraphen zu kuriren.

Augenblicklich ist wieder einmal das arme Handwerk an der Reihe.

Wieder einmal, denn ein Quacksalber nach dem anderen experimentirt seit Jahren an ihm herum. Herr Miquel eröffnete den Reigen mit seinem Osnabrücker Musterstatut. Dann räumte Fürst Bismarck, um die Handwerker in konservativer Laune zu erhalten, jede Legislaturperiode den Innungen ein kleines Privileg ein. Im Reichstag aber kämpften die Herren Ackermann-Biehl-Hitze, scheinbar mit wachsendem Erfolge, für den obligatorischen Befähigungsnachweis und die allgemeine Zwangsinnung.

Nun will man wieder andere Wege gehen. Die Parole heißt nicht mehr Innungen, sondern „Fachgenossenschaften“.

„Zur Wahrnehmung der Interessen des Kleingewerbes“ — lesen wir in dem publizirten Entwurf des preußischen Ministers für Handel und Gewerbe — „sind Fachgenossenschaften zu errichten. . . . Den Fachgenossenschaften gehören alle Gewerbetreibenden an, welche ein Handwerk betreiben oder regelmäßig nicht mehr als zwanzig Arbeiter beschäftigen.“ Statt der gewünschten obligatorischen und der bestehenden fakultativen Innung sollen wir demnach in Zukunft die obligatorische Fachgenossenschaft haben. „Diejenigen, welche ein Gewerbe selbständig betreiben, können zu einer Innung zusammentreten“, heißt es heute in § 97 der Reichsgewerbeordnung. „Jeder Gewerbetreibende gehört kraft Gesetzes der Genossenschaft seines Faches an“, lautet die Bestimmung VI des Dr. Königs-Berlepsch'schen Handwerkerprogramms.

Die Aufgaben der Fachgenossenschaft werden ähnlich bestimmt, wie bisher die der Innungen. Pflege des Gemeingeistes, sowie Aufrechterhaltung und Stärkung der Standesehre — Förderung eines gedeihlichen Verhältnisses zwischen Meistern und Gesellen, sowie Fürsorge für das Herbergswesen der Gesellen und für die Nachweisung von Gesellenarbeit — nähere Regelung des Lehrlingswesens und der Fürsorge für die technische, gewerbliche und sittliche Ausbildung

der Lehrlinge — Entscheidung über die zwischen den Mitgliedern und ihren Lehrlingen entstehenden Streitigkeiten — das Alles ist aus den Innungsbestimmungen der Gewerbeordnung einfach wörtlich herübergenommen. Weiter wird für die Fachgenossenschaften als obligatorisch bezeichnet, was für die Innungen nur fakultativ war: die Bildung von Prüfungsausschüssen für einzelne Gewerbe oder Gewerbsgruppen zu dem Zwecke, Lehrlinge und Gesellen auf ihren Antrag einer Prüfung zu unterziehen und über den Erfolg derselben ein Zeugniß auszustellen. Fakultativ ist endlich für die Genossenschaften wie bisher auch für die Innungen: Veranstaltungen zur Förderung der gewerblichen, technischen (und sittlichen — heißt es jetzt) Ausbildung der Gesellen, Gehilfen und Lehrlinge (und Meister — hieß es früher) zu treffen und Fachschulen zu errichten und zu leiten. Auch Meisterprüfungen können nach Ziffer X vor einer Innung oder vor einer Fachgenossenschaft stattfinden.

Die Innungen blieben also, über die so abgegrenzte Thätigkeit der Genossenschaften hinaus, nur noch befugt: zur Förderung des Gewerbebetriebes der Innungsmitglieder einen gemeinschaftlichen Geschäftsbetrieb einzurichten (§ 97a, Z. 4 der Gewerbeordnung) — zur Unterstützung der Innungsmitglieder, ihrer Gesellen und Lehrlinge in Fällen der Krankheit, des Todes, der Arbeitsunfähigkeit oder sonstiger Bedürftigkeit, Kassen einzurichten (§ 97a, Z. 5) — Schiedsgerichte für die Streitigkeiten der Innungsmitglieder mit ihren Gesellen zu organisiren (Ziff. 6).

Von diesen Resten an Befugnissen würde sicherlich keine Innung fett werden, ganz abgesehen davon, daß zweifellos auch die Gesellenstreitigkeiten an die Fachgenossenschaften übergehen würden, wenn erst für die Entscheidung von Streitigkeiten mit Lehrlingen besondere Genossenschaftseinrichtungen beständen. Möglich auch, daß die preußische Regierung mit der Anomalie der besonderen Gewerbegerichte für die Gehilfen des Innungs-Kleingewerbes ganz und gar aufzuräumen gedenkt; dann wäre das für die Innungen noch weniger tröstlich. Herr v. Berlepsch meint allerdings: „Der Fortbestand der Innungen und die Weiterbildung ihrer Bestrebungen erscheint um so weniger gefährdet ... Es steht vielmehr zu erwarten, daß nach wie vor sich diejenigen Elemente in der Innung zusammenfinden werden, welche in einem ausgedehnteren Bildungsgange die alleinige Gewähr für die Erhaltung und gedeihliche Entwicklung des Handwerks erblicken und weiteren Anforderungen freiwillig genügen wollen. Auch werden sich die Innungen, da ihnen wirthschaftliche Aufgaben vorbehalten bleiben, mehr wie bisher der Ausbildung des Genossenschaftswesens zuwenden und durch Errichtung von Darlehenskassen, Rohstoffassoziationen u. s. w. einem in weiten Kreisen des Handwerks empfundenen Bedürfniß Rechnung tragen können.“ Die „Freisinnige Zeitung“ dürfte jedoch eher recht haben, wenn sie schreibt: „Alles, was die Zünftlerpartei seit zwölf Jahren im Innungswesen geschaffen, stürzt mit dem Berlepsch'schen Plane rettungslos zusammen.“

Dafür winken der künftigen Organisation des Kleingewerbes manche neuen Aufgaben neben den alten der Innungen. Die Fachgenossenschaften sind der Grundstock einer allgemeinen, umfassenden Vertretung des Handwerks. Aus ihnen werden durch Wahlen die Handwerkskammern gebildet; diese haben die Fachgenossenschaften und Innungen ihres Bezirks zu beaufsichtigen, das Lehrlingswesen zu überwachen, die Durchführung der Arbeiterschutzbestimmungen zu unterstützen, für Arbeitsnachweis und Herbergswesen zu sorgen, und endlich haben sie den Behörden gegenüber Berichte und Gutachten über gewerbliche Fragen abzugeben und Vorschläge zu Reformen zu machen.

Soviel über das, was die „Erläuterung“ des Herrn v. Berlepsch „korporative Zusammenfassung des Handwerks zur Vertretung seiner Interessen“ nennt, „um einerseits die Interessen des Kleingewerbes der Allgemeinheit gegenüber (!) zu vertreten und andererseits die Durchführung der den Fachgenossenschaften und Innungen zufallenden Aufgaben zu sichern.“

Bisher haben wir nur von einer Vertretung der Unternehmer gehört, und deren Interessen fallen beim Arbeitsnachweis, beim Herbergswesen gewiß nicht mit den Interessen der Arbeiter zusammen. Zwangsorganisationen der Unternehmer werden auch ganz von selbst auf weitere Gebiete übergreifen und auch hier die Position der Unternehmer im Kampfe mit den Arbeitern stärken. Bietet der Entwurf der preußischen Regierung ein Gegengewicht hiergegen?

Er organisirt in der That auch die Gehilfen in „Gehilfenausschüssen“, aber in welcher Art und mit welcher Ausstatung von Rechten!

Die bei den Mitgliedern der Fachgenossenschaft beschäftigten Arbeiter wählen den Gehilfenausschuß, mit ziemlich weitgehender Einschränkung der Theilnahme an der Wahl: die wahlberechtigten, mehr wie 21jährigen Arbeiter müssen seit länger als einem halben Jahre im Bezirk der Fachgenossenschaft beschäftigt sein und während mindestens eines Vierteljahres davon bei Mitgliedern der Fachgenossenschaft, also bei einem „Kleinmeister“ nach der Definition des Gesetzes, in Arbeit gestanden haben. Wählbar ist vollends nur jeder Arbeiter, der, von den üblichen Einschränkungen der Wählbarkeit abgesehen, das dreißigste Lebensjahr vollendet hat und „seit mindestens zwei Jahren im Bezirk der Fachgenossenschaft beschäftigt ist und während dieser Zeit länger als ein Jahr bei Mitgliedern der Fachgenossenschaft in Arbeit gestanden hat.“ Wen die Meister also nicht als Gehilfenvertreter wünschen, dessen Wahl können sie jederzeit mit Leichtigkeit vereiteln; sie brauchen ihn nur hinreichende Zeit nicht zu beschäftigen. Herr v. Berlepsch lohnt die Meister für die Boykottirung eines Gesellen auch noch mit der Nichtwählbarkeit desselben. Und er hätte das wahrhaftig nicht nöthig; denn was kann selbst der verhaßteste Arbeiter in diesem Gehilfenausschuß wirken? Dem Gehilfenausschuß steht nach dem Entwurf thatsächlich nirgends eine Entscheidung zu. Meist wird er, obwohl er gewöhnlich mehr Personen vertreten wird wie die Fachgenossenschaft der Meister umschließt, über weniger Stimmen verfügen wie die Meister. Und auch wo die Mitglieder des Gehilfenausschusses „in gleichem Maße zu betheiligen sind wie die Mitglieder der Fachgenossenschaft“ (das heißt „bei der Abnahme von Gesellenprüfungen, bei der Entscheidung von Streitigkeiten zwischen Angehörigen der Fachgenossenschaft und ihren Lehrlingen, und bei der Verwaltung von Einrichtungen, für welche die Gehilfen Aufwendungen zu machen haben“), da wird die direkte ökonomische Abhängigkeit der Gehilfen den Meistern leicht die Majorität sichern. Nur wenn alle Stimmen aus dem Gehilfenausschuß gegen einen Beschluß fielen, so kann — die Entscheidung der Handwerkskammer beantragt werden. Diese höhere Instanz jedoch ist erst recht ein Organ der Meister. Hier ist über die Zahl der Vertreter der Gehilfenschaft überhaupt nichts festgesetzt; es heißt nur, daß die Vertreter von den im Bezirk der Handwerkskammer bestehenden Gehilfenausschüssen aus ihrer Mitte „nach Maßgabe des Statuts der Handwerkskammer“ gewählt werden, und Herr v. Berlepsch frägt naiver Weise bei den Oberpräsidenten an: in welchem Verhältniß die Zahl der Vertreter der Gehilfenausschüsse zur Zahl der Mitglieder der Handwerkskammer stehen solle! Kommt auch in der Handwerkskammer ein Beschluß „gegen die Stimmen sämmtlicher“ Vertreter der Gehilfenschaft zu Stande, so können die letzteren mit aufschiebender Wirkung dagegen Verwahrung einlegen.

Fällt also auch nur ein Gehilfe auf die Seite der Meister, so ist der Wille der Meister Gesetz. Sind aber wider Erwarten alle Gehilfen in Genossenschaft und Kammer bockbeinig, so entscheidet — die obere Verwaltungsbehörde! Und dabei entrüsten sich die Regierungsblätter auch noch darüber, daß man den Gehilfenausschuß als bloße Staffage bezeichnet!

Was der Entwurf der preußischen Regierung sonst enthält, bezieht sich auf untergeordnetere Fragen des gewerblichen Lebens und zeichnet sich ebenfalls durch rückständigste Auffassung aus. Das Lehrverhältniß soll — wie man meint, zur Förderung der gewerblichen Ausbildung, durch Vorschriften bezüglich der Lehrzeit, des Lehrvertrages, der Befugniß zum Halten und Anleiten der Lehrlinge — geregelt werden. Dann ist in Zukunft der Lehrling darauf zu prüfen, daß er „eingehende Kenntniß der im fraglichen Handwerk allgemein gebräuchlichen Handgriffe besitzt, diese mit genügender Sicherheit ausübt und über das Wesen und den Werth der zu verarbeitenden Rohmaterialien unterrichtet ist." Den Meistertitel darf nur führen, wer „eine Gesellen- und eine Meisterprüfung eines Handwerks bestanden hat." Diese darf sich „nur auf den Nachweis der Befähigung zur selbständigen Ausführung der gewöhnlich vorkommenden Arbeiten des Gewerbes oder Gewerbezweiges und auf das Vorhandensein der zum selbständigen Betriebe des Gewerbes nothwendigen gewerblichen Kenntnisse erstrecken (Buch- und Rechnungsführung)." Lehrlinge darf im Allgemeinen nur halten, wer nach ordnungsmäßiger Lehrzeit die Gesellenprüfung bestanden oder doch mindestens drei Jahre hindurch sein Handwerk selbständig betrieben hat. Auf Antrag der Fachgenossenschaft kann aber die Handwerkskammer die Befugniß, Lehrlinge zu halten, wieder aufheben, wenn die Erziehung des Lehrlings gefährdet erscheint. Hier sind, wie man sieht, dem Programm ein paar Tropfen vom Befähigungsnachweis beigemischt, der im Uebrigen „als mit der gegenwärtigen Gestaltung des Erwerbslebens unvereinbar und daher unerfüllbar" abgewiesen wird. Weiter soll der Bundesrath befugt sein, das Verhältniß der Zahl der Lehrlinge zu der Zahl der Gesellen festzusetzen — was manchen Innungsmeister schwer kränken wird.

Daß dieser Entwurf jemals Gesetz wird, bezweifeln wir. Geschieht es dennoch, so wird er das Schicksal der meisten Gesetze der neuen Aera theilen: er wird Niemanden befriedigen, Viele aber vor den Kopf stoßen. Denn trotz alles Entgegenkommens gegen manchen kleinbürgerlich-zünftlerischen Gedanken ist er doch eine unverkennbare Absage an die alten Zukunftsträume der Innungen. Die Ackermann und Biehl, wenn sie nicht gar der Großindustrie die Lebensluft zu entziehen strebten, wollten das ganze Kleingewerbe der absoluten Herrschaft der Innungen unterwerfen. Nur Innungsmeister sollten selbständig werden und Lehrlinge halten dürfen; die Innungen sollten alle Machtmittel, wie Arbeitsnachweis und Gewerbegericht, in ihren Händen halten. Was sich die Zünftler unter Handwerkskammern und Vertretung des Handwerks vorstellten, sollte die gipfelnde Spitze einzig des Innungsunterbaues sein. Jede Einmischung fremder Organisationen war den Innungsfanatikern verhaßt; selbst die beaufsichtigenden Behörden wollten sie beseitigt und ersetzt sehen durch *ihre* Zentralorganisationen. Durch diese Rechnung macht die preußische Regierung einen argen Strich. Sie hätte sie auch nie begleichen können, aber früher gelang es ihr doch noch immer, die Zünftler durch vage Versprechungen und löffelweise Gaben ewig in fröhlicher Hoffnung zu halten. Damit ist es jetzt aus, der Innung verbleibt nur noch, was die mit ganz anderen Elementen durchsetzte Fachgenossenschaft übrig läßt. Und das ist — o Ironie der Geschichte! — fast nichts wie Schulze-Delitzsch'sches Genossenschaftswesen.

Den Fachgenossenschaften, diesen Nachbildungen der österreichischen Organisation des Kleingewerbes, würde es mit der Zeit freilich kaum anders gehen wie den Innungen. Man kann durch planmäßige Zusammenfassung der Kräfte wohl manche Entwicklung beschleunigen, und darum möchten wir den Bann von den Organisationen der Arbeiter genommen sehen. Aber man kann durch Organisation nicht retten, was seine ökonomische Grundlage verliert und darum seinem Untergang entgegengeht. Und vollends soll man nicht die Unternehmer, und noch dazu die entwicklungsfeindlichsten, organisiren und ihre Organisationen mit allen möglichen Vorrechten ausstatten und die Arbeiter rechtlos in losen Reihen daneben stellen. Das macht man aber im neuen Kurs wie im alten. —ms.

Guy de Maupassant.

Von Dr. **Paul Ernst.**

Vor einigen Wochen brachten die Zeitungen die Nachricht von dem Tode Maupassant's. In ihm hat die Welt einen großen Künstler verloren.

Maupassant hat bei uns in Deutschland nicht die Würdigung gefunden, welche er verdiente. Ein Zola, dessen philiströs-doktrinäre Manier verwandte Saiten in uns Deutschen anklingen ließ, hat trotz seiner französischen Verachtung für die Prüderie enthusiastische Bewunderung erweckt, und während er in Wirklichkeit die naturalistische Richtung nur popularisirte und vergröberte, während er in Wirklichkeit noch in der richtigen Epigonenromantik steckte, wurde er als Bahnbrecher einer neuen Richtung bei uns begrüßt. Maupassant hat als Künstler viel Größeres geleistet, wie Zola; und dazu war er ein freier, naiver Geist, der sich von allen Schulfuchsereien losgemacht hatte. Aber bei uns ist der Geschmack durch miserable Kunstwerke und noch miserablere Aesthetik so verdorben, daß die Leser der einfachen, edlen Klassizität ohne Verständniß gegenüberstehen und ein Maupassant'sches Buch etwa als eine schöne Eisenbahnlektüre taxiren.

Die Gegenwart und die jüngste Vergangenheit sind reich an bedeutenden Dichtern. Wenn man die Erscheinungen ersten Ranges zählt, die sich in ein paar Jahrzehnten zusammengedrängt haben, kann man vielleicht zweifeln, ob die Welt je eine solche Fülle von Genie zu gleicher Zeit gesehen hat. Aber diese gesammte moderne Kunst hat eine merkwürdige Eigenthümlichkeit. Wir müssen kurz ausholen, um sie uns klar zu machen.

Ueber die homerischen Gedichte sind die Jahrtausende hinweggegangen, ohne ihnen ihren Reiz nehmen zu können. Die Ursache ist, daß derjenige Theil der Gefühle und Gedanken, welcher derselbe geblieben ist, wegen der einfachen und natürlichen Darstellung noch immer auf uns wirkt, wie er damals gewirkt hat; es ist das sogenannte „Allgemein Menschliche", welches uns sofort in der fremden äußeren Umgebung, zum Theil auch in den übrigen, mit der Zeit veränderten Gefühlen und Vorstellungen heimisch werden läßt. Ebenso geht es uns etwa mit einer Novelle des Boccaccio, oder mit einem Volkslied oder sonst ähnlichen Werken.

Dagegen lesen wir ein Drama von Corneille mit außerordentlichem Mißbehagen. Es erscheint uns Alles unwahr, falsch pathetisch und geziert. Die Ursache mag zum Theil darin liegen, daß die wirklichen Empfindungen jener Zeit veraltet sind, nicht „allgemein menschliche" waren, um den falschen Ausdruck wieder zu gebrauchen. Aber wir sehen auch, daß die Darstellung Schuld trägt: sie giebt uns nicht Natur, sondern Konvention. Natürlich hat Corneille selbst

seine Figuren nicht für konventionelle gehalten; die Schuld liegt nicht an seiner Absicht, sondern an seinem Auge, oder an dem Auge, welches die Leute seiner Zeit und folglich auch er hatten.

„Das Auge“ ist eigentlich kein richtiger Ausdruck. Wir sehen nicht nur in uns hinein, sondern auch aus uns heraus. Wir sehen Dulcinea von Toboso für das schönste adelige Fräulein von der Welt an, oder als die schmutzigste Stallmagd; Böcklin hat die Susanna im Bade ganz anders gesehen, wie Rubens. Was wir aus uns heraus sehen, was wir von unserem Eigenen zu dem äußeren Sinneneindruck geben, stammt zum kleinsten Theile von unserer Subjektivität, zum größten Theil war er uns von unserem Milieu suggerirt; und das Wichtigste im Milieu für den Künstler ist die künstlerische Mode seiner Zeit. Bei Corneille finden wir die Dinge so außerordentlich stark mit den Augen des Edelmanns des ancien régime geschaut, und diese Brille ist so stark gefärbt, daß fast nichts von dem „Allgemeinmenschlichen“ des Objekts übrig geblieben ist.

Die moderne Kunst hat nun überall eingestandenermaßen die Absicht, die „Natur“ zu geben, also möglichst wenig von dem Dichter zu dem Objekt hinzusehen zu lassen. Aber wenn wir nun einen der großen Neueren nehmen, etwa Dostojewski, und fragen uns: wird man nach hundert Jahren ihn lesen, wie wir heute Homer und Boccaccio lesen, so werden wir gewiß mit Nein antworten. Oder nehmen wir den „Naturalisten“ par excellence, Zola. Wer wird es schon in ein paar Jahrzehnten über sich gewinnen, die langathmigen, symbolisirenden cynischen Schilderungen, diese konstruirte Psychologie, diese rein ausgeklügelte Handlung durchzustudiren!

Und doch wieder finden wir gerade bei den Neueren so tiefe Blicke in die Wirklichkeit, wie sie die frühere Kunst nicht kannte. Jene exakte Darstellung sekundenlanger Gedanken- und Gefühlsseiten, in denen Tolstoi so Meister ist; jene an den Alterthumsgräber erinnernde, breite schichtenweise Aufdeckung der Charaktere, wie sie Garborg liebt; jene minutiöse Schilderung nervöser Einwirkungen der Außenwelt bei Jacobsen — und was könnte man nicht noch aufzählen! — das sind alles künstlerische Thaten, denen die Vergangenheit nichts an die Seite zu stellen hat.

Das eine ist nicht zu leugnen: das Moment der Konvention ist stark in den Hintergrund gedrängt bei den Modernen. Aber daß das zur Folge gehabt hat, Kunstwerke von jener naiven Wirklichkeitstreue zu schaffen, die allein die Jahrhunderte überdauern können, kann man deshalb nicht behaupten. An die Stelle der trübenden Konvention trübt jetzt das Bild die zu starke Subjektivität des Künstlers.

In seinen Briefen an Georges Sand klagt Flaubert einmal darüber, daß es kein Publikum mehr giebt; und er hat sogar den Plan, seine Bücher von jetzt an nur noch für sich zu schreiben und die Manuskripte sicher in seinem Pult zu verschließen, damit Niemand sie sieht. Flaubert's Schmerzensschrei ist der Schmerzensschrei der gesammten neueren Kunst: es giebt kein Publikum. Eine „Gemeinde“ ist das Höchste, wozu es heute ein Künstler bringen kann. Was Corneille dichtete, das war einem ganzen Volk — soweit das Volk damals überhaupt in Frage kam — aus der Seele gesprochen, und fand beim ganzen Volk Widerhall. Heute ist der Künstler auf sich selbst angewiesen. Damals war das ganze Volk* von den gleichen Gefühlen belebt; heute ist es in Klassen und

* D. h. doch wohl nur jener Theil des Volkes, der an der Kunst theilnahm, und das war damals fast ausschließlich der Hofadel und das höhere Bürgerthum der Residenz, das auch stark mit höfischen Interessen und Anschauungen imprägnirt war. Die Red.

Parteien gespalten. Klassen existirten damals auch; aber die Gegensätze waren noch unbewußt; und was in unseren Augen als Phrasen erscheint, daran berauschten sich Kavaliere und Bürger in vollem Ernst. Wie das damals das Moment der Konvention außerordentlich stärkte, so stärkt heute die Vereinsamung des Künstlers das Moment der Subjektivität. An Strindberg kann man sehen, wie durch Autosuggestion, die nunmehr an die Stelle der Suggestion durch das Milieu tritt, die Subjektivität zur reinen Schrullenhaftigkeit ausartet.

Eine merkwürdige Ausnahme bildet Maupassant. Der größte Theil seiner Novellen — wirkliche Novellen, im Sinn des Wortes bei den alten Novellisten der Renaissance — ist unvergängliches Gut; noch nach Jahrhunderten wird man sie lesen, nicht aus archäologischem und kulturhistorischem Interesse, wie man so manchen großen Dichter liest, sondern man wird sie mit demselben lebendigen Vergnügen genießen, wie wir heute.

Das ewige Thema der Kunst ist die Liebe. Diese Bevorzugung der einen Leidenschaft vor allen anderen erscheint auf den ersten Blick wunderbar. Man mag ihre Bedeutung noch so sehr übertreiben, für den ernsthaften Mann ist die Liebe doch immer nur eine kleine Episode des Lebens; und es giebt wirklich viel wichtigere Sachen zu schildern.

Aber die Liebe ist eine Leidenschaft, in welcher sich alle Menschen aller Schichten und Zeiten treffen; sie ist allgemein menschlich, und indem er sie schildert, kann der Künstler immer rechnen, daß er in des Lesers eigenem Herzen Saiten anschlägt. Das ist aber eines der großen Geheimnisse der Kunst, welches die rein formalistische Aesthetik des Naturalismus übersehen hat: nicht allein durch das Gedicht des Dichters zu wirken, sondern auch durch die Begleitung, welche das Herz des Lesers dazu schlägt.

Nun ist auch die Liebe, äußerlich betrachtet, dem geschichtlichen Wandel unterworfen. Sentimentalität und Cynismus sind die beiden Pole, zwischen denen sie schwankt, seitdem die Naivetät der Leidenschaft, wie sie heute zum Theil noch im Volk befindlich ist, durch allerhand geistige und materielle Einflüsse verloren gegangen ist. Aber das sind nur Oberflächenerscheinungen; auf dem Grunde ruht unverändert dasselbe Gefühl, das wir schon bei den höher entwickelten Thieren beobachten können.

Der weitaus größte Theil von Maupassant's Werken dreht sich um die Liebe; nicht um die konventionelle Liebe unserer Bücher, sondern um das urwüchsige, natürliche Gefühl; und was dazu kommt, wie etwa die Sentimentalität in „Une vie“, das wird so klar und durchsichtig, als im Zusammenhang mit den allgemeinen psychologischen Gesetzen des Selbstbetruges und der Suggestion geschildert, daß das Bild nicht verschwommen und unverständlich wird.

Die Darstellung des Selbstbetruges ist eine andere Lieblingsaufgabe des Dichters. „Selbstbetrug“ bezeichnet eigentlich die Sache nicht recht, allein es giebt kein anderes Wort für den Begriff. Er soll durch ein Beispiel erläutert werden.

Maupassant's erste Novelle „Fettkugel“ spielt in der Zeit des deutsch-französischen Krieges. In einer Kleinstadt hat sich das Gerücht verbreitet, daß die Preußen kommen, und die enragirtesten Patrioten beschließen deshalb, die heimischen Mauern zu verlassen. Im Postwagen findet sich die Gesellschaft zusammen: ein Graf mit seiner Frau, zwei Nonnen, ein radikaler Philister und noch zwei andere Spießbürger mit den Frauen, und — eine bekannte Prostituirte der Stadt, „Fettkugel“, so genannt wegen ihrer Körperfülle. Die Situation ist sehr peinlich, namentlich für die Damen, und auch für die Herren,

soweit sie ihre Frauen bei sich haben. Nach einer Weile stellt es sich heraus, daß in der Bestürzung und Eile Niemand daran gedacht hat, sich mit Proviant zu versorgen, nur Fettkugel hat einen voll gepackten Korb mit den appetitlichsten Sachen. Der Hunger bringt endlich eine Annäherung zuwege, Fettkugels Einladung wird angenommen und es entwickelt sich ein gemüthliches Beisammensein. — Man kommt schließlich in einer Ortschaft an, welche von den Preußen besetzt ist; der Offizier sieht die Pässe durch, und als er Fettkugels Beruf in dem Paß entdeckt, beschließt er, sich die gute Gelegenheit zu Nutze zu machen, und durch sie seine Liebesbedürfnisse zu stillen. Aber Fettkugel ist Patriotin. Nie würde sie sich an einen Prussien wegwerfen. Daraufhin erklärt der Offizier, daß dann die ganze Gesellschaft nicht weiter darf. — Fettkugels Patriotismus wird mit der gebührenden Bewunderung aufgenommen. Als aber der Tag vergeht, der andere Tag kommt, und die Aussicht auf einen womöglich mehrwöchentlichen Aufenthalt sich eröffnet, schlägt die Stimmung um; und schließlich gelingt es denn den Bemühungen des Grafen, daß Fettkugel ihren Patriotismus für die Befreiung der Gesellschaft opfert. Der Offizier giebt die Erlaubniß zur Weiterreise; nachdem schon Alles im Wagen sitzt, steigt Fettkugel, welche bis zuletzt aufgehalten war, noch ein; aber in der Eile und Verwirrung hat diesmal nun sie den Proviant vergessen. Der Wagen fährt ab, Fettkugel sitzt allein in ihrer Ecke, von Allen verächtlich ignorirt; das Sittlichkeitsbewußtsein ist erwacht; und während nun Alles mit Essen beginnt, muß sie allein hungern. Da denkt sie an ihren schönen Eßkorb, und wie liebenswürdig die Leute vorher gegen sie waren, und sie fängt an zu weinen, so daß ihr die runden Thränen über die Backen rollen. —

Der unbewußte Jesuitismus und die naive Niedertracht, wie sie in dieser Novelle geschildert sind, sind natürlich nicht das Eigenthum einer bestimmten Klasse; aber am ausgeprägtesten finden sie sich bei dem bourgeoisen Philisterium; und Maupassant, der seines Meisters Flaubert Zorn gegen diese Gesellschaft geerbt hat, macht denn sie zu dem hauptsächlichsten Gegenstand seines Humors, wenn er das Thema des „Selbstbetrugs“ behandelt. Wohlbemerkt, der Zorn ist nicht etwa politischer oder sozialer Natur; wie Flaubert ist auch Maupassant „reiner Künstler“, und nichts liegt ihm ferner, wie etwa die Idee Zola's, mit seinen Werken eine soziale Mission zu erfüllen. Maupassant's wie Flaubert's Zorn gegen die „Bourgeoisie“ ist reiner Künstlerzorn, etwa vergleichbar dem „Krieg den Philistern“ der Romantiker — mit dem Unterschied freilich, daß bei den Romantikern das Motiv in jener halb skeptischen, halb phantastischen Geistesrichtung lag, in welche ihre politisch reaktionären Ideen, die ihnen selbst nicht genug ernsthaft vorkamen, die Leute führte; bei den Flaubert und Maupassant aber ist es der ungestüme Drang nach Wahrheit und Gesundheit aus einer verlogenen und verkommenen Gesellschaft.

Wie die Liebe, so ist auch der „Selbstbetrug“, der unbewußte Pharisäismus urmenschlicher Natur und wird daher immer gewürdigt werden. Wie oft mag sich Fettkugels Geschichte unter anderen Zonen und in anderen Zeiten ereignet haben, und wie oft wird sie sich noch ereignen! Und so lange wird man auch Maupassant's Geschichte mit Vergnügen lesen.

Noch eine Geschichte will ich erzählen, welche für Maupassant's Art bezeichnend ist. Sie ist überschrieben „Das Zeichen“. Am Fenster in zwei einander gegenüberliegenden Häusern sitzen zwei Damen, die eine eine sehr vornehme Dame, die andere eine — nun, eine Kollegin von Fettkugel. Die Baronin sieht mit Verwunderung, wie die Herren, welche vorbeigehen, zu dem Fenster

ihres vis-à-vis auffehen, wie ein Ausdruck des Verständnisses über ihr Gesicht gleitet, wie sie dann ins Haus treten, die Dame vom Fenster verschwindet, wie sie dann nach einiger Zeit mit einem anderen, sehr zufriedenen Gesichtsausdruck wieder aus dem Haus kommen, und die Nachbarin wieder am Fenster erscheint. Nach langer Beobachtung findet sie, daß da keinerlei magnetischer Rapport besteht, sondern daß die Dame eine ganz eigenthümliche Geste macht. — Ob sie das auch wohl kann, und ob wohl Jemand zu ihr käme? — Sie kann es, und es kommt wirklich Jemand zu ihr; um vor der Dienerschaft keinen Skandal zu machen, muß sie ihn ins Zimmer lassen. Sie ist in schrecklicher Verlegenheit, denken Sie sich! (Sie erzählt die Geschichte ihrer Freundin.) Jeden Augenblick muß ihr Mann kommen, sie fürchtet sich vor der Dienerschaft, sie schämt sich, dem Fremden, der sich sehr ungenirt benimmt, die Sache aufzuklären, und der Fremde ist so ein schöner, großer Mann — kurz und gut, ihres Mannes wegen, um den Menschen zu entfernen, ehe jener kommt, was soll sie anders thun, nicht wahr? — Und was die größte Verlegenheit ist, der Fremde hinterläßt ein Zwanzigfrankstück. Was soll sie nur damit machen! Sie ist ganz rathlos. — Die Freundin besinnt sich, die Sache ist allerdings schwierig. Aber sie findet einen Ausweg: „Kaufe Deinem Mann ein Geschenk dafür, so ist es gerecht.“

Unzweifelhaft wird man solche Novellen in Deutschland sehr unmoralisch finden, und auch ohne lex Heinze würden wohl die Bücher Maupassant's dem Gericht verfallen, wenn unsere Staatsanwälte etwas von ihnen wüßten. An diesem Orte ist eine Vertheidigung gegen den Vorwurf der „Unsittlichkeit“ indessen wohl nicht nöthig.

Man rechnet Maupassant gewöhnlich zu den Naturalisten. Indessen ist der Zusammenhang doch wohl nur äußerlich, und die Unterschiede sind so tief, daß man ihm doch eine andere Stelle wird anweisen müssen.

Um die historische Stellung des Naturalismus zu würdigen, müssen wir von dem absehen, was seine kritischen Vertreter, namentlich Zola, als ihr gewolltes Ziel aufgestellt haben. Derjenige selbst, der mitten in einer Bewegung steht und in ihr wirkt, ist eben selten klar über ihre Ziele und giebt sich meistens Illusionen hin.

Der Naturalismus vernachlässigte bewußt den Inhalt des Kunstwerkes gegenüber der bloßen Technik, während die ihm voraufgehende Epigonenklassizität und Epigonenromantik umgekehrt die Technik als qualité négligeable behandelte. Diese Eigenthümlichkeit des Naturalismus hat übrigens die Langeweile zur Folge, mit welcher z. B. die Werke der Goncourts, welche das Entzücken des Künstlers sind, den Laien erfüllen. Die Absicht der naturalistischen Technik ist nun, die Dinge genau so darzustellen, wie sie in der Natur wirklich sind. Die Aufgabe schärfte die Augen der Künstler und machte ihre Hände geschickter in der Nachbildung der feineren Nuancen des Wirklichen, welche den Augen der Früheren womöglich entgangen waren.

Schließlich indessen stellte es sich heraus, erstens, daß der Mensch, selbst beim besten Willen, es zu sein, doch kein Photographie-Apparat ist; und zweitens, daß die minutiös kopirte Natur auf dem Papier einen ganz anderen Eindruck macht, als die wirkliche Natur. Die erste Wahrnehmung ermuthigte eine neue phantastische Richtung, die nun so wenig wie möglich direkt aus der Natur nahm und sich im Wesentlichen mit phantastisch stilisirter Natur begnügte; die zweite Wahrnehmung rief den Impressionismus hervor: da es doch auf den Eindruck ankam, so sollte das Kunstwerk nicht die Natur reproduziren, sondern den Eindruck, den die Natur machte; ja, man kam schließlich dazu, sich auch damit

nicht zu begnügen, sondern formte irgend etwas, was in der Natur absolut gar keine Analogie hat, und verlangt nur, von dem Bild den Eindruck zu empfangen, den man sonst von der Natur empfing. Fraglich ist dabei schließlich nur, ob denn alle Menschen eben so konstruirt sind, wie der Schöpfer des Kunstwerkes, und ob nicht das Opus schließlich zur Hieroglyphe wird, die nur der Künstler selber versteht.

Nun ist Maupassant ein Schüler Flaubert's. Flaubert selbst war durchaus kein Naturalist seiner eigenen Meinung nach, und ist nur nach seinem Tode von Zola für den Naturalismus gepreßt worden. Immerhin kann für ihn die Bezeichnung noch passiren. Maupassant aber hat diejenigen Momente Flaubert's weitergebildet, aus denen sich eine Art Klassizität zu entwickeln scheint. Und man vergleiche nur einmal Maupassant's Technik mit derjenigen Zola's, und man wird finden, daß da die grundlegendsten Unterschiede vorhanden sind. Das Bemühen um eine Naturwahrheit, wie er sie auffaßt, führt Zola dazu, nicht die geschlossenen Charaktere darzustellen, wie sie ja auch in Wirklichkeit nicht existiren; er will vor Allem das Milieu geben, aus dem sie sich entwickelt haben und entwickeln; er will nicht, allerdings auch nicht vorhandene, scharf präzisirte Vorstellungen und Gedanken produziren, welche eine Handlung begleiten, sondern er will die Gesammtstimmung vermitteln, aus der Gedanke und That resultirt: und es verschlägt hier nichts, wenn die Absicht dem Künstler nicht gelingen sollte wegen seines für eine so hohe Aufgabe nicht zureichenden Könnens. Dagegen bei Maupassant ist Gedanke, Gefühl und That immer mit präzisen, klaren Worten ausgedrückt. Eine Novelle von ihm will durchaus keinen „Fetzen Leben" darstellen, mit allem Detail zerrissener und vollständiger Fäden, dichter und durchscheinender Stellen; sondern sie will eine Geschichte erzählen, die einmal passirt ist, eine lustige Geschichte meistens, bei der Alles wegbleibt, was darum und daran hängt, bei der nicht weitläufig die Fäden für das Verständniß dieses Charakters aus einem Wust sonstiger Fäden herausgesucht werden müssen, und das Verständniß jener Thatsache von den komplizirtesten und verwickeltsten Stimmungen und Milieueinwirkungen abhängig ist; sie will überhaupt nichts erklären und entwickeln, sondern sie nimmt die Dinge, wie sie schon sind. Indem aber die Anforderungen, welche der Künstler an seine Darstellung stellt, herabgemindert werden, werden die Anforderungen an den von den Naturalisten so vernachlässigten Inhalt erhöht. Fast immer ist der Inhalt der Maupassant'schen Novellen, auch ohne seine Darstellung, interessant, und nur sehr selten macht er dem naturalistischen Zeitgeschmack die Konzession, eines jener grauen, nichtssagenden Sujets zu wählen, welche namentlich die Goncourts so lieben.

In Beidem neigt sich Maupassant der klassischen Auffassung der Kunst zu. Man stelle nur Manon Lescaut, eine der vielen Manons Maupassant's, und Zola's Nana nebeneinander! Natürlich ist damit nicht etwa gemeint, daß da nun etwa eine Rückwärtsentwicklung der Kunst stattgefunden habe; schwerlich läßt sich nur eine einzige Novelle, von den Romanen zu schweigen, Maupassant's finden, die im vorigen Jahrhundert hätte geschrieben werden können. Die Jahrzehnte exakter, geradezu wissenschaftlicher Beobachtung in der Kunst sind eben nicht spurlos vorübergegangen und haben dem Modernen eine Schärfe des Blickes für die feinen Nuancen verliehen, welche die Alten noch nicht hatten. Und außerdem: die Ideen des neunzehnten Jahrhunderts pulsiren nothwendig in den Dichtungen des neunzehnten Jahrhunderts. Jene heitere Verspottung des Kriegsheldenthums, wie in dem „Abenteuer des Walter Schnaffs", jene über-

müthige Karrikirung des Bourgeois, jene hohnvolle Schilderung korrupter Sitten und korrupter Zustände, der größte Theil fast der Stoffe Maupassant's, sind nur in unserer Zeit denkbar. Maupassant ist nichts weniger als Kritiker unserer Gesellschaft, er ist nur Künstler, und nichts weiter, das sei nochmals hervorgehoben. Aber trotzdem zuckt auch durch sein Werk der Geist, der unsere ganze Zeit erfüllt.

Der deutsche Gymnasiast von heute.

Von **E. Erdmann.**

Die ganze Hohlheit der Verhältnisse in der bürgerlichen Gesellschaft; die Unfähigkeit der letzteren, in ihrem Wirken Gedeihliches zu erzielen, zeigt sich in den Erziehungsanstalten für ihre Knaben. Nichts kommt der Bildsamkeit des in der Entwicklung begriffenen jungen Geistes gleich. Wenn daher die heranwachsende Jugend eines Volkes an tiefgehenden Gebrechen krankt, so muß es mit den erziehenden Faktoren schlecht bestellt sein, und das traurige Bild, welches ein Einblick in die Welt unserer Gymnasiasten bietet, wirft eine furchtbare Anklage auf die Klasse der zu der Erziehung dieser Knaben und Jünglinge Berufenen. Nur der geringste Theil der Schuld ist der Familie beizumessen. Hier lassen die Sorgen des täglichen Lebens eine planmäßige Erziehung in den seltensten Fällen zu. Woher sollten die Eltern sich auch auf diese verstehen! Es ist kein Wunder, daß Tolstoi mit seinem schweren Vorwurf Recht hat, die „Händchen und Füßchen" des kleinen Kindes lägen der Mutter mehr am Herzen, als seine spätere geistige Entwicklung. Diese erbärmliche Art der Mutterliebe hat ihren guten Grund. Die Erziehungskunst ist etwas außerordentlich Schweres und der armen Mutter fehlt dazu jede Anweisung. So hört man denn häufig genug die Mütter klagen, daß mit den großen Söhnen nichts anzufangen sei, während dem Vater die Zeit mangelt, sich ihnen zu widmen, und das wahre Interesse für den heranwachsenden Knaben, der seine eigenen Wege geht, tritt erklärlicher Weise zurück. Der Gymnasiast ist demnach auf die Schule angewiesen.

Wie unsere gesammte Jugend, steht er in einer Atmosphäre von Lüge und Hohlheit. Ihm fehlt aber das Gegengewicht, das den Kindern zielbewußter Proletarier zu Gute kommt. Diese wachsen in dem Haß gegen Unterdrückung und Knechtschaft auf; der Kampf, in dem ihre Väter und Brüder stehen, beeinflußt sie weit stärker, als der reaktionäre Geist ihrer Schulen. „Der gewaltige Geisteshauch, desgleichen auf Erden noch nie gespüret worden", berührt sie unmittelbar. Davon weiß der Gymnasiast nichts. Die Ideale, die das Licht der neuen Morgenröthe zeitigt, sind ihm fremd, denn vor diesem Gift wird er sorgfältig abgeschlossen. Er kennt nur ein Leben, das die Interessen der herrschenden Klassen vertritt, und seine junge Seele wird auf Schritt und Tritt beengt durch die Fesseln, die ein dem Tode verfallenes und doch krampfhaft am Leben sich festklammerndes System ihm auferlegt. Er geht naturgemäß völlig in der Schule auf, und der Einfluß, den sie auf ihn ausüben könnte, würde ungeheuer sein. Dennoch ist ihre Wirkung eine fast ganz negative. Sie unterläßt es, ihm Ideale zu geben. Das Sehnen nach Begeisterung, das in ihm steckt wie in jedem jugendlichen Geist, findet nur die schwächste Nahrung, und statt anspornend, wirkt sie zurückdämmend auf seine Seele.

Bis vor Kurzem wurde mit aller Macht die Hurrahschwärmerei für den Kaiser und für Preußen in der Schule künstlich großgezogen, und der Bedarf

an Idealen für die Jungen sollte dadurch gedeckt werden. Jetzt hat diese Strömung bedeutend nachgelassen, die unbedingte Bewunderung preußischer Zustände ist zwar geblieben, aber man verlangt nicht mehr ein so warmes Gefühl dafür. Auch die bodenlose Vergötterung des Reserveoffiziers ist etwas gemäßigter geworden, wenngleich noch immer manche Stunde zu fleißigen Belehrungen darüber benutzt wird, wo das 12. Dragonerregiment steht und was für Aufschläge die 6. Ulanen haben.

Dem freiheitlichen Drang nach Aufklärung kann sich auch das Gymnasium mit dem besten Willen nicht völlig verschließen. Wenn ich mein Haus auch noch so sehr gegen frischen Windzug im Frühling absperre, so kommt doch wohl mal ein Lüftchen durch die Spalten. Wenn man deshalb nach wie vor den Gymnasiasten mit den landläufigen Ueberlieferungen traktirt, mit jenen dumpfen, öden Gottesbegriffen, die seine Seele höchstens beängstigen, nicht erheben können, so läßt sich doch nicht leugnen, daß die frühere Muckerei erheblich nachgelassen hat. Nur bedeutet das noch nicht, daß etwas Gutes, Neues an ihre Stelle getreten sei. Die jungen Gymnasiallehrer gehen eben selber nicht gern mehr in die Kirche, sie sind in religiöser Beziehung durchschnittlich lau und gleichgiltig, diese Anschauungen — weiter nichts — theilen sich auch dem Schüler mit. Die Morgenandachten in der Aula der Gymnasien haben längst jeden feierlichen Charakter eingebüßt. Die Jungen machen sich keinerlei Gewissen daraus, in dieser Zeit Dummheiten zu treiben, ihre Aufgaben zu lernen, das Frühstück zu essen. Wenn man sich vergegenwärtigt, wie Dr. Bruno Wille seine Zöglinge in der freien Gemeinde zu Berlin den Unterricht etwa mit den Worten beginnen läßt: „Wir rufen in die Welt hinein: ‚Hinweg der Thorheit Schranken, Wir Alle beugen uns allein dem siegenden Gedanken'", so ist kein größerer Gegensatz denkbar, als zwischen dieser trotz ihrer Jugend begeistert kämpfenden trutzigen Schaar und den beklagenswerthen Opfern eines Systems, das die jungen Seelen in traurigen Geistesbanden hält und im läppischen Formelkram erzieht. Und das in einer Zeit, wo dem nach Wahrheit lechzenden Geist das leuchtende Morgenroth einer kommenden Welt schon in all' seiner Herrlichkeit gezeigt werden kann.

Der Unterricht, den die Gymnasiasten genießen, ist im Großen und Ganzen unglaublich langweilig und besteht im Wesentlichen in einem ausgeprägten „Drill". Selbst unsere faden Mädchenschulen weisen noch eine weitaus größere Frische auf. Die neuen Sprachen, die dort für den praktischen Gebrauch gelernt werden, werden gemeinhin ganz anregend, mit planmäßigen Sprechübungen und Diktaten betrieben, die deutsche Sprache nimmt den ersten Platz ein, und das engere Verhältniß zwischen Lehrer und Schülerin schafft eine größere Rührigkeit im Unterricht. Es wird sich kein Lobredner für unsere erbärmlichen Volksschulen finden, daß aber dort anschaulicher und verständlicher gelehrt wird, als auf den Gymnasien, ist sicher. Hier geht fast die ganze Zeit mit Lateinisch und Griechisch verloren, das dem Schüler in eintönigster Weise dargeboten wird, und wobei die Schule noch obendrein einzig von dem Bestreben geleitet zu sein scheint, Philologen zu bilden, nicht aber ein klares Bild von dem Geist und der Sprache der Alten zu geben. Die Muttersprache steht zurück, daher denn der Gymnasiast fast niemals, weder im Mündlichen noch im Schriftlichen, eine gute, klare Ausdrucksweise besitzt und der Redefähigkeit überhaupt ermangelt. Die Beschäftigung mit der Natur unterbleibt beinahe ganz, wie fast alle Dinge, welchen der Schüler von vornherein ein Interesse entgegenbringen würde. Rechnen und Geographie treibt er eigentlich nur in den unteren Klassen und in die neuen

Sprachen dringt er nur oberflächlich ein. Der Arzt, der Jurist, die beide von Berufswegen das Vertrautsein mit der englischen und französischen Sprache kaum entbehren können, erfahren bitter, welche Versäumnisse die Schule in dieser Richtung an ihnen begangen hat. So sehr es mit Recht von den Alt-Philologen getadelt wird, daß die Reformschulmänner — übrigens in erklärlicher Reaktion — unter Umständen über das Ziel hinausschießen und nur auf eine Bildung sehen, die dem Schüler in seinem späteren Leben praktischen Nutzen gewährt, so streng muß man es verurtheilen, daß die Gymnasialbildung auf die Erfordernisse des praktischen Lebens so gut wie gar keine Rücksicht nimmt.

Der Gymnasiast wird noch immer mit der alten, abgestandenen Kost genährt. Seine Vorbilder sind noch so ziemlich dieselben wie vor hundert Jahren. Die Griechen und Römer, noch dazu bei recht oberflächlicher Bekanntschaft, trotz der dreizehn wöchentlichen Stunden altsprachlichen Unterrichts, und die preußisch-brandenburgische Geschichte müssen ihm seine Idealgestalten liefern. Von sich selbst erfährt er wenig, und das Wenige gipfelt gewöhnlich in nüchternem Auswendiglernen. Er lernt, wie viel Muskeln und Knochen die Nase hat, was ihm gleichgiltig ist und ihn langweilt, von der Entstehung der Arten hört er nichts.

An eine täglich vier- bis siebenstündige Schulzeit schließen sich die Schularbeiten an. Diese sind dem begabten Schüler gewöhnlich eine Qual, was bei ihrem öden Charakter erkärlich ist. Dem pflichttreuen, normal beanlagten Jungen werden sie zu einer Klippe, deren Gefährlichkeit nicht hoch genug anzuschlagen ist. Entweder stürzt er sich mit vollem Eifer hinein und verschwendet einen Aufwand von Interesse daran, der ihn nützlicheren Dingen unzugänglich macht und den dies verdummende Grammatikstudium, diese langweiligen Aufsatzthemata mit ihren stets wiederkehrenden Vergleichungen zwischen Siegfried und Achilles und dem von allen Seiten beleuchteten Kampf mit dem Drachen nicht verdienten. Oder aber er wirft einen förmlichen Haß auf das Lernen, ja auf den Begriff Arbeit, mit dem er doch nothgedrungen seine Tage füllen muß. Er hat keine Zeit für seine Familie, für Lektüre, für Spaziergänge ins Freie, er sitzt beständig über den verhaßten Büchern. Von Ostern bis Johannis, im Anfang des Schuljahres, geht es noch an, aber von da an und gar im Winterhalbjahr, wo das doppelt schädliche Arbeiten bei Licht überhand nimmt, kennt er keine Freiheit mehr und führt ein bedauernswerthes Leben.

Er lernt ausschließlich zu dem Zwecke, um in der Schule nicht „hereinzufallen“, vermeidet dies aber doch nicht, da die Persönlichkeit des Lehrers und der Zufall eine zu große Rolle spielen, als daß der Schüler sich durch fleißiges Lernen allein vor schlechten Nummern bewahren könnte. Dazu kommen die sinnlosen Extemporalien, ein wahres Gift für die Jungen, das sie in einer beständigen Aufregung erhält. Im Winterhalbjahr ist es nichts Seltenes, daß in einer Woche drei bis vier Extemporalien geschrieben werden und die armen Schüler aus der Angst vor schlechten Resultaten, die das Zeugniß und damit die Versetzung gefährden, nicht herauskommen. Die Versetzung aber ist das Ziel, um das sich Alles dreht. Die Angst vor dem Schreckgespenst des Sitzenbleibens steigert sich, je näher die Zeit herankommt, zuweilen zu einer unerhörten Heftigkeit, an der stark innerlich veranlagte Knaben oft qualvoll leiden. Die vielen Selbstmorde der Schüler sind zum Theil auf diese Angst zurückzuführen. Sie sind nicht einfach mit den Worten „gekränktes Ehrgefühl“ erklärt. Es spricht bei ihnen schon geradezu der Fluch der kapitalistischen Gesellschaft mit, der Kampf ums Vorwärtskommen. Der Gymnasiast hat hundertmal erwägen

hören und weiß genau, daß der Schüler, welcher sitzen bleibt, ein Lebensjahr verliert und dadurch nicht nur seinen Eltern beträchtliche Mehrkosten macht, sondern auch sich selbst durch die Verspätung in der Anstellung oder im Avancement außerordentlich schadet. Die Ansicht, daß jedes Jahr, welches nicht rastlos dem Ziele des Geldverdienens entgegenführt, ein verlorenes sei, steckt der heutigen Gesellschaft eben in Fleisch und Blut.

Es liegt auf der Hand, welche Schäden für die äußere Entwicklung unserer Gymnasiasten eine Lebensweise mit sich bringen muß, die den größten Theil des Tages den Büchern zuweist und die ein Lebensalter, das bei tüchtiger Pflichterfüllung froher Sorglosigkeit gewidmet sein sollte, in fortwährender Anspannung erhält. Die Statistiken über Blutarmuth und Kurzsichtigkeit sprechen darüber deutlich genug.

Es ist nicht zu leugnen, daß Dank der unermüdlich sich rührenden Reformpartei Verbesserungen im Schulleben geschaffen worden sind. Ganz hervorragend zeichnen sich darin die Realgymnasien aus, in denen überhaupt ein ungleich frischeres Leben herrscht. Aber so lange das Berechtigungswesen gilt, das die Realschulen in unerhörter Weise benachtheiligt, wird der praktische Werth aller dort vorgenommenen Verbesserungen stark in Frage gestellt. Die Stundenzahl ist verringert, das Grammatikstudium ist etwas eingeschränkt, das Abiturientenexamen ist erheblich erleichtert und regelmäßige Spiele im Freien sind eingeführt. Aber was die Letzteren betrifft, so versteht die Schule nicht einmal für gute Einrichtungen die Schüler zu begeistern, weil jedes innige Band der Zuneigung zwischen ihnen fehlt. Gymnasien wie Braunschweig, wo die Schüler sich mit Eifer solchen Spielen hingeben, sind rühmliche Ausnahmen. Uebrigens sind alle Aenderungen in den Gymnasien und Realgymnasien nur Flickwerk, die das Uebel nicht an der Wurzel treffen, wie sämmtliche „Reformen“ der bürgerlichen Gesellschaft. In wahrhaft vollkommener Weise sorgt Dr. Hugo Göring in seinem Plan einer „neuen deutschen Schule“ für die körperliche Ausbildung der Schüler durch planmäßiges Arbeiten im Freien und Gewöhnung an körperliche Uebungen und militärische Exerzitien.

Schlimmer noch als die Hemmung in der äußeren Entwicklung ist die Vernachlässigung, welche Herz und Gemüth erfährt. Der jugendliche Geist mit seiner ungeheuren Aufnahmefähigkeit sittlicher Ideen findet zu wenig Befriedigung in einer Schule, die sich kaum die Mühe giebt, nach dieser Richtung hin auf den Schüler einzuwirken. In der Schule steht der Unterricht obenan, der veredelnde Einfluß auf die Moral des Knaben, der ihr ebensowohl obläge, wird — diese Schlußfolgerung drängt sich wohl oder übel auf — als Lappalie betrachtet. Der rohe Ton, der häufig in der Klasse herrscht, die wüsten Schimpfworte, mit denen der Schüler in der Stunde belegt wird und an die er bald annähernd so gewöhnt ist wie der Soldat auf dem Kasernenplatze, sind ganz geeignet, den Sinn für gesittetes Betragen in ihm zu ersticken und ihn in der Brutalität nichts Besonderes mehr sehen zu lassen. Nur vereinzelt genießt der Lehrer, der überall das Vorbild der Kinder sein sollte, noch die Liebe und Achtung seiner Schüler. Wenn man zugeben muß, daß in unserem Militärstaat, dem für Kulturausgaben das Geld mangelt, die überfüllten Klassen dem Lehrer sein ohnehin anstrengendes Amt ganz außerordentlich erschweren und die „Tretmühle“, die sein Beruf mehr als der jedes anderen Bourgeois bildet, zu einer gewissen Entschuldigung für ihn dienen mag, so wirft es doch ein eigenthümliches Licht auf den Lehrerstand, wenn ein Angehöriger desselben, da ihm die Stunde zu lange dauert, mit den ärgerlichen Worten nach der Uhr sehen

kann: „Hört denn die verfluchte Schinderei noch immer nicht auf!“ und wenn diese Worte im Munde des Lehrers dem Schüler durchaus nicht besonders auffallen. Angesichts solcher Dinge kann es nicht allzu sehr verwundern, wenn die Gymnasiasten oft eine erschreckende Rohheit und Herzensleere zeigen. Eine durchgeistigte Ethik kann auf solcher Grundlage nicht erwachsen. Unser öffentliches Leben, welches auf Schritt und Tritt geneigt ist, Recht in Unrecht und Unrecht in Recht zu verkehren, drückt der Schule seine Grundsätze auf und macht sie unfähig, jugendliche Seelen mit festen sittlichen Begriffen zu erfüllen. Was dem jungen Geiste als höchstes Gut dargeboten werden sollte, die Wahrheit, wird auf Schritt und Tritt verletzt. Den Lehrern ist wie der gesammten Bourgeoisie das Gefühl von der Heiligkeit der Wahrheit mehr oder weniger abhanden gekommen, seitdem das Leben nicht mehr von den Gesichtspunkten der Moral, sondern von den Erwägungen des persönlichen Vortheils geleitet wird. So erklärt sich, was sonst unerklärlich bliebe, daß nicht täglich in der Schule glühende Eiferer gegen das Trugsystem der Gymnasiasten auferstehen, daß im Gegentheil mit der Schuljungenmoral, welche beim Betrug in der Schule nicht die geringsten Skrupel fühlt, wie mit einer feststehenden Thatsache kaltblütig gerechnet wird. Wenn den Schülern das Abschreiben der Hausarbeiten derartig, daß häufig nur ein Einziger die Aufgabe macht und diese dann allen Uebrigen zur Verfügung gestellt wird, das „Bohren“ in der Schule als eine ganz gewöhnliche Sache gilt, so daß, je raffinirter der Betrug, um so größer die Heldenthat erscheint, so sollte man wenigstens erwarten, daß gegen solche Verwilderung der sittlichen Anschauungen mit unermüdlichem Eifer wieder und wieder gearbeitet würde. Statt dessen werden nur in größter Gemüthsruhe Vorkehrungen gegen das Abschreiben bei den Extemporalien und Exerzitien getroffen, ertappte Betrüger streng und kühl bestraft, und der Lehrer thut sich etwas darauf zu Gute, den Schüler von vornherein nach dieser Richtung hin als ehrlos zu betrachten und seiner Absicht, ihn zu hintergehen, ohne Weiteres gewiß zu sein. Von Versuchen, die verblendete Schülerwelt zur Klarheit über ihre Anschauungen zu bringen, hört man kaum. Freilich, wie soll auch ein System zur Wahrheit erziehen; das die laxe Auffassung der Lüge erst selber hervorgerufen hat! Ein Lehrer, der sich wie viele seiner Kollegen durch Bummelei im Arbeiten auszeichnete und die Gewohnheit hatte, alle Extemporalien wider die Vorschrift am Ende des Vierteljahres zusammenzudrängen, ließ seine Schüler wiederholt ein falsches, wochenlang verflossenes Datum bei der Ablieferung in ihr Heft schreiben und fälschte ebenso das Datum der Rückgabe, so daß bei der Revision der Hefte sein Direktor nichts merkte. Der Hang zur Lüge artet bei manchen Gymnasiasten in völlige sittliche Unzurechnungsfähigkeit aus. Der christliche Begriff: Du sollst! hat seine frühere Wirkung verloren, die Idee, daß das Gute lediglich um seiner selbst willen gethan werden muß, ist dem jungen Gemüth von Niemandem eingeflößt worden. So weisen unsere Gymnasiasten gerade so gut wie die jugendlichen Verbrecher „aus der Hefe des Volkes“, die Unglücklichen, denen keinerlei Belehrung zu Theil geworden ist und die im Schmutz aufgewachsen sind, mehr und mehr die entsetzliche Krankheit der „moral insanity“ auf. Die wenigen Nervenanstalten, wo, wie in Görlitz, in besonderen Abtheilungen auf diese bedauernswürdigen Opfer unserer Zustände Rücksicht genommen ist, zeigen das aufs Erschreckendste. So lange noch eine so bodenlose Unwissenheit auf dem Gebiete der Psychopathie herrscht und so lange nicht die dringende Nothwendigkeit einer gewissen psychiatrischen Bildung gerade beim Jugenderzieher anerkannt ist, der ohne dieselbe oft mit dem besten Willen nicht

im Stande ist, die seiner Obhut unterstellten Kinder zu verstehen, — so lange ist an eine Rettung des größten Theiles jener Knaben nicht zu denken. Sie bleiben ruhig der Lieblosigkeit einer Schule ausgesetzt, die ihre traurigen Anlagen erst befördern geholfen hat und sie rettungslos dem Ziele des gänzlichen Verkommens entgegentreibt, falls die Verhältnisse sich späterhin nicht so günstig für sie gestalten, daß sie den sittlichen Defekt, der in der heutigen Gesellschaft nicht ganz so schwerwiegend ist, wie etwa ein Defekt im Geldbeutel — zu vertuschen vermögen — im Gegensatz zu ihren minder glücklichen Leidensgenossen im Proletariat.

Der gänzliche Mangel an Belehrung über die herrschenden Zustände erklärt zur Genüge, warum der Gymnasiast ein so verworrenes Bild von allen unsere Tage bewegenden Fragen hat. Das gewaltige Ringen des Proletariats spielt sich unter seinen Augen ab, ohne daß er es wahrnimmt. Der Sozialismus, dessen Fahnen sich die jugendlichen Gestalten mit jauchzender Begeisterung anschließen würden, wenn nur die Binde von ihren Augen genommen würde, ist für sie der denkbar nebelhafteste Begriff. In einer Zeit, wo Jeder kämpfen darf, der die Kraft dazu hat, stehen die armen Jungen vor dem Thor und ahnen nicht, welche herrlichen Siege draußen erfochten werden. Von dem Leben des Proletariats, dem Elend seiner Behausung, seinem grauenhaften standard of life weiß er nichts. Wenn er jemals im Frühling die Proletarierkinder von sechs bis zwölf Jahren beim „Rübenziehen" erblickt, so kommt ihm nicht der leiseste Gedanke, daß er hier seine jungen Brüder in regelrechtem Frohndienst vor sich sieht. Man hat ihn ja nie gelehrt, für die Kinder in zerlumpten Kleidern ein wärmeres Gefühl zu haben. Wohl aber artet die Gleichgiltigkeit, die er der Arbeiterklasse entgegenbringt, oft in förmlichen Haß aus, in dem ihm natürlich der Proletarierknabe, der in dem feinen Herrchen mit Recht seinen geschworenen Feind sieht, nichts nachgiebt. Die Prügelschlachten, welche von Zeit zu Zeit zwischen den Gymnasiasten und den Arbeiterkindern geschlagen werden, sprechen eine deutliche Sprache für die Trostlosigkeit eines Klassensystems, in dem schon die Jugend in geschlossenen feindlichen Heerlagern aufwächst. Mit solchen Kundgebungen gegen die Proletarierjugend ist die Theilnahme der Gymnasiasten am öffentlichen Leben etwa erschöpft. In den Gemeindeschulen Frankreichs werden die Kinder bereits von ihrem neunten Jahre an über die Verfassung ihres Landes belehrt. Sie hören von dem Stimmrecht, den Steuern, der Schulpflicht, dem Heer. Die älteren Schüler erhalten elementare Kenntnisse der Volkswirthschaftslehre und des praktischen Rechts. Unser deutscher Primaner weiß von den staatlichen Verhältnissen seines Vaterlandes so gut wie nichts, das politische und wirthschaftliche Leben steht ihm in weiter Ferne, und erst später will er sich damit vertraut machen. Die letzte Reichstagsauflösung hat die Gymnasiasten höchst gleichgiltig gelassen. Der Gymnasiast weiß ja auch von den Parteien kaum etwas Anderes, als daß „gebildete Leute" konservativ oder nationalliberal zu wählen pflegen und daß die Sozialdemokraten eine Bande unersättlicher Schreier und Tagediebe sind. Kurz nach der Besitzergreifung Danzigs durch die Preußen zu Ende des vorigen Jahrhunderts stifteten polnisch gesinnte Gymnasiasten einen Putsch an, der die Ueberwältigung der preußischen Besatzung und die Wiederherstellung der alten Zustände bezweckte. Eine Kinderei, aber es steckte Feuer darin. Achtundvierzig stand die Begeisterung bei unseren Primanern in hellen Flammen. Woher sollte man wohl heute unter den blasirten, nüchternen Gymnasiasten Elemente finden, die wie jene vermöchten, Leben und Seele an eine große Sache zu setzen? Im

Ganzen liegen die Interessen der Gymnasiasten, soweit sie nicht durch das stumpfsinnige Lernen erstickt werden, auf traurigen Gebieten. Raufen und Balgen bildet eine Quelle immer neuen Vergnügens und auf das Skatspiel versteht sich in der Regel bereits der Tertianer. Das Vereinswesen, wobei es auf das Trinken hinausläuft, steht hoch im Ansehen, wüste Kneipereien, den Studenten der Hochschulen nachgeahmt, sind an der Tagesordnung. Ein Lehrer veranstaltete alljährlich Reisen mit seinen Schülern in die Schweiz. Er mußte Jahre lang die Sache aufgeben, weil er sich, wenn er überhaupt Theilnehmer finden wollte, der Elemente nicht erwehren konnte, welche die ganze Reise nur wegen des ungebundenen Kneipens da draußen mitmachten.

In manchen Städten treiben die Gymnasiasten ihr nichtiges Wesen ganz öffentlich, ohne daß die Lehrer dagegen einzuschreiten vermögen. Sie halten ihre Fechtübungen ab und schmücken sich läppisch mit Verbindungszeichen, dabei in erster Linie trinkend und wieder trinkend, ganz wie ihre Vorbilder auf den Universitäten. Hin und wieder verfällt die Neigung zu Vereinen auf Lesekränzchen, Orchestervereine und wissenschaftliche Verbindungen. Leider aber erfreuen sich diese weitaus geringerer Beliebtheit als die Turnvereine, die fast an keinem Gymnasium fehlen und die mit geringen Ausnahmen die alte, segensreiche deutsche Lust am Turnen in alberne Kraftmeierei und Kneipenwesen ausarten lassen. Oeffentliche Schauturnen oder Konzerte, wobei wohl gar für die hervorragenden Leistungen noch Eintrittsgeld erhoben wird, ziehen die Eitelkeit der Knaben naturgemäß gewaltsam groß.

Bei der ungeheueren Ueberfüllung der gelehrten Fächer wird dem Gymnasiasten die Wahl eines Berufes immer schwerer. Er schwankt hin und her, und die Unsicherheit seiner Zukunft läßt ihm keine Ruhe. Nicht selten ist auf diese Weise der Sekundaner und Primaner ein Grübler, der an seinen siebzehn Jahren keine Freude hat, sich in traurigen Zukunftsbildern verzehrt und körperlich und geistig erschlafft. Das durch beständige Aufregungen im Schulleben und durch übermäßiges Arbeiten höchst geschwächte Nervensystem befördert den Hang zur Schwarzseherei, und die nüchterne Weltanschauung, in der der Knabe aufgewachsen ist, gestattet ihm aus seinem trüben Pessimismus kein Entrinnen. Die Mehrzahl der Gymnasiasten beschließen ihre Schulzeit ohne sonderliches Bedauern. Die Jahre, die von den Unbilden des Lebens noch gänzlich unberührt sein sollten, haben ihnen schon eine Fülle herber Erfahrungen gebracht, die sie aber nicht geläutert und für den Kampf des Lebens tauglich gemacht haben. Wie viel ihm fehlt, diesen siegreich zu bestehen, ahnt der Gymnasiast dunkel, ohne sich genügende Rechenschaft über seine Empfindungen geben zu können. Das Gefühl des Unbefriedigtseins und die heiß zu Kopfe steigende plötzliche Erkenntniß, die verflossenen Jahre nicht nach Recht und Pflicht zur Einheimsung unverlierbarer Güter angewandt zu haben, kommt über ihn. Noch immer wäre es Zeit, ihn zu retten, aber in dem nicht gestählten Charakter können diese segensreichen Stimmungen keine Kraft gewinnen und der Eintritt in das Leben verwischt sie vollends.

Auch auf diesem Gebiete ist eine Revolution nothwendig. Der Sozialismus wird sie bringen. Wie Spreu wird er die Gymnasien hinwegfegen müssen, die Merksteine einer reaktionären Zeit, die ihre aus längstversunkener Kultur herübergenommene Ehrwürdigkeit durch das Gift der kapitalistischen Gesellschaft eingebüßt haben und zu häßlichen Zerrbildern geworden sind. An Stelle der sittlich unklaren, begeisterungslosen Knaben und Jünglinge wird er glückliche, freie Jünger einer starken und lebensfrohen Zeit setzen.

Ein Schwärmer für Sibirien.

Wir wissen nicht, welche Zwecke Herr M. Harden bei Begründung seiner „Zukunft" verfolgte. Sicher ist es, daß seine Zeitschrift thatsächlich nichts Anderes geworden ist, als ein Organ des Bismarck-Kultus. Die mitunter recht unreinlichen Kürassierstiefel des Heros des neunzehnten Jahrhunderts so blank zu putzen, daß sie weit hinausleuchten in alle Welt, ist die Hauptaufgabe der Harden'schen Revue. Aber dies Geschäft genügt ihr nicht. Sie stellt sich noch eine zweite Aufgabe: die bluttriefenden Juchtenstiefel des Väterchens an der Newa rein zu lecken.

Bei dieser appetitlichen Arbeit ist Herrn Harden ein kraftvoller Helfer erstanden im Professor Dr. W. Joest. Der Herr veröffentlichte in Nr. 43 der „Zukunft" (vom 22. Juli) einen Artikel über Sibirien. Wir hatten ihn übersehen und wurden erst später darauf aufmerksam gemacht. Aber auch jetzt noch scheint es uns der Mühe werth, diesen Artikel niedriger zu hängen.

Der Herr Professor hat Sibirien durchreist wie Kennan, aber er hat ganz andere Eindrücke dort empfangen, als dieser. Wir glauben ihm das aufs Wort und zweifeln nicht im mindesten daran, daß ihm die russischen Beamten und Offiziere auf das Liebenswürdigste entgegengekommen sind und daß er die triftigsten Gründe hat, ihrer dankbar zu gedenken. Wir bezweifeln auch gar nicht, daß er sich ehrlich über Kennan ärgert, aber was beweist das Alles? Herr Professor Joest will uns glauben machen, die Kennan'sche Darstellung der russischen und sibirischen Greuel entbehre jeder thatsächlichen Grundlage, aber er hütet sich, auch nur von einer einzigen der vielen Thatsachen, die Kennan berichtet, zu erklären, sie sei falsch. Er weiß nichts Anderes zu thun, als Kennan's Glaubwürdigkeit zu verdächtigen.

„Wer, wie und was sind seine Quellen?" fragt er, und erwidert geringschätzig: „Seine Quellen sind ausschließlich politische Verbrecher, einige russische Offiziere und Beamte und gestohlene Akten!"

Das „ausschließlich" des Herrn Professors ist gut. Denn „wer, wie und was sind seine Quellen"? „Ausschließlich" „einige russische Offiziere und Beamte". Kennan standen dieselben Quellen zu Gebote, wie Joest, er sah dasselbe, was dieser sah, aber er sah noch Vieles dazu, er begnügte sich nicht mit dem Anblick der Potemkin'schen Dörfer, die ihm die russischen Beamten vormachten, er trachtete, hinter die Coulissen zu sehen — und daher die Wuth der Zarenknechte, daher die Wuth unseres Professors, der Kennan deswegen der Leichtgläubigkeit, der Einseitigkeit anklagt, ja sich nicht entblödet, daraus den Schluß zu ziehen, man dürfe ihm überhaupt nichts glauben!

„Allerdings", entrüstet er sich, „hat Kennan — ich kann ihm diese bittere Wahrheit nicht vorenthalten — seine eigene Glaubwürdigkeit dadurch ganz bedenklich untergraben, daß er fortwährend damit prahlt, die russischen Behörden, an die und von denen er empfohlen war, an der Nase herumgeführt zu haben. Dieses ewige Großthun mit Lug und Betrug — olet, ebenso wie die gestohlenen Akten."

In den Augen des begeisterten Wahrheitsfreundes Joest ist also Jeder ein Lügner und Betrüger; der sich von den russischen Beamten nicht gutwillig belügen und betrügen läßt, sondern darnach trachtet, die Wahrheit zu erforschen!

Und die gestohlenen Dokumente! Möge doch Herr Professor Joest seine moralische Entrüstung gegen die Regierungen wenden! Nach den Aufschlüssen der Landesverrathsprozesse in den verschiedenen Staaten dürfte die Zahl derjenigen Regierungen, namentlich ihrer Kriegsministerien, in Europa sehr gering sein, die nicht gestohlene Dokumente besitzen und den weiteren Diebstahl solcher Dokumente begünstigen. Kennan aber hat keine Dokumente gestohlen, er hat blos Dokumente, die das Licht der Welt zu scheuen hatten, der Oeffentlichkeit mitgetheilt, nicht private Dokumente, sondern Dokumente einer öffentlichen Gewalt. Das ist eben so wenig ein Diebstahl, als die Aufdeckung eines heimlichen Verbrechens ein Diebstahl ist.

Aber das unverzeihlichste Verbrechen Kennan's besteht darin, daß er die politischen Verbannten und Gefangenen selbst um ihre Verhältnisse befragt hat. Wenn Professor Joest darauf zu sprechen kommt, dann wird er vor Wuth fast sinnlos. Man höre ihn nur, wie er poltert:

„Kennan sympathisirt mit den ‚Politischen' der allergemeinsten Art, deren feige Verbrechen er beschönigt und entschuldigt, in solchem Maß, daß er allmälig auch im Leser die Anschauung aufkeimen läßt, als ob schon allein in der bloßen Bestrafung eines Politischen ein Unrecht begangen würde. Was sind denn seine ‚sympathischen politischen Freunde?' — ganz gemeine Meuchelmörder, Spitzbuben, Räuber, Diebe, Prostituirte und Zuhälter! Aber Herr Kennan weiß Jedem ein schönes Mäntelchen umzuhängen. Der Lump, der den Zaren gemordet hat, der Eisenbahnzüge zur Entgleisung bringt oder Stadtviertel in die Luft sprengt, nur um den Kaiser oder einen seiner Stellvertreter zu vernichten — der ist ihm ein sympathischer ‚Politischer mit liberalen Anschauungen'; die sich jedem Gesinnungsgenossen prostituirende Studentin, die Kassen erbricht, Geld stiehlt, um davon ihren Zuhältern Schnaps und Zigaretten zu kaufen, sie wird unter Kennan's Feder zu einem ‚sympathischen Opfer russischer Tyrannei'." (S. 158, 159.) Und weiter: „Kennan fühlt, schwärmt, denkt und leidet mit den politischen Strolchen. . . . Diese Mordbuben und Hochstapler. . . . Alle (Nihilistinnen), die ich sah, gehörten zu derselben Klasse von Weibern, die bei uns die Zucht- (und H—)häuser bevölkern." (S. 161, 163.)

Man sieht, Herr Professor Joest ist ein wohlerzogener Mann, er weiß, was sich schickt, er scheut sich daher, das Wort „Hurenhaus" ganz auszuschreiben. Ungezogen, roh, gemein, sind dagegen natürlich alle Jene, die es für den Gipfel der Niedertracht erklären, die hochherzigsten, edelsten Mädchen und Frauen ohne den geringsten thatsächlichsten Anhaltspunkt zu gemeinen Zuchthäuslerinnen und Huren stempeln zu wollen, blos deswegen, weil sie Leben und Lebensglück einer großen Idee geopfert haben. Daß alle Nihilistinnen, die Herr Professor Joest zu Gesicht bekam, ins Zucht- oder Hurenhaus gehörten, ist allerdings nicht unmöglich. Denn da seine Quellen „ausschließlich" russische Beamte und Offiziere waren, kann man sich denken, welche Frauenzimmer ihm als „Nihilistinnen" gezeigt wurden. Aber die Frauen, die Kennan kennen und schätzen gelernt hat, alle jene Frauen, die für die Befreiung ihres Vaterlandes das Aeußerste gewagt und gelitten haben, sie ohne den Schatten eines Beweises als Prostituirte zu bezeichnen, welche Kassen erbrechen und Geld stehlen, „um davon ihren Zuhältern Schnaps und Zigarren zu kaufen", das ist ein Vorgehen, das uns ungefähr ebenso tapfer und ritterlich erscheint, wie das Schänden und Mißhandeln einer Gefesselten. Herr Professor Joest rühmt den Muth, den Herr Harden Kennan gegenüber entwickelt hat — nun, um den Muth, den in Rede stehenden Artikel geschrieben und veröffentlicht zu haben, beneiden wir die Herren Joest und Harden nicht! Welch' ein Muth, wehrlose Gefangene zu beschimpfen und zu verleumden!

Ueber die „Lumpen", die den Zaren gemordet und ganze Stadtviertel in die Luft gesprengt haben (!), brauchen wir nicht viel Worte zu verlieren. Die Herren Joest und Harden sind keine politischen Kinder, aber selbst politische Kinder könnten wissen, daß diese „Lumpen" kaum in Sibirien zu finden sind. Sie sind entweder für ihre Ueberzeugung in den Tod gegangen — welche Lumperei! — oder sie sind den Henkern des Zaren entronnen und leben als geachtete Bürger im Ausland. Nur die wenigsten der nach Sibirien Deportirten sind wegen terroristischer Thaten dahin gesandt worden, viele von ihnen sind Gegner des Terrorismus; wäre Herr Harden in Rußland, er gehörte längst schon zu den „Strolchen" und „Lumpen", zu den „Dieben" und „Zuhältern" — freilich vorausgesetzt, daß er kühn genug wäre, der dortigen Reichsregierung gegenüber dieselbe Stellung einzunehmen, wie gegenüber der deutschen.

Die politischen Verbannten in Sibirien, das sind nicht ausschließlich „Dynamiter", sondern das sind die besten, thatkräftigsten Elemente der politischen Opposition Ruß-

lands überhaupt. Wenn schon nicht Feingefühl und Anstand Herrn Harden verbot, in seinem Blatte die gesammte politische Opposition eines Landes als eine Horde von Lumpen, Strolchen und Banditen charakterisiren zu lassen, so hätte ihn doch sein Geist daran verhindern sollen. In der That, die pöbelhaften Schimpfereien des Herrn Joest würden lächerlich wirken, wenn sie nicht so widerlich wären.

Indeß, bei all seiner sinnlosen Wuth, mit der der Herr Professor Kennan und die „Nihilisten“ verfolgt, erkennt er bei jenem doch eine gute Seite an: „Durch den steten verbotenen und dadurch reizenden und aufregenden Umgang mit Verbrechern der gefährlichsten Art wird Kennan im Lauf seiner Artikel ein dermaßen verbitterter und verbissener Nihilist (!), Sozialist (!!) und Anarchist (!!!), daß man ihm den Strick oder zehn Jahre seiner selbstgeschilderten Gefängnißjahre wünschen möchte, wenn man nicht wüßte: — er meint es gewiß nicht so böse. Er hat seine Schäfchen ins Trockene gebracht.“ (S. 158.)

Hier endlich findet unser Professor einen Lichtblick. Allerdings hat der Umgang mit den gefährlichsten Verbrechern Kennan zum Nihilisten, Sozialisten und Anarchisten gemacht, und dafür würde er den Strick verdienen — wenn es ihm ernst wäre. Aber das ist nicht der Fall. Kennan ist nur Geschäftsnihilist, er glaubt selbst nicht, was er sagt, und darum muß man Nachsicht mit ihm haben. Wer kann nach dieser Ausführung noch zweifeln, daß Herr Professor Joest aufhören würde, den Nihilisten, Sozialisten und Anarchisten böse zu sein, wenn diese es verstünden, „ihre Schäfchen ins Trockene zu bringen“? Aber so lange sie das nicht verstehen, so lange sie nicht um des Profites, sondern um ihrer Ueberzeugung willen wirken, sind sie Lumpen und Strolche, die alle den Strick verdienen.

Hier sind wir bei der liebenswürdigsten Seite unseres Professors angelangt. Seine milde Seele wünscht jedem „Nihilisten, Sozialisten und Anarchisten“ den — Strick! Da kann man wohl glauben, daß es ihm bitter ernst ist, wenn er betheuert, die russischen politischen Sträflinge würden mit äußerster Milde und Humanität behandelt — nur zu human. „Kennan weiß nicht“, ruft er einmal entrüstet, „daß die Jüdin Jessy Helfmann ... ebenfalls kaum 18 Jahre alt war und **leider** darum nicht gehängt wurde, weil sie schwanger war“ (S. 163). Und auf der folgenden Seite erzählt Joest von einer anderen schwangeren Attentäterin: „Diese Person wurde übrigens ebenfalls **leider** nicht gehängt“, sondern nach Sibirien geschickt.

Leider nicht gehängt! Das schreibt nicht im Rausch irgend ein verthierter Ravachol, das schreibt kühl und nüchtern an seinem Schreibtisch ein deutscher Gelehrter! Wir gratuliren unseren Freunden in Sibirien, daß sie mit Kosaken und Jakuten zu thun haben und nicht mit deutschen Professoren und Literaten! Den Herrn Professor Joest aber bedauern wir, denn er hat so bald keine Aussicht, seinen heißen Drang erfüllt zu sehen, sein deutsches Gemüth an dem Anblick der letzten Zuckungen eines gehenkten achtzehnjährigen Mädchens, eines gehenkten schwangeren Weibes zu erlaben, wenn er in Europa bleibt. Um dieses Anblicks theilhaftig werden zu können, wird er schon in die Kolonien gehen müssen. Dorthin gehört er auch.

Was sollen wir aber von der Harden'schen „Zukunft“ halten, die sich so viel zu Gute thut auf ihren „vornehmen Ton“ und ihr Feingefühl, ein Feingefühl, das so zart ist, daß sich ihr Herausgeber voll verletzten Stolzes aufbäumte, als sie in der „Neuen Zeit“ ein „Organ der Bourgeoisie“ genannt wurde? In der That, wir haben ihr Unrecht gethan. Wir lieben sicherlich nicht die Bourgeoisie; wie blutdürstig sie sein kann, haben die Schlächtereien im Juni 1848 und Mai 1871 in Paris bewiesen; wie niederträchtig sie sein kann, hat sie gezeigt durch die Verleumdungen, Beschimpfungen und Mißhandlungen ihrer niedergeworfenen Gegner. Aber so tief ist die Bourgeoisie keines Landes gesunken, daß sie die brutale Niedertretung des intelligenten aufstrebenden Rußland durch den zarischen Absolutismus mit lautem Beifall begleitet, daß sie die Scheußlichkeiten der zarischen Henker durch scheußlichere Wünsche überboten hätte!

Zustimmung in Europa für sein Wüthen gegen jede freie Regung hat das zarische Regime nur bei seinen Preßknechten gefunden, die es gut, sehr gut dafür bezahlen muß — die aber auch für die beste Bezahlung nur schüchtern ihre Sympathien kundzugeben wagen. Diese Preßknechte überboten zu haben, mit hellem Enthusiasmus für den russischen Galgen eingetreten zu sein, darin steht Herr Professor Joest, darin steht die Harden'sche „Zukunft" einzig da. K. K.

Literarische Rundschau.

Carl Jentsch, **Geschichtsphilosophische Gedanken.** Ein Leitfaden durch die Widersprüche des Lebens. Leipzig, F. W. Grunow. 1892. VI und 467 S.

Eine Sammlung von Aufsätzen, die der Verfasser ursprünglich ohne die Absicht einer solchen Zusammenfassung niederschrieb und einzeln in den „Grenzboten" veröffentlichte. Aber die Aufsätze fügen sich dem Inhalt nach hinreichend aneinander, um dem Ganzen den Charakter der Einheitlichkeit zu verleihen, und ein und derselbe Geist durchweht sie von Anfang bis zu Ende — der Geist eines religiös gläubigen und politisch konservativen Ideologen.

Beides — die Gläubigkeit des Verfassers wie sein Konservatismus — ist jedoch nur im weiteren Sinne dieser Begriffe zu verstehen. Herr Jentsch hält den Glauben an einen persönlichen Gott für ein Gebot der Vernunft und ein Bedürfniß des menschlichen Herzens und vertheidigt mit großer Wärme das Christenthum gegen den philosophischen Atheismus, aber er wirft sich nicht zum Anwalt einer besonderen kirchlichen Gemeinschaft auf, noch erklärt er sich zum unbedingten Anhänger bestimmter kirchlicher Dogmen. Er tritt für das monarchische gegen das parlamentarische Regierungssystem ein und steht den meisten Emanzipationsbestrebungen der Neuzeit mindestens skeptisch gegenüber, aber weder das moderne Agrarierthum noch der staatliche Bureaukratismus finden in ihm einen Parteigänger. Er will ein kräftiges Parteileben, das die verschiedenen, im Volke vorhandenen Interessengegensätze wiederspiegeln soll, aber keine Partei soll die ausschließliche Herrschaft haben; gerade die Vielheit der Parteien verbürge die höchstmögliche Freiheit. Um der Freiheit, bezw. der geistigen Konkurrenz willen — für die wirthschaftliche Konkurrenz tritt er nicht ganz unbedingt ein — ist Herr Jentsch auch, trotz seines Christenthums, nicht für eine Wiedervereinigung der verschiedenen christlichen Konfessionen. Abgesehen davon, daß die Spaltung der christlichen Kirche zu einem großen Theil in sehr nachweisbaren Verschiedenheiten der materiellen Lebensbedingungen, in Lebensgewohnheiten und geistigen Eigenschaften der Völker wurzle, sei sie auch deshalb nicht wünschbar, weil gerade das Nebeneinander der Konfessionen sie vor Verdumpfung und Versumpfung behüte.

„Unsere Ansicht", schreibt Herr Jentsch einmal, und diese Stelle charakterisirt seinen allgemeinen Standpunkt vielleicht am besten, „unsere Ansicht schließt alle Ideale ein, aber jeden Fanatismus aus; sie gestattet keinem Volke, keinem Staate, keiner Religion, keiner Geistesrichtung, sich für alleinberechtigt und zur Verdrängung aller übrigen berufen zu halten; sie führt Jeden zu der bescheidenen Einsicht, daß er und seine Partei nur ein Glied des großen Ganzen und den Reichthum und die Schönheit dieses Ganzen zu vermehren berufen seien." (S. 83.) Doch fügt er korrigirend hinzu, diese seine Ansicht passe nur für den sinnenden Beschauer, nicht für den Mann der That: „Denn die Thatkraft wird gelähmt, sobald der Thätige aufhört, seine Ansicht für die allein berechtigte zu halten." Aber fast für jeden Mann der That komme die Zeit, wo er die Grenzen seiner Macht inne werde, und dann möge er sich dieser, ihn vor pessimistischer Verzweiflung schützenden Ansicht zuwenden.

In diesem Sinne und an der Hand der Geschichte — mehrere Kapitel sind überhaupt in erster Linie geschichtliche Abhandlungen — untersucht Herr Jentsch eine ganze Reihe religiös- oder religionsphilosophischer, sozialistischer und politischer Probleme, mit gelegentlichen Exkursionen auf das wirthschaftlich-soziale Gebiet. Wie

wir seinen prinzipiellen Standpunkt nicht theilen, so weichen wir natürlich auch in den Einzelfragen oft von ihm ab. Aber anerkennen müssen wir, daß er bei seinen Untersuchungen sehr viel wirklichen historischen Sinn, ein nicht gewöhnliches Wissen und einen hohen Grad von Objektivität entwickelt, soweit letztere Eigenschaft nicht schon mit der ersteren zusammenfällt. Auch entwickelt er bei Beurtheilung der Gegenwart oft einen recht gesunden Menschenverstand und hat den Muth, die Dinge bei ihrem rechten Namen zu nennen — d. h. bei dem Namen, den er für den rechten hält, jede Gemeinheit zu brandmarken, gleichviel auf welcher Seite sie begangen worden. Sein Christenthum hindert ihn nicht, zu erklären, daß, wenn man mit den noch im vorigen Jahrhundert von christlichen Obrigkeiten bewirkten Hinrichtungen sogenannter Ketzer die Hinrichtung des Sokrates vergleicht, das athenische Volk in einem Glanz erscheint, vor dem die Christen beschämt die Augen niederschlagen müßten; seine Bekennerschaft zum Protestantismus hält ihn nicht ab, zu konstatiren, daß die Protestanten in Bezug auf die Hexenprozesse 2c. die schlimmsten Verirrungen der katholischen Kirche auf die Spitze getrieben haben; seine monarchische Gesinnung ist für ihn kein Grund, die Ansicht, daß der Hohenzollerndynastie die Bewahrung des christlichen Glaubens anvertraut sei, für noch schwächer begründet zu erklären als die Unfehlbarkeit des Papstes, und über den Staat äußert er sich mit einer für einen deutschen antimanchesterlichen Schriftsteller der Gegenwart ungewöhnlichen Respektlosigkeit. Er ist ihm eine unter den gegenwärtigen Zuständen nothwendig gewordene Institution, aber „als große Zwangsanstalt" keineswegs die „Verkörperung der sittlichen Idee". „Was wir heute Staat nennen, war im Mittelalter so gut wie gar nicht vorhanden, aber die Menschen haben trotzdem nicht wie das liebe Vieh gelebt. . . . Die Franzosen haben sich im Laufe des Jahrhunderts mehr als einmal ohne alle und mit einer sehr mangelhaften Regierung behelfen müssen, aber die Familien und Gemeinden sind nicht aus Rand und Band gegangen." (S. 352.) Guter Preuße, der Herr Jentsch unzweifelhaft ist, hat er doch Freiheit des Urtheils genug, vom Gehorsam zu erklären, derselbe sei „eher ein nothwendiges Uebel als eine Tugend". (S. 372.)

Dieses unbefangene Urtheil, fast den meisten der landläufigen und zu Stichworten der Gutgesinntheit gewordenen Redensarten gegenüber ist um so mehr anzuerkennen, als es keineswegs mit der Prätention des unübertroffenen Kritikers vorgetragen, sondern in ruhiger und sachlicher Darstellung entwickelt und begründet wird. Die Skepsis, die Herr Jentsch unseren modernen Zuständen entgegenbringt, ist weder die des im philosophischen Quietismus sich ergehenden Pessimisten, noch die des die „gute alte Zeit" heraufbeschwörenden Reaktionärs. Er ist scharfblickend genug, es einzusehen, und ehrlich genug, es auszusprechen, daß trotz der Verbilligung der Industrieprodukte die Masse der Arbeiter heute keineswegs besser daran ist als im Mittelalter, aber er ist auch verständig genug, nicht der Rückkehr zur alten Gebundenheit das Wort zu reden. Sehr gut sagt er einmal, daß die Vermehrung der Industrieprodukte, von der die liberale Weisheit nicht genug Aufhebens machen kann, zur Vermehrung der Bedürfnisse „nicht sowohl verlockt als gezwungen hat". Das trifft den Nagel auf den Kopf. Und er führt im Anschluß daran ganz richtig aus, daß, während der Arbeiter heute immer mehr Ausgaben für „Anstandspflichten" zu machen hat, seine Arbeit immer geisttödtender und unbefriedigender wird. Konsequenterweise ist er denn auch ein warmer Anhänger des gesetzlichen Arbeiterschutzes.

Dem Sozialismus dagegen steht Herr Jentsch durchaus abweichend gegenüber. Hauptsächlich, weil er sich seine Verwirklichung nur unter der Form der großen Zwangsinstitution vorstellen kann, die alle freie Initiative unterdrückt, Alles mechanisch nivellirt — kurz, Alle in einen großen Glückseligkeitsstall sperren will. Daß in der sozialistischen Literatur hier und da Sätze zu finden sind, die eine solche Auslegung zulassen, soll nicht bestritten werden, in den Werken der anerkannten Theoretiker des modernen Sozialismus und auch in der sozialistischen Presse der Gegenwart wird Herr Jentsch sie vergeblich suchen. Aber wie dem Atheismus, so läßt ihn auch dem Sozialismus gegenüber seine Objektivität etwas in Stich. Er polemisirt z. B. gegen das sozialdemokratische „Ideal des zweistündigen Arbeitstages"

mit dem Hinweis auf den „Thätigkeitstrieb“ aller gesunden Naturen. Weit entfernt, diesen Thätigkeitstrieb zu ignoriren, haben aber noch alle Sozialisten im Gegentheil sich auf ihn berufen, in Widerlegung des Geredes von der allgemeinen Nichtsthuerei, die die Folge der Verwirklichung des Sozialismus sein würde. Dieser Thätigkeitstrieb äußert sich jedoch nur auf freigewählte, dem Ausübenden geistige Befriedigung gewährende Arbeiten, und daß die gewerbliche Arbeit mit der Entwicklung der modernen Maschinenindustrie immer weniger unter diese Rubrik fällt, giebt Herr Jentsch selbst zu. Wohlan, alle Sozialisten, die von der Reduktion der Arbeitszeit auf zwei oder drei Stunden täglich gesprochen, haben dies erstens nur beispielsweise gethan, indem sie nachwiesen, daß bei allgemeiner Arbeitspflicht und zweckmäßiger Organisation der Arbeit die Arbeitszeit jedes Einzelnen so weit reduzirt werden könne, und zweitens haben sie dabei gerade diese industrielle, mehr oder minder mechanische Arbeit im Auge gehabt. Keiner aber hat die Reduktion der Arbeitsthätigkeit auf zwei Stunden pro Tag als eine „Bedingung der Glückseligkeit“ bezeichnet.

Indeß auf den Sozialismus kommt Herr Jentsch nur gelegentlich zu sprechen und widmet ihm insofern sogar noch ein gewisses Wohlwollen, als ihm das sozialistische Ideal immer noch besser erscheint als gar kein Ideal, als der krasse ethische Nihilismus. Vollständig aber verengert sich sein Horizont gegenüber dem Atheismus und dem naturwissenschaftlichen Materialismus. Daß der Erstere als bloße Negation noch keine befriedigende Antwort auf die Probleme unseres Daseins giebt und daß der naturwissenschaftliche Materialismus noch viele Erscheinungen der physischen und moralischen Welt unerklärt läßt, sind gemeinplätzliche Wahrheiten, die Niemand leugnet; wenn Herr Jentsch aber glaubt, mit dem Hinweis auf diese ungelösten Probleme dem Atheismus, bezw. Materialismus den Garaus gemacht zu haben, so vergißt er, daß auch die kühnsten Annahmen desselben sich an Willkür nicht entfernt mit den Zumuthungen messen können, die die christliche bezw. biblische Weltlehre ihren Gläubigen stellt, ganz abgesehen davon, daß der Materialismus seine Erklärungen stets der Korrektur durch erweiterte Einsicht in das Walten der Naturgesetze offen hält.

Auch von nationaler Befangenheit ist Herr Jentsch nicht ganz frei, obwohl er sich jeder absichtlichen Herausstreichung des Deutschthums auf Kosten anderer Völker enthält, vielmehr offenbar redlich bemüht ist, jedem das Seine zuzuerkennen, d. h. jedes Volk aus seinem eigenen Entwicklungsgang bezw. seinen eigenen Verhältnissen heraus zu beurtheilen. Aber die redliche Absicht, gerecht zu sein, und die richtige Methode des Untersuchens — denn seiner christlichen Weltlehre zum Trotz verfährt Herr Jentsch hierbei in der Regel durchaus nach materialistischen Prinzipien — genügen noch nicht, wenn das Material selbst unzureichend ist. Es scheint, daß Herr Jentsch die außerdeutschen Länder, insbesondere aber England, nur vom Hörensagen, nur aus der Lektüre kennt. Und da ist denn sein Urtheil, sobald es sich nicht mehr um literarische Erscheinungen oder große geschichtliche Vorkommnisse handelt, oft recht schief. Z. B. irrt Herr Jentsch sehr, wenn er glaubt, die Prüderie habe in England ihren Hauptsitz aufgeschlagen und dort ihre ärgsten Auswüchse gezeitigt. Allerdings ist England, dasjenige protestantische Land, wo die moderne bürgerliche Gesellschaft sich zuerst entfaltete, den anderen Nationen in der Prüderie vorausgegangen, aber es ist hierin längst von anderen Ländern überholt worden. Wie die englische Sprache als moderne Umgangssprache weit mehr Volkssprache geblieben, weit naturwüchsiger ist als die deutsche, so ist auch in Bezug auf das Geschlechtsleben gar manche Institution aus einer weniger verheuchelten Zeit hier erhalten geblieben, die in Deutschland, oder mindestens in Norddeutschland der „feineren“ Sitte hat weichen müssen. Herrn Jentsch ist das gemeinsame Ehebett bei Landleuten in Deutschland eine erfreuliche Ausnahme von der Regel, in England ist es auf dem Lande und in der Stadt, in der Arbeiterklasse und in der Bourgeoisie, die Regel. Die Thatsache, daß der Verkehr zwischen unverheiratheten jungen Leuten in England sehr viel ungezwungener ist als in Deutschland, spricht ebenfalls gegen die Annahme einer größeren Prüderie in ersterem Lande. Ferner: wie wenige deutsche

Journalisten wagen es heute, das Wort Hure zu gebrauchen, bezw. es ehrlich auszuschreiben. Entweder man macht hinter dem H einen verlegenen Schamhaftigkeitsstrich oder man gebraucht das Fremdwort Prostituirte. Der Engländer umschreibt für gewöhnlich das derbere Wort auch, aber er hat dann wenigstens ein Wort in seiner eigenen Sprache, und obendrein ein recht zutreffendes: unfortunate — Unglückselige. Hält er es aber für angebracht, das drastischere Wort zu gebrauchen, dann wird heutzutage Niemand die Lächerlichkeit begehen, dies durch ein Initial mit folgendem Tugendstrich auszudrücken. Wir könnten noch eine ganze Reihe solcher Beispiele anführen, die alle beweisen, daß wir Deutsche den Engländern in Bezug auf Prüderie nichts, aber auch gar nichts vorzuwerfen haben.

Als eine der Wurzeln der Prüderie erklärt Herr Jentsch die verwickelte Ordnung des modernen Großstaats, die nicht auf ausgezeichnete Persönlichkeiten, sondern auf Aemter gegründet werden müsse. In der Beamtenhierarchie müsse ein Jeder so viel gelten, „nicht wie er persönlich werth ist, sondern wie sein Rang es fordert, und dieser Rang müsse durch Kleidung und Abzeichen kenntlich gemacht werden". Je höher ein Mann im Range steht, desto unangenehmer ist ihm der Gedanke, er könne einmal von seinen Untergebenen lediglich als Mensch betrachtet werden. „Schon deshalb wird er nicht leicht ein Volksbad besuchen, wo die natürliche Gleichheit Aller so auffällig hervortritt." (S. 49.) Das ist richtig für den Polizei- und Beamtenstaat Preußen. In England, das doch sozusagen auch ein Großstaat ist, spielt diese Rücksicht heute eine verschwindende Rolle. Außer bei feierlichen Anlässen, für Gesellschaften 2c., kleidet sich der Minister 2c. wie jeder beliebige Geschäftsmann. Herr Jentsch muß sich hüten, das heutige England nach Schriften aus den dreißiger und vierziger Jahren oder nach den tendenziösen Uebertreibungen eines Sidney Whitman zu beurtheilen.

Die besten Kapitel seines Buches sind unzweifelhaft die rein geschichtlichen, die das Aufkommen des Nationalstaates, die Reformation und die derselben folgende Epoche behandeln. Wohl ist auch hier der Blick des Verfassers nicht ganz frei von nationaler Einseitigkeit, wohl verwechselt er zuweilen die weltgeschichtliche Bedeutung der betrachteten Ereignisse mit der Bedeutung, die sie speziell für Deutschland hatten, aber im Ganzen zeigt er sich frei von jeder anderen Tendenz als der, die wirklichen Ursachen der Erscheinungen aufzufinden, und für manche bisher unerklärt gebliebene Thatsache scheint er in der That die richtige Erklärung gefunden zu haben. Vielleicht bietet sich uns ein anderes Mal Gelegenheit, auf einige dieser Untersuchungen des Herrn Jentsch zurückzukommen. Unser Gesammturtheil über sein Buch können wir dahin zusammenfassen, daß wenn wir auch den Untertitel desselben nicht akzeptiren können, wir die Berechtigung des Haupttitels im weitesten Umfange anerkennen. Es ist ein Buch, das sich vor Allem durch gedanklichen Reichthum auszeichnet, durch Gedanken, die uns auch da, wo wir sie nicht unterschreiben, interessiren und anregen, weil sie aus dem Studium der Geschichte gewonnen wurden und unter Exemplifikation auf die Geschichte vorgetragen werden. —eb.

Notizen.

Die ländliche Bevölkerung und die Sozialdemokratie. Die Wahlen zum Deutschen Reichstage haben auch auf dem platten Lande eine Zunahme der sozialdemokratischen Stimmen ergeben. Namentlich war dies in solchen Bezirken der Fall, in denen die Industrie vertreten ist. Doch ist diese Zunahme keineswegs eine durchaus befriedigende und nicht umsonst sucht man nach Gründen, welche die theilweise Langsamkeit des Fortschritts der sozialdemokratischen Bewegung auf dem Lande erklären.

Da wird vor allem der eine Grund ins Feld geführt, daß die Großbetriebswirthschaft noch nicht in genügendem Maße in Deutschland vorgeschritten ist. Und dieser Grund dürfte allerdings als der vorzüglichste zu betrachten sein. Daß die Schutzzollpolitik die Entwicklung der Landwirthschaft in dieser Richtung hin gehindert

hat, steht außer Frage, und so lange die Agrarier auf Kosten des Volkes für die Rückständigkeit ihrer Betriebe und für ihre eigene Faulheit entschädigt werden, so lange werden sie sich auch nicht angespornt fühlen, alle jene technischen Fortschritte, welcher sich z. B. Amerika in der landwirthschaftlichen Produktion rühmen kann, in Deutschland einzuführen.

Neben diesem Hauptgrunde aber erblicken wir noch eine Reihe untergeordneter Momente, auf deren einen wir in den nachfolgenden Zeilen hinweisen möchten. So vertraut unsere Agitatoren mit den industriellen Verhältnissen, mit der Lage der städtischen Arbeiter sind, so sehr fehlt uns fast jede Orientirung über die Lage der ländlichen Bevölkerung und die Kenntniß der Landwirthschaft. Daß dies nicht die Schuld der einzelnen Agitatoren ist, braucht nicht erst hervorgehoben zu werden. Die Ursache liegt tiefer. Unsere sozialpolitischen Disziplinen äußern einen ungeheuren Eifer, durch statistische Enqueten, durch Monographien, durch Fabrikinspektorenberichte die Lage der industriellen Bevölkerung eingehend zu schildern, während auf der anderen Seite die Literatur über die sozialen Zustände auf dem Lande sehr spärlich fließt. Gewiß liegt auch hier einiges Material vor. Aber schon die Art der Bearbeitung, die Mangelhaftigkeit der Erhebungen und das mangelnde Vertrautsein mit den ländlichen Verhältnissen machen alle diese literarischen Hilfsmittel sehr minderwerthig. Es ist ja auch ganz klar, daß ein Städter wohl die arbeitende Klasse eines Industriebezirkes genau beobachten kann, aber viel schwerer eindringt in die ihm gänzlich fremden ländlichen Verhältnisse. Diese allgemeine Wahrnehmung, die namentlich demjenigen sicher auffallen wird, welcher sich näher mit ländlichen Verhältnissen beschäftigt, trifft aber ganz besonders auf unsere Parteiliteratur zu. Wir haben außer Liebknecht's „Die Grund- und Bodenfrage“ kein eingehenderes literarisches Hilfsmittel zum Studium der Agrarfrage. Und selbst diese höchst anerkennenswerthe Broschüre beschränkt sich auf die Darlegung der allgemeinen Gesichtspunkte, während für die Agitation gerade das Studium detaillirter Beschreibungen der Lage der ländlichen Bevölkerung unumgänglich nothwendig ist.

Dieser Mangel instruktiver Literatur bringt unsere Landagitatoren bei ihren Versammlungen auf dem Lande sehr oft um den gewünschten Erfolg. Denn es ist keine Frage, daß, wenn wir den Zuhörern ihre eigene Lage eingehend, an Beispielen aus dem eigenen Bezirke schildern könnten, sie dann viel mehr Vertrauen zu uns fassen würden, als wenn wir nur im Allgemeinen über die ländliche Verschuldung, den Scheinbesitz ꝛc. unsere Betrachtungen anstellen müssen. Daß die Sozialdemokratie hier aus eigener Macht Abhilfe schaffen könnte, glauben wir nicht. Denn es fehlt, wie oben ausgeführt, von vornherein an den zu instruktiven Agitationsschriften nothwendigen wissenschaftlichen Unterlagen. Ueberall, wo man versucht, mit dem vorhandenen Material in die ländlichen Verhältnisse einzudringen, wird man finden, daß dasselbe sich als ungenügend erweist. Welcher Humbug z. B. wird mit der Betriebszählung vom Jahre 1882 getrieben! Selbst wissenschaftliche Werke und Broschüren setzen die Größe des Betriebes dem Besitzstande gleich und so finden wir immer die Besitzeintheilung nach der Zahl und Größe der Betriebe gegeben, obgleich durch Nachweisungen festgestellt werden kann, daß sich der Umfang eines Betriebes nicht mit dem Besitzstande eines Landwirthes deckt und daß es sehr viel mehr Betriebe als Besitzer von Grund und Boden giebt.

Es wäre daher höchst verdienstlich, wenn von sozialdemokratischer Seite im Reichstage für statistische Erhebungen auf dem Lande, für Anstellung von Inspektoren landwirthschaftlicher Betriebe energisch gewirkt würde. Es wäre endlich Zeit, wenn die staatswissenschaftlichen Seminare unserer Universitäten Anregung geben würden, daß die jungen Herren Sozialökonomen auch sich in Monographien der Verhältnisse rein ländlicher Bezirke versuchen würden. Die Rufe von der Noth der Landwirthschaft werden immer lauter und stürmischer: ehe denselben abgeholfen werden kann, muß sie in ihrem ganzen Umfange klargelegt werden. Und dabei mitzuwirken, liegt nicht am wenigsten im Interesse unserer eigenen Partei.

R. Calwer in Braunschweig.

Das Ergebniß der Domänenverpachtungen in Preußen spielt in der Agitation sowohl der Agrarier wie ihrer bürgerlich-freihändlerischen Gegner eine große Rolle: bald soll es die Nothlage, bald das Floriren der deutschen Landwirthschaft beweisen.

Da man hier stets mit den fragwürdigsten Durchschnittszahlen operiren mußte,* so waren schon darum die Beweise stets nicht minder fragwürdiger Art. Ein paar außergewöhnlich begünstigte große Pachtgüter, in der Nähe großer Städte und mit ganz aparter Produktion, können leicht das Gesammtresultat der Neuverpachtung günstig erscheinen lassen, auch wenn neben ihnen die Dutzende von Normalgütern überall einen Rückgang der Pacht aufweisen.

Conrad war in seiner Abhandlung über „Die Wirkung der Getreidezölle" (Jahrbücher 1891, I, S. 481—517) zu dem Ergebniß gelangt, daß der Osten Preußens seit Jahren schon einen Rückgang in der Gesammtsumme der neuregulirten Pachtgelder zeige, daß der Westen aber bis zuletzt noch eine Steigerung aufweise, die für ganz Preußen noch eine geringe Zunahme der Totalsumme aller Pachten im Westen und Osten bewirke. Nunmehr hat Friedrich Großmann, unseres Erachtens ganz überzeugend, dargelegt, daß seit dem Ende der siebziger Jahre auch im Westen bei Neuverpachtungen zahlreiche Mindererergebnisse zu verzeichnen sind, ja daß sie hier, wie im Osten, die Regel bilden, wenn gewöhnliche Produktions- und Absatzverhältnisse vorliegen. Auf Grund nichtveröffentlichter amtlicher Materialien führt Großmann, Domäne für Domäne und Regierungsbezirk für Regierungsbezirk, die besonderen Wirthschaftsbedingungen an und kommt dabei etwa zu folgenden Schlüssen:

Die Pachtsteigerungen, die sich seit 1879—1880 noch finden, sind fast durchgehends auf individuelle Verhältnisse zurückzuführen. Zuweilen war die frühere Verpachtung unter ganz besonders ungünstigen Umständen abgeschlossen worden, so daß bei bloßen Zahlenvergleichen die jetzige Pachtsumme günstig erscheint, während lediglich die alte abnorm ungünstig war. Weiter sind die Pachtungen in der Nähe großer Städte vielfach gesteigert worden; es läßt sich dies namentlich in den Regierungsbezirken Potsdam (Berlin), Frankfurt a. O. und Kassel, aber auch im Regierungsbezirk Oppeln und in den Zuckerdistrikten wahrnehmen; der Vorzug der guten Lage besteht vor Allem darin, daß die Milchwirthschaft auf solchen Domänen stark gepflegt werden kann, hierzu kommt der bequeme Absatz aller übrigen landwirthschaftlichen Produkte. „Vor Allem sind diejenigen Domänen, auf denen der Zuckerrübenbau betrieben werden kann, ein außerordentlich begehrtes Pachtobjekt gewesen. An der enormen Ausdehnung, den Hand in Hand mit der Rübenzuckerfabrikation der Zuckerrübenbau in den letzten fünfundzwanzig Jahren in Deutschland genommen hat, haben die Domänen starken Antheil. Die Resultate dieses Aufschwungs sind dem Fiskus natürlich erst nach Ablauf der letzten Pachtperiode — bei der überwiegenden Anzahl der Domänen achtzehn Jahre — zu gute gekommen und spiegeln sich in den oft ganz außerordentlichen Mehrergebnissen der Zuckerdomänen wieder. In den Regierungsbezirken Marienwerder, Magdeburg, Merseburg, Hannover, Hildesheim, zum Theil auch in Erfurt, Breslau und Oppeln ist der Rübenbau die einzige oder doch die wesentliche Ursache der vielfach glänzenden finanziellen Ergebnisse der Neuverpachtungen in jenen Gegenden gewesen. Aber auch in anderen Regierungsbezirken: Königsberg, Potsdam, Stettin, Posen, Bromberg, Kassel und Wiesbaden ist unverkennbar, daß gerade die Domänen mit rübenfähigem Boden unter denen sind, die trotz des allgemeinen Darniederliegens der Landwirthschaft noch prosperirt haben." Die Provinz Hannover hat erst kürzlich wieder im preußischen Landtag als Beispiel für das „Gedeihen der Landwirthschaft" dienen müssen. Aber trennt man hier die südlichen (zuckerrübenbauenden) Theile von den nördlichen, so stellt sich bei letzteren, trotz des günstigen Gesammtergebnisses für die ganze Provinz, ein ebenso schlechtes Resultat heraus, wie etwa im Osten Preußens. „In gleicher Weise würde

---

* Die Ergebnisse der Domänen-Neuverpachtungen in Preußen. Von Friedrich Großmann. Conrad's Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik 1893. (5. Bd., 5. Heft.)

sich, wenn man die Neuverpachtungsergebnisse in der Provinz Sachsen nach Regierungsbezirken gruppirt, herausstellen, daß auch im Regierungsbezirk Erfurt die Mindererergebnisse größer sind, als die Mehrergebnisse, die Pachtsteigerung also im Wesentlichen auf die Domänen in den Zuckerrübendistrikten fällt."

Auch im Westen Preußens (Schleswig-Holstein und die Provinz Sachsen immer dabei mitgerechnet) sind demnach unter gewöhnlichen Verhältnissen Pachtrückgänge eingetreten, trotz größerer Dichtigkeit der Bevölkerung und trotz besserer Verkehrsmittel wie im Osten. Allerdings sind im Westen gerade die Domänen meist außergewöhnlich begünstigt durch ihre Lage zu großstädtischen Absatzgebieten, durch ihren Rübenbau und Aehnliches. So stellt sich denn auch für 1879—1890 das Gesammtergebniß der Neuverpachtungen folgendermaßen:

im Osten				
mit Mehrergebniß	115 Verpachtungen	mit 78 005	Hektar Fläche	= + 52 049 Mark
„ Mindererergebniß	174 „	„ 90 063	„ „	= — 579 615 „
im Westen				
„ Mehrergebniß	141 „	„ 45 717	„ „	= + 1 353 880 „
„ Mindererergebniß	94 „	„ 20 341	„ „	= — 304 248 „

„Unverkennbar — heißt es dann noch weiter bei Großmann — hat die Zahl der mit einem Mindererergebniß neuverpachteten Domänen allmälig eine beträchtliche Steigerung erfahren. Denn es sind von 1879—1890 pachtlos geworden im Ganzen 531 Domänen. Bei der Neuverpachtung haben 7 den alten Pachtzins wieder gebracht. Von den übrigen 524 sind in der ersten Hälfte jener zwölfjährigen Periode 261, in der zweiten Hälfte 263, also fast die gleiche Anzahl, neu verpachtet worden. Während aber in der ersten Hälfte, von 1879—1884, nur 106 Pachtungen = 41 Prozent ein Mindererergebniß aufweisen, zeigt sich von 1885—1890 ein ungünstiges Resultat bei 162 Pachtungen = 61 Prozent." —ms.

Der Selbstmord war ehedem ein Privilegium der Städter. Das hat sich jetzt geändert. Auch die Bauern stellen Rekruten zur stetig anwachsenden Armee der Selbstmörder, wie die jüngst veröffentlichte französische Selbstmordstatistik für das Jahr 1889 beweist, die wir im „Monde Economique" mitgetheilt finden. Ihr zufolge fallen von den Selbstmorden der Männer 53 Prozent auf das flache Land, 47 Prozent auf die Städte. Und von den Selbstmorden der Frauen sind 52 Prozent ländliche, 48 Prozent städtische. Die ländliche Idylle hört auf zu sein.

Feuilleton.

Seemannsfrau.

Novelle von **Egor Schugoy.**

(Fortsetzung.)

X.

Mathilde war so selig, zwei Wochen mit ihrem Gatten allein bleiben zu dürfen, daß die Trennung von der kleinen Tochter ihr nicht besonders schwer fiel. Wie sollte sich die junge Frau auch nicht freuen! — Seit sie den geliebten Mann kennen gelernt hatte, hatte sie ihn nie so lange für sich allein gehabt. Wenn er auf eine Woche nach Hause kam, mußte sie ihn stets mit den Eltern und den Freunden theilen. Eigentlich hatte sie ihn nur als Kind für sich allein gehabt, zu jener glücklichen Zeit, als sie mit nackten Beinchen an dem Meeresstrand Muscheln suchten oder an dem alten Zaun Rosen pflückten. Die wenigen

Tage nach ihrer Hochzeit sind so kurz gewesen — dreimal vierundzwanzig Stunden — das ist Alles, was Mathilde von Frauenglück gekannt hat. Nun hoffte sie die Fortsetzung dieses Glückes voll genießen zu dürfen. Endlich wird sie wochenlang in seiner Nähe bleiben, auf seinem Schiff, auf der See, auf die sie so oft eifersüchtig war. —

Freudestrahlend nahm Mathilde Abschied von den Eltern und Geschwistern, freudestrahlend setzte sie sich in den Eisenbahnzug und freudestrahlend bestieg sie am Arm ihres Gatten die kleine, hübsche „Grethe", den Dampfer, den ihr Gatte befehligte, zwei Tage bevor er in See stechen sollte.

XI.

Doch hier fingen die Enttäuschungen an. Ein plötzlicher Wetterumschlag verwandelte die bisherige spätherbstliche Nässe in Frost. Die Elbe wurde auf Meilen hinaus mit starker Eiskruste bedeckt. Bis weit über Cuxhafen lag die Nordsee in starren Winterfesseln; mit jähem Schlage unterbrach die Laune des Wetters die Schiffahrt in Hamburg und dessen Umgebung. Hilflos lagen die reisefertigen Schiffe fest eingefroren im Flusse, weder vorwärts, noch zurück könnend. Kein Mensch hatte den verfrühten Frost erwartet, und so wurden große Dampfer, wie kleine Boote durch den tückischen Feind überrascht und gefangen genommen und harrten nun der nächsten Wetterlaune, um erlöst zu werden, harrten in Sorge und Angst, daß der Druck der Eismassen nicht ihre Flanken beschädige und sie überhaupt auf lange Zeit reiseunfähig mache. Alles, was in Hamburg irgend eine Berührung mit der See hatte, zeigte eine abscheuliche Gemüthsstimmung und fluchte von Morgens früh bis Abends spät in die Nacht hinein.

Nur Mathilde jubelte im Stillen über die unerwartete Verzögerung ihrer Abreise, die den Besitz ihres Gatten auf unbestimmte Zeit verlängerte, und doch war Karls Aufführung nicht gerade dazu gemacht, um ihren Jubel zu rechtfertigen.

XII.

Wie alle Seeleute betrachtete Kapitän Hannes jeden Landaufenthalt als eine Art Urlaubszeit, die nur dazu sei, um sie durch möglichst amüsanten Zeitvertreib todtzuschlagen. So verbrachte er denn die Stunden, die ihm der Dienst frei ließ, in den verschiedenen Stammkneipen, wo er immer eine ganze Schaar Kameraden treffen konnte, deren Schiffe, gleich seiner „Grethe", im Hamburger Hafen festgefroren lagen.

Ein paar Mal versuchte es Mathilde, ihn zu begleiten auf seine Versicherung hin, daß sie die Frauen der anderen Kapitäne begegnen und kennen lernen könne. Sie that es mit dem aufrichtigsten Wunsche, diese Damen liebenswürdig und unterhaltend zu finden, — doch es wollte ihr schwer gelingen, da die meisten Seemannsgattinnen sich als ungebildete und prosaische Naturen entpuppten, die Mathildens unbewußt poetischem Gemüth und ihrer leidenschaftlich empfindsamen Natur wenig zusagen konnten. In dem kleinen Städtchen, wo Mathilde gelebt, hatte sie sich stets ein warmes Gefühl für die Schönheiten der Natur bewahrt. Für sie waren Kornfelder nicht bloße Kornfabriken, und sie liebte die schönen bunten Seefische nicht nur ihres Geschmackes wegen. Auch die fernen Gegenden, von denen sie die Eltern und Karl erzählen hörte, verklärte ihre Phantasie zu glänzend poesievollen Bildern, die in ihrer Seele freudig leuchteten, wenn ihre Sprache auch keine Ausdrücke dafür fand. Für solche Ueberspanntheiten — wie die Eltern sagten — fand sie allerdings schon zu Hause

wenig Verständniß und unter ihren neuen Bekannten erst recht nicht. Die meistentheils ziemlich bejahrten und wohlbeleibten Kapitänsfrauen zeigten nur Interesse für die praktische Seite des Lebens, gerade so, wie ihre Gatten. Sie wußten auswendig, wieviel Tonnen Palmnüsse oder Kaffeesäcke jedes Frachtschiff bei jeder Reise verladen hatte und fragten niemals, wie es in den Ländern eigentlich aussieht, wo diese Ladungen herkommen. Diese Gleichgiltigkeit fanden auch alle Seeleute vollkommen in der Ordnung. Man blickte Mathilde erstaunt an, wenn sie nach den Schönheiten der tropischen Länder zu fragen begann.

Du lieber Gott! — Was gab es da viel zu erzählen! — Es war doch immer dasselbe! — Palmen und Schwarze in Afrika, Palmen und Gelbe in Indien — Wälder mit Schlangen, Hitze und die Mosquitos dazu — wer das schön finden konnte! — Ein Glück noch, daß jetzt fast überall gutes Bier zu haben sei, sonst wäre es in den tropischen Gegenden gar nicht auszuhalten.

So redeten Alle und auch ihr Karl machte keine Ausnahme. Wenn er mit Dem und Jenem Reiseerinnerungen austauschte, so wurde nur von gelungenen Skatpartien, von Riesenkneipereien oder höchstens von irgend einem Zusammenstoß bei dem „verdammten Nebel im Kanal“ gesprochen. Das wurde mit der Zeit gräßlich langweilig, und da die heiße stickige Luft in den Kneipen Mathildens schwache Brust angriff und der Tabaksrauch ihr Husten verursachte, so hielt sie sich bald von den Abendunterhaltungen ihres Gatten fern und blieb allein in ihrer Kajüte, bis Karl spät in der Nacht, ja oft sogar erst am frühen Morgen zurückkehrte. —

Mathilde machte ihm keine Vorwürfe, wie die Frauen das sonst so gerne thun. Sie war viel zu zartfühlend und wohl auch viel zu klug, um nicht einzusehen, daß Thränen und unangenehme Auftritte ein recht schlechtes Mittel sind, um den Mann nach Hause zu locken. Sie grämte sich still in sich hinein, ohne es Karl merken zu lassen und grübelte nur erstaunt über das unlösbare Problem nach, wo denn die heiße Liebe der ersten Ehetage geblieben sei, deren Erinnerung ihr einziges Glück war. Es schien ihr unmöglich, daß die Leidenschaft ihres Mannes so rasch verflogen sein sollte, ausgebrannt in den drei kurzen Tagen. War sie denn aus anderem Fleisch und Blut geschaffen, als ihre Mitbürger, die gesunden, geduldigen, ruhig-kühlen Seeleute, die Alles und Jedes — die Liebe nicht ausgenommen — mit nüchtern-praktischen Blicken betrachteten, als eine selbstverständliche Sache, wie etwa das Essen oder das Trinken, um die es sich doch gewiß nicht lohne, ein besonderes Aufheben zu machen? —

Sollte ihr Karl auch zu dieser Menschengattung gehören? Sie konnte nicht daran glauben.

„Seine Freunde, das ungewohnte Leben in der großen Stadt zerstreuen ihn und nehmen seine Zeit zu sehr in Anspruch. Sind wir einmal von Hamburg fort, so wird er anders werden und meine Liebe mit gleicher Zärtlichkeit vergelten.“

So tröstete sich Mathilde in den einsamen Nächten, während sie sich schlaflos in dem engen Bette hin- und herwälzte; und täglich inbrünstiger ersehnte sie das wärmere Wetter in der Hoffnung, auf der hohen See endlich Ruhe und Glück zu finden. —

XIII.

Sie jubelte förmlich auf, als nach zehntägiger Gefangenschaft die „Grethe“ sich endlich zu bewegen begann und mitten durch die mit lautem Krachen berstende Eiskruste ihren Weg nach der See nahm. „Nun werde ich ihn für mich allein haben!“ rief es in ihrem Herzen.

Und sie hatte gewiß recht, das zu hoffen, denn nur zwei Passagiere fuhren mit dem kleinen afrikanischen Dampfer.

Ein Schullehrer, der nach Kamerun zurückkehrte, und ein Faktoreibeamter, der seinen unlängst gestorbenen Kollegen in Loango ersetzen mußte. Es waren beide ziemlich langweilige Menschen, deren Gesellschaft nichts weniger als amüsant sein durfte, da würde sich Karl sicherlich seiner jungen Gattin widmen müssen. —

Und doch that er es nicht, — wenigstens nicht in dem Maße, als sie es gehofft und gewünscht hatte. — Selbst die langweilige Gesellschaft der Passagiere schien Karl amüsanter vorzukommen, als die seiner Frau, denn er verbrachte seine freie Zeit viel lieber beim Skat oder bei Würfelspiel mit den Herren, eine Flasche Bier nach der anderen ausknobelnd, als im Gespräche mit Mathilden.

XIV.

„Er liebt nur sein Schiff und das Meer!“ dachte Mathilde bitter, und beobachtete, ob diese Vermuthung ihr den Schlüssel zum Charakter ihres Gatten geben konnte. Nein! — auch das war es nicht, was ihn so gleichgiltig machte.

Nicht eine Spur von jener schwärmerischen Liebe zum ewigen Meer konnte sie in dem Seemann entdecken, die sie selbst als Kind zur blauen Unendlichkeit gefühlt hatte. Für Karl war das Meer schön, wenn es ruhig war; die Fahrt angenehm, wenn kein Nebel oder kein ungünstiger Wind sie hinderte und die Wellen prachtvoll, wenn sie die Schraube des Dampfers nicht übermäßig ermüdeten. Für die ewig wechselnde Pracht der endlosen Wasserwüste hatte der praktische Seemann kein Auge und keinen Begriff. Ja, er wunderte sich, wenn Mathilde gierig das Spiel der berghohen, silberschuppigen Wellen beobachtete. „Ein seltsames Vergnügen, Wind und Nässe zu trotzen und das immergleiche Grau in Grau anzugucken!“ rief er spöttisch aus, wenn er seine Frau auf dem Deck fand, und er schickte sie rasch hinunter, damit sie sich „in dem scheußlichen Zug nicht vollends erkälte!“ —

Und die arme Mathilde mußte gehorchen, denn das schreckliche Wetter machte den Aufenthalt auf dem Deck für die schwache Frau zur Unmöglichkeit. Scharfer Wind und durchdringende Kälte begleiteten die „Grethe“ weit nach dem Süden, bis über die Grenze Europas, wo auf dem Kap Finisterre der letzte spanische Leuchtthurm in der nächtlichen Dunkelheit goldig hell erglänzte.

Fast unaufhörlich hüpften die haushohen Wellen über die niedrigen Borde des kleinen Dampfers und machten den Aufenthalt auf dem geschützten Mitteltheil des Decks unmöglich, während oben auf der Kommandobrücke ein solcher Wind blies, daß es die gesundesten Lungen kaum aushalten konnten. — Die geträumte süße Hochzeitsreise war zu einer unfreundlichen, freudlosen Fahrt geworden.

Je mehr der Dampfer sich Madeira näherte, desto böser wütheten Wind und Wetter. Selbst Karls stets ruhiges Gesicht wurde sichtbar besorgt.

Nacht um Nacht lagerten sich dichte Nebel über das Wasser, das schreckliche Schaukeln machte die Gesündesten nervös und das unaufhörliche Blasen des Nebelhornes vermischte sich mit dem Pfeifen des Windes und dem Aechzen der Schraube zu einem unheimlich beängstigenden Konzert.

Nur auf kurze Augenblicke, durchnäßt und durchfroren, kam der Kapitän in seine Kajüte, um ein Glas Cognac hinunter zu stürzen und sofort wieder hinauf auf die Kommandobrücke zu eilen.

Mathilde lag angekleidet in ihrer Koje. Das Schaukeln hatte sie schwindlig gemacht, obwohl sie von der eigentlichen Seekrankheit verschont blieb. Das taktmäßige Anschlagen der Wellen an die Schiffsplanken, das Stampfen der Schraube, das Brüllen des Dampfhornes und das Pfeifen des Windes begleiteten ihre traurigen Gedanken und machten ihre Seele noch trauriger. Oede und freudlos schien ihr das Leben, das sie hinter sich hatte, wie eine endlose, graue Wasserfläche, in dichten Nebel gehüllt, ohne Sonnenschein und Frühlingsgrün. Die schmerzlichsten Erinnerungen tauchten auf, und bittere Thränen traten in ihre Augen und rollten langsam über die schmal gewordenen Wangen. Lautlos weinte die einsame Frau in ihre Polster, lange, lange — bis sie sich endlich in den Schlaf geweint hatte. —

XV.

Ein wüster Lärm weckte sie plötzlich auf.

Lautes Kettengerassel, eiliges Stampfen vieler Menschenfüße, das Zischen des Dampfes und gellende Kommandorufe tönten zu ihr vom Deck herab. Dabei stand das Schiff still! —

Die letzte Spur des lästigen Schaukelns war verschwunden, das unaufhörliche Stampfen der Schraube verstummt. Ein röthliches Licht drang durch die Vorhänge der kleinen, runden Luke über dem Bette.

„Karl!“ rief Mathilde leise und blickte auf den schmalen Divan an der gegenüberliegenden Wand, wo er oft ganz angekleidet einzunicken pflegte.

Der Platz war leer.

Sie blickte aus dem runden Fensterchen hinaus und sah nichts, als einen kleinen Streifen blaues Wasser unter sich und ebenso blauen Himmel oben. — Dennoch schienen sie im Hafen angekommen zu sein, denn der Lärm über ihrem Kopfe wurde immer stärker.

Sie erkannte das Klirren der Dampferwinde, welche die Waaren aus dem Zwischendeck hervorholte. —

Und da hörte sie auch Karls Stimme durch die schmale Bretterwand, die den Speisesaal von der Kapitänskajüte trennte. Er sprach laut und lustig und mehrere Männerstimmen antworteten ihm in einer unbekannten Sprache.

Sie waren also in Madeira angekommen.

Dieser Gedanke brachte ihr nichts als Traurigkeit. Mußte sie doch hier von dem Geliebten Abschied nehmen!

Langsam, ohne Neugier, ohne Lust, machte Mathilde ihre Toilette und schlich endlich auf das Deck, um die unbekannte Insel anzusehen. —

Da lag vor ihren Augen ein märchenhaftes Panorama von entzückender Pracht und überwältigender Schönheit, — eines jener Bilder, wie man sie nur im Traume zu sehen pflegt.

Auf dem röthlich-goldenen Hintergrunde eines tropischen Sonnenaufgangs zeichneten sich die dunklen Konturen der kleinen Insel ab, deren Ufer durchsichtige Wellen sanft umkosten. Dunkelgrün hoben sich die Berge im Hintergrunde. Von ihrer Spitze an bis an das blaue Wasser herunter lagen kleine weiße Häuschen zerstreut, durch dichte blühende Rosenhecken und smaragdfarbige Weinlauben von einander getrennt. Hohe Palmenwedel hoben sich schlank und stolz über die flachen Dächer und breite Bananenblätter glänzten zwischen dem dunkleren Grün unbekannter Gewächse.

Ein fremdartiges, freudiges Bild, dessen Schönheit die an nordisches Grau gewöhnten Augen blenden und verwirren mußte.

Entzückt blickte Mathilde in dies Gewirr von Blau, Grün und Roth, sonnte sich in den hellen, rosig-goldenen Strahlen der aufgehenden Lebenspenderin und dehnte sich in der lauen Morgenluft, deren leises Wehen schwache Rosendüfte auf das Schiff hinüberbrachte.

XVI.

„O wie schön, wie schön!“ rief sie begeistert aus, in die Kajüte hinunterstürzend. „Komm, Karl, sieh doch, wie schön das Alles ist!“

Erstaunt hob Karl seinen männlich schönen Kopf von den verschiedenen Papieren, in die er vertieft war, zu seiner Frau.

„Später, später, Herz!“ antwortete er freundlich. „Vorläufig hab' ich Wichtigeres zu thun, als Landschaften zu bewundern. Ich muß mit unserem Vertreter Rechnungen durchsehen. Hier, Mr. Brindy“ — stellte er einen der anwesenden fremden Herren vor — „erlauben Sie mir, Sie mit meiner Frau bekannt zu machen. Das ist unser Generalagent, Mathilde, — er wird Dir in meiner Abwesenheit sicherlich gern mit Rath und That beistehen. In einem Stündchen, Kind, bin ich so weit, um Dich ans Land zu begleiten.“

Damit vertiefte sich der pflichttreue Schiffsherr wieder in seine Papiere, während Mathilde traurig auf das Deck zurückkehrte.

Die Gleichgiltigkeit ihres Mannes hatte sie schwer getroffen. Mein Gott, es gab also nichts, nichts, worin sie übereinstimmten! nichts, was ihn aus seiner kühlen Gelassenheit herausreißen und begeistern konnte! — Das helle, südliche Licht schien Mathilde plötzlich dunkel und die warme Luft kalt geworden zu sein.

Dieses Gefühl hielt selbst gegen die niegeahnte Naturpracht Stand. Die rasche Abreise Karls betrübte Mathilde womöglich noch mehr, als sonst! Erfolgte sie doch noch rascher, nach einem noch viel flüchtigeren Abschied, als zu Hause. Kaum daß er sie in dem englischen Hotel untergebracht hatte, so eilte er auch schon nach Hause — nach dem Schiff! —

Kraftlos begleitete sie ihn nach dem Strande zurück. Thränen stürzten ihr aus ihren Augen, als sie ihn in das Boot steigen sah, eine traurige, unheimliche Ahnung bemächtigte sich ihrer Seele.

„Ich sehe ihn nie wieder“, murmelte sie leise, als der landesübliche, mit zwei Ochsen bespannte Holzschlitten sie nach ihrem Hotel langsam zurückschleppte durch steile, enge Gäßchen, zwischen deren spitzen Pflastersteinen grüne Grashalme wucherten. —

„Ich sehe ihn niemals wieder!“ klang es immer in ihrem Herzen und alle Pracht des Hotelgartens, in dem sie ihre Tage verbrachte, vermochte diesen Gedanken nicht zu verscheuchen.

(Schluß folgt.)

Briefkasten.

A. E., London. Als gute Lehrbücher des Maschinenbaues werden uns genannt: Klausen, Maschinenbauer für Gewerbe und Landwirthschaft, 4. Auflage, 1884, 15 Mark. Unwin, Elemente der Maschinenkonstruktion, 1885, 6 Mark. Pechan, Leitfaden des Maschinenbaues, in 3 Bänden, 1883—90, 28 Mark.

Bei dieser Gelegenheit wiederholen wir unsere Bitte an diejenigen unserer Leser, die Auskunft von uns wünschen, uns ihren Namen und ihre Adresse anzugeben, damit wir ihnen brieflich antworten können und nicht gezwungen sind, den ohnehin beschränkten Raum der „Neuen Zeit“ durch Briefkastennotizen zu schmälern. Die Antwort wird brieflich rascher in die Hände des Anfragenden gelangen, als durch den „Briefkasten“.

Für die Redaktion verantwortlich: Georg Baßler in Stuttgart.



Nr. 50. XI. Jahrgang, II. Band. 1892-93.

Die neueste Verschlechterung des Landtagswahlrechtes in Preußen.

Das elendeste aller Wahlsysteme hat es Fürst Bismarck vor mehr als zwei Jahrzehnten genannt, und Herr Miquel hat in den letzten Jahren das Seine dazu gethan, es noch elender zu machen. Doch zeigt sich auch hier die von den preußischen Konservativen geforderte „Kontinuität der historischen Entwicklung", denn so lange die preußische Dreiklassenwahl überhaupt besteht, hat sie von Jahrzehnt zu Jahrzehnt die politische Uebermacht der oberen Zehntausend gesteigert und das Schwergewicht der Millionen unten herabgedrückt.

Die Revolution von 1848 hatte dem preußischen Volke vorübergehend das allgemeine gleiche Wahlrecht erobert: jeder Preuße, der das 24. Lebensjahr hinter sich hatte, war stimmberechtigter Urwähler zur Nationalversammlung. Mit der oktroyirten Verfassung vom Dezember 1848 schuf die Regierung zugleich ein neues Wahlgesetz, das zwar bereits reaktionärer war, wie das vom 8. April, aber immer noch unvergleichlich freisinniger, wie das spätere Dreiklassensystem: die Wahlberechtigung kam weiter, ohne Sonderung in mehr- und minderberechtigte Angehörige verschiedener Klassen, allen Preußen zu, welche das 24. Lebensjahr vollendet hatten — nur mit der weiteren Bedingung, daß sie sich selbständig ernährten.

Auch die so gewählte Kammer erwies sich nicht gefügig genug. Die Regierung beschloß eine Radikalkur zur Abwehr aller unliebsamen Parlamente; sie erließ am 30. Mai 1849 durch Verordnung diejenigen Bestimmungen, die seither die Masse des Volkes jedes wirksamen direkten Einflusses auf die Gesetzgebung beraubt haben. „Die Urwähler — bestimmte § 10 — werden nach Maßgabe der von ihnen zu entrichtenden direkten Staatssteuern in drei Abtheilungen getheilt, und zwar in der Art, daß auf jede Abtheilung ein Drittel der Gesammtsumme der Steuerbeträge fällt." Ein paar Reiche in der ersten Klasse erhielten so dieselbe Wahlmacht wie eine Handvoll Wohlhabende in der zweiten und die Menge der Wenighabenden und Habenichtse in der dritten Klasse. Die vereinte erste und zweite Klasse, wenngleich sie wohl stets nur eine Minorität der Urwähler darstellte, konnte regelmäßig die dritte Klasse überstimmen, obwohl diese immer die Majorität der Urwähler umfaßte.

Schon die wachsende Anhäufung von Reichthum auf der einen, die wachsende Proletarisirung auf der anderen Seite mußte so im Wahlrechte immer weniger Reiche immer mehr Armen gleichstellen. Je gerechter dann die Steuergesetzgebung die Reichen zu den Staatslasten heranzuziehen suchte, desto ungerechter wurde die Bevorzugung bei den Wahlen. Jeden kleinen Fortschritt in seiner Steuerverfassung hat das preußische Volk mit einem Rückgang seiner politischen Rechte bezahlen müssen.

1850 war der Höchstbetrag der damaligen „Klassensteuer" auf 144 Thaler festgesetzt; 1851, bei der Einführung der „Einkommensteuer", auf 7200 Thaler. „Dadurch wurde, kurz nach der Einführung des Dreiklassensystems, ein Uebergewicht der Höchstbesteuerten geschaffen, welches man bei der Einführung kaum geahnt hatte. . . . Als dann durch Gesetz von 1873 jede Maximalgrenze für die Einkommensteuer aufgehoben und bei der Zunahme der indirekten Steuern die unteren Stufen der Klassensteuer nach und nach erlassen wurden, da wurde das Uebergewicht der Wohlhabendsten nur noch durch die weitgehende Unterschätzung der großen Einkommen, welche in Preußen ziemlich gang und gäbe war, eingedämmt" (Jastrow in Braun's Archiv). Während z. B. zwischen 1873 und 1888 in Berlin die Zahl der Landtagswahlberechtigten von 136 853 auf 293 378, also um 114 Prozent stieg, ging die Zahl der Wähler der ersten Abtheilung herunter von 5579 auf 5491. Diese paar wirthschaftlich und politisch Bevorrechteten warfen bei Wahlen dasselbe Gewicht in die Wagschale, wie 1873 111872, 1888 261103 Wähler der dritten Abtheilung. Bereits 1873 umfaßten hier die Wähler der ersten Abtheilung lediglich 4,08 Prozent der Gesammtzahl der Wähler, 1888 gar nur 1,87 Prozent. Und ähnlich haben sich die Dinge überall entwickelt.

Nun hat Herr Miquel durch seine Einkommensteuer-Reform das fiskalische Interesse des Staates besser zur Geltung gebracht, so daß heute die Einschätzung der großen Einkommen ganz anders der Wirklichkeit entspricht wie früher. Er hat weiter die beiden untersten Klassensteuerstufen aufgehoben, deren Ertrag in gar keinem Verhältniß mehr stand zu der Arbeit und dem Aerger der Veranlagung und Einhebung. Er hat endlich den Steuersatz nach oben hin allmälig ansteigen lassen. Aber gerade diese leidlich gute Seite der Miquel'schen Reform mußte die Gegensätze des Dreiklassensystems auf das Unerträglichste zuspitzen; die ausschlaggebende Stellung des Besitzes mußte mit dessen schärferer Steuerheranziehung immer unumschränkter werden, die politische Antheilsberechtigung der unteren Volksschichten mit deren Einkommensteuerentlastung immer tiefer sinken. Und das zu derselben Zeit, wo — unter hervorragender Mitwirkung des Parteiführers Miquel — die Massen durch die indirekten Reichssteuern immer blutiger geschröpft werden und die Hauptlast aller Geldsteuern zu tragen haben, von persönlichen Militärdiensten und Aehnlichem gar nicht zu sprechen.

Doch das hätte am Ende unsere Staatsmänner und Parteiführer wenig gekümmert. Die Verschiebung in den direkten Steuerleistungen drohte aber bei Wahlen selbst manche der von jeher einflußreichsten Kreise wenig respektvoll bei Seite zu drängen und ganz neue Elemente an die Spitze zu bringen: Juden und Judengenossen, wie der „Reichsbote" mit Entsetzen bemerkte, als sämmtliche preußischen Minister in Berlin — mit Ausnahme der Herren v. Heyden, Miquel und Thielen — Arm in Arm mit ihren Stiefelputzern in der dritten Klasse wählen mußten, während die Bleichröder und Konsorten die aristokratische erste Klasse füllten. Und dann war es für das Zentrum, das seine Landtagsmandate vielfach mit den mittleren und ärmeren Schichten in der zweiten und dritten

Klasse erkämpfte, geradezu eine Lebensfrage, daß die „Mammonsliberalen“ nicht neben der ersten noch die zweite Klasse ausgeliefert erhielten — bei den Gemeindewahlen, besonders den rheinisch-westfälischen, steigerte sich in Folge des hinzutretenden hohen Zensus noch dieses Interesse, Gegenmaßregeln gegen die weitere plutokratische Verschiebung im Wahlrechte zu schaffen.* Große Parteien, deren Unterstützung für das Gelingen der Steuerreform unentbehrlich war, verlangten so eine Aenderung des Wahlgesetzes, die ihnen den alten Besitzstand nach Möglichkeit garantiren sollte.

Man suchte sich 1891 zunächst damit zu helfen, daß man für die aufgehobenen untersten Stufen der Klassensteuer eine fingirte Steuerleistung von drei Mark in Rechnung setzte. So wuchs die der Abtheilungsbildung zu Grunde liegende Gesammtsteuersumme und entsprechend sollte die Zahl der Wähler der ersten und zweiten Klasse wachsen, weil sie je ein Drittel nicht der wirklichen, sondern der künstlich erhöhten Gesammtsteuersumme aufzubringen hätten. Weiter sollte in Gemeinden mit mehreren Urwahlbezirken (ein Urwahlbezirk soll nach dem Gesetz von 1849 1500 Einwohner zählen) die Abtheilungsbildung nicht mehr gemeindeweise, sondern bezirksweise geschehen; ein Krösus in der Steuerliste sollte also nicht für die ganze Gemeinde den Minimalsteuersatz, der zur Wahltheilnahme in Klasse I oder II berechtigt, empordrücken, sondern nur für sein engeres Wohnviertel.

Diese Neuregelung, der die jämmerlichste Verlegenheit an der Stirn steht, erlitt sofort kläglich Schiffbruch. In Berlin I mußte eine Ersatzwahl zum Landtage stattfinden. Dabei stellte sich denn heraus, daß in der dritten Klasse seit 1888 die Zahl der Wähler gestiegen war von 51 172 auf 65 499, um 19 Prozent also. In der ersten und zweiten Klasse war die Zahl heruntergegangen von 8906 auf 5239, um mehr wie 40 Prozent! Dazu hatte die neue, in jedem Urwahlbezirk selbständig vorzunehmende Abtheilungsbildung bewirkt, daß in den verschiedenen Bezirken die Angehörigen derselben Einkommensstufe sich hier der ersten, dort der zweiten oder auch der dritten Klasse zugetheilt sahen, je nachdem sie in einem ärmeren oder reicheren Häuserviertel wohnten. Was man sich ursprünglich als Abstufung des Wahlrechtes nach der direkten Steuerleistung gedacht hatte, sah in Wirklichkeit wie eine Karrikatur darauf aus. Mit 102 Mark Steuern war man in einzelnen Bezirken von Berlin I schon zur ersten Klasse erhoben; in einem Bezirk war man mit 14 000 Mark Steuern noch immer an die dritte Klasse gefesselt, mit 100 000 Mark noch an die zweite! Je nach dem Häuserviertel, in das einen das Schicksal verschlagen, kann man zu den Privilegirtesten der obersten oder den Rechtlosesten der untersten Abtheilung gehören! Man kann an politischem Einfluß wesentlich gewinnen oder verlieren, je nachdem man ein paar Häuser näher oder weiter wohnt!

Auch ohne den Fortgang der Reform der direkten Steuern hätte man, nach diesen Erfahrungen, abermals am Wahlrecht herumkuriren müssen. Herr Miquel ist liberal und schlug durch den Grafen Eulenburg vor, daß die erste Klasse fünf Zwölftel, die zweite vier Zwölftel und die „gleichberechtigte“ dritte Klasse drei Zwölftel der Gesammtsteuersumme umfassen solle. Das Zentrum ist

* Um Verwechslungen vorzubeugen: die Statistiken der Wahlrechtsverschiebungen, die neuerdings durch die Tagespresse gingen, beziehen sich meistens auf die Gemeindewahlen, besonders in den katholischen Gegenden Rheinland-Westfalens und Schlesiens. Bei den Gemeindewahlen werden durch den Zensus zunächst die ärmsten Steuerzahler ganz eliminirt, für den Rest erfolgt dann die Abtheilungsbildung. Wir kommen vielleicht später einmal auf die Rückwirkung der Miquel'schen Steuerreform auf das Gemeindewahlrecht zu sprechen.

demokratisch und wollte das Wahlrecht der Reichsten noch dadurch etwas beschnitten sehen, daß Steuerleistungen über 2000 Mark hinaus nicht mehr in Anrechnung gebracht werden sollten. Die Konservativen im Abgeordnetenhause hatten gegen diese Demokratie, die sich hauptsächlich gegen die rheinischen Nationalliberalen richtete, nichts einzuwenden; das Zentrum glaubte seinen Wunsch erfüllt und ging nun leichten Herzens an das Steuermachen. Die Steuern kamen auch zu Stande, aber das Herrenhaus strich beim Wahlgesetz die 2000=Mark=Klausel des Zentrums, das Abgeordnetenhaus stimmte schließlich den Pairs zu und das Zentrum hatte wieder einmal vor seinen Wählern und vor aller Welt bewiesen, daß es unfähige Führer nicht bloß im Reichstage besitzt. Das Herrenhaus beseitigte weiter die „abgestufte Zwölftelung", weil die Konservativen dabei in den Provinzen, „welche der konservativen Partei erfahrungsmäßig die meisten Mitglieder liefern", besser zu fahren hoffen — wie das Graf Klinkowstroem des Näheren ausführte. Das Abgeordnetenhaus stimmte auch hier zu und die Regierung war ebenfalls zufrieden. Es bleibt also bei der Drittelung, nur sind die Urwahlbezirke darin seit 1892 souverän geworden. Das ist das ganze Ergebniß der beiden Gesetze vom 24. Juni 1891 und 29. Juni 1893.

So wird sich die ländliche und städtische Plutokratie für ihre geringe Steuer*mehr*leistung reichlich dadurch entschädigt sehen, daß ihr bei den Wahlen die Majorität des Volkes um so rücksichtsloser zur Majorisirung ausgeliefert ist. Besser eine materielle Schädigung als eine Einbuße an politischen Rechten, meinte in richtiger Berechnung das große Ausbeuterorgan am Rhein, das erst Herrn Miquel ein drohendes Hinaus mit ihm! zurief. Die materielle Schädigung ist nicht der Rede werth und die Einbuße an politischen Rechten hat sich in einen beispiellosen Gewinn für die Hintermänner der Kölnischen Zeitung und des Grafen Klinkowstroem umgewandelt.

Für den neuen Kurs aber ist es sicherlich charakteristisch, daß unter ihm das „elendeste und widersinnigste" aller Wahlsysteme noch elender und widersinniger geworden ist. Man müßte jedoch ein großer Optimist sein, wenn man darum an einen um so rascheren Zusammenbruch glauben wollte. Die den Zusammenbruch dieses Systems wünschen könnten, werden im nächsten Landtag gar nicht oder nur in einflußloser Minorität vertreten sein. Und einen Sturm von außen her zu entfesseln, sind wir theils nicht gewöhnt, theils mangelt gerade hier das Interesse daran. Was ist der Masse der Bevölkerung das preußische Abgeordnetenhaus! —ms.

Die Arbeiterbewegung in Schweden.

Von **Hjalmar Branting.***

Als die Stürme von 1848 durch Europa wehten und in England der Chartismus, in Frankreich schon der Sozialismus der Schlachtruf der vorgeschrittenen Elemente unter den Arbeitern geworden war, schliefen noch ihre schwedischen Klassengenossen überall den festen Schlaf der Gerechten, oder vielleicht richtiger: es gab noch keine schwedische Arbeiterklasse. Allmälig bürgerte sich jedoch auch in Schweden der moderne Industrialismus ein, die alten patri=

* Vorliegende Abhandlung ist der Bericht, den Genosse H. Branting im Auftrag der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Schwedens dem Internationalen Kongreß zu Zürich erstattet hat. Wir veröffentlichen ihn hier auf Wunsch schwedischer Parteigenossen, die ihm größere Publizität zu geben wünschen. Die Red.

archalischen Verhältnisse zersetzend. Man muß aber, wenn es sich um Schweden handelt, immer im Auge behalten, daß etwa ein Fünftel der ganzen Bevölkerung aus selbstbesitzenden — wenn auch in den letzten Jahrzehnten immer mehr verschuldeten — niemals aber, während des ganzen Mittelalters, völlig unterjochten Kleinbauern besteht, die noch heute so ziemlich nach der Weise der Vorväter wirthschaften, den festen, zäh-konservativen Kern der schwedischen Gesellschaft bilden und seit der konstitutionellen Reform von 1865 auch die ausschlaggebende politische Macht in ihre Hände genommen haben. So ist in Schweden noch mehr als anderswo die Arbeiterbewegung eine rein städtische, wobei zu den Städten natürlich auch einige Industriebezirke auf dem Lande mitgerechnet werden müssen. Und wenn man sich erinnert, daß in dem großen, aber dünnbevölkerten Schweden noch kaum zwanzig Prozent der Einwohner in den Städten leben, muß es im Voraus klar sein, daß von kontinentalen Dimensionen der Arbeiterbewegung in diesem Lande keine Rede sein kann.

Der erste Anstoß zu einer Vereinigung von Arbeitern in Schweden wurde von Mitgliedern der liberalen Bourgeoisie gegeben, welche sogenannte „Bildungszirkel“, um die allgemeine Aufklärung durch Vorträge, Vorlesungen u. s. f. zu fördern, gründete. Ihnen folgten in den sechziger Jahren die „Arbeitervereine“, ebenso unter liberalen Auspizien gegründet und folglich die Interessenunterschiede zwischen Arbeitern und Arbeitgebern so viel als möglich verwischend. Diese „Arbeitervereine“, die noch heute in fast allen Städten und Städtchen Schwedens bestehen, sind in der That ein buntes Gemisch von allerlei Gesellschaftsstufen: eigentliche Arbeiter sind die wenigsten ihrer Mitglieder, gewöhnlich dominiren die kleinen Handwerksmeister, wenn nicht sogar Großfabrikanten oder andere Stützen der Gesellschaft die Vorstandsplätze einnehmen. In Stockholm, wo auch ein solcher „Arbeiterverein“ noch besteht, obgleich sein Einfluß in der Arbeiterwelt seit langen Jahren gleich Null ist, sind immer, neben einigen liberalen Abgeordneten, der Statthalter und der Polizeipräsident die Ehrengäste des Vereins an seiner Jahresfeier gewesen, trotz des heftigen Kampfes, der vor einigen Jahren von den Arbeitern Stockholms wegen ihres Versammlungsrechts gegen eben dieselben Beamten geführt wurde.

Es schien jedoch einen Augenblick, als würden die „Arbeitervereine“ wenigstens in rein politischer Hinsicht eine führende Rolle für die Arbeiter Schwedens beanspruchen können. Der „erste schwedische Arbeitertag“ wurde von ihnen 1879 nach Norrköping berufen. Das große Wort führten da Volksschullehrer und Handwerksmeister, von einigen liberalen Journalisten und Arbeitern sekundirt. Der Kongreß zeichnete sich durch eine phänomenale Bescheidenheit aus: Gottesfurcht und fromme Sitte, Fleiß und Sparsamkeit würden die Lage der Arbeiter genügend heben. Schon der zweite Kongreß aber, in Stockholm 1882, zeigte ein etwas radikaleres Bild, und an dem dritten, in Oerebro 1886, war man wirklich so weit gekommen, ein ziemlich ausgeprägtes demokratisches Programm, trotz den Protesten der konservativen Handwerksmeister, gutzuheißen. Dagegen lehnte der Kongreß es ab, obgleich erst nach lebhaften Debatten, in freundliche Beziehungen zu der inzwischen entstandenen neuen sozialistischen Arbeiterbewegung zu treten. Diese Abweisung der rührigsten Elemente unter den Arbeitern nahm dem an sich nicht allzu schlechten Programme seine Anziehungskraft; als die Sozialisten im Jahre 1889 sich als besondere Partei konstituirten, zog die übergroße Mehrheit der jungen wirklichen Arbeitervereine, der Fachvereine (Trades-Unions), in deren Lager hinein. Der vierte „Arbeitertag“, in Stockholm 1890, wußte dann, wie die Dinge lagen, nichts Besseres

als — die Reihe der „Arbeitertage“ zu schließen; es wird vielleicht im nächsten Jahre als eine Art von Fortsetzung ein „sozialpolitischer Kongreß“ einberufen, mit offenem Zutritt für Alle, welcher Ansicht sie auch seien, die sich für die Arbeiterfrage interessiren. Was übrigens von diesen „Arbeitervereinen“ noch politisch lebenskräftig ist, wird von der in den letzten Jahren mächtig anschwellenden Bewegung für das allgemeine Stimmrecht aufgesogen.

In demselben Jahre, in dem der zufriedene Kongreß in Norrköping so ziemlich Alles schön fand in der ausgezeichneten schwedischen Gesellschaft, 1879, warfen inzwischen Ereignisse, die sich während eines großen Strikes in Sundsvall abspielten, ein grelles Licht auf die ökonomische Bedrücktheit und die soziale Rechtlosigkeit der schwedischen Arbeiterklasse. Sundsvall, eine Seestadt in Norrland, ist das Zentrum der großen schwedischen Holzwaarenindustrie; Sägemühlen liegen rings herum, die eine bedeutende Arbeiterzahl beschäftigen. Die Vertheuerung aller Lebensmittel zwang diese Arbeiter eine Lohnaufbesserung zu beanspruchen, sie wurden jedoch abschlägig beschieden; darauf stellten sie Alle, obgleich ganz unorganisirt, die Arbeit ein. Der Strike zeichnete sich durch die vollkommenste Ruhe und Ordnung aus; die Branntwein- und Bierkneipen wurden auf Geheiß der Ausständischen verschlossen, und diese leiteten sogar ihre Versammlungen mit Gebeten und Psalmsingen ein. Dessenungeachtet flehten einige Sägemühlenbesitzer um militärische Hilfe, und der Landeshauptmann Treffenberg ließ sich nicht lange bitten: er holte Truppen aus der Stockholmer Garnison, ließ dann die unbewaffneten Striker umringen, redete sie an, als wären sie gemeine Verbrecher, befahl ihnen, ihr „aufrührerisches“ Vorhaben aufzugeben, verhaftete einige Arbeiter als „Aufwiegler“ und zwang die Uebrigen durch die Drohung, sie Alle, da sie nicht mehr in regelmäßiger Arbeit ständen, als Vagabonden ebenfalls zu verhaften, unter das Joch zurück.

Diese schneidige Methode, Streitigkeiten zwischen Arbeitern und Arbeitgebern zu schlichten, rief jedoch in ganz Schweden unter den Arbeitern einen wahren Sturm der Entrüstung hervor; das Klassenbewußtsein fing endlich an, zu erwachen. Der erste sozialistische Agitator Schwedens, ein Schneider Namens August Palm, der in Schleswig den deutschen Sozialismus kennen gelernt hatte, tauchte 1881 als Sturmvogel in Stockholm auf, hatte aber noch keinen Erfolg, sondern zog sich nach dem südlichsten Schweden zurück, wo er von 1882 an in Malmö eine kleine Zeitung, „Der Volkswille“, unter vielen Schwierigkeiten redigirte und selbst im Lande herum kolportirte. Dagegen beschloß 1881 eine Arbeiterversammlung in Stockholm, in Erkenntniß der gänzlichen Unzulänglichkeit der sogenannten „Arbeitervereine“, die Bildung von Fachvereinen nach englischem Muster in allen Arbeitszweigen, um die Interessen der Arbeiter gegen die der Arbeitgeber wahrzunehmen. Solche Fachvereine bestanden schon lange unter den „Aristokraten der Arbeit“, den Schriftsetzern (Typographen), und auch unter den Buchbindern, hatten aber früher keine Tendenz gezeigt, sich zu verallgemeinern. Jetzt traten aber die Holzarbeiter, die Arbeiter in der Eisen- und Metallindustrie, die Schneider u. s. w. in die Reihen der organisirten Arbeiter ein.

Die aufblühende Fachvereinsorganisation wurde jedoch durch eine Bizarrerie, welche in Schweden unter dem Namen „die Smith'sche Ringbewegung“ bekannt ist, für einige Jahre gehemmt. Ein großer Schnapsbrenner Namens L. O. Smith suchte für seine Pläne gegen die städtischen Branntweinmonopole die Arbeiter mobil zu machen, indem er ihnen billigen und guten Branntwein und noch dazu allerlei Vortheile von Konsum- und mit der Zeit auch Produktionsvereinen versprach, wenn sie sich nur alle in „Ringen“ von je hundert Mann unter seiner

Führung vereinten. Die Arbeiter, sozialpolitisch noch fast ganz ungeschult, schaarten sich um den neuen Heiland, der etwas Geld für die Sache ausgab und noch viel mehr zu opfern versprach; im Jahre 1883 waren allein in Stockholm etwa 20000 Mann in solchen „Ringen“ organisirt. Natürlich platzte nach kurzer Zeit die ganze Seifenblase, ohne die Lage der Arbeiter in irgend einer Hinsicht verbessert zu haben: Herr Smith warf sich auf andere Spekulationen und von der ganzen Herrlichkeit blieb außer einem gewöhnlichen Bankgeschäfte nur eine Volksdampfküche in Stockholm übrig, welche nach wenigen Jahren auch geschlossen werden mußte.

1884 war jedoch die Fachvereinsbewegung, besonders in Stockholm, wieder im vollen Flusse, und die neuorganisirten Arbeiter Schwedens leisteten schon wirksame materielle Hilfe während eines großen Schmiedelockouts in Kopenhagen. 1885 bekam die junge Bewegung zum ersten Male ihr eigenes Organ, „Die Zeit“, eine von einem früheren Studenten Hjalmar Branting herausgegebene Zeitung, unter deren Führung in kurzer Zeit die Entwicklung von liberalen zu sozialdemokratischen Anschauungen sich vollzog. Als „Die Zeit“ 1886 eingehen mußte, war schon „Der Sozialdemokrat“ da, um das Erbe anzutreten; diese Zeitung, von demselben Branting bis nach 1892, seitdem vom Genossen C. N. Carleson, auch früher Student in Upsala, redigirt und das Besitzthum der Fach- und sozialistischen Vereine Stockholms, ist das Zentralorgan der modernen Arbeiterbewegung in Schweden geworden und erscheint seit 1890 täglich. Um sogleich die Arbeiter-Preßverhältnisse Schwedens zu erwähnen, sei schon hier zugefügt, daß in Malmö seit 1887 eine, seit 1890 ebenfalls täglich erscheinende, sozialdemokratische Zeitung besteht, „Die Arbeit“, deren Redakteur, auch ein früherer Student, Axel Danielsson, mit Geschick und Kraft, wie selbst die ärgsten Gegner anerkennen, die ganze, sehr bedeutende südschwedische Bewegung leitet, während in Gothenburg „Die Neue Zeit“ unter der Redaktion von Fr. Sterky, nachdem eine daselbst früher erscheinende sozialistische Arbeiterzeitung „Volksstimme“ unter der Redaktion P. Eriksson's eingegangen war, und in Norrköping „Der Proletarier“ als sozialdemokratische Wochenblätter erscheinen. Insgesammt hat die schwedische sozialistische Presse etwa 10000 Abonnenten. Dazu kommen noch die Fachblätter: „Der Eisenarbeiter“, „Der Holzarbeiter“ und einige kleinere, welche alle in sozialdemokratischem Geiste redigirt sind, und das einzige Organ der liberalen Arbeiterbewegung: „Schwedische Typographen-Zeitung“.

Kehren wir indeß zu der Mitte der achtziger Jahre zurück. Es war in der That kein Wunder, daß in den Arbeiterzentren Schwedens der Sozialismus zu dieser Zeit seinen Einzug hielt. Das Beispiel Dänemarks, wo nach einigen Krisen in den siebziger Jahren die sozialdemokratische Fachvereinsbewegung seit 1880 immer stärker angeschwollen ist, nachdem sie einen gemäßigten, den Verhältnissen und dem Nationalcharakter besser angepaßten Ton angeschlagen, konnte auf die Dauer nicht ohne Einfluß bleiben. Die allgemeine Enttäuschung nach dem Smith'schen Schwindel, worin die meisten Tagesgrößen der liberalen Arbeiterwelt kompromittirt worden waren, machte die Gemüther für neue Impulse empfänglich. Den jungen, feurigen Adepten des Sozialismus, den schon genannten Journalisten ebenso wie Palm und den Pionieren in den Fachvereinen wußten die alten liberalen Führer nichts Besseres entgegenzusetzen, als die schon total verbrauchten Manchesterdoktrinen. Der Ausfall dieser Geisterschlacht war nicht lange zweifelhaft. Ein Stockholmer Fachverein nach dem anderen sandte Sozialisten in das „Zentralkomite der Fachvereine“, und so schnell war die Eroberung, daß schon 1886 die wenigen Liberalen es vorzogen, den Komite-

versammlungen nicht weiter beizuwohnen. Zu gleicher Zeit wurden in öffentlichen Versammlungen die alten Arbeiterführer der Reihe nach abgethan. Selbst der populäre Schöpfer der „Arbeiter-Akademie“ in Stockholm, Dr. med. Anton Nyström, ein überaus rühriger und energischer Positivist, welcher schon seit langen Jahren für die Arbeiterinteressen eingetreten war und u. A. auch die beginnende Fachvereinsbewegung mit Rath und That unterstützt hatte, suchte vergebens den Lauf der Dinge zu ändern. Vergebens schloß nach einer tumultuarischen Versammlung der alte „Arbeiterverein“ den Sozialdemokraten seinen Versammlungssaal. Seit dieser Zeit ist in Stockholm — und noch mehr ausgeprägt in Malmö — das Publikum der großen öffentlichen Versammlungen entschieden sozialdemokratisch.

Die Wellen der sozialistischen Agitation unter den Arbeitern überall in ganz Schweden gingen jetzt immer höher, und die Behörden fingen an, Waffen dagegen in den Gesetzen zu suchen. August Palm, den früher alle Welt ausgelacht hatte, wurde 1887 wegen Reichstagsbeleidigung zu Gefängniß verurtheilt. 1888 bekamen die konservativen Schutzzöllner, durch Umstoßung der liberalen Stockholmer Wahl wegen formeller Mängel, das Heft in die Hand, und jetzt regnete es Versammlungsverbote und Auflösungen, Beschlagnahmen von Zeitungen u. s. f., um Saalabtreibereien und dergleichen gar nicht zu erwähnen. Die Strafanträge wurden entweder wegen Beleidigung gestellt, Majestäts-, Reichstags- oder Beamtenbeleidigung, oder, was eine Zeit lang am öftersten vorkam, wegen Gotteslästerung; schon 1884 war der bekannte schwedische Dichter August Strindberg wegen dieses Vergehens, jedoch ohne Erfolg, verklagt worden, und das Auftreten einiger freireligiösen Agitatoren, deren Viktor Lennstrand der bekannteste, scheint die Empfindlichkeit der Behörden noch besonders gesteigert zu haben. Axel Danielsson bekam 1½ Jahre Gefängniß, und so schnell folgten einander die Urtheile, daß z. B. im Sommer 1889 sämmtliche Chefredakteure der sozialistischen Organe hinter Schloß und Riegel saßen.

Trotz diesen Maßregeln hielten die Sozialisten im Frühling 1889 ihren ersten, konstituirenden Parteikongreß in Stockholm ab. Delegirte, etwa 60 an der Zahl, waren aus allen wichtigeren Landestheilen eingetroffen. Es wehte durch die Verhandlungen und Beschlüsse des Kongresses eine jugendliche Kampfstimmung, welche auch ihren Eindruck nach außen nicht verfehlte. Das marxistisch-sozialistische Programm mit seinen letzten Konsequenzen wurde ausdrücklich gutgeheißen, der Gegensatz gegen alle bürgerlichen Parteien, auch die radikalsten, scharf hervorgehoben, die nächstliegenden Forderungen, wie allgemeines Stimmrecht und Normalarbeitstag, allerdings betont, aber das Hauptgewicht immer auf die Propaganda für die letzten Ziele gelegt. Die Organisation, welche noch heute in derselben Weise besteht, wurde auf Gewerkschaften und politischen Vereinen ohne Unterschied aufgebaut. Die Hauptmasse der schwedischen sozialistischen Arbeiter gehört folglich keinem politischen Verein, sondern nur ihrem Fachverein an, welcher einmal seinen Beitritt zur Partei beschlossen hat, einen kleinen Beitrag zur Parteikasse zahlt und mit den anderen Parteivereinen einen Vorstand wählt. Andererseits besteht die Hauptmasse der Mitglieder der schwedischen Fachvereine aus Sozialdemokraten, und wenn man von den großen Gewerkschaftsverbänden absieht, den Verbänden der Eisen- und Metallarbeiter, der Holzarbeiter, der Maurer, der Schneider, der Schuhmacher und noch einiger, welche über ganz Schweden verzweigt sind und deren jeder seine besondere Organisation besitzt, besteht nur durch die Partei eine Verbindung zwischen den verschiedenen Fachvereinen eines Ortes.

Die Regierung beeilte sich, den Kongreß mit einem Sozialistengesetz en miniature zu beantworten, welches schon vor dem Ende der Reichstagssession im Frühling 1889 eingebracht, von der zweiten Kammer aber, deren Liberale fürchteten, die Bekanntschaft des vieldeutigen „Maulkorbgesetzes" vielleicht selbst zu machen, im Wesentlichen verworfen wurde. Der Höhepunkt der Unterdrückungspolitik war damit überschritten, und nachdem die Wahlen von 1890 den gemäßigten Liberalen wieder ihre Mehrheit in der zweiten Kammer gebracht hatten und die Beeinträchtigungen des Versammlungsrechtes der Arbeiter auch in bürgerlichen Kreisen als eine Schmach des Landes bezeichnet worden waren, begann allmälig von Seiten der Behörden eine mildere Praxis gegen die Arbeiterbewegung einzutreten, ein Umstand, welcher neben anderen Ursachen gewiß dazu beigetragen hat, daß die schwedische Sozialdemokratie jetzt einen ruhigeren Ton als in ihren ersten Sturm- und Drangjahren anschlägt.

An den schon erwähnten Wahlen von 1890 betheiligten sich die Sozialdemokraten, da die übergroße Mehrzahl der schwedischen Arbeiter kein Stimmrecht besitzt, nur in ihren beiden Zentren Stockholm und Malmö. In Malmö bekam Danielsson als Repräsentant des Sozialismus auf einer demokratischen Liste 300 Stimmen; der konservative Kandidat wurde mit etwa 600 Stimmen gewählt. Das war ein achtungswürdiger Anfang, und es erklärt sich, daß die Sozialisten Schonens, welche früher auf der äußersten Linken der Partei und auf sehr gespanntem Fuße mit den gemäßigten Führern Dänemarks standen, von da an die praktische Wirksamkeit für bald erreichbare Ziele immer mehr in den Vordergrund gestellt haben. Diese Taktik hat es ihnen möglich gemacht, ihren agitatorischen und organisatorischen Einfluß auch nach den kleineren Städten der Provinz wie unter den Landarbeitern ziemlich weit auszudehnen. Und in Malmö hat sich die Partei in der letzten Zeit noch zwei gute Festungen angeschafft: ein großes „Volkshaus" nach belgischem Muster, das mehrere Versammlungssäle, die Parteidruckerei, die Lokalitäten der „Arbeit", eine Restauration u. s. f. enthält, und einen schönen „Volkspark", der im Sommer als Vergnügungsort nicht nur der Arbeiter Malmös, sondern sogar der Kopenhagener Genossen, die freundschaftlichen Beziehungen zwischen schwedischen und dänischen Sozialisten stärkt und dabei nicht wenig Geld für die Parteikasse abwirft.

Ganz anders lagen 1890 die Dinge in Stockholm. Die Hauptgegner waren da die Liberalen, welche das allgemeine Stimmrecht und allerlei andere Reformen versprachen und die Sozialisten hauptsächlich als gefährliche Zwietrachtsäer denunzirten — in Schweden entscheidet bei den Wahlen schon die relative Mehrheit — wozu noch kam, daß die Masse der Wähler um jeden Preis an den Schutzzöllnern sich rächen wollte, die durch ihre juristischen Kniffe die ganze Stockholmer Wahl von 1887 umgestoßen hatten. Vergebens spendeten unter solchen Umständen die öffentlichen Versammlungen, wo die Arbeiter in Mehrheit waren, den sozialistischen und ausgeprägt demokratischen Kandidaten ihren Beifall: die liberalen „Arbeiterkandidaten", gegen die energischsten Proteste der Arbeiter selbst aufgestellt, wurden von den bürgerlichen Wählern gewählt. Im fünften Wahlkreise bekam z. B. H. Branting nur 186 Stimmen, während ein liberaler Hausbesitzer, Vorsitzender in dem oben geschilderten sogenannten „Arbeiterverein", mit mehr als 1000 Stimmen gewählt wurde.

Dieser Mißerfolg ebnete in Stockholm den Boden für eine anarchistelnde Richtung innerhalb der Partei, welche von Wahlen, Stimmrecht und dergleichen, überhaupt von dem Augenblicks-Programme gar nichts wissen wollte und in Hinke Bergegren, früherem Mitarbeiter an dem „Sozialdemokrat", ihr Haupt fand.

Dieser, ein etwas verworrener Kopf, zu Paradoxen geneigt, trug nicht ohne Geschick die Ideen von Most über die „Propaganda der That" u. s. f. vor, an die Leidenschaften der am tiefsten heruntergedrückten Arbeiterschichten appellirend. Diese kleine Bewegung, von Branting in dem „Sozialdemokrat" scharf angegriffen, ging niemals in die Tiefe, war jedoch einen Augenblick stark genug, um dem zweiten allgemeinen Parteikongreß, der im Jahre 1891 in Norrköping tagte, das Gepräge eines Kampfes zwischen Sozialdemokraten und anarchistelnden Sozialisten zu geben. Der Sieg der ersteren war jedoch ein vollständiger. Der Kongreß nahm alle von Danielsson und Branting verfaßten prinzipiellen Resolutionen gegen die anarchistische Richtung an und faßte dazu einen folgenschweren Beschluß, indem er die Einberufung eines „Volks-Reichstags" für 1893 wegen Erringung des allgemeinen Stimmrechts plante.

Uebrigens waren die Jahre 1890 und 1891 in Schweden wirkliche Strikejahre. In Stockholm suchten die Bäckergehilfen vergebens eine etwas freiere Stellung zu erringen. Fast gleichzeitig legten auch 700 bisher außerhalb der Bewegung stehende Arbeiter bei der großen Bolinder'schen Maschinenfabrik ihre Arbeit nieder in Empörung darüber, daß zwei Kameraden, welche einige bescheidene Wünsche im Namen und Auftrage Aller vorgebracht, wegen einer solchen Insubordination ihren augenblicklichen Abschied bekommen hatten. Auch diesen Strike verloren die Arbeiter, die Organisation der Eisen- und Metallarbeiter bekam jedoch einen werthvollen Aufschwung dadurch. In Gefle legten alle Arbeiter der großen Brettermühlen wegen Lohnkürzungen die Arbeit nieder. Als die Lage kritisch zu werden drohte, indem der allgemeine Strike für die ganze Stadt proklamirt wurde, zwangen die Behörden die Arbeitgeber, sich einem Schiedsgericht zu unterwerfen. Das war schon anders, als in Sundsvall vor zwölf Jahren! Dieses Schiedsgericht, in welches die Arbeiter Branting wählten, gab sein Urtheil fast durchgängig zu Gunsten der Arbeiter ab. In Malmö kam es wegen eines Zimmererstrikes zu ziemlich ernsten Straßenkrawallen, welche jedoch nicht von den organisirten Arbeitern ausgingen.

Der weitaus größte und hartnäckigste Kampf zwischen Kapital und Arbeit entbrannte indessen in einem Bergwerksdistrikte Mittelschwedens, in Norberg. Seit vier Monaten standen dort wegen Lohnregulirungen die Arbeiter einer Zechenverwaltung im Strike, als alle Grubenarbeiter der ganzen Gegend beschlossen, die Arbeit einzustellen, um die Forderungen der Kameraden durchzubringen. Die Zechenbesitzer, worunter viele der industriellen Größen Schwedens, bekamen Angst, und Militär wurde gegen die friedlichen Grubenarbeiter mobilisirt, es gelang aber einem humanen Landeshauptmann, ein Schiedsgericht — es war sogar vor dem Strike von Gefle — zu Stande zu bringen. Die Grubenarbeiter, die materielle und organisatorische Hilfe von den Sozialisten, besonders aus Stockholm bekommen hatten, wählten in das Schiedsgericht zwei Stockholmer: einen sachverständigen liberalen Abgeordneten Fredholm und den damaligen Redakteur des „Sozialdemokrat", Branting. Das Urtheil gab ihnen im Großen und Ganzen Recht. Der Friede war jedoch damit in Norberg nicht wiederhergestellt. An einer anderen Zeche wurden Arbeiter unter solchen Umständen verabschiedet, daß die Kameraden glaubten, dies sei die Rache für das Urtheil des Schiedsgerichts. Sie legten die Arbeit nieder, und es kam zu geringfügigen Ausschreitungen, welche später von den Gerichten sehr hart geahndet wurden; so wurde der verhaßte „Strikeführer" in Norberg, der Grubenarbeiter Quarnström, vom Reichsgericht zu vier Monaten Zuchthaus verurtheilt, nur weil er vor einem „Strikebrecher" (Scab) eine Bewegung gemacht hatte, ohne ihn zu berühren. Dieser

zweite Strike von Norberg war jedoch schon in Auflösung, als die Zechenbesitzer im November 1891 durch ihre Forderung, daß die Arbeiter neue Kontrakte unterzeichnen sollten, die ihre Lage den Zechen gegenüber viel abhängiger als früher machten, den dritten und größten herbeiführten. Sechs lange Wintermonate hindurch hielten 700 Grubenarbeiter, Dank der Unterstützung der ganzen schwedischen Arbeiterwelt, den ungleichen Kampf aus; da mußte die stark gelichtete Arbeiterschaar sich den Bedingungen des Kapitals unterwerfen. Die verschiedenen Phasen der Norberger Strikes wurden aber überall in Schweden von allen Klassen der Gesellschaft mit größtem Interesse verfolgt, und gewiß hat dieser Kampf viel dazu beigetragen, die soziale Frage auch in unserem Lande als eine brennende auf die Tagesordnung zu bringen.

Man wird verstehen, daß es unter solchen Umständen den jungen schwedischen Fachvereinen gar nicht gelungen ist, Geld in ihren Kassen zu sammeln. Immer sind in erster Linie die Mitglieder der Arbeiterorganisationen für Unterstützungen in Anspruch genommen worden, und der etwas ritterlich-freigebige schwedische Nationalcharakter hat sich bisher niemals verleugnet. Andererseits sehen die Arbeiter selbst ein, daß es auf diese Weise nicht weiter geht; die Strömung gegen nicht planmäßig vorbereitete und von den Arbeitgebern nicht gerade aufgezwungene Strikes wird unter ihnen immer eine stärkere. Die Agitation, sowohl die gewerkschaftliche als die rein sozialistische, ist indessen in den letzten Jahren vielfach durch Geldmangel gehemmt worden. Daß die Bewegung im Großen und Ganzen trotzdem im Vormarsch ist, dafür zeugt nicht am wenigsten der nach schwedischen Verhältnissen geradezu kolossale Erfolg, den die internationalen Demonstrationen am 1. Mai gehabt haben. Es ist wahr, daß diese in Schweden insofern unter einem glücklichen Stern geboren sind, als von undenklichen Zeiten her der 1. Mai da Feiertag ist. Dessenungeachtet waren Freunde und Gegner gleich erstaunt, als in Stockholm am 1. Mai 1890 mehr als 15 000 Demonstranten in Reih und Glied auf dem Exerzierplatz aufmarschirten, wo wenigstens doppelt so viele ihre Ankunft erwarteten. Diese Mai-Demonstrationen, die sich jedes Jahr ringsum im Lande in etwa demselben Maße wiederholen, haben in Schweden die praktische Wirkung gehabt, daß die übermäßig lange Arbeitszeit von 13 bis 15 Stunden, die auf den meisten Landgütern üblich war, jetzt vielfach gekürzt worden ist.

Die Arbeitslosigkeit wurde im Winter 1891/92 besonders in Stockholm groß, und die Sozialisten, welche schon früher die Fachvereinsbewegung auch unter den ungelernten Arbeitern („unskilled labourers“) zu verbreiten suchten, gründeten jetzt einen „Verein der Arbeitslosen“, welcher die Stockholmer Gesellschaft ziemlich beunruhigte und auch den Stadtvätern einige Konzessionen abtrotzte. Am 1. Februar 1892 kam es zu kleinen Straßenunruhen, weil die Arbeiter das Recht des freien Umzugs gegen die Polizei behaupten wollten. Die Gerichte weigerten sich jedoch, den Staatsanwälten zu folgen, als diese deswegen gegen bekannte Sozialisten Strafen wegen „Aufruhrs“ beantragten.

Im Sommer 1892 trat der „vierte skandinavische Fachvereinskongreß“ in Malmö zusammen. Der erste hatte schon 1886 in Gothenburg stattgefunden; damals waren noch unter den schwedischen Delegirten so ziemlich die gleiche Zahl Liberale wie Sozialisten. Seitdem war es aber mit der schwedischen liberalen Arbeiterbewegung schnell bergab gegangen. In Kopenhagen zogen 1888 ihre Vereine es schon vor, sich nicht weiter vertreten zu lassen, ebenso in Christiania 1890. Der Kongreß von 1892 hatte seine besondere Bedeutung darin, daß er für den schwedischen Sozialismus eine nähere Verbindung mit den älteren

dänischen Bruder-Organisationen einleitete und zur selben Zeit den definitiven Bruch mit der quasi-revolutionären antiparlamentarischen Phrase besiegelte. Zweifelsohne giebt es immer noch verschiedene Nuancen innerhalb der Sozialdemokratie Schwedens, sie scheint sich jedoch überall ernstlich zu bemühen, allen Sekten-Charakter abzustreifen.

Es ist auch ganz logisch, daß die Arbeiter Schwedens in der letzten Zeit ihre Kraft immer mehr auf die Erringung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts, als die unumgängliche Voraussetzung einer neuen, ihren Interessen entsprechenden Sozialpolitik, konzentriren. Nur ein Viertel der Bürger sind in Schweden stimmberechtigt, was natürlich gar nicht verhindert hat, daß auch die anderen drei Viertel, besonders in den letzten Jahren, ihr volles Maß von den schnell vermehrten Steuer- und Militärlasten bekommen haben. Eine Ausdehnung des Wahlrechts war schon im Anfang der achtziger Jahre der Wunsch der kleinbürgerlichen Elemente, erst die Sozialisten suchten aber eine stürmische Volksagitation für das allgemeine Stimmrecht zu entfesseln. Um nicht ganz den Einfluß auf die Massen zu verlieren, rafften sich dann auch die Liberalen auf, fingen in ihrer verbreiteten Provinzialpresse eine Stimmrechtskampagne an, gründeten im ganzen Land Stimmrechtsvereine und knüpften endlich das Netz in zuverlässigen liberalen Händen zusammen. Die Sozialisten machten Anfangs Miene, die ganze liberale Stimmrechtsbewegung als Schwindel zu behandeln, änderten aber allmälig die Taktik und suchten ihre Hilfe für den geplanten „Volks-Reichstag“ zu gewinnen. Die Liberalen sträubten sich lange dagegen; ein Kongreß der Stimmrechtsvereine in Gothenburg 1891 lehnte den „Volks-Reichstag“ ab, der nächste Kongreß aber, in Stockholm im April 1892, nahm fast einstimmig den Vorschlag an, jedoch unter der Bedingung, daß bis zum 1. Oktober 1892 wenigstens 200 000 schwedische Bürger sich auf Petitionslisten für das allgemeine Stimmrecht und für einen solchen, nach allgemeinem Stimmrecht gewählten „Volks-Reichstag“, dessen einzige Aufgabe es sein sollte, die Mittel zur Erreichung des allgemeinen Stimmrechts zu berathen, ausgesprochen hätten. Dank der ausgezeichneten organisatorischen Arbeit des neuen Generalsekretärs der Stimmrechtsvereine, Dr. phil. David Bergström, wurde diese harte Bedingung wirklich erfüllt; die Petition bekam etwa 210 000 Unterschriften, in einem Lande mit nicht fünf Millionen Einwohner also schon eine gewaltige Demonstration. Und in den Wahlen, welche um die Jahreswende stattfanden, ganz wie ordentliche Reichstagswahlen, aber nach allgemeinem Stimmrecht, nahmen etwa 150 000 Bürger (unter denen sich auch einige tausend Bürgerinnen befanden) Theil. Man vergleiche damit die Thatsache, daß bei den Wahlen zur zweiten Kammer niemals mehr als etwa 130 000 Stimmen in ganz Schweden abgegeben worden sind.

Die Agitation für den „Volks-Reichstag“ theilten nach der Lage der Dinge Liberale und Sozialisten durch stillschweigendes Uebereinkommen so unter einander, daß diese hauptsächlich die größeren Städte, jene das flache Land bearbeiteten. Auch bei den Wahlen wurde im Großen und Ganzen, um nicht den gemeinsamen Gegnern die Freude der Zwietracht zu bereiten, dasselbe suum cuique innegehalten. Die städtischen Arbeiter wählten fast überall sozialdemokratisch, ohne die Warnungen und Drohungen eines Theiles der liberalen Presse zu beachten, und das flache Land sandte seine liberalen Stimmrechtsvereinsführer, jedoch mit Sozialisten so vermischt, daß diese unter 120 Mitgliedern des „Volks-Reichstags“ etwa 30 zählten.

Anders entwickelten sich jedoch die Verhältnisse in Stockholm. Bei einer Reichstags-Ersatzwahl in dem fünften Wahlkreise im September 1892 forderten die Sozialdemokraten die Liberalen auf, ihre Arbeiter- und Stimmrechtsfreund-

lichkeit dadurch zu bezeugen, daß sie es dem allgemeinen Stimmrecht überließen, den Kandidaten der gesammten Demokratie zu ernennen. Diese weigerten sich jedoch entschieden, und obgleich bei der Probewahl nach allgemeinem Stimmrecht der Sozialdemokrat Branting seinen liberalen Nebenbuhler mit 1313 Stimmen gegen 53 schlug, und trotz der Warnungen einer einflußreichen liberalen Zeitung, welche die üblen Folgen eines vollständigen Bruches zwischen ihrer Partei und den organisirten Arbeitern fürchtete und bis in die letzte Woche für den Sozialdemokraten energisch eintrat, brachten die Liberalen im Namen des allgemeinen Stimmrechts ihren von demselben Stimmrecht abgefertigten Kandidaten bei der endlichen Wahl durch, wenn auch nur mit 361 Stimmen gegen 323, die auf Branting und 304, die auf den konservativen Kandidaten entfielen. Unter den Arbeitern mußte selbstverständlich ein solches Benehmen der Liberalen böses Blut machen, und als diese noch dazu bei der Wahl in den „Volks-Reichstag" in Stockholm den Löwenantheil der Sitze beanspruchten und übermüthig davon sprachen, vielleicht gnädigst ein paar Sozialdemokraten mitzunehmen, war das Signal zum Kampf gegeben. Die Sozialdemokraten gaben auf ihrer Liste dem oben genannten Dr. Bergström und dem Doyen der Stimmrechtsbewegung in Schweden, dem liberalen Abgeordneten J. Mankell, Platz, stellten aber die übrigen zehn Namen ganz selbständig auf, und brachten auch nach heftigem Wahlkampfe ihre Liste mit etwa 12000 Stimmen gegen 9000 vereinte liberale und pietistische Sektirer durch.

Dieser Kampf in Stockholm um die Herrschaft des allgemeinen Stimmrechts, der vom ganzen Lande mit größtem Interesse verfolgt wurde, hatte noch in dem im März 1893 in Stockholm zusammengetretenen „Volks-Reichstag" seine Nachklänge, indem die entschieden sozialistenfeindliche Fraktion der Liberalen es versuchte, der sozialistischen Minderheit jeden Einfluß auf die Beschlüsse dieses ersten schwedischen Volksparlamentes zu entziehen. Wie die Verhandlungen aber fortgingen und es ganz deutlich sich zeigte, daß, wie die Sozialisten es vorausgesagt hatten, weder der König noch der Reichstag, ja nicht einmal die liberalen Parteiführer im Reichstage in irgend welcher Weise für das allgemeine Stimmrecht zu haben waren, rückte der Schwerpunkt im „Volks-Reichstage" immer mehr nach links. Die wichtigsten Beschlüsse desselben, wie die Verwerfung aller Vorschläge auf Ausdehnung des Stimmrechts, die hinter dem allgemeinen Stimmrecht zurückblieben, die Empfehlung außerordentlicher Mittel und Wege à la Belgien, um den Widerstand der herrschenden Klassen zu brechen, die Sympathieadresse an die norwegische Linke, welche eventuellen Kriegsdrohungen des offiziellen Schwedens die Drohung eines außerordentlichen schwedischen „Volks-Reichstags" entgegenstellt u. s. w., wurden sämmtliche ganz im Geiste der verbündeten Sozialisten und Jung-Radikalen und noch dazu mit erdrückenden Mehrheiten gefaßt, wie auch das Manifest des „Volks-Reichstags" an das schwedische Volk, das politische Testament dieser jedenfalls nicht zu unterschätzenden Demonstration, aus sozialistischer Feder geflossen ist.

In weit höherem Grade als jemals zuvor wird es ohne Zweifel den schwedischen Arbeitern gelingen, die Frage des Stimmrechts bei den jetzt bevorstehenden Neuwahlen zu der zweiten Kammer als Hauptfrage in den Vordergrund zu drängen. Die Zukunft wird zeigen, ob die nöthige Kraft auch schon jetzt vorhanden ist, eine schnelle Lösung der Frage herbeizuführen. Jedenfalls werden in Schweden die Herrschenden sich absolut nicht damit entschuldigen können, daß sie es praktisch bewiesen haben, daß die Arbeiterklasse das Stimmrecht nicht braucht, schon um eine zeitgemäße Arbeiterschutz-Gesetzgebung durchzuführen. Dieselbe ist bisher — und mit diesen Notizen möge hier die kurze Entwicklungs-

geschichte der Arbeiterbewegung eines ökonomisch rückständigen Landes ihren Abschluß finden — sehr vernachlässigt. Ein Gesetz gegen übermäßige Kinderarbeit, jedoch mit vielen Ausnahmen und nicht allzu streng beachtet, besteht erst seit 1881. 1884 wurden die Fragen der Unfalls-, Kranken- und Altersversicherung in dem Reichstage von dem hervorragenden liberalen Abgeordneten S. A. Hedin angeregt. Eine Kommission wurde eingesetzt, welche werthvolles Material über die Arbeiterverhältnisse Schwedens sammelte — so fand sie u. A., daß die Durchschnittsarbeitszeit für die Industrie, nach Angaben der Fabrikanten, 11,2 Stunden beträgt, bei einer durchschnittlichen Lohnhöhe von 612 Kronen (der Strich des politischen Zensus steht bei 800 Kronen). So steht es mit den am besten situirten schwedischen Arbeiterschichten, man kann sich dann die Lage der Masse der Landarbeiter vorstellen! Die meisten Vorschläge der Kommission wurden indessen im Reichstage beseitigt, jedoch kam endlich ein Schutzgesetz gegen Unfälle bei der Arbeit zu Stande, und seit 1890 sind endlich in Schweden drei — sage und schreibe drei! — Fabrikinspektoren damit beschäftigt, das Gesetz ein Bischen in die Wirklichkeit zu übertragen. Jedoch hat der Reichstag noch 1893 es abgelehnt, ein wenig Geld für die Veröffentlichung ihrer Berichte zu bewilligen! Ein Krankenkassengesetz giebt es auch, um Alles zu erwähnen, welches jedoch von den vielen Kranken- und sonstigen freien Kassen der schwedischen Arbeiterwelt noch nicht viel in Anspruch genommen ist. In den letzten Jahren hat eine neue Kommission einen Vorschlag zu einer Alters- und Invaliditätsversicherung fertig gebracht, welcher theilweise nach deutschem Muster, in wichtigen Punkten aber selbständig konzipirt ist und durch eine bemerkenswerthe Einfachheit sich auszeichnet; was aber daraus unter den heutigen Umständen werden kann, bleibt abzuwarten, die Anzeichen sind gewiß alles andere eher als ermuthigend. Dagegen hat unser Reichstag sich beeilt, trotz der Proteste der Radikalen, die gesetzlichen Bestimmungen zum Schutz der „Freien Arbeit", d. h. der Strikebrecher, noch zu verschärfen, und der bescheidene Vorschlag, die Frage des Normalarbeitstags unter den schwedischen Verhältnissen wenigstens zu untersuchen, den ein Stockholmer Radikaler, Fr. Berg, im Reichstag einbrachte, ist noch 1893 fast ohne jegliche Debatte abgelehnt worden.

Die ausländischen Genossen werden aus diesem Berichte gesehen haben, daß den schwedischen Arbeitern sowohl in politischer als sozialer Beziehung noch beinahe Alles fehlt, auch von den bescheidensten Anfängen einer besseren Gestaltung der Dinge, welche die Arbeiter in anderen, vorgeschritteneren Ländern in heißem Kampfe bereits errungen haben. Aber es geht auch bei uns vorwärts; è pur si muove, die schwedische Gesellschaft! Unsere junge sozialdemokratische Partei hat gelernt, daß die bestehenden Verhältnisse, die Quelle so vieler Leiden des arbeitenden Volkes, gewiß nicht im Handumdrehen zu revolutioniren sind. Wenn aber die Masse der Arbeit, die noch vor uns liegt, eine gewaltige ist, so kann sie doch mit Energie und Ausdauer bewältigt werden, muß sie bewältigt werden und wird bewältigt werden. Denn auf unserer Seite kämpfen die Kräfte der Entwicklung, und die Macht des Beispiels aus den Ländern, die im Vortreffen des großen Emanzipationskampfes stehen, wird auch manchen sonst zähen Widerstand schnell überwinden. Auch deswegen hat die schwedische Sozialdemokratie den internationalen Geist immer sorgsam gepflegt; Eure Siege, Ihr Brüder, sind die unsrigen, wie wir ja Alle nicht für die Befreiung einer Nation oder einer Rasse oder eines Glaubensbekenntnisses, sondern für die Freiheit, das Glück und die Kultur der ganzen Menschheit, „alles was Menschenantlitz trägt", immer kämpfen werden.

Zur Kritik des statistischen Materials im „Sozialpolitischen Handbuch“ von Dr. Lux.

Das „Sozialpolitische Handbuch“ des Genossen Lux ist in diesen Blättern bereits eingehend besprochen worden. Wenn wir noch einmal darauf zurückkommen, so geschieht dies, weil wir gelegentlich einer größeren selbständigen statistischen Arbeit eine Reihe falscher Zahlen im „Handbuch“ entdeckten. Deren Berichtigung erscheint uns um so nothwendiger, als das „Handbuch“ eines der verwendbarsten Nachschlagewerke für unsere Parteigenossen, namentlich die Redakteure und Agitatoren, bildet. Wir halten es für die Aufgabe eines jeden Parteigenossen, dem sich die Gelegenheit dazu bietet, mitzuarbeiten an diesem Werke durch Korrigirung von Irrthümern oder auch durch Aufzeigung neuen verwendbaren Materials.

In diesem Sinne möge man die folgenden Ausführungen auffassen.

Auf der Seite 146 des „Sozialpolitischen Handbuchs“ befindet sich folgende Tabelle:

Jahr	Brotpreis	Erbsen	Kartoffeln	Rindfleisch	Schweinefleisch	Verbrechen gegen das Eigenthum	Auf je 10 000 über 12 Jahre alte Personen	Diebstähle	Auf je 10 000 über 12 Jahre alte Personen
	für 1000 kg in Mark			für 1 kg in Pfennig					
1881	198	251	43,5	114	128	—	—	—	—
1882	171	236	56,5	116	128	169 334	52,9	103 050	32,6
1883	155	241	45,5	120	128	164 590	51,0	99 633	31,6
2c.	2c.	2c.	2c.	2c.	2c.	2c.	2c.	2c.	2c.

In diese Tabelle hat sich ein Irrthum eingeschlichen, indem sämmtliche Zahlen, die sich in den Spalten, „Verbrechen gegen das Eigenthum“ und „Diebstahl“ betitelt, befinden, falsch sind.

Die richtigen Zahlen sind*:

Jahr	Zahl der Verbrechen gegen das Eigenthum	Auf 10 000 strafmündige (über 12 Jahre alte) Einwohner trafen Handlungen, wegen deren Verurtheilung erfolgte
1882 . . .	223 234	70,5
1883 . . .	228 357	71,7
1884 . . .	232 651	72,4
1885 . . .	237 261	73,3
1886 . . .	235 792	72,3
1887 . . .	234 273	71,3
1888 . . .	236 877	71,3
1889 . . .	252 644	75,3

Das, was Dr. Lux unter dem Namen „Verbrechen gegen das Eigenthum“ irrthümlicherweise angeführt hat, ist nicht die Zahl der Verbrechen, das heißt nicht die Zahl der verbrecherischen Handlungen, wegen deren Verurtheilung erfolgte, sondern die Zahl der wegen Eigenthumsverbrechen verurtheilten Personen. Beide Begriffe werden von der Kriminalstatistik streng unterschieden. Daß sie nicht identisch sind, ist auch einem Laien leicht ersichtlich, da die Zahl der verbrecherischen Handlungen, wegen deren die Verurtheilung erfolgte, die Zahl der verurtheilten Personen um fast das $1^1/_2$fache übersteigt. Uebrigens weist die Zahl der verbrecherischen Handlungen keine so regelmäßige Abnahme auf, wie die Zahl der verurtheilten Personen!

* Vergl. Kriminalstatistik des Deutschen Reiches für das Jahr 1889, Seite II, 2.

Auch in der Rubrik „Diebstahl" betreffen die angeführten Zahlen nicht die zur Verurtheilung gelangten Diebstähle, sondern die wegen Diebstahls verurtheilten Personen. Auch hier ist die Zahl der zur Verurtheilung gelangten Diebstähle bedeutend größer, als die Zahl der wegen Diebstahls verurtheilten Personen.

Einen ähnlichen Fehler, wie auf der Seite 146, begeht der Verfasser auf der Seite 149 seines Buches, indem er auch hier die Zahl der verurtheilten Personen mit der Zahl der zur Verurtheilung gelangten verbrecherischen Handlungen verwechselt.

Die Zahl der zur Verurtheilung gelangten Handlungen betrug

nicht:		sondern:	
Im Jahre	Zahl der Verbrechen	Im Jahre	Zahl der Verbrechen
1882	329 968*	1882	389 658
1883	330 128	1883	400 064
1884	345 977	1884	426 490
1885	343 037	1885	441 245
2c.	2c.	2c.	2c.

Auch die sämmtlichen auf dieser Seite angeführten Relativzahlen bedürfen einer entsprechenden Korrektur.

Den unstreitig größten Fehler in diesem Kapitel begeht aber der Verfasser auf der Seite 155, wo er Zahlen anführt, die er einer Abhandlung des Professors Mischler entnommen hat.**

„Von 100 Personen jeder Alterskategorie", schreibt er, „finden sich 1886 Verurtheilte im Alter von

12 bis 15 Jahren 8,7 Prozent
15 = 18 = 8,3 Prozent
18 = 21 = 7,5 Prozent."

Demnach sollen die jugendlichen Personen im Alter von 12 bis 15 Jahren verhältnißmäßig mehr als jene im Alter von 15 bis 18 Jahren, und diese wieder mehr als jene im Alter von 18 bis 21 Jahren an den Verbrechen betheiligt sein! Leider hat sich Professor Mischler arg verschrieben.

Thatsächlich sollte es heißen***:

Im Jahre 1886 standen von je 100 Verurtheilten im Alter von

12 bis 15 Jahren 3,0
15 = 18 = 6,0
18 = 21 = 16,5

Diese Zahlen beweisen das gerade Gegentheil dessen, was Professor Mischler behauptet.

Zu diesem groben Fehler wurde Professor Mischler durch die sehr unpräzis betitelte Reihe von Zahlen verleitet, welche sich in der Kriminalstatistik für das Jahr 1886, Seite II, 26 neben der von uns schon mitgetheilten Zahlenreihe befindet und die Vertheilung der Bevölkerung unter die einzelnen Altersklassen angeben soll! Darnach stehen von je 100 strafmündigen (über 12 Jahre alten) Personen der Zivilbevölkerung

8,7 Personen im Alter von 12 bis 15 Jahren
8,3 = = = = 15 = 18 =
7,5 = = = = 18 = 21 =
2c. 2c.

Die allmälige Verminderung erfolgt aus dem *sehr einfachen Grund*, weil nicht alle 12 bis 15 Jahre alten Personen das Alter von 15 bis 18, nicht alle 15 bis 18 Jahre alten das Alter von 18 bis 21 Jahren erleben.

* Auf der Seite 149 des „Sozialpolitischen Handbuchs" Zeile 12 von oben soll es übrigens nicht „Aburtheilung", sondern „Verurtheilung" heißen. Die Zahl der „Abgeurtheilten" war bedeutend größer.

** Vergl. Archiv für Sozialgesetzgebung und Statistik, Band II.

*** Vergl. Kriminalstatistik des Deutschen Reiches für das Jahr 1886, Seite II, 26.

Wie unrichtig die Behauptungen des Professors Mischler sind, dies tritt besonders klar zu Tage, wenn wir die Zahl der verurtheilten Personen jeder Altersklasse pro 100 000 gleichaltrigen Personen der Zivilbevölkerung berechnen werden. Es beträgt dann

In der Altersklasse	Zahl der Verbrecher pro 100 000 gleichaltrigen Personen der Zivilbevölkerung
von 12 bis 15 Jahren	367
„ 15 „ 18 „	777
„ 18 „ 21 „	2280

oder, falls wir die Zahl der verurtheilten Personen in der Altersklasse von 12 bis 15 Jahren gleich 100 setzen,

in der Altersklasse	
von 12 bis 15 Jahren	100
„ 15 „ 18 „	212
„ 18 „ 21 „	621

das heißt, daß die Verbrecher in der Altersklasse von 18 bis 21 Jahren mehr als sechsmal so stark vertreten waren, als in der Klasse der 12 bis 15 Jahre alten Personen, ein Resultat, das wohl von dem des Herrn Professors Mischler „ziemlich" differirt und gerade das Gegentheil davon beweist, was es nach den Mittheilungen des Verfassers beweisen sollte!

Mit der Richtigstellung dieser Fehler wollen wir die Kritik des „das Verbrechen" behandelnden Kapitels schließen und zum Kapitel „Vernichtung der Kleinbetriebe" übergehen.

Merkwürdigerweise stellt der Verfasser schon im Anfange dieses Kapitels Zahlen einander gegenüber, die einfach unvergleichbar sind. So beziffert er zum Beispiel die Zahl der gewerblichen Betriebe in Deutschland*

im Jahre 1875 auf 3 230 311 mit 6 470 630 darin beschäftigten Personen
dagegen „ „ 1882 „ 3 609 801 „ 7 340 789 „ „ „

und zieht auf der folgenden Seite daraus den Schluß, daß die Zunahme der Gewerbebetriebe in diesem Zeitraum 11,4 Prozent betrug.

Nun hat aber der Verfasser ganz außer Acht gelassen, daß im Jahre 1882 die Betriebe in einer Reihe von Gewerbearten, wie in dem Versicherungswesen, der gewerbsmäßigen Thierzucht, der Leichenbestattung 2c. 2c. *gezählt wurden*, während im Jahre 1875 *diese Gewerbearten von der Zählung ausgeschlossen waren.* Wollte also Dr. Lux die Resultate beider Gewerbezählungen vergleichen, so mußte er die Betriebe in den im Jahre 1875 von der Gewerbezählung ausgeschlossenen Gewerbearten von der Gesammtzahl der gewerblichen Betriebe im Jahre 1882 in *Abzug bringen.* Leider hat er dies unterlassen und beging in Folge dessen eine ganze Reihe von Fehlern, so zum Beispiel auf der Seite 257 (Zeile 11 und 15 von unten), Seite 258 (Zeile 13 und 22 von unten) 2c. 2c., wo er den Zuwachs der durchschnittlichen Personenzahl per Betrieb, bezw. den Zuwachs an Großbetrieben behandelt und die Zahlen der Gewerbebetriebe in der Thierzüchterei und Fischerei, in dem Verkehrs- und Transportgewerbe für die Jahre 1875 und 1882 einander gegenüberstellt, obwohl die *gewerbsmäßige Thierzucht* und *einige Arten des Verkehrsgewerbes*, zum Beispiel der Lootsendienst, im Jahre 1875 bei der Gewerbeaufnahme *nicht mitgezählt* wurden.

Noch merkwürdiger ist aber der Fehler, den der Verfasser bei der Mittheilung der Zahl der Großbetriebe begeht!

Diese betrug nach seinen Angaben: 84 195 im Jahre 1875 und 97 162 im Jahre 1882.

Woher Dr. Lux die Zahl der Großbetriebe für das Jahr 1875 entnommen hat, wissen wir nicht. Wir glauben aber kaum, daß er sie der Gewerbestatistik des

* Vergl. Seite 256 des „Sozialpolitischen Handbuchs".

Deutschen Reiches entnehmen konnte, denn in der letzteren sind folgende Zahlen angeführt:

Es betrug die Zahl der Großbetriebe in Deutschland: 69 550 im Jahre 1875 und 96 824 im Jahre 1882.*

Als Folge dieses letzten Fehlers ergiebt sich die falsche Schlußfolgerung, die der Verfasser auf der Seite 257 anführt, daß die Zahl der Großbetriebe in diesem siebenjährigen Zeitraum vom Jahre 1875 bis zum Jahre 1882 um nur **15,4** Prozent zugenommen hat, während thatsächlich diese Zunahme **39,2** Prozent betrug, also mehr als **2½ mal** so groß war!

Was die zahlreichen Abschreibefehler in diesem Kapitel betrifft, so soll es auf der Seite 259 (Tabelle, vierte Zeile von oben) nicht Eisen-, sondern Metallverarbeitung heißen. Die Zahl der Gewerbebetriebe für Eisenbearbeitung ist bedeutend geringer! Seite 260 (fünfte Zeile von unten) soll es heißen nicht 43 943, sondern 440 603 Kleinbetriebe, also mehr als das Zehnfache ꝛc. ꝛc.

Wir können ferner hier nicht vermeiden, den Verfasser auf zahlreiche Rechenfehler, die sich in diesem Kapitel befinden, aufmerksam zu machen. So giebt er zum Beispiel für die Textilindustrie (Seite 258, Zeile 16 von oben) einen Zuwachs der durchschnittlichen Personenzahl per Betrieb von 22,7 Prozent an, während thatsächlich eine Abnahme von etwa 9 Prozent stattgefunden hat. Dasselbe bei der Thierzucht und Fischerei (richtiger nur Fischerei, da die gewerbsmäßige Thierzucht im Jahre 1875 von der Aufnahme ausgeschlossen war), wo er einen Zuwachs von 14 Prozent anführt, während thatsächlich eine Abnahme von etwa 34 Prozent zu verzeichnen ist. Aehnliche, wenn auch nicht so bedeutende Fehler beging der Verfasser auf der Seite 259 (vierte Zeile von unten), wo es nicht 37,1 Prozent, sondern etwa **45** Prozent aller Kleinbetriebe heißen soll. Ebenfalls auf der Seite 260 (vierte Zeile von oben) soll es nicht 39,6 Prozent, sondern etwa **57** Prozent heißen!

Die letzten Resultate, 37,1 Prozent und 39,6 Prozent, hat der Verfasser, wie wir dies vermuthen, auf eine sehr seltsame Art erhalten!

In der vorhergehenden Tabelle führt er nur die Hauptbetriebe auf; bei der Prozentberechnung aber vergleicht er die Zahl der Hauptbetriebe in den angeführten Gewerbegruppen nicht mit der Zahl sämmtlicher Hauptbetriebe, wie es zu erwarten wäre, sondern mit der Zahl der Haupt- und Nebenbetriebe zusammen!!

Da es nicht unsere Aufgabe sein kann, die einzelnen Rechenfehler aufzufinden, so begnügen wir uns mit diesen Hinweisen.**

Was die einzelnen, außerhalb der behandelten Kapitel stehenden Fehler betrifft, so sind einige so charakteristisch, daß wir sie etwas eingehender behandeln wollen.

Einen solchen sehr charakteristischen Fehler begeht der Verfasser bei dem Besprechen der Unfallshäufigkeit.

„Es ereigneten sich nämlich in Deutschland“, schreibt er auf der Seite 76, „im Jahre 1888 Unfälle

Vormittags		Nachmittags	
6 bis 7 Uhr	435	12 bis 1 Uhr	587
7 „ 8 „	794	1 „ 2 „	745
8 „ 9 „	816	2 „ 3 „	1037
9 „ 10 „	1069	3 „ 4 „	1243
10 „ 11 „	1598	4 „ 5 „	1178 (Vesperpause)
11 „ 12 „	1590	5 „ 6 „	1306
		6 „ 7 „	979 . . . .

* Nach Abzug der Großbetriebe in solchen Gewerbearten, die im Jahre 1875 nicht mitgezählt wurden.

** Wir wollen den Verfasser noch auf den Rechenfehler aufmerksam machen, der sich außerhalb des oben behandelten Kapitels auf der Seite 269 (elfte Zeile von oben) befindet. Wäre es richtig, daß die Mehrwerthrate von 0,85 auf 0,65 gesunken ist (vergl. „Neue Zeit“, Jahrgang X, Seite 693), so betrüge die Abnahme nicht 18,8 Prozent, sondern 23,5 Prozent.

„Wir können die Anzahl der ‚unvermeidlichen‘ Unfälle mit ziemlicher Sicherheit dann bestimmen, wenn wir in unsere Betrachtung möglichst arbeitsfrische Individuen hineinbeziehen; als solche kann man die Arbeiter in den ersten beiden Morgenstunden und den beiden ersten Nachmittagsstunden ansehen.

„Während dieser Zeit ereignen sich im Durchschnitt per Stunde 640 Unfälle. Diese Zahl können wir sonach als das bei der kapitalistischen Produktionsweise Quantum unvermeidlicher Unfälle betrachten. In den betrachteten 13 Arbeitsstunden ereignen sich aber nicht 8320 Unfälle, wie es diese Norm verlangte, sondern **13 396,** das sind 37,9 Prozent Unfälle mehr.“ ...

Beträgt die Norm 8320, die thatsächliche Zahl der Unfälle aber 13 396, so ist dies kein Mehr von 37,9 Prozent, sondern ein Mehr von etwa **61** Prozent.

Uebrigens erscheint uns die ganze Berechnungsart durchaus verfehlt. Während der Zeit von 12 bis 1 Uhr Nachmittags wird in dem überwiegend größten Theile der Fabriken nicht gearbeitet. Dasselbe, wenn auch in geringerem Maße, gilt für die Zeit von 6 bis 7 Uhr Morgens, besonders im Winter. Wollte also der Verfasser einen den Titel „Normal“ verdienenden Durchschnitt erhalten, so mußte er nicht die Zeit von 6 bis 8 Uhr Morgens und 12 bis 2 Uhr Nachmittags, sondern von 7 bis 9 Uhr Morgens und 1 bis 3 Uhr Nachmittags in Betracht ziehen.

Zum Schluß wollen wir noch den Fehler besprechen, den der Verfasser bei der Feststellung des Zusammenhanges zwischen hohen Lebensmittelpreisen und erhöhter Sterblichkeit begangen hat.

„Für folgende fünf Jahre“, schreibt er auf der Seite 127, „wo der Lebensmittelpreis in Belgien ziemlich niedrig war, stellte sich die Sterblichkeit wie folgt:

Jahr	Getreidepreis	Kartoffelpreis	Verstorbene
1857	22,96	6,24	103 458
1858	18,12	6,16	107 910
1859	18,55	6,03	111 650
1860	23,77	8,39	92 871
1863	21,87	5,87	107 948
			522 897

„Für folgende Jahre mit hohem Getreidepreise stellten sich die Verhältnisse wie folgt:

Jahr	Getreidepreis	Kartoffelpreis	Verstorbene
1867	36,92	9,76	105 576
1868	35,22	8,20	107 556
1871	36,26	9,54	145 746
1872	33,15	6,99	120 129
1873	33,51	7,67	112 879
			594 922

„Also in den Theuerungsjahren fast 14 000 Sterbefälle mehr als in den anderen.“

Wir gestehen es offen, daß wir einer derartigen Gegenüberstellung von Zahlen, wie sie die „Revue socialiste“ gegeben hat, welcher dieselben nach der Angabe des Verfassers entnommen wurden, selten begegnet sind. Wir wunderten uns aufrichtig, daß der Verfasser solchen Zahlen in seinem Buche Platz geben konnte! Erstens mußte ihm doch das rapide Anwachsen der Zahl der Sterbefälle im Jahre 1871 auffallen! Die Ursache war hier zweifellos der deutsch-französische Krieg. Abgesehen von der wirthschaftlichen Krise, die Belgien in Folge der durch den Krieg hervorgerufenen Geschäftsstockung heimsuchte und eine bedeutende Steigerung der Sterblichkeit verursachen mußte, sind nach verlorenen Schlachten, zum Beispiel nach der Schlacht von Sedan, viele Tausende von französischen Soldaten und Offizieren nach Belgien geflüchtet. Unter diesen waren viele Verwundete und Kranke, die in Belgien starben und auf diese Weise die Zahl der Gestorbenen erhöhten. Wollte also Dr. Lux den Einfluß der Erhöhung der Lebensmittelpreise auf die Sterblichkeit

untersuchen, so mußte er wenigstens solche Jahre von der Untersuchung ausschließen, in welchen andere Ursachen, die eine Erhöhung der Sterblichkeit hervorrufen könnten, wie wirthschaftliche Krisen, Kriege, Epidemien 2c. besonders stark hervortraten.

Aus allen diesen Gründen mußten die Jahre 1871 und 1872 von der Untersuchung unbedingt ausgeschlossen werden.*

Doch dies Alles nur nebenbei. Der Hauptfehler besteht darin, daß der Verfasser ganz vergessen hat, daß zwischen dem Jahre 1857 und dem Jahre 1873 volle 17 Jahre liegen. In diesem Zeitraum hat die Bevölkerung Belgiens bedeutend zugenommen.

Den Angaben zufolge, die sich in Scheel's „Handbuch der Statistik“ befinden, glauben wir die Vermehrung der durchschnittlichen Bevölkerungszahl für beide untersuchte Zeitperioden auf etwa 8 Prozent berechnen zu können.** Daß eine größere Bevölkerung eine größere Zahl von Sterbefällen aufweisen muß, liegt aber außer Zweifel! Hätte nun Dr. Lux diese Thatsache nach dem Ausschluß der anormalen Jahre in Betracht gezogen, so hätte er wohl zu seiner eigenen Verwunderung zur Schlußfolgerung gelangen müssen, daß trotz der Steigerung der Lebensmittelpreise die Sterblichkeit sich etwas vermindert hat.

Es ist nicht unsere Aufgabe, die Ursachen dieser Verminderung der Sterbefälle in Belgien aufzufinden. Wir begnügen uns mit dem Hinweis darauf, daß der Beweis dafür, daß zwischen den hohen Lebensmittelpreisen und der Erhöhung der Sterblichkeit ein enger Zusammenhang besteht (woran auch wir nicht zweifeln!), dem Verfasser in diesem Fall mißlungen ist.

Mit diesem wollen wir unsere Abhandlung schließen, indem wir noch hinzufügen, daß, wenn wir uns die Mühe gaben, die angeführten Fehler zu begründen und zu berichtigen, es abgesehen von den im Anfang angeführten Gründen noch aus demselben Grunde geschah, welchen der Verfasser der ersten kritischen Abhandlung über das „Sozialpolitische Handbuch“ angegeben hat,*** nämlich: „Weil auch wir das Unternehmen für ein nützliches halten und im Parteiinteresse wünschen, daß seine zweite Auflage noch zweckentsprechender ausfalle, als die erste, daß man vom „Handbuch“ nicht blos als von einer fleißigen, geschickten und umfassenden, sondern auch von einer einheitlichen, völlig zuverlässigen, streng nur auf thatsächlichem Boden sich bewegenden Arbeit sprechen kann.“ Um dies zu erreichen, muß der Verfasser das gesammte von ihm angeführte statistische Material einer strengen wissenschaftlichen Kritik unterwerfen.

J. S.

Aigues-Mortes.

Von **G. A. Sutor.**

Am 19. September des vergangenen Jahres wurde in Marseille der zehnte nationale Kongreß der französischen Arbeiterpartei eröffnet. Auf diesem Kongreß erschien auch unser Genosse Liebknecht und ergriff das Wort, um in zündender Sprache den Internationalismus zu preisen und die in neuer Form erstandene Arbeiter-Internationale zu verherrlichen. „Euer Kongreß“, sagte er, „nennt sich ein nationaler, aber er ist auch ein internationaler Kongreß. Ihr seid Internationalisten, wir sind es ebenfalls. Für uns Sozialisten giebt es keine Nationalitätenfrage. Wir kennen nur zwei Nationen: die Nation der Kapitalisten, der Bourgeoisie, der besitzenden Klasse einerseits und andererseits die Nation der Proletarier, der Masse der Enterbten, der Arbeiterklasse, und wir

---

* Auch die geringe Zahl der Sterbefälle im Jahre 1860 scheint uns auffällig!

** Vergl. „Handbuch der Statistik“ von Maurice Block. Deutsche Ausgabe von H. v. Scheel. Leipzig 1879, Seite 232.

*** Vergl. „Neue Zeit“, X. Jahrgang, Seite 696.

Alle, ihr französischen Sozialisten und wir deutsche Sozialisten: wir sind eine Nation. Die Arbeiter aller Länder sind eine einzige Nation, die der anderen Nation gegenübersteht.“ Diese Worte waren der Kongreßversammlung aus dem Herzen gesprochen und wurden — wie sämmtliche bürgerlichen Blätter berichteten — mit einem nicht endenwollenden Beifallssturm aufgenommen. Die Bourgeoisie hingegen sprach damals in ihrer Entrüstung von nichts Geringerem als der Ausweisung Liebknecht's aus dem Gebiete der französischen Bourgeois-Republik.

Leider wollte es das Verhängniß, daß kurze Zeit bevor Liebknecht im Süden Frankreichs diese Worte sprach, im Norden innerhalb der Nation der Arbeiterklasse ein erbitterter Bruderkrieg ausgebrochen war. Das Bürgerthum frohlockte. Die gefürchtete internationale Verbrüderung des Proletariats hatte sich als nichtig oder wenigstens als nicht unerschütterlich erwiesen. Die französischen und belgischen Bergleute, die in den Gruben des Nord-Departements beschäftigt waren, hatten gegenseitig auf einander Jagd gemacht. Hüben wie drüben war Blut geflossen. Hier rief man: Tod den Belgiern! und dort: Tod den Franzosen! Vergebens protestirten die Sozialisten, vergebens reichte die Lütticher Arbeitsbörse die Hand zur Versöhnung, indem sie erklärte, daß sie in ihren Geschäftsräumen alle Arbeiter aufnähme, welcher Nation sie auch angehören möchten. Der Generalrath der belgischen Arbeiterpartei trat mit den Führern der französischen Sozialisten in Unterhandlung, um die Arbeiterkrawalle im Nord-Departement, die sich auch auf den Pas-de-Calais ausdehnten und welche das Bürgerthum so wohlgefällig als Nationalitätenhader bezeichnete, gütlich beizulegen. Alle diese Schritte vermochten jedoch die erhitzten Gemüther nicht zu beruhigen. Die Belgier mußten die Arbeit verlassen und sich mit ihren Familien über die Grenze retten.

War es Nationalitätenhaß, der die französischen Arbeiter dahin brachte, ihre belgischen Genossen zu vertreiben? Gewiß nicht. Dem französischen Arbeiter mußte es gleichgiltig sein und es war ihm auch gleichgiltig, ob ein Genosse an seiner Seite arbeitete, der diesseits oder jenseits der politischen Grenze Frankreichs das Licht der Welt erblickt hatte. In einem Lande, das in vergangenen Tagen so glorreich für die Fraternität, für die Völkerverbrüderung sein Herzblut vergossen hatte, konnte kein blinder Völkerhaß an Stelle der früheren Liebe getreten sein. Seit der großen Revolution lebt die französische Arbeiterklasse in den Traditionen des Internationalismus. Nur in Folge der letzten, großen politischen Ereignisse, in Folge der Annektirung Elsaß-Lothringens, ist es der interessirten bürgerlichen Presse gelungen, in einem, dem Sozialismus noch nicht gewonnenen Theile der französischen Arbeiterschaft chauvinistische Gefühle zu erziehen und rege zu erhalten.

In dem Streite zwischen den belgischen und französischen Arbeitern konnten diese chauvinistischen Gefühle jedoch nicht in die Wagschale fallen. Hier mußten andere Mächte treibend hinter den Coulissen stehen und die traurigen Ereignisse leiten. Diese treibenden Kräfte gingen von einer Seite aus, die alles Interesse daran hatte, den dritten Mann zu spielen, der sich die Taschen füllte, während die beiden feindlichen Brüder sich die Haare ausrauften. Die damals von belgischen und französischen Arbeitern gewählte Untersuchungskommission hatte nicht allzu große Mühe, den dunklen Hintermann zu entdecken. In ihrem Manifest schrieb sie: „Nach einer sorgfältigen Untersuchung der Thatsachen und Mißstände, durch welche der Konflikt zwischen belgischen und französischen Grubenarbeitern verursacht worden ist, haben die Delegirten beider Nationen einhellig erkannt,

daß die Feindseligkeiten sowohl von den belgischen als den französischen Grubengesellschaften provozirt worden sind und zwar zu dem Zwecke:

1. Eine Lohnreduktion und gleichzeitige Erhöhung der Arbeitszeit zu erzielen. Es geht aus den erlangten Auskünften unzweifelhaft hervor, daß die Grubengesellschaften des Pas-de-Calais durch in Belgien funktionirende Stellenvermittlungsagenturen viele Arbeiter nach Frankreich gelockt haben, wo sie ihnen Arbeit zum Nachtheil der französischen Arbeiter verschafften. Daneben ist genügend festgestellt worden, daß die belgischen Arbeiter sich mit einem geringen Lohn begnügten und freiwillig der Erhöhung der Arbeitsstunden unter Tag zustimmten. Hieraus entwickelte sich großentheils die bekannte Erregung.

2. Der Entwicklung der Gewerkschaftsorganisation entgegenzuarbeiten. Indem sie die internationale Föderationsbewegung der Bergarbeiter zu hintertreiben suchten, hatten die Grubengesellschaften die Absicht, diese Institution zu stürzen, um in Zukunft ihr ehemaliges Prestige wiederzuerlangen und die Arbeiter noch mehr zu versklaven, die jetzt schon durch ihre gefährliche und aufreibende Arbeit das Kapital der reichen Aktionäre fruchtbar machen. Die belgischen Bergleute haben die hinterlistige Handlungsweise der Gesellschaften nicht begriffen und Alles deutet darauf hin, daß sie unbewußt sich zu Werkzeugen der Gesellschaften machten.

3. Die freie Ausübung des allgemeinen Stimmrechts zu vernichten, indem sie mit Ueberlegung und in bestimmter Absicht die französischen Arbeiter und besonders die in Aemter gewählten, ablegten und ausländische als nicht wählende und nicht wählbare Arbeiter an deren Stelle setzten."

Das Manifest schloß mit den Worten:

„Bergleute Frankreichs! Eure belgischen Brüder reichen euch die Bruderhand; ergreift sie. Denkt über die wahren Ursachen eurer Noth nach und vergreift euch in Zukunft nicht mehr an Arbeitern, die an den unter euch hervorgerufenen Unruhen unschuldig sind. . . ."

Damit war der Sturm halbwegs beigelegt, wenn auch unter der Oberfläche noch wilde Gährung herrschen mochte. Die Arbeiter des Nordens mußten aber an ihrem eigenen Leibe erfahren, wie weh die geschlagenen Wunden thaten. Sie mußten aus dem Verlaufe der Ereignisse die Lehre ziehen, daß sie der Bourgeoisie wieder einmal die Kohlen aus dem Feuer geholt hatten, daß für die „patriotische" Großbourgeoisie das Vaterland nur ein leerer Schall, eine Chimäre ist, die sie, wenn sie es in ihrem Interesse für nothwendig hält, dem Volke als die heiß zu verehrende Gnadenmutter darstellt, ebenso wie sie auch heute ihren Gott und ihren Teufel nur aus der Rumpelkammer hervorholt, um die erzürnte Masse in ihrem Interesse einzuschüchtern und nach ihrem Wunsche zu lenken.

Die französischen Arbeiter mußten an ihrem eigenen Leibe erfahren, daß ihr Wohlergehen der französischen Bourgeoisie ebenso gleichgiltig ist, wie das Wohlergehen der belgischen Arbeiter und daß das sie beide beherrschende Bürgerthum eine ihnen feindliche Klasse, eine ihren Interessen feindlich gegenüberstehende Nation sei, die sich ins Fäustchen lachte und sich die Taschen füllte, sobald das Proletariat uneinig war.

Das war die Lehre, welche sowohl die belgischen als auch die französischen Arbeiter aus den „Nationalitätsstreitigkeiten" in Nordfrankreich zogen. Diese Lehre deckt sich auch vollständig mit dem, was Marx und Engels vor nun fast einem halben Jahrhundert am Schlusse ihres „Kommunistischen Manifests" den Arbeitern zugerufen haben und was heute mehr als je einer der beherzigenswerthesten Wahlsprüche des Proletariats aller Länder sein muß.

Was die Arbeiter noch mehr einsahen, war, daß die mit so viel Menschenblut gezogenen politischen Grenzen in die international geeinte Nation des Proletariats keinen Keil zu schieben vermochten.

Aber die Lehre, welche die Arbeiter Nordfrankreichs erhalten hatten, fand nicht ihren Weg zu einem großen Theil der Arbeiter Südfrankreichs.

Dort, im heißblütigen Süden, sind vor Kurzem abermals blutige Krawalle zwischen Proletariern ausgebrochen. Diesmal waren es französische und italienische Arbeiter, die wieder einmal handgemein wurden und ihr Bruderblut verspritzten. Und wiederum geschah es, wie im Jahre zuvor, gerade in einem Augenblick, wo das französische Proletariat sich anschickte, seinen ausländischen Brüdern zu zeigen, daß es auf dem Wege des Sozialismus flott vorwärts schreite. Vor einem Jahre glänzte die französische Arbeiterschaft auf dem Kongresse zu Marseille, diesmal drängte sie sich zur Wahlurne und gab über eine halbe Million Stimmen für die sozialistischen Kandidaten ab. Um so mehr ist jedoch zu bedauern, daß sich diesem freudigen Ereignisse ein so entsetzliches wie die Metzelei in Aigues-Mortes beigesellen mußte.

Aigues-Mortes ist ein kleines Städtchen von etwa 6000 Einwohnern. Es liegt etwa vier Kilometer vom Golf du Lyon an einem kanalisirten Arm der Rhone. In der Nähe von Aigues-Mortes befinden sich große Salzsalinen, die von Privatgesellschaften exploitirt werden. „Alljährlich im August", so erzählen bürgerliche Blätter, „läßt eine dieser Kompagnien, die ihren Sitz in Mourgues hat, die Reinigungsarbeiten von französischen Arbeitern vornehmen. Als sich diese jedoch heuer zur Arbeit anboten, wurde ihnen die Antwort, daß 600 Italiener gedungen und daß sie in Folge dessen überflüssig seien. Die Italiener arbeiteten bei niedrigerem Lohn viel ausdauernder." Dies gab den Anlaß zu den blutigen Greuelszenen, die in Italien einen Sturm der Entrüstung hervorgerufen haben.

Es ist unglückseliger Weise wahr, daß die Gewaltsakte zwischen französischen und italienischen Arbeitern keine vereinzelten Thatsachen sind, daß sie häufiger und häufiger vorkommen, je erbitterter der Existenzkampf wird. Der Italiener — unsere deutschen Arbeiter haben es auch schon bemerken müssen — ist genügsam, sparsam, er lebt wie ein Deutscher niemals leben kann und will. Er ist devot gegen den Unternehmer und arbeitet Tag und Nacht fast für ein Nichts. Der französische Arbeiter dagegen hat Bedürfnisse, seine Frau und seine Kinder will er gut ernähren und ihnen ein sorgloses Dasein bereiten. Was ist daher natürlicher, als sein Haß gegen die lohndrückenden Italiener? Was ist begreiflicher, als sein Groll gegen die, welche er in der ersten Aufwallung seines Zornes als die Urheber seines Unglücks betrachtet?

Die „Frankfurter Zeitung" und viele andere bürgerlichen Blätter haben anläßlich der Vorfälle in Aigues-Mortes von dem Brotneid der Arbeiter gesprochen. Dabei übersehen die Berichterstatter dieser Zeitungen in ihrer bürgerlichen Befangenheit ganz, daß zwischen dem Brotneid, den ein Geschäftsmann gegen einen anderen hegt, und der furchtbaren Konkurrenz auf Leben und Tod, welche die Proletarier sich zu machen gezwungen sind, wenn keine Organisation sie zu gemeinsamem Kampf gegen das Kapital zusammenfaßt, ein unüberbrückbarer Unterschied besteht, und daß der bürgerliche Brotneid oft possenhaft wirkt, während der proletarische Hunger eine grauenhafte Lebenstragödie in sich schließt.

Damit sollen die in Aigues-Mortes verübten barbarischen Akte nicht gerechtfertigt werden. Diese werden immer unseres Jahrhunderts und der französischen Arbeiterschaft unwürdig sein. Auch dem italienischen Arbeiter soll keine Schuld an den Ereignissen beigemessen werden, die wahre Urheberin ist die geldgierige

Bourgeoisie, die geldhungerige Salinengesellschaft, die durch ihre Agenten arme Italiener aus ihrer Heimath geschleppt hat, um sie gegen die französischen Arbeiter ausspielen zu können.

Gewiß, die Kompagnie hat es gewußt, welche Ereignisse sie heraufbeschwor, als sie die Italiener herbeilockte. Sie mußte voraussehen, daß die Franzosen ihre Arbeit nicht widerstandslos an Andere abgeben würden, daß sie nicht die arbeitbereiten Hände in den Schooß legten, während ihre Frauen und ihre Kinder zu Hause nach Brot schrieen.

Das mußte die Salinenverwaltung wissen! Ihre Handlungsweise war also ein Verbrechen, ein Verbrechen, für dessen Bestrafung es leider keine Gesetze giebt.

Dies fühlen auch die Blätter der Bourgeoisie, die absichtlich die Augen verschließen, um nicht die wahren Ursachen der Schandszenen zu sehen. In seiner Verlegenheit schreibt der „Temps", und dabei nimmt er sogar zu Verleumdungen seine Zuflucht: „Die französischen und italienischen Arbeiter wären durch Spirituosengenuß überhitzt gewesen. Sie hätten sich gegenseitig einen Streich spielen wollen. Ein italienischer Arbeiter habe seine schmutzigen Hosen in dem Trinkwasser der Franzosen gewaschen und dadurch sei es zur Schlägerei gekommen."

Wie immer, so geht auch hier die Bourgeoisie der Sache nicht auf den Grund und erblickt nur, was auf der Oberfläche schwimmt. Mit seinen „Erklärungen" vermag der „Temps" wohl nur das satte Rentierthum, das in jedem Arbeiter ein trunkenes Ungeheuer sieht, zu überzeugen. Die wahre Verantwortlichkeit für die brudermörderischen Ereignisse in Aigues-Mortes trägt die Nation, deren Interessen denjenigen des Proletariats diametral entgegengesetzt sind: Die Nation der Herrschenden.

Einige Worte zur ethischen Bewegung.*

Von **A. R. Hardeg.**

Vom 5. bis 14. August fand in Eisenach der ethische Kongreß statt, der größtentheils aus Mitgliedern der deutschen Gesellschaft für ethische Kultur zusammengesetzt war. Es ist in diesen Blättern bereits mehrfach der Gesellschaft Erwähnung geschehen, meist aber polemisirend gegen die Ansichten einzelner Vertreter oder ihr nahestehender Personen. Wir unsererseits glauben, daß damit jedoch in keiner Weise die Bedeutung der Gesellschaft für die Sozialdemokratie sowohl als Symptom, wie auch möglicherweise als wirkungsvolle Kraft erschöpft ist. Gerade bei einer so jungen, noch im Werden begriffenen Bewegung, wie die ethische es ist, ohne klares, in genauerem Sinn bindendes Programm — weder offiziell noch offiziös — darf der Meinung Einzelner über das, was die Vereinigung soll und was sie nicht soll, kein allzu großes Gewicht beigelegt werden. Es ist selbstverständlich, daß wir uns für unsere kurzen Ausführungen hier eine gleiche Beurtheilung gefallen lassen müssen. Immerhin aber halten wir es für angezeigt, den Eindruck anzudeuten, der in uns erweckt ward, als wir vom sozialistischen Standpunkt aus die bisherige Gesammterscheinung der Gesellschaft ins Auge faßten.

Der „Vorwärts" sagte zwar in einer kurzen Notiz über den ethischen Kongreß, daß die praktische Bedeutung der ethischen Bewegung nicht besonders hoch anzuschlagen sei, doch möchten wir hinsichtlich solcher Erklärungen zur Vorsicht mahnen. Gerade die Sozialdemokratie hat am wenigsten Grund, diese aufstrebende, sich noch

* Der Standpunkt des Verfassers ist nicht der unsere, schon mehrfach in diesen Blättern entwickelte. Indessen — audiatur et altera pars. Die Redaktion.

in den ersten Anfängen befindende Bewegung als „Unmögliches erstrebend“ kurz abzuweisen. Das mag sie doch dem bürgerlichen Philister überlassen, von dem das Wort Lange's gilt, daß die Vergötterung einer Wirklichkeit, die er nicht einmal versteht, bei ihm nur eine Abwehr gegen Gedanken ist, deren Eindringen den gesunden Schlaf beeinträchtigt und den Appetit stört. Daß die ethische Bewegung aber diejenige wirthschaftliche Grundlage verkennt oder sagen wir richtiger dauernd verkennen wird, ohne deren Berücksichtigung vom Standpunkt der Sozialdemokratie aus an keine tiefeingreifende Aenderung menschlichen Zusammenlebens gedacht werden kann, bezweifeln wir. Ein im Werden Begriffenes sehen wir vor uns, bei dessen Gestaltung wir allerdings das Mitwirken zielbewußter, auf sozialistischem Boden stehender Männer nur wünschen können. Daß die Anfänge der ethischen Bewegung Manchem klein und schwächlich dünken mögen, dürfte doch wohl nur den abschrecken, der von der idealen Auffassung von Macht und Erfolg, wie sie leider heute meistens in der bürgerlichen Gesellschaft herrscht, angesteckt ist und vor ihr das Knie beugt. Und wir müssen es aussprechen: die Bezeichnung „bürgerliche Ideologie“ wird nur zu leicht als bequemes Schlagwort verbraucht. Einzig berechtigt an seiner Stelle, erscheint uns die Anwendung dieses Wortes bedenklich und unwürdig, wenn damit die Ohren verstopft werden gegen die Ideen und Wünsche derer, die politisch und ökonomisch geschlossen mit der Sozialdemokratie stimmen und gehen. Man spreche uns nun aber nicht von Kompromissen und Zugeständnissen durch den Beitritt zu der deutschen Gesellschaft für ethische Kultur. Nicht um ein Aufgeben, sondern um ein Aufprägen des eigenen Standpunktes handelt es sich. Und hier kommen wir zu dem, was wir in der Gesellschaft für die Sozialdemokratie bis jetzt erblicken.

Das sozialdemokratische Zentralorgan nannte in seiner Notiz weiterhin die ethische Bewegung „symptomatisch“, und dieser Bezeichnung stimmen wir durchaus zu. In den konstituirenden Versammlungen der Gesellschaft trat ein sich Sozialdemokrat nennender Redner auf und erklärte die ethische Vereinigung als „das letzte Angstprodukt der bürgerlichen Gesellschaft“. Daß Furcht in diesem Sinne das wirkende Motiv sei, bestreiten wir, aber in der tiefen Unzufriedenheit mit dem Bestehenden, die unsicher und sehnsuchtsvoll zugleich nach etwas Neuem, etwas Besserem tastet, erblicken wir den letzten Anlaß zu der Bewegung. Jene Sehnsucht ist allerdings zum Theil erwachsen aus dem Hinschwinden der Religion als lebendig wirkender Kraft und dem Wunsch nach einer neuen, gemeinsam bindenden, sittlichen Grundlage, daß eben eine solche aber einer anderen Gesellschaftsordnung bedarf, ist die unabweisbare Lehre, zu der eine ernste, wissenschaftliche Untersuchung führt. Eine solche auf wirthschaftlichem Gebiet in weiteren Kreisen zu befördern, erhellend und vorbereitend zu wirken unter den Mitgliedern der besitzenden Klassen, unter denen, die nicht Interessenpolitik, sondern Unkenntniß heute das „rothe Gespenst“ — wir gedenken hier eines Wortes von Liebknecht — fürchten läßt, heißt den Boden im Geiste des Sozialismus bearbeiten. Wer mit Augen geschaut, mit Ohren gehört hat, welch' unglaubliche Unkenntniß auf dem Gebiete der Nationalökonomie und Statistik unter den sogenannten „Gebildeten“ herrscht, der weiß auch, daß es sich in Tausenden von Fällen bei dem stumpfsinnigen Widerstande gegen die sozialistischen Ideen um einen Mangel an Einsicht handelt. Wir geben zu, daß letztere in den weitaus zahlreichsten Fällen in Folge eigener Nothlage gewonnen wird, aber wäre diese Nothlage die einzige Quelle der richtigen Erkenntniß, so könnten nicht materiell gesicherte Männer Vorkämpfer des Proletariats sein. Faßt man den Begriff der Nothlage aber wieder in weiterem Sinne, so ist nicht einzusehen, warum er nicht auf größere Kreise der Besitzenden Anwendung finden kann, so auf alle Diejenigen, die, über den Kreis ihres persönlichen Wohlergehens hinausblickend, durch unsere wirthschaftlichen und sozialen Verhältnisse sich in der Verwirklichung ihrer sittlichen Forderungen gehindert sehen.

Man mißverstehe uns nicht: was wir betonen, ist nur, daß mancherlei Motive hinwirken können, auf den richtigen Standpunkt für die Beurtheilung der Umgestaltung unseres sozialen Lebens zu führen. Daß dieser Standpunkt selbst keinerlei

Kompromisse zuläßt, daß die Kampfesweise der Sozialdemokratie bei ihren Zielen die einzig mögliche ist, daß die Besitzenden voll und ganz zu der politischen Auffassung des Proletariats kommen müssen, haben wir selbst an anderer Stelle („Deutsche Worte“, Juniheft) nachdrücklich hervorgehoben. Jeder Bestrebung, — auf welchem Gebiet auch immer — die Verwirrung oder Verwässerung hinsichtlich eben dieser politischen Auffassung erzeugen könnte, wäre unbedingt entgegenzutreten, aber auch nur einer solchen. Vergleichen wir aber die ökonomischen Kenntnisse und die politische Bildung des Durchschnitts der sog. Gebildeten mit der des Arbeiters, der möglicherweise der Gesellschaft beitreten wird,* so ist mit denkbarster Sicherheit anzunehmen, daß die Besitzenden höchstens durch den Arbeiter „irre gemacht“ oder sagen wir richtiger aufgeklärt werden.

Es ist nun aber ferner gerade in diesen Blättern wiederholt ausgesprochen worden, daß jedes Zugeständniß der Bourgeoisie erwünscht sei, welches Hebung des Proletariats bewirke, ohne dessen Befreiungskampf zu lähmen. Auch in dieser Hinsicht sollte die mögliche Bedeutung der deutschen Gesellschaft für ethische Kultur nicht verkannt werden. Einer Partei, wie der sozialdemokratischen, die selbst mit Anspannung aller Kräfte den politischen Kampf führen muß und von der daher nicht jede andere Vorarbeit für das endliche Ziel mit gleicher Intensität ins Auge gefaßt wird, kann es nur lieb sein, wenn eine solche von anderer Seite selbst in kleinem Umfang geleistet wird. Es kommt natürlich gerade hier auf den Geist der „Zugeständnisse“, wie die möglichen Leistungen im Sinne der Klassengegensätze genannt werden, vor Allem an. Eben dieser Geist ist aber bei der ethischen Bewegung ein erst in der Bildung begriffener, und der Eisenacher Kongreß hat hier einen erfreulichen, von uns selbst nicht erwarteten Fortschritt gebracht.

Es kann nicht unsere Absicht sein, im Rahmen dieser allgemeinen Betrachtungen dies bis ins Einzelne auszuführen. Wir erwähnen zur Beleuchtung der doppelten Bedeutung, die vom sozialistischen Standpunkt betrachtet die Gesellschaft gewinnen kann, nur den von dem bekannten Privatdozenten Dr. Emil Reich aus Wien auf dem ethischen Kongreß gehaltenen Vortrag „Die Kunst und das Volk“. Wie der Redner, der nicht einmal in der sozialdemokratischen Partei steht, auf der einen Seite in seinen praktischen Ausführungen nicht Wünsche, sondern Forderungen an die besitzenden Klassen richtete, die durchaus dem Sinne der sozialdemokratischen Partei entsprachen,** so schleuderte er andererseits mit seinem wirkungsvollen Vortrag der Versammlung in ihren Vertretern der Bourgeoisie eine furchtbare Anklage entgegen, die auch als solche empfunden ward. „Die Phrase vom Untergang aller Kunst, sobald einmal das Proletariat zur Herrschaft im Staat gelangen sollte, schließt versteckt den grimmigsten Vorwurf gegen diejenigen ein, welche solche Behauptungen aufstellen. Wäre es so, dann müßten die Bevorrechteten und Besitzenden reuig an ihre Brust schlagen und rufen: Nostra culpa, nostra culpa, nostra maxima culpa!“ Und dann weiter! „Eine allgewaltige Bewegung hat die Welt erfaßt. Wie einst das Bürgerthum, ringt heute das arbeitende Proletariat um Gleichberechtigung und diese wird ihm nicht versagt bleiben können — mit uns oder wider uns, in jedem Falle. Denn auch jetzt von Neuem gelten die Worte Chamisso's:

> Unablässig, allgewaltig,
> Unaufhaltsam naht die Zeit.

Sie hat gar wenig Respekt vor den Theorien von angeblich nothwendigen Unterschieden und historischen Rechten, die geschont werden müßten — —“ u. s. f. Man wird uns entgegenhalten, wie oft in dieser oder anderer Form dies geschrieben oder gesprochen ward. Möglich oder sicher sogar! Aber es kommt, wenn es sich um die Wirkung handelt, darauf an, daß es auch gelesen und gehört wird. Gehört nicht

---

* In erwähnenswerthem Umfang geschah dies bis jetzt nur in Süddeutschland.

** Erwähnt sei die Verurtheilung der Rührstücke, die der von bürgerlichen Kreisen geleitete „Verein für Volksunterhaltung“ in Berlin zur Aufführung brachte.

nur von den uns geschlossen entgegentretenden politischen Parteien, gelesen nicht in den entstellten Berichten ihrer Zeitungen! Man drängt sich nicht nach diesen Wahrheiten.

Und hiermit sind wir am Ende unserer Ausführungen angelangt. Was die ethische Bewegung im Sinne der Sozialdemokratie möglicherweise leisten kann, glauben wir angedeutet zu haben. Auch von ihr wäre es ein eitles Beginnen, „naturgemäße Entwicklungsphasen überspringen“ oder „wegdekretiren“ zu wollen, aber auch sie vermag in ihrer Weise einer neuen Zeit vorzuarbeiten, deren „Geburtswehen abkürzen und mildern“ zu helfen.

Notizen.

Die Zahl der naturalisirten Fremden in Frankreich ist in rascher Zunahme begriffen. Man zählte daselbst Naturalisirte

1851 . . .	13 525	1876 . . .	34 510
1861 . . .	15 259	1881 . . .	77 046
1866 . . .	16 286	1886 . . .	103 886
1872 . . .	15 330	1891 . . .	170 704

Bis 1872 war eine entschiedene Zunahme der Naturalisirten nicht zu bemerken. Von da an aber steigt sie rapid; sie hat sich binnen 20 Jahren mehr als verzehnfacht.

Einer der Hauptschuldigen an dieser Erscheinung ist wohl der praktische Malthusianismus der französischen Kleinbürger und Kleinbauern. Weigern sich diese, dem rasch wachsenden Kapital den nöthigen Zuschuß von Proletariern zu liefern, dann steigen nicht die Löhne, wie man nach dem „ehernen Lohngesetz“ annehmen sollte, sondern dann holen sich die Kapitalisten die nöthigen Hände aus dem Ausland — wenn's sein muß, sogar aus China.

Der Export von Baumwollenwaaren aus England ist in bedeutendem Rückgang begriffen. Nach den Berichten des Board of Trade betrug der Export von Baumwollengarn aus England im ersten Halbjahr (1 Yard = 91 Centimeter):

1891	2 408 918 900	Yards
1892	2 412 884 900	„
1893	2 100 936 100	„

Besonders stark war die Abnahme des Exports nach Asien: China bezog in der ersten Hälfte dieses Jahres gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres 92 Millionen Yards weniger, Bengalen 72 Millionen, Bombay 68 Millionen u. s. w. Bombay macht Manchester Konkurrenz. Aber bereits beginnt Schanghai Bombay Konkurrenz zu machen.

Noch auffallender ist der Rückgang der Ausfuhr von Baumwollengeweben. Die Ausfuhr betrug im ersten Halbjahr (1 Pfund = 453 Gramm):

1891	130 286 500	Pfund
1892	116 945 100	„
1893	91 380 800	„

Am bedeutendsten war 1893 die Abnahme in der Türkei, 6 Millionen Pfund. Aber auch Ostasien zeigte einen starken Rückgang: Bombay 4 Millionen, Japan 3 Millionen, China 2 Millionen, Bengalen 1 Million u. s. w.

Neben der asiatischen wird auch die amerikanische Konkurrenz immer fühlbarer. Und nicht blos die der Vereinigten Staaten. In Mexiko z. B. soll die Baumwollenindustrie einen bedeutenden Aufschwung nehmen.

In England selbst werden aber inzwischen immer wieder neue Spinnereien und Webereien errichtet, immer wieder neue Verbesserungen an Maschinen und

Produktionsmethoden eingeführt, die Produktivität der Spinner- und Weberarbeit wird immer mehr gefördert!

So treibt vielleicht gerade die Textilindustrie am schnellsten dem Zustand entgegen, wo die Produktion für den Markt unvereinbar wird mit den modernen Produktionsmitteln, wo der Sozialismus die einzige Rettung bildet vor dem Bankerott.

Feuilleton.

Seemannsfrau.

Novelle von Egor Schugoy.

(Schluß.)

XVII.

Es ist nicht leicht, die erste Wirkung der tropischen Natur auf das Gemüth eines Nordländers zu beschreiben. Sprachlos vor Erstaunen sieht er, wie all die schönen Blumen, die er zu Hause nur in den Treibhäusern zu finden gewohnt war, hier in freier Luft wachsen und gedeihen. Hier bedecken die bei uns ängstlich vor Zug und Kälte gehüteten Heliotropen ganze Mauern und erfüllen die Luft mit ihrem süßen Duft. Zarte Topf-Kamelien sind zu hohen Bäumen verwandelt, Kaktusse erheben sich als Riesenstämme und Bananenreihen bilden mit ihren metergroßen Blättern dunkle, schattige Gänge. Und erst die verschiedenen Palmenarten! — die mit den Fächerblättern, welche man als kleine Blumentischpflanze gepflegt hat und die nun eine schwindelnde Höhe erreichen — und die mit den langen Zweigen, wie sie für theures Geld und in unendlich verkleinerten Exemplaren für Todtenkränze gekauft werden und deren Stamm hier kaum zwei Männer umspannen könnten. Wer kann die Bewunderung beschreiben, die all diese lebendigen Wunder in einer empfindlichen Seele hervorrufen. Ueberall von oben bis unten klettern Rosen mit ihren blühenden Gewinden, Palmen mit Magnolien verbindend und ganze Kaskaden weißer und rother Zentifolien bildend. Die dunklen Zedern und kahlen Araukarien bekränzen sie mit ihren duftenden Zweigen, während die ewig grünen Weinranken mitten zwischen süßduftenden Oleanderblüthen umherklettern in einer Ueppigkeit und Pracht, wie sie die verzärtelten Sorgenkinder unserer nordischen Gärten nie erreichen können. — —

Lind und wohlthätig legte sich Anfangs die lichtdurchtränkte Wärme der seligen Insel auf Mathildens kranke Brust. Die tiefe Ruhe des einsamen Fleckchens Erde that ihren erschlafften Nerven unbeschreiblich wohl. — Stundenlang konnte sie in der kleinen Rosenlaube sitzen und das Spiel der goldenen Lichtflecken auf dem grauen Tisch beobachten in stiller, gedankenloser Ruhe! Stundenlang wanderte sie von einem der schönen Sträucher zu den seltsamen Grashalmen, die lieben, fremden, duftreichen Blumen mit zärtlicher Berührung liebkosend. Die goldig schimmernden Bienen summten um die Heliotrophecke. Die kleinen gelben Kanarienvögel, ganz ähnlich denen, die sie zu Hause in einem Käfig pflegte, schossen wie lebendig gewordene Sonnenstrahlen durch die duftreiche Luft; große, bunte Schmetterlinge bewegten ihre Sammetflügel und kleine, smaragdgrüne Eidechsen raschelten zwischen den moosbekleideten Steinen des alten Gemäuers und kamen zutraulich bis auf ihre Hand geschlichen, mit den klugen, schwarzen Aeuglein die stille, bleiche Frau furchtlos anblickend.

O wie wohlig wanderte es sich in der Mittagshitze in der langen Bananenallee, wo die riesigen Früchte schwer zwischen den glänzend grünen Blättern sehnsüchtig die Sonnengluth zu trinken schienen. Wie süß ließ sich's am Ufer träumen, wo von den blauen Wellen eine linde Kühle hinaufwehte und die Ruhe von keinem Neugierigen gestört wurde.

Fast glaubte die leidenschaftliche Frau, in dieser erweichend wirkenden Natur ruhiger werden zu können. Sie fing dumpf zu ahnen an, daß es auch außer der glühenden Liebe, wie sie ihre Brust erfüllte, noch Zärtlichkeit giebt und daß sie vielleicht unrecht that, von ihrem Manne ein Gefühl zu fordern, das seiner Seele fremd war, — gerade so, wie sie unrecht gethan hatte, von der armen nordischen Heimath diese üppigen Palmenwälder zu verlangen.

XVIII.

Doch ach, diese glückliche Ruhe konnte nicht lange dauern! — Kaum war Mathilde mit den tropischen Wundern etwas vertrauter geworden, als die alte Sehnsucht nach dem Geliebten mit doppelter Kraft sich einstellte, hier, wo sie Nichts und Niemanden hatte, um ihre Gedanken von dem Abwesenden abzulenken. Und sie that nichts, um diese Sehnsucht zu mindern. Sie sprach kaum mit ihren Hotelnachbarn und suchte auf ihren Spaziergängen am liebsten die einsamsten Stellen auf, um sich dort ungehindert ihren Träumen zu überlassen. Ach, und die Sehnsucht ist eine schlechte Gesellschaft für eine schwache, kranke Brust, denn sie zehrt die Lebenskräfte nur zu schnell auf.

Die Erleichterung, welche die warme Sonne in den ersten Tagen für Mathilde gebracht hatte, hielt nicht an und bald fühlte sich die arme Frau schwächer und kränker, als je zuvor. Doch sie klagte nicht, sie rief auch keinen Arzt, denn sie wußte es nun, — ihr Leid lag in der Seele und ließ sich durch Menschenkunst nicht heilen. So ging sie bleich und still durch die üppige Lebens- pracht Madeiras, als einer jener todtwunden Gäste, welche die schöne Insel zu einem Riesenkrankenhause machen, und zählte Tage und Stunden bis zur Rückkehr des Dampfers, der ihr den geliebten Gatten zurückbringen sollte.

XIX.

Ueber zwei Monate schon lebte Mathilde auf Madeira, als sie eines Morgens durch das laute Gebrüll eines Nebelhornes geweckt wurde. Es war ein Zeichen der Ankunft oder Abreise eines Dampfers! Derlei Laute waren nichts Seltenes in Funchal, wo jede Woche zwei bis drei Dampfer ein- und ausliefen. Diesmal aber schien es Mathilde, als erkenne sie den Klang.

Heftig erregt sprang sie aus dem Bette und horchte gespannt. Richtig! — Das Brüllen des Nebelhornes kam näher, es kam also von einem neuankommenden Schiffe.

Jetzt zwei — drei langgezogene Laute zur Begrüßung des Hafens. Kein Zweifel — das war die „Grethe", das Schiff ihres Mannes. In fiebernder Eile warf Mathilde ihre Kleider über und eilte durch die stillen, schlafenden Straßen zum Hafen herunter.

Die Sonne war noch nicht aufgegangen, kaum, daß die erste graugrüne Morgendämmerung die Schatten der Nacht zu zerstreuen begann. Kühl wehten die Lüfte in dieser kühlsten Tageszeit, doch Mathilde achtete nicht darauf. In fliegender Hast lief sie die steilen Berggäßchen hinunter, auf den glatten, runden Pflasterkieseln ausgleitend und kam in Schweiß gebadet am Seeufer an, wo einige Dutzend Matrosen, Schlittenkutscher und Bootruderer ihre permanenten Quartiere hielten.

Ein Blick auf die im jungen Morgenlicht erglänzenden Wellen zeigte ihr, daß sie sich nicht getäuscht hatte. Da lag wirklich die dunkle Schiffssilhouette, die gestern noch nicht da war, die blaugrüne Flagge der Hamburger Kompagnie flatterte lustig im Winde — es war die „Grethe"! O welches Glück! Ihr Karl war wieder da.

Sie blickte sich um, eine Barke suchend, die sie hinüber führen konnte, da streifte ihr Blick ein bekanntes Gesicht.

Es war Herr Brindy, der von der entgegengesetzten Seite gleichfalls zum Landungsplatz geeilt war.

„Ah, Mistreß Hannes!" rief der stets freundliche Agent, die junge Frau erkennend. „Gut, daß ich Sie hier treffe, ich habe soeben einen Kommis nach Ihrem Hotel geschickt."

„Sie fahren gewiß nach der ‚Grethe', Mister Brindy", rief Mathilde hastig, ohne den etwas verlegen dreinschauenden Herrn ausreden zu lassen. — „Bitte, nehmen Sie mich mit. Ich kann mich so schwer mit den Leuten verständigen und möchte doch nicht warten, bis mein Mann erst ans Land kann." —

Der Agent sah noch verlegener aus.

„Hm — Mistreß Hannes — darum handelt es sich eben. — Wir können nicht auf die ‚Grethe' und der Kapitän kann auch nicht herunter. Die ‚Grethe' hat ja Quarantaine."

Entsetzt blickte Mathilde nach dem Hafen hinüber. — Richtig! — Da wehte die unheimliche gelbe Flagge, die sie in dem ersten Freudentaumel ganz übersehen hatte.

„Um Gottes Willen, Mister Brindy", rief sie mit zitternder Stimme. „Was ist denn geschehen? Warum hat die ‚Grethe' Quarantaine bekommen?"

Der Engländer blickte besorgt in das fahle Gesicht der hübschen Frau. Er wußte nicht recht, wie er der maßlos Aufgeregten die Sache am besten beibringen sollte.

„Ja, wissen Sie, Mistreß Hannes", sagte er endlich zögernd, „sie hat doch die marokkanischen Häfen berührt und so fürchtet man hier, daß sie etwa die Cholera von Bord verschleppen könnte." — —

Schwankend griff Mathilde nach dem Arm des erstbesten Schiffers, das schreckliche Wort Cholera traf sie wie eine Kugel ins Herz. Ein rother Nebel verdunkelte Alles vor ihren Augen.

Wie im Traum hörte sie die beruhigenden Worte des Engländers, der ihr auseinander setzte, daß die Sache gar nicht so schlimm sein könne, weil nur ein einziger Matrose krank gewesen sei, daß dieser Fall seit vierzehn Tagen sich nicht wiederholt habe und folglich von einer Choleragefahr im eigentlichen Sinne gar keine Rede sein könne.

Doch wann hätten Worte eine in Angst um das Leben des Geliebten sich verzehrende Frauenseele beruhigen können! —

„Zu ihm! Zu ihm!" wiederholte Mathilde immer heftiger, so daß dem Agenten schließlich doch nichts weiter übrig blieb, als ihrem Wunsche nachzugeben und die Zitternde mit in das Boot zu nehmen, um wenigstens durch den Anblick des Gatten ihre schlimmsten Befürchtungen zu zerstreuen.

XX.

Rasch flog das kleine Boot mit der Hamburger Flagge am Steuer über das tiefblaue Wasser.

Eine kühle Brise machte Mathilde zittern.

Besorgt reichte ihr Mister Brindy sein Plaid hin, doch sie achtete nicht darauf. Ihre Blicke hingen nur an der dunklen Silhouette des immer deutlicher werdenden Dampfers, auf dessen Mast die unheimliche gelbe Sanitätsflagge flatterte.

Zwanzig Schritte vor der „Grethe“ begegnete ihnen das Quarantaineboot mit den beiden portugiesischen Hafenpolizisten, welche darauf zu achten hatten, daß das vervehmte Schiff keine direkten Beziehungen mit dem Lande habe.

Der allgemein bekannte Agent wurde nicht aufgehalten, da er ja nur ein paar Worte mit der Besatzung des Schiffes wechseln wollte, ohne es zu betreten.

Noch ein paar kräftige Ruderschläge und Mathilde erkennt schon die Gesichter einzelner Matrosen, die auf dem Deck schaffen unter der Aufsicht des jungen zweiten Offiziers.

„Herr Burke!“ ruft sie laut, sich mit Mühe aufrecht haltend, „wo ist mein Mann?“

„Bitten Sie den Kapitän heraufzukommen“, ruft auch Brindy nach dem Dampfer hinüber. „Seine Gattin möchte mit ihm reden.“

Doch der junge Offizier zeigt keine sonderliche Eile, den Wunsch der Neuangekommenen zu erfüllen. Verlegen blickt er um sich, die Frau seines Vorgesetzten scheint ihm furchtbar ungelegen zu kommen. Schließlich stammelt er etwas Unverständliches, aus dem Mathilde nur die schrecklichen Worte: „Unfall — liegen bleiben“ — heraushört.

Das grausige Gespenst der Cholera steht vor ihren Augen. Es ist kein Zweifel mehr! Ihr Mann! — Ihr Glück! — Ihr Alles — liegt krank darnieder und man will sie verhindern, neben ihm zu sein — ihn zu pflegen, zu retten! — Nein, das soll Niemandem gelingen! Sie wird ihn zu erreichen wissen, Allen und Jedem zum Trotz!

„Zu ihm! — zu ihm!“ ruft sie, mit gebietender Geberde auf das Schiff deutend.

Die portugiesischen Matrosen blicken sich fragend an. — Mister Brindy sucht sie zu beruhigen und faßt sie sanft bei der Hand, — doch die alte Leidenschaftlichkeit Mathildens ist erwacht. Sie glaubt, die Stimme des Geliebten sie rufen zu hören — sie muß zu ihm — um jeden Preis zu ihm! — Mit einem gewaltigen Ruck befreit sie ihre Hand und springt über Bord, um schwimmend das Schiff zu erreichen. —

Ein Schreckensruf ertönt auf dem Dampfer und im Boote. Taue und Rettungsringe fliegen herunter. — Einer der halbnackten portugiesischen Ruderer springt der mit den Wellen ringenden Frau eilig nach und nach ein paar Minuten sieht sich die halb ohnmächtige Mathilde auf dem Deck der „Grethe“ glücklich angelangt.

Ihre Kleider triefen — die Zähne klappern — das kalte Wasser dringt bis auf ihre Knochen, doch sie merkt nichts von alledem! „Karl — Karl!“ ruft sie, in die Kapitänskajüte stürzend.

„Mathilde — Du hier?! Wie ist das möglich?“ antwortet ihr die bekannte, geliebte Stimme erstaunt, fast vorwurfsvoll, und sie erblickt ihren Mann, wohl etwas bleich, aber doch vollkommen ruhig mit einer Zigarre im Munde, halb liegend, während der Schiffsarzt einen Verband um sein verstauchtes Bein legt.

Gottlob, es war also nicht die Cholera, die ihn unten hielt, — eine winzige Verletzung ohne jede Wichtigkeit, die in drei Tagen vorbei sein dürfte.

„Gott sei's gelobt!“ flüstert Mathilde, die Augen zum Himmel hebend und sinkt von Kälte und Aufregung überwältigt, zu Boden.

XXI.

Nun ist die Reihe an Karl, sich um das Befinden seiner Frau zu sorgen. Stundenlang muß er warten, bis sie aus der tiefen Ohnmacht erwacht, — und als sie endlich die Augen wieder aufmacht, als er sie so bleich und fiebernd sieht, kann er einen leisen Vorwurf nicht zurückhalten: „Wer wird denn so unbedacht sein, liebes Kind, und so tolle Streiche machen um nichts und wieder nichts. Burke hat Dir doch gesagt, daß mein Unfall absolut keine Bedeutung habe, während Du Dir hier eine ernsthafte Erkältung zuziehen kannst!"

„Sagen Sie lieber, zugezogen hat!" verbesserte der Schiffsarzt, bedenklich den grauen Kopf schüttelnd, „und eine verflucht ernste sogar. Nun muß Frau Mathilde fein folgsam sein — sonst stehe ich für nichts!"

Selig lächelnd versprach die Kranke Alles, was man wollte. Nun war ihr ja Alles recht, da sie doch bei Karl war und auch bleiben mußte, da Niemand das in Quarantaine liegende Schiff verlassen durfte.

„Verzeihe mir, Geliebter", bat sie mit Thränen in den Augen, „ich war so erschrocken, als ich von der Cholera hörte! Ich sah Dich schon sterbend — todt! Die gelbe Flagge machte mich toll vor Angst."

„Aber Kind, wer wird denn gleich so ängstlich sein! Ein bischen Quarantaine ist doch nichts Lebensgefährliches! Und wenn wir auch wirklich eine richtige Choleraepidemie an Bord haben sollten — was weiter! Auch auf so was muß eine tüchtige Seemannsfrau gefaßt sein — das ist doch ‚selbstverständlich'! Du aber hast Dich krank gemacht und mich in die größte Verlegenheit gebracht. Nun muß ich Dich in der schlechtesten Zeit nach Hause fahren, während das heiße Klima für Dich von größtem Nutzen wäre!"

Er konnte lange reden! — Mathilde hörte ihn bald gar nicht mehr. Das Fieber wurde von Stunde zu Stunde heftiger; bald stellten sich Phantasien ein, bunte Bilder wechselten in ihrem schmerzenden Gehirn — abgerissene Phrasen tönten in ihrem Ohr — unklare Gestalten erfüllten die Kabine! Ihr Gesicht glühte, ihre Pulse flogen und der schwere, hartnäckige Husten zerriß ihre schwache Brust, große rothe Flecken auf den Polsterbezügen zurücklassend.

Bald war an Hilfe nicht mehr zu denken! — Die Jahre lang mit aller Gewalt bezwungene und sorgfältig verborgene Krankheit überfiel nun mit verdoppelter Gewalt das endlich besiegte, kraft- und willenlose Opfer. Mathildens Lebenssäfte waren durch das ewige stille Sehnen total aufgerieben. Ihr Körper konnte, ihr Geist wollte der Krankheit nicht mehr widerstehen. Fast glücklich in ihrem gedanken- und wunschlosen Schwächezustand übergab sie sich willenlos den bunten Phantasien, die ihr ein Land vorgaukelten, wo es kein Abschiednehmen mehr gab.

Kurz und schmerzlos war die Agonie der armen jungen Frau, deren Gatte das letzte leidenschaftliche Liebesgeflüster mit derselben kühlen, etwas erstaunten Zärtlichkeit erwiderte, wie ihre ersten Liebesausbrüche in der süßen Brautzeit! —

* *
*

Auf dem Kirchhofe des kleinen Städtchens an der Nordsee steht ein steinernes Kreuz über einem Rasenhügel, der keinen Sarg deckt. — Mathilde ruht im stillen, blauen Ozean.

Die Großeltern erziehen Mathildens Töchterchen zu einer, wie sie sagen, tüchtigen Seemannsfrau, zu einem Wesen, welches es für selbstverständlich findet, daß das Kapital den Gatten von der Gattin reißt, und welches sich ruhig und klaglos in sein Schicksal ergiebt, das die Mehrheit der Seebevölkerung heute noch für unabänderlich, für eine Naturnothwendigkeit hält.

Für die Redaktion verantwortlich: Georg Baßler in Stuttgart.



Nr. 51. XI. Jahrgang, II. Band. 1892-93.

Herzog Ernst von Koburg.

⸗ Berlin, 6. September 1893.

Glück muß der Mensch haben, und wer all sein Lebtag von der Reklame gelebt hat, der kann sich nichts Besseres wünschen, als in der Hochsommerzeit zu sterben, in den dürren Tagen der sauren Gurke, wo die stoffhungrigen Zeitungen jede mühsam erhaschte Fliege in ihren Spalten zu einem Elephanten aufzublähen suchen. Dies Glück hat dem Herzoge Ernst von Koburg und Gotha noch zu guter Letzt geblüht, und wenn er hätte vorhersehen können, wie die bürgerliche Presse nun schon wochenlang von den Resten seines Leichenschmauses zehrt, so hätte es ihm dieser ungewöhnliche Genuß leichter oder je nachdem auch schwerer gemacht, von der freundlichen Gewohnheit des Daseins zu scheiden.

Wer den Herzog Ernst im Spiegel seiner Reklame sehen will, der muß sich wohl oder übel durch seine sogenannten Denkwürdigkeiten zu würgen suchen. Der Humbug beginnt gleich bei dem Titelblatte, denn nicht Herzog Ernst ist der Verfasser des ungenießbaren Schmökers, sondern einer jener literarischen Lakaien, welche die bürgerliche Literatur und Wissenschaft dem thüringischen Kleinfürsten mit heißer Begier stellte: nämlich der Geschichtsprofessor Lorenz in Jena. Bei alledem rathen wir Niemanden zu der sauren Arbeit, die drei dicken Bände auch nur flüchtig durchzumustern; man kann dabei vor gähnender Langeweile umkommen. Aber ein Denkmal dauernder als Erz ist das Machwerk dennoch, zwar nicht für die Heldengestalt des Herzogs Ernst, aber wohl für die Bedientenhaftigkeit der bürgerlich-deutschen Gelehrsamkeit. Man wird uns nicht im Verdacht irgend eines unbilligen Wohlwollens für die neu-reichsdeutsche Geschichtschreibung haben; sie hat unendlich viel mehr gesündigt, als ihr jemals verziehen werden kann. Indessen Alles was recht ist: so viel kann man den Sybel und Treitschke zugestehen, daß sie in ihrer Art eine Idee, ein Prinzip, eine Klasse vertreten haben, und wie verbohrt diese Idee, wie rückständig dies Prinzip, wie verkommen diese Klasse sein mochte, es war sozusagen doch immer eine Sache, um die es ihnen zu thun war. Aber rein für die persönlichen Reklamebedürfnisse eines winzigen Duodezdespoten ein paar tausend Druckseiten lang gefabelt und gefälscht zu haben und, versteht sich, in allen akademischen Ehren, das ist der absonderliche Ruhm, der dem Verfasser der Denkwürdigkeiten des Herzogs Ernst gebührt und der diesem Lug- und Trugwerk eine dauernde Bedeutung giebt als einem Maß-

stabe für das, was an bodenloser — Strebsamkeit am Ende des neunzehnten Jahrhunderts auf deutschen Hochschulen möglich war.

Jedes Handwerk hat seine besonderen Bedingungen, unter denen es ausgeübt werden muß und überhaupt nur ausgeübt werden kann, und so auch das Fürstenhandwerk. Legitime Starrköpfe, wie der Graf von Chambord und der König Georg von Hannover verstanden sich besser darauf, als Louis Philippe und der Herzog Ernst. Die Orleans und die Koburger haben als die Bourgeois unter den europäischen Fürstenfamilien vortreffliche Geschäfte gemacht, aber den ehrwürdigen Schimmer, der ihren Beruf umgab, um so gründlicher zerstört. Man sympathisirt schließlich doch noch mehr mit Don Quixote, als mit Sancho Pansa, mehr mit dem Baron von Schnick-Schnack-Schnurr, als mit Karl Buttervogel. Die Orleans hatten aber mehr hinter sich und also auch mehr zuzusetzen als die Koburger, und unter den Koburgern wieder hatten die nach England, Belgien, Portugal und selbst nach Bulgarien Verschlagenen doch noch ganz andere politische Turnplätze als der einheimische Zaunkönig des Geschlechts, der wirklich auf das unermüdlichste Rühren der Reklametrommel angewiesen war, wenn er die Nothwendigkeit der Koburger für die weltgeschichtliche Entwicklung dem beschränkten Unterthanenverstande nachweisen wollte.

Daher das unersättliche Bedürfniß des Herzogs Ernst, von sich reden zu machen um jeden Preis. Jede Befriedigung seiner Eitelkeit weckte um so heftiger den Durst nach neuen Eitelkeiten, denn immer fiel gerade in seine süßeste Selbstberauschung als ein bitterer Tropfen der Gedanke, daß auch der beschränkteste Unterthanenverstand sich die vereinigte Macht der Herzogthume Koburg und Gotha nicht als eine weltbewegende Kraft werde aufreden lassen. Auch hatte er in dieser Beziehung manche schlimme Erfahrung zu machen. Im Zenith seiner Erfolge, als er auf allen Sänger-, Schützen-, und Turnfesten mit dem rebellischen Philister fraternisirte, ließ er durch seinen literarischen Lakaien Tempeltey den Führern der preußischen Fortschrittspartei, die gerade mit Bismarck im heftigsten Verfassungskonflikte lag, wörtlich schreiben:

> Bedürft ihr seiner zu bestimmter That,
> Dann ruft den Tell, es wird an ihm nicht fehlen.

Aber so weit reichte selbst damals die üppige Einbildungskraft der Berliner Fortschrittler nicht. Sie antworteten achselzuckend: was kannst du armer Teufel geben? und sie thaten auch sehr klug daran. Denn wenn sie zur „bestimmten That“ gekommen wären, so hätte sich dieser „Tell“, der nach echter Bourgeois-Art mit plumper Großsprecherei einen feinen Geschäftssinn zu verbinden wußte, schon rechtzeitig auf die Seite der Geßler zu schlängeln gewußt. In der preußischen Konfliktszeit gingen die giftigsten Kalembourgs auf den König Wilhelm vom Koburger Hofe aus und auf dem Frankfurter Fürstentage munkelte der Herzog Ernst mit Oesterreich gegen Preußen, aber als die „bestimmte That“ herannahte, da fiel er rechtzeitig auf die rechte Seite und er trug die Schmalkaldener Forsten als einen Millionenpreis für den glücklichen Wandel seiner Gesinnung davon. Nein, wenn es auf „bestimmte Thaten“ ankam, dann konnte man den Herzog Ernst ganz sicher erst am Tage nach der Schlacht und auf der Seite des Siegers finden. Während der „That“ war er unbekannt, wo? Und so hat er auch als weltberühmter „Sieger“ von Eckernförde und Langensalza diese Treffen aus irgend welchen irdischen oder himmlischen Fernen, ganz sicher aber nicht auf dem Kampffelde, mit bewundernswerther Geistesgegenwart zu leiten gewußt.

Die Schmalkaldener Forsten waren ein trefflicher Bissen für den Herzog und ein verdienter Erfolg seiner genialen Diplomatie; weniger glücklich fuhren bei der Umwälzung von 1866 die Länder, die den Vorzug hatten, diesen ausausgezeichneten Herrscher zu besitzen. Fritz Reuter, der dazumal, um dem „politischen Elend Mecklenburgs“ zu entgehen, in die thüringische Kleinstaaterei übergesiedelt war, fiel aus den Wolken, als er hier so ziemlich dasselbe politische Elend und nur noch materielles dazu vorfand. Er war damals längst nicht mehr der alte Demagoge, aber er war doch ehrlich genug, um in dem gepriesenen Eldorado der politischen Freiheit nichts als „die Misère der Kleinstaaterei und die jammervollste Kopflosigkeit ihrer Lenker“ zu entdecken, um zu sehen, daß die deutschen Kleinstaaten durch die bismärckische Sorte von deutscher Einheit aus dem Regen in die Traufe gekommen seien. Ländchen, die „bequem von ein paar preußischen Landräthen in Schlafrock und Pantoffeln regiert werden konnten“, behielten ihren „Hofstaat und Regierungsapparat, der mit Sparsamkeit und Thätigkeit gehandhabt, für einen Großstaat ausreichen“ würde, und dazu kamen nun noch die Lasten des feudal-militärisch-polizeilichen Großstaats, als deren unvermeidliche Folgen Reuter dann beklagt: „unerschwingliche Steuern, Einschränkung der Schulen und unverantwortlicher Beschnitt der kümmerlichen Gehälter von Subalternbeamten“. Daß die ganz überflüssige Drohnenmasse der Hof- und Ministerialbeamten nichts von ihren Einkünften auf dem Altare des Vaterlandes opferten, verstand sich am Rande.

Am meisten empörte den alten Burschenschafter aber, daß die thüringischen Kleinfürsten, und in erster Reihe der eben mit den Schmalkaldener Forsten gesegnete Herzog von Gotha, im Jahre 1867 die Universität Jena zur höheren Ehre Molochs abzuschlachten gedachten. „Denke Dir“, schrieb Fritz Reuter an einen Freund, „die Universität Jena soll wegen Geldmangels, der in Folge der höheren Militär-Ausgaben eingetreten ist, aufgehoben werden. Altenburg und Gotha sind dafür; auch die Minister Meiningens schämen sich nicht, diesen Mord geistiger Kultur zu befürworten, der Herzog soll noch dagegen sein; nur Weimar ist entschieden für die Erhaltung.“ Man ist schließlich doch vor dem Vandalismus zurückgeschreckt, aber daß ein solcher Plan überhaupt ernsthaft erörtert werden konnte, kennzeichnet zur Genüge das Mäcenatenthum des Herzogs Ernst. Er war darin freilich nicht viel schlechter als andere seinesgleichen auch; im Grunde hat nur der alte Karl August von Weimar verstanden, mit einigem Anstand den fürstlichen Mäcen zu spielen, und selbst der entschied sich angesichts der Frage, ob Goethe oder ein französischer Köter — in dem köterhaftesten Sinne des Wortes — auf der Weimarer Bühne herrschen sollte, für den Köter und gegen Goethe. Aber arg genug hat es der Herzog Ernst auch auf diesem Gebiete getrieben. Sein Bedürfniß nach Reklame fand einen sehr fruchtbaren Boden in der Gesinnungslosigkeit des bürgerlichen Literatenthums; nicht nur die Lorenz und Tempeltey küßten ihm den Staub von den Stiefeln, sondern auch Gustav Freytag lauschte andächtig den „goldenen Worten“ seines „ritterlichen Herrn“, und Rudolf Gottschall, der revolutionäre Poet von Anno dazumal, feierte in prunkendem Wortschwalle die „fürstlichen Beschützer von Kunst und Wissenschaft.“ Spielhagen freilich, der einmal an dem herzoglichen Hofe von Freytag geschnitten worden war, entwarf in seinem Roman: Was will das werden? ein Bild des Herzogs, das gar nicht übel, aber deshalb auch durchaus nicht schmeichelhaft war. Indessen wenn er nur ein wenig Reklame für sich machen konnte, wußte der Herzog die christliche Tugend des Verzeihens gar wohl zu üben. Zu Spielhagen's sechzigstem Geburtstage richtete er ein huldigendes Glückwunschschreiben

an den Dichter, der ihm so wehe gethan hatte. Nein, übelnehmerisch war dieser tugendhafte Fürst durchaus nicht, es sei denn, daß arme Teufel von sozialistischen Zeitungsschreibern die reaktionäre Mißwirthschaft in seinem Ländchen beim richtigen Namen nannten. Dann allerdings entbrannte er in gerechtem Zorn, und die Behandlung der politischen Gefangenen in seinen Gefängnissen konnte den Ruhm der russischen Knute erbleichen machen. Besonders stark war er in Anklagen wegen Majestätsbeleidigung, vielleicht von dem literarischen Ehrgeize gequält, den Tiberius in Duodez, den sein Hofpoet Freytag in der Verlorenen Handschrift geschildert hatte, als eine glaubhafte Figur erscheinen zu lassen.

Von den unzähligen Ränken und Schwänken, in denen sich der Herzog Ernst seit einem halben Jahrhundert bewegt hat, wäre ihm der letzte aber beinahe schlecht bekommen insofern, als er auf ein Haar selbst der Fürstenfürchtigkeit der deutschen Bourgeoisie über den Strich gegangen wäre. Wir meinen die Pamphlete gegen seine Schwägerin, die Königin von England, und gegen seine Nichte, die Kaiserin Friedrich, Pamphlete, die er aus doppelt anonymem Hinterhalte durch seinen getreuen Lorenz in die Welt schleudern ließ. Im Grunde hatte der Herzog Ernst das Bischen politischen Reliefs, das ihm gestattete, den diplomatischen Hans in allen Gassen zu spielen, seiner englischen Verwandtschaft zu verdanken, aber nach dem Tode des Kaisers Friedrich wehte eine sehr „nationale" Luft in den „maßgebenden Regionen" des Deutschen Reichs, und neue Männer waren am Ruder, wie an deren Seite ein Kato, dem stets die siegreiche Sache gefiel, von Rechtswegen gehört. So denunzirte Herzog Ernst denn „Fremde Hände in Deutschland" und „Ein Programm aus den hundert Tagen", ein patriotischer Enthüller des schwärzesten Landesverraths und ein Retter des Vaterlandes, für dessen überschwängliche Verdienste der Neue Kurs am Ende gar nicht genug thun konnte. Aber diesmal prallte „Tells" Geschoß beinahe auf seine eigene Brust zurück. Es mochte hingehen, daß Herzog Ernst die freisinnige Partei hochverrätherischer Machenschaften mit Frankreich zieh, denn diese Unterstellung fiel doch mehr in das Gebiet harmlosen Humors, aber daß er vor der schimpflichen Verdächtigung der Kaiserin Friedrich, die damals nichts als eine unglückliche, verfehmte, namentlich aber wehrlose Frau und noch dazu seine leibliche Nichte war, nicht zurückscheute, das ging dem deutschen Philister beinahe über das Bohnenlied. Wir haben mehrmals wiederholt: beinahe, denn die allgemeine Landestrauer, welche die liberale Bourgeoisie über ihren todten Liebling angelegt hat, beweist denn doch, daß sie kein Unmensch sein und das Uebermaß extraordinärer Perfidie zu dem ordinären Maße von Perfidie legen will, das ihr und allen ihren Geschöpfen eignet.

Schade nur, daß Herzog Ernst nicht mehr das bürgerliche Trauer-Gegacker über seinen Tod genießen konnte! Er wäre dann wenigstens mit dem Troste in die Grube gefahren, daß kein Fußtritt brutal und schäbig genug ist, um nicht von der deutschen Bourgeoisie, falls sie ihn von Fürsten erhält, dankend quittirt zu werden. Und in diesem Troste ist denn auch die historische Möglichkeit und damit auch Berechtigung solcher Fürsten, wie Herzog Ernst einer war, enthalten; in ihrem Thun und Treiben spiegelt sich treffend die geistige und sittliche Höhe des deutschen Bürgerthums. Um diese, nicht um jenes, um das Trauergefolge, nicht um den Todten war es uns zu thun, wenn wir hier einen flüchtigen Rückblick auf das Leben des Herzogs Ernst warfen. Für die Arbeiterklasse hatte er sonst weiter kein Interesse, als daß er einer ihrer Peiniger und Verfolger war, aber blos einer von der Sorte, von der gerade zwölf auf ein Dutzend gehen.

Eine artige Brentaniade.

Von E. Bernstein.

Alle zwei bis drei Jahre fühlt Herr Professor Lujo Brentano das Bedürfniß, einen vernichtenden Streich gegen die deutsche Sozialdemokratie und ihre Theoretiker zu führen.

Das letzte Mal war es bekanntlich die Zustimmung des Parteitags zu Halle zu der Erklärung, daß das „eherne" Lohngesetz, wie Lassalle es ehedem von der klassischen Oekonomie übernommen, der Richtigstellung bedürfe, die Herrn Brentano die erwünschte Gelegenheit bot, sich an Marx und dessen dummen Teufeln von Anhängern zu reiben. Ob der Erfolg dieser Reibung der war, sein Licht in immer hellerem Glanze erstrahlen zu lassen, oder ob Herr Brentano sich dabei etwas die Finger verbrannt hat, bleibe dahingestellt — genug, der Streich war geführt, und in der „Neuen Zeit" haben wir gebührend von ihm Kenntniß genommen.

Nun ist die Wartefrist abgelaufen, und mit einer Pünktlichkeit, die des höchsten Lobes würdig ist, erfolgt der „nächste Streich".

Er ist geführt in der Nr. 1 einer von Herrn Brentano im Verein mit Professor Leser in Heidelberg herausgegebenen „Sammlung älterer und neuerer staatswissenschaftlicher Schriften des In- und Auslandes." Ueber die Sammlung selbst, die in kartonnirten Heften zum Preise von 25 bis 30 Pfennig pro Druckbogen, groß Oktav, bei Duncker und Humblot in Leipzig erscheint, ist vorläufig nur so viel zu sagen, daß sie nach dem Programm der Herausgeber Schriften von Vertretern aller Schulen umfassen soll und daß die mitgetheilte Liste der zunächst für die Neu-Herausgabe, bezw. für die Herausgabe in deutscher Uebersetzung in Aussicht genommenen Werke eine Anzahl sehr interessanter Nummern aufweist, deren Publikation nur als ein verdienstvolles Unternehmen wird bezeichnet werden können. Auch die Arbeit, die den Gegenstand des ersten Heftes der Sammlung bildet, war in verschiedener Hinsicht der Ueberführung auf den deutschen Büchermarkt werth. Sie ist betitelt „Die britische Genossenschaftsbewegung" und hat zur Verfasserin die Frau des englischen Sozialisten Sidney Webb, in England besser unter ihrem Mädchennamen, Beatrice Potter, bekannt, die sich durch verschiedene Monographien über die Lebens- und Arbeitsverhältnisse englischer Arbeiter und insbesondere durch ihre Beiträge zu dem großen von Charles Booth herausgegebenen Werk über Arbeit und Leben des Volkes einen geachteten Namen gemacht hat. Wir kommen auf den sachlichen Inhalt des Buches, die Darstellung und Kritik der Genossenschaftsbewegung in Großbritannien, bei anderer Gelegenheit zurück, hier haben wir es nur insoweit mit ihm zu thun, als es von Herrn Brentano für den obenbezeichneten Zweck verwerthet wird.

Frau Potter-Webb schweift nämlich bei ihren Bemerkungen über die von den hauptsächlichen Anwälten der Genossenschaften vertretenen Ideen gern auf das Gebiet der sozialistischen und ökonomischen Theorien ab, und wenn sie als gemäßigte Sozialistin dabei auch nicht durchgängig Herrn Brentano aus der Seele spricht, so haben sich doch in mancher Hinsicht ihre Ausführungen die „bewundernde Zustimmung" unseres guten Freundes zugezogen. Zum Verwundern ist das weiter nicht. Frau Potter-Webb offenbart sich da als das Echo ihres Gatten, des Herrn Sidney Webb, der als spiritus rector der Londoner „Fabian Society" mit einem Eifer darüber wacht, dem Sozialismus in England die heimische Ursprungsmarke zu sichern, der den von Dickens unsterblich gemachten Mr. Podsnap

zu Thränen gerührt haben würde. In diesem löblichen Bestreben lassen Herr Webb und seine Freunde nicht leicht eine Gelegenheit vorüber gehen, zu erklären, daß Karl Marx, dessen Lehren in so unheimlicher Weise in England um sich greifen, den Sozialismus um nichts bereichert hat, sondern im Grunde nur ein schülerhafter Nachschreiber der älteren englischen Sozialisten war. Die gloriose Entdeckung des Herrn Menger in Wien, daß Marx seine Werththeorie von W. Thompson abgeschrieben, hat bei ihnen die gläubigsten Nachbeter gefunden, und sie, sowie die Entdeckung eines anderen Mitglieds der „Fabian Society", daß Marx zwar ein ganz wohlmeinender Mensch war, aber keine blasse Ahnung von politischer Oekonomie hatte, spiegelt sich auch in anmuthigster Weise in dem Buch der Frau Potter-Webb wieder.

„Diese künstlichen Märkte", schreibt Frau Webb mit Bezug auf die in den dreißiger Jahren von den englischen Genossenschaften gegründeten Arbeits-Austauschbureaus* — „diese künstlichen Märkte waren thatsächlich ein naiver Versuch, William Thompson's Werththeorie praktisch zu verwirklichen, eine Theorie, die Karl Marx später in seinem Werk über das Kapital einverleibt hat" (S. 47 der englischen und S. 41 der deutschen Ausgabe). Die Leser der „Neuen Zeit" wissen, was es mit der „Werththeorie Thompson's" und ihrer Verwerthung durch Karl Marx auf sich hat, daß Thompson, gleich anderen Sozialisten jener Epoche, aus der unbesehen übernommenen und sehr einseitig aufgefaßten Ricardo'schen Werththeorie einen sehr naiven Sozialismus abgeleitet hat, dessen Trugschluß Marx schon 1846 im „Elend der Philosophie" durchschaut und später aufs Gründlichste kritisirt hat, daß das einzige Beweisstück Menger's für das angeblich von Marx an Thompson verübte Plagiat in dem Vorkommen des Wortes „Mehrwerth" bei Thompson besteht, eines Wortes, dem Marx erst seine spezielle wissenschaftliche Definition gegeben, es zuerst als wissenschaftlichen Begriff gebraucht hat. Von alledem weiß indeß Frau Webb nicht das Geringste, und so fährt sie nach einer kurzen Widerlegung der, übrigens von ihr etwas gar zu plump hingestellten Thompson'schen Idee, die Produkte auf Grund der auf sie verwendeten Arbeitszeit schlechtweg zu bewerthen und auszutauschen, triumphirend fort:

„Selbst Karl Marx" — dieses „selbst" ist allein schon unbezahlbar: man denke, selbst dieser dumme Tölpel von Marx — „scheint (!) sich dieser elementaren Schwierigkeit bewußt zu sein, denn er bemerkt etwas wegwerfend: ‚Es könnte scheinen, daß, wenn der Werth einer Waare durch das während ihrer Produktion verausgabte Arbeitsquantum bestimmt ist, je fauler und ungeschickter ein Mann, desto werthvoller seine Waare, weil er desto mehr Zeit zu ihrer Verfertigung braucht.'

„Diesen Einwand schiebt er damit bei Seite, daß er uns versichert, für ihn bedeute das Wort ‚Arbeit' ‚ein unsubstantielles Ding — eine bloße Gallerte unterschiedsloser menschlicher Arbeit, d. h. der Verausgabung menschlicher Arbeitskraft ohne Rücksicht auf die Form ihrer Verausgabung.' Aber Engländer (!) können sich von einer abstrakten Arbeit, von der alle Ungleichheiten der Intensität und Qualität peinlich ausgemerzt sind, keinen Begriff machen."

---

* Der Uebersetzer der vorliegenden deutschen Ausgabe schreibt „Arbeitsbörsen". Allerdings gebraucht man in England heute das Wort „labour exchange" als Bezeichnung für das, was man auf dem Festland Arbeitsbörsen nennt — Institute für die Vermittelung von Arbeitsgelegenheit, bezw. für die Zentralisirung der Nachfragen nach und der Angebote von Arbeitskräften. Die „labour exchanges" der dreißiger Jahre aber waren Institute für den Austausch von Arbeitsprodukten, sie waren Produktenbörsen, wenn man an dem Ausdruck „Börsen" festhalten will.

Die zitirten Sätze von Marx stehen im ersten Kapitel des „Kapital“, das von der Analyse der Waare handelt, d. h. die Gesetze untersucht, nach denen der bürgerliche Markt heute tauscht. Sie stehen außerdem bei Marx („Kapital“, 1. Bd., 2. Aufl., S. 13) nicht in der hier gegebenen Aufeinanderfolge, sondern folgen bei ihm gerade umgekehrt aufeinander, getrennt durch verschiedene Zwischensätze. Der hier zuletzt, bei Marx aber zuerst figurirende Satz bezieht sich darauf, welche Eigenschaft den Waaren als Tauschwerthen gemeinsam ist, und Marx zeigt, daß wenn man vom besonderen Gebrauchswerth des Waarenkörpers abstrahirt, ein Arbeitsprodukt übrig bleibt, das nun auch nicht mehr das Produkt der besonderen Arbeit ist, die ihm seinen Gebrauchswerth verlieh — Tischler-, Schneider- &c. Arbeit — sondern das Produkt menschlicher Arbeit schlechtweg, eine bloße Gallerte &c. &c. (s. oben). Das Quantum dieser Arbeit bestimmt den Tauschwerth der Waare, es wird gemessen nach der verausgabten Zeit. Und nachdem er das bemerkt, wirft Marx den von Frau Potter-Webb zuerst angeführten Einwand auf, schiebt ihn aber nicht mit dem Hinweis auf die Eigenschaft der Tauschwerth setzenden Arbeit, Gallerte unterschiedsloser menschlicher Arbeit zu sein, bei Seite, sondern zeigt im Gegentheil, daß jede der individuellen Arbeitskräfte, aus denen die gesammte Arbeitskraft der Gesellschaft besteht, nur insoweit dieselbe menschliche Arbeitskraft ist wie die andere, als sie „den Charakter einer gesellschaftlichen Durchschnitts-Arbeitskraft besitzt, bezw. als solche wirkt, d. h. zur Produktion einer Waare auch nur ‚die im Durchschnitt nothwendige oder gesellschaftlich nothwendige Arbeitszeit‘ braucht, nämlich diejenige Arbeitszeit, die nothwendig ist, irgend einen Gebrauchswerth mit den vorhandenen gesellschaftlich-normalen Produktionsbedingungen und dem gesellschaftlichen Durchschnittsgrad von Geschick und Intensivität der Arbeit darzustellen.“ Das ist Alles ebenso folgerichtig wie verständlich, und Tausende und Abertausende deutscher Arbeiter haben es begriffen. Engländer freilich vom Typus des großen Mr. Podsnap, der zweifelsohne Frau Webb das schöne Bekenntniß diktirt hat, mögen das nicht begreifen können, und das „Kapital“ ist dem großen Publikum in England noch nicht so bekannt, daß man nicht vielen Leuten mit Redensarten wie die obige Sand in die Augen streuen und wenigstens für eine gewisse Zeit den Eindruck hervorrufen könnte, das „Kapital“ sei für Engländer unverdaulich — „ist nicht englisch“, mit diesem Wort und seiner unnachahmlichen Handbewegung schob Mr. Podsnap bekanntlich Alles, was er nicht begriff, für sich und seine Bewunderer aus der Welt.

Aber in Deutschland sind wir nachgerade doch dahin gekommen, daß man solch abgeschmacktes Zeug nicht einmal einem Publikum von nationalökonomischen ABC-Schützen mehr bieten darf. Und siehe da — die ominöse Stelle, die im Originalwerk der Frau Potter-Webb auf Seite 48 erbaulich zu lesen ist, ist in der deutschen Uebersetzung, die Herr Professor Brentano „im Manuskript durchgesehen und korrigirt hat, um die sinngetreue Wiedergabe des Originals verbürgen zu können“ (Vorwort, S. X), **wohlweislich unter den Tisch eskamotirt!**

Wir wissen, daß Herr Brentano sich für diese Unterdrückung einer so kompromittirenden Stelle die Erlaubniß der Frau Webb erbeten hat — allerdings kaum mit der entsprechenden Motivirung, und daß die liebenswürdige Dame bereitwilligst darauf verzichtet hat, vor dem deutschen Publikum als Marx-Vernichterin zu paradiren. Bis dahin wäre denn auch die ganze Sache nicht der Rede werth — man könnte im Gegentheil es Herrn Brentano zur Ehre anrechnen, endlich gelernt zu haben, wie man Marx nicht widerlegt. Aber naturam furca

expellas 2c. 2c. — Prestidigitateur Brentano hat das Schnupftuch der Frau Webb nur verschwinden lassen, um uns an seiner Stelle mit folgendem — Windei aufzuwarten:

„Auch könnten unsere sozialdemokratischen Arbeiterführer, wenn sie wollten, Erhebliches aus dem Buche lernen. Nicht nur, daß es unbeabsichtigt zeigt, wie wenig Originelles in den Theorien und Postulaten des Mannes enthalten ist, den sie heute als den Ursprung eines neuen Evangeliums verehren, auch in praktischer Hinsicht enthält es eine äußerst beherzigenswerthe Lehre“ (Vorwort, S. V). „Nicht nur, daß es unbeabsichtigt zeigt“ — nachdem Herr Brentano mit gutem Bedacht das gravirendste Beweisstück für die Absichtlichkeit des Buches in diesem Punkte unter den Tisch geworfen, kann er es zur Noth wagen, vor dem deutschen Publikum eine solche Behauptung aufzustellen. Wenn wir aber nur einigermaßen unterrichtet sind, hat sie in den Kreisen der Fabianischen — fast hätten wir geschrieben Podsnapischen — Freunde des Herrn Geheimen Hofraths arges Kopfschütteln hervorgerufen. Und das ist der Humor davon.

* *
*

Nachdem wir gesehen, wie berufen Frau Potter-Webb ist, uns deutschen Anhängern von Marx Unterricht über dessen theoretische Leistungen zu ertheilen, wollen wir den Gegenstand nicht verlassen, ohne auch der praktischen Belehrung, die wir nach Herrn Brentano aus ihrem Buch schöpfen können, einige Worte zu widmen. Es soll dies nämlich ein Kursus praktischer Anwendung der materialistischen Geschichtsauffassung sein.

Eine Partei, die sich laut zu dieser bekenne, befindet sich, hebt Herr Brentano an, „in einem eigenthümlichen Widerspruch mit sich selbst, wenn sie in erster Linie eine politische ist; denn nur dann wäre es berechtigt, wenn die Sozialdemokratie in erster Linie nach der Herrschaft im Staate strebt, wenn sie glaubte, daß es möglich wäre, das wirthschaftliche Leben von oben herab, nach Belieben, entsprechend ihren Idealen neu zu gestalten.“ Das sei nun aber doch gerade im Widerspruch mit der materialistischen Geschichtsauffassung. Und Herr Brentano schleppt zunächst ein Zitat aus einer 1838 erschienenen Schrift des Konservativen Lavergne-Peguilhen an, das beweisen soll — ja, was soll es eigentlich beweisen? Es lautet: „Daß die Produktion, die Produktenvertheilung, die Kultur und die Kulturverbreitung, die Staatsgesetzgebung und die Staatsform ihren Halt und ihre Entwicklung ganz allein aus den Wirthschaftsformen herzuleiten haben, daß jene hochwichtigen Gesellschaftsmomente ebenso unvermeidlich aus den Wirthschaftsformen und deren angemessener Handhabung hervorgehen, wie das Produkt aus dem begattenden Zusammenwirken der Zeugungskräfte, und daß, wo Gesellschaftskrankheiten sich kundgeben, diese in der Regel ihren Ursprung in dem Widerspruch zwischen Staats- und Wirthschaftsformen finden.“ Liest man das genau durch und betrachtet man namentlich die von uns unterstrichenen Stellen, so ersieht man, daß, wie Friedrich Engels auf den ersten Blick erkannte und Mehring alsdann im Anhang zur „Lessing-Legende“ (S. 435 ff.) des Näheren nachgewiesen hat, der Satz nur den Herzenswunsch eines Reaktionärs ausdrückt, den Staat 2c. den jeweilig bestehenden Wirthschaftsformen anzupassen, ihn nach der Eigenthumsvertheilung und den Berufsklassen ständisch zu gliedern. Die Produktion und Produktionsvertheilung nach den Wirthschaftsformen geregelt zu sehen, ist das Ideal aller — Zünftler. Der Satz oder der ihm zu Grunde liegende Gedanke ist also so ziemlich das Gegentheil von dem, was

Marx und Engels als materialistische Geschichtsauffassung entwickelt und bezeichnet haben. Da aber die Worte, aus denen der Satz besteht, ähnlich in Verbindung gesetzt sind, wie in den Formulirungen dieser Theorie, was liegt da so gründlichen Geistern näher, als in ihnen die heimliche Quelle der Wissenschaft des Flachkopfes Marx zu suchen? Es ist genau wie mit der Entdeckung des „Mehrwerths“ bei Thompson. „Da haben wir den Abschreiber“ — jubelte Herr Menger, als er das Wort bei dem Engländer fand, und in allen Universitäten, in allen Konventikeln der Kleingeister, die sich, was sie auch sonst trennt, immer merkwürdig schnell zusammenfinden, wenn es gilt, einen Genius auf ihr Niveau herabzuzerren, hallte es begeistert wieder. Nun ist ein Dr. Oskar Goldschmidt auf den obigen Satz von Lavergne gestoßen, hat ihn Herrn Brentano gezeigt, und sofort war der Entschluß da, ihn in gleicher Weise zu fruktifiziren. „Wenn es richtig ist, was der Konservative Lavergne-Peguilhen **bereits 1838** schrieb ... wenn es richtig ist, was dann Marx 1859 schrieb ...“ — kann man besser „unbeabsichtigt“ zeigen, eine wie alte Jacke Marx „dann 1859“ auftischte? Das ist der Zweck dieses Zitats, aber leider beweist es nicht, was es beweisen soll, sondern zeigt nur das geistige Kaliber des Mannes, der damit hausiren geht.

Es liegt uns wahrlich fern, von unseren großen Theoretikern behaupten zu wollen, daß sie sozusagen aus dem Nichts geschaffen hätten. Sie selbst haben es oft genug erklärt, und wir haben es erst neulich in dieser Zeitschrift wiederholt, daß sie auf den Schultern einer ganzen Reihe von Vorläufern stehen, daß sie nur systematisch zusammengefaßt und weiterentwickelt haben, was ihnen von jenen überliefert worden. Mehr kann das größte Genie nicht, und wenn es darauf ankäme, wäre es durchaus nicht schwer, bei früheren Schriftstellern die Gedankenelemente zusammenzusuchen, auf denen das von Marx und Engels errichtete Lehrgebäude sich aufbaut. Sie selbst haben uns das ja so sehr erleichtert. Sie sind es gerade gewesen, die die Verdienste ihrer sozialistischen Vorgänger gegenüber den Bekrittelungen kapitalistischer Soldschreiber und sozialistischer Gernegroße ins rechte Licht gestellt haben, und mit welcher Sorgfalt Marx seinen wissenschaftlichen Vorgängern gegeben, was ihnen zu geben war, zeigt ein Blick auf das „Kapital“. Mit der größten Schärfe der Kritik geht die neidloseste Anerkennung fremder Leistungen da Hand in Hand. Kritisire man das „Kapital“ und die sonstigen Schriften von Marx und Engels so viel man will, aber diese hämische Sucht, sie als bloße Plagiatoren hinzustellen, ist ebenso erbärmlich als sie aussichtslos ist.

Damit genug von dem Zitat des Lavergne-Peguilhen. Folgt das Zitat aus Marx selbst. „Wenn es richtig ist, was dann Marx 1859 schrieb, daß ‚eine Gesellschaftsformation nie untergeht, bevor alle Produktivkräfte entwickelt sind, für die sie weit genug ist, und neue höhere Produktionsverhältnisse nie an die Stelle treten, bevor die materiellen Existenzbedingungen derselben im Schooße der alten Gesellschaft selbst ausgebrütet sind‘ — „dann“, fährt Herr Brentano fort, „dann kann eine Partei, welche die Ziele der sozialdemokratischen verfolgt, nur innerhalb der bestehenden Ordnung dahin streben, die materiellen Existenzbedingungen umzugestalten; ein politischer Triumph über die bestehende Ordnung würde sie in die Lage bringen, ihren Sieg wegen der fehlenden Vorbedingungen bestenfalls wieder preisgeben zu müssen.“

Daß Herr Brentano sich nicht geschämt hat, diesen Satz niederzuschreiben! Es ist zwar richtig, daß, wo Eigenthum und bestehende Ordnung in Frage kommen, der Standpunkt der Kinderfibel maßgebend wird, aber auch an die Fibel kann man doch noch gewisse Anforderungen von Logik stellen, und es

giebt doch Gebiete, auf denen auch Herr Brentano etwas zu verlieren hat. Müssen wir ihn also wirklich erst belehren, daß erstens die deutsche Sozialdemokratie vom Blanquismus — worunter hier die, von den intelligenteren Schülern Blanqui's übrigens längst aufgegebene Idee verstanden ist, die soziale Revolution durch Putsche und politische Ueberrumpelungen gleichsam über Nacht verwirklichen zu können — eben so weit entfernt ist, wie vom Anarchismus, daß zweitens die politische Gewalt, wenn sie zwar nicht das Wunderwerk zu Stande bringen kann, Produktionsverhältnisse zu schaffen, für die die materiellen Existenzbedingungen noch nicht oder noch in unzureichendem Maße vorhanden sind, sie doch andererseits sich oft als wirksamster Hebel zur Förderung der Letzteren und damit auch der Ersteren erwiesen hat, selbst im eminenten Sinne ein ökonomischer Faktor, eine ökonomische Potenz ist, daß drittens es also zwar von dem erreichten Grade der Vorbedingungen abhängt, ob und in wie weit ein politischer Triumph der Sozialdemokratie über die bestehende Ordnung der Dinge sich alsbald in eine sozialistische Umgestaltung derselben umsetzen würde, ein solcher aber, gerade weil die deutsche Sozialdemokratie nicht auf Palast-Revolutionen 2c. reflektirt, in Deutschland gar nicht ohne einen Höhegrad der Entwicklung der Vorbedingungen der sozialistischen Umgestaltung eintreten wird, der zum Mindesten umfassende und durchgreifende Maßregeln in der Richtung auf dieses Ziel in großem Umfange ermöglicht, und daß viertens die deutsche Sozialdemokratie noch keinen Augenblick darauf verzichtet hat, neben und Hand in Hand mit ihrem Kampf um politische Macht für diejenigen materiellen Umgestaltungen innerhalb der bestehenden Ordnung zu wirken, die sie als zweckmäßige Vorbedingungen der von ihr erstrebten Gesellschaftsreform erkannt hat? Hat Herr Brentano wirklich bis dahin noch kein Wort darüber gehört oder gelesen? Nein, er weiß das vielmehr Alles recht gut, es beliebt ihm nur, sich in diesem Punkte unwissend zu stellen, weil er nur so seine überlegene Weisheit an den Mann bringen kann.

Und ach, wie mager ist diese Weisheit. „Das vorliegende Buch“, fährt er fort, „zeigt abermals, wie in ihren jungen Jahren auch die englische Arbeiterbewegung dem falschen Ideale nachjagte, mittels Eroberung der Staatsgewalt eine erlösende Neuordnung des gesellschaftlichen und wirthschaftlichen Lebens herbeizuführen; es zeigt aber auch, daß, wenn die englische Arbeiterklasse heute wirthschaftlich in einer Lage ist, die, wenn sie auch weit entfernt von dem sozialdemokratischen Ideal und in recht Vielem noch sehr verbesserungsbedürftig ist, doch besser ist als die der Arbeiter aller übrigen europäischen Länder, ja wenn die Arbeiterklasse in England auch politisch ein ausschlaggebender Faktor im Staatsleben geworden ist, dies nur dem zu verdanken ist, daß sie, nach dem Scheitern jener revolutionären Bestrebungen, ihr Augenmerk ausschließlich darauf gerichtet hat, innerhalb, nicht gegen die bestehende Ordnung vor Allem den wirthschaftlichen und sittlichen Menschen zu schaffen, ohne den an ein Aufsteigen der Arbeiterklasse gar nicht zu denken ist. Es zeigt, daß neben der Gewerkvereinsbewegung und der Arbeiterschutzgesetzgebung das Genossenschaftswesen das Mittel war, um diese Vorbedingung ins Leben zu rufen.“

Gewerkvereinsbewegung und Arbeiterschutzgesetzgebung sind Dinge, deren Werth die deutsche Sozialdemokratie, von der kurzen Phase des einseitigen Lassalleanismus abgesehen, nie unterschätzt hat, und vom Genossenschaftswesen sprechen wir ein anderes Mal. So viel ist sicher, und wird auch von Frau Potter-Webb bestätigt, daß dies Genossenschaftswesen bis vor wenigen Jahren in England total verknöchert war, vollständig in Dividendenmacherei aufging. Wenn es in dieser Beziehung damit neuerdings etwas besser geworden ist, so ist das

in der Hauptsache mit eine Wirkung des neuen Geistes, der überhaupt in die englische Arbeiterbewegung eingezogen ist, seit — die Ausdehnung des Wahlrechts auf die Arbeiter in Stadt und Land diesen einen maßgebenden Einfluß auf die Regierung des Landes verschafft, sie zu den „Masters" der politischen Situation in England gemacht hat. Die Wahlrechtsreformen von 1868 und 1885 haben sich in eminenter Weise als soziale Reformen erwiesen, wie den herrschenden Klassen Englands heute schon klar ist und mit jedem Jahre klarer werden wird, sie haben im vollsten Sinne des Wortes revolutionirend gewirkt. Ohne sie wäre die sozialdemokratische Propaganda in England nicht da, wo sie heute ist, ohne sie spielte auch der „neue Unionismus" nicht oder noch nicht die Rolle, die er heute spielt. Denn dieser neue Unionismus, der sich heute durchaus nicht mehr auf die paar 1890 gegründeten neuen Gewerkschaften beschränkt, sondern eine nach der anderen der alten Unionen erobert, was ist er anderes als die Wiederaufnahme der alten chartistischen Traditionen der Gewerkvereinsbewegung, als die Aufgebung des Gegensatzes zwischen politischem und ökonomischem Kampf, als die Erfüllung der Gewerkschaften mit dem Geiste des Sozialismus? Die Abwendung vom Chartismus, das vollständige Lossagen von der „Politik" hat die englischen Gewerkschaften hart an den Punkt vollständiger Verzünftelung gebracht, die nahezu erreichte Verwirklichung des Hauptpunktes des chartistischen Programms erhebt sie wieder zu bewußten Organen des allgemeinen Befreiungskampfes des Proletariats. Sie hat auch vielfach in der Genossenschaftsbewegung die bessere Tradition aus der Zeit Robert Owen's wieder erweckt. Wie aber Frau Potter-Webb am Schluß ihres Buches treffend bemerkt, zur vollen Durchführung der von Owen erstrebten gesellschaftlichen Umwandlung genügt die Genossenschaftsbewegung so wenig wie die Gewerkschaftsbewegung, dazu müssen die sie Anstrebenden „mit vollem Bewußtsein die durch die politische Demokratie geschmiedeten Werkzeuge benutzen" (S. 208).

Kurz, die soziale Geschichte Englands lehrt uns auf jedem Blatt die Falschheit des Brentano'schen Evangeliums: ökonomische, aber nicht politische Bethätigung der Arbeiterklasse. Beim Schlußkapitel des Potter-Webb'schen Buches hört, schreibt Herr Brentano im Vorwort, seine „bewundernde Zustimmung" zu den Ausführungen der Verfasserin auf. Wir glauben es wohl. Da wird sie eben doch zu sehr „marxistisch". Herr Brentano aber läßt nur die materialistische Geschichtsauffassung gelten, die fälschlich nach Marx genannt wird, und auch sie nur in genau derselben geistreichen Auslegung, die sie bei den Neo-Anarchisten, welche sich „unabhängige Sozialisten" nennen, gefunden hat. Welch' überraschende Seelenverwandtschaft!

Ein englischer Roman.*

Von Edw. Aveling.

Ein sehr bedeutendes Buch ist vor einiger Zeit in England erschienen. Es ist so bedeutend, daß trotz der Schwierigkeiten, die sich seiner Uebertragung in eine andere Sprache entgegenstellen, es doch binnen Kurzem höchstwahrscheinlich ins Deutsche übersetzt werden wird. Es dürfte jedoch die Leser der „Neuen Zeit" vielleicht interessiren, jetzt schon etwas über den Inhalt des Buches zu erfahren.

* „Tess of the D'Urbervilles. A pure woman", von Thomas Hardy.

Es ist verfaßt von Thomas Hardy, einem der ersten unserer jetzt lebenden Novellisten. Hardy's Romane waren bisher schon immer bemerkenswerth durch die frische und kräftige Schilderung des Landlebens, durch die realistische und lebenswahre Zeichnung der englischen Bauern, und obgleich das tragische Element darin niemals fehlte, zum Mindesten angedeutet war, durch einen dreisten und ursprünglichen Humor. Aber auf die mächtige Tragik und das große Pathos des letzten Werkes bereiteten uns seine früheren Schriften nicht vor.

Teß ist eine Abkürzung von Therese. Der längere Name wird nur einmal in der Erzählung gebraucht, wenn des Mädchens Gatte, der sein Gatte eigentlich nie gewesen, nach ihr unter fremden Leuten forscht. D'Urberville ist der Name eines sehr alten Geschlechts. Bei Teß, dem Milchmädchen, und ihren unmittelbaren Vorfahren ist der Name in Durbeyfield verwandelt worden. Solche Namensveränderungen bei großen Familien sind in England sehr häufig, wenn der adelige Stamm ausgestorben ist und nur in seinen bäuerlichen Abkömmlingen weiter besteht. Nach Hardy sind solche Aenderungen besonders häufig im Südwesten Englands, wo bis jetzt alle seine Geschichten spielten. Speziell in dieser trägt z. B. eine Kollegin von Teß, ein anderes Milchmädchen, den plebejischen Namen „Priddle", der aus Paridelle verdorben wurde.

Die Geschichte von Teß ist eine sehr einfache. Ihrer Abstammung nach eine echte D'Urberville, lernt sie einen unechten männlichen D'Urberville kennen, dessen Vater, ein ehrlicher Kaufmann, den hochklingenden Namen ruhig annektirte und demgemäß seinen Stammbaum rekonstruirte.

Der junge angebliche D'Urberville nun verführt Teß. Später begegnet sie einem Mann, Angel Clare, und sie verlieben sich in einander. Trotzdem sie den festen Willen hat und es oft versucht, ihm ihr früheres Mißgeschick zu gestehen, verhindert sie ein unglücklicher Zufall immer daran und erst in der Hochzeitsnacht kommt es zu der Beichte. Clare will nun geschlechtlich nichts mehr mit ihr zu thun haben und verläßt sie und England überhaupt kurz darauf, jedoch nicht ohne vorher materiell für sie gesorgt zu haben.

Während seiner Abwesenheit werden ihr neuerdings Beziehungen zu ihrem Verführer aufgezwungen, und endlich wird sie, durch ganz natürliche und in gewissem Sinne sogar rechtliche Umstände genöthigt, mit ihm zu leben. Ihr Gatte kehrt zu spät zurück. Sie hat ihn immer geliebt und nun, da er zurückkehrt, ermordet sie ihren Verführer und wird dafür gehängt.

Ich weiß wohl, daß all das so nüchtern als möglich klingt. Und doch ist es im Wesentlichen die ganze Geschichte. In der Tragödie liegt äschyleische Einfachheit und in ihrer Durchführung ist etwas von der Macht eines Aeschylos und eines Shakespeare zu spüren.

Die Umrisse dieser Durchführung erhält man zum Theil wenigstens aus den sieben Abtheilungen oder „Phasen", wie Hardy sie nennt, in die das Werk zerfällt. „Die Jungfrau"; „Nicht mehr Jungfrau"; „Die Sammlung" (d. h. die physische und geistige Wiedergenesung als Weib, die Rückkehr von Jugendfrische und Kraft nach der Geburt und dem Tode des illegitimen Kindes); „Die Folgen" (d. i. die Begegnung mit Angel Clare, dem ersten und einzigen wahrhaft von ihr Geliebten, und die Heirath); „Das Weib büßt"; „Der Bekehrte" (in der Person des Verführers, des fälschlichen D'Urberville) und „Erfüllung". Es ist wohl nur ein Zufall, jedoch einer jener künstlerischen Zufälle, die uns erfreuen, daß es der Phasen gerade sieben sind.

Der zweite Titel des Buches lautet: „Ein reines Weib", und seine Bedeutung wird der Leser leicht errathen, obgleich vielleicht nicht seine volle Bedeu-

tung. Daß selbst nach einem Vorgang, welcher in den Augen der Durchschnittsmenschen ein für allemal die Reinheit des Weibes vernichtet, dieses dem Dichter noch als rein gilt, ist selbstverständlich deutlich darin ausgesprochen. Ebenso selbstverständlich fiel, wie der Leser sich vorstellen kann, die englische Durchschnittskritik über den Autor wegen seiner unziemlichen Idee her. Es wird den deutschen Leser amüsiren, wenn er hört, daß die Kritiker nicht nur mit frommem Schauder die Hände zusammenschlugen ob eines verführten Weibes, sondern daß auch eines unserer tugendhaften Blätter, der „Graphic", ein illustrirtes Blatt, das auf den Salontischen aufliegt, um keinen Preis sich dazu herbeiließ, die prächtige Geschichte unverändert abzudrucken. Einzelne Kapitel mußten besonders als „Skizzen" erscheinen, als „gepfefferte Kost für starke Leute" außerhalb der illustrirten Milchkuranstalt, welche die Babies der Mittelklasse mit der nöthigen literarischen Milch versorgt. Sie wurden in der „Fortnightly Review" und im „National Observer" veröffentlicht.

Wie ich vorhin schon andeutete, liegt in der Bezeichnung „ein reines Weib" noch eine andere Bedeutung. Das Wort „rein" bedeutet nicht nur sauber und unbefleckt und unberührt, sondern heißt auch ganz und vollkommen. So daß der Untertitel vielleicht dem Leser auch die Idee beibringen soll: Teß of the D'Urbervilles sei ein wirkliches und echtes Weib gewesen, nicht nur ein keusches.

Trotz alledem darf man nach dem Gesagten nicht annehmen, daß das Buch irgendwie didaktisch oder moralisirend sei. Es ist ein Kunstwerk. Und wie bei allen Kunstwerken, ist keine „Tendenz" damit verbunden. Es ist nichts als das Bild eines Menschenlebens. Und dies Bild ist ebenso treu nach der Natur, als es wahr als Kunstwerk ist. Zur Vertheidigung seiner getreuen Schilderung der Dinge, wie sie sind — einer Schilderung, die eigentlich der Vertheidigung nicht bedarf — zitirt Hardy Schiller: „Wenn ich bemerke, daß Jemand bei der Beurtheilung eines Dichtwerks den Schwerpunkt nicht auf die innere Nothwendigkeit und Wahrheit legt, bin ich mit ihm fertig." (Brief Schiller's an Goethe. Rückübersetzt aus dem Englischen.) Und den treffenden Satz des heiligen Hieronymus: „Wenn die Wahrheit Schaden thun sollte, so ist es besser, der Schaden geschieht, als die Wahrheit bleibe verborgen." Ein großer Novellist wie Hardy bietet in allen seinen Schilderungen eher Eindrücke als Meinungen. Er sagt uns, was er sieht und sagt sehr wenig, was er darüber denkt. Nothwendigerweise führt das Buch eine sehr offene Sprache. Doch ist keine Zeile, kein Wort darin, das verletzt. Er schildert ohne Zögern das gesunde Aufwallen geschlechtlicher Triebe in einem jungen Weibe; doch seine Sprache ist dabei ebenso rein und gesund und natürlich, als wenn er fast gleichzeitig das Anschwellen der Knospen im Frühling und den Drang der ganzen Natur nach Wiedererneuerung bespricht. —

Ich nannte dieses neue Buch ein Kunstwerk. Sogar die prüdesten Kritiker mußten das zugestehen. Es ist daher fast überflüssig, zu erwähnen, daß auch hier, wie in allen großen Romanen und Dramen, Einem das Gefühl des Unvermeidlichen überkommt, dessen, was wir Schicksal nennen; das Gefühl, daß die Ereignisse nicht geschehen, weil der Autor es so will, sondern weil eine höhere Gewalt es verlangt. Die Verführung, die Heirath, der Mord müssen geschehen. —

Die Handlung des Romans spielt sich in jenem Theil Englands ab, den Hardy mit Vorliebe mit seinem alten angelsächsischen Namen bezeichnet: Wessex. Wessex umfaßt das Terrain südlich der Themse und des Severn und westlich von Surrey und Sussex. Zumeist aber spielt der Roman in Hardy's eigentlicher Domäne: Dorsetshire. Daher rührt auch die häufige Anwendung des

Dialekts, die bei der Uebersetzung ein großes Hinderniß sein wird. Doch da er auch hierin sich als Künstler zeigt, so ist nicht allzu viel Dialekt darin, nicht so viel, als — ich sage es nur ganz leise — als bei Walter Scott. Darum spricht auch Teß zwei Sprachen. Sie spricht außer Hause gutes Englisch, weil sie die höchste Klasse der Volksschule absolvirte; zu Hause aber spricht sie mehr oder weniger im Dialekt. Da sie nun in der Erzählung den größten Theil ihres Lebens außerhalb ihres Heims verbringt, so spricht sie fast immer gewöhnliches Englisch. Doch wenn sie stark erregt ist, entfallen ihr oft Worte, ja ganze Sätze ihres heimischen Idioms.

Auf die Schilderung einzelner Szenen des Landlebens, so wahrheitsgetreu und interessant sie sein mögen, kann ich in dieser Kritik kaum eingehen. Und ebensowenig auf die landschaftlichen Schilderungen. Ueber die letzteren nur die eine Bemerkung: sie werden weder aufdringlich hervorgehoben, noch werden allzuviele Worte darauf verschwendet.

Für uns bleibt es das interessanteste Studium, das hoffentlich zum Studium des ganzen Buches führt, die drei Hauptpersonen des Dramas zu betrachten. Der wahre Name des unechten D'Urberville, wie ich ihn nannte, ist Alec Stoke. Da er jedoch durch das ganze Buch hindurch den von seinem Vater angenommenen Namen führt, so wollen wir ihn bei dem einzigen nennen, der unzweifelhaft echt ist — bei seinem Vornamen Alec. Im Wesentlichen ist er ein brutaler junger Mann von hübschem Aeußern, mit einem thierischen Drang, den Weibern nachzujagen und sie zu fangen, blos um des Vergnügens der Jagd willen, und mit sehr thierischen Leidenschaften. Seine wilde Natur, die durch viele kleine Striche geschickt angedeutet wird, zeigt sich besonders in einer kurzen Szene. Bei seinem zweiten Zusammentreffen mit Teß bringt er sie in seinem Wagen zu seinem und seiner blinden Mutter Haus. Durch ungestümes Fahren gefährdet er ihr Leben, erschreckt sie und raubt ihr bei dieser Gelegenheit den ersten Kuß. Sie verliert daraufhin absichtlich den Hut, um einen Grund zu gewinnen, abzusteigen, und nachdem sie einmal den Wagen verlassen, erklärt sie, sie werde den Rest des Weges zu Fuß zurücklegen. „Da raste und fluchte er über sie und gab ihr alle erdenklichen Namen für den ihm gespielten Streich. Und indem er plötzlich das Pferd wendete, versuchte er, zu ihr zurückzufahren und sie zwischen seinen Wagen und die Hecke einzuklemmen —" wodurch er sie zwingt, hinter der Hecke Schutz zu suchen.

Niemand wird sich wundern, wenn ein Mensch von diesem Schlag sich später zu einer der roheren Formen der Religion bekehrt. Es ist eine jener Formen, die wenn auch nicht ausdrücklich, so doch thatsächlich zwei Sätze in ihrem Glaubensbekenntniß enthalten. Satz 1: „Thue ich das oder jenes, so wird es nach meinem Tode gut für mich sein; thue ich das oder jenes, so wird es schlimm für mich sein." Satz 2: „Bin ich Niemandem verantwortlich für das, was ich thue, sage oder denke, so fühle ich auch keine Verantwortlichkeit gegen mich selbst." Die Bekehrung dieses Alec läßt der Autor durch den Vater von Angel Clare vollbringen, für den sie dann so verhängnißvoll werden soll; er verfolgt dabei getreulich das höchste dramatische Gesetz, nach welchem die Geschicke nur weniger Personen seltsam tragisch und unentwirrbar mit einander verflochten sind. Denn gerade wie Alec nun bekehrt, predigend von Ort zu Ort wandert und dem Landvolk die Absichten Gottes verkündigt, begegnet er wieder Teß. Sie macht tiefen Eindruck auf ihn, nicht durch ihre Philosophie, sondern durch ihre physische Schönheit. „Es ist ein Geist des Guten in dem Uebel" und in dieser Probezeit für Beide thut der Bekehrte, was

er nach seiner Ansicht für recht hält. Er will sie heirathen, denn es dämmert ihm auf, daß er damit sein einstiges Unrecht einigermaßen gut macht. Er bringt ihr wirklich eine Heiraths-Lizenz. Da sagt sie ihm zum ersten Male, daß sie schon verheirathet sei: und nun bricht seine brutale, thierische Natur in ihrer schlimmsten Form wieder durch. Er muß sie wieder besitzen um jeden Preis. In alle Winde verfliegt seine Religion mit Allem, was drum und dran hängt.

Kein Mittel, und sei es noch so niederträchtig, scheut er, um sie zum zweiten Male zu Fall zu bringen. Um diese Zeit stirbt ihr Vater. Ihre Mutter und ein halb Dutzend Kinder bleiben mittellos zurück, ja schlimmer — auch ohne jegliches Mittel, Geld zu verdienen. Dieses hoffnungslose Elend der Anderen — ihr eigenes hätte sie ertragen — gebraucht er als Waffe gegen sie. Als die obdachlose Familie in ein anderes Dorf auswandert, das sie bei Einbruch der Nacht erreicht, da hat er sogar das Haus, das sie bewohnen sollte, mit Beschlag belegt. So sind sie an fremdem Ort wieder obdachlos und sehen sich mit ihrer geringen Habe auf offener Straße. Ich betone dies, nicht nur, weil es von Alecs Rohheit zeugt, sondern weil es allen jenen Kritikern, die die Rückkehr zu dem Verführer unbegreiflich finden sollten, die Ursache dieser Rückkehr erklären wird. Oder vielmehr eine der Ursachen.

Der Grundzug eines bestimmten Charakters verräth sich oft in den ersten Worten, die der Dichter ihm in den Mund legt. Beispiele davon in Dramen und Romanen sind häufig und sind besonders jedem Shakespeare-Forscher geläufig. Nun, die ersten Worte Angel Clare's, der zweiten Hauptperson des Dramas, zu deren Betrachtung ich mich nun wende, sind: „Es ist eine seltsame Geschichte; sie führt uns zurück in jene mittelalterlichen Zeiten, da der Glaube noch in der Welt lebte." Wir sehen ihn nun förmlich vor uns: ein Mann von Erziehung, auch etwas künstlerischem Empfinden, der herausgefunden hat, daß der Glaube seiner Väter nicht mehr existirt. Er hat ein bewegtes Mienenspiel, einen stattlichen Bart, dessen Farbe zwischen blond und kastanienbraun liegt, festblickende und doch träumerische Augen, eine weiche, nicht unmelodische Stimme und den Zauber eines zärtlichen Wesens. Er liest vorgeschrittene Bücher. Er spielt den Bauernknecht auf einer Milchwirthschaft und arbeitet wie ein solcher und doch verzehrt er seine Mahlzeiten nicht an demselben Tisch mit den anderen Dienstleuten. Von Mystizismus ist er frei, soweit es den Glauben an eine andere Welt betrifft; wir sehen aber, daß er sich von der konventionellen Moral, die den Glauben der heutigen sozialen Welt bildet, nicht befreit hat. Er ist, kurz gesagt, der unkonventionelle und doch konventionelle Mensch.

Clare ist, in jeder Hinsicht, ein Durchschnittsmann. Abgesehen von seinem aufgeklärten Thun, von seinem Harfenspiel (nach meiner Empfindung hätte es die Flöte sein müssen), von der stillen Duldung, mit der er ohne offenen Protest die strenge Orthodoxie seiner Familie erträgt, abgesehen von alledem ist er ein gewöhnlicher Mann. Das heißt, er faßt schöne Vorsätze und führt sie nicht aus; er versteht das Weib nicht, das er liebt und das ihn liebt; er erliegt, wenn auch nur für einen Augenblick, der Versuchung, als sie an ihn herantritt. Am Hochzeitsabend, als sie zusammen allein sind, denkt er bei sich: „Werde ich sie jemals vernachlässigen oder verletzen oder nur vergessen, sie zu achten?" Und in ungefähr einer Stunde schon vergißt er daran und in ungefähr einem Tage vernachlässigt er sie und einige Tage nach jenem Abend bis zu ihrer endgiltigen Trennung hört er nie auf, sie zu verletzen. Nach seiner Rückkehr vom Ausland sucht er sie allerorten und dann sagt er ihrer Mutter, die ihn nicht im Mindesten versteht: „Ich habe sie niemals wirklich gekannt."

Nachdem er sich von ihr getrennt hat und im Begriff ist, England zu verlassen, trifft er eines der anderen Milchmädchen, das hoffnungslos in ihn verliebt war. Und da fordert er es auf, mit ihm zu gehen. Wir müssen gestehen, daß er noch in derselben Unterredung sie bittet, „das leere Geschwätz“ zu vergessen; aber diese verspätete Reue hat zwei Gründe. Einerseits besitzt der Mann große Selbstbeherrschung; mehr aber noch beeinflußt ihn eine Antwort des armen Milchmädchens, eine Antwort, die in sich wieder ein ganzes Drama birgt. Izz Huett hat ihm ihre Liebe gestanden. Und er befragt sie, ob die ihrige größer sei, als Teß' Liebe für ihn. „Nein.“ — „Wie das?“ — „Weil Niemand Dich mehr lieben könnte, als es Teß that! Sie hätte ruhig ihr Leben für Dich hingegeben! Mehr könnte ich auch nicht.“

So viel von den beiden Männern. Bevor wir zu der schwersten Aufgabe, dem Studium des Weibes, uns wenden, möchte ich einige Worte über die Charaktere sagen, die in zweiter Linie stehen. Sie sind ebenso scharf und deutlich wie die drei Hauptpersonen gezeichnet, wenn auch natürlich nicht so ausführlich. Das Buch wäre schon allein um der Zeichnung der drei anderen Milchmädchen willen lesens- und studirenswerth. Izz und Retty und Marian sind alle ebenso verliebt in Clare als Teß, und zwar jede in ihrer Art. Jede unterscheidet sich körperlich, geistig und moralisch und daher auch in ihren Leidenschaften scharf von der anderen. Frisch und liebenswürdig, fast kindlich muthet uns das Fehlen alles Neides, aller Eifersucht gegen ihre beglücktere Schwester an, als die Entscheidung von den Lippen dieses wohlerzogenen, vorgeschrittenen jungen Durchschnittsmenschen gefallen, den alle vier als einen Gott verehren. Und doch — am Tag der Hochzeit von Angel Clare und Teß versucht Retty sich zu ertränken, Marian betrinkt sich und Izz ist, wie wir ein wenig später sehen, vollkommen bereit, mit ihrem Gotte durchzugehen. Und es ist eine Ironie des Schicksals, daß die Nachricht von den Verzweiflungsstreichen der beiden Milchmädchen, die ihr am Hochzeitsabend überbracht wird, die junge Braut dazu bestimmt, dem Bräutigam von ihrer früheren „Schande“ zu erzählen und dadurch die Katastrophe herbeizuführen. —

Dann ist noch der betrunkene Vater, John Durbeyfield. Wenn wir ihm das Beiwort „betrunken“ geben, so müssen wir daran erinnern, daß er einer jener Menschen ist, die keinen Alkohol vertragen. „Sir Johns schwache Konstitution macht aus seinen kleinen Sünden berghohe Vergehen.“ Sie nennen ihn scherzweise „Sir John“ wegen seiner hohen Abstammung, obgleich er nur ein einfacher Arbeiter ist. Das Buch beginnt mit einer Szene zwischen ihm und einem altmodischen Geistlichen, der ihm die Neuigkeit seiner hohen Abkunft von der Familie der D'Urbervilles verräth. Aus dieser einzigen Mittheilung entstehen dann unaufhaltsam alle die folgenden Ereignisse.

Dann die Mutter Joan, zu deren Charakterisirung das schottische Wort „feckless“ am besten paßt; das heißt schwach, unbestimmt, vag, geistig und körperlich vernachlässigt und gelockert. Von beiden Schwachheiten hat Teß sichtlich geerbt. Selbstverständlich nicht die Neigung zum Trinken, aber den Mangel an Entschiedenheit und Festigkeit, die Gewohnheit, alle Dinge ihren Gang gehen zu lassen, ebenso wie sie die große physische Schönheit von der Mutter ererbte.

Und endlich, von allen Personen dritten Ranges abgesehen, ist noch die vierundeinhalb Jahre jüngere Schwester von Teß, Elisa Louise, allgemein unter dem Namen Liza-Lu bekannt. Ich glaube nicht, daß das Mädchen mehr als ein halbes Dutzend Male im Laufe der Erzählung erwähnt wird. Und auch dann geschieht es immer nur mit wenigen Zeilen. Dennoch ist sie nicht nur

fast greifbar geschildert, sondern man sieht sie förmlich wachsen und vom Kind zum Weibe werden. In der letzten Szene zwischen den Gatten ist sie die Einzige, von der Teß spricht. „Angel, wenn mir etwas geschieht, wirst Du um meinetwillen über Liza-Lu wachen?“ Und einen Augenblick später sagt sie: „Sie ist so gut, so wahr und rein. O, Angel, ich wollte, Du heiratheteſt sie, wenn Du mich verlieren solltest — und das wird ja bald sein.“ Und Liza-Lu, „ein durchgeistigtes Bild von Teß, zarter als sie, doch mit denselben schönen Augen“, verläßt mit Clare die Stadt, besteigt den Hügel und sieht, wie die schwarze Flagge* auf dem Gefängnißthurm langsam in die Höhe gezogen wird. Nach einer Weile erhebt sich Liza-Lu mit Angel vom Boden, und ihm die Hände reichend, schreitet sie mit ihm weiter.

Ich will nun versuchen, zuerst ein Bild von Teß' äußerer Erscheinung zu geben. Nicht nur wegen deren Wirkung auf die Männer, sondern weil auch bei ihr, wie bei Jedermann, das Aeußere zur Beurtheilung der inneren, der geistigen Natur beiträgt. Es ist wichtig, darauf hinzuweisen, daß sie ihr eigenes Geschlecht ebenso anzieht, als das männliche. Als sie noch in die Schule ging, war sie immer der Mittelpunkt einer kleinen Gruppe von drei Mädchen und die beiden Anderen hingen zärtlich und bewundernd an ihr. Die Ergebenheit der drei Milchmädchen haben wir schon berührt. Sie hatte schon ein schönes Gesicht, als sie, noch ein halbes Kind, dem falschen D'Urberville in die Hände fiel. Schon damals war sie vollblütig und üppig.

Ihr Mund ist ausdrucksvoll, ihre Lippen sind roth und schwellend; ihre Augen groß und unschuldig und von wechselnder Farbe, je nachdem sich die Pupille erweitert, dunkelblau, schwarz oder grau; die Wimpern und Brauen sind dunkel, und dunkel sind die schweren Massen ihrer Haare.

Oft sprachen die bewundernden Schulmädchen und die Milchmädchen trotz aller Liebe zu Teß doch von ihr als von einem „seltsamen Mädchen“. Wie ihr Vater ist sie eine träumerische Natur, obgleich ihre Träume anderer Art als die seinen sind. Es ist kein Wunder, daß der alte Milchfarmer und sein Weib, die Mädchen und die Burschen ein Mädchen „seltsam“ nannten, das Reden führte, wie diese: „Ich weiß, daß unsere Seelen uns verlassen, auch wenn wir noch am Leben sind. . . . Man kann das sehr leicht fühlen, wenn man sich Nachts ins Gras legt und zu einem recht großen, glänzenden Stern emporblickt; schaut ihn nur recht fest an und ihr werdet bald empfinden, daß ihr Hunderte und Hunderte von Meilen weit von eurem Körper entfernt seid, der euch dann ganz überflüssig zu sein scheint.“

Bei den physischen Gaben, die Teß aufweist, sollte man eine sehr leidenschaftliche Natur erwarten. Nicht nur im Allgemeinen, sondern besonders in geschlechtlichem Sinne. Auch hier zeigt sich das Schicksal wieder ironisch gegen sie. Angel Clare ist, wie schon angedeutet, ein bei Weitem mehr geistig als physisch angelegter Mensch; er ist nicht gerade fischblütig, doch sein Blut ist gewiß um mehrere Grade weniger heiß als das, welches durch Teß' Adern kreist. Der Andere hingegen ist nur physisch veranlagt und doch hat sie stets einen großen körperlichen Abscheu vor ihm. Einen Abscheu, der vielleicht dadurch ungemein gesteigert wird, daß der Zufall sie zweimal in ihrem Leben in seine ihr so widerwärtige Umarmung zwingt. Ihre Natur ist im Grund keine ursprüng-

* In den englischen Gefängnissen wird immer eine schwarze Flagge gehißt, wenn ein Gefangener gehängt wird. Die Exekutionen finden jetzt in England mit Ausschluß der Oeffentlichkeit statt und die schwarze Fahne soll verkünden, „daß der Gerechtigkeit Genüge geschehen“.

liche, sondern mehr eine nachahmende. Im Verkehr mit Clare nimmt sie eine gewisse Sprech- und Denkweise an, ja sogar ein verfeinertes Benehmen und bessere Manieren. Ihr Stolz, der sie manchmal starrköpfig und unvernünftig macht, erinnert an die gepanzerten Ritter und die in Seide stolzirenden Damen aus der Zeit ihrer Vorfahren. Sie erträgt gern und sogar etwas absichtlich große Entbehrungen, während ihr Gatte von England abwesend ist, obgleich sie weiß, daß er dies durchaus nicht wünscht, wenn er sie auch schlecht behandelt hat. Hat er sie doch beauftragt, in Zeiten der Noth an seine Eltern zu schreiben. Ein einziges Mal entschließt sie sich auch, diese aufzusuchen, erreicht wirklich die Schwelle von deren Haus und dann, durch einen Zufall entmuthigt, kehrt sie um, ohne sie nur gesehen zu haben, und legt mit müden Füßen die langen Meilen bis zu ihrem Arbeitsort wieder zurück. Auch ihren ehelichen Namen führt sie während seiner ganzen Abwesenheit nicht. Sie läßt sich von Niemanden Frau Clare nennen, noch nennt sie sich selbst so, sondern führt ihren Mädchennamen weiter.

Wegen ihres „Fehltritts" brauche ich sie wohl nicht beim Leser zu entschuldigen. Es wird ja mehr gegen sie gesündigt, als daß sie sündigt, wenn sie überhaupt je sündigt. Sie ist ja kaum sechzehn Jahre alt, als die Katastrophe über sie hereinbricht. Bemerkenswerth ist, wie sie durch das Geschehniß und seine Folge, das Kind, plötzlich von der Kindheit zur Weiblichkeit übergeht. Daß ihr von Seite ihrer Eltern wenig Hilfe oder Beistand zu Theil wird, ist leicht zu errathen. Doch spielt dieser Umstand merkwürdigerweise bei der zweiten Krisis in ihrem Leben eine größere Rolle, als bei der ersten.

Ihre Mutter hat die beim Landvolk üblichen Ansichten über die Geburt des Kindes; sie betrachtet es als ein ganz natürliches Ereigniß, wenn auch das Mädchen unverheirathet ist. „Wir müssen's eben so nehmen, wie es kommt, meine ich; es ist eben natürlich und muß 'drum Gott wohlgefällig sein", sagt sie. Der alte „Sir John" hat selbstverständlich wenig oder gar keine Ansichten darüber. Bei der zweiten Krisis, der bevorstehenden Heirath, fragt Teß um Rath. Sie schreibt ihrer Mutter von dem Zweifel, der in ihrem Innern wühlt. Soll sie Angel Clare von ihrer Vergangenheit erzählen? Die schwache Mutter giebt ihr verhängnißvollen Rath: „Auf keinen Fall erzählst Du ihm von Deinem vergangenen Kummer." Wenn Teß sagt: „Mein Leben ist verwüstet, weil mir der Zufall niemals günstig war", so setzt sie sich damit ihre eigene Grabschrift.

Aus alledem geht hervor, daß Hardy ein realistischer Dichter im besten Sinne dieses viel mißbrauchten Wortes ist. Man muß den unvermeidlichen Vergleich mit Zola machen. Die Verführungsszene, bei der Zola mit größter Vorliebe und mit genauer, ja vielleicht übertriebener Detailschilderung verweilt hätte, beschreibt Hardy nicht roh, sondern künstlerisch. Er erzielt dadurch viel mehr Effekt; die Wirkung ist viel schrecklicher, viel tragischer, das Gefühl des Ekels viel stärker, als es die genauesten inquisitiven Details zu erzielen vermöchten. Wenn Hardy auch Realist ist, so beschränkt sich sein Realismus ebenso wenig ausschließlich auf geschlechtliche Beziehungen, als bei ihm die Worte „rein" oder „Reinheit" immer ausschließlich in dieser Beziehung angewendet werden. Es ist natürlich schwierig, nein unmöglich, in dieser kurzen Skizze den wesentlichen Unterschied zwischen dem echt künstlerischen Realismus des englischen Romanciers und dem gekünstelten des Franzosen darzulegen.

Zwei Punkte aber will ich hervorheben. Zola reitet immerfort auf ganz unnöthigen Details herum. Ich sage absichtlich unnöthig. Denn es giebt

gewisse unvermeidliche physische Erscheinungen, die Jedermann gründlich kennt, die herzlich unangenehm sind und doch ertragen werden müssen. Als deutliches Beispiel dafür will ich die natürlichen Bedürfnisse anführen, denen Mann, Weib und Kind zu gehorchen hat. Niemand kann diesem Tribut des Fleisches entgehen. Wir sind daran als an etwas Alltägliches gewöhnt. Und doch wird selbst der größte Optimist nicht behaupten können, daß sie zu den Annehmlichkeiten der Natur zählen. Gut, sie sind nun einmal da. Aber was ist denn um Himmelswillen oder eigentlich um der Kunst willen gewonnen, wenn man sie zur naturgetreuen Darstellung bringt? Und das ist's, was Zola und seine Nachahmer thun und was Hardy und der wirklich künstlerische Realist vermeidet. Ebenso ist es mit den geschlechtlichen Prozessen. Denn wenn auch diese nicht gerade so unangenehmer Art sind, als die vorher erwähnten, so sind sie doch gesunden Leuten geläufig genug, als daß man näher dabei verweilen müßte!

Den zweiten Unterschied zwischen dem wahren und dem erkünstelten Realisten bildet bei letzterem der Mangel an richtigem Sinn für die richtigen Verhältnisse. In Hardy's Roman ist, wie in einem guten Drama, ein ich möchte sagen musikalisches Gleichgewicht. Dieses Gleichgewicht und die Kunst, kleinen und großen Dingen ihre richtige Stelle und den ihnen gebührenden Raum anzuweisen, fehlt bei Zola und seiner Schule. Der Beschälung einer Stute durch einen Hengst widmet er eben so viele Seiten, als der Verführung eines Weibes; den schmutzigen Gewohnheiten eines Mannes oder einer Familie eben so viele Worte, als einer wirklichen seelischen Tragödie.

Zur Illustration des Gesagten möchte ich noch bei einer anderen Kunst eine Anleihe machen. Mangel an richtigem Verhältniß wäre es, wenn auf einem Bilde ein Grashalm eben so groß erschiene, als ein Eichbaum. Das Kleine — vorausgesetzt, daß es überhaupt malenswerth — soll ja eben so fein und genau ausgeführt sein, wie das Große, aber das Größenverhältniß muß eingehalten werden, sonst entsteht kein Bild, sondern eine Phantasmagorie.

Gerade in diesem Punkt muß auf die Behandlung der Arbeiterklasse durch die wahren und die erkünstelten Realisten Gewicht gelegt werden. Das Proletariat dringt in die Kunst ein, wie in jede andere Sphäre der menschlichen Thätigkeit, die auf seiner Arbeit, seinem Leben beruht. Die Zolas nun, statt dem Proletariat Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, es zu schildern mit allen seinen Schwächen und allen seinen Tugenden und so ein *ganzes* Bild von ihm zu geben, greifen in der Regel nur eine Seite heraus. Sie schildern, allerdings lebendig genug, die Brutalität, die Erniedrigung und die Bestialität des schlimmsten Lumpenproletariers. Siehe „L'assomoir“ und „La terre“. Hardy aber, als getreuer Chronist, zeigt uns beide Seiten, oder vielmehr alle die vielen Seiten dieses merkwürdigen Bildes aus der Untergangszeit der kapitalistischen Gesellschaft. Selbstverständlich schildert er nur den ackerbautreibenden Proletarier. Seine Menschen stehen in vielen Fällen sehr niedrig, haben einen sehr beschränkten moralischen und geistigen Horizont, sind Trinker und so weiter. Aber immerhin sind es menschliche Wesen mit dem vagen Bewußtsein, daß die Dinge nicht sind, wie sie sein sollen; und die besseren unter ihnen zeigen alle ein heißes Bemühen, sich zu etwas Besserem emporzuarbeiten.

Einzelne Szenen in dem Werk sind selbstverständlich besonders hervorragend.

Einige davon, wenn sie auch für den Gang der Handlung von ganz untergeordneter Bedeutung sind, will ich kurz erzählen. Es handelt sich um den Tod eines Pferdes, das dem John Durbeyfield gehört. „Sir John“ ist des Nachts betrunken zu Bett gegangen; so muß nun Teß zeitlich früh, nur von

einem kleinen Brüderchen begleitet, die Bienenstöcke zu Markt fahren. In der Dunkelheit des frühen Morgens schläft sie mit den Zügeln in der Hand ein; der Wagen geräth auf die falsche Seite und stößt mit einem rasch daherkommenden Postwagen zusammen. Die spitze Deichsel dringt wie ein Schwert in des Pferdes Flanke. Dies hält sich bewegungslos aufrecht, bis es zusammenbricht. Die Sonne geht über dem todten Thiere auf und als sie wieder untergeht, „so wird Alles, was von ihm noch übrig ist, auf den Karren geladen, den es bisher geschleppt hatte; und so legt es das Dutzend Meilen zurück, die Hufe in der Luft, die Hufeisen glänzend im Schein der untergehenden Sonne“.

Eine andere Szene, die in gewissem Sinne von der Handlung noch mehr losgelöst ist, als die vorerzählte, ist die folgende. Teß' Kind, „eines Kindes Kind“, wurde nicht getauft und ist auf den Tod krank. Wie sie nun sieht, daß das Kind so schlecht ist, eilt sie, trotz der späten Stunde, hinunter und fragt, ob sie um den Geistlichen schicken soll. Der betrunkene „Sir John“ aber will diese Nacht keinen Priester mehr bei sich sehen, schließt das Haus ab und steckt den Schlüssel in die Tasche. Es bleibt ihr nichts übrig, als das Kind selbst zu taufen. Und das thut sie denn auch. In ihrem Nachtgewand steht sie da, wie eine Vestalin, umgeben von den knienden Geschwistern, die als Taufpathen fungiren, und tauft das Kind: „Heiße Sorge, im Namen des Vaters, des Sohnes und des heiligen Geistes.“

Eine ähnliche Szene soll in einem schwedischen Roman vorkommen. Ich habe ihn nicht gelesen, doch haben skandinavische Kritiker die Aufmerksamkeit auf die Gleichartigkeit der beiden Szenen gelenkt. Aber jedenfalls wurden sie vollkommen unabhängig von einander geschrieben. —

Das ganze Leben dieses Weibes vom ersten Augenblick an, wo wir ihr begegnen, bis zum letzten, wo wir ihr Lebewohl sagen, ist ein einziger Kampf. Der gewaltigste Theil dieses Kampfes aber liegt zwischen ihrer Verlobung und ihrer Heirath. Es ist ein Kampf zwischen ihrem Gewissen und ihrem Herzen. „Mein Gewissen hängt sich meinem Herzen um den Hals“ und heißt sie Angel Clare die Episode aus ihrer Vergangenheit erzählen. Das Herz räth zur Heirath, zum Verschweigen. Bitterer Krieg herrscht zwischen Herz und Gewissen. Sie versucht, einen Waffenstillstand herbeizuführen, indem sie die anderen Milchmädchen ihm näher bringt. Sie ruft ihm einmal zu: „Ich kann Dein Weib nicht werden.“ Sie ist immer und immer wieder im Begriffe, ihm die Wahrheit zu sagen. Einmal, aus Furcht vor der Entdeckung, schreibt sie die ganze Geschichte in einem Briefe nieder und schiebt denselben unter die Thüre seines Schlafraumes. Der Teppich im Zimmer reicht bis zur Thür und viele Tage später entdeckt sie den Brief, den sie zwar unter die Thür, jedoch auch unter den Teppich geschoben hatte. Hätte er den Brief gelesen, so wäre er ihr wahrscheinlich trotzdem treu geblieben; seine Liebe zu ihr ist ja groß und damals war ihm die Befriedigung seiner Leidenschaft noch nicht so sicher, als nach der Heirath. Aber es geschieht nichts und sie heirathen sich, ohne daß vorher ein Wort fällt.

Dieser Umstand führt zu der meines Erachtens größten Szene im Buch. Sie gehen allein in ein altes Haus, das einst den D'Urbervilles gehörte. Ein Bote von Clare's Mutter bringt Schmuck und unsere Heldin legt ihn an. Derselbe Bote bringt die Nachricht von der Verzweiflung der Milchmädchen. Dann endlich sind sie allein und zuerst beichtet er von einer Zeit in seinem Leben, „wo er von Zweifeln geplagt und in London umhergeworfen wie der Kork auf den Wellen, achtundvierzig Stunden lang Vergessenheit gesucht bei einer

Fremden". Dann macht sie ihre Geständnisse. Da öffnen sich alle Schleusen seiner konventionellen Moral. Er erklärt, sie sei nicht das Weib, das er geliebt, sie trage nur die Gestalt dieses Weibes. Wohl vergiebt er ihr hoheitsvoll, großartig, aber im Prinzip verurtheilt er den Fehltritt; natürlich nur den ihren, nicht den seinen. Das reine Weib aber kann den künstlichen Unterschied zwischen den beiden Fällen nicht begreifen. Während der ganzen peinvollen Szene zwischen ihnen, während all der trostlosen Tage, die sie in demselben Hause mit ihm und doch nicht mit ihm zusammen verlebt, kann sie den Unterschied nicht herausfinden, der für ihn so scharf zu Tage tritt. In den blöden, kurzsichtigen Augen der Gesellschaft hat er natürlich Recht, in Wahrheit aber hat sie Recht und leidet dafür.

Nach der Qual im Hause folgen noch zwei mächtige Szenen außer Haus. Nach Männerart geht er Abends aus. Sie folgt ihm geduldig Schritt für Schritt, immer ein wenig hinter ihm zurückbleibend. Dieser traurige Zug erinnert an einen in den Londoner Straßen nur allzu häufigen Anblick. Dort kann man oft einen Mann sehen, wie er die Hände in den Taschen, den Kopf vorgestreckt, mürrisch dahinschleicht, und ein eben so mürrisches Weib folgt ihm wie ein Schatten. Manchmal hält er an und wendet sich um, spricht mit ihr oder schlägt sie. Doch in der Regel trottet er unaufhörlich dahin und das Weib folgt ihm eben so unermüdlich.

Die zweite hier zu erwähnende Szene ist ein Akt des Schlafwandelns. Angel Clare ist, wenn er unter einem geistigen Drucke steht, Anfällen von Somnambulismus unterworfen. So wacht er auch, ehe sie sich für immer trennen, eines Nachts auf, geht in ihr Zimmer und trägt sie aus dem Hause hinaus über die schmale Brücke des raschfließenden Flusses in die Klosterkirche, wo er sie in einen leeren Steinsarg legt.

Bemerkenswerth ist es, daß die beiden Männer einander niemals begegnen.

Das Werk gemahnt an manchen Stellen durch seine gedrängte Kürze fast an Shakespeare. Als Teß nach der Verführung zu ihrer Mutter heim kam, „legte sie ihren Kopf auf Joans Schulter und erzählte." So wird auch das Geständniß ihrem Gatten gegenüber in zwei und einer halben Zeile abgethan. Das Merkwürdigste und Künstlerischste an Kürze aber leistet der Dichter am Schlusse des Buches. Die Ereignisse von dem Wiederzusammentreffen des Ehepaares bis zum Ende umfassen gerade fünfundzwanzig Seiten. Nie gab es eine größere Versuchung, sich melodramatisch auszubreiten. Doch hat der Autor ihr tapfer widerstanden. Die Ereignisse, aus denen jeder minderbegabte Dichter ein Kapitel gemacht hätte, sind: Die Begegnung von Mann und Frau, bei der sie ihm das verhängnißvolle Geständniß macht, es sei zu spät, Alec d'Urberville habe sie wieder zurückerobert; die nächste qualvolle Szene mit ihrem Peiniger, die damit endet, daß sie denselben tödtet; ihre Flucht zu Clare; ihre gemeinschaftliche Entfernung; ihr planloses Wandern nordwärts ins Land hinein, bis sie Stonehenge erreichen, auf Salisbury Plain, wo die uralten Druiden-Steine aufgehäuft liegen; die letzte Stunde ihres Beisammenseins; ihre Festnahme und Hinrichtung.

In diesen letzten Wanderungen überkommt sie der ererbte, vage, unbestimmte Geist der D'Urbervilles. Und unter ihrem besänftigenden Einfluß scheint derselbe auch auf Angel Clare überzugehen. Sie machen keinen bestimmten Versuch zu ihrer Flucht. Sie hat auch gar nicht den besonderen Wunsch, zu entfliehen. Sie ist ganz zufrieden mit diesen zwei, drei Tagen vollkommenen Glücks. Harte Erfahrungen haben ihr die Ueberzeugung beigebracht, daß dieses Glück nicht Monate und

Jahre dauern würde. Noch ist sie so jung und ihr Leben hat kaum begonnen. Sie hätten Geld, um entfliehen zu können. Sie hätten Zeit und Gelegenheit dazu. Dennoch entfliehen sie nicht.

Die größte Versuchung, ins Detail einzugehen, bot entschieden jene Szene in Stonehenge. Wie kurz ist sie und dadurch um wie viel wirksamer. Sie kommen des Nachts zu diesem Tempel, den der Wind durchweht. „Er summt“, sagt Teß. Da sie müde, legt sie sich nieder. „Es fällt mir eben ein, daß hier in der Gegend ein Verwandter meiner Mutter Schäfer war. Und ihr nanntet mich doch immer eine Heidin. So bin ich also hier zu Hause.“ Sie empfiehlt Liza-Lu seiner Fürsorge; dann sprechen sie noch darüber, daß es nach dem Tode keine Wiedervereinigung giebt und dann schläft sie ein. Der Schluß ist, was die Beiden betrifft, so vollkommen, daß ich ihn fast wörtlich bringen will.

Während sie schläft, wird sie rings von Häschern umringt. Einer von ihnen sagt: „Widerstand, Herr, ist unnütz. Sechzehn von uns sind auf dem Feld und das ganze Land ist auf den Beinen.“

„Laßt sie ihren Schlaf beendigen“, bat er mit leiser Stimme die Männer, als sie sich im Kreise versammelten. Als sie sie da liegen sahen, denn sie hatten es vorher nicht bemerkt, erhoben sie keinen Einwand und standen, sie beobachtend, so ruhig, wie die Steinblöcke rings umher.... Alle warteten, während in dem heraufdämmernden Licht die Hände und Gesichter silbern erglänzten, ihre Körper aber im Schatten blieben, die Steine grünlich-grau schimmerten, die Ebene noch im tiefen Dunkel lag....

„Was giebt's, Angel?“ fragte sie auffahrend. „Kommt man, um mich zu holen?“

„Ja, Geliebte“, sagt er, „sie sind gekommen.“

„So mußte es sein“, murmelte sie. „Angel, fast bin ich froh, ja froh. Dieses Glück hätte doch nicht dauern können. Es war zu groß. Ich habe genug gelebt. Du wirst mich nicht mehr verachten.“

Sie stand auf, schüttelte sich und that einen Schritt vorwärts, während keiner der Männer bisher sich bewegt hatte.

„Ich bin bereit“, sagte sie ruhig. —

Der Durchschnittsschriftsteller gäbe uns nun einen ausführlichen, wahrheitsgetreuen Bericht über das Verhör, die letzten Zusammenkünfte und fügte gewiß noch einen genauen Bericht über die Hinrichtung hinzu. Teß of the D'Urberville schließt mit einem unvollständigen Kapitel, in dem, wie schon erzählt, Angel und Liza-Lu den Hügel außerhalb der Stadt erklimmen und, als sie die schwarze Flagge aufziehen gesehen und eine Zeitlang auf dem Boden gekniet haben, sich erheben, einander die Hände reichen und ihrer Wege gehen. „Der Herr der Unsterblichen hatte sein Spiel mit Teß zu Ende gespielt.“

Die sanitären Zustände im Bäckergewerbe.

Die Arbeits- und Wohnräume in Berliner Bäckereien. Mit Unterstützung der Arbeiter-Sanitätskommission veröffentlicht von der Agitationskommission der Bäckereiarbeiter Berlins (i. A.: E. Kretschmer, N. Rykestr. 3). 24 Seiten. Preis 15 Pfennig.

So leben die Bäckerarbeiter! Statistische Zusammenstellung über die Arbeits- und Lohnverhältnisse im Bäckergewerbe Wiens. Herausgegeben und verlegt von der

Gewerkschaft der Bäckerarbeiter Niederösterreichs. Wien XV, Neubaugürtel 44. 56 Seiten Folio. Preis 50 Kreuzer.

Stenographisches Protokoll der Verhandlungen des zweiten österreichisch-ungarischen Bäckertages in Wien vom 2. bis 4. April 1893. Wien, Verlag von J. Tobola, Wien XV, Neubaugürtel 46. 124 Seiten. Preis 20 Kreuzer.

Die Berliner Schrift beschränkt sich auf Schilderungen, die auf den Ergebnissen einer Enquete durch Fragebogen beruhen. Zum Schluß wird dann noch die Kontrollmarke und der Stellenvermittlungswucher im Bäckergewerbe gestreift. — Die österreichische Arbeit bietet ein reiches statistisches Urmaterial, das nur von kurzen Anmerkungen und ein paar einleitenden und abschließenden Worten begleitet wird. — Auch im Protokoll des Bäckertages findet sich von Seite 101 bis 119 eine Reihe von „Situationsberichten“ aus Oesterreich-Ungarn.

Wir wüßten den Mittheilungen der Bäcker nichts hinzuzufügen und doch glauben wir uns mit einer bloßen Anzeige der Schriften nicht begnügen zu sollen. Denn die hier abermals aufgedeckten Zustände sind so scheußlicher Natur und sie fordern so sehr die abwehrende Thätigkeit in allen Kreisen, nicht blos in denen der Bäcker selber, heraus, daß uns eine eingehende Wiedergabe auch dieser neuesten Feststellungen unbedingt geboten erscheint.

Beginnen wir mit dem Berliner Bericht!

Die hohen großstädtischen Miethspreise zwingen gerade in Berlin den Kleinmeister — denn auch hier hat das Bäckergewerbe seine vorsintfluthliche Kleinbetriebsform bewahrt — zur Benutzung der elendesten Höhlen und Löcher als Arbeits- und Schlafräume.

Weit mehr als drei Viertel der Arbeitsräume liegen im Keller, die Fußsohle meist 2—3½ Meter unter dem Straßenniveau. Sie sind feucht, die Luft ist durch aufsteigende Bodengase vergiftet. Keine wirksame Ventilation für diese verpestete Atmosphäre. Die Mauern sind in den Kellern die denkbar schlechtesten Luftab- und -zuleiter. Selbst an Fenstern ist Mangel; mehr wie ein Drittel der Arbeitsräume besitzt blos ein Fenster; in einzelnen Bäckereien fehlen die Fenster ganz; mehr wie vier Siebentel aller Fenster münden nicht auf die Straße, sondern auf einen der bekannten Berliner Höfe. In einem Drittel dieser Höhlen muß selbst bei Tage Gas oder Petroleum brennen; in allen zehrt während der langen Nachtarbeit die künstliche Beleuchtung das bischen Sauerstoff auf. Und in diesen Höhlen, mit Geräthschaften, Werkzeugen und Vorräthen überfüllt, wird noch derart an Raum geknappt, daß noch nicht einmal ein Fünftel von ihnen den Arbeitern so viel Luft bietet, wie für die Strafgefangenen in Plötzensee für erforderlich gehalten wird (28 bis 29 Kubikmeter Luftraum). Man kann sich in diesen Räumen nicht waschen, obwohl der Schweiß in Strömen fließt und die Arbeit schmutzt. Gespuckt wird auf die Erde; Spucknäpfe giebt es noch nicht in einem Zehntel der untersuchten Werkstätten. „Der Speichel verdunstet in der warmen Luft schnell“, die Krankheitskeime, vor Allem die Tuberkulose-Bazillen, fliegen mit dem Staube herum, dringen in die Lungen und in das Gebäck und setzen sich an dessen Kruste an. Das übliche Trockenkehren — das feuchte Aufwischen „kommt nur ganz ausnahmsweise vor“ — sorgt für die gleichmäßige Vertheilung der Krankheitskeime im Staub; „sie setzen sich an alle Wände, ebenso aber auch an die Geräthe und Werkzeuge fest und werden somit oft erst auf diesem Wege der ‚Reinigung‘ in die Backwaaren hineingebracht“. Die Klosets befinden sich häufig in gefährlichster Nähe, zuweilen direkt im Backhause — häufig im unsaubersten Zustande.

In solchen Arbeitsräumen bringen die Arbeiter 12, 14, 16, 18 Stunden täglich zu. Vom Schlafraum geht es in die Backstube, von den Backstuben in die Schlafräume. Und was für Erholungsstätten sind diese erst! Die Hälfte der in Berlin untersuchten Schlafräume lag wiederum im Keller; die Hälfte dieser Keller-Schlafräume befand sich wieder 2 bis 3¾ Meter unter dem Straßenniveau. Fast zwei Drittel der im Keller und fast ein Viertel der im Parterre gelegenen Schlafräume grenzen an die Backstube, so daß die schlafenden Bäcker die heiße, stauberfüllte,

überfeuchte Luft des Backraums einathmen müssen, während die Luft des Backraums wiederum eine werthvolle Bereicherung durch die Ausdünstungen der Schlafkabinete erfährt. Für Aftermieths-Schlafstellen fordert der Berliner Polizeipräsident als Mindestmaß für jeden Schläfer 10 Kubikmeter Luftraum: in zwei Fünftel der untersuchten Berliner Bäckereien war dieses Mindestmaß nicht erreicht und blos im fünfzehnten Theil der Bäckereien stand den schlafenden Bäckergehilfen so viel Luft zur Verfügung, wie vorschriftsmäßig den Insassen des Plötzenseer Strafgefängnisses. Ein Sechstel der Bäckergesellen muß mit der Hälfte bis herab zu einem Viertel der vom Berliner Polizeipräsidium als Mindestmaß betrachteten Luftmenge zufrieden sein. Ventilationseinrichtungen fehlen auch hier fast ausnahmslos; ja, ein Sechzehntel der Schlafräume entbehrt jedes Fensters. Die meisten Fenster wieder sind Kellerfenster, zwei Drittel davon gehen nach dem mehr oder weniger unsauberen Hof oder Flur. Doch nicht blos über schlechte Luft und Dunkelheit, auch über Nässe und Kälte wird geklagt. Hier liegt der Schlafraum unter dem Dache; im Sommer kann man vor Hitze, im Winter vor Kälte nicht schlafen. Dort befindet er sich über einem Pferdestall, oder ein Klosetrohr führt durch ihn. In einem Fünftel der Bäckereien kam erst auf je zwei Gehilfen ein Bett; theils mußten sie abwechselnd, theils auch gleichzeitig in demselben Bette schlafen. Von einem Falle wird berichtet, wo der Gehilfe auf der Erde schlafen muß. In gut einem Fünftel der Bäckereien stehen die Betten übereinander. Man fegt und lüftet wenig; gewischt und gescheuert wird vollends selten. Die Bettwäsche wird wenig gewechselt.

Wenn man bedenkt, daß die Arbeiter aus diesen Betten heraus in den Teig hineinfahren, daß in mehr als zwei Dritteln der Backstuben keine Waschgelegenheit für die Gehilfen vorhanden ist und Handtücher höchst sparsam gegeben werden, daß mitunter die Backeimer gleichzeitig zum Waschen benutzt werden, daß zuweilen die neugebackene Waare auf der platten Erde des Hofes aufgestellt wird, weil Spinden hierzu nicht vorhanden sind, daß auch der Schlafraum öfters zur Arbeit oder doch zur Aufstellung von Backwaaren, zur Aufbewahrung geriebener Semmel und zum Mahlen derselben dient, daß Holzstall und Backstube manchmal identisch sind — so bedarf es wahrhaftig nicht der Hinzufügung, daß übriggebliebene Waare zerstoßen und wieder verbacken wird, daß faule und schlechte Eier und verdorbenes Fett zur Verwendung kommen — um Einem den Appetit an den Erzeugnissen einer solchen — Schweinerei gründlich zu verderben.

Und diese Schweinerei ist überall so ziemlich dieselbe. Die Bebel'sche Enquete hat für Deutschland genug Enthüllungen geboten. In den österreichischen „Situationsberichten“ lesen wir immer und immer wieder*: Loosdorf: Schlafzimmer existirt blos in einer Bäckerei, in den anderen zwei wird in den Bäckereien geschlafen . . . sehr naß. — Emmersdorf: Man schläft in der Bäckerei. — Ibbs: In drei Bäckereien existiren Schlafzimmer, in den übrigen vier befinden sich die Betten in den Backstuben und sind unrein. — Prag und Umgebung: In 63 (von 247) Bäckereien bestehen keine Schlafräume und die Arbeiter liegen, wo es ihnen möglich ist, unter der Tafel, auf dem Fußboden und ähnlich. — Pilsen: Schlafräume entsprechen den gesetzlichen Anforderungen in 4 Bäckereien, nicht entsprechend, das heißt schlecht sind sie in 16, während in 12 Bäckereien überhaupt keine solchen bestehen und die Arbeiter sich ein Plätzchen zum Liegen suchen müssen wie eine Katze, nur daß sie nicht die nöthige Zeit dazu haben und daher aufs Gerathewohl wo umfallen. — Schlan: In 26 Geschäften bestehen überhaupt keine Liegestätten und schlafen die Arbeiter dort, wo sie eben hinfallen. — Lugos (Ungarn): Wohnung ist in einer Bäckerei eine „Sommerwohnung“, in den übrigen schlafen die Arbeiter auf oder hinter dem Backofen, auf oder hinter dem Trog, kurz überall. Betten sind nur in der oben angeführten „Sommerwohnung“.

Aus der „Statistischen Zusammenstellung“ erhalten wir für Wien ganz das gleiche Bild wie für Berlin, sowohl was die Arbeits- und Schlafräume, wie den Gesund-

* Alle folgenden Zitate sind wörtlich dem „Protokoll“ und der „Statistischen Zusammenstellung“ entnommen; wir lassen daher die Gänsefüßchen fort.

heitszustand der Arbeiter anbelangt. Fast auf jedem Blatt lesen wir von unterirdischen, schlechten, nassen, kalten, unreinen, ungesunden Räumen. Weiter in ewiger Wiederholung, daß die Lehrlinge „zu zweien“ schlafen; oft auch, daß der Lehrling irgend einem Erwachsenen als Bettgenosse zugetheilt ist. Weiter: In 2 Betten schlafen 4 Personen — für 9 Personen sind nur 7 Betten — Betten nicht genügend vorhanden — ein Bett zu wenig — 7 Personen nur 3 Betten, Alles sehr unrein — 9 Betten für 11 Personen — im Schlafzimmer stehen zweischläfrige Betten — für 7 Personen 4 Betten und nur 3 Decken — 9 Betten für 11 Personen — 7 Personen nur 4 Betten und diese sind schlecht — für 10 Personen 5 Betten; ein Lehrling ist mit der Krätze behaftet — 4 Betten für 7 Personen — 4 Betten für 6 Personen — Betten sind nur für 5 Personen (bei 8 Beschäftigten) — ein Bett zu wenig. Endlich: Backstube ohne Luft und Licht; Schlafzimmer ohne Fenster — im Schlafzimmer Ungeziefer — das Schlafzimmer ist ein Verschlag über dem Mehlkandel, nicht zum Lüften — Backstube schmutzig, Betten unrein — Schlafzimmer höchst sanitätswidrig, Abort nebenan, ohne Wasserleitung und Ventilation; bei Beginn der Arbeit klagt Jeder über Uebelkeit; Ursache Dunst aus dem Abort; 9 Personen = 6 Betten — die Bäckerei ist sehr ungesund und nicht geräumig; von den Wänden rinnt das Wasser — Backstube und Schlafzimmer sehr schlecht, finster und feucht — Fenster sind mit Papier verklebt. Abort ist sehr schweinisch — Schlafzimmer dunkel und feucht — Arbeitsraum sehr feucht. Das Schlafzimmer wurde von der Behörde als sanitätswidrig erklärt und befohlen, dasselbe aufzulassen; trotzdem steht dasselbe noch immer in Verwendung. Die Gehilfen müssen, falls die Kommission neuerdings kommen sollte, aussagen, sie schlafen alle außer Haus — Backstube feucht und finster. Lehrlinge schlafen zu zweien in einem Bette — Backstube sehr unrein; desgleichen Schlafzimmer; auch ist dieses sehr feucht und dunkel — der Abort ist in der Bäckerei — die Lehrlinge schlafen am Boden — Schlafzimmer sehr klein, der Abort im Zimmer, sehr unrein — früher schliefen die Arbeiter in der Mehlkammer und Backstube; 4 Betten für 5 Personen; Strohsäcke werden nie nachgefüllt — die Abortschläuche gehen durch die Bäckerei; sickert manchmal durch — in der Backstube rinnt von der Mauer der Dreck — sehr sanitätswidrige Bäckerei und Schlafzimmer; für 15 Personen nur 7 Betten — die Lehrlinge schlafen in sanitätswidrigen unterirdischen Räumen — Etagebetten — Schlafzimmer ist am Boden — Etagebetten — Arbeitsräume unterirdisch, klein und schmutzig; Ungeziefer und sehr feucht. Schlafzimmer sehr schlecht; für 1 Vizi und 3 Lehrlinge nur 1 Bett — Etagebetten — Etagebetten — Schlafzimmer ohne Fenster und sehr feucht — die Lehrlinge schlafen am Boden — Schlafzimmer ist gleich Mehl- und Hafermagazin — Etagebetten, Schlafzimmer sehr klein — in den Betten ist statt Stroh Mist — die Arbeitsräume sind bei Regen überschwemmt; Etagebetten — Etagebetten und zu wenig — Schlafzimmer ist keines vorhanden; müssen in der Backküche schlafen; 7 Personen 6 Betten; Bettwäsche unrein — sehr sanitätswidrige Arbeits- und Schlafräume; ein Lehrling schläft auf dem Sparherde — zu wenig Betten — Schlafzimmer ohne Fenster, schlecht — alle Geschirre mit fingerdickem Schmutz belegt; sehr schlechte Betten — Bettwäsche ist seit vier Monaten nicht gewechselt worden — Räuberhöhle; Schlafzimmer Taubenkobel; Etagebetten — Schlafzimmer klein, 4 Betten für 7 Gehilfen — Schlafzimmer sehr schlecht, naß; desgleichen die Arbeitsräume — Schlafzimmer sehr schlecht, keine Kotzen, Lehrling und Vizi schlafen bei einander, auch ist das Schlafzimmer sehr kalt, liegen daher in der Backstube herum. Alles verludert — Backräume und Schlafzimmer unterirdisch, feucht und finster; Teigtruhe aus Holz, angefault und von Asseln zerfressen, desgleichen die Betten — Schlafzimmer unrein; Etagebetten.

Aus dem Schlußbericht erfahren wir hier auch (nach dem Verband der genossenschaftlichen Krankenkassen Wiens), daß viele Bäcker ruhig weiterarbeiten, auch wenn sie mit den ansteckendsten und ekelerregendsten Krankheiten behaftet sind — weil bei der ungeheuren Arbeitslosigkeit im Bäckergewerbe Jeder krampfhaft an seiner Stellung festhält, um nicht nach der Genesung vielleicht

Monate lang vergebens Arbeit suchen zu müssen. „Im Jahre 1891 blieben bei der Arbeit Personen, die erkrankt waren“: Tuberkulose 18 Bäcker und 5 Zuckerbäcker — Tripperkranke 63 und 14 — Schanker= und Syphilisleidende 29 und 6 — Personen mit nässender Flechte und Krätze 66 und 10. „Und dabei unterliegt es nicht dem geringsten Zweifel, daß uns keineswegs sämmtliche Krankheitsfälle durch die Statistik zur Kenntniß gelangt sind. Die Mehrzahl der Leidenden scheut sich oder ist zu indolent, um die Hilfe des Arztes anzurufen.“

Die endlose Arbeitszeit, die Zerstreuung über lauter Zwergbetriebe macht es den Bäckern schwer, ja ganz unmöglich, durch die Kraft der eigenen Organisation wesentliche Verbesserungen in ihren Arbeits= und Lebensverhältnissen zu erringen. Auf der anderen Seite aber kommt ihnen bei unablässiger Agitation doch vielleicht zu Gute, daß an der Abänderung der hier wiedergegebenen unglaublichen Zustände alle Bevölkerungsschichten gleichmäßig interessirt sind. Denn schließlich essen wir Alle, Bourgeois wie Arbeiter, aus demselben Backtroge. —ms.

Literarische Rundschau.

L. B. Hellenbach, **Die Lösung der sozialen Frage.** Aus der dritten Auflage des ersten Bandes von des Verfassers Hauptwerk „Die Vorurtheile der Menschheit“ besonders abgedruckt. Leipzig, Oswald Mutze. 363 S. 2 Mk.

Herr Hellenbach war Baron und Spiritist und frei von dem Vorurtheil, daß man nur über Dinge schreiben darf, die man versteht. Daher schrieb er ein Werk über Alles und Jegliches und betitelte es: „Die Vorurtheile der Menschheit“. Der erste Band dieses Werkes ist jetzt separat erschienen unter dem Titel: „Die Lösung der sozialen Frage“.

Unter dem Titel „Sozialpolitische Plaudereien“ hätte man sich's eher gefallen lassen können, denn es wird in dem Buch mitunter ganz amüsant geplaudert und — namentlich im letzten Theil — treten ganz originelle Anschauungen zu Tage.

Aber nicht umsonst gilt dem Verfasser die Nationalökonomie als eine „unheimliche“ Wissenschaft (S. 84). Seine ökonomischen Kenntnisse stehen noch unter Eugen Richter. Zur Widerlegung der Sozialdemokratie wiederholt er allen Ernstes die alte Anekdote vom Frankfurter Rothschild (S. 80), mit dem 1848 ein deutscher Kommunist theilen wollte, worauf jener ihm einen Thaler gab mit dem Bedeuten: Deutschland hat 40 Millionen Einwohner, mein Vermögen beträgt 40 Millionen Thaler, mithin entfällt auf jeden ein Thaler. „Um nur einige Gulden per Kopf zusammenzubringen“, fährt Hellenbach fort, „müßten alle Besitzer größeren Eigenthums erschlagen, und die sehr wichtigen und mächtigen Faktoren, wie sie die größere Kapitalskraft vorstellt, vernichtet werden. Das ist gerade so, als wenn man die Maschine im Interesse der Handarbeiter zertrümmerte.“

Das Erschlagen von Kapitalisten und das Theilen ihrer Kapitalien als Programmpunkt der Sozialdemokraten spielt überhaupt eine große Rolle in der Argumentirung Hellenbach's. Schon in der Vorrede phantasirt er von „Strolchen, die durch Raub und Mord die Welt reorganisiren wollen“.

Aber unser „Mann ohne Vorurtheile“ ist nicht blos Gegner der Sozialdemokratie, sondern der Demokratie überhaupt. Er ist Legitimist und ein Gegner des allgemeinen direkten Wahlrechts. Dafür muß der Großgrundbesitz im Parlament — mindestens im Oberhaus — besonders vertreten sein: „Das Haupt einer historischen Familie, welches einen Grundbesitz inne hat, der an Steuern ungefähr eben so viel zahlt, als ein Wahlbezirk, ist ein ganz berechtigter Faktor in einer gesetzgebenden Versammlung; und wenn dieser Besitz ein der Familie gesicherter ist, so kann ein solches selbst erbliches Mitglied niemals schaden, denn es bietet so manche Garantien für Patriotismus, Gemeinsinn und Unabhängigkeit, deren sich die meisten Abgeordneten nicht erfreuen. Ist so ein Pair auch ein unwissender Esel, so

wird er für die Erziehung seines Sohnes nur um so gewissenhafter sorgen, als er selbst seine Unbehilflichkeit und Lächerlichkeit empfindet“ (S. 245).

Wir haben also die ausreichendsten Garantien, daß die nächste Generation der Aristokratie höchst wohlerzogen sein wird.

Welches ist nun die Hellenbach'sche „Lösung der sozialen Frage“? Diese Lösung besteht einfach darin, daß den Kinderlosen die „Menschheit“ als Erbe gesetzt wird. Der Staat soll den Nachlaß Kinderloser mit einer hohen Erbsteuer belegen, aus deren Erträgniß ein Fonds gebildet wird, dessen Zinsen zur Herstellung und Erhaltung humanitärer Anstalten dienen, als da sind: Spitäler, Waisenhäuser, Kinderbewahr- und Erziehungsanstalten, Schulen, Versorgungs- und Invalidenhäuser &c. (S. 90). Wenn der Staat den Hellenbach'schen Vorschlag nicht acceptire, solle dieser durchgeführt werden durch einen Verein, etwa den Deutschen- oder Johanniterorden (!), dessen Mitglieder sich verpflichten, im Fall ihres Ablebens einen Theil ihres Vermögens der „Menschheit“ zu widmen.

Man sieht, allzu große Ansprüche an die Vorurtheilslosigkeit der Leser stellt die Hellenbach'sche „Lösung der sozialen Frage“ nicht. Eine Erbschaftssteuer soll nichts Ungewöhnliches mehr sein und eine bessere Dotirung der Armenversorgung dürfte auch nirgends auf prinzipielle Bedenken stoßen — und Herr Hellenbach hat seinen schönen Plan zum ersten Male schon 1879 entwickelt. Woher kommt es nur, daß die soziale Frage trotzdem noch immer nicht gelöst ist? K. K.

Notizen.

Die Großindustrie in Rußland. Nach dem „Deutschen Handels-Archiv“ (zitirt im „Sozialpolitischen Zentralblatt“, Nr. 44) betrug die Zahl der Fabriken im Europäischen Rußland (mit Polen):

Jahr	Zahl der Fabriken	Werth der Gesammtproduktion Rubel	Jahresprodukt einer Fabrik Rubel	Zahl der Arbeiter	Arbeiter auf eine Fabrik
1886 . .	19 749	999 529 000	53 580	734 971	38
1890 . .	20 391	1 207 498 000	59 212	828 450	41

Die Zahl der russischen Fabrikarbeiter kann man also heute schon auf rund eine Million veranschlagen. Das Zarenthum selbst bietet Alles auf, die Großindustrie zu fördern selbst auf Kosten der Landwirthschaft. Es treibt auf diese Weise selbst die Bauern vom Lande, wo sie konservativ bleiben, in die Städte, wo sie zu revolutionären Proletariern werden.

Feuilleton.

Die alte Magd.

Von Nicolaus Krauß.

Als ihre Mutter starb, war sie, das jüngste von vier Kindern, erst fünf Jahre alt. Ihr Vater saß auf seinem eigenen Grund und Boden, aber er war ein „Kuhbauer“: Sein Besitzthum war nur klein, Dienstboten konnte er nicht halten, nur dadurch, daß er und sein Weib Tag für Tag vom aufdämmernden Frühroth bis in die sinkende Nacht arbeiteten wie Lastthiere, konnte der nothwendige Lebensunterhalt herbeigeschafft werden. Trotz aller Anstrengung kam der

Bauer nicht vorwärts. Sein Körper war von der nie endenden Rackerei gebrochen und geknickt wie ein halboffenes Taschenmesser, sein Gesicht zerrissen, als wäre es aus Rinde geschnitzt, seine Handfläche war eine Hornhaut, seit Jahren konnte er die Finger nicht mehr zur Faust ballen. Jedes Kind, das ihm geboren wurde, jeder Krankheitsfall, der die Familie heimsuchte, jedes weniger gute Jahr warf ihn weiter und weiter zurück; der Schulden auf dem Gütchen wurden immer mehr.

Als die kleine Kreszenz geboren wurde, waren die anderen Kinder schon so ziemlich herangewachsen. Aber die Geburt der Tochter kostete der Mutter erst die Gesundheit, dann das Leben. Ihr von Arbeit und Entbehrung zermürbter Körper fiel in sich zusammen. Aus den gebrochenen Augen seines Weibes starrte dem Bauer der vollständige Ruin entgegen. Von da ab wurde der Mann, der sich sonst scheu vor den Menschen zurückgezogen, wo er nur konnte, zum Herumtreiber. Jede Hoffnung war in ihm erstorben. Tagelang wanderte er durch Feld und Wald, ziellos, planlos. Ihn, der sonst Vierteljahre lang nicht einen Tropfen Bier sich vergönnt, sah man jetzt öfters in entlegenen Wirthshäusern. Da er kein Trinker war, erregte ihn der Schnaps — zum Bier reichte sein Geld nicht — so sehr, daß er oft die Herrschaft über seine Sinne verlor und hilflos am Wege liegen blieb.

Etwas über ein Jahr trieb's der Bauer auf diese Weise. Im nächsten Frühjahr, als die Schneewässer die Niederung zu einem See gewandelt, brachten eines Tages fremde Männer die triefende Leiche des Vaters den aufschreienden Kindern.

Auf Betreiben der Vormundschaftsbehörde wurde das Anwesen verpachtet. Die drei älteren Kinder holten sich Bauern aus anderen Dörfern als Dienstboten, die kleine Kreszenz wurde gegen einen kleinen Pachtnachlaß den Pächtersleuten zur Pflege und Erziehung überlassen. Den neuen Wirthschaftern erging es auf dem Hofe noch schlechter als dem alten Besitzer. Sie mußten alle Abgaben leisten, die dieser gegeben, konnten aber keine weiteren Schulden machen. So zehrten sie vom Tage der Uebernahme an von dem kleinen Kapital, das sie mitgebracht. Das kleine Mädchen erschien ihnen bald als eine Last, die man ihnen gegen ihren Willen auf den Nacken gesetzt. Das Kind wurde von einer Ecke in die andere gestoßen, und überall war es im Wege. Ein Jeder prügelte an ihm herum und ließ an ihm seinen Zorn und Unmuth aus. Selbst die Dorfkinder waren bei jeder Gelegenheit hinter der Kleinen her. Und schrie sie dann in ihrer Angst, wie es die anderen Kinder thaten: Sie werde es schon ihrer Mutter sagen, so lachte man sie aus und quälte sie ärger, denn zuvor. Kaum das nothdürftigste Essen erhielt die Waise. Gab ihr die Pächtersfrau ein Stück Brot, gleich stand der halberwachsene Sohn dabei, entriß ihr die Hälfte und versetzte ihr einige Püffe als Entschädigung. Das Kind wäre verhungert, hätte ihm nicht ab und zu eine gutmüthige Bäuerin, eine mitleidige Magd einige Bissen zugesteckt.

Von einem regelmäßigen Schulbesuch konnte bei der kleinen Kreszenz keine Rede sein. Kaum hatte sie nothdürftig lesen gelernt, behielten sie die Pächtersleute so viel als möglich zu Hause. Sie mußte Gänse und Ziegen hüten, wurde als Laufbotin durch die ganze Umgebung gehetzt, mußte die kleinen Kinder des Pächterpaares herumtragen und beaufsichtigen. Einigemal entlief sie. Aber immer wurde sie wieder zurückgebracht und jedesmal erhielt sie soviel Hiebe und Schläge, daß ihr Körper mit Striemen und blauen Flecken wie übersät erschien.

Als Kreszenz vierzehn Jahre alt war, nahm sie eine Bäuerin, die in einem drei Stunden weit entfernten Dorfe wohnte, ihre Mutter gekannt und von der

schlechten Behandlung, welche ihr zu Theil wurde, gehört hatte, von den Pächtersleuten fort.

Das Mädchen hatte nur den Dienst gewechselt, nicht die Arbeit. Im Sommer mußte sie Kühe hüten, im Winter Kinder warten und pflegen. Den ganzen Tag und die halbe Nacht war sie auf den Beinen und oft war sie so müde, daß sie sich an die Wand lehnte, um nur etwas zu verschnaufen. Nur in Einem hatte sich ihre Lage gebessert gegen früher: Ihr zweites Wort war nicht mehr Hunger und ihr drittes nicht mehr Brot; sie konnte sich jetzt satt essen, so oft sie wollte. Ihr Körper reckte und streckte sich, und bald stand sie, welche früher einem verkrüppelten Hagebuttenstrauch geglichen, ihren Altersgenossinnen weder an Kraft, noch Gewandtheit, noch Körperentwicklung nach. Für „voll“ wurde sie aber deshalb von den anderen Dienstboten nicht angesehen. Sie war eine Waise, hatte keinen Verwandten im Dorfe, ihre Geschwister dienten weit ab in anderen Dörfern, die man meistens nur den Namen nach kannte: Man konnte sie also ungestraft hänseln und beleidigen. Und das that man auch. Man schüttete ihr Ofenruß vors Bett, damit sie beim Aufstehen mit beiden Füßen hineinspränge, band, wenn sie Abends spann, ihren Zopf an die Ofenstange, steckte ihr Gerstenähren zwischen Hals und Joppe, und goß ihr Wasser in die Schuhe, stellte sie bei der Ernte überall dorthin, wo die unangenehmste Arbeit zu verrichten war.

Fest- und Freudentage hatte Kreszenz im Jahre eigentlich nur zwei. Da kam ihr ältester Bruder, nachdem er stundenlang gewandert, zu ihr auf Besuch. Dann saßen sie den ganzen Tag über beisammen und erzählten einander von der Heimath und dem Vaterhaus, der todten Mutter und von all dem, was ihnen seit ihrem letzten Zusammensein widerfahren, lachten und weinten. Und wenn er sich dann am späten Nachmittage wieder zur Abreise rüstete, dann steckte sie ihm die wenigen Groschen zu, welche sie von ihrem Lohne abgespart, damit er sich Tabak kaufen könne.

Mit siebzehn Jahren wurde Kreszenz Kleinmagd und erhielt die Aufsicht über das Jungvieh, welches zur Aufzucht kommen sollte. Da sie groß und stark war, verwandte man sie auch beim Schneiden des Getreides und beim Mähen des schweren Grünfutters. Die schwere Arbeit griff ihren Körper an, der noch voll in der Entwicklung begriffen war. Von der Zeit an ging sie mit vornübergebeugten Schultern und schritt weitausgreifend daher wie ein Mann.

Nach einigen Jahren wurde sie von einem anderen Bauer, der sie während der Erntearbeiten öfter beobachtet hatte, als Großmagd gedungen. Ihre bisherige Dienstgeberin gerieth darüber fast außer sich. Sie jammerte, zeterte, schrie über Undank. Gerade bei der Kreszenz müsse ihr so etwas passiren, bei ihr, die sie aus Schmutz und Verwahrlosung gezogen und erst zu einem „anständigen Leut“ gemacht! In Wirklichkeit hatte der Zorn der Frau freilich einen anderen Grund. Sie ärgerte sich, einen so verwendbaren Dienstboten, der ihr so lange Jahre fast nur „um Gotteslohn“ gedient, verlieren zu müssen. Trotzdem betrachtete sie sich als die Beleidigte und ließ, als der Abzugstag herankam, die Lade, welche die wenigen Habseligkeiten der Magd barg, einfach auf die Straße werfen.

Nun kamen für Kreszenz Jahre der härtesten Arbeit. Ihre Bäuerin war fast beständig krank. So lastete neben den Arbeiten, die sie als Großmagd zu verrichten hatte, auch noch die Besorgung des ganzen Hauswesens auf ihren Schultern. Sie mußte das Essen richten für die Leute, die Wäsche besorgen für das ganze Haus, Brot backen und die Seife sieden. Man verlangte von ihr, daß sie die Erste sei auf dem Felde und der Dreschtenne, die Letzte im Stalle,

in der Milchkammer und beim Flachsbrechen. Und sie that Alles, was man ihr auftrug. Im Anfange regte sich in ihr noch manchmal das junge lebfrische Blut. Sie wollte fröhlich sein mit den anderen, tanzen und sich ihres Lebens freuen. Aber die Schatten ihrer lichtlosen Kinderzeit schwebten über ihr und ihr verbittertes Wesen verscheuchte bald alle diejenigen, welche sich ihr anschließen wollten. Dann glaubte sie auch das überwunden und verfiel in vollständige Stumpfheit. Es erschien ihr, als wäre sie zu nichts, als zur Arbeit geboren. Mit einem gewissen schadenfrohen Gefühl verfolgte sie es manchmal, wie weit denn die Anstrengungen gehen müßten, damit ein menschlicher Körper zusammenbräche.

Auch ihr Bruder besuchte sie nicht mehr. Schon seit lange. Für das väterliche Gütchen hatte sich kein Pächter mehr finden lassen. Schon einige waren nach einander auf demselben zu Grunde gegangen, und das schreckte. So mußte es der älteste Sohn des früheren Besitzers übernehmen. Da er das aus eigener Kraft nicht vermochte, nahm er ein Weib, das einiges Geld besaß, aber bedeutend älter war als er selbst und dabei streitsüchtig und boshaft. Um seine jüngste Schwester konnte er sich nicht mehr kümmern, ebenso wenig wie die anderen Geschwister. Sie waren Dienstboten wie jene.

Kreszenz war schon weit in die Dreißiger hineingekommen, als sie einen Knecht kennen lernte, dessen ruhiges Gehaben und Gebaren ihr gefiel. Auch er war früh verwaist und hatte weder Verwandte noch „Freundschaft“ in der Gegend. Die beiden einsamen Menschen schlossen sich bald eng aneinander. Wehmüthig lächelnd betrachtete jetzt die Magd öfters ihr Antlitz im Spiegel. Ihre Züge waren hart und scharf, die Haut von der Sonne verbrannt, das immer noch reiche Haar spröde und farblos geworden. Für den Herbst hatten die Beiden ihre Hochzeit verabredet. Sie hofften bei einem reichen Bauer die Taglöhnerstelle zu erhalten, ihr eigenes Häuschen zu haben und ihre eigene Wirthschaft führen zu können. Aber das Glück, das für die beiden bis dahin Freudlosen in sicherer Aussicht zu stehen schien, es verschwand wie ein Irrlicht im Moor. Im Sommer kam das Kind und damit zerschellten alle Hoffnungen der Eltern.

Kreszenz mußte sofort aus ihrem bisherigen Dienst. Ihre kleinen Ersparnisse und die ihres zukünftigen Mannes waren aufgezehrt, bis sie wieder arbeitsfähig war. Es war eine traurige Hochzeit, welche die Beiden feierten. Aber noch einmal sprachen sie einander Muth zu, und allsogleich machte sich Kreszenz auf die Suche nach einem neuen Dienstplatz. Tagelang wanderte sie mit ihrem kleinen Kinde auf dem Rücken von Dorf zu Dorf, von Hof zu Hof und sprach um Arbeit an. Zehnmal warf man ihr die Thür vor der Nase zu und jagte sie wie eine Bettlerin auf die Straße.

Das waren der Kreszenz ihre Flitterwochen.

Endlich erbarmte sich ihrer ein Bauer, und nahm sie als Magd. Er sagte es wenigstens, daß er's „um Christi willen“ thue, in Wahrheit spekulirte er. Er wußte, daß eine Magd mit einem Kinde sich noch einmal so viel gefallen lassen mußte, als ein anderer Dienstbote, und daß man ihr so viel Arbeit aufhalsen könne, als man nur wollte. Jede Viertelstunde, die Kreszenz ihrem Kinde widmete, erkaufte sie mit einer Fluth von Schmähungen gegen sich und ihre kleine Tochter. Genau so, wie es ihr selbst in ihrer Jugend ergangen, behandelte man jetzt ihre Kleine; sie wurde zum Blitzableiter, der all die schlechte Laune, die Rohheit und Bosheit der Hausgenossen, von den Erwachsenen angefangen bis herab zu den Halbwüchsigen und Kindern, auffing und widerspruchslos erdulden mußte. Und jedes häßliche Wort, das man dem Kinde nachrief, jeden Bissen

Brot, den man ihm vorrechnete, jeden Hieb, den man ihm gab und jeden Stoß, den man ihm versetzte, empfand die Mutter, als hätte es ihr selbst gegolten.

In der ersten Zeit kam ihr Mann, der in einem entfernten Dorfe wieder als Knecht diente, öfter zu ihr. Aber der Bauer wurde bald mißtrauisch und verbot dem Knechte den Hof. Nun trafen sich die beiden Eheleute ab und zu in einer Ziegelhütte oder einem halbverfallenen Schafstall. Aber auch das wurde mit der Zeit immer seltener, bald sahen sie einander kaum öfter als einmal im Jahre, nur von Zeit zu Zeit trug ein Bettelmann einen Gruß von einem zum anderen. Sie waren Beide völlig stumpf geworden und hatten jede Hoffnung auf eine bessere Zukunft und glückliches Zusammenleben eingesargt.

Endlich konnte Kreszenz die Mißhandlungen und Quälereien ihres Kindes nicht länger mehr ertragen, sie gab ihre Tochter einer alten Taglöhnersfrau in Pflege und suchte sich einen anderen Dienst. Ihre Lage wurde dadurch nicht um das Geringste verbessert. Den ganzen Lohn, den sie als Großmagd erhielt, verschlang die Wohnung, Kleidung und Pflege des Kindes, dessen Gesundheit von Anfang an keine feste gewesen. Kreszenz spann bis tief in die Nacht hinein für Lohn, strickte Strümpfe und Pulswärmer, sparte sich am Munde ab, was sie nur konnte, trotzdem brachte sie es Jahre lang nicht dazu, sich ein Paar neue Schuhe, ein billiges, kattunenes Kleid kaufen zu können.

Die Jahre kamen und gingen. Die glutheißen Sommer, die froststarrenden Winter, Kreszenz beachtete sie kaum, sie darbte und arbeitete mit der Absichtslosigkeit und Regelmäßigkeit einer Maschine. Als sie fünfzig Jahre alt war, hatte sie ganz das Aeußere eines alten Weibes. Ihr Oberkörper war vornüber gebeugt, um den Mund zogen sich Falten, scharf und tief, als wären sie mit dem Messer gegraben, die „Krähenfüße“ an den Augen bildeten ganze Netze. Von der Zeit an hieß sie überall „die alte Magd!“ Sie lebte in beständiger Angst, ihr Dienstherr könnte sie fortschicken. Sie fühlte es selbst mit täglich größer werdender Deutlichkeit, daß ihre Kraft nicht mehr die alte sei. Wenn sie sich früh Morgens von ihrem Lager erhob, war ihr Körper steif wie ein Stück Holz. Und weil sie das fühlte, so arbeitete sie um so länger und eifriger. Sie mußte das Nachlassen ihrer Kräfte verbergen, um jeden Preis, bis sie ihre Tochter „versorgt“ wußte. Dann mochte kommen, was da wollte. Und dieser Wunsch des alternden Weibes ging in Erfüllung: Kreszenz sah ihre Tochter als Kleinmagd auf einem großen Bauerngute. Kurze Zeit darauf brach ihr Körper völlig zusammen. Sie sah es selbst ein, daß ihre Kraft der Arbeit nicht mehr gewachsen war und verließ freiwillig den Dienst.

Ein Lehrer nahm sie auf und sie hütete um die Kost und einige Groschen Lohn dessen Ziege und die beiden Kühe. Das ganze Dorf lächelte, wenn sie an dem langen Strick daherkamen, die humpelnde alte Magd auf der einen Seite und die drei Thiere auf der anderen. Während der langen Stunden, in welchen sie mit ihren Pflegbefohlenen dahinzog über die Feldraine, den Hängen entlang, sprach sie laut mit sich, verstummte aber sofort, sobald Jemand in ihre Nähe kam. Einige Jahre blieb sie bei dem Lehrer, dann konnte sie auch der nicht mehr gebrauchen. Sie konnte sich nur mehr sehr mühsam bewegen und war ganz vergeßlich geworden.

Nun wurde Kreszenz wieder das, was sie zu Beginn ihrer Laufbahn gewesen: Kindermagd. Zu einem festen Dienst aber brachte sie es nie mehr; ein paar Wochen war sie bei dem Bauer, ein paar Wochen bei jenem. Zwischendurch lag sie einige Zeit lang krank, und das letztere wiederholte sich immer häufiger.

Jetzt geriethen die Bauern in Furcht, daß sie das alte kranke Weib würden erhalten müssen. Man forschte ihrer Vergangenheit nach und ihrer Verwandtschaft. Ihre Geschwister waren alle schon lange gestorben, ihre Tochter konnte sie nicht erhalten, die war ja selbst nur ein armer Dienstbote. Aber die Kreszenz hatte doch einen Mann gehabt! Der lebte allerdings auch nicht mehr, aber verheirathet waren die Beiden wirklich gewesen, richtig und wie sich's gehört. Damit war jede Sorge von den geizigen Bauern genommen. Kreszenz wurde nach der Gemeinde gebracht, in welcher ihr Mann heimathberechtigt gewesen.

Sie war jetzt so alt und erschöpft, daß sie auch nicht mehr die leichteste Arbeit auf dem Felde oder in der Wirthschaft zu verrichten im Stande war. Ihre Augen waren trübe geworden und die Lider brannten wie Feuer. Man steckte sie also ins Gemeindehaus. In der alten windschiefen Hütte hauste zu ebener Erde auf einer Lehmtenne der Gemeindehirt, unterm Dach verhungerten langsam die drei Gemeindearmen. Die Gemeinde gab ihnen nur die Wohnung und die Feuerstätte, die Nahrungsmittel konnten sich die drei alten Weibchen mit gnädigster Erlaubniß in den zur Gemeinde gehörigen Dörfern zusammenbetteln. Im Sommer ging's noch. So schlecht Kreszenz auf den Beinen war, die Tage waren lang, sie konnte ihr bischen Essen zusammenbringen. Stundenlang saß sie dann in einem Bauernhofe auf der Einfassung des Hausbrunnens und richtete abgerissene Worte, zusammenhanglose Sätze an die Hühner und Enten, welche sich quakend, gackernd und schreiend vor ihr herumtrieben. Oder sie ging in den Wald, suchte Schwämme und Beeren, grub nach „Ameiseneiern“ und Harzknollen. Im Winter aber kam sie oft Wochen lang nicht aus ihrer Behausung. Fußhoch lag der Schnee auf allen Wegen und Steigen, durch das alte, ganz zermürbte Strohdach des Gemeindehauses pfiff der Nordsturm. Und in ihrer Kammer, ohne Licht und Feuerung saßen die drei alten Frauen auf ihrem Strohlager, stumm und starr wie Mumien. An den hohen Festtagen schickte zwar jeder Bauer Nahrungsmittel ins Gemeindehaus. Aber weil alle gleichzeitig gaben, war es für die armen Alten für den Augenblick zu viel und das Meiste verdarb.

Kreszenz trug jetzt die reinen Bettlerlumpen. Strümpfe hatte sie schon seit Jahren nicht mehr besessen. Im Winter stopfte sie Stroh in die alten Schuhe, welche sie am Wege aufgelesen, und wickelte alte Fetzen, die sie erbettelt, um die alten Beine. Sie war jetzt ganz verlassen. Ihre Tochter hatte einen Arbeiter geheirathet und Beide waren in die Fremde gezogen, um sich bei einem Bahnbau ihr Brot zu verdienen. Und Jahre lang ertrug die alte Magd ein solches Leben.

* * *

Wieder war der Sommer eingezogen. Auf den Feldern wogten golden und körnerschwer die Halme des Roggens, in der flimmernden Luft lag ein Duft von frischem Brote. Nach dem Mittagessen waren aus dem Dorfe, in welchem Kreszenz zuletzt gelebt, einige Kinder nach dem Walde gegangen, um Heidelbeeren zu pflücken. Hinter einem Wachholderstrauche bemerkten sie ein Bündel. Sie traten näher und fanden einen todten Menschen, ein altes Weib. Der leblose Körper mußte schon seit mehreren Tagen hier gelegen haben. Augen und Gesicht waren von den Ameisen zerfressen, der Leib war zusammengezogen, die Finger hatten sich in die dürren Nadeln des Waldbodens gekrallt.

Wie sie gelebt, so war die alte Magd gestorben. Nach einem langen Leben, überreich an Arbeit, Sorgen, Mühen und Entbehrungen, war sie verkommen am Wege.

Für die Redaktion verantwortlich: Georg Baßler in Stuttgart.



Nr. 52. XI. Jahrgang, II. Band. 1892-93.

Preußische Kultur.

⚹ Berlin, 13. September 1893.

Dem gegenwärtigen preußischen Kultusminister kam, als er sein Amt antrat, ein gewisses günstiges Vorurtheil entgegen. Er hatte sich vor Jahren einmal aus den Erfahrungen heraus, die er in seiner amtlichen Stellung, irren wir nicht, als Präsident des Oberverwaltungsgerichts, über die geistige und sittliche Reife des Beamten-Nachwuchses gewonnen hatte, über das Rauf- und Saufleben auf deutschen Hochschulen in ähnlich offener Weise ausgesprochen, wie jüngst Professor Schmoller, und das wollte unter dem alten Kurse noch mehr bedeuten, als unter dem neuen. In der That veranlaßten die damaligen Offenherzigkeiten des Herrn Bosse den Minister v. Puttkamer sozialistischen Angedenkens, auf einem Studentenkommers die heranwachsende Jugend der besitzenden Klassen mit seinem ganzen Pathos aufzufordern, daß sie sich von gewissen „Nörglern" nicht in ihrem patriotischen Liederjahnsleben stören lassen, sondern im Dienste des Vaterlandes ruhig weiter raufen und saufen sollten.

Indessen Herr Bosse hat nicht gehalten, was er versprach oder doch nach der Ansicht wohlwollender Optimisten zu versprechen schien. Der niedrige Grad der offiziell preußischen Kultur hat sich unter seinem Regiment nichts weniger als erhöht, und der Trost, daß Herr Bosse immer noch ein Fortschritt gegen seinen Vorgänger, den Grafen Zedlitz sei, der ein hartgesottener Reaktionär, aber in seiner Art ein Charakter und ein Mann war, will nicht recht verfangen, wenn man hört, daß der preußische Kultusminister nach rühmlich vollbrachtem Tagewerk Abends am häuslichen Herd die Zukunftsbilder des Herrn Eugen Richter als erlesenste Blüthe deutscher Dichtung und Wissenschaft vorträgt und wenn man liest, wie er in amtlichen Erlassen die soziale Frage mit religiösen, von konservativen Sozialpolitikern wie Rodbertus schon vor Jahrzehnten verhöhnten Quacksalbereien lösen will. Die preußische Kultur ist wie die österreichische Landwehr zwar immer langsam vorgeschritten, aber patriotische Herzen müssen doch schmerzlich berührt werden, wenn sie gar so weit noch hinter der wahrlich doch auch nur kümmerlich entwickelten allgemein bürgerlichen Kultur zurückbleibt.

Damit nicht genug, so bemüht sich der Kultusminister auch erfolgreich, den Nimbus der einzigen rühmlichen That, die aus seiner vor-ministeriellen Existenz weiteren Kreisen bekannt geworden ist, gründlich zu zerstören. Wir denken dabei

an den Rüffel, den er neuerdings den Geschichtslehrern an den preußischen Schulen deshalb ertheilt hat, weil sie sich bei der Behandlung der vaterländischen Geschichte allzulange in der grauen Vorzeit aufhalten und die Ruhmesthaten der neueren Hohenzollern nicht in gebührendes Licht stellen. Man könnte fragen, was denn das liederliche Leben auf deutschen Universitäten mit dem Geschichtsunterricht an deutschen Schulen zu thun habe. Indessen die Antwort auf diese Frage scheint uns doch nicht gar so fern zu liegen. Je gründlicher dem heranwachsenden Geschlechte der bildende Nahrungsstoff eines ehrlichen Unterrichts in der Geschichte entzogen, je unablässiger ihm eingepaukt wird, daß die göttliche Vorsehung schon alles Nöthige und selbst alles Ueberschwängliche für den preußischen Staat gethan habe, indem sie ihm die Hohenzollern als Fürsten setzte, um so besser wird die Jugend der besitzenden Klassen für jenes akademische Lotterleben vorbereitet, das Herr Bosse einst so beredt zu schildern und so scharf zu tadeln wußte. Wir sagen: die Jugend der besitzenden Klassen, denn die Jugend der arbeitenden Klassen wird zwar derselben Pferdekur unterworfen, aber ohne alle nachtheiligen, ja eher mit günstigen Folgen. Ihr hilft das elterliche Haus und der Kampf des Lebens bald zur Erkenntniß, daß auch hinter dem lieben Gott und den Hohenzollern noch Leute wohnen, und je gröber die Trugbilder waren, durch die sie geblendet werden sollte, um so mehr ist sie gegen den faulen Zauber aller loyalen Geschichtsklitterungen gefeit.

Aber die Jugend der besitzenden Klassen ist nicht so gut daran, und wenn man wie billig in diesen jugendlichen Greisen von Rauf- und Saufbolden, wie sie herdenweise an den deutschen Universitäten umherwimmeln, eben auch nur Opfer sozialer Zustände sieht, so kann man nicht ohne ein Gefühl halb der Erbitterung und halb der Theilnahme daran denken, was in den jungen Geistern alles gemordet werden mußte, ehe sie so wurden, wie sie sind. Und dies Gefühl scheint namentlich unter denen zu erwachen, die mit der Henkersarbeit des geschichtlichen Unterrichts an den preußischen Schulen betraut sind. Von diesen Schulmeistern gilt, was Freiligrath vor fünfzig Jahren von den Zensoren sang:

> Die Zeitung schreibt von braven Henkern,
> Die Schwert und Augentuch
> Voll Zorns in einen Winkel schlenkern,
> Sprechend: Es ist genug!

Mancherlei Anzeichen, geheime und offene, deuten darauf hin, daß den preußischen Schulmeistern die vaterländische Geschichtsklitterung, die sie in ihrem Unterrichte treiben müssen, in die Galle getreten ist. Pädagogische Fachorgane schwingen sich zu kräftigen Wörtlein gegen den blöden Mordspatriotismus auf, der in geschichtlichen und sogar geographischen Lehrbüchern eine Heimstätte gefunden hat; wer jemals öffentlich gegen die preußische Legende aufgetreten ist, hat auch zahlreiche Dankschreiben aus den Kreisen der Gymnasial- und namentlich der Volksschullehrer erhalten, und jene seltsame Aufforderung des Kultusministers an die Geschichtslehrer, sich doch nicht in die Schatten der grauen Vorzeit zurückzuziehen, sondern die Verdienste der neueren Hohenzollern um die Volkswohlfahrt mit gebührendem Tamtamschlage zu feiern, weist auf eine heimliche Obstruktion der Lehrerschaft hin. Wir erwarten von dieser Obstruktion nicht besonders viel, dazu sind die ganzen Verhältnisse nicht angethan. Aber ein Zeichen der Zeit ist sie doch, ebenso wie der kultusministerielle Erlaß ein Zeichen der Zeit ist. Und zwar ein viel bedeutsameres Zeichen, als die Moralpauke war, die Herr Bosse ehedem an die studirende Jugend richtete. Es ist immer die alte Geschichte: Moral predigen ist ein Ding, aber die Unmoral beseitigen

ist ein ander Ding, und die bürgerliche Unmoral hat nun einmal das absonderliche Glück, sobald sie in sich selbst zusammenzustürzen droht, in den bürgerlichen Moralpredigern ihre kräftigsten Stützen zu finden.

Ganz eigenthümlich spiegelt sich die preußische Kultur auch in einem anderen Unternehmen des preußischen Kultusministers, das zwar nicht offiziell, aber doch offiziös unter seiner Flagge segelt, nämlich in der königlich preußischen Volksbühne, die als sogenanntes Schiller-Theater demnächst ihre Pforten aufthun soll und die sich schon im Embryozustande, soweit es die Unermüdlichkeit einer dreisten Reklame anbetrifft, an die Spitze aller hiesigen Theater geschwungen hat. Ob der Kultusminister diese geniale Idee aus eigenem Busen geschöpft hat oder ob sie ihm von einem findigen Geschäftsmann soufflirt worden ist, muß dahingestellt bleiben: jedenfalls hat er ein wohlwollendes Patronat über die neue Bühne übernommen, und das amtliche Bureau der National-Gallerie ist zugleich das amtliche Bureau des Schiller-Theaters. Eine noch nähere Verbindung hat Herr Bosse nach offiziöser Angabe einzig deshalb abgelehnt, weil der allzu offen hervortretende Charakter einer offiziellen Protektion dem jungen Unternehmen schaden könnte, was denn gleich die famose Gründung in ein eigenthümliches Licht setzt.

Im Grunde handelt es sich bei der ganzen Geschichte, die in der bürgerlichen Presse schon seit Wochen so viel Spektakel gemacht hat, um einen Schachzug in dem berühmten Kampfe der modernen Kultur gegen die nackten Barbaren: das Schiller-Theater soll die Freie Volksbühne des hiesigen Proletariats todtschlagen, und in seinem Prospekte hebt es mit faustdicker Anspielung „Angesichts der Bestrebungen von anderer Seite“ hervor, daß „unser Institut weder einer politischen noch sozialen oder religiösen Tendenz dienen“ soll. Das ist auch gleich ein bischen denunzirt, denn wenn die Freie Volksbühne einer „politischen Tendenz“ dient, so ist sie für die Guillotine des preußischen Vereinsgesetzes reif, aber darauf soll es uns hier nicht weiter ankommen. Das Erhebende und Schöne an dem Schiller-Theater ist vielmehr, daß sich einmal wieder die geistige Elite der bürgerlichen Welt zu todesmuthigem Kampfe für ihre Ideale zusammengerottet hat und daß die bürgerliche Tugend in ihrer Selbstaufopferung so weit geht, sich neben dem bürgerlichen Laster zu Tische zu setzen, noch ehe es sich erbrochen hat. Die deutsche Gesellschaft für ethische Kultur und jener Lindau-Ring, der gerade vor drei Jahren seinen Beruf zur ethischen Hebung des deutschen Theaters so herrlich bewährte, stehen in holder Eintracht zusammen, und wenn wir zu unserer Freude auch den Namen des Professors v. Gizycki vermissen, so lesen wir doch den Namen des Herrn Professors Förster dicht neben dem Namen jenes kapitalistischen Theaterrezensenten, der nach eigenem Geständniß die blutigste Theaterkorruption förderte, um seinem hinsiechenden Blatte die Inserate aller Theater zu erhalten. Daß Herr Bruno Wille sich sofort erklärt hat, mit seiner Neuen Freien Volksbühne in die Arme der königlich preußischen Volksbühne zu stürzen, sobald sie ins Leben getreten sei, ist so selbstverständlich, daß wir es kaum noch besonders hervorzuheben brauchen.

Wir haben erst kürzlich an dieser Stelle ausgeführt, weshalb die immer doch nur nebensächliche Bedeutung von Freien Volksbühnen für die proletarische Bewegung nicht unterschätzt werden darf. Die Sache des Proletariats stände weder besser noch schlechter, wenn es keine Freie Volksbühne in Berlin gäbe. Und da die Bourgeoisie in ihrem Hader mit dem Proletariat so gar sehr einer kleinen Aufmunterung bedarf, so möchten wir ihr fast gönnen, daß sie die proletarische Bühne erschlüge oder doch überflügelte. Siegen wir nur in der Welt, so wollen wir gern unterliegen auf den Brettern, die doch nur die Welt bedeuten.

Aber es scheint wirklich, als ob die proletarische Kultur auch auf diesem nebensächlichen Gebiete der preußischen Kultur schon mit Siebenmeilenstiefeln vorausmarschirt wäre. Hinter dem Schiller-Theater stehen nach Angabe seines Prospektes Vereine mit zusammen 80000 Mitgliedern, eine große Anzahl hochgestellter Beamte bis hinauf zum Kultusminister, eine Unzahl — versteht sich — genialer Schriftsteller und endlich schwere Geldsäcke von Bourgeois, und dennoch sind trotz der fürchterlichsten Reklame der ganzen bürgerlichen Presse die 100000 Mark noch nicht zur Hälfte gesammelt, die man für die Eröffnung des Theaters braucht. Dagegen haben die 4 bis 5000 proletarischen Mitglieder der Freien Volksbühne im letzten Spieljahre die mehr als 30000 Mark Kosten ihres kleinen Unternehmens spielend aufgebracht, ohne im Geringsten die Trommeln und Trompeten der Reklame zu benützen.

Und dabei wäre die Gründung einer kleinbürgerlichen Bühne mit billigen Eintrittspreisen, vorwiegender Berücksichtigung des klassischen Repertoires und leidlich guten schauspielerischen Kräften bei den Theaterverhältnissen der deutschen Reichshauptstadt ein nichts weniger als aussichtsloses Geschäft. Aber hier liegt gerade der Hase im Pfeffer. Das Schiller-Theater als Geschäft wäre sicherlich bald fundirt gewesen, aber das Schiller-Theater als — moralische Anstalt, ja, das ist etwas Anderes. Und wer wollte das Kapital tadeln, wenn es an all das Brimborium von ethischen Redensarten, womit das Schiller-Theater eingeläutet wird, keinen Pfifferling wagen mag!

Die preußischen Landtagswahlen und die Sozialdemokratie.

Ein Vorschlag zur Diskussion von **Ed. Bernstein.**

Preußen ist der führende Staat des Deutschen Reiches, er bedeckt fast genau zwei Drittel des Flächeninhalts, zählt über drei Fünftel der Einwohner (1890 rund 30 Millionen von 49400000) desselben und hat im Bundesrath formell nur 17 von 58 Stimmen, vermöge seines politischen Einflusses auf die meisten Kleinstaaten jedoch in allen wichtigen Fragen das faktische Uebergewicht. Die deutsche Reichsverfassung läßt den Einzelstaaten sehr wichtige Funktionen (u. A. das ganze Erziehungswesen) und Befugnisse, außerdem setzt sie den Bundesrath in die Lage, jeden vom Reichstag ausgehenden Gesetzesbeschluß kurzweg unter den Tisch zu werfen. Der Reichstag hat zwar den Anträgen des Bundesraths gegenüber ebenfalls das Recht des Veto, aber die ungleich stärkeren Machtmittel sind auf Seiten des Letzteren, und es würde immer erst eines auf die Spitze getriebenen Widerstandes bedürfen, den Bundesrath zum Eingehen auf einen Antrag des Reichstages zu nöthigen. So lange sie durch ihre Sonderlandtage gedeckt sind, werden die Einzelregierungen ihnen ungenehmen Reichstagsbeschlüssen stets ein taubes Ohr entgegenbringen.

Im Reichstag oder auf den Reichstag hat die Arbeiterklasse Dank energischer Ausübung des ihr zustehenden Wahlrechts heute schon einen gewissen Einfluß. Sie hat in den 44 Sozialdemokraten, die jetzt im Reichstag sitzen, unbedingte Vertreter ihrer Klasseninteressen, sie ist aber auch für einen großen Theil der bürgerlichen Abgeordneten ein Faktor, dem dieselben bei ihren Abstimmungen Rechnung tragen müssen. Das Bischen Anfang von sozialreformatorischen Gesetzen, das wir im Deutschen Reiche haben, ist der Mehrheit des Reichstages

unter dem Druck der Zunahme der sozialdemokratischen Stimmen abgerungen worden. Wenn trotzdem die Gesetzgebung in Bezug auf den Arbeiterschutz rc. ins Rosten gerathen ist, so hauptsächlich Dank dem zähen Widerstande des Bundesrathes. Dieser Widerstand hat aber außerdem zur Folge, daß bürgerliche Abgeordnete im Reichstage für mehr oder minder drastische Reformen stimmten, weil sie im Voraus wußten, daß der Bundesrath doch Nein sagen werde. In der Aera Bismarck ist das gelegentlich vom Regierungstisch mit rückhaltlosem Zynismus konstatirt worden. Die verbündeten Regierungen wissen, hieß es da, daß die Reichstagsmitglieder auf gewisse Strömungen außerhalb des Reichstages Rücksicht zu nehmen haben, sie nehmen ihnen daher ihre Abstimmung nicht weiter übel, aber sintemalen die Regierungen dies Popularitätsbedürfniß nicht haben, so thun sie der Reichstagsmehrheit den Gefallen, deren Beschlüsse mit gebührender Achtung ad acta zu legen.

Was den „verbündeten Regierungen“ — in der Mehrheit der Fälle nur eine wohlklingende Umschreibung für die preußische Regierung — diese Sprache oder, wo man sich genirt, es offen zu sagen, dieses Verhalten möglich macht, ist u. A. eben die Deckung durch ihre Landtage, die durch Zensus- rc. Wahlsysteme dem in Frage kommenden „Popularitätsbedürfniß“ ebenfalls möglichst entrückt sind.

Dies gilt insbesondere vom preußischen Landtag. Er, das Parlament des maßgebenden deutschen Bundesstaates, scheint vor Allem im Dreiklassenwahlsystem einen ehernen Wall gegen jede Rücksicht auf die Forderungen der Arbeiterklasse zu besitzen. Einen kurzen Moment die Zentrale der Opposition gegen Militarismus, Junker- und Muckerthum, die Tribüne für Reden, denen die Drohung mit der gewaltsamen Revolution nicht mangelte (vergl. z. B. die in der Frühjahrssession 1866 gehaltenen Reden über die Strafverfolgungen gegen die Abgeordneten Frenzel und Twesten), ist er heute die fast unbestrittene Domäne der agrarischen und Industrie-Feudalität. Zentrum und Konservative bilden zusammen eine kirchlich und wirthschaftspolitisch-reaktionäre, der kapitalistische Flügel der Letzteren im Verein mit Freikonservativen und Nationalliberalen eine plutokratisch-reaktionäre Mehrheit. Die Deutschfreisinnigen, die eigentliche Partei des modernen Bürgerthums, verfügten im jetzt abgelaufenen Landtage über 29, sage und schreibe neunundzwanzig von 433 Sitzen!

Darnach wäre es absolut aussichtslos, jemals im preußischen Landtage die Stimme von Vertretern der Arbeitersache zu hören, den Forderungen der Arbeiterklasse auch hier irgend welchen Einfluß zu verschaffen. Was die derzeitig in Deutschland maßgebenden Politiker unter Beseitigung der Ungerechtigkeiten des Wahlgesetzes verstehen, hat die von Schippel beleuchtete jüngste Miquel'sche Wahlreform gezeigt. Von der Seite ist nichts zu erhoffen. Sollte sich noch irgend Jemand in Deutschland in dem Wahn gewiegt haben, das Dreiklassenwahlsystem werde an der Theilnahmlosigkeit der großen Masse des Volkes zu Grunde gehen, so ist ihm jetzt gründlich der Staar gestochen. Schippel hat durchaus Recht, wenn er schreibt, daß der ein großer Optimist wäre, der annehmen wollte, daß weil die Miquel'sche Reform das „elendeste und widersinnigste“ aller Wahlsysteme noch elender und widersinniger gemacht, es um so rascher zusammenbrechen müßte. Im Gegentheil, als ein je wirksamerer Wall gegen das Eindringen umstürzlerischer Ideen sich das Dreiklassenwahlsystem erweist, um so größere Chancen hat es, zu dauern bis zum jüngsten Tage — der Bourgeoisie-Gesellschaft.

Für Diejenigen, die sich diesen „Tag“ als nahe bevorstehend und quasi von selbst eintretend vorstellen, wäre damit die Sache abgethan. Wer aber der Ansicht ist, daß wir zwar in unzähligen symptomatischen Erscheinungen den Be-

weis besitzen, daß die bürgerliche Gesellschaft dem Zusammenbruch entgegentreibt, daß aber das Eintreten dieses Zusammenbruchs sich weder willkürlich herbeiführen, noch — weil von einer ganzen Reihe von Umständen abhängig — mit Sicherheit vorherberechnen läßt, daß wir also, wie nahe wir immer diese Katastrophe vermuthen mögen, als zurechnungsfähige Menschen uns durch diese Vermuthung nicht abhalten lassen dürfen, das für die Förderung der Interessen der Arbeiterklasse zu thun, was nöthig wäre, wenn die bürgerliche Gesellschaft eine größere Zähigkeit besitzt, als wir ihr zutrauen, kurz, wer mit voller Ueberzeugung auf dem Boden der von der Sozialdemokratie bisher prinzipiell befolgten Taktik steht, für den bleibt meines Erachtens doch noch eine Frage übrig. Die nämlich, ob das Dreiklassenwahlsystem denn wirklich der unübersteigliche Wall ist, die Ideen der Sozialdemokratie, die energische Geltendmachung der Arbeiterinteressen aus dem größten und maßgebendsten Einzellandtage des Deutschen Reiches fernzuhalten. Und diese Frage ist nach meiner Ansicht wohl einer erneuerten Erwägung werth. Sie hat sich mir gerade aus Anlaß der neuesten „Wahlreform“ aufgedrängt, und ich bin dabei zu einem Ergebniß gekommen, das zwar auf vielfachen, vielleicht auf allseitigen Widerspruch in den Reihen der Genossen stoßen wird, das ich aber doch nicht umhin kann, hier der Diskussion zu unterbreiten.

Es sind in der Hauptsache zwei Gründe, die bisher die Partei abgehalten haben, sich an den Landtagswahlen in Preußen zu betheiligen. Der eine war der natürliche Widerwille gegen den ganzen Wahlmodus, ein Widerwille, der dazu führte, die Enthaltung von der Wahl als einen Protest gegen das Wahlsystem zu deklariren. Nun ist, ganz wenige Fälle ausgenommen, die Wahlenthaltung die denkbar schwächste, die impotenteste Form des Protestes, und meist auch nur unter dem Gefühl der Schwäche zur Bekundung desselben gewählt worden. So von der bürgerlichen Demokratie nach den Niederlagen, die dieselbe 1848 und 1849 erlitten. Aber gerade das Beispiel der bürgerlichen Demokratie zeigt auch, daß die protestirende Enthaltung auf die Dauer nicht angeht. Parteien geben sich auf, wenn sie von der Arena abtreten, wo das politische Leben des Landes sich konzentrirt. Sie bewirken nur, daß Andere ihren Platz einnehmen und für die eigenen Zwecke benutzen. Nachdem sie gegen ein Jahrzehnt den Protest der Enthaltung geübt, mußten die bürgerlichen Demokraten in Preußen Anfang der sechziger Jahre doch in den sauren Apfel beißen und auf Grund des oktroyirten Wahlrechts den Wahlkampf aufnehmen. Es war das Schlechteste nicht, was sie thaten. Der Reaktion, die auf ihre Proteste gepfiffen, wurde auf längere Zeit das Leben gründlich sauer gemacht. Lassalle, der die Ungesetzlichkeit der oktroyirten Verfassung so energisch wie nur Einer betont, die Nücken und Tücken des Dreiklassenwahlsystems so scharf wie nur Einer gebrandmarkt hat, hat die bürgerlichen Demokraten denn auch nie wegen der Benutzung dieses Wahlsystems angegriffen. Er war mit Recht der Ansicht, daß man sich dadurch noch absolut nichts an seinem guten Recht vergiebt, wenn man den Gegner, der einem die Waffe gestohlen, mit der Waffe, die dieser geschmiedet, zu schlagen sucht, daß es vielmehr nur darauf ankommt, ob diese Waffe sich überhaupt zum Schlagen eignet, und wenn dies der Fall, ob man sie in der richtigen Weise führt. Aus einem Brief von ihm an Marx aus dem Sommer 1861 geht hervor, daß wenn er zu jener Zeit noch nicht selbst in den Wahlkampf eintrat, dafür nur Gründe der Opportunität für ihn maßgebend waren. Er hielt den Zeitpunkt nicht für gekommen, die Situation nicht für geeignet, aber daß ihn das Wahlsystem grundsätzlich abhielt, dafür fehlt in dem Brief auch die leiseste Andeutung. Und selbst wenn Lassalle, was damals immerhin entschuldbar gewesen wäre, diesen Stand-

punkt eingenommen hätte, so würden die dreißig Jahre, die seitdem verstrichen sind, deutlich das Falsche desselben nachgewiesen haben. Dem Proletariat hat die Nichtbenutzung des preußischen Wahlrechts seitens der Sozialdemokratie nicht das Geringste genutzt, sie hat dasselbe nur der Bourgeoisie lieb und werth gemacht.

Kurz, die Wahlenthaltung aus Prinzip resp. als Protest gegen das System hält in unserem Falle vor der Untersuchung nicht Stich.

Viel triftiger ist der zweite Grund. Dieser beruht auf der Thatsache, daß beim Dreiklassenwahlsystem die Sozialdemokratie, da sie der Sache nach nur auf die Stimmen der dritten Wählerklasse rechnen kann, auch nie in der Lage sein wird, ohne die Stimmen anderer Parteien Abgeordnete durchzubringen, somit also darauf angewiesen wäre, Kompromisse einzugehen. Das ist soweit ganz richtig, und wenn es ferner richtig ist, daß für die Sozialdemokratie Kompromisse unter allen Umständen verderblich und verwerflich sind, so bleibt in der That nichts übrig, als es in Bezug auf die preußischen Landtagswahlen in alle Ewigkeit und unter allen Umständen beim Alten zu lassen.

Ich bin nun aber nicht von der Verderblichkeit und Verwerflichkeit aller Kompromisse überzeugt. Ich weiß zu viele Fälle in der Geschichte, wo Parteien, radikale Parteien, Kompromisse eingegangen sind, ohne daß sie dabei geprellt wurden oder an ihrer Seele Schaden gelitten hätten. Es kommt Alles auf die Natur und Umstände des Kompromisses an. Wenn ich durch einen Kompromiß der Sache, der ich diene, erheblichen Vortheil verschaffen kann, ohne in irgend einer Weise die Unabhängigkeit, die Prinzipientreue und die Zukunft meiner Partei zu gefährden, so wäre ich in meinen Augen ein erbärmlicher Schwächling, wenn ich aus Furcht vor dem Mißkredit, in dem das Wort Kompromiß bei vielen Leuten steht, ihn nicht eingehen würde. Verwerflich ist für mich ein Kompromiß nur, wenn durch ihn die Interessen der Zukunft um momentaner Vortheile willen preisgegeben werden, wenn er zur Aufgabe oder auch nur Verwischung der Prinzipien führt. Es ist aber lächerlich, zu sagen, daß dies die nothwendige Folge jedes Kompromisses sei. Die deutsche Sozialdemokratie hat wiederholt bei Stichwahlen zum Reichstage für solche nichtsozialistische Kandidaten gestimmt, die sich auf gewisse politische und wirthschaftliche Forderungen verpflichteten: bürgerliche Demokraten, linksstehende Freisinnige oder Zentrumsmänner. Das war auch ein Kompromiß, wenn auch kein geschriebener, sondern meist sogar nur ein stillschweigender. Es wurde eine Gegenleistung erwartet, theils im Reichstage, theils setzte man voraus, daß die betreffenden Parteien bei Stichwahlen der Sozialdemokraten mit Konservativen 2c. Gegenseitigkeit üben würden. Das Letztere ist nun meist nicht geschehen, aber bezeichnenderweise hatten die Sozialdemokraten den Vortheil davon. Sie wurden momentan geschlagen, um beim nächsten Mal um so glänzender zu siegen. Durch ihr Verhalten hatten sie das Vertrauen der Wähler nach zwei Richtungen gewonnen — das Vertrauen in die Prinzipientreue und das Vertrauen in die praktische Politik der Partei. Momentan geprellt, wenn man den Ausdruck hier für passend hält, waren wir schließlich doch die Gewinner. Je geschlossener, ihrer Ziele bewußter, kampfeserfahrener eine Partei, um so ruhiger kann sie eventuell es auf einen Kompromiß ankommen lassen, sobald derselbe nur die obigen Bedingungen erfüllt.

Wie verhält es sich nun mit den preußischen Landtagswahlen?

In einer nicht geringen Anzahl von Wahlkreisen stehen die Dinge so, daß wenn unsere Partei sich an der Wahl betheiligt, sie sicher sein kann, in der dritten Wählerklasse die große Mehrzahl aller Wahlmänner durchzubringen. Ich glaube eher zu niedrig als zu hoch zu greifen, wenn ich die Zahl dieser

Kreise auf fünfzig ansetze — die Statistik der letzten Reichstagswahlen rechtfertigte eine weit höhere Ziffer. In fast allen diesen Wahlkreisen streiten Deutschfreisinnige mit Nationalliberalen, Konservativen oder Antisemiten um den oder die Sitze, denn die Landtagswahlkreise sind meist so abgetheilt, daß auf den Kreis immer zwei, hier und da, wie z. B. im ersten Berliner Landtagswahlkreis, sogar drei Abgeordnete entfallen. Wo nicht jetzt schon die Wagschale der bürgerlichen Parteien bis auf wenige Stimmen sich ausgleicht, würde ein Eintreten der Sozialdemokratie in die Wahl bedeutend darauf hinwirken, daß keine dieser Parteien die absolute Mehrheit der Wahlmännerstimmen erhält, so daß, mit anderen Worten, die Entscheidung der Wahl bei den sozialdemokratischen Wahlmännern zu liegen käme. Wir hätten auf diese Weise die Bestimmung über bis zu hundert oder auch mehr Landtagsmandate in der Hand. Das bietet uns die Möglichkeit eines Einflusses auf den Landtag, von der ich mir sage, daß es geradezu Pflicht ist, seine Ausübung ernsthaft in Betracht zu ziehen. Denn was wir können, den Gang der Dinge in unserem Sinne zu beeinflussen, das sollen wir auch. Dieser kategorische Imperativ ist das Lebensprinzip der Sozialdemokratie.

Greifen wir einen Wahlkreis heraus, z. B. den ersten Berliner Landtagswahlkreis. Dort hatten bei der letzten Wahl — 1888 — die Freisinnigen 635, die Kartellparteien 459 Wahlmänner. Nehmen wir nun an, die Sozialdemokratie eroberte durch Theilnahme am Wahlkampfe 200 Wahlmännerstimmen dritter Klasse, und zwar 100 von den Freisinnigen und 100 von den Kartellleuten, so würden alsdann die Freisinnigen schon nicht mehr die absolute Mehrheit haben und gezwungen sein, entweder den Kartellleuten oder den Sozialdemokraten ein Landtagsmandat abzutreten. Aber Berlin, das bisher wenigstens in der ersten und zweiten Wählerklasse Domäne der Fortschrittler war, ist nicht einmal ein günstiges Beispiel. In Breslau sind z. B. das letzte Mal die Freisinnigen mit nur einigen wenigen Stimmen — zirka 490 gegen 510 — unterlegen und werden wahrscheinlich auch diesmal unterliegen, wenn die Dinge sich so weiter entwickeln wie bisher. Mit nur hundert sozialdemokratischen Wahlmännern würde sich das Bild total verändern, und die in der Mehrheit gut demokratische Hauptstadt Schlesiens hätte die Möglichkeit einer wenigstens theilweise adäquaten Vertretung im Landtage. Aehnlich in Frankfurt am Main und an anderen Orten.

Nun weiß ich, was man mir antworten wird: Zugegeben, das alles sei so, so werden die Freisinnigen deine schöne Rechnung durch einen dicken Querstrich verschönern, indem sie im gegebenen Falle nicht den Sozialdemokraten, sondern den Konservativen einen Sitz abtreten, wie sie das bekanntlich bei den Stichwahlen zum Reichstage gethan. — Gewiß, daß man bei den Freisinnigen auf Alles gefaßt sein muß, fällt mir nicht ein zu bestreiten, ich halte es für sehr wohl möglich, daß in vielen Wahlkreisen das genannte Resultat das Ende vom Liede sein wird. Aber wenn sonst die Rechnung richtig ist, muß man es eben darauf einmal ankommen lassen. Und immerhin ist Eines nicht zu vergessen. Wir haben es nach dem Landtagswahlsystem bei der Wahl der Abgeordneten schon nicht mehr mit der freisinnigen „Masse", sondern mit den Wahlmännern der Partei, den eigentlichen Politikern zu thun. Etwas größere Ansprüche auf politische Weitsicht darf man an diese immerhin stellen als an jene. Hat doch selbst ein Eugen Richter gelernt, das „lieber Lucius wie Kapell" zu verlernen, auch gab es bei den meisten Stichwahlen einen Bruchtheil der Partei, der für den Sozialdemokraten stimmte! Aber wie gesagt, die Möglichkeit, und selbst die virtuelle Sicherheit des Umfalls der Freisinnigen, scheint mir kein

genügender Grund, den Gedanken aufzugeben. Im Gegentheil, da die Stimmabgabe öffentlich ist, wäre es um so interessanter, die Sache nun einmal ganz unzweideutig zur Entscheidung zu bringen.

Es sind Bedenken ganz anderer Art, die nach meiner Ansicht unsererseits in Erwägung zu ziehen sind. Das erste ist: Haben wir die zur Aufnahme und Durchführung des Kampfes nöthigen Kräfte? Oder vielmehr, haben wir diese Kräfte im erforderlichen Maße zur Verfügung? Denn unsere Partei hat intelligente, sachverständige Leute, die sich eventuell zu Landtagsabgeordneten eignen würden, genug in ihren Reihen, aber nicht allzuviele, denen es ihre ökonomische Lage erlaubt, ihre Kräfte der Partei zur Verfügung zu stellen. Und wenn wir den Kampf nicht auf der ganzen Linie aufnehmen können, hat er keinen Sinn. Es handelt sich in diesem Falle nicht sowohl um eine rein propagandistische Angelegenheit, als vielmehr um die Entfaltung und Geltendmachung der von uns heute repräsentirten politischen Kraft. Hier und da den Kampf aufnehmen, und sonst überall auf ihn verzichten, würde mehr schaden als nützen. Sechzig bis siebzig Wahlkreise wären das Mindeste, was wir ernsthaft in Angriff zu nehmen hätten.

Das zweite, durchaus nicht zu unterschätzende Bedenken ist dies. Ob nicht durch immer stärkere Betheiligung an Parlamentswahlen und Bethätigung in Parlamenten unsere Partei in der That dahin kommt, sich übergebührlich dieser Seite ihres Wirkens anzupassen. Ich bin der Letzte, der den Redensarten der Anarchisten und Halbanarchisten Zugeständnisse zu machen geneigt ist, ich lasse mich je nachdem mit Seelenruhe von ihnen Opportunist, Possibilist, Staatssozialist und, was wohl die schlimmste Brandmarkung in ihrem Register, Parlamentarier nennen, es wird mich nicht abhalten, für das einzutreten, was ich für praktisch und vernünftig halte. Aber man braucht wirklich kein Anarchist zu sein, man braucht nur die Augen nicht vor dem Licht der Thatsachen zu verschließen, um zu erkennen, daß in der parlamentarischen Thätigkeit für eine Partei wie die Sozialdemokratie die Gefahr liegt, die Selbstbethätigung der Massen zu unterschätzen, sie nur dann, oder nur insoweit anzuerkennen, als es die parlamentarischen Zwecke erfordern, mit anderen Worten, aus dem Parlamentarismus als einem Mittel zum Zweck, einen Selbstzweck, oder gar *den* Zweck zu machen. Ich bin um so weniger geneigt, diese Gefahr zu leugnen oder auch nur zu verkleinern, als ich gerade mit dem Wachsthum unserer Partei eine intensivere parlamentarische Thätigkeit für ein Gebot der Nothwendigkeit halte. Aber ich halte dafür, daß gegenüber den Vortheilen, die die Ausnutzung der politischen Rechte dem Befreiungskampfe der Arbeiterklasse bietet, diese Gefahr doch nicht tief genug ins Gewicht fällt, um auf jene zu verzichten, daß sie vermieden, auf ein Minimum reduzirt werden *kann*, und daß in letzter Instanz sogar das Uebel, wenn wir es so nennen wollen, die Heilung in sich selbst trägt. Jedenfalls heißt es auch hier: Die Sache muß riskirt werden. Wir müssen es darauf ankommen lassen, ob wirklich durch unseren politischen Kampf die Bewegung in anderer Hinsicht, wenn wir sonst unsere Schuldigkeit thun, nothwendigerweise Schaden leidet. Erweist sich dies als unvermeidlich, so wäre damit weniger die Schädlichkeit der Wahl- 2c. Thätigkeit als vielmehr die Thatsache bewiesen, daß die Bewegung im Ganzen weiter zurück ist als wir bisher annahmen. Aber ich glaube nicht an die Unvermeidlichkeit dieser Wirkung. Was man dem Parlamentarismus der deutschen Sozialdemokratie zur Last legt, ist vielmehr zumeist ganz anderen Umständen geschuldet, und man kann sehr wohl die Gegenfrage aufwerfen, ob sich Jemand denn wirklich einbildet, die Bewegung wäre ohne die parlamentarische Thätigkeit heute weiter.

Genug, auch diese Rücksicht kann mich nicht abhalten, den Genossen meinen Gedanken zu unterbreiten.

Worauf läuft er hinaus? Kurz gesagt, auf Folgendes: Es ist die Möglichkeit da — ich gebe zu, keine übermäßig große, aber immerhin eine Möglichkeit, durch eine energische Aktion unserer Partei den Wall des Dreiklassenwahlsystems zu durchbrechen und eine wesentliche Verschiebung der Parteiverhältnisse im preußischen Landtage — es würde sich um 100 bis 150 Sitze handeln — herbeizuführen, eine Verschiebung, die in ihren Konsequenzen die allgemeine Lage der Dinge im Reich nicht unbeeinflußt lassen würde. Es handelt sich um die Möglichkeit, neue Positionen für unsere Partei zu gewinnen, in eine bisher für uneinnehmbar gehaltene Festung in stattlicher Zahl einzudringen. Es wäre die prächtigste Ironie der Geschichte, wenn just in dem Moment, wo man es noch stärker gegen uns verbarrikadirt, wir durch das „elendeste und widersinnigste aller Wahlsysteme" hindurch Bresche legen würden.

Wir haben zur Zeit kein Mittel, die Beseitigung dieses Wahlsystems zu erzwingen. Wir können Massenversammlungen zum Protest gegen dasselbe veranstalten, aber wenn es bei den Protestresolutionen bleibt, wird kein Mensch sich um dieselben kümmern. Ihnen durch einen Generalstrike nach Art der Belgier Nachdruck zu verleihen, ist ein Experiment, das unter den jetzigen Verhältnissen im Polizei- und Militärstaat Niemand anrathen wird. Auch ist zu einem so extremen, so folgenschweren Mittel die Sache in der That nicht wichtig genug. Aber sie ist wichtig genug, einen Ansturm zu wagen, der für unsere Partei nichts ist als eine neue agitatorische Kraftprobe. Wirksamer als die feurigsten Proteste ist es, das Dreiklassenwahlsystem durch die T h a t ad absurdum zu führen.

Wann erklärte Bismarck es für das elendeste und widersinnigste aller Wahlgesetze? Als es ihm von Wahl zu Wahl oppositionelle Mehrheiten entgegenstellte. Wie sich der Wind drehte, rührte er keinen Finger, es abzuschaffen, sondern spielte im Gegentheil wiederholt die Landtage gegen den Reichstag aus. Kaum e i n e Partei liebt dieses Wahlsystem, sie wagen aber nicht, es aufzugeben, weil es sich bisher als Stachelzaun gegen die Sozialdemokratie bewährt hat. Nun, so lange wir jung und ungeschult waren, war es in der That besser, wir blieben davon. Heute aber, wo wir eine kräftige, wohlgeschulte und, wo es nöthig ist, auch wohldisziplinirte Partei sind, sollte es heute so ganz aussichtslos sein, einen Ansturm zu wagen?

Ich will die Frage nicht unbedingt beantworten. Dazu stehe ich dem Kampfplatz doch etwas zu fern. Ich habe mich aber für verpflichtet gehalten, wenigstens die Frage den Lesern der „Neuen Zeit" und durch sie den Parteigenossen im Reich überhaupt zur Diskussion zu unterbreiten. Ob man meinem Gedanken zustimmt oder nicht, seine Erörterung kann auf jeden Fall nur von Vortheil sein. Der Grund, daß wir bisher etwas nicht gethan, ist kein stichhaltiger Grund, es auch in alle Ewigkeit zu unterlassen. Was gestern Vernunft war, kann heute Unsinn sein. Wir haben dem Dreiklassenwahlsystem gegenüber die Wahlenthaltung in einer Weise praktizirt, die unsere anarchistischen Freunde, wenn sie noch ein Herz in der Brust haben, zu Thränen rühren müßte. Ich könnte da wundervolle Thaten oder vielmehr Nicht-Thaten erzählen. Aber der Erfolg war eben auch Null.

In wenigen Wochen finden die Neuwahlen zum Landtage statt — auf fünf weitere Jahre hinaus. Möge man erwägen, ob wir Besseres thun können als bisher, und je nachdem das Ergebniß der Diskussion ausfällt — was wir thun k ö n n e n, das s o l l e n wir auch thun.

Die Wahlen in Frankreich.

Als die geschäftigen und nichts weniger als unparteiischen Depeschenbureaus die ersten Meldungen über den Ausfall der französischen Wahlen in die Welt hinausposaunten, da herrschte eitel Jubel in der bürgerlichen Presse des Auslandes. Nach den erhaltenen Nachrichten hatten ja die stattgehabten Wahlen nur eine Bedeutung: sie zeigten, daß mit dem Bestand der bürgerlichen Republik die Herrschaft der Bourgeoisie gesichert war, und zwar gesichert in Folge eines kräftigen Ruckes nach Rechts. Die Partei der „Regierungsrepublikaner" alias der Opportunisten und liberalen Republikaner hatte entschiedene Siege zu verzeichnen. Die Monarchisten, die zur Republik bekehrten Konservativen inbegriffen, hatten eine beträchtliche Einbuße an Stimmen und Parlamentssitzen zu verzeichnen, und von den bürgerlichen Radikalen galt das Gleiche. Die Sozialisten aber sollten ihre Siege zu früh gefeiert, sie sollten keine nennenswerthen Erfolge erzielt haben, höchstens, daß die sozialistischen Radikalen den Wahlkampf nicht übel bestanden hätten. In Wirklichkeit zeichneten sich die Verhältnisse schon nach dem ersten Wahlgang deutlich genug wesentlich anders.

Allerdings hatten die Regierungsrepublikaner Dank dem Ruck nach Rechts einen großen Theil der früher monarchistischen Wählermassen gewonnen. Aber die bürgerlichen Radikalen waren nicht blos geschlagen, sie waren vernichtet worden. Mit den größten relativen Wahlerfolgen gingen dagegen die Sozialisten aus dem Wahlkampfe hervor. Auf den Ruck nach Rechts hatte also ein bedeutender Theil der französischen Wähler durch einen Ruck nach Links geantwortet, und die Politiker, welche sich zwischen das Rechts und Links zu setzen gedacht hatten, waren auf den Boden geflogen, die Wählermasse hatte ihnen die Gefolgschaft versagt.

Die Stichwahlen haben keine neuen Momente zu Tage gefördert, dagegen haben sie die drei angedeuteten Erscheinungen so scharf hervortreten lassen, daß sich ihre Erkenntniß auch den blödesten Augen aufdrängt. Die Siege der Sozialisten können nicht länger todtgeschwiegen werden. „Das Vergnügen, Herrn Clémenceau nicht wieder erwählt zu sehen, darf die Augen der Zuschauer nicht gegen die Gefahren schließen, welche der Fortschritt des Sozialismus in sich birgt", seufzte in wehmüthiger Kassandrastimmung der „Figaro", und monarchistische und republikanische Blätter seufzen es ihm nach.

Die entschieden konservativen und entschieden revolutionären Parteien haben gewonnen, die Mittelpartei ist zerrieben, vernichtet. Das Ergebniß der französischen Wahlen weist somit die größte Familienähnlichkeit auf mit dem Ausfall der deutschen Reichstagswahlen. Hier wie da spitzt sich die Lage so zu, daß für Mittelparteien kein Platz mehr im politischen Leben bleibt, daß nur noch ein Hüben und Drüben gilt. Man lasse sich über diese Thatsache nicht dadurch hinwegtäuschen, daß die monarchistischen Konservativen eine arge Schlappe erlitten haben (nur 58 Monarchisten und 35 Ralliirte wurden gewählt), und daß die „Regierungsrepublikaner" auf der ganzen Linie triumphirten. So gern sich diese als Partei des juste milieu, der goldenen Mitte, als die Mittelpartei hinstellen, sie sind so wenig eine Mittelpartei wie die deutschen Nationalliberalen, ihr farbloses, dem Absolutismus feig unterkriechendes Gegenstück. Wie diese haben sie sich im Laufe der Zeit aus Konservativen mit liberalen Phrasen zu Konservativen ohne solche herausgemausert. Mehr noch, sie sind heutigentags in Frankreich die konservative Partei par excellence, die eigentliche konservative Partei, und diesem Umstande gerade verdanken sie ihr Wachsthum an Stimmen und Sitzen auf Kosten der Monarchisten. Die französischen Großgrundbesitzer haben reichlich und

täglich Gelegenheit gehabt sich zu überzeugen, daß die bürgerliche Republik durch die regierenden Opportunisten die Interessen des „befestigten Grundbesitzes“ ebenso wahrt und begünstigt, wie irgend welche Monarchie. Kein materielles Klasseninteresse veranlaßt sie mehr, die Wiederherstellung der Monarchie anzustreben, nur ein mehr oder weniger akademisches Interesse für die Wiedereinsetzung eines „angestammten Gottesgnadenthums“ oder einer durch den Appell an das Volk legitimirten Dynastie. Gewiß, an den Höfen findet der Hofadel seine Rechnung, allein die Agitation für einen monarchistischen Staatsstreich kostet Geld, heidenmäßig viel Geld. Die Herren Prätendenten, von den Nachkommen des filzigen Bürgerkönigs Louis Philipp an bis zu dem legitimistischen „Roy“, die Bonapartisten inbegriffen, haben allezeit huldvollst geruht, ihre getreuesten Schildknappen mit Aufhalsung der Kosten für die „Wiedereinsetzung in ihre Rechte“ zu ehren. In unserer „ideallosen“ Zeit finden jedoch die „überzeugten Monarchisten“, daß die Verheißung einer Belohnung treuer Dienste nach dem Wenn und Aber einer Restauration ein fauler Wechsel ist, und daß Kornzölle, Vieh- und Fleischzölle, Steuerreformen, welche den Großgrundbesitz entlasten, nicht zu verachtende Dinge sind, auch wenn sie von einer bürgerlichen Republik geboten werden. Erwägungen dieser Art haben der Republik mehr Anhänger unter den Konservativen gewonnen, als alle Ausführungen des Papstes, daß die republikanische Staatsform der göttlichen Ordnung nicht widerstreite.

Der Panamaschmutz konnte in diesen Kreisen die Regierungsrepublikaner nicht herabsetzen. Viele in der Wolle gefärbte Konservative und Klerikale haben nach Herzenslust aus den trüben Gewässern des Panamakanals geschöpft, und im Allgemeinen haben die Herren de und des zu allen Zeiten ein feines Verständniß für das non olet der Trink- und Schweiggelder bethätigt. „Nach Euch, Wir“, haben manche von ihnen gedacht, als sie in die Reihen der Regierungsrepublikaner einschwenkten. Die sichere Voraussicht der bevorstehenden Fahnenflucht eines Theils der bisherigen Parteigänger bewirkte von vornherein, daß die Wahlkampagne der Konservativen lau geführt ward. Konservative Kandidaten traten in den Wahlkampf ein, aber keine festgegliederte, siegesgewisse konservative Partei.

Nun waren und sind es allerdings nicht aristokratische und plutokratische Großgrundbesitzer, welche die Wählermasse der Kreise ausmachen, die aus dem Besitz der Monarchisten in den der Opportunisten und Liberalen übergingen. Aber ein großer Theil dieser Wählermasse — Kleinbauern, Pächter, Halb- und Viertelspächter, Landproletarier — lebt in vollständiger wirthschaftlicher und politischer Abhängigkeit von den Landmagnaten. Er mußte mit diesen zusammen die Schwenkung in das republikanische Lager vollziehen. Ein anderer Theil der ländlichen Wähler hat jedoch diese Schwenkung freiwillig und bewußt, mit oder gegen den Willen ihrer bisherigen politischen Leithammel vollzogen. Unter der bäuerlichen Bevölkerung hat der Boulangismus entschieden revolutionirend gewirkt und den Bann des früheren politischen Indifferentismus, des stumpfsinnigen Einhertrabens hinter den „angestammten“ oder „eingekauften“ Herren gebrochen. Die Konservativen importirten den Boulangismus in den Departements, um ihn als Sturmbock zu benutzen gegen die Republik. Aber es ging ihnen, wie es den deutschen Junkern als Nährvätern des Antisemitismus geht, die Geister, die sie riefen, wurden sie nicht los.*

* Unseres Erachtens war der Boulangismus, natürlich mutatis mutandis, das Gegenstück des Antisemitismus in Deutschland. Dieser wie jener ist herausgewachsen und wurde genährt durch das Mißbehagen breiter, wirthschaftlich bedrängter Volksschichten, vor

Die politisch weltfremde Landbevölkerung wurde mitten hineingerissen in den Strudel des politischen Lebens. Es regnete Broschüren, Zeitungen, Flugblätter für und gegen den Boulangismus, Agitatoren für und gegen ihn kamen in die entlegensten Winkel des Landes. Die nämlichen Lokalautoritäten, welche den Bauern bis dahin für Verbesserung seiner Lage auf den Triumph der Kirche und der Monarchie vertröstet hatten, verwiesen ihn auf ein näherliegendes Etwas, auf den Boulangismus. Der Bauer fing an, sich von seinen alten Göttern zu wenden — sie hatten ihn auch gar zu schlecht bedient — und zu neuen Göttern zu hoffen. Mit seiner politischen Trägheit war es aus. Als der Boulangismus wie eine Seifenblase zerplatzte, machte ein Theil der Landbevölkerung einen kleinen Schritt nach links und kam ins Lager der Opportunisten und liberalen Republikaner. Die Herren sprachen ja so viel von ihrer „Fürsorge für die Interessen der Landwirthschaft", sie verstanden es so gut, die Vorurtheile der Kleinbesitzer zu schonen und — auszubeuten, sie erwiesen sich in ihrer Politik so echt konservativ, last not least, ihre Haltung gegenüber dem in der Provinz mächtigen Klerus war so klug „versöhnlich", daß der ländlichen Bevölkerung die Schwenkung leicht fiel. So erklärt es sich, daß die Regierungsrepublikaner in vielen Wahlkreisen siegten, die bis vor Kurzem stockkonservativ waren und in denen der Boulangismus einen starken Anhang zählte. Das Einschwenken breiter ländlicher Massen in das republikanische Lager ist jedoch nur der erste, nicht der letzte Schritt ihres politischen Entwicklungsganges. Ihren Lebensinteressen nach werden sie mehr und mehr nach links vorrücken bis dahin, wo heute bereits ein Bruchtheil der Kleinbauern und Landproletarier steht, in die Reihen der Sozialisten.

Die Wahlsiege der Regierungsrepublikaner, welche 311 Mann stark in das Parlament einziehen, besagen somit zweierlei, erstens daß sich die Besitzenden auch in Frankreich zu einer festen, konservativen Partei, zu der einen reaktionären Masse zusammenballen, und zweitens, daß die Masse der französischen Landbevölkerung ihren politischen Stumpfsinn abschüttelt und langsam nach links zu marschiren beginnt.

---

allem des Mittelstandes, welcher seinem fortschreitenden Ruin rathlos und ohne Verständniß des politischen und wirthschaftlichen Lebens der Jetztzeit gegenübersteht. Die fanatischen, überzeugten Anhänger des Boulangismus rekrutirten sich aus den nämlichen gesellschaftlichen Elementen, welche im Antisemitismus ihr Heil suchen; aus Handwerksmeistern, Kleinindustriellen, Kleinhändlern, Kleinbauern 2c. In Frankreich waren diese Elemente bis dahin gedankenlos und gläubig im Schlepptau der Opportunisten und Radikalen (Städter) und der Monarchisten und Bonapartisten (Landbevölkerung) einhergelaufen, wie sie sich in Deutschland in den Städten von Nationalliberalen und Freisinnigen, auf dem Lande von den Konservativen leithammeln ließen. Dem Programm des Boulangismus wie des Antisemitismus ist die gleiche Unklarheit und Verschwommenheit eigenthümlich, sie schillern hier demokratisch, ja revolutionär, dort erzreaktionär, verheißen Allen etwas und passen sich allen Vorurtheilen an. Die Ahlwardt und Böckel arbeiten mit den gleichen grob demagogischen Mitteln, wie der „tapfere General" Bumbum und seine Bravi und mit dem nämlichen bauernfängerischen Erfolg. Aus bornirtem Haß gegen den „jüdischen Liberalismus" setzten sich die deutschen Junker den Ahlwardt in den Pelz und ihre französischen „Berufsgenossen" kajolirten Boulanger, um ihn gegen die Republik auszuspielen. Der Antisemitismus hat in Deutschland politisch zurückgebliebene Volksschichten aufgepflügt und für den Sozialismus vorbereitet. In Frankreich hat der Boulangismus die gleichen Vorarbeiten verrichtet, direkt oder indirekt hat er den Sozialisten in die Hände gearbeitet. Wo er die politisch noch unreifen Volksmassen ergriffen hatte, da sind diese einen Schritt nach links gedrängt worden, die monarchistische bäuerliche Bevölkerung zu den Opportunisten, das republikanische Kleinbürgerthum der Städte zu den sozialistischen Radikalen und Sozialisten.

Die Stichwahlen sind im Punkte der Mandate für die Radikalen verhältnißmäßig günstiger ausgefallen, als man nach dem ihnen verhängnißvollen ersten Wahlgang annehmen konnte. Aber was sie an Sitzen retteten, das haben sie nur der Unterstützung politischer Gegner zu verdanken, mit deren Hilfe sie in einer Stärke von 122 Deputirten in der Kammer erscheinen. Die bekanntesten und anerkanntesten Führer der Partei sind nicht wieder erwählt worden, ihr ganzer Generalstab ist geschlagen. Die Clémenceau, Floquet, Sigismond-Lacroix, Maujan und wie sie Alle heißen, die Zierden und Leuchten der äußersten Linken, erlitten schmachvolle Niederlagen, von denen sich die Partei voraussichtlich nie wieder erholen wird. Die Vernichtung des französischen bürgerlichen Radikalismus bildet das Seitenstück zu der Vernichtung des Deutsch-Freisinns bei den letzten Reichstagswahlen. Nur hat der Nörgler und Ministerstürzer des französischen Parlaments nicht den bitteren Trost seines Kollegen Richter, in letzter Stunde von Gnaden seiner Gegner in den gesetzgebenden Körper gerettet worden zu sein.

Die Niederlage Clémenceau's und seiner Partei wird vielfach lediglich dadurch erklärt, daß dem Führer der äußersten Linken und seinen Freunden Panamaschmutz anhaftet. Und diese Annahme erscheint plausibel, Angesichts der Kundgebungen, welche in Paris und in der Provinz beim Bekanntwerden des Wahlresultats laut wurden. Die tausendstimmigen Rufe: „Panama! Panama! Nieder mit Floquet! Nieder mit Clémenceau!“ begrüßten die Nachricht von der Niederlage der genannten Politiker. Gewiß ist es auch, daß die Verwicklung Clémenceau's und anderer Radikalen in die Panama-Affaire nicht ohne Einfluß auf den Ausfall der Wahlen für die äußerste Linke gewesen ist. Diese rekrutirte ihre Wählerkundschaft zum Theil aus der Gesellschaftsklasse, welche unter den Raubzügen der Großfinanz und Börsenhaie am meisten leidet, aus dem Kleinbürgerthum, in dem Tausende von Existenzen in Folge des Panamakrachs zusammenbrachen. Die Radikalen hatten sich so lange als das verkörperte Gewissen der Republik, als Catone von Profession angepriesen, daß die gerupften kleinbürgerlichen Gimpel von ihnen ein thätiges Eintreten für ihre Interessen erwarteten. Sie hatten „die heilige Pflicht“, dem „kleinen Mann“ zu seinem „Recht“, zu seinen „sauer erworbenen Groschen“ zu verhelfen, sie mußten die großen Spitzbuben an der Börse, in der Kammer und Regierung am Kragen packen, sie in melodramatisch bewegten Sitzungen — der französische Spießbürger schwärmt nämlich für nichts so sehr als für das „Melo“ — mit den gespreizten Phrasen des Papa Corneille oder dem falschen Pathos Viktor Hugo's brandmarken, ihnen den Raub abjagen, kurz, sie mußten die Rolle der ausgleichenden sozialpolitischen Gerechtigkeit spielen. Die Clémenceaus und Unter-Clémenceaus thaten nichts von alledem. Im Gegentheil, unter dem Motto: „Die Republik darf nicht in der Person ihrer Träger kompromittirt werden, wir dürfen ihren Gegnern keine Waffen gegen sie ausliefern“, halfen sie den Opportunisten, den Panamaskandal in Kommissionen zu begraben, ihn in gerichtlichen Untersuchungen zu ersticken, welche dem ganzen Lande als die reinste Posse erscheinen mußten. Mehr noch, es stellte sich heraus, daß auch die „Unbestechlichen“ käuflich waren, daß auch nicht Wenige von ihnen, Clémenceau inbegriffen, mit den Panamiten gemanscht und gemogelt hatten. Das an seiner sterblichsten Stelle, am Geldbeutel, gepackte Kleinbürgerthum ward wild, es rebellirte gegen seine bisherigen politischen Vertreter und kündigte ihnen die Gefolgschaft. Charakteristisch in der Beziehung ist, daß die heftigste Kampagne gegen Clémenceau's Wiederwahl von dem „Petit Journal“ geführt wurde, d. h. von dem Leib- und Magenblatt der

Pariser und provinziellen Kleinbürger, denen als höchstes Ideal das „Hausbesitzer-werden“ vorschwebt.

Aber was die äußerste Linke in Sachen des Panama gethan und nicht gethan, war nicht die einzige und eigentliche Ursache ihrer Niederlage. Es spielte sozusagen nur die Rolle des Tropfens, der das gefüllte Gefäß zum Ueberlaufen bringt, es war mehr maßgebend für die Abschlachtung einzelner Radikalen, als für die Vernichtung der ganzen Partei. Die eigentliche Ursache derselben liegt tiefer. Sie ist darin zu suchen, daß sich die sozialpolitischen Verhältnisse Frankreichs soweit zugespitzt haben, daß in Folge der wirthschaftlichen Vernichtung des Mittelstandes kein Platz mehr ist für eine Mittelpartei, welche die sozialen Gegensätze zu verkleistern sucht, welche von einer Harmonie der Interessen aller Gesellschaftsklassen fabelt, welche weder entschieden konservativ, noch entschieden revolutionär zu sein, weder ganz für die Interessen der Bourgeoisie, noch ganz für die des Proletariats einzutreten wagt. In Verkennung dieser Thatsache hat die äußerste Linke Fehler auf Fehler gehäuft und immer mehr die lebendige Fühlung mit den Massen ihrer einstigen Gefolgschaft verloren. In politischen Fragen radikal, von der Tradition der revolutionären Vorväter zehrend, in sozialwirthschaftlichen Fragen durchaus reaktionär, von allen Vorurtheilen und Klasseninteressen der Bourgeoisie beherrscht, schwankten die Radikalen als Männer des politischen Möchte-gern-und-kann-doch-nicht hin und her. Nie kam die Partei der tönenden demokratischen Phrase in ihren „Thaten“ über das Stürzen von Ministerien hinaus, nie war sie zu einer entscheidenden Aktion im Interesse der großen Masse bereit. Das echt spießbürgerliche Einerseits und Andererseits der äußersten Linken, ihre Ohnmacht fand ihren klassischsten Ausdruck in der Person Clémenceau's. Abgesehen von etlichen gut abgerundeten Parlamentsreden hat der große Führer der großen radikalen Partei nichts geleistet, es sei denn, man wolle ihm als besonderes Verdienst den Sturz von Kabineten anrechnen, auf welche in der Regel noch schlechtere Ministerien folgten. Kein einziger fruchtbarer, schöpferischer, „staatsmännischer“ Gedanke ist Clémenceau's Hirn entsprungen, keine einzige entscheidende politische That ist auf seine Rechnung zu setzen. Im Kleinen groß, im Großen klein, ohne Verständniß für die brennendsten Zeitfragen, pflegte er stets im entscheidenden Momente auszukneifen und die Interessen der Masse den üblichen politischen Drahtziehern und Moglern auszuliefern. Seine Kurzsichtigkeit und Schwäche schlug in Verrath um, und wenn Jemand, so hat er seinen Sturz verdient. Unerfindlich ist, wie dieses Urbild der bürgerlich-demokratischen Unfruchtbarkeit unserer Zeit in den Ruf gelangen konnte, ein Politiker ersten Ranges zu sein.

Die Arbeiter und Kleinbürger wurden allmälig der Schaubrote des radikalen Programms — Abschaffung des Senats, Trennung der Kirche vom Staat 2c. — überdrüssig. Auch die Schaumklöße der sittlichen Entrüstung der Radikalen über die opportunistische Wirthschaft mundeten ihnen nicht länger. Ihre Klassenlage zwang die Einen und die Anderen, die solidere Speise sozialer Reformen zu verlangen. Die äußerste Linke war blind und taub gegen die Zeichen der Zeit. Sie steckte das Minimumprogramm sozialer Reformen, das Clémenceau Anfangs der achtziger Jahre entwickelt hatte, in die Tasche. Die Partei trat nicht geschlossen und energisch auch nur für eine der Forderungen ein, von deren Verwirklichung Proletarier und Kleinbürger eine Besserung ihrer Lage hofften. Sie kämpfte nicht für eine gute Arbeiterschutzgesetzgebung, für volles Koalitionsrecht der Arbeiter, für umfassende Steuerreformen. Dafür ließ der radikale Ministerpräsident Floquet 1888 gegen Strikende den Säbel hauen

und die Flinte schießen, der Radikale Yves Guyot hetzte Bourgeoisie und Regierung gegen die Arbeitsbörsen und die Arbeitergewerkschaften, und der „auchradikale" Minister des Innern Dupuy verfügte die Schließung der Pariser Arbeitsbörse und übertrumpfte, wenn auch nicht an gesellschaftsretterischer Schneidigkeit, so doch an protzenhaftem Zynismus den faustſtarken Constans. Was Wunders da, daß der Wählermasse das Vertrauen abhanden gekommen ist in die Kraft und die politische Ehrlichkeit der äußersten Linken. Daß der Boulangismus die Bevölkerung der großen Städte mit der Schnelligkeit einer Epidemie ergreifen konnte, hatte den Radikalen deutlich genug zugerufen: „Lernt, ihr seid gewarnt!" Schon bei den 89er Wahlen siegten ihre Führer nur Dank der Unterstützung aller antiboulangistischen Elemente. Die Radikalen verstanden die Sprache der Wahlziffern nicht, sie wurstelten fort, ihre früheren Anhänger wendeten sich von den Boulangisten den sozialistischen Radikalen und Sozialisten zu, und die äußerste Linke hat sich jetzt mit ihrer Vernichtung abzufinden. Bestimmend für dieselbe war weniger, was die Partei gethan hat, als das, was sie nicht gethan hat und ihrem ganzen Wesen als Mittelpartei nach auch nicht thun konnte. Bezeichnend für die wahre Ursache des Niedergangs der Partei Clémenceau sind die Erfolge der sozialistischen Radikalen Millerand, Goblet 2c. Was diesen zu ihren Siegen verhalf, war nicht ihr Radikalismus, vielmehr die Durchtränkung desselben mit dem Tropfen sozialistischen Oels.

In innigem inneren Zusammenhang mit den Erfolgen der Regierungsrepublikaner und der Niederlage der Republikaner stehen die glänzenden Siege der Sozialisten. Sie haben die Gegner erst verblüfft, dann im höchsten Grade beunruhigt und erschreckt. Das Aktionskomite der liberalen Linken fordert alle Republikaner auf, sich zusammenzuschließen zum Kampfe gegen den gemeinsamen Feind, den Sozialismus, der die Gesellschaft, Frankreich, die Republik bedrohe. Und in der That können unsere französischen Genossen mit stolzer Genugthuung auf das Wahlresultat zurückblicken.*

1889 entfielen auf die sozialistischen Kandidaten in den Departements und in Paris zusammen 176 369 Stimmen, 1893 dagegen 486,314 und mit Einschluß der Stimmen der sozialistischen Radikalen 589 232, d. i. ein Zuwachs um rund 175⅔ bezw. um etwas über 233 Prozent.

Die Sozialisten aller Art hatten in Paris 1889 zusammen 56 271 Stimmen auf sich vereinigt, 1893 dagegen erhielten sie deren nicht weniger als 102 913. Rechnet man noch die für sozialistische Radikale abgegebenen 57 473 Stimmen hinzu, so erhält man eine Gesammtziffer von 160 386. Von 1889 bis 1893 sind also in Paris die sozialistischen Stimmen um 83 Prozent, bezw. um etwas über 185 Prozent gestiegen.

Noch weit günstiger sind die Resultate in den Departements. Dort hat der Sozialismus in den letzten Jahren geradezu Riesenfortschritte gemacht, und in erster Reihe ist es die als „doktrinär" verspöttelte kollektivistische Arbeiterpartei, sind es die „orthodoxen" Marxisten, welche die größte Zunahme ihrer Anhänger zu verzeichnen haben. In der Provinz stimmten bei den jüngsten

* Bekanntlich ist noch keine offizielle Wahlstatistik erschienen. Wir müssen uns deshalb an die von den großen Bourgeois-Zeitungen veröffentlichten Ziffern halten. Wir rechnen event. die Stimmen der sozialistischen Radikalen mit denen der „Sozialisten" überhaupt zusammen. Der oben im Artikel angedeutete Grund scheint dies zu rechtfertigen, außerdem wird ein und derselbe Kandidat hier als „Sozialist", dort als „sozialistischer Radikaler" bezeichnet. Die Zahlen beziehen sich, wo nichts Anderes bemerkt ist, auf den ersten Wahlgang.

Wahlen 383 401 Wähler für Sozialisten aller Art, gegen nur 106 595 im Jahre 1889, das bedeutet eine Zunahme der sozialistischen Stimmen um mehr als eine Viertelmillion oder um 260½ Prozent, die 45 445 Stimmen der sozialistischen Radikalen nicht mitgerechnet. Fügt man diese der obigen Ziffer hinzu, so erhält man eine Gesammtzahl von 428 846 Stimmen, gegen 1889 also ein Mehr von 322 251 oder ein Wachsthum um 302⅓ Prozent.

Wir behaupteten, daß die sozialistische Arbeiterpartei, die gelegentlich noch als „Gruppe Guesde-Lafargue“ bezeichnet wird, den bedeutendsten Stimmenzuwachs erfahren hat. Zahlen beweisen. 1889 wurden in den Departements für die Kandidaten der „Marxisten“ 25 573 Stimmen abgegeben, für der Partei nahestehende und mit ihr Hand in Hand gehende Kandidaten rund 25 000, für Possibilisten 13 453 und für „unabhängige Sozialisten“ (d. h. keiner Fraktion angehörige Sozialisten, welche mit den deutschen „Unabhängigen“ nichts gemein haben) 42 569 Stimmen. Den marxistischen 25 573 bezw. 50 573 Stimmen stehen 1893 246 660 gegenüber für Kandidaten, welche von der Partei aufgestellt und auf ihr Programm verpflichtet wurden. Bei dieser Ziffer sind die mehr als 13 000 Stimmen nicht eingerechnet, welche in dem Departement Loire für Souhet, Girodet und Dumay abgegeben wurden, welche zwar der Partei nicht angehören, aber auf dem Kongreß zu St. Etienne auf Grund des marxistischen Programms zu Kandidaten ernannt worden waren. Seit 1889 hat sich also die Zahl der marxistischen Stimmen um 229 087, bezw. um 196 087 vermehrt, also eine Zunahme von 453 Prozent bezw. 387⅔ Prozent erfahren. Wie stetig sich die Partei entwickelt und an Anhängern gewonnen hat, erhellt aus folgender Gegenüberstellung.

Bei den letzten Munizipalrathswahlen vom 1. Mai 1892 vereinigten die Kandidaten der Partei 102 132 Stimmen auf sich, die sich bis zum 20. August 1893 um 144 528 vermehrt haben. Die Zunahme seit vorigem Jahr beträgt rund 141½ Prozent. Die Sozialisten aller anderen Schulen, die unabhängigen Sozialisten mit eingerechnet, sind seit 1889 um 70 719 und mit Hinzufügung der sozialistisch-radikalen Stimmen um 116 169 Anhänger gewachsen, mithin nur um etwas über 107, bezw. 233 Prozent. In der Provinz sind es also entschieden die „Marxisten“, welche die größte Zahl von Anhängern und den größten Stimmenzuwachs aufweisen. Für ihre Kandidaten allein wurden mehr Stimmen in die Urnen gelegt, als für die Kandidaten aller anderen sozialistischen Parteien, Unabhängige und sozialistische Radikale inbegriffen, zusammen, nämlich 246 660 gegen 182 186.

Die Kraft und Bedeutung der kollektivistischen Arbeiterpartei wird ferner dadurch gekennzeichnet, daß sie in ca. 100 Wahlkreisen den Kampf aufnahm, und zwar sowohl in Gegenden mit industrieller, als in Gegenden mit ländlicher Bevölkerung. Bei den früheren Wahlen waren es stets Lokalorganisationen der Partei, welche vereinzelt einen lokalen Wahlkampf führten. Ihr Programm enthielt zwar die allgemeinen Grundsätze der Partei, außerdem aber noch eine Reihe besonderer Forderungen, welche den Lokalverhältnissen angepaßt waren. Zum erstenmal ist bei den diesjährigen Wahlen die Partei als solche, als festgegliedertes, einheitliches, disziplinirtes Ganze in den Kampf getreten, und das mit ein und dem nämlichen Programm und ein und der nämlichen Taktik. Keine andere der sozialistischen Fraktionen Frankreichs hat auf einer so ausgedehnten Schlachtlinie und mit dem gleichen Erfolge gekämpft wie die Kollektivisten.

Der Klassencharakter der Kandidaturen und der Wahlaktion der Partei wurde streng festgehalten. Sie nahm den Kampf auf gegen alle bürgerlichen Kandi-

daten, ohne Unterschied der politischen Parteirichtung. Bei den Stichwahlen hatten ihre Vertreter, wie die Sozialisten aller Art überhaupt, in der Regel die Koalition aller Anhänger der kapitalistischen Gesellschaft gegen sich. Die „republikanische Disziplin“ hielt weder bei den Führern, noch bei der Wählermasse Stand, sobald ein Sozialist in Frage kam. Republikaner stimmten dann für Monarchisten oder Ralliirte, wie z. B. in Lille, wo es sich um den Sieg oder die Niederlage Lafargue's handelte, und die Monarchisten erwiderten den Republikanern an anderen Orten den Liebesdienst. Die Arbeiterpartei betonte angesichts des Chauvinismus der herrschenden Klassen und der unaufhörlichen militärischen Rüstungen die Internationalität des Proletariats aller Länder besonders scharf. Sie ward deshalb auch als Partei der „internationalen Sozialisten“ oder auch des „vaterlandslosen Gesindels“ bezeichnet. Die Verleumdungen und Verdächtigungen, welche sie wegen ihrer Internationalität erfahren hat, sind schier unglaublich. Besonders wurde der Umstand ausgebeutet, daß die deutsche Sozialdemokratie zu dem Wahlfonds der französischen Bruderpartei beigesteuert habe. Das alte Märchen wurde aufgetischt, daß die deutsche Sozialdemokratie und mit ihr Guesde und Lafargue im Dienste der deutschen Regierung stehe, welche Frankreich wehrlos machen wolle. Besonders in Lille und Roubaix suchten die Gegner die chauvinistischen Leidenschaften der Menge zu erhitzen. In Roubaix war gegen Guesde ein von den Unternehmern gewählter „echter Arbeiter“ als Kandidat aufgestellt worden, welcher in öffentlicher Versammlung den Wählern den Rath gab, „die Internationalisten niederzuschießen“. Am Wahltag befolgte einer seiner Anhänger diese Weisung, er tödtete einen Arbeiter und verwundete einen anderen. Fast überall hatten unsere Genossen außer gegen die Koalition aller bürgerlichen Politiker noch gegen den Druck der offiziellen Regierungsgewalten und die wirthschaftliche Tyrannei des Unternehmerthums zu kämpfen. Besonders schmachvoll wirthschafteten die Gegner außer in Roubaix in Lille, wo der klerikale Kandidat mit Banknoten und Strömen von Freibier Stimmen kaufte, ferner in Narbonne, wo Ferroul mit 4099 Stimmen gegen 4290 den vereinigten Gegnern unterlag, in Decazeville, wo die Anwendung der schmutzigsten Mittel die Niederlage Duc-Quercy's bewirkte. In Narbonne und Decazeville wollen unsere Genossen gegen den Wahlausfall Protest einlegen. Sie können nachweisen, daß Stimmen gekauft, Arbeiter durch Androhung der Entlassung eingeschüchtert wurden, daß „Gutgesinnte“ doppelt und dreifach stimmten, daß in einigen Wahlbureaus mehr Stimmen abgegeben wurden, als eingetragene Wähler vorhanden waren 2c.

Der Erfolg unserer Genossen kann nicht nur bemessen werden nach der Zahl der Stimmen und Parlamentssitze, welche ihnen im Wahlkampfe zufielen. Von höchster Wichtigkeit ist, daß sie den Samen des Sozialismus in Hunderten von Orten ausstreuten, welche bis dahin noch außerhalb des Bereichs der sozialistischen Agitation standen. Und dieser Same wird aufgehen und Frucht bringen zu seiner Zeit, dafür sorgen die wirthschaftlichen Verhältnisse. Besondere Erwähnung verdient der Umstand, daß die Bevölkerung rein ländlicher Wahlkreise die sozialistischen Lehren willig, ja mit Begeisterung aufnahm. Mehrere Kandidaten der Partei wurden in Kreisen gewählt, deren Bevölkerung stark mit bäuerlichen Elementen durchsetzt ist. In einer Reihe von fast rein ländlichen Distrikten, so in Narbonne, Carcassonne, im Departement der Loire-Inférieure 2c. erhielt die Partei ansehnliche Minoritäten, Hunderte von Stimmen fielen ihr in Ortschaften zu, welche die Gegner von wegen des „antikollektivistischen Bauernschädels“ für immer gegen den Sozialismus gefeit erachteten. Ihren Hauptanhang zählt die

Partei natürlich nach wie vor in den Industriezentren; in dem bis vor Kurzem ganz konservativen Departement du Nord erhielt sie z. B. über 50 000 Stimmen.

Von den Kandidaten, welche die Partei aufgestellt hatte, bezw. welche das Programm der Partei anerkannten, wurden im ersten Wahlgang erwählt: Guesde (Roubaix), Boyer (Marseille), Salis (Cette), Jaurès (Carmaux), Souhet (St. Etienne), Girodet (St. Etienne).* Im zweiten Wahlgange siegten: Chauvin (St. Denis), Charpentier (Rive-de-Gier), Jourde (Bordeaux), Vaux (Dijon), Thivrier (Montluçon 1. Wahlkreis), Couturier (Lyon 2. Wahlkreis), Sauvanet (Montluçon 2. Wahlkreis), Masson (Lyon 4. Wahlkreis). Mit großen Minoritäten unterlagen unsere Genossen bei der Hauptwahl in Narbonne (Ferroul und Aldy), Carcassonne, Decazeville (Duc-Quercy), Alais, Libourne, Roanne (1. u. 2. Wahlkreis), Nantes, Lille (4. und 6. Wahlkreis), Valenciennes, Cambrai, Arras (Delcourt), Riom, Lyon (8. Wahlkreis), Rouen (2. u. 4. Wahlkreis), Amiens und Castres (1. Wahlkreis). In den Stichwahlen wurden sie zum Theil mit geringen Majoritäten der Gegner geschlagen in: St. Quentin, Boulogne-sur-Mer (Delcluze), Lille (2. Wahlkreis Paul Lafargue), Lille (3. Wahlkreis), Douai, Avesnes, Cambrai (2. Wahlkreis), Marseille (2. Wahlkreis), Lyon (3. u. 6. Wahlkreis), Villefranche (Lachize), Castres (2. Wahlkreis). Daß Lafargue den Anstrengungen der vereinten Gegner unterlegen, ist besonders zu bedauern. Mit Guesde zusammen hätte er im Parlament und über dasselbe hinaus sehr Ersprießliches gewirkt. Um seine Niederlage zu sichern, hatten die Behörden zu dem früheren Liller Wahlkreis noch etliche Landgemeinden geschlagen, deren klerikale Bevölkerung thatsächlich den Ausschlag zu Lafargue's Ungunsten gegeben hat, denn in der Stadt selbst erhielt dieser die Majorität.

In Paris ist das Stärkeverhältniß der verschiedenen sozialistischen Fraktionen zu einander das umgekehrte. Die kollektivistische Arbeiterpartei besitzt hier nur einen sehr geringen Anhang und stellte deshalb nur etliche Zählkandidaten auf, von denen es keiner weit über 500 Stimmen gebracht hat. Die Pariser Arbeiterbevölkerung hält zur Zeit noch an dem kleinbürgerlichen Sozialismus der Blanquisten und Possibilisten (gespalten in Allemanisten und Broussisten) fest oder geht mit den unabhängigen Sozialisten und sozialistischen Radikalen. Sie alle haben gute Erfolge zu verzeichnen und ihre Siege würden offenbar noch größere sein, ohne die aus Mangel an Disziplin und Organisation resultirende Stimmenzersplitterung, welche den Gegnern zu statten kam. So standen sich z. B. in Paris in manchen Wahlkreisen drei, vier, ja fünf sozialistische Kandidaten gegenüber. Uebrigens kamen auch innerhalb der weit strammer organisirten marxistischen Partei mehrfache Kandidaturen vor, so in Cambrai, Lyon und Marseille. Das non plus ultra solchen disziplinwidrigen Unfuges hat jedenfalls der vierte Marseiller Wahlkreis geliefert. Dort stritten sieben sozialistische Kandidaten um den Sieg, nämlich vier Marxisten, zwei Unabhängige und ein sozialistischer Radikaler! In manchen Bezirken einigten sich die verschiedenen sozialistischen Wahlkomites bei den Stichwahlen auf einen einzigen Kandidaten, in anderen Distrikten standen sich auch dann noch Sozialisten als Gegner gegenüber. In Paris wurden mehrfach Sozialisten gegen Radikale oder sozialistische Radikale gewählt, ein erfreuliches Anzeichen des wachsenden Klassenbewußtseins des französischen Proletariats.

Die Blanquisten werden durch vier der ihren im Parlament vertreten sein, nämlich durch Vaillant (Paris), Chauvière (Paris) und Walter (St. Denis),

* Souhet und Girodet sind, wie bemerkt, nur bedingt den „Marxisten" zuzuzählen.

welche in den Stichwahlen, und durch Baudin (Vierzon), welcher bereits im ersten Wahlgange siegte.

Possibilisten wurden im Ganzen sieben in die Kammer gewählt, sämmtlich im zweiten Wahlgange. Es sind dies die Allemanisten Groussier, Faberot, Déjeante, Toussaint (Paris), Avez (St. Denis) und die Broussisten Lavy und Prudent-Dervillers (Paris). Faberot siegte bekanntlich in der Stichwahl über den Radikalen Floquet. In vielen Wahlkreisen von Paris und Umgegend unterlagen die Possibilisten mit ansehnlichen Minoritäten, im Departement der Ardennen erzielte der Possibilist Clement eine stattliche Stimmenzahl.

Von bekannten unabhängigen Sozialisten und sozialistischen Radikalen siegten im ersten oder zweiten Wahlgange: Millerand, Mesureur, Hovelacque, Humbert, Clovis Hugues, Goblet, Paschal-Grousset, Chautemps, Michelin, Paulin-Méry, Richard, Roche, Coutant, Viqué O'Octon (gegen den Vulgärökonomen Leroy-Beaulieu), Vuillod, Cluseret, Sembat, Viviani 2c. Die Gesammtzahl der sozialistischen Deputirten in der Kammer beträgt mit Einschluß der sozialistischen Radikalen 49.

Wir begrüßen mit besonderer Freude die Wahl Guesde's. Mit ihm zieht unstreitig der begabteste und energischste Vorkämpfer des Sozialismus in Frankreich in das Palais Bourbon ein. Sogar die bürgerliche Presse Frankreichs bezeichnet seine Wahl als ein politisches Ereigniß ersten Ranges. Prinzipiell durchaus klar, mit umfassendem Wissen ausgerüstet und mit scharfer Logik begabt, ein unvergleichlicher Redner, der jederzeit gewaffnet ist, den Gegner unerbittlich zu bekämpfen und durch seine Worte auf die weitesten Kreise zu wirken, voll Verständniß für Fragen der Disziplin und Taktik, ist er ganz geeignet, der Mittelpunkt und das geistige Haupt der Sozialisten in der französischen Kammer zu werden.

Ob es freilich von Anfang an zum Zusammenschluß einer einheitlichen sozialistischen Gruppe kommt, deren Zustandekommen mit der Zeit eintreten muß, ist eine andere Frage. Leidige Personenfragen stehen dem im Wege und mehr noch Unterschiede in der Auffassung über Prinzipien und Taktik einer sozialistischen Partei. Prophezeiungen in dieser Hinsicht sind um so müßiger, als in die Kammer viele unabhängige Sozialisten eintreten, welche die verschiedensten Nuancen der sozialistischen Ueberzeugung repräsentiren und keiner Disziplin und Kontrolle einer Partei unterstehen, deren Haltung mithin unberechenbar ist. Es würde uns keineswegs wundern, wenn ein Theil von ihnen sich weniger an die strengen Sozialisten, als an die sozialistischen Radikalen anschlösse.

Was die Letzteren anbelangt, so verlautet bereits, daß sie unter Goblet eine eigene Gruppe bilden wollen, welche den Hauptnachdruck auf die Aktion für eine Verfassungsrevision zu legen gedenkt. Uns könnte dies im Interesse der Schärfung des Klassenbewußtseins der Wählermasse nur recht sein, aber vom Standpunkt der sozialistischen Radikalen aus wäre es jedenfalls sehr untaktisch. Wir glauben kaum, daß ein so bedächtiger Politiker wie Millerand, der eine feine Witterung dafür hat, woher der Wind weht, zu Goblet's Absichten Ja und Amen sagen wird. Goblet ist ein ehrlicher Demokrat, aber ebenso dickköpfiger Eingänger. Sein politisches Ideal wäre die Bildung zweier großen Parteien, einer konservativen und einer liberalen, welche durch das Schaukelspiel ihres Oben und Unten das Tempo der sozialpolitischen Entwicklung Frankreichs regeln sollen. Offenbar hofft er, daß die Frage der Verfassungsrevision geeignet sei, alle linksstehenden Elemente in einer gemeinsamen Aktion zu vereinigen und dadurch das Zustandekommen der geträumten großen Fortschrittspartei anzubahnen, deren

rechten Flügel die Radikalen, deren linken Flügel die Sozialisten bilden würden, während die sozialistischen Radikalen als Zentrum gedacht sind.

Die sozialistischen Deputirten werden für den Plan des Herrn Goblet nicht zu haben sein. Gewiß wäre eine Revision der durchaus monarchistischen Verfassung wünschenswerth, gewiß wäre es wünschenswerth den Senat zu beseitigen, der sich allen Sozialreformen mit der Bockbeinigkeit der politischen Altersschwäche entgegenstellt. Wollten jedoch die Sozialisten gegenwärtig mit den Radikalen zusammen an der Lösung solcher Nebenfragen arbeiten, so würden sie den Clémenceau und Konsorten nur ein Rettungsseil zuwerfen, an denen sich diese aus dem Strom emporarbeiten, der sie zu verschlingen im Begriff steht. Die Sozialisten haben keine Politik zu treiben, welche die Unterschiede zwischen ihnen und den bürgerlichen Radikalen verwischt. Umgekehrt, ihre Politik muß darauf abzwecken, diese Unterschiede in aller Schärfe zur Erscheinung zu bringen und zu zeigen, daß es nur eine wahre Fortschrittspartei giebt: die der Sozialisten. Sollten die Sozialisten verschiedener Richtungen für eine streng proletarische, für eine Klassentaktik nicht zu haben sein, so ist die kollektivistische Gruppe im Parlament stark und bewußt genug, allein die Wege zu gehen, die ihr durch das Prinzip des Klassenkampfs vorgeschrieben sind.

C. Z.

Die Lage der Porzellanarbeiter in Nordwestböhmen.

Von Carl Spöhnmann.

Nordwestböhmen, die Region des Porzellans, ist ein von der Natur reich gesegnetes Land. Es hat prächtig bewaldete Berge, fruchtbare Thäler, starkströmende Gewässer mit großen Triebkräften, heilkräftige Quellen und im Innern der Erde große Lager von Kohle und Mineralien; ebenso besitzt es auch bei Zettlitz einen gewaltigen Kessel der schönsten Porzellanerde, die Grundbedingung für die erfolgreiche Entwicklung der Porzellanindustrie.

Die Porzellanindustrie Nordwestböhmens hat denn auch eine bedeutende Ausdehnung gewonnen, so daß jetzt in siebzehn Fabriken über 3000 Arbeiter beschäftigt werden. Die Fabriken erfreuen sich alle eines blühenden Gedeihens und bedeutender Rentabilität, steht ihnen doch außer großen Kapitalien, welche die Anwendung der neuesten technischen Errungenschaften ermöglichen, eine Arbeiterschaft zur Verfügung, wie sie besser gar nicht gedacht werden kann, die von Hause aus bedürfnißlos, geschickt und zur Porzellanindustrie durch hundertjährige Berufsvererbung besonders gut veranlagt ist.

Durch die Entwicklung des Verkehrswesens, durch die Verbilligung der Frachtsätze, hauptsächlich der Ozeandampfer, wurde der böhmischen Porzellanindustrie der amerikanische Markt eröffnet (das heutige Hauptabsatzgebiet) und dies führte eine vollständige Revolutionirung der Porzellanindustrie herbei. Hatte man früher mit einer thatsächlich künstlerischen Vollendung gearbeitet, so änderte sich dies jetzt, die ganze Fabrikation wurde für den Export zugeschnitten. Amerikanische Kapitalisten gründeten hier neue Fabriken, stellten neue Maschinen auf, führten die Theilung der Arbeit schärfer durch, ersetzten einen großen Theil der männlichen Maler durch Frauen, so daß jetzt ebenso viel Frauen als Männer in den Betrieben beschäftigt sind, führten statt mit freier Hand gemalter Arbeit Schablonenarbeit ein, kurz, die kapitalistische Produktion mit all ihren Begleiterscheinungen trat auf den Plan und unterwarf sich in kurzer Zeit die ganze Industrie.

Die einheimischen Fabrikanten griffen zu denselben Mitteln, theils der Noth gehorchend, um konkurrenzfähig zu bleiben, theils dem eigenen Triebe, froh einen Weg gefunden zu haben, um aus ihren Fabriken größeren Profit herauszuschlagen. Diejenigen, die diese Umwandlung nicht mitmachten, wurden und werden noch sicher zerrieben.

Bis vor ungefähr zwanzig Jahren herrschte noch einigermaßen ein patriarchalisch zu nennendes Verhältniß zwischen dem Unternehmer und dem Arbeiter hier vor. Die Arbeitsgelegenheit war beständiger, die Krisen schwächer, unmerklicher, die Miethzinse niedriger und die Entlohnung besser, so daß es für den Arbeiter eher möglich war, sich einigermaßen anständig durchzuschlagen, als heute.

Am besten bezahlt in dieser Industrie sind die Porzellandreher; die Dreherei ist aber auch die ungesundeste Arbeit im ganzen Fabrikationsprozeß; doch beträgt der Verdienst auch für diesen Arbeitszweig nur in einzelnen Fabriken, wie Pirkenhammer bei Karlsbad, für tüchtige Dreher in der besseren Zeit 12—15 Gulden, doch muß hier bemerkt werden, daß Pirkenhammer eine rühmliche Ausnahme macht. Bei Knoll in Fischern beträgt der Durchschnitts-Wochenlohn knapp 8 Gulden für Dreher und in der „Viktoria“ in Alt-Rohlau im Erzgebirge gar oft noch nicht 6 Gulden. Auch berührt es eigenthümlich, in den Drehersälen nur junge Männer beschäftigt zu sehen, selten daß man einmal eines Drehers ansichtig wird, der das Ende der Dreißig oder gar den Anfang der Vierzig erreicht hat. Die Lungentuberkulose hält hier ihre reiche Ernte, selbst die jüngeren Leute sind schon mit den Zeichen der beginnenden Krankheit behaftet: draußen eine wundervolle, üppige Natur, innen in der Fabrik die erdfahlen Gesichter durch ihren Beruf zum frühen Tode verdammter Menschen!

Die Sterblichkeit ist eine enorme, das Durchschnittsalter der Porzellandreher beträgt nur 32 Jahre. Die schlechten Ventilationsanlagen sind mit eine Hauptschuld an der großen Sterblichkeit. Die größte Sterblichkeitsziffer und die schlechtest ventilirten Arbeitsräume sind bei Knoll in Fischern bei Karlsbad und in den Fabriken in Klösterle im oberen Egerthal zu finden.

Neben den ungesunden Räumen fördern die Sterblichkeit der Dreher noch die ungenügenden Löhne, deren Folge ein wenig gepflegter und darum wenig widerstandsfähiger Körper ist.

Günstiger stellen sich die Gesundheitsverhältnisse der Maler; doch ist ihre Entlohnung auch entsprechend niedriger als die der Dreher; Einzelne, die sich in bevorzugten Stellen befinden, erreichen einen Wochenverdienst von 10—12 Gulden, ein weiterer kleiner Theil den von 8 Gulden, während sieben Achtel aller Maler nur durchschnittlich 4—5 Gulden in der Woche verdienen. Sehr häufig beträgt der ganze Wochenverdienst verheiratheter Maler nur 3 Gulden.

Die zur Malerei verwandten Mädchen erhalten pro Tag 50 Kreuzer Lohn, also in einer vollen Woche 3 Gulden; da aber die Bevölkerung katholisch ist und die katholische Kirche sehr viel Feiertage hat, die streng innegehalten werden, so verringert sich, weil diese Tage nicht mitbezahlt werden, der Durchschnitt noch um ein Beträchtliches. Von diesem Verdienst zahlen die Mädchen wöchentlich 2 Gulden für Kost und Logis, deren Beschaffenheit man sich leicht vorstellen kann, wenn man hört, daß die Miethen hoch und die Lebensmittel sehr theuer sind. Im günstigsten Fall, d. h. bei feiertagsfreien Wochen, bleibt dem Mädchen für Kleidung, Wäsche, Kassengeld und alle sonstigen Bedürfnisse 1 Gulden. Wollen die Mädchen dabei existiren, so können sie es nur auf Kosten ihrer Gesundheit oder ihrer Moral.

Die Arbeitszeit beträgt normal 10 Stunden, jedoch wird nicht selten länger gearbeitet und namentlich den Frauen wird oft eine Arbeitszeit von 15 bis 16 Stunden aufgedrungen. Sonntags darf gesetzlich nicht gearbeitet werden, doch kommen Uebertretungen häufig vor.

Ganz unzureichend sind die Leistungen der Krankenkassen, welche fast ausnahmslos Fabrikskassen sind. Mit Ausnahme der Kasse von Pirkenhammer, welche 52 Wochen lang Unterstützungen zahlt, zahlen alle Kassen nur 20 Wochen lang Krankengeld. Daß diese kurze Unterstützungszeit bei der weitaus häufigsten Krankheit der Porzellanarbeiter, der Lungenschwindsucht, welche immer ein längeres Krankenlager bedingt, das größte Elend für die davon betroffenen Familien mit sich bringt, ist leicht erklärlich.

Die Wohnungsverhältnisse sind überaus traurige. Neun Zehntel aller Familien hausen nur in je einem Raum, der im Durchschnitt 50 Gulden jährlich Miethzins kostet. Dieser eine Raum dient nun als Wohn-, Schlaf-, Koch- und Waschraum. Oft wohnen neben der Familie noch weibliche oder männliche oder weibliche und männliche unverheirathete Personen in diesem Raum, da es dem Haushaltungsvorstand nicht möglich ist, den Miethzins allein zu erschwingen. Es ist keine Seltenheit, daß in einem einzigen Raum 8—10 Menschen hausen, wovon in der Regel einige mit schweren Krankheiten behaftet sind. Die Kindersterblichkeit ist eine große, die meisten Kinder gehen an Masern, Diphtheritis, Durchfall zu Grunde. Die Krankheiten haben ihre Hauptursache in der schlechten Nahrung, den unzureichenden Wohnungen und der damit verbundenen Unreinlichkeit. Daß unter einer solchen von der Noth gebotenen Zusammenpferchung Körper und Geist leiden, liegt auf der Hand. Zu der großen Empfänglichkeit für Krankheiten trägt außer der ungenügenden Nahrung und den engen Wohnungen wohl auch das Fehlen jeder Badegelegenheit für den Porzellanarbeiter viel bei; gewiß eine auffallende Erscheinung in einem Lande wie Nordwestböhmen, das fast gegen alle Krankheiten heilkräftige Bäder besitzt und thatsächlich für die besitzenden Kranken aller Länder ein wahres Mekka ist. Selbst die Arbeiter aus der Umgegend von Karlsbad können die großartigen Badeeinrichtungen dort nicht benutzen, da diese nur Sonntags von 2—7 Uhr Nachmittags für Arbeiter geöffnet sind, und die meisten einen stundenweiten Weg dahin haben.

An ein Besserwerden der Verhältnisse ist vorläufig nicht zu denken, da nur der vierte Theil der Arbeiter organisirt ist und zwar in einer erst vor Kurzem neu gegründeten Vereinigung. Die alte Organisation, der frühere Porzellanarbeiter-Verband, hatte sich als zu konservativ erwiesen, wohl genügend als Reise- und gelegentliche Unterstützungskasse, doch nicht als Kampfesorganisation, wie sie gegenüber den vollständig veränderten Verhältnissen erforderlich wurde. Das Vorwärtsschreiten der neuen Vereinigung geht aber rüstig vor sich, trotz der großen hemmenden Reservearmee von Arbeitslosen und trotz aller Hemmnisse, die ihr von Seiten der Behörden und der Fabrikleitungen nicht allzu sparsam in den Weg gelegt werden. Das Solidaritätsgefühl der Arbeiter und Arbeiterinnen dort ist rege entwickelt, und sollte einmal der Augenblick der Bethätigung desselben eintreten, so ist nur zu wünschen, daß es nicht nutzlos geschehe, daß auch den fleißigen geschickten Porzellanarbeitern Gelegenheit gegeben werde, sich als frohe Menschen zu fühlen, die sich der Schätze ihrer schönen Heimath erfreuen.

Die Durchführung des schweizerischen Fabrikgesetzes.

Von **Dionys Zinner.**

Zwei Publikationen über die Durchführung des schweizerischen Fabrikgesetzes liegen vor uns: der Bericht der Arbeiterkommission in Winterthur und die Berichte der Kantonsregierungen; ersterer für die Periode 1890/92 und letzterer für 1891/92.

Naturgemäß ist der Bericht der Arbeiterkommission von bescheidenem Umfang, aber nichtsdestoweniger von bemerkenswerthem Interesse. Das gilt besonders von dem, was da über den Verkehr der Kommission mit den Behörden gesagt wird. Der kantonale Fabrikinspektor, Hans Kern, der eidgenössische Fabrikinspektor, Dr. Schuler, die Bezirks- und Ortsbehörden, sie alle beweisen der Ueberwachungskommission der Arbeiter das thatkräftigste Entgegenkommen, wofür ihnen auch volle Anerkennung gezollt wird. Der kantonale Fabrikinspektor behandelt die Klagen der Kommission in bereitwilliger und gewissenhafter Weise, er leitet genaue Untersuchung ein, verfügt sich, wenn nöthig, selbst an Ort und Stelle und erstattet über die Ergebnisse des Verfahrens der Kommission Bericht. Auch zur Ertheilung mündlicher und schriftlicher Rathschläge zeigte sich Herr Kern stets gern bereit. So stellte er der Kommission auch ein Verzeichniß sämmtlicher dem Fabrikgesetz unterstellten Firmen zu und eine Beschwerde wegen zu weitgehender Bewilligung von Arbeitszeitverlängerung wurde dahin beantwortet, daß ihr Rechnung getragen werde. Zum Beweise, wie groß die Zahl der Ueberzeitbewilligungen ist, macht die Kommission folgende Angaben:

Im Jahre 1890 wurden in Winterthur an 9 Geschäfte 290 Ueberzeitbewilligungen ertheilt. Hiervon entfallen auf ein einziges Geschäft 226 und auf ein anderes 52 Bewilligungen. Im Jahre 1891 betrug die Zahl der Ueberzeitbewilligungen 214 an 16 Firmen. Obenan steht eine Firma mit 113, eine andere mit 75 Bewilligungen. Die weitestgehende Bewilligung wurde ertheilt für 3 Monate an 500 Mann für täglich 3/4 Stunden.

Die Winterthurer Stadtpolizei liefert der Ueberwachungskommission der Arbeiter ziemlich regelmäßig ein Verzeichniß der laufenden Ueberzeitbewilligungen, so daß es der Kommission ermöglicht war, selbst eine gewisse Kontrolle auszuüben. Auf Veranlassung der Kommission stellte die Polizei öfters Nachforschungen an. Fast unmöglich, sagt der Bericht, ist es, über die Zahl der Arbeiter, welche Ueberzeitarbeit arbeiten, eine Kontrolle auszuüben und es kommt daher thatsächlich sehr oft vor, daß die Zahl der Arbeiter, für welche Arbeitszeitverlängerung bewilligt ist, ganz bedeutend, oft um das Doppelte überschritten wird.

Die Kommission hat Rathschläge drucken und auf Karton aufziehen lassen, welche die Arbeiter instruiren über ihr Verhalten bei Unfällen sowohl zur Wiederherstellung der Gesundheit, als auch zur Wahrnehmung ihrer Interessen und ferner über die Uebertretungen der Arbeiterschutzgesetze. Die Rathschläge wurden den Arbeitervereinen und Gewerkschaften unentgeltlich geliefert.

Was aus dem Bericht schon hervorgeht, das konstatirt zum Schlusse die Kommission selbst ausdrücklich, nämlich daß die Arbeiter ihre Vermittlung nicht in wünschenswerthem Maße in Anspruch nehmen und daß so der Zweck dieser Institution nur zum kleinsten Theile erreicht wird. Gleichgiltigkeit und Furcht vor Maßregelung dürften wohl die Ursache hiervon sein.

Es ist dem gegenüber gut, daß die eidgenössische Fabrikinspektion treulich ihres Amtes waltet und z. B. im Jahre 1892 nach dem Geschäftsberichte des eidgenössischen Industrie- und Landwirthschafts-Departements bei 4606 vorhandenen revisionspflichtigen Betrieben 5280 Inspektionen machte. Ein solch' günstiges Verhältniß der Fabrikinspektion dürfte in keinem anderen Lande mehr anzutreffen sein.

Die eidgenössische Fabrikinspektion wechselt in der amtlichen Berichterstattung mit den Kantonsregierungen ab. Das eine Jahr erscheint der Bericht der Inspektion, das andere Jahr der Gesammtbericht der Regierungen und zwar für je eine zweijährige Periode. Für die Jahre 1891/92 liegt, wie bereits erwähnt, der Gesammtbericht der Kantonsregierungen vor.

Diese 25 Regierungsberichte machen trotz ihrer verschiedenen Gestalt — der Urner Bericht ist z. B. nicht einmal eine Druckseite lang, während derjenige aus Appenzell Inner Rhoden diesen Umfang erreicht, indessen die Berichte aus St. Gallen und Zürich 20 resp. 12 volle Druckseiten umfassen — den Gesammteindruck, daß es mit der Durchführung des Fabrikgesetzes im großen Ganzen befriedigend steht. Mehr oder weniger zahlreiche Uebertretungen finden sich freilich in fast allen Berichten verzeichnet; allein mit dieser Thatsache wird sich auf die Dauer auch der kritischste Sozialpolitiker abfinden müssen, da ja alle anderen Gesetze ebenfalls seltener oder häufiger übertreten werden.

Sehr erfreulich für die Arbeiterschaft ist die Wirkung der bundesräthlichen Verordnung vom Juni 1891, betreffend die erweiterte Wirksamkeit des Fabrikgesetzes. Die glückliche Fassung des Artikels 1 dieses Gesetzes hatte jene Verordnung ermöglicht, welche die Grenzzahl der Arbeiter von 25 auf 10 herabsetzte und die Unterstellung unter das Fabrikgesetz schon bei Betrieben mit mehr als 5 Arbeitern zuläßt, wenn in denselben mechanische Motoren verwendet oder Personen unter 18 Jahren beschäftigt werden oder wenn dieselben gewisse Gefahren für Gesundheit und Leben der Arbeiter bieten. Die 165 Betriebe, welche im Kanton Zürich in der Periode 1891/92 dem Fabrikgesetze neu unterstellt wurden, sind zum größten Theil kleinere Geschäfte, auf die nur in Folge jener Verordnung das Fabrikgesetz Anwendung finden konnte.

Das Gleiche gilt von der Vermehrung der revisionspflichtigen Betriebe in anderen Kantonen, die sich in folgenden Zahlen kundgiebt. Im Kanton Solothurn wuchs diese Zahl von 97 auf 131, in Neuenburg von 102 auf 135, in Bern von 388 auf 507 u. s. w.

Was die Durchführung der einzelnen Artikel des Fabrikgesetzes betrifft, so geht es ohne häufige Erinnerungen und Ermahnungen, Verweise und auch Bestrafungen nicht ab.

Betreffs der gesetzlichen Anforderungen an die Beschaffenheit der Arbeitsräume — Ventilation, Beleuchtung, Beheizung, Feuersicherheit &c. — war die Fabrikinspektion in zahlreichen Fällen veranlaßt, das Einschreiten der kantonalen Behörden zu verlangen. Den bezüglichen Begehren wird jedoch meistens ohne Widerstand seitens der Unternehmer entsprochen. Nach dem Obwaldner Berichte „begriffen die Fabrikanten ganz gut, daß zweckmäßige Einrichtungen zum Schutze von Gesundheit und Leben der Arbeiter auch in ihrem eigenen Interesse liegen“. Im Aargauer Berichte wird gesagt: „Die maschinellen Einrichtungen der Fabriken weisen heute wenig Uebelstände mehr auf; das Haftpflichtgesetz und die von den eidgenössischen Fabrikinspektoren ausgeübte Kontrolle haben in dieser Beziehung zum Schutze und zum Wohle der Arbeiter einen vortheilhaften Einfluß bewirkt. Wo sich etwa noch Uebelstände zeigen, werden dieselben, wenn möglich schon auf erste Reklamation hin, bereitwillig beseitigt. Allerdings bestehen noch da und dort Mißverhältnisse in Bezug auf solche Fabriklokalitäten, welche schon vor Inkrafttreten des Fabrikgesetzes bestanden haben und die sich oft schwer und nur mit großem Kostenaufwande beseitigen lassen. Wenn man auch diesfalls nicht allzu rigoros vorgehen kann, so haben wir doch in einem Falle auf das Gutachten des Fabrikinspektors die Benützung des obersten Dachraumes einer alten Fabrik als Arbeitsraum aus gesundheits- und feuerpolizeilichen Gründen geradezu untersagt. Die betreffende Fabrik ist seither eingegangen, was nicht gerade zu bedauern ist.“

In der Berichtsperiode sind von der Fabrikinspektion neue Normen für den Neu- und Umbau von Fabriken aufgestellt und von den Kantonsregierungen in Vollzug gesetzt worden. Leider werden sie nicht mitgetheilt.

Die Zahl der Fabriksunfälle ist durchwegs gestiegen. So im Kanton Bern von 987 in den Jahren 1889/90 auf 1299 in der Berichtsperiode, in Luzern von 967 auf 987, in Obwalden von 23 auf 34, in Solothurn von 806 auf 936, in Baselstadt von 1144 auf 1578, in St. Gallen von 1854 auf 1941, im Aargau von 983 auf 1299 u. s. w. Nur in wenigen Kantonen ist ein kleiner Rückgang der Unfälle eingetreten.

Nach der Mehrzahl der Berichte werden die Unfallsanzeigen ziemlich prompt erstattet, jedoch vielfach noch ungenau. Nach den anderen Berichten bleibt da noch manche Besserung zu wünschen übrig. Namentlich aber die Anzeigen über den Ausgang des Unfalles werden oft gar nicht, oft verspätet erstattet und zwar von Unternehmern gegenüber den unteren Behörden sowohl, wie von den letzteren gegenüber der vorgesetzten Behörde. Es mußten deshalb auch Verweise und Geldbußen verhängt werden.

Vielfach werden zu hohe Prämien für die Unfallversicherung den Arbeitern vom Lohne abgezogen, theilweise wird allerdings auch gar kein Abzug gemacht, sondern trägt der Unternehmer die Prämie allein.

Bezüglich der Unfallsentschädigungen werden die Arbeiter noch öfters verkürzt. Theils in Folge mangelnder Kenntniß der Gesetze, theils in Folge sozialer Abhängigkeit muß sich nach dem Schaffhausener Bericht der Geschädigte oft mit einer geringfügigen Entschädigungssumme begnügen. „Der Umstand, daß einzelne Unfallversicherungsgesellschaften ihren bestellten Arzt haben, an den sich die Verletzten wenden müssen, ist durchaus zu rügen und es wäre sehr angezeigt, daß die Freiheit des Arbeiters auch in dieser Richtung gewahrt würde."

Bemerkenswerth ist, was der St. Gallener Bericht über die Ursachen der Unfälle sagt: „Wenn wir den Ursachen der 1941 Unfälle nachgehen, finden wir, daß eine beträchtliche Zahl derselben mit mehr Vorsicht und Anwendung der vorhandenen Schutzvorrichtungen hätten vermieden werden können. In mehreren Fällen mußten wir die Erfahrung machen, daß die vorhandenen Schutzvorrichtungen einfach beseitigt und bei gefährlicher Arbeit (Fräsen, Hobeln und dergl.) ganz außer Acht gelassen wurden. Es fällt uns deshalb gar nicht auf, daß sich die Prämien an die Unfallversicherungsgesellschaften immer steigern und die Arbeitgeber unzufriedener werden. Strengere Aufsicht beim Geschäftsbetriebe und energischere Durchführung der den Arbeitern bekannten Vorschriften und Verbote &c. würden ohne Zweifel zu einem günstigeren Resultate führen. Schon oft gaben uns Unfälle Gelegenheit, auf die Nachlässigkeit speziell der Bauunternehmer aufmerksam zu machen. Die Anbringung oder Verwendung von Geländern an Bodenöffnungen und Gerüsten, Verdecke an Fräsen, Bandsägen, Hobel- und Abrichtmaschinen, Getrieben aller Art, Tragen von Schutzbrillen, Stiefeln oder Gamaschen beim Gießen &c. hätten eventuell 2/3 der Unfälle verhüten können."

Hoffentlich bringt die Unfallversicherung nach diesen verschiedensten Richtungen mancherlei Besserung.

Die Arbeiterverzeichnisse werden im großen Ganzen vorschriftsgemäß geführt. Wo sie ungenau geführt wurden oder gar nicht vorhanden waren, schritten die Behörden ein. In St. Gallen mußte dies in 106 Fällen geschehen.

Ueber die Fabrikordnungen sagt der Aargauer Bericht, daß sie nicht selten zu weitschweifig sind und alle möglichen Bußandrohungen enthalten, während die Hauptsache fehlt. „Offenbar stellt sich der Arbeitgeber darunter eine Art Polizeireglement vor und nicht ein Statut, welches das Verhältniß zwischen Arbeitgeber und Arbeiter ordnen soll. Auf diesen Umstand mag es auch zurückzuführen sein, daß die Arbeiter vielfach bei der Aufstellung von Fabrikordnungen nicht befragt und deren Zustimmungserklärungen nicht eingeholt werden. Unsere Direktion des Innern hat nun angefangen, jede Fabrikordnung, welche hierüber keinen Ausweis enthält, zur Ergänzung zurückzufordern, bevor sie dieselbe dem Fabrikinspektor zur Begutachtung zugehen läßt."

Der St. Gallener Regierung wurde eine Fabrikordnung zur Genehmigung vorgelegt, welche den Arbeitern verbieten wollte, innerhalb drei Jahren in ein Etablissement einzutreten, „wo der gleiche oder ein ähnlicher Artikel fabrizirt wird“. Ferner wollte die gleiche Fabrikordnung die ordentlichen Gerichtsinstanzen von der Erledigung aus dem Arbeitsverhältniß entspringender Streitigkeiten ausschließen und diese einem Dreier-Schiedsgericht überlassen. Die Behörde verlangte Streichung dieser Bestimmung, wogegen der betreffende Unternehmer an den Bundesrath rekurrirte jedoch ohne Erfolg.

Der gesetzliche Normalarbeitstag von elf Stunden wird noch immer öfters verletzt. So gaben in St. Gallen 37 Fälle den Behörden Anlaß zum Einschreiten und ähnliche Mittheilungen finden sich in fast allen Berichten. Und dies, trotzdem die Behörden in der Ertheilung von Ueberzeitbewilligungen sich sehr entgegenkommend zeigen. Im Kanton Zürich betrug die 1892 bewilligte Arbeitszeitverlängerung 1½ Stunden pro Kopf der gesammten Arbeiterschaft.

In St. Gallen macht sich bezüglich der Einhaltung der Arbeitszeit der Rückgang des Stickereiverbandes bemerkbar. Ein großer Theil seiner früheren Mitglieder ist ausgetreten und dadurch der Verbandskontrolle entrückt, die nunmehr auch gegenüber den treugebliebenen Mitgliedern nicht mehr so streng ausgeübt wird. Im Aargauer Bericht wird mitgetheilt, daß einige Fabrikanten die zehneinhalb- und die zehnstündige Arbeitszeit eingeführt haben und damit gute Erfahrungen machen.

Erwähnenswerth ist das Verfahren einzelner Kantonsregierungen bei Ertheilung von Ueberzeitbewilligungen. So läßt die Graubündener Regierung bei allen Ueberzeitgesuchen die angeführten Beweggründe von den Kreisämtern auf ihre Richtigkeit prüfen und die in Frage kommenden Arbeiter zu Protokoll einvernehmen, ob sie sich der beabsichtigten ausnahmsweisen Arbeitszeit freiwillig unterziehen. Diese Praxis wurde gewählt, um Mißbrauch seitens der Unternehmer zu verhüten. Die Lokalbehörden werden ferner stets angewiesen, die an die regierungsräthlichen Bewilligungen geknüpften Bedingungen polizeilich überwachen zu lassen.

Die Aargauer Regierung verfährt nach folgenden Grundsätzen: Die Gesuche müssen den Nachweis enthalten, daß eine Verlängerung der Arbeitszeit aus was immer für Gründen wirklich Bedürfniß ist. Ueberzeitbewilligungen werden auf einmal für nicht länger als drei Monate und täglich eine Stunde ertheilt, bei kürzeren Fristen täglich bis auf zwei Stunden.

Im Kanton Zürich wird seit Mitte 1892 grundsätzlich die Verlängerung der Arbeitszeit nur noch für einen Monat und für eine Stunde täglich bewilligt, sofern keine anderen Gründe vorliegen, als solche geschäftlicher Konvenienz, wie Ueberhäufung mit Aufträgen.

Unerlaubte Sonntags- und Nachtarbeit kam wiederholt vor. Im Kanton Glarus ertheilten die Gemeindebehörden Bewilligungen zur Sonntagsarbeit, ohne davon der Direktion oder dem Fabrikinspektorat Mittheilung zu machen. Zur Abhilfe dieses Uebelstandes erließ die Militär- und Polizeidirektion an sämmtliche Gemeinderäthe ein bezügliches Zirkular.

Gesetzwidrige Beschäftigung von Kindern unter vierzehn Jahren kommt namentlich in der Stickerei-Industrie vor. Auch über einzelne Fälle von vorzeitiger Wiederbeschäftigung von Wöchnerinnen wird berichtet.

Aus den in der Mehrzahl der Berichte gegebenen Daten über Bestrafungen und Verwarnungen 2c. ist zu entnehmen, daß z. B. im Kanton St. Gallen 24 Strafurtheile mit Geldbußen von 5 bis zu 50 Franken und 164 Verwarnungen 2c. erlassen wurden; im Kanton Thurgau 48 Strafurtheile mit 775 Franken Geldbußen, im Kanton Bern wurden 20 Strafanzeigen erstattet und 120 Verwarnungen ertheilt. Die verhängten Bußen variiren zwischen 5 und 50 Franken. —

Bei allen den angeführten Zahlen, wie betreffend die Unfälle, Arbeitszeitverlängerung, Bußen, ist stets im Auge zu behalten, daß es sich hierbei um einen zweijährigen Zeitraum handelt. So können dann die Zahlen den Gesammteindruck, daß es mit der Durchführung des Fabrikgesetzes im großen Ganzen befriedigend steht,

nicht abschwächen. Es ist dies um so bedeutsamer, als das schweizerische Fabrikgesetz nicht von zahlreichen Ausnahmen durchbrochen ist, wie dies bei den Arbeiterschutzgesetzen in Oesterreich und Deutschland der Fall. Und wenn wir zum Vergleiche mit den Berichten der schweizerischen Kantonsregierungen die Berichte der Fabrikinspektionen in Oesterreich und Deutschland heranziehen, so ist das Ergebniß ein für die Schweiz sehr günstiges.

Notizen.

Die Vermehrung der Juden in Deutschland. Die Semitophoten, die fürchten, Germanien werde binnen Kurzem von den so fruchtbaren Orientalen völlig überschwemmt sein, mögen sich beruhigen. Die Zahl der Juden in Deutschland wächst langsamer, als die der Gesammtbevölkerung. Nach der Zeitschrift des königlich bayerischen statistischen Bureaus, 1892, Nr. 3, waren von je 1000 Einwohnern Juden

	1871	1890
in Preußen	13	12
„ Bayern	11	10
„ Sachsen	1	3
„ Württemberg	7	6
„ Baden	17	16
„ Hessen	30	26
im Deutschen Reich . . .	13	12

Verhältnißmäßig ist also das Deutsche Reich in den letzten 20 Jahren ärmer an Juden geworden: Nur in Sachsen haben sie sich sehr vermehrt, doch sind sie dort auch jetzt noch auffallend schwach vertreten. Im gelobten Lande Hessen sind sie stark zurückgegangen.

Feuilleton.

Traumesbotschaft.

Von **Andreas Scheu.**

Der Morgensonne Strahl durch das Gewebe
Der Ziergardinen, [bricht
Und fällt auf eines bleichen Schläfers Angesicht
Von wirren Mienen.

Auf ein Gesicht, das die beredten Spuren trägt
Verschwelgten Lebens;
In dessen Züge sich der Stempel eingeprägt
Verfehlten Strebens.

Der Thatendrang, der diese Stirne einst durch-
Er ist entwichen; [glüht,
Die Rosen, die auf diesen Wangen einst ge-
Sie sind verblichen! [blüht —

Die dichten Locken, die dies Antlitz einst um-
Sind nun gelichtet; [rahmt,
Des Geistes jugendliche Spannkraft ist er-
Und fast vernichtet! [lahmt —

Und dennoch ist der Schläfer rüstig von Gestalt,
Ist jung an Jahren
Und hat des Daseinskampfes zwingendste
Noch nicht erfahren. [Gewalt

Wohl hat er einst nach reiner Wissenschaft
Mit ernstem Wollen, [gestrebt
Und ihrer großen Träger Vorbild nachgelebt
Mit jugendvollen

Und kühnem Drang; er hat, ein Irrender,
Der Wahrheit Wesen: [gesucht
Das Beste, was des Menschen Forschungs-
Hat er gelesen. [geist verbucht,

Was von der Kenntniß aller Zeiten wundersam
Auf uns gekommen;
Was je von Lehrers kunstberedten Lippen kam —
Er hat's vernommen.

Doch hat so Wort wie Schrift den Kern im
Ihm nicht erschlossen, [Weltgetrieb
Und der Erkenntniß heißersehnte Frucht, sie
Ihm ungenossen! [blieb

Da warf er sich enttäuscht und mit verdross-
Ins Weltgedränge, [nem Muth
Und tauchte in die weite, zügellose Fluth
Der großen Menge,

Um an des Lebens Quell, in dessen warmem
Für Menschensünden, [Schoß,
Für Menschentugend und für des Geschlechtes
Den Grund zu finden. [Los

Dort schaute er des Daseins nackte Wirklichkeit;
In ihren Formen
Enthüllt' sich ihm die ganze Unzulänglichkeit
Abstrakter Normen.

Nach der Erkenntniß Spur braucht er nun
So weit zu schweifen: [nimmermehr
Es athmen Lebewesen plastisch um ihn her —
Er kann sie greifen!

An diesen Wesen läßt des jungen Forschers
Sich's nun genügen; [Brust
Er trinkt vom vollen Kelch der süßen Sinneslust
In durst'gen Zügen. —

Sein Leben ist zuletzt im Taumelwogenschlag
Dahin geflossen,
Und was die Welt an Lust dem Trunknen
Hat er genossen. [bieten mag,

Nun liegt, der einst ein Bild der Jugend-
Ans Bett geheftet, [stärke war,
Des Wissensdranges los, der Ideale bar —
Erschlafft, entkräftet!

Es ringt die Seele sich vom müden Fleische los
Nach jenen Fernen,
Wo wir in Traumgebilden, geisterhaft und
Erkennen lernen, [groß,

Was unsrem wachen Blick, wie er auch forschen
Sich nicht entbindet, [mag,
Da sein durchgeistigtes Getrieb des Blutes
Zu sehr empfindet. [Wellenschlag

Der Schläfer träumt; ein Strahl der Mor-
Auf seine Lider — — [gensonne fällt
Und vor der lichtgedrängten Seele eine Welt
Wogt auf und nieder:

* * *

Er athmet die Lüfte von Bergeshöhn
Und ruhet im schwellenden Grase;
Es umrauscht ihn Musik, so entzückend schön
Wie Menschenstimmen und Harfengetön
In rhythmisch gebundenem Maße.

Es klinget wie leiser, festlicher Schritt
Von sich nahenden Millionen;
Die Erde tönt bebend von ihrem Tritt,
Es zittern und klingen die Blumen mit
Und es singt in der Bäume Kronen.

Und wie er den fragenden Blick erhebt
Und schaut nach den dämmernden Weiten
Des Bildes, das ihm zu Füßen schwebt —
Da sieht er die Eb'ne von Menschen belebt,
Die näher und näher schreiten.

So Frauen wie Männer sind angethan
Mit lilienheller Gewandung;
Sie strömen in endlosen Schaaren heran
Und füllen des Wiesengrunds grünenden Plan
Mit weißlicht wogender Brandung.

Sie schreiten einher mit gemessenem Gang
Und feierlich tönendem Singen;
Es hebt von der Männerbrust dröhnendem Klang
Sich silbern der Frauen und Kinder Gesang
Auf leichten, melodischen Schwingen.

Dazwischen, von Mitten des Thales empor,
Schwillt rufend der Schall von Posaunen,
Und Flötenspiel dränget sich schmeichelnd ins
Ohr,
Und Glockenton bricht durch der Menschen Chor
Und vibrirende Saiten raunen.

Allmälig enthüllt sich der Ordnung Geheiß
In der fluthenden, tönenden Menge:
Sie lagert sich rings im unendlichen Kreis —
Die Instrumente verklingen leis,
Es schallen gedämpft die Gesänge.

Und endlich verstummt auch der letzte Laut,
Und Schweigen herrscht in der Runde;
Soweit durch den Aether der Himmel blaut,
Die Sonne dämmernd hernieder schaut
Auf ruhende Menschen im Grunde.

Die Eb'ne erscheint wie mit Köpfen besät,
Verdeckend des Wiesenplans Grüne;
Und jeglicher Blick nach dem Osten späht,
Wo frei, aus dem Thal sich erhebend, steht
Eine riesige Zauberbühne.

Ihr hemisphärischer Schauplatz kreist
Mit der Schnelle des Erdenballes,
Und was die Natur dem Menschengeist
An unerfaßlichen Wundern weist —
Enthüllt dem Beschauer sie Alles!

Zwar Jegliches zeigt sich an Größe verjüngt;
Doch gewahrt in unendlicher Reinheit
Der Blick, der die Schale der Dinge durchdringt,
Das Starke, das auf nach dem Lichte ringt,
Wie des Schwachen kriechende Kleinheit.

Die Bühne enthüllt den verzweigten Bau,
Durch alle Gewässer und Zonen,
Des Festlands und seiner Materie genau;
Sie stellt seine dunkelsten Schluchten zur Schau,
Und die Wesen, die sie bewohnen.

Durch Felsenkolosse und Bergeshöhn,
Deren Gipfel die Wolken küssen,
Der Schauplatz läßt Ströme und Meere sehn,
Dran Wälder und Dörfer und Städte stehn —
Des irdischen Wechsels Coulissen.

Und unter der Kruste, die alles das trägt,
Das Innere der Erde enthüllt ist,
Darinnen es kocht und dränget und schlägt,
Das von Gasen durchfluthet, von Gängen durchwegt
Und mit Tod und Verwesung gefüllt ist:

Und wie das staunende Auge schweift
Von des Erdballs brodelndem Kerne,
Und nach den Wundern des Himmels streift —:
Da sieht es, in blendendem Glanze gehäuft,
Die Sonne, den Mond und die Sterne.

Sie strahlen vom tiefblauen Himmelsgrund,
Wo Gestirn an Gestirn sich dränget;
Sie leuchten alle zur selben Stund,
Als wären die Nacht und der Tag im Bund
Und die Zeit mit dem Raume vermenget.

Die Bühne beherrscht ein seltsames Licht,
Ein rosig durchschimmertes Dunkel;
Ein wogender Dunstkreis die Erde umflicht,
Durch den sich mit magischer Färbung bricht
Der Gestirne blitzend Gefunkel.

Doch stellen dem Träumer sich deutlich dar
Die todten und lebenden Wesen:
Der Menschen Gewandung ist durchsichtbar
Wie ihre Substanz; er kann ihnen klar
Im Gehirn und im Herzen lesen.

Und die Mauern der Häuser sind durchsichtbar,
Und transparent sind die Dächer;
Er wird jedwede Handlung gewahr,
Und unterscheidet die Mienen sogar
Der Bewohner ihrer Gemächer.

Er sieht sie liegen, er sieht sie stehn,
Und wie sie sich liebend umfassen;
Er sieht sie im Tanze sich wirbelnd drehn,
Und krank oder müde zu Bette gehn
Er sieht selbst, wie sie sich hassen.

Die Einen, in niedrige Höhlen gezwängt,
An Jeglichem Mangel leidend;
Die Andern, durch nichts als sich selbst umschränkt,
Die Leiber mit prunkendem Flitter behängt,
Ihres Reichthums Schätze vergeudend;

Die Einen, darbend und ohne Rast
Versuchend, erfindend und schaffend;
Die Andern, sich füllend mit leckerer Mast
Und in den Pausen mit gieriger Hast
Der Fleißigen Werkfrucht erraffend;

Auf Markt und Straßen, in Hof und Kanzlei,
Welch' ein Drängen und Stoßen und Jagen!
Es mengt mit der feilschenden Makler Geschrei
Sich das rasselnde Brausen der Faktorei,
Ihr Dröhnen und Stöhnen und Klagen.

Ein Ringen ums Dasein, riesengroß,
Ein unabläßiges Werben;
Vom Himmelsdome zum Erdenschoß
Stellt sich dem träumenden Blicke blos
Das ewige Leben und Sterben.

Und hochhin über den Bühnenrund
Erheben sich zwei Gestalten;
Sie geben in ihrer Erscheinung Grund
Sich als die zwingenden Triebe kund,
Die im Wesen des Menschen obwalten.

Die eine Gestalt ist ein hagerer Mann
Mit Augen voll wildem Begehren.
Er ist ein Riese; mit seinem Spann
Er Menschen und Thiere erdrücken kann
Und Kontinente verheeren.

Adamantenhart ist sein Schädel gebaut,
Mit Zähnen, zum Eisenzernagen;
Da ist kein Knochen, den er nicht kaut,
Kein Pflanzengewebe, das nicht verdaut
Sein unersättlicher Magen.

Der Hauch seines gierigen Mundes durchdringt
Die thierischen Wesen mit Schrecken;
Sein Wink auch die Trägsten zur Arbeit zwingt,
Und wenn er erzürnt seine Geißel schwingt —
Da fröhnen sie ganz seinen Zwecken.

Die andre Gestalt ist ein Frauenbild,
In göttlicher Schönheit prangend;
Mit Augen, sinneberückend und mild,
Mit Lippen, entzückend und lusterfüllt
Und unwiderstehlich verlangend.

Es leuchten aus ihrem Angesicht
Des Menschenthums Freuden und Schmerzen:
Ihr Leib ist der Anmuth Zaubergedicht,
Durch dessen Formen die Gluth sich bricht
Aus ihrem lodernden Herzen.

Der Odem, der ihre Erscheinung umwebt
Schlägt die edelsten Geister in Banden;
Ihr Wink die Verzagten mit Hoffnung belebt,
Und wenn sie den Blick des Verlangens erhebt —
Wird der stolzeste Wille zu Schanden.

Der Mann, der vom Schweiße der Menschen sich nährt,
Sie spornend mit jeglicher Regung,
Und das Weib, das für Alles, was es gewährt,
Der Seele höchsten Tribut begehrt —:
Sie halten das Spiel in Bewegung

Er heißt seine Fröhner die Erde bebau'n
Und peitscht sie mit Noth und Entbehrung;
Sie füllt ihre Diener mit Lust und Vertrau'n,
Und läßt sie das Land der Verheißung schau'n
Und all ihrer Wünsche Gewährung.

Er treibt sie ins Eingeweide hinab
Der unheilschwangeren Erden;
Sie schürfen dort Schätze vom Staube ab
Und graben sich selber ein frühes Grab
Für all ihre Müh' und Beschwerden.

Er heißt sie zum Grunde des Meeres gehn
Und schwindelnde Höhen erklettern;
Er läßt sie auf schwankenden Masten stehn,
Wie wild auch die brausenden Stürme wehn
Und die tödtlichen Blitze schmettern.

Er treibt sie zu Paaren, und leitet sie an
Die Bürden der Satten zu tragen;
Er macht sie den Mächtigen unterthan
Und heißt die Aermsten in blindem Wahn
Sich gegenseitig erschlagen.

Und Manche sind müde der Tyrannei,
Die sie büttelt mit ewigem Werben:
Sie richten sich auf mit rebellischem Schrei,
Sie reißen sich los und athmen frei —
Und stürzen zusammen — und sterben!

Und Andre, aus scheinbar eigener Wahl
Der Geißel des Mannes sich fügen;
Sie dulden mit Lust der Entbehrung Qual
Und lassen das allerkärglichste Mahl
Sich freudigen Herzens genügen.

Sie haben ja einer höheren Macht
Sich gerne und gänzlich ergeben:
Es ist des Weibes bezaubernde Pracht,
Die zündend auf sie hernieder lacht
Und sie begeistert — zu leben!

Sie haben die Bande des Herzens gewählt,
Mit all ihren Schwächen und Stärken;
Den Dienst, der sie heute mit Zweifeln zerquält
Und morgen mit trotzigem Muthe beseelt
Zu großen, unsterblichen Werken.

Die schaudernd dem dräuenden Manne entfliehn,
Die ihm den Gehorsam versagen,
Sie dienen dem Weibe mit heißem Bemühn:
Die Schläfen pochen, die Stirnen glühn
Von himmelstürmendem Wagen!

Das Auge der Göttin erhält sie wach,
Sie grübeln, suchen und lernen;
Von ihren Stüblein unter dem Dach
Sie forschen dem Lauf der Gestirne nach
In den Tiefen der himmlischen Fernen.

Sie wägen der Luft und der Sterne Gewicht
Und messen des Sonnenlichts Schnelle;
Die Farben, in denen sein Strahl sich bricht,
Sie sondern, und zeichnen ein Wundergesicht
Mit des Schalles tönender Welle.

Im Reich der Erscheinungswelt um sie her,
Im kraft= und wärmebelebten,
Da ist kein Zeichen so hoch und hehr,
Kein Räthsel so tief und deutungsschwer,
Das sie zu ergründen nicht strebten.

Die Quelle der treibenden Wissenslust,
Den Grund ihrer seelischen Schmerzen;
Das Wesen des Dranges, der unbewußt
Die Wunder wirket der Menschenbrust —
Sie finden im eigenen Herzen.

Das läßt sie die bittre Bedrängniß sehn,
Und die Qual der Gefährten begreifen,
Die unter der Herrschaft des Mannes stehn,
Die stöhnend in seinem Joche vergehn
Und stumm seine Ketten schleifen.

Sie lindern, auf ihrer Herrin Geheiß,
Die brennende Qual der Geschundnen;
Sie trocknen der Arbeit perlenden Schweiß
Und lockern mit unerschöpflichem Fleiß
Die drückende Haft der Gebundnen.

Sie flüstern erfrischende Worte ins Ohr
Den armen Entbehrungbetäubten;
Sie singen ihnen von Freiheit vor
Und richten die sinkenden Sinne empor
Nach der Schönheit zu ihren Häupten.

Die Göttin, mit wonneverheißendem Blick,
Neigt huldreich ihr Antlitz hernieder;
Aus den Augen der Leidenden strahlt es zurück —:
Sie erkennen die Gleichheit in ihrem Geschick,
Und nennen sich Schwestern und Brüder.

Sie schließen den Dienern des Weibes sich an,
Ihre Schaaren wachsen und schwellen;
Sie nähren das Licht, und sie brechen sich Bahn —
Es wehet die Farbe des Herzens voran
Den kampfesfrohen Rebellen.

Der Riese, der über den Hütten thront,
Gewahrt ihr Beginnen mit Zürnen;
Der seine Fröhner mit Darben entlohnt,
Er ist ihre blinde Ergebung gewohnt,
Und hasset erhobene Stirnen.

Doch ist vergeblich sein wachsender Zorn,
Vergeblich sein finsteres Dräuen;
Es entbehrt des Stachels sein drückender Sporn
Nur, da die Bekehrten das Samenkorn
Der eignen Erkenntniß streuen.

Und plötzlich erhebt sich des Mannes Gestalt,
Es spannen sich straff seine Sehnen;
Mit Augen blitzend, mit Klauen geballt,
Er lechzet Rache und athmet Gewalt
Und knirscht vor Wuth mit den Zähnen.

Er streckt seinen Leib nach dem Weibe vor
Mit sprungbereiter Bewegung —
(Ein Angstruf der Massen, vom Thale empor,
Dringt in des träumenden Schläfers Ohr —
Der stöhnet tief vor Erregung —)

Dem schnaubenden Rachen ein Laut entgellt
Von überwallendem Grimme;
Es prallt vom leuchtenden Himmelszelt
Hernieder auf die erbebende Welt
Des Riesen grollende Stimme.

Das herrliche Weib ist des Feindes gewahr,
Sie hört seines Rachezorns Gellen;
Es wächst ihre Form mit dem Nahn der Gefahr,
Entzückender leuchtet ihr Augenpaar,
Und die wogenden Brüste schwellen.

Das Feuer in ihres Busens Schrein
Loht auf mit sprühenden Zungen;
Des Leibes Gewebe, so zart und rein,
Ist von dem rosig strahlenden Schein
Der züngelnden Flammen durchdrungen.

Jetzt stürzt sich der Riese mit wilder Gewalt
Auf der Anmuth schönstes Gebilde —
Ein Ruf des Entsetzens den Raum durchschallt —
Doch seht, schon ist er zurückgeprallt
Von ihrem glänzenden Schilde.

Es ist zur versengenden Lohe entbrannt
Die strahlende Pracht ihres Leibes:
Von Glanz geblendet, von Gluth übermannt,
Steht er einen Augenblick festgebannt
Im Sonnenbrande des Weibes.

Dann wieder stürzt er sich wutherfüllt,
Mit dem Schwung seines ganzen Gewichtes
Auf der entschleierten Göttin Bild —
Und seine thürmende Form verhüllt
Den lebendigen Born ihres Lichtes.

Und all die Gestirne am Himmelszelt
Erbleichen, erlöschen — versinken:
Es ist die grauenerschütterte Welt
Von den Augen des Weibes allein erhellt,
Die klar das Dunkel durchblinken.

Es fluthet ein herzberückender Klang
Aus ihrer bezaubernden Kehle:
Das ist in der Duldungslust Ueberschwang
Der jubelgeschwellte Triumphgesang
Einer frei sich ringenden Seele! —

Vom Bühnengrunde, gewaltig, groß
Erhebt sich mit brausendem Drängen
Ein wetterleuchtendes Sturmgetos,
Als brächen dort die Geknechteten los
Mit donnerndem Kettensprengen.

Und die Zuschauer rings um das Machtturnei
Sind heiß von Mitleid entfachet:
Sie rauschen empor, mit wildem Schrei
Ergreifen sie für das Weib Partei — —
Und unser Schläfer erwachet.

* * *

Er liegt auf seinem Pfühl; durch die Gardinen bricht
Des Tages Helle:
Er ist herabgestürzt vom hohen Traumgesicht —
In seine Zelle.

Der Raum ist schwül, er athmet schwer; dicht steht der Schweiß
Ihm auf der Stirne,
Und des erregten Blutes Pulse pochen heiß
In seinem Hirne.

Und wieder schließt die schlummertrunknen Augen er,
Sich zu besinnen;
Ihm graut vor seines Lebens Zeugniß um ihn her —
Er blickt nach innen,

Und läßt das Traumgesicht vor seinem wachen Geist
Aufs Neu erstehen,
Um in der Wahrheit Spiegel, der sich dort ihm weist,
Sich selbst zu sehen.

Doch kann er weder in den nothgepeitschten Reihn
Des dräu'nden Recken,
Noch an der Schönheitsgöttin hehrem Wunderschrein
Sein Ich entdecken.

Er kennt den Riesen nicht; er ist auf seinem Gleis
Ihm nie begegnet;
Noch hat ein Frauenbild, so strahlenrein und heiß
Ihn je gesegnet!

Da wird's ihm klar; er sieht der Lebenskräfte Bann
Im Weltgetriebe:
Es war der **Hunger**, jener gräßliche Tyrann —
Das Weib — die **Liebe**!

Für die Redaktion verantwortlich: Georg Baßler in Stuttgart.



Nr. 53. XI. Jahrgang, II. Band. 1892-93.

Zu den preußischen Landtagswahlen.

⸗ Berlin, 20. September 1893.

In wenigen Wochen finden die Urwahlen zum preußischen Landtage statt, aber noch ist kaum der leiseste Hauch einer Wahlbewegung zu spüren. Eine lendenlahme Rede von Eugen Richter und hier oder da die Versammlung eines Bezirksvereins, in der ein klägliches Jammern über die Hoffnungslosigkeit des Freisinns erschallt oder von besonders kräftigen Naturen „frisches Blut" für die freisinnigen Kandidaturen, das heißt die Ausbesserung des alten, verschlissenen Kleides mit einigen neuen Flicken verlangt wird — das ist Alles. Parlamente kommen herunter wie Menschen, und wie tief ist der preußische Landtag heruntergekommen, seit er vor dreißig Jahren die „Blicke der Welt" auf sich zu lenken glaubte und bis zu einem gewissen Grade auch wirklich gelenkt hatte.

Kein Zweifel, daß ihm noch wichtige Befugnisse obliegen, Befugnisse, die mehr oder minder tief auch in das Schicksal der arbeitenden Klassen einschneiden! Aber ihm hängt nun einmal der Fluch an, eine ausschließliche Vertretung der besitzenden Klassen zu sein, und seitdem die Massen das sei es auch noch lange nicht genügend geschärfte Schwert des allgemeinen Wahlrechts zu handhaben gelernt haben, hat sich ihrer immer unwiderstehlicher das Gefühlt bemächtigt: was ist uns Hekuba? Der preußische Landtag ist der Tempel, worin der bewegliche und der unbewegliche Besitz ihre politischen Schachergeschäfte treiben, Geschäfte, die ja keineswegs ohne mannigfaches Interesse auch für die arbeitenden Klassen sind, aber doch immer plutokratische Geschäfte, bei denen jeder prinzipielle Gedanke wie ein Mädchen aus der Fremde erscheint. Mag es für die Lebenslage des Proletariats je nach den Umständen nicht ohne Wichtigkeit sein, ob der Feudale den Industriellen oder der Industrielle den Feudalen übers Ohr haut, so haben die Wählermassen keine Neigung, in diesem verzwickten Schachspiele der ausbeuterischen Interessen hier oder dort die Steine schieben zu helfen.

Das sind freilich nur Stimmungen, aber diese Stimmungen sind unbesiegbar, weil sie im letzten Grunde auf einem sehr kaltblütigen und klaren Verständniß der proletarischen Klasseninteressen beruhen. Bernstein hat im letzten Heft der „Neuen Zeit" den Vorschlag zur Diskussion gestellt, daß sich die sozialdemokratische Partei an den preußischen Landtagswahlen betheiligen solle, und es ist uns vielleicht gestattet, mit einigen kurzen Worten an dieser Diskussion theil=

zunehmen. Und da möchten wir unser Urtheil in die Berliner Redewendung zusammenfassen: die Sache ginge wohl, aber sie geht nicht. Mit anderen Worten: Bernstein hat in trefflicher Weise Alles zusammengefaßt, was sich für seinen Gedanken geltend machen läßt und Vieles vorgebracht, was sehr wohl der sachlichen Prüfung werth ist, aber er hat die praktischen Zustände, wie sie heute in Deutschland sind, nicht genügend beachtet. Er hat vollkommen richtig ausgeführt, daß die Benutzung des Dreiklassen-Wahlsystems der Arbeiterklasse vollkommen erlaubt ist, und thatsächlich betheiligt sich das Proletariat ja auch längst an den auf diesem System beruhenden Gemeindewahlen. Aber er unterschätzt unseres Erachtens das Paktiren mit bürgerlichen Parteien, das bei einer Betheiligung der Sozialdemokratie an den Landtagswahlen unausbleiblich, auch nach Bernstein's Voraussetzung unausbleiblich ist, in seinen moralischen und politischen Wirkungen.

Bei den Gemeindewahlen wählt jede Klasse ihre eigenen Vertreter; die dritte Klasse, in der das Proletariat vertreten ist, kann selbständig vorgehen, kann im Kampfe mit allen bürgerlichen Parteien ihre Schlachten schlagen. Bei den Landtagswahlen wählen die Wahlmänner aller drei Klassen gemeinsam den oder die Abgeordneten; hier ist die Arbeiterklasse immer in der Minderheit und muß durch Verhandlungen, durch Kompromisse mit bürgerlichen Parteien ihren Willen soweit möglich durchzusetzen versuchen. Nun hat Bernstein auch darin Recht, daß radikale Parteien sehr wohl Kompromisse schließen können, vorausgesetzt, daß sie nicht geprellt werden und an ihrer Seele keinen Schaden nehmen. Diese beiden Voraussetzungen sind freilich unerläßlich und — sie treffen nicht zu, so wie die Dinge praktisch in Deutschland liegen. Der Grundirrthum Bernstein's scheint uns darin zu liegen, daß er das bürgerliche Parteiwesen zu sehr noch in dem Lichte sieht, in dem er es, als er in Deutschland lebte, gesehen hat. Gesetzt, ein halbwegs entschlossenes und kräftiges Bürgerthum stände einer geschlossenen feudal-militaristischen Reaktionspartei, also etwa Leute wie Waldeck und Ziegler ständen Leuten wie Gerlach und Kleist-Retzow gegenüber, dann ließe sich Bernstein's Vorschlag sehr wohl hören. Es wäre dann wenigstens die Möglichkeit eines ehrlichen Kompromisses zwischen dem radikalen Flügel der bürgerlichen Klassen und der Arbeiterpartei gegeben.

Aber so liegen die Dinge längst nicht mehr. Unsere heutigen Freisinnigen werden sich mit großem Vergnügen auf einen Kompromiß mit dem Proletariat bei den Landtagswahlen einlassen; sie werden die Stimmen der Arbeiter gern einheimsen und sogar gewaltig damit prahlen; sie werden auch vor der Wahl alle möglichen Versprechungen machen, aber alles das nur, um die Arbeiter dann nach Noten zu prellen. Darüber dürfen wir uns doch nach den bisherigen Erfahrungen, namentlich nach der berüchtigten „Abkommandirung" des Herrn Richter bei der Abstimmung über das Sozialistengesetz im Jahre 1884, nach den Stichwahlen von 1887 und 1893, von Rechtswegen keinen Illusionen mehr hingeben. Wir haben wirklich keinen Anlaß, es darauf noch einmal ankommen zu lassen, wie Bernstein meint, und auch die leisen Anzeichen von Besserung, die er bei den Freisinnigen entdeckte, können uns nicht überzeugen. Herr Eugen Richter hat die Parole: Lieber Lucius als Kapell! nur etwa soweit verlernt, wie der Teufel in der Noth auch einmal Fliegen frißt; der Bruchtheil der freisinnigen Partei, der bei Stichwahlen für die sozialdemokratischen Kandidaten stimmt, ist der Zahl nach schwach und dem politischen Einfluß in seiner Partei nach noch schwächer, und am wenigsten können wir das Vertrauen Bernstein's auf die Wahlmänner als die „eigentlichen Politiker" theilen. Unseres Erachtens verschlimmert der indirekte Wahlmodus die Aussichten auf

ein ehrliches Kompromiß, statt sie zu verbessern. An unserem Theile stimmen wir dem alten Ziegler zu, der schon 1848 den indirekten Wahlmodus als eine Fälschung, eine Filtrirung des Volkswillens im kapitalistisch-reaktionären Interesse kennzeichnete. Die Wahlmännerversammlungen fallen immer weiter nach rechts, als die Urwählerversammlungen, aus denen sie hervorgegangen sind; in ihnen hat das Kliquen- und Koteriewesen eine sehr bequeme Brutstätte, namentlich wenn ein sozialer Interessengegensatz ins Spiel kommt. Wir möchten Bernstein namentlich an die preußischen Landtagswahlen von 1870 erinnern, als die Mehrheit der fortschrittlichen Urwähler im zweiten hiesigen Wahlkreise entschieden Johann Jacoby trotz seiner sozialistischen Ketzereien wiederwählen wollte, die erdrückende Mehrheit der Wahlmänner aber ihn wegen dieser Ketzereien unbarmherzig fallen ließ.

Aber wenn es links keine Waldeck und Ziegler mehr giebt, so giebt es rechts auch keine Gerlach und Kleist-Retzow mehr. Die Zersetzung der bürgerlichen Gesellschaft macht sich auf dem rechten Flügel des bürgerlichen Parteiwesens nicht minder geltend als auf dem linken. Namentlich in den Wahlkreisen, in denen die sozialdemokratischen Urwähler ein entscheidendes Wort mitsprechen können, werden die bürgerlichen Gegenkandidaten der Freisinnigen nicht sowohl Konservative wie Antisemiten sein. Nehmen wir gleich den ersten hiesigen Wahlkreis, auf den Bernstein exemplifizirt. Freisinniger Kandidat ist hier Herr Otto Hermes, seinen geistigen Gaben nach wie fast alle hiesigen freisinnigen Landtagskandidaten einfach eine komische Person, seinem politischen Charakter nach ein gehorsamer Büttel des Großkapitals, der, von Anderem zu geschweigen, bei einer der letzten Wahlen den hiesigen Hausbesitzern den famosen Rath gab, ihren „sozialen Einfluß" auf ihre Miether und Untergebenen geltend zu machen, um freisinnige Wahlen zu erzielen, und hinter ihm steht eine Schaar moderner Shylocks, die solche Boykottirungsrathschläge mit wahrer Wollust ausführen. Der konservative, thatsächlich aber antisemitische Gegenkandidat ist — oder soll sein — Herr Paul Förster, ein geistig befähigter und persönlich ehrenwerther Mann, der in der That nur noch durch die ideologischen Schrullen des gelehrten Schulmeisters vom Sozialismus getrennt ist, und hinter ihm steht eine Schaar von kleinen Leuten, die, geprellt von den tönenden Versprechungen des Freisinns, enteignet durch die ökonomische Entwicklung, aber noch krampfhaft am Strohhalm des bürgerlichen Eigenthums sich festklammernd, eben in der antisemitischen Schule einen sehr lehrreichen Vorkursus zur Sozialdemokratie durchschmarutzen. Die Wahl zwischen diesen beiden Kandidaten könnte einem klassenbewußten Arbeiter den Angstschweiß aus den Poren treiben. Wir sind ebenso weit, wie Bernstein, von der Ansicht entfernt, daß die Sozialdemokratie jemals den Antisemitismus als das „kleinere Uebel" betrachten dürfe; wenn sie die antisemitischen Hirngespinnste auch nur mittelbar förderte, so würde sie damit einen Damm aufwerfen gegen eine fröhlich heranrauschende neue Quelle ihrer Macht. Aber darf sie den brutal-nackten Kapitalismus, dessen politische Organisation der heutige Freisinn ist, gegen den Antisemitismus unterstützen, der in seiner Art auch eine soziale Rebellion darstellt? Die Frage stellen, heißt sie beantworten.

Wir wollen die Bedeutung unseres Beispiels nicht verallgemeinern, obschon es oft genug zutreffen wird. Wir wollen auch nicht bestreiten, daß wo Einer aus der Handvoll ehrlicher Ideologen, die es auch in der heutigen freisinnigen Partei noch giebt, mit einem in der Wolle gefärbten Reaktionär kämpft, die sozialdemokratischen Arbeiter ganz gut für jenen entscheiden können. Aber solche Fälle werden verhältnißmäßig selten sein und was noch viel wichtiger ist: wenn

die sozialdemokratische Partei bei den preußischen Landtagswahlen nicht nach einem bestimmten Prinzip vorgeht, sondern von Fall zu Fall entscheidet, so droht ein Kompromißschacher einzureißen, bei dem ihre Seele allerdings leicht Schaden nehmen könnte. Im Grunde ist die Sache die, daß die politische Entwicklung des Proletariats einen viel zu hohen, die politische Zersetzung der bürgerlichen Parteien einen viel zu tiefen Stand erreicht hat, als daß zwischen beiden noch ein reinlicher Kompromiß möglich wäre, was doch nur da möglich ist, wenn beide Theile etwa gleich viel zu geben haben. Die Sozialdemokratie hat den bürgerlichen Parteien so viel mehr zu geben, daß diese den Unterschied wohl oder übel immer durch allerlei Prellereien auszugleichen gezwungen sind. Die Arbeiterklasse kann deshalb nur solche Kompromisse schließen, bei denen sie aus eigener Machtvollkommenheit bestimmt, was sie in ihrem eigenen Interesse einer bürgerlichen Partei etwa einzuräumen gewillt ist. Es hatte seinen guten Sinn, wenn sie bei den letzten Reichstagswahlen, ohne Anspruch auf Dank und Lohn, nochmals eine freisinnige Fraktion als eine, wie wir es an dieser Stelle ausdrückten, bürgerliche Miethstruppe in den Reichstag schickte, aber es hieße die verkehrte Welt spielen, wenn sie sich bei den preußischen Landtagswahlen in eine Lage bringen wollte, in der die bürgerlichen Parteien sie prellen könnten und demgemäß auch prellen würden. Selbstverständlich hat Bernstein die Sache nicht so gemeint, aber nach den thatsächlichen Zuständen, wie sie heute in Deutschland bestehen, würde eine Betheiligung der Arbeiter an den Landtagswahlen hierauf hinauslaufen.

Unsere eigene Ansicht haben wir übrigens auch nur aus dem Verhalten des Proletariats, das von seinem Klassenbewußtsein immer am sichersten berathen ist, abzuleiten gesucht. Untersucht man nämlich, wo die Arbeiter gern wählen und wo sie schlechterdings nicht wählen mögen, so wird man finden, daß ihnen das schlechteste Wahlsystem gerade noch gut genug ist, sobald sie es als Waffe für eine selbständige Klassenpolitik verwerthen können, aber daß sie jedes Wahlsystem verschmähen, das sie von dem guten oder bösen Willen bürgerlicher Parteien abhängig macht. Wie wäre es sonst zu erklären, daß sie sich an den Gemeindewahlen ebenso gern betheiligen, wie an den Reichstagswahlen, obschon diese nach dem allgemeinen Wahlrecht, jene aber nach dem Dreiklassenwahlsystem erfolgen? Und wie wäre sonst der Unterschied zu erklären, den sie zwischen Gemeinde- und Landtagswahlen machen, obwohl beide nach demselben Wahlsystem erfolgen? Wir finden für diesen Unterschied nur die eine Erklärung, die wir gegeben haben. Und weil dieser Unterschied in der heutigen Klassenlage des Proletariats noch viel begründeter ist, als er jemals früher begründet war, so glauben wir auch, daß der Widerstand der Arbeiterklasse gegen eine Betheiligung an den preußischen Landtagswahlen nun ebenso viel unüberwindlicher sein wird, als er jemals früher war.

Der Kongreß von Belfast.

London, den 18. September 1893.

Der Jahreskongreß der englischen Trade Unions ist jedesmal ein Ereigniß. Wenngleich bei Weitem nicht so ausgebreitet, als sie zuweilen im Ausland dargestellt wird, ist die englische Gewerkschaftsbewegung doch nach und nach so stark geworden, daß sie eine sehr bemerkbare und auch anerkannte Macht im Staate repräsentirt. Es ist vielleicht eher noch etwas zu hoch gegriffen, wenn man sagt,

daß von den in der britischen Industrie beschäftigten Arbeitern der fünfte oder sechste Theil erst in Gewerkschaften organisirt ist, und im Handel, im Verkehrswesen, im Ackerbau und bei den Angehörigen der sogen. „freien“ Berufe und der öffentlichen Dienste ist der Prozentsatz je nachdem ein noch bedeutend niedrigerer, aber erfahrungsgemäß erstreckt sich der Einfluß der Organisationen fast immer weit über den Kreis ihrer eingeschriebenen Mitglieder hinaus. So sehr die Gewerkschaftler im Recht sind, die „faulen Brüder“ zu brandmarken, die nicht mit pflügen, jäten und säen wollen, aber beim Ernten gern dabei sind, so ist die Thatsache des Miterntens dieser Lauen und Flauen doch wieder ein Vortheil für die Gewerkschaftler selbst. Wären jene nicht beim Ernten dabei, so würde überhaupt wenig geerntet werden und noch weniger von der Ernte erhalten bleiben. Das ist kein Grund, nicht mit der äußersten Energie auf den Beitritt zur Organisation zu dringen, aber es ist eine Ermuthigung, die Flinte nicht ins Korn zu werfen, wenn es mit der Organisation nicht nach Wunsch vorwärts geht. Die Opfer der ihr Beigetretenen und zu ihr Haltenden sind darum doch nicht vergebens gebracht, schon die Thatsache, daß überhaupt eine Organisation besteht, genügt oft, das Unternehmerthum in Schach zu halten, und wir haben, wie schon oft hervorgehoben wurde, den Werth der Organisation nicht blos nach dem zu bemessen, was sie positiv erringt, sondern auch nach dem, was sie verhindert.

Die etwa anderthalb Millionen gewerkschaftlich organisirter Arbeiter Englands vertreten daher, wenn auch nicht bei allen Organisationen das Verhältniß ein gleiches ist, weit mehr als diese Zahl so hingestellt anzeigt. Sowohl das Unternehmerthum wie die maßgebenden Vertreter der politischen Welt erkennen dies an. Die Unternehmer lieben die Gewerkschaften nicht, — es wäre contra naturam, wenn sie dies thäten, — aber sie sehen ein, daß es Utopismus wäre, sie aus der Welt schaffen zu wollen. In versprengten Winkeln oder in gewissen, bisher oder noch unter besonderen Bedingungen stehenden Industrien findet man selbst heute noch in England Unternehmer, die ihren Arbeitern „grundsätzlich“ zur Vorschrift machen, keiner Gewerkschaft beizutreten, aber das sind Ausnahmen. Das Gros des Unternehmerthums scheut sich viel zu sehr vor dem Odium, das eine solche Praxis ihnen zuziehen würde, als daß sie sich auf sie verlegen sollten — hat doch selbst der Schiffsherrenverband in seinem Kampfe mit der Matrosen- und Heizer-Union sich sehr dagegen verwahrt, seinen Arbeitern das Recht der Koalition streitig zu machen. Er verlange nur, erklärte er, daß die Mitglieder der Union Nicht-Unionsleute neben sich duldeten. Da steht überhaupt heute vielfach die Frage der englischen Gewerkschaften, soweit es sich um das Recht der Organisation handelt. Wie sehr die Politiker den Einfluß der Gewerkschaften zu würdigen wissen, zeigt allein der Bericht des Parlamentarischen Gewerkschaftskomites an den Belfaster Kongreß.

Dieser war der 26. der „Nationalen Gewerkschaftskongresse von Großbritannien und Irland“. Er war von 380 Delegirten besucht, die nach Angabe der Geschäftskommission (standing orders committee) rund 900 000 Mitglieder vertraten. Indessen sind viele der in Belfast vertretenen Organisationen thatsächlich weit stärker, als auf den Mandaten der Delegirten angegeben. Diese merkwürdige Thatsache, daß im Gegensatz zur Praxis früherer Jahre die Mitgliederzahlen niedriger angesetzt sind, als sie in Wirklichkeit betragen, ist eine Folge des auf dem letzten Kongreß beschlossenen neuen Zulaßreglements. Nach diesem muß jede auf dem Kongreß vertretene Organisation für jeden Delegirten 10 Mark und daneben für jedes Tausend repräsentirte Mitglieder 20 Mark

(1 Pfund Sterling) zu den Kosten des Kongreß- bezw. Parlamentarischen Komites beisteuern. Das trifft nun die verschiedenen Organisationen sehr verschieden; solche, deren Mitglieder 30 bis 40 Schillinge die Woche verdienen, und die im Ganzen mehr eine Art Stillleben führen, können die Ausgabe ohne Schwierigkeit leisten, für die aus sogenannten unqualifizirten, d. h. den schlechtest bezahlten Arbeitern aller Art zusammengesetzten Unionen dagegen, die, wenn sie keine großen Lohnkonflikte auszufechten haben, immer irgendwo in kleinere Kämpfe verwickelt sind, ist die Verpflichtung eine unverhältnißmäßig hohe, und man kann sich wohl vorstellen, daß sie unter diesen Umständen es vorziehen, lieber nicht mit ihrer vollen Zahl aufzumarschiren, als neben den übrigen Kosten noch 50 bis 60 Pfund Sterling für Repräsentation auszugeben. Es sind aber auch nicht wenige wohlhabende Unionen, welche die gesteigerte Ausgabe scheuen, denn früher, wo es ihnen freistand, die Höhe des Beitrages selbst zu bestimmen, wenn sie überhaupt nur zahlten, kam es vor, daß Organisationen mit über 10 000 Mitgliedern es an ganzen 10 Schilling Beitrag genug sein ließen. Kurz, es hat auf diesem Kongreß im Gegensatz zu früheren Unter-Vertretung stattgefunden. Außerdem haben auch eine Anzahl kleinerer Gewerkschaften unter dem Druck des schlechten Geschäftsganges sich diesmal gar nicht auf dem Kongreß vertreten lassen, da ihnen die Kosten der Reise nach dem ziemlich entlegenen Belfast zu hoch erschienen.* Ferner waren die Bergarbeiter in Folge des Strikes in geringerer Stärke, als ihre Organisationen aufweisen, vertreten. Doch alles das nimmt dem Kongreß nichts von seiner Bedeutung. Er ist der Resonanzboden des englischen Proletariats, hier finden innerhalb gewisser Grenzen die Ideen, Wünsche, Bestrebungen desselben ihren adäquaten Widerhall; was hier keinen Ausdruck findet, davon kann man sagen, das existirt auch nicht, soweit das Proletariat in Betracht kommt. So lange der Sozialismus auf den Gewerkschaftskongressen unvertreten war, war er überhaupt nicht in England, war er nur erst eine geistige Spielerei, ein Steckenpferd; seit er dort heimisch geworden, ist er ein Problem praktischer Politik, eine Frage des Tages geworden; und wird sie, wie dieser Kongreß gezeigt hat, von Jahr zu Jahr mehr.

Der in der Eröffnungssitzung verlesene Bericht des Parlamentarischen Gewerkschaftskomites über die Thätigkeit des Komites im abgelaufenen Amtsjahre ver-

---

* Trotz alledem mag die folgende, von der „Labour Gazette“ vorgenommene Zusammenstellung der Vertretung der Hauptberufe in Belfast interessiren. Darnach repräsentirten in runden Zahlen:

Delegirte	Mitglieder	Berufe
48	200 000	Bergarbeiter.
10	165 000	Eisen- und Stahlwerke.
66	125 000	Textilindustrie.
22	115 000	Maschinenbau 2c.
24	106 000	Baugewerbe.
18	90 000	Transportgewerbe (inkl. Hafenarbeiter, Seeleute 2c.).
27	81 000	Bekleidungsindustrie.
34	65 000	Gas- und chemische Industrien.
12	52 300	Schiffbau (inkl. Dampfkesselfabrikation).
17	35 000	Buchdruck und Buchbinderei.
3	13 000	Möbeltischler.
Ferner:		
37	145 000	Zusammen 26 Trades Councils zugehörende Arbeiter, die aber zum Theil schon in den obigen Ziffern repräsentirt sind.

zeichnet eine ganze Reihe relativer Erfolge der Arbeitersache im Parlament und den Regierungsämtern. Entsprechend der in England überhaupt gebräuchlichen Methode hat das Parlamentarische Komite, wie schon sein Name besagt, hauptsächlich die Aufgabe, auf das Parlament, das ja die Regierung ist, im Sinne der Kongreßbeschlüsse einzuwirken, das Parlament, resp. die Parlamentsmitglieder für die Verwirklichung dieser Beschlüsse zu bearbeiten, und das Bearbeiten gelingt schließlich doch nur in dem Maße, als das Parlamentarische Komite, bezw. das, was hinter ihm steht, als Macht anerkannt wird. Unter 13 verschiedenen Ueberschriften berichtet das Komite von theils im Parlament, theils durch Verfügungen der Regierung erreichten oder ihrer Verwirklichung näher gebrachten Reformen. Ich greife hier einige derselben heraus:

1) Anstellung von Arbeitern als Friedens- (resp. Polizei-) Richter und als Armenvorsteher.

Bald nach Antritt der jetzigen Regierung hat der neue Minister für die Lokalverwaltung die Qualifikation zur Wahl in die Armenbehörden von der Versteuerung eines Miethswerths von 40 Pfund Sterling auf die von 5 Pfund Sterling herabgesetzt, in Folge dessen nun auch Arbeiter in diese, für die Arbeiterklasse heute noch so wichtigen Behörden gelangen können.

Ferner haben der Lordkanzler und der Kanzler für das Herzogthum Lancaster bei der Ernennung neuer Friedensrichter die Arbeiterklasse insofern berücksichtigt, daß sie über 70 Arbeiter mit dieser, in England jedesmal von der Regierung besetzten Würde betrauten. Die meisten der Ernannten sind gewesene oder noch aktive Gewerkschaftsführer, und einige der Letzteren, wie z. B. Holmes von Burnley, waren Delegirte auf dem Züricher Kongreß.

2) Die Vermehrung der Fabrikinspektoren und Anstellung von Frauen und Arbeitern als Fabrikinspektoren.

Herr Asquith, der neue Minister des Innern, hat die Zahl der Fabrikinspektoren vermehrt, zwei weibliche Fabrikinspektoren angestellt und einen neuen Grad von Inspektoren eingerichtet, dessen Bedingungen auch Arbeiter eventuell erfüllen können, so daß diese nicht, wie bisher, nur Assistenten, sondern auch selbständige Inspektoren werden können.

3) Die Reform des Haftpflichtgesetzes.

Ebenfalls Herr Asquith hat eine Novelle zum Haftpflichtgesetz eingebracht, die mit einigen in der Kommission eingebrachten Aenderungen, so heißt es wörtlich, „alle Verbesserungen enthält, die der Kongreß seit mehreren Jahren gefordert hat“, und das Komite hoffe daher, daß der Regierung in ihrem Bestreben, die Vorlage in diesem Jahr Gesetz werden zu lassen, jeder Beistand zu Theil werde. Die wichtigsten Punkte der Bill sind: a. Der in Folge der Nachlässigkeit eines Unternehmers oder der Angestellten oder Arbeiter desselben beschädigte Arbeiter hat dieselben Entschädigungsansprüche an den Unternehmer, wie jede beliebige Privatperson. b. Die Kenntniß des Risikos, welches mit der Arbeit verbunden ist, seitens des Arbeiters, soll nicht als stillschweigende Uebernahme des Risikos betrachtet werden. c. Ein Kontrakt, wodurch ein Arbeiter sich und seine Angehörigen aller Entschädigungsansprüche für durch Nachlässigkeit bewirkte Verletzungen begiebt, soll in der Entschädigungsklage nicht als beweiskräftig gelten. „Erhebliche Anstrengungen“, heißt es im Bericht, „wurden in der zweiten Lesung der Bill gemacht, die Regierung zur Annahme des Prinzips der Vorsorge für Entschädigung bei allen Unfällen zu bewegen.“ Es ließe sich auch sehr viel dafür sagen, und die Sache möge in einem besonderen Gesetz vorgesehen werden. Aber es sei unmöglich, sie in befriedigender Weise in einem Gesetz unterzubringen, das die

Entschädigung für Verletzungen in Folge von Nachlässigkeit behandelt. Mit anderen Worten, die englischen Gewerkschaftler unterscheiden hier sehr genau und verlangen vor Allem möglichsten Schutz für Gesundheit und Leben, bevor sie sich auf ein allgemeines Unfallversicherungsgesetz einlassen, wie das beiläufig seinerzeit auch die deutschen Sozialisten wollten. Es sei hierbei bemerkt, daß der Kongreß sich in einer längeren Resolution durchaus im Sinne des Berichts aussprach, d. h. die Regierung aufforderte, an der Bill festzuhalten, und daß die Regierung ihrerseits jetzt hat erklären lassen, neben der Bill zur Schaffung von ländlichen Gemeinde- und Distriktsräthen der Haftpflichtreform für die Herbstsession den Vorrang vor allen anderen Gesetzesvorlagen zu geben, resp. zu Gunsten ihrer alle übrigen Vorlagen fallen zu lassen.

4) Die Einrichtung des Arbeitsdepartements im Handelsministerium.

Herr Mundella, der Handelsminister des neuen Kabinets, hat das bisher sehr stiefmütterlich ausgestattete Arbeitsdepartement desselben erheblich erweitert, sowohl den internen Stab vermehrt, als auch im ganzen Lande Korrespondenten für das Bureau angagirt, die fast sämmtlich aus aktiven Mitgliedern der Arbeiterbewegung bestehen, und die „Labour Gazette“ geschaffen, deren Zweck es ist, möglichst viel Material über die Arbeitsverhältnisse zu sammeln und den Arbeitervereinen zugängig zu machen. Gewerk- und sonstigen Arbeitervereinen wird die „Labour Gazette“ umsonst geliefert.

5) Bezüglich der Arbeitszeit der Eisenbahnangestellten hat Herr Mundella einen Akt eingebracht und durchgesetzt, der das Handelsamt verpflichtet, alle Beschwerden über zu lange — „übermäßige“ — Arbeitszeit der Eisenbahnarbeiter zu untersuchen und, wo sich Beschwerden als gerechtfertigt herausstellen, die Eisenbahngesellschaften bei Strafe — die bis zu 2000 Mark für jeden Tag des Zuwiderhandelns bemessen werden kann — zur Herabsetzung der Arbeitszeit anzuhalten. Der Ausdruck „übermäßig“ ist im Gesetz nicht definirt, wird aber in der Praxis so ausgelegt, daß die Arbeitszeit nirgends über die sonst in der Industrie vorwiegende — etwa 10 Stunden — hinausgehen soll.

6) Für die Fortbildungsschulen ist durch eine Verfügung des neuen Unterrichtsministers Acland, im Anschluß an eine Interview mit dem Parlamentarischen Gewerkschaftskomite und dem Komite der Genossenschaftler, eine wesentliche Reform angebahnt worden. Die Mittel für die Schulen sind erhöht, der Lehrstoff erweitert, das Lehrsystem verbessert, die Zulassungsbedingungen demokratisirt worden. Zu den Lehrgegenständen, die das Rundschreiben aufzählt, gehört auch die Belehrung über „Leben und Pflichten des Staatsbürgers“, wozu das von Herrn Acland aufgestellte Lehrprogramm u. A. die Belehrung der Fortbildungsschüler über die Zwecke der Gewerkschaften und der Genossenschaften gerechnet wissen will. „Es ist die Pflicht der Gemeinschaft“, heißt es in dem Programm, „jeden vernünftigen Schritt der Arbeiter, ihre Lage zu verbessern und ihre Intelligenz zu fördern, zu unterstützen. Alles, was die Leistungsfähigkeit und die Aussichten derselben vermindert, bedeutet einen Verlust für die Gemeinschaft und eine Fortdauer oder Steigerung der Armuth und Unwissenheit. Eine gesunde und wohlgeübte, charakterfeste und selbstbewußte Arbeiterschaft ist eine Quelle der Kraft für das Land.“

Ferner hat der Unterrichtsminister das Alter für den obligatorischen Besuch der Elementarschule um ein Jahr erhöht, und der Minister des Innern verfügt, daß kein jugendlicher Arbeiter als „Vollzeitler“ beschäftigt werden darf, der nicht mindestens die fünfte Elementarklasse absolvirt hat.

7) Die Achtstundenbill für Bergarbeiter und 8) die von der Regierung akzeptirte Bill für die Einführung von Diäten für die Volksvertretung erhielten im Parlament jede in erster Abstimmung gute Majoritäten (die erste 279 gegen 201, die zweite 276 gegen 229), konnten aber wegen zu starker Inanspruchnahme des Parlaments durch andere Materien in dieser Session nicht weiter gebracht werden.

Soviel aus dem Bericht. Sind diese und andere Fortschritte, die er verzeichnet, auch jeder für sich nicht übermäßig wichtig, so zeigt doch die Liste in ihrem Zusammenhange, in welcher Richtung der Wind heute in England weht und wie sehr sich schon jetzt der Einfluß der Arbeiter auf die Regierung fühlbar macht. Und er muß sich noch bedeutend stärker in Gesetzen und Regierungsakten ausprägen, je mehr die Arbeiter als selbständige Macht in den politischen Kampf eingreifen. Darüber herrscht denn auch im Prinzip so wenig Meinungsverschiedenheit, daß der Antrag, einen Fonds für die Unterstützung von Arbeiterkandidaturen zu schaffen, die, unabhängig von den beiden rivalisirenden bürgerlichen Parteien, für das vom Kongreß gutgeheißene Arbeiterprogramm einzutreten haben, mit 150 gegen 52 Stimmen angenommen wurde. Seine Annahme würde eine einstimmige gewesen sein, wenn nicht mit 137 gegen 97 Stimmen dem Programm die Worte „Eintreten für das Prinzip der Aneignung und Kontrollirung der Mittel der Produktion und Distribution durch die Kollektivität“ hinzugefügt worden wären. Ich glaube nicht, daß die 97, die gegen den Zusatz stimmten, sämmtlich prinzipiell gegen denselben waren, aber die englischen Gewerkschaftler, von Hause aus mehr Opportunisten als gut ist, sind schwer dazu zu bringen, in ein Aktionsprogramm Dinge aufzunehmen, für die sie keine Möglichkeit unmittelbarer Verwirklichung vor Augen sehen. Unter diesen Umständen ist die Mehrheit, die das Amendement erhielt, ein doppelter Erfolg der sozialistischen Idee — ein Erfolg, der noch heller ins Auge springt, wenn man das Schicksal des 1890 zum ersten Male gestellten Antrages auf den Gewerkschaftskongressen verfolgt:

		Für	Gegen	
1890	(Liverpool)	55	363	Stimmen
1891	(Newcastle)	Vom Vorsitzenden nicht zur Abstimmung gebracht*		
1892	(Glasgow)	128	153	Stimmen
1893	(Belfast)	137	97	Stimmen.

Praktische Einstimmigkeit erzielte der Antrag, das Parlamentarische Komite solle im Parlament eine Vorlage einbringen auf Einführung des gesetzlichen Achtstundentages für alle Industrien, wo nicht die Mehrheit der organisirten Arbeiter sich dagegen erklären. Für den Antrag stimmten 197 Delegirte und dagegen nur 18. Auch der einst so erbitterte Gegner des gesetzlichen Achtstundentages, Henry Broadhurst, hielt es für gerathen, für den Antrag zu stimmen, weil er nur auf diese Weise seine Wiederwahl ins Parlamentarische Komite möglich machte. Und in der That wurden ihm alle früheren Sünden verziehen und er mit 198 Stimmen ins neue Komite gewählt, unmittelbar nach J. Burns, der mit 214 Stimmen erster auf der Liste der Gewählten ist. Burns würde

* In England besitzen die Vorsitzenden von Versammlungen viel weitergehende Vollmachten als auf dem Festland. Sie bestimmen souverän darüber, ob ein eingebrachter Antrag „ordnungsgemäß“ (d. h. zur Sache gehörig, bezw. nicht schon durch einen gefaßten Beschluß erledigt) ist oder nicht. In Newcastle führte Burt, der der konservativen Richtung angehört, den Vorsitz und befand über den Antrag wie oben. Einen Appell gegen irrthümliche Entscheide des Präsidenten giebt es nicht, das einzige Mittel gegen Willkürakte desselben ist das Mißtrauensvotum, das dessen Rücktritt zur Folge hat.

noch mehr Stimmen erhalten haben, wenn nicht gerade eine Anzahl entschiedener Sozialisten, die ihm sein etwas gar zu selbstherrliches Vorgehen zum Vorwurf machen, gegen ihn gestimmt hätten. Die nächstgrößte Stimmenzahl nach Broadhurst erhielt der Sekretär des Spinnerverbandes von Lancashire, J. Maudsley, heute auch ein Anhänger des gesetzlichen Achtstundentages, und ihm folgt Ed. Cowey von den Yorkshirer Bergarbeitern, als „strammer Achtstundenmann" bekannt. Von Gegnern des gesetzlichen Achtstundentages sitzt nur noch Einer im Komite, und zwar ist dies gerade der Sekretär des Komites, Ch. Fenwick. Daß ein Kongreß, der sich mit 197 gegen 18 Stimmen für eine bestimmte Maßregel erklärt, mit 251 gegen 89 Stimmen das einflußreichste Amt, das er zu vergeben hat, einem Gegner der Maßregel überträgt, ist ein Widerspruch, den Mancher schier unverständlich finden möchte. Aber in Personenfragen sind die Gewerkschaftskongresse stets recht inkonsequent gewesen, und ich glaube, sie stehen da nicht allein. So ist es denn auch weiter kein Wunder, daß ein Amendement zum Bericht des Parlamentarischen Komites, welches feststellen wollte, daß ein Theil der Mitglieder dieses Komites, nämlich gerade Fenwick und Wilson, als das Achtstundengesetz für Bergarbeiter im Parlament zur Verhandlung kam, ihr Bestes gethan hatten, es zu Falle zu bringen, daß dieser, ein Tadelsvotum implizirende Antrag abgelehnt wurde. Selbst Wilson wäre beinahe wiedergewählt worden — er erhielt die nöthige Anzahl Stimmen und mußte nur zurücktreten, weil im Komite immer blos ein Mitglied pro Berufszweig sitzen darf. Fenwick und Wilson vertheidigten ihr Verhalten im Parlament damit, daß sie dort den Wünschen ihrer Wähler hätten Ausdruck geben müssen, und die Bergarbeiter von Northumberland, die Fenwick, und von Durham, die Wilson vertritt, wollen aus den wiederholt festgestellten, ziemlich egoistischen Gründen in der That vom Achtstundengesetz nichts wissen. Daraus wäre eben nun zu schließen gewesen, daß die betreffenden Abgeordnetenmandate mit dem Amt eines Mitglieds des Parlamentarischen Komites unvereinbar seien, aber als es zur Wahl in dieses kam, war diese Frage von den Meisten schon wieder vergessen.

Von sonstigen Beschlüssen des Kongresses seien noch erwähnt:

Eine Resolution zu Gunsten der von der Regierung eingebrachten Vorlage über die Abänderung des „Verschwörungsgesetzes", welche den Begriff der strafbaren Einschüchterung 2c. (bei Strikes 2c.) gegen arbeiterfeindliche Auslegungen besser definirt.

Eine Resolution, die Demokratisirung der Geschworenengerichte verlangt. (Entschädigung der Geschworenen und Bestimmung, daß jeder, der das Parlaments-Stimmrecht hat, auch zum Geschworenen qualifizirt ist.)

Eine Resolution, die Zentralisirung aller Fachvereine gleichartiger Industrien dringend anempfiehlt.

Eine Resolution dahingehend, daß die jetzt von der Regierung eingeführte Klausel bei Submissionen, die Zahlung ordentlicher („fair") Löhne zur Bedingung des Zuschlages macht, so ausgelegt werde, daß nur von den betreffenden Gewerkschaften anerkannte Lohn- und Arbeitsbedingungen als „fair" zu betrachten sind. Bei dieser Gelegenheit kam ein Fall zur Sprache, wo die Regierung, veranlaßt durch die Arbeiterabgeordneten und einige Radikale einer Druckfirma ankündigte, sie werde ihr die Druckaufträge entziehen, wenn die Firma fortfahre, in ihrem Etablissement in der Provinz — in London wagte dieselbe es nicht — Arbeiter wegen Beitritt zu einer Gewerkschaft zu entlassen!

Eine Resolution, daß keine Regierung Anspruch auf die Unterstützung der Arbeiter habe, welche der Arbeitslosenfrage nicht die volle Aufmerksamkeit

widme und sich in jeder Weise bestrebt zeige, Maßregeln zur Abhilfe der Arbeitslosigkeit zu treffen.

Eine Resolution, die die Mitglieder der Gewerkschaften auffordert, wo immer möglich zu verweigern, mit Nicht-Gewerkschaftlern zusammen zu arbeiten.

Eine Resolution, die dem Generalsekretär der Matrosen-Union die Sympathie des Kongresses wegen des jüngst gegen ihn ungerecht gefällten Urtheils ausdrückt (Wilson hatte ein konservatives Londoner Blatt, das ihm Verschwendung der Gelder seiner Gewerkschaft vorgeworfen, wegen Verleumdung verklagt, war aber damit nicht durchgedrungen, weil die betreffenden Artikel nur zulässige Kritik geübt hätten).

Schließlich nahm der Kongreß auch zu dem jetzigen Bergarbeiterstrike und dem Vorgehen der Behörden gegen die Bergarbeiter Stellung. Daß er den Strikenden seine Sympathie ausdrückte und zu Sammlungen für sie aufforderte, war selbstverständlich. Ferner stimmte er einer Resolution zu, die eine Abänderung des Lokalverwaltungsgesetzes dahin verlangt, daß nur die gewählten Gemeindevertretungen die Kontrolle über die Polizei haben sollen, so daß es keinem bezahlten oder unbezahlten Polizeiwächter (die von der Regierung ernannt werden) zustehen soll, in Fällen von Arbeitskonflikten 2c. Polizeiverstärkung oder Truppensendungen zu verlangen, dies vielmehr Sache der gewählten Vertretungen und der von diesen ordnungsmäßig eingesetzten ständigen Kommissionen sein soll. Und schließlich drückte der Kongreß seine „Betrübniß" darüber aus, daß in Featherstone bei Pontefrakt Soldaten auf Arbeiter geschossen haben, und versicherte die Angehörigen der Arbeiter, die dabei ihr Leben verloren, seiner vollen Theilnahme.

Die recht matte Fassung des letzten Beschlusses ist hauptsächlich dem Umstande geschuldet, daß zur Zeit, da der Kongreß tagte, die volle Wahrheit über die Vorgänge in Pontefrakt noch gar nicht bekannt war, sondern nur erst Telegramme vorlagen, aus denen man schließen konnte, daß die Beamten, welche den Soldaten Ordre zum Schießen gaben, sich in einer wirklichen Nothlage gegenüber einer sinnlos tobenden, vernichtungswüthigen Menge befanden. Das hat sich nun Alles als theils maßlos übertrieben, theils direkt falsch herausgestellt. Richtig ist, daß die Massen verschiedene Arbeitsschuppen und eine Holzbrücke niedergebrannt haben, daß sie mit Steinen geworfen und überhaupt das betreffende Werk belagert haben, aber die Haupterregung hatte sich, als die Ordre zum Schießen gegeben wurde, bereits gelegt, und so haben denn selbst die bürgerlichen Leichenschau-Geschworenen sich veranlaßt gesehen, in Bezug auf den einen der Getödteten rund heraus zu erklären, daß derselbe ihrer Ansicht nach unschuldig getödtet worden sei. Die ganze Affäre spielte vor einem Kohlenwerk, das einen neugebackenen Peer, Lord Masham, zum Inhaber hat. Dieser Herr ist Besitzer einer großen Plüschfabrik in Manningham bei Bradford, wo er das Lohnreduziren so gut zu praktiziren verstand, daß, wie sich vor einigen Jahren herausstellte, als die Arbeiter eben wieder gegen eine neue Lohnherabsetzung sich zu wehren hatten, die Löhne bei ihm noch niedriger sind als in Crefeld, dessen Konkurrenz Herr Samuel Cunliffe Lister, wie „Lord Masham" damals noch hieß, als Vorwand für die Maßregel angeführt hatte. Damals gewann der Herr, der Hunger zwang die Arbeiter schließlich, nachzugeben, und nun wollte er den Grubenbesitzern zeigen, wie man es machen müsse, ließ sich von anderen Orten her Arbeiter kommen und alsdann demonstrativ losarbeiten. Das mußte natürlich die Bevölkerung erbittern, deren Stimmung durch das herbeigeholte Militär und den Lockout selbst ohnehin gereizt war.

Zunächst sind für die Verstärkung der Polizei und die Heranziehung von Truppen in die Strikedistrikte die Friedensrichter, die „Magistrates" genannt

werden, verantwortlich. Ihrer großen Mehrzahl nach sind dieselben Erz-Bourgeois — Fabrikanten, Gutsbesitzer 2c. — und ihre reaktionären Urtheile gegen kleine Eigenthumsvergehen (Felddiebstähle 2c.) sind sprichwörtlich. Die große Mehrheit ist obendrein politisch konservativ, die von der jetzigen liberalen Regierung vor Kurzem vorgenommenen Neubesetzungen — wobei, wie oben erwähnt, auch mehrfach Arbeiter zu Friedensrichtern ernannt wurden — kommen der Masse von Tory-Magistrates gegenüber nicht auf. Und es wird der Regierung namentlich zum Vorwurf gemacht, daß sie den Gesuchen dieser Tory-Magistrates gegenüber um Polizeiverstärkung ein viel zu williges Ohr leiht. Herr Asquith, der sich bei den Arbeitern durch verschiedene Gesetzvorlagen und selbständige Verfügungen in Bezug auf den Arbeiterschutz eine gewisse Popularität erworben, zeigt sich in diesem Punkt als derselbe Ordnungsmensch wie sein konservativer Vorgänger im Amt, Matthews. Aber in England ist man nicht gewohnt, das Niederschießen durch Soldaten leicht zu nehmen, und so hat der genannte Minister sich doch dazu verstehen müssen, eine nochmalige genaue Untersuchung des Falles zu versprechen. Erhalten die Arbeiter für die Erschießung ihrer zwei Kameraden keine Genugthuung und keine Bürgschaft gegen Wiederholungen solcher Heldenthaten, dann dürfte der jetzt von den Liberalen in Szene gesetzte Feldzug gegen das Haus der Lords kaum sehr erfolgreich ausfallen. E. B.

Münchener Gefängnißzustände.

Vor längerer Zeit brachten die „Neuesten Nachrichten“ in München einen längeren, der Redaktion von einer anständigen Frau eingesendeten Artikel über die Frauenabtheilung des Münchener Untersuchungsgefängnisses; obgleich der Aufsatz wegen seiner wahrheitsgetreuen Schilderung thatsächlicher Verhältnisse allgemeines Aufsehen erregte, hat er doch die nothwendige Interpellation des bayerischen Justizministers im bayerischen Abgeordnetenhause bis jetzt leider immer noch nicht zur Folge gehabt. Dem Verfasser der folgenden Ausführungen und Schilderungen gab der Aufsatz zu weiteren Nachforschungen Veranlassung. Die Thatsachen, welche sich ihm ergaben, sollen nun in Folgendem ruhig, wahrheitsgetreu und möglichst rein gegenständlich geschildert werden; einige erläuternde Bemerkungen über die tiefer liegenden Ursachen der Zustände des Münchener Gefängnißwesens mögen für den Schluß vorbehalten werden.

* * *

Die Münchener Gefängnisse bestehen — neben dem Polizeigewahrsam — aus drei Gebäuden:

I. Das Gefängniß des Münchener Amtsgerichtes.

II. Das Gefängniß in der Baaderstraße (zugleich Lazarethgefängniß).

III. Die Frohnveste am Anger (für längere Gefängnißstrafen und schwere Verbrecher).

I. Das Gefängniß des Münchener Amtsgerichtes.

Das Amtsgerichtsgefängniß dient zur Beherbergung von Untersuchungsgefangenen und solchen Strafgefangenen, welche eine kürzere Strafe — nicht über sechs Wochen — zu verbüßen haben. Es ist unter den drei genannten Gebäuden wohl das älteste und steht in unmittelbarer Verbindung mit den Richterzimmern. Ein Theil der Gefangenen ist im Keller untergebracht; die über-

wiegende Mehrheit jedoch in den beiden oberen Stockwerken, welche äußerlich durch eine starke eiserne Gitterthüre von dem ersten Stockwerke getrennt sind; im letzteren liegen, wie schon bemerkt, die Säle für die gerichtlichen Verhandlungen. Das ganze Gefängniß mag etwa 70—80 einzelne Zellen besitzen. Die Zellen sind von verschiedener Größe. An einzelnen Thüren schimmert noch die dort angemalt gewesene Ziffer hindurch, welche die höchste Zahl der für jede Zelle zulässigen Insassen feststellte. Diese Ziffer hat man meistentheils fortgekratzt, weil sie fast immer weit überschritten wird. So findet man häufig genug in einem nur für fünf Menschen ausreichenden Haftraum die doppelte Anzahl. Das muß um so bedenklicher erscheinen, als die innere Einrichtung der Zellen eine außerordentlich mangelhafte ist. Die meisten Zellen haben eine Länge von 6½ Meter, eine Breite von 3½ und eine Höhe von 4 Meter. Die Zelle erhält durch ein unten blind gemachtes, selbstverständlich dauernd geschlossenes Fenster ihr Licht; nur das obere Drittel des Fensters zeigt vollkommen klares Glas; es kann auch zum Zwecke der Ventilation halb heruntergelassen werden, so daß den Insassen der unmittelbare Anblick des freien Himmels gewährt wird. Irgend welche andere Ventilationsvorrichtung zur Einführung reiner Luft besitzen die Zellen nicht. Außer diesem Fenster findet sich in den Zellen ein schlechter eiserner Ofen mit einer sehr primitiven Heizvorrichtung, welche von außen (dem Vorplatz her) gehandhabt werden kann; selbstverständlich wird nur mit Steinkohlen geheizt. Ein anderes feststehendes Möbel ist der Abort; er ist weder verkleidet, noch durch irgend eine andere Vorrichtung als den selbstverständlichen Deckel verdeckt. Wasserleitung oder Spülvorrichtungen für den Abort besitzt das Münchener Amtsgefängniß nicht; das muß um so mehr auffallen, als eine Wasserleitung für andere Bedürfnisse im Hause vorhanden ist. Freilich besitzt München noch kein Kanalisationssystem; dennoch wäre es wohl schon längst Pflicht der Verwaltung gewesen, bei dem gesundheitsgefährlichen Zustande des Amtsgefängnisses, der ja unter Umständen für ganz München verderblich werden könnte, in dieser Richtung Abhilfe zu schaffen, etwa durch Einführung eines Schwemmsystems mit gemeinschaftlichem Reservoir. Neben diesen beiden hier genannten Ausstattungsstücken wären nur noch als festes Ausstattungsstück jeder Zelle ein paar Holzkleiderriegel mit einem oder zwei darüber genagelten Brettern zur Niederlegung von Wäsche u. s. w. zu erwähnen.

Die sonstigen beweglichen Gegenstände, mit denen die Zelle ausgestattet ist, beschränken sich auf Folgendes: Eine oder zwei lange Bänke ohne Lehne, mehrere sehr wacklige, meistentheils zerbrochene Holzstühle, zwei gleichfalls recht altersschwache Holztische nebst einer langen Tischplatte, welche für die Arbeit der Länge nach auf die beiden Tische gelegt wird; dazu kommen ein Spucknapf, ein kleiner Handfeger und eine kleine Mullschippe, letztere sind jedoch nur in den meisten, nicht in allen Zellen vorhanden! Die ganze Ausstattung der Zellen macht den Eindruck des Unordentlichen, um nicht zu sagen, den Eindruck der Liederlichkeit. Jeder Gefangene erhält pro Woche ein reines Handtuch, und der Verwalter des Gefängnisses ist human genug, wenn er dieses nothwendige Requisit für menschliche Reinlichkeit vor Ablauf dieser Zeit allzu schmutzig findet, dem Benützer ein frisches Tuch zu verabreichen. Irgend welche andere Wäschestücke, wie Hemden, Strümpfe u. s. w., erhalten besonders die Untersuchungsgefangenen nur ausnahmsweise; eine allgemein feststehende Norm für Verabreichung oder Vorenthaltung von Wäsche, Kleidungsstücken u. s. w. besteht nicht. In den Zellen feststehende Lagerstätten sind nicht vorhanden. Kurz vor der für die Nachtruhe festgesetzten Stunde werden von den Gefangenen die für jeden Insassen bestimmte

Matratze nebst Kopfkissen in den Haftraum getragen; ebenso werden des Morgens früh nach dem Aufstehen die Matratzen aus den Zellen wieder in den Vorsaal hinausgeschafft und dort aufeinandergethürmt. Zu der Matratze und dem nicht immer überzogenen Kissen gehört selbstverständlich noch ein leinenes Betttuch. Da jedoch diese Betttücher weder nummerirt sind, noch sonst irgend ein besonderes, jedes einzelne Betttuch unterscheidendes Kennzeichen haben, so kommt es häufig genug vor, daß der einzelne Gefangene in jeder Nacht auf einem anderen, bereits vor ihm von einem anderen Zelleninsassen benützten Betttuche liegt, was auch nicht gerade zur Sauberkeit beitragen kann. Die Matratzen und Keilkissen sind mit Stroh oder auch wohl mit einer Art Seegras gefüllt. Nach dem Aufstehen von den auf den bloßen Fußboden gelegten Matratzen wird den Gefangenen eine Zwiebelsuppe und ein Stück trocken Brot gereicht. Nur von dem im Gefängniß selbst erworbenen Gelde darf sich der Gefangene Zusatznahrungsmittel kaufen. Bei Untersuchungsgefangenen kann nach eingeholter Erlaubniß des Untersuchungsrichters eine Ausnahme gemacht werden; sie dürfen durch Verwendung der von ihnen oder für sie eingezahlten Gelder ihre Kost in etwas verbessern. Die Zusatznahrungsmittel bestehen hauptsächlich in Bier (ein halbes Liter für den Tag) und Brot; in einzelnen Fällen wird auch Wurst, Käse oder dergleichen gestattet. Merkwürdigerweise rechnet nach Urtheil der Verwaltung eines der hauptsächlichsten Nahrungsmittel, das Salz, gleichfalls zur Zusatznahrung; es muß als solche von den Gefangenen besonders bezahlt werden. Im Uebrigen werden Untersuchungsgefangene und Strafgefangene vollkommen gleich behandelt.

Das Mittagsmahl besteht aus einer Suppe mit etwas Fleisch darin; dazu giebt es ein Brot. Nur an einem Tage der Woche — Freitag — fällt das Fleisch fort; dafür wird den Gefangenen eine Abendsuppe gereicht, jedoch blos an diesem Tage; an den anderen Abenden der Woche giebt es nichts als ein Stück Brot. Nur die mit Krankenkost Bedachten haben es etwas besser. Sie erhalten Weißbrot (drei Stück für den Tag), des Mittags meistentheils neben der Suppe noch ein zweites Gericht, sowie jeden Abend vor dem Schlafengehen eine warme Suppe. Das Essen ist meistentheils schmackhaft, dagegen läßt die Sauberkeit des Eßgeschirres fast immer mehr oder weniger zu wünschen übrig. Wir haben unter den fünfzig bis sechzig Blechgefäßen, in denen Essen gereicht wird, kaum drei Eßgefäße vollkommen sauber und frei von Rostflecken gefunden. Löffel und Gabel, so weit sie nicht von Holz sind, waren mit einem grauschwarzen Metallansatz überzogen; augenscheinlich warteten diese Eßgeräthschaften schon seit recht langer Zeit auf eine Behandlung mit etwas Putzpulver oder dergleichen.

Der Vorstand kommt etwa alle vierzehn Tage zur Revision ins Gefängniß; er erscheint dann in jeder einzelnen Zelle, von dem Gefängnißverwalter und oft noch von einem zweiten Beamten begleitet, mit der Frage, ob die Gefangenen besondere Wünsche haben. Selbstverständlich wird das mit Rücksicht auf den Verwalter immer verneint. Das Gegentheil würde ja den Verwalter schädigen und daher wahrscheinlich auch unangenehme Folgen für den die Uebelstände anzeigenden Gefangenen nach sich ziehen. Nach einer Reihe ziemlich überflüssiger Fragen, wie die, ob Tag und Nacht regelmäßig revidirt wird, pflegt der Oberamtsrichter gewöhnlich in seiner Gegenwart die Taschen einiger Röcke durchsuchen zu lassen. Das ist, besonders für den noch niemals vorbestraften Untersuchungsgefangenen, im hohen Grade erniedrigend, da alle in das Gefängniß Aufgenommenen bereits vorher durchsucht werden. Strafgefangene machen sich

einfach über diese Revision lustig; sie wissen Karten und dergleichen zu verstecken. Die ganze Prozedur veranlaßt Alle nur zu Betrug und Lüge, ohne daß sie die geringste Gewähr für volle Durchführung der Gefängnißordnung bietet. Daß dem Vorstand des Münchener Amtsgerichtsgefängnisses die geradezu schauerlichen Zustände in der Abtheilung für weibliche Gefangene ganz verborgen sein sollten, erscheint geradezu als eine Unmöglichkeit. Die weibliche Abtheilung findet sich auf demselben langgestreckten, übrigens sehr hohen Gange, auf welchem die männliche Abtheilung liegt. Die Frauenzellen sind beinahe noch überfüllter als die Zellen für Männer. Die Folge davon ist, daß auf den besonderen Bildungsgang und die Standeszugehörigkeit der einzelnen weiblichen Gefangenen wenig oder gar keine Rücksicht bei der Anweisung des Haftraumes genommen werden kann. So geschieht es oft genug, daß halbwüchsige Mädchen und Frauen mit gewöhnlichen Straßendirnen in ein und demselben Raume untergebracht werden. Welche Folgen das hat, wird später an einem Beispiel für viele gezeigt werden; sie ergeben sich übrigens jedem Denkenden von selbst. Auch in gesundheitlicher Beziehung muß, namentlich angesichts der natürlichen Reinigungsperioden der Frauen, eine übermäßige Besetzung eines verhältnißmäßig kleinen Raumes mit Menschen in der Frauenabtheilung besonders üble Folgen nach sich ziehen. Ohnmachten und dergleichen sind in dieser weiblichen Abtheilung nichts Seltenes. Die Ueberfüllung der Zellen ist theilweise die Ursache, daß die Mehrzahl der weiblichen Gefangenen innerhalb der Zelle meistentheils ihre Oberkleider ablegt; sie laufen dann in einer nicht gerade immer sauberen Nachtjacke oder gar den Oberkörper nur mit dem bloßen Hemd, den Unterkörper mit Unterrock bekleidet, herum. In diesem Aufzuge verrichten sie auch meistentheils die ihnen zugewiesenen Arbeiten.

Die Gefängnißordnung enthält die Vorschrift, daß mit schwererer Strafe belegte Gefangene von der Verwaltung Arbeit erhalten *können*; dagegen dürfen Untersuchungsgefangene und gewisse, mit leichter Haft belegte Gefangene *nur mit ihrer Zustimmung* zur Arbeit herangezogen werden. Die letztere Bestimmung ist jedoch nicht viel Anderes als bloße Spiegelfechterei, wenigstens bei der Art, wie bisher die Dinge in den Münchener Gefängnissen gehandhabt werden. Der Gefangene erhält weder Erlaubniß zur Selbstbeschäftigung, noch irgendwie ausreichende Lektüre. Im Amtsgefängniß werden die meistentheils der Jugendliteratur angehörigen Schriften am Sonntag Vormittags ausgetheilt und an dem gleich darauffolgenden Montag bis gegen Mittag wieder eingezogen. Will also der Gefangene, dem auch *als Untersuchungsgefangenen* keine Zeitung gestattet wird, nicht vor Langerweile, je nach Naturell, stumpfsinnig werden oder in Trübsinn verfallen, so sieht er sich aus Rücksichten der Selbsterhaltung zur Gefängnißarbeit gezwungen. Die Gefängnißarbeiten bestehen zum großen Theil in leichteren Buchbinderarbeiten. Die Abrechnung darüber liegt in der Hand des Gefängnißverwalters. Die Verwaltung zieht sich von dem Ertrage der Gefangenarbeit zwei Drittel ein, während den Gefangenen nicht ganz ein Drittel des Ertrages gut geschrieben wird; die Hälfte dieses Drittels dürfen sie dann, wie schon oben angedeutet wurde, zur Verbesserung ihrer Nahrung für sich verwenden. Die Verwaltung selbst berechnet jedem Gefangenen die Kosten für seine Haftzeit im Sommer mit einer Mark, im Winter mit einer Mark zwanzig Pfennig täglich. Das ist entschieden zu viel für das Wenige, was dem Gefangenen von der Verwaltung geboten wird. Die Volksküche liefert Besseres an Nahrung für weniger Geld. Rechnen wir Morgens: Kaffee mit Brot 8 Pfennig; Mittags: Mittagssuppe mit Brot 28 Pfennig, so blieben für die Abendkost noch

immer 24 Pfennig. Summa: 60 Pfennig für Kost, so daß für die Wohnung 40 Pfennig täglich oder 12 Mark monatlich entfallen würden. Zu dem letztgenannten Preis kann man in München jeder Zeit ein sehr nettes und sauberes Stübchen für sich haben, welches sich zur Schlafstätte der Münchener Gerichte verhält, wie das Eldorado zur Hölle. Es liegt also in dem Einziehen von zwei Dritteln des Verdienstes aus der Gefangenarbeit einerseits und in der übertrieben hohen Anrechnung des unfreiwillig gezahlten „Pensionspreises“ andererseits eine doppelte Benachtheiligung der meistentheils doch den unbemittelten Klassen angehörigen Zelleninsassen.

Selbstverständlich gelten die hier angegebenen Sätze nicht nur für das Gefängniß des Amtsgerichtes, sondern auch für die anderen Münchener Gefängnisse. Die beiden letzteren sind etwa je zehn Minuten von dem Amtsgerichte entfernt. Die Gefangenen werden zwischen diesen drei Orten — dem Amtsgericht, dem Landgericht und dem Gefängniß in der Baaderstraße — von Gendarmen hin- und hergeführt, je nachdem es der Gang der gerichtlichen Untersuchung oder andere Umstände, wie etwa zeitweise Unterbringung im Lazarethgefängnisse, nothwendig machen. Daß das mitten durch die übrigen Passanten oft der belebtesten Münchener Straßen geschieht, ist gewiß schon schlimm genug; daß es aber dem betreffenden Gensdarmen freisteht, die Gefangenen zu schließen, das heißt, ihre Hände in eine eiserne Fessel zu legen, muß als eine Rohheit sondergleichen bezeichnet werden, schon deshalb, weil auch bei dieser Prozedur zwischen Strafgefangenen und noch niemals bis dahin bestraften Untersuchungsgefangenen nicht der geringste Unterschied gemacht wird.* Freilich darf sich der mit Mitteln ausgerüstete Gefangene in einem Fiaker (Droschke) transportiren lassen; das kann jedoch für die Verwaltung als mildernder Umstand nicht in Betracht kommen.

II. Das Gefängniß in der Baaderstraße.

Das Baader-Gefängniß, welches hauptsächlich zur Unterbringung kranker Gefangener dient, ist unter den drei Münchener Gefängnissen das einzige nach pennsylvanischem System eingerichtete Gefängniß. Das Wesentliche dieses Systems besteht darin, daß die einzelnen Stockwerke nicht durch geschlossene Deckenwerke von einander getrennt sind, sondern eine Uebersicht über den Innenraum des ganzen Gebäudes von unten nach oben, sowie von oben nach unten möglich machen. Dieser Vortheil wird erreicht durch Hinführung eiserner Treppen und Geländer unmittelbar an den inneren Seitenfronten des Gebäudes. Eiserne, auf eisernen Säulen von untenher gestützte Gallerien, die etwa einen Meter breit sind, führen längs des ganzen Innenraumes herum; an diesen Gallerien liegen die doppelt eisenbeschlagenen Thüren der einzelnen Zellen in den verschiedenen Stockwerken, so daß man aus der Zellenthüre unmittelbar in die Gallerie hinaustritt. Die Zellen selbst sind mit eisernen, an die Ellipsenform erinnernden Deckenwölbungen versehen; Decken und Wände sind weißgetüncht; der Fußboden ist in Zement und Stein hergestellt, was jedenfalls vom hygienischen Standpunkte nicht gerade gelobt werden kann, da Steinfußböden leicht Erkältungen zur Folge haben und im Winter mehr Heizungsmaterial für die Erwärmung des Zellenraumes erfordern. Im Uebrigen ist die innere Einrichtung der Zellen hier eine wesentlich bessere, als im Amtsgerichtsgefängniß. So bleibt das Bett für den Gefangenen stets in der Zelle; es besteht aus einem eisernen Bettgestelle, auf welchem

* Auch nicht zwischen gemeinen und politischen „Verbrechern“. D. Red.

Matratze und Kopfkissen liegen; das Bettgestell wird bei Nichtgebrauch mit der Matratze gegen die Wand gelehnt, wo es vermittelst einer dort angebrachten kleinen Kette befestigt wird. Zwei wollene Decken, sowie ein großes Linnentuch vervollständigen das Ganze. Der Lagerstätte gegenüber ist ein kleiner hölzerner Klapptisch nebst Klappbank angebracht, und zwar so, daß der daran Sitzende das Gesicht voll gegen das vergitterte Klappfenster richten muß. Besser würde, wie jeder hygienisch gebildete Arzt weiß, Arbeitstisch mit Bank so befestigt worden sein, daß das Licht bei der Arbeit von der linken Seite in die Zelle fällt; das wäre, ohne weitere Kosten, einfach durch Umtauschen der Wände für die Arbeitsstätte und die Bettvorrichtung leicht möglich gewesen und hätte dabei noch den besonderen Nutzen gehabt, daß der zum Schlaf sich Niederlegende das Gesicht nicht gegen das Fenster zu richten braucht, wie es jetzt meistentheils der Fall ist, da die Mehrzahl aller Menschen im Schlafe entweder auf dem Rücken oder auf der rechten Seite des Körpers ruht. Im Uebrigen ist die Ausstattung der Zellen in diesem Lazarethgefängniß von der Ausstattung der Zellen im Amtsgefängniß nur wenig verschieden; die einzige weitere Verbesserung ist die Verkleidung des Abortes in Form eines mäßig großen, braun angestrichenen Schrankes; auch ist die zur Verfügung stehende Zahl von Zellen für Einzelhaft hier eine bei Weitem größere.

Alles in Allem genommen, läßt auch das Baadergefängniß sehr vieles zu wünschen übrig, besonders wenn man bedenkt, daß es in erster Reihe für kranke Gefangene bestimmt ist, sowie, daß dieses Gefängniß zu einer Zeit erbaut wurde, in welcher mustergiltig eingerichtete Gefängnisse an anderen Orten schon längst in Deutschland vorhanden waren.

III. Die Frohnveste (Landgerichtsgefängniß) am Anger.

Die Angerfrohnveste leidet unter dem Uebelstande, daß ihre vom architektonischen Gesichtspunkt durchaus nicht häßlichen Baulichkeiten ihrer ursprünglichen Bestimmung nach nicht sowohl für die Aufnahme von Gefangenen, als für die von Geistlichen dienen sollten; denn das Landgerichtsgefängniß am Anger war sichtbar ursprünglich ein Kloster. Die Zellen sind hier ihrer inneren Einrichtung nach von den Zellen des Amtsgerichtes kaum wesentlich verschieden; die durch dreifaches Eisengitter geschlossenen Halbfenster im oberen Theile jeder Zelle würden für das nöthige Licht ausreichen, wenn sie nicht durch schräg nach oben vorgesetzte Bretter gewaltsam verdunkelt würden. Wahrscheinlich sollen diese kastenförmigen Bretter dem Gefangenen jeden Blick auf die gegenüberliegenden Häuser verwehren; ein anderer Grund für die gewaltsame Lichtverkümmerung dürfte wenigstens schwerlich herauszufinden sein. Sonst findet sich in jeder Zelle eine, bezüglich mehrere Lagerstätten; sie unterscheiden sich von den Lagerstätten des Amtsgerichtsgefängnisses dadurch, daß die Matratzen, welche gleichfalls jeden Abend hineingetragen und jeden Morgen wieder hinausgetragen werden, auf ein feststehendes dickes eichenes Brett gelegt werden, so daß wenigstens der Zelleninsasse nicht direkt auf dem Erdboden liegt. Uebrigens scheint die Regierung die lokalen Uebelstände der Münchener Gefängnisse anzuerkennen. Wenigstens wird die Frohnveste am Anger, wenn wir recht berichtet sind, bis spätestens Anfang 1894 aufgehört haben, als Gefängniß weiter zu bestehen. Bis dahin hofft man die außerhalb der Stadt gebauten neuen Gefängnißräume beziehen zu können. Ueber die Einrichtung derselben läßt sich bis jetzt noch nichts Näheres sagen; immerhin wird diese neue Gefangenenwohnung besser sein, als das Amtsgerichtsgefängniß und die Frohnveste am Anger. Das neuerbaute Gefängniß dürfte etwa dem Gefängnisse

in der Baaderstraße ähnlich werden. Wie viel auch dieses noch zu wünschen übrig läßt, haben wir bereits früher festgestellt. Auch werden die bestehenden Uebelstände nicht durch die Baulichkeiten allein veranlaßt; Hauptursache derselben ist der die ganze Münchener Gefängnißverwaltung beherrschende Geist. Dafür legen andere Umstände, wie beispielsweise die Büchereien der Gefängnisse, das beste Zeugniß ab. So werden zwar im Landgerichtsgefängniß auf längere Zeit Bücher verabreicht; in der Regel erhalten die Gefangenen jede Woche einen neuen Band. Hier wie im Lazarethgefängniß (in der Baaderstraße) ist es sogar mit der Gefängnißbibliothek besser bestellt; die Büchersammlungen sind reichhaltiger, leider sind sie jedoch nicht weniger unordentlich gehalten, wie die des Amtsgerichtsgefängnisses. Eine nähere Durchsicht der vorhandenen Bände in den drei Bibliotheken kann keinen Zweifel darüber lassen, daß alle drei Bibliotheken aus Restbeständen und ausrangirten Büchern alter Leihbibliotheken zusammengesetzt sind. Unter einer größeren Anzahl von Bänden fanden wir nicht ein einziges Buch, in welchem nicht mehrere Seiten fehlten. Das macht wieder den Eindruck, als halte man es von Seiten der Verwaltung nicht für nöthig, den Gefangenen etwas Tadelloses zu bieten. Damit kommen wir wieder auf den allgemeinen Gesichtspunkt, welcher für die Gefangenen in München überhaupt maßgebend zu sein scheint.

IV. Gemeinschaftlicher Charakter der drei Gefängnisse. Das in ihnen herrschende System.

Zunächst muß sich als überall gleich scharf hervortretender Charakter des Gefängnißwesens eine möglichst große Erschwerung der Haft für die Gefangenen aus den oben geschilderten Zuständen ergeben. Zum Theil steht das sogar in Widerspruch zu den Bestimmungen der geltenden Gesetzgebung. Werden doch nicht einmal Strafgefangene und Untersuchungsgefangene von einander getrennt gehalten, obgleich § 116 der deutschen Strafprozeßordnung ausdrücklich bestimmt: „Der Untersuchungsgefangene soll, soweit möglich, von Anderen gesondert und nicht in demselben Raume mit Strafgefangenen verwahrt werden. Nur mit seiner Zustimmung kann von dieser Vorschrift abgesehen werden.“ Von der Rohheit, mit welcher Untersuchungsgefangene auf offener Straße von Gensdarmen geschlossen geführt werden, haben wir bereits oben gesprochen. Ebenso müssen wir es als einen schlimmen Uebelstand rügen, daß man Untersuchungsgefangene über die oft dichtbesetzten, zu den Gerichtssälen führenden Treppengänge führt, besonders im Amtsgefängniß, um sie dem Arzt vorzuführen u. s. w. Wäre es nicht viel besser, den Arzt in die Zellen gehen zu lassen? Das würde dann vielleicht einen Anstoß zu schnellerer Besserung der bestehenden Zustände geben! Nicht einmal hinlängliche Bewegung in freier Luft wird den Gefangenen verstattet. Im Amtsgericht sitzen noch unbescholtene Untersuchungsgefangene oft sechs Wochen, ohne auch nur ein einziges Mal ins Freie gekommen zu sein. In den anderen beiden Gefängnissen beschränkt sich die Bewegung im Freien auf jeden zweiten oder auch dritten Tag, jedes Mal kaum eine halbe Stunde lang. Und doch schreibt auch mit Bezug auf diesen Punkt die bereits mehrfach angeführte Hausordnung für die Gerichtsgefängnisse in § 84 ausdrücklich vor: „Die Gefangenen sind täglich auf eine halbe bis ganze Stunde zur Bewegung in den Gefängnißhof zu führen, eventuell in die Korridore unter gehöriger Lüftung derselben.“

Letzteres wäre im Münchener Amtsgefängniß nicht einmal nöthig, denn selbst dieses älteste und deshalb schlechteste Gefängniß besitzt einen für Bewegung der Gefangenen im Freien durchaus genügend großen, mit Bäumen bepflanzten Hofraum.

Ebenso wenig wie die gesetzlichen Bestimmungen über die Behandlung der Untersuchungsgefangenen werden von der Münchener Gefängnißverwaltung die Bestimmungen über die Behandlung minderjähriger, besonders weiblicher Untersuchungsgefangener inne gehalten, obgleich die Hausordnung für die deutschen Gefängnisse ausdrücklich besagt: „Die Freiheitsstrafe gegen Personen, welche zwar das zwölfte, jedoch noch nicht das achtzehnte Jahr vollendet haben, ist in besonderen, zur Verbüßung von Strafen jugendlicher Personen bestimmten Anstalten oder Räumen zu vollziehen." Gegen diese Bestimmung wird — man kann beinahe sagen Tag für Tag — von der Münchener Gefängnißverwaltung gesündigt, und das auch dort, wo die örtlichen Verhältnisse für ein solches Mißachten der gesetzlichen Vorschriften keine Entschuldigung bieten. In dem Lazarethgefängniß wäre Platz genug, um jugendliche Gefangene von allen Anderen abgeschlossen zu halten; dennoch geschieht es keineswegs. In welcher geradezu unverantwortlichen Weise halbwüchsige junge Mädchen mit Dirnen zusammengesperrt werden, darüber wurde, wie schon erwähnt, sogar unlängst in den höchst regierungsfrommen „Münchener Neuesten Nachrichten" Klage geführt; wir wollen aus diesem von einem weiblichen Augenzeugen verfaßten Artikel nur die folgende Stelle hier wörtlich wiederholen: „Einen augenfälligen Beweis" — so erklärt eine durch unglücklichen Zufall in Haft genommene unbescholtene Frau — „für die fürchterlichen Folgen der Zusammensperrung möchte ich noch anführen. Im Landgerichtsgefängnisse lernte ich eine jetzt zweiundzwanzigjährige Person kennen, welche ihr Verderben selbst darauf zurückführt, daß sie, damals sechzehn Jahre alt, wegen eines Vergehens sechs Tage Haft in Gemeinschaft von zweifelhaften Frauenzimmern im Amtsgerichtsgefängnisse verbüßte. Es muß damals noch gemüthlicher dort gewesen sein, als heute, denn die Damen hatten die besten Eßwaaren, Wein u. s. w. Besonderen Eindruck aber machte auf das leichtsinnige Mädchen eine prächtige Matinee mit rosafarbigem, seidenweichen Futter. „Ah, die haben's schön!" Das war der Gedanke und der Ausdruck, dessen sie sich genau entsinnt. Die „Damen" hatten ihren Spaß an dem aufgeweckten Kind, wickelten ihr die „Simpelfranzen", steckten sie in ihre schönen Kleider, machten ihr Geschenke, luden sie zu sich ein. Das Uebrige ergiebt sich von selbst! Sie verließ das elterliche Haus und wurde endlich zur Verbrecherin, als welche sie viele Jahre im Gefängnisse zubrachte" u. s. w. („Münchener Neueste Nachrichten, 1893, Nr. 89 und 90.)

Wir bemerken dazu, daß die hier geschilderten Zustände bis auf den heutigen Tag fortbestehen. Und doch steht auch dieses Gebahren der Münchener Gefängnißverwaltung mit den Bestimmungen der Dienst- und Hausordnung für die Gerichtsgefängnisse vom 10. April 1883 in schärfstem Widerspruche! Dort heißt es ausdrücklich in etwas sonderbarem Deutsch (§ 34): „Bei der Bestimmung der Gefangenen, welche eine Zelle theilen sollen, ist auf Alter, Stand und Bildung Rücksicht zu nehmen. Mit besonderer Sorgfalt müssen, wenn es nicht vermieden werden kann, jugendliche Gefangene in Gemeinschaft mit Erwachsenen zu bringen, die Letzteren ausgewählt werden." Daß in den Münchener Gefängnissen auch auf den ersten Theil des angezogenen Paragraphen keine Rücksicht genommen wird, brauchen wir nicht erst besonders hervorzuheben.

Peinlicher als die Vorschriften, welche dem Gefangenen Erleichterung bringen, scheinen jene ausgeführt zu werden, die den Gefangenen an die Härte seines Schicksals erinnern müssen. Hierher rechnen wir vor Allem die Revision der Zellen durch einen Beamten mit einer Blendlaterne, etwa gegen 11 Uhr Abends, also vier bis fünf Stunden, nachdem die Gefangenen sich in Folge der

Vorenthaltung jedes Lichtes niedergelegt haben. Diese Revision erscheint uns gänzlich zwecklos, sie stört nur die Nachtruhe der Zelleninsassen. Eine schwache Begründung für diesen Brauch könnte man vielleicht in der Absicht finden, nachzusehen, ob in den Zellen irgend etwas fehlt, ob ein Gefangener etwa unwohl geworden u. s. w., allein eine solche Absicht wäre um Vieles leichter durch Anbringung einer elektrischen Klingel in jeder Zelle zu erreichen, deren Mißbrauch durch den Gefangenen ja unter Strafe gestellt werden könnte.

§ 18 des Reichsstrafgesetzbuches bestimmt ausdrücklich: „Die Strafe der Haft besteht in einfacher Freiheitsentziehung." Damit ist unzweideutig ausgesprochen, daß jede weitere Erschwerung der Haft, besonders für noch nicht verurtheilte Untersuchungsgefangene, vermieden werden soll. Die Untersuchungshaft hat in erster Reihe den Zweck, sich des Verdächtigen zu versichern und durch seine Abtrennung von der Außenwelt die Klarstellung der für die Untersuchung in Betracht kommenden Momente zu erleichtern, sowie endlich den Gang der Voruntersuchung zu beschleunigen. Allein gerade dieser Hauptzweck wird häufig von dem Münchener Gericht außer Acht gelassen. Auch darüber wurde schon in dem oben angezogenen Artikel der „Münchener Neuesten Nachrichten" Klage geführt; dort heißt es (Nr. 89, 1893): „Man bedenke, daß die meisten Untersuchungsgefangenen, welche dem Landgericht zur Aburtheilung überwiesen werden, drei bis vier Wochen im Amtsgericht bleiben, ehe sie in das Gefängniß am Anger übergeführt werden, wo sie bis zur Aburtheilung wieder ein bis zwei Monate schmachten müssen." Diesen Unglücklichen, welche *gesetzlich* noch unschuldig sind, „sollte doch nicht Wochen und Monate lang frische Luft und sogar das Licht entzogen werden". Wir können die in dem Artikel gemachten Wahrnehmungen nur bestätigen; ja, wir wissen selbst von bis dahin unbescholtenen Männern, welche man fast volle vier Monate in Untersuchungshaft behielt, um sie endlich — freizusprechen. Es mag das ja in einem Mangel an Richtern seine Begründung haben; ist dem so, dann muß man eben mehr Untersuchungsrichter in München anstellen; in der Provinz giebt es an einzelnen Gerichten Richter genug, die nicht wissen, wie sie bei dem gänzlichen Mangel an ausreichender Beschäftigung ihre Amtsstunden hinbringen sollen. Alle hier geschilderten Uebelstände sind eben die Folge einer theilweise gänzlich verkehrten Organisation. Von den Mängeln der letzteren aber werden nicht nur die Münchener Gefängnisse, sondern Rechtsprechung und Rechtsvollstreckung im ganzen Deutschen Reiche betroffen. Ein Theil der Mängel des Münchener Gefängnißwesens hat sichtbar in der mangelhaften Fachkenntniß der an der Spitze stehenden Beamten seinen Grund.

Wie schon bemerkt wurde, ist der Vorstand des Amtsgerichtsgefängnisses ein Oberamtsrichter; die Vorstände der beiden anderen Gefängnisse stellt die Staatsanwaltschaft. Nun ist es jedenfalls in Ordnung, daß der Staatsanwalt die *Oberaufsicht* über die Strafgefängnisse behält; dagegen muß es als ein großer Fehler bezeichnet werden, daß alle Beschwerden und Wünsche der Gefangenen an den Staatsanwalt gehen; ebenso ist es ein Fehler, daß der Staatsanwalt bezw. ein Oberamtsrichter die Gefängnisse geradezu verwalten. Freilich stehen ihnen in jedem einzelnen Gefängnisse besondere Gefängnißverwalter oder Inspektoren zur Seite; allein diese Leute sind Subalternbeamte ohne jede wissenschaftliche Vorbildung; meistentheils sind sie niedrigeren Heeresstellungen entnommen; viele waren Unteroffiziere, Feldwebel oder dergleichen. Die Wissenschaft vom Gefängnißwesen aber hat in den letzten zehn Jahren so große Fortschritte gemacht, daß sie bei ihrer besonderen Schwierigkeit die Kraft und Aufmerksamkeit eines wissenschaftlich genügend vorgebildeten Mannes voll und ganz in

Anspruch nimmt; die Wissenschaft vom Gefängnißwesen und die damit eng verbundenen Wissenschaften der Psychologie, der Gefängnißhygiene und Gefängnißstatistik können heute nicht mehr nebenher betrieben werden. Sie bedürfen eines von dem Rechts- und Gesetzesstudium ganz verschiedenen Studienganges. Zu einem solchen dürfte weder ein Oberamtsrichter, noch ein Staatsanwalt unter Durchschnittsverhältnissen genügende Zeit und Muße finden. Aber freilich, bei uns scheint man zu glauben, daß ein Jurist ohne Weiteres zu Allem tauge.

Noch Einiges über den landwirthschaftlichen Großbetrieb.

Von **Dr. Rudolf Meyer.**

Herr N. L. unterzieht in Nr. 46 d. Bl. meine kleine Arbeit über landwirthschaftlichen Großbetrieb einer Kritik, die mir sachlich nicht unanfechtbar zu sein scheint und gewonnen haben würde, wenn sie weniger den Ton sicherer Ueberlegenheit angeschlagen hätte. Auch Unterschiebungen pflegen sich nicht zu bewähren.

Als eine solche fällt mir der Satz auf: „Der landwirthschaftliche Großbetrieb ist nicht im Stande, mit Maschinen zu arbeiten. War man bis jetzt allgemein der Meinung, der Großbetrieb sei die eigentliche Domäne der Maschinerie, so gilt dies, nach Dr. Meyer, nicht für die Landwirthschaft, und am geeignetsten für die Anwendung der Maschine erscheint ihm das mittlere Bauerngut.“ Unwahrer Weise wird mir imputirt, ich hielte Maschinen für anwendbar auf einem mittleren Bauerngut, aber nicht in der Landwirthschaft — die man doch auf einem Bauerngut treibt — und unwahr ferner ist, ich hätte behauptet, „der landwirthschaftliche Großbetrieb ist nicht im Stande, mit Maschinen zu arbeiten“. In Heft 10 steht von mir Seite 305: „Für die ständig gehaltene Viehzahl hält der Gutsbesitzer ständiges Gesinde in Jahreskontrakt, für die Maschinerie am Hofe und in den Brennereien, Zuckerfabriken, die Dreschmaschine einige technisch gebildete, fest angestellte Arbeiter, skilled labour. Da die Maschinenarbeit die Produkteinheit billiger herzustellen gestattet als Handarbeit, so große und theure Maschinen aber, wie es die ständigen Fabrik- und mobilen Hofmaschinen der Industrie-Landwirthschaft sind, nur von Kapitalisten gekauft und auf Betriebslatifundien voll ausgenützt werden können, so war dies nun im Absterben begriffene Wirthschaftssystem der landwirthschaftlichen Latifundienbildung eminent günstig, wie denn ihrer auch in dieser Zeit, seit Aufkommen von Brennereien und Zuckerfabriken, zahlreiche neu gebildet, bestehende fast ausnahmslos vergrößert worden sind.“

Woraus hat sich der Kritiker seine unwahre Behauptung konstruirt? Wahrscheinlich aus folgendem Satz von mir, der auch auf Seite 305 steht: „Aber wir befinden uns in einem neuen Wechsel des Landbaues: Die Maschine reißt sich aus der landwirthschaftlichen Fabrik und Scheune, vom Hofe los und zieht aufs Feld, sie wird dort fast allgemein und verlangt intelligente, aufmerksame, theilweise technisch gebildete Arbeiter. Sie ist zuerst dort aufs Feld gezogen, wo sie diese Arbeiter bereits vorfand, in Amerika. Die verschiedenen Maschinen, sogar schon solche, welche das Getreide selbst binden, die Hackmaschinen, die Drillmaschinen, neuerlich die Pflüge, welche mehrere Furchen ziehen und auf denen die Arbeiter sitzen: Alle diese Maschinen erfordern große Aufmerksamkeit des Arbeiters“ u. s. w. Der Passus schließt: „Somit macht die Jagd nach den billigsten Arbeiter der Jagd nach dem besten Arbeiter Platz.“

Ich habe also von „Feldmaschinen“ gesprochen. Ob Rußland solche einführt oder fabrizirt, geht aus N. L.'s Statistik nicht hervor, ebensowenig der Grad der Verbreitung der Maschinenarbeit im Verhältniß zur Handarbeit in Rußland (S. 595) und noch weniger, welcher Art die angewendeten Maschinen sind, z. B. ob englische Mähemaschinen, die nur ablegen, oder amerikanische, die binden. In meinen Artikeln habe ich von der russischen Latifundienwirthschaft nicht gesprochen, weil ich nie in Rußland war, das, was N. L. darüber sagt, giebt mir auch keine Aufklärung darüber.

Eine andere Sache. „Was Dickköpfigkeit und Ungeschicklichkeit anbetrifft, so ist der Muschik noch etwas ganz Anderes, als der deutsche Landarbeiter ...“; vorher hat der Kritiker von mir zitirt: „Wir haben nicht die Leute, welche mit solchen Maschinen umzugehen wissen.... Der hörige Bauer, Büdner und Kossäth erzeugte noch maschinenarbeitsfähige Kinder, der Nachfolger dieser vom Rittergutsbesitzer großentheils gelegten, abgemeierten Volksklassen, der Instmann, thut es nicht.“ Hierzu bemerkt N. L.: „Nun, dies Problem der Kindererzeugung ist gewiß sehr schwierig“ 2c.

Dieser Witz fällt sehr platt zu Boden, denn ich konstatire da nur eine Thatsache. Thaer sagte in seinen vor achtzig Jahren erschienenen „Grundsätzen“ 2c. § 199, daß „zwei Dienstgespanne (der frohndenden Bauern) einem Hofgespann gleichkommen, es ist aber, wenn letztere nicht sehr schlecht sind, wohl äußerst selten, daß jene diesem gleichkommen.“ Bei Handarbeit rechnet er besten Falls, daß drei Fröhndner so viel leisten, wie zwei gemiethete freie Arbeiter, und das soeben erschienene Buch: „Die ländliche Arbeiterklasse und der preußische Staat“, von v. d. Goltz, konstatirt mehrfach, um wie viel die seit 1807 frei gewordenen Lohnarbeiter mehr, intensiver arbeiteten, als die früheren Fröhndner. Dazu kam später noch der Selbstantrieb der Akkordarbeit. Das Buch des Herrn v. d. Goltz konstatirt ebenfalls, daß die Fröhndner, und sogar noch die auf sie folgenden ersten Gutstagelöhner oder Instleute Land, 1—2 Kühe, Schweine, Schafe, Hühner, Gänse hielten — sie hatten also reichlich zu essen —; daß jetzt die Lage der Landleute unsicher und bei steigenden Getreidepreisen schlecht ist, daß zwei Drittel des Lohnes für Unterhalt draufgehen. Ich habe in diesen Blättern konstatirt, wie sehr die Kost der Landarbeiter sich verschlechtert hat, z. B. durch Ersatz der kräftigen Morgensuppe durch dünnen Kaffee, der Hülsenfrüchte durch Kartoffeln, des Oels durch amerikanisches Schmalz und endlich durch garnichts. Milch von 1—2 Kühen für eine Familie, vor hundert Jahren, als man noch keine Butter verkaufte, das hieß so viel süße Milch, als die Kinder trinken wollten, reichlich Butter, Käse und mehr saure und Buttermilch, als die Erwachsenen trinken konnten, denn das war überall ein Theil des Schweinefutters. Hühner lieferten Eier reichlich, Gänse und Enten und Hühner Sonntagsbraten, die Schweine Fleisch für jeden Tag und zwei bis drei Familien pflegten zusammen eine Kuh zu schlachten. Es war in Preußen noch vor neunzig Jahren so, wie Dr. P. Ernst es vom japanischen Bauer vor dreißig Jahren erzählt: Er aß viel einfache aber nahrhafte Kost und arbeitete „verflucht wenig“, wie die Grundherren klagten, deshalb war er kräftig und erzeugte Kinder, die körperlich und geistig gesund waren und große Rekruten lieferten. So lange dergleichen Naturalwirthschaft auf dem Lande allgemein ist, ist die animalische, stickstoffhaltige Volksnahrung ausreichend; sowie das Geldlohnsystem allgemein wird, wird sie unzureichend und fehlt zeitweise ganz.

Damals mußte der Grundherr den Ehekonsens geben und gab ihn nur den tüchtigsten jungen Männern aus seinem ihm von den Frohndenbauern gestellten Zwangsgesinde, und der Heirathskandidat erhielt auch eine Landstelle mit eigener Wirthschaft. Wollte ein Mann, der keinen Heirathskonsens erhielt, nicht ledig

auf dem Gute bleiben, so gab ihm wohl der Herr den Konsens zur Auswanderung in die Stadt oder wohin er wollte. Damals wanderten die körperlich elendesten oder moralisch schlechtesten Männer vom Lande weg, denn die tüchtigen ließ der Gutsherr nicht fortziehen, und körperlich tüchtige Eltern, gute und reichliche Kost und die „gesunde Faulheit" lieferten starke und intelligente Arbeiter.

Sie hatten Geschick zu den verschiedensten Arbeiten. Ich bitte an die Schilderung zu denken, die Immermann vom Hofschulzen giebt. Der damals schon alte pommersche und märkische Bauer, dessen ich mich noch aus dem Ende der Vierziger Jahre entsinne, machte so ziemlich alle seine Handwerkzeuge und Utensilien, mit Ausnahme der Wagenräder, selbst. Und aus den Bauern und Büdnern des Jahres 1807 stammen unsere deutschen Landarbeiter.

Jetzt arbeitet der Arbeiter mehr, ernährt sich schlechter, erzeugt elendere Kinder und der Staat anerkennt das und rechnet damit, indem er das Minimalmaß für Rekruten herabsetzt. In meiner Jugendzeit war das „Maß" 5 Fuß 4 Zoll, jetzt 4 Fuß 10—11 Zoll, ca. 1/2 Fuß weniger! Vom militärischen Standpunkt vielleicht ganz erwünscht: Je miserabler der Mann in der Front ist, desto weniger Zielfläche bietet er dem Feinde. Von den nun schon elenderen Kindern, als sie auf dem Lande noch vor 60—70 Jahren sogar durchschnittlich erzeugt wurden, wandern die kräftigsten, muthigsten, sittlichsten, wie das v. d. Goltz ausdrücklich konstatirt, in großer Zahl aus, nach Amerika, in die Städte, und der Ausschuß der an sich verelendeten Kinder der heutigen Landarbeiter bleibt auf den Gütern zurück, und diese, ich wiederhole es, sind ungeeignet zur intensiven und Aufmerksamkeit erfordernden Feldmaschinenarbeit, nicht wegen „Dickköpfigkeit", wie N. L. behauptet, sondern weil sie nach allen Richtungen hin selbst Elendsprodukte sind.

Wie sehr die Auswanderung die Landwirthschaft dezimirt und wo sie das thut, geht daraus hervor, daß von 1880—85 die Bevölkerung sich absolut vermindert hat in:

Ostpreußen	in 13	Kreisen	von	36
Westpreußen	= 14	=	=	23
Brandenburg	= 16	=	=	37
Pommern	= 28	=	=	30
Posen	= 12	=	=	28
Schlesien	= 26	=	=	64
Sachsen	= 7	=	=	40

Mecklenburg-Schwerin und Strelitz in allen.

Die Verminderung beträgt in Pommern bis zu 4 Prozent in 5 Jahren. Sie ist der Zahl der Kreise nach am bedeutendsten in den deutschen Gegenden. Die Polen dringen nach Westen vor, wandern aber nicht aus. Der Osten Preußens polonisirt sich auf dem Lande, da dort das polnische Element das deutsche erheblich verdrängt. Die Deutschen machten im Reg.-Bez. Danzig 1831 76 Prozent aus, 1886 65 Prozent, im Reg.-Bez. Marienwerder resp. 66 und 56 Prozent, Reg.-Bez. Königsberg 1864 77—78 Prozent, 1886 75—76 Prozent, in denselben Jahren im Reg.-Bez. Gumbinnen 63—65 resp. 62—64 Prozent, Reg.-Bez. Posen 34—38 resp. 30—31 Prozent, Reg.-Bez. Bromberg 52—57 resp. 47—49 Prozent, Reg.-Bez. Oppeln 33—35 resp. 31—33 Prozent. Es ist wie mit dem Abfluß von Edelmetallen in Ländern der Doppelwährung. Findet davon Abfluß ins Ausland statt, so fließt stets Gold, nie Silber ab. Damit will ich die polnischen Arbeiter nicht beleidigen. Aber es ist Thatsache, daß ihr Standard of life niedriger ist, als jener der Deutschen, deren Plätze sie einnehmen. — Woraus denn folgt, daß die Leistungsfähigkeit der Landarbeiter östlich der Elbe kontinuirlich abnimmt, wodurch sie zur Feldmaschinenarbeit immer unfähiger werden.

Hätte ich viel Zeit und Raum in diesen Blättern gehabt, so würde mich der von N. L. gemachte Vorwurf, ich widme dieser Seite der Sache nur zwei Seiten, nicht haben treffen können. Ich hätte nämlich z. B. auf die Thatsache hinweisen können, daß es auf einer Oase in Norddeutschland noch solche tüchtige Landarbeiter giebt, daß sie noch Feldmaschinen bedienen können. Dies ist sogar sehr interessant. Der Mecklenburg-Schwerin'sche Fiskus hat auf seinen Domänen an 8000 kleine Erbpächter in so rücksichtsvoller Weise allmälig angesiedelt, daß sie von ihrem kleinen Landbesitz alle nöthigen Naturalien reichlich ernten, auch Kühe und anderes Vieh halten. Sie leben gut, suchen aber Saisonlohnarbeit; da die Noth sie nicht drückt und sie sehr kräftig und intelligent sind, erhalten sie so hohen Lohn, wie er in Preußen sonst nur noch im Regierungs-Bezirk Stralsund gezahlt wird, wo es fast keine eingeborenen Landarbeiter mehr giebt. — Auf dem ebenso großen Rittergutsbesitz Mecklenburgs gab es 1890 nur 60 solche Häuslerstellen mit Landbesitz. Die Quittung ist, daß die Bevölkerungsabnahme auf dem Domanium von 1867—90 3387 Personen oder 1,7 Prozent, auf der Ritterschaft 20 643 Personen oder 14 Prozent betrug! Von 1871—75 betrug die Auswanderung vom Domanium 2,06 Prozent, von der Ritterschaft 6,26 Prozent. Woraus folgt, daß selbst so reiche Großgrundbesitzer, wie die Mecklenburger, für ihr dauerndes Interesse keine Opfer bringen. — Ich habe den deutschen Landarbeitern nicht die ungeschliffene Beleidigung zugefügt, sie als von Natur unfähige Dickköpfe zu bezeichnen, sondern konstatirt, daß sie sich halbwegs auf dem physisch-intellektuellen Entwicklungsstadium zum schlesischen Handweber befinden.

Den russischen Muschik kenne ich nicht, aber den slavischen Arbeiter in den preußischen, österreichisch-ungarischen Ländern mit Ausschluß Galiziens und in Serbien. Abgesehen von Preußen, haben die meisten eigenes oder Lohnland und also Viehhaltung; ihr Dörfer wimmeln von Kleinvieh, Schweinen, Gänsen und anderem Federvieh. Wer keine Kühe mehr hat, besitzt gewiß Ziegen. Land haben auch die meisten Muschiks noch und der Viehmangel soll erst seit der Wiederholung schlechter Ernten neuerdings eingetreten sein und nicht schon vor 20—25 Jahren; die *jetzigen* russischen Landarbeiter sind also wohl noch die ersten 10—15 Jahre ihres Lebens nicht ausschließlich mit Roggen, Gras und Rinde ernährt worden, sondern haben mehr animalische Kost erhalten, als die jetzigen deutschen Landarbeiter in ihrer Jugend; es würde also nicht erstaunlich sein, wenn sie jetzt noch fähig wären, landwirthschaftliche Feldmaschinen zu bedienen; ich erinnere mich auch, gelesen zu haben, daß der Muschik gerade so geschickt zu allerhand Thätigkeiten ist, wie es der deutsche Bauer vor 40 Jahren noch war. Daß aber russische Landarbeiter in großer Zahl Feldmaschinen bedienten, beweist N. L. nicht.

Goltz sagt S. 169, daß die Einführung der Drillsäe- und Pferdehackmaschinen den Getreideertrag bedeutend erhöhen werde und dann: „Der allgemeinen Einführung der Drill- (Reihen-) Saat des Getreides und der späteren Behackung derselben mit der Hand stehen ja zuweilen Bodenhindernisse entgegen, auch wohl Unkenntniß oder *Unbeholfenheit* mancher Landwirthe, viel mehr aber der Mangel an den dazu erforderlichen Arbeitskräften." Auf Seite 198 sagt er: „Schon das Drillen der in diese Gruppen gehörenden Gewächse, welches bis jetzt auf den weitaus kleineren Theil der damit bestellten Fläche beschränkt ist, erfordert, wie schon bemerkt, mehr Handarbeit, als das noch vorherrschende Säen mit der Breitsäemaschine oder *mit der Hand*."

Ich habe nun den technisch gebildeten Verwalter einer Domäne von ein paar Tausend Hektaren mit Zuckerrüben- und Getreidebau in Böhmen befragt. Er sagt: „Wir drillen alles Getreide. Der Drillmaschine folgt in der Regel ein ‚Schaffer', d. h. Aufseher. Ein Junge führt die Pferde, ein Arbeiter leitet

die Maschine, bedient den Hebel ꝛc. und ein Mädchen oder Weib folgt, um zu sehen, ob sich nicht eine Röhre verstopft hat. Das erfordert viel Arbeit, aber es muß sein. Unser Boden ist zu theuer — wir zahlen rund 40 Gulden pro Hektar Pacht und die Abgaben — als daß wir bei breitwürfiger Saat auf die Kosten kommen könnten. Früher behackten wir auch das gedrillte Getreide mehrmals mit der Pferdehacke, thun das aber nicht mehr, da ein ungeschulter Arbeiter, welcher die Hacke dirigirt, das Getreide beschädigt. Wir haben aber fast keine tüchtigen Arbeiter als Gesinde mehr bei den Gespannen, und die wenigen, die etwas taugen, wechseln schnell. Wenn die jungen Männer beim Militär die Welt kennen gelernt haben, wollen sie nicht mehr um niedrigen Lohn bei uns lange und schwer arbeiten und gehen irgendwo anders hin. So behalten wir von der ansässigen Bevölkerung Greise, Kinder, Weiber und miethen Knechte aus der tschechischen Taborer Gegend. Die sind sehr ungebildet und roh und können keine Maschinenarbeit leisten. Deshalb haben wir die Pferdehacken im Magazin verrosten lassen."

In Amerika, namentlich im Westen, kostet der Boden kaum so viel Ankaufspreis, wie man hier jährlich Pacht zahlt. Dort drillt man wenig. Doch habe ich das auch gesehen, nie aber mehr als einen Arbeiter bei der Maschine und einen Jungen, der das Pferd führte, und zuweilen fehlte der auch. Die Hauptsache sind die Erntemaschinen. Derselbe böhmische Verwalter sagte mir auch, dieses Jahr hätten sie ausnahmsweise auch die Mähemaschinen benutzen können, da es wenig Lagerkorn gab.

Es sind englische Maschinen von Wood, die das Getreide in Garbenhaufen ablegen, aber nicht binden. Vier Pferde und zwei Mann wechseln in je etwa drei bis vier Stunden und mähen so in 12 bis 14 Stunden mit einer Maschine viereinhalb bis fünf Hektar. Das Getreide wird in Akkord gebunden, wozu etwa zwölf Frauen nöthig sind. Auf zwei Maschinen kam ein Schaffer oder Adjunkt, kurz ein Aufseher, und das Abschneiden der stehen gebliebenen Ecken besorgten zwei Mäher. Das macht fünf Männer und zwölf Frauen. — Auf der Roblin-Farm in West-Kanada bei Carman schnitten diesen Sommer sechs Selbstbinder und banden täglich durchschnittlich 75 Acres, d. h. ein Selbstbinder, der mit drei Pferden bespannt war und auf dem ein gelöhnter Arbeiter saß, schnitt und band in 10 Stunden fünf Hektar. Bauern auf eigenem Acker, die doch noch achtsamer und fleißiger sind, wohl auch eher eine halbe Stunde gelegentlich über 10 Stunden arbeiten, als die Lohnarbeiter auf der Roblin-Farm, bringen es auf sechs Hektar. — Sollte man so viele Menschen bei der Ernte in Amerika verwenden, wie in Europa, selbst bei Anwendung englischer Feldmaschinen, so könnten die Vereinigten Staaten wahrscheinlich überhaupt kein Getreide exportiren.*

*) Nach den letzten Berufszählungen (vergl. Hübner's Tabellen für 1892/93) betrug die Zahl der in der Landwirthschaft Beschäftigten in Frankreich, Oesterreich-Ungarn, Preußen, Baden, Bayern und Württemberg 44,2 Millionen, und die Ausdehnung der mit den vier Halmfrüchten, Weizen, Roggen, Gerste, Hafer, die gemäht werden müssen, bestellten Fläche 36,6 Millionen Hektar, also pro Landarbeiter 0,8 Hektar. In den Vereinigten Staaten gab es 1890 7,7 Millionen Landleute, die von ca. 30 Millionen Hektar Halmfrüchte ernteten, pro Kopf ca. 4 Hektar, genau 5mal so viel, als ein Landarbeiter in Europa! Auf der besseren Erntemaschine Amerikas beruht also dessen Fähigkeit, so erheblich Getreide auszuführen und dadurch die Preise davon und endlich die Grundrente in Europa so sehr zu drücken. Die Ausfuhr an Getreide und Mehl aller von Juraschek berücksichtigten Länder hatte in den 4 Jahren 1885—88 einen Werth von 10 251 Millionen Mark, darunter die der Vereinigten Staaten von 2279 Mill. Mark, d. h fast ein Viertel. So revolutionär hat noch nie eine Maschine gewirkt als der Selbstbinder, denn seit den 20 Jahren ihrer Wirksamkeit hat sie den gesammten Großgrundbesitz Europas erschüttert, und in den nächsten 20 Jahren wird sie den kapitalistischen Großbetrieb mit Lohnarbeitern daselbst meiner Ansicht nach unmöglich machen.

Professor v. d. Goltz spricht von solchen Erntemaschinen überhaupt nicht — weil sie in Europa gar nicht angewendet werden: Denn man hat hier nicht die geeigneten Leute dazu! Und was sind denn das für Wundermenschen? Die europäischen Pflüger, Säer, Walzer 2c. arbeiten mit Augen, und Füßen, die amerikanischen mit Augen und Ohren! Der europäische Landarbeiter hat sein Landhandwerkszeug, Pflug, Egge, Walze, Säemaschine vor sich, er sieht seine Pferde und die Arbeit des Pfluges, der Walze u. s. w., und geht dahinter her. Der amerikanische Arbeiter sitzt auf seiner Feldmaschine, welche die Arbeit seitlich von ihm oder gar hinter ihm verrichtet. Diese Arbeit kann er nicht mit dem Auge kontrolliren. Die Augen braucht er nur, um die Pferde richtig zu lenken, die Füße garnicht, er geht ja nicht. Ob die Maschine hinter oder seitlich von ihm ordentlich arbeitet, das unterscheidet er durch's Ohr. Industriearbeiter in einer großen Fabrik hören sofort, wenn irgend eine Maschine nicht richtig funktionirt, sie werden verstehen, was ich sagen will. Nehmen wir den Triumph aller Feldmaschinen, die selbstbindende Mähemaschine. Der Mann sitzt auf erhöhtem Sitz knapp hinter den Pferden und kann nur sie gut sehen und ihren Gang nach dem Auge dicht an der ungeschnittenen Kornwand lenken. Das Messer arbeitet seitlich und theilweise für sein Auge verdeckt, ob es richtig funktionirt, hört er an dem kontinuirlichen Rascheln. Das Tuch ohne Ende, welches die abgeschnittenen Halme bis unter den Bindeapparat fortbewegt, ist schon fast ganz hinter ihm. Er hört es sofort, wenn seine leise rollend-reibende Bewegung stockt. Ganz hinter ihm bindet der Binder die Garben und legt hintereinander vier in ein Bündel. Sind vier drin, so wirft die Maschine sie zur Erde. Durch das Gehör kontrollirt der Mann das Durchschneiden des Fadens, nachdem je eine Garbe gebunden ist, und das Auswerfen von je vier Garben auf die Erde. Der Lenker des Selbstbinders „hört" also vier verschiedene Geräusche, und sowie eins davon aussetzt oder sich ändert, „stopt" er die Maschine und sieht nach, was fehlt! Das hat er in seiner Jugend auf seines Vaters Bauernhof gelernt. Der hat ihn als Jungen von 10 bis 12 Jahren schon auf die Walze gesetzt, später auf den „Reit- oder Sulky-Pflug", dann auf die Heu- und Grasharke, auf die Grasmähemaschine, und mit 18 Jahren vielleicht auf den „Selbstbinder". Nun ist er ein gemachter Mann, und in der Erntezeit, wenn er nicht selbst eine Farm hat, sicher, seine eineinhalb bis zwei Dollar pro Tag with board, mit Pension, zu verdienen, auf den großen Wirthschaften, die solche Leute dann theuer bezahlen müssen; indessen sie können dieselben wenigstens bekommen, das können sie in Europa aber nicht.

Sitzt der Mann auf der Feldmaschine, sind die Pferde stark und gut gefüttert, so kann sie schneller fortbewegt werden, als ein europäischer Pflug z. B., hinter dem ein armer Teufel von Pflüger mühselig marschiren muß zwölf und mehr Stunden lang. Deshalb leistet ein Mann, der nur mit Auge und Ohr arbeitet, und bequem auf seiner Maschine sitzt, soviel mehr Landarbeit, als ein Mann, der mit Auge und Fuß arbeitet. Aber dies „Feldmaschinengehör" will von Jugend auf geübt sein, und da es eine ganze Reihe solcher Maschinen giebt, auch noch auf dem Hof viele kleine für Arbeiten, die wir mit der Hand machen lassen — z. B. Holz wird vielfach mit der Maschine zerkleinert — so muß ein tüchtiger amerikanischer Landarbeiter wirklich von Jugend auf eine langjährige Schule mit solchen Maschinen durchgemacht haben, und das kann er nur auf dem Hofe seines Vaters, denn Niemand wird dort seinen Knecht unterrichten, der selten einen langen Dienstkontrakt hat. Der Knecht wird je nach der Arbeit bezahlt, die er bereits leisten kann und vollkommen versteht im Moment

seines Engagements, und nur zu dieser Arbeit verwendet. — Der europäische Bauer hat keine Feldmaschinen; meist hat er weder Land genug, sie auszunutzen, noch Geld, sie zu kaufen, kann also „Feldmaschinenarbeiter“ für den Großgrundbesitzer nicht vorbilden, und bildete der sich welche selbst aus — gingen sie ihm bald davon.

So liegen die Verhältnisse thatsächlich. Herr N. L. kümmert sich darum nicht, sondern sagt: „Aber erstens, wenn Arbeiter und Maschine nicht zusammen passen, was thut das Kapital? Erzeugt es einen neuen Arbeiter? Bewahre -- es schafft sich eine neue, dem Arbeiter angepaßte Maschine.“

Ich war eigentlich ärgerlich auf den Herrn N. L., aber dieser köstliche Satz hat mir die Thränen vor Heiterkeit in die Augen getrieben. Er rief mir den bekannten Ausspruch eines mächtigen Bewohners der uralischen Steppen, wo das Auge weit schweift und der Mensch noch viel thun kann, also das Gefühl der Allmacht noch existirt, ins Gedächtniß: „Der Bien muß!“ Das Kapital muß sich seine Feldmaschine erfinden, die schließlich gar keinen Arbeiter mehr braucht. Herr N. L. kann sehr reich werden, wenn er für die europäischen Großgrundbesitzer solche Feldmaschinen erfindet, mit denen die diesen Grundbesitzern zur Verfügung stehenden Arbeiter den amerikanischen Arbeitern und den dort üblichen Feldmaschinen Konkurrenz machen können. Wenn diese Maschinen erfunden sein werden, können wir ja weiter darüber reden, bis dahin ist dies genug, und ich halte es für unnöthig, den Raum dieser Zeitschrift für eine Entgegnung auf den Rest der Kritik des Herrn N. L. in Anspruch zu nehmen.

Nebenbei will ich bemerken, daß man nicht ohne Grund sagt, der Schuldenkrebs fresse schon am Leben des amerikanischen Bauern. Darauf wäre wohl einmal zurückzukommen und auf den Grund seiner Verschuldung, der zu 70 bis 80 Prozent in — Restkaufgeldern besteht. Geht das so fort, wird auch der amerikanische Bauer feldmaschinenunfähig werden, aber heute ist er es noch nicht und ich schreibe in der und für die Gegenwart, ich schildere die Lage der kapitalistisch wirthschaftenden Großgrundbesitzer vornehmlich Deutschlands, die auch z. B., um schnell hohe Erträge zu erzielen, zu viel chemischen Dünger anwenden. Herr N. L. imputirt mir fälschlich, ich wolle den abschaffen. Daß eine nicht kapitalistisch arbeitende Gemeinde vortheilhafter Groß- als Kleinlandwirthschaft treibt, brauche ich von meinem Kritiker nicht zu lernen, da ich es in dem vor zehn Jahren von mir veröffentlichten Buche „Ursachen der amerikanischen Konkurrenz“ am Beispiel der etwa 1500 Seelen zählenden Kommunisten-Kolonie Homestead im Staate Iowa bereits selbst nachgewiesen habe.

Feuilleton.

Der Marquis de Fumerol.

Von **Guy de Maupassant**.

Roger de Tourneville saß im Kreise seiner Freunde rittlings auf einem Stuhl, hielt eine Zigarre in der Hand, that von Zeit zu Zeit einen kräftigen Zug, blies kleine Rauchwölkchen vor sich hin und erzählte:

... Wir saßen gerade bei Tisch, als man uns einen Brief brachte. Papa öffnete ihn. Ihr Alle kennt doch Papa gut. Er hält sich für den Stellvertreter des „Roy“ in Frankreich. Ich nenne ihn nur Don Quixote, weil er zwölf Jahre lang gegen die Windmühlenflügel der Republik gekämpft hat, ohne recht zu wissen,

ob er sich im Namen der Bourbonen oder im Namen der Orleans schlug. Auf alle Fälle hält sich Papa für den ersten Edelmann Frankreichs, für den bekanntesten und einflußreichsten Menschen, für das Haupt der Partei.

Was Mama anbetrifft, so ist sie Papas Seele, die Seele des Königthums und der Religion, der rechte Arm Gottes auf Erden und die Geißel aller Nichtgutgesinnten.

Also, man brachte uns einen Brief, während wir bei Tische saßen. Papa öffnete ihn, las ihn, warf einen Blick auf Mama und sagte: „Dein Bruder liegt im Sterben.“ Mama erbleichte. Fast nie war in der Familie von meinem Onkel die Rede gewesen. Ich persönlich kannte ihn ganz und gar nicht. Außerhalb des Hauses hatte ich nur erfahren, daß er ein verteufelt tolles Leben geführt hatte und noch führte. Nachdem er sein Vermögen mit unzählig vielen Frauenzimmern durchgebracht hatte, behielt er nur noch zwei Maitressen, mit denen er in einer kleinen Wohnung der Rue des Martyrs lebte.

Als ehemaliger Pair von Frankreich und ehemaliger Kavallerieoberst glaubte er, wie es hieß, weder an Gott noch an den Teufel. Da er an einem himmlischen Leben zweifelte, so hatte er das irdische Leben in jeder Hinsicht gründlich ausgekostet. Die Erinnerung an ihn blutete wie eine allzeit offene Wunde in Mamas Herzen.

„Gieb mir den Brief, Paul“, sagte sie.

Nachdem sie ihn gelesen hatte, verlangte ich ihn gleichfalls zu lesen. Er lautete:

> „Herr Graf, ich glaube Ihnen benachrichtigen zu müssen, daß ihr schwager der Marquis de Fumerold bald sterben wird. Vieleicht wolen sie maßregeln ergreifen und nicht fergessen, das ich ihnen unterricht gegeben habe. Womit das ich verbleibe
>
> ihre Dienerin Melani.“

Papa murmelte: „Es muß bei Zeiten etwas geschehen. Ich bin es meiner Stellung schuldig, über die letzten Augenblicke Deines Bruders zu wachen.“

„Ich werde nach dem Abbé Poivron schicken“, antwortete Mama, „und ihn um seinen Rath bitten. Dann werde ich zusammen mit dem Abbé und mit Roger meinen Bruder aufsuchen. Du, Paul, bleibst hier. Du darfst Dich nicht kompromittiren. In solchen Angelegenheiten kann und muß eine Frau handeln. Ein Mann in Deiner politischen Stellung hat Rücksichten zu nehmen. Ein Gegner könnte gegen Dich die löblichste Deiner Handlungen ausspielen.“

„Du hast Recht“, sagte mein Vater. „Thue, was Du für recht und gut befindest, meine Liebe.“

Eine Viertelstunde später betrat der Abbé Poivron den Salon, und die Angelegenheit ward unter den verschiedensten Gesichtswinkeln klargelegt, analysirt und erörtert.

Wenn der Marquis de Fumerol, der Träger eines der ältesten und berühmtesten französischen Namen, ohne die Tröstungen der Religion stürbe, so wäre dies ohne Zweifel ein harter Schlag für den Adel im Allgemeinen und für den Grafen von Tourneville im Besonderen. Die Freidenker würden triumphiren. Die schlechten Zeitungen würden ein halbes Jahr lang über den Sieg jubeln; der Name meiner Mutter würde in dem Koth und in der Prosa der sozialistischen Presse herumgezerrt werden, den Namen meines Vaters würde man mit Schmutz bewerfen. Das durfte unmöglich geschehen.

Man beschloß also, sofort einen Kreuzzug unter der Führung des Abbé Poivron zu unternehmen, eines kleinen, wohlbeleibten und sauberen Priesters, der leicht nach Parfüm duftete und der echte Typus des Vikars einer großen Kirche in einem vornehmen und reichen Stadtviertel war.

Ein Landauer wurde angespannt und wir drei, Mama, der Pfarrer und ich, fuhren davon, um dem Onkel die letzten Tröstungen der Religion zu bringen.

Es war beschlossen worden, zuerst Frau Melanie aufzusuchen, die Verfasserin des Briefes. Wahrscheinlich war sie die Concierge oder das Dienstmädchen meines Onkels.

Der Wagen hielt vor einem siebenstöckigen Hause. Ich stieg ab, um das Terrain zu rekognosziren und betrat einen dunklen Gang, wo ich mit vieler Mühe das finstere Loch entdeckte, in welchem der Concierge hauste. Dieser musterte mich mißtrauisch vom Wirbel bis zur Zehe.

Ich frug: „Bitte, sagen Sie mir gefälligst, wo wohnt Frau Melanie?“

„Kenn' sie nicht“, brummte der Concierge.

„Aber ich habe einen Brief von ihr erhalten.“

„Kann schon sein, aber ich kenn' sie nicht. Es ist wohl ein ausgehaltenes Frauenzimmer, was Sie suchen?“

„Nein, wahrscheinlich ein Dienstmädchen. Sie hat mir wegen einer Stelle geschrieben.“

„Ein Dienstmädchen? . . . . Ein Dienstmädchen? . . . . V'leicht das vom Marquis. Fragen Sie mal nach. Fünfter Stock links.“

Seitdem der Concierge wußte, daß ich keine „Ausgehaltene“ suchte, war er freundlicher geworden und begleitete mich bis an das Ende des Ganges. Er war ein großer, hagerer Mann mit weißen Koteletten, der Miene eines Küsters und majestätischen Geberden.

Eilig sprang ich die schmierige Wendeltreppe hinauf, deren Geländer ich nicht zu berühren wagte. Im fünften Stock angekommen, klopfte ich leise dreimal an die Thüre links.

Diese sprang sogleich auf und ich befand mich einer schmutzigen, ungewöhnlich starken Frau gegenüber, welche sich rechts und links an den Thürpfosten festhielt und mir mit ihren ausgebreiteten Armen den Eingang versperrte.

„Was wünschen Sie?“ brummte sie mich an.

„Sind Sie Frau Melanie?“

„Ja.“

„Ich bin der Vicomte de Tourneville.“

„Ganz gut! Kommen Sie herein.“

„Aber . . . . Mama wartet unten mit einem Geistlichen.“

„Ganz gut! Holen Sie sie. Aber nehmen Sie sich vor dem Concierge in Acht.“

Ich ging hinunter und kam mit Mama wieder herauf, welcher der Abbé folgte. Es schien mir, als ob ich andere Schritte hinter uns hörte.

Sobald wir die Küche betreten hatten, bot uns Melanie Stühle an und wir setzten uns alle vier nieder, um Kriegsrath zu halten.

„Steht es sehr schlimm mit ihm?“ fragte Mama.

„Oh ja, gnädige Frau, er wird es nicht lange mehr treiben.“

„Scheint er willig, den Besuch eines Geistlichen zu empfangen?“

„Oh . . . . das glaub' ich nicht.“

„Kann ich ihn sehen?“

„Aber . . . . sicherlich . . . . gnädige Frau . . . . nur . . . . nur . . . . nur sind die Fräulein bei ihm.“

„Welche Fräulein?“

„Nun . . . . nun . . . . seine guten Freundinnen natürlich.“

„Ah!“

Mama war über und über roth geworden.

Der Abbé Poivron hatte die Augen niedergeschlagen.

Die Geschichte fing an, mich zu amüsiren, und ich sagte:

„Wie wär's, wenn ich zuerst hineinginge? Ich würde sehen, wie er mich aufnimmt, und ich könnte vielleicht sein Gemüth vorbereiten.“

Mama, die sich bei meinem Vorschlag nichts Arges dachte, antwortete:

„Gewiß, mein Kind.“

In dem Augenblick wurde irgendwo eine Thüre geöffnet und eine Stimme, eine Frauenstimme, rief:

„Melanie!“

Die starke Frauensperson eilte hinaus und antwortete:

„Was wünschen Sie, Fräul'n Klara?“

„Die Omelette, aber schnell!“

„In einer Minute, Fräul'n.“

Und zu uns zurückkehrend erklärte uns Madame, um was es sich handelte. „Sie“ hatten ihr aufgetragen, um zwei Uhr als Imbiß eine Omelette mit Käse zu bereiten.

Sie zerschlug sofort die Eier in eine tiefe Schüssel und rührte darauf los.

Ich ging hinaus und klingelte, um meine offizielle Ankunft anzuzeigen.

Melanie öffnete mir, ließ mich im Vorzimmer niedersitzen, benachrichtigte meinen Onkel von meinem Besuch und kam dann zurück, um mich zu bitten, einzutreten.

Der Abbé verbarg sich hinter der Thüre, um auf das erste Zeichen hin erscheinen zu können.

Gewiß, der Anblick meines Onkels überraschte mich. Er war sehr schön, sehr würdig, sehr chic, dieser alte Lebemann.

In einem großen Lehnstuhl sitzend oder mehr liegend, die Beine mit einer Decke eingehüllt, die Arme auf die Seitenlehnen seines Sitzes aufgelehnt, so daß die Hände, schmale, blutleere, leblose Hände, hinunterhingen, erwartete er den Tod mit der Würde eines biblischen Patriarchen. Ein weißer Vollbart fiel auf seine Brust nieder, und die gleichfalls schneeweißen Haare reichten bis dorthin, wo der Bart anfing.

Hinter seinem Lehnstuhl, wie um ihn gegen mich zu vertheidigen, standen zwei junge Frauen, zwei üppige Dämchen, welche mich mit den kecken Blicken von Dirnen anblitzten. Mit dem Schlafrock bekleidet, die Arme entblößt, das schwarze Haar im Nacken zwanglos zusammengedreht, an den Füßen türkische, goldgestickte Pantoffeln, welche die Knöchel und die seidenen Strümpfe sehen ließen, glichen sie neben dem Sterbenden allegorischen Figuren, welche in einem Gemälde die Sittenlosigkeit verkörpern sollten. Zwischen dem Lehnstuhl und dem Bett stand ein gedecktes Tischchen; zwei Teller, zwei Gläser, zwei Bestecke warteten auf die Omelette mit Käse, die soeben bei Melanie bestellt worden war.

Mein Onkel sagte mit schwacher, tonloser, aber klarer Stimme:

„Guten Tag, mein Kind. Dein Besuch kommt spät. Unsere Bekanntschaft wird keine lange sein.“

„Es ist nicht meine Schuld, mein Onkel“, stotterte ich hervor.

Er antwortete: „Nein. Ich weiß es. Es ist mehr die Schuld Deines Vaters und Deiner Mutter, als die Deinige. . . . Wie geht es ihnen?“

„Nicht schlecht, danke. Als sie hörten, daß Du krank seiest, haben sie mich hierher geschickt, um mich nach Deinem Befinden zu erkundigen.“

„Ah! Und warum sind sie nicht selbst gekommen?“

Ich blickte nach den beiden Dirnen hin und sagte leise: „Es ist nicht ihre Schuld, daß sie nicht kommen konnten. Aber es würde für meinen Vater schwer und für meine Mutter unmöglich sein, das Zimmer zu betreten.“

Der Greis antwortete nichts, er erhob nur seine Hand und suchte die meinige. Ich ergriff die blutleere, farblose und kalte Hand und behielt sie.

Die Thür ging auf: Melanie kam mit der Omelette herein und stellte sie auf den Tisch. Die beiden Dämchen setzten sich sofort vor ihre Teller und fingen an zu essen, ohne ihre Blicke einen Augenblick von mir zu wenden.

„Mein Onkel“, sagte ich, „es würde für Mama eine große Freude sein, Dich umarmen zu können.“

Er murmelte: „.... Ich auch .... ich möchte sie ....“ Er vollendete den Satz nicht.

Es fiel mir kein Vorschlag ein, den ich ihm machen konnte, und so hörte man nichts als das Geklapper der Gabeln auf dem Porzellan und die leichten Bewegungen von Kinnladen, welche kauen.

Dem Abbé, welcher hinter der Thüre lauschte, war unsere Verwirrung nicht entgangen, und da er das Spiel gewonnen glaubte, hielt er den Moment für günstig, um seinerseits einzugreifen. Er trat herein.

Mein Onkel war von seiner Erscheinung so verblüfft, daß er einen Augenblick regungslos da saß; dann öffnete er den Mund, als ob er den Geistlichen verschlingen wollte und rief mit starker, tiefer, wüthender Stimme:

„Was haben Sie hier zu schaffen?“

Der an schwierige Situationen gewöhnte Abbé kam näher und flüsterte:

„Ich komme im Namen Ihrer Frau Schwester, Herr Marquis. Sie schickt mich.... Sie würde so glücklich sein, Herr Marquis, wenn ....“

Aber der Marquis hörte ihn nicht. Er erhob eine Hand, zeigte mit tragischer, stolzer Geberde nach der Thüre und sagte keuchend, außer sich:

„Verlaß das Zimmer.... Verlaß das Zimmer.... Du Seelenräuber.... Mach', daß Du fortkommst, Du Gewissensschänder.... Mach', daß Du fortkommst, Du Einbrecher bei Sterbenden!“

Der Abbé wich zurück, und auch ich näherte mich der Thüre und trat zusammen mit meinem Pfaffen den Rückzug an. Die beiden Dämchen waren gerächt, sie standen auf, ließen ihre halbgegessene Omelette stehen und stellten sich zu beiden Seiten des Lehnstuhls, wo mein Onkel saß. Sie legten ihre Hände auf seine Arme, um ihn zu beruhigen, um ihn gegen die verbrecherischen Attentate der Familie und Religion zu beschützen.

Der Abbé ging mit mir zu Mama in die Küche. Melanie ließ uns wieder niedersitzen.

„Ich wußte wohl, daß das nicht wie geschmiert gehen würde“, sagte sie. „Man muß etwas Anderes ausdenken, sonst stirbt er uns noch weg....“

Die Berathung fing wieder von vorn an. Mama machte einen Vorschlag, der Abbé einen anderen, ich einen dritten.

Wir mochten etwa eine halbe Stunde lang mit leiser Stimme diskutirt haben, als sich ein heftiger Lärm in dem Zimmer erhob. Möbel wurden gerückt, und mein Onkel schrie noch heftiger und schrecklicher als vorher, so daß wir alle vier emporfuhren.

Durch die Thüren und Wände hindurch klang es an unser Ohr: „Hinaus .... hinaus .... ihr Lümmel .... ihr Schandbuben.... Hinaus mit euch, ihr Schufte .... hinaus .... hinaus.....“

Melanie stürzte fort und kam sogleich zurück, um mich zu Hilfe zu rufen. Ich eilte ins Zimmer. Mein Onkel war vor Zorn in die Höhe gefahren und stand fast aufrecht da, wüthend erregt mit heftigen Worten scheltend, ihm gegenüber standen hintereinander zwei Männer, welche darauf zu warten schienen, daß er vor Wuth zusammenstürze.

An dem langen Rock von lächerlichem Schnitt, der Miene eines Hauslehrers ohne Stellung, an dem Stehkragen und dem weißen Halstuch, an den

glattgescheitelten Haaren und dem salbungsvollen Gesicht erkannte ich sofort in dem ersten der Männer einen protestantischen Pfarrer. Der zweite von ihnen war der Concierge des Hauses, welcher der reformirten Kirche angehörte, uns gefolgt und Zeuge unserer Niederlage geworden war. Daraufhin hatte er in der Hoffnung eines besseren Erfolges eiligst seinen eigenen Geistlichen herbeigeholt.

Mein Onkel schien vor Wuth den Verstand verloren zu haben. Wenn der Anblick des katholischen Geistlichen, des Geistlichen seiner Vorfahren, den zum Freidenker gewordenen Marquis de Fumerol erzürnt hatte, so brachte ihn der Anblick des Geistlichen seines Portiers ganz und gar außer sich.

Ich ergriff die beiden Männer bei den Armen und warf sie so schnell hinaus, daß sie beim Passiren der zwei nach der Treppe führenden Thüren zweimal heftig mit den Köpfen aneinander stießen.

Dann verschwand auch ich und kehrte in die Küche, unser Hauptquartier, zurück, um den Rath meiner Mutter und des Abbé einzuholen.

Bestürzt und schluchzend kam Melanie in die Küche zurück.

„Er stirbt .... er stirbt .... kommen Sie schnell.“

Mama stürzte hinaus. Mein Onkel war der Länge nach auf den Boden gefallen und regte sich nicht mehr. Ich glaube, daß er schon todt war.

Mama benahm sich in der Minute großartig! Sie ging geradeswegs auf die beiden Dirnen zu, welche neben dem leblosen Körper knieten und ihn aufzuheben suchten. Sie deutete gebieterisch, mit einer Würde und Hoheit, welche keinen Widerspruch zuließen, auf die Thür und sagte:

„Jetzt ist an Ihnen die Reihe, das Zimmer zu verlassen!“

Und sie gingen hinaus, ohne zu widersprechen, ohne ein Wort zu wagen. Ich muß bemerken, daß ich mich angeschickt hatte, sie mit derselben Lebhaftigkeit hinauszuspediren wie den protestantischen Pfarrer und den Concierge.

Der Abbé Poivron ertheilte nun meinem Onkel unter den üblichen Gebeten die letzte Oelung und vergab ihm seine Sünden.

Mama, welche neben ihrem Bruder auf den Knieen lag, schluchzte. Plötzlich rief sie aus: „Er hat mich erkannt.... Er hat mir die Hand gedrückt! .... Ich bin sicher, daß er mich erkannt hat!!! .... und daß er mir gedankt hat!! .... Oh, mein Gott .... welche Freude! ....“

Die arme Mama! Wenn sie verstanden oder errathen hätte, wem und für was dieser Dank gelten mußte!

Der Onkel ward auf sein Bett gelegt. Diesmal war er wirklich todt.

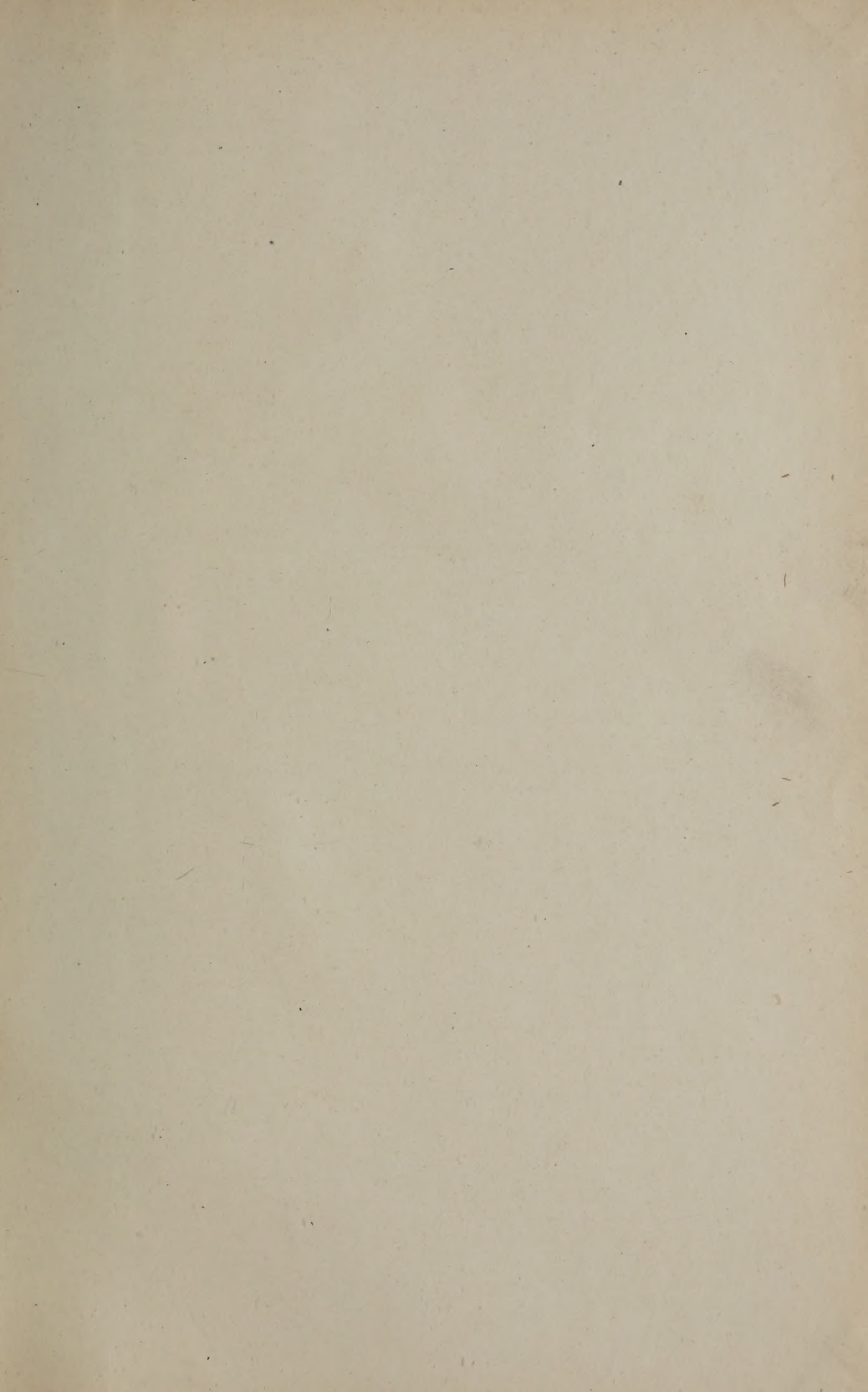
„Gnädige Frau“, sagte Melanie, „wir haben keine Leintücher, um ihn zu begraben. Alle Wäsche gehört den beiden Damen....“

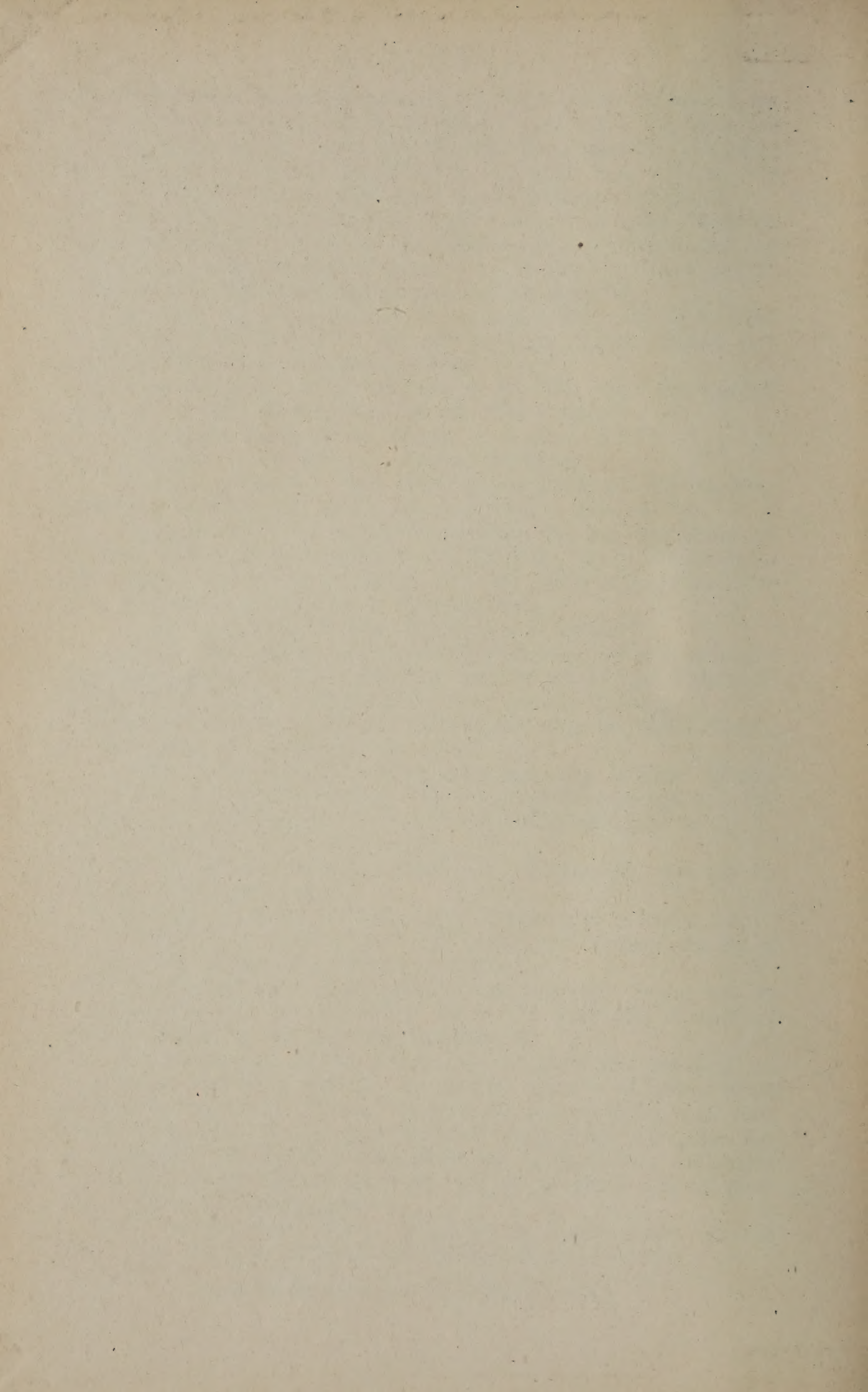
Ich betrachtete die Omelette, welche sie nicht aufgegessen hatten, und ich hatte gleichzeitig Lust, zu weinen und zu lachen. Im Leben giebt es manchmal sonderbare Augenblicke und sonderbare Empfindungen.

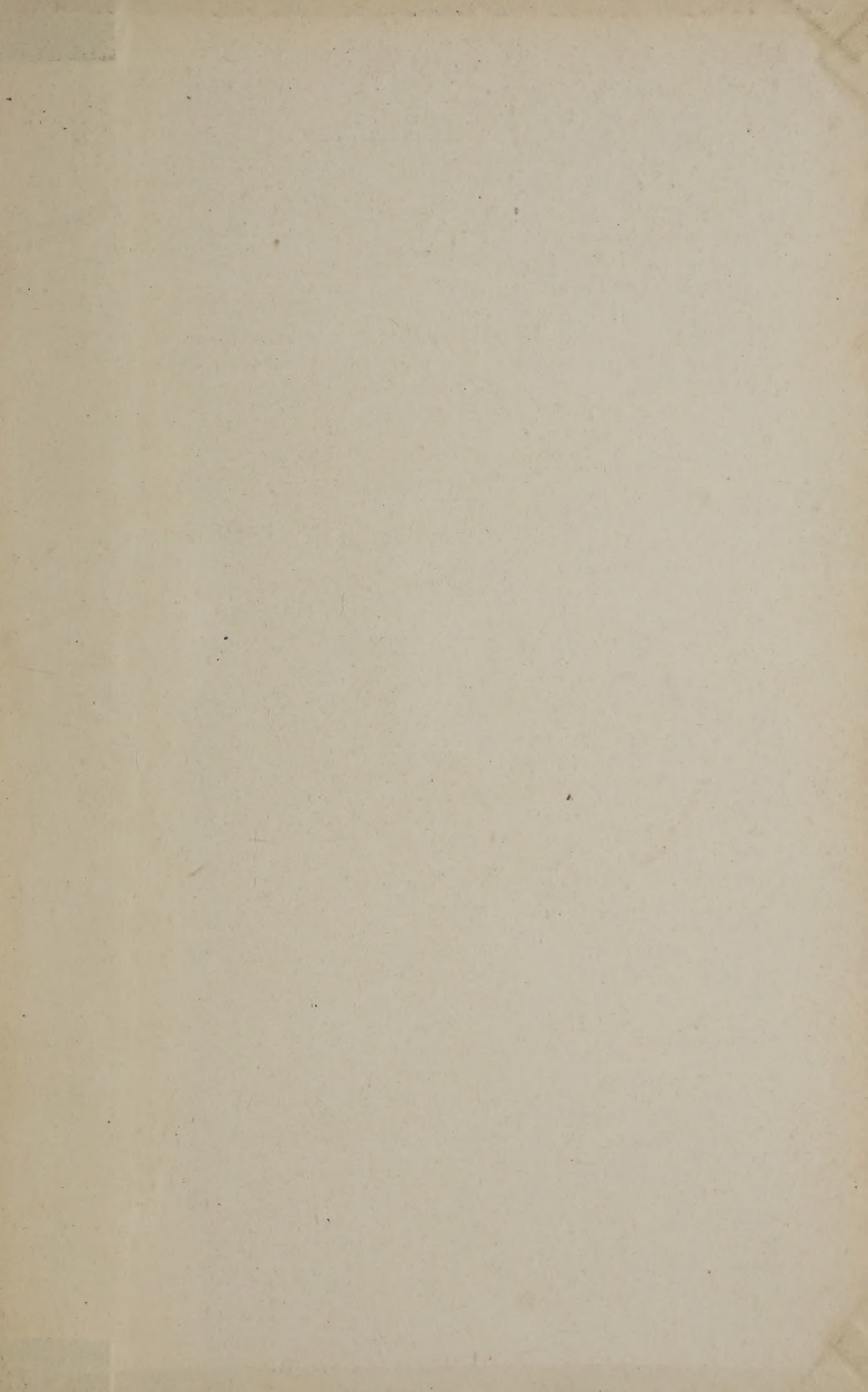
Wir veranstalteten natürlich meinem Onkel ein prachtvolles Begräbniß, am Grabe wurden fünf Reden gehalten. Der Senator, Baron de Croisselles, bewies mit bewunderungswürdigen Worten, daß Gott stets in dem Herzen seiner Auserwählten triumphirt, die sich einen Augenblick verirrt haben. Alle Mitglieder der royalistischen und klerikalen Partei gingen mit der Begeisterung von Siegern im Leichenzug und unterhielten sich davon, daß ein so schöner Tod ein etwas bewegtes Leben abgeschlossen hatte. —

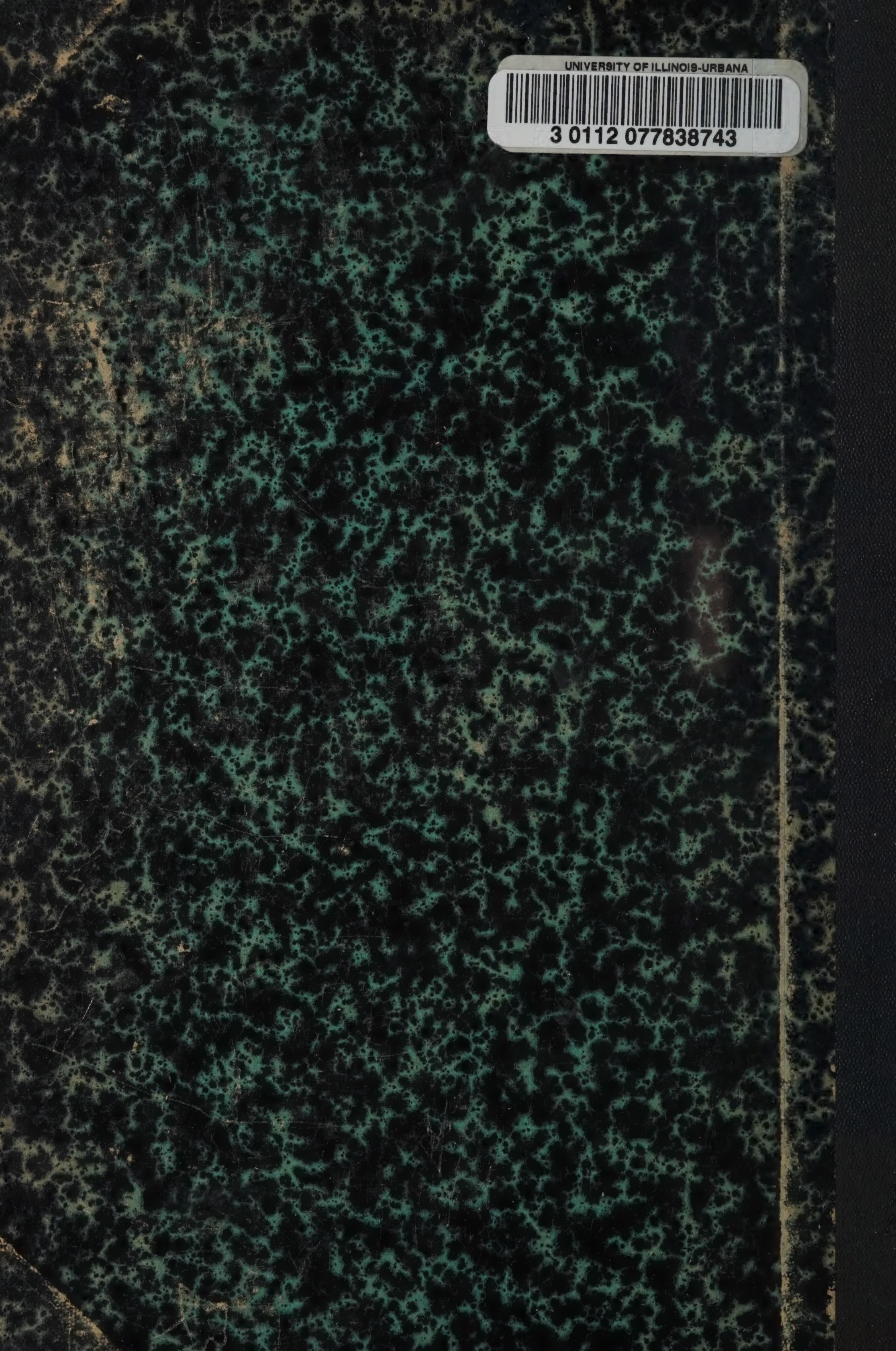
Der Vicomte Roger schwieg. Rings um ihn wurde gelacht. Jemand sagte: „Bah, das ist die Geschichte aller Bekehrungen von Sterbenden....“

Für die Redaktion verantwortlich: Georg Baßler in Stuttgart.








UNIVERSITY OF ILLINOIS-URBANA
3 0112 077838743